

Adenauer:

„Stetigkeit in der Politik“



Die Protokolle des
CDU-Bundesvorstands
1961–1965

Droste

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands
1961–1965

Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von Günter Buchstab,
Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts,
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

Band 32
Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“
Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965

Droste

Adenauer:
„Stetigkeit in der Politik“

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands
1961–1965

Bearbeitet von
Günter Buchstab

Droste

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“ : die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands 1961 – 1965 / Günter Buchstab
(Bearb.). – Düsseldorf : Droste, 1998
(Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte ; Bd. 32)
Forts. von Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“
ISBN 3-7700-1881-8
NE: Buchstab, Günter [Bearb.]; Christlich-Demokratische Union
Deutschlands; GT

Alle Rechte vorbehalten
© 1998 Droste Verlag GmbH, Düsseldorf
Gesamtherstellung: Richarz Publikations-Service GmbH, Sankt Augustin
ISBN 3-7700-1881-8

Inhalt

Einleitung	VII
Übersicht über die Protokolle	XXXI
Übersicht zur Anwesenheit der Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstands	XXXIII
Zusammensetzung der Kabinette	XXXVII
Protokolle	I
Abkürzungen und Zeichen	975
Quellen und Literatur	981
Personenregister	987
Sachregister	1001

Einleitung

Bei der Bundestagswahl vom 17. September 1961 verlor die CDU/CSU die absolute Mehrheit, mit der sie seit 1957 regiert hatte. Die FDP erzielte mit 12,8 % ihr bestes Ergebnis bei Wahlen auf Bundesebene, was das Selbstbewußtsein der Liberalen deutlich stärkte. Die CDU/CSU wiederum hatte für die Wahlentscheidung mit dem Slogan „Adenauer, Erhard und die Mannschaft“ auf den seit der „Präsidentenwahlkrise“ von 1959 eingetretenen Autoritätsverlust ihres Vorsitzenden reagiert und auf die Verbreiterung ihrer personellen Kompetenz gesetzt. Beides deutete Tendenzen an, die die Regierungsbildung und das Regieren, ganz zu schweigen von der Leitung der CDU in der vierten Legislaturperiode, nicht gerade erleichterten.

Auch veränderte Rahmenbedingungen machten das Regierungshandeln schwieriger. Die Phase des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg war zu Ende. Die Gesellschaft war im Wandel begriffen, der „Verteilungsstaat“ stieß an erste Haushaltsgrenzen, und die weltpolitische Konstellation verlangte im „Gezeitenwechsel“¹, von der Hochphase des Ost-West-Konflikts zur Entspannungspolitik, nach neuer Orientierung. Würde die Ära Adenauer prolongiert? Wer würde die CDU in den Bundestagswahlkampf 1965 führen? Und wie sollte die Partei den Veränderungen Rechnung tragen?

Der Bundesvorstand der CDU ging in die vierte Legislaturperiode in der Zusammensetzung, die der Bundesparteitag in Karlsruhe am 27. April 1960 nach einer Satzungsänderung beschlossen hatte.² Mit 96,83 % der Delegiertenstimmen war Adenauer erneut für zwei Jahre zum Parteivorsitzenden bestellt worden, hatte sich aber zum erstenmal einer schriftlichen, geheimen Wahl stellen müssen. Trotz der Statutenänderung des § 9, die mit einer Neustrukturierung der Führung einherging, blieb seine Position jedoch unangefochten. Weggefallen waren die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder – bisher Kurt Georg Kiesinger, Franz Meyers und Gerhard Schröder. Stattdessen wurden vier Stellvertreter gewählt: Theodor Blank, Eugen Gerstenmaier, Kai-Uwe von Hassel und Heinrich Krone. Weitere Vorstandsmitglieder waren: der Bundesschatzmeister, der Bundesgeschäftsführer, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und sein Stellvertreter, die Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen (also Exil-CDU und Oder-Neiße), die Vorsitzenden der Vereinigungen, die Regierungschefs der CDU in den Ländern, der von der CDU gestellte Bundestagspräsident, die Bundesminister der CDU sowie weitere 15 Mitglieder (statt bisher 10), die der Bundesausschuß der Partei zu wählen hatte.³ Neu zum Vorstand zählten als ordentliche Mitglieder nun auch mit vollem

1 Peter SIEBENMORGEN: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. Bonn 1990.

2 Vgl. zum folgenden auch KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 173–208.

3 Vgl. Nr. 16 S. 705.

Stimmrecht die Regierungschefs und die Bundesminister, die bisher ohne Stimmrecht an den Vorstandssitzungen teilgenommen hatten.

Insgesamt umfaßte der Vorstand rund 70 Personen, die alle drei Monate zusammentreten und die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durchführen sollten. Da die Arbeitsfähigkeit eines so großen Gremiums erfahrungsgemäß beschränkt ist, sah § 10 einen vom Vorstand zu wählenden „engeren Vorstand“ vor, der aus dem Vorsitzenden sowie weiteren 16 Mitgliedern bestehen sollte. Dieser sollte mindestens einmal im Monat zusammentreten und die laufenden Arbeiten erledigen.⁴

Obwohl Adenauer in Karlsruhe mit einer imponierenden Stimmenzahl zum Parteivorsitzenden wiedergewählt worden war, blieb die Frage seiner Nachfolge im Kanzleramt offen. Immerhin war er zu diesem Zeitpunkt bereits 84 Jahre alt. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Union machte sich das Gefühl breit, es sei nun Zeit für einen Wechsel und neue Gesichter. Dem verbreiteten Wunsch nach Abwechslung und frischem Wind trug der Slogan für den Wahlkampf 1961 Rechnung. War die überwältigende Mehrheit 1957 Adenauer und der Warnung „keine Experimente“ gefolgt, so präsentierte der neue Slogan indirekt Köpfe von politischem Rang hinter und neben dem bewährten „Fuhrmann“ und deutete damit die Frage der Kanzlernachfolge an.

Zwar hatte die Union das Meinungstief von 35 %, in das sie der Mauerbau vom 13. August gestürzt hatte, bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 noch einigermaßen auffangen können, doch konnten das Wahlergebnis (CDU und CSU 45,3 %) und der Verlust der absoluten Mehrheit kaum beruhigen. Dem Wahlausgang folgte eine der schwierigsten und langwierigsten Regierungsbildungen in der Geschichte der Bundesrepublik, hatte doch die FDP den Wahlkampf mit dem klaren Ziel geführt, die absolute Mehrheit von CDU und CSU zu brechen und in die Koalition mit ihnen nur zurückzukehren, wenn der „alte Staatsmann durch einen anderen, jüngeren Mann“ ersetzt werde.⁵ Noch in der Wahlnacht hatte Erich Mende, der FDP-Vorsitzende, betont, daß vom Ausgang der Kanzlerfrage viel für die Koalitionsbereitschaft der FDP hänge.⁶ Diese Linie bekräftigte die FDP-Spitze in ihrer Sitzung vom 19. September 1961.⁷ Damit wurde die Nachfolgefrage zur Koalitionsfrage. Nur von außen diktiert war sie allerdings nicht, sie war auch „hausgemacht“, zumal mit Ludwig Erhard ein potentieller Nachfolger bereitstand.

Die Festlegung der FDP schwächte die Position des von vielen als aussichtsreichsten Nachfolger angesehenen Bundeswirtschaftsministers und provozierte selbst den Adenauer-Kritiker Erik Blumenfeld zu der Bemerkung, es sei unerträglich für eine

4 Nr. 3 a S. 119.

5 Vgl. FDP-Bundesvorstand S. 91.

6 Dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 228.

7 Vgl. FDP-Bundesvorstand S. 78–135.

Partei, sich „von einem Koalitionspartner in Personalfragen Vorschriften machen“ zu lassen.⁸

Die Diskussion um die Kanzlernachfolge war mit der „Präsidentenchaftskrise“ 1959 akut geworden, als es darum ging, einen Nachfolger für Theodor Heuss zu finden. Adenauer hatte vergeblich versucht, Erhard in dieses Amt wegzuloben, um ihn als Kanzler zu verhindern. Kurzzeitig hatte er selbst eine Kandidatur für das höchste Staatsamt erwogen, seine Bereitschaft aber wieder zurückgezogen und dadurch seine Autorität geschwächt, Erhard aber in seiner Popularität gestärkt. Das Ansehen des Wirtschaftsministers wurde auch im Parteienkampf durch eine Annäherung der SPD an die Soziale Marktwirtschaft gestärkt, nachdem sie deren ordnungspolitischen Ziele zunächst heftig bekämpft hatte.

Das Ende der Ära Adenauer zeichnete sich nicht nur im Verlust der absoluten Mehrheit ab. Mit dem Mauerbau in Berlin vom 13. August 1961 schien auch sein deutschlandpolitisches Konzept zu versagen. Daß es richtig war, auf dem Weg der Westintegration letztlich die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit erreichen zu wollen, zeigte sich langfristig erst 1989/90. Seinem populären Kronprinzen traute Adenauer nicht zu, Deutschland erfolgreich durch die Berlin-Krise zu führen. Zu Recht betrachtete er die sowjetische Bedrohung als nicht überwunden. Auch die veränderte außenpolitische Konstellation, der Wechsel von Eisenhower zu Kennedy in den USA und der verstärkte französische Nationalismus unter de Gaulle bestärkten ihn in seiner Überzeugung, nur er könne Deutschland durch diese kritische Phase führen und den Primat der Außenpolitik als Voraussetzung für die Sicherheit der Bundesrepublik aufrechterhalten. Tatsächlich zeigte sich zwei Jahre später, daß „Erhard seine Kanzlerschaft unter einen Primat der Innenpolitik zu stellen gedachte“⁹.

Wie selbstverständlich griff Adenauer in seiner ersten Pressekonferenz am Tag nach der Bundestagswahl erneut nach den Zügeln der Macht. Keiner der Aspiranten um das Kanzleramt wagte es, ihm in die Parade zu fahren, als er dem Vorstand in der Sitzung vom 19. September 1961 klarmachte, daß er es für einen schweren Fehler für die Partei halten würde, wenn er nicht Kanzler bliebe. Kritikern nahm er mit der gleichzeitigen Ankündigung, das Amt nicht für die ganze Legislaturperiode auszuüben, den Wind aus den Segeln. Er werde „etwa in der Mitte dieser vier Jahre“ zurücktreten, „um einem anderen Platz zu machen, damit sich der neue Mann bis zu den Wahlen 1965 einarbeiten kann“.¹⁰ Erhard seinerseits bekräftigte seinen Anspruch nicht, sondern meinte eher larmoyant, er habe vermißt, daß Adenauer ihn als seinen möglichen Nachfolger herausgestellt habe.¹¹

8 Nr. 1 S. 26.

9 Vgl. dazu HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 43.

10 Nr. 1 S. 7; vgl. auch Nr. 1 S. 46.

11 Nr. 1 S. 48.

Adenauer konnte also als Parteivorsitzender und als Kanzlerkandidat in Koalitionsverhandlungen mit der FDP gehen¹², die seit 1956 in der Opposition gewesen war und ihm, den sie eigentlich ablösen wollte, nun aufgrund ihres erfolgreichen Abschneidens mit gestärktem Selbstbewußtsein gegenübertrat. Der fast siebenwöchige Marathon der Regierungsbildung endete mit einem mühsam ausgehandelten Koalitionsvertrag, in dem die Zusage des Bundeskanzlers enthalten war, vor Ablauf der Legislaturperiode zurückzutreten.

Mit Adenauers Kanzlerschaft auf Abruf war auch das Problem verknüpft, wie es mit der Partei weitergehen solle. Kaum eine Vorstandssitzung verging, in der nicht die innere Verfassung der Partei zur Sprache kam. Schon in der zweiten Sitzung, die erst nach Abschluß der langwierigen Verhandlungen mit der FDP einberufen wurde, versuchte der Bundesvorstand, die Weichen für die kommenden Jahre zu stellen. Einhellig war die Meinung, daß sich die Nachkriegszeit ihrem Ende zuneige. Man war sich auch darüber im klaren, daß man auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren mußte, wollte man die dominierende Position im Parteispektrum und in der Wählerschaft erhalten, zumal es der SPD mehr und mehr gelang, durch ihren mit dem Godesberger Programm eingeleiteten Kurswechsel das Image des „Bürgerschrecks“¹³ abzulegen und sich zur Volkspartei zu entwickeln.¹⁴ Die Intellektuellen und die meinungsführenden Medien, die zunächst ebenso wie die Opposition die außen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der Union bekämpft hatten, vollzogen den Kurswechsel nach, ohne daß sich dies im Meinungsklima positiv für die Union niedergeschlagen hätte. Darauf bezog sich Adenauers Klage, daß „die ganze Kolonne gegen uns marschiert ..., namentlich auch in der Publizistik“.¹⁵ Der Prozeß „einer geradezu penetranten Anpassung der Sozialdemokratie“¹⁶ machte es der Union schwer, sich als die bessere Alternative zu profilieren, wie sie es bis 1961 in den Wahlentscheidungen erfolgreich vermocht hatte. Insbesondere war es der SPD gelungen, ihr Verhältnis zu den Kirchen wesentlich zu verbessern, was mit dazu beitrug, die bislang festgefügteten Wählerbastionen der Union in den konfessionellen Milieus ins Wanken zu bringen. Verstärkt wurde dieser Trend durch die zunehmende Entkonfessionalisierung der Gesellschaft. „Jene traditionellen und weltanschaulichen Bindungen, die in früheren Jahren das Wahlergebnis und die Wahlentscheidung beeinflußt haben, bestehen heute nicht mehr“, stellte Dufhues in einem Ausblick auf die Bundestagswahl 1965 nüchtern fest.¹⁷ Unter anderem wirkte sich auch aus, daß der Vatikan seine bisher eindeutige Position gegenüber der Sowjetunion abgeschwächt hatte. Adenauer traf zweifellos den Nerv der Union

12 Nr. 1 S. 52.

13 So Josef Hermann Dufhues Nr. 18 S. 824.

14 Vgl. Nr. 7 S. 332 f.

15 Nr. 10 S. 472.

16 So Dufhues Nr. 18 S. 824.

17 Nr. 18 S. 824.

mit seiner Bemerkung: „Wenn der Heilige Geist so weit von Rom weggehen sollte, ..., dann wirkt sich das naturgemäß auch bei uns aus“.¹⁸

Kein Wunder also, daß die Sorge um die Zukunft der Partei wie ein roter Faden die Vorstandsberatungen durchzog. Adenauer hatte schon frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt. Seine Hinweise auf den zunehmenden Materialismus und den Werteverfall in der Gesellschaft waren freilich in der Erfolgsphase der Partei auf wenig Resonanz gestoßen. Nach der Bundestagswahl 1961 aber, die der Union nachlassende Zugkraft signalisierte, stimmte der gesamte Vorstand darin überein, daß sich die Partei auf diese Veränderungen programmatisch einzustellen habe. Damit verstärkte sich auch die Diskussion um eine organisatorische Erneuerung der Partei. Noch immer war die CDU eher Wähler- denn Mitgliederpartei. Das konnte sich verhängnisvoll auswirken, sollte einmal die Attraktivität der politischen „Zugpferde“ nachlassen. Solange die Union Wahlen gewann, drängte diese Frage nicht; sie erlangte Bedeutung, als sich Rückschläge abzeichneten. Adenauer hatte den Zenit seines Ansehens überschritten, Erhard war zwar populär, aber in der Partei nicht unumstritten. Die auflebende Reformdiskussion nahm nun eine Richtung, die Adenauer kaum gefallen konnte. Der Bundesvorstand verfuhr zweigleisig: Er beschloß zunächst eine Reform der Parteispitze. Das war von Dufhues schon 1956 angemahnt und auch 1959 bereits von den Landesvorsitzenden beraten worden.¹⁹ Die „Gärung“ im Parteivolk²⁰ verlangte nach einem Ventil und nach neuer Weichenstellung.

Außerdem gab der Vorstand mit Blick auf den Bundesparteitag von 1962 am 11. Dezember 1961 eine Untersuchung über „das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU“ in Auftrag. Die Aufgabe übernahm das Mitglied des Bundesvorstands, Rainer Barzel. Adenauer selbst, den die Sorge umtrieb, ob die Union aufgrund der Veränderungen seit 1945 „auch in der Zukunft die führende Partei“ bleiben werde²¹, hatte die Studie angeregt. Er beklagte die zunehmende „Materialisierung des gesamten Denkens“ und stellte mit Schrecken fest, daß die Jugend „immer mehr dem Christentum und dem christlichen Gedankengut entfremdet“ werde.²² Insofern reiche das Wort „christlich“ allein für die Orientierung nicht mehr aus.²³ Seine Überzeugung, die Entwicklung der Gesellschaft tendiere zum Säkularismus, wurde durch die Wahlanalyse erhärtet, die Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske in der Sitzung vom 10. Mai 1962 zur Diskussion stellte.²⁴

Barzel deutete bei Vorstellung seiner als „Versuch“ bezeichneten „Fleißarbeit“ – sechs Wochen nach ihrer Abfassung – im Vorstand an, daß in der CDU erhebliche

18 Nr. 9 S. 409.

19 Vgl. Nr. 3 a S. 124; Nr. 3 b S. 145.

20 So Franz Meyers Nr. 3 b S. 146.

21 Nr. 5 S. 244.

22 Nr. 5 S. 254.

23 Nr. 5 S. 264.

24 Nr. 5 S. 258–264.

Meinungsverschiedenheiten nicht nur über den gesellschaftlichen Wandel, sondern auch über politisch relevante Fragen bestünden.²⁵ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Presse bereits außerordentlich kritisch zu seiner Ausarbeitung Stellung genommen.²⁶

Auch im Vorstand fand sie keine einhellige Zustimmung. Für Adenauer war sie – bei aller Wertschätzung – im Duktus zu „kirchlich“. Dieser Kritik schlossen sich auch andere Diskussionsteilnehmer an. „Unter Gottes Gebot“ wollte Adenauer seine Politik nun nicht stellen.²⁷ Auch hatte er Zweifel, ob die starke Betonung des christlichen Fundaments in Zukunft einen ebenso großen Eindruck auf die Wähler machen würde, wie dies in der Nachkriegszeit der Fall gewesen war.²⁸ Vor allem die „sogenannten Liberalen“ könnten dadurch abgehalten werden, die Union zu wählen. Man sollte in Barzels Ausarbeitung also keinesfalls den Versuch sehen, „eine Art Grundsatzprogramm zu entwerfen“²⁹. Erhard, darauf bedacht, der Sache etwas Gutes abzugewinnen, sah hingegen durchaus die Möglichkeit „gewisser politisch-programmatischer Ableitungen“ für ein Parteiprogramm³⁰, mußte sich aber von Adenauer die Korrektur gefallen lassen, davon solle jetzt keine Rede sein. Nüchtern betrachtet, bedeutete die Diskussion im Vorstand ein Begräbnis erster Klasse für Barzels Studie, auch wenn ihm der Dortmunder Parteitag noch die Möglichkeit einräumte, seine Überlegungen vorzustellen. Die Auseinandersetzung um das „C“ begleitete gleichwohl die Partei bei allen weiteren programmatischen Überlegungen. Adenauers Schlußfolgerung, daß „das Wort ‚christlich‘ noch weiter mit Substanz zu füllen“ sei³¹, blieb auf der Tagesordnung.

Zu den Versuchen, den veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, gehörten vor allem großangelegte Kongresse, insbesondere im Bereich der Kulturpolitik. Der erste Kulturkongreß der CDU hatte am 28.–30. November 1960 in Gelsenkirchen stattgefunden und große Beachtung erfahren. Weil es hier einen „gewissen Nachholbedarf“ für die Union gebe³², sollte eine solche Veranstaltung alle zwei Jahre stattfinden. Als Heck bei der Planung für 1962 vorschlug, neben der Berufsbildung auch das Thema „Leibeserziehung, Sport und Spiel“ zu behandeln, reagierte Adenauer verständnislos: „Das ist doch keine Kultur!“ Sinn und Zweck eines Kulturkongresses für die Union sah er darin, „in die intellektuellen und geistig gehobenen Schichten ... einzudringen; denn wir gelten doch in diesen Kreisen – lassen Sie mich das ganz offen sagen – als eine Banausenpartei“³³. Ein Sportforum erschien ihm dafür absolut unangemessen. Heck,

25 Nr. 5 S. 239–244; vgl. auch Nr. 3 b S. 155 f.

26 Vgl. dazu Nr. 5 S. 224 Anm. 32, S. 228 Anm. 34, S. 241 Anm. 54.

27 Nr. 5 S. 250.

28 Nr. 8 S. 365.

29 So Gerhard Stoltenberg Nr. 5 S. 255.

30 Nr. 5 S. 256.

31 Nr. 5 S. 264.

32 So Bruno Heck Nr. 5 S. 265.

33 Nr. 5 S. 266.

der auf seinem Programmentwurf bestand und auf die große öffentliche Resonanz sportlicher Ereignisse verwies, wurde mit beißender Ironie gefragt: „Wollen Sie auf dem Kulturkongreß einen Boxkampf veranstalten?“³⁴ und erhielt den Auftrag, die Sache noch einmal zu überdenken.

Zwei unterschiedliche Vorstellungen über die Parteiaktivitäten trafen in dieser für die Lage der Partei symptomatischen Diskussion aufeinander. Die Strategie, mit einem breiten Themenspektrum und groß angelegten Veranstaltungen möglichst viele gesellschaftspolitische Felder zu bestellen und dort Kompetenz zu zeigen, war dem alten Fuhrmann weniger entscheidend als der Dialog mit jenen Kräften, deren Bedeutung für die politische Meinungsbildung und für zukünftige Wahlentscheidungen außerordentlich hoch einzuschätzen war. Es ging Adenauer dabei letztlich um geistig-moralische Führung. Die Pflege dieser Schicht, deren Affinität zu SPD-Positionen ihm zunehmend Sorge bereitete³⁵, lag ihm deshalb besonders am Herzen; sie als „Pinscher“ zu qualifizieren, wie Erhard es in der Wahlauseinandersetzung 1965 tat, mit negativer Langzeitwirkung für das Bild der Union, wäre ihm bei aller Wahlkampf Härte nicht in den Sinn gekommen. Daß er mit seiner Meinung nicht durchdrang, verleitete ihn zu der resignierenden Feststellung: „Ich liege immer falsch in den Augen und Ohren meiner Zuhörer mit dem, was ich sage“.³⁶

Immerhin führten die Überlegungen zur Bildung einer Kommission, die Vorschläge zur engeren Verzahnung von Partei und Fraktion sowie zur besseren Koordinierung der Arbeit in Bund und Ländern erarbeiten sollte, um die Schlagkraft in der politischen Auseinandersetzung zu erhöhen. Auch die Vereinigungen, die sich in den 50er Jahren formiert hatten, sollten besser in die Parteiarbeit eingebunden werden.

Die Diskussion um inhaltliche und organisatorische Reformen in der Partei hatte damit begonnen. In der Sitzung vom 7. Februar 1962 legte sich der Engere Vorstand auf einen Geschäftsführenden Vorsitzenden fest, von dem eine „feste, klare und mutige Führung“ erwartet wurde. Er sollte nach Adenauers Meinung „möglichst große“ Vollmachten erhalten.³⁷ In zwei Verhandlungsrunden berieten die Landesvorsitzenden in den folgenden Wochen über die Neugestaltung der Parteispitze. In der fünften Sitzung des Bundesvorstands vom 10. Mai 1962 stand ihr Bericht zur Diskussion.³⁸ Es wurde beschlossen, die Position des Geschäftsführenden Vorsitzenden im Statut zu verankern und ein Präsidium zu bilden, das aus dem Bundesvorsitzenden, dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und vier weiteren Mitgliedern, also insgesamt sieben Personen, bestehen sollte. Der Engere Vorstand sollte mit der Bildung des Präsidiums entfallen. Diese Vorschläge verabschiedete der Parteitag

34 Nr. 5 S. 267.

35 Nr. 6 S. 272.

36 Nr. 5 S. 267.

37 Nr. 3 b S. 144.

38 Nr. 5 S. 206–217.

am 5. Juni 1962 mit der Neufassung des § 25 der Satzung. Klarheit bestand unter den Delegierten darüber, daß für den Fall eines Verzichts des Bundeskanzlers auf den Parteivorsitz ein Geschäftsführender Vorsitzender nicht mehr benötigt würde, sondern neben dem Vorsitzenden nur noch ein erster und zweiter Stellvertreter statt des Geschäftsführenden Vorsitzenden und seines Stellvertreters zu wählen sei.

Der Dortmunder Parteitag erkor Adenauer erneut zum Vorsitzenden, doch zeigte das Ergebnis von 84,82 %, daß seine Autorität gelitten hatte. Zum Geschäftsführenden Vorsitzenden wurde Hermann Josef Dufhues bestellt, der 90,83 % der Delegiertenstimmen auf sich vereinen konnte. Noch mehr Stimmen erhielt sein Stellvertreter, Kai-Uwe von Hassel, mit 93,63 %. Zu weiteren Mitgliedern wurden Theodor Blank, Eugen Gerstenmaier, Heinrich Krone und Ludwig Erhard gewählt, der so erstmals eine Funktion in der Partei übernahm.

Damit waren die Hauptaspekte der angestrebten Reform miteinander verknüpft: Die Parteiarbeit konnte effizienter werden bei gleichzeitiger Sicherung des konfessionellen Proporz; die Vorbereitung auf die Zeit nach dem Führungswechsel war gewährleistet, und Erhard wurde als potentieller Nachfolger in die Parteistruktur eingebunden. Die Neukonstruktion beendete eine Phase häufiger Umorganisationen der Parteiführung. Schon 1956 hatte Dufhues auf dem Parteitag in Stuttgart auf eine Reform der Bundes-CDU gedrängt und 1960 eine „kompetente, mit Autorität ausgestattete, bewegliche und schnell verfügbare Führungsspitze“ gefordert.³⁹ Zwölf Jahre hatte es seit der Gründung der Bundespartei 1950 gedauert, bis eine Form gefunden wurde, die im wesentlichen – mit der Position des Generalsekretärs (eingeführt 1967 statt des Geschäftsführenden Vorsitzenden) – bis heute Bestand hat.

Dabei fiel Dufhues eine entscheidende Rolle zu. Er sollte in seiner Funktion „wirkliche Führungsaufgaben wahrnehmen“⁴⁰ und mehr sein als nur ein Generalsekretär. Dufhues galt als unabhängiger Kopf – durch seine berufliche Tätigkeit als Notar und Rechtsanwalt war er auf ein politisches Amt nicht angewiesen –, und er hatte sich als hervorragender Organisator, geschickter Verhandlungsführer und scharfer Debattenredner hervorgetan. Er wollte nicht nur der getreue Eckart des Vorsitzenden sein, und dieser wiederum war nicht gewillt, sich aufs parteipolitische Altenteil abschieben zu lassen. In der Folge entwickelte sich aus dieser Konstellation ein Konkurrenzverhältnis, das einer einheitlichen Linie der Partei und ihrer Führung nicht eben zuträglich war. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1962 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Dufhues, als dieser diskret das Problem der Kanzlernachfolge ansprach und es in einen engen Zusammenhang mit der Parteireform stellte. Auch als Dufhues ohne Absprache mit dem Vorsitzenden, der in Cadenabbia weilte, für den 27. September 1962 eine Präsidiumssitzung anberaumte, wurde er zurückgepiffen.⁴¹ Adenauer ließ sich also das Heft nicht aus der Hand

39 Zit. nach KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 200.

40 Bruno Heck, zit. nach KOERFER S. 656.

41 Vgl. KOERFER S. 669–672.

nehmen und verbat sich eine schleichende Entmachtung in seinem Amt, obwohl er anfangs durchaus dafür war, den neuen Geschäftsführenden Vorsitzenden mit großen Kompetenzen auszustatten.

Wer also größere Effektivität in der Führungsspitze erwartete, wurde enttäuscht. Während Adenauer auf eine möglichst nahtlose Übereinstimmung von Regierungs- und Parteilinie Wert legte, hielt Dufhues eine politische Verselbständigung der Partei gegenüber Regierung und Bundestagsfraktion sowie eine stärkere Präsenz und Verankerung in der Gesellschaft für unabdingbar. Nach seinen Vorstellungen sollte die Partei unabhängiger von Regierungserwägungen, Koalitionsrücksichten und Zielsetzungen der Bundestagsfraktion werden. Beharrlich arbeitete er daran, die Parteiorganisation auf unterer und mittlerer Ebene zu festigen und die Bundesgeschäftsstelle auszubauen.⁴² Auch die Vermehrung der Ausschüsse, Beiräte und Vereinigungen und die ausdrückliche Ansprache unterschiedlicher Gruppen mit Kongressen diente dem Ziel, die politische Handlungsfähigkeit der Partei zu stärken.⁴³

Die Aufgabe, der Partei mehr Effizienz und Durchschlagskraft zu verleihen, war mühselig. Spektakuläre Erfolge waren Dufhues während der vier Jahre als Geschäftsführender Vorsitzender deshalb auch nicht beschieden. Immerhin konnte er von 1963 bis 1965 eine Steigerung der Mitgliederzahl um 30.000 auf 285.000 verbuchen. Auch gelang ihm der personelle Ausbau der Parteizentrale und die Einbindung von jungen Wissenschaftlern zur Beratung der Parteispitze.

Die Qualifizierung des Parteiapparats und die Differenzierung der Parteistruktur hatten allerdings Nebenwirkungen: Das Eigengewicht der verbreiterten Funktionärs-ebene wuchs und mit ihm der Wunsch nach Partizipation im politischen Geschäft. Der zunehmende Pluralismus von regionalen, konfessionellen und verbandsmäßigen Interessen innerhalb der Partei hatte zur Folge, daß sich verstärkt Wünsche und politische Erwartungen artikulierten, die die Abstimmungsprozesse in der Partei schwieriger und langwieriger gestalteten. Zu dieser innerparteilichen Entwicklung kam ein steigender Einfluß von Interessenverbänden auf politische Entscheidungen, ein größerer Lobbyismus. Das führte dazu, daß in immer stärkerem Maße Partikularinteressen Berücksichtigung verlangten. Ein zügiges und klares Regierungshandeln wurde dadurch erschwert, und auch für die Partei wurde es zunehmend schwieriger, zu einer einheitlichen Linie zu finden und Geschlossenheit zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund kam es auf dem 12. Bundesparteitag, der vom 14. bis 17. März 1964 in Hannover stattfand, erstmals in der Geschichte der CDU bei der Besetzung der Führungsriege zu einer Kampfkandidatur gegen den Vorschlag des Vorstands. Gegen den Arbeits- und Sozialminister Blank, der mit seinem „Sozialpaket“ unter schwerem politischen Beschuß stand, schickte die CDA, unterstützt von der

42 Vgl. Nr. 7 S. 328 f.

43 Vgl. dazu SCHÖNBOHM; Dorothee BUCHHAAS: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 68). Düsseldorf 1981.

Jungen Union, ihren Kandidaten Hans Katzer ins Rennen. Beide Parteigliederungen begründeten seine Nominierung mit seiner intensiven Parteiarbeit und seiner stärkeren Verankerung in der CDA. Weil eine Abwahl Blanks als Kritik an seiner umstrittenen Sozialpolitik interpretiert werden konnte, hielt der Vorstand an seinem Vorschlag fest. Obwohl sich dann Blank mit 266 Stimmen gegen Katzer mit 124 Stimmen schließlich durchsetzte, signalisierte das Ergebnis, daß Parteiarbeit für eine starke Minderheit mehr zählte als Leistungen und Verdienste eines Regierungsmitglieds.⁴⁴

Nach dem Parteitag wählte der Bundesparteiausschuß in seiner Sitzung am 26. Mai 1964 15 weitere Mitglieder in den Bundesvorstand. Für den letzten Platz ergab sich Stimmengleichheit von je 59 Voten für Claus-Joachim von Heydebreck aus Schleswig-Holstein und Helmut Kohl aus Rheinland-Pfalz, der schon auf dem Parteitag kandidiert, aber nicht das nötige Quorum erreicht hatte. Daß beide nachrücken konnten, lag an dem plötzlichen Tod von Luise Rehling am 29. Mai, die mit der dritthöchsten Stimmenzahl in den Vorstand gewählt worden war.⁴⁵ Kohl meldete sich in der Sitzung vom 27. November 1964 als „Newcomer in diesem Kreise“, wie er sich selbst am 9. Februar 1965 bezeichnete⁴⁶, direkt nach Adenauer und Erhard zu Wort. Adenauer hatte eingangs bemerkt, es sei eine „allgemeine Mohrenwäsche“ vorzunehmen⁴⁷; Erhard hatte in seinem Bericht zur Lage – entgegen den Tatsachen – sein gutes Einvernehmen nach allen Seiten herausgestellt⁴⁸ und an die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei appelliert⁴⁹, was mit anhaltendem Beifall quittiert worden war. Ein Treffen von hochrangigen CDU- und CSU-Politikern am 19. Mai 1964 in seinem Haus am Tegernsee, das zur Klärung der außenpolitischen Linie der Union dienen sollte, erwähnte er nicht.⁵⁰ Es war ja auch ohne Wirkung geblieben.

Von Erhards Harmoniebeschwörung ließ Kohl sich nicht beeindrucken, sondern gab der kritischen Stimmung im Parteivolk Ausdruck. Kohl verlangte eine intensive inhaltliche Diskussion, um den Eindruck der Führungs- und Konzeptionslosigkeit der Partei zu beenden, wie er vor allem durch die Kontroverse zwischen Atlantikern und Gaullisten in der Öffentlichkeit entstanden war. Dabei sparte er nicht mit scharfen Angriffen gegen Adenauer und Erhard. Dem einen warf er mangelnde Solidarität mit seinem Amtsnachfolger vor⁵¹, dem anderen mangelnde Führungsautorität.⁵² Er setzte sich damit an die Spitze der Kritiker in der Partei und provozierte in der Führung eine heftige und hitzige Auseinandersetzung über die sachlichen Differenzen, die durch eine „zugkräftige, überzeugende Sprachregelung“ nach außen, die der saarländische

44 Vgl. SCHÖNBOHM S. 61 f.

45 Nr. 16 S. 706.

46 Nr. 18 S. 870 f.

47 Nr. 17 S. 737.

48 Nr. 17 S. 750.

49 Nr. 17 S. 751.

50 Vgl. HENTSCHEL S. 489 f.

51 Nr. 17 S. 760 f.

52 Nr. 17 S. 761.

Ministerpräsident Franz Josef Röder verlangte⁵³, nicht zu überbrücken waren. Die Frage, ob denn der Bundesvorstand „im echten Sinn ein Führungsvorstand“ sei, tauchte auf.⁵⁴

Auch bei der Sitzung vom 28. März 1965, bei der es um die inhaltliche Vorbereitung des nächsten Parteitags ging, kamen die Differenzen zwischen Adenauer und Erhard und ihren jeweiligen Gefolgsleuten zum Ausbruch. Die Auseinandersetzung um die Außen- und Europapolitik hatte in der Union nach dem Treffen Adenauers mit dem französischen Staatspräsidenten Ende Juli 1960 eingesetzt. De Gaulle hatte dabei zum Ausdruck gebracht, daß er weniger an eine supranationale Kooperation der EWG-Länder dachte als vielmehr an eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten durch regelmäßige Treffen der Regierungschefs. Dies war in der CDU/CSU-Fraktion mit Entrüstung aufgenommen worden. Zu diesem Zeitpunkt konnte Adenauer die Unruhe unter seinen Parteifreunden noch dämpfen. Als de Gaulle jedoch am 14. Januar 1963, wenige Tage vor dem Abschluß des „Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ am 22. Januar 1963, des „Herzstücks und Endpunkts der Europapolitik des ersten Bundeskanzlers“⁵⁵, den britischen Beitragwunsch zur EWG brüsk zurückwies und den europäischen Einigungsprozeß vorerst auf Eis legte, brach der Streit in der Partei offen aus. Die Auseinandersetzung zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“ führte die Union an den Rand einer ersten Krise. Die „Atlantiker“ befürworteten eine atlantische Gemeinschaft mit den USA und der NATO, während die „Gaullisten“ für ein engeres Zusammengehen mit Frankreich und ein Europa plädierten, das zwar eng mit den USA verbunden, aber doch relativ unabhängig sein sollte.

Der Streit wurde auf allen Ebenen ausgefochten: in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Bundesvorstand, in dem bis dahin außenpolitische Fragen nie kontrovers diskutiert worden waren, und in zahllosen öffentlichen Stellungnahmen. Dabei ging es nicht nur um eine Option zwischen Frankreich und den angelsächsischen Mächten, die vor allem im Verhältnis zu den USA unter sicherheitspolitischen Aspekten gesehen wurde. Es entstand ein kaum zu entwirrendes Geflecht divergierender Auffassungen in entscheidenden Fragen: Probleme der Außenpolitik im Zeichen der Entspannung, unterschiedliche Einschätzungen französischer bzw. amerikanischer Zuverlässigkeit und Europa-Vorstellungen verquickten sich mit Problemen der Wirtschafts- und Handelspolitik und mit der Suche nach nationaler Identität. Nicht zuletzt handelte es sich um einen innerparteilichen Machtkampf um den Kurs und die künftige Führung in der Union.

Erhard, der ungeliebte Nachfolger, und vor allem Außenminister Schröder und Verteidigungsminister von Hassel waren Protagonisten der einen, Adenauer, Dufhues

⁵³ Nr. 17 S. 776.

⁵⁴ Nr. 17 S. 769; Nr. 19 S. 895.

⁵⁵ Vgl. dazu Rudolf MORSEY: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg-Grundriß der Geschichte 19). 3. Aufl. München 1995 S. 68.

und Franz Josef Strauß sowie Bruno Heck, Paul Lücke und Eugen Gerstenmaier⁵⁶ der anderen Richtung.

Gewiß war die deutsch-französische Aussöhnung wie die enge Kooperation beider Länder ein Herzensanliegen Adenauers. Unkritisch gegenüber de Gaulle war er deshalb keineswegs. Am 22. September 1960 hatte er im Bundesvorstand besorgt geäußert: „Frankreich ist seit einigen Monaten in der ganzen Politik ein sehr unberechenbarer Faktor geworden“.⁵⁷ Und am 7. März 1962 meinte er, „das Verhalten Frankreichs gegenüber den anderen Westmächten einfach nicht mehr verstehen“ zu können.⁵⁸ Doch bei allem zwischenzeitlich geäußerten Unverständnis hatte die besondere Pflege des deutsch-französischen Verhältnisses für ihn höchsten Stellenwert – auch nach seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt.

Seine Sicht der Dinge war weiterhin klar konturiert. Trotz aller Entspannungstendenzen ging er von einer anhaltenden sowjetischen Bedrohung aus und forderte Stetigkeit in der Politik. Seine Hauptsorge blieb, Deutschland könne in die Isolation geraten, wenn Frankreich sich der Sowjetunion nähere. „Wenn ich tot bin, dann ist mir das andere egal ... Ich habe zu sorgen für unseren Hals, den deutschen Hals“.⁵⁹ Erhard zeigte sich über den Verlauf der Debatte „einigermaßen entsetzt“.⁶⁰ Seine Sicht war eine andere. Den „erstarrten Gegensatz zwischen Ost und West“ gebe es nicht mehr, was Adenauer zwar nicht bestritt, aber in seiner Einschätzung nicht wankend machte, daß die Lage nach wie vor gefährlich sei.

Angesichts der andauernden Kontroversen ließ Adenauer es offen, ob er auf dem bevorstehenden Parteitag reden werde. Eindringlich hatte Dufhues im Vorstand zur Einigkeit vor der anstehenden Bundestagswahl aufgefordert: „Jedes Wort, was nachteilig ist, muß unterbleiben“.⁶¹ Selbstverständlich konnte es einen Parteitag ohne Grundsatzrede des Parteivorsitzenden nicht geben. Seine Ausführungen vor den Delegierten blieben aber moderat. Es sei Erhard am 4./5. Juli 1965 gelungen, „die Wolken, die sich damals (er bezog sich auf die Situation im Frühjahr) erhoben hatten zwischen unseren beiden Völkern, zu beseitigen. Aber, meine Freunde, auf diesen guten Anfang, auf diesen ausgezeichneten Anfang sind nicht die entsprechenden Taten gefolgt.“⁶² Ohne Sticheleien ging es also nicht ab, und auch der Außenminister bekam das zu spüren: „Einige Politiker können nämlich vieles von dem verderben, was bei den Völkern aus sich heraus gewachsen ist.“⁶³ Jeder wußte, wen er meinte, auch wenn er Gerhard Schröder namentlich nicht erwähnte. Die Replik Erhards ließ nicht auf sich warten. Verklausuliert verteidigte er seine und des Außenministers Politik und sprach

⁵⁶ Vgl. GERSTENMAIER S. 515.

⁵⁷ Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 813.

⁵⁸ Nr. 4 S. 166.

⁵⁹ Nr. 19 S. 900.

⁶⁰ Nr. 19 S. 897.

⁶¹ Nr. 19 S. 880.

⁶² Vgl. CDU, 13. Bundesparteitag S. 25.

⁶³ EBD. S. 27.

die Hoffnung aus, es werde sich alles zum Guten wenden.⁶⁴ Von der Rhetorik Erhards nur überdeckt, schwelten die Differenzen jedoch weiter. Erst dem Nachfolger Erhards im Kanzleramt, Kurt Georg Kiesinger, gelang es, das Optionsdilemma zwischen den USA und Frankreich, in das die Bundesregierung und die CDU nach 1963 geraten waren, zu entschärfen.⁶⁵

Die Forderung Kohls, bei einer gemeinsamen Sitzung von Bundes- und Fraktionsvorstand mit den Kontrahenten – in erster Linie Schröder, Gerstenmaier, Strauß und Karl Theodor Frhr. von und zu Guttenberg – eine außenpolitische Debatte zu führen, um die Kontroversen auszuräumen, und danach gegen jeden, der „noch aus der Reihe tanzt, ein Exempel zu statuieren“⁶⁶, wurde von Adenauer mit dem Argument abgeblockt, über die „ernstesten außenpolitischen Fragen“ könne man in einem so großen Kreis wegen der zu erwartenden Indiskretionen nicht diskutieren. In diesem Punkt, dem auch Gerhard Stoltenberg beipflichtete⁶⁷, war er sich mit Erhard einig⁶⁸. Kohl gab dennoch nicht auf und forderte in der nächsten Sitzung erneut mehr Zeit zur Diskussion inhaltlicher Fragen, ohne allerdings das große und damit doch recht schwerfällige Gremium dazu bewegen zu können, seine Informations- und Integrationsfunktion für die Gesamtpartei in Richtung von Willensbildung und Entscheidungsfindung zu ändern.

Auch in innenpolitischen Fragen gab es heftige Auseinandersetzungen, die meist von der schwierigen, für großzügige Zugeständnisse kaum mehr Raum lassenden Haushaltslage diktiert wurden. Die Finanzen gerieten zunehmend unter den Druck wachsender Ausgaben für die Bundeswehr, für Berlin, für Verkehr und neue Aufgaben, wie etwa die Entwicklungshilfe. Der „Verteilungsstaat“ stieß an erste Grenzen. Schon in der ersten Sitzung wurde die Frage behandelt, wie der Ausgleich des Bundeshaushalts zu bewerkstelligen sei. Dahinter verbarg sich das stets latente Problem des Bund-Länder-Verhältnisses im Hinblick auf eine angemessene Verteilung des Steueraufkommens. Es ging in dieser Frage aber nicht allein um Haushaltspolitik, sondern auch um die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im Bereich der Kulturpolitik. Der Engere Vorstand befaßte sich in diesem Zusammenhang am 7. Februar 1962 mit der als unabweisbar angesehenen Finanzreform, am 7. März 1962 kam es darüber im Gesamtvorstand zu einer kontroversen und teilweise hitzigen Debatte. Ausgangspunkte waren der noch unausgeglichene Haushalt für 1962 und die absehbare negative Entwicklung für das Haushaltsjahr 1963 sowie der Vorschlag von Hessen, wonach der Bund 3 % mehr an der Einkommen- und Körperschaftssteuer als bisher erhalten sollte. Dieses Entgegenkommen eines SPD-geführten Landes hätte zwar die Finanzprobleme des Bundes für 1962 gelöst, aber – so wurde befürchtet –

64 EBD. S. 35.

65 Dazu Günter BUCHSTAB: Zwischen „Zauber und Donner“. In: LOTH/PICHT S. 95–107.

66 Nr. 17 S. 804.

67 Nr. 16 S. 728.

68 Nr. 16 S. 718 f.

durch die auf zwei Jahre angelegte Regelung die CDU-geführte Bundesregierung aufgrund der zu erwartenden weiteren Herausforderungen für das Jahr 1963 vor noch größere Probleme gestellt. Der Vorstoß Hessens wurde also als Mogelpackung und als „Beitrag zur psychologischen Wahlkampf Vorbereitung der Sozialdemokraten“ eingestuft.⁶⁹

Im Streit darüber, wie in dieser Frage zu verfahren sei, gerieten Adenauer und die anwesenden Ministerpräsidenten Kiesinger und Peter Altmeier heftig aneinander. Für den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden stand der Aspekt des Schadens oder Nutzens für die Partei im Vordergrund. Er drängte auf eine einheitliche Linie der Union vor der bevorstehenden Bundestagsdebatte: „Lassen wir doch jetzt einmal politisch reden“ und hielt seinen Kontrahenten entgegen: „Wir müssen eine Parteimeinung haben und nicht ein Dutzend“⁷⁰. Außerordentlich ärgerte ihn zudem, daß von den sechs CDU-Ministerpräsidenten nur zwei anwesend waren, was er angesichts bevorstehender Landtagswahlen „ungeheuerlich“⁷¹ und „bezeichnend für das Interesse an unserer Partei“ fand. „Ich bin darüber geradezu erschüttert“⁷² – übrigens glänzte auch Erhard durch Abwesenheit.

Kiesinger und Altmeier sahen sich vor die unlösbare Alternative gestellt, Parteidisziplin zu üben und den vom Vorsitzenden als Parteimeinung definierten Vorstellungen zu folgen oder die Loyalität in der Front der Länder gegenüber dem Bund zu wahren und ihrer Verantwortung gegenüber ihren Landesparlamenten Rechnung zu tragen. Man einigte sich schließlich darauf, die Bundestagsfraktion zu bitten, keinen eigenen Beschluß zu fassen, sondern in kleinem Kreise weiterzuverhandeln.

Das gespannte Verhältnis zwischen Bund und Ländern besserte sich erst, als nach langwierigen Verhandlungen im November 1963 eine umfassende Finanzreform verabschiedet werden konnte. Die Vereinbarung sah vor, daß der Bund ab 1964 39 %, d. h. ein Prozent mehr als bisher von der Einkommen- und Körperschaftssteuer erhalten sollte. Auch ein Bund-Länder-Abkommen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, das im Juni 1964 zustande kam, regelte einen weiteren Streitpunkt dadurch, daß der weitere Ausbau der Hochschulen nun gemeinsam finanziert wurde.

Ein weiterer Konfliktherd ergab sich mit den Gesetzgebungsplänen des Sozialpakets. Im Koalitionsabkommen 1961 war eine Krankenversicherungsreform festgehalten worden, die in der dritten Legislaturperiode nicht zum Abschluß gekommen war.⁷³ Die Bundesregierung wollte „den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Krankenversicherung vorlegen. Die Krankenversicherungsreform muß zu einer Stärkung der Selbstverantwortung führen. Der Reformentwurf wird für die Fragen der

69 Nr. 4 S. 194.

70 Nr. 4 S. 196.

71 Nr. 4 S. 179.

72 Nr. 4 S. 191.

73 Zum folgenden vgl. auch Ursula REUCHER: Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung 1956–1965. Diss. Köln 1998.

Kostenbeteiligung ... neue Vorstellungen enthalten. Im Rahmen des Reformwerkes sind die Mängel des geltenden Lohnfortzahlungsgesetzes zu beseitigen“⁷⁴. Diese Vereinbarung, ein Junktim zwischen Krankenversicherungsreform und Lohnfortzahlung, stieß sofort auf den Widerstand der Arbeitnehmervertreter der CDU, deren Wortführer Hans Katzer war. Waren schon in der dritten Legislaturperiode die divergierenden Interessen innerhalb der Union, aber auch der Verbände und der SPD-Opposition, aufeinandergeprallt, so erschwerten jetzt zusätzlich die abweichenden Vorstellungen des Koalitionspartners FDP eine Konsensfindung.

Der Bundesarbeitsminister sah sich vor eine fast unlösbare Aufgabe gestellt. Zunächst versuchte er, einen Ausgleich innerhalb der Union zu finden, was schon problematisch genug war. Noch schwieriger gestaltete sich die Abstimmung mit der FDP. Schien im Frühjahr 1962 eine Einigung über das strittige Thema der Lohnfortzahlung erreicht, so wurde die Höhe der Selbstbeteiligung bei der Krankenversicherung zum Streitpunkt. Auch die Kindergeldfinanzierung, die von der Wirtschaft auf den Bund verlagert werden sollte, um der FDP entgegenzukommen, bildete ein Konfliktfeld. Der Familienminister forderte nachdrückliche Leistungsverbesserungen beim Kindergeld, aber dem Bundesfinanzminister fehlten die Mittel. Die Kompromißlösung des sogenannten Sozialpakets wurde durch das Bundeskabinett am 31. Oktober 1962 verabschiedet⁷⁵, als die FDP-Minister wegen der „Spiegel-Affäre“ und einer parteiinternen Sitzung nicht anwesend waren. Da aber auch der Bundesrat dem Sozialpaket, wenn auch mit einer Reihe von Änderungsanträgen, grundsätzlich zustimmte, war zwar die erste parlamentarische Hürde genommen, aber die FDP betrachtete durch den Rückzug ihrer Minister aus dem Kabinett die Koalitionsvereinbarung von 1961 für nichtig. Damit stand man wieder am Anfang.

Im Bundestag verlangte nicht nur die SPD einschneidende Veränderungen des Gesetzespakets, auch die FDP brachte massive Einwände vor. Hinzu kam – nachdem nun nicht mehr in kleinen Gremien und hinter verschlossenen Türen beraten wurde – die Kritik der Verbände und öffentlicher Protest. All das führte zu Verunsicherungen bei der Union, insbesondere bei den Sozialausschüssen, die nun gegen einen sozialpolitischen Richtungswechsel im Sinne von mehr Eigenbeteiligung, wie er im Sozialpaket Blanks angelegt war, mit zunehmender Härte opponierten. Strittig blieben vor allem die Höhe der Versicherungspflichtgrenze (CDU/CSU DM 850,-; FDP DM 750,-) und die Form der Selbstbeteiligung. Auch der Mittelstandskreis der CDU brachte mit dem Ziel, die Wirtschaft zu entlasten, eigene Vorstellungen zur Lohnfortzahlung ein. Bei derartigen Differenzen innerhalb der Union sah die FDP keinerlei Veranlassung zu weiterem Kompromißverhalten.

Erst Ende September 1963 konnte sich die CDU/CSU-Fraktion auf eine einheitliche Linie einigen.⁷⁶ Infolge des Kanzlerwechsels geriet das Sozialpaket allerdings

⁷⁴ Zit. nach REUCHER S. 192.

⁷⁵ Vgl. Nr. 11 S. 516 Anm. 36.

⁷⁶ Dazu REUCHER S. 227.

wieder in das Räderwerk von Koalitionsvereinbarungen. Im Prinzip war es damit gescheitert. Erst jetzt befaßte sich der CDU-Bundesvorstand ausführlich mit den Gesetzesvorhaben, wobei bereits der Eindruck aufkam, daß „wir die Zeche auf der ganzen Linie bezahlen müssen, wenn das Sozialpaket wegen wechselnder Mehrheiten nicht mit unserem Koalitionspartner durchgezogen werden kann“.⁷⁷ Anderer Meinung war Erhard, der immer noch hoffte, mit gutem Willen und der „Herstellung personaler Beziehungen“ zwischen den Beteiligten eine Lösung finden zu können.⁷⁸

Blank versuchte mit Warnungen vor einer Gefälligkeitsdemokratie zu retten, was nicht mehr zu retten war.⁷⁹ In den Verhandlungen kam er den Freien Demokraten im Januar/Februar 1964 so weit entgegen, daß ein Aufschrei durch die Reihen der Union ging. Eine Mehrheit in der eigenen Partei war nicht mehr zu finden. Die Sozialausschüsse legten dem Minister sogar den Rücktritt nahe.⁸⁰ Die unterschiedlichen Standpunkte prallten in der Vorstandssitzung vom 25. Februar 1964 hart und unversöhnlich aufeinander. Nach den Beratungen⁸¹ blieb nur noch die Einigung auf die Regelung der Kindergeldfrage übrig, womit das Sozialpaket in Einzelgesetze zerfiel.

Zwar beschloß der CDU-Parteitag in Hannover, das Junktim von Krankenversicherungsreform und Lohnfortzahlung beizubehalten. Schon bald ging es aber nur noch darum, wie das Lohnfortzahlungsgesetz verabschiedet werden könne. Auch wenn die CDU/CSU bis zum Frühjahr 1965 noch an die Möglichkeit einer Teilreform glaubte, die FDP spielte nicht mit. Wegen des Vermögensbildungsgesetzes versprach schließlich Erhard der FDP und den Arbeitgeberverbänden, auf das Lohnfortzahlungsgesetz zu verzichten.⁸² Damit war das Sozialpaket endgültig begraben.

Die „Spiegel-Affäre“ beschäftigte den Bundesvorstand in zwei kurz aufeinanderfolgenden Sitzungen am 22. November und 3. Dezember 1962. In Reaktion auf einen Artikel des „Spiegel“-Redakteurs Conrad Ahlers („Bedingt abwehrbereit“) hatte die Bundesanwaltschaft die Verhaftung des Herausgebers und mehrerer Redaktionsmitglieder sowie die Durchsuchung der Redaktionsräume am 26./27. Oktober 1962 veranlaßt. Die Koalition geriet unter Dauerbeschuß der Medien, die in den Maßnahmen der Bundesregierung und Bundesanwaltschaft einen Angriff auf die Pressefreiheit sahen. Am 19. November zog die FDP ihre Minister aus dem Kabinett zurück. Während Adenauer von einer „Vertrauenskrise“⁸³ sprach, sah Lücke das Volk gar am Rande einer Staatskrise⁸⁴, und Dufhues war in ernster Sorge um die Grundlagen der Demokratie⁸⁵, der Stabilität in Europa, aber auch der Partei⁸⁶.

77 Nr. 12 S. 541.

78 Nr. 12 S. 532.

79 Nr. 13 S. 592 f.

80 Nr. 14 S. 651.

81 Nr. 14 S. 649.

82 Vgl. REUCHER S. 241.

83 Nr. 8 S. 359.

84 Nr. 8 S. 366.

85 Nr. 7 S. 299–301.

86 Nr. 8 S. 356.

Der Versuch Adenauers, die Affäre mit dem Hinweis auf die anhaltende sowjetische Bedrohung und die insgesamt besorgniserregende Weltlage (Verschärfung der Berlin-Krise und Eskalation der Kuba-Krise) in den Hintergrund zu drängen, verfiel ebensowenig wie seine Kritik an der mangelnden Verteidigungsbereitschaft der Europäer, die zwar „mit der Nase ganz dicht dran“ seien, aber so täten, „als wenn sie so sicher wären wie in Abrahams Schoß“⁸⁷. Die Vorstandsmitglieder verlangten, eingehend informiert zu werden und äußerten heftige Vorwürfe gegen die mangelhafte Informationspolitik der Regierung. Brentano verweigerte sogar seine Mitwirkung an einer Resolution, solange die Details nicht im einzelnen bekannt seien.⁸⁸

An den Rückzug der FDP-Minister knüpften sich Überlegungen zu einer anderen Koalitionsbildung und zur Änderung des Wahlrechts. Ausführlich berichteten Lücke und Guttenberg über ihre Sondierungen bei Herbert Wehner, dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden.⁸⁹ Die Meinungen über diese „Fragen von ungewöhnlicher Bedeutung für unsere Partei und für unser Land“, wie Adenauer ausführte⁹⁰, waren geteilt. Blank, der die FDP als „unzuverlässigen“ und „lästigen Partner“ keineswegs schätzte⁹¹, sprach sich trotzdem energisch gegen ein Mehrheitswahlrecht aus, weil es nur der SPD nützen würde. Auch andere waren dagegen, ja sogar „konsterniert“ über die Sondierungen mit der SPD und die Änderungspläne zum Wahlrecht. Gerstenmaier, der „Chefideologe der Partei“⁹², fragte sogar in diesem Zusammenhang ganz grundsätzlich nach dem Gehalt des „sozialen Rechtsstaats“, da „das Risiko einer Koalition mit der SPD schwerer kalkulierbar (sei) als das einer Koalition mit der FDP“ und Richtung wie inhaltliche Orientierung der Union davon nachhaltig beeinflußt würden.⁹³ Trotz seiner Einwände konnte der Vorstand nur noch grünes Licht zu einer Verhandlungsführung nach beiden Seiten geben, wie sie im kleinen Kreis am 27. November 1962 und auch in der Bundestagsfraktion nach erregten Diskussionen beschlossen worden war.⁹⁴

Die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD und die Einführung eines anderen Wahlrechts spielten in der Sitzung vom 14. März 1963 noch einmal eine Rolle. Da aber am 13. Dezember 1962 die Umbildung der Bundesregierung mit der FDP abgeschlossen worden war, hatte sich der Wind gedreht. Zwar war Adenauer nach wie vor der Überzeugung, ein Mehrheitswahlrecht würde „die CDU davor bewahrt haben, in Splitterparteien auseinanderzufallen“, meinte aber gleichzeitig, „daß eine

87 Nr. 7 S. 320.

88 Nr. 7 S. 323.

89 Vgl. Nr. 8 S. 366–376; Ulrich WIRZ: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition (Oberfränkische Köpfe 4). Diss. Grub am Forst 1997 S. 197–237.

90 Nr. 8 S. 357.

91 Nr. 8 S. 378.

92 Nr. 5 S. 229.

93 Nr. 8 S. 390 f.

94 Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 274 f.

große Koalition CDU/CSU–SPD für unsere Partei ein Verderben wäre und daß wir diesen Weg niemals einschlagen dürfen“.⁹⁵ So hatte er sich Wochen zuvor nicht ausgelassen.

Bei den Verhandlungen um die Regierungsumbildung hatte er – wohl unter dem Druck der Verhältnisse – erklärt, daß er beabsichtige, nach den Parlamentsferien 1963 als Bundeskanzler zurückzutreten.⁹⁶ Die besten Aussichten, ihn zu beerben, hatte nach wie vor Ludwig Erhard, obwohl Adenauer ihn mit allen Mitteln aus diesem Amt fernzuhalten suchte. Erhard galt als zugkräftige Wahllokomotive für die CDU und als Garant für die Fortsetzung der Koalition mit der FDP, und so waren die Chancen, seine Kanzlerschaft zu verhindern, nach den Turbulenzen um einen Koalitionswechsel äußerst gering. Am 22./23. April 1963 fiel in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU die Entscheidung zugunsten Erhards.⁹⁷

Der Bundesvorstand wurde offiziell am 26. April von der Nominierung Erhards unterrichtet. Adenauer konnte nicht umhin, sich über die Schnelligkeit des Prozesses überrascht zu zeigen. Er verhehlte nicht, daß er „anderer Anschauung war“. Immerhin sicherte er aber seinem potentiellen Nachfolger zu, daß er ihm „mit ganzer Kraft zur Verfügung stehe mit meinen Kenntnissen und Erfahrungen“ und gab der Erwartung Ausdruck – gewissermaßen als sein politisches Testament –, daß die „Stetigkeit der deutschen Politik“ auch unter Erhard gewahrt werde, bevor er zu seinem eigentlichen Thema, den Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1965, kam.⁹⁸ Obwohl anwesend, nutzte Erhard erstaunlicherweise die Gelegenheit nicht, dem Vorstand seine Vorstellungen dazu zu vermitteln.

Den Kampf um das Kanzleramt hatte Adenauer verloren, aber Erhard errang einen Pyrrhussieg. Einer uneingeschränkten Unterstützung durch den Parteivorsitzenden und durch die Partei, zu der er keinen engeren Kontakt suchte und in der er auch keinen breiten Rückhalt fand, konnte er sich nicht sicher sein. Gewiß wäre es für ihn schwierig gewesen, Adenauer in der Führung der CDU abzulösen und Kanzlerschaft und Parteivorsitz in Personalunion zu vereinen. Die Partei aber überspielen zu wollen und als „Volkskanzler“ nur auf die Zustimmung der Bevölkerung zu setzen, war ein schwerer taktischer Fehler in der Parteiendemokratie der Bundesrepublik. Die Konsequenz war, daß er ohne den Rückhalt in der Partei als Bundeskanzler nicht zur „Entfaltung“ kommen konnte.⁹⁹

Während der Kanzlerschaft Adenauers tagte der Bundesvorstand in der Regel im Palais Schaumburg, dem Amtssitz des Bundeskanzlers. Die Parteizentrale in der Bonner Nassestraße, die er mied, hätte für das große Gremium auch keinen Platz

95 Nr. 9 S. 413.

96 Vgl. NZZ vom 8. Dezember 1962.

97 Vgl. dazu KOERFER S. 741–746.

98 Nr. 10 S. 442.

99 Vgl. Karl CARSTENS: *Erinnerungen und Erfahrungen*. Hg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoedel (Schriften des Bundesarchivs 44). Boppard 1993 S. 796.

geboten.¹⁰⁰ Die CDU war eben die Partei des Kanzlers, die Leitung ihres Vorstands fast eine Angelegenheit und Fortführung der Arbeit des Regierungschefs. Erhard setzte diese Tradition nicht fort; bis auf eine Ausnahme¹⁰¹ lud er nie ins Bundeskanzleramt ein. Dies lag sicher nicht allein daran, daß er nicht Parteivorsitzender war und somit den Tagungsort und auch die Tagesordnung der Sitzung bestimmen konnte – er versuchte auch gar nicht, darauf Einfluß zu nehmen. Den Vorstand als wichtiges Herrschaftsinstrument zu betrachten, mit dessen Hilfe er auf die Partei einwirken und ihren Kurs bestimmen konnte, kam ihm nicht in den Sinn.

Hatte Erhard schon immer unregelmäßig an den Bundesvorstandssitzungen teilgenommen, sah er sich zu einer prinzipiellen Änderung seiner Haltung auch nicht veranlaßt, als sich ihm nach dem Verzicht Adenauers auf eine Kanzlerschaft für die gesamte Legislaturperiode die Chance bot, durch permanente Präsenz das Parteigremium für sich einzunehmen und seine Mitglieder hinter sich zu scharen. Als „Volkskanzler“ suchte er mehr die Bürgernähe als die Verbundenheit mit der Partei. Auch nachdem er Kanzler geworden war, nutzte er die Plattform dieses Gremiums unzureichend, um seine mit dem Kanzleramt gewonnene Position in der Partei geltend zu machen. Die Teilnahme an den Sitzungen, die ja nach wie vor der Parteivorsitzende leitete, war ihm wohl eher eine lästige Pflichtübung. Die Sitzung am 25. Februar 1964 verließ er schon mittendrin, obwohl gerade die Diskussion um die Sozialreform seiner Regierung außerordentlich kontrovers verlief. An der letzten Vorstandssitzung, die ganz dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf gewidmet war, nahm er erst gar nicht teil, obwohl – wie Adenauer eingangs bemerkte – „die ganze parteipolitische Situation sehr schwierig“ war.¹⁰² EMNID sah zu diesem Zeitpunkt die Union noch immer vier Prozent hinter der SPD zurück.

Der Wechsel von Adenauer zu Erhard, den Dufhues als „tiefen Einschnitt“ bezeichnete¹⁰³, änderte am äußeren Ablauf der CDU-Vorstandssitzungen nur wenig. Allerdings gab nun Erhard – sofern er anwesend war – den einleitenden Bericht zur Lage ab. Adenauer ließ es sich aber nicht nehmen, die Ausführungen seines Nachfolgers zu ergänzen¹⁰⁴ oder gar eine Art Koreferat zu halten¹⁰⁵. Hintergrundinformationen erhielt der „Nebenzkanzler“¹⁰⁶ vornehmlich von den Bundesministern Heinrich Krone, Paul Lücke, Theodor Blank, Bruno Heck, vor allem aber von Horst Osterheld¹⁰⁷, dem Leiter des außenpolitischen Büros im Kanzleramt seit 1960. Vom regelmäßigen

100 Zur Bundesgeschäftsstelle vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 205 f., 259–261.

101 Am 27. November 1964.

102 Nr. 20 S. 906.

103 Nr. 11 S. 507.

104 Vgl. Nr. 13.

105 Vgl. Nr. 14.

106 HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 61; vgl. auch KÖHLER S. 1222 f.

107 Dr. Horst Osterheld (1919–1998), Jurist; seit 1951 im Auswärtigen Amt, 1960–1969 Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, 1969–1971 Botschafter in Chile, 1979–1984 Ministerialdirektor im Bundespräsidialamt.

Informationsfluß war er jedoch abgeschnitten und konnte als Nur-Parteivorsitzender auch entsprechend kaum mehr Einfluß auf das Regierungshandeln nehmen.

Adenauer hatte als Vorsitzender und Bundeskanzler seine Berichte zur Lage stets genutzt, die Entwicklung der letzten Wochen und Monate, seine Einschätzung dazu und die Leitlinien seiner Politik in klar strukturierter, holzschnittartiger Form darzulegen. Er erklärte nicht, daß etwas getan worden war, sondern warum. Er war ein Meister der Kunst der Vereinfachung und der einprägsamen Formulierung, bei aller Kenntnis unzähliger Fakten¹⁰⁸ und Details. Dies konnte bei vordergründiger Betrachtung den Eindruck erwecken, sein politisches Sichtfeld habe sich nicht nur, „was die Weltpolitik, sondern auch was deutsche Existenzprobleme anbelangte“, im hohen Alter zunehmend verengt.¹⁰⁹

Vorrangig waren in seinen Berichten stets Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die sowjetische Bedrohung, der Schutz der Bundesrepublik durch das atlantische Bündnis, sein innerer Zusammenhalt und die Aussöhnung und Freundschaft mit Frankreich. Und nicht zuletzt die Frage der Wiedervereinigung: Sie „darf nicht bei uns einschlummern, unter gar keinen Umständen, aber man sollte auch vor übertriebenen Hoffnungen warnen“.¹¹⁰ Nach seinem Ausscheiden als aktiver Gestalter der Politik verband er seine Beiträge immer häufiger mit dem Hinweis auf die jüngste deutsche Vergangenheit, die zur Klarheit und Stetigkeit in der Politik verpflichtete. Auch die Aussichten seiner Partei für die bevorstehenden Wahlen waren ein immer wiederkehrendes Thema, wobei er besonderen Wert auf das „soziale Gebiet“ legte, nicht nur, um der SPD das Wasser abzugraben, sondern aus innerer Überzeugung.¹¹¹ Wie seit 1950 blieben seine Ausführungen vor dem CDU-Vorstand darauf angelegt, die aus allen Landesverbänden angereisten Mitglieder auf eine einheitliche Linie einzuschwören und sie als Multiplikatoren für die Gesamtpartei einzusetzen.

Ganz anders Ludwig Erhard, der erstmals am 12. November 1963 einen Lagebericht abgab. Kein machtbewußter Parteipolitiker führte hier das Wort. Aufschlußreich für sein Verhältnis zur Macht war eine Rede vom 15. Januar 1962 in St. Gallen, bei der er äußerte: „Die Macht ist in meinen Augen immer öde, sie ist gefährlich, sie ist brutal, und sie ist im letzten Sinne sogar dumm“¹¹². Er war kein Parteiführer. Sein Talent zur Leitung großer Gremien, zur Lenkung und Strukturierung von Sitzungen war gering ausgeprägt.¹¹³ Er neigte vielmehr zu breiten, wenig pointierten Ausführungen, die klare Positionierungen, echte Alternativen und Entscheidungen – an denen man sich

108 „Ich habe absichtlich keine Einzelheiten vorgetragen“, Nr. 4 S. 177.

109 So Eugen Gerstenmaier, zit. nach KOERFER S. 437.

110 Nr. 20 S. 912.

111 Nr. 14 S. 638.

112 Nach KOERFER S. 619.

113 Bei der Kabinettsitzung am 23. Januar 1962 zeigte sich, wie chaotisch eine Sitzung unter dem Vorsitz des Vizekanzlers verlief, wenn die straffe Führung Adenauers fehlte, der wegen eines Herzinfarkts das Bett hüten mußte (KOERFER S. 620 f.)

hätte reiben können – vermissen ließen, so daß die Vorstandsmitglieder ohne eine eindeutige Standortbestimmung eher verwirrt und ratlos in ihre Regionen zurückkehrten. Seine außenpolitischen Ausführungen blieben unklar – sie täuschten Harmonie vor, wo handfeste Differenzen bestanden; sie überdeckten Kontroversen, die mit Händen zu greifen waren, und bewegten weder die Gemüter, noch regten sie die Phantasie an, noch lenkten sie die Parteiführer in eine einheitliche Richtung, sondern hinterließen oft nur diffuses Unbehagen. Kurz: Den Ausführungen Erhards fehlte die scharfe und klärende Konturierung, vor allem auch in der parteipolitischen Auseinandersetzung, die Adenauer mit seinen Berichten so erfolgreich praktiziert hatte.

Symptomatisch verlief die Sitzung am 25. Februar 1964. Nach Erhard, der in seinem Bericht zur Lage das Geschehen der letzten Wochen – wie stets ohne klare Pointierung – referiert hatte, stellte Adenauer in einem Koreferat den „Charakter unseres Parteivorstandes“ und seinen Einfluß auf die Regierung heraus, der „insbesondere bei wichtigen Situationen der Politik unterrichtet wurde und dann maßgeblich mitgesprochen hat“. Denn jede Regierung müsse „das innere Bedürfnis haben, ihre Verantwortung auf eine breite Grundlage zu legen“¹¹⁴ – eine subtile Kritik an der Art und Weise, wie Erhard seine Lageberichte anlegte. Schließlich ging er konkret auf die außenpolitische Situation ein – „der Herr Bundeskanzler Erhard nimmt mir das nicht übel“¹¹⁵ –, akzentuierte die von Erhard angesprochenen Themen und gab damit der folgenden Diskussion eine klare Struktur. „Ich bitte Sie, die Dinge möglichst einfach zu sehen“.¹¹⁶

Je näher die Bundestagswahl rückte, desto eindringlicher wurden die Appelle zur Einigkeit und Geschlossenheit der zerstrittenen „Staatspartei“.¹¹⁷ Kohl hielt von Einigkeitsproklamationen in der Öffentlichkeit herzlich wenig. Denn „je mehr wir das Thema ansprechen, um so weniger wird es uns geglaubt ... Wenn wir aber tatsächlich die Einigkeit vorleben, ist es viel besser“¹¹⁸. Er wußte, warum er dies sagte. Denn die Uneinigkeit über die Außenpolitik war auch durch Proklamationen der Einigkeit nicht zu überdecken. Ebenso wenig herrschte Einigkeit in den wesentlichen innenpolitischen Fragen. Das Scheitern des Sozialpakets war nur ein Indiz dafür. Auch über die Haushaltsprobleme, über die Fragen, wie mit dem Problem der Verjährung von NS-Verbrechen umgegangen oder wie den Studentenprotesten begegnet werden sollte, und nicht zuletzt über die Zukunftsaufgabe des Deutschen Gemeinschaftswerks wurde bis zur letzten Sitzung vor den Wahlen kontrovers diskutiert. Und dabei hatte der Vorsitzende schon im April 1963 seine Parteifreunde auf den Wahlkampf mit der Bemerkung eingestimmt, „daß wir, wenn wir im Jahre 1965 nicht wieder die Mehrheit bekommen, um die Entwicklung des deutschen Volkes werden fürchten

114 Nr. 14 S. 616 f.

115 Nr. 14 S. 621.

116 Nr. 14 S. 621.

117 Vgl. dazu HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 57–64.

118 Nr. 20 S. 934.

müssen“¹¹⁹. Noch Anfang Februar 1965 meinte er, die bevorstehende Bundestagswahl werde die schwerste sein, „die wir bisher gehabt haben“, und appellierte an den Kampfeswillen seiner Partei.¹²⁰ Die Chancen für einen Wahlsieg standen trotz der Rückschläge bei Landtags- und Kommunalwahlen im Verlauf der Legislaturperiode und trotz der innerparteilichen Querelen nicht schlecht. Die Demoskopie sah Anfang Juni die Union erstmals vor der SPD. Die „Testwahl“ im Saarland¹²¹ bescherte der Union einen Stimmenzuwachs von 6,1 auf 42,7 %; allerdings hatte auch die SPD beträchtlich zugelegt (von 30,0 auf 40,7 %).

* * *

Die Einrichtung der Edition folgt den für die bereits veröffentlichten Bände der CDU-Vorstandsprotokolle gegebenen Regeln¹²²; sie brauchen deshalb nicht im Detail wiederholt zu werden.

Wesentlich ist: In die Kopfregeisten sind in der Regel nur die Sprecher aufgenommen. In eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die zwar nicht selbst das Wort genommen haben, wohl aber als Anwesende erwähnt oder begrüßt worden sind.

Die Texte beruhen ausschließlich auf der im ACDP archivierten Protokollserie. Die Protokolle sind wörtlich und ungekürzt abgedruckt. Nur in einigen marginalen Fällen, wie z. B. bei unvollständigen Sätzen, sind Ergänzungen angebracht worden; diese sind in jedem Fall durch eckige Klammern ausgewiesen. Offenkundige Hör- und Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion dem heutigen Gebrauch entsprechend korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage“) eigens auf den Eingriff hin.

Die stenographischen Mitschriften entsprechen sicher nicht in allen Nuancen jedem tatsächlich gesprochenen Wort, was den Wert der Quelle aber in keiner Weise mindert.

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im wesentlichen auf den Angaben der biographischen Nachschlagewerke und Handbücher; ein Nachweis im Einzelfall ist nicht geführt. Wenn die Vita einer Person im ersten, zweiten oder dritten Band der Vorstandsprotokolle bereits ausführlich behandelt ist, werden im allgemeinen nur noch Mandate oder Funktionen erwähnt, die der Betreffende zum Zeitpunkt der vierten Legislaturperiode, die dieser Band umfaßt, innehatte; ansonsten ist auf die bereits vorliegenden Bände unter dem Kurztitel PROTOKOLLE 1, 2 bzw. 3 verwiesen.

Literaturangaben sind bewußt sparsam zitiert worden, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur recht schnell überholt ist. Auch ist nicht in jedem

119 Nr. 10 S. 444.

120 Nr. 18 S. 808.

121 Am 27. Juni 1965.

122 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIV–XXVII.

Einleitung

Einzelfall der Hinweis auf die Memoiren von Adenauer erfolgt, der bei deren Niederschrift die Vorstandsprotokolle intensiv benutzt hat. Gleiches gilt für die Bände der „Teegespräche“ Adenauers mit seinen, den Formulierungen in den Lageberichten der Vorstandssitzungen oft fast identischen Ausführungen, vornehmlich zur Außenpolitik.

Im Literaturverzeichnis schließlich finden sich nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang mit der vollständigen bibliographischen Angabe nachgewiesen sind.

* * *

Die Arbeit an dieser Edition konnte in den vergangenen Jahren keineswegs kontinuierlich, sondern gewissermaßen nur nebenher geleistet werden. Insofern bin ich den Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, insbesondere Frau Sabine Lecnek und vor allem Frau Ricarda Hoppenstedt für ihr anhaltendes Engagement bei den Vorarbeiten für die Kommentierung und die sachgerechte Aufarbeitung der Texte und Anmerkungen zu besonderem Dank verpflichtet. Frau Hoppenstedt besorgte zudem das Personenregister, Dr. Frank Müller erstellte das Sachregister. Zu danken habe ich auch den Leitern und Mitarbeitern zahlreicher Institutionen und Archive für die kollegiale Unterstützung. Dank gebührt ebenfalls Herrn Professor Dr. Hans-Otto Kleinmann für fachlichen Rat und nicht zuletzt Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich wieder der Mühe unterzogen hat, das umfängliche Manuskript kritisch durchzusehen.

Günter Buchstab

Übersicht über die Protokolle

Nr.	Datum	Seite
1	19. September 1961 Ergebnis der Bundestagswahl vom 17. September 1961; Koalitionsverhandlungen, Bundeskanzlerkandidat und Nachfolgefrage. Verschiedenes: Berlin-Frage.	1
2	11. Dezember 1961 Bericht über die Koalitionsverhandlungen. Bericht über die außenpolitische Lage. Fragen der Parteifinanzierung. Wahl von fünf Mitgliedern für den Fernsehrat der Anstalt „Zweites Deutsches Fernsehen“. Bundesparteitag 1962. Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Verschiedenes.	62
3 a	7. Februar 1962 (Sitzung des Engeren Bundesvorstands) Bericht zur politischen Lage. Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Landesparteien. Bundesparteitag. Geschäftsführender Vorsitzender. Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Finanzreform.	100
3 b	7. Februar 1962 Bericht über die Sitzung des Engeren Vorstandes. Aussprache über die vom Bundesgeschäftsführer vorgelegte Wahlanalyse. Behandlung der Zeitschrift „Stern“.	133
4	7. März 1962 Bericht zur Lage. Ausgleich des Bundeshaushalts.	163
5	10. Mai 1962 Bericht zur Lage. Bericht über die Beratungen der Landesvorsitzenden zur Vorbereitung der Wahl eines Geschäftsführenden Vorsitzenden. Bundesparteitag 1962. Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Wahlanalyse des Bundesgeschäftsführers. Kulturkongreß 1962.	200
6	2. Juni 1962 Ablauf des Bundesparteitages. Wahlen und Satzungsänderungen. Verschiedenes.	270
7	22. November 1962 Konstituierung des neugewählten Bundesvorstandes und Kooptierung von drei weiteren Mitgliedern nach § 25 des Statuts. Bericht zur politischen Lage: Landtagswahlen in Bayern, „Spiegel“-Affäre, Kuba-Krise. Bericht über die Arbeit der Partei. Bericht über die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Hessen. Bericht über die Situation in Berlin und den bevorstehenden Berliner Wahlkampf. Berufung einer Kommission zur Weiterberatung des Gutachtens von Rainer Barzel in Ausführung eines Beschlusses des Bundesparteitages 1962. Verschiedenes.	285

Übersicht über die Protokolle

Nr.	Datum	Seite
8	3. Dezember 1962 Koalition mit SPD oder FDP; Wahlrechtsänderung.	355
9	14. März 1963 Innen- und außenpolitische Lage. Situation der CDU. Verschiedenes.	402
10	26. April 1963 Die politische Lage nach der Nominierung Erhards zum Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler. Reform der CDU.	441
11	9. Juli 1963 Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Bericht über die innere Verfassung der Partei (Landesvorsitzendenkonferenz am 8. Juli 1963). Verschiedenes.	485
12	12. November 1963 Bericht zur politischen Lage (Erhard). Tätigkeitsbericht der Bundespartei. Verschiedenes.	524
13	17. Januar 1964 Bericht zur Lage (Erhard). Passierscheinabkommen. Bundesparteitag in Hannover vom 14. bis 17. März 1964. Gründung des Wirtschaftsrates der CDU. Verschiedenes.	557
14	25. Februar 1964 Bericht zur Lage (Erhard). Bundesparteitag in Hannover; Kandidaturen für den Bundesvorsitz. Gründung des Wirtschaftsrates der CDU e.V.	607
15	14. März 1964 Bundesparteitag 1964: Wahlen zum Präsidium und zum Bundesparteigericht. Rechenschaftsbericht der Kassenprüfer für 1962. Beitragsstaffel nach § 2 der Finanzordnung (Vorschlag der Finanzkommission).	677
16	4. Juni 1964 Kooptation zum Bundesvorstand. Vertretung der Frauen in der CDU. Bericht zur Lage (Adenauer). Verschiedenes. Benennung eines Vertreters der CDU im Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen.	703
17	27. November 1964 Bericht zur Lage (Erhard). Aussprache: Außenpolitische Differenzen; Kommunalwahlen im Herbst 1964; Bundestagswahlkampf 1965. Ort und Termin des Bundesparteitages 1965. Verschiedenes.	735
18	9. Februar 1965 Bericht zur Lage (Adenauer und Erhard). Bundestagswahlkampf 1965. Verjährungsfrist für NS-Verbrechen. Bundesparteitag 1965. Schule und Sport. Finanzielle Lage der Partei.	807
19	28. März 1965 Verlauf des Bundesparteitages 1965.	879
20	21. Juni 1965 Bundestagswahlkampf. Verschiedenes: Lage im Steinkohlenbergbau, Kulturpolitik, Deutsches Gemeinschaftswerk.	906

Übersicht zur Anwesenheit der Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstands

	19.09.1961	11.12.1961	07.02.1962 ¹	07.02.1996	07.03.1962	10.05.1962	02.06.1962	22.11.1962	03.12.1962	14.03.1963	26.04.1963	09.07.1963	12.11.1963	17.01.1964	25.02.1964	14.03.1964	04.06.1964	27.11.1964	09.02.1965	28.03.1965	21.06.1965
	1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Adenauer	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Adorno													×		×		×				×
Albers	×	×							×												
Altmeier	×			×	×					×											
Amrehn	×	×						×		×			×	×	×	×			×		×
Baier																			×		
Barzel		×		×	×	×		×	×		×		×	×		×		×		×	×
Bauer										×											
Bauknecht										×			×								
Benda							×														
Blank		×	×		×	×		×	×	×				×	×	×			×		
Blumenfeld	×	×			×	×	×	×		×		×						×			
Brauksiepe		×				×	×									×	×				×
von Brentano	×	×				×		×	×	×	×	×	×								
Bühler																					×
Burgbacher		×	×		×	×		×		×	×	×		×	×	×		×	×	×	×
Dichtel			×		×		×			×		×	×		×			×		×	
Dittmar	×					×									×	×			×		
Dollinger		×							×									×			
Dufhues	×	×	×	×		×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Erhard	×		×			×		×		×		×	×	×	×	×	×	×	×	×	
Etzel		×	×	×	×	×				×	×	×	×		×	×	×				×
Even, Bert		×	×					×								×					
Even, Johannes	×																				
Fay					×			×				×			×	×			×		×
Fricke	×			×		×		×	×	×	×			×		×				×	

¹ Sitzung des Engeren Bundesvorstands

Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstands

	19.09.1961	11.12.1961	07.02.1962 ¹	07.02.1996	07.03.1962	10.05.1962	02.06.1962	22.11.1962	03.12.1962	14.03.1963	26.04.1963	09.07.1963	12.11.1963	17.01.1964	25.02.1964	14.03.1964	04.06.1964	27.11.1964	09.02.1965	28.03.1965	21.06.1965
	1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Gerstenmaier	×	×			×	×	×		×		×					×			×		×
Glup																					×
Gradl	×	×	×	×		×		×			×				×	×	×		×	×	×
Grundmann														×				×			
Gurk		×			×		×		×	×		×		×		×	×	×		×	
von Guttenberg									×												
Häussler																			×		
von Hassel	×		×	×		×	×				×			×		×				×	×
Heck						×				×							×		×		×
Hellwig		×				×			×					×	×	×		×		×	
Höcherl	×	×																	×		
Jansen																		×			
Johnen		×	×	×							×										
Katzer						×		×	×	×		×		×	×	×	×	×			
Kiesinger	×				×	×							×								
Klepsch														×	×	×		×	×	×	×
Kohl																		×	×	×	×
Kopf	×																				
Kraske		×	×	×		×	×	×		×	×	×		×	×	×	×		×	×	×
Krone	×	×	×	×	×	×	×	×		×	×	×						×	×	×	×
Krüger				×		×					×										
Lautz								×													
Lemke								×	×		×							×		×	
Lemmer	×							×				×								×	
Löhr										×											
Lorenz						×															
Lücke	×			×			×		×	×				×	×	×	×	×		×	
Martin								×													
von Merkat	×	×		×		×															
Meyers		×	×	×			×		×				×		×	×			×	×	

Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstands

	19.09.1961	11.12.1961	07.02.1962 ¹	07.02.1966	07.03.1962	10.05.1962	02.06.1962	22.11.1962	03.12.1962	14.03.1963	26.04.1963	09.07.1963	12.11.1963	17.01.1964	25.02.1964	14.03.1964	04.06.1964	27.11.1964	09.02.1965	28.03.1965	21.06.1965
	1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Mikat																			x	x	x
Müllенbach						x		x													
Niederalt					x																
Noltenius				x												x					x
Oberländer		x																			
Osterloh								x													
Pferdmenges		x																			
Rasner																x					
Rathke																					x
Rehling			x								x					x					
Röder	x	x	x				x		x		x							x	x	x	
Russe																					x
Scheufelen	x					x	x	x	x	x	x	x	x		x		x	x		x	x
Schmidt	x				x	x	x			x		x	x		x	x	x		x	x	x
Schmitz																			x	x	
Schmücker			x	x					x	x								x	x		
Schröder			x				x				x			x		x	x		x		x
Schwarz								x											x		
Schwarzhaupt											x					x		x		x	
Seebohm												x			x	x					
Stecker																			x		x
Steinbiß																	x				
Stingl																		x	x	x	
Stoltenberg			x		x	x				x	x	x	x		x		x		x		
Strauß	x								x			x									
Struve									x												x
Süsterhenn	x	x		x		x	x	x			x	x		x						x	x
Varelmann												x									
Wacher									x												
Weber				x		x															

Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstands

	19.09.1961	11.12.1961	07.02.1962 ¹	07.02.1996	07.03.1962	10.05.1962	02.06.1962	22.11.1962	03.12.1962	14.03.1963	26.04.1963	09.07.1963	12.11.1963	17.01.1964	25.02.1964	14.03.1964	04.06.1964	27.11.1964	09.02.1965	28.03.1965	21.06.1965
	1	2	3a	3b	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
Wegmann																×					
Witten				×																	
Wuermeling	×			×		×			×												
Zimmer		×		×		×															

Zusammensetzung der Kabinette

Ressort	Kabinettsmitglied (14.11.1961 – 15.10.1963)	Partei	Kabinettsmitglied (16.10.1963 – 26.10.1965)	Partei
Bundeskanzler	Konrad Adenauer	CDU	Ludwig Erhard	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	Ludwig Erhard	CDU	Erich Mende	FDP
Bundesminister des Auswärtigen	Gerhard Schröder	CDU	Gerhard Schröder	CDU
Bundesminister des Innern	Hermann Höcherl	CSU	Hermann Höcherl	CSU
Bundesminister der Justiz	Wolfgang Stammberger (bis 11.12.1962)	FDP		
	Ewald Bucher (ab 14.12.1962)	FDP	Ewald Bucher (bis 27.3.1965)	FDP
			Karl Weber (ab 1.4.1965)	CDU
Bundesminister der Finanzen	Heinz Starke (bis 11.12.1962)	FDP		
	Rolf Dahlgrün (ab 14.12.1962)	FDP	Rolf Dahlgrün	FDP
Bundesminister für Wirtschaft	Ludwig Erhard	CDU	Kurt Schmücker	CDU
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Werner Schwarz	CDU	Werner Schwarz	CDU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	Theodor Blank	CDU	Theodor Blank	CDU
Bundesminister der Verteidigung	Franz Josef Strauß (bis 11.12.1962)	CSU		
	Kai-Uwe von Hassel (ab 9.1.1963)	CDU	Kai-Uwe von Hassel	CDU
Bundesminister für Verkehr	Hans-Christoph Seebohm	CDU	Hans-Christoph Seebohm	CDU
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	Richard Stücklen	CSU	Richard Stücklen	CSU
Bundesminister für Wohnungs- wesen, Städtebau und Raumordnung	Paul Lücke	CDU	Paul Lücke	CDU
Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegs- geschädigte	Wolfgang Mischnik	FDP	Hans Krüger (bis 7.2.1964)	CDU
			Ernst Lemmer (ab 19.2.1964)	CDU

Zusammensetzung der Kabinette

Ressort	Kabinettsmitglied (14.11.1961 – 15.10.1963)	Partei	Kabinettsmitglied (16.10.1963 – 26.10.1965)	Partei
Bundesminister für gesamt- deutsche Fragen	Ernst Lemmer (bis 11.12.1962) Rainer Barzel (ab 14.12.1962)	CDU CDU	Erich Mende (ab 17.10.1963)	FDP
Bundesminister für Angelegen- heiten des Bundesrates und der Länder	Hans-Joachim von Merkatz (bis 11.12.1962) Alois Niederalt (ab 14.12.1962)	CDU CSU	Alois Niederalt	CSU
Bundesminister für Atomkern- energie und Wasserwirtschaft ab 14.12.1962 unbenannt in: Bundesminister für wissen- schaftliche Forschung	Siegfried Balke (bis 11.12.1962) Hans Lenz (ab 14.12.1962)	CSU FDP	Hans Lenz	FDP
Bundesminister für Familien- und Jugendfragen	Franz-Josef Wuermeling (bis 11.12.1962) Bruno Heck (ab 14.12.1962)	CDU CDU	Bruno Heck	CDU
Bundesschatzminister	Hans Lenz (bis 11.12.1962) Werner Dollinger (ab 14.12.1962)	FDP CSU	Werner Dollinger	CSU
Bundesminister für wirtschaft- liche Zusammenarbeit	Walter Scheel	FDP	Walter Scheel	FDP
Bundesminister für Gesundheits- wesen	Elisabeth Schwarzhaupt	CDU	Elisabeth Schwarzhaupt	CDU
Bundesminister für besondere Aufgaben	Heinrich Krone	CDU	Heinrich Krone (bis 13.7.1964) Ludger Westrick (Ernennung: 16.6.1964)	CDU ptl./CDU
Bundesminister – Der Vorsitzende des Bundesverteidigungsrates			Heinrich Krone (ab 13.7.1964)	CDU

Bundespräsident	Heinrich Lübke <i>(13.9.1959 – 30.6.1969)</i>	CDU
Bundestagspräsident	Eugen Gerstenmaier <i>(16.11.1954 – 31.1.1969)</i>	CDU
Bundesratspräsident	Hans Ehard <i>(1.11.1961 – 31.10.1962)</i>	CSU
	Kurt Georg Kiesinger <i>(1.11.1962 – 31.10.1963)</i>	CDU
	Georg Diederichs <i>(1.11.1963 – 31.10.1964)</i>	SPD
	Georg-August Zinn <i>(1.11.1964 – 31.10.1965)</i>	SPD

1

Bonn, Dienstag 19. September 1961

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Amrehn, Blumenfeld, von Brentano, Dittmar, Dufhues, Erhard, (Johannes) Even, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Höcherl, Kiesinger, Kopf, Krone, Lemmer, Lücke, von Merkat, Röder, Scheufelen, Schmidt, Strauß, Süsterhenn, Wuermeling.

Ergebnis der Bundestagswahl vom 17. September 1961; Koalitionsverhandlungen, Bundeskanzlerkandidat und Nachfolgefrage. Verschiedenes: Berlin-Frage.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen, meine Herren! Es haben sich entschuldigt die Herren Dr. Seehoß¹, Etzel², Dr. Zimmer³ (Straßburg) und Frau Dr. Weber⁴ (Straßburg).

ERGEBNIS DER BUNDESTAGSWAHL VOM 17. SEPTEMBER 1961; KOALITIONS-
VERHANDLUNGEN, BUNDESKANZLERKANDIDAT UND NACHFOLGEFRAGE

Herzlich willkommen nach der schweren Arbeit, die wir alle hinter uns haben. Jeder von uns wird die Wahrnehmung im Wahlkampf über eine gute Arbeit und über eine weniger gute Arbeit gemacht haben. Ich möchte aber vorschlagen, daß wir uns heute nicht darüber unterhalten. Ich habe veranlaßt, daß sehr sorgfältig einmal alle offensichtlichen Unterlassungen zusammengestellt werden, damit man sich in einer späteren Sitzung über diese ganzen Fragen sehr offen aussprechen kann. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß wir noch manches nachzuholen haben. Es war immer

1 Dr. Hans-Christoph Seehoß (1903–1967), 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 598 Anm. 36.

2 Franz Etzel (1902–1970), 1949–1952 und 1957–1965 MdB (CDU), 1957–1961 Finanzminister, Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 42 Anm. 11. – Yorck DIETRICH: Franz Etzel als Finanzpolitiker. In HPM 2 (1995) S. 173–187.

3 Dr. Alois Zimmer (1896–1973), 1957–1965 MdB (CDU), 1951–1957 Innen- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 26.

4 Dr. Helene Weber (1881–1962), 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 7. – Elisabeth PREGARDIER/Anne MOHR: Ernte eines Lebens: Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin. Essen 1991.

meine Devise nach einer Wahl, schon an die nächste Wahl zu denken. Es ist wohl auch diesmal ohne weiteres klar, daß das für die Wahl 1965 gilt. Sie werden also noch diesen Bericht bekommen. Er ist gestern abend fertig geworden. Dieser Bericht muß sehr eifrig studiert werden.⁵

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich stehend sprechen. (*Der Bundeskanzler erhebt sich.*) Ich tue das lieber, weil man sich dann besser bewegen und besser verständlich machen kann. Ich möchte an die Spitze meiner Ausführungen stellen, daß die Sozialdemokratie darauf ausgegangen ist – sie hat auch geglaubt, das zu erreichen –, wenigstens in einer Koalition die führende Partei zu werden. Das ist ihr nicht gelungen. Es ist ein großer Erfolg für uns, daß ihr das nicht gelungen ist. Auf der anderen Seite dürfen wir aber die Augen nicht davor schließen, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokraten in den letzten drei Wahlen ständig gestiegen ist und daß daher unsere ganze Arbeit doch sehr intensiv auf das Tun und das Lassen der Sozialdemokraten gerichtet sein muß. Der Perfektionismus unseres Wahlrechtes hat es mit sich gebracht, daß die FDP keinen einzigen Direkt-Wahlkreis bekommen hat (*Röder*⁶: Den letzten haben wir ihnen abgenommen!) und ihr doch 66 Sitze zugefallen sind. Ich wiederhole, das ist der Perfektionismus unseres Wahlrechts. Wir müssen es nehmen, wie es ist.

Wenn ich nun an die Ergebnisse der CDU/CSU denke, muß ich zunächst dem Herrn Landesvorsitzenden der CSU ein Kompliment machen, daß die CSU aus dem Wahlkampf mit weniger Verlusten hervorgegangen ist als wir. Die CSU hat meines Wissens einen Sitz verloren. (*Strauß*⁷: Drei Sitze!) Also doch drei Sitze; dann war das Kompliment ein bißchen zu hoch. (*Heiterkeit.*) Wir haben mehr verloren. Wir hatten 1957 50,2 % der Stimmen, während wir jetzt 45,3 % erhalten haben. Die Gründe kann man noch nicht genau klarstellen, aber es haben sich doch gewisse Strömungen bei dieser Wahl gezeigt. Namentlich im nördlichen Teil der Bundesrepublik sind doch infolge der verbreiteten Meinung, daß die Vereinigten Staaten in Berlin versagt hätten, schon wieder nationalistische Empfindungen aufgetaucht. Diese nationalistischen Empfindungen kommen nicht unserer Partei, sondern anderen Parteien zugute. Die

5 Wahl zum Bundestag am 17. September 1961: Zweitstimmenergebnis CDU/CSU 45,3 % (1957: 50,2 %); CDU 35,8 % (39,7 %), CSU 9,6 % (10,5 %), SPD 36,2 % (31,8 %), FDP 12,8 % (7,7 %). Mandatsverteilung: CDU/CSU 242, SPD 190, FDP 67. Vgl. FISCHER 1 S. 15; Konrad KRASKE: Die Bundestagswahl 1961, Vorbereitung – Ergebnis – Folgerungen. Eine Analyse im Auftrag des Bundesvorstandes der CDU. Bonn 1962.

6 Dr. Franz Josef Röder (1909–1979), 1955–1979 MdL Saarland (CDU), 1957–1965 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1959–1979 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 985 Anm. 117; Erich VOLTMER: Franz Josef Röder. Ein Leben für die Saar. Dillingen 1979.

7 Franz Josef Strauß (1915–1988), 1949–1978 MdB (CSU), 1956–1962 Bundesminister für Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 120 Anm. 27; Winfried BECKER in ZEITGESCHICHTE 7 S. 227–244; Horst MÖLLER: Franz Josef Strauß. In: Lothar GALL (Hg.): Die großen Deutschen unserer Epoche. Berlin 1995 S. 535–553; Wolfram BICKERICH: Franz Josef Strauß. Die Biographie. Düsseldorf 1996.

Hoffnung, daß es gelingen würde, die DP-Stimmen wenigstens zum größten Teil für uns zu gewinnen, scheint sich auch nicht erfüllt zu haben. Das scheint wohl auch – ich drücke mich sehr vorsichtig aus in diesem Stadium – darauf zurückzuführen sein, daß in diesen Wahlkreisen der früheren DP die CDU keine Organisation aufgebaut hatte, und zwar aus Rücksicht auf die DP. Nun fiel die DP weg, und es war keine Organisation da. Wenn ich z. B. hier wiedergebe, was mir Herr von Eckardt⁸ gesagt hat, der in Cuxhaven aufgestellt war, so haben ihm 1.200 Stimmen gefehlt. Er ist unterlegen gegenüber dem Sozialdemokraten. Er sagte mir, er habe dort nichts an Organisation, aber auch gar nichts vorgefunden. Es sei ihm schließlich gelungen, ein einzelnes Zimmer nach hinten heraus irgendwo zu mieten und dann anzufangen, eine Organisation aufzubauen.

In diesem Wahlkreis Cuxhaven sind laut Herrn von Eckardt 16.000 frühere DP-Stimmen dieser neuen nationalistischen Partei zugefallen; sie sind aber verloren und verteilt worden, weil sie die 5%-Klausel nicht überschritten haben.⁹ Darauf werden wir achten müssen, wie das mit dem Nationalismus wird. Wir werden um so mehr darauf achten müssen, weil wir in der Außenpolitik – ich verrate Ihnen da nichts Neues – schweren Zeiten entgegengehen.

Es ist das Wort gefallen – ich mache es mir noch nicht zu eigen –, das ich Ihnen wiederholen möchte, daß jetzt die Liquidation des Krieges beginnen werde und daß Deutschland die Kosten zu tragen habe. Wie hoch die Kosten sind, können wir nicht sagen. Das werden wir noch sehen. Ich bin auch nicht der Auffassung, daß wir übertrieben pessimistisch sein sollen. Ich habe Herrn von Brentano¹⁰ gebeten, der gerade von Washington zurückgekommen ist, Ihnen nachher einen Vortrag über die Verhandlungen in Washington zu halten. Aber wenn nicht alles trügt, dann wird in den kommenden vier Jahren die Liquidation des vergangenen Krieges ein gutes Stück weitergetrieben werden. Daß wir dabei Haare lassen müssen, das versteht sich wohl von selbst. Das wird jeder begreifen. Ob und inwieweit das sich, was ich nicht hoffe, auf die Wirtschaft auswirken wird, müssen wir abwarten. Aber ich glaube, unsere Wirtschaft ist doch so stark und so gut, daß wir da wohl keine Befürchtungen zu haben brauchen.

8 Felix von Eckardt (1903–1979), 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1962–1965 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 207 Anm. 63.

9 Ergebnis im Wahlkreis Cuxhaven-Hadeln-Wesermünde (Erststimmen): SPD 37.725 (37,1 %), CDU 36.486 (35,9 %), FDP 8.010 (7,9 %), GDP 16.763 (16,5 %). Die GDP erzielte bundesweit nur 2,8 %.

10 Dr. Heinrich von Brentano (1904–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1955–1961 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 1 Anm. 4. – Brentano nahm am Treffen der vier westlichen Außenminister in Washington vom 14. bis 16. September 1961 teil (vgl. dazu Kommuniké vom 16. September 1961 in DzD IV/7,1 S. 453 f.; BARING S. 334–337; KOSTHORST S. 389–392), s.u. S. 53–57.

Alles in allem möchte ich Ihnen sagen, unsere vereinigten Parteien, die CDU und die CSU, haben nun zwölf Jahre lang die Politik in diesem Lande geführt, und zwar in zwölf schweren Jahren mit großem Erfolg. Ich meine, wir brauchen deswegen über den Ausgang der Wahl nicht besonders betrübt zu sein. Ich bin es nicht. Ich sage Ihnen sehr offen, daß ich es für einen großen Glücksfall gehalten hätte, wenn wir die Mehrheit im Bundestag wieder bekommen hätten. Man darf auch nicht vergessen, daß eine Mehrheitspartei in einem Parlament bei vielen Wählern schon eo ipso eine gewisse Abneigung erzeugt. Der Deutsche, wie er nun einmal ist, versteht nicht das System, das die Angelsachsen haben. Das kommt ihm auch mehr oder weniger unmoralisch vor. Daß er deswegen gegen eine Partei, die nun für sich alleine die Mehrheit hat, von vornherein eine gewisse Zurückhaltung empfindet, ist wohl klar. Und das äußert sich dann bei der Abstimmung und insbesondere bei der Zweitstimme.

Wenn wir uns das alles vorhalten und daran denken, daß die Sozialdemokratie seit 1949 sämtliche Wahlen verloren hat und daß sie jetzt damit gerechnet hat, die ausschlaggebende Partei im Bundestag zu werden, dann kann man erkennen, warum die Sozialdemokratie mit einem solchen Ansturm gekämpft hat. Es war ein Ansturm voller Lügen und voller Gemeinheiten. Das muß ich hier sehr nachdrücklich sagen. Da kann Herr Ollenhauer¹¹ zu seinen Störtrupps sagen, was er will. Ich habe es am eigenen Leibe erfahren, wie die Sozialdemokratie mit einer geradezu hemmungslosen politischen und menschlichen Art diesen Wahlkampf geführt hat, und zwar mit außerordentlich großen Geldmitteln. Unsere Herren nehmen an, daß sie ein Mehrfaches an Geld von dem gehabt haben, als uns zur Verfügung stand.

Wenn wir das alles bedenken, können wir sagen, daß wir nicht traurig zu sein brauchen. Wir haben die zwölf Jahre gekämpft und stehen jetzt wieder genau auf dem Stand des Jahres 1953, und zwar, wenn wir den Kreis Cochem dazurechnen¹², mit genau der gleichen Zahl von 243 Abgeordneten.

Etwas unerklärlich ist mir dieses Emporschwellen der Demokraten. Ich hoffe, daß wir einen etwas genaueren Einblick bekommen werden, wenn wir die ganzen Wahlanalysen genau studieren. Zweifellos hat aber die Abneigung gegen eine Mehrheitspartei auch bei Wählern, die im großen und ganzen unsere Politik billigen, mitgewirkt und daß sie somit ihre Zweitstimme den Demokraten gegeben haben.

Wir können uns nach diesem Wahlkampf zum erstenmal ein Bild davon machen, was der Rundfunk und was das Fernsehen bedeuten bei der öffentlichen Meinungsbildung. Wir können uns auch zum erstenmal ein Bild darüber machen, wie diese beiden Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung parteipolitisch geführt

11 Erich Ollenhauer (1901–1963), 1949–1963 MdB (SPD), 1952–1963 Partei- und Fraktionsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE I S. 110 Anm. 4.

12 Im Wahlkreis 151/Cochem fand am 1. Oktober 1961 eine Nachwahl statt, da der Kandidat der SPD, Fritz Klein, am 4. September verstorben war und die Frist zur Nominierung eines Nachfolgers bis zum regulären Wahltermin zu kurz war. Die CDU erhielt 60,3 % (gewählt wurde Paul Gibbert mit 60,7 % der Erststimmen), die SPD 19,9 % und die FDP 18,7 %.

worden sind, und zwar in der größten Weise. Ich kann Ihnen z. B. von mir sagen, daß ich vorige Woche in Köln gesprochen habe¹³, und danach hat der Berichterstatte der Westdeutschen Rundfunks telefoniert, ich hätte erklärt, die SPD sei gegen die Wiedervereinigung. Diese Meldung hat dann der Westdeutsche Rundfunk schon um 8 Uhr überallhin verbreitet, aber um 11 Uhr hat er dann widerrufen, daß ich es nicht gesagt hätte.

Ich sehe Herrn Dufhues¹⁴ vor mir sitzen und darf darauf hinweisen, daß ich mit ihm zusammen in der vorigen Woche verschiedene große Versammlungen hatte in Minden, in Herford, in Bielefeld und in Gütersloh.¹⁵ Meine Damen und Herren! Was darüber berichtet worden ist, das ist wirklich unglaublich. Es ist hier berichtet worden von dem hiesigen Korrespondenten der UPI.¹⁶ Aber er hat nachher selbst zugeben müssen, daß seine Gewährsmänner ihm die Unwahrheit gesagt hätten. Deshalb würde er widerrufen. Aber was macht man später mit einem Widerruf? Ich selbst habe ihn überhaupt nicht gesehen.

Das Tollste aber ist mit meinem Freund von Hassel¹⁷ beim Fernsehen passiert. Er sollte zehn Minuten lang sprechen. Aber nach ganz kurzer Zeit ist dann beim Abspielen durch Sabotage Ton und Bild getrennt worden, so daß schon nach wenigen Minuten die ganze Sendung gestoppt werden mußte. Dann hat das Fernsehen diese Sendung ohne Ankündigung gegen 10 Uhr abends (*Dufhues*: 21.35 Uhr. – *Lemmer*¹⁸: Ohne Voranmeldung?) gesendet, also zu einer Zeit, wo jeder am Fernsehen glaubte, die politischen Dinge habe er nun glücklich hinter sich. Nun geht die Sache weiter. Wir haben uns beschwerdeführend an das Fernsehen gewendet, und nach langen Verhandlungen sind dann fünf Minuten als Ersatz konzediert worden. Dagegen hatte die SPD beim Hamburger Verwaltungsgericht ein Verbot beantragt. Das Hamburger Verwaltungsgericht hat dieses Verbot ausgesprochen. Darauf erfolgte Beschwerde. Dann hat das Oberverwaltungsgericht dieses Verbot aufgehoben. Was war die Folge des Ganzen? Ich habe mit den Herren vom Fernsehen gekämpft. Ich sollte fünf Minuten lang sprechen. Diese haben mir gesagt, ich hätte 30 Sekunden mehr gebraucht. Sie erklärten, ich müsse das kürzen, sonst würde das in Hamburg mitten

13 Kundgebung in der Messehalle VIII in Köln am 13. September 1961 (TERMINKALENDER). Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 14. September 1961 „Kanzler in Köln. Turbulente Wahlkundgebung – Abrechnung mit SPD“.

14 Josef Hermann Dufhues (1908–1971), 1946–1947 und 1950–1971 MdL NW (CDU), 1958–1962 Innenminister NW, 1962–1966 Geschäftsführender Vorsitzender der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1185 Anm. 10.

15 Kundgebungen am 11. September 1961 in Minden, Herford und Bielefeld und Gütersloh (TERMINKALENDER).

16 UPI vom 11. September 1961 „Adenauer mit Tumulten empfangen“.

17 Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (CDU), 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 477 Anm. 14.

18 Ernst Lemmer (1898–1970), 1952–1970 MdB (CDU), 1957–1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1964–1965 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 6.

im Wort abgeschnitten. Ich habe ihnen gesagt: Schneiden Sie das doch ruhig ab, Sie haben schon so vieles gemacht, dann schneiden Sie auch das ab. – Ich habe mir nachher, weil sie sagten, sie könnten nichts dafür, dadurch geholfen, daß ich den größten Teil frei gesprochen habe. Dabei kann man sich ja kürzer fassen. Dann hat das Oberverwaltungsgericht in Hamburg das Verbot aufgehoben. Ich muß zu seinem Ruhm sagen, ich war fest davon überzeugt, das würde erst nach der Wahl geschehen. Und dann hat man seitens des Fernsehens an meine Ausführungen diese Minute noch angehängt.

Sie sehen daraus, wie wir behandelt worden sind. Der Herr Kollege Strauß hat am Samstag in Frankfurt auf dem Römerberg gesprochen. Es war ein Skandal ersten Ranges, der ihm da geboten wurde.¹⁹ Es war ein vollständiges Versagen der Polizei in Frankfurt, aber nicht des Beauftragten. (*Strauß*: Absichtlich!) Es war ein Versagen des Polizeipräsidenten, der das Einschreiten der Polizei gestoppt hat.

Wie groß der Einfluß des Rundfunks und des Fernsehens auf die öffentliche Meinung bei einem Wahlkampf ist, insbesondere wenn diese Instrumente parteipolitisch behandelt werden, das haben wir in diesem Wahlkampf erfahren.

Bittere Klage erhebe ich persönlich gegen die Presse. (*Strauß*: Sehr wahr und sehr richtig!) Ich meine nicht die kleine Presse. Die kleine Presse war gut; dagegen läßt sich nichts sagen. Aber die große Presse war geradezu einseitig angefüllt mit unwahren Nachrichten, und zwar in einem Maße, wie ich es in allen bisherigen Wahlkämpfen noch nicht erlebt habe.

Wenn wir das alles bedenken, was wir für Widerstände gehabt haben und daß weiter diese Aggression Chruschtschows²⁰ in Ost-Berlin uns kolossal geschadet hat, dann kann ich nochmals betonen, wir können allen Wählern, die für uns gestimmt und gearbeitet haben, sei es, wo es auch immer sei, herzlichen Dank dafür aussprechen, daß es zu diesem Wahlergebnis für uns gekommen ist.

Und nun, meine Damen und Herren, was machen wir mit der FDP? Eine Minderheitsregierung zu bilden – davon hat Herr Mende²¹ vor dem Wahlkampf gesprochen –, halte ich für eine sehr schlechte Sache. Denn dann hat man bei jedem Gesetzentwurf dieselbe Geschichte. Dann muß man verhandeln oder bezahlen auf irgendeine Weise. Also, das halte ich nicht für eine gute Sache. Deshalb sollte man versuchen, eine Koalition zu machen. In der FDP gibt es Elemente, die koalitionsfähig

19 Die Abschlußkundgebung von Franz Josef Strauß am 16. September 1961 wurde durch „Störtrupp“ massiv behindert. Die Polizei schritt erst nach einiger Zeit ein. Vgl. FAZ vom 18. September 1961 „Turbulente Abschlußkundgebung in Frankfurt“.

20 Anspielung auf den Bau der Mauer am 13. August. – Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; 1953–1964 Erster ZK-Sekretär und ab 1958 auch Ministerpräsident.

21 Dr. Erich Mende (1916–1998), 1949–1980 MdB (bis 1970 FDP, 1950–1953 Fraktionsgeschäftsführer, 1957–1963 Fraktionsvorsitzender, 1960–1967 Bundesvorsitzender, seit 1970 CDU), 1963–1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Stellvertreter des Bundeskanzlers. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 496 Anm. 5.

und koalitionswillig sind. Es gibt aber auch dort Elemente, die das nicht machen. Wir werden das sehen, wenn eine Koalition zustande kommt. Ich habe bisher noch mit niemandem von der FDP gesprochen oder irgendeine Fühlung aufgenommen, weder direkt noch indirekt. Ich möchte aber genauso sprechen, als wenn ich jetzt vor dem Mikrophon stünde: Das müssen wir abwarten.²² – Ich weiß aus einem Gespräch, das ich vor Monaten in Stuttgart geführt habe²³, daß die Demokraten in Baden-Württemberg unbedingt eine Koalition mit der CDU/CSU wollen. Ich kann mir aber denken, daß die FDP Nordrhein-Westfalen das nicht will. Inwieweit hier bei ihr ein negativer Wille besteht und er sich durchsetzen wird, das weiß ich nicht. Auch das muß man abwarten.

Lassen Sie mich jetzt ein Wort zu meiner Person sagen. Es ist die Rede davon, daß ich wieder Kanzler werden sollte. Ich spreche sehr offen und ungehemmt zu Ihnen. Ich würde es für einen schweren Fehler halten für unsere Partei, wenn ich jetzt nicht Kanzler würde. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich denke aber nicht daran, etwa vier Jahre lang dieses Amt weiter zu versehen. Selbst wenn ich es gesundheitlich könnte, würde ich es nicht tun, sondern mir schwebt vor – und schwebte überhaupt vor –, daß ich etwa in der Mitte dieser vier Jahre, wenn ich zum Kanzler gewählt werden sollte, zurücktreten würde, um einem anderen Platz zu machen, damit sich der neue Mann bis zu den Wahlen 1965 einarbeiten kann, was ja von besonderer Bedeutung wegen des Wahlkampfes im Jahre 1965 ist.

Also, meine Freunde, ich habe Ihnen das alles sehr offen gesagt. Ich möchte eins betonen, was mich wirklich mit großer Befriedigung in dem ganzen Wahlkampf erfüllt hat: Das ist die Gemeinsamkeit der beiden Konfessionen. Das hat sich hierbei sehr stark gezeigt. Es war also eine große Freude und ein großer Erfolg für unsere langjährige Zusammenarbeit. Ich würde nun bei der Betrachtung der Wahlanalyse nicht nur auf die Großstädte, sondern auf das gesamte Resultat sehen. Ich wähle hier Nordrhein-Westfalen, weil Nordrhein-Westfalen etwa 28 bis 30 % aller Wähler hat. Es ist also das wichtigste Land für unsere Wahlerfolge. Ich glaube nun, daß diejenigen unter uns, die gesagt haben: Wenn wir nicht einen bestimmten Prozentsatz der Arbeitnehmer auf unserer Seite haben, können wir keine Mehrheit bekommen, – recht behalten haben. Also, darauf werden wir auch achten müssen.

Wir müssen weiter achten auf die Landwirtschaft, die nach wie vor das große Reservoir für uns bedeutet. Diese Leute dürfen nicht verstimmt werden. Sie haben auch ein Recht auf unsere Aufmerksamkeit, weil sie bisher nicht haben Schritt halten können.

Das möchte ich Ihnen heute als meinen Eindruck sagen zwei Tage nach der Wahl. Ich würde nun vorschlagen, daß die Herren zu meiner Rechten und zu meiner Linken

22 Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. KOERFER S. 555–566; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 671–710.

23 Möglicherweise am 22. Juni 1961 im Anschluß an eine Frauenkundgebung (TERMINKALENDER).

etwas zur Wahl sagen. Zunächst darf ich Herrn von Hassel bitten, der außerordentlich viel herumgekommen ist als unser hauptsächlicher Wahlleiter. Anschließend darf ich dann Herrn Krone²⁴ bitten, von seinen Eindrücken zu sprechen.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Wir haben aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers gehört, daß wir uns heute nicht im einzelnen mit der Wahlanalyse beschäftigen wollen. Wir haben einen Auftrag gegeben, daß eine sehr genaue Strukturanalyse und politische Analyse, wobei auch alle organisatorischen Fragen berücksichtigt werden, fertiggestellt wird. Diese kann aber frühestens zu der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes etwa Anfang oder Mitte November vorliegen. Wir haben nun versucht, uns zunächst einen generellen Überblick zu verschaffen. Es ist außerordentlich interessant, aus diesem ersten Überblick einen Eindruck davon zu gewinnen, wie die Verschiebungen gewesen und in welcher Richtung sie eingetreten sind.

I. Wahlberechtigte

Bei der Bundestagswahl 1961 waren rund 37,5 Millionen Bundesbürger wahlberechtigt. Die Zahl der Neuwähler betrug am 17. September knapp 5 Millionen, darunter 3,7 Millionen Jungwähler. Gegenwärtig kann man noch nicht beurteilen, inwieweit dieser Strukturwandel der Wahlberechtigten sich auf die politische Kräfteverteilung ausgewirkt hat.

Wahljahr	Wahlberechtigte
1949	31,2 Mill.
1953	33,1 Mill.
1957	35,4 Mill.
1961	37,5 Mill.

II. Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung erreichte auch 1961 mit 87,5 % ungefähr die entsprechenden Werte der Bundestagswahl 1957. Die Wahlbeteiligungsziffern seit den Bundestagswahlen 1953 sind Rekord-Wahlbeteiligungswerte in der Geschichte deutscher Wahlen.

24 Dr. Heinrich Krone (1895–1989), 1949–1969 MdB (CDU), 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1961–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben bzw. für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 69 Anm. 39; Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.): Heinrich Krone. Tagebücher. Erster Band: 1945–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28). Düsseldorf 1995; Hans-Peter SCHWARZ: Heinrich Krone, 1895–1995. In HPM 3 (1996) S. 207–214.

Die Wahlberechtigten, die sich nur bei den Bundestagswahlen seit 1953 zur Stimmabgabe entschlossen haben, dürften in ihrer politischen Urteilsbildung sehr labil sein. Es ist zu vermuten, daß gegenüber den Landtagswahlen und den Bundestagswahlen 1949 die CDU/CSU von diesem Prozentsatz Wahlberechtigten seit 1953 überdurchschnittlich gewählt wurde. 1957 dürfte sich dieser Teil der Wahlberechtigten allerdings stärker für die CDU/CSU entschieden haben als 1961.

Wahljahr	Wahlbeteiligung
1949	75,5 %
1953	86,0 %
1957	87,8 %
1961	87,5 %
1957/60 (LTW)	75,1 %

Nach Bundesländern wurden die höchsten Wahlbeteiligungsziffern in Nordrhein-Westfalen und Hessen mit 88,5 % erreicht; das geringste Wahlinteresse bestand dagegen – wie bei den vorangegangenen Bundestagswahlen – in Baden-Württemberg (84,6 %).

III. Wählerzahlen und Stimmenanteile der CDU/CSU

Die CDU/CSU erreichte mit einem Stimmenanteil von 45,3 % ungefähr die gleichen Werte wie 1953. Sie blieb dagegen 4,9 % unter ihrem Stimmenanteil der Bundestagswahl 1957. Aus der Sicht der Wahlstatistik ist dieser Stimmenrückgang nicht überzubewerten. Abgesehen von der Bundestagswahl 1957 ist das Wahlergebnis der CDU bei der Bundestagswahl 1961 das günstigste Resultat, das eine deutsche Partei im Bundesgebiet bei den obersten Parlamentswahlen seit 1871 erreichte.

Wahljahr	Stimmenanteil CDU	Wählerzahlen CDU
1949	31,0 %	7,4 Mill.
1953	45,2 %	12,4 Mill.
1957	50,2 %	15,0 Mill.
1961	45,3 %	14,2 Mill.
1957/60 (LTW)	42,2 %	10,9 Mill.

Ihren höchsten Stimmenanteil errang die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1961 in Bayern mit 54,9 %, ihre geringste Resonanz fand sie dagegen in Bremen mit 27 %. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 mußte sie ihre stärksten prozentualen Stimmenverluste in Baden-Württemberg hinnehmen (7,5 %). Dagegen konnte sie in Niedersachsen fast ihre entsprechenden Werte der Bundestagswahl 1957 halten,

wobei sie allerdings in diesem Bundesland einen Teil der hohen Stimmenverluste der Gesamtdeutschen Partei auffangen konnte.

Die Stimmenanteile der CDU/CSU in den Bundesländern bei der Bundestagswahl 1961:

Bayern	54,9 %
Saar	49,1 %
Rheinland-Pfalz	48,4 %
Nordrhein-Westfalen	47,8 %
Baden-Württemberg	45,3 %
Schleswig-Holstein	41,8 %
Niedersachsen	39,0 %
Hessen	34,9 %
Hamburg	31,9 %
Bremen	27,0 %

Der Rückgang der Stimmenanteile der CDU/CSU in den Bundesländern von 1957 bis 1961:

Land	1957–1961	1949–1961 (zum Vergleich)
Baden-Württemberg	– 7,5	5,7
Nordrhein-Westfalen	– 6,8	10,7
Schleswig-Holstein	– 6,3	11,1
Hessen	– 6,0	13,5
Saar	– 5,5	49,1
Hamburg	– 5,5	12,2
Rheinland-Pfalz	– 5,3	– 0,6
Bremen	– 3,4	10,1
Bayern	– 2,3	25,7
Niedersachsen	– 0,1	21,4

IV. Wählerzahlen und Stimmenanteile der SPD

Die SPD erreichte am 17. September ihren bisher höchsten Stimmenanteil aller Bundestagswahlen. Auch übertraf sie 1961 die entsprechenden Gesamtwerte von SPD und KPD bei den Wahlen von 1949 und 1953, allerdings erreichte sie nicht ihren durchschnittlichen Anteil der Landtagswahlen von 1957 bis 1960. Ihre absoluten Wählerzahlen liegen dagegen 1961 höher als bei jeder vorangegangenen Vergleichswahl.

Dennoch ist es fraglich, ob die SPD in nennenswertem Umfang neue Wählerschichten erschließen konnte. Bei Berücksichtigung der höheren Wahlbeteiligung zeigt eine Umrechnung, daß sie sich gegenüber den letzten Landtagswahlen vermutlich auf gleichbleibende Wählerschichten stützt.

Wahljahr	Stimmenanteile	Wählerzahlen
1949	29,2 %	6,9 Mill.
1953	28,8 %	7,9 Mill.
1957	31,3 %	9,5 Mill.
1961	36,3 %	11,4 Mill.
1957/60 (LTW)	38,5 %	10,0 Mill.

Die Stimmenanteile und Wählerzahlen von SPD und KPD insgesamt:

Wahljahr	Stimmenanteile	Wählerzahlen
1949	34,9 %	8,3 Mill.
1953	31,0 %	8,6 Mill.
1957	31,8 %	9,5 Mill.
1961	36,3 %	11,4 Mill.
1957/60 (LTW)	[Tabelle und nachfolgender Absatz unvollständig]	

V. Stimmenanteile und Wählerzahlen der FDP

Die FDP erreichte bei der diesjährigen Bundestagswahl ihren bisher höchsten Stimmenanteil aller Nachkriegswahlen (12,7 %). Auch konnte sie den bisherigen Trend ihrer Wahlentwicklung deutlich unterbrechen. Bis 1960 mußte sie im Bundesdurchschnitt von Bundestagswahl zu Bundestagswahl bzw. von Landtagswahl zu Landtagswahl beachtliche prozentuale Stimmenverluste hinnehmen. Die Stimmengewinne der FDP dürften gegenüber den vorangegangenen Wahlen zum Teil auch aus den Reihen früherer CDU/CSU-Wähler stammen. Außerdem läßt die Betrachtung der Wahlkreisergebnisse erkennen, daß die FDP außerdem einen Teil ehemaliger DP- und BHE-Wähler für sich gewinnen konnte.

Wahljahr	Stimmenanteile	Wählerzahlen
1949	11,9 %	2,8 Mill.
1953	9,5 %	2,6 Mill.
1957	7,7 %	2,3 Mill.
1961	12,7 %	4,0 Mill.
1957/60 (LTW)	7,9 %	2,9 Mill.

Nach Bundesländern erreichte die FDP auch 1961 ihren höchsten Stimmenanteil in Baden-Württemberg (16,6 %). Ihre geringste Resonanz fand sie dagegen in Bayern (8,7 %). Gegenüber 1957 erzielte sie ihre stärksten prozentualen Stimmengewinne in Bremen (plus 9,4 %). Dagegen mußte sie an der Saar beachtliche Stimmenverluste hinnehmen (– 5,3 %). Bemerkenswert für die Saar ist, daß sie nicht einmal ihre Werte der vorangegangenen Landtagswahlen erreichte, so daß für die DPS Saar seit 1955 von Wahl zu Wahl ein ständiger Rückgang des Stimmenanteils zu beobachten ist. Bemerkenswert ist außerdem, daß die FDP in den Landschaften mit liberalen Traditionswählern (Baden-Württemberg) weit geringere Stimmengewinne erreichte als in Bundesländern, die in der Vergangenheit verhältnismäßig wenig für die FDP gestimmt haben.

Die prozentualen Stimmengewinne der FDP von 1957–1961:

Bremen	9,4
Schleswig-Holstein	8,2
Niedersachsen	7,3
Hessen	6,7
Hamburg	8,3
Nordrhein-Westfalen	5,4
Bayern	4,1
Rheinland-Pfalz	3,1
Baden-Württemberg	7,2
Saar	– 5,3

VI. Stimmenanteile und Wählerzahlen der Gesamtdeutschen Partei

Die Gesamtdeutsche Partei erreichte 1961 nur rund ein Drittel des gemeinsamen Stimmenanteils von DP und BHE bei der Bundestagswahl 1957. Sie blieb in allen Bundesländern nennenswert unter dem Gesamtstimmenanteil von DP und BHE, so daß angenommen werden kann, daß die Wählerschichten beider Parteien dieser Neugründung ihre Zustimmung versagten, und daß vermutlich der GB/BHE im Alleingang einen höheren Stimmenanteil erreicht hätte als die Gesamtdeutsche Partei.

Wahljahr	Wählerzahlen	Stimmenanteile
B 1949	939.934	4,0 %
B 1953	2.513.081	9,2 %
B 1957	2.381.943	8,0 %
B 1961	371.208	2,8 %

VII. Splitterparteien

Die DFU blieb mit einem Stimmenanteil von 1,9 % weit unter der Sperrklausel. Die erste Übersicht von Wahlkreisergebnissen berechtigt zur Annahme, daß sie ihre höchsten Stimmenanteile in ehemaligen KPD-Hochburgen erreichte (Remscheid-Solingen usw.). Nach Bundesländern war sie am erfolgreichsten im Saarland (3,2 %). Ihre geringste Resonanz fand sie dagegen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein (1,3 %).

Auch die DRP blieb mit einem Stimmenanteil von 0,8 % bedeutungslose Splitterpartei. Ihre Stimmenanteile gingen seit 1949 von Wahl zu Wahl zurück. Nach Bundesländern war sie am erfolgreichsten in Rheinland-Pfalz. Allerdings verlor sie in Rheinland-Pfalz fast die Hälfte ihrer Wähler der Landtagswahl 1959, bei der ihr bekanntlich der Gewinn eines Landtagsmandates möglich war. Ihre geringste Resonanz fand die DRP in Nordrhein-Westfalen (0,5 %).

Die Sitzverteilung in den Wahlkreisen:

Die Zahl der Wahlkreismandate der CDU ging bei der diesjährigen Bundestagswahl gegenüber 1957 von 194 auf 156 zurück. Bemerkenswert ist, daß die CDU bei einem gleichen Gesamtstimmenanteil auch gegenüber 1953 16 Wahlkreismandate verlor. Dagegen stieg die Zahl der Wahlkreismandate der SPD im Zeitraum von 1957 bis 1961 von 46 auf 91. Die FDP verlor ihren einzigen Wahlkreissitz, den sie 1957 in Saarbrücken-Stadt erobern konnte.

VIII. Die Mandatsverteilung in den Wahlkreisen

Partei	1953	1957	1961
CDU/CSU	172	194	156
SPD	46	46	91
FDP	14	1	—
DP	10	6	—
Z	1	—	—

Die genaue Betrachtung der Wahlkreisergebnisse ergibt folgendes Bild:

1. die CDU verlor an die SPD 43 Wahlkreise
2. die CDU gewann von der SPD einen Wahlkreis
3. die CDU gewann von der DP drei Wahlkreise
4. die CDU gewann von der FDP einen Wahlkreis
5. die SPD gewann von der DP drei Wahlkreise.

Die Betrachtung der Stimmenanteile in den Wahlkreisen läßt erkennen, daß die Entwicklung der CDU in den einzelnen Bundestagswahlkreisen sehr unterschiedlich war. In 31 Wahlkreisen erreichte sie 1961 höhere Stimmenanteile als 1957. Bis auf den Wahlkreis 103 (Warburg) liegen diese Wahlkreise restlos in Niedersachsen und

Bayern. Diese Stimmengewinne der CDU/CSU dürften daher vor allem im Auflösungsprozeß von GB/BHE, DP und im geringen Maße der Bayernpartei begründet sein.

Für die SPD ist festzustellen, daß sie in vier Wahlkreisen 1961 nicht ihre Stimmenanteile der Bundestagswahl 1957 erreichte. Hierzu gehören die Wahlkreise Hamburg VII, Aurich, Remscheid-Solingen und Nürnberg. Hamburg VII ist der Wahlkreis von Herbert Wehner²⁵.

Die FDP blieb in allen saarländischen Wahlkreisen unter ihren Stimmenanteilen der Bundestagswahl 1957.

Die Wahlergebnisse in verschiedenen Wahlkreistypen:

Zu diesem Zeitpunkt sind genaue Aussagen über die Abhängigkeit zwischen Konfessions- und Sozialstruktur und Wahlverhalten nicht möglich. Einen ersten Überblick kann man aber aus der Wahlentscheidung in verschiedenen strukturierten Wahlkreisen gewinnen. Folgende Wahlkreistypen wurden unterschieden:

1. fast rein katholische Wahlkreise
2. fast rein evangelische Wahlkreise
3. Großstadtwahlkreise
4. überwiegend landwirtschaftlich bestimmte Wahlkreise
5. überwiegend industriell bestimmte Wahlkreise.

Besonders aufschlußreich sind die Wahlergebnisse in den 57 Großstadtwahlkreisen. Sie zeigen deutlich, daß die CDU/CSU in den Großstädten überdurchschnittliche Stimmenverluste hinnehmen mußte, und zwar von 44,7 % bei der Bundestagswahl 1957 auf 38,2 % bei der diesjährigen Bundestagswahl. Die SPD blieb dagegen in den Großstadtwahlkreisen mit einem Stimmenzuwachs von 2,9 % merklich unter ihrer Zuwachsrate im Bundesdurchschnitt. Dagegen war das Anwachsen der FDP in den Großstadtwahlkreisen überdurchschnittlich stark (plus 5,6 %).

Diese Beobachtungen des Wahlkreisverhaltens in den Großstadtwahlkreisen werden in der Tendenz bestätigt durch eine Betrachtung der fünf Wahlkreise, die besonders stark industriell bestimmt sind. Zwar liegen diese Wahlkreise ausnahmslos in Nordrhein-Westfalen. Sie lassen aber für CDU und SPD den gleichen Entwicklungstrend wie in den Großstadtwahlkreisen erkennen.

Die Betrachtung der Wahlergebnisse in den rein katholischen und evangelischen Wahlkreisen, die fast ausnahmslos von Landkreisen gebildet werden, zeigen, daß die

25 Herbert Wehner (1906–1990), 1949–1983 MdB (SPD), 1958–1973 stv. Parteivorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 413 Anm. 170; Günther SCHOLZ: Herbert Wehner. Düsseldorf 1986; Knut TERJUNG (Hg.): Der Onkel. Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews. Hamburg 1986. – Wehner kandidierte im Wahlkreis 21 (Hamburg VII).

CDU/CSU in den katholischen Wahlkreisen weit geringere Einbußen (0,8 %) hinnehmen mußte als im Bundesdurchschnitt. In den überwiegend evangelischen Wahlkreisen konnte sie sogar ihre Stimmenanteile von 38,6 % bei der Bundestagswahl 1957 auf 39,5 % bei der diesjährigen Bundestagswahl verbessern. Allerdings liegen diese neun evangelischen Wahlkreise ausnahmslos in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

SPD und FDP erzielten in den evangelischen Wahlkreisen stärkere prozentuale Stimmengewinne als in den katholisch bestimmten Gebieten. Die folgenden Tabellen verdeutlichen die hier getroffenen Aussagen.

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953 und 1961 in den Großstadtwahlkreisen:

Wahljahr	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	75,9 %	25,2	35,9	13,6	4,0	21,3
1953	83,3 %	39,6	36,5	9,8	6,0	8,1
1957	86,1 %	44,7	40,2	8,0	5,3	1,8
1961	85,4 %	38,2	43,1	13,6	1,4	3,7

Es handelt sich um

2 Wahlkreise in Schleswig-Holstein

8 Wahlkreise in Hamburg

3 Wahlkreise in Niedersachsen

3 Wahlkreise in Bremen

25 Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen

5 Wahlkreise in Hessen

4 Wahlkreise in Baden-Württemberg

7 Wahlkreise in Bayern

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 in den überwiegend industriell bestimmten Wahlkreisen:

Wahljahr	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	80,6 %	31,6	35,0	3,6	–	29,8
1953	86,2 %	43,1	39,5	4,3	2,3	19,3
1957	87,8 %	50,5	41,8	3,7	2,3	1,7
1961	89,3 %	44,0	45,1	7,3	0,5	3,3

Es handelt sich um 4 Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 in den überwiegend landwirtschaftlich bestimmten Wahlkreisen:

Wahl-jahr	Wahlbe-teiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	80,3 %	44,5	12,4	9,8	–	33,6
1953	87,4 %	63,8	12,0	7,3	8,5	7,8
1957	88,5 %	67,0	14,0	7,4	7,1	3,5
1961	88,4 %	69,8	15,8	8,8	3,5	1,2

Es handelt sich um

- 1 Wahlkreis in Niedersachsen
- 2 Wahlkreise in Rheinland-Pfalz
- 1 Wahlkreis in Baden-Württemberg
- 3 Wahlkreise in Bayern

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 in den Wahlkreisen mit über 90 % evangelischem Bevölkerungsanteil:

Wahl-jahr	Wahlbe-teiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	78,4 %	21,7	31,1	6,8	21,0	19,4
1953	86,9 %	25,4	27,2	5,2	25,8	6,4
1957	86,5 %	38,6	30,6	5,0	22,5	3,3
1961	88,1 %	39,5	35,2	13,2	8,3	3,8

Es handelt sich um

- 5 Wahlkreise in Schleswig-Holstein
- 4 Wahlkreise in Niedersachsen

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 in den Wahlkreisen mit über 90 % katholischem Bevölkerungsanteil:

Wahl-jahr	Wahlbe-teiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige
1949	83,2 %	45,5	18,1	5,5	–	30,9
1953	87,2 %	61,7	17,8	4,4	6,2	9,8
1957	88,5 %	68,5	19,7	3,2	5,5	3,1
1961	89,4 %	67,7	22,0	6,8	2,2	1,3

Es handelt sich um

1 Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen

3 Wahlkreise in Rheinland-Pfalz

6 Wahlkreise in Bayern

Wir werden uns also – ich darf wiederholen – in der nächsten Vorstandssitzung mit der Analyse beschäftigen. Mein Eindruck ist der, daß ein großer Teil der Abgeordneten es hervorragend gemacht hat, daß es aber auch eine Reihe von Fällen gibt, wo wir uns überlegen müssen, welche Konsequenzen wir für 1965 ziehen sollen. Das aber ist nicht Sache des heutigen Tages, sondern das muß in Ruhe besprochen und behandelt werden.

Ich darf noch ein Aperçu wegen einer Fernsehsendung bekanntgeben. Das Oberverwaltungsgericht in Hamburg hatte uns abends 45 Minuten vor Beginn der Sendung das Urteil zugestellt. Die Sozialdemokraten standen Gewehr bei Fuß in Frankfurt. Von dort aus mußte gesendet werden. Sie haben aber einen Widerspruch nicht eingelegt, weil sie im Frankfurter Sender erfuhren, die CDU habe keinen 10-Minuten-Film, sondern einen 5-Minuten-Film. Damit konnten sie das erstrebte Urteil von Hamburg realisieren. Erst als wir sicher waren, daß die Sozialdemokraten keinen Widerspruch erhoben, haben wir zehn Minuten vor der Sendung den zweiten 5-Minuten-Film aus der Tasche von Herrn Kraske²⁶ gezogen und gesagt, hier sind die zwei 5-Minuten-Filme. Wir haben uns mittags einen Film von Hamburg kommen lassen. Wir haben es aber niemandem gesagt. Ich muß sagen, hier verdient Herr Dr. Kraske ein Lob für dieses Raffinement, mit dem er die Rechtsanwälte und die anderen Herren der SPD überlistet hat.

Am Samstag abend hat die Sozialdemokratie im Nord- und Westdeutschen Rundfunk erklären lassen, daß sie auf die Führung ihres Streites mit dem Norddeutschen Rundfunk in der Fernsehsache von Freitag abend verzichtete. Dieses Kapitel ist das interessanteste; es verdient, festgehalten zu werden, damit man sehen kann, was wir uns haben bieten lassen müssen. Der Film ist um 18 Uhr probegelaufen. Ein Dokument liegt vor, daß er völlig einwandfrei war. Diese Wahlsendung lief auf zwei Filmen, auf dem Bildfilm und dem Tonträgerfilm, nicht zusammen auf einem Streifen. Es ist ein Synchronzeichen auf beiden Filmen. Das Synchronzeichen auf dem Tonträger ist zwischen 18 Uhr und 22.15 Uhr um 22 Felder verschoben worden, verschoben, d. h. ausstrahlt worden. Der Farbstift ist aber sichtbar geblieben. Es ist mit einem anderen Farbstift um 22 Felder verschoben worden. 24 Felder sind eine Sekunde. Robert

26 Dr. Konrad Kraske (geb. 1926), 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der CDU. Vgl. PROTO-KOLLE 2 S. 1269 Anm. 31. – Beschluß des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts vom 15. September 1961 (OVG Bs I 44/61 – I VG 810/61).

Lembke²⁷, der die Sache verfolgte, hat nach 2½ Minuten die Anweisung gegeben, den Film zu stoppen. Bei der CDU-Geschäftsstelle sind dann Tausende von Anrufern gewesen. Unsere Leute sind dann alle ins Funkhaus gegangen. Dort hat man an Ort und Stelle zugeben müssen, daß der Film im Funkhaus verändert worden war. (*Zuruf*: Von wem?) Das sagt keiner. Man sagt, es sei ein Mann, der es hätte besser machen wollen. Aber jetzt hätte er Angst und wolle sich nicht melden. Ich habe ihnen erklärt, das nehmen wir ihnen nicht ab. (*Wuermeling*²⁸: Erstellen Sie Strafanzeige wegen Sachbeschädigung!) Ja, es laufen die Untersuchungen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Albers²⁹. Ich freue mich, daß Sie wieder da sind, Herr Albers.

Albers: Ich muß sagen, meine Damen und Herren, daß wir den Wahlkampf bei dem Ansturm aller Gruppierungen sowohl politisch als auch geistig gut bestanden haben. Wir sollten also nicht in Pessimismus machen. Wir haben diese Wahl gut bestanden. Wir müssen bedenken, daß uns ja fast die gesamte Presse – angefangen vom „Kölner Stadtanzeiger“ über die „Hannoversche Presse“ bis zur „Süddeutschen Zeitung“ und zur „Welt“ – bis zum Schluß stark bekämpft hat. Ich möchte also noch einmal feststellen, daß ich persönlich mit diesem Wahlergebnis zufrieden bin. Man konnte eigentlich bei dieser ganzen Sachlage nichts anderes erwarten.

Nun haben wir gestern in einem kleinen Kreis unserer Freunde aus dem ständigen Arbeiterkongreß³⁰ und aus den Sozialausschüssen zusammengesessen und uns eine Meinung zu bilden versucht über einige Punkte, die heute morgen auch hier angesprochen wurden. Ich darf Ihnen nun folgendes mitteilen:

Unsere eindeutige Meinung war zunächst die: Adenauer bleibt Bundeskanzler. Entschuldigen Sie, Herr Bundeskanzler, daß ich Sie so anspreche. Zweitens haben wir festgestellt, daß die kleinen Leute unsere treuesten Wähler waren. Sie haben wie immer in Treue zu uns gestanden. Aber alle die labilen Wähler aus den sogenannten

27 In der Vorlage: Lemke. – Robert Emil Lembke (1913–1989), Journalist; 1945–1948 „Deutsche Neue Zeitung“, 1949–1960 Bayerischer Rundfunk (Chefredakteur, Fernsehdirektor), 1961–1968 Deutsches Fernsehen (Programm-Koordination), 1969–1975 Geschäftsführer des Deutschen Olympia-Zentrums.

28 Dr. Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1953–1962 Bundesminister für Familien- und (ab 1957) Jugendfragen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 85 Anm. 2.

29 Johannes Albers (1890–1963), 1946–1950 MdL NW (CDU), 1949–1957 MdB, ab 1958 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 14 Anm. 1.

30 Am 26./27. März 1960 hatte nach 43 Jahren erstmals ein Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß in Köln stattgefunden, auf dem ein „Ständiger Ausschuß der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongresse“ beschlossen wurde (13. Juni 1960 konstituiert). Vertreten waren die Katholische Arbeiterbewegung, die Evangelische Arbeiterbewegung, die Deutsche Kolpingsfamilie, die Evangelische Arbeiterjugend, die Christliche Arbeiterjugend, die Evangelischen Gesellenvereine, die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft und seit dem 24. Oktober 1960 das Süddeutsche Werkvolk, die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft Bayern und der Jung-KKV (ACDP IV-013-032/1). Dieser Ausschuß mit mehreren Unterausschüssen tagte in gewissen Abständen; eine Sitzung am 18. September läßt sich nicht nachweisen.

intellektuellen Schichten und aus den Wirtschaftsschichten, die immer nur an Steuer-senkungen usw. denken und ihre Tasche noch voller machen möchten, die haben uns verlassen. Es wird also vor allen Dingen unsere Aufgabe sein – und das fällt mir jetzt leicht zu sagen –, daß wir auch in Zukunft an diese kleinen Schichten in der neuen Koalition denken müssen. Sie dürfen nicht zum Ausbeuteobjekt der FDP werden.

Herr Bundeskanzler! Ich muß nun mit Ihnen ein offenes Wort reden! Sie müssen das wieder tun, wie Sie es 1949 mit dieser Koalition der FDP angefangen haben. Wir haben unseren Grundsatz ja nie verloren. Wir haben auch jetzt dafür zu sorgen, daß unsere Grundsätze hochgehalten werden, wenn wir in eine Koalition mit der FDP eintreten. Es bestanden bei uns einige Bedenken, aber die haben wir dann wieder aufgegeben. Die neue Politik muß nach wie vor stark sozial orientiert sein. Wir müssen daran denken, daß wir bei den schwierigen Zeiten, die kommen werden, auch unserem arbeitsamen guten Volk sein Recht geben. Das wollte ich Ihnen klar und deutlich sagen, Herr Bundeskanzler. Denn Sie haben unser Vertrauen! Und der neue Bundeskanzler heißt Dr. Konrad Adenauer!

Adenauer: Das Wort hat Herr Amrehn³¹.

Amrehn: Mein Eindruck war der, daß die CDU am Sonntag wirklich einen Erfolg errungen hat und daß wir keinen Anlaß haben, diesen Erfolg zu verkleinern. Der Herr Bundeskanzler hat schon einen Vorzug der Entscheidung hervorgehoben. Er sagte, die Schwierigkeiten und Belastungen, die auf uns zukommen, und die zu erwartenden Enttäuschungen lassen es richtig erscheinen, die Verantwortung dafür nicht nur auf die Schultern einer Partei zu legen. Man muß auch noch einen zweiten Gesichtspunkt hervorheben, der m.E. darin besteht, daß wir künftig stärker als bisher um die politischen Entscheidungen auch miteinander in diesem Bundesvorstand in freier Aussprache ringen müssen, weil wir uns eine Meinung zur Diskussion mit den Koalitionspartnern zu bilden haben.

Die SPD hat eine ganz offenkundige Niederlage erlitten. Wer weiß, welche Hoffnungen sie sich gemacht hat, wie stark ihre Erwartungen waren, wie sie noch vor relativ kurzer Zeit mit sehr großen Möglichkeiten gerechnet hat, der kann erst richtig ermessen, wie tief die niederschmetternde Stimmung in der SPD ist. Sie ist ganz tief enttäuscht, obwohl sie sagen kann, sie habe einige Prozente dazugewonnen. Das sind die Prozente, die an anderer Stelle bei kleineren Parteien verlorengegangen sind. Davon haben sie auch etwas bekommen. Und sie haben nicht eigentlich durch Kursänderung oder durch die Person der Wahlkampflokomotive hinzugewonnen, jedenfalls nicht wesentlich.

Ich bin der Meinung, daß auch die Niederlage der SPD nicht verkleinert werden sollte. Wir haben gerade in unserem Vorstand in Berlin gestern dieser Meinung

31 Franz Amrehn (1912–1981), Rechtsanwalt und Notar; 1945 CDU, 1950–1969 MdA (1963–1969 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1955–1963 Bürgermeister von Berlin, 1961–1969 Landesvorsitzender der CDU Berlin, 1961–1973 Mitglied des CDU-Bundesvorstands, 1966–1967 Mitglied des Präsidiums. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 327 Anm. 105.

Ausdruck gegeben. Wir können es vielleicht am ehesten, weil wir in der Situation Berlins in einer Koalition mit der SPD sind. Wir sollten ihr nachträglich nicht die Möglichkeit geben, eine Wahlkampfniederlage durch Mitbeteiligung an irgendwelchen Koalitionen noch zu einem Erfolg umzuwandeln. (*Beifall.*) Die SPD ist ja bereit, diesen Weg zu gehen, um für die Partei diese Wahlkampfsentscheidung gewissermaßen nachträglich noch abzuändern. Ich sage es aus der Einsicht, daß der Wahlkampf der SPD, von der wir früher etwas anderes gewohnt waren, ohne politische Physiognomie geführt worden ist. Wenn sie ihre alten Grundauffassungen stärker vertreten hätte, dann hätte sie nach dem 13. August³² eher eine Alternative geboten, als es die FDP für die CDU nun geworden ist. Aus dieser Entwicklung der SPD zur Gestaltlosigkeit in der Politik muß man die Erkenntnis ziehen, daß im Moment die Koalition mit der SPD weniger wünschenswert ist als die mit der FDP, obwohl ich dazu auch sagen muß, daß unsere Erfahrungen insbesondere mit der Berliner FDP gegen jede neue Koalition mit dieser Partei sprechen.

Aber hier hat das Wahlergebnis neue Situationen geschaffen. In Berlin werden wir weiter daran arbeiten, die FDP, die bei uns keine 5 % das letzte Mal bekommen hat, kleinzuhalten, weil sie außerdem in Berlin eine SED-ausgerichtete FDP ist, während hier schon richtig gesagt worden ist, daß die FDP gewonnen hat, weil sie erklärte: Wir werden mit der CDU gehen!

Ich glaube nicht, daß die Wahlkampfanalyse, wie sie bisher gegeben worden ist, auch in der Erstbetrachtung dem ganz gerecht wird, was geschehen ist. Ich halte es nicht für richtig, Herr Bundeskanzler, daß Sie sagen, wir hätten uns eigentlich nach zwölfjähriger Verantwortung darauf einrichten müssen, daß auch eine gegenläufige Bewegung einmal eintritt. Natürlich ist im Prinzip dieser Satz richtig. (*Adenauer:* Das habe ich gar nicht gesagt, Herr Amrehn!) Sie haben anklingen lassen, daß die Verantwortung, die wir solange getragen haben, auch zu manchen Verärgerungen und Verstimmungen führe, die die Folge haben, daß man verliert. Das ist richtig und wiederum nicht richtig auf dem Hintergrund der Entwicklung, wie sie sich im Mai und Juni gezeigt hat, als wir sehr selbstsicher die absolute Mehrheit erwarteten. Es war uns immer sehr unwohl dabei, und wir sagten, hoffentlich passiert nichts. Aber dann ist der 13. August passiert. Hier müssen wir bei uns selbst noch einmal etwas klarstellen. Es ist über alle Länder hinweg eine einheitliche Einbuße bei uns eingetreten. Sie beruht auf zwei Tatsachen. Die eine Tatsache ist die, daß der 13. August in seiner politischen Bedeutung von uns psychologisch nicht richtig gewertet und auch nicht richtig erkannt worden ist. Ich bin der Meinung, daß eine bestimmte Verhaltensweise in der Woche nach dem 13. August manche Wahlversammlung im Bundesgebiet überflüssig gemacht hätte. Es ist manchmal die Wahlkampfführung an sich wichtiger genommen worden als das Eingehen auf die Ereignisse des 13. August.

32 Bau der „Mauer“ in Berlin.

Ich glaube, daß ein Teil der Wähler, die von uns weggegangen sind, aber auch ein Teil der Wähler, die uns wiedergewählt haben, gespürt hat, daß am 13. August die Teilung Deutschlands vervollständigt worden ist, wenn ich das einmal so sagen darf, und daß hier ein innerer Zweifel darüber entstanden ist, ob der Satz unverändert volle Gültigkeit beanspruchen kann: An der Außenpolitik wird unverändert festgehalten. – Natürlich ist an sich ein Zweifel möglich und manchmal auch nötig, aber es ist ein Zweifel bei den Wählern aufgetreten, weil wir die Mauer nicht haben verhindern können. Ich möchte davor warnen, hier zu glauben, daß nur vorübergehende Gründe eine gewisse Stimmeneinbuße erzielt haben. Es sind tiefer sitzende politische Meinungen, es ist ein politisches Unbehagen, das Veranlassung dazu gegeben hat. (*Wuermeling*: Was hätten wir denn sagen sollen?) Ich möchte jetzt nicht allzu breit werden, sondern ich sage nur meine Meinung dazu. Ich habe sie an anderer Stelle zum Ausdruck gebracht.³³ Aber ich würde es für falsch halten, wenn solche Dinge, die unter allen Menschen besprochen werden, hier nicht offen auf den Tisch gelegt und auch dem Herrn Bundeskanzler nahegebracht würden. Lassen Sie mich hinzusetzen, es wäre unserer aller Pflicht gewesen, solche Dinge rechtzeitig zu sagen. (*Wuermeling*: Das ist zwar richtig, aber dann auch die Alternative!) Die ist wiederholt gesagt worden. Ich möchte die Dinge hier nicht noch weiter vertiefen. Lassen Sie mich nur noch folgendes sagen. Nach meiner Überzeugung ist stärker als bisher die Berlin-Frage zum Schicksal für uns alle geworden, gerade in den vergangenen Wochen, und sie wird es auch in den kommenden Monaten sein.

Es ist in der letzten Vorstandssitzung durch meinen Vertreter³⁴ bereits zum Ausdruck gebracht worden, daß in Berlin selbst eine gewisse Unruhe und Unsicherheit latent vorhanden ist und daß gefragt wird: Wie sieht eigentlich die westliche Berlin-Politik aus? – Diese Frage kann bis zur Stunde nicht konkret beantwortet werden. Und wenn jemand gefragt wird, ob das westliche Berlin heute noch dasselbe ist wie am 12. August, der wird die Antwort „Nein“ geben müssen. Denn inzwischen ist, obwohl ein separater Friedensvertrag noch nicht abgeschlossen ist, das östliche Berlin auch durch die Mauer getrennt, aber im übrigen legalistisch voll eingegliedert in die Zone. Die Wahlen am Sonntag sind in Berlin durchgeführt worden ohne besondere Übernahme Gesetze. Morgen wird die Wehrpflicht in der Volkskammer beschlossen, zugleich auch für das östliche Berlin. Ost-Berlin ist der Regierungssitz der Zone geworden. Das alles ist am 13. August und danach geschehen.

33 Vgl. dazu Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der Berliner CDU vom 2. September 1961, bei der Heinrich Krone „nachdrücklich über den Unmut des Landesvorstandes informiert worden sei“ (ACDP III-012-415). In einer späteren Rede führte Amrehn die Einbußen der Union auf „ihr taktisches Verhalten nach dem 13. August (zurück), das uns schwere Einbußen an Ansehen gebracht hat“ (Rede auf einer Mitarbeiterkonferenz der CDU am 8. Dezember 1961 in ACDP III-012-231).

34 Dr. Peter Lorenz (1922–1987), 1961–1965 und 1967–1969 stv. Landesvorsitzender, 1954–1976 und 1980–1987 Mda (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 1030 Anm. 49.

Das westliche Berlin hängt in einem Schwebezustand dazwischen. Ich möchte das jetzt nicht alles im einzelnen darlegen, um nicht eine politische Debatte über Berlin heraufzubeschwören. Aber ich wollte Ihnen das Problem doch noch einmal vor Augen geführt haben, das nach meiner Überzeugung in breiten Schichten der Bevölkerung den Ausschlag dafür gegeben hat, daß die Wahl so ausgegangen ist, wie sie nun im endgültigen Ergebnis aussieht. (Lücke³⁵: Glauben Sie nicht, daß Herr Brandt³⁶ als „Schutzmann von Berlin“ die Lage Berlins ausgenutzt hat, um für die SPD Stimmen zu machen?) Das würde ich so nicht sagen. Aber ich habe ihm persönlich gesagt, daß die Lage Berlins mißbraucht worden ist. Daran ist kein Zweifel. Das ist ihm also mit aller Deutlichkeit gesagt worden. Aber ich glaube, das trifft den Kern insofern nicht, als jetzt diese Entwicklung eintritt. Übermorgen ist die Inthronisationsfeier des Bischofs Bengsch³⁷ in West-Berlin. Zum erstenmal wird die Behörde West-Berlins zu einer Inthronisationsfeier nicht eingeladen. Das ist eine Konsequenz aus der Abberufung des Kardinals Döpfner³⁸. Ich weise auch darauf hin – auch wenn gesagt wird, das spiele sich im innerkirchlichen Raum ab –, daß gewisse Entscheidungen getroffen werden, die der Bevölkerung sichtbar machen, daß wir nicht mehr dieselbe Position haben, wie wir sie am 12. August hatten.

Ich möchte abschließend sagen, daß wir sehr betroffen waren, Herr Bundeskanzler, von der Nachricht, daß Sie am Samstag oder Freitag in der Pressekonferenz gesagt hätten, es gäbe Bundesbehörden, die man aus Berlin wieder herausnehmen könne, eine Frage, über die diskutiert werden müsse.³⁹ – So ist es berichtet worden in den Zeitungen. Ich sage nur, das ist genau der Punkt, an dem abgelesen wird, welcher weiteren Weg Berlin geht. Das westliche Berlin steht und fällt mit dem engen Zusammenhang, den es mit der Bundesrepublik wirtschaftlich, finanziell und im Rechtssystem aufrechterhalten kann oder nicht. Und hier ist vom Bundeskanzler gesagt worden, über eine Form, wie sie bisher entwickelt worden ist, nämlich des inneren Zusammenhanges, läßt sich diskutieren. Wahrscheinlich muß über sehr viel

35 Paul Lücke (1914–1976), 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1968 Bundesminister für Wohnungsbau bzw. Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (seit 1961). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 353 Anm. 99.

36 Willy Brandt (1913–1992), 1949–1957, 1961 und seit 1969 MdB (SPD), 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1969–1974 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 9 Anm. 28; Reinhard APPEL: Die Regierenden von Berlin seit 1945. Die Nachkriegsgeschichte der Stadt im Spiegel ihrer Bürgermeister. Berlin 1996.

37 Dr. Alfred Bengsch (1921–1979), seit 1959 Weihbischof von Berlin mit Wohnsitz in Berlin (Ost), am 16. August 1961 als Nachfolger Döpfners Bischof von Berlin, am 19. September im Ostsektor, am 21. September in West-Berlin inthronisiert, 1962 Erzbischof, 1967 Kardinal. Vgl. Gerhard LANGE in ZEITGESCHICHTE 7 S. 161–174.

38 Dr. Julius Döpfner (1913–1976), 1948–1957 Bischof von Würzburg, 1957–1961 von Berlin (1958 Kardinal), 1961–1976 Erzbischof von München-Freising.

39 Pressekonferenz am Freitag, 15. September 1961 (TERMINKALENDER). – Vgl. FAZ vom 16. September 1961 „Der Bundeskanzler umreißt seine künftige Außenpolitik“; dpa vom 15. September 1961 „Adenauer: Treffen mit Chruschtschow nicht ausgeschlossen“.

mehr diskutiert werden. Ich wäre dankbar, wenn insoweit eine größere Klarheit herbeigeführt würde.

Ich nehme es auf mich zu sagen, Herr Bundeskanzler, wegen der Offenheit, zu der ich mich verpflichtet fühle, zumindest für uns, daß auch Kritik am Bundeskanzler geübt worden ist wegen einer solchen Äußerung, vielleicht auch noch wegen einer anderen. Ich halte es für richtig, das zu sagen, was allenthalben diskutiert wird, damit die großen Fragen des Hintergrundes in der Berlin-Politik wenigstens angesprochen werden.

Adenauer: Ich bin nicht dafür, daß wir jetzt auf die Frage Berlin in aller Ausführlichkeit eingehen, weil wir zu sehr abgeleitet werden von dem Thema. Aber das eine möchte ich Ihnen mit aller Offenheit sagen, Herr Amrehn: Der Senat hätte sich mehr dagegen wehren sollen, als der Regierende Bürgermeister von Berlin diese Geschichte hier aufrührte als Bundeskanzlerkandidat.⁴⁰ Das wäre für Berlin unendlich viel besser gewesen. Aber da hatten sie keinen Mut dazu gehabt. (*Amrehn:* Mehr als wir getan haben, konnte gar nicht geschehen!

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Ich habe nicht die Absicht, im einzelnen auf das einzugehen, was Herr Amrehn gesagt hat, weil ja im Augenblick diese ganze Problematik Berlins nicht so ausgiebig erörtert werden kann, wie es der Bedeutung der Sache entspricht. Ich bin dankbar für die Zusage, Herr Bundeskanzler, daß wir uns bestenfalls mit einer Manöverkritik darüber befassen, welche Mängel die Organisation der CDU in diesem Wahlkampf gezeigt hat, obwohl sie sich bewährt hat.

Die erste Frage soll dabei sein, ob es auch in Zukunft zweckmäßig ist, die Spitze der Organisation der CDU/CSU von einer eigenen Wahlkampfspitze zu trennen. Es spricht viel dafür, aber auch viel dagegen. Man sollte auch bei der Ausgabe von Parolen den direkten Weg einhalten, also nicht über die Landes- und Kreisgeschäftsstellen, sondern unmittelbar die Persönlichkeiten erfassen.

Ein Beispiel dazu! Nach dem 13., 14. und 15. August lag nichts näher, als propagandistisch in allen Wahlversammlungen die Parole aufzugreifen: Der Bundeskanzler hat durch seine besondere Haltung den Frieden gerettet. – So aber mußte ein großer Teil unserer Redner auf diese klare Akzentuierung des Wahlkampfes verzichten. Ich sage das nicht der Sache wegen, sondern um anzudeuten, wo wir die Organisation überprüfen müssen.

40 Möglicherweise Anspielung auf die Rede Brandts auf einer Kundgebung am 16. August 1961 in West-Berlin, bei der er von „Versäumnissen“ der Bundesregierung sprach (DzD IV/7,1 S. 53) oder beim Deutschlandtreffen der SPD am 12. August 1961 in Nürnberg, bei der Brandt der Bundesregierung vorwarf, sie habe dem deutschen Volk „jahrelang ein falsches Bild von der Weltlage vermittelt“ (Text der Rede in: SPD (Hg.): Tatsachen – Argumente. Nr. 21, August 1961 S. 4–11). Vgl. auch Anneliese POPPINGA: „Das Wichtigste ist der Mut“. Konrad Adenauer – die letzten fünf Kanzlerjahre. Bergisch Gladbach 1994 S. 321.

Entscheidend ist eine Frage, die Sie angeschnitten haben, Herr Bundeskanzler, nämlich unser Verhältnis zu Rundfunk, Fernsehen und Presse. Ich darf ergänzend sagen, daß der Springer-Verlag in all seinen Zeitungen eine skandalöse Haltung eingenommen hat, die an Einseitigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Der Norddeutsche Rundfunk hat in diesen Tagen einen Intendanten bekommen, der auf der äußersten Linken der SPD steht, Herrn Schröder⁴¹.

Wenn wir das Ergebnis der Wahl politisch werten, sollten wir nach der positiven Seite hin feststellen: Die FDP hat die Wahlen deshalb erfolgreich überstanden, weil sie sich von vornherein durch Herrn Mende zur Koalition mit der CDU bekannt hat. Die SPD hat ihre Situation verbessert, weil sie sich mit ihrer Propaganda den Grundlinien der Politik der CDU angepaßt hat. Politisch gesehen ist also der Erfolg der SPD und FDP weitgehend darauf zurückzuführen, daß sich beide in der Propaganda zumindest der Politik der Christlich-Demokratischen Union angepaßt haben. Wir hatten große Mühe, uns noch zu differenzieren von denen, die uns liebevoll umarmten, allerdings mit dem Ziel der tödlichen Umarmung.

Ich meine, daß wir das Ergebnis der Wahlen auch unter dem Gesichtspunkt sehen sollten, daß der 13. August so etwas wie eine Schockwirkung ausgelöst hat. Wer die ersten Ergebnisse der Meinungsumfragen vom 20. und 25. August gesehen hat⁴² und wer weiß, welche Rückschläge bei vielen labilen Wählern eingesetzt haben, dann aber feststellen konnte, daß wir von Tag zu Tag buchstäblich wieder gewonnen haben, der wird die These nicht als völlig abwegig bezeichnen, daß wir, wenn die Bundestagswahlen 14 Tage später gewesen wären, die absolute Mehrheit bekommen hätten.

Man muß also die Labilität und die Schockwirkung sehen, um die realen Werte dieser politischen Entscheidung zu erkennen, etwas, was Herr Strauß in der Wahlnacht angedeutet hat.⁴³ Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür.

Nun eine sehr ernste Frage, Herr Bundeskanzler, nämlich das Verhältnis katholisch und evangelisch. Wir haben evangelische Bereiche von einer größeren Stabilität. Wir haben aber auch Bezirke, die ungewöhnlich labil und schwierig geworden sind. Für mich ist das Erschütterndste in Nordrhein-Westfalen das Ergebnis des Kreises Siegen, wo eine sehr betont evangelische Bevölkerung zu Hause ist, die das evangelische

41 Gerhard Karl Theodor Hans Schröder (geb. 1921), 1946 SPD, 1952–1961 Referent für Rundfunk, Film und Presse sowie Leiter der Kunstabteilung im Niedersächsischen Kultusministerium, 1961–1973 Intendant des NDR, 1974–1985 von Radio Bremen.

42 Eine telegraphische Umfrage von Allensbach am 25. August erbrachte für die CDU 35 % (gegenüber 49 % in der ersten Augushälfte), für die SPD 46 %; für Brandt als Bundeskanzler votierten 42 % (gegenüber 29 % vor dem Bau der Mauer), für Adenauer 34 % (gegenüber 42 %). Vgl. Allensbach: Die Stimmung im Bundesgebiet. August 1961 (ACDP I-070-021/1).

43 Strauß hatte erklärt, die CSU habe sich für Erhard als Nachfolger Adenauers und für eine Koalition mit der FDP ausgesprochen; nichts sei notwendiger als die Kontinuität der bisherigen Politik. Vgl. „Deutsche Zeitung“ vom 18. September 1961 „Erste Kommentare der Politiker“.

Christentum sehr ernst nimmt. Ich denke auch an Rückschläge, die wir in Wuppertal gehabt haben, ferner im ostwestfälischen Bezirk. Hier sind aber die Rückschläge wesentlich geringer. Wir werden die Entwicklung im evangelischen Bereich – das sage ich unseren evangelischen Freunden – in der nächsten Zeit aufmerksam beobachten müssen. Wir werden den Ursachen nachgehen müssen, die hier zugrunde liegen, und zwar in Wuppertal, Ostwestfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Die FDP hat Erfolge in bäuerlichen Kreisen und beim Mittelstand erzielt. Daraus ergeben sich klare Forderungen für die Arbeit und die Propaganda der CDU auf diesem Gebiet. Ich glaube, daß hier Schwächesituationen zu erkennen sind innerhalb der Wählerschicht und der CDU, denen wir sehr sorgfältig nachgehen sollten. Aus dem Ergebnis der Wahl in Nordrhein-Westfalen darf ich feststellen, daß wir uns am stabilsten erwiesen haben und zum Teil absolut hinzugewonnen haben in den Wahlkreisen Köln-Land, Kleve-Geldern, Borken-Ahaus-Bocholt, im ganzen Münsterland, im Paderborner Land und im Sauerland. Hier liegen die stabilen CDU-Kreise. Die Bevölkerung ist überwiegend mittelständisch und bäuerlich orientiert. Hier haben wir auch weltanschauliche und soziologische Bastionen der Christlich-Demokratischen Union. Das sollte man bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigen, um diese stärkste Gruppe der CDU nicht zu enttäuschen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Fassen Sie es nicht als Unterbrechung der Diskussion über die Wahlanalyse auf, wenn ich ein Wort zu Berlin sage. Ich will nichts zu dem sagen, was hinter uns liegt. Ich bin jetzt wieder mehrere Tage dort gewesen. Wenn man in Berlin ist, dann ist man tief beeindruckt von dem, was man dort an Ort und Stelle sehen kann. Genauso ist es auch dem Herrn Bundeskanzler gegangen, als er dort war.

Ich will nicht sentimental sein, aber wir im westdeutschen Raum sind tief beeindruckt von dem, was in Berlin vor sich geht. Ich sehe mit großen Sorgen auf das, was auf uns zukommt. Und drüben die Menschen, die schauen auf uns. Es kommt nun darauf an, daß wir jetzt das richtige Wort für sie finden. Ich bin kein Nationalist, aber wir müssen für die 17 Millionen das richtige Wort finden. Das schlägt bis in das hinein, was wir in der nächsten Regierungserklärung zu sagen und was die Fraktionssprecher zu erklären haben.

Ich habe das Empfinden, wenn wir von der CDU nicht das richtige Wort finden, daß dann Dinge auf uns zukommen können wie 1918/19 mit der Dolchstoßlegende des Versailler Vertrages⁴⁴. Es geht darum, daß wir künftig die richtige Einstellung bekommen. Wir haben sie, aber wir müssen sie auch zum Ausdruck bringen. Das wird ein erlösendes Wort für die Berliner sein. Ich bin nicht sentimental gewesen und will es auch nicht sein. Aber es kommt darauf an, daß wir als stärkste Partei

44 Falscher Zusammenhang. – Die Legende vom „Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Heere durch die linksbürgerlichen und sozialistischen Parteien“ wurde nach der Niederlage 1918 vom deutschen Nationalismus als Kampfmittel benutzt. – Versailler Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland vom 28. Juni 1919.

dieses Wort finden und den Menschen drüben die Hilfe geben, daß sie hoffen können. Ich würde auch Herrn Amrehn keinen Vorwurf machen, aber wenn Sie sagen, die Verbindung von Bonn nach Berlin ist zu schlecht – diese Kritik geht auch an meine Person –, dann muß ich Sie bitten, daß Sie von unserer Seite aus die Gespräche noch mehr und intensiver nach draußen zum Ausdruck bringen, d. h. daß wir diejenigen sind, die Berlin zu helfen bereit sind und nicht nur die anderen.

Adenauer: Ich muß auch ein Wort zu Berlin sagen. Wenn ich das Datum richtig behalten habe, dann ist Herr Brandt vom 20. Januar 1960 bis jetzt nicht in einer Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates gewesen. Bitte sagen Sie das ihm weiter! Das Wort hat Herr Blumenfeld⁴⁵.

Blumenfeld: Ich möchte nicht anschließen an das, was Herr Krone gesagt hat, obwohl ich jedes Wort unterstreiche. Ich möchte meinen, daß die Öffentlichkeit und unsere Landesverbände von dieser Sitzung des Bundesvorstandes eine unmittelbare und sehr klärende Aussage hinsichtlich der direkt vor uns liegenden Koalitionsverhandlungen und auch zu dem Verhältnis zur FDP erwarten.

Lassen Sie mich deswegen die Bitte aussprechen, daß wir uns jetzt ausschließlich mit diesem Thema befassen. Ich möchte dem Bundesvorstand folgende drei Punkte vorschlagen:

Angesichts der Erklärungen, die der wahrscheinliche Koalitionspartner, die Freien Demokraten, in der Wahlnacht und gestern offiziell abgegeben hat, und nach dem, was man inoffiziell gehört hat, haben die Freien Demokraten ganz bestimmte Vorstellungen über eine Koalition in personeller Hinsicht.⁴⁶ Meine Freunde! Ich empfinde es als unerträglich, wenn sich die CDU/CSU von einem Koalitionspartner in Personalfragen Vorschriften machen läßt. Wir sollten deswegen eine sorgfältig formulierte Erklärung so schnell wie möglich aus diesem Gremium herausgeben an die Öffentlichkeit des Inhalts, daß die CDU/CSU allein darüber befindet, wen sie als stärkste Fraktion dem Herrn Bundespräsidenten für die formale Prozedur im Bundestag am 17. Oktober vorzuschlagen hat, daß dies also nicht Gegenstand der Koalitionsverhandlungen mit der FDP oder einem anderen Partner sein kann.

Ich meine also eine ganz bestimmt und sehr offen formulierte Erklärung. Ich halte es für unerträglich, daß man Koalitionsverhandlungen mit den Freien Demokraten anfangen soll, wenn dabei die Gefahr besteht, daß kurz vor der Wahl im Bundestag plötzlich die FDP erklärt: Nein, unter einer Adenauer-Regierung machen wir nicht

⁴⁵ Erik Bernhard Blumenfeld (1915–1997), 1958–1968 Landesvorsitzender der CDU Hamburg, 1961–1980 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 66 Anm. 33.

⁴⁶ Mende hatte noch in der Wahlnacht darauf hingewiesen, daß vom Ausgang der Kanzlerfrage viel für die Koalitionsbereitschaft der FDP abhängt: „Professor Erhard hat unser volles Vertrauen.“ (FDP-Bundesvorstand S. 91). Vgl. auch zum Folgenden MENDE: Freiheit S. 478 f. Beschluß des FDP-Vorstands und der FDP-Bundestagsfraktion vom 19. September: „Keine Koalition unter Adenauer. Grund hierfür: Wahlerfolg der FDP und Wahlergebnis insgesamt mußte als ein Votum contra Adenauer gewertet werden.“ (zit. nach SCHWARZ: Adenauer 2 S. 679).

mit. Dann würde es zu einem Abstimmungsergebnis im Bundestag kommen, das man – so aus der Hand gesprochen – als eine Abwahl bezeichnen müßte bzw. als ein Fest für die anderen. Ich möchte also, daß wir selber unsere Entscheidung treffen und dann als Partei geschlossen in diese Dinge eintreten, wenn wir alle Konsequenzen nüchtern und klar durchdacht und überlegt haben. Ich meine, der Kanzler wird auf vier Jahre gewählt. (*Widerspruch und Bewegung.* – *Zurufe:* Nein! – Auf bestimmte Zeit! – Bis zum neuen Kanzler! – Bis zum Sturz! – *Heiterkeit, anhaltende Unruhe.*) Jegliche Voraussage oder Vereinbarung darüber, wer vorgeschlagen wird, wird am nächsten Tage in der Presse stehen, insbesondere wenn es auf Zeit geht. Damit wird dokumentiert, daß es auf Zeit geht. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zurufe:* Was heißt das?) Nun, ich spreche es deutlich aus und interpretiere das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, als er erklärte, er würde nicht mehr die vier Jahre, wenn er gewählt wird, das Amt auf seinen Schultern tragen. Wir sollten also nicht einfach darüber hinweggehen.

Diese Frage kann nicht in einem so großem Gremium, wohl aber in einem kleineren Kreis behandelt werden, und darauf lege ich Wert, daß das einmal offen ausgesprochen wird in diesem höchsten Gremium unserer Partei. Deshalb muß das auch durchberaten, durchbehandelt und durchgeprüft werden.

Ich möchte weiter vorschlagen, daß dieses Gremium heute eine Verhandlungskommission für die Koalitionsverhandlungen bestimmt. (*Wuermeling:* Die Fraktion!) Nein! Ich lege Wert darauf, daß die Partei eine Verhandlungskommission bestellt, die die Koalitionsgespräche mit der FDP aufnimmt, nicht die Bundestagsfraktion, sondern die Partei als solche.

Das ist mein Vorschlag und mein Antrag, über den wir abzustimmen und zu entscheiden hätten.

Noch ein letztes Wort! Wir haben in den nächsten zwölf Monaten eine Reihe von Landtagswahlen. Ich lege sehr großen Wert darauf, daß bei allen Überlegungen hinsichtlich der Koalitionsverhandlungen unter einem von der CDU gestellten Kanzler ganz nüchtern geprüft wird, welche Rückschläge das auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hat; von Hamburg rede ich gar nicht⁴⁷. Daraus mögen Sie meine Objektivität ersehen. (*Widerspruch und Heiterkeit.*) Jedenfalls bitte ich Sie, das mit zu beachten, wenn ich es auch nicht als den entscheidenden Punkt dabei ansehe. Selbstverständlich ist das Entscheidende die Bundesregierung und die Kontinuität unserer Politik. Lassen wir also nüchtern über diese Dinge reden. Die anderen haben mehr Stimmen und mehr Sitze als wir. Die FDP hat einen Schlüssel in der Hand. Wir sollten also zunächst über diese Dinge sprechen und die Manöverkritik nicht weiter fortsetzen.

47 Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 12. November 1961, in Nordrhein-Westfalen am 8. Juli 1962, in Schleswig-Holstein am 23. September 1962. – Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg: SPD 57,4 %, CDU 29,1 %, FDP 9,6 %. Paul Nevermann (SPD) bildete eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. FISCHER 1 S. 528–530.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kiesinger⁴⁸.

Kiesinger: Wir haben in der Diskussion schon einen Teil Manöverkritik gehört, und in den Ausführungen von Herrn Albers und Herrn Amrehn wurden bereits gewisse programmatische Fragen angeschnitten. Sie sind natürlich wichtig, wenn wir uns entscheiden für die Koalition mit der FDP und für die Frage des Kandidaten für das Bundeskanzleramt. Aber wir sollten nun – da greife ich die Anregung von Herrn Blumenfeld auf – mit folgenden Fragen uns befassen:

Koalition: eine Frage, die unausweichlich ist. Es gibt theoretisch eine Minderheitsregierung. Es gibt nach dem Grundgesetz sogar die Möglichkeit, so zu manövrieren, daß der Bundestag aufgelöst wird und eine Neuwahl stattfinden muß. Das ist möglich! Und warum sollte man die technischen Mittel nicht einmal ins Auge fassen? Was wir politisch tun, ist eine ganz andere Frage.

Man kann Manöverkritik nur dann richtig üben, wenn man sie vollständig macht. Man kann nicht nur ein bißchen kritisieren, sondern man muß diese Kritik ganz machen oder gar nicht. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Eine Fraktion[!] scheint sich mir nur anzubahnen oder anzubieten mit der FDP. Man kann theoretisch über die Frage einer Allparteienkoalition sprechen, ich meine aber, daß der Augenblick noch nicht gekommen ist, um dies zu tun. Wenn sich eine Koalition mit der FDP anbietet, muß man damit verbinden – wie es der Herr Bundeskanzler schlicht und einfach gesagt hat – die Frage, wer soll unser kommender Regierungschef sein, entweder für die Dauer oder für eine gewisse Übergangszeit.

Das sind die beiden Fragen, mit denen wir heute uns zu befassen haben, und zwar muß dieser Kreis darüber entscheiden. Es gibt keine Ausweichmöglichkeit. Zu der Frage, wie sich der künftige Koalitionspartner verhalten wird, können wir natürlich sagen, es sei unerträglich, wenn wir uns von ihm unser Verhalten vorschreiben ließen. Das ist immer ein nettes Wort, wenn man das ausspricht, aber selbstverständlich wissen wir auch, daß wir in einer prekären Lage sind. Es ist aber nicht so, daß wir einfach das hinzunehmen haben, was man von der anderen Seite vorschlägt. Außerdem ist die andere Seite – das kann ich Ihnen versichern – auch in sich in keiner Weise einig. Wie sie auch politisch ein Bündel mühselig zusammengefaßter Einzelvorstellungen darstellt, so ist es auch auf diesem Feld. Hier muß die CDU/CSU aus der Not eine Tugend machen, und zwar eine wirkliche Führungstugend; und die besten Köpfe in der FDP müssen aus der Chance, die sich ihnen bietet, eine Tugend machen. Es gibt solche Köpfe drüben. Man wird vor allen Dingen mit den Leuten von der FDP Fühlung aufnehmen müssen, von denen man weiß, daß sie die große Verantwortung spüren, die ihnen diese Stunde auf die Schulter gelegt hat. Dabei ist vieles offen, ganz sicher auch die Kanzlerfrage. Sie ist nicht, wie es nach einigen Äußerungen erschien, festgelegt.

48 Dr. Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), 1949–1958 und 1969–1980 MdB (CDU), 1951–1960 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CDU, 1966–1969 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 8 Anm. 37; Hans-Otto KLEINMANN in ZEITGESCHICHTE 7 S. 245–263.

Das zweite, was wir uns heute vornehmen müssen, ist ganz offen gesagt die Frage, welche Kanzler-Lösung wollen wir haben. Das hängt nun allerdings mit gewissen programmatischen Dingen zusammen; denn der Kanzler bestimmt die Richtlinien der Politik, und es genügt nicht, einfach nur retrospektiv zu denken, sondern der Kanzlerkandidat wird uns sagen müssen, wie er bei neuen Problemen – z. B. bei Berlin – in der Zukunft zu handeln und zu entscheiden gedenkt, obwohl er nicht in der Lage sein wird, wer es auch immer sei, heute schon ein fix und fertiges Programm vorzulegen. Es kann sich auch nur um eine allgemeine Tendenz handeln.

So würde ich vorschlagen, über folgendes zu beraten: 1. Die Frage der Koalition oder technisches Ausweichen. 2. Zu der Frage von Herrn Blumenfeld darf ich sagen, natürlich wird der Kanzler für vier Jahre gewählt. Und wenn er gewählt ist, kann er nur entweder freiwillig sein Amt aufgeben oder aber durch das sogenannte konstruktive Mißtrauensvotum gezwungen werden, dieses Amt zu verlassen.

Ich würde also darum bitten, daß wir uns jetzt auf diese beiden Punkte beschränken; es sei denn, daß der Wunsch besteht, weiterhin Manöverkritik zu üben. Dann würde ich vorschlagen, nur Manöverkritik zu halten. Aber das würde stundenlang dauern. Ich persönlich würde die Behandlung der anderen Fragen zunächst vorziehen: Koalition und Bundeskanzler.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dittmar⁴⁹.

Dittmar: Ich meine, man sollte sich, wenn man das Wort Manöverkritik gebraucht, darüber klar sein, daß es sich nicht nur um ein Manöver, sondern auch um einen sehr harten Kampf gehandelt hat. Ich habe mich daher gewundert über die Ausführungen von Herrn Blumenfeld; denn es sind im Wahlkampf einige Dinge passiert, die besser nicht geschehen wären. Warum unbedingt der Landesverband der CDU Hamburg durch Herrn Blumenfeld ein Fernschreiben am 30. August an den Herrn Bundeskanzler gerichtet hat, daß seine Äußerungen in Hagen verunglückt seien⁵⁰, das haben gewisse Kreise in der Hamburger CDU nicht verstanden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das war gar nicht schön! (*Zurufe:* Sehr wahr!) Mir ist am 2. September auf einer Bergarbeiter-Wahlversammlung in Kamen gesagt worden: Sie sprechen so großartig vom Bundeskanzler, aber Ihr Landesvorsitzender Blumenfeld hat gerade das und das über den Bundeskanzler gesagt! – Wir haben dadurch manche Stimmen verloren! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Gestern abend habe ich im „Hamburger Abendblatt“ folgende erste Äußerung von Herrn Blumenfeld gelesen. Ich bitte um Erlaubnis, sie vorlesen zu dürfen. Ich wundere mich nun, wie unter diesen Umständen eine erfolgreiche Koalitionsverhandlung möglich sein soll. Er schreibt: Die geringere Wahlbeteiligung

49 Dr. Rupprecht Dittmar (1914–1985), Diplom-Kaufmann; 1945 stv. Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Weimar, 1958–1968 Vorstandsmitglied der BfA. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 549 Anm. 38.

50 Fernschreiben in ACDP VII-002-030/1. Adenauer hatte am 29. August 1961 in Hagen erklärt, daß alles, was seit dem 13. August in Berlin geschehen sei, eine beabsichtigte Hilfe Chruschtschows im Wahlkampf für die SPD sei. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 30. August 1961 „Kanzler: Sowjets helfen Brandt“.

ist zum Teil zu Lasten der CDU gegangen. Offensichtlich hat auch eine Reihe von CDU-Wählern dieses Mal für die FDP gestimmt, um damit ihre Meinung gegen den Bundeskanzler zum Ausdruck zu bringen. Ohne Zweifel wünschen aber auch diese Wähler weiterhin eine CDU-Bundesregierung, wenn auch unter neuer Führung. (*Zurufe: Hört, hört!*) Ich frage mich, ist das wirklich notwendig, das gestern in diesem schwierigen Zeitpunkt zu sagen, und zwar angesichts der Tatsache, daß wir aus Hamburg auch prominente Äußerungen über die FDP vorliegen haben. Ich will nicht sagen, daß das, was Herr Bucerius⁵¹ in der „Zeit“ schreibt, immer lauterer CDU-Geist ist, (*Lebhafter Beifall*) aber ich möchte doch in diesem Punkt Herrn Bucerius glauben, was er am Samstag in einer halbspaltigen Anzeige in der Hamburger „Zeit“ über die FDP geschrieben hat: Dr. Adenauer ist nach meiner Meinung und sicher nach der Meinung vieler hunderttausender Wähler bestätigt worden, daß die FDP-Kandidaten – wir in Hamburg denken beispielsweise an Persönlichkeiten wie Rademacher⁵² – wahrscheinlich ebenso unsichere Kantonisten in den Fragen der deutschen Außenpolitik sind wie die der SPD. (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Ich will den Gedanken von Herrn Kiesinger aufnehmen und sagen – unbeschadet wer zuständig ist –, 1. der Fraktionsvorstand kommt am Donnerstag zu einem Gespräch zusammen, 2. sollten wir uns hier entscheiden – das ist mein Vorschlag –, daß wir in ein Gespräch mit der FDP wegen einer Koalition eintreten. Wir sollten aber zuviel Details über das, was wir tun und was wir nicht tun wollen, hier nicht sagen und auch nicht festlegen. 3. Wir sollten uns auch entschließen zu sagen, daß der Kanzler für uns der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer ist. Ich habe mit ihm und mit dem Kollegen Erhard⁵³ über diese Frage gesprochen. Wenn wir das nicht täten, würden wir das Wahlergebnis von uns aus umdeuten in eine Niederlage des Bundeskanzlers. Und das geht nicht. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Das sollte unsere Meinung sein, wobei ich hinzufüge, daß die kommenden Dinge im Osten so ernst sind, daß wir ihn dann unbedingt haben sollten. Ich würde ferner nicht irgend einen Termin nennen. Man sollte weder von vier Jahren noch von sonst etwas sprechen. Wir haben das, was der Bundeskanzler selber gesagt hat, zur Kenntnis genommen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Strauß.

Strauß: Ich würde mich gern an der Manöverkritik beteiligen ... (*Albers: Stellen Sie sich mal als Verteidigungsminister! – Bewegung und Heiterkeit.*) Warum soll ich mich stellen? (*Zurufe: Die Herren hören dahinten nichts!*) Ach so! Ich habe nicht

51 Dr. Gerd Bucerius (1906–1995) Journalist, Verleger; 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 264 Anm. 17 und EBD. 3 S. 14 Anm. 51.

52 Willy Max Rademacher (1897–1971), 1949–1965 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 57 Anm. 17.

53 Prof. Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), 1949–1977 MdB (CDU), 1949–1963 Wirtschaftsminister (1957–1963 Vizeminister), 1963–1966 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 7 und EBD. 3 S. 247 Anm. 17. OSTERHELD: Außenpolitik; HENTSCHEL.

recht gewußt, was Herr Albers gemeint hat, aber ich nehme auch nicht alles so ernst, was er sagt. Doch nun zur Sache!

Die Kritik müßte technisch und politisch sein, aber das würde den Rahmen dieser Unterhaltung überschreiten. Gewisse Vorgänge bei der Wahl kann man nicht ausschalten, wenn man an die politischen Entscheidungen denkt, die jetzt vor uns stehen. Die Dinge gehören zusammen. Ich möchte mich deshalb so ausdrücken, daß die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung – und zwar geht das über die absolute Mehrheit hinaus, obwohl wir sie nicht errungen haben – eine Fortsetzung der bisherigen Politik wünscht. Das ist ein Eindruck, den ich aus zahlreichen Beobachtungen oder Indizien gewonnen habe. Gleichzeitig tritt ein irrationales und emotionales Moment in der Politik jetzt stärker auf, als es in den vergangenen Jahren festzustellen war.

Ich teile die Meinung, daß wir diese Entwicklung sorgfältig beobachten und unter Kontrolle halten müssen, weil wir unter Umständen, trotz des Zuges der Wähler zunächst zum Dreiparteiensystem, eines Tages mit Überraschungen werden rechnen müssen. Nach dem Ersten Weltkrieg – erlauben Sie mir nur diesen Satz, er gehört dazu – mußte die politische Rechnung bezahlt werden, bevor die materielle Besserung begann. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine materielle Besserung eingetreten, die den Friedensstand weit übertroffen hat, ohne daß die politische Rechnung bezahlt worden ist. Und deshalb ist eine Bewußtseinsverschiebung bei uns eingetreten, daß die politischen Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs längst abgeschlossen seien, weil man nicht nur den ersten Kühlschrank, sondern meist auch den zweiten Kühlschrank bekommen hat. Das wird uns in den nächsten Monaten und Jahren noch schwer zu schaffen machen.

Ich beurteile die Lage von Berlin, Herr Kollege Amrehn, leider nicht so, wie Sie es tun, leider nicht, aber nicht, weil ich es nicht wünsche, sondern weil ich meine Überzeugung nicht so vergewaltigen kann, daß ich mir Ihre Meinung voll zu eigen machen könnte. (*Amrehn*: Ich glaube, wir haben uns völlig mißverstanden!) Ich wollte nur klarstellen, daß ich vorsichtiger bin. Es ist ja auch kein Angriff. Es mag sein, daß Sie die Lage besser kennen.

Wir haben nicht nur den Zweiten Weltkrieg zu liquidieren, sondern auch den Preis zu bezahlen für die Versäumnisse, die der Westen – ich sage bewußt, nicht die Bundesrepublik, das wäre ungerecht – in den letzten 15, 12, 7 und 5 Jahren begangen hat. Ich denke z. B. an den Herbst 1956, wo die letzte Chance gewesen wäre unter einer energischen amerikanischen Politik, die Dinge in Ordnung zu bringen.⁵⁴ Ich muß es hier leider ausführen, ich habe eine ganz andere Meinung über das Ende der Genfer Konferenz⁵⁵. Das ist ein wohlabgestimmter Schwindel, den die Sowjets

54 Hinweis auf die Passivität des Westens während des Ungarn-Aufstands und seiner Niederschlagung durch die Rote Armee (Oktober/November 1956).

55 Ergebnislose 2. Genfer Außenministerkonferenz über Deutschland vom 11. Mai bis 5. August 1959 unter Beteiligung der Außenminister der Bundesrepublik und der DDR als Berater (AdG 1959 S. 7878).

seit drei Jahren getrieben haben, aber gegen gewisse Harvard-Professoren kann man nichts machen.⁵⁶

Für die Zukunft ist nach meiner Meinung eine Koalition mit der SPD ausgeschlossen; denn das würde der Wähler als Schwindel und Betrug bezeichnen. Ich halte auch nichts von einem nationalen Notstandskabinett oder von ähnlichem Unsinn. Wir sollten jetzt auch nicht das Wort „nationaler Notstand“ in den Mund nehmen, weil die Voraussetzungen dafür noch nicht vorliegen. Wir werden das Wort möglicherweise für andere Umstände noch gebrauchen, aber nicht jetzt.

Eine Minderheitsregierung empfiehlt sich nicht. Wir wären von Fall zu Fall davon abhängig, daß der letzte Abgeordnete von uns anwesend sein müßte. Und die Disziplin ist im Bereiche der Union nicht so ausgeprägt wie im Bereich der SPD. Ich schließe bewußt die CSU ein; denn ich habe gesagt: im Bereiche der Union. Ferner wissen wir nicht, wie im Jahre 1965 die Wahl ausgehen wird. Wir sollten zumindest einmal wieder jetzt auch auf längere Sicht hin eine politische Kombination ins Auge fassen, bei der wir zwar die FDP in der Öffentlichkeit nicht attraktiv machen, aber andererseits auch keine Koalition SPD/FDP heraufbeschwören dürfen.

Auch das muß ins Auge gefaßt werden, daß wir unsere Politik absichern müssen, d. h. diese Politik darf nicht nur das abgegrenzte Eigentum der CDU/CSU bleiben; denn damit würden wir diese Politik in Zukunft der Unsicherheit preisgeben, was der Wähler gar nicht will.

Die FDP wollte – meine Quelle hierüber ist zuverlässig – heute in ihrer Sitzung ihre Bereitschaft zur Koalition erklären. Das wird sie auch tun. Sie wird eine Verhandlungskommission ernennen. Zweitens wollte die FDP eine Verlautbarung herausgeben: Wir stellen hinsichtlich der Ministerien keine besonderen Forderungen. Die SPD kann uns dreimal soviel anbieten wie die CDU, auch dann werden wir nicht mit der SPD zusammengehen; aber wir wollen auch nicht unter Adenauer mitmachen.

Ich habe meine politischen Möglichkeiten, die über Nordrhein-Westfalen zum Teil laufen, ausgenutzt, um sie beschwörend davor zu warnen, eine solche Festlegung zu treffen; denn diese Festlegung würde auf unserer Seite das Gefühl der Verbitterung hervorrufen, weil damit der Seniorpartner vom Juniorpartner gewissermaßen unter Druck gesetzt wird. Ich glaube, es kommt auch nicht heute. Ich habe guten Grund zu dieser Annahme. Die FDP tagt ab 11 Uhr.

Nun sollten wir unsere Bereitschaft zu einer Kommission erklären, wobei ich bitte, die CSU in dieses Gremium mit aufzunehmen. Wir sollten aber mit der FDP über die Frage des Kanzlers und auch über seinen Nachfolger sprechen. Wir sollten diesen Koalitionspartner nicht vor den Kopf stoßen. Ich habe es im Wahlkampf immer wieder vertreten, wie meine persönliche Überzeugung ist. Ich brauche das hier nicht zu wiederholen. Ich bin der Meinung, daß es gut ist, wenn die politische und moralische Autorität des heutigen Bundeskanzlers noch dafür geradesteht, die Krise zu bewältigen, die ja nicht von uns hervorgerufen worden ist. Aber ich bin

⁵⁶ Henry Kissinger, Arthur Schlesinger u. a.

auch der Meinung, daß wir die Kontinuität unserer Politik sichern sollten, daß wir die Kontinuität unserer Politik auch sichern sollten innerhalb der Öffentlichkeit und unserer eigenen Reihen; denn auch dafür, Herr Bundeskanzler, ist Ihre politische und moralische Autorität unbedingt notwendig. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Wir sind alle Menschen, und keiner weiß, wie es ihm morgen geht. Am gefährdetsten sind die Menschen zwischen 45 und 55 Jahren im allgemeinen und zwischen 50 und 60 in der Politik. Das ist unsere Generation. Keiner weiß, wie lange er arbeitsfähig ist. Ich sage das nicht ganz unbedingt; denn Ausnahmen gibt es immer, aber wir leben in der Gefahr, die uns vom Flugzeug und vom Auto her oder in einer sonst übelwollenden Weise droht, so daß wir in unserem Handwerk jedenfalls auf alles gefaßt sein müssen. Und für den Fall ist es unbedingt notwendig, daß die Kontinuität unserer gemeinsamen Politik auch personell gesichert wird, und zwar so, daß auch der Koalitionspartner in Zukunft dieser Politik treu bleibt, damit wir nicht das Risiko eingehen, wenn sich ein paar Prozente verschieben, unter Umständen eine andere Koalition in Kauf nehmen zu müssen. Gegen 48 % der Sitze im Bundestag kann man schwer regieren.

Die Kombination SPD/FDP – abgesehen von der klugen Festlegung Mendes – ist fast unmöglich, und zwar politisch wie moralisch. Aber wir haben es nicht in der Hand. Mir wäre es wohlher, wenn eine Tradition der Verbindung CDU/CSU-FDP geschaffen werden könnte, die unsere Politik dem Zufall des Zwanges, die absolute Mehrheit zu erreichen, nicht völlig preisgeben würde.

Ich habe schon im kleinen⁵⁷ Kreise gesagt, wir haben rund 5 % verloren. Wenn diese 4 bis 5 % zwischen 40 und 45 % liegen, ist es nicht mehr so interessant, wenn sie aber zwischen 45 und 50 % oder zwischen 46 und 51 % liegen, kann es eine gefährliche politische Angelegenheit werden.

Ich bin weiter der Meinung, daß Sie, Herr Bundeskanzler, der einzige sind als Parteiführer, der die Gruppierungen, die auch in der Union vorhanden sind und die noch sehr einer überlegenen Autorität bedürfen, zusammenhalten kann, weil es wahrscheinlich keinen Nachfolger in absehbarer Zeit gibt, der Parteiführer und Bundeskanzler gleichzeitig sein kann, d. h. also, daß die Kontinuität Ihrer Politik nur durch Ihre eigenen Entschlüsse herbeigeführt werden kann. Was ich damit meine, möchte ich im einzelnen nicht ausführen. Es trifft aber die Situation: wann – ich meine nicht ein Kalenderdatum – und durch wen?

Sie dürfen es dem deutschen Volke – ich möchte nicht pathetisch werden – und dem gemeinsamen Werk der Union nicht antun, daß nach Ihnen alles dem Zufall preisgegeben wird. (*Beifall.*) Das ist meine innige Bitte. Ich habe Ihnen heute morgen⁵⁸ versichert, daß mit dieser Bitte keinerlei Hintergedanken irgendwelcher Art, weder von der CSU her noch persönliche, verbunden sind. Ich habe mich bereit erklärt, mit Ihnen zum Notar zu gehen – Sie haben es leider abgelehnt –, um das gewissermaßen als einklagbare Forderung zu Papier zu bringen. Alle Kombinationen über

⁵⁷ In der Vorlage: „gleichen“.

⁵⁸ Strauß war vor der Vorstandssitzung um 10.30 Uhr bei Adenauer (TERMINKALENDER).

Kanzlerambitionen sollte man beiseite lassen, die ja die anderen aufgebracht haben, um uns gegeneinander auszuspielen. Aber die Bitte ist herzlich, Herr Bundeskanzler, für die Kanzlerwahl, bei der die FDP versuchen wird, zwar den Fraktionszwang nicht einzuführen, aber ihn doch mit technischen Methoden zu sichern. Es ist auch notwendig, daß Sie nicht als Minderheitskanzler gewählt werden.

Die Mehrheit, mit der wir 1953 und 1957 gewählt worden sind, steht irgendwie im Raum. Sie sollten heute nicht von der Minderheit gewählt werden. Ich fürchte ernsthaft, daß die FDP, wenn wir nicht darüber offen mit ihr reden und nicht zu einer vernünftigen Abstimmung kommen, dann ihre Unentbehrlichkeit in der Koalition dazu ausnutzen wird, um Ihre politische Autorität zu schmälern. Das sollte nicht erfolgen.

Es müssen einmal bestimmte Entscheidungen getroffen werden, so ungern jeder daran denkt und so ungern man sich darauf vorbereitet. Aber es ist unbedingt notwendig. Es darf Ihnen nicht eines Tages passieren, daß das, was unter der Adenauer-Politik in der Öffentlichkeit erreicht worden ist und was Sie gemeinsam mit uns durchgesetzt haben, der menschlichen Eitelkeit, der menschlichen Unzulänglichkeit, dem menschlichen Ehrgeiz oder den Spaltungstendenzen dieser oder jener Gruppenegegensätze zum Opfer fällt. Und das kann niemand anders sicherstellen als Sie allein! (*Starker Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Fricke⁵⁹.

Fricke: Wir haben Herrn Strauß zugestimmt. Nun möchte ich für meine Person und für meine Freunde aus Norddeutschland zurückkommen auf die Kontroverse, die wir hatten, als Herr Blumenfeld sagte: Eine Kommission des Bundesvorstandes. Dieses Beschluß-Gremium sollte Kontakte aufnehmen mit der FDP und sollte beauftragt werden, in dieser Richtung die Gespräche zu führen. Herr Heck⁶⁰ meinte nun, das sei eine Sache der Fraktion.

Wir sind ernstlich der Auffassung, hier kann sich die Partei nicht ausschalten. Ich schlage vor, folgendem Gremium den Auftrag zu erteilen, in dieser Richtung Gespräche mit der FDP zu führen: Bundeskanzler Dr. Adenauer als dem Vorsitzenden der CDU, seine vier Stellvertreter Dr. Krone, Blank⁶¹, Dr. Gerstenmaier⁶², von Hassel, dazu Bundesminister Prof. Dr. Erhard und Bundesminister Dr. Schröder⁶³.

59 Dr. Otto Fricke (1902–1972), 1951–1968 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Braunschweig. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 53 Anm. 31.

60 Dr. Bruno Heck (1917–1989), 1957–1976 MdB (CDU), 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 108 Anm. 8. Jürgen ARETZ in ZEITGESCHICHTE 8 S. 213–231.

61 Theodor Blank (1905–1972), 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1965 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 266 Anm. 41.

62 D. Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1954–1969 Bundestagspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 122 Anm. 31.

63 Dr. Gerhard Schröder (1910–1989), 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Innenminister, 1961–1966 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 7 Anm. 31.

Wir haben uns das überlegt. Herrn Strauß bleibt es natürlich in seiner Autonomie als dem Vorsitzenden der CSU überlassen, mit seinen Freunden zu entscheiden, wer von der CSU hinzukommen soll. Das wäre unser konkreter Vorschlag.

Adenauer: Ich kann mir vorstellen, daß die Verhandlungen mit der FDP viel Geduld verlangen. Ich darf Sie daran erinnern, daß ich nach einer Wahl einmal gesagt habe: Lieber noch eine Wahl, als eine Koalitionsregierung zu bilden. Das war wirklich, um verrückt zu werden.

Die Damen und Herren, die in die Kommission kommen, müssen sich darüber klar sein, daß Zeit dazu nötig ist. Nun würde ich bitten, folgendes zu überlegen: Einfach formell betrachtet ist natürlich die Fraktion zuständig. Das dürfen Sie nicht vergessen; denn die Fraktion bestimmt, wer dem Bundespräsidenten zur Wahl als Kanzler vorgeschlagen wird. Und der Bundeskanzler bildet dann die Regierung.

Es ist völlig richtig, was Sie gesagt haben. Die Wahl des Bundeskanzlers ist dieses Mal im Hinblick auf die ganze gefährliche und kritische außenpolitische Situation und auf die Verhandlungen mit einer aus sehr heterogenen Elementen zusammengesetzten Partei oder Fraktion wie die FDP sehr schwierig. Sie wird sicher ganz schwierig sein. Deswegen meine ich, man sollte zunächst einmal versuchen, in die Kommission Damen und Herren hineinzuwählen, die sowohl in der Fraktion – möglichst im Vorstand – wie auch im Parteivorstand sind. Aber ich würde es doch auch begrüßen, wenn einige Mitglieder des Parteivorstandes drin wären, die nicht der Fraktion angehören; denn es könnten sich Situationen ergeben, bei denen diese Herren mit einem weiteren Blick die ganze Sache ansehen als die Bundestagsmitglieder.

Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Eine Kommission ist unbedingt notwendig. Machen Sie sie aber bitte nicht zu klein; denn ich sehe kommen, daß nachher der eine oder andere verhindert ist. Nehmen Sie möglichst viele Doppelmandatare, d. h. Leute, die sowohl Mitglied des Parteivorstandes als auch Mitglied des Fraktionsvorstandes sind. Nehmen Sie aber auch einige Leute hinzu, die nur Mitglied des Parteivorstandes sind, die nicht der Fraktion angehören. Denn – ich wiederhole nochmals – das bringt die ganze Geschichte mit sich: Die Zugehörigkeit zur Fraktion macht in mancher Hinsicht Sachkunde erforderlich, aber in anderer Hinsicht ist sie vielleicht auch etwas zu eng.

Ich würde vorschlagen – ganz so hingeworfen –, zehn Leute zu wählen. Soviel müssen es wahrscheinlich sein. Wir sollten jetzt eine Pause machen, um ein Frühstück einzunehmen. In der Zwischenzeit können sich dann einige Herren zusammensetzen und versuchen, Namen herauszufinden. Ist Ihnen das recht? (*Zustimmung.*)

Pause von 13.20 Uhr bis 14.00 Uhr.

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Zu den genannten Mitgliedern der Kommission werden die Kollegen

Pferdmenges⁶⁴, Albers, Dufhues und Kiesinger vorgeschlagen. (*Even*⁶⁵: Ich schlage Herrn Katzer⁶⁶ vor, weil Herr Albers morgen in Kur geht.)

Adenauer: Was sagt denn Herr Albers dazu? (*Albers*: Einverstanden!)

Von Hassel: Dr. Fricke hatte vorgeschlagen: den Vorsitzenden, seine vier Stellvertreter, außerdem Erhard und Schröder, dazu von der CSU Strauß und noch einen Herrn. Das wird vermutlich sein ... (*Höcherl*⁶⁷: Wir legen uns morgen fest.) Herr Höcherl, aber Sie legen sich ja, wie wir gerade gehört haben, morgen erst fest. Außerdem sind von Herrn Krone dazu vorgeschlagen worden die Herren Dufhues, Kiesinger, Pferdmenges und Katzer.

Adenauer: Sind die Damen und Herren damit einverstanden? (*Verschiedene Zuerufe*: Ja! – *Schmidt*⁶⁸: Nein!) Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Schmidt: Ich möchte mich der Stimme enthalten, weil ich grundsätzlich die Einsetzung einer solchen Kommission nicht für richtig halte. Ich bin der Meinung, daß alle in einem künftigen Kabinett Beteiligten in einer solchen Kommission überhaupt nicht beteiligt sein sollen. (*Lebhafter Widerspruch*.) Meine Damen und Herren! Ich bin dieser Meinung. Das geht unter keinen Umständen. (*Krone*: Würden Sie auch sagen, Erhard auch nicht?) Jawohl, und zwar nach demselben Prinzip. (*Krone*: Die beiden Herren, die in Frage kommen, sollen nicht dabeisein? Das verstehe ich nun wirklich nicht. Ich habe Vertrauen zu Erhard und Bundeskanzler Dr. Adenauer.) Ich auch, aber wie mit einer solchen Kommission wirklich Verhandlungen von Unbeteiligten geführt werden sollen, das ist mir schleierhaft. (*Dufhues*: Unbeteiligte gibt es nicht. Am wenigsten in der Politik.) Das kommt auf den Fall an; das kenne ich langsam.

Dufhues: Die Erfahrungen, die wir mit der Bundestagskommission gemacht haben, sind schlecht. Mir hat jemand sogar erklärt, das werde ich niemals in meinem Leben wieder tun. Deshalb schlage ich vor, daß die entscheidenden Verhandlungen der Herr Bundeskanzler führen soll. Aber diese Kommission sollte zu seiner Verfügung stehen und die Verhandlungen mit beeinflussen. Ich halte es für richtig, daß diese Kommission gebildet wird, damit die Dinge reibungslos gemacht werden können.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Brentano.

Von Brentano: Ich würde doch sehr an Sie appellieren, Herr Schmidt, diesen

64 Dr. Robert Pferdmenges (1880–1962), 1950–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 8; Christoph SILBER-BONZ: Pferdmenges und Adenauer. Der politische Einfluß des Kölner Bankiers. Bonn 1997.

65 Johannes Even (1903–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1955 Mitgründer und 1. Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 350 Anm. 83.

66 Hans Katzer (1919–1996), 1950–1965 Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, 1957–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 340 Anm. 126.

67 Hermann Höcherl (1912–1989), 1953–1976 MdB (CDU), 1961–1965 Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 263 Anm. 7.

68 Dr. Otto Schmidt (1902–1984), Jurist; 1957–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 407 Anm. 133.

Einspruch nicht zu erheben. Ich glaube, daß wir in schwierigen Verhandlungen stehen werden und daß dann gerade auch Leute wie der Bundeskanzler und der Vizekanzler in diesen Verhandlungen zugegen sein müssen. Das erscheint mir einfach so selbstverständlich, daß ich mir gar nicht vorstellen könnte, daß uns unser Verhandlungspartner ernst nimmt, wenn wir nicht diejenigen, die an der Spitze stehen, als Verhandlungspartner herausstellen.

Ich bitte Sie, das zu überlegen. Wir haben doch vor allem die Gewißheit, daß diese Herren mit den anderen zusammen wissen, wieweit sie die CDU/CSU engagieren können. Ich habe wirklich das Gefühl, wir könnten nicht besser entscheiden. Es gibt Fälle, das gebe ich zu, wo man nicht denjenigen, der in Frage kommt, mit Verhandlungen beauftragen sollte, weil er präokkupiert ist; aber Herr Adenauer und Herr Erhard werden in jedem Fall diesem Kabinett angehören müssen. Und warum sollen wir das nicht andeuten, indem wir sie an die Spitze der Verhandlungskommission stellen. Ich habe wirklich das Anliegen, daß wir nicht in dieser Frage auseinandergehen, sondern sagen, diese Kommission wird in dieser Weise zusammentreten. Das wird auch nach außen auf unsere Verhandlungspartner so wirken, daß die Verhandlungen leichter werden, als wenn wir eine Kommission bestellen, von der die Verhandlungspartner nicht wissen, wieweit diese bevollmächtigt ist.

Adenauer: Wollen Sie einmal ein ruhiges Wort von mir hören! Wenn ich z. B. verhandeln sollte mit Herren von der FDP, würde ich niemals alleine mit denen verhandeln. Das zunächst einmal vorausgeschickt, damit nicht nachher Märchen erzählt werden über das, was hier gesprochen worden ist, was aber nicht den Tatsachen entsprechen würde.

Wenn ich mir die andere Seite besehe, so sind es mindestens drei verschiedene Gruppen. Diese drei verschiedenen Gruppen werden ganz sicher bei den Verhandlungen dabeisein. Wir sind viel größer und viel stärker. Ich meine, wir sind auch stärker differenziert, aber nicht im schlechten Sinne wie die FDP, sondern weil wir die verschiedenartigsten Berufe haben und auch viel breiter gelagert sind.

Wenn ich mir frühere Koalitionsverhandlungen vorstelle – und die jetzigen werden schwieriger sein –, dann wird man viel Geduld brauchen. Man wird aber auch vielleicht den einen oder anderen Herrn aus der Fraktion bitten teilzunehmen, an den jetzt nicht gedacht ist, weil er auf dem betreffenden Gebiet, was angeschnitten werden könnte, besser unterrichtet und orientiert ist.

Sie können also unmöglich von vornherein einfach einen Numerus clausus machen; das können Sie gar nicht. Wenn ich da Verhandlungen führen soll, für die ich nachher auch die Verantwortung übernehme, muß ich auch eine gewisse Freiheit haben. Das Ganze wird aber der Fraktion vorgetragen werden müssen. Denn das letzte Wort muß ja die Fraktion sprechen. Das ist doch ganz klar. Sie muß nachher, wenn Wechsel ausgestellt werden, diese auch einlösen. Machen Sie sich bitte nicht soviel Bedenken hier. Vertrauen Sie doch etwas auf den gesunden Menschenverstand, und seien Sie von einem völlig überzeugt: Wenn ich Verhandlungen führe, werde ich sie führen in sehr naher Übereinstimmung mit den Leitern unserer Fraktion.

*Scheufelen*⁶⁹: Ich wollte nur sagen, es sind schon mehrere Koalitionsverhandlungen geführt worden. Da haben nie Bedenken bestanden, auf der Landesebene den dafür vorgesehenen Ministerpräsidenten an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Das muß sogar sein, denn er muß eigentlich das einlösen, was dabei besprochen wird. Deshalb bin ich der Auffassung, man sollte es so lassen, wie es vorgeschlagen worden ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Ich bin auch der Meinung, daß die Koalitionsverhandlungen, so wie die Diskussion steht, eigentlich nur geführt werden vom Bundeskanzler in seiner Eigenschaft als Bundespartei vorsitzender. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieses Gremium Weiteres zu tun hat, als eine beratende Funktion auszuüben. Der Bundeskanzler wird doch nachher gewählt. Ich bin der Meinung, daß man dem Mann, der sich nachher dem Parlament zu stellen hat, auch die Chance geben muß, schon die Koalitionsverhandlungen auf seine Person hin maßgebend zu führen. Ich würde meinen, daß auch ein solches Gremium nicht etwa die Kraft eines parlamentarischen Gremiums bekommen kann, in dem Mehrheitsentscheide getroffen werden können. Das sage ich, damit wir uns darüber völlig klar sind.

Ich will mich nicht zur Sache äußern, sondern nur formell sagen: Es ist in den parlamentarischen Debatten Usus, gleichgültig ob man eine Krone hat oder nicht oder ein repräsentatives Oberhaus ... (*von Brentano*: Wir haben doch eine „Krone“. – *Heiterkeit*.) Wir haben beides. Wir haben nicht unsere Krone, sondern unseren Heinrich Krone und damit sogar noch ein „n“ mehr. Aber ich will nur sagen, daß es nach dem parlamentarischen Usus so ist – und das ist das Entscheidende –, daß zunächst die Partei das entscheidende Wort hat, nicht die Fraktion. Die Partei hat hier das erste Wort.

Nach parlamentarischem Usus wird dann der Bundespräsident die Parteivorsitzenden, und zwar – nach meiner Überzeugung – nach der Stärke der Parteien, zu sich bitten und mit ihnen sprechen. Und die werden ihm ihre Meinung sagen. Sollte etwa herauskommen, daß der Bundespräsident sagt, ich schlage den Parteichef der stärksten Partei vor, nun gut, dann muß man sich darauf einrichten, bzw. der Mann, der dann als Bundeskanzlerkandidat präsentiert wird, muß vorher die Möglichkeit gehabt haben, die Meinung seiner Regierung maßgeblich zu bestimmen. Wenn er zurücktritt, dann verschwindet sowieso automatisch das ganze Kabinett. Man kann nicht den einen oder anderen auswechseln.

Lieber Herr Schmidt! Ich habe Ihre Bedenken nicht. Ich hätte Ihre Bedenken, wenn es sich darum handelte, hier praktisch mehr als ein beratendes Gremium aufzustellen. Wenn das ein parlamentarisches Gremium wäre, in dem Entscheidungen mit Mehrheit getroffen werden können, dann hätte ich Ihre Bedenken. Das sage ich ganz offen. Da

⁶⁹ Dr. Klaus H. Scheufelen (geb. 1913), Diplom-Ingenieur, Papierfabrikant; 1958–1971 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1964–1968 Vorsitzender des Wirtschaftsrates e.V. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 119 Anm. 26.

das aber nicht der Fall ist, sondern es sich praktisch um ein beratendes Gremium für den Mann handelt, der als Parteichef in der ersten Phase die Koalitionsverhandlungen führen muß, habe ich keine Bedenken, mit Ausnahme des einen: Ich finde es nicht als eine Verbesserung, daß Sie auf 13 hinaufgehen. Ich wäre auch einverstanden, wenn es weniger wären. Ich würde deshalb von meiner Person absehen, (*Mehrere Zurufe: Nein, Nein!*) damit nicht ein ganz Scharfsinniger kommt und sagt: Aha! Ich halte mich für völlig unbetroffen. Insofern habe ich überhaupt keine Bedenken, und ich bin der Meinung, mehr als neun sollten nicht in dieser Kommission sein.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Kopf⁷⁰.

Kopf: Man sollte klarstellen, welche Aufgabe dieses Gremium hat. Dieses Gremium könnte eine zweifache Aufgabe haben. Es könnte gedacht sein als ein beratendes Gremium, das über den Bundeskanzler zu beraten hat, der dann die Verhandlungen führen soll. Ich meine, daß ich Herrn Gerstenmaier richtig verstanden habe, wenn er geäußert hat, dieses Gremium sei ursprünglich als ein Gremium gedacht, das erste Verhandlungen führe. Wenn dieses Gremium Verhandlungen führen soll, ist es mit zwölf Mitgliedern zu groß. Das kann es nicht. Aber ich wäre gerne bereit, auf der Linie von Herrn Gerstenmaier zu sagen, die Verhandlungen sollen erst von dem Bundeskanzler geführt werden. Dieses Gremium soll den Herrn Bundeskanzler bei der Führung der Gespräche intern beraten. Wenn das nicht eine Beratung ist, dann bitte ich Sie, das Gremium kleiner zu machen.

Die Verhandlungen werden sich erstrecken auf personelle und sachliche Fragen. Die sachlichen Fragen hängen mit den personellen Fragen zusammen. Ich halte es für unmöglich, daß man eine Verhandlung mit der FDP über sachliche Fragen führt, z. B. über das Thema unserer Außenpolitik, wenn nicht die maßgebende Persönlichkeit, die die Richtlinien der Politik bestimmt, dabei ist. Das ist eigentlich doch ganz selbstverständlich. Und wenn nun der Versuch gemacht werden muß, die FDP auf unser bisheriges Programm einschwenken zu lassen, so ist das unlösbar ohne den Mann, der bisher die Richtlinien der Politik bestimmt hat.

Ich meine also, daß es sehr gut wäre, wenn sich dieses Gremium, das heute als Bundesvorstand zusammengetreten ist, darüber ausspräche, ob es damit einverstanden ist, daß der bisherige Bundeskanzler gebeten wird, sich als neuer Bundeskanzler zur Verfügung zu stellen.

Ich bin gestern in Straßburg gewesen beim Europäischen Parlament und bin von sehr vielen Kollegen der Christlichen Demokraten anderer Länder angesprochen worden: Was wird in Deutschland jetzt vor sich gehen? – Ich möchte wiederholen, daß mir von seiten verschiedener ausländischer Kollegen sehr große Bedenken über die außenpolitischen Schwierigkeiten geäußert worden sind, die dann eintreten könnten, wenn jetzt eine Änderung in der Person des Bundeskanzlers erfolgen würde. Von Italien aus ist mir gesagt worden, wir haben eine hohe Wertschätzung von anderen

70 Dr. Hermann Kopf (1901–1991), Rechtsanwalt; 1949–1969 MdB (CDU), 1960–1969 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Persönlichkeiten, die in Frage kommen könnten. Wir würden aber in einem Wechsel des jetzigen Bundeskanzlers ein Aufweichen der westlichen Politik erblicken. Wir machen Sie darauf aufmerksam und bitten Sie, dies Ihren deutschen Kollegen doch mitzuteilen.

Ich hielt es für meine Pflicht, diese Gesichtspunkte, die von den europäischen Kollegen geäußert worden sind, diesem Gremium bekanntzugeben.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmidt.

Schmidt: Ich bin dankbar für die Ausführungen von Herrn Kopf. Es zeigt sich, daß wir offensichtlich von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen sind. Es hat sich zunächst einmal darum gehandelt, eine Verhandlungskommission einzusetzen, die tatsächlich verhandelt. Wenn es sich aber um ein beratendes Gremium handelt für denjenigen, der zunächst einmal die Verhandlungen einleiten soll, dann ist die Situation völlig anders. Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Wir können an gewissen Dingen in diesem Vorstand nicht vorübergehen. Wir können sie auch nicht mit einer Handbewegung abtun, ohne sie bis in die Tiefe und Gründlichkeit hinein zu beraten.

Heute hat es den Anschein, wir würden über alle möglichen Probleme am Rande reden, nur nicht über die wichtigsten Dinge. Erfreulicherweise haben die Kollegen Blumenfeld und Strauß die eigentlichen neuralgischen Punkte angerührt. Im übrigen möchte ich Ihnen sagen, hier liegt ein echtes Personalproblem in den Spitzen unserer Partei vor. Wenn es sich um eine Verhandlungskommission handelt, kann ich eine solche Verhandlungsperson nicht mit diesem Antagonismus der Personalien von vornherein belasten.

Das war der Grund, warum ich für meine Person zunächst gegen diesen Vorschlag Einspruch erhoben habe. Damit will ich ihn nicht verhindern, wenn Sie glauben, daß er durchführbar ist. Ich habe meine Bedenken dagegen, und die will ich angemeldet haben. Wenn es sich um ein rein beratendes Gremium handelt für den Parteivorsitzenden, der Sondierungen anstellt und die Möglichkeiten abtastet, ob eine Regierung unter seiner Führung möglich ist, dann habe ich nichts dagegen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Süsterhenn⁷¹.

Süsterhenn: Ich möchte den Vorschlag machen, in diese Kommission, gleichgültig ob es eine Verhandlungs- oder Beratungskommission sein wird, auch den Herrn Ministerpräsidenten Altmeier⁷² hineinzunehmen, und zwar aus folgendem Grund: Er ist wohl der einzige, der ununterbrochen seit zehn Jahren mit der FDP eine Koalition führt. Die FDP von Rheinland-Pfalz war immer innerhalb der gesamten FDP ein ziemlich maßgebender Faktor, der sich nicht allzuweit von unserer gesamtpolitischen

71 Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), 1947–1965 Mitglied des CDU-Landesvorstands Rheinland-Pfalz, 1961–1969 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 49 Anm. 23.

72 Peter Altmeier (1899–1977), 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 26 Anm. 34.

Linie entfernt hatte. Ich kann mir vorstellen, daß hier ein wichtiger Brückenpfeiler errichtet werden könnte.

Adenauer: Ich glaube, das ist eine sehr dankenswerte Anregung. Herr Altmeier hat persönliche Verbindungen. Ich werde aber, da die Verhandlungen sehr lange laufen werden, über Baden-Württemberg und auch über Rheinland-Pfalz Verbindungen aufnehmen müssen. Es bleibt dann immer noch möglich, daß man noch Herren hinzunimmt, wenn das wünschenswert erscheint.

Höcherl: Meine Damen und Herren! Soweit ich informiert bin, wird die FDP eine Verhandlungskommission von fünf Leuten bestimmen. Wir müssen ihr etwas Gleichwertiges gegenüberstellen. 13 Leute für eine Verhandlungskommission sind nach meiner Meinung zu viel. Wenn sie bloß einen internen Beratungskarakter haben soll, müssen wir etwas gegenüberstellen. Das kann nicht eine einzige Person sein, sondern es müssen mindestens drei dazu genommen werden. (*Zuruf:* Genauso viel!) Meinetwegen auch fünf.

Adenauer: Herr Höcherl! Sie werden gehört haben, daß Herr Krone für Donnerstag nachmittag den Vorstand der Fraktion eingeladen hat. Da werden Sie auch sein. Sie werden auch gehört haben, daß Herrn Kollege Strauß gesagt worden ist, daß sich selbstverständlich die CSU nach ihrem Gutdünken daran beteiligen soll. Ich bitte Sie wirklich, seien Sie nicht in Sorge, es würde da ganz formell alles gemacht werden. Aber so kommt man ja überhaupt nicht weiter.

Bei diesen Verhandlungen kann es leicht sein, daß man z. B. Herrn Altmeier bittet, weil er die Verbindung hat. Das gilt auch für Herrn Kiesinger selbstverständlich. Denn auch er hat sehr gute Verbindungen zu Herrn Haußmann⁷³ und anderen Herren, von denen wir wissen, daß sie vernünftig sind und die Kirche im Dorf lassen. Aber seien Sie nicht zu empfindlich. Es wird auch der Bundesvorstand im Laufe der Verhandlungen wieder einberufen, und dem wird Bericht zu erstatten sein. Ich mache mir völlig klar, daß das eventuell Verhandlungen sein werden, die sehr kritisch verlaufen und die auch scheitern können. Also, Herr Höcherl, vielleicht tragen Sie das am Donnerstag dem Herrn Krone vor, der jetzt gerade abwesend ist, was Sie eben gesagt haben.

Höcherl: Mein Standpunkt ist völlig klar. Das große Gremium von 13 Leuten kann nur eine beratende Funktion haben. Auf der anderen Seite stehen fünf Leute von der FDP, die unmittelbar verhandeln, und denen müssen wir entsprechende Leute gegenüberstellen. (*Dufhues:* Aus dieser Kommission!) Gut, einverstanden!

Adenauer: Herr Höcherl, ich höre, daß fünf Leute von der FDP bestimmt werden. Ich wußte das nicht. Aber lassen wir für heute Schluß machen mit dem Vorschlag. Wir werden wieder zusammenkommen. Es wird nichts geschehen, was verbindlich ist, ohne Wissen und ohne Zustimmung des Parteivorstandes wie auch des Vorstandes der Fraktion oder der ganzen Fraktion. (*Süsterhenn:* Ist also Herr Altmeier dabei?)

⁷³ Dr. Wolfgang Haußmann (1903–1989), 1946–1972 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1953–1966 Justizminister. Vgl. PROTOKOLLE I S. 588 Anm. 14.

Ja, ja. (*Zuruf*: Was sagen wir der Presse?) Es wird von der Presse gesprochen. Das bedeutet, daß wir uns dem Ende nähern. Ich habe Herrn Krone gebeten, er möchte eine Pressekonferenz abhalten. Ich weiß nicht, ob es klug ist, wenn wir jetzt etwas über unsere Besprechungen an die Presse herausgeben. Denn das wird so oder so gedeutet. Es ist viel klüger, wenn Herr Krone – er hat sich dazu bereit erklärt – eine Pressekonferenz abhält. Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Herr Krone lädt nur unsere Presse ein und dazu die eine oder andere Zeitung. Wir halten es für falsch, wenn wir jetzt eine große Pressekonferenz geben, weil wir unter Garantie jetzt nach allem Möglichen gefragt werden. Sie können diesen Fragen nicht ausweichen. Und wenn man, bevor man Koalitionsverhandlungen macht, in einer Pressekonferenz, bei der man nicht einigermaßen steuern kann, zuviel sagt, geht es nachher nur auf Kosten unserer eigenen Chancen. Ich bin also der Meinung, daß wir keine allgemeine Pressekonferenz abhalten, sondern daß Herr Krone lediglich die uns nahestehende Presse unterrichtet. Ansonsten wird lediglich bekanntgegeben: Wir haben darüber gesprochen, wir sind bereit, zunächst über eine Koalition zu sprechen. Die Gespräche dazu werden eingeleitet. – Mehr würde ich persönlich vor der Gesamtpresse nicht sagen.

Adenauer: Darf ich dann feststellen, daß die Herren damit einverstanden sind?

Blumenfeld: Es ist völlig ausgeschlossen, daß wir die Presse nicht über das unterrichten, was wir heute beschlossen haben. Daß Sie eine weitergehende Unterrichtung der uns nahestehenden Presse beabsichtigen, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Aber wenn Sie die übrige Presse nicht einigermaßen unterrichten, bekommen Sie doch eine Reaktion, die ganz gegenteilig ist. (*Widerspruch*. – *Even*: Die Presse hat uns 14 Tage lang auch nicht gebraucht!) Das ist doch kein Gesichtspunkt! (*Zuruf*: Und was für einer!)

Adenauer: Wir haben über viele Sachen heute gesprochen. Es ist unmöglich, daß das sofort an die Öffentlichkeit kommen soll. (*Blumenfeld*: Es kommt auch so dorthin! – *Lebhafter Widerspruch*. – *Zuruf*: Wieso denn?)

Blumenfeld: Bisher ist es so gewesen, daß immer etwas in die Presse gekommen ist. Ich habe den Antrag gestellt, Herr Bundeskanzler, daß sehr sorgfältig formuliert etwas von dem, was wir heute beschlossen haben, herausgegeben wird.

Adenauer: Wollen Sie das nicht dem Herrn Krone überlassen, das der Presse mündlich zu sagen? (*Blumenfeld*: Das ist nur ein kleiner Teil der Presse.) Er will hinzuladen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Welt“ und die dpa. Herr Krone ist ein gewiefter Parlamentarier, der weiß schon, was er sagt und was er nicht sagen soll. Aber es ist viel besser, wir überlassen das dem Herrn Krone. Ist das allgemein Ihre Meinung? (*Zustimmung*!)

Von Hassel: Es werden auch die Namen derer genannt, die in der Kommission sind.

Süsterhenn: Es müßte eine EntschlieÙung dieses Gremiums darüber erfolgen, 1. wer ist nach Meinung dieses Gremiums der berufene Kanzler, und 2. wer ist gegebenenfalls sein Nachfolger?

Darüber müßte eine klare Willensbildung erfolgen. (*Blumenfeld: Jawohl! – Teilweiser Widerspruch.*)

(*Dr. Krone erscheint wieder.*)

Adenauer: Herr Krone, Sie kommen im richtigen Augenblick wieder. Herr Süsterhenn hat eben erklärt, dieses Gremium müsse sich einen klaren Willen bilden und zeigen: Wer ist jetzt der gegebene Kanzler und wer sein Nachfolger?

Ich möchte Ihnen dazu folgendes sagen, Herr Süsterhenn. Ich habe Ihnen heute morgen schon erklärt, was meine Absicht ist. Ich habe mir über Mittag überlegt, ich werde diese meine Absicht niederlegen in einem Brief an Herrn Krone, weil er Vorsitzender der Fraktion ist. Ich möchte es schriftlich niederlegen in der Form eines Briefes, damit nicht hinterher gesagt werden kann, der Herr Krone ist vielleicht nicht mehr da usw. usw. Deswegen schriftlich. Herr Krone mag es dann in das Archiv der Fraktion tun.⁷⁴ Die Form des Briefes werde ich mir überlegen. Sie wird so sein, daß sie klar ist.

Auf der anderen Seite darf man mich nicht, wenn man mich will, zu einem Mann stempeln, dessen Zeit jetzt schon abgelaufen ist. (*Zuruf: Sehr richtig!*) Das müssen Sie bedenken. Seien Sie sich über eins klar. Wenn ich einmal, um überhaupt einen Termin zu nennen, eineinhalb Jahre oder 20 Monate oder was es auch immer sein wird, nehme, so wird nach menschlichem Ermessen dieser Zeitraum von dem Kanzler Entscheidungen verlangen, die sehr schwer zu tragen sind. Was Herr Strauß gesagt hat, war absolut richtig. Jetzt muß der verlorene Krieg bezahlt werden. Und je reicher wir geworden sind, desto mehr wird man – nicht in Geld, aber sonst wie – von uns verlangen. Darüber müssen wir uns doch absolut klar sein. Wir müssen uns ferner darüber klar sein, wie es in Europa aussieht, insbesondere in Frankreich. Das wissen Sie doch alle. Sie wissen, wie es in Italien aussieht. Was sich dort noch entwickeln wird, das weiß man noch nicht. Aber alles das fällt zurück auf die NATO. Glauben Sie z. B., daß jetzt die Sache in der Türkei ohne Rückwirkung auf die Armee dort bleibt?⁷⁵ Ich glaube das nicht.

Alles das sage ich Ihnen nur, damit Sie verstehen können – auch wenn man es noch nicht absolut sicher weiß –, wie unsere Position ist. Unsere Position ist noch immer die, daß die heutige Generation in Deutschland dieses schauerhafte Erbe angetreten hat, das in der Welt das Schreckliche hervorgebracht hat. Und das wird jetzt erledigt werden müssen, wie, das weiß ich noch nicht. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich habe

74 Brief vom 8. November 1961 (ACDP I-028-008/1; vgl. „General-Anzeiger“ Bonn vom 9. November 1961): „Den Wahlkampf 1965 beabsichtige ich nicht, für meine Partei zu führen. Ich werde daher mein Amt als Bundeskanzler so rechtzeitig niederlegen, daß mein Nachfolger in diesem Amte eingearbeitet ist, dies zu tun.“

75 Nach dem Putsch und der Machtübernahme durch das Militär am 31. Mai 1960 wurden die Mitglieder des letzten Kabinetts von Adnan Menderes wegen Verfassungsbruches und anderer Verbrechen angeklagt. Das Urteil erging am 15. September 1961. Hingerichtet wurden u. a. Menderes, der frühere Außenminister Fatin Rüstü Zorlû und der frühere Finanzminister Hassan Polatkan (AdG 1961 S. 9340 f.).

aber Andeutungen gehört. Ich werde heute noch eine Mitteilung bekommen. Ich kann es Ihnen nicht mitteilen. Aber eine Andeutung, die mich geradezu erschreckt hat.

Ich habe heute ein längeres Gespräch mit dem General Clay⁷⁶ geführt. Clay ist ein starker Mann. Ich kenne ihn von früher. Wir haben über die Verhältnisse in Berlin gesprochen. Sie sind natürlich sehr ernst. Das möchte ich Ihnen hier sagen. Sie sind deswegen so ernst, weil wir keine Arbeitskräfte in Berlin haben. Das ist das größte Manko. 62.000 Menschen aus der Zone fallen fort. 6.000, die bisher von West-Berlin nach der Zone gingen, bleiben drüben. Es bleibt also ein Manko von 56.000 Arbeitern, und das wird sich zeigen in der Berliner Wirtschaft. Das wird sich auch zeigen in der Verlangsamung der Aufträge.

Noch ein Weiteres! Es gibt – ich verurteile keinen deswegen, aber ich muß es sagen – Leute, die sich möglichst schnell aus Berlin fortmachen. (*Lemmer: Das ist sehr richtig!*) Die Möbeltransporteure sind auf lange Zeit eingedeckt, (*Lemmer: Jawohl, richtig!*) und darum ist es notwendig – das habe ich heute Herrn Clay gesagt –, daß die Entscheidung über Berlin nicht ins Endlose hinausgezogen wird. Denn wenn sie ins Endlose hinausgezogen wird, dann arbeitet das für den Russen, weil dann Berlin aus sich heraus einfach blutleer werden wird. (*Lemmer: Und ausgehöhlt.*) Ich bin der Auffassung, Herr Amrehn, daß für Berlin eine Lösung gefunden wird, die es ihm ermöglicht, daß die Forderungen erfüllt werden, die Sie heute morgen angeführt haben, nämlich in Freiheit zu leben und in Verbindung mit der Bundesrepublik. Ich glaube, daß das kommen wird, aber es werden auch Enttäuschungen kommen für die deutsche Öffentlichkeit. Darauf können Sie sich todsicher verlassen. Alles das – das möchte ich Ihnen jetzt einmal sagen – nimmt der Mann auf sich, der jetzt Kanzler wird. Und das bitte ich Sie auch einmal zu berücksichtigen. (*Der Bundeskanzler spricht diese Sätze äußerst bewegt und mit großer Eindringlichkeit.*) Ich bin wirklich nicht hier, um zu bitten und zu betteln, daß ich Kanzler werde. Wenn es nach mir ginge, wäre ich morgen weg. Aber das darf ich nicht tun. Was mir am meisten am Herzen liegt, das ist unsere Partei. Wenn wir unsere Partei nicht durch die nächsten zehn Jahre gut hindurchbringen, was ist dann noch in Deutschland? Die Sozialdemokraten sind noch da, aber wohin schlitern wir? Bitte bedenken Sie bei allem, was Sie jetzt tun, daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß unsere Partei, die doch wirklich eine gesunde und eine tragende Partei ist, durch die nächsten zehn Jahre gut hindurchkommt. (*Lebhafter Beifall und Zustimmung.*) Und nun müssen Sie auch diesen Verhandlungen mit der FDP mit etwas mehr Vertrauen entgegensetzen, natürlich nicht mit Vertrauen in die FDP. Aber Sie müssen darauf vertrauen, daß die Leute, die für uns sprechen, keine Entscheidungen treffen ohne Zustimmung der maßgebenden

76 Lucius Dubignon Clay (1897–1978), 1947–1949 Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa und Militärgouverneur der amerikanischen Zone in Deutschland, 1961–1963 Sonderbotschafter Präsident Kennedys in Berlin. Vgl. Wolfgang KRIEGER: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 10). Stuttgart 1987. – Gesprächsprotokoll in ACDP I-070-025/4.

Gremien. Ich würde das niemals tun. Ich würde mich schwer hüten, das zu tun. Ich würde es auch deswegen nicht tun, weil man bei solchen Überlegungen immer mit der Möglichkeit rechnen muß, daß man durch das dauernde Sprechen über dieselbe Sache in eine falsche Blickrichtung kommt und es einem ganz gut tut, sich auch bei Leuten zu orientieren, die über diesen Gegenstand noch nicht verhandelt haben, um zu erfahren, wie sie über diese Dinge denken.

Das ist alles so selbstverständlich; deswegen möchte ich Sie bitten, haben Sie etwas Vertrauen! Nun sagen Sie, Herr Süsterhenn, Sie wollten das heute festgelegt haben. Da sage ich Ihnen ganz offen, wenn in dieser Besprechung nicht festgelegt wird, wer Bundeskanzler wird (*Süsterhenn*: Selbstverständlich, das meine ich ja.) – ich wiederhole das, was Herr Krone gesagt hat –, dann sieht das nach draußen so aus, als wenn wir Bedenken hätten, mich dazu zu bestimmen. Damit wäre doch meine Position einfach erledigt. Darüber müssen Sie sich völlig klar sein, auch gegenüber dem Ausland.

Bedenken Sie, was alles getrieben wird. So hat z. B. unser Bundespresseamt, das wirklich dafür gestraft werden sollte, tatsächlich nach der Wahl geschrieben: „Der Ausgang der Bundestagswahl kam für Washington nicht überraschend ... Das Ergebnis war in amtlichen Kreisen Washingtons erwartet worden. Nach dem relativ hohen Stimmengewinn der FDP, nach den proklamatischen Erklärungen des FDP-Vorsitzenden Mende und nach dem Eintreten des CSU-Vorsitzenden Strauß für Professor Erhard als neuen Kanzler“ – was Herr Strauß überdies nicht getan hat. Das habe ich gehört von Herrn von Brentano, der zugehört hat, was Herr Strauß erklärte – „wird in amtlichen Kreisen Washingtons auch das Ausscheiden Dr. Adenauers aus dem Bundeskanzleramt für möglich gehalten.“⁷⁷ – Und so etwas kommt aus dem Bundespresseamt! (*Bewegung*.) Was glauben Sie wohl, wie das schädigt. Deswegen begrüße ich, daß das geklärt wird. Klären Sie, soviel wie Sie wollen. Ich möchte bitten, Herr Krone, daß Sie den Vorsitz übernehmen.

Süsterhenn: Meine verehrten Parteifreunde, verehrter Herr Bundeskanzler! Ich bin vollständig mißverstanden worden. Mir kam es gerade darauf an, daß dieser Kreis nicht auseinandergeht, ohne klar sein absolutes und hundertprozentiges Vertrauen nicht nur zur Person, sondern auch zu der durch den Bundeskanzler Dr. Adenauer repräsentierten Sache und zur Kontinuität unserer Politik abzulegen. Das war der erste Sinn meiner Anregung überhaupt, weil ich den Eindruck gewonnen hatte, wir würden auseinandergehen, ohne die Kardinalfrage klar zum Ausdruck gebracht zu haben.

Krone: Dann ist das Mißverständnis ja behoben. Der Herr Bundeskanzler weiß von mir, daß ich ihm gesagt habe, wenn heute die Frage behandelt werden müsse, wer jetzt Nachfolger werden soll, würde ich sagen: Erhard. Das weiß der Bundeskanzler. Aber lieber Kollege Erhard, kann ich denn heute festlegen, was

⁷⁷ Vgl. dpa-Meldung in „Deutsche Zeitung“ vom 18. September 1961. – Lt. Auskunft des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung liegt keine Pressemeldung zum Ausgang der Bundestagswahl 1961 vor.

die Fraktion in einem Jahr oder in 18 Monaten oder in zwei Jahren machen wird? (*Altmeier*: Aber wir können das.) Das ist nicht möglich. Ich kann nicht die Fraktion binden. Genügt es nicht, Herr Erhard, wenn ich Ihnen noch einmal sage, das weiß der Kanzler, daß ich ihm das ein paarmal gesagt habe. (*Zuruf*: Wer bestreitet das denn?) Nicht ohne Grund ist gesagt worden: Der Kanzler, Erhard und die Mannschaft. Das hat doch seine Bedeutung. Ich kann aber heute nicht sagen, in zwei Jahren wird Erhard Bundeskanzler. (*Altmeier*: Aber der Bundesvorstand, und zwar 1. Bundeskanzler Dr. Adenauer und 2. Übereinstimmung darüber, daß als Nachfolger Herr Erhard in Frage kommt.)

Adenauer: Damit tun Sie dem Kollegen Erhard den denkbar schlechtesten Dienst. Sie scheinen kein Fingerspitzengefühl zu haben. Denn dann konzentriert sich alles auf den Kopf Erhard, und zwar alles Unangenehme. Ich habe gestern mit Herrn Erhard ein langes Gespräch gehabt und ihm gesagt, daß ich erstens in spätestens zwei Jahren ausscheiden wolle – das habe ich auch gestern dem Herrn Krone erklärt –, und zweitens habe ich erklärt: Herr Erhard, ich wüßte keinen anderen wie Sie.

Genügt das denn nicht? Was soll man denn noch machen? Wo in aller Welt ist es jemals erhört[!] worden, daß man einem Mann für Fragen Brief und Siegel gibt, für die wir gar nicht zuständig sind. Machen Sie sich das doch auch einmal klar. Dafür ist die Fraktion zuständig, nicht der Bundesvorstand. Der Bundesvorstand kann der Fraktion Empfehlungen geben. (*Schmidt*: Das nehmen Sie für sich auch in Anspruch, Herr Bundeskanzler.) Der Bundesvorstand kann Empfehlungen geben.

Scheufelen: Wir können als Bundesvorstand nur unsere Meinung äußern und Empfehlungen geben. Das können wir zu der einen wie zu der anderen Sache. Infolgedessen steht jetzt nichts im Wege, daß wir das auch zur zweiten Sache tun.

Krone: Ich würde nicht sagen, in zwei Jahren. Als Fraktionsvorsitzender kann man das nicht. Aber wenn es gewünscht wird, dann würde ich sagen: Ich beneide Herrn Erhard nicht, daß er das haben möchte. Er hört von uns, wie wir zu ihm stehen, wenn es jetzt soweit wäre. Aber in zwei Jahren, darüber wissen wir jetzt noch nicht Bescheid, Herr Erhard.

Erhard: Ich habe dem Herrn Bundeskanzler gesagt, es sei nicht interessant, daß er vor der Fraktion erklärt, daß er keinen Besseren weiß, sondern er hätte es zu einem geeigneten Zeitpunkt vor der deutschen Öffentlichkeit sagen müssen. (*Vereinzelter Beifall*.)

Adenauer: Nun will ich Ihnen auch etwas sagen. Der Herr Kollege Erhard drängt mich indirekt seit Wochen, ich solle eine Erklärung abgeben, daß er mein Nachfolger würde und daß ich die Absicht hätte, nach meiner Wahl heute oder morgen oder übermorgen zurückzutreten. Ich war tatsächlich soweit. Ich war die Sache so satt, dieses dauernde Drängen, was ich geradezu verabscheue. Die Partei ist die Hauptsache, nicht die Person. Das muß ich hier nochmals sagen. Aber ich war es satt und dann bereit, das vorige Woche auf einer Pressekonferenz zu sagen. Dann ist das durch irgend jemanden herausgekommen. Dann habe ich aus der Partei viele Anrufe und Telegramme bekommen: Um Gottes willen, Sie machen uns die

ganze Wahl kaputt, wenn Sie so etwas sagen. Das dürfen Sie nicht sagen. Und dann habe ich es auch nicht gesagt. Und hier gebe ich dem Herrn Krone recht. Wenn ich Erhard oder irgend jemand wäre und man würde mir sagen, du wirst in zwei Jahren Bundeskanzler, dann würde ich erwidern: Das kann sein, aber sicher ist nichts auf dieser Welt.

Ich muß sagen, ich fühle mich so angewidert durch diese Geschichte, daß ich geradezu entsetzt bin. Auch dieser Mangel an persönlichem Vertrauen, das kann ich nun wirklich nicht ertragen.

Dufhues: Ich nehme mit Bedauern Kenntnis von der Verschärfung der Aussprache, die in den letzten Minuten eingetreten ist. Wir alle sind davon überzeugt, daß wir vor schwierigen Entscheidungen stehen und daß vor allem die Christlich-Demokratische Union einen sehr schweren Weg vor sich hat, einen Weg, den wir nicht unnötig belasten sollten.

Wir sind uns auch in diesem Kreis einig darüber, daß der Herr Bundeskanzler das nächste Kabinett bilden und die entscheidenden Verhandlungen führen soll. Die einzige Frage, die uns vielleicht trennt – ich hoffe, daß sie uns nicht trennt –, ist die, ob jetzt bereits eine Äußerung darüber abgegeben werden soll, wer, falls der Bundeskanzler Dr. Adenauer nicht mehr in der Lage oder nicht mehr bereit ist, das Amt übernehmen, wenn die Zeit gekommen ist, die er angedeutet hat und von uns akzeptiert worden ist, sein Nachfolger werden soll. Es geht also darum, ob jetzt bereits Erklärungen darüber abgegeben werden sollen, wer sein Nachfolger werden wird.

Ich verstehe es vor allem aus menschlichen Gesichtspunkten, daß der eine oder andere diesen Wunsch hat. Ich verstehe auch, daß der eine oder andere meint, daß durch eine Klarstellung dieser Frage die politische Situation entlastet wird. Und trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrter Herr Erhard insbesondere, ich würde herzlich und dringend darum bitten, daß hier niemand insistiert. Weder Herr Dr. Adenauer noch irgendein anderes Mitglied dieses Kreises hat irgendein Recht der Empfehlung. Und – verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch gesehen – wir wissen nicht, was in den nächsten zwei Jahren geschehen wird. Festlegungen dieser Art sind in einer parlamentarischen Demokratie so ungewöhnlich (*Zuruf:* Doch, in England!) – dort hat es sich als sehr fehlerhaft herausgestellt –, daß sie bereits unter diesem Gesichtspunkt bedenklich sind. Deshalb frage ich Sie, Herr Erhard, ob Sie sich und Ihrer Person einen Gefallen tun, wenn Sie jetzt für ein Jahr oder für eineinhalb Jahre eine Stellung einnehmen, die eine Weichenstellung ist und die Sie doch weitgehend bei Entscheidungen belastet.

Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers haben mich in dieser Hinsicht sehr weitgehend beeindruckt. Ich möchte meinen, daß wir nichts tun sollten, was die Autorität des Herrn Bundeskanzlers im nächsten Jahr oder in den nächsten zwei Jahren, wie es auch sein mag, belastet oder irgendwie tangiert. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Das kann der deutschen Sache in der Welt nichts nutzen. Herr Professor Erhard, Sie wissen, wie die Fraktion und wie dieser Vorstand zu Ihnen stehen. Das haben Sie auch bei Tausenden und Millionen von Menschen in den Wahlversammlungen erlebt. Ist

das nicht mehr als diese Erklärung, die hier abgegeben werden kann? Haben Sie doch Vertrauen zu sich selbst, zu Ihrer Sache und zu Ihrer Fähigkeit, die Dinge zu meistern! Das scheint mir wertvoller zu sein, als jetzt auf dieser Erklärung zu bestehen.

Ich bitte Sie, die Realität der Dinge zu sehen und die Rücksicht zu nehmen, die wir unserer Sache schulden, um sie freizuhalten. Ich meine also, daß es nicht nötig sein wird, hier eine Festlegung auch nur in der Form einer Empfehlung vorzunehmen, die nach der Auffassung fast aller überflüssig ist und die der Klarheit der Entscheidung schadet, die wir heute hier zu treffen haben.

Von Brentano: Ich möchte mich diesem Appell unseres Freundes Dufhues anschließen. Ich habe auch niemals, wenn ich in einer Wahlversammlung oder in einer Pressekonferenz gefragt worden bin: Was macht Ihr, wenn dem Bundeskanzler etwas zustößt?, die Antwort verweigert, sondern erklärt, die Entscheidung trifft die Fraktion, und so wie die Fraktion die Entscheidung getroffen hat, ist es Ludwig Erhard.

Aber halten Sie es wirklich für erträglich, daß wir heute – wenn man von uns wissen will, wer ist der nächste Kanzler – tatsächlich eine Empfehlung aussprechen? Können wir dann in die Verhandlungen gehen mit einem anständigen Gesicht, wenn wir schon wissen, daß die FDP angekündigt hat: „Wir koalieren nur mit einem anderen Kanzler“ und wir heute schon den Nachfolger nennen? Wenn wir nicht den Mut haben heute, ganz nüchtern zu sagen, so wie wir hier sind, die nächste Regierung wird nach dem Wunsch des Bundesvorstandes und des Vorstandes der CSU von Dr. Adenauer als Bundeskanzler gebildet, dann gibt es keine Diskussion. Wenn wir nicht den Mut haben, das zu sagen, dann sollten wir unsere Partei liquidieren. (*Bewegung.*) Denn dann haben wir unser Gesicht und unsere Anständigkeit verloren. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Es geht darum, daß daran kein Zweifel besteht, was darüber, wenn es nötig ist – morgen oder übermorgen – à la bonne heure gesagt werden soll. Wenn diese Erklärung heute und hier abgegeben wird, das halte ich nicht für gut. Wir würden uns alle schämen müssen über die Reaktion in der Öffentlichkeit über einen solchen Beschluß.

Erhard: Ich möchte etwas deutlich machen. Sie haben wohl auch das Gefühl, daß sich kaum jemand so eingesetzt hat für die Partei und für den Frieden in der Partei in diesem Wahlkampf, wie ich es getan habe. Dann aber war es auf einmal ganz offenkundig – bitte denken Sie vor allem an die Wahlplakate –, daß die SPD und teilweise auch die FDP ihren Wahlkampf damit geführt haben: Der Erhard wird nur so zum Schein herausgestellt als der mögliche und wahrscheinliche Nachfolger. Aber de facto ist er abgewertet, abquittiert worden. Und noch niemand hat das zurückgenommen! Das war der Grund, der mir immer wieder begegnet ist bei den Wahlkundgebungen und Veranstaltungen. Deshalb habe ich gesagt – und nur aus diesem Grund, weil es durchgeschlagen hat, weil man es gespürt hat jeden Tag, an dem man angetreten ist –, warum mag der Bundeskanzler nicht vom Nachfolger sprechen; und wenn er nur erklärt hätte, was er mir gestern gesagt hat: „...wenn einmal dieser Tag kommen wird, bin ich der Meinung, wird Herr Erhard das sein“, dann hätte das völlig genügt.

Adenauer: Können Sie sich nicht in meine Lage hineinversetzen? Ich bin bereit, für die nächsten zwei Jahre eine Last auf mich zu nehmen, die wirklich sehr viel von mir verlangt. Und wenn ich jetzt sage, aber in zwei Jahren gehe ich, und Herr Erhard wird mein Nachfolger sein, dann spekuliert man doch geradezu darauf, daß ich nicht mehr dieses Amt ausübe. Das müssen Sie doch verstehen. Soll ich denn in einer Wahlversammlung das sagen, was Sie eben ausgeführt haben? Soll ich sagen, wenn ich wieder zum Kanzler gewählt werde, werde ich in zwei Jahren gehen und dann kommt Erhard? In einer Wahlversammlung so etwas zu sagen, ist doch reiner und kompletter Unsinn! (*Erhard:* Man braucht ja nichts von zwei Jahren zu sagen!) Ich verstehe es nicht mehr. Das ist mir völlig schleierhaft. Das ist so unpolitisch wie nur denkbar. Es ist schon viel – das müssen Sie auch verstehen –, wenn ich jetzt sage: Ich bin bereit, das zu tun. Ich werde in spätestens zwei Jahren gehen. – Das beeinträchtigt natürlich namentlich in den letzten Monaten dieser beiden Jahre meine Aktionsfähigkeit als Kanzler. Darüber müssen Sie sich doch klar sein.

Und das Opfer bringe ich der Bevölkerung. Denn die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu hören, wenn ein Mann von 85^{1/2} Jahren sich zum Kanzler wählen läßt, wie lange dieser Mann noch bleibt. Das kann ich verstehen. Und deshalb sage ich das auch. Aber nun müssen Sie dieses Vertrauen haben. Nachdem sich das hier abgespielt hat, verstehe ich überhaupt nichts mehr.

Von Hassel: Wir müssen zurückkommen zu dem Ausgangspunkt, den ich so formulierte: Was werden wir der Presse sagen können. Wir sollten nach außen sagen:

1. Dr. Konrad Adenauer ist vom Bundesvorstand gebeten worden, sich erneut für das Amt des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen.
2. Er ist gebeten worden, Koalitionsverhandlungen mit den Freien Demokraten zu führen.
3. Als beratendes Gremium steht dem Parteivorsitzenden Dr. Adenauer folgendes Gremium zur Verfügung (wie von uns beschlossen).

Intern spielen für uns zwei Fragen eine Rolle, von denen ich glaube, daß man die eine Frage nicht nach draußen sagen soll, weil sie die Koalitionsverhandlungen erschwert. Das ist der Gedanke, der heute morgen sehr deutlich sichtbar geworden ist, daß nämlich der Bundesvorstand es ablehnt, eine Koalition mit den Sozialdemokraten einzugehen. Die Frage, ob man es nach draußen sagt ... (*Zurufe:* Lassen Sie es weg!) Gut, ich bin bereit, es so zu handhaben; das gilt auch für die Frage „Erhard“. Es ist die Auffassung des Bundesvorstandes, daß wir das auf sich beruhen lassen sollen.

Nun die letzte Frage, die für uns eine Rolle spielt, daß über die Ergebnisse der Verhandlungen den beiden zuständigen Gremien, nämlich dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion, berichtet wird. Denn die Fraktion soll nachher aufgrund der Überlegungen und des Votums des Bundesvorstandes die Entscheidungen treffen, weil sie die Stimmen im Bundestag abgeben muß. (*Dufhues:* Wir sind uns also einig darüber, daß Sie nicht in das Protokoll hineinnehmen, daß wir eine Koalition mit der SPD ablehnen?) Ich bin gern bereit, das völlig zu streichen.

Fricke: Ich spreche wohl wirklich aus dem Gefühl vieler, wenn nicht aller hier, wenn ich an unsere beiden stärksten Männer in der Christlich-Demokratischen Union, an den Herrn Bundeskanzler und an Herrn Erhard, die sehr herzliche und sehr dringende Bitte richte, sich doch zu finden, daß sie alles versuchen, daß man sich findet, und die Verantwortung sieht, die gerade diese beiden Männer für uns und unsere Arbeit, die wir seit 1945 gemeinsam getan haben, doch tragen.

Sie beide, Herr Bundeskanzler und Herr Erhard, tragen die allergrößte Verantwortung für das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß nämlich unsere Partei bestehen bleiben muß, nicht um ihrer selbst willen, sondern zum Wohle unseres ganzen Volkes.

Ich könnte nicht heimfahren in der Bedrückung dieses offensichtlich immer noch ungelösten Problems, wenn ich nicht die Gewißheit mitnehmen darf, daß es gelöst wird. Wir stehen jetzt vor dieser Aufgabe, Herr Bundeskanzler. Es hat mich zutiefst aufgewühlt, daß Sie sich so erregt haben. Ich glaube, jedes Wort ist hier überflüssig. Sie wissen, wie ich zu Ihnen stehe, und Sie, Herr Erhard, Sie kennen mich seit 1948 aus enger menschlicher Verbundenheit und Zusammenarbeit.

Aber, meine Herren, wir rühren die Frage nicht an. Es ist die Kritik aus dem Jahre 1959⁷⁸, die hier noch nicht verkraftet ist. Ich will nicht richten. Es mag auch die Fraktion viel an dem Hin und Her der Dinge, aber auch am erforderlichen Kontakt und an der ständigen Fühlungnahme und Übereinstimmung, die notwendig gewesen wären, zu tragen haben. Doch wir rühren das Problem nicht an. Aber wir werden jeden Tag draußen mit der Frage konfrontiert: Wenn dem Herrn Bundeskanzler etwas zustößt, was dann? Hat er seinen Nachfolger kraft seiner Autorität in dieser Partei schon bestimmt?

So können wir also nicht hinausgehen. Ich bin überzeugt, daß die FDP sagen wird, das steht nicht zur Debatte. Noch ist der Bundeskanzler in seinem hohen Alter völlig Herr der Situation. Aber ich würde schweren Herzens heimfahren, wenn wir nicht die Gewißheit oder die Hoffnung hätten, daß es im engsten Kreise der führenden Männer unserer Partei gelänge, eine völlige Übereinstimmung herbeizuführen und ein Vertrauen wiederherzustellen, ohne das wir in der CDU nicht leben und nicht arbeiten können. Ich habe wirklich die ganz herzliche Bitte an die beiden Herren, die uns allen gleichermaßen nahestehen.

Gerstenmaier: Ich spreche nicht gern. Ich hätte mich am liebsten an diesem Gespräch nicht beteiligt. Aber es ist eine Gewissenssache, in der jeder sein Bestes beizutragen und dabei redlich zu sein hat. Ich halte es nicht für ein Glück, daß der Vorschlag von Herrn Süsterhenn aufgekommen und in die Diskussion gekommen ist. Ich halte es für einen politischen Fehler. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß dieser Bundesparteivorstand beschließen sollte, daß nach ernster Prüfung der Lage ihrer Vorsitzender gebeten wird, die Koalitionsverhandlungen zu führen. Weiter nichts!

⁷⁸ Präsidentschaftskrise von 1959 (vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 502–525).

Ich bin der Meinung, daß man ihm einen Koalitionsausschuß oder so etwas auch noch öffentlich an die Seite gibt. Ich bin der Meinung, daß, wenn dieses Mandat klar zum Ausdruck kommt, der Parteivorstand in den Grenzen bleibt, die ihm zukommen. Denn alles andere, was darüber hinausgeht, gehört in die Kompetenz der Bundestagsfraktion. Es ist völlig undenkbar, daß sich der Bundesvorstand in eine Art substantiellen Gegensatz zur Fraktion setzen kann. Ich bin aber auch aus einem ganz einfachen politischen Grund der Meinung, daß der Bundeskanzler am besten beraten wäre, wenn wir es bei dieser lapidaren Feststellung genügen ließen.

Jeder, der die Tradition der parlamentarischen Demokratie kennt, weiß, daß ein solcher Beschluß impliziert, daß der Mann, der die Koalitionsverhandlungen führt, dies insbesondere mit dem Rückenwind des Artikels 65 des Grundgesetzes „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik“ tun kann. Wir wissen, daß damit gesagt ist, wen wir als Bundeskanzler zu sehen wünschen. Ich warne davor, in diesem Augenblick mehr zu sagen, weil ich mir nicht sicher bin, ob die FDP überhaupt noch geschlossen zusammenhält. Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler ersparen, daß er im ersten Wahlgang – wo er eine absolute Mehrheit braucht – die absolute Mehrheit nicht erreicht. Wir brauchen unbedingt die geschlossene FDP.

Kommt die absolute Mehrheit nicht zustande, dann ist zunächst einmal diese Sitzung des Bundestages zu Ende. Und dann kommt eine neue Sitzung, und es folgen Vorschläge aus den Fraktionen. Wir brauchen im zweiten Wahlgang wiederum eine absolute Mehrheit. Der zweite Wahlgang wird schwieriger sein, weil mindestens die SPD ihren Gegenkandidaten aufstellen wird und es auch noch nicht sicher ist, ob aus der FDP auch noch ein Gegenkandidat aufgestellt wird. Ich würde also das Risiko des zweiten Wahlganges nach Möglichkeit vermeiden. Den dritten Wahlgang sollte man dem Bundeskanzler, wenn es nicht unbedingt notwendig ist, nach Möglichkeit ersparen.

Ich sage Ihnen, prozedieren Sie so, daß Sie den Widerständen innerhalb der FDP keinerlei Nahrung geben, sondern daß die ganze Gesellschaft in den erforderlichen Rahmen gebracht wird. Wir vergeben uns dabei gar nichts!

Krone: Wenn ich Herrn Gerstenmaier richtig verstanden habe, dann will er, daß wir mit der FDP eine Koalition eingehen. Zweitens sagt er, diese Feststellung impliziere, daß derjenige, der die Verhandlungen führe, auch der von uns ausersehene Mann sei für die kommende Regierung. Wenn das damit gesagt sein soll und wenn das auch bekannt wird, dann könnte man noch überlegen, es so zu machen. Aber die größte Fraktion muß genau wissen, was los ist. Ich könnte Ihrem Vorschlag also nur dann zustimmen, wenn das Zweite darin ist, nämlich der Wille des Bundesvorstandes, den Bundeskanzler Dr. Adenauer zu wählen.

Dufhues: Wenn es in der Entscheidung impliziert wird, bestehen keine Bedenken, das zu sagen. Nun haben aber, nachdem wir uns in der Diskussion darüber einig gewesen sind, bereits zehn Mitglieder dieses Gremium verlassen. Ich garantiere Ihnen, daß das, was wir heute diskutiert haben, bereits draußen ist. Und wenn das der Fall ist, würde eine Formulierung, wie sie jetzt vorgeschlagen worden ist, zu großen

politischen Erörterungen führen, die aber in der Sache nicht begründet sind. Wir müssen mit den Abgeordneten der FDP mit einem klaren Kurs und mit Eindeutigkeit verhandeln, wenn die Verhandlungen zu einem Erfolg führen sollen.

Entscheidend ist für mich der zweite Gesichtspunkt. Es kommt darauf an, daß wir mit einer völlig intakten Autorität diese Verhandlungen führen. Ich fürchte aber, daß die Restriktionen der Formulierung, die Sie jetzt vorgeschlagen haben, bekannt werden und zu einer großen Erörterung führen. Das aber möchte ich vermeiden.

Gerstenmaier: Ich halte Ihre Interpretation nicht nur für bedauerlich, sondern auch für gefährlich. Was ich vorgeschlagen habe, ist die ganz Machtbreite, die der Bundesvorstand zu vergeben hat. Vorbehaltlich der Rechte der Bundestagsfraktion würde in diesem Beschluß nichts anderes gesagt, als daß der Mann von diesem Gremium für die Verhandlungen mit einem Pleinpouvoir beauftragt wird. Damit wird ihm auch ein Maß an Operationsmöglichkeit in der Breite und Weite bis auf weiteres gegeben.

Adenauer: Wenn nicht alles vorangegangen wäre, was vorangegangen ist, wäre ich nicht abgeneigt, das zu machen. Aber es wird heute abend schon die Welt voll sein von einem Gegensatz zwischen Herrn Erhard und mir. Darüber müssen wir uns doch klar sein. Ich unterstelle keinen bösen Willen dabei. Es würde allerdings eine Minderung meiner Autorität bei den Verhandlungen sein, wenn das verschwiegen würde.

Sie können folgendermaßen sagen: Der Bundesvorstand empfiehlt der Bundestagsfraktion, den Bundeskanzler Dr. Adenauer zum Bundeskanzler vorzuschlagen und ihn zu Verhandlungen mit der FDP zu beauftragen. (*Gerstenmaier:* Nein, der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik!) Was fängt ein armer Bundeskanzler an, wenn er seine Partei nicht fragt?

Wuermeling: Ich halte Ihre Formulierung für richtig, weil sie alle Erwägungen deckt: Der Bundesvorstand bittet den Herrn Bundeskanzler, sich wieder als Kanzler zur Verfügung zu stellen.

Von Hassel: Ich darf noch einmal vorlesen:

1. Der Bundesvorsitzende Dr. Konrad Adenauer ist gebeten worden, sich erneut für das Amt des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen.
2. Dr. Adenauer wird als Parteivorsitzender gebeten, Koalitionsverhandlungen mit der FDP zu führen.
3. Ihm steht das beratende Gremium ... zur Seite. – Das ist intern für uns. –
4. Es wird endgültig abgesprochen im Bundesvorstand und in der Bundestagsfraktion.

Soll das so bleiben? (*Allgemeine Zustimmung.*)

Adenauer: Die Mehrheit ist dafür. Wollen Sie noch einen Vortrag entgegennehmen von Herrn von Brentano? (*Zustimmung.*)

VERSCHIEDENES: BERLIN-FRAGE

Von Brentano: Vorhin hat Herr Amrehn die Frage gestellt, ob ich wisse, wie die Dinge liegen. Haben die Alliierten eine Berliner Konzeption? Es ist nicht ganz einfach, auf diese Frage mit einem Ja oder mit einem Nein zu antworten. Wir hatten nun diese Begegnung der vier Außenminister in Washington, und zwar die Fortsetzung der Beratungen, die im August in Paris begonnen hatten.⁷⁹ Inzwischen war von der Lenkungsgruppe⁸⁰, die seit dem 13. August jeden Tag in Washington getagt hatte, ein sehr umfangreicher Bericht vorgelegt worden:

1. Die Stellungnahme zu dem Beschluß eines Separatfriedens.
2. Die sogenannte Planung⁸¹: Was kann und was muß geschehen, wenn die Verbindungen zu Berlin gestört oder unterbrochen werden?
3. Soll diese Frage – wenn ja, wann und von wem – an die UNO herangetragen, oder soll es verhindert werden? Soll es vor die UNO-Vollversammlung oder vor den Sicherheitsrat kommen?

Das sind einige von diesen Fragen. Es gibt politische Maßnahmen, die man ergreifen kann oder ergreifen muß, wenn der Friedensvertrag abgeschlossen wird oder wenn die Zuwege nach Berlin blockiert werden, wie es angekündigt worden ist.⁸² Ich denke z. B. an die wirtschaftliche Blockade, die Luftblockade, die Unterbrechung des zivilen Luftverkehrs mit der Sowjetunion, Verbot für sowjetische Flugzeuge im Gebiet der westlichen Alliierten, Seeblockade unbeschränkt oder beschränkt. Das sind die Fragen – ich habe nur einen Teil aufgezählt –, die von der Lenkungsgruppe behandelt wurden und über die berichtet worden ist.

Im konkreten Gespräch mit den drei Außenministern stellte sich natürlich die Frage: Wir müssen damit rechnen, daß dem, was am 13. August geschehen ist, weitere Maßnahmen folgen. Wir wissen, welche Maßnahmen angekündigt sind, daß z. B. mit dem Abschluß eines Friedensvertrages die Zufahrtsrechte Berlins nicht mehr garantiert werden von der Sowjetunion, sondern daß es im Ermessen der Zonenbehörden liegt, ihr Zufahrtsrechte zu geben oder zu verweigern, und zwar zu Land, zu Wasser und in der Luft.

Darum ist die erste Frage die, was kann oder was muß geschehen gegenüber einer solchen ausgesprochenen oder unausgesprochenen Blockade. Ich gebe ganz offen hier die Konsequenzen bekannt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die

⁷⁹ Konferenz der Außenminister der Westmächte gemeinsam mit dem Bundesminister des Auswärtigen zur Berlin-Frage am 5. und 6. August in Paris. Fortsetzung vom 14. bis 16. September in Washington (AdG 1961 S. 9275 und S. 9336; DzD IV/7, I S. 453 f.).

⁸⁰ Eröffnungssitzung des Washingtoner Botschafter-Lenkungsausschusses der Alliierten unter Einbeziehung der Bundesrepublik am 21. Juli 1961 (KOSTHORST S. 372).

⁸¹ Die amerikanische „Ernstfallplanung“ von 1959 sah in der Berlin-Krise in einem Fünf-Stufen-Konzept als äußerste Konsequenz den Einsatz von Kernwaffen vor (SCHWARZ: Adenauer 2 S. 493 f.; KOSTHORST S. 267, 325, 364 ff., 368–372, 375 f., 382, 385, 394, 397).

⁸² Ausführungen Chruschtschows am 2. Juli 1961 gegenüber dem britischen Botschafter in Moskau, Sir Frank Roberts (vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 651 f.; KOSTHORST S. 386 f.).

Aufrechterhaltung der Zufahrtswege, auf die wir nicht verzichten können, uns in die unmittelbare Gefahr eines Weltkrieges führt. Das heißt, wenn sich der sowjetrussische Vertreter⁸³ aus dem Air safe decenter zurückzieht⁸⁴, wird voraussichtlich die Luftwaffe diesen Verkehr übernehmen, also auch den Verkehr für zivile Flüge. Es ist schon dann eine Situation, die zu Katastrophen führen muß. Man nimmt zwar an, daß Militärflugzeuge auch ohne diese Sicherung durch die Luftstraße fliegen können unter einem wesentlich erhöhtem Risiko, weil sie nicht mehr gesteuert werden wie jetzt; ein Risiko, das noch größer ist in dem Augenblick, wenn eine Schlechtwetterperiode einsetzt, weil die Flugzeuge nicht mehr blind fliegen können. Bei Wetterstörungen kann dieser Verkehr nicht mehr aufrechterhalten werden.

Es ist die Drohung ausgesprochen worden, daß jedes Flugzeug, das über den Korridor fliegt, abgeschossen wird. Und Chruschtschow hat gesagt, daß er in diesem Fall alle Waffen einsetzen wird, sogar Raketen.⁸⁵ Die drei Alliierten sind entschlossen, auch das Risiko, das ich geschildert habe, in Kauf zu nehmen und den Verkehr mit Berlin aufrechtzuerhalten. Sie sind entschlossen, auch militärische Kräfte einzusetzen zur Sicherung dieses Luftverkehrs. Sie rechnen damit – und das ist die große Frage –, daß die Sowjetunion einem solchen entschlossenen Vorgehen keinen Widerstand entgegensetzen wird. Aber wir sind alle der Auffassung, daß in dieser Situation ein Versuch unternommen werden muß, die Sowjetunion von dieser Entschlossenheit des Westens zu überzeugen. Wir können auf diese Entschlossenheit nicht verzichten. Ich möchte das offen sagen. Es geht hier – und ich glaube, niemand von unseren Berliner Freunden wird mich mißverstehen – um mehr als um Berlin. Es geht um die Glaubwürdigkeit der gesamten westlichen Politik. Und wenn man Berlin abschreibt, wenn man zuläßt, daß der Status Berlins langsam, aber sicher liquidiert wird, dann wird in der freien Welt ebenso wie auf der anderen Seite der Welt niemand mehr Vertrauen haben zu der Garantie des Westens, sondern Furcht haben.

Es werden viele Länder den Versuch machen „Rette sich, wer kann“ und ein bilaterales Abkommen mit der Sowjetunion abschließen, und sei es auch nur, um die Hinrichtungsfrist zu verlängern.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es drei Dinge gibt, auf die der Westen nicht verzichten kann: der freie Zugang nach Berlin, die physische Präsenz der Besatzungstruppen und die Lebensfähigkeit der Stadt Berlin, wobei alle drei auch interpretiert werden müssen. Die physische Präsenz reicht nicht aus. Wenn wir von der Lebensfähigkeit Berlins sprechen, dann sind wir uns darüber im klaren, daß jede Konstruktion einer sogenannten „Freien Stadt“ die Lebensfähigkeit nicht vermittelt. Denn Berlin kann nur in einer engen Symbiose mit der Bundesrepublik leben. Das geht aus der Tatsache hervor, daß wir jährlich über eine Milliarde DM nach Berlin schicken

83 In der Vorlage: „Verkehr“.

84 Vermutlich Vier-Mächte-Leitstelle, die „Berliner Luftsicherheitszentrale“ (vgl. DzD IV/7,1 S. 383–387, insbes. S. 387).

85 Vgl. Anm. 82.

mußten und weil auch diese Stadt in ihrem Handel und Wandel angewiesen ist auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Wenn ich sagte, die freie Entwicklung, dann gehört dazu auch selbstverständlich die Freiheit der Menschen in Berlin. Es darf auch Berlin nicht unter einen Sonderstatus gestellt werden, wie ihn die Sowjetunion angekündigt hat, daß nämlich die Lebensäußerungen der Menschen in Berlin unter eine Kontrolle gestellt werden, daß die sogenannten „Irrtänze“ ausgeräumt werden, daß die freie Meinungsäußerung unterdrückt wird, daß es keine Kritik mehr gibt und somit langsam, aber sicher Berlin in diese östliche Welt eingegliedert wird. Was das zu bedeuten hätte – es würde ein Exodus einsetzen, und es hieße, jeder rette sich, wer kann, bevor das Wasser über ihm zusammenschlägt.

Ich möchte klar sagen, daß an dieser Entschlossenheit des Westens in Washington nicht der geringste Zweifel besteht. Darum halte ich es für so wichtig, daß diese Verhandlungen geführt werden, die Herr Rusk⁸⁶ übernommen hat mit Gromyko⁸⁷ zu führen. Wir sollten uns auch mit der Überlegung beschäftigen – wir werden uns damit beschäftigen müssen –, ob es Möglichkeiten gibt, diesen Status Berlins, den ich eben aufgezeigt habe und an dem keine Abstriche möglich sind, in einer neuen Weise zu sichern, ob es Möglichkeiten gibt, die allerdings vielleicht von uns gewisse Konzessionen verlangen. Ich bin auf diese Frage nicht angesprochen worden. Das möchte ich eindeutig sagen.

Die Berichterstattung ist falsch, die ich manchmal in der Presse lese, daß man von uns Vorschläge in dieser Art erwartet. Wenn die „New York Herald Tribune“ sagt⁸⁸: „Man muß sich damit abfinden, die DDR muß anerkannt und Berlin eine Freie Stadt werden“, so ist das nicht die amtliche Politik. Das muß ich ausdrücklich feststellen. Selbstverständlich gibt es Kreise – und dafür sollten wir Verständnis haben –, die aus der Chance heraus, eine Weltkatastrophe zu vermeiden, die amerikanische Regierung bestürmen, Konzessionen zu machen, die über das hinausgehen, was für uns noch akzeptabel erscheint. Ich möchte sagen, daß heute auch eine Gefahr in der anderen Richtung besteht. Die Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit wird immer härter, wird immer entschlossener. Die amerikanische Regierung handelt nicht nach dem Wunsch der öffentlichen Meinung, sondern sie wird getrieben von ihr, wenn sie hart reagiert.

Der französische Außenminister Couve de Murville⁸⁹ hat Bedenken gegen die Verhandlungen geäußert. Ich sagte, ich finde das nicht für klug, denn Clay muß die Autorität haben, und es darf nicht der Eindruck entstehen, daß der eine oder andere es nicht will. Als ich heute morgen mit Clay darüber sprach, sagte er mir: Ich bin

86 Dean Rusk (1909–1994), amerikanischer Rechts- und Staatswissenschaftler; 1952–1960 Präsident der „Rockefeller Foundation“, 1961–1969 Außenminister.

87 Andrej Andrejewitsch Gromyko (1909–1989), 1957–1985 sowjetischer Außenminister.

88 Vgl. dazu die Artikel von Walter LIPPMANN in „New York Herald Tribune“ vom 12. und 19. September 1961 (DzD IV/7, I S. 418–420, S. 467–469).

89 Dr. Jacques Maurice Couve de Murville (geb. 1907), französischer Politiker; 1958–1968 Außenminister, 1968–1969 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 274 Anm. 27.

Ihrer Meinung, aber ich möchte Ihnen gleich sagen, die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten teilt die Auffassung von de Gaulle⁹⁰, nämlich keine Verhandlung, und diese öffentliche Meinung nimmt immer mehr zu.⁹¹

Ich sehe darin eine gewisse Gefahr, daß sich dort unter dem Druck des verletzten Prestiges langsam eine Entwicklung anbahnt, die so hart wird, daß ein echtes Gespräch vielleicht nicht mehr möglich ist.

Es wird wohl alles darauf ankommen, wie die erste Fühlungnahme zwischen Dean Rusk und Gromyko verläuft. Herr Rusk hat einen sehr klar umrissenen Auftrag von uns. Ich möchte hinzufügen, daß das, was wir besprochen haben, und auch dieser Auftrag sehr klar bestätigt worden sind in dem Gespräch im Weißen Haus mit Kennedy⁹² und mit McNamara⁹³, dem Verteidigungsminister.

Wir sollten – das ist ja die Politik der Bundesregierung gewesen – die amerikanische Regierung jetzt stützen, indem wir ihr zeigen, daß wir Vertrauen zu ihr haben. Es ist unrecht, Mißtrauen zu zeigen, wir haben keinen Anlaß dazu. Selbst wenn wir Mißtrauen hätten, wäre es töricht, es zu zeigen. Denn der Sinn und Zweck von Verhandlungen ist der, der Sowjetunion beizubringen, daß es Grenzen gibt, über die sie nicht hinausgehen darf. Die Sowjetunion von dieser Entschlossenheit des Westens zu überzeugen, darin sehe ich heute die einzige Möglichkeit, eine Katastrophe zu vermeiden. Wenn es nicht möglich ist, sie davon zu überzeugen, wenn sie tatsächlich einen Schritt weitergeht, müssen wir damit rechnen, daß ein Kurzschluß oder eine bewußte Reaktion erfolgt, deren Folgen unabsehbar sein würden. Denn die Vorstellung, daß sich ein solcher Krieg lokalisieren lasse, ist ein Wunschtraum. Es wird eine Kettenreaktion sein, auf die wir keinen Einfluß mehr haben werden, wir am allerwenigsten. Wir rechnen damit, daß wir in den nächsten Tagen etwas hören werden über die Gespräche zwischen Rusk und Gromyko.

Ich halte es für möglich, daß wir uns sehr bald wieder in Washington treffen. Es gibt keine Vorstellungen darüber, wie die Verhandlungen weitergehen. Wir wissen nicht, ob Gromyko ein bilaterales Gespräch weiterführen wird. Wir wissen nicht, ob überhaupt eine Außenministerkonferenz stattfinden wird oder nicht. Es tauchen die Fragen auf: Wird die Sowjetunion verlangen, daß sofort eine Gipfelkonferenz stattfinden soll? Wird die Sowjetunion eine Tagesordnung vorschreiben oder zur Bedingung machen, die es dem Westen nicht möglich macht, ihre eigenen Thesen vorzutragen? Die Erklärungen⁹⁴, die Gromyko abgegeben hat über die Bereitschaft,

90 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1958–1969 Staatspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 178 Anm. 7; KUSTERER.

91 Vgl. dazu KOSTHORST S. 391; BARING S. 346.

92 John Fitzgerald Kennedy (1917–1963), 1960–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 701 Anm. 1.

93 Robert S. McNamara (geb. 1916), amerikanischer Politiker; 1960–1968 Verteidigungsminister, 1968–1981 Präsident der Weltbank.

94 Vgl. dazu die Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR vom 14. September 1961 in DzD IV/7,1 S. 433 f.

waren verbunden mit der Feststellung: Wir sind grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, aber vorausgesetzt, daß unsere Verhandlungspartner realistisch genug sind, um sich mit uns über unsere Vorschläge zu einem deutschen Friedensvertrag und zur Umwandlung der Stadt Berlin in eine Freie Stadt⁹⁵ zu unterhalten. Daß das nicht angenommen wird, versteht sich von selbst. Deswegen kann kein Mensch voraussagen, wie sich die nächsten acht oder 14 Tage gestalten werden.

Wir sollten uns Rechenschaft darüber abgeben, daß wir in den nächsten Wochen so nahe an eine Katastrophe kommen wie nie zuvor und daß der Nervenkrieg weitergeführt wird. Die Informationen, die man über die russische Armee erfahren hat, sprechen dafür, daß man das Pokerspiel sehr hoch spielen wird. Aber wir müssen immer noch hoffen, daß es gelingen wird, diese Gespräche zu führen, die vielleicht Wochen und Monate in Anspruch nehmen können. Wenn eine Ministerkonferenz anberaumt wird, dann haben wir zumindest einen Zeitgewinn, um in einer sehr zähen und hartnäckigen Verhandlung einiges von dem durchzusetzen, was wir wünschen. Und wenn das gelingt, dann haben wir schon einen politischen Erfolg erzielt. (*Beifall.*)

Von Hassel: Es wird zur Zeit darüber diskutiert, die UNO nach Berlin zu verlegen. Ist dazu etwas zu sagen?

Von Brentano: Wir haben über diese Frage gesprochen, aber nur am Rande. Was heißt, die UNO nach Berlin zu verlegen? Kann man sich das vorstellen, daß sich die UNO in eine geteilte Stadt legen läßt? (*Zurufe:* Ausgeschlossen!) Ist es nicht eine vielleicht etwas vage Hoffnung, nun anzunehmen, daß sich mit der Errichtung eines UNO-Büros in Berlin die Schwierigkeiten von selbst auflösen. Von den 99 Mitgliedsstaaten müßte sich eine Zweidrittelmehrheit dafür entscheiden, den Sitz von New York nach Berlin zu verlegen. (*Kiesinger:* Haben Sie vertrauenswürdige Nachrichten, daß Chruschtschow das will?) Er hat zu dieser Frage gesagt, darüber läßt sich reden, die UNO nach Berlin zu legen. Das ist aber auch alles, was er gesagt hat.⁹⁶ Deswegen haben wir es auch aufgenommen, und zwar positiv.

Ich habe gesagt in den Gesprächen, nehmen wir es auf gegenüber der Sowjetunion als eine Möglichkeit. Reden wir darüber. Schlimmeres, als daß es nicht geschieht, kann nicht geschehen. Und wenn ein Teil dahin verlegt wird, dann hätten wir damit schon einen Vorteil erreicht.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Merkat⁹⁷.

95 Vorschlag des deutschen Botschafters in Washington, Wilhelm Grewe, von 1959 (vgl. KOSTHORST S. 368).

96 Vgl. DzD IV/7,1 S. 505.

97 Dr. Hans-Joachim von Merkat (1905–1982), 1949–1969 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1955–1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 603 Anm. 44; Heinz-Siegfried STRELOW: Konservative Politik in der frühen Bundesrepublik – Hans-Joachim von Merkat (1905–1982). In: Konservative Politiker in Deutschland, hg. von Hans-Christof KRAUS, Berlin 1995 S. 315–334.

Von Merkatz: Hammarskjöld⁹⁸ ist tot. Ich rechne damit, daß jetzt Chruschtschow den Vorschlag machen wird, das Troika-Kollegium – ein westlicher, ein östlicher und ein Nehru⁹⁹-Mann – einzusetzen und daß die UNO nach West-Berlin gelegt wird. Das würde nach meiner Meinung unter diesem Aspekt sehr gefährlich.

Von Brentano: Herr Hammarskjöld hat noch gelebt, als wir diese Frage besprochen haben. Nun wird das Ringen losgehen, und die Russen werden alles versuchen, um dieses Troika-System durchzusetzen.

Amrehn: Nach den Berichten, die ich lesen konnte, hat Chruschtschow gestern oder vorgestern Herrn Reynauld¹⁰⁰ geantwortet, er sei dafür, daß das UNO-Hauptquartier nach West-Berlin verlegt wird. In einer späteren Mitteilung heißt es, das sei natürlich nicht anders zu verstehen, als daß zuvor die Zone anerkannt würde.

Ich muß sagen, man kann ein UNO-Hauptquartier nicht in ein Gebiet legen, das man nur noch durch einen undefinierten Staat erreichen kann. Für die Begründung des Sitzes der UNO in Berlin werden solche Voraussetzungen erforderlich, daß wir sie nicht erfüllen können. Wir würden z. B. mit der Frage konfrontiert, ob wir denn den Auftrag, den Berlin hat – nämlich noch ein Rest des alten Deutschen Reiches zu sein, der Unterpfund ist für die Aufgabe, die Teile Deutschlands wieder zusammenzuführen – preisgeben, wenn wir aus West-Berlin ein neues UNO-Hauptquartier machen. Das spricht alles dagegen! (*Von Hassel:* Hat Herr Brandt auch soweit gedacht?) Herr Brandt hält von dem UNO-Vorschlag überhaupt nichts. Es ist berichtet worden, daß Clay vor seiner Abreise in Amerika gesagt habe: Wir können die Freiheit Berlins nur retten, wenn ein Preis in der Deutschland-Frage dafür bezahlt wird. Das hat mich erschreckt. Vielleicht ist der Herr Bundeskanzler durch eine ähnliche Frage erschreckt worden. Das hat in allen Zeitungen gestanden.¹⁰¹ Vor seiner Abreise hat

98 Dag Hammarskjöld (1905–1961), schwedischer Politiker; 1953–1961 Generalsekretär der UN. – Hammarskjöld kam am 18. September 1961 bei einem Flugzeugabsturz über Nordrhodesien ums Leben.

99 Dschawaharlal Nehru (1889–1964), 1947–1964 Ministerpräsident Indiens und Außenminister, führender Repräsentant der Blockfreien Staaten. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 1021 Anm. 31.

100 Paul Reynauld (1878–1966), französischer Politiker; 1945–1973 Abgeordneter der Assemblée Nationale. (Charakterisierung in SCHWARZ: Adenauer 2 S. 751–753.) – Vgl. Bericht von Reynauld über ein Gespräch mit Chruschtschow in DzD IV/7,1 S. 499–507.

101 Eine derartige Aussage Clays nicht ermittelt. Nach Rückkehr aus dem Ostsektor von Berlin erklärte er vielmehr gegenüber amerikanischen Journalisten: „Meine Eindrücke waren sehr schlecht: Ich habe drüben mehr Truppen als zivile Bürger gesehen ... Wenn immer Berlin in Not ist, werde ich bei den Berlinern sein.“ („Die Welt“ vom 21. August 1961). Möglicherweise ist McCloy gemeint, der bei seinem Besuch bei Chruschtschow (26./27. Juli 1961) diesen andeutungsweise zu Aktionen gegen Berlin ermuntert haben könnte, was Äußerungen amerikanischer Regierungssprecher „der letzten Tage“ nahelegten („Basler Nachrichten“ vom 16. August 1961). – Möglicherweise ist gemeint, daß Kennedy „keine Überhitzung“ der Situation wollte (FAZ vom 16. August 1961), sie als „Vorkrise“ bezeichnete und die Verpflichtungen der USA nicht auf eine Garantie der Freiheit in der DDR bezog, sondern nur auf die Rechte und Bündnisverpflichtungen gegenüber den Deutschen in West-Berlin und in Westdeutschland („Die Welt“ vom 18. August 1961).

Clay erklärt, wenn wir die Freiheit Berlins sichern wollen, dann müssen wir in der Deutschland-Frage einen Preis zahlen. (*Von Brentano*: Ich habe nichts davon gehört. – *Zurufe*: Wir auch nichts!) Dieser General hört etwas vom Weißen Haus; er ist gut informiert. Deshalb entstehen Sorgen über die Nachrichten, die unterschwellig an uns herankommen und nie volle Klarheit geben, wie nun wirklich die Absichten in Washington und in anderen Hauptstädten sind.

Jeder von uns ist sich bewußt, wie ernst die Situation ist. Der Herr Bundesaußenminister hätte es nicht ernster darstellen können. Besteht nun eine Hoffnung, über diese Zuspitzung in der Berlin-Frage hinwegzukommen, und zwar mit dem entschlossenen Willen auch auf westlicher Seite, zu einem wirklichen Deutschland-Gespräch zu kommen in der Erkenntnis, daß in der Berlin-Frage selbst vom Westen her keine Konzession mehr gemacht werden kann und auch von der westlichen Seite die Berlin-Frage zum Hebel für die Erörterung der Deutschland-Frage im ganzen noch einmal gemacht wird?

Ich meine nicht, daß der Deutschland-Plan von 1959¹⁰² nochmals vorgelegt wird, den man nach zwei Tagen mit einem Augenzwinkern fallen ließ und erklärte, daß das keinen Sinn habe, sondern daß man wirklich aus der Zuspitzung heraus zu einem ernstesten Versuch kommt, die gesamtdeutsche Frage anzupacken. (*Von Brentano*: Sie müssen auch sagen, wie man das anpacken soll!) Darüber wäre zu reden. (*Wuermeling*: Natürlich, aber wie denn?) Ich könnte mir denken, daß die Sowjetunion ein Interesse daran hat, nicht den Zonenstaat als das schwächste Glied des ganzen Reiches in der Form des östlichen Reiches so aufrechtzuerhalten, wie es gegenwärtig der Fall ist. Es ist eine Groteske, daß im Augenblick der wirtschaftlichen und politischen Tiefstimmung in der Zone zugleich eine Art Triumph mit dem 13. August vom Osten erreicht worden ist, der nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die Unruhe in der Zone auf die Dauer nicht niedergehalten werden kann. Vorgestern ist die Polizei im Ostsektor gegen eigene Demonstranten mit der Panzerwaffe vorgegangen. Ich bitte Sie zu sehen, daß das nicht ein ruhiger See auf die Dauer bleiben wird.

Ich könnte mir denken, daß eine Verhandlung im Interesse der Sowjetunion gelegen ist. Auf welchem Wege, darüber wäre viel zu reden. (*Zuruf*: Allerdings, aber die Russen wollen ja nicht!) Wenn man sich auf den Verhandlungsweg begibt, dann kann es kaum anders geschehen, als über Deutschland zu sprechen. Wenn man nur über Berlin spricht, sehe ich den Weg vor mir, der vorhin in der Form gekennzeichnet worden ist vom Herrn Bundeskanzler, daß eine Austrocknung den Russen den Weg ohne Gewalt freilegen würde. Wir müssen versuchen, davon wegzukommen.

Ich möchte nur sagen, daß eine Verhandlung vor dem 13. August den starken Flüchtlingsstrom vielleicht nicht so stark hätte werden lassen, und das Ereignis hätte dann zu diesem Zeitpunkt noch nicht eintreten können.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmidt.

102 Deutschland-Plan von Senator Mike Mansfield vom 12. Februar 1959 – Vgl. AdG 1959 S. 7558 und DUD vom 15. Juni 1961 „Mansfields Vorschlag“.

Schmidt: Ich erinnere mich, daß Herr Brandt diese Gedanken lanciert hat seit dem 15. Juli.¹⁰³ Ich habe darauf geantwortet, daß das auf Dauer die Internationalisierung der Stadt Berlin bedeuten müsse, und zwar im Rechtssinne, und damit praktisch Berlin als Hauptstadt einer künftigen deutschen Gesamteinheit endgültig beseitigt würde.

Von Brentano: Es ist selbstverständlich, Herr Amrehn, daß man versucht, die Verhandlungen über Deutschland und über Berlin zu führen, aber wenn Sie sagen, wir müßten ernstlich neue Verhandlungen führen, dann muß ich fragen, über was denn? Machen Sie doch einen konkreten Vorschlag! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir haben doch sehr oft diese Verhandlungen angeboten, aber die Sowjetunion hat sie immer wieder abgelehnt. Wir haben angeboten, eine Vierer-Kommission einzusetzen! Wir haben den Friedensplan angeboten!¹⁰⁴ Es ist alles abgelehnt worden. Wenn Sie einen neuen Plan und eine neue Vorstellung haben, dann wären wir Ihnen sehr dankbar dafür. Die Forderung, wir müssen verhandeln, genügt allein noch nicht.

Natürlich müssen wir neue Verhandlungen fordern. Man darf die alten nicht wieder aufnehmen, aber ich wehre mich dagegen, wenn Sie sagen, man hat den Friedensplan hingelegt und nach 48 Stunden mit einem Augenzwinkern weggeschoben. Sie waren nicht dabei. Man hat den Friedensplan gar nicht verteidigt. Die Sowjetunion hat gesagt, wir sprechen nicht darüber. Deswegen kommt es mir komisch vor, wenn Sie sagen, wir müssen neue Verhandlungen führen. (*Amrehn:* Die Zuspitzung ist eine Zuspitzung auch für die andere Seite. Ich kann keine Pläne entwickeln, aber man muß die Gefahr sehen, die auch für die andere Seite möglicherweise ein Interesse bietet!) Das ist die einzige echte Chance, die wir haben, daß auch auf der anderen Seite ein echtes Interesse bestehen könnte, an einer Entspannung mitzuwirken. Das werden wir auch versuchen. Aber ich wollte folgendes antworten: Es ist nicht richtig, wenn man sagt, wir müssen ernstlich Deutschland-Verhandlungen fordern, und man hätte sie vor dem 13. August machen müssen. – Damit machen Sie einen unberechtigten Vorwurf, daß man untätig gewesen sei vor dem 13. August. Wir fordern doch schon seit zwölf Jahren diese Verhandlungen über Deutschland! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl¹⁰⁵.

Gradl: Entschlossenheit müssen wir auch zeigen in unseren eigenen Äußerungen und in den Äußerungen der verantwortlichen Leute in der Regierung und Verwaltung im Umgang mit unseren Alliierten. Ich halte es für eine schlechte Sache, wenn führende Beamte in Gesprächen, die sie mit Alliierten bei Veranstaltungen, Cocktail-Parties usw. führen, Zweifel aussprechen an der Möglichkeit und an der Fähigkeit, beispielsweise die Position Berlins zu halten. Das wird von den Alliierten gedeutet

103 Wohl gemeint 15. Juni, als Ulbricht bei einer Pressekonferenz geäußert hatte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“ (zit. nach SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 144, dort auch Äußerungen Brandts; vgl. dazu auch AdG 1961 S. 9266 f.).

104 Möglicherweise gemeint der sog. Herter-Plan, der bei der Genfer Konferenz der Außenminister 1959 vorgelegt wurde.

105 Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), 1957–1980 MdB (Vertreter Berlins). Vgl. PROTO-KOLLE 1 S. 86 Anm. 4. Klaus GOTTO in ZEITGESCHICHTE 8 S. 197–211.

als ein Zeichen dafür, daß diese führenden Beamten dies nicht nur aus eigenem Impuls sagen, sondern daß auch wir in der politischen Führung bereits unsicher und schwächlich wären in der Verteidigung der Berliner Position.

Sie werden einige solcher Fälle selbst kennen, Herr von Brentano. Das ist eine Gefahr, gegen die wir uns wenden müssen, damit nicht von daher der Eindruck entsteht, als ob die Alliierten noch etwas verteidigten, was wir selber im Grunde genommen bereits aufgegeben haben.

Es ist mit Recht gesagt worden, wir kommen sicherlich in eine sehr harte Phase. Wir wollen diese harte Phase bestehen ohne politische Niederlage. Wir sollen sie bestehen, ohne daß wir in den äußersten Konflikt, nämlich in den Krieg, kommen. Ob das gehen wird, das wird die Zukunft zeigen.

Aber ganz sicher werden wir diese Phase nicht bestehen, wenn wir nicht durch unser eigenes Verhalten deutlich machen, daß auch wir – nicht nur unsere westlichen Alliierten – wirklich entschlossen sind, das äußerste Risiko einzugehen, d. h., in der kommenden Regierungserklärung wird dem deutschen Volke in aller Deutlichkeit gesagt werden müssen, daß es sich vor einer sehr harten geschichtlichen Herausforderung sieht, die es nur überstehen kann, wenn es bereit ist, auch ungewöhnliche Opfer auf sich zu nehmen.

Ich bin der Meinung, daß wir z. B. eine Verlängerung der Dienstzeit von zwölf auf 18 Monate als notwendig anerkennen und durchführen müssen, weil ich glaube, daß die Sowjets – wenn sie überhaupt noch vom letzten Gefecht abzuhalten sind und nicht so hybride geworden sind, daß sie glauben, sie könnten den Kampf mit der dekadenten abendländischen Welt riskieren – nur vom Krieg abzuhalten sind, wenn sie sehen, daß wir, die unmittelbar vor ihnen stehen, bereit sind, auf jedes Risiko hin unsere Position zu verteidigen. Das ist eine der Kernfragen, die in den Fraktionsverhandlungen zu erörtern sein werden, um die FDP auf diese Entschiedenheit festzulegen.

Adenauer: Ich hoffe, daß die FDP genauso denkt wie wir. Ich weiß es aber nicht.

Damit können wir wohl schließen. Herr Krone und Herr von Hassel halten die Pressekonferenz ab. Wir sollten möglichst wenig sagen über die ganzen Verhandlungen hier. Eines können wir doch sagen, daß wir keinesfalls der Auffassung sind, wir seien geschlagen, sondern daß wir nach wie vor die stärkste Fraktion sind, daß aber die SPD nicht das erreicht hat, was sie gewollt hat.

Wird das Wort noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen sehr und darf die Sitzung schließen.

2

Bonn, Montag 11. Dezember 1961

Sprecher: Adenauer, Albers, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Burgbacher, [Dollinger], Dufhues, Etzel, (Bert) Even, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, Hellwig, Höcherl, Johnen, Kraske, Krone, von Merkatz, Meyers, [Oberländer], Pferdmenes, Röder, Süsterhenn, Zimmer.

Bericht über die Koalitionsverhandlungen. Bericht über die außenpolitische Lage. Fragen der Parteifinanzierung. Wahl von fünf Mitgliedern für den Fernsehrat der Anstalt „Zweites Deutsches Fernsehen“. Bundesparteitag 1962. Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 13.50 Uhr

Adenauer: Meine Damen, meine Herren! Wir waren zum letzten Mal im September zusammen. Damals hat der Parteivorstand den Beschluß gefaßt, ich möchte als Parteivorsitzender Koalitionsverhandlungen mit der FDP führen. Man hat mich weiter gebeten, mich erneut für das Amt des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen. Endlich hat man ein beratendes Gremium für die Koalitionsverhandlungen gewählt.

BERICHT ÜBER DIE KOALITIONSVERHANDLUNGEN

In der Zwischenzeit ist nun die Koalition geschlossen worden. Die Verhandlungen waren sehr lange und sehr ermüdend.¹ Das erklärt sich daraus, daß die FDP eine Zeit lang in der Opposition gewesen ist; sie mußte erst gewisse überkommene Residuen abstreifen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die FDP nur Mitglieder hat, die über die Landesliste gewählt sind. Sie hat zwar 67 Mandate, aber kein einziges Mandat ist ein Direktmandat. Alle ihre Mitglieder waren über die Landesliste gewählt worden. In der FDP haben die Landesverbände möglicherweise einen noch größeren Einfluß als in der CDU/CSU, und diese Landesverbände der FDP haben sich teils zum Vorteil, teils zum Nachteil der Koalitionsverhandlungen fortgesetzt auf der anderen Seite in diese Verhandlungen eingeschaltet. Sie kennen das Ergebnis. Der Zusammenschluß erfolgte,

¹ Dazu KOERFER S. 582–609; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 695–710.

und soweit man die Dinge überschauen kann, sind in der FDP vielleicht vier bis fünf Unentwegte (*Zuruf*) – auf unsere komme ich noch –, die immer gegen ein Zusammengehen mit der CDU/CSU sein werden.

Die Verhältnisse sind nun folgendermaßen: Unsere Partei hat 190 Abgeordnete, und die CSU hat 50; das sind 240. Die FDP hat 67 Abgeordnete. Rechnen Sie von diesen 307 sieben ab, dann bleiben 300 übrig gegenüber 192 Stimmen der SPD. Das ist eine sehr stattliche Mehrheit.

Die beiden Parteien, sowohl der größere Bruder – das sind wir – als auch der kleinere Bruder – die FDP – müssen aber wirklich davon überzeugt sein, daß der Ausgang der nächsten Wahl von dem abhängen wird, was diese Koalition nun in den vier Jahren schafft. Wenn die Koalition in den vier Jahren auseinanderbrechen würde, wäre das auch für unsere Partei ein großes Fiasko; das möchte ich sehr nachdrücklich betonen.

Wenn Sie bei Freunden oder Mitgliedern unserer Partei im Lande gelegentlich Kritik und die Sorge hören, daß wir durch den Koalitionspartner FDP zu sehr gezwungen würden, bei bestimmten Fragen in eine bestimmte Richtung zu gehen, dann, bitte, machen Sie doch dem betreffenden Tadler klar, daß es, wenn man die Mehrheit verloren hat, nicht anders geht, als daß man eine Koalition eingeht. Bei einer Koalition gilt aber dann das Wort: „Mann mit zugeknöpften Taschen, dir tut keiner was zu lieb; Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gib.“ Das ist ein sehr altes und gutes Wort. (*Zuruf*: Goethe!) – Goethe hat übrigens auch gesagt: „Nur Lumpen sind bescheiden, Brave freuen sich der Tat.“ Das wurde neulich bestritten.

Kritik wird natürlich kommen, in gewisser Hinsicht wahrscheinlich auch berechtigte Kritik. Aber ich kann nur nochmals betonen: Man wird auch in einer Koalition hier und da nachgeben müssen, damit der kleinere Partner bei der Stange bleibt. Ich glaube jedoch, daß innerhalb der FDP in genügendem Umfange Elemente da sind, die bei der Stange bleiben wollen. Die Arbeit wird zunächst etwas schwierig sein. Aber das hilft nun mal nichts.

Über die letzte Wahl werden wir uns heute nicht zu unterhalten haben, sondern sobald Herr Kraske in der Lage ist, die diesbezügliche Arbeit vorzulegen; das heißt wohl in der nächsten Vorstandssitzung.

Die Koalitionsverhandlungen waren, wie ich soeben schon sagte, sehr lange und sehr mühselig. Aber was die Zeitungen darüber geschrieben haben, war zum größten Teil falsch, wie man überhaupt immer wieder zu der Überzeugung kommen muß, daß mehr als die Hälfte der Nachrichten, die in der Presse stehen, einfach falsch sind. Die beste Presse – lassen sie mich das bitte mal sagen – ist die mittlere Presse. Je größer ein Blatt ist, desto mehr lügt es oder berichtet es in negativem Sinne, weil jede negative Kritik im deutschen Volk mehr Anklang zu finden scheint. Deshalb findet eine Zeitung, die immer negativ berichtet, mehr Abonnenten als eine Zeitung, die eben auch das Positive hervorhebt.

Die Wahl des Bundeskanzlers ist, wie Sie wissen, mit verhältnismäßig gutem

Ergebnis vonstatten gegangen.² Ich will nicht untersuchen, wieviel Mitglieder unserer Fraktion den jetzt amtierenden Bundeskanzler nicht gewählt haben. Aber es gibt jedenfalls auch solche Mitglieder, die den Fraktionsbeschluß nicht befolgt haben³, während auf der anderen Seite der Herr Neumann⁴ aus Berlin öffentlich erklärt, daß er mich gewählt habe. (*Zuruf des Abgeordneten Gradl.*) Nun, das gefällt Ihnen doch hoffentlich an dem Herrn Neumann; der Herr Neumann ist doch ein guter Kerl. (*Heiterkeit.*) Diese Stimme ist zwar nicht gewogen worden, aber sie ist immerhin gezählt worden.

Damit komme ich zu der Frage des Fraktionszwanges. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie, falls Sie meine Meinung nicht teilen, das zum Ausdruck bringen würden. Ich habe den Eindruck, daß unsere Bundestagsfraktion bei ihrer jetzigen Zusammensetzung mehr als bisher einer gewissen Einwirkung durch den Parteivorstand bedarf. Wir üben prinzipiell keinen Fraktionszwang aus, und ich halte das für absolut richtig.

Aber auf der anderen Seite glaube ich doch, daß der Beschluß, den unsere Fraktion mit überwiegender Mehrheit faßt, auch von den Mitgliedern der Fraktion gewürdigt zu werden verdient, die ursprünglich anderer Ansicht gewesen sind, und daß keinesfalls ein Mitglied der Fraktion, wenn es nun glaubt, in einer wichtigen Frage nicht mit der Fraktion stimmen zu können, das *urbi et orbi* verkündet. Das gehört sich nicht. Ich halte das vom rein menschlichen Standpunkt aus betrachtet für taktlos. Wenn ich in einer Gemeinschaft bin, muß ich versuchen, den Weg zu ihr zu finden. Wenn ich es nicht kann, darf ich mich aber nicht dessen rühmen. Das gehört sich einfach nicht. Wenn ich – vorkommendenfalls – den Schutz der Gemeinschaft in Anspruch nehme, dann muß ich auch diese Konsequenz daraus ziehen.

Auf die Kabinettsbildung möchte ich gleich zu sprechen kommen. Ich möchte zuerst noch etwas bei unserer Fraktion bleiben. Ich habe versucht, eine Mitteilung darüber zu bekommen, wieviel neue Leute da sind. Ich schätze, es ist ein Viertel. (*Krone: 48!*) Relativ wenig! Ich muß aber doch gestehen, daß die erste wichtige Abstimmung dieser Fraktion – ich sehe jetzt von der Wahl des Bundeskanzlers ab –, nämlich die Abstimmung über die Besetzung der Richterwahlausschüsse, eine große Enttäuschung war.⁵ Trotzdem alle Fraktionsmitglieder telegrafisch auf die Bedeutung dieser Abstimmung hingewiesen worden sind, haben so viele gefehlt, daß wir eine

2 Wahl am 7. November 1961. Von den 309 Stimmen der Koalition (242 CDU/CSU, 67 FDP) erhielt Adenauer nur 258, 8 Stimmen über der absoluten Mehrheit.

3 In der Fraktionssitzung vom 2. November 1961 wurde Adenauer gegen die Stimme von Gerd Bucerius und bei Stimmenthaltung verschiedener Berliner Abgeordneten sowie von Franz Böhm als Kandidat für die Wahl des Bundeskanzlers vorgeschlagen (ACDP VIII-001-1009/1). Möglicherweise stimmten im Bundestag auch Teile der sog. Brigade Erhard nicht für Adenauer.

4 Franz Neumann (1904–1974), 1920 SPD, 1946–1958 Vorsitzender der SPD Berlin, 1946–1960 MdB (bis 1958 Fraktionsvorsitzender), 1949–1969 MdB.

5 Wahl der Mitglieder durch den Richterwahlausschuß am 6. Dezember 1961 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 73 f. und 85). Von 487 abgegebenen Stimmen entfielen 232 auf den Vorschlag der CDU/CSU (Mandatszahl: 242 plus 9 Berliner Abgeordnete), 197 auf den der SPD (190

Anzahl der Sitze verloren haben und daß in diesem Wahlgremium – und es ist ein wichtiges Wahlgremium – die Sozialdemokraten so viele Stimmen wie wir haben. (*Gurk*⁶: Können wir erfahren, wer trotz telegrafischer Aufforderung gefehlt hat? – *Krone*: Das geschieht!) Ich darf noch einmal auf die Mitarbeit der Abgeordneten zurückkommen. Sie werden zugeben, daß es kein guter Start für die Fraktion ist, wenn in einer so wichtigen Abstimmung sieben Stimmen verlorengehen. Das stellt dem politischen Verantwortungsgefühl der betreffenden Abgeordneten kein gutes Zeugnis aus, wenn sie so etwas machen. Die Fraktion hat erklärt, sie behielte sich weitere Maßnahmen vor. Ich glaube, ich spreche wohl in Ihrer aller Auftrag, meine Damen und Herren, wenn ich die Fraktion bitte, es nicht nur bei dem Vorbehalten zu belassen, sondern auch wirklich Schritte zu unternehmen, damit unsere Leute sowohl in den Ausschußsitzungen wie in den wichtigen Plenarsitzungen immer zur Stelle sind.

Es war schon im letzten Bundestag so, daß in den Ausschußsitzungen von unserer Fraktion doch verhältnismäßig mehr Leute gefehlt haben als von anderen Fraktionen. Ich glaube, wir sollten unsere Fraktion dringend bitten, von Anfang an hier eine straffere Disziplin einzuführen.

Die Fraktion zeigt, wie man aus dem Ergebnis der Wahl der Vorsitzenden schließen darf, eine starke Neigung dahin, eine ständische Politik zu führen. Ich würde das für einen großen Fehler halten. Diese Partei – jetzt schließe ich die CSU mit ein – wird nur dann auf die Dauer bestehenbleiben, wenn sie ein gemeinsames festes politisches Fundament hat und nicht in der Hauptsache Standesinteressen von dieser oder jener Gruppe oder von diesem oder jenem verfolgt werden. Aber darauf möchte ich noch zurückkommen, wenn ich Ihnen nachher einen Vorschlag bezüglich einer Studie mache, die wir anfertigen lassen wollen.

Nun etwas anderes! Ich begrüße sehr, daß Herr von Brentano Vorsitzender der Fraktion geworden ist. Er hat eine große Erfahrung. Sie wissen ja, daß er vor Herrn Kollegen Krone Fraktionsvorsitzender war. Ich begrüße aber auch, daß Herr Heck sich bereitgefunden hat, die Arbeit der beiden anderen Herren – Rösing⁷ und Rasner⁸ – in der Geschäftsführung der Fraktion zu unterstützen. Die Geschäftsführung bei einer so großen Fraktion ist schwierig und erfordert viel Arbeit und politisches Empfinden. Es ist sehr gut – das glaube ich wohl auch in Ihrer aller Namen sagen zu können –, wenn die Arbeit des Vorsitzenden durch eine gute Geschäftsführung erleichtert wird.

plus 13) und 58 auf den der FDP (67). CDU/CSU und SPD erhielten je fünf Mandate und die FDP ein Mandat. – Vgl. „Die Welt“ vom 7. Dezember 1961 „Keine Richterwahl ohne SPD-Stimmen“.

6 Dr. Franz Gurk (1898–1984), 1951–1968 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden, 1952–1972 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg (1960–1968 Landtagspräsident). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 62 Anm. 24.

7 Josef Rösing (1911–1983), Diplomvolkswirt; 1955–1961 und 1965–1972 MdB (CDU), 1955–1972 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 461 Anm. 56.

8 Will Rasner (1920–1971), 1953–1971 MdB (CDU, ab 1955 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 763 Anm. 65.

Ich habe von Herrn von Brentano gesprochen. Sie wissen, daß Herr von Brentano kurz vor der Bildung des Kabinetts erklärt und auch der Presse mitgeteilt hat, daß er zu einer weiteren Mitarbeit nicht zur Verfügung stehe.⁹ Ich möchte dazu ein Wort sagen.

Ich bedauere den Entschluß des Herrn von Brentano außerordentlich. Er kam auch mir völlig überraschend. Herr von Brentano hat mit mir darüber nicht gesprochen. Er hatte mir wohl etwa 14 Tage vorher einen ähnlichen Brief geschrieben.¹⁰ Ich hatte dann mit ihm gesprochen und ihm gesagt, ich betrachte diesen Brief als nicht vorhanden. Nach meinem Empfinden hätte Herr von Brentano es nicht nötig gehabt zurückzutreten. Gerade in der Außenpolitik – Herr von Brentano war sechs Jahre lang Außenminister – sind die persönlichen Verbindungen, die man im Laufe dieser Konferenzenjahre bekommt, und die Erfahrung von besonderer Bedeutung und besonderer Wichtigkeit.

An seine Stelle ist Herr Schröder getreten, der jetzt in Paris weilt. Er wird sich – davon bin ich überzeugt – sehr gut einarbeiten. Aber natürlich braucht auch derjenige, der wirklich Begabung mitbringt, eine gewisse Zeit, ehe er da vollwertig arbeiten kann. In der Außenpolitik – ich habe das wiederholt hier gesagt – baut sich Stein auf Stein auf, und es geht anders als in der Innenpolitik, wo doch häufig eine Sache abgeschlossen ist, wenn der betreffende Gesetzentwurf fertig ist. – Ich wiederhole: Ich habe das Ausscheiden von Herrn von Brentano sehr bedauert.

Dann hat Herr Kollege Etzel aus gesundheitlichen Gründen gebeten, in Zukunft nur noch als Abgeordneter und nicht mehr als Bundesminister tätig zu sein. Ich glaube jeder, der die letzten sechs oder neun Monate mit dem Herrn Kollegen Etzel zusammen verbracht hat, wird anerkennen müssen, daß er das Letzte hergegeben hat und daß man von ihm nicht mehr verlangen kann. Ich glaube, wir sollten vom Parteivorstand aus ihm ebenso wie Herrn von Brentano den Dank für diese Arbeit aussprechen. (*Beifall.*)

Dann ist Herr Schäffer¹¹ nicht mehr ins Kabinett zurückgekehrt. Herr Schäffer ist nicht in den Bundestag gewählt worden. Ob das im vollen Einverständnis mit seiner Partei geschehen ist oder nicht, haben wir nicht zu untersuchen. Wir haben nur davon Kenntnis zu nehmen, wie es ist. Herr Schäffer hat – das möchte ich hier

9 Schreiben vom 28. Oktober 1961 an Adenauer (Druck: BARING S. 363–366); Presseerklärung vom 30. Oktober (EBD. S. 372 f.).

10 Gemeint ist vermutlich das Schreiben von Brentanos an Adenauer vom 19. Oktober 1961 (ACDP I-070-052/3) oder vom 21. Oktober (Druck: BARING S. 357–361). Adenauer telefonierte über diese Schreiben (vgl. auch Anm. 9) am 31. Oktober 1961 (Vermerk in StBKAH III.52).

11 Fritz Schäffer (1888–1967), 1949–1961 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 17 Anm. 15 und EBD. 3 S. 64 Anm. 30; Christoph HENZLER: Fritz Schäffer. Der erste bayerische Nachkriegs-Ministerpräsident und erste Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland 1945–1967. Eine biographische Studie (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 3). München 1994.

sehr nachdrücklich betonen – in den Jahren, in denen er Bundesfinanzminister war, Hervorragendes geleistet. (*Zuruf*: Sehr richtig!) In einer schwierigen Zeit hat er in den Finanzen Ordnung gehalten, eine Ordnung, die der Bundesrepublik wirklich die Möglichkeit gegeben hat, sich weiter zu entwickeln. Wir müssen ihm dafür sehr danken.

Herr Wilhelmi¹² ist zwar im Bundestag geblieben; aber da wir im Kabinett fünf Sitze abgeben mußten, so mußten wir leider das Ministerium, das er bis dahin verwaltet hatte, einem Herrn der FDP überlassen. Herr Wilhelmi ist aber, wie gesagt, im Bundestag geblieben, und ich zweifle nicht, daß unsere Partei von seiner Arbeit im Bundestag und auch sonst später noch gute Früchte ernten wird, wofür wir auch ihm sehr dankbar sind.

Dann ist der bisherige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, der hier zu meiner Rechten sitzt, Herr Dr. Krone, in das Kabinett eingetreten. Er hat während der Jahre als Vorsitzender dieser Fraktion ein sehr saures Brot gehabt. Diejenigen, die nicht so in der Nähe, im Bundestag, sitzen, können sich nicht gut ein Bild davon machen, welche Verantwortung auf dem Vorsitzenden der Fraktion ruht. Ich glaube daher, daß wir heute alle Herrn Kollegen Krone von Herzen unseren Dank aussprechen müssen für die Arbeit, die er in diesen sechs Jahren geleistet hat. Wir wünschen ihm alles Gute für die Arbeit im Kabinett, wo er für eine Reihe von Mitgliedern des Kabinetts eine wertvolle Hilfe sein wird. (*Beifall*.)

Zu den innenpolitischen Aufgaben will ich an dieser Stelle nicht viel sagen. Ich nehme an, daß Herr Kollege Krone gleich noch etwas dazu ausführen wird.

Über die Koalitionsverhandlungen und den Abschluß möchte ich Ihnen nur noch folgendes berichten. Die vier Jahre, die vor uns liegen, werden uns sehr schwierige, innenpolitische Aufgaben bringen, insbesondere auch deswegen, weil die Finanzfrage ganz außerordentlich schwierig werden wird. Sie wird in erster Linie durch die sehr viel größeren Ausgaben schwierig, die wir für Verteidigungszwecke machen müssen. Diese Ausgaben sind zwingender Natur.

Dazu gehört auch die Verlängerung der Dienstzeit von zwölf auf 18 Monate. Der Gesetzentwurf wird ja in dieser Woche den Bundesrat beschäftigen, nachdem er in der vorigen Woche vom Bundeskabinett verabschiedet worden ist. Ich bitte diejenigen unserer Freunde, die im Bundesrat Sitz und Stimme haben, sich der Gesetzesvorlage sehr anzunehmen. – Ich komme gleich noch, wenn ich über die außenpolitischen Fragen berichte, auf unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu sprechen. – Meine Herren, wenn diese Vorlage nicht mit einer großen Mehrheit im Bundestag angenommen wird, würde das ein tödlicher Schlag – ich überlege das Wort sehr genau – für die Bindung der Vereinigten Staaten an Europa und insbesondere an uns sein. Deshalb ist die möglichst schnelle Verabschiedung – auch im Bundestag – dieses Gesetzes in außenpolitischer Hinsicht von außerordentlich großer Bedeutung.

12 Dr. Hans Wilhelmi (1899–1970), Rechtsanwalt und Notar; 1957–1969 MdB (CDU, 1960–1961 Minister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 165 Anm. 105.

Ich darf hier vielleicht ein Wort über die Sozialdemokraten sagen. Die Regierungserklärung haben Sie, meine Damen und Herren, mehr oder weniger gelesen¹³; ich entschuldige jeden, der sie weniger gelesen hat. Sie werden aber vielleicht auch mehr oder weniger die Berichte in der Presse über die Aufnahme der Regierungserklärung durch den Bundestag gelesen haben. Ich habe selten eine so langweilige Atmosphäre vorgefunden wie an dem Tage, an dem das Parlament auf die Regierungserklärung geantwortet hat.¹⁴ Vielleicht waren meine Anforderungen zu groß. Vielleicht liegt es aber auch daran, daß die FDP als Oppositionspartei ausgeschieden war und die ganze Opposition von der SPD getragen werden mußte.

Ich weiß nicht recht, ob sich die SPD schon von den Wechselfällen ihres parteipolitischen Lebens in den letzten ein, zwei Jahren erholt hat. Ich möchte einige Worte dazu sagen. Natürlich kann keiner mit hundertprozentiger Sicherheit prophezeien, was werden wird. Aber denken Sie bitte daran, daß die SPD in Bad Godesberg ein neues Parteiprogramm verkündet hat und daß sie in Hannover im November 1960 zu den außenpolitischen Fragen eine Stellung eingenommen hat¹⁵, die zwar nicht hundertprozentig unserer Stellung entspricht – das möchte ich sehr nachdrücklich betonen –, aber jedenfalls so war, daß sie sich von der bisherigen Stellungnahme der SPD zu diesen Fragen abhob. Die SPD hat sicher gehofft, daß sie durch diese Wendung in ihren Anschauungen einen erheblichen Zuwachs an Mandaten bekommen würde.

Nun hat sie das Ziel – und es war ihr Ziel –, die Mehrheit zu bekommen, nicht erreicht. Herr Ollenhauer hat das ja in diesen Tagen im Bundestag erklärt.¹⁶ Er hat gesagt: Wenn es in diesem Lande normale demokratische Grundsätze gegeben hätte, wäre die Antwort auf das Wahlergebnis gewesen, daß die beiden bisherigen Oppositionsparteien, die jetzt zusammen die Mehrheit hätten, den Versuch gemacht hätten, eine Regierung zu bilden.

Sie sehen – das ging auch aus einer Bemerkung des Hauptsprechers der SPD, des Herrn Brandt, hervor¹⁷ –, daß die SPD mit ihrem Häutungsprozeß noch immer nicht

13 Die Regierungserklärung verlas am 29. November 1961 für den erkrankten Bundeskanzler dessen Stellvertreter, Ludwig Erhard (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 22–33).

14 Am 6. Dezember 1961 sprachen für die SPD Willy Brandt, Fritz Erler und Erich Ollenhauer (ebd. S. 53–64, 91–104, 123–125).

15 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Godesberger Programm) in: Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg. Vgl. Helga GREBING: Das Programm von Bad Godesberg und seine Bedeutung für die Politik der SPD. In: Willi Eichler zum 100. Geburtstag. Politische Programme in der Kommunikationsgesellschaft – Aussichten für die Sozialdemokratie. Düsseldorf 1996 S. 20–36. – Entschließung zur Außenpolitik in: Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der SPD vom 21. bis 25. November 1960 in Hannover S. 701f.

16 Vgl. Anm. 14 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 123).

17 Vgl. Anm. 14. Eine derartige Äußerung findet sich dort nicht.

zu Ende gekommen ist und daß sie möglicherweise ihre alte Haut sogar ungewaschen wiederfindet.

Herr Brandt hat in der Rede, die er im Auftrag der SPD-Fraktion gehalten hat, erklärt, daß die SPD bei der Beratung des Gesetzes über die Verlängerung der Dienstzeit mitarbeiten werde. Er hat nicht gesagt, bei der Verabschiedung, geschweige denn, daß er gesagt hat, daß die SPD im Prinzip dafür sei. Er hat lediglich das gesagt, was in den vergangenen Jahren immer das Mittel der SPD gewesen ist, sie würden im Ausschuß mitarbeiten. So ist es bisher immer gewesen bei den Gesetzen, die der SPD an sich gegen die Natur gingen. Sie hat versucht, bei der Beratung im Ausschuß möglichst ihre Ansichten zur Geltung zu bringen. Wenn dann die CDU/CSU, gutherzig und gutgläubig wie sie ist ... Ich versuche immer vergeblich, Mißtrauen einzuflößen, und es gelingt mir nicht. Das Vertrauen in die Zukunft ist bei vielen, vielen Menschen so groß, daß sie immer noch an die SPD glauben.

Über die Hoffnung der SPD gibt eigentlich am besten folgendes Ausdruck: Sie wissen, daß Herr Ministerpräsident Zinn¹⁸ sich in den Bundestag hat wählen lassen. Er hat darauf verzichtet, den Platz einzunehmen. Herr Brandt war bereit, nach Bonn überzusiedeln; er bleibt in Berlin und wird, glaube ich, im Bundestag wohl nicht mehr auftreten. Der Herr Schmidt¹⁹ aus Hamburg, der, wie Sie alle wissen, den Beinamen Schmidt-Schnauze führt – damit haben Sie sein Bild klarer vor sich –, tritt sein Bundestagsmandat nicht mehr an, sondern hat sich auf einen Senatsstuhl in Hamburg zurückgezogen. Wenn man das so zusammennimmt – das sind die ersten Blüten, die gefallen sind, ohne daß sie Früchte gezeigt haben –, dann kann man wohl mit Sicherheit sagen, daß die SPD zuverlässig damit gerechnet hatte, sie werde den Herrn Brandt als Bundeskanzler durchbringen und werde in diesem Bundestag eine maßgebende Regierungspartei sein. Das ist ihr fehlgeschlagen.

Welche Entwicklung bei der SPD in dieser Wahlperiode eintreten wird, weiß man nicht. Es ist für die SPD die vierte Wahlperiode als Oppositionspartei. Für jede politische Partei ist das eine ganz schauderhafte Situation, namentlich wenn sie an ihre Nachkommenschaft denkt. Was sich daraus entwickeln wird, das können wir noch nicht übersehen. Aber wir müssen sehr aufpassen, was sich da entwickeln wird.

Wir müssen natürlich versuchen, überall dort, wo es möglich ist, Wähler und Wählerinnen zu gewinnen, die das letzte Mal nicht recht gewußt haben, was sie wählen sollen, und deshalb SPD gewählt haben. Die SPD hat ja einen erheblichen Zuwachs gehabt, wenn er auch nicht für die Verwirklichung ihrer Ziele ausreichte. Wir müssen also sehen, daß diese Wähler wieder zu uns kommen oder daß sie überhaupt zum erstenmal zu uns kommen.

18 Dr. Georg-August Zinn (1901–1976), 1949–1951 und 1961 MdB (SPD), 1950–1969 hessischer Ministerpräsident, 1954–1970 MdL Hessen. – Landesregierung Hessen (Hg.): Georg-August Zinn. In Memoriam. Wiesbaden 1976.

19 Helmut Schmidt (geb. 1918), 1953–1962 und 1965–1987 MdB (SPD), 1974–1982 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 947 Anm. 54.

Nun möchte ich aber doch noch etwas über die Innenpolitik sagen. Ich habe darüber noch mit keinem Kabinettsmitglied gesprochen. Ich muß Ihnen offen gestehen, daß mir die Steigerung der Baulandpreise sehr große Sorgen macht. Soviel ich unterrichtet bin, ist es jetzt schon so, daß die Bausparer sich um den Erfolg ihres Sparens insofern betrogen sehen, als die Baupreise derartig ansteigen, daß sie nicht damit rechnen können, mit ihrem gesparten Kapital irgendwie zum Zuge zu kommen. Das ist natürlich eine sehr unangenehme Sache. Denn gerade die Bausparer sind Leute, die Vertrauen zu uns und zu der ganzen Entwicklung hatten. Wenn die enttäuscht werden, ist das natürlich ein schmerzlicher Rückschlag, der sich auch politisch irgendwie auswirken wird.

Dann wird es ja auch nicht nur bei der Steigerung der Baupreise bleiben, die die normale Steigerung der Bauarbeiterlöhne in sich schließt. Es zeigt sich für unsere gesamte wirtschaftliche Entwicklung – auch für die Stabilität der Mark – eine sehr große Gefahr. Die Baupreise werden in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um rund 10 % steigen. Für das nächste Jahr ist mit einer weiteren Steigerung um 10 % zu rechnen. Wenn Sie sich klarmachen, daß gerade die Bauwirtschaft mit allen ihren Verästelungen für unser gesamtes Wirtschaftsleben außerordentlich wichtig ist, dann werden Sie verstehen, daß man Sorgen haben kann.

Vielfach sind wir auch bei der Ausfuhr nicht mehr mit anderen Ländern konkurrenzfähig. Das ist mir besonders von unserem Kollegen Robert Pferdmenges in bezug auf Stahl und Eisen gesagt worden. Das ist eine sehr wichtige Frage. Deshalb glaube ich, daß die wirtschaftliche Situation während der kommenden vier Jahre der besonderen Beobachtung und Betreuung durch sehr kenntnisreiche Leute nicht nur im Kabinett und im Bundestag, sondern auch in den Ländern, in der Wirtschaft und bei der Arbeitnehmerschaft bedarf. Denn letzten Endes wird die Arbeitnehmerschaft ebensogut wie jeder andere auch die Kosten einer – ich will das Wort nicht aussprechen – Entwicklung der Währung zu bezahlen haben, an der niemand Freude haben kann.

BERICHT ÜBER DIE AUSSENPOLITISCHE LAGE

Nun, meine Damen und Herren, die Außenpolitik! Da weiß ich wirklich nicht, wie weit ich in meinen Mitteilungen an Sie gehen darf. Ich sage Ihnen das ganz offen. Es ist ganz klar, daß bei einer so großen Zusammenkunft wie dieser hier absolute Sicherheit, daß nichts davon an die Öffentlichkeit kommt, nicht besteht. Unsere Presse – ich darf noch einmal darauf zurückkommen – ist ja mit wenigen Ausnahmen immer bestrebt, alles möglichst negativ herauszustellen. Als ich vor kurzer Zeit in Washington war²⁰, haben sich bei mir sowohl der Präsident Kennedy wie der Staatssekretär Rusk über die Angriffe einiger deutscher Zeitungen auf Amerika

20 Vom 20. bis 22. November 1961 – AdG 1961 S. 9500; OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 85–87.

beschwert, die für Amerika verletzend seien. Man soll mir jetzt nicht antworten, die amerikanischen Zeitungen hätten auch Berichte gebracht, die nicht richtig seien. Wir sind mehr von Amerika abhängig als Amerika von uns. Darüber, meine ich, sollten wir uns doch immer klar sein. Das ist eine sehr banale Tatsache; aber es ist so. Mir ist es noch niemals bei irgendeinem Besuch in den zwölf Jahren, in denen ich seit Bestehen der Bundesrepublik tätig bin, vorgekommen, daß sich ein Staatsoberhaupt bei mir über die Haltung eines Teiles unserer Presse beschwert hat. Deshalb muß ich auch bei dem, was ich sage, besonders vorsichtig sein.

Wie unsere Presse ist, das möchte ich Ihnen an drei Zeitungen von heute beweisen. Ich nehme zunächst die „Rundschau“: „Bundeskanzler hat de Gaulle noch nicht überzeugt“.²¹ Kein Wort von Berlin-Verhandlungen. Woher der Mann das weiß, der das geschrieben hat, kann ich nicht sagen. In dem Communiqué stand ausdrücklich drin: „Die beide Länder interessierenden internationalen Probleme und besonders das Berlin-Problem waren Gegenstand eingehender Prüfung.“ Dann schreibt derselbe Mann weiter, ich hätte aus dem Elysee-Palast heraus dem Präsidenten Kennedy geschrieben. Jeder Buchstabe ist frei erfunden! Das ist natürlich auch für die Franzosen nicht angenehm.

Ich möchte Ihnen sagen, daß ich meine Unterhaltung mit de Gaulle mit den Worten eröffnet habe, ich käme weder im Auftrag von Kennedy noch käme ich auf dessen Wunsch, sondern ich käme hierher als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland aufgrund meiner eigenen Erwägungen. Dann schreibt so ein Mann – ich bin geradezu empört über so etwas –, ich hätte noch aus dem Elysee-Palast heraus an Kennedy geschrieben. Bis heute habe ich noch nicht an Kennedy geschrieben. Ich werde es noch tun, ich werde auch anderen darüber berichten. Wie aber so etwas von diesem Mann hier geschrieben werden kann, ist mir einfach unverständlich; es beweist, daß der Betreffende keine Ahnung von Politik hat. Das war also die „Kölnische Rundschau“, ein Blatt, das uns doch bis zu einem gewissen Grade nahesteht. (*Zurufe Blank und Gerstenmaier.*) Herrn Gerstenmaier ist das zuwenig gesagt und Herrn Blank ist es zuviel. Dann ist augenscheinlich richtig, was ich gesagt habe.

Ich nehme jetzt die „Welt“²². Dort steht in fetten Buchstaben: „Berlin-Verhandlungen noch ungewiß – de Gaulle nach wie vor ablehnend“. Wenn Sie sich daran erinnern, was „Welt“ und das „Bild“ in den vergangenen Monaten an außenpolitischem Porzellan kaputtgeschlagen haben, dann – ich sage das frei und öffentlich – graut es einem, wenn eine solche publizistische Macht so konzentriert ist, die wirklich häufig Porzellan kaputtschlägt und dem deutschen Interesse schadet. Ich bin der Auffassung, daß eine Presse, die Einfluß haben will, versuchen muß, wenigstens in entscheidenden

21 „Kölnische Rundschau“ vom 11. Dezember 1961 „Kanzler hat de Gaulle noch nicht überzeugt“. – Treffen Adenauer mit de Gaulle am 9. Dezember 1961 in Paris (BULLETIN vom 12. Dezember 1961 S. 2169; MÖLLER/HILDEBRAND S. 776–782).

22 „Die Welt“ vom 11. Dezember 1961 „Berlin-Verhandlung noch ungewiß – De Gaulle nach wie vor ablehnend“.

Fragen der Nation unbedingt mit der Regierung zusammenzugehen. Ich will den Artikel aus der „Welt“ nicht vorlesen. Er ist ein bißchen klüger als der der „Kölnischen Rundschau“.

Ich nehme dann die „Frankfurter Allgemeine“ von heute morgen. Ich muß sagen, der Artikel „Die deutsch-französische Zwiesprache“ von Hans-Achim Weseloh²³ ist der vernünftigste und der, der der Wahrheit am nächsten kommt.

Ich darf nun fortfahren und Ihnen über dieses etwa vierstündige Gespräch unter vier Augen mit de Gaulle einiges sagen. Dieses Gespräch mit Herrn de Gaulle verlief natürlich in großer Ruhe. Es ist jedesmal ein großer Genuß, sich mit Herrn de Gaulle auszutauschen, weil keine Spur von Polemik da ist, sondern Herr de Gaulle tatsächlich die ganze politische Entwicklung in der Welt vom Standpunkt eines Historikers – so kann ich fast sagen – betrachtet. Ich habe zuerst ausführlich gesprochen, dann hat de Gaulle gesprochen. Aus der Haltung Frankreichs in den vergangenen Monaten, namentlich in der Berlin-Frage – oder besser ausgedrückt, in der Frage einer Konferenz wegen Berlin –, ergibt sich ja, daß Frankreich anderer Meinung gewesen ist als die Angelsachsen. Wir haben nach einer einstündigen Unterbrechung, die wir dem Frühstück gewidmet haben, unsere Unterhaltungen fortgesetzt. Ich kann nur das sagen, was ich auch bei der Ankunft gesagt habe: Ich bin über den Verlauf sehr zufrieden.

Wer etwas zu lesen versteht, der mußte das auch aus dem Kommuniké entnehmen. Man kann doch wahrhaftig nicht erwarten, daß, wenn die Regierungen zweier Länder in irgendeinem Punkt verschiedener Meinung waren und man sich dann darüber ausgesprochen hat, nachher veröffentlicht wird: Der Herr X hat seinen Standpunkt aufgegeben und hat den Standpunkt des Herrn Y angenommen. Wie kann man sich überhaupt vorstellen, daß so etwas gesagt werden könnte?

Wenn Sie nach diesen einleitenden Bemerkungen diesen Teil des Kommunikés lesen, dann werden Sie ihn verstehen: Die beide Länder interessierenden internationalen Probleme und besonders das Berlin-Problem waren Gegenstand eingehender Prüfung. Es wurde festgestellt, daß über die zu erreichenden Ziele und über die Notwendigkeit – jetzt kommt der entscheidende Satz –, die Solidarität zwischen den verbündeten Mächten aufrechtzuerhalten, Übereinstimmung bestand.

Ich hoffe, Sie verstehen das, meine Damen und Herren; denn diese Übereinstimmung bestand eben bisher nicht. Frankreich hat sich gegenüber den Beratungen in Washington bisher außerordentlich zurückgehalten.

Ich glaube mit Recht sagen zu können, daß diese Konferenz in Paris, zu der ich nicht mit hundertprozentigen Erwartungen hingefahren bin, meine Erwartung übertroffen hat. Ich halte es allgemeinpolitisch gesehen für sehr wichtig, daß Frankreich an den Beratungen des Vierergremiums – wenn ich die drei Westmächte und Deutschland nehme; die Westmächte als diejenigen, die in Berlin direkt beteiligt sind – jetzt voll teilnimmt. Das ist für uns Deutsche besonders wichtig, weil doch

23 Hans-Achim Weseloh (geb. 1911), Journalist; 1956–1961 Leiter des dpa-Büros in Paris, 1961–1979 Korrespondent der FAZ in Paris, Washington und Bonn.

die Probleme – gerade auch was Berlin und die Wiedervereinigung angeht – für uns aus nationalem Empfinden und aus Sicherheitsempfinden und für die Franzosen aus Sicherheitsempfinden identisch sind. Das ist sehr wichtig, und deshalb war die Besprechung wirklich ein Erfolg.

Es heißt ja dann in dem Kommuniqué auch weiter, daß die die Einigung Europas betreffenden Probleme sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich ebenfalls diskutiert wurden. Diese Gespräche haben zu der Schlußfolgerung geführt, daß über die Gesamtheit dieser Probleme eine völlige Einheit der Ansichten besteht.

Ich glaube, man muß die Außenpolitik – auch was die Frage der Wiedervereinigung angeht – unter größeren Gesichtspunkten und als Entwicklung betrachten, die Zeit braucht. Deshalb ist auch für unsere politische Macht und unseren politischen Einfluß die Entwicklung der europäischen Gremien wichtig; sie ist nicht nur ein Vorgang von großer wirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch von sehr großer politischer Bedeutung. Wenn Sie daran denken, daß die sechs Länder, die in der EWG vereinigt sind, an wirtschaftlicher Macht auf vielen Gebieten stärker sind als Amerika, dann wird Ihnen wohl klar, daß – da in der heutigen Welt die politische Macht auf militärischer und auf wirtschaftlicher Macht beruhen muß – die Entwicklung der europäischen Organisation eine Angelegenheit von sehr großer Bedeutung, namentlich auch für die fernere Zukunft, ist.

Und umgekehrt! Sie werden gelesen haben, daß die russischen Vertreter in Albanien abberufen wurden.²⁴ Die Mitteilung kam gerade herein, als ich bei de Gaulle war. Chruschtschow hat die Vertreter Rußlands abberufen, obgleich Albanien unter dem Schutz Rotchinas steht. Dieser Vorgang ist unbedingt ein Anzeichen dafür, daß die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Rotchina, die seit geraumem nicht besonders waren, sich weiter angespannt haben. Sie müssen dann bedenken, daß der Nachbar von Rotchina Sowjetrußland ist, daß aber dieser Nachbar – Rotchina – über 650 Millionen Einwohner hat; Sowjetrußland hat etwas über 200 Millionen Einwohner. Die Rotchinesen sind zwar in mancher Hinsicht heute noch etwas hinter Sowjetrußland zurück. Sowjetrußland hat also auf der einen Seite als Nachbar Rotchina und auf der anderen Westeuropa. Wenn Sie sich dieses Bild einmal vor Augen halten, dann werden Sie, glaube ich, mit mir darüber übereinstimmen, daß sehr ernste Entwicklungen möglich oder sogar wahrscheinlich sind; ob diese in fünf, zehn oder 15 Jahren eintreten, kann kein Mensch heute beurteilen. Chruschtschow hat mir schon, als ich im Herbst 1955 in Moskau gewesen bin, von diesen ernsten und ernsthaften Entwicklungen gesprochen.

Deshalb glaube ich, daß man in der deutschen Situation mit unseren brennenden Problemen und unseren Wunden folgendes niemals vergessen darf: Man muß Geduld

24 Am 10. Dezember 1961 Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Albanien und Abberufung des gesamten Personals der Botschaft und der Handelsvertretung (AdG 1961 S. 9539 f.).

zeigen, weil die Zeit – soweit das überhaupt von einem Menschen beurteilt werden kann – für uns und nicht gegen uns wirkt.

Ich habe schon davon gesprochen, daß ich mehrere Tage bei Herrn Kennedy gewesen bin. Gerade ehe ich nach Washington abflog, bekam ich folgende interessante Vorlage. Es handelt sich um eine Meinungsbefragung, die das öffentliche Interesse an wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen und an anderem betraf; sie erstreckte sich vom September 1960 bis 1961.²⁵ Was da aus den 16 Fragegebieten herauskam, ist nach meiner Meinung geradezu erschütternd. Bei der Frage, ob die außenpolitischen Verhandlungen das größte Interesse fänden, sind die Ziffern vernichtend. Nur ein Prozent der Deutschen findet die außenpolitischen Fragen als von besonderem Interesse. (*Zuruf*: Noch!) Ist das nicht erschütternd? – Sie sagen: „Noch“! Die Zahl war auch schon einmal Null, sie war in den letzten zwölf Monaten auch schon mal auf zwei angestiegen. Aber in dieser Situation, in der wir uns befinden, in diesen Monaten, wo diese Mauer da gesetzt worden ist, wo alles das vorgekommen ist, interessieren ein Prozent der befragten Deutschen die außenpolitischen Fragen besonders. Das finde ich geradezu verheerend.

Ich bin der Auffassung, daß sowohl wir wie auch die Presse, aber auch Rundfunk und Fernsehen, offenbar viel zu wenig tun, um das deutsche Volk aufzuklären. (*Brauksiepe*²⁶: Wo liegt das Hauptinteresse?) Ich will Ihnen die Zahlen mal vorlesen:

Keine Angabe: 54 %; Wohnungsbau, Mieten, Bauland: 3 %; innerdeutsche Wirtschaftsfragen: 3 %; internationale Wirtschaftsfragen: 3 %; Steuerreformpläne: 2 %; Hilfe für unterentwickelte Länder: 2 %; Preispolitik: 1 %; Löhne und Gehälter: 1 %; Hilfe für die Landwirtschaft: 1 %; Krankenversicherungsreform: 8 %; Rentenpolitik: 7 %; Kindergeld: 3 %; soziale Fragen: 1 %; Wiedervereinigung: 5 %; (*Zuruf*: Bitte!) außenpolitische Fragen: 1 %; verschiedene Maßnahmen: 5 %.

Ich gebe zu, die Wiedervereinigung springt in die Augen. Ich freue mich, daß wenigstens 5 % das angegeben haben. Aber man wird mir doch folgendes zugeben müssen: Nur ein Prozent bei den außenpolitischen Fragen, das ist für ein Land in der Lage Deutschlands, bei diesem Durcheinander in der Welt, bei der Entwicklung der Atomwaffen usw. doch geradezu unglaublich. Ich habe meinen Augen da nicht getraut, als ich das gelesen habe.

Ich war also bei Herrn Kennedy. Auch dort ist die Sache so verlaufen, daß ich auf Wunsch von Herrn Kennedy einmal eine zweistündige Unterredung mit ihm unter vier Augen gehabt habe und dann am anderen Tage eine eineinhalbstündige Unterredung. Was ich jetzt sage, bringt hoffentlich die Presse nicht; ich möchte

25 Weder bei EMNID noch bei Allensbach nachweisbar. Vgl. aber – mit anderen Zahlen – EMNID: Der Prozeß der Meinungsbildung. Eine Untersuchungsreihe zur Klärung der wahlentscheidenden Faktoren im Bundestags-Wahlkampf 1961. Bd. 4: Entwicklung der Meinungslage von Anfang 1960 bis zum Wahltermin. O.O. S. 60.

26 Aenne Brauksiepe (1912–1997), 1949–1972 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesministerin für Jugend und Familie.

es nur als Kennzeichen sagen. Herr Kennedy hat nachher vorgeschlagen, daß die Dolmetscher vor unseren Augen ihre Notizen zerreißen sollten. Sie sehen daraus, daß in diesem dreieinhalbstündigen Gespräch schwierige Fragen offen ausgesprochen worden sind.

Nun hatten wir in der Zeit vorher wirklich allen Anlaß, über die Entwicklung in den Vereinigten Staaten besorgt zu sein. Wer in etwa die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten verfolgt hat, mußte sehen, daß maßgebende Kreise dort dazu neigten, eine Änderung der amerikanischen Politik herbeizuführen, eine Änderung hinsichtlich der großen atlantischen Fragen, eine Änderung auch in dem Verhältnis zu Europa. Ich kann Ihnen sagen, daß durch unseren Besuch in den Vereinigten Staaten diese Gefahr gebannt worden ist. Es wird keine Änderung eintreten.

Ich muß noch ein Wort zu der neuen Administration sagen. Es sind neue Leute. Es waren sehr viele Berater da. Allmählich werden die Berater immer mehr zurücktreten, und die anderen, die Sitz und Stimme in der Administration haben, werden übrigbleiben. Da ist zweifellos für uns ein Gewinn.

Aber wir haben jedenfalls in den vergangenen Monaten Angst und Sorge über bestimmte Möglichkeiten ausgestanden. Deshalb glaube ich, daß wir die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sehr sorgfältig pflegen müssen und daß es insbesondere nicht mehr vorkommen darf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mich, der ich sein Gast war, über unsere Presse fragt und sich über gewisse Ausführungen in gewissen Zeitungen beschwert. Das können wir uns einfach nicht leisten. Der Eichmann-Prozeß²⁷ hat doch in anderen Ländern vieles in die Erinnerung zurückgerufen, was wir schon vergessen hatten. Es braucht auch wieder eine gewisse Zeit, bis diese Erinnerungen verloren sind.

Wir sind doch diejenigen, die den Nationalsozialismus in die Welt gesetzt haben; wir werden doch von den anderen in der Rückschau auf alles das, was der deutsche Nationalsozialismus in der Welt angerichtet hat, dafür entsprechend angesehen.

Ich bin keinesfalls der Auffassung, daß das jetzige Deutschland irgendwie Veranlassung hätte, sich auf eine zweite Stelle verweisen zu lassen. Absolut nicht! Wir haben in der Zeit seit 1949 so viel geleistet, daß wir allen Anlaß haben, stolz darauf zu sein, und daß wir von den anderen Ländern verlangen können, das zu respektieren; die anderen sind ja auch gewillt, das zu respektieren.

Aber wogegen ich mich wende und wogegen ich mich wenden müßte, selbst wenn wir den Nationalsozialismus nicht gehabt hätten, ist, daß wir so tun, als wenn wir die Herrscher der Welt seien – wenigstens in der Presse ist das so –, und andere Leute dann in dieser Weise heruntersetzen und beschimpfen. Das schadet uns eminent.

Wie man diesem Übel Herr wird, das weiß ich nicht. Ich weiß nur eins: Die Zeitungen, die am negativsten schreiben, haben in Deutschland die meisten Leser.

27 Adolf Eichmann (1906–1962, hingerichtet), Obersturmbannführer der SS. – Eichmann war im Mai 1960 aus Argentinien entführt und nach Israel gebracht worden. Der Prozeß begann am 11. April 1961. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 926 Anm. 35.

Deshalb schreiben sie auch negativ; es ist das nur eine Geschäftssache. Aber von dem Beruf der Presse und auch des Rundfunks und des Fernsehens, Erzieher des Volkes zu sein, ist da verdammt wenig zu fühlen. Jedes Volk bezahlt aber dafür, wenn die Presse anderswo Fensterscheiben einwirft.

Es drängt mich sehr, Ihnen gegenüber das mal hier zum Ausdruck zu bringen, einmal wegen der Erfahrungen in den Vereinigten Staaten, dann aber auch angesichts der ausgezeichneten Aufnahme – das möchte ich hier betonen –, die ich am Samstag in Paris und insbesondere durch de Gaulle gefunden habe. Dieser Mann hat ein außerordentliches Verständnis gezeigt. Ich kann nur hoffen – es scheint, daß die Hoffnung nicht trügerisch ist –, daß die Algerienfrage doch sehr bald einer Lösung entgegengeht, mit der sich Frankreich und Algerien dann abfinden müssen.²⁸ Dann kann dort die Periode der Beruhigung eintreten, die uns alle interessiert und die im europäischen Interesse liegt.

Damit bin ich am Ende dessen, was ich Ihnen zu sagen hatte. Wenn Sie noch über irgendeinen Punkt Auskunft haben wollen, dann, bitte, stellen Sie die entsprechenden Fragen. Herr Krone wird dann so freundlich sein, Ihnen darauf zu antworten.

Krone: Ich möchte einen Vorschlag machen. Wir sollten jetzt keinen besonderen Tagesordnungspunkt „Bericht über die Koalitionsverhandlungen“ mehr behandeln. Wenn Fragen zu stellen sind, dann können sie ja gestellt werden. Der Herr Bundeskanzler hat aber schon sehr vieles von den Koalitionsverhandlungen erwähnt, so daß kaum noch etwas zu sagen ist. Ich bitte, so zu verfahren, wie ich es vorgeschlagen habe. *(Zustimmung.)*

Dann darf ich jetzt mit der Aussprache beginnen. Ich möchte mich zuerst mit der Frage beschäftigen, die der Kanzler gestellt hat: „Was schafft diese Koalition?“ Das ist eine sehr ernste Frage, die auch in der Fraktion sehr ernstgenommen worden ist. Ich will darauf folgende Antwort geben:

Zunächst ist in diese Vereinbarung mit der FDP²⁹ von uns die Klausel hineingebracht worden, daß alle bestehenden Gesetze – das gilt insbesondere für die kulturellen und sozial- und gesellschaftspolitischen Gesetze, aber auch die anderen – nicht umgestoßen werden dürfen, sondern daß sie bestehenbleiben. Es ist also von uns in dieses Papier, in diese Vereinbarung – mehr ist es nicht; das ist auch von Herrn Brandt so bezeichnet worden, und ich verstehe die Professoren nicht, die an diese Vereinbarung so viel Fleiß verwendet haben³⁰ – diese Besitzstandsklausel

28 De Gaulle erklärte am 23. November 1961 in Straßburg, die Selbstbestimmung sei die Lösung des Konflikts (AdG 1961 S. 9502). – Vgl. Alfred GROSSER: Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute. München 1986.

29 Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP vom 20. Oktober 1961 in AdG 1961 S. 9444.

30 Verschiedene Staatsrechtler hatten an der Koalitionsvereinbarung Kritik aus verfassungsrechtlicher Sicht geübt. Vgl. Hans PETERS: Vertrag ohne verfassungsrechtliche Grundlage. Inwieweit sind Kanzler und Abgeordnete an den Koalitionsvertrag gebunden? Artikel in: „Soziale Ordnung“ 12/ 1961. Vgl. auch Adolf SCHÜLE in „Die Welt“ vom 5. Dezember 1961 „Die strangulierte Freiheit“.

eingefügt worden. Es ist hinzugefügt worden, daß, wenn sich im Laufe der Zeit die Notwendigkeit von Reformen herausstellen sollte, die Koalition sie beraten wolle. Es fiel von seiten der FDP sogar das Wort: zwei, drei bis vier Jahre. Solange wolle man Erfahrungen sammeln. Das ist also der eine Punkt: der Bereich, den wir in den vier Jahren aufgebaut haben, bleibt.

Und nun zur Zukunft hingewendet! Da hat sich die Fraktion folgendes zur Richtschnur gesetzt: Wenn wir in dieser Koalition – wir sind ja mit der CSU die stärkste Fraktion dieser Koalition – unsere Position bewahren wollen – das wollen wir auch –, dann müssen wir versuchen, für alle kommenden Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen vorher eine geschlossene Fraktionsmeinung zu bilden. Wir dürfen also nicht differenziert in die Verhandlungen über Gesetzesvorlagen hineingehen.

Das gilt, meine Freunde, auch für den Bereich – für ihn gilt es insbesondere –, der nach dieser Umfrage für die Befragten einer der wichtigsten ist: den sozialen und gesellschaftspolitischen Bereich. Hier dürfen wir nicht stillstehen, sondern müssen vorwärtsgehen. Wir müssen bedenken, daß ein hoher Prozentsatz unserer Wähler – besonders an Rhein und Ruhr – Arbeitnehmer sind.

Diese Fragen müssen von uns als geschlossene Fraktion ins Gespräch gebracht werden. Hier nehme ich den Gedanken des Bundeskanzlers auf. Die Partei und die Parteiinstanzen müssen sich reger als bisher an diesen Aufgaben beteiligen. Sie müssen mit der Fraktion und für die Fraktion Gedanken entwickeln, die dann zu realisieren sind.

Ich bin auch nicht allzu skeptisch, daß die FDP das verstehen wird. Der Bundeskanzler hat bei den Koalitionsverhandlungen der FDP gesagt: Wir, die CDU/CSU, sind darauf angewiesen, daß uns der starke Wählerstamm an Rhein und Ruhr – unsere Arbeitnehmer – erhalten bleiben und daß die nicht nach links abwandern. Diese Frage spielt auch bei der kommenden Wahl in Nordrhein-Westfalen eine Rolle.³¹ Dieser Wählerstamm muß bei uns bleiben. Daran muß auch die FDP interessiert sein, wenn sie an der Koalition teilnimmt.

Blank: Ich möchte an das anknüpfen, was Kollege Krone gesagt hat. Zunächst eine nüchterne Feststellung! Der damalige Beschluß des Parteivorstandes hat sich ganz schnell als richtig erwiesen. Die SPD wäre absolut bereit gewesen – Herr Ollenhauer hat ja gesagt, er komme sich überspielt vor –, mit der FDP eine Koalition zu bilden. Ich glaube, daß es nunmehr an der Zeit wäre, daß manche von uns die Klagen, warum es nicht zu einer Koalition mit der SPD gekommen sei, aufgeben. Wenn man uns nun ständig damit bange machen will, jetzt komme der berühmte soziale Rückschritt, dann ist es merkwürdig, das gerade aus dem Munde der Leute zu hören, die mit den Rückschrittlichen sogar eine Koalition gegen uns gebildet hätten.

Nun habe ich folgendes getan: Ich habe die Herren von der FDP zu einer

³¹ Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 8. Juli 1962: CDU 46,4 %, SPD 43,3 %, FDP 6,8 %. Franz Meyers (CDU) bildete eine Koalitionsregierung aus CDU und FDP. FISCHER 2 S. 844–846.

Unterredung gebeten – das muß ich doch einmal bekanntgeben – und habe ihnen dargetan (*Zuruf*) – auch Herren von der FDP-Fraktion –, was auf sozialpolitischem Gebiet im einzelnen wohl im Verlauf der vier Jahre zu entwickeln sei. Ich habe den Herren gesagt, am Anfang aller Überlegungen stünde folgendes: Wir müssen unsere sozialpolitische Visitenkarte zu allen Zeiten zeigen können. Ich muß Ihnen sagen, daß ich bei den Herren auf großes Verständnis gestoßen bin. Über einige entscheidende Punkte, die für sie, als sie noch in der Opposition waren, fast Tollpunkte waren, reden sie überhaupt nicht mehr.

Ich möchte sagen, es ist nicht redlich, wenn man fortgesetzt versucht, so zu tun, als ob von daher die große Gefahr drohe. Man solle doch zuerst einmal abwarten, ob sich im Einzelfall eine Gefahr zeigt.

Ich sehe aber eine andere Gefahr, die wir, glaube ich, ganz ernst ins Auge fassen müssen. Ich sehe die Gefahr, daß die SPD aus ihrer Verärgerung heraus nunmehr auf innenpolitischem, vor allem dem sozialen Gebiet die unsinnigsten Forderungen stellt. Ich habe am Samstag in einer Versammlung die vierte Rede nach der Regierungsbildung gehalten und habe mit den Leuten diskutiert. Ich habe versucht, ihnen klarzumachen, daß wir uns gegen die „Milliarderitis“ zu stellen hätten. Darauf bekam ich tosenden Beifall. Wenn wir uns auf diesem Gebiet von der SPD erschrecken lassen und glauben, wir müßten solchen Forderungen nachgeben, bringen wir unsere ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik – von der Verteidigungs- und Außenpolitik, die davon abhängen, gar nicht zu reden – durcheinander. Wir sollten der SPD diese Freude nicht gewähren.

Ich persönlich bin aufgrund meiner Unterhaltungen mit den Leuten der FDP der Auffassung, daß es absolut möglich ist, unsere bisherige Sozialpolitik – auch das, was da noch an weiteren Fortschritten geschehen muß – mit ihnen durchzustehen. Sie haben eines klar erkannt: daß auch sie im Zeitalter der Massendemokratie es sich gar nicht leisten können, die Arbeitnehmer vor den Kopf zu stoßen. Wir aber sollten den Leuten helfen, sich in die Koalition einzufügen. Wir sollten ihnen menschlich begegnen. Wir sollten auf sie zugehen, wir sollten mit ihnen sprechen und ihnen nicht jeden Tag servieren, daß sie eigentlich eine höchst unerwünschte Gesellschaft für uns seien. Wenn wir das so machen, wie ich vorgeschlagen habe, dann kommen wir auch mit ihnen in der Koalition zurecht.

Blumenfeld: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar Worte zu dem sagen, was Sie bezüglich der Presse ausgeführt haben. Ich tue das insbesondere deswegen, weil sich die Kritik, die Sie ausgesprochen haben, auf einen Ort des Bundesgebietes, in dem sehr viele Presseerzeugnisse hergestellt werden, konzentriert, nämlich Hamburg. Da ich weder verwandt noch verschwägert mit diesen Leuten bin, noch einen Anteil an diesen Presseerzeugnissen habe, noch eine Dividende erhalte, noch im Aufsichtsrat oder im Familienbeirat sitze, kann ich hier doch einiges sagen, zumal ich immer wieder mit diesen Presseerzeugnissen – nicht nur von Ihnen selber, sondern auch in der Partei, extern und intern – sehr eng in Zusammenhang gebracht werde.

Nach dieser langen Vorrede, Herr Vorsitzender, darf ich mir die Frage erlauben, ob es zweckmäßig ist, in diesem großen Gremium die Ausführungen so stehen zu lassen, wie Sie sie in den Raum gestellt haben. Es waren doch harte Formulierungen, wenn auch die einzelnen Erzeugnisse – mit Ausnahme von „Bild“ und „Welt“ – nicht genannt wurden. Ich könnte mir vorstellen, daß sich auch noch andere Verleger betroffen fühlen könnten, wenn diese Ausführungen aus diesem Kreis hier herauskommen. Daß sie herausgelangen werden, Herr Bundeskanzler, ist doch so sicher wie das Amen in der Kirche; das dürfen wir unterstellen.

Deswegen bitte ich doch um folgendes, Herr Bundeskanzler: Wir können uns über einzelnes unterhalten. Als Partei können wir es uns aber nicht leisten, daß der Bundesparteivorstand rundweg erklärt: Die Presse und das Fernsehen in Deutschland taugen nichts. Im letzten Fall würde ich Ihnen sogar recht geben. Das Programm des Fernsehens – das erste und das zweite Programm – ist erschütternd. Aber daß wir das so unisono sagen, halte ich für sehr bedenklich.

Der Herr Bundeskanzler hat uns erklärt, wie der Präsident der Vereinigten Staaten sich bei ihm beschwert habe. Sie sollten aber wissen, Herr Bundeskanzler, daß aus dem Weißen Haus inzwischen an diesen Verleger eine Einladung ergangen ist, er möge doch den Präsidenten der Vereinigten Staaten baldigst besuchen, wie er in der vergangenen Woche auch den englischen Premierminister besucht hat.³² Ich halte das für ein sehr feines Gefühl des Präsidenten der Vereinigten Staaten gegenüber einem Verleger eines unangenehmen Presseorgans. Er unterhält sich mit ihm und versucht nicht, ihm über Dritte eventuell auf die Sprünge zu verhelfen. Daß dieser Verleger das inzwischen weiß, wollte ich Ihnen hier zur Kenntnis bringen.

Herr Bundeskanzler, ich habe dann eine Bitte: Lassen Sie uns heute weniger über diese – auch wenn sie noch so wichtig sind – Einzelfragen sprechen, als mehr über die Frage der Straffung und der Kampfkraft der Organisation unserer Partei. Das ist, glaube ich, das Dringendste und Dringlichste, was wir heute hier zu besprechen haben. Ich erlaube mir, anzuregen, uns jetzt nicht so sehr über die Dinge der Vergangenheit zu unterhalten.

Adenauer: Sie wissen, daß die Bundesgeschäftsstelle einen Bericht über die letzte Wahl in Arbeit hat. Dieser Bericht wird, soviel ich weiß, Mitte Januar fertig sein. Jeder von uns bekommt ihn dann. Er stellt dann die Grundlage für eine solche Diskussion dar.

Ich glaube, es war doch gut, daß Ihnen einmal ein Überblick über die Besprechungen in Paris und auch über die Besprechungen mit Washington gegeben worden ist.

Amrehn: Ich darf auf eine Frage zurückkommen, die hier aufgeworfen worden ist. Sie haben davon gesprochen, daß man sich unterhalten müsse über das Verhältnis

32 Lt. telefonischer Auskunft von Herrn von Gruchalla vom Springer-Verlag fanden 1961 und 1962 keine Treffen von Axel Springer mit Kennedy oder Macmillan statt.

zwischen der Fraktion, die möglicherweise eine stärkere Stellung einnehme, als ihr zukomme, und dem Vorstand. Ich möchte daran erinnern, daß, wenn die CDU bestimmte politische Gedanken vorbringen will, die Fraktion im Bundestag ausschließlich die Adresse für die Verwirklichung ist, der Vorstand aber die Direktiven gibt. Die Fraktion möge sich also in den hier genannten Punkten etwas mehr zurückhalten.

Adenauer: Herr Amrehn, Sie haben etwas hinzugefügt, was ich nicht gesagt habe; das möchte ich sehr nachdrücklich betonen.

Aber die Situation im Bundestag hat sich doch auch verändert. Wir haben jetzt eine Koalitionsregierung. Sie wissen, daß namentlich unsere Freunde unter den Arbeitnehmern diese mit großer Sorge betrachtet haben. Sie wissen wahrscheinlich auch, daß bei einer Abstimmung über diese Sache in der Fraktion führende Freunde von der Arbeitnehmerseite dagegen gestimmt haben.³³ Deswegen – da befinde ich mich in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Kollegen Krone – glaube ich, daß wir hier von der Partei aus zu akuten Fragen der Zukunft mehr als bisher Stellung nehmen müssen und daß wir uns deswegen häufiger treffen müssen.

Ich habe diese Dinge angeführt, um einmal zu hören, ob der Vorstand gewillt ist, sich auch mehr um die laufenden Dinge im Bundestag zu kümmern. (*Zuruf:* Das wäre schon lange notwendig!) Darüber müssen Sie sich klar sein: man kann sich nur darum kümmern, wenn man arbeitet und wenn man die Dinge genau kennt. Sonst hat es keinen Zweck.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Von dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers war mir eine Bemerkung besonders attraktiv, ich will nicht sagen, weil sie etwas Provozierendes, sondern weil sie vielleicht etwas Produktives enthält: das Verhältnis von Bundesparteivorstand und Fraktion.

Ich glaube, daß die Formulierungen, die bis jetzt gefallen sind, rein akademisch sind und bleiben werden, mein Freund Amrehn, und zwar deshalb, weil natürlich die Fraktion sich fast jeden Tag sieht und fast täglich zu den konkreten Details Stellung nimmt, in denen sich die Politik eben realisiert. Der Parteivorstand betätigt sich mit seinen mehr allgemeinen Betrachtungen gewöhnlich historisch und hält Rückschau; er konzentriert sich dabei weniger darauf, programmatische Vorschau zu halten. Ich halte das letzte für notwendig und stimme dem Herrn Bundeskanzler zu. Deshalb schien mir die entsprechende Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers besonders wichtig zu sein.

Meine Damen und Herren, dieser Tisch hier ist nach meiner Überzeugung in den nächsten Jahren wahrscheinlich die einzige praktische Möglichkeit, um etwas zu tun, was die Bundestagsfraktion der CDU/CSU nicht tun kann: nämlich das immer noch beklagenswerte Verhältnis von Bund und Ländern so konstruktiv, wie es – zum

³³ In den Fraktionssitzungen vom 24. Oktober und 4. November 1961 hatten Ardgen, Katzer, Lenze und Mick Bedenken gegen die Koalitionsvereinbarung vorgetragen (ACDP VIII-001-1009/1).

Segen für diese Partei – möglich ist, zu gestalten. Es hat allmählich gar keinen Zweck mehr, wenn wir auch bei wichtigen Vorhaben uns ernstlich fragen müssen: Wird das überhaupt im Bundesrat durchzusetzen sein? Hier müssen also die Fragen, bevor die Vorlagen überhaupt ins Kabinett kommen, angesprochen werden. An diesem Tisch müssen sie in mühsamem Hin und Her – ich richte mich gar nicht auf eine harmonische Kundgebung ein – solange behandelt werden, bis wir die Gewißheit haben: wir bleiben nachher auf dem Wege der Gesetzgebung beim Bundesrat nicht stecken. Das ist nach meiner Überzeugung der Punkt, an dem dieser Parteivorstand seiner Natur nach eine Verbindung, eine Art Koordination schaffen muß, die es sonst in diesem Bereich des Staates nicht gibt und ohne die wir unmöglich bestehen können angesichts der sehr viel komplizierteren Situation, die wir heute im Bundestag und wahrscheinlich auch in einigen Ländern – jedenfalls nach meiner Ansicht – und im Bundesrat insgesamt haben.

Es ist doch ganz klar, daß im Bundesrat jetzt der Widerstand gegen diese Regierung, gegen unsere vierte Bundesregierung, viel schärfer und viel ungehemmter unter Auspielung aller Möglichkeiten – und seien es nur Terminmöglichkeiten – sich zeigen wird, als das in der letzten Legislaturperiode der Fall war. (*Zuruf Meyers*³⁴.) Ich würde sagen – ich bin nicht nachtragend –, manches war gar nicht notwendig, was das Verhältnis verschlechtert hat. Wir hätten uns vielleicht den ganzen Streit um das Fernsehen³⁵ ersparen können, wenn wir uns an diesem Tisch durchgekämpft hätten.

Aber ich will nicht länger bei der Vergangenheit bleiben. Was wir in der Vergangenheit eben noch machen konnten, das können wir vermutlich in der Zukunft und mit diesem Koalitionspartner uns nicht mehr leisten. Deshalb muß nach meiner Überzeugung an diesem Tisch in den nächsten zwei, drei Jahren eine ganz andere Energie entfaltet werden, als das in den vergangenen Jahren der Fall war.

Adenauer: Ich bin dem Herrn Kollegen Gerstenmaier sehr dankbar für die Worte, die er hier gesagt hat. Er hat in der Tat einen Punkt berührt, der wirklich für unsere Partei, aber auch für das gesamte deutsche Volk von entscheidender Bedeutung ist.

Ich will nur ein Beispiel anführen. Herr Kollege Meyers, beim Zweiten Fernsehen schaffen Sie einen Fernsehrat. Man stelle sich vor, meine Damen und Herren, man bietet dem Bund an, von den 60 Leuten drei zu stellen. Ich bin in großem Ernst gefragt worden, ob wir uns angesichts dieses nicht-bundestreuen Verhaltens überhaupt beteiligen sollten. Ich bin mir darüber noch nicht klar. Ich muß offen gestehen: Dem Bund drei Stellen von 60 anzubieten, das ist wirklich das Nonplusultra.

Meyers: Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel der Bevölkerung des Bundes hat haargenau eine Stimme. Es kommt nicht darauf an, was wir dem Bund zusprechen wollen, sondern was das Bundesverfassungsgericht als noch tragbar ansieht. Wir haben

34 Dr. Franz Meyers (geb. 1908), 1950–1970 MdL NW (CDU), 1957–1958 MdB, 1958–1966 Ministerpräsident NW. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 455 Anm. 58.

35 Zum Fernsehstreit vgl. PROTOKOLLE 3 S. 747–776.

jedem Land eine Stimme gegeben. Das war das Mindeste, was die Länder haben konnten, weil sonst das Bundesverfassungsgericht eingewendet hätte, es seien unter den 66 – 66 sind es sogar – zu viele Beauftragte und Bevollmächtigte. Es hätte dann die ganze Sache wieder für ungültig erklärt werden können. Ich persönlich würde es bedauern, wenn der Bund eine Beteiligung ablehnte. Dann müßten wir die drei Stimmen auch noch abgeben.

Adenauer: Das ist natürlich ein ganz greifbares Taschenspielerkunststück. (*Meyers:* Nein!) Sie sagen: Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel der Bevölkerung des Bundesgebietes habe eine Stimme. Wieviel hat Bremen? (*Meyers:* Auch eine!) Na bitte! Ich brauche weiter nichts dazu zu sagen. (*Zuruf:* Föderalismus!) Wir haben dreimal soviel Stimmen wie Bremen! Mir ist gesagt worden, Herr Meyers, der Bund solle beim Bundesverfassungsgericht gegen die Länder klagen.

Röder: Herr Bundeskanzler, das Zweite Fernsehen ist unter Punkt 4 der Tagesordnung zu behandeln. Ich erlaube mir daher, an die Ausführungen von Herrn Blank anzuschließen, der von der „Milliarderitis“ gesprochen hat, und auf die Ausführungen des Herrn Bundestagspräsidenten Bezug zu nehmen, der meinte, wir bewegten uns in akademischen Erwägungen, und zwar insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses von Bund und Ländern. Es gibt ein gutes Beispiel, aus den akademischen Erwägungen sehr schnell herauszukommen, indem Sie an diesem Tisch einmal die Frage des Weihnachtsgeldes besprechen.³⁶ Diese Frage ist ein typisches Beispiel dafür, was an diesem Tisch geschehen sollte und was nicht geschehen ist. (*Zuruf:* Sehr gut!) Das ist ein Gebiet, wo wir im Augenblick im Lande Schlachten verlieren bei unseren Wählern, und zwar nicht deshalb, weil die Beamten sagen, sie wollten ein Weihnachtsgeld, sondern weil die CDU nicht sagt, was sie in der Frage des Weihnachtsgeldes tun will. Sie hat weiß Gott lange genug Zeit gehabt, sich das zu überlegen. Seit dem letzten Weihnachtsfest ist ein ganzes Jahr vergangen. Hier wäre also Gelegenheit, einmal zu sagen, was wir als Partei wollen. (*Zuruf:* Die Länder haben vorher entschieden!) Die Länder haben nicht vorher entschieden. Ich erinnere daran, daß ich an der vergangenen Weihnacht in meinem Parlament in die Minderheit gegangen bin, weil ich es abgelehnt habe, ein Weihnachtsgeld zu zahlen. Der Kollege Zinn hat im letzten Jahr Wasserwerfer gegen Demonstranten wegen des Weihnachtsgeldes einsetzen lassen.

Etzel: Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Ich sehe mit Riesenschritten ganz massive Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und den Ländern wegen der Finanzverfassung und wegen der Verteilung der Finanzen auf uns zukommen. Da kann noch Ungeahntes kommen. Herr Starke³⁷ hat mit Recht vor ein paar Tagen in München gesagt: Wir kommen ohne Steuererhöhungen nur

36 Antrag der Fraktion der SPD betr. Zahlung eines Weihnachtsgeldes an Beamte vom 21. November 1961 (Drs. IV/27). BT-Debatte am 29. November 1961 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 44–49). Der Antrag wurde am 14. Februar 1962 abgelehnt (EBD. S. 434–438).

37 Dr. Heinz Starke (geb. 1911), 1953–1980 MdB (FDP, seit 1970 CSU), 1961–1962 Bundesfinanzminister, 1958–1979 MdEP.

aus, wenn wir eine Änderung der Finanzverfassung bekommen. In dieser Aussage steckt sicherlich etwas Richtiges. Aber hier stoßen wir auf massive Widerstände der Länder. Deswegen muß das natürlich diskutiert werden. Die Fragen der Zuständigkeit des Bundes für die Wohnungswirtschaft, für den Grünen Plan³⁸ usw. bilden ein so komplexes Thema, daß unter allen Umständen schnellstens etwas geschehen muß.

Diese Fragen können wir im Augenblick nicht diskutieren. Deshalb schlage ich folgendes vor: Setzen wir einen kleinen Ausschuß ein, der sich aus Herren der Länderparlamente – vielleicht ein Ministerpräsident als Vorsitzender – und Herren der Bundesebene zusammensetzt. In diesem Kreise diskutieren wir dann die Dinge – nach dem Berichterstattersystem – vor für eine Enddiskussion an diesem Tisch. Dann haben wir etwas sehr Nützliches getan.

Krone: Ich wollte das aufgreifen, was Kollege Etzel gesagt hat. Es hat keinen Zweck, nach rückwärts zu schauen. Die Fernsehsache liegt hinter uns. Beim Weihnachtsgeld müssen wir irgendwie durchkommen. Machen wir uns den Vorschlag von Kollege Etzel zu eigen und packen wir vom Vorstand aus die vor uns liegenden Aufgaben an, nachdem sie vorher in einem kleineren Kreise vordiskutiert worden sind.

Adenauer: Das heißt also – lassen Sie es mich verallgemeinern – eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand, den Ländern und dem Bund. (*Zuruf:* Die Fraktion nicht vergessen!) Ich darf also folgendes feststellen: Sie stimmen zu, daß Schritte getan werden müssen, um eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Länder, den Vertretern der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion und den Landesparteien herbeizuführen.

Pferdmenges: Es sollte eine Kommission gebildet werden!

Adenauer: Lieber Herr Pferdmenges, man muß sich überlegen, welche Leute da reinkommen.

Pferdmenges: Sehr bald!

Etzel: Ich hatte einen Vorschlag gemacht. Ich glaube nicht, daß man die in Frage kommenden Persönlichkeiten schon jetzt aussuchen kann. Wir sollten jedoch einen Grundsatzbeschluß fassen, daß wir eine nach dem Berichterstattersystem arbeitende Kommission einsetzen, die in den nächsten Wochen diese Fragen vordiskutiert und sie dann dem Vorstand zur Enddiskussion vorlegt. Nur so kommen wir zu einem fruchtbaren Ergebnis.

*Hellwig*³⁹: Darf ich daran erinnern, daß das natürlich nicht eine Angelegenheit allein der CDU ist, sondern der CDU/CSU. Die CSU muß also auch beteiligt sein.

Adenauer: Was sagt die CSU dazu?

³⁸ Seit 1956 jährlich erstellter agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung gemäß Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955.

³⁹ Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), 1953–1959 MdB (CDU), 1959–1967 Mitglied der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 167 Anm. 4.

Höcherl: Es wird einige Schwierigkeiten geben, Herr Bundeskanzler. (*Zuruf:* Soll das heißen, daß die Kommission überflüssig ist?)

Adenauer: Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Höcherl, oder Herr Dollinger⁴⁰ jetzt berechtigt ist, für die CSU zu sprechen.

Höcherl: Ich bin in Vertretung von Herrn Strauß da. Dollinger ist in einer anderen Eigenschaft da. Ich bin Beauftragter von Strauß.

Adenauer: Sie tun mit?

Höcherl: Ja selbstverständlich!

Adenauer: Na dann! Das ist ein sehr guter Beschluß. Wir wollen sehen, ihn in die genaue Form zu bringen. Sie haben damit im Prinzip bejaht, daß der Parteivorstand sich stärker in die laufende politische Arbeit einschalten soll. So verstehe ich es doch richtig? – Das ist ein sehr wichtiger Beschluß.

Dann kommen wir zu Punkt 3:

FRAGEN DER PARTEIFINANZIERUNG

Bitte, Herr Professor Burgbacher⁴¹!

Burgbacher: Meine Damen und Herren! Nach den Erfahrungen bei früheren Wahlkämpfen haben sich der Bundesvorsitzende, der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer bereits Ende 1960 um eine Sicherung des Etats für den Bundestagswahlkampf bemüht. Tatsächlich lagen auch bereits Anfang dieses Jahres feste Zusagen für einen Grundetat in Höhe von zehn Millionen DM vor. Die ersten Zahlungen erfolgten im Februar, so daß die Vorbereitung des Wahlkampfes ungehindert beginnen konnte.

Schon bei den ersten Besprechungen wurde allerdings angekündigt, daß bis zum Wahltag nur 70 %, die restlichen 30 % erst zwischen dem 1. Oktober 1961 und dem 31. März 1962 gezahlt werden könnten.

Bereits im Juli zeigte sich deutlich, daß die finanziellen Mittel der SPD und der FDP wesentlich höher bzw. fast ebenso hoch wie die der CDU sein würden. Erneute Verhandlungen führten deshalb zu einer Erhöhung des ursprünglichen Etats um 25 % auf insgesamt 12,5 Millionen DM.

Diese Mittel waren zwangsläufig bis zum 1. August mit Ausnahme einer kleinen Reserve disponiert, da die entsprechenden Aufträge für den zentralen Wahlkampf selbstverständlich zu diesem Zeitpunkt erteilt sein mußten. Die Entwicklung nach dem 13. August erforderte eine ganze Reihe von nicht vorgesehenen Sondermaßnahmen, deren Kosten weit über die vorgesehene Reserve hinausgingen, so daß die

40 Dr. Werner Dollinger (geb. 1918), Diplomkaufmann; 1953–1990 MdB (CSU), 1961–1962 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1962–1966 Bundesschatzminister. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 550 Anm. 43.

41 Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), 1957–1976 MdB (CDU), 1958–1977 MdEP, 1960–1967 Bundesschatzmeister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 440 Anm. 31.

Bundespartei nach Abschluß des Wahlkampfes zum erstenmal erheblich verschuldet ist.

Bundesschatzmeister und Bundesgeschäftsführer hoffen trotzdem, die gegenwärtigen Schwierigkeiten bis zum Frühjahr des kommenden Jahres überwinden zu können, aber ohne die geringste Reserve für die Finanzierung laufender Ausgaben. Im übrigen sei hier eingefügt, daß die Schwierigkeiten nicht an den von seiten der Wirtschaft beteiligten Personen liegen. Ganz im Gegenteil, diese haben sich weitgehend für die Regelung der Fragen eingesetzt und exponiert. Ich möchte ihnen deshalb unseren Dank aussprechen. Sie haben sich zum Teil außergewöhnlich engagiert. Die Schwierigkeiten liegen bei der Sache und nicht in den Personen. (*Beifall.*)

Dagegen hat nach dem Ergebnis der letzten Sitzung des Bundesfinanzausschusses⁴² die Wahlkampffinanzierung in den Landesverbänden offensichtlich reibungsloser funktioniert. Nach den bisher vorliegenden Informationen haben sich nur drei Landesverbände verschulden müssen, drei schließen mit plus/minus 0, also ohne Schulden und Reserven, ab; etwa die Hälfte der Landesverbände hat Reserven für die laufende Arbeit bzw. für die nächsten Landtagswahlkämpfe anlegen können.

Nun zum Etat 1962! Nach § 10 der Finanzordnung der Partei haben der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer bis zum 30. November den Gesamtetat der Bundespartei für das folgende Haushaltsjahr – das heißt der Bundesgeschäftsstelle und der Vereinigungen – abzustimmen und auf der ersten Vorstandssitzung nach dem 30. November dem Bundesvorstand zur Verabschiedung nach § 38 des Statuts vorzulegen.

Die Bundesgeschäftsstelle und die Vereinigungen haben ihre Vorschläge vorgelegt. Die vorgesehenen Ausgaben liegen bei den Vereinigungen um etwa 4 bis 17 % und bei der Bundesgeschäftsstelle um etwa 30 % über denen des Jahres 1961, da Bundesschatzmeister und Bundesgeschäftsführer der Auffassung sind, daß die laufende Arbeit in den nächsten vier Jahren erheblich verstärkt und intensiviert werden muß.

Die Vorlage eines auf der Einnahmen- und Ausgabenseite ausgeglichenen Etats ist jedoch im Augenblick unmöglich, da über die voraussichtlichen Einnahmen der Bundespartei noch keine Klarheit besteht. Feste Zusagen privater Förderer liegen bis zur Stunde nicht vor. Über die Höhe der öffentlichen Mittel wird der Bundestag erst im ersten Halbjahr 1962 bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts beschließen.

Der Bundesschatzmeister bittet deshalb den Bundesvorstand, die Vorschriften des Statuts und der Finanzordnung mit diesem Hinweis als erfüllt anzusehen, zumal der Bundesvorstand sich bei der letzten Erörterung von Etatfragen vor etwa einem Jahr der Auffassung des Herrn Bundesvorsitzenden angeschlossen hat, daß man in einem so großen Kreise über Ziffern im einzelnen nicht sprechen solle.

42 6. Sitzung des Bundesfinanzausschusses am 4. Dezember 1961. Protokoll in ACDP VII-001-050.

Zur Parteifinanzierung! Die künftige Finanzierung der Partei wird uns schon in den nächsten Monaten vor grundsätzliche Entscheidungen stellen. Mit der Hereinnahme eines Titels „Zur Unterstützung der politischen Bildungsarbeit der Parteien“ in Höhe von insgesamt fünf Millionen DM in den Bundeshaushalt ist zwar seit 1959 der Weg einer partiellen öffentlichen Finanzierung der politischen Parteien bereits beschritten⁴³; die bisher zur Verfügung stehenden Mittel reichen aber in gar keiner Weise aus. Überdies stellt ihre Zweckbegrenzung die Parteien vor erhebliche finanzielle und sachliche Probleme.

Im Bundeshaushalt 1962 sollte der Betrag, der für die Unterstützung der politischen Parteien vorgesehen ist, infolgedessen erheblich erhöht werden. Der Bundes-schatzmeister schlägt eine Erhöhung auf insgesamt 30 Millionen DM vor. Diese Ziffer mag zunächst als sehr hoch gegriffen erscheinen. Wenn es richtig ist, daß – wie die Presse berichtet hat – im Koalitionsvertrag bezüglich der künftigen Verteilung der öffentlichen Mittel ein für alle Parteien gleicher Sockelbetrag vorgesehen ist, werden wir aber damit zu rechnen haben, daß der prozentuale Anteil der CDU, der bisher etwa 40 % betrug, in Zukunft wesentlich geringer sein wird. Er dürfte etwa bei 33 % liegen. Demnach würden bei einem Gesamttitel von 30 Millionen DM auf die CDU zehn Millionen DM entfallen. Das würde für eine annähernde Deckung unseres laufenden Bedarfs und für die Bildung geringer Reserven für die Wahlkampfaufwendungen in Bund und Ländern etwa ausreichen.

Selbstverständlich hat eine solche Erhöhung allerdings nur dann Sinn, wenn sie Hand in Hand mit einer Auflockerung der Zweckbestimmung geht. Wenn es ohnehin schon problematisch ist, dem Bundesrechnungshof ein Urteil zuzumuten, welche Ausgaben der Parteien unter den Begriff der politischen Bildungsarbeit fallen, ist es darüber hinaus für die Parteien kaum zumutbar, daß der Staat einen Unterschied zwischen förderungswürdigen und nicht förderungswürdigen Aufgaben der Parteien macht. Die Parteien unterliegen in ihrer gesamten Arbeit und Existenz einem Auftrag des Grundgesetzes. Die öffentlichen Mittel, die den Parteien zur Verfügung stehen, sollten deshalb generell zur Erfüllung der ihnen nach Artikel 21 des Grundgesetzes obliegenden Aufgaben gegeben werden.

Selbstverständlich bedeutet die Erhöhung der öffentlichen Mittel von 5 auf 30 Millionen DM einen tiefen Einschnitt in das bisherige Finanzierungssystem der Parteien. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben jedoch gezeigt, daß die Finanzierung aus privaten Spenden mindestens seit Erlaß des Karlsruher Urteils⁴⁴ eine Basis ist, die für eine solide Arbeit der CDU nicht mehr tragfähig ist. Schon die Wahlfinanzierung war zwar in ihren Zusagen durchaus befriedigend, in ihrer Realisierung ist sie jedoch bis heute außerordentlich unzuverlässig. Hier müßte noch einmal darauf verwiesen werden, daß diese Unzuverlässigkeit in der Sache begründet liegt und nicht in

43 Zur Parteienfinanzierung seit 1959 vgl. PROTOKOLLE 3 S. 504–513 und 861–870.

44 Urteil des BVerfG vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57) – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 8 S. 51–71.

Personen. Noch mehr aber gilt das für die laufende Finanzierung: Seit dem September 1960 sind keinerlei Mittel für die laufende Finanzierung der Bundespartei gezahlt worden. Alle Versprechungen über eine Nachzahlung sind bisher nicht eingehalten worden. Entgegen allen Zusagen ist die laufende monatliche Finanzierung nicht einmal nach dem Wahltag wieder aufgenommen worden.

Daß die Mitgliedsbeiträge und die Einkünfte aus dem parteieigenen Verlag⁴⁵ nicht ausreichen, bedarf keiner Erläuterung. Die Partei muß also den von ihrer Bundestagsfraktion einmal beschrittenen Weg der öffentlichen Finanzierung nachdrücklich fortsetzen, wenn sie nicht über kurz oder lang in große sachliche und personelle Schwierigkeiten kommen will. Ich möchte darauf hinweisen, daß bei dieser Unsicherheit der laufenden und der zukünftigen Finanzierung sich kaum qualifizierte Persönlichkeiten finden werden, die hauptamtlich in der und für die Partei arbeiten wollen. Da wir unsere Parteiorganisation verstärken wollen, ist das ein besonders bedauerlicher Umstand.

Aus diesem Grunde bittet der Bundesschatzmeister den Bundesvorstand darum, in einem formellen Beschluß die Bundestagsfraktion aufzufordern, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um im Bundeshaushalt 1962 die Mittel für die politischen Parteien wesentlich zu erhöhen und sie von ihrer einschränkenden Zweckbestimmung zu befreien.

Schließlich habe ich noch eine formelle Vollmacht zu erbitten. Am 13. Januar 1961 wurde das Grundstück Nassestraße 2, das bisher auf die Namen von Herrn Bach⁴⁶ und Herrn Dr. Fricke im Grundbuch eingetragen war, auf den inzwischen gegründeten Hausverein der CDU Deutschlands notariell übertragen.

Hierbei hat der Leiter der Abteilung Verwaltung in der Bundesgeschäftsstelle, Herr Andreas Nathan⁴⁷, die CDU Deutschlands vertreten. Da zu dieser Vertretung aus rechtlichen Gründen die Zustimmung des Vorstandes notwendig ist, bittet der Bundesschatzmeister den Bundesvorstand um folgenden formellen Beschluß:

Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands stimmt hiermit allen Rechtshandlungen zu, die Herr Nathan in der Urkunde Nr. 69/61 des Notars Dr. Wilhelm Daniels⁴⁸ in Bonn für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands vorgenommen hat.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Damit ist natürlich ein Punkt angeschnitten, der über die Fragen der Finanzierung der Partei hinausgeht. Es ist ganz klar, daß hier ein substantielles Element des Parteiengesetzes unmittelbar angesprochen worden ist. Ebenso klar ist, daß damit Fragen, die bis in die Verfassungsverhältnisse unseres Staates hineinreichen, mobil gemacht werden.

45 Vermutlich Union-Betriebs-GmbH.

46 Ernst Bach (1902–1965), 1958–1965 MdL NW (CDU), 1950–1960 Bundesschatzmeister der CDU. Vgl. PROTOKOLLE I S. 5 Anm. 23. – Zum Haus Nassestraße 2 vgl. ACDP VII-001-050.

47 Andreas Nathan (geb. 1917), 1951–1982 Leiter der Abteilung Verwaltung in der Bundesgeschäftsstelle, 1956–1958 Geschäftsführer der Politischen Akademie Eichholz.

48 Dr. Wilhelm Daniels (1903–1977), Notar; 1956–1969 Oberbürgermeister der Stadt Bonn.

Ich stimme dem Herrn Kollegen Professor Burgbacher insofern zu, als auch ich der Meinung bin, daß in dieser Legislaturperiode an dieser Frage nicht mehr vorbeigegangen werden kann. Das Parteiengesetz wird so oder so – aus politischen oder aus finanziellen Gründen – unausweichlich fällig werden. Ich nehme an, daß auch der Herr Bundesinnenminister⁴⁹ sich darüber schon Vorstellungen gebildet hat.

Was ich in diesem Augenblick konkret im Blick auf diesen Antrag sagen möchte, ist folgendes: daß man an diesem Tisch jetzt nicht den Beschluß fassen sollte, sich auf 30 Millionen DM festzulegen. Man sollte die Sache vielleicht an das Präsidium der Partei verweisen, damit dort darüber nachgedacht werden kann und damit vor allem mit dem Bundesinnenminister gesprochen werden kann, wie die Frage im Parteiengesetz geregelt werden soll. Daraufhin sollte man mit der Fraktionsführung verhandeln, denn die muß die Sache durchboxen.

Herr Kollege Burgbacher, ich bin der Meinung, daß Sie Ihren zweiten Antrag in dieser Präzision nicht aufrechterhalten sollten. Man sollte Ihnen an diesem Tisch das Versprechen geben, daß darüber in kleinerem Kreise mit dem Ziel verhandelt wird, Sie, den Bundesschatzmeister, unsere Partei und uns alle von den drängenden Finanzsorgen der Partei zu befreien. – Ich darf dabei feststellen, daß diese Frage nur die Bundes-CDU betrifft; die CDU in den Ländern und Gemeinden wird davon nicht betroffen.

*Johnen*⁵⁰: Wenn wir solange warten, dann leben die Landesverbände nicht mehr. Wir haben doch im nächsten Jahr Landtagswahlen. (*Weitere Zurufe.*)

Von Merkatz: Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Bedeutung des Antrages hinweisen. Er bedeutet politisch eine wesentliche Befreiung der Parteien von Willenseinflüssen, die aus dem Ständestaat kommen. Ich halte den Vorschlag von Professor Burgbacher politisch für außerordentlich wichtig. Bei dem angekündigten Parteiengesetz sollte hinsichtlich der Befreiung von der Zweckbestimmung so weit gegangen werden, wie der Herr Schatzmeister es vorgeschlagen hat. Nur so kommt man zu der Unabhängigkeit der politischen Willensbildung. Ich halte das für sehr bedeutungsvoll.

Höcherl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Frage des Herrn Präsidenten Gerstenmaier, ob ich mir schon Gedanken darüber gemacht habe, dahingehend beantworten: Natürlich habe ich das.

Theoretisch kann sich der Inhalt eines Parteiengesetzes, zu dessen Erlaß wir sogar verpflichtet sind, aus drei großen Komplexen zusammensetzen: erstens dem

49 Hermann Höcherl. Vgl. Nr. 1 Anm. 67.

50 Wilhelm Johnen (1902–1980), 1947–1966 MdL NW (CDU, 1959–1966 Präsident), 1951–1963 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 64 f. Anm. 27.

Organisationsteil, zweitens dem Offenlegungsteil und drittens dem Finanzierungsteil. Es gibt gar keinen Zweifel, daß der Organisations- und Offenlegungsteil klare Dinge sind, während der übrige Bereich, die Frage der Finanzierung, mehr Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Ich darf aber darauf hinweisen, daß der Vorschlag von Herrn Burgbacher deshalb Schwierigkeiten begegnen dürfte, weil im Koalitionsabkommen Vereinbarungen darüber enthalten sind, daß der Sockelbetrag überall derselbe sein soll.

Adenauer: Das läßt sich doch ruhig damit vereinbaren.

Gerstenmaier: Wenn Sie den Sockel auf DM 100.000,- festsetzen!

Höcherl: So ist es nicht gedacht. Praktisch will die FDP auf diesem Wege genauso viel bekommen wie die CDU. Das ist ungefähr die Vorstellung.

Ich habe nichts gegen die Anhebung des Betrages auf 30 Millionen DM. Das ist eine Sache, die noch mit dem Finanzminister besprochen werden muß.

Eine andere Frage ist, ob wir auf eine totale Staatsfinanzierung hinaus wollen. Das ist die entscheidende Frage. Dabei müssen wir bedenken, daß die SPD viel mehr Möglichkeiten als wir hat, dieser totalen Staatsfinanzierung noch etwas hinzuzufügen. Sie kann das in einem Maße, wie wir es nicht können.

Ich wiederhole: Gegen die Anhebung des Betrages auf 30 Millionen DM hätte ich nichts einzuwenden. In ein Parteiengesetz aber ein Finanzierungsstatut aufzunehmen, in dem die totale Staatsfinanzierung vorgesehen ist, würde ich für einen taktischen Fehler und für einen Nachteil für uns halten.

Adenauer: Ich stelle also fest, daß zunächst einmal dem dritten Antrag – er betrifft das Grundstück – zugestimmt wird. Er ist damit erledigt.

Bezüglich der Hauptsache – dem mittleren Antrag – halte ich den Vorschlag des Herrn Präsidenten Gerstenmaier für durchaus richtig. Man sollte nicht jetzt in einem so großen Gremium alle möglichen Diskussionen anstellen. Es tauchen hier diffizile Fragen auf. Man sollte deshalb zunächst im Präsidium eine klärende Aussprache durchführen und dann die Sache wieder hierher bringen.

Burgbacher: Wäre es nicht möglich, so zu beschließen, daß der Bundesvorstand grundsätzlich dieser Tendenz zustimmt und daß die Höhe in Verbindung mit dem Präsidium festgelegt wird?

Adenauer: Es muß Ihnen genügen, daß die Überweisung eine grundsätzliche Zustimmung ist. Wir haben die Sache nicht abgelehnt. Die Frage wird ernsthaft geprüft.

Johnen: Ich habe nichts gegen die Überweisung an das Präsidium. Aber im Präsidium befindet sich kein Landesvorsitzender.

Adenauer: Sagen wir: engerer Vorstand!

Johnen: Die Regelung wirkt sich ja auch auf die Landesverbände aus. In Nordrhein-Westfalen lehnt die CDU es allerdings ab, mit der FDP einen Sockelbetrag zu teilen. Wenn wir im Bund einen Sockelbetrag einführen, wird die FDP im Lande möglicherweise auch darauf bestehen. Bei uns sitzt heute die SPD zusammen. Wenn die SPD meine Vorschläge, die ich intern gemacht habe, bejaht, dann gehen wir dem

Bund voran, und zwar ohne Sockelbetrag. Mit einem Sockelbetrag bekommen wir die Angelegenheit wohl weder in der SPD noch in der CDU durch.

Adenauer: Also gehen Sie einmal voran. Ich stelle fest, daß die Frage im engeren Vorstand weiter beraten werden soll.

*Even*⁵¹: Ich möchte einen Hinweis geben. Es wird nicht die Möglichkeit bestehen, die vorgesehene Regelung schon bald in das Parteiengesetz einzubauen, weil das Parteiengesetz nicht vor 1963 verabschiedet werden kann. Es wird erforderlich sein, den Weg der letzten Jahre fortzusetzen, nämlich im Rahmen des Haushaltsgesetzes diese Lösung – mit der erweiterten Zweckbestimmung – zu finden. Wir können nicht auf das Parteiengesetz warten.

Burgbacher: Das muß vorweggenommen werden und muß im Haushalt kommen. Der Haushalt ist also auch genehmigt? (*Zustimmung.*)

Adenauer: Wir kommen dann zu Punkt 4 der Tagesordnung:

WAHL VON FÜNF MITGLIEDERN FÜR DEN FERNSEHRAT DER ANSTALT „ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN“

Erlauben Sie mir eine einleitende Bemerkung, die gleichzeitig die „absolute Machtlosigkeit“ der Ministerpräsidenten in dieser Frage beleuchtet, von der Sie vorhin schon gesprochen haben, Herr Kollege Meyers.

Der Fernsehrat setzt sich zusammen aus elf Vertretern der Landesregierungen, drei Vertretern der Bundesregierung, zwölf Vertretern der im Bundestag vertretenen Parteien – CDU 5, SPD 5, CSU 1, FDP 1 und 5 Vertretern der Kirchen einschließlich des Zentralrates der Juden. Diese insgesamt 31 Mitglieder werden den Ministerpräsidenten benannt. Ferner werden durch Organisationen, Verbände usw. 63 Leute vorgeschlagen, aus denen die „machtlosen Ministerpräsidenten“ 21 auszuwählen haben. Schließlich ernennen die Ministerpräsidenten selber noch 14 Vertreter, nämlich zehn aus den Bereichen Erziehung, Bildung, Kunst und Wissenschaft und vier aus den Bereichen Familie, Frauen, Jugend, einer als Vertreter der Freien Berufe. So sieht also der Fernsehrat aus.

Ich bedauere sehr, den Herren Ministerpräsidenten sagen zu müssen, daß ich nicht glaube, daß der Bund sich daran beteiligt. Ich jedenfalls würde dem Kabinett absolut abraten.

Nun hat die CDU also fünf Mitglieder zu stellen. Zunächst sind hier vorgeschlagen: Ministerialdirektor a.D. Kracht⁵², Schleswig-Holstein, Professor Holz-

51 Dr. Bert (Paul Hubert) Even (geb. 1925), Jurist; 1949–1963 Landessprecher der JU Rheinland und Mitglied des Landesvorstands der CDU Rheinland, 1961–1963 Vorsitzender der JU, 1957–1969 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 238 Anm. 9.

52 In der Vorlage: Kraft. – Dr. Dr. Ernst Kracht (1890–1983), 1936–1945 Oberbürgermeister der Stadt Flensburg, 1950–1958 Ministerialdirektor, Staatssekretär und Chef der Landeskanzlei Schleswig-Holstein.

amer⁵³, Rheinland-Pfalz, Dr. Barzel⁵⁴, Dr. Martin⁵⁵, Dr. Kraske. Unter den Vorgesetzten befindet sich keine Frau. Ich glaube, man sollte unbedingt auch eine Frau benennen. Die Frauen haben viel mehr Zeit, dem Fernsehen zuzusehen als wir beschäftigte Männer. Sie können sich dadurch ein besseres Urteil bilden.

Von den Damen ist nun Frau Dr. Strecker⁵⁶ „mit ihrer jahrelangen Erfahrung“ vorgeschlagen worden. Mir ist Frau Dr. Strecker nicht bekannt „in ihrer jahrelangen Erfahrung“. (*Heiterkeit.*)

Krone: Als ich vor ein paar Tagen in Berlin war, habe ich von Berliner Freunden gehört, daß sie gern einen Berliner unter den fünf hätten. Als Vorschlag ist auch Herr Dovifat⁵⁷ genannt worden. Vielleicht ist es möglich, den Wunsch der Berliner Freunde zu berücksichtigen.

In der soeben genannten Aufstellung wird Herr Dr. Kraske vorgeschlagen. Ich mache mich zum Anwalt dieses Vorschlages. Die SPD hat Herrn Barsig⁵⁸ und die FDP Herrn Flach⁵⁹ drin. Wer Herr Flach ist, und was von Herrn Flach für Wünsche bezüglich anderer Personalentscheidungen kommen werden, das können wir nur andeuten. Es ist ein Mann, der in den kulturellen Fragen den härtesten Wahlkampf gegen uns geführt hat. Wenn der in dem Fernsehrat ist, dann muß Herr Kraske auch hinein.

Meyers: Ich habe ein weiteres Anliegen vorzutragen. Die Gewerkschaften haben drei Vertreter zu stellen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund beansprucht alle drei

53 Professor Dr. Karl Holzamer (geb. 1906), 1949–1960 Vorsitzender des Südwestfunk-Rundfunkrats, 1962–1977 Intendant des ZDF.

54 Dr. Rainer Barzel (geb. 1924), 1957–1987 MdB (CDU), 1962–1963 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1963 stv., 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-BT-Fraktion, 1971–1973 Vorsitzender der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 461 Anm. 57; Christian HACKE in PORTRÄTS 1 S. 40–49.

55 Dr. Berthold Martin (1913–1973), Arzt; 1954–1957 MdL Hessen (CDU), 1957–1973 MdB (seit 1965 Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstands).

56 Dr. Gabriele Strecker (1904–1983), Ärztin, Publizistin; 1954–1962 MdL Hessen (CDU). – Erinnerungen: Überleben ist nicht genug. Frauen 1945–1950. Freiburg 1981; Gabriele STRECKER/Marlene LENZ: Der Weg der Frau in die Politik. 7. überarb. u. erw. Aufl. Melle 1994.

57 Dr. Emil Dovifat (1890–1969), Publizist, Hochschullehrer; 1948–1961 Direktor des Instituts für Publizistik der FU Berlin, 1953–1959 Vorsitzender des Rundfunkrats des SFB. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 143 Anm. 75.

58 Franz Albert Barsig (1924–1988), Journalist; ab 1948 Leiter der Ressorts Innen- und Wirtschaftspolitik beim SPD-Parteiorgan „Vorwärts“, 1954–1958 Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion, 1958–1965 Sprecher des SPD-Parteivorstands, 1966–1968 Chefredakteur und stv. Intendant beim Deutschlandfunk, 1968–1977 Intendant des SFB, 1978–1988 freier Journalist in Bonn.

59 Karl-Hermann Flach (1929–1973), 1948–1949 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der LDP Mecklenburgs, 1949 FDP, 1954–1955 Wirtschaftsredakteur in Frankfurt und Bonn, 1955 stv. Leiter der Presseabteilung, 1959–1961 Bundesgeschäftsführer der FDP, 1962–1971 Mitglied der Redaktion der „Frankfurter Rundschau“, 1971–1973 Generalsekretär der FDP, 1972–1973 MdB.

Stellen. Wir haben gesagt, das kommt nicht in Frage. Wenn wir aber davon ausgehen, daß die drei größten Gewerkschaften je einen Vertreter stellen – Deutscher Gewerkschaftsbund, Beamtenbund und Deutsche Angestelltengewerkschaft –, dann fällt die Christliche Gewerkschaftsbewegung aus. Deshalb ist die Bitte an mich herangetragen worden, hier zu unterbreiten, ob man nicht aus diesem Grunde unter den fünf Vertretern der CDU ein Mitglied der Christlichen Gewerkschaftsbewegung nennen könnte. Beispielsweise wurde genannt – man bestand aber nicht darauf – Herr Winkelheide⁶⁰. (*Barzel*: An meiner Stelle!) Ich trage diesen Wunsch vor, damit er mitdiskutiert werden kann.

Süsterhenn: Ich bin mit dem Vorschlag, daß Herr Kraske in den Fernsehrat gehen soll, unbedingt einverstanden. Das ist notwendig, um die Relation zu anderen Parteien zu erreichen. Ich möchte Sie aber dringend bitten, Herrn Professor Holzamer von der Universität Mainz in dieses Gremium zu wählen. Erstens sitzt er am Ort, und zweitens ist er einer der wenigen Leute von unserer Seite, die vom Fernsehen etwas verstehen und über praktische Erfahrungen verfügen.

Adenauer: Ich würde mich freuen, wenn die Frauen etwas für ihre Kandidatin sagten.

Brauksiepe: Selbst auf die Gefahr hin, daß ich mich wieder unpopulär mache, wenn ich jetzt für eine Frau eintrete, (*Zurufe*: Nein!) – doch, das geschieht sehr häufig – will ich einiges sagen.

Ich will an die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers anknüpfen: Die Jugendlichen und Frauen sind weithin im Lande die Zuhörer und Zuschauer. Wenn es wirklich zutrifft, daß die kommenden Monate so todernte Entscheidungen von unserer Bevölkerung fordern – und zwar Entscheidungen, die so unpopulär sind, wie damals die Entscheidung über die Wiedereinführung der Bundeswehr und ähnliches –, könnte ich mir vorstellen, daß der Einfluß des Fernsehens bei dieser Kampagne, die wir vor uns haben und an der wir gar nicht vorbei können, ganz ausgesprochen auf diese größte Gruppe treffen muß. Es muß uns wirklich gelingen, die Frauen und Jugendlichen zu erreichen. (*Zuruf*: Wir sind ja für den Vorschlag!) Ich bitte wirklich einen Augenblick um Ihre Geduld!

Dafür, daß wir Frau Strecker genannt haben, war für uns maßgebend, daß sie als Mutter erwachsener Kinder, als Ärztin und als für die CDU seit Jahren in der publizistischen Aufgabe sehr, sehr wirkungsvolle Frau auch beim Fernsehen ernstgenommen wird. Die Kollegen der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens kennen diese Frau seit Jahren. Es ist besser, man schickt jemanden in ein solches Gremium, der dort ernstgenommen wird wegen seiner Kenntnisse, als wenn man jemanden schickt, der seine Befähigung erst noch nachweisen muß.

⁶⁰ Bernhard Winkelheide (1908–1988), 1949–1972 MdB (CDU), 1955 Mitgründer und bis 1962 Vorsitzender des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 702 Anm. 58; Erinnerungen in: ABGEORDNETE 8 S. 229–251; Thomas Nikolaus RAABE: Bernhard Winkelheide – eine biographische Studie zum Verhältnis von katholischer Arbeiterbewegung und Politik. München 1990.

Deshalb bitte ich Sie dringend, selbst wenn jetzt noch andere Gruppen ihre Forderungen anmelden, diesen nicht auf Kosten der Frau nachzugeben, die Sie alle anerkennen. Ich bitte Sie, das sehr ernst zu nehmen.

Adenauer: In der Zwischenzeit ist mir vorgeschlagen worden, Frau Dr. Strecker an Stelle von Herrn Ministerialdirektor a.D. Kracht zu nehmen. Wenn Sie dem zustimmen, würde die Liste so aussehen: Frau Dr. Strecker, Prof. Dr. Holzamer, Dr. Barzel, Dr. Martin, Dr. Kraske. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Wir kommen dann zu Punkt 5:

BUNDESPARTEITAG 1962

Kraske: Meine Damen und Herren! Es gibt keine verbindliche Tradition, ob unsere Bundesparteitage im Frühjahr oder im Herbst stattfinden. Im allgemeinen haben sie bisher entweder in der Zeit nach Ostern – also Ende April oder Anfang Mai – oder im September bzw. Anfang Oktober stattgefunden. Nach der Bundestagswahl 1953 hat der nächste Bundesparteitag im Frühjahr 1954 stattgefunden, nach der Bundestagswahl 1957 fand dagegen der nächste Parteitag im Herbst 1958 statt. Es gibt also nach beiden Richtungen Präzedenzfälle.

Der Vorstand muß heute darüber Beschluß fassen, ob der Parteitag im Frühjahr oder im Herbst stattfinden soll. Für den Fall, daß sich der Vorstand für das Frühjahr entscheidet, muß bereits jetzt dringend mit der Organisation des Parteitages und insbesondere mit der Auswahl des Ortes begonnen werden.

Zur Wahl des Ortes kann ich nur folgendes sagen: Nach den früheren Diskussionen im Vorstand bestehen Anwartschaften seitens der Landesverbände Westfalen – hier hat bisher nie ein Bundesparteitag stattgefunden –, Hessen – auch hier hat noch nie ein Bundesparteitag stattgefunden – und Niedersachsen, wo der letzte Parteitag 1950 in Goslar abgehalten wurde.

Ich bitte also darum, daß erstens eine Entscheidung über den Termin getroffen wird und daß zweitens der Bundesgeschäftsstelle gesagt wird, in welcher Priorität sie sich um die entsprechenden örtlichen Möglichkeiten kümmern soll.

Adenauer: Ich möchte die Herren von Nordrhein-Westfalen fragen, da Sie doch am 8. Juli Landtagswahlen haben: wünschen Sie, daß vorher ein Parteitag stattfindet?

Johnen: Das hängt von der Bundespolitik ab.

Adenauer: Was, Ihre Wahl?

Johnen: Nein! Ich meine, ob der Bundesparteitag im April/Mai oder im September abgehalten wird, hängt davon ab, wie weit die jetzige Bundesregierung bzw. die Fraktion mit den Arbeiten ist. Wenn er im Mai abgehalten wird, dann, würde ich sagen, wäre es gut, wenn man nach Westfalen ginge.

Adenauer: Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wird, gleichgültig, was die Bundesregierung bis zum 8. Juli geleistet oder nicht geleistet hat, nach meiner

Meinung ein Hauptthema der Sozialdemokraten sein: Die CDU hat die Arbeitnehmer durch eine Koalition mit der FDP verraten. Es war nicht sehr klug von Herrn Ollenhauer, diese Bemerkung zu machen; aber er hat sie gemacht. In der Agitation von Mann zu Mann spielt das eine erhebliche Rolle. Deshalb sollte man diese Frage gerade im Hinblick auf die Arbeitnehmerschaft in Nordrhein-Westfalen betrachten.

Meyers: Ich möchte in diesem Zusammenhang an den Parteitag von 1954 in Köln erinnern, der ebenfalls vor den Landtagswahlen stattgefunden hat. Der Parteitag hat damals weder auf die Wahl in der Stadt Köln noch auf die Wahl zum Landtag einen solchen Einfluß ausgeübt, daß wir dadurch eine absolute Mehrheit bekommen hätten oder in Köln die Leute auch nur an die Wahlurne gebracht hätten.

Ich habe folgende Bedenken: Wenn wir jetzt wieder in eine große Stadt gehen, wo wir mit einem Parteitag unbedingt hingehen müssen, dann wird die Wirkung in Nordrhein-Westfalen leicht verpuffen. Dagegen wird in einem Land wie Hessen oder Schleswig-Holstein die Wirkung immer größer sein.

Ich bin nicht ganz der Meinung, daß wir mit diesem Parteitag entscheidenden Einfluß auf die Arbeitnehmer ausüben können. Ich hielte es für viel wichtiger, daß wir einen Spezialkongreß ins Ruhrgebiet – meinetwegen nach Dortmund – bekommen, der sich mit Sozialfragen befaßt. Wenn jedoch die Herren aus Westfalen der Ansicht sind, daß man den Parteitag doch vor der Wahl in Dortmund durchführen sollte, dann stelle ich meine Bedenken zurück.

Albers: Ich bin ganz anderer Meinung als der hochverehrte Herr Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. (*Meyers:* Aber nur wegen Köln!) In Köln gibt es noch politische Intelligenz. (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren, weshalb bin ich für diesen Parteitag? Die SPD hält im April in Köln ihren Parteitag ab mit dem Ziel, von dort aus die Parole für Nordrhein und Westfalen herauszugeben: Wir müssen in Nordrhein-Westfalen die Mehrheit erobern. Das hat Herr Ollenhauer und hat Herr Wehner noch vor einigen Wochen erklärt. Ich meine, diesen Herren muß von der offiziellen Partei – nicht durch eine Landespartei – die Antwort gegeben werden. Deshalb bin ich dafür, daß wir Ende April nach diesem sozialdemokratischen Parteitag, Herr Dufhues, in Dortmund diesen Parteitag durchführen.

Ein Zweites! Worum geht es? Sie haben absolut recht, Herr Bundeskanzler. Auch ich nehme die Dinge nicht so leicht. Man muß mit der Arbeitnehmerschaft sprechen. Ich nehme die Sache ernst. Wir hatten in Köln das Gedächtnisamt für unsere verstorbenen Kollegen, Herr Bundeskanzler; ich bedauere, daß Sie nicht da waren. Im Gürzenich waren 1.100 Vertrauensleute unserer christlichen Arbeitnehmerschaft aus dem Rheinland versammelt.⁶¹ Mir ist dabei klargeworden, daß der Arbeitnehmerschaft noch ein stärkeres Argument vorgetragen werden muß, das für diese Koalition spricht, als das, was bisher angeführt wurde.

⁶¹ Sitzung des Ständigen Ausschusses Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongresse am 20. November 1961 in Köln („Soziale Ordnung“ Nr. 12 vom Dezember 1961).

Drittens! Die SPD konzentriert sich auf die großen Betriebe. Ich weiß, was da spielt, und ich weiß auch, was heute bei unseren Freunden in den großen Betrieben los ist. Das fängt in Dortmund an, lieber Dufhues, und hinten bei Köln und Aachen geht es weiter. Es kommt darauf an, daß wir den Leuten in den Betrieben mit 5.000, 10.000 und 20.000 Beschäftigten eine Aufmunterung geben, daß wir ihnen die Kraft geben, auch diesen harten Wahlkampf mit uns und für uns zu bestehen.

Deshalb mein Vorschlag! Ich kann nicht anders. Herr, hilf mir, Dufhues! (*Heiterkeit.*)

Dufhues: Ich möchte ganz kurz erwidern. Es geht nicht darum, den Wahlkampf der CDU in Nordrhein-Westfalen wesentlich zu unterstützen. Das werden wir durch einen Parteitag nicht entscheidend erreichen können.

Aufgrund des Ergebnisses der letzten Bundestagswahl halte jedoch auch ich das, was Sie, Herr Bundeskanzler, und was Herr Albers gesagt haben, für ungewöhnlich wesentlich. Wir müssen das Verhältnis der Christlich-Demokratischen Union zur Arbeitnehmerschaft im ganzen, zu den Arbeitern und zu der Gruppe der Angestellten, deren Anteil an der Bevölkerung sich zunehmend erhöht, auf einem Parteitag in den Vordergrund unserer Überlegungen stellen.

Wir behalten die Mehrheit nur dann, wenn wir mindestens 30 % der Arbeitnehmerschaft für uns gewinnen. Wenn wir dazu in Westfalen einen Beitrag leisten können – ich denke an die Westfalenhalle mit ihren Möglichkeiten für große Massenkundgebungen –, dann sind wir dazu gern bereit. Dann müßte allerdings dieser Parteitag – das wäre meine Bitte – etwa sechs bis acht Wochen vor der Wahl stattfinden.

Adenauer: Vom Standpunkt der Gesamtpartei aus gesehen wäre ein Verlust der Wahl in Nordrhein-Westfalen ein schwerer Schlag für uns. Herr Dufhues hat vollkommen recht: Wenn wir nicht 30 % der Arbeitnehmerschaft bekommen, können wir die Mehrheit im Bund nicht erreichen.

Was will denn die Sozialdemokratie tun? Sie wird versuchen, uns madig zu machen, und den Leuten sagen: Seht, wie ihr durch eine Koalition mit den Freien Demokraten verraten worden seid. Ich meine, auch wenn uns der Parteitag positiv nichts nützte, so würde er doch wenigstens negative Dinge verhindern können. Ich wäre auch dafür, ihn im Mai in Dortmund stattfinden zu lassen.

Krone: Das würde auch gut dazu passen, daß wir auf der Kulturtagung in Gelsenkirchen im letzten Jahr beschlossen haben, eine zweite Tagung im Herbst 1962 durchzuführen.⁶² Daran sollten wir auch festhalten. Sie könnten wir dann im Laufe des Oktober oder November irgendwo in Deutschland stattfinden lassen.

62 Kulturpolitischer Kongreß der CDU/CSU vom 28. bis 30. November 1960. Referate in: Erziehung, Bildung, Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU. Hg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands. Bonn 1961. – Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 895 Anm. 9. – 2. Kulturpolitischer Kongreß vom 4. bis 6. November 1962 in Augsburg. Abdruck in CDU (Hg.): Bildung und Beruf in der modernen Gesellschaft. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU. Bonn 1963.

Gurk: Eine Bitte, Herr Bundeskanzler! Auf der heutigen Tagesordnung vermisse ich ein Thema, das sehr weit in der Diskussion vorherrschend ist: Die Straffung der Parteiorganisation. Ich weiß nicht, ob heute noch Gelegenheit ist, darüber noch zu sprechen. Deshalb möchte ich bei Punkt 5 daran erinnern, daß wir uns mit diesem Thema noch irgendwie werden auseinandersetzen müssen.

Adenauer: Sie haben gehört, daß wir Mitte Januar die Übersicht über die Wahl bekommen. Diese Übersicht wird dann die Grundlage für eine Diskussion darstellen, wie Sie sie wünschen. Diese Diskussion müßte dann etwa im Februar stattfinden. *(Zurufe.)* Erstens ist die Sache wahrscheinlich bis 15. Januar nicht fertig; es kommt immer etwas dazwischen. Zweitens muß man ja den Mitgliedern auch Zeit lassen, die Sache zu studieren. Deshalb werden wir wohl erst im Februar darauf zurückkommen können.

Wir kommen dann zu Punkt 6:

UNTERSUCHUNGEN ÜBER DAS GEISTIGE UND GESELLSCHAFTLICHE BILD DER GEGENWART UND DIE KÜNFTIGEN AUFGABEN DER CDU

Dazu möchte ich folgendes sagen: Sie wissen, wie es aussah, als die CDU in Deutschland nach dem Zusammenbruch ins Leben trat. Sie wissen, daß damals in unseren Kreisen die Reaktion gegen den Nationalsozialismus allenthalben so stark und lebendig war, daß man mit einer Liebe an die Parteiarbeit heranging und mit einem Gefühl der Verpflichtung zu arbeiten begann, wie man es seit je nicht mehr erlebt hatte. Seit der Zeit haben wir in Deutschland aufgebaut. Wir sind in weiten Kreisen zu einem gewissen Wohlstand gekommen. Aber leider Gottes ist dabei das Fundament unserer Partei – das christliche Fundament – immer mehr in den Hintergrund getreten. Das hängt auch mit der ganzen Entwicklung in Deutschland zusammen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Entchristianisierung in Deutschland in weiten Kreisen schnelle Fortschritte macht.

Weiterhin hat eine soziologische Umschichtung stattgefunden. Es ist uns bisher nicht gelungen, die Abneigung gegen parteipolitische Bindungen auch bei einwandfreien Leuten, die uns wählen, zu überwinden. Ich habe dazu gerade folgendes Beispiel gehört. Sie alle kennen das Kreuz-Kolleg in Köln. Dort hat neulich eine Tagung von alten Herren stattgefunden, die früher hier gewohnt haben.⁶³ Die Herren, die dagewesen sind – mittlerweile alle in ganz guten Positionen, namentlich im Industriegebiet – stehen übereinstimmend auf dem Boden der christlichen Grundsätze. Aber keiner von ihnen war Mitglied der CDU.

⁶³ Der Verein „Kreuz-Kolleg Benedikt-Schmittmann-Haus e.V.“ wurde 1953 von Helene Schmittmann gegründet. Das Schmittmann-Kolleg dient seither als Studentenheim. Bei der Tagung der alten Herren handelt es sich wahrscheinlich um ein Treffen ehemaliger Bewohner des Hauses.

Eine weitere Sache, die uns wirklich sehr zu denken geben muß, ist das Verhältnis unserer Partei zur Presse. Ich habe es schon angedeutet. Wer die Presse verfolgt, stellt fest, daß man fast überall auf die Abneigung gegen die CDU stößt; ob wegen des Wortes „christlich“ oder aus anderen Gründen – ich kann es nicht beurteilen.

Bei der Jugend – ich meine jetzt bei der über 20 – kann man nur mit großer Sorge die Entwicklung weg vom Geistigen und Programmatischen beobachten.

Daher würde ich es außerordentlich begrüßen, wenn wir von unserer Partei aus eine Untersuchung über die geistige Verfassung in Deutschland in allen Schichten und bei allen Ständen, aber auch eine Untersuchung über die geistigen Grundlagen, veranstalten würden. Ich würde bitten, das Thema möglichst weit zu fassen. Wir sollten nicht von vornherein eine Grenze festlegen.

Ich würde weiter vorschlagen, daß Herr Dr. Barzel mit dieser Aufgabe betraut wird. Er muß sich dann dieser Arbeit, die ihn sicher einige Monate in Anspruch nehmen wird, wirklich intensiv widmen. Es handelt sich – Herr Kollege Gurk, das möchte ich Ihnen sagen, damit kein Irrtum entsteht – nicht um eine Untersuchung unserer Organisation oder etwas Ähnliches. Vielmehr handelt es sich einfach darum, einmal zu untersuchen, wie sich die geistige Verfassung in Deutschland von 1945 bis 1961/62 gewandelt hat, und dann zu überlegen, was wir tun müssen, damit wir eine zeitnahe Partei bleiben.

Wenn unsere Partei auseinanderfallen würde – aus irgendeinem Grunde –, dann ist es ganz klar, daß die Sozialdemokratie die führende Partei in Deutschland werden würde mit all den Folgen, die das mit sich bringen würde. Deshalb bitte ich sehr dringend, meinem Vorschlag zuzustimmen. Das Nähere wäre dann mit Herrn Barzel von einigen Herren zu überlegen. Dort müßte man sich auch über die Finanzierung usw. unterhalten. Aber bitte, bejahen Sie diesen Gedanken. *(Beifall.)*

Zimmer: Meine Damen und Herren! Ich glaube, nichts ist neben den aktuellen Aufgaben für die zukünftige Entwicklung unserer politischen Arbeit wichtiger als das. Jeder von uns hat sich wohl in den letzten Monaten Gedanken über diese Dinge gemacht. Ich möchte mir erlauben, einen einzigen Punkt herauszugreifen, weil jetzt natürlich nicht Zeit und Gelegenheit ist, darüber ausführlich zu reden. Eine umfassende Aussprache wird später erfolgen. Ich nehme einen kleinen Punkt aus den Beobachtungen in meinem Wahlkreis.

Wir befinden uns bis in das letzte Dorf hinein in einem zunehmenden Prozeß der Säkularisierung des Denkens, der parallel geht mit einer Emanzipation der betreffenden Menschen von dem bisherigen geistigen Gefüge des Dorfes, in dem unbestritten die Kirche aus ihrem kirchlichen Raum heraus auch politische Entscheidungen – ohne es vielleicht so zu wollen – mit beeinflußt hat. Ich will gar nicht wertmäßig differenzieren zwischen Bauern, Arbeitern und Angestellten. Aber es ist doch so, daß aufgrund der modernen Verkehrsmittel heute auch unsere Bauerndörfer zu einem großen Teil von Arbeitern und Angestellten bewohnt werden. Diese Menschen arbeiten in den großen Betrieben der Städte und werden dort auch weitgehend politisch geformt. Es handelt sich dabei durchaus um kirchentreue Leute.

Ich möchte bitten, daß dieser Prozeß besonders beachtet wird. Ich habe im Wahlkampf mit vielen dieser Leute Auseinandersetzungen über das Menschenbild und das Weltbild gehabt.

Dazu kommt dann die Einwirkung der SPD auf diese Schichten. Ich möchte bitten, daß auch das besonders berücksichtigt wird. Die SPD hat hier Möglichkeiten; sie kann leichter dem Wohlstandsdenken Rechnung tragen als wir. Wir können, im Gegensatz zur SPD, nicht nur von dem Wohlstandsdenken aus Politik machen.

Das gleiche gilt auf der anderen Seite auch von der FDP. Auch die FDP hat es in manchen Dingen leichter. Sie bricht in Kreise ein, in denen früher das Motiv und der Maßstab des politischen Handelns und damit der politischen Stimmabgabe noch weitgehend von dem allgemeinen Bewußtsein der ethischen Verpflichtung gegenüber höheren Werten bestimmt war. Heute ist in diesen Kreisen das Bewußtsein dafür weitgehend verlorengegangen. Die Motive und der Maßstab für die politische Stimmabgabe werden von rein programmatischen und vordergründigen Vorteilen bestimmt. Ich möchte bitten, daß die Untersuchung auch diese Motive des politischen Handelns in der sich wandelnden Gesellschaft in Stadt und Land berücksichtigt.

Krone: Über diesen soeben vom Herrn Bundeskanzler vorgetragenen Vorschlag ist mit Herrn Kraske sehr ausführlich gesprochen worden. Es ist geprüft worden, ob sich nicht Überschneidungen mit der Untersuchung über das Wahlergebnis ergeben. Ich würde auch den Vorschlag von Herrn Zimmer unterstützen.

Adenauer: Ich möchte betonen, daß nach meiner Intention keine Überschneidung mit der anderen Untersuchung vorkommen darf. Das sind zwei ganz verschiedene Aufgaben. Herr Barzel, sind Sie bereit, den Auftrag anzunehmen? (*Barzel:* Gerne!) Ich danke Ihnen dafür.

Gradl: Ich möchte ein Wort dazu sagen. Ich bejahe völlig, was Sie hier vorgesehen haben. Aber ich fürchte – Kollege Barzel weiß, daß ich ihn kenne und schätze –, daß das einfach über die Kraft eines einzelnen hinausgeht. Es soll ja nicht nur eine umfassende Untersuchung angestellt werden, sondern es sollen daraus auch die Konsequenzen für die künftigen Aufgaben gezogen werden.

Adenauer: Es muß ja einer federführend sein. Daß Herr Barzel das nicht allein machen kann, ist klar.

Gradl: Ich möchte nur gerne, Herr Barzel, daß unter denen, die Sie heranziehen, wenigstens einer ist, der betont kritisch ist und uns nicht von vornherein innerlich absolut verbunden ist. Ich meine, man braucht eine solche Korrektur, um zu dem wirklichen Bild zu kommen. Es muß einer dabei sein, der es fertigbekommt, dieser Partei zu sagen, daß sie sich in Zukunft mehr überlegen muß, ob sie einen Wahlslogan „Immer im Wohlstand leben“ verwenden soll. Herr Zimmer hat schon von diesen Dingen gesprochen. Wir kommen sehr stark in eine Säkularisierung und Materialisierung unseres Denkens hinein. Da liegt doch der eigentliche Grund.

Adenauer: Nicht allein!

Gradl: Schön! Ich meine jedenfalls, daß der Mitarbeiterkreis auch einen solchen Mann umfassen muß.

Barzel: Ich möchte Herrn Dr. Gradl sagen, daß ich in einem Kostenvoranschlag auch eine Position „Anforderung kritischer Stimmen zur CDU“ ausgewiesen habe.

Adenauer: An wen haben Sie da gedacht?

Barzel: Das möchte ich noch nicht sagen.

Adenauer: Wir haben dann noch einen Punkt.

VERSCHIEDENES

Da möchte ich kurz die Sache unseres Kollegen Oberländer⁶⁴ vorbringen. Herr Kollege Oberländer hat diese Schwierigkeiten gehabt, von denen Sie alle wissen. Es ist objektiv festgestellt worden, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unbegründet sind. Ich glaube, wir müssen jetzt zusammen mit ihm einen Weg suchen, um auch öffentlich seinen guten Ruf wiederherzustellen. (*Beifall.*) Sie sind damit einverstanden, meine Damen und Herren? Dann werden wir das Weitere besprechen, Herr Oberländer.

Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Bitte sehr.

Gurk: Ich möchte eine Bitte vortragen, die aus bäuerlichen Kreisen an uns zur Unterbreitung hier herangetragen worden ist. Die Bundesregierung möge doch ihre grundsätzliche Haltung bezüglich der EWG-Verträge beibehalten.

Noch ein Zweites zum Fernsehen! Wir haben nichts gegen die gewählten Vertreter gesagt, weil wir nicht kleinlich sein wollen. Aber ich möchte doch ganz allgemein zum Ausdruck bringen, daß man das sehr treue Land Baden-Württemberg etwas mehr berücksichtigen sollte. Wir haben nichts gesagt, daß zwei Vertreter aus Hessen kommen. Aber wir denken auch an die Kabinettsbildung und ähnliches. Wir sind sehr treu und möchten gelegentlich auch mal den kleinen Finger als Anerkennung sehen. Das möchte ich grundsätzlich sagen.

Adenauer: Ich darf zu dem Punkt, den der Kollege Gurk vorgetragen hat, noch folgendes sagen: Die Bundestagsabgeordneten von Baden-Württemberg haben mich in einem Brief gebeten, einer aus Baden-Württemberg solle Staatssekretär werden. Meine Damen und Herren, wo kommen wir im Bund allmählich hin! (*Gurk:* Nein, nein!) Verzeihen Sie! Wir zersplittern und zerhacken uns in Kleinigkeiten. Das eine möchte ich sagen: solange ich ein Wort mitzusprechen habe, wird Staatssekretär nur einer, der wirklich was kann und auch dafür geeignet ist. (*Zuruf:* Die gibt es auch in Baden-Württemberg!)

Gurk: Gestatten Sie bitte noch eine Bemerkung! Erstens habe ich das nicht geschrieben, und zweitens wäre es immerhin möglich, daß sich unter den acht Millionen Einwohnern in Baden-Württemberg auch einer befindet, der befähigt wäre.

⁶⁴ Dr. Theodor Oberländer (1905–1998), Professor für Staatswissenschaften, 1953–1961 und 1963–1965 MdB (bis 1955 GB/BHE, dann fraktionslos, seit 1956 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 85 Anm. 66.

Adenauer: Im übrigen kann ich Ihnen sagen, daß ja auch ein Herr, der aus Baden-Württemberg stammt, Bundestagspräsident ist. Genügt Ihnen das nicht? (*Heiterkeit.* – *Zurufe:* Der Wirtschaftsminister ist auch aus diesem Lande! – Der Präsident des Europaparlaments!)

Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen für Ihre Mitarbeit und schließe die heutige Sitzung.

3 a

Sitzung des Engeren Bundesvorstands

Bonn, Mittwoch 7. Februar 1962

Sprecher: Adenauer, Blank, von Brentano, Burgbacher, Dichtel, Dufhues, Erhard, Etzel, (Bert) Even, Gradl, von Hassel, Johnen, Kraske, Krone, Meyers, Frau Rehling, Röder, Schmücker, [Schröder], Stoltenberg.

Bericht zur politischen Lage. Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Landesparteien. Bundesparteitag. Geschäftsführender Vorsitzender. Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Finanzreform.

Beginn: 9.00 Uhr

Ende: 12.00 Uhr

Teildruck in ADENAUER: Reden S. 431–442; MAIER/THOSS S. 303–305.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Diese Sitzung ist die erste Sitzung des Engeren Bundesvorstandes seit der Bundestagswahl. Das braucht aber kein Versäumnis zu sein; denn wir haben bereits zwei Sitzungen des Bundesparteivorstandes seit der Bundestagswahl abgehalten. Als Termin für die heutige Sitzung hatten wir zunächst den 30. Januar vorgesehen. Dieser Termin mußte aber verschoben werden, weil ich an einer Grippe erkrankt war. Lassen Sie mich dazu ein persönliches Wort sagen. Meine Damen und Herren! Sie können das weitergeben, wenn Sie wollen. Man darf Bundeskanzler sein, man darf alle möglichen Scherereien auf seinem Buckel haben, aber ein Recht auf Grippe hat man nicht! Das ist unter gar keinen Umständen erlaubt.

Nun bin ich, sobald ich gewählt worden war, nach Washington gefahren, weil in etwa die Sache gefährlich für uns aussah, um die Verbindung durch eine Aussprache mit Präsident Kennedy zu pflegen. Ich hatte damals schon Fieber. Ich hatte also die Grippe. Sie wurde natürlich in Washington nicht besser. Ich habe zwar versucht, sie auszukurieren, aber es gelang mir nicht. Bei mir sind die Nebenhöhlen entzündet. Jeder Arzt wird Ihnen sagen, das wird erst wieder in Ordnung kommen durch eine andere Temperatur und ein besseres Klima. Ansonsten bekommt man immer wieder Husten, Schnupfen usw. Daran ist nun leider nichts zu ändern.

Ich möchte Ihnen aber noch folgendes sagen: Mein letzter Urlaubstag – wenn Sie das überhaupt Urlaubstag nennen wollen – war am 10. August.¹ Aber auch das war insofern kein Urlaubstag, als ich damals Verhandlungen mit Fanfani² und Segni³ in Mailand hatte. Am Tage vorher habe ich mit Rusk verhandelt, eine Verhandlung, die sehr wichtig war. Rusk war damals in Balazzo am Comer See, um die Rockefeller⁴-Stiftung – ein wundervolles Besitztum –, deren Präsident er ist, zu revidieren. In dieser glücklichen Rockefeller-Stiftung gibt es fünf Professoren und 53 Angestellte. Ich empfehle jedem von Ihnen, wenn er es erreichen kann, Präsident der Rockefeller-Stiftung zu werden.

Also, seit dieser Zeit bin ich keinen Tag mehr in Urlaub gewesen, auch nicht zwischen Weihnachten und Neujahr. Ich habe also keinen Tag Urlaub mehr genommen nach der Bundestagswahl, während diejenigen Damen und Herren, die im Wahlkampf tätig waren, mit Recht einen Urlaub eingelegt haben. Und wenn ich nun die Grippe habe, dann heißt es in gewissen Kreisen: Er ist fertig. – Ich glaube sogar, man wollte Kränze bestellen. (*Bewegung und Unruhe.*)

Deshalb bitte ich Sie, wenn Sie mit irgendwelchen Leuten sprechen, zu bedenken, daß diese doch parteipolitische Esel sind. Denn sie wollen uns auseinandermanövrieren. Sie wollen einfach so tun, als ob wir manövrierunfähig und regierungsunfähig seien. Aber davon kann keine Rede sein; denn ich habe auch, während ich zu Hause sein mußte, Tag für Tag meine Arbeit verrichtet. Auch die Herren Krone und Globke⁵ habe ich zu einer längeren Aussprache gebeten. Herr Krone wird wahrscheinlich sagen, daß das eine sehr interessante, aber auch anstrengende Aussprache gewesen ist. (*Krone: Fünf Stunden lang!*)⁶

1 Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 66.

2 Amintore Fanfani (geb. 1908), italienischer Politiker; 1954, 1958/1959, 1960–1962, 1962/1963, 1982/1983 und 1987 Ministerpräsident (DC).

3 Professor Antonio Segni (1891–1972), Rechtswissenschaftler, italienischer Politiker; 1955–1957 und 1959–1960 Ministerpräsident (DC), 1960–1962 Außenminister, 1962–1964 Staatspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 391 Anm. 12.

4 John Davison Rockefeller (1839–1937), amerikanischer Industrieller; 1913 Gründer der Rockefeller Foundation.

5 Dr. Hans Globke (1898–1973), 1949–1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 523 Anm. 22.

6 Vgl. Krone-Tagebuch vom 1. Februar 1962 (ACDP I-028-069/2).

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Seit dem zunächst festgesetzten ersten Termin der Sitzung des Engeren Bundesvorstandes bis heute hat sich sowohl die außenpolitische wie auch die innenpolitische Situation und auch innerhalb unserer Arbeit wiederum etwas geändert. Deshalb möchte ich Ihnen einen Überblick über die Lage geben und meine Ansicht dartin, wie ich die ganze Situation sehe. Ich möchte das in diesem kleinen Kreis tun, weil ich Ihnen ganz bestimmte Dinge sagen muß, die nicht an die Öffentlichkeit kommen dürfen. Das ist ja die große Gefahr überhaupt in der heutigen Zeit, meine Damen und Herren, der Mangel an Diskretion, der gang und gäbe ist, aber nicht nur bei uns Deutschen, sondern überhaupt in der Welt, der sehr viel Schaden anrichtet, namentlich aber für uns Deutsche. Ich will nicht sagen, Sie dürfen überhaupt kein Wort verwenden von dem, was ich Ihnen jetzt vortrage – ich werde auch einen Teil davon nachher bei dem größeren Kreis des Bundesparteivorstandes vortragen –, aber ich bitte Sie doch dringend, jeden von Ihnen, Fingerspitzengefühl dafür zu zeigen, was man weitergeben kann und was man nicht weitergeben kann.

Zunächst zur außenpolitischen Lage! Die Verhandlungen über Berlin sind minus : minus. Nicht der geringste Erfolg ist auf der amerikanischen Seite zu verzeichnen. Ob die Verhandlungen weitergeführt werden oder nicht, das wissen die Amerikaner zur Zeit selber nicht. Ich will gar nicht auf die Einzelheiten eingehen, sondern will versuchen, Ihnen mit wenigen Sätzen das Bild der Lage vom November 1958 und vom Februar 1962 zu zeichnen. Im November 1958 war die sowjetrussische Berlin-Note das wichtigste Ereignis.⁷ Die westlichen Mächte, insbesondere die Amerikaner – auch die frühere Administration –, haben es als einen Gewinn betrachtet, daß sich die Verhandlungen über Berlin hinausgezögert haben. Wenn Sie aber daran denken, wie die Situation in der Welt im November 1958 war und wie sie heute ist, dann werden Sie wohl mit mir darin übereinstimmen, daß die Zeit für die Russen gearbeitet hat, daß sie aber nicht gearbeitet hat für den sogenannten freien und geschlossenen Westen. Das „sogenannte“ bezieht sich nicht auf „freien“ sondern auf „geschlossenen“.

Nehmen wir zunächst Sowjetrußland! Sowjetrußland hat in diesen fast vier Jahren rüstungsmäßig kolossal aufgeholt. Es ist nach meiner Meinung müßig, hier etwa zu sagen, die Amerikaner sind nuklear stärker bewaffnet, oder die Russen sind nuklear stärker bewaffnet. Wenn diese Waffen gebraucht werden, bleibt von Europa nichts mehr übrig. Denn der Angriff mit nuklearen Waffen wird wahrscheinlich nicht von Amerika ausgehen, sondern den ersten Schlag wird höchstwahrscheinlich Sowjetrußland tun, weil es aggressiver ist und weil eine Demokratie wie die Vereinigten Staaten

7 Noten der Sowjetregierung an die Westmächte, die Bundesrepublik und die DDR vom 27. November 1958 mit der Forderung, den Vier-Mächte-Status Berlins aufzugeben und die Stadt innerhalb von sechs Monaten zu entmilitarisieren. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 266 Anm. 10 und EBD. S. 377 Anm. 22.

– namentlich eine Demokratie, die überhaupt noch nie einen ernsthaften Krieg im eigenen Land gehabt hat – sich nicht so leicht dazu entschließen kann, einen solchen Schlag zu tun.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Präsident Kennedy wiederholt erklärt hat, Amerika könne erst dann in den nuklearen Krieg eintreten, wenn das amerikanische Volk über die Notwendigkeit dieses Schrittes aufgeklärt worden sei. Das ist natürlich von seiten Kennedys verständlich. Wie aber nun diese Feststellung, daß das amerikanische Volk über die Notwendigkeit zum Eintritt in einen nuklearen Krieg genügend aufgeklärt sei, getroffen werden soll, das weiß ich nicht.

Ein Zweites möchte ich Ihnen sehr nachdrücklich sagen: Auf dem Gebiete der konventionellen Waffen ist Sowjetrußland der ganzen NATO weit überlegen. Die Russen haben die Herbstmanöver des vergangenen Jahres dazu benutzt, um in der weiteren Umgegend von Berlin und der Zone eine Streitmacht zu versammeln, die die ganzen NATO-Divisionen, wenn sie versammelt wären, einfach hinwegputzen würde.⁸ Das sind Dinge, meine Damen und Herren, denen man nun wirklich ins Gesicht sehen muß. Was ich Ihnen jetzt ausführe, das beruht auf recht zuverlässigen Feststellungen unserer Abwehr.

Ich sehe es aber furchtbar ungern, Herr von Hassel, wenn jetzt jemand mitschreibt. Ich weiß nicht, wohin das geht. Dann kann ich einfach nicht mehr sprechen! Wenn jeder von Ihnen das Recht haben will, das mitzuschreiben, dann kann ich einfach – verzeihen Sie – nicht mehr weitersprechen.

Unsere Abwehr ist über die Vorgänge in der Zone wohl besser unterrichtet als die amerikanische. (*Gradl*: Ich bezweifle es!) Ich bezweifle es nicht. Aber lassen wir uns nicht darüber streiten, wer besser unterrichtet ist. Zwischen den Amerikanern und uns haben sich, als ich damals in Washington war, Differenzen ergeben, die in meiner Gegenwart nicht aufgeklärt worden sind. Jedenfalls meine ich, daß wir verpflichtet sind, auf die Ergebnisse der Feststellungen unserer Abwehr – solange es nicht offensichtlich Fehler da gibt – unsere Politik aufzubauen und nicht auf die Ergebnisse der amerikanischen Abwehr, die doch unter ganz anderen Gesichtspunkten eingesetzt wird als unsere Abwehr.

Die Russen haben diese Herbstmanöver benutzt, um in der Zone, in Polen, in der Tschechoslowakei und in den sich hieran anschließenden Teilen der Sowjetunion so viel konventionelle Truppen zusammenzuziehen, daß sie uns einfach glatt überlegen sind. Sie haben zum erstenmal diese Herbstmanöver nicht, wie es sonst üblich ist, in Schwarz und Weiß gemacht, sondern als eine Vorbereitung angesehen für einen Einbruch in die Bundesrepublik mit Stoßrichtungen nach Hamburg, nach dem Industriegebiet und bis nach Frankfurt. Dazu möchte ich sagen, die russischen Truppen

8 Zu dem Manöver der Ostblockstaaten mit Verbänden des Heeres, der Luftwaffe und der Marine im Oktober und November 1961 auf dem Gebiet der DDR vgl. BULLETIN vom 11. Oktober 1961 S. 1802 f.

sind besser bewaffnet als alle anderen Truppen. Die russischen Divisionen bei den konventionellen Truppen sind zwar, was die Zahl der Soldaten angeht, kleiner als die NATO-Divisionen, aber sie haben viel mehr Panzer. Sie haben ausgezeichnete Panzer. Sie haben viel bessere Maschinengewehre, Maschinenpistolen und Panzergeschütze. Sie sind sogar besser als die neuesten amerikanischen Geschütze.

Darüber, was die französische NATO-Armee wert ist, brauche ich nichts zu sagen. Die englische ist auch nicht stark; auch die amerikanischen konventionellen Truppen sind in einer Umrüstung begriffen, die voraussichtlich erst im Jahre 1964 abgeschlossen sein wird. Daraus folgt, daß ich Ihnen die Situation einmal sehr klar darstellen muß, die so ist, daß, wenn es um Berlin zu kriegesischen Handlungen kommen sollte, sie vom ersten Augenblick an mit nuklearen Waffen ausgefochten werden müssen, wenn der Westen überhaupt eine Aussicht haben soll, dort zu siegen. So müssen Sie die Situation sehen. Dann sehen Sie die Situation, wie sie jetzt ist, richtig. Ich darf wiederholen, diese vier Jahre seit dem November 1958 waren kein Gewinn für den Westen; sie waren ein Gewinn für die Sowjetunion.

Nun sehen Sie sich einmal die NATO-Front an. Sie wissen, wie es in Frankreich aussieht. Gott gebe es, daß de Gaulle bleibt. Wenn er getötet würde oder wenn er auf irgendeine Weise zum Rücktritt gezwungen werden könnte, dann käme Frankreich entweder unter eine militärische Diktatur oder unter eine kommunistische Diktatur. Die Kommunistische Partei in Frankreich ist nach wie vor ausgezeichnet organisiert. Wie es mit der OAS aussieht, das wissen Sie. Für mich ist eigentlich eine der bezeichnendsten Nachrichten, die neulich durch die ganze Presse gegangen sind, die, daß drei Militärdepots mit Uniformen, Waffen und Munition in Versailles ausgeräumt worden sind⁹, ohne daß der OAS der geringste Widerstand geleistet worden ist. Das ist zur Zeit Frankreich!

In den letzten Tagen kam nun die Meldung von der Wendung in Italien.¹⁰ Ich gehe noch nicht soweit, nun zu sagen, was in Italien geschehen ist, ist eine Katastrophe; aber was in Italien geschehen ist, das ist eine außerordentlich ernste Angelegenheit, deren Ausgang kein Mensch jetzt überschauen kann. Dabei ist Togliatti¹¹, der Führer der Kommunistischen Partei in Italien, ein hervorragender Organisator; er ist der

9 Die OAS (Organisation de l'Armée Secrète) versuchte, durch Terror in Algerien und Frankreich sowie durch den Raub von Waffen eine Lösung des Algerienkonflikts zu verhindern. Führer der OAS war der Ex-General Raoul Salan (AdG 1962 S. 9633 f.). – Vgl. „Die Welt“ vom 9. Januar 1962 „Waffenraub beunruhigt Frankreich. Behörden sehen durch den Einbruch in Depot bei Versailles Putschabsichten der OAS bestätigt“.

10 Auf dem Parteitag der Democrazia Cristiana vom 27. Januar bis 1. Februar 1962 wurde die Bildung einer Koalitionsregierung aus Christlichen Demokraten, Sozialdemokraten und Republikanern mit Unterstützung der Nenni-Sozialisten beschlossen (AdG 1962 S. 9665 f.). – Vgl. „Die Welt“ vom 2. Februar 1962 „Parteitag billigt Fanfanis neuen Kurs“.

11 Palmiro Togliatti (1893–1964), italienischer Politiker; 1921 Mitgründer der kommunistischen Partei Italiens (PCI), 1944–1945 stv. Ministerpräsident, 1945–1946 Justizminister, ab 1947 Generalsekretär der PCI.

Vertrauensmann Moskaus, nicht nur für Italien, sondern auch für einen großen Teil von Europa. Es ist unmöglich, etwa prophezeien zu wollen, wie nun diese ganze Geschichte dort ausläuft. Daß aber diese sogenannte *Apertura sinistra* große Gefahren in sich schließt, auch für die NATO-Politik Italiens, das kann man auch bei dem größten Wohlwollen für Fanfani nicht von der Hand weisen.

Wenn Sie an die weitere NATO-Front denken, brauche ich nur auf die Türkei hinzuweisen mit einer politisierten Armee. Und die politisierte türkische Armee ist ein sehr wenig brauchbares Instrument. Mir hat vor drei Monaten der frühere englische Vertreter Robertson¹², der Feldmarschall, mit dem ich über diese Angelegenheit gesprochen habe, gesagt, politisierende Generale müssen erschossen werden. Das gilt auch für französische Generale. Das ist als Prinzip durchaus richtig. Man muß sie nur haben, ehe man sie erschießen kann.

Dazu kommt noch – auch das muß ich mit aller Vorsicht sagen –, daß die neue Administration in den Vereinigten Staaten außerordentlich schwierige innenpolitische Probleme hat, die leider in unserer Presse nicht entsprechend gewürdigt werden. Über einen Teil dieser innenpolitischen Probleme hat Präsident Kennedy mit mir gesprochen, als ich im Herbst in Washington war, und zwar über die sozialen Probleme. Auf sozialem Gebiet will er – und jeder kann das nur begrüßen und ihm wünschen, daß er Erfolg hat – in Amerika eine ganz neue Basis schaffen; denn die Amerikaner haben uns gegenüber nur sehr wenige soziale Fortschritte zu verzeichnen. Hinzu kommt das wirtschaftliche Element. Sie wissen, daß Präsident Kennedy in seiner Botschaft an den Kongreß davon gesprochen hat, daß die EWG nun eine sehr große wirtschaftliche Macht geworden sei.¹³ Deshalb verlangt er von dem Kongreß große Vollmachten auf dem Zollgebiet, um die Ausfuhr in den Vereinigten Staaten in das Gebiet der EWG forcieren zu können.

Daß nun demgegenüber ein Teil unserer Presse laut Hurra schreien kann und sogar in Reden von einer Atlantischen Union gesprochen wird, ist mir völlig schleierhaft. Man muß sich doch darüber klar sein, daß die forcierte amerikanische Einfuhr von uns eine forcierte Ausfuhr verlangt. Wie sollen wir sonst bestehen können! Die ganze ökonomische – ich gebrauche das Wort ökonomisch mit Absicht – Situation Deutschlands ist doch die: Wir haben keine Naturschätze mehr von Bedeutung, seitdem die Kohle entthront ist. Das Industriegebiet wird uns in den kommenden Jahren sehr große Sorgen machen und sehr viel Geld kosten. Unsere Landwirtschaft hat – wenn man es sehr wohlwollend ausdrücken will – ein mittleres Klima mit mittlerer Höhe in einem großen Umfang. Es ist jedenfalls keine Landwirtschaft, die auf eigenen Füßen stehen kann. Das kann sie eben nicht. Was haben wir also? Wir

12 Sir Brian Hubert Robertson, Baron of Oakridge (1896–1974), britischer General; 1953–1961 Präsident der staatlichen britischen Transportkommission. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 383 Anm. 33.

13 Botschaft Kennedys an den Kongreß vom 11. Januar 1962 (BULLETIN vom 19. Januar 1962 S. 107 und AdG 1962 S. 9600–9603).

haben lediglich die Arbeitskraft und die Kenntnisse der deutschen Menschen. Das ist unser einziger Besitz.

Nun gehe ich nicht soweit zu sagen, die deutsche Wertarbeit ist ein Märchen geworden; aber weitgehend ist sie doch ein Märchen geworden. Das können Sie z. B. in der „Neuen Zürcher Zeitung“¹⁴ lesen. Der einzige Trost ist uns geblieben, daß die anderen Völker auch nicht viel besser arbeiten als wir. Es ist jedenfalls so, daß unsere Arbeit nicht mehr als besondere Wert- und Markenarbeit im internationalen Verkehr gilt.

Und was sehen wir jetzt? Denken Sie an die Forderungen der Gewerkschaften. In der Zwischenzeit ist auch der Tarif der Behördenangestellten gekündigt worden.¹⁵ Das sind die Angestellten der Bundespost und der Bundesbahn. Das ist alles gekündigt worden. Sie wissen, daß auch die Beamten hohe Forderungen stellen. Sie wissen, daß es dem Bundeskabinett gelungen ist, den Haushaltsplan für das Jahr 1962 – er ist inzwischen beim Bundesrat – mit Müh und Not auf die Beine zu stellen. Wenn nun diese Forderungen bei den Beamten und Behördenangestellten erfüllt werden müssen, dann liegt unser Haushaltsplan glatt auf der Nase. Dann werden wir möglicherweise zu einer Steuererhöhung gezwungen werden.

Ich habe den Eindruck, als ob jetzt die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften eine politische Auseinandersetzung geworden sei. Ich kann nicht beweisen, daß jede Gewerkschaft sich als ein politisches Instrument fühlt. Aber daß die Gewerkschaft unter der Führung von Herrn Brenner¹⁶ sich als ein politisches Instrument fühlt, das tritt doch klar zutage. Ich kenne Herrn Brenner persönlich und weiß, wie er denkt und wie er ist. Und das ist eine politische Situation. Man hat anscheinend von der IG-Metall nun die anderen Gewerkschaften zu Hilfe gerufen hinsichtlich der Tarifikündigungen, so daß wir jetzt in dieser sehr schwierigen Situation stehen, eine Situation, die auch für unsere Wirtschaft, die auf den Export angewiesen ist, äußerst gefährlich werden kann.

Viele von uns wollen das nicht sehen, meine Damen und Herren, es ist aber so. An der Schweizer Grenze werden z. B. die Bauten, auch von Industriegebäuden, schlüsselfertig an Schweizer Firmen vergeben, weil sie viel billiger arbeiten und herstellen als die deutschen Firmen. Am Niederrhein hat man Angebote angefordert für die schlüsselfertige Herstellung einer großen Fabrik. Dabei hat eine holländische Firma, die auch zu einem Angebot aufgefordert worden war, ein Angebot gemacht, das um 20 % niedriger lag als das billigste Angebot von deutscher Seite. Sie wissen,

14 In „Neue Zürcher Zeitung“ nicht zu ermitteln.

15 Der Hauptvorstand der Deutschen Angestelltengewerkschaft hatte am 6. Februar 1962 alle Gehaltstarife im öffentlichen Dienst zum 31. März 1962 gekündigt. Vgl. „Die Welt“ vom 7. Februar 1962 „DAG kündigt Tarife im öffentlichen Dienst“.

16 Otto Brenner (1907–1972), 1952–1972 Vorsitzender der IG Metall. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 272 Anm. 52.

daß gerade beim Bau die Arbeitskraft eine große Rolle spielt. Die holländischen Arbeiter arbeiten sechs Tage, und zwar jeweils acht Stunden. Ich weiß – ein anderes Beispiel – vom Volkswagenwerk, daß dort für die italienischen Arbeiter eine besondere Abteilung eingerichtet worden ist, weil die Leute ebenfalls sechs Tage in der Woche mit je acht Stunden arbeiten wollen. Deswegen mußten sie beschäftigt werden in einem Teil des Riesenunternehmens, der ziemlich für sich abgeschlossen ist.

So ist es auch in den anderen Ländern, die uns Konkurrenz machen. Sie wissen, daß die französische und die italienische Industrie einen unerwarteten Aufschwung genommen haben.

Vor einigen Tagen war Herr Blessing¹⁷ bei mir – er kommt von Zeit zu Zeit zu mir, um mir einen allgemeinen Bericht über die Situation sowie über die Bundesbank zu geben –, der mir sagte, die Konjunktur habe sich ganz allgemein abgeflacht, die Spaltung zwischen dem Angebot und der Nachfrage sei geringer geworden. Daß nun diese erheblichen Lohnforderungen auf breiter Ebene uns im Blick auf die Wirtschaft und den Export sehr große Sorgen machen, liegt auf der Hand.

Ein besonderes Wort zum Baumarkt! Der Baumarkt hat in den Jahren von 1959 bis jetzt eine Steigerung von insgesamt 25 % erfahren. Unsere Partei hat immer wieder zum Bausparen aufgerufen, und zwar mit Recht. Ein großer Teil dieser Bausparer kann aber nun nicht mehr erwarten, mit den gesparten Beträgen ihr Ziel, nämlich ein eigenes Haus zu bauen, zu erreichen. Es mehren sich auch – ich weiß nicht, ob Sie das in der Presse gelesen haben – die Aufrufe zum Sparen in Sachwerten. Ich meine jetzt nicht in Aktien, sondern etwa folgendes: Ich habe gestern im Wirtschaftsteil der „Welt“¹⁸ gelesen, daß eine Gesellschaft, die Grundbesitz erworben hat, auf diesen Grundbesitz Zertifikate ausgibt, weil sie sagt, so ist das Geld sicher. Das ist natürlich tödlich für unsere Sparkassen. Diese ganzen Zusammenhänge muß man sich natürlich klar machen. Deshalb werden Sie vielleicht doch mit mir darin übereinstimmen, daß die Situation in der Welt sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch und auch wirtschaftlich alles andere als normal ist.

Lassen Sie mich etwas einschieben. Sie haben sicher in der Zeitung gelesen, daß ich gestern eine Besprechung mit einigen Herren von der FDP gehabt habe.¹⁹ Ich habe die Gelegenheit der Zusammenkunft benutzt – die nicht zu dem Zweck angesetzt war, um das zu besprechen, was ich Ihnen jetzt sage –, um über Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und uns zu sprechen. Ich möchte auch hier an die Spitze stellen, was ich da gesagt habe. Ich werde morgen und übermorgen eine längere

17 Dr. Karl Blessing (1900–1971), 1958–1969 Präsident der Deutschen Bundesbank.

18 „Die Welt“ vom 6. Februar 1962 „Immobilien sparen setzt sich durch“.

19 Besprechung am 6. Februar 1962 mit Mende, von Kühlmann-Stumm, Zoglmann und Globke (TERMINKALENDER). Vgl. „Die Welt“ vom 7. Februar 1962 „Adenauer, Brentano, Mende einig: Reserve bei Reden zur Ostpolitik“.

Aussprache mit Herrn Kroll²⁰ haben, und ehe ich Herrn Kroll gesprochen habe, kann ich zu der Frage solcher Verhandlungen nicht abschließend Stellung nehmen. Das liegt auf der Hand.

Meine Damen und Herren! Warum in aller Welt soll Chruschtschow bei direkten Verhandlungen mit uns entgegenkommender sein als bei den Verhandlungen mit den Amerikanern? Das kapiere ich nicht! Warum denn? Er braucht doch vor uns keine Angst zu haben! Chruschtschow hat seinerzeit dem amerikanischen Journalisten Lippmann²¹ gesagt: „Deutschland kann ich in einer Stunde wegputzen!“ – Darin hat er recht. Deshalb verstehe ich nicht, warum die Idee, wir sollten auf die direkten Verhandlungen mit Sowjetrußland eingehen, einen Vorteil für uns haben soll. Uns kann nur eines retten, das ist die Einigkeit und die Einheit des Westens. Noch vorgestern habe ich Nachricht aus Frankreich, aus England und insbesondere aus Amerika darüber bekommen, daß man wieder anfängt, uns wegen des Redens über Direktverhandlungen mit Sowjetrußland doch sehr mißtrauisch zu betrachten.

Lassen Sie mich dazu einen allgemeinen Satz sagen. Wer glaubt, daß wir Deutschen im Ausland beliebt seien, daß man auf unser Wort Häuser baut, der ist verdammt schief gewickelt. Überhaupt gilt doch in der ganzen Außenpolitik – das muß man sich immer vor Augen halten – nur eines: der Nutzen des eigenen Landes. Wenn Außenminister – auch verbündete Außenminister – an einem Tisch sitzen, dann sitzen keine Menschenfreunde zusammen; alles andere, sondern da sitzen Leute zusammen, die naturgemäß – das wissen Sie – an das Interesse ihres Landes denken und das auch an die Spitze ihrer ganzen Erwägungen stellen. Das ist doch der Sinn einer jeglichen Außenministerkonferenz.

Nun zu den Unterredungen mit der Sowjetunion! Ich will von dem Formellen einmal ganz absehen. Aber rufen Sie sich ins Gedächtnis zurück, wie sich die Sache mit Herrn Kroll abgespielt hat. Kroll wird in das Außenministerium in Moskau gerufen. Der Vertreter des Ministers gibt ihm ein Schriftstück von 22 Schreibmaschinenseiten, keine Adresse, keine Unterschrift, sondern lediglich ein beschriebenes Papier, und sagt: Das gebe ich Ihnen. Da sind Gedanken Chruschtschows drin. Das gebe ich Ihnen privat. Was Sie damit tun wollen, das ist Ihre Sache. – Herr Kroll schickt es uns.²² Wir lassen es übersetzen. Ich will Ihnen sagen, was im großen und ganzen darin stand. Wenn ich alle Phrasen weglasse, dann stand darin: Die Franzosen sind Halunken, denn die wollen euch niederhalten. Die Engländer sind Halunken,

20 Dr. Hans Kroll (1898–1967), seit 1920 Auswärtiges Amt, 1950–1953 Leiter der Gruppe Ost-West- und Interzonenhandel im Bundesministerium für Wirtschaft, 1953–1955 Botschafter in Belgrad, 1955–1958 in Tokio, 1958–1962 in Moskau. – Zum Gespräch vgl. DERS.: Lebenserinnerungen S. 546 f.

21 Walter Lippmann (1889–1974), amerikanischer Publizist; 1929–1931 Chefredakteur der „New York World“, 1931–1967 Kolumnist der „New York Herald Tribune“.

22 Druck der Denkschrift vom 27. Dezember 1961 des sowjetischen Außenministeriums in BULLETIN vom 10. Januar 1962 S. 47–52.

die haben euch in die NATO gebracht, damit ihr wirtschaftlich nicht zu stark werdet. Die Amerikaner sind Erzhalunken, denn die wollen euch doch nur ausnutzen, um die amerikanische Macht auf der Erde zu stabilisieren. Ihr Deutschen, ihr müßt mal unter die Vergangenheit einen Strich machen. Ihr müßt in die Zukunft sehen. Und hier in Sowjetrußland, da habt ihr ein unbegrenztes Feld für wirtschaftliche Tätigkeit. Stellt euch also mit uns gut. Ihr braucht nicht mit den anderen zu brechen, aber so müßt ihr euch einstellen.

Nun, meine Damen und Herren, haben aber die Russen nicht einmal das Geld, um die Lieferungen zu bezahlen, die sie jetzt nach dem Handelsvertrag²³ bekommen. Sie denken auch nicht daran, die deutschen Lieferungen zu bezahlen, sondern sie sollen kreditiert werden von Deutschland für eine Zeit von mindestens zehn Jahren. Nun bitte ich Sie, einige Jahrzehnte zurückzudenken. Das ist nun dasselbe Spiel wie damals zwischen Frankreich und Sowjetrußland.²⁴ Die Franzosen mußten damals auch Geld pumpen, aber sie haben natürlich nie einen Franken oder einen Rubel wiederbekommen. Wenn nun ein Gläubiger einem Schuldner wie Sowjetrußland jemanden an den Hals schicken will, dann muß dieser einen sehr guten Gerichtsvollzieher haben, um sich da durchsetzen zu können. Das ist also diese Geschichte, die ich am liebsten nicht veröffentlicht hätte. Es hat aber die russische Botschaft hier an die Presse – z. B. die „Kölnische Rundschau“²⁵ – Teile daraus bekanntgegeben, wodurch wir gezwungen worden sind, auch unsererseits etwas zu sagen.

Wir hatten vorher unseren Bündnispartnern Mitteilung von der ganzen Geschichte gemacht. Man hat uns also gezwungen, Überlegungen anzustellen, was und wie sollen wir etwas veröffentlichen? Dazu eine Kleinigkeit! Damit will ich dem Auswärtigen Amt nicht zu nahe treten. Mir war vorgeschlagen worden, einen Auszug aus dem ganzen Bericht im „Bulletin“ zu veröffentlichen. Ich habe erklärt, um Gottes willen, wenn dieser Auszug veröffentlicht wird, dann werden unsere guten deutschen Geschäftsleute wild und rufen: Ran ans Geschäft! Deswegen habe ich also gesagt, man kann es nicht veröffentlichen. Wenn es schon veröffentlicht werden soll, dann der ganze Klumpatsch, aber nicht etwa nur die angeblichen Rosinen!

Im übrigen möchte ich Ihnen sagen, wenn von den Russen erklärt wird, die Franzosen wollen euch niederhalten, die Engländer wollen so und die Amerikaner wollen so, dann wird bei den anderen dasselbe über uns gesagt. Von einem Fall weiß ich es, daß Chruschtschow dort genau dasselbe von uns gesagt hat. Das ist doch klar. Er hat dort Vorwürfe gemacht: Wie kannst du überhaupt so gegenüber Deutschland sein; dieses Deutschland, das deinem Land und meinem Land so schrecklich viel

23 Neues deutsch-sowjetisches Handelsabkommen vom 31. Dezember 1960. BULLETIN vom 3. Januar 1961 S. 3 und S. 6. Vgl. KROLL: Erinnerungen S. 471–474.

24 Vgl. Heinrich BARTEL: Frankreich und die Sowjetunion 1938–1940 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa Bd. 24). Stuttgart 1986 S. 104–106.

25 „Kölnische Rundschau“ vom 4. Januar 1962 „Kein Alleingang Krolls bei Sowjets. Querschüsse gegen den Botschafter?“

angetan hat? Man vergißt immer eines, fürchte ich, daß ein Diktator kein Gewissen hat und die Dinge ganz anders beurteilt und ansieht, wie wir sie vom moralischen und rechtlichen Standpunkt aus ansehen. Das ist eine Frage, über die ich gerade in diesem kleinen Kreis einmal ausführlicher sprechen wollte. Im größeren Kreis muß ich zurückhaltender sein. Aber Sie sehen, meine Damen und Herren, wie unsere Aussichten sind.

Nun steht vor uns die Wahl des Jahres 1965. Wir haben jetzt drei Parteien – mit den kleinen Splitterparteien brauchen wir nicht zu rechnen –, die CDU/CSU, die SPD und die FDP. In Parenthese möchte ich sagen, daß die Zusammenarbeit mit der FDP bis auf weiteres ganz gut ist. Wir haben bisher keinen Grund zu klagen. Natürlich haben wir nicht mehr allein zu sagen. Daran muß man sich gewöhnen. Wir haben die uns fehlenden acht Sitze nicht erobern können. Damit haben wir nicht mehr die absolute Mehrheit, und damit verändert sich die ganze innenpolitische Situation. Wir müssen gegenseitig Rücksicht nehmen. Bei der FDP genügt es, noch einmal darauf hinzuweisen, daß kein einziger Abgeordneter von ihnen direkt gewählt ist, sondern sie sind alle über die Landesliste gewählt worden. Das zeigt also, daß sie wahrscheinlich auch in Zukunft nicht über die Landesliste hinauskommen werden, jedenfalls nicht in einem solchen Maße, daß man sagen könnte, nach 1965 hat die FDP Aussicht, die Politik mittragende Partei zu werden.

Es bleiben übrig die SPD und die CDU/CSU. Sie wissen, daß die SPD große Anstrengungen gemacht hat, um die Wahl zu gewinnen. Das ist ihr nicht gelungen. Aber sie haben einen erheblichen Zuwachs bekommen. Bisher sind keine Zeichen dafür vorhanden, daß trotz der Beschlüsse in Godesberg und in Hannover die SPD in Arbeitnehmerkreisen eine nennenswerte Einbuße erlitten hat. Es gibt da große Auseinandersetzungen, aber diese Auseinandersetzungen sind nicht so, soweit man das bisher beurteilen kann, daß man glauben dürfte, die SPD werde auseinanderfallen. (*Blank:* Sie kann nicht weiter nach links ausweichen!) Eine kommunistische Partei haben wir nicht. Ich sehe also nicht die Möglichkeit, daß die SPD auseinanderfällt. Sie hat Zuwachs bekommen in Kreisen, in denen sie früher keine Wähler hatte. Wenn aber die SPD, was Gott verhüten möge – das sage ich aus tiefster Überzeugung –, bei der Wahl des Jahres 1965 die stärkste Partei werden sollte, dann weiß ich nicht – ich bitte Sie, das wirklich in aller Ruhe zu überlegen –, was aus der CDU/CSU werden soll. Unsere Partei umfaßt alle Schichten der Bevölkerung: Arbeitgeber, Arbeitnehmer, den Mittelstand und die Landwirte. Wenn Sie sich die Bundestagsfraktion betrachten, dann sehen Sie ganz deutlich, daß dort ein gewisses ständisches Prinzip vorhanden ist. Eine Partei aber, die keine weltanschauliche Grundlage hat, wird in der kommenden großen Auseinandersetzung mit dem atheistischen Kommunismus, die nach meiner Überzeugung Jahrzehnte dauern wird, nicht bestehen. Wenn die Sozialdemokratie die stärkste Partei werden sollte, dann wird sich in dem Kern der Sozialdemokraten – damit müssen wir rechnen – die Affinität, die Verwandtschaft mit dem Kommunismus, wieder geltend machen. Der Deutschlandplan der Sozialdemokraten ist noch nicht aufgegeben. Dann werden auch Mitglieder der SPD wie Brenner usw. viel mehr zu

sagen haben. Dann laufen wir Gefahr, daß wir im Laufe der weiteren Entwicklung in den russischen Sog kommen werden.

Zu Rußland möchte ich noch ein Wort sagen. Ich weiß – ich betone auch hier, ich weiß das –, daß sich gerade Chruschtschow wegen der Entwicklung in Rotchina ernste Sorgen macht. Ich habe schon früher einmal davon gesprochen, daß im September der „Figaro“²⁶ drei bebilderte Artikel gebracht hat über die riesigen Arbeiten, die Sowjetrußland in Ostsibirien nach der rotchinesischen Grenze zu macht. Sie haben im Bau das größte Kraftwerk der Welt. Sie haben riesige Fabriken dort gebaut. Sie bauen Städte und Straßen, und sie treffen auch militärische Vorbereitungen. Die Gefahr, die Sowjetrußland vom Osten her droht, ist nicht nur evident, sondern sie wird auch von den Russen erkannt. Chruschtschow hat davon angefangen, als ich im Jahre 1955 mit ihm gesprochen habe. Dann habe ich drei Jahre später mit Mikojan²⁷ gesprochen, als er in Bonn war. Sie sagen sich ganz klar, 200 Millionen Russen stehen weit über 600 Millionen Chinesen gegenüber; da kann man nicht durchhalten, wenn man sich nicht stark macht. Ich spreche jetzt von Rußland.

Nun war neulich bei mir Herr Reston²⁸ von der „New York Times“. Sie werden ihn sicher kennen, denn er ist ein sehr bekannter amerikanischer Journalist. Er kam aus Paris und sprach mit mir über das Thema und sagte: „Teilen Sie die Ansicht von hohen französischen politischen Kreisen, daß Rußland ein irregeleiteter europäischer Bruder sei, dem man die Rückkehr offenhalten müsse?“ Ich habe Herrn Reston gesagt, diese Ansicht teile ich nicht. Ich bin davon überzeugt, daß Sowjetrußland, bevor es sich gegen Rotchina stellt, den Versuch machen wird, den europäischen Westen in seine Hände zu bekommen, namentlich die Bundesrepublik Deutschland, weil es dadurch gegenüber Rotchina viel stärker würde. Ich habe dem Herrn Reston gesagt, wir werden nach meiner Meinung eher diese Wende der sowjetischen Politik, die sich andeutet, erleben, und zwar Gott sei Dank, denn es ist unsere einzige Rettung. Sonst ist ganz Europa auf die Dauer verloren. Wenn man daran denkt, die Russen und die Chinesen gingen zusammen, was wollen wir armen Europäer dagegen machen? Ehe also Sowjetrußland diese Kehrtwendung machen wird, wird es zunächst einmal den Versuch unternehmen, Westeuropa an sich heranzuziehen, um stärker zu werden gegenüber Rotchina. Ich nehme an, in dieser Situation sind wir jetzt. Ich habe damals

26 In der Zeit vom 8. bis 17. September 1961 erschienen im „Le Figaro“ sieben bebilderte Artikel über die Arbeiten in der Sowjetunion mit dem Titel „La Sibérie Orientale, Asie des soviets, reportage de J. Jacquet-Francillon“.

27 Anastas Iwanowitsch Mikojan (1895–1978), 1955–1964 stv. Ministerpräsident, 1964–1965 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets Staatsoberhaupt. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 111 Anm. 3.

28 In der Vorlage: Bresten. – James Barrett Reston (1909–1995), amerikanischer Journalist; 1939–1941 Mitarbeiter der „New York Times“ in London, 1941–1974 in Washington (1968 Chefredakteur in New York, 1969–1974 Vizepräsident der New York Times Company), 1974–1987 freier Journalist. – Das Gespräch mit Reston fand am 16. Dezember 1961 statt. Vgl. ADENAUER: Teegespräche 1961–1963 S. 60–71; ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 137.

bei den Gesprächen mit Chruschtschow und Mikojan nicht daran gedacht, daß diese Entwicklung so schnell kommen werde. Ich habe vielmehr geglaubt, es würden noch zehn oder zwanzig Jahre darüber hinweggehen.

Diese Front Sowjetrußlands gegenüber Rotchina, die jetzt aufgebaut wird, ist viel schneller und früher gekommen. Aber das bringt uns zunächst keine Entlastung. Unsere Entlastung beruht nur auf der Einigkeit des Westens. Chruschtschow lebt davon – und jeder andere, der an seiner Stelle säße, hätte wohl die gleiche Hoffnung, die Chruschtschow überall verkündet hat –, daß eines Tages der kapitalistische Westen doch auseinanderfällt. Wenn das geschehen sollte, dann hat er allerdings bis auf weiteres gewonnenes Spiel. Das vornehmste Ziel unserer Politik ist und bleibt also nach meiner Meinung, die Einheit des Westens soweit wie möglich herbeizuführen. Das ist in großen Zügen die gegenwärtige Situation, wie sie mir erscheint. Sie sehen daraus, daß es eine ernste ist.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESPARTEI UND LANDESPARTEIEN

Lassen Sie mich nun zur Innenpolitik übergehen. In diesem Jahr finden vier Landtagswahlen bei uns statt, und zwar die erste am 8. Juli in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen umfaßt präter propter ein Drittel aller Wähler der Bundesrepublik. Am 23. September folgen die Wahlen in Schleswig-Holstein, dann kommen die Wahlen in Hessen und in Bayern. Das Ergebnis dieser Landtagswahlen wird maßgebend sein für den Verlauf der nächsten Bundestagswahl. Im Frühjahr des kommenden Jahres werden sich die Landtagswahlen von Niedersachsen und die Wahl von Berlin anschließen. Nun entsteht die Frage, haben wir unser Rüstzeug wirklich beisammen, um diese Landtagswahlen zu beginnen? Wir werden nachher einen Vortrag von Herrn Kraske darüber hören, der eine Analyse über die letzten Bundestagswahlen ausgearbeitet hat. Sie ist sehr interessant. Ich bin aber nicht in allen Punkten damit einverstanden, (*Röder*: Ich auch nicht!) namentlich nicht mit den Schlußfolgerungen. Ich bin da anderer Auffassung. Vor einiger Zeit war Herr Even, der Vorsitzende der Jungen Union, mit zwei seiner Herren bei mir.²⁹ Wir haben uns dabei sehr ausführlich über die Zukunft unserer Partei ausgesprochen. Interessant in dieser Wahlanalyse ist die Feststellung, daß Wähler, die an der ersten Bundestagswahl 1949 teilgenommen haben, jetzt nur noch zu einem Drittel oder Viertel gewählt haben. (*Even*: Ein Drittel, nicht mehr!)

Das ist für mich die eindrucksvollste Zahl gewesen. Wenn Sie zurückdenken, dann werden Sie sich erinnern, daß wir in den ersten Jahren unserer Tätigkeit völlig unter dem Leitgedanken der Abwehr gegen die Ideen des Nationalsozialismus standen, nämlich gegen die Diktatur, gegen die Unfreiheit usw. Das war unser tragender

²⁹ Antrittsbesuch des neuen Vorsitzenden der JU, Dr. Bert Even, am 12. Januar 1962 (TERMIN-KALENDER).

Leitgedanke. Und ich fürchte, daß das unsere heutige Jugend nicht mehr versteht, daß das die Lebensessenz für uns und unsere Partei ist. Sie versteht es deshalb nicht mehr, weil sie die Freiheit als etwas Selbstverständliches betrachtet, das man gar nicht zu verteidigen braucht. Auf diesem Gebiet werden wir also noch viel tun müssen, insbesondere in diesem Jahr mit seinen vier Landtagswahlen.

Nun kommen wir auf etwas, was in den letzten Tagen akuter geworden ist, nämlich die Frage „Dufhues“.³⁰ Lassen Sie mich sie ruhig so nennen. Ich möchte vorausschicken, an dem, was in der Presse stand, trage ich nicht die Verantwortung für einen einzigen Buchstaben. Ich habe nichts an die Presse gebracht. Herr Kollege Johnen war vor drei Wochen bei mir.³¹ (*Gradl*: Er war bei Ihnen?) Herr Gradl! Über Sie kommt noch ein Scherbengericht. Warten Sie ab! Vielleicht sagt Herr Johnen Ihnen das nachher selber am besten. Er kam im Auftrag von Ihnen, Herr Kollege Meyers, und hat auch mit Ihnen, Herr Krone, darüber gesprochen. Ich habe Herrn Dufhues wegen widriger Umstände – auch infolge meiner Grippe während der letzten 14 Tage – erst vorgestern sprechen können. Ich finde, die Vorschläge sind sehr gut. Man muß natürlich sehen, in welcher Form man das macht. Darüber wird wohl hier eine Aussprache sein. Ich habe gestern mit Herrn von Hassel darüber gesprochen. Er hat einen Gedanken entwickelt, der mir recht sympathisch war. Aber ich meine, wir sollten möglichst bald an die Arbeit gehen.

BUNDESPARTEITAG

Nun zum Parteitag! Es scheint so, als ob er nicht in Dortmund stattfinden kann.

Dufhues: Er kann nicht stattfinden in der Zeit vom 12. bis 15. Mai, wie er in Aussicht genommen worden war. Es findet in dieser Zeit eine große internationale Papierausstellung in Düsseldorf statt. Dafür sind heute schon sämtliche Hotels von Dortmund bis nach Frankfurt (Main) blockiert. Die Bestellungen sind leider nicht durch die Ausstellungsleitung in Düsseldorf vorgenommen worden, mit der man hätte sprechen können, sondern unmittelbar durch die Amerikaner, Japaner und sonstigen ausländischen Firmen. Es wird also kaum zu erreichen sein, daß die Amerikaner und Japaner die Hotels freigeben.

Es besteht aber die Möglichkeit, den Parteitag in Dortmund in der Zeit vom 2. bis 5. Juni durchzuführen. Diese Tage liegen für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen noch günstiger.

30 Dufhues war für den Posten eines Geschäftsführenden Vorsitzenden vorgesehen. Vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 714–716. – „Bonner Rundschau“ vom 6. Februar 1962 „Bundeskanzler billigt Parteireform der CDU. Wird Dufhues geschäftsführender Vorsitzender?“; FAZ vom 7. Februar 1962 „Dufhues soll Adenauer als Parteivorsitzenden entlasten“.

31 Am 16. Januar 1962 (TERMINKALENDER).

Adenauer: Ich wollte damit abschließen, daß wir darüber sprechen müssen, wann der Bundesparteitag stattfinden soll. Noch eines möchte ich betonen: Die Sozialdemokratie hält in Köln im Mai einen sehr großen Parteitag ab. Ob sie damals wegen der Hotelbestellungen usw. klüger waren als wir, weiß ich nicht. Nach dem Programm, das die Sozialdemokraten vorgesehen haben, wird das eine imposante und eindrucksvolle Sache werden, auch für die Landtagswahl. Wie weit die Sozialdemokraten gehen, sehen Sie an folgendem: Sie haben die Bischöfe, wenn ich recht unterrichtet bin, um Material ersucht, das sie ausstellen wollen über die katholische Arbeiterbewegung. Sie wollen eine große Ausstellung über die katholische Arbeiterbewegung machen und von den Bischöfen Material dafür haben, (*Krone:* Vom Zentral-Komitee der Katholiken Deutschlands!) oder vom Zentral-Komitee der Katholiken Deutschlands. Sie sehen also, daß dieser Parteitag der SPD eine große Kundgebung wird, die sehr gefährlich für uns werden kann. Darüber müssen Sie sich klar sein.

*Rehling*³²: Ich möchte darauf aufmerksam machen, Herr Bundeskanzler, daß die SPD-Zeitungen dazu übergehen, überall da, wo sie erscheinen, den evangelischen Pfarrern jeweils am Samstag eine Spalte für ein „Wort zum Sonntag“ zur Verfügung zu stellen. Dieses Anerbieten an die evangelischen Pfarrer, eine Andacht über einen Wochenspruch zu schreiben, gehört mit zu dem permanenten Wahlkampf der SPD. Sie sind jetzt an meinen Mann herangetreten. Wir haben bald 200.000 Einwohner in Hagen. Dort wollen sie eine Sondernummer herausgeben. Sie haben meinen Mann gebeten, die Sache vertraulich zu behandeln. Er soll einen Artikel schreiben über die Entwicklung der evangelischen Kirchengemeinde in Hagen. Es gehört einiges Geschick dazu, das von meinem Mann wegzubringen und irgendeinem anderen zuzuschancen. Das wäre doch für die die Masche, wenn mein Mann in der „Westfälischen Rundschau“ diesen Artikel schriebe. Wäre die „Westfalen-Post“ wach gewesen und eher gekommen – aber so ist keine Möglichkeit mehr, der „Westfalen-Post“ zu sagen, sage das und das, dann können wir sagen, nein. Man will den Artikel honorieren. Mein Mann will aber schreiben, er sähe sich nicht in der Lage, als Superintendent einen Artikel gegen Honorar zu schreiben. Er werde es an jemand anderes abgeben. (*Dufhues:* Er kann den Artikel als Mitglied des Kreisvorstandes der CDU schreiben.)

Adenauer: Das paßt in das gezeichnete Bild. Die Sozialdemokratie ist im Vormarsch in Gebieten, in denen sie früher keine Anhänger hatte. Ich meine damit in Schichten, nicht örtliche Gebiete, in denen sie früher keine Anhänger hatte, ohne nennenswert zu verlieren. Das ist eine sehr ernste Situation. Deshalb kann ich nur noch einmal wiederholen, die Landtagswahlen müssen auch von der Bundespartei aus mächtig unterstützt werden, damit wir da nicht scheitern.

32 Dr. Luise Rehling (1896–1964), 1949–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 76 Anm. 11.

Von Hassel: Dürfen wir zunächst nur über den Parteitag sprechen und über die Fragen, die damit zusammenhängen? Vielleicht kann Herr Dr. Kraske etwas über die Unterkunft, die Räumlichkeiten, den Termin usw. in Dortmund sagen.

Kraske: Die Hallenleitung in Dortmund hat uns zunächst eine Halle angeboten, die zu groß war und deshalb verkleinert werden mußte. Sie hat aber dann diese Zusage widerrufen und erklärt, diese Halle komme nicht in Frage. Die Halle, die sie nun zur Verfügung gestellt hat, bietet Platz für maximal 1.400 Personen, aber, wie ich glaube, eher für 1.200 bis 1.250. Zum Vergleich darf ich anführen, daß an dem Parteitag in Köln im vorigen Jahr im Durchschnitt täglich 1.850 Delegierte teilgenommen haben, dazu kamen 400 Gäste und Journalisten. Insgesamt waren es also 2.250 Personen.

Die Platzbeschränkung in der jetzt in Dortmund angebotenen Halle würde bedeuten, daß an unserem Parteitag außer den stimmberechtigten Delegierten und den Pressevertretern etwa nur 200 bis 250 Gäste oder nicht stimmberechtigte Delegierte teilnehmen könnten. Dabei ist zu sagen, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Mehrzahl der Mitglieder des Parteiausschusses und der Bundestagsfraktion nicht stimmberechtigte Delegierte sind, so daß diese 200 bis 250 eigentlich schon auf diese unmittelbar zur Partei gehörenden Teilnehmer entfallen und für die große Zahl der sonstigen aus den Kreisen der Landesverbände kommenden nicht stimmberechtigten Delegierten, die auf eigene Kosten am Parteitag teilnehmen wollen, kein Platz mehr wäre.

Alles in allem würde gegenüber dem zahlenmäßigen Umfang unserer Parteitage während der letzten acht Jahre eine Reduktion um etwa 30 bis 40 % nötig sein. Das ist also das Problem, über das man sich klar werden muß, wenn man die Halle in Dortmund benutzen will.

Meyers: Ich war vorher auch nicht dafür, daß der Parteitag in Nordrhein-Westfalen stattfinden soll. Wir haben ja hier die Kontroverse mit Herrn Albers deswegen gehabt.³³ In der Zwischenzeit hat sich aber die Situation geändert. Nachdem jetzt die großen Parteien ihren Parteitag in Nordrhein-Westfalen halten, wäre es ein Unglück für die Landtagswahl, wenn es hieße, die CDU ist nicht in der Lage, für ihren Parteitag eine Halle zu bekommen; denn die SPD hat sie ausmanövriert. Das wäre also psychologisch der unglücklichste Effekt, den wir erzielen könnten.

Nun ist es richtig, was Herr Kraske über die Zahlen gesagt hat. Trotzdem bin ich der Ansicht, es wäre vielleicht gar nicht übel, wenn wir einmal die Teilnehmerzahl von dem ständig herumstreunenden nicht stimmberechtigten Delegierten, die im Restaurant sitzen oder auch sonst viel Unruhe verursachen, auf ein Minimum reduzieren, um somit eine wirkliche Arbeitstagung mit einer geschlossenen Führung durchzuführen. Die letzten Parteitage haben teilweise darunter gelitten, daß wir in irrsinnig großen Hallen tagten, in denen zum großen Teil die Lautsprecheranlage nicht klappte, so daß viele Teilnehmer, insbesondere auch Journalisten, kaum etwas verstehen konnten. Infolgedessen gab es auch keine geschlossene und einheitliche

33 Vgl. Nr. 2 S. 94 f.

kampfesfreudige Stimmung. Diese müssen wir aber erzielen, wenn wir Schwung in den Parteitag bringen wollen.

Auch der Umstand, daß wir diesen Parteitag zeitlich etwas näher an die Landtagswahl heranbringen, wäre ein Vorteil. Wir könnten dann in einem Resümee zu den Parteitagen der anderen Parteien Stellung nehmen und sagen: Das hat die FDP gemacht und das hat die SPD gemacht. Wir könnten also unsere ganze Taktik darauf abstellen. Außerdem wären wir die Sorge los, daß ein verfrühter Parteitag hinsichtlich der Landtagswahlen verpufft. Wir könnten die gesammelte Kraft der Bundes-CDU einsetzen. Wir sollten also alles daransetzen, nachdem es soweit gediehen ist, um auch hier zum Zuge zu kommen. Ich würde deshalb vorschlagen, den Parteitag vom 2. bis 5. Juni in Dortmund abzuhalten, selbst wenn es in die Pfingstwoche hineingeht. Wir müssen von den Mitgliedern verlangen, wenn wir überhaupt die Partei straffen wollen, daß sie dieses Opfer bringen.

Dufhues: Es stehen ausreichende Nebenräume zur Verfügung sowohl für den Bundesvorstand wie für den Parteiausschuß, auch genügend Arbeitsräume für die Journalisten. In den Kellergeschossen ist auch genügend Platz für alle möglichen technischen Apparaturen. Die einzige Frage ist die der Unterbringung der Parteitagsteilnehmer. Ich schätze die Zahl der unterzubringenden Teilnehmer auf etwa 1.300. Ich habe mir die beiden Säle – wovon der größere nicht zur Verfügung steht – angesehen, und ich muß sagen, ich würde dringend raten, den kleineren Saal zu nehmen. Dann kann zwar ein Teil unseres Fußvolkes nicht teilnehmen, aber wir bekommen einen Saal, der eine gewisse Wärme und Atmosphäre ausströmt, der mit Holz – nicht mit Beton und Zement – ausgestattet ist und in den auch ein Bodenbelag hineingelegt wird. Der Saal hat eine ausgezeichnete Akustik. Jeder, der Versammlungen abhält, weiß, daß man mit einem solchen Saal die Masse beeinflussen kann, wenn man überhaupt das Instrument der Massenbeeinflussung beherrscht. In großen Hallen jedoch geht diese Wirkung und damit die Konzentration, die ein Parteitag braucht, verloren. Deshalb neige ich dazu, trotz der Bedenken, die sich hier ergeben könnten, diese Möglichkeit ins Auge zu fassen. Ich muß darauf hinweisen, daß wir nicht die Möglichkeit haben, dort 2.000 Menschen unterzubringen. Diese Frage muß vom Bundesvorstand entschieden werden. Um der Intensität des Verhandlungsablaufes und der Beherrschung dieses Parteitages scheint mir die Wahl eines derartigen Raumes sinnvoller als eines großen Saales zu sein.

Adenauer: Zunächst darf ich Ihnen der Vollständigkeit halber mitteilen, daß Herr Blumenfeld bittet, den Parteitag in Hamburg abzuhalten. (*Röder:* Mit Herrn Bucerius!) Wir wollen jetzt nicht abweichen. Das ist ein ernstes Thema. Ich glaube, wir müssen den Parteitag in Nordrhein-Westfalen abhalten. (*Mehrere Zurufe:* Ja!) Es kommt noch Wiesbaden in Frage. Wir sollten aber noch genügend Zeit vor der Wahl lassen. Wir wollen auch auf dem Parteitag eine Antwort auf den sozialdemokratischen Parteitag in Köln geben. Ich habe wegen dieses SPD-Parteitages in Köln wirklich Sorgen. Wenn wir aber wollen, daß der Parteitag erstens in Nordrhein-Westfalen und zweitens vor den Landtagswahlen stattfinden soll, dann können wir gar nicht anders, als den

Vorschlag zu akzeptieren, wie er eben unterbreitet worden ist. Es bleibt uns ja nichts anderes übrig. Wir können nicht warten bis nach Pfingsten. Man muß eben aus allen Blüten Honig saugen.

Sie haben von der Wärme und der Atmosphäre gesprochen. Das ist richtig. Und es ist gut, wenn die Wärme auf die Journalisten, auf den Rundfunk und das Fernsehen ausstrahlt. Auf der anderen Seite werden Sie dann auch Kommentare bei der SPD lesen: Wir haben unseren Parteitag in Köln, aber seht, wohin die CDU sich zurückgezogen hat, in einen Saal, der nur soundsoviel Menschen faßt. – Das ist also eine sehr schwere Entscheidung. (*Schröder übergibt dem Bundeskanzler ein Schreiben.*) Entschuldigen Sie bitte einen Augenblick. Es ist eine sehr wichtige außenpolitische Entscheidung zu treffen. – (*Burgbacher:* Wäre es nicht möglich, anläßlich des Parteitages eine große öffentliche Versammlung durchzuführen?) Das nehme ich ohne weiteres an. (*Meyers:* In der großen Westfalenhalle!) Es ist die Frage, ob wir die kriegen. (*Dufhues:* Sie ist nur Samstag besetzt durch eine Boxveranstaltung. Aber sonntags, montags und dienstags ist die Halle frei. Es ist vielleicht gut, wenn wir am Schluß diese Veranstaltung durchführen.) Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Wenn wir eine große Schlußkundgebung in der großen Westfalenhalle abhalten können, dann können wir für den Parteitag ruhig einen kleinen Saal nehmen. Das ist meine Meinung. (*Dufhues:* Das würde bedeuten, einen Betrag von etwa DM 150.000,- zur Verfügung zu stellen für die Massenkundgebung.)

Ich möchte folgendes sagen: Ich habe eben in meinem Rechenschaftsbericht nichts über die Finanzen der Partei gesagt, weil ich mich schäme. Ich habe keinen anderen Ausdruck dafür. Ich schäme mich, daß eine so große Partei, die jetzt zwölf Jahre lang die Verantwortung hat, finanziell derart schlecht gestellt ist, wie wir gestellt sind. Aber das nur nebenbei! Es gibt ein altes Sprichwort; Herr Burgbacher, Sie sind Schatzmeister, ich weiß nicht, ob Sie das kennen: Wenn der Teufel den Tubak holt, dann kann er auch die Pief holle. (*Heiterkeit.*)

*Stoltenberg*³⁴: Herr Bundeskanzler, Sie sollten etwas über die Frage der Führungsprobleme sagen, um die Diskussion im Bundesvorstand vorzubereiten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dazu etwas Ergänzendes sagen könnten.

Adenauer: Können wir dann das Thema Parteitag abschließen? (*Dufhues:* Die Freiheit müssen wir haben, den Parteitag entweder vom 2. bis 5. oder vom 3. bis 6. Juni abzuhalten.) Sind Sie damit einverstanden, daß wir diese Freiheit lassen und die Schlußkundgebung in der großen Halle machen? (*Zurufe:* Ja!)

Kraske: Ich würde vorschlagen, den Parteitag nur am Wochenende, nicht aber mitten in der Woche abzuhalten.

Adenauer: Das wollen wir den Herren überlassen. Damit können wir dieses Thema des Bundesparteitages in Dortmund als erledigt betrachten.

34 Dr. Gerhard Stoltenberg (geb. 1928), 1955–1961 Vorsitzender der JU, 1957–1971 und 1983–1998 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 50 Anm. 12. Memoiren: Wendepunkte – Stationen deutscher Politik 1947–1990. Berlin 1997.

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSITZENDER

Herr Stoltenberg wünscht mit Recht, über das Führungsproblem etwas zu hören. Ich möchte aber lieber, daß andere für mich sprechen. Ich kann nur sagen, daß ich in den Gesprächen mit Herrn Johnen und Herrn Dufhues übereingestimmt habe. Es wäre mir lieber, von Herrn Krone etwas darüber zu hören.

Krone: Ich vertrete die Meinung, daß Überlegungen, wie sie in den „Ruhr-Nachrichten“ standen, auf dem Parteitag in Dortmund einen neuen Parteivorsitzenden zu wählen, der nicht mehr Konrad Adenauer heißt, falsch und politisch töricht sind.³⁵ Das kann überhaupt nicht in Frage kommen. Dieser Artikel ist nicht geschrieben worden im Einvernehmen mit Herrn Kollegen Dufhues, (*Dufhues:* Ich habe nichts davon gewußt!) sondern geschrieben worden von Herrn Schmelzer³⁶, der so etwas gehört hat, wie er sagt. Woher er das gehört haben will, das weiß ich nicht. Auf der anderen Seite überlegt der Bundeskanzler auch in Gesprächen, was er selber tun soll. Wir sollten uns von der Partei aus auf diese Dinge vorbereiten.

Nun kommt ein Zweites hinzu, daß nämlich auch in den Kreisen der Partei Dinge hochgekommen sind – ich will keine Namen nennen –, schon im Mai diese Frage des neuen Parteivorsitzenden zu lösen. Diese Frage muß m.E. mit dem Parteivorsitzenden, dem Herrn Bundeskanzler, besprochen und gelöst werden. Das ist das eine.

Das Zweite ist folgendes: In Nordrhein-Westfalen sind Gespräche geführt worden, von denen Herr Kollege Johnen dem Herrn Bundeskanzler Mitteilung gemacht hat. Wie ich höre, will er es selber sagen. Ich nehme nichts vorweg, wenn ich sage, sie laufen dahin, daß aus Nordrhein-Westfalen der neue Parteivorsitzende kommen soll, also aus dem größten Land der Bundesrepublik. Sie laufen weiter dahin, daß der jetzige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Dufhues, in Zukunft kein Ministeramt annehmen soll. (*Adenauer:* In Nordrhein-Westfalen!) Die Überlegungen gehen dahin, daß man Herrn Dufhues schon jetzt mit diesen Funktionen betrauen soll, um es dann durch den Parteitag in Dortmund zu realisieren mit einem Beschluß. Wie die Aussichten sind, darüber kann noch nichts gesagt werden. Es sind Überlegungen, die wir jetzt hier anstellen müssen. Auszuscheiden scheint mir der Gedanke eines Generalsekretärs, soweit ich das sehe. Das ist ein Wort, das nicht in unsere Gedankenwelt paßt. Das Wort „Generalsekretär“ gehört zur romanischen Gedankenwelt. Ich denke z. B. an Herrn Fanfani. Aber das paßt nicht in unsere Gedankenwelt.

Die Überlegungen von Herrn Barzel halte ich für falsch. Ich habe das Herrn Barzel auch sehr deutlich gesagt. Es geht also darauf hinaus, daß man auf dem Parteitag in Dortmund neben den vier stellvertretenden Vorsitzenden einen weiteren Vorsitzenden beauftragt, der gewisse vorbereitende Arbeiten leisten soll. Hier gibt es noch Spannungen hinsichtlich der Funktionen der vier stellvertretenden Vorsitzenden.

35 „Ruhr-Nachrichten“ vom 7. Februar 1962 „In Vorsorge“.

36 Robert Schmelzer (1914–1996), 1950 bis 1967 Chefredakteur der „Ruhr-Nachrichten“, 1967–1979 der „Frankfurter Neuen Presse“, 1980–1987 Herausgeber der „Westfalenpost“.

Sie sind noch nicht überlegt worden im Kreise eines Gremiums, auch noch nicht mit den Landesvorsitzenden. Ich kann mir denken, daß es einige Überlegungen und Spannungen in den norddeutschen Landesverbänden gibt. Die müssen mal besprochen werden. Aber ich möchte annehmen, daß wir eine Form finden können, die die Wünsche erfüllt, die Partei zu aktivieren und jemanden mit dieser Aufgabe zu beauftragen.

Adenauer: Darf ich einige Ergänzungen machen. Wir hatten früher drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder, die Herren Meyers, Kiesinger und Wuermeling. (*Meyers:* Ich bin für Herrn Wuermeling gekommen. Schröder, Kiesinger und ich waren es zuletzt.) Also wir hatten drei. Dann haben wir in Karlsruhe eine Änderung vorgenommen und einen engeren Vorstand gewählt, der jetzt hier versammelt ist und aus 24 Mitgliedern besteht.³⁷ Man hatte damals in Karlsruhe gleichzeitig diesen engeren Vorstand in kleinere Gruppen aufgeteilt. Diese kleineren Gruppen sollen sich verschiedenen Aufgaben widmen, z. B. den Frauenfragen, den Arbeitnehmerfragen usw. Das war alles gut geplant, aber es ist dann später unter den Tisch gefallen und nicht mehr weiter davon gesprochen worden.

Wir haben also jetzt folgende Situation: den 1. Vorsitzenden, vier Stellvertreter, und zwar Meyers, Blank, Krone und von Hassel, dann kommen die übrigen Herren, die hier zum größten Teil anwesend sind. Ich kann nicht sagen, daß sich diese Organisation bewährt hat. Von den stellvertretenden Vorsitzenden – ich bitte sowohl Herrn Krone wie auch Herrn Blank, mir das nicht übel zu nehmen; Herr Gerstenmaier ist nicht anwesend, ich brauche ihn also nicht zu bitten – hat sich der Sache in besonderem Maße eigentlich nur Herr von Hassel gewidmet. Die anderen Herren konnten es einfach nicht. Herr Blank hat ein sehr großes und wichtiges Bundesministerium zu verwalten. Herr Krone war Vorsitzender dieser großen Bundestagsfraktion und hatte als solcher weiß Gott mehr als genug zu tun. Herr von Hassel hat sehr fleißig mitgearbeitet. Daß der Vorsitzende, wenn er Bundeskanzler ist, überhaupt ausfällt, namentlich in dieser Zeit, abgesehen von ganz wichtigen Entscheidungen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Nun unterscheide ich mich in einem vom Vortrag des Herrn Krone. Ich halte es für notwendig, daß eine sehr oft in Bonn anwesende Persönlichkeit sich mit einem sehr erheblichen Teil ihrer Arbeitskraft den Dingen der Partei widmet. Nun kam Herr Johnen zu mir und sagte – ich darf das wohl wiedergeben, Herr Johnen –, daß eine Vereinbarung getroffen sei zwischen den Herren Meyers und Dufhues, wonach Herr Meyers – wenn die CDU im nächsten nordrhein-westfälischen Kabinett den Ministerpräsidenten stellen wird – Ministerpräsident werden solle. Herr Dufhues werde aber dem Kabinett nicht angehören, so daß die Arbeitskraft des Herrn Dufhues zu einem erheblichen Teil frei sei. Herr Dufhues hatte vorher einmal mit dem Herrn

37 Ihm gehörten an der Vorsitzende und seine Stellvertreter sowie 16 weitere vom Vorstand ausgewählte Mitglieder (vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 199).

Kollegen Krone darüber gesprochen und ihm gesagt, daß er an der Arbeit für die Partei interessiert sei.

Worin unterscheide ich mich nun von dem, was Herr Krone gesagt hat? Ich sage das in aller Offenheit. Ich bin nicht der Auffassung, daß Herr Dufhues, wenn er jetzt diesen Auftrag bekommt, damit auch gewählt ist als mein Nachfolger! (*Bewegung. – Dufhues:* Das ist ein Mißverständnis, Herr Bundeskanzler, daß das damit verbunden sein soll.) Herr Krone! Sie haben das doch eben gesagt! Es liegt mir daran, das zu klären. (*Krone:* Ich habe das abgewertet, was man über Herrn Dufhues gesagt hat. – *Dufhues:* Ich habe ausdrücklich gesagt, darum geht es nicht.) Lassen Sie mich fortfahren. Das wird nach meiner Meinung davon abhängig sein, wie sich Herr Dufhues, falls er den Auftrag bekommt, bewähren wird. (*Dufhues:* Das ist absolut richtig.)

Ich habe gestern mit Herrn von Hassel gesprochen und ihm gesagt, die Frage, wer mein Nachfolger wird, kann ich weder mit Ja noch mit Nein beantworten. Das wird davon abhängig, wie sich Herr Dufhues entwickelt. Ich möchte betonen, daß weder Herr Johnen noch Herr Dufhues in den Gesprächen, die wir gehabt haben, das irgendwie haben durchklingen lassen. Das einzige, was Herr Johnen sagte, war folgendes: Nordrhein-Westfalen glaubt, weil es ein Drittel der gesamten Wähler der Bundesrepublik umfaßt, einen gewissen Anspruch auf dieses Amt zu haben.

Wann ich ausscheiden werde als Vorsitzender der Partei, das kann ich Ihnen jetzt mit dem besten Willen nicht sagen. Das mache ich abhängig von der ganzen Konstellation der Partei, vor allem von dem Interesse der Partei. Ich sage mir aber ebenso offen, daß, wenn ich jetzt als Vorsitzender der Partei ausscheide, dies für die Partei nicht werbend wirken würde. Ich will mich damit sehr vorsichtig ausdrücken. Da bei der Wahl eines Nachfolgers auch gewisse Strömungen sichtbar werden, sollte man an die Wahl eines Nachfolgers eigentlich nur denken in einer parteipolitisch relativ ruhigen Epoche, das heißt, wenn man einige Wahlen gewonnen hat, nicht vorher, weil man sonst alles durcheinander wirft. Das also möchte ich, Herr Stoltenberg, auf Ihre Anregung noch hinzufügen.

Von Brentano: Ich möchte die Gelegenheit zu einer Frage benutzen, die niemand mißverstehen wird, aber eine Frage, der man tatsächlich begegnen soll. Man sagte mir, daß dem Vorschlag, den wir in der Zeitung gelesen haben, Gespräche vorangegangen seien zwischen Herrn Scheufelen und Herrn Horten³⁸, einem Mitglied der FDP, der den Wahlkampf der FDP mitfinanziert hat. Ich stelle die Frage, ob diese Information richtig ist. (*Burgbacher:* Strauß und Mende wissen davon, aber wir nicht.)

Adenauer: Herr von Brentano hat mich das gestern auch gefragt. Es handelt sich nicht um die Frage Strauß : Mende, die damals eine Rolle gespielt hat³⁹,

38 Helmut Horten (1909–1987), Unternehmer; Gründer der Helmut Horten GmbH, 1947–1948 Inhaftierung im Internierungslager Recklinghausen.

39 Mende und Strauß hatten sich am 10. Juli und am 18. September 1961 im Hause Hortens getroffen (vgl. FDP-Bundesvorstand S. 71 Anm. 8 und S. 130 Anm. 179).

sondern darum, ob bei dem Vorschlag Dufhues der Herr Horten mitgewirkt hat. (*Von Brentano*: Ich weiß authentisch, daß darüber Gespräche zwischen Scheufelen und Horten stattgefunden haben. – *Johnen*: Was zwischen Scheufelen und Horten ist, weiß ich nicht. Ich habe nie gewußt, daß die sich kennen.)

Dufhues: Herr von Brentano, Sie können völlig ruhig sein. Nach dieser etwas merkwürdigen Unterhaltung im Hause Horten rief mich Herr Scheufelen eines Tages an, (*von Brentano*: Neuerdings?) vor etwa drei Wochen. (*Von Brentano*: Das waren Strauß, Mende und Scheufelen!) Das kann ich nicht sagen. Ich weiß nur das, was Sie auch wissen. Horten fühlte sich in einer sehr unglücklichen Situation und erklärte, er sei gern bereit, mit seinen Mitteln die Einrichtungen und Aufgaben der CDU zu unterstützen. Aber er habe den Eindruck, daß er dadurch, weil er sein Haus zur Verfügung gestellt habe, Persona ingratis bei der CDU geworden sei. Das könne sich nachteilig auswirken in seiner Bereitschaft, die Arbeit der CDU da und dort zu fördern – was er unstreitig getan hat. Er fragte, ob ich bereit sei, um diesen Komplex zu beseitigen, einer Einladung in das Haus Horten, und zwar mit Herrn Scheufelen zusammen, zu folgen. An dem Gespräch haben noch zwei Leute teilgenommen. Da ging es ausschließlich darum, daß diese Dinge vom Standpunkt des Herrn Horten aus bereinigt wurden. Das war also Gegenstand dieses Gespräches, das jetzt in völlig anderer Form kolportiert wird.

Krone: Es ist gut, daß Herr von Brentano diese Frage gestellt hat. Sie ist notwendigerweise gestellt worden, denn bei unseren Überlegungen und einem späteren Beschluß wäre das eine schwere Kritik gewesen. Das muß also ganz deutlich gesagt werden. Herr Horten soll gesagt haben, er sei immer für den Bundeskanzler. (*Adenauer*: Ich kenne Herrn Horten nicht.) Ich habe auch nicht die Absicht, Herrn Scheufelen zu nennen. Herr Scheufelen gehört zu denen, die auf alle Fälle in Dortmund einen neuen Parteivorsitzenden in der Person des Herrn Dufhues gewählt wissen wollen. Aus diesem ganzen Zusammenhang sind nun irreführende Informationen entstanden. (*Dufhues*: Dann hätte man mich doch nicht zu verdächtigen brauchen, sondern anrufen und fragen können. Warum haben Sie mich nicht angerufen?) Herr Dufhues, ich habe keinen Verdacht gehabt. (*Von Brentano*: Ich habe das gestern gehört und den Herrn Bundeskanzler gefragt. Dasselbe habe ich auch hier noch einmal gefragt. – *Johnen*: Ich habe das jetzt erst gehört. – *Von Brentano*: Man sollte auch Herrn Scheufelen fragen, bevor wir in das Plenum des Bundesvorstandes gehen. – *Anhaltende Unruhe und Bewegung*. – *Dufhues*: Die Einladung Scheufelens – das ist der Sinn des Geschäftes gewesen; denn ich kann nicht in der reinen Sphäre der Politik leben, ich muß auch für Geld sorgen. – *Anhaltende Unruhe*.)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Nun wollen wir die Sache endlich regeln. Ich darf feststellen, daß auf diesen von Nordrhein-Westfalen ausgehenden Vorschlag, der Herr Johnen mir im Namen der drei Herren mitgeteilt hat, (*Johnen*: Des Landesvorstandes!) Herr Horten nicht den geringsten Einfluß gehabt hat. (*Zuruf*: Herr Scheufelen!) Dann müssen wir Herrn Scheufelen fragen.

Erhard: Herr Scheufelen hat mir bereits im September vorigen Jahres in einem

ganz anderen Zusammenhang gesagt, daß die Vorstände der Landesverbände die Frage bereits diskutiert hätten und daß seinerzeit schon im September der Name Dufhues auf den Schild gehoben worden sei. Herr Scheufelen hat das schon als seine Meinung vor irgendwelchen anderen Zusammenkünften zum Ausdruck gebracht. Das muß ich zur Ehrenrettung von Herrn Dufhues sagen.

Adenauer: Können wir jetzt die Horten-Sache abschließen?

Even: Wir können nicht auf der Grundlage eines dubiosen Gerüchts, wie hier verfahren worden ist, diese wichtige Frage der Kräftigung unserer Parteiführung behandeln. Ich bin Herrn Erhard dafür dankbar, daß er darauf hingewiesen hat, daß diese Gespräche schon seit Monaten im Gange sind. Ich weiß auch, daß bereits im vorigen Herbst Überlegungen stattgefunden haben, wie man den wachsenden Forderungen, die auf unsere Partei zukommen, gewachsen sein könne. Wir stehen dabei vor der sachlichen Notwendigkeit, daß sich die Partei den immer größer werdenden Schwierigkeiten anpassen muß. Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzler sind ein weiteres Argument dafür, daß wir mit besonderen Schwierigkeiten in der Außenpolitik und in der Innenpolitik sowie in den Auseinandersetzungen mit den Parteien werden rechnen müssen.

Wir werden aber nicht nur einen verschärften Kampf gegen die SPD und die FDP zu führen haben, sondern es wird auch dringend erforderlich sein, daß die CDU in sich viel geschlossener als bisher sein muß, insbesondere was die Koordinierung von Bund und Ländern anbetrifft, damit wir Ereignisse, wie sie sich in dem Fernsehstreit entwickelt haben, nicht noch einmal erleben. Ich erinnere an die Frage der Notstandsgesetzgebung, an die Probleme des neuen Finanzausgleiches, alles Fragen, die unter Umständen wieder die föderalistische Struktur unserer Partei berühren.

Wir haben auf der anderen Seite gehört, daß die bisherige Konstruktion der Parteispitze diesen wachsenden Belastungen wahrscheinlich nicht gewachsen sein wird. Das gilt sowohl für den Herrn Bundeskanzler wie auch für die vier stellvertretenden Vorsitzenden. Es ist nach meiner Meinung unzumutbar, daß die Herren alle diese Aufgaben in die Hand nehmen, die uns in den nächsten Monaten und Jahren gestellt werden. Deshalb bin ich der Meinung, daß eine Persönlichkeit, die weitestgehend von öffentlichen Ämtern freigestellt ist, mit dieser Aufgabe betraut werden soll.

Ich darf offen sagen, daß sich der Deutschlandrat der Jungen Union in seiner Sitzung zu Berlin⁴⁰ in einer vertraulichen Abstimmung dazu geäußert hat. Es wird auch auf der ganzen Basis unseres Parteivolkes auf dem Parteitag eine derartige Reform der Parteispitze erwartet. Ich glaube auch, daß es zur besseren Attraktivität der Union beitrüge und daß die Strahlungskraft der Union auf Wählerschichten, die wir vor einigen Monaten verloren haben, positiv wirken würde, wenn wir in der Parteispitze eine solche Kräftigung der Partei vornähmen. Daß dies natürlich nur ein Punkt sein

⁴⁰ Am 20./21. Januar 1962. Protokoll nicht vorhanden; Zeitungsausschnitte in ACDP IV-007-044/3.

kann, sei am Rande vermerkt. Daß weitere Maßnahmen folgen müssen, scheint mir für alle Beteiligten klar zu sein.

Wir sollten uns darauf konzentrieren, daß wir in der Tat so etwas wie einen geschäftsführenden Vorsitzenden benötigen. Ich meine aber, daß dieser geschäftsführende Vorsitzende nur unter folgenden Voraussetzungen tätig sein kann:

1. daß man ihm die nötigen Vollmachten gibt, um tatsächlich auch – beispielsweise bei der Verhinderung des 1. Vorsitzenden – den Bundesvorstand einzuberufen und auch die Sitzung durchführen zu können;
2. muß er in der Lage sein, nach Abstimmung mit den führenden Leuten der Partei, Erklärungen für die Partei abzugeben, wodurch das Gewicht der CDU in der parteipolitischen Auseinandersetzung etwas stärker zum Ausdruck kommt, als das im Augenblick geschehen kann wegen der Personalunion des Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden. Der Bundeskanzler muß in seiner Eigenschaft als Kanzler anders sprechen, als er als Parteivorsitzender sprechen könnte;
3. müßten diese ganzen Funktionen in der Satzung verankert werden. Ich warne davor, nur eine Absprache zu treffen und zu sagen, jetzt soll der Herr Dufhues das mal machen. Wenn wir wirklich auf breiter Linie einen Effekt erreichen wollen, dann müssen wir diese Sache in der Satzung festlegen, weil es sonst zu Reibereien kommen wird, insbesondere auch im Verhältnis dieses geschäftsführenden Vorsitzenden zu den stellvertretenden Vorsitzenden. Und das sollte man von vornherein ausschließen. Wir sollten uns also im Grundsatz darauf einigen und uns darüber unterhalten, wie man zweckmäßigerweise diese Angelegenheit durch eine Satzungsänderung oder Satzungsergänzung regeln kann.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist schon 11 Uhr vorbei. Der übrige Teil des Bundesvorstandes ist schon drüben versammelt.

*Dichtel*⁴¹: Es ist von Herrn Scheufelen gesprochen worden. Man muß mindestens ihn einmal selber hören. Ich bin der Meinung, daß die Darstellung in der Form, wie sie hier gegeben worden ist, nicht zutrifft. Der Herr Bundeswirtschaftsminister hat bereits darauf hingewiesen, daß in verschiedenen Landesverbänden im Herbst des vergangenen Jahres diese Angelegenheit besprochen worden sei. Es ging darum, wie die Parteiarbeit aktiviert werden kann. Zu den Landesverbänden, die eine Aktivierung unserer Parteiarbeit wünschen, gehört auch Baden-Württemberg, Herr Bundeskanzler. Deswegen möchte ich Ihnen in jeder Form, die tragbar ist, eine Entlastung geben, ohne Sie irgendwie im geringsten zu beeinträchtigen. Es muß eine Form sein, die zu einer Aktivierung der Parteiarbeit führt. Es ist keine Spitze gegen den Herrn Bundeskanzler, aber es ist offensichtlich, Sie können nicht die Arbeit, die früher von einigen Herren geleistet wurde, alleine leisten. Diese stellvertretenden Vorsitzenden dürfen nicht weiter nur eine Dekoration sein. Wir haben Dekoration genug. Ich bin der Meinung, bestimmte Herren können diese Tätigkeit nicht ausüben, wenn sie durch

41 Anton Dichtel (1901–1978), 1948–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden. Vgl. PROTOKOLLE I S. 4 Anm. 18.

andere Ämter belastet werden. Wir benötigen also nicht eine Bonner Dekorationsfigur, sondern einen Mann, der in der Lage ist, die Arbeit zu machen.

Es wäre gegen Herrn Dufhues nichts einzuwenden. Aber die Begründung, mit der heute hier operiert worden ist, möchte ich in aller Freundschaft zurückweisen. Natürlich wissen wir als kleine Leute, was sich Nordrhein-Westfalen gegenüber gehört; aber zu sagen, wir haben ein Drittel der Wähler, infolgedessen ist es ein ungeschriebenes Gesetz, diesen Mann zu stellen, das können wir in dieser Formulierung jedenfalls nicht akzeptieren. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Herr Dufhues! Das geht nicht gegen Sie, aber wir wollen von vornherein klare Verhältnisse schaffen.

Adenauer: Ich stimme mit Ihren Ausführungen überein, Herr Dichtel. Ich erblicke auch keine Beeinträchtigung darin, sondern im Gegenteil, ich freue mich darüber, wenn die Spitze verstärkt wird. Ich habe bereits ausgeführt, die Wahl im Jahre 1965 kann entscheidend werden für das Schicksal der gesamten CDU. Deshalb können wir nicht früh genug anfangen.

Von Hassel: Ich habe gestern abend dem Herrn Bundeskanzler gesagt, daß nach meinem Dafürhalten der Nachfolger des Bundesparteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer ein Katholik sein müsse. Das möchte ich als Evangelischer von vornherein sagen. Ich nehme an, daß in dieser Richtung auch die Überlegungen von evangelischer Seite ausgehen. Das möchte ich sagen, damit es nicht falsch ausgelegt wird. (*Unruhe und Bewegung*.) Zweitens möchte ich Herrn Dichtel sagen, unter uns sind – ich habe einmal gezählt – acht Herren, die sich seinerzeit in der Landesvorsitzendenkonferenz um die Aktivierung der Parteiarbeit bemüht haben⁴², und zwar aus den gleichen Gründen, wie sie eben Herr Dichtel dargelegt hat. Wir haben uns damals bemüht, eine klare Kompetenzverteilung vorzunehmen, um diese Angelegenheit, von der insbesondere auch Herr Dr. Even gesprochen hat, in der Satzung oder in der Geschäftsordnung zu regeln. Wir haben damals gesagt: der Bundesvorsitzende, der erste Stellvertreter, der zweite Stellvertreter usw. Dann haben wir uns in Berlin am Tage nach der Bundespräsidentenwahl⁴³ von diesem Konzept wieder gelöst und zurückgefunden zu den Vorschlägen, die dann in Karlsruhe angenommen worden sind.

Die Aktivierung der Parteiarbeit setzt voraus, daß eine klare Kompetenzverteilung vorgenommen wird. Wir sind als stellvertretende Vorsitzende bisher tätig gewesen, so gut es eben ging. Die Frage muß aber geklärt werden, sonst hat die ganze Konstruktion keinen Zweck. Der neue Mann muß also mit Vollmachten ausgestattet werden. Ob das Herr Dufhues, Herr X, Y oder Z ist, das ist völlig gleichgültig. Er muß also diese Vollmachten haben, sonst werde ich mich persönlich gegen eine solche Lösung

⁴² Landesvorsitzenden-Konferenzen fanden statt am 22. Januar, am 5. März, am 23. April, am 2. Juli (Berlin) und am 3. September 1959. Protokolle in ACDP VII-004-034/1. – Bei der Sitzung am 2. Juli 1959 in Berlin gaben Blumenfeld und Dufhues zu bedenken, es sei fraglich, ob Adenauer 1961 noch Parteivorsitzender sei. Vgl. „Der Spiegel“, Nr. 30 vom 22. Juli 1959, S. 19. Im Protokoll vom 2. Juli ist nur nachweisbar, daß sich Dufhues gegen eine Verbindung von Kanzleramt und Parteivorsitz ausspricht.

⁴³ Am 1. Juli 1959.

wehren, weil ich glaube, daß wir dann nicht von der Stelle kommen werden. Diese Vollmachten sind also die Voraussetzung dafür, daß das neue Amt funktioniert.

Ich darf noch hinzufügen, man sollte dieses ganze Thema vielleicht nicht so sehr im Bundesvorstand erörtern, sondern mit den Landesvorsitzenden besprechen. Denn die Landesvorsitzenden werden in ihren Landesverbänden gefragt, was denn für den Parteitag in Dortmund beabsichtigt sei. Man kann also diese Frage am besten mit den Landesvorsitzenden, wie wir es auch früher gemacht haben, besprechen.

Wir haben damals die Konferenz der Landesvorsitzenden bewußt nicht weitergeführt, um nicht den Eindruck zu erwecken, neben dem Bundesvorstand gäbe es noch ein anderes Gremium. Aber, Herr Bundeskanzler, ich habe Ihnen mehrfach vorgetragen, innerhalb der Landesvorsitzendenkonferenz fühlt man sich absolut bundesverantwortlich. Wir haben uns dort kennengelernt und die anstehenden Fragen eigentlich immer in glänzender Weise gelöst. Man sollte also diese Landesvorsitzenden beauftragen, gesondert über dieses Thema nachzudenken. Ich möchte nicht, daß wir etwas Neues erfinden, wenn wir nicht von vornherein die Dinge ganz durchdenken; d. h., es müssen klare Kompetenzen auch in der Verantwortlichkeit geschaffen werden. Dann weiß jeder, was er zu tun hat.

Wir sollten also einmal die Landesvorsitzenden zusammenkommen lassen, ob unter Ihrem Vorsitz oder unter dem Vorsitz eines Stellvertreters, das ist gleichgültig. Wir sollten dieses Thema dort wieder einmal anknüpfen, wo wir im Sommer 1959 stehengeblieben sind. Ich bin der Meinung, daß wir dann sehr schnell eine plausible Lösung finden werden. Wir kommen ja vor dem Parteitag in Dortmund noch einmal zusammen, um dann die Dinge endgültig zu besprechen.

Von Brentano: Ich habe mich inzwischen mit Herrn Scheufelen unterhalten. Er hat mir bestätigt, daß diese Gespräche im Hause Horten stattgefunden haben, daß aber mit keinem Wort über die Frage „Dufhues“ gesprochen worden ist.

Interessant ist nur, daß diese Mitteilung, die nicht nur ich bekommen habe, aus Düsseldorf kommt und wahrscheinlich aus ähnlichen Gründen verbreitet wird wie die Erklärung, die Herr Weyer⁴⁴ abgegeben hat. (*Burgbacher:* Dieselbe Quelle!)

*Schmücker*⁴⁵: Wir dürfen die Entscheidung nicht an eine Vorbedingung knüpfen. Eine Vorbedingung, die gestellt worden ist, haben Sie, Herr Bundeskanzler, zerstreut, indem Sie erklärten, daß damit die Frage des Nachfolgers nicht angeschnitten werde. Nordrhein-Westfalen tut sich einen schlechten Dienst, wenn es das sagt. (*Even:* Das

44 Willi Weyer (1917–1987), 1950–1954 und 1958–1975 MdL NW (FDP), 1956–1972 FDP-Landesvorsitzender, 1962–1975 Innenminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 767 Anm. 71. – Weyer erklärte während eines Kreisparteitages am 3. Februar 1962 in Gelsenkirchen, er könne die Berufung Krones in das Bundeskabinett nur so verstehen, daß Adenauer Krone als seinen Nachfolger „aufbauen“ wolle. Vgl. „Die Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Februar 1962.

45 Dr. h.c. Kurt Schmücker (1919–1996), 1949–1972 MdB (CDU), 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft, 1956–1966 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 920 Anm. 1.

ist doch nicht gesagt worden.) Es darf auch nicht gesagt werden, es müsse ein Katholik sein. Herr Krone hat erklärt, der Generalsekretär passe nicht in unsere Gedankenwelt. Vielleicht unterscheidet sich unsere Gedankenwelt doch etwas, und ich finde es nicht abwegig; denn die großen politischen Organisationen haben sich mit den geschäftsführenden Präsidialmitgliedern geholfen. Die Frage ist nur, wie kann der Betreffende seine volle Arbeitskraft einsetzen?

Nun haben wir gehört, daß Herr Dufhues von vornherein auf ein Ministeramt verzichtet. Er will also in einen Privatberuf zurückgehen. Die Frage bleibt aber, wird er neben dem Privatberuf noch genügend Zeit haben? Ich habe da Bedenken. Dann müssen wir ihn schon in die Lage versetzen, finanziell unabhängig dieses Amt durchzuführen. Ich habe in einer Pressemeldung gelesen, daß Herr Dufhues gesagt haben soll, daß er keine solche finanzielle Honorierung annähme, weil er unabhängig gegenüber der Partei bleiben wolle. Das verstehe ich. Aber Herr Dufhues, wir müssen Wert darauf legen, daß derjenige, der unsere Partei führt, in jedem Fall gegenüber jedermann unabhängig ist. Aus diesem Grund spielt die Frage der finanziellen Absicherung eine erhebliche Rolle. (*Bewegung und Unruhe.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Vielleicht hören Sie mir mal zu! Zunächst glaube ich, nachdem diese ganze Sache in der Presse angeschnitten worden ist, daß wir unserer Partei einen sehr schlechten Dienst tun, wenn wir heute nicht zu einer Entscheidung kommen. Wir wissen ferner, daß nicht unter den Herren, aber sonst in der Wählerschaft von Nordrhein-Westfalen die Frage, wer soll Ministerpräsident werden, Meyers oder Dufhues, eine Rolle spielt.

Ich habe mich gefreut, das sage ich ganz offen, daß nun diese Frage aus der Welt geschafft worden ist. Das ist für den Ausgang der Wahl für die CDU in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung. Es darf z. B. gar nicht die Version hochkommen – die ganz sicher von der parteipolitisch entgegengesetzten Seite ausgehen wird –, der Streit, wer Ministerpräsident werden soll, sei noch nicht zu Ende und deswegen habe man die ganze Sache auf die lange Bank geschoben.

Nun bitte ich Sie, die ganze Angelegenheit wirklich etwas klarer zu sehen. Als wir mit der Bundespartei im Jahre 1949 anfangen, hatten wir, die wir in der Bundesregierung tätig waren, gegenüber heute Frühling. Ich habe das damals mehr als einmal dem Herrn Hallstein⁴⁶ gesagt: Wir leben jetzt im Frühling. Wir haben noch keine großen Sorgen, sondern zunächst nur die Sorge, frei zu werden. – Aber heute sind wir in einer Periode sehr harter Arbeit im Bund. Deswegen ist es notwendig, daß nun für die Parteispitze wirklich etwas getan werden muß.

Ich stehe an der Spitze als Bundeskanzler. Ich stehe bei einzelnen sehr wichtigen Entscheidungen natürlich zur Verfügung, aber ich kann mich nicht um die laufenden

46 Dr. Walter Hallstein (1901–1982), Jurist, Professor; 1958–1967 Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 59 Anm. 21.

Arbeiten kümmern. Das sage ich in aller Offenheit. Ich wüßte auch nicht, woher ich die Zeit nehmen soll. Für mich gibt es überhaupt keinen 8-Stunden-Tag. Ich habe gestern einmal, nachdem ich das alles von der Gewerkschaft in der Zeitung gelesen habe, meinen gestrigen Arbeitstag ausgerechnet. Das waren mehr als zehn Stunden. Und einen Gewerkschafter als Bundeskanzler – das kann man wohl nicht machen. (*Heiterkeit.*) Nehmen Sie bitte die anderen Herren! Herr Gerstenmaier hat wirklich mit dem Bundestag und den repräsentativen Verpflichtungen, die damit verbunden sind, satt und genug zu tun. Herr Blank hat ebenfalls mit den sozialen Gesetzen, die uns bevorstehen und die sehr sorgfältig vorbereitet werden müssen, ferner mit seiner Tätigkeit als Vertreter der Arbeitnehmer im Industriegebiet wirklich satt und genug zu tun. Herr Krone hatte genug zu tun. Aber er bekommt jetzt noch mehr zu tun. Er tut mir manchmal leid, aber er wird sich daran gewöhnen müssen. Er kann also auch nicht zur Verfügung stehen. Es bleibt übrig Herr von Hassel. Nun habe ich gesagt, Herr von Hassel hat sich in dankenswerter Weise bisher zur Verfügung gestellt. Aber ich halte es für notwendig, daß jemand immer hier in der Nähe von Bonn erreichbar ist und sich um die laufenden Sachen kümmern kann. Es kommt jeden Tag etwas Neues.

Zum Beispiel unser Verhältnis zur Presse ist doch geradezu miserabel. Und davon hängt doch außerordentlich viel für die Zukunft ab. Herr Schmücker, ich habe die gleiche Frage an Herrn Dufhues gestellt bei der Besprechung, die wir gehabt haben. Ich habe ihn ganz präzise gefragt, wieviel Zeit und Arbeitskraft er zur Verfügung stellen könne.

Dufhues: Da habe ich noch eine andere Frage einzuschieben. Ich habe nichts gesagt, um meine Person geht es nicht. Ich kann heute nur erklären, wenn Sie entsprechend beschließen und der Bundesparteitag es bestätigt, dann bin ich bereit. Ich stelle mir meine Aufgabe nicht so vor, daß ich nun irgendwie in einer mehr oder weniger konstruierten Kompetenzabgrenzung der führenden Persönlichkeiten des Vorstandes arbeite. Der Bundesparteivorsitzende, der Herr Bundeskanzler, ist durch sein Amt stark in Anspruch genommen. An sich ist mit dem Amt des Bundesvorsitzenden eine Fülle von laufenden Aufgaben verbunden, die ständig weitergehen nach vielen Richtungen hin. Diese Aufgaben müssen gelöst werden. Ich glaube nicht, daß man hier erfolgreich arbeiten kann, wenn man sich in erster Linie nur über Kompetenzabgrenzungen unterhält. Hier muß jemand wirklich mit voller Kraft an die brachliegenden Aufgaben herangehen. Ich übernehme kein Regierungsamt mehr, wie Sie sich auch entscheiden mögen. Es steht für mich fest. Diese Erklärung ist vorbehaltlos und völlig eindeutig. Und wenn ich das Amt übernehmen soll, dann habe ich aufgehört, ein Homo privatus zu sein. Das habe ich bereits erklärt, und ich wiederhole, was ich dem Herrn Bundeskanzler gesagt habe: Ich bin bereit, 50 % meiner Arbeitskraft diesem Amt zur Verfügung zu stellen, wobei ich mich aber nicht auf 49 oder 51 % festlegen möchte.

Adenauer: Sie haben die Ausführungen von Herrn Dufhues gehört. Ich habe die gleiche Frage an Herrn Dufhues gestellt: Wieviel Ihrer Arbeitszeit und Kraft können

sie für das Amt zur Verfügung stellen? Er hat mir gesagt: 50 %. Ich glaube, das reicht aus. Denn Herrn Dufhues kennen wir alle. Er ist ein schneller und gewandter Arbeiter.

Nun habe ich noch eine Frage: Wie haben sich die Herren aus Nordrhein-Westfalen, insbesondere die Herren Meyers und Dufhues, die Sache gedacht bis zur Wahl? Soll Herr Dufhues solange Minister bei Ihnen bleiben oder nicht? (*Dufhues*: Es handelt sich um einen Monat. – *Meyers*: Knapp vier Wochen.) Selbstverständlich muß der Bundesparteitag die Änderung des Statuts beschließen, aber soll die Arbeit erst nach dem Parteitag beginnen? (*Dufhues*: Ich würde Bedenken haben, Aufgaben zu übernehmen, die nach der einmütigen Meinung aller Delegierten der Sanktion des Bundesparteitages bedürfen. Ich möchte nicht diesen Eindruck erwecken.) Herr Dufhues, Sie haben mir aus der Seele gesprochen.

Dichtel: Wir müssen aber bedenken, was auf uns zukommt von den Sozialdemokraten. Dagegen müssen wir doch die notwendige Front errichten, auch für die Landtagswahlen, und da ist jede Stunde kostbar. (*Dufhues*: Ich arbeite intensiv an der Landtagswahl mit.)

Krone: Ich meine, daß der Standpunkt von Herrn Dufhues richtig ist. Wer ein solches Amt beginnt, der muß auch eine echte Legitimation dafür haben. Was wir hier tun, ist eine politische und parteipolitische Überlegung. Aber sie muß vom Bundesparteitag noch sanktioniert werden. Ich teile auch die Auffassung von Herrn von Hassel. Wir sollten diese Frage zunächst einmal in einem Gremium der Partei, und zwar im Rahmen der Landesvorsitzendenkonferenz, besprechen, aber nicht, um sie abzutun, sondern um sie gut hereinzubekommen. Dazu gehört, daß dieses Gremium die Lösung mit Herrn Dufhues für richtig ansieht und sie bejaht. (*Even*: Die Landesvorsitzenden sind doch alle im Bundesvorstand.) Man kann nicht sagen, Dufhues übernimmt alles – und von Hassel, Blank und Gerstenmaier, was sind sie denn überhaupt noch? Die Herren sind doch auch gewählt worden. Überhaupt meine ich, Herr Schmücker, in der Hauptsache gibt dieses Amt eine Arbeitsaufgabe dem neuen Mann, aber nicht eine politische Führungsaufgabe. Der Generalsekretär ist ein Mann der politischen Führungsaufgaben in den romanischen Ländern. Aufgrund meines Gespräches mit Herrn Dufhues weiß er, was ihm blüht. Ich kann mir vorstellen, daß die stellvertretenden Parteivorsitzenden mit Herrn Dufhues zusammenarbeiten. (*Dufhues*: Aber keineswegs unpolitisch! – *Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir müssen das klarstellen. Nach meiner Auffassung hat er auch politische Aufgaben, sonst hat es keinen Zweck. Ich wiederhole nochmals: Wenn wir hier so auseinandergehen, daß wir sagen, jetzt sollen erst noch einmal die Landesvorsitzenden gehört werden, dann ist die Sache draußen kaputt. (*Even*: Sehr richtig!) Man kann ja doch mit den Landesvorsitzenden auch ohne das zusammenkommen, um die Angelegenheit näher zu umgrenzen. Ich bin der Auffassung, auch da müssen sich die stellvertretenden Landesvorsitzenden dem fügen. Ich füge mich auch. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden fügen sich. Ich habe erst vorgestern mit Herrn Dufhues über die Sache sprechen können. Was notwendig ist

und was man als notwendig erkennt, das muß eben gemacht werden. Deshalb bin ich der Auffassung, es sollte ein Beschluß gefaßt werden vom Bundesvorstand, einen diesbezüglichen Vorschlag dem Bundesparteitag zu unterbreiten. (*Zustimmung.*)

Dichtel: Wenn wir heute den offiziellen Beschluß fassen, im Bundesparteitag vorzutragen, einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu wählen, dann ist auf der Sitzung etwas Positives herausgekommen. Man erwartet auch etwas von uns. Das schließt nicht aus, daß die Landesvorsitzenden, die in ihren Sitzungen das Organisations- und Finanzstatut erarbeitet haben, noch einmal darüber sprechen.

Aber bitte noch eines: Bitte verhandeln Sie auf dem Parteitag nicht über Kompetenzen und Vollmachten, die der geschäftsführende Vorsitzende haben soll. Nach meiner Meinung ist der geschäftsführende Vorsitzende Ihr Vertreter, Herr Bundeskanzler, und hat jegliche Vollmacht, die Parteiarbeit anzupacken und zu aktivieren. In diesem Rahmen hat er auch seine politische Bedeutung und ein politisches Wort in der Führung der Partei mitzusprechen.

Stoltenberg: Man kann den Grundsatzbeschluß heute fassen und gewisse Modalitäten später klären, z. B. die Frage, will man diesen Mann als einen Zwischenmann völlig neu zwischen dem Vorsitzenden und den Stellvertretern in der Satzung verankern? Das würde bedeuten, daß wir in einigen Jahren bei einem Nachfolger diese Konstruktion in der Satzung hätten. Oder will man sagen, einen zusätzlichen Vertreter, aber mit klaren Funktionen als geschäftsführender Vorsitzender. Diese Fragen müssen erörtert werden. Wir brauchen aber heute nicht endgültig darüber zu diskutieren; wir werden es jedoch nach außen klar sagen müssen.

Auch einige optische Gesichtspunkte müssen berücksichtigt werden. Es darf z. B. nicht der Eindruck entstehen, als ob evangelische Stellvertreter nur Vertreter dritten oder vierten Ranges seien. Die stellvertretenden Vorsitzenden müssen ebenfalls mit klaren Kompetenzen ausgestattet werden. Jedenfalls halte ich diese Frage für sehr wichtig.

Wir sollten also heute nach außen im Grundsatz sagen: Der Parteivorstand ist sich darüber einig, daß ein geschäftsführender Vorsitzender gewählt werden soll. Die Modalitäten dazu sollen auch in politischer Hinsicht noch einmal im Kreise der Landesvorsitzenden und dann im Bundesvorstand noch vor dem Parteitag diskutiert werden. Es gibt da noch einige offene Dinge, die wir vor der Öffentlichkeit nicht zu behandeln brauchen.

Adenauer: Herr Dufhues, welche Formulierung würden Sie vorschlagen?

Dufhues: Ich würde es für richtig halten, daß der Bundesvorstand heute beschließt, dem Bundesparteitag vorzuschlagen, einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu wählen.

Wenn Sie es für richtig halten, würde ich darum bitten, daß der Name genannt wird. Dann beginnt die Arbeit. Es ist selbstverständlich, daß ich den Kontakt zu Ihnen, Herr Bundeskanzler, und zu den Landesvorsitzenden suchen muß, um die Dinge aufeinander abzustimmen. Es ist auch selbstverständlich, Herr von Hassel, daß ich diese Kontakte mit den Landesvorsitzenden suche und mich mit Ihnen abstimme. Ich

würde also bitten, dem Parteitag zu empfehlen, einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu wählen.

Adenauer: Sie haben den Vorschlag gehört. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Sollen wir abstimmen? (*Mehrere Zurufe:* Nein!) Dann darf ich feststellen, daß wir einstimmig dieser Auffassung sind. Ich darf wiederholen, Herr Dufhues, daß beschlossen wird, dem Bundesparteitag vorzuschlagen, einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu wählen und die Satzung entsprechend zu ändern. In Aussicht genommen ist Minister Dufhues. (*Meyers:* „Vorgeschlagen wird“ ist besser als „in Aussicht genommen“.) Also gut; vorgeschlagen wird Herr Minister Dufhues, der keine ministerielle Tätigkeit mehr in Nordrhein-Westfalen übernehmen wird. (*Meyers:* Das steht schon in der Zeitung.) Wir wollen es offiziell sagen. (*Etzel:* Das kommt gut an.)

BILDUNG EINES AUSSCHUSSES ZUR VORBEREITUNG DER FINANZREFORM

Wir haben noch einen Antrag von Herrn Etzel auf der Tagesordnung stehen wegen Einberufung eines Ausschusses über Finanzierungsfragen. Ich weiß nicht, ob Sie in der Lage sind, hierfür schon bestimmte Leute zu nennen. Wir werden von der Bundesregierung aus einen solchen Ausschuß einsetzen. Es wird darüber morgen in der Kabinettsitzung der Herr Starke die Namen nennen, die ihm vorschweben.

Krone: Herr Etzel, in der letzten Sitzung des Parteivorstandes ist beschlossen worden, der Engere Vorstand soll diesen von Ihnen angeregten Ausschuß zur Finanzreform konstituieren. Ich weiß aber nicht, ob das heute schon möglich ist.

Etzel: Ich habe mit ihnen nicht gesprochen. Ich bin der Meinung, wir sollten zunächst aus dem Engeren Vorstand heraus eine kleine Kommission einsetzen, die das Problem in sich noch einmal diskutiert und dann endgültig Vorschläge in der nächsten Sitzung macht, wobei gleichzeitig die Kommission die Funktion haben soll, die Länderfinanzen – der Ausgleich des Haushalts 1962 – in dem Sinne zu ordnen, wie es früher gemacht worden ist, wenn zwischen dem Bund und den Ländern Schwierigkeiten waren.

Es muß auch über die Deckung zwischen dem Bund und den Ländern diskutiert werden. Es gibt weiter das Problem der Haushalte 1963 und 1964, ferner das Problem der Finanzverfassung. Neben der Regierungskommission müssen wir auch als Partei Stellung nehmen, weil die FDP und die SPD solche Kommissionen bereits eingesetzt haben. Wir sollten zunächst einmal als Politiker darüber sprechen. (*Adenauer:* Können Sie Vorschläge machen?) Es muß eine Mischung sein aus Bund- und Länderkompetenzen. Ich habe an folgende Herren gedacht: Dufhues, von Hassel, Fricke, Scheufelen und Erhard. (*Von Brentano:* Ist das der Gegensatz zu den beiden Vorhergenannten? – *Große Heiterkeit.* – *Erhard:* Ich bin sehr beschäftigt.) Ich werde Sie jedenfalls einladen. (*Adenauer:* Denken Sie nicht an die Gemeinden?) Doch, Herr Lücke ist Präsident des Gemeindetages. (*Meyers:* Die Leute müssen für diese Arbeit Zeit haben.)

Adenauer: Herr Meyers hat etwas Richtiges gesagt. Das müssen Leute sein, die Zeit haben. Morgen wird sich das Kabinett mit der Frage befassen. Es wird in der nächsten Woche beschließen. Sollen wir nicht danach nochmals zusammenkommen im Laufe des Monats Februar, um im Engeren Vorstand diese Frage in Ruhe zu klären?

Etzel: Sie wollen die Personenfrage ganz ausklammern! Aber ich soll ja berichten. Ich werde das Problem kurz aufreißen, um darzustellen, worum es geht. Das ist ein Problem von größter Wichtigkeit.

Meyers: Herr Etzel könnte beauftragt werden, mit der Kommunalpolitischen Vereinigung zu verhandeln und Beziehungen aufzunehmen, daß die einen Spezialisten für die Gemeinden benennt.

Von Hassel: Die Kommunalpolitische Vereinigung hat bereits ein solches Gremium gebildet. Herr Eberhard⁴⁷ ist auch dabei. Das ist der Vorsitzende der Länder-Finanzkommission und ein wesentlicher Mann.

Etzel: Die Kommunalpolitische Vereinigung ist nicht in der Lage, das Thema in der ganzen Breite zu sehen, obwohl die kommunalen Finanzen eine wichtige Rolle spielen.

Adenauer: Ich möchte die Herrschaften draußen nicht zu lange warten lassen. Sollen wir im Laufe des Monats Februar noch einmal im Engeren Vorstand zusammenkommen, um diese Frage zu besprechen? (*Etzel:* Herr Bundeskanzler, es brennt wegen des Ausgleichs im Jahre 1962.)

Von Brentano: Es geht um den Haushaltsausgleich für 1962, und es ist enorm wichtig, daß wir hier in irgendeiner Weise zum Ziel kommen, zu einem Verständnis mit den Ländern, sonst weiß ich nicht, wie der Bund die Sache machen soll.

Adenauer: Das kann doch nicht Aufgabe dieses Ausschusses sein. Woher hat denn der Ausschuß die Autorität, die Länderkabinette aufzufordern, in die Tasche zu greifen. Ich sehe vor mir Herrn Meyers. Das ist unser führender föderalistischer Führer. (*Heiterkeit.* – *Meyers:* Das ist nur Ihre Ansicht, Herr Bundeskanzler!)

Etzel: Das ist ein wichtiges Anliegen, Herr Bundeskanzler, daß diese Herren aus der Gesamtheit der Partei heraus gemeinsame Vorstellungen entwickeln. Wir haben auch damals nächtelang bei Herrn von Hassel gesessen, aber mit dem besten Erfolg.

Adenauer: Jetzt sind auch die Beamten und Angestellten mit Forderungen gekommen. Wie stellen wir uns dazu? Lehnen wir das einfach ab? Dazu werden der Bundesfinanzminister und die Länderfinanzminister zusammenkommen müssen. (*Krone:* Zwischen uns und den Ländern muß ein dauernder Kontakt sein.)

Etzel: Ausgangspunkt war, daß Bund und Länder sich nicht auseinanderleben dürfen und daß wir deswegen eine parteieinheitliche Regelung versuchen sollten. Das muß der Ausschuß versuchen.

47 Dr. Rudolf Eberhard (geb. 1914), 1950–1974 MdL Bayern (CSU), 1953–1968 Mitglied des Landesvorstands, 1954–1964 stv. Vorsitzender der CSU, 1957–1964 bayerischer Finanzminister, 1958–1964 stv. Ministerpräsident.

Adenauer: Sie wollen eine Finanzreform. Aber nach meiner Meinung steht dieser Ausschuß darüber. Er soll überhaupt eine bessere Verbindung herbeiführen, und wenn ihm das gelingt, dann gilt das auch für die Finanzen.

Meyers: Es ist eine dringende Aufgabe, und ich möchte die Angelegenheit nicht in einen solchen Ausschuß hineingeben. Es wäre deshalb zweckmäßig, wenn wir Herrn Etzel beauftragen, mit den Finanzministern der Länder, die zu uns gehören, zusammenzukommen, um einen praktischen Vorschlag auszuarbeiten. (*Etzel:* Das soll Herr von Hassel wie bisher machen.)

Von Hassel: Als ich Präsident des Bundesrates war, habe ich solche Kontaktgespräche aufgenommen, auch auf dem Gebiet der Finanzreform usw. Wir haben dann später versucht, durch die Präsidenten des Bundesrates, in Sonderheit des Herrn Sieveking⁴⁸, diese Gespräche fortzusetzen. Dann mußten Herr Krone und ich die Dinge in die Hand nehmen, weil wir sonst nicht zu Rande kamen. Ich habe das aber im letzten Jahr aufgegeben, weil das einfach nicht zu schaffen war. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Krone gesagt, die neue Bundestagsfraktion der CDU muß als erstes diese Kontaktgespräche fortsetzen. Dazu kommt nun heute ein konkreter Vorschlag, wie man ein solches Gremium zustande bringen kann, und zwar von seiten des Bundes. Aber dieses Gremium ist nicht in der Lage, diese unerhört schwierige Finanzreform zu machen. Deshalb müssen wir für diesen Zweck ein eigenes Gremium bilden. Die Frage ist, wie man es zusammensetzt.

Meyers: Es muß schnell gearbeitet werden. Der Bundesetat wird in einigen Wochen beraten. An sich sind unsere Finanzminister die gegebenen Leute, und wo wir nicht den Finanzminister stellen sollte es der Ministerpräsident sein.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß Herr Etzel und Herr von Hassel beauftragt werden, einige Leute mit heranzuziehen, um über die Finanzreform und den Haushaltsplan 1962 zu beraten. (*Etzel:* Diese Herren prüfen das vor, und dann kommt der Engere Vorstand im Laufe des Monats Februar noch einmal zusammen.) Und wie rechtfertigen wir uns vor dem Bundesvorstand? (*Meyers:* Indem Sie das Ergebnis vortragen und erklären, daß wir einmütig dahinterstehen.) Dann darf ich die Sitzung des Engeren Vorstandes schließen.

48 Dr. Kurt Sieveking (1897–1986), 1953–1957 Erster Bürgermeister von Hamburg (CDU).
Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 419 Anm. 1.

3 b

Bonn, Mittwoch 7. Februar 1962

Sprecher: Adenauer, Altmeier, Barzel, Dufhues, Etzel, Fricke, Gradl, von Hassel, Johnen, Kraske, Krone, Krüger, Lücke, [von Merkatz], Meyers, Noltenius, Schmücker, Süsterhenn, Frau Weber, Witten, Wuermeling, Zimmer.

Bericht über die Sitzung des Engeren Vorstandes. Aussprache über die vom Bundesgeschäftsführer vorgelegte Wahlanalyse. Behandlung der Zeitschrift „Stern“.

Beginn: 12.00 Uhr

Ende: 15.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, wir sind jetzt unter uns. (*Das Fernsehen hatte einige Aufnahmen gemacht.*) Ich bin immer glücklich, wenn wir im Bundesvorstand noch mit dem Fernsehen zu tun haben. (*Heiterkeit.*) Deswegen habe ich auch zugestimmt, daß hier eine Aufnahme gemacht wurde.

Aber nun muß ich um Entschuldigung bitten, daß wir sie so lange haben warten lassen. Die Verhandlungen im Engeren Vorstand waren gut, gesprächig und ergiebig. Sie werden nachher das Resultat darüber hören. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sein werden. Ich schlage vor, wir fangen gleich an und sehen, wie der Hase läuft. Wenn er gut läuft, machen wir keine Pause, sondern beraten fertig und nehmen nach Schluß der Sitzung zur Stärkung etwas zu uns. Wenn es länger dauern sollte, machen wir eine Pause. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Daß die Sitzung[en] des Engeren Vorstandes und des Gesamtvorstandes auf einen Tag gelegt worden sind, ließ sich leider nicht vermeiden. Das hing zum Teil damit zusammen, daß ich an Grippe erkrankt war. Ich habe eben Herrn Johnen gefragt, weshalb er so heiser sei. Er sagte, er sei an Grippe erkrankt. – Nun, er hat das Recht, grippekrank zu werden. Ich soll dieses Recht nicht haben laut SPD! (*Heiterkeit.*) Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, daß das Ganze etwas verschoben worden ist. Nun bin ich in der Lage, Ihnen in meiner Übersicht noch einige neue Fakten zu sagen. Zum Teil werde ich natürlich das wiederholen müssen, was ich im Engeren Vorstand ausgeführt habe. Ich bitte also die Mitglieder des Engeren Vorstandes um Entschuldigung, wenn sie manches jetzt zum zweiten Male hören.

BERICHT ÜBER DIE SITZUNG DES ENGEREN VORSTANDES

Die außenpolitische Situation ist ungewöhnlich schwierig. Die Verhandlungen,

die Thompson¹ über Berlin geführt hat, haben nicht das geringste positive Ergebnis gehabt, auch nicht, wie es scheint, nach der Auffassung der Amerikaner, die ja gewünscht hatten, daß diese Verhandlungen geführt wurden. Ich sage ausdrücklich: Verhandlungen; denn es waren Verhandlungen. Es waren nicht nur Erkundigungen. Nun kommt als Neues hinzu nach den heutigen Morgenmeldungen, daß jetzt eine Differenz entstanden ist zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Die Vereinigten Staaten sind der Auffassung, daß jetzt die Russen am Zuge sind und daß die Verhandlungen zwischen Thompson und Gromyko ergebnislos gewesen seien. Großbritannien scheint anderer Ansicht zu sein und meint wohl nach den heutigen Meldungen, daß eine Fortsetzung der Verhandlungen wünschenswert sei. Nach Mitteilungen, die eben während der Sitzung des Engeren Vorstandes eingetroffen sind, scheinen die Angaben, die darüber heute früh gekommen sind, richtig zu sein.

Ich darf Ihnen die Meldungen von heute vormittag vorlesen. Es handelt sich um das französische Radio. Sie wissen, daß Herr de Gaulle von Anfang an gegen die Verhandlungen war, wie sie von Thompson geführt worden sind. Radio France betont in einem Kommentar², die letzten 24 Stunden ließen das Bestehen gewisser Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Washington über die Moskau gegenüber einzunehmende Haltung offenbar werden. Die amerikanische Regierung scheint entschlossen zu sein, nicht die Initiative zu einer neuen Begegnung Thompson/Gromyko zu ergreifen. London dagegen beharrt weiter auf dem bisherigen Verfahrensweg und ist der Auffassung, daß man ihn, wie auch auf den Bermudas beschlossen³, weiterschreiten muß.

Ich stelle das an die Spitze meiner Ausführungen. Es scheint richtig zu sein, was hier gesagt worden ist – wie die neuesten Nachrichten ergeben haben –, daß dasjenige, was allein den Russen imponiert – nämlich die Einigkeit des Westens –, jetzt völlig in die Brüche geht. Zunächst hat sich Frankreich distanziert, sogar soweit distanziert, daß der französische Botschafter in Washington überhaupt nur noch als Beobachter an den Verhandlungen teilgenommen hat. Das ist aber Gott sei Dank geändert worden. Aber Frankreich hält fest daran – Sie werden das auch aus der Rede de Gaulles entnommen haben – und stellt fest, daß seine Ansicht über die Verhandlungen wegen Berlin mit den Russen richtig gewesen sei, daß also die Verhandlungen falsch gewesen seien.

1 Llewellyn E. Thompson (1904–1972), 1955–1957 amerikanischer Botschafter in Wien, 1957–1962 und 1967–1969 in Moskau. – Nach ersten Kontakten im Herbst 1961 Aufnahme von Sondierungsgesprächen über die Berlin-Frage am 2. Januar 1962 (AdG 1962 S. 9605). Vgl. Walther STÜTZLE: Kennedy und Adenauer in der Berlinkrise 1961–1962. Bonn 1973 S. 192–194.

2 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nachrichtenspiegel I Nr. 37/62 vom 7. Februar 1962 S. 1.

3 Am 21. und 22. Dezember 1961 hatten sich Präsident Kennedy und der britische Premierminister Macmillan auf den Bermudas getroffen. Dabei wurde beschlossen, wegen der Berlin-Frage mit der Sowjetunion über den amerikanischen Botschafter in Kontakt zu treten. Kommuniqué in BULLETIN vom 28. Dezember 1961 S. 2260.

Nachdem Amerika, das ja die Verhandlungen inszeniert und geführt hat, der Auffassung ist, daß man sie nicht mehr fortsetzen solle, kommt jetzt auf einmal England und will die Verhandlungen fortsetzen. Nach dem Wortlaut stützt es sich sogar auf das Abkommen zwischen Kennedy und Macmillan^{3a} auf den Bermudas. Das ist erschütternd! Die einzige Hoffnung für den Westen – und damit auch für uns –, hinsichtlich Berlin zu einem annehmbaren Abschluß zu kommen, beruht auf der Einigkeit des Westens. Aber was sich da abspielt an Uneinigkeit, das ist im höchsten Maße bedauerlich und unheilvoll.

Wenn Sie überhaupt einmal vergleichen die Situation im November 1958, als Chruschtschow die Berlin-Note losließ, mit der Lage, wie sie sich bis heute entwickelt hat, dann kommen Sie zu folgendem Ergebnis: Sowjetrußland ist in diesen Jahren erheblich stärker geworden, und zwar militärisch und auch politisch. Die NATO-Staaten sind uneins und helfen damit Chruschtschow, natürlich ohne es zu wollen, in der denkbar unangenehmsten Weise; denn Chruschtschow lebt davon – er hat es mehr als einmal ausgesprochen –, daß die Völker des freien Westens – die kapitalistische Welt, wie er sie nennt – auseinanderfallen.

Denken Sie weiter daran, was im Westen seit dem Jahre 1958 eingetreten ist. Lassen Sie mich anfangen mit der Türkei, wo durch das türkische Heer eine Revolution herbeigeführt worden ist. Die türkische Armee galt in der ganzen NATO-Konzeption als eines der sichersten Fundamente gegenüber dem Osten, gegenüber dem Drängen Sowjetrußlands, das Pakistan, den Iran und die Türkei bedroht. Diese türkische Armee ist politisiert. Und politisierte Armeen sind kein schlagkräftiges Instrument mehr. Denken Sie an die Verhältnisse im Iran. Sie wissen, daß der Ministerpräsident Mossadegh⁴ damals für die Russen eingetreten ist. Diese Mossadegh-Bewegung ist wieder lebendig geworden und namentlich auf den Hochschulen des Irans tätig. Auch Pakistan ist unzufrieden mit dem Westen. Pakistan wird, wie ich glaube, niemals kommunistisch werden, auch nach den ausdrücklichen Erklärungen der Herren aus Pakistan, die hier waren, aber Pakistan ist sehr unzufrieden mit dem Westen, weil der Westen Jahre hindurch Indien in der größten Weise gegenüber Pakistan bevorzugt hat. Und Nehru ist abgeschwenkt vom Westen und zur russischen Front übergegangen. Nehru ist der Auffassung – er hat immer mit dem Stärksten gehalten –, daß Sowjetrußland stärker ist als die Vereinigten Staaten und die NATO.

Was die NATO-Mächte angeht, so komme ich zunächst zu Italien. Sie kennen die letzten Vorgänge in Italien. Wir wissen noch nicht, wie die Regierung aussehen wird,

3a In der Vorlage: Churchill. Zu Harold Macmillan vgl. Nr. 9 Anm. 7.

4 Mohammed Mossadegh (1881–1967), iranischer Politiker; 1920–1923 nacheinander Justiz-, Finanz- und Außenminister, 1923–1927, 1943 Abgeordneter, Führer der Nationalen Front, 1951–1953 mit Unterbrechung Ministerpräsident, 1953–1956 inhaftiert. – Im Iran fanden vom 21. bis 24. Januar 1962 Studentenunruhen in Teheran, Schiras und Täbris statt, in deren Verlauf die Rückkehr des ehemaligen Ministerpräsidenten Mossadegh gefordert wurde (AdG 1962 S. 9650 f.).

weil Gronchi⁵ und Fanfani bereits uneinig sind. Es ist ein Ruck nach links dort erfolgt, und wie sich dieser nun letzten Endes auswirken wird, das kann kein Mensch jetzt prophezeien. Diese Schwenkung, die da eingetreten ist, ist ungünstig für die Sache des Westens. Das kann man wohl als absolut sicher annehmen.

Nehmen Sie Frankreich! De Gaulle ist zur Macht gekommen im Sommer 1958. Er hat auch jetzt noch im französischen Volk ein außerordentlich großes Ansehen, aber in welchem Zustand im übrigen Frankreich ist, sowohl im Mutterland wie auch vor allem in Algier, das können Sie Tag für Tag in den Zeitungen lesen. Wir können nur hoffen, daß de Gaulle an der Macht bleibt. Fiele er aus, dann wäre die Folge ein Bürgerkrieg zwischen den Kommunisten und der OAS, die dann ans Ruder käme, oder eine Militärdiktatur. Wenn die OAS an die Macht käme, würde sie in der Algier-Frage den schroffsten Standpunkt einnehmen, der überhaupt denkbar ist, so daß also der Kampf des einen gegen den anderen in Algier weiterginge.

Die Vereinigten Staaten sind, wie ich glaube, die stärkste Militärmacht, die z.Z. auf der Erde existiert. Aber die Vereinigten Staaten haben außerordentlich schwierige innenpolitische Probleme, mit denen sich der Präsident und seine Regierung sehr eingehend befassen müssen. Das ist einmal die Sozialgesetzgebung und zum anderen die wirtschaftliche Lage. Sie kennen die Botschaft, die Präsident Kennedy an den Kongreß gerichtet hat.⁶ Sie ist leider in unserer Presse sehr unvollständig veröffentlicht worden. Es befindet sich ein sehr wichtiger Passus in dieser Botschaft. Danach will die jetzige Administration von der Subvention der Landwirtschaft dadurch herunterkommen, daß die landwirtschaftlich genutzte Fläche durch Gesetz eingeschränkt werden soll. Das bedeutet, daß soundso viel Farmer – wieviel es sind, können wir nicht beurteilen – ihr Land verlieren und in die Städte ziehen müssen. Die bisher landwirtschaftlich genutzte Fläche soll aufgeforstet werden. Das wird auf alle Fälle nicht ohne schwerste innere Kämpfe im Kongreß durchzuführen sein.

Dazu kommen im Jahre 1962 die Wahlen für das Parlament, nicht für den Senat. Bei den Kämpfen um die Sitze im Parlament wird es auch sehr heftige innenpolitische Auseinandersetzungen um die Fragen der Sozialgesetzgebung, der landwirtschaftlichen und der wirtschaftlichen Gestaltung geben, wodurch naturgemäß das amerikanische Volk, sein Parlament und seine Regierung von den außenpolitischen Fragen abgelenkt werden, was natürlich auch für uns nicht gut ist; denn der Westen, wenn er überhaupt zusammenhalten soll, bedarf ständig einer starken Führung. Und diese starke Führung kann nur von den Vereinigten Staaten ausgehen.

Das einzige, über das wir uns wirklich freuen können, ist der Fortschritt der europäischen Frage. Sie kennen den Beschluß, der unlängst in Brüssel über die Landwirtschaft gefaßt worden ist.⁷

5 Giovanni Gronchi (1887–1978), italienischer Politiker (DC); Mitgründer der Katholischen Volkspartei, 1955–1962 Staatspräsident.

6 Am 11. Januar 1962 (AdG 1962 S. 9600–9603).

7 Am 14. Januar 1962 (EBD. S. 9609).

Lassen Sie mich hier einfließen lassen, daß unsere Landwirtschaft gewisse Schwierigkeiten dadurch bekommen wird, aber diese Schwierigkeiten werden, wie wir glauben, maßlos übertrieben. Wir werden die Landwirtschaft nicht im Stich lassen. Das zeigt auch unser Haushaltsplan. Also, so wie bekannte Agitatoren in der Landwirtschaft es darstellen, ist die Sache nicht. In Europa haben wir also in dieser Hinsicht einen großen Fortschritt zu verzeichnen.

Nun komme ich zurück zu den Vereinigten Staaten. Sie wissen, daß Kennedy in seiner Botschaft an den Kongreß ausgeführt hat, die Vereinigten Staaten sähen sich zum erstenmal in ihrer Geschichte einem ebenbürtigen wirtschaftlichen Gegner gegenüber. Er hat deshalb vom Kongreß Vollmachten verlangt, um die Zollsätze stark herunterzusetzen, damit die Vereinigten Staaten einen großen Export in das EWG-Gebiet durchführen können. Das ist das gute Recht der Vereinigten Staaten. Es ist aber auch unser gutes Recht – und das gilt natürlich auch für alle EWG-Länder –, die ganze Situation von unserem Standpunkt aus zu sehen und nicht ohne weiteres die Auffassung zu vertreten, wir müßten jetzt eine Atlantische Union machen. Nach meiner Auffassung ist es jetzt an der Zeit, daß wir auf politischem Gebiet in Europa einen Fortschritt machen, damit schließlich nicht in einem großen – verzeihen Sie den Ausdruck – Brei alles untergeht. Unsere Konzeption, die wir von Anfang an gehabt haben, nämlich durch einen politischen Zusammenschluß Westeuropas für immer Kriege und sonstige Konflikte und Gegensätze zwischen den europäischen Staaten aus der Welt zu schaffen, ist und bleibt das Richtige. Wir müssen dafür sorgen und bei Frankreich dahingehend sistieren, daß das kommt, daß ein weiterer Fortschritt gemacht wird.

Am 19. Februar treten die sechs Außenminister der EWG-Staaten zusammen, um über diese Frage zu beraten, nachdem eine Sachverständigenkommission einen Vorschlag dazu ausgearbeitet hat.⁸ Diese Sachverständigenkommission hatte Frankreich einen Vorschlag gemacht, der von allen anderen abgelehnt worden ist, der auch nicht tragbar ist. Ich hoffe nun, daß es gelingen wird, mit Frankreich zusammen einen Schritt vorwärts zu tun in der politischen Einigung Europas.

Die Verhandlungen mit Großbritannien werden, wie ich nach maßgebenden englischen Stimmen glaube, nicht daran scheitern. In Großbritannien ist eine ganz andere Frage von Entscheidung, nämlich sein Verhältnis zum Commonwealth. Das ist eine sehr prinzipielle Frage, über die ich mich hier nicht verbreiten möchte. Ich möchte dieses Kapitel damit schließen, indem ich feststelle, daß wir auf dem Gebiete

⁸ Am 19./20. Februar 1962 tagte der Fouchet-Ausschuß, dem Sachverständige aus den sechs Mitgliedstaaten der EWG angehören, in Paris, um die Grundlagen für ein politisch geeintes Europa zu erarbeiten. Vgl. Wilhelm Werner ARNOLDS: Die Entstehung des Deutsch-Französischen Vertrages vom 22. Januar 1963 und seine Bedeutung für die Außen- und Europapolitik Konrad Adenauers. Köln 1980 S. 220–230. – Konferenz der EWG-Außenminister am 17. April 1962, bei der die Benelux-Staaten ihre Zustimmung zur Europäischen Politischen Union vom Beitritt Großbritanniens abhängig machten (gemäß Fouchet-Plan II) – AdG 1962 S. 9814 f.; vgl. OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 115–117.

der europäischen Politik einen großen Fortschritt gemacht haben. Wenn wir unserer bisherigen Überzeugung entsprechende weitere Fortschritte machen, dann wird als Fazit dieser Epoche der wirtschaftliche und politische Raum Europa übrigbleiben, der in eine Partnerschaft mit den Vereinigten [Staaten] treten muß, nicht aber eine allgemeine große spekulative[!] Geschichte, die letzten Endes doch nicht zu guten Lösungen führen kann.

Zu der Frage Berlin und Wiedervereinigung jetzt ein Wort zu sagen, bin ich nicht in der Lage, sondern wir müssen abwarten, was mit den drei Westmächten – Vereinigte Staaten, England und Frankreich – wird. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang ein Wort sagen zu der Frage, die in der Presse aufgetaucht ist, daß wir nämlich mit Sowjetrußland gesonderte Verhandlungen beginnen sollen. Herr Chruschtschow hat mir in den vergangenen Jahren schon mehrmals sagen lassen, er sei gerne bereit, sich mit mir zu treffen, um sich über die politische Situation auszusprechen. Ich frage mich aber – und jeder von Ihnen wird sich diese Frage auch stellen müssen –, warum soll Sowjetrußland der Bundesrepublik etwas konzedieren, was es Amerika gegenüber abschlägt. Sowjetrußland hat doch ein viel größeres Interesse daran, die Verhältnisse mit den Vereinigten Staaten zu verbessern als die Verhältnisse mit uns.

Wir müssen uns nach wie vor darüber klar sein, daß wir in dem großen Spiel in der Welt nur eine ganz kleine Figur sind. Das kann man leider Gottes den Deutschen nicht oft genug sagen, daß wir nur eine ganz kleine Figur sind und nur etwas Großes leisten können, wenn wir dafür sorgen, daß wir Berlin retten, daß die Hoffnung nicht untergeht, daß wir wieder zusammenkommen mit unseren abgetrennten Menschen drüben in der Zone und daß wir ein Europa bauen.

Ich möchte Ihnen auch noch sagen – ich weiß nicht, ob die Presse das immer richtig berichtet hat –, was in diesem 22 Schreibmaschinenseiten umfassenden russischen Schriftstück gestanden hat, das dem Botschafter Kroll übergeben worden ist. Kroll wurde in das Auswärtige Amt in Moskau gerufen, und zwar in einer Stunde, daß auch die Amerikaner und die Engländer das sahen. Dort wurde ihm von dem stellvertretenden Außenminister dieses Schriftstück von 22 Seiten über die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Bundesrepublik Deutschland gegeben und dazu gesagt, daß darin Gedanken von Chruschtschow enthalten seien. Das Schriftstück selbst hatte weder eine Adresse noch eine Unterschrift. Herrn Kroll wurde bei der Übergabe des Schriftstücks erklärt, es werde ihm privat gegeben, und er könne damit machen, was er wolle. Natürlich hat er es uns geschickt. Von allem Drum und Dran entkleidet steht folgendes drin: Die Franzosen betrügen euch; die Engländer betrügen euch; die Amerikaner betrügen euch. Warum wollt ihr nicht mit uns zusammengehen? Wenn ihr mit uns zusammengeht, dann braucht ihr euch nicht von den anderen zu trennen, aber bei uns habt ihr unbegrenzte Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung.

Nun kann aber Sowjetrußland nicht einmal das bezahlen, was wir dort hinliefern sollen, weil es nicht das nötige Geld dazu hat. Deswegen sagt Rußland, wir können euch erst dann bezahlen, wenn das, was ihr uns liefert, seine Früchte trägt. Solange

muß uns das also gestundet werden. Ich darf jetzt wiederholen, was ich eben gesagt habe, wenn Sie einmal nachblättern, wieviel Anleihen Frankreich seinerzeit an Rußland gegeben hat, und dann feststellen wollen, was Frankreich zurückbekommen hat, dann werden Sie nichts darüber finden. Rußland zu zwingen, Geld zu bezahlen oder zurückzugeben, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Das wird jeder von Ihnen einsehen. Herr Kroll trifft heute hier ein. Ich werde morgen mit ihm sprechen. Dann wird die Frage, ob man irgendeine Antwort auf dieses Schriftstück geben kann, wohl entschieden werden.⁹

Ich halte es also nicht für glücklich, wenn in der Bundesrepublik Äußerungen gemacht werden: Man muß mit Rußland in Verhandlungen eintreten. Ich halte sie deswegen nicht für gut, weil dadurch das Mißtrauen gegen die Deutschen in den anderen Ländern geweckt wird. Es ist schon geweckt worden in Frankreich, in England und vor allem in Amerika. Wenn wir Deutschen uns doch endlich einmal davon überzeugen könnten, daß wir wirklich nicht beliebt sind in der Welt, sondern daß jeder das Beste für sich aus uns zu machen sucht, dann würden wir in manchen Dingen – das gilt vor allem auch für die Presse – viel vorsichtiger sein, als wir es jetzt sind.

Ich bin nicht in der Lage, Ihnen zu sagen, daß sich seit unserem letzten Zusammensein die außenpolitischen Verhältnisse verbessert haben, im Gegenteil, sie haben sich zu unserem Nachteil verändert.

Nun zur innenpolitischen Situation! Sie wissen, daß augenblicklich wie schon seit Jahren nicht mehr Arbeitskämpfe in unserem Land bestehen und weitere geplant sind. Ich sage „geplant“, weil gestern abend die Gewerkschaft der Angestellten im öffentlichen Dienst den Tarifvertrag gekündigt hat. Die Beamten verlangen ebenfalls erhebliche Gehaltserhöhungen. Nun darf ich in Parenthese bemerken: Unser Etat, der tatsächlich schon wackelig ist, würde natürlich, wenn irgendwelche nennenswerten Bewilligungen an die Angestellten und Beamten erfolgen müßten, vollends umfallen. Wir müßten dann sehen, wie wir den Etat wieder ins Lot bekämen; wahrscheinlich nur durch Steuererhöhungen. Der Export war in den vergangenen Jahren noch gut, aber die ganze Situation in der Wirtschaft hat sich abgeflacht. Die Nachfrage ist geringer geworden, so daß also hier nicht mehr eine so schreckliche Übersteigerung vorhanden ist. Alles hat sich abgeflacht. Wir wissen nicht, wie die nächsten Jahre sein werden. Nun kommen in diesem Augenblick immense Lohnforderungen an uns heran, und zwar von der IG Metall ausgehend.¹⁰

Nach meiner Überzeugung sind das Forderungen politischer Natur, und zwar leiten sie eine Periode ein, die man nur mit sehr großer Sorge betrachten kann wegen unserer

9 Am 21. Februar 1962 wurde durch den Botschafter in Moskau, Dr. Hans Kroll, im sowjetischen Außenministerium eine Denkschrift übergeben. Wortlaut in BULLETIN vom 23. Februar 1962 S. 315–318. – Vgl. Peter SIEBENMORGEN: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. Bonn 1990 S. 345.

10 Die IG Metall hatte eine Lohnerhöhung von 10 % sowie eine Verlängerung des Urlaubs um sechs Tage gefordert. Vgl. „Die Welt“ und „Bonner Rundschau“ vom 5. Februar 1962.

Finanzen. Sie wissen, daß wir in der Sozialgesetzgebung an der Spitze aller Länder stehen. Und ich möchte hinzufügen, daß unsere ganzen sozialen Einrichtungen fallen, wenn bei uns ein wirtschaftlicher Rückschlag kommt, der eine beachtliche Minderung der Steuereinnahmen zur Folge haben würde. Das ist die sehr kritische Situation, in der wir stehen. Natürlich darf man nicht die Nerven verlieren, aber man darf auch nicht die Augen vor dieser ganzen Situation schließen.

Ein besonders wichtiges Gebiet ist der Baumarkt. Sie wissen, daß die Baupreise in den letzten drei Jahren um 25 % gestiegen sind und daß dadurch Millionen von Bausparern, die im Vertrauen auf die Stetigkeit der Preise ihr Geld in die Bausparkassen gegeben haben, schwere Enttäuschungen erleiden. Es kann sehr leicht sein, daß wir den Baumarkt künstlich, d. h. durch Gesetz, begrenzen müssen. Ich habe z. B. heute in der Zeitung gelesen, daß der Neubau des Sitzungssaales im Bundestag 50 Millionen DM kosten soll. Auch der Bundesrat wollte – das ist hoffentlich jetzt vorüber – neu bauen und das ganze Presseviertel da haben, so daß die Presse anderswo hätte untergebracht werden müssen. (*Meyers*: Die Presse will ein Hochhaus!) Ich muß sagen, derartige Spekulationen sind unmöglich. Sie stacheln natürlich das Fieber auf dem Baumarkt weiter an. Wir werden uns die Frage – und das gilt für den Bundestag, die Bundesregierung und den Bundesrat –, ob wir das Vertrauen der Bausparer restlos verlieren wollen oder nicht, sehr ernst stellen müssen.

Nun zu den Landtagswahlen! In diesem Jahr finden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, in Hessen, in Schleswig-Holstein und in Bayern statt. Im nächsten Frühjahr sind dann die Wahlen in Berlin und Niedersachsen. (*Altmeier*: Und in Rheinland-Pfalz!) Diese Wahlen werden natürlich, wenn sie ungünstig für die CDU ausfallen, die Stimmung der Wähler auch in bezug auf die Bundestagswahl im Jahre 1965 stark beeinflussen. Unter diesen Eindrücken haben wir uns im Engeren Vorstand mit dieser Frage beschäftigt und überlegt, wie man es machen kann und soll, um die Spitze unserer Partei zu mobilisieren und zu stärken. Wir sind jetzt in folgender Weise organisiert: An der Spitze steht der Vorsitzende. Das bin ich. Sie werden mir wohl darin recht geben, daß der Bundeskanzler vielleicht früher einmal zeitlich die Möglichkeit gehabt hat, sich mehr mit der Partei zu befassen. Jetzt ist das völlig ausgeschlossen. Dann haben wir vier stellvertretende Vorsitzende: Gerstenmaier, Blank, Krone und von Hassel. Ich will keinem zu nahe treten, wenn ich sage, auch die Stellvertreter konnten sich nicht genug um die laufenden Parteigeschäfte kümmern; denn jeder, der ein Ministeramt hat, wie z. B. Herr Kollege Blank, hat nicht die Zeit dazu. Herr Blank muß sich um die bevorstehenden großen Sozialgesetze kümmern, außerdem hat er die Aufgabe, im Industriegebiet, woher er kommt, die Arbeitnehmer in unserem Sinne lebendig zu halten. Das gleiche gilt für Herrn Krone. Als Vorsitzender dieser ungeheuer großen Bundestagsfraktion konnte er sich nicht genug um die laufenden Geschäfte der Partei kümmern; denn er hatte alle Hände voll zu tun. Der einzige, der auf diesem Gebiet etwas präsentiert hat, ist Herr von Hassel gewesen, dem wir dafür von Herzen dankbar sein müssen, aber er sitzt zu weit von Bonn weg.

Wir müssen uns über die Gefahr klar sein, die uns bei der Bundestagswahl im Jahre 1965 droht. Die FDP, die 67 Mandate hat, die aber alle über die Landesliste gewählt worden sind – kein einziger von ihren Abgeordneten ist direkt gewählt worden –, hat offenbar, obwohl sie sich vor der letzten Bundestagswahl wahnsinnig große Mühe gegeben hat, keine Aussicht, eine entscheidende Rolle im Parteileben spielen zu können. Das Zünglein an der Waage schwankt also zwischen der CDU/CSU und der SPD. Die SPD hat die Mehrheit im Bundestag erreichen wollen. Das ist ihr nicht gelungen. Es konnte sogar – wie das auch geschehen ist – eine Regierung ohne sie gebildet werden. Sie hat aber – ich verweise hier auf die Wahlanalyse – einen erheblichen Zuwachs an Stimmen bekommen im Jahre 1961, und zwar aus Schichten und Kreisen, in denen sie bisher keine Wähler gehabt hat. Sie hat trotz des Godesberger Programms und trotz des Hannoverschen Beschlusses in den Arbeitnehmerkreisen keine wesentlichen Verluste erlitten. Was mit der Deutschen Friedensunion gemacht worden ist, war nicht viel.¹¹ Dabei ist nicht viel herausgekommen.

Wir müssen also davon Notiz nehmen, daß die SPD bei der letzten Wahl zugenommen hat und daß sie in Schichten gedrungen ist, in denen sie bisher keine Wähler gehabt hat. Die SPD wird im Mai dieses Jahres in Köln einen großen Parteitag abhalten¹², dessen Programm uns mehr oder weniger bekannt ist. Der Parteitag wird sehr groß aufgezogen. Es wird dort auch eine Ausstellung über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gezeigt. Die SPD hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gebeten, Material über die katholische Arbeiterbewegung für diese Ausstellung zur Verfügung zu stellen. Von Frau Dr. Rehling haben wir eben gehört, daß man ihren Mann gebeten hat, in der sozialistischen Zeitung in Hagen einen Artikel über die evangelische Kirchengemeinde in Hagen zu schreiben. Wir haben auch gehört, daß die sozialistischen Zeitungen den evangelischen Pfarrern an einem bestimmten Tag in der Woche eine Spalte zur Verfügung stellen, um dort Andachten zu schreiben. Sie sehen daraus, meine Freunde, daß sich die SPD eine Riesenarbeit macht und versucht, die stärkste Partei in der Bundesrepublik zu werden. Ich will keine Schwarzmalerei betreiben, aber stellen Sie sich vor, sie würde dieses Ziel erreichen. Wie würde das zurückwirken auf unsere Wähler?

Wir sind zu Beginn unserer Tätigkeit zusammengetreten aus elementarem und prinzipiellem Gegensatz zum Nationalsozialismus und seinen Ideen, gegen die Beschränkung der Freiheit überhaupt. Dann haben wir wieder aufgebaut. Es war gut, daß wir wieder aufgebaut haben. Nur manchmal wünscht man sich sogar, der Wiederaufbau wäre etwas langsamer erfolgt, als er erfolgt ist. Aber der Mensch ist unersättlich, und die Länder wollen weiter nach vorn. Wir haben in mancher Hinsicht diesem Drängen nachgeben müssen.

¹¹ Vgl. dazu PROTOKOLLE 3 S. 1027 f. und EBD. S. 1034.

¹² Vorstand der SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 26. bis 30. Mai 1962 in Köln. Bonn 1962.

Ich habe eben von den Wirkungen auf unsere Wähler gesprochen, wenn die SPD die stärkste Partei würde. Die Sozialdemokratie würde, davon sind wir alle überzeugt, sicher rücksichtslos vorgehen gegen alle anderen, und zwar mit einer Rücksichtslosigkeit, die wir uns nicht vorstellen. Ich fürchte, daß das sehr schlechte Folgen hätte. In der SPD würden die alten Tendenzen, die nicht tot sind, wieder lebendig und kraftvoll werden. Der Deutschland-Plan der Sozialdemokratie¹³ ist auch noch nicht über Bord geworfen, sondern besteht nach wie vor weiter.

Damit komme ich zu dem Bild, das wir uns machen müssen von der jetzigen Zeit und den nächsten Jahren im Kampf gegen den atheistischen Kommunismus, der in den letzten zehn Jahren ungeheuer an Macht zugenommen hat und sich jetzt anschickt, um in Westeuropa auf dem Weg über die Sozialdemokratie doch noch Fuß zu fassen. Deshalb wird die Wahl im Jahre 1965 entscheidend für uns werden. Wir werden uns darauf sehr intensiv und sehr genau vorbereiten müssen.

Von diesem Gedanken geleitet kamen wir im Engeren Vorstand zu dem Ergebnis – ein Ergebnis, das ich hundertprozentig begrüße –, dem Bundesparteitag vorzuschlagen – jetzt müssen Sie mich evtl. korrigieren; denn der Wortlaut wurde nicht genau schriftlich niedergelegt –, einen geschäftsführenden Vorsitzenden zu wählen, und zwar in der Person des Herrn Minister Dufhues, der aus seinem Ministeramt ausscheidet, um sich dieser Aufgabe mit mindestens 50 % seiner Arbeitskraft widmen zu können.

Das ist ein gutes Ergebnis, von dem ich mir für unsere Arbeit sehr viel verspreche. Es war in der Diskussion der Gedanke aufgetaucht, wir sollten heute noch nicht darüber beschließen, sondern vorerst noch Verhandlungen mit verschiedenen Gruppen pflegen. Aber der Engere Vorstand hat sich dann schließlich doch einstimmig dazu bekannt, heute einen Beschluß zu fassen. Es wurde dabei gesagt, daß auch nach dieser Beschlußfassung eine Besprechung mit den Landesvorsitzenden – die waren vorher genannt worden – möglich sei und auch durchgeführt werden solle.

Der Beschluß wurde auch gefaßt – nachdem, leider Gottes, ohne mein Zutun die Presse so furchtbar viel über die ganze Sache geschrieben hat –, damit nicht der Eindruck entstehen kann, als sei die Sache hier schiefgegangen. Das wäre sehr schlimm. Deswegen habe ich namens des Engeren Vorstandes den Auftrag, Sie zu bitten, ebenso wie er das getan hat, einmütig diesem Vorschlag zuzustimmen. In Parenthese darf ich bemerken: Wenn die CDU – wie wir hoffen – nach der nächsten Wahl den Ministerpräsidenten stellt, daß dann Herr Kollege Meyers Ministerpräsident wird. Herr Dufhues wird kein Amt mehr in dem neuen Kabinett übernehmen, sondern sich für diese Sache, die ich eben skizziert habe, zur Verfügung stellen.

Wir haben dann noch einen Beschluß gefaßt, wozu wir aber nur Ihre prinzipielle Zustimmung haben möchten; denn die Einzelheiten sollen noch in einer besonderen Sitzung des Engeren Vorstandes erörtert werden.

¹³ Deutschlandplan der SPD. Kommentare, Argumente, Begründungen. Hg. vom Vorstand der SPD. Bonn April 1959.

Es soll auf Vorschlag des Herrn Kollegen von Hassel ein Ausschuß eingesetzt werden, der dafür sorgen soll, daß die Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern, soweit unsere Partei dabei mitzusprechen hat, besser und geordneter werden, als sie bisher sind.

Ferner soll auf Antrag des Herrn Kollegen Etzel ein Ausschuß eingesetzt werden, der die Frage der Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und die Gestaltung des Bundeshaushaltsplanes für 1962 bearbeiten soll.

Nun komme ich zum Parteitag. Der Bundesparteitag kann leider nicht zu dem vorgesehenen Termin in Dortmund abgehalten werden, weil eine internationale Ausstellung „Druck und Papier“ – in Parenthese bemerkt: Druck und Papier ist eine Erfindung des Teufels, davon bin ich absolut überzeugt – zu diesem Zeitpunkt stattfindet und aus diesem Grunde Amerikaner, Japaner und sonstige Ausländer sämtliche Hotels zwischen Dortmund und Frankfurt am Main belegt haben, so daß wir unsere Leute in Dortmund nicht unterbringen können. Die Kollegen aus Nordrhein-Westfalen haben aber gebeten, den Parteitag nicht in Hamburg – wie Herr Blumenfeld angeregt hat – oder in Wiesbaden, sondern in Dortmund abzuhalten, und zwar vom 2. bis 5. Juni, also noch vor Pfingsten.

Ich würde vorschlagen, daß die Kollegen aus Nordrhein-Westfalen anschließend etwas über die Einzelheiten hierzu sagen. Die Interessen der Gesamtpartei sollen nach unserem Vorschlag soweit wie möglich gewahrt bleiben. Das ist das Wesentlichste, was ich Ihnen zu berichten habe, meine Damen und Herren. Ich bitte die stellvertretenden Vorsitzenden, mich eventuell zu ergänzen.

Dufhues: Ich sehe keinen Nachteil darin, daß der Bundesparteitag um einige Tage verlegt werden muß. Zunächst erhalten wir dadurch die Möglichkeit, uns eingehend mit dem Parteitag auseinanderzusetzen, den die SPD einige Wochen vorher in Köln abhält. Außerdem hält die FDP ihren Parteitag acht Tage vor uns ab.¹⁴ Vor allen Dingen aber liegt der jetzt vorgeschlagene Termin näher an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, so daß wir uns als Auswirkung eine positivere Beeinflussung der Landtagswahlen vorstellen können. In Dortmund stehen uns genügend Nebenräume für den Bundesvorstand, den Parteiausschuß und auch für die Presse und die technischen Apparaturen zur Verfügung.

Der Saal selbst faßt etwa 1.300 Personen. Wir haben bei früheren Parteitag mehr Parteifreunde einladen können, vor allem solche, die als nichtstimmberechtigte Delegierte dabei waren. Trotzdem habe ich Bedenken, Ihnen eine größere Halle der Westfalenhalle zu empfehlen. Es kommt entscheidend darauf an, daß wir durch die Wahl des Raumes eine innere Geschlossenheit und eine gute Atmosphäre erhalten und eine gute Diskussion ermöglicht wird. Dieser Raum steht uns in der Halle 2 zur Verfügung. Er ist mit allen modernen Einrichtungen, wie Beleuchtung, technischen Anlagen ausgestattet und hat eine sehr gute Akustik. Er ist mit Parkett ausgelegt

14 13. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 23. bis 25. Mai 1962 in Düsseldorf. Unterlagen und Protokoll in AdL A1–188 bis A1–203.

und mit Läufern belegt. Dadurch wird die Stimmung gehoben. Wir müssen allerdings hierbei auf die Mitwirkung von etwa 400 bis 500 Parteifreunden verzichten. Das schadet aber nichts, denn wir haben bei früheren Parteitagen häufig große Lücken gehabt, die dann im Fernsehen erschienen sind. Das habe ich nicht für eine wirksame Werbung gehalten.

Im Zusammenhang mit diesem Parteitag soll eine Großkundgebung mit 23.000 Menschen in der Westfalenhalle abgehalten werden. Ich könnte mir vorstellen, daß diese Massenkundgebung eine große Ausstrahlung auf die Bevölkerung von Dortmund und des Industriegebietes haben wird.

Adenauer: Darf ich Ihnen vorschlagen, weil das eilig ist, sich zunächst mit den Vorschlägen einverstanden zu erklären, die Sie jetzt gehört haben über die Abhaltung des Parteitages. Es bleibt uns nichts anderes übrig. Herr Dufhues hat soviel Honig aus den Blüten gesaugt, wie überhaupt herauszusaugen war. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Darf ich nun um Wortmeldungen zu meinem Referat bitten! (*Zimmer:* Welche Vollmachten wird der geschäftsführende Vorsitzende haben, um seine Aufgaben erfüllen zu können?) Möglichst große! (*Zimmer:* Sind sie schon abgegrenzt?) Nein, aber das soll noch besprochen werden.

*Noltenius*¹⁵: Ich möchte vorschlagen, daß wir über diese wichtige Angelegenheit heute keinen Beschluß fassen. Der Engere Vorstand hat sich damit befaßt, und die Entscheidung darüber wird auf dem Bundesparteitag fallen. Es ist also wirklich Zeit genug, um uns mit dieser wichtigen Frage sehr eingehend zu beschäftigen. Das halte ich auch in der Tat für notwendig. Ich bin nicht der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß es einen schlechten Eindruck machen wird, wenn wir heute in diesem Kreis nicht sofort dem Vorschlag zustimmen. Ich meine im Gegenteil, die Sache bekommt sehr viel mehr Gewicht, wenn wir diesen Vorschlag hier heute zur Kenntnis nehmen. Ich kannte ihn bisher lediglich aus den Tageszeitungen und wußte nicht, daß wir uns heute damit befassen würden. Es macht nach meiner Meinung einen besseren Eindruck, wenn wir uns damit noch eingehend befassen. Bei der nächsten Sitzung können wir uns dann über die Aufgaben unterhalten, die der neue geschäftsführende Vorsitzende bekommen soll.

Das soll also nicht bloß eine Neuerung nach außen sein, sondern es sollen große Wirkungen davon ausgehen. Man wird sich darüber unterhalten müssen, wie der neue geschäftsführende Vorsitzende von der Spitze aus hineinwirken soll in die föderalistisch organisierte Partei und wie er mit den Landesverbänden zusammenarbeiten soll. Es ist besser, wenn das vorher überlegt wird, bevor der Bundesvorstand einen Beschluß darüber faßt. Wenn wir es heute beschließen, dann sieht es so aus, als ob wir hier lediglich mit dem Kopf genickt hätten. Und das ist doch der Bedeutung dieser Sache nicht angemessen.

¹⁵ Dr. Jules Eberhard Noltenius (1908–1976), 1954–1969 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen, 1954–1967 MdBB, 1955–1959 Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr.

Krone: Herr Noltenius! Diese Frage ist bereits heute morgen im Engeren Vorstand eingehend besprochen worden. Sie ist von mir angeregt worden. Das sage ich ganz offen. Wir haben am Schluß der Debatte uns einstimmig zu diesem Beschluß bekannt. Es ist hinzugefügt worden, daß bis zum Bundesparteitag noch mit den Landesvorsitzenden darüber gesprochen werden soll. Herr Dufhues hat gesagt, er wäre ein Tor, wenn er wegen der Aufgaben, die ihm auf dem Parteitag übertragen werden sollen, nicht mit den Landesvorsitzenden sprechen wolle. Ich betone, mit allen Landesvorsitzenden.

Es ist weiter eine Frage, die die stellvertretenden Vorsitzenden betrifft. Ich spreche jetzt nicht pro domo, sondern für alle. Es ist eine Frage, die gerade im Norden unseres Bereiches diskutiert worden ist. In der Presse hat gestanden, daß Tendenzen vorhanden seien, auf dem Parteitag in Dortmund einen neuen Ersten Parteivorsitzenden zu wählen, der nicht mehr Konrad Adenauer heißen soll.

Das alles hat dazu geführt, diesen – wenn Sie wollen – Mittelweg zu gehen. Diese sehr sorgfältige Diskussion, die wir gehabt haben, sollte uns im Parteivorstand veranlassen, diesen Vorschlag zu akzeptieren.

Was der Herr Bundeskanzler vergessen hat, ist folgendes: Der Engere Vorstand sagt ausdrücklich, daß mit dieser Aufgabe keine Präjudizierung verbunden sein kann wegen des Ersten Parteivorsitzenden und seines Nachfolgers. Das wollen wir ganz deutlich sagen. Es handelt sich um einen Auftrag mit ganz bestimmten Aufgaben der Partei.

Weber: Ich bin der Meinung von Herrn Krone, und wir sollten heute nicht zögern, sondern sagen, was wir wollen. Es hat so viel in den Zeitungen gestanden, und jeder würde sich wundern, wenn wir heute nichts darüber beschlössen. Und wenn noch das hinzukommt, was Herr Krone gesagt hat, dann sollten wir wirklich nicht zögern.

Süsterhenn: Wir sollten heute Nägel mit Köpfen machen und die Entscheidung, soweit wir dazu in der Lage sind, legalisieren. Ich bin etwas entsetzt über die Ausführungen von Herrn Krone, wenn er berichtet hat, es müsse gegenüber der Öffentlichkeit festgestellt werden, daß damit keine Präjudizierung für die Zukunft erfolge. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. (**Zurufe:** Das hat er nicht gesagt!) Na schön, aber wenn das gesagt würde, dann wäre das doch eine Abwertung.

Adenauer: Herr Süsterhenn! Sie haben Herrn Krone falsch verstanden.

Krone: Herr Süsterhenn! Weil diese Frage im Engeren Vorstand besprochen worden ist, mußte sie auch im Bundesparteivorstand erwähnt werden. Wir wollen in keiner Weise so etwas heute durch Beschluß festlegen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Von Hassel: Es wurde davon gesprochen, daß wir heute etwas sagen müßten, weil das und das in der Zeitung gestanden hätte. Damit begeben wir uns nach meiner Meinung auf einen gefährlichen Weg, daß wir nämlich deshalb, weil etwas in der Zeitung steht, heute dazu etwas beschließen müßten. In der Konsequenz könnten dann „Freunde“ veranlaßt werden, einfach etwas in die Zeitung zu setzen, damit wir dazu etwas beschließen.

Es sitzen hier unter uns mehr als ein Dutzend Herren, die bei der Erörterung der Landesvorsitzenden über die Parteireform im Jahre 1959 dabeigewesen sind. Wir haben damals am Tage nach der Bundespräsidentenwahl in Berlin uns auf ein Konzept verständigt, das später nicht weiter verfolgt worden ist. Wir sollten deshalb erneut mit den Landesvorsitzenden zusammenkommen, die auch damals in geradezu glänzender Weise und in guter Atmosphäre verhandelt haben. Hierbei muß auch irgendwie die Frage der stellvertretenden Vorsitzenden mitbehandelt werden. Es ist für uns irgendwie interessant zu sehen, wie nun zwischen dem Bundesvorsitzenden und den Stellvertretern einer eingeschoben wird. Ob wir nun vier oder fünf Stellvertreter haben sollen, das – scheint mir – können nur die Landesvorsitzenden, wie in der damaligen Form, miteinander klären, weil es draußen von unseren Landesvorsitzenden weitergegeben werden muß. Im Prinzip habe ich nichts dagegen, daß man in dieser Richtung marschiert, aber ich möchte doch, daß das in guter kameradschaftlicher Form mit allen Landesvorsitzenden gemeinsam erörtert wird.

Meyers: Zunächst ist keine Rede davon, daß wir etwas beschließen, weil es in der Zeitung gestanden hat. Es steht die Neuwahl des Vorsitzenden auf dem Programm des Bundesparteitages, und dazu muß man sich Gedanken machen, zumal wir wissen, daß der Herr Bundeskanzler einen immens steigenden Arbeitsanfall als Bundeskanzler hat. Seine Arbeitslast, wie überhaupt die Arbeit, hat sich stark erhöht. Ich darf als Beispiel die Zeit nennen, in der Karl Arnold¹⁶ noch Ministerpräsident war, und sie mit heute vergleichen, und dann sehen wir, wie die Arbeit gewachsen ist. Heute sind sozusagen ganze Abteilungen auf Reisen, die wie Karawanen durch unsere Länder und die Bundesrepublik ziehen. (*Heiterkeit.*) Es kommen also Partei-Belastungen auf uns zu, die viel größer sind, als sie früher waren. Weiter kommt hinzu, daß im ganzen Parteivolk eine Gärung im Gange ist, und viele Wähler sagen, es muß anders werden in dieser Partei. Hier muß die Arbeit eines verantwortlichen Mannes an der Parteispitze einsetzen, um die Partei als eine geschlossene Kraft auf diesem Parteitag herauszustellen. Das hat nichts mit irgendwelchen Zeitungsmeldungen zu tun.

Im übrigen, Herr Noltenius, wir verstehen uns sehr gut, aber diesmal hat Sie Ihr Gedächtnis schwer im Stich gelassen. Wir haben uns doch drüben nach der letzten Bundesvorstandssitzung über den Fall unterhalten. Da habe ich Ihnen gesagt, wir würden für einen solchen Fall Herrn Dufhues vorsehen. Darauf haben Sie erwidert: Dann soll er sich mal bei uns vorstellen! (*Große Heiterkeit.*) Das Thema ist also schon seit November im Gespräch. Wenn Sie wollen, schon seit dem Jahre 1956. Die Herren Schröder und Kiesinger können Ihnen sagen, daß wir damals deswegen bereits zusammengesessen und überlegt haben, wie können wir die Arbeit der Partei straffen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, einen engeren Vorstand zu wählen, der einen Aufgabenbereich bekommen sollte. Nun hat es sich aber herausgestellt,

16 Karl Arnold (1901–1958), 1946–1958 MdL und 1947–1956 Ministerpräsident von NW (CDU), 1957–1958 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 3 Anm. 14; Walter FÖRST in RHEINISCHE LEBENSBIlder 7 S. 295–316.

daß diese wohlgemeinte Art der Organisation einfach nicht geklappt hat. Deshalb müssen wir uns Gedanken darüber machen, was soll nun werden für die Partei, die in Zukunft schwersten Belastungen ausgesetzt sein wird. Das einfachste ist, daß derjenige, den wir wählen und der sich zur Verfügung stellt, sich dieser Partei widmen muß. (*Von Hassel*: Welche Kompetenzen er bekommen soll, das ist doch der Kern der Diskussion!)

Adenauer: Ich darf nochmals wiederholen, was der Engere Vorstand beschlossen hat. Wir haben einen qualifizierten Mann vorgeschlagen. Und wenn man diesen Mann hat – ich weiß gar nicht, ob er es wird oder nicht –, dann muß man mit ihm verhandeln. Und das wird sicher Herr von Hassel in die Hand nehmen und mit den Landesvorsitzenden erörtern, wie man das Ganze in Ordnung bringt.

Herr Noltenius! Nachdem Sie schon seit langem diese Angelegenheit kennen – wie Herr Meyers „verraten“ hat –, wollen Sie nicht Ihren Vertragungsantrag fallen lassen? (*Noltenius*: Wie soll der Beschluß lauten?) Der Bundesvorstand beschließt, dem Parteitag vorzuschlagen, einen geschäftsführenden Vorsitzenden, in der Person des früheren Ministers Dufhues, zu wählen. Die Einzelheiten sollen dann besprochen werden zwischen Herrn Dufhues und mir, und ferner wird Herr von Hassel die Konferenz der Landesvorsitzenden in die Hand nehmen. Der Engere Vorstand bekommt dann vor dem Bundesparteitag noch einen Bericht darüber.

Noltenius: Wenn das zum Gegenstand des Beschlusses gemacht wird, daß wir uns über die Aufgaben noch unterhalten, ist das eine Arbeitsgrundlage für das, was wir zu tun haben, aber kein Definitivum.

*Krüger*¹⁷: Ich würde vorschlagen, den Beschluß in zwei Punkte zu teilen: 1. Wahl des geschäftsführenden Vorsitzenden, 2. die Satzung entsprechend zu ändern.

Adenauer: So ist es auch gemeint. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für diesen Vorschlag sind, eine Hand zu erheben! – Wer ist dagegen? – Niemand! – Stimmenthaltung? – Herr Dufhues. Also, meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir damit einen guten Beschluß gefaßt haben. Auf die Hilfe des Herrn von Hassel legen wir großes Gewicht. (*Von Hassel*: Daß ich ermächtigt werde, die Landesvorsitzenden wie früher einzuberufen, um die Erledigung dieser Frage vorzubereiten?) Ja! Nun können wir zum Vortrag des Herrn Kraske übergehen.

AUSSPRACHE ÜBER DIE VOM BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER VORGELEGTE WAHLANALYSE

Kraske: Der Bundesvorstand hat mich in seiner letzten Sitzung aufgefordert, eine schriftliche Wahlanalyse vorzulegen und sie Ihnen rechtzeitig vor dieser Vorstands-

17 Hans Krüger (1902–1971), 1957–1965 MdB (CDU), 1958–1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen, 1963/1964 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

sitzung zugänglich zu machen.¹⁸ Diese Wahlanalyse ist, wie Sie inzwischen gesehen haben, sehr umfangreich geworden. Ich weiß nicht, inwieweit ich voraussetzen kann, daß Sie die Zeit und die Gelegenheit gehabt haben, sie wirklich zu lesen. Ich glaube aber, daß die eigentliche Planung, die dieses schriftliche Verfahren vorsah, verfehlt wäre, wenn ich alles, was hier steht, vorträge. Ich beschränke mich deshalb auf wesentliche Thesen, die mir als Ergebnis dieser Analyse und als Ausgangspunkt für die Diskussion und die künftige Arbeit wichtig erscheinen.

Ich möchte zunächst eine Einschränkung machen. Sie betrifft den Zeitpunkt der Vorlage dieser Analyse. Es ist wahrscheinlich etwas schwer vorstellbar, wenn die Bundesgeschäftsstelle oder der Bundesgeschäftsführer viereinhalb Monate nach der Bundestagswahl noch immer keine endgültige Wahlanalyse vorlegen kann. Ich muß darauf hinweisen – ich habe es im schriftlichen Teil an mehreren Stellen gemacht –, daß es sich bei den Ergebnissen vorläufig nur um Hypothesen handeln kann, um einigermaßen gesicherte Hypothesen zwar, aber doch um Hypothesen, die möglicherweise in den nächsten Monaten noch Korrekturen erfahren mögen.

Das gilt einmal für den statistischen Teil der Analyse. Es ist wirklich nicht möglich, lediglich auf der Basis der Bundestagswahlkreise die Stimmenbewegung in ihrem politischen, soziologischen und geographischen Hintergrund zuverlässig zu analysieren, weil sich auf der großen Ebene des Bundestagswahlkreises eine Fülle von Einflüssen summiert, die analytisch nicht voneinander zu trennen sind. Das ist nur möglich, wenn die Gemeindewahlergebnisse vorliegen und ausgewertet werden. Das ist aber bei 24.000 Gemeinden bisher noch nicht der Fall.

Das zweite betrifft die Ergebnisse der Meinungsforschung sowohl während des Wahlkampfes als auch nach dem Wahlkampf. Sie sind zum Teil hier mitberücksichtigt, aber nicht vollständig, weil in den nächsten Monaten evtl. noch zusätzliche Bemerkungen oder geringe Korrekturen gemacht werden müssen. Zu dem, was sich bis heute mit Sicherheit sagen läßt und was in dieser Wahlanalyse im einzelnen begründet ist, möchte ich thesenartig folgendes hervorheben: Bei einer Stimmenverschiebung der CDU/CSU und des früheren BHE/DP und der Gesamtdeutschen Partei von je minus 5 % und einer Stimmenverschiebung der SPD und FDP von je plus 5 % könnte man zu dem Schluß kommen, daß insgesamt bei dieser Bundestagswahl 10 % der Wähler eine andere Partei als bei den früheren Bundestagswahlen gewählt hätten, daß also, wenn man die Neuwähler ausklammert, jeder zehnte Wähler seine politische Meinung in der einen oder anderen Richtung geändert hätte. Man könnte außerdem zu dem Schluß kommen, daß die SPD und die FDP ausschließlich Stimmen gewonnen und die CDU/CSU ausschließlich Stimmen verloren hätten. Aber beides hält einer genauen Untersuchung nicht stand.

Wir sind durch Kombination von statistischen Analysen und unter Berücksichtigung der Meinungsforschung zu dem Ergebnis gekommen, daß nur etwas mehr als

18 Vgl. Nr. 1 Anm. 5. Vgl. auch Karl SCHMITT: Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1989.

die Hälfte aller Wahlberechtigten in dem Sinn als Stammwähler anzusprechen waren, daß sie dieselbe Partei wie im Jahre 1957 gewählt haben und daß weniger als zwei Drittel – genau sind es 63 % – der Wähler solche Stammwähler sind, die die gleiche Partei wie 1957 gewählt haben.

Die Stimmenverschiebung bei der Bundestagswahl 1961 geht also sehr viel tiefer. Sie geht viel mehr in die Breite, als sich lediglich aus der Spitze der Gewinn- und Verlustrechnung im Wahlkreis ablesen läßt. Darüber hinaus zeigt sich, daß nicht etwa die CDU/CSU nur Stimmen verloren hat und die SPD und die FDP nur Stimmen gewonnen haben, sondern daß unterhalb dieser Plus-Minus-5%-Rechnung zwischen den Parteien die SPD zu einem bemerkenswerten Teil Stimmen an die CDU, die FDP zu einem geringen Teil ehemalige Wähler an die SPD und umgekehrt die CDU entsprechend mehr als die 5 %, die im Wahlergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung deutlich werden, an die SPD und an die FDP abgegeben haben. Dabei ist es nach meiner Meinung nicht so sehr wichtig, nun im einzelnen genau festzulegen, worum sich diese Wahlanalyse bemüht, wohin welche Prozentzahlen gegangen sind. Diese Graphik soll nur einen ungefähren Anhaltspunkt dafür geben, wie sich diese Wählerfluktuation verhält. Was mir viel wichtiger zu sein scheint, ist die Bedeutung einer so breit angelegten Wählerfluktuation in der politischen Entwicklung in den nächsten Jahren überhaupt.

Ich meine, wir müssen davon ausgehen, daß das politische System, soweit es sich in der Zuordnung von Einzelpersonen und von gesellschaftlichen Gruppen zu den politischen Parteien bis zum Jahre 1957 abzeichnet, sehr viel stabiler war, als seit etwa eineinhalb bis zwei Jahren. Man wird davon ausgehen müssen, daß ein Teil der Wählerschaft in den ersten Jahren einer neuen Parteibildung und eines sehr stürmischen Wiederaufbaues sich sozusagen nur vorläufig orientiert hat, daß aber mit dem langsamen Abklingen der unmittelbaren Einflüsse dieses Wiederaufbaues und seiner Erfolge diese Orientierung inzwischen in Frage gestellt worden ist.

Es ist also einer relativ kurzfristigen parteipolitischen Orientierung in den Jahren 1946 bis 1957 der Prozeß einer langfristigen, d. h. sozusagen einer normalen Orientierung gefolgt, der selbstverständlich nicht alle Gruppen umfaßt, der aber diese Grenze von 5 bis 15 % erfassen könnte, die für den Wahlausgang wichtig, ja unerlässlich sind.

Die zweite wichtige Erfahrung, die sich aus den analytischen Untersuchungen ergibt, ist folgende: Es sind nach dem 17. September von vielen Seiten etwas voreilig Hypothesen darüber aufgestellt worden, wo die CDU ihre großen Verluste gehabt hätte und wo umgekehrt die SPD und die FDP ihre großen Einbrüche erzielt hätten. Es war die Rede von dem Erfolg der FDP bei den Frauen oder vom Erfolg der SPD und der FDP bei den Jungwählern oder vom Mißerfolg der CDU bei den evangelischen Wählern.

Die bisher vorliegenden Untersuchungen – ich glaube, in diesem Punkt sind sie absolut zuverlässig und bedürfen nicht mehr einer endgültigen Korrektur – zeigen, daß es sich um einen allgemeinen Trend handelt, der durch alle Schichten und

Gruppen und Generationen, sowohl in sozialer wie auch in konfessioneller Hinsicht hindurchgeht und lediglich eine Schwankungsbreite von etwa minus 3 bis minus 6,5 % hat, daß es sich aber nicht um spezifische Einbruchsstellen innerhalb der bisherigen Wählerschaft der CDU handelt. Was der Herr Bundeskanzler vorhin gesagt hat, daß nämlich die SPD in Bereiche vorgestoßen sei, in denen sie bisher kaum Wähler hatte, ist zweifellos richtig, das heißt aber nicht, daß die CDU ihrerseits nur aus diesen Bereichen Wähler abgegeben hat, sondern durch die gleichzeitigen Stimmengewinne der FDP verteilen sich die Stimmenverluste der CDU, wie ich meine, auf den gesamten Bereich. (*Adenauer*: Das habe ich nicht gesagt!) Ich wollte nur sagen, Herr Bundeskanzler, aus der Tatsache, daß die SPD in bestimmten Gruppen gewonnen hat, nun die Schlußfolgerung zu ziehen, die CDU habe gerade in diesen Gruppen besonders verloren, das scheint mir nicht richtig zu sein, sondern wir haben es mit einem allgemeinen Trend mit geringen prozentualen Unterschieden zu tun.

Erfreulich war im Ergebnis der Analyse, daß sich die sehr schnell aufgestellte These der SPD und der FDP, sie hätten besondere Erfolge bei den Jungwählern gehabt, nicht bewahrheitet hat, sondern im Gegenteil. Wir haben zwar bei den Jungwählern nicht so gut abgeschnitten wie bei den älteren Jahrgängen – das ist bei der CDU immer so gewesen, daß sie am besten bei den älteren Jahrgängen abgeschnitten hat –, aber unsere Stimmenverluste in der Gruppe der Jungwähler zwischen 21 und 30 Jahren waren geringer als in den übrigen Gruppen. Und die Stimmengewinne der SPD und der FDP waren in dieser Altersgruppe am weitaus geringsten von allen übrigen Wählern, so daß man sagen kann, daß – im Gegenteil zu den ersten Behauptungen des politischen Gegners – die CDU sich gerade bei der jungen Generation mehr behauptet hat als in den übrigen Altersgruppen. Die Schwierigkeit, die sich aus dieser Erkenntnis für die künftige Arbeit ergibt, ist die, daß wir vor einer ganz neuen Aufgabe stehen. Wir können nicht etwa sagen, wir haben in diesen soziologischen Gruppen oder in dieser Gegend etwas versäumt und müssen nun die Einbruchsstellen abriegeln, sondern wir müssen sozusagen den Kampf um die Wiederherstellung unserer alten Mehrheit an allen Fronten gleichzeitig aufnehmen.

Nun eine wichtige Frage, die sich im Verlaufe einer solchen Untersuchung stellt und die mehr mit den Methoden der Meinungsforschung als mit denen der statistischen Analyse zu beantworten ist, ist die, wie sich der Prozeß der Meinungsbildung und der Wahlentscheidung entwickelt, wann hat bei den Wechsel-Wählern die Ablösung von ihrer früheren Parteientscheidung begonnen und unter welchen Einflüssen hat diese Wendung der Wähler von der einen zur anderen Partei stattgefunden. Die Meinungsforschung mehrerer Institute ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der eigentlich entscheidende Einfluß nicht der 13. August und die Ereignisse danach gewesen sind, sondern daß die Neuorientierung dieser Wähler viel früher, nämlich beginnend im Sommer des Jahres 1959, liegt.¹⁹ Das weist sich unter anderem darin

19 Adenauers Zu- und Absage seiner Kandidatur zur Bundespräsidentenwahl 1959. Dazu SCHWARZ: Adenauer 2 S. 502–526.

aus, daß wir seit dem Jahre 1960 bei den Meinungsumfragen im Durchschnitt sehr viel höhere Anteile von Meinungslosen gehabt haben als in früheren Jahren. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Wähler, die sich von ihrer alten Partei trennen, nicht sofort überspringen zu einer anderen Partei, sondern daß sie die Durchgangsstation durch das Lager der Meinungslosen wählen. Das wird unter anderem belegt durch eine interessante Feststellung über die Kurve der CDU-Resonanz aus dem Jahre 1961, wobei der Höhepunkt nicht etwa am 12. August liegt und dann absinkt, sondern bereits im Mai/Juni und dann schon die Kurve absinkt.

Das ist vielen von uns seinerzeit nicht ganz deutlich geworden, weil die CDU im Juni ihre Stimmen nicht an die SPD, sondern an die Meinungslosen abgegeben hatte, die damals zum erstenmal über die 30%-Grenze gingen. Es gibt Meinungsinstitute, die glauben, ihren Auftraggebern und Lesern diese Zahl der Meinungslosen vorbehalten zu können, die also nur die umgerechneten Zahlen liefern, so daß wir nach den umgerechneten Zahlen vor dem verfälschten Bild standen, daß bis zum August die CDU bei etwa 50 % gelegen habe, während in Wirklichkeit die CDU-Kurve bereits im Sinken begriffen war und die Kurve der Meinungslosen erheblich zugenommen hatte.

Hier wird also manches von der langfristigen Unsicherheit und Labilität deutlich. Nun würde ich sagen – das ist seit dem 13. August eine vieldiskutierte Streitfrage –, daß ohne die Ereignisse des 13. August und die Art, wie die SPD und insbesondere Willy Brandt diese Ereignisse für sich ausgenutzt haben, ein größerer Teil der Meinungslosen nicht zur CDU zurückgekommen wäre, aber man wird nicht sagen können, daß die eigentliche Ursache am 13. August und an seiner nachfolgenden Entwicklung gelegen hat, sondern daß der 13. August lediglich bestimmte potentiell vorhandene Schwankungen in einzelnen Wählergruppen bestätigt und kanalisiert hat.

Das gleiche gilt für eine weitere Frage, die in jeder Analyse von größter Bedeutung ist, nämlich der Einfluß des Wahlkampfes und der Werbung. Herr Dr. Heck und ich sind schon in den Wahlkämpfen der Jahre 1953 und 1957 der Meinung gewesen, daß eine gute Werbung unerlässlich ist, daß man aber ihren Einfluß auf die Wahlentscheidung im allgemeinen überschätzt. Ich meine, daß das für diesen Wahlkampf noch mehr gilt; denn es hat sich gezeigt, einen wie großen Einfluß einerseits und einen wie relativ geringen Einfluß die Werbung andererseits hat, wobei ich mit Werbung nicht das gesamte Auftreten der Partei im Wahlkampf meine, sondern die Plakatierung, die Werbung im Fernsehen, im Rundfunk usw., während auf der anderen Seite jene politischen Äußerungen der Parteien und ihrer führenden Vertreter stehen, die wahrscheinlich das Klima entscheidender bestimmen als alle sogenannten anonymen Werbemaßnahmen. Daß diese Werbung – und das gilt für die vor uns liegenden Landtagswahlkämpfe – trotzdem unverzichtbar und in jedem Fall zwingend ist, das Beste daraus zu machen, ergibt sich schon daraus, daß sich die Parteien in der Werbung gegenseitig hochsteigern und wahrscheinlich eine verheerende Folge für eine Partei einträte, wenn sie plötzlich in der Werbung nachließe.

Es ergibt sich weiter daraus, daß die Werbung wesentlich dazu beiträgt, das

Klima eines Wahlkampfes zu schaffen, aber auch den Hintergrund, auf dem sich die Auseinandersetzung politischer Entscheidungen aktivieren können. Ich bitte Sie, diese einschränkenden Bemerkungen nicht als eine Bagatellisierung von Wahlkämpfen für die Zukunft aufzufassen. Was mir wichtig erscheint, ist die Folgerung, die daraus zu ziehen ist.

Damit komme ich zu einer Zusammenfassung des Schlußteils meiner Analyse. Diese Folgerung heißt, daß die ersten drei Jahre einer Legislaturperiode für die Meinungsbildung mindestens so wichtig, wenn nicht – wie ich sagen würde – wichtiger sind, als ihr letztes Jahr, das heißt also, daß man auf keinen Fall drei Jahre lang unbekümmert oder unbesorgt um die Entwicklung der öffentlichen Meinung sein darf, um dann erst im vierten Jahr den Wahlkampf zu beginnen. Ich würde sogar etwas pointiert zu der These kommen, wenn es in den ersten drei Jahren der Legislaturperiode gelingen sollte, die öffentliche Meinung in ihrer Mehrheit auf seine Seite zu bekommen, dann kann man im letzten Jahr viel zurückhaltender marschieren als dies sonst notwendig ist. Das bedeutet nun ganz sicher nicht, daß eine Partei wie die unsrige das tun könnte, was die SPD als permanenten Wahlkampf bezeichnet. Das scheidet für uns aus vielen Gründen aus. Ich meine aber, daß es heißt, daß sich die CDU von jetzt an im Bund und in den Ländern und in den Wahlkreisen – unabhängig von dem Termin der jeweiligen Landtagskämpfe – um ein viel engeres und dauerhaftes Verhältnis zur öffentlichen Meinung, zu den Verbänden, Gruppen und Organisationen, in denen sie im hohen Maße organisiert ist, bemühen muß.

Ich möchte das an einem Beispiel klarmachen. Dann wird deutlich, was mit dem Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ gemeint ist. Wir haben im Oktober des Jahres 1960 seitens des Bundesvorstandes und insbesondere des Herrn Bundeskanzlers begonnen, Kontaktgespräche zu verschiedenen Spitzenorganisationen aus dem Bereich der Heimatvertriebenen, der Flüchtlinge und der berufsständischen Verbände aufzunehmen. Das war damals erfolgreich. Aber es wäre sicher falsch, wenn wir das als eine beginnende Maßnahme des Wahlkampfes betrachten wollten; denn das wäre eigentlich schon das schlichte Eingeständnis unserer Versäumnisse in der vergangenen Zeit. Ich meine sogar, daß eine solche Tätigkeit im Vorwahljahr kaum noch einen Sinn hat, weil sie zu sehr unter Wahlkampf-Gesichtspunkten gesehen wird. Das gilt nicht nur für die Bundespartei, sondern auch für die Landesparteien und insbesondere für die Kreisparteien. Das Bild der CDU in der öffentlichen Meinung ist in den Jahren 1958 bis 1960, wie viele Abgeordnete aus der Stimmung ihrer Wahlkreise bestätigt haben, so gewesen: Die CDU kümmert sich nicht um uns; sie ist für uns nur da, wenn es darum geht, unsere Stimmen für die nächste Wahl und die Erneuerung der Mandate zu mobilisieren. Und ich glaube, hier liegt über alle Programmänderungen, über alle taktischen Schwankungen hinaus, die große Gefahr der Tätigkeit der SPD, und zwar nicht erst jetzt, sondern praktisch schon seit dem Jahre 1959, weil sie bis zur Bundestagswahl schon gewisse Anfangserfolge gehabt hat, die sich zweifellos in der Bundesrepublik noch steigern werden, wenn wir nichts Entsprechendes entgegensetzen.

Man braucht es natürlich in dieser Hinsicht nicht zu übertreiben. Ich halte es z. B. für eine Übertreibung, wenn die SPD an jedes Brautpaar einen Glückwunsch der SPD schickt oder auch Namenstagsglückwünsche übermittelt. Aber es zeigt die Linie der SPD.

Die Voraussetzung für eine solche Werbung innerhalb der CDU, abgesehen von allen politischen Fragen dieser Öffentlichkeitsarbeit und abgesehen von der Tätigkeit des Bundesvorstandes, ist natürlich eine wesentliche Verstärkung und Verbesserung unserer Organisation. Ich habe schon bei der Anfertigung dieser Wahlanalyse ein schlechtes Gefühl gehabt hineinzuschreiben, daß eine wesentliche Voraussetzung dafür Geld ist. Es ist bekanntlich für einen Geschäftsführer der bequemste Ausweg, einfach zu sagen, wir können nicht mehr tun, weil wir nicht mehr Geld haben. Ich bitte Sie aber trotzdem, über die Voraussetzungen einmal nachzudenken und die Sache sehr ernst zu nehmen. Dazu möchte ich nur ein paar Zahlen bekanntgeben, die nicht in dieser Wahlanalyse stehen.

Die CDU ist ohne die CSU in 396 Kreisverbänden organisiert. In diesen 396 Kreisverbänden verfügt sie über 198 hauptamtliche, 71 nebenamtliche und 16 ehrenamtliche Kreisgeschäftsführer, d. h. also, daß wir nur für etwa die Hälfte unserer Kreise hauptamtliche Kreisgeschäftsführer haben, wobei ich nicht wagen würde, von den hier aufgeführten 198 in jedem Fall zu sagen, daß das die Lösung non plus ultra ist. Das sind zum großen Teil Männer, die zwar ihr bestes hergeben, aber die es einfach nicht schaffen können, und wo man mangels Bezahlung keinen Besseren bekommt.

Ich möchte eine zweite Zahl nennen, die das im Einzelfall noch deutlicher macht. Es gibt in Niedersachsen einen Bezirksverband mit dem Sitz in Cuxhaven, in dem im Grunde die Zentralisierung des Reservoirs von ehemaligen DP-Stimmen liegt. Dieser Bezirksverband umfaßt drei Bundestagswahlkreise. In diesem Bezirksverband hat die CDU einen hauptamtlichen Mitarbeiter – und das, soviel ich weiß, seit eineinhalb Jahren –, der nur durch Hilfe von außen her eine Sekretärin hat anstellen können, indem Herr von Hassel als benachbarter Landesvorsitzender monatlich DM 400,– gezahlt hat! (*Von Hassel: DM 600,–!*)

Das ist also die organisatorische Situation, und wir wissen, daß auf einer solchen Grundlage nur hie und da einmal eine Lücke ausgefüllt, aber keineswegs etwas Neues oder Zusätzliches aufgebaut werden kann. Ich meine deshalb, daß wir mit dem Ziel in die nächsten vier Jahre hineingehen müssen, wie es der Bundesschatzmeister auf der Bundesebene getan hat und in einzelnen Landesverbänden und Ländern jetzt geschehen ist. Wir sollten nicht nur die undichten Stellen ausflicken, sondern wir müssen unbedingt diese Organisation wirklich ergänzen und ausfüllen und sie für das Instand setzen, was nach den Ergebnissen dieser Bundestagswahl und nach der Analyse an Aufgaben vor uns steht, die wir soweit und sobald wie möglich erfüllen müssen. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Ich habe die Drucksache ziemlich eingehend studiert, aber ich muß sagen, was Herr Kraske eben ausgeführt hat, war eine sehr wertvolle Ergänzung. Ich

wäre Ihnen dankbar, Herr Kraske, und wahrscheinlich die anderen Herren auch, wenn Sie das, was Sie jetzt ausgeführt haben, und das Material, das noch kommt, uns zuschicken würden. Ich meine, wir werden dann über die ganzen Fragen, die hierbei entstehen, noch einmal in diesem Kreise in aller Ruhe sprechen müssen.

Kraske: Ich bin augenblicklich im Urlaub und habe zu diesem Zweck das ganze Material über die Meinungsforschung von ungefähr 1.500 Seiten mitgenommen, um es in Ruhe durchzusehen. Es wird sich daraus ohnehin eine Ergänzung ergeben, die im Laufe des Monats Februar oder März nachgeliefert wird.

Adenauer: Wir würden es sehr begrüßen, wenn wir das bekämen, um dann noch einmal über die ganzen Fragen, die sich daraus ergeben, hier zu sprechen.

Zimmer: Ich habe die Arbeit auch studiert. Sie ist äußerst wertvoll. Ich werde mir erlauben, gelegentlich in einem engeren Kreise darauf zurückzukommen. Einen Punkt möchte ich herausheben. Sie haben an zwei Stellen (Seite 25 und 47) von der Publizistik gesprochen. Ich selbst spreche lieber von den Journalisten; denn Publizistik und Presse werden getragen von den Journalisten, die als Korrespondenten usw. für die Presse tätig sind.

Ich möchte fragen, ob unsere Partei eine erschöpfende Übersicht in personeller Hinsicht mit den erforderlichen Daten hat. Man liest häufig Artikel und möchte dann wissen, wer und was der Verfasser genau ist. Das würde Rückschlüsse geben über den Begriff der Freiheit der Presse, die in Wirklichkeit nur sein kann eine Freiheit des Journalisten. (*Adenauer:* Das ist sehr kitschig!) Ich möchte bitten, daß der Engere Vorstand dieser Frage, und zwar ausgehend von diesem Tableau mit allen erforderlichen personellen Daten, seine besondere Aufmerksamkeit schenkt und gewisse Verhaltensweisen in Erwägung zieht. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Vor zehn Tagen wurde in Koblenz im Presseclub ein Vortrag über die Presse und die Notstandsgesetzgebung gehalten, woran besonders der neue Innenminister interessiert war. Bei dieser Gelegenheit hat Professor Frey im Sinne der Presse einen Vortrag gehalten²⁰, und am Schluß wurde ein eindringlicher Appell gerichtet – Herr Minister von Merkatz ist anwesend – an das Verantwortungsbewußtsein der Presse, und zwar gewissermaßen als Vorbedingung für die Freiheit, die ihr gewährt werden müsse. Ich muß sagen, daß ich diese Worte eigentlich von einem Deutschen in dieser Form noch nicht gehört habe. Ich bitte Sie, diesen Vortrag zu beschaffen und ihn nutzbringend in allen Parteikreisen zu verwerten. Ich möchte vorschlagen, daß sich ein engerer Ausschuß mit diesem ganzen Problem einmal beschäftigt.

Kraske: Wir sind dabei, die Grundlage für eine solche Kartei zu erstellen. Sie ist bisher bestenfalls für die bekannteren Journalisten der größeren Zeitungen fertiggestellt, aber nicht für die Kreis- und Kopfblätter usw. Die Schwierigkeiten liegen

20 Der Vortrag fand nicht in Koblenz, sondern in Bonn am 31. Januar 1962 vor dem Deutschen Presserat statt. Prof. Siegfried Frey, Direktor der Schweizerischen Depeschagentur, referierte über „Notstand und Presse“ („Neue Zürcher Zeitung“ vom 1. Februar 1962). Vgl. Heinz MURMANN: Mit „C“ ist es feiner. Der Deutsche Presseclub Bonn von 1952 bis heute. Bonn 1997.

darin, daß wir diese nicht zentral erfassen können, sondern auf die Hilfe unserer Kreisgeschäftsführer angewiesen sind. Da wird die Sache höchst delikat. Wir müssen damit rechnen, daß ein Teil unserer Kreisgeschäftsführer nichts Besseres zu tun wüßte, als zu den Zeitungen zu gehen und zu sagen: Ich soll hier eine Aufstellung darüber machen, wie die einzelnen Herren politisch stehen. (*Heiterkeit und Bewegung.*)

Adenauer: Also keinen Steckbrief!

Zimmer: Im Sinne einer freien Journalistik!

Kraske: Wir machen es sehr sorgfältig und hoffen, zu einem Überblick zu kommen.

Schmücker: Ich komme aus einem Wahlkreis, der ein so gutes Ergebnis hat, daß fast die Geheimhaltung nicht gewahrt bleibt. Bei 81 % wird das so aufgefaßt. Aber dieser Wahlkreis bietet die Möglichkeit, einzelne Gebiete zu untersuchen. Sie kommen in einzelnen Gemeinden auf 95 %, während es auf der anderen Seite Siedlungen gibt, bei denen wir nur 30 % erreichen. Wir können sagen, das liegt an der oder an jener Ursache. Ich stelle fest, Herr Kraske, daß das im wesentlichen an der Siedlungspolitik liegt. Wo es uns gelungen ist, Einheimische oder Flüchtlinge neu anzusetzen und sie unter die Bevölkerung zu mischen, haben wir keine Schwierigkeit. Da stimmt das Ergebnis überein. Wo wir sie aber isoliert angesetzt haben, da ist es schiefgegangen. Das ist ein Punkt.

Der zweite Punkt! Sie müssen untersuchen die Wanderungsbewegung zwischen den einzelnen Kreisen. Es wäre interessant, nach dieser Richtung eine Untersuchung durchzuführen. Ich glaube, daß wir dann zu wichtigen Ergebnissen und Schlußfolgerungen kommen werden.

Adenauer: Ich darf nochmals feststellen: Wir werden das ganze Thema noch einmal besprechen, wenn wir die Ergänzungen haben, die Sie, Herr Kraske, in Aussicht gestellt haben. – Herr Barzel! Darf ich fragen, wie weit Sie mit Ihrer Arbeit sind?

Barzel: Es ist eine irrsinnige Fleißarbeit, die Sie mir in Auftrag gegeben haben. Ich habe die begründete Hoffnung, daß ich Ende März, wie vorgesehen, fertig sein werde. Ich habe vor, diese Arbeit schriftlich vorzulegen und dann mündlich zu ergänzen. Ich wäre dankbar, wenn wir vor Ostern eine Sitzung des Bundesvorstandes ansetzen könnten.

Jetzt möchte ich Ihnen in einer Minute die ungefähre Gliederung bekanntgeben und gleichzeitig den Damen und Herren danken, die mir geholfen haben. Es wird zwei Hauptteile geben, eine Analyse und einen Überblick über die künftige Arbeit. Im ersten Hauptteil gibt es ein Kapitel über die parteipolitische Entwicklung von 1945 bis jetzt und ein Kapitel über die Erfolge der CDU, wobei nicht so sehr ökonomische Daten, sondern der geistige Gehalt im Vordergrund steht. Es wird auch eine Kritik an der CDU geben. Das muß zusammengeschrieben werden. Ich erbitte deshalb freies Geleit, Herr Bundeskanzler, weil ich die Absicht habe, wirklich das aufzuschreiben, was uns wohlmeinend gesagt wird.

Dann gibt es ein Kapitel über die gegenwärtige gesellschaftliche Lage. Das sind im

wesentlichen soziale und soziologische Daten. Dann gibt es ein schwieriges Kapitel, weil wir Meinungsverschiedenheiten haben über politisch relevante Fragen, wie über den differenzierten Kommunismus, der Einfluß der Religion auf die Politik und andere Themen. Dann gibt es einen zweiten Teil über künftige Aufgaben und die Profilierung der CDU und einige Sachfragen über gesellschaftliche Leitbilder oder „Darf das Gemeinwohl oder der Rechtsstaat Opfer verlangen?“ usw.

Ich wollte Ihnen das ganz schnell in einem Galopptempo herunter sagen (*Zuruf*: War auch kaum zu verstehen!) und wäre Ihnen dankbar, wenn der Vorstand vor Ostern noch eine Sitzung abhalten und wir uns darüber verständigen könnten, daß in diesem von mir so erstellten Werk in aller Offenheit Gedanken niedergelegt sind, ohne Rücksicht zu nehmen auf irgendwelche Tendenzen und Strömungen, obwohl eine Neigung in der CDU vorherrscht, das nur mündlich zu machen.

Adenauer: Wie groß ist das Schriftstück?

Barzel: Ich hoffe, daß es mit 100 Seiten getan sein wird.

Adenauer: Es wurde gefragt, ob wir noch vor Ostern eine Vorstandssitzung abhalten könnten. Man muß das Schriftstück aber vorher gelesen haben. Und um hundert Seiten gründlich zu lesen, braucht man etwas Zeit. Warten wir also einmal ab, wann wir es bekommen. Es ist eine sehr wichtige Arbeit. (*Kraske*: Da der Parteitag ja auf den Juni verschoben worden ist, können wir die Sitzung im Mai abhalten.) Ist Ihnen das recht?

Barzel: Das ist mir recht!

Krüger: Ich halte es für richtig, daß die Landesvorsitzenden in der nächsten Bundesvorstandssitzung aus ihren Bereichen eine Übersicht über die Wahlen und was damit zusammenhängt geben, wie sie die Sache dort beurteilen usw. Ich meine, daß diese Frage von entscheidender Bedeutung für die künftigen Wahlen ist, insbesondere wie man die betreffenden Bevölkerungsteile anspricht. Wichtig ist auch die Rücksprache mit den Landsmannschaften. Ich darf daran erinnern, daß neulich eine Sitzung der SPD in Bremen mit der Landsmannschaft Schlesien stattgefunden hat.²¹ Ich meine, daß wir uns auch in dieser Richtung Gedanken machen müssen.

Adenauer: Wir danken Ihnen für diese Anregung.

BEHANDLUNG DER ZEITSCHRIFT „STERN“

Johnen: Was gedenkt die Bundespartei zu tun wegen Herrn Bucerius?²² Wir bekommen täglich Briefe, in denen gefragt wird, tut die CDU eigentlich nichts?

21 Gespräch von Vertretern der SPD mit der Landsmannschaft Schlesien am 3. Februar 1962 in Berlin („Bonner Depesche“ vom 15. Februar 1962 „Eine fruchtbare Begegnung“).

22 Bezug auf Artikel im „Stern“ vom 14. Januar 1962 „Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer?“, der kritisch die Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils behandelte. Zahlreiche Protestschreiben gingen bei der Partei ein. Bucerius trat am 8. Februar 1962 aus der CDU und der BT-Fraktion aus. – Akten in ACDP VIII-001-313/1.

Der politische Arbeitskreis katholischer Organisationen in Nordrhein-Westfalen – eine Einrichtung, auf die wir bei der Wahl enorm viel angewiesen sind – hat mich in einem Brief beauftragt, gegen den Verleger des „Stern“ die notwendigen Schritte zu erwägen. Also, meine Damen und Herren, ich muß diese Briefe beantworten. Bisher konnte ich nur sagen, der Bundesvorstand hat noch nicht getagt. Aber jetzt tagt er, und ich muß nun diese Briefe endlich einmal wahrheitsgemäß beantworten.

Adenauer: Jeder von uns bekommt solche Briefe oder ähnliche Briefe. Herr von Brentano hat als Vorsitzender der Bundestagsfraktion gestern abend eine Besprechung mit Herrn Bucerius gehabt. Es war ziemlich spät. Über das Ergebnis kann ich Ihnen nichts sagen. Ich habe Herrn von Brentano gesagt, nach meiner Meinung wäre der beste Rat, den man Herrn Bucerius geben könnte, sofort aus der Fraktion auszutreten. Diese ganze Sache wird allmählich sehr, sehr unangenehm.

Süsterhenn: Können wir nicht diesen Rat, den Sie empfohlen haben, hier zum Beschluß des Bundesvorstandes erheben?

Krone: Ich kenne die Diskussionen, die deswegen geführt worden sind. Ich habe mit einigen Kollegen aus der Fraktion darüber gesprochen. Ich bin mit anderen Kollegen der Ansicht, daß wir die Dinge behutsam anfassen müssen. Es kommt auf die Begründung an und darauf, daß wir nicht in Diskussionen kommen, die die Partei nichts angehen. Ich würde also raten, zunächst das Gespräch mit Herrn Bucerius abzuwarten. Das wird jetzt aufgenommen. Ich möchte also nicht irgendeinen Beschluß vor dem Gespräch vorwegnehmen.

Adenauer: Es wird Sie vielleicht interessieren, daß sich Herr Mende in der schärfsten Weise gegen Herrn Bucerius ausspricht, in der denkbar schärfsten Weise! Seien Sie davon überzeugt, das wird dem Herrn Mende ganz sicher bei manchen Leuten gut vermerkt.

Johnen: Ich würde aber sehr darum bitten, Herr Krone, eine Erklärung herauszugeben, daß sich der Bundesvorstand mit dieser Frage beschäftigt hat. Ich würde nicht dieses Gespräch abwarten, damit die Öffentlichkeit sieht, daß endlich wenigstens etwas geschieht.

Barzel: Ich würde sagen, wir haben formell beschlossen, der Fraktionsvorstand wartet ab.

Adenauer: Wollen Sie bitte wiederholen, Herr Barzel, was warten wir ab?

Barzel: Die Fraktion hat beschlossen, der Fraktionsvorstand möge sich mit der Frage befassen. Herr Bucerius war nicht anwesend, weil seine Frau erkrankt ist. Zur Vorbereitung einer Beschlußfassung war ein Gespräch zwischen Herrn von Brentano und Bucerius in Aussicht genommen. Dann sollte der Fraktionsvorstand die Frage erörtern. (*Zurufe:* Dauert viel zu lange!) Das ist der Stand dieser Angelegenheit in der Fraktion.

Adenauer: Das ist mir, ehrlich gesagt, ein bißchen sehr zart. Damit wird sich die Öffentlichkeit nicht zufrieden geben. (*Weber:* Vor allen Dingen die Frauen nicht! – *Zuruf:* Sehr richtig!) Es handelt sich ja nicht lediglich um diese eine Nummer, sondern um den ganzen „Stern“. (*Wuermeling:* Sehr richtig!) Es handelt sich darum,

daß der Verleger des „Stern“ Mitglied unserer Partei und unserer Bundestagsfraktion ist, und daß eine ganze Reihe von Leuten sich dagegen wehren, ob Katholiken oder Evangelische. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Etzel*: Wir haben im Februar noch eine Sitzung!) Nein, Herr Etzel, ich muß sagen, was Herr Barzel gesagt hat, ist mir zu sanft. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist ein zu sanfter Ton! (*Barzel*: Ich habe nur vorgetragen, wie die Lage in der Fraktion ist.) Sie müssen auseinanderhalten: Mitglied der Fraktion und Mitglied der Partei! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Im übrigen habe ich Herrn von Hassel als dem Nachbar von Hamburg gebeten, sich für die ganzen Verhältnisse im Hamburger Landesverband zu interessieren. (*Fricke*: Herzlichen Glückwunsch! – *Bewegung und Unruhe*.) Ich würde vorschlagen, die Frage „Landesverband Hamburg“ auf die Tagesordnung der nächsten Bundesvorstandssitzung zu setzen. (*Mehrere Zurufe*: Sehr richtig!) Ich bekomme darüber viele Beschwerden, namentlich von Arbeitnehmern, und die müssen einmal besprochen werden.²³

*Witten*²⁴: Zum Fall „Bucerius“ bin ich persönlich in einer mißlichen Situation, weil meine Beurteilung der Dinge mit Ihren vermutlich nicht übereinstimmt. Ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn Sie keinen Beschluß faßten, bevor das Gespräch zu Ende geführt ist. Gegen Herrn Bucerius als Verleger kann man sehr viel sagen, aber eindeutig ist, daß Herr Bucerius die beanstandeten Artikel vorher nicht gekannt und er auch keinen direkten Einfluß auf Herrn Nannen²⁵ hatte. Diese ganze Geschichte ist etwas schwierig.

Wir haben uns als Hamburger Landesverband gleich nach dem Erscheinen des Artikels davon distanziert und unsere Meinung in aller Öffentlichkeit an die Presse gegeben. Aber nicht eine einzige Zeitung hat das aufgenommen! (*Bewegung*.) Die Verhältnisse im Norden sind eben anders als im Süden.

Zu der letzten Äußerung des Herrn Bundeskanzlers über die Situation in Hamburg möchte ich in aller Offenheit eines sagen, Herr Bundeskanzler. Sie werden hier offenbar sehr einseitig orientiert über die Situation im Landesverband Hamburg. Ich

23 In Hamburg existierten seit 1959 zwei konkurrierende Sozialausschüsse: die „Hamburger Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ mit dem Vorsitzenden Gerhard Orgaß und der „Landessozialausschuß der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ mit dem Vorsitzenden Roland Seffrin. Der Konflikt wurde am 16. April 1962 durch die Wahl eines Vorstands der vereinigten „Hamburger Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ unter dem Vorsitz Walter Frommholds beigelegt. – Vgl. Detlev PREUSSE: Gruppenbildung und innerparteiliche Demokratie. Am Beispiel der Hamburger CDU (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland Bd. 26). Königstein 1981 S. 185–189; Helmut STUBBE-DA LUZ: Von der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Großstadtpartei – 40 Jahre Christlich-Demokratische Union in Hamburg (1945–1985). Hamburg 1985 S. 142–144.

24 Dr. Wilhelm Witten (1920–1993), Arzt; 1953–1978 MdHB, 1958–1968 stv. Landesvorsitzender der CDU Hamburg, 1962–1970 Vorsitzender der CDU-Fraktion.

25 Henri Nannen (1913–1996), Publizist; 1946–1947 Herausgeber der „Hannoverschen Neuesten Nachrichten“, 1947–1949 der „Abendpost“, 1948 Gründer des „Stern“ (1948–1980 Chefredakteur, 1980–1983 Herausgeber).

muß sagen, daß es eine Gruppe gibt, die den Herrn Bundeskanzler mit Schreiben, Telegrammen und längeren Unterrichtungen laufend versieht.

Ich muß weiter sagen, daß diese Gruppe es abgelehnt hat, dem Vorstand des Landesverbandes Hamburg zur Kenntnis zu geben, was in diesen Schreiben steht, so daß der Herr Bundeskanzler dem Landesvorsitzenden nicht einen Einblick gegeben hat in diese Beschwerden, die bei ihm über den Landesverband Hamburg einlaufen. Wenn man sich mit der Situation eines Landesverbandes beschäftigt, dann muß [man] auch fairerweise alle Seiten hören und darf sich nicht nur von einer Seite unterrichten lassen.

Besonders unerfreulich ist, daß man es ablehnt, dem amtierenden Landesvorsitzenden²⁶ überhaupt Kenntnis von den Beanstandungen gegen ihn zu geben. So geht es wirklich nicht!

Bevor Sie sich im Bundesvorstand mit der Frage beschäftigen, müßten zunächst einmal der Herr Bundeskanzler und seine Mitarbeiter sich von allen Seiten orientieren lassen, und zwar neutral orientieren lassen über das, was eigentlich los ist, und sich nicht verlassen auf eine einseitige Orientierung. (*Bewegung und Unruhe. – Johnen:* Was tut denn der Landesverband Hamburg gegen sein Mitglied Bucerius?) Herr Bucerius hat ein mehrstündiges Gespräch gehabt, an dessen Ende er sagte, er wolle sich distanzieren, sollte das Gespräch mit Herrn von Brentano stattfinden. Herr von Brentano hat mir eben draußen gesagt, das sei ein sehr gutes Gespräch gewesen, und er sei damit zufrieden. Ich kenne aber den Inhalt dieses Gesprächs nicht.

Johnen: Ich kann meine Wähler nicht damit zufriedenstellen, daß ich sage, es werden jetzt monatelange Gespräche geführt. Das ist doch unmöglich. (*Altmeier:* Sehr richtig!)

Adenauer: Was ich eben gesagt habe, bezieht sich nicht auf Herrn Bucerius und seinen „Stern“, sondern darauf, daß unsere Partei in Hamburg schon seit Jahren immer mehr an Boden verloren hat. Wenn ich daran denke, daß wir Hamburg für unsere Partei erobert haben, aber wie es jetzt dort aussieht, dann wird bei Gott kein Mensch behaupten wollen, die Partei dort sei in Ordnung.

Ich will noch hinzufügen, daß sehr respektable Leute aus Hamburg – nicht CDU-Leute – schon vor Jahr und Tag ihr größtes Bedauern über die CDU in Hamburg ausgesprochen haben. (*Witten:* Richtet sich das gegen Personen?) Natürlich, schließlich besteht doch eine Partei aus Personen; das ist doch kein überirdisches Wesen. Wir sollten also untersuchen, wie die Partei in Hamburg bei jeder Wahl weiter heruntergegangen ist. Das wäre interessant. Ich kenne keine Landespartei, die so bergab gegangen ist, wie die Landespartei in Hamburg. (*Witten:* Das stimmt in dieser Aussageform nicht, Herr Bundeskanzler!) Wenn ich z. B. daran denke, daß wir dort die Mehrheit gehabt haben (*Witten:* Wir haben nie die Mehrheit in Hamburg gehabt!) mit der FDP zusammen; der Bürgerblock hatte doch die Mehrheit! (*Witten:* Wir haben einmal die Mehrheit gehabt mit zwei Stimmen, aber das war eine schwierige Situation.

²⁶ Erik Bernhard Blumenfeld. Vgl. Nr. 1 Anm. 45.

Deswegen kann man nicht den Landesverband verdammen!) Ich habe eben gesagt, daß ich den Herrn von Hassel gebeten habe, er möchte als Nachbar von Hamburg sich einmal für die ganzen Verhältnisse in der Landespartei Hamburg interessieren und sehen, was da los ist, damit wir dann darüber sprechen können. Das war doch sehr honorig!

Von Hassel: Ich habe das Material bekommen vom Herrn Bundeskanzler und habe es genau durchgesehen. Ich habe in der Zwischenzeit eine Besprechung mit Hamburg vereinbart. Ich weiß nicht genau, wann sie ist, aber sie ist auf einen Sonabend festgelegt. Ich bin in einer schwierigen Situation, weil der Hauptstreit, um den es geht zwischen den beiden Sozialausschüssen, z.Z. vor dem Bundesehrengericht liegt und das Bundesparteiehrengericht mehrfach die Anberaumung eines Termins für diese Angelegenheit abgesetzt hat. Es ist vorgesehen, daß morgen zwischen mir und Herrn Daniels²⁷ ein Gespräch geführt wird. Ich weiß nicht, wie es ausgehen wird. Ich glaube nicht, daß es richtig wäre, den Vorgang Hamburg im Bundesvorstand zu behandeln. Das kann man nur sehr behutsam zwischen dem Bundesvorsitzenden und der Hamburger Partei machen.

Adenauer: Ich werde von Ihnen etwas darüber hören. (*Von Hassel:* Über Herrn Bucerius?) Nein, das ist eine Frage für sich, und die muß weitergehen.

Altmeier: Herr Johnen hat mit Recht auf die vielen Proteste hingewiesen, die er erhält. Wir bekommen sie auch. Ich bin der Meinung, der Bundesvorstand muß sich heute von diesen „Stern“-Methoden im allgemeinen und von dem besonderen Artikel, der hier zur Debatte steht, in aller Form absetzen. (*Mehrere Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn die Herren in Hamburg das schon vor 14 Tagen getan haben, warum sollen wir es nicht tun? (*Zurufe:* Sehr richtig!) Davon müssen wir uns also, unbeschadet der anderen Dinge, die noch zur Debatte stehen, in aller Form absetzen, sonst weiß ich nicht, was wir unseren Leuten sagen sollen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Dufhues: Halten Sie es für richtig, folgende Formulierung zu nehmen: Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union hat sich in seiner Sitzung vom 7. Februar 1962 mit der Frage befaßt, ob das Verhalten des Herrn Dr. Bucerius mit seiner Zugehörigkeit zur CDU und zur CDU-Fraktion des Bundestages zu vereinbaren ist. Er hat den Landesverband der CDU Hamburg und die CDU-Fraktion des Bundestages gebeten, auf eine baldige Klärung der Angelegenheit hinzuwirken. (*Altmeier:* Es muß noch ein Satz hinzugefügt werden! – *Von Hassel:* Ich würde sagen, des Herrn Dr. Bucerius als Verleger des „Stern“!)

Gradt: Ich würde es nicht für glücklich halten, eine solche Veröffentlichung auf das Verhalten des Herrn Bucerius abzustellen. Der Bundesvorstand sollte zum Ausdruck bringen, daß er die Veröffentlichung selbst mißbilligt, und sein Bedauern ausdrücken, daß eine solche Veröffentlichung in einer Zeitschrift geschehen ist, an der maßgeblich ein Parteifreund beteiligt ist. Das entspricht der Sachlage im Augenblick.

²⁷ Dr. Wilhelm Daniels, von 1960 bis 1964 Vorsitzender des Bundesparteigerichts der CDU (vgl. Nr. 2 Anm. 48).

Damit ist über die Person Bucerius und über die Person des Parteifreundes Bucerius noch nichts gesagt. (*Zurufe*: Doch!) Ich würde es nicht für richtig halten. Wir haben einen bestimmten Instanzenzug für die Handhabung solcher Dinge in der Partei bis hinaus zum Parteihrengericht. Und das sollte man nicht so einfach dadurch beiseite schieben, daß man ihn als Person in dieser Richtung zum Gegenstand eines Urteilsspruches macht.

Wenn Sie es aber so machen, ist einmal zum Ausdruck gekommen, daß wir von dieser Veröffentlichung abrücken und sie mißbilligen, und zweitens, daß wir es bedauern, daß es in einer Publikation geschehen ist, die von einem angesehenen Mitglied unserer Partei mitverantwortet wird. (*Krone*: Sie können doch nicht „das Gesamtverhalten eines Mannes“ sagen!)

Lücke: Ich bitte Sie zu bedenken, daß wir dabei sind, die „Stern“-Auflage auf zwei Millionen hinaufzutreiben. Ich empfehle dringend, so zu verfahren, wie es Herr Krone vorgeschlagen hat. Wir können sagen, daß wir uns mit der Frage befaßt haben und die Klärung abwarten, aber nicht, daß wir Herrn Bucerius oder den „Stern“ verurteilen. Denn dann haben wir eine Welle gegen uns. Sie wissen, daß keine Zeitung eine Richtigstellung bringt! (*Adenauer*: Keine Hamburger Zeitung!) Keine Bundeszeitung!

Adenauer: Haben die es denn bekommen?

Lücke: Ja! Wir sollten uns hier auseinandersetzen mit dem Parteifreund Bucerius, aber nicht mit dem „Stern“.

Adenauer: Ich kann das nicht als richtig anerkennen, was Herr Lücke sagt. Wenn wir nicht den Mut haben, gegen den „Stern“ etwas zu sagen, dann lassen wir als christliche Demokraten einpacken! (*Mehrere Zurufe*: Sehr richtig!)

Witten: Ich muß sehr darum bitten: einen Beschluß gern, aber verquicken Sie Herrn Bucerius nicht damit. Herr Bucerius hat nachweislich durch schriftliche Vereinbarungen Einfluß auf den Inhalt des „Stern“. Sie können entweder den „Stern“ verdammen (*Wuermeling*: Er hat ihn verteidigt!) oder verdammen, daß Herr Bucerius an diesem Artikel Geld verdient. Es läßt sich aber sachlich nicht miteinander verquicken.

Ich möchte also dringend das unterstützen, was Herr Lücke gesagt hat. Herr Blumenfeld hatte Herrn Nannen, den verantwortlichen Mann für den Inhalt des „Stern“, um ein Gespräch gebeten. Dieses Gespräch hat stattgefunden, aber Herr Nannen hat demonstrativ Herrn Blumenfeld eine ganze Stunde lang warten lassen, um die Größenordnung deutlich zu machen, wie er sie zu sehen glaubt. Man hat eine Vereinbarung über einen bestimmten Inhalt getroffen. Herr Nannen hat dann selber eine Gegenerklärung herausgegeben, die zum Teil abgedruckt ist, aber nicht unsere Erklärung, sondern nur die Gegenerklärung von Nannen, und zwar in den SPD-Blättern.

In unserer Erklärung stand: Der CDU-Landesverband erwartet, daß der „Stern“ einem bedeutenden evangelischen und einem bedeutenden katholischen Theologen Gelegenheit gibt, zu diesem Artikel im „Stern“ Stellung zu nehmen. – Die Antwort

von Herrn Nannen: Die CDU kann vom „Stern“ überhaupt nichts erwarten! – Bitte bedenken Sie, daß Sie Herrn Bucerius z.Z. noch als eine gewisse Bremse gegen Herrn Nannen haben. Und wenn die wegfällt ...

Adenauer: Herr Witten! Sie widersprechen sich doch! Eben sagten Sie, er habe keinerlei Einfluß!

Witten: Ich möchte sagen, Herr Bundeskanzler, nicht umsonst ist die Fraktion so vorsichtig!

Krone: Lassen Sie mich das Wort „vorsichtig“ interpretieren! Ich weiß, was Herr Mende dem Herrn Bundeskanzler geschrieben hat im Falle des „Stern“. Das sei ein Blatt der Pornographie. Das ist ihm verboten worden zu sagen.²⁸

Adenauer: Er hat gesagt „nur Pornographie“, und wegen des Wortes „nur“ ist es schon verboten worden.

Krone: Es ist ihm verboten worden, „nur Pornographie“ zu sagen. Es standen aber noch eine Reihe von anderen Artikeln drin. Eine solche Verurteilung eines Blattes wegen des „Höllenneuers“ ist von einem Gericht noch nicht ausgesprochen worden. Ich distanzieren mich völlig vom „Stern“, es geht mir nur um die richtige Formulierung. Um nichts anderes geht es hier. Ich weiß von Gesprächen mit Fraktionskollegen, die theologische Erörterungen zwischen Katholiken und Evangelischen angeschnitten haben. Ich möchte aber nichts kaputtgemacht haben und bin dafür, daß wir sie uns zu eigen machen. Wir sollten abwarten, was die Fraktion zu sagen hat. (*Widerspruch und Unruhe.*)

Adenauer: Lesen Sie Ihre Formulierung jetzt bitte noch einmal vor, Herr Dufhues!

Dufhues: Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union hat sich in seiner Sitzung vom 7. Februar 1962 mit der Frage befaßt, ob das Verhalten des Herrn Dr. Bucerius als Verleger des „Stern“ mit seiner Zugehörigkeit zur CDU und zur CDU-Fraktion des Bundestages zu vereinbaren ist. Er hat den Landesverband Hamburg der CDU und die CDU-Fraktion des Bundestages gebeten, auf eine baldige Klärung der Angelegenheit hinzuwirken.

Adenauer: Ich würde vorschlagen „dieser Frage“ statt „Angelegenheit“. (*Zustimmung.*)

Dufhues: ... auf eine baldige Klärung in dieser Frage hinzuwirken.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden! (*Süsterhenn:* Wäre es nicht möglich, einen mißbilligenden Satz über diese Publikation hinzuzufügen. – *Unruhe und Bewegung.*) Meine Damen und Herren! Es ist schade, daß wir diese Sitzung mit einer solchen Sache abschließen müssen; aber es muß ja sein. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Dann schließe ich die Sitzung.

²⁸ Vgl. MENDE: Wende S. 14–15.

4

Bonn, Mittwoch 7. März 1962

Sprecher: Adenauer, Altmeier, Barzel, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dichtel, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Gurk, Kiesinger, Krone, Niederaß, Schmidt, Stoltenberg.

Bericht zur Lage. Ausgleich des Bundeshaushalts.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es sind leider viele Entschuldigungen hier: von Hassel, Süsterhenn, Seehofer, Jochmus¹, Pferdmenges, Bauknecht², Katzer, Fricke, Wegmann³, Strauß, Wüermeling. Herr Meyers, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, fehlt ebenfalls. Ich bedaure das außerordentlich. Ich habe ihm noch einmal deponiert, er möchte heute hier sein, aber bis jetzt habe ich keine Antwort bekommen. Ob er diesen Nachmittag da sein wird, weiß ich nicht.

Um so mehr danke ich denjenigen, die anwesend sind am Aschermittwoch. Es war vielleicht in diesem Jahr nicht ein so großes Opfer, weil ja Karneval weniger als sonst gefeiert worden ist. Trotzdem – Sie werden das aus dem, was ich Ihnen zu sagen habe, hören – haben wir allen Anlaß zu einer Aschermittwochstimmung.

BERICHT ZUR LAGE

Ich möchte zu Ihnen nicht ausschließlich über unseren Haushaltsplan sprechen, der, wie Sie wissen, nicht ausgeglichen ist, sondern ich möchte mit Ihnen sprechen über die ganze Situation und die Entwicklung der nächsten Jahre bis zum Jahre 1965, in dem wir die nächsten Bundestagswahlen haben. Es ist gut, daß wir uns aussprechen mit dem Ziel, wie gewinnen wir die Bundestagswahl des Jahres 1965, weil in diesem Jahr in vier Ländern Landtagswahlen stattfinden. Nordrhein-Westfalen umfaßt allein ein Drittel der Wahlberechtigten des Bundes. Im Frühjahr des kommenden Jahres

1 Dr. Hedwig Jochmus (1899–1993), 1960–1968 MdL Baden-Württemberg (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 2.

2 Bernhard Bauknecht (1900–1985), 1949–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 489 Anm. 87.

3 August Wegmann (1888–1976), 1955–1970 MdL Niedersachsen (CDU), 1955–1965 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oldenburg. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 335 Anm. 2.

finden dann die Landtagswahlen in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz statt, so daß also die nächsten 13, 14 Monate ausgefüllt sein werden mit Landtagswahlen.

Der Ausgang dieser Landtagswahlen ist natürlich sehr maßgebend für die Stimmung der verschiedenen Parteien hinsichtlich der Bundestagswahl im Jahre 1965. Ich möchte nun, ehe ich auf die innenpolitische Lage zu sprechen komme, einige Sätze über die äußere Lage sagen.

Die Verhandlungen, die Thompson über Berlin geführt hat, sind völlig ergebnislos verlaufen.⁴ Es wird vielleicht heute oder morgen noch eine Besprechung stattfinden, aber es ist nicht zu erwarten, daß der geringste Fortschritt da erzielt wird. Das ist nicht etwa eine pessimistische Auffassung von mir, sondern das ist die Auffassung der amerikanischen Regierung.

Trotzdem möchte ich sagen: wenn ich auch zunächst nicht besonders gut von dem Gedanken beeindruckt war, daß Thompson weiter in Moskau verhandeln soll, bin ich doch zu der Einsicht gekommen, daß es gut war, daß diese Verhandlungen – denen man von vornherein ein schlechtes Prognostikon stellen mußte – stattgefunden haben, und zwar aus zwei Gründen: 1. Die ganze Welt hat gesehen aus dieser Beharrlichkeit, mit der der Präsident der Vereinigten Staaten selbst immer wieder dafür gesorgt hat, daß Verhandlungen stattfinden und daß es den Vereinigten Staaten wirklich ernst damit ist, jedes Mittel zu versuchen, um eine Abrüstung herbeizuführen und um den Frieden in der Welt zu erhalten. 2. In Sowjetrußland besteht schon seit Jahren ein tief eingewurzelter Mißtrauen gegen die Vereinigten Staaten. Der Grund ist der, daß Chruschtschow und die Leute, die hinter ihm stehen, der Auffassung sind, daß die kapitalistischen Staaten – wie er sie nennt –, an ihrer Spitze die Vereinigten Staaten, darauf ausgehen, die kommunistischen oder – wie sie sich nennen – sozialistischen Staaten zu unterdrücken.

Vielleicht hat diese Beharrlichkeit Kennedys in der Weiterführung der Verhandlungen doch den Erfolg, daß Chruschtschow glaubt oder anfängt zu glauben: Es ist den Vereinigten Staaten, die die Vorkämpfer der kapitalistischen Staaten in seinen Augen sind, doch ernst mit der Herbeiführung einer echten Koexistenz.

Das muß man sich auch vor Augen halten, wenn man an früher denkt, daß vor Jahren unter Foster Dulles⁵ eine friedliche Koexistenz von den Vereinigten Staaten nicht proklamiert war, sondern daß die amerikanische Politik in jenen Jahren noch darauf ausging, die Satellitenstaaten, die Rußland sich nach dem Westen zu vorgelagert hatte, von den Kommunisten zu trennen.

4 Thompson traf am 2. und 12. Januar, am 1. und 9. Februar und am 6. März 1962 mit Gromyko zusammen, um über die Berlin-Frage zu verhandeln. Vgl. AdG 1962 S. 9605 f., S. 9679 und S. 9730.

5 John Foster Dulles (1888–1959), 1953–1959 amerikanischer Außenminister (Republikaner). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 306 Anm. 28.

Nun zur Abrüstungskonferenz in Genf!⁶ Es müßte sich ein Wunder ereignen, wenn diese Abrüstungskonferenz wirklich einen Erfolg hätte. Sie setzt sich zusammen – ich zitiere aus dem Gedächtnis – aus fünf westlichen Staaten, fünf kommunistischen Staaten und acht neutralen Staaten. Von den fünf westlichen Staaten fällt Frankreich aus, so daß also das Verhältnis ist: 4:5:8. Ich wiederhole, es müßte sich fast ein Wunder ereignen, wenn diese Konferenz ein greifbares Ergebnis brächte.

Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West ist nach meiner Überzeugung, die sich auf eine sehr gute Unterrichtung von seiten der Vereinigten Staaten über die nukleare Bewaffnung der Vereinigten Staaten stützt, etwa folgendermaßen: Auf dem Gebiete der konventionellen Waffen sind die Russen den NATO-Ländern weit überlegen, nicht nur der Zahl der Soldaten, sondern auch der Ausrüstung der Truppen nach. Sowjetrußland hat seine konventionellen Truppen hervorragend ausgerüstet, während die amerikanische Armee zum Teil noch Waffen aus dem letzten Weltkrieg hat und jetzt daran ist, seine konventionellen Truppen mit modernen Waffen zu versehen. Das ist eine Aufgabe, die nach Annahme der Amerikaner mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Unsere Truppen sind der Qualität nach schlechter ausgerüstet als die Russen, aber besser als die Amerikaner. Die sowjetischen Divisionen haben z. B. viel bessere und mehr Panzer; sie haben auch Amphibienpanzer. Sie haben also bessere Panzer als alle anderen Armeen.

Aber auf dem Gebiet der nuklearen Waffen scheint mir – man muß natürlich sehr vorsichtig sein, wenn man sich hier ein Urteil bilden will – die amerikanische Armee der russischen Armee erheblich überlegen zu sein, und zwar haben die Amerikaner sehr viel gearbeitet, um die nuklearen Waffen zu verfeinern und zu verbessern, während die Russen das nicht getan haben. Wie lange ein solcher Vorsprung dauern wird, kann kein Mensch, auch nicht der beste Sachverständige, mit Sicherheit sagen. Das liegt in der Natur der Dinge, aber immerhin einige Jahre wird dieser Vorsprung bleiben.

Es ergibt sich aber aus der Kenntnis der nuklearen Bewaffnung, so wie sie mir von amerikanischer Seite vermittelt worden ist, mit absoluter Sicherheit, daß ein großer nuklearer Krieg entsetzlich ist und daß von Europa dann kaum etwas übrig bleiben wird. Ich glaube deshalb, daß der amerikanische Präsident jetzt bei den Verhandlungen in Moskau richtig gehandelt hat, wenn er immer wieder gedrängt hat, die Verhandlungen fortzuführen, um eben alles zu tun und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, einen nuklearen Krieg zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! Auf der Seite der Westmächte ist ein ganz großes Manko, nämlich die Uneinigkeit der Westmächte. Diese Uneinigkeit der Westmächte ist erschütternd. Sie ist deswegen ein solches Handicap für die Westmächte, weil

6 Die Genfer Abrüstungskonferenz, die am 14. März 1962 begann, war von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Zusammenkunft von 18 Staaten geplant worden mit je fünf Vertretern der Westmächte und des Ostblocks sowie acht neutralen Staaten. Frankreich sagte jedoch seine Teilnahme ab. BULLETIN vom 14. März 1962 S. 419.

Chruschtschow von der Überzeugung, fast kann man sagen lebt, daß die kapitalistischen Staaten nicht zueinander halten werden, sondern daß der eine heute und der andere morgen abfallen wird. Was die Uneinigkeit angeht, so stimmen auch nicht etwa Amerika und Großbritannien überein. Gerade in der Haltung zur Berlin-Frage macht sich ein erheblicher Unterschied bemerkbar. Robert Kennedy⁷, der vor wenigen Wochen hier war, hat in Berlin eine Rede gehalten. Wahrscheinlich haben Sie sie gelesen. Sie war für Berlin und für uns Deutsche sehr ermutigend. Diese Rede hat er nicht etwa spontan gehalten, sondern sie war vorher von dem Präsidenten Kennedy genehmigt worden. An dem gleichen Tage hat Lord Home⁸, der Außenminister der Briten, eine Rede gehalten über dieselbe Frage, die für uns sehr entmutigend gewesen ist.

Was Frankreich angeht, so kann man doch, auch wenn man Verständnis dafür aufbringt, daß General de Gaulle durch die Algerienfrage seit Jahr und Tag und insbesondere in diesem Augenblick okkupiert ist, das Verhalten Frankreichs gegenüber den anderen Westmächten einfach nicht mehr verstehen. Ich habe da besonders im Auge, daß Frankreich es abgelehnt hat, zu dieser Genfer Konferenz auch nur einen Beobachter zu entsenden. Ich will mich darüber nicht weiter verbreiten, aber ich kann nur nochmals wiederholen, meine Freunde, daß es für Chruschtschow das Ermutigendste ist, wenn er sieht, wie die Westmächte von Jahr zu Jahr – das kann man ruhig sagen – uneiniger untereinander werden. Was bleibt nun übrig? Es bleibt nur übrig, wenn nicht in Genf ein wirklicher Fortschritt gemacht wird in der ganzen Frage der Abrüstung, die seit Jahr und Tag schwebt, als weiter aufzurüsten mit allen Konsequenzen, namentlich auch auf finanziellem Gebiete, die damit ganz von selbst eintreten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort sagen – ich müßte es sonst an einer anderen Stelle erwähnen – über unseren Botschafter in Moskau, über Herrn Kroll. Es ist eine ganz unglückliche Geschichte.⁹ Ob die substantiellen Vorwürfe gegen Herrn Kroll berechtigt sind, kann ich jetzt noch nicht sagen. Der erste Angriff gegen Kroll kam von Herrn Schröder in der „Welt“.¹⁰ Herr Kroll hat dann

7 Robert F. Kennedy (1925–1968), amerikanischer Politiker (Demokrat), engster Berater seines Bruders John F. Kennedy; 1961–1964 Justizminister. – Robert Kennedy besuchte im Rahmen einer Weltreise am 23./24. Februar 1962 Berlin und am 25. Februar Adenauer (AdG 1962 S. 9710; OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 102 f.).

8 Sir Alexander Frederick Douglas-Home (1903–1995), britischer Politiker (Konservative Partei); 1960–1963 und 1970–1974 Außenminister, 1963–1964 Premierminister.

9 Botschafter Kroll war nach Bonn zurückgerufen worden, um zu angeblichen Äußerungen über eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, die politische Trennung zwischen Berlin und der Bundesrepublik und somit für eine deutsch-sowjetische Verständigung um jeden Preis Stellung zu nehmen. Vgl. AdG 1962 S. 9731; Hans KROLL: Erinnerungen S. 549–557.

10 Georg Schröder: „Die Zeit nutzen“ („Die Welt“ vom 17. Februar 1962). – Georg Schröder (1905–1987), 1948–1950 Chefredakteur der „Norddeutschen Zeitung“, 1950–1953 Leiter des Büros der „Welt“ in Hannover, 1953–1973 in Bonn.

eine Besprechung mit acht Journalisten zu seiner Entschuldigung abgehalten. Er ist gestern hier angekommen. Wie ich eben von Herrn Staatssekretär Globke höre, ist er wesentlich ruhiger, als er neulich bei seinem Aufenthalt hier gewesen ist. Was Herr Kroll an dem Abend mit diesen acht Journalisten gesagt hat, ist nicht authentisch für uns festzustellen. Er gab dort ein Abendessen. Aber wie Herr Kroll behauptet, hat z. B. auch der Botschafter Grewe¹¹ vor demselben Gremium, dessen Leiter der Stuttgarter Journalist Appel¹² ist, gesprochen, so daß man ihm, wenn das wahr ist, keinen Vorwurf daraus machen könnte, daß er überhaupt vor der Presse so spricht ohne Zustimmung des Auswärtigen Amtes.

Eine offizielle Niederschrift darüber gibt es nicht, sondern einige der acht Herren, die anwesend waren, haben am Tage darauf für sich Niederschriften gefertigt. Herr Kollege Gerstenmaier hat welche davon gelesen, wie er mir neulich gesagt hat. Herr Krone hat auch welche gelesen.¹³ Ich habe noch keine gelesen. Die Journalisten sagen, ihre journalistische Ehre hindere sie, etwas davon preiszugeben. Auf alle Fälle aber hat Herr Kroll sich sehr gegen die Disziplin vergangen, die im Auswärtigen Amt und seinem Bereich herrschen muß. Seine Ausfälle von Moskau aus gegen das Auswärtige Amt sind einfach unmöglich; auch die Ausdrucksweise ist bei hohen Diplomaten unmöglich. Was aus der ganzen Affäre Kroll wird, das kann ich Ihnen jetzt noch nicht sagen. Das müssen wir abwarten. Ich wünsche nur, daß jeder gerecht behandelt wird und daß nicht etwa der Stab über jemand gebrochen wird, ohne daß der Betreffende ausgiebig Gelegenheit gehabt hat, sich darüber zu äußern, was ihm vorgeworfen wird. Zweitens wünsche ich, daß die Sache nicht so ausläuft, daß man in Moskau, falls Kroll nicht nach dort zurückkehren sollte, daraus glaubt schließen zu können oder schließen zu müssen, daß wir hier in Bonn einen Botschafter, der zur Verständigung mit Sowjetrußland beitragen soll, nicht an diesem Platz haben wollen. Das sind die Schwierigkeiten, die man nicht bagatellisieren darf. Wir wollen aber darüber hier jetzt nicht mehr weiter sprechen.

Nun komme ich zur innenpolitischen Lage. Ich möchte hier das sagen, was ich vorher schon erklärt habe, daß die Zusammenarbeit mit den Ministern der FDP im Kabinett gut ist. Ich glaube, keiner kann sich beklagen. Bei einer Koalition muß natürlich jeder an einem Ende nachgeben. Wir von der CDU haben noch nicht nachgegeben; denn es sind derartige Forderungen für uns noch nicht gestellt worden, namentlich auf dem Gebiete unserer sozialen Tätigkeit. Im Bundestag ist

11 Dr. Wilhelm Grewe (geb. 1911), Staatsrechtslehrer und Diplomat; Professor für Staats- und Völkerrecht 1944 Berlin, 1947 Freiburg, 1958–1962 Botschafter in den USA, zwischen 1962–1976 Botschafter bei der NATO (Paris, Brüssel). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 167 Anm. 112.

12 Reinhard Appel (geb. 1927), Journalist; 1946–1971 „Stuttgarter Zeitung“, 1962–1963 Vorsitzender der Bundespressekonferenz, 1971–1973 „Süddeutsche Zeitung“, 1973–1975 Intendant beim Deutschlandfunk, 1976–1988 Chefredakteur des ZDF.

13 Die Besprechung Krolls mit acht deutschen Journalisten hatte am 13. Februar 1962 in Bonn stattgefunden (Brief Dankwart Reissenberger an Dr. Krone vom 5. März 1962 in ACDP I-028-012/18).

das Zusammenarbeiten der Koalitionsfraktionen natürlich schwieriger. Es schwankt manchmal dort, und es geht hin und her. Aber nennenswerte Schwierigkeiten sind bisher noch nicht aufgetreten.

Der Widerhall der Politik der CDU/CSU in der Bevölkerung, soweit er durch die bekannten Meinungsinstitute festzustellen ist, ist wieder gewachsen. Nach der letzten Befragung stimmten im Juli für uns 45 %, jetzt sind es 47 %.¹⁴ Auf diese Befragungen soll man nicht allzuviel geben, aber immerhin, wenn das Resultat ungünstig wäre, würde man eine gewisse Sorge empfinden. Und da es jetzt günstig ist, sei es mir wenigstens gestattet, diese Steigerung zu erwähnen.

Die Sozialdemokratie hält sich nach außen zunächst etwas zurück. Aber es ist da etwas am Werke, was uns sehr große Sorge machen muß. Im Vorstand der Fraktion der SPD ist die Frage des Auftretens der Gewerkschaft Brenner – so kann man sie ja wohl nennen – in Baden-Württemberg diskutiert worden.¹⁵ Der weit überwiegende Teil des Vorstandes der SPD hat sich hinter die Gewerkschaften gestellt. Nur sehr wenige haben gesagt, das Verlangen der Gewerkschaften ist wirtschaftlich einfach nicht zu tragen. Damit kommt etwas auf uns zu, über das wir uns völlig klar sein müssen. Bei dem Tarifvertrag, wie er in Baden-Württemberg ausgehandelt worden ist, beträgt die Erhöhung der Löhne 6 %. Aber die Steigerung der Unkosten, soweit sie auf die Arbeitnehmer fallen und die herbeigeführt werden durch Verlängerung der Ferien und durch Verkürzung der Arbeitszeit, beträgt zusammen noch einmal 5 %, so daß also die Unkosten der Unternehmen pro Kopf des Arbeitnehmers um 11 % gestiegen sind. Ich wiederhole: um 6 % plus 5 %. Dasselbe Bild sehen Sie auf der ganzen Linie der gewerkschaftlichen Forderungen. Diese gewerkschaftlichen Forderungen sind so groß, daß man allen Anlaß hat, besorgt zu sein für unseren Export, weil wir eben teurer sind als die mit uns konkurrierenden Länder. Die Bundesbank hat darüber eine sehr interessante Aufstellung gemacht, aus der ich Ihnen wenigstens etwas sagen möchte. Dort heißt es, die reale Steigerung des Sozialproduktes der Erwerbstätigen habe sich stark vermindert, und zwar von 6,5 % im Vorjahre auf 3,7 % jetzt. Daraus ergibt sich also, daß das geringere Sozialprodukt erarbeitet worden ist unter Aufwendung viel größerer Unkosten. Dadurch wird natürlich der Gewinn des Unternehmens beschränkt. Das mag eine gewisse Zeit hingehen, aber man wird von keinem Menschen verlangen können, daß er einen Betrieb weiterführt, der ihm nur Geld kostet. Und im Ausland – ich kann das nur nochmals wiederholen – ist eben alles billiger als bei uns, auch in der Schweiz, von Einzelheiten vielleicht abgesehen. Aber z. B. die Baukosten in

¹⁴ Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 425 f.

¹⁵ Die Tarife in der Metallindustrie waren von den Arbeitgebern zum 31. Dezember 1961 für das gesamte Bundesgebiet gekündigt worden. Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen im Januar 1962 hatten sich die gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter in Baden-Württemberg am 3. Februar 1962 in einer Urabstimmung mit 86,25 % für einen Streik ausgesprochen. Am 10. Februar 1962 wurde durch den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für Süddeutschland ein Streik verhindert („Süddeutsche Zeitung“ vom 12. Februar 1962 „Einigung in der Metallindustrie“).

der Schweiz sind viel billiger als bei uns. Das gleiche gilt auch für Holland. Die holländischen Unternehmen bauen schlüsselfertige Häuser um 20 % billiger als die niedrigsten Angebote der heimischen Bauwirtschaft. Wohin das führen wird, das liegt ganz klar zutage, meine Freunde! Das führt zu einer Preissteigerung im Inland. Die Preissteigerung im Inland ist gleich einer Entwertung der D-Mark. Wenn die Sparer sehen, daß der jährliche Zinsgewinn, den sie von ihren Guthaben bei der Sparkasse bekommen, geringer ist als die Preissteigerungen – die Entwertung der D-Mark –, dann werden Sie von dort aus etwas zu hören bekommen, was uns wirklich nicht angenehm in den Ohren klingen wird.

Die Sozialdemokratie hat versucht, die letzten Wahlen dadurch zu gewinnen, daß sie sich in den Fragen der Wirtschaft, vor allem in den Fragen der Außenpolitik, unserer Auffassung näherte. Jetzt scheint man dort einen anderen Weg gehen zu wollen. Man wird nicht ohne weiteres sagen: Wir machen eine andere Politik. Aber ich glaube, wir müssen doch die ernstesten Besorgnisse haben, daß, wenn die Politik der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Löhne so weiter geht, einfach unsere Wirtschaft schwersten Schaden erleidet und eine Preissteigerung kommt, die natürlich der Partei zur Last gelegt werden wird, die am Ruder ist; insbesondere gilt das für die nächsten Wahlen.

Ich möchte noch einen Satz hier einschieben. Wir haben 203 sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete einschließlich der Berliner. Von diesen 203 sind 170 in einer Gewerkschaft. Von diesen 170 sind 23 % maßgebende Funktionäre der Gewerkschaften. Was die Gewerkschaften selbst angeht – die Zeiten eines Böcklers¹⁶ sind lange vorbei. Auch das Verhältnis, wie es noch unter Herrn Freitag¹⁷ war, der von dem Erbe Böcklers zehrte, ist lange vorbei. Sie werden mit mir wohl darin übereinstimmen, daß der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes – vertreten durch Herrn Richter¹⁸ – nicht im entferntesten den Einfluß auf die Industriegewerkschaft hat, wie ihn Böckler hatte.

Nun habe ich, weil ich durch eine kurze Notiz in einer Tageszeitung gestern darauf aufmerksam gemacht worden bin, mir einmal das Blatt der Brennerschen Gewerkschaft verschafft. Darin steht ein Artikel „Wieweit beherrscht die Kriegspsychose bereits die Gesetzgebung?“¹⁹, der, so möchte ich fast sagen, klarer Landesverrat ist. Dort wird zuerst ausgeführt, daß der Krebs eine wuchernde Krankheit ist, die zum

16 Hans Böckler (1875–1951), 1947–1951 Vorsitzender des DGB (zunächst der britischen Zone, ab 1949 des Bundesgebiets). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 111 Anm. 10.

17 Walter Freitag (1889–1958), 1949–1953 MdB (SPD), 1952–1956 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 9.

18 Willi Richter (1894–1972), Gewerkschafter; 1949–1957 MdB (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses Sozialpolitik), 1956–1962 Vorsitzender des DGB. Vgl. Gerhard BEIER: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978.

19 „Metall“ vom 6. März 1962 „Mahnung zur Wachsamkeit. Wieweit beherrscht die Kriegspsychose bereits die Gesetzgebung?“. Vgl. auch DUD Nr. 48 vom 8. März 1962 „IG Metall macht in Kriegspsychose“.

Tode führt, wenn man nicht rechtzeitig scharf einschreitet. Dann wird alles das, was wir tun wollen, um einen Krieg abzuwenden, nämlich die Notstandsgesetzgebung, die geplant ist usw., in einer schroffen Weise heruntergerissen und demagogisch dargestellt, z. B. die Beschlagnahme von Autos könne auch heute wieder kommen. Allerdings – das muß jeder halbwegs vernünftige Mensch einsehen. Dann drucken sie hier ab ein Bild des Arbeitsbuches zur Zeit der NSDAP und vergleichen das dann mit den Zuständen, wie sie nach der deutschen Notstandsgesetzgebung jetzt kämen. Ich weiß nicht, wieviel Hunderttausende von Exemplaren hiervon gedruckt werden. Die Brennersche Gewerkschaft ist bei weitem die größte. Sie hat erheblich über 500.000 Mitglieder. Ich muß sagen, wie man ein solches Gift den Menschen auf diese Weise einimpft in einer Zeit, wo uns außenpolitisch tatsächlich das Wasser am Munde steht, das ist mir völlig unverständlich. Das wäre zur Zeit Böcklers – ich habe Herrn Böckler sehr gut gekannt, er war Stadtverordneter, als ich Oberbürgermeister war – niemals möglich gewesen. Aber jetzt ist es möglich in der größten Gewerkschaft, die den Ton angibt für alle anderen. Hier steht z. B. auch, wir hätten vom Bund aus nichts getan, um die Flutkatastrophe zu verhindern.²⁰ Meine Freunde, das kann doch nur einer schreiben, der entweder restlos gewissenlos ist oder der keine Ahnung von der ganzen Sache hat. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich könnte aber dem folgendes entgegenhalten: Von den vier betroffenen Staaten Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen hat sich das Land, in dem die CDU führend ist, nämlich Schleswig-Holstein, glänzend in der ganzen Sache gehalten, weil Schleswig-Holstein zusammen mit dem Bund einen sehr großen Teil bezahlt hat und weil dort eine sehr konstante und vernünftige Deichbaupolitik getrieben worden ist. Für Hamburg ist es unverständlich – das wird Ihnen jeder Fachmann sagen –, daß man in Wilhelmsburg es gestattet hat, auf diesem Gelände, das sicher überspült werden mußte, von Menschen bewohnte Baracken stehen zu lassen, die von der Flut weggerissen werden mußten. Ich habe gehört, unser früherer Kollege Schmidt habe sich glänzend bewährt, weil er, wie gesagt, kommandiert hätte wie ein General. Nun, ich will dessen Verdienste nicht vergleichen, aber er muß sich in den Abwehrmaßnahmen glänzend bewährt haben. Ich möchte jedoch nochmals betonen, daß Schleswig-Holstein an der Spitze steht; denn es hat durch planmäßige Arbeit mit Hilfe des Bundes große Vorsorge getroffen.

Ich hatte gestern Herrn von Hassel bei mir. Wir haben ausführlich über die Sache gesprochen. Nun stand in der Zeitung: Ein Todesopfer. Das war ein Mann, der am Herzschlag gestorben ist vor Aufregung. Es sind leider auch einige Bundeswehrsoldaten ums Leben gekommen, allerdings bei Autounfällen auf der Straße. Aber der Mann hier, der diesen Artikel in der Brenner-Zeitung schreibt, sagt nichts von der Bundeswehr, die doch auch mutige Opfer gebracht hat. Der Bürgermeister

²⁰ Am 17. Februar 1962 wurde die Nordseeküste der Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen von einer schweren Sturmflut heimgesucht. Die Flutkatastrophe fordert 337 Menschenleben. Bei den Rettungsmaßnahmen kamen sechs Soldaten sowie ein Polizist ums Leben (AdG 1962 S. 10305).

Nevermann²¹ von Hamburg hat mir erklärt, ohne die Bundeswehr wäre alles verloren gewesen. Nichts hätte die Tätigkeit der Bundeswehr und des Grenzschutzes überhaupt ersetzen können. Aber nun sehen Sie diese Verhetzung!

Ich komme nun zum Ausgangspunkt zurück. Wenn von der Gewerkschaft aus diese systematische Heraufbeschwörung von politischen Streiks – denn es handelt sich bei der Sache nicht mehr um ökonomische Auseinandersetzungen, sondern um politische Streiks – weitergeht, so muß uns das mit der denkbar größten Sorge erfüllen. Sie wissen, daß die ÖTV für die Bundes-, Kommunal- und Länderangestellten Forderungen erhoben hat. Wenn man diesen Forderungen ganz nachkommen wollte, wäre das eine Belastung des Bundes von einer Milliarde und einigen hundert Millionen DM. Und bei den Beamten, die immer hinterher kommen, würde es auch noch einmal über eine Milliarde für die Erhöhung der Gehälter ausmachen. Die Auseinandersetzungen beginnen jetzt. Sie fangen an bei den Kommunen. Leider sind manche Kommunen bei solchen Auseinandersetzungen sehr schwach. Was sich daraus ergeben wird, läßt sich jetzt im voraus noch nicht erkennen. Aber ich wiederhole: Wir müssen unsere jetzigen Schwierigkeiten immer betrachten im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen und die Bundestagswahlen im Jahre 1965. Deshalb lege ich dieser ganzen Entwicklung eine solche entscheidende Bedeutung bei. Wenn die Gewerkschaften uns dazu nötigen, daß eine große Preiserhöhung kommt und damit eine große Entwertung des Geldes, dann, sage ich Ihnen, wird das für die CDU/CSU im Jahre 1965 das schwerste Handicap sein, was sie überhaupt zu nehmen hat.

Nun zur Freiheit der Sozialpartner! Ich darf hier ausdrücklich betonen, daß ich auch die Unternehmer von einer Schuld durchaus nicht freisprechen möchte. In der Vergangenheit, als sie genügend Aufträge hatten, sind sie den Forderungen der Gewerkschaften ohne erhebliche Auseinandersetzungen nachgekommen. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Dadurch hat sich eine gewisse Gewöhnung an diese gleitende Entwicklung angebahnt, für die auch die Unternehmer mitverantwortlich sind, wenn auch nicht in dem Maße wie die Gewerkschaften. Die Freiheit der Sozialpartner darf nicht dazu führen, daß die Freiheit der Sozialpartner das Volk ruiniert. Das Gesamtwohl des Volkes steht über der Freiheit der Sozialpartner. In einer ganzen Reihe von Ländern bestehen gesetzliche Möglichkeiten, bei Beschlüssen der Wirtschaft – damit meine ich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer – einzuschreiten, wenn sie über ein erträgliches Maß hinausgehen. Das ist in England, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in Holland so. Es ist ungefähr in allen anderen Ländern. Nur wir haben das nicht eingeführt, weil wir durch die Persönlichkeit Böcklers davon überzeugt waren, daß die gewerkschaftliche Entwicklung immer das Wohl des Ganzen an erster Stelle sehen werde. Deswegen haben wir geglaubt, ohne irgendwelche derartige Bestimmungen auskommen zu können. Wir müssen nun abwarten, wie sich die Sache weiter

21 Dr. Paul Nevermann (1902–1979), Jurist; 1961–1965 erster Bürgermeister von Hamburg, bis 1974 MdHB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 784 Anm. 68.

entwickelt. Aber dann werden wir doch zu dieser ganzen Angelegenheit eingehend Stellung nehmen müssen.

AUSGLEICH DES BUNDESHAUSHALTS

Nun möchte ich etwas sagen zu dem Haushaltsplan, den die Bundesregierung dem Bundesrat und dem Bundestag hat zugehen lassen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß dieser Haushaltsplan kein festes Fundament hat, im Gegenteil, er hat ein sehr schwaches Fundament. Eine ganze Reihe von Dingen, die auf uns zukommen werden, sind gar nicht darin enthalten. Es konnte z. B. auch nicht berücksichtigt werden die Flutkatastrophe an der Nordsee, wo wir den betroffenen Ländern vom Bund aus unbedingt helfen müssen. Es ist weiter nicht berücksichtigt die Erhöhung der Gehälter und der Löhne, die ja in einem gewissen Umfange zweifellos kommen wird. Es sind also eine ganze Reihe von Sachen nicht berücksichtigt. In normalen Verhältnissen wäre ich niemals dafür gewesen, einen solchen Haushaltsplan vorzulegen. Aber die Verhältnisse sind doch so: Wir haben einen neuen Finanzminister, Herrn Starke, der sich übrigens sehr große Mühe gibt – das möchte ich hier nachdrücklich betonen – und der den Ernst der Situation völlig erkennt. Er hatte wirklich nicht die Möglichkeit, schon aus zeitlichen Gründen, sich in diesen Haushaltsplan gründlich einzuarbeiten. Deshalb haben wir im Zusammengehen mit dem Bundestag einen sogenannten Überrollungshaushalt²² gemacht. Ich will Ihnen dieses „schöne“ Wort nicht im einzelnen erklären. Die meisten von Ihnen wissen ja, was das bedeutet. Die Bundesregierung hat schon damit begonnen, sich darauf zu konzentrieren, den Haushaltsplan für das Jahr 1963 sehr gewissenhaft und sparsam in allen seinen Teilen aufzustellen. Es gab Herren in der Bundesregierung, die davon überzeugt waren, daß die Länder bereit sein würden, die Lücke, die wir im Haushalt in Höhe von 1,5 Milliarden haben, durch freiwillige Beiträge zu decken. Nun, meine Damen und Herren, ich habe nie daran geglaubt. Das sage ich Ihnen ganz offen. Ich habe Herrn Starke gesagt, als er mir das vortrug: Gott segne Ihren Glauben. Ich glaube nicht, daß Sie das fertigkriegen, aber versuchen Sie es. Nun, er hat den Versuch gemacht, und zwar mit einem beschämenden Ergebnis, beschämend für uns, beschämend aber auch für die Länder. Die Länder haben uns zunächst etwas angetragen, das anzutragen wirklich nicht richtig ist. Sie haben uns angetragen, daß wir auf die nach der Verfassung uns zustehende Förderung der Wissenschaft verzichten sollen. Das Echo in der Öffentlichkeit, namentlich von den Wissenschaftlern, haben Sie gehört. (*Kiesinger*: Die Länderfinanzminister haben das angeboten, nicht die Länder!) Ich danke Ihnen für die Korrektur, Herr Kiesinger. Das eröffnet nämlich die Aussicht, (*Kiesinger*: Das ist

22 Starke bezeichnet den Haushalt 1962 am 23. Februar 1962 vor dem Bundesrat und am 13. März 1962 vor dem Bundestag als Übergangshaushalt, da sich die Konsequenzen aus der veränderten Finanzlage des Bundes erst im Haushalt 1963 voll zeigen würden. Vgl. Heinz STARKE u. a.: Haushaltsreden 1962 bis 1966 S. 77; Rudolf VOGEL: „Appell an die Vernunft“ in DUD Nr. 14 vom 19. Januar 1962.

schon erledigt!) daß die Ministerpräsidenten der Länder vielleicht andere Ansichten haben als die Länderfinanzminister.

Was uns von den Ländern oder Länderfinanzministern – ich kann das nicht auseinanderhalten – (*Kiesinger*: Jetzt dürfen Sie „Länder“ sagen!) zugemutet wird, wir sollten die Einnahmen höher schätzen, das ist ein billiges Mittel. Ich kann nur sagen, daß wir sehr gewissenhaft die Einnahmen geschätzt haben. Ich glaube, man kann eine höhere Einschätzung einfach nicht verantworten. Es sind mehrere Dinge darunter, über die sich Herr Starke eventuell mit den Ministerpräsidenten, die zu uns gehören, heute nachmittag auseinandersetzen kann. Ich will Sie damit nicht aufhalten. Aber das Echo, das wir vernommen haben, war bis auf diese Korrektur, die ich eben gehört habe, absolut negativ. Ich darf nun wiederholen: Die Kosten für die Flutkatastrophe waren nicht vorgesehen. Auch für die Erhöhung der Beamten- und Angestelltegehälter ist nichts vorgesehen. Wir haben bei den nicht absolut feststehenden Ausgaben 12 % gekürzt. Der Ausschuß hält das für unrealistisch, so will ich mich einmal vorsichtig ausdrücken, und möchte nun, daß gewisse andere Korrekturen vorgenommen werden hinsichtlich einer geringeren Kürzung dieser nicht gebundenen Ausgaben. Er hat z. B. etwas beschlossen, was einfach eine Verschiebung ist auf das nächste Jahr. Das sind die 270 Millionen DM der Bundesbahn. Die standen in diesem Haushalt drin. Sie sind gestrichen worden. Dann kommen sie eben nächstes Jahr als Defizit bei der Bundesbahn. Das Jahr 1963 wird unvergleichlich viel schlechter werden als das Jahr 1962; einmal weil dann geringere Steuereinnahmen sind, und zweitens weil gewisse Ausgaben notwendigerweise steigen werden, vor allem die Ausgaben für die Verteidigung.

Nun möchte ich Ihnen einige Zahlen sagen über die Steigerung der Ausgaben des Bundes seit der letzten Vereinbarung mit den Ländern über den Schlüssel zur Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer:

	1955	1962
Äußere Sicherheit	6,1 Mrd.	16,5 Mrd.
Ausgaben für Berlin	0,8 Mrd.	1,5 Mrd.
Sozialausgaben	9,8 Mrd.	14,7 Mrd.
Verkehr	1,1 Mrd.	4,5 Mrd.
Entwicklungshilfe	–	2,6 Mrd.

Das sind Steigerungen, die wir nicht vermeiden können und die doch nach meiner Auffassung wenigstens ganz klarstellen, daß der Schlüssel des Jahres 1955 den Verhältnissen, die nunmehr eingetreten sind, nicht mehr gerecht wird. Was sollen wir dagegen machen? Wir können zweierlei tun. Wenn wir keine Hilfe von den Ländern bekommen – das Kabinett hat das beschlossen, das möchte ich ausdrücklich hier sagen –, wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf einbringen im Bundestag, um den Schlüssel zur Verteilung zwischen Bund und Ländern zu ändern. Wir können auch etwas anderes tun. Wir können die Ergänzungsabgaben einführen. Ein Prozent

bringt etwa 300 Millionen DM, so daß wir also rund fünf Prozent damit hinkriegen. Ich möchte Sie aber bitten, gerade Sie, die Sie aus den Ländern kommen, zu bedenken, welch fördernde Wirkung davon bei den Landtagswahlen für die SPD zu erwarten ist, wenn jetzt vor den Landtagswahlen diese Steuer eingeführt würde. Wir werden nächstes Jahr auf alle Fälle diese Ergänzungsabgabe erheblich erhöhen müssen, weil die Steigerung des Haushalts, namentlich des Verteidigungsetats, um mehrere Milliarden totensicher[!] ist. Dann hätten wir zweimal eine Steuererhöhung, einmal im Jahre 1962 und einmal im Jahre 1963. Das halte ich parteipolitisch betrachtet für eine ganz große Gefahr. Wir sind der Auffassung, daß wir im Jahre 1963 einmal eine Steuererhöhung vornehmen sollten. Man hat doch dann einen besseren Überblick über die Entwicklung der Wirtschaft und damit zusammenhängend auch über die Einnahmen. Man kann ferner hoffen, daß dann diese Steuererhöhung bei den Wahlen im Jahre 1965 vergessen sein wird. Wenn wir in dieser Ansicht übereinstimmen, dann glaube ich, daß auch die Mitglieder des Parteivorstandes und die Ministerpräsidenten der Länder schon aus politischen Gründen mit uns denselben Weg gehen.

Damit möchte ich einstweilen schließen und kurz folgendes Resümee zusammenfassen: Die außenpolitische Lage ist so kritisch und verworren, wie sie jemals seit dem Jahre 1949 gewesen ist. Sie zwingt und nötigt zu einer großen Steigerung der Ausgaben für die Verteidigung. Die innenpolitische Lage ist gekennzeichnet durch Schwierigkeiten in der Wirtschaft, die zur Folge haben werden im Lande ein geringeres Aufkommen an Steuern in den nächsten Jahren, die zweitens eine Preiserhöhung mit sich bringen werden, die, als Korrelat auf der anderen Seite betrachtet, eine Minderung des Wertes der D-Mark bedeutet. Hinzu kommen in diesem Jahr die Landtagswahlen, deren Ergebnis so stark auf die Bundestagswahlen einwirken wird, das aber auch von großer Bedeutung ist für die Stimmenverteilung im Bundesrat. Und nun lautet die Frage: Wie können wir den Haushaltsplan des Jahres 1962 ausgleichen? Das sind die wesentlichen Punkte. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihre Meinung dazu sagen wollten.

Kiesinger: Darf ich gleich als einer der verantwortlichen Regierungschefs zu der Frage des Haushaltsplanes Stellung nehmen? Ich hätte auch gerne etwas zu der Frage der Lohnerhöhungen gesagt; denn ich habe einige Erfahrungen in dieser Beziehung hinter mir. Aber dieser Punkt ist zunächst wichtiger.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, Sie dürfen etwas mehr Vertrauen zu den Ländern haben, insbesondere zu den Ländern, in denen die CDU in der Hauptverantwortung ist. Ich habe Ihnen vorhin den Zwischenruf gemacht: „Die Länderfinanzminister haben das angeboten!“ Die Länderfinanzminister konnten nichts anderes tun, als ihren Kabinetten gewisse Vorschläge zu unterbreiten. Das haben sie getan. Diese Streichung der 458 Millionen war nach meiner Meinung nicht nur ein falscher, sondern auch ein gefährlicher Vorschlag der Länderfinanzminister, die damit auch ihre Kompetenz überschritten haben. Sie haben darüber nicht zu entscheiden, sie können natürlich ihren Kabinetten Vorschläge machen. Man kann nun über diese Kompetenzverteilung stundenlang streiten, zugegeben werden muß, daß die Länderfinanzminister zunächst

einen Ball aufgenommen haben, dem der Bundesrat zugestimmt hat, der Bund habe in seinem Haushalt Millionenposten für Aufgaben, die eigentlich in der Zuständigkeit der Länder lägen. Das war sehr töricht von Herrn Starke, aber wir wollen ihm zugute halten, daß er neu ist. Diesen Ball haben die Länderfinanzminister aufgefangen und zurückgegeben. Das kennen wir ja. Und daran blieben sie zunächst kleben.

Ich habe selbst versucht bei den Beratungen im Bundesrat, mit meiner Meinung durchzukommen, daß die Länder sich bereit erklären, diesen Betrag direkt zu bezahlen. Leider habe ich mich trotz langer Verhandlungen nicht ganz durchsetzen können. Man hat nicht die Direktzahlung beschlossen, aber man hat wenigstens den Vorschlag des Finanzausschusses abgeändert, der auf Streichung der einschlägigen Titel lautete, was natürlich eine klare Kompetenzbestreitung des Bundes bedeutet. Man ließ es also bei den Titeln und strich nur die entscheidenden Ansätze. Das bedeutete – das war die allgemeine Auffassung –, man bestreitet die Kompetenz des Bundes in dieser Frage nicht, (*Adenauer*: Das steht doch im Grundgesetz!) ging aber nun diesen Mittelweg. Ich halte es nach wie vor für richtig und bin davon überzeugt, daß es im zweiten Durchgang so kommen wird, daß die Länder diesen Betrag direkt bezahlen.

Über die sonstigen Fragen nur soviel: Der Bund kann ja seine konkurrierende Gesetzgebung ausschöpfen über den Artikel 74 Ziffer 13 des Grundgesetzes.²³ Ich habe mir ein Gutachten darüber anfertigen lassen, was er in diesem Zusammenhang an legislativen und administrativen Möglichkeiten hätte. Das sollten sich die Länder, die auf diesem Gebiete etwas zögernd sind, einmal gründlich ansehen und durchdenken. Davon abgesehen aber glaube ich, daß es unbedingt notwendig ist, den Bund auch in dieser Verantwortung zu belassen. Selbst wenn die Kompetenz deutlicher bei den Ländern läge, wenn sie also eine Totalkompetenz hätten, dann wäre ich der Meinung, müßten die Länder so verständig sein, den Bund mit am Verhandlungstisch zu halten. Es geht jetzt um die Posten für die Wissenschaft, für die Max-Planck-Gesellschaft und für das Honnefer Modell²⁴. Das sind die wesentlichen Fragen. (*Gerstenmaier*: Was Herr Maunz²⁵ gesagt hat, ist bundesfeindlich, ja es ist eine Häresie!) Ich sage doch, selbst wenn die Kompetenz anders läge, würde ich meinen, daß die Länder noch teilnehmen sollten. Herr Gerstenmaier hat „bundesfeindlich“ gesagt. Ich kann nicht behaupten, daß diese Überzeugung von mir allgemein ist. Aber ich kann feststellen, daß jedenfalls unter den Ministerpräsidenten großes Verständnis für diese Dinge

23 GG Art. 74 befaßt sich mit der konkurrierenden Gesetzgebung, wozu die Förderung der wissenschaftlichen Forschung zählt (Abs. 13).

24 1955 in Bad Honnef beschlossenes und 1957 eingeführtes Studienförderungssystem, 1971 durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz abgelöst.

25 Dr. Theodor Maunz (1901–1993), Professor für öffentliches Recht, 1937–1945 Freiburg, 1952–1969 München, 1957–1964 Kultusminister in Bayern (CSU). – Maunz erklärte bei seiner Etatrede in der 113. Sitzung des Bayerischen Landtags am 28. Februar 1962: „Was Bundesangelegenheit und was Landesangelegenheit ist, bestimmt die Verfassung, nicht die Eigenschaft eines Stoffgebietes.“ (LT Bayern Sten.Ber. 4. WP S. 3581–3597, hier S. 3596; vgl. auch „Die Welt“ vom 1. März 1962 „Maunz weist Vorwürfe zurück“).

herrscht, und zwar quer durch die Länder. Es hat seine besonderen Gründe. Ich habe ja eben den Zwischenruf gemacht, Herr Bundeskanzler; ich bitte Sie, mir das zu glauben. Die Länder hatten ihre Etats beschlossen. Die Länder müssen dabei von Schätzungen ausgehen. Sie sagten, die Schätzungen seien falsch. Wenn das so wäre, würde ihnen das auch nichts helfen; denn wenn die Schätzungen der Länder falsch wären, würden sich Defizite in den Länderhaushalten ergeben, so daß die Länder von da aus nicht fähig wären, dem Bund zu helfen.

Ich mache jede Wette mit Ihnen, daß die Schätzungen der Länder richtig und diejenigen des Bundes falsch sind, d. h., daß die Schätzungen des Bundes stark pessimistisch sind, die der Länder aber, weil sie bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne ganz nüchtern vorgehen mußten, richtig sind. (*Schmidt*: Das geschah auch in einem früheren Zeitpunkt!) Wir leben noch in den fetten Jahren, wir leben nicht in der Zukunft, sondern zehren noch von den letzten fetten Jahren. Die Länderfinanzminister haben nur die Einkommen- und Körperschaftsteuer angerührt; sie haben nichts zur Umsatzsteuer oder zu den anderen Einnahmequellen des Bundes gesagt, sondern nur dazu ihre Schätzungen abgegeben. Diese Wette mache ich um jeden Preis. Ich bin überzeugt davon, ich würde sie gewinnen.

Wir müssen uns also zusammenfinden zu einer gemeinsamen Schätzung. Bund und Länder können sich nicht gegenüber treten und sagen, ich schätze so, du schätzt so, sondern hier muß man sich zusammenfinden. Das ist leider bei den bisherigen Verhandlungen nicht gelungen. Aber das liegt nicht am einseitigen bösen Willen der Länderfinanzminister. Man hat einen Posten im Bundeshaushalt eingesetzt, der im Jahre 1963 eine Schuld zu begleichen hat. Das geht aber nicht; denn das ist nicht sauber und nicht korrekt gerechnet. Es geht auch nicht, daß man sich um 220 Millionen verrechnet. Wenn man sieben Milliarden Globalkürzungen vornimmt, dann sind 12 % nicht 620 Millionen, wie Herr Starke merkwürdigerweise ausgerechnet hat, sondern 840 Millionen. (*Niederalt*²⁶: Das ist keine Rechnung!) Doch, wenn Sie von sieben Milliarden ausgehen und 12 % kürzen; aber ich gebe zu, daß dieser Posten von sieben Milliarden eine höchst fragwürdige Angelegenheit ist. (*Niederalt*: Sie wissen doch, daß soundso viel Titel tabu sind!) Entschuldigen Sie, wir müssen unseren Landtagen doch Rechenschaft geben. Wie wäre es, wenn wir zurückkämen und unseren Landtagen sagen würden, wir sind so bundesfreundlich und wollen diese nette Geste dem Bund gegenüber machen? (*Gerstenmaier*: Das hat Hessen eben gemacht!) Herr Bundeskanzler! Bei dem ersten Punkt handelt es sich wohl um 220 Millionen. Hier haben die Länder den Herrn Starke mit seinem eigenen Rechenfehler bedrängt. Diesen Posten halte ich also für korrigierbar. (*Gerstenmaier*: Sie meinen die 220 Millionen?) Ja, um die er sich verrechnet hat. Auch über das, was noch übrigbleibt, kann noch geredet werden.

²⁶ Alois Niederalt (geb. 1911), 1953–1969 MdB (CSU), 1962–1966 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder.

Eines bitte ich mir zu glauben: Diese Dinge liegen ja nicht bei uns. Wir haben uns die größte Mühe gegeben und von vornherein erklärt: Der Bund darf nicht im Stich gelassen werden. Vielleicht ist es eine gewisse Hilfe, daß die Länder nicht von vornherein allzu spendabel waren. Die Sache geht vom Bundestag an den Bundesrat. Ich schlage vor, daß wir uns in der Zwischenzeit noch einmal zusammensetzen. (*Krone*: Im Vermittlungsausschuß?) Nein, nein, der Bund und die Länder, um zu sehen, was man an der bisherigen Rechnung noch ändern kann. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, dem ganzen Betrag zuzustimmen, aber ich könnte mir denken, daß man sich erstens einig in der Frage der Schätzung der Einnahmen ist, zweitens, daß man in dieser Frage der 12 % von sieben Milliarden ebenfalls eine Korrektur finden wird. Drittens sind wir uns durchaus bewußt, daß auch in diesem Jahr noch Aufgaben und Ausgaben auf den Bund zukommen, bei denen die Länder wieder mit im Spiel sein werden und wir uns zusammen an den Tisch setzen müssen, um sorgfältig nachzurechnen.

Ich kann jetzt nur für mein Land sprechen. Bei uns sind die Dinge so, daß dringendste Aufgaben finanziell nicht erfüllt werden können, wenn wir jetzt in die Zukunft schauen. Selbst bei unseren optimistischen Einnahmeeeinschätzungen werden wir wichtigste Dinge zurückstellen müssen. Wir werden durch einen Nachtragshaushalt in eine Verschuldung kommen. Das steht jetzt schon fest. Baden-Württemberg hat z. B. eine Ausgleichsrücklage von 120 Millionen. Die werden weit überschritten werden durch die neuen Aufgaben, die auf uns zukommen und durch das, was an den Bund geleistet werden muß; denn schon nach dem, was wir dem Bund zu zahlen haben bis jetzt, würde diese Ausgleichsrücklage aufgezehrt werden.

Ich sehe keinen anderen Weg als den, daß man nicht das formelle Verfahren wählt: Bundesrat, dann Vermittlungsausschuß, das wäre unmöglich, das taugt nicht, sondern daß man sich einfach informell zusammensetzt und sieht, daß man das Mögliche dabei herausholt, was beide Partner glauben, wirklich verantworten zu können. Setzen Sie aber bitte den guten Willen unsererseits voraus.

Adenauer: Ich habe absichtlich keine Einzelheiten vorgetragen. Man sollte das auch nicht tun; denn dabei kommt nicht viel heraus. Ich möchte Sie nur bitten, meine Freunde, sich doch einmal klarzumachen, welchen Eindruck dies im Hinblick auf die Stimmung der Bevölkerung bei den zukünftigen Landtagswahlen haben wird. Sie wissen, daß die erste Wahl in vier Monaten in Nordrhein-Westfalen ist. Denken Sie daran, was das für einen Eindruck machen wird, wenn das Gezerre um die Hilfe von den Ländern für den Bund, der wirklich notleidend ist, jetzt noch einige Monate weitergeht. Das halte ich als Parteipolitiker für völlig untragbar. Wenn im Bundestag in der Haushaltsdebatte in der nächsten Woche dieses Thema hin- und hergerissen wird, dann wird die Sozialdemokratie aufstehen und sagen: Hessen, die sozialistisch geführte Regierung in Hessen, hat erklärt, die Länder müssen dem Bund eine Milliarde DM geben. Wie stehen Sie dann von den Ländern da? Hier ist keine sozialistisch geführte Regierung, hier ist eine Regierung, in der die CDU/CSU führend und maßgebend ist. Wir sind nun durch diese schreckliche Steigerung der Verteidigungskosten

in Verbindung mit einer Abflachung der Wirtschaft – ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken – in diese Situation gekommen. Und dann kommt ausgerechnet Hessen und sagt: Wir erkennen das an und sind bereit, ... (*Kiesinger*: Es kommt nicht nur Hessen, es kommen auch Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Ich habe eben gesagt, ob man es auf dem Wege von Hessen durch eine Erhöhung von 35 auf 38 % macht oder auf dem Wege, den ich vorgeschlagen habe, nämlich eine gründliche Tatsachenforschung treibt, das ist eine Sache für sich. Hessen hat beim Kulturretat im Bundesrat mitgemacht und wäre bereit gewesen, mit Baden-Württemberg zusammen eine Direktzahlung des Betrages von 450 Millionen an den Bund zu beschließen.) Herr Kiesinger, Sie haben mich mitten im Satz unterbrochen! Ich kann nur nochmals wiederholen, nehmen Sie Ihren Kalender zur Hand. Nächste Woche haben wir im Bundestag die Haushaltslesung. Der Haushalt ist nicht ausgeglichen. Die Debatte wird sich darauf erstrecken, was schlägt die Bundesregierung vor, wie man das Defizit deckt. Die Sozialdemokraten können dann sagen: Der sozialistisch geführte Staat Hessen ist bereit, das und das zu tun, aber die von der CDU geführten Länder wollen erst noch langwierige Verhandlungen über einzelne Posten machen, und zwar zwischen der Verabschiedung des Haushalts im Bundestag und dem zweiten Durchgang beim Bundesrat. Das ist nach meiner Meinung eine ganz unmögliche Konstruktion. (*Kiesinger*: Warum denn, um Himmels willen?) Weil ich unsere Partei nicht in Mißkredit bringen will. (*Kiesinger*: Sie wissen doch gar nicht, ob bei unserem Vorschlag mehr herauskommt. – *Schmidt*: Die 3 % reichen sowieso nicht aus!) Ich kann nur sagen, das ist von der Parteioptik aus betrachtet einfach nicht tragbar. (*Krone*: Können Sie etwas Konkretes sagen? – *Kiesinger*: Mehr kann ich nicht sagen. Ich habe immer den Eindruck, Herr Bundeskanzler, wenn man Ihnen entgegenkommt – so war es nach meiner Meinung auch damals beim Fernsehstreit, da habe ich dasselbe gesagt –, setzt man bei uns immer schlechten Willen voraus.) Drücke ich mich denn so schlecht aus, oder wollen Sie mich nicht verstehen? Ich habe noch gar nichts gesagt über das Procedere, sondern nur erklärt, es ist unmöglich für unsere Partei, daß bei der ersten Lesung des Haushaltsplanes im Bundestag die Sozialdemokratie sagen wird: Wir erkennen das an, Hessen hat das und das befürwortet. (*Kiesinger*: Das sagen sie gar nicht, das ist unrichtig!) Nun lassen Sie mich doch bitte aussprechen! Sie sprechen von Unrichtigkeit. Ich habe Ihnen auch keine Unrichtigkeit vorgeworfen. Sie sind eben mit dem Fernsehen gekommen. Bitte provozieren Sie mich nicht mit der Fernsehsache. Ich schweige von der Fernsehsache. Aber es hat mich eine große Überwindung gekostet – das möchte ich den Herren hier doch sagen –, daß der Bund vier Leute benannt hat. Das hat er nur um des lieben Friedens willen getan, damit sie eine Mehrheit haben, die Sie nur auf dem Papier haben, aber nicht in Wirklichkeit.

Aber lassen Sie mich das konkret nochmals sagen: Wenn in der ersten Lesung des Haushaltsplanes festgestellt wird, daß wir ein Defizit von über eine Milliarde DM haben, dann wird die Sozialdemokratie sagen – ich nehme ihr das gar nicht übel, daß sie das sagen wird –, wir Sozialisten erkennen an, daß der Bund an der Spitze

stehen muß. Das Wichtigste ist, daß das beachtet wird. Deswegen hat das sozialistisch geführte Land Hessen das und das vorgeschlagen. Und wir können dann nur sagen – wenn die anderen CDU-Ministerpräsidenten Ihnen beipflichten –, wir müssen uns, wenn der Haushalt im Bundestag in dritter Lesung verabschiedet ist, vor dem zweiten Durchgang im Bundesrat ... (*Kiesinger*: Das habe ich nicht gesagt, sondern „während“!) Sie haben gesagt: vor dem zweiten Durchgang. (*Kiesinger*: Zwischen den Verhandlungen bis zum zweiten Durchgang!) Verzeihen Sie, Herr Krone hat ausdrücklich eine Frage gestellt nach dem Vermittlungsausschuß, und da sagten Sie ... (*Schmidt*: Nein, vorher! – *Kiesinger*: Von vornherein! – *Blumenfeld*: Das war eindeutig!) Das ist mir gleichgültig. Es bleibt dabei stehen. Und das halte ich für die Landtagswahlen unmöglich und nicht tragbar. Das wirft auf den Zusammenhalt unserer CDU den denkbar schlechtesten Schein in der ganzen Bundesrepublik. Das ist parteipolitisch nicht möglich. Sie gefährden damit die ganzen Landtagswahlen. Nordrhein-Westfalen steht nicht so glänzend da. (*Kiesinger*: Ich bin derjenige, der am weitesten geht von allen CDU-Ministerpräsidenten.) Ich sage das doch nur und mache Ihnen persönlich überhaupt keinen Vorwurf. (*Kiesinger*: Doch, Herr Bundeskanzler! Das ist ein ungeheuerlicher Vorwurf: „Sie gefährden die ganzen Landtagswahlen!“) Wir werden ja sehen, was heute nachmittag herauskommt. Daß Herr Meyers es nicht der Mühe wert hält, hierher zu kommen, das finde ich ungeheuerlich.

Kiesinger: Ich darf nochmals zur Klarstellung sagen. Der Vorschlag von Hessen, nämlich eine Erhöhung von 35 auf 38 %, genügt nach meiner Meinung nicht. Der hessische Vorschlag wird dem Bund nicht gerecht. Ich bin – und das ist jeder meiner Kollegen – verantwortlich meinem Parlament. Sie müssen bedenken, in welche Lage die Länderparlamente geraten, deren Urrecht doch die Haushaltsbewilligung ist. Wenn hinterher eine Nachforderung kommt, dann können die Länderparlamente nichts anderes mehr als Ja sagen. Sie haben keine Möglichkeit, im einzelnen nun zu vergleichen, welchen Rang hat das und das. Denken Sie an die großen kulturellen Aufgaben. Deshalb müssen wir genau rechnen. Wir müssen sagen: Das und das ist uns möglich. Wir müssen auch herausnehmen dürfen die nicht korrekten Rechnungsposten, die uns der Bund vorgelegt hat. Wir müssen es nachrechnen, es geht nicht anders. Deswegen sehe ich keine andere Möglichkeit, wenn wir richtig helfen wollen, als daß wir uns jetzt so schnell wie möglich zusammensetzen und sagen, so wird es gemacht. Dann hat das, davon bin ich überzeugt, auf die kommenden Landtagswahlen einen guten Eindruck.

Gerstenmaier: Ich möchte Herrn Kiesinger insofern zustimmen, als ich den Eindruck habe, daß er natürlich hier in einer Situation ist, die seiner persönlichen Linie eigentlich nicht entspricht. Er spricht hier weitgehend für eine Gemeinsamkeit des Bundesrates und andererseits für die CDU-Ministerpräsidenten, die heute nicht hier sein können. Auf der anderen Seite ist es peinlich, mein lieber Kollege Kiesinger, wenn ausgerechnet in einem Augenblick, in dem wir uns in dieser Schwierigkeit befinden, Hessen mit seinem Vorschlag als der große Bundesretter auftritt. (*Altmeier*: Das stimmt ja nicht!) Wir sollten deshalb dafür sorgen, daß möglichst schnell, noch bevor

die Haushaltsdebatte im Bundestag beginnt, dieses Bild verschwindet. Deshalb hat es doch über das Sachliche hinaus auch eine große taktische Bedeutung.

Sie sind sich mit dem Bundeskanzler darin einig, daß wir diese Möglichkeit schnell korrigieren müssen. Auf der anderen Seite muß ich sagen, daß Ihre Position natürlich immer wieder unerhört überbelastet ist. Ich kann nur sagen, wenn solche Erklärungen kommen, meine Herren Ministerpräsidenten, wie sie der bayerische Kultusminister Maunz bei seiner Etatrede im bayerischen Landtag gebracht hat²⁷ – Herr Maunz hat immerhin einen Kommentar zum Grundgesetz geschrieben –, dann geht es hier nicht mehr nur um Zahlen und um Fragen, die jetzt zwischen Herrn Kiesinger und dem Herrn Bundeskanzler kontrovers sind, nämlich wie man 1,5 Milliarden DM heute oder morgen ausgleichen kann, sondern es handelt sich um eine ganz grundsätzliche Frage, an der wir schon seit Jahren leiden, die aber irgendwann einmal aus der Welt geschafft werden muß. Herr Maunz sagte vor dem bayerischen Landtag, daß nicht sachliche und faktische Notwendigkeiten der Fachgebiete entscheidend sein dürften, sondern daß grundsätzlich Kompetenzen entscheidend sein müßten im Blick auf die Wissenschaft und die kulturellen Fragen, und daß für die deutsche Kultur im ganzen keineswegs der Bund, sondern die Länder im ganzen zuständig seien.

Hier konstatiere ich eine Verletzung des Grundgesetzes. Es ist jedenfalls eine Behauptung, für die es im Grundgesetz nicht die mindeste Basis gibt. Wenn wir uns über diesen Punkt im Grundsatz verständigen könnten, würden uns die Hin- und Her-Arrangements nicht so sinnlos belastet haben, wie sie es jetzt tun. Aber das ist das Politikum an der Sache. Nicht die Zahl, sondern das ist das Politikum. Und das geht nicht, Herr Altmeier, das ist verfassungswidrig; das ist bundesfeindlich! Was der Herr Maunz gesagt hat, ist unmöglich. Das ist eine staatenbündische Kompetenz, die hier nicht in Frage kommt. Das können wir nicht tun, wenn wir dem Grundgesetz treu sein wollen. Das ist die Linie, die sich darüber hinaus auswirkt auf ganz Deutschland. Schaffen Sie das aus der Welt!

Ich muß sagen, daß leider diese Töne von der CDU-Seite mehr kommen als von den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten sind in diesem Punkte zurückhaltender. Es gibt nur einen Fanatiker unter ihnen, das ist Herr Arndt²⁸, der mit diesen Gedankengängen liebäugelt. Aber man sollte das bei uns endlich aus der Welt schaffen.

Ich habe in diesen Tagen – da ich nicht sach- und fachkundig bin – mit großem Interesse einen Artikel vom Kollegen Vogel²⁹ gelesen: „Explodiert das Budget an der politischen Meinung?“ Ich muß sagen, ich finde diesen Artikel höchst instruktiv. Herr

²⁷ Vgl. Anm. 25.

²⁸ Dr. Adolf Arndt (1904–1974), 1949–1969 MdB (bis 1963 Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1956–1964 Mitglied des SPD-Vorstands, 1963–1964 Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 76 Anm. 51.

²⁹ Dr. Rudolf Vogel (1906–1991), 1945–1947 Arbeitsamtsleiter in Ulm und Ludwigsburg, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1964 MdB (CDU, bis 1953 Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films), 1968–1969 Staatssekretär im Bundesschatzministerium. Erinnerungen in: ABGEORDNETE 4 S. 231–304.

Vogel hat da nicht phantasiert. Sie werden wahrscheinlich mit ihm strittig sein über die Zahlen usw. Danach beträgt das Guthaben des Bundes bei der Bundesbank im Januar 650 Millionen, das Guthaben der Länder aber 4,2 Milliarden. Dabei hat er schon 1,4 Milliarden abgezogen, damit es nicht ganz so unpopulär aussieht. Ich habe mir zwanzig Punkte von Herrn Vogel notiert. Ich kann nur sagen, das hat Räson, der Mann zeigt, daß uns wirklich der Sauerstoff ausgeht in diesem Staat. (*Kiesinger*: Ich bin bereit, darüber zu diskutieren!) Jedenfalls meine ich, daß wir von der CDU aus diesen hessischen Vorschlag überbieten und von 3 auf 5 % gehen sollten; sagen wir, vorübergehend etwa 5 %. Ich weiß nicht, ob Sie das für möglich halten.

Krone: Ich will nicht prüfen, ob man die Steuerschätzungen zu hoch gemacht hat, auch nicht, ob die Anleihe in ihrer Höhe richtig ist. Immerhin sind diese Ansätze zusammen mit Herrn Blessing gemacht worden. Es kommt darauf an, daß wir in der nächsten Woche in der Haushaltsdebatte des Bundestages das Richtige sagen. Was der Herr Bundeskanzler vermeiden möchte, ist doch, daß in der Haushaltsdebatte wir keine Antwort geben können über die Frage der Deckung. Es wäre also gut, wenn wir heute Ihre Bereitschaft dazu etwas näher konkretisieren könnten; denn sonst heißt es, die CDU versucht es erst, und wir können als Regierungspartei noch nicht einmal eine entsprechende Antwort geben.

Schmidt: Ich möchte einige Bemerkungen zum Procedere machen. Es ist doch so, daß wir im Grunde genommen alle Probleme immer wieder vor uns herschieben, ohne eine politische Entscheidung zu treffen. Wie ist es mit der Abklärung der Kompetenzen auf dem kulturpolitischen Gebiet? Der Bundestag hat beschlossen, die Regierung möge das prüfen. Sie hat es bis heute noch nicht getan. Ich erinnere mich, daß wir bis zu den Vorarbeiten dieses Haushaltsplanes unter uns völlig unklar darüber waren, wie wir hinsichtlich der kulturpolitischen Kompetenzen taktieren sollen, weil wir Sorge hatten, daß sich Meinungsverschiedenheiten unüberbrückbarer Art ergäben. So machen wir es sehr häufig und lassen die Dinge gerade bis an den Punkt kommen, wo die Explosion geschehen muß. Wir müssen deshalb zunächst einmal von uns aus lernen, eine ganz andere Disziplin gegenüber der Lösung sachlicher Fragen einzuhalten, als wir es bisher getan haben. Das war erstens.

Zweitens, glaube ich, bestehen keine Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Procedere zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Kiesinger insofern, als sie der Meinung sind, daß alles getan werden soll vor dem nächsten Dienstag³⁰, was zur Klärung der Dinge beitragen kann. Ich bin davon überzeugt, daß diese Klärung herbeigeführt wird. Und was bis zum Dienstag nicht geklärt sein sollte, kann in Verhandlungen informeller Art geschehen. Wenn das nicht klappen sollte, dann gibt es noch immer die letzte Notbremse des Vermittlungsausschusses, um die Dinge zu klären. Ich bin aber der Meinung, daß man es gar nicht auf die Klärung des Vermittlungsausschusses ankommen lassen sollte.

30 Einbringung des Haushaltsgesetzes 1962 (Drs. IV/200) am 13. März 1962 – Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 610–621. Vgl. SPD-Fraktion S. 70 f.

Drittens: Wir haben eine besondere Art, die Dinge zu komplizieren, indem wir mit einer Frage alle möglichen weiteren Probleme verbinden. Wir dürfen uns in diesem Augenblick unter keinen Umständen darauf einlassen, nun zu meinen, wir müßten das ganze Problem der Finanzverfassungsreform ansprechen, sondern was wir im Augenblick tun müssen, das ist die Klärung der Deckungsfrage, und zwar mit dem guten Willen der Länder.

Ich bin nicht der Meinung, daß dieser Bundeshaushalt unter politischen Gesichtspunkten vorrangig aufgestellt ist, sondern real, und zwar als ein Kompromiß der Bürokraten untereinander, die die politischen Voraussetzungen nicht gesehen haben. Wir sind der Auffassung, diese Zwischenzeit, die möglichst zwei Jahre betragen sollte, müssen wir benutzen, um nicht das Problem der Finanzverfassungsreform immer weiter nach vorn zu schieben, sondern ernsthaft anzupacken, und zwar zunächst in unserem Kreise und dann auf der Ebene zwischen den Ländern und dem Bund. Wenn wir so verfahren, geht die Sache in Ordnung. Wenn wir dazu noch die Bereitschaft der Länder zum guten Willen unterstellen, kommen wir auch zum Ziel.

Niederalt: Als Mitglied des Haushaltsausschusses hätte ich zu vielen Punkten etwas zu sagen. Ich möchte aber meine Gastrolle heute nur dazu benutzen, den Punkt etwas zu klären, der mit dem Vorschlag von Hessen zum Ausdruck kommt. Wir müssen genau sehen, warum dieser Vorschlag von Hessen kommt. Hessen hat diesen Vorschlag über die Erhöhung des Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 3 % deshalb gemacht, weil es genau weiß, daß in diesem Haushaltsplan 1962 das Defizit des Bundes nicht so groß ist, wie es im Haushaltsplan des Jahres 1963 sein wird. Würden wir, so sagt Hessen, erst im Jahre 1963 eine Änderung des Schlüssels vornehmen, dann kämen 6 oder 7 % heraus. Und da im Grundgesetz steht, daß eine solche Regelung, die im Jahre 1962 getroffen wird, Gültigkeit für zwei Jahre hat, sind wir sicher, daß der böse Bund in dieser Zeit nicht wieder mit einer Forderung kommt. Das ist die Meinung von Hessen, obwohl ich noch mit keinem von Hessen darüber gesprochen habe. Aber ich nehme das an, weil vor drei Wochen der bayerische Finanzminister Eberhard, als wir in einer kritischen Situation zusammensaßen, gesagt hat: Wenn du schlau wärest vom Standpunkt Bayerns aus, müßtest du sagen, jetzt erhöhen wir den Anteil auf 3 oder 4 %. Dann kann der Bund im Jahre 1963, wenn das Manko des Bundes noch größer sein wird, nicht mehr mit einer Forderung kommen. – Das ist also die Situation, und die müssen wir ganz klar sehen, sonst reden wir aneinander vorbei.

Herr Bundeskanzler! Wenn am nächsten Dienstag oder Mittwoch im Bundestag dieses oder jenes zu diesem unschönen, beinahe unmöglichen Haushalt gesagt wird, so muß ich dazu sagen, es ist darüber schon soviel geschrieben und gesagt worden, daß das gar nicht ins Gewicht fällt. Wenn es gelingen sollte – und bei der grundsätzlichen Bereitschaft der Länder hat es den Anschein, als ob es gelinge –, im Laufe der nächsten Woche zu einem vernünftigen Deckungsvorschlag zu kommen für das Jahr 1962, bin ich der Meinung, daß wir uns gerade vom Standpunkt des Bundeshaushaltes mit diesem Vorschlag einverstanden erklären sollten. Wir sollten im Jahre 1962 noch

nicht auf den Artikel 106 des Grundgesetzes zurückgreifen.³¹ Wir müssen also, mit anderen Worten, im Jahre 1962 ein bißchen provisorisch arbeiten und im Jahre 1963 ziehen wir uns auf die Plattform des Grundgesetzes zurück.

Gurk: Ich bin auch der Meinung, daß wir im Jahre 1962 zu einer provisorischen Regelung kommen sollten. Ich bedaure es, daß es den Anschein hat, als ob diese Aussprache, die von beiden Seiten mit dem besten Willen geführt wird, fast einen persönlichen Charakter angenommen hätte. Das war gar nicht nötig.

Ich schlage vor, daß sich ein kleiner Kreis in einen Nebenraum zurückzieht, um dort weiter zu beraten. Der gute Wille ist doch da, und es kann eine Lösung gefunden werden. Wir kommen doch alle hierher, um eine Verständigung herbeizuführen.

Wir sehen auch nicht ohne Besorgnis, daß vom Bund her eine Art, ich will nicht sagen Mißstimmung, aber doch ein Unwille ausgeht. Wir haben alle das größte Interesse daran, daß die Bundesregierung und die Bundespartei aktive Impulse an das Land geben. Seien Sie überzeugt, Herr Bundeskanzler, dieser Wille zu einer Verständigung ist vorhanden. Das klang auch in den Ausführungen von Herrn Kiesinger dem Grunde nach heraus. (*Kiesinger:* Nicht nur dem Grunde nach, auch nach der Interpretation; sogar im Detail!) Ich darf wiederholen, Herr Bundeskanzler. Bitten Sie eine Gruppe von Experten, jetzt in einen Nebenraum zu gehen. Dann werden Sie überrascht sein, wie schnell eine Lösung in dieser Frage gefunden werden kann.

Burgbacher: Nachdem sich das Land Hessen geäußert hat, verstehe ich das Anliegen des Herrn Bundeskanzlers so, daß er es bedauern würde, wenn die Bundestagsdebatte ohne eine klare Stellungnahme der der CDU angehörenden Länderchefs erfolgte. Ich halte das auch für richtig. Ich bin der Meinung, daß jetzt unsere Freunde in den Landesregierungen nicht sagen können, sie müßten erst den Bundesrat hören; denn Hessen hat das auch nicht für nötig gehalten. Wenn sich das Land Hessen öffentlich auf eine Erhöhung festlegt, dann können unsere Ministerpräsidenten nicht schweigen, sondern müssen auch eine entsprechende Erklärung abgeben, wobei die Frage, ob 3 oder 5 %, nicht in diesem Jahre behandelt werden muß. Aber es müßte aus der Erklärung klar hervorgehen, daß die zu uns gehörenden Landesregierungen zu einem Ausgleich bereit sind.

Es handelt sich auch um eine sehr wichtige politische Frage. Es geht nach meiner Auffassung nicht, daß in den Länderhaushalten mit einer Zuwachsrate von 18 % und im Bundeshaushalt mit einer solchen von 15 % gerechnet wird. Das kommt draußen nicht an. Es kann also nicht bei dem einen so und bei dem anderen so sein. Ich neige hier zu der Meinung, daß die Länder recht haben und daß der Bund nicht recht hat. Hier wird – es ist schwer, das im Rechtssinne zu beweisen – im Grunde genommen die alte Schäffersche Tradition fortgesetzt; es wird also weniger angesetzt als einkommt. Ich meine, in den Bundeshaushalt müssen die eben erwähnten 18 % hinein. Danke!

31 GG Art. 106 regelt das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben des Bundes und der Länder. – Zitat des Absatzes 4 auf S. 187.

Adenauer: Ich danke nicht, Herr Burgbacher! Ich möchte zunächst auf Herrn Niederalt zurückkommen. Er hat hundertprozentig recht. Das ist ein schlauer Schachzug von Herrn Zinn, der sagt, wir wollen jetzt den Schlüssel um 3 % erhöhen, weil er dann nach dem Grundgesetz auch für das nächste Jahr gelten muß; und im nächsten Jahr brauchen wir mehr. Aber davon abgesehen, würden wir im nächsten Jahre, vielleicht jetzt schon, zu einer Ergänzungsabgabe, zu einer neuen Steuer kommen, im nächsten Jahre können wir das, was die Wahl angeht – wie ich hoffe – verdauen, weil die Bundestagswahlen erst im Jahre 1965 sind.

Ich möchte aber nochmals betonen: Es ist unmöglich, daß der Sprecher der CDU-Fraktion im Bundestag in der nächsten Woche keine Erklärung abgeben, sondern nur die Hoffnung aussprechen kann: Wir hoffen, daß es gelingt, mit den Ländern irgendwie einig zu werden. – Das ist doch für unsere Partei nicht gut. Es wird zurückschlagen auf die Landesregierungen. Das ist meine felsenfeste Überzeugung. Es geht also darum, daß diese Erklärung in der nächsten Woche abgegeben werden kann.

Dichtel: Wir sind uns darüber im klaren, daß die Sicherheitsaufgaben in den nächsten Jahren dem Bund Belastungen auferlegen werden, die dieser ohne die Hilfe der Länder nicht durchführen können. Man wird also dem Bund helfen müssen. Herr Kiesinger hat für das Land Baden-Württemberg und wahrscheinlich auch für die Ministerpräsidenten der anderen Länder die Bereitschaft zum Helfen ausgesprochen. Er hat die Erklärung abgegeben, aufgrund von Verhandlungen so bald wie möglich eine Situation zu schaffen, die dem Bund hilft.

Das sollte heute irgendwie angenommen werden. Darin sollte man die Bereitschaft der Länder sehen. Man sollte Herrn Kiesinger aber nicht zum Prügelknaben für die Länder machen. Ich habe einige Jahre mit am Landesetat von Baden-Württemberg gearbeitet. Die Verhältnisse sind nicht immer so gewesen wie in den letzten zwei Jahren. Es hat Zeiten gegeben, wo es sehr schwer gewesen ist, einige hunderttausend Mark für einen bestimmten Zweck bereitzustellen. Es gab eine Zeit, da ging es dem Bund besser. Und wenn nun die Länder helfen sollen – und sie müssen helfen –, dann muß der Bund verstehen, daß er seine Erhöhung nicht anders ansetzen kann, wie sie auch die Länder ansetzen. Wenn unsere Deckung nicht stimmt, geraten wir in ein Defizit hinein.

Eine Globalkürzung von 12 % ist nicht drin; die ist unrealistisch. Ich gebe zu, es kommen Ausgaben wie die für die Flutkatastrophe, für den Grünen Plan usw. Die gleichen Dinge kommen aber auch auf die Länder zu. Und dafür haben wir auch keine Deckung. Wir sollten uns also nicht auseinanderreden, sondern versuchen, in möglichst konkreter Form dem Bund zu helfen. Dazu sind die Länder bereit. (*Zuruf:* Aber wie?) Allerdings muß ich sagen, Herr Kiesinger hat heute keine verbindliche Verpflichtung angemeldet. Bei den politischen Verhältnissen in unserem Lande – wir haben nicht die Mehrheit³² – müssen wir mit den Koalitionspartnern rechnen. Wir

32 Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom 15. Mai 1960 (Wiederholungswahl

werden aber tun, was wir tun können und versuchen, daß die Dinge beschleunigt werden.

In dem Kommuniké können wir darauf hinweisen. Ich möchte darum bitten, den Ländern heute keine Note zu geben. Man könnte sagen, es besteht Übereinstimmung darüber, daß in kürzester Frist diese Frage bereinigt werden muß. Das wäre dann eine Grundlage für den Sprecher der CDU-Fraktion im Bundestag in der kommenden Woche.

Man kann zu dem Vorschlag von Hessen stehen, wie man will, jedenfalls ist er edlen Motiven nicht entsprungen. Wir können aber jetzt nicht dagegen angehen, indem wir sagen: Hessen bietet 3 %, aber wir bieten 5 %, sondern wir werden über das eine oder andere mit dem Bund reden müssen. Dann werden wir, glauben Sie es mir, Herr Bundeskanzler, von der Länderseite her in Anbetracht der gemeinsamen Verantwortung auch die richtige Lösung finden.

Adenauer: Ich möchte dazu etwas sagen. Wir stehen jetzt vor den Ländern als Bettler da. Es wird uns von den Ländern, insbesondere von den Länderfinanzministern, gesagt: Wir wollen euren Etat mal durchsehen. – Nun, meine Damen und Herren, es hätte jemals ein Bundesfinanzminister riskieren sollen, das einem Länderfinanzminister zu sagen. Dann hätte ich das Geschrei mal hören wollen. (*Kiesinger:* Das ist doch kein Vergleich!) Wollen Sie mich bitte aussprechen lassen, Herr Kiesinger! Sie sind in einer merkwürdigen Unruhe heute. (*Kiesinger:* Im Gegenteil! Ich bin ganz ruhig!) Ich muß Ihnen sagen, was in der Bundesregierung empfunden wird. In der Bundesregierung wird das Verhalten der Länder gegenüber dem Bund und werden die Bemerkungen, die dazu gefallen sind, als nicht übereinstimmend mit dem Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern betrachtet. (*Unruhe und Bewegung.*)

Barzel: Ich konnte mich, weil ich seit drei Monaten über meiner Studie brüte, kaum mit dem Haushalt beschäftigen. Ich kann nur sagen, daß hier ein Punkt erreicht ist, wie er sich in dieser Debatte zeigt, der für uns schlechterdings essentiell ist, welches Problem wir auch aufgreifen.

Meine Damen und Herren! Wenn es uns nicht gelingt, daß Problem Bund/Länder in der Partei und im Staat ein bißchen anders zu lösen, dann sehe ich wirklich schwarz. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie haben, Herr Bundeskanzler, auf den öffentlichen Dienst hingewiesen. Soll nun der Bund in den Fragen des öffentlichen Dienstes vorprellen oder nicht? Ich kann es nicht beurteilen. Ich will die Probleme nicht aufreißen. Ich will auch nicht vom Fernsehen und der Intendantengeschichte³³ sprechen, auch nicht über die Parteireform zwischen Bundespartei und Landesparteien.

am 12. März 1961) erreichte die CDU 39,5 %, SPD 35,3 %, FDP/DVP 15,8 %, GB/BHE 6,6 %. – Kurt Georg Kiesinger (CDU) bildete eine Koalition aus CDU, FDP/DVP und GB/BHE. Vgl. FISCHER 1 S. 109 f.

33 Konstituierung des Fernsehrats des „Zweiten Deutschen Fernsehens“ und Wahl des Ausschusses zur Vorbereitung der Intendantenwahl sowie der Mitglieder des Verwaltungsrats am 6. Februar 1962 in Mainz (AdG 1962 S. 9662 f.). Intendant wurde Karl Holzamer.

Ich möchte aber sehr herzlich darum bitten, wenn es einen Aspekt für Politik gibt, dann ist es der, daß wir führen und die Wahlen gewinnen. Und zum Führen gehört vor allen Dingen, daß wir uns zwischen dem Bund und den Ländern vorher verständigen, welchen Weg wir von der CDU zu gehen haben. Dies ist für uns ein Integrationsproblem, das wir unbedingt lösen müssen! (*Schmidt*: Sehr gut!) Ich würde also davor warnen, das Verhältnis Bund/Länder im Sinne einer radikalen Trennung zu sehen. Es besteht hier eine wechselseitige Verflechtung. Ich kann aber auch nur intern in diese ganzen Probleme hineinschauen. Was kann dieser Bundesvorstand machen? Er kann das Wie und das Konkrete hier jetzt nicht beschließen, nur weil wieder einmal die Presse sehr hochgeschraubte Erwartungen an diese Bundesvorstandssitzung stellt und offensichtlich auch noch die hessische Erklärung in unsere Sitzung hineinspielt.

Wir können aber einen Beschluß fassen, der in einem Kommuniqué in drei Punkten Ausdruck findet:

1. Ein Wort über die Lage, die es erforderlich macht, den Wehretat zu vergrößern. Dann zwei Sätze darüber, daß der Wehretat ein sehr wichtiger Teil des Gesamthaushalts ist. Das muß eine wirksame Formulierung sein, die dem Bund ein gewisses Vorrecht gibt und die auch den Ministerpräsidenten in ihren Landtagen die Situation erleichtert, daß wir nicht aus Großmannssucht, sondern aus zwingender Notwendigkeit an die Dinge herangehen.
2. Der hessische Vorschlag ist unzureichend. Das muß sofort von der Partei aus erklärt werden. Was die Bundesregierung nach dem Vorschlag tut, ist eine zweite Frage.
3. Sollten wir sagen, daß wir einig darüber sind, daß der Bundeshaushalt ausgeglichen werden muß unter sparsamsten Bedingungen durch die Hilfe der Länder. Über das Wie und die Konkretisierung soll dann mit den Ministerpräsidenten gesprochen werden.

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich mich als Nichtfachmann hier eingemischt habe.

Altmeier: Es wäre nach meiner Meinung verfrüht, jetzt schon über ein Kommuniqué zu sprechen. Wir sind jetzt mitten in der Sache drin. Ich möchte zunächst einmal das mehrfach erwähnte Beispiel von Hessen aufgreifen. Wir sollten da keine Überbewertung vornehmen. Wenn der hessische Finanzminister jetzt schreibt, er wolle von 35 auf 38 % für einige Jahre erhöhen, dann hat er im wesentlichen nicht mehr angeboten als das, was die Länder in ihrem Bundesratsbeschluß mit rund 838 Millionen zum Ausdruck bringen. Das ist immerhin ein freiwilliges Geschehen, das ungefähr 2,5 % ausmacht. (*Gerstenmaier*: Die bringen uns aber nicht über die Hürde!) Man soll aber nicht sagen, Hessen hat jetzt die Lösung gefunden. Das wäre eine absolut falsche Bewertung, wenn man hier in diesem Augenblick von dem Beispiel Hessens, dem ich keinerlei Bedeutung zumesse, ausgehen wollte.

Kollege Kiesinger und ich sind von den sechs CDU-Ministerpräsidenten allein hier. Deshalb mögen mir einige Worte gestattet sein in aller Vorsicht, die ich mir immer zu eigen gemacht habe. Ich meine, Herr Kiesinger, Sie haben vielleicht –

das würde für Sie sprechen – die Auffassung unserer Kollegen zu optimistisch eingeschätzt. Wenn Sie von den Finanzminister-Besprechungen gesprochen haben, dann ist es richtig, daß wir auf der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten³⁴ uns ausdrücklich von den öffentlichen Erklärungen der Finanzminister in dem Sinne, als wenn bei ihnen schon eine Entscheidung läge, abgesetzt haben. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, ihnen mit aller Klarheit zu sagen, daß sie zwar Beschlüsse fassen können, die aber nur zur Weiterleitung an die Kabinette bestimmt sind.

Ich muß auch noch sagen, daß in der Besprechung im Bundesrat, den Etat in Höhe von 1,74 Milliarden DM auszugleichen, zweifellos auch unsere Kollegen einen sehr scharfen Standpunkt eingenommen haben, der sich nicht immer mit dem Optimismus deckt, den Sie eben hier vorgetragen haben, Herr Kollege Kiesinger. Das möchte ich ausdrücklich klarstellen.

Wenn ich nun zu dem Vorschlag als solchem, zu dem Tableau von 1,74 Milliarden, die zur Debatte stehen, etwas sagen soll ... (*Gerstenmaier*: Verzeihen Sie, wenn ich unterbreche! Bedeutet Ihre vorsichtige Formulierung, daß auch von unserer Seite in diesem Kreis die Meinung besteht, daß man dieses Bedürfnis des Bundes auf keinen Fall von seiten der Länder honoriert?) Ich halte die ganze Form, wie sie hier vorgetragen wurde, für bedauerlich, weil sie erneut, ohne daß wir es zu verantworten haben, in der Öffentlichkeit Streit zwischen dem Bund und den Ländern gebracht hat. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, es handelt sich um eine freiwillige Leistung. Sie ist nicht gesetzlich fundiert. Sie ist auch dann nicht gesetzlich fundiert, wenn Sie im Bundestag beschließen: 1,74 Milliarden Beitrag der Länder. – Dann ergibt eine Ausrechnung, daß auf das einzelne Land soundso viel entfallen würde. Diese Summe steht in keinem Etat der Länder. Sie ist auch nicht gesetzlich fundiert. Sie hängt von der Zustimmung oder von der Ablehnung der Länder ab. Das müssen wir klar sehen, um zu erkennen, daß der Weg, der hier beschritten wird, falsch ist, und zwar aus zwei Gründen. Einmal sagt Artikel 106 Absatz 4 des Grundgesetzes – und deshalb kann ich nicht zugeben, daß der Bund als Bettler kommt – ganz genau das, was zu geschehen hat, nämlich:

„Durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, soll das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer (Absatz 3) geändert werden, wenn sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Bundes und das Verhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Länder unterschiedlich entwickeln und in der Haushaltswirtschaft des Bundes oder der Länder ein so erheblicher Fehlbedarf entsteht, daß eine entsprechende Berichtigung des Beteiligungsverhältnisses zugunsten des Bundes oder zugunsten der Länder geboten ist.“

Es muß also ein Bundesgesetz gemacht werden. Und das Bundesgesetz gibt jedem Parlament die gesetzliche Grundlage, um durch ein solches Gesetz die Verpflichtung zu übernehmen. Das ist zunächst zu sagen zum rein Verfassungsrechtlichen.

34 Am 23. Februar 1962 (ACDP I-226-466).

Und nun streiten wir uns. Sie glauben, wenn die fünf Ministerpräsidenten jetzt sagen: Das machen wir so – dann sei es gut. Ich will Sie vor der Auffassung bewahren, als ob sie dann gesichert seien. Wir müssen in jedem der elf Kabinette, wenn eine solche Leistung zustande kommen sollte, dies durch einen Nachtragshaushalt – die Haushalte sind bereits abgeschlossen – gesetzlich fundieren. Wie dann die fünf von der SPD regierten Länder im einzelnen darauf reagieren würden, vermag ich heute noch nicht zu überschauen; ganz abgesehen von unseren eigenen Ländern.

Ich bin der Meinung, daß der Weg, zu dieser freiwilligen Leistung zu kommen, der Weg des Herrn Starke, bedauerlich und falsch ist. Wenn ich im Wege der Freiwilligkeit von den anderen etwas haben will, kann ich nicht zunächst in die Bilanz hineinschreiben: Forderung an die Länder 1,74 Milliarden, um dann in der Öffentlichkeit hinzuzufügen – das hat Herr Starke getan –, wenn sie es nicht geben, dann erhöhen wir die Steuern. Und von jemandem, der freiwillig zu einem Zugeständnis gebracht werden soll – wozu aber sicherlich die CDU-Ministerpräsidenten bereit sein werden –, kann man nicht in dieser Form die Zustimmung erwarten.

Warum ist Herr Starke nicht vorher, ehe er die Forderung in seinen Etat hineingeschrieben hat, zu uns gekommen? Warum hat er die Ministerpräsidenten über den Herrn Bundeskanzler nicht einmal zu einem solchen Gespräch gebeten? Warum haben wir denn jetzt schon seit Wochen die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit? Es heißt: Die bösen Länder sind schuld! Wenn sie nicht bezahlen, müssen die Steuern erhöht werden. Das ist doch eine Atmosphäre und eine Situation, die ich, gerade weil uns das immer wieder so schmerzt, für sehr bedauerlich halte.

Ich bedauere auch, daß an dem Punkt, Herr Präsident Gerstenmaier, der 458 Millionen nun wieder eine Auseinandersetzung des Prinzips wegen in der Öffentlichkeit entstanden ist. Herr Kiesinger und ich haben die Situation klar gesehen. Hier stehen wir vor der Frage: Wissenschaft und Forschung. Sie ist zumindest umstritten. Der Bund hat von der ihm zustehenden Möglichkeit der konkurrierenden Gesetzgebung, die Frage der Forschung an sich zu ziehen, bisher durch ein Gesetz noch keinen Gebrauch gemacht. Die Länder haben mit dem Bund über diese Frage verhandelt. Diese Verhandlungen sind seit mehr als Jahresfrist unterbrochen. Unbeschadet dieser Situation haben die Länder mit dem Bund einige Verwaltungsabkommen getroffen; so das Verwaltungsabkommen über den Wissenschaftsrat, über die Max-Planck-Gesellschaft usw.³⁵ Unter Ausschaltung der Rechtslage befinden sich die Länder mit dem Bund seit Jahr und Tag in einem Verwaltungsabkommen. Das Verwaltungsabkommen

35 Das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrates war am 5. September 1957 geschlossen worden (BULLETIN vom 6. September 1957 S. 1537–1540). – Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften wurde am 26. Februar 1948 als unmittelbare Rechtsnachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. gegründet (Übernahme von Aktien und Vermögen 1951). Nach dem Staatsabkommen der Länder vom 19. Februar 1959 (Königsteiner Abkommen) trugen Bund und Länder den jährlichen allgemeinen Zuschußbedarf der Max-Planck-Gesellschaft je zur Hälfte (BULLETIN vom 5. Juni 1964 S. 813).

über den Wissenschaftsrat ist 1957 geschlossen worden; 1960 ist es abgelaufen, und es wurde dann wiederum auf drei Jahre verlängert. Es läuft Ende dieses Jahres ab. Ich zweifle nicht daran, daß dieses Abkommen erneut verlängert wird. In diesem Abkommen ist der Anteil der Leistungen des Bundes und derjenige der Länder umschrieben.

Nun bekenne ich mich als Vater der Begründung. Die erste Begründung, die die Finanzminister geliefert haben, hat uns nicht gefallen, weil sie den Tatbeständen der Verwaltungsabkommen in keiner Weise Rechnung getragen hat. Deshalb bekenne ich mich mit Herrn Kiesinger – Herr Zinn hat sich angeschlossen – zu der anderen Begründung. Der Bundesrat hat einstimmig – nur gegen Herrn Kaisen³⁶ – folgenden Beschluß gefaßt: 1. Die Titel bleiben erhalten. 2. Die Beträge von insgesamt 458 Millionen können in diesem Jahr unausgefüllt bleiben. Die Länder tragen 458 Millionen als einen Teil jener 1,74 Milliarden, die der Bund verlangt hat. Wir haben in der Begründung gesagt: Unbeschadet der zwischen dem Bund und den Ländern getroffenen Vereinbarung werden die Länder die Finanzierung von Wissenschaft und Forschung für das Rechnungsjahr 1962 übernehmen. Ich glaube, daß mit dieser Begründung die Zuständigkeit oder die Rechte des Bundes in keiner Weise angegriffen worden sind. Es bleibt dasselbe Verhältnis bestehen. Die Leistung nach außen bleibt dieselbe. Es wird keine Sachlage geändert. Geändert wird lediglich, daß die Länder 458 Millionen als einen Teil der 1,74 Milliarden übernehmen.

Wenn man die von uns bewußt geänderte Begründung noch einmal überdenkt, dann wird man erkennen, daß sich in der Sache nichts geändert hat. Angefügt wird dann die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die in dieser Frage seit Jahr und Tag zwischen dem Bund und den Ländern geführt werden, zu einem Abschluß kommen und daß der Bund – weil er das immer so laut betont – von seinem Recht nach Artikel 74 des Grundgesetzes, innerhalb der konkurrierenden Gesetzgebung in bezug auf die Forschung ein Gesetz zu machen, Gebrauch macht. Das ist leider bis heute noch nicht geschehen.

Ich weiß nicht, ob man im Wege des freiwilligen Aushandelns zu einem Ausgleich der 1,74 Milliarden kommen wird. Die Länder haben ihre Steueransätze im Durchschnitt um 18 bis 19 % – das eine so, das andere so – erhöht. Behält nun der Herr Starke recht, daß nur 15 % einkommen, dann macht das für unser Land immerhin einige hundert Millionen aus. Ich darf aber sagen, daß die Monate Januar und Februar die Richtigkeit dieser von den Ländern vorgenommenen Schätzungen bestätigt haben. Die Steigerung, die sich in den Monaten Januar und Februar mit ein Sechstel des Jahres 1962 ergeben hat, ist doch so, daß man es dem Bund zweifellos zumuten kann, diesen Ansatz, den er mit 14,9 % vorgenommen hat, auf 18 % zu erhöhen. Das würde einen Betrag von 291 Millionen ausmachen. Er befände sich dann auf der gleichen Linie mit den Ländern. Es ist unmöglich daran zu denken, daß Bund

36 Wilhelm Kaisen (1887–1979), 1945–1965 Bürgermeister und Senatspräsident von Bremen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 327 Anm. 103.

und Länder in dieser sie gemeinsam berührenden Frage verschiedene Schätzungen vornehmen.

Das Zweite, was der Bundesrat gesagt hat, ist folgendes: Es wird nicht eine Steigerung von 18 %, sondern eine solche von 20 % eintreten. Das macht 380,4 Millionen aus. Wenn diese Steigerung nicht eintreten sollte, dann übernehmen die Länder diesen Ausfall von 380,4 Millionen. Das ist das zweite Angebot. Das macht zusammen mit den 458 Millionen rund 838 Millionen aus. Dazu kommen die 291 Millionen an Einkommen- und Körperschaftsteuer. Damit ergibt sich, ohne die anderen Zahlen, der Ausgleich.

Herr Bundeskanzler! Sie haben mit Recht auf die politischen Schwierigkeiten im Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen hingewiesen. Die Ausgaben des Bundes sind gestiegen und steigen weiter. Die Ausgaben der Länder sind ebenfalls gestiegen. Der Etat unseres Landes hat im Jahre 1955 800 Millionen umfaßt. Heute beträgt er bereits rund zwei Milliarden. Wenn die Länder jetzt neue Lasten übernehmen müssen, dann bedeutet das zugleich auch die Streichung von Möglichkeiten, die man in der Landespolitik vorgesehen hat. Beides steht nun vor den Augen des Wählers, wenn er zur Landtagswahl geht.

Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, wir haben heute nur 26 von 41 Stimmen im Bundesrat. Aus diesem Grunde sind die Landtagswahlen von ganz besonderer Bedeutung auch für die Bundespolitik. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als wenn das ein Druck auf die Länder wäre. Ich hatte eben das Gefühl, als Sie davon sprachen: Entweder zahlen die Länder den Ausgleich, oder aber, wenn keine Hilfe von den Ländern kommt, wir erhöhen die Steuern in diesem Jahr. Das wirkt sich für unsere Politik und für die Wahlen in den Ländern schlecht aus. Ich meine also, beide sind hier angesprochen, der Bund und die Länder, um einen Ausgleich im Sinne der CDU herbeizuführen.

Gerstenmaier: Es besteht nicht die mindeste Meinungsverschiedenheit bezüglich der Rechtslage. Im Artikel 106 Absatz 4 ist ein Bundesgesetz vorgeschrieben. Das kann nach meinem Verständnis des Grundgesetzes aber nicht bedeuten, daß dadurch eine Änderung des Grundgesetzes herbeigeführt wird.

Herr Ministerpräsident! Ich stimme mit Ihnen überein, das Bundesgesetz ist zustimmungsbedürftig. Und wir machen uns keinerlei Illusionen über den Stand der Dinge bei dieser Situation. Was folgt daraus? Daraus folgt, daß die Aufgabe nur politisch lösbar ist. Deshalb sage ich: Zusammentreten an diesen Tisch – oder eine Unterabteilung –, und dann muß Geschichte gemacht werden!

Ich stimme in der Analyse der Rechtssituation mit Ihnen überein. Ich freue mich, daß Sie den Artikel 74 Absatz 13 so demonstriert haben hinsichtlich der Kompetenz der Länder, daß wir uns in der konkurrierenden Gesetzgebung befinden. (*Altmeier:* Wenn Sie davon Besitz ergreifen!) Gerade deshalb, weil Sie das unterstreichen, würde ich schwerste Bedenken haben gegen Ihren Vorschlag über die Leertitel. Den Bund zwar in der formalen Kompetenz mit den Leertiteln stehen zu lassen, das bedeutet unweigerlich die Lähmung der gesamten Bundesexekutive auf

diesem Gebiet; d. h. den Bund austrocknen bei formeller Kompetenz ohne Änderung der Formalität. Auch materiell würden wir zu dem gleichen negativen Ergebnis kommen. Wenn wir uns an den Artikel 74 Absatz 13 halten wollen, nämlich an die konkurrierende Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern, können wir in diese Lösung nicht eintreten.

Ich wäre deshalb dankbar, wenn Sie im Blick auf die Loyalität gegenüber Ihren Ausführungen von diesem Vorschlag abkommen könnten, diese Leertitel stehen zu lassen.

Adenauer: Ich glaube, es ist gut, wenn ich noch eine Ergänzung mache. Ich habe für heute nachmittag die Herren Ministerpräsidenten der CDU zu einer Besprechung eingeladen. Herr von Hassel ist krank. Herr Meyers ist in Lugano. Herr Ehard³⁷ hat Urlaub, und Herr Röder hat Urlaub. Von den sechs Ministerpräsidenten sind also vier nicht da. Das ist schon bezeichnend für das Interesse an unserer Partei. Ich bin darüber geradezu erschüttert.

Ich habe gestern an Herrn Meyers, der sich plötzlich zu einem ganz großen Föderalisten entwickelt hat – der auch das dickste Portemonnaie hat –, noch einmal ausdrücklich depeschiert, er möchte kommen. Aber er ist nicht gekommen. Ich verstehe auch nicht, Herr Kollege Altmeier, daß Sie und auch Herr Kiesinger nicht die Peinlichkeit für den Bund empfinden, wenn Sie die Titel stehen lassen und die Summe streichen. (*Kiesinger:* Ich habe doch etwas anderes vorgeschlagen!) Herr Altmeier hat es noch einmal dargelegt, daß Sie den Ausweg gefunden hätten. Es liegt doch auch ein Beschluß des Bundesrates vor; ein Beschluß des Bundesrates, in dem die CDU die Mehrheit hat. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Und das ist doch etwas, was mich als Parteivorsitzenden geradezu mit Entsetzen erfüllt.

Sie haben eben ausgeführt, wie wenig Gemeinsames wir, die CDU, im Bund und in den Ländern haben. Dabei leben wir doch alle von dieser Gemeinsamkeit. (*Unruhe.*) Vielleicht hören Sie mir jetzt mal zu, Herr Kollege Altmeier! Machen Sie sich doch das eine klar: Wenn die Bundes-CDU die nächste Wahl verliert, dann sind Sie in den Ländern auch pleite! Dann werden Sie mal sehen, was aus der CDU in den Ländern wird. Wir haben doch alle ein hundertprozentiges gemeinsames Interesse. Und das sagen ich Ihnen ganz offen: Unsere Partei steht mir über gewissen föderalistischen Forderungen und Interessen. Anders kann ich es nicht nennen.

Was sollen wir machen? Im Jahre 1962 haben wir ein geringeres Defizit als im Jahre 1963. Sie haben von Herrn Niederalp mit Recht gehört, daß Hessen das sehr zielbewußt gemacht hat, damit es im Jahre 1963 nichts mehr zu geben braucht, sondern daß wir – das sagte ich schon zum Eingang meiner Ausführungen – an die Ergänzungsabgabe herangehen müssen.

37 Dr. Hans Ehard (1887–1980), 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident von Bayern (CSU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 121 Anm. 29; Karl-Ulrich GELBERG: Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954. Düsseldorf 1992.

Ich möchte hier folgendes einflechten: Ich habe weder direkt noch indirekt etwas über die heutige Sitzung an die Presse gegeben. Ich war geradezu empört, das nun wieder in der Presse zu lesen.³⁸ (*Dichtel*: Wer hat es denn gemacht?) Ich weiß es nicht. Ich wiederhole: Ich war empört darüber, daß so etwas in die Presse gekommen ist. Von mir rührt es jedenfalls nicht her.

In der nächsten Woche ist die Lesung des Haushaltsplanes im Bundestag. Dazu liegt die Erklärung von Hessen vor. Nun muß doch die CDU im Bundestag eine Erklärung abgeben. Aber nur die Erklärung: Wir werden schon zu Rande kommen – die kauft Ihnen, Herr Kiesinger, doch keiner ab. Heute sind nur zwei Ministerpräsidenten hier. Vier sind abwesend. Was sollen wir jetzt noch machen bis zum nächsten Mittwoch? Ich weiß es wirklich nicht. Herr von Hassel war gestern noch bei mir. Er war gestern schon stark erkältet und wollte sich einige Tage auskurieren, um bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein seinen Mann stehen zu können. Sie können auch nichts sagen, Herr Kiesinger? (*Kiesinger*: Ich kann etwas ganz Klares sagen!) Da bin ich aber neugierig.

Kiesinger: Der Vorschlag von Hessen auf 38 %, der darauf ausgeht, den Länderbeitrag für die folgenden Jahre in dieser Höhe festzulegen, ist unmöglich und unrealistisch; denn wir alle sind bei unseren Überlegungen davon ausgegangen, daß die Belastungen des Bundeshaushaltes viel größer sein werden. Ich habe gesagt, es kommen Belastungen – z. B. bei der Kriegsopferversorgung usw. – hinzu, so daß wir auf mehrere Jahre hinaus laufende Erhöhungen haben werden. Hessen sagte, das würde einen Betrag von etwa einer Milliarde DM schon jetzt bedeuten. Die Länder haben sich nun ad hoc bereit erklärt, 850 Millionen DM zu zahlen. Der hessische Vorschlag geht aber nicht zusätzlich zu diesen 850 Millionen, sondern bedeutet eine Milliarde auf mehrere Jahre verteilt. Wir sind aber davon überzeugt, daß der Länderbeitrag – wenn die Länder es können – in den kommenden Jahren höher sein wird.

Deswegen kann dem Vorschlag von Hessen sofort begegnet werden. Wir müssen damit rechnen, daß die Länder noch in diesem Haushaltsjahr aufgrund dieser Position ... (*Krone*: Entschuldigen Sie, Herr Kiesinger, können Sie den Passus mit uns formulieren, den unser Sprecher, der Herr Vogel, am nächsten Mittwoch in der Frage beitragen soll?) Ich bin für meine Person gern dazu bereit. (*Adenauer*: Läßt sich dazu etwas sagen?) Ja, dagegen kann man sehr gut vom Leder ziehen; denn ich halte das für einen unmöglichen und unrealistischen Vorschlag. Das ist genügend geklärt. Ich kann aber keinen anderen Vorschlag machen als den, daß ich sage, jetzt geht es zunächst um eine Ad-hoc-Lösung für dieses Jahr. Und dann kann man ganz deutlich erklären, daß wir bereit sind, bei den schweren auf den Bundeshaushalt

38 „Die Welt“ vom 6. März 1962 „Adenauer will Finanzkonflikt beilegen. CDU-Bundesvorstand erörtert am Mittwoch den Haushaltsausgleich“; FAZ vom 7. März 1962 „Der Unionsvorstand berät über den Etatausgleich“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. März 1962 „CDU-Vorstand bei Adenauer. Versuch zum Ausgleich des Bundeshaushaltes mit Hilfe der Länder“.

zukommenden Aufgaben der kommenden Jahre mit der Länderhilfe bis an die äußerste Grenze des Möglichen zu gehen. (*Zurufe*: Sehr gut!) Das haben wir vom Lande Baden-Württemberg schon erklärt. Und ich erkläre es hier aufs neue! Aber im Augenblick einen konkreten Vorschlag machen, der darüber hinausgeht und etwa sagt, statt 38 % sind wir für 40 %, oder wir wollen das und das zugestehen, das kann ich nicht.

Ich glaube aber für meine Person und für mein Land jetzt schon folgendes sagen zu können, daß aufgrund von Gesprächen mein Kabinett bereit wäre, in dem Punkte mit den 220 Millionen aus diesen 12 % entgegenzukommen. Dann bleibt noch übrig die große Streitfrage der Schätzung. Und das ist eine Rechenaufgabe.

Adenauer: Die Sache liegt etwas anders. Es liegt hier vor eine Bundesrats Erklärung, die wahrscheinlich einstimmig gefaßt worden ist. Es liegt vor – und zwar vorausgegangen – eine Kundmachung der Länderfinanzminister, die auch einstimmig gefaßt worden ist. (*Altmeier*: Nicht einstimmig!) Dann liegt vor die Sache von Hessen, über die öffentlich diskutiert worden ist. Nun müssen Sie sich zunächst die Frage vorlegen: Ist es klug, daß man davon spricht, daß die steuerliche Belastung in den nächsten Jahren viel höher sein wird? (*Kiesinger*: Nicht die Steuern, sondern die Steuerbelastung!) Das habe ich doch gesagt! Die Haushaltsbelastung und die Steuerbelastung ist doch dasselbe. Ist es also klug zu sagen, Hessen hat das gemacht, um uns festzulegen, damit wir im Jahre 1963 nichts mehr bekommen? Darin liegt doch schon, daß das Jahr 1963 eine höhere Belastung bringen wird. Ist es klug, das bei den Landtagswahlen zu sagen? Ich habe den Herrn Starke bei seinem guten Glauben belassen, als er an die Länder herangegangen ist, (*Altmeier*: Er ist nicht herangegangen, sondern geht in die Ausschüsse!) weil ich den Versuch machen wollte, vor den Landtagswahlen nicht eine Steuererhöhung vorzunehmen.

Herr Kiesinger! Sie haben eben gesagt, zu einem Betrag von 850 Millionen seien Sie bereit. Darüber muß doch ein Beschluß vorliegen. Es sind aber 458 Millionen, wovon der Titel übriggeblieben ist. Wenn die uns gegeben werden, dann sind wir kastriert auf dem Gebiet. Ich weiß keinen anderen Ausdruck dafür. Und die 380 Millionen sind nur ein bedingter Länderbeitrag, auf den später die Steuermehreinnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer anzurechnen ist. Das ist alles nur bedingt. Die denken nicht daran, uns die 850 Millionen hinzulegen. Deswegen muß ich meine Freunde aus der Bundestagsfraktion bitten, äußerst vorsichtig zu sein in ihren Erklärungen.

Stoltenberg: Ich möchte auf den Punkt hinweisen, daß wir wahrscheinlich weniger Zeit haben, als dies allgemein angenommen wird. Sie haben gesagt, bei der ersten Lesung muß ein Weg aufgezeigt werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir in fünf Wochen die dritte Lesung im Bundestag haben werden. Dann muß eine Lösung gefunden sein. Wir können nicht auf kommende Verhandlungen mit dem Bundesrat oder auf sonstige Erklärungen hinweisen, sondern wir müssen bis dahin einen ausgeglichenen Haushalt beschließen. Insofern muß eine hieb- und stichfeste Lösung gefunden sein.

Die Diskussion hat klar gezeigt – und das müßte heute der Öffentlichkeit als Beschluß des Bundesparteivorstandes gesagt werden –, die Lösung muß über den Vorschlag des Bundesrates hinausgehen. Wir brauchen uns über die Einzelheiten – wir können das auch nicht – heute nicht abschließend zu verständigen, obwohl ich den ersten Punkt – am 15. April muß eine Lösung gefunden sein – noch einmal unterstreichen möchte.

Es sind zwei Wege aufgewiesen. Der eine ist die Änderung des Grundgesetzzartikels 106. Das bedeutet, über den hessischen Vorschlag hinauszugehen, ohne einen Prozentsatz zu nennen. Da liegt die Schwierigkeit für die kommenden Jahre. Trotzdem ist das für das nächste Jahr der einzig mögliche Weg. Ich halte auch die Kritik, die am Bundesfinanzminister geübt worden ist, für berechtigt. Im Grunde genommen führen wir diese Diskussion ein viertel Jahr zu spät. Im Grunde ist der Weg über den Artikel 106 des Grundgesetzes der richtige Weg. Wenn wir in diesem Jahre einen Prozentsatz von fünf, sechs oder sieben erreichen könnten, wäre das gut. Wenn die Länder nicht darauf eingehen, bleibt nur der Weg des Länderbeitrages, trotz aller Bedenken, die Herr Altmeier vorgetragen hat und die ich völlig teile. Dieser Weg muß in unseren sämtlichen Landtagen beschlossen werden. Das ist die Schwierigkeit. Wenn wir uns nicht über den ersten Weg einigen, daß die Länder bereit sind, mit 5 oder 7 % dem Bund entgegenzukommen, dann müssen wir diesen zweiten Weg gehen. Auch der Weg des Bundesrates bedeutet, daß in elf Ländern ein Nachtragshaushalt eingebracht werden muß, und zwar über die 458 Millionen, die sie uns angeboten haben. Sie müssen ebenfalls die Ausfallgarantie über den Nachtragshaushalt machen. Insofern gibt es formal die gleiche Schwierigkeit.

Es ist m.E. für den Bund schwer zumutbar, aus den genannten Gründen als Bundestag auf diese 458 Millionen zu verzichten. Tun wir es in diesem Jahr, dann tun wir es für Jahre hinaus. Und wenn dann in den Jahren 1963 und 1964 die Situation des Bundes noch schwieriger sein wird, dann haben wir eine Flasche mit einem Etikett ohne Inhalt.

Ich würde vorschlagen, daß sich ein kleiner Kreis darüber Gedanken macht, ob man sich nicht dazu durchringen kann, statt der 850 Millionen, die sie angeboten haben – wenn sie nicht den ersten Weg des Artikels 106 des Grundgesetzes gehen wollen –, dem Bund eine Milliarde DM ohne Auflage zu geben. Die formalen Schwierigkeiten sind dabei nicht größer als bei dem vorgeschlagenen Weg.

Ich würde also zusammenfassend sagen: Entweder eine klare Lösung nach Artikel 106 des Grundgesetzes über 5 % hinaus oder einen Länderbeitrag, der mindestens bei einer Milliarde liegt. (*Kiesinger*: Das ist doch mein Vorschlag!)

*Fay*³⁹: Dieser Vorschlag des Landes Hessen ist ein interessanter Beitrag zur psychologischen Wahlkampf Vorbereitung der Sozialdemokraten. Bisher haben wir in den Landtagswahlkämpfen gegen die SPD mit dem Argument operiert, sie sei nicht

39 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), 1952–1967 Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1953–1970 MdL Hessen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 154 Anm. 46.

bundesfreundlich. Nun hat sich seit zwei, drei Jahren die SPD auf den Weg der Bundesfreundlichkeit begeben durch einen höheren Beitrag. Sie macht hier einen Vorschlag, der jedem, der mit der Gesetzesmaterie vertraut ist, einleuchtet. Das ist wahrscheinlich der einzige gesetzlich zulässige Weg.

Meine Herren Ministerpräsidenten! Sie sind zu sehr von dem Fernsehurteil angekratzt worden, so daß Ihre Idee etwas stark nach Staatenbund riecht. Herr Stoltenberg hat klar herausgestellt, der Vorschlag geht dahin, daß elf Länderparlamente einstimmig zustimmen müssen. Wenn nun ein Parlament oder zwei Parlamente ausfallen, dann ist es mit Ihrem hervorragenden Länderbeitrag aus, oder die Länder geben es einzelnen, soweit sie beschlossen haben. Das ist die Tücke oder das Tückische an diesem Vorschlag des Landes Hessen. Er ist so einleuchtend einfach, weil er auf einer soliden Gesetzesgrundlage beruht.

Hessen hat zunächst dem Gedanken gehuldigt, die sogenannten kulturellen Aufgaben des Bundes auf die Länder zu übernehmen, weil das für Hessen einen Machtzuwachs bedeutet hätte. Nun kam die „glorreiche“ Idee mit dem Leertitel. Ich sage deshalb „glorreich“, weil sie verfassungsrechtlich nicht haltbar sind. (*Adenauer*: Sagten Sie glorreich?) Ja, natürlich in Anführungszeichen, Herr Bundeskanzler. Sie sind rechtlich nicht haltbar. Als vor drei Wochen in der Pressekonferenz in Hessen Ministerpräsident Zinn und Minister Conrad⁴⁰ gemerkt haben, daß in den Reihen der CDU ein Durcheinander eintrat, als plötzlich die Erklärung der Wissenschaftler kam⁴¹, daß man die Dinge nicht auf die Länder übertragen könne, da hat Herr Zinn gesagt: Jetzt auf den Pfad der Tugend zurück! (*Kiesinger*: Sie sind aber nicht auf den Pfad der Tugend zurückgegangen! – *Gerstenmaier*: Andere Wege sind vom Gesetz nicht ausgeschlossen!) Sie sind aber schwer praktikabel. Dieser Teilabschnitt der Wahlkampf Vorbereitung zeigt Ihnen, wie schwierig unsere Situation in Hessen ist. Das ist ein Vorschlag, der der Bevölkerung einleuchtet, weil er simpel ist. Wir sind uns hier darüber klar, daß der Vorschlag von Hessen unzureichend ist. Welch listige Absichten damit verknüpft sind, hat Herr Niederaalt herausgestellt.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als daß wir unsere Ministerpräsidenten bitten, diesen gesetzlich zulässigen und einfachen Weg zu gehen und jetzt einen solchen Anteil zu verlangen, der uns die Auffüllung des Defizits im Etat ermöglicht. Wir sollten aber nicht so weit gehen, daß wir schon jetzt die künftigen Defizite auffangen können. Ich meine, ein Beitrag von 5 % würde uns einigermaßen hinbringen. Man könnte vielleicht auch an 6 % denken. Das käme in der Bevölkerung an, denn die Bevölkerung weiß, daß die Länderkassen nicht die schwächsten sind. Die Bevölkerung wird sagen, man kann ihnen etwas zumuten.

Ich bin also der Auffassung, wie sie Herr Stoltenberg zum Punkt 1 vertreten hat. Sie werden im Jahre 1963, Herr Gerstenmaier, nach der Methode, die der

40 Dr. Wilhelm Conrad (1911–1971), 1958–1970 MdL Hessen (SPD), 1956–1964 Finanzminister, 1964–1971 Präsident der Hessischen Landesbank.

41 Sog. Memorandum der Acht (vgl. Nr. 5 Anm. 45).

Bundesrat unter Zustimmung unserer Ministerpräsidenten vorgeschlagen hat, um die Ergänzungsabgabe oder um die Erhöhung des Anteils nicht herum kommen. Sie können aber jetzt nicht auf Vorschub dies einkalkulieren, daß Sie das vermutliche Defizit damit begleichen.

Ich möchte vorschlagen, man sollte den hessischen Vorschlag als völlig unzulänglich zurückweisen. Man sollte 5 oder 6 % vorschlagen. Das sollen dann die Finanzsachverständigen ausrechnen. Damit werden wir unser Gesicht wahren.

Krone: Ich möchte einen Gedanken aufgreifen, den Herr Altmeier als Vorwurf angeführt hat. Der Bundesvorstand sollte sich vornehmen, daß die Frage der Erhöhung der Beamtengehälter, ehe man sie irgendwo anders anpackt, vorher zwischen dem Bund und den Ländern besprochen wird. Ich möchte vermeiden, Herr Bundeskanzler, daß der eine vorgeht und der andere nachhinkt oder umgekehrt. Wenn wir das nicht tun, dann haben wir in diesem Jahr eine Mehrbelastung von 1,3 Milliarden DM. (*Zurufe:* Wieso?) Herr Kiesinger! Läßt sich das praktisch durchführen?

Adenauer: Das läßt sich nicht durchführen, Herr Krone! Nehmen Sie z. B. Hamburg. In Hamburg ist eine starke sozialistische Partei. Man wird zunächst bei den Kommunalbeamten, Angestellten ... (*Krone:* Wir verzichten also von der CDU darauf, daß sich unsere Ministerpräsidenten mit uns in der Frage zusammensetzen, um hier eine Meinung zu bilden? Das heißt, daß wir sagen, weil die es in Hamburg so machen, tun wir nichts! – *Unruhe und Bewegung.* – *Kiesinger:* Wir sollten einen moralischen Druck auf die anderen ausüben! – *Krone:* Wir sollten in diesem Jahr mit Gehaltserhöhungen noch nicht kommen!) Also, meine verehrten Damen und Herren. Lassen wir doch jetzt einmal politisch sprechen! Lassen wir uns darüber klar sein, daß uns dieses Jahr entscheidende Landtagswahlen bringt; ich meine entscheidend für die Mehrheit des Bundesrates und von großer Wirkung auf die Bundestagswahl im Jahre 1965. Überlegen Sie bitte einmal, daß man infolgedessen äußerst vorsichtig taktieren muß, damit die Landtagswahlen nicht danebengehen. Ich bin natürlich der Auffassung von Herrn Krone, daß die CDU-Ministerpräsidenten und auch die Landtagsabgeordneten darauf drängen sollen, daß man zusammen mit dem Bund geht. Aber ich darf einmal sagen, wie es mit den Ländern ist, Herr Blank hat mir geschrieben, der Landesarbeitsminister von Bayern⁴² habe einen Rundbrief losgelassen ... (*Blank:* 1,4 Milliarden Erhöhung für die Kriegsopferversorgung!) Die will er erhöhen. Was uns fehlt, meine Freunde – und das müssen wir für den Bundestagswahlkampf im Jahre 1965 erreichen –, das ist eine einheitliche Parteimeinung in wichtigen Dingen. Wir müssen eine Parteimeinung haben und nicht ein Dutzend Parteimeinungen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Nun lassen wir zunächst einmal bei der Frage bleiben, was soll in der kommenden Woche im Bundestag erklärt werden. Herr Vogel muß eine Erklärung abgeben. Wir haben leider Gottes diesen Bundesratsbeschluß, den auch jeder kennt. (*Schmidt:* Dazu müssen Sie kritisch Stellung nehmen!) Dann müssen wir gegen

42 Walter Stain (geb. 1916), 1950–1962 MdL Bayern (GB/BHE), 1954–1962 Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge, 1957–1958 stv. Ministerpräsident.

den Bundesrat polemisieren, also gegen den Bundesrat, in dem unsere Leute die Mehrheit haben! (*Barzel*: Mit der Bemerkung, daß die Vorschläge des Bundesrates unzureichend sind für den Haushaltsplan! – *Schmidt*: Es muß schon vorher eine gedruckte Stellungnahme der Bundesregierung vorliegen! – *Unruhe und Bewegung*.) Das ist ein Irrtum. Das liegt völlig in der Hand der Bundesregierung, ob sie vorher Stellung nimmt oder nicht.

Kiesinger: Es geht einmal um das Verfahren und zum anderen um das, was man nach realistischer Einschätzung der Lage erwarten kann. Ich möchte anknüpfen an das, was Herr Stoltenberg gesagt hat. Da sehe ich die Chance. Sie liegt mit meiner Vorstellung auf derselben Linie.

Ich habe heftige Zusammenstöße mit dem Finanzminister Eberhard gehabt, der mir wegen meines Vorschlages den Vorwurf entgegenschleuderte, ich hätte damit die Einheitsfront der Länder durchbrochen. Ich habe aber nie daran gezweifelt, daß es im zweiten Durchgang des Bundesrates kommen wird. Ich habe erklärt, daß ich mich nicht durchgesetzt habe im Bundesrat. Das tut mir leid. Von der anderen Seite stammt der Vorschlag, den Titel ganz zu streichen. Herr Altmeier hat das klargestellt. Wir sind dann auf den Vermittlungsvorschlag gekommen, sonst wäre der Vorschlag der Finanzminister durchgekommen, der viel schlimmer war. Eine reale Vorschlagsmöglichkeit der Länder sehe ich in dem Betrag von 220 Millionen. Das liefe auf den Vorschlag ohne Auflage von Herrn Stoltenberg hinaus. Ich glaube, daß ich mein Kabinett auf diese Linie bringen könnte. Das steht aber im Gegensatz zu dem Vorschlag von Herrn Fay.

Die Länder müssen sich darüber klar sein, daß in diesem Jahr noch weitere Milliarden-Belastungen des Bundeshaushaltes kommen und sie irgendwie wieder beteiligt sein werden. Wenn die Lücke des Bundeshaushaltes jetzt eben gestopft wird, dann müssen sie sich darüber klar sein, woher denn der Bund das Geld nehmen soll, wenn erneut Belastungen auf ihn zukommen. Wir müssen uns deshalb wieder an den Tisch setzen. Die Länder müssen sich darüber klar sein, daß wir, wenn solche Milliardenbeträge auf den Bund zukommen, dann noch einmal gemeinsam verhandeln müssen. Dann werden die Länder prüfen müssen, wozu sie imstande sind für dieses Jahr. Wie das in den kommenden Jahren aussehen wird, das ist eine andere Frage.

Ich bin mir klar darüber, daß es hier zu einer grundsätzlich neuen Regelung kommen muß; daß wir uns vielleicht sogar Gedanken über die Rangfolge der Aufgaben von Bund und Ländern machen müssen. Die Länder haben nicht nur nachgeordnete Aufgaben, die nie bestritten worden sind. Ich denke auch an die Wissenschaftsförderung, wo man sich strittig ist. Da muß es eben zu einer grundsätzlichen Neuregelung führen. Und dazu müssen die Gespräche jetzt beginnen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Darüber besteht in meinem Kabinett Klarheit. Geben Sie sich keiner Täuschung hin, meine Damen und Herren! Hier ist es so, daß die Länderparlamente – und da muß ich dem Kollegen Altmeier zustimmen – sehr hart sind. Als ich meine Stellungnahme bei der Fraktion vortrug, habe ich starken Widerspruch bekommen. Das ist sehr selten

der Fall in der Landtagsfraktion, wenn es sich um einen Konflikt zwischen Bund und Länderinteressen handelt und wenn es um das Unrecht der Geldbewilligung durch das Parlament geht.

Aber ich wollte nur sagen, nach meiner Meinung läuft es auf eine Direktzahlung hinaus; diese 850 Millionen plus diesen 220 Millionen DM geben dem Bund für dieses Jahr die Möglichkeit, seinen Haushalt auszugleichen.

Wenn wir uns in der Schätzung einig sind, dann setzen wir uns zusammen, und dann beginnt erst die wirkliche Arbeit, nämlich die Klärung der Frage, wie soll es in der Zukunft aussehen. Das ist der einzige realistische Aspekt. *(Beifall.)*

Adenauer: Ich muß sagen, Herr Kiesinger hat das Vernünftigste gesprochen, was heute hier gesprochen worden ist. *(Zurufe:* Sehr richtig!) Ich hoffe, daß Sie das etwas versöhnt. *(Gerstenmaier:* Glaubt Herr Etzel, daß das so zu machen ist?) Ich glaube, wenn es so kommt, daß wir präterpropter auf 1,1 bis 1,2 Milliarden DM kommen werden, so daß wir dann, wenn auch mit großer Mühe, den Haushaltsplan des Bundes verabschieden können, natürlich unter der Voraussetzung, daß im Bundestag nicht Beschlüsse gefaßt werden, die wieder alles über den Haufen werfen. *(Altmeier:* Das wollte ich gerade sagen!) Dann werden wir aber wahrscheinlich Gebrauch machen von der Bestimmung des Grundgesetzes, wonach für die Deckung gesorgt werden muß. *(Zuruf:* Artikel 113!⁴³) Lassen wir uns darüber einig sein, daß wir alles tun müssen, um die Landtagswahlen gut über die Bühne zu bringen. Das muß für uns alle der leitende Gesichtspunkt sein – für mich ist er es –, damit wir die nicht stören, sondern gut dabei abschneiden.

Dann müssen wir dem Herrn Vogel – oder wer der Sprecher ist – sagen, daß sich in der ausgedehnten Diskussion hier ein Weg gezeigt hat, der vor der Verabschiedung des Haushaltsplanes in dritter Lesung die Sache in Ordnung bringen wird.

Wir sollten nichts weiter ausführen. Herr Gerstenmaier weist mit Recht darauf hin, daß der hessische Vorschlag uns nicht hilft, weil wir im nächsten Jahr Schwierigkeiten damit bekämen.

Etzel: Sie werden verstehen, daß ich mich bei der ganzen Diskussion als Finanzminister a.D. etwas zurückgehalten habe. Ich muß sagen, über das letzte Ergebnis der Diskussion bin ich persönlich doch sehr froh, weil ich einen Weg sehe, für das Jahr 1962 – und nur darum handelt es sich – eine Lösung zu finden, und zwar genau den Weg, den die Bundesregierung auch gegangen ist, nämlich nicht den Artikel 106 anzufassen, sondern in einer friedlichen Regelung mit den Ländern eine Deckungslösung zu suchen.

Es gibt noch einen zweiten Grund, den Weg des Artikels 106 nicht zu wählen; denn die Länder haben ihren Haushalt bereits verabschiedet. Sie haben ihren Länderhaushalt

43 GG Art. 113: „Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schließen oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung.“

für das Rechnungsjahr 1962 schon eingeteilt und müßten nun, wenn wir so vorgingen, Land für Land ihre Situation ändern. Das wäre also ein sehr unerfreulicher Weg.

Wir sollten deswegen den Weg gehen, den die Ministerpräsidenten Kiesinger und Altmeier gezeigt haben. Wenn es so gemacht wird, wie Sie gesagt haben, Herr Kiesinger, kommen wir weiter. In der Schätzungsfrage stimme ich Ihnen hundertprozentig zu. Wir sollten nicht verschieden schätzen. Herr Kiesinger hat mit Recht auf einen Rechenfehler hingewiesen. Man kann natürlich 15 oder 18 % schätzen. Solche Maßnahmen habe ich auch in der Vergangenheit treffen müssen. Die reale Praxis wird zeigen, wie wir mit den Dingen jetzt hinkommen werden.

Wenn wir die im Grundsatz gestrichenen Beträge wieder aufnehmen, kommen wir hin. Die gezielte Haushaltskürzung könnte uns auf 900 Millionen DM bringen, und zwar an Streichungen. Das würde bedeuten, daß wir ein kleines Plus hätten, so daß wir im Durchschnitt vielleicht auf einen Ausgleich kommen. Wir sollten deshalb den Weg, den die Herren Kiesinger und Altmeier gezeigt haben, gehen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! In der Zwischenzeit ist die Mitteilung gekommen, daß Herr Meyers heute nachmittag an der Sitzung teilnehmen wird. Dann müssen wir diesen Nachmittag weiter verhandeln. Ich würde vorschlagen, daß wir zwei oder drei Mitglieder des Bundesvorstandes dazubitten. Wir können dann in Fortsetzung der Debatte ein Kommuniqué herausgeben, was Hand und Fuß hat.

Ich würde nicht vorschlagen, daß wir jetzt übereilt hier ein Kommuniqué fassen, sondern das machen wir heute nachmittag. Dann sind die Herren Meyers, Kiesinger und Altmeier da. Wer soll noch hinzugenommen werden? (*Zurufe:* Etzel! – Niederal! – Stoltenberg! – Schmidt!) Eins nach dem anderen! Herr Niederal, kommen Sie diesen nachmittag? (*Niederal:* Nicht gern! Nur wenn es unbedingt sein muß!) Können Sie Herrn Dollinger nicht vorher fragen? (*Niederal:* Das könnte ich.) Es sollen Mitglieder des Parteivorstandes sein. Ich würde sagen: Etzel, Stoltenberg, Niederal und Schmidt, und zwar um 16.30 Uhr hier.

Krone: Ich möchte den Gedanken aufgreifen, der hier vorhin besprochen worden ist. Wir sollten vom Bundesvorstand der Fraktion sagen, sie möchte nun das Gesamtbild nicht durch Beschlüsse verschieben. Das können wir um so mehr, als im letzten Jahr solche Erhöhungen von seiten der Fraktion nicht vorgenommen worden sind. Das sollte vom Parteivorstand als Bitte an die Fraktion beschlossen werden.

Adenauer: Wollen Sie dem Vorschlag von Herrn Krone zustimmen? Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben! – Ich stelle fest, daß das einstimmig ist.

Meine Damen und Herren! Wir sagen der Presse jetzt nichts, sondern Sie überlassen denen, die um 16.30 Uhr heute zusammenkommen, ein Kommuniqué zu machen aufgrund der heutigen Besprechungen.⁴⁴ Ich nehme an, daß auch die Herren Ministerpräsidenten dem beitreten. (*Zustimmung.*) Damit darf ich die Sitzung schließen.

44 Vgl. Anm. 38.

5

Bonn, Donnerstag 10. Mai 1962

Sprecher: Adenauer, Barzel, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, von Brentano, Burgbacher, Dittmar, Dufhues, Erhard, Etzel, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Heck, Hellwig, Katzer, Kiesinger, Kraske, Krone, Krüger, Lorenz, von Merkatz, Müllenbach, Scheufelen, Schmidt, Stoltenberg, Süsterhenn, Frau Weber, Wuermeling, Zimmer.

Bericht zur Lage. Bericht über die Beratungen der Landesvorsitzenden zur Vorbereitung der Wahl eines Geschäftsführenden Vorsitzenden. Bundesparteitag 1962. Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Wahlanalyse des Bundesgeschäftsführers. Kulturkongreß 1962.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen, besonders aber Frau Weber. (*Beifall.*) Frau Weber hat nach langer und nicht ungefährlicher Erkrankung ihren ersten Ausgang, soweit ich unterrichtet bin, hier in die Vorstandssitzung gemacht, und zwar in beispielhafter Pflichterfüllung, wie sie ihr eigen ist. Sie hat mir eben gesagt, sie wolle den Tod nicht, und dabei bleibe sie. (*Weber:* Der Tod will mich auch nicht!) Wir wünschen ihr von Herzen Glück zu diesem Lebenswillen, den wir in unserer heutigen Zeit sehr gut gebrauchen können.

Ich darf noch mitteilen, wer sich entschuldigt hat: die Herren Schwarz¹, Seebohm, Dr. Gurk, Johnen, Pferdenges, Dr. Fay, Dr. Jochmus, Wegmann, Meyers (*Zuruf:* Und Herr Albers, der ist krank.) und Herr Albers. Ich darf mich wohl für bevollmächtigt ansehen, auch Herrn Albers unsere Wünsche zur baldigen Genesung zu übermitteln. Seine Krankheit ist wohl nicht ganz ungefährlich. Es wird ihn sicher freuen, wenn er hört, daß wir hier im Vorstand seiner gedacht haben.

Meine Damen und Herren! Ich war eben einen Augenblick draußen im Flur und hörte das Rauschen der Stimmen hier in diesem Saal. Es kam mir vor – verzeihen Sie, es ist alles andere als eine Herabsetzung – wie das Geräusch von schwärmenden Bienen. (*Bewegung.*) Die Zeiten sind etwas erregt, aber um so ruhiger wollen wir bleiben im Interesse unserer Partei.

Den Vorschlag zur Tagesordnung kennen Sie. Wir sind jederzeit in der Lage, sie zu ändern. Ich denke, wir fangen einmal an. Ich stehe an der Spitze mit einem Bericht zur politischen Lage. Ich würde aber sagen „Bericht zur Lage“, nicht aber „Bericht zur politischen Lage“; denn heutzutage ist alles politisch, was man tut oder unterläßt.

¹ Werner Schwarz (1900–1982), Landwirt; 1953–1965 MdB (CDU), 1959–1965 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

BERICHT ZUR LAGE

Sie wissen, daß Herr Krone und ich am Montag und Dienstag dieser Woche in Berlin gewesen sind.² Wir haben Besprechungen gehabt mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und im Senat. Es hat uns auch der Wunsch nach Berlin geführt, um an der Grabstätte unseres Freundes Jakob Kaiser³ einige Zeit verweilen zu können, um ihm einen Grabstein – der eine sehr sinnige Darstellung seines ganzen Lebens und Wirkens enthält – zu widmen; es war sehr würdig. Leider machte ein schweres Gewitter unserer Zusammenkunft vorzeitig ein Ende.

Wir haben dann eine Sitzung mit dem Vorstand der CDU von Berlin abgehalten und fanden dort eine sehr temperamentvolle und optimistisch-zuversichtliche Stimmung, über die ich mich sehr gefreut habe. Es war eine Wohltat, gerade bei der Berliner CDU eine Stunde verbringen zu können.

Was das Verhältnis zu dem Senat von Berlin und zu dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, angeht, so habe ich mit ihm ein längeres Gespräch unter sechs Augen gehabt und habe ihm gesagt, wir sollten doch beide nicht davon ausgehen, daß er Sozialdemokrat und ich Christlicher Demokrat sei, sondern davon, daß er als Regierender Bürgermeister von Berlin und ich als Bundeskanzler die Verantwortung für Berlin trügen. Von dem Standpunkt aus sollten wir miteinander verkehren. Sie wissen, daß er glaubt, etwas zurückgesetzt zu sein. Nun, er hat gesagt, damit sei er sehr einverstanden. Ich meine, das ist auch der richtige Standpunkt, um gemeinsam für die Interessen Berlins zu sorgen.

Meine Damen und Herren! Unsere Zeitungen sind etwas unruhig über gewisse Aussprachen – ich will das Wort „Auseinandersetzung“ überhaupt vermeiden – zwischen uns und den Vereinigten Staaten, das heißt der Administration der Vereinigten Staaten, um ganz korrekt zu sein. Sie werden in den heutigen Zeitungen gelesen haben, daß in einer Pressekonferenz Präsident Kennedy selbst gesagt hat, man dürfe nicht übertreiben. Ich habe in Berlin zwei Pressekonferenzen abgehalten.⁴ Die eine am ersten Tage hat etwa eineinhalb Stunden und die zweite am zweiten Tage etwa eine Stunde gedauert. Auf der ersten Pressekonferenz sind, wie mir mitgeteilt wurde, rund 200 Journalisten, auf der zweiten Pressekonferenz rund 100 gewesen. Auf dieser zweiten Pressekonferenz, die im Maison de France in Berlin stattfand, waren fast nur Vertreter ausländischer Zeitungen, insbesondere auch östlicher und russischer Zeitungen anwesend, aber nicht von Zeitungen aus der Ostzone. Ich habe in beiden Pressekonferenzen ziemlich ausführlich dargelegt, daß der Verlauf der NATO-Konferenz in Athen⁵, die wenige Tage vorher zu Ende gegangen war, außerordentlich

2 Am 7./8. Mai 1962. Vgl. Berichte in BULLETIN vom 9. Mai 1962 S. 719 und 10. Mai S. 726.

3 Jakob Kaiser (geb. 1888), 1949–1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (CDU), war am 7. Mai 1961 verstorben. – Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 16 Anm. 54.

4 Zu den Pressekonferenzen am 7. und 8. Mai 1962 vgl. OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 111 f.; AdG 1962 S. 9851 f.; „Die Welt“ vom 9. Mai 1962. – Vgl. Anm. 8.

5 Tagung des NATO-Ministerrats vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen. Communiqué in BULLETIN vom 8. Mai 1962 S. 709 f.

befriedigend sei; denn man habe auf dieser NATO-Konferenz – namentlich wenn man zurückdenkt an die NATO-Konferenz, die im Dezember vergangenen Jahres in Paris stattgefunden hat⁶ – doch einen erheblichen Fortschritt in der Zusammenarbeit wahrnehmen können.

Meine Damen und Herren! Ich habe namentlich auf der zweiten Pressekonferenz, wo so viele Leute aus dem Osten waren, insbesondere aus den Satellitenstaaten Sowjetrußlands, sehr nachdrücklich erklärt, daß die freie Welt die Führerschaft der Vereinigten Staaten unbedingt brauche und unbedingt anerkenne. Ich habe dann weiter ziemlich ausführlich gesprochen über die menschliche Seite des Berlin-Problems und der Mauer. Ich war an dem Vortag an der Mauer gewesen und war, wie jedesmal, sehr davon ergriffen. Ich hatte an diesem Mittag auch die kirchlichen Spitzen beider Konfessionen zu einem gemeinsamen Essen eingeladen.⁷ Hierbei haben wir uns eingehend unterhalten über die menschliche Seite, und zwar sowohl des Auseinanderreißen von Berlin wie über die menschlichen Tragödien, die sich in der Sowjetzone abspielen. Wir waren uns auch mit den Herren von beiden Konfessionen darüber einig, daß man auf diese menschliche Seite viel mehr als bisher hinweisen müsse, weil in der großen Öffentlichkeit völkerrechtliche oder juristische Fragen oder – was uns Deutsche angeht – nationale Fragen weniger Beachtung finden als die menschliche Seite dieser ganzen Tragödie, die da an 16 bis 17 Millionen Menschen vollzogen wird. Ich meine, meine Ausführungen waren nicht ohne Erfolg und nicht ohne Eindruck.

Ich habe durch Herrn Schröder auch Herrn Rusk in Athen darauf aufmerksam machen lassen, wenn er in seinen Gesprächen mit den Russen mehr auf die menschliche Seite dieses Problems eingehe, dann werde wohl doch eine Erleichterung bei diesen Verhandlungen erzielt. Ich habe nachdrücklich betont – was ich schon früher gesagt habe –, daß wenigstens für mich die Frage der Zone, des Ostsektors von Berlin und Berlins überhaupt nicht in erster Linie eine nationale, sondern eine menschliche Frage ist, daß also das Los der Menschen dort mit das Bedeutungsvollste ist, das wir erleichtern wollen.

Auf dieser Pressekonferenz ging es etwas hitzig zu, namentlich auf der zweiten. Die Temperatur im Saal wurde noch dadurch erhöht, daß der gastgebende Franzose bereits nachmittags um 5 Uhr Veuve Cliquot aus dem Jahre 1953 spendierte. Aber im großen und ganzen sind diese Pressekonferenzen gut verlaufen. Gott sei Dank ist auch alles stenographiert und Präsident Kennedy davon unterrichtet worden, der nun

6 Tagung des NATO-Ministerrats vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris. Communiqué in BULLETIN vom 19. Dezember 1961 S. 2221 f.

7 Mittagessen am 8. Mai 1962 um 13 Uhr mit Bischof D. Dr. Otto Dibelius, Generalsuperintendent D. Hans-Martin Helbich, Vizepräsident Prof. D. Dr. Oskar Söhngen, Msgr. Dr. Wolfgang Haendly, Prälat Dr. Maximilian Prange und Msgr. Erich Klausener (Teilnehmerliste in StBKAH 04.13).

seinerseits in seiner gestrigen Pressekonferenz versucht hat, die Meinungsverschiedenheiten, die bestanden haben, beizulegen, indem er sagte, man dürfe die Dinge nicht übertreiben.

Meine Damen und Herren! In diesen Tagen ist eine gewisse Differenz zwischen den Vereinigten Staaten und uns vorhanden. Ich halte mich für verpflichtet, weil ich Ihnen gegenüber die Verantwortung trage, darauf kurz einzugehen. Ich bitte Sie aber sehr, die Dinge nicht zu übertreiben und namentlich in der Öffentlichkeit möglichst wenig davon zu sprechen. Das State Departement hat uns in einer Note einen ersten Vertrauensbruch vorgeworfen⁸, und zwar hervorgerufen durch Indiskretionen, die von uns begangen sein sollen. Meine Damen und Herren! Das ist ein sehr schwerwiegender Vorwurf. Aber solange ich Bundeskanzler bin, werde ich nicht zulassen, daß man – gleichgültig wer er ist – dieser Bundesregierung einen ersten Vertrauensbruch vorwirft. Wenn man das einsteckt, dann bleibt man nicht mehr hundertprozentig verhandlungsfähig. Wir haben eine Untersuchung bei uns angestellt, woher diese Meldungen an die Presse gekommen sind. Das Auswärtige Amt glaubt, langsam der Quelle näherzukommen. Jedenfalls steht fest, daß aus dem Auswärtigen Amt, aus der Botschaft in Washington und auch aus der Besprechung, die über dieses betreffende Papier mit den Vorsitzenden der Fraktionen – von Brentano, Ollenhauer, Mende und Krone, der auch dabei war – stattgefunden hat (*Zuruf*: Und Dollinger!) und Dollinger, kein Vertrauensbruch begangen worden ist. Ich hoffe, daß wir die amerikanische Administration auch davon überzeugen können, daß wir vertrauenswürdig waren über zehn Jahre lang und es auch jetzt sind und daß hier kein Vertrauensbruch begangen wird!

Diese Kontroverse ist eigentlich dasjenige, was am wesentlichsten ist. Daß man über einzelne Punkte der Vorschläge, die gemacht werden, verschiedener Meinung sein kann, ist ohne weiteres klar. Das ergibt sich bei jeder Verhandlung, denn sonst wäre das Wort „Verhandlung“ überhaupt nicht mehr am Platze. Darüber braucht keiner verstimmt zu sein, und es ist auch keiner verstimmt. Ich möchte Sie aber bitten, namentlich nachdem Präsident Kennedy in der gestrigen Pressekonferenz diese Erklärung abgegeben hat, nicht mehr über die Sache zu sprechen, auch nicht in der Öffentlichkeit, sondern wir wollen es dem Auswärtigen Amt überlassen, nun weiter festzustellen zu versuchen, wo ein Vertrauensbruch begangen worden ist.

8 Am 11. April 1962 hatte Adenauer amerikanische Vorschläge zum Plan einer internationalen Zugangsbehörde für West-Berlin erhalten und die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen am 12. April zu einer Besprechung geladen. Am 13./14. April wurden Einzelheiten der Vorschläge veröffentlicht. Daraufhin warf Dean Rusk der Bundesregierung einen Vertrauensbruch vor. Nach Protesten von deutscher Seite räumte Kennedy in einer Pressekonferenz am 9. Mai ein, die Meinungsverschiedenheiten bezögen sich nur auf Einzelheiten des amerikanischen Vorschlags (AdG 1962 S. 9831 und S. 9852). Vgl. OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 106–111; ADENAUER: Teegespräche 1961–1963 S. 178–185; Auszug aus der Pressekonferenz Kennedys in DZD IV/8,1 S. 494–497.

Ich möchte nun etwas sagen über die Löhne, Preise, Gehälter und Gewinne. Ich muß Ihnen gestehen, wenn man z. B. heute die Zeitungen aufschlägt, dann erschrickt man geradezu über die Entwicklung, die sich da zeigt. Der Vertrag mit der Bauwirtschaft ist nach meiner Meinung kein guter Vertrag.⁹ Ich denke nicht an die Unternehmer, sondern an den Staat. Auf der Tagung der Abteilung des DGB, der die Beamten umfaßt, bei der ich am Dienstag war¹⁰, ist die Forderung nach einer nicht unerheblichen Erhöhung der Gehälter, und zwar vom 1. Januar 1962 an, aufrechterhalten worden. Das Kabinett hat sich auf den Standpunkt gestellt – und an dem Standpunkt auch festgehalten –, daß wir nicht in der Lage sind, in diesem Jahre eine Erhöhung der Gehälter vorzunehmen, daß wir aber bereit sind, mit den Organisationen über Veränderungen und eventuelle Erhöhungen ab 1. Januar 1963 zu verhandeln.¹¹ Sie kennen die Schwierigkeiten, die wir mit unserem Haushaltsplan gehabt haben. Sie wissen von diesem großen Defizit. Die Steuereinnahmen im ersten Quartal dieses Jahres haben sich noch mehr als bisher zugunsten der Länder und zum Nachteil des Bundes entwickelt. Wir stehen also in dieser ganzen Frage „Verteilung der Einnahmen aus den Steuern zwischen Bund und Ländern“ vor sehr wichtigen Entscheidungen, die im Laufe dieses Jahres getroffen werden müssen.

Ich weiß nicht, ob es jetzt am Platze ist, auf die Angelegenheit mit dem Volkswagenwerk einzugehen.¹² Ich habe für heute nachmittag um 6 Uhr den Vertreter der Mercedes-Benz¹³ und die Herren Berg¹⁴ und Pferdmenes – aber nicht Herrn Nordhoff¹⁵ – zu mir geladen. Herr Erhard wird zuerst sprechen. Ich werde dann versuchen, in dieser ganzen Sache mit den Herren zu einer Verständigung zu kommen. Das Wort „Verständigung“ kommt nicht von „verständigen“, sondern es ist abgeleitet, daß man den anderen „versteht“. (*Heiterkeit.*) Ich hoffe, daß wir dazu kommen und daß es dann gelingen wird, den ganzen Komplex ohne weitere große Aufregungen aus der Welt zu schaffen. Das wäre wohl das beste, was gemacht werden könnte. Ob es gelingen wird, weiß ich nicht. Ich kann es jetzt nicht beurteilen. Ich weiß wohl, daß sich die Herren Berg und Pferdmenes dahin bemühen werden, aber das Ergebnis

9 Am 28. April 1962 wurde der Tarifkonflikt im Baugewerbe beendet. Die Tariflöhne wurden rückwirkend zum 1. April 1962 um 6 % angehoben. Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 30. April 1962 „Streikgefahr in der Bauindustrie gebannt“.

10 Vgl. Anm. 2.

11 Eine Erhöhung der Gehälter um 6 % für Angestellte und Arbeiter des Öffentlichen Dienstes beschloß das Bundeskabinett (gegen die Stimmen der FDP-Minister) am 13. Juni 1962. Der dafür benötigte Mehraufwand für 1962 wurde auf 155 Millionen DM geschätzt (AdG 1962 S. 9913; zu den Tarifverhandlungen im Frühjahr 1962 vgl. auch KOERFER S. 628–635).

12 Das Volkswagenwerk hatte am 1. April 1962 kurz nach dem Appell des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard zum Maßhalten die Autopreise erhöht (AdG 1962 S. 9863).

13 Walter Hitzinger, Robert Pferdmenes und Fritz Berg (TERMINKALENDER). – Walter Hitzinger (1908–1975), 1961–1966 Vorsitzender der Daimler-Benz AG.

14 Fritz Berg (1901–1979), 1949–1971 Präsident des BDI.

15 Heinrich Nordhoff (1899–1968), 1948–1968 Generaldirektor des Volkswagenwerks, seit 1955 Honorarprofessor an der Technischen Universität Braunschweig.

müssen wir abwarten. Ich möchte es Ihnen anheimstellen, ob Sie unter diesen Umständen nicht davon absehen wollen, jetzt hier in eine große Diskussion über diese ganze Frage einzutreten.

Meine Damen und Herren! Wir stehen im Jahr der Landtagswahlen. Am 8. Juli sind die ersten Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Sie wissen, daß Nordrhein-Westfalen ein Drittel aller Wahlberechtigten der Bundesrepublik umfaßt, so daß also das Ergebnis dieser Wahl nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch für unsere gesamte Partei im Hinblick auf die Bundestagswahl 1965 von großer Bedeutung ist. Vielleicht wird einer der Herren aus Nordrhein-Westfalen dazu etwas sagen. Es ist schade, daß weder Herr Johnen noch Herr Meyers hier ist, aber Herr Dufhues ist in der ganzen Sache sehr objektiv; vielleicht werden wir von ihm etwas über die Vorbereitungen der Wahl hören. Das wird uns sicher alle interessieren.

Wir werden dann heute zu sprechen haben über die Arbeit des Herrn Barzel. Es war eine Aufgabe, die außerordentlich schwer war, namentlich bei der Kürze der ihm zur Verfügung stehenden Zeit. Diese Arbeit¹⁶ enthält eine Fülle von Material, das noch in einem anderen Zusammenhang gebraucht werden kann.

Herr Kraske wird über die „Fortführung der Wahlanalyse“ sprechen. Er hat auch einige Ausführungen zu machen, die er nur mündlich machen möchte. Wenn wir das Ganze übersehen, dann muß ich sagen, die CDU in Nordrhein und Westfalen hat ein großes Geschenk bekommen – notabene ohne Verdienst, deswegen sage ich „ein Geschenk“ –, weil es den Herrn Kühn¹⁷ an der Spitze der Sozialdemokraten sieht. Das ist nach meiner Meinung ein schlagender Beweis dafür, daß im Grunde genommen bei der Sozialdemokratie alles so bleibt, wie es früher gewesen ist, und daß diese ganzen schönen Gewänder, die man sich angelegt hat, eben nur Gewänder sind, die man jederzeit ablegen kann. Herr Kraske wird sicher einen Teil seines Vortrages der Befragung nach der Stimmung in der Öffentlichkeit widmen. Ich möchte dazu nur folgendes bemerken – vielleicht kann Herr Kraske darauf eingehen –: Nach der letzten Umfrage von EMNID „Welche der heutigen Parteien ist Ihnen am sympathischsten?“ ergibt sich folgendes Bild:

	SPD	CDU
Februar	35 %	54 %
März	42 %	47 %

Es ist also immerhin ein Emporsteigen der SPD vorhanden. Wenn man sich über die guten Resultate freut, dann muß man auch Kenntnis von den schlechten Resultaten nehmen; obgleich ich nicht glaube, daß diese Befragungen nun hundertprozentige Wahrheitsergebnisse bringen, so sind sie immerhin ein Anhaltspunkt. Und wenn man

¹⁶ Vgl. Anm. 49.

¹⁷ Heinz Kühn (1912–1992), 1948–1954 und 1962–1979 MdL NW, 1953–1963 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 161 Anm. 40 und EBD. 3 S. 452 Anm. 38.

das sieht, muß man sich die Frage vorlegen, woher kommt plötzlich eine solche Verschlechterung. Ich habe keine Erklärung dafür. Es wird wohl der Mühe wert sein, noch einmal die Gründe zu untersuchen, was dem zugrunde liegt.

Ich habe dann das Ergebnis einer Befragung von Allensbach, die sich auf März und April bezieht. Hier ist aber die Frage anders gestellt worden, und zwar lautet sie: „Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Adenauers einverstanden oder nicht einverstanden?“

Es waren einverstanden

im Februar	47 %
im März	42 %
im April	43 %

Nicht einverstanden waren

im Februar	24 %
im März	26 %
im April	23 %

Die Zahl der Meinungslosen waren

im Februar	29 %
im März	32 %
im April	34 %

Diese Befragungen gehen nicht ganz konform in ihren Ergebnissen. Es sind aber auch verschiedene Fragestellungen. Bei der Frage von Allensbach ist der Bundeskanzler an die Spitze gestellt worden, bei der Frage von EMNID die Partei. Immerhin, das sind die letzten Zahlen, die uns zur Verfügung stehen, und ich meine, daß sie unsere Aufmerksamkeit verdienen.

Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, in die Tagesordnung einzutreten. Im Laufe der Tagesordnung werden wir auf manche Fragen, die ich eben angeschnitten habe, wahrscheinlich noch zurückkommen.

Darf ich Sie zunächst fragen, ob Sie wünschen, daß ich noch über irgend etwas Auskunft geben soll – das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen dann zum Punkt 2 der Tagesordnung:

BERICHT ÜBER DIE BERATUNGEN DER LANDESVORSITZENDEN ZUR VORBEREITUNG DER WAHL EINES GESCHÄFTSFÜHRENDEN VORSITZENDEN

Dazu hat Herr Ministerpräsident von Hassel das Wort.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Kieler Parteitag im September 1958 hatte beschlossen, die Landesvorsitzenden zu beauftragen, die

Möglichkeiten für eine Reform der politischen Spitze der Partei zu untersuchen. Die Landesvorsitzenden haben zusammen mit den stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister und dem Bundesgeschäftsführer in den Jahren 1958 und 1959 eine Reihe von Sitzungen abgehalten – insbesondere die Sitzung vom 2. Juli 1959 in Berlin – und dabei zu klären versucht, erstens wieweit Reformen an der Spitze der Partei erforderlich sind, zweitens wo die Grenzen der Möglichkeiten von Reformvorstellungen sind.¹⁸ Diese Überlegungen haben ihren Niederschlag gefunden in der Überarbeitung des Statuts, der Geschäftsordnung, der Finanzordnung und der Parteigerichtsordnung. Die Ergebnisse dieser Beratungen – was zunächst das Statut angeht – haben wir durch den 9. Parteitag in Karlsruhe im April 1960 bestätigt. Die Geschäftsordnung hat der Bundesvorstand am 16. September 1959 erlassen, während die Finanzordnung und die Parteigerichtsordnung vom Bund aus am 28. September 1959 beschlossen wurden. In seiner Sitzung vom 7. Februar dieses Jahres hat der Bundesvorstand beschlossen, noch einmal eine Parteireform zu überprüfen. Mit der Vorbereitung dazu wurden die Landesvorsitzenden erneut beauftragt.

Wir haben seinerzeit mit der Parteireform einen Engeren Vorstand geschaffen, ohne aber die eigentliche Spitze mit klaren Zuständigkeiten festzulegen. Deshalb fiel der Vorschlag des Bundesvorstandes vom 7. Februar 1962, einen Geschäftsführenden Vorsitzenden vom Amt und von der Person her zu wählen, auf fruchtbaren Boden, zumal auch ähnliche Gedanken bereits durch die Landesvorsitzenden in den Jahren 1958 und 1959 eingehend erörtert worden waren.

Der Auftrag des Bundesvorstandes vom 7. Februar an die Landesvorsitzenden lautete, zunächst das Amt eines Geschäftsführenden Vorsitzenden zu schaffen und zum anderen – das war die einheitliche Auffassung – für dieses Amt den westfälischen Landesvorsitzenden und Innenminister Dufhues zu gewinnen.

Die Landesvorsitzenden haben mit den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, dem Bundesschatzmeister und dem Bundesgeschäftsführer zweimal getagt, nämlich am 16. März und 12. April dieses Jahres.¹⁹ In der ersten Sitzung konzentrierte sich die Diskussion im wesentlichen auf folgende Punkte: Soll die Spitze bestehen aus dem Bundesvorsitzenden, dem Geschäftsführenden Vorsitzenden und vier Stellvertretern oder aus dem Bundesvorsitzenden und vier Stellvertretern, von denen einer durch den Bundesparteitag zum Geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt werden soll? Hierbei ging es insbesondere um die Zusammensetzung des Engeren Vorstandes in konfessioneller Hinsicht. Bei dieser Diskussion machte Herr Dr. Krone den Vorschlag: Ich mache den Platz frei für Josef Hermann Dufhues. – Ich darf im Einverständnis aller Teilnehmer sagen, daß diese Sitzung in einem ausgesprochen guten Geist geführt worden ist.

¹⁸ Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 462 Anm. 59, S. 490 Anm. 81 und Sitzung des Vorstands vom 7. Februar 1962.

¹⁹ Vgl. dazu Bericht von Hassel an Adenauer vom 13. April 1962 (ACDP VII-002-017/1).

Bis zur zweiten Sitzung am 12. April tauchte ein neuer Gedanke auf, der früher schon einmal angeklungen war, nämlich anstelle oder zusätzlich des Engeren Vorstandes ein Präsidium zu schaffen. Die Meinung der Mehrheit ging dahin, ein solches Präsidium anstelle des bisherigen Vorstandes vorzusehen. Das Präsidium sollte sich wie folgt zusammensetzen: aus dem a) Bundesvorsitzenden, b) Geschäftsführenden Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, c) vier weiteren Präsidialmitgliedern.

Zu dieser Lösung haben wir uns dann später völlig einheitlich entschieden. Damit haben wir die hervorgehobene Stellung unseres Freundes Dufhues in der Form erreicht, wie es in der Sitzung des Bundesvorstandes vom 7. Februar dargestellt worden ist. Wir haben weiter erreicht, daß Heinrich Krone Mitglied in diesem Präsidium bleibt und daß außerdem unser Freund Erhard eines der vier Präsidialmitglieder wird. Man war sich darüber einig, daß der Geschäftsführende Vorsitzende einen Stellvertreter bekommen soll, und zwar einen evangelischen Freund, so daß die konfessionelle Parität gewahrt ist.

Ich darf also wiederholen: Diese Formulierung, und zwar vom Grundgedanken wie auch von der personellen Seite her, hat in der zweiten Sitzung die einheitliche Auffassung der Landesvorsitzenden gefunden. Die Landesvorsitzenden sind der Auffassung, daß das neu zu schaffende Amt des Geschäftsführenden Vorsitzenden nur dann sinnvoll ist, wenn Herr Dufhues entsprechende Befugnisse erhält. So muß er nach unserer Auffassung die Befugnis haben, anstelle des Bundesvorsitzenden die Parteiarbeit zu leisten. In ihrer Sitzung vom 12. April haben die Landesvorsitzenden – weil diese Arbeit im großen Kreis zu schwierig war – die Herren Dufhues, Dr. Stoltenberg und Dr. Kraske beauftragt, einen genauen Vorschlag zu erarbeiten, wie diese Grundgedanken in unserem Statut zu realisieren seien. Inzwischen verteilt Herr Müllenbach²⁰ diese von der Organisation erarbeiteten Vorschläge für eine Änderung des Statuts der Bundespartei aufgrund der Beschlüsse der Konferenz der Landesvorsitzenden. Links finden Sie die alte Fassung des Statuts, wie sie der Bundesparteitag in Karlsruhe formuliert hat; rechts steht die neue Fassung nach dem Vorschlag der drei genannten Herren.

Wenn man diesem Grundsatz folgt, so ist es nötig, eine Reihe weiterer Bestimmungen zu ändern; das gilt zunächst für den § 21a, der bisher wie folgt lautet: „Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und vier gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende für jeweils zwei Jahre.“ Nunmehr soll er lauten: „Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden, einen Geschäftsführenden Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und vier weitere Mitglieder des Präsidiums. Er kann anstelle des Geschäftsführenden Vorsitzenden und seines Stellvertreters einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wählen. Die Wahlen erfolgen jeweils für zwei Jahre.“ Der Anlaß zu diesem zweiten Absatz ist folgender: Wir wissen nicht, ob auf die Dauer, wenn Konrad Adenauer eines Tages die Führung in der Partei aus der

20 Peter Müllenbach (1919–1995), 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 378 Anm. 121.

Hand legt, die jetzt gefundene Konstruktion die endgültige sein wird, oder ob man nicht doch dann zu einer anderen Konstruktion kommen muß.

§ 23 lautet bisher: „Fällt einer der fünf Vorsitzenden während der Wahldauer aus, dann kann der Bundesausschuß eine interimistische Berufung vornehmen, die bis zum nächsten Bundesparteitag gültig ist.“ Jetzt soll er folgende Fassung erhalten: „Fällt einer der Vorsitzenden oder ein anderes Mitglied des Präsidiums während der Wahldauer aus, kann der Bundesausschuß eine interimistische Berufung vornehmen, die bis zum nächsten Bundesparteitag gültig ist.“

Adenauer: Ich muß einen Einwand machen. Hier heißt es jetzt „Wahldauer“. Das ist doch falsch. Es muß „Amtszeit“ oder „Wahlperiode“ heißen.

Von Hassel: Diese Formulierung haben die Herren aus der alten Fassung abgeschrieben; der Fehler liegt also in der alten Satzung.

§ 24 lautet in der alten Fassung: „Der Bundesausschuß wird durch den Bundesvorsitzenden einberufen. Auf Antrag von drei Landesverbänden oder 25 Mitgliedern des Bundesausschusses muß er innerhalb von vier Wochen einberufen werden. Alle sechs Monate muß eine Sitzung des Bundesausschusses stattfinden.“ Er soll nunmehr wie folgt geändert werden: „Der Bundesausschuß wird durch den Bundesvorsitzenden oder den Geschäftsführenden Vorsitzenden einberufen. Auf Antrag von drei Landesverbänden oder 25 Mitgliedern des Bundesausschusses muß er innerhalb von vier Wochen einberufen werden. Alle sechs Monate muß eine Sitzung des Bundesausschusses stattfinden.“

§ 25 hatte bisher folgende Fassung: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem Vorsitzenden,
- b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) dem Bundesschatzmeister,
- d) dem Bundesgeschäftsführer,
- e) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter,
- f) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen,
- g) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU,
- h) den Regierungschefs, dem Bundestagspräsidenten und den Bundesministern, soweit sie der CDU angehören,
- i) 15 weiteren Mitgliedern.“

Er soll nunmehr wie folgt formuliert werden: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

1. dem Präsidium; ihm gehören an: der Bundesvorsitzende, der Geschäftsführende Vorsitzende, dessen Stellvertreter, vier weitere Mitglieder. Im Falle des § 21a 2 besteht das Präsidium aus: dem Bundesvorsitzenden, einem ersten Stellvertreter, einem zweiten Stellvertreter, vier weiteren Mitgliedern.
2. folgenden weiteren Mitgliedern:
 - a) dem Bundesschatzmeister,
 - b) dem Bundesgeschäftsführer,

- c) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter,
- d) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen,
- e) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU,
- f) den Regierungschefs, dem Bundestagspräsidenten und den Bundesministern, soweit sie der CDU angehören,
- g) 15 nach § 23 b vom Bundesausschuß gewählten Mitgliedern.“

§ 26 lautet bisher wie folgt: „Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei. Er führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durch. Er wählt aus seiner Mitte einen Engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Der Engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.“ Nunmehr soll er lauten: „Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei. Er führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durch. Das Präsidium vertritt die Bundespartei gerichtlich und außergerichtlich. Der Geschäftsführende Vorsitzende führt die Geschäfte der Partei. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.“ Der Passus: „Er wählt aus seiner Mitte einen Engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Der Engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten,“ entfällt durch die Konstruktion des Präsidiums.

§ 27 lautet in der alten Fassung: „Der Bundesvorstand wird durch den Bundesvorsitzenden einberufen. Alle drei Monate muß eine Sitzung des Bundesvorstandes stattfinden. Der Engere Vorstand tritt mindestens einmal im Monat zusammen; auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern ist er innerhalb einer Woche einzuberufen.“ Als neue Formulierung wird vorgeschlagen: „Der Bundesvorstand wird durch den Bundesvorsitzenden oder den Geschäftsführenden Vorsitzenden einberufen. Alle drei Monate muß eine Sitzung des Bundesvorstandes stattfinden. Das Präsidium tritt mindestens einmal im Monat zusammen.“

Aufgrund eines Rechtsgutachtens, das im Auftrage des Bundesschatzmeisters Rechtsanwalt Benda²¹ MdB vorgelegt hat, werden außerdem folgende Satzungsergänzungen vorgeschlagen:

Zu § 26: „Der Bundesvorstand darf keine Verbindlichkeiten eingehen, durch die die Mitglieder mit ihrem persönlichen Vermögen verpflichtet werden. Für rechtsgeschäftliche Verpflichtungen der Partei haften die Mitglieder gesamtschuldnerisch nur mit dem Parteivermögen. Aus einem Rechtsgeschäft, das im Namen der Partei einem Dritten gegenüber vorgenommen wird, haftet der Handelnde nur für Vorsatz. Handeln mehrere, so haften sie gemäß Satz 1 als Gesamtschuldner. Im Innenverhältnis haftet

21 Dr. Ernst Benda (geb. 1925), Rechtsanwalt; 1955–1957 MdA Berlin, 1957–1971 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesminister des Innern, 1971–1984 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, 1984 o. Professor für Öffentliches Recht an der Universität Freiburg i.Br.

die Bundespartei für Verbindlichkeiten eines nachgeordneten Verbandes nur, wenn sie dem die Verpflichtung begründenden Rechtsgeschäft zugestimmt hat.“

Zu § 31: „Der Bundesvorstand kann treuhänderisch über das Parteivermögen verfügen, soweit dieses nicht besonderen Vermögensträgern übertragen ist. Er kann insbesondere Parteivermögen an die besonderen Vermögensträger übertragen.“

Ich würde anregen, die Paragraphen 26 und 31 zunächst auszuklammern, weil darüber nachher der Bundesschatzmeister noch berichten wird. Diese Fragen haben mit der Parteireform an sich nichts zu tun.

Adenauer: Ich danke dem Herrn Kollegen von Hassel, den Landesvorsitzenden und ihren Stellvertretern für die Arbeit, die sie geleistet haben. Ich möchte mir eine Frage erlauben. Soviel ich weiß, hat der Vorsitzende der Fraktion mehrere Stellvertreter. Hier steht aber in § 25 unter 2c: „dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter“. (*Von Hassel:* Wir wollen nur zwei haben! – *Krone:* Es müßte heißen: „und einem seiner Stellvertreter“!) Dann wird es also dem Vorstand oder dem Vorsitzenden der Fraktion überlassen, zu sagen, welcher von seinen Vertretern genommen wird. Ist das der Sinn dieser Bestimmung?

Von Hassel: Jawohl, es war die Überlegung, zwei Stellvertreter aus konfessionellen Gründen vorzusehen. Deshalb muß es heißen „und einem seiner Stellvertreter“. (*Dufhues:* „Durch einen vom Vorstand der Fraktion benannten Vertreter“ ist eine unbestimmte Fassung.) Ein Landesvorsitzender kann sich vertreten lassen.

Adenauer: Ich würde doch vorschlagen, was Herr Dufhues meint; denn eine Fraktion ist ein gefährliches Ding. (*Dufhues:* Ich schlage vor „und einem vom Vorstand der Fraktion benannten Vertreter“.) Sie meinen, einen von den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden? (*Kraske:* Ich würde sagen „und einem seiner Stellvertreter, der vom Vorstand der Fraktion benannt wird“.) Das Wort hat Herr Katzer.

Katzer: Zum § 26! Die Sozialausschüsse haben sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Frage beschäftigt und festgestellt, daß der Auftrag, den die Landesvorsitzenden hierbei hatten, eigentlich sehr weitgehend ausgelegt wird, wenn der Engere Vorstand ganz wegfallen soll. Wir hatten den Landesvorsitzenden den Auftrag gegeben, im Grunde die Frage des Geschäftsführenden Vorsitzenden zu prüfen und seinen Einbau in der Satzung vorzusehen. Nunmehr stellen wir aber fest, daß der bisherige Engere Vorstand ganz gestrichen worden ist und statt dessen die Zahl der Stellvertreter erhöht wurde, was man nunmehr das Präsidium nennt.

Wir sind der Meinung, daß es nicht gut ist, wenn der Engere Vorstand ganz wegfällt, da das Präsidium in der jetzigen Zusammensetzung überwiegend mit Ministern besetzt ist, die beruflich außergewöhnlich stark in Anspruch genommen worden sind, so daß praktisch Herr Dufhues mit einem Herrn oder höchstens zwei Herren im Präsidium die Entscheidungen treffen würde, und danach käme dann direkt dieser große Bundesvorstand. Wir sind der Auffassung, daß es sinnvoller ist, den Engeren Vorstand im Interesse der wirksamen Fortführung der Geschäfte durch Herrn Dufhues zu belassen. Deshalb würde ich bitten, dem Vorschlag der Sozialausschüsse Rechnung zu tragen.

Von Hassel: Über diese Frage ist sehr eingehend gesprochen worden. Im Jahre 1959 neigte man dazu, eine Straffung in der Parteispitze herbeizuführen. Als einen gewissen Ausweg dafür hat man damals den Engeren Vorstand vorgesehen. Ich möchte fast sagen, heute finden wir wieder zu den Überlegungen von damals zurück. Die Landesvorsitzenden haben sich zu dieser Konstruktion des Präsidiums bekannt, und niemand wollte diesen Engeren Vorstand bestehen lassen. Aber der Bundesvorstand hier entscheidet darüber, was dem Parteitag vorgeschlagen wird. Wir waren jedenfalls der Auffassung, daß der Engere Vorstand die Arbeit nicht erleichtert, sondern daß er eher etwas schwerfällig ist. Ich kann nur das wiedergeben, was die Landesvorsitzenden gesagt haben. Deshalb bitte ich einen der Herren, aufzustehen und mir zu helfen.

Dufhues: Abgesehen von der Fülle der Organisationen, die wir hätten, wenn der Engere Vorstand bestehen bliebe, haben sich folgende Bedenken herausgestellt. Irgendwo müssen die Kompetenzen abgegrenzt und klargestellt werden, welche Funktionen die einzelnen Gremien haben. Wir haben uns darüber Gedanken gemacht und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht möglich wäre, derartige Abgrenzungen vorzunehmen, wenn wir noch einen Engeren Vorstand bestehen ließen. Denn dann überschneiden sich die Kompetenzen, und damit wäre nicht eine klare Verantwortung, sondern eher eine gewisse Ratlosigkeit gegeben. Diese Chance wollten wir niemandem geben. Das war der zweite Grund bei den Überlegungen, die in der Landesvorsitzendenkonferenz angestellt worden sind.

Zimmer: Seit dem Bundesparteitag in Goslar haben wir immer wieder in Perioden die Spitze der Partei organisiert. Es wurden verschiedene Pläne beschlossen und durchgeführt. Heute haben wir wieder einen neuen Plan vorliegen, dem ich an sich in seinem Inhalt zustimme; aber ich möchte fragen, was haben Sie denn alles geprüft? Glauben Sie, daß diese Formulierung nicht zu sehr eine Ad-hoc-Formulierung ist und vielleicht bei der nächsten passenden Gelegenheit wieder durch eine neue ersetzt werden muß? Hoffentlich ist das nicht der Fall, sonst warne ich davor, immer wieder nach dem Ablauf von zwei oder drei Parteitagen zu neuen Organisationsformen kommen zu wollen. (*Adenauer:* Warum denn nicht?) Ich frage ja, ob Sie glauben, daß man es so machen soll. (*Von Hassel:* Der zweite Abschnitt nimmt das doch vorweg.) Muß denn der zweite Abschnitt sein? (*Dufhues:* Sonst wäre es ja eine Ad-hoc-Lösung.) Ich habe ja nur die Frage gestellt. Aber meine Sorgen erschöpfen sich nicht mit den Fragen der Organisation.

Fricke: Ich will nicht auf die Frage des Kollegen Zimmer eingehen; darüber könnte man sehr lange reden. Ich bin aber der Meinung, daß es nicht auf die Organisation so oder so ankommt – wobei ich aber gegen fortlaufende Änderungen Bedenken hätte –, sondern es kommt im wesentlichen darauf an, ob der Wille zur Zusammenarbeit und zur Leistung vorhanden ist.

Ich möchte aber etwas sagen zu unserem Freund Katzer. Ich meine, ein überzeugendes Argument dafür, daß wir uns diese Auflösung der Konstruktion des Engeren Vorstandes überlegt haben, ist doch einfach damit gegeben, daß ein Großteil derer, die sich an den Beratungen beteiligten, selbst Mitglieder dieses Engeren Vorstandes

sind. Da wir im allgemeinen auf Einnahmen und Kosten bedacht sind, haben wir uns etwas gedacht, als wir vorgeschlagen haben, diesen Engeren Vorstand aufzuheben. Der Engere Vorstand hat nach meiner Erinnerung nur zwei- oder dreimal getagt.²² Und wenn Dinge zur Diskussion stehen, die von besonderer Wichtigkeit sind, sollte dieser Bundesvorstand einberufen werden.

Katzer: Herr Dr. Fricke, Sie sagen, der Engere Vorstand habe nur zwei- oder dreimal getagt. – Das ist doch schon nach der Satzung unzulässig; denn darin heißt es: „Der Engere Vorstand tritt mindestens einmal im Monat zusammen.“ Wenn wir also von Ihrem Argument ausgehen, dann können wir den ganzen Vorstand auflösen. Denn nach der Satzung haben wir auch nicht die entsprechenden Tagungen des Bundesvorstandes abgehalten, vom Bundesparteiausschuß ganz zu schweigen!

Ich darf also nochmals sagen, dieses Argument zieht nicht. Es zieht auch nicht das, was Herr Dufhues gesagt hat: Es überzeugt mich auch nicht! Ich bin nicht des Glaubens, daß dieses Präsidium in dieser Zusammensetzung in der Lage ist, in den monatlich vorgesehenen Sitzungen des Präsidiums die jeweils anstehenden Fragen entscheiden zu können, weil nicht alle Sachgebiete entsprechend vertreten sind. Ich möchte also meinen, Herr Dufhues, daß es gerade in Ihrem Interesse außerordentlich wichtig wäre, wenn Sie sachgerecht beraten würden, damit nicht Entscheidungen fallen, die nachher vom Bundesvorstand nicht bejaht werden oder die zu irgendwelchen Diskussionen in der Partei führen können.

Adenauer: Darf ich mir auch eine Bemerkung erlauben! Bisher hat sich der Vorstand vornehmlich beschäftigt mit den Angelegenheiten der Bundespolitik, und zwar aus Gründen, die in der Sache selbst lagen und weil ein Problem schnell dem anderen folgt. Dabei hat der Vorstand der Bundestagsfraktion einen sehr großen Spielraum überlassen, was ich auch für richtig gehalten habe.

Aber der Bundesvorstand wird sich in Zukunft auch mehr beschäftigen müssen mit den Vorgängen in den Landesparteien und in den Ländern. Denn es ist auf die Dauer unmöglich, daß der Bundesvorstand nicht auch damit beschäftigt wird, weil doch die Partei zusammenhängen muß in allen ihren Funktionen.

Bei der Überlegung zu dieser Bestimmung sollte man also auch daran denken, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo sich der Bundesvorstand mehr mit den Vorgängen der Landesparteien beschäftigen muß. Dann muß er allerdings gut besetzt sein. (*Krone:* Diese Konstruktion erfordert, daß der Bundesvorstand öfter als bisher zusammentritt. – *Zurufe:* Sehr richtig! – *Zustimmung.*) Herr Katzer stellen Sie einen Antrag?

Katzer: Ich möchte den Antrag stellen, es bei dem bisherigen Engeren Vorstand zu belassen.

Scheufelen: Wir haben bisher immer bedauert, daß die Funktion unserer Partei nicht so geklappt hat, wie wir uns das gedacht hatten. Das kam daher, daß wir bei unserer Organisation zu viel Repräsentation hatten. Was wir hier wollen, ist doch,

²² Tagungen des Engeren Vorstandes fanden statt am 6. Juli 1960 (PROTOKOLLE 3 S. 700–734) und am 7. Februar 1962 (Nr. 3a).

dieses Funktionelle in Ordnung zu bringen. Deswegen erscheint mir der Vorschlag mit dem Präsidium logischer zu sein. Außerdem spricht gegen den Engeren Vorstand einfach der Tatbestand, daß er nur dreimal getagt hat, obwohl er nach der Satzung auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern innerhalb einer Woche hätte einberufen werden können.

Aus allen diesen Gründen hat offensichtlich keine Notwendigkeit bestanden, den Engeren Vorstand funktionsfähig zu machen. Das ist der zwingende Beweis dafür, daß er keine Daseinsberechtigung mehr hat.

Adenauer: Wir kommen zur Abstimmung. Sind sich alle darüber klar, worüber abgestimmt wird? Herr Katzer hat beantragt, zu beschließen, daß der Engere Vorstand bestehen bleibt und hier wieder eingeordnet wird. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, eine Hand zu erheben, – und diejenigen, die dagegen sind! – Das Letzte ist die große Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung darüber, ob dem Bundesparteitag in Dortmund diese Vorschläge in dieser Form gemacht werden sollen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben, – und diejenigen, die dagegen sind! – Einstimmig angenommen!

Burgbacher: Wäre es nicht möglich, jetzt noch die anderen Änderungen zu behandeln? Als Bundesschatzmeister habe ich natürlich die Frage, wer haftet, wenn Schulden entstehen? Nach der bestehenden Rechtslage haftet jeder von Ihnen an diesem Tisch voll für die Verbindlichkeiten der Partei. Das scheint mir schlecht zumutbar zu sein. Deshalb schlagen wir Ihnen die vorliegende Satzungsänderung vor. Ich darf auf die Verlesung verzichten. Wir möchten also um Ihre Zustimmung bitten. (*Adenauer:* Ist das rechtlich alles einwandfrei?) Wir haben es uns überlegt, Herr Bundeskanzler, und Herr Kollege Rechtsanwalt Benda hat mit großer Gründlichkeit die Frage geprüft und uns ein Gutachten vorgelegt. Und das ist das Ergebnis.

Adenauer: Dann fahre ich fort zu fragen; denn ich habe auch einmal Jura studiert. Es heißt im § 26 2. Absatz: „Für rechtsgeschäftliche Verpflichtungen der Partei haften die Mitglieder gesamtschuldnerisch nur mit dem Parteivermögen.“ (*Etzel:* Kann man das ausschließen?)

Burgbacher: Das ist in der Tat der neuralgische Punkt, aber ohne das ist es noch schlimmer. (*Lebhafte Unruhe.*) Wir sind sozusagen im gewissen verpflichtet ... (*Anhaltende starke Unruhe.*) Darf ich um Ihr Gehör bitten, meine Damen und Herren!

Adenauer: Ich bitte um Ruhe, meine Damen und Herren! Das ist doch für Sie alle von Bedeutung.

Burgbacher: Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. Wenn Sie das beschlossen haben, wird die Geschäftsstelle bei der Erteilung von Aufträgen und beim Eingehen von Verbindlichkeiten immer Bedingungen stellen, in denen das ausdrücklich niedergelegt ist. (*Anhaltende lebhafte Unruhe.* – *Etzel:* Ich kann es im Augenblick nicht übersehen, aber es soll durch eine Eintragung im Register die Haftung des Vorstandes eingeschränkt werden.)

Krone: Nach dem Gutachten von Benda läßt sich die Haftung nur dann nicht ausschließen, wenn ein Fall von Fahrlässigkeit vorliegt. Und dieser Fall ist hier ausdrücklich ausgenommen. In allen übrigen Fällen läßt sich die Haftung ausschließen bzw. auf das Vermögen der Partei beschränken, wie es im Statut festgelegt ist. Wenn denjenigen, die Forderungen an die Partei haben, eine Möglichkeit gegeben wird, von dieser Bestimmung Kenntnis zu geben, dann entspricht das offenbar den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. (*Zuruf:* Hier steht doch „Vorsatz“!) Entschuldigung, es muß „Vorsatz“ heißen.

Adenauer: Ich wende mich an die berufsmäßigen Juristen. Hat unsere Partei die Rechtsverbindlichkeit? (*Dufhues:* Sie ist ein nicht eingetragener Verein.) Das ist eine faule Sache! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ist es z. B. fahrlässig, wenn der Bundesgeschäftsführer etwas bestellt und er kein Geld hat? (*Etzel:* Die Frage ist, was ist Vorsatz dabei?)

Dufhues: Bei diesem Vorschlag kann es sich nur um eine Übergangsregelung handeln. Wir sollten anstreben, daß die Bundespartei eines Tages ein eingetragener Verein wird. Damit erreichen wir auch eine größere Verhandlungsfähigkeit bei politischen Prozessen, während bei der gegenwärtigen Situation sich alle Mitglieder der Bundespartei daran beteiligen müssen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Darf ich Sie noch einmal bitten, doch zuzuhören. Das ist doch für Sie alle sehr wichtig.

Dufhues: Das Ziel muß sein zu erreichen, daß die Bundespartei als rechtlich eingetragener Verein handlungsfähig wird. Für eine Übergangszeit ist das eine etwas schwerfällige, aber doch gangbare Lösung. Es können natürlich Bedenken geltend gemacht werden. Naturgemäß müssen alle, die für die Partei handeln, darauf achten, daß sie eine Haftung nur für das Parteivermögen übernehmen; sonst ist nur eine interne Bestimmung für die Vorstandsmitglieder verpflichtend, auf die wir uns aber nicht berufen können, wenn einer Geschäfte im Vertrauen mit uns macht. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Bitte hören Sie doch endlich zu! Eine Partei muß eine gute finanzielle und Rechtsbasis haben, sonst kann ein großes Unglück passieren. Wie die Dinge bisher sind, stehen wir alle mit einem Fuß im oder – sagen wir besser – neben dem Gefängnis. (*Bewegung und Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe! Jetzt bekommen wir durch den Haushaltsplan des Bundes so viel Geld, daß wir die Partei in einem gewissen Umfang wenigstens finanziell sichern können. Und weil wir das bekommen, sollte man diesen nicht gerade sehr wohlgefallig klingenden Ersatz der Regelung in Kauf nehmen, bis wir das Geld vom Bund bekommen, um dann die Rechtspersönlichkeit zu erstreben und die Vermögens- und Geldfrage in Ordnung zu bringen.

Etzel: Ich bin der Meinung, Herr Bundeskanzler, wir sollten die Rechtspersönlichkeit sofort anstreben; denn damit lösen wir diese Frage. Das ist ja nicht abhängig vom Geld, wie Sie meinen. Es wird keine juristische Person im Sinne des GmbH-Gesetzes gemacht.

Adenauer: Ich vermute, wir haben Schulden. (*Etzel:* Ja!) Sie sagen so vergnügt „Ja“! Wenn wir uns aber umwandeln, müssen wir doch vorher die Schuldenfrage klären. (*Etzel:* Wir müssen beides tun! – *Burgbacher:* Nacheinander.)

Von Hassel: Wir haben uns über die Frage der Rechtsfähigkeit der Partei im Jahre 1959 lange unterhalten.²³ Aber ich bin nicht in der Lage zu sagen, was nun dafür und dagegen sprach. Es war aber so, daß man diese Frage zunächst offenhalten sollte. Vielleicht können wir einige Herren damit beauftragen, dieses Thema zu Ende zu diskutieren.

Kraske: Zu dem Vorschlag von Herrn Etzel möchte ich zweierlei sagen: Ist im Parteiengesetz vorgesehen, den Parteien die Rechtsfähigkeit zu geben?²⁴ Die Lösung eines eingetragenen Vereins ist bei der Struktur der CDU für die Bundespartei außerordentlich schwierig, weil es im Gegensatz zu den Kreisverbänden in der Bundespartei keine Einzelmitgliedschaft gibt. Man kann in der CDU nur Mitglied eines Kreisverbandes werden, aber nicht der Bundespartei.

Die Frage ist also, wer Mitglied dieser e.V. Bundespartei sein soll. Es ist aber sicher nicht zu lösen auf der Basis des eingetragenen Vereins. Das ist früher geprüft worden, aber es hat sich als ungeheuer kompliziert erwiesen, zumal bei solchen Geschäften sämtliche Unterschriften beigebracht werden mußten.

Dufhues: Ich würde vorschlagen, daß der Vorstand die Bundesgeschäftsstelle oder ein Mitglied des Vorstandes beauftragt, diese Frage zu prüfen, und zwar im Zusammenhang mit dem Parteiengesetz. Wir wollen für die Übergangszeit erreichen, daß eine Haftungsbeschränkung im juristisch möglichen Umfang eintritt.

Adenauer: Es ist wohl jeder dafür, heute keinen Beschluß zu fassen, sondern die Sache zu vertagen.

Dufhues: Herr Bundeskanzler, es geht nur um die Übergangslösung. Wenn wir ein rechtsfähiger Verein sind, brauchen wir diese Regelung nicht mehr. Der Übergang bereitet uns keine Sorge, weil wir in andere Verhältnisse kommen. Aus diesem Grund habe ich keine Bedenken, unsere Entscheidung bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstandes auszuklammern.

Adenauer: Jetzt bekommen die Parteien vom Bund Geld. Der Rechnungshof wird prüfen, an wen das Geld auszuzahlen ist. (*Dufhues:* Die Gewerkschaften sind auch zum Teil nicht rechtsfähige Vereine.)

Von Merkatz: Ich wehre mich gegen eine Vertagung dieser provisorischen Schutzbestimmung. Was der Kollege Benda ausgearbeitet hat, entspricht der neuerlichen Rechtsprechung in bezug auf die nicht rechtskräftigen Vereine. Die Frage, wie die CDU bei ihrer Struktur zu einem rechtsfähigen Verein gemacht werden soll, bedarf einer sofortigen Überlegung. Denn allein die Tatsache, daß die Gesamtpartei als rechtsfähig bezeichnet wird, würde hinsichtlich der Haftung nicht viel aussagen. Wenn z. B. ein Kreisverband große Verbindlichkeiten eingeht, ist nach der Lage,

²³ Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 426–437, passim.

²⁴ Zum Parteiengesetz vgl. PROTOKOLLE 3 S. 534 Anm. 12.

auch wenn die Gesamtpartei Rechtsfähigkeit hat, wahrscheinlich ein Mitglied dieses Kreisverbandes in Anspruch zu nehmen. Ich bin dafür, es genau durchzusprechen.

Fricke: Ich melde Bedenken an – verzeihen Sie, Herr von Merkat, wenn ich widerspreche. Wenn ich von Herrn Dufhues höre, daß wir auf dem Wege sind, damit fertig zu werden und es sich nur um eine Übergangsperiode handelt, meine ich, macht das keinen guten Eindruck. Für die CDU Niedersachsen würde ich die Haftung stets in vollem Umfang übernehmen. (*Bewegung und Heiterkeit.*)

Kraske: Wir haben noch vor dem Bundesparteitag in Dortmund eine Sitzung des Bundesvorstandes. Wir könnten bis dahin mit Herrn Benda die Sache noch einmal prüfen und dann dem Vorstand darüber berichten. Wenn dann der Bundesvorstand zu einem positiven Ergebnis kommt und das dem Bundesparteitag vorlegt, wird sich der Parteitag wohl anschließen, so daß es keiner langen Vorbereitung mehr dazu bedarf.

Adenauer: Ich glaube, damit sind Sie wohl alle einverstanden. – Es darf nur keine Vertagung ad calendae graecas geben. Die Sache wird also am Vorabend der Eröffnung des Parteitages erledigt. Damit kommen wir zum Punkt 3. der Tagesordnung:

BUNDESPARTEITAG 1962

Das Wort dazu hat Herr Dufhues.

Dufhues: Der Bundesvorstand und die Konferenz der Landesvorsitzenden haben eine Kommission beauftragt, sich Gedanken über den Ablauf des Bundesparteitages in der Zeit vom 2. bis 5. Juni 1962 in Dortmund²⁵ zu machen. Ich will auf die Einzelheiten, insbesondere auf die äußeren Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem Bundesparteitag stehen, nicht näher eingehen. Die intensiven Vorarbeiten der Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit Dortmund sind soweit gediehen, daß mit einem guten und wirksamen Ablauf zu rechnen ist.

Im Zusammenhang mit dem Parteitag soll eine große Kundgebung in der großen Westfalenhalle stattfinden, die etwa zwei Stunden dauern soll. Als Redner sind vorgesehen Bundeskanzler Dr. Adenauer, Vizekanzler Professor Erhard, Ministerpräsident Meyers und Bundesminister Blank, der ja aus Dortmund kommt. Es schwebt uns vor, daß die Redner etwa eine halbe Stunde lang sprechen, wobei natürlich die Zeiten verschieden sein können. Es ist dafür gesorgt, daß die Halle bis zum letzten Platz gefüllt sein wird, so daß diese Kundgebung ein wirksamer Auftakt für den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen darstellen wird.

Am Samstag, dem 2. Juni, tritt zunächst um 15 Uhr der Bundesvorstand zusammen. Hieran schließt sich um 17 Uhr eine Sitzung des Bundesausschusses an. Der Bundesausschuß ist in der Vergangenheit regelmäßig über das Ergebnis der Beratungen des Bundesvorstandes unterrichtet worden. Der Kommission schwebt

²⁵ 11. Bundesparteitag der CDU vom 2. bis 5. Juni 1962 in Dortmund. Vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 185–196.

vor, daß auf der Sitzung des Bundesausschusses Herr Dr. Barzel Gedanken über die künftigen Aufgaben der Partei vortragen soll. Wir glauben, daß in diesem Kreis ein angemessener Rahmen zur Erörterung dieser Fragen gegeben sein wird.

Am Sonntag, dem 3. Juni, sind um 9.15 Uhr Gottesdienste unter Mitwirkung des Erzbischofs von Paderborn²⁶ für die Katholiken und des Vizepräses aus Bielefeld²⁷ für die Evangelischen.

Wir legen Wert darauf, daß der Parteitag nicht durch eine Fülle von einzelnen Referaten überlastet wird. Wir sind der Meinung, daß zwei oder drei große Referate genügen. Im übrigen wird sich der Parteitag zu Arbeitskreisen zusammenfinden, die in voller Öffentlichkeit tagen, wozu insbesondere auch die Presse eingeladen werden soll. Der Andrang der Presse ist in diesem Jahr viel stärker als früher, so daß wir durchaus die Möglichkeit haben, in den Arbeitskreisen zu demonstrieren, daß die CDU eine lebendige Partei ist. Ich glaube, das ist viel wirksamer als Referate. (Adenauer: Darüber müssen wir aber noch sprechen.)

Es wird vorgeschlagen, drei Arbeitskreise zu bilden. Neben Herrn Schmücker, der im Arbeitskreis II „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ referiert, wird noch ein Freund aus den Arbeitnehmerkreisen sprechen. Für den Arbeitskreis III „Künftige Aufgaben der CDU“ bitte ich den Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier, einen einleitenden Vortrag zu halten und damit die Grundlagen für die Beratungen zu legen. Freund Barzel wird sich in diesem Arbeitskreis zum Wort melden.

Im einzelnen lautet der Programmentwurf wie folgt:

Samstag, 2. Juni

15.00 Uhr	Sitzung des Bundesvorstandes
17.00 Uhr	Sitzung des Bundesausschusses
	Referat Dr. Barzel

Sonntag, 3. Juni

9.15 Uhr	Gottesdienste
11.00 Uhr	Eröffnung des Bundesparteitages
	1) Wahl des Präsidiums
	2) Begrüßungsansprache des Parteitagspräsidenten
	3) Begrüßung durch den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und den Vertreter der Stadt Dortmund
	4) Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste

26 Lorenz Jäger (1892–1975), 1941–1973 Erzbischof von Paderborn, 1965 Kardinal.

27 D. Dr. Hans Thimme (geb. 1909), evangelischer Theologe; 1960–1968 Theologischer Vizepräsident der Landeskirche und Stellvertreter des Präses, 1969–1977 Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, 1972–1975 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union (EKU) im Bereich West, 1973–1979 Mitglied des Rates der EKD.

- 5) Grundsatzreferat des Ersten Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Adenauer
- 15.30 Uhr Öffentliche Kundgebung in der großen Westfalenhalle
Leitung: Minister Dufhues
Redner: Bundeskanzler Dr. Adenauer
Vizekanzler Professor Erhard
Ministerpräsident Meyers
Bundesminister Blank
- Montag, 4. Juni
- 9.00 Uhr 2. Plenarsitzung
Referat „Die Wirtschaftspolitik in ihrer sozialen Bewährung“
Redner: 1) Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard
2) Bundesminister Blank
Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste – Fortsetzung
Bildung von Arbeitskreisen
- 14.30 Uhr Konstituierung und Beratung der Arbeitskreise
I: „Deutschland und Europa“
Leitung: Ministerpräsident Kiesinger
Referat: Bundesminister Dr. Schröder
Berichterstattung im Plenum: Bundesminister Dr. Krone
II: „Wirtschafts- und Sozialpolitik“
Leitung: Staatsminister a.D. Schmidt, Wuppertal
Referat: Dr. Schmücker, MdB
Berichterstattung im Plenum: Bundesminister a.D. Etzel
III: „Künftige Aufgaben der CDU“
Leitung: Ministerpräsident von Hassel
Referat: Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier
Berichterstattung im Plenum: Dr. Heck, MdB
- Dienstag, 5. Juni
- 9.00 Uhr 3. Plenarsitzung
1) Bericht des Bundesvorstandes: Ministerpräsident von Hassel
2) Bericht der Bundestagsfraktion: Bundesminister a.D. Dr. von Brentano
3) Berichte aus den Arbeitskreisen:
Bundesminister Dr. Krone (I)
Bundesminister a.D. Etzel (II)
Dr. Heck, MdB (III)
4) Entschließungen
- 15.00 Uhr 4. Plenarsitzung
1) Satzungsänderungen

- 2) Wahl der Vorsitzenden
- 3) Referat des neugewählten Geschäftsführenden Vorsitzenden
- 4) Schlußansprache des Ersten Vorsitzenden

Adenauer: Wir danken Herrn Dufhues und den Herren, die mit ihm das Ganze überlegt haben, für die Arbeit, die wir hier sehen. Ich habe nun einige Fragen, die ich zunächst einmal aufwerfen möchte. Ich beginne mit der Sitzung des Bundesausschusses mit dem Referat von Herrn Barzel. Ich weiß nicht, ob damit gemeint ist die umfangreiche Studie von Herrn Barzel, über die wir nachher noch sprechen werden. Ich fürchte, wenn das gemeint ist, wird dieser Arbeit nicht die Ehre zuteil, die ihr gebührt; denn im Bundesausschuß vor dem Beginn des Parteitag kommen alle möglichen geschäftlichen Angelegenheiten zur Sprache, es entstehen Auseinandersetzungen, Differenzen usw. Ich meine also, daß dann dieses Referat zu kurz kommt. Ich würde es viel eher begrüßen, wenn in den Wochen danach der Bundesausschuß zu einer besonderen Sitzung zusammentritt, um diese Arbeit in Ruhe durchzusprechen und zu würdigen.

Dann kommt die Frage, wie groß sollen diese Arbeitskreise sein? Weiter: Wer wählt die Mitglieder? Oder wählen die Mitglieder sich selbst? Wie ist das alles gedacht? (*Dufhues:* Die Delegierten melden sich bei den Arbeitskreisen.) Und dann wollen Sie die Presse dazu laden? Dann haben Sie aber mehr Mut als ich. Ich kann hier in aller Offenheit sagen, ein Parteitag einer so großen Partei ist eine Demonstration. Aber er ist selbstverständlich nicht dafür da, um einer sensationslüsternen Presse Stoff zu liefern zum Kampf gegen uns. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Und das erreichen Sie prompt und gut, wenn Sie die Arbeitskreise, die ganz zufällig zusammengesetzt sind, mit ihren Diskussionen sofort der Presse vorführen. Das halte ich für völlig unmöglich. Das wird, verlassen Sie sich darauf, nicht gut enden. Sie müssen doch daran denken, daß da nicht die CDU-Presse allein vertreten sein wird, sondern da ist auch die sozialdemokratische Presse in starkem Maße vertreten. Nach außen wirkt es auch nie gut, wenn aus einer solchen Veranstaltung die sozialdemokratische Presse sich diejenigen Äußerungen herausucht, die unserer Partei schaden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas von der Pressekonferenz sagen, die ich in Berlin abgehalten habe. Nur die „New York Times“ bringt über solche Pressekonferenzen ein übersichtliches Bild, indem sie auch die Fragen wiedergibt. Man kann niemals eine Antwort richtig verstehen und wiedergeben, wenn man nicht die Frage kennt, auf die die Antwort zu geben ist. Sie werden dann erleben, daß entweder eine absolut gelenkte Diskussion stattfinden muß – was ich nicht begrüße – oder daß wir der gegnerischen Presse wirklich anheimgegeben sind in dem, was sie an Schädlichem für uns herausholt. Das Gute wird sie nicht bringen, sondern das Schädliche wird sie herausstellen.

Ich bitte Sie deshalb, das sehr zu überlegen. Ich kann Ihnen nur versichern, ich habe große Sorgen davor, zumal jeder, der in den Arbeitskreis will, auch hineinkommt, ohne daß irgendwie eine Auswahl stattfindet. Aber diese Auswahl können Sie

auch gar nicht vornehmen; denn wenn sich jemand meldet, können Sie ihn nicht ablehnen.

Zum Arbeitskreis III – so ist mir von Herrn Globke berichtet worden – soll es an sich heißen: Die CDU in Bund und Ländern. Es handelt sich um das, was ich eben in einem anderen Zusammenhang angedeutet habe. Wir haben uns bisher auf den Arbeitstagen zu wenig um die Arbeit der CDU in den Ländern und zum Teil auch in den Kommunen gekümmert. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir in Nordrhein-Westfalen einmal die Mehrheit in den meisten Großstädten gehabt haben, die inzwischen aber wieder verlorengegangen ist. (*Weber*: Sie ist überall verlorengegangen.) Die Kommunalpolitik ist von so eminenter Bedeutung für das Leben und das Wachstum einer Partei, daß ich glaube, wir werden einen guten Teil unserer Arbeit und Aufmerksamkeit der CDU in den Ländern und in den Kommunen widmen müssen.

Endlich bitte ich Sie, einmal zu überlegen, ob man von vornherein eine bestimmte Größe für die einzelnen Arbeitskreise vorsehen soll, damit sie nicht zu groß werden. Zum Beispiel werden sich zu dem Arbeitskreis I „Deutschland und Europa“ wahrscheinlich viele Teilnehmer melden. Andere Arbeitskreise werden nicht diesen Zuspruch haben.

Dann noch ein wichtiges Wort zu dem Punkt 4 der Plenarsitzung am Dienstag. Dort heißt es: Entschließungen. Die Entschließungsentwürfe – so nenne ich sie – kommen aus den Arbeitskreisen. Dann müssen sie aber von irgendeiner zentralen Stelle kontrolliert werden. (*Dufhues*: Vorbereitet werden.) Jetzt sagt Herr Dufhues „vorbereitet werden“. Dann weiß ich nicht, was Sie mit der Diskussion in den Arbeitskreisen machen wollen. Das ist eine gefährliche Sache. Vielleicht gibt Herr Dufhues dazu noch einige Erläuterungen.

Dufhues: Die entscheidende Frage scheint mir zu sein, ob wir den Parteitag in Dortmund sich so entwickeln lassen, wie z. B. den Parteitag in Köln.²⁸ (*Zurufe*: Nein!) Wer diesen Parteitag in Erinnerung hat, wird mit einigem Gefühl der Bedrückung daran denken, daß es eine Unzahl von Beiträgen und Referaten gab, die unsere Delegierten geradezu ermüdeten, so daß es nicht leicht war, jene Resonanz zu finden und zu erhalten, die wir erwartet hatten. Diese Resonanz ist nur dadurch zu erreichen, daß man das öffentliche Interesse weckt. Das öffentliche Interesse wird nicht durch wohl vorbereitete Vorträge allein geweckt, sondern auch dadurch, daß zunächst einmal der Eindruck einer lebendigen Diskussion innerhalb des Parteitages entsteht. Diese Diskussion wird nur möglich sein, wenn man sich auf dem Parteitag zu sogenannten Arbeitskreisen zusammenfindet.

28 10. Bundesparteitag der CDU vom 24. bis 27. April 1961 in Köln. Vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 180–185; PROTOKOLLE 3 S. 885–915 und S. 933–935.

Wenn man jetzt beschlösse, die Arbeitskreise unter Ausschluß der Presse tagen zu lassen, so würde ich das nicht für richtig halten, und ich könnte es auch nicht akzeptieren. Die Christlich-Demokratische Union muß den gleichen Mut haben wie die SPD, die weit mehr auf Funktionäre angewiesen ist als wir. Wir müssen doch zur Diskussion in gleichem Maße fähig sein, wie es diese Partei der Funktionäre ist, und wir sollten auch Vertrauen zu unseren Delegierten haben und auch zu den Besuchern des Parteitages. Naturgemäß wird man die Diskussion in den Arbeitskreisen vorher mit den verantwortlichen Leitern durchdenken müssen, auch mit einzelnen Parteifreunden, die sich einschalten, wenn Bemerkungen gemacht werden, die wir nicht für abgewogen halten. Eine solche Diskussion kann durchaus noch den Eindruck eines lebendigen Gedankenaustausches vermitteln, der dann auch den Weg in die Presse, in den Rundfunk und das Fernsehen findet. Worauf es ankommt, ist folgendes: Es muß der Eindruck erweckt werden, daß die Partei lebt. Man muß sagen, sie wagt es, auch heiße Eisen anzupacken.

Deshalb möchte ich Sie bitten, Herr Bundeskanzler, daß Sie den Versuch mit uns unternehmen, in Arbeitskreisen den Parteitag lebendiger werden zu lassen, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Damit im Zusammenhang steht auch die Frage der Entschließungen. Es ist natürlich schwierig, den Entschließungen durch die Diskussion in den Arbeitskreisen ihre endgültige Form zu geben. Es ist richtig, daß man sich vorher Gedanken darüber macht und auch darüber, wie die Diskussion in den Arbeitskreisen vorbereitet werden soll. Deshalb sehe ich auch keine großen Schwierigkeiten bei den Diskussionen in den Arbeitskreisen. Die Formulierung der Entschließungen muß so durchgeführt werden, daß die CDU nicht nur keinen Schaden erleidet, sondern im Gegenteil als wirksame und lebendige Partei in der Öffentlichkeit erscheint.

Adenauer: Ich stelle zunächst fest, daß eine Diskussion im Plenum des Parteitages überhaupt nicht vorgesehen ist. Es sind nur einige Reden und Berichte vorgesehen. Das ist keine Diskussion. Wenn Sie also sagen, der Parteitag muß lebendig sein, dann bin ich sehr damit einverstanden. Aber ich stelle fest, daß eine Diskussion im Plenum des Parteitages überhaupt nicht vorgesehen ist. (*Schmidt:* Das ist nicht ausgeschlossen! – *Zuruf:* Das können Sie nicht verhindern!) Verstehen Sie mich recht, ich bin glücklich darüber, wenn da nicht Gott weiß wie diskutiert wird. Herr Dufhues hat gerade davon gesprochen, daß er die Arbeitskreise für die Presse öffnen will. Dadurch soll ein lebendiges Bild der Partei für die Öffentlichkeit entstehen. Nun freue ich mich sehr darüber, daß er doch gemeint hat: eine vorbereitete Diskussion. Damit könnte ich mich schon viel eher zufriedengeben, aber nicht etwa in der Weise, daß nun jeder eine Rolle zu spielen hat, aber daß jedenfalls mit einigen Mitgliedern, die in diesem oder jenem Arbeitskreis sind, vorher die Fragen besprochen werden, wie die Diskussionen ablaufen sollen. Das setzt aber voraus, daß man sich darüber klar wird, wer in die einzelnen Arbeitskreise hineingeht. Wenn das so vorbereitet wird, Herr Dufhues – ich hoffe nur, daß dann das sprühende Leben auch noch sprüht –, bin ich damit einverstanden.

Wenn Sie wüßten, was die Sozialdemokraten jetzt schon für Vorbereitungen für ihren Parteitag in Köln²⁹ treffen! Glauben Sie ja nicht, daß etwa Herr Wehner dulden wird, daß Herr Mommer³⁰ eine andere Ansicht äußert, als es Herr Wehner haben will. Wenn die Sozialdemokraten einmal frei und ungehemmt sprächen, dann wäre das für uns ein großes Vergnügen, und dann würden Sie staunen, wie verschieden die Ansichten dort sind. Das aber werden die nicht tun. Und wenn eine Partei genau nach der Ordnung marschiert, die ihr zur Zeit gesetzt ist, dann ist es die Sozialdemokratische Partei.

Wir sind in vieler Beziehung viel freidenkender als die Sozialdemokraten. Wir dulden auch in unserer Partei viele Gegendstellungen, die voneinander abweichen. Das tut die Sozialdemokratie aber nicht. Immerhin möchte ich darauf hinweisen, daß für eine gewisse Vorbereitung der Diskussion und der Entschlüsse in den Parteikreisen gesorgt werden muß. Wenn Sie das vorhaben, bin ich absolut damit einverstanden. Wovor ich einen Schrecken hatte, war folgender Grund, daß sich plötzlich zuviel Geist offenbaren wird. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Gradl: Was Sie am Schluß gesagt haben, Herr Bundeskanzler, das hat uns gefallen. Ich wollte nur, weil wir zu Hause mit unseren Gremien darüber sprechen müssen, noch ein Wort zu der Frage sagen, ob es wirklich gefährlich ist, die Arbeitskreise öffentlich zu machen und die Presse dazu einzuladen. Herr Bundeskanzler, Sie können gar nicht verhindern, daß über das, was in den Arbeitskreisen gesprochen wird, von der Presse berichtet wird. Es sind Arbeitskreise, an denen im Durchschnitt etwa 120 bis 140 Delegierte teilnehmen werden. Wenn Sie also die Presse nicht zulassen, werden erst recht aus dieser großen Zahl von Delegierten Nachrichten herauskommen. Und die letzten Dinge sind dann schlimmer als die ersten, d. h., es wird viel schlechter berichtet, als wenn wir die Presse dabei haben.

Glauben Sie auch, Herr Bundeskanzler, für die Popularität unserer Partei wird es weiß Gott wirkungsvoller sein, wenn wir zeigen, daß wir eine freie Diskussion in der Öffentlichkeit führen. Wir haben das einige Male gemacht, in Stuttgart und in Hamburg.³¹ Damit haben wir immer die besten Ergebnisse in der Öffentlichkeit; denn dadurch wurde gezeigt, daß wir eine Partei sind, die sich etwas zutraut und die bereit ist, auch andere Auffassungen offen zu hören.

Im übrigen möchte ich wünschen, daß auf unserem Parteitag nicht soviel Selbständigkeit oder Eigenwilligkeit zum Ausdruck kommt wie bei der SPD. Sie haben die SPD als Vorbild hingestellt. (*Adenauer:* Was sagen Sie, als Vorbild?) Keiner von uns hat angenommen, daß die Diskussion nicht irgendwie gesteuert werden soll, sondern es ist so, daß sich diejenigen, die besonders interessiert sind, vorher

²⁹ Vgl. Nr. 3 b Anm. 12.

³⁰ Dr. Karl Mommer (1910–1990), 1949–1969 MdB (SPD, 1957–1966 Fraktionsgeschäftsführer). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 414 Anm. 173.

³¹ 6. Bundesparteitag der CDU vom 26. bis 29. April 1956 in Stuttgart, 7. Bundesparteitag der CDU vom 11. bis 15. Mai 1957 in Hamburg. Vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 163–169.

überlegen und absprechen, wie eine Diskussion erfolgen soll. Und das ist für uns so selbstverständlich, Herr Bundeskanzler, daß darüber wohl auch Herr Dufhues vorhin nicht gesprochen hat.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich möchte zu drei Punkten eine kurze Bemerkung machen. Erstens hätte ich zur Sitzung des Bundesausschusses die aufrichtige Bitte, daß wir die Formulierung, die hier steht, stehenlassen, daß wir nämlich das Referat unseres Freundes Barzel entgegennehmen. Wenn wir das nicht machen, schaden wir uns selbst und bringen Herrn Barzel in eine Situation, die für ihn unerträglich ist. Ich darf daran erinnern, mit welcher Art diese Arbeit von Herrn Barzel in der „Kölnischen Rundschau“ behandelt worden ist.³² Wir sollten also den Mut haben, das Referat im Bundesausschuß entgegenzunehmen und dann sagen, die Diskussion darüber muß auf später verlegt werden; denn dazu bedarf es einer sorgfältigen Vorbereitung.

Zur Presse brauche ich nichts mehr zu sagen; denn ich unterstelle hier das, was gesagt worden ist. Selbstverständlich muß die Diskussion ein wenig gelenkt sein. Dafür haben wir ja Vorsitzende, die dieser Sache Herr werden. Eine Diskussion, die auch Meinungsverschiedenheiten im Detail bringt, kann uns nur gut tun. Wenn wir eine Diskussion im Plenum erleben, dann ist sie vielleicht noch weniger geregelt. Der Vorsitzende hat es ja in der Hand, das Wort zu geben und entsprechend zu verfahren. Deswegen sehe ich da keinerlei Bedenken. Ich glaube also, daß ist die richtige Lösung.

Ferner wollte ich sagen, man sollte schon heute überlegen, ob man nicht eine Art Redaktionskommission vorsehen will; denn die Entschließungen müssen doch aufeinander abgestimmt werden. Es könnte sein, daß im Arbeitskreis II eine Entschließung gefaßt wird, die mit derjenigen des Arbeitskreises III nicht übereinstimmt. Deshalb sollte hier eine Redaktionskommission schon am ersten Tag für die Bearbeitung der Entschließungen eingesetzt werden, die dann nach der Sitzung der Arbeitskreise noch einmal mit den Referenten zusammentritt, um diese Resultationen aufeinander abzustimmen.

Blumenfeld: Ich unterstütze die Begründungen von Herrn Dufhues und Herrn Gradl. Wir sollten auch als Bundesvorstand den Delegierten unserer Landesverbände etwas mehr Vertrauen und politische Verantwortung zumuten. Wenn Sie sich in den Arbeitskreisen als Delegierte zu Wort melden, dann dürfte es insbesondere für die Führung der Partei und für die Bundestagsfraktion sehr interessant sein, von diesen Delegierten vor aller Öffentlichkeit etwas gesagt zu bekommen. Wir können das aber sehr leicht dadurch beheben, daß der Vorsitzende oder andere Freunde, die in der Verantwortung stehen, Bemerkungen, die eventuell zu weit gehen, korrigieren.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die SPD für die Öffentlichkeit gerade deswegen interessant erscheint, weil auf ihren Parteitagten nicht die Prominenz, sondern

32 Vgl. Anm. 49. – „Kölnische Rundschau“ vom 28. April 1962 „Hohes ‚C‘. Dr. Barzels Studie über die künftigen Aufgaben der CDU“.

die SPD-Funktionäre unmittelbar und frei ihre Meinungen äußern, so daß damit das Bild einer lebendigen Partei vermittelt wird. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, wir hätten eine freiere Art, miteinander zu verkehren. Aber das sollten wir auch in der Öffentlichkeit dadurch zeigen, indem wir das etwas schiefe Bild, das wir der Öffentlichkeit darbieten, korrigieren und richtigstellen. Dazu ist in den Arbeitskreisen die beste Gelegenheit. Das ist eine moderne Auffassung.

Die Diskussion, die ich im Anschluß an die Berichte der Arbeitskreise vermißt habe, sollte man noch mit dem Wort „Aussprache“ einfügen; denn im Plenum wäre sie so gesteuert, daß sie die Presse nicht einmal aufnähme. Die Ungleichgewichtigkeit der freien Entscheidung der Delegierten müssen wir auf alle Fälle aufrechterhalten. Das ist selbstverständlich. Aber das Plenum des Parteitages hat es in der Hand, die Ungleichgewichtigkeit auszugleichen und Korrekturen vorzunehmen, wo sie notwendig sind aufgrund der Befürchtung, die Sie ausgesprochen haben.

Ich bitte Sie also, Herr Bundeskanzler, Ihre Bedenken hinsichtlich der Öffentlichkeit zurückzustellen, um so mehr, als wir bei diesem Parteitag leider auf eine große Anzahl von Parteifreunden werden verzichten müssen wegen der unglücklichen Sachlage, daß die Räumlichkeiten nicht ausreichen, wir aber im Gegensatz eine große Anmeldung von Presseleuten haben, womit wir allerdings die Öffentlichkeit im ganzen Bundesgebiet erreichen können. Wir müssen also die Presse einbeziehen. Deswegen bitte ich Sie noch einmal, für eine breiteste Öffentlichkeit Sorge zu tragen.

Gerstenmaier: Ich stimme der Kritik von Herrn Dufhues an dem Kölner Parteitag zu. Ich bin auch mit dem Herrn Bundeskanzler der Meinung, daß trotz allem, was publizitätswirksam bei der SPD ist, diese nicht vergleichbar ist mit den Diskussionen innerhalb der CDU. Die SPD verfügt über ein völlig anderes Netz, das in der Hauptsache aus vorgeschalteten Bildern besteht, bis überhaupt oben an der Spitze etwas an die Öffentlichkeit dringt. Insofern stimme ich dem Herrn Bundeskanzler zu. Ich bin der Meinung, daß es ein Risiko ist, was wir hier mit dieser Diskussion machen wollen. Herr Dufhues hat entweder die Möglichkeit, ein Maximum an Lenkung in der Diskussion wirksam werden zu lassen; aber dann ist die Spontaneität weg, und der Effekt bei der Presse ist so bescheiden, daß es sich nicht mehr lohnt. Sie können also entweder das eine oder aber das andere machen. Wenn das Programm so angelegt ist, daß es überhaupt keine Diskussion im Plenum, sondern nur eine in den Arbeitskreisen gibt, dann muß ich trotz meiner Bedenken Herrn Dufhues zustimmen, daß man die Presse nicht ausschließen kann.

Ich finde, daß das Programm allmählich zu weit geht, Herr Dufhues. Sehen Sie sich das Programm einmal an. Wir haben vor dem Grundsatzreferat des Ersten Vorsitzenden über die Grundlagen der Partei – worauf doch die Aufmerksamkeit konzentriert werden muß – eine Reihe von lebenswürdigen, aber in der Substanz für die Partei völlig belanglosen Reden von ausländischen oder anderen Gästen stehen, die uns einfach die beste Zeit wegnehmen. Das hat mich auf den Parteitagen, auf denen ich zu sprechen hatte, immer geärgert. Dieses ewige Bla-Bla vorher und nachher ist doch gruselig. Meistens wird man mit diesen Leuten nicht fertig, aber man

muß kostbare Zeit aufwenden, nur um protokollarische Verpflichtungen zu erfüllen. Dasselbe ist auch hier auf dem Programm zu finden. Am Montag, wo das Kernstück dessen verhandelt wird, was Herr Barzel uns ins Gewissen und ins Gehirn blasen will, folgt nachher nicht etwa ein Echo auf der illustren Volksversammlung über die aktuellen Existenzfragen der Union, nein, da geht es weiter mit der Fortsetzung von Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste. Und das kann man nicht machen.

Nun zu den Arbeitskreisen! Herr Dufhues, ich halte es für risikolos, in „Deutschland und Europa“ eine ungelenkte Diskussion zuzulassen und dazu die gesamte Presse der Welt einzuladen. Das können Sie ruhig riskieren. Welche tiefsinnigen Nuancen nun über die Außenpolitik zwischen unserem geschätzten Außenminister und unserem geschätzten Fraktionsvorsitzenden bestehen, darüber lassen Sie die Presse ruhig weiterhetzen. Ich bin der Meinung, daß solche Nuancen, wenn es sie überhaupt gibt, nur interessant sein können und diesem Arbeitskreis einen Zulauf von beträchtlichem Ausmaß sichern. Daß dies überhaupt nicht gefährlich ist für die Diskussion, darauf können Sie sich verlassen.

Schwieriger sehe ich die Sache schon bei der „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ an, wenn hier in der Diskussion auf Probleme eingegangen wird, die völlig ungeklärt bei uns sind; oder wenn die Studie von Herrn Barzel nicht nur als ein liturgischer Akt – der vorweg zelebriert wird –, sondern als ernsthafte Diskussionsgrundlage betrachtet wird, dann ist die Sache bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht so harmonisch, wie sich die Sache vielleicht ausnimmt. Es könnte sein, daß dann alle guten Vorsätze zu einer gesteuerten Diskussion nicht den Ertrag haben, den man sich vorstellt.

Was man sich eigentlich bei der Ziffer III gedacht hat, darüber habe ich nachgerätselt. Der Herr Bundeskanzler hat die Katze aus dem Sack gelassen und gesagt, eigentlich hätte es heißen sollen: CDU in Bund und Ländern. – Dann kommt aber die Frage, was gibt es neben der Außenpolitik und der Innenpolitik? Hier etwa den Geist vom Leib zu abstrahieren – das ist schon sehr gefährlich bei den Kirchen, aber eine politische Partei kann sich das unter keinen Umständen erlauben. Ich sage Ihnen, ich wirke an einer solchen Abstraktion nicht mit. Wir müssen uns doch auf politischem Gebiet bewähren. Wenn man von der Außenpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik einmal absieht, könnte man sagen: Wir wollen Strukturfragen der Bundesrepublik und der CDU aufgreifen. Aber in den Strukturfragen ist eine knallharte Verfassungsfrage enthalten. Wollen Sie die in diesen Arbeitskreisen angreifen? (*Krone*: Und andere auch!) Zunächst steht hier die knallharte Frage, wie ist es mit der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Das ist zunächst drin! Wir sind eine Verfassungspartei. Wie oft haben wir uns das gegenseitig versichert.

Die andere Frage, die damit zusammenhängt, die ebenfalls knallhart ist, ist die der Kulturpolitik. Glauben Sie wirklich, daß wir etwa nur diese zwei Kernfragen – hinsichtlich der Verfassung und der Kompetenz zwischen Bund und Ländern – hier implizieren? Es geht um die Finanzsituation, es geht um die ganzen kontroversen Fragen in unserem Kreis, und zwar nicht nur wegen der kulturpolitischen Zuständig-

keiten, sondern auch wegen der kulturpolitischen Grundorientierung. Und wollen Sie das wirklich alles zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion machen?

Ich kann nur sagen, daß unsere Verhandlungen hier an diesem Tisch zu diesen Punkten noch nicht soweit gediehen sind, daß ich empfehlen könnte, einen solchen Versuch im Rahmen einer öffentlichen Diskussion auf einem Parteitag zu machen. Ich würde mir das zutrauen, wenn wir an diesem Tisch über diese Frage schon eine Grundsatzdiskussion geführt hätten, so daß wir wüßten, worauf wir gemeinsam hinauswollen. Da es aber noch nicht soweit ist, würde ich ergebenst empfehlen, hier doch kurzzutreten.

Deshalb frage ich, ob man es am Ende nicht genug sein lassen könnte mit den Arbeitskreisen I und II. Ich halte es nicht für gut, statt der Frage „Bund und Länder“ den Bericht von Herrn Barzel zur Diskussion zu stellen. Dieser Bericht umfaßt 225 Abschnitte. Das ist also einfach zu groß.

Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt auf den nächsten Tagesordnungspunkt vorgreife. Herr Barzel hat für die Durchführung der Diskussion einen Hinweis gegeben, indem er 18 Punkte herausgeschrieben hat. Ich habe mir erlaubt, noch 2 Punkte zusätzlich hinzuzuschreiben. Man kann natürlich nicht über 20 Punkte diskutieren. Wenn ich aber einzelne Punkte herausgreife, dann wird in den anderen Kreisen wiederum über andere Punkte diskutiert, und dann bleibt nur noch ein gewisses geistiges und moralisches Substrat übrig. Und das halte ich nicht für glücklich.

Ich würde deshalb darum bitten, noch einmal zu prüfen, ob es nicht die Möglichkeit gibt, im Plenum so etwas wie ein kurzes öffentliches Echo auf die Grundsatzrede des Herrn Bundeskanzler und auf die beiden Referate des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesarbeitsministers folgen zu lassen. Denn der Redner hat einen Anspruch darauf, daß ein öffentliches Echo erfolgt. Das gilt auch für die beiden anderen Themen.

Krone: Herr Kollege Gerstenmaier! Es ist schwer, einen Vorschlag zu machen, der allen gefällt. Aber ich finde, daß dieser Vorschlag sehr gut durchdacht ist. Ich habe nicht daran mitgearbeitet, deshalb kann ich ihn loben und sagen, daß sehr viel für ihn spricht. Ich spreche mich aus für eine öffentliche Diskussion in den Arbeitskreisen. Die Diskussion ist nicht zu unterbinden. Wenn sie da nicht geführt wird, dann wird sie im Plenum stattfinden. Eine Reihe von Fragen hängen in der Luft. Sie müssen auch angesprochen werden. Wir sollten den Mut haben zu der modifizierten Form, wie sie der Herr Bundeskanzler vorgeschlagen und Herr Dufhues bejaht hat. Wenn wir diese Diskussion nicht machen, geht es uns wie in Kiel, wo nachher noch sehr lange über das Thema von Herrn Gerstenmaier wegen der Liberalisierung diskutiert worden ist.³³

Ich bin auch der Meinung, daß die Arbeit von Herrn Kollegen Barzel – der mit Absicht geschrieben hat „Untersuchung“ und nicht mehr – nicht im Mittelpunkt der

³³ Gerstenmaier sprach zum Thema „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“. Druck in: CDU, 8. Bundesparteitag S. 90–108. Vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 169–173.

Beratungen des Parteitages stehen kann. Aber es muß irgendwie angepackt werden. Das ist auch nicht zu vermeiden; denn wenn über diese Studie schon lange Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und in der „Kölnischen Rundschau“ gestanden haben³⁴, dann kann man nicht verhindern, daß dieses Thema auch auf dem Parteitag zur Sprache gebracht wird. Wir müssen aber die richtige Form finden, wie man das machen kann. Das liegt in der Hand derer, die die Arbeitskreise leiten.

Wir wollen auch nicht im Grundsätzlichen steckenbleiben, sondern konkret werden. Wir brauchen aber nicht gerade noch ungeklärte Fragen auf dem Parteitag zur Sprache zu bringen. Herr Gerstenmaier hat über verschiedene Fragen, z. B. über Bund und Länder, Kulturpolitik usw., gesprochen, in denen es bei uns noch keine restlose Klarheit gibt. Es liegt deshalb in der Hand des Leiters, hier Entsprechendes zu sagen, da ein bißchen mehr, und da ein bißchen weniger.

Dieser Bundesparteitag wird weniger im Zeichen der Außenpolitik als im Zeichen der Innenpolitik stehen, namentlich aber der Gesellschaftspolitik. Dem können wir nicht ausweichen. Deshalb müssen wir bei diesem Punkt die Tür zu einer guten Aussprache öffnen. Auch was die evangelische Kirche zur Frage des Eigentums gesagt hat, sollte bejahend zur Sprache gebracht werden.

Dittmar: Die CDU hat bislang auf ihren Parteitag gute Erfahrungen mit einer öffentlichen Diskussion gemacht, z. B. in Stuttgart, wo Herr Dr. Friedensburg³⁵ eine von der offiziellen Außenpolitik sehr abweichende Meinung geäußert hat. Der Herr Bundeskanzler hat es aber dann wieder glänzend erreicht, daß der gesamte Parteitag die offizielle Meinung der Regierung über die deutsche Außenpolitik unterstützt hat. Am letzten Tage auf dem Parteitag in Stuttgart hat es eine Diskussion über eine Entschließung gegeben, die zu Kontroversen geführt hat. Auch hier ist es dem Geschick des Herrn Bundeskanzler gelungen, diese Kontroversen sehr schön zu schlichten. Damit konnte dann die Einmütigkeit der Partei bewiesen werden, auch wenn es da und dort Nuancen in den Auffassungen gegeben hat, die insbesondere bei Formulierungen in Erscheinung traten.

Ich bin Herrn Dufhues dankbar dafür, daß er darauf hingewiesen hat, man wolle diesen Parteitag als eine Demonstration betrachten, und deshalb müßten diese Arbeitskreise in ihrem äußeren Bild der Struktur der Union angepaßt werden. Auf gut Deutsch gesagt, ich möchte der Anregung von Herrn Dufhues folgen, daß ein maßgeblicher Mann aus dem sozialen Bereich unserer Partei hier in Erscheinung treten möge. Bislang hat es die Parteitage der CDU in hervorragender Weise ausgezeichnet, daß wir der Öffentlichkeit stets die tatsächliche Optik der CDU vor Augen führten. Dieses Erscheinungsbild muß die CDU auch weiter haben, wenn sie eine Union bleiben will.

34 FAZ vom 30. April 1962 „Barzels Studie ist ein Versuch geblieben“. – Vgl. Anm. 32.

35 Dr. Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Honorarprofessor für Bergwirtschaft TU Berlin (seit 1953); 1952–1965 MdB (CDU, Vertreter Berlins). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 417 Anm. 145. – Ausführungen Friedensburgs in: CDU, 6. Bundesparteitag S. 70–73.

Brauksiepe: Wir fanden vor einiger Zeit in unseren Postfächern eine Nachricht darüber, daß wir zurückhaltend sein sollten, da in Dortmund die Platzfrage schwierig geworden sei. Der Unmut mancher Freunde darüber bei uns ist groß. Es hieß sogar: In der Woche können Sie verreisen; Sie sind in Dortmund nicht nötig.

Dufhues: Ich habe darauf hingewiesen, daß wir entscheidend angewiesen sind auf die Mitwirkung der Delegierten und auf einen kleinen Kreis von Gastdelegierten. Das tut mir leid, aber es hat auch seine Vorteile; denn damit tritt die Geschlossenheit des Parteitages stärker hervor.

Adenauer: Das hängt aber nicht notwendig zusammen! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Lorenz: Was der Arbeitskreis III besprechen soll, habe ich von vornherein so aufgefaßt, daß darüber erörtert wird, was hier summarisch als Parteireform beraten worden ist. Wir haben in der letzten Zeit eine öffentliche Diskussion darüber gehabt, daß die CDU an eine Parteireform herangehen will. Jeder kennt die Untersuchungen von Herrn Barzel. Nun wird überall gefragt, was steht eigentlich in dieser Untersuchung drin, und wann wird darüber diskutiert? Auf unserem Landesparteitag ist das geschehen.³⁶ Dort hieß es, wenn der Bundesvorstand davon Kenntnis genommen hat, wird die Diskussion anlaufen. Die Leute erwarten also, daß auf dem Parteitag etwas darüber gesagt wird.

Ich freue mich, Herr Präsident Gerstenmaier, daß Sie als Redner vorgesehen sind, Sie sind sozusagen der Chefideologe der Partei, und als solcher haben Sie sich auf den Parteitagen bewährt. (*Heiterkeit.*) Sie sind eine ungeheuer wichtige Persönlichkeit. Ich möchte nicht, daß Sie mich mißverstehen. Natürlich soll die Weiterentwicklung der CDU im Zusammenhang mit dem gesehen werden, was unserem Volke nützt, also im Hinblick auf die praktischen Aufgaben. Sehr wichtig wäre es, Herr Präsident Gerstenmaier, wenn Sie bei der Themenstellung des Arbeitskreises III mit den Herren Dufhues und Kraske mitwirkten. Es soll auch in der Entschließung nicht etwas darüber gesagt werden, was die CDU in den nächsten 25 Jahren zu machen gedenkt, aber sie kann gewisse Richtlinien setzen. Dieser Ausgangspunkt ist damit gleichzeitig der Auftakt für die Diskussion in den anderen Gremien. Der Auftrag, über diese Dinge zu diskutieren, muß vom Bundesparteitag gegeben werden.

Hellwig: Für die Aussprache in den Arbeitskreisen wird es sehr wichtig sein, sich sobald wie möglich über die Schwerpunkte zu verständigen, die vorgetragen werden sollen. Bisher heißt es in einer allgemeinen Überschrift nur „Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Aber ich glaube, daß das weite Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik unmöglich an einem Nachmittag ausdiskutiert werden kann. Deshalb wäre es zweckmäßig, Schwerpunkte festzusetzen, und zwar für das Referat, die Diskussion und die Entschließung.

36 35. Landesparteitag der Berliner CDU am 28. April 1962; das Referat von Josef Hermann Dufhues (TOP 4) und die sich anschließende politische Aussprache liegen als Tonbandaufzeichnung vor (ACDP III-012-324).

Neben dem Bericht von Herrn Barzel wird man es nicht vermeiden können, daß in Dortmund tagespolitische Probleme, wie z. B. die Kohle und was damit zusammenhängt, zur Diskussion gestellt werden. Es muß so schnell wie möglich geklärt werden, in welchem Umfang man Schwerpunkte für die Arbeitskreise II und III bilden will. Für den Arbeitskreis I liegen die Schwerpunkte anders. Aber denken Sie daran, daß wir besonders in Dortmund an tagespolitischen Fragen nicht vorbeikommen.

Stoltenberg: Der Sinn der Arbeitskreise ist, eine intensive Diskussion mit einer breiten Beteiligung zu ermöglichen. Diese Arbeitskreise sind der Sache nach nötig. Sie sollen nicht Einzelfragen der Satzung oder der Organisation im Detail diskutieren, sondern nur einige große Linien.

Ich möchte darauf hinweisen, Herr Dr. Gerstenmaier, daß die Stellung der Parteien insgesamt im Staate und in der Öffentlichkeit durch manche Diskussion in der Wissenschaft und in der Publizistik gefährdet ist. Nun habe ich gelesen, daß gerade Sie in Frankfurt a.M. vor einigen Tagen einige sehr deutliche Ausführungen zur Frage der Stellung der Parteien im Staate gemacht haben.³⁷ Das könnte ein Ausgangspunkt sein für die Diskussion über die Frage „die CDU als Partei“. Hier könnte man einige Hauptlinien aufzeigen über die staatspolitische Frage und die Stellung der Parteien überhaupt in unserem Staate, insbesondere auch deshalb, weil wir uns einer Opposition in intellektuellen Kreisen gegenübersehen.

Anschließend könnte man dann Überlegungen an die Studie von Herrn Barzel anknüpfen. Ich glaube also, daß der Arbeitskreis III notwendig ist und daß er auch keine Überschneidung mit den anderen Kreisen bedeutet.

Gerstenmaier: Natürlich könnte man die Sache so machen. Ich finde nur, daß es nicht sehr attraktiv für unseren Parteitag ist, solche Fragen zur Diskussion zu stellen, in denen wir einer Meinung sind. Was Sie gesagt haben, das können Sie natürlich aufnehmen, aber das braucht uns nicht zu veranlassen, eine Art Defensive auf dem Parteitag zu machen. Im übrigen würde ich meinen, daß es zur Zeit noch nicht so brennend notwendig ist.

Weber: Was ich sage, sage ich nur ungern, aber ich muß es doch zum Ausdruck bringen. Ich habe bis jetzt darauf gewartet, daß für irgendein Gremium auch einmal eine Frau benannt wird. Das ist aber in der ganzen Zeit bisher noch nicht geschehen. Ich denke an meine Vergangenheit. In der Zentrumspartei wäre so etwas unmöglich gewesen. Deshalb bitte ich Sie, Herr Dufhues, diese Frage einmal zu überlegen. Ich will keinen Vorschlag machen. In der Öffentlichkeit ist bekannt, daß wir die Partei sind, die sich am meisten auf die Frauen stützen kann. Deshalb sollten die Frauen

37 Eugen Gerstenmaier: „Die Bildung und die Macht“. Vortrag aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Hochschule für internationale pädagogische Forschung in einer akademischen Feierstunde am 5. Mai 1962 in Frankfurt a.M. Druck in: Eugen LEMBERG (Hg.): *Bildungswesen als Gegenstand der Forschung* (Veröffentlichungen der Hochschule für internationale pädagogische Forschung Bd. 3). Heidelberg 1963 S. 7–20.

auch nach außen hin zumindest genannt werden. Das ist nicht umsonst, wenn ich das hier sage.

Adenauer: Ich meine, wir sollten eine Pause machen. Aber lassen Sie mich bitte noch einige Bemerkungen machen. Zunächst möchte ich sagen, daß ich mit einer solchen Diskussion in den Arbeitskreisen, die in der Hauptsache etwas gelenkt ist, durchaus einverstanden bin. Ich war und bin nur erschrocken, als ich hörte, daß Sie die Presse – gleichgültig wer es ist – in ein intimes Beratungsgremium hineinlassen. Wenn ich mir z. B. vorstelle, die sozialdemokratische Presse hätte das Recht, den Sitzungen der Bundestagsfraktion beizuwohnen, was würden die daraus berichten! Zur Bundestagsfraktion gehören viele gute CDU- und CSU-Leute. Trotzdem haben sie sehr verschiedene Ansichten, und die müssen sie auch haben. Die sozialdemokratischen Pressevertreter würden sich aber, wenn sie an den Sitzungen teilnähmen, nur die für sie entsprechenden „Rosinen“ herauspicken. Wenn es aber so gemacht wird, wie vorgeschlagen wurde, sind die Befürchtungen, die ich gehabt habe, genommen.

Nun möchte ich eines zu meiner Entschuldigung sagen. Dieses kleine Gremium, das beauftragt war, diesen Vorschlag zu machen, hat – wenn ich das Datum richtig behalten habe – seine Beratungen am 3. April abgeschlossen. Durch einen Zufall, den ich noch nicht habe aufklären können, habe ich das erst am 5. Mai bekommen, und zwar als ich wieder hier in Bonn war.³⁸ Vorher habe ich es überhaupt nicht gesehen. Herr Dufhues hat sich auch einige Tage lang nicht darum kümmern können, weil seine Frau erkrankt war. Wir freuen uns aber – ich hörte das eben –, daß es seiner Frau wieder besser geht.

Allgemein möchte ich sagen: Prophezeien Sie bitte nichts darüber, was genehm oder was nicht genehm auf dem Bundesparteitag sein wird. Herr Krone hat z. B. gesagt, für die Außenpolitik habe man kein besonderes Interesse mehr. Warten Sie doch einmal ab. Es können bis dahin Ereignisse eingetreten sein, die gerade die Außenpolitik zu einem brennenden Gegenstand machen. Das also kann kein Mensch voraussagen.

Sie wissen, daß ich offene Gespräche liebe. Aber Sie sehen unsere Partei viel wohlwollender und viel sicherer an, als ich das tue. Denken Sie an die Democrazia Cristiana, die einen ähnlichen Namen hat wie wir und von de Gasperi³⁹ damals ins Leben gerufen worden ist, und daran, daß Segni erst nach neun Abstimmungen gewählt werden konnte. Zu groß sind dort die inneren Spannungen.

Nun möchte ich ein Bild auf dem Parteitag zeichnen – was mir bezüglich unserer Partei immer vorgeschwebt hat und noch vorschwebt –, daß nur eine auf christlich-humanistischem Boden stehende Partei Deutschlands gegenüber dem atheistischen Kommunismus halten kann. (*Zurufe:* Sehr gut!) Das ist doch das Wichtigste von

38 Adenauer war vom 19. April bis zum 3. Mai 1962 in Urlaub – vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 66 f.

39 Alcide de Gasperi (1881–1954), italienischer Politiker; 1942 Mitgründer der Democrazia Cristiana, 1945–1953 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 67 Anm. 33.

allem. Es muß die communis opinio der ganzen Wähler sein, daß es sich noch jahrzehntelang um diesen Kampf gegen den kommunistischen Atheismus handeln wird. Deshalb müssen wir immer daran denken, daß wir die sehr große Aufgabe haben, die Freiheit zu retten.

Es ist dann von Frau Weber mit Recht bemängelt worden, daß nirgendwo im Programm von einer Frau die Rede ist. (*Unruhe.*) Ich könnte dazu sagen, daß wir ganz sicher auch von den Landwirten gesagt bekommen: Wie könnt ihr von den Landwirten nichts sagen. Es ist also ein großes Problem, wie wir den Parteitag gestalten. (*Anhaltende Unruhe.*) Um die Aufmerksamkeit des Herrn Wuermeling, der sich großartig amüsiert, wenn man spricht, zu bekommen, möchte ich Ihnen sagen, Herr Wuermeling, bitte betrachten Sie einmal unsere Bevölkerungsstatistik. Machen Sie den Leuten in geeigneter Weise klar, daß wir in zehn Jahren – wenn es so bleibt – ein Volk sind, das nicht mehr mit den Franzosen, nicht mehr mit den Holländern – allenfalls noch mit den Engländern – konkurrieren kann. (*Wuermeling: Das sage ich landauf, landab. Es wird nur nicht gehört.*) Dann sagen Sie es in einer überzeugenden Form.

Es sind riesige Probleme, die vor uns stehen. Aber alle Probleme können nicht auf einem Parteitag zur Sprache kommen. Und ein Parteitag – und dabei bleibe ich – ist im Grunde genommen eine große Demonstration. Das muß er auch sein. Jede große Demonstration darf nicht lauter Raketen enthalten und ständig Geist sprühen lassen. Natürlich brauchen wir Geist sehr, aber der Geist muß in der gleichen Richtung überall wehen. Und deswegen, lieber Freund Dufhues, würde ich mich freuen, wenn Sie die Vorarbeiten für den Parteitag in den nächsten Wochen noch sehr eifrig in die Hand nehmen.

Ich schlage nunmehr vor, wir machen eine Stunde Pause.

Pause von 13.45 Uhr bis 14.45 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wie das so üblich ist, um die Mittagszeit lichten sich die Reihen. Ich denke, jetzt findet im ernstesten Sinne eine würdige Tafelrunde statt. Was heute morgen über den Parteitag gesagt worden ist, sollten wir nun nicht mehr in extenso wiederholen. Die Aussprache heute morgen war sehr gut und ergiebig, aber der Parteitag verlangt, daß wir unsere Ansprüche an ihn aufeinander abstimmen. Ich darf folgendes feststellen: Wir sind uns darüber im klaren, 1. daß die Diskussion in den Arbeitskreisen in guter und vorsichtiger Weise gelenkt wird; 2. daß auch im Plenum des Parteitages eine Diskussion stattfinden muß. Wir müssen auch überlegen, wann sie gehalten wird. Ich meine, nicht nach jeder Rede; 3. daß die Entschließungen der Arbeitskreise kontrolliert und aufeinander abgestimmt werden müssen. Hier darf nur ein geschlossenes Bild entstehen.

Zu den Themen möchte ich noch sagen: Ich glaube nicht, daß über die Organisation der Partei da groß gesprochen wird. Dabei kommt auch nichts Vernünftiges heraus. Außerdem ist es für die Leute nicht interessant genug. Wir müssen uns aber

an den Gedanken gewöhnen, daß ein Bundesparteitag nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch das gesamte Parteileben in den Ländern und Kommunen behandeln muß. Daß das natürlich nicht ins Detail gehen kann, darüber sind wir uns klar. Ich meine, Herr Kollege Gerstenmaier, wenn Sie diesen Arbeitskreis in die Hand nehmen, wird schon etwas Gutes dabei herauskommen.

Es bleibt noch die Frage der Frauen übrig, worauf Frau Weber hingewiesen hat. Ich bin durchaus der Auffassung von Frau Weber, daß eine Frau an einer guten Stelle sprechen muß. Weiter meine ich, daß wir dem Kulturkongreß – so heißt das schöne Wort –, der im Herbst stattfinden soll⁴⁰, nicht das ganze Gebiet der Kulturpolitik überlassen sollen. Wir können wohl auf diesen Kulturkongreß hinweisen, aber es müssen unsere kulturellen Wünsche und Forderungen in irgendeiner Weise auch vorgetragen werden in einem der Arbeitskreise. Und das muß in der Entschließung aufgenommen werden.

Wenn Sie im großen und ganzen damit einverstanden sind, dann dürfen wir Herrn Dufhues bitten, zusammen mit den Herren, die bisher mit ihm zusammengearbeitet haben, die Fragen weiter zu lösen.

Ich möchte aber noch einmal die Frage aufwerfen, ob wir über Berlin etwas sagen sollen. Sollen wir über diesen ganzen Themenkreis etwas sagen? Ich bin der Auffassung, das sollten wir tun nicht nur um der Menschen willen, die im Ostsektor und in der Zone wohnen, sondern auch deshalb, damit wir gegenüber unseren Bündnispartnern nicht an Gelände verlieren. Ich halte das also für unbedingt notwendig. Wir müssen uns darüber klar sein, je mehr Zeit seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 dahinfliegt, desto schwächer wird der Gedanke in den Seelen der deutschen, insbesondere aber der anderen Menschen an all das Vergangene. Ich würde aber, um das noch einmal zu wiederholen, nicht so sehr von unserem Recht und unseren Schicksalsempfindungen sprechen; denn seien Sie sich darüber klar, daß auch unsere besten Freunde auf dem Standpunkt stehen: Die haben doch den Krieg angefangen, und sie haben ihn verloren. Und für den verlorenen Krieg müssen sie auch bezahlen. – Wir finden also auch bei den besten Freunden nicht den entsprechenden Widerhall, wenn wir in dieser mehr nationalen oder völkerrechtlichen Weise sprechen.

Deshalb sollten wir sehr stark und sehr intensiv das Menschliche betonen. Was da Menschliches alles passiert, das ist den Amerikanern, den Engländern und Franzosen in keiner Weise klar; auch nicht den Beneluxländern. In unserer Zeit, in der von der öffentlichen Meinung der Welt nicht geduldet wird, daß im Innersten Afrikas noch ein koloniales Volk besteht, wird aber fast geduldet, daß im Herzen Europas 16 Millionen Menschen der Freiheit entbehren müssen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn Sie im großen und ganzen mit diesen meinen Ausführungen einverstanden sind, dann können wir in der Tagesordnung weiter fortfahren.

40 Vgl. Nr. 2 Anm. 62.

Dufhues: Vielleicht darf ich Ihre Ausführungen noch um einige technische Punkte ergänzen, Herr Bundeskanzler. Die erste Frage ist die, ist der Vorstand bereit, den Bundesparteitag in Dortmund unter ein Gesamthema zu stellen und vielleicht das Gesamthema unseres Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen „Friede, Arbeit, Ordnung“ zu übernehmen? Die Frage ist also, ob dies erwünscht ist. (*Adenauer:* Auch für den Bundesparteitag?) Das würde den Wahlkampf erleichtern. (*Zimmer:* „Sicherheit“ ist z. B. nicht drin.)

Gerstenmaier: Herr Dufhues, während Sie das sagen, überlege ich mir, ob es wahr ist, was ich heute in der Zeitung gelesen habe, daß unsere dreißig- bis fünfzigjährigen Männer offenbar nicht mehr in ihrer Mehrheit uns wohlwollend sind.⁴¹ (*Dufhues:* Die SPD schreibt aber, daß sie in größerer Zahl zu uns gekommen sind.) Ich denke mir, daß es vielleicht die gesteigerte kritische Distanz in dieser Schicht unserer Zeit ist gegenüber solchen Formulierungen wie „Friede, Arbeit, Ordnung“.

Adenauer: Die Leute, die im Jahre 1945 15 Jahre alt waren, die also nur noch eine Erinnerung an die Vergangenheit haben, sind heute 32 Jahre alt. Wenn wir einen solchen Slogan – oder nennen Sie es, wie Sie wollen – oder Spruch nehmen, dann müssen wir an die jungen Leute und an die Zukunft denken. Und hierfür empfehle ich Ihnen ganz dringend, auf alle Fälle „Europa“ mit hineinzunehmen. Die Jugend denkt in der Tat an Europa und verspricht sich auch mit Recht etwas von Europa. Und gerade die Jugend müssen wir doch haben.

Dufhues: Das würde also bedeuten, daß wir diesen Spruch nicht übernehmen, sondern daß ein anderer übernommen wird. Vielleicht können wir das dem Bundesparteivorsitzenden überlassen.

Die zweite Frage lautet: Können wir die Übung vergangener Parteitage aufgeben, indem wir die Begrüßungsansprachen auf eine reduzieren? Es wird dabei ja nicht viel gesagt, sondern es sind meistens unverbindliche Worte. Wir könnten unsere Gäste bitten, sich auf einen Sprecher zu einigen. (*Blumenfeld:* Das können Sie nicht machen! Das ist doch ausgeschlossen!) Wir verlieren aber die beste Zeit für diese Reden.

Adenauer: Der Präsident des Parteitages kann mit den Leuten sprechen und ihnen sagen, jeder möchte sich auf vielleicht zwei Minuten beschränken. (*Blumenfeld:* Die italienischen Freunde müssen Sie in ihrer Rede zeitlich begrenzen.)

Dufhues: Die dritte Frage lautet: Wie ist es mit der Aussprache? Ich würde vorschlagen: Sie sprechen zunächst, Herr Bundeskanzler, am Sonntag. Am Montag vormittag sprechen die Herren Erhard und Blank. Im Anschluß daran würde ich die Aussprache zulassen über alle vorangegangenen Referate. Außerdem würde ich vorschlagen, für den Dienstag nach den Berichten aus den Arbeitskreisen eine Aussprache vorzusehen. Damit ist diese Frage auch für den Bundesparteitag gelöst. Würden Sie damit einverstanden sein?

41 Vgl. FAZ vom 10. Mai 1962 „Meinungsumfrage bei den Wählern“ (EMNID).

Zimmer: Eine technische Anregung: Damit die Beschickung der Arbeitskreise einigermaßen gleichgewichtig nach allen Richtungen hin erfolgt und auch der Ablauf der Diskussion dort gesichert wird, würde ich vorschlagen, daß diese durch die Landesvorsitzenden vorbereitet wird. Ansonsten würde ich anregen, genügend Zeit für den Abend des ersten Tages zu lassen, damit sich die Delegierten dort treffen können. (*Müllenbach:* Das ist vorgesehen.)

Adenauer: Lassen wir uns doch alle treffen. Warum nur Rheinland-Pfalz oder Berlin für sich? (*Zimmer:* Es geht darum, die Arbeitskreise richtig zu beschicken und den Ablauf der Diskussion vorzubereiten.) Mein lieber Herr Zimmer, ich schätze und achte und ehre die Landesparteien, überhaupt die Vorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden, aber ich möchte sie nicht bevollmächtigen, uns die Leute dorthin zu schicken. Auch hier müssen wir Freiheit gewähren. (*Heiterkeit.*)

Dufhues: Bei der Berichterstattung zu den Arbeitskreisen habe ich angeregt, die Frage zu prüfen, ob im Arbeitskreis „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ neben Herrn Schmücker noch ein Parteifreund sprechen kann, der sich mehr der Arbeitnehmerseite verpflichtet fühlt. Wie ich höre, haben die Vertreter der Arbeitnehmer in der Pause darüber beraten. Vielleicht kann Herr Blank etwas dazu sagen.

Blank: Wir wollen nach Dortmund gehen, weil wir bei der Gelegenheit im Hinblick auf den Wahlkampf unsere besondere Verbundenheit mit den Arbeitnehmern dartun wollten. Wir haben in der Pause darüber gesprochen. Ich möchte ausdrücklich sagen, der Herr Staatsminister a.D. Dr. Schmidt ist uns hochwillkommen, auch die Herren Schmücker und Etzel, aber es wäre vielleicht richtiger, wenn auch Herr Katzer in Erscheinung träte. Wenn Sie sich aufeinander abstimmen, dann läßt sich das schon machen.

Adenauer: Die Arbeitnehmer haben sich auf Herrn Katzer verständigt. (*Blank:* Wird das akzeptiert?) Ja!

Schmidt: Ist das als Korreferat oder als eine Teilung des zu behandelnden Problems aufzufassen? (*Zurufe:* Keine Aufteilung!) Ich wollte das nur klären. (*Dufhues:* Sie sollen sich gegenseitig ergänzen und durchdringen.)

Adenauer: Ich bin der Auffassung, daß sich die Kollegen Erhard und Blank zusammensetzen und das besprechen.

Dufhues: Ich halte es für richtig, daß sich die Herren Erhard und Blank mit den Herren Schmücker und Katzer zusammensetzen, um die Thematik dieses Arbeitskreises zu behandeln, damit keine Schwierigkeiten entstehen.

Ich würde weiter vorschlagen, daß sich die Parteifreunde, die für die Leitung, die Referate und die Berichterstattung vorgesehen sind, unmittelbar nach der Vorstandssitzung in den nächsten Tagen zusammensetzen, um die Behandlung der verschiedenen Themen in den Arbeitskreisen festzulegen und zu klären. Sie sollten auch von sich aus Anregungen für die Diskussionsbeiträge und die Formulierung der Entschlüsse geben. Letzten Endes muß die Verantwortung für die Diskussion, die Referate und die Berichterstattung bei denen liegen, die vom Parteitag bestellt worden sind. Ich bin gerne bereit, mich um eine

Koordinierung zu bemühen, aber die Verantwortung muß bei den Referenten und den Leitern liegen.

Adenauer: Wer ist das? Wer soll das machen? (*Dufhues:* Jeweils der Leiter eines Arbeitskreises. – *Krone:* Die Einberufung müssen Sie vornehmen.) Ich glaube, das ist absolut notwendig, sonst geht die Sache in verschiedene Richtungen. Leiter muß sein, wer das Ganze übernimmt.

Dufhues: Ich bitte die Herren, die die Repräsentanz übernehmen wollen, auch zu den Terminen zu kommen. Ihren Hinweis, Herr Bundeskanzler, darf ich so verstehen, daß ich mit dem Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier das Thema und die Thematik im einzelnen noch formuliere. Das würde also vom Bundesvorstand akzeptiert werden.

Adenauer: Herr Gerstenmaier, dann wären auch einige Worte von Ihnen notwendig. (*Gerstenmaier:* Diese Sache ist unabhängig vom Thema. Ich frage aber, wird das Grundsatzreferat vom ersten Tag vorher schriftlich vorliegen?) Ich weiß es nicht, aber streichen wir das Wort „Grundsatz“. (*Gerstenmaier:* Das Wort „Grundsatz“ wollen Sie streichen?) Ich möchte Sie bitten, mir etwas Freiheit zu lassen, weil kein Mensch weiß, wie die Welt an diesem Tage politisch aussehen wird. (*Gerstenmaier:* Also sagen wir: Rede des Ersten Vorsitzenden.) Ich rede nicht lange.

Gerstenmaier: Zu dem Grundsatzreferat – falls Sie es halten sollten – wäre ich der Meinung, daß es von großer Wichtigkeit für die Arbeitskreise ist, daß wir es vorher in der Hand hätten. Wenn es aber eine politische Rede zur Situation des Staates ist . . .

Adenauer: Herr Gerstenmaier, darf ich Ihnen sagen, was mir vorschwebt. Ich habe es heute vormittag schon angedeutet unter dem Eindruck der Vorgänge in der Democrazia Cristiana und unter dem Einfluß, den der MRP heute in Frankreich besitzt.⁴² Hier kann doch der Gedanke auftauchen: Ist die Zeit der christlichen Parteien vorbei? Ich möchte gerade unter Hinweis auf die kommunistische Gefahr in der Welt – die man nach meiner Meinung nicht groß genug sehen kann – darauf aufmerksam machen, daß nur eine auf christlich-humanistischer Basis stehende Partei allein dem kommunistischen Atheismus entgegentreten kann.

Gerstenmaier: Dann muß noch über die Denkschrift von Herrn Barzel, auf die man ja immer wieder kommen wird, gesprochen werden.

⁴² In Italien wurde am 21. Februar 1962 durch den Ministerpräsident Amintore Fanfani eine Koalitionsregierung aus Mitgliedern der Christlich-Demokratischen, der Sozialdemokratischen und der Republikanischen Partei gebildet, die von der Sozialistischen Partei Nennis unterstützt wurde (AdG 1962 S. 9686 f.). Bei der Wahl des neuen Staatspräsidenten am 6. Mai stimmten jedoch die Sozialdemokraten, die Republikaner und die Sozialisten nicht für den Kandidaten der Christlich-Demokraten, Antonio Segni. Dieser wurde im 9. Wahlgang mit den Stimmen der Christlich-Demokraten sowie der Liberalen, Monarchisten und Neofaschisten gewählt (AdG 1962 S. 9849). – In Frankreich trat am 11. April 1962 der Ministerpräsident, Michel Debré, zurück. Der von de Gaulle nominierte Nachfolger, Georges Pompidou, bildete am 15. April die neue Regierung, der fünf Mitglieder des MRP (Mouvement Républicain et Populaire) angehörten; sie demissionierten aber am 16. Mai wegen der Europapolitik de Gaulles (AdG 1962 S. 9810, 9862).

Dufhues: Nun kommt die letzte Frage: wo und wie eine Frau eingesetzt werden soll. Ich überlege gerade, ob wir Frau Schwarzhaupt⁴³ bitten sollten, die Leitung des Arbeitskreises II zu übernehmen. Wären Sie damit einverstanden, Herr Schmidt? (*Schmidt:* Ich bin sehr gern bereit. – *Etzel:* Das kann sie nicht. Das ist doch völlig ausgeschlossen. – *Zurufe:* Sehr richtig, das geht nicht!) Bin ich denn ermächtigt, diese Frage mit unseren Frauen zu behandeln und dann zu entscheiden?

Adenauer: Ich schlage vor, Ihnen diese Ermächtigung mit Freuden zu geben. – Können wir nun in der Tagesordnung fortfahren? Das Wort hat Herr Krüger.

Krüger: Ich möchte auf das zurückkommen, was Sie eben sagten, Herr Bundeskanzler, daß wir bei der Behandlung der Frage Berlins und der Wiedervereinigung nicht so sehr von unserem Recht Gebrauch machen, sondern mehr das Menschliche herausstellen sollen. Das ist grundsätzlich richtig; denn wenn man mit Ausländern spricht, sind sie damit sehr ansprechbar. Man könnte dabei auch noch die Frage nach den Deutschen jenseits der Oder-Neiße-Linie stellen. Von den Polen wird die Zahl mit 900.000 angegeben. Nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses des Auswärtigen Amtes vom vorigen Jahr sind es etwa 1,2 Millionen Menschen.⁴⁴ Ich meine, daß nach dieser Richtung hin ein Diskussionsbeitrag durchaus gebracht werden könnte. Wir brauchen nicht nur die außenpolitischen Verhältnisse zu berühren, sondern wir müssen auch zu den innenpolitischen Problemen Stellung nehmen. Ich würde hierzu im Arbeitskreis „Deutschland und Europa“ etwas sagen.

Diese Frage berührt noch etwas anderes. In den letzten Wochen ist von prominenten Politikern unserer Partei die Grenzfrage angeschnitten worden. Das mag im Grunde genommen richtig sein, aber ich halte es für verfehlt, daß das überhaupt geschieht. Das Memorandum der acht Evangelischen⁴⁵ hat leider – auch außenpolitisch gesehen – sehr großen Schaden angerichtet, vor allen Dingen deshalb, weil diese betreffenden Menschen von einem Punkt her zu dieser politischen Äußerung gekommen sind, der den Realitäten – wie Sie das z. B. in der Dokumentation des Auswärtigen Amtes zur Oder-Neiße-Linie⁴⁶ feststellen können – widerspricht.

43 Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986), Juristin; 1953–1969 MdB (CDU), 1961–1966 Bundesministerin für Gesundheitswesen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 252 Anm. 18.

44 Ergänzung zum Schriftlichen Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (3. Ausschuß) vom 9. Juni 1961 (Drs. IV/2807).

45 „Memorandum der Acht“ – Acht evangelische Persönlichkeiten übten Kritik an der Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung (FAZ vom 24. Februar 1962). Zur Oder-Neiße-Linie heißt es: „Wir sagen nicht Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengeben müssen.“ (AdG 1962 S. 9697 f.).

46 Auswärtiges Amt: Dokumentation „Oder-Neiße-Linie“. Urkundentexte und zusätzliche Erklärungen zur Frage der deutschen Ostgebiete vom Potsdamer Abkommen (2. August 1945) bis April 1959. 2. Aufl. Bonn 1959.

Vor allen Dingen ist es doch auch so: Wenn wir die Wiedervereinigung mit den 17 Millionen Menschen schon erreichen wollen, dann dürfen wir uns auf keinen Fall dieser Rechte begeben, die uns praktisch noch aus dem Potsdamer Abkommen⁴⁷ zustehen. Und wenn wir heute in unserer Partei erkennen lassen, daß ein großer Teil schon nach dieser Richtung hin völlig resigniert, dann weiß ich nicht, welche innenpolitischen Folgerungen für unsere zukünftigen Entscheidungen daraus erwachsen.

Ich erinnere daran, daß Sie bei keinem Angehörigen der SPD und auch der FDP z.Z. ein Abrücken vom Standpunkt der Bundesregierung feststellen, die davon ausgehen – wie dies auch im Jahre 1950 im Bundestag festgestellt worden ist⁴⁸ –, daß die zukünftige Grenzregelung einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regelung vorbehalten bleibt.

Wir können sehr zufrieden sein, daß, nachdem sich die Verbände der Vertriebenen zusammengeschlossen haben, hier eine völlig einheitliche Linie mit den politischen Parteien und vor allen Dingen mit der Regierung besteht und daß nach dieser Richtung von keiner Seite mehr irgendwelche Angriffe gegen die Bundesregierung erfolgt sind. Das sollte man einmal berücksichtigen, wenn man von unserer Seite zu diesen Fragen Stellung nimmt.

Es ist z. B. nicht akut, wenn über die Frage der Territorien gesprochen wird. Das ist nur durch das Memorandum der Acht hochgespielt worden. Und nun glaubt der eine oder andere, er müsse dazu etwas sagen. Er wird oft dazu herausgefordert durch Fragen von Journalisten. Wir erleben hier immer wieder, daß meist eine völlig falsche Darstellung gegeben wird, so daß dann stets eine Richtigstellung erfolgen muß.

Ich bin also der Ansicht, wenn wir uns auf die klare Stellungnahme der Regierungen zu dieser Frage beziehen, wenn wir uns die Disziplin angewöhnen, die erforderlich ist, und es vermeiden, über die Grenzfrage überhaupt zu reden, daß wir damit unserer Partei den größeren Dienst erweisen.

Ich bitte noch – und deswegen habe ich heute die Gelegenheit benutzt – die Landesvorsitzenden darum, in ihren Landesparteien darauf hinzuwirken, daß die Grenzfragen nicht erörtert werden.

Adenauer: Herr Krüger, ich meine, dem Parteitagspräsidenten – ich weiß nicht, wer es sein wird – sollte gesagt werden, er möchte in seiner Ansprache der Vertriebenen und diesem ganzen Fragenkomplex besonders gedenken.

Krüger: Damit bin ich einverstanden. Da an sich die Bundesregierung und wir auf einer Linie liegen, besteht gar keine Befürchtung, daß es irgendwie zu einer unerwünschten Diskussion kommen wird. Wenn der Präsident eine entsprechende Erklärung abgibt, ist die Sache erledigt.

47 Schlußkommuniqué der Konferenz der „Großen Drei“ (Stalin, Truman, Attlee) vom 17. Juli bis 2. August 1945. Zur Aktenlage vgl. Rudolf MORSEY: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969. 3. überarb. und erw. Aufl. München 1995 S. 131.

48 Interfraktionelle Erklärung zum Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie in der 68. Sitzung des Deutschen Bundestags am 13. Juni 1950. Vgl. Sten.Ber. 1. WP Bd. 4 S. 2457–2459.

Adenauer: Herr Dufhues wird uns noch mitteilen, wer der Präsident des Parteitages sein wird. (*Dufhues:* Das ist jeweils der örtlich Zuständige.) Also, der örtlich Zuständige, Sie haben es gehört, meine Damen und Herren, also Herr Dufhues. (*Dufhues:* Ja!) Wir können nunmehr übergehen zum Punkt 4 der Tagesordnung:

UNTERSUCHUNGEN ÜBER DAS GEISTIGE UND GESELLSCHAFTLICHE BILD DER GEGENWART UND DIE KÜNFTIGEN AUFGABEN DER CDU⁴⁹

Barzel: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich darf mich ganz kurz fassen in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit. Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, daß in der vorhergehenden Debatte viele Redner dafür eingetreten sind, dafür zu sorgen, daß auf dem Parteitag nicht etwas passiert, was als endgültig aufgefaßt werden könnte. Ich möchte mich vor allem bedanken beim Herrn Bundeskanzler, der so liebenswürdig gewesen ist, mich in den letzten Monaten wegen dieser Denkschrift zu empfangen.

Ich darf Sie an Ihren Beschluß vom 11. Dezember 1961 erinnern, der auf Antrag des Herrn Bundeskanzler hier gefaßt worden ist. Als ich diesen Beschluß annahm, dachte ich mir, die Erstellung dieser Arbeit wäre sehr viel leichter, weil ich hörte, daß eine Reihe von zuständigen Herren des Geisteslebens – seien es Professoren, seien es andere – bereit sein würden, in einer relativ kurzen Zeit ihre Erfahrungen und Vorschläge auf 10 oder 20 Seiten auf Papier zu bringen, die man dann diskutieren und redigieren könnte. Das war aber leider eine Illusion, weil die ersten Kräfte, die es in Deutschland gibt, stark überlastet sind mit sonstigen Verlagsarbeiten und Vorträgen. Sie sind zwar bereit, einen für einen Tag oder einen Abend zu empfangen; aber dann geht man weg und hat nur ein Verzeichnis von Literatur, so daß das meiste doch bei einem selber bleibt. Es ist auch nicht möglich, für drei Monate einen Sekretär oder Assistenten zu bekommen, so daß also diese Arbeit einen sehr starken persönlichen Charakter trägt.

Da ich, wie Sie wissen, katholischer Konfession bin und es um grundsätzliche Fragen ging, habe ich mich besonders bemüht, mit evangelischen Herren zu sprechen. Ich will keinen einzelnen nennen, aber ich darf mich besonders bei denen bedanken, die mir geholfen haben. Ich darf sagen, daß ich ein großes Verständnis auf dieser Seite gefunden habe.

Wenn Sie ein Urteil über diese Schrift abgeben, dann darf ich Sie bitten, dieses Urteil zu bemessen an dem Auftrag, der mir zuteil war, und nicht an anderen Dingen, die nicht zum Auftrag gehörten. Der Auftrag ist in der Schrift formuliert, und der Herr Bundeskanzler hat ihm zugestimmt. Ich bitte Sie auch, das Urteil zu bemessen an der

⁴⁹ Rainer BARZEL: Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Vorgelegt aufgrund eines Beschlusses des Bundesvorstands der CDU vom 11. Dezember 1961. O.O. 1962.

Zeit, die zur Verfügung stand, und schließlich an dem Maß, das ich selbst gesetzt habe in der Ziffer 3 dieser Schrift, wo es heißt „Diese Studie ist ein Versuch“. In der gesetzten Frist war es mehr ein erster Diskussionsbeitrag, aber kein abschließendes Ergebnis.

Der Verfasser bekennt, daß er schon zufrieden wäre, wenn der Bundesvorstand diese Arbeit als Grundlage von Erörterungen gelten ließe und zum Ausgangspunkt spezieller und gründlicher Prüfung von Einzelfragen nähme. Dies ist der Maßstab, den ich auch für die Beurteilung anzusetzen bitte. Und wenn ich hinzugefügt habe, auch in dieser Vorbemerkung: „Diese Studie stützt sich weitgehend auf wissenschaftlich exakte Ergebnisse, ist aber in der Sprache der Politik niedergelegt, stark verkürzt in den Einzelheiten und zusammenfassend formuliert“, dann bitte ich Sie, das gleichfalls hier noch gelten zu lassen.

Wenn jemand einen Roman schreiben will, dann kann man ihn nicht beurteilen aufgrund eines wissenschaftlichen Gutachtens und umgekehrt. Und was manche Vorwürfe betrifft, diese Schrift enthalte auch einige Gemeinplätze, Selbstverständlichkeiten und forsche Parolen, so möchte ich darauf sagen, daß wir schon seit Churchill^{49a} wissen, welche Bedeutung der Gemeinplatz und das Ressentiment in der Politik haben. Jeder weiß, daß es ungleich schwieriger ist, eine Sache in ein paar Sätzen zu formulieren, als sie in 20 Seiten etwa darzutun. Ich hätte Ihnen auch 1.000 Seiten vorlegen können, viel leichter als diese 200 Seiten, aber dann wäre es so kompliziert geworden, daß ich mich selbst nicht mehr hätte durchfinden können.

Ich habe noch eine Bitte. Wir sind eine Union, und das ist ein Ort der Toleranz. Zur Toleranz scheint mir zu gehören, daß wir jedem seine Handschrift zubilligen. Es ist nicht eine Union von Uniformität oder ein Verein zur Sterilisation, sondern wir wollen jedem seine Geistigkeit gelten lassen, soweit sie vorhanden ist.

Ich habe mich deshalb bemüht, aus dem Abstand – es ist schon sechs Wochen her – noch einmal die Studie zu lesen. Ich habe die Pressestimmen gelesen und die Briefe, die mir zu dieser Studie zugegangen sind. Gleichwohl – das sage ich nach ernsthafter Prüfung – möchte ich erklären, daß ich voll und ganz zum Inhalt dieser Studie stehe wie auch zu der Art dieser Arbeit. Sie ist nun einmal meine auf redlicher Überzeugung gegründete Auffassung. Ich erwarte nicht, daß diese meine Überzeugung die von Ihnen allen ist.

Ich hoffe sehr, daß ich durch diese Diskussion, die wir haben werden – und die hoffentlich nicht im Sinne eines Begräbnisses 1. Klasse enden wird –, viele Gesichtspunkte erfahren werde, die dann dazu führen können, daß ich meine Überzeugung in der einen oder anderen Frage akzentuiere.

Sollten Sie aber daran denken, hier weiterzugehen und diese Studie zu einer Grundlage für eine offizielle Äußerung der Union zu machen, dann bin ich gerne bereit, mich in Disziplin und Toleranz einzuordnen. Gleichwohl möchte ich Sie darum bitten, heute dem Grunde nach auch einen Beschluß zu fassen und hierbei

49a Sir Winston Churchill (1874–1965), 1940–1945 und 1951–1955 brit. Premierminister.

zu berücksichtigen, daß 1. diese Arbeit nicht mein privates Hobby war; 2. es eine von mir nicht bewirkte öffentliche Diskussion gegeben hat, die auch nicht frei von Böswilligkeiten ist; 3. den Beschluß zu fassen hinsichtlich meiner Beteiligung am Parteitag. Denn die Nachfrage nach Exemplaren dieser Arbeit gerade aus unserer Union im Bund und in den Ländern ist so stark, daß man sich nach meiner Meinung auch schon deswegen zu einem Beschluß hier durchringen muß.

Ich möchte aber darauf verzichten, einen Vorschlag zu weiterem Procedere zu machen. Durch die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Frage der Eigentumsbildung⁵⁰ sowohl in der Gesellschaftspolitik wie in den grundsätzlichen Ansätzen der Politik wäre einiges nachzutragen. Ich habe mich bemüht, das heute in einem Aufsatz im „Rheinischen Merkur“ zu tun.⁵¹ Ich meine deshalb, daß ich Ihnen einige Worte schuldig bin über die Kritik, die geäußert worden ist.

Der erste Punkt aus den Reihen des Vorstandes lautet, die Arbeit sei zu kompliziert, zu unverständlich und zu lang; der Vorstand könne nichts damit anfangen. Der zweite Punkt war die Kritik aus der Zone. Darüber will ich mich nicht auslassen. Der dritte Punkt war die Kritik in der „Kölnischen“ und „Bonner Rundschau“ vom 28. April 1962, worin gesagt wurde:

„Die Aussichten Barzels, zum Parteitheoretiker aufzurücken, sind nicht allzu gut. In einigen christlich-demokratischen Kreisen wird bereits offen die Meinung vertreten, diese Studie sei keine Studie, sondern ein etwas in die Breite geratenes erbauliches Traktat, allenfalls als Vorlage für Wahlkampfreden auf Orts-, höchstens Kreisebene geeignet.“

Ich habe das mit Schmunzeln zur Kenntnis genommen. (*Adenauer*: Das war doch ein Lob!) Ja! (*Krone*: Wer ist der Verfasser?) Ein Herr Iserlohe⁵². Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“⁵³ war so „liebenswert“, dieser Studie, bevor sie überhaupt da war, ihre Aufmerksamkeit zu widmen mit der Überschrift „Der falsche Wegweiser“, und sie hat dann in einem später erschienenen Artikel Kritik geübt, aber nicht am Inhalt, sondern gesagt, ich sei der Faszination schöner Worte erlegen. Jedenfalls fasse ich das nicht als eine echte Kritik auf. Ich hätte mich aber gefreut, wenn sie sachlich geblieben wäre.

Ernster zu nehmen ist ein kritischer Artikel in der „Neuen Zürcher Zeitung“.⁵⁴ Am ernstesten nehme ich persönlich einen Aufsatz in der Zeitschrift „Christ und Welt“ vom 11. Mai 1962. Aber auch hier wird gesagt, diese Schrift von mir trage einen katholischen Duktus. Und das, so muß ich gestehen, ist ein wenig schmerzlich. Ich

50 „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung – Eine evangelische Denkschrift zur Eigentumsfrage in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 6. April 1962. In: Die Denkschriften der EKD. Texte und Kommentar. Hg. von Karl-Alfred Odin. Neukirchen 1966.

51 „Rheinischer Merkur“ vom 11. Mai 1962 „Die unaufgebbare Basis. Zur Debatte über die Reform der christlich-demokratischen Parteien“.

52 Norbert Iserlohe (1930–1985), Journalist; 1959–1985 Redakteur der „Kölnischen Rundschau“. Vgl. Anm. 32.

53 Vgl. Anm. 34.

54 NZZ vom 3. Mai 1962 „Gespräche über eine Parteireform in der CDU“.

nehme es sehr ernst. Offensichtlich ist mein Bemühen, mich mit den evangelischen Freunden zu verstehen, nicht überall richtig durchgekommen.

Es liegen auch ganz andere Voten von namhaften evangelischen Theologen vor. Ich bin gerne bereit, über diesen Punkt in der Diskussion jetzt noch mehr zu sagen. Ich hoffe allerdings nicht, daß für uns in der Union etwa der katholische Duktus identisch wäre mit einem evangelischen Postulat.

Gleichzeitig bin ich informiert worden – ich habe es noch nicht gelesen –, daß das „Echo der Zeit“ aus Recklinghausen in dieser Woche auch einen kritischen Aufsatz schreiben wird⁵⁵, in welchem steht, daß in einigen Punkten auch katholische Forderungen nicht genügend formuliert seien. Ich will nun nicht sagen, ich liege wunderbar in der Mitte, sondern man sollte diese Dinge sehr sorgfältig prüfen.

Ich hatte vor, in einem zweiten Kapitel das zu tun, was ich am Schluß sage, nämlich Anregungen für die künftige Arbeit der Union zu geben. Ich möchte heute davon absehen, weil ich erst über das, was jetzt vorliegt, ein Urteil haben will. Ich möchte also das Bild nicht weiter verwirren. Es ist zunächst einmal genug Stoff da für die Diskussion. Lassen Sie mich noch einige wenige Worte zum Schluß dieser Einführung sagen. Ich will es ganz schlicht ausdrücken. Ich bin der Auffassung, daß unsere Union, wenn sie eine Zukunft haben soll und eine Volkspartei bleiben will, ein geistiges Band braucht, das sie eint und eine gemeinsame Politik möglich macht, daß sie ferner eine Konzeption für die einzelnen Sachgebiete braucht, wobei nicht der Interessenausgleich des Tages mit einer Konzeption verwechselt werden darf.

Ich habe geschrieben, daß die Sozialdemokratie eine Nachlaufbewegung der Union geworden ist und zu einer Partei werden will, die ihre Aufgaben der Demoskopie entnimmt. Darauf habe ich dann einige Antworten zu geben versucht. Der verfassungspolitische Auftrag, den wir als Partei haben, nämlich mitzuwirken bei der Willensbildung des deutschen Volkes nach Artikel 21 des Grundgesetzes, heißt nicht, daß wir uns darauf beschränken dürfen, nur einseitig unsere Pflicht zu tun, sondern wir haben auch die Pflicht, an der öffentlichen politischen Diskussion teilzunehmen.

Hier möchte ich ganz offen einer Sorge Ausdruck geben, die Sie vielleicht verwundert aus meinem Munde hören. Ich habe gesagt, wie positiv ich die Denkschrift der evangelischen Kirche bewerte. Müssen wir uns nicht auch Rechenschaft darüber geben, daß hier die Kirchen in ein Vakuum vorstoßen, das wir aufzufüllen haben, und daß wir als eine christliche politische Partei in eine nicht ganz bedenkenfreie Situation kommen werden, weil wir keine Entwürfe nach vorne liefern, keine Idealbilder an die Wand malen und keine große Konzeption liefern, die Kirchen das aber tun und wir nachkommen müssen und nur an diesen Voten gemessen werden? (*Bewegung. – Zurufe: Nicht klar!*) Ich bin dankbar dafür, daß die Kirchen das tun. Aber wenn wir in ein Vakuum kommen, dann sollten wir dieses Problem sehen. Wir sollten sehen, daß bei unserer Jugend – bei der akademischen Jugend insonderheit – immer wieder

⁵⁵ „Das ‚C‘ im Namen bleibt“ („Echo der Zeit“ vom 13. Mai 1962).

gefragt wird nach irgendeiner geistigen Visitenkarte der Union. Ich weiß, was wir im Programm haben. Ich kenne auch die Dinge, die es in Frankfurt vor der Wahl um die Düsseldorfer Leitsätze⁵⁶ gegeben hat.

Ich meine deshalb, wir müssen auf diesem Gebiet neue Überlegungen und ein paar neue Formulierungen machen. Sie dürfen nicht vergessen, daß wir seit vielen Jahren in der Regierung sitzen und dabei nicht als eine neue, sondern als die alte Kraft angesehen werden. Wenn hier nicht etwas geschieht, dann wird bald der Unterschied in der Fragestellung nur noch lauten: Wer hat schon regiert und wer noch nicht? Das wäre allerdings für uns eine sehr schlechte Alternative. Wir brauchen also konkrete Sachkonzeptionen mit Überschriften, die die Sache verständlich machen.

Deshalb habe ich die Bitte an die Bundesregierung, wenn sie jetzt mit dem Sozialplan und dem Finanzplan für die Legislaturperiode⁵⁷ herauskommt, dann bitte nicht nur ein Bündel von Gesetzen in der Sprache des Amts, sondern eine Überschrift, die das Ganze für vier Jahre meßbar und verständlich macht. Und da bitte ich, keine Angst vor Gemeinplätzen zu haben.

Noch etwas aus der Praxis! Es ist gut, in die Vergangenheit zu gehen; dann ist die Gegenwart nicht zu hart. Unser Parteitag im Jahre 1957 in Hamburg hatte als Parole die Themen „Wohlstand für alle“ (Erhard) und „Eigentum für jeden“ (Arnold) herausgestellt. Jeder von uns hatte eine Fülle von Vorschlägen, aber diese Parole war notwendig, weil die Partei vorher eine Konzeption nicht erarbeitet hatte.

So glaube ich, daß auch diese Unlust, die sich aufgrund der EMNID-Zahlen in der Bevölkerung ausdrückt⁵⁸, mit darauf zurückzuführen ist, daß wir nicht sofort nach der Wahl eine Konzeption lieferten, so daß der Eindruck entstanden ist – ob berechtigt oder nicht –, daß wir uns erst jetzt darum bemühen, einen Gesetzgebungskatalog für die nächsten vier Jahre zu finden. Das mag alles richtig sein, aber in der Öffentlichkeit, so scheint es mir, herrscht doch dieser Eindruck vor.

Am Schluß möchte ich Ihnen – eine Überzeugung, die Sie vielleicht nicht haben – eine Art Denkmodell vortragen. Ich glaube nicht, daß irgendwo steht, die Christlich-Demokratische Union sei für ewige Zeiten die tonangebende Kraft. Es ist vielleicht so, daß auf lange Sicht eine kleine sozialistische und eine liberale Gruppe miteinander konkurrieren und dazwischen eine Traditionskompanie von letzten Christen hier tätig sein wird. Ich meine, das bietet uns Grund zu Überlegungen und veranlaßt uns, etwas mehr über uns selbst nachzudenken.

56 Die hessische CDU und ihr Vorsitzender Werner Hilpert hatten gegen Teile des Programms am 17. Juni 1949 schriftlich protestiert und eine Veröffentlichung abgelehnt. – Vgl. Brigitte KAFF: Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1991 S. 632 Anm. 4.

57 Bericht der Bundesregierung (Sozialbericht 1962) über die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie die Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen und über die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherungen (Drs. IV/641 – Sten.Ber. 4. WP. Bd. 51, 48. Sitzung vom 14. November 1962 S. 2121–2147).

58 Vgl. Anm. 41.

Daß das in der Partei der Fall ist, habe ich erfahren dürfen. Ich lade jeden ein, sich meinen Schreibtisch anzusehen mit den Briefen an und von den Universitäten usw. Hier ist in der Tat ein Bedürfnis vorhanden, über den Geist, der dahintersteht, zu diskutieren. Ich wiederhole: Dieses Bedürfnis ist da. Und wenn wir uns an dieser Diskussion nicht beteiligen, dann fürchte ich, werden wir keine gute Entwicklung nehmen.

Ich bedanke mich, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, diesen arbeitsreichen ersten Diskussionsbeitrag schriftlich zu leisten und mündlich mit einigen allgemeinen Bemerkungen zu ergänzen. Es war auch nicht mein Auftrag, mehr als einen Diskussionsbeitrag zu leisten. Mehr war auch nicht mein Ziel. Was ich getan habe, ist eine redliche Bemühung mit viel Fleiß. Der Herr Bundeskanzler hat diese Arbeit und diese Aufgabe angeregt. Ich habe mich bemüht, sie weiter zu tragen.

Nun liegt es an Ihnen, meine Damen und Herren, durch Beschlüsse dafür zu sorgen, daß es weitergeht, oder aber – diese Frage ist natürlich – Sie verwerfen diese Arbeit auch als Grundlage und bitten einen anderen, das zu tun mit einem hoffentlich glücklicheren Ende. (*Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben wohl alle das Gefühl, einen großen Dank für die Arbeit zum Ausdruck zu bringen, die vor uns liegt. Wenn man die ganze Sache so ernst nimmt, wie man sie nehmen muß, dann dürfen Sie nicht so verärgert sein wegen der Kritik, Herr Barzel. Aus dem, was Sie gesagt haben über die Kritik in den Zeitungen ... (*Schmidt:* Ich glaube nicht, daß er das so gemeint hat!) Was hat er nicht so gemeint? Lassen Sie mich doch bitte einmal aussprechen, Herr Schmidt! Ich darf doch wohl meine Meinung sagen! Der Gedanke dazu ist doch von mir ausgegangen, Herr Schmidt. Ich habe doch hier angeregt, einmal eine Untersuchung darüber zu machen – ich gebrauche jetzt etwas andere Worte –, wie die Welt des Jahres 1962 ist und inwieweit sie anders ist als die Welt des Jahres 1945.

1945 lagen wir am Boden. Wir hatten einen schrecklichen Krieg hinter uns. Wir waren ein besetztes Land hier. Wir mußten wieder aufbauen. Gleichzeitig kam aber auch ein ungeheurer Fortschritt in der Technik, die den Menschen verändert hat. Meine Sorge geht nun dahin, ob wir auch in der Zukunft die führende Partei in Deutschland bleiben. Ich habe eben erklärt, was ich auf dem Parteitag sagen will. Ich habe von der drohenden Gefahr des Kommunismus gesprochen. Ich meine jetzt nicht nur den politischen Kommunismus, sondern dies ganze Denken, das ihm zugrunde liegt, nämlich die Materialisierung des menschlichen Denkens ganz allgemein.

Deshalb lege ich so großen Wert darauf, daß diese Studie fortgesetzt wird. Sie schreiben auf der Seite – leider Gottes hat sie keine Seitenzahlen –, aber unter der Ziffer 3 heißt es: Diese Studie ist ein Versuch. – Sie ist ein dankenswerter Versuch, ja mehr als ein Versuch, wenn die Untersuchungen von Ihnen weiter fortgeführt werden. Dabei kommt es mir weniger darauf an, die Kapitel zu lesen zu unserer Ehre und zu unserem Ruhm und über das, was wir geleistet haben, sondern es wäre für mich sehr wichtig, wenn ein Kapitel darin wäre, wie sich die Sozialdemokratische Partei seit

dem Jahre 1945 verändert hat, damit wir so ein möglichst genaues Bild der Gegenwart bekommen.

Dabei kann natürlich eine Rolle die Frage spielen, ob wir berufen sind, auch in Zukunft dem deutschen Volke und dem allgemeinen Wohl zu dienen. Wir haben lange über dieses Buch gesprochen. Ich würde es mehr aktivieren und konzentrieren. Ein so dickes Buch wird zu wenig gelesen. Ich würde es auch nach der einen oder anderen Seite hin ergänzen, z. B. nach der kulturellen Seite; aber auch nach der Seite der SPD hin. Ich bin der Auffassung – ich kann nur meine persönliche Auffassung wiedergeben, der eine oder andere, mit dem ich darüber gesprochen habe, war anderer Meinung –, daß diese Studie bis zu einem vollendeten Werk noch weiter durchgearbeitet werden muß.

Die Zeit, die Ihnen zur Verfügung stand, war zu kurz. Sie haben völlig recht, wenn Sie sich darüber beklagt haben, daß Sie keine Hilfe bekommen haben. Sie konnten zwar zu diesem oder jenem gehen, man sprach mit Ihnen, aber dann saßen Sie wieder allein da. Das vermindert nicht das, was ich gesagt habe. Ich könnte nun weiter hinweisen auf das Verdienst an Ihrer Arbeit; aber ich meine, es ist nicht unsere Aufgabe, nur zu sagen, das ist eine ausgezeichnete Arbeit – um dann aufzuhören.

Ich meine also, Sie sollten sich diesem Untersuchen weiter widmen. Ich meine nicht andauernd, dafür haben wir Sie zu nötig in der aktiven Politik, aber Sie sollten sich dieser Untersuchung weiter widmen. In meinen Augen sieht es so aus: Wenn ich an die Kriminalität z. B. denke, dann befinde ich mich im Gegensatz zu Ihnen; denn Sie sagen, der christliche Gedanke sei stärker geworden. Ich sage Ihnen, er ist nicht stärker geworden, im Gegenteil, er ist schwächer geworden. Und die Welt wird immer mehr laizistischer. Darüber müssen wir uns klar sein, namentlich wir als eine christliche Partei. Dann sieht sich manches anders an, als Sie es jetzt sehen.

Ich frage mich manchmal, ob wir wirklich unsere Pflicht erfüllt haben, ob nicht die Not, in der wir uns nach dem Zusammenbruch befunden haben, uns alle miteinander dazu gebracht hat, zu materiell zu denken, so daß der geistige Aufbau, wie ich fürchte, noch in seinen ersten Anfängen steckt. Wenn man das durch eine Untersuchung wirklich feststellt, dann kommt das zweite: Was können wir dagegen tun in der Zukunft?

Ich bitte Sie aber dringend, seien Sie nicht so empfindlich und nehmen Sie das nicht übel, was ich gesagt habe. Ich erkenne Ihre Arbeit restlos an, auch daß Sie diese Studie in drei Monaten fertiggestellt haben, ist wirklich etwas ganz Großes. Sie dürfen also nicht ruhen, sondern sollten weiterarbeiten. Diese Untersuchung ist auch nach der geistigen Seite hin zu ergänzen. Das gilt vor allem für die Mentalität, die jetzt vorhanden ist, die ich geradezu für fürchterlich halte. Sie droht, auch uns zu überrollen.

Sie sehen also, wie ich fürchte, die Welt zu rosig an. Ich sehe sie viel weniger rosig an. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, aber ich bitte Sie, sich hier einige Seiten mal anzusehen, damit Sie erkennen, welche Arbeit ich darauf verwendet habe. So können Sie Seite für Seite durchgehen, auf denen ich meine Bemerkungen dazu

gemacht habe. Sie sehen auch, wie ich selbst mit mir dabei gerungen habe. Ich bin also kein flüchtiger Leser, denn ich schätze die Arbeit und die ganze Aufgabe hoch.

Nun weiß ich nicht, was wir jetzt noch tun sollen in einer Diskussion, auch in einer Diskussion im Bundesparteiausschuß. Ich glaube, daß kaum die Hälfte der Parteiausschußmitglieder diese Arbeit studiert hat. (*Schmidt*: Der Bundesausschuß hat es noch nicht bekommen!) Er soll es jetzt bekommen. Es ist vorgesehen, daß am Tage vor dem Parteitag in Dortmund über diese Studie diskutiert werden soll. Hier habe ich eine gewisse Sorge, daß man nämlich der Aufgabe und der Arbeit von Herrn Barzel nicht gerecht wird, weil die Aufgabe so schwer und so entscheidend für unsere Zukunft ist.

Weil Sie es so energisch angepackt haben, wünsche ich Ihnen jetzt noch sechs Monate Zeit dazu. Dann werden Sie noch manches ergänzt haben; vieles werden Sie auch weggelassen haben, was Ihnen dann nicht mehr notwendig erscheint. Dann werden Sie, das nehme ich als sicher an, ein wirklich grundlegendes Werk für die Zukunft unserer Partei geschaffen haben. Ich wiederhole nochmals: Ich erkenne es restlos an, aber ich sage, Sie sind noch nicht fertig damit!

Gerstenmaier: Sie können sich vorstellen, daß ich Ihre Studie mit großem Interesse gelesen habe. Es sind neuerdings solche ganz modernen Worte fällig. Darin ist z. B. als Wortträger der Landesbischof von Hannover, Hanns Lilje⁵⁹, ein Künstler. Bei ihm gehört das Wort „erregend“ zu einer besonderen Kategorie. Ich mache um solche Wörter einen großen Bogen, aber diesmal, erlauben Sie mir bitte, lieber Freund Barzel, ausnahmsweise einmal davon Gebrauch zu machen. Als ich nämlich Ihr Buch las, war es für mich wenigstens passageweise erregend. Ich habe mir so viele Notizen gemacht, daß es keinen Zweck hat, auch nur mit einer hier anzufangen.

Zur ganzen Beurteilung stimme ich dem Herrn Bundeskanzler bei. Sie haben sich darum bemüht – und das gehört mit zu diesem Erregenden an dieser Untersuchung –, sich mit dem Tatbestand auseinanderzusetzen, daß die CDU geboren ist aus einer Welle der Rechristianisierung unseres Volkes, die spontan ausgebrochen war. Daß diese aus der Rechristianisierung geborene Partei nunmehr vor der Frage steht, was wird aus ihr beim Vormarsch des Säkularismus, kann nicht in Abrede gestellt werden.

Nun bitte ich vor allem zu prüfen, Herr Katzer, ob dieser soziale Standard – der begrüßt werden muß – die Meinung des Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes darstellt, wenn dort vom sozialen Rechtsstaat gesprochen wird. Ich weiß nicht, ob dieser ganze Lebensstandard unter diese Artikel fällt, oder ob er nicht vielmehr ein schlichter Ausdruck der Säkularisierung ist, die deshalb nicht gefahrloser ist, weil sie sich mit kirchenfreundlichen Attitüden verbindet. In der Weimarer Republik und im Kaiserreich ließ man die Kirchen meist rechts liegen und hat sich mit ihnen nicht viel auseinandergesetzt. In der Weimarer Zeit war es eher kirchenfeindlich, nun aber ist

59 Dr. Hanns Lilje (1899–1977), 1945–1973 Mitglied des Rates der EKD (zeitweise stv. Vorsitzender), 1947–1971 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover. Vgl. PROTOKOLLE I S. 55 Anm. 3.

es kirchenfreundlich. Das ändert aber nichts daran, daß der allgemeine Trend rasant säkularisiert ist. Es ist also klar, daß wir uns in dieser Situation mit der Existenzfrage befassen müssen: Wo stehen wir und wohin gehen wir?

Ich bin der Meinung, daß hier eine Reihe von interessanten und wichtigen Bemerkungen niedergelegt sind. Ich stimme dem Herrn Bundeskanzler zu, daß zu einer Diskussion innerhalb der Partei eine Straffung der Studie nützlich ist, so daß man z. B. auf die analytischen Passagen weitgehend verzichten könnte. Das gilt auch überall dort, wo es sich um die Definition etwa des Freiheitsbegriffes handelt und Sie sich darum bemühen. Ich habe mir diese Passagen notiert, und ich glaube, daß man hier von einer Straffung sprechen könnte. Man könnte z. B. auch nach meiner Meinung die Abschnitte 93 bis 98 und 102 streichen; das gleiche gilt für die statistischen Angaben der Abschnitte 47 bis 63. Man könnte vielleicht auch einige entscheidende Punkte, die für das Selbstverständnis und die Programmatik der CDU von Bedeutung sind, straffen. Aber ich rede nicht deshalb, um hier eine Diskussion dieser Art zu eröffnen, sondern nur um die Frage zu klären, was soll damit auf dem Parteitag geschehen.

Die Aussprache, die wir hier geführt haben über die Einteilung der Arbeitskreise und die Behandlung der Diskussion auf dem Parteitag und auch das, was wir in der Mittagspause besprochen haben, drängt mich zu der Frage, ob ich mich mit unseren Ministerpräsidenten zur Freude aller Leute über den Sinn und die Bedeutung des Artikels 30⁶⁰ – dieses traurigen Artikels im Grundgesetz – unterhalten soll. Aber dann sage ich: Nichts davon!

Die Herren hier waren der Meinung, das einzig Bewegende, was in diesem Arbeitskreis diskutiert werden könne, sei das Werk von Barzel. Nun frage ich, meinen Sie, man könnte sich darauf direkt oder indirekt einlassen? Wenn man es auch nicht dem Titel nach im Arbeitskreis III macht, so wird doch das Thema irgendwie zum Vortrag kommen und in der Diskussion behandelt. Über das, was man hier als Satzungsänderung vor hat, sollte man kein Wort mehr verlieren; was geht das den Bundesparteitag an! Sollen wir diese Diskussion noch einmal wiederholen? Ich würde empfehlen, diesen Arbeitskreis III von Organisations-Reden möglichst zu entlasten.

Auch die Vorschläge von Herrn Barzel – unter seinen 18 Punkten hat er vier aufgeführt – sollten nicht zum Gegenstand des Arbeitskreises gemacht werden. Die Frage der Ämterhäufung ist natürlich ein sehr attraktives Thema. Auch zu den Fragen der hauptamtlichen Mitarbeiter und des Parteisenats würde ich empfehlen, wenn schon darüber gesprochen werden soll, dann sollte man es im Bundesparteiausschuß tun, der für solche Sachen eher zuständig ist.

Es bleibt also für den Arbeitskreis das übrig, was von programmatischer Bedeutung für die Union heute und morgen ist. Aber das läßt sich unmöglich abstrahieren von der politischen Materie. Dabei sind natürlich Fragen über die Europapolitik

60 GG Art. 30 befaßt sich mit der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt.“

und die Orientierung Deutschlands zwischen Ost und West für uns verhältnismäßig einfach. Schwieriger und kritischer wird es – worauf Herr Barzel hinaus will, und da stimme ich ihm zu –, wenn wir uns in klarer und präziser Weise mit dem auseinandersetzen, was man neuerdings Gesellschaftspolitik nennt. Das ist wieder so ein Wort! Mein lieber Freund Katzer! Wollen Sie im Arbeitskreis III eine Diskussion des Barzel-Berichts unter solchen Programm-Absichten?

Ich bin der Meinung, daß es Möglichkeiten gibt, Herrn Barzel für seine Leistung in angemessener Weise auf dem Parteitag – ich will nicht sagen, Genüge zu tun, aber zu danken, ohne daß er damit abgefeuert wird in einem honorigen protokollarischen Akt. An dem ist es nicht. Es spielt noch eine Rolle der Artikel in der Zeitschrift „Christ und Welt“, den ich noch nicht gelesen habe, aber wenn man dort von einem katholischen Duktus spricht, will man nicht eine Kritik anbringen, sondern in deren Sprache das sagen, was Barzel erklärt hat. In einem Exemplar fand ich die wegweisenden Worte meines Freundes Lilje „Wer einmal aus dem Blechnapf frißt“. Nun, wir haben gemeinsam in Tegel aus dem Blechnapf gegessen. Und wenn ich das sehe, frage ich mich, was macht Herr Barzel hier. Will er zeigen, wie nahe wir kirchlichen Lehrmeinungen in unserer Politik kommen oder zu erfüllen haben? Verzeihen Sie bitte, aber das ist das, was die kritischen Leute als katholischen Duktus ansehen.

Die Frage ist nun, Herr Bundeskanzler, soll man in dieser Weise auf dem Parteitag auf die Sache eingehen, oder soll man beschließen, was man sich auch denken könnte, das machen wir nicht, sondern es muß jetzt zunächst noch präzise gearbeitet werden; wir bilden im Auftrag des Vorstandes eine Kommission, die sich den Grundentwurf vornimmt und sagt, diese oder jene Passage lassen wir heraus, dieses und jenes kommt hinein, um es dann – vor einer weiteren Behandlung innerhalb der Partei – noch einmal im Bundesvorstand zu besprechen?

Hellwig: Es wird manchem so ergangen sein wie mir. Zunächst habe ich einige Zeitungsberichte gelesen und dann erst das Original gesehen. Ich muß Ihnen sagen, ich war angenehm enttäuscht. Nun, ein erheblicher Teil der Kritik kommt aus einer polemischen Grundveranlagung einer gesteuerten Presse, die auch mit einer völlig anderen Formulierung des behandelten Themas nicht hätte vermieden werden können. Ich habe Herrn Barzel schon gesagt, es sei eine Steinbrucharbeit, die er auf diesem Gebiete habe tun müssen, wobei er die Blöcke vielfach selbst habe heraussprengen müssen. Diese Arbeit verdient anerkannt zu werden. Die Anerkennung muß darin bestehen, daß wir uns mit dieser Arbeit auseinandersetzen. Ich kann mir nicht denken, daß eine solche Arbeit als der Entwurf eines Manifestes für den Bundesparteitag gedacht war. Ich möchte aber meinen, daß der Parteitag in irgendeiner Weise davon Kenntnis nehmen sollte.

Im Parteiausschuß sollte durch ein Referat das Wichtigste zusammengefaßt und dann zur Diskussion gestellt werden. Diese Diskussion ist nicht eine Angelegenheit von zwei oder drei Herren, sondern dieses Werk verdient eine ausführliche Diskussion in den verschiedenen Parteigremien. Ich glaube, daß für die endgültige Form einer Veröffentlichung noch eine Fülle von Anregungen gegeben werden. Herr Barzel hat

angekündigt, daß noch verschiedene Ergänzungen notwendig sind. Es soll auch eine Straffung durch Vermeidung von Wiederholungen vorgenommen werden.

Widersprüche müßten noch einmal überprüft werden. Damit komme ich zu einem kritischen Punkt. Wir sind nunmehr seit einigen Wochen im Besitz eines Beschlusses des Bundestages, über den Haushalt den Parteien in einem größeren Umfange Mittel zur Verfügung zu stellen.⁶¹ Die Frage ist, ist hier nicht ein Schritt zur Verstaatlichung der politischen Parteien geschehen, der im Hinblick auf bestimmte Formulierungen in Ihrer Studie einmal hinsichtlich der Vereinbarkeit überprüft werden muß?

Nun möchte ich einmal die Position der CDU/CSU darstellen, aber nicht in ihrer geistigen und weltanschaulichen Situation, auch nicht im Hinblick auf die Gefahr der Säkularisierung und des Materialismus, sondern rein institutionell; denn die Situation ist heute ganz anders geworden als in der Zeit der Ausgangsphase. Die Parteien sind Teile der Verfassung geworden, und der einzelne ist diesem Staat weiter entrückt, als er es in früheren Zeiten der parlamentarischen Demokratie gewesen ist. Nun ist vorhin von dem berühmten Vakuum gesprochen worden, einem Vakuum zwischen dem einzelnen und dem Staat plus Parteien. Sie haben das Beispiel von programmatischen Äußerungen der Kirchen in diesem Vakuum gebracht.

Nun könnte ich Ihnen die ganze Problematik der großen Verbände aufzeigen, z. B. den sozialen Defätismus, der den einzelnen Menschen in bestimmte Organisationen und Gruppenbildungen hineinbringt, und zwar nach dem Gesetz der großen Zahl, um Macht zu erringen zur Durchsetzung verschiedener Forderungen. Ich habe das Gefühl, daß in der Studie etwa festgestellt wird, die CDU sei die Integration der Verbände oder müsse es sein, ohne die Frage geprüft zu haben, ob nicht diesem Streben nach einer bestimmten organisatorischen Heimat die Partei selbst viel unmittelbarer entsprechen könnte und müßte, um damit den Verbänden gegenüber ihren eigenen Anspruch anzumelden. Wenn wir diese Resignation zu Ende denken, wird die Partei vielleicht eine Partei der Verbände nach dem Modell der Labour Party.

Diese Probleme scheinen mir über das Institutionelle von Partei und Staat hinaus auch eine Vorbelastung für wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen zu sein, denn die Verbände in diesem Vakuum leben doch davon, Forderungen an den Staat zu stellen. Der Neidkomplex, den zu wecken immer wieder in der Versuchung und in der Macht von Verbandsführungen liegt, ist bereits erforscht als ein Instrument der Führung von Massenvereinigungen. Und hier droht die Gefahr der Denaturierung einer gesellschaftspolitischen Vorstellung, die die Partei eigenständig gegenüber den Verbänden entwickeln und durchsetzen will. Das möchte ich noch zur Ergänzung sagen.

61 Der Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1962 sah in Kap. 06 02 Tit. 612 für die Aufgaben der Parteien nach Art. 21 GG 15 Millionen DM vor. Die von der SPD beantragte Streichung wurde am 5. April 1962 abgelehnt (Sten.Ber. 4. WP Bd. 50 S. 862 f. und S. 876).

Herr Bundeskanzler! Ich betrachte die Arbeit als einen sehr erfreulichen Auftakt für die weitere geistige und politische Diskussion unserer Partei. Ich möchte bitten, daß dieser Auftrag auch seine fruchtbare Fortsetzung findet.

Adenauer: Vielleicht sage ich jetzt etwas, was mir von dem einen oder anderen von Ihnen auf die Minusseite gelegt wird. Mir ist diese Arbeit zu kirchlich. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Gerstenmaier:* Das kann man sagen!) Sie ist mir etwas zu kirchlich auch unter folgendem Gesichtspunkt. Da nun einmal das kirchliche Denken in unserem Volke rapide zurückgeht und wir infolgedessen darauf angewiesen sind und damit rechnen müssen, daß wir die sogenannten Liberalen auch zu uns bekommen, müssen wir uns hüten, etwas zu tun, was die Liberalen beider Konfessionen abhalten könnte, für uns zu stimmen. Ohne die liberalen Stimmen können wir keine Mehrheit in Deutschland bekommen. Das ist völlig ausgeschlossen.

Deshalb muß nach meinem Empfinden, Herr Barzel, nicht etwas Klerikales – beachten Sie es wohl –, sondern etwas mehr Kirchliches heraus! Sie müssen an der Arbeit bleiben. Glauben Sie mir, es fällt mir schwer, das zu sagen, aber wir dürfen die Liberalen durch Ihre Arbeit und Ihre Schrift nicht davon abhalten, CDU zu wählen. Und das können Sie fertigbringen, wenn einige Sachen herauskommen. Da ist z. B. ein Satz – das ist sehr ernst zu nehmen –: „Wir stellen unsere Politik unter Gottes Gebot.“ Nun, meine Damen und Herren, was Herr Gerstenmaier sagt, das kann ich von mir als Politiker nicht sagen, daß ich meine Politik unter Gottes Gebot stelle. (*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Das ist doch nur ein Grenzwert!)

Sie können es auch nicht von allem sagen, wenn Sie ehrlich sind. Wieviel müssen wir manchmal tun, was gegen Gottes Gebot ist. (*Gerstenmaier:* Das ist nur ein Grenzwert, eine äußerste Grenze, die Ihnen gesetzt ist und wo Einheit geboten ist, aber innerhalb dieser Grenze sind Sie frei. – *Unruhe und Bewegung.*) Ich denke immer, wenn ich einen solchen Satz lese, an einen Durchschnittskatholiken oder an einen protestantischen Liberalen, wenn der nun liest: Wir stellen unsere Politik unter Gottes Gebot! – Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das ist mir etwas peinlich. Und ich wiederhole: Wir tun's ja doch nicht! (*Bewegung und Unruhe.* – *Gerstenmaier:* Doch, Herr Bundeskanzler!) Meine Herren! Lassen wir uns doch nichts weismachen hier! Wir handeln nicht gegen Gottes Gebot, aber wir stellen auch nicht unsere Politik unter Gottes Gebot. (*Gerstenmaier:* Doch, Herr Bundeskanzler!) Ich tue es nicht! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Sie mögen es tun! – Aber Sie tun es auch nicht, Herr Burgbacher! (*Burgbacher:* Herr Bundeskanzler! Ich finde die Aussprache schon als wertvolles Ergebnis unserer Arbeit!) Welche? (*Burgbacher:* Die heutige!)

Die Aussprache ist wertvoll. Aber Herr Barzel muß an der Arbeit bleiben. Er muß straffen und wegnehmen, was nicht nötig ist, damit etwas Gutes herauskommt, was uns berechtigt und die Rechtfertigung gibt, von allen Menschen verlangen zu können, daß sie zu unserer Partei kommen. – Sie vergeben mir, Herr Gerstenmaier?

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Selbstverständlich bewegen Sie sich mit Ihrer

Politik und Ihrer Macht, die Ihnen aufgrund des Artikels 65 des Grundgesetzes⁶² gegeben ist, und bei Ihrer Freiheit, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, innerhalb des Rahmens und Raumes, was mit unserem „C“ ausgedrückt ist. Das ist keine materielle Vorschrift für die Politik, sondern das bedeutet, daß wir eine letzte Instanz in unseren politischen Entscheidungen als selbst festgesetzte Norm anerkennen.

Auch der letzte Liberale, wenn er noch einen Rest von Charakter hat, muß uns das zubilligen. Das hat überhaupt nichts mit Klerikalismus zu tun. Daß die Leute aufmucken gegen den Klerikalismus, das ist selbstverständlich. (*Zuruf: Wieso?*) Ich weiß, daß es einige Blüten und Typen auf dem Treibwasser gibt, die uns nicht gefallen, weder den Katholiken noch den Protestanten. Wenn wir in den Verdacht kommen, daß wir eine klerikale Partei sind, dann verlieren wir so viel Stimmen, daß es in Zukunft noch viel schwieriger als bisher mit der Bildung von Regierungen sein wird. Daß sich der Herr Bundeskanzler wehrt, in eine solche Situation zu kommen, rechne ich ihm hoch an, und vor allem, daß er sich nicht scheut, unter Umständen auch gegen kirchliche Mißverhältnisse zu rechten. Das ist gut, damit der Bundeskanzler nicht allzu vielen Mißdeutungen ausgesetzt ist, wenn auf evangelischer oder katholischer Seite in der Hinsicht etwas gesagt wird.

Nun, meine Damen und Herren, die kritischen Stimmen ans Herz zu drücken, wie es die Herren Blank und Erhard getan haben, ist vielleicht politisch nicht schlecht, aber ob es sachlich unter allen Umständen richtig ist, das weiß ich nicht. Was ist denn diese Sparvorschrift in der Analyse betrachtet? Im Konstruktiven bringt sie nicht ein einziges Wort, das wir nicht schon zehnmal in der CDU gehört haben! Aber wir sind alle Sünder! (*Adenauer: Was haben wir damit zu tun?*) Daß man nicht zu viel sündigt! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Herr Bundeskanzler! Ich habe in Gelsenkirchen nicht gesagt, daß wir unsere Politik unter Gottes Gebot stellen.⁶³ Ich habe gesagt, der Unterschied zwischen uns und der säkularisierten Auffassung in der Politik ist der, daß wir uns nicht erlauben, allein nach dem Rezept vorzugehen: Schließlich bin ich selber der Herr und Gott, – sondern daß wir, wenn wir im Machtkampf stehen unter taktischen Notwendigkeiten, auch dann immer noch das erste Gebot respektieren: Ich bin der Herr, dein Gott! – Und was tut der säkularisierte Mensch? Er sagt: Ich bin mein eigener Gott. – Herr Bundeskanzler! Wo stehen Sie beim ersten Gebot? – Mit der Christenheit und mit uns allen zusammen! (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Das sind die Orthodoxen! (*Heiterkeit.*)

Von Merkatz: Der Beitrag von Herrn Barzel ist bedeutungsvoll. Wir kommen damit einem erheblichen Bedürfnis unserer Zeit entgegen. Dabei hat diese Studie auch

62 GG Art. 65 regelt die Befugnisse in der Bundesregierung: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.“

63 Gerstenmaier sprach über „Freiheit – wozu?“. – Zum Kulturkongreß vgl. Nr. 2 Anm. 62.

eine Bedeutung hinsichtlich der Methode. Die Methode bedeutet, daß es gelungen ist, auf verhältnismäßig kurze und knappe Weise die aktuelle politische Literatur in ihren Grundthesen irgendwie zusammenzuführen. Wir müssen die Bildungsschichten ansprechen. Während die Politik im 19. Jahrhundert überwiegend getragen wurde von den Bildungsschichten, haben diese sich jetzt zurückgezogen wegen gewisser Platteiten in der Politik. Die Bildungsschichten werden diese Dinge kritisieren, aber das wird uns im Grunde genommen zugute kommen.

Ich stimme zu, daß die Schrift in manchen Punkten vereinfacht werden muß, daß manches noch nicht ausgereift ist oder besser herausgelassen wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Grunderlebnis der CDU und der christlichen Demokraten in Europa aus der Katastrophe des Krieges und des Totalitarismus entstanden ist. Dieses Erlebnis verblaßt aber bei den jüngeren Menschen, und damit geht aus dem Erlebnis des Zusammenbruches unseres Reiches etwas an Dynamik allmählich verloren und wird Geschichte.

An diese Stelle muß nunmehr hervortreten, was neu geschaffen werden soll. Das ist die Situation, wie sie Ortega y Gasset in seiner „Historischen Krise“ beschrieben hat.⁶⁴ Ortega y Gasset hat weit vorausgesehen; er meinte damit den Zustand, daß ein altes Ordnungsdenken mit sicheren Werten, die geglaubt und gelebt werden, allmählich verblaßt und untergeht, so daß der Mensch einsam, unsicher und ängstlich wird. Er weiß nicht mehr, woran er sich halten soll.

In der Diskussion über Staat und Gesellschaft gibt es, von den Katholiken wie von den Evangelischen aus gesehen, sehr tiefe Unterschiede. (*Adenauer*: Was haben Sie da gesagt?) Ich habe gesagt, nach der theologischen Seite! (*Adenauer*: Das Wort haben Sie eben nicht gebraucht!) Ich meine zwischen der katholischen und evangelischen Auffassung von Staat und Gesellschaft (*Adenauer*: Sei ein großer Unterschied?) gibt es große Unterschiede. (*Adenauer*: Das müssen Sie mir gelegentlich mal beweisen!) Die Theologie gibt die Grundnorm. Nun, ich meinte aber, das Suchen nach festen Werten, an die sich der Mensch halten kann, das ist eine ganz große Sehnsucht in unserer Gesellschaft, um wieder etwas Verbindliches zu bekommen. (*Adenauer*: Wir sind doch keine Missionsgesellschaft!) Herr Bundeskanzler! Ich polemisiere ja gar nicht gegen diese Auffassung, aber ich betone, daß gewisse Sicherheiten in der Erkenntnis unseres Daseins – auch als Staatsbürger in der Politik und in der Gesellschaft – vorhanden sein müssen, sonst wissen die Leute nicht mehr, woran sie sich in der Not halten sollen. Das ist die Not der Zeit, das ist das, was Ortega y Gasset dargestellt hat.

Ich habe die Schrift von Herrn Barzel nicht als den Versuch einer ideologischen Darstellung angesehen, sondern als den Versuch einer Deutung dessen, was augenblicklich in der Gesellschaft ist. Man kann ein ganzes Leben daran arbeiten, um eine solche Schrift endgültig zu machen. Man sollte die Diskussion in unseren Reihen und

64 José Ortega y Gasset (1883–1955), spanischer Kulturphilosoph und Soziologe. – DERS.: Das Wesen geschichtlicher Krisen. Stuttgart 1955.

nach draußen mit den sogenannten Bildungsschichten losgehen lassen. Man sollte nicht zu lange zögern, diese Schrift in den Sturm der Kritik zu stellen.

Ich habe genau gehört, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, als er von den Liberalen gesprochen hat, daß man nämlich auf sie die entsprechende Rücksicht nehmen muß. Wir dürfen auch nicht etwa den Eindruck entstehen lassen, daß wir eine Staats- und Gesellschaftsdogmatik schaffen. Aber über die Grundfragen, mit denen sich die Menschen quälen, die hier angesprochen sind, sollte diskutiert werden. Ich halte das für politisch klug.

Schmidt: Wenn wir noch nicht gewußt haben, was das „C“ in unserem Parteinaamen bedeutet, dann haben wir es in dieser Stunde erlebt. Ein solches Gespräch, wie es hier geführt worden ist, kann nur in einer Partei mit diesem Vorzeichen geführt werden. Ich muß sagen, ich halte das für das beste Gespräch, was ich hier je erlebt habe. Ich möchte wünschen, daß es weitergeführt wird.

Wie auch immer man zu der Schrift von Herrn Barzel stehen mag, als ich sie zum erstenmal las, mußte ich spontan zu ihm gehen und ihm sagen, es ist ein entscheidender Fortschritt, es ist die Frucht des katholisch-evangelischen Gesprächs der letzten 15 Jahre, daß wir nämlich nicht mehr nur naiv, sondern kritisch aufeinander hören. Ich sehe hier einen Vorstoß, der zu einer gemeinsamen Terminologie werden könnte. Das ist die entscheidende Bemühung in der Denkschrift, die unser Freund Barzel geliefert hat.

Ich habe die Freude gehabt, auf dem Neußer Landesparteitag⁶⁵ den Arbeitskreis zu leiten, in dem Herr Barzel gesprochen hat, aber nicht über die Denkschrift als solche, sondern nur Gedankengänge daraus zum erstenmal dargeboten. Die meisten Delegierten drängten sich in diesen Arbeitskreis. Es war geradezu eine elektrische Spannung dort und eine Diskussion, wie ich sie in unserer Partei noch nicht erlebt habe. Es gab eine Reihe von Beiträgen, die an die Ausführungen von Barzel anknüpften.

Deshalb meine ich, es würde ein neues lebendiges Interesse in unserer Partei, insbesondere in den jüngeren Schichten, erweckt werden können, wenn wir ganz mutig die Fragen, die wir an diesem Tisch erörtert haben, auch in der Öffentlichkeit diskutieren ließen. Ich glaube, daß damit unsere Partei befruchtet würde, und viele, die politisch resignieren, würden sagen, da ist ein Ansatz, da ist doch eine Bemühung, um die es sich lohnt, sich auch politisch einzusetzen; denn im Grunde geht es darum, daß wir über die Routine, den Opportunismus und die Taktik hinaussehen. Man muß erkennen, daß es sich lohnt, um eines höheren und wertvolleren Zieles lohnt, politisch tätig zu sein.

Herr Bundeskanzler! Ich habe mich erinnert an unser erstes Gespräch – ich weiß nicht, ob Sie sich im Augenblick darauf besinnen können –, als wir damals im Wuppertaler Theater mit Ihnen über die Grundlagen der Partei diskutierten.⁶⁶ Damals

65 Außerordentlicher Parteitag der CDU Rheinland am 6./7. April 1962 in Neuß. Material in ACDP I-366-029/3 und ACDP-PRESSEDOKUMENTATION.

66 Am 5. Mai 1946. Aktennotiz Adenauers vom 7. Mai 1946 in StBKAH 08.54.

haben wir ein ähnliches Gespräch wie heute geführt. (*Adenauer*: Das beweist, daß Sie mich gar nicht verstehen!) Daß ich daran erinnere?

Adenauer: Damals mußten Protestanten und Katholiken erst zueinander finden. Das ist jetzt nicht unsere Aufgabe. Das haben wir Gott sei Dank hinter uns. (*Schmidt*: Das ist erreicht!) Aber es ist festzustellen, ob die kommende Zeit eine christliche Partei nötig hat oder nicht. (*Schmidt*: Ich würde mit Ihnen völlig übereinstimmen und sehe im Augenblick aber nicht den Grund Ihres kritischen Einwandes zu dem, was ich gesagt habe!)

Burgbacher: Herr Schmidt! Der Herr Bundeskanzler will sagen, daß die Synthese des katholischen und des protestantischen Teils damals eine notwendige Parole war, daß wir uns aber gefunden haben, nur ist jetzt eine andere Situation entstanden, und wir müssen sehen, wie wir uns anpassen können, um politisch an der Herrschaft zu bleiben. (*Schmidt*: Das hat der Herr Bundeskanzler damals schon mit Erfolg vertreten!)

Adenauer: Ich sehe mit Schrecken, wie die Jugend – wobei ich unter Jugend junge Leute bis zu 35 Jahren verstehe – immer mehr dem Christentum und dem christlichen Gedankengut entfremdet wird. (*Schmidt*: Das hat auch Herr Barzel gesagt!) Deshalb müssen wir viel mehr als vor 15 Jahren immer wieder zum Ausdruck bringen und beweisen, daß es allein die Wahrheiten des Christentums sind, auf denen – trotz der Entwicklung dieser Zeit – das Wohlergehen der Menschen aufgebaut werden kann.

Schmidt: Darin stimme ich mit Ihnen überein, aber ich sehe noch immer nicht den Grund Ihres kritischen Einwandes zu dem, was ich gesagt habe. Ich meine, wir sollten diese Frage, die wir heute hier unmittelbar am Nerv gespürt haben, miteinander weiter diskutieren.

Burgbacher: Die in den Abschnitten 113 und 114 enthaltenen beiden Sätze über die Freiheit des Gewissens halte ich für sehr wichtig im Sinne der Anregung unseres verehrten Herrn Bundeskanzlers. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das Gespräch in Fluß bleibt. Wir sollten auf dem Parteitag Herrn Barzel im Bundesausschuß referieren lassen, und dann kann darüber diskutiert werden. Dann sollte eine zweite Fassung vorgelegt werden, die den Überlegungen Rechnung trägt, die Sie vorhin bei einer anderen Gelegenheit vorgetragen haben, als Sie erklärten, daß eine Politik auf christlich-humanistischer Grundlage die tragende Basis unserer Zeit und Arbeit sein müsse. Deshalb verstehe ich, was Sie meinten, als Sie davon gesprochen haben, die Schrift etwas zu entkirchlichen. Wir sollten also das Gespräch führen und im Bundesausschuß referieren und diskutieren lassen.

Wenn man die Stellung einer Partei zur geistigen und gesellschaftlichen Situation profilieren und gleichzeitig eine Lösung finden will, der jeder Bürger zustimmen kann, so ist das eine sehr schwere Aufgabe; denn die Profilierung ist meist nicht das, was die Mehrheit wählt. Dann müssen wir mit mehr Pragmatismus und mit weniger Programm arbeiten.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Es kommt auf zwei Dinge an. Es ist zweifellos so, daß es eine Grundsatzfrage für die Partei ist, wie wir die Wähler halten, die

dem kirchlichen Leben entfremdet sind. Ich würde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Konfessionen nicht als eine Selbstverständlichkeit ansehen. Innerhalb der kirchlich gebundenen Schichten bei unseren jüngeren Geistlichen gibt es Tendenzen, die es absolut notwendig erscheinen lassen, daß wir in einer Sprache der sechziger Jahre anknüpfen an die Zeit von 1945. Es sind beide Dinge, die hier diskutiert wurden, notwendig und schließen sich nicht aus.

Herr Barzel hat etwas über die innere Situation der CDU gesagt, wo es um die geistigen Grundlagen geht. Wenn er den Auftrag bekommen soll, nun weiter zu arbeiten, würde ich sagen, es wäre gut, wenn der eine oder andere aus unserem Kreis ihn bei dieser Arbeit unterstützen würde, so daß eine Gruppe mit ihm überlegen könnte, wie man hier weiterkommen kann.

Ich habe ihn so verstanden, daß er es mit einem kleinen Kreis weitermachen kann. Das wäre für diejenigen, die mit dem sogenannten katholischen oder individuellen Duktus angesprochen worden sind, wünschenswert. Ich möchte dann einige Vorschläge unterstützen, die Herr Barzel im Schlußteil gemacht hat, nämlich Anregungen für die künftige Arbeit der CDU. Wir würden der Arbeit nicht gerecht, wenn wir heute nicht einige dieser Vorschläge aufnehmen.

Neben der Behandlung im Bundesausschuß scheint es mir doch wünschenswert, daß wir unter Ablehnung des Versuchs, eine Art Grundsatzprogramm zu entwerfen, doch dazu übergehen, in einigen Tagungen, die langfristig vorbereitet werden müssen – z. B. auf dem Kulturpolitischen Kongreß –, programmatische Leitsätze zu entwerfen zu wesentlichen Fragen der Innenpolitik, der Kulturpolitik, der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, so daß wir in diesen Fragen der mehr praktischen Politik zu jener Profilierung kommen, die diese Studie für notwendig hält. Wir sollten über die geistigen Grundlagen der Union und über die Zusammenarbeit sprechen. Den Leitsätzen über die konkreten Aufgaben der Innenpolitik möchte ich mich anschließen. Ich halte es für sehr gut, wenn wir uns dazu entschließen könnten.

Krone: Die Diskussion wollen wir nicht vertiefen, so interessant sie auch ist. Ich habe mit dem Herrn Bundeskanzler mehrmals darüber diskutiert. Wir haben uns nicht gefunden. Ich stehe zu dem, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Der Herr Bundeskanzler wird genauso denken müssen wie wir, und er denkt auch so. Dabei weiß ich ganz genau, wie er die Selbständigkeit der Sachgebiete mit aller Verve betont. Der christliche Politiker läßt sich nicht von der Gewerkschaft sagen, das muß so oder so gemacht werden.

Wir können aber auf diese Weise auf dem Parteitag nicht diskutieren. Das geht nicht. Das ist in unseren eigenen Reihen noch nicht tief genug durchdacht. Ich nehme den Gedanken von Herrn Gerstenmaier auf, daß im Arbeitskreis III unter Mitwirkung von Herrn Barzel diskutiert wird, aber es sollte nicht so tief nach den letzten grundsätzlichen Fragen hingehen, sonst kommen wir auf Fragen zu sprechen, die auch bei uns noch nicht bis zum letzten ausdiskutiert sind. Das sollte noch nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Mein Vorschlag ist der, wir sollten Herrn Barzel Gerechtigkeit widerfahren lassen in der Öffentlichkeit. Deshalb sollten wir ihn bitten, auf dem Parteausschuß zu sprechen. Dann sollten wir beschließen, wie diese Arbeit konkret fortgesetzt werden soll. Ich möchte warnen vor einer zu schnellen Fixierung vom Programm her, wie das Herr Stoltenberg angedeutet hat.

Adenauer: Das Wort hat Herr Professor Erhard.

Erhard: Ich fühle mich von der Arbeit des Herrn Barzel unmittelbar angesprochen, denn ich bewege mich seit geraumer Zeit in gleichen Denkkategorien. Es kommt darauf an, mit welcher Grundeinstellung man an die Lektüre herangeht. Ich habe weder ein Parteiprogramm herauslesen wollen noch etwa einen neuen Katechismus oder etwas Derartiges. Ich meine, der Wert liegt hier mehr im Analytischen, und das ist sinnhaft zu verstehen und nicht zweckhaft.

Hier sollte nicht Zweckhaftes geleistet werden für den Hausgebrauch, sondern hier sollten die Menschen zum Nachdenken gezwungen werden. Und darum meine ich, die Aufforderung an Herrn Barzel weiterzuarbeiten sollten wir uns alle selbst zu eigen machen. Wir sollten in erster Linie weiterarbeiten. Das scheint mir der Sinn dieser Sache zu sein. Das ist kein Leitfaden für den politischen Alltag noch ist es ein Handbuch für die CDU-Politik, sonst könnte man hinten ein Sachregister anlegen, damit man sehen kann, was man zu tun hat. Das wäre also eine mißverständene Auffassung über diese Arbeit.

Wenn wir sie recht verstehen, ist es das ehrliche Bemühen, unsere Zeit zu analysieren und weiter darüber nachzudenken. Dann wird man vielleicht dahin kommen, daß man daraus gewisse politisch-programmatische Ableitungen vollziehen kann, die dann in einem Parteiprogramm ihren Niederschlag finden können. Aber soweit sind wir noch nicht. Soweit wollte Herr Barzel auch nicht gehen.

Adenauer: Ich bitte Sie, jetzt nicht vom Parteiprogramm zu sprechen.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Kritik, die die Arbeit unseres Freundes Barzel in der Öffentlichkeit gefunden hat, ist zum Teil in einer ausgesprochen hämischen Tonart gemacht worden. Ich meine, daß wir überall dort, wo wir die Möglichkeit und die Gelegenheit haben, auch in Gesprächen mit Journalisten, dieser hämischen Tonart klar und deutlich entgegentreten sollten.

Zur Denkschrift selber! Die Aussprache hat gezeigt, daß diese Denkschrift mindestens eines vollbracht hat, daß sie nämlich eine Anzahl von Fragestellungen ins Bewußtsein gebracht hat, und zwar formuliert, wer letzten Endes für die Lösung der Aufgaben dieser Partei in der Gegenwart und in der Zukunft verantwortlich ist. Das scheint mir mit am bedeutendsten zu sein. Wenn die Fragen nicht richtig gestellt werden, dann ist der Betreffende, auch wenn er noch so intelligent ist, kaum in der Lage, zu richtigen Antworten zu kommen.

Es ist vorgeschlagen worden, die Fragen im einzelnen noch zu ergänzen. Diesen Vorschlag sollte man verwirklichen. Die Denkschrift enthält eine Reihe von konkreten Vorschlägen für die Arbeit der Partei. Vielleicht wäre es zweckmäßig, wenn sich das neuzuschaffende Präsidium oder der bestehende geschäftsführende Vorstand einmal

mit diesen konkreten Vorschlägen befaßte, um sie dann soweit vorzubereiten, daß sie dem Bundesvorstand zur Entscheidung vorgelegt werden können.

Gradl: Ich würde es für zweckmäßig halten, die Arbeit nicht schon jetzt an die Mitglieder des Bundesparteiausschusses zu verteilen. Damit Herr Barzel mich nicht falsch versteht, füge ich hinzu, aber nicht deshalb, weil ich die Arbeit nicht für würdig halte. Aus dieser Arbeit kann jeder unerhört viel lernen. Ich habe sehr viel gelernt über die Problematik unserer Partei. Es ist vielleicht mit das Verdienstvollste an dieser Arbeit, daß wir aus der Selbstsicherheit, in der wir uns aufgrund der guten Wahlerfolge in der Vergangenheit befunden haben, herausgerissen worden sind. Im Gefühl waren wir es bereits, zumindest nach der letzten Bundestagswahl, aber durch die Arbeit von Herrn Barzel ist uns klargemacht worden, daß dieses Unbehagen sehr substantielle Gründe hat. Vielleicht haben Sie mehr darüber gewußt als ich, wo die Gründe liegen. Ich muß gestehen, durch die Arbeit von Herrn Barzel habe ich viel gelernt.

Wenn ich sage, ich würde es nicht für glücklich halten, diese Arbeit an die Mitglieder des Bundesausschusses zu verteilen, so deshalb, weil ich nach dieser Diskussion glaube, daß die Parteimitglieder, auch die des Bundesausschusses, überfordert wären, wenn sie einfach vor diese Feststellungen geführt würden. Sie wären nicht in der Lage, unmittelbar eine Antwort darauf zu geben. Es hat sich gezeigt, daß wir keineswegs übereinstimmen, was keine Schande ist, sondern das ist ganz natürlich. Aber wenn wir vor den Bundesausschuß mit dieser Arbeit treten, dann müssen wir auch in der Lage sein, von uns aus in allen wesentlichen Fragen eine klare Antwort zu geben, auch der Öffentlichkeit wegen, die ja hieran besonders interessiert ist. Ich fürchte aber, daß das in den vier Wochen bis zum Parteitag nicht möglich sein wird.

Deshalb würde ich vorschlagen, diese Arbeit bleibt zunächst in Ihren Händen. Herr Barzel kann referieren und sagen, was er in dieser Arbeit an Feststellungen getroffen hat. Das stellt er also hin vor den Bundesausschuß. Dann wird gesagt, nun denkt nach. Der nächste Vorstand, der gewählt werden muß, nimmt sich selber die Aufgabe vor, eine solche Diskussion, wie wir sie heute hier angefangen haben, in Ruhe fortzuführen. Das ist notwendig. Das müssen wir tun!

Herr Barzel sollte beauftragt werden, aufgrund der heutigen Diskussion – die ja nur ein Anfang ist – und der Diskussion, wie sie der Herr Bundeskanzler angeregt hat, diese Arbeit weiterzuführen in der Weise, daß dieser Bericht, den er jetzt gemacht hat, eine Art Zwischenbericht wird, daß wir aber dann einen Schlußbericht mit den Ergebnissen und Erkenntnissen für unsere künftige politische Grundeinstellung bekommen. Das könnte vielleicht bis zum Herbst geschehen. Dann sind wir soweit, daß wir in einem größeren Parteigremium das Ganze zur Diskussion stellen können. Wenn wir es aber vorher machen, ist nach meiner Meinung das Risiko zu groß, denn dann entsteht der Eindruck, daß wir eine sich bereits zerfasernde und auflösende Partei sind.

Barzel: Ich bedanke mich für die liebenswürdige Diskussion. Es kann aber nicht sein, daß Sie alle so wenig auszusetzen haben. Ich nehme an, Sie sind sehr höflich mit

mir. Deshalb hoffe ich, daß Sie mir wenigstens privat das Nähere sagen. Ich kenne bisher keine Kritik, zu der ich bereit gewesen wäre, mich so nett zu äußern.

Ich will zur Sache nichts sagen. Ich bitte nur, eines sagen zu dürfen. Herr Bundeskanzler! Wenn wir im luftleeren Raum wären und eine vertrauliche Sache zu behandeln hätten und wenn in Köln nichts passiert wäre, dann würde ich sofort auf Ihrem Boden stehen. Nachdem aber die Diskussion entbrannt ist und das Programm des Parteitages bekannt wird und mein Name überhaupt nicht darauf erscheint, dann wird es sofort heißen: Aha, der Barzel ist durchgefallen.

Deshalb würde ich es begrüßen, wenn ich auf dem Parteitag ein Referat halten könnte. Ich würde versuchen, etwas zu komprimieren. Dann würde ich es begrüßen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Dann können wir auf dem Parteitag selbst die Diskussion herauslassen, weil es auf dem Bundesausschuß diskutiert wird.

Es gibt noch eine praktische Frage. Wir sind völlig vergriffen mit den Exemplaren. Ich werde von allen Leuten gefragt: Warum haben Sie mir die Studie nicht gegeben? – Ich habe aber nicht so viele Exemplare. Ich weiß nicht, was wir hier tun sollen. Deshalb bitte ich Sie, das auch zu überlegen.

Adenauer: Der Vorschlag von Herrn Barzel, im Bundesparteiausschuß ein Referat zu halten, ist sehr gut. Daran wird sich auch eine Diskussion anschließen. Es kann auch ein Beschluß gefaßt werden, der aber nicht die Deutung zulassen darf, daß die Sache erledigt sei, sondern daß sie eine Grundlage darstellt, auf der dann weiter diskutiert werden soll. Sind Sie damit einverstanden? Dann darf ich das feststellen. Nun bin ich sehr froh, daß wir hier einer Meinung sind.

Meine Damen und Herren! Wir werden jetzt noch einen Vortrag von Herrn Kraske hören.

WAHLANALYSE DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS

Kraske: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe auf der Vorstandssitzung im Februar eine mündliche Erläuterung zu der Ihnen im Januar vorgelegten Wahlanalyse gegeben in der Form einiger Thesen. Damals wurde ich beauftragt, Ihnen diese Thesen mit einer eingehenden Begründung noch einmal schriftlich zugänglich zu machen. Das ist vor etwa 14 Tagen in der Form dieser kurzen Zusammenfassung geschehen.⁶⁷

Nachdem wir eben sehr ausführlich über das Gutachten von Herrn Barzel diskutiert haben, muß ich Sie bitten, mir zwei Vorbemerkungen zu gestatten. Die erste geht dahin, daß wir ein bißchen das Feld wechseln und daß sich die Kategorien ändern. Der Auftrag, der mir gestellt war, war nicht ein Gutachten und nicht eine Analyse vorwiegend geistiger und politischer Tatbestände, sondern in erster Linie eine solche statistisch erfaßbaren Materials.

⁶⁷ Vgl. Nr. 1 Anm. 5.

Wenn hier gesagt worden ist, daß das Gutachten von Herrn Barzel zwangsläufig eine individuelle Handschrift tragen müsse, dann muß ich sagen, ein Kriterium für meine eigene Arbeit war gerade das, daß sie keine individuelle Handschrift tragen sollte, sondern eine möglichst scharfe und genaue Photographie einer bestimmten Situation der öffentlichen Meinung und der Wähler ist. Ich bitte Sie also, mich nicht haftbar zu machen für das, was auf dieser Photographie abgebildet ist, was zu einem großen Teil meinen Wünschen und idealen Vorstellungen ebensowenig entspricht wie wahrscheinlich auch Ihren.

Die zweite Bemerkung betrifft die Methode. Es ist in dieser Ergänzung meiner Wahlanalyse mehrmals die Rede von Meinungsforschungen und von allen möglichen sozial-psychologischen Untersuchungen. Ich weiß, daß das kritischen Einwänden begegnet in einer Zeit, wo allzuoft mit diesen Methoden Mißbrauch getrieben wird. Ich habe in meiner Wahlanalyse etwas ähnliches gesagt wie Herr Barzel in seinem Gutachten, daß es nämlich für eine Partei unmöglich wäre, sich ihre Politik von den Ergebnissen der Meinungsforschung vorschreiben zu lassen. Nur meine ich, wenn diese Mittel und Unterlagen nun einmal zur Verfügung stehen, sollte man ihre Ergebnisse zur Kenntnis nehmen, ganz gleichgültig, welche Schlüsse man daraus zieht und welche Folgerungen man anschließt.

Es war meine Aufgabe, Ihnen das vorzutragen bzw. hier vorzulegen. Ich bin dabei, wenn ich das zusammenfassen darf, zu folgenden Ergebnissen gekommen. Es läßt sich nach allen Untersuchungen, die in den letzten Monaten vorgelegt und ausgewertet worden sind, jetzt sagen, was ich im Januar noch nicht endgültig sagen konnte, daß die Thesen und die zahlenmäßigen Belege, die Sie in meiner Wahlanalyse finden, gesichert sind. Es haben in der Zwischenzeit so viele Untersuchungen stattgefunden, die soweit miteinander verglichen worden sind, daß man tatsächlich von diesen Ergebnissen wird ausgehen können. Manche Dinge, die ich im Januar in der gedruckten Wahlanalyse als noch nicht endgültig untersucht angab, sind inzwischen untersucht worden und haben die Hypothesen bestätigt und sind zu Thesen geworden.

Daraus ergeben sich – wie mir scheint – insbesondere drei wichtige und vordringliche Folgerungen: Erstens, daß es sich bei dem Wahlergebnis der CDU nicht, wie anfänglich von unseren Gegnern behauptet wurde, um einen Einbruch an einzelnen Stellen handelt – etwa bei den Protestanten, bei den Frauen, bei den jungen Wählern oder bei den Arbeitern –, sondern um einen allgemeinen Trend, der selbstverständlich nicht in allen Gruppen 5 % beträgt. Er schwankt zwischen minus 3 bis minus 6,5 %.

Ich habe mir erlaubt, trotzdem eine Gruppe herauszugreifen – das ist das, was man im allgemeinen mit Bildungsschicht bezeichnet –, ohne damit die These vom allgemeinen Trend widerrufen oder einschränken zu wollen. Ich habe auf diesen Punkt einen besonderen Akzent gelegt und die Meinung vertreten, daß dieser Gruppe in Zukunft eine besondere Aufmerksamkeit gehören sollte, und zwar aus zwei Gründen. Nach den vorliegenden Untersuchungen hat in allen Gruppen – in den Konfessionen, in den Geschlechtern, in den Altersgruppen und Berufsgruppen – ein Austausch stattgefunden, d. h. wir haben Wähler abgegeben. Aber wir haben in den gleichen

Gruppen auch Wähler gewonnen. In der Gruppe der Bildungsschichten sieht es aus, als hätten nur wir Wähler abgegeben.

Der zweite Grund ist der, daß man diese Bildungsschichten allzuleicht nur nach ihrem zahlenmäßig prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung und der Wählerschaft beurteilt, der sicher klein ist und quantitativ kaum ins Gewicht fällt. Ich glaube aber, daß wir davon ausgehen müssen, daß es sich hier um eine Sondergruppe handelt und daß der Einfluß, der von dieser Gruppe ausgeht, sich multipliziert, zwar nicht von heute auf morgen, aber doch in zwei, vier oder sechs Jahren, und daß diese Einflüsse über diese zahlenmäßig begrenzte Gruppe weit hinausgreifen auf andere zahlenmäßig entscheidende Gruppen.

Es handelt sich bei der Wahl vom 17. September nicht um einen einseitigen Verlust der CDU – einseitig zu den Ergebnissen der FDP und der SPD –, sondern vielmehr um einen Austausch von Wählern zwischen allen Parteien, wobei die CDU schlechter abgeschnitten hat, indem sie mehr Wähler abgegeben als gewonnen hat, was aber zu einer relativ tiefgreifenden Änderung der Wählerstruktur geführt hat, denn in der Wahlanalyse steht, daß nur etwas mehr als die Hälfte der Wähler Stammwähler sind, daß aber alle übrigen Wähler entweder ihre Partei gewechselt haben oder Neuwähler sind. Diese These kann ich hier nur noch einmal unterstreichen. (*Adenauer*: Es steht aber auch drin, wir hätten fünf Wahlkreise gewonnen, aber die Sozialdemokratie 45!) Das ist auch unanfechtbar! (*Adenauer*: Unanfechtbar schon, aber doch sehr traurig!) Ich habe gesagt, daß wir in diesem Austausch mehr verloren als gewonnen haben. Aber es ist falsch, nach den Unterlagen davon auszugehen, daß die CDU nur Wähler verloren und die SPD nur Wähler gewonnen hätte. Auch die SPD hat Wähler verloren. Auch die CDU hat Wähler gewonnen. Es handelt sich um eine Umschichtung, die nicht im Wahlergebnis unmittelbar abzulesen ist.

Nun kommt die Frage, wo hat diese Umschichtung ihre Gründe und wo liegt der kritische Zeitpunkt dafür. Ich stehe nicht an, auch meinerseits zu behaupten, daß die Ereignisse des 13. August eine tiefgreifende Wirkung gehabt und das Wahlergebnis mit beeinflußt haben. Ich glaube aber, daß man sich es zu einfach macht, wenn man davon ausgeht, daß ohne diesen 13. August alles in bester Ordnung gewesen sei. Es mag sein, daß ohne die Ereignisse des 13. August ein größerer Teil der langfristig Meinungslosen sich zuletzt doch noch zugunsten der CDU und nicht, wie es jetzt der Fall war, zugunsten der FDP entschieden hätten, daß also das Wahlergebnis besser gewesen wäre und wir wahrscheinlich die absolute Mehrheit bekommen hätten.

Was aber kritisiert werden muß und was wir unbedingt sehen müssen, ist die Tatsache, daß wir ganz unabhängig vom 13. August in den letzten Monaten vor der Wahl – eigentlich schon in den beiden Jahren vor der Wahl – mit einer großen Labilität zu tun hatten, und zwar in weiten Kreisen der gesamten Wählerschaft, nämlich etwa bei 35 %, einer Gruppe, die wesentlich größer war als im vergleichbaren Zeitraum früherer Wahlkämpfe und Legislaturperioden. Es ist so, daß diese Labilität durch die Ereignisse des 13. August in eine bestimmte Richtung gelenkt wurde, daß aber die Gründe unabhängig davon sind und weiter zurückliegen.

Zu den Gründen – und damit komme ich zu der dritten These, die in diesem neuen Bericht den Hauptraum einnimmt – für die Labilität scheint mir nach den vorliegenden Unterlagen und nach den Ergebnissen aller Untersuchungen ein wesentliches Nachlassen eines großen Teiles der Wähler zu einer weltanschaulichen Bindung an eine politische Meinung zu gehören. Das soll folgendes besagen: Ich glaube, daß die Wählerschaft der politischen Parteien, insbesondere bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953, aber auch noch 1957, von einer stärkeren weltanschaulichen Bindung und Gruppenorientierung bestimmt war und hier ein Auflockerungsprozeß eingesetzt hat, der es nicht etwa nur der CDU, sondern allen Parteien – im Gegensatz zu früheren Jahren – schwer möglich macht, gewisse Bevölkerungsgruppen – seien es Berufs-, Konfessions-, Alters-Gruppen – für sich als sichere Wähler in Anspruch zu nehmen. Ich glaube, daß die Fronten der einzelnen Parteien viel stärker durch alle diese Gruppen hindurchgehen, als das noch vor vier oder erst recht vor sechs oder acht Jahren der Fall gewesen ist.

Schließlich meine ich, daß an die Stelle dieser wirtschaftlichen und sozialen Bindungen an politische Parteien – und dies trifft insbesondere für uns und die SPD zu – eine sehr starke emotional bestimmte Entscheidung getreten ist, und zwar auf der Grundlage der vorhin genannten starken Labilität. Nachdem man zunächst diese ursprüngliche Bindung verloren hat, hat man sich aber noch nicht wieder neu orientiert und nicht neu gebunden. Man schwimmt so etwas zwischen den Parteien und trifft seine Entscheidungen sehr stark unter aktuellen Stimmungseinflüssen. Ich habe versucht, dafür eine Reihe von Belegen zu liefern. Sie finden zunächst auf Seite 9 dieses Zusatzpapiers die Feststellung, daß bei einer Umfrage nur 41 %, d. h. zwei Fünftel, erklärt haben, daß für sie vor der Bundestagswahl im Jahre 1961 immer nur eine ganz bestimmte Partei in Frage gekommen wäre, daß aber alle anderen geschwankt haben zwischen der Entscheidung für mehrere Parteien.

Sie finden außerdem auf den Seiten 11 bis 13 eine Untersuchung über die Wahlmotive und die Wahlgründe. Beide Aufstellungen unterscheiden sich insofern, als die Aufstellung auf der Seite 11 Wahlmotive als Ergebnis psychologischer Untersuchungen darzustellen sucht, während die Aufstellung auf der Seite 13 die Wahlgründe als Ergebnis einer Umfrage herausstellt, und zwar nach der direkten Frage: Was hat Ihrer Meinung nach die CDU anderen Parteien voraus? – Aus der Untersuchung nach den Motiven ergibt sich, daß eigentlich ideologische Motive in sehr viel stärkerem Maße für die SPD als für die CDU sprechen, wenn Sie etwa feststellen, daß unter den SPD-Wählern als Motiv 59 % Klassen- und Standesfragen angeben, unter den CDU-Wählern dagegen nur 11 %. Traditionelle Motive geben 50 % der SPD-Wähler und 22 % der CDU-Leute an.

Die andere Frage nach den Gründen läßt einen zeitlichen Vergleich zu, der hochinteressant ist und die vom Herrn Bundeskanzler vorgetragene These bestätigt, daß eine sehr stark zum Säkularismus hinneigende Entwicklung in der Öffentlichkeit besteht. Bei einer Umfrage im Juni/Juli 1957 stand auf die Frage, was die CDU anderen Parteien voraus habe, nämlich die christliche Einstellung, eine Gruppe von

17 % all derer, die sich geäußert hatten – das waren 64 % – noch an erster Stelle. Das Ergebnis im einzelnen sieht wie folgt aus:

Ergebnis:	Gründe:
17 %	Christliche Partei
10 %	Erfahrung aus den vergangenen Regierungsperioden
9 %	Mehrheit und Größe der Partei
6 %	Außenpolitik
5 %	Bundeskanzler Dr. Adenauer und andere hervorragende Politiker der CDU.

Bei der gleichen Untersuchung vier Jahre später im März 1961 ist aber die Tatsache der christlichen Partei als Grund für die Wahlentscheidung zurückgetreten. Hier sieht das Ergebnis wie folgt aus:

14 %	Leistungsbeweis
11 %	Größe und Stärke der CDU
7 %	Christliche Partei und Klarheit im Programm.

Ich glaube zwar, daß dies ein Anzeichen für eine Änderung ist, aber bestimmt nicht ein Anzeichen, aus dem wir die Folgerung zu ziehen hätten, das „C“ aus unserem Parteinamen zu streichen, wohl aber für eine Änderung, die wir sehen müssen, um zu wissen, in welcher Form wir die Wähler in der Zukunft anzusprechen haben.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang auf die Zunahme der Meinungslosen hinzuweisen. Die zu Beginn unserer Sitzung vom Herrn Bundeskanzler zitierte Meinungsumfrage – die Sie auf der Seite 16 dieser Untersuchung finden – weist auch jetzt einen Anteil von 35 % Meinungslosen aus, der ungleich viel höher ist, als wir das in früheren Jahren je gekannt haben.

Damit komme ich zum letzten Punkt. Das ist der Versuch, Ihnen anhand dieser Meinungsumfrage zu zeigen, wie sich einerseits die CDU, die SPD und die FDP zusammensetzen und wie sich andererseits gewisse Gruppen der Bevölkerung parteipolitisch aufgliedern. Ich brauche das nicht Zahl für Zahl vorzutragen, aber ich möchte doch Ihr Augenmerk auf einige Punkte richten, die mir sehr wesentlich zu sein scheinen. Die Untersuchung – und das müssen Sie zugrunde legen sozusagen als Momentaufnahme –, von der diese ganze Sache ausgeht, basiert auf einem Anteil der CDU von 31 %, der SPD von 28 % und der FDP von 5 %. Wenn Sie jetzt die einzelnen Altersgruppen nehmen, ergibt sich folgendes interessante und – wie ich meine – in gewisser Weise für uns durchaus erfreuliche Bild.

Von 100 Wählern zwischen 21 und 25 Jahren liegt der Anteil der CDU bei 35 %, der SPD bei 23 %; also ein klares Übergewicht bei den jüngsten Wahlberechtigten. Bei den 25- bis 30jährigen beträgt der Anteil der CDU 25, der SPD 37. Hier ist also die SPD stärker. Das gleiche gilt für die 30- bis 50jährigen: CDU 27, SPD 30. Es ändert sich erst wieder bei den Jahrgängen über 50: CDU 35, SPD 28.

Nun folgt die gleiche Untersuchung für 100 Männer, 100 Frauen, 100 Katholiken und 100 Protestanten. Wir haben ein klares Übergewicht der CDU bei den Frauen. Von 100 Frauen sind 33 für die CDU, 22 für die SPD. Wir haben aber nach dem

heutigen Stand ein klares Übergewicht der SPD bei den Männern. Die Zahlen lauten wie folgt:

	CDU	SPD
100 Männer	29	35
100 Katholiken	43	22
100 Protestanten	23	32

Nach der soziologischen Aufschlüsselung möchte ich Ihnen nur eine Zahl nennen. Die FDP liegt im Mittel dieser Untersuchung bei 5 %. Unter 100 Menschen, die Selbständige sind oder freien Berufen angehören, hat die FDP einen Anteil von 16 %, also das Dreifache ihres durchschnittlichen Anteils.

Auf der anderen Seite gibt es bei der Aufschlüsselung von jeweils 100 Anhängern der einzelnen Parteien – wie Sie aus der ersten Tabelle ersehen – bei der CDU ein klares Übergewicht der Frauen, bei der SPD ein solches der Männer. Interessant ist folgendes: Eine Aufschlüsselung von 100 CDU-Wählern nach Berufsgruppen entspricht etwa der statistischen Verteilung dieser Gruppen, wenn auch mit gewissen Abweichungen, während bei der SPD ein sehr verzerrtes Bild besteht. Von 100 SPD-Anhängern sind 56 Arbeiter, die restlichen 44 verteilen sich auf die übrigen Berufsgruppen.

Daraus folgere ich ein letztes Wort über die SPD, aber nicht als Partei, sondern als Wählerschaft oder als potentielle Wählerschaft. Wir müssen im Augenblick innerhalb der SPD zwei Tendenzen erkennen. Diese Tendenzen scheinen mir in ihrer Kombination für uns besonders gefährlich zu sein. Es ist so, daß die SPD, im Gegensatz zu uns oder jedenfalls mehr als wir, heute noch eine Partei ist, die sehr stark von ideologischen, standesmäßigen und traditionellen Bindungen lebt. Sie sehen das aus den vorhin zitierten Angaben über die Motive zur Parteiwahl und aus dem sehr hohen Anteil von Arbeitern als Wähler der SPD. Das war für uns ungefährlich, solange sich die SPD auf diese betonierte Gruppe beschränkte und damit in ihrem „30%-Turm“ blieb. Nun aber kommt das gefährliche zweite Moment hinzu, und zwar seit etwa vier Jahren, nämlich die Auflösung der klassen- und gruppenmäßigen Bindung, so daß im Bürgertum – und zwar in allen Berufsgruppen –, wo man vielleicht bei der Bundestagswahl im Jahre 1961 noch die CDU gewählt hat, heute schon davon gesprochen wird: Die SPD ist ja inzwischen nicht mehr für uns ausgeschlossen. Sie ist jetzt eine attraktive Partei. Man kann auch SPD wählen.

Sicher gibt es auch für uns noch eine stärkere Gruppe von unanfechtbaren Stammwählern. Ich glaube aber, daß dieses Gefühl, die SPD sei inzwischen zu einer attraktiven Partei geworden, in allen Berufsgruppen und auch in den beiden konfessionellen Gruppen vorhanden ist. Das gilt sogar auch für die älteren Jahrgänge. Wenn man – und diese Untersuchung haben wir kurz vor der Bundestagswahl gemacht – konkret fragt: „Wissen Sie etwas über das neue SPD-Programm, und glauben Sie, daß sich die SPD inzwischen geändert hat?“, dann bekommt man kaum eine Antwort, und bei denen, die etwas sagen können, sind diejenigen, die daran glauben, und diejenigen, die das Ganze mehr für eine taktische Sache halten, gleich

groß. Trotzdem gibt es auf der anderen Seite das unterbewußte und nicht rationell definierbare Gefühl, daß die SPD heute nicht mehr das ist, was sie etwa 1953 war.

Das gilt zunächst einmal für ihre Politik und für das, was Rainer Barzel mit Recht als „Nachlaufbewegung“ bezeichnet hat. Das gleiche gilt aber auch – jedenfalls nach außen – für die gewandelte ideologische Fundierung. Die SPD wird zwar beileibe nicht in der Bevölkerung als eine christliche Partei angesehen, aber während sie früher von einem großen Teil der Wähler als eine unchristliche oder antichristliche Partei angesehen wurde, gilt das heute schon nicht mehr. Jedenfalls ist dieses Gefühl auf eine ganz kleine Gruppe von Stammwählern der CDU beschränkt. – Das ist eine erste Momentaufnahme dieser Situation zwischen CDU und SPD, und zwar an der Wählerschaft gemessen im März 1962. Wir werden selbstverständlich diese Untersuchung laufend fortsetzen müssen, zumal wir Anhaltspunkte erst dann gewinnen, wenn wir die Tendenz und den Trend kennen. Wir müssen uns aber über dieses Bild klar sein, so wenig schön es auch für uns sein mag, damit wir wissen, welche Überlegungen wir von dieser Situation aus anzustellen haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Sie haben durch Ihren Beifall gezeigt, daß wir für diese ausgezeichnete Darstellung Herrn Kraske sehr dankbar sind. Ich nehme an, daß sich Nordrhein-Westfalen diese Feststellungen bei den Wahlkämpfen sehr zunutze machen wird. Sie werden auch daraus sehen – er hat es gesagt –, daß das Wort „christlich“ allein es nicht mehr tut. Das Wort galt damals mehr, denn die Nazizeit lag gerade hinter uns, und auch die Sozialdemokratie war damals ganz anders als heute. Wir werden uns also bemühen müssen, das Wort „christlich“ noch irgendwie weiter mit Substanz zu füllen, aber nicht in dem Sinne, daß wir die Politik unter Gottes Gebot stellen – so weit kriegen Sie mich nicht, auch nicht unser verehrter Bundestagspräsident! (*Bewegung und Unruhe.*) Also, das ist es nicht. Es war auch, verehrter Herr Barzel, einer meiner Gedanken, warum ich damals im März anregte, eine solche Untersuchung einzuleiten, ob eine auf christlich-humanistischem Boden stehende Partei auf die Dauer weiter bestehen kann, oder ob nicht allmählich bei diesem fortschreitenden Laizismus und bei der Entkirchlichung des ganzen Lebens wir immer – ich weiß nicht, wie es nachher sein wird – weniger werden.

Jedenfalls sind wir Ihnen, Herr Kraske, außerordentlich dankbar, und wir werden alle unsere Lehren daraus ziehen.

Dufhues: Ich möchte einige Gedanken zur Situation der SPD vortragen, weil ich den Eindruck habe, daß die Christlich-Demokratische Union gegenwärtig die Schwächesituation der SPD nicht hinreichend ausnutzt. Ich denke nicht nur an die Vorkommnisse in Nordrhein-Westfalen. Dabei handelt es sich nicht nur um persönliche Streitigkeiten zwischen Kaßmann⁶⁸, Kühn und anderen, sondern diese Auseinandersetzungen sind zugleich Ausdruck gewisser Richtungskämpfe innerhalb der Sozialdemokratie.

68 Dr. Fritz Kaßmann (1908–1991), 1954–1966 MdL NW (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 212 Anm. 55.

Wenn meine Informationen richtig sind, wird in den Ortsgruppen der SPD sehr lebhaft darüber diskutiert, ob die SPD mit uns auf der Grundlage der Einführung des Godesberger Programms den richtigen Weg gegangen ist. Ich weise ferner auf die sehr kritische und schwierige Auseinandersetzung innerhalb der Sozialistischen Studentenschaft und der Falken hin. Ich weise darauf hin, daß entgegen dem Votum des Vorstandes der SPD und des DGB zahlreiche Kräfte des sozialistischen Lagers an Protestmärschen teilgenommen haben, und zwar in einer klaren Frontstellung gegen die Politik, die angeblich vom Vorstand der SPD vertreten wird.

Ich weise schließlich auf die ungewöhnlich scharfe Auseinandersetzung innerhalb der Jugend des DGB auf dem letzten Jugendkongreß in Berlin hin.⁶⁹ Dort hat sich die Führung des DGB, die in weitgehendem Ausmaß die Politik der SPD vertritt, nicht durchsetzen können; sie ist auf schroffe Ablehnung der Jugendfunktionäre des DGB gestoßen. (*Kiesinger*: Sie hat es auch besonders „geschickt“ gemacht!) Das ist völlig gleichgültig! Ich trage das vor, um hier eine Schwächesituation der SPD aufzuzeigen, die geradezu eine Herausforderung für die CDU in allen Landesverbänden sein muß, nun ihre Position zu verstärken. Ich meine aber, daß wir diese Situation nicht hinreichend ausnutzen.

Wir werden es in Nordrhein-Westfalen beim kommenden Wahlkampf tun. Ich möchte meinen, daß man auch in den übrigen Landesverbänden diese Situation sehen und nutzen sollte zum Wohle unserer Partei. Die Jugend des DGB hat rund 500.000 Mitglieder.

Adenauer: Diese Worte müssen uns sehr erfüllen. Wir müssen im Wahlkampf – da stimme ich Ihnen zu – sehr viel mehr Gebrauch davon machen und viel mehr auf die Unehrllichkeit der ganzen sozialdemokratischen Politik hinweisen.

Kraske: Von der Bundestagsfraktion und vor allem von den Landesverbänden bekomme ich dauernd Anfragen: Wir lesen, daß es eine Wahlanalyse gibt. Wir brauchen sie dringend für unsere Arbeit. Deshalb möchte ich fragen, ob wir den analytischen Teil in irgendeiner geeigneten und natürlich auch verkürzten Form innerhalb der Partei verteilen können.

Adenauer: Ich würde es ein bißchen straffen und dann verteilen.

Zum Punkt 6 der Tagesordnung, Kulturkongreß 1962, hat Herr Heck das Wort.

KULTURKONGRESS 1962

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich muß Sie noch einige Minuten in Anspruch nehmen. Der Vorstand hat in der vorletzten Sitzung beschlossen, in diesem Herbst wieder einen Kulturkongreß abzuhalten. Wir waren der Meinung, daß es zweckmäßig sei, weil es hier einen gewissen Nachholbedarf gibt, alle zwei

⁶⁹ 5. Bundesjugendkonferenz des DGB am 13./14. April 1962 in Berlin. Vgl. UiD Nr. 16 vom 19. April 1962.

Jahre mit einem solchen Kongreß an die Öffentlichkeit zu treten. Als Zeitpunkt für diesen Kongreß ist Ende Oktober, Anfang November vorgesehen. Der Vorstand müßte auch noch darüber beschließen, wo dieser Kongreß stattfinden soll. Darüber hinaus möchte ich noch die Zustimmung des Vorstandes zu den Themen haben, die wir behandeln wollen.

Diese Frage ist behandelt worden a) im Kulturpolitischen Ausschuß der Bundespartei, b) im Kulturpolitischen Arbeitskreis der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion. Wir schlagen vor, uns auf zwei Themenkreise zu beschränken, die in den nächsten Monaten noch vorbereitet werden müssen. Ich denke, daß wir für die übernächste Sitzung des Bundesvorstandes einen genau formulierten Programmvorschlag werden vorlegen können. Die Themenkreise sind: 1. Berufsbildung, Berufsausbildung und Berufsbildung. Hier treffen wir ganz gut zusammen mit dem, was auf der Regierungsebene vorbereitet wird. 2. Leibeserziehung, Sport und Spiel, (Adenauer: Das wollen Sie auf dem Kulturkongreß behandeln?) was den Bereich der Schulen wie auch den Bereich der Gesellschaft anbelangt.

Der Zwischenruf des Herrn Bundeskanzlers rechtfertigt dieses Thema, weil wir tatsächlich auf dem besten Wege sind, Sport und Spiel und Leibeserziehung nur noch als öffentlichen Zirkus und Spektakel anzusehen. Und gerade dem müssen wir begegnen. Bei dem Thema „Freizeitgestaltung“ spielt es auch eine sehr große Rolle. Wenn wir heute in die großen Stadien gehen, Herr Bundeskanzler, dann sehen wir sicher keine Spur mehr von Leibeserziehung. (Adenauer: Das ist doch keine Kultur!) Doch, Herr Bundeskanzler! (Adenauer: Das ist doch höchstens Körperkultur!) Wir möchten gerade dem Zirkusbetrieb entgegenwirken. Es ist unsere Auffassung, daß im allgemeinbildenden Schulwesen bei uns die Körperkultur und die Leibeserziehung nicht die genügende Berücksichtigung erfahren.

Das ist der Vorschlag, den ich im Auftrag des Kulturpolitischen Ausschusses und des Arbeitskreises zu machen habe. Ich wäre dankbar, wenn Sie dem zustimmen und darüber hinaus noch eine Entscheidung darüber fällten, wo der Kulturkongreß stattfinden soll.

Adenauer: Was schlagen Sie vor? (Heck: Die Bayern hatten darum gebeten, wir sollten diesen Kongreß in Bayern abhalten!) In Bayern können sie gut Kultur gebrauchen. (Heck: Weil dort ein Kongreß der CSU sein soll.) Wenn Sie meine Meinung hören wollen, dann folgendes: Als wir uns überlegten, einen Kulturkongreß abzuhalten, haben wir daran gedacht, gerade in die intellektuellen und geistig gehobenen Schichten – von denen Herr Kraske eben gesprochen hat – einzudringen; denn wir gelten doch in diesen Kreisen – lassen Sie mich das ganz offen sagen – als eine Banausenpartei. Wie wir nun diesem Anliegen durch die Sportgeschichte Rechnung tragen können, das weiß ich nicht. Machen Sie meinerwegen einen CDU-Sporttag, jederzeit, aber als Kulturkongreß! Das erfüllt doch nicht den Zweck, den wir mit unserem Kulturkongreß verfolgt haben.

Heck: Herr Bundeskanzler! Die Überlegungen, die wir angestellt haben, gehen bis hin zu den Wahlen im Jahre 1965. Wir haben nicht nur den Kulturkongreß im Jahre

1962, sondern auch den des Jahres 1964 in unsere Überlegungen einbezogen. Auf dem letzten Kulturkongreß haben wir das Thema des allgemeinbildenden Schulwesens und der Universitäten behandelt. Das berufsbildende Schulwesen, vor allem die Berufsbildung, sind bei uns noch nicht behandelt worden. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß z. B. die Deutsche Olympische Gesellschaft mit ihrem Goldenen Plan⁷⁰ ein außergewöhnlich starkes Echo in der Öffentlichkeit gefunden hat.

Adenauer: Das beweist gar nichts! Auch ein Boxkampf ist ein großes Ereignis. Wollen Sie auf dem Kulturkongreß einen Boxkampf veranstalten? (*Heck:* Nein, aber ein Thema, das auch in den Bildungsschichten eine Behandlung erfahren soll.)

Ich habe heute wirklich Pech. Ich liege immer falsch in den Augen und Ohren meiner Zuhörer mit dem, was ich sage. Sehen Sie mal, Herr Heck, der Schulunterricht in der Bundesrepublik ist hundsmiserabel. Hier in der Universität in Bonn werden Klassen eingerichtet, damit die jungen Leute, die dahin kommen, im ersten Semester Deutsche Geschichte und Latein lernen.

Da sollten Sie hineinsteigen! Wenn Sie die Leute sprechen, die in den europäischen Organisationen in Brüssel tätig sind, dann werden Sie hören, daß z. B. die Franzosen an Bildung und Können weit über uns stehen. Und wenn die Sache so weitergeht, wie es jetzt im Gange ist in Deutschland, dann garantiere ich Ihnen, ist Frankreich in zehn Jahren ein viel höherstehendes Land als wir. Weil letzten Endes auch die wirtschaftliche Produktion auf dem Können und Wissen der Menschen beruht, wird es mehr und besser produzieren als wir.

Deswegen bin ich mit Haut und Haaren gegen Ihren Vorschlag. Aber wir können ja darüber abstimmen, ob wir einen Sportkongreß statt eines Kulturkongresses abhalten sollen. Machen Sie meinetwegen drei Sportkongresse, aber nennen Sie das um Gottes willen nicht Kulturkongreß. Das paßt gerade in unsere deutsche Entwicklung hinein!

Lorenz: Ich meine nicht, daß der Sport das Hauptleitbild sein soll, aber der Akzent liegt sehr darauf. Wäre es nicht ratsam, wenn wir heute grundsätzlich beschlössen, es soll ein Kulturkongreß stattfinden? Alles Weitere über den Inhalt usw. könnten wir vorläufig weglassen. Dann können die Herren, die mit der Vorbereitung befaßt sind, bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstandes vor dem Parteitag noch einmal einen überdachten Programmvorschlag machen.

Nun habe ich den Wunsch meines Landesverbandes und die Bitte vorzutragen, diese Veranstaltung in Berlin abzuhalten. Es gibt dafür drei Hauptgesichtspunkte. Erstens, daß wir es dankbar begrüßten, wenn eine größere Veranstaltung nach dem 13. August in Berlin wäre. Der Herr Bundeskanzler hat uns besucht, aber die Partei als solche ist noch nicht da gewesen. Zweitens planen wir in Berlin den Ausbau eines Kulturzentrums. Das würde also gut hineinpassen. Drittens: Das einzige, was uns zur

⁷⁰ Deutsche Olympische Gesellschaft: Memorandum zum „Goldenen Plan“ für Gesundheit, Spiel und Erholung. Frankfurt/M. 1960.

Zeit mit den Menschen in der Ostzone verbindet, ist die gemeinsame Sprache und die Kultur.

Adenauer: Ich würde auch vorschlagen, in dieser schwachen Besetzung keinen Beschluß zu fassen. Wir wollen es uns durch den Kopf gehen lassen. Herr Heck! Ich wurde im Jahre 1917 Oberbürgermeister von Köln. Wir standen damals, nachdem wir zusammengebrochen waren, in der großen Gefahr, den Separatisten zum Opfer zu fallen. Ich habe damals den Anstoß dazu gegeben, Turner und Sportler zusammenzurufen. Es ist uns dann im Laufe von zwei Jahren gelungen, 70.000 aktive Turner und Sportler auf die Beine zu stellen, mit denen wir alles hätten zurückschlagen können. Ich sage das nur, damit Sie sehen, daß ich nicht gegen den Sport bin. Die Stadt Köln hat unter meiner Leitung damals das erste große Stadion in Deutschland gebaut. Aber Kultur ist etwas ganz anderes! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Krone: Es war in Gelsenkirchen auch gesagt worden, wir sollten uns auf den kommenden Kongressen mit den Fragen Film und Funk als Massenmedien befassen.⁷¹

Adenauer: Nehmen Sie noch das Fernsehen dazu. (*Krone:* Ja, natürlich! – *Kraske:* Es ist von der Banausenpartei gesprochen worden. Es gibt Schichten, wo dieses Wort die Runde macht!) Wissen Sie, was ein Banause ist? (*Zurufe:* Nein!) Das ist einer, der ein Handwerk ausübt, ohne zur Innung zugelassen zu sein.

Kraske: Ich würde zu erwägen geben, ob man nicht auch einmal auf einem solchen Kongreß ein Referat oder einen Vortrag halten läßt, der die moderne Literatur, das moderne Theater usw. behandelt. Ich gebe zu, das hat ein bißchen demonstrative Wirkung. Man kann in einer Partei nicht gut darüber diskutieren, aber es könnte geschehen, damit gewisse Kreise in Deutschland sehen, daß wir auch für diese Probleme offen sind. Davon würde ich mir eine gute Wirkung versprechen.

Süsterhenn: Ich würde vorschlagen, den Kulturkongreß unter das Thema „Kultur und Freiheit“ zu stellen. Das ist etwas, was die intellektuellen Kreise anspricht. Das sind Dinge, in die wir etwas von unserem geistigen und auch politischen Interesse hineinlegen können. Das ist auch das, was uns vom Osten unterscheidet. Es scheint mir sehr wichtig zu sein, daß wir das betonen.

Von Merkatz: Es wurde von Berlin gesprochen. Berlin ist ganz hervorragend geeignet, um zu Kulturfragen Stellung zu nehmen. Hier müßte das Thema weitergefaßt sein als das, was Herr Heck vorgeschlagen hat. Ich weiß nicht, ob man das Thema „Kultur und Freiheit“ als solches nehmen soll. Jedenfalls hat es etwas Attraktives für Berlin. Vielleicht kann man es noch konkretisieren.

Es wäre eine Auseinandersetzung zwischen der totalitären Kulturauffassung und der freiheitlichen Kulturauffassung. Ich habe mir gedacht, daß das Thema „Bildung und Massenmedien“ interessant wäre, wobei man auch die tiefgründigen Probleme des Fernsehens ansprechen könnte.

⁷¹ Vgl. Nr. 2 Anm. 62.

Wir sind in einer bedrohlichen Entwicklung. Ich habe mir die Ergebnisse einer Intelligenzprüfung von französischen Rekruten angesehen; sie waren in einer Zeitschrift abgedruckt. Acht schwierige Fragen, und zwar meist auf die französische Literatur bezogen, mußten richtig beantwortet werden, um diese Prüfung zu bestehen. Ich möchte eine Wette eingehen, daß der durchschnittlich gebildete Akademiker bei dieser Prüfung durchgefallen wäre.

Schmidt: Ich möchte nicht dafür plädieren, daß wir das Thema „Leibesübungen und Sport“ behandeln, aber anknüpfen an das, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler. Sie haben vom Humanismus gesprochen und erklärt, in dem Kampf gegen die kommunistische Gefahr müßten wir den Materialismus bekämpfen, indem wir im Prinzip ... (*Adenauer:* Das habe ich nun wieder nicht gesagt!) Dann folgen Sie mir bitte einmal in dem Gedankengang, Herr Bundeskanzler. Gerade auf dem Gebiete des Sports und der Leibesübung ist das entscheidende Problem, daß wir vom Materialismus dieser Zeit wegkommen und in einem humanistischen Sinn zu einem anderen Verständnis für die Leib-Seele-Geist-Beziehung kommen. Das ist die eigentliche innere Beziehung zu dem, was man will, ohne daß ich Stellung dazu nehme.

Adenauer: Bei den alten Griechen war z. B. die Gymnastik eine Kultur. Im heutigen Deutschland ist das nicht mehr der Fall. (*Schmidt:* Vielleicht!) Herr Schmidt! Lassen wir die Deutschen lieber zunächst einmal richtig schreiben und lesen lernen! (*Schmidt:* Dagegen habe ich nichts!) Man muß sich einmal damit beschäftigen, wieviel höher die französischen Schulen stehen als die deutschen. (*Schmidt:* Da würde ich Ihnen zustimmen!)

Heck: Ich muß einiges in Erinnerung rufen. Wir können auf dem nächsten Kulturkongreß nicht das gleiche Thema behandeln, was wir auf dem letzten Kulturkongreß behandelt haben. Auf dem letzten Kulturkongreß in Gelsenkirchen ist über das Thema „Staat und Kultur“ in extenso und über das allgemeinbildende Schulwesen diskutiert worden. Das können wir nicht wiederholen. Wir haben uns überlegt, daß wir im Rahmen unseres Bildungs- und Ausbildungswesens noch Teile behandeln müssen, weil wir künftig zum großen Teil auf die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit unserer Bürger angewiesen sein werden. Dieser Teil umfaßt die Berufsbildung, die Berufsausbildung und die Berufsbildung. Die zweite Frage betrifft den Sport und die Leibesübungen.

Ich verstehe den Einwand, daß man angesichts des Sports die Frage stellt, was hat das mit Kultur zu tun, aber auf der anderen Seite möchte ich sagen, daß natürlich die degenerierte und entartete Form der Leibeskultur kein Beweis dafür ist, daß Leibeskultur nicht zur Kultur gehört. Ich meine, das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir gerade heute besonders berücksichtigen müssen bei der Verkürzung der Arbeitszeit und der Ausdehnung des Wochenendes. Es kommt vor allem auf die vernünftige Gestaltung der Freizeit an.

Ich bin der Meinung, daß es sich um ein sehr wichtiges Problem der Kultur handelt. Wenn in unseren Schulen die Kinder nicht zur Leibes- und Körperkultur

erzogen werden, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß der Sportbetrieb in der Gesellschaft kulturlos geworden ist. Deshalb meinten wir, daß es sich hierbei um ein Thema handelt, das dringend behandelt werden sollte. Wir wollten das, was die Bildungsschichten angeht, eigentlich erst auf dem Kulturkongreß im Jahre 1964 – also zeitlich nahe bei den nächsten Bundestagswahlen – behandeln.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, wir schließen jetzt die Diskussion und kommen darauf zurück. Herr Heck ist so freundlich und überlegt einmal das, was wir hier gehört haben.

Und nun sollten wir uns nach diesem langen Durchhalten alle gegenseitig bedanken dafür, daß wir hier eine gute Arbeit den ganzen Tag über geleistet haben. Damit darf ich die Sitzung schließen.

6

Dortmund, Samstag 2. Juni 1962

Sprecher: Adenauer, Benda, [Blumenfeld], Frau Brauksiepe, Dichtel, Dufhues, Gerstenmaier, Gurk, von Hassel, [Kraske], Krone, [Lücke], Meyers, Röder, [Scheufelen], [Schmidt], Schröder, Süsterhenn.

Ablauf des Bundesparteitages. Wahlen und Satzungsänderungen. Verschiedenes.

Beginn: 16.30 Uhr

Ende: 17.50 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben heute nur kurz Zeit. Deshalb würde ich Ihnen vorschlagen, daß Herr Kollege Dufhues zum Punkt 1 der Tagesordnung referiert.

ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES

Dufhues: Meine Damen und Herren! *(In diesem Moment entsteht ein heftiger Lärm draußen.)* Der Bundesparteitag beginnt mit einem Krach! *(Heiterkeit.)* Als Punkt 1 der Tagesordnung finden Sie „Ablauf des Bundesparteitages“. Ich kann es mir sicherlich ersparen, noch einmal einen zusammenfassenden Bericht über die

Tagesordnung und den Ablauf des Parteitages im einzelnen zu geben. Das ist Ihnen aus der Ihnen zugegangenen Einladung bekannt.

Aber ich darf einige Fragen zur Sprache bringen, die einer Entscheidung des Bundesvorstandes wegen einer Empfehlung an den Bundesausschuß und auch an den Parteitag bedürfen. Dazu gehört einmal die Zusammensetzung des Präsidiums. Ich halte es für zweckmäßig, das Präsidium wie üblich zu bestellen, und zwar aus dem Vorsitzenden des Landesverbandes, in dem der Parteitag stattfindet. Ich bitte um gütige Nachsicht, daß ich mich damit selbst vorschlagen muß. Im übrigen schlage ich folgende Freunde für das Präsidium vor: Dichtel, Dr. Even, Krüger und Lemmer.

Wir hatten weiter vorgesehen, unseren Freund Winkelheide in das Präsidium zu wählen. Da er jedoch durch Teilnahme an einer KAB-Tagung in Saarbrücken¹ verhindert ist, wird an seiner Stelle unser Parteifreund Arndgen² als Mitglied des Präsidiums vorgeschlagen. Von den Frauen war vorgeschlagen Frau Dr. Jochmus. Ich höre aber, daß auch sie verhindert ist. An ihrer Stelle schlage ich Frau Blohm³ aus Hamburg vor. Darf ich fragen, ob Sie mit dieser von mir vorgeschlagenen Zusammensetzung des Präsidiums einverstanden sind? – Da ich keinerlei Widerspruch höre, sondern im Gegenteil sogar vereinzelt Beifall, darf ich in Ihrem Namen, Herr Bundeskanzler, feststellen, daß dieser Vorschlag einstimmig akzeptiert worden ist und dem Bundesparteitag das Präsidium in dieser Form dem Bundesausschuß und dem Parteitag zur Wahl vorgeschlagen werden wird.

Wir haben uns ferner zu befassen mit der Zusammensetzung des Redaktionskomitees, dessen Tätigkeit von nicht geringer Bedeutung ist. Bei den Vorschlägen, die ich Ihnen zu machen habe, haben wir Wert darauf gelegt, vor allem eine Verzahnung zwischen dem Redaktionskomitee und den Parteifreunden zu erreichen, die insbesondere in den Arbeitskreisen verantwortlich mitgewirkt haben. Aufgrund dieser Überlegung schlagen wir Ihnen vor, in das Redaktionskomitee folgende Freunde zu wählen:

Etzel, Dr. Gerstenmaier, von Hassel, Dr. Heck, Katzer, Kiesinger – der voraussichtlich am Montag hier eintreffen wird –, Dr. Kraske, Dr. Krone, Dr. Pettenberg⁴, Dr. Otto Schmidt, Dr. Schröder, außerdem ich als Präsident dieses Parteitages.

Ich würde Ihnen weiter vorschlagen, Herrn von Hassel als Vorsitzenden dieses Redaktionskomitees zu wählen. Darf ich nun fragen, ob Sie mit dieser Zusammensetzung des Redaktionskomitees einverstanden sind? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Schließlich haben wir die Mandatsprüfungskommission zu wählen. Dazu schlage ich Ihnen unsere Parteifreunde Dr. Fay, Müllenbach, Landesgeschäftsführer

1 22. Verbandstag der KAB Westdeutschlands vom 31. Mai bis 3. Juni 1962 in Saarbrücken. Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 2. Juni 1962 „KAB meldet ihre Forderungen an“.

2 Josef Arndgen (1894–1966), 1949–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 240 Anm. 10.

3 Irma Blohm (1909–1997), 1957–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 908 Anm. 18.

4 Dr. Heinz Pettenberg (1900–1974), Journalist; 1956–1966 Leiter der Presseabteilung der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 8.

Braun⁵ und Landesgeschäftsführer Pusch⁶ vor. Ich darf feststellen, daß Sie auch hiermit einverstanden sind.

Es wird Sie interessieren, in welchem Umfang und in welcher Aufteilung sich unsere Delegierten zu den Arbeitskreisen gemeldet haben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen werden etwa 45 % aller Beteiligten an den Beratungen im Arbeitskreis III teilnehmen, der die „Künftigen Aufgaben der CDU“ behandeln wird. Die übrigen Delegierten werden sich je zur Hälfte an den Arbeitskreisen I und II beteiligen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Arbeitskreise würde ich es dankbar begrüßen, wenn die Parteifreunde, die als Leiter und als Referenten zu den Arbeitskreisen vorgesehen sind – Herr Kollege Schmidt, das geht auch Sie an –, nach dieser Sitzung des Bundesvorstandes noch einmal zusammenkämen, um sich Gedanken über den Ablauf der Diskussion in den Arbeitskreisen zu machen. Herr Dr. Kraske gibt nacher den Raum an, wo diese Sitzung stattfinden wird. Ich darf nunmehr das Wort an den Herrn Bundeskanzler zurückgeben.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Herr Dufhues⁷ hat mir das Wort zurückgegeben. Ich frage Sie, ob Sie zum Ablauf des Bundesparteitages etwas zu sagen haben.

Meine Damen und Herren! Zunächst ein herzliches Willkommen. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir den dritten Parteitag in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen abhalten, und zwar nach den Freien Demokraten⁸ und den Sozialdemokraten. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit lenken auf den Verlauf des Parteitages der SPD in Köln.⁹ Nach den Berichten, die ich von verschiedenen Seiten darüber bekommen habe, war er sehr langweilig. Trotzdem war dieser Parteitag von Herrn Wehner derart gut vorbereitet, daß die ganze Sache wie am Schnürchen gelaufen ist. Worüber ich erschüttert bin, das ist doch, daß anscheinend die deutsche Presse alles das, was dort gesagt worden ist, als bare Münze hinnimmt. Ich habe einen Artikel gelesen – die Zeitung will ich nicht nennen –, der das etwas glossierte, was da gemacht worden ist; aber darin wurde gesagt: Jetzt muß sich die CDU anstrengen und zeigen, daß sie auch noch etwas zu sagen hat. Wenn Sie die Druckschriften von diesem Parteitag gelesen haben, dann werden Sie sicher festgestellt haben, daß die Sozialdemokratie uns präterpropter alles gestohlen hat, was überhaupt gesagt wird, und zwar angefangen vom Christentum bis zur Ethik, also kurz und gut, alles, was es überhaupt gibt.

5 Gerhard Braun (geb. 1923), Kaufmann; 1947–1955 Landessekretär der JU Rheinland, 1957–1960 stv. und 1961–1966 Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland, 1972–1987 MdB, 1988–1990 Vorsitzender der Senioren-Union der CDU.

6 Hanns-Ulrich Pusch (geb. 1917), Journalist; 1949–1952 Kreisvorsitzender JU Düsseldorf-Mettmann, 1955–1957 stv. Landesvorsitzender JU Schleswig-Holstein, 1957–1962 Vorsitzender KV Lübeck, 1958–1962 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1955–1962 Landesgeschäftsführer der CDU Schleswig-Holstein, nach 1962 Mitarbeiter beim NDR.

7 In der Vorlage: von Hassel.

8 Vgl. Nr. 3 b Anm. 14.

9 Vgl. Nr. 3 b Anm. 12.

Ich habe es überhaupt nicht für möglich gehalten, daß eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie, die etwa hundert Jahre alt ist, so charakterlos ist und einfach, um an die Macht zu kommen, alles aufgibt, was sie bisher hoch- und heiliggehalten hat.

Die Frage ist nun, wie wird unser Parteitag demgegenüber in der Presse behandelt? Sie wissen, daß ich morgen vormittag und morgen nachmittag sprechen werde. Ich hatte mir im Laufe der letzten Woche einige Gedanken zurechtgelegt, aber ich muß Ihnen gestehen, das ist alles überholt, und ich muß wieder von vorn anfangen, denn wir müssen unter allen Umständen Stellung nehmen zu manchem, was die Sozialdemokratie gesagt hat. Natürlich darf unser Parteitag nicht so aussehen, als wenn wir lediglich in der Defensive wären gegenüber der Sozialdemokratischen Partei. Wir müssen uns auch hüten, etwa den Eindruck hervorzurufen, als wenn wir niedergedrückt oder in Sorge wären wegen dieses Parteitages der Sozialdemokraten. Wir müssen also den richtigen Mittelweg suchen. Wir müssen in den Vorträgen und in der Diskussion, wo es am Platze ist, ein Wort zu dem sagen, was die Sozialdemokratie jetzt macht, daß wir z. B. außerordentlich skeptisch sein müssen. Wenn Sie aber anderer Ansicht sind, dann äußern Sie sich bitte dazu.

Ich möchte Ihnen in allem Ernst sagen, es ist dem Herrn Wehner durch eine systematische Arbeit, die sich über zwei Jahre erstreckte, gelungen, bis zum letzten Parteifunktionär seine Leute dahin zu bringen, daß dieser Parteitag – auch entgegen der Erwartung aller Sozialdemokraten – ohne jeden Widerspruch abgeschlossen wurde.

Die nächste Wahl, die wir haben werden, findet in Nordrhein-Westfalen statt. Es wäre mir deswegen sehr angenehm, wenn wir vom Herrn Ministerpräsidenten Meyers aus Nordrhein-Westfalen hören könnten, welchen Eindruck er von diesem Parteitag der SPD hat und welche Folgen er für den Ausgang der Wahl in Nordrhein-Westfalen vermutet. Würden Sie die Freundlichkeit haben, Herr Meyers.

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist nicht ganz einfach, nach diesem Parteitag etwas Genaues zu sagen. Allgemein kann ich sagen, daß die Arbeit von Herrn Wehner sich sehr auswirken wird. Zunächst haben wir festgestellt, daß die SPD schon vor ihrem Parteitag Personen, die im evangelischen und im katholischen kirchlichen Raum tätig sind und der SPD angehören oder für sie gewonnen worden sind, eingeladen hat. Ich habe gestern mit einem hervorragenden Repräsentanten der evangelischen Kirche gesprochen, der mir diese Wahrnehmung bestätigt hat. Ich weise darauf hin, daß es eine Anweisung der SPD gibt, sich möglichst in den katholischen Kirchenvorständen und überhaupt in den Vereinen im kirchlichen Leben und in den Gemeinden im katholischen Raum zu beteiligen. Es ist in den letzten Jahren der SPD weitgehend gelungen, sich etwas den Schein zu geben: Wir sind nicht so schlimm. Wir sind mit den Kirchen ausgesöhnt.

Sie kennen die Ausarbeitung der SPD über „Mater et Magistra“.¹⁰ Sie finden auch immer wieder in Gesprächen, worauf es ihnen ankommt. Ich habe die perfide

¹⁰ Vorstand der SPD (Hg.): Katholik und Godesberger Programm. Zur Situation nach Mater et Magistra. Bonn 1962.

Art festgestellt in Nordrhein-Westfalen, daß sich Herr Lauber¹¹ von der SPD und Herr Luchtenberg¹² von der FDP zusammentun und in kritische Gegenden gehen und dann harmlose und mit der Sache nicht vertraute CDU-Leute auffordern, das und das zu tun. Leider sind auch Leute darauf hereingefallen. So hat es z. B. nach einer dpa-Meldung in einer evangelischen pädagogischen Hochschule in Wuppertal für unseren CDU-Freund Bach Gelächter und Piffe gegeben, wo Lauber seinen Landtagswahlkreis hat und Luchtenberg die Krone davontrug.¹³ Es war aber so, daß ein der FDP angehöriger Journalist, ein Chefredakteur einer größeren Zeitung, nachher sagte: So schlimm sind die Kulturpolitiker der CDU nun auch wieder nicht. – Dasselbe ist in Remscheid gewesen. Dort soll es so gewesen sein, daß die SPD und die FDP ihre Chancen wahrgenommen haben, aber die CDU ihre Chancen verloren hat.

Allgemein kann man sagen, daß das Klima noch kein Wahlkampf ist. Aber es ist so, daß wir uns gewaltig anstrengen müssen. Wir geben uns auch keinem Zweifel darüber hin, daß bei uns die Gemeindewahlen und die Landtagswahlen vom allgemeinen Klima in der Bundesrepublik getragen werden. Die Kommunalwahlen im Land sind wirklich gut verlaufen im vorigen Jahr, weil wir auf einer aufsteigenden Welle im Bund waren.¹⁴ Es gab noch keinen 13. August. Wir haben einen Erfolg errungen wie seit zehn Jahren nicht mehr bei den Kommunalwahlen. Also, was uns heben oder senken wird, das ist das Allgemeinklima.

Der Herr Wehner hat seinen „Clausewitz“ genau studiert. Diese ganzen Streikandrohungen usw., das alles gehört zu einem bewußten und gewollten Zusammenspiel. Auch der Ärger mit den Kriegsoffern usw., das gehört alles dazu, auch daß wir, wo wir auftreten, Ärger mit der Polizei haben.¹⁵ Ein Mann von der Polizeigewerkschaft will als SPD-Abgeordneter in den Landtag. Deshalb organisiert er Kundgebungen, in denen gegen die CDU gehetzt wird. Deshalb kommt von der SPD der Antrag, man solle für die Großstädte die zweifelhafte Rechtsgrundlage für die Getränkesteuer so festlegen, daß die Städte selbst entscheiden können, ob sie eine Getränkesteuer entnehmen oder

11 In der Vorlage: Lauer. – Dr. Hans Lauber (geb. 1921), Arzt; 1970–1975 MdL NW (SPD).

12 Professor Dr. Paul Luchtenberg (1890–1973), 1946 Mitgründer der FDP NW, 1950–1953 und 1954–1956 MdB, 1950 und 1958–1966 MdL NW, 1956–1958 Kultusminister NW.

13 Nicht ermittelt.

14 Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 19. März 1961: CDU 45,0 % (1956: 38,2 %), SPD 40,7 % (44,2 %), FDP 10,2 %, Zentrum 1,4 %, BHE 1,1 % (UiD Nr. 12 vom 23. März 1961 S. 3 f.).

15 Im Öffentlichen Dienst, bei der Bahn, der Post und den Flughäfen kam es im Mai 1962 zu Streikdrohungen („Bonner Rundschau“ vom 17. Mai bis 2. Juni 1962). Die sozialpolitischen Maßnahmen sollten nach der Koalitionsvereinbarung nicht um die Neuregelung der Kriegsopferversorgung erweitert werden (FAZ vom 25. Mai 1962 „Die Wünsche der Kriegsopfer werden zurückgestellt“). Ferner kam es in Nordrhein-Westfalen zu Kontroversen zwischen Innenminister Dufhues und der Gewerkschaft der Polizei („Kölner Stadtanzeiger“ vom 15. März 1962 „Die Verfassung ist kein Abreißkalender“).

nicht.¹⁶ Es ist doch kein Zufall, daß am Montag die Gastbetriebe in Dortmund streiken, obwohl hier der Bundesparteitag der CDU stattfindet. (*Schröder*: In Düsseldorf auch!) Überall! Die SPD versucht also, uns mit allen Mitteln diese Gastbetriebe abgespenstig zu machen.

Allgemein muß ich sagen, daß die Annäherung der SPD zur Volkspartei – sie mag nur äußerlich sein – immerhin unsere Position so geschwächt hat, daß wir alles daransetzen müssen, um im Lande Nordrhein-Westfalen die Wahl zu gewinnen.

Herr Bundeskanzler, wir haben seit Jahren darauf hingewirkt; wir sind durch unsere Parteireihen gegangen und haben sie verstärkt, alle, die an der Spitze stehen, mit mehr Macht. Wir haben aber leider den Eindruck, daß unsere Freunde im Bund die Bedeutung dieser Landtagswahlen noch nicht richtig eingesehen haben. Ob wir nun 99 oder 95 Abgeordnete bekommen, das ist relativ gleichgültig; wenn wir nicht 100 bekommen, also die absolute Mehrheit, dann wird das allgemein gedeutet als eine Schlappe der gesamten CDU.

Wir geben die Hoffnung nicht auf. Wir haben begründete Aussicht, wenn die Bundesrepublik ein gutes Klima schafft, die Mehrheit zu bekommen. Ich bitte insbesondere die Mitglieder des Bundesvorstandes, auf ihre Freunde im Bundestag und in den Ländern einzuwirken, sich an diesem Wahlkampf zu beteiligen; denn für Nordrhein-Westfalen ist diese Wahl nicht allein entscheidend, sondern für die gesamte CDU. Ich sehe gleichzeitig auch die Wahlkämpfe in Hessen, in Bayern, in Schleswig-Holstein und im nächsten Jahr in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz. Deshalb meine herzliche Bitte: Wir müssen uns schwer am Riemen reißen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Wir können es erringen, wenn wir alle Kräfte in den Wahlkampf hineinwerfen. Wir wollen den Wahlkampf so kurz wie möglich halten. Wir wissen, daß die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen mit einem Wahlkampf von sechs oder sieben Wochen nicht in Hochstimmung gehalten werden kann. Morgen wird der erste Paukenwirbel sein. Dann kommt Pfingsten, und dazwischen ist die Fußballweltmeisterschaft. Das haben wir vor vier Jahren auch gehabt. Wir haben immer einen ungünstigen Termin wegen der Weltmeisterschaft. Das eine steht fest: Wir müssen uns enorm anstrengen.

In der Wahlillustrierten der SPD finden Sie in der ersten Hälfte kaum etwas von der SPD, außer einer Abhandlung über das Fernsehen. In der zweiten Hälfte versucht die SPD, alle Erfolge der Wirtschaftspolitik des Bundes für sich zu kassieren. Die Illustrierte bringt gerade die Stadt Dortmund als Beispiel für den Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen, und zwar so, wie ihn eine sozialistische Stadtverwaltung

16 Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung von Bestimmungen des Getränkesteuerrechts vom 30. März 1962 (LDrs. 731). Der Änderungsantrag der FDP vom 22. Mai 1962 (LDrs. 783) sah vor, alkoholische Getränke von der Getränkesteuer zu befreien. Durch das Ende der Wahlperiode wurde der Entwurf ohne Beschluß erledigt. – Der Landesverband Gaststätten- und Hotelgewerbe Nordrhein-Westfalen e.V. hatte aus Protest gegen die Getränkesteuer für den 4. Juni 1962 zur Schließung der Betriebe aufgerufen („Bonner Rundschau“ vom 29. Mai 1962 „Gegen Getränkesteuer. Betriebe bleiben aus Protest am 4. Juni geschlossen“).

macht.¹⁷ Dabei zeigen sie alte und verfallene Häuser mit Wohnungen, die von der CDU noch als menschenwürdig angesehen werden. Die SPD macht also alle Anstrengungen, um die schwankenden 25 % der Wähler – meist liberale Leute – auf ihre Seite zu bekommen.

Krone: Ich muß auf einen anderen Punkt hinweisen, der von Bedeutung für unseren Parteitag sein wird. Die „Ruhr-Nachrichten“ haben geschrieben: „Schon Abschied von Adenauer?“¹⁸ Es ist eine Zeitung, die zu uns gehört und diese Frage anläßlich des Dortmunder Parteitages aufwirft. Daß diese Frage seit Wochen gestellt wird, weiß der Herr Bundeskanzler genau wie wir. Es ist auch die Frage gestellt, ob der neue Kurs in der Außenpolitik von Herrn Kollegen Schröder oder der Kurs des alten Herrn richtig sei. Daß dies keine Frage in der Sache, sondern nur in der Nuance ist, das wissen wir. Aber die Öffentlichkeit nimmt das zum Anlaß, um gegen den Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer zu Felde zu ziehen. Hier wird mit Mitteln der Innenpolitik und der Außenpolitik ein infames Spiel getrieben. Dieser Artikel stellt uns vor die Frage, wie wir ihn zu beantworten haben.

Ich habe mit Herrn Gerstenmaier gesprochen, der mir gesagt hat: Sollte wirklich auf dem Parteitag jemand mit dem Dolch im Gewande umhergehen, würde ich aufstehen und für den Parteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer das Wort ergreifen. Ich meine, das kann auch nur unsere Antwort sein.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir müssen in den Parteiausschuß und dürfen die Damen und Herren dort nicht länger warten lassen. (*Zurufe:* Wir haben noch eine halbe Stunde Zeit.) Dann bitte ich um Wortmeldungen. Ich beurteile die Situation auch für Nordrhein-Westfalen schwierig. Wenn wir die Wahlen verlieren, dann ist das ein schwerer Schlag für die folgenden Landtagswahlen, wie es Herr Meyers richtig hervorgehoben hat.

Gerstenmaier: Ich stimme dem Herrn Ministerpräsidenten Meyers zu, obwohl ich sagen muß, es ist natürlich ein ungewöhnlich rigoroser Anspruch an uns selber, Herr Ministerpräsident, wenn wir in jede Wahl lediglich gehen sollen mit dem Ziel, nicht nur die stärkste Fraktion zu werden, sondern auch die absolute Mehrheit aller Wähler zu gewinnen. Das ist eine ungewöhnlich harte Sache, aber in dieser praktischen Forderung kommt die Situation der gesamten CDU nachgerade am treffendsten und am härtesten zum Ausdruck. Ich werde jedenfalls im Arbeitskreis III dieses Thema behandeln und mich dieser Sache stellen. Ich werde dort die Forderung aufnehmen. Sie wurde weder 1949 noch 1953 noch 1957 gestellt, sondern erst, nachdem wir 1957 die absolute Mehrheit bekommen haben. Da hat sich diese Situation – vor allem auch durch den Wegfall kleiner Parteien – ergeben, daß wir nun in die Wahlkämpfe von Nordrhein-Westfalen und dem Bund mit dem geplanten Ziel hineingehen: absolute Mehrheit! Was das für uns bedeutet, ist nach meiner Überzeugung der Hintergrund

17 Wahlillustrierte „Vorn“, hg. vom SPD-Landesausschuß NRW zur Landtagswahl 1962. – Vgl. DUD Nr. 105 vom 1. Juni 1962 „Zwei Broschüren – zwei Tonarten“.

18 „Ruhr-Nachrichten“ vom 2./3. Juni 1962.

und die ganze Problematik dieses Parteitages. Es darf uns fortan, so wie die Dinge heute stehen, nicht mehr genug sein zu sagen, wir müssen die stärkste Partei werden, sondern wir müssen hineingehen mit dem Ziel, die absolute Mehrheit zu bekommen. Das ist eine rigorose Härte gegenüber der eigenen Partei. Aber wir müssen sie akzeptieren. Akzeptieren wir sie nicht, dann entsteht folgende Situation, wie wir sie jetzt im Bund hin und wieder haben, daß wir nur Annäherungswerte unserer politischen Programmatik verwirklichen können. Über die Grenzwerte entscheidet entweder der Koalitionspartner oder die Opposition. Das ist doch eine Situation, über die wir uns völlig klar sein müssen. Deshalb hilft alles nichts. Wir müssen uns den Mitgliedern stellen und in den Kampf hineingehen. Wir müssen es tun, auch wenn wir es nachher nicht schaffen.

Herr Kollege Meyers, daß wir uns später sagen lassen müssen, dieses Ziel habt ihr nicht erreicht, das liegt drin. Aber daß wir uns selber in dieser rigorosen Härte stellen müssen, das scheint mir völlig klar zu sein, und zwar nicht nur deshalb, weil wir einmal, ohne daß wir uns angestrengt haben, gewonnen haben, sondern auch deshalb, weil sich in der Parteistruktur so viel geändert hat, daß der Kampf hart auf hart gehen wird.

Noch ein Wort zum Parteitag der SPD in Köln! Ich erinnere mich an den Parteitag in Karlsruhe, wo wir die Kontroversen hatten. Herr Bundeskanzler, ich habe damals gesagt, ich nehme dieses Godesberger Programm ziemlich ernst, das ist etwas mehr als eine Sprachregelung.¹⁹ Diese Leute versuchen, sich selber damit ein modelliertes Wollen zu suggerieren, das eben nicht nur ein propagandistischer New Look ist, sondern sie wollen offenbar aus ihrer alten Basis und Tradition heraus eine Volkspartei werden. Ich kann nur sagen, sie haben konsequent an diesem Rezept festgehalten, auch wenn Herr Wehner es persönlich sehr hart bezahlt hat. Ich kann nur sagen, wäre ich in der SPD, dann Respekt davor, und ich nähme mein Hütchen ab vor der Beharrlichkeit, mit der es Wehner gemacht hat.

Aber wir stehen vor der Situation, uns mit einer SPD auseinandersetzen zu müssen, die mehr und mehr in dieser Richtung einer sozialdemokratisch zugestimmten Volkspartei uns ins Gehege kommt. Ich denke an einen bestimmten Punkt, was die Leute z. B. als Replik auf „Mater et Magistra“ geantwortet haben. Das ist für denjenigen, der sich mit diesen Ideengängen befaßt, die zu einer solchen Entwicklung führen, interessant. Sie sehen, sie haben diese Position mit einer Bedenkenlosigkeit erobert. Als vor zwei Jahren diese Leute ihr Godesberger Programm herausgaben, hätte ich nicht gedacht, daß sie mit einer solchen unerhört konsequenten Bedenkenlosigkeit weitermachen würden. Wir müssen uns deshalb damit auseinandersetzen.

Ich bin Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler, daß man das tun soll. Ich weiß nur nicht, ob wir uns in einer großen Schnelligkeit auf eine Sprachregelung verständigen können. Deshalb halte ich meine als Grundsatzreferat angekündigte Rede. Wir sollten

¹⁹ Vom 26. bis 29. April 1960. – Gerstenmaier sprach zum Thema: Wohlstand – und was sonst? (Druck: CDU, 9. Bundesparteitag S. 190–206, insbes. S. 195).

in dieser Sache nach Möglichkeit zu einer gemeinsamen Sprachregelung kommen. Ich weiß aber nicht, ob wir im Bundesausschuß dafür Zeit haben. Wir brauchen das für den Arbeitskreis III. Ich frage mich, was können wir tun? Können wir uns schnell verständigen auf eine interessante, ansprechende und polemisch scharf-kämpferische gemeinsame Sprachregelung? Ich habe Bedenken, das so ein bißchen aus dem Handgelenk zu machen. Jedenfalls wäre es zu wünschen, daß wir uns hier auf eine gemeinsame Sprachregelung verständigen könnten. Aber im Augenblick sehe ich das nicht. Ich hatte mein Referat so ausgearbeitet, daß ich einzelne Formulierungen schriftlich niedergelegt habe. Ich rede also nach einem Stichwortmanuskript frei aus der Hand. Als ich mir aber diese Geschichte angesehen habe, da habe ich gesagt, ich lasse es nicht auf Improvisationen ankommen, sondern es muß gehauen und gestochen werden. Ich habe nicht vor, polemisch zu werden, mit Ausnahme von einem Punkt, nämlich mit den unerhörten Angriffen des Herrn von Knoeringen²⁰, die ich der SPD übelnehme. Herr von Knoeringen hat uns vorgeworfen, daß wir uns ohne Berücksichtigung der politischen Situation und des Ernstes der Lage hemmungslos und gewalttätig zum Kulturkampf bekennen würden. Das ist ein gefährliches Argument. Auf diese Sache wird es ebenso ankommen wie auf die unablässigen Verdächtigungen der FDP, die sie uns im Bundestagswahlkampf immer wieder vorgehalten haben, weil wir die absolute Mehrheit anstrebten. Wenn wir also für den Parteitag eine gemeinsame Linie finden könnten für eine Sprachregelung, dann wäre das zweifellos ein großer Gewinn für uns.

Adenauer: Darf ich einige Bemerkungen machen. Ich glaube nicht, Herr Kollege Gerstenmaier, daß wir noch die Zeit haben, eine gemeinsame Grundlinie zu erarbeiten. Die Zeit langt nicht mehr dazu. Ich möchte Ihnen aber folgendes vorschlagen: Wir sollten unseren Parteitag nach außen hin so gut und so korrekt wie nur möglich machen, d. h. daß in den großen Versammlungen auch alle da sind und daß in den Arbeitskreisen auch wirklich ernsthaft diskutiert wird. Wir sollten zeigen, daß wir unser eigenes Leben weiterführen. Ich habe gestern einen Herrn, auf dessen Urteil ich Wert lege, gefragt²¹ – das sind Sie nicht, Herr Krone, ich habe Sie nachher angerufen –, was er von der Sache hält. Er war mir zu vornehm, denn er sagte, man sollte es begrüßen, daß sich die Sozialdemokratie zu unserer Sache bekennen würde. (*Bewegung und Zurufe:* Nein!)

Meine Herren, ich wollte Ihnen das nur sagen. Dieser Mann – ein führender Mann – denkt offenbar für meinen Geschmack viel zu vornehm und infolgedessen daneben. Ich meine, wir sollten kein Blatt vor den Mund nehmen und sollten ganz

20 Waldemar von Knoeringen (1906–1971), Bibliothekar; 1946–1970 MdL Bayern (SPD), 1947–1963 Vorsitzender der SPD Bayern, 1958–1961 stv. Vorsitzender der Gesamtpartei. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 60 Anm. 21. – DERS.: Erbe und Auftrag. In: Vorstand der SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 26. bis 30. Mai 1962 in Köln. Bonn 1962 S. 134–153, insbes. S. 151 f.

21 Am 1. Juni 1962 waren Herbert Blankenhorn, Axel Springer und General Klein bei Adenauer (TERMINKALENDER).

ruhig hier und da, wo es paßt, auch sagen: Das und das hast du uns gestohlen! Ich sehe gerade unseren Freund Lücke zu unserer aller Freude nach langer Krankheit wieder unter uns. (*Beifall.*)

In einer Rede gibt z. B. Herr Brandt eine Vision wieder, von der Herr Lücke sagt, das sei seine Vision, die er vorher gehabt hätte und auch vorher habe drucken lassen. So etwas sollte man ruhig sagen, wenn ein solches Plagiat so augenscheinlich ist.²²

Ich darf noch etwas zu den Landtagswahlen sagen. Herr Kollege Gerstenmaier, Sie haben völlig recht. Wir werden überstrapaziert durch elf Landtagswahlen. Wir sollten in Gedanken überlegen und vielleicht in einem Arbeitskreis ansprechen, ob wir nicht sämtliche Landtagswahlen im gesamten Bundesgebiet auf einen Termin legen können, und zwar etwa in der Halbzeit der Bundestagswahlen. Diese ewigen Landtagswahlen, wozu wir immer hin müssen, die stören uns außerordentlich in unserer Arbeit, und sie verwirren das ganze Bild. Wir müssen diesem Parteitag etwas Gewicht geben in der äußeren Form durch ein sehr geschlossenes Auftreten. Wir müssen immer zahlreich anwesend sein bei den Beratungen. Wir müssen uns betätigen bei den Aussprachen und gelegentlich den Sozialdemokraten das Nötige sagen. Vor allen Dingen aber müssen wir den Eindruck einer selbstbewußten Partei erwecken. (*Lebhafter Beifall.*)

Wir haben doch ein Recht darauf, selbstbewußt zu sein. Wir haben doch seit 1949 die ganze Arbeit geleistet. Ich darf Sie daran erinnern, wenn wir der Sozialdemokratie gefolgt wären, dann hätten wir unsere Freiheit schon lange, und wir hätten auch Europa verloren. Dann hätten die Russen das Ganze eingesteckt. Denken Sie bitte – ich werde es auch erwähnen – an den Deutschland-Plan der SPD von den Jahren 1959 und 1960, der zur Folge gehabt hätte, daß wir zwar zusammen mit der Zone, allerdings aber bei den Sowjetrussen gewesen wären. Man sollte sie also ruhig an das erinnern, was sie getan haben. Wir sollten darauf hinweisen, was wir in diesen Jahren geleistet haben.

Krone: Ich glaube, daß die beiden Parteitage der FDP und der SPD auf den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen abgestellt waren, um die Wahl zu gewinnen. Das sollten auch wir uns vornehmen. Wir sollten allen Versuchen von draußen – nicht von drinnen –, die zwischen uns in der Spitze Zwietracht säen wollen, radikal den Garaus machen. Wir sollten uns zweitens nicht in suggerierten Diskussionen über fundamental-psychologische CDU-Politik ergehen. Ich drücke mich ein bißchen vorsichtig aus. Ich will damit sagen, das ist nicht Sache des Parteitages. Daß wir am „C“ festhalten, ist klar. Daß wir liberale Wähler haben, wissen wir auch. Aber nun lang und breit mit Rede und Gegenrede darüber zu diskutieren, das halte ich für falsch. Denn das könnte uns große Schwierigkeiten machen. Man weiß von mir, daß ich zu der Schrift von Herrn Barzel positiv stehe. Kollege Gerstenmaier hat völlig recht, wenn er in seiner konkreten Sprache etwas zur Kulturpolitik sagen will, und zwar zu dem, was Herr von Knoeringen ausgeführt hat. Wir müssen uns in den Arbeitskreisen ganz konkret von der SPD und der FDP in den betreffenden Fragen distanzieren. Das scheint mir wichtig zu sein für diesen Parteitag.

22 Nicht ermittelt.

Gurk: Im Vordergrund des Parteitages muß unsere eigene Prägung und unser eigener Wille stehen. Das Volk will unseren Willen für die Zukunft sehen. Ich habe eine gewisse Sorge, daß wir die sogenannte Wandlung der SPD zu ernst nehmen, daß wir zu sehr an sie glauben. Nehmen Sie das Godesberger Programm. Ich glaube, daß sich, abgesehen von der Abschwörung des Marxismus, nichts geändert hat. Sie finden in dem ganzen Godesberger Programm nicht ein einziges Wort von Gott oder vom Christentum, weder von der Bekenntnisschule noch von der Simultanschule. (*Gerstenmaier:* Die Franzosen tragen auch keine roten Hosen mehr!)

Es steht aber drin, das Gemeineigentum ist eine Form der öffentlichen Kontrolle. Was dahintersteckt, das wissen Sie. Man kann es dem Volke sagen: Wenn die CDU fällt, dann wird das herauskommen, was von der SPD gemeint ist. Ich würde also darum bitten, nicht so sehr auf diese Dinge hereinzufallen. Sie sind, wie mir schlichte Leute aus dem Volke gesagt haben, nur auf den Wahlkampf zugeschnitten. Fallen wir, dann wird sich zeigen, was echt daran ist.

Süsterhenn: Ich möchte den Herrn Bundeskanzler bitten, bei seinen Ausführungen zu Beginn des Parteitages nicht zu versäumen, auch eine Distanzierung gegenüber der FDP vorzunehmen. Trotz aller Bejahung der Koalition dürfen wir nicht vergessen, daß uns die FDP am 17. September Stimmen abgenommen hat und daß sie jetzt wieder – wie Herr Meyers gesagt hat – darauf ausgeht, uns Stimmen wegzunehmen. Auf dem FDP-Parteitag hat man, insbesondere auf kulturellem Gebiet, in einer derart perfiden Art und Weise gegen uns gearbeitet, daß wir, wenn wir unseren eigenen Willen und unser eigenes Profil bewahren wollen, demgegenüber zu unseren eigenen Wählern nicht schweigen dürfen. Wenn der Herr Bundeskanzler diese Abgrenzung vornähme, dann würde das von unseren Delegierten und Wählern und von der uns nahestehenden Öffentlichkeit als sehr positiv empfunden.

Röder: Bei aller Notwendigkeit einer klaren Antwort an die SPD, vor allem nach dem Parteitag in Köln, möchte ich dringendst davor warnen, daß sich unser Parteitag nun zu einem sehr großen Teil nur mit der SPD auseinandersetzt; denn hieraus ergäben sich Gefahren. Das kann auch nicht unsere Absicht sein. Wir dürfen auch nicht in den Geruch bei der Bevölkerung kommen, als wenn wir die SPD noch überbieten wollten. Das halte ich für gefährlich. Wir müssen uns bemühen, die Wahrheit zu sagen. Wir müssen sagen, daß wir als CDU aus der Wahrheit Politik machen wollen, nicht aus der Taktik wie die SPD. Und einige Grundwahrheiten sind im deutschen Volk noch sehr lebendig. Das Volk vermißt, daß von uns deutlich gesagt wird z. B.: daß wir auch in der heutigen Zeit im Wirtschaftswunder arbeiten und sparen müssen und daß Wohlstand genau das Gegenteil ist von Wohlleben. Diese Dinge wollen die Leute hören, und das sollten wir aussprechen!

Brauksiepe: Herr Ministerpräsident Meyers hat in Mülheim eine große, für das Rheinland gedachte Frauenkundgebung aufgezoogen und dort gesprochen.²³ Es hat sich

²³ Kundgebung der Frauenvereinigung Rheinland am 22. Mai 1962 in Mülheim/Ruhr. Bericht in UiD Nr. 22 vom 30. Mai 1962 „Regierung aus einem Guß“.

gezeigt, daß die großen Themen der Landtagswahl ganz speziell in den Lebensbereich der Frau hineingehen. Nach dieser Kundgebung ist beobachtet worden, daß bei den Frauen durchaus die Bereitschaft vorhanden ist, die Reserve abzugeben für die fehlenden Stimmen. Ich beschwöre Sie, verzichten Sie nicht auf ein solches Reservoir. Ich bin der Meinung, man hat dem nicht genug Rechnung getragen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in Nordrhein-Westfalen Hunderttausende berufstätiger Frauen in den Betrieben haben, die von der SPD immer wieder geworben werden. Diese Frauen werden von uns nicht genug propagandistisch umworben.

Es wäre auch gut, wenn wir, Herr Dufhues, in das Präsidium eine in Nordrhein-Westfalen bekannte Kollegin hineinnähmen. Es war überall auf unseren Parteitag bisher so, daß man eine bekannte Frau des betreffenden Landes in das Präsidium gewählt hat. Wir erwarten Frau Dr. Rehling da oben. Ich verstehe überhaupt nicht, warum man sie nicht hineingenommen hat. Ich möchte weiter darum bitten, daß bei dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen noch einige sorgfältig geplante Veranstaltungen mit mehr Frauen stattfinden.

Meyers: Ich schlage vor, Frau Dr. Rehling in das Präsidium zusätzlich zu wählen.

Dufhues: Ich darf daran erinnern, daß ich Frau Dr. Rehling darum gebeten hatte, die Leitung des Arbeitskreises III zu übernehmen. Sie ist aber verhindert gewesen. Von mir aus habe ich Angebote gemacht, die nicht auf Gegenliebe gestoßen sind. Ich schlage auch vor, Frau Dr. Rehling in das Präsidium zu wählen. Dann haben wir zwei Damen im Präsidium.

WAHLEN UND SATZUNGSÄNDERUNGEN

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Die Satzungsänderung liegt Ihnen in den Druckschriften 1 und 2 vor. Nr. 1 ist behandelt worden in der letzten Vorstandssitzung. Dazu brauche ich hier nichts mehr zu sagen. Es ist aber noch durch den Bundesvorstand zu klären, wer diesen Vorschlag vor dem Parteiausschuß und dem Bundesparteitag begründen soll. (*Zurufe:* Von Hassel!) Punkt 1 betrifft lediglich das, was wir an Überlegungen hinsichtlich der Spitze der Partei formuliert haben. Es ist im Bundesvorstand so beschlossen worden. Punkt 2 bezieht sich auf einen ergänzenden Vorschlag hinsichtlich der Haftung. Ich würde bitten, daß Herr Rechtsanwalt Benda, der unter uns ist, eventuell im Parteiausschuß nachher kurz das Wort nimmt, um diese Angelegenheit zu begründen.

In der letzten Bundesvorstandssitzung ist auch über die Frage der CDU als eingetragener Verein gesprochen worden. Auch dazu hat Herr Benda Überlegungen angestellt. Vielleicht kann er das nachher im Bundesausschuß begründen. Herr Benda ist zu einem negativem Votum gekommen. Die Stellungnahme des Herrn Benda ist

allen Mitgliedern des Vorstandes zugeleitet worden.²⁴ Es wäre aber gut, wenn das formell angesprochen würde.

Der nächste Punkt bezieht sich einmal auf das Präsidium und zum anderen auf eine Ersatzwahl im Bundesparteigericht. Die Mitglieder des Bundesparteigerichtes werden für vier Jahre gewählt. Kollege Dr. Süsterhenn ist aus dem Parteigericht ausgeschieden, weil er dem Bundesvorstand angehört. An seine Stelle soll Henrichs²⁵ treten. Für Henrichs muß ein Vertreter gewählt werden. Ich wär dankbar, wenn Sie dafür einen Vorschlag machten. Zu den eigentlichen Wahlen ist vorgesehen, durch den Parteitag sieben Mann wählen zu lassen: den Parteivorsitzenden, den Geschäftsführenden Vorsitzenden, den Stellvertreter des Geschäftsführenden Vorsitzenden und vier Mitglieder des Präsidiums. An sich ist man über das Tableau dieser Leute einig gewesen. Es muß nur festgestellt werden, ob der Parteivorstand dem Bundesausschuß und dem Parteitag einen entsprechenden En-bloc-Vorschlag machen will, oder ob neue Vorschläge gemacht werden. Vorgesehen sind als Bundesvorsitzender: Dr. Konrad Adenauer, Geschäftsführender Vorsitzender: Josef Hermann Dufhues, vier Mitglieder des Präsidiums: Theo Blank, Ludwig Erhard, Eugen Gerstenmaier, Heinrich Krone. Als Stellvertreter des Geschäftsführenden Vorsitzenden ist mein Name genannt worden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Bleiben wir zunächst beim Parteigericht. Sie haben die Gründe gehört, warum Herr Süsterhenn niedergelegt hat. Es ist vorgeschlagen Herr Henrichs. Es fehlt noch ein Ersatzvorschlag. (*Dichtel:* Ich schlage den Bundestagsabgeordneten Dr. Hauser²⁶ vor. – *Gurk:* Ich schlage Herrn Landgerichtsrat Dr. Melcher²⁷ vor.)

Von Hassel: Herr Henrichs ist aus dem Rheinland. Er ist häufig in Bonn.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Die Zeit verstreicht. Wir müssen im Laufe dieser Tage noch einmal zusammentreten. Bitte, überlegen Sie sich, wen wir als Vertreter benennen sollen. (*Gurk:* Professor Wahl²⁸ aus Heidelberg.)

24 Nicht zu ermitteln.

25 In der Vorlage: Dr. Henrich. – Wilhelm Henrichs (1897–1966), Rechtsanwalt; vor 1933 Zentrum, 1954–1966 MdL NW (CDU), Vorsitzender des Ehrengerichts der CDU des Rheinlands, Mitglied des Landesvorstands.

26 Dr. Hugo Hauser (1911–1980), Oberamtsrichter; 1947 CDU, 1960–1976 MdB.

27 In der Vorlage: Metzner. – Dr. Walter Melcher (geb. 1908) Landgerichtsdirektor, Vorsitzender des Landesparteigerichts Nord-Baden. – Den Vorsitz des Bundesparteigerichts der CDU hatte Dr. Wilhelm Daniels inne (sein Nachfolger wurde 1964 Dr. Heinrich Barth). Ordentliche Mitglieder waren Dr. Heinrich Barth, Dr. Mathilde Gantenberg, Wilhelm Henrichs und Dr. Walter Strauß; stv. Mitglieder Annemarie Ackermann, Dr. Karl-Heinz Kaltenborn, Prof. Dr. Eduard Wahl, Dr. Karl Weber und Heinz Wolf.

28 Dr. Eduard Wahl (1903–1985), 1935–1941 Professor für Privatrecht in Göttingen, 1941–1978 in Heidelberg, 1949–1969 MdB (CDU), 1952–1964 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 1966–1970 Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats und Abgeordneter der Versammlung der Westeuropäischen Union.

Von Hassel: Das ist ein guter Vorschlag.

Adenauer: Das ist ein sehr fleißiger Mann. Sie haben den Vorschlag gehört, meine Damen und Herren. Ich stelle fest, daß Sie den Vorschlag akzeptieren.

Wird wegen der sieben Mitglieder im Präsidium das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß Sie auch diesem Vorschlag zustimmen. Das Wort hat Herr Benda.

Benda: Das Gutachten liegt Ihnen vor. Ich will die Gründe kurz zusammenfassen: Es bestehen im Augenblick außerordentlich viel praktische und rechtliche Schwierigkeiten gegenüber den Überlegungen, die angestellt worden sind, der Partei die Gestalt eines rechtsfähigen Vereins zu geben. Ich würde das im Augenblick für undurchführbar halten. Ich verweise auf die Begründung des Gutachtens. Ich würde Sie dringend bitten, und zwar aus den gleichen Überlegungen, die Vorschläge anzunehmen. Zur Begründung gibt es zwei Gesichtspunkte: 1. Wir müssen unsere Mitglieder davon freihalten, daß sie unter Umständen in eine Haftungssituation kommen können, die an ihren privaten Geldbeutel geht. Die Vorschläge wollen das verhindern; 2. müssen wir dafür sorgen, daß die Damen und Herren des Vorstandes – was sinngemäß auch für das Präsidium gilt – von Haftungen freigestellt werden.

Um das zu verwirklichen, sind diese Vorschläge gemacht worden. Der Vorschlag zum § 26 muß sich beziehen auf den Bundesvorstand und das Präsidium, da das Präsidium die Partei außergerichtlich vertritt.

Von Hassel: Ich nehme an, daß Herr Benda einen neuen Vorschlag macht, und das wird dann als neue Druckschrift 2 a verteilt. Es ist aber so, daß auch dieser Teil zu den Paragraphen 26 und 31 durch den Parteitag angenommen werden muß. Das war der Beschluß des Vorstandes. Der Ausschuß wird entsprechend unterrichtet, und dann wird am Dienstag vom Parteitag so beschlossen. Wir müssen außerdem noch zwei Kassenprüfer für die nächsten zwei Jahre wählen. Es werden vorgeschlagen die Herren Scheufelen und Blumenfeld.

Adenauer: Die Herren nehmen an. (*Beifall.*)

VERSCHIEDENES

Dann kommt noch der Termin für die nächste Sitzung des Bundesausschusses.

Dufhues: Wir müssen durch den Bundesausschuß die Mitglieder des Vorstandes wählen lassen, die nicht durch den Parteitag gewählt werden. Regelmäßig hat der Bundesausschuß diese Maßnahme getroffen in einem Abstand von etwa vier Wochen nach dem Parteitag. Es wäre also notwendig, daß wir uns über einen Termin einigten.

Adenauer: Ich schlage ihn vor Ende Juni. Das Nähere wird von Herrn Dufhues mit Herrn Kraske besprochen. (*Zuruf:* Nach dem 8. Juli.)

Von Hassel: Wir haben uns überlegt, auf diesem Parteitag die Kulturpolitik nicht zu behandeln, weil wir demnächst einen eigenen Kulturkongreß abhalten wollen. Es

muß deshalb noch beschlossen werden, wann und wo dieser Kongreß stattfinden soll. Als Tagungsort haben sich Berlin und Nürnberg angeboten. Als Zeitpunkt ist der November dieses Jahres vorgesehen. (*Meyers*: Mit der CSU in Nürnberg?) Ja, mit der CSU.

Meyers: Das muß man nüchtern sehen. Gilt das für die Wahl in Bayern, dann muß man es in Bayern machen; gilt es nicht dafür, dann in Berlin. In diesem Jahr steht die Wahl in Bayern im Vordergrund, und zwar gerade nach dem Referat des Herrn von Knoeringen auf dem SPD-Parteitag.

Von Hassel: Die Wahl in Bayern ist am 23. November dieses Jahres. Die Wahl in Berlin ist am 17. Februar nächsten Jahres.

Adenauer: Also, meine Damen und Herren, es ist wohl richtig, wir nehmen Nürnberg.²⁹ Wir machen es mit der CSU zusammen, weil dort auch die Wahl stattfindet. Wir müssen versuchen, Berlin irgendwie im Laufe des Herbstes oder des nächsten Jahres zu entschädigen. Herr Dufhues hat dafür schon Gedanken. Sind Sie damit einverstanden? Ich stelle das fest.

Von Hassel: Wir müssen durch den Bundesvorstand eine Wahl bestätigen. Die Vorsitzenden der einzelnen Fachausschüsse müssen von uns bestätigt werden. Unser Gesundheitspolitischer Ausschuß hat den Bundestagsabgeordneten Dr. Jungmann³⁰ zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Diese Wahl muß hier formell bestätigt werden.

Adenauer: Ich höre keinen Widerspruch.

Dufhues: Die Redner, Berichterstatter und Leiter der Arbeitskreise werden gebeten, im Anschluß an diese Sitzung im Raum 1 zusammenzukommen.

Adenauer: Sie haben das gehört, meine Damen und Herren! Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Dann schließe ich die Sitzung. Wir gehen nunmehr zur Sitzung des Bundesparteiausschusses.

29 2. Kulturpolitischer Kongreß vom 4. bis 6. November 1962 in Augsburg. Vgl. Nr. 2 Anm. 62.

30 Dr. Gerhard Jungmann (1910–1981), Arzt; 1956–1961 MdL Niedersachsen (CDU), 1961–1972 MdB, 1964–1978 Vorsitzender der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung.

7

Berlin, Donnerstag 22. November 1962

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dufhues, Erhard, (Bert) Even, Fay, Fricke, Gradl, Katzer, Kraske, Krone, Lautz, Lemke, Lemmer, Martin, Müllenbach, Osterloh, Scheufelen, Schwarz, Süsterhenn.

Konstituierung des neugewählten Bundesvorstandes und Kooptierung von drei weiteren Mitgliedern nach § 25 des Statuts. Bericht zur politischen Lage: Landtagswahlen in Bayern, „Spiegel“-Affäre, Kuba-Krise. Bericht über die Arbeit der Partei. Bericht über die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Hessen. Bericht über die Situation in Berlin und den bevorstehenden Berliner Wahlkampf. Berufung einer Kommission zur Weiterberatung des Gutachtens von Rainer Barzel in Ausführung eines Beschlusses des Bundesparteitages 1962. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 18.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen. Zu unserem Bedauern sind eine Reihe von Mitgliedern des Vorstandes wegen des schlechten Wetters noch nicht hier. Ich höre, daß von Frankfurt keine Maschine abgeht. (*Süsterhenn:* Heute morgen sind die Maschinen doch geflogen!) Von Wahn¹ ist zweifelhaft, dort war das Wetter sehr diesig, aber unsere Maschine ist durchgelassen worden. Wir können aber nicht mehr länger warten, weil es unsicher ist, ob die Herren überhaupt noch kommen. Ich finde nur, daß wir hier ein wenig unglücklich sitzen. Hier vorn sind einige Tische ganz leer. Deshalb empfehle ich Ihnen, etwas näher zusammenzurücken. Dann sitzen wir etwas geschlossener.

Ich hoffe, daß diese Vorstandssitzung gut verläuft. Gleichzeitig hoffe ich, daß auch heute abend die Versammlung in der Deutschlandhalle² gut verlaufen wird, obgleich Herr Amrehn meint, daß man wegen des schlechten Wetters daran denken muß, daß das Haus nicht ganz gefüllt sein wird.

Wir haben uns zunächst zu konstituieren. Diesen Akt haben wir durch unser Erscheinen hier nunmehr vollzogen.

Es sind zunächst drei weitere Mitglieder des Bundesvorstandes zu kooptieren.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, wollen wir zweier Mitglieder des Vorstandes gedenken, denen wir alle sehr nahe gestanden haben, und denen wir persönlich

1 Köln-Bonner Flughafen (seit 1994 „Köln/Bonn Konrad Adenauer“).

2 Großkundgebung der Berliner CDU in der Deutschlandhalle („Bonner Rundschau“ vom 23. November 1962 „Kanzler: „Ein Lichtschimmer““).

und auch unsere Partei außerordentlich viel verdanken. Das sind Frau Dr. Weber³ und Herr Dr. Pferdmenes⁴. Sie wissen, daß Frau Weber seit langer, langer Zeit mit ganzem Herzen ihre politische Aufgabe immer erfüllt hat und daß sie, als es ihr Körper nicht mehr zuließ, weiter den lebhaftesten Anteil an dem Geschick unserer Partei genommen hat. Ich kenne wohl kaum jemanden, der so treu und so selbstlos der Partei gedient hat wie Frau Weber. Wir verdanken ihr außerordentlich viel.

Lassen Sie mich ein Wort sagen zu Dr. Pferdmenes. Herr Pferdmenes ist in das politische Leben nach dem Zusammenbruch Deutschlands eingetreten. Ich habe ihn damals aufgesucht und ihn gebeten, er möchte doch nun, wo wirklich jede Kraft nötig sei, seine hervorragende Kraft für das öffentliche Wohl zur Verfügung stellen. Er war zunächst in Frankfurt tätig und später dann im Bundestag. Herr Pferdmenes hat in seiner Art einen ungewöhnlich großen Einfluß auf alle Schichten unserer Partei ausgeübt. Er bemühte sich nicht, irgendwie hervorzutreten; er war aber unserer Partei mit Leib und Seele ergeben und hat ihr gedient bis zum letzten Tage seines Lebens. Wir hatten in ihm einen sehr selbstlosen, sehr uneigennützigen und pflichttreuen Berater und Freund, der nicht zu ersetzen ist. Auch seiner gedenken wir heute bei unserer ersten Zusammenkunft mit Schmerz und Wehmut. Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren. – Sie haben sich von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich darf nun Herrn Kollegen Dufhues bitten, wegen der Kooptierung das Wort zu nehmen.

KONSTITUIERUNG DES NEUGEWÄHLTEN BUNDESVORSTANDES UND KOOPTIERUNG VON DREI WEITEREN MITGLIEDERN NACH § 25 DES STATUTS

Dufhues: Wir haben nach der Satzung drei Mitglieder in den Vorstand der Bundespartei zu kooptieren.⁵ Mit dieser Frage hat sich das Präsidium eingehend befaßt. Dabei sind verschiedene Namen genannt worden, unter anderem auch unser Parteifreund Dr. Otto Schmidt. Ich darf aber darauf hinweisen, daß Herr Dr. Schmidt infolge des Todes von Dr. Pferdmenes in den Vorstand nachgerückt ist⁶, so daß er für eine Kooptierung nicht in Betracht kommt. Das Präsidium schlägt Ihnen zur Kooptierung in den Vorstand folgende Mitglieder vor: 1. Frau Gabriele Strecker aus Hessen. 2. Herrn Bundesminister a.D. Kraft^{6a}, wobei insbesondere daran gedacht

3 Verstorben am 25. Juli 1962.

4 Verstorben am 28. September 1962.

5 § 25 des Parteistatuts der CDU regelt die Zusammensetzung des Bundesvorstands: „Der Vorstand kann bis zu drei Mitglieder kooptieren.“

6 Schmidt war von 1946 bis 1967 stv. Vorsitzender des Landesverbands Rheinland. – Schmidt hatte bei der Wahl des Bundesvorstands im Bundesausschuß am 13. Juli 1962 an 16. Stelle gelegen und rückte deshalb nach (ACDP VII-001-053/1).

6a Waldemar Kraft (1898–1977), 1953–1961 MdB (GB/BHE, ab 1956 CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 53 Anm. 32.

ist, daß Herr Kraft eine ständige Fühlungnahme zu den Vertriebenenverbänden im Auftrag des Bundesvorstandes pflegt. Wir haben diese Frage eingehend mit unseren Parteifreunden besprochen, die an den Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen interessiert sind, insbesondere auch mit dem Parteifreund Krüger. Dabei hat sich dieser Vorschlag ergeben. 3. Herrn Kühn⁷, der insbesondere den Mitgliedern der Bundestagsfraktion bekannt ist.

Katzer: Die Sozialausschüsse hatten für eine Kooptierung Herrn Dr. Dittmar vorgeschlagen. Herr Albers, der leider nicht hier sein kann, hat mich gebeten, diesen Vorschlag noch einmal sehr nachdrücklich hier im Parteivorstand zu unterstreichen. Herr Dittmar hat in der letzten Legislaturperiode dem Bundesvorstand angehört. Er ist Mitglied des Hauptvorstandes einer sehr großen Angestelltengewerkschaft. Es müßte unser aller Bestreben sein, gerade durch ihn bei der Angestelltengewerkschaft noch stärker als bisher Fuß zu fassen. Deshalb würde ich es sehr dankbar begrüßen, wenn der Bundesvorstand Herrn Dittmar kooptieren würde.

Krone: Die Wahl ist nicht ganz einfach. Herr Katzer, ich will Ihre Gründe nicht bagatellisieren; ich verstehe das durchaus, aber das Präsidium war auch der Meinung, daß man den Kollegen Kühn, der ja auch zu Ihrer Arbeitsgruppe gehört, aus mancherlei Gründen wählen sollte, weil ...

Adenauer: Vollenden Sie doch den Satz! (*Heiterkeit.*)

Krone: Ja, ich sage ganz offen, ich würde das auch Herrn Dittmar erklären.

Blank: Ich bin dabei in einer schwierigen Lage. Der Herr Kühn ist sicher ein Mann, von dem ich in der Fraktion sehr viel hinsichtlich der Sozialpolitik habe, aber ich glaube, wenn ich ihm klarmache, daß es günstig ist, einen Mann aus dem Hauptvorstand der DAG zu nehmen, der schon in unserem Vorstand war, wird Herr Kühn nicht beleidigt sein. Ich würde es persönlich übernehmen, ihm das klarzumachen. Obwohl also beide gleich wertvoll sind, würde ich vorschlagen, daß wir uns für Herrn Dittmar entscheiden. Beide Herren haben auch die gleiche Konfession.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir uns einig über die beiden ersten Vorgeschlagenen. Beim dritten Mitglied handelt es sich darum, Herrn Kühn oder Herrn Dittmar zu wählen. Herr Katzer hat Herrn Dr. Dittmar vorgeschlagen. Im Präsidium war die Rede davon, daß es Herr Kühn sein soll. Ich lasse nunmehr abstimmen und bitte diejenigen, die für Herrn Dittmar sind, eine Hand zu erheben. – Dann bitte ich diejenigen, die für Herrn Kühn sind, um das Handzeichen. – Das sind drei. Gegen drei Stimmen ist Herr Dittmar gewählt.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 2 der Tagesordnung.

⁷ Friedrich Kühn (1907–1979), 1945 Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Jena, 1947 Mitglied der Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen, seit 1954 Assistent des Arbeitskreises IV (Arbeit und Soziales) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1961–1969 MdB (CDU).

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE: LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN,
„SPIEGEL“-AFFÄRE, KUBA-KRISE

Auf der Tagesordnung haben wir unter Punkt 5 „Bericht über die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Hessen“ stehen. Ich möchte nun meinen Bericht zur politischen Lage mit der Landtagswahl in Bayern⁸ beginnen, nicht als ob ich jetzt beabsichtige, hier eine Prophezeiung zu machen, sondern ich möchte etwas dazu sagen, weil der Landtagswahlkampf in Bayern inzwischen Folgen gehabt hat, die weit über Bayern hinausgehen.

Nach meinem Empfinden ist die Krise innerhalb der FDP durch den Blick auf die bayerische Landtagswahl ausgelöst worden.⁹ Ich kann mich täuschen, aber ich glaube nicht, daß ich mich täusche, denn die Gemüter haben sich entzündet – und entzündeten sich weiter – im Landtagswahlkampf in Bayern, und zwar die Gemüter zwischen der FDP und der CSU, also nicht zwischen FDP und der CDU/CSU. Lassen Sie mich es diesmal herumstellen und die CSU an erster Stelle nennen, weil da der Krach losgegangen ist. Sie wissen, daß die fünf FDP-Minister ihr Amt zur Verfügung gestellt haben. Sie wissen auch, daß die CDU-Bundesminister zwar nicht genau dasselbe, aber etwas Ähnliches getan haben, so daß augenblicklich – rein theoretisch betrachtet – der Bundeskanzler ziemlich Pik solo dasitzt. – Das muß er nun tragen. Das Grundgesetz hilft ihm dabei, indem die Herren nun ihre Ämter weiterversehen müssen, bis der Bundespräsident¹⁰, der z.Z. in Indien ist, zurückgekehrt sein wird und die Rücktrittsgesuche genehmigt oder nicht genehmigt oder neue Ernennungen – auf meinen Vorschlag – vornimmt.

Kurz und gut, wir müssen abwarten, was dabei herauskommt. Der Bundespräsident kehrt am 5. Dezember zurück.¹¹ Er wird in seiner Abwesenheit durch den Präsidenten des Bundesrates, Herrn Ministerpräsident Kiesinger, vertreten. Ich habe mit Herrn Kiesinger, der aus Anlaß des Volkstrauertages¹² in Bonn war, die ganze Sachlage besprochen. Herr Kiesinger steht auf dem wohl richtigen und durchaus berechtigten Standpunkt, daß er sich während der zufälligen Abwesenheit des Bundespräsidenten nicht hier in dieser ganz verwickelten Geschichte betätigen sollte, sondern daß auch

8 Am 25. November 1962.

9 Am 19. November 1962 waren die FDP-Bundesminister Hans Lenz, Wolfgang Mischnick, Walter Scheel, Dr. Wolfgang Stammberger und Dr. Heinz Starke wegen der „Spiegel“-Affäre zurückgetreten (FDP-Bundesvorstand S. 372–382); am 20. November erklärten sich die Bundesminister der CDU und CSU zum Rücktritt bereit, Beschluß dazu am 27. November.

10 Dr. h.c. Heinrich Lübke (1894–1972), 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 351 Anm. 94; MORSEY: Lübke.

11 Lübke war vom 15. November bis 5. Dezember 1962 in Thailand, Pakistan und Indien (AdG 1962 S. 10282).

12 Am 18. November 1962.

er abwarten will, bis der Bundespräsident zurückgekehrt ist. Ich halte das für richtig, und ich glaube, Sie werden mir hier auch zustimmen.

Was soll ich Ihnen nun sagen über die ganze Sache, die wir leider Gottes erlebt haben. Ich möchte Ihnen am liebsten empfehlen, zunächst einmal das Ergebnis der Landtagswahl in Bayern am nächsten Sonntag abzuwarten, denn dann sehen wir nach mancher Richtung hin klarer. Mit dem Ablauf dieser Wahl werden sich wohl auch die Gemüter mehr oder weniger beruhigen. Es hat nach meiner Meinung nur wenig Wert, vorher lange Überlegungen anzustellen. Ich werde natürlich zu sprechen haben mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Herrn Dr. von Brentano, und mit Herrn Dr. Mende, dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion. Herr Mende ist z.Z. im Wahlkampf in Bayern. Er kommt am Freitag zurück. Herr von Brentano ist hier auf der Vorstandssitzung, ob er aber ausgerechnet bei der Vorstandssitzung das lebhafteste Bedürfnis empfindet, einmal mit mir darüber zu sprechen, wie das neue Kabinett aussehen soll, das weiß ich nicht. Ich glaube aber, daß er die Sehnsucht danach noch etwas zurückstellen kann, bis die Wahl in Bayern stattgefunden hat.

Daß das neue Kabinett verschiedene Änderungen gegenüber dem jetzigen Kabinett aufweisen wird, halte ich nicht nur für möglich, sondern sogar für durchaus wahrscheinlich. Das wird auch bei der FDP der Fall sein, nach dem, was ich gehört habe. Es könnte aber auch sein, daß es bei uns der Fall sein wird. Was mich angeht, möchte ich sehr gern auch einige jüngere Herren in dem neuen Kabinett sehen, da man daran denken muß, daß allmählich ein Übergang der politischen Entscheidungen und der politischen Kräfte in eine jüngere Generation vorbereitet werden muß, damit nicht plötzlich ein Vakuum entsteht und man nicht weiß, was man dann tun soll.

Das sind meine Gedanken dazu. Mehr möchte ich nicht sagen. Ich möchte unter gar keinen Umständen durch irgendeinen Satz – ich möchte Sie bitten, sich bei der Diskussion die gleiche Meinung zu eigen zu machen – etwas sagen, was den Wahlkampf in Bayern irgendwie beeinflussen könnte. Es liegt zu nahe, daß irgendein Satz, der in der Diskussion oder von mir gesagt würde, doch den Weg nach außen fände und dann der Wahlkampf nach dieser oder jener Richtung hin beeinflußt würde. Das sollten wir unter allen Umständen vermeiden.

Ich möchte nun einige allgemeine Worte sagen. Die außenpolitische Situation ist alles andere als rosig. Heute sind zwar nur wenige Zeitungen erschienen, aber ich brauche Sie nur zu erinnern an den Konflikt zwischen China und Indien¹³, an Berlin

13 Im Grenzkonflikt zwischen der Volksrepublik China und Indien war es am 10. Oktober 1962 zu ersten schweren Zusammenstößen gekommen. Die USA und Großbritannien sicherten Indien Waffenlieferungen zu. Am 21. November 1962 verkündete China überraschend die Feuereinstellung und den Rückzug seiner Truppen ab dem 1. Dezember (AdG 1962 S. 10212–10216, 10235 f., 10251 f.).

und Europa¹⁴, an Kuba und an Mittelamerika¹⁵. Schon diese wenigen Worte beleuchten doch die Gespanntheit der außenpolitischen Lage. Es ist zunächst sehr bedauerlich, daß dieses Kabinett auseinandergegangen ist durch die Schuld, durch die Auslösung der FDP; denn es ist ganz klar, daß ein derartiger Vorgang im Ausland den Eindruck der Stetigkeit und der Zielsicherheit unserer Politik irgendwie beeinträchtigt, und zwar sowohl bei unseren Freunden wie auch bei unseren Feinden. Bei unseren Freunden ist diese Beeinträchtigung hoffentlich bald zu beseitigen; bei unseren Feinden wird sie aber nicht so leicht zu beseitigen sein. Wir müssen nach meiner Auffassung unbedingt immer und überall daran festhalten: Das wesentlichste Aktivum für die Durchsetzung unserer Forderungen ist die Einigkeit der Partei und die Einigkeit und Geschlossenheit einer Regierung. Seit dem Jahre 1949 ist die CDU/CSU führend in der Bundesregierung. Diese Stetigkeit in der Führung und damit auch in der Politik ist einer der wesentlichsten Faktoren für das Ansehen, das sich Deutschland und die Deutschen im Ausland wiedererworben haben. Lassen Sie mich das sehr nachdrücklich betonen. Im allgemeinen wird nach meiner Meinung davon zu wenig gesprochen. Es ist wirklich nicht so, daß sich die Deutschen in der Welt – auch bei unseren Freunden – eines übertriebenen Ansehens erfreuten. Der Deutsche ist seit jeher – verzeihen Sie, wenn ich einmal in die Vergangenheit gehe – politisch etwas merkwürdig gestaltet; auch in seiner Zuverlässigkeit. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, daß die *Fides Germaniae* im Mittelalter auch die *Fides publica* war. Diesen Ruf haben wir nicht mehr in dem Maße wie früher, sondern man steht unserer Stabilität und unserer Zielsicherheit im Ausland nach wie vor immer mit einer gewissen Vorsicht gegenüber. Darum ist die Stetigkeit unserer deutschen Politik in all den Jahren so außerordentlich wichtig gewesen. Sie wird es hoffentlich auch bleiben, denn die Stetigkeit in der Politik ist nach der Überzeugung unserer Partner sehr wichtig. Es kommt darauf an, als ein Volk dazustehen und der Welt zu zeigen, daß es – ich drücke mich jetzt viel zu sanft aus – die durch verschiedene Umstände hervorgerufenen Eskapaden und Entgleisungen des Nationalsozialismus wirklich hinter sich gebracht hat. Dies kann aber nur erreicht werden durch die Stetigkeit in der Politik. Darum bedauere ich diese Manöver, die wir nun über uns haben ergehen lassen müssen. Nach meiner Meinung hätte man die ganze Sache durch eine ruhige Aussprache, auch wenn gewisse Unstimmigkeiten im Kabinett vorhanden gewesen sind, vermeiden können. Aber die Freien Demokraten sind, wenigstens was den Bund angeht, eine sehr eigenartige Gesellschaft. Ich halte einmal Nordrhein-Westfalen

14 Hinweis auf die anhaltende Krise um Berlin (Mauerbau, Regelung der Zufahrtswege), die Spannungen zwischen EWG und den USA in der Agrarpolitik („Die Welt“ vom 19. November 1962) sowie die Auseinandersetzungen um den britischen EWG-Beitritt (SCHWARZ: Adenauer 2 S. 774).

15 Die USA verhängten am 22. Oktober 1962 eine Seeblockade gegen Kuba, nachdem die Sowjetunion auf der Insel Raketenbasen errichtet hatte. Nach dem Abbau der Raketenbasen wurde die Seeblockade am 20. November 1962 aufgehoben (AdG 1962 S. 10193–10204 und 10247–10250).

dagegen. Vorgestern sagte mir noch Herr Ministerpräsident Meyers, daß bei der Beratung des Haushaltsplans im Landtag der Vorsitzende der FDP-Fraktion erklärt hätte, dort sei die Koalition unerschütterlich. (*Dufhues*: Bombenfest!) Herr Meyers hat mir gesagt, er hätte darauf erklärt: So ganz hoch wollen wir nicht gehen. – Es ist aber tatsächlich so, daß z. B. in Schleswig-Holstein nach all den Jahren nun diese Krise eingetreten ist.¹⁶ Auch in Bayern gab es eine lange Zeit Koalitionsfreunde, aber jetzt schlagen sie sich tot, wo sie nur können. Wir aber in Bonn sind die Leidtragenden davon. Wir hoffen, daß das vorübergeht.

Es ist auch nicht richtig, wie von der Sozialdemokratie immer wieder behauptet wird, daß diese Bundesregierung nichts geleistet habe und absolut steril gewesen sei. Das ist einfach nicht wahr. Diejenigen von Ihnen, die Mitglied des Bundestages sind, werden mir das bestätigen. Es sind auch wichtige Arbeiten soweit vorbereitet, daß sie im dritten Jahre der Periode des Bundestages hoffentlich erledigt werden. Ich habe damit einen Grund dafür genannt, daß der Bundestag in Wirklichkeit eigentlich nur zwei Jahre voll aktionsfähig und voll arbeitsfähig ist. Im ersten Jahr müssen sich die neuen Abgeordneten – es waren zuletzt schätzungsweise ein Viertel neue Abgeordnete da, (*Blank*: Ein Drittel sogar!) also ein Drittel neue Abgeordnete – einarbeiten. Es sind zum Teil Herren, die niemals in einem Parlament gewesen sind. Sie kommen in den Bundestag und müssen nun erst die Atmosphäre und die Menschen in ihrer eigenen Fraktion und in den anderen Fraktionen kennenlernen. Das erste Jahr kann also tatsächlich nicht als ein volles Arbeitsjahr angesehen werden. Die gleichen Schwierigkeiten gibt es natürlich auch für die Arbeit des Kabinetts. Das vierte Jahr steht schon unter dem Zeichen der kommenden Bundestagswahl, und was dann gemacht wird, ist gewöhnlich etwas, was viel Geld kostet und woran im Grunde genommen keiner Freude hat, nämlich die Arbeiten im Hinblick auf die neuen Wahlen.

Mir sagte neulich der Senator Humphrey¹⁷ vom amerikanischen Senat – die Senatoren werden dort für sechs Jahre gewählt –: In den ersten beiden Jahren sind wir Staatsmänner; in den weiteren zwei Jahren sind wir Politiker, und in den beiden letzten Jahren sind wir Demagogen. Ich sagte ihm, was sollen wir Deutsche denn machen. Wir haben im Bundestag nur eine vierjährige Legislaturperiode. Daraufhin erwiderte er: Ich empfehle Ihnen, die beiden ersten Jahre zu streichen. Nun, soweit gehe ich nicht. Ich will Ihnen nur die Schwierigkeiten schildern, die in einem Bundestag, der auf vier Jahre gewählt wird, naturgemäß entstehen.

Ich halte aufgrund der Erfahrungen seit 1949 eine Wahlperiode von vier Jahren für falsch. Nun haben wir das Pech dabei, daß wir diese ewigen Landtagswahlen

16 Die Verhandlungen der CDU und der FDP zur Bildung einer Koalitionsregierung nach den Landtagswahlen vom 23. September 1962 scheiterten. Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel bildete ein reines CDU-Kabinett (AdG 1962 S. 10255).

17 Hubert Horatio Humphrey (1911–1978), amerikanischer Politiker; 1961–1964 stv. Fraktionsvorsitzender der Demokratischen Partei im Senat der USA, 1965–1966 Vizepräsident.

haben. In diesem Jahr sind es allein fünf.¹⁸ Im nächsten Jahre kommen noch die Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, und dann ist ein bißchen Ruhe. Im Gegensatz zu früher hat sich die Entwicklung nun so vollzogen, daß die Bundespolitik und die Arbeit des Bundes durch die Landtagswahlen – namentlich in großen Ländern – immer stärker beeinflußt werden, und zwar sowohl personell, als die Bundestagsabgeordneten im Wahlkampf tätig sein müssen, als auch dadurch, daß man in den Landtagswahlen sehr viel mit den Vorgängen im Bund arbeitet. Mein Traum – ich unterstreiche das Wort Traum, denn er wird wohl nicht in Erfüllung gehen – wäre: Alle fünf Jahre Bundestagswahlen und im dritten Jahre gemeinsame Landtagswahlen. Ich will nicht sagen, alle Landtagswahlen an einem Tag, aber doch in einem Jahr! Das wäre für alle Beteiligten besser. Ich wiederhole, das ist ein Traum, der nicht in Erfüllung gehen wird, weil dazu eine verfassungsändernde Mehrheit notwendig ist, die kaum zu schaffen sein wird. Ich möchte Ihnen aber damit erklären, woher es kommt, daß die politische Arbeit des Bundeskabinetts und des Bundestages zeitlich enger begrenzt wird, als die Wahlperiode an sich dauert.

Nun werden Sie sicher gern etwas über den „Spiegel“ hören [wollen].¹⁹ Ich möchte zunächst folgendes feststellen: Das Verfahren gegen den „Spiegel“ beziehungsweise die betreffenden Herren ist von niemandem anderes ausgelöst worden, als durch die Bundesanwaltschaft selbst. Die Bundesanwaltschaft hat, ohne daß der Antrag des Würzburger Professors²⁰ vorlag und auch ohne, daß irgendwie vom Verteidigungsministerium ein Anstoß dazu gegeben war, ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet, und zwar wegen dieses bekannten Fallex-Artikels²¹. Die Bundesanwaltschaft hat dann, nachdem sie das getan hatte, das Bundesverteidigungsministerium um eine gutachtliche Äußerung ersucht. Diese gutachtliche Äußerung ist vom Verteidigungsministerium erstattet worden, aber weder Herr Strauß hat sie gesehen noch hat sich Herr Hopf²² damit beschäftigt. Herr Hopf hat mir selbst gesagt, er habe nur die erste Seite durchgesehen und seinen Namen erst unter das Gutachten gesetzt, als von den beiden Referenten des Bundesverteidigungsministeriums das Gutachten mit ihrer Unterschrift vorgelegt worden sei.

18 In Nordrhein-Westfalen am 8. Juli, in Schleswig-Holstein am 23. September, in Hessen am 11. November und in Bayern am 25. November 1962.

19 Vgl. Alfred GROSSER/Jürgen SEIFERT: Die Staatsmacht und ihre Kontrolle (Die Spiegel-Affäre, 1). Olten 1966; Thomas ELLWEIN/Manfred LIEBEL/Inge NEGTE: Die Reaktion der Öffentlichkeit (Die Spiegel-Affäre, 2). Olten 1966; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 769–809; KOERFER S. 675–690.

20 Dr. Friedrich August von der Heydte (1907–1994), 1951 o. Professor an der Universität Mainz, 1954–1975 Universität Würzburg, 1966–1970 MdL Bayern (CSU).

21 „Spiegel“-Bericht von Conrad Ahlers vom 10. Oktober 1962 (S. 32–53) „Bedingt abwehrbereit“ über die NATO-Stabsübung FALLEX 62.

22 Volkmar Hopf (1906–1997), 1959–1964 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1964–1971 Präsident des Bundesrechnungshofes.

Ferner sind die Haftbefehle von dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes erlassen worden. Und endlich ist die Durchsuchungserlaubnis gegeben worden auf Antrag der Bundesanwaltschaft von dem zuständigen Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes. Dann haben die Verhaftungen stattgefunden. Und nun erhob sich in Deutschland ein Sturm, den ich für unverständlich und in höchstem Maße für bedauerlich halte. Nun meine ich, wenn die Bundesanwaltschaft wegen Landesverrats ein Verfahren einleitet, das Bundesgericht offenbar genügend Verdachtsgründe für gegeben erachtet – sonst würde es die Haftbefehle und den Durchsuchungsbefehl nicht gegeben haben –, und dann fast einmütig die Presse eine derartige Sache machte, dann muß ich Ihnen sagen, spricht das in meinen Augen nicht für die politische Reife des deutschen Volkes.

Und wenn dazu noch jetzt 53 Professoren aus Tübingen und 63 Professoren aus Bonn sich so vorkommen wie seinerzeit die Göttinger Professoren²³, die als große Leute in die Geschichte eingegangen sind – sie wollen anscheinend auch als große Leute in die Geschichte eingehen –, dann ist das eigentlich erschütternd. Es geht gewöhnlich doch so, daß, wenn Unterschriften gesammelt werden, nicht jeder das liest, was er unterschreibt. Die Herren kennen offenbar den Tatbestand nicht. Sie kennen ganz offenbar auch nicht, was Rechtsens ist bei uns. Landesverrat ist nach meiner Meinung eines der schimpflichsten Verbrechen, die jemand begehen kann. Ein Volk wie das unsrige, das doch tatsächlich in einer ungemein gefährlichen Situation ist, kann gegenüber einem Landesverrat oder gegenüber dem begründeten Verdacht eines Landesverrats wirklich nicht die Augen verschließen. Einer der Verhafteten, der Redakteur Schmelz²⁴, hat Beschwerde eingelegt gegen den Haftbefehl. Und es ist vom Dritten Senat des Bundesgerichts ein Beschluß ergangen, wonach die Beschwerde abgewiesen wurde. Ich möchte Ihnen aus der umfangreichen Begründung doch einige Sätze vorlesen:

23 53 Professoren der Universität Tübingen veröffentlichten am 19. November 1962 eine Erklärung zur „Spiegel“-Affäre, in der sie eine Erneuerung der Regierung forderten. Am 20. November wurde eine Resolution von 63 Professoren der Bonner Universität, die ebenfalls Kritik an der Vorgehensweise der Bundesregierung übte, allen Bundestagsabgeordneten zugeleitet (AdG 1962 S. 10253 f.). – In der sog. „Göttinger Erklärung“ vom 12. April 1957 hatten sich 18 Wissenschaftler gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr ausgesprochen, aber die friedliche Nutzung der Kernenergie befürwortet (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1224 Anm. 4).

24 Hans Schmelz (geb. 1917), 1953–1970 politischer Redakteur des „Spiegel“, 1971–1974 Leiter der Arbeitsgruppe „Konflikt- und Friedensforschung“ im Bundesverteidigungsministerium, nach 1974 Leiter der Arbeitsgruppe „Bündnispolitik und Strategie“. – Schmelz wurde am 31. Oktober 1962 nach seiner Rückkehr aus Budapest in Bad Godesberg verhaftet (AdG 1962 S. 10238). Seine Beschwerde gegen die Inhaftierung als Untersuchungsgefangener wurde am 20. November 1962 vom Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofs zurückgewiesen (BULLETIN vom 27. November 1962 S. 1854). Vgl. FAZ vom 21. November 1962 „Die Haftbeschwerde von Schmelz verworfen“.

„Nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen ist der Beschuldigte des Landesverrats dringend verdächtig. Der Artikel „Bedingt abwehrbereit“ Nummer 41 der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ enthält nach dem vorläufigen Sachgutachten zahlreiche, zum Teil sehr schwerwiegende Staatsgeheimnisse. Nach seinen bisherigen Erfahrungen hat der Senat vorerst keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß diese Begutachtung jedenfalls in erheblichem Umfange zutrifft.“

Ich will Ihnen die Einzelheiten nicht vorlesen, die zum Teil geradezu erschütternd sind, was hier jetzt schon festgestellt ist. Ich möchte Ihnen nur aus dem Passus über Pressefreiheit etwas vorlesen:

„Die Haftbeschwerde beruft sich nicht ausdrücklich auf das Grundrecht der Pressefreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes. Der Senat hat diesen Gesichtspunkt gleichwohl erwogen. Das Grundrecht der Pressefreiheit steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder dem Haftbefehl noch der Fortdauer der Untersuchungshaft entgegen. Dieses Grundrecht ist für die Meinungsbildung im demokratischen Staat lebenswichtig und daher vom Grundgesetz in besonderer Weise gewährleistet. Gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Grundgesetzes²⁵ findet es aber seine Schranken unter anderem in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. Dazu gehören auch die Strafgesetze ... Ein Grundrecht eines Redakteurs, schwerwiegende Tatsachen aus dem Bereich der Landesverteidigung und der europäischen Verteidigung trotz Gefährdung des Wohles der Bundesrepublik zu veröffentlichen, kann der Bundesgerichtshof trotz des Postulates der Pressefreiheit nicht anerkennen.“

Das ist sehr klar und sehr deutlich und für jeden verständlich nicht nur insofern, was da gesagt worden ist, sondern daß das auch zu Recht gesagt worden ist. Es gibt auch für die Presse kein besonderes Strafgesetzbuch. Wer sich in der Presse versündigt, verstößt gegen die Strafgesetze und muß dafür von dem zuständigen Richter verurteilt werden. Dieser Beschluß ist unterschrieben von dem Senatspräsidenten Jagusch²⁶ und von den Herren Weber²⁷ und Dr. Schumacher²⁸ und datiert vom 21. November dieses Jahres. Ob es nun, wenn das in größerem Umfang bekannt wird, in der Presse ruhiger wird, wage ich zu bezweifeln. Aber nachdem, was schon festgestellt worden ist, wird jeder vernünftig denkende Mensch in Deutschland, wenn er das hört, damit einverstanden sein, daß gegen solche Sachen vorgegangen wird.

25 GG Art. 5 Abs. 2: „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“

26 In der Vorlage: Jabusch. – Dr. Heinrich Jagusch (1908–1987), Bundesrichter; 1946–1948 Richter am Landgericht, später Oberlandesgericht Braunschweig, 1948–1950 am Obersten Gericht für die Britische Zone in Köln, 1951–1965 Bundesrichter am Bundesgerichtshof (1959–1962 Senatspräsident im 3. Senat, 1963–1965 im 4. Senat).

27 Kurt Weber (1907–1985), 1946 I. Staatsanwalt, 1949 Landgerichtsrat in Karlsruhe, 1950 I. Staatsanwalt in Pforzheim, 1951–1954 Landesgerichtsdirektor in Mannheim, 1954–1966 Bundesrichter am Bundesgerichtshof, 1967–1971 Landesgerichtsdirektor in Karlsruhe.

28 Dr. Albert Schumacher (1912–1964), 1961–1964 Bundesrichter am Bundesgerichtshof.

Die Bundesanwaltschaft hat eine Veröffentlichung darüber vor etwa 14 Tagen herausgegeben, die aber schon mehr oder minder in Vergessenheit geraten ist.²⁹ Ich kann Ihnen daraus sagen, daß das Schriftstück, das in dem Panzerschrank von Augstein³⁰ gefunden worden ist, mehrere Staatsgeheimnisse höchsten Ranges enthält, deren Bekanntwerden für den ganzen Osten von größter Bedeutung ist. Ich kann Ihnen auch sagen, daß eine Korrespondenz zwischen dem Verlag und seinen Leuten vorliegt, in dem als Antwort auf einen Brief der Angestellten, daß die zuständigen Stellen sich weigerten, Auskunft zu geben – lange vor dem Gerichtsverfahren –, weil es sich um Staatsgeheimnisse handele, diese den Auftrag bekommen, sie sollten auf andere Weise versuchen, an diese Staatsgeheimnisse heranzukommen, damit sie veröffentlicht werden können, und daß daraufhin die Leute eine nukleare Stellung fotografiert haben, also Dinge, die von größtem Geheimnisschutz umgeben sind und umgeben sein müssen.

Die Bundesanwaltschaft wird wahrscheinlich die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung beantragen, vielleicht noch im Laufe dieser Woche. Wir werden ja sehen, was die richterliche Voruntersuchung noch weiter ergibt und was schließlich die Verhandlungen ergeben werden.

Aber ich möchte sehr nachdrücklich hier betonen, daß das ganze Verfahren – man spricht heutzutage so viel vom Rechtsstaatlichen – genau unseren gesetzlichen Vorschriften entspricht. Es ist in Gang gebracht worden durch die Bundesanwaltschaft. Bei uns hat ja der Staatsanwalt nebst seinem Hilfsorgan, der Polizei – hier ist der Bundesanwalt zuerst in Tätigkeit getreten – die Pflicht, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt, zu untersuchen, was vorliegt. Er hat nicht das Recht, darüber zu entscheiden: Soll ich es tun oder soll ich es nicht tun; soll ich es tun, weil es sich vielleicht um ein kleines Blatt handelt, oder soll ich es nicht tun, weil es sich um ein Blatt handelt mit einer Auflage von 500.000 Exemplaren? Der Staatsanwalt oder der Bundesanwalt, der, wenn der Verdacht gegeben ist, dann nicht einschreitet, vergeht sich gegen das Gesetz und gegen seine Amtspflicht. Wir müssen allen Respekt haben vor den Beamten der Bundesanwaltschaft und ihren Hilfsbeamten sowie den Bundesrichtern, daß sie, ungeachtet des Sturmes der öffentlichen Meinung gegen sie, hier zugegriffen und gehandelt haben.

Das war auch der Sinn meiner Ausführungen im Bundestag, als der Herr Ritzel³¹ eine Erklärung verlas, die wirklich geeignet war, den Männern, die mit dieser

29 Erklärung der Bundesanwaltschaft vom 6. November 1962. Text in BULLETIN vom 7. November 1962 S. 1747.

30 Rudolf Augstein (geb. 1913), Publizist, Gründer und Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, 1972–1973 MdB (FDP). – Ulrich GREIWE: Augstein. Ein gewisses Doppelleben. Berlin 1994; Leo BRAWAND: Rudolf Augstein. Düsseldorf 1995.

31 Heinrich Georg Ritzel (1893–1971), 1939–1947 Generalsekretär der Europa-Union in Basel, 1949–1965 MdB (SPD), 1950 Delegierter im Europarat Straßburg. – Ausführungen Adenauers im Bundestag am 7. November 1962 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1981–1984 und S. 1993–1995).

harten Aufgabe betraut sind, nicht den Rücken zu stärken, sondern das Gegenteil zu erreichen. Weiteres zu sagen, selbst in diesem kleinen Kreis, bin ich nicht in der Lage. Ich weiß das eine oder andere noch, was hier von der Bundesanwaltschaft nebenbei mitgeteilt worden ist, weil ich Gespräche hatte mit einem der Bundesanwälte. Ich selbst habe gehört – das hat mir der Bundesverteidigungsminister seinerzeit mitgeteilt –, daß ein Verfahren da eingeleitet sei. Ich habe mich damit begnügt, das zur Kenntnis zu nehmen, denn es wäre ganz falsch vom Bundeskanzler, wenn er sich in ein schwebendes gerichtliches Verfahren in irgendeiner Weise einmischte. Aber daß man das in Deutschland heutzutage nicht mehr versteht, ist erschütternd, und ich kann nur wünschen und hoffen, daß dann, wenn durch richterliche Verhandlungen die Sachen geklärt sein werden, wieder ruhigere Überlegungen eintreten.

Was nun die Professoren angeht, so habe ich nur einiges von ihrer Schrift gelesen. Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe zu wenig Zeit, um mich damit zu beschäftigen. Meine Zeit war mir auch zu kostbar, das Ganze zu lesen, aber ein derartiges Zeug habe ich wirklich selten gelesen. Es ist kein Ruhmesblatt für die Professoren, daß sie das getan und unterzeichnet haben. Von anderen Professoren werden jetzt Gegenkundgebungen veranstaltet oder eingeleitet. Wir halten uns da völlig heraus. Das muß jeder so halten, wie er will. Daß aber 53 Professoren aus Tübingen und 63 aus Bonn, Inhaber von Lehrstühlen, ein solches Zeug machen, ist mir nicht verständlich, und wie sie dann noch vor den Studenten als Rechtslehrer, als Philosoph oder als sonst etwas stehen wollen, das weiß ich nicht. (*Martin*: Es sind auch CDU-Leute dabei!) Ja meinen Sie denn, die wären vor Dummheit gesichert. (*Heiterkeit*.) Das ist ein Jammer! Ich wiederhole ausdrücklich, ich bedauere das Ganze wegen des Tiefstandes in dieser Hinsicht bei uns.

Ich war in Washington und habe dort vor dem National Press Club gesprochen.³² Der National Press Club war außerordentlich stark besucht. Ich habe da zum fünften Male im Laufe der Jahre gesprochen. Zum Schluß fragte mich der Präsident, würden Sie bereit sein, uns etwas über die „Spiegel“-Affäre zu sagen. Ich habe nachher gehört, daß diese Frage gestellt worden war von einem Mitglied der polnischen Botschaft in Washington. Ich habe in wenigen Minuten das gesagt, was ich auch hier ausgeführt habe, daß die Pflicht bei uns besteht, daß der Staatsanwalt eingreifen muß, wenn der Verdacht einer strafbaren Handlung vorliegt, daß das Bundesgericht die Haftbefehle erlassen habe und daß auch der Durchsuchungsbefehl vom Bundesgericht erlassen worden sei. Es hat sich niemand zum Wort gemeldet, im Gegenteil, man hat mir außerordentlich lebhaft applaudiert im National Press

32 Adenauer war am 14./15. November 1962 in Washington. Am 14. November sprach er vor dem National Press Club. Vgl. BULLETIN vom 17. November 1962 S. 1817 f. und AdG 1962 S. 10237.

Club, so daß ich nachher einigen deutschen Journalisten gesagt habe: Ich bin vom National Press Club aufgenommen worden wie nur in meinen allerbesten Tagen in Deutschland. Das ist auch richtig so. Spionageabwehr und Verratsabwehr kommen in jedem Land vor. Sie werden gelesen haben, daß neues Material vorliegt für andere Fälle. Ich darf Sie auch an bekannte Fälle in Amerika erinnern. Wenn aber in anderen Ländern so etwas passiert ist, so erinnere ich mich nicht, daß die Öffentlichkeit fast restlos auf seiten des Landesverrätters stand oder steht. In anderen Ländern erlebt man das nicht. Auch das ist schlecht für uns, wie überhaupt das Verhältnis der Partei zu gewissen Schichten unserer Bevölkerung, den sogenannten Intellektuellen – aber jetzt nicht nur in Anführungszeichen, sondern ganz allgemein geschrieben – doch sehr merkwürdig ist. Andere können tun, was sie wollen. Sie werden sehen, es wird noch etwas passieren. Auch bei anderen Parteien. Ich bin sehr neugierig, wie man dann in der Öffentlichkeit darauf reagieren wird; wahrscheinlich nicht halb so stark, wie man es heute tut.

Wenn Sie den Wunsch haben, daß ich noch auf die eine oder andere Sache wegen der „Spiegel“-Affäre eingehen soll, dann bin ich gern dazu bereit, soweit ich kann. Ich habe absichtlich etwas länger gesprochen, um der Meinung vorzubeugen, daß irgend etwas vertuscht würde. Ich möchte noch einen Satz sagen: Uns kommt es bei diesem ganzen Strafverfahren gar nicht in erster Linie auf Herrn Augstein oder auf seine Redakteure an, aber worauf es uns sehr ankommt, das ist doch, die Männer herauszubekommen aus den Bundesministerien, die den „Spiegel“ über diese Dinge informiert haben. Darauf kommt es uns in erster Linie an, weil da wirklich eine Gefahr für uns vorliegt. Es kommt darauf an, zu erfahren, wie sie dem „Spiegel“ gegenüber das Material gegeben haben. Wünschen Sie noch etwas zum „Spiegel“? – Dann lassen wir es damit bewenden. Ich kann schon keinen „Spiegel“ mehr sehen! Haben Sie noch eine Frage?

Gradl: Wird die Regierung eine Erklärung abgeben? Es wurde bekanntgegeben, daß die vier Ministerien, die an der Sache beteiligt sind, einen koordinierten Bericht ausarbeiten sollen. Das ist zunächst in der Öffentlichkeit so verstanden worden, als ob dieser Bericht bekanntgegeben würde. Dem ist nicht so. Aber sicher wird es zweckmäßig sein, wenn die Regierung vor dem 5. Dezember, vielleicht am besten im Bundestag, daraus bekanntgäbe, was daraus bekanntgegeben werden kann. Ich würde meinen, in dieser Erklärung sollten die sachlichen Schwerpunkte, die Sie jetzt genannt haben, nämlich Landesverrat und Bestechung, sehr klar und deutlich herausgestellt werden, ohne daß damit der Eindruck entsteht, als ob man sich in ein schwebendes Verfahren einmische; aber es wäre gut, weil der „Spiegel“ und die Leute, die sich zum „Spiegel“ rechnen, immer versuchen, die ganze Auseinandersetzung auf das Schlachtfeld zu führen, das ihnen gefällt, nämlich auf die Pressefreiheit. Dem könnten wir dadurch vorbeugen, daß man nach Möglichkeit ein lückenloses und klares Bild davon gibt, was im einzelnen tatsächlich vor sich gegangen ist, damit die Diskussion in der Öffentlichkeit endlich in die Richtung gebracht wird, die nach unserer aller Auffassung notwendig ist.

Adenauer: Es liegt vor eine Kleine Anfrage mit 20 Punkten von der SPD.³³ Es kann sein, daß die SPD noch sehr kleinlaut wird. Das wollen wir einmal abwarten. Ich hatte gesagt, bezüglich der Verhaftung oder des Fluges von Ahlers³⁴ nach Frankfurt sollte mir ein Bericht von den Ministerien, die damit zu tun haben, erstattet werden. Sehr vertraulich möchte ich Ihnen sagen, daß die Berichte zweier Ministerien sich sehr stark widersprechen. Ich bin beinahe in einer schwierigen Situation, jedenfalls vor der Landtagswahl in Bayern. Also lassen wir darüber noch schweigen. Ich habe auch die Berichte noch nicht in Händen gehabt. Ich habe nur den zuständigen Ministerien gesagt: Ich wünsche keine Vertuschung, ich wünsche ebenfalls nicht, daß mit Gewalt etwas auf einen gemeinsamen Nenner gebracht wird, sondern wo Gegensätze sind, wünsche ich, sie so darzustellen, wie sie von dem betreffenden Minister gesehen werden.

*Lemke*³⁵: Die Kritik der großen Masse der uns wohlgesinnten Leute richtet sich nicht gegen das Verhalten dem „Spiegel“ gegenüber, sondern gegen die Aussagen, die im Bundestag gemacht wurden³⁶, weil diese sich nicht decken. Dagegen wendet sich die Verdrossenheit der Leute, nicht gegen das Einschreiten. Ich spreche namentlich von dem Teil der zu uns gehörenden Leute.

Adenauer: Ich möchte noch einmal nachdrücklich sagen, daß Herr Ahlers, der der Hauptverantwortliche ist für einen der Artikel – nicht für alle, denn es liegt mehr Material vor als der Fallex-Artikel –, befreundet war mit dem Militärattaché Oster³⁷. Herr Ahlers hatte, wie mir berichtet worden ist, Herrn Oster gebeten, ihm ein Hotel in Spanien zu empfehlen, wo er seinen Urlaub verbringen könne, eventuell auch in Marokko. Das Sicherheitsamt hat den Haftbefehl gegen Ahlers vollziehen wollen. Nun kommen die Herren in dessen Wohnung und hören da, daß er in Spanien sei; davon müsse die spanische Botschaft wissen, denn diese habe ihm Quartier

33 Kleine Anfrage der SPD vom 16. November 1962 betr. Vorgehen anläßlich des Ermittlungsverfahrens gegen Redakteure des „Spiegel“ (BT-Drs. 755).

34 Conrad Ahlers (1922–1980), Journalist; ab 1957 „Der Spiegel“, 1962–1966 stv. Chefredakteur, 1966–1969 stv. Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1969–1972 Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamtes, 1972–1980 MdB (SPD). – Ahlers wurde in der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober 1962 von der spanischen Polizei festgenommen. Nachdem er eine Erklärung unterschrieben hatte, daß er freiwillig nach Deutschland zurückkehre, wurde er am 28. Oktober von Madrid nach Frankfurt geflogen und dort von der deutschen Polizei verhaftet (AdG 1962 S. 10238).

35 Helmut Lemke (1907–1990), 1937 Bürgermeister in Schleswig, 1951–1954 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft (CDU), 1954–1955 Kultusminister, 1955–1983 MdL Schleswig-Holstein (1955–1963 Innenminister, 1963–1971 Ministerpräsident, 1971–1983 Landtagspräsident). – Hans HANSEN (Hg.), Bernhard MOLL (Mitarb.): Ein Leben für unser Land. Helmut Lemke 1954–1983. O.O. 1984.

36 Vgl. 45. bis 47. Sitzung des Deutschen Bundestages (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1949–2091). – Dazu auch Anm. 38.

37 Achim H. Oster (1914–1983), 1933–1945 Berufsoffizier, 1950–1955 Bundeskanzleramt, Dienststelle Blank (Aufbau des militärischen Nachrichtendienstes), 1957–1964 Militärattaché an der deutschen Botschaft in Madrid.

besorgt. Bis dahin scheint nun Übereinstimmung zu bestehen. Aber von da an gehen die Darstellungen des Verteidigungsministers und des Außenministers auseinander. Aber sehen Sie mal, meine Herren, gegen den Herrn Ahlers lag ein Haftbefehl des Bundesgerichts vor. Der Mann war im Ausland mit Material. Es steht fest, daß der Verlag vorzeitig benachrichtigt und das Beweismaterial beseitigt worden ist. Das hat die Bundesanwaltschaft einwandfrei festgestellt.

Nun sage ich Ihnen in aller Offenheit, ob der Ahlers nun in Frankfurt verhaftet oder in Spanien festgehalten wird, das ist gehüpft wie gesprungen. Ich bin froh, daß er zur Stelle ist. Wenn er unschuldig ist, kann er das nachweisen, und wenn er nicht unschuldig ist, dann muß er bestraft werden. Schließlich ist das doch das Entscheidende. Ich würde dringend bitten, sich nicht abbringen zu lassen von Randerscheinungen des Ganzen.

Lemke: Auch dagegen wird von unserem Teil keine Stellung genommen (*Zurufe:* Na, na!) Aber nicht so, (*Zuruf:* Doch!) sondern dagegen, daß widersprechende Äußerungen im Bundestag abgegeben worden sind. Das ist es doch, was eine gewisse Vertrauenskrise hervorgerufen hat.

Adenauer: Meinen Sie vom Bundesverteidigungsminister Strauß oder vom Innenminister Höcherl? (*Lemke:* Von beiden!)³⁸

*Osterloh*³⁹: Das gilt vor allen Dingen von Herrn Strauß. Strauß hat von Anfang an gesagt: Ich halte es für meine Pflicht, diesen Mann in unseren Griff zu bekommen. Ich habe dann das und das unternommen. – Das war für mich noch verständlich gewesen, jetzt aber ist der peinliche Eindruck entstanden, nachdem er in die Ecke gedrängt war, gestand er nach anfänglichem Leugnen. Das hat es uns so schwer gemacht. In der eigentlichen Sache teile ich Ihren Standpunkt, Herr Bundeskanzler, uneingeschränkt. Aber ich bin Nichtjurist; das möchte ich noch dazu sagen.

Adenauer: Aber ein Mann von gesundem Rechtsempfinden, der froh ist, wenn der Mann gefaßt wird.

Dufhues: Wir sollten uns einige ernste und tiefgehende Gedanken über die Erscheinungen in der letzten Zeit machen. Wir alle sind Ihnen dafür dankbar, Herr Bundeskanzler, daß Sie in der Debatte im Bundestag die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Wesentliche dieses Falles gelenkt haben. Sie dürfen sicher sein, daß auch Ihre Ausführungen über die Maßnahmen gegen Ahlers in Malaga durchaus das Verständnis der Öffentlichkeit finden. Aber wir als Partei stehen einigermaßen erschreckend vor einer Hysterie, vor einer merkwürdigen geistigen Verwirrung, vor den Schlagzeilen von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die doch eine recht bedenkliche

38 Höcherl erklärte am Donnerstag, den 8. November 1962, daß die Verhaftung Ahlers „etwas außerhalb der Legalität“ gewesen sei (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 2017). Bei der Sitzung am 9. November sagte er, daß alles korrekt gelaufen sei (EBD. S. 2086 f.). In der gleichen Sitzung gab Strauß sein Telefonat mit Oster erstmals zu, nachdem er vorher seine Beteiligung abgestritten hatte (EBD. S. 2077).

39 Edo Osterloh (1909–1964), 1956–1964 Kultusminister in Schleswig-Holstein (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 74 Anm. 48.

geistig-moralische und politische Verfassung des deutschen Volkes darstellen. Darüber ernsthaft nachzudenken, das scheint mir die wesentlichste Aufgabe einer Partei zu sein, die die Pflicht hat, ein Volk politisch zu führen, um dann, wenn es nötig ist, jene Werte zu retten, die letztlich von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. Dabei scheint mir eine der bedeutsamsten Feststellungen zu sein, daß die Autorität des von uns wieder aufgebauten Staates auf ungewöhnlich schwachen Füßen steht. Ich habe mir vor Jahr und Tag Gedanken darüber gemacht, welches die Grundlage staatlicher Autorität in unserem Lande sein kann, in einem Lande, das die Barbarei des Nationalsozialismus erlebt hat und zu einer ungeheuren Verwirrung der Auffassungen geführt wurde über das, was staatliche Autorität ist, sein kann und nicht sein darf. Und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß wir einen tiefen Bruch in unserer Geschichte haben, der durch die Jahre 1933 bis 1945 gekennzeichnet ist, daß wir hier nicht die geschichtlich gewachsene und von der Bevölkerung insgesamt bejahte Autorität unseres staatlichen Wesens haben, sondern daß unsere staatliche Autorität weitgehend beruht – ich bitte Sie, mich nicht falsch zu verstehen – auf den großen Leistungen, die mit Ihrem Namen verbunden sind, auf dem persönlichen Rang, den die Verwalter des Amtes des Bundespräsidenten haben, und auf den Ergebnissen einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Aber all das – verzeihen Sie – reicht nicht aus, um eine gefestigte staatliche Autorität zu entwickeln.

Und hier bei dieser ersten Probe, in der alle Träger der Meinungsbildung, Presse, Rundfunk und Fernsehen sich engagiert fühlen, in der wir eine zum Teil bedrückende Kumpanei erlebt haben, die nicht mehr kritisch genug war, sich ein eigenes Urteil zu bilden, sondern man alles negativ aufnahm, haben wir zum ersten Mal erlebt, wie schwach und wenig gefestigt die Autorität des Staates ist. Wenn alles verdächtigt werden kann, und wenn niemand bereit ist, die Rechtlichkeit zunächst einmal zu unterstellen und abzuwarten, bis Unrecht und Ungesetzlichkeit nachgewiesen sind, dann kann es mit der Festigkeit der staatlichen Autorität nicht sehr weit her sein. Das ist eine bedrückende Tatsache, wie wir feststellen müssen.

Das zweite, was wir bei kritischer Beurteilung der Entwicklung feststellen müssen, ist ein ungewöhnliches Maß von Anti-Stimmungen, von Stimmungen und Emotionen, die z. B. gegen unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerichtet sind. Wir sollten sehr ernst den Dingen nachgehen, die ihren Weg in die Schlagzeilen gefunden haben. Hier ist es mehr als nur die kritische Beurteilung des Falles allgemein, hier ist ein sehr weitgehendes Anti auch gegen unsere Konzeption der Verteidigungspolitik, vielleicht sogar der Europapolitik vorhanden.

Wir müssen deshalb feststellen, daß wir als Partei noch nicht genug getan haben, um jene sittliche Kraft zu entwickeln, die dazu führt, daß unser ganzes Volk bewußt die Grundlagen unserer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik trägt. Dann darf ich – das tue ich mit ganz besonderem Ernst – im Anschluß an das, was Freund Barzel in diesen Tagen angedeutet hat, die Frage stellen, worauf es zurückzuführen ist, daß es in unserer Bevölkerung, in Presse, Rundfunk und Fernsehen niemand gegeben hat, der gesagt hat, das sind doch Dinge – ich spreche von den Dingen um den „Spiegel“ –,

die von Politikern zu verantworten sind, die sich Christliche Demokraten nennen. Selbst wenn sie uns den Rang des Christlichen Demokraten abgenommen hätten in den vergangenen Jahren, dann müßten wir als Politiker einen höheren Rang an Glaubwürdigkeit haben, als es hier in Erscheinung getreten ist; denn wenn sich der Christliche Demokrat durch eines unterscheidet von den anderen, dann durch die sittlichen Werte, die er vertritt und vorzuleben hat.

Ich habe die große Sorge, Herr Bundeskanzler, das Erscheinungen da und dort – auf Einzelheiten möchte ich nicht eingehen –, vor allem aber die dauernde negative Kritik in Organen wie „Der Spiegel“ und der Zeitschrift „Der Stern“ mit zum Teil bedrückenden Feststellungen der letzten Zeit über persönliche Umstände im Leben des einzelnen, dazu geführt haben, daß nun – wie es ein Professor formuliert hat – gesagt wird: Das sind doch Politiker, denen man einfach alles zutraut.

Deshalb darf ich einmal für die Partei mit allem Ernst die Frage stellen, ob wir die Wertmaßstäbe wirklich einhalten, die wir als Christliche Demokraten vorzuleben haben, und ob wir in unseren eigenen Reihen jene harte Unnachsichtigkeit, die wir da oder dort anwenden müssen, auch anwenden, um diesen Rang vor der Öffentlichkeit zu behalten. Das Wort vom Christlichen Demokraten ist eine schwere Last, und man verlangt mehr von uns als von den anderen. Und da ist in der Bevölkerung der Eindruck entstanden: Hier werden die Dinge nicht so ernst genommen, wie wir dies von Christlichen Demokraten verlangen müssen.

Das sind Gedanken, die einem kommen. Ich bin mit den Diskussionsrednern der Meinung, Herr Bundeskanzler, wenn es Ihnen gelungen wäre, schneller und umfassender eine Information der Öffentlichkeit zu geben, und wenn nicht das geschehen wäre, was eben hier gesagt worden ist, daß man nämlich nur zögernd den Tatbestand dargelegt hat und gleichzeitig die Unsicherheit nährte über das, was man noch erfahren werde, dann wäre politisch manches erspart geblieben, was uns eben jetzt nicht erspart geblieben ist. Dann wären diese vielfältigen Erscheinungen nicht zutage getreten, von denen Sie andeutungsweise gesprochen haben.

Aber ich möchte meinen, daß das, was wir erlebt haben – es ist erschreckend und bedrückend, soweit es sich um die politisch-moralische Verfassung unseres deutschen Volkes handelt –, uns ernster Anlaß sein muß, einmal zu überprüfen, ob wir als Partei in dieser Hinsicht genug getan haben.

Adenauer: Ich gehe nicht soweit wie Herr Dufhues. Aufgrund von persönlichen Erfahrungen und von Erfahrungen von Gewährsleuten, auf die ich mich absolut verlassen kann, denkt ein großer Teil des deutschen Volkes ganz anders; denn die Leute sagen: Wer Landesverrat begeht, den soll man einen Kopf kürzer machen. – Natürlich gibt es eine gewisse Schicht, die gegen uns ist, die glaubt, sie sei erhaben über alles. Zweitens haben wir kein Fernsehen zur Verfügung. Hätten wir das Zweite Fernsehen des Bundes gehabt, das uns das Bundesverfassungsgericht kassiert hat, dann hätten wir uns dieses Instruments bedienen können. Es ist ganz sicher, das Fernsehen hat eine große meinungsbildende Kraft, namentlich in solchen Dingen, die an das Emotionale herangehen.

Wir konnten keine weiteren Informationen geben, weil die Sache in den Händen der Bundesanwaltschaft liegt, und weil wir es nicht für richtig halten, daß wir, nachdem die Bundesanwaltschaft zunächst Mitteilungen gemacht hat, nun auch noch von uns Mitteilungen zu machen. Es ergab sich ein großes Durcheinander, aber das mußten wir in Gottes Namen tragen. Was Sie gerügt haben, Herr Dufhues, das ist eine Sache für sich; es ist wirklich eine Sache ganz am Rande. (*Fay*: Das wird aber hochgespielt!) Sehen Sie denn nicht, daß die Presse das absichtlich tut! (*Fay*: Ja, sicher!) Dann müssen wir uns doch dagegen zur Wehr setzen. Wer tut das denn? Wir haben leider Gottes kein einziges großes Blatt zur Verfügung, kein einziges! (*Zurufe*: Wir sind selbst dran schuld! Die Mittag-Presse⁴⁰ ist noch am verbindlichsten. – Und die „Bild“-Zeitung! – *Unruhe*.) Ich will vorsichtig sein, aber mich freut doch, daß einer aus dem Chor eine eigene Stimme singt. Der wird auch Hörer finden. Nun sind noch zum Wort gemeldet die Herren von Brentano, Fricke, Katzer, Blumenfeld, Scheufelen und Erhard. Ich denke, wir schließen damit die Rednerliste. (*Martin*: Ich auch noch!) Gut!

Von Brentano: Ich meine, daß die Erklärungen von Herrn Dufhues im wesentlichen richtig sind. Wir sollten in einem Kreise, der die Verantwortung für die Partei und den Staat trägt, darüber mit großer Offenheit und Ehrlichkeit miteinander reden. Es ist tatsächlich so, daß wir heute feststellen müssen, daß dieser Staat es noch nicht fertiggebracht hat, sich zu integrieren. Das ist eine sonderbare Situation, daß in den vergangenen Jahren das Wort Patriotismus offen nicht ausgesprochen werden durfte; hier ist erst langsam ein Wandel eingetreten.

Was wir nun feststellen müssen, ist doch bestürzend. Denken Sie an die Reaktion in der Öffentlichkeit, z. B. an diese große Gruppe von Professoren von Ansehen. (*Lemmer*: Zum Teil von Ansehen!) Das sind doch Leute, die an den Universitäten lehren. Ich finde es unverantwortlich, wenn diese Leute mit der Autorität, die sie von ihrem Berufe her haben, mit solchen Erklärungen an die Öffentlichkeit gehen, ohne den Versuch zu machen, einmal den Tatbestand abzuwägen. Die Tatsache ist doch erschreckend, daß so etwas überhaupt möglich ist.

Ich meine, wir sollten es uns ehrlich zugeben und zugestehen, daß wir an dieser Entwicklung nicht unschuldig sind; denn wenn die Bundesregierung das, was sie sagen konnte, rechtzeitig gesagt hätte, dann hätte man nach meiner Überzeugung einen großen Teil der Reaktionen abgefangen. Es wäre besser gewesen, wenn man über die Affäre Ahlers nicht erst so allmählich etwas gesagt hätte, sondern gleich am ersten Tage erklärt hätte: Das und das hat sich ereignet, und das und das habe ich für richtig gehalten. – Man mag darüber diskutieren, ob alles objektiv richtig gewesen ist, aber dann hätten wir uns vieles erspart; denn heute stehen wir einer geschlossenen Phalanx gegenüber, und zwar zunächst einmal der Gruppe der konformistischen Nonkonformisten, einer sonderbaren Gruppe, die sich inzwischen gebildet hat, und zweitens denen, die ohnehin ihre Animosität dem Staat gegenüber zum Ausdruck

40 „Der Mittag“ (Düsseldorf).

bringen wollen. Wir sollten alles versuchen, um die anständigen Menschen von den unredlichen zu trennen. Das können wir nur in einem offenen Gespräch in der schroffsten Art tun.

Herr Bundeskanzler! Sie mißverstehen mich nicht, wenn ich sage, wir können heute nicht von einem gesunden Volksempfinden sprechen, wenn wir über Ahlers reden. Das erinnert an den Mißbrauch des Wortes in der Vergangenheit. Aber wir müssen sagen, was geschehen ist und warum. Wir müssen bereit sein, auch offen zuzugestehen, wo ein formaler Fehler begangen worden ist, und wir müssen es auch sagen. Man muß nur den Mut dazu haben. Das verstehen die Menschen schon.

Es durfte keinesfalls der Eindruck hervorgerufen werden, daß ein Mann wie Ahlers im Ausland habe verschwinden können, weil der Verdacht entstehen konnte, er sei vielleicht mit Hilfe des Verteidigungsministers nicht aufzufinden. Wenn diese Dinge ausgesprochen werden – und es ist höchste Zeit, das zu sagen –, dann können wir viel von der Mißstimmung abfangen, und zwar um so mehr, als die Bundesanwaltschaft, soviel ich weiß, entschlossen ist, die Voruntersuchung zu beantragen, und sie die Haftbeschwerde von Schmelz zurückgewiesen hat.

Ich habe aber eine Sorge. Wenn in einem Bericht der Bundesregierung Widersprüche sichtbar werden, dann wird damit erneut ein Anlaß gegeben zu einer weiteren mitleidlosen Kampagne gegen uns. Ich fürchte, wenn diese Darstellungen – wie Sie es angedeutet haben, Herr Bundeskanzler – in wesentlichen Punkten voneinander abweichen, die unsere rechtsstaatliche Ordnung berühren, dann werden wir neuen Schaden erleiden.

Fricke: Herr Bundeskanzler! Ich hatte die Freude, Sie Anfang August zu besuchen⁴¹ und ein langes Gespräch aus niedersächsischer Sicht mit Ihnen zu führen. Ich habe Ihnen damals gesagt, daß wir uns draußen im Lande die größten Sorgen machten, weil das Kabinett nach Jahresfrist noch nicht zu einem Team geworden sei. Ich habe es an diesem lächerlichen Fall der Herabsetzung der Zölle oder der Abschöpfungsbeträge für USA-Hähnchen exemplifiziert und gesagt, wenn ein Kabinettsbeschluß aus außenpolitischen Gründen vorliege, dann gehe es nicht an, daß ein FDP-Minister ins Land hinausgeht und erklärt: Wir haben aber im Kabinett dagegen gestimmt.⁴²

Ich war nun zufällig zu Ihnen gebeten worden, als die Krise im Kabinett war. Ich habe eineinhalb Stunden an diesem Abend miterlebt, der so viele Aufregungen

41 Am 6. August 1962 (TERMINKALENDER).

42 Nach einem Beschluß des Bundeskabinetts vom 20. Juli 1962 wurde von der Bundesregierung bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Antrag gestellt, die Abschöpfungsbeträge für Geflügelfleischimporte bis zum 31. Dezember auf das niedrigstmögliche Niveau zu verringern (vgl. Drs. IV/704; vgl. auch Mitschrift von Merkatz „so beschlossen“. An der Diskussion hatten sich FDP-Minister nicht beteiligt – ACDP I-148-041/3). Am 25. Juli 1962 wurde die 33. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs vom Bundeskabinett verabschiedet. Die Zölle gegenüber Ländern, die nicht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören, wurden ab dem 1. August 1962 gesenkt („Die Welt“ vom 25. Juli 1962).

brachte. Am letzten Sonntag habe ich in Göttingen an der 225-Jahrfeier teilgenommen, wobei mir die Ehrenwürde der Universität verliehen wurde. Neben mir saß Professor Hahn⁴³. Auch Frau Lüders⁴⁴ saß in der Nähe. Dort ist kein Wort gefallen über den Streit, aber am folgenden Samstag ging die Unruhe in unseren eigenen Reihen los, und zwar in der Kreispartei Osterode am Harz. Woraus resultiert das? Es ist genau wie bei der Presse, die sich bis zur Bundestagsdebatte relativ reserviert verhielt, aber dann, als diese unglückselige Debatte über die 20 Fragen der SPD losging, schlug die Stimmung um. Man erklärte: Diese Unsicherheit und Ungewißheit, diese völlig divergierenden Auffassungen – da muß doch etwas nicht stimmen. Und dann dieses Unglück – ich will nicht Richter sein –, daß Höcherl am Mittwoch sagte: Am Rande der Legalität. (*Süsterhenn*: Etwas außerhalb der Legalität.) Und dann erklärte er am Freitag: Ich habe es überprüfen lassen. Es war alles total legal. Dazu kommt, daß Herr Strauß – das sage ich mit aller Sympathie, aber wir müssen ja die Fehler und Pannen einmal aussprechen – am Mittwoch erklärte, er wolle nichts damit zu tun haben, aber dann am Freitag zugeben mußte, daß er mit Oster telefoniert habe. Warum hat denn um Gottes willen Herr Strauß das nicht gleich am Mittwoch hinzugefügt? Das halte ich genauso für eine Panne wie die Geschichte um die Fibag-Affäre⁴⁵. Er hätte doch sagen sollen: Im Drange der Geschäfte und im guten Glauben habe ich diese Befürwortung unterschrieben. Das hat in meinem Hause nicht funktioniert. Bedenken eines Ministerialrats sind mir nicht vorgetragen worden.

Wenn man nämlich einen Fehler zugibt, ist unsere breite Öffentlichkeit geneigt, das auch nachzusehen. Unsere Öffentlichkeit will gar keine unfehlbaren Leute; die gibt es ja auch nicht. Es sind auch Leute, die Fehler machen, viel sympathischer als solche, die so tun, als ob sie unfehlbar wären. Ich bin tatsächlich in meiner Kreispartei bei einem Studienrat, dem Vorsitzenden der Kreispartei in Osterode, auf die Vokabel gestoßen: Diese Lügnerereien von Ministern des Bundeskabinetts sind unerträglich. – Ich bin dieser Meinung natürlich entgegengetreten und habe mir das verboten. Ich habe gesagt, es ist doch so, daß man uns vielleicht einiges verschwiegen hat. Wir kommen nur mit solchen Zugeständnissen bei unseren eigenen Leuten noch durch.

43 Dr. Otto Hahn (1879–1968), Professor für Chemie, 1946–1960 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1085 Anm. 91.

44 Dr. Marie-Elisabeth Lüders (1878–1966), 1953–1961 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 791 Anm. 24.

45 Die ‚Fibag‘ (Finanzbau-Aktiengesellschaft), gegründet am 6. Mai 1960 von Johann Evangelist Kapfinger und Lothar Schloß, sollte dem Bau von Wohnungen für amerikanische Soldaten in Deutschland dienen. Franz Josef Strauß wurde vom „Spiegel“ vorgeworfen, die ‚Fibag‘ amerikanischen Stellen empfohlen zu haben. Der auf Antrag der SPD eingesetzte Ausschuß untersuchte vom 28. März bis 20. Juni 1962 die Vorwürfe. Der Bericht wurde am 28. Juni vom Bundestag an den Ausschuß zurückverwiesen. Dem Ergänzungsbericht vom 30. August, wonach Strauß seine Dienstpflichten nicht verletzt habe, stimmte der Bundestag am 28. Oktober 1962 zu. Vgl. AdG 1962 S. 9958–9960 und 10192.

Ich frage deshalb, warum konnte nicht nach 14 Tagen, Herr Bundeskanzler, das, was Sie heute so einfach und überzeugend formuliert haben, als Erklärung der Bundesregierung abgegeben werden? Warum konnten nicht die einzelnen Minister, die zuständig sind, von sich aus sofort das offen auf den Tisch legen, was geschehen war, z. B. die Amtshilfe, wozu man verpflichtet war? Warum ist in der Fragestunde am Mittwoch das Zugeständnis „am Rande der Legalität“ gemacht worden und dann am Freitag erklärt worden „alles ist total legal“? Am Freitag sagte Herr Strauß: Ich habe Herrn Oster angerufen.

Das sind doch alles Dinge, die diese Unsicherheit hervorgerufen haben, die auch die Presse – die vorher durchaus loyal war – ergriffen und aus den Nonkonformisten Konformisten gemacht haben. Mit einem Male war man von einer merkwürdigen Solidarität mit Ahlers oder Schmelz besessen. Das Phantom von der gefährdeten Pressefreiheit stimmt nicht, aber diese Dinge haben die Unruhe geschaffen, deren Nachwirkungen man nicht unterschätzen soll. Es ist nun sehr schwer, sich durchzusetzen.

Nun haben wir Gott sei Dank diesen Beschluß, der uns weiterbringen wird als der Beschluß des Bundesgerichts über die Ablehnung der Haftbeschwerde des Herrn Schmelz. Eine Erklärung des Bundeskanzlers wäre dringend notwendig. Man sollte, wenn es irgendwie geht, das Motto unterstreichen: In ein schwebendes Verfahren können wir uns nicht einschalten; aber wir geben diese Erklärung ab, damit wir nicht noch einmal eine solch schreckliche Debatte erleben.

Adenauer: Ein Wort zu Herrn Höcherl! In der Nacht, ehe Herr Höcherl sprach, brach Herr Stammler⁴⁶ buchstäblich zusammen. Herr Höcherl hat dann als sein Vertreter das zu sagen übernommen, was an sich Herr Stammler hätte sagen sollen. Und da ist ihm das unglückliche Wort entfahren: Etwas außerhalb der Legalität. – Und das war eine falsche Sache.

Blumenfeld: Ich und auch wohl die anderen Kollegen haben Sie verstanden, Herr Bundeskanzler, als Sie darauf hingewiesen haben, daß wir mit der gebotenen Zurückhaltung hier diskutieren sollten, daß aber vielleicht am Montag, dem 26. November, etwas mehr gesagt werden könne. Ich halte mich selbstverständlich daran, wie das auch in den Fraktionssitzungen, d. h. Fraktionsvorstandssitzungen gewesen ist, obwohl ich dem Fraktionsvorsitzenden in einem Brief meine grundsätzliche Meinung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht habe.⁴⁷

Ich bin aber sehr froh darüber, Herr Bundeskanzler, daß wir aufgrund der Ausführungen unseres Freundes Dufhues jetzt aus einer umfassenderen Schau eine Kritik an uns selbst und auch ganz offen an den Freunden in der CDU/CSU üben sollen, auch wenn dabei keine persönlichen Konsequenzen zur Sprache kommen, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt, den Sie sicherlich noch zu bestimmen haben werden.

46 Dr. Wolfgang Stammler (1920–1982), 1953–1969 MdB (FDP, seit 1964 SPD), 1961–1962 Bundesminister der Justiz. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 726 Anm. 52.

47 Nicht ermittelt.

Herr Bundeskanzler! Sie haben nicht nur heute, sondern auch in der vorgestrigen Fraktionsvorstandssitzung⁴⁸ mit großem Nachdruck die öffentliche Meinung und die Meinungsbildung in der Presse sehr deutlich apostrophiert. Die öffentliche Meinung und die Meinungsbildung der Presse in unserem Land wird ganz besonders davon abhängen, was die Bundesregierung und die führenden Politiker zu einem solchen Falle sagen bzw. was sie nicht sagen oder ob sie Halbwahrheiten oder Unwahrheiten sagen. Die Presse kann im wesentlichen – mit Ausnahme der Kommentatoren und der immer Recht habenden politischen Leitartikel professioneller Schreiber – nur das behandeln, was sich auf der Bühne der Politik abspielt. Wenn also, wie in der vergangenen Woche im Bundestag, sich etwas abspielt, was mit einem Male die Malaise sichtbar macht, daß nämlich die Führung nicht mit harter und richtungsweisender Hand eingreift, dann müssen wir uns selber fragen, ob wir nicht einen guten Teil Schuld an dieser Entwicklung mittragen. Herr von Brentano hat völlig richtig den Finger auf einen wesentlichen Punkt gelegt, der auch in der Diskussion aufgegriffen worden ist. Die Regierung hat ganz zweifellos die Dinge politisch nicht richtig gesehen; denn es wäre kein Eingriff in ein schwebendes Verfahren gewesen, wenn sie dazu etwas erklärt hätte. Die Verhaftungsaktion war gerade angelaufen. Das Bundesgericht befindet sich auch heute noch im Stadium der inszenierten Voruntersuchung, der Materialsichtung. Die Bevölkerung hat erwartet, die Bundesregierung hätte kurz nach der Verhaftungsaktion einige Dinge aufgeklärt; so aber hat sie aufgrund einer Reihe von Begleitumständen wieder einmal geglaubt, ein Wetterleuchten aus der Vergangenheit aufziehen zu sehen.

Sie haben mit Recht, Herr Bundeskanzler, vorhin von der politischen Vergangenheit gesprochen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Vertrauensgrundlage, die man Ihnen insbesondere, Herr Bundeskanzler, aber auch der Bundespolitik entgegengebracht hat, auf sehr dünnem Boden steht, und jede unelegante Aktion, auch nur eine juristische – wir sind in Deutschland nicht immer mit hervorragenden Juristen gesegnet –, kann sehr gefährlich werden. Ich denke z. B. an die Aktion der Verhaftung in Düsseldorf⁴⁹; dann sehen Sie doch, wie unelegant diese Sache gewesen ist. Das aber spielt in der Meinungsbildung der Öffentlichkeit eine große Rolle. Ich muß Ihnen sagen, Herr Bundeskanzler – und viele meiner Kollegen in unserer Partei werden das bestätigen –, daß das Parlament im unklaren gelassen wurde. Wir, die wir im Plenarsaal saßen, wußten überhaupt nicht, was sich eigentlich abgespielt hatte. Wir mußten also verzweifelt und voller Zorn ansehen, wie die Regierung attackiert wurde und daß nicht etwa klare Antworten, sondern Halbwahrheiten und – erlauben Sie mir, das zu sagen – auch ... (*Adenauer*: Aber das können Sie doch wirklich nicht

48 Vorstandssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 20. November 1962. Anwesenheitsliste und Notizen in ACDP VIII-001-1503/4.

49 Am 26. Oktober 1962 war der Düsseldorfer Büroleiter des „Spiegel“, Erich Fischer, in Düsseldorf (wegen Personenverwechslung) anstelle von Augstein verhaftet worden. Vgl. ADENAUER: Teegespräche 1961–1963 S. 279 f.

so sagen, Herr Blumenfeld! Das bestreite ich ganz entschieden! Was Herr Höcherl gesagt hat – abgesehen von der einen Dummheit –, war doch ausgezeichnet. Sie haben von der Regierung gesprochen.) Dann muß ich sagen, ich meine das, was vom Herrn Bundesverteidigungsminister dargeboten wurde. Die Antworten auf die Fragen, die an die Bundesregierung gerichtet waren – allerdings für sein Ressort –, das waren nicht nur Halbwahrheiten, sondern es sind sogar Unwahrheiten gesagt worden.

Herr Bundeskanzler! Ich muß Ihnen sagen, daß jeder einzelne von uns vor seinem eigenen Gewissen, aber vor allen Dingen auch in der Verpflichtung für die Partei und für das Gesamtwohl solche Dinge nicht ertragen kann und nicht ertragen darf. Wir müssen das auch offen aussprechen. Ich habe gesagt, daß die Vertrauensgrundlage sehr dünn ist, wie sich jetzt herausstellt. Und ich unterstreiche das, was die Herren Dufhues und von Brentano gesagt haben.

Herr Bundeskanzler! In der berüchtigten Verhaftungssache Ahlers ist auch für die Öffentlichkeit die Rechtsstaatlichkeit und die rechtsstaatliche Durchführung nicht in jeder Phase peinlichst genau gewahrt worden. Das ist die Meinung der Öffentlichkeit. (*Adenauer*: Was behaupten Sie denn, was hätte geschehen sollen oder geschehen müssen?) Ich behaupte, daß die sogenannte Amtshilfe, zu der sich der Herr Verteidigungsminister im Bundestag so beredt bekannt hat, nicht in dieser Form der Rechtsstaatlichkeit entspricht, wie es der Strafprozeßordnung entspricht. Das wird durch das Gutachten, das Ihnen vorliegt, wahrscheinlich deutlich gemacht. (*Adenauer*: Welches Gutachten?) Ich meine die Stellungnahme der vier Ministerien. (*Adenauer*: Ich habe einen Bericht darüber eingefordert, was diese getan haben. Das ist kein Gutachten!) Ja, die Berichte, die veröffentlicht werden sollen und, wie Sie gesagt haben, auch veröffentlicht werden.⁵⁰ Ich sage nicht, daß ich mir diese Behauptung zu eigen mache, aber ich erkläre, daß das in der Öffentlichkeit mit Nachdruck nicht nur von den sogenannten Konformisten – eine bestechende Formulierung –, sondern auch von weiten Kreisen der sogenannten einfachen Bevölkerung vertreten wird.

Ich meine, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich fest darauf verlassen können, daß jeder von uns bereit ist, jedem Gegner, innerhalb oder außerhalb des Parlaments, mit aller Härte und mit aller Schärfe entgegenzutreten, wenn wir auf einer sauberen und klaren Basis stehen und wenn wirklich die Wahrheit rückhaltlos gesagt worden ist in diesem Punkt, der bisher noch immer unklar ist. Bisher vermissen wir immer noch das befreiende Wort und die befreiende Handlung.

Adenauer: Sie freuen sich doch sicher, daß Herr Ahlers verhaftet ist. Dann geben Sie doch Ihrer Freude Ausdruck!

Blumenfeld: Daß er verhaftet worden ist, entspricht einer ganz klaren rechtsstaatlichen Anordnung. Es war ein Haftbefehl des Bundesgerichts. Die Bundesanwaltschaft

⁵⁰ Der Bericht der Bundesministerien des Auswärtigen, des Innern, der Verteidigung und der Justiz zum Ermittlungsverfahren gegen den „Spiegel“ wurde erst am 4. Februar 1963 veröffentlicht. Druck in BULLETIN vom 5. Februar 1963 S. 195–204.

hat gesagt: Wir können ihn nicht in Spanien verhaften lassen, sondern nur einen Antrag stellen auf dem ordentlichen Weg über das Auswärtige Amt. Das wäre der richtige Weg gewesen. Ich kenne Herrn Ahlers seit vielen Jahren. Herr Ahlers ist, egal ob der Verdacht des Landesverrats nachgewiesen wird oder nicht, ein Mann, der, wenn ihm ein Telegramm geschickt worden wäre, er möge zurückkommen, auch freiwillig gekommen wäre, und dann hätte es nicht diesen ... (*Adenauer*: Er ist doch freiwillig gekommen!) Aber unter welchen Umständen!

Adenauer: Aber, Herr Blumenfeld, wissen Sie denn nicht, wie es war? Ich habe Ihnen doch gesagt, wie es gewesen ist. Man hat – gleichgültig aufgrund welcher Maßnahmen – den Herrn Ahlers nicht einmal festgenommen, sondern ihn untergebracht für sechs Stunden in einem Zimmer des Gouverneursgebäudes, wo er sich auf ein Bett legen konnte, bis das nächste Flugzeug nach Frankfurt abflog. Er hat dann gebeten, er möchte lieber nach Frankfurt mit dem Flugzeug fliegen als in der Welt herumzugondeln. Und dann ist er in Frankfurt verhaftet worden.

Der einzige Unterschied in der deutschen Presse ist der – und darum wird nun stundenlang geredet in der ganzen Bevölkerung –, daß Herr Strauß sagt: Ich habe nicht den Anstoß gegeben. – Die Botschaft sagt: Herr Strauß hat den Anstoß gegeben, daß der Mann sechs Stunden lang festgehalten wurde. – Das ist nun das „Verbrechen“ gegen die Rechtsstaatlichkeit. Ich bitte Sie, Herr Blumenfeld, Sie tun so, als ob in unserem Leben wir nicht mehr erlebt hätten als einen solchen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit. Auch ich bin mehrere Male festgehalten worden, aber anders als sechs Stunden in einem Gouverneurspalast. Sie erhitzen sich doch gegenseitig immer mehr! Es liegt doch der dringende Verdacht des Landesverrats vor, sonst hätte das Bundesgericht nicht die Haftbefehle erlassen.

Blumenfeld: Ich möchte mit allem Nachdruck sagen, daß ich sehr genau Bescheid weiß über die Verhaftungsaktionen. (*Adenauer*: Ich auch!) Wir sind beide in derselben Lage gewesen. Und gerade deshalb, Herr Bundeskanzler, möchte ich auch nicht den geringsten Verdacht aufkommen lassen, daß irgendwie nicht unter peinlichster Beachtung der Rechtsstaatlichkeit vorgegangen worden sei. Und wenn Herr Ahlers mitten in der Nacht von der spanischen Polizei im Ausland auf Anweisung des Bundesverteidigungsministers – der damit ressortmäßig nichts zu tun hat – herausgeholt und festgesetzt oder festgehalten – wie Sie es nennen – worden ist, dann ist er jedenfalls seiner Freiheit und seiner Bewegungsmöglichkeit beraubt worden. Da beißt keine Maus etwas vom Faden ab! Und es hat auch keinen Sinn, sich über diese Dinge etwas vorzumachen in diesem Kreis.

Die Dinge müssen in der gesamten breiten Öffentlichkeit so dargestellt werden, daß eine Gendarstellung erfolgt, und zwar ganz lückenlos, ganz klar, so daß wir das verteidigen können, was ...

Adenauer: Aber, Herr Blumenfeld, bauschen Sie doch die Sache nicht so entsetzlich auf! Hier ist kein Gerichtshof. Was ist denn mit Herrn Ahlers geschehen? Er ist gefragt worden von der spanischen Polizei, sollen wir dich als lästigen Ausländer ausweisen, oder willst du mit dem nächsten Flugzeug nach Deutschland zurückfliegen?

Und darauf hat er gesagt: Ich will mit dem nächsten Flugzeug nach Deutschland zurückfliegen.

Blumenfeld: Herr Bundeskanzler! Es geht nicht um Ahlers oder um Müller oder Schulze, sondern um das Ansehen der Bundesregierung und auch der Minister, ob sie wirklich so gehandelt haben, daß es jederzeit von ihnen verantwortet werden kann, und zwar im Sinne des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit.

Ich möchte zum Abschluß sagen, Herr Bundeskanzler, daß Sie anscheinend nicht verstehen, daß ich jedenfalls meine Meinung hier offen sage. Es hat doch keinen Zweck, hinter dem Berge zu halten. Mich würde nichts mehr freuen, Herr Bundeskanzler, und es wäre nichts überzeugender für uns alle, als wenn zu gegebener Zeit Herr Augstein und seine Redakteure verurteilt würden, daß wir aber dann schon vorher völlig klar und überzeugend die Dinge, die bei uns vorgekommen sind im Zuge des Verfahrens, dargelegt haben; denn dann wären wir im Sinne der Ausführungen von Herrn Dufhues wieder mit einer soliden Vertrauensgrundlage gegenüber unserem Volk versehen.

Adenauer: Wenn Herr Ahlers einen Mord begangen hätte, würden Sie dann nicht sagen, Gott sei Dank, daß er festgenommen worden ist? (*Blumenfeld:* Das ist ein ganz anderer Tatbestand!) In meinen Augen ist Landesverrat genauso schlimm wie Mord, denn wer Landesverrat begeht, der setzt unter Umständen das Leben von hunderttausend Menschen aufs Spiel. (*Blumenfeld:* Wenn er einen Mord begangen hat, muß er ordnungsgemäß verhaftet werden!) Dann wären Sie also froh, wenn er verhaftet worden wäre!

Krone: Wir sind uns darüber im klaren, daß man zu Beginn etwas anderes hätte tun können. Darüber sind wir uns klar; auch der Herr Bundeskanzler. Es hätte Herr Strauß zu Beginn das und das sagen müssen! (*Zustimmung und Beifall.*) Aber es ist nun einmal so, daß das nicht geschehen ist. Ich kenne unseren Franz Josef Strauß auch ein bißchen. Es ist aber doch auch so, Herr Blumenfeld, daß gleich von Anfang an, als die ersten Worte über Augstein und sein Blatt hochkamen, eine Welle über diese Dinge losging. (*Zurufe:* Nein, erst nach der Bundestagsdebatte! – *Fay:* Nein, Herr Krone, später!) Doch! Da ging sogleich die sogenannte Nacht- und Nebel-Aktion los. Sofort hieß es: Wir haben keinen Rechtsstaat mehr! – Es ist wieder eine Vorzensur da! – Und was noch mehr gesagt worden ist.

Nun komme ich zu der Sache Höcherl! Herr Höcherl steht eine Stunde oder noch länger im Plenum des Bundestages und beantwortet Frage auf Frage, und dann rutscht ihm dieses eine Wort heraus. Und nun wird er als Kronzeuge hingestellt. Er sagte nachher: Ich habe mich geirrt. – Aber von diesem Irrtum wird nirgendwo etwas erwähnt. Hier werden also bewußt die Schwergewichte falsch verlagert. Hier wird der eigentliche Schwerpunkt falsch gesetzt. Wir sollten natürlich das Falsche nicht verschweigen, aber wir sollten auch sagen, was Rechtens ist. Das muß doch auch gesagt werden!

Ob dieser Beschluß des Senats, den der Bundeskanzler vorgelesen hat, überhaupt einen Raum in der Presse bekommt, das wage ich zu bezweifeln. Diesen

Beschluß müßte man mit einer Balkenüberschrift in der Presse bringen. Aber das geschieht ja nicht, sondern es heißt auch heute noch: Die Rechtsstaatlichkeit ist gefährdet. – Das geht bis zu den Gestapo-Methoden.

Es kommt darauf an, die Gewichte richtig zu verlagern. Daß Augstein heute noch schreiben kann, das wird auch nicht erwähnt. Das ist einfach selbstverständlich. Wir sollten also die Konsequenzen dieses Verfahrens abwarten und jetzt nicht mehr sagen, Herr Strauß hätte das und das tun sollen.

Martin: Herr Bundeskanzler! Sie haben zu Anfang Ihrer Ausführungen mit Recht gesagt, daß ein Mißverständnis bestehe zwischen dem Anlaß und dem Sturm in der Öffentlichkeit, wie Sie sich ausgedrückt haben. Im Anfang der ganzen Geschichte zeigte sich, daß eine ungleiche Gewichtsverteilung vorhanden war. Man sah nicht die Pressefreiheit auf der einen und den Landesverrat auf der anderen Seite. Das war ein Augenblick, Herr Krone, wo die Dinge noch beherrschbar waren.

Sie sind aber dann viel schlimmer geworden nach der Bundestagsdebatte. Und hierzu hat Herr Dufhues mit Recht ausgeführt, daß ein Staat wie wir, der sich nicht auf geschichtliche Traditionen und nicht auf eine wirkliche Vorstellung seiner Aufgaben in der Welt stützen kann, sich eigentlich nur auf sittliche Maßstäbe berufen kann, auf sonst nichts. Das ist auch der Grund dafür, warum die Kritik so hart ist, die hier geübt wird. Das ist auch der Grund der Bundestagsdebatte, worauf ich noch einmal hinweisen möchte.

Adenauer: Es war eine Debatte, Herr Martin, und dagegen hätten sich unsere Fraktion und der Präsident wehren müssen! (*Lemmer:* Sehr richtig! Das hätte der Präsident nach § 36 der Geschäftsordnung⁵¹ tun müssen! – *Beifall und Zustimmung.*)

Martin: Ja, in diesem Zeitpunkt wäre die Situation noch beherrschbar gewesen. Aber jetzt haben wir wieder 20 Fragen der SPD vor uns liegen. Wir sollten uns nicht mehr darauf einlassen. Herr Bundeskanzler! Die Regierung hat es doch in der Hand, das abzuweisen.

Krone: Nein, Herr Martin! Das ist eine kleine Anfrage; die muß schriftlich beantwortet werden. (*Zuruf:* Mündlich!)

Martin: Es ist noch nicht zu spät; denn die Regierung könnte von sich aus ganz konkret in aller Offenheit die Dinge darstellen.

Adenauer: Nein, Herr Martin, das können wir eben nicht, weil das Verfahren noch schwebt. Was sollen wir da sagen?

Martin: Die Dinge, die innerhalb der Regierung vor sich gehen. Das sind ja nicht Teile des Verfahrens, sondern es handelt sich um das Verhalten der Bundesregierung.

⁵¹ § 36 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags (in der Fassung vom 28.1.1952 mit Änderungen) befaßt sich mit der Abgabe von Erklärungen: „Zu einer tatsächlichen oder persönlichen Erklärung kann der Präsident außerhalb der Tagesordnung das Wort erteilen. Die Erklärung ist ihm auf Verlangen vorher schriftlich mitzuteilen.“

Adenauer: Erlauben Sie mal, wir untersuchen doch die ganze Affäre auf Landesverrat, aber nicht das Verfahren, das Herr Strauß angewandt hat nach der Behauptung des Auswärtigen Amtes. Darum handelt es sich nicht.

Martin: Ich glaube, daß man in der Öffentlichkeit zwischen Landesverrat und Pressefreiheit unterscheiden kann, aber das steht nicht zur Diskussion, sondern, wie verhält sich die Bundesregierung in dieser Sache; welches Vertrauen kann man ihr heute entgegenbringen und morgen? Und dieses Vertrauen kann man nur erringen durch entsprechendes Handeln, nicht durch Erklärungen. (*Adenauer:* Herr Strauß hat gehandelt!) Aber in einer Weise, daß die öffentliche Meinung so stark reagiert hat.

Adenauer: Wieviel Leute werden in Spanien und in Buxtehude – ich will Buxtehude nicht beleidigen – und Gott weiß wo täglich und stündlich festgenommen und nach ein paar Stunden wieder laufengelassen. Bringt sich deswegen denn die Welt um? Aber wenn jemand, gegen den ein Haftbefehl wegen Landesverrat erlassen worden ist, nur – angeblich zu Unrecht – einige Stunden festgehalten wird, dann regt man sich dermaßen so gewaltig auf. Das ist doch, wie Herr Krone mit Recht sagt, ein Verschieben der Gewichte.

Martin: Es gibt einen Unterschied in dieser Beziehung zwischen England und Deutschland. Wir werden viel schärfer beobachtet und gemessen im In- und Ausland.

Adenauer: In England ist ein anderes Recht als bei uns. Wir haben das Recht, daß die Staatsanwaltschaft verpflichtet ist, etwas zu tun. Das hat man in England nicht.

Dufhues: Wenn Herr Strauß den Herrn Ahlers in Malaga persönlich verhaftet und sich dann vor den Bundestag gestellt und erklärt hätte: Ich habe das getan um der Sicherheit Deutschlands willen; ich stelle mein Amt zur Verfügung. – Dann wäre er der Heros der deutschen Geschichte geworden. Aber sein Zögern – das ist falsch gewesen. (*Krone:* Darüber sind wir uns ja alle einig.)

Süsterhenn: Darf ich, obwohl ich mich nicht auf die Liste habe einschreiben lassen, eine kurze Bemerkung machen. Dadurch, daß die SPD zum ersten Mal eine Kleine Frage mit etwa einem Dutzend Fragen gestellt hatte und jetzt wieder eine Kleine Anfrage mit 20 Fragen stellt, wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob es das ausschließliche Verdienst und die Aufgabe der SPD sei, der Bundesregierung in dieser ganzen Affäre einzeln die Würmer aus der Nase zu ziehen. Warum gönnen wir der SPD diese gute Chance gegenüber der Öffentlichkeit? (*Adenauer:* Das frage ich mich auch, Herr Süsterhenn. Ich bin zur Fraktion gegangen und habe gesagt, warum antwortet keiner entsprechend!) Gewiß müssen Kleine Anfragen nach parlamentarischem Recht beantwortet werden, aber niemand kann Sie oder ein anderes Mitglied der Bundesregierung hindern, bereits acht Tage vorher den materiellen Inhalt dieser Kleinen Frage in einer Erklärung bekanntzugeben.

Adenauer: Herr Süsterhenn, es waren doch alle die Zusatzfragen, gegen die sich der Präsident gar nicht gewehrt hat! (*Süsterhenn:* Das kommt noch hinzu!) Es waren Fragen, die kein Mensch vorher ahnen konnte.

Scheufelen: Ich glaube, daß in unserem Volke auch heute noch das volle Verständnis dafür vorhanden ist, was Landesverrat ist. Ich unterstelle auch, daß bei der Verfolgung der Angelegenheit rechtlich alles in Ordnung war, aber trotzdem war die Darstellung, die von der Bundesregierung gegeben worden ist – das muß ich leider sagen –, so kläglich, daß selbst, wenn ein Mann vom Mars heruntergekommen wäre, dieser gesagt hätte: Hier ist etwas faul. – Darüber ist ja schon gesprochen worden hier.

Nun ist unglücklicherweise dieser Termin für Berlin zustande gekommen, lange bevor die Angelegenheit losgegangen ist. Mir wäre es lieber gewesen, wenn wir diese Sitzung des Parteivorstandes verlegt hätten. Denn was wir heute spielen, ist genau das, was die Bundesregierung in der ersten Phase dieser Angelegenheit gespielt hat, nämlich verlegenes Schweigen. Mehr können wir im Hinblick auf die Wahlen in Bayern heute auch nicht tun.

Nun wird der Bundesvorstand aber nicht daran vorbeikommen, nach den bayerischen Landtagswahlen zu den Dingen Stellung zu nehmen, namentlich auch zu einer Reform oder Neubildung der Regierung. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Deshalb meine ich, man müßte heute in diesem Kreise unbedingt darüber sprechen, wann diese Sitzung stattfinden soll; denn wir können uns vor den bayerischen Landtagswahlen nicht dazu äußern. Aber wir müssen uns als Bundesvorstand dazu äußern, damit wir nicht genauso unglaublich werden wie jetzt die Bundesregierung.

Adenauer: Herr Scheufelen! Seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie jetzt sagen wollen! Sie haben gesagt: „... genauso unglaublich wie die Bundesregierung“! Halten Sie das aufrecht? – Halten Sie das aufrecht?

Scheufelen: Nein, das halte ich nicht aufrecht. (*Bewegung und Unruhe.*) Aber wir müssen doch als Partei bei dem, was wir tun, glaubwürdig sein und bleiben, damit wir wieder das Vertrauen der Öffentlichkeit gewinnen, das wir langsam mit diesen Dingen verloren haben.

Barzel: Ich möchte ganz kurz zu drei Punkten etwas sagen. Ich war in Brasilien und kam wieder, als die Debatte im Bundestag anging. Da habe ich einen hier nicht anwesenden Bundesminister gefragt, warum nicht früher und zusammenhängend. Dieser Bundesminister hat mir geantwortet: Ich selbst habe eben erst im Plenum des Bundestages von diesen Dingen gehört. – Ich glaube also, wenn Vorwürfe zu erheben sind, daß sie dort zunächst einmal hätten erhoben werden müssen.

Ich würde glauben, daß wir noch mit der Möglichkeit eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses rechnen müssen. Dann müssen wir daran denken, daß hier neue Krisen entstehen können. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hat das Recht, Zeugen zu vereidigen. Die öffentliche Meinung würde es aber nicht ertragen, wenn dann eine Aussage verweigert würde. Deshalb muß die Wahrheit auf den Tisch! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen an die Loyalität denken, die wir nicht nur gegenüber den Ministern, sondern auch gegenüber den Beamten wahren müssen. Diese Persönlichkeiten könnten vor einen Untersuchungsausschuß kommen. Ich rechne zwar nicht damit, aber es wäre immerhin möglich.

Ich habe in einem Gespräch mit Studenten über diese Fragen gesprochen und die Dinge so sichtbar dargestellt, wie es heute durch den Herrn Bundeskanzler hier geschehen ist. Bei der Frage, was ist Landesverrat, werden von den Intellektuellen Unterschiede zwischen Staatsgeheimnis und Regierungsgeheimnis gemacht. Es wird gesagt, das Verteidigungsministerium müsse sich durch ein Gutachten unterrichten lassen. Und das halten sie für eine nicht ganz korrekte Verhaltensweise. Ich habe den Herren gesagt, was hier wirklich der Kern der Geheimhaltungspflicht in unserem Lande ist, das sind die NATO-Geheimnisse. Ich kann jederzeit durch eine Rückfrage bei der NATO feststellen, ist dieses oder jenes wirklich geheim oder handelt es sich um eine politische Intrige aus einem Ministerium. Ich habe weiter gesagt: Formal können als Gutachter nur Deutsche auftreten, aber es muß eine Möglichkeit geben, nicht formell, sondern wirklich einen Rat offiziell für diese Dinge einzuholen. Dann ist es völlig klar. Wenn z. B. ein norwegischer Offizier der Sicherheitsabteilung erklärt: Hier ist in der Tat ein Geheimnis verletzt worden, – so würde das die ganze Situation, auch psychologisch, wesentlich erleichtern.

Adenauer: Ist das nicht Sache des Gerichts? (*Barzel:* Ja, aber warum soll man nicht versuchen ...) Das ist doch Sache des Gerichts, Herr Barzel. Wenn ich mich jetzt an das Gericht wende, das wäre doch unmöglich. (*Dufhues:* Man kann der Bundesanwaltschaft entsprechende Anregungen geben!) Nein, Herr Dufhues! Ich möchte nicht an die Bundesanwaltschaft herantreten und Erklärungen abgeben. Das ist doch Sache der Bundesanwaltschaft! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Barzel: Ich bitte Sie, mich nicht mißzuverstehen. Wenn man das in einer Diskussion vorträgt, dann wird doch die Sache erleichtert. Sie sollen darüber hier nicht diskutieren, sondern ich wollte das nur vortragen, weil ich mit Studenten darüber gesprochen habe.

Erhard: Ich stimme dem zu, was die Herren von Brentano und Dufhues gesagt haben, mit einer kleinen Anmerkung, die ich gleich machen werde. Wenn man die Dinge realistisch nimmt – nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt –, dann dürfen wir nicht eine Vogel-Strauß-Politik betreiben, denn es sind doch politische Fakten, die hier gesetzt worden sind und sich nun in der deutschen und in der ausländischen Presse niederschlagen.

Es hat auch gar keinen Sinn, nur auf die Presse zu schimpfen oder sie Lügen oder gar geistiger Verworrenheit zu zeihen. Das mag vielleicht richtig sein, aber ich möchte doch sagen, auch die Presse will bestrebt sein, ihren Lesern das zu bieten oder das zu vertreten, was diese in etwa nach dem Prinzip erwarten: Wie es euch gefällt! – Die Presse würde auch nicht so schreiben, wenn sie nicht deutlich spürte, daß draußen die Bereitschaft vorhanden ist, so zu reagieren, wie es in der Tat geschieht; denn die Antwort darauf ist sehr beachtlich.

Ich bin der Meinung, daß man in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen darf. Aber vielleicht können wir einen gewissen Einfluß geltend machen, so schnell wie möglich zu handeln; denn diese Spannung und Unsicherheit werden in der Bevölkerung immer größer. Der Vertrauensschwund, den wir vor allen Dingen bei uns in der

CDU hinnehmen mußten, ist zweifellos ziemlich groß.⁵² Eine schnelle Abwicklung der ganzen Sache würde dazu führen, daß nicht ein weiterer Vertrauensbruch in den Staat entsteht.

Die Lage läßt sich so bereinigen, daß man von der Feststellung des Tatbestandes ausgeht. Ich meine jetzt nicht das, was das Gericht zu entscheiden hat, sondern das, was wir zu verantworten haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn ich offen werden soll, dann muß ich sagen, ich persönlich habe auch nicht die Sicherheit oder die Gewißheit, daß ich jetzt alles weiß. Und das ist ein Gefühl, das alle Schichten des Volkes beherrscht. Das hört man auf Schritt und Tritt: Etwas haben wir schon erfahren, aber wird noch mehr herauskommen? (*Adenauer*: Wahrscheinlich wird noch mehr herauskommen; was ich auch nicht weiß. Aber das muß untersucht werden!) Hier weiche ich von der Auffassung des Herrn von Brentano ab. Ein Gutachten, in dem nur Wischi-Waschi geboten wird, in dem man alle echte Problematik vermeidet, das ist keinen Schuß Pulver wert. Das wird uns noch einmal schaden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, die Führungsgremien der Partei und der Fraktion haben einen Anspruch darauf, alles zu erfahren, auch wenn es in sich kontrovers ist. Aber die Wahrheit kann ja nicht kontrovers sein, denn es gibt nur eine einzige Wahrheit, und die muß sich doch auch in dieser Sache finden lassen. (*Adenauer*: Ich würde nicht soweit gehen und sagen, es gibt nur eine einzige Wahrheit. – Es kommt darauf an, unter welchem Gesichtspunkt ich die Sache betrachte.) Die Wahrheit des Ablaufs der Ereignisse muß doch festzustellen sein! Das ist ja die Malaise, und die kommt ja nicht so ganz von heute, sondern die rührt schon von früher her. Auch die Art und Weise, wonach Kabinettsbeschlüsse 14 Tage oder einen Monat später keine Gültigkeit mehr haben – ganz gleich, ob der Beschluß richtig oder falsch war –, wird draußen in der Öffentlichkeit schlecht aufgenommen. Darüber wird auch gesprochen.

Daß unsere Politik in ihrem materiellen Gehalt und in der Ausrichtung richtig war, ist unbestreitbar, sonst stünden wir nicht da, wo wir heute stehen, aber die Methoden und die Stile, vor allen Dingen, wie sie hier Anwendung gefunden haben, bedürfen einer sorgfältigen Überprüfung, sobald etwas Ruhe – vielleicht nach den bayerischen Landtagswahlen – eingekehrt sein wird.

Adenauer: Ich kann Ihnen nicht recht geben, Herr Erhard, denn jede Ankündigung einer solchen Nachprüfung würde bedeuten, den Männern von der Bundesanwaltschaft geradezu Fesseln anzulegen. Ich kann nur nochmals wiederholen, was ich eben gesagt habe: Allen Respekt vor diesen Männern, die bewußt an eine solche Geschichte herangegangen sind. Aber diese nun irgendwie zu bitten, die Sache zu beschleunigen, das lehne ich völlig ab. Ich muß mich darauf beschränken, zu fragen, wann glauben wir soweit zu sein. Mehr kann ich nicht sagen. Das habe ich getan, und es wurde mir

⁵² Lt. Allensbach waren im August/September 50 % und im November 1962 38 % der Befragten mit der Politik Adenauers einverstanden. Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 304.

gesagt: Wir hoffen, daß wir Ende dieser Woche soweit sind, daß wir den Antrag auf richterliche Voruntersuchung stellen können.

Was ich jetzt sage, müßten Sie eigentlich wissen. Am 17. oder 18. hat der Oberst Wicht⁵³ den Verlagsleiter Becker⁵⁴ des „Spiegel“ benachrichtigt. Und daraufhin – das hat die Staatsanwaltschaft festgestellt – ist man im Verlag des „Spiegel“ darangegangen, die Beweisstücke zu vernichten. Jetzt muß die Bundesanwaltschaft aus jedem Fetzen Papier, den sie vorfindet, mühsam rekonstruieren, was geschehen ist. Das ist eine ungeheuer verantwortungsvolle Arbeit. Deswegen kann ich nur sagen, wir müssen in Geduld abwarten, was das Bundesgericht dazu sagt.

Ich hatte geglaubt – aber da sieht man, wie man daneben tapst –, daß man es hier in der Diskussion sehr begrüßen würde, daß der Dritte Senat des Bundesgerichts nun Stellung genommen hat zu den Behauptungen oder Ansprüchen der Journalisten, daß sie jenseits der Strafgesetze stünden. Sie haben gesagt, das ist alles gegen die Pressefreiheit. – Aber jetzt hat der Dritte Senat erklärt: Nein, das ist nicht gegen die Pressefreiheit; auch die Presse hat die Strafgesetze zu beobachten.

Ich hätte gedacht, das würde etwas klärend hier gewirkt haben. Aber was geschieht? Jetzt reden wir schon über zwei Stunden darüber, ob der Herr Strauß oder der Herr Schmelz mit dem Herrn Oster gesprochen hat, und wie es kommt, daß der Mann, gegen den ein Haftbefehl des obersten Gerichts wegen dringenden Verdachts des Landesverrats und der Verdunkelung vorliegt, festgenommen worden ist. Das ist die Verschiebung der Gewichte, von der Herr Krone gesprochen hat.

Ich bitte Sie dringend, meine Herren, lassen Sie sich nicht darauf ein! Fallen Sie dem Trick der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens nicht zum Opfer! Ich bin hier anderer Ansicht als mancher meiner Vorredner, und ich weiß, daß die Leute im Volk auch anders denken. Diese sagen ganz einfach: Wenn jemand Landesverrat begangen hat und das nachgewiesen ist, dann muß mit dem Mann kurzer Prozeß gemacht werden. – Das sagen die Leute. (*Fay*: Wir auch! Aber die Leute sagen auch, man muß die volle Wahrheit sagen!) Herr Fay! Wenn Sie im Leben immer die volle Wahrheit gesagt hätten, dann säßen Sie jetzt nicht hier! (*Fay*: Das habe ich nicht gesagt!) Ich habe mich neben Sie gestellt!

Krone: Ein großer Teil der Presse sagt immer nur: Strauß, Strauß, Strauß. – Und Herr Arndt hat in seiner Rede im Bundestag⁵⁵ zu 9/10 von diesen Dingen gesprochen, und nur zu 1/10 spielte der Landesverrat dabei eine Rolle. (*Zuruf*: Warum wehren Sie sich nicht im Bundestag dagegen?) Gegen diese Verschiebung der Maße, mit der in der Öffentlichkeit gemessen und Eindruck gemacht wird, müssen wir uns wehren. Das wird nicht korrekt dargestellt. Hinzu kommt, daß in diese Geschichte

53 Adolf Wicht (geb. 1910), seit 1952 Mitarbeiter im Bundesnachrichtendienst (BND), 1958 als Generalstabsoffizier in die Bundeswehr übernommen (bis 1968).

54 Hans Detlev Becker (geb. 1921), Journalist; seit 1947 Redakteur „Der Spiegel“, 1959–1962 Chefredakteur, 1961–1983 Geschäftsführer der Rudolf Augstein GmbH.

55 Am 7. November 1962. Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1996–1998.

die ganze Animosität gegen Herrn Strauß vom Politischen her hineinspielt. (*Zuruf: Das ist bekannt!*)

Deshalb meine ich, wir sollten nicht immer nur „*mea maxima culpa*“, sondern „*mea culpa*“ sagen. Sie haben sicher gelesen, wie sich der Bundesrat in Bern zu der Frage der Zeitung „Blick“ verhalten hat.⁵⁶ Der Bundesrat hat erklärt: Wir geben dieser Zeitung keine Informationen mehr. – Stellen Sie sich vor, was geschähe, wenn die Bundesregierung das sagen würde. Es wird der Zeitung „Blick“ vorgeworfen, daß sie schlechte Beispiele aus dem Ausland auf die Schweiz übertrage. Der Bundesrat hat weiter erklärt: Dieses Blatt weckt die Sensationsgier und die niedrigen Instinkte und verschiebt besorgniserregend und verhängnisvoll die Rangordnung der moralischen Werte. – Das wagt immerhin eine demokratische Regierung der Presse gegenüber zu sagen. Das wäre doch hier eine Verletzung der Pressefreiheit sondergleichen.

Deswegen sage ich, man sollte hier bei uns die Gewichte nicht so einseitig zu unseren Ungunsten verschieben.

Adenauer: Meine Herren! Herr Dufhues hat vorgeschlagen, wir sollten zunächst Schluß machen und eine etwas gesündere Kost zu uns nehmen. Damit sind Sie einverstanden.

Unterbrechung der Sitzung von 14.15 Uhr bis 15.00 Uhr.

Adenauer: Ich möchte zu meinen Ausführungen von heute morgen noch einige Worte hinzufügen, und zwar einmal über den Verlauf der inneren Krise und dann über das, was ich in den Vereinigten Staaten erlebt habe und wie es dort gewesen ist. Was die innere Krise angeht, so sind folgende Möglichkeiten gegeben: Entweder wird eine Regierung gebildet von der SPD und FDP oder von der CDU/CSU und FDP oder eine Allparteienregierung. Die Zeitschrift „Christ und Welt“ hat eine Allparteienregierung mit Erler⁵⁷ als Verteidigungsminister vorgeschlagen; denn es gäbe – darüber sei man sich völlig einig – keinen Mann, der so viel davon versteht wie Erler. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Vom Negativen versteht er etwas. Unsere Fraktion war in ganz überwiegender Mehrheit der Auffassung, daß wir versuchen müßten, eine Regierung zu schaffen wie bisher, weil jede andere Regierung für uns schlecht wäre. Das ist auch meine Meinung. Eine Allparteienregierung heißt eine Regierung ohne Opposition. Es ist dasselbe, was in Österreich ist; es ist ein Verfall des Parlaments, der nach

⁵⁶ Der Bundesrat gab bekannt, die Schweizer Amtsstellen verweigerten der Zeitung „Der Blick“ Informationen, solange diese die Rechte des Journalismus und des menschlichen Anstands mißachte (AdG 1962 S. 10247).

⁵⁷ Fritz Erler (1913–1967), 1949–1967 MdB (SPD), 1964–1967 Fraktionsvorsitzender, 1964–1967 stv. Vorsitzender der SPD. Vgl. PROTOKOLLE I S. 228 Anm. 97.

unserer Auffassung nicht in Frage kommt. Wir können auch nicht plötzlich mit der SPD, gegen die wir immer gekämpft haben, zusammengehen für den Rest dieser Legislaturperiode. Wir müssen versuchen, auf dem Boden fertig zu werden, auf dem wir jetzt stehen.

Wünscht jemand das Wort? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann möchte ich etwas sagen über Kuba. Die Kuba-Krise war eine sehr ernste Angelegenheit. Sie ist immer noch eine ernste Angelegenheit. Sie war eine sehr ernste Angelegenheit, weil die Russen genügend Raketen mit nuklearen Köpfen in Kuba angebracht hatten, um einen großen Teil des Apparates für die nukleare Bewaffnung der Vereinigten Staaten zu erledigen, insbesondere – ich bitte, das aber nicht in die Presse zu bringen – die Apparatur der Vereinigten Staaten zum Schutze Europas. Es scheint nun gelungen zu sein, daß die Raketen weggeschafft werden. Es bleiben aber noch die Bomber da. Ein so großes Gebiet von der Luft aus daraufhin zu untersuchen, ob irgendwelche nuklearen Waffen vorhanden sind, ist unmöglich, namentlich bei der geologischen Beschaffenheit der kubanischen Küste, die sehr viele große Höhlen hat, in die sogar Schiffe hineinfahren können, so daß also die Frage der Bomber eine entscheidende Frage ist. Es scheint, als ob sie sich neuerdings doch entfernen würden.

Es bleibt aber noch folgende sehr ernste Frage offen: Es sind auf Kuba in der Zwischenzeit 10.000 bis 15.000 russische Soldaten mit Panzern etc. festgestellt worden. Damit bleibt Kuba ein Infektionsherd für kommunistische Infiltrationen in Südamerika. Das ist auch nach Ansicht des Präsidenten Kennedy eine ernste Gefahr für die Vereinigten Staaten. Ob es gelingen wird, der Gefahr Herr zu werden – wir wollen es hoffen.

Nun konnte ich Kennedy einen Vorschlag unterbreiten – von mir stammt der Gedanke nicht –, man solle für Südamerika, ähnlich wie die OECD, eine Organisation schaffen, und zwar bestehend auf der einen Seite aus den südamerikanischen Staaten und auf der anderen Seite aus Amerika und Europa, weil die südamerikanischen Staaten eher etwas annehmen von den Vereinigten Staaten, wenn Europa dabei ist; denn zwischen den südamerikanischen Staaten und den Vereinigten Staaten besteht noch von früher her ein großer Gegensatz. Es gibt auch eine große Empfindlichkeit der Südamerikaner. Ich habe selbst Beweise von den Südamerikanern dafür bekommen. Kennedy verstand das durchaus und hieß zusammen mit Rusk diesen Gedanken gut.

Alles in allem genommen hat die Kuba-Krise nach meinen Eindrücken und auch nach dem Eindruck meiner Freunde auf die Vereinigten Staaten sehr gründlich eingewirkt, um wach zu werden. Sie haben jetzt zum ersten Mal in nächster Nähe den Feind gehabt, und zwar so nahe, daß nach Auffassung der amerikanischen Sachverständigen eine Rakete, die von Kuba abgeschossen worden wäre, in ihrem Lauf nicht mehr hätte aufgehalten oder vernichtet werden können. Die Gefahr war also sehr akut, insbesondere für Washington. Die Kinder in der Schule sind bei dieser Kuba-Krise darüber belehrt worden, wie sie sich bei einem nuklearen Angriff zu verhalten haben. Bei Kennedy, Rusk und McNamara war dieser Eindruck absolut

deutlich erkennbar; aber auch bei McCloy⁵⁸, der jetzt auch wieder eine erhebliche Rolle spielt. Kennedy verlangt von uns, daß wir unser Militärbudget erhöhen und mehr konventionelle Truppen aufstellen.

Was die Frage der nuklearen Bewaffnung angeht, so wird da eine Einwirkung von den Vereinigten Staaten möglich sein, und zwar nach dem Gespräch, das ich mit Kennedy und mit Taylor⁵⁹ gehabt habe. Die NATO wird noch in stärkerem Maße als bisher als der wesentlichste Bestandteil der ganzen Verteidigung der freien Welt betrachtet. Diesen Ausdruck gebrauchte Kennedy mir gegenüber wörtlich: Als den wesentlichsten Bestandteil. – Man ist auch genau der Auffassung wie wir, daß eine Reform der ganzen NATO-Gliederung eintreten müsse. Ich habe meine Gedanken darüber gesagt. Ich halte es aber nicht für gut – Sie werden das verstehen; denn die Sache ist noch ganz intim –, jetzt in diesem Kreise darüber zu sprechen.

Meine Aufnahme in den Vereinigten Staaten war außerordentlich freundschaftlich. Ich bin zum elften Mal in den Vereinigten Staaten gewesen, seitdem ich Bundeskanzler bin. Ich glaube, daß auch unter Eisenhower⁶⁰ und Dulles kein Gespräch vertrauensvoller, freundschaftlicher und offener geführt worden ist als jetzt diese Gespräche mit Kennedy, und zwar sowohl in Gesprächen unter vier Augen – ich habe dreimal mit ihm längere Zeit unter vier Augen gesprochen – als auch die Gespräche unter Hinzuziehung der beiden Außenminister Rusk und Schröder. Ich glaube, daß mein Besuch – ich war von Kennedy eingeladen worden – gerade zur richtigen Zeit erfolgt ist; denn die Amerikaner nehmen jetzt die Sache viel ernster als bisher, und das Wort von der Wende, von der Kennedy gesprochen hat, ist so zu deuten, daß er nicht gemeint hat eine Wende zum Besseren, sondern eine Wende zum Härteren. Es bedeutet, daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, absolut hart auf ihrem Standpunkt gegenüber Sowjetrußland zu stehen.

Berlin ist selbstverständlich zur Sprache gekommen. Wir waren uns aber darüber einig, daß es nicht richtig sei, wenn in diesem Augenblick von Amerika aus die Frage

58 John Jay McCloy (1895–1989), amerikanischer Bankier und Politiker; 1961–1962 Sonderbeauftragter des Präsidenten Kennedy für Abrüstungsfragen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 57 Anm. 13. – Erika J. und Heinz-D. FISCHER: John J. McCloy. An American architect of postwar Germany. Profiles of a trans-atlantic leader and communicator. Frankfurt/M. 1994; Thomas Alan SCHWARTZ: Die Atlantik-Brücke. John McCloy und das Nachkriegs-deutschland. Frankfurt/M.-Berlin 1992.

59 Maxwell Davenport Taylor (1901–1987), amerikanischer Offizier und Diplomat; 1942 Brigadegeneral, 1945–1949 Direktor der Militärakademie Westpoint, 1949 Stabschef der US-Streitkräfte in Europa, dann bis 1951 Kommandant des amerikanischen Sektors von Berlin, 1951–1953 stv. Generalstabschef des Heeres, 1953–1955 Oberbefehlshaber der 8. US-Armee in Korea, 1955 Stabschef des Heeres, 1959 Rücktritt wegen Differenzen über die Verteidigungsstrategie, 1961 Berater Kennedys, maßgeblich an der Formulierung der „Flexible response“-Strategie der NATO beteiligt, 1962 Vorsitzender der US-Stabschefs, 1964–1969 Berater Johnsons für Vietnam-Fragen.

60 Dwight David Eisenhower (1890–1969), 1953–1961 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 35 Anm. 65.

Berlin angeschnitten würde, sondern man hielt es für richtiger, Chruschtschow möge zunächst einmal wenigstens einen gewissen Beweis geben von der Ehrlichkeit seines Willens, sich schiedlich-friedlich mit dem freien Westen auseinanderzusetzen.

Nun bekam ich eben über Tisch Telegramme aus Moskau von unserem dortigen Botschafter⁶¹ über den neuen Wirtschaftsplan Chruschtschows. Die Telegramme bestätigen das, was auch ich als Ursache dieses Wirtschaftsplanes angesehen habe, nämlich die miserable Verfassung Sowjetrußlands auf wirtschaftlichem Gebiet. Nach meiner Ansicht ist Chruschtschow nicht willens, in einen großen nuklearen Krieg hineinzugehen, einmal weil er weiß, daß er dann alles aufs Spiel setzt, was er erreicht hat, und andererseits, weil er vielleicht auch die Sorge hat, ob bei der schlechten wirtschaftlichen Verfassung Sowjetrußlands die Bevölkerung in einem Krieg so mitmachen wird, wie er das wünscht.

Man soll aber, wenn man sich ein Urteil über Chruschtschow und seine Absichten bilden will, nicht von unseren Ansichten, sondern von seinen Ansichten ausgehen. Bedenken Sie, wie die Verhältnisse in Rußland waren, als die Große Revolution dort ausbrach. Bis zum Jahre 1953 hatten sie noch keine nuklearen Bomben, aber jetzt ist Sowjetrußland nach den Vereinigten Staaten die größte nukleare Macht der Welt. Wie nahe sie an Amerika herangerückt sind, das zu entscheiden, ist wohl unmöglich. Darüber könnte nur ein Krieg entscheiden. Immerhin hat Sowjetrußland trotz der schlechten wirtschaftlichen Verfassung einen erheblichen Aufstieg an militärischer Macht und damit an politischem Einfluß zu verzeichnen.

Nun kommt Rotchina hoch! Die große Frage ist nun, wie wird der chinesisch-indische Krieg⁶² auf Sowjetrußland einwirken. Ich habe mich darüber auch in Washington unterhalten. Man war übereinstimmend der Auffassung, daß eine Ausdehnung der Macht Rotchinas in Asien sehr gegen den Wunsch Sowjetrußlands sei. Ob damit sofort eine Beunruhigung verbunden ist, ist eine Frage für sich, aber jedenfalls erscheint Rotchina, wenn es in Indien weiterkämpft – und eigentlich kann man annehmen, daß es im kommenden Frühjahr weitergeht –, als ein sehr bemerkenswerter und sehr ernst zu nehmender Rivale, was die politische Bedeutung und die politische Macht angeht. So traurig es ist, daß in Indien so viele Menschen ihr Leben lassen müssen, so können wir auf der anderen Seite von unserem Standpunkt aus sagen, daß dieses Vordringen Rotchinas doch höchst wahrscheinlich ein Nachlassen des Druckes auf Europa und auf Amerika mit sich bringen wird.

61 Dr. Horst Gröpper (geb. 1909), 1947–1953 Anwalt in Münster, 1953 Auswärtiges Amt, 1962–1966 Botschafter in Moskau, 1966–1968 Ankara, 1972–1973 Dublin. – Chruschtschow hielt am 19. November 1962 zur Eröffnung des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU in Moskau das Referat „Die Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR und die Anleitung der Volkswirtschaft durch die Partei“ (AdG 1962 S. 10261–10264).

62 Vgl. Anm. 13.

Wenn Sie das Bild nüchtern betrachten, kommen Sie zu folgendem Ergebnis: Chruschtschow hat doch keine Veranlassung, mit dem, was Sowjetrußland bisher erreicht hat, unzufrieden zu sein; im Gegenteil, er hat an politischer und militärischer Macht außerordentlich viel gewonnen. In Rotchina scheint jetzt ein kommunistischer Rivale näher zu rücken, der natürlich die Macht Sowjetrußlands in den kommunistischen Ländern der Welt beeinträchtigt.

In Amerika nimmt man das alles sehr ernst. Das ist zweifellos ein Vorteil. Ich wünsche nur, die Europäer nähmen auch alles so ernst; aber die Europäer sind ein leichtsinniges Volk. Ich kann mir nicht helfen, sie sitzen mit der Nase ganz dicht dran, aber sie tun so, als wenn sie so sicher wären wie in Abrahams Schoß. Und das sind sie keineswegs! Und unsere Partei und Fraktion, die bisher führend in der Außenpolitik gewesen ist, muß auch diese Führung unbedingt behalten, sonst würden wir das erste Opfer der Russen sein, insbesondere auch Berlin. Wir wären das erste Opfer Sowjetrußlands, nicht Italien und nicht Frankreich, sondern wir, weil wir doch die Nachbarn sind und unser wirtschaftliches und industrielles Potential für Sowjetrußland sehr viel bedeuten würde.

Das ist so im wesentlichen das, was man von der heutigen Weltlage sagen kann. Positiv kann man sagen, so schrecklich es ist, wir sind froh, daß Rotchina auf dem Plan erscheint und damit Sowjetrußland beeinträchtigt. Als Positivum kann man weiter betrachten, daß die Vereinigten Staaten wie nie zuvor für die kommunistische Gefahr hellhörig geworden sind. Aber weniger gut ist es, daß die Europäer im Nebel herumtaumeln, wozu sie gar keine Veranlassung haben. Ein Glück ist es nach meiner Überzeugung, daß de Gaulle die erste Schlacht gewonnen hat, und er wird auch zweifellos die zweite Schlacht gewinnen.⁶³

Er hat mit mir einmal darüber gesprochen, was ihn überhaupt zu der ganzen Sache veranlaßt. Er sagte: Wir haben in Frankreich keine wirklich große Partei, die in der Lage wäre, die Verantwortung für das Ganze zu übernehmen. Wir haben nur eine Reihe kleinerer Parteien, von denen keine für sich handeln kann. – Es ist nicht gut, wenn immer eine Regierung nach der anderen kommt. Sie wissen, wieviel Regierungen Frankreich in den letzten 20 Jahren gehabt hat.

Die Kammerwahlen in Italien im kommenden Frühjahr⁶⁴ werden von großer Bedeutung sein. Wie ich aus Italien gehört habe, soll Scelba⁶⁵ in der Democrazia

63 Zwei Wahlgänge für die Nationalversammlung in Frankreich fanden am 18. und 25. November 1962 statt. UNR (Gaullisten) und UDT (Links-Gaullisten) erhielten in beiden Wahlgängen die relative Mehrheit der Mandate. Mit den Unabhängigen Republikanern, die für de Gaulle eintraten, besaßen sie die absolute Mehrheit (AdG 1962 S. 10266 f.).

64 Bei den Parlamentswahlen am 28./29. April 1963 in Italien mußte die Democrazia Cristiana hohe Stimmenverluste hinnehmen, während die Kommunisten und Liberalen Stimmengewinne zu verzeichnen hatten. Vgl. Nr. 9 Anm. 30.

65 Mario Scelba (1901–1991), italienischer Politiker; Mitgründer der DC, 1947–1953 und 1960–1962 Innenminister, 1954–1955 Ministerpräsident und Innenminister.

Cristiana das Heft dort fest in der Hand halten. Das wäre gut, denn wenn die Democrazia Cristiana auseinanderbräche bei der nächsten Kammerwahl, käme Italien – wie die Kenner Italiens mit Recht befürchten – unter eine Linksführung. Das wäre für die Entwicklung in Europa in hohem Maße ungünstig. Mehr habe ich nicht dazu zu sagen. Wenn Sie noch Fragen haben, stehe ich gern zur Verfügung. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Herr von Brentano! Herr Dufhues meinte, Sie möchten nun über das Ansinnen des Herrn Strauß referieren, was wir hier für einen Beschluß fassen sollen.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen. Ich hatte gestern einen Anruf von Minister Strauß von der Wohnung aus. Er hat mir angekündigt, man werde sich zusammensetzen und einen Entwurf machen für eine Entschließung. Er wolle mir diesen Entwurf dann zuschicken, damit ich ihn hier dem Parteivorstand vortragen könne. Ich habe Ihnen heute morgen den Entwurf gezeigt; Herr Dufhues hat ihn bekommen, und auch die Herren Krone und Erhard haben ihn erhalten.

Nun weiß ich nicht, ob ich ihn noch vorlesen soll. (*Zuruf:* Vorlesen!) „Die FDP hat einseitig die Koalition aufgehoben und die Regierungskrise ausgelöst und somit die Gefahr einer allgemeinen politischen Krise heraufbeschworen. Die Minister der CDU/CSU haben auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Strauß und des Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues ihre Bereitschaft erklärt, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen, um damit die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der Koalition zu erleichtern.

Die CDU/CSU betont mit allem Nachdruck, daß die Verantwortung für Volk und Staat es keiner Partei erlaubt, aus parteiinternen Gründen und ohne echten Anlaß eine politische Krise auszulösen. Mit diesen Methoden hat die FDP unter Führung der Gewerkschaft bereits 1956 die Regierung Arnold gestürzt und eine Koalition mit der SPD geschlossen. 1961 versuchte sie, den Bundeskanzler Adenauer zu beseitigen, und sie hat auch die Absetzung des verdienten Außenministers von Brentano erzwungen.“ (*Zurufe:* Bitte lauter und deutlicher sprechen!) „Mit diesen Methoden wird die FDP, auch wenn sie nicht will, praktisch zum Handlanger jener Mächte, die von außen her seit langem den Sturz der Regierung Adenauer betreiben. Diese Methoden führen zum Unheil von Weimar.“ (*Zurufe:* Bitte lauter sprechen!) „Die CDU/CSU kann nicht durch ultimative Forderungen der FDP ihre bisherige Auffassung preisgeben.

Schon heute zeichnet sich ab, daß sich das gegen die 4. Bundesregierung angewandte Spiel der FDP zu einem echten Schaden der Bundesregierung auswirkt.“ (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Das ist ja kaum zu verstehen!) „Von 1949 bis 1961 ist durch die konsequente Politik der CDU/CSU für die Bundesrepublik sehr viel erreicht worden. Soll nun der Weg von Weimar wieder beschritten werden?“ (*Zurufe:* Lauter!) „Die CDU/CSU wird es nicht zulassen, daß durch einseitige Propaganda und durch parteitaktische Manöver Tatsachen verfälscht werden. Unser Volk will nicht Zügellosigkeit und Mißbrauch der Freiheit, sondern einen demokratischen Rechtsstaat, politische und wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit gegen die Feinde von innen

und außen. Nur die Geschlossenheit der bisherigen CDU-Politik kann diesem Ziel dienen.“⁶⁶ (*Zurufe*: Davon habe ich nur die Hälfte verstanden!)

Ich habe diesen Text heute nacht um 11 Uhr bekommen. Wenn Sie ihn annehmen sollten, habe ich die Bitte, meinen Namen herauszulassen.

Süsterhenn: In dem Resolutionsentwurf sind eine Reihe von brauchbaren Gedanken, aber ich finde, daß eigentlich die Resolution, die der Fraktionsvorstand beschlossen hat⁶⁷, in verschiedener Hinsicht besser ist. Es wäre deshalb nach meiner Meinung richtiger, uns als Parteivorstand der Resolution des Fraktionsvorstandes anzuschließen; denn darin ist alles Wesentliche enthalten, was auch Herr Strauß hier vorschlägt.

Adenauer: Das ist ein guter Vorschlag. Herr von Brentano, sind Sie als Vorsitzender der Fraktion damit einverstanden?

Von Brentano: Ich bin durchaus einverstanden. Ich habe die moralische Verpflichtung, die Beschlüsse meines Vorstandes zu vertreten, um so mehr, als ich sie für richtig halte. (*Dufhues*: Haben Sie den Wortlaut dieser Erklärung vorliegen?)

Blumenfeld: Darf ich mir die Anregung erlauben, daß dieses Gremium, natürlich unter Hinzufügung der Grundgedanken der Resolution des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU, doch im Anschluß an die heutige Debatte ein etwas anderes Kommuniké mit einigen neuen Nuancen bzw. neuen Worten herausgibt; denn ich finde es sehr schlecht, wenn wir nur darauf verweisen, daß sich der Bundesvorstand dieser Empfehlung angeschlossen hat. (*Süsterhenn*: Ich meinte es nur inhaltlich!) Wir sollten also einen eigenen Entwurf machen. Die Anregungen der CSU sind sehr gut.

Adenauer: Das Wort hat Herr Barzel.

Barzel: Ich hatte mich nicht gemeldet, Herr Bundeskanzler, aber ich würde sagen, wir müssen eine eigene Entschließung machen. Wir müssen doch als Partei uns ein bißchen selbständig zeigen, zumal der Fraktionsvorstand in dieser Woche gar nicht reichlich besetzt war.

Krone: Ich finde den Vorschlag von Herrn Süsterhenn ausgezeichnet, weil diese Resolution des Fraktionsvorstandes auch mit Billigung der CSU und nach deren schriftlicher Fixierung gefaßt worden ist, so daß wir nicht in die Gefahr kommen können, durch den Beschluß irgendwie Dinge zu stören, was wir nachher aufs Butterbrot geschmiert bekommen, natürlich nicht von uns. Diese Überlegungen bestimmen mich sehr stark, uns die Entschließung des Fraktionsvorstandes zu eigen zu machen. Ob man das in derselben Form hundertprozentig so machen soll, weiß ich nicht, aber ich würde sagen: Fußend auf der Erklärung des Fraktionsvorstandes stellen wir fest, daß das ... Ich würde aber weitgehend so formulieren, wie es dasteht.

Gradl: Man muß zwei Dinge hier unterscheiden, einmal die Stellungnahme zur Frage der Koalition und zum anderen zur Regierungskrise im engeren Sinn. Ich bin der Auffassung von Süsterhenn und von Brentanos. Die Fraktion hat das ihre gesagt,

⁶⁶ Text in ACDP VII-001-024.

⁶⁷ S. unten S. 324.

aber es gibt noch einen anderen Bereich, über den wir heute diskutiert haben. Ich bin der Ansicht, daß der Bundesvorstand zu den erhobenen Vorwürfen rund um den „Spiegel“ – zu den zu Recht oder zu Unrecht erhobenen Vorwürfen – heute etwas sagen muß.

Von Brentano: Ich sehe ein, daß die Anregung von Herrn Blumenfeld unter normalen Umständen richtig wäre. Man kann das auch ohne weiteres tun, indem man diese Entschließung aufnimmt, aber da hat Heinrich Krone einen Grund genannt, den ich unterstreichen möchte. Denken Sie daran, daß wir in dieser Situation eine innere Zerreißprobe bestehen müssen. Es darf nicht dazu kommen, daß die CDU und die CSU auseinanderfallen. Dann sind wir beide die Verlierer; und hier haben wir die Chance, daß die CSU an dieser Entschließung des Fraktionsvorstandes mitgewirkt und zugestimmt hat. Wenn wir uns in diesem Sinne äußern und vielleicht noch etwas dazu sagen, dann haben wir auf jeden Fall nichts gesagt, was nicht auch die Billigung der CSU gefunden hat. Wir sollten auch daran denken, daß in drei Tagen in Bayern gewählt wird.

Zur zweiten Frage! Man erwartet natürlich, daß wir auch zu den übrigen Themenkreisen etwas sagen, aber ich fürchte, dazu reicht unsere gesamte Weisheit nicht aus, etwas zu sagen zur „Spiegel“-Affäre und zu Auseinandersetzungen, was nicht morgen wieder zu Kontroversen Anlaß gibt. Ich muß in aller Offenheit sagen, ich würde mich nicht bereit erklären, an einer solchen Arbeit mitzuwirken, bevor ich nicht alle Einzelheiten kenne; denn sonst habe ich eine Erklärung abgegeben und werde morgen widerlegt durch das Weißbuch der Regierung. Deswegen sollten wir uns auf eine vorsichtige und allgemeine Formulierung beschränken. Es wäre gut, wenn wir versuchten, durch einige allgemeine Worte die Dinge ein wenig ins Gleichgewicht zu rücken und die Akzente wieder richtig zu setzen. Das kann gelingen. Aber mehr sollten wir nicht tun.

Gradl: Ich möchte auch nicht, daß wir etwas erklären, von dem wir erwarten müssen, daß es einige Zeit später nicht mehr genau das ist, von dem der Herr Bundeskanzler heute gesprochen hat, als er erklärte, es gebe noch widersprechende Darstellungen. Deswegen müssen wir erst recht vorsichtig sein. Wir können aber die Akzente richtig setzen und die Schwerpunkte, die von der Gegenseite verschoben worden sind gegen uns, wieder richtig rücken, indem wir sagen: Landesverrat ist in der gefährdeten Situation unseres Landes ein so ernstes Vergehen⁶⁸, daß es mit aller Entschiedenheit verfolgt werden muß. – Pressefreiheit ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Es gibt keine Zeitung, die ernsthaft den Vorwurf erheben kann, daß sie nicht frei in der Meinungsäußerung und in der Information gewesen wäre. Aber ebenso entschieden wenden wir uns gegen unlautere Methoden, sich Informationen zu verschaffen. Das oberste deutsche Gericht hat unser volles Vertrauen. Niemand wird in diesem Land als schuldig erklärt, bevor nicht seine Schuld nachgewiesen ist.

68 In der Vorlage: Vorgehen.

Die Öffentlichkeit muß aber auch Verständnis dafür haben, daß man bei so schweren Verbrechen notfalls harte Maßnahmen treffen muß.

Solche Dinge kann man sagen und damit die Diskussion in eine Richtung bringen, in die sie in Wirklichkeit gehört, von der sie aber die anderen in einer mehr oder minder heimtückischen Art und Weise weggezogen haben, wobei sie leider von uns noch Schützenhilfe bekommen haben durch unsere eigene Torheit.

Adenauer: Gerade die Tatsache, daß wir heute in Berlin tagen, verlangt es, daß wir ein Wort zum Landesverrat sagen, (*Gradl:* Das wird hier sehr gut verstanden!) gerade weil die Berliner hellhörig sind und das verstehen. Wir müssen auch dazu etwas sagen. Ich finde die Ausführungen von Herrn Gradl richtig.

Dufhues: Darf ich einmal die Erklärung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU vorlesen? – Sie lautet:

„1. Der Vorstand der Fraktion der CDU/CSU stellt fest, daß die Bundesregierung in den Jahren 1949 bis 1961 eine stabile Politik betrieben und eine erfolgreiche Arbeit geleistet hat. Leider hat die FDP in der 4. Bundesregierung einer guten Zusammenarbeit wachsende Schwierigkeiten bereitet und eine klare Regierungspolitik erschwert.

2. Der Vorstand der Fraktion der CDU/CSU stellt fest, daß die Verantwortung für die gegenwärtige Regierungskrise ausschließlich bei der FDP liegt, die aus wahltaktischen und propagandistischen Gründen die Gefahr einer schweren Krise heraufbeschworen hat, für die kein Anlaß gegeben ist. Die FDP hat durch ihren Beschluß die Koalition einseitig aufgelöst.

3. Der Vorstand der Fraktion der CDU/CSU spricht dem Bundeskanzler sein volles Vertrauen aus und fordert ihn auf, alle Schritte zu unternehmen, um auf schnellstem Wege die volle Handlungsfähigkeit der Bundesregierung herzustellen und wieder eine stabile Politik zu gewährleisten. Das ist ein zwingendes Gebot des Ernstes der außenpolitischen Lage und der Wunsch aller Schichten unseres ganzen Volkes, das kein Verständnis für die parteitaktischen Manöver der FDP hat.

4. Vizekanzler Erhard und sämtliche in Bonn anwesenden Minister haben sich auf Vorschlag des Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Hermann Josef Dufhues, und des Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß, bereit erklärt, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen, um von ihrer Seite aus die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der Koalition zu erleichtern.

5. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben den Fraktionsvorstand der CDU/CSU in seiner Auffassung bestärkt, daß eine Neubegründung der Koalition nur möglich ist, wenn die entscheidenden sachlichen Fragen und Formen einer erfolgreichen Zusammenarbeit vorher geklärt werden.“

Adenauer: Ich bin der Auffassung, daß man diesen Beschluß etwas verkleinern sollte. Es sind einige Punkte drin, die nicht zu unserem Beratungskreis gehören. Nach meiner Auffassung ist das, was Herr Gradl gesagt hat, sehr richtig. Ich wäre also dankbar, wenn Herr Gradl seine Ausführungen einmal zu Papier bringen wollte.

Jetzt bekomme ich eine Meldung von Herrn Strauß: (*Müllenbach:* Er wartet jetzt

auf eine Antwort.) „Minister Strauß berichtet von einer Associated Press-Meldung, wonach der Bundeskanzler und Herr Mende sich bereits weitgehend über die Neubildung des Kabinetts geeinigt hätten.⁶⁹ Herr Mende spricht von sechs Ministern und vergleicht die Rolle des Bundeskanzlers mit der Rolle Herbergers⁷⁰, der ebenfalls von Zeit zu Zeit seine Mannschaft umbilden müsse.“ (*Heiterkeit.*) „Rückfragen im Bundespresseamt wie im Bundeskanzleramt hätten die Meldung über die angebliche Einigung mit Mende bisher weder bestätigt noch dementiert.“ – Er scheint nervös zu sein! – „Die Durchführung des Wahlkampfes sei erheblich belastet, wenn nicht eine ganz klare Stellungnahme gegen diese Meldung erfolge.“

Also, meine Herren, das ist frei erfunden. Teilen Sie ihm mit, das sei frei erfunden. Ich habe Herrn Mende nicht mehr gesehen.

Und nun zu unserer Entschließung! Würden Sie das übernehmen, Herr Gradl? (*Gradl:* Ja, ich werde mal einen Entwurf machen.) Herr Kraske, gehen Sie mit Herrn Gradl. (*Kraske:* Ja!) Wir kommen nun zum Punkt 3 der Tagesordnung:

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DER PARTEI

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst gezögert, den Herrn Bundeskanzler als Bundesparteivorsitzenden zu bitten, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen; denn ich bin erst seit zwei Monaten im Amt, und es ist schwer, über Ergebnisse oder konkrete Einzelheiten dieser Tätigkeit zu berichten. Auf der anderen Seite möchte ich nicht wieder einen grundsätzlichen Vortrag halten. Meine allgemeinen Überlegungen habe ich der CDU auf dem Bundesparteitag in Dortmund mitgeteilt.⁷¹

Ich will Ihnen deshalb nur über Einzelheiten berichten, die bereits hinreichend konkrete Formen der Arbeit angenommen haben, die ich in Dortmund übernommen habe. Sie wissen, daß ich versuchen werde, einen möglichst engen Kontakt von der Parteispitze zu den Landesverbänden zu halten oder herzustellen und zu pflegen. Diese Besuche sollen spätestens bis März oder April des nächsten Jahres abgeschlossen sein. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn diese Besuche nicht etwa in der Durchführung allgemeiner demonstrativer Kundgebungen bestünden, sondern wenn wir jeweils zu einem mindest[ens] eintägigen Arbeitskreis in den Landesverbänden zusammenkämen, um Fragen der Intensivierung und Aktivierung der Parteiarbeit gemeinsam zu besprechen.

69 Mende war am 17. November 1962 im Rahmen der Koalitionsbesprechungen bei Adenauer (TERMINKALENDER; FDP-Bundesvorstand S. 374). Weitere Treffen sind im Terminkalender nicht eingetragen. Vgl. MENDE: Wende S. 65.

70 Josef [Sepp] Herberger (1897–1977), 1949–1964 Bundestrainer der Fußballnationalmannschaft.

71 CDU, 11. Bundesparteitag S. 314–325; vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 188–192 und 203 f.

Ich sehe meine Aufgabe darin, auf der einen Seite Vertrauen zu schaffen aufgrund von Überlegungen, die vor allen Dingen das Präsidium der CDU angestellt hat, auf der anderen Seite aber auch die Diskussion und die Arbeit zu unterstützen, um die sogenannte Parteireform anzuregen. Ich bitte Sie, sich als Landesvorsitzende dieser Angelegenheit anzunehmen und dafür zu sorgen, daß Arbeitstagen mit intensiver Kleinarbeit unter Hinzuziehung Ihres Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführers, des Vorsitzenden der Jungen Union, der Sozialausschüsse und derer, die die Arbeit draußen leisten, zustande kommen. Ich hoffe, daß diese Aufgabe bis spätestens zum April des nächsten Jahres so abgeschlossen sein wird, daß ich bis dahin sämtliche Verbände habe besuchen können.

Das Präsidium der Christlich-Demokratischen Union hat bald nach dem Bundesparteitag in Dortmund seine Tätigkeit aufgenommen. Erfreulich ist zunächst, daß wir regelmäßig zu Tagungen zusammenkommen. Wir haben zunächst einmal festgelegt, daß das Präsidium alle 14 Tage zusammentritt. Die Tatsache, daß die meisten Angehörigen des Präsidiums in Bonn wohnen, erleichtert die Durchführung dieses Beschlusses. Durch diese Sitzungen des Präsidiums wird eine ständige Abstimmung innerhalb der Mitglieder des Präsidiums erreicht, und somit kann die politische Meinungsbildung auch innerhalb der Christlich-Demokratischen Union erleichtert werden.

Dankenswert ist, daß auch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Herr von Brentano, regelmäßig an den Sitzungen des Präsidiums teilnimmt. Dadurch erhalten wir zugleich die Verzahnung unserer Partei mit der Bundesregierung und der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages. Ich selbst nehme, soweit es mir möglich ist, an den Sitzungen des Vorstandes der Bundestagsfraktion teil, nach Möglichkeit auch an den Sitzungen der Fraktion selbst. Auf diese Weise hoffe ich, daß wir zu einer dauernden Abstimmung unserer Meinungen und trotz der notwendigen Eigenständigkeit der Partei zu einer solchen Koordinierung unserer gemeinsamen Bemühungen kommen, daß sich keinerlei Schwierigkeiten aus einer intensiveren Tätigkeit der Partei ergeben können.

Die Gelegenheit solcher Sitzungen will das Präsidium regelmäßig benutzen, um zu aktuellen Fragen eine Meinung zu bilden und diese Meinung auch der Öffentlichkeit mitzuteilen. Auf diese Weise trägt die Partei durch das Präsidium naturgemäß auch im Rahmen meiner Verantwortung dazu bei, daß die Christlich-Demokratische Union in Verlautbarungen Stellung nimmt zu wichtigen Fragen, wie es am letzten Sonntag geschehen ist⁷² und wie es in Zukunft notwendig sein wird.

Damit habe ich bereits das allgemeine Thema einer Intensivierung unserer Öffentlichkeitsarbeit angeschnitten. Der Herr Bundeskanzler hat auf dem Bundesparteitag in Dortmund mit Recht auf das wenig gute Verhältnis der Christlich-Demokratischen

⁷² Dufhues hatte am 18. November eine Erklärung abgegeben, in der er den Bundeskanzler zur „unverzüglichen“ Umbildung der Regierung aufforderte (CDP Nr. 221 vom 19. November 1962).

Union zu Presse, Rundfunk und Fernsehen hingewiesen, ein Problem, das in unseren Sitzungen immer wieder erörtert worden ist und auf das ich jetzt nicht näher eingehen will. Ich habe von den Bemühungen des Präsidiums oder des Vorstandes gesprochen, diese Öffentlichkeitsarbeit zu vertiefen. Aber alle Bemühungen haben nur Wert, wenn sie aufgenommen werden durch die Landesverbände und letztlich im Bereich der Gemeinden und Kreise durch die Kreisverbände. Um die Öffentlichkeitsarbeit auch in den Kreisen zu erleichtern und anzuregen, bereitet die Bundesgeschäftsstelle gegenwärtig Material vor, das Anregungen für die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer enthält, um ihnen auf einfache und handliche Art zu zeigen, wie man ständigen Kontakt zur Presse, vor allem zur lokalen Presse, pflegen kann.

Neben den normalen Kreisgeschäftsführertagungen, die gemeinsam von der Bundesgeschäftsstelle mit Eichholz⁷³ durchgeführt werden, werden seit einiger Zeit Seminare für Öffentlichkeitsarbeit in Bonn und in Eichholz durchgeführt, zu denen geeignete Kräfte aus den Kreisen und Verbänden eingeladen werden. Diese werden systematisch vertraut gemacht mit der Öffentlichkeitsarbeit, d. h. also mit den Bemühungen um einen ständigen guten Kontakt zu Presse und Rundfunk. Ich hoffe, daß wir auf diese Weise – bis in die Kreisverbände hinein – zu einem besseren Verhältnis zur Presse kommen werden. Ich bitte die Herren Landesvorsitzenden, sich dieser Aufgabe persönlich anzunehmen und ihre Aufsichtspflicht gegenüber den Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführern gerade in dieser Beziehung wahrzunehmen. Es kommt darauf an, daß die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer von der Notwendigkeit dieser Arbeit überzeugt werden.

Im Präsidium selbst haben wir – das hat das Präsidium einstimmig auf meinen Antrag beschlossen – festgelegt, daß wir möglichst jede unserer Zusammenkünfte benutzen, um bei einem Essen oder in anderer Form mit den Vertretern der Presse und den Intendanten von Rundfunk und Fernsehen und den Leitern der großen Verbände zusammenzukommen. Wir waren vor einigen Tagen zusammen mit den Repräsentanten einer großen Landsmannschaft. Es ist vorbereitet eine Einladung an die führenden Verleger und Chefredakteure der uns nahestehenden Zeitungen. Wir werden in Kürze ein gemeinsames Essen haben mit den Herausgebern und führenden Journalisten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Etwas Ähnliches sehen wir vor für eine Zusammenkunft mit Damen und Herren des Springer-Verlages.

Das Präsidium hat von sich aus ein Beispiel gegeben, um im persönlich-menschlichen Bereich die Voraussetzungen für bessere Kontakte und somit Aufnahmebereitschaft von seiten der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens zu schaffen. Deshalb ist für Januar eine Zusammenkunft des Präsidiums mit sämtlichen Intendanten der Rundfunkanstalten vorgesehen. Ich selbst habe die Absicht, einige Wochen später mit den Chefredakteuren der Rundfunkanstalten zusammenzukommen, um sie mit

73 „Politische Akademie Eichholz e.V.“ bei Wesseling, heute Bildungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

unseren Überlegungen vertraut zu machen und um jene Kontakte herzustellen, die die Voraussetzungen dafür sind, daß wir besseres Gehör finden.

Die Kontakte sollen von uns mehr als bisher gepflegt werden zu den großen Verbänden, zu den Universitäten und zu den Kräften des geistigen und kulturellen Lebens. Deshalb habe ich die Absicht – was vor Jahr und Tag festgelegt worden ist –, einen unserer Parteifreunde zu bitten, in enger vertrauensvoller Zusammenarbeit mit mir und der Bundesgeschäftsstelle die Beziehungen zu einigen großen und wichtigen Verbänden zu pflegen, und zwar im katholischen, evangelischen, aber auch im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich. Das werden wir sorgfältig überlegen müssen, um dann die Dinge systematischer anzupacken als in der Vergangenheit.

Vor drei Wochen habe ich die Angehörigen der Bundesregierung gebeten, der Bundesgeschäftsstelle einen Tag im Monat zu nennen, an dem sie für Vorträge, Arbeitstagungen oder sonstige Zusammenkünfte der Christlich-Demokratischen Union zur Verfügung stehen. Das brauchen nicht immer reine Parteitagungen zu sein. Es kann sich auch um Einladungen von Vereinen und Verbänden des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens handeln. Ein Bundesminister hat natürlich eine stärkere Resonanz als jemand, der als Vertreter einer politischen Partei spricht.

Ich habe von den meisten Angehörigen der Bundesregierung bereits eine Zusage bekommen, der eine oder andere steht noch aus. Ich bin sicher, daß die Zusagen aller Bundesminister in Kürze in Bonn eingehen werden. Wir verfolgen damit das Ziel, die Veranstaltungen dieser Art etwas systematischer vorzubereiten, aber unter dem Gesichtspunkt durchzuführen, die Angehörigen der Bundesregierung vor allem dort einzusetzen, wo der Boden für die CDU noch zu beackern ist; ob das nun in Cuxhaven oder in Oberhessen ist, die in der Vergangenheit zu sehr vernachlässigt worden sind, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Für das Jahr 1963 ist ein wesentlicher Ausbau der Bundesgeschäftsstelle in personeller und sachlicher Hinsicht vorgesehen. Das gilt insbesondere für die Abteilung Presse, für die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und für die Abteilung Werbung. Es liegen bereits einige Pläne vor. Die Durchführung dieser Pläne ist bisher aus finanziellen Gründen gescheitert. Es wird Sie überraschen – oder auch nicht –, daß die seit Monaten durch den Bundestag beschlossenen Mittel⁷⁴ für die politischen Parteien noch nicht ausbezahlt worden sind.

Herr Bundeskanzler! Wenn ich als Geschäftsführender Vorsitzender der Bundespartei an Sie die Bitte richten darf, bei der Auswahl des künftigen Bundesfinanzministers darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Beschlüsse des Bundestages schneller durchgeführt werden, dann wären ich und vor allem die CDU sehr dankbar. Vielleicht läßt es sich mit dem Koalitionspapier erreichen, daß der Betrag ausbezahlt wird. Es ist unmöglich, daß dieser Betrag, der seit Monaten zur Verfügung steht, nicht ausbezahlt wird aus den Gründen, die Sie kennen, die aber keine Veranlassung geben sollten, einen Beschluß des Bundestages nicht durchzuführen.

74 Vgl. Nr. 5 Anm. 61.

Es wird Sie interessieren, daß der Haushalt der Bundesgeschäftsstelle einen Betrag von etwa zwei Millionen DM vorsieht, während die SPD-Zentrale ohne Bezirksverbände über einen Haushalt von fünf Millionen DM verfügt. Vielleicht interessiert es Sie weiter, daß die Personalabteilung der Bundesgeschäftsstelle der CDU von einem Mitarbeiter wahrgenommen wird, während für die gleiche Arbeit in der SPD-Zentrale 20 bis 25 Mitarbeiter zur Verfügung stehen, die insbesondere die Personalkartei der SPD zu pflegen haben, die ja vom Standpunkt der SPD aus eine der Grundlagen für eine erfolgreiche Personalpolitik ist. In der SPD-Zentrale stehen allein 28 verantwortlich zeichnende Redakteure zur Verfügung; dabei sind die redaktionellen Hilfskräfte nicht einbezogen, während Herrn Pettenberg lediglich vier Journalisten zur Verfügung stehen.

Sie sehen also, was die Zahl angeht – und die Qualität ist noch wichtiger bei all den Überlegungen, die wir anzustellen haben –, wie weit wir noch davon entfernt sind, über eine moderne Parteizentrale zu verfügen, und wie sehr uns auch die Mittel fehlen, um eine moderne Parteizentrale arbeiten zu lassen. Unsere Bemühungen sind angelaufen, um die Informationen der Partei und der in der Partei Tätigen zu verbessern und zu einer besseren Koordinierung innerhalb der Informationsarbeit zu kommen.

Wir verfügen in der CDU über eine Fülle von Ausgaben des Nachrichtendienstes, nämlich verschiedene Blätter und Mitteilungen. Wir sollten darangehen, einmal zu überprüfen, ob sie alle notwendig sind und wirklich ihren Zweck erfüllen. Es ist in dankenswerter Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion der CDU/CSU eine Maßnahme eingeleitet worden zur Herausgabe von Stichworten zum Wochenende⁷⁵. Dieser Dienst soll wöchentlich erscheinen. Er soll in engster Fühlungnahme mit der Bundestagsfraktion redigiert werden und den Bundestagsabgeordneten und den Sprechern der Partei zur Verfügung stehen, um ihnen Formulierungen für ein Wochenend-Thema zu geben, das in allen Kreisen behandelt werden soll. Dieser Dienst soll so ausgebaut werden, daß er den Rednern, die nicht freischöpferisch tätig sind und nicht über die Gabe des Demosthenes verfügen, als Waschzettel – vor allem für die lokale Presse – zur Verfügung stehen, damit die Gedanken, Überlegungen und Zielsetzungen der CDU möglichst unverfälscht bis in die Lokalausgaben der Presse verbreitet werden und wir auf breiter Ebene in weiten Gebieten zu einer einheitlichen Meinungsbildung kommen.

Vorbereitet wird weiter eine „Information für Mitarbeiter“. Hier sind die Überlegungen noch nicht abgeschlossen. Wir denken daran, unseren wichtigen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern wöchentlich einen vertraulichen Informationsdienst zu geben, mit dem sie nicht nur über Tatsachen und Vorkommnisse im politischen Leben, sondern auch über die Hintergründe und Tendenzen bestimmter politischer Richtungen und Entwicklungen unterrichtet werden und damit besser teilnehmen können an

75 „Stichwort zum Wochenende“, Rednerdienst der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der CDU-BT-Fraktion. Oktober 1962 bis März 1966.

Überlegungen, wie sie im Bundesvorstand und in anderen Gremien angestellt werden. Somit bekommen unsere Leute auch den Eindruck, daß sie mit dabei sind.

Schließlich haben wir mit der Bundestagsfraktion verabredet, eine Art Lektorsdienst herauszugeben, nämlich einen Hinweis auf wichtige Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften, die normalerweise dem einzelnen nicht zur Verfügung stehen angesichts der Überfülle des dargebotenen Stoffes und er auch nicht in der Lage ist, sich damit zu befassen, die aber im Einzelfalle so wichtig sind, daß sie zur Kenntnis unserer Parteifreunde kommen sollten.

Nun zur Werbung! Ich weiß nicht, ob die Zeit gegenwärtig dazu angetan ist, um erfolgreich Mitglieder für die Christlich-Demokratische Union zu werben. Immerhin ist die Aufgabe in Angriff genommen. Wir haben nicht die Absicht, mit einem flammenden Appell an die Öffentlichkeit zu treten und sie aufzufordern, der CDU beizutreten. Das verlangt viel mehr systematische Vorarbeit in den Kreisen und Gemeinden. Die Meinungsumfragen haben ergeben, daß rund 14 % unserer Bevölkerung durchaus bereit sind, einer politischen Partei beizutreten.⁷⁶ Wir können nicht davon ausgehen, daß eine allgemeine Parteiablehnung oder Parteimüdigkeit besteht. Wir haben erfreulicherweise festgestellt, daß die Bereitschaft, einer politischen Partei beizutreten – in der Relation gesehen –, besonders innerhalb der jungen Generation vorhanden ist. Dazu ist es erforderlich, die Mitgliederwerbung systematisch vorzubereiten.

Ich habe deshalb veranlaßt, daß in meinem Landesverband Erfahrungen gesammelt werden. Wir werden einige Tests durchführen innerhalb des Bundesgebietes und Ihnen dann konkrete Vorschläge für eine intensive Mitgliederwerbung machen. Das wird in einem größeren Umfang voraussichtlich im Herbst des nächsten Jahres möglich sein, weil die Sommerzeit für solche Maßnahmen nicht ausreicht. Voraussetzung aber ist, daß sich die Partei in allen ihren Teilen bereit findet, auch eine intensive Mitgliederwerbung durchzuführen.

Ich habe nämlich festgestellt, daß es in allen Landesverbänden und Kreisverbänden Leute gibt, die gar nicht so sehr daran interessiert sind, neue Mitglieder zu gewinnen. Der eine hat die Sorge, daß sich die soziologischen Gegebenheiten innerhalb seines Verbandes ungünstig entwickeln, der andere hat die Sorge, daß seine Honorationenstellung tangiert wird, wenn andere Kräfte kommen als die, die bisher den Vorstand der Partei gebildet haben. Unlängst sagte mir ein sehr verdientes Mitglied unserer Partei: Diese verdammte Unruhe, die die Junge Union dauernd in die Partei hineinbringt, daran sind Sie schuld! – Ich sagte, wenn sie nicht mehr zur Unruhe bereit sind, dann werden sie steril, und dann schreiben Sie ruhig die Christlich-Demokratische Union ab. Das Risiko muß man also in Kauf nehmen, das mit solchen Veränderungen

⁷⁶ Im Juli 1962 waren nur 6 % der Befragten bereit, Mitglied einer Partei zu werden. Bei der Gruppe der 16- bis 29jährigen lag die Bereitschaft bei 13 %. Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 419.

verbunden ist. Ich glaube deshalb, daß ich die Herren Landesvorsitzenden bitten darf, sich dieser Frage eingehend anzunehmen.

Das Leben innerhalb der Kreisverbände muß so interessant sein, daß jemand auch bereit ist, einen Abend im Monat zu opfern, auch Geldopfer zu bringen und das übrige zu tun, das mit der Erledigung der Arbeiten und mit der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei verbunden ist. Unsere Sitzungen dürfen sich nicht mit der Erledigung von Regularien erschöpfen, sondern man muß interessante Fragen erörtern, aber nicht nur Fragen, die die Partei interessieren. Es kann durchaus anregend sein, z. B. einen verdienstvollen und angesehenen Mediziner zu bitten, über Contergan⁷⁷ und Mißbildungen zu sprechen, oder einen hervorragenden Juristen zu bitten, das Lütticher Urteil⁷⁸ zu kommentieren. Es gibt noch viele andere interessante Probleme, die man mit großem Erfolg innerhalb der CDU erörtern kann, um gleichzeitig die CDU interessant zu machen für diejenigen, die noch draußen stehen, denen man allerdings neben besseren Informationen auch die Möglichkeit geben muß, an Entschließungen und Beschlüssen mitzuwirken, um ihnen die Überzeugung zu geben, daß sie an der politischen Willensbildung teilnehmen.

Die Einrichtung des von mir in Dortmund erwähnten Studienzentrums soll im nächsten Jahr in Angriff genommen werden. Es soll zwei Aufgaben bekommen, einmal soll es zu aktuellen politischen Fragen Stellungnahmen erarbeiten, die innerhalb der Partei bis in die Kreis- und Ortsverbände hinein diskutiert werden sollen. Dazu ist notwendig, daß diese Diskussionen angeregt werden durch ausreichendes Informationsmaterial. Wir legen Wert darauf, daß die Ergebnisse interessanter Diskussionen auch weiter mitgeteilt werden, damit wir zu einer möglichst demokratischen Meinungsbildung kommen und unsere außenstehenden Mitglieder auch teilnehmen können an Überlegungen, die die interessieren werden.

Ich denke z. B. an folgende Themen: Soll England der EWG beitreten? – Brauchen wir eine Notstandsgesetzgebung? – Fragen der Löhne, Preise und Währung.

Außerdem soll das Studienzentrum durch seine hauptamtlichen Mitarbeiter und durch Heranziehung von Gutachtern zu Fragen, die uns auf lange Sicht beschäftigen, herangezogen werden. Wir möchten, daß auch die Partei auf die Dauer in der Lage ist, auf die Meinungsbildung einzuwirken und Einflüsse geltend zu machen, die bisher den Ministerialräten der Ministerien anvertraut sind, zu denen aber die Partei als solche nur in den seltensten Fällen und dann meist nur sehr freischöpferisch ohne intensive Vorbereitung Stellung genommen hat.

77 Das Schlaf- und Beruhigungsmittel Contergan wurde im November 1961 aus dem Handel gezogen, da es bei der Einnahme während der Schwangerschaft zu schweren Mißbildungen bei Neugeborenen führen konnte. 1967 begann ein Prozeß gegen führende Angestellte der Herstellerfirma, der 1970 mit der Einstellung des Verfahrens endete, weil sich ein persönliches Verschulden nicht nachweisen ließ. Die Herstellerfirma verpflichtete sich, für die mißgebildeten Kinder 100 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

78 In Lüttich war eine Mutter freigesprochen worden, die ihr „Contergan“-Baby getötet hatte. Vgl. FAZ vom 12. November 1962 „Nicht schuldig“ in allen Punkten der Anklage“.

Naturgemäß machen wir uns Gedanken über die Vorbereitungen der Bundestagswahl im Jahr 1965. Zu diesem Zweck werden die hinter uns liegenden und die im Frühjahr des nächsten Jahres bevorstehenden Landtagswahlen sorgfältig analysiert. Dazu werden wir Untersuchungen auf dem Gebiet der Meinungs- und Motivforschung im nächsten Jahr durchführen, die uns ein möglichst erschöpfendes Bild der öffentlichen Meinung und der in der deutschen Öffentlichkeit wirksamen Strömungen geben sollen, damit wir auf diese Weise eine Grundlage bekommen für die Vorbereitung der Bundestagswahl.

Dabei sind m.E. vor allem zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der SPD ist es nicht ohne Erfolg gelungen, wesentliche Gesichtspunkte und Tatbestände des Programms der CDU in ihr eigenes Programm aufzunehmen. Dadurch verliert naturgemäß das Programm der CDU, verlieren auch die politischen Leistungen der CDU an Überzeugungskraft. Weite Teile unserer Bevölkerung sind nicht mehr in der Lage, sich über die geschichtliche Entwicklung der letzten zwölf Jahre in den wesentlichen Tatbeständen oder über die Unterschiede der Programme zu unterhalten, soweit es sich um die Feststellung der Unterschiedlichkeiten handelt.

Wir sollten auch auf einige andere Tatbestände achten. Wenn ich richtig unterrichtet bin – und ich habe allen Anlaß dazu –, bemüht sich die Sozialdemokratie gerade gegenwärtig verstärkt darum, in Bereiche einzudringen, die wir sehr gern als Privilegien der Christlich-Demokratischen Union behandelt haben.⁷⁹ Das sind weite Bereiche innerhalb der katholischen Verbände, von deren selbstverständlicher Treue wir immer ausgegangen sind und denen wir viel zugemutet haben auch in der praktischen Politik, weil wir es für selbstverständlich hielten, daß sie treu zur CDU stünden.

Ich habe Informationen des Inhalts, daß der Vorstand der SPD ausdrücklich beschlossen hat, der katholischen Kirche und den katholischen Verbänden in wesentlichen Fragen des Erziehungs- und Schulwesens entgegenzukommen. Mir ist mitgeteilt worden, daß Herbert Wehner erklärt habe, wenn die Anerkennung des Elternrechts Voraussetzung für eine Befriedigung unserer Beziehungen zur katholischen Kirche ist, dann werden wir dieses Elternrecht akzeptieren als Grundlage auch unserer Entscheidungen im Schulwesen. Er hat bereits den Auftrag erteilt, im einzelnen darzulegen, daß sie das Elternrecht geradezu als immanente Forderung aus dem Godesberger Programm für die SPD erheben. Allen Respekt vor Herbert Wehner! Ich bin überzeugt, daß er diese Auffassung durchsetzen wird.

Darüber hinaus werden auch Ihnen Mitteilungen zugegangen sein, nach denen eine zunehmende Bereitschaft – nicht nur durch Nellen⁸⁰, sondern auch durch andere – besteht, sich mit den Problemen der katholischen Soziallehre zu befassen. Allein an einem Tage erhielt ich Ausschnitte aus zwei Zeitungen mit einer Menge Propaganda.

⁷⁹ Vgl. KLOTZBACH S. 506 f.

⁸⁰ Peter Nellen (1912–1969), 1946 CDU, 1949–1969 MdB (bis 7. November 1960 CDU, dann SPD).

Die eine meldete, daß ein Pater vor der sozialistischen Jugend über „Mater et Magistra“ sprechen werde; die andere deutete an, daß der Pater vor der sozialistischen Arbeiterjugend über das gleiche Thema reden werde. Sie dürfen überzeugt sein, daß diese Werbung innerhalb des Bereichs, den viele von uns als selbstverständlich für die CDU in Anspruch genommen haben, für die SPD intensive Fortschritte macht. Wir sollten deshalb rechtzeitig überlegen, was wir tun und was zu tun bleibt.

Darüber hinaus haben wir gelegentlich feststellen müssen, daß die Sozialdemokratie auch in andere Bereiche, nämlich des Mittelstandes und der Industrie, vordringt. Gerade von Hessen habe ich gehört, daß insbesondere die Großkopfeten der dortigen Industrie Wert darauf legen, ein gutes Verhältnis zur SPD zu haben. Die SPD verliert zunehmend ihren roten Anstrich, und sie wird zunehmend couleurfähig in den Kreisen, die bis vor einigen Jahren völlig dafür verschlossen waren.

Wir sollten in absehbarer Zeit eine Kommission bilden, um diese Entwicklung sorgfältig zu analysieren und zu prüfen, welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen, damit wir systematisch vorbereitet an die Bundestagswahlen herangehen können.

Es kann nicht allein darauf ankommen, wie gebannt auf die SPD zu schauen und unsere Entscheidungen nur zu orientieren an dem Antlitz der SPD. Wir sollten unsere eigene Politik zeigen. Auch der Kaufmann kann nur seine eigene Ware verkaufen. Das ist auch bei den politischen Parteien so.

Unsere Politik muß vor allem überzeugender als bisher dargestellt werden. Es muß wieder etwas ausgehen von dem Kraftgefühl, das in den vergangenen Jahren die Christlich-Demokratische Union innerhalb der deutschen Politik ausgestrahlt hat. Wenn uns das gelingt und wir wieder das Vertrauen unserer alten Wählerschichten gewinnen und dazu neues Vertrauen, dann werden wir die Bundestagswahl 1965 mit Erfolg bestehen. Ich bin in dieser Frage optimistisch, bei allem Ernst, mit dem ich auf Tendenzen hinweise, die ich heute in der kurzen Zeit dieses Vortrages nur habe andeuten können. (*Lebhafter Beifall.*)

Burgbacher: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich einige Minuten Ihre Aufmerksamkeit für die leidige Finanzfrage der Partei in Anspruch nehme. Ich darf an folgendes erinnern:

1. Im Koalitionspapier, das vor einem Jahr gemacht worden ist⁸¹, steht, daß die Mittel, die für die Parteifinzen im Haushalt stehen, mit einem Sockelbetrag verteilt werden sollen. Über die Höhe des Sockelbetrages steht in dem Koalitionspapier nichts.

2. Aufgrund dieses Koalitionspapiers haben zwischen CDU/CSU, SPD und FDP zusammen mit den Haushaltsexperten dieser drei Parteien Gespräche stattgefunden.

81 Koalitionsabkommen vom 20. Oktober 1961. Abdruck in FAZ vom 4. November 1961 „Die deutsche Einheit ist unverrückbares Ziel deutscher Politik. Der Inhalt des Koalitionsabkommens zwischen der Union und den Freien Demokraten“.

Dabei hat man sich auf einen Sockelbetrag von $4 \times 7,5\%$ – SPD, CSU, CDU, FDP – geeinigt.

3. Unglücklicherweise kam die entscheidende Haushaltsabstimmung über diese Disposition gerade einen Tag nach der ersten Fibag-Abstimmung⁸², und im wohlmeinenden Sinne haben einige von unseren Abgeordneten die unter den Parteien getroffene Verabredung nicht eingehalten, sondern haben mit der SPD gegen jenen Sockelbetrag gestimmt.

4. Daraufhin sind die CSU und die FDP sauer geworden und haben gesagt, wir hätten unser Wort nicht gehalten – was auch stimmt. Darauf wurde dieser Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk versehen, d. h. also, allein der Bundesfinanzminister kann ihn aufheben. Wenn er ihn aufhebt, dann ist er aufgehoben.

5. Der Bundesfinanzminister hat erklärt, wenn die drei Parteien zu mir kommen und sagen, daß sie einig sind, zahle ich morgen aus.

6. Ihr Schatzmeister steht auf dem Standpunkt, daß die durch den Umfall unserer Kollegen bei der Abstimmung gegen unsere Verabredung nunmehr zufließende Summe von DM 800.000,- (die weitere gloriose Folge dieses Beschlusses ist, daß die SPD auch DM 800.000,- bekommt) im Verhältnis der Mandate auf die CSU und FDP aufgeteilt werden.

7. Der Bundesschatzmeister hat dem Präsidium unserer Partei diese Sache wiederholt vorgetragen. Das Präsidium war aber der Meinung, die Position sei haushaltsrechtlich so stark, daß wir die DM 800.000,- behalten könnten. Es wurde gesagt, der Bundestagspräsident werde dem Bundesfinanzminister einmal die Leviten lesen. Ich bitte um Entschuldigung, ich weiß nicht, ob die Leviten gelesen wurden. (*Dufhues*: Es geht darum, ob im Sinne des Haushaltsausschusses gewisse verantwortliche Parlamentarier maßgebend sind oder die Regierung aufgrund des Koalitionspapieres.) Ich möchte deshalb in aller Form den Bundesvorstand um die Genehmigung bitten, daß auf dieser Basis abgeschlossen wird; (*Zuruf*: Auf welcher denn?) d. h. wir können aus unserem Anteil von 15 Millionen nichts an andere Parteien zahlen. Das wäre contra legem, denn diese 15 Millionen sind nicht nur an die Partei selbst gebunden, sondern sie sind auch durch den Haushaltsbeschluß – auch unter Mitwirkung von unseren Kollegen – für eine Wahlkampffinanzierung expressis verbis gesperrt, so daß wir die rund DM 800.000,-, die wir mehr bekommen, nur aus freien Mitteln, d. h. nicht Haushaltsmitteln, zahlen dürfen. Ich weiß nicht, ob der Bundesfinanzminister Starke dann noch im Amte ist. Soviel ich weiß, ist er noch geschäftsführender

⁸² Bei der ersten Fibag-Abstimmung in der 37. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 1962 wurde der schriftliche Bericht des 1. Untersuchungsausschusses an den Ausschuß zurücküberwiesen (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1584). Am nächsten Tag wurde im Haushaltsausschuß die Verteilung des Sockelbetrags der Mittel zur Parteifinanzierung beraten. Drei CDU-Abgeordnete stimmten gegen die vorher in der Koalition getroffenen Abmachungen. Vgl. Schreiben Globke an Krone vom 10. September 1962 in ACDP I-028-055/3.

Bundesfinanzminister. Er hat auf jeden Fall verbindlich erklärt, wenn ihr drei kommt, zahle ich aus; und wenn ihr drei nicht kommt, zahle ich vorläufig nicht aus.

Ich bitte deshalb vorsorglich den Bundesvorstand um die Genehmigung zu dieser Regelung, die ja nichts anderes bedeutet, als den verabredeten Zustand herzustellen. Ich muß das hier so ernst vortragen, weil nicht nur die Bundespartei, sondern auch manche Landespartei in der schwierigsten Situation sind und wahrscheinlich ihren Bundesschatzmeister zunächst einmal mit Recht als den Trottel ansehen, der nicht in der Lage ist, die 15 Millionen DM aus dem Haushalt herauszuholen. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu dieser Regelung. (*Adenauer:* Herr Burgbacher! Sagen Sie doch bitte, was Sie vorhin von mir verlangt haben.) Das ist dasselbe! (*Adenauer:* Sagen Sie bitte, daß ich Ihnen das zugesagt habe.) Ich bitte um Entschuldigung, Herr Bundeskanzler! Ich hatte Gelegenheit, mit dem Herrn Bundesvorsitzenden kurz den Tatbestand zu besprechen, und der Bundesparteivorsitzende hat seine persönliche Zustimmung zu meinem Vorschlag gegeben, aber nach den Ausführungen unseres Freundes Dufhues wollte ich alles hier nochmal wiederholen.

Dufhues: Das Plenum war anderer Meinung! Ich habe schon vor einiger Zeit gesagt, daß uns wahrscheinlich keine andere Regelung übrigbleibt. Ich sehe mit Bedauern, daß der Beschluß des Bundestages der SPD DM 850.000,- zusätzlich zuführt. Die einzige Partei, die sich über diesen Beschluß freut, ist die SPD. Als das Koalitionspapier beschlossen wurde, haben CDU/CSU und FDP erklärt, die Entscheidung der Abgeordneten habe selbstverständlich den Vorrang vor Koalitionsvereinbarungen. Davon rücken wir jetzt wieder ab.

Ich fürchte, Herr Bundeskanzler, daß wir zu keinem anderen Ergebnis kommen, und da wir dringend auf die Mittel angewiesen sind – die Mittel sind in erster Linie bestimmt für die Intensivierung der Arbeit in der Bundespartei –, sehe ich keine Möglichkeit, hier einen anderen Standpunkt einzunehmen.

Adenauer: Der Fehler liegt darin, daß der Haushaltsausschuß die Entscheidungen lediglich abhängig macht von dem Willen des Bundesfinanzministers, also nicht etwa vom Willen des Kabinetts, sondern nur vom Bundesfinanzminister. Das ist der größte Fehler, der da gemacht worden ist. Ich möchte die Mitglieder des Haushaltsausschusses bitten, nicht wieder einen solchen Fehler zu begehen.

Von Brentano: Ich stimme diesen letzten Ausführungen völlig zu. Das ist also eine miserable Regelung. Ich habe volles Verständnis für Herrn Burgbacher. Wir haben auch unsere Sorgen in Hessen. Aber wenn wir so prozedieren, dann provozieren wir unter Umständen eine ärgerliche Debatte. Der Haushaltsausschuß hat entschieden, und der Bundesfinanzminister verweigert die Auszahlung aufgrund des Beschlusses des Haushaltsausschusses, weil seine Partei benachteiligt ist. Das ist ein Vorgang, der einmalig ist. Wenn nun bekannt wird, daß wir, um diese Auszahlung zu erreichen, von dem Beschluß abgewichen sind ... (*Burgbacher:* Aus unseren eigenen Mitteln!) So dumm sind die Leute auch nicht, daß sie nicht wissen, wir haben das getan, um den Bundesfinanzminister als FDP-Mann dazu zu bewegen, eine Genehmigung zu geben, die zu erteilen er verpflichtet ist. Dann bekommen wir eine ärgerliche

Diskussion. Mende war damals völlig meiner Meinung. Ich habe Mende gesagt, versuchen wir, diese Dinge in den nächsten Bundestag zu bringen, dann werden wir eine gute Regelung treffen. Daß sie damals nicht eingehalten worden ist, ist nur darauf zurückzuführen, daß am Tage vorher die FDP bei der Abstimmung über den Fibag-Bericht sich so und so verhalten hat. Wir sollten versuchen, das im nächsten Bundestag zu erreichen. Es geht jetzt nicht, Herrn Starke einfach vom Kabinett aus zu zwingen. Wenn das in die Öffentlichkeit kommt, haben wir einen neuen Skandal.

Adenauer: Der Bundesfinanzminister kann sich auf den vom Plenum genehmigten Beschluß des Haushaltsausschusses berufen. Er entscheidet also. Das war doch die kolossale Dummheit unserer Leute, daß sie dem Bundesfinanzminister das Recht gegeben haben. Dann müssen Sie den Beschluß durch das Plenum wieder aufheben.

Von Brentano: Das wollen wir nicht, weil wir dann wieder eine große Diskussion bekommen. Ich warne davor. Ich würde dem Antrag von Herrn Burgbacher der Sache nach nicht widersprechen, aber ich warne vor Folgen, wenn er in die Diskussion kommt: Ist es richtig, daß man den Bundesfinanzminister Starke als Mitglied der FDP bestechen muß, damit er die Zustimmung zu einem Beschluß gibt, der vom Plenum beschlossen ist?

Even: Ich möchte den Standpunkt des Bundesschatzmeisters unterstreichen. Wir sind in einer außerordentlich mißlichen Situation, und was wir auch tun werden, ein Übel werden wir auf uns nehmen müssen. Es ist die Frage, was ist für uns das kleinere Übel. Und mir scheint der Vorschlag von Burgbacher das kleinere Übel zu sein; denn wer die wahren Verhältnisse unserer Finanzsituation kennt, der weiß, daß es hier nicht mehr auf einen Zeitraum von Monaten ankommt, sondern von Wochen und möglicherweise sogar von Tagen.

Ich befürchte deshalb, daß wir – einschließlich der Jungen Union – in die größten Schwierigkeiten kommen, wenn wir nicht diesen Weg beschreiten. Ich glaube auch nicht, daß es eine neue Diskussion geben wird. Es wird nach meiner Meinung auch nicht das Wort fallen – ich will es nicht wiederholen –, was Herr von Brentano befürchtet. Ich meine, daß man das zeitlich trennen kann, daß zunächst der Beschluß durchgeführt wird, wie ihn der Haushaltsausschuß gefaßt hat, der nun einmal existiert und auf den sich der Finanzminister mit Recht berufen kann, daß er durchgeführt wird, und daß dann eine interne Regelung zwischen den Parteien erfolgt.

Das ist auch die Meinung der CSU, die in dieser Frage mit der FDP der gleichen Auffassung ist, die aber bereit ist, diesen Weg mitzugehen. Wenn das zeitlich getrennt wird und wir aus Mitteln, die wir außerhalb des öffentlichen Haushalts bekommen, einen Ausgleich finden, dann ist das die beste Lösung. Wir sollten Herrn Burgbacher die erbetene Ermächtigung geben.

Dufhues: Ich habe mich seit langem bemüht, eine Regelung zu erreichen. Wir hatten zunächst gehofft, daß die Fraktion es erreichen könnte. Diese Hoffnungen ließen sich aber nicht erfüllen. Wir haben Herrn Gerstenmaier vertraut, der zwar

mit dem ganzen Pathos des Parlamentariers den Vorrang des Abgeordneten vor Koalitionsabkommen in Anspruch nahm, aber auch gar nichts erreichen konnte.

Wir stehen in zunehmenden Schwierigkeiten. Es scheint mir aber nicht möglich zu sein, die Regelung von Burgbacher in der Weise durchzuführen, daß wir im zeitlichen Zusammenhang mit der Auszahlung des Gesamtbetrages Vergünstigungen vornehmen. Das will auch Herr Burgbacher nicht.

Ich halte es zum zweiten auch für unmöglich, auf Heller und Pfennig den Ausfall zu vergüten. Es muß also eine sehr klare Differenzierung nach Zeit und Höhe erfolgen. Es muß effektiv sichergestellt sein, daß das, was wir vergüten, aus anderen freien Mitteln gezahlt wird, die notfalls nachgewiesen werden können.

Wenn sich Herr Burgbacher auf der Basis verstünde, daß der FDP und der CSU je DM 300.000,- zufließen, dann wäre das eine Lösung, die m.E. akzeptiert würde; denn eine Unterhaltung mit dem Bundesschatzmeister der FDP hat ergeben, daß er sich vorstellt, die FDP bekomme etwa 300.000,- bis DM 350.000,-.

Burgbacher: Ich muß sagen, aus Rechtsgründen ist die Zahlung zeitlich nicht gleichzeitig möglich und auch tatsächlich nicht, sondern sie kann erst später erfolgen, weil wir dann eventuell über freie Mittel verfügen. Die Anregung von Herrn Dufhues hat eine Folge. Dann kommen die beiden Armen – die CSU und FDP – und sagen: Gut, das ist eine gute Idee, nicht genau den Betrag. Da wir nicht DM 800.000,-, sondern 1,6 Millionen verlieren, wollen wir den Betrag auf 1 Million aufrunden. Sobald ich den Betrag verlasse, weil er nur die Hälfte des Schadens ist, provoziere ich bei den anderen eine größere Summe.

Deshalb bitte ich, folgendes zu beachten. Wir streben an mit Zustimmung des Herrn Bundesparteivorsitzenden und des Herrn Geschäftsführenden Vorsitzenden für das Jahr 1963 – die Beratungen sind im Januar 1963 im Haushaltsausschuß –, daß die 5 Millionen und dazu die 15 Millionen für die politischen Parteien nach Artikel 21 unter Ausschluß von Wahlkampffinanzierung zusammengezogen werden zu 20 Millionen, und zwar ohne jede Zweckbindung. Die Abstimmung darüber können wir nur erreichen mit den Stimmen der CSU und der FDP. Diese Abstimmung bekommen wir nicht, wenn bis dahin die Vorfrage nicht geklärt ist. Das müssen Sie bedenken.

Scheufelen: Ich meine auch, was Herr Burgbacher gesagt hat, ist richtig. Wir sind an sich schon die Hereingefallenen, und zwar insofern, als die Gelder bei dem gegenwärtigen Zustand verschiedene Werte haben. Freie Gelder sind im Haushalt der Bundespartei oder eines Landesverbandes viel wichtiger als Gelder, die nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden können.

Infolgedessen sollte man sehen, daß man im nächsten Jahr auf eine Regelung kommt, wo wir freie Gelder haben. Wir sollten darauf hinwirken, daß man erkennt, daß die Staatsfinanzierung der Parteien, die sowieso ein heißes Eisen ist, das ungeeignetste Objekt ist, um gewisse politische Auseinandersetzungen zu führen. Das sollten wir in Zukunft draußen halten. Das sollten wir unseren Parteifreunden im Haushaltsausschuß sagen.

Dufhues: Wir sollten Herrn Burgbacher ermächtigen, aufgrund seines Vorschlages mit der FDP zu verhandeln nach bestem Wissen und Gewissen.

Fay: Herr Bundeskanzler! Ich muß leider heute abend wieder in Frankfurt sein. Darf ich deshalb darum bitten, jetzt zunächst meinen Bericht über die hessischen Landtagswahlen zu erstatten?

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden, meine Damen und Herren? (*Zustimmung.*) Dann bitte Herr Fay!

BERICHT ÜBER DIE LANDTAGSWAHLEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN UND HESSEN

Fay: Wir haben seit vier Jahren eine klare Linie verfolgt, um die sozialdemokratische Regierung abzulösen und an ihrer Stelle eine Regierung unter Führung der CDU zu bilden.⁸³ Eine Alleinregierung der CDU war praktisch überhaupt nicht drin gewesen. Eine Regierung konnte nur gemeinsam mit der FDP geschaffen werden. Es war seit einem Jahr in unserem Landesverband absolut klar, daß dieses Ziel angestrebt werden müsse. Ich muß sagen, daß alle Redner im Wahlkampf sich sehr streng daran gehalten haben. Es sind zwar Schwierigkeiten mit der FDP aufgetaucht, aber sie konnten bei lokaler Bedeutung bleiben.

Schwierigkeiten ergaben sich vor allem dadurch, daß Herr Zinn ein recht geschickter Taktiker ist, der es erreicht hat, daß bis in die Reihen der Industrie hinein ihm Sympathien entgegenschlagen, und daß die Schwierigkeiten, die er hat, von der Presse totgeschwiegen werden. Ich will Ihnen ein Beispiel bringen. Wir haben heute morgen über die „Spiegel“-Affäre gesprochen. Bei der Bundestagswahl im Jahre 1957 haben wir in Hessen ein hervorragendes Beispiel gehabt, wie die hessische Regierung in die Pressefreiheit brutal eingegriffen hat. Das war die Affäre um das Trojanische Pferd.⁸⁴ Ich habe mir den Mund franselig geredet und in den letzten Wochen jeden Tag eine Pressekonferenz abgehalten, aber die Presse hat nichts gebracht, weil er eben eine gute Resonanz hat.

Wir sind der Meinung, daß die „Spiegel“-Affäre einen starken Einfluß auf die Wahlentscheidung genommen hat, und zwar mit der Folge, daß die Enthaltung bei der Wahl relativ hoch gewesen ist. Dann hat mich sehr bedrückt, daß viele Wähler nach der Wahl mir gesagt haben: Wenn sich nichts grundsätzlich ändert in der CDU, war es das

⁸³ Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen vom 11. November 1962: SPD 50,8 %, CDU 28,8 %, FDP 11,4 %, GDP/BHE 6,3 %. Georg August Zinn (SPD) bildete eine Regierung aus SPD und GDP/BHE (FISCHER I S. 616–618).

⁸⁴ Gegen eine Anzeige der „Vereinigung zur Förderung der Wahlbeteiligung und der politischen Willensbildung“ vom 14. September 1957, die das von Erich Ollenhauer und Reinhold Maier gemeinsam gezogene Trojanische Pferd zeigte, hatten SPD und FDP Strafanzeige erstattet und einen Antrag auf Einstweilige Verfügung gegen die Veröffentlichung gestellt. Einige Zeitungen, in denen die Anzeige trotzdem erschien, wurden beschlagnahmt. Dies wurde als schwerer Eingriff in das Grundrecht der Pressefreiheit gewertet. Vgl. UiD Nr. 39 vom 26. September 1957 S. 2 und EBD. Nr. 41 vom 10. Oktober 1957.

letzte Mal, daß wir CDU gewählt haben. Wir werden zwar nicht einer anderen Partei unsere Stimme geben, aber wir werden uns enthalten. – Wir sind davon überzeugt, daß die „Spiegel“-Affäre beziehungsweise die Behandlung der Nebenerscheinungen deutlich gemacht haben, in welcher Vertrauenskrise sich die CDU befindet. Wir haben dasselbe schon einmal gehabt, als wir bei den Bundestagswahlen die absolute Mehrheit verloren haben.

An sich lagen wir zu Beginn des Wahlkampfes stimmungsmäßig recht gut. Wir hatten auch zunächst eine gute Presse im Wahlkampf, aber – und das war kurios – nach der Bundestagsdebatte schlug die Stimmung ins Gegenteil um. Wir sind angetreten mit dem Plakat „Frische Luft in Hessen“ und mit dem Slogan „Jetzt eine gute Regierung“. Wir wollten damit sagen, was bisher war, ist alles schlecht. Aber beide Parolen sind hundertprozentig gegen uns geschlagen, indem sowohl die Presse wie auch unsere Gegner im Land erklärt haben: Schaut euch die Sache in Bonn an. – Was also gut anfang, ist dann ins Gegenteil umgeschlagen.

Auch daß wir finanziell schlecht dran waren, hat Folgen gehabt. Wir fingen mit Schulden an und haben jetzt noch mehr Schulden, denn wir haben es gewagt, kräftig ins Geschäft zu gehen. Ich glaube, daß unsere Freunde sehr eifrig tätig waren. Es ist in den letzten vier Jahren sehr viel auf Landesebene gearbeitet worden. In den letzten eineinhalb Jahren haben wir eine Menge von Fachkongressen veranstaltet, um das Interesse einer breiten Öffentlichkeit hervorzurufen. Wir haben einen recht modernen Wahlkampf geführt mit zum Teil amerikanischen Methoden. Wir haben leider erleben müssen, daß unser guter Freund Strauß auf uns nicht so viel Rücksicht genommen hat, wie er jetzt von uns für die bayerischen Landtagswahlen verlangt. Seine fünf Wahlversammlungen hat er abgeblasen. Ich habe in der Notlage gestanden, Ersatz dafür zu beschaffen. Es wäre besser gewesen, er hätte eine Wahlversammlung wahrgenommen und dort mannhaft zu seinen Taten gestanden. Das hätte psychologisch wahrscheinlich einen besseren Eindruck gemacht, als nicht zu erscheinen.

Nun darf ich etwas über das Wahlergebnis sagen. Wir hatten in der Bundestagswahl das erste Mal mit der FDP zusammen 50,1 % der Stimmen. Deshalb hatten wir die Hoffnung, die Mehrheit für die Regierung zu erreichen. Es gibt Freunde, die sagen, man dürfe Bundestagswahlen nicht mit Landtagswahlen vergleichen. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade. Ich glaube aber, daß eine Partei wie wir, die sich in einem Land in der Opposition befindet, nur auf die Leistungen in Bonn hinweisen kann, denn alles, was auf der Landesebene geschieht, wird naturgemäß der Landesregierung zugute gehalten. Dem Bürger ist es gleich, ob etwas durch die Bundesregierung, die Landesregierung oder die Gemeindeverwaltung geschieht, die Hauptsache für ihn ist, daß etwas geschieht. Die feine Differenzierung kennen die Bürger zum großen Teil nicht. Wir haben also praktisch nur auf die Leistung des Bundes hinweisen können. Und hier muß ich sagen, wir befinden uns seit zwei bis drei Jahren in einer Vertrauenskrise bei der Bevölkerung mit dem Ergebnis, daß unsere Stimmen abgenommen haben, in dem einen Land mehr, in dem anderen Land weniger.

Bedenken Sie, daß in unserem Lande die Sozialdemokraten im Besitz der Pro-

pagandaapparate sind. Das geht soweit, daß das Fernsehen ganz eindeutig seinen objektiven Standpunkt verlassen hat. In einer Sendung des Hessischen Fernsehens am Freitagabend vor der Wahl wurde ganz brutal eine Sendung zugunsten der SPD durchgeführt. Ich meinte, es sei eine Wahlversammlung der SPD, weil sie so brutal war. Aber dann sagte am Schluß die Ansagerin: Sie hörten eine Sendung der Hessenschau; also eine Schau des offiziellen Fernsehens.

Die Minister haben von ihrer Möglichkeit, Propaganda zu treiben, rigoros Gebrauch gemacht, und große Propaganda für ihre Partei betrieben. Das nehme ich diesen Ministern an sich nicht übel, denn ich weiß, ab und zu gibt es auch andere Minister, die das machen. Aber immerhin ist es ein Tatbestand, mit dem wir in Hessen nun einmal rechnen müssen und mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben.

Die Wahlbeteiligung ist auf 77,7 % gesunken gegenüber 82,6 % bei der letzten Landtagswahl. Mit diesen 77,7 % liegen wir aber immer noch an der Spitze der Landtagswahlen in den anderen Ländern. Wir haben gegenüber 1958 diesmal 10 % der Stimmen verloren. Wenn ich als Oppositionspartei in Hessen unsere Stärke mit dem vergleiche, was wir in der Bundestagswahl erreicht haben, dann stelle ich fest, daß wir 24 % der Wählerstimmen gegenüber der letzten Bundestagswahl verloren haben. Wo sind die nun? Sie sind zum größten Teil in das Lager der Nichtwähler übergegangen. Dabei müssen Sie allerdings 5 % abziehen, weil wir nicht die Briefwahl haben. Die Briefwahl hat bei der Bundestagswahl 6,7 % Wähler gebracht. Erfahrungsgemäß sind in den Großstädten bei jeder Wahl rund 5 % der Wähler bettlägerig krank, die sich wahrscheinlich zum großen Teil der Briefwahl bedienen. Das müssen Sie also abziehen. Damit kommen wir zu einem Schwund von 7,6 % der Wahlbeteiligung gegenüber 2,6 % von 1958.

Jede Landtagswahl hat ein schlechteres Ergebnis als die Bundestagswahl. Das ist eine betrübliche Feststellung. Hier sollten wir unsere Gemüter erhitzen, um eine Änderung zu erreichen. Ich bin der Meinung, daß wir nicht ganz traurig sein sollten, aber ich glaube, eine solche Wahl wie in Hessen sollte ein Fanal für uns sein. Was sich hier ereignet hat, kann sich bei den Landtagswahlen in Bayern und bei der Bundestagswahl 1965 wiederholen. Es scheint in der Tat eine rückläufige Tendenz da zu sein.

Wenn ich ein Wort zur Wahl in Schleswig-Holstein sagen darf, dann glaube ich, daß das relativ gute Abschneiden dort – trotz des hohen Rückgangs der Wahlbeteiligung – sehr stark auf das Treffen des Herrn Bundeskanzlers mit de Gaulle zurückzuführen ist.⁸⁵ Das hat einen sehr großen Auftrieb gegeben. Die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg lagen vor der Bundestagsdebatte, aber unsere Wahl lag mitten im Sog dieser Debatte.

Sie werden fragen, wie soll es weitergehen? Wir sind gewohnt, Opposition zu treiben. Wir werden also weiterhin unsere oppositionelle Haltung einnehmen. Was die

⁸⁵ De Gaulle besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 9. September 1962. Vgl. OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 139–144; MÖLLER/HILDEBRAND S. 917–919.

FDP bisher mir gesagt hat, sieht so aus, daß sie bereit ist, treu und brav an unserer Seite in der Opposition zu stehen. Herr Zinn bemüht sich natürlich, uns zu trennen und die FDP als Koalitionspartner zu bekommen. Die FDP hat zugenommen. Woher kommen diese Wähler? Es mag sein, daß ein Teil der sogenannten a.D.-Wähler der CDU – verzeihen Sie den Ausdruck – zur FDP zurückgekehrt sind, aber wahrscheinlich handelt es sich um einen großen Teil der früheren DP-Wähler, die sich vom BHE getrennt haben und nun lieber zur FDP gegangen sind als zu uns.

Der BHE hat relativ gut abgeschnitten. Im Lande hat es kaum Stimmen gegeben, die gesagt haben, der BHE werde die 5%-Klausel überspringen, außer dem BHE selbst, der geglaubt hat, mehr als 10 % zu erreichen. Er hat 6,5 % bekommen.

Die SPD hat zunächst den Wahlkampf des BHE finanziert. Die SPD hat eine unterschwellige Werbung für den BHE betrieben. Es erschien ein Plakat mit zwei Läufern in der Rennbahn. Der eine trug auf der Brust ein Schild Nr. 1, der andere, etwas kleiner, trug das Schild Nr. 4. Das war die Listennummer des BHE. Ich weiß aus zuverlässlicher Quelle, daß in einigen Kreisen die SPD ihre Mitglieder verurteilt hat, BHE zu wählen, und zwar aus folgender Erwägung: Zinn hat sich gesagt, ich kann möglicherweise die Wahl allein gewinnen; denn ich bekomme 51 oder 52 % der Stimmen. Wenn ich aber diese Leute noch dazu habe und sie überspringen die 5%-Klausel, dann habe ich mindestens fünf Abgeordnete, die mir treu ergeben sind, und dann wird meine Regierungsbasis nicht 51 %, sondern 56 und 57 % betragen. Also, eine ganz nüchterne und simple Rechnung, die er angestellt hat und die auch aufgegangen ist.

Warum sage ich das? Damit Sie aus diesen Erfahrungen betreffendfalls die richtigen Konsequenzen ziehen. Es ist also kein Zeichen der inneren Stärke, daß der BHE bei uns zugenommen hat, sondern ein Zeichen der Schläue des Herrn Zinn. So müssen Sie die Dinge sehen.

Adenauer: Wir schließen sofort den Bericht über Schleswig-Holstein an. (*Schwarz:* Wie beurteilen Sie, Herr Fay, die bäuerlichen Kreise?)

Fay: Ihr Referent, Herr Bundesminister, hat bei mir deswegen angefragt. Die Untersuchungen darüber sind noch im Gange. Interessant ist, daß die CDU in fünf Kreisen zugenommen hat gegenüber dem Stand von 1958, darunter ist der Kreis Alsfeld⁸⁶, der Sie stark interessieren dürfte, denn Sie haben dort gesprochen. Verzeihen Sie, wenn ich das sage. Der Landrat Mildner⁸⁷, ein alter konservativer DP-Mann hat die Parole ausgegeben: Kameraden, ihr wählt jetzt CDU und nicht FDP! – So kommt es, daß dort die CDU einen Zuwachs gegenüber 1958 erhalten hat. In Nordhessen habe ich den Eindruck, daß unsere kleinen Bauern noch mehr abgeschoben sind zur SPD.

86 Die CDU erhielt bei der Landtagswahl 1962 im Wahlkreis 20 Alsfeld und Gießen-Land-Ost 10.310 Stimmen (1958: 9.892 Stimmen).

87 Dr. Kurt Mildner (1903–1981), 1949–1967 Landrat in Alsfeld (DP, später Wählergemeinschaft).

Aber die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich bin auch hinter der Frage her, wie die Entwicklung des BHE war. Wir haben uns zur christlichen Gemeinschaftsschule bekannt. In Limburg und in Fulda hat die CDU auch abgenommen, aber nicht in dem Ausmaße, daß man sagen konnte, das ist eine Reaktion auf diese kulturpolitische Erklärung. Die Abnahme liegt hier im üblichen Rahmen.

Lemke: In Schleswig-Holstein hat die CDU 34 Mandate bekommen, die SPD 29 und die FDP 5.⁸⁸ Dem steht gegenüber in der Mitte ein Mann von den Dänen. Wir haben uns von Wahl zu Wahl verbessert, und zwar wie folgt:

1950	16 Sitze
1954	25 Sitze
1958	33 Sitze
1962	34 Sitze

Dabei haben wir nur eine Wahlbeteiligung diesmal von 70 %. Das ist darauf zurückzuführen, daß wir innerhalb eines Jahres dreimal gewählt haben. Vielleicht auch noch auf andere Umstände. Wir haben unseren Stimmenanteil, wenn wir alles würdigen, bei 45 % der Wähler gefestigt. Wir brauchen keinen Unterschied zu machen zwischen Landtagswahl und Bundestagswahl. Es war für uns natürlich viel einfacher, den Wahlkampf zu führen, weil kurz vorher das Treffen Adenauer – de Gaulle stattgefunden hat und weil wir mit der Person des Ministerpräsidenten von Hassel in den Wahlkampf gehen konnten. Sie wissen, welche Bedeutung er in Schleswig-Holstein hat. Es ist übrigens ein Zeichen dafür, daß der Unionsgedanke völlig richtig ist; denn bei uns sind 90 % der Wähler evangelisch, und wir haben 45 % der Wähler fest in unserer Hand.

Es ist uns allerdings nicht gelungen, in die männliche Arbeitnehmerschaft im engeren Sinne einzudringen. Wir haben auch Wahlkreise von der SPD bekommen, die SPD aber auch einige Wahlkreise von uns. Von insgesamt 42 Wahlkreisen haben wir 29 direkt erobert.

Die zweitstärkste Partei ist die SPD, die sich prozentual etwas nach oben entwickelt hat. Sie ist jetzt bei 39 % angelangt, sie hat aber in einigen Großstädten, z. B. in Kiel, erheblich abgenommen. Bei der Bundestagswahl hatte sie dort 14.000 Stimmen mehr als wir, bei der Kommunalwahl 1962 waren es noch 11.000, und jetzt sind es nur noch 6.000 Stimmen. Woher kommen die Stimmen, die die SPD bekommen hat? Zu einem großen Teil von dem dänischen SSW und zum Teil von den Bediensteten der Bundeswehr. Wir haben in den Garnisonsstädten das analysiert und festgestellt, daß diese zu einem großen Teil merkwürdigerweise SPD gewählt haben. Ich bitte Sie, Ihr Augenmerk darauf zu richten.

⁸⁸ Ergebnis der Landtagswahlen vom 23. September 1962: CDU 45 %, SPD 39,2 %, FDP 7,9 %, GDP 4,2 %, SSW 2,3 %. Kai-Uwe von Hassel bildete eine Minderheitsregierung der CDU (FISCHER 2 S. 1135–1137).

Die FDP hat sich bei der Landtagswahl verbessert, und zwar hat sie ihre Mandate von drei auf fünf erhöht. Sie hatte bei der Bundestagswahl 190.000 Stimmen, hat dann im Laufe von zwölf Monaten 100.000 Stimmen verloren, und ist jetzt auf 90.000 Stimmen zurückgesunken. Es ist interessant, daß die FDP in den Großstädten unter 5 % geblieben ist. Dagegen hat sie auf dem Lande aufgeholt. Ich führe das darauf zurück, daß in den Gemeinden über 1.500 Einwohner Wählergemeinschaften operiert haben. Wir müssen in Zukunft sehr nachdrücklich darauf bestehen, daß wir in den einzelnen Gemeinden parteimäßig auftreten. Auch die Dänen haben erheblich abgenommen, nämlich von 5,5 auf 2,3 %. Trotzdem kommen sie in den Landtag, weil es für sie keine 5%-Klausel gibt. BHE und FDP hatten 1955 zusammen noch 33 % und waren die größte Fraktion im Landtag. Jetzt sind es nur noch 4,2 %, und sie sind nicht mehr im Landtag vertreten.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir bei den Koalitionsverhandlungen erhebliche Schwierigkeiten hatten. Das Verhältnis war 34 : 5. Nun war das Großartige dabei, daß wir nicht erpreßt werden konnten, weil der 35. ein Däne war, so daß wir bis zuletzt stark bleiben konnten. Sie haben erlebt, daß sich die FDP zunächst zurückgezogen hat. Aber sie legt Wert darauf, möglichst bald wieder in die Regierung zu kommen. Wir stehen dem nicht ablehnend gegenüber. Wir wollen nur nicht jeden Preis dafür bezahlen.

Wir haben die Wahlbeteiligung analysiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß bei der Bundeswehr sehr schlecht für uns gewählt wurde. Auch die Briefwahl ist nicht gut benutzt worden. Die jungen Männer zwischen 21 und 25 Jahren haben nur zu 49 % gewählt, die Sechzigjährigen zu 83 %, die Siebzigjährigen mit weniger Prozent. Bei den Frauen sind 31 % und bei den Männern 28 % Nichtwähler. Die jungen Jahrgänge zwischen 21 bis 25 und 25 bis 30 haben praktisch zur Hälfte nicht gewählt. Das ist etwas, was unsere Arbeit erheblich erschwert. Auch ein Teil der Vertriebenen hat nicht gewählt, weil sie sich heimatlos fühlen. Sie sind politisch heimatlos und können sich nicht entschließen, zu uns zu kommen. Sie sind auch keine Sozialisten. Sie sind von der Wahl weggeblieben.

Die geringe Wahlbeteiligung hat sich nicht zu unseren Ungunsten ausgewirkt, sondern zu unseren Gunsten. Wo sehr stark gewählt wurde, nämlich bis zu 80 %, hat sogar die SPD etwas mehr Stimmen bekommen als wir. In Wirklichkeit ist die Wahl, vom Wähler aus gesehen, eine Bestätigung der bisherigen Politik unseres Ministerpräsidenten. Wir hatten bisher 33 Sitze und die FDP 3. Jetzt haben wir 34 Sitze und die FDP 5.

Adenauer: Können wir vielleicht jetzt die Entschließung vorwegnehmen, damit sie noch in die Presse kommt?

Gradl: Ich darf einmal den Entwurf vorlesen:

„Der neu gewählte Bundesvorstand der CDU hat unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer in Berlin seine konstituierende Sitzung abgehalten. Die CDU bekundet ihre absolute Solidarität mit Berlin und ihren Respekt für die feste und besonnene Haltung der Berliner. Sicherung der Freiheit und Stärkung der

Lebenskraft Berlins sind Aufgaben, für die die CDU auch in Zukunft voll eintreten wird.

Der Bundesvorstand dankt dem Bundeskanzler, der unermüdlich, zuletzt durch seinen Besuch beim Präsidenten Kennedy, für die Sicherheit der Bundesrepublik, für die Freiheit Berlins und für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen eingetreten ist. Die weltpolitische Situation ist nach wie vor ernst, auch wenn sich in Kuba Zeichen der Entspannung zeigen. Unser Volk muß sich bewußt machen, daß zu unserer Verteidigung im Zusammenwirken mit unseren Verbündeten unter Umständen vermehrte Anstrengungen notwendig sind. Der Bundesvorstand der CDU vertraut dabei auf die Einsicht aller Schichten unseres Volkes. Mehrung des Wohlstandes, Erhöhung der sozialen Leistungen und Kürzung der Arbeitszeit dürfen weder unsere Sicherheit nach außen noch die Stabilität unserer Währung und Wirtschaft gefährden.

Der Bundesvorstand bejaht einmütig die Erklärung des Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Josef Hermann Dufhues, der Bundeskanzler möge unverzüglich die Bundesregierung so umbilden, daß die politische Führung unseres Landes wieder überzeugt. Der Bundesvorstand dankt den Bundesministern der CDU/CSU dafür, daß sie durch ihren Rücktritt den Weg hierfür freigemacht haben.

Der Bundesvorstand hat sich mit den Vorgängen und der öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit der „Spiegel“-Affäre befaßt. Er hat sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen, die ihm auch für die Weiterbehandlung der Angelegenheit wesentlich erscheinen:

1. Unser Land ist ein Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes. In dieser Gefahrenlage muß jeder Verdacht auf Landesverrat besonders ernst genommen werden. Ihm muß deshalb mit aller Entschiedenheit nachgegangen werden.

2. Pressefreiheit ist für die Demokratie lebenswichtig. Keine deutsche Zeitung wird behaupten können, daß sie in der Freiheit der Information und der Meinungsäußerung je behindert worden ist.

3. Das oberste Bundesgericht, das mit der Aufklärung der „Spiegel“-Affäre befaßt ist, hat und verdient unser uneingeschränktes Vertrauen. Niemand gilt als schuldig, solange er nicht rechtlich verurteilt ist. Volles Verständnis ist aber auch notwendig, wenn im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit notfalls energische Maßnahmen zur Aufklärung des Verdachts so schwerer Verbrechen wie des Landesverrats und der aktiven Bestechung getroffen werden.

Der Bundesvorstand hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung dem Bundestag über die in der Öffentlichkeit vieldiskutierten Vorgänge eine zusammenfassende Darstellung geben wird.“

Adenauer: Ich möchte eine ganz kleine Änderung haben. Sie haben gesagt: Milderung oder Zeichen der Entspannung in Kuba. – Ich würde sagen: Ein Nachlassen der Spannung. (*Gratl:* Ja.)

Krone: Sachlich richtig ist: Die CDU/CSU-Bundesminister haben die Bereitschaft erklärt. – Hier aber wird gesagt: Sie haben durch ihren Rücktritt ... – Das können wir nicht für die CSU-Minister von hier aus feststellen.

Gradl: Ich gebe zu, daß wir uns dessen bewußt waren, aber wir haben es so gemacht, weil es die öffentliche Meinung so verstanden hat.

Krone: Die CSU hat nur von der Bereitschaft gesprochen. Hier haben wir bereits zugestimmt. Wir können das aber nicht so schreiben, sonst sagen wir die Unwahrheit.

Gradl: Wir müßten sagen, daß sie durch ihre Bereitschaft zum Rücktritt den Weg freigemacht haben.

Krone: Ja! Dann habe ich noch eine Sache wegen der Kürzung der Arbeitszeit. Auch wenn man das unterordnet unter die notwendigen Aufgaben, die zu leisten sind, würde ich mit diesem Wort nicht den Teufel an die Wand malen.

Gradl: Sollen wir „Kürzung der Arbeitszeit“ weglassen? (*Krone:* Ja. – *Blank:* Ich würde den ganzen Satz weglassen!) Dieser Gedanke ist nicht auf meinem Mist gewachsen. Ich habe mich aber überzeugen lassen, daß es etwas ist, was wir in dieser Situation brauchen. Es ist doch so, daß wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf andere Dinge konzentrieren, um gewissermaßen die Öffentlichkeit nach vorn zu orientieren.

Adenauer: Lesen Sie das bitte noch einmal, Herr Gradl.

Gradl: „Unser Volk muß sich bewußt machen, daß zu unserer Verteidigung im Zusammenwirken mit unseren Verbündeten unter Umständen vermehrte Anstrengungen notwendig sind. Der Bundesvorstand vertraut dabei auf die Einsicht aller Schichten unseres Volkes. Mehrung des Wohlstandes, Erhöhung der sozialen Leistungen und Kürzung der Arbeitszeit dürfen weder unsere Sicherheit nach außen noch die Stabilität unserer Währung und Wirtschaft gefährden.“ (*Krone:* Ich würde den ganzen Satz weglassen.)

Blank: Herr Gradl! Sie wollen doch ausdrücken, daß unsere Sicherheit eventuell noch größere Opfer als bisher von uns verlangt. Dann drücken Sie das doch positiv aus und lassen das andere weg; denn damit geben Sie doch drei Ansatzpunkte der Kritik zu den Wahlauseinandersetzungen in Bayern und Berlin, die nicht notwendig sind. Es genügt völlig, daß man sagt: Die Sicherheit verlangt noch größere Opfer. – Lassen Sie das andere Weg. Worin das besteht, das wird sich schon zeigen.

Gradl: Ich würde sagen: Vermehrte Anstrengungen und Opfer.

Blumenfeld: Ich würde bitten, es nicht bei den Worten „keine deutsche Zeitung“ zu belassen. Das ist mir zu stark. Ich würde sagen: Kein Presseorgan ist jemals behindert worden.

Gradl: „Keine deutsche Zeitung und Rundfunkanstalt.“

Adenauer: Meine Herren! Wir müssen schnell machen; denn ich sehe, man löst sich auf. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Lassen Sie doch Herrn Gradl mal in Ruhe, er kann ja überhaupt nicht formulieren.

Amrehn: Ich möchte eine formale Verbesserung anregen. Es steht dort „das oberste Bundesgericht, das mit der Aufklärung der „Spiegel“-Affäre befaßt ist“. Dazu muß ich sagen, erstens gibt es das oberste Bundesgericht bis heute nicht, zweitens ist bis jetzt nur die Bundesanwaltschaft damit beschäftigt. (*Adenauer:* Aber

mit der Durchführung der Haftbefehle und mit der Beschwerde.) Dazu braucht die Bundesanwaltschaft eine richterliche Genehmigung. Sie ist noch Herr des Verfahrens, und der Eröffnungsbeschluß des Gerichts ist noch nicht gefaßt.

Adenauer: Ich habe den Beschluß heute morgen vorgetragen. Durch den Beschluß ist nachdrücklich erklärt worden, er sei dringend verdächtig. (*Unruhe und Bewegung.*)

Gradl: Wir sollten einen Satz einfügen, daß wir Herrn Bürgermeister Amrehn für seine Arbeit danken. (*Zuruf:* Können wir heute abend machen. – *Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten. Wie heißt es jetzt, Herr Gradl?

Gradl: Der Bundesgerichtshof, der mit der „Spiegel“-Affäre befaßt ist, hat und verdient das uneingeschränkte Vertrauen ... (*Dufhues:* Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof!)

Von Brentano: Als Jurist möchte ich meine Bedenken äußern. Wir können als politische Partei nicht dem Bundesgerichtshof hineinreden. Das klingt nicht gut. Es muß eine andere Formulierung sein. Das klingt so, als hätte jemand das Bundesgericht angegriffen. Das ist nicht geschehen.

Gradl: Wenn Sie den Vorwurf erheben, daß sich ein deutsches Gericht zu einem einseitigen Racheakt eines Ministers mißbrauchen läßt, so ist damit ein Mißtrauensvotum gegen das Gericht gegeben.

Von Brentano: Es gibt kein Mißtrauen und kein Vertrauen für das Bundesgericht. Es muß besser formuliert werden. Wir wollen die Unabhängigkeit des Gerichts wahren.

Gradl: Wir wollen positiv sagen „der Bundesgerichtshof verdient das Vertrauen“.

Adenauer: Man kann doch sagen „das Bundesgericht verdient unser Vertrauen“, Herr von Brentano!

Dufhues: Die Strafverfolgungsbehörden verdienen unser Vertrauen. Die Entscheidung des Gerichts möge abgewartet werden. (*Lautz*⁸⁹: Ist nicht „besitzen“ besser?)

Adenauer: Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof besitzen das Vertrauen des deutschen Volkes. (*Gradl:* Bundesanwaltschaft und Bundesgerichtshof besitzen das Vertrauen des deutschen Volkes.) Gott sei Dank, dann sind wir damit fertig.

Wir kommen zum Punkt 4 der Tagesordnung. Das Wort hat Herr Amrehn.

89 Julius von Lautz (1903–1980), 1955–1973 MdL Saar (CDU), 1959–1968 Minister der Justiz, 1961–1968 stv. Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1302 Anm. 79.

BERICHT ÜBER DIE SITUATION IN BERLIN UND DEN BEVORSTEHENDEN WAHLKAMPF

Amrehn: Den Bericht über die Situation in Berlin darf ich mit wenigen Strichen in vier Abschnitte teilen: 1. Einige Worte über die Stimmung, 2. über die wirtschaftliche Entwicklung, 3. über die kulturelle Situation und 4. über den Wahlkampf⁹⁰.

Nach der Beilegung der Kuba-Krise – soweit sie beigelegt werden konnte – ist unzweifelhaft ein Gefühl der Erleichterung und einer zusätzlichen Beruhigung in unserer Bevölkerung eingetreten. Wir waren vorher wieder beunruhigt und bewußt nervös gemacht worden durch den Hinweis, daß sich alsbald nach den amerikanischen Wahlen eine neue Attacke und Offensive von der Sowjetunion gegen Berlin abspielen werde. Alle diese Erwägungen sind im Augenblick verschwunden bzw. in den Hintergrund getreten. Ich möchte aber auch sagen, daß vor und während der Zuspitzung der Kuba-Krise eine relativ große Ruhe oder Gefaßtheit hier geherrscht hat angesichts der Spannungen in der Welt. Bei uns sind die vorsorglichen Lebensmitteleinkäufe geringer gewesen als zu früheren Zeitpunkten großer Spannungen in der Welt; soweit mir berichtet worden ist, beinahe weniger als irgendwo sonst in der Bundesrepublik oder im Ausland.

Durch diese politische Entwicklung ist zugleich auch die Diskussion um die Möglichkeit eines Visums auf der Autobahn und um die Volksbefragung in den Hintergrund getreten und hat im Augenblick keine akute Bedeutung mehr.

Auf den Menschen lastet aber unverändert die Tatsache, daß sie auch in diesem Jahre, 15 Monate nach dem 13. August, zu Weihnachten wieder nicht ihre Familienangehörigen im Ostsektor sehen können. Hier sind wir bemüht, Möglichkeiten zu erspähen, wie man [ein] Tor in die Mauer brechen kann, aber im Augenblick ist der Bevölkerung noch keine Hoffnung zu machen, und wir vermeiden es auch nach Möglichkeit, darüber zu sprechen, um nicht neue Enttäuschungen zu bereiten, wenn es doch nicht zustande kommen sollte.

Zum zweiten Teil darf ich sagen, daß wir mit der wirtschaftlichen Entwicklung im ganzen voll zufrieden sein können. Wir haben mit einer Arbeitnehmerzahl, die um 60.000 geringer ist als im Vorjahre – weil die Grenzgänger nicht mehr kommen können –, eine um einige Prozent erhöhte Industrielleistung vollziehen können. Wir haben mit anderen Worten den Verlust der Ost-Grenzgänger voll ausgeglichen und den Ertrag unserer Arbeitsleistung pro Kopf der Bevölkerung noch gesteigert und auch in der absoluten Zahl das Ergebnis des Vorjahres übertroffen. Wir haben gegenwärtig 30.000 freie Arbeitsplätze bei rund 8.000 Arbeitslosen.

90 Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. Februar 1963: SPD 61,9 %, CDU 28,8 %, FDP 7,9 %, SED-W 1,3 %. Willy Brandt (SPD) bildete eine Regierung aus SPD und FDP (FISCHER 1 S. 372–374).

Wir beschäftigten uns mehr und mehr mit dem Gedanken, fremde Arbeitskräfte nach Berlin zu bringen, was für uns natürlich noch schwerer ist als für die Landesteile in der Bundesrepublik.

Wir kommen in akute Schwierigkeiten in Berlin auch auf dem Baumarkt. Beim öffentlichen Hochbau, dessen Volumen etwa bei 100 bis 130 Millionen jährlich liegt, können wir, obwohl das Geld vorhanden ist, unsere Planungen nicht mehr ausführen.

Wir kommen in der Bauverwaltung nicht mit, weil wir nicht genügend Techniker und Architekten haben, um die Pläne auszuarbeiten. Wir kommen aber auch mit den fertigen Plänen nicht ohne weiteres weiter, weil sich die Grenze der bauwirtschaftlichen Kapazität erweitert.

Der Senat hat in der letzten Woche eine Liste von Projekten aufstellen lassen, die für das Jahr 1964 nicht mehr geplant werden dürfen, was uns natürlich in kulturellem Bereich in Schwierigkeiten bringt, weil wir eine Reihe von Instituten hier bauen wollen, für die konkrete Pläne vorliegen, ohne daß wir jetzt schon sagen können, wann der Bau ausgeführt werden kann. Wir sind beauftragt worden, eine neue preußische Staatsbibliothek zu errichten. Wir müssen heute schon damit rechnen, daß das sieben bis acht Jahre dauern kann, ehe sie fertig wird.

Das ist nach der einen Seite, was die Beschäftigung anlangt, ungemein erfreulich; es ist auch erfreulich, daß die Mittel zur Verfügung stehen, aber es zeigen sich hier doch gewisse Grenzen, die Arbeiten zu verwirklichen. Hier kann man glücklicherweise feststellen, daß es nicht daran liegt, weil wir etwa Arbeitskräfte über das, was an Grenzgängern weggeblieben ist, hinaus verlieren. Im Gegenteil, wir haben erleben können, daß im Jahre 1962 im ganzen mehr Arbeitskräfte nach Berlin aus der Bundesrepublik gekommen sind als abgewandert sind, darunter viel mehr Männer als Frauen, glücklicherweise auch mehr jüngere Kräfte. Wir haben per saldo insoweit eine Verbesserung unserer sozialen Struktur erreicht. Das Bild ist um so erfreulicher, als wir mindestens 15.000 Menschen im ersten Halbjahr 1962 mehr in Berlin hätten aufnehmen können – weil sie sich darum beworben haben –, wenn wir genügend Wohnraum gehabt hätten. Das können wir aber trotz des Baues von 20.000 Wohnungen im Jahr nicht machen. Der Mangel an Wohnungen ist Anlaß, daß wir den Zuzug bremsen müssen.

Insofern ist die eine Sorge, Herr Bundeskanzler, die wir unmittelbar nach dem 13. August gehabt haben, im wesentlichen behoben, wenn wir auch noch nicht fertig werden mit dem Sterbeüberschuß von tausend Menschen im Monat. Wir verlieren 12.000 Menschen im Jahr allein durch Sterbeüberschuß. Das können wir noch nicht ausgleichen. Deshalb bleibt das Gebot bestehen, junge Menschen möchten nach Berlin kommen.

Das Ehestandsdarlehen hat sich in Berlin als außerordentlich wirksam erwiesen. Es ging uns so, daß wir am Sonnabend, dem begehrten Heiratstag, keinen Termin beim Standesamt zur Verfügung stellen konnten, weil der Andrang so stark gewesen ist, so daß sich die wirtschaftlichen Maßnahmen aufgrund der Juli-

Gesetze⁹¹ noch nicht haben auswirken können. Das mag einmal daran liegen, daß die Ausführungsbestimmungen zu den Juli-Gesetzen erst kürzlich ergangen sind. Es mag aber auch daran liegen, daß die Wirtschaft eine gewisse Zurückhaltung bei den Investitionen übt, jedenfalls ist sie nicht über das hinausgegangen, was sie sonst in den vergangenen Jahren getan hat. Auch von den Investitionsprämien hat sie bisher nur in dem Umfang Gebrauch gemacht, wie wir es in den vergangenen Jahren schon erlebt haben. Es ist bisher noch keine Vermehrung eingetreten. Man kann auch hier und da beobachten, daß mancher Vorstand einer Bank usw. lieber in Ulm als in Berlin tagt. Das wird sich vielleicht nach der Beilegung der Kuba-Krise wieder ändern.

Zur kulturellen Entwicklung möchte ich darauf hinweisen, daß wir auch mit unserer Freien Universität keine besseren Erfahrungen machen als jetzt mit den Erklärungen der Professoren aus Bonn und Tübingen. Nur betrachte ich es schon als einen ungeheuren Fortschritt der geistigen Situation unserer Stadt, daß es keine „Spiegel“-Demonstrationen gegeben hat, wie sich auch unsere Presse in der „Spiegel“-Affäre nicht übermäßig einseitig engagiert hat. Sicher hat sie in den großen Chor mit eingestimmt, aber sie hat doch – verglichen mit anderen Presseorganen – eine gewisse Zurückhaltung geübt. Es hat auch keine Studentendemonstrationen gegeben und keine Professoren-Erklärungen. Aber das ändert nichts daran, daß die Universität hier in ihrem Lehrkörper und in ihren Studenten einen Schlag nach links hat, der auch begünstigt wird durch CDU-Professoren.

Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen in diesen Tagen den Aufsatz des Professors von der Gablentz gelesen hat in der „Zeit“.⁹² Er macht uns seit langem Kummer; wir müssen uns auch mit anderen Artikeln beschäftigen. Ich nenne ihn nur als Beispiel dafür, daß auch unsere CDU-Freunde heftige Kritik an den eigenen Männern üben.

Ich nenne als weiteres Beispiel den Einbruch der SPD in den Bereich der katholischen Organisationen. Dazu gehört auch, daß sich hier die Universität einen ebenso katholischen wie sozialdemokratischen Rektor gewählt hat.⁹³ Der Mann ist z. B. bei Kressmann⁹⁴ Parteirichter, und auf der anderen Seite ist er ein wirklich

91 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) und des Steuererleichterungsgesetzes für Berlin (West), 26. Juli 1962 (BGBl I S. 481); Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West), 26. Juli 1962 (EBD. S. 492); Neufassung des Gesetzes über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West), 26. Juli 1962 (EBD. S. 501).

92 Dr. Otto Heinrich von der Gablentz (1898–1972), Mitgründer der CDU Berlin, 1955–1959 Leiter der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin (1948 Leiter der Abteilung Theorie der Politik), 1959 o. Professor an der Freien Universität Berlin, 1965 Austritt aus der CDU. – DERS.: „Gefangene der Vergangenheit“ in „Die Zeit“ vom 16. November 1962.

93 Dr. Ernst Heinitz (geb. 1902), 1952–1970 Professor für Straf- und Arbeitsrecht an der FU Berlin, 1961–1963 Rektor.

94 Willy Kressmann (1907–1986), 1947–1949 Magistratsdirektor im Versorgungsamt Berlin, 1949–1962 Bürgermeister in Berlin-Kreuzberg, 1963 Austritt aus der SPD.

gläubiger Katholik, der aus Erlangen gekommen ist und als ein Maßgebender unserer Universität angesehen wird.

Wir sind froh, wenn ein Mann wie der Botschafter Conant⁹⁵ sich entschließt, für ein Jahr nach Berlin zu kommen, um das Pädagogische Zentrum einzurichten. Wir von der CDU sind nur in Sorge, daß auch das gerade unter seiner Ägide sehr linksliberal vor sich gehen wird. Um so besser aber ist es, wenn es nicht so sein sollte.

Ich muß einiges sagen über das Verhältnis der CDU zur evangelischen Kirche in Berlin, wie überhaupt das Verhältnis der evangelischen Kirche zur Politik in Berlin. Ich habe folgendes Erlebnis gehabt: Da ich zuständig bin für kirchliche Angelegenheiten, hat mir das Konsistorium der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg mitgeteilt, sie hätten den einstimmigen Beschluß gefaßt, wir möchten in diesem Jahr keine Weihnachtsbäume in der Nähe der Mauer aufstellen und darauf verzichten, dort Lichter anzubringen. Das wäre ein Mißbrauch christlicher Symbole, der von der Bevölkerung in Ost-Berlin völlig abgelehnt würde. Nun sind wir ein wenig anders darüber unterrichtet, was die Menschen von uns erwarten. Wir können ihnen nicht viel bieten, aber sie sollen an Weihnachten und in den Tagen davor wenigstens ein Zeichen von uns haben. Wir sind sicher, daß sie es begrüßen, wenn entlang der Mauer an geeigneten Stellen Bäume so aufgestellt werden, daß sie hinüberleuchten.

Ich habe das dem Konsistorium gesagt, und der Senat hat sich meiner Auffassung angeschlossen. Aber ein paar Tage später kam der Hintergrund dieser Sache zum Vorschein. Der Generalsuperintendent⁹⁶ für West-Berlin hat angekündigt, er wolle eigens Schritte in Ost-Berlin unternehmen, um Passagierscheine für Weihnachten zu erreichen. Wir sollten dafür den Preis zahlen, keine Bäume an die Mauer zu stellen. Nun war das ganze Unternehmen von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Eine Rückfrage bei mir über das Büro, ob er so etwas tun solle, ist damit beantwortet worden, er möchte es auf alle Fälle unterlassen, denn er würde nur unsere Bemühungen dadurch stören. Er hat es aber nicht unterlassen, sondern trotzdem getan, bekam aber von der kommunistischen Zeitung „Neues Deutschland“⁹⁷ am nächsten Morgen eine öffentliche Ohrfeige, indem sie den Gedanken an Passagierscheine weit zurückgewiesen hat, und zwar wiederum mit der Folge, daß unsere Bemühungen dadurch eine Störung erfahren, weil sich hier politische Funktionäre im „Neuen Deutschland“ geäußert haben und vielleicht nicht genau im Bilde sind, was andere Funktionäre besprechen.

Ich bin vom Konsistorium gebeten worden, zum 60. Geburtstag von Präses Scharf⁹⁸ – wie übrigens auch unsere Freunde von Eckardt und Lemmer – eine

95 Dr. James Bryant Conant (1893–1978), amerikanischer Politiker; 1955–1957 Botschafter in Bonn. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 307 Anm. 29.

96 D. Hans-Martin Helbich (1906–1975), 1956–1961 Dekan in Coburg/Ofr., 1961–1975 Generalsuperintendent für West-Berlin.

97 „Neues Deutschland“ vom 15. November 1962 „Durchsichtig“.

98 Dr. D.D.D. Kurt Scharf (1902–1990), evangelischer Theologe; 1945–1966 Präses der Brandenburgischen Bekenntnissynoden und Probst für Brandenburg und Berlin-Brandenburg, 1961–1967 Ratsvorsitzender der EKD. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 707 Anm. 18.

Ansprache zu halten. Wenige Tage vor dem Geburtstag erschien der Konsistorialpräses bei jedem einzelnen von uns, um uns zu bitten, von einer Ansprache Abstand zu nehmen. Man möchte nicht, daß Vertreter West-Berlins offiziell bei der Gratulation von Präses Scharf auftreten; man müsse auch noch an andere Dinge denken. Ich weiß nicht, ob noch die Absicht oder die Hoffnung besteht, den Präses Scharf nach Ost-Berlin zu bringen. Wir sind aber in aller Form davon ausgeladen worden. Man hat es uns – jedenfalls mir – in der Form gesagt, es sei ein kaltes Büfett da, und dabei könne man ja reden. Ich habe den Herren sagen lassen, ich betrachtete diesen Vorschlag als eine Verleugnung der hier zuständigen Staatsautorität; damit würde man überhaupt nichts gewinnen, auch nicht in Ost-Berlin.

Ich sage es hier, weil wir bei diesen Dingen wahrnehmen müssen, daß in einem Teil des evangelischen Bereichs, insbesondere beim Konsistorium, eine Politik der Nichtpolitik getrieben wird, sich nämlich völlig freizuhalten, mit uns eine Verbindung aufzunehmen. Das wird nicht überall gebilligt, aber hier geht eine Saat auf, die in der evangelischen Akademie Berlin unter Müller-Ganglof⁹⁹ ausgesät worden ist. In diesen Tagen hat er in einem Aufsatz geschrieben, die Wiedervereinigung sei tot. Ost-Berlin solle man nicht zu einem Rammbock machen, sondern zu einem Brückenkopf. Hier haben wir das, was sich heute politisch gefährlich auswirkt.

Die SED hat eine Organisationsänderung vorgenommen. Nach dem Entwurf des Parteistatuts für die Ost-SED kann dort Mitglied künftig nur sein, wer Bürger der DDR ist.¹⁰⁰ Schon bevor dieses Parteistatut im Januar beschlossen werden wird, hat sich eine neue SED West-Berlin konstituiert, und zwar mit einer neuen Satzung, und sie hat deutlich gemacht, daß sie sich trennt. Sie hat angemeldet, daß sie sich hier an der Wahl beteiligen will. Wir geben ihr dazu jede Möglichkeit. Wir müssen ihr leider die Schulräume zur Verfügung stellen, weil sie sonst keine Versammlungsräume bekommt. Kein Gastwirt in Berlin gibt ihr einen Raum. Sie bekommt auch nicht den Sportpalast. Aber wir dürfen uns nicht vorwerfen lassen, daß sie keine Chancengleichheit bekommen habe. Sie bekommt keine Minute im Fernsehen. Wir sagen, daß sie im Ost-Fernsehen mehr Möglichkeiten hat als hier.

Mit der SPD wird die Auseinandersetzung aus äußerem Grund schon deshalb schwer, weil sie über viel mehr finanzielle Möglichkeiten verfügt als wir. Sie hat im Oktober das SPD-Treffen¹⁰¹ hier veranstaltet, das allein DM 300.000,- gekostet hat. Wir wären froh, wenn wir so viel überhaupt für den Wahlkampf hätten. Sie verbindet solche Tagungen mit einer sehr umfangreichen Propaganda, auch mit Treffen von Künstlern und Wissenschaftlern, wozu sie Kräfte einlädt, die nicht Sozialdemokraten sind. Es gibt eine Reihe deutscher Professoren, die auch solche Vorträge übernehmen.

99 Dr. Erich Müller-Ganglof (1907–1980), 1952–1969 Leiter der Evangelischen Akademie Berlin.

100 Entwurf vom 13. Oktober 1962 (AdG 1962 S. 10184 f., hier S. 10185).

101 Berlin-Treffen der deutschen Sozialdemokraten vom 19. bis 21. Oktober 1962 in Berlin. Unterlagen in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION.

Damit wird erreicht, daß die Zuhörer, die zu einer solchen Veranstaltung des Themas wegen gehen, nun meinen, der Redner sei in der SPD und nun ihre eigenen Bedenken gegen eine Mitgliedschaft in der SPD zurückstellen.

Es finden auch eine Reihe von bürgerlichen Zusammenkünften statt, die im Hintergrund – vielmehr als im Vordergrund – deutlich werden lassen, daß das sozialdemokratische Veranstaltungen sind. Und dahinein wird ein ungeheures Geld gepumpt. Man lädt die Feuerwehr, die Polizei usw. zum Essen ein. Es werden keine politischen Reden gehalten. Dafür ist aber reichlich Geld vorhanden. Das macht natürlich unseren Ausgangspunkt nicht leichter.

Die FDP existiert bei uns nur mit einer Stärke zwischen 4 und 5 %, man kann sagen 4,5 %. Wir sind in großer Sorge, daß gerade die jüngsten Ereignisse einen gewissen Einfluß darauf haben könnten, daß mancher wieder FDP wählt, der bisher uns seine Stimme gegeben hat. Wir haben jedenfalls Meinungsäußerungen aus den eigenen Reihen vorliegen, daß man aufgrund der jüngsten Vorkommnisse im Bundestag nicht mehr CDU wählen könne. Wir haben es auch in der Tat nicht leicht, bei unserer eigenen Industrie – trotz des Essens, das wir veranstaltet hatten – an Geld heranzukommen. Es ist geradezu ausgeschlossen, von den großen Firmen Geld für die CDU zu bekommen. Einige sind zuweilen noch bereit, etwas Geld für uns zu geben, wenn es nur nicht unter dem Namen CDU geschieht, obwohl die Industrie aufgrund der neuen Berlin-Referenzen¹⁰² zusätzlich Millionen verdient. Insofern ist das für uns höchst bedauerlich.

Zum Beispiel hat das Berliner Fernsehen den Versuch unternommen, uns völlig auszuschalten von der Werbesendung. Es hat erklärt: Wir haben niemals unsere Sender für Wahlpropaganda zur Verfügung gestellt. Das wollen wir auch in diesem Jahr nicht tun. – Man war sich darüber klar, daß durch die täglichen Ereignisse in Berlin Herr Brandt sowieso immer wieder im Fernsehen erscheint. Nun sind wir aber nach langen Verhandlungen soweit, daß insgesamt zehn Sendungen zu je fünf Minuten ausgestrahlt werden, sechs für die SPD und vier für die CDU. Das haben wir also durchsetzen können.

Wir haben dann einen Antrag auf Einführung der Briefwahl gestellt. Er ist mit fadenscheinigen Gründen von der SPD abgelehnt worden. Alle Zeitungen haben auch das Verhalten der SPD verurteilt, daß sie mitten in der Wintersportzeit keine Briefwahl zulassen will.

Wir haben dann sofort einen Antrag gestellt nach hessischem Muster und haben die SPD vor eine neue Frage gestellt. Und in dieser Situation hat sie – gegen unsere Erwartung – zugestimmt. Es wird am Sonntag vor der Wahl bei uns also eine Vorauswahl geben. Die Aussichten sind geschätzt worden in der „Bild“-Zeitung vor

102 In der Vorlage: Berlin-Referenten. – Gemeint sind die Umsatz- und Einkommens- bzw. Lohnsteuerpräferenzen, die in den Berlin-Gesetzen (vgl. Anm. 91) zur Förderung der Berliner Wirtschaft festgelegt waren. Vgl. Heinz STARKE u. a.: Haushaltsreden 1962 bis 1966 S. 36 f.

etwa einer Woche aufgrund von Befragungen, die sie angestellt haben will: 60 % SPD, 25 % CDU. Davon glaube ich kein einziges Wort, weil wir selbst unsere Befragungen durchgeführt haben. Wir rechnen damit, daß die SPD etwa 53 bis 54 % bekommen wird. Wir hoffen, daß sie 2 % verliert und daß wir zu unseren 38 % einige Prozent dazu gewinnen werden. Aber wir erleben ja an dem Beispiel der „Bild“-Zeitung, aber auch bei anderen Zeitungen, daß schon allein auf diese Weise Propaganda gegen die CDU getrieben wird. Sie haben sogar so stark übertrieben, daß manche Wähler sich sagen, wir müssen der CDU helfen.

Mit Ausnahme von zwei nicht übermäßig großen Blättern in Berlin ist die gesamte Presse im wesentlichen auf Herrn Brandt eingeschworen. Die BZ bringt jeden zweiten Tag neue Bilder von ihm. Die BZ hat eine Auflage von über 300.000 Exemplaren. Dazu kommen die „Bild“-Zeitung und die „Morgenpost“ mit ihren Massenauflagen. Wir haben nicht die gleiche Strahlungsmöglichkeit. Insofern hat die SPD drei objektive Merkmale eines gewissen Voraus im Wahlkampf. Das ist zunächst die Person des Herrn Brandt. Wir haben festgestellt, daß seine Abwesenheit keinen nachhaltigen Eindruck auf die Meinung der Bevölkerung ausübt. Sie erwartet einfach, daß der Mann reist und für Berlin immer unterwegs ist. Wir haben aber auch umgekehrt festgestellt, daß in sozialdemokratischen Kreisen schimpfende Fragesteller, die gegen den Bürgermeister Amrehn auftreten, zurückgewiesen werden. Die Berliner lassen sich eine persönliche Polemik gegen die beiden Bürgermeister nicht gefallen. Von den entgegengesetzten Parteirichtungen werden die Bürgermeister jeweils in Schutz genommen. Das ist eine wichtige Erkenntnis für die Art des Wahlkampfes.

Die SPD hat 2. als Voraussetzung das Geld und 3. eine ganz eindeutige Bevorzugung durch Fernsehen, Rundfunk und Presse. Trotzdem führen wir unseren Wahlkampf nach wie vor unter der Devise durch, daß wir die Mehrheit haben und den Regierenden Bürgermeister stellen wollen; wenn wir uns auch darüber im klaren sind, daß ein solches Ziel einstweilen nicht erreichbar ist. Es kommt aber darauf an, eine Art Vorauswahl auch für die künftige Bundestagswahl zu führen; denn Herr Brandt kämpft hier nicht nur um die Mehrheit, sondern auch um den Trend nach oben. Insofern ist die Wahl in Berlin vielleicht mehr als je zuvor zugleich eine Sache der Bundespartei, als sie nämlich dazu beitragen kann, diesen Trend nach oben bei der SPD zu verhindern oder wenigstens einzudämmen. Das wäre schon recht bedeutsam.

Die Koalitionsfrage nach der Wahl wird im Wahlkampf nicht angeschnitten; denn wir wollen siegen und uns die Entscheidung über die Koalition vorbehalten. Im übrigen lassen wir durchaus offen, ob die CDU nach der nächsten Wahl in die Opposition geht.

Ich möchte im einzelnen auf Wahlgargumente jetzt nicht eingehen, sondern nur die Argumente, die zum ersten Mal in den Fragen der Außenpolitik bei uns eine Rolle spielen, auf einen Nenner bringen. Hinsichtlich der Klarheit und Unklarheit gibt es eine Fülle von Einzelargumenten seit August und September. Diese kleinen Gegensätzlichkeiten, die wir nun sehen konnten, werden für uns nicht dadurch erleichtert, daß wir nach außen sagen, daß die Einheit zwischen der Meinung des Bundeskanzlers

und der des Regierenden Bürgermeisters Brandt in vagen Beziehungen bestehe. Das wird von Herrn Brandt immer wieder betont. Das ist zwar für die Haltung nach draußen gut, aber es gilt zugleich auch, gewisse Differenzen, die vorhanden sind, zu überbrücken. Wir müssen den Eindruck vermeiden, als würden wir unnötigerweise Schwierigkeiten machen. Wenn uns aber, wie in den letzten Wochen, wiederholt vorgeworfen wird, wir seien bemüht, in jeder Äußerung von Brandt einen Angelhaken zu finden, dann werden wir im Wahlkampf deutlich Stellung dazu nehmen.

Adenauer: Wir sind Ihnen sehr dankbar, für diese umfassende Übersicht. Wir wissen, daß unsere Leute hier auf einem sehr schweren Posten stehen. Wir wünschen Ihnen von Herzen alles Gute.

BERUFUNG EINER KOMMISSION ZUR WEITERBERATUNG DES GUTACHTENS VON RAINER BARZEL IN AUSFÜHRUNG EINES BESCHLUSSES DES BUNDESPARTEITAGES 1962

Dufhues: Es sind noch zwei Fragen zu behandeln. Sie wissen, daß der Bundesparteitag in Dortmund die Schrift unseres Parteifreundes Barzel behandelt hat. Der Arbeitskreis III des Bundesparteitages hat seinerzeit empfohlen, man möge eine Kommission wählen, die sich mit der Vertiefung der Probleme befassen soll, die durch die Schrift von Barzel angeregt worden sind. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, eine solche Kommission zu bilden, und zwar unter meinem Vorsitz und dazu folgende Mitglieder: Barzel, Even, Martin und Stoltenberg. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen.

Adenauer: Ich stelle das fest.

VERSCHIEDENES

Dufhues: Wir haben uns im Präsidium darüber unterhalten, ob es sich empfiehlt, bereits im Jahre 1963 einen Bundesparteitag durchzuführen. Es würde aber der bisherigen Übung entsprechen, im nächsten Jahr den Parteitag ausfallen zu lassen. Wir schlagen deshalb vor, im Jahre 1963 keinen Bundesparteitag durchzuführen, aber um so sorgfältiger den Bundesparteitag für 1964 vorzubereiten.

Adenauer: Ich schlage Ihnen vor, dem zuzustimmen; es sei denn, daß irgendwelche unerwarteten Ereignisse eintreffen, die uns zwingen, einen außerordentlichen Parteitag abzuhalten. – Ich stelle fest, damit sind Sie einverstanden.

Wir wollen noch Herrn Amrehn danken, der ein hohes Verdienst hat wegen der ganzen Vorbereitung.

Damit sind wir mit der Tagesordnung fertig. Die meisten von Ihnen werden gleich in die Versammlung gehen. Sie ist sehr wichtig. Ich danke Ihnen und sage Ihnen: auf baldiges gutes Wiedersehen!

8

Bonn, Montag 3. Dezember 1962

Sprecher: Adenauer, Albers, Barzel, Blank, von Brentano, [Dollinger], Dufhues, Fricke, Gerstenmaier, Gurk, von und zu Guttenberg, Hellwig, Katzer, [Lemke], Lücke, Meyers, Röder, Scheufelen, Schmücker, Strauß, Struve, [Wacher], Wuermeling.

Koalition mit SPD oder FDP; Wahlrechtsänderung.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: gegen 15.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren, zunächst ein Wort der Entschuldigung. Das Präsidium der CDU hatte eine Vorbesprechung, die um 9 Uhr begann und nicht gerade unerregt verlief.¹ Aber sie war auch insofern für Sie von Bedeutung, als ich glaube, daß der Verlauf dieser Aussprache uns hier leiten wird, ruhig – möglichst ruhig – zu bleiben. Wir haben dann im Laufe des Tages um 15 Uhr hier schon wieder eine Sitzung des Vorstandes der Fraktion und um 19 Uhr eine Sitzung der Fraktion. Was dann von uns übriggeblieben ist, das wird sich zeigen.

Ich darf feststellen, daß sich entschuldigt haben die Herren Altmeier, Bitter², Dichtel, Seebohm, Kiesinger und Frau Jochmus. In Vertretung von Herrn von Hassel ist Herr Lemke hier.

Ehe ich Herrn Dufhues das Wort gebe, meine Damen und Herren, – nein, ich möchte doch Ihnen zuerst das Wort geben. Bitte, Herr Dufhues.

KOALITION MIT SPD ODER FDP; WAHLRECHTSÄNDERUNG

Dufhues: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich betrachte es durchaus als Auszeichnung, diese Diskussion einleiten zu dürfen, so schwer es sein wird, die rechten Worte zu finden und die Akzente richtig zu setzen.

Aus der Presse des heutigen Morgens, nicht zuletzt aus den Schlagzeilen, wissen Sie, vor welcher entscheidenden Frage die Politik der Christlich-Demokratischen Union steht. Sie werden zunächst Berichte entgegennehmen, wahrscheinlich des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Lücke und anderer Parteifreunde. Ich will diesen Berichten keineswegs vorgreifen; aber es sei mir gestattet, einen Gedanken an die Spitze der heutigen Beratung, an den Anfang sehr ernster Überlegungen zu stellen.

¹ Ergebnisprotokoll in ACDP VII-001-053/1.

² Wilhelm Bitter (1886–1964), Verleger; Mitgründer und Bundes- bzw. Ehrenvorsitzender der KPV. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 132 Anm. 99.

Die Christlich-Demokratische Union steht vor der Frage, ob sie unter Voraussetzungen, über die zu sprechen sein wird, in der Lage und bereit ist, ernsthaft eine Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei zu prüfen. Niemand erkennt mehr als ich die ungewöhnliche psychologische Schwierigkeit, die für die Christlich-Demokratische ebenso wie wahrscheinlich für die Christlich-Soziale Union darin besteht, in und aus einer Situation der Schwäche solche Verhandlungen zu führen. Ich gehöre zu denen, die mit allem Ernst, mit aller Kritik, darauf hingewiesen haben, daß gerade der gegenwärtige Zeitpunkt, die gegenwärtige Situation – sowohl der Christlich-Demokratischen Union wie auch die allgemeine politische Situation in Deutschland – eine sehr schwere und ernste Belastung solcher Möglichkeiten und Erwägungen sind.

In diesem Kreise würde sicherlich niemand bereit sein, solche Verhandlungen jetzt aufzunehmen, wenn nicht zugleich eine Frage zur Diskussion stünde, die sich jeder von uns stellen muß, der sich über das rein parteipolitische Denken hinaus der Zukunft unseres Vaterlandes, der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und des gesamten Deutschland verpflichtet fühlt. Die damit verbundene Frage kann für die Stabilität und die Stabilisierung der Faktoren deutscher und europäischer Politik von entscheidender Bedeutung sein. Wir haben aus der Presse entnehmen können und werden sicherlich wissen, daß mit den Überlegungen, ob ernsthaft eine Koalition mit der SPD geprüft werden kann, die Frage verbunden sein soll, ob wir unser Wahlrecht ändern, und zwar durch die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechtes. Diese Frage hat nicht den Rang einer normalen gesetzlichen Maßnahme. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: Das, was die Thronfolgeordnung für die Monarchie ist, ist für die Demokratie das Wahlrecht. Diese Thronfolgeordnung der Demokratie hat die entscheidende Aufgabe, die Stabilität der politischen Verhältnisse auf die Dauer zu sichern.

Nun setze ich meinen Gedanken fort: Um die Stabilität und die Stabilisierung unserer politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik, in Europa, aber auch innerhalb der Christlich-Demokratischen und – Herr Strauß, wenn ich das sagen darf – auch der Christlich-Sozialen Union gehen unser aller Gedanken in diesen und den kommenden Tagen und Jahren. Diese Stabilität wird bis in die Gegenwart hinein bewahrt und entscheidend und maßgebend gewährleistet und verbürgt durch die Persönlichkeit eines Mannes, dem die Geschichte bereits jetzt den Rang eines Staatsmannes einräumt und das in künftigen Jahren verstärkt tun wird.

In den Zeiten des Überganges, in den Zeiten, die in der Geschichte sehr oft durch Diadochenkämpfe und Streitigkeiten der Beteiligten gekennzeichnet sind, kommt es entscheidend darauf an, institutionelle Einrichtungen zu schaffen, die sich als Faktor der Stabilität und der zunehmenden Stabilisierung erweisen. Für mich ist ein Wahlrecht ein solcher entscheidender Faktor der Stabilisierung und Stabilität, wenn dieses Wahlrecht dazu führt und dazu führen kann, die Kräfte zusammenzuführen, die Kräfte zu integrieren, die Kräfte zusammenzufassen, die ohne einen solchen Zwang auseinanderfließen können.

Deshalb bitte ich, meine lieben Parteifreunde, frei von Voreingenommenheit, frei

auch von persönlichen Gesichtspunkten in den Mittelpunkt aller Überlegungen die Frage zu stellen, ob die Einführung eines solchen Wahlrechtes es rechtfertigt, Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über eine Koalitionsregierung mit der SPD zu führen. Niemand wird Ihnen in diesem Kreise vorschlagen, dazu ein vorbehaltloses Ja zu sagen. Jeder wird Ihnen den Rat geben, die damit zusammenhängenden personellen und sachlichen Fragen sehr ernsthaft und sehr kritisch zu prüfen, nicht nur im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik, sondern ganz entscheidend auch im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in den Bereichen, in denen es darum geht, die Stabilität unserer wirtschaftlichen und unserer Währungsverhältnisse zu gewährleisten.

Jeder wird der Meinung sein, daß wir auch die Frage der Einführung eines relativen Mehrheitswahlrechtes sehr sorgfältig und kritisch prüfen müssen. Dabei kann es nicht um die Übernahme eines Schemas gehen, sondern es muß ein relatives Mehrheitswahlrecht sein, das irgendeinen Zwang zum Zweiparteiensystem, zur Zusammenführung der Kräfte, die bei uns stehen, gewährleistet. Es muß gleichzeitig ein relatives Mehrheitswahlrecht sein, das uns – um ein Stichwort aufzugreifen – durch die Einführung einer Ergänzungsliste die Möglichkeit gibt, über die Stände und Gruppen, auch über die Landsmannschaften und die Konfessionen hinaus in allen sozialen Ständen, in allen Konfessionen, in allen Bereichen – einschließlich der Vertriebenen – die tragenden Kräfte der Christlich-Demokratischen Union zur Geltung zu bringen. Das sind Fragen, die von Wissenschaftlern zu diskutieren sind. Ein Gutachten hierzu ist bereits zu der Zeit erstattet worden, als ich noch Innenminister war.³ Dort hat man diese Dinge bereits überlegt. Diese Fragen sollen Gegenstand ernsthafter Diskussionen sein.

Meine einleitenden Worte können nur das Ziel verfolgen, zu einer sehr ernsthaften und sachlichen Diskussion aufzufordern, gleichzeitig zu einer Versachlichung dieser Diskussion, die dem Ernst und der Bedeutung der Stunde, aber auch der Verantwortung für die Zukunft, der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union entspricht. *(Beifall.)*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich wage gar nicht anzufangen mit der Frage der Vertraulichkeit unserer Besprechung heute. Aber Sie werden aus den Worten des Kollegen Dufhues gehört haben, daß es sich um Fragen von ungewöhnlicher Bedeutung für unsere Partei und für unser Land handelt. Daher glaube ich, daß jeder von uns in seiner eigenen Brust davon überzeugt sein muß, daß er in dem, was er weitergibt, die Interessen des Landes und der Partei wahrt. Damit will ich nicht gesagt haben, meine verehrten Damen und Herren, daß nun jeder nach freiem Ermessen nach draußen sprechen soll, sondern wenn der Versucher herantritt, wenn er fragt: dann bitte daran denken.

Die Tage des letzten Monats waren so verwirrend, daß ich glaube, mit einem Kalendarium beginnen zu sollen. Am 27. Oktober wurde der Besitzer des „Spiegel“,

3 Materialien in ACDP VII-003-080/1.

Augstein, wegen Landesverrats verhaftet. Es wurden gleichzeitig einige andere Angestellte des Verlages verhaftet. Es spielte dabei die Verhaftung in Spanien herein; aber von dieser Verhaftung möchte ich nicht sprechen. Auch von den Begleitumständen will ich nicht sprechen; denn das spielt bei alledem keine entscheidende Rolle.

Am 7. November war die erste Fragestunde im Bundestag. Am 19. November war die Tagung der FDP in Nürnberg⁴, bei der der Bruch der Koalition beschlossen wurde, auch wenn man das Wort „Bruch“ vermied. Die gleichzeitige Zurückziehung sämtlicher FDP-Minister bedeutet einen Bruch der Koalition. Gestern vor acht Tagen fand die Wahl in Bayern statt.⁵ Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Beschluß der Versammlung der FDP – der Fraktion und des Parteivorstandes – am 19. November in Nürnberg in unmittelbarem Zusammenhang mit der Landtagswahl in Bayern gesehen werden muß.

Wir hatten dann am 27. November eine Sitzung der Bundestagsfraktion.⁶ Es wurde dort einstimmig beschlossen, mich mit der Führung von Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung zu beauftragen, und zwar ohne Bindung nach der einen oder der anderen Seite hin. Mit anderen Worten: Ich erhielt von der Fraktion den Auftrag, sowohl mit der FDP wie mit der SPD zu verhandeln.

Am 29. November habe ich den Versuch gemacht, mit der FDP zu verhandeln. Die Anregung für die Form kam nicht von mir, aber ich fand sie sehr gut: Wir hatten gedacht, daß die Verhandlungskommission der FDP und die Verhandlungskommission, die man mir seitens der CDU/CSU beigegeben hat, zuerst zusammen zu Abend essen – in Gestalt eines Arbeitsessens – und daß wir dann darüber in Verhandlungen hineinkämen. Die FDP teilte dann mit, daß sie sich mit Herrn Strauß nicht an einen Tisch setzen würde. Es ergab sich das sonderbare Schauspiel, daß wir von der CDU und CSU in dem einen Raum am weißen Tisch saßen und daß die Verhandlungskommission der FDP an einem nicht weißen Tisch im Nebenraum saß. Wir von der CDU/CSU haben beschlossen, trotz dieses Affronts, der darin lag, die Verhandlungen mit der FDP-Kommission aufzunehmen.

Dann ist folgendes zu vermerken: Heute vor einer Woche, am 26. November, hat Herr Kollege Lücke ein Gespräch mit Herrn Wehner gehabt über die Möglichkeiten einer Bildung einer Koalition zwischen uns und der SPD.⁷ Er hat diese Verhandlung mit Herrn Wehner ohne mein Wissen gehabt. Er hat mir aber darüber an einem der

4 Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der FDP am 19. November 1962 in Nürnberg. Druck in: FDP-Bundesvorstand S. 372–382.

5 Am 25. November 1962: CSU 47,9 % (108 Sitze), SPD 35,0 % (79), FDP 6,0 % (9), GDP 5,1 % (-), BP 4,6 % (8). Alfons Goppel (CSU) wurde Ministerpräsident. Vgl. FISCHER 1 S. 229–231.

6 Protokoll in ACDP VIII-001-1009/2; Rainer BARZEL: Geschichten aus der Politik. Persönliches aus meinem Archiv. Frankfurt/M. 1987 S. 63 f.

7 Vgl. auch zum Folgenden Klaus GOTTO: Der Versuch einer Großen Koalition 1962 in: BLUMENWITZ 2 S. 316–338, hier S. 320; SOELL S. 735–765; KLOTZBACH S. 523; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 794–807.

folgenden Tage berichtet. Er selber, der sich alles so gut notiert, mag nachher in seinem Bericht sagen, wann er mir darüber berichtet hat. – Ich habe es jetzt hier: Am 27. November hat Herr Lücke mir von seinem Gespräch berichtet.

Am gleichen Tage hörte ich dann, daß Freiherr zu Guttenberg⁸, der, wie Sie wissen, der CSU angehört, mit Herrn Wehner aus gemeinsamer Arbeit in einem Bundestagsausschuß Beziehungen hätte und daß er auch ein solches Gespräch aufgenommen habe. Über diese Gespräche – der Herren Lücke und zu Guttenberg mit Herrn Wehner – habe ich anderen Herren – abgesehen von Herrn Krone – erst Mitteilung gemacht, nachdem am Freitag der vergangenen Woche in Berlin eine Vorstandssitzung der SPD getagt hatte, die sich mit der Frage der Möglichkeit einer Koalition zwischen der SPD und der CDU/CSU beschäftigt hat.⁹

Heute handelt es sich um folgende Frage: Ob Sie aufgrund der Gespräche Lücke und zu Guttenberg mit den Sozialdemokraten und unter Würdigung der ganzen Situation – sowohl unserer Partei wie der Situation in Deutschland wie überhaupt der außenpolitischen Situation – der Auffassung sind, daß ich etwa am Mittwoch [5.12.] Verhandlungen mit der SPD aufnehme.

Wir hatten mit der FDP bei dem ersten Zusammenkommen abgesprochen, daß heute vormittag die zweite Verhandlung mit ihr stattfinden sollte. Aufgrund dessen, was uns über die Vorstandssitzung der SPD am letzten Freitag berichtet worden ist, habe ich – und die Verhandlungskommission hat dem am Samstag zugestimmt – der FDP mitgeteilt, daß wir uns in unseren Parteigremien über die ganze Situation noch aussprechen müßten und daß deswegen die Verhandlung mit der FDP auf morgen verschoben werden müsse; ich habe vorgeschlagen auf morgen nachmittag.¹⁰

Mit Rücksicht auf die Bedeutung der ganzen Angelegenheit, meine Damen und Herren, sind dann Sie, der Parteivorstand, und das Präsidium der CDU und diejenigen Ministerpräsidenten eingeladen worden, die dem Parteivorstand nicht angehören. Ich freue mich, daß Sie trotz der Kürze der Einladungsfrist so zahlreich hier versammelt sind.

Nun, meine Freunde, man hat von dem, was jetzt bei uns vorgeht, als von einer Regierungskrise, als von einer Staatskrise gesprochen. Ich bin der Auffassung, es handelt sich um eine Vertrauenskrise. Es handelt sich nicht um eine normale

8 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921–1972), 1957–1972 MdB (CSU), 1961–1972 Mitglied des CSU-Landesvorstandes. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 705 Anm. 13; Rudolf MORSEY in ZEITGESCHICHTE 8 S. 123–137; Ulrich WIRZ: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition (Oberfränkische Köpfe 4, hg. von Wolfgang Protzner). Grub am Forst 1997.

9 Vgl. Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 30. November 1962 in Berlin (AdsD, Parteivorstand. Parteirat vom 5. September 1962 bis 28. Juni 1963), in der Ollenhauer und Wehner über die Gespräche seit dem 26. November 1962 berichteten, ohne Verhandlungspartner zu nennen (SPD-Fraktion S. 178 f. Anm. 4).

10 Koalitionsverhandlungen mit der FDP am Dienstag, den 4. Dezember 1962, von 17 bis 21 Uhr. Vgl. FDP-Bundesvorstand S. 384–386; MENDE: Wende S. 67 (hier falsches Datum, jedoch richtiger Wochentag angeben).

Regierungskrise. Aber ich würde bitten, auch nicht den Ausdruck zu gebrauchen, es handele sich um eine Staatskrise. Das würde der ganzen Sache in der Außenwelt doch einen Nimbus verleihen, den sie nicht verdient und den wir ihr auch nicht geben wollen.

Lassen Sie mich hier ein Wort einschieben zu der – so kann ich sie wohl nennen – Angelegenheit des Herrn Kollegen Strauß. Wir haben zu der heutigen Sitzung auch die Herren von der CSU zugeladen. Es sind erschienen: Herr Minister Strauß, Herr Dollinger und Herr Wachter¹¹. (*Zuruf*: Freiherr zu Guttenberg!) Herr zu Guttenberg kommt mehr als Berichterstatter und nicht als Vertreter der CSU hierher. Ich weiß es aber nicht.

Zu der Angelegenheit Strauß möchte ich Ihnen folgendes sagen. Es schwebt noch eine Meinungsverschiedenheit oder eine Auseinandersetzung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsministerium – speziell dem Herrn Strauß – über die Maßnahmen, die mit der Verhaftung des Herrn Ahlers in Spanien zusammenhängen. Mit dieser Frage wollen wir uns hier nicht befassen. Sie ist eine Frage, die zwischen den Ressorts ausgetragen werden muß, die aber nicht von dieser eminent politischen Bedeutung ist, wie das von der Sozialdemokratie und auch von der FDP hingestellt worden ist.

Die Vertrauenskrise! Ausgegangen ist das Ganze von dem Verfahren gegen den „Spiegel“. Dazu möchte ich Ihnen folgendes sagen. Die Politik des „Spiegel“, die schon seit geraumer Zeit zutage getreten ist, ist die folgende: Am Ende soll eine Neutralisierung Deutschlands stehen. Der „Spiegel“ richtet sich gegen die nukleare Bewaffnung – gegen Europas und damit Deutschlands. Kurz und gut: Der „Spiegel“ richtet sich in laufender Folge von Artikeln gegen unsere Außenpolitik, soweit sie das militärische Gebiet betrifft. Die Angriffe gegen Strauß im „Spiegel“ haben mit dem Augenblick eingesetzt, als Herr Strauß die Frage einer nuklearen europäischen Macht energisch in die Hand nahm¹²; übrigens in Übereinstimmung mit dem General Norstad¹³, wenn ich Ihnen das auch sagen darf.

Es kann für mich aufgrund der bisherigen Ergebnisse der Untersuchung kein Zweifel bestehen, daß ein Fall von schwerstem Landesverrat vorliegt. Das Verfahren ist eingeleitet worden gegen Augstein und Genossen von der Bundesanwaltschaft, nicht auf Anzeige des Verteidigungsministeriums; es ist wenige Stunden nach Erscheinen dieses Fallex-Artikels eingeleitet worden. Das Verteidigungsministerium ist darauf

11 Gerhard Wachter (1916–1990), Dipl.-Ing., Landwirtschaftsrat; 1953–1963 MdB (CSU, zuletzt Parlamentarischer Geschäftsführer), 1963–1966 Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 960 Anm. 85.

12 Die Kampagne begann mit dem Artikel „Der Endkampf“ in „Der Spiegel“ Nr. 15 vom 5. April 1961 S. 14–30. Vgl. GROSSER/SEIFFERT S. 48 f.; Detlef BRISCHOFF: Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik. Konzeption und Realität am Beispiel der Großen Koalition. Meisenheim a.Gl. 1973.

13 Lauris Norstad (1907–1988), amerikanischer General; 1956–1962 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa.

von der Bundesanwaltschaft zur Erstattung eines Gutachtens aufgefordert worden, ob dieser Artikel ein Verrat von militärischen Geheimnissen darstelle. Der Verrat von militärischen Geheimnissen, der vorliegt, der nachgewiesen ist, ist so schwerwiegend, daß nach meiner Meinung diejenigen, die sich des Landesverrats schuldig gemacht haben, wenn das Gericht sie überführt hat, als überführt erklärt hat, schwerste Strafen zu gegenwärtigen haben.

Meine Herren, lassen Sie mich auch folgendes sagen: Ich habe – namentlich in der deutschen Öffentlichkeit, namentlich was die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen angeht – geradezu mit Entsetzen bemerkt, wie leichtfertig man dort das Vorhandensein eines Landesverrats nimmt. Die Behandlung der ganzen Angelegenheit in dieser von mir skizzierten Öffentlichkeit war für mich ein Beweis dafür, wie wenig doch unser Staat gefestigt war. Die Konstatierung des Vorhandenseins von Landesverrat versucht man in dieser Weise, wie das geschehen ist, zu bagatellisieren.

Dasselbe war bei der Verhandlung im Bundestag der Fall.¹⁴ Im Bundestag hat unter dem Beifall der Sozialdemokratie der wirkliche Führer der FDP, Herr Döring¹⁵, sich als ein guter alter Freund des wegen Landesverrats verhafteten Augstein erklärt¹⁶, und kein Mensch im Bundestag hat – das war für mich eine erschütternde Wahrnehmung – daran Anstoß genommen. Wenn ein Freund von einem aufgrund eines Haftbefehls des obersten Gerichtes, das wir haben, wegen einer anderen Sache verhaftet wird oder wenn er sonst verhaftet wird, kann ich ein Wort des Bedauerns aussprechen. Aber wenn das oberste Bundesgericht Haftbefehl erläßt – und alle Haftbefehle in dieser Sache sind vom obersten Bundesgericht erlassen worden, das später auch die Beschwerden, die dagegen eingereicht worden sind, als unbegründet abgewiesen hat –, dann kann man nicht in dieser Weise im Bundestag auftreten, wie das geschehen ist. Ich bedauere auch, daß die Sozialdemokratie in derartiger Weise akklamiert hat.

Meine Damen und Herren, das ganze Verfahren bezweckt in zweiter Linie, die Informanten herauszufinden, die den „Spiegel“ unterrichtet haben. Ich habe gesagt: in zweiter Linie; ich würde vielleicht besser noch sagen: in erster Linie. Denn die Nachrichten, die Augsteins Magazin gebracht hat, können nur von Mitgliedern des Verteidigungsministeriums stammen. Es ist ein schrecklicher Gedanke, sich vorstellen zu müssen, daß es in der gefährdeten Lage, in der wir uns in der Welt befinden und in der sich insbesondere unser Land befindet, im Verteidigungsministerium Verräter gibt, die die wichtigsten Geheimnisse einem Blatt zum Zwecke der Veröffentlichung mitteilen.

Ebenso erschütternd ist für mich, daß der Oberst Wicht, der im Dienste des Bundesnachrichtenamtes steht, Augstein unterrichtet hat, daß die Bundesanwaltschaft gegen ihn vorgehe und daß es dadurch Augstein und den anderen Komparenten möglich gewesen ist, Beweismaterial verschwinden zu lassen. Daß das letztere geschehen

14 Am 7. November 1962. Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1995 f.

15 Wolfgang Döring (1919–1963), 1957–1963 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 788 Anm. 18.

16 Am 7. November 1962 – Sten.Ber. 4. WP Bd. 51 S. 1995 f.

ist, ist durch die bisherigen Feststellungen der Bundesanwaltschaft völlig klargestellt worden. Man hat – Gott sei Dank, daß es bei solchen Firmen auch Bürokraten gibt – eine Notiz des Verlagsleiters Becker vorgefunden über den Besuch und die Benachrichtigung durch den Oberst Wicht. Daraufhin hat die Bundesanwaltschaft dann weitere Feststellungen treffen können.

Wer aus der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes heraus dem Oberst Wicht den Auftrag oder die Weisung – oder wie Sie es immer nennen wollen – gegeben hat, das steht noch nicht fest. Aber daß aus der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes heraus dem Oberst Wicht der Wink gegeben worden ist, das ist über alle Zweifel erhaben, so daß wir mit der erschreckenden Tatsache rechnen müssen: Wir haben sowohl im Verteidigungsministerium wie im Bundesnachrichtendienst, der dem Bundeskanzler untersteht, Verräter.

Deswegen glaube ich, daß es durchaus berechtigt ist, wenn ich davon gesprochen habe, daß es sich bei der ganzen Sache um eine Vertrauenskrise handele. Denn wie können wir unsere Politik führen, wie können wir davon überzeugt sein, daß unsere Bündnispartner uns trauen, uns glauben, uns die nötigen Mitteilungen machen, wenn sie auf der anderen Seite sehen, wie die Dinge verraten werden? Der eine oder andere von Ihnen wird jetzt sicher sagen: In England war ja auch ein solcher Fall von Verrat militärischer Geheimnisse.¹⁷ Das ist richtig. Aber das kann uns keinen Trost geben. Es ist auch richtig, daß vor Jahr und Tag ebenfalls in England der dorthin emigrierte Fuchs¹⁸ Landesverrat verübt hat. Es ist auch richtig, daß in den Vereinigten Staaten ein solcher Landesverrat verübt worden ist.¹⁹ Aber trösten wir uns nicht damit, daß wir sagen: Das ist da auch geschehen. Wir müssen für uns sorgen, und uns, meine Damen und Herren, traut man im Ausland am wenigsten wegen unserer Vergangenheit. Das wird Ihnen auch Herr Strauß bestätigen können. Wir sind immer von draußen aufmerksam gemacht worden, wie durchlässig bei uns die Wände seien. – Nun, dieser Landesverrat, meine Parteifreunde, das ist der Hintergrund der ganzen Krise.

Aber, meine Damen und Herren, der Hintergrund wird noch klarer, wenn man sich das Interview vor Augen hält, das Herr Döring dem „Corriere della sera“ in

17 In England war am 22. Oktober 1962 John Christopher Vassall wegen Spionage für die Sowjetunion zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden für Fotokopieren und Verkauf geheimer Akten der Admiralität an die UdSSR von 1955 bis 1962 (AdG 1962 S. 10245).

18 Dr. Klaus Fuchs (1911–1988), Kernphysiker; 1932 Mitglied der KPD, 1946–1950 Chef der Abteilung für theoretische Physik am britischen Atomzentrum in Harwell, 1950–1959 Verhaftung und Inhaftierung wegen Spionage für die Sowjetunion, 1959–1974 stv. Direktor im Zentralinstitut für Kernphysik in Rossendorf bei Dresden, 1974–1979 Leiter des Forschungsbereichs Physik, Kern- und Werkstoffwissenschaften der Ostberliner Akademie der Wissenschaften, seit 1967 Mitglied des Zentralkomitees der SED.

19 Am 10. Februar 1962 wurde Rudolf Iwanowitsch Abel, der 1957 in den USA wegen Spionage für die Sowjetunion zu 30 Jahren Haft verurteilt worden war, gegen den amerikanischen Piloten Gary Powers ausgetauscht (AdG 1962 S. 9673).

der Nacht gegeben hat²⁰, ehe in Nürnberg die Parteiausschußsitzung der FDP den bekannten Beschluß gefaßt hat. Ein kleiner Auszug aus diesem Interview hat in der „Welt“ gestanden. Darüber war eine Überschrift, die mit dem Ausspruch selbst nicht in Einklang stand, die aber doch besorgniserregend war. Ich habe sofort Herrn Döring gestellt, sobald ich ihn sah. Er hat mir gesagt: Die Überschrift stammt nicht von mir. Ich habe mir dann den ganzen Wortlaut des Interviews verschafft und habe mich bei unseren Leuten nach der Persönlichkeit des Italieners erkundigt, dem das Interview gegeben worden ist. Er wird mir als ein völlig einwandfreier Mann geschildert.

„Was werden Sie tun?, frage ich Döring.“ – So heißt es in dem Interview. „Wir werden, so antwortet er, die Zustimmung Adenauers zu einer Entlassung von Strauß zu erreichen suchen. Sollten wir mit dieser Bemühung keinen Erfolg haben, so werden wir uns aus der Regierung zurückziehen. In diesem Falle könnte der Kanzler die fünf FDP-Minister durch Christliche Demokraten ersetzen und ein Minderheitskabinett bilden, das jedoch nur bis zum Tag der Abstimmung über den Haushalt bestehen würde, das heißt bei genauer Berechnung nicht über sechs Wochen. – Können Sie eine Regierung“ – so lautet die Frage – „von FDP und SPD bilden? – Theoretisch ja, antwortet Döring. Wir hätten jedoch nur eine Mehrheit von acht Stimmen; in solchen Verhältnissen läßt sich schlecht regieren. Die CDU könnte zwar mit den Sozialdemokraten eine Regierung bilden. Aber daran ist nicht zu denken, vor allem, weil die SPD sich nicht darauf einläßt, mit Adenauer und Strauß zusammenzuarbeiten.“ – Es geht dann weiter: „Wir, so fügt er lächelnd hinzu, stellen noch nicht die Frage nach Adenauer, um die Verwirrung nicht noch zu steigern. Wir gehen Schritt für Schritt vor. Doch glauben wir, daß Adenauer vor Herbst des nächsten Jahres abgelöst werden könnte, da in allen Parteien die Unruhe groß ist.“ Der Italiener fährt dann so fort: „Für Döring, der Berufsoffizier war und mit 23 Jahren eine Panzereinheit führte, wird der Feind nach und nach mit einem kombinierten Manöver geschlagen. Das erste Ziel heißt Strauß, das zweite Adenauer. Nachfolger Adenauers wird der jetzige Außenminister Gerhard Schröder werden. Döring – es ist das erste Mal, daß ein deutscher Politiker sich so kategorisch ausdrückt – hat diesbezüglich keinen Zweifel, wenn er auch daran denkt, „daß wir vielleicht eine Übergangsregierung unter Krone haben werden“. Seiner Meinung nach sind die Chancen Erhards fast ganz dahin. Was ist aber das Ziel der Operation?“

So geht es weiter. Und nun kommt der wichtigste Absatz, den ich jetzt verlesen werde: „In den letzten zwei Jahren ist die Bundesrepublik immer mehr in die Isolierung geraten. Sie muß sich also daraus befreien, indem sie mit Großbritannien die gleichen Bindungen eingeht, die sie mit Frankreich zusammenschließen. Sie muß eine weichere und entspanntere Politik treiben. Sie muß sich klar sein, daß der Präsident der USA Kennedy und nicht mehr Eisenhower ist. Sie darf nicht weiter

20 Döring hatte in einem am 16. November 1962 von der Mailänder Zeitung „Corriere della sera“ veröffentlichten Interview Adenauer in Frage gestellt. Vgl. GROSSER/SEIFERT S. 203, 266; „Die Welt“ vom 17. November 1962 „Döring: Zweites Ziel ist Adenauer“.

dem Traum der kontinentalen Abschreckungsmacht nachhängen.“ Das, meine Herren, ist der entscheidendste Satz des ganzen Interviews. Ich wiederhole ihn: Sie darf nicht mehr weiter dem Traum der kontinentalen Abschreckungsmacht nachhängen. „Wir“ – so sagt Döring weiter – „haben die Gefahr der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit, wie sie von Adenauer konzipiert wird, erkannt. Damit wollen wir nicht sagen, daß das Ziel unserer Politik eine Lockerung der Beziehungen mit Frankreich sei. Wir wünschen nur, daß die deutsch-französische Freundschaft nicht, wie es bisher geschehen ist, die englisch-deutsche Freundschaft beeinträchtigt.“

Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß hinter dem ganzen Vorgehen der FDP eine sehr klar überlegte Konzeption steckt. Wer Herr Döring ist, das wissen namentlich die Herren aus Düsseldorf. Er gehört zu den „Jungtürken“, die damals Arnold gestürzt haben.²¹ Er ist unzweifelhaft der Führer der jetzigen FDP. Der Mende ist schwach, meine Herren, und wird der Sache, der Fraktion, nicht recht Herr.

Ich möchte noch ein Wort sagen über die FDP früher und die FDP jetzt. FDP früher: Blücher²², Preusker²³, Reinhold Maier²⁴, Höpker Aschoff²⁵, Wildermuth²⁶, Heuss²⁷, Schäfer²⁸ aus Hamburg und der spätere Justizminister Neumayer²⁹. Sehen Sie, meine Damen und Herren, das waren Leute, die uns im Grunde genommen

21 Am 20. Februar 1956 war Karl Arnold durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt und Fritz Steinhoff (SPD) mit den Stimmen von SPD und FDP zum Ministerpräsidenten von NW gewählt worden. Zur Gruppe der „Jungtürken“, bei denen die Initiative für den Regierungswechsel lag, gehörten Wolfgang Döring, Walter Scheel und Willi Weyer. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 782 Anm. 2.

22 Franz Blücher (1896–1959), 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP, 1949–1958 MdB (bis 1956 FDP, dann FVP bzw. DP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 57 Anm. 11; Friedrich HENNING: Das Porträt. Franz Blücher. In GiW 2 (1996) S. 216–223.

23 Dr. Victor-Emanuel Preusker (1913–1991), 1949–1961 MdB (bis 1956 FDP, Februar 1956 fraktionslos, dann DA und FVP, März 1957 DP/FVP, Oktober 1957 DP, Juli 1960 fraktionslos, ab September 1960 CDU/CSU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 218 Anm. 63.

24 Reinhold Maier (1889–1971), 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 4 Anm. 21 und EBD. 3 S. 5 Anm. 22.

25 Dr. Hermann Höpker Aschoff (1883–1954), 1949–1951 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 56 Anm. 8; Thomas ADERS: Die Utopie vom Staat über den Parteien. Biographische Annäherungen an Hermann Höpker Aschoff (Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte 9). Frankfurt/M. 1994.

26 Eberhard Wildermuth (1890–1952), 1949–1952 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 33 Anm. 60.

27 Dr. Theodor Heuss (1884–1963), 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 82 Anm. 9 und EBD. 2 S. 230 Anm. 130; Konrad Adenauer, Theodor Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959. Bearb. von Hans Peter Mensing (Rhöndorfer Ausgabe, hg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz). Berlin 1997.

28 Dr. Hermann Schäfer (1892–1966), 1949–1957 MdB (bis Februar 1956 FDP, März bis Juni DA, dann FVP, ab März 1957 DP/FVP), nach 1961 wieder FDP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 133 Anm. 7.

29 Fritz Neumayer (1884–1973), Rechtsanwalt; 1949–1957 MdB (bis 1956 FDP, 1956 DA, dann FVP, ab 1957 DP/FVP), 1952–1953 Bundesminister für Wohnungsbau und 1953–1956 der Justiz.

nahestanden und mit denen man koalieren konnte. Aber, meine Herren, mit Leuten wie Döring und Konsorten zu koalieren, scheint mir nicht möglich zu sein. (Beifall.) Ich habe unlängst, als Reinhold Maier hier war, ihn zu mir gebeten.³⁰ Er hat mir gesagt: Auf die Fraktion habe ich überhaupt keinen Einfluß. Sie ist mir völlig unverständlich. Er hat sich also mir gegenüber ganz scharf abgesetzt von dieser Fraktion unter Leitung von Herrn Döring.

Nun, meine Damen und Herren, betrachten Sie bitte die Situation und hören Sie zunächst einmal jetzt die Berichte von Herrn Lücke und von Herrn zu Guttenberg über ihre Gespräche mit sozialdemokratischen Herren. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich noch mit keinem Sozialdemokraten ein Wort über die ganze Sache gesprochen habe. Die Frage ist in der Tat von entscheidender Bedeutung für unsere Partei mit Rücksicht auf die Wahl des Jahres 1965. Aber lassen Sie mich bitte Sie davor warnen zu glauben, daß auch ohne das Mehrheitswahlrecht die Situation im Jahre 1965 so ähnlich sein wird, wie sie im Jahre 1957 und etwas noch im Jahre 1961 war. Dies wird sie nicht mehr sein. Ich darf Sie an folgendes erinnern. Als Präsident Gerstenmaier auf dem Parteitag in Dortmund von der Werbekraft des kleinen „C“ sprach³¹, bin ich dagegen aufgetreten, weil ich es für furchtbar gefährlich hielt, dort über diese Frage zu diskutieren. Ich habe Herrn Gerstenmaier nicht unrecht geben können hinsichtlich der Ausführungen, die er da gemacht hat. Denn in der Tat ist die Laisierung des deutschen Volkes – auch die Wähler, auch unsere Wähler gehören zum deutschen Volk – radikal fortgeschritten. Ich fürchte, daß wir im Jahre 1965 mit der Betonung unseres christlichen Fundamentes auf unsere Wähler nicht den großen Eindruck machen werden, den wir bisher gemacht haben.

Dann befürchte ich auch noch folgendes: Was sollen wir machen, nachdem die Sozialdemokratie unserer Westpolitik, der NATO und auch der Wehrhoheit des deutschen Volkes zugestimmt hat? Kurz und gut: Nachdem die Sozialdemokratie in all den Lebensfragen des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch, nach 1949, wegen denen wir mit ihr gerungen haben, sich uns angeschlossen hat, hat sie uns die Waffen aus der Hand genommen.

Man wird sagen können und wahrscheinlich nicht ohne Grund sagen können: Das ist denen nicht ernst. Ich bin auch der Auffassung, daß es sicherlich nicht allen ernst ist. Ich bin sogar, als mir Herr Lücke und auch Herr zu Guttenberg zuerst über ihre Gespräche berichtet haben, von solchem Mißtrauen erfüllt gewesen, daß ich den Herren gegenüber gar kein Hehl daraus gemacht habe. Ich habe schließlich dem Herrn Lücke gesagt: Also gut, dann will ich glauben, daß Herr Wehner ein ehrlicher überzeugter Mann jetzt ist; aber mich würde vielmehr interessieren, warum und weshalb Erler und Ollenhauer dem Gedanken zustimmen. Sie, meine Damen und Herren, werden das gleich hören. Und Sie werden bitte die Schwierigkeiten unserer

30 Maier nahm an den FDP-Bundesvorstandssitzungen in Bonn am 2. und 19. November 1962 teil (vgl. FDP-Bundesvorstand S. 355–382).

31 CDU, 11. Bundesparteitag S. 195 f.

ganzen Situation überlegen: Wenn wir mit der FDP weiter koalieren würden, würden wir in absehbarer Zeit eine neue Krise bekommen. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Sie will nur die Krisen herbeiführen, weil sie weiß, daß diese Krisen unser Ansehen im deutschen Volk schädigen und sie den Nutzen davon hat. Wir dürfen uns also nicht etwa einbilden, daß wir in der Koalition mit der FDP bis zum Jahre 1965 eine fruchtbare und erfolgreiche Politik machen können. Das halte ich für ausgeschlossen.

Hinzu kommt das außenpolitische Interesse der FDP, über das ich Ihnen soeben das Interview vorgelesen habe, das Herr Döring gegeben hat. Übrigens, meine Herren, bei dieser Zusammenkunft, die ich mit Döring hatte, habe ich ihm gesagt: Wie Sie so dumm sein können, solche Interviews zu machen, wie Sie es getan haben, das ist mir ein wahres Rätsel. Die Lösung liegt wahrscheinlich in der Stunde, zu der er das Interview gegeben hat: Er hat es in der Nacht gegeben.

Jetzt möchte ich bitten, daß Sie den Vortrag von Herrn Lücke und von Herrn zu Guttenberg entgegennehmen, damit Sie ein abgerundetes Bild haben.

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Freunde! Ich habe im bayerischen Wahlkampf zusammen – an dem Tage, an dem die FDP in Nürnberg tagte – mit meinem Freunde zu Guttenberg in Nürnberg, Bamberg, Forchheim und Kulmbach gesprochen. Wir haben auch in der Vergangenheit öfters zusammen gesprochen. Dabei kam zur Sprache, daß es doch die Möglichkeit geben müsse, eine alte Idee von uns beiden und eine alte Idee der Partei, nämlich das Mehrheitswahlrecht, zu verwirklichen. Ich habe Herrn zu Guttenberg gesagt, den ich aus meiner Tätigkeit im Wohnungsbauausschuß kenne, in dem Herr zu Guttenberg jahrelang tätig war – wir sind besondere Freunde seit der Zeit –, daß ich das für unmöglich hielte. Ich habe nie mit Herrn Wehner näher gesprochen, als daß wir uns im Bundeshaus guten Tag gesagt haben.

Ich bitte Sie, mir jetzt folgendes abzunehmen. Sie alle und unser deutsches Volk bewegt es tief, daß wir in einer Situation sind, wie wir sie seit dem Jahre 1945, als wir vor dem Aufbau standen, nicht mehr kannten. Es herrscht eine tiefgehende Vertrauenskrise, die unser Volk bis nahe an den Rand einer Staatskrise bringen könnte.

Für meine Person habe ich nach Rücksprache mit einer Reihe von Damen und Herren, die hier sitzen, die Entscheidung nach meinem Gewissen getroffen. Das geschah am Buß- und Betttag.³² Ich wollte einen Versuch unternehmen, zu dem mich niemand aufgerufen hat, den ich mit niemand besprochen habe. Ich habe niemand gefragt, ob ich das tun soll.

Ich habe am Montag abend letzter Woche³³ um 18 Uhr Herrn Wehner aus meinem Ministerium angerufen und ihn gefragt: Können Sie zu mir kommen? Wehner: Ich komme. Er kam und war dann drei Stunden bei mir.

³² 21. November 1962.

³³ 26. November 1962.

Ich darf vorweg noch, damit das Gespräch ganz einwandfrei läuft, Ihnen, meine Freunde, erklären, daß für mich und meine Person und die von Herrn Guttenberg weder Amt noch Würden zur Diskussion stehen. Ich bin noch zu keinem Augenblick vom Bundeskanzler gefragt worden, ob ich Verteidigungsminister werden würde. Ich würde ein solches Amt nicht annehmen. Das habe ich in den vorangegangenen Gesprächen dem Herrn Bundeskanzler immer betont.

Erfreulicherweise sind diese Dinge bis heute geheim geblieben, zumindest soweit es sich um die große Öffentlichkeit handelt. Das ist für mich der Beweis dafür, daß man mit einem Mann wie Wehner sprechen kann und daß eine Menge Dinge geschehen können, ohne daß die Öffentlichkeit damit in verantwortungsloser Weise befaßt wird.

Zum Gespräch! Es gipfelte in dem Satz und in der Frage an Herrn Wehner: Ist eine Koalition unter der Kanzlerschaft Adenauers mit dem Ziel möglich, durch Verabschiedung des Mehrheitswahlrechtes unsere junge Demokratie zu stabilisieren? Einen solchen Gesetzentwurf hatte schon 1953 die damals noch junge Mannschaft eingebracht: er war unterschrieben von Stücklen³⁴, Jaeger³⁵, Lücke, Strauß und Genossen. Das dreistündige Gespräch ergab, daß Herr Wehner mir sagte: Das wird nicht leicht sein; aber es ist möglich, möglich, weil die Sozialdemokraten die gleichen Sorgen um den Staat haben. Der Streitfall, der „Spiegel“-Skandal, die laufenden Entgleisungen in der Öffentlichkeit haben klargemacht, daß es um den Staat geht, um die Demokratie. Mir persönlich, meine Damen und Herren, geht es darum, daß dieses Gespräch auch von uns aus mit der gebotenen Vertraulichkeit behandelt wird. Wehner hat mir gesagt, er kenne den Kommunismus, er wisse, was dieser sei. Er wisse auch, daß wir ihm vielleicht nicht glauben. Er hat daran erinnert, daß ich, Lücke, einmal in einer Rede gesagt habe: Wehner sei Kommunist, er sei im Kreml großgeworden und könne seinem geistigen Vater nicht entrinnen, auch wenn er das wolle; er müsse schließlich doch im Kreml landen. Ich hätte aber hinzugefügt, er sei ein anständiger Kerl; darum spreche er mit mir jetzt auch auf einer fairen Vertrauensbasis.

Ich möchte Ihnen auch nicht vorenthalten, was Wehner mir sagte, als ich ihm klarmachte, daß ein solches Gespräch – meine Damen und Herren, das erste Gespräch, das ich mit diesem Mann geführt habe – nicht vertieft werden könne, es sei denn, es gelinge uns, für die Christlich-Demokratische und Christlich-Soziale Union Material zu schaffen, aufgrund dessen man Koalitionsverhandlungen führen könne. Er hat dabei auch noch etwas gesagt, wobei ich nicht wußte, um was es ging; aber es kann vielleicht im Laufe des Tages noch aufgeklärt werden. Er sagte mir: Da sei eine Geschichte

34 Richard Stücklen (geb. 1916), 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 664 Anm. 14. – Antrag der Abgeordneten Stücklen, Dr. Jaeger, Lücke und Genossen zum Entwurf eines Bundeswahlgesetzes vom 24. Juni 1955 (Drs. IV/1494).

35 Dr. Richard Jaeger (1913–1998), 1949–1980 MdB (CSU), 1953–1965 Vorsitzender des BT-Ausschusses für Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 847 Anm. 28.

mit Herrn Döring, die sollte durch den Bundeskanzler – Herr Dr. Krone wisse auch Bescheid – bereinigt werden. Herr Döring habe der SPD von einer Sache berichtet, die er von Herrn Starke wisse, die gewichtige Äußerungen aus dem Verteidigungsrat berühren würde. Es fiel das Stichwort: Präventivkrieg; Herr Starke würde den nicht finanzieren.³⁶ (*Zurufe.*) – Das war meine Erinnerung. An dieser Frage hänge noch ein weiterer Komplex.

Aufgrund meiner Überlegungen und der aus den Gesprächen Guttenberg–Wehner mir bekannten Auffassung Wehners, daß dieser das Mehrheitswahlrecht vertritt – letzte Gespräche zwischen den Herren Wehner und Guttenberg haben allerdings vor Monaten stattgefunden³⁷ –, habe ich nach der Wahl eben dieses Gespräch geführt. Es hat drei Stunden gedauert. Herr Wehner stimmte in der Beurteilung der politischen Lage meiner Auffassung über die Notwendigkeit der Stabilisierung der Demokratie zu. Akzeptiert wurden von ihm in diesem Gespräch ferner eine zeitlich nicht festgelegte Kanzlerschaft Adenauers, die Einführung des absoluten Mehrheitswahlrechtes, die Beseitigung kulturpolitischer Streitfragen aus der Alltagspolitik. (*Zuruf:* Des absoluten Mehrheitswahlrechtes?) Das Mehrheitswahlrecht – damit kein Mißverständnis entsteht –, wie wir es damals in der eingebrachten Vorlage vorgesehen haben. (*Zuruf:* Das relative Mehrheitswahlrecht!) Darf ich es klarmachen, damit kein Mißverständnis entsteht: Gewählt ist, wer in dem Wahlkreis die meisten Stimmen hat. (*Zuruf:* Das nennt man das relative Mehrheitswahlrecht!)

Adenauer: Lassen Sie mal Herrn Lücke fortfahren. Über das Wahlrecht sprechen wir noch besonders.

Lücke: Ich darf also noch einmal wiederholen: Gewählt ist, wer in dem Wahlkreis die meisten Stimmen hat.

Die Äußerung, daß er einem unbefristeten Kanzler zustimme, beantwortete Wehner lakonisch mit der Bemerkung: Das ist Ihre Sache, den befristeten Kanzler zu wählen. – Für mich war das Überzeugendste die Vertrauenswürdigkeit und die menschliche Aufrichtigkeit. Er erklärte sich bereit, für die Durchsetzung zu kämpfen.

Ich habe dann von diesem Gespräch am Abend um 23 Uhr Herrn Dr. Krone – er war der einzige, den ich erreichen konnte – kurz informiert. Am Dienstag, dem 27. November 1962, 9.40 Uhr, habe ich auf Wunsch des Herrn Bundeskanzlers ihn nochmals über dieses Gespräch mit Wehner unterrichtet und ihm dargelegt, daß es für die Bundesrepublik und für die CDU/CSU lebenswichtig sei, diese Möglichkeit ernsthaft zu prüfen. Auf diese Weise könne nicht nur die demokratische freiheitliche rechtsstaatliche Ordnung gesichert werden, sondern wir könnten so auch unser deutsches Haus bestellen. An diesem Gespräch nahmen aus anderen Gründen

³⁶ Nicht zu ermitteln.

³⁷ Rudolf MORSEY: Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962. In: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag (hg. von Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle, Klaus Tenfelde). München 1994 S. 462–478.

nachher auch Herr Dr. Krone und Herr von Brentano teil, die ich persönlich beide über meine Haltung ins Bild setzte. Ich habe noch einmal betont, das sei meine Gewissensentscheidung, und die Konsequenzen würde ich voll tragen, ohne den Kanzler und die Partei zu belasten. Ich habe weder eine Zustimmung von den Herren noch die Aufforderung bekommen, die Gespräche weiterzuführen. Am Nachmittag fand dann eine Vorstandssitzung der Fraktion und anschließend eine Fraktionssitzung statt. Hier erhielt der Herr Bundeskanzler den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts mit der ausdrücklichen Möglichkeit, mit allen Seiten zu verhandeln.³⁸

Am darauffolgenden Tag, Mittwoch, dem 28. November 1962, fand in der Privatwohnung des Herrn zu Guttenberg ein Mittagessen mit Herrn Wehner statt, bei dem nochmals ausführlich und detailliert über meine Gespräche und die Bedingungen einer Koalition zwischen CDU/CSU und SPD verhandelt wurde. Einen entsprechenden kurzen Vermerk – ohne meine Unterschrift – habe ich der Vorzimmerdame des Bundeskanzlers diktieren lassen, um den Bundeskanzler zu informieren.³⁹ Bei diesem Gespräch händigte Herr Wehner Herrn Guttenberg handgeschriebene Notizen aus, wobei er Wert darauf legte, daß diese Notizen der Herr Bundeskanzler zu Gesicht bekomme.⁴⁰ Von entscheidender Bedeutung war die Tatsache, daß von dem, was in dem Gespräch mit mir am Montag abend gesagt worden war, keinerlei sachliche Abstriche gemacht wurden, sondern im Gegenteil weitere Übereinstimmungen erzielt werden konnten. Es wurden wesentliche Punkte – die Kanzlerschaft Adenauers und die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes – ausdrücklich erneut bestätigt. Das war der Ausgangspunkt und meine Grundforderung. Hinsichtlich der Ressortverteilung erklärte sich Wehner mit einer zahlenmäßigen Verteilung der Kabinettsitze nach d'Hondt einverstanden, und zwar außerhalb des Bundeskanzlers, der in diese Berechnung nicht einbezogen werden sollte. Das ergibt bei einem Verhältnis von 251 zu 203 ein Verhältnis von 11 zu 9 ohne den Bundeskanzler.

Als allgemeine Aktion zur Stabilisierung der Demokratie wurde über folgende Punkte Übereinstimmung erzielt: a) beschleunigte Inangriffnahme einer Finanzreform zwischen Bund, Länder und Gemeinden, b) gemeinsame Anstrengungen zur Sicherung des Arbeitsfriedens und der Stabilisierung der Preisverhältnisse, c) beschleunigte Verabschiedung der Notstandsgesetze, d) Herausnahme der kulturpolitischen Streitfragen zwischen den beiden Parteien aus der Alltagspolitik, e) Erarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes in der Frage der Einfügung der deutschen Landwirtschaft in die europäische Agrarpolitik, f) Sicherung des erreichten wirtschaftlichen und sozialen Wohlstandes.

38 Sitzungen vom 27. November 1962 des Fraktionsvorstandes (Tagesordnung, Anwesenheitsliste und handschriftl. Bericht von Brentanos in ACDP VIII-001-1503/4) und der Fraktion (Protokoll EBD. 1009/2).

39 Vgl. Aufzeichnung Lücke vom 29. November 1962 (ACDP I-077-96), Guttenberg an Adenauer (ACDP I-028-030/1); StBKAH III/28.

40 Abdruck: StBKAH III/28.

Hinsichtlich der Außenpolitik erklärte Wehner, daß er in den NATO- und Europafragen mit dem von der CDU/CSU vertretenen Kurs völlig einverstanden sei. Hinsichtlich der Verteidigungspolitik sei er der Auffassung, daß – wörtlich! – ohne Geschrei und nicht spektakulär, aber zielbewußt auf die Errichtung einer europäischen Atomstreitmacht hingearbeitet werden müsse. Für weitere Gespräche hielt sich Wehner bereit.

Um Herrn Wehner die Ernsthaftigkeit der begonnenen Gespräche zu dokumentieren, habe ich dem Herrn Bundeskanzler nach diesem Ergebnis den formulierten Vorschlag gemacht, hier sei der Zeitpunkt nun erreicht, bei dem ernsthaft geprüft werden müsse, ob es weitergehen solle; ich selbst würde sonst nicht mehr mitmachen können.

Ich darf in diesem Zusammenhang nun ein Schreiben erwähnen, das der Herr Bundeskanzler aus praktischen Gründen an den Herrn zu Guttenberg gerichtet hat, weil die Herren Sozialdemokraten und auch Herr zu Guttenberg in den Tagen in Berlin zusammen waren; dort tagte auch das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Dieses Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an Herrn zu Guttenberg hat folgenden Inhalt: „Ich habe mit großem Interesse von den Gesprächen Kenntnis genommen, die Sie heute zusammen mit Minister Lücke und Herrn Bundestagsabgeordneten Wehner wegen der Bildung einer Koalition CDU/CSU-SPD geführt haben. Die Voraussetzung für eine derartige Koalition wäre für uns, daß mit Hilfe eines Mehrheitswahlrechtes die demokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik stabilisiert würden. Ich darf Sie bitten, mit Herrn Wehner aufgrund der gemachten Vorschläge weitere Einzelheiten zu klären.“ Die Aushändigung des Briefes erfolgte nach einem Gespräch mit Herrn zu Guttenberg durch den Bundeskanzler.⁴¹

Ich darf erwähnen, daß ein weiteres Gespräch zwischen dem Herrn von Brentano, Herrn zu Guttenberg und mir am Mittwoch – ein kurzes Gespräch – im Fraktionszimmer stattgefunden hat. Dabei kamen die Gesprächsteilnehmer zu der Auffassung, daß die Fortführung der Fühlungnahme – um mehr ging und geht es nicht bis zur Stunde – mit der SPD notwendig sei. Diese Fortführung fand am Donnerstag, dem 29. November 1962, in Berlin um 19.30 Uhr in einer Privatwohnung zwischen Herrn zu Guttenberg und Herrn Wehner statt. Das Gespräch dauerte bis 22 Uhr. Diesem Gespräch lagen zugrunde ein Entwurf über eine gemeinsame Erklärung, die sich aus den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen zusammensetzte, zweitens der Gesetzentwurf für die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes. Der in dieser Unterredung vorgelegte und gemeinsam gebilligte Entwurf hat folgenden Wortlaut:

„Die Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gründet auf der gemeinsamen Sorge um die Bundesrepublik und deren Geltung vor dem deutschen Volk und

41 Drucklegung: StBKAH III/28. Druck des Briefes vom 28. November 1962 in Paul LÜCKE: Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht. Frankfurt/M. 1968 S. 37; vgl. KOERFER S. 697.

der Welt. Das vordringlichste Ziel der gemeinsamen Regierung ist die Festigung der zweiten deutschen Demokratie. Nur die beiden großen Parteien werden auf die Dauer in der Lage sein, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Die Koalitionsparteien sind entschlossen, das innen- und außenpolitisch Erreichte durch gemeinsame Aktionen für die Zukunft zu sichern. Sie sind einig in dem Streben nach kontinuierlicher Fortentwicklung der inneren und äußeren Sicherheit und der freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik.

Die Koalitionspartner werden Fragen außerhalb des gemeinsamen Aktionsprogramms, in welchen verschiedene Auffassungen bestehen, wie etwa auf dem Gebiet der Kulturpolitik, nach Möglichkeit zurückstellen. Sie sind sich jedoch bewußt, daß der Erfolg ihrer Zusammenarbeit weitgehend danach bemessen sein wird, inwieweit es ihnen gelingen wird, solche Fragen endgültig aus dem tagespolitischen Ordnenstreit herauszunehmen.

Zur zukünftigen Sicherung stabiler Regierungsmehrheiten und damit zur endgültigen Verankerung einer lebendigen angesehenen und arbeitsfähigen Demokratie erachten die Koalitionsparteien die Einführung des absoluten – hier müßte es wohl heißen: des relativen – „Mehrheitswahlrechtes als unausweichlich. Hierzu vereinbaren sie die alsbaldige Einbringung und Verabschiedung des entsprechenden Gesetzentwurfes. Dieser liegt in seinen wesentlichen Bestimmungen der gegenwärtigen Vereinbarung an und ist ein Teil von ihr. Das neue Wahlrecht gilt erstmals für die nächste Bundestagswahl.

Um den Willen zur praktischen Zusammenarbeit zu bekunden und zu verstärken, werden die Koalitionsparteien für eine ständige parlamentarische Vertretung der Bundesminister sorgen.

Dem Ziel der Stabilisierung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates werden auch die gemeinsamen Bemühungen der Koalitionspartner dienen, den Arbeitsfrieden zu gewährleisten, die Preisverhältnisse zu stabilisieren und die Kaufkraft der Währung zu erhalten. Bei diesen Bemühungen ist die uneingeschränkte Erhaltung der verfassungsmäßig garantierten Koalitionsfreiheit eine Selbstverständlichkeit.

Die Koalitionsparteien geben ihrer Erwartung Ausdruck, daß das Zusammenwirken der beiden großen Parteien die Voraussetzung zur Lösung dieser durchaus schwierigen Probleme verbessert.

Von äußerster Dringlichkeit ist die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Sie müssen den Staat in die Lage versetzen, im Geiste der Demokratie und zu ihrem Schutze – und darum unter Wahrung der Rechte aller verfassungsmäßigen Instanzen – jedem möglichen Notstand Herr zu werden.“ (*Zurufe und Unruhe.*) „Die bisherige parlamentarische Behandlung des Regierungsentwurfs zeigt dessen grundsätzliche Brauchbarkeit und verspricht eine baldige Verabschiedung der einschlägigen Gesetze.

Die Koalitionsparteien stellen sich als gemeinsame Aufgabe eine grundlegende Reform der Finanzverfassung. Ihr Ziel muß eine sachgemäße und gerechte Neuverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sein.

Der Ausbau der sozialen Sicherheit ist das gemeinsame Bestreben beider Koalitionspartner. Sie werden sich hierbei von den Grundsätzen der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungsträger, der Berücksichtigung der Besonderheit ...“ (*Unruhe*) „und der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Arbeitnehmer leiten lassen.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, daß mit der Einführung der deutschen Landwirtschaft in die europäische Agrarpolitik eine Verbesserung und nicht eine Schmälerung der Lage der deutschen Bauern eintreten muß.

Die Koalitionspartner werden in ihrem gemeinsamen Verlangen nicht nachlassen, die Wiederherstellung von Deutschlands Einheit zu erstreben.“ (*Fortgesetzte Unruhe.*) – Ich bitte um Entschuldigung, dieses Dokument hat den Gesprächen zugrunde gelegen; darum müssen Sie es kennen. – „Sie erklären als übereinstimmende Auffassung, daß dieses große Ziel nur durch ein unverbrüchliches Bündnis mit dem freien Westen und durch die zügige Fortsetzung der europäischen Einigungspolitik erreicht werden kann. Gleichzeitig erklären sie erneut ihren gemeinsamen Willen, an einer militärischen Sicherheitsvorsorge der NATO teilzunehmen. Sie lehnen jeden Gedanken zur Hinnahme der Teilung Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin entschieden ab.“

Herr Wehner hat also bei seiner Unterredung mit Herrn zu Guttenberg die angeführten Schriftstücke übergeben. Sie enthalten das, was auch seiner Unterredung mit mir zugrunde gelegen hat. Er hat davon nichts abgestrichen und nichts hinzugefügt. Hinsichtlich des Passus über das Mehrheitswahlrecht sagte er, er müsse jedoch, weil diese Frage ungeheuer schwierig sei, den Kreis der Verantwortlichen weiter ziehen. Er könne dies nicht auf die eigene Kappe nehmen, werde es aber vertreten.

Eine Presseerklärung von Erler über eine mögliche Neuwahl⁴² rückte er mit dem Bemerken in das rechte Licht, die SPD habe keinerlei Interesse an einer „Spiegel“-Wahl.

Hinsichtlich des neuen Kabinetts erklärte Wehner weiter, daß er die Einführung von Staatsministern für wünschenswert halte. Seiner Auffassung nach müßten diese zweifärbig eingesetzt werden, um die beiden Parteien aneinander zu gewöhnen. Dies gehöre zu den Dingen, mit denen ein neues und gutes Verhältnis zwischen CDU/CSU und SPD bekundet und geschaffen werden könne. Ein Hauptpunkt am Montag war, daß Herr Wehner, als die Frage auf die Wirtschaftspolitik zu sprechen kam und Namen genannt wurden, sagte: Von Herrn Kollegen Erhard brauche ich nicht zu sprechen. Wehner erklärte weiter, neben dem bisherigen Vizekanzler sollte ein zweiter Vizekanzler bestellt werden.

Aufgrund dieser Unterredungen sprach dann Herr Wehner mit Herrn Ollenhauer und Herrn Erler. Dabei hat Herr Wehner, genau wie ich, die Sache auf seine Kappe genommen. Vereinbarungsgemäß übermittelte Herr Wehner Guttenberg nachts noch folgendes: Ollenhauer sei mit den gemeinsamen Überlegungen grundsätzlich

⁴² Vgl. dpa vom 28. November 1962.

einverstanden. Erler habe auch sein grundsätzliches Einverständnis erteilt. Mit der Zustimmung dieser drei Herren sei kaum mehr mit ernsthaften Schwierigkeiten in der SPD zu rechnen, die nicht überwunden werden könnten. Wehner und seine beiden Kollegen würden bei der am Freitag, dem 30. November 1962, stattfindenden Vorstandssitzung der SPD den gefaßten Plan als eine der theoretischen Möglichkeiten vortragen und ein Plazet erbitten. Die Führungsgremien der SPD würden ab Montag in Bonn in Permanenz tagen.

Um die Glaubwürdigkeit dieser Verhandlungen zu dokumentieren, übergab Wehner am Freitag, dem 30. November, 11 Uhr, Guttenberg ein Schreiben, in dem er diesem mitteilt, er habe, nachdem er von dem Schreiben des Bundeskanzlers vom 28. November Kenntnis genommen habe, sich noch am gleichen Abend mit Ollenhauer und Erler darüber unterhalten. Er könne ihm mitteilen, daß diese beiden Herren und er selber grundsätzlich eine Koalition CDU/CSU-SPD für möglich und wünschenswert hielten. Diese drei Herren würden bei ihrer Vorstandssitzung eine solche Koalition als eine der theoretischen Möglichkeiten vorschlagen und hierzu ein Plazet erbitten. Grundlage für solche Gespräche über eine solche Koalition seien der ihm von Herrn zu Guttenberg übergebene Entwurf einer gemeinsamen Verlautbarung, die recht umfangreich ist, und der diesem Entwurf beigegefügte Entwurf über die Hauptpunkte eines zu beschließenden Mehrheitswahlrechtes. Abschrift dieses Schreibens ist mir zugegangen. Bei Aushändigung des Schreibens teilte Wehner mit, daß am gleichen Tage noch der Regierende Bürgermeister von Berlin⁴³ informiert würde.

Durch einen Boten wurde dem Herrn Bundeskanzler am Freitag das Schreiben von Wehner an Guttenberg gegen 16 Uhr übergeben. Gleichzeitig wurde in einem ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen der Bundeskanzler informiert. In einem Gespräch mit dem Bundeskanzler um 16.30 Uhr, an dem Herr Krone und zeitweilig aus anderen Gründen Herr Ministerpräsident Meyers teilnahmen, wurden weitere Einzelheiten besprochen. Abends informierte Herr Guttenberg aus Berlin über den Ausgang der Vorstandssitzung der SPD in Berlin. Der Vorstand der SPD hat den von Wehner als die beste der gegebenen Möglichkeiten vorgetragenen Plan eingehend diskutiert und bis auf eine Stimme positiv kommentiert.

Aufgrund dieser Entwicklung wurde für Samstag, den 1. Dezember 1962, 10 Uhr, die Verhandlungskommission der CDU/CSU eingeladen, um diese Möglichkeit zu erörtern. Neben den formellen Mitgliedern der Kommission von Brentano, Schmücker, Struve⁴⁴, Barzel, Strauß, Dollinger waren Erhard, Dufhues, Krone und ich persönlich anwesend. Ich habe diesen Bericht dort erstattet. Ergebnis dieser Beratung war die Einberufung aller Parteigremien auf den heutigen Tag. Das für heute vorgesehene Koalitionsgespräch wurde auf Dienstag vertagt. Herr Dr. Krone wurde am Samstag

43 Willy Brandt.

44 Detlef Struve (1903–1987), 1949–1972 MdB (CDU), 1947–1969 Vorsitzender des Bauernverbands Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 719 Anm. 10.

gebeten, Herrn Kollegen Ollenhauer darüber zu unterrichten, daß auch mit ihnen gesprochen würde.

Zum Schluß meine persönliche Würdigung. Ich habe mich engagiert aus den Gründen, die ich einleitend nannte. Es geht um unseren Staat, um ungeheuer viel. Wenn Sie die persönliche Bemerkung gestatten, so möchte ich darauf hinweisen, daß seit meinem Gespräch am Montag abend, dem 26. November, bis zur Stunde keine Festlegung, die Wehner mir gegenüber vorgenommen hat, irgendeine Änderung erfahren hat. Ich darf mit großer Genugtuung, aber auch mit Absicht bemerken, daß sich daraus die notwendige Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nach meiner Meinung abzeichnet. Das gemeinsame Ziel dieser in Aussicht genommenen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD kann nur – ich betone noch einmal – die Bildung einer dauerhaften Regierung sein, die sich einig ist in dem Willen, die Demokratie zu festigen und dabei die Kontinuität unserer Innen-, Außen-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Sozialpolitik zu garantieren. Ich bin mir darüber klar – und wer wäre das nicht –, daß uns vieles trennt. Wir müssen manche Dinge für gewisse Zeit zurückstellen. Ich habe aber dem Herrn Bundeskanzler in einem Gespräch auch folgendes gesagt: Nur unter seiner Figur können wir – wie de Gaulle das getan hat – das Haus bestellen, die Demokratie sichern und die Kontinuität gewährleisten.

Ich bitte um Verständnis für meine Handlung, für die ich persönlich einstehe. Ich bitte auch darum, die SPD nunmehr in die Beratungen über die Möglichkeit einer neuen Regierung offiziell einzubeziehen. (*Beifall.*)

Von Guttenberg: Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst ergänzend sagen, daß ich jedem Wort zustimme, was hier Herr Lücke für seine Person über die Motive seines Handelns gesagt hat. Ich darf hinzusetzen, daß ich auch völlig der gleichen Meinung bin, die er hinsichtlich der Person von Wehner vorgetragen hat. Ich halte Wehner aufgrund von mehr und längeren Gesprächen als die, die Herr Minister Lücke gehabt hat, für einen überzeugten Demokraten. Ich bin der Auffassung, daß er selbstverständlich bei dem, was er gesagt hat, auch das Wohl seiner eigenen Partei im Auge hat, aber vorzugsweise sich um das Staatswohl Sorgen macht. Ich glaube, daß das rein parteipolitische Interesse der SPD eigentlich darin liegen würde, die Kette von Krisen weiter fortzusetzen, die wir in der Vergangenheit erlebt haben.

Dann darf ich noch einiges zu der Frage sagen, warum ich es auf meine eigene Kappe genommen habe und nur aufgrund eigener Überlegungen Herrn Wehner ein solch umfangreiches Papier gegeben habe. Ich habe das nur deshalb gemacht, um auf diese Weise eine Unterschrift des Herrn Wehner zu bestimmten Dingen – insbesondere zur Frage des Mehrheitswahlrechtes – zu bekommen. Wie Sie aus dem Bericht des Herrn Ministers Lücke entnommen haben, ist diese Unterschrift geleistet. Diese Unterschrift steht unter einem Brief an mich und an Herrn Minister Lücke. Diese Unterschrift bedeutet, daß Wehner uns beiden mitgeteilt hat, daß er, Ollenhauer und Erler auf der Grundlage der Einführung des Mehrheitswahlrechtes bereit wären, die große Koalition ins Auge zu fassen.

Ich darf wegen der vorhin hier entstandenen Meinungsverschiedenheit, was abso-

lutes und was relatives Mehrheitswahlrecht ist, den Inhalt des Entwurfs bekanntgeben, den ich Herrn Wehner übergeben habe. Er enthält die Hauptpunkte eines neu zu beschließenden Wahlgesetzes:

§ 1. Die Zahl der Abgeordneten bleibt wie bisher, Sonderbestimmungen für die Berliner Abgeordneten wie bisher.

§ 2. In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme. Gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

§ 3. Einteilung in Wahlkreise. Die Aufteilung des Wahlgebietes in so viele Wahlkreise, wie es Abgeordnete nach § 1 gibt, wird durch besonderes Gesetz geregelt. Die Wahlkreise sollen annähernd gleich große Einwohnerzahlen umfassen. Die Wahlkreise müssen ein zusammenhängendes Ganzes bilden.

§ 4. Der Wahlvorschlag darf nur den Namen eines Bewerbers enthalten. Jeder Bewerber kann nur in einem Wahlkreis und in einem Wahlvorschlag benannt werden.

§ 5. Feststellung des Wahlergebnisses.

§ 6. Nachwahlen.

Das sind die wesentlichen Punkte aus einem Gesetzentwurf, den im Jahre 1953 Herr Minister Lücke mit einer Reihe von Kollegen eingebracht hat. Hinsichtlich der Einführung einer Reserveliste glaube ich sagen zu können, daß eine Bereitschaft bei der SPD bestünde, auch hierüber zu reden.

Ich darf dann noch einen Bericht über die Sitzung des Parteivorstandes der SPD am Freitag nachmittag hinzufügen. Herr Wehner hat mir über seinen Vortrag bei dieser SPD-Parteivorstandssitzung im voraus an Hand seiner Notizen berichtet. Er sagte mir, daß er dort natürlich nicht auf irgendwelche Gespräche eingehen könnte, aber doch berichten könnte, daß nach seiner Kenntnis es Kreise in der CDU/CSU geben könnte, die interessiert daran seien, mit der SPD ins Gespräch zu kommen. Er sagte mir, daß er deshalb die Sache so anfassen werde – er hat es dann tatsächlich auch so angefaßt –, daß er dem SPD-Vorstand die einzelnen theoretischen Möglichkeiten für eine Aktion der SPD in dieser Situation schildern werde. Er hat diese einzelnen theoretischen Möglichkeiten wie folgt geschildert.

Er hat eine Neuwahl abgelehnt mit dem Bemerken, es könne nicht dem Staatswohl dienen, wenn eine „Spiegel“-Wahl stattefinde. Er hat eine Koalition zwischen SPD und FDP abgelehnt mit dem Bemerken, daß die FDP nicht regierungsfähig sei, und mit dem Bemerken, daß man hierdurch möglicherweise die FDP spalten und uns eine Mehrheit geben könnte. (*Zuruf:* Das ist wichtig!) Er hat weiterhin gesagt, daß er gegen eine Minderheitsregierung sei. Auch dies würde dem Staate nicht dienen. Eine Allparteienregierung sei die letzte Notlösung und könne nicht jetzt schon ins Auge gefaßt werden. Die beste Lösung sei nach seiner Auffassung eine Koalition zwischen CDU/CSU einerseits und SPD andererseits, bei der Personenfragen keine Rolle spielen – jeder bei der SPD wußte, daß dies heißt: unter Bundeskanzler Dr. Adenauer – und bei welcher ein Wahlrechtwechsel zum Mehrheitswahlrecht ins Auge gefaßt werden müsse. – So hat er dort vorgetragen.

Er sagte mir dann unter Nennung von Namen, wer aus diesem SPD-Parteivorstand dann gesprochen habe und welches Echo aus dem Parteivorstand ihm entgegengeschallt habe. Sie werden verstehen, daß ich aus Gründen der Fairneß diese Namen nicht nenne. Nur eine einzige Stimme habe sich gegen Konrad Adenauer als Bundeskanzler erhoben; alle anderen Stimmen hätten grundsätzlich seinem Vortrag zugestimmt und hätten mit bestimmten Graduierungen sogar verlangt, die SPD solle in dieser Sache aktiv werden. Dieses Aktivwerden wurde aber von der Mehrheit abgelehnt; sie sei der Auffassung gewesen, man solle sich rezeptiv verhalten und warten, bis die CDU/CSU ihrerseits an sie die Dinge herantrage.

Ollenhauer habe dann gesagt, auch die SPD müsse ihr Teil zur Lösung dieser Krise beitragen. Herr Wehner hat erklärt – unter dem Beifall des Vorstandes –, es müsse vor allen Dingen vermieden werden, daß diese „Spiegel“-Sache sich zu einem Wundbrand auswachse, der niemandem dienen könne. Von 33 satzungsgemäßen Mitgliedern dieses SPD-Parteivorstandes waren etwa 22 da.

Ich habe heute früh, um auf dieser Sitzung hier Auskunft geben zu können, noch einmal mit Herrn Wehner Verbindung aufgenommen. Er sagte mir, es seien keine neuen Elemente eingetreten. Er sagte weiterhin hinsichtlich des Mehrheitswahlrechtes, daß für die drei genannten Namen – Wehner, Ollenhauer, Erler – nach wie vor, wie aus diesem Papier und aus dem Vortrag hervorgeht, das Mehrheitswahlrecht als ein Junktim mit dem Koalitionswechsel Grundlage für eventuelle Gespräche sein solle.

Adenauer: Ich schlage vor, daß wir die kurze uns zur Verfügung stehende Zeit nicht noch dafür verbrauchen, daß wir jetzt in eine längere Debatte darüber eintreten, daß zwei Herren auf eigene Faust gehandelt haben. (*Widerspruch.* – *Schmücker:* Da sind wir völlig anderer Meinung!) Das ist ein Vorschlag von mir, meine Herren. Ich möchte nur folgendes sagen: Wenn wir entsprechend dem Beschluß unserer Fraktion mit der SPD Verhandlungen aufgenommen hätten, würde ich auch dafür gesorgt haben, daß vorher gewisse Fühlungenahmen stattgefunden hätten, ehe ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Partei in Erscheinung trete. Wenn die beiden Herren das getan haben – nun, meine Damen und Herren, ich muß Ihnen sagen: Wenn es eine Sünde war, dann war es eine läßliche Sünde, über die man sich nicht so aufregen soll. Das Wort hat nun Herr Blank.

Blank: Meine Damen und Herren! Ich gehe zunächst von dem aus, was mein Freund und Landesvater Dufhues gesagt hat, wenn ich das alles richtig verstehe. (*Zuruf:* Landesvater?) Landesvater ist bei uns der Parteivorsitzende; der steht sehr hoch im Rang. Er ging davon aus, daß, wenn man jetzt zu einem besseren Wahlrecht käme, zu einem Mehrheitswahlrecht – wie modifiziert, lasse ich dahingestellt –, das eine Angelegenheit sei, daß man danach greifen könne. Wenn man ein anderes Wahlrecht erstrebt, gibt es doch dafür nur zwei Motive. Das erste ist das, daß man sagt, man will die demokratische Ordnung stabilisieren. Das zweite ist doch sicher, daß man dabei auch daran denkt, daß man selber der beste Garant für die demokratische Ordnung wäre und also bei dem Wahlsystem auch entsprechend gut abschneidet.

Hier möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, eine Illusion nehmen, wenn sie

aufgetaucht sein sollte, und zwar anhand einer ganz nüchternen Analyse der letzten Wahl. Ich lasse völlig dahingestellt, aus welchen Gründen wir die Wahl verloren haben. Für mich ist aber klar, daß die Wahlchancen immer dann geringer werden, wenn man sich nicht immer klar akzentuiert von einem Gegner absetzt, wenn man keinen Gegner in der Politik hat. Nach einer solchen Wahlrechtsänderung wäre, wenn wir dann die FDP überhaupt nicht mehr haben, die SPD dieser Gegner.

Und da will ich Ihnen einmal folgende, ganz nüchterne Zahlen vor Augen führen: Im Jahre 1953 hatte die CDU/CSU 172 Direktmandate, 1957 194 und 1961 156. Die SPD hatte 1953 45, 1957 46 und 1961 91. Sehen Sie den Trend? In den 156 Wahlkreisen, die die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1961 gewann, hatte sie in 27 Wahlkreisen einen Stimmenvorsprung von etwa 0 bis 4,9 %. Bei gleicher oder ähnlicher Wahlkreiseinteilung würde ein Stimmenschwund von nur 2,5 % zu Lasten der CDU bzw. zugunsten der SPD dazu führen, daß wir diese 27 Wahlkreise an die SPD verlören, und das Verhältnis wäre dann schon 129 zu 118. Jede Stimmenverschiebung, die über 2,5 % hinausginge, würde bei der heutigen Wahlkreiseinteilung ohne weiteres – ich möchte fast sagen: mit Gewißheit – zur Mehrheit bei der SPD führen.

Aber ich gebe die Analyse auch einmal bezogen auf das Land Nordrhein-Westfalen. Hier werden die Dinge wirklich außerordentlich interessant. Bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hatte die CDU einen Stimmenanteil von 46,4 %; sie lag um 3,1 % vor der SPD mit 43,3 %. Die CDU gewann 76 Direktmandate, die SPD 74; Vorsprung: 2. Hier hätte also schon eine äußerst geringfügige Stimmenverschiebung in nur zwei Wahlkreisen dazu führen können, daß die SPD – zwar bei einem geringeren Gesamtstimmenanteil – doch die Mehrheit erlangt hätte.

Nun wird man sagen: In diesem Wahlrecht, das wir vorhaben, ist natürlich eine Modifikation drin. Zu den Direktmandaten muß es in einer irgendwie gearteten Weise doch so etwas wie eine Reserve geben. Es war hochinteressant bei den bayerischen Wahlen – da habe ich auch Versammlungen abgehalten, Freund Lücke, und habe das sehr genau studiert –, wie wir in den Großstädten langsam unsere Direktmandate verlieren. Wenn Sie das einmal auf das ganze Bundesgebiet beziehen – Sie können ruhig bei Köln anfangen und nach Duisburg, Düsseldorf, Hannover, Hamburg, Bremen usw. gehen –, dann müssen Sie zu dem Ergebnis kommen, daß ein Mehrheitswahlrecht – auch mit einer gewissen Modifikation – so, wie die Dinge politisch gegenwärtig liegen, bedeutet, daß die SPD und nicht wir die Mehrheit bekommen.

Nun werden Sie mich fragen: Wenn der Trend schon so ist, wie kann man ihn unterbrechen? Da stelle ich die ganz naive Frage, was wir denn in drei Jahren nach dreijähriger Gemeinsamkeit mit der SPD unseren Wählern als das Gegensätzliche, als das, was für uns spricht, vorstellen sollen. Das reduziert sich doch dann auf Null.

Nun möchte ich mich ganz entschieden dagegen verwahren, daß heute morgen vielleicht die Version aufkommt, als habe sich der Herr Wehner gewandelt. Außerdem: Zu dem, was er den Herren gesagt und geschrieben hat, hat er auch vor Funktionären in Bremen einiges gesagt. Dort hat er auch einiges zu meinem Kollegen Franz Josef

Strauß gesagt.⁴⁵ Aber das kann Franz Josef Strauß schon selber nachlesen; das brauche ich hier nicht zu zitieren. Er hat aber auch etwas über den Herrn Bundeskanzler gesagt. Er hat gesagt, daß auch der Bundeskanzler noch einige Klarstellungen in der „Spiegel“-Sache schuldig sei. Er hat dann wörtlich gesagt: Der Bundeskanzler hat auf einem zum Teil eingeseiften Boden gesprochen, auf den er – und nun kommt die Infamie, die er immer gebraucht –, der vielleicht die Situation nicht mehr ganz überschaue, diesmal verlockt worden sei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mache es ganz kurz: Ich halte die Spekulation, mit einem irgendwie gearteten Wahlrecht zu einem Erfolg zu kommen, der uns die lästige FDP – und ich liebe die Brüder auch nicht – vom Halse schafft, nach Lage der Dinge für völlig falsch.

Ich habe mir drei Sätze, die der Herr Bundeskanzler gesagt hat, mitgeschrieben. Ich polemisiere gar nicht darüber, was in den vergangenen Tagen nicht hätte passieren können. Darüber will ich gar nicht reden. Er hat gesagt: „Der Landesverrat ist der Hintergrund dieser Krise.“ Wenn ich mir die Frage erlauben darf: Erlaubt der gegenwärtige Stand aller Untersuchungen, von der SPD anzunehmen, daß sie in puncto Landesverrat völlig sauber sei? (*Zuruf: Sehr gut!*)

Zweiter Punkt: „Ich fürchte“, hat der Herr Bundeskanzler gesagt, „daß die Wahl 1965 verlorengelht“ – das ist auch meine Sorge –, „weil“, so sagte er und erinnerte dabei an die Diskussion, die er mit Herrn Präsident Gerstenmaier gehabt hat, „das ‚C‘ seine Werbekraft verloren hat.“ Aber wie soll das „C“ seine Werbekraft wieder erlangen, wenn wir drei Jahre zusammen mit einer Partei gehen, die expressis verbis in den Gesprächen mit den beiden Herren gesagt hat: Alles, was das Kulturelle anbetrifft, müssen wir mal völlig aus der Erörterung herauslassen? (*Beifall.*)

Der Herr Bundeskanzler hat drittens gesagt: Wenn man mit der FDP weiter koalieri, würde man bald neue Krisen haben. Das mag sein. Aber ich wage, Herr Bundeskanzler, folgende Prognose: Wenn wir erst der SPD die Türe aufgemacht haben und wenn sie hier drinsitzt, dann wird sie zu dem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt uns eine Krise bescheren, an deren Ende dann das steht, was die Herren wirklich wollen, nämlich noch vor der Bundestagswahl so weit in den Besitz der Macht zu kommen, daß sie den Bundestag in der Hand haben.

Zur demokratischen Zuverlässigkeit des Herrn Wehner hätte ich auch einiges zu sagen. Ich will nur nicht darauf eingehen. Ich bitte Sie darum: Gehen Sie doch nicht auf die Spekulation ein, als ob wir diesen unzuverlässigen, diesen lästigen Partner, mit dem wir nun einmal zu tun haben, weil uns acht Stimmen fehlen, durch eine Modifikation des Wahlrechtes loswerden könnten; dieses Wahlrecht wird sich dann zugunsten der SPD auswirken. Versuchen wir, profiliertere CDU-Politiker zu sein als bisher, damit wir uns von der SPD abheben, dann werden wir die Wahl gewinnen.

⁴⁵ Vgl. FAZ vom 3. Dezember 1962 „Wehner: Kaiserschnitt bei der FDP“. Wehner hatte jedoch nicht in Bremen, sondern in Hannover gesprochen (FAZ vom 4. Dezember 1962).

Die nächste Aufgabe heißt: Der Herr Bundeskanzler muß seine Regierung bilden und stabilisieren, ohne sich auf Zeitkündigungen einzulassen. Dazu sollten sich auch bei dem Haufen wohl noch zwei Dutzend anständige Männer finden, die nicht bereit sind, Deutschland an Herrn Wehner auszuliefern.

Schmücker: Herr Bundeskanzler, Sie haben mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß es sich um eine Vertrauenskrise handele. Vertrauen ist aber eine Sache der Gegenseitigkeit, ich füge gern hinzu: der disziplinierten Gegenseitigkeit, nicht eine Sache des Gehorchens und Befehlens. Es haben hier Verhandlungen stattgefunden; Herr Etzel sagt dazu: Gott sei Dank, das ist den Leuten zu danken. Das beklage ich gar nicht. Aber ich beklage, daß man uns hat weiter verhandeln lassen, ohne uns zu informieren, daß mit der anderen Seite Gespräche laufen. Das hat mit Vertrauen nichts zu tun. Herr Bundeskanzler, wenn Sie sagen, es handelt sich um eine Vertrauenskrise, muß ich Ihnen sagen: Man hätte uns das Vertrauen entgegenbringen müssen, uns zumindest zu bitten, auf der Stelle zu treten, anstatt uns aufzufordern, die weiteren Verhandlungen vorzubereiten. Das muß hier ausgesprochen werden. Die weiteren Einzelheiten über den gesamten Komplex werde ich in der Fraktion vortragen. Von der Fraktion haben wir den Auftrag bekommen. Ich hoffe, daß wenigstens nicht wieder andere sich jetzt von ihrem Gewissen getrieben fühlen und aus anderen Motiven gleichzeitig wieder andere Verhandlungen führen. (*Zuruf von Lücke.*) Gehen Sie bitte nicht so weit, daß Sie die Rolle von Döring und Wehner vertauschen. Ich habe den Eindruck, daß man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben will. Und was so als der letzte entscheidende Grund hier angefügt wurde, das war diese Sache bezüglich der Informierung über Starke bis zu Wehner. Mein lieber Freund Paul Lücke, wenn solche Informationen laufen, dann ist das ein Skandal.

Alle die Bedenken, die Theo Blank hier aufgetischt hat, müssen wir zumindest untersuchen. Ich bin gar nicht dagegen, daß wir über die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD sprechen. Aber ich möchte, daß das im Geist gegenseitigen Vertrauens – und darauf haben wir einen Anspruch – geschieht. Man darf nicht anfangen zu verhandeln und andere, die man offiziell damit beauftragt, einfach ins Leere laufen lassen und ihre persönliche Glaubwürdigkeit desavouieren. Dadurch erschweren wir uns in der Politik gegenseitig die Arbeit.

Wenn wir die große Koalition überlegen, und wenn wir sie eingehen, müssen wir uns klar sein, daß wir damit in einen reinen Pragmatismus der Politik kommen werden, daß wir das „C“ streichen können. Auch hinsichtlich der personellen Zusammensetzung müssen wir uns klar sein, was geschehen wird. Man will das System der Staatsminister einführen. Im Zusammenhang mit der Kanzlernachfolge – meinetwegen 1965 – ist es bei dieser Betrachtung ganz selbstverständlich, daß dann die SPD personell in den Vordergrund kommt. Die jetzige Nummer 2 – von der SPD gestellt – wird dann die Möglichkeit haben, zur Nummer 1 vorzustoßen.

Und dann zum Wahlrecht! Ich habe nichts dagegen, daß wir dieses Wahlrecht einführen. Aber bevor wir das machen, müssen wir uns bei uns in der Fraktion und auf der anderen Seite vergewissern, ob überhaupt eine Mehrheit dafür zustande

kommt. So, wie die Bedenken hier vorgetragen worden sind, habe ich die Vermutung, daß man sich zwar auf dieses Gesetz festlegt, daß aber nachher mit Hilfe der FDP, die da auf keinen Fall mitmacht, eine Quer-Beet-Mehrheit zustande kommt und die ganze Geschichte scheitern wird.

Die übrigen Punkte sind Überschriften, unter denen sich jeder das vorstellt, was er sich von Hause aus wünscht. Diese Überschriften bedeuten keine Übereinstimmung. Ich warne vor Romantik. Ich schlage noch keinen Weg vor, sondern meine, wir müssen diskutieren und zum Schluß zu einem Ergebnis kommen. Ich möchte noch einmal betonen: Bitte stellen Sie das Vertrauensverhältnis, das ganz erheblich gestört ist, schnellstens wieder her; sonst können wir nicht weiter verhandeln.

Fricke: Meine Damen und Herren! Ich darf an den Beginn meiner kurzen Stellungnahme die Erklärung stellen, daß ich jedem, der sich Sorgen macht, und jedem, der von sich aus etwas unternimmt – so auch unserem Freund Minister Lücke und Herrn zu Guttenberg –, den besten Willen unterstelle. Ich bin überzeugt, daß auch sie das Beste aus der schwierigen Lage zu machen versuchen. Aber ich kann vollauf Herrn Dufhues verstehen, wenn er zu Beginn sagte, es ist sehr schwer, in dieser Lage die rechten Worte zu finden.

Ich muß zunächst gestehen, daß ich über diese Entwicklung schlechthin konsterniert bin. Ich erachte mit Herrn Blank die Folgen vorerst als unabsehbar. Das mag sich aus unserer spezifischen Situation im evangelischen Norden und in Niedersachsen ergeben. Herr Dufhues hat gesagt, das Ziel sei, mit einem neuen Wahlrecht zu größerer Stabilität zu kommen. Bei uns im Norden wird aus diesem Wahlrecht – Herr Blank, Sie haben recht – ganz sicherlich eine rote Stabilität. Berlin, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen sind dann endgültig verloren, Nordrhein-Westfalen auf das äußerste gefährdet, vielleicht auch weitere Bereiche.

Meine Herren, verehrter Herr Bundeskanzler, ich bitte zu verstehen, daß wir aus Niedersachsen im Vorstadium unserer Landtagswahl natürlich die Dinge sehr ernst betrachten. Wenn die Sache aus übergeordneten Gesichtspunkten so laufen muß, dann werden wir endgültig die Chance verloren haben, in Niedersachsen eine Wende herbeizuführen. Das würde uns bei einer großen Koalition in Bonn wohl kaum gelingen. Denn dann würden unsere norddeutschen Minister – die evangelischen – fast nicht wiederkommen: Seehofer, Schwarz, Merkatz, Lemmer. Wir würden nicht das erreichen, wofür wir uns bemühen. Ich war gerade mit Herrn von Merkatz wieder in Rotenburg, wo in den vergangenen Jahren das Scherbengericht über ihn abgehalten worden ist.⁴⁶ Wir sind dort großartig angekommen. Langsam kommen auch die Kommunalpolitiker der DP zu uns. Wir haben die Chance, die 400.000 Stimmen zu gewinnen. Aber wenn die hier angedeutete Entwicklung eintritt, ist diese Chance vertan. Die Wahlen in Niedersachsen können wir dann sehr moderiert führen.

⁴⁶ Von Merkatz war 1960 von der DP zur CDU übergewechselt. Während des Bundestagswahlkampfes 1961 wurde er in seinem Wahlkreis Osterholz-Rotenburg-Verden deswegen von der GDP angegriffen. Material in ACDP I-148-113/01.

Wir können vielleicht auch besser im Frühjahr in Urlaub fahren und brauchen uns nicht allzu stark zu strapazieren.

Ich bin wirklich etwas schockiert gewesen, als Herr zu Guttenberg sagte, Herr Wehner habe ihm erklärt und versichert, daß auch die SPD sich ehrlich verpflichtet fühle, zur Überwindung dieser Krise etwas beizutragen. Bisher hat sie mit Wohlgefallen diese Krise, diesen Zauber, diese Hysterie der letzten Wochen ablaufen lassen und sich ihr Süppchen daran gekocht.

Scheufelen: Wir sollen hier analysieren, welche Folgen sich ergeben, wenn wir die Entschließung, die uns hier zur Annahme vorliegt, annehmen. Wir müssen die Entwicklung rückschauend betrachten. Da hat sich folgendes ergeben: Sämtliche zurückliegenden Wahlen haben sich zugunsten der Partei an der Regierung ausgewirkt. Auch die Bundestagswahlen 1961 wären – wie die EMNID-Ergebnisse vorher gezeigt haben⁴⁷ – ohne die Störung in Berlin zu unseren Gunsten ausgegangen. Die Wahlen in Schleswig-Holstein gingen zugunsten der CDU, weil sie dort regiert. In Hessen gingen die Wahlen zugunsten der SPD, weil diese dort regiert. Bei den Wahlen in Bayern kommen noch andere Gesichtspunkte hinzu. Aber auch dort sind sie zugunsten der Regierungspartei ausgegangen. (*Meyers:* Nordrhein-Westfalen nicht vergessen, auch wenn es nicht in das Schema paßt!) Herr Dr. Meyers, die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen liegt schon sehr weit zurück; deswegen bin ich darauf nicht eingegangen. Dort traf als außergewöhnliches Ereignis der Tod von Arnold ein. (*Meyers:* Ich meine die letzte Landtagswahl!) Wenn man die jetzige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen betrachtet und mit der vorhergehenden vergleicht, darf man nicht vergessen, daß die vorhergehende durch den Tod von Arnold damals günstig beeinflußt worden ist.

Wir haben bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg erstmalig unseren Rückgang auffangen können und haben uns wesentlich verbessert.⁴⁸ Das ist mit darauf zurückzuführen, daß wir aus der Allparteienregierung im Lande raus sind.

Ich wollte also zu bedenken geben, welche Vorteile die Gruppe hat, die an der Regierung ist, und was geschieht, wenn eine Partei in die Regierung kommt.

Barzel: Ich glaube, die Sachprobleme stehen jetzt nicht zur Diskussion. Darüber werden wir heute noch in der Fraktion sprechen. Ich möchte nur zu drei Punkten etwas sagen.

Für uns alle ist die Frage der Koalition – so oder so – kein Dogma. Hinsichtlich dieser Fühlungen – wie sie jetzt heißen – mit der SPD, von denen wir nichts wußten, schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Schmücker an. Ich möchte Ihnen aber hier auch einiges über den Stand unserer Verhandlungen mit der FDP sagen, weil es sonst vielleicht ein schiefes Bild geben könnte.

47 Lt. EMNID hatten sich im Juni 1961 39 % für die CDU, 28 % für die SPD und 7 % für die FDP ausgesprochen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 939.

48 Ergebnis der Kommunalwahl am 4. November 1962 in Baden-Württemberg: CDU 24,8 % (1959: 23,0 %), SPD 33,0 % (31,0 %) und FDP 8,3 % (9,0 %).

Wir haben mit der FDP am Donnerstag ein Gespräch gehabt.⁴⁹ Dieses Gespräch verlief – mindestens nach Meinung von Herrn Schmücker und nach meiner Meinung – so, daß wir einen positiven Eindruck hatten. Ich bitte das daraus zu entnehmen, daß Herr Schmücker und ich den Auftrag bekamen, am Freitag als Unterkommission mit Herrn Zoglmann⁵⁰ und Herrn von Kühlmann-Stumm⁵¹ von der FDP weiter zu verhandeln, um die Tagesordnung für die an sich für heute vorgesehenen Gespräche fortzuführen. Bei diesem Gespräch hatte die FDP erklärt, es sei ihr Interesse und sie sehe es als nicht unmöglich an, in dieser Woche bis zur Rückkehr des Herrn Bundespräsidenten eine Regierung zu bekommen. Wir haben also am Freitag die Tagesordnung vorsortiert. Hierüber gibt es einen Vermerk des Herrn Schmücker. Er betrifft auch interessante Fragen wie etwa die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit in der Zukunft. Dieser Vermerk stammt vom 30. November. Er ist mittlerweile auch den Herren der FDP zugegangen. Ein Widerspruch ist, soweit ich weiß, nicht eingegangen.

Ich darf noch etwas anderes sagen. Ich kenne Herrn Döring aus Düsseldorf und bin natürlich bei ihm ein bißchen vorsichtig. Aber er hat uns seine Interessenlage geschildert. Auf dem Tisch liegen die Wahlergebnisse der FDP von diesem Jahr. Er sagte: „Ich habe gelernt, die Krisen gehen zu unseren Lasten; ihr tragt das noch besser durch, und die SPD gewinnt dabei; das kann nicht unser Interesse sein. Deshalb sind wir interessiert, einen Weg zu finden, ohne künftige Krisen hier eine Koalition zu versuchen.“ – Ich will mich nicht dafür verwenden. Ich bin nur verpflichtet, auch diesen Teil zur Information vorzutragen.

Dann ein zweiter Punkt. Ich würde sagen, für mich ist überhaupt noch keine ausreichende Information vorhanden, um jetzt einen Beschluß zu fassen, daß wir auf diesen Boden der SPD auch nur theoretisch treten. Ich will sagen: Was da kommt, ist so interessant, daß wir es uns einmal ansehen sollten.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt. Wir haben doch pausenlos in einer Sorge gestanden, da wir nicht die Mehrheit im Hause haben und von Düsseldorf her gebrannte Kinder sind. Ich habe von Anfang an gesagt: Vielleicht diskutieren wir hier lange über irgendwelche Fragen und die anderen kommen und haben eine Regierung. Das darf man auch nicht vergessen. Wir dürfen heute nicht einen einseitigen Beschluß fassen. Denn damit schlagen wir der anderen Seite die Tür zu und sind dann festgenagelt, da uns die Mehrheit fehlt. Deshalb können wir heute nur eine allgemeine Aussprache über die Probleme führen, nicht aber in die Sache einsteigen. Es kann doch am Schluß dieses Tages überhaupt nur der Beschluß der Fraktion, die zuständig ist, stehen, morgen, wie angesetzt, mit der FDP zu verhandeln, und zwar zügig, und

49 Vermerk über die Besprechung der Verhandlungskommission der CDU/CSU und der FDP am 29. November 1962 in ACDP I-070-003/3.

50 Siegfried Zoglmann (geb. 1913), 1950 Pressereferent und Landesvorstandsmitglied der FDP NW, 1954–1958 MdL NW, 1957–1976 MdB (bis September 1970 FDP, Oktober 1970 bis Dezember 1972 Hospitant der CSU-Landesgruppe, dann Mitglied).

51 Knut Frh. von Kühlmann-Stumm (1916–1977), 1960–1976 MdB (FDP, 1963–1968 Fraktionsvorsitzender, seit 1972 CDU).

übermorgen mit der SPD, um einmal den Puls zu fühlen, wie hart diese Informationen sind. Dann soll am Donnerstag die Fraktion, die dafür zuständig ist, die Entscheidung treffen.⁵² Es kann nur der Sinn dieser Debatte hier sein, uns das eine oder andere Argument zu sagen. (*Zuruf von Gerstenmaier.*) Ich wollte Sie nicht erregen, Herr Präsident Gerstenmaier. (*Gerstenmaier:* Aber Sie haben einen ganz entscheidenden Satz gesagt, den ich für falsch halte! Ich bin nicht der Meinung, daß es allein Sache der Fraktion sei, die Entscheidung zu treffen!) Erlauben Sie gütigst, daß ich ganz ruhig bleibe. Ich bin auch ein bißchen aufgeregt über manche anderen Vorgänge. Ich würde gern ruhig bleiben. Diesen Lapsus linguae nehme ich weg. Betrachten Sie das als nicht gesagt. Ich meine, daß die Partei natürlich als erste zu den Dingen etwas zu sagen hat. Die Beschlußfassung liegt nachher bei der Fraktion. Ich möchte, Herr Präsident Gerstenmaier, daran erinnern, daß eine Wahlrechtsfrage – ich spreche jetzt wieder in meiner Sprache – natürlich auch eine Frage der eigenen Stühle ist. Deshalb würde eine Fraktion ganz peinlich und empfindsam auf einen Expressis-verbis-Beschluß oder -Rat dieses Parteivorstandes, dem ich selber anzugehören die Ehre habe, reagieren. Nur das wollte ich gesagt haben.

Adenauer: „Abstimmung über die eigenen Stühle“ ist auch kein gutes Wort. Gewiß, es ist eine Realität, aber es ist kein gutes Wort.

Struve: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir Abgeordneten haben die Pflicht, unserem Auftrag entsprechend bis 1965 in einer guten Koalition mit einer stabilen Regierung zu arbeiten. Rückblickend – ich sage damit nichts Neues – kann ich feststellen: Noch nie bin ich in meiner parlamentarischen Tätigkeit so über die Arbeit enttäuscht gewesen wie über die im letzten Jahr hinter uns liegende. Wenn ich das sage, muß ich sofort auf die erste Vorstandssitzung unserer Fraktion zu sprechen kommen, die heute vor acht Tagen in Gegenwart unseres Freundes Dufhues stattfand.⁵³ Wenn die Norddeutschen schlechthin, aber die Schleswig-Holsteiner im besonderen das Wort von der großen Koalition hören, dann bedeutet das für sie rotes Licht. Aber aus vielen Erfahrungen heraus und nicht zuletzt aufgrund der gegenwärtigen Lage habe ich als erster am Montag – allerdings mit Blickrichtung auf die Partei – Herrn Dufhues gesagt: Wir müssen raus aus dieser Gefährdung, wir werden von einer kleinen Minderheit erpreßt und regiert; wir können so nicht mehr arbeiten. Die Partei darf sich nicht mehr so einseitig festlegen. Ich habe hinzugefügt: Ich bitte Sie dann aber auch, das Wahlrecht zu verändern, sonst richten wir nicht nur die Koalition, sondern auch den Staat und die Demokratie zugrunde. Ich bin der Meinung, daß aufgrund der Arbeit des letzten Jahres leider schon bittere Anzeichen in dieser Richtung zu erkennen sind, nicht nur unter uns, sondern auch draußen bei unseren Freunden, aber auch bei unseren Wählern.

52 Am Freitag, dem 7. Dezember 1962, unterrichtete von Brentano die Fraktion über den Stand der Verhandlungen zur Regierungsbildung (Kurzprotokoll in ACDP VIII-001-1009/2). Am Donnerstag, dem 6. Dezember, fand keine Sitzung der Bundestagsfraktion statt.

53 Vgl. Anm. 38.

Hier ist eine Schilderung über Personen erfolgt. Wenn ich an Gespräche mit Blücher und anderen im Frankfurter Wirtschaftsrat zurückdenke und die Entwicklung bis heute verfolge, dann muß ich sagen, ich weiß eigentlich nicht, mit wem ich heute noch in der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages verhandeln soll, (*Zuruf*: Sehr gut!) um Vertrauen haben zu dürfen. Das Vertrauen ist auf der ganzen Linie erschüttert. Ich habe den Eindruck, daß dort zugunsten der eigenen Partei jeder Weg beschritten wird, um die CDU/CSU zu schädigen. Aber zu gleicher Zeit – und das spürt man anscheinend nicht – ruiniert man den Staat und die Demokratie. So gesehen steht nach meinem Dafürhalten heute auch der Fraktionsbeschluß zur Diskussion: Findet der Vorschlag Lücke, neben der FDP auch mit der SPD zu sprechen, die Billigung, oder ist man ganz einfach dagegen? (*Zuruf*: Das ist doch schon beschlossen!) Die Fraktion hat beschlossen. Aber hier wollen wir die Meinung unserer Freunde aus den Ländern hören. Ich bin der Meinung, daß wir verpflichtet sind, entsprechend diesem Fraktionsbeschluß nach beiden Seiten hin zu verhandeln.

Ich bin auch der Auffassung, daß wir – ich möchte sagen – die Stimmung der Fraktion richtig wiedergeben, wenn wir sagen: Die Beauftragten sollen zusammen mit unserem Herrn Bundeskanzler alles daransetzen, um die Fortsetzung der alten Koalition zu ermöglichen. Wenn ich mir aber die Fühlungenahmen – einschließlich Abendessen mit allem drum und dran – ansehe, dann muß ich sagen, ich habe den Eindruck, daß noch gar keine neuen richtigen Verhandlungen begonnen haben, und schon wird immer wieder hineingeschossen, um mit dieser oder jener Zweckmeldung etwas für sich – die FDP – zu erreichen.

Ich meine, daß die Frage der großen Koalition nur gesehen werden darf unter dem Gesichtspunkt: Wie müssen wir uns als Partei und als Fraktion benehmen, damit wir endlich wieder vernünftig arbeiten können und durch gute und vernünftige und konstruktive Arbeit wieder das Vertrauen unter uns, aber auch Vertrauen nach unten, in die Bevölkerung hinein, bekommen? Das Vertrauen muß auf gemeinsamer Staatsbejahung beruhen. Es müssen aber auch echte und andere Unterrichtungsmethoden gefunden werden. Sonst geht nach meinem Dafürhalten das letzte verloren, was wir jetzt in zehn oder zwölf Jahren erfolgreich aufgebaut haben. Im letzten Jahr haben wir nichts aufgebaut. Im letzten Jahr haben wir stillgestanden. Wir sind dabei, draußen immer mehr an Kredit zu verlieren.

Ich bin also der Meinung, daß wir über den Weg der großen Koalition (*Gurk*: Sollen in der großen Koalition drei sein?) – nein, CDU/CSU und SPD – und über den Weg einer Wahlrechtsänderung zu einem echten Zweiparteiensystem kommen müssen. Ich glaube, daß der Gesetzgeber dies noch etwas schneller erzwingen muß, als es sowieso durch die Entwicklung gekommen wäre. Wenn wir es der Entwicklung hätten überlassen können, wäre uns das am liebsten gewesen. Die Situation dafür ist aber nicht mehr gegeben, diesen Prozeß der Zeit zu überlassen.

Ich neige sehr stark dazu, jetzt sofort neben der FDP auch mit der SPD Verhandlungen aufzunehmen. Wenn wir das eine große Ziel – Festigung der Demokratie, Festigung und Bejahung des Staates im Volk und bei uns – erreichen können, dann sollten

wir dafür einen Preis zahlen. Darüber kann es keinen Zweifel geben: Aufgrund eines richtigen Wahlgesetzes muß, Kollege Blank, 1965 ein scharfer Wahlkampf geführt werden, dann aber zwischen zwei Parteien. Und dann soll eine gewinnen. Ich füge hinzu: Wenn wir etwas verankern können, was den Staat stabilisiert, (*Beifall*) dann bin ich der Meinung, muß eine CDU/CSU einen Wahlkampf nicht nur führen, sondern sogar auch verlieren dürfen. Wir haben uns dann von einer echten demokratischen Entscheidung leiten lassen. Der Staat, die Demokratie und die staatliche Ordnung müssen im Vordergrund stehen. (*Beifall*.)

Albers: Meine Damen und Herren! Wenn man vom Lande kommt und in diesem erhabenen Kreise so viele Überlegungen wie heute früh hört, dann ist man etwas erstaunt über die innerhalb dieses Kreises gewachsene Einsicht. Sie wissen, daß ich mich im vorigen Jahr dafür eingesetzt habe, daß man es mit der FDP versuchen soll. Ich habe das aus Überzeugung getan, aber auch mit dem Willen, wir lassen uns in der Angelegenheit Adenauer nicht von der FDP Vorschriften machen. Als ich nachher auf dem Krankenbett die Geschichte lesen mußte, habe ich nur gedacht: Wieweit ist die Partei gekommen, daß sie sich von der FDP in Personalien erster Ordnung Vorschriften machen läßt! Entweder ist sie eine Partei mit aller Klarheit und klarem politischen Wollen, oder – jetzt darf ich das ganz offen sagen – in diesem Falle sind wir ein Anhängsel der FDP.

Die Sache, die wir heute morgen besprechen, ist nicht eine Angelegenheit der Fraktion. Das ist eine Angelegenheit, in der die gesamte Partei mit gehört werden und mit entscheiden muß. Sie ist eine wichtige, vielleicht die wichtigste Entscheidung, Herr Bundeskanzler, seit 1949, als Sie und ich, die nicht immer denselben Weg gingen, nach der Wahl die Koalition mit der FDP unter anderen Persönlichkeiten für das einzig Richtige und für notwendig hielten. Wir haben gemeinsam diesen Kampf geführt.

Jetzt muß ich Ihnen aber auch folgendes sagen: Ich bin dem Herrn Kollegen Lücke und dem Freiherr zu Guttenberg dankbar, daß sie diesen Schritt getan haben. Es mußte doch etwas geschehen, meine verehrten Damen und Herren. Der Kollege Lücke hat in diesem Augenblick den Heiligen Geist bei sich gehabt. Er hat in diesem Augenblick die Überlegungen angestellt, die wir allgemein anzustellen verpflichtet sind. Meine Damen und Herren, wenn Sie mit der FDP in Koalition gehen und alle vier Monate den Leimpott wieder zur Hand nehmen müssen, dann wird das Vertrauen unserer Wählerschaft erst recht erschüttert sein. (*Zuruf:* In die Demokratie!) Und die Demokratie kommt dabei in größte Gefahr. Herr Bundeskanzler, glauben Sie, daß wir, wenn wir jetzt mit diesem Anhängsel FDP koalieren, dann über vier Monate hinwegkommen? Sind Sie davon überzeugt? (*Adenauer:* Nein!) Ich freue mich, daß wir uns in diesem Augenblick wieder treffen. Sie sind also davon überzeugt, daß wir alle Jahre dreimal in diese Schwierigkeiten hineinkommen.

Jetzt will ich mal ein ganz offenes Wort sagen: Herr Bundeskanzler, Sie sind mir zu schade dafür, daß Sie von anderen Leuten verheizt werden. Das will ich Ihnen sagen. Wir müssen den Leuten auch einmal sagen, wo die Grenze ist, die von uns in Personenfragen nicht überschritten werden kann.

Ich danke Herrn Lücke, ich danke Freiherr zu Guttenberg und allen denjenigen, die hier in dieser Angelegenheit eine andere Auffassung erarbeitet haben, als sie gang und gäbe ist.

Bezüglich des Wahlrechtes! Herr Etzel, erinnern Sie sich an den Vorschlag Ihres Schwagers⁵⁴, an das Grabensystem? Könnte man das nicht auch mit in die ganze Diskussion hineinwerfen? Aber das soll nur eine Nebenbemerkung sein.

Ich bin nicht der Auffassung des Kollegen Blank. Aber in dieser geschichtlich bedeutsamen Stunde der Partei sage ich Ihnen eines: Was Sie in der Fraktion beschlossen haben, das führen Sie gefälligst auch durch.

Wuermeling: Meine Damen und Herren! Ich komme sicher nicht in den Verdacht, ein besonderer Freund der SPD zu sein. Zunächst einmal von mir ein Wort des Dankes an die Kollegen Lücke und zu Guttenberg, daß sie den Mut und die innere Bereitschaft gehabt haben, in einer historischen Stunde einmal auf eigene Faust etwas zu tun, auch auf die Gefahr hin, daß manche Freunde sich wieder dagegenstellen. Die Herren haben am nächsten Tag – das möchte ich ausdrücklich feststellen – den Herrn Bundeskanzler als den Parteivorsitzenden unterrichtet. Mehr konnte man doch an Loyalität und Vertrauen nicht gut verlangen.

Nun zur Sache! Die Diskussion, die wir hier heute führen, ist keine Diskussion um Parteipolitik, sondern sie ist eine Diskussion um die Existenz unserer demokratischen Ordnung in der Zukunft. Es fiel das Wort von der Vertrauenskrise. Herr Bundeskanzler, darf ich sagen, ich finde den Ausdruck denkbar treffend für die Situation, nicht nur für die Dinge in Bonn; es ist vielmehr eine Vertrauenskrise da, von der Bevölkerung aus, in breitesten Schichten, gegenüber Bonn, gegenüber den Parteien, gegenüber dem Bundestag. (*Barzel:* Seien Sie vorsichtig!) Sehr weitgehend angekurbelt vom „Spiegel“, das weiß ich. Aber hören Sie sich mal um. Ich komme gerade aus meinem Wahlkreis. (*Barzel:* Der Herr Bundeskanzler hat deswegen in der Fraktionssitzung eine ganz deutliche Rüge ausgesprochen. Deswegen sage ich, seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie sagen.) Meine persönliche Auffassung ist seit langem die: Die ganze Entwicklung liegt schon länger zurück als die „Spiegel“-Geschichte. Dieses Handeln mit einer solchen Gruppe sind die Leute leid. Für uns Ältere taucht hier die Erinnerung an die Weimarer Zeit und das Ende des Weimarer Systems auf, das durch den Parteienkuhhandel herbeigeführt worden ist. Wenn sich das bei uns nicht ändert, wird man zunächst nach einem noch stärkeren Adenauer und nachher nach einem de Gaulle rufen, der die Parteien an die Wand drückt und in irgendeiner Weise eine politische Führung herbeiführt.

Dann möchte ich etwas sagen, was mir sehr auf der Seele liegt. Ich bin erschrocken über den Hauptteil der Darlegungen, die mein Freund Blank gemacht hat. Er bestand

⁵⁴ Hugo Scharnberg (1893–1980), 1949–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 136 Anm. 18 und EBD. 2 S. 8 Anm. 24. – Zum Grabenwahlrecht vgl. PROTOKOLLE 2 S. 753–768; LANGE: Wahlrecht S. 637–700.

nämlich darin, doch zu erwägen, bei welchem Wahlrecht das für die CDU günstigste Ergebnis herauskomme. Ich frage mich, machen wir ein Wahlrecht für die Partei, oder machen wir es für den Staat? (*Zuruf: Beide!*) Natürlich sind wir alle überzeugt, daß es auch im Staatsinteresse liegt, wenn wir das Heft in der Hand behalten. Die Ergebnisse, die wir bei dem jetzigen Wahlrecht schon mit dieser einen Partei erleben, sollten uns aber doch zu denken geben. Ich bin der Überzeugung, wir müssen bereit sein, die Gefahr in Kauf zu nehmen, daß auch der andere einmal ans Ruder kommt, wenn das auf lange Sicht gesehen im Interesse des Staates liegt. Deswegen meine herzliche Bitte, den Gedanken des Kollegen Lücke fortzuführen.

Katzer: Herr Kollege Blank, ich stimme in der Sache nicht mit Ihnen überein. Das ist nichts Neues. Ich würde sagen, wir stehen im Grunde vor der Abwägung von zwei Risiken. Herr Kollege Blank meint, wenn wir die Koalition mit der SPD machen, werden unsere Chancen schlecht. Ich persönlich bin der Meinung, Herr Kollege Blank, wenn wir mit der FDP von Krise zu Krise gehen, wird unsere Position sowohl staatspolitisch sehr gefährlich als auch vom parteipolitischen Standpunkt her. Ich bin nicht der Meinung, daß es uns egal sein kann, wieviel Mandate die SPD bekommt. (*Wuermeling:* Das habe ich auch nicht gesagt!) Ich habe nicht behauptet, daß Sie es gesagt haben. Ich sage nur, ich bin der Meinung, daß uns das keineswegs egal sein kann. Solche Überlegungen müssen auch von uns angestellt werden. Ich glaube, niemand ist überglücklich, weder bei der einen noch bei der anderen Lösung. Es geht um die Abwägung der Vor- und Nachteile. Wir müssen aber auch die praktische Arbeit der Fraktion sehen. Ich will hier nicht einmal von den großen staatspolitischen Fragen reden, in denen keine Einigung zu bekommen ist. In vielen kleinen Fragen werden Verabredungen mit uns getroffen, die man morgen nicht mehr anerkennt. Damit ist eine praktische Arbeit nicht möglich. Das sollte man auch in Erwägung ziehen.

Hier ist das Wort gefallen, bei einer Koalition mit der SPD könne man das „C“ klein schreiben. Ich möchte nicht, daß wir da falsche Vorstellungen haben; es wird nicht kleiner als bei der Koalition mit der FDP geschrieben.

Ich kann Herrn Kollegen Schmücker nur zum Teil verstehen, wenn er Herrn Lücke Vorwürfe macht. (*Schmücker:* Nein! Herrn Bundeskanzler habe ich Vorwürfe gemacht!) Ich würde sagen, Herr Kollege Schmücker, dem Sinne unseres Fraktionsbeschlusses nach hat der Kollege Lücke absolut richtig gehandelt, und da verdient er Dank. Wenn man allein den anderen Weg gegangen wäre, Herr Kollege Schmücker, dann weiß ich nicht, ob es nicht am Ende so gekommen wäre, daß die Kommission gesagt hätte: Wir sind mit der FDP einig, und damit ist der Fall erledigt. Der Auftrag der Fraktion lautete allerdings anders. Er ging dahin, mit beiden zu verhandeln. Der Fehler ist, daß das nicht über den Weg der gewählten Kommission gelaufen ist. Darin stimme ich mit Ihnen überein. Deswegen sagte ich nur, daß vom Inhalt her Herr Lücke durchaus dem entsprochen hat, was der Wille der Fraktion war. – Ich bin der Meinung, daß die Verhandlungen mit der SPD und der FDP tunlichst nicht morgen und übermorgen, sondern wenn es zeitlich irgend angeht am gleichen Tag geführt werden sollen.

Hellwig: Ich möchte nur einige Bemerkungen machen und einen Beitrag zur kritischen Betrachtung der Situation leisten. Wenn man von draußen kommt, ist man etwas überrascht, daß die Zielrichtung bei der Suche nach einer Lösung dieser Vertrauenskrise so stark das Wahlrecht ist und nicht andere in der Schwebelage befindliche Fragen, die – aus der Sicht von draußen – seit langem in den Bonner Amtsstuben zu jener Haltung führen, die wir als Attentismus bezeichnen. Ich glaube, daß man ganz deutlich sagen muß: Wahlrechtsänderung ist keine Antwort auf die anderen Fragen, die in der Schwebelage bleiben. Herr Bundeskanzler, Sie haben den Zeitungsartikel mit diesem merkwürdigen Interview zitiert und darauf hingewiesen, daß im Grunde genommen die größten personellen Fragen in den kommenden Jahren in der Schwebelage bleiben.

Ich bin absolut ein Anhänger des Zweiparteiensystems und eines Wahlrechts bzw. einer Wahlrechtsänderung, die dahin führt. Was wir hören, läßt mich aber noch keine Antwort auf die Frage finden, ob dieser Preis, ein Wahlrechtsziel zu erreichen, ausreicht für das, was uns sonst noch mit dieser Koalition zugemutet wird.

Ich darf auf folgende Dinge aufmerksam machen: Es handelt sich nicht nur um eine Änderung des Wahlrechtes, sondern – das ist in einem kleinen Satz nebenher erwähnt worden – es ist ein besonderes Gesetz zur Änderung der Wahlkreise notwendig. Die Wahlkreise müssen geändert werden. Das Ergebnis der Wahlkreisänderung wird natürlich sein, daß die Rechnung, die Herr Blank vorgetragen hat, noch viel, viel größer und einseitiger zur anderen Seite hingeht.

Man kann sagen: Das ist eine parteipolitische Betrachtung. Dann muß ich umgekehrt fragen: Welche Gewähr würde gegeben sein, daß diese Wahlrechtsänderung auch nach der Bundestagswahl 1965 noch bestehen bleibt? Ist es möglich, diese Wahlrechtsänderung in das Grundgesetz hineinzubringen? – Sie nicken. Da hängt der Bundesrat mit drin. Ich darf an das Hindernis erinnern, als es damals um das Grabensystem ging. Dort folgte uns der Bundesrat nicht. Was würde geschehen, wenn die FDP bei ihrem Widerspruch gegen eine Wahlrechtsänderung den Hebel auf der Landesebene ansetzte, um in den Bundesrat hineinzuwirken?

Es muß auf dieser Linie mit den Sozialdemokraten weiter gesprochen werden und eine eindeutige Linie erreicht werden, damit auch der Bundesrat folgt, zumal auch auf den Gebieten, die hier in einer Art Koalitionsprogramm – siehe Finanzverfassungsänderung usw. – angesprochen werden. Ich möchte also meinen, daß hinsichtlich der Wahlrechtsreform nur ein Wechsel präsentiert wird, bei dem wir noch nicht übersehen, ob er auch eingelöst wird, soweit es sich um die Mitwirkung der Länder im Bundesrat bei einer Verankerung im Grundgesetz handelt. Das sind zwei wesentliche Bedingungen. Nur wenn hinsichtlich beider Fragen eine klare Zusage vorliegt, kann weiter verhandelt werden. Nur dann ist der Kaufpreis erträglich. Täuschen Sie sich nicht, eine Stabilität selbst dieser Regierung bis zur Wahl 1965 ist damit noch nicht erreicht. Die eigentlichen Dinge, die ich angedeutet habe, werden auch in dieser Koalition von den Koalitionspartnern zu gegebener Zeit immer wieder hochgespielt werden. Ich erinnere hier an das zynische Wort, daß die Koalition die raffinierteste Form der Bekämpfung des Gegners ist.

Noch eine grundsätzliche staatspolitische Überlegung zu den vorhergehenden Ausführungen. Ich warne vor der Kopierung des österreichischen Proporzsystems, weil es zu einer völligen Lähmung der politischen Entscheidungsmöglichkeiten führt. In unserer politischen Situation ist eine Lähmung, wie sie in Österreich heute zu verspüren ist, einfach tödlich.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich befinde mich in einer etwas schwierigen Situation. In den vorhergehenden Ausführungen ist etwas angeklungen, was mich veranlaßt, auf zwei Bemerkungen, auf die ich mich vorbereitet hatte, zu verzichten.

Ausgangspunkt ist doch die Bewältigung einer Regierungskrise. Dazu gibt es vier Möglichkeiten, doch darüber will ich jetzt nichts sagen. Ich will nicht sagen, was für und gegen diese Möglichkeiten spricht. Darüber werden wir in der Fraktion verhandeln. Ich möchte mir nur erlauben, auf zwei oder drei Konsequenzen hinzuweisen, die in der seitherigen Diskussion schon angeklungen sind, am stärksten in der Bemerkung unseres Freundes Barzel, aber auch sonst.

Ich gehöre – es heißt eigentlich Eulen nach Athen tragen, wenn ich das sage – nicht zu denen, die wie mancher unserer Freunde in den vergangenen zehn Jahren eine Koalition mit der SPD von unseren Fundamenten und Prinzipien aus schlechthin für unmöglich und undenkbar erklärt haben. Man hat mich manchmal deswegen für so etwas wie einen stillen Hochverräter gehalten, wenn ich mir gelegentlich meine Gedanken gemacht und den Kopf zerbrochen habe, ob und wie man in dieser Richtung vielleicht innerhalb dieser Partei denken dürfe. Schon das Denken stand hier unter einem Tabu. Manche, die damals so gedacht haben, sind jetzt in einen Zustand der tätigen Buße und Reue eingetreten. Ich habe da ein Dokument von Bausch⁵⁵ gelesen, bezüglich dessen ich ganz und gar anderer Meinung bin. Ich will auch nicht deshalb, weil ich von der Buße spreche, den sittlichen Gehalt dieses Wortes irgendwie lächerlich machen.

Es gibt nun, abgesehen von den Möglichkeiten, vor denen wir nun nach wie vor stehen, selbstverständlich auch die Möglichkeit der Koalition mit der SPD – übrigens auch als taktische Notwendigkeit. (*Zuruf:* Das hat niemand bezweifelt!) Wir haben diese taktische Möglichkeit und Notwendigkeit auch heute noch in vollem Umfange. Ich meine nur, wenn man bei der SPD jetzt, heute und morgen, etwas erreichen will, dann darf es nicht so aussehen, als ob wir bei unseren Überlegungen nur taktische Kniffe anwendeten. (*Beifall.*) Ich habe gestern abend mit Herrn Ollenhauer ein langes Gespräch gehabt. In diesem Gespräch habe ich ganz deutlich gehört: Was habt ihr eigentlich vor? Wollt ihr bloß eine taktische Situation herbeiführen, um damit der FDP Angst zu machen, um die FDP um so braver zu stimmen? Oder habt ihr wirklich etwas im Sinn? <Diese Frage klang in dem Gespräch mit Ollenhauer ganz deutlich durch. Ich

55 Paul Bausch (1895–1981), 1949–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 12 Anm. 41. – Denkschrift Bauschs vom 27. November 1962 zitiert in DERS.: Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten. Korntal 1969 S. 238 f.

würde dafür plädieren, daß – nachdem wir nun soweit diskutieren – vermieden wird, daß die SPD als möglicher Koalitionspartner den Eindruck hat: Moment mal, das ist alles unecht, das ist alles uneigentlich, das ist nur eine taktische Finte. Dieser Eindruck sollte vermieden werden. Ich verstehe das Gespräch an diesem Tisch so, daß echt nach Möglichkeiten gefragt wird, echt die Möglichkeit geprüft wird: Koalition mit der SPD – ja oder nein?

Eine Sache ist mir aufgefallen. Ein Gedanke, der in der SPD nach meiner Überzeugung in den letzten Wochen und Monaten immer wieder proklamiert wurde, der auch gestern in dem Gespräch zwischen Ollenhauer und mir sehr deutlich hervor- kam, ist heute an diesem Tisch noch nicht einmal angeklungen: der Gedanke einer Allparteienkoalition, wenn auch nur für begrenzte Zeit. Ich würde es für interessant halten, wenn sich dieser Parteivorstand – wenigstens kurz – damit befassen würde und sagen würde: Nein, das wollen wir ausscheiden,>⁵⁶ das ist für uns nicht interessant. (*Zurufe.*) Man hat entweder die Wahl zwischen einer Allparteienkoalition oder dem Mehrheitswahlrecht bzw. einer Revision des bestehenden Wahlrechtes. Entweder oder – beides zusammen geht nicht. Man wird sich aus einem materiellen Grund, nämlich der Wahlrechtsreform, gegen die auch nur zeitweilige Allparteienkoalition aussprechen müssen. Habe ich das richtig verstanden? (*Zustimmung.*) Ich wollte das nur der Vollständigkeit halber geklärt haben. Der Herr Bundeskanzler muß doch, wenn er der SPD begegnet, ihr sagen können, daß innerhalb seines Parteivorstandes für diesen Gedanken – der Allparteienkoalition – überhaupt kein Interesse besteht, ja, daß sogar eine ausgesprochene Abneigung besteht. Er braucht nicht den sachlichen Zusammenhang mit der Wahlrechtsreform zu betonen. Er muß sagen: Das ist einhellig abgelehnt worden.

< > [s.o.]

Das ist nämlich notwendig zur Bereinigung der Gesprächssituation.

Aber die andere Frage der Koalition mit der SPD! Ich will nicht alles, was dazu zu sagen ist, jetzt behandeln, sondern nur zwei Punkte herausgreifen. Ich glaube, daß nicht nur die Fraktion, sondern auch die Partei es interessieren muß, etwas wenigstens über die allgemeinen Grundsätze und Bedingungen einer Koalition mit der SPD zu hören, und zwar nicht der formellen, sondern der materiellen Bedingungen. Wir haben immer über Wahlrechtsreform gesprochen. Ich bin der Meinung, daß noch etwas anderes dazu gehört, nämlich eine Verständigung mit dem Koalitionspartner darüber, was das in unserer Verfassung festgelegte Verfassungsziel des sozialen Rechtsstaates denn eigentlich besagt. Ich warne davor, sich das Leben jetzt leicht- zumachen, daß man darüber einfach so hinweggeht. Diese Frage ist wichtig. Es ist von integraler Bedeutung, wenn Sie mit der SPD nicht nur vier Wochen koalieren wollen, sondern eine Sache eingehen möchten, die auf die Dauer – jedenfalls bis 1965 – hält, daß Sie über diesen Begriff nicht einfach mit der Berufung auf das Grundgesetz hinweggehen, sondern daß Sie ihn in materialer Interpretation wenigstens

⁵⁶ Textpassage, die gleichen Wortlauts im Original wiederholt ist (s.u. S. 390).

im Rahmen von Koalitionsverhandlungen behandeln. Tun Sie das nicht, dann werden Sie nachher noch viel, viel mehr als bei der FDP enttäuscht sein. Die Berufung auf den Verfassungsauftrag genügt nicht. Es muß eine materielle praktikable Definition versucht werden, und das wird dann nach meiner Überzeugung schwierig sein. Ich sage nur: Es gehört dazu neben der Wahlrechtsreform.

Dann eine Bemerkung, die mir eigentlich am entscheidendsten zu sein scheint. In dem Votum des Herrn Kollegen Wuermeling und einiger anderer unserer Freunde fällt mir auf, daß sie der Meinung sind, die Enttäuschung mit der FDP habe uns klar gezeigt, welche Risiken in einer solchen Koalition liegen. Ich sage Ihnen, das sind Risiken, die wir einigermaßen kennen. Die Risiken, die in einer CDU-SPD-Koalition liegen, sind sehr viel schwieriger kalkulierbar als die Risiken einer Koalition mit der FDP. (*Beifall.*) Darüber muß man sich klar sein. Ich als ein Mann, der unablässig das Offensein auch für eine Koalition mit der SPD vertreten hat und es weiter vertritt, mache aus Pflichtbewußtsein darauf aufmerksam, daß nach meiner Überzeugung das Risiko einer Koalition mit der SPD schwerer kalkulierbar ist als das einer Koalition mit der FDP. Das gilt auch heute.

Der Kern, um den es sich handelt, ist für uns folgender: Wir wollen ja auf das Zweiparteiensystem hinaus. Dazu wollen wir eine Wahlrechtsreform machen. Damit stehen wir aber vor der Frage: Wie und mit welchen Methoden beutet eigentlich eine Partei, die unter christlicher Flagge segelt, das sozialistische Wählerpotential am stärksten aus? Man kann das dadurch erreichen, daß man mit seiner christlichen Visitenkarte und einer christlichen Norm – das „C“ ist ja eine christliche Norm – in seinem Verhalten vor die Wähler tritt und sagt: „Wählt uns“, oder dadurch, daß man sagt: „Wir sind ein loyaler Interessenausgleichsverband; alle, die nicht sozialistisch wählen wollen, können uns guten Gewissens wählen. Wir haben Platz für Juden, Christenheit und alle anderen. Wir werden eine Politik machen, die der Vernunft entspricht und sicher nicht sozialistisch ist.“ Wenn das im wesentlichen alles ist, mit dem wir dann vor die Wähler treten im Kampf mit der einzigen anderen dann noch existierenden Partei, fürchte ich, daß das, was daraus aus der CDU wird, ein ganz, ganz schwieriges Unternehmen wird. Die CDU, die daraus hervorgehen wird, wird auf die Dauer etwas anderes sein als der Gesinnungsverband, der wir seither gewesen sind und an dem ich bei aller kritischen Reflexion über unsere Grundlagen festzuhalten wünsche. (*Beifall.*) Das sage ich ganz klipp und klar und deutlich.

Ich habe über die damit zusammenhängenden Fragen kürzlich erst in Rom mit einem Kardinal gesprochen.⁵⁷ Er sagte mir, er habe auch manche Bedenken hinsichtlich der politischen Praxis von Katholiken, die bis vor einigen Jahren eigentlich ganz treu zu uns gestanden hätten. Diese Randreflexionen sind offenbar bis nach Rom gedrungen. Ich fand das sehr erfreulich. Wir können daran sehen, daß eine echte Teilnahme nicht nur an Deutschland, sondern auch an der Abteilung „CDU“ in Deutschland vorhanden ist. Im evangelischen Teil der Bevölkerung gibt es einfach

⁵⁷ Vom 29. November bis 1. Dezember 1962. Tageskalender in ACDP I-210-031.

eine ganz große und beträchtliche Gruppe, die nicht bereit ist, uns qua CDU zu wählen, die auch nicht sozialistisch ist. Für diese Leute war die FDP nicht eine geliebte, nicht eine heißgeliebte, aber eine Ausweichmöglichkeit, die ihr sozusagen das Gesicht vor sich selber gelassen hat. Sie hat sie gewählt in der Erwartung, daß diese so zustande gekommene kleine Kräftegruppe oben in der Regierung wieder zum allgemeinen Wohl des deutschen Volkes und gegen die Sozialisten gerichtet eingefangen und zum Tragen gebracht wird. Das kann ein Irrtum sein.

Das bedeutet aber folgendes: Das kann gutgehen, wenn die CDU ohnehin die absolute Mehrheit hat. Das wird ganz schwierig, wenn sie das nicht hat und dann in die Fänge einer solchen Gruppe kommt. Das ist alles drin. Die Frage lautet also: Wie kann man das nichtsozialistische Wählerreservoir am vollständigsten ausbeuten? Indem wir allein antreten oder indem wir eine Nebenpartei haben, mit der wir dann auf Dauer koalieren können? Darüber, welche Komplikationen es für die Gestaltung der CDU bedeutet, wenn wir als einzige nichtsozialistische Gruppe antreten, sollte sich auch jeder klar sein. Es ist unsere Pflicht zu sagen, daß wir mit dem, was wir heute tun, eine lange, lange Entwicklung einleiten.

Dabei werden wir uns mit der Frage auseinanderzusetzen haben, die Herr Hellwig angesprochen hat, ob dabei in Deutschland nicht schließlich und endlich das österreichische Modell zustande kommt. Ich würde dringend empfehlen, darüber ganz ernsthaft und still nachzudenken. Wir haben bis jetzt eine Distanz, eine Differenz zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten im Bundestag. Die Nichtsozialisten haben die entscheidenden Grundlagen geschaffen und die entscheidende Gestaltung dieses Staates vollbracht, und zwar auf der Grundlage einer Differenz von mindestens 10 bis 30 %, die sie mehr als die Sozialisten hatten.

Ich möchte hier auch keinen unziemlichen Verdacht gegen Herbert Wehner aussprechen. Ich habe mich nie an dem Krampf beteiligt, daß er ein ganz ausgemachter kommunistischer Schurke im Lammfell sei. Dieses dumme Zeug vom Wolf im Schafspelz usw. habe ich niemals mitgemacht. Es ist aber nicht nur erlaubt, sondern es ist unsere Pflicht, den Gedanken und Windungen im Gehirn von Wehner nachzugehen und sich zu überlegen: Wie kommt er zu dieser Konzilianz? Bei allem Respekt vor dem ungewöhnlichen Charme von Herrn Lücke und von Guttenberg, es wird nicht bloß ihr Charme gewesen sein. Er hat sich wohl ausgerechnet, welchen Nutzen seine Partei aus der Sache haben wird. Der Nutzen wird in einer Reduktion der großen Differenz von 10 bis 30 % auf eine Differenz von maximal 2 bis 6 % liegen.

Dann wurde das österreichische Modell angeführt. Ob das eine Hilfe ist, möchte ich bezweifeln. (*Lücke*: Nein, Österreich hat doch kein Mehrheitswahlrecht! – *Weiterer Zuruf*: Mit dem Mehrheitswahlrecht!) Mehrheitswahlrecht ist einstweilen eine Vokabel. Wenn man sich unter dieser Sache etwas Präzises vorstellen soll, müssen wir präzise darüber reden. Solange das nicht der Fall ist, kann ich nur sagen: Gehen Sie den Überlegungen von Wehner nach, und Sie werden verstehen, warum er mit dieser Konzilianz auf diese Lösung eingeht und sich die außerordentlichen Schwierigkeiten auch mit dem Bundeskanzler – mindestens einem Kanzler als Übergangskanzler –

macht. Wenn er das tut, muß doch für sein Kalkül etwas drinstecken. Wegen dieses Kalküls würde ich empfehlen, doch noch ein bißchen nachzudenken.

Von Brentano: Zunächst möchte ich, ohne kontrovers zu werden, das unterstreichen, was der Kollege Barzel gesagt hat: Wir können hier nicht zu mehr kommen als zu der Erklärung, die die Fraktion gefaßt hat: Verhandlungen nach beiden Seiten. Ich würde dringend bitten, die Fraktion in keiner Weise zu präjudizieren. Ich will nicht davon sprechen, daß es eine selbstverständliche Verpflichtung des Parteivorstandes ist, sich mit dieser politisch wichtigen Entscheidung zu beschäftigen. Ich will aber daran erinnern, daß natürlich die Entscheidung über die Durchführung bei der Fraktion liegt. Wir würden bei der Fraktion wahrscheinlich – berechnete oder unberechnete – Ressentiments wecken, wenn wir sie jetzt vor ein *Fait accompli*, vor eine Entscheidung stellten, die im Vorstand getroffen worden ist. Wir bestätigen: Koalitionsverhandlungen, so wie die Fraktion es gesagt hat, ohne Bindung nach der einen oder anderen Seite.

Die Verhandlungen sind von der Kommission, die die Fraktion bestimmt hat, zusammen mit dem Herrn Bundeskanzler geführt worden. Herr Schmücker hat – ich glaube, nicht ganz zu Unrecht – darauf hingewiesen, daß es doch gut gewesen wäre, wenn die Kommission informiert worden wäre, bevor sie die Gespräche mit der FDP führte. Aber ich möchte loyal genug sein und an folgendes erinnern: In der Vorstandssitzung vom vergangenen Mittwoch⁵⁸ – es war wohl der 28. – habe ich ausdrücklich auf Zeitungsnachrichten verwiesen und gesagt, wir hören, daß auch Gespräche mit der SPD geführt würden. Ich stelle nur fest – darauf habe ich Wert gelegt –, es ist kein Mitglied des Vorstandes, das solche Gespräche führt. Daraufhin wurden keine Fragen gestellt und keine Erklärungen abgegeben. (*Zuruf: Hört! Hört! – Weitere Zurufe.*) Es ist davon gesprochen worden, daß solche Gespräche geführt würden, aber nicht im Auftrag der Fraktion und nicht nach Information der Kommission. Ich muß ganz offen sagen, ich halte es für selbstverständlich, daß für die Fraktion nur die von der Fraktion bestimmte Kommission sprechen kann. Ich glaube nicht, daß wir das Recht haben, irgendeinem Mitglied der Fraktion zu verbieten, ein Gespräch mit einem anderen Abgeordneten zu führen. Das ist nicht möglich. Deswegen haben wir kein Recht, die anderen zu kritisieren, die es getan haben. Wir können fragen, ob sie uns zu weit gegangen sind. Wir können nicht kritisieren, daß sie es getan haben.

Nun zu der Frage der Koalition! Ich bin in der Tat sehr skeptisch, ob wir mit dieser FDP noch eine lebens- und arbeitsfähige Koalition gründen können. Die Erfahrungen, die wir hatten, sind schlecht, und auch das erste Gespräch im Bundeskanzleramt, an dem ich teilnahm, hatte mich nicht überzeugen können, daß die Situation besser geworden sei. Ich möchte allerdings auch etwas Wasser in den Wein gießen und das unterstreichen, was heute auch schon gesagt worden ist: Die Voraussetzungen dafür,

⁵⁸ Protokoll der Sitzung des Fraktionsvorstandes nicht vorhanden; Tagesordnung, Anwesenheitsliste und Notizen Rösings in ACDP VII-001-1503/4.

daß unsere Zusammenarbeit mit der SPD nun wirklich besser würde, sind noch nicht – in keiner Weise – bewiesen.

Trotzdem bin ich persönlich der Meinung – ohne in irgendeiner Weise vorzugreifen, insbesondere nicht der Fraktion –, daß wir diese Verhandlungen mit der SPD führen sollten. Ich glaube, es ist in der Tat hier eine politische Chance gegeben, die wir nicht auslassen dürfen. Ich sehe diese politische Chance in der Entscheidung über das Wahlrecht. Ich bin auch nicht der Meinung, daß das Wahlrecht ein Allheilmittel ist. Ich bin wohl der Auffassung, daß das Proportionalsystem bisher alle Demokratien an den Rand des Abgrundes geführt hat. Deswegen sollten wir den Versuch machen, mit einem echten Mehrheitswahlrecht diese Gefahr abzufangen.

Es ist vorhin gesagt worden: Österreichisches System! Ich würde ein österreichisches System radikal ablehnen. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Aber wir wollen diese Koalition nur gründen, um das Wahlrecht zu ändern und dann 1965 aufgrund des neuen Wahlrechtes zu wählen, um zu erreichen, daß dann klare Mehrheiten und Minderheiten da sind.

Man wird mir sagen – ich nehme diese Einwendungen sehr ernst, auch das, was Herr Blank gesagt hat –, niemand wisse, wie ein solches Wahlrecht sich für die CDU/CSU auswirken wird. Das hängt weitgehend nicht nur von der politischen Entwicklung, sondern auch von der Einteilung der Wahlkreise ab.

Auf der anderen Seite sollten wir uns klar sein: Wenn die Koalition, die wir jetzt haben, nichts anderes sein wird als bisher – und es besteht eine gewisse Gefahr, daß wir von einer Krise zur anderen kommen –, dann werden wir auch mit dem Proportionalsystem die nächste Wahl mit und ohne Wahlkampf radikal verlieren. Das ist eine Gefahr, die wir auch sehen müssen.

Deswegen ist ein ernsthaftes Gespräch über eine Koalition auf Zeit mit bestimmten ganz klaren Vereinbarungen insbesondere auch über die, wie ich meine, unerläßliche verfassungsrechtliche Zementierung des Wahlrechtes notwendig. Ich mache kein Hehl daraus – ich glaube, das ist hier mit Recht gesagt worden –, es wird in der Fraktion der SPD, wie ich überzeugt bin, Gegner dieses Wahlrechtes geben, und das Wahlrecht wird die geschlossene Gegnerschaft der FDP finden. Wir müssen auch damit rechnen – wir wären töricht, wenn wir dies nicht sehen würden –, daß auch in der eigenen Fraktion sich – sei es aus mehr oder weniger egoistischen Erwägungen oder aus grundsätzlichen Erwägungen – eine ganze Reihe von Kollegen gegen dieses Wahlrecht wenden werden.

Deswegen sollten wir diese Koalition mit der SPD nicht nur in Rosa malen oder die andere mit der FDP nicht nur in Schwarz. Ich persönlich votiere dafür, daß wir uns frei machen für ernsthafte rasche Verhandlungen mit der SPD – ungefähr auf der uns gezeigten Grundlage – unter loyaler Unterrichtung der FDP und unter Fortsetzung der Gespräche mit der FDP. Das sind dann keine zweigleisigen Verhandlungen, sondern das, was die Fraktion beschlossen hat und was in der Situation begründet liegt. Wir können nicht die Verhandlungen mit einer Partei weiterführen und vielleicht scheitern lassen und dann mit der anderen sprechen. Dann haben wir jede Aktionsfreiheit

verloren. Wir sollten loyal und offen sagen: Wir verhandeln über eine regierungsfähige Mehrheit mit beiden Gruppen. Dann sollten wir bis Ende der Woche vielleicht dem Vorstand noch einmal berichten. Länger können wir uns nicht Zeit lassen. Der Herr Bundeskanzler hat ja heute zum erstenmal selber – ich glaube, mit Recht – von der tiefgehenden Vertrauenskrise gesprochen. Diese Vertrauenskrise nimmt stündlich zu. Man kann nicht weiter zusehen, wie die Regierung nicht aktionsfähig ist. Das nimmt man uns draußen nicht mehr ab. Das geht wohl jedem so, der rauskommt. Die Dinge in der Welt entwickeln sich weiter ohne uns. Man spricht in Deutschland über alles außer über die weltpolitischen Ereignisse. Die ersten Seiten unserer Zeitungen sind gefüllt mit Berichten über Regierungskrise, „Spiegel“-Affäre, Verhandlungen usw.

Wir sollten uns einen Fahrplan machen, um sicherzustellen, daß am Ende dieser Woche eine Entscheidung steht, daß eine neue regierungsfähige Mehrheit, ein aktionsfähiges Parlament vorhanden ist.

Gurk: Meine Damen und Herren, die Zeit gebietet, sich kurz zu fassen. Ich will die Stimmen derer vermehren, die dafür sind, daß ernsthaft nach zwei Richtungen – nicht nur nach der einen Richtung hin – verhandelt wird. Vom Lande aus und von den Ländern aus ist es unfassbar, was die FDP in Bonn für ein Verein ist. Sie ist in den Ländern soweit regierungsfähig. In Bonn ist sie offenbar nicht regierungsfähig. Das muß man mal klar herausstellen.

Ich hätte eine Bitte – das möchte ich zwischenrein sagen –, meine Freunde, entschuldigen Sie das starke Wort. Eine solche Lausuberei, daß man sagt, man setzt sich mit unserem Freund Strauß nicht an einen Tisch, muß irgendwie auch eine Begründung, eine Ursache haben: Vielleicht in nicht genügendem Zusammenhalten, nicht genügendem Kraftbewußtsein der Bonner Kollegen. Das müssen Sie sich mal überlegen, ob das nicht in uns selber eine Begründung hat. Für mein Empfinden hätte in diesem Falle, auf eine solche Erklärung hin, nicht an zwei getrennten Tischen und in zwei getrennten Zimmern gegessen werden dürfen. (*Zustimmung.*) Meine lieben Freunde, nehmen Sie sich das ernsthaft zu Herzen: Sind Sie in Bonn ein verschworener Kreis, der Kraft ausstrahlt, oder sind Sie es nicht? Soweit darf es nicht mehr kommen, ob nun Strauß oder irgendein anderer in einer solchen Weise attackiert wird. Dann heißt es: Schluß ohne Rücksicht auf Verluste.

Im übrigen ist klar: Politisch ist sicher mit der SPD besser zurechtzukommen als mit der FDP, einem führerlosen Verein – wenigstens in Bonn, im Lande draußen nicht. Daß die SPD Machtabsichten hat, ist ebenso klar gesehen worden.

Ich danke sowohl unseren Freunden Lücke und Guttenberg, aber auch unserem Freunde Blank für seine berechtigten Erwägungen. Nochmals, meine lieben Freunde: Strahlen Sie doch in Bonn – das können Sie – Kraft aus, und haben Sie den Mut zu einem harten Strich, wenn solche Beleidigungen wieder vorkommen wie im Falle Strauß.

Röder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten deshalb heute eingeladen worden sind, damit sie hier etwas sagen.

Ich selber habe in der letzten Legislaturperiode an der Saar eine Koalition mit der SPD gehabt. Ich habe sie nach den Wahlen im Jahre 1960 aufgegeben und eine Koalition mit der FDP beschlossen, und zwar mit einer so schwachen Mehrheit, daß in meinem Parlament alles immer an einer Stimme hängt.⁵⁹ Wir haben nur eine einzige Stimme mehr als die Hälfte. Ich bin nach langen Überlegungen und sehr schwerer Prüfung in diese Koalition mit der FDP hineingegangen und habe die Koalition mit der SPD aufgegeben. Ich habe aber die neue Koalition erst dann geschlossen, als der letzte Mann in meiner Fraktion und der letzte Mann in meinem Vorstand von der Richtigkeit dieser Koalition überzeugt war und ich auf jede Stimme in meiner eigenen Partei rechnen konnte. Der Landesvorsitzende der FDP bei uns ist sicher nicht besser als der der Bundes-FDP in Bonn. Es ist bei uns Dr. Heinrich Schneider⁶⁰. Er ist bei uns die 26. Stimme, und ich muß jedesmal mit ihm rechnen. Wenn jemand damals bei unseren Koalitionsverhandlungen auf der Seite der FDP oder auf unserer eigenen Seite auf die Idee gekommen wäre zu verlangen, ich sollte dabei auf bestimmte Minister verzichten oder ich sollte Ministerpräsident auf Zeit werden, dann – das darf ich Ihnen sagen – hätte mein Landesparteivorstand und meine Fraktion einen solchen Mann ins Irrenhaus verwiesen. Nur dann, wenn der Partner weiß, daß er mit solchen Dingen bei dem Größeren keinen Erfolg haben kann, ist überhaupt mit ihm eine Koalition zu führen.

Das Unglück hier in Bonn beruht nach unserer Auffassung draußen im Lande auf der Tatsache, daß man innerhalb der CDU und innerhalb unserer entscheidenden Führungsgremien nicht mehr einig genug ist, um mit einem Partner fertig zu werden. Hier stellt sich doch die Frage: Wenn ich schon aus meiner eigenen Situation heraus mit einem kleineren Partner nicht fertig werde, wie soll ich es dann mit einem größeren? Der Vergleich mit der ewigen Benutzung des Leimpotts, von dem Freund Albers sprach, muß zunächst einmal auf die Arbeit innerhalb der CDU bezogen werden, bevor man ihn von da aus auf den Koalitionspartner überträgt.

Ich bin mit Herrn Gurk der Meinung, daß wir unter uns einig sein sollten, damit nach draußen evident wird, daß man mit der CDU nicht machen kann, was man will. Man kann nicht alles von uns verlangen und glauben, bei irgend jemand in der CDU werde es schon Anklang finden. Wenn dieser Gedanke aus der Öffentlichkeit verschwunden ist, dann werden wir mit jedem Koalitionspartner fertig. Ich halte den gegenwärtigen Zustand der Bundes-CDU für vielleicht eben ausreichend, um mit einem kleinen Partner, der FDP, fertig zu werden, aber nicht, um mit einem großen – der SPD.

59 Ergebnis der Landtagswahl am 4. Dezember 1960 im Saarland: CDU 36,6 % (19 Sitze), SPD 30,0 % (16), DPS 13,8 % (7), SVP 11,4 % (6), DDU 2,6 % (2). Franz Josef Röder (CDU) bildete eine Regierung aus CDU und DPS (ab 1964 Namensänderung in FDP/DPS). FISCHER 2 S. 1061 f.

60 Dr. Heinrich Schneider (1907–1974), 1955–1965 MdL Saarland (DPS/FDP), 1957–1965 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 346 Anm. 31.

Strauß: Meine Damen und Herren! Da es sich um eine Frage handelt, die Gegenwart und vor allem Zukunft der Union in stärkster Weise betrifft, bitte ich um Verständnis, wenn ich eine Meinung dazu äußere.

Ich möchte dem Herrn Bundeskanzler und einigen anderen Rednern insofern recht geben, als nach dem ganzen Gang der Dinge – auch nach dem, was man dahinter vermuten kann – Verhandlungen mit der FDP allein nicht mehr ratsam sind. Wir waren zunächst von der Voraussetzung ausgegangen bei der Analyse der Dinge, daß eine große Koalition im Augenblick nicht möglich ist. Es ist von einem Herrn dieses Kreises gesagt worden: „Die Sozialdemokraten müßten Tinte gesoffen haben“ – so heißt es wörtlich –, „wenn sie jetzt an eine große Koalition denken würden.“ Eine Minderheitsregierung ist aus einer Reihe von Gründen nicht möglich. So blieb also nur die Koalition mit der FDP.

Jetzt bietet sich aber eine Möglichkeit, mit der SPD zu verhandeln. Die Grundlage liegt ja in dem Fraktionsbeschluß vor, nach beiden Seiten hin zu verhandeln. Ich halte es nicht für voll ausgeschlossen, wenn auch nicht für wahrscheinlich, aber für möglich, daß bei der FDP sich Änderungen ergeben können, wenn sie den Ernst der Situation und die Folgen dessen bemerkt, was nunmehr durch die Gespräche Lücke, Guttenberg usw. in greifbare, von uns bisher nicht geglaubte Nähe gerückt ist.

Ich möchte aber zu den Folgen einer großen Koalition einiges sagen. Wir können mit Sicherheit damit rechnen, daß es bei unserer Wählerschaft eine große Erschütterung gibt. Ich kann mich einer Auffassung einfach nicht anschließen – ohne persönlich unfair werden zu wollen –, daß ich nunmehr statt an den Kinderschreck Wehner auf einmal an den großen Heroen der Demokratie glauben soll. (*Beifall.*) Die Reihenfolge würde dann so aussehen: 1957 war die SPD der Untergang Deutschlands, 1962 ist sie die Rettung Deutschlands; infolge der Initiative von Wehner wird sie 1965 mehr oder weniger die Zukunft Deutschlands sein. Ich habe das Bild von Wehner im Wahlkampf 1957 nicht vergessen. Dort marschierte er zusammen mit dem Arbeitersportverein Leipzig „Rote Lokomotive“ gemeinsam hinter einer roten Fahne. Ich kann das nicht ohne weiteres vergessen. So einfach kann man die Dinge nicht nach Belieben darstellen; weil Wehner ein praktikabler Gesprächspartner ist, ist er auf einmal der Mann, mit dem wir die deutsche Demokratie retten, der große zuverlässige vertrauenswürdige Mann. Mag sein, daß wir Wehner in diesem oder jenem Unrecht getan haben. Für mich ist jemand mit dieser Moskauer Vergangenheit deswegen, weil er eine große Koalition anbietet, noch lange nicht eine Garantie für die Demokratie in Deutschland. Wehner ist auch sicherlich einer derjenigen gewesen, die seinerzeit den Deutschland-Plan der SPD⁶¹ maßgebend beeinflußt haben. Wohin dieser Plan geführt hätte, braucht nicht dargelegt zu werden. Die Frage ist: Wann kommt wieder eine Situation, wo die SPD nicht mehr pro NATO und für den Zusammenschluß mit dem Westen sein wird, und in welchem Verhältnis stehen wir dann dieser SPD gegenüber, wenn wir aufgehört haben, in der Wählerschaft für Klarheit zu sorgen?

61 Vgl. Nr. 3 b Anm. 13.

Wir hatten in unserer Partei im vergangenen Jahr eine Diskussion über das Mehrheitswahlrecht.⁶² Ich gehöre zu den Anhängern des Mehrheitswahlrechtes, weil ich es für eine fundamentale Voraussetzung für die Stabilität der Demokratie halte. Leider ist damals bei dem ersten Wahlgesetz, das der Bundestag verabschiedet hat, weil wir nicht die Mehrheit hatten, es nicht möglich gewesen – auch wegen der besonderen Verhältnisse in den Ländern –, dieses Wahlrecht einzuführen. Ich habe aber auch nicht vergessen, daß auch in unseren Kreisen stärkste Bedenken gegen das Mehrheitswahlrecht – gerade unter konfessionellen Gesichtspunkten, zum Teil auch von Seiten der Heimatvertriebenen – geltend gemacht wurden. Wir müssen uns schon darüber Gedanken machen, was die Folge der Einführung des Mehrheitswahlrechtes sein wird.

Ich glaube, daß die Bereitschaft der SPD, zu dem Mehrheitswahlrecht zu kommen, durch ihren Wahlerfolg in Bayern erheblich beeinflußt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die Abwanderung von der Bayernpartei weg, vom BHE weg, örtlich sogar von der FDP weg, sich nicht in erster Linie zugunsten der CSU, sondern zugunsten der SPD ausgewirkt hat. Wenn wir nun die Wahlkreise verdoppeln müßten – es sei denn, daß das Parlament verkleinert wird, wozu sich wohl niemand bereit finden wird –, würde sich die bei uns stattfindende Umstrukturierung noch nachteiliger auswirken. Der industrielle Großraum München, d. h. mehr und mehr ganz Oberbayern, wird durch die stattfindende Umstrukturierung zu einer Art vergrößerter Industriegemeinde. Dadurch kann sich die SPD schon eine harte Chance ausrechnen, auch mit dem Mehrheitswahlrecht zu einem Erfolg zu kommen. Diese Chance wird für sie insbesondere dann gegeben sein, wenn sie damit rechnen kann, daß in gewissen norddeutschen Gebieten infolge der Koalition mit der SPD eine sehr starke Erschütterung des Wählervolks der CDU eintreten wird.

Wir sollten also jetzt sofort diese Verhandlungen auf beiden Seiten aufgreifen. Die Folgen, die sich im Falle einer Koalition mit der SPD ergeben, sollten von Landesverband zu Landesverband sorgfältig geprüft werden. Wir sollten aber noch einige Tage Zeit haben, ehe die Krise beendet wird.

Wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß die Frage, welche Ressorts die Sozialdemokraten haben werden und welchen Einfluß sie nach bewährter Praxis von diesen Ressorts aus ausüben werden, für ihren zukünftigen Wahlerfolg nicht ohne Bedeutung sein wird. Wir haben in den Ländern, wo sie in der Regierung tätig sind, ganz bestimmte Beispiele. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß sie in sich

62 Im ACSP befinden sich keine konkreten Unterlagen zur Diskussion über das Mehrheitswahlrecht 1961/1962. Jedoch berichtet Strauß auf der Landesvorstandssitzung am 8. Dezember 1962, daß im Vorfeld einer möglichen Großen Koalition Gespräche zwischen von Guttenberg, Wehner und Lücke stattgefunden hätten, bei denen u. a. die Frage des Mehrheitswahlrechtes behandelt worden sei (ACSP LV 08.12.1962, Kurzprotokoll S. 2). Vgl. auch Eckhard JESSE: Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlrechtsdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983. Düsseldorf 1985 S. 111–113.

geschlossener, daß sie im großen und ganzen aktiver sind als wir. Hier wird, wenn das Mehrheitswahlrecht kommt, auch eine Umstrukturierung innerhalb unserer Partei notwendig sein. Wir haben ja – wenn Sie sich an die Forderung des Bundeskanzlers von Köln⁶³ erinnern – sogar an eine Bundesliste gedacht, weil bei uns auf dem Wege über Wahlkreisabsprachen nicht die Kandidaten durchzusetzen sind, die für eine qualitative, in voller Breite ausreichende Besetzung der Fraktion mit Fachleuten notwendig sind. Hier muß dann innerhalb der Partei dafür gesorgt werden, daß auch bei reiner Stimmkreisauftellung, wenn es keine Listen mehr gibt, die Persönlichkeiten aufgestellt werden, die notwendig sind, damit man mit der SPD diskutieren kann. (*Wuermeling*: Ergänzungsliste!) Ich weiß noch nicht, wie das Mehrheitswahlrecht aussehen wird, ob es ein reines Mehrheitswahlrecht ist. Dies hat seine Vorteile, aber auch seine Nachteile.

Für heute können wir nichts weiter tun als sagen: nach zwei Seiten hin verhandeln. Wenn bei der FDP keine grundlegende Änderung zu erzielen ist, sollen die Verhandlungen mit der SPD ernsthaft forciert werden. Wir sollten aber nicht glauben, daß Wehner heute der freundliche Weihnachtsmann ist. Er ist der einzige in der SPD, der von Macht auf lange Sicht etwas versteht. Er war es ja, der in Godesberg⁶⁴ gesagt hat: Was kümmern uns Programme; wenn wir mit den Programmen an die Macht kommen, wird uns kein Mensch mehr hindern, die Politik zu betreiben, die wir für notwendig halten.

Adenauer: Herr Ministerpräsident Röder, bei dem Niederkämpfen eines Partners kommt es nicht auf die Zahl der Leute an, sondern es kommt auf die Qualität der Leute an. Es kommt darauf an, ob der Betreffende zusammenarbeiten will oder nicht. Da haben wir bei der FDP über ein Jahr lang diese ewigen Schwierigkeiten gehabt. Meine Herren, ich muß Ihnen gestehen: dieses ganze Jahr der Arbeit des Kabinetts war einfach schrecklich. Man kam und kam nicht weiter. Ich will jetzt keine Namen von der FDP nennen. Sie kennen sie ja alle. Da gibt es vernünftige und höchst unvernünftige darunter.

Dann haben Sie – ich glaube, ich habe gut aufgepaßt – einen Satz des Interviews des Herrn Döring mit dem „Corriere della sera“ gar nicht beachtet. Vielleicht hören Sie noch einmal einen Augenblick zu. Die Stelle lautet: „Sie“ – das heißt wir, unsere

63 Weder auf den Parteitag 1954 und 1961 in Köln noch bei den vorangehenden Bundesvorstands- bzw. Bundesausschußsitzungen wurde das Wahlrecht angesprochen. Überlegungen zu einer Bundesliste spielten seit der 1. Legislaturperiode in Vorstandssitzungen immer wieder eine Rolle (vgl. z. B. PROTOKOLLE 1 S. 358 f.).

64 „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ... ist wichtiger als noch so präzise ausgedachte Programmformulierungen. Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben.“ In: SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg. Bonn 1959 S. 101.

Partei – „muß eine weichere und entspanntere Politik treiben. Sie muß sich klar sein, daß der Präsident der USA Kennedy und nicht mehr Eisenhower ist. Sie darf nicht weiter dem Traum der kontinentalen Abschreckungsmacht nachhängen.“

Das ist der entscheidende Punkt für unsere außenpolitische Konzeption. Den werden wir auch der SPD vorlegen müssen; das ist ganz selbstverständlich. Aber wenn Sie zu einer solchen Aussage die Artikel hinzunehmen, die Herr Dehler⁶⁵ über unsere Außenpolitik geschrieben hat, dann sollte Ihnen doch wirklich angst und bange werden, was aus Deutschland werden soll.

Ich habe nur den einen Wunsch heute, daß wir – um mit den Worten von Herrn Gerstenmaier zu sprechen – auch bei der SPD zu einer echten Verhandlung schreiten. Ob die Verhandlung Erfolg hat, weiß ich nicht. Ich sage Ihnen, ich war fast erstaunt darüber, daß auf einmal Herr Wehner so den Heiligen Geist bekommen haben sollte. Deswegen – das möchte ich noch einmal sagen, Herr Barzel und Herr Schmücker: Ich habe nichts gesagt, bis ich die Stellungnahme des Vorstandes der SPD gehört habe, weil ich alledem nicht geglaubt habe. Der Vorstand der SPD hat erst am letzten Freitag nachmittag getagt. Erst am Freitag abend um 22.10 Uhr habe ich die Nachrichten gehört.

Es ist hier von dem Risiko gesprochen worden, aber es ist nur von dem Risiko gesprochen worden, das wir mit der SPD laufen. Natürlich laufen wir da ein großes Risiko. Aber mit der FDP haben wir bis jetzt ein wirklich großes Risiko gelaufen. Wer hat sich denn mehr eingesetzt für eine Koalition mit der FDP, als ich es getan habe? Wer hat mehr in den Jahren seit 1949 gegen die SPD gekämpft, als ich es getan habe? Aber ich glaube, wie die Dinge sind, sind wir zu echten Verhandlungen mit der SPD verpflichtet. Dabei möchte ich auch noch sagen: Wenn diese echten Verhandlungen mit der SPD Erfolg haben, dann wird unser Ansehen in der Welt ganz außerordentlich gesteigert werden. (*Zuruf*: Und in der Zone!) Dann sieht man dort, daß 90 % der deutschen Bevölkerung auf dem Standpunkt stehen, auf dem wir in der Verteidigungsfrage seit Jahr und Tag gestanden haben. Das ist für die Zukunft ungemein wichtig. Ich weiß nicht, wer von den Herren gesagt hat, man schüttele im Ausland den Kopf über uns; man lese bei uns immer nur dieselben Geschichten, als wenn gar keine außenpolitische Gefahr bestünde. Das ist hundertprozentig richtig. Ich sage Ihnen ganz offen, meine verehrten Damen und Herren, man muß sich oft geradezu schämen, wenn man sieht, wie die Titelblätter unserer Zeitungen in dieser außerordentlich schweren außenpolitischen Lage aussehen. Kein Mensch kümmert sich mehr darum. Ich weiß es nicht, ich habe das Vertrauen zu Kennedy, daß er bei den

65 Dr. Thomas Dehler (1897–1967), 1949–1967 MdB (FDP), 1960–1967 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Vgl. PROTOKOLLE I S. 174 Anm. 11; Friedrich KLINGL: „Das ganze Deutschland muß es sein“ – Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. München 1987 S. 335 f.; Udo WENGST: Thomas Dehler 1897 bis 1967. Eine politische Biographie. München 1997; Thomas Dehler und seine Politik (Tagungsband der Reihe „Nach-Denken“, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland). Berlin 1998.

Verhandlungen mit Mikojan dabei geblieben ist⁶⁶, was er stets über Berlin gesagt hat: daß er nicht dulden würde, daß Berlin den Russen anheimfiele. Wer in Deutschland schreibt noch etwas darüber? Nur über den dreckigen „Spiegel“ wird geschrieben und über das ganze Drum und Dran, das einem bald am Halse herauskommt.

Ich bin bereit, die Verhandlungen mit der FDP weiterzuführen. Ich werde der FDP dieses Interview Wort für Wort vorhalten und werde den, der das Interview gegeben hat, fragen, ob er das widerruft. Was glauben Sie, meine Freunde, denkt das Ausland von uns, wenn der Vorsitzende, der Führer einer Koalitionspartei, uns derart in der ganzen Außenpolitik in den Rücken fällt, indem er sagt: Wir müssen weicher werden – das heißt gegenüber Berlin –, wir müßten den Traum einer kontinentalen Abschreckungstheorie drangeben? Das ist verkleidet das, was das Ziel ist: die Neutralisierung Deutschlands. Die Neutralisierung Deutschlands würde bedeuten, daß wir zu einem Volk dritten, vierten Grades herabsinken, mit dem man macht, was man will. Ich bitte Sie doch, diese ganzen Fragen mitzubedenken.

Ich darf wohl feststellen, daß wir alle dafür sind, daß man zu echten Verhandlungen auch mit den Sozialdemokraten schreitet, wie es auch der Wille der Bundestagsfraktion gewesen ist. Ich kann nicht glauben – besonders nach der Stimmung, die da herrschte, als diese Fraktionsitzung war –, daß die Bundestagsfraktion nicht an echte Verhandlungen mit der SPD gedacht hat. (*Gurk*: Aber auch mit der FDP mit ernstem Nachdruck!) Ich habe schon mit der FDP ernst verhandelt und werde es weiter tun. Ich habe zuerst mit denen gesprochen. Sie selber, Herr Gurk, haben soeben gesagt, man sollte sich nicht mehr das gefallen lassen, was die gemacht haben. Wir haben es uns gefallen lassen – auch Herr Strauß –, wir sind zu denen ins Nebenzimmer gegangen und haben ein paar Stunden mit ihnen verhandelt. Ist das nicht ein Zeichen eines guten Willens? Herr von Brentano sagte: Nein, das dürfen wir nicht – vielleicht hat er recht gehabt –, er sei bereit, am anderen Morgen um 9 Uhr wieder zu verhandeln. Ich habe darum gebeten, wir können die doch nicht sitzenlassen, wir wollen verhandeln. Ist das kein Zeichen eines guten Willens? Sollen wir uns noch weiter erniedrigen vor der FDP? Wer hat die ganze Schweinerei über uns gebracht? Nur die FDP – und sonst niemand – durch den Rückzug ihrer Minister. Das war für unsere ganze Partei ein Schlag ins Gesicht. Ich verlange von einer Partei, daß sie auch Ehrgefühl zeigt und sich nicht einfach von dem Koalitionspartner ins Gesicht schlagen läßt und das ruhig einsteckt. Ich bin nicht gesonnen, das ruhig einzustecken. – Bitte, Herr Gurk, wollen Sie noch etwas sagen? (*Gurk*: Ich verzichte!)

Lücke: Zur Geschäftsordnung! Ich darf doch sehr darum bitten, daß die Dinge, die diese Verhandlungen betrafen, nicht aus diesem Saale herausgehen. Sonst ist wieder einiges gefährdet, und das sollte doch nicht sein.

Adenauer: Dann darf ich damit unsere Beratungen für heute schließen.

66 Treffen Kennedys mit Mikojan am 30. November 1962 in New York (AdG 1962 S. 10283).

9

Bonn, Donnerstag 14. März 1963

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Bauer, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dichtel, Dufhues, Etzel, Fricke, Gurk, Heck, Katzer, Kraske, Krone, [Löhr], Lücke, Scheufelen, Schmidt, Schmücker, Stoltenberg.

Innen- und außenpolitische Lage. Situation der CDU. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 14.10 Uhr

Adenauer: Meine Damen! Meine Herren! Unser Freund Johannes Albers ist von uns gegangen.¹ (*Die Anwesenden erheben sich.*) Diejenigen von Ihnen, die den Feierlichkeiten in Köln gestern beigewohnt – auch der Feier im Gürzenich – und die Ansprachen gehört haben, die dort gehalten worden sind, werden einen Überblick bekommen haben über den politischen Werdegang unseres Freundes Albers. Der Zufall hat es gewollt, daß ich ihn wohl am längsten von allen gekannt habe. Ich kannte ihn seit dem Jahre 1919, als er zuerst nach Köln kam. Herr Albers hat in den schwierigen parteipolitischen Entwicklungen, die seit 1919 eingetreten waren – zunächst in der Weimarer Republik, dann unter dem Nationalsozialismus – und seit der Gründung der CDU immer offen und mannhaft seine innere Überzeugung bekannt und dementsprechend gehandelt. Wir alle verlieren in ihm nicht nur einen besonders wertvollen Mitarbeiter, sondern auch einen treuen Freund, dessen Andenken wir in Ehren halten werden. Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich bin von den Herren Kraske und Dufhues darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich bei einer Bundesvorstandssitzung noch niemals so wenige Mitglieder entschuldigt haben wie heute. Es haben sich entschuldigt Herr Strauß – der regelmäßig eingeladen wurde –, dann die Herren von Hassel, Dr. Meyers und Dr. Fay, dessen Vertreter, Herr Löhr², anwesend ist. Es ist sehr erfreulich, daß die Vorstandsmitglieder – offenbar erfüllt von der Bedeutung des Bundesvorstandes – so zahlreich anwesend sind. Man kann nur wünschen, daß sich diese löbliche Gewohnheit auch in Zukunft fortsetzen möge.

Auf die Tagesordnung haben wir als ersten Punkt gesetzt:

1 Albers war am 8. März 1963 verstorben. Zu den Trauerfeierlichkeiten vgl. FAZ vom 14. März 1963.

2 Prof. Dr. Dr. Walter Löhr (1911–1976), Dipl.-Volksw.; 1954–1967 Landesschatzmeister der CDU Hessen, 1953–1972 MdB, 1959–1972 MdEP.

INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

Dahinter stecken natürlich andere Vorgänge, über die man wohl sprechen muß, weil das ja auf den Punkt 2 „Situation der CDU“ zurückwirkt.

Über die innen- und außenpolitische Lage möchte ich Ihnen verhältnismäßig wenig sagen, weil z.Z. eine ziemlich lebhafte Bewegung überall im Gange ist und man noch nicht weiß, wohin die Bewegung schließlich führen wird. Wenn Sie Europa betrachten, dann werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß in einem Zeitraum von drei Jahren niemals eine solche Unruhe in Westeuropa gewesen ist wie jetzt. Sie kennen die Auseinandersetzungen zwischen der EWG – beziehungsweise einem Teil der EWG – und England³, die ich aber nicht so tragisch nehme. Ich bin der Auffassung, daß der Eintritt Englands schon in absehbarer Zeit erfolgen wird, und daß man, je weniger man darüber redet, desto mehr in der Sache ausrichten kann. Wahrscheinlich werden Sie schon wissen, daß de Gaulle dem holländischen Königspaar in den nächsten Tagen einen Besuch abstatten wird.⁴ Ich glaube, daß dieser Besuch de Gaulles beim holländischen Königspaar eine Aktion ist, die auch irgendwie auf die Spannungen in der EWG zurückwirkt. Es ist Ihnen bekannt, daß gerade der holländische Vertreter, Minister Luns⁵, immer unter 100 Atmosphären Druck arbeitet. Es wird ganz gut sein, wenn durch diesen Besuch etwas von dem Druck abgenommen wird.

Was England angeht, so werden von dort aus offensichtlich auch Schritte getan, um die Unzufriedenheit in Paris mit England zu beseitigen. Diese ganze Sache ist ja ausgelöst worden durch das Verhalten des englischen Premierministers bei seinem Besuch in Rambouillet Mitte Dezember⁶, und zwar hat Herr Macmillan⁷ – das ist nicht für die Presse bestimmt, soweit es nicht schon in der Presse gestanden hat – Herrn de Gaulle in Rambouillet sein Herz über die Sorgen ausgeschüttet, die er über die Weiterentwicklung seiner Bomber hat, weil Amerika ihm Schwierigkeiten macht.

Notabene, die ganze Entwicklung dieser Bomber für England wurde von Amerika bezahlt. Einer der Vorschläge von Präsident Kennedy in Nassau auf den Bahama-Inseln⁸ bestand darin, daß in Zukunft die Amerikaner nur noch die Hälfte bezahlen wollen, und von den Engländern verlangen sie die andere Hälfte. Diese ganzen Fragen sind in Rambouillet erörtert worden. Es ist aber in Rambouillet von dem englischen Premierminister nichts davon gesagt worden, daß er beabsichtigt hatte, in Nassau auf

3 Zur Diskussion um den EWG-Beitritt Großbritanniens vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 254–259.

4 Am 16. März 1963 (AdG 1963 S. 10471).

5 Dr. Josef Luns (geb. 1911), niederländischer Politiker und Diplomat; 1949–1952 Vertreter der Niederlande bei den Vereinten Nationen, 1952–1956 Minister ohne Geschäftsbereich, 1956–1971 Außenminister, 1971–1984 NATO-Generalsekretär.

6 Treffen mit de Gaulle am 15. und 16. Dezember 1962 (AdG 1962 S. 10311).

7 Harold Macmillan (1894–1984), britischer Politiker (Konservativer); 1957–1963 Premierminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 437 Anm. 36.

8 Treffen zwischen Kennedy und Macmillan vom 18. bis 21. Dezember 1962 (AdG 1962 S. 10326 f.).

den Bahama-Inseln von Präsident Kennedy die Polaris-Rakete zu verlangen. Dadurch hat sich de Gaulle, wie er mir selbst gesagt hat, persönlich verletzt gefühlt.⁹ Ob er aber deswegen am 14. Januar diese Pressekonferenz¹⁰ hätte geben sollen, das ist eine Frage für sich. Wahrscheinlich hätte er besser daran getan, das nicht zu tun, sondern diese Unzufriedenheit in anderer Weise zum Ausdruck zu bringen. Dann wäre alles viel leichter gewesen, um sie beizulegen. Er hat es aber nicht getan.

Ich möchte hier sehr nachdrücklich betonen, daß unser Besuch in Frankreich¹¹ vor der Pressekonferenz lag und daß die Anregung dazu von mir ausgegangen ist, ohne daß ich von einer Differenz zwischen Frankreich und England überhaupt eine Ahnung hatte. Ich habe die Anregung dazu gegeben; nachdem ein Vertreter des Auswärtigen Amtes und ein solcher des Quai d'Orsay über den deutsch-französischen Vertrag¹² einig geworden waren und die beiden Außenminister Schröder und Couve de Murville, die sich anläßlich der NATO-Ratstagung in Paris¹³ ausgesprochen haben, ebenfalls Übereinstimmung erzielt hatten, habe ich dann bei der französischen Regierung angeregt, etwa im letzten Drittel des Monats Januar in Paris zusammenzukommen, um die Sache zu erledigen. Ich glaube aber, daß die Schwierigkeiten, die damals entstanden sind, beigelegt werden.

Auf der anderen Seite haben wir durch den Abschluß des Vertrages mit Polen einen Schritt nach dem Osten zu getan¹⁴; aber er ist den Polen nicht weitgehend genug, denn sie wünschen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Das wünschen sie, obgleich sie ja streng genommen doch Grenznachbarn der Zone sind. Dadurch ist eine gewisse Unruhe entstanden; hoffentlich eine gute und fruchtbringende Unruhe, da unser Bestreben seit Jahren ist, mit Polen irgendwie wieder in eine Verbindung zu kommen.

9 Am 22. Januar 1963 – vgl. ADENAUER: *Erinnerungen* 4 S. 205; OSTERHELD: *Kanzlerjahre* S. 182.

10 Bei der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 lehnte de Gaulle einen britischen Beitritt zur EWG und das Polaris-Angebot von Nassau ab (AdG 1963 S. 10357–10359; vgl. MÖLLER/HILDEBRAND S. 924–929).

11 Vgl. Anm. 6.

12 Fertigstellung des Vertrages durch den Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay Lucet und Ministerialdirektor Jansen vom Auswärtigen Amt am 11./12. Januar 1963 (vgl. SCHWARZ: *Adenauer* 2 S. 817). – Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963. In: MÖLLER/HILDEBRAND S. 951–955. Siehe dazu auch: Hans-Peter SCHWARZ: *Eine Entente Élémentaire. Das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Elysée-Vertrages* (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 47). Erw. Neuaufl. Bonn 1990; Knut LINSSEL: *Charles de Gaulle und Deutschland 1914–1969*. Sigmaringen 1998 S. 196–213.

13 Am 16./17. Dezember 1962 besprachen Schröder und Couve de Murville den Entwurf eines Regierungsabkommens (AdG 1962 S. 10312 f.).

14 Deutsch-Polnisches Handelsabkommen vom 7. März 1963 (BULLETIN vom 8. März 1963 S. 390).

Meine Damen und Herren! Es finden auch Verhandlungen in aller Kürze zwischen den Russen und den Amerikanern über Berlin statt.¹⁵ Präsident Kennedy hat schon vor einigen Wochen bei mir anfragen lassen, ob ich gegen solche Verhandlungen etwas einzuwenden hätte. Ich habe seinem Botschafter¹⁶ gesagt, wenn Präsident Kennedy, der die internationale Lage besser überschaut als ich, der Auffassung sei, daß Verhandlungen mit Sowjetrußland über Berlin jetzt zweckmäßig seien, könne ich keine Einwendungen dagegen erheben. Es kommt hinzu, daß die Vorgänge in Asien¹⁷ natürlich auch die ganze Politik Sowjetrußlands irgendwie beeinflussen und irgendwie bestimmen, was sich wiederum bei uns bemerkbar macht. Kurz und gut, meine Freunde, alles in allem genommen ist die Unruhe in der Welt anscheinend so groß, wie sie seit Jahren nicht gewesen ist. Dazu kommt, daß man sich in den Vereinigten Staaten auch über die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten Sorgen macht, namentlich über den Absatz der Agrarüberproduktion in den Vereinigten Staaten.¹⁸ Das ist eine alte Frage bei den Amerikanern; denn es ist so, daß diese Überproduktion, die nun schon seit Jahren andauert, die Lage in den Vereinigten Staaten naturgemäß nicht bessert. Die Frage des Absatzes dieser Überproduktion in dem EWG-Raum spielt bei der Politik der Vereinigten Staaten eine große Rolle. Wenn die Amerikaner den Europäern helfen, tun sie das natürlich auch im eigenen Interesse. Darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Das ist ganz klar. Dabei spielt diese landwirtschaftliche Frage auch eine Rolle.

Wir in der Bundesrepublik stehen aller Wahrscheinlichkeit nach vor wirtschaftlichen Kämpfen sehr großen Ausmaßes. Man muß damit rechnen, daß rund 4 Millionen Arbeitnehmer in diese Auseinandersetzungen eintreten werden. Das sind etwa 1,8 bis 2 Millionen von der Brennerschen Gewerkschaft¹⁹, dazu kommt noch eine Reihe von anderen Gewerkschaften. Daß diese wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der gegenwärtigen Lage für uns von entscheidender Bedeutung werden können, liegt für jeden von Ihnen auf der Hand. Ich brauche nicht viel Worte darüber zu verlieren. Das eine ist klar, daß durch eine Steigerung der Preise bei uns, die mit Lohnerhöhungen auf einer solch breiten Basis verbunden sind – jetzt kommen noch die Beamten hinzu –, keine Verbesserung des Geldwertes zu erwarten ist, liegt auf der Hand. Wir gehen also da einer recht schwierigen Situation entgegen, die deshalb besonders schwierig ist, weil das Wachstum unseres

15 Am 26. März 1963 trafen Dean Rusk und Anatoli Dobrynin in Washington zu einem Sondierungsgespräch über die Berlin-Frage zusammen (AdG 1963 S. 10483 f.).

16 Walter C. Dowling (1905–1977), 1959–1963 amerikanischer Botschafter in Bonn. – Unterredung am 4. Februar 1963 (vgl. OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 199 f.).

17 Zwischen den Kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Chinas war es seit 1960 zu ideologischen Auseinandersetzungen gekommen (AdG 1963 S. 10456–10464).

18 Die Überproduktion betraf vor allem die Getreidefarmen. Mit einem Sanierungskonzept wollte Kennedy dieser Überproduktion begegnen (AdG 1963 S. 10431 f.).

19 Vom 29. April bis 4. Mai 1963 Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg, der erstmalig seit 1928 mit einer Gesamtaussperrung beantwortet wurde (AdG 1963 S. 10561 f.).

Ausfuhrüberschusses zurückgeht und bisher kein Anzeichen dafür vorhanden ist, daß wir das bald wieder aufholen werden.

Wie die Wirtschaftskämpfe in Frankreich ausgehen werden, wissen wir nicht.²⁰ Ob dadurch die Konkurrenz der französischen Produkte gegenüber den deutschen Produkten gemindert wird, ob die auch Preiserhöhungen bekommen werden usw., das müssen wir alles abwarten. Mir liegt daran, Ihnen darzulegen, daß auf fast allen Gebieten Bewegung und Unruhe herrscht, von der man noch nicht weiß, wohin sie führen wird. Das müssen die nächsten Wochen und Monate bringen.

Ich hoffe, daß unser Haushaltsplan für das Jahr 1963 einigermaßen in Ordnung kommt²¹, allerdings wird der Bundestag in seiner Bewilligungsfreudigkeit nachlassen müssen, sonst wird eben kein Ausgleich möglich sein. Im gegenwärtigen Augenblick Steuererhöhungen vorzunehmen, würde die Konjunktur noch weiter stören. Es wäre also sehr zweifelhaft, ob damit überhaupt ein Erfolg erzielt würde. Wir können, so glauben wir, bei dieser allgemeinen Situation nur dadurch unsere finanzielle Lage in Ordnung halten, daß wir eben auf die Ausgaben drücken. Damit will ich Sie aber nicht im einzelnen behelligen; denn es ist ein sehr umfangreiches Thema.

Ich möchte nur noch ein Wort sagen, meine Freunde, über die Erhöhung der Verteidigungskosten, die wir zu erwarten haben für die Jahre 1964 und 1965. Es ist mit der Polaris-Rakete noch lange nicht soweit, wie es in den Zeitungen und auch in den öffentlichen Erklärungen steht. Wer die Verhandlungen von Botschafter Merchant²² – der von Kennedy dafür geschickt wurde – in Großbritannien aufmerksamer und eingehender verfolgen konnte, als die Presse darüber berichtet hat, wird gesehen haben, daß Präsident Kennedy am meisten Widerstand – von Frankreich abgesehen – in England findet. Auch nach den offiziellen Verlautbarungen haben es die Engländer bisher abgelehnt bekanntzugeben, wieweit sie sich finanziell an der Sache beteiligen wollen. Aber davon abgesehen, wir sind noch gar nicht so weit. Die ganze Konstruktion, die Pläne und die Möglichkeiten sind noch im Anfangsstadium. Ganz im Anfang ist auch noch die Prüfung der sehr wichtigen Frage des Feuerbefehls, der von sehr großer Bedeutung ist. Diese Fragen kommen alle auf uns zu und bringen Unruhe in die Welt, aber sie sind noch nicht spruchreif.

20 Bergarbeiterstreik in Frankreich vom 28. Februar bis zum 3. April 1963 (AdG 1963 S. 10513 f.).

21 Verabschiedung des Bundeshaushaltes in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Mai 1963 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 3717).

22 Livingston T. Merchant (1903–1976), Finanzfachmann und Diplomat; 1942–1962 Außenministerium der USA, 1956–1958 und 1961–1962 Botschafter in Kanada, 1962–1963 Sonderbeauftragter Kennedys für den Aufbau einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht. – Merchant führte in Europa Sondierungsgespräche über Möglichkeiten der Schaffung einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht mit Raketenschiffen. Zu diesem Zweck hielt er sich vom 27. Februar bis zum 2. März in Paris beim NATO-Rat, am 3. und 4. März in Rom, am 5. März in Brüssel, vom 5. bis 8. März in Bonn und vom 9. bis 12. März in London auf (AdG 1963 S. 10436 f. und 10545).

Vor 14 Tagen war hier ein ausgesuchtes Team von amerikanischen Offizieren²³, die uns zweieinhalb Tage lang Vorträge über Polaris-Raketen und die ganze Aufrüstung der Amerikaner auf nuklearem Gebiet gehalten haben. Sie wissen, daß behauptet worden ist, die Polaris-Rakete sei eine Konstruktion, die nun für eine Reihe von Jahren an der Spitze stehen werde. Während einer Pause in den Vorträgen habe ich einen der Offiziere gefragt: Wie können Sie eine solche Behauptung aufstellen – ich bin Laie auf dem Gebiet –, daß die Polaris-Konstruktion für eine Reihe von Jahren an der Spitze stehen wird? Er gab mir zur Antwort: Wenn nicht etwas Unerwartetes passiert. – Wenn man diese Reservatio macht, „wir bleiben an der Spitze, wenn nicht etwas Unerwartetes passiert“, dann kann man doch keine erste Hypothek darauf geben. Jetzt kamen von Amerika Meldungen, daß man eine ganz neue Waffe entwickelt habe, die die Polaris-Rakete weit in den Schatten stelle.²⁴ Warum sage ich Ihnen das? Nicht um Sie etwa über Gebühr zu beunruhigen, aber etwas möchte ich Sie doch beunruhigen; denn das entspricht der ganzen Situation in der Welt. Ich möchte Sie also nicht über Gebühr beunruhigen, aber ich möchte auch nicht, weil doch gerade der Parteivorstand der CDU ein sehr wichtiges Organ ist, daß Sie sich in eine Ruhe einbetten, die nicht gerechtfertigt ist. Ich kann nur noch einmal wiederholen, was ich zu Anfang gesagt habe: Wenn man die letzten drei Jahre überblickt, dann ist es in der Welt eigentlich nie so unruhig gewesen, wie es augenblicklich ist, und zwar auf wirtschaftlichem, finanziellem, militärischem und nuklearem Gebiet, kurz und gut, Sie mögen hinschauen, wohin Sie wollen.

Noch ein Wort zu Sowjetrußland! Nach einem Bericht, den wir über den Empfang des neuen englischen Botschafters in Moskau²⁵ bekommen haben, hat sich das lange Gespräch zwischen Chruschtschow und dem Engländer eigentlich nur um die deutsche Frage gedreht. Chruschtschow hat auch ausdrücklich erklärt, wenn die deutsche Frage erledigt sei, dann ließen sich alle anderen Fragen in der Welt viel leichter erledigen, auch die Abrüstungsfrage. Ob dem so ist, lasse ich einmal dahingestellt; jedenfalls hat Chruschtschow das gesagt. Nach dem ganzen Bericht kann man annehmen, daß Chruschtschow damit seiner wirklichen Überzeugung Ausdruck gegeben hat. Das ist für uns Deutsche eine Verschärfung des ganzen Zustandes; denn wenn sich der Glaube auch bei den anderen Völkern verbreitet, daß von der Lösung der deutschen Frage die Entspannung in der Welt abhängig sei, daß die deutsche Frage die Kernfrage der Unruhe sei – so hat er sich anscheinend wörtlich ausgedrückt –, dann bedeutet das für uns eine sehr große und ernste Gefahr.

23 Am 5. März Besuch von General Lyman L. Lemnitzer, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, am 8. März Besuch von Merchant (TERMINKALENDER).

24 Vgl. „Deutsche Zeitung“ vom 14. März 1963 „USA entwickeln neue Unterwasser-Raketen“.

25 Sir Humphrey Trevelyan (1905–1985), britischer Diplomat; 1932–1947 im Dienst der britischen Kolonialverwaltung, 1948 Botschaftsrat in Bagdad, 1951–1953 Wirtschafts- und Finanzberater des britischen Hochkommissars in Deutschland, bis 1955 britischer Geschäftsträger in Peking, 1955–1956 Botschafter in Ägypten, 1962–1965 in Moskau.

Auch darüber müssen wir uns klar sein. Wir können aber nichts anderes tun als aufpassen und dafür zu sorgen, daß wir nicht in irgendeiner Form schließlich doch zu hohe Kriegskosten zu bezahlen haben. Kriegskosten muß der Unterlegene immer bezahlen, aber – ich wiederhole – wir müssen dafür sorgen, daß wir nicht zu hohe Kriegskosten zu bezahlen brauchen, daß heißt auf Gebieten, die unsere nationalen Interessen sehr stark berühren. Das zur außenpolitischen Situation!

Ich möchte noch einige Worte zur innenpolitischen Situation und zur Situation unserer Partei sagen. Wir haben, wie Sie wissen, bei den Landtagswahlen, die auf die Bundestagswahlen 1961 gefolgt sind, Einbußen erlitten. Nach einer Statistik, die ich habe aufstellen lassen für die Landtagswahlen nach den Bundestagswahlen 1953 und 1957, ergibt sich, daß wir bei den Landtagswahlen ständig Verluste zu verzeichnen hatten, daß das aber noch keinen Schluß darüber zuläßt, daß wir nicht wieder aufholen könnten. Wir glauben, daß sich bei diesen Landtagswahlen die Änderungen ausgewirkt haben, die die Sozialdemokratie in den wesentlichsten Fragen gegenüber unserer bisherigen Politik seit dem Jahre 1949 vorgenommen hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Sozialdemokraten mit ihrem neuen Godesberger Programm anfangen, Erfolge zu erzielen. Zuerst haben die Wähler das nicht so recht geglaubt, aber die Sozialdemokraten sind amerikanischer als der grimmigste Amerikaner, sie sind englischer als der überzeugteste Engländer. Einen Vergleich mit den Franzosen wage ich nicht zu ziehen, denn da sind sie in einer gewissen peinlichen Lage, weil der Herr Wehner vor etwa sechs Wochen in einer Versammlung in Paris erklärt hat – die Herr Mollet einberufen hatte –, er würde jeden Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf das herzlichste begrüßen, und kein Vertrag könne ihm weit genug gehen.²⁶

Nun ist da insofern für die deutschen Sozialdemokraten ein Haar in der Suppe, als einmal die französischen Sozialisten gegen den deutsch-französischen Vertrag stimmen werden, aber nicht etwa aus Animosität gegenüber Deutschland, sondern aus Animosität gegen die Regierung de Gaulle. Nun können nicht gut – man muß das menschlich verstehen – die deutschen Sozialdemokraten frank und frei in einer so wichtigen Sache anders stimmen als ihre französischen Kollegen. Es kommt noch hinzu, daß die Aussichten der Labour Party für die nächsten englischen Wahlen sehr günstig sind, wenn auch diese Wahlen erst im Herbst 1964 stattfinden.²⁷ Bis dahin kann also noch mancherlei passieren. In der Stimmung der englischen Wähler ist es so – darin stimmen wohl alle überein, die die Engländer kennen und die England in

26 Wehner berichtet in der SPD-Fraktionssitzung am 5. März über die Diskussion des deutsch-französischen Vertrags bei der Zusammenkunft der Parteivorsitzenden der Sozialistischen Internationale am 23./24. Februar 1963 in Brüssel (SPD-Fraktion S. 259 f.). – Guy Mollet (1905–1975), französischer Politiker, seit 1944 Bürgermeister von Arras, 1956–1957 Premierminister, 1946–1969 Vorsitzender der Sozialistischen Partei.

27 Aus den Unterhauswahlen in Großbritannien vom 15. Oktober 1964 gingen die Konservativen mit 43,4 %, die Labour Party mit 44,1 % und die Liberalen mit 11,2 % hervor. Harold Wilson bildete eine Regierung der Labour Partei (AdG 1964 S. 11485 f.).

der letzten Zeit besucht haben –, daß z.Z. die Aussichten der Labour Party größer sind als die der Konservativen Partei.

Ich möchte nachher noch einige Worte über den deutsch-französischen Vertrag sprechen. Nun komme ich auf die Landtagswahlen zurück und damit auf die Bundestagswahl im Jahre 1965. Wir müssen uns wirklich etwas einfallen lassen für die Wahl 1965. Sie wissen, daß die Sozialdemokraten sehr gerne Verbindungen anknüpfen mit kirchlichen Stellen. Das ist ihnen auch in großem Maße mit evangelischen Stellen gelungen, aber in nicht unerheblichem Maße auch mit katholischen kirchlichen Stellen, und zwar mit Bischöfen – ich könnte sie Ihnen aufzählen, aber ich muß diskret darin sein – und auch zum Teil mit dem jüngeren Klerus. Die Sozialdemokratie geht z. B. auch so weit, daß sie sich in Niedersachsen bereit erklärt hat, ein Konkordat mit dem Päpstlichen Stuhl abzuschließen, und zwar mit einem Entgegenkommen gegenüber den kirchlichen Ansprüchen, wie es bisher noch nicht gezeigt worden ist.²⁸

Es kommt weiter hinzu – und da bitte ich um Nachsicht, wenn ich die Gefühle des einen oder des anderen von Ihnen verletzen sollte –, daß der Schwiegersohn von Chruschtschow, Adschubej²⁹, vom Papst empfangen worden ist, – etwas, was mir ganz unverständlich ist. Das ist das, warum ich vorhin um Entschuldigung bat, wenn ich jemand von Ihnen verletzen sollte. (*Amrehn*: Es kommt noch schlimmer!) Ja, und wenn der Heilige Geist so weit von Rom weggehen sollte, daß auch noch Chruschtschow da empfangen wird, dann wirkt sich das naturgemäß auch bei uns aus. Mehr will ich nicht dazu sagen, aber man muß diese ganze Sache in Betracht ziehen.

Die Wahlen in Italien sind, wenn ich das Datum recht in Erinnerung behalten habe, am 28. April, und zwar werden dort alle Wahlen, angefangen von den Gemeinden bis hinauf zum Parlament, an einem Tage durchgeführt.³⁰ Für uns als Europäer ist der

28 Das Konkordat wurde am 26. Februar 1965 unterzeichnet. Vgl. Nr. 20 Anm. 8. – Zum Verhältnis SPD und Kirche vgl. SPOTTS S. 278–302, hier S. 293 f.; GAULY S. 225–235.

29 Audienz Adschubejs bei Papst Johannes XXIII. am 7. März 1963 (FAZ vom 8. März 1963). – Alexej Ivanowitsch Adschubej (1924–1993), russischer Journalist und Publizist; 1957–1959 Chefredakteur der „Komsomolskaja Prawda“, 1959–1964 der „Iswestija“, 1961–1964 Mitglied des ZK der KPdSU. – DERS.: *Gestürzte Hoffnung. Meine Erinnerungen an Chruschtschow*. Berlin 1990; Daniel KOSTHORST: *Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964*. In: VfZ 44 (1996) S. 257–293.

30 Bei den Wahlen in Italien zur Abgeordnetenversammlung und dem Senat am 28. und 29. April 1963 erlitt die Democrazia Cristiana Verluste, während die KPI erhebliche Gewinne gegenüber 1958 erzielte: Abgeordnetenhaus: DC 38,3 % (42,4 %), KPI 25,3 % (22,7 %), Sozialisten 13,8 % (14,2 %), Liberale 7 % (3,5 %), Sozialdemokraten 6,1 % (4,5 %), Neofaschisten 5,1 % (4,8 %), Monarchisten 1,7 % (4,8 %), Republikaner 1,4 % (1,4 %), Südtiroler Volkspartei 0,4 % (0,5 %), die Union Valdotaïne 0,1 % (0,1 %) und andere Parteien 0,8 % (1,1 %); Senat: DC 37,23 % (41,2 %), KPI 25,41 % (21,8 %), Sozialisten 14,05 % (14,1 %), Liberale 7,5 % (3,9 %), Sozialdemokraten 6,35 % (4,4 %), Neofaschisten 5,15 % (4,3 %), Monarchisten 1,55 % (5,2 %), Republikaner 0,81 % (1,4 %), Südtiroler Volkspartei 0,4 % (0,5 %), Union Valdotaïne 0,1 % (0,1 %), und andere Parteien 0,9 % (0,8 %) – AdG 1963 S. 10556 f.

Ausgang dieser Wahlen natürlich von Bedeutung, auch vom militärischen Standpunkt aus. Wenn dort die Apertura a sinistra derartig weit ginge, daß eine starke Linke die Regierung übernehme, dann würde das auch die militärische und die politische Lage in Westeuropa erheblich beeinflussen. Das gehört auch zu dem allgemeinen Thema der Unruhe, die diesmal vom Papst und Adschubej ausgeht. Ich habe die Sache, so gut ich konnte, genau verfolgt. Sie werden aber auch gelesen haben, daß der Papst dem Adschubej für Chruschtschow ein Geschenk mitgegeben hat. (*Schmidt*: Das habe ich nicht gelesen! – *Mehrere Zurufe*: Doch!) Es war ein kleines Paket, x-mal versiegelt. (*Schmidt*: Doch keine Bibel!) Die würde er abgelehnt haben. (*Heiterkeit*.) Jedenfalls ist es eine sehr ernste Sache, meine Damen und Herren, die da vor sich geht. Bei der großen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Nichtkommunismus in der ganzen Welt ist das, was in Rom vor sich geht und nicht angekündigt wird, von erheblicher Bedeutung und nicht dazu angetan, die Unruhe zu beheben.

Die letzten Landtagswahlen haben einen Rückgang der Stimmen für uns, aber ein Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen gebracht, auch deshalb, weil uns die Sozialdemokraten buchstäblich alles gestohlen haben, was bei uns zu stehlen war. Sie haben aus unserem Programm gestohlen, sie haben uns auch alle „Uniformen“ gestohlen. Und jetzt gehen sie an den Papst, und den holen sie uns auch noch weg.³¹ Wir müssen uns also tatsächlich etwas Neues einfallen lassen. Ich glaube nicht, daß wir vor der Wahl 1965 nur sagen können: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht, obgleich ich es – unter uns gesagt – glaube. Ich bin überzeugt, daß in dem Augenblick, in dem die Sozialdemokratie die Entscheidung im Bundestag in der Hand hätte, eine ganz andere Politik einsetzen würde. Es ist bei den Sozialdemokraten doch so: Im Bundestag sitzen vorne in der ersten Reihe die Herren Deist³², Möller³³, Erler usw., aber nach den Hinterbänklern wird nicht gefragt.

Wie es in den Gewerkschaften aussieht, das ist eine ganz andere Frage. Die Gewerkschaften sind in ihrem Einfluß auf die Haltung der Partei der SPD von außerordentlich großer Bedeutung. Die Gewerkschaften sind das Fundament ihrer ganzen Macht.

Nun stehen uns zwei Landtagswahlen bevor, und zwar zunächst am 31. März in Rheinland-Pfalz. Soviel ich weiß, sind unsere Aussichten dort gut. Ich habe das von

31 Nach zunächst indirekten Kontakten empfing schließlich am 4. März 1964 Papst Paul VI. eine Delegation der SPD in Privataudienz. Ihr gehörten an der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Fritz Erler, der Kulturbbeauftragte Waldemar von Knoeringen und die Bundestagsabgeordneten Ernst Paul und Peter Nellen sowie der Sekretär des Parteivorstandes Alexander Kohn-Brandenburg (AdG 1964 S. 11098; SOELL S. 857–870).

32 Dr. Heinrich Deist, (1902–1964) Wirtschaftsprüfer; 1953–1964 MdB (SPD), 1958–1964 stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

33 Dr. Alex Möller (1903–1985), 1961–1976 MdB (SPD), 1969–1971 Bundesfinanzminister. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 121 Anm. 33.

Rednern gehört; aber auch die Umfragen von EMNID und Allensbach haben Resultate für Rheinland-Pfalz gezeitigt wie nie zuvor.³⁴ Dann kommt anschließend die Wahl in Niedersachsen.³⁵ Diese Landtagswahl in Niedersachsen kann einem Sorge machen. Ich war selbst Vorsitzender der CDU der Britischen Zone, und solange ich zurückdenke, hat uns Niedersachsen immer Sorge gemacht. Dort waren drei Landesparteien, und zwar die Landespartei von Oldenburg, von Hannover und von Braunschweig. Diese drei Landesparteien haben wir nie zusammenbekommen. Sie sind auch jetzt noch immer da.

Ich war am letzten Samstag in Oldenburg.³⁶ Ich kann nur sagen, dort war eine Versammlung, wie sie etwa in den Jahren 1953, 1954 gewesen ist, so gut besucht und eine ausgezeichnete Stimmung. Es war wirklich herzerfrischend, nach all den Schwierigkeiten, die wir erleben müssen, einmal zu sehen, wie gerade in Oldenburg unsere Partei lebendig war und welche Stimmung dort herrschte.

In Rheinland-Pfalz ist es ähnlich. In Niedersachsen scheint es aber nicht gelungen zu sein, mit den DP-Leuten auf dem Lande ins reine zu kommen. Die Frage, warum das nicht geschehen ist, kann man von draußen nur schwer beantworten. Ich habe Herrn Hellwege³⁷ bei mir gehabt, und zwar zweimal, und auf ihn gut eingeredet. Herr Hellwege ist aber ein Niedersachse und hat einen dicken Kopf. Da ist nichts zu machen. Er hat ausdrücklich erklärt, er sei gekränkt durch die Behandlung, die ihm die CDU habe angedeihen lassen. Von seiten der CDU wird das aber bestritten. Sie sagen, sie hätten getan, was sie konnten, aber er habe nicht gewollt. Kurz und gut, in Niedersachsen sieht die Sache zweifelhaft aus.

Nun habe ich Ihnen das Ergebnis einiger EMNID-Zählungen mitgebracht, die sich auf die Situation der CDU insgesamt erstrecken:

34 Im Allensbacher Archiv nicht zu verifizieren. – Die EMNID-Umfrage (Bundes- und landespolitische Probleme in Rheinland-Pfalz vom Februar 1963, II. Spezial-Erhebung S. X) ergab: CDU 50 % (Ergebnis 44,4 %), SPD 37 % (40,7 %), FDP 12 % (10,1 %). – Wahl am 31. März 1963. Peter Altmeier (CDU) bildete eine Regierung aus CDU und FDP.

35 EMNID stellte bei seiner Umfrage fest: „Dabei fällt auf, daß insbesondere über die CDU die Vorstellungen sehr blaß sind.“ (Motive und Einstellungen der niedersächsischen Bevölkerung. Eine Untersuchung zur bevorstehenden Landtagswahl 1963 S. 64). Die Umfrage (Die Meinungslage in Niedersachsen vor den Landtagswahlen 1963, April 1963 S. V) ergab: SPD 54 % (Ergebnis 44,9 %), CDU 27 % (37,7 %), FDP 10 % (8,8 %), GDP 5 % (3,7 %), DP 4 % (2,7 %). – Wahl am 19. Mai 1963. Georg Diederichs (SPD) bildete eine Regierung aus SPD und FDP.

36 Abschlußkundgebung des CDU-Parteitages am 9. März 1963 (TERMINKALENDER).

37 Heinrich Peter Hellwege (1908–1991), 1955–1963 MdL Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 14 Anm. 48. – Hellwege hatte am 20. Februar 1963 einen Gesprächstermin mit Adenauer (TERMINKALENDER). Ein weiterer Termin konnte nicht ermittelt werden.

	Dezember 1962	Februar 1963
CDU	43 %	49 %
SPD	44 %	41 %
FDP	6 %	6 %

Die FDP ist also eine sehr stabile Partei. Vielleicht wird es sie interessieren, daß zur gleichen Zeit Rheinland-Pfalz über 50 % aufzuweisen hatte. Deshalb haben wir auch die Hoffnung, daß es da gutgehen wird.

Was die Politik des Bundeskanzlers angeht – das darf ich auch einmal anführen –, so wurde sie gebilligt im Dezember 1962 von 38 %, im Februar 1963 von 47 %. Das sind an sich alles günstige Ziffern, aber bis zur nächsten Bundestagswahl haben wir noch schwierige außenpolitische, wirtschaftliche und finanzielle Hindernisse zu überwinden. Die anderen Parteien, vor allem die Sozialdemokratie, werden weiter arbeiten, so daß für uns eigentlich nur der feste Entschluß übrigbleibt, mit ganzer Kraft zu arbeiten, damit wir die Wahl im Jahre 1965 gewinnen.

Lassen Sie mich zu den Wahlen von 1965 noch ein Wort sagen. Unsere Partei eignet sich sehr schlecht dazu, in der Opposition zu stehen. Man muß diesen Dingen ins Auge sehen. Wir haben doch so viel verschiedene Richtungen in unserer Partei, daß die CDU in der Opposition sehr schweren Gefahren ausgesetzt sein wird. Und wenn die Wahl 1965 uns in die Opposition brächte, dann weiß ich wahrhaftig nicht, wie unsere Partei in den darauffolgenden Jahren aussehen und ob sie nicht zu Splitterparteien wird. Gerade – das darf ich in diesem Zusammenhang sagen – bei den Gedanken unserer Kollegen Lücke und von Guttenberg wegen der großen Koalition war für mich das Entscheidende die Einführung eines anderen Wahlrechts. Die Einführung eines anderen Wahlrechts würde für eine nicht abzuschätzende Zeit die CDU davor bewahrt haben, in Splitterparteien auseinanderzufallen, weil keine Splitterpartei irgendeine Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Die Verfolgung dieses Zieles stand also unter dem Gesichtspunkt, zusammen mit der SPD dieses neue Wahlrecht einzuführen, so daß ein sehr großer politischer Ausblick für die Sicherheit unserer Partei vorhanden war.

Nun, das ist fehlgegangen. Ich weiß, daß in einem kleinen Kreis unserer Partei – ich hoffe, in einem kleinen Kreis – der Gedanke schwebt, überhaupt eine große Koalition herbeizuführen. Das, meine Herren, wäre nach meiner Überzeugung der Schlußstrich unter unsere Partei; denn das würde unsere Partei bei ihrer Zusammensetzung nicht ertragen und nicht aushalten.

Auch das Zentrum, das naturgemäß viel geschlossener war als die CDU – man darf nie vergessen, daß es aus dem Kulturkampf hervorgegangen war und durch religiöse Empfindungen und Überzeugungen zusammengehalten wurde –, hat bei Koalitionen mit der SPD im Reichstag immer die Zeche bezahlen müssen.³⁸ Wenn Sie einmal die

³⁸ Vgl. zu den Wahlergebnissen der Weimarer Republik: Alfred MILATZ: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. 2. Aufl. Bonn 1968.

ganze Weimarer Zeit durchgehen, werden Sie finden: Es hat die Zeche bezahlt. Ich habe mir über diese Frage – nicht im Zusammenhang mit den Herren Lücke und von Guttenberg, sondern überhaupt – den Kopf zerbrochen, aber ich finde keine andere Erklärung als die: Wir sind zu anständig, um nicht zu sagen, wir sind zu weich. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Aber die Sozialdemokraten, auch in einer Koalition, sind viel härter in ihren Forderungen als die CDU-Leute. Deshalb meine ich, daß eine große Koalition CDU/CSU-SPD für unsere Partei ein Verderben wäre und daß wir diesen Weg niemals einschlagen dürfen.

Ich habe eben die CSU erwähnt. Die CSU ist eine Schwesterpartei. Doch auch unter Schwestern und Brüdern gibt es manchmal Meinungsverschiedenheiten. Man soll sich auch aus solchen Streitigkeiten möglichst heraushalten, damit diese ihren Streit unter sich austragen können. Aber ich bedaure doch sehr, feststellen zu müssen, daß die Gegensätze innerhalb der CSU noch keineswegs ausgeglichen sind. Höchstwahrscheinlich wird es bei der Wahl des Vorsitzenden der CSU im Juni oder Juli zu erbitterten Kämpfen innerhalb der CSU kommen.³⁹ Und erbitterte Kämpfe haben noch niemals einer Partei gutgetan. Das ist sehr schade, aber es wird dazu kommen. Die CSU, deren Stimmen ja auch für uns von großer Bedeutung sind, wird hoffentlich aus diesen Kämpfen unzerissen hervorgehen, das heißt ohne, daß sich Teile absplittern werden; denn der Fortfall dieser Stimmen würde sich höchstwahrscheinlich bei der Bundestagswahl im Jahre 1965 für uns sehr ungünstig auswirken.

Sie sehen also, daß die innenpolitische Situation, vor allem im Hinblick auf die finanzielle Lage, die für die Jahre 1964 und 1965 außergewöhnlich ernst wird – ich übertreibe in keiner Weise –, große Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Wir müssen deshalb sehr intensiv arbeiten, um oben zu bleiben.

Lassen Sie mich da sofort zwei Sachen anschneiden; einmal die Wahl des Bundeskanzlers. Wahrscheinlich haben Sie doch schon auf dieses Wort gewartet. Ich habe dieses Wort hiermit ausgesprochen. Sie kennen ja die rechtliche Lage. Der Bundeskanzler wird gewählt durch die Mehrheit des Bundestages, aber der Bundespräsident hat ein Vorschlagsrecht. Es sind im Grundgesetz noch weitere Bestimmungen enthalten über die Rechte des Bundestages, die eventuell zu einer Auflösung des ganzen Bundestages führen können. Ich wiederhole: Das muß man ins Auge fassen bei der ganzen Sache; aber unserer Fraktion gebührt als der stärksten Fraktion des Hauses doch eine präponderierende Stellung. Dabei sind die Rechte des Bundespräsidenten durchaus zu wahren, und man wird rechtzeitig mit ihm sprechen müssen.

Nun hat unsere Bundestagsfraktion ihren Vorsitzenden, Herrn von Brentano, damit beauftragt, Gespräche zu führen⁴⁰, um sich einen Überblick zu verschaffen und einen

39 Bei der Wahl des CSU-Landesvorsitzenden am 6. Juli 1963 erhielt Strauß nur 559 der 706 abgegebenen Stimmen. Die Streitigkeiten vor der Wahl entzündeten sich an einem Brief der Katholischen Aktion, die die CSU vor Entscheidungen warnte, die Katholiken der CSU entfremden könnte. Dieses Schreiben wurde als Stellungnahme kirchlicher Kreise gegen eine Wiederwahl von Strauß verstanden (AdG 1963 S. 10708 f.).

40 Auftrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 5. März 1963 (ACDP VII-001-1009/2).

guten Vorschlag, sobald er könne, in der Fraktion zu machen, damit nun auch im Lande Ruhe einzieht und man dieses Thema verlassen kann. Als im Jahre 1949 zum erstenmal ein Bundeskanzler gewählt wurde, hatten wir noch keine Bundespartei, sondern nur Landesparteien. Infolgedessen konnte niemand beanspruchen, irgendwie auch Gehör zu finden bei der Meinungsbildung der Fraktion. Bei der späteren Wahl des Bundeskanzlers ergab sich etwas automatisch, daß man den früheren nahm. Man ersparte sich manchen Ärger, und die Sache ging weiter. Aber das nimmt nun einmal ein Ende.

Nun ist von einer Reihe von Seiten der Wunsch an mich herangetragen worden – ein Wunsch, den ich für durchaus berechtigt halte –, daß auch die Bundespartei irgendwie die Möglichkeit haben solle, sich mit dem Herrn, dem die Fraktion diese Aufgabe anvertraut hat, Herrn von Brentano, auszusprechen über das, was geschehen soll. Ich möchte Ihnen vorschlagen – das war mit einer der Hauptbeweggründe, warum ich Sie heute hierher gebeten habe –, einen kleinen Ausschuß zu wählen, aber nicht mit dem Auftrag, etwa der Fraktion oder dem Beauftragten der Fraktion Vorschläge zu machen; denn man muß die Rechte der Fraktion wohl beachten und darf ihr nicht zu nahe treten. Sie hat auch die Verantwortung. Aber ich könnte mir auf der anderen Seite vorstellen, daß es der Fraktion und ihrem Beauftragten doch auch sehr angenehm wäre, wenn er einen Ausschuß hätte, der vom Bundesparteivorstand bestellt wird, mit dem er sich aussprechen könnte, damit nicht hinterher eine Diskrepanz entsteht zwischen Meinungen, die sich in der Bundestagsfraktion bilden und solchen draußen im Lande innerhalb der Partei.

Ich habe einen zweiten Grund, warum ich Sie hierher gebeten habe: Wir haben auf unserem Parteitag in Dortmund ein Präsidium geschaffen. Nun, der Name ist schön, und die Mitglieder sind auch schön in ihrer Art. (*Heiterkeit.*) Ich habe die Ehre, der Vorsitzende zu sein. Aber das Präsidium ist zu schön, es sind nämlich zu viele Bundesminister da drin. Vor allem aber – das scheint mir notwendig zu sein – muß die Leitung der Partei mehr in Fühlung kommen mit dem – ich weiß jetzt keinen besseren Ausdruck, sie werden ihn billigen – Wählervolk und denen, die dem Wählervolk sehr nahe stehen, also mit den Landesparteien. Ich möchte den Gedanken auch einmal zur Diskussion stellen und hören, wie Sie da helfen können. Später müßte das natürlich zur Kenntnis eines Parteitages gebracht werden. Man hat sich in früheren Jahren dadurch zu helfen gesucht, daß die Landesvorsitzenden einberufen worden sind, um mit der Zentrale über die ganzen Vorgänge im Lande und über das, was man tun soll und nicht tun soll, auf dem Laufenden zu bleiben. Der Kreis der Landesvorsitzenden hat sich sehr bewährt⁴¹, so ist mir gesagt worden, ist aber durchaus illegitim; er hat sich selbst gezeugt. Nicht einmal ein Vorstand hat dabei mitgewirkt. Vielleicht sind auch so viele Landesvorsitzende zusammen mit den Mitgliedern des Präsidiums ein zu großer Kreis. Ich wäre Ihnen daher dankbar,

41 Die nächste Landesvorsitzendenkonferenz fand am 22. März 1963 in Bonn statt. Protokoll in ACDP VII-004-033/2.

wenn Sie auch über diese Frage sprächen und sich dann darüber entscheiden würden. Nach meiner Meinung sollte man vier, sechs, sieben oder acht nehmen. Aber darauf kommt es nicht an, die Hauptsache ist, daß immer alle kommen. Sie wissen genau wie ich, das gehört zu unserer parlamentarischen Demokratie, je größer ein Kreis ist, desto weniger kommen die Leute, weil sie die Verantwortung für sich selbst nicht so empfinden, je größer der Kreis ist, dem die Gesamtverantwortung übertragen wird. Das ist der Grund. Das hat mit Persönlichkeiten gar nichts zu tun.

Damit bin ich an den Schluß meiner Ausführungen gekommen. Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, Ihnen einen Überblick über die außenpolitische, die innenpolitische und die finanzielle Lage zu geben. Ich habe von der Bundeskanzlerwahl gesprochen und Sie gebeten, einen kleinen Ausschuß zu kreieren, der dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion zur Verfügung steht, und endlich, das Präsidium dadurch etwas aufzufrischen, daß Leute hineinkommen, die nicht nur mit der Bundespolitik zu tun haben, sondern die auch wissen, was in den Ländern gespielt wird und was die Wähler von der Bundespartei wollen. *(Beifall.)*

Das Wort hat Herr Dr. von Brentano.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Sie haben meinen Auftrag erwähnt. Ich möchte deswegen nur einige wenige Sätze sagen. Sie wissen alle, daß dieser Auftrag sehr schwierig ist. Ich war trotzdem froh, daß sich die Fraktion dazu entschlossen hat, weil ich glaube, daß das die einzige Möglichkeit war, um die öffentliche Diskussion dieses Problems durch die Mitglieder unserer Partei und unserer Fraktion zum Schweigen zu bringen. Dies hat uns mehr geschadet als die ganze Form der Diskussion.

Wir stellen fest, nachdem wir jetzt schweigen, schweigt auch die Presse. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich den entscheidenden Wert darauf lege – selbstverständlich für die Fraktion –, im völligen Einvernehmen mit dem Bundesvorstand zu handeln. Es ist ganz klar, daß solche Entscheidungen von uns gemeinsam vorbereitet werden müssen.

Deshalb begrüße ich die Anregung, die ich etwas modifizieren möchte. In der Fraktion hat man bewußt davon abgesehen, einen Ausschuß zu bilden. Ich möchte hier anregen, daß der Bundesvorstand seinen Geschäftsführenden Vorsitzenden als meinen Gesprächspartner bestellt. Daß wir hier selbstverständlich zu einem entsprechenden Zeitpunkt über die Dinge mit Ihnen sprechen müssen, ist klar. Aber wir kommen weiter, wenn auch der Bundesvorstand einen Vertreter, so wie die Fraktion einen beauftragt hat, benennt. Das ist meine Anregung. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Dichtel.

Dichtel: Ich möchte die letzte Anregung unterstützen. Als seinerzeit die Fraktion diesen Beschluß gefaßt hat, hat es draußen im Lande so ausgesehen, als wenn dies das alleinige Entscheidungsrecht der Fraktion wäre. Sie haben auch in der Presse gelesen, daß bestimmte Kommentare daran geknüpft worden sind, insbesondere hinsichtlich des Geschäftsführenden Vorsitzenden. Das ist zwar nicht gewollt gewesen, das war nicht beabsichtigt, aber es kam für uns draußen so zum Ausdruck.

Nun möchte ich als langjähriger Landesvorsitzender sagen, die Parteien haben als Staatsträger in dieser Frage ein entscheidendes Wort zu sprechen. Selbstverständlich trägt die entscheidende Verantwortung die Bundestagsfraktion, aber die Parteien, die aufgrund ihrer ganzen Art letzten Endes doch die Träger sind, können bei dieser Frage nicht ausgeschaltet werden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Deshalb begrüße ich Ihre Anregung und Erklärung, Herr von Brentano. Eine weitere Kommission würde ich nicht für gut halten, denn das würde zu neuen Schwierigkeiten führen. Es würde zumindest neu gesucht und gefragt, was steckt dahinter. Das aber sollte alles vermieden werden. Dafür haben wir ja auf dem letzten Parteitag in Dortmund klar und eindeutig in der Person des Herrn Dufhues das Organ geschaffen, und zwar sollten Sie mit ihm als dem Vertreter des Vorstandes der Partei die Dinge beraten und anpacken.

Auf alle Fälle möchte ich noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen, an der Partei kann man bei dieser gestaltenden Frage nicht vorbeigehen. Dabei möchte ich den Herren Bundestagsabgeordneten sagen: Ihr Recht in Ehren, Ihre Situation in Ehren; das ist alles in Ordnung, aber letzten Endes beginnt erst das Herz eines Bundestagsabgeordneten zu schlagen, wenn er von der Partei nominiert, herausgestellt und im Wahlkampf getragen wird. (*Beifall.*)

Adenauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (*Amrehn:* Doch!) Das Wort hat Herr Amrehn.

Amrehn: Der Herr Bundeskanzler hat die Landtagswahl in Berlin⁴² in einer Weise übergangen, daß man den Eindruck haben könnte, er wolle mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe eine Niederlage zudecken, über die hier gar nicht erst gesprochen werden soll. Ich halte es trotzdem für notwendig und darf mich an dieser Stelle einschalten, damit für die übrige Debatte eine kleine Denkpause eintritt, wie man über diesen Punkt entscheiden soll.

Für die breite Öffentlichkeit ist der Ausgang der Wahl in Berlin in der Tat eine große Enttäuschung gewesen, die so stark gewesen ist, daß hinterher in Berlin niemand mehr sozialdemokratisch gewählt haben wollte. Man empfindet die Mehrheit der Sozialdemokratie mit 62 % heute als so stark, daß ein kleiner Schock darüber eingetreten ist und es zu Leserzuschriften geführt hat, die etwa darauf hinausliefen, daß man sagt: Berlin hat jetzt ein Recht, sozialdemokratisch regiert zu werden, und sogar die Pflicht, sich sozialdemokratisch regieren zu lassen.

Dieser Ausgang der Wahl war seit langer Zeit voraussehbar. Wenn man den demoskopischen Untersuchungen Glauben schenkt, muß ich sagen, daß ich in meinem Vertrauen zu diesen demoskopischen Untersuchungen erheblich bestärkt worden bin, seitdem ich erlebt habe, daß das Wahlergebnis fast genau mit den Ergebnissen übereinstimmt, die wir im November und Dezember vergangenen Jahres, also lange vor Beginn des Wahlkampfes, getestet hatten. Es ist sicher richtig, daß während des

42 Vgl. Nr. 7 Anm. 90.

Verlaufs des Wahlkampfes die Ereignisse um den gescheiterten Chruschtschow-Besuch⁴³ die öffentliche Meinung in Berlin ganz ungewöhnlich bewegt haben. Bei einer oberflächlichen Betrachtung könnte man meinen, daß das der entscheidende Vorgang gewesen sei, der der CDU geschadet und ihr die Verluste eingebracht habe. Man mußte aber nach den Untersuchungen schon wissen, daß wir eine Reihe von gut verdienenden Leuten aus den Mittelschichten mit einem Verdienst von etwa DM 1.200,-, die früher CDU gewählt haben, an die Sozialdemokratie verloren haben. (Zuruf: An die FDP!) Nein, an die FDP fast gar nichts. Die ist gestiegen von 4 auf 7,5 %. Es sind die DP und FDV⁴⁴ aufgelöst worden. Ich glaube, daß sich daraus der relativ geringe Anstieg der FDP erklärt. Ich gebe nur wieder, was wir aus den Untersuchungen bereits im Dezember gewußt haben. Da ist höchst bemerkenswert, daß die Sozialdemokratie aus dem katholischen Lager in Berlin erhebliche Stimmen gewonnen hat. Die dritte Gruppe, die noch stärker zur SPD hinübergegangen ist, ist die Beamtenschaft, die stärker als bisher sozialdemokratisch gewählt hat. Man kann dafür als eine der Ursachen sicher auch anführen, daß die CDU im November und Dezember mit der SPD über eine Regierung gesprochen hat und wir damit der SPD einen zusätzlichen Auftrieb verschafft haben.

Um das Wahlergebnis wirklich beurteilen zu können, muß man wissen, daß wir in den dreieinhalb Jahren seit der letzten Wahl von 1958 unseren Stand im Verhältnis zur SPD immer gewahrt haben. Das Verhältnis war regelmäßig bis zum Sommer 1962 60:40. Wir haben dann im Verlaufe von fünf Monaten – vom Juli 1962 bis Dezember – ein Viertel der vermutlichen Wählerschaft verloren. Im Dezember war das Befragungsergebnis 70:30. Ich kann nur sagen, daß es in diesen fünf Monaten in Berlin kein Ereignis gegeben hat, das irgendwie gegen die CDU hätte sprechen können, so daß also eine solche Entwicklung Motive haben muß, die ganz außerhalb der Berliner Verhältnisse liegen. Ich darf hinzufügen, daß das Unbehagen, das weiterhin empfunden wurde, auch sehr stark bei unseren eigenen Mitgliedern zum Vorschein gekommen ist. Hier darf ich aufzählen die Diskussion um die Kanzlernachfolge, die zwei Regierungsbildungen, die Fibag-Geschichte und die „Spiegel“-Affäre. Übrigens ist auch hochinteressant, daß die Auseinandersetzungen um den „Spiegel“ im Bundestag in Berlin wie nirgendwo sonst in Deutschland eine lebhafte Diskussion ausgelöst und das politische Bewußtsein beeinflusst haben; das sind alles EMNID-Feststellungen, so daß sich daraus eine Reihe von Momenten erklärt, die zu dem Ergebnis vom Februar 1963 geführt haben.

43 Das für den 17. Januar 1963 geplante Gespräch zwischen Chruschtschow und Brandt wurde von Brandt abgesagt, weil die CDU in Berlin mit der Lösung der Koalition mit der SPD gedroht hatte, für den Fall, daß das Gespräch stattfinde (AdG 1963 S. 10361).

44 Die Freie Deutsche Volkspartei hatte sich am 2. August 1957 in Berlin aus der Freien Volkspartei (Abspaltung von Mitgliedern der FDP 1956) gebildet, war jedoch bei Wahlen erfolglos geblieben (vgl. Ströss 1 S. 1078–1081).

Genaugenommen ist das erzielte Ergebnis sogar um einiges günstiger, als es im Januar oder Dezember noch zu befürchten war. Das ist zwar ein sehr schlechter Trost, meine Damen und Herren, aber wenn man den Dingen auf den Grund gehen will, muß man es wissen und dabei auch zur Kenntnis nehmen, daß wir seit eineinhalb Jahren in Berlin, seitdem Herr Brandt Bundeskanzler hat werden wollen, die Auseinandersetzung nicht im alten Stile geführt haben, für die Zukunft wieder eine Koalition anzubieten, sondern durchaus auf Gegensatz gearbeitet und Meinungsunterschiede herausgestellt haben, die es auch wirklich gibt, selbst in den Bereichen der künftigen Berlin-Politik, Unterschiede, über die in den nächsten Wochen im Abgeordnetenhaus noch deutlich gesprochen werden muß.

In der Partei in Berlin hat es, von ganz wenigen Gegenstimmen abgesehen, keine Meinungsverschiedenheit darüber gegeben, daß die CDU, ob sie will oder nicht, möchte ich beinahe sagen, in die Opposition zu gehen habe. Wir haben schon vor vier Jahren die Diskussion führen müssen und haben damals der Ansicht zum Durchbruch verholfen, daß nach dem Ultimatum⁴⁵ die Koalition wieder hergestellt werden solle. Diesmal ist kein ernstes Gespräch mehr Gegenstand der Beratungen gewesen.

Nun hat jemand gesagt: Wenn wir jetzt in die Opposition gehen, reiten wir die CDU zu Tode. Die CDU ist nicht für die Opposition geschaffen. – Ich kann nur sagen, wenn wir uns entschlossen hätten, in die Koalition zu gehen, hätten wir eine Reihe von Mitgliedern verloren, während wir jetzt Beitritte zu verzeichnen haben. Auch das möchte ich Ihnen sagen. Und wenn uns diese Wahlniederlage in irgendeiner Beziehung Mut gibt, so ist es die Tatsache, daß die Partei wie selten zuvor in dieser Frage ganz geschlossen beieinander steht. Ich glaube, daß das wichtig ist und daß wir damit eine Aufgabe übernommen haben, in der wir noch ungewohnt sind, in der wir aber möglicherweise mehr Einfluß gewinnen können als in einer Koalition, in der wir uns praktisch in allen Fragen haben überstimmen lassen müssen, und zwar im Interesse der äußeren Gemeinsamkeit.

Herr Brandt hat größten Wert darauf gelegt, mit der FDP ins Geschäft zu kommen. In der FDP war die Beteiligung gar nicht umstritten; obwohl ihr nach dem d'Hondtschen System nur 1,4 Senatoren zustanden, hat sie drei Senatoren verlangt, widrigenfalls sie nicht mitmachen würde, und die Sozialdemokratie hat diese Bedingung angenommen. Herr Brandt ist also darauf aus gewesen, unbedingt mit der FDP eine Koalition zu bilden. Dazu muß man wissen, daß Herr Brandt selbst nach seiner eigenen inneren Einstellung schon immer schwere Vorbehalte gegen die CDU gehabt hat und immer eine gewisse Neigung, mit der FDP zu koalieren.

Aus Erfahrung darf ich sagen, daß ich ihn vor fünf Jahren gefragt habe, als er zum erstenmal den Senat bildete, ob er sich überhaupt zu einem loyalen Verhalten gegenüber der CDU in der Lage sehe; denn ich wüßte, daß er selbst viel lieber eine Verbindung mit der FDP suche. Daraufhin hat er mir gesagt: Das ist richtig, aber das

⁴⁵ Berlin-Ultimatum von Chruschtschow vom 27. November 1958. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 266 Anm. 10.

lasse ich nur für den Bund gelten. In Berlin habe die Tradition der Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU sich so entwickelt, daß er selber auch diese Tradition fortsetzen wolle. Mir ist dieses Gespräch jetzt wieder in den Sinn gekommen. Ich sage das, damit Sie besser verstehen, worauf Herr Brandt, der sich innerparteilich mit dem Wahlausgang wieder eine starke Position geschaffen hat, hinaus will. Er wird sich von nun an viel mehr frei machen als bisher in Berlin. Mein Amtsnachfolger hat beinahe alle Vollmachten des Regierenden Bürgermeisters bekommen. Herr Brandt wird künftig jede Woche hier in Bonn sein. Man muß einfach sehen, daß er eine innere Neigung hat, eine Verbindung zur FDP herzustellen, zumal er selbst gefühlt hat bei den Gesprächen im Dezember mit der CDU, wie wenig wir mit im Spiele sind. Er sieht seine eigene Zukunft in Bonn durch eine Verbindung mit der FDP wesentlich gestärkt und gesichert.

Ich bin der Meinung, daß wir einen großen Fehler begingen, wenn wir die Verbindung zur SPD noch einmal suchen sollten. Es ist vielleicht sogar eine gute Konsequenz des harten Berliner Wahlausganges, daß wir uns zu einer Haltung entschließen mußten in Berlin, die die Opposition zur SPD bedeutet und in der Bundes-CDU den Weg frei macht zu einer Lösung, die sich von den Gedanken im Dezember – da sie nicht mehr verwirklicht werden können – trennt und auf andere Weise versucht, 1965 ihre Position im Bund zu behaupten.

Adenauer: Herr Amrehn! Ich habe von Berlin bisher deshalb nicht gesprochen, weil ich noch besonders darüber sprechen wollte, aber nicht deshalb, weil ich das Ergebnis nun als gegebene Tatsache hinnehme. Da aber nun dieses Thema angeschnitten worden ist, damit die Herren – wie Herr Amrehn es schon gesagt hat – über den anderen Punkt nachdenken konnten, weiß ich nicht, ob wir nun die Diskussion über Berlin jetzt fortsetzen oder nachher darauf zurückkommen sollen. Wenn wir es jetzt fortsetzen, dann konzentrieren wir uns nicht mehr genug auf den anderen wichtigen Punkt. Ich möchte mir aber vorbehalten, noch darauf zurückzukommen. Das Wort hat nun Herr Bauer⁴⁶ von der CSU.

Bauer: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir sind erfreulicherweise bei den Betrachtungen, die der Herr Bundeskanzler über die innenpolitische Lage angestellt hat, auch als seine Sorgenkinder genannt worden. Deshalb fühlen wir uns angesprochen. Herr Bundeskanzler! Ich möchte Ihnen zunächst sehr herzlich danken, daß Sie dieses Thema hier in diesem Kreis angesprochen haben; denn wir sind der Meinung, daß es in diesem Kreis angesprochen werden muß, weil es hierhin gehört.

Wenn es irgendwo in der Union, sei es in der CSU oder in der CDU, einen Ärger in der Familie gibt, dann sollte er als Familienstreit innerhalb der Partei ausgetragen werden, aber nicht in der Öffentlichkeit. Insofern danken wir sehr herzlich, Herr Bundeskanzler, daß Sie damit ein Beispiel dafür gegeben haben, wie und wo derartige Dinge bereinigt und besprochen werden müssen.

46 Josef Bauer (1915–1989), Molkereibesitzer und Landwirt; 1953–1969 MdB (CSU), 1970–1972 Landrat Kreis Wasserburg.

Ich darf aber nun zur Sache kurz folgendes berichten: Sicherlich haben wir einige Sorgen, die Sie auch angesprochen haben, aber ich darf Ihnen Gott sei Dank berichten, daß die Situation innerhalb der Christlich-Sozialen Union wesentlich besser ist, als Sie befürchtet haben, und sicherlich entscheidend besser ist, als sie in der öffentlichen Meinungsbildung dargestellt wird. Ich darf dafür ein paar Dinge zum Beweis anführen. Ich habe das Vergnügen gehabt, sieben Wochen lang als Vertreter von Herrn Strauß der Landesgruppe in Bonn vorzustehen.⁴⁷ Ich darf Ihnen berichten, daß dort Gott sei Dank die sachliche Arbeit wieder in den Vordergrund getreten ist, daß die Gruppe Fuß gefaßt und Vertrauen gefunden hat.

Ich darf hier für die Landesgruppe berichten, daß jetzt das Schlimmste überwunden ist. Ich darf Ihnen weiter sagen, wir sind froh, daß wir den Fall „Guttenberg“⁴⁸ soweit bereinigen konnten, daß er hoffentlich nicht noch einmal wieder auflebt. Beide Kontrahenten sind z.Z. in Urlaub, der eine ist schon lange fort, der andere ist jetzt in Urlaub gegangen. Wir hoffen, daß sie beide mit löblichen Voraussetzungen aus dem Urlaub zurückkommen werden. (*Beifall.*) Ich darf noch berichten, daß es der Landesleitung sehr schnell gelungen ist, diesen kleinen Ärger mit den paar Studenten in München⁴⁹ in einer guten Weise zu bereinigen, aber nicht dadurch, daß wir unseren jungen Studenten die Diskussion untersagt haben, sondern sie lediglich gebeten haben, die Diskussion dort zu führen, wo sie geführt werden muß, nämlich innerhalb der Union. Und das ist auch geschehen.

Hinsichtlich der Nachfolge darf ich als besonders erfreulich sagen, zunächst steht die Wahl des stellvertretenden Landesvorsitzenden bevor.⁵⁰ Hier wird es nach meiner Meinung zu einer Lösung kommen, die mit 90 % aller Stimmen mitgetragen wird. Auch der zweite derzeitig amtierende Landesvorsitzende, Eberhard, ist in der Öffentlichkeit sehr viel angegriffen worden. Ich darf berichten, daß der Evangelische Arbeitskreis kürzlich einstimmig beschlossen hat, Eberhard nach wie vor als seinen Exponenten innerhalb der Union zu betrachten. Alle Spekulationen, daß man sich von Eberhard distanzieren wolle, treffen nicht zu.

47 Bauer war von Januar 1963 bis 1969 stv. Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag.

48 Wegen seiner Gespräche mit Wehner über die Bildung einer großen Koalition – mit Wissen Adenauers und ohne Wissen des CSU-Vorsitzenden Strauß – war am 30. November 1962 ein Schiedsverfahren gegen den Bundestagsabgeordneten von Guttenberg beantragt worden. Am 18. Februar 1963 wurde der Antrag vom Landesvorstand zurückgezogen und ein Schweigegebot beschlossen („Süddeutsche Zeitung“ vom 19. Februar 1963 „CSU liquidiert den Fall Guttenberg“). Vgl. auch: Karl Theodor Freiherr von und zu GUTTENBERG: Fußnoten. 5. Aufl. Stuttgart 1972 S. 91–94.

49 Münchener RCDS-Gruppen hatten sich auf einer Pressekonferenz gegen den amtierenden Landesvorstand der CSU gewandt. Besonders Strauß sei „nicht mehr tragbar“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 25. Februar 1963 „Studenten gegen CSU-Führung“).

50 Stv. Landesvorsitzende waren Rudolf Eberhard und Hans Weiß. Bei der Landesversammlung der CSU am 6. Juli 1963 wurden sie wiedergewählt; dritter stv. Landesvorsitzender wurde Ludwig Huber. Vgl. Alf MINTZEL: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972 (Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung 26). Opladen 1975 S. 678.

Schließlich darf ich noch sagen, Herr Bundeskanzler, daß für die voraussichtliche Wahl des Landesvorsitzenden im Juli sich bisher am ganzen Horizont kein Gegenkandidat gegen den bisherigen Landesvorsitzenden Strauß gezeigt hat. Ich habe keine Zweifel, daß das so bleiben wird.

Das alles darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es z.Z. mit der Union so ist, daß jeder von Ihnen sich interessant machen kann, wenn er Politik auf eigene Faust betreibt oder wenn er Politik gegen irgendeinen führenden Mann der Union betreibt. Dann ist er der interessante Mann draußen. Damit zerstört er aber die Einheit der Union. Das ist unser Kreuz, mit dem wir uns z.Z. herumquälen müssen. Von der CSU darf ich sagen, nicht alles, was da geschehen ist, war geboren aus der reinen Sorge um das Wohl der Union. Nicht alles, was einen Anspruch erhoben hat, war auch anspruchsberechtigt. Ersparen Sie mir es bitte, auf Einzelheiten einzugehen.

Herr Bundeskanzler! Ich habe nur eine Bitte, daß wir jene Kräfte fördern, die die innerparteiliche Diskussion dort zu führen beabsichtigen, wohin sie zum Wohle der Partei gehört, daß wir uns aber gegen jene Kräfte stemmen, die glauben, sich dadurch interessant machen zu müssen in der Presse und in der Öffentlichkeit, daß sie unsere Sorgen nach draußen tragen, um somit für ihre eigene Person neuen Auftrieb zu bekommen. Ich darf namens der Schwesterpartei die einzelnen Persönlichkeiten der CDU herzlich bitten, dafür zu sorgen, daß man solchen Einzelgängern nicht in irgendeiner Form verhilft, sich interessant zu machen; denn sonst könnte der Anschein erweckt werden, als ob in der CDU einige Leute wären, die in dieser Richtung denken.

Herr Bundeskanzler! Machen Sie sich also keine großen Sorgen. Ich bin überzeugt davon, daß wir bis zu den Sommerferien alles klar haben in der Union. Ich möchte Ihnen versichern, daß wir die Aufgabe, die Sie sich gestellt haben, selbstverständlich gerne schwesterlich und brüderlich mit Ihnen tragen wollen, wobei wir der Überzeugung sind, daß wir auch einen Weg zur Lösung finden werden. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Sicherlich darf ich im Namen des Vorstandes der CDU unserem Freund Bauer herzlich danken für die ermunternden Worte und auch für den optimistischen Bericht, den er über die Situation der Schwesterpartei gegeben hat. Ich darf diesen Dank verbinden mit einer Anregung, lieber Herr Bauer, nämlich einmal zu überlegen, ob wir im Verhältnis der Schwesterparteien zueinander nicht eine gewisse Parität einführen sollten. Sie wissen, daß wir den Vertreter der CSU von Anfang an gern als Gast im Bundesvorstand begrüßen. Ich bin sicher, daß auch die Christlich-Demokratische Union eine entsprechende Einladung annehmen würde. Vielleicht überlegen Sie in Ihrem Kreis, ob wir auf diese Weise nicht zu einer stärkeren Verbindung und zu einer besseren Abstimmung unserer Auffassungen kommen können. Selbstverständlich kann es der CDU nicht schaden, wenn sie gelegentlich den Honig saugen darf, der bei Ihnen ja in reichlicherer Fülle fließt als in der Christlich-Demokratischen Union. (*Beifall.* – *Bauer:* Darf ich sofort ja sagen, Herr Dufhues.) Ich danke Ihnen herzlich. Die Einladung kommt auch.

SITUATION DER CDU

Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und die von Herrn Amrehn darf ich zum Anlaß nehmen, einiges mehr zu sagen über die Situation der Christlich-Demokratischen Union und am Rande auch der Christlich-Sozialen Union. Sie haben alle kritisch und aufmerksam die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen verfolgt und daraus Schlußfolgerungen gezogen über die Möglichkeiten und Chancen, die wir als Bundespartei – insbesondere mit der CSU – im Jahre 1965 haben werden. Wir trösten uns sehr leicht mit dem Argument, es ist seither so gewesen, daß wir zwischen den Bundestagswahlen ein Tief haben, aus dem wir uns dann aber strahlend wie der Phönix aus der Asche erheben, um jeweils bei der Bundestagswahl dann die Bevölkerung und die Mitwelt durch gute Ergebnisse zu überzeugen.

Lassen Sie mich dazu einige kritische Bemerkungen machen, die auf Zahlen beruhen. Wir haben ein solches Tief zwischen den Bundestagswahlen bisher dreimal erlebt. Aus dem ersten Tief haben wir uns im Jahre 1953 durch ein Plus an Stimmen von 17,4 % erhoben. Das war in der Tat ein überzeugender Beweis dafür, in welchem viel höherem Maße die Bundespolitik unsere Wähler gewonnen hat, als es die Landespolitik aus vielen Gründen auch nicht annähernd vermag. Aus dem nächsten Tief haben wir uns im Jahre 1957 durch ein Plus von 14 % erhoben. Aber das Plus zum Jahre 1961 betrug nur noch 3,2 %. Sie sehen also ein Anwachsen und ein Abschwächen der Kurven. Wir können also nicht erwarten, daß wir uns aus der jetzigen Situation in ähnlicher Weise wieder erheben können, wie dies 1953 und 1957 und in abgeschwächtem Umfange 1961 der Fall gewesen ist.

Vor mir liegt die Kurve der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei, der Freien Demokratischen Partei und unserer Partei, die den Trend aus den Landtagswahlen aufzeigt. Bemerkenswert ist hier die Tatsache, daß wir in nahezu allen Ländern ein zuweilen abgeschwächtes, aber doch stetiges Ansteigen der Sozialdemokratie zu verzeichnen haben, während die Kurve der Christlich-Sozialen Union wesentlich unruhiger verläuft und eine Entwicklung zeigt, die keineswegs jene Festigkeit und Konstanz unter Beweis stellt, die wir unserer Partei wünschen möchten. Ich erinnere in diesem Kreise an die Feststellung, die ich zu Beginn der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen getroffen habe, einem Land, in dem ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik wohnt. Bei den letzten drei Landtagswahlen hat sich die Sozialdemokratie in diesem Land jeweils um etwa 4 % verbessern können. Gerade dieses stetige Ansteigen der Sozialdemokratie in vielen Ländern ist besonders bemerkenswert und auch bei dem an sich guten Verlauf der Landtagswahlen in Bayern zu verzeichnen. Das muß uns unruhig machen; denn das beweist uns, daß wir hier einen Gegner vor uns haben, den wir nicht ernst genug nehmen können und den wir nicht durch einige pauschale Bemerkungen abtun dürfen, sondern mit dem wir uns viel eingehender und konkreter auseinandersetzen müssen, als dies in der Vergangenheit möglich war.

Wenn ich einmal das Gesamtergebnis von fünf Landtagswahlen – ohne Berlin –

seit 1961 in Vergleich setze mit der Bundestagswahl, dann haben wir für die CDU/CSU ein Absinken von 3,3 % zu verzeichnen, aber für die Sozialdemokratie ein Ansteigen von 6 %. Wenn Sie damit vergleichen den Verlauf der Kurve der Bundestagswahlen von 1949 an gesehen, dann möchte ich mit aller Eindeutigkeit auf den Ernst der Situation der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union hinweisen. Der Herr Bundeskanzler hat schon einige Zahlen genannt, die wir alle dankbar, aber sicherlich auch sehr überraschend aufgenommen haben, nämlich die Ergebnisse der letzten EMNID-Umfrage. (*Krone*: Es war Allensbach!) Richtig, ja. Es war Allensbach, es sind aber Zahlen, die einen ungewöhnlich optimistisch stimmen können und die einen Optimismus ausstrahlen, den ich in der Diskussion zu verspüren glaube, aber ich möchte davor warnen, allzu selbstsicher aus dieser Sitzung nach Hause zu gehen; denn bei diesen Zahlen ist nicht berücksichtigt, daß wir eine Untiefe von 35 % haben. In diesen 35 % stecken die Chancen der Sozialdemokratie und der Christlich-Demokratischen Union, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Das ist eine Zahl, die uns zu denken Anlaß gibt.

Ich glaube, daß wir vielleicht doch diese Stunde der Zusammenkunft des Bundesvorstandes benutzen sollten, um einmal darüber nachzudenken, wie sich die Dinge entwickeln. Zahlenmäßig können wir davon ausgehen, daß es der Sozialdemokratie – die Freie Demokratische Partei ist eine konstante Partei zwischen 6 und 10 % ... (*Lücke*: Sie hat eine konstante Wählerschaft, aber sie ist keine konstante Partei!), ich bin mit Ihnen völlig einig, – gelungen ist, aus dem Turm der 25 bis 30 % herauszukommen. Die Christlich-Demokratische Union unterliegt wesentlich stärkeren Schwankungen und Erschütterungen. Wir müssen nun dafür sorgen, wieder die absolute Mehrheit zu erringen; ein Ergebnis, das uns allen sicher vorschwebt.

Das ist also ein Prozeß, der eine wesentliche Wandlung in der parteipolitischen Situation Deutschlands anzeigt. Als wir im Jahre 1949 zum erstenmal Bundestagswahlen durchführten, entfielen 44 % aller Stimmen auf kleine und kleinste Parteien. Seit dem Jahre 1949 gibt es einen Trend zu den großen Parteien. Es ist eine Entwicklung, die viele von uns mitgemacht haben. Wir können heute an der Feststellung nicht vorbeigehen, daß auch die Sozialdemokratie nicht nur auf dem Wege ist, aus dem Turm der 30 % herauszubrechen, sondern daß sie auch anfängt, was die zahlenmäßige, soziologische und sonstige Gliederung dieser Partei angeht, eine Volkspartei zu werden. Es wäre eine Illusion, wenn wir an diesen Tatsachen vorbeigingen und uns nicht darauf einstellten. Das führt dazu, daß die Sozialdemokratie sich auch in der Zusammensetzung ihrer Wählerschichten zunehmend anpaßt der soziologischen Struktur und Gliederung unseres Volkes. Das führt auch dazu, daß der Arbeitnehmeranteil innerhalb der Sozialdemokratie nicht unwesentlich abgesunken ist; während er noch im Jahre 1956 71 % betrug, besteht die Wählerschaft der Sozialdemokratie jetzt aus 60 % Arbeitnehmern. Das ist immerhin ein entscheidender Faktor, wenn wir daran denken, daß die deutsche Bevölkerung 21 Millionen abhängige Lohn- und Gehaltsempfänger hat. Ich könnte Ihnen die Zahl über die Zusammensetzung unserer Bevölkerung geben, und zwar nach Arbeitern, Angestellten, Selbständigen, Rentnern und Pensionierten.

Diese Zahlen erweisen eindeutig, daß die Christlich-Demokratische Union immer noch dem Idealbild der Volkspartei, nämlich einer verhältnismäßig gleichmäßigen Gliederung der eigenen Wählerschichten mit der soziologischen Struktur der Bevölkerung, am nächsten kommt und weit stärker ist, als es die Sozialdemokratie ist und werden kann.

Aber wir haben von 1960 bis 1962 – und das ist das Erstaunliche daran, das zeigt, wie schnell das Godesberger Programm fruchtbar geworden ist – einen ungewöhnlich intensiven Prozeß der Anpassung auch der sozialdemokratischen Wählerschichten an die Struktur unserer Bevölkerung zu verzeichnen. So ist es kein Wunder gewesen, daß z. B. Meinungsumfragen in Berlin ergeben haben, daß weite Kreise des Bürgertums erklärt haben, auch die bürgerlichen Anliegen seien bei der Sozialdemokratie gut aufgehoben. Es bestünden keine Bedenken, der Sozialdemokratie die Stimmen zu geben. Das sind Entwicklungen, die nicht nur in Berlin zu verzeichnen sind. Man möge sich auch nicht der Illusion hingeben, daß z. B. Fragen der Bildung, der Schulbildung usw. irgendeinen Einfluß auf die Wählerentscheidung haben. Diese Fragen sind für die Wählerentscheidung nicht maßgebend. Die Konfessionszugehörigkeit hat schon eine größere Bedeutung. Auch die berufliche Schichtung ist von wesentlich untergeordneter Bedeutung. Wir befinden uns in einem Prozeß der Amerikanisierung unseres Parteiwesens, wie wir ihn bisher nicht für möglich gehalten haben. Aus alledem ergibt sich, daß wir insbesondere den Fragen der Innenpolitik größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen haben.

Ich möchte abschließen mit einigen sehr allgemeinen Bemerkungen. Ich beurteile die Situation der Christlich-Demokratischen Union in der Gegenwart und für die kommenden Jahre sehr kritisch. Die Christlich-Demokratische Union bietet in der breiten Öffentlichkeit schon seit einigen Monaten das Bild einer politischen Partei, deren führende Kräfte weitgehend Positionskämpfe austragen. Und das erträgt unsere Bevölkerung nicht. Das ertragen am wenigsten unsere Mitglieder und unsere Anhänger und Wähler. (*Beifall.*) Deshalb ist es für das Ansehen und für den Wiederaufbau unserer Partei und den Erfolg der Bundestagswahl von entscheidender Bedeutung, daß die Christlich-Demokratische Union in ihrer Führung einschließlich der von der Führung kommenden Verlautbarungen straffer, homogener, überzeugender und einheitlicher geführt wird und auch in Erscheinung tritt. Es besteht – diese Auffassung wird durch weite Kreise der Presse, des Fernsehens und des Rundfunks immer wieder genährt – der Eindruck, daß hinter diesen Positionskämpfen führender Kräfte der Christlich-Demokratischen Union die entscheidenden Sachaufgaben der Politik zurücktreten. Es entsteht der Eindruck, daß die Zügel während des letzten Jahres schleifen, und zwar sowohl von der Regierung wie von der Fraktion. Das soll keine Kritik sein, sondern nur das Bemühen darum, zu einer Klärung des Tatbestandes zu kommen.

Es sollten deshalb überzeugende Leistungen vorbereitet werden, wobei mit besonderer Sorgfalt und mit besserer Sorgsamkeit als bisher die Probleme der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in Angriff genommen werden sollten, einschließlich

der Probleme der Ostpolitik. Das gleiche gilt auch für die Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo entschieden mehr als bisher getan werden muß.

Vor einem Jahr wurde von der Politik gesprochen, die Stabilität der Währung und der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse zu sichern. Die Absicht, die Lösung der Fragen, die die Arbeitnehmer unmittelbar interessieren, in Angriff zu nehmen, ging fehl. Damals gab es so etwas wie ein Aufatmen. Aber es ist sehr wenig davon übriggeblieben. Die Diskussion um die Lasten, die auf den Haushalt der Jahre 1963 und 1964 zukommen, hat viel von jener Festigkeit vermissen lassen, die bei der Aufstellung des Stabilisierungsprogramms und bei der Festlegung der Grundsätze für den Haushalt in Erscheinung getreten ist.

Nun stehen wir vor sehr schwierigen Lohnkämpfen bei der Metallindustrie und der chemischen Industrie, aber auch bei Teilen des öffentlichen Dienstes, die davon erfaßt werden. Wir stehen damit vor Entwicklungen unserer Wirtschaft, auf die die Bevölkerung draußen eine Antwort erwartet. Ich habe den Eindruck, daß die Christlich-Demokratische Union gut beraten wäre, wenn sie in dieser Frage eine überzeugende Haltung einnähme, wenn sie – und das ist die Auffassung weiter Teile der Arbeitnehmerschaft – der Stabilität unserer Wirtschaft, unserer Währung und vor allem der Sicherheit des Arbeitsplatzes größeres Gewicht beimessen würde, als Tendenzen nachzugeben nach einem Mehr auf allen Gebieten. Das gilt nicht nur für die Arbeitnehmerseite.

Deshalb glaube ich, daß die Christlich-Demokratische Union recht bald mit einem überzeugenden Leistungsprogramm für Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik an die Öffentlichkeit treten muß und daß sie sich vor allem in diesen Bereichen der Innenpolitik überzeugender als bisher abgrenzen muß von der Sozialdemokratie, was wir im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik weitgehend nicht mehr können. Das sollte um so nachhaltiger, aber nicht mit billigen Worten und Redensarten, sondern durch eine sehr fundierte und kritische Stellungnahme zu der Situation unseres Wirtschafts- und Soziallebens geschehen. Das sollte entscheidend geschehen in den Bereichen, von denen ich zuletzt gesprochen habe.

Das erfordert allerdings eine intensive Vorarbeit und intensive Bemühungen. Das erfordert ein ungewöhnliches Maß an Härte von unseren Bundestagsabgeordneten, die sich mit den Lasten von mehr als 63 Milliarden des Bundeshaushalts und mit dem, was noch hinzukommt, auseinandersetzen müssen. Das erfordert von ihnen eine Fähigkeit zum Nein, die die Christlich-Demokratische Union in den vergangenen Jahren, zumindestens vor den Wahlen, entwickelt hat. Darüber müssen wir uns klar werden; denn nur dann, wenn wir uns in diesen Bereichen der Politik in den nächsten zwei Jahren – überzeugend für die Arbeitnehmerschaft, für die Landwirtschaft und viele andere Gebiete – abgrenzen von der Sozialdemokratie – das soll eine Teilantwort auf Ihre Frage sein –, werden wir mit Erfolg den Wahlkampf 1965 vorbereiten und gewinnen können. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich möchte doch einige Bemerkungen zu diesen Ausführungen machen. Der Herr Kollege Dufhues hat gesagt, die Partei oder die Bundestagsfraktion

müsse eine überzeugende Haltung zu den Lohnkämpfen einnehmen. Darf ich einmal fragen, was er darunter versteht. Wie spielen sich denn die Lohnkämpfe ab? Zunächst möchte ich hier einschalten, daß bei den Beamtengehältern sämtliche Länder dem Bund vorangegangen sind, und zwar erst die Gemeinden, dann die Länder, und wir waren die letzten. Da haben nach meiner Meinung die Länder glatt versagt, namentlich deshalb, weil sie doch mit dem Bund ein Abkommen geschlossen hatten. Und wir saßen nachher ganz allein da.

Wie spielen sich sonst die Lohnkämpfe ab? Nun, meine Freunde, wir haben bei uns hier die verschiedenen Organisationen, und die Lohnkämpfe spielen sich ab zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden. Nun sage ich Ihnen ganz offen, solange die Arbeitgeber irgendwelche Aufträge hatten, waren sie bereit, es nicht zum Streik kommen zu lassen. Was hätte da der Bundestag machen können? Ich weiß es nicht. Der Bundestag oder die Bundesregierung hat da keine Rechte. Es ist ein ungeheuer schweres Problem. Es kann sogar sein, daß wir nur über eine Art Katastrophe wieder zur Ordnung kommen. So schwer sehe ich die ganze Sache an.

Ich bin nicht der Auffassung, daß es z. B. die Eisenindustrie zum Streik kommen lassen wird. Wenn sie es nicht zum Streik kommen lassen wird, dann werden die Forderungen von 1,8 Millionen organisierter Arbeitnehmer erfüllt, (*Blank*: Mindestens 8 %!) und dann ist überhaupt kein Halt mehr. Ich glaube, die Möglichkeiten zu kennen, daß man vielleicht dem Einhalt gebieten kann, aber es gibt folgende paradoxe Geschichte in der Bundesrepublik: Wir haben rund 26 Millionen Arbeitnehmer. (*Katzer*: Wir haben 22 Millionen.) Herr Katzer! Wir haben mehr! Ich rede doch hier nicht ins Blaue hinein. Aber es kommt auch auf eine Million gar nicht an bei dem, was ich jetzt sagen will. Von organisierten Arbeitnehmern, die noch arbeiten, haben wir kaum fünf Millionen. Diese fünf Millionen entscheiden über das Ganze. Dem müssen wir doch ins Auge sehen. Neuerdings neigen sogar die Unternehmer dazu, die organisierten Arbeitnehmer bei ihnen besserzustellen als die nichtorganisierten, so daß dadurch die Arbeitnehmer von der Unternehmenseite aus geradezu dazu gedrängt werden, in die Gewerkschaften zu gehen. Und in diesem Dilemma, in dem wir uns befinden, gibt es auf der einen Seite fünf Millionen organisierter Arbeitnehmer, die nach unseren Gepflogenheiten bestimmend sind für die Lohnhöhe, und auf der anderen Seite die Arbeitgeber. Ich weiß nicht, wie viele es sind, ich weiß nur, daß sie keinen sehr starken Zusammenhang haben, auch wenn sie irgendwie organisiert sind. So ist die Situation.

Das Traurige dabei ist: Davon hängt die Stabilität unserer Währung ab. Diese fünf Millionen organisierter Arbeitnehmer, die nur ganz wenige Bosse haben, die sie kommandieren, entscheiden über das Schicksal unserer Währung. Und daran kann rebus sic stantibus keine Regierung und kein Bundestag etwas ändern. Dieser Sache müssen Sie ins Auge sehen.

Wenn wir an die Wahlen und an das Steigen und Fallen unserer Ziffern denken, müssen wir zwei Dinge ins Auge fassen, wo wir ganz unten liegen. Das ist einmal bei der Presse. Die kleine Presse und die kirchlich-religiöse Presse sind gut. Ich war

sehr erstaunt darüber – ich hatte neulich die Herren hier⁵¹ –, wie groß deren Auflage ist. Aber die große Presse – nehmen Sie die „Welt“ oder die FAZ; die „Bild“-Zeitung nehme ich aus – bestimmt die öffentliche Meinung. Damit müssen wir rechnen. Das Groteske ist dabei folgendes: Wer bezahlt die Annoncen in der „Welt“ oder in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“? Die bezahlen doch die Unternehmer.

Was uns aber am meisten Sorge macht, das ist das Fernsehen. (*Lebhafte Zurufe:* Sehr richtig!) Das Fernsehen – das ist die Auffassung auch der Journalisten, neulich schnitt Herr Springer⁵² das Thema an – übt einen Einfluß aus, dem fast niemand widersteht. Wir müssen uns sehr ernst die Frage vorlegen: Kann das so weitergehen? Kann das Monopol so weitergehen? Denn das sind doch alles Monopolbetriebe, dieses Fernsehen. Dem werden zur Verfügung gestellt nicht nur die Einrichtungen der Post, sondern auch der Lufthansa. Und alle Konkurrenten werden ferngehalten, weil ja nur eine gewisse Anzahl eine Lizenz bekommt, die anderen nicht. Wie ist es dem Bund ergangen, als wir ein selbständiges Fernsehen haben wollten? Gott segne ihn, aber das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Ihr habt nichts damit zu tun. Auf diese Weise – ich habe aus mehreren Anlässen gerade aus Unterhaltungen mit Journalisten manches gelernt – wird durch das Fernsehen die Beeinflussung der Wählermassen in die Hand von relativ ganz wenigen Leuten gelegt. Und dagegen kommen wir nicht an.

Es ist die Frage zu prüfen, ob man auf gesetzgeberischem Wege etwas machen kann. Das wäre nach meiner Meinung sehr zu prüfen. Es war jetzt eine Statistik in den Zeitungen über das Wachstum des Fernsehens in allen Ländern der Welt.⁵³ Das ist immens, das ist ganz ungeheuerlich! Denken Sie nur daran, wie das Fernsehen auf die Menschen einwirkt. Dabei wird das Fernsehen in der Hauptsache von Leuten benutzt, die wirklich nicht sehr politisch denken, die aber eine Wählerstimme haben, die so viel wert ist wie die Wählerstimme des größten Intellektuellen. Und wir sind der Macht des Fernsehens, die uns direkt feindlich gegenübersteht, völlig ausgeliefert. Das ist eine Frage, der wir uns wirklich sehr ernsthaft widmen müssen; denn schließlich hängt doch das Ganze davon ab. (*Beifall.*) Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir stehen einer Reihe von Schwierigkeiten gegenüber, bei denen wir nichts machen können; aber bei anderen können wir etwas machen. Die entscheidenden Schwierigkeiten, die vor allen Dingen die Parteiorganisation im letzten Jahre gehabt hat, waren die Differenzen und die Unsicherheit, die hier von Bonn ausgestrahlt wurde. Wenn es jetzt noch Zahlen gibt, die relativ günstig für uns aussehen, dann darf man sich aber in einem nicht täuschen: Das sind nicht Leute, die uns wählen, (*Adenauer:* Darf ich Ihnen ins Wort fallen; das waren sowohl Zahlen von Allensbach wie von EMNID.) sondern Leute,

51 Empfang für die Katholische Kirchenpresse am 5. März 1963 (TERMINKALENDER).

52 Axel Cäsar Springer (1912–1985), Journalist und Verleger. – Michael JÜRGS: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie. München 1995; Gerhard NAEHER: Axel Springer. Mensch, Macht, Mythos. Erlangen 1991.

53 Vgl. FAZ vom 14. März 1963 „Fast 7,6 Millionen Fernseher“.

die uns noch wählen. Wir haben gerade in unseren hauptamtlichen Organisationen draußen, in den Kreisverbänden und in den Ortsverbänden, eine Atmosphäre des Defätismus (*Zuruf*: Der Verdrossenheit!) und der Verdrossenheit zu verzeichnen. Die kommt auf uns zurück. Man sagt uns: Wir können draußen einfach nicht weitermachen und glaubhaft auftreten, wenn alle 14 Tage eine neue Sache von Bonn kommt, die von der Presse, vom Rundfunk und vom Fernsehen groß aufgebauscht wird und der wir hilflos gegenüberstehen. Meist klärt sich das hinterher irgendwie auf, daß es nicht so schlimm sei, aber das weiß dann kein Mensch mehr. Doch der Bevölkerung ist es inzwischen unter die Haut gegangen. Deshalb unsere Bitte, daß wir mindestens in einigen Punkten zu Sprachregelungen kommen. (*Zurufe*: In allen Punkten!)

Eine Sprachregelung haben wir heute insofern gefunden, daß lediglich Herr von Brentano und Herr Dufhues mit der Frage der Kanzlernachfolge befaßt sind. Wir sollten aber ganz klarstellen – wir sind ja alle anfällig, und wenn einer ans Reden kommt, äußert er seine Meinung –, daß außer den beiden Herren im Moment niemand kompetent ist. Dabei sollten wir die volle Unterstützung des Parteivorstandes haben, daß die beiden Herren gegenseitig keine gegensätzlichen Erklärungen abgeben. Das Vertrauen können wir zu ihnen haben. Es scheint mir entscheidend wichtig zu sein, daß wir jetzt für absehbare Zeit draußen Ruhe bekommen und nicht alle 14 Tage in Bonn wieder etwas passiert, was unsere Leute einfach nicht mehr am Arbeiten hält, (*Beifall*) ob sie die Kreisgeschäftsführer oder die Kreisvorsitzenden nehmen, es ist immer dasselbe; denn sie sagen, was sollen wir noch tun.

Es wird sich nie vermeiden lassen, daß in einer so großen Partei, Regierung und Koalition gegensätzliche Meinungen aufkommen. Wo aber die Differenzen unter die Haut gehen und in Bereiche kommen, wo sie für die ganze Partei schädlich sind, muß unbedingt geprüft werden, wie kann die Öffentlichkeit davon ausgeschlossen werden. Das muß einmal sehr hart gesagt werden! Dazu gehört auch, daß Briefe an die Öffentlichkeit gekommen sind, die nicht dahin gehören.⁵⁴ Und wenn nicht sichergestellt ist, daß diese Briefe auf dem Postwege ihr Ziel erreichen, dann müssen diese Briefe eben persönlich in irgendeiner Form übergeben werden.

Nun habe ich noch die Bitte von draußen: Wir brauchen unbedingt Ruhe. Wenn wir die nicht kriegen, dann fängt sich unsere Partei bis zur Bundeswahl nicht mehr. (*Beifall*.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Stoltenberg.

Stoltenberg: Ich bin völlig mit Ihnen der Auffassung, daß aufgrund der Anregung von Herrn Dichtel Herr Dufhues nominiert wird und den Auftrag bekommt, neben Herrn von Brentano bei der Kanzlernachfolge mitzuwirken. Bei dem zweiten Beschluß, daß wir uns darüber verständigen sollen, daß die beiden Herren gleichsam eine Legitimation haben, würde ich hinzufügen: Falls es erforderlich ist. – Das ist eine

⁵⁴ Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Adenauer und Erhard in der FAZ vom 5. März 1963. Vgl. auch KOERFER, S. 726 Anm. 75; HENTSCHEL S. 422.

ganz klare Einschränkung. (*Widerspruch.*) Das Vertrauen, das hier nötig ist, können wir zu den beiden Herren haben.

Wir haben auf dem letzten Parteitag als neue Einrichtung das Präsidium geschaffen, und zwar nach den Arbeiten einer Kommission, der ich angehört habe, die diesen Vorschlag gemacht hat. Nun möchte ich dagegen sein, daß wir jetzt wieder eine Art Satzungsänderung vornehmen; denn das ist sehr schlecht für eine Partei, die eine neugeschaffene Institution in kurzer Frist wieder ändert. Ich meine, daß dem Gesichtspunkt der engeren Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und unserer Partei, von dem Sie ausgingen, unbedingt Rechnung getragen werden muß. Es war bisher so, daß Herr von Hassel als Ministerpräsident eines Landes Mitglied des Präsidiums war. Nach seinem Eintritt in das Bundeskabinett ist in der Tat niemand mehr von den leitenden Herren der Länder im Präsidium. Herr Dufhues ist Mitglied des Landtages, aber in unserer Sicht ist er ein Mann des Bundes. Es ist zu überlegen, ob man diesen Status ändern soll. Ich würde aber dafür plädieren, es nicht durch eine Satzungsänderung zu tun, sondern dadurch, daß das Präsidium von der Möglichkeit Gebrauch macht, zu den Sitzungen jeweils die betreffenden Herren aus den Ländern – Ministerpräsident, Landesvorsitzender usw. – einzuladen, die die gegebenen Partner sind.

Hinsichtlich des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern⁵⁵ möchte ich einmal sehr nachdrücklich sagen, daß es für das Ansehen unserer Partei in der Öffentlichkeit und bei den eigenen Mitgliedern unbedingt erforderlich ist, in dieser Frage möglichst schnell eine Lösung zu finden. Wir sind in einer sehr üblen Situation, daß wir im Bundestag einen Haushalt verabschieden sollen, bei dem nicht nur die Ausgabenseite, sondern auch die Einnahmeseite unklar ist.

Neben der Arbeit auf der Ebene der Länderregierungen muß in der Partei in den nächsten Wochen unter politischen Gesichtspunkten sichergestellt werden, daß wir im Frühjahr eine Lösung finden, damit diese Dinge nicht wieder unter einem öffentlichen Streit an den Vermittlungsausschuß gehen. Ich bin der Auffassung, daß das zu den praktischen Aufgaben der Innenpolitik gehört, von denen Sie eben gesprochen haben, deren Meisterung aber für das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Fricke.

Fricke: Ich möchte mich bezüglich der seit Jahren üblich gewordenen Zusammenkünfte der Landesvorsitzenden kurz äußern. Ich bin nicht der Auffassung, Herr Bundeskanzler, daß das illegitim war. Sie nannten es so. Es ist zwar nicht institutionell verankert, aber wir hatten das Recht – Herr von Hassel hat es getan, und Herr Dufhues hat es getan –, die Landesvorsitzenden zusammenzurufen, um spezifische Fragen zu

⁵⁵ Erste Verordnung zur Durchführung des Länderfinanzausgleichs im Ausgleichsjahr 1963 vom 7. Januar 1963 (BGBl I S. 6) und Zweite Verordnung zur Durchführung des Länderfinanzausgleichs im Ausgleichsjahr 1963 vom 30. Juli 1964 (BGBl I S. 572).

besprechen. Ich meine, das könnte auch, ohne daß das in der Satzung besonders verankert wird, geschehen.

Nun zu Niedersachsen! Ich bin gar nicht verletzt, aber ich muß doch einiges richtigstellen von dem, was Sie gesagt haben. Sie haben gesagt: Niedersachsen war immer eine Sorge. – In Niedersachsen haben wir den Dualismus zwischen der CDU und der DP. Das war für uns stets eine Belastung. Sie haben gesagt, es habe die drei Landesparteien Oldenburg, Hannover und Braunschweig gegeben, die jetzt noch immer da seien. Sie wissen genau, daß seit der Gründung der CDU in Goslar, daß heißt seit 1950, für die drei Landesverbände in Niedersachsen aufgrund eines Vertrages eine Dachorganisation geschaffen wurde, die Herr Cillien⁵⁶ zehn Jahre lang leitete und die ich jetzt leite. Ich frage mich, ob in anderen Ländern eine solche feste Dachorganisation besteht.

Ich kann mit Zustimmung meiner Freunde feststellen und wiederholen, was ich in Oldenburg gesagt habe. Die CDU in Niedersachsen ist seit Jahren, insbesondere vor dieser Landtagswahl, einig und geschlossen. Wir wünschen, die Bundespartei wäre einigermaßen so einig und geschlossen, wie es die CDU in Niedersachsen ist. Ich darf weitersagen, wie sich die Dinge entwickelt haben. Wir tun unsere Pflicht unter schwierigen Verhältnissen an der Nordsee. Die Entwicklung sieht so aus [in Mandaten]:

	1947	1955	1959
CDU	30	43	51
DP [NLP]	28	20	20
SPD	[65]	[59]	65

Nachdem von den 20 Landtagsabgeordneten der DP 18 zu uns gekommen sind, hat die CDU in Niedersachsen 69 Mandate gegenüber 66 der SPD und ist die stärkste Fraktion. Schon diese Entwicklung beweist, daß wir wirklich etwas erreicht haben. Wir haben 1957 trotz 300.000 Stimmen der DP die SPD geschlagen. Wir haben 1961, als die Bundespartei der CDU von 15 auf 14,5 Millionen Stimmen zurückfiel, in Niedersachsen die Stimmen von 1,5 auf 1,6 Millionen steigern können. Wir haben auch, weil die Bundespolitiker bei uns waren, von den 320.000 DP-Stimmen 180.000 für uns gewinnen können. Nun ist es sehr schwer, mit Herrn Hellwege, dem ich vor Jahresfrist eine faire und loyale Haltung versprochen habe, bei seiner Empfindlichkeit einen Kontakt zu bekommen. Er sagt, wir hätten uns zu wenig um ihn gekümmert. Dabei sitzt er doch in unserer Fraktion. Er hätte also jeden Tag uns dort ansprechen

56 Adolf Cillien (1893–1960), Oberkirchenrat, Mitgründer der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 27 Anm. 39. – In der Provinz Hannover fand die Gründungsversammlung der CDU am 18. Dezember 1945 statt, der Landesverband Braunschweig wurde am 7. Dezember 1945 gegründet, der Landesverband Oldenburg am 11. März 1946 (vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 36–38).

können. Und der Weg von ihm zu uns ist genauso weit, wie der Weg von uns zu ihm. Wir konnten ihn nicht fairer behandeln, als daß wir sagten, wir nehmen den Herrn Langeheine⁵⁷ in die Landesleitung, und wir bieten dem Ministerpräsidenten Hellwege den zweiten Platz in der Liste an. Ich bin der Meinung, es wäre niemandem gelungen, die CDU in Niedersachsen einschließlich der 17 DP-Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten davon zu überzeugen, daß man diesen Wahlkampf mit der Spitze von Hellwege erfolgreicher hätte führen können als mit dem Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen.

Ich möchte meinen, der Wind weht uns ins Gesicht, weil auch die Landwirtschaft beunruhigt ist und in Sorge um die Zukunft. Ich habe jetzt mit Herrn Rehwinkel⁵⁸ noch ein Gespräch geführt. Wir haben uns entschließen müssen, auf Drängen der Fraktion und aller Kreise und Bezirksverbände, den Präsidialmitgliedern, dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Dufhues und dem Herrn von Brentano einen sehr ernsten Brief zu schreiben, in diesen Wochen vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen einiger und geschlossener zu sein. Wörtlich steht darin, „nicht so viel Eigentore zu schießen, wie das seit eineinhalb Jahren gang und gäbe geworden ist“.⁵⁹

Herr Bundeskanzler! Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie nach Oldenburg gekommen sind. Wir sind auch Herrn Erhard dankbar, aber wir sehen ein, daß er die Schwedenfahrt⁶⁰ nicht absagen kann. Wir sind auch Herrn Schröder dankbar, daß er am 23. nach Hannover kommen wird. Wir sind auch Herrn von Hassel dankbar, daß er nach Goslar gekommen ist.⁶¹ Ich frage nun, wie ist es mit dem Einsatz? Ist es nicht möglich, daß die Gesamtfraktion (*von Brentano*: Ich war da!) – ich spreche Sie als Fraktionsvorsitzenden an – oder 240 oder auch 200 Abgeordnete an einem Wochenende in Rheinland-Pfalz auftreten und daß wir in Niedersachsen nach Ostern mit einem sehr breiten Einsatz rechnen dürfen, daß also nicht nur 10 oder 30 Leute kommen, sondern daß die ganze Mannschaft antritt. Ist das nicht möglich? (*Zuruf*: Nein!) Wir haben früher geschrieben: Adenauer, Erhard und die Mannschaft. – Ich frage, wo ist die Mannschaft? (*Adenauer*: Der Herr Unertl⁶² wäre für Niedersachsen

57 Richard Langeheine (1900–1995), 1955–1970 MdL Niedersachsen (DP, GDP, CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 891 Anm. 6.

58 In der Vorlage: Rehling. – Edmund Rehwinkel (1899–1977), 1959–1969 Präsident des DBV. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 921 Anm. 31.

59 Schreiben vom 8. März 1963 in ACDP I-248-066/1.

60 Reise Erhards nach Schweden vom 22. bis 24. März 1963 („Süddeutsche Zeitung“ vom 14. März 1963).

61 Schröder nahm am Landesparteitag der CDU Hannover teil („Die Welt“ vom 25. März 1963 „Schröder lehnt Änderung des Pariser Vertrags ab“), von Hassel war auf dem Parteitag des CDU-Landesverbands Braunschweig („Süddeutsche Zeitung“ vom 25. Februar 1963 „Mehrere Kanzler-Kandidaten der CDU“).

62 Franz Xaver Unertl (1911–1970), Viehkaufmann, Landwirt; Gründungsmitglied der CSU, 1953–1970 MdB.

nicht der geeignete Mann!) Doch, Herr Bundeskanzler, glauben Sie das nicht; denn die Bayern kommen bei uns gar nicht so schlecht an, schon wegen ihrer Sprache. (*Widerspruch und Heiterkeit.*) Wir haben die Wahl um vier Wochen auf den 19. Mai verschoben. Wir bitten nun, daß uns die Bundespartei und die Bundestagsfraktion in Niedersachsen helfen mögen. Dann kann der BHE unter 5 % bleiben, und die neue DP wird trotz ihres Wolfenprinzen die 5 % nicht erreichen.⁶³

Jedenfalls tun wir unsere Pflicht. Wir wünschen und bitten Sie herzlich darum, daß man uns auch von Bonn aus in diesem Landtagswahlkampf unterstützt, so daß wir die Chance bekommen, nach der Fusion mit der DP endlich einmal den Durchbruch zu erringen.

Adenauer: Herr Fricke, Sie haben sich etwas zu früh aufgeregt. Wir wollen Ihnen doch helfen. Wir schimpfen doch gar nicht auf Sie. Aber man ist doch dazu verpflichtet, wenn man ein Referat hält, die Dinge so darzustellen, wie man sie sieht. Wenn man Ihre Schlußäußerungen zusammennimmt, dann sind Sie doch auch selbst besorgt. Wir sind mit Ihnen besorgt. Wir wollen Ihnen doch helfen, aber dann dürfen Sie hier nicht über uns schimpfen. (*Fricke:* Ich war überhaupt nicht gekränkt. Ich wollte nur die Dinge sagen, wie ich sie sehe.) Dann dürfen Sie sich nicht so aufregen. Sie haben noch viel durchzumachen bis zur Wahl. Gehen Sie deshalb mit Ihrer Aufregung sparsam um. Regen Sie sich nur in den Wahlversammlungen auf, aber außerhalb von Wahlversammlungen überhaupt nicht.

Aber den Appell von Herrn Fricke unterstütze ich sehr, daß nach Ostern ein verstärkter Einsatz in Niedersachsen erfolgt. Es wäre für den Ruf unserer Partei von größter Bedeutung, wenn es uns gelänge, Niedersachsen für uns zu gewinnen. Das ist nicht nur eine niedersächsische Angelegenheit, sondern eine für ganz Norddeutschland und darüber hinaus. Deshalb wollen wir uns da noch stärker einsetzen. – Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist darauf hingewiesen worden, welch großen Einfluß das Fernsehen ausübt. Ich glaube, bei dieser Feststellung kann man es hier in unserer Situation nicht belassen. Es ist so, daß es eine Rundfunk- und Fernsehpolitik, wie sie von der SPD systematisch betrieben wird, und zwar von einer Stelle aus, bei uns nicht gibt. Ich habe den Eindruck, daß bei uns jedesmal, wenn man sich wieder einmal geärgert hat, jeder auf eigene Faust Rundfunkpolitik macht. Mit dieser Sache können wir aber nicht warten, bis wir drei Monate vor der Wahl stehen, um dann Fernsehsendungen vorzubereiten, sondern wir sollten darüber heute beraten und beschließen.

Ich warne davor, etwa die Hoffnungen auf das Zweite Fernsehprogramm zu setzen und zu sagen, lassen wir das Erste Fernsehprogramm laufen. Wir haben

63 Prinz Welf Heinrich von Hannover (geb. 1923), Weltraumfachmann. (Vgl. „Die Welt“ vom 11. März 1963 „DP wirbt um welfentreue Niedersachsen“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 11. Februar 1963 „Wolfenprinz steigt in die Politik“). – Bei den Landtagswahlen am 19. Mai 1963 erhielt die DP nur 2,7 %.

acht Millionen Fernsehteilnehmer beim Ersten Fernsehprogramm. Wir werden bei den Bundestagswahlen höchstens drei bis vier Millionen haben, die das Zweite Fernsehprogramm sehen. Verkennen Sie weiter nicht, daß das Erste Programm ein eingespieltes Programm ist. Das Zweite Programm muß sich aber zunächst einmal seine Fernsehteilnehmer erkämpfen. Übersehen Sie auch nicht, daß die technische Qualität des Ersten Programms besser ist als die des Zweiten Programms.

Es genügt nicht, daß wir vielleicht gelegentlich einmal im Jahr ein Essen mit den Intendanten veranstalten. Es genügt auch nicht, sich damit zu beruhigen, daß wir auf der Bundesgeschäftsstelle einen Fernsehreferenten haben. Wir sollten vom Bundesvorstand aus für jedes der beiden Programme jemand[en] mit der Sache beauftragen, der Ansehen und Gewicht hat. Aber dann müßte auch sichergestellt werden, daß in dessen Hand die Entscheidung liegt, wie im Einzelfall gegenüber den Rundfunkanstalten, wenn wir etwas zu beanstanden oder zu wünschen haben, zu verfahren ist.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich einmal die Besetzung in der Spitze ansehen, dann stellen Sie fest, daß die Mehrzahl der Intendanten politisch auf unserer Seite steht. Wir dürfen eines nicht übersehen, daß es der Linken, und zwar dank einer sehr systematischen und konsequenten Personalpolitik gelungen ist, fast in sämtlichen Anstalten einen sehr handfesten Einfluß zu gewinnen. Deshalb müssen wir sehen, was wir jetzt noch retten können im Hinblick auf die Wahl. Hier warne ich davor, immer in toto die Rundfunkanstalten insgesamt zu verprügeln, vor allem dann, wenn das in dieser allgemeinen Form geschieht, wie neulich in einem Artikel der PSK⁶⁴, wo gar nichts Konkretes genannt werden konnte, während bei Sendungen wie „Schlachtvieh“⁶⁵, wo man handfest zuschlagen konnte, im großen und ganzen nichts geschieht, wenigstens nicht für die öffentliche Meinung erkennbar.

Ich sage das deshalb mit Nachdruck, weil ich glaube, daß die Partei in dieser Sache eine Entscheidung fällen muß, indem sie Vorstandsmitglieder mit dieser Sache verantwortlich beauftragt.

Adenauer: Dann machen Sie doch bitte Vorschläge, Herr Heck! Sie kennen das Gebiet doch ausgezeichnet. Welche Leute halten Sie für geeignet?

Heck: Ich schlage vor, daß Herr Dr. Barzel beauftragt wird, sich um das Zweite Fernsehprogramm zu kümmern, weil er an seinem Aufbau sehr stark beteiligt ist.

Dufhues: Ich bin nicht sicher, ob wir jetzt eine Entscheidung treffen können, die auf die Dauer Bestand hat. Es gehört nicht nur die Bereitschaft eines Bundesministers oder eines ehrenamtlich Tätigen dazu, sich gelegentlich der Frage anzunehmen, es gehört auch eine handfeste Kontrolle dazu, die systematisch die Sendungen auswertet, um zu sehen und zu prüfen, was im Interesse der CDU geschehen muß.

64 „Ein gefährliches Monopol“ in „Politisch-Soziale Korrespondenz“ Nr. 4 vom 15. Februar 1963 S. 10–12.

65 „Schlachtvieh“, Fernsehspiel von Christian Geisler. Am 14. Februar 1963 im NDR gesendet.

Mein Vorschlag an den Bundesvorstand: Beauftragen Sie mich, mit Herrn Heck zusammen diese Frage zu klären und auch personell zu lösen. Ich will versuchen, in der nächsten Sitzung dem Bundesvorstand einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Herr Heck, sind Sie einverstanden?

Adenauer: Ich stelle fest, daß der ganze Bundesvorstand damit einverstanden ist. – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Ich möchte einen formellen Antrag stellen und dann noch einige Gedanken zu den Ausführungen der Herren Heck und Dufhues äußern.

Mein Antrag lautet: Der Bundesvorstand möge heute Herrn Dufhues formell beauftragen ... (*Zurufe:* Das kommt noch! – *Burgbacher:* Das ist doch geschehen!) Nein, es ist notwendig und richtig, daß wir das noch ausdrücklich tun. (*Unruhe und Bewegung.*) Nun zu den Ausführungen von Herrn Dufhues! Ich würde vorschlagen, daß wir spezifizieren und systematisieren, was an kritischen Äußerungen gesagt worden ist. Sie, Herr Bundeskanzler, haben mit Recht gefragt: Was kann man angesichts der Lohnkämpfe tun? Ich bin der Auffassung, daß wir zum gegebenen Zeitpunkt von der Regierung und vom Bundestag her in der Lage gewesen wären, ein Exempel zu statuieren. Ich will jetzt nicht auf de Gaulle abheben mit seinem Bergarbeiterstreik und seiner Handhabung dieses ganzen Komplexes.⁶⁶ Aber, Herr Bundeskanzler, wenn es einmal notwendig wird, müssen wir auch den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegenüber den Mut aufbringen und sagen: Wir lassen es darauf ankommen, weil es entscheidend ist für die Stabilität der Währung und unserer Wirtschaft. Wir müssen also den Mut haben, die Konsequenzen eines Streiks zu übernehmen. (*Adenauer:* Was verstehen Sie darunter?) Ich verstehe darunter unter anderem, daß wir nicht mit Rücksicht auf die politische Seite von vornherein eine kompromißbereite Haltung einnehmen, sondern daß wir dann auch durchhalten. (*Adenauer:* Ich verstehe Sie nicht. Was sollen wir tun?) Im vorigen Jahr war zweimal Gelegenheit, diese konsequente Haltung zu demonstrieren. Es handelt sich hier um Nordrhein-Westfalen. Ich weiß nicht, ob es richtig war, sich so zu verhalten, wie man sich eben dort verhalten hat. Dort war Gelegenheit, einmal durchzuhalten. Die Arbeitgeber waren dazu bereit.⁶⁷ (*Widerspruch.* – *Adenauer:* Die Arbeitgeber waren dazu bereit? Nun aber mal langsam! – *Blank:* Dann sind Sie schlecht informiert, Herr Blumenfeld! – *Adenauer:* Herr Blumenfeld! Sie sind weit weg von Nordrhein-Westfalen.) Ich will nachträglich nicht zur Debatte stellen, ob es in diesem Zeitpunkt richtig gewesen wäre oder nicht, denn wir haben ja das Ganze ausgiebig und intensiv diskutiert. Ich meine nur, wir sollten auch den Mut zur Konsequenz haben und eine solche Haltung auch strikt durchführen, sonst begeben wir uns in die Hand einiger Gewerkschaftler. Und

⁶⁶ Vgl. Anm. 20.

⁶⁷ Bei den Verhandlungen von Vertretern des Unternehmensverbandes des Ruhrbergbau, der IG Bergbau und der DAG mit dem Bundesarbeitsminister am 25. Juni 1962 wurde eine Lohnerhöhung um 7 % vereinbart und damit ein zuvor beschlossener Streik im Kohlebergbau ausgesetzt (AdG 1962 S. 9945).

dann können wir wahrscheinlich nur auf gesetzgeberischem Wege etwas machen. Wir haben darüber schon im Fraktionsvorstand diskutiert, aber wir sind bisher noch nicht zu irgendwelchen Beschlüssen gekommen. Ich empfehle aber nochmals, daß wir diese Frage im Präsidium oder in der Fraktion der Partei systematisch durcharbeiten, um uns dann hier über das Resultat zu unterhalten.

Ich möchte Herrn Heck in den Fragen des Fernsehens und der Presse unterstützen. Ich meine aber, wir verlangen etwas reichlich viel von der sogenannten übergeordneten seriösen Presse, wenn sie unsere Partei und die Regierung im Laufe der letzten zwölf Monate immer ausgiebig positiv hätte kommentieren sollen. Wenn unsere Herren und ihre Handlungen von der Presse kommentiert werden – von der „Bild“-Zeitung abgesehen, die sich zu einem CDU-Blatt entwickelt hat –, (*Adenauer*: Das ist sehr gut!) so möchte ich vorschlagen, daß wir auch einmal bei dieser ganzen Überlegung das Bundespresseamt einbeziehen. Das ist doch eine sehr große Organisation, die wir nutzbringend für uns verwerten können. Ich nehme an, daß Herr Dufhues diese Fragen mitbehandelt.

Ein letztes Wort zum Fernsehen! Herr Bundeskanzler! Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß man sich auch den kritischen Aussprachen im Fernsehen stellen soll. Man sollte nicht sagen, dieses oder jenes paßt mir nicht, und es ist nur ein linker Haufen; denn damit begibt man sich der Möglichkeit, dort mitzuwirken. Ich würde es für richtig halten, trotz unserer heftigen und berechtigten Kritik an den „Panorama“-Sendungen von unserer Seite aus mitzumachen und auf dem Bildschirm zu erscheinen, um dann sehr kräftige Anmerkungen zu den ganzen Dingen zu machen.

Die Sozialdemokraten haben es viel einfacher. Sie erscheinen bei jeder sich bietenden Gelegenheit im Programm des Ersten Fernsehens und können somit ihre Publikumswirksamkeit voll zur Geltung bringen. Wenn wir uns aber ausschalten, weil uns die ganze Richtung nicht paßt, dann haben wir doch das Nachsehen. Ich halte das also für falsch.

In ähnlicher Weise sollten wir auch mit den großen Illustrierten verfahren. Ich habe es begrüßt, daß Herr Heck hier eine Initiative entwickeln will. Wir sollten auch in den uns nicht positiv gesonnenen Illustrierten mit Diskussionsbeiträgen hervortreten und uns den Vorwürfen und was damit zusammenhängt, stellen. Denn nur auf diese Weise wird man auf uns aufmerksam, und wir können somit den Dingen begegnen. Aber einfach sich heraushalten und zu sagen, das Ganze paßt uns nicht, und ein Pauschalurteil zu fällen, halte ich für falsch.

Adenauer: Wir sollten die Diskussion nicht so breit ausdehnen, weil gleich der Bundestag anfängt und eine Reihe von Herren dorthin müssen. Wir wollen deshalb bei der noch guten Besetzung des Raumes zu den Abstimmungen kommen. Es wurde vorgeschlagen, Herrn Dufhues namens des Parteivorstandes zu beauftragen, an diesen Besprechungen teilzunehmen. Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind. Es ist kein anderer Vorschlag gemacht worden.

Scheufelen: War die Definition nicht so, daß Herr Dufhues als Vertreter der Partei

mit Herrn von Brentano als seinem Partner die Verantwortung für diese Aufgabe tragen soll? Es soll nicht sein, daß Herr Dufhues zu den Sitzungen irgendeiner Kommission hinzugezogen wird, sondern daß er als Vertreter der Partei mit Herrn von Brentano als dem Vertreter der Fraktion diese Besprechungen führt.

Adenauer: Genauso ist der Antrag gestellt worden, den ich jetzt zur Abstimmung gestellt habe. Ich bitte nunmehr diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Nun bitte ich diejenigen, die dagegen sind! – Niemand! – Einstimmig angenommen.

Dufhues: Ist auch der Vorschlag angenommen, der die Verlautbarungen namens der Partei zum Gegenstand hat? Es ist entscheidend wichtig, daß nicht jeder in jeder Phase der Verhandlungen sich berufen fühlt, namens der Partei Erklärungen abzugeben. So notwendig es mir scheint, daß wir uns alle Zurückhaltung auferlegen, muß es aber klar sein, daß der Kreis derer, die namens der Partei Erklärungen abgeben, beschränkt bleibt. Ich meine, daß Herrn von Brentano und mir dieses Recht zustehen sollte. Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

Adenauer: Ich darf es so verdeutlichen, daß die beiden Herren dazu berufen sind, wenn sie irgendwo eine vorwitzige Geschichte sehen oder hören, nun zu sagen: Bitte, haltet an! (*Schmidt:* Das ist zu wenig. Die Umstände können mehr erfordern, als nur vorwitzige Dinge zurückzuweisen. Ich würde diese Einschränkung, die Sie jetzt vorschlagen, nicht für ratsam halten, sondern möchte es so haben, wie es ursprünglich formuliert war.) Das ist doch so gemeint von mir. Ich meine, nachdem wir den anderen Herrn gewählt haben, wollen wir nicht, daß überall geredet wird. Wir wollen, daß überhaupt nicht geredet wird, bis die Zeit gekommen ist. Deswegen habe ich den Ausdruck „vorwitzig“ gebraucht. Sie können nicht sagen, jeder, der den Mund auf tut, kriegt einen drein. Das ist mir zu hart. (*Etzel:* Das kann ausgedehnt werden auf die Pressereferenten der Ministerien. Die reden viel mehr.) Das muß man den Ministern sagen. (*Etzel:* Dem Bundeskanzler!) Ich habe keinem Pressereferenten des Finanzministers etwas zu sagen. (*Etzel:* Das gehört doch dazu.) Aber komplizieren wir doch nicht.

Dann möchte ich Herrn Stoltenberg sagen, ich habe nicht an eine Satzungsänderung gedacht, sondern daran, daß dieses Präsidium – es kann sich zu diesem Zweck zusammensetzen – nun sagt: Wir wollen, wenn nötig, die Vorsitzenden der Landesparteien von Zeit zu Zeit dabei haben, wobei vorauszusetzen ist, daß die Vorsitzenden der Landesparteien – mögen sie legitim oder illegitim sein, Herr Fricke, das ist mir gleichgültig – auch daran teilnehmen.

Dufhues: Das Präsidium hat häufig von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Es ist erfreulich, daß Herr von Brentano regelmäßig an unseren Sitzungen teilnimmt, obgleich er formell nicht Mitglied des Präsidiums ist. Wir sind übereingekommen, daß der Vorsitzende der CSU an den Sitzungen teilnimmt. Ich halte es für selbstverständlich, wenn z. B. über die Wahl in Niedersachsen gesprochen wird, daß die Herren aus Niedersachsen zu uns gebeten werden. Ich meine, daß ein solches Recht, andere hinzuzuziehen, je nach dem Thema, bereits immanentes Recht des Präsidiums ist, so daß ein formeller Beschluß nicht mehr notwendig wäre.

Adenauer: Herr Gurk hat ums Wort gebeten.

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen es, daß für das Fernsehen ein Referat bei der Bundesparteiführung vorgesehen ist; hoffentlich ein sehr aktives Referat. Sie haben die Möglichkeit, gute Pressestimmen – z. B. der Zeitschrift „Mann in der Zeit“ – zu verwerten, die Ihnen helfen können.

Vorgestern abend behandelte die „Panorama“-Sendung den Bericht der SPD über die „Spiegel“-Affäre. Dabei hat Rüdiger Proske⁶⁸ gesagt, es sei leider nicht möglich gewesen, den Vertreter der CDU-Fraktion vor den Bildschirm zu bringen, weil der Herr Fraktionsgeschäftsführer dies abgelehnt habe wegen mangelnder Vertrauenswürdigkeit der „Panorama“-Sendung. Es sei auch nicht möglich gewesen, einen anderen Vertreter der CDU vor den Bildschirm zu bringen. Ich will das aber nicht ausweiten, sondern gebe nur Ihrer Erwägung anheim, ob es richtig ist, so zu verfahren und sich zurückzuhalten.

Dufhues: Diese Frage ist ausschließlich durch Herrn Rasner behandelt worden. Er hat für seine Person und für niemand anders entschieden, daß er – da nicht die Fairneß gewährleistet sei – an der Aussprache nicht teilnehmen könne. So sehr ich es begrüße und für notwendig halte, daß wir jede Möglichkeit nutzen, um beim Fernsehen, beim Rundfunk und in der Presse in Erscheinung zu treten, so sehr schien es mir richtig zu sein, daß der „Panorama“-Sendung noch einmal bestätigt wurde, daß sie die Prinzipien der Objektivität und der journalistischen Fairneß verletzt hat. Das werden wir konkret noch einige Male sagen müssen mit dem Ergebnis, daß in der Sendung „Report“ eine Sendung entstanden ist, die sich wohltuend von „Panorama“ unterscheidet.

Es ist notwendig, ernsthafte Überlegungen anzustellen, die „Panorama“-Sendungen so zu ordnen, daß sie nicht jedesmal Anlaß zur Kritik geben.

Adenauer: Man muß nicht überall dabeisein. Da gebe ich den Herren recht, sonst klassifizieren wir diese Leute zu hoch ein. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. (*Burgbacher:* Der Punkt „Verschiedenes“ ist noch nicht aufgerufen worden.) Also, dann kommen wir zu dem Punkt

VERSCHIEDENES

Das Büfett steht nebenan! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Das Wort hat Herr Burgbacher.

Burgbacher: Ihr Bundesschatzmeister bittet Sie um ganz kurze Aufmerksamkeit. Nach § 39 des Statuts und nach § 10 der Finanzordnung soll der Etat der Bundespartei auf der ersten Bundesvorstandssitzung, die nach dem 30. November des Jahres statt-

⁶⁸ Rüdiger Proske (geb. 1916), Publizist; seit 1946 Redaktion Frankfurter Hefte, seit 1952 NWDR bzw. NDR, 1961–1963 Herausgeber des TV-Magazins „Panorama“, 1961–1986 der Fernseh-Reihe „Auf der Suche nach der Welt von Morgen“.

findet, vorgelegt werden. Das hätte am 5. Dezember geschehen sollen, aber da war es nicht möglich. Es wäre nun heute möglich, da der Bundeshaushaltsausschuß die Neufassung der Dotierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln beschlossen hat, und zwar so, daß die Mittel – unter Ausschuß von Wahlkampfgeldern – zu 20 Millionen zusammengezogen werden, ohne jede Zweckbindung außer nach Artikel 20. Das hat der Haushaltsausschuß mit 13 gegen 11 Stimmen beschlossen, wobei die SPD acht Einzelabstimmungen beantragt hat. Aber diesmal hat die Koalition gehalten.

Nun muß diese Etatisierung noch vom Plenum verabschiedet werden.⁶⁹ Ihr Bundesschatzmeister bittet um die Erlaubnis des Bundesvorstandes, daß der Haushaltsplan erst vorgelegt wird, wenn wir juristisch einwandfrei wissen, über welche Mittel wir verfügen können.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden.

Dufhues: Zum Punkt „Verschiedenes“ noch folgendes: Wir haben wiederholt die Einführung einer Bundesliste zum Wahlgesetz diskutiert. Ich bitte Sie, mich zu ermächtigen, darüber zu verhandeln, eine positive Regelung zu erreichen. (*Widerspruch.*) Ich bitte um eine Verhandlungsvollmacht. (*Unruhe und Bewegung.*) Bundesregierung und Partei haben eine Entscheidung zu treffen wegen der Besetzung des Fernsehrates der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen.⁷⁰ Herr von Merkatz gehörte bisher dem Fernsehrat als Vertreter der Bundesregierung an. Herr Barzel gehörte dem Fernsehrat als Vertreter der CDU an. Inzwischen ist eine Änderung in der Position beider Herren eingetreten. Ich möchte meinen, daß wir dem in der Weise Rechnung tragen, daß Herr von Merkatz künftig als Vertreter der CDU und Herr Barzel als Vertreter der Bundesregierung im Fernsehen benannt werden.

Schmücker: Ich bin sehr überrascht über diesen Vorschlag und ein wenig enttäuscht. Sie wissen, daß ich mich mit Ihnen in Verbindung gesetzt habe, Herr Dufhues. Das Zweite Programm in Mainz zieht eine Werbeaktion auf, die von der mittelständischen Wirtschaft mit großem Befremden gesehen wird. Ich habe die Zahl nicht im Kopf, aber es ist so, wenn ich mich nicht irre, daß etwa die Hälfte der Sendezeit bereits an ausländische Konzerne verkauft ist und man sich um den Rest bei einigen inländischen Firmen bemüht. Nachdem unserem Ersuchen, daß man auch der mittelständischen Wirtschaft eine Möglichkeit gibt, nicht stattgegeben worden ist, ziehen wir daraus die Konsequenzen, daß wir unseren Antrag erneuern werden auf ein Verbot dieses Werbefernsehens überhaupt.

69 Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses (13. Ausschuß) zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1963 (Haushaltsgesetz 1963) vom 29. März 1963 (Drs. IV/1105). – Zur Verabschiedung des Bundeshaushalts vgl. Anm. 21.

70 Die Plätze von Barzel und von Merkatz wurden getauscht (Vermerk Kraskes vom 3. Juli 1963 in ACDP VII-001-024). In der Vorstandssitzung am 7. Juli 1963 (vgl. Nr. 11) wird der Tagesordnungspunkt 3: „Benennung eines Vertreters der CDU im Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen“ nicht behandelt.

Ich bin enttäuscht, Herr Dufhues, daß ohne Rücksprache mit uns so etwas vorkommen konnte. Man sollte jemand aus der mittelständischen Wirtschaft nehmen, damit endlich auch der Struktur der deutschen Wirtschaft Rechnung getragen und nicht die Einseitigkeit, wie wir sie in anderen Bereichen haben, fortgesetzt wird. Ich kann also diesem Vorschlag nicht zustimmen. Entweder müssen Sie es von der Tagesordnung absetzen, oder ich muß einen Gegenvorschlag machen.

Kraske: Ich darf zur Sache eine Richtigstellung geben. Das Zweite Deutsche Fernsehen ist durch Staatsvertrag⁷¹ verpflichtet, sich aus Werbeeinnahmen zu finanzieren. Durch ein Gesetz, das von sämtlichen Landtagen beschlossen ist, ist innerhalb des Staatsvertrages das Zweite Deutsche Fernsehen, das für dieselben Leistungen, die die Anstalten der ARD erbringen, nur 30 % der Gebühren bekommt – statt 70 % bei den ARD-Anstalten –, auf diese Werbeeinnahmen zwingend angewiesen. Es hat deswegen genau wie die regionalen Anstalten der ARD diese Werbezeit unter sehr ungünstigen Konkurrenzbedingungen, nämlich verspätet, angeboten und hat unter Ausschluß derjenigen Werbenden, die man in einem Fernsehprogramm nicht haben will, dort verkauft, wo sie verkauft werden konnten. Es handelt sich zu einem hohen Prozentsatz um Sendezeiten für Artikel, die mehr oder weniger ausschließlich durch den Einzelhandel verkauft werden. Im übrigen bemüht sich das Zweite Fernsehen – und das ist dem Vertreter des Mittelstandes mehrfach von der Anstalt mitgeteilt worden –, eines Tages zu einer anderen Ausgestaltung des Programms zu kommen. Die regionale Wirtschaft soll auch eine Werbemöglichkeit erhalten. Ich glaube also nicht, daß hier etwas versäumt worden ist. Ich weiß von der Anstalt wie auch von unserer Vertretung im Fernsehrat, daß man sich von Anfang an um eine Lösung bemüht hat, im Rahmen des Gegebenen dem Mittelstand entgegenzukommen.

Dufhues: Es tut mir leid, Herr Schmücker, daß Sie enttäuscht sind. (*Schmücker:* Ich bin empört!) Wir haben doch darüber korrespondiert. Mein Vorschlag heute ist der, setzen wir es von der Tagesordnung ab und beraten wir darüber in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes. Bis dahin werde ich mit Herrn Schmücker Fühlung nehmen und versuchen, seinen Bedenken Rechnung zu tragen.

Schmücker: Sehen Sie sich das Ergebnis an! Betrachten Sie das Vordringen der Sozialdemokraten in diesen Schichten. Ziehen Sie daraus die Konsequenzen. Wir müssen zu einem Arrangement kommen, um den Einzelhandel zu stützen. Wenn wir eine gute Mittelstandsarbeit leisten sollen, dann müssen wir auch an entscheidender Stelle den entsprechenden Einfluß haben.

Dufhues: Einstweilen bleibt es bei der Regelung, die ich mitgeteilt habe. Über eine Änderung können wir in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes sprechen. Ich

71 Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“ vom 6. Juni 1961. Vgl. dazu Ernst W. FUHR: ZDF-Staatsvertrag. Staatsvertrag über die Errichtung der gemeinnützigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“ (ZDF-Staatsvertrag). 2. Aufl. Mainz 1985.

möchte, daß alle unsere Freunde den mittelständischen Interessen Rechnung tragen. Das gilt auch für Herrn Barzel und Herrn von Merkatz.

Der Bundesvorstand muß noch die Wahl der Ausschußvorsitzenden der Partei bestätigen, und zwar der Herren Etzel als Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftspolitik, Dr. Jungmann als Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheitsfragen und Niermann⁷² als Vorsitzenden des Ausschusses für Agrarpolitik. Darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind. – Es ist so beschlossen.

Die Kontaktgespräche zwischen der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion und den CDU-Landtagsfraktionen⁷³ sind ein wenig eingeschlafen, weil Herr von Hassel Mitglied der Bundesregierung geworden ist. Ich bitte Sie, mich zu ermächtigen, dafür zu sorgen, daß diese Kontaktgespräche wieder aufgenommen werden.

Noch eine letzte Anregung! Ich bin davon unterrichtet worden, daß die Teilnahme an den deutsch-englischen Gesprächen in Königswinter ungewöhnlich gering geworden ist.⁷⁴ Die konservativen Abgeordneten Englands stehen vor einer Invasion von sozialdemokratischen Abgeordneten aus Deutschland. Ich bitte die Bundestagsfraktion, doch einmal zu überlegen, ob sie nicht einige Vertreter der Fraktion mehr an den Gesprächen teilnehmen läßt, als sich gemeldet haben.

Adenauer: Das nimmt Herr Dr. Krone in die Hand. – Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Ihnen für Ihre Teilnahme danken und die Sitzung schließen.

72 Gustav Niermann, (1919–1989), Landwirt; 1954–1975 MdL NW (CDU), 1958–1966 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in NW. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 205 Anm. 43.

73 Nächste Fraktionsvorsitzendenkonferenz am 3./4. Mai 1963 in Wiesbaden. Protokoll in ACDP VIII-001-269.

74 Die Deutsch-Englischen Gespräche der 1949 in Düsseldorf gegründeten „Deutsch-Englischen Gesellschaft“ fanden seit 1950 jährlich in Königswinter statt. Vgl. Deutsch-Englische Gesellschaft: Zwanzig Jahre Königswinter. Königswinter 1969; Ralph UHLIG: Die Deutsch-Englische Gesellschaft 1949–1983. Der Beitrag ihrer „Königswinterer-Konferenzen“ zur britisch-deutschen Verständigung. Göttingen 1986.

10

Bonn, Freitag 26. April 1963

Sprecher: Adenauer, [Altmeier], Barzel, Bauknecht, von Brentano, Burgbacher, Dufhues, [Erhard], Etzel, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Johnen, Kraske, Krone, Krüger, Lemke, Frau Rehling, Röder, Scheufelen, Schröder, [Frau Schwarzhaupt], Stoltenberg, Süsterhenn.

Die politische Lage nach der Nominierung Erhards zum Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler. Reform der CDU.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 14.45 Uhr

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Entschuldigt haben sich die Herren Wegmann, Lemmer, Kiesinger, Dr. Gurk und Frau Brauksiepe. Ich denke, was den Zeitpunkt angeht, wir fangen pünktlich an, und ich hoffe, daß wir gegen 2 Uhr fertig sein werden. Wir können dann eine kleine Stärkung zu uns nehmen. Jedenfalls nehme ich an, daß wir in diesen drei Stunden eine gute Arbeit leisten werden.

Ich möchte zunächst Herrn Altmeier Glück wünschen, aber nicht zu seiner Wahl in Rheinland-Pfalz, sondern dazu, daß er bei seinem Autounglück doch sehr viel Glück noch gehabt hat.¹ (*Lebhafter Beifall.*) Nach dem, was mir gesagt worden ist, war das doch eine schauderhafte Situation. Er hat also einen wirklich guten Schutzengel gehabt.

Dann hat Herr von Hassel vor einigen Tagen die Reife des Alters erreicht; er ist 50 Jahre alt geworden. Damit will ich nicht sagen, daß er schon ausgereift ist, aber er hat sich schon der Reife genähert. (*Beifall.*)

DIE POLITISCHE LAGE NACH DER NOMINIERUNG ERHARDS ZUM NACHFOLGER ADENAUERS ALS BUNDESKANZLER

Ich möchte hier mit dem beginnen, was ich schon im Zweiten Fernsehen gesagt habe, von dem ich komme² und das ich Ihnen allen übrigens sehr empfehlen kann; denn es hat einen sehr guten Eindruck überall in der Bevölkerung gemacht.

1 Altmeier war am 28. März 1963 auf der Fahrt zu einer CDU-Wahlversammlung in Wörth am Rhein auf der Autobahn in der Nähe von Bruchsal verunglückt (FAZ vom 29. März 1963). – Zum Ergebnis der Landtagswahl am 31. März 1963 vgl. Nr. 9 Anm. 34.

2 Am 26. April 1963 (TERMINKALENDER). Adenauer sprach sich gegen die Nominierung Erhards zum Kanzlernachfolger aus („Die Welt“ vom 27. April 1963 „CDU soll nicht Wirtschaftspartei werden“).

Als ich Sie, meine Freunde, zu der heutigen Vorstandssitzung einlud, war ich nicht der Auffassung, daß wir uns in dieser Sitzung vornehmlich mit der Frage befassen sollten, wer mein Nachfolger werden würde, sondern ich war der Auffassung, daß wir unsere Gedanken einmal zuwenden sollten den Bundestagswahlen im Jahre 1965. Zu dieser Auffassung bin ich gekommen aufgrund des Materials, das ich in meinen Urlaubsort Cadenabbia mitgenommen hatte und dort in Ruhe studieren konnte.³

In der Zwischenzeit ist nun die Frage, die ich eben angeschnitten habe, in einer – wenigstens für mich – überraschend schnellen Weise erledigt worden. Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, nicht mehr darauf zurückzukommen, sondern diese Sache als das zu betrachten, was sie ist, nämlich eine von der überwiegenden Mehrheit der Bundestagsfraktion geschaffene Tatsache⁴, die wir respektieren müssen. Ob man nun mit der Methode oder der Schnelligkeit, die zu diesem Ergebnis geführt hat, einverstanden war oder nicht, das darf jetzt keine Rolle mehr spielen. Wir stehen alle auf demokratischem Boden. Eine große Mehrheit hat diese Tatsache geschaffen. Wir respektieren das. So habe auch ich – obgleich Sie wissen, daß ich in einer Hinsicht anderer Anschauung war –, nachdem sich die Mehrheit der Bundestagsfraktion für Herrn Kollegen Erhard ausgesprochen hat, ihm sofort erklärt, daß ich ihm mit ganzer Kraft zur Verfügung stehe mit meinen Kenntnissen und Erfahrungen, kurz und gut, mit all dem, was er von mir wünsche. (*Sehr starker Beifall.*) Ich muß noch hinzufügen, Herr Kollege Erhard und die Mehrheit der Fraktion haben sehr nachdrücklich betont, daß die Stetigkeit unserer Politik gewahrt bleiben werde. Auch das ist von großer Bedeutung für unsere Anhänger, aber auch gegenüber dem Ausland. Wir müssen uns nämlich immer wieder klarmachen, daß wir Deutsche im Ausland nicht sehr beliebt sind, wenigsten nicht überall beliebt sind, und daß wir an uns tragen den Makel der Unstetigkeit, etwas, was ganz natürlich ist; denn Sie brauchen nur an die Jahre des Nationalsozialismus zurückzudenken, die doch auch für das uns bis dahin wohlgesinnte Ausland eine grauenvolle Überraschung darstellten. Auch keiner von uns hätte es damals für möglich gehalten, daß sich unser deutsches Volk in einen solchen – ich weiß keinen anderen Namen – Taumel des Nationalsozialismus mit allen seinen Schrecken verlieren würde.

Aus diesem Grunde ist die Stetigkeit der deutschen Politik von so großer Bedeutung. Glauben Sie mir – ich habe immer skeptisch den mehr oder weniger freundlichen Erklärungen von Staatschefs oder Regierungschefs anderer Länder gegenübergestanden –, ein Grund für diese Erklärungen ist zu suchen in dem Glauben an die Stetigkeit des deutschen Volkes und die Stetigkeit seiner Politik. Nun, ich bin davon überzeugt, es wird bei dieser Stetigkeit bleiben, vorausgesetzt, daß wir die Bundestagswahlen

3 Adenauer war vom 16. März bis 19. April in Cadenabbia (BUCHSTAB: Cadenabbia S. 71–73).

4 Sitzung des Fraktionsvorstands am 22. April 1963 (ACDP VIII-001-1504/1) und der CDU/CSU-Fraktion am 23. April 1963 (EBD. 1009/2). In der Fraktionssitzung wurde Erhard mit 159 gegen 47 Stimmen bei 19 Enthaltungen zum Kanzlerkandidat gewählt. – Vgl. KOERFER S. 742–744; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 836–838.

im Jahre 1965 gewinnen. Gerade deswegen, meine Freunde, ist die Bundestagswahl im Jahre 1965 nicht nur für unsere Partei, sondern auch für das deutsche Volk von außerordentlich großer Bedeutung.

Ich glaube nicht, daß unsere Partei besondere Anlagen hat, in der Opposition stark zu sein. Ich kann mir nicht helfen, ich habe noch den mildesten Ausdruck gewählt, der mir gerade im Augenblick zur Verfügung stand. Das ist auch nur zu natürlich, wenn Sie nämlich zweierlei bedenken, daß wir einmal nicht das Fundament der Gewerkschaften haben wie die Sozialdemokraten. Dieses Fundament haben wir nicht. Wir haben zweitens in unserer Partei alle möglichen Richtungen und Schichtungen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Landwirte, wir haben den Mittelstand, wir haben Evangelische und Katholische, die doch alle zusammengefaßt und zusammengehalten werden müssen, wenn wir eine Partei bleiben wollen.

Der Erfolg ist natürlich ein sehr starkes Band, um eine Partei zusammenzuhalten, aber um so schlimmer ist der Mißerfolg für den Zusammenhalt einer Partei. Was nun die Sozialdemokratie angeht, so bin ich weit davon entfernt, etwa zu sagen, alles das, was die Sozialdemokraten in den letzten zehn Jahren über den Wandel in ihrer Gesinnung sagen, sei Heuchelei. Ich bin sogar davon überzeugt, daß ein Teil der sozialdemokratischen Führer – von den Geführten spreche ich in diesem Zusammenhange nicht – ehrlich glaubt, daß sie zwar früher nicht falsch gehandelt haben, geschweige denn dem deutschen Volke geschadet hätten, aber daß sie sich jetzt ihrer Überzeugung nach entsprechend verhalten. Wenn ich mir aus den letzten Tagen nur vor Augen halte, daß Herr Erler eineinhalb Stunden lang bei Kennedy⁵ und Herr Brandt bei Herrn de Gaulle⁶ gewesen sind, dann werde ich an ein Wort erinnert, das im Krieg 1870/71 Kaiser Wilhelm I. an seine Gattin depeschierte: Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!⁷

Nun wollen wir den lieben Gott mal beiseite lassen. Ich möchte demgegenüber sagen, daß nach meiner Auffassung der Dinge die Wandlung des Saulus zum Paulus ein sehr seltenes Ereignis in der Frühgeschichte der Christenheit war. Und ob es jetzt besser geworden ist, das möchte ich doch bezweifeln; denn ich glaube nun einmal nicht, daß auf einen Schlag zwei oder drei Millionen Menschen vom Saulus zum Paulus werden. Das kann und das werde ich nicht glauben. Hier liegt auch der Grund zu meiner ersten Sorge, daß dann, wenn im Jahre 1965 die Sozialdemokratie die stärkste Partei und Fraktion werden sollte, Änderungen in der Politik auf innenpolitischem und auf außenpolitischem Gebiete unvermeidlich sein werden.

5 Am 25. April 1963 (AdG 1963 S. 10545 f.).

6 Am 24. April 1963 (EBD. S. 10546).

7 Gemeint: Aufruf (Siegesdepesche) König Wilhelm I. vom 2. September 1870 nach der Kapitulation der französischen Armee bei Sedan. Letzter Satz: „Welch eine Wendung durch Gottes Führung!“ (Edwin EVERS: Brandenburgisch-Preußische Geschichte bis auf die neueste Zeit. Berlin 1892 S. 472).

Darin sind wir uns doch wohl einig, daß uns allein die Politik des Anschlusses an den freien Westen davor geschützt hat, vom Kommunismus verschlungen zu werden, und daß sie uns allein auch die Hoffnung beläßt, daß eines Tages Ostdeutschland in irgendeiner Form wieder als freies Volk zu uns zurückkehren kann.

Ich glaube, meine Freunde, daß wir, wenn wir im Jahre 1965 nicht wieder die Mehrheit bekommen, um die weitere Entwicklung des deutschen Volkes werden fürchten müssen. Deswegen können wir gar nicht früh genug daran gehen, einmal nachzuprüfen, wie es mit unserer Partei aussieht. Nun habe ich versucht, mir darüber ein Bild zu machen, während ich in Cadenabbia war. Nun, ich muß Ihnen sagen, das Bild war nicht schön. Es ist in der Presse, auch in der uns wohlwollenden Presse, immer wieder behauptet worden, der Streit innerhalb unserer Partei über die Kanzlernachfolgeschaft sei parteischädlich und bewirke den Rückgang der Wählerstimmen. Das ist nur zum Teil richtig.

Aber es stellt sich noch etwas anderes heraus, meine Freunde, und das ist sehr ernst und sehr bedauerlich. Auf diesem Zettel hier habe ich mir einmal die Ergebnisse der Landtagswahlen zusammenstellen lassen seit dem Jahre 1953. Sie wissen ja, daß wir bei den Landtagswahlen gegenüber den Bundestagswahlen jedesmal einen Rückgang zu verzeichnen hatten, daß aber die SPD ständig dabei zugenommen hat, bei der einen Wahl mehr, bei der anderen Wahl weniger. Ich darf Ihnen einmal die Zahlen vorlesen:

Bundestagswahlen	1953	1957	1961
CDU/CSU insg.	45,2 %	50,2 %	45,4 %
SPD insg.	28,8 %	31,8 %	36,2 %

Sie sehen daraus, daß die sozialdemokratischen Stimmen von 1953 an bis 1961 ständig gestiegen sind, während wir wieder auf das Jahr 1953 zurückgesunken sind. Woher kommt dieses ständige Steigen der sozialdemokratischen Stimmen, obwohl die SPD doch in der Opposition war und bis zum Jahre 1954/55 eine Politik getrieben hat, die sie heute als falsch ansieht und nicht getan haben möchte? Ich meine jetzt das, was mit dem Anschluß an den freien Westen zusammenhängt.

Wenn man aufs Ganze sieht, dann ist es der Sozialdemokratie gelungen, die kleineren Parteien mit Ausnahme der DP und der FDP – die FDP hat eine ziemlich konstante Ziffer, allerdings ist sie 1961 gestiegen⁸ – in sich aufzunehmen. Das gilt insbesondere auch von den BHE-Stimmen. Das ist kein Wunder, wenn man sich klarmacht, daß sich die Sozialdemokratie immer dargestellt hat als die Partei für die Armen und Minderberechtigten, kurz und gut, als die Partei für die minderen Klassen. Ich glaube, menschlich ist es ganz verständlich, daß sich die Leute vom BHE, die

⁸ Die FDP erreichte bei den Bundestagswahlen 1953 9,5 %, 1957 7,7 % und 1961 12,8 % der Zweitstimmen.

mehr oder weniger alles verloren hatten, viel mehr angezogen fühlten als von einer Partei wie der unsrigen, die in ihren Reihen die Bauern hatte, die kein Land hergeben wollten, vielleicht auch nicht konnten, für die Flüchtlinge und Vertriebenen, und wie wir überhaupt in der Öffentlichkeit standen als diejenigen, die von der Industrie die großen Verdienste einheimsten, und geldlich unterstützt wurden.

Es hat also in diesem ersten Teil der Betrachtungsmethode die Sozialdemokratie unter Benutzung der jeweils gegebenen Denkungsart verstanden, einen großen Teil dieser Menschen an sich heranziehen. Und dann hat die Sozialdemokratie, die – man kann sonst über sie sagen, was man will – in der Parteitaktik und bei der Überlegung ihrer Entwicklung hervorragend ist, eingesehen, daß sie die Mehrheit im Bundestag mit ihrer bis dahin getriebenen Politik nicht erreichen werde und deshalb einen Einbruch machen müsse in die sogenannten bürgerlichen Schichten. Das hat sie getan durch ihr Godesberger Programm⁹, das in vieler Beziehung eine völlige Abkehr von den bis dahin geltenden sozialistischen Grundsätzen mit sich brachte. Das Godesberger Programm hat eine größere Anziehungskraft im Laufe der Jahre erreicht, als wir es jedenfalls seinerzeit für möglich gehalten haben.

Wenn Sie sich nun das Bild der Sozialdemokratie im Bundestag ansehen, so sitzen vorne in der ersten Reihe die Herren Carlo Schmid¹⁰, Möller, Deist und noch einige andere; alles respektable Leute. Ich wünsche, ich hätte die Hälfte des Einkommens, das diese Leute haben. Die machen damit einen gewissen Eindruck auch bei den bürgerlichen Schichten. Und dieser Einfluß bei den bürgerlichen Schichten ist sehr wichtig für uns.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas sagen. Ich spreche sehr offen. Wir sind ja relativ vertraulich hier; zu einer absoluten Vertraulichkeit ist der Mensch nicht geschaffen. Wir hatten seinerzeit Herrn Potthoff¹¹ nominiert für eine Stelle in der Montanunion. Herr Potthoff erkrankte und wollte ausscheiden. Ich hatte ihn gebeten, noch so lange zu bleiben, bis wir einen guten Ersatzmann für ihn fänden. Ich habe dann die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften gebeten, uns für Herrn Potthoff einen Herrn zu nennen. Es kam aber kein vernünftiger Vorschlag, sondern es wurden einige Namen genannt, die unmöglich waren. Als ich dann Herrn Potthoff sagte, seine Partei könne einfach keinen geeigneten Mann nominieren, gab er mir eine verblüffende Antwort; denn er sagte mir: Diese Leute innerhalb der SPD oder der Gewerkschaften, die für eine solche Stellung in Frage kommen, haben so große Einkünfte, daß sie nicht mehr nach Luxemburg gehen. – Aus diesem Beispiel ersehen Sie, daß die Sozialdemokratie in sich zahlreiche Leute birgt, die ein dickes Portemonnaie haben.

⁹ Vgl. Nr. 2 Anm. 15.

¹⁰ Dr. Carlo Schmid (1896–1979), 1949–1972 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 189 Anm. 45; Petra WEBER: Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie. München 1996.

¹¹ Dr. Heinz Potthoff (1904–1974), SPD, bis 1950 Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium NW, 1952–1963 Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1966–1970 MdL NW.

Und bürgerliche Leute zieht das manchmal an; denn sie sagen sich, eine Partei, die so handelt und so ihre Leute versieht, kann nicht mehr gefährlich sein. Das ist nach meiner Meinung einer der Gründe, warum der Sozialdemokratie der stetige Aufstieg gelungen ist.

Es kommt ein weiterer Grund hinzu. Die Sozialdemokratie versucht, sehr enge Beziehungen mit dem hohen evangelischen und katholischen Klerus zu unterhalten. Wie ich höre, hat sie vor einiger Zeit ein ganztägiges Konveniat mit prominenten Klerikern der evangelischen Kirche abgehalten.¹² Ich glaube nicht, daß wir so etwas gehabt haben, meine Damen und Herren. Nun ist einmal im Vorstand der SPD referiert worden über das Verhältnis der katholischen Bischöfe zur Sozialdemokratie. Nun habe ich durch einen glücklichen Zufall eine Niederschrift dieser Diskussion in die Hände bekommen. Ich habe mir erlaubt, eine weitere Abschrift davon katholischen Bischöfen zu übersenden.¹³

In diesem Referat, das im Vorstand der SPD gehalten worden ist, sind drei Kategorien von katholischen Bischöfen aufgeführt, und zwar eine Kategorie – das war die kleinste –, an ihrer Spitze Kardinal Frings¹⁴, die die SPD absolut ablehnt; eine Kategorie – das war eine relativ sehr große Menge –, die ausgezeichnet wurde mit dem Prädikat, daß man als Sozialdemokratie mit diesen Bischöfen sprechen könne, und eine Kategorie – auch sehr klein –, die ausgezeichnet wurde mit dem höchsten Prädikat, daß man nämlich sehr gut mit diesen Bischöfen sprechen könne.

Wenn Sie daran denken, daß doch der Standpunkt der Sozialdemokratie gegen religiöse und konfessionelle Fragen in früherer Zeit ein Hauptbestandteil ihres ganzen Aktionsprogrammes war, daß sie aber heute systematisch beschäftigt sind, diese Mauer abzubauen, dann erkennen Sie, daß dort eine weitere Quelle des Zuzuges von Wählerstimmen für die Sozialdemokraten liegt. Die größte Gefahr für unsere Partei erblicke ich also in diesem ständigen Steigen der sozialdemokratischen Stimmen bei den letzten drei Bundestagswahlen. Nun habe ich für mich allein mir diese Meinung gebildet, und das birgt die Gefahr in sich, daß man die Dinge einseitig sieht, aber diese drei Punkte, die die Ursachen sind für das ständige Steigen der sozialdemokratischen Stimmen, müssen von uns sehr gut untersucht werden. Wir müssen dementsprechende Maßnahmen treffen.

Nun kommt noch eine weitere Gefahr im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Jahre 1965 auf uns zu. Am Sonntag und Montag sind in Italien die Wahlen.¹⁵ Dort

12 Hinweise zum Verhältnis SPD und evangelische Kirche bei SOELL S. 857 Anm. 167, S. 8690 Anm. 188; vgl. auch „Bonner Rundschau“ vom 15. März 1963.

13 Nicht ermittelt.

14 Josef Kardinal Frings (1887–1978), 1942–1969 Erzbischof von Köln, 1945–1965 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, seit 1946 Kardinal. Memoiren: Für die Menschen bestellt. Köln 1973; Norbert TRIPPEN in ZEITGESCHICHTE 7 S. 143–160.

15 Am 28. und 29. April 1963. Vgl. Nr. 9 Anm. 30.

sind sämtliche Wahlen auf diese beiden Tage gelegt, und zwar angefangen von den Kommunalwahlen bis zu den Parlamentswahlen. Der Wahlkampf in Italien spielt sich fast ausschließlich auf den Fernsehschirmen in den Häusern ab. Bei einem so lebhaften Volke, wie es die Italiener von sich aus sind, ist das ungemein bemerkenswert. Sie müssen damit rechnen, daß bei den Bundestagswahlen im Jahre 1965 zwar noch hier und da große Versammlungen stattfinden, um die Parolen auszugeben, aber daß sich der Hauptteil des Wahlkampfes auf dem Fernsehschirm abspielen wird. Und auf diesem Gebiet haben wir bis jetzt keine Lorbeeren zu pflücken.

Sie wissen genau, wie das Erste Fernsehen eingestellt ist. Mit dem Zweiten Fernsehen scheint es besser zu sein. Aber auch hier bahnt sich für die Bundestagswahlen im Jahre 1965 eine Entwicklung an, die wir nicht sorgfältig genug beobachten können und der wir ständig entgegenwirken müssen. Wir müssen mindestens so viel auf dem Fernsehschirm unsere Sache vertreten, wie das auch die Sozialdemokraten tun. In Cadenabbia haben mich verschiedene Leute sowohl vom Ersten Fernsehen wie auch vom Zweiten Fernsehen besucht.¹⁶ Die vom Ersten Fernsehen haben mir gesagt: Ihr schimpft dauernd auf uns, aber ihr tut ja auch nichts! Ihr kommt ja gar nicht! Ihr präsentiert euch nicht im Fernsehen! – Ich meine, daran ist etwas Richtiges. Wenn ich z. B. dann hier in Bonn gehört habe, daß sich Bundesminister, die zu uns gehören, weigern, vor dem Fernsehschirm zu sprechen, dann muß ich sagen, das dürfen sie nicht, und das können sie nicht.

Ich muß gleichzeitig sagen, meine Damen und Herren, daß die Bundesgeschäftsstelle bisher keine besondere Abteilung für das Fernsehen hat. Sie hat nur einen halben Mann dafür abgestellt, mehr nicht! (*Dufhues*: Einen Mann!) Herr Dufhues sagt mir jetzt, einen Mann. Nun, das Fernsehen wird – aber nicht nur in den letzten Wochen vor der Wahl – für die Wahlen im Jahre 1965 die entscheidende Rolle spielen. Dem müssen wir doch ins Auge sehen. Dementsprechend müssen wir auch rechtzeitig handeln. Wie mir die Zeitungen bestätigen, war ich noch nie so aktiv gegenüber der Presse wie in Cadenabbia.¹⁷ Das ist mit ein Grund für meine Ausführungen, und deswegen komme ich jetzt zum Zweiten Fernsehen. Ich habe auch schon vor dem Ersten Fernsehen gestanden. Wir müssen dahin, meine Herren! Wir müssen überall hin! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Auch hier sehen Sie einen Unterschied zwischen dem deutschen Volke und dem französischen Volke. In Frankreich kommen auf tausend Einwohner nur halb so viel Fernsehapparate wie in Deutschland. Woher kommt das? Schließlich ist das gleichgültig, nur ist die Tatsache nicht gleichgültig, daß das Fernsehen, weil es bei uns eine so große Verbreitung hat, für politische Entscheidungen – ich gebrauche den Ausdruck absichtlich – von denkbar größter Bedeutung ist.

16 Am 26. März 1963 ZDF, am 9. April 1963 ARD (BUCHSTAB: Cadenabbia S. 72 f.)

17 Vgl. EBD. S. 72.

REFORM DER CDU

Damit komme ich zu unserer Bundesgeschäftsstelle. Ich habe mir von der Bundesgeschäftsstelle ihren Organisationsplan erbeten. Ich kann nicht zugeben, daß mich dieser Organisationsplan begeistert hätte. Ich suche gerade nach dem Zettel, den ich mir in Cadenabbia darüber angefertigt habe, was alles da nicht ist. Es ist z. B. keine Abteilung da für die Frauen. (*Rehling*: Doch, ein eigenes Frauenreferat!) Ein eigenes Frauenreferat ist mir viel zu wenig. Ich möchte eine ganze Abteilung für die Frauen haben. Die Frauen stellen mehr als 50 % unserer Wähler. Da genügt ein Referat nicht. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich könnte Ihnen noch andere solche Sachen aufführen. Ich finde auch kein Jugendreferat. Die Junge Union ist erstens nicht dabei, und zweitens repräsentiert die Junge Union nicht die Wähler. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Das ist doch nicht zu bestreiten. Wir müssen zeigen, daß wir auch für die gesamten Jugendfragen in unserer Geschäftsstelle ein sehr offenes Herz haben und mit unserer Arbeit dafür zur Verfügung stehen, meine Damen und Herren. Wir werden ja sicher im Laufe der Diskussion noch darauf zu sprechen kommen, was wir noch haben müssen. Auch was die Presse angeht, so hat sich nichts geändert. Es sind mehrere Leute da, aber die Presse ist schlecht. Der Rundfunk ist schlecht. Das Fernsehen ist schlecht. Das ist gar nicht zu bestreiten.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir heute drei Männer bestimmen, die einmal unter diesen modernen Gesichtspunkten des Fernsehens, der immer größeren Beteiligung der Frauenwähler und der Jugendwähler, aber auch hinsichtlich dessen, was wir der Öffentlichkeit ständig klarmachen müssen, prüfen sollen, was hier noch geschehen kann und geschehen muß. Ich darf dabei sagen, daß ich mit keinem der drei Herren, die ich jetzt für diese Kommission benennen möchte, und auch mit niemand sonst darüber gesprochen habe. Sie, Herr Stoltenberg, sind nach meiner Meinung jetzt ein so ausgebildeter Professor¹⁸, daß Sie sich dieser Arbeit widmen können, nämlich einmal die Organisation der Bundesgeschäftsstelle nachzuprüfen. Bitte sagen Sie nicht nein, oder nennen Sie einen Ersatzmann. Ich bitte dann weiter zu überlegen, ob Herr Barzel hier zusammen mit Ihnen mitmachen kann. Herr Barzel ist als Minister nicht voll ausgelastet.¹⁹ (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ja, meine Damen und Herren, man darf doch noch Tatsachen feststellen. Ferner bitte ich Sie, auch zu überlegen, ob wir Herrn Kliesing²⁰ noch dazunehmen. Herr Kliesing gehört nicht mehr zur Jugend, aber auch

18 Habilitationsschrift: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk: 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 24). Düsseldorf 1962.

19 Barzel war seit 14. Dezember 1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (DATENHANDBUCH 1 S. 308).

20 Dr. Georg Kliesing (1911–1992), Gymnasiallehrer; 1953–1976 MdB (CDU), 1958–1977 Mitglied des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), 1961–1966 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der WEU, 1963–1964 Präsident der NATO-Parlamentarierkonferenz. – Horst FERDINAND: Georg Kliesing (1911–1992). In: RHEINISCHE LEBENSBLICKER 14 S. 293–310.

noch nicht zum Alter. Er steht den kleinen ländlichen Verhältnissen näher und wohnt in der Nähe.

Nun meine ich nicht, Herr Stoltenberg – ich richte mich direkt an Sie –, daß das eine Arbeit von Jahrzehnten sein soll, sondern das ist nach meiner Meinung eine Arbeit von wenigen Monaten. Die drei Herren dieser Kommission werden dann nach der Prüfung sagen können: Das und das ist gut, das und das ist nicht gut, das muß so und das andere muß so geändert werden. – Ich wünsche also nur, daß einmal drei Männer diese Dinge untersuchen. Ich bin aber auch gern bereit, eine Frau hinzuzunehmen. Sie winken schon, Frau Schwarzhaupt! Nun weiß ich aber nicht, ob ablehnend oder zustimmend. Ich bin der Meinung, daß für die Volksgesundheit viel mehr Raum als bisher geschaffen werden muß in der Bundesgeschäftsstelle, denn die Volksgesundheit überhaupt spielt eine immense Rolle bei der Bevölkerung. Nun brauchen Sie ja nicht sofort zu sagen, da muß nun der oder der hin. Das ist nicht nötig. Aber ich bitte Sie, sagen Sie nicht nein. Sehen Sie sich die ganze Institution einmal unter dem Gesichtspunkt der neueren Entwicklung, die wir erlebt haben, an.

Ich möchte nun an meine Freunde von der Landwirtschaft noch ein Wort richten. Ich habe gestern mit dem Herrn Bundespräsidenten über die Landwirtschaft und die Bundesgeschäftsstelle gesprochen. Er hat mir gesagt, in der Bundesgeschäftsstelle sei nach der Auskunft von Herren, die er dorthin geschickt habe, nichts vorhanden, was die Landwirtschaftsfrage wirklich einer Lösung näherbringen könne. Die Landwirte sind doch mit ein Hauptbestandteil unserer Wähler, und die müssen wir doch betreuen, aber nicht nur durch gelegentliche Gesetzentwürfe oder durch den Grünen Plan, sondern wir müssen ihnen ständig zu helfen suchen. Die Landwirte müssen wissen, daß sie auf der Bundesgeschäftsstelle ein offenes Gehör und Verständnis finden. Das ist der eine Punkt, der mir sehr am Herzen liegt.

Nun komme ich zu dem zweiten Punkt, der mir auch sehr am Herzen liegt. Diejenigen von Ihnen, die schon seit langem im Bundesvorstand sind, werden sich vielleicht daran erinnern, daß wir seinerzeit darüber diskutiert haben, ob der Bundesgeschäftsführer eine gehobene Stelle bekleiden müsse, ob er auch Abgeordneter sein solle, etwa in der Art, wie das bei den anderen großen Parteien in der Welt überhaupt üblich ist, wo der Geschäftsführer der Bundeszentrale auch eine politische Figur von Bedeutung ist. Wir haben uns damals entschlossen, zu dieser Frage nein zu sagen. Wir wollten das nicht. Ob das damals besonders klug war, das weiß ich nicht. Jedenfalls wäre es jetzt nicht klug, wenn wir vor dieser Frage die Augen schlossen. Es kann kein Bundesgeschäftsführer eine wirklich gute Arbeit leisten, wenn er nicht mitten im fließenden Strom der Politik drinsteht. Sonst kann er das einfach nicht, weil er davon unberührt bleibt, namentlich dann, wenn er mit seiner Tätigkeit auf acht Häuser verteilt ist.²¹ (*Dufhues*: Zehn sind es!) Also, sogar auf zehn Häuser! Es ist schade, daß Herr von Brentano uns verlassen hat; er hätte meinetwegen die Zigarette auch hier rauchen können, wenn er dafür hier geblieben wäre. Es ist

21 Dazu KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 259–261.

auch klar, daß zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Fraktion eine sehr enge Zusammenarbeit stattfinden muß; denn sonst leidet entweder die Bundestagsfraktion oder die Bundesgeschäftsstelle, und damit leidet der Einfluß der Bundesgeschäftsstelle auf die gesamte Partei. Ich bitte Sie also, sich auch diese Frage einmal durch den Kopf gehen zu lassen.

Ich bin weiter der Auffassung, daß das Parteipräsidium, das wir gemacht haben, keinen Schuß Pulver wert ist. Es tut mir leid, aber ich bin ja der Vorsitzende dieses Gremiums. Ich habe diesen Angriff also gegen mich und relativ wenige Personen gerichtet. (*Heiterkeit und Unruhe. – Dufhues:* Das war nicht sehr fein!) Herr Dufhues meint, es wäre nicht sehr fein gewesen. Nun, meine Herren, ich bin doch dabei gewesen. Ich will es Ihnen sofort beweisen. Einmal waren die Sitzungen des Polizeipräsidiums ... (*Stürmische Heiterkeit.*) Wäre es doch ein Polizeipräsidium, dann wäre ich zufrieden, aber das ist es ja eben nicht. Einmal waren die Sitzungen des Parteipräsidiums sehr schlecht besucht. Zweitens: Wer ist da drin? Ich bin drin, dann sind da drin die Herren Erhard, Dufhues, Gerstenmaier, Blank und von Hassel. (*Zuruf:* Und Herr von Brentano!) Nein, Herr von Brentano ist nach dem Parteistatut nicht drin; er ist nur als ständiger Gast dabei. Kurz und gut, ich will Ihnen sagen, worauf ich hinaus will. Dieses Präsidium hat zu wenig Fühlung mit dem, was in der gesamten Bevölkerung, also auch in den Ländern, geschieht. Wir können keine vernünftige Parteipolitik betreiben, ohne die engste Fühlungnahme mit den Landesparteien. Und das tut doch dieses Präsidium nicht. Besehen Sie sich doch einmal die Zusammensetzung! Die Herren sehen die Dinge nur unter dem Gesichtspunkt der Zentrale. Und das halte ich für falsch. Herr von Hassel ist zur Zeit noch Landesvorsitzender. (*Von Hassel:* Er bleibt es auch!) Er bleibt es. Dann kommen Sie in eine Kollision mit Ihren Pflichten als Bundesminister. Diese oberste Spitze der Partei muß mehr Verbindung haben mit dem, was draußen im Lande geschieht außerhalb der Bundesregierung und außerhalb des Bundes. Sie muß Kontakt haben mit dem, was in den Landesparteien geschieht. Das halte ich für eine absolute Notwendigkeit, wenn wirklich da Leben entstehen soll.

Es ist nach meiner Meinung nötig, zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion eine enge Zusammenarbeit herbeizuführen. Je nachdem, wie das Gutachten über die Bundesgeschäftsstelle ausfällt, wird es auch nötig sein, daß ein Bundestagsabgeordneter in die Bundesgeschäftsstelle hineinkommt, und zwar an der richtigen Stelle. Er wird über den Geschäftsführer gesetzt werden müssen, nicht als Obergeschäftsführer, aber er müßte dahin kommen, damit diese enge Verbindung entstehen kann.

Sie werden jetzt allmählich genug Reformvorschläge von mir gehört haben, aber ich möchte Ihnen sagen, daß ich mich dazu gedrängt fühle, aus den Erkenntnissen, die ich während meines Aufenthaltes in Cadenabbia beim Studium der ganzen parteipolitischen Lage gewonnen habe. Ich glaube nicht, daß Sie, wenn Sie sich das einmal in Ruhe überlegen, eine gewisse Berechtigung meinen Vorschlägen absprechen können.

Es bleibt bestehen, daß die Sozialdemokratie in der Zahl der Wählerstimmen ständig gewachsen ist. Es bleibt bestehen, daß das Fernsehen von der Bundesgeschäftsstelle nur dann mit dem nötigen Stoff versehen und von den entsprechenden Persönlichkeiten – die nicht nur aus der Bundesgeschäftsstelle zu kommen brauchen – besucht werden kann, wenn die Bundesgeschäftsstelle mitten im akuten Fluß der Ereignisse steht. Das sind alles Fakten, die beachtet werden müssen. Glauben Sie mir, ich habe sie mir sehr gründlich und sehr gut überlegt, ehe ich sie Ihnen heute vorgetragen habe.

Nun habe ich von Ihnen, Herr Kollege Johnen, einen Bericht über die Arbeit im Rheinland erhalten.²² Ich habe diese Berichte jedesmal bekommen. Daraus ergibt sich die Misere, die in einzelnen Landesverbänden – nicht in jedem Landesverband, auch nicht in ganzen Flächen eines Landesverbandes – besteht. In dem Bericht von Nordrhein ist nun interessant zu sehen, wie unterschiedlich die Versammlungstätigkeit in den Kreisverbänden ist. Ich darf Ihnen folgende Übersicht geben:

	Okt. 1962	Nov. 1962	Dez. 1962
Köln Stadt:			
Versammlungen	61	49	35
Teilnehmer	1.754	1.455	1.544
Bonn Stadt:			
Versammlungen	6	3	1
Teilnehmer	142	67	55

Bonn hat immerhin 150.000 Einwohner. Ich kann nicht zugeben, falls einer von Ihnen auf den Gedanken kommen sollte, die Sitzungen des Bundestages seien so attraktiv und belehrend, daß Bonn keine Versammlungen mehr nötig hätte. Das wäre ein sehr großer Irrtum.

In Düren waren in den Monaten Oktober, November und Dezember überhaupt keine Versammlungen. Auch in Erkelenz war in den gleichen Monaten keine einzige Versammlung. In Geilenkirchen-Heinsberg waren in diesen drei Monaten nur zwei Versammlungen mit zusammen 115 Zuhörern. Aber was soll ich Ihnen das alles vorhalten! Lassen Sie mich nur noch den Kreis Kempen nehmen. Im Kreis Kempen war in diesen drei Monaten ebenfalls keine einzige Versammlung.

Wenn ich nun übergehe zu den Einnahmen der Kreisverbände, zu den Mitgliederbeiträgen, so ist das auch nicht gerade ein besonders gutes Bild. Ich bin sehr froh, daß man von Ihrem Verband eine solch detaillierte Sache bekommt. (*Burgbacher*: Immer!) Unter Ihrem früheren Generalsekretär habe ich das nicht bekommen. (*Johnen*: Die waren nicht so eingehend!)

²² CDU Rheinland, Landessekretariat: Vierteljahresbericht über die Zeit vom 1. Oktober 1962 bis 31. Dezember 1962 (HStA Düsseldorf RWV 26 Nr. 1281).

Man muß doch seine Fehler zugeben. Ich gebe sie auch zu. Ich bekenne mich auch zu den armen Sündern. Wir haben alle Fehler. Die werden aber nicht in allen Verbänden gemacht. (*Burgbacher*: Nein!) Derartige Übersichten sind doch auch für diejenigen Herren, die sie anfertigen, außerordentlich lehrreich, denn sie zwingen doch zum gründlichen Nachdenken. Darum liegt mir so sehr am Herzen, daß die Landesverbände in eine engere Verbindung zur Bundespartei kommen.

Wenn ich z. B. heute in der Presse lese, daß die Finanzminister der Länder einfach alles abgelehnt haben, was der Bund will²³, so kann ich Ihnen nur sagen, eine derartige Manifestation ist auch für die Bundespartei ganz ungewöhnlich schädlich. Wenn die Finanzminister gesagt hätten, wir müssen darüber unsere Ministerpräsidenten unterrichten, und wenn dann eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten stattgefunden hätte – wobei hoffentlich etwas Besseres herausgekommen wäre –, dann wäre das gut gewesen im Hinblick auf unsere Bundespartei. Aber was sollen denn die Leute denken – auch unsere Geldgeber –, wenn sie einen Beschluß in der Zeitung lesen, wonach die Finanzminister geschlossen abgelehnt haben, dem Bund irgendwelche Mittel zu geben.

Hier möchte ich Ihnen doch eines sagen, meine Damen und Herren. Als wir anfangen zu arbeiten, hatten wir keine Militärausgaben. Wissen Sie, daß jetzt die Verteidigungsausgaben über 20 Milliarden DM betragen? Das ist eine Sache, woran man damals überhaupt nicht dachte. Dabei haben die Ausgaben eine steigende Tendenz. Und das versichere ich Ihnen, wenn hier die Bundesregierung versagt in der Öffentlichkeit, dann haben Sie in den Ländern auch die Kosten dafür mitzubezahlen; denn Ihr Ansehen ist unser Ansehen, und unser Ansehen ist Ihr Ansehen.

Ich bin dazu gekommen, mich mit der Sache zu beschäftigen, weil ich in Cadenabbia Ausführungen gehört habe von Besuchern aus der CDU, und zwar von namhaften Persönlichkeiten, die von einem solchen Pessimismus im Hinblick auf die Wahlen im Jahre 1965 erfüllt waren, daß ich geradezu die Hände zum Himmel ausgestreckt habe. Diesen Pessimismus müssen wir vertreiben, und zwar auch dadurch, daß wir im Inneren unserer Partei eine Reform vornehmen.

Ich möchte noch ein Wort zu den Vorgängen sagen, die Ihnen wahrscheinlich nicht mehr im Gedächtnis sind. Der CDU hat man erst im Jahre 1950 gestattet, sich zu einer Bundespartei zusammenzuschließen, während die Sozialdemokraten von der englischen Regierung begünstigt wurden und vom ersten Augenblick an arbeiten konnten, wie sie wollten. Auf Betreiben der britischen Regierung und der amerikanischen Regierung ist uns Christlichen Demokraten verboten worden, wieder ins Leben zu treten. Sie haben nur den Sozialisten gestattet, wieder ins Leben zu treten. Aufgrund dieser Maßnahmen der Besatzungsbehörden ist die Sozialdemokratie damals so stark geworden. Aber wir haben mühselig unser Leben fristen müssen. Ich erinnere mich noch genau der Zeit, als im Rheinland Besatzungsoffiziere dazu

23 FAZ vom 26. April 1963 „Finanzminister der Länder lehnen Steuervorlage ab“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. April 1963 „Länder gegen höheren Bundesanteil“.

aufgefordert haben, wieder die Zentrumspartei ins Leben zu rufen, nur damit unsere Partei nicht so groß werden sollte gegenüber der Sozialdemokratie.

An dieser Selbständigkeit der Landesparteien, an die Sie sich in den Jahren 1945 bis 1950 gewöhnt hatten und an der Sie heute noch hängen, leidet die gesamte Organisation der CDU. Deswegen sollen in dieses Präsidium Leute aus den Landesparteien hinein, und zwar in viel stärkerem Maße als bisher, damit man nicht nur – ich bitte Sie, diesen Ausdruck richtig zu verstehen – die Luft, die Bundestagsabgeordnete umweht, einzuatmen braucht, sondern auch weiß, wie es nun wirklich draußen im Lande aussieht.

Wir brauchen eine Bundesgeschäftsstelle, die auch den Landesgeschäftsstellen etwas geben muß, damit die Einheitlichkeit in unserer Partei viel stärker allenthalben zutage tritt, als dies bisher der Fall gewesen ist. Können Sie sich vorstellen, daß dann, wenn hier ein sozialdemokratischer Bundeskanzler säße, die sozialdemokratischen Länderfinanzminister es abgelehnt hätten, dem Bund überhaupt etwas zu bewilligen! Das ist doch ein unvorstellbarer Gedanke. Die Sozialdemokraten wissen genau und empfinden es auch, daß das Leben der Länder auch das Leben des Bundes, aber umgekehrt das Leben des Bundes das Leben der Länder bedeutet.

Nun stelle ich Ihnen gern, meine Damen und Herren, zur Diskussion, was ich ausgeführt habe.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Sie dürfen sicher sein, daß ich einer der aufmerksamsten Zuhörer Ihrer Ausführungen war, insbesondere bei den Vorschlägen, die Sie im Interesse der Reform der Bundespartei ins Auge gefaßt haben. Nun halte ich es für eine demokratische Art, zunächst einmal zuzuhören. Deshalb möchte ich jetzt zu dieser Frage nicht Stellung nehmen, wohl aber halte ich es für meine Pflicht, auf den ersten Teil Ihrer Ausführungen einzugehen.

Zum Beginn dieser Woche ist eine Entscheidung getroffen worden, die für die weitere Entwicklung unserer Partei von entscheidender Bedeutung ist. Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Einzelheiten der Verhandlungen, der Entwicklung, der Überlegungen usw. noch einmal im einzelnen darzulegen. Sie haben ein derart brennendes Interesse in der Öffentlichkeit gefunden, daß jeder von Ihnen sicher darüber unterrichtet sein wird.

Meine Aufgabe kann es im Augenblick nur sein, zunächst einmal zu danken. Mein Dank gebührt unserem Parteifreund Heinrich von Brentano (*Beifall*) für die überzeugende Art, mit der er den ihm von der Bundestagsfraktion erteilten Auftrag aufgegriffen und dann in behutsamer Weise die Verhandlungen geführt hat, aber auch für die Festigkeit, mit der er eine Entscheidung herbeigeführt hat. Herr von Brentano! Nicht nur ich, sondern wir alle haben empfunden, wie sehr Sie in diesen Stunden durch die Schwere der Entscheidungen berührt worden sind und wie sehr Sie persönlich engagiert waren, nicht zuletzt im Hinblick auf die Verbundenheit, die zwischen Ihnen und den Beteiligten steht. Ihnen zu bestätigen, daß Sie der Christlich-Demokratischen Union durch Ihre Haltung und Vorschläge einen großen Dienst erwiesen haben, das scheint mir heute Bedürfnis und Aufgabe des Bundesvorstandes zu sein. (*Beifall.*)

Wenn Sie mich dazu ermächtigen, würde ich Sie bitten, Ihren Dank als Zustimmung zu den Entscheidungen zu werten, zumindest als eine Anregung zu einem entsprechenden Entschluß zu sehen.

Wir sollten vor allem Ihnen danken, Herr Bundeskanzler. Es ist heute nicht die Stunde, den geschichtlichen Rang und die große politische Bedeutung Ihres Handelns seit dem Jahre 1945 und die große geschichtliche Bedeutung all der Entscheidungen zu würdigen, die Sie unter schwierigsten Verhältnissen für Deutschland, für Europa und die Freiheit der Welt getroffen haben, die für alle Zeiten mit Ihrem Namen verbunden bleiben werden.

Ich hielte es für eine angemessene Form des Dankes, wenn Sie allen deutschen Hauptstädten die Gelegenheit gäben, sich von Ihnen zu verabschieden, zumal die Jugend dieser Städte und dieser Landschaften wird Ihnen dankbar bleiben über die jetzige Stunde hinaus.

Heute möchte ich Ihnen namens des Vorstandes danken für die Haltung, mit der Sie eine Entscheidung angenommen und bejaht haben, die Sie aus Gründen, über die Sie der Fraktion und dem Vorstand der Fraktion berichtet haben, nicht für richtig gehalten haben. Damit haben Sie eine Haltung bewiesen, die verbindlich ist für alle unsere Freunde, sich einzuordnen und unterzuordnen in Entscheidungen, die die Bundespartei und die Fraktion getroffen haben. Das ist in der Tat ein Vorbild, das bis in den kleinsten Winkel der Partei überzeugend bleiben wird.

Wir alle sollten uns in dem Bemühen einig sein, daß das Votum der Wahl des künftigen Bundeskanzlers bei unseren Parteifreunden betont und bewußt aufgenommen wird. Wir stehen vor einer schwierigen Entwicklung nicht nur für unsere Partei, sondern auch für das deutsche Volk insgesamt. Es kommt entscheidend darauf an, daß wir alle ganz bewußt die Entscheidung der Fraktion mittragen und unseren Freund Erhard bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach Kräften unterstützen. (*Starker Beifall.*) In voller Einmütigkeit sollten Fraktion und Partei in den entscheidenden Fragen auch die künftige Politik bestätigen; denn wir sind uns einig darin, daß die bisherige Politik fortgeführt werden soll. Wir sind uns vor allem einig in der Konsequenz der Führung der bisherigen Politik, die mit den Namen Adenauer, Erhard und vieler unserer Parteifreunde und letztlich mit dem Namen der Christlich-Demokratischen Union verbunden ist.

Ich möchte Sie bitten, diese Einmütigkeit zu bezeugen und auch die Festigkeit zu beweisen, die die kommenden Jahre von uns verlangen. Das ist der wesentliche Sinn und Inhalt der Ausführungen, die ich als Geschäftsführender Vorsitzende der Partei für notwendig und richtig gehalten habe. (*Anhaltender, starker Beifall.*)

Johnen: Der Vorstand des Rheinischen Landesverbandes hat vorgestern getagt. Er hat einstimmig dem Vorschlag der Fraktion zugestimmt und sich damit einverstanden erklärt, daß in den nächsten vier Wochen eine Versammlungswelle im ganzen Landesverband durchgeführt wird, um die Öffentlichkeit von der Richtigkeit dieses Vorschlages zu überzeugen. Ich beginne am 9. Mai in Bonn mit einer Konferenz der Kreisvorsitzenden und ihren Vertretern, den Kreisgeschäftsführern und

den Vorsitzenden der Ausschüsse. Diese Konferenz wird als Hauptredner den Herrn Bundeskanzler haben. Wir beginnen in den nächsten Wochen mit Versammlungen in allen Kreisparteien, um damit wieder die Geschlossenheit der CDU nach außen hin zu dokumentieren.

Ich habe darüber hinaus den Auftrag, Herr Bundeskanzler, Ihnen zu danken, daß Sie nach der Abstimmung spontan Ihre ganze Unterstützung dem Herrn Minister Erhard zugesagt haben. Dieses Beispiel war sicher für alle Landespartei-vorsitzenden ein Anlaß, nun auch ihrerseits alles zu tun, um die Richtigkeit dieser Auffassung zu bestätigen und durchzusetzen.

Schließlich möchte ich noch ein Wort des Dankes Herrn Schröder und Herrn Lücke sagen, die durch ihr Verhalten und ihre Haltung wesentlich zu dem Beschluß beigetragen haben. Das soll natürlich nicht die Tätigkeit der anderen Herren schmälern.

Stoltenberg: Wir stimmen Ihnen alle zu, Herr Bundeskanzler, daß das entscheidende Problem für die Partei der Anstieg der sozialdemokratischen Stimmen ist. Das zwingt uns, noch mehr als bisher uns mit dieser gefährlichen Erscheinung auseinanderzusetzen. Ich bin auch mit Ihnen der Auffassung, daß wir uns als Partei – das ist auch in der Bundestagsfraktion gesagt worden – zunächst einmal politisch auseinandersetzen müssen, was dieses neue Bild der SPD, daß sich zum Teil aus politischen und zum Teil aus taktischen Wandlungen zusammensetzt, für die deutsche Wählerschaft und die deutsche Politik bedeutet. Wir müssen hier also zu einer Analyse dieser neuen SPD kommen. Von dort aus werden wir dann zu einer geschlossenen Form der Auseinandersetzung mit ihr kommen müssen.

Im Augenblick zeigt unsere Partei darin eine große Unsicherheit. Die einen sprechen von der neuen Volkspartei mit einem gewissen Ton der Anerkennung und des Respekts in den eigenen Reihen, die anderen versuchen, mit den Methoden des Jahres 1955 diese Auseinandersetzungen zu führen. Ich halte es für entscheidend wichtig, daß wir uns systematischer als bisher auf die neue SPD nach Godesberg einstellen, um wirklich die fraglichen Punkte herauszufinden und sie dann in einer großen Gemeinsamkeit kritisch anzusprechen. Wir müssen systematisch die Schwächen dieser Partei deutlich machen und den Unterschied zu uns herausarbeiten. Ich würde zustimmen, daß zu diesem Zweck und in diesem Zusammenhang eine Überprüfung unserer eigenen Organisation notwendig ist, daß wir vor allen Dingen über unsere Bundesgeschäftsstelle diskutieren sollten. Wenn ein solcher Auftrag erteilt wird, dann bin ich gerne bereit, mich an dieser Arbeit zu beteiligen.

Wir sollten aber in erster Linie dieses Mandat dem Mann geben, der vom Bundesparteitag den Titel eines Geschäftsführenden Vorsitzenden bekommen hat. (*Starker Beifall.*) Er trägt ja für die Geschäftsführung eine besondere Verantwortung. Ich bin gerne bereit, einen solchen Auftrag mit zu übernehmen, aber ich bitte darum, ihn in erster Linie auf Herrn Dufhues zu erweitern. (*Zuruf: Der hat ihn doch schon!*) Ich bin der Überzeugung, daß das auch Ihrer Auffassung entspricht. Es darf in keiner Weise nach außen hin ein Mißverständnis entstehen. Zusammen mit Herrn Dufhues

und Herrn Barzel und vielleicht noch einem anderen Herrn aus unserem Kreise würde ich an diesem Auftrag gern mitarbeiten.

Wir sollten uns dann einige Wochen lang mit Herrn Kraske und seinen Mitarbeitern dieser Dinge annehmen und dabei auf die Überlegungen und Erfahrungen zurückgreifen, die Herr Dufhues gemacht hat.

Adenauer: Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Stoltenberg, daß Sie das gesagt haben.

Scheufelen: Wenn wir die Bundesgeschäftsstelle kritisieren, dann müssen wir sagen, daß wir sie nicht anders gesehen haben als eine Wahlvorbereitungsmaschine. Wir haben sie aber selber in der ganzen Zeit so kurz gehalten, daß sie finanziell gar nicht in der Lage war, mehr zu machen. Sie war gar nicht in der Lage, sich die qualifizierten Leute zu holen, die man für eine solche Arbeit dringend benötigt.

Es muß hier einmal klar und offen ausgesprochen werden, daß zu einer vernünftigen publizistischen Arbeit Journalisten benötigt werden, die ein Mehrfaches von dem verlangen, was wir bisher zu zahlen bereit waren. Wir sind aber nunmehr aufgrund der Staatsmittel in der Lage, die Bundesgeschäftsstelle viel besser als bisher mit den erforderlichen Kräften auszustatten.

Nun muß man natürlich auch Herrn Kraske die Gelegenheit geben, seinerseits Vorschläge zu machen. Er und seine Leute haben sicher auch gewußt, woran es bisher gefehlt hat, aber bis jetzt waren ihnen doch die Hände gebunden. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Deshalb sollten wir von den Erfahrungen, die diese Herren gemacht haben, auch Gebrauch machen.

Bei einer Reorganisation ist es üblich, daß man eine Reihe von Gutachten einholt und dann das beste daraus macht.

Zu Ihrem zweiten Vorschlag, Herr Bundeskanzler, das Parteipräsidium um die Landesvorsitzenden zu erweitern, möchte ich darauf hinweisen, daß das ungefähr dem engeren Vorstand entspricht, den wir bereits vor der Satzungsänderung gehabt haben. Das war praktisch nichts anderes. Das Parteipräsidium ist in zwei Jahren zweimal einberufen worden. Demgegenüber hat das neue Parteipräsidium den Vorteil, daß es viel öfter und regelmäßiger getagt hat. Ich darf auf diesen Tatbestand hinweisen, bevor wir einen Schritt tun, der auf etwas zurückgeht, von dem wir damals nicht allzuviel gehalten haben; denn sonst wäre es ja nicht geändert worden.

Adenauer: Lassen Sie mich auf diese letzten Ausführungen einige Worte sagen. Ich meine, wenn man früher einmal etwas vertan hat, sollte man es nicht unterlassen, einen weiteren Schritt zu tun. Es hat sich nach meiner Meinung wirklich gezeigt, daß wir etwas tun müssen. Es heißt doch immer – jetzt muß ich den häßlichen Ausdruck gebrauchen –, die da oben in Bonn sind doch viel zu weit entfernt von den politischen Vorgängen in den einzelnen Ländern. Umgekehrt sind aber auch die Parteien in den einzelnen Ländern, wenn sie nicht eine besondere Verbindung mit dem Bund pflegen, zu weit von uns entfernt.

Nun sind wir doch eine einzige große Partei, und weil der Kampf mit der Sozialdemokratie hart auf hart gehen wird, meine ich, daß wir schon jetzt mit

den Vorbereitungen für den Wahlkampf beginnen sollen. Und dazu sind doch die Landesvorsitzenden unentbehrlich.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Lassen Sie mich zu dieser Frage ein paar Worte sagen, weil ich in den letzten Jahren aufgrund eines Auftrages des Parteitages in Kiel gemeinsam mit den Herren, die heute im Präsidium sind, und mit den Landesvorsitzenden versucht habe, das Thema und den Auftrag der Parteireform soweit wie möglich zu lösen.²⁴

Wir haben mit den Landesvorsitzenden ein Konzept erarbeitet, das bei dem Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes sehr stark auf Ihre Anregung, Herr Bundeskanzler, zurückgeht.

Ich habe nun die große Befürchtung, daß wir, wenn wir heute wieder eine neue Parteireform beschließen und einleiten, draußen in der Publizistik einen sehr schweren Stand haben werden. (*Starker Beifall.*) Denn daraus wird man sehr schnell wieder alle möglichen Kombinationen ableiten.

Herr Scheufelen hat dargestellt, wie die finanzielle Lage bisher gewesen ist. Der Schatzmeister Prof. Dr. Burgbacher wird sagen können, daß die Schuld, die wir noch aus der Bundestagswahl des Jahres 1961 haben, eine siebenstellige Zahl ist.²⁵ Wir sind aber nicht nur in der finanziellen Frage eingeengt, sondern auch aus einem anderen Grund. Es ist für uns ungewöhnlich schwer, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, wenn diese sich ein Bild von der CDU machen und sehen, daß wir alle zueinander offenbar einen viel zu geringen Kontakt haben.

Wenn wir eine Bundesgeschäftsstelle aufbauen könnten, die finanziell stark fundiert ist und eine gute gemeinsame Arbeit ermöglicht, dann wird auch die Attraktion, in einem solchen Körper mitzuwirken, viel stärker sein. Herr Bundeskanzler! Es ist z. B. sehr schwierig, qualifizierte Journalisten als Mitarbeiter zu bekommen, wenn sie sehen, wie die Dinge insgesamt in der Presse ausschauen. Für sie ist es keine Visitenkarte, bei der Bundesgeschäftsstelle tätig gewesen zu sein, wenn sie daran denken, später einmal weiterzukommen.

Ich bitte darum, daß man diese Frage auch aus einer anderen Blickrichtung sieht. Das Präsidium ist in Dortmund gewählt worden.²⁶ Ich bin nicht bereit, nun heute zu sagen, wir ändern es wieder. Dann soll man beim nächsten Bundesparteitag, wenn wir wieder zur Wahl stehen, über meinen Freund Dufhues und über mich eine Entscheidung treffen und sagen: Ihr habt versagt.

Herr Bundeskanzler! Ich weiß, was Herr Dufhues, der sich zunächst um seinen eigentlichen Beruf als Anwalt kümmern muß, an Arbeitszeit für die Christlich-Demokratische Union opfert. Ich sehe, wie er landauf, landab, wenn er gerufen und gebeten wird, immer zur Verfügung steht. Ich mache kein Hehl daraus, Herr Dufhues, wir sind

²⁴ Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 406 Anm. 42.

²⁵ Bericht von Burgbacher und Kraske über die finanzielle Situation der Partei in der Sitzung des Präsidiums der CDU am 26. November 1963 (ACDP VII-001-053/1).

²⁶ CDU, 11. Bundesparteitag S. 310–314 und S. 329 f.

zuerst ein bißchen um Sie herumgegangen. Wir hatten etwas Sorge, aber heute sind Sie als katholischer Christ im evangelischen Norden ein ausgesprochen gerngesehener Gast. Wir anerkennen die Arbeit, die Sie dort leisten. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß Herr Dufhues aufgrund seiner Reisen, Begegnungen und Diskussionen in den Landesverbänden und in den Kreisverbänden fast ein lückenloses Bild der Situation zeichnen kann, die sich draußen in der gesamten CDU ergibt.

Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich die Situation in den Ländern kenne. Ich bin bis heute Landesvorsitzender, und zwar bin ich in Schleswig-Holstein auf zwei Jahre gewählt, und nehme meinen Auftrag ernst. Ich weiß, daß das, was ich auf der Bundesebene zu tun habe, sehr stark begründet ist auf der Kenntnis, die ich aus meinem eigenen Land habe und die ich immer wieder auffrischen kann. Auch der Kollege Gerstenmaier ist sehr viel unterwegs, er sieht und hört viel und hat den Puls draußen in der Bevölkerung. Er sieht und weiß, was draußen los ist.

Beim Kollegen Erhard ist es ebenso. Auch Herr Blank ist landauf, landab unterwegs. Ich glaube also ganz bestimmt, daß dieses Gremium wirklich weiß, was draußen los ist.

Wir haben uns bemüht, um den Zusammenhalt der Christlich-Demokratischen Union zu bekommen und zu wahren, in der Konferenz der Landesvorsitzenden uns regelmäßig zu treffen. Ich bin davon überzeugt, daß wir durch unsere Begegnungen mit allen Landesvorsitzenden, die wir seit dem Jahre 1959 gehabt haben, der Verklammerung unserer Gesamtpartei ungemein gedient haben. Wir haben damals einige Schwierigkeiten gehabt und fragten uns, da es kein satzungsmäßiges Gremium war, ob man überhaupt die Landesvorsitzenden zu einem solchen Kreis zusammenschließen könne.

Herr Bundeskanzler! Sie sollten sich dieses Instrumentes der Konferenz der Landesvorsitzenden stärker bedienen, die in einer ungewöhnlich guten Weise zusammengearbeitet und dazu beigetragen haben, daß die CDU eine Bundespartei geworden ist, die ja nicht nur die Summe der Landesparteien darstellt.

Meine Bitte geht dahin, Herr Bundeskanzler, daß Sie über diese Frage einmal mit Herrn Dufhues und mir oder mit dem Präsidium sprechen.

Ich darf anregen, daß die drei Herren, die genannt worden sind, zusammen mit Herrn Dufhues die Sache machen. Ich darf aber gleichzeitig davor warnen, etwas Neues zu erfinden, weil wir damit mit Sicherheit Schwierigkeiten bekämen. Wir würden uns damit einer unmöglichen Diskussion in der Presse ausliefern, die doch nur auf eine solche Gelegenheit wartet. *(Beifall.)*

Adenauer: Es liegen noch verschiedene Wortmeldungen vor. Ich werde nachher darauf zurückkommen. Zunächst möchte ich Herrn von Hassel doch mit einigen Worten antworten.

Erstens haben Sie als Verteidigungsminister gar nicht die Zeit, die nötig ist, um alle diese Aufgaben zu erfüllen. Das werden Sie auch selbst noch sehen. Ich weiß, welche ungeheure Arbeitslast auf dem Verteidigungsminister liegt und in den kommenden Jahren liegen wird. Zweitens besteht doch bei Ihnen insofern ein großer Widerspruch,

als Sie von mir verlangen, ich solle die Konferenz der Landesvorsitzenden als ein Organ anerkennen. Ich will doch nur, nachdem in Dortmund das Präsidium eingesetzt worden ist, aus dem Kreis der Landesvorsitzenden Herren dazuhaben, genauso wie Herrn von Brentano, der als Vorsitzender der Fraktion leider Gottes nach diesem Dortmunder Statut auch kein geborenes Mitglied des Präsidiums ist. Auch er ist nur Gast. Und das ist auch nicht richtig.

Aber wenn ich jetzt etwas Neues tun will, dann sagen Sie: Damit erregen wir wieder eine allgemeine Unruhe. – Nun, meine Herren, ich will ja Unruhe erwecken in unserer Partei, denn ich möchte, daß wir die Bundestagswahlen im Jahre 1965 gewinnen. Das ist doch unser Hauptziel! Und da sehe ich einstweilen wirklich schlecht.

Barzel: Ich stimme den Herren Scheufelen und Stoltenberg zu. Was not tut, ist eine Präzisierung unserer Auffassung zur Sozialdemokratischen Partei. Darüber muß man ernsthaft nachdenken. Ich glaube auch nicht, daß wir uns nach den Beschlüssen von Dortmund eine neue Zuständigkeit geben sollten; denn wir sind ja nicht frei darin, weil in Dortmund die Satzung gemacht worden ist. Was wir auch an neuen Vorschlägen verwirklichten, es wäre ein Zurückgehen auf die Zeit vor Dortmund und würde als ein Mißklang gegenüber dem Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues erscheinen. Und dazu bin ich nicht bereit. (*Beifall.*) Bevor wir also ein neues Gremium einsetzen, sollten wir die Gremien, die wir haben, beleben.

In einer Sitzung im November vorigen Jahres in Berlin hat der Bundesvorstand den Beschluß des Dortmunder Parteitages akzeptiert. Auf der Grundlage einer Studie von mir und von Herrn Gerstenmaier²⁷ wurde in Dortmund eine Kommission eingesetzt, die diese Dinge weiter bearbeiten sollte. In diese Kommission wurden gewählt die Herren Dufhues, Even, Martin, Stoltenberg und ich. Diese Kommission hat bisher noch nicht getagt. Dort wäre aber der richtige Platz und Ort, um diese Arbeiten durchzuführen.

Die organisatorischen Dinge sind bei dem Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues in guten Händen. Der Hauptpunkt unserer Arbeit sollte aber nicht in den Organisationsplänen, sondern in der Auseinandersetzung auf geistigem und politischem Gebiete liegen. Über diese Frage sollten wir am besten mit Herrn von Brentano sprechen, denn er hat mit der Fraktion beschlossen, einen Arbeitskreis für aktuelle Ereignisse einzusetzen. Hier sollten also, soweit es geht, Partei und Bundestagsfraktion zusammenarbeiten.

In den Fragen der Organisation sind wir nicht frei; denn wir haben die Dortmunder Beschlüsse. Bevor wir also neue Gremien einsetzen, sollten wir die, die wir haben, stärker beleben. Die geistig-politische Auseinandersetzung könnte jetzt aufgegriffen werden, und es wäre gut, wenn wir bald an die Arbeit herangingen. Ich glaube, daß bei allen Kommissionen die Mitwirkung durch den Geschäftsführenden Vorsitzenden

²⁷ Gemeint sind ein Vortrag von Gerstenmaier „Künftige Aufgaben der CDU“ (CDU, 11. Bundesparteitag S. 184–197) und ein Gutachten von Barzel (vgl. Nr. 5 Anm. 49).

unbedingt gesichert sein muß, damit niemand auf der Welt in dieser Hinsicht auf falsche Gedanken kommen kann. (*Lebhafter Beifall.*)

Rehling: Herr Bundeskanzler! Zur Frauenarbeit könnten Ihnen Frau Jochmus und Frau Brauksiepe – leider sind beide nicht hier – einiges sagen, was in den letzten Jahren geschehen ist, um die Frauenarbeit zu aktivieren. Wir haben versucht, uns auf die vielfachen Interessen der Frauen draußen im Lande einzustellen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um sie für uns zu gewinnen.

Aber mir scheint wesentlichler als der organisatorische Aufbau der Frauen-Abteilung zu sein, daß man in der CDU einmal dazu käme, den Frauen etwas mehr Chancen zu geben. Dazu braucht man keine Studien-Kommission. Es ist eine Binsenwahrheit, daß die sozialistischen Parteien überall den Frauen mehr Chancen geben als wir, und zwar nicht nur in der Partei, sondern wir erleben das auch bei den gehobenen Stellungen im öffentlichen Dienst. Wir haben in den vergangenen Jahren mehrfach erhebliche Schwierigkeiten gehabt, wenn wir uns um die Beförderung von qualifizierten Frauen bemüht haben, auch in den Bundesministerien. Vor allem wäre es notwendig, Herr Bundeskanzler, daß die Partei für die Frauenarbeit mehr Geld zur Verfügung stellt.

Wir können von Westfalen aus sagen, daß wir die am besten durchorganisierte Frauenarbeit haben. Wir haben seit mindestens zehn Jahren dank der Einsicht des Landesvorsitzenden ein selbständiges Frauen-Referat in Dortmund mit einer hauptamtlichen Kraft. Unsere frühere Kollegin Frau Niggemeyer²⁸ hat sich seinerzeit dafür eingesetzt. Wir haben eine bis auf die untere Ebene durchorganisierte Frauenarbeit und bemühen uns, hier nun alles Erdenkliche zu tun. Aber wir haben immer die Schwierigkeit, die notwendigen Mittel zu bekommen. In diesem Punkte stehen wir der Jungen Union gegenüber sehr stark im Hintertreffen. Die Junge Union kann über den Landesjugendplan Mittel bekommen. Sie braucht bei ihren Veranstaltungen nur 25 % als Eigenleistung aufzubringen, während wir 75 % Eigenleistung aufbringen müssen und nur 25 % ersetzt bekommen. Dies ist natürlich eine wesentliche Behinderung für eine aktive Arbeit.

Man hat sich auch in der Bundesfrauenvereinigung überlegt, wie man an die Frauenorganisation herankommen kann. Am 21. März hat eine große Versammlung der Frauenorganisationen stattgefunden. Die Frauenorganisationen wurden vorher aufgefordert, bestimmte Fragenkomplexe, die man behandelt wissen wollte, der Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen. Es standen dann die entsprechenden Referenten oder Abgeordneten zur Verfügung. Diese Begegnung ist sehr positiv verlaufen. Wenn gleich hinterher drei Vertreterinnen von Frauenorganisationen ihren Beitritt zur CDU erklärt haben, so muß ich sagen, ist das eine ganz positive Sache.

Das wird sicher fortgesetzt werden. Ich glaube, wenn wir diesen Kontakt weiter pflegen, werden wir auch draußen im Lande weiteren Boden gewinnen.

²⁸ Maria Niggemeyer (1888–1968), Lehrerin; 1919–1933 Stadtverordnete in Unna (Zentrum), Mitgründerin der CDU in Unna und Mitglied des Kreistages, 1948–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates, 1949–1961 MdB.

Krüger: Ich wollte zu der Frage, die der Herr Bundeskanzler hinsichtlich des BHE aufgeworfen hat, etwas sagen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß das Vertriebenen-Problem hier falsch gesehen wird. Man stand z. B. bei unseren Landesvorsitzenden auf dem Standpunkt, das Vertriebenen-Problem sei insbesondere durch die Entwicklung beim BHE erledigt. Das ist ein Irrtum, der sich für uns sehr kostspielig auswirken wird, wenn wir ihm weiter anhängen.

Ich bin auch nicht der Ansicht, daß die BHE-Stimmen überwiegend der SPD zugute gekommen sind. Das Hauptpotential aus dem Kreise der Vertriebenen – das haben die vergangenen Wahlen gezeigt – neigt überwiegend zu uns. Ich gebe zu, daß durch die soziale Abschwächung ein großer Teil der Vertriebenen, z. B. der Landwirte, nachher in die Fabrik gehen. Weil sie dort ständig mit den Gewerkschaftsfunktionären zusammenkommen, kann dadurch ein gewisser Umschwung eintreten. Aber bis heute besteht doch noch immer eine überwiegende Meinung zur CDU hin.

Wenn man die Ergebnisse der Bundestagswahl von 1961 nimmt, so ist daraus überhaupt nicht der Schluß zu ziehen, daß die Stimmen von uns weggegangen sind. Es sind 4 % gewesen. Wir wissen, daß die Wähler, die 1961 von uns weggegangen sind, in ganz anderen Kreisen zu suchen sind als bei den Vertriebenen und Flüchtlingen.

Herr Dufhues hat in der Konferenz der Landesvorsitzenden einen ausgezeichneten Bericht über seine bisherige Arbeit gegeben und dabei zum Ausdruck gebracht, daß 35 % der Wähler eine Schicht darstellen, die immer ungewiß in ihrer Entscheidung ist. Sie dürfen überzeugt sein, daß in dieser Schicht von 35 % überwiegend Vertriebene und Flüchtlinge sind, die sich noch nicht entschieden haben.

Es geht also darum, daß man sich in der Zukunft gerade um diesen Personenkreis bemüht. Ich möchte die Landesvorsitzenden bitten, diese Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Es ist nicht schön, wenn der Landesverband Oder-Neiße sich für Versammlungen zur Verfügung stellt, aber auf zwei Schreiben an einen Landesvorsitzenden überhaupt keine Antwort erfolgt. Das ist doch ein Stil, der zeigt, wie falsch man das Problem der Vertriebenen und Flüchtlinge sieht.

Ich möchte deshalb noch einmal die Anregung aussprechen, wir stehen mit unseren Leuten zur Verfügung, um in allen Beratungen und Versammlungen mitzuwirken. Wir haben den Landesvertriebenenausschuß schon über zehn Jahre. Die SPD hat diesen Ausschuß in den letzten beiden Jahren auch eingeführt, ein Zeichen dafür, daß man dort bis dahin die Wertung dieses Potentials völlig verkehrt gesehen hat. Man weiß also, daß man diesen Personenkreis nicht vernachlässigen darf, wenn man die künftigen Wahlen gewinnen will.

Ich bedaure sehr, daß viele unserer Kollegen in den einzelnen Ländern in den neutralen Verbänden nicht vertreten sind. Ich sehe darin eine große Gefahr. Sie müssen sich bemühen, in diese Verbände hineinzukommen, und versuchen, dort einen maßgebenden Posten zu erreichen. Gerade mit dem Rückgang des BHE ist diese Möglichkeit gegeben. Es ist interessant, daß der bisherige BHE-Vorsitzende Dr. Kimmel sein Amt niedergelegt hat. Nun ist eine Persönlichkeit gewählt worden, die

bisher überhaupt nicht bekannt war.²⁹ Gerade jetzt, wo der BHE in manchen Ländern um seine Existenz kämpft, ist es Zeit, mit unserer Arbeit zu beginnen. Ich bin davon überzeugt, daß es durchaus möglich ist, noch erhebliche Kreise für uns zu gewinnen.

Burgbacher: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir alle in der brennenden Sorge, was zu tun ist, um die Wahlen 1965 zu gewinnen, einig sind und daß wir deshalb auch für alle Anregungen Verständnis haben, wobei auch ich sagen möchte, daß es nach meiner Ansicht nicht an der Einrichtung einer neuen Institution liegt, sondern an der Belegung der vorhandenen.

Ich möchte aber als Bundesschatzmeister noch etwas sagen. Verehrter Herr Bundeskanzler! Ich kann Ihnen aus den Unterhaltungen mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden und dem Bundesgeschäftsführer versichern, daß alle diese Fragen, die Sie angeschnitten haben – Fernsehen, Jugend, Frauen, Presse, Bundesgeschäftsstelle –, ständig auf der Tagesordnung stehen und man sich um deren Lösung laufend bemüht. Aber die CDU war – entschuldigen Sie, wenn ich es so einfach sage – bisher ein höchst uninteressanter Arbeitgeber.

Die finanzielle Lage der Partei war so, daß nur jemand, der in erster Linie Idealist und bereit war, das Risiko für sich und seine Familie aufzunehmen, sich diesem Idealismus untergeordnet und mitgearbeitet hat. Es gab zeitweise Situationen, bei denen es nicht einmal klar war, ob man die fälligen Monatsgehälter auszahlen konnte. Diese Sache hat sich jetzt Gott sei Dank geändert durch die Etatisierung in den Bundes- und Landeshaushalten. Wir haben jetzt erstmalig in der ersten Lesung im Bundeshaushalt durchbekommen, daß die fünf Millionen, die bisher an Bildungszwecke gebunden waren, und die 15 Millionen, die bisher nicht für den Wahlkampf ausgegeben werden durften, also insgesamt 20 Millionen – nur gebunden an den Artikel 21 des Grundgesetzes – für die Parteien in angemessener Erfüllung ihres Daseinszweckes zur Verfügung stehen.³⁰ Es genügt aber nicht, daß die Bundesgeschäftsstelle genügend etatisiert wird, sondern die Landesgeschäftsstellen müssen auch ihre Mittel haben. Und die Landesgeschäftsstellen haben nun ihrerseits wieder die gleiche Verantwortung gegenüber den Kreisgeschäftsstellen.

Was wir da an Personalpolitik und an Besoldungspolitik vorgefunden haben, das war bei Gott nicht immer dem „C“ in unserem Namen entsprechend. Es entsprach in keiner Weise dem, was wir von anderen Arbeitgebern aufgrund des „C“ in unserem Namen verlangen.

29 Am 14. Januar 1962 übernahm der niedersächsische Finanzminister Hermann Ahrens den Vorsitz der Gesamtdeutschen Partei (AdG 1962 S. 9609); er löste das Duumvirat Frank Seiboth (ehemals BHE-Vorsitzender) und Herbert Schneider (ehemals DP-Vorsitzender) ab, die die beiden Parteien DP und BHE 1961 fusioniert hatten und bisher als Vorsitzende amtierten.

30 Erste Beratung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1963 in der 45. und 46. Sitzung des Bundestages am 7. und 8. November 1962 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 51).

Nun haben wir jetzt für die Bundesgeschäftsstelle einen Etat von jährlich fünf Millionen, den wir dann zur Verfügung haben, wenn wir auch die Landesgeschäftsstellen entsprechend dotieren und wenn aus der Wirtschaft jährlich mindestens drei Millionen aufgebracht werden. Der Wille ist vorhanden, aber die Schwierigkeit ist das Karlsruher Urteil.³¹ Wir haben dauernd Beratungen darüber – gestern hatte ich noch eine mit dem Bundesfinanzminister –, wie das geregelt werden kann, weil ich fürchte, daß wir ohne eine steuerliche Regelung mit der Respektierung des Karlsruher Urteils – das ist das Problem – auf die Dauer von der Wirtschaft diese Mittel nicht bekommen. Wenn wir nun hochqualifizierte Kräfte für die Bundesgeschäftsstelle gewinnen und noch manches andere in dieser Richtung verbessern wollen, dann müssen Sie auch alle, meine Damen und Herren, den Mut haben, die Etatisierung der Partei im Bundeshaushalt noch weiter aufzustocken. Wenn die qualifizierten Menschen – sie sind ja auch meist qualifiziert im Rechnen – zu uns kommen sollen, dann muß durch die öffentliche Finanzierung eine Art Vertrauensbasis für ihre berufliche Zukunft gegeben sein.

Schon jetzt ist aber die Lage viel besser als bisher. Herr von Hassel hat bereits gesagt, wir hätten noch etwas abzuwickeln. Aber wir werden es abwickeln, schon weil wir müssen. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Wenn wir die fünf Millionen für uns haben, dann können wir auf der Bundesgeschäftsstelle auch eine bessere Personalpolitik betreiben. Das ist ja ein besonderes Anliegen der Herren Dufhues und Kraske und jedem, der sich mit dieser Sache befaßt.

Im übrigen haben wir Eichholz ausgebaut und DM 500.000,- etatisiert. Wir wollen der Friedrich-Ebert-Stiftung der Sozialdemokratie in der Politischen Akademie Eichholz ein modernes Institut, das für alle Stände offen ist, gegenüberstellen. (*Dufhues:* Hoffentlich bekommen wir die gleiche Unterstützung von der Bundesregierung wie Bergneustadt!³²) Wir haben 40.000 qm gekauft.

Ich wiederhole, die Gehaltszahlungen für die qualifizierten Leute, die wir haben müssen, werden wir nur finanzieren können, wenn wir eine sichere finanzielle Basis haben. Unsere finanzielle Basis ist jetzt, wenn ich so sagen darf, zu zwei Dritteln gesichert, aber das letzte Drittel hängt noch von dem Wohlwollen Dritter ab, und die hängen wiederum von den Steuerzahlern ab. Und das ist fraglich.

Deshalb wollte ich damals schon mehr im Bundeshaushalt haben. Herr Etzel! Sie waren damals Finanzminister. Sie waren bereit, es zu tun, aber es ist leider nicht so gekommen. Wenn Sie, meine Herren, der Finanzbasis der Partei nicht mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken, dann können Sie die allerschönsten Beschlüsse fassen, die nützen dann doch nichts, denn wenn wir nicht die nötigen Mittel haben, um diese Beschlüsse durchzuführen, dann bleiben sie halt auf dem Papier stehen.

31 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung der politischen Parteien vom 24. Juni 1958. Vgl. Nr. 2 Anm. 44.

32 Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit benutzen, diesen Appell an Sie zu richten, der Frage der Parteifinanzierung in den Haushalten des Bundes und der Länder Ihre große Aufmerksamkeit zuzuwenden und unter Umständen, wenn eine Novellierung der steuerlichen Privilegien aufgrund des Karlsruher Urteils nicht gelingen sollte, diese Ansätze zu erhöhen.

Bauknecht: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie den Finger auf eine Wunde gelegt haben, die wirklich sehr offen und brennend ist, nämlich die Frage der Public relation. Es ist so, daß die Arbeit der Bundespartei und der Bundestagsfraktion nicht einmal so schlecht ist, aber wir verstehen nicht, unsere gute Ware zu verkaufen. Wir stellen laufend fest, daß in einem unerhört steigenden Maße die SPD und die FDP täglich Informationen nicht nur an ihre Leute, sondern auch an eine Reihe von Verbänden im vorpolitischen Raum herausgeben. Aber von uns geschieht überhaupt nichts in dieser Hinsicht. Ich habe gehört, daß man bereit ist, dieses Referat mit einem anderen Herrn zu besetzen. Bisher hatten wir leider einen – ich will nicht kritisieren, er ist jetzt weg –, der völlig unzulänglich war.³³ Wir müssen hier jemand haben, der von den Dingen etwas versteht. Wir können noch ganz gut ankommen. Noch ist es nicht zu spät. Aber wenn man von uns nichts hört und nichts liest, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß sich Dinge entwickeln, die für uns unerfreulich sind.

Daß diese Dinge unerfreulich sind, Herr Fricke, ist mir in diesen Tagen zu Ohren gekommen. Ich weiß nicht, in welchem Kreis es war, aber in Niedersachsen hat eine Versammlung stattgefunden, in der die CDU ausziehen mußte, und die anderen haben die Versammlung weitergeführt.³⁴ Dort kämpfen wir nicht nur gegen die SPD. Gegen die SPD muß man hauptsächlich kämpfen in kleinförmlichen Gegenden. Dort entwickelt sich eine neue Organisation, die sich Notgemeinschaft nennt. Es ist eine rechtsradikale Bewegung, die wir bisher unterschätzt haben, die nicht nur den großen Parteien, sondern auch meiner Organisation, dem Deutschen Bauernverband, gefährlich wird.

Wenn man die ostzonale Presse liest, z. B. das „Neue Deutschland“, dann muß man befürchten, weil man sieht, mit welcher Freude da drüben diese Entwicklung registriert wird, daß diese Organisation wahrscheinlich Gelder von drüben bekommt. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung, der wir mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken müssen.

In Niedersachsen haben einige Versammlungen stattgefunden, in denen man mit einem Jargon aufgetreten ist, der etwa den Versammlungen in den Jahren 1930

³³ Nicht ermittelt. – Vgl. Nr. 6 Anm. 4.

³⁴ Versammlung am 17. April 1963 in Drochtersen („Nordwestdeutsche Rundschau“ vom 20. April 1963 „Bauernversammlung der CDU in Drochtersen“). – Die „Notgemeinschaft deutscher Bauern e.V.“, hervorgegangen aus der „Notgemeinschaft im Landvolkverband“, wurde 1964 gegründet. Zum ersten Vorsitzenden wurde Landwirtschaftsmeister Günter Kaczinski gewählt (vgl. „Stader Tageblatt/Nordwestdeutsche Rundschau“ vom 3. Mai 1963 in ACDP II-156-083).

bis 1933 entspricht, wo unsere Redner durch Sprechchöre einfach niedergeschrien wurden. Dort macht sich also eine solche Entwicklung bemerkbar. Deshalb müssen wir es uns angelegen sein lassen, den bäuerlichen Raum ganz anders als bisher zu betreten.

Wenn Herr Dufhues Bergneustadt nicht angesprochen hätte, dann hätte ich es getan. Dort entwickelt sich unter dem Deckmantel „Friedrich-Ebert-Stiftung“ eine reine Kampfschule der SPD. Dem müssen wir in Eichholz etwas Gleichwertiges entgegensetzen, auch auf agrarpolitischem Gebiet. Ich wäre dankbar, wenn auf diesem Gebiet bald etwas geschehen könnte.

Ich weiß, daß das eine Sache ist, Herr Bundeskanzler, die Ihnen am Herzen liegt. Deshalb möchte ich Ihnen heute den Dank dafür sagen.

Lemke: Ich finde den Vorschlag sehr gut, daß unter der Führung von Herrn Dufhues diese drei Herren sich um die Dinge kümmern. Ich halte es auch für richtig, die Landesvorsitzenden einzuladen, um mit ihnen die Dinge zu besprechen.

Zu Ihren Ausführungen, Herr Bundeskanzler, daß die Länderfinanzminister sich geweigert haben, dem Bund etwas zu geben, möchte ich einen Vorschlag machen. Wir haben vor Jahr und Tag einen sogenannten Kontaktausschuß für die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat geschaffen.³⁵ Ich würde sehr darum bitten, daß dieser Kontaktausschuß von Herrn Dufhues wieder einberufen wird. Ich könnte mir denken, daß dann manche unnötigen Differenzen in der Öffentlichkeit vermieden werden, wenn wir uns rechtzeitig in diesem Kreise unterhalten. Das scheint mir sehr wichtig zu sein.

Was Herr Bauknecht sagte, kann ich verstehen. Ich habe in der Gegend von Stade gesprochen. Auch Herr Struve hat mir gesagt, er hätte eine Versammlung erlebt, die schlimmer gewesen sei als die Versammlungen vor 1933. Ich habe nun eine Bitte, Herr Bundeskanzler. Wenn Sie durch Niedersachsen reisen, würde ich Sie bitten, dort vor der Landwirtschaft zu sprechen. Ich darf Ihnen sagen, daß die Landwirtschaft mit Abstand nicht nur materiell, sondern auch seelisch mehr leidet als die anderen Schichten. Wir müssen also da ganz anders als bisher an die Arbeit herangehen.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß Herr Ministerpräsident Lemke die Debatte wieder auf die Parteifragen zurückgebracht hat, die sich aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers als vordringlich für uns ergeben. Mir hat am besten gefallen, was der Herr Bundeskanzler über den Schuß Pulver gesagt hat, aber nicht deshalb, weil ich in dieser Sache einig bin, sondern weil mir dieser Fauxpas in diesem Kreis ganz gut gefällt. (*Unruhe und Bewegung.*) In der Sache selber bin ich anderer Meinung, aber man muß wahrscheinlich gelten lassen, daß das Parteipräsidium ein bißchen munterer sein könnte. (*Widerspruch.*) Daß es nicht munter war, meine Herren, in den letzten Wochen und Monaten hängt nach meiner Überzeugung damit

³⁵ Wohl gemeint: Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt, gebildet nach § 313 des Gesetzes über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz – LAG) vom 14. August 1952 (BGBl I S. 446).

zusammen, daß wir uns etwas gescheut haben zu verhandeln, insbesondere während der Zeit, als der Herr Bundeskanzler seinen wohlverdienten Urlaub in Cadenabbia verbracht hat.

Daß eine Notwendigkeit zu einer organisatorischen Änderung bestehen soll, vermag ich nicht einzusehen. Insofern bin ich einig mit Herrn von Hassel und mit dem, was die anderen Herren hier vorgetragen haben. Was heute hier an diesem Tisch gesagt worden ist, kann mich noch nicht befriedigen; denn ganz schwierig scheint mir nach wie vor die Situation im vorpolitischen Raum zu sein, wenn man diesen Begriff überhaupt noch aufnehmen darf. In Wirklichkeit gibt es diesen vorpolitischen Raum, soweit ich sehe, gar nicht mehr; denn soweit meine Erfahrung reicht, ist die Politisierung soweit gediehen, daß mir kein Universitätsprofessor, keine Fakultät und kein sonstiges Gremium auf evangelischer Seite kommen und sagen kann: Wir sind heute die Objektiven. Das ist doch eine ganz große Misere. Diese Leute treten uns gegenüber immer noch mit dem Anspruch auf, nicht nur die Neutralen, sondern auch die Objektiven zu sein, während wir eben mit einer vorgefaßten Meinung die Interessen der Partei, unter Umständen auch andere Momente, jederzeit zurückzustellen und bereit seien, uns hinter taktischen Nutzerwägungen des Machtkampfes der Parteien zu stellen.

Schon gegen diese Grundeinstellung muß angegangen werden. Diese Notwendigkeit ergibt sich schon aufgrund der Zahlen, die sie eben über die Besuche in den Versammlungen genannt haben. Ich bin der Meinung, daß der alte Versammlungsstil allmählich ausläuft. Natürlich können Sie Versammlungen machen. Ich habe z. B. in meinem Wahlkreis vor einigen Wochen eine Versammlung abgehalten im Zusammenhang mit dem Nordwürttembergischen Parteitag³⁶, wobei ich u. a. aussprechen ließ: Was kommt nach Adenauer? Die ganze Stadthalle war gerammelt voll. Der erste Satz lautete: Das Thema heißt „was“, aber nicht „wer“. Dann kam ein ganz Schlauer und sagte: Jetzt haben Sie eineinhalb Stunden lang geredet, aber nicht gesagt, wer.

Es gibt sicher noch Möglichkeiten, volle Versammlungen zu bekommen. Aber ich muß sagen, daß das die Ausnahme und nicht mehr die Regel ist. Darauf muß man sich einstellen. Wir müssen uns also etwas Neues einfallen lassen. Nun bin ich, Herr Bundeskanzler, nach meinen Erfahrungen nicht davon überzeugt, daß bei uns eine Hemmung besteht, sich dem Fernsehen zu stellen. Diese Erfahrung habe ich nicht gemacht, daß sich irgend jemand bei uns sträubt, im Fernsehen zu erscheinen. Es ist aber so, daß es beim Fernsehen Leute gibt, die natürlich gewisse Bedenken haben. Oder sagen wir es positiv, es gibt Leute, die bestimmte Wünsche haben, wen sie vor ihre Fernsehkamera bringen wollen. Das ist doch die Geschichte. Wenn man sich nun ansieht, wen sie vor die Fernsehkamera bringen, dann ist es immer nur ein relativ kleiner Kreis, und es ist immer derselbe Kreis. Es gibt zwar in den Regionalprogrammen eine Abwechslung, aber im Ersten Fernsehen und im Zweiten

³⁶ Am 30. März 1963 in der Stadt Gaildorf zu dem Thema „Was kommt nach Adenauer?“ (ACDP I-210-077/2).

Fernsehen ist es nahezu immer der gleiche Personenkreis, der da erscheint. Hier liegt also die Schwierigkeit.

Ich bin dankbar, Herr Bundesschatzmeister, daß wir nun etwas mehr Geld ausgeben können, um in unserer Bundesgeschäftsstelle diese Maßnahmen mit größerer Sorgfalt und größerem Weitblick durchführen zu können. Wir sollten uns vor allem auch überlegen, aus welchem Reservoir wir die Persönlichkeiten nehmen, um in den beiden konkurrierenden Ersten und Zweiten Fernsehen unsere Wünsche und Forderungen zu äußern.

Aber, meine Damen und Herren, warum ich mich zum Wort gemeldet habe, ist etwas anderes. Ich finde, daß uns neben dem angeschnittenen Thema über die Organisation in einer unerhört intensiven Weise beschäftigen muß die Enzyklika „Pacem in terris“³⁷, und zwar – ich bin Theologe – nicht nur unter politischen, sondern auch unter theologischen Gesichtspunkten. Ich muß aber sagen, es ist politisch viel interessanter und aktueller als theologisch. Ich glaube, daß sich damit eine Partei wie die CDU, die doch eine Gesinnungspartei ist und Wert auf ihre Tradition legt, vor eine Situation gestellt sieht, die sehr sorgfältig überlegt werden muß, und zwar weit über die Enzyklika „Mater et Magistra“³⁸ hinaus. Das war für uns schon nicht bequem, aber mit „Pacem in terris“ ergibt sich für uns eine Situation, die weiträumig und langfristig überlegt und durchdacht werden muß.

Damit verbindet sich natürlich auch die andere Frage: Wie wollen wir es halten mit unserer Sprachregelung hinsichtlich der SPD? Wenn wir hier die SPD immer nur mit einem sehr zweifelhaften und flitterhaften New Look anreden, dann ist das nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen mit dem, was in „Pacem in terris“ geschieht. Wir sollten uns das sorgfältig überlegen. Wir müssen hier Formulierungen finden, die auch für die Zukunft gelten. Diese Formulierungen müssen auch von der Klarheit sein, daß sie überzeugend ankommen. Sie müssen von der Klarheit sein und vor allem von der Einfachheit sein, daß sie in den Auseinandersetzungen mit Sicherheit ankommen.

Das ist eine Aufgabe, die des Schweißes der Edlen in der Parteiführung und in den Arbeitskreisen wert und würdig ist. Über diese Sache dürfen wir nicht mehr viel Zeit verlieren, wenn wir nicht ganz hinterherhinken wollen, wenn wir nicht von einer Verlegenheit in die andere kommen wollen. Ich denke daran, daß neulich ein frecher Kerl gefragt hat, ob wir uns nicht nur politisch, sondern auch geistig abgemeldet hätten. – Davon kann keine Rede sein!

Herr Bundeskanzler! Herr Ministerpräsident Lemke hat eben vom Kontaktaus-schuß gesprochen. Ich glaube, daß mit den Herren Ministerpräsidenten, die der CDU

37 Friedensencyklika Papst Johannes' XXIII. vom 11. April 1963. Druck in KNA vom April 1963 sowie in Herder-Bücherei, Freiburg 1963.

38 Die Sozialencyklika Papst Johannes' XXIII. (Mater et Magistra vom 15. Mai 1961) – Druck: Freiburg 1961. Vgl. dazu GERSTENMAIER S. 471 f.

angehören, die Probleme Bund/Länder sehr gut verhandelt werden können, aber nicht allein wegen der Kompliziertheit in den Kulturfragen – man denke z. B. an den deutsch-französischen Vertrag, wo ja im Teil C Kulturprobleme angeschnitten werden³⁹ –, sondern auch wegen vieler vordergründiger Fragen, die immer mehr auf den Nägeln brennen. Ich denke an den Haushaltsausgleich. Hier dürfen wir nicht wieder zum Objekt einer Opposition werden, die an diesem Punkt hemmungslos, ja geradezu charakterlos ist; denn sie wirft uns vor, daß wir nicht sparsam genug seien, aber sie selbst bringt unablässig neue Vorlagen im Bundestag ein, die sehr populär sind für bestimmte Gruppen, aber mit dem Haushaltsausgleich überhaupt nicht mehr unter einen Hut zu bringen sind.

Hier muß also innerhalb der Fraktion eine völlig klare Sprachregelung gefunden werden. In jedem Jahr sollten wir neue Zahlen herausgeben, in denen gezeigt wird, was an neuen Haushaltsbelastungen aufgrund der immer neu eingehenden populären Anträge der SPD hinzukommt. Es muß in nüchternen Zahlen den Leuten gezeigt werden, welche Konsequenzen diese Anträge haben würden, und zwar beim Bund, bei den Ländern und schließlich auch bei den Gemeinden.

Für uns ist wichtig, daß wir über die Verfassungsmöglichkeiten und über die Kompetenz der Gewaltenteilung des Grundgesetzes hinaus an diesem Tisch in bestimmten Sitzungen über Fragen von Bund und Ländern uns unterhalten. Ich habe nichts gegen einen Kontaktausschuß. Ich glaube nur, daß diese Frage des Koordinierens von Bund und Ländern für unsere Partei von einer solchen Wichtigkeit ist, daß wir nicht darauf verzichten können, den Bundesvorstand damit zu befassen. (*Zustimmung.*) Das kann und sollte auch geschehen. Gerade die besonders brennenden und aktuellen Probleme und Schwierigkeiten sollten auf die Tagesordnung und zum Gegenstand der Erörterung der Bundesvorstandssitzungen gemacht werden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Vielleicht werden dann manche Impulse lebendig, die es uns ermöglichen, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. (*Beifall.*) Ich will nicht sagen, von welchem Land oder von welchem Finanzminister eines bestimmten Landes uns große Schwierigkeiten bereitet werden, aber wenn wir mit dem Haushaltsausgleich nicht zu Rande oder nicht einigermaßen elegant zu Rande kommen in diesem Jahr, dann wird nicht die SPD, sondern wir werden die Zeche bezahlen müssen. Infolgedessen ist es nicht mehr als legitim, daß wir uns nach Möglichkeit bemühen, um endlich über diese blöde Geschichte hinwegzukommen. (*Lebhafter Beifall.*)

Fricke: Herr Bundeskanzler! Die CDU in Niedersachsen hat noch mehr Anlaß als die CDU im Rheinland, um Ihnen, Herr von Brentano, und allen, die mitgewirkt haben, vor allem aber Ihnen, verehrter Herr Bundeskanzler, und Ihnen, lieber Herr Professor Erhard, sehr herzlich zu danken dafür, daß noch rechtzeitig eine schwere Hypothek von unserem Wahlkampf – wie wir hoffen – weggenommen worden ist.

³⁹ Vertrag zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die französisch-deutsche Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963. Druck in BULLETIN vom 24. Januar 1963 S. 117 f.; vgl. Nr. 9 Anm. 12.

Ich hoffe, daß wir nun mit voller Klarheit geschlossen in den Wahlkampf der letzten drei Wochen eintreten können.

Ich bin der Meinung, daß wir jetzt die Chance haben, den Dualismus zwischen der Union und der DP zu überwinden. Die neue DP hat trotz des Prinzen Heinrich von Hannover keine Chance. Es ist uns nun die Aufgabe der Straffung der gesamten CDU gestellt, und zwar sowohl in der Bundespartei wie in den Landesparteien, damit wir uns für den Wahlkampf im Jahre 1965 entsprechend vorbereiten können. Die Landesverbände werden von sich aus alles tun, um hier fleißig mitzuwirken und zu helfen. Nun meine ich aber, daß wir um Gottes willen nicht nach draußen sagen, wir wollten wieder reformieren und reorganisieren. Das muß natürlich eine ständige Aufgabe für uns sein, aber wir sollten doch diese Aufgabe bei uns im Stillen lösen.

Nun möchte ich etwas zu dem sagen, was Herr Bauknecht hier angesprochen hat. Daß die Situation in der Landwirtschaft äußerst bedenklich ist, brauche ich hier nicht näher auszuführen. Das ist bekannt. In den letzten fünf Jahren haben wir hier eine Stagnation zu verzeichnen. Wir hatten Überschüsse zwischen vier und fünf Milliarden DM. Nach dem letzten Grünen Plan kam der Rückschlag im Jahre 1961 von 800 Millionen DM. Die Stimmung ist heute so verzweifelt, nicht nur wegen der Sorgen um die Existenz, sondern auch wegen der weiteren Entwicklung der EWG. Viele junge Bauern wandern ab. Sie finden auch keine Frauen mehr für die Arbeit in der Landwirtschaft. Es ist zu beachten, daß die sozialen Fortschritte, wie die Fünftage-Woche usw., an den bäuerlichen Betrieben vorbeigegangen sind. Hinzu kommt, daß es bereits heute viele Radikalinskis und Chauvinisten gibt, die diese Situation für ihre Zwecke auszunützen wissen. In der Versammlung von Struve soll es schlimmer gewesen sein als 1932. Aber, Herr Bauknecht, wir sollten nicht sagen, daß die CDU hat ausziehen müssen. Das ist etwas anders gelaufen. Ich habe in der Pressekonferenz in Cuxhaven am Montag mittag mit meinen Freunden über die Situation in allen Einzelheiten diskutiert.⁴⁰ Es waren dabei Herr Schröder⁴¹, der Bezirksvorsitzende der Union im Raume Stade, dann Herr Schwarzkopf⁴² ... (*Bauknecht*: Das war der Mann, der den Saal verlassen mußte mit seinen Leuten, und die Radikalen blieben drin!) Es war so: Weil zum Schluß die ganze Sache unerträglich wurde, hatte Herr Schwarzkopf mit unserem Freund Schröder und mit Herrn Struve alle diejenigen, die sachlich blieben, aufgefordert, auszuziehen, um einmal festzustellen, wie groß die Zahl derer war, die Radau machten, und wie groß der Kreis derer war, die die Dinge zwar besorgt, aber vernünftigt gesehen haben. Und da ist die Hälfte ausgezogen.

40 Pressekonferenz in Cuxhaven am 22. April 1963 zur Eröffnung der Endphase des Landtagswahlkampfes für den Regierungsbezirk Stade. Vgl. „Nordwestdeutsche Rundschau“ vom 23. April 1963 „CDU eröffnet Wahlkampf im Bezirk Stade“; „Cuxhavener Zeitung“ vom 23. April 1963 „CDU eröffnete letzte Runde des Wahlkampfes“.

41 Heinrich Schröder (1909–1989), bis 1957 DP, 1958 CDU, 1959–1965 MdL Niedersachsen (CDU), 1962–1963 Vorsitzender des BV Stade, 1965–1972 MdB.

42 Joachim von Schwarzkopf (geb. 1922), Landwirt, Mitglied des Niedersächsischen Landvolks (CDU-KV Stade).

Nun muß man hinzufügen, der Wortführer Kaczinski⁴³, dieser Bursche, kommt aus Hamburg. Er hat die Leute zusammengeholt aus der ganzen Gegend – das war an den Nummernschildern der Autos zu erkennen –, (*Bauknecht*: Es war wie im Dritten Reich!) um nun diesen Radau zu machen. Ich bin davon überzeugt, daß wir trotzdem in Stade ankommen werden. Es ist unsere Pflicht, hier kräftig hineinzustoßen. Deshalb ist es entscheidend wichtig, daß Sie vor allem, Herr Minister Erhard, dort einmal ein gutes Wort zur Landwirtschaft sagen. Diese bäuerlichen Existenzen müssen in der Zukunft erhalten werden. Man hört dort solche Töne: Dem Bundeskanzler glauben wir noch, daß er den guten Willen hat, für die Landwirtschaft einzutreten, und daß er dazu steht, aber bei Professor Erhard sind wir verraten und verkauft.

Herr Schröder! Ich erinnere Sie an unser Gespräch mit Herrn Blume⁴⁴. (*Schröder*: Ich gelte als ein bißchen besser als Herr Erhard!) Das beste wäre, Herr Bundeskanzler, wenn wir mit Ihnen über die Pläne für Niedersachsen einmal sprechen könnten, um zu sehen, ob es nicht möglich wäre, daß Sie beide einmal in Hannover auftreten.⁴⁵ Das würde sehr viel zur Beruhigung dort beitragen. Wir müssen unbedingt dafür sorgen, daß der Sturm, der dort bewußt inszeniert wird, wieder beigelegt wird. Wir müssen ferner erreichen, daß die DRP nicht mehr als zwei Prozent der Stimmen bekommen wird.

Adenauer: Daß Geld nötig ist, ist so selbstverständlich wie nur was für jeden von uns. Und daß bisher zu wenig Geld da war, wissen wir auch. Jetzt kommt aber das Geld. Deswegen sollte man diese Gelder auch richtig anwenden in der Bezahlung der Leute. Ich habe mit Herrn Dufhues vor kurzem ein längeres Gespräch gehabt. Er ist genau meiner Meinung.

Nun dürfen wir uns aber unter keinen Umständen damit zu beschwichtigen versuchen, daß man nichts weiter hier zu tun brauche. Sehen Sie denn nicht die Gefahr durch die Sozialdemokraten auf uns zukommen! Wer das nicht fühlt, der hat wirklich kein Fingerspitzengefühl. Das zeigen nicht nur die Ziffern hier, sondern es ist auch das Auftreten der Sozialdemokratie im öffentlichen Leben ein total anderes geworden. Ich habe eben gesagt, Herr Erler war eineinhalb Stunden lang bei Kennedy. (*Stoltenberg*: Eine halbe Stunde!) Im Rundfunk hieß es, er sei eineinhalb Stunden bei Kennedy gewesen. (*Unruhe*.) Nun gut, meine Herren, hören Sie doch bitte mal zu. Es bleibt die Tatsache, daß Herr Erler jetzt schon in den Vereinigten Staaten herumreist und sich amerikanischer gibt als irgendein Amerikaner, und daß er vom Präsidenten der Vereinigten Staaten empfangen wird. Das mag nun eine halbe Stunde oder eineinhalb Stunden sein, das spielt in dieser Hinsicht keine Rolle.

43 In der Vorlage: Kaschinski. – Günter Kaczinski (Oldendorf), Sprecher der „Notgemeinschaft im Niedersächsischen Landvolk“ (vgl. Anm. 34).

44 Vermutlich während des Parteitags am 23. März 1963 in Hannover. – Walter Blume (geb. 1913), Vizepräsident des Landvolks Niedersachsen, bis 1982 Präsident der Landwirtschaftskammer Hannover.

45 Am 22. April 1963 war Adenauer in Goslar („Goslarsche Zeitung“ vom 23. April 1963).

Bedenken Sie auch, wie Herr Brandt dem Herrn de Gaulle nachgereist ist und wie de Gaulle ihn nachher auch empfangen hat. Nach den Telegrammen, die ich bekommen habe, und nach dem, was das Fernsehen gezeigt hat, war die Sache dort etwas blaß, aber das ist doch für die Sozialdemokraten nichts anderes als eine Vorbereitung für die Wahl im Jahre 1965, damit sie dem deutschen Bürgertum sagen können: Wir haben genau die guten Verbindungen sowohl mit Kennedy wie auch mit de Gaulle. – Nun bitte ich die Herren, die gesprochen haben, und auch Sie, Herr Fricke, nicht zu sagen: Um Gottes willen, nur nichts ändern, weil dadurch Unruhe kommt. (*Fricke*: Das habe ich gar nicht gesagt!) Es gibt auch eine gute Unruhe, meine Herren! Nun will ich Ihnen bei der vorgerückten Zeit nicht vorlesen, wie unsere Organisation jetzt ist. Herr Dufhues konnte ohne Geld nichts daran ändern. Aber das ist doch kein Vorwurf gegen Herrn Dufhues. Das möchte ich doch einmal hier betonen. Soll den alles hier ein persönlicher Vorwurf sein! Man muß doch sachlich kritisieren können. Ich sage Ihnen noch einmal, wir müssen uns vorbereiten auf die Wahl im Jahre 1965. Das wird nicht mit Zuckerwasser gehen. Das wird sehr scharf gehen.

Wenn wir nun in der Lage sind, das Geld zu beschaffen, dann darf man doch wohl anregen, daß nun die Männer, die etwas von den Dingen verstehen und interessiert sind, sich diese ganze Sache einmal ansehen; auch mit Herrn Dufhues selbstverständlich. Warum denn nicht? Auch ich würde mir keine Meinung bilden, ohne darüber mit Herrn Dufhues zu sprechen. Das ist doch alles ganz klar. Aber ich bitte Sie um eines. Seien Sie auf der Wacht, seien Sie auf der Hut, meine Damen und Herren! Die Gefahr ist eminent groß. Wenn Sie sagen, es sei alles in Ordnung, dann erkläre ich Ihnen, nein, wir müssen etwas schaffen, was uns befähigt, den Wahlkampf im Jahre 1965 zu bestehen.

Und nun zum Parteipräsidium! Warum soll man nicht ein paar Landesvorsitzende mit hinzuziehen? Herr Johnen wohnt in der Nähe. Er könnte z. B. kommen. Herr Altmeier könnte auch kommen, denn auch er braucht keine Weltreise zu machen. Ich würde gerne den einen oder anderen dabei sehen. Warum sollen wir das denn nicht tun? Aber man kann hier sagen, was man will, es geschieht doch nichts. Wenn in einem Präsidium fünf oder sechs Bundesminister sind, (*Zuruf*: Fünf!) auf einen soll es mir nicht ankommen, ist es doch ganz selbstverständlich, daß die Situation in den Ländern und in den Landesparteien nicht so lebendig dargestellt werden kann, wie es eigentlich sein müßte. Das ist doch klar. Wenn Sie nun Angst haben, ich wollte das Präsidium abschaffen, dann sage ich Ihnen, nein, im Gegenteil, ich will dem Präsidium dadurch helfen, zu einer fruchtbaren und besseren Arbeit zu kommen, indem man aus den Ländern einige Herren hinzuzieht.

Wenn Sie, meine verehrten Herren Landesvorsitzenden, eine außerhalb des Parteistatuts stehende eigene Organisation schaffen, und kein Mensch Anstoß daran nimmt – es wäre auch dumm, daran Anstoß zu nehmen –, dann müßte es einem auch gestattet sein, als Gast zu einem Parteigremium zu kommen. (*Unruhe und Bewegung*.)

Nun, das greift Sie alle an, und Sie fühlen sich am meisten verletzt. Ich bin geradezu entsetzt – ich gebrauche jetzt einen vielleicht zu scharfen Ausdruck – über

die Sattheit, die ich hier und da zu hören glaube, über die parteipolitische Sattheit. (*Dufhues*: Es war nie so unruhig wie in den letzten Wochen, Herr Bundeskanzler! Ich bin gerne bereit, Ihnen meine Akten auf den Tisch zu legen!) Sie meinen, die Unruhe käme nur aus der Differenz Erhard/Adenauer. Lassen wir uns aber kein X für ein U vormachen. Das ist doch vorbei und ist aus. Die Partei darf nicht ruhig sein. Bei allen Leuten, die sich nämlich dieser Partei mit dem Herzen verbunden fühlen, da dürfen Sie auch nicht ruhig sein, weil ja die ganze Kolonne gegen uns marschiert, und zwar mit aller Macht, namentlich auch in der Publizistik. Wie wir das überhaupt überwinden werden, das weiß ich nicht.

Gerade in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, ein Blatt, das ich sonst schätze, werden wir immer vor dem klerikalen Geruch gewarnt, der uns anhafte und der die wahrhaften Liberalen zurückschrecke. Wir sollten jetzt wahrhaft liberal bleiben. Die Sozialdemokraten stören sich überhaupt nicht an einem klerikalen Geruch. Das nimmt denen auch kein Mensch übel, daß sie den katholischen und evangelischen Bischöfen nachlaufen. Darüber wird nichts gesagt; nur auf uns wird immer herumgehackt.

Wenn man jahrelang in der Regierung gesessen hat, ist es klar, daß man manchem vor den Kopf gestoßen hat, denn alle Wünsche konnten ja nicht erfüllt werden. Aber die größte Gefahr ist doch die, daß man selbst daran glaubt und sich an diesen Zustand gewöhnt hat. Das kann ein sehr böses Erwachen werden. Und das hat mich dazu gedrängt, Ihnen gegenüber das heute auszusprechen.

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Nach den einleitenden Bemerkungen unseres Herrn Bundesparteivorsitzenden hätte ich den Wunsch, einmal vor dem Bundesvorstand oder einem anderen Gremium – vielleicht dem Bundesparteiausschuß – über die Situation der Christlich-Demokratischen Union zu berichten, und zwar sowohl im Rahmen der Bundespartei wie auch in den einzelnen Landesverbänden.

Sie haben sicherlich einen Anspruch darauf, von mir zu erfahren, wie die Ergebnisse sind und welche Konsequenzen ich – zunächst vorbereitend und später mit der Möglichkeit der Realisierung – aus diesen Erkenntnissen gezogen habe. Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist ein ungewöhnlich differenziertes Unternehmen. Es wird notwendig sein, eine sorgfältige Bestandsaufnahme und Analyse sowie eine Untersuchung der geistigen Strömungen vorzunehmen, ehe man zu einem pauschalen Vorschlag oder sogar zu rein organisatorischen Vorschlägen kommt. So wichtig diese sind, aber sie sind und bleiben nicht das Entscheidende.

Ich bin gerne bereit, das zu einem späteren Zeitpunkt nach einer Vorbereitung – die ich Ihnen schulde – zu tun, aber nicht, um nun über das eine oder andere Problem zu sprechen, sondern um Ihnen wirklich eine Grundlage zu geben für die Folgerungen, die wir aus einem solchen Bericht ziehen können. Wenn Sie es wünschen, erkläre ich mich dazu gerne bereit.

Ich darf zunächst eingehen auf die eine Frage, die die Situation der Christlich-Demokratischen Union in einer besonders bemerkenswerten Weise beleuchtet, nämlich das Verhältnis der Christlich-Demokratischen Union zu den kirchlichen Organisationen und Verbänden. Es ist Ihnen allen bekannt, wie unsicher, zumindest

unbestimmt, das Verhältnis der evangelischen Kirche zur Christlich-Demokratischen Union ist. Darüber könnten wir uns vieles sagen, und es würde manch bedrückende Feststellung damit verbunden sein. Wer sich aber der Utopie hingibt, der katholische Bereich stelle die Bastion dar, auf die wir uns jetzt und in der Zukunft verlassen könnten, der unterliegt einem grausamen Irrtum. (*Beifall.*)

Das geht bis in den persönlichen Bereich der katholischen Kirche hinein. Die Grundlagen des Verhältnisses der katholischen Kirche zum Politischen, auch ganz konkret zur Christlich-Demokratischen Union, sind in Frage gestellt. Ich kann es nicht eindeutiger beleuchten als durch ein Zitat aus der letzten Enzyklika „Pacem in terris“, in der bemerkenswerte Ausführungen enthalten sind über das Verhältnis des Katholiken zu den Kräften, die das soziale, geistige und politische Wesen bestimmen. Dort heißt es:

„Man möge ferner immer unterscheiden zwischen dem Irrtum und den Irrenden, auch wenn es sich um solche handelt, die im Irrtum oder in ungenügender Kenntnis über Dinge der religiös-sittlichen Werte befangen sind. Denn der dem Irrtum Verfallene hört nicht auf, Mensch zu sein, und verliert nie seine persönliche Würde, die doch immer geachtet werden muß. In der Natur des Menschen geht auch nie die Fähigkeit verloren, sich vom Irrtum frei zu machen und die Wahrheit zu suchen. Hierin fehlt dem Menschen auch nie die Hilfe der göttlichen Vorsehung. Wenn heute also jemand der Klarheit des Glaubens ermangelt oder zu falschen Lehren abgewichen ist, kann es sein, daß er später, von Gottes Licht erleuchtet, die Wahrheit umfaßt. Wenn nämlich Gläubige profaner Belange wegen mit solchen in Verbindung stehen, die überhaupt nicht, oder, weil im Irrtum, nicht richtig glauben, so können sie ihnen Anlaß oder Antrieb sein, für die Wahrheit gewonnen zu werden. Von daher gesehen ist es ungerecht, bestimmte Bewegungen, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, mit der geistigen Ausbildung oder der zweckmäßigen Ordnung der Staaten befassen, einfach zu identifizieren mit bestimmten philosophischen Lehrmeinungen über das Wesen, den Ursprung, über Ziel und Zweck der Welt und des Menschen, auch wenn jene Bewegungen von solchen Auffassungen her entstanden und geleitet sind.“

Es ist also ein Irrtum, die Tätigkeit der Sozialdemokratie zu identifizieren mit dem, der geistig diese Partei entsprechend geprägt hat.

„Während der wissenschaftliche Begriff, wenn er einmal festgelegt ist, nicht mehr geändert werden kann, unterliegen doch diese Bewegungen notwendig den Veränderungen der jeweiligen Situation. Wer könnte übrigens leugnen,“ – sagt das Oberhaupt der katholischen Christenheit, und wir sollten uns sehr getroffen fühlen – „daß in solchen Bewegungen, soweit sie sich den Gesetzen einer geordneten Vernunft anpassen und die gerechten Forderungen der menschlichen Person berücksichtigen, etwas Gutes und Anerkennenswertes sich findet?“⁴⁶

46 Pacem in terris, KNA vom April 1963 S. 41.

Stellen Sie sich vor, das in den Händen jener jungen katholischen Geistlichen, von denen wir gesprochen haben, und in den Händen und Ansprachen der Studentenseelsorger! Es gilt für uns, daraus Erkenntnisse zu ziehen, nicht um hier zu korrigieren – das wird nicht in unsere Hände gegeben sein –, aber ich meine, die ganz eindeutig klare Erkenntnis auch in diesem Bereich können wir künftig nur noch gewinnen und behaupten durch eine überzeugende und sachlich orientierte Politik.

Die Sachen, die dem Zentrum zur Verfügung gestanden haben, stehen uns nicht mehr zur Verfügung.⁴⁷ Wir werden zunehmend zurückweichen und uns auf eine Aufgabe besinnen, die nicht die ist, die das Zentrum früher als seine Aufgabe angesehen hat.

Ich möchte also davor warnen, hier etwa zu glauben, daß wir durch organisatorische Maßnahmen den Strömungen gerecht werden können, die sich hier anzeigen, und daß wir die Probleme meistern könnten, die sich uns zunehmend in der derzeitigen Situation stellen. Es geht also jetzt nicht um eine Vertiefung der Diskussion – das bedarf sorgfältiger Analysen –, sondern um die Vorbereitung von Entscheidungen und Entschlüssen, die wir nicht ernst genug nehmen können.

Nun komme ich zu den organisatorischen Vorschlägen. Wir haben uns in der letzten Sitzung dieses Bundesvorstandes mit der Frage befaßt, ob das Präsidium erweitert werden könne oder nicht. Es war die einstimmige Meinung – und Sie haben sie gebilligt, Herr Bundeskanzler –, daß unser Statut eine organisatorische Ausweitung des Präsidiums nicht zuläßt; das müsse dem Beschluß des Parteitag vorbehalten bleiben. Wir waren uns auch darüber einig, daß es dem Präsidium freisteht, insbesondere Ihnen, Herr Bundeskanzler, als dem Vorsitzenden des Präsidiums, von Fall zu Fall die Parteifreunde – ob es nun die Landesvorsitzenden oder andere sind – zu den Sitzungen hinzuzuziehen, die zu den Punkten der jeweiligen Tagesordnung etwas Wesentliches zu sagen haben.

Ich meine, daß dieser Beschluß der letzten Sitzung des Bundesvorstandes ausreichend, um eine Grundlage für eine Intensivierung der Tätigkeit des Präsidiums zu geben, wobei ich der skeptischen Auffassung war, daß die Intensität der Beratungen eines Gremiums mit seiner zunehmenden Größe leidet. Ich bin nicht der Meinung, daß die Beratungen des Bundesvorstandes in der Vergangenheit in allen Fällen der überzeugende Beweis für eine positive Vorbereitung der wichtigen Angelegenheiten der Christlich-Demokratischen Union gewesen sind.

Wir haben uns meist nach einem umfassenden Bericht über die innen- und außenpolitischen Lage nur mit kurzen Randbemerkungen befaßt und sind dann zum Frühstück gegangen, um danach wieder nach Hause zu fahren. Ich möchte deshalb warnen vor Tendenzen, die eine Parallele finden könnten. Mir kommt es entscheidend darauf an, ein kleines, aber intensiv arbeitendes und regelmäßig zusammentretendes Führungsgremium der Christlich-Demokratischen Union zu haben; denn nur von daher wird es besser werden. *(Lebhafter Beifall.)*

47 Gemeint offensichtlich: der Verbandskatholizismus und eine katholische Presse.

Und wenn nun einzelne Herren – auch wegen der Beratungen während der letzten Monate – Bedenken haben sollten, so darf ich sagen, Herr Bundeskanzler, Sie haben jede Autorität, um zu erreichen, daß wir demnächst wieder in regelmäßigen Abständen von mindestens 14 Tagen zu den Beratungen des Präsidiums zusammenkommen. Ich hoffe, daß das Präsidium den Anforderungen gerecht wird, die Sie mit Recht daran geknüpft haben.

Nun komme ich zu der Kommission zur Überprüfung der Bundesgeschäftsstelle. Meine lieben Parteifreunde! Es wird sicher notwendig sein, daß sich alle Parteifreunde, die bereit sind, sich diesem Problem anzunehmen, über die Erkenntnisse unterrichten, die inzwischen gesammelt worden sind. Es wird notwendig sein, daß Herr Kraske Sie im einzelnen über die Tatsachen informiert, die gegeben sind, und über die Möglichkeiten, die noch entwickelt werden können. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Armut von der Poverty kommt, und daß man schwerlich den Mut wird aufbringen können, eine größere Zahl gutbezahlter Angestellter zu engagieren, wenn man ihnen nicht versprechen kann, auf die Dauer die Gehälter zu zahlen. Irgendwie müssen wir doch seriös sein zu den Persönlichkeiten, die ihre Stellungen aufgeben und in den Dienst der Partei treten. Wir müssen ihnen die Garantie geben, daß das laufende Gehalt gezahlt wird und die sonstigen Verpflichtungen erfüllt werden.

Herr Bundeskanzler! Es ist ein schwieriges Unternehmen, die Bundesgeschäftsstelle der Christlich-Demokratischen Union auszuweiten und gute Kräfte dafür zu gewinnen. Es ist merkwürdig, aber typisch, was sich in den letzten Monaten begeben hat. Ein junger Redakteur von uns bemühte sich um eine andere Tätigkeit. Ihm wurde bestätigt, daß er nach seiner Qualität und Persönlichkeit willkommen sei, aber es wurde ihm dringend nahegelegt, zunächst einmal in den Dienst einer anderen Einrichtung einzutreten; denn es sei nicht richtig, Kräfte von der Christlich-Demokratischen Union zu übernehmen.

Herr Bundeskanzler! Es würde zu weit führen, wenn Sie seit dem Jahre 1951 nun zum zweiten Male an einen Besuch in der Bundesgeschäftsstelle dächten, um den Kräften, die dort tätig sind, zu beweisen, daß Sie auch Anteil nehmen an ihrem persönlichen Schicksal. Aber das erwarten diese Kräfte. Und dafür wären sie Ihnen ungewöhnlich dankbar.

Es wird notwendig sein, die Organisation der Bundesgeschäftsstelle sehr sorgfältig und kritisch zu überprüfen. Ich darf Ihnen hier sagen, daß ich in den letzten Monaten unter schwierigen Verhältnissen Verhandlungen geführt habe, um den organisatorischen Teil der Bundesgeschäftsstelle zu ergänzen durch einen Arbeitsstab von qualifizierten, auch wissenschaftlich geschulten, jungen Leuten, die an einer langfristigen Planung für die Christlich-Demokratische Union in allen Ihren Teilen arbeiten. Das ist für andere Parteien – jedenfalls für die Sozialdemokratie – etwas Selbstverständliches. Dem Herrn Brandt steht jetzt ein Planungsstab von 20 wissenschaftlich-fundierte Leuten zur Vorbereitung des Wahlkampfes für 1965 und für die weitere Planung der Sozialdemokraten zur Verfügung.

Wir müssen ein Minimum an Kräften haben, die mit den modernen Methoden der Führung einer großen Partei vertraut sind, die die Probleme der Öffentlichkeit kennen, die aber zugleich in der Lage sind, auch bestimmte Teile des politischen Aktionsprogramms zu konzipieren und anschaulich zu machen, damit wir durch unsere politischen Zielsetzungen die Menschen überzeugen und wiedergewinnen. Diese Kräfte müssen wir bekommen. Ich habe bereits erreicht, daß ein sehr qualifizierter junger Mann die Leitung eines solchen Stabes übernimmt⁴⁸; aber es ist sehr schwer, solche Kräfte zu gewinnen. Ich bitte Sie also, sich darüber keine Illusionen zu machen.

Nun komme ich zu Ihren Vorschlägen, Herr Bundeskanzler. Ich sage Ihnen mit aller Offenheit, ich bin zwar dankbar für den Rat, die Parteifreunde Stoltenberg, Kliesing und Barzel mir zur Verfügung zu stellen, aber wir sind uns doch darüber einig, daß nicht eine von diesem Gremium gebildete Kommission den Auftrag erhält, die Bundesgeschäftsstelle zu überprüfen, sondern das ist meine Aufgabe und meine Sache. (*Sehr starker Beifall.*) Ich verspreche Ihnen, daß ich sehr sorgfältig mit diesen Freunden zusammenarbeiten werde, daß ich ihren Rat in allen Einzelheiten einholen, ihre Kritik erbitten und alle Konsequenzen daraus ziehen werde, und zwar einschließlich dieses Berichts über die Ergebnisse der Beratungen, den ich diesem Bundesvorstand schulde. Ich bitte Sie, auf diese Form einzugehen. Ich sage es nicht ohne allen ernsten Nachdruck.

Wir müssen selbstverständlich an die Arbeit gehen, um die Bundestagswahlen im Jahre 1965 vorzubereiten. Ich bin mit den Parteifreunden von Hassel, Heck und Kraske darüber einig, daß bereits jetzt im kleinen Wahlkopf die personellen und organisatorischen Fragen geprüft werden, die mit der langfristigen Vorbereitung der Bundestagswahlen zusammenhängen.

Wir wollen auch eng mit den Parteifreunden in Baden-Württemberg zusammenarbeiten, weil nach meiner Kenntnis dort die letzten Landtagswahlen vor den Bundestagswahlen stattfinden.⁴⁹ Die Gesichtspunkte der Bundestagswahlen werden sich irgendwie widerspiegeln müssen in den Überlegungen zur Vorbereitung der Landtagswahlen, wie überhaupt die Einheitlichkeit der Sprachregelung und sonstigen Maßnahmen der Christlich-Demokratischen Union in Bund und Ländern gesichert werden muß.

Wir werden Ihnen, Herr Bundeskanzler, als dem Bundesparteivorsitzenden regelmäßig Vortrag halten. Wir halten es für richtig, daß wir uns zunächst zu vier Freunden im Mai in eine mehrtägige Klausur begeben, um in aller Ruhe darüber nachzudenken,

48 Möglicherweise ist mit dem politischen Aktionsprogramm die Konzeption des Deutschen Gemeinschaftswerks gemeint. Federführend für die Erarbeitung war Dr. Hermann Josef Unland (geb. 1930), 1962–1966 Leiter der Abteilung Politische Sachreferate und stv. Bundesgeschäftsführer der CDU, 1969–1990 MdB (vgl. Deutsches Gemeinschaftswerk. Der Erhard-Plan für Gemeinschaftsaufgaben. Mitarb.: Hermann Josef UNLAND. Oberhausen 1965).

49 Am 26. April 1964 (vgl. Nr. 16 Anm. 18).

wie wir die Bundestagswahlen des Jahres 1965 langfristig vorbereiten. Ich sage noch einmal, organisatorische Maßnahmen werden uns nicht das Heil bringen, sondern es kommt entscheidend darauf an, wie überzeugend unsere Politik in den nächsten Jahren sein wird. Die Entscheidungen dieser Wochen haben auch ihre Bedeutung für das Selbstverständnis der Christlich-Demokratischen Union im Bewußtsein der Bevölkerung.

Wir werden darüber nachdenken und Methoden entwickeln müssen, um dieser besonderen Problematik gerecht zu werden. Ich würde es begrüßen, wenn wir uns in den nächsten Wochen und Monaten unterhalten könnten über das Verhältnis Bund/Länder. Sie wissen, daß sich das Präsidium der Christlich-Demokratischen Union mehrfach mit dieser inneren Problematik befaßt hat, und zwar bereits im Dezember des vergangenen Jahres und in der letzten Sitzung des Präsidiums, als Sie, Herr Bundeskanzler, nicht teilnehmen konnten.⁵⁰ Wir haben uns ferner mit unseren Freunden in den Ländern zusammengesetzt, um die Fragen des Bundesanteils an der Ertragsteuer zu behandeln; denn ich fürchte, daß der rein legitime Weg kein Ergebnis bringt, das für uns befriedigend sein wird.

Es handelt sich um ein Zustimmungsgesetz, das nach der derzeitigen Situation aber nicht auf eine Zustimmung rechnen kann, so sehr man das auch bedauern mag. Es scheint mir, daß die tiefste Unruhe in der Bauernschaft und in den mittelständischen Kreisen besteht. Es muß überlegt werden, ob nicht bei der neuen Konstituierung des Kabinetts, Herr Professor Erhard, dieser Angelegenheit in einer überzeugenden Form Rechnung getragen werden kann. Darüber müßte man im Kreise Ihrer engeren Berater sprechen.

Ich sehe auch die Probleme der Landwirtschaft, aber ist es nicht so, daß sich unsere Landwirtschaft während der letzten Jahre durch einen ungewöhnlich starken Immobilismus ausgezeichnet hat? Man muß nach meiner Meinung die Probleme der Agrarpolitik im Gemeinsamen Markt und in ihrer ganzen strukturellen Weite und Tiefe sehen und durch Erarbeitung strukturell orientierter Vorschläge den Bauern und vor allem den jungen Bauern die Hoffnung geben, daß sie in der Zukunft wirklich eine Chance haben. Deshalb habe ich den Agrarausschuß der Bundespartei vor mehreren Wochen gebeten, sich ganz intensiv dieser Frage zu widmen. Ich hoffe, daß der neugewählte Vorsitzende Niermann mit maßgeblicher Unterstützung

50 In den Ergebnisprotokollen der Sitzungen des Präsidiums der CDU vom Dezember 1962 ist das Bund-Länder-Verhältnis nicht erwähnt; vgl. aber Protokoll vom 29. März 1963 in ACDP VII-001-053/1. Möglicherweise sind die „Kontaktgespräche“ eines Bund-Länder-Ausschusses des CDU-Vorstands gemeint, an denen in der Regel die Ministerpräsidenten von CDU/CSU, die Bundesminister Krone und von Merkatz, Bruno Heck von der Bundestagsfraktion sowie Ministerialdirektor Dr. Weber vom Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder teilnahmen (Korrespondenz und Protokolle in ACDP I-157-053/1).

des ausgezeichneten Staatssekretärs Tillmann⁵¹ diese Frage systematisch untersuchen wird.

Ich hoffe, daß wir uns im Agrarausschuß darüber unterhalten können, damit wir diese elenden Methoden, mit denen die Sozialdemokratie den Bauern Sand in die Augen streut, beseitigen können und die Bauern von den Sorgen befreit werden, die aus dem Immobilismus der letzten zwei Jahre gekommen sind.

Wir sollten uns auch mehr mit den Sozialgesetzen befassen. Herr Blank weiß, welche Schwierigkeiten es gibt. Es ist deswegen mancher Austritt aus der Partei erfolgt. Wir werden deshalb noch überzeugender als bisher im Rundfunk und im Fernsehen darlegen müssen, welche Gesamtkonzeption wir haben. Dazu gehört vor allem auch die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben. Neben den Erklärungen vor dem Bundestag, die Sie, Herr Bundeskanzler, abgegeben haben, ist in der Folgezeit nichts Entscheidendes mehr geschehen; im Gegenteil, die Ausgaben des Bundes haben ein Ausmaß angenommen, das über das hinausgeht, was als Grundlagen der öffentlichen Ausgaben festgestellt worden ist. Wir müssen auch hier das Vertrauen wiedergewinnen, das uns die Grundlage dafür bietet, daß die Bundestagswahlen im Jahre 1965 zu einem Erfolg für die Christlich-Demokratische Union werden.

Ich gehöre zu denen, die – auch nach den Erfahrungen mit unseren Freunden in den Landesverbänden vom Bodensee bis nach Schleswig-Holstein – die feste Überzeugung haben, daß eine tiefe innere Bewegung durch unsere Partei geht, daß viele von tiefer Sorge erfüllt sind, ob diese Partei die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft lösen wird. Und daraus resultiert ein ungewöhnliches Maß an Bereitschaft, auch das Letzte einzusetzen, um die Wahl des Jahres 1965 zu einem Erfolg für die Christlich-Demokratische Union werden zu lassen. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Bei der vorgerückten Zeit werde ich mich auf wenige Sätze beschränken. Ich meine zunächst einmal, Herr Kollege Dufhues, Sie hätten sich den Satz schenken können, ich möchte zum erstenmal seit 1951 durch die Räume der Bundesgeschäftsstelle gehen, um den dort Beschäftigten zu zeigen, daß ich Anteil an ihrem persönlichen Geschick nehme. Das war ein Satz, der völlig neben der Sache lag und auch völlig unsachlich war.

Sie haben stark – und ich habe gar nichts dagegen – Ihre Verantwortung betont. Aber bitte, beachten Sie auch meine Verantwortung. Sie sind der Geschäftsführende Vorsitzende. Das bedeutet nicht, daß ich den Mund zu halten und daneben zu stehen habe. Das möchte ich Ihnen doch sehr nachdrücklich sagen. Ich spreche sehr offen. Das Ziel, das Herr Dufhues in den Schlußsätzen geschildert hat, erreichen wir nur durch intensive Arbeit. Das erreichen wir aber nicht, wenn es so weitergeht wie bisher.

51 Franz Tillmann (1905–1979), 1946–1955 Leiter der Abteilung Ernährungswissenschaft, 1955–1965 Staatssekretär des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten NW, 1965–1966 Chef der Staatskanzlei NW, 1967–1979 Präsident des DRK Landesverbands Nordrhein.

Ich habe Ihnen schon gesagt, ich weiß, daß unsere Bundesgeschäftsstelle kein Geld hatte und daß keins für sie da war. Aber nehmen Sie die Stelle, für die Geld da war, Eichholz. Was ist in Eichholz gemacht worden? Wir haben den Organisationsplan von Eichholz. Ich will nichts weiter, als daß einige objektive Leute von uns sich diese ganze Geschichte einmal ansehen. Eben hat Herr Kollege Burgbacher gesprochen, der auch meiner Auffassung ist. Dann darf man nicht so handeln, daß die Bundesgeschäftsstelle das bekommt, was übrig bleibt, sondern dann muß festgesetzt werden, was die Bundesgeschäftsstelle nötig hat, (*Burbacher*: Das wird auch geschehen!) um ihre Leute besser zu besolden und zu bezahlen.

Ich möchte zum Schluß noch ein Wort sagen über Rom. Ich nehme die Sache nicht so tragisch, wie das Herr Dufhues tut. Es ist vollkommen richtig, daß der jetzt residierende Papst⁵² auf dem Standpunkt steht, daß überall etwas Gutes ist und daß man überall dieses Gute akzeptieren muß. Aber ich weiß auch, daß die Bischöfe in Deutschland die Gefahren sehen, die in diesem Satz stecken, und ich glaube zu wissen, daß demnächst ein Rundschreiben der deutschen Bischöfe kommt, in denen sie in gewissen Sachen eine absolut klare Stellung einnehmen, und zwar gerade deswegen, weil die Gefahren von Rom, vom Papst aus, drohen, nicht vom ganzen Vatikan. Ich möchte das namentlich den evangelischen Freunden sagen. Der Papst hat erbitterte Gegner unter den Kardinälen. Und so weit ist es noch nicht. Deswegen bin ich auch dafür, daß unsere Bundesgeschäftsstelle mehr Fühlung hat mit den kirchlichen Stellen, auch mit den evangelischen kirchlichen Stellen. Die Sozialdemokraten tun es doch. Wir müssen es auch tun! (*Dufhues*: Wir haben jedenfalls Verbindung zur katholischen und evangelischen Kirche!) Das ist, soviel ich weiß, erst seit vier Wochen. Bis dahin ist nichts geschehen, soweit ich im Bilde bin; denn ich bin nicht ins Bild gesetzt worden über das, was gemacht worden ist, sondern habe das zufällig gehört, daß Herr Krone jetzt die Fühlung mit den katholischen Bischöfen aufnehmen würde. (*Unruhe und Bewegung*.) Das könnte man mir ja auch einmal sagen, Herr Dufhues. Eines halte ich für absolut notwendig bei uns, Herr Dufhues, daß nämlich keiner dem anderen etwas übelnimmt, wenn jemand die Überzeugung hat, daß sachliche Motive ihn leiten bei dem, was er sagt. Das ist doch das entscheidende und die Hauptsache. Seien Sie sich darüber klar – das möchte ich Ihnen nochmals sagen –, daß wir einen sehr schweren Gang vor uns haben und daß wir uns sehr rühren müssen, um im Jahre 1965 bei den Bundestagswahlen zu bestehen.

Wenn die heutige Verhandlung das Ergebnis hat, alle Anwesenden hier darauf aufmerksam gemacht zu haben, wie schwer das ganze werden wird, dann bin ich schon zufrieden. Das war der Hauptgrund, warum wir über diese Frage einmal gesprochen und uns klar gemacht haben, vor welchen Gefahren wir stehen.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Wir haben in der Zwischenzeit etwas vorbereitet. Es ist ein Entwurf, den Dr. Gerstenmaier als Bundestagspräsident formuliert

52 Johannes XXIII. (1881–1963), vorher Angelo Giuseppe Roncalli, 1944–1953 Nuntius in Paris, 1953–1958 Kardinal und Patriarch von Venedig, seit 1958 Papst.

hat. Er lautet: Der Bundesvorstand der CDU hat in seiner heutigen Sitzung die Nominierung von Professor Dr. Erhard als Nachfolger von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer lebhaft begrüßt. Die Bundespartei stellt sich geschlossen hinter den Mann, der nach dem Willen der CDU/CSU dazu berufen ist, das Werk Konrad Adenauers fortzuführen, der mit seiner anerkannt geschichtlichen Leistung Deutschland wieder nach oben geführt und einer ganzen Epoche der deutschen Geschichte den Namen gegeben hat.

Adenauer: Das ist ehrenvoll für mich, und ich bin Ihnen dankbar dafür, aber das genügt mir nicht. Wir müssen noch etwas hinzusetzen und ein Wort sagen, daß wir hier über die Aufgaben und die Arbeit der Partei gesprochen haben. Sind sie dafür?

Von Hassel: Wenn wir jetzt in einer Pressekonferenz sagen, die Arbeit der Partei soll aktiviert werden, ist dann, so frage ich, etwas gewonnen? In dem Entwurf von Herrn Gerstenmaier steht ja, daß dieses Werk fortgesetzt wird. Es ist ganz unstrittig, daß damit die Außenpolitik, die Europapolitik und die Verteidigungspolitik einbegriffen sind. Ich weiß nicht, ob man jetzt noch ins Detail gehen soll.

Von Brentano: Ich meine doch, daß wir dieses Kommuniqué ergänzen müssen. Den ersten Satz halte ich für sehr gut, aber wir sollten auch ein Wort darüber sagen, daß wir uns über die Parteiarbeit unterhalten und uns mit den Aufgaben beschäftigt haben, insbesondere hinsichtlich der Bundestagswahlen und der Landtagswahlen, die vor uns stehen, zu denen wir doch Vorbereitungen treffen wollen. Wir haben uns auch mit den Wahlproblemen zu beschäftigen. Das muß einmal ausgesprochen werden, daß das die legitime Aufgabe dieses Bundesvorstandes ist, der ja nicht hierherkommt, nur um zuzuhören, sondern um neue Impulse zu geben.

Ich sage das auch mit Rücksicht auf die Fraktion; denn ich möchte der Fraktion sagen können, daß die Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und Bundestagsfraktion enger werden muß als bisher. Das ist dringend nötig. Wenn es uns innerhalb der CDU nicht gelingt, die Voraussetzungen zu schaffen, um die Verhältnisse zwischen Bund und Ländern zu verbessern, dann scheitert unsere Politik. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es ist doch so, daß wir diese Probleme hier in Angriff nehmen und zusammen mit der Fraktion lösen müssen. Deswegen sollten wir auch in dem Kommuniqué etwas darüber sagen.

Stoltenberg: Wir sollten zum Ausdruck bringen, daß sich der Bundesparteivorstand unter Bezugnahme auf das Referat des Bundesparteivorsitzenden und des Geschäftsführenden Vorsitzenden mit den Landtagswahlen und mit der Bundestagswahl im Jahre 1965 beschäftigt hat. (*Lemke:* Wobei wir auf die tiefgreifenden Unterschiede zwischen uns und der Sozialdemokratie hingewiesen haben!)

Adenauer: Herr von Hassel! Würden Sie das bitte einmal aufschreiben!

Von Hassel: Nach dem ersten Halbsatz, den Herr Gerstenmaier formuliert hat, käme dann ein zweiter hinzu: Nach einem eingehenden Referat des Bundesparteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer und des Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues befaßte sich der Bundesvorstand mit der politischen und organisatorischen Situation

und der langfristigen Planung der politischen Arbeit der CDU. (*Zuruf*: Wie ist es mit dem Jahr 1965?) Es ist eben gesagt worden, man solle es nicht auf 1965 begrenzen.

Gradl: Ich wollte Ihnen sagen, was ich mir dabei gedacht habe. Ich halte es in der Mitte des Jahres 1963 nicht für zweckmäßig, der Öffentlichkeit nichts weiter zu verkünden, als daß wir uns heute hier in diesem Bundesvorstand nach der Neuformierung der politischen Führung nichts anderes zu tun gehabt hätten, als nur die Wahl im Jahre 1965 ins Auge zu fassen. (*Unruhe*. – *Zurufe*: Doch!) Aber, meine Herren, lassen Sie mich doch zu Ende reden. Entweder nennen wir eine Reihe von großen politischen Zielen, die wir ins Auge fassen, oder wir beschränken uns auf einige allgemeine Feststellungen. Wenn wir jetzt nur von den Bundestagswahlen im Jahre 1965 reden, dann sagen doch die nüchternen Journalisten: Aha, also keine anderen Sorgen haben die! (*Adenauer*: Ja, Herr Gradl, das ist es doch!) Die haben wir, aber das sagen wir nicht!

Adenauer: Das wollen wir aber sagen, daß sich der Bundesvorstand mit dieser Wahl beschäftigt hat. Ich verstehe Ihren Pessimismus nicht, daß man das nicht sagen soll.

Von Brentano: Ich muß auch Herrn Gradl widersprechen. Wir sind eine politische Partei, und unsere erste Aufgabe ist es, die Wahlen zu gewinnen. Wir stehen nun in der Halbzeit, und die SPD schweigt auch nicht darüber, wenn sie sich zusammensetzt, um ihr Wahlprogramm zu besprechen und Wahlkommissionen zu bilden. (*Süsterhenn*: Die bilden jetzt schon die nächste Regierung!) Das wichtigste dabei ist doch, daß wir sagen: Wir haben uns zusammengesetzt, um über organisatorische und andere Dinge zu diskutieren. Das Ganze dient der Vorbereitung der kommenden Wahlen, insbesondere den Bundestagswahlen im Jahre 1965. Ich meine, damit kommen wir doch bei den Wählern absolut gut an; denn sie erwarten, daß wir uns damit beschäftigen. In meinem Wahlkreis ist es ganz gewiß so. Das gilt wahrscheinlich auch für Sie, meine Herren.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Es gibt niemand in diesem Kreis, der über das, was Sie zu dem Ernst der Situation und zu den Aufgaben für 1965 gesagt haben, auch nur in Nuancen anders denkt als Sie. Herr Bundeskanzler! Ich darf sehr offen sagen, ich habe den Eindruck, Sie glauben, daß wir in den Tag hinein leben und uns mit diesen Punkten und Problemen nicht beschäftigen. Ich darf Ihnen aber sagen, die ganze Partei, soweit ich sie kenne, ist von der gleichen Sorge erfüllt wie Sie, Herr Bundeskanzler. Ich möchte Ihnen das sagen, damit Sie nicht glauben, wir säßen hier und nähmen das alles auf die leichte Schulter. (*Von Brentano*: Dann müssen wir es hineinschreiben! – *Zuruf*: Warum sollen wir es hineinschreiben? Das ist doch eine Selbstverständlichkeit! – *Unruhe und Bewegung*.)

Meine Herren! Der erweiterte zweite Satz lautet nun: Nach einem eingehenden Referat des Bundesparteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer und des Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues befaßte sich der Bundesvorstand mit der politischen und organisatorischen Situation und der langfristigen Planung der politischen Arbeit der CDU sowie mit der Vorbereitung der Bundestagswahlen 1965. (*Schröder*: Ins-

besondere im Hinblick auf die Wahl 1965!) Insbesondere im Hinblick auf die Wahl 1965.

Dufhues: Es steht noch folgende Frage zur Diskussion. Sie wissen, daß die Sozialdemokratische Partei in diesen Tagen das 100jährige Bestehen ihrer Organisation feiert.⁵³ Zu solchen Veranstaltungen lädt sie die Bezirksleitungen und die Zentralleitungen ein, in Hannover jeweils die Repräsentanten der Länder und des Bundes, d. h. alle Ministerpräsidenten und alle Kabinettsmitglieder. Natürlich dienen diese Bemühungen dem Bestreben, die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie in Bund und Ländern unter Beweis zu stellen.

Daraus ergibt sich das Interesse der Christlich-Demokratischen Union, im Rahmen des Vertretbaren solchen Einladungen nicht zu folgen. Deshalb halte ich es für richtig, hier zu einer Abstimmung darüber zu kommen. Meine Auffassung ist, daß wir grundsätzlich solchen Einladungen nicht folgen sollten, sondern nur dort, wo regionale oder sonstige Gründe es unvermeidbar machen, in einer gegebenen Größenordnung diesen Einladungen zu folgen. Jedenfalls sollten wir die Mitwirkung auf ein Minimum beschränken.

Adenauer: Nehmen Sie z. B. an, daß der Bundeskanzler eingeladen wird – ich glaube nicht, daß er dazu eingeladen wird –, dann bin ich der Auffassung, daß er zwar nicht hingeht, aber einen Glückwunsch schriftlich zum Ausdruck bringt. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Röder: Wir sollten uns darüber einigen, durch wen wir uns als Christlich-Demokratische Union in Hannover vertreten lassen, damit es nicht dem Zufall überlassen bleibt, wer nun zusagt oder nicht. Ich halte es für richtig, daß jemand von uns da ist. Deshalb sollten wir uns darüber einigen, damit es nachher wegen der unbestimmten Formulierung von Herrn Dufhues nicht so kommt, daß ein Vertreter erscheint, der uns vielleicht nicht genehm ist. (*Von Hassel:* Der muß vorher die „Internationale“ lernen.)

Schröder: Es werden dort ja keine Reden gehalten, sondern es ist ein Festakt mit Musik. Daß wir da in einer honorigen Weise vertreten sind, finde ich nicht schlecht.

Fricke: Ich bin in der glücklichen Lage, daß ich als Vorsitzender von Niedersachsen absagen kann, wenn ich die Einladung bekomme; denn ich bin zur gleichen Stunde in einer Parallelkundgebung, die wir bewußt so gelegt haben, wo nämlich die Junge Union aus ganz Niedersachsen zusammenströmt. (*Adenauer:* Sie haben mich falsch verstanden, Herr Fricke!)

53 Kundgebung des Vorstands der SPD zum 100jährigen Bestehen der Partei am Sonntag, dem 12. Mai 1963, in Hannover („Die Welt“ vom 13. Mai 1963 „Ollenhauer: Leider nicht in Leipzig“; FAZ vom 13. Mai 1963 „Die Sozialdemokraten feiern ihr hundertjähriges Bestehen“). – Carlo SCHMID: Hundert Jahre Sozialdemokratische Partei. Festvortrag von Carlo Schmid gehalten am 12. Mai 1963 in Hannover. Hannover 1963; Georg ECKERT (Hg.): Hundert Jahre Deutsche Sozialdemokratie 1863–1963. Bilder und Dokumente. Hannover 1963; Willy NISSEL: Von Lassalle bis Wehner. 100 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Bonn 1963.

Ich weiß, Herr Bundeskanzler, ich muß natürlich sehr behutsam vorgehen und eine formelle Repräsentanz organisieren. Es ist klar, daß die SPD sehr bewußt diesen Festakt auf den letzten Sonntag vor den Landtagswahlen in Hannover gelegt hat. Eben haben wir darüber diskutiert, ob wir etwas von den Bundestagswahlen 1965 in das Kommuniké schreiben sollen oder nicht. Die SPD deklariert schon seit Wochen: Die erfolgreichen Landtagswahlen in Niedersachsen werden für uns der glückliche Auftakt für 1965 sein. – Man wird es also behutsam machen müssen, ganz ablehnen kann man es nicht.

Adenauer: Was wollen Sie denn nun, Herr Fricke? Soll nun einer namens der CDU hingehen oder nicht? (*Fricke:* Wer ist Präsident des Bundesrates? – *Zuruf:* Kiesinger!)

Kraske: Ich bin der Meinung, daß wir einen sehr höflichen und formellen Brief – gegen den keiner einen Vorwurf erheben kann – schreiben, aber nicht hingehen sollen und zwar aus folgendem Grund: Die ganze Politik der SPD seit vier Jahren bezieht sich auf eine Gemeinsamkeit mit uns. Sie sagen, sie seien ganz dicht bei der CDU. Deshalb sei es auch ganz gleich, wer wen wähle. Man muß sich die Wirkung ausdenken, wenn im Fernsehen die Kamera auf Wehner, Ollenhauer, Brandt und dann auf einen offiziellen Vertreter der CDU hinweist. Die Reaktion in der Öffentlichkeit wird dann so sein: Die verstehen sich so gut, daß sie sich gegenseitig begrüßen und einander besuchen; es gibt also gar keine wesentlichen Unterschiede mehr zwischen ihnen. – Deshalb würde ich es schriftlich und nicht persönlich machen.

Von Brentano: Ich möchte Herrn Kraske widersprechen. Es gibt gewisse Usancen einfach der Höflichkeit, die eingehalten werden müssen. Es ist hier eine offizielle Kundgebung zum 100. Jahrestag der Gründung einer großen politischen Partei. Sie lädt uns ein. Nun können wir doch nicht alle sagen, daß wir an diesem Tage etwas anderes vorhaben. Es sollte also die Partei offiziell vertreten sein bei dieser Kundgebung, wo ja keine Reden gehalten werden. Ich meine, Herr Krone oder Herr Dufhues sollten hingehen und dort die Partei repräsentieren. So viel – ich möchte beinahe sagen – Anstand im politischen Leben sollten wir in einer solchen Situation zeigen. Wir sollten also nicht nur einen Abschiedsbrief schreiben.

Krone: Ich würde dem zustimmen, wenn sicher wäre, daß es ein solcher Akt ist. Aber es ist ein Mißbrauch, diesen Festakt acht Tage vor die Wahl zu legen. Und die Kronzeugen, die hier – auch von Herrn Ollenhauer – beschworen worden sind, sind Marx und Engels. Deshalb meine ich, es sollte der Parteivorsitzende Konrad Adenauer einen Brief an die Sozialdemokratische Partei schreiben. Mehr nicht. Das entspräche auch dem Sinn unserer heutigen Sitzung. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Daß Herr Ollenhauer Marx und Engels beschwört, halte ich für sehr gut.

Krüger: Es besteht trotzdem die Möglichkeit, daß dem Vertreter die Gelegenheit gegeben wird, unsere Glückwünsche zu überbringen. Wenn das im Fernsehen gebracht wird ... (*Von Brentano:* Das kann man doch vorher klarstellen. Die FDP geht bestimmt hin.)

Adenauer: Die FDP ist in Hannover in Koalition mit der SPD. Das würde mich nicht stören. Also, Herr Fricke, es hängt wirklich sehr eng zusammen dort mit dem Wahlkampf.

Fricke: Die FDP kann es nicht wagen, von der Veranstaltung wegzubleiben, weil sie in der Koalition dort ist. Ich empfinde es als einen Fauxpas, daß man diese Feier nach Hannover legt. (*Adenauer:* Das kann ich ihnen doch nicht übelnehmen!)

Röder: Mir lag daran, uns darüber zu einigen, ob und wer nun dort hingeht. Ich halte es nicht für ein Zeichen von Schwäche für eine Partei, wenn sie bei einem solchen Anlaß – auch wenn es nicht unsere Freunde sind – in die Erscheinung tritt. Ich halte es im Gegenteil für ein Zeichen von Stärke, wenn wir dort einen Mann auftreten lassen, der durchaus die Höflichkeit wahrt, damit die Öffentlichkeit nicht sagen kann, wir wären zu bang, dort hinzugehen.

Adenauer: Ich gäbe Ihnen recht, wenn nicht gerade dort Wahlkampf wäre. Wir können ja mal nachsehen, ob wirklich 100 Jahre an diesem Tag vorüber sind. Gestern hat Herr Wehner im Bundestag auch ganz falsch zitiert.⁵⁴ Auch hier macht man augenscheinlich eine Demonstration für die Wahl. Ich meine, man sollte sich damit begnügen, wenn die Partei eingeladen wird, einen höflichen Brief zu schreiben. (*Johren:* Aber nicht einen Brief, den sie nachher bekanntgeben!) Einen Glückwunsch kann man so abfassen, daß damit nicht viel zu machen ist. (*Johren:* Herr Dufhues sollte hingehen! – *Etzel:* Wir erreichen mehr Negatives, wenn wir nicht hingehen!) Herr Dufhues! Wollen Sie hingehen? (*Dufhues:* Wenn es möglich ist, möchte ich nicht hingehen!) Also er geht hin, wenn die Partei eingeladen wird. (*Heiterkeit.* – *Dufhues:* Bisher ist sie nicht eingeladen worden!)

Dufhues: Ich habe Ihnen noch folgendes vorzutragen: Der Bundesvorstand hat den Bundeskulturausschuß neu berufen. Der Bundeskulturausschuß hat Dr. Hofmann⁵⁵, Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Nach dem Statut bedarf diese Wahl der Bestätigung durch den Bundesparteivorstand. Ich bitte Sie, diese Bestätigung zu erteilen.

Adenauer: Das ist geschehen. Ich danke Ihnen für die Mitarbeit und darf die Sitzung schließen.

⁵⁴ Wehner am 25. April 1963 im Bundestag in der Debatte über den Deutsch-Französischen Vertrag. Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 3424–3434.

⁵⁵ Dr. Josef Hofmann (1897–1973), 1946–1968 MdL NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 494 Anm. 3.

11

Bonn, Dienstag 9. Juli 1963

Sprecher: Adenauer, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dichtel, Dufhues, Etzel, Fay, Gurk, Katzer, Kraske, Krone, Lemmer, Scheufelen, Schmidt, Seebohm, Stoltenberg, [Strauß], Süsterhenn, Varelmann.

Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Bericht über die innere Verfassung der Partei (Landesvorsitzendenkonferenz am 8. Juli 1963). Verschiedenes.

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: gegen 19.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zunächst danke ich Ihnen, daß Sie gekommen sind. Ich ersehe daraus, daß die Verhältnisse in der CDU doch noch besser sind, als zwischen Moskau und Peking, von wo gerade gemeldet wird, daß plötzlich eine abrupte Unterbrechung eingetreten ist, von der man nicht weiß, ob sie in eine dauernde Trennung übergeht oder nicht.¹

Es liegen zahlreiche Entschuldigungen vor. (*Die Namen der Entschuldigten werden verlesen.*) Soeben kommt noch ein Telegramm, daß Herr Altmeier verhindert ist zu kommen, da er an einer Tagung des Landtages von Rheinland-Pfalz teilnehmen müsse. Herr Kiesinger hat mir einen ausführlichen Brief geschrieben; er weiß, worum es sich handelt. Er hat sich damit entschuldigt, daß heute und morgen vormittag die Regierung des Kantons Genf aufgrund einer schon seit langem getroffenen Verabredung bei der Regierung des Landes Baden-Württemberg zu Gast ist.² Er schließt damit, daß er sagt, er sei jeder Zeit bereit, zu vermitteln.

Ich sehe gerade Herrn Katzer, den neu gewählten Vorsitzenden der Sozialausschüsse.³ Wir alle wünschen ihm Glück und viel Erfolg. (*Beifall.*) Darf ich ein Wort hinzufügen: Es ist sehr erwünscht, wenn in der Fraktion der CDU/CSU nun der Arbeitnehmerflügel – verzeihen Sie, wenn ich diesen Ausdruck gebrauche, er ist nicht böse gemeint – stärker als bisher in Erscheinung tritt. Wir haben, wie Sie alle wissen, bei der Bundestagswahl einen erheblichen Prozentsatz der Arbeitnehmerstimmen nötig. Die Zahl der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der

1 Am 6./7. Juli 1963 fanden in Moskau sowjetisch-chinesische Verhandlungen über ideologische Auseinandersetzungen statt (FAZ vom 8. Juli 1963 „Auseinandersetzungen in strenger Klausur“).

2 Brief vom 8. Juli 1963 (Entwurf in ACDP I-226-079).

3 Katzer war am 6. Juli 1963 gewählt worden (FAZ vom 8. Juli 1963 „Katzer neuer Vorsitzender der Sozialausschüsse“).

Bundesrepublik schwankt zwischen 22 und 23 Millionen Menschen. Sie sehen schon aus dieser imponierenden Ziffer, welche Bedeutung die Arbeitnehmer im weitesten Sinne des Wortes auch für den Ausgang der Wahlen haben. Es ist sehr zu begrüßen, wenn die verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sich jetzt – hoffentlich alle – in den Sozialausschüssen zusammenfinden. (Katzer: Alle!) Ein großer Fortschritt! Ich glaube bestimmt, daß sie dadurch einmal den Arbeitnehmerinteressen in der Fraktion – und damit im Bundestag – größeren Einfluß verschaffen und daß dadurch zweitens unsere Partei auch nach außen hin als Partei erscheint, in der für die Arbeitnehmer ein Zuhause ist. Darauf legen wir nicht nur aus Wahlgründen, sondern aus ganz allgemeinen politischen und sozialen Gründen sehr großen Wert. (Beifall.)

VERHÄLTNIS ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hielten es für notwendig, vor der Sitzung des Bundesrates zusammenzukommen, die am Freitag dieser Woche stattfindet⁴, weil wir noch die Hoffnung hegten, daß es möglich sein würde, den Zwist, der zwischen der Fraktion der CDU/CSU im Bundestag und dem Bundesrat besteht, aus der Welt zu schaffen.

Eine Partei, die in ihren innersten Gremien offenbar uneins ist, verliert außerordentlich viel. Für eine Partei ist es naturgemäß außerordentlich schädlich, wenn sie in einer so wichtigen Frage wie dieser hier nicht geschlossen erscheint. Das ist bei uns nun leider nicht der Fall.

Der Tatbestand ist an sich klar; er ist aber durch die Gesetzgebung und alles, was geschehen ist, ziemlich verwickelt. Ich will versuchen, ihn in möglichst einfacher Weise und ohne viel Ziffern darzulegen.

Die Bundesregierung hatte dem Bundestag den Haushaltsplan für das Jahr 1963 vorgelegt. Darin war eine Steigerung des Prozentsatzes der Beteiligung des Bundes an der Einkommensteuer und den damit zusammenhängenden Steuern vorgesehen. Der Bundestag hat den Haushaltsplan, wie ich glaube, sehr sorgfältig und sehr gewissenhaft durchgearbeitet. Die Regierungskoalition – die Opposition nicht; die Sozialdemokraten waren geschlossen für die Ablehnung des gesamten Haushaltsplanes – ist zu dem Ergebnis gekommen, daß der Bund an diesen Steuern, von denen ich eben sprach, für 1963 mit 40,5 % und für 1964 mit 41,5 % beteiligt werden müsse. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann der Satz der Beteiligung des Bundes –

4 In der 260. Sitzung des Bundesrates am 12. Juli 1963 wurde das Steuerneuverteilungsgesetz einstimmig abgelehnt (BR Sten.Ber. 4. WP S. 143–145). Vgl. auch Wolfgang RENZSCH: Finanzverfassung und Finanzausgleich. Die Auseinandersetzungen um ihre politische Gestaltung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Währungsreform und deutscher Vereinigung (1948 bis 1990). Bonn 1991 S. 177–179.

und damit auch der Länder – an diesen Steuern nicht Jahr für Jahr, sondern nur alle zwei Jahre geändert werden.

Dieser Gegensatz, der sich nun aufgetan hat, ist deswegen von so außerordentlich großer Bedeutung, weil er das Jahr 1964 und damit auch das Jahr 1965 berührt. Sie wissen, daß im Herbst 1965 die Bundestagswahlen sind. Sie wissen auch, daß die gesetzgeberische Arbeit unserer Fraktion und der Bundesregierung des Jahres 1964 von besonderer Bedeutung für das Ergebnis der Bundestagswahlen ist.

Der Bundesrat hat den Vermittlungsausschuß angerufen. Der Vermittlungsausschuß hat vorgeschlagen, die Haushaltsansätze um 912 Millionen DM zu kürzen und den Bundesanteil ab 1. Januar 1963 von 35 auf 38 % zu erhöhen. Die Kürzung um 912 Millionen DM ist keine richtige Kürzung. Sie schließt in sich, daß das Defizit des Jahres 1962 nicht, wie wir und der Bundestag es gewünscht haben, getilgt, sondern auf das kommende Jahr verschoben wird; das waren 400 Millionen DM. Ferner hat der Vermittlungsausschuß an der Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene 25 Millionen DM gestrichen, an der Einrichtungshilfe für Sowjetzonenflüchtlinge 10 Millionen DM, an den Stationierungskosten 100 Millionen DM, an den Personalausgaben 47 Millionen DM sowie an den Bauausgaben 50 %. Die letzte Kürzung wurde damit begründet, daß wegen des langen Winters der vorgesehene Betrag doch nicht verbaut werden könne.

Die Bundesregierung hat sich mit der Streichung und mit der Verschiebung der Tilgung des Defizits vom vergangenen Jahr auf das nächste Jahr abgefunden und sich bereit erklärt, insoweit den Vorschlag des Vermittlungsausschusses anzunehmen. Dagegen glaubten sowohl unsere Fraktion im Bundestag wie die Bundesregierung, sich nicht damit abfinden zu können, daß der vom Vermittlungsausschuß nunmehr vorgeschlagene Satz – nämlich 38 % statt bisher 35 % – auch für das Jahr 1964 gelten solle.

Das letzte ist das Entscheidende in der ganzen Angelegenheit. Denn wenn die geringere Erhöhung auch für das nächste Jahr Platz greifen würde, dann würden wir im Jahr 1964 auf dem Gebiet der Landwirtschaft nicht mehr tun können als bisher; und wir müssen für die Landwirtschaft mehr tun, meine Freunde, weil ein großer Teil der Landwirtschaft – ich will nicht behaupten, alle Landwirte, aber ein großer Teil – wirklich schlecht dasteht und weil wegen der Situation in der EWG eventuell eine Senkung des Getreidepreises eintreten muß.⁵ Wir würden weiter nicht das Geld

5 Debatte in der 81. Sitzung des Bundestages am 26. Juni 1963 über einen „Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates der EWG betreffend gewisse Maßnahmen, welche die Mitgliedstaaten für das Getreidewirtschaftsjahr 1963/64 und die folgenden Wirtschaftsjahre auf dem Gebiet der Preise anwenden müssen“ (Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 3923–3938). Bei den deutsch-französischen Gesprächen am 4. und 5. Juli 1963 war die Agrarpolitik, vor allem die Getreidepreisanpassung, eines der Hauptthemen (AdG 1963 S. 10678 f.; „Bonner Rundschau“ vom 6. Juli 1963 „Getreidepreis macht Kopfschmerzen“). Vgl. auch AAPD 1963 S. 713–717, S. 719–725; von der GROEBEN S. 218.

haben, um die Bundeswehr entsprechend unseren Verpflichtungen im Jahre 1964 weiter auszubauen. Wir würden das ganze Sozialpaket, das ab 1. Januar 1964 in Kraft treten soll, ad acta legen müssen. Kurz und gut, wir würden in die Bundestagswahlen hineingehen, ohne notwendige Ausgaben für das Sozialpaket, die Landwirtschaft und andere dringend notwendige Angelegenheiten machen zu können. Wir würden also gerade die Wähler, auf die wir, um die Bundestagswahl 1965 zu gewinnen, absolut angewiesen sind, einfach vor den Kopf stoßen.

Die Sache ist im Bundesrat durch die Abstimmung von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz herbeigeführt worden. Wir haben also das etwas eigenartige Schauspiel, daß im Bundestag CDU und CSU geschlossen für das eintreten, worauf sie sich mit der Bundesregierung geeinigt haben, während die Sozialdemokraten im Bundestag dagegen auftreten, und im Bundesrat stimmt die Mehrheit mit den Sozialdemokraten gegen die Fraktion und gegen die Bundesregierung. Von allem anderen abgesehen, ist es für eine Partei ungefähr das schlechteste, was sein kann, wenn sie nach außen derartig voll von Gegensätzen erscheint, wie das danach wenigstens aussieht.

Die Gründe, warum die Herren von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz von ihrer Haltung nicht abgehen wollen, sind etwas schwer verständlich. Ich will nicht Öl ins Feuer gießen, sondern ich möchte hier so sprechen, daß ich sachlich bleibe und niemand verletze.

Meine Freunde, wir müssen uns darüber klar sein, daß ein derartiges Verhalten unsere Partei schädigt. Ich finde es auch nicht korrekt, wenn sich die Betreffenden, die dafür verantwortlich sind, einer Aussprache hier im Parteivorstand entziehen. Wo kommen wir hin, wenn in wichtigen Angelegenheiten, wo man vielleicht verschiedener Meinung sein kann, diejenigen, die anderer Meinung sind als das Gros der Partei, sich einfach der Aussprache mit dem Gros der Partei entziehen! Ich hatte gehofft und gewünscht, daß festere Bande in unserer Partei im Laufe dieser langen Jahre geschlossen worden seien, als daß man wegen einer solchen Frage überhaupt wegbleibt und dafür nicht zu sprechen ist.

Wir müssen daraus schließen, daß am Freitag Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen so stimmen wie bisher und daß dann der Bundesrat mit den Stimmen der sozialdemokratisch regierten Länder und den Stimmen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen unsere Vorschläge, die Vorschläge des Bundestages – das bitte ich zu beachten – einfach über Bord wirft. Dann kann noch einmal der Vermittlungsausschuß angerufen werden. Es hat aber erst Zweck, ihn einzuberufen, wenn die Ferien einigermaßen vorbei sind; Sie sehen ja, wie viele heute hier fehlen. Der Vermittlungsausschuß wird vom Bundestag und eventuell noch einmal von der Bundesregierung angerufen werden; auch die Bundesregierung hat das Recht, den Vermittlungsausschuß anzurufen.

Nun stellen Sie sich bitte einmal im Geiste dieses Schauspiel vor: Wir kämpfen um den Haushaltsplan, das Sozialpaket, die Landwirtschaft, um alle die 1964 notwendigen Sachen. Die Partei, die doch wohl in der Bundestagsfraktion ihre vornehmste Vertretung sehen muß, ist derselben Ansicht wie die Bundesregierung, und einige Herren

aus dem Bundesrat sind anderer Ansicht. Alle waren im Bundesrat nicht dieser entgegengesetzten Meinung. So hat z. B. Bayern in seinen Haushaltsplan von vornherein höhere für den Bund bestimmte Beträge eingesetzt, auch Baden-Württemberg und – soviel ich weiß – sogar Hessen! (Fay: Die Hessen waren die ersten unter Betonung ihrer Bundesfreundschaft!)

Das Ganze ist ein sehr trauriges Schauspiel! Es handelt sich nicht nur um das Geld, es handelt sich auch um die Einigkeit in unserer Partei und die Geschlossenheit unserer Partei. Es handelt sich darum, wie diese Partei sich nach außen darstellt; das ist von entscheidender Bedeutung.

Es hat nun keinen Zweck, daß wir lange über die Angelegenheit sprechen, denn die Gegenpartei ist ja nicht da. Leider Gottes sind das Leute von uns. Sie helfen also der Sozialdemokratie, anders tun sie nichts; sie helfen der Sozialdemokratie gegen uns. Wir müssen abwarten und sehen, wann der Zeitpunkt gekommen ist, um mit den Herren in Ruhe ein Gespräch haben zu können. Die Herren lassen sich nicht nur hier nicht sprechen, auch von mir nicht. Ich habe neulich mit List und Tücke erreicht, daß ich Herrn Altmeier zu einer Besprechung bekommen habe.⁶ Ich will Ihnen nachher erzählen, wie das gewesen ist. (Süsterhenn: Ich weiß sogar, was Sie getrunken haben!) Nein, nein, so war das nicht. Ich habe mich an Frau Altmeier gewandt und habe ihr gesagt, ihr Mann sei leider nicht zu erreichen. Er war in Mainz und wurde verleugnet. Ich habe gesagt, ich könnte ihn nicht erreichen und bäte deswegen, ihm doch mitzuteilen, daß er zu der Besprechung kommen möge, die wir vorgesehen hätten, und daß sie dafür sorgen möchte, daß er käme, und er kam! Ob das gleiche Rezept in Nordrhein-Westfalen auch geht, weiß ich nicht. Man kann es ja nicht so oft anwenden.

So ist die Situation. Wir können nur hoffen, daß die Presse nicht so viel Spektakel macht, weil alles das unsere Partei schädigt.

Ich will gar nicht auf andere Sachen eingehen; aber glauben Sie mir doch das eine, der ich gerade die Wahl des Jahres 1965, die ich für von so entscheidender Bedeutung halte, sehr sorgfältig in ihren Anfängen beobachte. Wichtig ist der gute Ruf einer Partei. Dazu gehört auch die Geschlossenheit einer Partei; sie ist ein Teil ihres guten Rufes. Wähler, die unentschlossen sind, welcher Partei sie demnächst ihre Stimme geben sollen, lassen sich von Schwankungen und Mißhelligkeiten in einer Partei negativ beeinflussen.

Meine Parteifreunde, diese Wahl von 1965 ist von ganz besonderer Bedeutung. Glauben Sie mir, das ist nicht eine Gewohnheit, daß man immer sagt: Die nächste Wahl ist von besonderer Bedeutung. Diese Wahl ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil aufgrund der seit 1953 zunehmenden Wählerzahl der Sozialdemokratie – zusammen mit dem Godesberger Programm, das sie in den Augen vieler, die nicht

6 Besprechung mit den CDU/CSU-Ministerpräsidenten am 20. Juni 1963 (TERMINKALENDER). Vgl. dpa vom 20. Juni 1963 „Steuerstreit im Palais Schaumburg“; „Bonner Rundschau“ vom 21. Juni 1963 „Länderchefs bleiben unnachgiebig“.

genauer zusehen, als bürgerlich erscheinen läßt – ihre Aussichten gestiegen sind. Die Sozialdemokratie, die seit 1949 – also im Jahre 1965 dann 16 Jahre – in der Opposition ist, setzt natürlich auch alles daran, um in dieser Wahl zu obsiegen. Beachten Sie bitte weiter, daß uns nicht wie in den ersten Bundestagswahlen unsere Parole, die wir von 1949 an aufgestellt haben, helfen kann: Fester Anschluß an den Westen; denn die Sozialdemokraten sind amerikanischer als die Amerikaner. Da ist nichts mehr zu wollen. Alle diese Sachen sind weggewischt und vergessen. Das ist doch ein langer, langer und harter Kampf mit den Sozialdemokraten gewesen, in dem wir die jetzige Politik zum Siege gebracht haben.

Nun möchte ich über eine sozialdemokratische Regierung nach dem Jahre 1965 folgendes sagen: Derjenige irrt, der glaubt, daß die Herren der Sozialdemokratie, die in der ersten Reihe sitzen, diejenigen seien, die die Politik der sozialdemokratischen Fraktion führen würden. Der Herr Möller ist den Herren von Baden-Württemberg bekannt. Herrn Carlo Schmid kennen wir alle. Herrn Deist kennen wir auch. Herrn Erler – er ist ein sehr patriotischer, ja militärfrommer Mann geworden – kennen wir ebenfalls. Aber diejenigen, die die Partei steuern werden, das sind andere: das sind Männer wie Brenner und ein kleiner Kreis um Brenner herum. Mir hat in der allerletzten Zeit jemand, der die Verhältnisse ausgezeichnet kennt – ich kann Ihnen leider den Namen nicht nennen, er ist aber ein sehr beobachtender und kluger Mann –, gesagt, das sei ein Kreis von Marxisten reinsten Wassers. Ich möchte den Ausdruck gebrauchen, weil er alles besagt.

Wir werden mit der Gefahr rechnen müssen, daß auch eine andere Außenpolitik – vor und nach, das wird nicht mit einem Schlag kommen – eintreten wird. Vor allem aber – das bitte ich nun wirklich nicht der Öffentlichkeit zu sagen – bitte ich jeden von Ihnen, für sich allein sich einmal die Frage zu stellen und zu beantworten, ob unsere Partei geeignet ist, als Oppositionspartei eine lange Lebensdauer zu haben. (*Zurufe.*) Ich sage weder ja noch nein, sondern meine Bitte an Sie: Jeder von Ihnen möchte sich diese Frage einmal vorlegen und in aller Ruhe mit sich darüber zu Rate gehen, was er davon hält. – Damit möchte ich dieses Thema verlassen.

Ich möchte nur noch ein Wort dazu sagen, was unsere Partei als Opposition sein würde. Daß eine sozialdemokratische führende Partei ganz anders als wir mit den Menschen umgehen würde, die nicht ihres Glaubens sind, das wissen Sie wohl alle. Und was die Demokraten für eine Seele haben, das weiß ich nicht. (*Zuruf:* Keine!) Man kann auch eine schlechte Seele haben; ich will gar nicht sagen, die haben keine Seele. (*Erneuter Zuruf.*) Nein, nein! Wer immer mit der stärksten Partei geht, das ist ein ganz besonderer Charakter; mehr will ich gar nicht sagen. Und wer laut verkündet, er ginge immer mit der stärksten Partei ... (*von Brentano:* Ist besonders dumm!) Nein, nein, nicht besonders dumm. Das können Sie nicht sagen. Sie können höchstens sagen, der ist besonders schamlos. Glauben Sie mir, es gibt Schichten in der Wählerschaft, denen es gefällt, immer mit der stärksten Partei zu gehen. Wir wissen das doch von uns, wir haben doch auch solche Mitläufer gehabt. Es gibt Leute, für die es attraktiv ist, zu sagen, dann sind wir auf alle Fälle dabei; wenn die CDU/CSU die größte Partei

ist, sind wir bei der Regierung, und wenn die Sozialdemokratie die größte Partei ist, sind wir auch bei der Regierung. Also das ist von den Demokraten nicht etwa aus purer Dummheit gesagt, sondern das ist mit ganz gerissener Berechnung ausgesagt worden. Andersherum ausgedrückt: Wenn du bei der Regierung sein willst, mußt du uns wählen. Das ist der Kern der ganzen Angelegenheit. Darin liegt die Gefahr für uns; darüber müssen wir uns klar sein.

Wollte Gott, wir bekämen es noch einmal fertig, daß wir eine Regierung ohne die Demokraten bilden könnten. Ich bin derjenige gewesen, der von 1949 an – damals war es Zwang, ich habe es aber auch aus innerer Überzeugung getan – dafür eingetreten ist, mit den Demokraten zusammenzugehen. Aber zwischen der demokratischen Partei von heute und der von 1949 bestehen Unterschiede, die Sie überhaupt nicht ermessen können. Ich brauche nur an Herrn Heuss, an Reinhold Maier, an Blücher zu erinnern; das sind doch ganz andere Leute gewesen als die, die jetzt in dieser Partei nach oben gekommen sind. (*Dichtel*: Sie meinen den gewandelten Maier!) Den gewandelten Maier. Ich hatte einmal mit Reinhold Maier ein Gespräch gehabt, bei dem er mir ganz offen gesagt hat: Mit der Fraktion in Bonn habe ich überhaupt keine Verbindung mehr. (*Dichtel*: Aber erst später!) Ich freue mich, wenn ein Sünder das erkennt; wir müssen da christlich und barmherzig sein und ihm vergeben, wenn er nachher zum Richtigen kommt.

Ich habe über die Wahl des Jahres 1965 etwas länger gesprochen, und zwar wegen ihrer ganz außerordentlich großen Bedeutung. Eigentlich hätten sich das die Herren, von denen ich soeben gesprochen habe, auch sagen müssen. Nehmen Sie z. B. Nordrhein-Westfalen! Nordrhein-Westfalen hat 1966 Landtagswahl. Wenn die Bundestagswahlen im Jahre 1965 für uns verlorengehen, wird die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1966 niemals gewonnen werden können; das wäre ausgeschlossen. Wenn also auf Landesebene einer ein Interesse daran hat, der Gesamtpartei zu helfen, dann müßte das an sich Nordrhein-Westfalen sein. Hier sind ja eine Reihe von Herren aus Nordrhein-Westfalen; ich gehöre auch dazu. Herr Dufhues ist ja der Vorsitzende von Westfalen. (*Dufhues*: Westfalen ist nur der Minderheitspartner!) Der Juniorpartner von beiden! (*Dufhues*: Mein Ruf in Nordrhein-Westfalen ist sehr schlecht geworden! – *Schmidt*: Das geht immer so, wenn man auf die Bundesebene kommt!) Das wollen wir nicht gehört haben! Aber recht haben die beiden Herren.

Ob wir heute Beschlüsse fassen, wird die Debatte ergeben. Herr Dufhues wird – einer Anregung des Herrn Meyers folgend – einmal feststellen, welche Länderaufgaben der Bund übernommen hat. Dabei möchte ich nur eines sagen: Wir haben Dinge, die ausschließlich dem Bund zustehen, und solche, die von Bund und Ländern gemacht werden sollen. Zu den letzteren gehören auch die Kriegsfolgelasten. Ich habe bisher nicht gehört, daß Nordrhein-Westfalen sich darum bemüht hat, in Zukunft die Kriegsfolgelasten in seinem Land zu übernehmen. (*Schmidt*: Die Kriegsfolgelasten gehören uns!) Nein, nein! Haben wir keine Verfassung hier? Sehen Sie doch bitte mal nach!

Etzl: Es hat ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegeben, in dem entschie-

den wurde, daß die Kriegsfolgelasten Lasten des Bundes sind.⁷ Wir sind bis heute mit den Ländern noch nicht einig, wie das Verhältnis Bund/Länder ausgekocht werden soll; das ist offengeblieben.

Adenauer: Artikel 74, Herr Etzel: „Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: Kriegsschäden und Wiedergutmachung“⁸! Das steht doch da. (*Schmidt:* Das ist die konkurrierende Gesetzgebung, aber nicht das Lastenverhältnis!) Bisher hat sich noch kein Land gemeldet und gesagt: Wir wollen das übernehmen. Ich führe das nur als Beweis für die Einseitigkeit an. (*Etzel:* Herr Bundeskanzler, Artikel 122⁹!) Ich sehe Herrn Strauß und wünsche ihm von Herzen Glück. Ich freue mich, daß er trotz des heißen Kampfes¹⁰ noch sehr wohlgenut aussieht. (*Beifall.*)

Dufhues: Ich darf mit einigen Gesichtspunkten die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers unterstreichen, insbesondere soweit sie sich mit den Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern allgemein – nicht nur dem jetzigen Finanzstreit – befassen, die sich immer nachteilig für uns auswirken werden. Es ist richtig, wenn gelegentlich gesagt wird, es interessiere unsere Wähler nicht, ob der Bundesanteil 35 % oder 40 % betrage; naturgemäß verstehen das nur die Eingeweihten. Es wird aber verhängnisvoll, wenn die Bundestagsfraktion oder die Bundesregierung erklären muß, daß wichtigste Aufgaben der Bundespolitik – etwa im Bereich der Kriegsopferversorgung oder in sonstigen Bereichen – nicht erfüllt werden können, weil Bund und Länder sich nicht einigen.

Wir sollten nicht nur an die Bundestagswahlen des Jahres 1965 denken, sondern in unsere Überlegungen bereits sehr ernsthaft die Vorbereitung der Landtagswahlen in Baden-Württemberg einbeziehen, die die letzten großen Landtagswahlen vor den nächsten Bundestagswahlen sein werden.¹¹ Der Trend nach oben oder unten wird auch durch das Ergebnis dieser Wahlen mitbestimmt werden; der Erfolg zieht den Erfolg, der Mißerfolg gewöhnlich den Mißerfolg nach sich. Deswegen haben wir auch bundespolitisch gesehen jedes Interesse daran, die Wahlen in Baden-Württemberg zu einem Erfolg werden zu lassen.

Den Streit um den Bundesanteil an den Ertragsteuern in den Jahren 1963, 1964 oder gar 1965 sollten wir im Zusammenhang mit den jahrelangen Meinungsverschiedenheiten sehen, die zwischen Bund und Ländern auf vielen Gebieten bestehen, nicht

7 Urteil des BVerfG vom 24. Juli 1962 (2 BvL, 16/61) – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 14 S. 221–244, hier S. 233–236.

8 GG Art. 74 Abs. 9.

9 Etzel meint wohl GG Art. 120 Abs. 1: „Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung eines Bundesgesetzes und die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge.“

10 Hinweis auf Auseinandersetzungen innerhalb der CSU um die außenpolitische Linie. Strauß wurde dabei als Vertreter der „Gaullisten“ heftig attackiert. Vgl. Alf MINTZEL: Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977 S. 381 f.

11 Am 26. April 1964 (vgl. Nr. 16 Anm. 18).

zuletzt in den Bereichen der Kulturpolitik, der Wissenschaft und Forschung. Hier haben wir immer wieder aus den Ländern die Kritik gehört – auch aus Ländern, die durchaus ihre Verpflichtungen gegenüber dem Bund einzuhalten gewillt sind, wie Bayern, Baden-Württemberg und andere –, daß die Zuordnung umstrittener Aufgaben in den skizzierten Bereichen nicht dem Grundgesetz entspreche bzw. nicht den mehr oder weniger stark entwickelten föderalistischen Auffassungen gerecht würde. Es ist hier schon die in Aussicht genommene Klarstellung der Frage erwähnt worden, inwieweit der Bund Aufgaben übernommen hat, die an sich Länderaufgaben seien, und umgekehrt. Herr Bundeskanzler, Sie haben in der Sitzung des Präsidiums¹² erklärt, daß Sie bereit seien, darauf hinzuwirken, daß die notwendigen Auskünfte gegeben werden. Damit ließe sich eine Basis für eine Bereinigung dieser ewigen Querelen zwischen Bund und Ländern finden.

Die Bundespartei kann sich darum nicht der Aufgabe entziehen, einmal systematisch die umstrittenen Bereiche – Wissenschaft und Forschung – zu untersuchen und Vorschläge auf der Grundlage des Grundgesetzes zu erarbeiten, allerdings – wie ich glaube – auch unter dem Gesichtspunkt der Sachgerechtigkeit und der Erkenntnis, daß Aufgaben von der Bedeutung, wie sie im Bereich von Wissenschaft und Forschung durch die moderne Entwicklung gestellt sind, einfach nicht mehr allein von den Ländern, sondern nur einheitlich vom Bund gelöst werden können. Es sollen also Vorschläge ausgearbeitet werden, die eine Basis für die Überlegungen der Bundespartei darstellen, die dann mit hinreichender Autorität bemüht sein sollte, das Ergebnis dieser Untersuchungen zur gemeinsamen Auffassung von Bund und Ländern zu machen.

Deshalb die Überlegungen, die zwischen vielen Freunden angestellt worden sind – auch zwischen mir und den verschiedenen Freunden in den Ländern, den Herren Kiesinger, Goppel¹³, Meyers und anderen –, man möge endlich an diese Aufgabe herangehen, auf der Grundlage des Grundgesetzes sich um eine sachgemäße Zuweisung der Aufgaben an Bund, Länder und andere Einrichtungen bemühen. Dazu haben wir um so mehr Veranlassung, als die Ministerpräsidenten in Saarbrücken Beschlüsse gefaßt haben¹⁴, die von erheblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung sein können. Diese Beschlüsse von Saarbrücken bringen, wenn sie einmal Verfassungsrealität werden, neben der Zuständigkeit des Bundes und der Zuständigkeit des einzelnen Landes eine weitere Kompetenz für die Gemeinsamkeit der Länder.

12 Sitzung des Präsidiums der CDU am 21. Juni 1963. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

13 Dr. Alfons Goppel (1905–1991), Mitgründer der CSU, 1954–1978 MdL Bayern, 1958–1962 Innenminister, 1962–1978 Ministerpräsident, 1979–1984 MdEP. – Ludwig HUBER (Hg.): Bayern, Deutschland, Europa. Festschrift Alfons Goppel. Passau 1975; Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Bayern im Wandel. Alfons Goppel – 15 Jahre Ministerpräsident (Politische Studien Sonderheft 1977/4). München 1977; Stefanie SIEBERS-GFALLER: Von Utopia nach Europa: Alfons Goppel – Biographische Notizen (Hg. Hanns-Seidel-Stiftung). München 1996.

14 Vom 10. bis 12. Juni 1963 (dpa vom 11. bis 13. Juni 1963; ACDP I-226-466).

Zum zweiten haben die Regierungschefs beschlossen, eine Kommission zu bilden, die aus den Regierungschefs der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein bestehen soll und die auf der Grundlage der Überlegungen, die die Herren Ministerpräsidenten angestellt haben, Vorschläge erarbeiten soll, welche die Grundlage für Verhandlungen zwischen Bund und Länder sein sollen, um zu einer Aufteilung der Aufgaben, aber auch zu einer Entzerrung und Beseitigung der Schwierigkeiten zu kommen, die zwischen Bund und Ländern in der Haushaltsgebarung bestehen.

Wenn wir die Initiative ausschließlich den Ministerialräten der Staatskanzleien dieser Länder überlassen, werden wir als Partei mit unserer politischen Auffassung nicht zum Zuge kommen. Deshalb liegt mir sehr daran, daß sich der Bundesvorstand grundsätzlich mit dieser Frage befaßt, und zwar nicht nur im Hinblick auf den Finanzstreit für die Jahre 1963, 1964, 1965; er sollte vielmehr in Überlegungen eintreten, wie diesem elenden Streit, diesen dauernden Auseinandersetzungen endlich abgeholfen werden kann. Da bleibt nach alledem, was im Augenblick zu tun ist, m.E. nur die Möglichkeit, daß sich die Bundespartei um die Einsetzung einer Kommission überzeugender Persönlichkeiten – auch aus den Bereichen von Wissenschaft und Forschung – bemüht, die diesen Auftrag in Angriff nimmt und wohlüberlegte und wohlfundierte, aus der Kenntnis des Bundes und der Länder gewachsene Vorschläge erarbeitet, die dann dem Bundesvorstand unterbreitet werden sollen und die zur Grundlage der politischen Grundhaltung der Christlich-Demokratischen ich hoffe auch der Christlich-Sozialen Union gemacht werden können.

In diesem Rahmen könnte dann auch der Versuch unternommen werden, den Streit um den Bundesanteil an den Ertragsteuern zu bereinigen. Aber das sollte vorwiegend in internen Besprechungen mit den Ministerpräsidenten geschehen. Angesichts der Situation glaube ich nicht, daß diese Dinge besonders eilig sind. Wir sollten aber spätestens im September zu einer Regelung kommen, die nach Möglichkeit die Jahre 1963, 1964 und 1965 umfaßt. Eine Fortsetzung des Streites in der nächsten Zeit – denken Sie an die Wahlen in Baden-Württemberg und an die Bundestagswahlen 1965 – können wir nicht ertragen. Deswegen sollten wir überlegen, ob in meinen Anregungen praktische Vorschläge liegen, die eines Tages zur Realität führen können.

Schmidt: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ich in dieser Sache so ziemlich den schärfsten und härtesten Standpunkt vertrete. Wir waren bei den Besprechungen mit den Ländern ungefähr in der Nähe des Erfolges. An jenem Abend war sogar schon Herr Pütz¹⁵ bereit – vorbehaltlich der Zustimmung seines Ministerpräsidenten –, einem Satz von 40,5 % zuzustimmen; so hätten wir an dem Abend schon eine Mehrheit formulieren können. Aber noch in der Nacht hat sich herausgestellt, daß der Ministerpräsident selber sehr scharf reagierte; er ist dann

15 Joseph Pütz (1903–1982), Mitgründer der CDU in Solingen, 1946–1962 Ratsherr und Fraktionsvorsitzender der CDU in Solingen, 1950–1954 und 1958–1970 MdL NW (CDU), 1960–1966 Finanzminister NW.

hinterher durch den Ministerpräsidenten Altmeier in seiner Haltung noch bestärkt worden. Beide hatten sogar entsprechend dem Antrag der SPD den Standpunkt eingenommen, man sollte es wie bisher bei 35 % belassen. Dadurch blieb den Vertretern der gutwilligen Ländern – wie z. B. Bayern und Baden-Württemberg – gar nicht die Chance, über 38 % hinauszugehen.

Nach meiner Auffassung sind die Dinge bis jetzt gar nicht schlecht gelaufen; wir sollten sie unter uns nicht dramatisieren. Der Haushaltsplan ist inzwischen verkündet. Die andere Sache bleibt im Fluß. Wir kommen näher an die realen Zahlen von 1964 heran und müssen dann unter sehr viel konkreteren Umständen die Dinge noch einmal neu zu behandeln versuchen, vor allem, wenn es uns dann gelungen ist, entsprechend den Vorschlägen von Herrn Dufhues die Fragen etwas stärker vorzubereiten.

Da die beiden angesprochenen Herren, also das, was der Herr Bundeskanzler die „Gegenpartei“ nennt, nicht da sind, möchte ich zweierlei sagen, und zwar selbst auf die Gefahr hin, Herr Bundeskanzler, daß ich mir noch einmal Ihren Zorn zuziehe. Wir sollten die Dinge nicht so dramatisieren, als ob es sich hier um tiefgehende Zwistigkeiten zwischen Bundestagsfraktion und den Ländern oder um Gegensätze innerhalb unserer Partei handele. Was hier geschieht, ist doch ein vollkommen natürlicher und selbstverständlicher Vorgang. Die Landesministerpräsidenten und die Landesminister haben auf ihre Verfassung geschworen, und danach haben sie das Wohl ihres Landes zu mehren, so wie wir auf der Bundesebene das Wohl des Bundes zu mehren haben. Selbstverständlich haben sie das so zu tun, daß sie auch immer den Bund im Auge haben.

Ich meine, wir könnten ihnen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie streng nach den Vorschriften des Gesetzes die Voraussetzungen des Artikel 106 Absatz 4 Grundgesetz¹⁶ nachgewiesen haben möchten und daß sie vom Bund mit guten Argumenten bedient werden möchten. Dazu ist folgendes zu sagen: Da ist auch auf der Seite des Bundes einiges versäumt worden. Die Erfahrungen des Jahres 1962 sind nach der finanzpolitischen Seite hin wirklich nicht erfreulich. Die Länder sind zum Teil mit falschen Gesichtspunkten bedient worden. Ich möchte das als derjenige sagen, der den Standpunkt des Bundes am schärfsten vertreten und der den Ländern nicht im geringsten nachgegeben hat.

Es muß zugegeben werden, daß sich der ganze Haushalt 1962 unter der Hand völlig verschoben hatte und daß die Länder mit ihren Gesichtspunkten recht behielten; zu dem Zeitpunkt, als der Bund die 38 % verlangte, waren die Voraussetzungen schon gar nicht gegeben. Das kann man für 1962 nachweisen. Auch für 1963, Herr Bundeskanzler, haben wir im allerletzten Augenblick das Neuverteilungsgesetz vorgelegt. Die Länder haben eine Reihe von Argumenten gegen den Haushalt vorgebracht, und der Bund hatte, als das Neuverteilungsgesetz zum Zuge kam, die meisten Argumente der

¹⁶ Art. 106 Abs. 4 GG regelt die Voraussetzungen zur Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen dem Bund und den Ländern. Vgl. Nr. 4 Anm. 31.

Länder bereits befolgt. Inzwischen hatte sich durch neue Ausgaben das Bild wieder so verändert, daß nun der Bund wieder recht behielt. Die Länder sagen: Wir fühlen uns nicht korrekt nach den gesetzlichen Grundlagen behandelt, auf denen wir mit dem Bund zusammen existieren. (*Adenauer*: Welche Länder?) Die Länder insgesamt! (*Adenauer*: Nein, das ist nicht wahr!) Die Länder insgesamt, auch die gutwilligen Länder! Auch Männer wie Kiesinger und andere Herren, die uns politisch gefällig sein wollen und uns politisch nachgeben wollen, sind der Meinung, sie seien vom Bund nicht recht bedient worden. Ich persönlich würde darin einige Berechtigung sehen. Wir haben sie zunächst nicht pfleglich behandelt, wir haben sie mit unrichtigen und mit nicht guten Argumenten bedient.

Herr Bundeskanzler, Sie hätten einmal die Auseinandersetzungen in der Nacht im Hause Nordrhein-Westfalen und auch die Auseinandersetzungen im Vermittlungsausschuß erleben müssen. Ich will hier einmal ganz objektiv sein, wenn auch Ministerpräsident Meyers geäußert hat, es müsse unbedingt vermieden werden, daß Dr. Schmidt den Vorsitz im Vermittlungsausschuß führe – so ist mir jedenfalls übermittelt worden. Wenn ich bis zum äußersten objektiv bin, kann ich über diese Auseinandersetzungen nur sagen, daß Herr Pütz als der Sprecher der Länder um ein Vielfaches besser vorbereitet war als irgendeiner auf der Bundesseite; das muß in aller Deutlichkeit gesagt werden. Ich hatte so darum gebeten, daß man uns vorher mit allen Argumenten – hieb- und stichfest durchgerechnet – bedienen möchte. Herr Bundeskanzler, das ist nicht in dem Maße geschehen, wie das notwendig und möglich gewesen wäre.

Das muß man alles sehen. Ich persönlich bin guter Dinge und glaube, daß, wenn wir für 1964 und 1965 konkrete Zahlen aufweisen können, die Länder für die politischen Argumente Verständnis haben werden. So disharmonisch sind die Besprechungen gar nicht gewesen.

Wir sollten einmal darüber nachdenken, wie überhaupt das grundsätzliche Verhalten zwischen Ländern und Bund unter dem Gesichtspunkt unserer Partei als der verbindenden – auch geistigen und weltanschaulichen – Stütze gefördert werden kann. Wir können aber nicht so tun, als ob wir uns in dieser Sache immer auf die geschickteste Weise verhalten und immer mit den besten Argumenten gearbeitet hätten. Das geht nicht. Auch diejenigen, die auf der Länderseite besondere Interessen haben, haben ein Recht darauf, daß von der Bundesseite einmal eine gewisse objektive Atmosphäre für die Verhandlungen eröffnet wird.

Adenauer: Eine sehr merkwürdige Rede, Herr Schmidt! (*Schmidt*: Das weiß ich, daß die Ihnen nicht gefällt!) Das ist gleichgültig, ob sie mir gefällt oder nicht. Die Hauptsache ist, was in der Rede drinsteckt, wie die Rede zu bewerten ist.

Sie sind einer der Hauptführer in der Bundestagsfraktion. Warum sorgen Sie da nicht, daß gespart wird? Warum treten Sie da nicht mal auf? (*Schmidt*: Verzeihen Sie, ich glaube, wenn einer das tut, dann bin ich das! – *Blumenfeld*: Das war nicht das Argument!) Was war dann das Argument? Er hat gesagt, Herr Pütz wäre besser unterrichtet gewesen als die andere Seite. Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich den Haushaltsplan nicht so kenne wie der Finanzminister; ich brauche ihn auch gar nicht

so zu kennen. (*Etzel*: Das hat er doch auch nicht behauptet! Er hat gesagt, auf der Bundesseite wäre man nicht entsprechend gewappnet gewesen!) Er hat wörtlich gesagt: Herr Pütz war am besten unterrichtet und vertraut gewesen. Der Bundesrat hat den Etat des Bundes lange von jeder Seite her durchgekämmt. Das haben elf Länderfinanzminister getan. Ich will Ihnen das Ergebnis vorlesen, was sie bemängelt haben; darauf kommt es schließlich an. Sie haben zu dem Haushaltsplan für 1963 folgendes gesagt: Man könne die Entschädigung an ehemalige Kriegsgefangene um 25 Millionen DM heruntersetzen. Bitte, sagen Sie das mal der Frau Probst¹⁷. Dann haben Sie gesagt, die Einrichtungshilfe für Sowjetzonenflüchtlinge könne man um 30 Millionen heruntersetzen. Ich würde Sie bitten, das öffentlich zu vertreten; da werden Sie mal sehen, was Sie zu hören bekommen. Dann haben Sie gesagt, 300 Millionen DM bei den Bauten; das sind 50 % aller Bauten des Bundes. (*Schmidt*: Ich habe mich mit diesen Sachen gar nicht beschäftigt!) Doch, ich beschäftige mich damit. Sie haben kein einziges sachliches Argument widerlegt. Ich sage Ihnen jetzt einmal, was die Länder zusammen in monatelanger Arbeit an unserem Haushaltsplan zu bemängeln gehabt haben. Das sind diese Sachen. Dann verlangen sie weiter, daß die Deckung des Defizits von 1962 statt 1963 erst 1964 erfolge. (*Schmidt*: Worauf ich gesagt habe, dann sollten sie um ein Prozent erhöhen!) Erlauben Sie, ich habe Sie auch ruhig aussprechen lassen. Ich kann mich sehr beherrschen und kann Sie noch lange sprechen hören. Lassen Sie mich aber wenigstens einmal sagen, was bei der ganzen Durchleuchtung des Haushaltsplans herausgekommen ist; das sind diese Sachen.

Wir haben uns bereit erklärt, das zu akzeptieren, wenn man nur – bitte, verstehen Sie das doch – das Jahr 1964 ungeschoren ließe; denn für das Jahr 1964 liegen die Ausgaben schon da. Das ist das letzte Jahr vor dem Wahljahr 1965. Wenn wir das Sozialpaket nicht fertigbekommen – diese und andere soziale Ausgaben entstehen 1964 –, dann können Sie sich darauf verlassen, daß wir die Wahlen 1965 und Sie die Wahlen in Nordrhein-Westfalen verlieren.

Stoltenberg: Ich möchte etwas zu dem Verfahren sagen. Ich stimme Ihnen zu, daß es keinen Sinn hat, heute bei dieser Besetzung in eine lange Debatte über das Für und Wider einzutreten. Im Grunde sind sämtliche Argumente in unendlichen Besprechungen ausgetauscht. Ich stimme Herrn Dufhues zu, daß es richtig ist, allein schon aus psychologischen Gründen auf den Gedanken des Herrn Meyers einzugehen und ein solches gemeinsames Gremium in der Partei zu benennen, in dem einige Herren der Länderseite und des Bundes sich einmal über diese Aufgabenkategorien unterhalten. Wenn man von dem Kontrahenten etwas will, dann soll man auf seine Vorschläge eingehen.

Ich habe allerdings nicht den Optimismus – ich glaube, diese Auffassung ist wohlbegründet –, daß es möglich sein wird, bis zum September – im September

17 Dr. Maria Probst (1902–1967), 1946–1949 MdL Bayern (CSU), 1949–1967 MdB, Präsidentin der Europäischen Frauen-Union, 1958–1967 MdEP. Ursula MÄNNLE in ZEITGESCHICHTE 7 S. 113–127.

muß die Entscheidung fallen – etwa in der Frage des Aufgabenkatalogs zu Ergebnissen zu kommen. Im Grunde sind diese Dokumente schon Anfang des Jahres ausgetauscht. Wir kommen sofort, wenn wir das tun, in eine Reihe von unerhört schwierigen Problemen hinein. Sie können über einige hundert Millionen DM verhandeln. Dann kommen Sie aber zu Fragen, bei denen auf der Ländersseite auch keine Einmütigkeit besteht. Es ist keineswegs so, daß die Auffassung von Herrn Meyers – man müsse den Bund von Aufgaben befreien, die einen Betrag von 600 Millionen bis 2 Milliarden DM erfordern – einheitlich von allen Ländern geteilt wird. Die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, der Saar oder Bayerns nehmen aufgrund ihrer Interessenlage einen völlig anderen Standpunkt ein als Nordrhein-Westfalen.

Ich will die Probleme nur kurz andeuten. Es ist unmöglich, die Vorstellung zu hegen, daß mit diesem Vorschlag bis zum September Fundamente für eine Einigung über das Prozentverhältnis gelegt werden könnten. Ich bin dennoch für diesen Vorschlag, weil es nützlich ist, auf lange Sicht solche Erwägungen in der Partei anzustellen. Nur muß man sich darüber im klaren sein, daß uns diese Kommission nicht der Aufgabe enthebt, eine politische Verständigung mit den Ländern herbeizuführen. Das kann nur dadurch geschehen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, und Sie, Herr Duffhues, als die Vorsitzenden unserer Partei in geeigneter Weise, in einem Personenkreis, den Sie selber bestimmen müssen – in kleinstem Kreise –, in persönlichen Gesprächen noch einmal auf die Ländersseite einwirken, damit wir ein Ergebnis von etwa 40,5 % bekommen, wie es im Bundesrat schon unmittelbar greifbar war.

Ich darf hier mit allem Ernst das unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler schon kurz gesagt hat. Wir werden nicht in der Lage sein, auch nur einen Teil unseres Gesetzgebungsprogramms, das Sie in Ihrer Regierungserklärung angekündigt haben und das eine neue Regierungserklärung in den wichtigsten Punkten übernehmen soll, bis 1965 durchzuführen – einschließlich der bereits eingeleiteten Gesetzgebungsmaßnahmen –, wenn wir nicht ein günstigeres Verhältnis als 38 % bekommen. Da können alle glänzenden Berechnungen nicht bestehen. Die ganze Zahlenartistik, mit der gearbeitet wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dieser entscheidenden politischen Frage die Aussichten auf eine Einigung jetzt noch nicht sehr gut sind. Ich habe den Eindruck, daß wir mit dem Vorschlag noch nicht sehr viel gewonnen haben, weil es in den Sommermonaten immer schwierig sein wird, geeignete Termine zu finden.

Man sollte aber auf den Gedanken von Herrn Meyers als Beweis unseres guten Willens eingehen. Wir wollen einmal diesen Aufgabenkatalog in Angriff nehmen. Daneben wird es notwendig sein, bis zum September auch diese politische Klärung im kleinsten Kreise herbeizuführen. Eine Verschiebung über den September hinaus halte ich nicht für ratsam. Wenn wir nämlich zu lange warten, kommen wir in den Oktober oder November hinein. Die Folge würde sein, daß uns die Länder die 38 % auch für dieses Jahr nicht konzedieren; die haben wir noch nicht, nach dem geltenden Rechtszustand sind es 35 %. Wenn wir erst zum Jahresende mit dem Gesetz kommen, wird man sagen, ihr habt noch Ausgabenreste, also braucht ihr die 38 % nicht, sondern

nur 35 %. Das ist der Grund – ich sehe das sehr deutlich kommen –, warum wir im September dieses Ergebnis erzielen müssen, bevor man uns im November sogar für dieses Jahr noch schlechterstellen wird.

Ich möchte diesen Vorschlag unterstützen, aber mit der Ergänzung, wegen der Beurteilung der Aussichten zu versuchen, schnell zu einem Ergebnis zu kommen.

Dufhues: Das ist mir völlig klar!

Süsterhenn: Wir sind alle der Überzeugung, daß dieser Streit zwischen Ländministerpräsidenten, die der CDU angehören, und der von der CDU geführten Bundesregierung in der Öffentlichkeit, bei unseren Wählern einen sehr schlechten Eindruck macht, obwohl ich an sich Herrn Schmidt recht geben muß, daß eine derartige Auseinandersetzung nach dem Wortlaut des Grundgesetzes in der Natur der Sache liegt. Daß man sich in derartigen Fällen nicht so schnell einig wird, das dürfte wohl an dem alten Sprichwort liegen, was wir gelegentlich auch aus dem Mund des Herrn Bundeskanzler gehört haben, daß in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört; da wird immer energischer gekämpft als in sonstigen Situationen.

Ich möchte dem Herrn Kollegen Schmidt ausdrücklich darin recht geben, daß der Verfahrensstil – die Methoden, mit denen bisher von der Bundesseite und insbesondere vom Bundesfinanzministerium die Länder behandelt worden sind – einfach nicht dem Geist einer vernünftigen Zusammenarbeit, die beide Seiten und die Interessen des Bundes und der Länder sieht, entspricht. Es geht nicht so, daß man einen Haushaltsplan aufstellt, in dem sich ein Defizit befindet, und dann kurz und bündig die Entscheidung lautet, den Rest tragen die Länder; dann erfahren die Länder, daß ein dahingehender Kabinettsbeschluß gefaßt worden sei. Ich glaube, dieser politische Stil ist in einem Bundesstaat nicht tragbar.

Adenauer: Dann schlagen Sie doch einen anderen vor!

Süsterhenn: Jawohl, das will ich gerade tun. Ich bin nämlich der Meinung, daß nach dem Wortlaut des Grundgesetzes die Ausgaben der Länder im Prinzip gleichwertige und gleichwichtige Ausgaben zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben in der Bundesrepublik Deutschland sind. Unsere Wähler, die es uns übelnehmen, wenn wir ihnen auf dem Weg über den Grünen Plan nicht genug geben können, nehmen es uns genauso übel, wenn wir die Schulen oder Straßen nicht bauen können oder wenn wir zu wenig oder zu schlechte Krankenhäuser haben. Es müssen die beiderseitigen Aufgaben von Bund und Ländern in entsprechenden Vorbesprechungen gegeneinander abgewogen und koordiniert werden, und zwar an Hand von Zahlen von beiden Seiten.

Es ist ein Versäumnis der Bundespartei, daß man diese Zusammenarbeit nicht in die Wege geleitet hat. Wir haben zwei Tage nach der Bundestagswahl 1961 hier an diesem Tisch den Beschluß gefaßt, einen Ausschuß unter dem Vorsitz von Herrn Etzel zu gründen, der die Fragen der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern auf der Parteiebene durchdiskutieren sollte.¹⁸ Wenn diese Kontakte etwas

¹⁸ Vgl. Nr. 2 S. 82–84.

besser gepflegt worden wären, wären wir nicht in die Bredouille hineingeraten, in der wir uns jetzt befinden.

Ich bin der Meinung, daß es dafür noch nicht zu spät ist. Wir sollten jetzt diesen Ausschuß, den wir damals hier beschlossen haben – ich bitte, das im Protokoll einmal nachzulesen –, in Bewegung setzen, damit es wirklich zu einer vernünftigen Lösung kommt, und zwar in einem anderen Stil, als er mitunter angewendet wird; ich erinnere hier an eine Erklärung des Staatssekretärs Grund¹⁹, der in einer sehr merkwürdigen Weise von oben herunter die Länder und die Ministerpräsidenten apostrophierte. So geht das nicht; wir sind beide aufeinander angewiesen und müssen uns deshalb zusammensetzen. Das ist auch nicht mit einer einmaligen politischen Aussprache unter der Führung des Herrn Bundeskanzlers getan. Da müssen die Ziffern auf den Tisch gelegt und es muß miteinander verhandelt werden. Nur in einem Geiste sachlicher Arbeit können wir zu Ergebnissen und zu einer einheitlichen CDU-Finanzpolitik in Deutschland kommen.

Adenauer: Dann stellen Sie sich einmal folgendes vor: An diesem Tisch, es kann auch ein runder sein, auf der einen Seite die elf Länderfinanzminister mit ihren Haushaltsplänen und auf der anderen Seite der Bund mit seinem Plan. (*Süsterhenn:* Wir regieren leider nicht in elf Ländern! Es sind weniger!) Die anderen müssen wir doch auch berücksichtigen! (*Zuruf:* Erst einmal im Rahmen der Partei!) Sie werden zugeben, daß in Hessen auch Schulen gebaut werden. Und wo bleibt da das Parlament? Das ist ja die kompletteste Bürokratenherrschaft, die Sie sich nur denken können. Mögen das Bürokraten aus dem Bund oder aus den Ländern sein, das ist gehüpft wie gesprungen, Bürokrat ist Bürokrat. Die Parlamente sitzen vollkommen daneben. (*Süsterhenn:* Die gehören auch in diesen Ausschuß hinein!) Was wollen Sie da machen! Dann haben Sie nachher ein Konzil! (*Heiterkeit.*) Wie stellen Sie sich das vor?

Die Länder kennen den Bundeshaushaltsplan viel genauer als der Bund die Haushaltspläne der Länder kennt, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde: Auf der Seite der Länder sind es elf Leute, die elf Ministerien hinter sich haben und die mit Argusaugen den Haushaltsplan des Bundes durchforschen; ihnen sitzt nur ein Bundesfinanzminister mit seinem Bundesfinanzministerium gegenüber. Da mag ihnen mal der Herr Etzel – er kennt was davon – sagen, was so ein armer Bundesfinanzminister in einer solchen Zeit für eine saure Arbeit hat. Ich wünschte, wir hätten das Geld, um in jedes Land einen Aufpasser zu setzen, wie uns die Länder die Aufpasser hierhin setzen, damit wir dort auch einmal kontrollieren könnten, was mit dem Geld geschieht.

19 Walter Grund (1907–1986), 1935–1941 Reichsfinanzverwaltung, 1952–1956 Ministerialrat und ab 1954 Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium NW, 1956–1963 Oberfinanzpräsident in Hamburg, 1963–1969 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Ich will gar nichts gegen Berlin sagen; was ich jetzt sage, fällt mir nur so ein. Ich war neulich mit Kennedy in Berlin²⁰ und sprach mit einem der Rektoren der beiden Universitäten. Ich drücke mich vorsichtig aus, eine Universität, wie ich in meinem Leben noch keine gesehen habe; das möchte ich mal von vornherein sagen. Ich fragte den betreffenden Rektor: Wann werden Sie mit Bauen fertig sein? Da sagte er: Sie wissen, daß in Berlin Mangel an Baustoffen ist – das ist richtig, es müssen viele Baustoffe aus der Bundesrepublik dorthin gebracht werden – und Mangel an Arbeitern – der ist auch bei uns. Wir haben, so sagte er, das Geld für die Bauten, die bis zum Jahre 1971 nötig sind, alles daliegen, aber wir können es nicht so schnell verbauen. – Und das, meine Damen und Herren, ist tatsächlich für manche Länder bezeichnend; das Geld liegt da, sie können gar nichts loswerden.

Dann, Herr Süsterhenn, muß ich Ihnen folgendes aus der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes in Erinnerung rufen, darauf müssen wir immer wieder zurückkommen: Da war doch die Absicht Frankreichs und Amerikas, den Bund möglichst schwach und die Länder möglichst stark zu machen. Das ging soweit, Herr Süsterhenn, daß wir im Parlamentarischen Rat eine Periode hatten, wo Angehörige aller Parteien – von der Sozialdemokratie bis zu uns – sehr ernsthaft den Gedanken erwogen haben, den betreffenden Ländern den Auftrag zurückzugeben und zu sagen, wenn wir euren Richtlinien folgen sollen, dann macht es besser selber; wir können es nicht verantworten, ein Deutschland zu schaffen, das derartig schwach ist, wie ihr das wollt. Das hat dann ein bißchen geholfen. Wir haben das Werk damals nur zu Ende geführt, weil alle glaubten, daß in einigen Jahren Berlin und die Zone wieder zu uns gehören würden. Deshalb haben wir in die Präambel den Satz gesetzt, daß, sobald Berlin und die Zone wieder zu uns zurückgekehrt seien, eine Nationalversammlung gewählt werden solle, die eine neue Verfassung erstellen solle.²¹ Diese Verfassung wäre anders geworden – davon bin ich fest überzeugt –, als die geworden ist, die unter dem Einfluß der Besatzungsmächte zustande gekommen ist, die nur die Absicht hatten, die Zentralgewalt möglichst schwach und von den Ländern abhängig zu machen; das hat man fertigbekommen, wir sehen es jetzt.

Meine Herren, Sie reden immer nur von Ihrem betreffenden Land, von persönlichen Erfahrungen; hören Sie doch auch einmal auf uns. Ich habe den besten Willen gehabt, mich mit Herrn Meyers und Herrn Altmeier zu verständigen. Sie waren auch für gestern nach Eichholz eingeladen.²² Ich bin hingepilgert, die beiden sind nicht

20 Kennedy besuchte die Bundesrepublik vom 23. bis 26. Juni 1963, am 26. Juni Berlin. – Am 26. Juni 1963 wurde Kennedy das Ehrenbürgerrecht der Freien Universität Berlin durch deren Rektor, Prof. Dr. Ernst Heinitz, verliehen (AdG 1963 S. 10651–10656; BULLETIN vom 29. Juni 1963 S. 1008–1010; OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 226–233).

21 Die Präambel spricht von einer „neuen Ordnung“ für eine „Übergangszeit“, Art. 146 regelte die Geltungsdauer des Grundgesetzes.

22 Am 8. Juli 1963 war in Eichholz eine Landesvorsitzendenkonferenz der CDU (TERMINKALENDER). Vgl. S. 507–514 und Anm. 29.

hingekommen. Ich laufe den Herren noch nach! Ich muß denen nachlaufen, damit sie überhaupt mit uns sprechen. So ist es allmählich geworden.

Herr Süsterhenn, als dieses Grundgesetz gemacht wurde, hat noch kein Mensch daran gedacht, daß wir wieder bewaffnet würden. Wenn wir die Wiederbewaffnung nicht bekommen hätten – die mußten wir ja haben –, dann säßen wir ganz anders da. Aber kein Mensch konnte damals daran denken, daß die Wiederbewaffnung kommen würde. Diese Milliarden müssen wir bezahlen. Das müssen Sie doch auch einmal betrachten.

Dann darf ich Ihnen noch etwas über die Gründe der Verteilung der Zuständigkeit bei Kultur und Wissenschaft sagen. Ich war mit daran schuld. Wissen Sie, was uns dabei geleetet hat? Nicht etwa die Sorge, daß die Wissenschaft verderben würde; kein Gedanke daran! Wir fürchteten und rechneten damals damit, daß die Sozialdemokraten im Bund die Mehrheit bekommen würden; daß sie sie 1949 nicht bekommen haben, war für uns alle eine große Überraschung und ein freudiges Geschenk. Wenn dann die Kulturfragen nicht Sache der Länder gewesen wären, dann – so fürchten wir – wären in Bayern, Nordrhein-Westfalen und wo immer es auch sei Volksschulen ohne jeden Religionsunterricht eingerichtet worden. Das war doch der Grund und nicht die Interessen der Wissenschaft. Es kann sich doch jeder an fünf Fingern abzählen, daß die Wissenschaft schließlich von 50 Millionen Menschen besser gefördert werden kann als von drei Millionen da und sieben Millionen dort. Die Länder müssen doch zusammenkommen, damit sie auf dem Gebiet etwas machen können. Deswegen haben sie diese etwas wenig legale Kultusministerkonferenz geschaffen²³; sie haben gesehen, daß in der Kultur nicht jedes Land für sich allein machen kann, was es will.

Denken Sie bei alledem, was Sie so schön hier sagen, daran, was die Grundtendenz des Grundgesetzes ist und was die Absicht Amerikas und Frankreichs war: den Bund möglichst schwach zu machen. Das haben sie bei Gott fertigbekommen. Jetzt würden sie es nicht mehr tun, das versichere ich Ihnen. Vergessen Sie auch nicht, daß die Militärlasten, die wir übernehmen mußten, das sind, was so furchtbar schwer auf uns drückt. Wenn wir die nicht hätten, ginge es uns allen ganz großartig; wir hätten Geld, und Sie hätten Geld. Gott sei Dank, daß wir die Militärlasten tragen müssen; das möchte ich auch noch sagen, damit nicht der Irrtum entsteht, ich beklagte mich über die Militärlasten.

Krone: Ich stimme dem Vorschlag von Herrn Dufhues zu, diesen Ausschuß einzurichten. Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, Herr Kollege Süsterhenn und Herr Kollege Schmidt, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß das Bild, das Sie beide entworfen haben, doch zu einseitig ist. Ich gehöre nicht zu denen, die Öl ins Feuer gießen. Ich will nur einige Fakten nennen, wo der Versuch gemacht worden ist,

23 Die „Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland“ wurde im Oktober 1949 gegründet. – Winfried MÜLLER: Die Gründung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Bundesrepublik Deutschland. In: Historisches Jahrbuch 114 (1994) S. 76–106.

sich zu verständigen, um so mehr, als ich aus einem Gespräch erfuhr, daß darüber in den Landesparteien sehr irriige Auffassungen herrschen; ich drücke mich so aus.

Herr Etzel hat als Finanzminister regelmäßig seinen Haushaltsplan mit den Vertretern unserer Partei im Bundesrat besprochen. Das ging ausgezeichnet. (*Etzel*: Nächtelange Diskussionen!) Sicher, das haben Sie gemacht. Unter Herrn Starke gab es das nicht; jetzt kommt Dahlgrün²⁴.

Zwischen den Vertretern der Fraktion und Herrn Pütz hat an dem Tage, wo Hannes Albers beerdigt wurde²⁵, in Köln ein langes Gespräch stattgefunden, wo alle Posten – Punkt für Punkt – durchgesprochen worden sind. Zweitens möchte ich das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten Altmeier anführen, von dem Sie sagen, es genüge nicht, weil es einmalig war; gut, aber es hat stattgefunden. Drittens, von seiten der Länder ist eine Kommission eingesetzt worden – drei oder vier Minister der Länder, ebenso Herren des Bundes –, die zweimal einen ganzen Tag hier in Bonn getagt hat.²⁶ Dabei wurde Position für Position durchgesprochen und gefragt, was haben die Länder auszusetzen? Herr Dahlgrün hat bereitwilligst über alles Auskunft gegeben. Am Schluß dieser zweitägigen Beratungen ist gefragt worden, können wir uns über einen Schlüssel verständigen? Da kam von einem der anwesenden Länderministerpräsidenten der Satz: Nein, dazu ist die Kommission nicht kompetent. Dann wurde von einem Vertreter der Länder nachgewiesen, daß sie doch kompetent sei. Aber man wollte die Entscheidung nicht fällen. Ich nenne jetzt keinen Namen, ich bin aber bereit, Herr Süsterhenn, Ihnen den Namen zu sagen. – Wir kamen also nicht zu einem Schluß. Die Antwort: nur 35 %.

Ich stelle also fest, daß von seiten des Finanzministers und des Bundes Versuche gemacht worden sind.

Dufhues: Auch von seiten der Partei!

Krone: Auch von der Partei aus! Das, was sie bemängeln, ist geschehen; es hat aber nicht zum Erfolg geführt.

Daher meine ich, Herr Kollege Süsterhenn – ich bin keiner, der gern Öl ins Feuer gießt –, daß wir mit dem Nachweis von Zahlen allein jetzt nicht mehr weiterkommen; es ist hier ein bißchen mehr. Das tut mir so leid. Ich bin auch dafür, daß ein Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Ministerpräsident Meyers stattfindet. Ich hoffe, daß die Sache durchkommt. Die Sache muß bis zum Herbst in Ordnung sein.

Herr Süsterhenn, warum hat der Bund gesagt, wir wollen für 1964 noch keine Zahlen nennen? Weil der Haushalt bis zum Herbst in den Grundzügen vorliegt und der

24 Dr. Rolf Dahlgrün (1908–1969), 1949 FDP, 1953–1957 MdHB, 1957–1969 MdB (1962 Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses), 1962–1966 Bundesminister der Finanzen. – Zur Finanz- und Haushaltspolitik unter Starke und Dahlgrün vgl. Heinz STARKE u. a.: Haushaltsreden 1962 bis 1966.

25 Am 13. März 1963.

26 Die Kommission des Bundes und der Länder tagte am 7. März und am 2. April 1963 („Die Welt“ vom 6. April 1963 „Kiesinger will sich nicht entmutigen lassen“).

Finanzminister ihn dann mit den Ländern durchsprechen will, um zu einem Ergebnis zu kommen. Auch hier ein Eingehen auf Wünsche der Länder!

Meine Bitte an unsere Mitglieder im Vorstand, die in den Ländern zu Hause sind, geht dahin, mit allem Ernst darauf hinzuweisen, daß weithin alles geschehen ist und daß die Länder doch zu einer Einsicht kommen möchten, vor allem auch die Länder, die unserer Fassung sind. Es tut mir so leid, daß das im Augenblick nicht der Fall ist. Ich weiß nicht, was für Gründe hier maßgebend sind. Es sind nicht nur zahlenmäßige Gründe, dessen bin ich sicher.

Adenauer: Ich glaube, ich muß jetzt ein Wort über Herrn Staatssekretär Grund sagen. Herr Staatssekretär Grund hat in Düsseldorf bei dem Nachfolger von Herrn Blank gelernt.²⁷

Dufhues: Er war Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium.

Adenauer: Erkundigen Sie sich dort einmal nach Herrn Grund. Sie sagen, er habe die Länder von oben herunter behandelt. (*Süsterhenn:* Ich habe nur die Zeitungen gelesen, da klang das so!) Das ist ein so konzilianter Mann, Herr Süsterhenn, das können Sie wirklich nicht sagen.

Im übrigen möchte ich den Herren aus Nordrhein-Westfalen und Herrn Schmidt sagen: Wer hat Nordrhein-Westfalen in der ganzen Kohlsache geholfen, und wer hat dabei nichts getan? Nordrhein-Westfalen hat nichts bezahlt, andere Länder haben einen Beitrag gezahlt; Nordrhein-Westfalen hat nichts getan, obwohl das Bestehen Nordrhein-Westfalens aufgrund seiner soziologischen Struktur davon abhängig ist, daß die Zechen bleiben.

Seebohm: Wir führen hier in unserem Kreise gewissermaßen zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen eine Diskussion. Wir sitzen hier als die Vertreter einer Partei und sollten deswegen versuchen, diese Gegensätze aus unseren Beratungen ein wenig auszuschalten und eine Überbrückung herzustellen.

Der Vorschlag von Herrn Dufhues ist durchaus gut. Ich meine nur, man sollte ihn nicht zu sehr als eine Angelegenheit mit wissenschaftlicher Unterstützung, sondern vielmehr als eine politische Angelegenheit vertreten. Das Ganze beruht, das haben der Herr Bundeskanzler und Herr Süsterhenn mit Recht betont, auf dem Grundgesetz. Wir haben nun einmal mit diesem Grundgesetz zu arbeiten, so unangenehm das ist. Unser Haushalt wird von den Ländern betrachtet, während wir keine Möglichkeit haben, die Länderhaushalte in irgendeiner Weise von uns aus, d. h. von der Bundesregierung und vom Bundestag aus, zu beeinflussen; wir können das nur über die politische bzw. parteipolitische Seite.

Hier muß, Herr Bundeskanzler, einmal folgendes gesagt werden. Solange Herr Schäffer und Herr Etzel das Finanzministerium leiteten, hatten wir diese Differenzen

²⁷ In der Zeit der Tätigkeit von Walter Grund in Düsseldorf (vgl. Anm. 19) war Dr. Adolf Flecken Finanzminister. – Joseph Blank (1913–1994) war von 1962 bis 1963 Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und Öffentliche Arbeiten von NW (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 16 Anm. 11).

nicht in einem solchen Maße; sie haben sich in den letzten drei Jahren gesteigert. Herr Dahlgrün ist bemüht, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Aber manche Leute sind empfindlich. Ich habe das Gefühl, daß hier menschliche Empfindlichkeiten eine große Rolle spielen. Daher nimmt man bei der Behandlung dieses Problems eine Stellung ein, die vom Standpunkt der Partei aus gesehen nicht dazu angetan ist, die Partei ihr Ziel erreichen zu lassen. Das versteht man dort nicht. Man sollte deshalb noch einmal versuchen, mit den Herren – nicht vom Standpunkt des Bundeskanzlers aus, sondern wirklich als Parteifreunde – zu sprechen. Ich weiß, daß Sie auch das getan haben. Man sollte versuchen, diejenigen, die etwas anderes denken, von anderer Seite aus noch einmal in dieser Richtung anzusprechen; ich glaube, daß das auch möglich ist.

Wir hatten im Parlamentarischen Rat und bei dem Druck, unter den wir gestellt waren, nicht die Möglichkeit gehabt, die Dinge so zu gestalten, wie wir wollten. Wir mußten, um überhaupt zu der Einheit eines Landes zu kommen, diesen Weg gehen. Damals haben wir auch noch nicht gewußt, welche Belastungen auf uns zukommen werden. Dadurch, daß der ganze Wehretat in den allgemeinen Haushalt eingebettet ist, ist gar nicht mehr zu erkennen, wodurch die Defizite entstehen. Die Länder hätten meiner Meinung nach weit mehr die Verpflichtung, sich wegen dieser Defizite durch den Haushalt für die Verteidigung an dem Bundeshaushalt zu beteiligen. Wir sollten es nicht nötig haben, die Länder zu mahnen, daß sie für die Verteidigung etwas zu zahlen haben. Eine Zuständigkeit der Länder für die Aufgaben der Verteidigung ist aber im Grundgesetz nicht in dem Maße vorgesehen, wie das notwendig wäre. Die Länder haben für die Verteidigung genauso einzutreten wie der Bund. – Diesen Gesichtspunkt sollte man ihnen gegenüber einmal viel stärker herausstellen, dann würde es auch die Partei leichter haben.

Für 1965 brauchen wir ein Rezept, mit dem wir vor das Volk hintreten und sagen können: Wir, die CDU/CSU, treten für die Erfüllung der großen Aufgaben ein, die diesem Volk zu seiner Erhaltung gestellt sind; wir werden an der Erfüllung dieser großen Aufgaben durch eine kleinliche Politik der SPD und FDP behindert. Ich nenne diese beiden zusammen, weil wir nicht vergessen sollten, auch wenn wir hier in einer Koalition mit der FDP sitzen, wie viele Regierungen von der FDP zusammen mit der SPD bestimmt werden und wieviel dort aufgebaut worden ist, um die CDU 1965 um den Erfolg ihrer Arbeit zu bringen.

Adenauer: Meine Herren, ich habe sehr sorgfältig das Gesetzgebungsprogramm geprüft, das wir im Jahre 1964 bzw. in der ersten Hälfte des Jahres 1965 verwirklichen müssen, wenn wir bei der Wahl etwas vorzeigen wollen. Ich versichere Ihnen, wenn die beiden Länder diesen Standpunkt beibehalten, dann kann der Bundestag getrost die Hälfte des Jahres nach Hause gehen; dann hat es gar keinen Zweck, daß er tagt, weil kein Geld da ist, um Ausgaben gerade auf den Gebieten zu bezahlen, die für die Wahlen so außerordentlich wichtig sind.

Dann wird also Herr Kollege Dufhues – nicht jetzt – diesen Vorschlag entwerfen, den wir dann auch mit den Ländern diskutieren werden; die Fragen: Länder – Bund

sollen dann einmal in aller Ruhe durchgesprochen werden. Ich werde versuchen, mit den Ministerpräsidenten so bald wie möglich in ein Gespräch zu kommen, um ihnen zu sagen, wie die ganzen Sachen tatsächlich liegen.

Der Bundesrat wird am Freitag tagen. (*Zuruf*: Das ist nicht zu vermeiden!) Das ist insofern unangenehm, als nach außen wieder – verstehen Sie das doch bitte – der Gegensatz zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat, geschürt durch unsere Leute, zutage tritt. Das ist doch in hohem Maße peinlich. Es muß doch jeder fühlen, daß das für unsere Partei in hohem Maße nachteilig ist.

Etzel: Ich will nur noch eine Anregung geben. Wir sollten die Rheinische Landespartei von unserer Sicht aus auf das Problem hinweisen. Morgen haben wir Vorstandssitzung in dieser Landespartei.²⁸ Da können wir diese Dinge einmal aufgreifen. Ich möchte sagen, es ist eine Stilwidrigkeit, daß Herr Meyers nicht hierher kommt. (*Beifall*. – *Zuruf*: Es ist kein Ministerpräsident da!) Ich höre gerade, daß kein Ministerpräsident da sei. Das Problem der Finanzverfassungsreform, das hier auch angeklungen ist, wird bei uns im Wirtschaftsausschuß in Angriff genommen werden müssen. Wir werden in Kürze ein Papier vorlegen können, das diese Finanzverfassungsreform mit allen Einzelheiten behandelt. Völlig ausgeschlossen ist es, diese Reform in dieser Legislaturperiode durchzubringen. Wir brauchen dazu ein verfassungsänderndes Gesetz. Deswegen ist eine Möglichkeit, die Dinge zu bereinigen, überhaupt nur über die Partei gegeben. Hier zeigt sich der große Schaden, der unserer Bundesrepublik durch die falsche Finanzverfassung zugefügt worden ist, die wir im Augenblick nicht überwinden können. Wenn wir jetzt nicht die Kraft haben, das über die Partei in Ordnung zu bringen, dann versagt die Partei; auf diesen Nenner müssen wir das Ganze bringen.

Wir müssen etwas für die Besserung des Klimas tun; wir kennen die Verhältnisse. Was Herr Starke an dem Klima verdorben hat, hat bis heute noch nicht bereinigt werden können. Das ein wenig aufzutauen, auch in Einzelheiten, scheint mir wichtig zu sein.

Im Prinzip, Herr Bundeskanzler, haben Sie völlig recht. Wir müssen die Sache über die Partei in Ordnung bringen. Die Bundespartei ist auf den Landesparteien aufgebaut. In den Landesparteien müssen im konkreten Fall – in erster Linie in Nordrhein-Westfalen – die Dinge in Ordnung gebracht werden. Das müßte doch möglich sein.

Adenauer: Ich möchte Ihnen erklären – das wird manchem von Ihnen nicht mehr so vor Augen sein –, warum zwischen Bundespartei und Landesparteien bei uns solche Schwierigkeiten entstehen können. Als gestattet wurde, Parteien zu schaffen, durften wir nur Landesparteien gründen. Die Sozialdemokratie – das war die erste und vornehmste aller Parteien – konnte eine Bundespartei gründen. Wir durften die Bundespartei erst im Jahre 1950 machen. (*Schmidt*: Nur als ein Verein von Parteien!)

²⁸ Landesvorstandssitzung der CDU Rheinland am 10. Juli 1963. Protokoll in ACDP VII-002-009/2.

Wir haben dann versucht, die schon bestehenden Landesparteien zusammenzuführen. Dadurch sind wir gegenüber der Sozialdemokratie, was das Parteiwesen angeht, weit im Hintertreffen.

Also, meine Damen und Herren, hoffentlich wird morgen bei Rheinland ein mutiges Wort fallen. Ich werde im Laufe der nächsten Woche mein Möglichstes tun, um mit den beiden Herren zusammenzukommen.

Können wir dann zu Punkt 2, Bericht über die innere Verfassung der Partei (Landesvorsitzendenkonferenz am 8. Juli 1963²⁹), übergehen. Dazu wird zunächst Herr Dufhues berichten.

BERICHT ÜBER DIE INNERE VERFASSUNG DER PARTEI

Dufhues: Die heutige Diskussion hat eindeutig klargemacht, wie gering die Einwirkungsmöglichkeiten und die Kompetenzen der Bundespartei der Christlich-Demokratischen Union sind. So entscheidend es für die weitere Entwicklung ist, welche Politik – und mit welchem Erfolg – wir betreiben, so entscheidend ist es, nach außen einig und geschlossen aufzutreten.

Wir kommen nicht daran vorbei, uns gelegentlich auch der Fälle anzunehmen, die in den Niederungen der Parteiorganisation, in den komplexen und schwierigen Verhältnissen der Kreis- und Ortsunionen anstehen; von da her wird organisatorisch, personell und geistig die Christlich-Demokratische Union in die Lage versetzt, den Auftrag zu erfüllen, der ihr heute und auch in der Zukunft gegeben ist.

Wir alle wissen, daß die bevorstehenden Monate – und die damit verbundenen Ereignisse – nicht nur bei uns in der Partei, sondern allgemein in der deutschen Öffentlichkeit als ein tiefer Einschnitt empfunden werden. Den Hoffnungen und Überlegungen – auch den Besorgnissen – gerecht zu werden und gerade in den kommenden Monaten unsere alte Führungskraft zu beweisen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union. Deshalb sollten wir uns, neben den Überlegungen, wie wir die Zeit unter Professor Erhard beginnen – und das bedarf sehr sorgfältiger Überlegungen auch vom Standpunkt der Partei her –, einer ganz selbstverständlichen und von allen empfundenen Verpflichtung nicht entziehen: dem Mann zu danken, mit dessen Namen für alle Zeiten die vergangenen Jahre, die Jahre des Aufstiegs aus unserer größten Katastrophe, verbunden bleiben.

Das Präsidium der Christlich-Demokratischen Union hat Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer gedankt, daß er auf die von mir vorgetragene Anregung eingegangen ist, uns die Möglichkeit zu geben, diesem Dank auch vor der gesamten deutschen Bevölkerung sichtbaren Ausdruck zu geben. Wir haben Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer vorgeschlagen, zu einem Zeitpunkt, der mit ihm noch abzustimmen ist, der deutschen Bevölkerung, vor allem den treuen Freunden der Union, die Möglichkeit

²⁹ Protokoll in ACDP VII-004-033/2.

zu geben, ihm diesen Dank zum Ausdruck zu bringen. Wir würden die Gefühle Millionen einfacher Menschen in nicht zu verantwortender Weise verletzen, wenn wir nicht in der rechten Form und in dem rechten Stil dem Verhältnis der Union zu diesem Mann, der diese Union maßgebend gestaltet hat, Ausdruck geben würden. Sie werden sicherlich empfinden, daß wir dabei noch andere Überlegungen anstellen müssen; aber das braucht und soll in dieser Sitzung nicht im einzelnen beschlossen werden.

Lassen Sie mich jetzt einmal auf die sehr harten Tagesprobleme der Organisationsarbeit überleiten, die ich gern einmal vortragen möchte, damit Sie daran teilnehmen und in Ihrem Bereich Einfluß auf die Arbeit nehmen können, die uns obliegt.

Beginnen darf ich mit dem Hinweis auf die Ergebnisse der letzten Meinungsumfrage. Ende Mai, Anfang Juni war – gegenüber dem Zeitraum Ende April, Anfang Mai – ein Ansteigen der Zahl der Unentschiedenen festzustellen.³⁰ Diese Tatsache ist deshalb bemerkenswert, weil die Veränderungen in der Entscheidung der Wählerschichten sich niemals oder selten von einer zur anderen Partei, sondern jeweils über den Ruhepunkt der Unentschiedenheit vollziehen. Aus dem Anwachsen der Zahl der Unentschiedenen ist zu schließen, daß Möglichkeiten nach der einen oder anderen Seite gegeben sind. Der Anteil der SPD-Stimmen hat sich gegenüber dem vorigen Monat von 36 auf 35 % ermäßigt, der Anteil der CDU-Stimmen hat sich von 31 auf 32 % erhöht; die Stimmen der FDP sind unverändert bei 6 % geblieben. Unentschieden sind rund 25 %. – Das bedeutet nicht viel, sondern kennzeichnet nur die Situation; mehr bitte ich daraus zunächst noch nicht zu schließen. In der Situation liegen allerdings Chancen, die wir nutzen sollten.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß ich während der Zeit von September bis März alle Landesverbände besucht habe. In einzelnen Landesverbänden bin ich mehrmals gewesen. Darüber hinaus habe ich veranlaßt, daß sich die Bundesgeschäftsstelle ein sehr sorgfältiges Bild über die Situation der einzelnen Landesverbände – bis in die Kreisverbände hinein – macht.

Ich würde wahrscheinlich sehr weit an der Wahrheit vorbeigehen, wenn ich Ihnen hier sagen wollte, daß die Organisation, die personelle, technische und sonstige notwendige Ausstattung in Ordnung wären. Davon kann in weiten Bereichen überhaupt keine Rede sein. Es bleibt in den einzelnen Kreis- und Ortsvereinen noch viel zu tun, und zwar von der Einflußnahme auf die richtige Auswahl der Kreis- und Ortsvorstände bis zur Auslese der hauptamtlichen Mitarbeiter und der Ausstattung mit technischem und sonstigem Gerät.

Nicht selten zeigt sich in den kleinen Kreisverbänden und Ortsvereinen das Bild, daß sich eine soziologisch, altersmäßig und hier und da auch konfessionell sehr eindeutig bestimmte Schicht seit Jahren gegen Veränderungen behauptet, die von da und dort eingeleitet worden sind. Wir stellen in weiten Bereichen der Landesverbände – das

30 Vgl. EMNID-Informationen Nr. 29 vom 15. Juli 1963.

gilt für alle Landesverbände verhältnismäßig gleichmäßig – eine gewisse Erstarrung und wenig Leben fest.

Ich habe gestern den Herren Landesvorsitzenden einige Beispiele über die Situation der hauptamtlichen Mitarbeiter gebracht und habe ihnen von einem Kreisverband erzählt, in dem eine brave tüchtige Frau ihre Verpflichtung als Kreisgeschäftsführerin wahrnimmt, die gleichzeitig Hausfrau, Mutter und Landtagsabgeordnete und in vielfältigen Vereinen und Verbänden tätig ist. Sie ist gar nicht in der Lage, dieses Pensum an Arbeit zu bewältigen. Ich habe von einem anderen Kreisverband erzählt, in dem ein sehr verdienstvoller Mann die Führung hat, wo seit Jahren ein Kreisgeschäftsführer nicht mehr tätig ist. Vorher war ein Oberst a.D. tätig, dem man DM 150,- zur Verfügung gestellt hat, bei Gott kein Entgelt für die Aufgabe. 25 junge Leute, junge Akademiker und Arbeiter, sind dort auf den Gedanken gekommen, in diese Partei einzudringen und sie zu erneuern. Darauf antwortete der Kreisverband mit einem sehr harten Entschluß. Er verfügte eine Mitgliedersperre; es erschien unerwünscht, diese Erneuerung zu erleben. (*Zurufe.*) Ich könnte Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, ein Dutzend von Beispielen aus allen deutschen Landen vortragen, mit denen ich Ihnen diese allgemeine Besorgnis noch näher bringen könnte.

Ich darf Sie aber bitten, daran zu arbeiten, daß hier Entwicklungen eingeleitet werden, die die Parteiorganisation straffer, energischer und überzeugender bis in die kleinste Ortsunion hinein machen. Ich möchte deshalb hier noch einmal mit allem Ernst auf die statutarische Verpflichtung der Herren Landesvorsitzenden hinweisen: Sie haben eine Aufsichtspflicht. Die Kreisverbände sind zur Auskunft verpflichtet; sie haben die Aufgabe, im Einvernehmen mit den Landesvorsitzenden für eine rechte Ordnung in den Kreisverbänden zu sorgen. Nicht umsonst ist vor einigen Jahren beschlossen worden, daß die Aufsichtspflicht und das Aufsichtsrecht der Herren Landesvorsitzenden so weit geht, daß sie gelegentlich Beauftragte in die Kreisverbände entsenden können. Das steht wohl alles auf dem Papier; deshalb meine ich daran erinnern zu müssen.

Allein das Schicksal der Umfrage der Bundesgeschäftsstelle ist ein bezeichnender Ausdruck des Verhältnisses der Bundespartei zu den einzelnen Kreisverbänden. Diese Umfrage ist Anfang Februar an die Landesverbände gerichtet worden.³¹ Wir haben gemahnt und nochmals gebeten. Dennoch müssen wir zu unserem Bedauern feststellen, daß heute – trotz Nachfrist von mehreren Monaten – 17,5 % aller Kreisverbände diese Umfrage noch nicht beantwortet haben. Ein Landesverband, der aus 51 Kreisverbänden besteht, hält den Rekord: Aus ihm haben 27 Kreisverbände eine Antwort auf die Umfrage der Bundesgeschäftsstelle noch nicht gegeben.

Die Mitgliederzahlen in den einzelnen Kreisverbänden sind keineswegs überzeugend. In der Mehrzahl der Kreisverbände stagniert die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Nur in etwa 30 % haben wir ein leichtes Ansteigen, in einem weit größeren Teil

31 Zur Umfrage der Bundesgeschäftsstelle vgl. die Protokolle der Landesvorsitzendenkonferenzen vom 22. März und 8. Juli 1963 (ACDP VII-004-033/2).

der Kreisverbände ein Absinken der Mitglieder zu verzeichnen. Von einer Verstärkung, von einer Verjüngung der Christlich-Demokratischen Union kann in den letzten Jahren ernsthaft nicht mehr gesprochen werden. Ich habe – ich könnte Ihnen die Zahlen im einzelnen nennen – einmal feststellen lassen, inwieweit die Mitglieder in den einzelnen Kreisverbänden in den Altersschichten unter 40 und über 40 Jahre liegen; die Zahlen sind einfach bedrückend. In vielen Kreisverbänden wird völlig die Aufgabe vernachlässigt, junge Kräfte nachzuziehen. Die Junge Union arbeitet ausgezeichnet. Ein großer Teil ihrer Mitglieder – zwei Drittel – sind zugleich Mitglieder der CDU. Aber die Partei als solche hat nicht den Auftrag erfüllt, sich generationsmäßig so zu erneuern und zu stärken, wie es notwendig ist.

Die soziologische Schichtung der Mitgliederzahlen ist unterschiedlich. Die diesbezügliche Aufteilung der Mitgliederzahlen gibt keine Veranlassung zu besonderen Überlegungen.

Die technische Ausrüstung der Kreisverbände ist zum Teil einfach skandalös. In vielen, vielen Kreisgeschäftsstellen fehlen die primitivsten Einrichtungen. Auch die Ausstattung mit Autos, mit sonstigem Gerät, was eine moderne Partei benötigt, genügt keineswegs den Anforderungen, die bei einem modernen Bundestagswahlkampf gestellt werden müssen.

Interessant ist vielleicht ein Überblick über die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Kreisverbände. Ich habe den Eindruck, daß wir mit der Methode der Feststellung unserer Beiträge, die wir bisher angewendet haben, einfach nicht mehr weiterkommen. Der durchschnittliche Monatsbeitrag liegt in 63,5 % aller Kreisverbände unter DM 1,–, in 11,5 % unter DM 0,50, in 25 % zwischen DM 1,– und DM 2,–, in 6 % über DM 2,–, ohne Angaben sind 5,5 %.

Am sinnvollsten scheint mir die Gliederung im Landesverband Berlin zu sein. Hier hat man die gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft, um zu einer vernünftigen Staffelung der Beiträge zu kommen. Die Mandatsträger werden dabei in einer Weise engagiert, die den Vorteilen entspricht, die gelegentlich auf der Grundlage der Arbeit der Union vermittelt werden.

Ich bin dafür, daß wir bei den Beiträgen durchaus in maßvollen Grenzen bleiben, daß wir aber zu einer stärkeren Staffelung – entsprechend den Möglichkeiten des einzelnen Mitgliedes – kommen. Das scheint mir nicht nur ein soziales, sondern auch ein Gebot des Anstandes zu sein. Solange wir von der kleinen Witwe ebenso wie von dem Direktor DM 0,50 verlangen, solange ist unser Beitragssystem nicht überzeugend.

Interessant sind das monatliche Beitragsaufkommen und die regelmäßigen monatlichen Zuschüsse. Die Einnahmen aus diesen Quellen stellen sich wie folgt dar: bis zu DM 500,– je Kreisverband 46 %, bis DM 1.000,– 26 %, DM 1.000,– bis DM 1.500,– 14 %, DM 1.500,– bis DM 2.000,– 6 %, DM 2.000,– bis DM 3.000,– 5 %, DM 3.000,– bis DM 5.000,– 1,5 %, DM 5.000,– bis DM 10.000,– 1,5 %. Sie sehen, daß in weiten Bereichen – 46 und 26 % – die Möglichkeiten, die an sich gegeben wären, nur unvollkommen ausgenutzt werden.

Alle diese Fragen sind mit allen Einzelheiten gestern mit den Landesvorsitzenden besprochen worden. Ich darf einige Überlegungen mitteilen, die das Ergebnis der gestrigen Aussprache darstellen. Ich werde dieses Ergebnis als einheitliche Auffassung der Landesvorsitzenden ansehen und danach verfahren. Alle vertretenen Landesvorsitzenden waren dieser Ansicht; die nicht vertretenen scheinen ihr ebenfalls zuzustimmen. Wir können ja nicht warten, bis einmal alle anwesend sind, sonst kommen wir überhaupt nicht weiter.

Wir waren uns darüber einig, zunächst für jeden Bundestagswahlkreis eine den modernen Erfordernissen entsprechende Kreisgeschäftsstelle mit einem hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer, mit einer Sekretärin, mit Kraftwagen und dem notwendigen Gerät einzurichten. Das scheint eine Aufgabe zu sein, der wir uns nicht entziehen können. Es ist das Minimum, daß wir in einem Bundestagswahlkreis einen Kern haben, von dem aus die Aufgaben gelöst werden, die unserer Partei gestellt sind.

Das wird natürlich bei einzelnen Kreisverbänden zu finanziellen Schwierigkeiten führen. Ich appelliere hier an die Verantwortung der Landesverbände. Ich bin der Meinung, daß alle diese hauptamtlichen Mitarbeiter durch den Landesverband und nicht durch den einzelnen Kreisverband angestellt werden sollten. Der Landesverband muß und sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen; das ist keineswegs selbstverständlich. Es gibt viele, auch große Landesverbände, die gar nicht daran denken, auch die hauptamtlichen Mitarbeiter in den Kreisen durch den Landesverband anzustellen. Es scheint mir das Minimum einer klaren Ordnung der Verhältnisse der Kreisgeschäftsstelle zu sein, daß diese Dinge zentral durch den Landesverband geregelt werden. (*Zuruf.*) Über Einzelheiten können wir später noch sprechen. In Westfalen haben wir jedenfalls die besten Erfahrungen damit gemacht, daß es nur vom Landesverband angestellte Mitarbeiter gibt. Das sichert eine gleichmäßige und ausgewogene Besoldung und gibt die Möglichkeit eines Austausches innerhalb der Kreisverbände. Ich habe den Eindruck, daß hierin eine Maßnahme liegt, die uns wesentlich vorwärtsbringen würde.

Wir müssen auch der Auswahl der hauptamtlichen Mitarbeiter mehr Aufmerksamkeit widmen. Gestern ist von den Herren Landesvorsitzenden sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, unsere hauptamtlichen Mitarbeiter zu fördern. Wir sollten diese Verpflichtung sehr ernst nehmen. Wichtig scheint mir zu sein, daß wir hinsichtlich der Höhe der Besoldung und der Einstellungsbedingungen endlich zu angemessenen Lösungen kommen. Wir haben zahlreiche Mitarbeiter, die für wenige hundert Mark tätig sind. Das ist einfach kein Entgelt für die Arbeit, die wir verlangen müssen.

Deshalb glaube ich, daß wir richtig beraten sind, wenn wir seit einiger Zeit daran arbeiten, möglichst zu einer einheitlichen Besoldung unserer hauptamtlichen Mitarbeiter in allen Landesverbänden zu kommen. Es wird darüber hinaus ein Vertragsschema entworfen werden, das für alle Landesverbände und die Kreisparteien Geltung haben wird. Nur so kann eine gewisse Einheitlichkeit geschaffen werden, die uns die Möglichkeit gibt, unsere hauptamtlichen Mitarbeiter nicht nur innerhalb der einzelnen Landesverbände, sondern auch von dem einen Landesverband in den anderen zu

versetzen. Es kann nichts schaden, wenn ein Westfale sich einmal in Baden-Württemberg umsieht oder wenn ein Schwabe einmal nach Schleswig-Holstein versetzt wird. Dadurch soll erreicht werden, daß das Bewußtsein von der Einheitlichkeit der Partei in diesen Kreisen geweckt wird und daß der Geist von Baden-Württemberg gelegentlich einmal in Schleswig-Holstein leuchtet, und umgekehrt.

Das Präsidium der Christlich-Demokratischen Union hat in der letzten Sitzung ein Versorgungswerk genehmigt³², das unseren hauptamtlichen Mitarbeitern eine zusätzliche Versorgung sichert und garantiert. Innerhalb des Haushaltes der Bundespartei werden jährlich für diesen Zweck etwa DM 700.000,- zur Verfügung gestellt. Das ist eine große Anstrengung. Aber wenn wir unseren Mitarbeitern nicht die Sorgen nehmen, die sie wegen ihres Lebensabends und wegen ihrer Angehörigen haben, werden wir niemals jene qualifizierten Kräfte bekommen, die wir brauchen; diese werden nämlich auf eine angemessene Besoldung Wert legen. Wir brauchen solche Kräfte, die sich vertrauensvoll der Christlich-Demokratischen Union anvertrauen.

Sehr eingehend haben wir uns mit den Problemen des Vertrauensleutesystems befaßt; ich bitte Sie, dieser Frage Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie alle wissen, daß wir nicht mehr die staatlichen und außerstaatlichen Einrichtungen haben, die den Menschen als Ganzen erfassen, meinetenwegen die Stände des Mittelalters oder die Einrichtungen, die im kirchlichen Bereich bestanden. Unsere Gesellschaft ist weitgehend strukturiert durch Vereine, Verbände, Organisationen, die bestimmte Interessen des einzelnen wahrnehmen und die einzelnen veranlassen, sich eben diesen Organisationen anzuschließen. Wir würden als Partei an dieser Entwicklung völlig vorbeigehen, wenn wir nicht dafür Sorge tragen würden, daß wir in den vielfältigen Organisationen, die Macht ausüben, die Einfluß haben, gleichfalls vertreten sind. Darüber hinaus müssen wir bei der Entwicklung des Vertrauensleutesystems auch daran denken, daß wir regional vertreten sind.

Deshalb sind vor einigen Monaten Schritte eingeleitet worden, um wieder ein Vertrauensleutesystem entwickeln zu können. Sie wissen, daß wir uns bereits in den Jahren 1953 und 1957 darum gekümmert haben. 1956/57 haben wir 36.000 Vertrauensleute gehabt, 1961/62 waren es 29.000. Diese Vertrauensleute haben den Auftrag, unmittelbar vor den Bundestagswahlen Material zu verteilen, zu werben und für die CDU tätig zu sein. Aus finanziellen Gründen haben wir dieses Vertrauensleutesystem nach den Bundestagswahlen jeweils wieder fallenlassen.

Nach meiner Auffassung erfordert die Vorbereitung der Bundestagswahl 1965 derartig intensive Anstrengungen, daß wir das Vertrauensleutesystem jetzt wieder entstehen lassen müssen. Deshalb haben wir vor einigen Monaten die Landesverbände gebeten, daran mitzuwirken. Mit drei Ausnahmen haben alle Landesvorsitzenden positiv geantwortet. Bisher ist ländermäßig eine Zahl von rund 10.000 Vertrauensleuten erfaßt. Ich habe allerdings den Eindruck, daß dabei in den einzelnen Kreisen die Vertrauensleute nicht mit der Sorgfalt ausgelesen worden sind, wie das notwendig

32 Sitzung des Präsidiums der CDU am 21. Juni 1963. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

ist. Offenbar hat man alte Karteilisten herausgezogen. Ich habe nicht den Eindruck, daß eine wirklich kritische Auslese der Vertrauensleute erfolgt ist. Deshalb bitte ich Sie, auch dieser Frage nachzugehen und dafür zu sorgen, daß wir zu einer Auslese von Personen kommen, auf die wir uns ernsthaft stützen können, und zwar sowohl in den Vereinen und Verbänden wie regional bis in die Betriebe hinein; über die letzte Frage werde ich mit Herrn Katzer noch einmal im einzelnen sprechen.

Das Vertrauensleutesystem kann nur dann funktionieren, wenn einige Voraussetzungen erfüllt sind und die entsprechenden Maßnahmen durchgeführt werden. Dazu gehört die kostenlose Belieferung der Vertrauensleute mit periodischem Informationsmaterial, mit aktuellen Informationen bei besonderen Ereignissen, Ereignissen, die insbesondere bei Bundestagswahlen eintreten können. Dazu gehört aber auch folgendes, und ich bitte Sie eindringlichst, dafür zu sorgen: daß die Kreisvorsitzenden die Vertrauensleute ihres Bezirkes in monatlichen Abständen – mindestens aber in dreimonatlichen Abständen – um sich vereinigen, daß sie ihnen die Möglichkeit einer sorgfältigen, intensiven und sie zu Vertrauten machenden Information geben und ihnen gleichzeitig die Bedeutung ihres Auftrages und ihrer Aufgabe ins Gewissen rufen. Nur dann, wenn die Kreisvorsitzenden sich persönlich dieser Vertrauensleute annehmen – und sie nicht nur in Karteien führen – und Kontakt mit ihnen unterhalten, werden wir mit dieser Aktion Erfolg haben, die eine der wichtigsten Anstrengungen zur Vorbereitung des nächsten Bundestagswahlkampfes darstellt.

Sie wissen, daß die Sozialdemokratie sehr erfolgreich mit diesem System der Vertrauensleute arbeitet. In der Weimarer Zeit hat sich die eine oder andere Partei, die damals bestand, wie z. B. das Zentrum, gleichfalls erfolgreich, wenn auch unter anderen Gesichtspunkten, auf ein Vertrauensleutesystem gestützt. Wir sollten dafür sorgen, daß wir zum selben Ergebnis kommen. Ich habe mir sagen lassen, daß Herbert Wehner in Hamburg über 10.000 Vertrauensleute verfügt. Er braucht nur auf einen Knopf zu drücken, dann sind sie da. Das werden wir niemals erreichen. Wir sollten aber im Rahmen der sicherlich eingeschränkten Möglichkeiten der CDU hier nach dem Rechten sehen.

Die Mitgliederwerbung war ein weiterer Gegenstand der gestrigen Besprechung. Die Unterlagen für die Durchführung einer Werbung sind vorbereitet. Ich hoffe, daß auch die Kreisvorsitzenden inzwischen die sehr ausführlichen und wohlgedachten Anweisungen zur Mitgliederwerbung erhalten haben, die in der Tat durchgearbeitet werden müssen. Sie enthalten Gedanken und Überlegungen, die einer modernen Mitgliederwerbung entsprechen. Sie haben bereits den ersten Schaukalender erhalten, der der Werbung dienen soll. Eine zweite stark bebilderte Schrift wird Ihnen zugehen. Die Mitgliederwerbung soll im Herbst – September/Oktober – beginnen. Ich hoffe, daß die Herren Landesvorsitzenden und Sie alle sich dieser wichtigen Aufgabe annehmen. Es muß bis zum 1. April nächsten Jahres erreicht werden, daß wir mindestens 100.000 Mitglieder mehr in der CDU haben als jetzt. Das ist keine Utopie, sondern ein durchaus reales Ziel, wenn ich an die Erfolge der letzten Monate in einigen Kreisen denke.

Von Bedeutung scheint mir ferner die richtige Auslese unserer Vorstandsmitglieder in den Kreisverbänden und Ortsunionen zu sein. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß wir uns zu sehr honorationenmäßig geben, daß wir uns zu sehr gegen alle die Kräfte abschirmen, die von außen zu uns kommen und Einfluß gewinnen möchten. Es wird notwendig sein, daß die Landesvorsitzenden sich mehr als in der Vergangenheit der Wahlen der Kreisvorsitzenden annehmen und dort, wo es notwendig ist, für eine Erneuerung und Verbesserung der persönlichen Verhältnisse sorgen. Das ist sicherlich schwierig und erfordert sehr viel Taktgefühl gerade gegenüber den bewährten Kräften, die seit 1945 harte und verantwortungsbewußte Arbeit geleistet haben. Aber mit der nötigen Behutsamkeit und dem nötigen Taktgefühl wird das möglich sein.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch dieser Frage Ihre Aufmerksamkeit widmen würden. Ich bin der Auffassung, daß das Ansehen der Christlich-Demokratischen Union entscheidend von dem Rang der Politik bestimmt wird, die wir betreiben, aber auch von den Persönlichkeiten, die uns in Bund, Ländern und Gemeinden repräsentieren. Wenn es uns gelingt, angesehene, integere, durch ihre menschliche Haltung überzeugende Persönlichkeiten zu gewinnen – das ist keine Frage des sozialen Standes –, dann ist das auch die Grundlage für die Gewinnung jener Kräfte, die in den einzelnen Gemeinden und Kreisen auf die Dauer die Arbeit der Christlich-Demokratischen Union stützen werden. Gerade auf diese Frage sollten wir besonderes Gewicht legen. (*Beifall.*)

Burgbacher: Nur ein paar ganz kurze Bemerkungen zu den Finanzfragen. An Mitgliederbeiträgen gehen bei der CDU – immer ohne CSU – 2 Millionen DM im Jahr ein, bei der SPD 11 Millionen DM. Die SPD hat auf ihrem Kölner Parteitag die Beiträge zwischen 50 und 70 % erhöht.³³ Dieser Beschluß ist mit 70 % effektiert worden. Wir haben die genannten 64 % unter DM 1,-, die SPD hat 30 % unter DM 1,-. Wenn man den Etat der SPD und der CDU/CSU mit je 30 Millionen DM für Bund, Länder und Gemeinden annimmt und für die CDU allein mit 22 Millionen DM, dann sind durch Mitgliederbeiträge bei der SPD 35 % des Gesamtbedarfs und bei uns maximal 10 % gedeckt. Wenn man dann noch rechnet, daß die SPD durch Wiedergutmachung, Einkommen aus Vermögen, Umsatzvergütungen ihrer Zeitungen usw. 6 Millionen DM sowie vom Bund 8 Millionen DM und von den Ländern 4 Millionen DM erhält, dann hat sie 29 Millionen DM. Die CDU hat dagegen von den notwendigen 22 Millionen DM – mit CSU 30 Millionen DM – nicht 95 % sondern nur 50 % gedeckt.

Nun hat sich das Präsidium in der letzten Sitzung mit einigen dieser Fragen befaßt. Unser Freund Dufhues hat den Beschluß über das Versorgungswerk schon angeführt. Es wurden noch andere Beschlüsse gefaßt, die noch wichtiger sind.

³³ Vorstand der SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 26. bis 30. Mai 1962 in Köln. Bonn 1962 S. 520 f., S. 639 f.

Der erste Beschluß geht dahin, daß das Parteiengesetz schnellstmöglich in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll.³⁴ In dieses Parteiengesetz soll eine Spendenregelung aufgenommen werden, die das Karlsruher Urteil respektiert. Ich will nicht alle Einzelheiten anführen. Die Spendenregelung soll im Prinzip darin bestehen, daß jemand, der einer politischen Partei etwas spendet und darüber eine Quittung hat, davon einen gleichhohen Prozentsatz an seiner Steuer aufrechnen kann. Dieser gleichhohe Prozentsatz ist eine Folge des unglücklichen Karlsruher Urteils.

Ein weiterer Beschluß des Präsidiums geht dahin, daß wir im Bundeshaushalt 1964 statt 20 Millionen DM 30 Millionen DM eingesetzt haben wollen, weil wir inzwischen feststellen mußten, daß die Bemühungen der Wirtschaft, uns zu helfen, bisher – ich will mich vorsichtig ausdrücken – zu äußerst geringen Erfolgen geführt haben und wir sehr besorgt sind, ob wir uns darauf verlassen können.

Es wird Sie noch interessieren, was wir jetzt erreicht haben. Im Augenblick bekommen die im Bundestag vertretenen politischen Parteien aus dem Bundeshaushalt 20 Millionen ohne Zweckbestimmung – außer Artikel 21 Grundgesetz – und aus anderen Haushalten noch einmal 10 Millionen DM, so daß wir also 30 Millionen DM in öffentlichen Haushalten haben. Unter den Schatzmeistern der drei Parteien findet gelegentlich ein privater Gedankenaustausch statt, daher weiß man solche Zahlen. Es haben also wie gesagt die SPD und die CDU/CSU einen Bedarf von je 30 Millionen DM und die FDP einen solchen von ungefähr 8 Millionen DM. Von diesen rund 70 Millionen DM sind bis jetzt durch Etatisierung rund 30 Millionen gedeckt, vom nächsten Jahr ab wären es dann vielleicht 40 Millionen DM. Auch wenn wir das Parteiengesetz mit dieser Spendenregelung bekommen, haben wir noch lange nicht die Spenden. Ich bin in diesen Fragen sehr skeptisch geworden.

Ich hoffe und bitte sehr herzlich darum, daß alle mithelfen, daß das Parteiengesetz wirklich über die Bühne gezogen wird. Der Herr Bundesinnenminister, unser Freund Höcherl, ist mit seinem Entwurf fertig. Den Mitgliedern des Haushaltsausschusses muß ich ganz klar sagen, daß nichts anderes als das, was ich eben erwähnte, übrigbleiben wird.

Katzer: Ich möchte mir erlauben, nach unserer Bundestagung ein paar Worte zu sagen.³⁵ Der Herr Bundeskanzler hat uns ja ein lobendes Wort gesagt; ich bin dankbar, das auch an unsere Freunde in den Sozialausschüssen weitergeben zu dürfen.

34 Das Parteiengesetz wurde erst am 24. Juli 1967 verkündet (BGBl I S. 773). Vgl. Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz). Textausgabe mit Einführung und Stichwortverzeichnis (Schwartz-Gesetzestexte Heft 50). Göttingen 1968. In der Vierten Wahlperiode brachten die Fraktionen der CDU/CSU, FDP (Drs. IV/2853) und die Fraktion der SPD (Drs. IV/3112) Gesetzentwürfe ergebnislos ein.

35 10. Bundestagung der Sozialausschüsse am 6./7. Juli 1963 in Oberhausen. Bericht in „Soziale Ordnung“ Nr. 8/9 August/September 1963. – FAZ vom 9. Juli 1963 „Christlich-demokratische Sendboten in der Arbeiterschaft“; „Die Welt“ vom 8. Juli 1963 „Linker Flügel der CDU will in der Partei mehr zu Wort kommen“; „Bonner Rundschau“ vom 8. Juli 1963 „Linker Flügel für Steuerreform“.

Überraschend war auch die sehr starke Diskussionsfreudigkeit. Die Arbeitskreise haben bis 10 Uhr, 10.30 Uhr gearbeitet. Gerade der Arbeitskreis Parteireform hat bis nach 10 Uhr getagt.

Hier war sichtbar geworden, daß die Arbeiterschaft das Gefühl hat – ob zu Recht oder zu Unrecht, lassen wir dahingestellt –, sie komme in der Union zu kurz. Ferner zeigte sich, daß sie in den Betrieben den Sozialisten hilflos gegenübersteht. In den Betrieben kumuliert sich die sozialistische Betriebsgruppenarbeit mit den Gewerkschaftsgruppen, insbesondere der IG Metall.

Herr Bundeskanzler, Sie haben diese Frage mit Recht angeschnitten. Ich war dankbar, daß Sie heute – im Gegensatz zu früheren Äußerungen – nur die IG Metall herausgegriffen haben. Ich würde das aus taktischen Gründen sehr empfehlen.

Ich will das noch mit einem Wort ergänzen. Ich habe versucht, in dem Rechenschaftsbericht, den ich gegeben habe, eine sehr scharfe Abgrenzung gegenüber der SPD vorzunehmen, und ich habe sehr scharfe Angriffe gegen die Gewerkschaften geführt; ich habe insonderheit den DGB – in bezug auf die Betriebsarbeit – mit Namen genannt. Das Ergebnis war nicht etwa, daß man jetzt zurückschlägt. Zu meiner großen Überraschung lese ich in der Zeitung, es werde sehr begrüßt, daß der neue Vorsitzende eine weitgehende Übereinstimmung betont habe. Was für ein fauler Zauber! Ich habe sehr deutliche Worte gesprochen. Statt dessen geht der DGB hin und begrüßt das alles.

Wir haben den Kollegen Blank auf dieser Bundestagung in der Sache des Sozialpakets³⁶ in jeder Weise unterstützt; das bitte ich einmal sagen zu dürfen. Es sind noch einige Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Einkommensgrenze und der Versicherungspflicht vorhanden. Ein zweiter Punkt bezog sich auf die Freistellung der Rentner. Die von uns gegebenen Anregungen sollte man aufgreifen, damit unsere Freunde in die Lage versetzt werden, jetzt das Sozialpaket draußen zu vertreten. In dem betreffenden Arbeitskreis waren weit über 100 Kollegen. Es wurde sehr hart diskutiert, und der Kollege Blank wurde zum Teil von jungen Leuten sehr hart angegriffen. Es ist aber ein grotesker Zustand, wenn nachher von den genannten Leuten gesagt wird, man sei in der Sache gar nicht so weit auseinander. Ich glaube, daß wir das Sozialpaket mit einem positiven Effekt für die Arbeitnehmerschaft durchziehen können.

Dazu ist allerdings notwendig, Herr Bundeskanzler, daß man aus dieser klein-karierten Diskussion um das Sozialpaket herauskommt, bei der man immer nur die Frage der Kostenbeteiligung sieht; diese Frage sollte wirklich einmal zwischen Partei und Bundesregierung überprüft werden. Wir haben mit unserer Bundestagung einen

36 Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (Drs. IV/816), Entwurf eines Gesetzes über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall (Drs. IV/817) und Entwurf eines Bundeskindergeldgesetzes (Drs. IV/818) vom 7. Dezember 1962.

entscheidenden Beitrag zur Beseitigung der Hemmnisse geleistet, die da bestanden haben.

Zur Steuerpolitik lag ein Antrag von Hessen vor. Wir haben die Anträge, wie es demokratischer Gepflogenheit entspricht, vorher allen unseren Freunden zugestellt. Ich bin gern bereit, auch Ihnen diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Nebenbei darf ich bemerken, daß die organisatorische Vorbereitung der Tagung ganz hervorragend gewesen ist. Der Eindruck, den die Öffentlichkeit hier bekam, war für die Union wirklich positiv. Das war ein Auftakt für ein verstärktes Wirken der Union in die Arbeiterschaft hinein. Diesen positiven Aufschwung sollten wir noch vor der Ferienzeit für unsere Union ausnutzen.

Nun wieder zur Finanzpolitik! Hierzu lag der Antrag von Hessen als selbständiger Antrag eines Landesverbandes vor. Er enthielt zum Teil sehr harte Formulierungen. Wir haben auf unsere hessischen Freunde eingewirkt, daß diese Entschliebung nicht als Forderung verabschiedet wurde, sondern als Beratungsthema auf unseren Tisch kommt.

Nun kam in der Pressebesprechung immer wieder die Frage: Was haben Sie jetzt vor? Die Antwort lautete – alle Beteiligten stimmten hier überein –: Wir haben vor, diese Frage z. B. im Parteivorstand zur Erörterung zu stellen.

Herr Stüsterhenn hat vorhin Herrn Etzel daran erinnert, daß er nach der Bundestagswahl den Vorsitz in diesem Ausschuß übernommen habe. Ich habe die herzliche Bitte an den Parteivorstand, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, Vertreter des Wirtschaftsausschusses, des Mittelstandsausschusses und des Sozialausschusses zu einer Beratung dieser Vorschläge zusammenzubringen.

In diesem Zusammenhang darf ich auch die bekannte Broschüre erwähnen und das, was hierüber berichtet wurde.³⁷ Ich habe mich nicht gegen die Verteilung der Broschüre gewandt, sondern nur gesagt, ich hätte dann die Bitte, daß auch unsere Vorschläge gelesen werden. Auch das, was unsere Freunde beschlossen haben, soll in der Partei ein Echo finden. Wir sind ein Teil der Union, wir sind ein Teil der Partei. Wir vertreten nur eine Gruppe in der Union, und wir stehen anderen Schichten in der Union gegenüber. Meine Bitte: man solle uns diese Chance der Auseinandersetzung mit anderen Gruppen geben.

Wenn es möglich wäre, den Beschluß zu fassen, ein solches Gremium aus diesen drei Kreisen zusammenzubringen, würde das die positiven Ergebnisse unserer Tagung unterstützen.

Etzel: Ich möchte von mir aus unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler heute über die Bedeutung der Sozialausschüsse gesagt hat; ich bejahe das völlig. Ich habe das in langen Jahren durch konkrete Maßnahmen bewiesen.

Ich habe mich auch, wenn besondere Probleme vorlagen, bemüht, nach außen ein Bild der CDU erscheinen zu lassen, das keine Gegensätze zeigte. Herr Katzer, ich

37 Franz ETZEL: Steuererhöhungen? Nein! Bonn 1963. – Vgl. „Die Welt“ vom 5. Juli 1963 „Etzel: Erhöhungen der Steuern eine Katastrophe für die Wirtschaft“.

darf Sie an das Problem Tarifpolitik erinnern, wo wir in der taktischen Behandlung der Dinge völlig einig gewesen sind.

Um die Tagung in Oberhausen ist ein starker Wirbel entstanden. Ich habe auf diesen Wirbel nur reagiert, weil ich Sorgen wegen der Optik hatte. Es ist absolut notwendig, daß wir tiefer bei der Arbeiterschaft eindringen. Ebenso notwendig ist es aber auch, daß wir nicht im gleichen Atemzuge die Mauer, die wir auf der anderen Seite aufgebaut haben, wegfegen. Darum ist es mir gegangen.

Die Schrift, die ich gemacht habe, ist nur zufällig zeitlich mit dieser Tagung erschienen. Als auf der Pressekonferenz gefragt wurde, was ist los, habe ich versucht, das Problem zu bagatellisieren. Daraus sind einige Mißverständnisse entstanden. Das wollte ich nicht.

Das, was aus den Anträgen von Hessen hervorragt, ist nicht das, was uns verbindet. Es sind einige Dinge drin, zu denen man ja sagen kann; es gibt aber auch eine ganze Anzahl, die einfach nicht zu machen sind. Darüber muß diskutiert werden.

Wir haben heute morgen das Thema in der Fraktionsvorstandssitzung³⁸ angesprochen, leider in Ihrer Abwesenheit. (*Katzer*: Ich gehöre dem Fraktionsvorstand nicht an!) Aber Herr Arndgen hat es vertreten. Wir haben es heute morgen schon diskutiert. Im Wirtschaftsausschuß und im Mittelstandsausschuß der Partei sind Ihre Freunde schon drin. Es scheint der Inhalt Ihres Antrages zu sein, daß es auch zwischen den Gruppen noch einmal diskutiert wird. (*Katzer*: Das wäre mein Wunsch!) Ein Gespräch ist immer etwas Vernünftiges. Wir sollten eine Brücke und nicht einen Graben suchen.

Adenauer: Darf ich zu den Sozialausschüssen noch ein Wort sagen. Wir haben nicht zu bestimmen, wer in den Vorstand der Fraktion hineinkommt. Wir können aber doch gewisse Anregungen geben. Ich glaube, wir sollten die Anregung geben, daß der Vorsitzende der Sozialausschüsse in den Vorstand der Bundestagsfraktion hineinkommt. (*Beifall*.) Dann können wir das Herrn von Brentano mitteilen. Ich nehme an, der Fraktionsvorstand wird gern damit einverstanden sein. – Ich halte auch die Anregung von Herrn Katzer für richtig, daß die Sache in den anderen Ausschüssen zur Diskussion kommt.

Eines möchte ich aber im Hinblick auf die Einheit der Partei betonen, und das gilt nicht speziell für diesen Ausschuß, sondern für alle Ausschüsse: Die Ausschüsse sollen ihre Beschlüsse nicht selber veröffentlichen, sondern die Beschlüsse müssen durch den Parteivorstand gehen. Sonst besteht die Gefahr, daß von irgendeinem der vier Ausschüsse Beschlüsse herauskommen, die wir nachher nicht durchführen können.

Dichtel: Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihren ersten Ausführungen darauf hingewiesen, was in der nächsten Zeit insbesondere nach der finanziellen Seite hin unbedingt erfolgen solle und müsse. Ich darf bei diesem Tagesordnungspunkt kurz die Sorgen von Baden-Württemberg vortragen.

38 Protokoll in ACDP VIII-001-1504/1, hier S. 3 f.

Wir haben uns heute vor dieser Sitzung sehr eingehend mit Herrn Dufhues darüber unterhalten, wie der Landtagswahlkampf bei uns eingeleitet werden soll. Wir können uns mit dieser Frage nicht früh genug befassen. Einzelheiten brauche ich nicht vorzutragen. Aber ein Anliegen möchte ich den hier Anwesenden bekanntgeben.

Wir haben bei der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg erheblich darunter zu leiden gehabt, daß zu dem Zeitpunkt, wo unsere Wahlen waren, der kolossale Wirbel um das Sozialpaket entstanden war. Dies wurde im ganzen Land ausgetragen. Wir haben damals erlebt, daß die Gewerkschaften in öffentlichen Massenversammlungen mit Tausenden von Menschen diese Fragen angeschnitten haben. Was uns sehr stark betrübt hat, war, daß der Wirbel umsonst gewesen ist. Die Rechnung mußte von uns bis zum letzten Pfennig bezahlt werden.

Im April/Mai kommenden Jahres haben wir wieder Wahlen. Sie haben soeben erfreulicherweise erklärt, daß ernsthaft versucht werde, etwa bis zum 1. Januar kommenden Jahres das Sozialpaket zum Tragen zu bringen. Es hat uns alle mit großer Freude erfüllt, daß nun ernsthafte Schwierigkeiten nicht mehr vorhanden sind. Diese Frage, die seit langen Jahren in der Diskussion ist, muß irgendwie vom Tisch gebracht werden.

Darf ich heute in dieser Sitzung von Baden-Württemberg aus die herzliche Bitte aussprechen, daß sich das Präsidium und die verantwortlichen Instanzen in der nächsten Sitzung einmal sehr eingehend darüber unterhalten, wie man uns die Dinge im kommenden Frühjahr erleichtern kann. Es ist nicht erwünscht, daß diese Fragen im kommenden Frühjahr erneut ausgetragen werden. Wir wollen der Sache selber nicht zu nahe treten. Ich meine aber, wir könnten die Behandlung zeitlich so gestalten, daß wir zu einer guten Regelung kommen.

Der Wahl in Baden-Württemberg sollten wir eine große Bedeutung beimessen; es ist die letzte entscheidende größere Wahl vor den Bundestagswahlen. Meiner Meinung nach wird davon schon eine sehr weitgehende Weichenstellung für die Bundestagswahlen ausgehen. Deswegen die herzliche Bitte, alles zu vermeiden, was möglich ist.

Adenauer: Meine Damen und Herren, Herr Dichtel hat hundertprozentig recht. Dieses Sozialpaket muß jetzt endlich durchgehen. Wer nicht will, der muß sagen, warum er nicht will, und dem muß man antworten. (*Zuruf:* FDP!) Dann werden wir sicher von der SPD Hilfe bekommen, wenn die FDP nicht will. Die FDP will doch eine Volkspartei werden.

Herr Dichtel, wenn wir nun die beiden Herren Ministerpräsidenten nicht dazu bekommen, dann bliebe, um das Sozialpaket zu starten, nur noch folgender Ausweg übrig: Wir führen die Ergänzungssteuer ein³⁹; Sie wissen, daß die vorgesehen ist.

39 Minister Starke hat sich stets dagegen verwandt (vgl. Rede vom 7. November 1962 – Haushaltsreden S. 144). – Die diskutierte Ergänzungsabgabe (3 %) wurde durch das Zweite Steueränderungsgesetz vom 21. Dezember 1967 eingeführt (BGBl I S. 1254).

(Zuruf: Vor den Wahlen?) Sicher ist das vor den Wahlen gefährlich. Die Ergänzungssteuer bleibt uns ganz. Nun hat mir dieser Tage ein Herr gesagt – das kann man natürlich nicht durchbekommen –, man solle die Einkommensteuer entsprechend ermäßigen. Dadurch würden die Länder ein bißchen geschreckt. Der Gedanke ist zu schön, um durchgeführt werden zu können. (Heiterkeit.) Die Sozialgesetze können wir nicht durchbringen, wenn die Herren nicht nachgeben. Dann würden wir eben zur Ergänzungssteuer greifen müssen. Diese Frage braucht jedoch heute nicht entschieden zu werden. Aber sie muß auf einer der nächsten Sitzungen entschieden werden.

Stoltenberg: Wir hatten heute eine lange Aussprache im Fraktionsvorstand über das Sozialpaket. Ich muß hierüber leider folgendes sagen – an sich wäre das Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden. Aus dem Bericht der zuständigen Herren des Arbeitskreises – der Kollegen Stingl⁴⁰ und Ruf⁴¹ – ging hervor, daß zwar die sachlichen Schwierigkeiten innerhalb der CDU, die uns damals außerordentlichen Kummer bereiteten, wohl überwunden sind, daß aber das Gesetzgebungsverfahren über das Krankenversicherungsgesetz im Sozialpolitischen Ausschuß bei der Schwierigkeit der Materie – über 300 Paragraphen – und der Entschlossenheit der SPD, im Ausschuß paragraphenweise zu beraten, nicht zum 1. Januar abgeschlossen werden kann. Nach diesem Bericht der Kollegen haben wir uns heute morgen auf eine Beratung bis zum Frühjahr eingestellt. Bis jetzt sind zehn Paragraphen von 300 – bei einem beschleunigten Verfahren – beraten.

Adenauer: Meine Meinung ist, daß jetzt die Fraktion das Parlament führen muß. Das muß gemacht werden; nicht nur diese Sache, sondern auch andere Sachen müssen angepackt und durchgeführt werden. Die Notstandsgesetze!⁴² Meine Herren, wenn ich da einmal mein Herz über den Bundestag ausschüttete, würden Sie staunen; da würde ich noch erregter sprechen als über die Länderministerpräsidenten. So sehen Sie, wie man seinen Ärger hat. Es ist das letzte ordentliche Arbeitsjahr, das der Bundestag hat. Da muß er so viel schaffen, daß er damit klar bestehen kann.

Katzer: Die Zahl 300 Paragraphen ist nur optisch so erschreckend. Im Grunde kommt es auf drei Dutzend Paragraphen an. Das andere ist relatives Beiwerk. Da muß man einen Willen dahintersetzen. Wenn der Wille der Fraktion dahintersteht, kann das bis Ende des Jahres erreicht werden. Wenn man aber vor 300 Paragraphen kapituliert, wird man das Ziel nicht erreichen.

Gurk: Der Zeitdruck, der hier erwähnt wird, besteht auch in den Ländern. Ich habe als Landtagspräsident in Baden-Württemberg dieser Tage von den Fraktionen ein

40 Josef Stingl (geb. 1919), 1953–1968 MdB (CDU, 1963–1968 Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1213 Anm. 50.

41 Thomas Ruf (1911–1996), Mitgründer der CDU in Esslingen, 1946–1951 Mitglied im Kreistag und im Stadtrat Esslingen, 1953–1972 MdB. Autobiographie in: ABGEORDNETE 9.

42 Mit dem 17. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 (BGBl I S. 709) wurde ein Notverfassungsrecht in des Grundgesetz eingefügt. Vgl. dazu PROTOKOLLE 3 S. 845–860.

klares Arbeitsprogramm gefordert, das im letzten Jahr durchgezogen werden muß und kann. Der Kulturpolitische Ausschuß des Landtages ist gezwungen worden, mehr Sitzungen – auch samstags – anzuberaumen. Bei uns wird den kritischen Ausschüssen auferlegt, mehr zu arbeiten oder sich in der Behandlung von Bagatelangelegenheiten zu mäßigen.

*Varelmann*⁴³: Im Ausschuß für Arbeit behandeln wir das Kindergeldgesetz und das Gesetz über die Lohnfortzahlung. Unter dem Vorsitz des Kollegen Scheppmann⁴⁴ wird dort sehr zügig und fleißig gearbeitet. Im Ausschuß für Sozialpolitik sind die Beratungen schwerfällig. Das ist nicht allein die Schuld der SPD, sondern geht zum Teil auch auf das Schuldkonto unserer Kollegen. Ich würde es für sehr gut halten, wenn wir alle Kraft darauf verwendeten, unsere Kollegen im Sozialpolitischen Ausschuß zu einer Änderung zu beeinflussen.

Ich hatte vor einiger Zeit eine Versammlung zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, in der das Sozialpaket behandelt wurde. Da sagte der Sprecher der SPD, die CDU wolle nur deshalb die Krankenversicherungsreform verabschieden, damit kurz vor der Bundestagswahl die großen Rückvergütungen gezahlt werden. Dieses Argument spricht dafür, daß wir alles aufbieten, daß das Gesetz am 1. Januar kommenden Jahres in Kraft tritt, damit kurz vor den Bundestagswahlen die Rückvergütungen erfolgen; dann erkennen unsere Wähler, daß die Krankenversicherung nicht so schlecht ist.

Adenauer: Darf ich Ihnen einen Rat geben. Die Landesparteien sollten sich, ehe sie die Bundestagskandidaten aufstellen, von den entsprechenden Gremien ein Zeugnis über den Mann geben lassen, also etwa die Bundestagsfraktion fragen, ob der Herr XY auch fleißig gewesen ist. – Es läßt sich doch vieles machen.

Schmidt: Im Sozialpolitischen Ausschuß ist natürlich Herr Professor Schellenberg⁴⁵ das Hemmnis.

Adenauer: Man muß doch mit dem Herrn Schellenberg auch einmal fertig werden.

Krone: Schluß der Debatte beantragen.

Scheufelen: Wir haben in Baden-Württemberg 51 Abgeordnete, die SPD hat 44. Bei der gegenwärtigen Lage sind wir nicht sehr weit von ihr weg. Es ist zu hoffen, daß wir uns verbessern. Wenn unsere Wahlen aber mitten in die Zeit der Beratung des Sozialpaketes hineinfallen, wird das außerordentlich schwer sein.

43 Franz Varelmann (1904–1978), 1951 Landesvorsitzender der CDA Oldenburg, 1953–1972 MdB (CDU).

44 Heinrich Scheppmann (1895–1968), Gewerkschaftssekretär; 1953–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 722 Anm. 45.

45 Prof. Dr. Ernst Schellenberg (1907–1984), Sozialpolitiker; 1952–1976 MdB (SPD, 1957–1976 Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik), 1960–1973 Mitglied des Parteivorstands der SPD. – Festschrift: Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen. Ernst Schellenberg zum 70. Geburtstag. Bonn/Bad Godesberg 1977.

Wir haben in den letzten vier Jahren in unseren Ballungsgebieten wieder eine erhebliche Zuwanderung zu verzeichnen gehabt. Einen sehr großen Bereich stellen die unentschlossenen Wähler dar; eine präzise angesetzte Propaganda der Gewerkschaften für die SPD würde bei diesen Wählern für uns verheerende Wirkungen haben. Es ist doch zu überlegen, ob wir uns damit abfinden müssen, daß diese Sache im März – in der für die Landtagswahlen bezüglich der Meinungsbildung entscheidenden Periode – verabschiedet wird. Dann würde die ganze Propaganda zum Zuge kommen, bevor wir an Hand der Tatbestände nachweisen können, daß es ein gutes Gesetz ist. Der 1. Januar wäre für uns politisch der äußerste Termin. Eine andere Möglichkeit wäre, daß das Gesetz dann noch später kommt. Aber das wäre dann wieder für die Bundestagswahlen schlecht. – Wir müssen also von vornherein darauf hinweisen, daß wir gerade in dem Ballungsraum von Stuttgart, wo wir sehr schwer zu kämpfen haben, mit ganz schweren Rückschlägen rechnen müssen.

Adenauer: Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Dann können wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Es ist gebeten worden, den Punkt 3 abzusetzen, weil diese Frage so wichtig sei, daß sie erst noch einmal überlegt werden müsse.

Wir kommen dann noch zum Punkt „Verschiedenes“.

VERSCHIEDENES

Dufhues: Meine Damen und Herren, das Präsidium der CDU hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage des Ortes und des Termines des nächsten Bundesparteitages befaßt. Nach Abwägen des Für und Wider schlägt das Präsidium dem Vorstand vor, den nächsten Bundesparteitag in der Zeit vom 14. bis 18. März 1964 in Hannover abzuhalten. Der Termin liegt etwa 14 Tage vor dem Osterfest; Bedenken wegen der Ferien sollten also nicht bestehen. Hannover wird vorgeschlagen, weil wir bisher im Bereich Niedersachsen – abgesehen von Goslar⁴⁶ – noch keinen Bundesparteitag hatten. Bereits früher wurde die Abhaltung eines Parteitages in Niedersachsen erörtert. Es scheiterte aber immer daran, daß keine geeigneten Räume zur Verfügung standen.

Lemmer: Warum gehen wir nicht nach Baden-Württemberg, wenn die dortigen Wahlen so wichtig sind? Ein Bundesparteitag in diesem Gebiet würde dann gerade die Wirkung haben, auf die es ankommt. Ich will Herrn Fricke keinen Kummer machen, wenn ich diese Frage aufwerfe.

Scheufelen: Es hat sich gezeigt, daß die Parteitage auf die Landtagswahlen eigentlich nur geringen Einfluß haben. Wir hatten das letzte Mal den Parteitag in Karlsruhe⁴⁷; das Wahlergebnis in Karlsruhe hat sich von dem des übrigen Landes nicht wesentlich unterschieden. (*Lemmer:* Es geht ums ganze Land!) Natürlich. In Frage kämen bei uns Karlsruhe oder Stuttgart. In Stuttgart haben wir es räumlich nicht mehr geschafft. Der

⁴⁶ CDU, 1. Bundesparteitag (Gründungsparteitag) vom 20. bis 22. Oktober 1950.

⁴⁷ CDU, 9. Bundesparteitag vom 26. bis 29. April 1960.

Killesberg war schon belegt. Wenn wir gleichzeitig den Wahlkampf führen und den Parteitag vorbereiten müssen, dann wäre das eine Überforderung unserer Organisation. Wichtiger bei einer Wahl ist heute die Kleinarbeit, das Absprechen der einzelnen Pläne. Hiervon geht eine größere Wirkung als von einem Parteitag aus.

Kraske: Ich möchte das unterstreichen, was Herr Scheufelen gesagt hat, und ein Weiteres hinzufügen. Der letzte Parteitag in Norddeutschland hat 1958 stattgefunden⁴⁸; das ist dann im nächsten Frühjahr sechs Jahre her. Nachdem während dieser Zeit schon ein Parteitag in Baden-Württemberg stattgefunden hat, würde ich sagen, es entspricht unserem bisherigen Bemühen, mit den Parteitagen regelmäßig durch das Land zu gehen, wenn wir diesmal nach Norddeutschland gehen.

Adenauer: Also, Herr Lemmer ...

Lemmer: Die wollen ja selber nicht.

Gurk: Wir sind zu höflich, unserem lieben Freund Scheufelen zu widersprechen. Wir würden natürlich ganz gern einen Parteitag annehmen.

Adenauer: Sie müssen selber wissen, was Sie wollen.

Dufhues: Sie haben nichts davon, und der Parteitag leidet darunter.

Gurk: Lassen wir es laufen!

Adenauer: Also die Herren lassen es laufen, dann bleibt es bei dem Vorschlag des Präsidiums.

Seehoß: Es ist natürlich immer eine gewisse Schwierigkeit, einen Parteitag dort zu machen, wo wir weder in der Landesregierung sitzen, noch in der Stadt eine Rolle spielen. Eine gewisse Belastung stellt das schon dar. Ich will das nur gesagt haben, damit es hinterher nicht gerügt wird.

Adenauer: Die wollen uns auch nicht!

Kraske: Ich darf dazu sagen, daß der Parteitag in Dortmund⁴⁹ nach dem allgemeinen Eindruck ein ausgezeichneter Parteitag war.

Adenauer: Also, meine Damen und Herren, es bleibt wohl bei Hannover. – Haben wir noch etwas zu Punkt Verschiedenes?

Dufhues: Der Bundesausschuß für Sozialpolitik hat am 10. Mai Herrn Lünen-
donk⁵⁰ zu seinem Vorsitzenden gewählt. Dieser Beschluß bedarf der Zustimmung. Ich bitte um diese Zustimmung. (*Zustimmung.*)

Adenauer: Damit sind wir am Schluß der Tagesordnung angelangt. Wollen wir uns gleichzeitig gute Ferien wünschen. Aber wir wollen sagen: auf frohes Wiedersehen im Einklang mit Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. (*Beifall.*)

48 CDU, 8. Bundesparteitag vom 18. bis 21. September 1958 in Kiel.

49 CDU, 11. Bundesparteitag vom 2. bis 5. Juni 1962 in Dortmund.

50 Heinrich Lünendonk (1906–1992), 1948–1966 stv. Vorsitzender der CDU Hessen, 1950–1965 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 736 Anm. 42.

12

Bonn, Dienstag 12. November 1963

Sprecher: Adenauer, [Adorno], Amrehn, Barzel, Bauknecht, von Brentano, Dichtel, Dufhues, Erhard, Etzel, Kiesinger, Meyers, Scheufelen, Schmidt, [Stoltenberg].

Bericht zur politischen Lage (Erhard). Tätigkeitsbericht der Bundespartei. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 13.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich unseren Kollegen Erhard herzlich bei uns willkommen heißen. (*Beifall.*) Es ist unsere erste Vorstandssitzung, seitdem er Bundeskanzler ist.¹ Ich freue mich, daß er hier ist. Wir alle wissen, daß er z.Z. außerordentlich in Anspruch genommen ist. Um so mehr wissen wir sein Erscheinen zu würdigen.

Ich möchte noch ein Wort sagen. Gestern hatte ich zu Gast 125 deutsch-amerikanische Mitglieder eines Clubs aus Wiesbaden. Nachher fragte einer – ich glaube, es war ein Amerikaner –, wie stehen Sie zu dem Bundeskanzler Erhard? Ich habe dem jungen Mann gesagt: Wir sind alte gute Freunde. (*Lebhafter Beifall.*) Das gleiche möchte ich auch hier zum Ausdruck bringen.

Entschuldigt haben sich: Dr. Altmeier, Dr. Dittmar, Dr. Gerstenmaier, Dr. Heck, Schmücker, Dr. Schröder, Schwarz, Struve, Dr. Hellwig und Frau Strecker.

Meine lieben Parteifreunde! Wir hatten um 9 Uhr eine kurze Sitzung des Parteipräsidiums. Darüber wird gleich Herr Dufhues berichten. Ich möchte zunächst dem Herrn Bundeskanzler Erhard das Wort erteilen zu einem Bericht über die politische Lage.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Erhard: Herr Vorsitzender! Ich danke für den freundlichen Willkomm, den Sie zum Ausdruck gebracht haben. (*Etzel:* Es ist kein Wort zu verstehen infolge der sehr schlechten Akustik hier.) Ich hoffe, daß wir auch in der Zukunft zusammenarbeiten; denn ich habe es auch nötig, weil mir der Anschluß nach rückwärts gut tut und ich Ihren Rat einholen möchte.

¹ Wahl am 16. Oktober 1963; Regierungserklärung Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 4192–4209.

Ich stehe vor keiner leichten Aufgabe; denn Sie wissen, ich werde in den nächsten Wochen den ersten Besuch in Paris abstatten bei Staatspräsident de Gaulle² und dann nach dieser Rückkehr und einem Tag Pause sofort nach Washington weiterreisen, wo ich von Präsident Kennedy³ erwartet werde. In Paris werden die neuralgischen Fragen, die auf dem Tisch liegen, sicher zur Austragung kommen; denn de Gaulle sagte mir, er möchte so gut wie alles mit mir besprechen. Er hat sich sehr viel Zeit gelassen.

Dann stehen an im Augenblick zur Lösung unmittelbare aktuelle Fragen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nicht nur in bezug auf die Agrarmarktordnungen. Es kommt hinzu die Vorlage des Berichts der Europäischen Kommission über die Senkung und die Angleichung der Getreidepreise mit allen Konsequenzen, die damit verbunden sind.⁴

Wir wissen genau, daß die französische Auffassung und die deutsche Auffassung hier nicht völlig übereinstimmen. Ich könnte mir allerdings vorstellen, daß sich Frankreich im Augenblick auch etwas dagegen wehrt, seine Weizenpreise zu erhöhen; denn damit würden die inflationären Tendenzen in Frankreich noch verstärkt werden. Aber eine sichere Aussage ist nicht möglich.

Es werden weiter zur Diskussion stehen die harten Fragen der Integration schlechthin. Wie soll nämlich neben der immer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Sechs die politische Integration weiter vor sich gehen? Hier ist eine gewisse Pause eingetreten. Aber die Pause kann und darf nicht beliebig lang fort dauern; denn man kann nicht auf dem wirtschaftlichen Feld eine nationale Zuständigkeit nach der anderen preisgeben, ohne daß eine politische Instanz die Verantwortung dafür trägt und stellvertretend für die nationalen Regierungen dann handlungsfähig ist. Wir wissen, daß die Europäische Kommission bestimmte Vollmachten hat, aber sie ist nicht im parlamentarisch-demokratischen Sinn eine Regierung, sondern ein Verwaltungskörper. Wenn dort auch der Ministerrat tätig ist, so möchte ich glauben, er ist im wesentlichen dafür mehr ein demokratisches Feigenblatt; denn er ist völlig überfordert, die nationalen Zuständigkeiten und Souveränitäten in diesem Kreis zu wahren.

Wir müssen also einen neuen Anlauf nehmen, um zu einer stärkeren politischen Forcierung hinzufinden. Wie das aussehen wird, kann niemand sagen. Es sind in der Vergangenheit schon erkennbare Ansätze gewesen. Aber ich hoffe, daß man hier doch schließlich wieder einen neuen Beginn wird starten können. Es kommt hinzu, daß bei dem hohen Wert, den wir der französisch-deutschen Freundschaft und Aussöhnung beimessen, das eben nicht steckenbleiben darf, denn es sollte doch der Ausgangspunkt

2 Am 21./22. November 1963. Vgl. AAPD 1963 S. 1455–1478; OSTERHELD: Außenpolitik S. 25–32.

3 Kennedy wurde am 22. November 1963 ermordet.

4 Bei einer Tagung des Ministerrates der EWG am 4./5. November 1963 in Brüssel legte Mansholt ein Programm der Kommission zur Angleichung der Getreidepreise der EWG-Länder und ein Programm für die Politik der EWG bei der bevorstehenden Kennedy-Runde der GATT-Zollverhandlungen bezüglich der Agrarprodukte vor (AdG 1963 S. 10893).

werden für die Versöhnung und Verständigung eines vereinten Europas, wobei ich gar nicht die Grenzen abstecken möchte, sondern mir nur überlege, ob man jetzt nicht an Großbritannien denken kann. Wenn nämlich nur die deutsch-französische Freundschaft und die deutsch-französische Zusammenarbeit isoliert im europäischen Raum steht, dann bekommt sie sogar etwas Kontrast, anstatt anziehend zu wirken. Das ist auch eine Frage, die man sorgfältig prüfen muß.

Schon als der französische Staatspräsident das letzte Mal hier gewesen ist⁵, habe ich ihm gesagt, ich hätte durchaus Verständnis dafür, und es wäre auch meine Überzeugung, daß Europa in dem weltpolitischen Geschehen eine größere Eigenständigkeit gewinnen müsse, daß es jedenfalls sein Gewicht verstärken solle. Aber das wird man eben nicht allein mit einer deutsch-französischen Freundschaft machen können, insbesondere weil in bezug auf manche andere Frage, z. B. die NATO, ganz offenkundig Gegenauffassungen bestehen. Insofern müssen weitere Anstrengungen zur Stärkung Europas unternommen werden. Das ist die Frage, die ich anscheiden werde.

Ich verstehe de Gaulle nicht ganz; denn was er für Europa will, ist ganz klar, und was er für Frankreich will, kann ich mir in etwa vorstellen, aber dazu braucht er nicht nur Deutschland, sondern dazu braucht er auch andere europäische Länder.

Vor allen Dingen glaube ich, daß auch in bezug auf die NATO eine Lösung gefunden werden muß. Alle haben sich wohl damit abgefunden, daß de Gaulle hier eine gewisse nationale Selbständigkeit in der Verteidigung erhalten möchte. Aber das darf jedenfalls nicht so weit gehen, daß er den Fluß und die Integration der NATO damit gleichzeitig abbremst.

Auch hier wird es nötig sein, die Dinge noch zu behandeln. Das gleiche gilt in bezug auf die multilaterale Atomstreitmacht.⁶ Nun, ich werde hier keine Aussage wagen, wie die anderen europäischen Länder zu dieser Frage stehen. Wir haben uns grundsätzlich positiv eingestellt, aber Frankreich ist von der Vorstellung erfüllt, daß es möglich wäre, eine originäre europäische Atomstreitmacht aufzubauen. Man kann nicht sagen, ob das überhaupt möglich wäre, aber jedenfalls würde es keinen Ersatz für die NATO und für die Bündnisschaft mit den Vereinigten Staaten bieten.

Es gibt eine ganze Reihe von Problemen, die wir mit Frankreich unbedingt besprechen und in denen wir einander näher kommen müssen, nicht nur um unser beiderseitiges Verhältnis willen, sondern auch wegen der europäischen Integration im ganzen und der Stärkung der europäischen Kraft im weltpolitischen Geschehen.

5 Deutschlandbesuch de Gaulles am 4./5. Juli 1963 (AdG 1963 S. 10678; AAPD 1963 S. 689–728).

6 Vorschlag der USA vom 20. Februar 1963 für eine Überwasserschiff-Flotte mit gemischten NATO-Mannschaften mit Atombewaffnung (AdG 1963 S. 10451). Dazu Dieter MAHNCKE: Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der Atlantischen Allianz 1954–1970. Berlin 1972 S. 140–202.

Wie Sie wissen, hatte ich heute eine längere Aussprache mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Ball⁷ zur Vorbereitung meiner Gespräche in Washington. Da wurden auch die Probleme auf den Tisch gelegt, u. a. die ganzen europäischen Agrarmarktordnungen, und zwar vor allen Dingen gesehen im Hinblick auf die Kennedy-Runde⁸; denn die Amerikaner sind natürlich besorgt darüber, daß mehr und mehr aus dem europäischen Markt eliminiert wird, vor allen Dingen auf dem europäischen Agrarmarkt. Sie wehren sich dagegen.

Hier wird das Problem weltweiter Abkommen, das schon im Frühjahr beim GATT in Genf⁹ eine Rolle gespielt hat, wieder zur Diskussion gestellt sein; übrigens ein Thema, das auch mit dem französischen Staatspräsidenten zu besprechen ist.

Zweitens sind die Amerikaner sehr besorgt über den Fortgang innerhalb der NATO. Wir bekommen noch eine gute Note, trotz der Kürzungen unseres Haushalts. Das ist nur eine relative Kürzung; denn es wird aufgestockt, aber nicht so stark, als ursprünglich die Vorstellungen des Verteidigungsministers und vor allen Dingen auch die Wünsche der Amerikaner gewesen sind. Aber ich glaube, das wird man überstehen. Die Amerikaner würden das sicher auch nicht so sehr ernst nehmen, wenn sie das Gefühl hätten, daß die übrigen europäischen NATO-Partner ihren Verpflichtungen nachkämen. Dem ist nun leider nicht so.

Die Fortschritte in der militärischen Integration sind steckengeblieben. Hier ist man auch bereit, besondere eigenständige Wünsche von de Gaulle gelten zu lassen, wenn eben die NATO als Ganzes damit nicht Schaden leidet. Man wird also wahrscheinlich die NATO jetzt befassen wollen auch mit wirtschaftlichen Fragen. Und hier berühren wir uns mit den amerikanischen Vorstellungen unmittelbar sehr eng.

Es ist in diesem Kreise auch schon einmal davon gesprochen worden, daß die Lage Sowjetrußlands, selbst wenn man im Augenblick offenkundig den Versuch macht, die Spannungen zwischen Rotchina und Sowjetrußland¹⁰ etwas unter der Decke zu halten, schwierig ist. Der amerikanische Botschafter in Moskau, Thompson, der heute bei der Besprechung dabei war, nimmt die Sache ernst und teilte mit, auf beiden Seiten würden wegen der dauernden Zwischenfälle an der Grenze Verteidigungsmaßnahmen getroffen werden. Es sei schon richtig, wenn man annimmt, daß Sowjetrußland gehalten ist, den ostsibirischen Raum doch stärker wirtschaftlich zu aktivieren und mit Menschen zu durchsetzen. Sonst wäre der Aggression schwer zu entgehen.

Mag das auch keine unmittelbare Bedrohung für Sowjetrußland bedeuten, aber so wurde doch bestätigt, daß dieser Prozeß in Rußland, auch wenn er natürlich nicht

7 George W. Ball (1909–1994), Rechtsanwalt; amerikanischer Diplomat und Politiker, 1961–1966 stv. Außenminister der USA. – Gespräch mit Ball am 12. November 1963 (Terminkalender Erhard; AAPD 1963 S. 1434–1437).

8 Die sogenannte Kennedy-Runde im GATT-Ministerrat verhandelte über Zollsenkungen zur Liberalisierung des Welthandels.

9 Vom 16. bis 21. Mai 1963 (AdG 1963 S. 10584 f.).

10 Vgl. Nr. 11 Anm. 1.

festen Formen annimmt, doch die russische Volkswirtschaft sehr stark in Anspruch nimmt.

Was ich immer vermutet habe und was jetzt nach neueren Untersuchungen der Amerikaner bestätigt worden ist – das ist vertraulich, aber ich kann es hier ruhig sagen –, ist richtig, daß nämlich die Gold- und Devisenbestände in Sowjetrußland nicht so groß sind, als man allenthalben im Westen manchmal angenommen oder befürchtet hat.

Die Weizenkäufe mindern etwa den Gold- und Devisenbestand um eine Milliarde Dollar.¹¹ Es wird nicht mehr als eine Milliarde nach allgemeiner Annahme bei der Reserve in Sowjetrußland z.Z. übrigbleiben. Das ist außerordentlich wenig. Die laufende Goldproduktion ist nicht nur sehr teuer, sondern sie reicht gerade aus, um sozusagen das Allerdinglichste im laufenden Geschäft zu besorgen, so daß diese Beengung fort dauert. Aus diesem Grund ist es kein Zufall – das ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden –, daß jetzt mit den Handelsverträgen Sowjetrußlands am meisten der Wunsch nach langfristigen Krediten immer lauter wird. Solange der Handelsvertrag nur im Sinne eines Naturalaustausches besteht, daß von Jahr zu Jahr der Ausgleich erzielt werden muß, kann das Volumen nicht sehr groß sein; denn gemessen an dem, was sie von uns kaufen wollen, ist das ungeheuer viel, aber im Verhältnis zu ihren Liefermöglichkeiten ist das außerordentlich bescheiden und nicht attraktiv, auch in der Zusammensetzung.

Es ist also eine Ausweitung an ganz enge Grenzen gebunden. Das haben auch die Amerikaner inzwischen eingesehen. Auch die amerikanischen Geschäftsleute – 25 bis 30 Bosse –, mit denen ich vorgestern abend gesprochen habe¹², sind ziemlich ernüchtert von Moskau wiedergekommen und haben gesagt, daß sie gar nicht lüstern darauf seien, mit Sowjetrußland große Geschäfte zu machen und ihnen lange Kredite zu geben. Dann war besonders von der Bank von Amerika die Rede. Aber sie erklärten, das alles stimme nicht; sie wüßten genau, daß hier nichts drin liege, und die Investitionsgüter und Kapitalgüter wollten sie nicht liefern, um die russische Kraft nicht zu stärken. Bei den Konsumgütern ist an sich das Volumen bescheiden. Dazu werden sich die Russen bei ihren knappen Gold- und Devisenvorräten nicht von ihren letzten Reserven entblößen wollen. Das ist der neuralgische Punkt Sowjetrußlands, insbesondere wenn jetzt noch verstärkt die weiteren Anstrengungen dazukommen.

Ball sagte: Es ist schon eine gewisse Kürzung in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr erfolgt. Und hier spüren wir doch, daß eben dieser monolithische Block nicht so stark ist im ganzen gesehen, wenn ich das Ökonomische, das Politische und Militärische zusammennehme, als man vielleicht allgemein angenommen hat.

¹¹ Am 9. November 1963 genehmigte die US-Regierung den Verkauf von Weizen an die UdSSR (AdG 1963 S. 10846 f.).

¹² Abendessen bei Botschafter McGhee am 10. November 1963 (Terminkalender Erhard).

Die Amerikaner sind ohne Illusionen. Und die Vorkommnisse auf der Autobahn haben natürlich auch einen gewissen Schock ausgelöst.¹³ Niemand weiß in Amerika eine bündige Erklärung über die Hintergründe. Die einen meinen, die erste Aktion sei sozusagen nur eine militärische Panne gewesen, von der Chruschtschow und Gromyko nichts wußten.

Eine zweite Gruppe meinte, hiermit sei schon Prestige verbunden gewesen. Eine dritte Gruppe meint, das seien gezielte Aktionen, um zu einer neuen Regelung in der Benutzung der Autobahn auch für die Alliierten zu kommen.

Wie dem auch sein mag, sie sind jedenfalls nicht darauf gefaßt gewesen, daß jeden Tag sich etwas Neues ereignet hat. Heute ist ein neuer Konvoi losgefahren. Es ist noch keine Meldung da, ob er glücklich zurückgekommen ist oder wieder angehalten wurde. Niemand kann das genau sagen.

Wir haben in der Zwischenzeit, wie Sie wissen, Handelsvertretungen errichtet, nicht nur in Warschau, sondern auch in Budapest und in Bukarest.¹⁴ Das wird von den Amerikanern an sich begrüßt, wobei es selbstverständlich ist, daß wir nicht über den Handel mit diesen Ländern indirekt einen Abfluß von wertvollen Investitionsgütern an Sowjetrußland ermöglichen. Wir werden also den Handel, bei allen Bemühungen, ihn zu normalisieren, aber doch auch dahingehend überwachen müssen, welche Güter spielen hierbei eine Rolle. Wir dürfen den Satellitenstaaten keine langfristigen Kredite geben, sonst wäre das das offene Loch, aus dem wiederum Sowjetrußland gespeist werden würde.

Das scheint mir so die Situation zu sein, wie sie sich im Augenblick darstellt. Die Amerikaner wollen – das hat schon Rusk versichert, als er bei der Marshall-Feier in der Paulskirche war¹⁵, und Ball hat es bestätigt – in Deutschland vor allen Dingen ihren militärischen Einsatz der kämpfenden Truppe unter keinen Umständen verstärken, sie wollen in anderen Teilen Europas auf dem Gebiete der Logistik vielleicht etwas lockerer werden, wollen aber die Transportmöglichkeiten innerhalb Europas und von Europa nach den Vereinigten Staaten stärken. Aber die Kampftruppen bleiben in Deutschland ungeschwächt.

Ich habe mir Mühe gegeben, verständlich zu machen, warum das deutsche Volk auf dieser Seite außerordentlich empfindlich ist und sehr nervös reagiert. Ich hatte seinerzeit schon den Herren Rusk und Ball in Genf die Frage gestellt: Wie ist es eigentlich in Amerika, wenn vor der Wahl, die im November in den Vereinigten

13 US-Militärkonvois wurden auf ihrem Weg nach Berlin im Oktober und November 1963 von Streitkräften der UdSSR mehrmals auf der Autobahn festgehalten (AdG 1963 S. 10854 und S. 10898 f.). Erklärung von Rusk vgl. „Süddeutsche Zeitung“ und FAZ vom 11. November 1963.

14 Handelsabkommen mit Polen am 7. März 1963, mit Ungarn am 9. November 1963, mit Rumänien am 17. Oktober 1963 (AdG 1963 S. 10452, 10899 und 10858).

15 Am 27. Oktober 1963 (AdG 1963 S. 10876 f.).

Staaten stattfindet¹⁶, z. B. Präsident Eisenhower sagt, es würde eine Division durchaus genügen, um die amerikanische Flagge vorzuzeigen, und die anderen amerikanischen Truppen könnten nach Amerika zurückkehren. Das sagt man nicht, wenn man nicht annehmen muß, daß unter Umständen eine solche Aussage und eine solche Vorstellung im amerikanischen Volk populär sein könnte. Ich muß sagen, das beunruhigt mich mehr als die einseitige Aussage von Eisenhower, denn der kann sich täuschen. Aber er ist kein unpolitischer Mann; denn er war schon Präsident der Vereinigten Staaten, und würde – wie ich meine – nicht etwas so Herausforderndes an die öffentliche Meinung bringen, wenn er nicht doch daran dächte, vielleicht sind die Amerikaner damit ansprechbar.

Aber Rusk und Ball haben mich völlig beruhigt. Sie sagten: Die Zeit des Isolationismus in Amerika ist endgültig vorbei. Wir könnten uns darauf verlassen. Gerade wir in Deutschland sind im Augenblick für die Amerikaner sozusagen noch die Garanten dafür, daß Europa eben nicht zu Ende geht, daß die Integration in Europa nicht abstirbt, sondern daß sie immer neues Blut und immer neue Nahrung erhalten wird.

Wenn im Zusammenhang mit der Kennedy-Runde auch die atlantische Welt etwas enger zusammenarbeitet in ihren Handelsbeziehungen, werden wir eine Einigung finden in der NATO in bezug auf die Behandlung Sowjetrußlands.

Wenn überhaupt die Bereitschaft innerhalb der NATO zur Integration sich weiter verstärkt, dann sind also die amerikanischen Wünsche erfüllt. Dann wird Amerika sich nicht vom Kontinent entfernen, sondern es wird mit einer solchen Entwicklung noch stärker auf dem Kontinent herangeführt werden.

Amerika ist sehr stark daran interessiert, mit Frankreich irgendeinen Modus vivendi zu finden. Ob der Besuch von de Gaulle in Washington im nächsten Frühjahr Wirklichkeit wird¹⁷, kann noch nicht absolut gesagt werden. Man nimmt noch an, daß es zu einer Begegnung kommen wird. Man verspricht sich davon keine Wunder, aber doch eine Verbesserung der Atmosphäre; denn wir sollten uns nicht täuschen, die sentimentale Liebe Amerikas zu Frankreich bleibt trotz aller Zerstörungen erhalten. Deshalb müssen wir die Freundschaft mit Frankreich pflegen sowohl in Beziehung auf unsere zweiseitige Politik wie auch in bezug auf die europäische Politik. Aber wir müssen auch die Freundschaft mit Amerika pflegen und das Bündnis erhalten.

Es gibt hier keine Alternative, nicht ein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-Als-auch. Und wenn wir auch noch nicht kühn genug sind oder vielleicht sogar größenwahnsinnig, um zu glauben, Deutschland könnte eine Mittlerrolle zwischen Frankreich und Amerika spielen, so haben wir doch sicher einen Einfluß auf beide

16 Präsidentschafts-, Kongreß- und Gouverneurswahlen in den USA am 3. November 1964 (AdG 1963 S. 11519).

17 Der Besuch fand nicht statt, jedoch konferierte de Gaulle anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Kennedy am 25. November 1963 mit dem neuen Präsidenten Johnson (AdG 1963 S. 10926).

Partner, um aus ihrer etwas verzerrten Haltung zu einer besseren Auflockerung, zu einem Gespräch und zu einer Mäßigung auf beiden Seiten zu kommen.

Damit wären ungefähr die Positionen nach außen bezogen, ohne daß ich damit Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

In der Innenpolitik stehen wir vor einer Reihe von schwierigen Aufgaben, vor allen Dingen dann – und das ist unabdingbar –, wenn wir die Erhaltung der Stabilität unserer Wirtschaft und unserer Währung obenanstellen. Und welcher Kanzler wäre mehr berufen, diese Devise mit allem Nachdruck zu vertreten und zu verteidigen als ich aus meinem ganzen Herkommen heraus.

Hier stehen schwierige Fragen an. Wir haben es in der Regierungserklärung¹⁸ deutlich gemacht und sind in der Zwischenzeit auch zu so etwas wie zu einer Rangordnung der Werte gekommen. Ich habe mich in einer ganzen Reihe von Gesprächen mit den Koalitionsausschüssen in dieser Richtung bemüht, um Klarstellungen herbeizuführen. Es ist nicht ganz leicht. Man kommt natürlich von den Vorstellungen der Gruppeninteressen nur sehr schwer ab. Und was ich gerade in den letzten Tagen erlebt habe, war alles andere als ermutigend. Aber es sieht doch in dieser Richtung so aus, daß einige Hoffnung berechtigt erscheint, hier doch die Dinge durchziehen zu können.

Das erste ist das sogenannte Sozialpaket.¹⁹ Sie wissen, daß wir immer dafür gekämpft haben, das Sozialpaket nicht auseinanderreißen zu lassen; denn es ist logisch ein Ganzes. In bezug auf das Kindergeld gibt es im Augenblick keine Differenzen; nur ist eine Verbindung dergestalt nicht zu lösen, weil die Übernahme des Kindergeldes von der privaten Wirtschaft auf den Staat natürlich eine einseitige Belastung brächte, während wir genau wissen, daß durch die Lohnfortzahlung eine zusätzliche Belastung auf die Wirtschaft zuläuft.

Wir haben ausgerechnet, daß bei einer Versicherungsgrenze – ich spreche jetzt in der Terminologie der Regierungsvorlage – von DM 750,- unter dem Strich aus der Lohnfortzahlung für die gewerbliche Wirtschaft eine Belastung von ungefähr 1,4 Milliarden DM erwächst. In der Zwischenzeit haben die Fraktionen die Versicherungsgrenze auf DM 850,- erhöht. Damit erhöht sich auch die Belastung auf 1,8 Milliarden DM. Dem steht allerdings ein Gegenposten gegenüber. Bei der versicherungsrechtlichen Lösung, die wir bisher hatten, hat der Arbeiter, der krank war oder krank gefeiert hat, weniger Steuern zu bezahlen als der durcharbeitende Arbeiter; also ein unmöglicher Zustand.

Das wäre geradezu „die Aufforderung zum Tanz“. Aus diesem Grunde hat sich der Finanzminister auf den Standpunkt gestellt, wenn jetzt bei der Lohnfortzahlung nach dem arbeitsrechtlichen Prinzip die Lohnsteuer gezahlt wird, wenn der volle Lohn vom ersten Tag an gegeben wird, dann nehmen Bund und Länder insgesamt rund 310 Millionen DM mehr ein.

¹⁸ Vgl. Anm 1.

¹⁹ Vgl. Nr. 11 S. 516 f.

Deshalb soll ein versicherungsmäßiger Ausgleich geschaffen werden. Damit verzichten sie nicht auf etwas – früher hätten sie es auch nicht gehabt –, wenn man das aber heranzieht, wird die arbeitsrechtliche Lösung erleichtert und auch das Risiko von der Unternehmenseite kalkulierbar. Im ganzen kann man also sagen, die sich abzeichnende Lösung bedeutet vom Arbeitnehmer aus gesehen, eine arbeitsrechtliche Lösung, während sie de facto vom Arbeitgeber aus stark versicherungsrechtliche Züge trägt.

Sie wissen, daß ich für die arbeitsrechtliche Lösung eingetreten bin, obwohl sich unsere mittelständischen Kreise zunächst mit dieser Regelung nicht ohne weiteres abfinden wollten.

Aber ich glaube, die Herstellung personaler Beziehungen und die unmittelbare Verantwortung, die damit sichtbar gemacht wird, in dem personalen Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern, wird gute Wirkungen zeigen. Jedenfalls entspricht sie einem modernen sozialen Geist und einer größeren Aufgeschlossenheit. Ich bekenne mich voll dazu.

Ich glaube, daß unser Koalitionspartner schlecht beraten ist oder sich einer Illusion hingibt, wenn er weiter auf der versicherungsrechtlichen Lösung beharrt; denn damit wird er bei unserem Mittelstand keine Blumentöpfe erben können.

Ich habe mit mittelständischen Kreisen gesprochen, die mir sagten: Wenn die Sache jetzt so über die Bühne geht, dann können Sie von uns nicht erwarten, daß wir „Hosianna“ rufen, aber wir werden uns auch nicht länger dagegen stemmen, sondern uns damit abfinden, und bis zur Wahl wird das nicht nur vergessen, sondern auch verdaut sein.

Ich habe also keine großen Sorgen, wenn ich die Sache von diesem Standpunkt aus betrachte. (*Kiesinger*: In Baden-Württemberg sieht es ganz anders aus. Ich muß das ausdrücklich sagen. Wir haben Wahlen im nächsten April!) Herr Kollege Kiesinger: Kein Mensch, auch keine Partei ist mehr der Meinung, daß eine Lohnfortzahlung nicht Platz greifen soll. Es ist also so oder so die gleiche strukturelle Belastung. Und wenn wir ein Modell bauen – die Vorstellungen darüber sind sehr klar –, dann kann es sein, daß der Arbeitnehmer kein größeres Risiko hat, als er bei der versicherungsrechtlichen Lösung hätte; denn das Risiko ist kalkulierbar und nach oben zu berechnen.

Es bedarf nur einiger Aufklärungen. Und bis zur Wahl in Baden-Württemberg, an der mir ebenso gelegen ist wie Ihnen, Herr Kollege Kiesinger, werden wir keine Schwierigkeiten haben.

Wichtig ist natürlich, daß wir die Lohnfortzahlung verbinden mit der Versicherungsreform. Hier muß natürlich die Koalition unter allen Umständen zusammenstehen. Deshalb möchte ich im Augenblick das Koalitionsklima durch einseitige Aussagen hier und da nicht zu sehr stören; denn das können wir nur mit unserem Koalitionspartner machen. Die Sozialdemokraten werden unter allen Umständen dagegen sein. Aber es ist die Selbstbeteiligung und die unmittelbare Heranführung auch des Arbeitnehmers an die Verantwortung des steigenden Wohlstandes.

Herr Erler hat die Devise gegeben, daß die moderne Sozialpolitik Wohlstands-

politik sein soll.²⁰ Das können wir tun, indem wir unsere Sozialgesetzgebung aus der Anonymität und aus dem kollektiven Feld herausnehmen und übergehen zur individuellen menschlichen Verantwortung. Ganz gleichgültig, wie man zu den zwei Fronten denken mag und wie alternativ das ist, der Gedanke der Selbstbeteiligung als solcher ist zweifellos gut. Kein Gesetz ist für die Ewigkeit bestimmt. Vielleicht machen wir auch Erfahrungen, die es uns ermöglichen, wenn das Gesetz verabschiedet ist, zu einer Lösung zu kommen.

Im Augenblick zeichnen sich zwei Alternativen einer Lösung ab: Im Verhältnis zum Koalitionspartner entsprechende Wiederherstellung der alten Regierungsvorlage. Das würde bedeuten die Zurückführung der Versicherungsgrenze auf DM 750,-, und fertig! Oder aber – und ich glaube, wir sollten den zweiten Weg gehen – die Versicherungsgrenze unserem Wunsch entsprechend auf DM 850,- zu erhöhen, aber für das Einkommen ab DM 1.250,- das Rückerstattungsprinzip anzuwenden, das im Grunde genommen an sich ein gutes Prinzip ist, das man nicht mit einem Sprung herbeiführen kann. Dazu bedarf es noch etwas mehr Wohlstand, um das allgemein populär und praktikabel zu gestalten.

Das ist also die Lösung, die wir hier durchführen müssen. Im Haushalt mußten wir sehr streng operieren. Der Verteidigungshaushalt mußte drastisch gekürzt werden gegenüber den ursprünglichen Forderungen. Wir haben allerdings die Dinge in Ordnung gehalten, als wir nämlich die Reste, die aus dem Jahre 1963 übrigbleiben – das sind 800 Millionen aus dem Verteidigungshaushalt – remobilisierten. Sie werden auch à conto der Bundesbank festgelegt und stehen dem Verteidigungsminister für das kommende Jahr 1964 zur Verfügung. Das ist dasselbe Prinzip, das wir bei der Landwirtschaft angewandt haben. Auch hier sind 250 Millionen DM, die an sich die Bauern bekommen sollten, im Jahr 1963 nicht mehr zur Auszahlung gekommen. Die werden aber für die landwirtschaftliche Bevölkerung reserviert. Wir hoffen sogar, ein Verfahren zu finden, das einen schnellen Abschluß mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung ermöglicht.

Schwierig ist es mit den Kriegsopfern. Die Bundesregierung hat ein Gesetz zur Kriegsopferversorgung vorgelegt²¹ mit einer Gesamtbelastung von 645 Millionen. Wenn Sie bedenken, daß für die Kriegsoffer bisher 400 Millionen aufgewendet wurden, ist das eine Steigerung von 15 %. Das ist die große Steigerung, die wir überhaupt in allen Ausgaben haben. Trotzdem haben sich die Kriegsoffer damit nicht zufrieden gegeben. Unter dem Banner von Frau Probst ist man losgezogen und ist schließlich in beiden Koalitionsfraktionen – wobei man nicht weiß, wer der Führende ist und wer die Geführten waren und wie die Spieluhr gelaufen ist – auf eine Gesamtbelastung von 1,2 Milliarden gekommen.

20 Am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag (Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 4264).

21 Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts (Zweites Neuordnungsgesetz – 2. NOG) vom 21. Februar 1964 (BGBl I S. 85). Entwurf der Bundesregierung vom 7. Juni 1963 (Drs. IV/1305). Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 3788–3792.

Es ist völlig ausgeschlossen, daß wir im Haushalt eine solche Summe allein für die Kriegsofper aufbringen sollen; denn Kriegsofper ist ja – entschuldigen Sie, das soll keine Profanierung sein – kein Beruf. Die Kriegsofper sind ja alle in Arbeit und nehmen an allen sozialen Wohltaten und Fortschritten teil, sei es bei der Lohn- und Gehaltssteigerung, bei der Rentenversicherung und dergleichen mehr. Das ist also heute nur noch ein Zusatz für die Kriegsofper. Wir haben es ausdrücklich anerkannt in der Regierung, aber natürlich alles mit Maß und Ziel. Und es war, wenn wir einen verantwortungsbewußten Haushalt aufstellen und sichern wollen, einfach unmöglich, hier 1,2 Milliarden unterzubringen.

Ich darf Ihnen sagen, daß wir den Haushalt mit 60,3 Milliarden abschließen werden. Das ist ein Mehr gegenüber dem letzten Haushalt von ungefähr 3,5 Milliarden. Das entspricht einer Steigerung des Bruttosozialprodukts, realiter gesehen, von 4,2 %. Wir haben natürlich auch der freundschaftlichen Gefühle der Länder wegen etwas eingesetzt für den Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer, aber ich will das nicht weiter vertiefen. Am Freitag werde ich ein zweites Gespräch mit den Ministerpräsidenten der Länder führen. Ich hoffe, daß wir uns verständigen werden.²²

Insgesamt werden die Steuereinnahmen vom Bund nicht mehr als 6 % betragen. Das scheint mir aber auch die äußerst vertretbare Grenze zu sein; denn wir haben es immer wieder erfahren, daß die Steigerungssätze im Bundeshaushalt für alle anderen Gruppen, für die Industriegewerkschaften und für alle Lohnfindungen sozusagen wie eine Norm und wie eine Formel gehandhabt werden. Immer ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir keine Disziplin wahrten, denn die öffentliche Hand sei viel ausgabefreudiger als viele private Gruppen. Das ist natürlich nicht richtig; denn die öffentliche Hand ist nicht von vornherein und nicht primär ausgabesüchtig, aber sie wird immer wieder durch die einzelnen Gruppen wie Kriegsofper usw. dazu gedrängt, mehr Geld auszugeben.

Darum habe ich den Versuch gemacht, mit den Kriegsofpern so fertig zu werden, daß ich sagte: Wir machen einen Plan, wie es der Vorstellung der Regierungserklärung entspricht. Wir müssen ja jedes Jahr den Haushalt an sich verabschieden. Aber wir wollen einen Betrag einbetten in einen etwas größeren Zeitraum. Dieser Zeitraum, der sich anbietet, sind die Jahre 1963 bis 1965.

Dann haben wir Bundestagswahl. Man könnte den Kriegsofpern helfen, daß man im Jahre 1963 645 Millionen gewährt, aber zugleich die Rechtsverpflichtung für die 1,2 Milliarden mit einbaut, und zwar ab 1. Januar 1965.

Das würde den Vorstellungen der Kriegsofper entsprechen. Auf dieser Basis hat sich auch zwischen den Koalitionsgruppen eine Einigung ergeben. Die einzige Persönlichkeit, die dagegen war und ist, ist Frau Probst. Ich war gerade bei der Fraktion und habe dort ziemlich deutlich meine Meinung gesagt, daß es unmöglich ist und daß sich die Bundesregierung auf keinen Fall darauf einlassen kann. Ich habe

²² Am 15. November 1963 (Terminkalender Erhard).

mit aller Offenheit und unmißverständlich angekündigt, wenn Frau Probst gegen die Überzeugung der überwältigenden Mehrheit obsiegen sollte und wenn sie die Koalition auseinanderlasse, daß ich die Regierung im Kabinett auffordern würde, den Artikel 113 des Grundgesetzes²³ anzuwenden.

Aber stellen Sie sich doch bitte einmal vor, in welcher Situation wir dann wären, wenn eine Regierung den Artikel 113 nicht anwendet gegen die Überforderung der Opposition, sondern gegen die Forderungen aus der eigenen Fraktion. Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit. Ich glaube, das kann sich auch Frau Probst nicht leisten. Ich hoffe, daß die Koalition dafür steht. Ich habe gestern in einem Gespräch gesagt: Sorgen Sie dafür, daß Frau Probst nicht aus der Reihe tanzt und es uns nicht allzu schwergemacht wird, uns zu mäßigen und auf diesen Boden zu begeben. Ich hoffe, daß das gelingen wird.

Über den Haushalt brauche ich sonst weiter nichts zu sagen. Ich will es nicht weiter vertiefen. Über das Bund/Länder-Verhältnis habe ich schon gesprochen. Ich glaube, das muß verbessert werden. Aber der nächste Schritt muß eine Klimaverbesserung sein für die Einigung über den Bund/Länder-Anteil. Vielleicht reifen auf beiden Seiten nicht alle Blümenträume, aber man kann wohl eine Verständigung herbeiführen. (*Zuruf: Zahlen nennen!*) Nein, meine Herren, ich nenne keine Zahlen; ich denke nicht daran.

Meine Damen und Herren! Wir werden heute nachmittag einen Kleinen Parteitag abhalten.²⁴ Es kommt alles darauf an, daß jetzt die Fraktion zusammensteht und daß wir uns vor allem von jenem Geist befreien müssen, daß wir alles nur sehen als eine Addition von Gruppeninteressen und Gruppenwünschen, wobei nämlich das Ganze völlig verlorengeht.

Ich kann das nicht deutlich genug sagen. Ich bin überzeugt, ich habe recht. Ich bin willens, es zu praktizieren. Wir werden die Wahl nicht gewinnen, wenn wir in verschiedenen Gruppen hinterherlaufen und jede glaubt, vom Staat etwas herausholen zu können, wenn sich also die Fraktion praktisch in einen Gegensatz zur Bundesregierung stellt. Wir müssen wieder Geschlossenheit zeigen! Ich bin überzeugt davon, das deutsche Volk hat geradezu eine Sehnsucht danach, wieder einmal härter angepackt zu werden und eine Regierung zu besitzen, die handelt und hart operiert und auch einmal nein zu sagen vermag. (*Starker Beifall.*) Wenn wir das deutlich machen, wenn dieser Geist unsere Partei durchdringt, dann habe ich für die Zukunft nicht die geringste Sorge.

Die SPD ist so stark und so schwach, als wir es wollen; als wir selbst Härte und Stärke in uns bezeugen. Ich habe keine Angst vor diesen Umarmungen und Clinchs und was sonst noch diese modernen Schlagworte bedeuten. Im Grunde genommen ist es nur das Wissen darum, daß die SPD ihr Pulver verschossen hat und daß sie nur noch gedeihen kann, wenn sie sich so eng wie möglich an uns anlehnt. Es fällt ihnen

23 Art. 113 GG regelt die Zustimmung (oder die Verweigerung) der Bundesregierung bei Ausgabeerhöhungen oder Einnahmeverminderungen durch den Bundestag. Vgl. Nr. 4 Anm. 42.

24 Protokoll des Kleinen Parteitages in ACDP VII-001-331/1.

tatsächlich nichts mehr ein. Wir können kaum so schnell reagieren, weil sie schon wieder eine Annäherung vollzogen haben.

Ich bin überzeugt, es wird gerade bei den gerade anstehenden Gesetzen nicht an Kontrasten fehlen, so sehr wir bereit sind, uns mit einem politischen Widersacher einmal zu versöhnen und die Streitaxt zu begraben. Aber wir sind ebenso entschlossen, hart zu kämpfen, wenn es not tut und wenn wir vor allem unsere eigenen Absichten und unseren eigenen Willen deutlich sichtbar machen wollen. Ich bin der Meinung, daß es uns bis zur Wahl 1965 gelingen wird, der CDU/CSU wieder ein stärkeres Profil und klarere Konturen zu geben. Das bedeutet nicht Feindschaft schlechthin, sondern nur die Besinnung auf uns selbst. Wir wollen den Wahlkampf nicht so sehr contra gegen diesen oder jenen führen, sondern wir wollen zeigen, wer wir selber sind; denn das wirkt sehr viel überzeugender, als immer bloß den Contra-Stil im Wahlkampf anzulegen, obwohl es natürlich nicht daran fehlen soll, wo es notwendig ist und wo wir unsere Position zu verteidigen haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler Erhard für seine ausführlichen Darlegungen und darf fragen, ob das Wort gewünscht wird. Das Wort hat Herr Kiesinger.

Kiesinger: Ich möchte mit der Diskussion anfangen, weil wir bei uns in Baden-Württemberg die erste Schlacht gemeinsam schlagen wollen. Ich stimme Ihnen, Herr Bundeskanzler, in Ihrer Grundauffassung durchaus zu, daß der Erfolg mit der CDU/CSU sein wird, wenn wir eine ganz entschiedene, möglicherweise vielleicht sogar auf den ersten Anschein unpopulär erscheinende Politik machen. Das gilt praktisch schon für die nächste Bundestagswahl. Bis dahin kann man das nämlich überzeugend darstellen.

Ich habe aber gewisse Sorgen im Hinblick auf die Landtagswahlen in Baden-Württemberg im April des nächsten Jahres. (*Erhard:* Ich werde mich stark dafür einsetzen!) Ich danke Ihnen! Wir rechnen damit. Ich will dazu einige Dinge sagen, die vielleicht noch manches schärfer beleuchten können, was Sie gesagt haben. Sie sagten nämlich, diese Umarmungspolitik der SPD sei nicht sehr gefährlich. Sie ist es aber nach meiner Überzeugung noch mindestens für die Wahl im April 1964 in Baden-Württemberg. Es ist eine merkwürdige Situation in der Bevölkerung entstanden. Es kann sein – es ist auch der Fall –, daß unser Bundeskanzler eine sehr große Popularitätskurve hat. Damit verbindet aber der einzelne Wähler sehr oft eine gegenteilige parteipolitische Entscheidung.²⁵

Das kommt daher, daß in der letzten Zeit in der Politik die großen Gegensätze fehlten. Wir sind in den letzten Jahren durch diese Annäherung der SPD, insbesondere auf außenpolitischem Gebiet, ein wenig hineingeraten in dieses Palaver der Interessengruppen. Nun ist es so, daß der Wähler sagt: Den Mann kenne ich, das ist ein

²⁵ Im November 1963 stand die CDU den Ansichten von 47 % der Bürger am nächsten, während sich 51 % mit der Politik Erhards einverstanden erklärten. Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 427 und 310.

bedeutender Staatsmann. – Der Wähler entscheidet aber nach seinen Interessen. In der Zeit der großen Auseinandersetzung über die Außenpolitik kam es durchaus vor, daß z. B. ein Arbeiter, der sonst die SPD gewählt hat, gegen diese Partei wählte und sich für uns entschieden hat, weil ihm hier die große Politik wichtiger war.

Besonders notwendig ist es, in den kommenden Jahren wieder große Politik sichtbar zu machen; denn sonst wird die SPD, die sich auf dem Gebiete der Außenpolitik und zum Teil auch der Innenpolitik ganz eng an uns herangepircht hat, tatsächlich gefährlich. Das kann man aber nur, wenn man eine gewisse Zeit zur Verfügung hat und wenn man wieder überzeugend Politik aus einer Schau darstellt, überwinden.

Wir müssen es versuchen, dies schon bis zu unserem Wahlkampf herbeizuführen. Es ist aber eine verdammt kurze Zeit, die wir bis dahin noch zur Verfügung haben. Bis dahin werden sich ohne Zweifel solche Gesetze wie bei der letzten Landtagswahl – Sozialpaket, Kriegsoffer, Heimkehrer²⁶ usw. – sehr schwierig für uns erweisen.

Es ist merkwürdig, wir haben heute in Baden-Württemberg das industrie-intensivste Land der Bundesrepublik, und zwar mehr als Nordrhein-Westfalen. Das heißt, wir haben pro tausend Einwohner die meisten Industriebetriebe, aber bis jetzt haben wir relativ immer noch die zweitkleinste SPD unmittelbar hinter Bayern. Das ist eine Leistung unter solchen Umständen. Wie lange wir das halten können, ist eben die große Frage. Wir sind auf der anderen Seite das handwerk-dichteste Land der Bundesrepublik.

Nun werden wir mit dem Sozialpaket Widerstände in der Arbeiterschaft bekommen. Das muß ich noch einmal sehr stark betonen. In der Handwerkerschaft sind die Lohnfortzahlungen ein Anliegen allerersten Ranges. Ich möchte wenigstens auf den Ernst dieser Problematik hingewiesen haben. Wir haben noch ein anderes strukturelles Problem. Ich bin überzeugt, die Sozialdemokraten werden nicht viel gewinnen bei uns, aber wir haben eine besonders große FDP. Dort ist noch ihre Hochburg. Wir haben in Baden-Württemberg 4 % und noch mehr Plus gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Und da wir in einer guten Koalition mit der FDP leben, was natürlich auf die Koalition im Bund etwas zurückschlägt, bedeutet das, daß es Leute gibt, die in der Bundestagswahl, weil sie nicht zufrieden sind mit gewissen Leuten, die hier in der FDP sitzen, CDU wählen, aber zu Hause ihrer alten freisinnigen Tradition treu bleiben, so daß der Fall eintreten konnte, daß durch einen Zuwachs der FDP die CDU Stimmen verliert, wodurch die SPD die Chance bekommen könnte, unter Umständen die stärkste Partei zu werden. Wir tun alles, um das zu verhindern. Das ist selbstverständlich, aber die Situation ist nicht leicht, sondern im Blick auf die gegebenen Umstände zumindest problematisch.

26 Drittes Gesetz zur Änderung des Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetzes (3. ÄndG KgfEG) vom 17. August 1964 (BGBl I S. 637).

Erhard: Die vier Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg waren bei mir.²⁷ Der Wahlkampf in Baden-Württemberg muß gezielt und stark beim Mittelstand ansetzen, und es muß eine große Aufklärung getrieben werden.

Auf der anderen Seite glaube ich, gerade die FDP in Baden-Württemberg kann es sich unter keinen Umständen leisten, mit der SPD zusammenzugehen, selbst wenn diese wider Erwarten die stärkste Partei werden sollte. (*Kiesinger:* Sie hat es schon einmal gemacht!) Aber seit dieser Zeit sind sie besonders vorsichtig geworden. Ich glaube, daß die FDP wegen ihrer Balance besorgt ist, weil sie sagt, wenn der „liberale“ Erhard Kanzler ist und in der CDU eine führende Rolle spielt, werden viele Wähler von uns sagen, warum wählen wir nicht gleich CDU. Ich weiß, daß solche Überlegungen bei der FDP vorhanden sind. Ich will dem kein großes Gewicht beimessen, ich weiß nicht, wie es ist, aber wir müssen uns über die Strategie im Wahlkampf von Baden-Württemberg noch unterhalten. Es muß jedenfalls noch viel dafür getan werden.

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Ich muß noch eine Zahl bekanntgeben, über die Strukturveränderung, die wir in den letzten Jahren zu verzeichnen haben. Wir haben eine Ballung bei uns, wie sie noch nicht da war. Sie ist in der letzten Zeit beängstigend geworden. Die einzelnen Bezirke sind sehr verschiedenartig in ihrer Industrie-Dichte. Pro tausend Einwohner werden beschäftigt in Nord-Württemberg 210, Baden und Süd-Württemberg 177 und Südbaden 142.

Es wird aber noch bedenklich, wenn man einige Teilgebiete betrachtet. Wenn man z. B. den Stadtumfang von München mit Stuttgart vergleicht, so bekommt man für Stuttgart eine Einwohnerzahl von 1,3 Millionen. Wir haben in Nord-Württemberg ein Ballungsgebiet von 250 Menschen pro tausend Einwohner, die in der Industrie beschäftigt sind.

Dazu kommt, daß der baden-württembergische Wähler der bewegungsfreudigste ist, d. h., er ist am wenigsten an einen Berufsstand gebunden. Das ist uns bei den Wahlen 1953 und 1957 zugute gekommen. Wir haben damals in diesen beiden Wahlen sogar auf Kosten der SPD Leute aus ihren Stammburgen weggeholt. Das sind die Leute, die wir 1961 zum Teil wieder verloren haben. Auch bei den Landtagswahlen im Jahre 1960 haben sie uns nicht mehr wiedergewählt.

Dieselbe Mentalität, nämlich die Bereitschaft, die Partei zu wechseln, ist nicht nur bei den Wählern vorhanden, die von der SPD gekommen und dann teilweise wieder zurückgegangen sind, sondern sie ist auch bei unseren Wählern festzustellen. Deswegen ist in dieser Wahl, die jetzt kommen wird, alles möglich, d. h., es ist eine sehr negative, aber auch eine sehr positive Wahl für uns möglich. Wir müssen uns aber von den gegenwärtigen Belastungen befreien; denn wenn sich das nicht ändert, werden wir am Tag nach der Wahl mit einem sehr ernüchterten Kopf dastehen.

27 Dr. Franz Gurk, Anton Dichtel, Dr. Klaus H. Scheufelen, Eduard Adorno – Termin nicht zu ermitteln.

Erhard: Ich glaube, wir resignieren zu sehr vor der Tatsache, daß wir nämlich glauben, die industriellen Ballungen müßten für uns unter allen Umständen schädlich sein. Das stimmt aber nicht. Ich sehe für uns noch ein sehr großes Reservoir in der Arbeiterschaft nämlich dann, wenn wir unsere Sozial- und Gesellschaftspolitik glaubhaft machen. Das kann man z. B. aus der Wahl in Niedersachsen analysieren. Es ergibt sich hier folgende interessante Feststellung: Die größten Gewinne, die die CDU dort erzielt hat, sind nicht auf dem Land, sondern in den Städten, besonders in Hannover und in Braunschweig, erzielt worden. Und das will schon etwas heißen.

Kiesinger: Ich bin nicht so skeptisch wie Herr Scheufelen, aber woran mir liegt, ist folgendes: Wir wollen jetzt nicht eine Strategie für die Wahlen in Baden-Württemberg festlegen, sondern ich will nur auf den Ernst der verhärteten Problematik aufmerksam machen, die vor uns liegt. Es geht darum, ob wir bis zum April nächsten Jahres erreichen können, eine überzeugende neue Programmatik und eine Einigkeit und Geschlossenheit der CDU auszustrahlen. Dazu haben wir nur noch eine verflucht kurze Zeit. Das war es, was ich zu diesem Punkt noch ausdrücklich sagen wollte.

Aber wenn ich schon einmal das Wort habe, dann darf ich zu Ihren Bemerkungen, Herr Bundeskanzler, noch zwei Dinge ansprechen. Zum deutsch-französischen Verhältnis sagte ich schon in einem Privatgespräch, daß ich nicht den Eindruck habe, daß in Amerika – jedenfalls in Regierungskreisen – der Wunsch, sich mit Frankreich zu arrangieren, sehr groß ist und daß wir keinen Grund haben, uns etwa den Amerikanern gegenüber zu entschuldigen. (*Zuruf:* Wieso?) Ich will es sehr deutlich sagen. Als ich jetzt in Amerika war²⁸, wurde mir von vielen Menschen, auch von vielen Journalisten, gesagt, man habe drüben noch den Eindruck, daß manche von uns glaubten, wir müßten den Amerikanern sagen: Ihr müßt begreifen, daß wir mit den Franzosen zusammenarbeiten.

Sie sagten, das sei längst überholt. Alle meine Gespräche, und zwar angefangen vom Präsidenten über die Senatoren bis zum Außenminister, haben mir klipp und klar bewiesen, daß sich die Amerikaner mit der französischen Haltung in diesen Fragen abgefunden haben, wenn auch ungern. Die starre Haltung von Rusk – „de Gaulle wird von uns solange negiert“ – oder diejenige von Dean Acheson²⁹ – „man muß de Gaulle durch Tatsachen zwingen, seine Meinung zu ändern“ – hat man jetzt aufgegeben, so daß wir nicht den Fehler machen dürfen, noch immer zu meinen, es wäre von uns aus nötig, hier in irgendeinem Sinn zu vermitteln. Ich glaube, die Amerikaner und die Franzosen verstehen sich ganz gut. (*Erhard:* Das habe ich doch gesagt!) Und wenn demnächst de Gaulle zum Besuch nach Amerika kommen wird, so wird das eine ganz große Sache werden.

²⁸ Vom 4. bis 22. Oktober 1963 (ACDP I-226-299).

²⁹ Dean G. Acheson (1893–1971), amerikanischer Politiker; 1941–1953 im US-Außenministerium, 1949–1953 Außenminister, 1961–1966 Leiter einer Beratergruppe für NATO-Fragen.

Nun zu einer anderen Angelegenheit! Diese Erklärungen von Eisenhower und Gilpatric³⁰, an denen etwas Wahres dran war (*Krone*: War und ist!) – ich sage: war –, hat man in Regierungskreisen sehr ernsthaft überlegt. Das habe ich bei meinen Unterhaltungen wahrgenommen. Ich habe mich sehr darüber gefreut, daß bei einer Zusammenkunft General Heusinger³¹ mit einer bewundernswerten Frische und Direktheit den Amerikanern klargemacht hat, daß sie nicht in einem Augenblick Divisionen aus Europa zurückziehen könnten, wo die anderen ihre Verpflichtungen noch gar nicht erfüllt hätten. Man dürfe das nicht als Entschuldigung nehmen, um gar nichts mehr zu tun; denn es bleibe die beunruhigende Tatsache in der NATO, daß sie auch nicht die 30 Divisionen habe, die nun einmal notwendig sind nach Meinung der Fachleute, um wirklich eine Art von Verteidigung durchzuführen, wie wir sie brauchen. Und innerhalb Europas sei es eine wichtige Sache, daß wir die europäischen Partner endlich einmal am Portepée faßten und zu versuchen, sie zu dieser Pflicht zu ermahnen. Das ist mindestens so wichtig wie bei uns die Aufgabe, die Bundeswehr so aufzubauen, wie es die Amerikaner gern möchten.

Im übrigen stimme ich Ihnen zu. In Regierungskreisen habe ich nirgendwo Illusionen vorgefunden. Ich bin immer sofort auf den Kernpunkt gegangen und habe mich nicht mit allgemeinen Erklärungen abspesen lassen. In der Bevölkerung ist viel Unsicherheit vorhanden. Ich habe noch bei keiner Amerikareise so viel Unklarheiten in der Haltung der Bevölkerung gefunden.

Aber im großen und ganzen ist man uns gegenüber nach wie vor wohlgesinnt. Aber nach wie vor besteht die leidige Tatsache, daß die amerikanischen Korrespondenten, die in Bonn sitzen, zu einem großen Teil an ihre Zeitungen unfair berichten. Das hat leider auf eine gewisse Schicht in Amerika Einfluß. Das wollte ich noch als Ergänzung zu meiner Reise sagen.

Dichtel: Ich will die Sache nicht weiter zu einer Spezialdebatte für Baden-Württemberg ausdehnen. Da wir aber vor einer Landtagswahl stehen, muß das eine oder andere noch gesagt werden. Wir in Baden-Württemberg sind uns wohl darüber einig, daß sich nach einem Tiefstand im Lauf des Jahres heute die Partei wieder auf einem guten Vorwärtsmarsch befindet. Es wird die Frage sein, wie weit kann man das bis zur nächsten Wahl weiter fördern.

Wir haben bei der letzten Wahl unter ungünstigen Verhältnissen arbeiten müssen. Damals waren die Debatten um das Sozialpaket auf ihrem Höhepunkt. Damals fanden große Massenversammlungen der Gewerkschaften auf den Marktplätzen usw. statt.

30 Rosell Gilpatric (geb. 1906), Rechtsanwalt; amerikanischer Politiker, seit 1951 mit Unterbrechungen im Verteidigungsministerium tätig, 1961–1964 stv. Verteidigungsminister.

31 Adolf Heusinger (1897–1982), Offizier; 1955 Vorsitzender des militärischen Führungsrates im Bundesverteidigungsministerium, 1957 Leiter der Abt. Gesamtstreitkräfte, 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr, 1960–1964 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO. – Bundesministerium der Verteidigung (Hg.): Adolf Heusinger. Ein deutscher Soldat im 20. Jahrhundert. Bonn 1987.

Damals haben wir empfindlich gelitten, und das dicke Ende kam nach: Das Gesetz konnte nicht verabschiedet werden.

Wir haben heute genau die gleiche Situation und stehen wieder vor der Frage des Sozialpakets. Wir haben im April nächsten Jahres die Wahl, und wir werden dafür in Baden-Württemberg etwas zahlen müssen. Diese Realität sollte man heute zumindest zur Kenntnis nehmen. Wir können aber vieles wieder aufholen, wenn uns in Baden-Württemberg die Gesamthilfe der Partei zuteil wird.

Ich bin nach wie vor der Meinung, daß eine schlechte Wahl in Baden-Württemberg nicht gerade förderlich für die nächste Bundestagswahl sein wird. Infolgedessen hängt von dieser Wahl einiges ab. Es ist die letzte Wahl vor der Bundestagswahl. Deshalb bitten wir um weitestgehende Unterstützung. Ich habe Sie, Herr Bundeskanzler, bei einer Besprechung darum gebeten. Ich tue es heute noch einmal: Was wir tun, müssen wir bald tun, damit es bis zum April nächsten Jahres auch wirksam wird.

Wir werden an der Frage des Kindergeldes und der Kriegshinterbliebenen nicht vorbei kommen.³² Über die Größenordnung kann man sich streiten, aber niemand kann mehr geben als er hat. Deshalb muß man hier einen Ausweg finden, und die Dinge müssen so geregelt werden, daß die Lösungen auch bei der Wahl ihren Niederschlag finden. Es ist unsere herzliche Bitte, die Maßnahmen so zu treffen, daß sie für die nächste Wahl auch einen Gewinn für uns bringen.

Noch eine persönliche Bemerkung! Wenn das Sozialpaket wegen wechselnder Mehrheiten nicht mit unserem Koalitionspartner durchgezogen werden kann, dann werden wir die Zeche auf der ganzen Linie bezahlen müssen. Wir sollten auch hier das Notwendige tun, uns aber nicht mit der ganzen Sache belasten; denn wir sind ja die unmittelbar Betroffenen. Von dieser Sache hängt für die ganze Partei sehr viel ab.

Adenauer: Ich habe den Herrn Bundeskanzler so verstanden, daß Aussicht besteht, daß die Koalition die Sache macht. Dahinter kommt aber das Fragezeichen „Probst“. Deshalb würde ich empfehlen, einmal Ihre Augen auf das Fragezeichen zu werfen. Denn das eine ist ganz sicher, und das möchte ich den Herren von Württemberg-Baden sagen (*Dichtel:* Baden-Württemberg, Herr Bundeskanzler!) – ich nehme alles zurück. Aber ich kam dazu, Württemberg-Baden zu sagen, weil ich gerade Herrn Kiesinger angesehen habe, (*Heiterkeit*) wenn die Koalition die ganze Sache nicht fertigbekommt, dann ist der Schaden hundertprozentig.

Dufhues: Ich darf die Ausführungen von Herrn Dr. Adenauer ein wenig ergänzen. Die Länder haben mit Recht an die Bundesregierung, vor allem an Sie, Herr Bundeskanzler, appelliert, bei Entscheidungen Rücksicht auf die Länder zu nehmen. Nun hat die Bundesregierung einen klaren Kurs eingeleitet, und es scheint so zu sein, daß bei dem Sozialpaket und in der Frage der Kriegsopferversorgung eine einheitliche Meinung in der Bundestagsfraktion herbeigeführt werden kann, trotz aller

³² Bundeskindergeldgesetz (BKGG) vom 14. April 1964 (BGBl I S. 265). – Zweites Gesetz zur Änderung des Kriegsopferrechts (vgl. Anm. 21).

Schwierigkeiten, die zu erwarten sind. Es kommt entscheidend darauf an, daß diese Grundhaltung auch von den Ländern akzeptiert wird.

Es bereitet natürlich ungewöhnliche Schwierigkeiten, wenn der Arbeits- und Sozialminister von Baden-Württemberg³³ eine wesentlich abweichende Haltung einnimmt und wenn das auch in anderen Ländern geschieht. Es kommt darauf an – was wir in der Vergangenheit zeitweise vergessen haben –, daß wir auch im Verhältnis Bund/Länder innerhalb der CDU Einigkeit und Geschlossenheit zeigen; denn nur so können wir auf die Dauer überzeugend wirken.

Zu den Schwierigkeiten, mit denen wir gerade im Wahlkampf in Baden-Württemberg rechnen müssen, gehört auch die neue Mietregelung.³⁴ Ich bitte alle, die als Landesvorsitzende Einfluß haben auf die Parteiorganisationen, sich diesem Problem anzunehmen. Hier ist der einzelne unmittelbar in seinem Geldbeutel betroffen. Hier empfindet er im ganzen gewisse Härten. Deshalb wird der gesamte Parteiapparat mit den ausgezeichneten Mitteln, die Herr Lücke zur Verfügung gestellt hat³⁵, helfen. Die Parteiorganisation wird alles tun müssen, um auf der Grundlage der Politik unseres Freundes Lücke die Bevölkerung zu überzeugen und zu gewinnen.

Unsere Freunde aus Baden-Württemberg wissen, daß sich die Bundesgeschäftsstelle noch bei keinem Landtagswahlkampf in der Vorbereitung und Durchführung so stark engagiert hat und weiter engagieren wird, wie es jetzt geschehen ist und weiter geschehen wird. Sie dürfen sicher sein, daß wir für den Wahlkampf auch die Parolen mit Ihnen abstimmen. Ich hoffe, daß sich die Bundesminister und die Bundespolitiker bei diesem Wahlkampf maßgeblich engagieren; denn es ist die letzte große Wahl vor der Bundestagswahl. Diese Wahl hat entscheidende Bedeutung für die Meinungsbildung in den nächsten Jahren. Sie bestimmt entscheidend mit das Klima der Bundestagswahlen 1965. Deshalb sind alle Bundespolitiker gut beraten, wenn sie das Schwergewicht ihrer Mitarbeit während der nächsten Monate nach Baden-Württemberg verlegen. Auch die Bundesgeschäftsstelle wird alles tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Schmidt: Es ist bisher die Unsicherheit gewesen, die uns geschadet hat; es war das Hickhack, das bei uns vorgeherrscht hat und der mangelnde Mut, Entscheidungen zu treffen. Das hat selbst die gutwilligen Kräfte in einen Gegensatz zu uns gebracht. Das muß im Verhältnis zu Baden-Württemberg gesehen werden. Hier sind Entscheidungen zu treffen, die die Geister scheiden, Entscheidungen, die auch attraktiv sind, auch wenn sie eine gewisse Unpopularität haben und aus einer klaren Führungsinitiative herauskommen. Wir sollten alle miteinander, die Länder, die Bundestagsfraktion und

33 Josef Schüttler (1902–1972), vor 1933 Christlicher Metallarbeiterverband, 1945–1956 Geschäftsführer der IG Metall Bodenseekreis, 1946–1950 Mitglied der Verfassungegebenden Landesversammlung bzw. MdL Süd-Baden, 1949–1961 MdB (CDU), 1960–1968 Arbeitsminister in Baden-Württemberg.

34 Erstes Gesetz zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 29. Juli 1963 (BGBl I S. 505).

35 Verschiedene Broschüren zu Mietrechtsfragen in ACDP I-077-070/1, 195).

die Regierung, dafür sorgen, daß die Führungsautorität der Regierung überzeugend wirkt.

Ich habe eine Reihe von Fraktionsbesprechungen mitgemacht und dabei die Geduld bewundert, mit der der Herr Bundeskanzler versucht hat, im Wege der Überzeugung und der Aussprache die Gruppeninteressen zu ordnen und in die Führung zu bekommen. Das ist alles erfreulich und in Ordnung, aber es hat sich doch gezeigt, daß die Geduld, die aufgebracht worden ist, dazu führte, daß noch Gruppen bereit sind, ihre taktische Position zu verstärken. Hier zeigen sich schon klar und deutlich die Grenzen dieses Versuchs auf, gutwillig auf vielen Seiten Mitarbeiter zu gewinnen, die positiv eine Sache zu fördern vermögen.

Wenn das aber nicht der Fall ist, dann wird der Herr Bundeskanzler tatsächlich genötigt sein, eine Verteidigungsposition gegen uns und ohne uns aufzubauen. Und Gott sei Dank gibt ihm die Verfassung die Möglichkeit, hier das Rechte zu tun.

Wir sollten nur darauf drängen, daß der Herr Bundeskanzler dann auch wirklich in einem unpopulären Fall davon Gebrauch macht. Das hat den Vorteil, daß dann, wenn diese Autorität bei einem unpopulären Fall einsetzt, in Zukunft alle weiteren Fälle schlechthin von dem Tableau weggewischt sind. Es ist dann viel einfacher mit den anderen Wünschen, die weniger dringlich sind als z. B. die Kriegsoffer, fertig zu werden. Daß diese Autorität gezeigt werden muß, wenn nicht die Zusammenarbeit, die der Bundeskanzler anstrebt, leiden soll, das scheint mir einfach notwendig zu sein.

Es kommt für den Wahlkampf in Baden-Württemberg und für alle weiteren Wahlen darauf an, ob die Regierung wirklich in Führung kommt und daß man an eine Führungsautorität glaubt.

Alle weitere Unsicherheit und mangelnder Mut wird uns zum Schaden sein. Deshalb sollten Sie, Herr Bundeskanzler, auf diesem Wege weiter fortfahren und deutlich die Führungsautorität herausstellen.

Bauknecht: Wir haben gehört, daß wir Probleme zu bewältigen haben, die uns Kummer und Sorge bereiten. Die Schwierigkeiten sind groß. Wir sollten alles vermeiden, neue Schwierigkeiten für den nächsten Wahlkampf zu machen. Sie wissen, was ich meine; dieser unnötige Vorschlag von der Kommission in Brüssel, der vorsieht, das europäische Getreidepreis-Niveau auf einen einheitlichen Nenner zu bringen und uns zuzumuten, daß wir 10 bis 12 % von dem bisherigen Preisniveau abweichen. Es ist nicht absolut notwendig, daß das jetzt entschieden wird.

Nach den Römischen Verträgen wird erst ab 1. Januar 1966 die Möglichkeit bestehen, daß wir in unserer Haltung, die wir bisher auch in der Fraktion eingenommen haben, nämlich hier nicht nachzugeben, überstimmt werden. Ob wir aber dann überstimmt werden, das ist noch die Frage, da die anderen Deutschland vielleicht doch als ihren Marktpartner ansehen.

Deshalb sollten wir jetzt alles vermeiden, noch auf diese Dinge einzugehen. Es geht nicht nur um das Agrarpreisniveau, das ermäßigt wird, sondern auch darum, wie die Mittel aufgebracht werden.

Die Länder haben berechnet, daß dadurch für die deutsche Landwirtschaft ein Schaden von 560 Millionen entstehen wird. Ich bin der Auffassung, daß er mindestens doppelt so groß werden wird. Ich frage, woher sollen wir die Gelder bekommen. Darüber hinaus werden die Abschöpfungen innerhalb der EWG wegfallen. Das ergibt einen weiteren Ausfall von 600 Millionen, so daß nach meiner Meinung mit einem Gesamtverlust von 1,7 Milliarden absolut gerechnet werden muß.

Wir sollten alles tun, um dieser Schwierigkeit zu begegnen, und sollten in Brüssel sagen: Nein, jetzt ist es völlig unmöglich, daß wir uns auf diese Dinge einlassen.

Ich möchte sie über eines nicht im unklaren lassen. Die Landesbauernverbände werden wahrscheinlich am 1. Dezember – das ist keine Drohung, sondern im Gegenteil – eine Protestaktion veranstalten³⁶, (*Heiterkeit*) aber nicht gegen die Bundesregierung, sondern gegen Mansholt³⁷, um Ihnen, Herr Bundeskanzler, den Rücken zu stärken, daß Sie festbleiben.

Von Brentano: In der Gesetzgebung habe ich zunächst eine Frage, ob man nicht erreichen kann, daß Herr Schüttler etwas maßvollere Erklärungen abgibt, auch in der Fraktion; denn die Situation ist wirklich so, wie sie Herr Dufhues geschildert hat. Alle diejenigen, die heute mit Frau Probst zusammengehen und um eine, wie ich glaube, finanziell im Augenblick unerfüllbare Forderung kämpfen, benutzen den Brief von Schüttler und sagen, wir stehen gar nicht alleine, hier spricht auch die Regierung von Baden-Württemberg. Und wenn ich antworte: Das ist nicht die Regierung von Baden-Württemberg, sondern Herr Schüttler persönlich, dann heißt es: Aber er schreibt als Minister. – Das hat unendlich viel geschadet. Das wird uns natürlich auch von der Opposition vorgehalten, wie überhaupt die Erklärungen des Arbeits- und Sozialministers in dieser Frage schädlich waren.

Ein Zweites! Ich bin mir völlig klar darüber, daß dieses Gesetz, dessen Verabschiedung wir vorbereiten, so rasch wie möglich verabschiedet werden muß. Ich habe in der Fraktion gesagt, wenn wir mit der Verabschiedung dieses Gesetzes in den Wahlkampf kommen, dann muten wir Ihnen Unzumutbares zu. Das setzt aber voraus – und darum bemühen wir uns –, daß wir mit der Koalition einig werden. Ich habe den Eindruck, daß wir bei der Kriegsopferversorgung hinsichtlich der neuen Vorlage einig werden, ob es uns aber gelingen wird, alle Gruppen auf diese Linie zu bringen, das weiß ich nicht. Aber ich möchte sagen, daß wir in der eigenen Fraktion dafür

36 Zum Beschluß des Deutschen Bauernverbandes für Protestaktionen vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. November 1963 „Bauernverband bereitet Protestdemonstrationen vor“. – Am 6. Dezember 1963 kamen ca. 300 Bauern in Hamburg zu einer Kundgebung und verteilten dabei kostenlos ihre Erzeugnisse („Die Welt“ vom 7. Dezember 1963 „Nikolaus vom Lande kam mit schwarzer Fahne“). Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes sprach sich im Januar 1964 gegen den „Mansholt-Plan“ aus („Die Welt“ vom 27. Januar 1964 „Bauernverband gegen rasche Angleichung der europäischen Getreidepreise“).

37 Sicco L. Mansholt (1908–1995), niederländischer Agrarpolitiker (Sozialist); 1945–1958 Minister für Landwirtschaft, 1958–1972 Vizepräsident, 1972–1973 Präsident der EG-Kommission. – DERS.: Die Krise. Europa und die Grenzen des Wachstums. Reinbek 1974.

eine starke Mehrheit bekommen; denn der Vorschlag ist im Rahmen des Möglichen wirklich loyal und großzügig.

Über die Frage des Kindergeldes gibt es keine Schwierigkeiten, aber es kann natürlich nur verabschiedet werden mit dem Lohnfortzahlungsgesetz.³⁸ Hier besteht noch eine Meinungsverschiedenheit mit der Fraktion, wobei ich hoffe, daß wir sie noch ausräumen können; denn auch für dieses Gesetz gilt das, was Sie gesagt haben, Herr Dichtel. Ich bin Ihrer Meinung, solche Gesetze dürfen nicht mit wechselnden Mehrheiten verabschiedet werden. Es darf nicht sein, daß der Koalitionspartner bei der Entscheidung über die arbeitsrechtliche Lösung gegen uns stimmt und dann landauf, landab, bei den sogenannten Mittelstandskreisen sagt: Wir waren die einzigen, die euch schützen wollten. Das ist eine unaufrichtige Haltung; denn die Lösung, die wir angeboten haben, die einen versicherungsrechtlichen Ausgleich gibt, und die zusätzliche Lösung, die der Bundesfinanzminister vorgeschlagen hat mit der Lohnsteuererstattung, geht eigentlich weiter als die versicherungsrechtliche Lösung.

Das dritte ist das schwierigste Problem: Die Krankenversicherungsreform. Wenn wir hier keine Einigung erzielen, gibt es überhaupt keine Möglichkeit, mit dieser Vorlage ins Plenum zu gehen. Wenn wir dieses Gesetz nur mit wechselnden Mehrheiten verabschieden können – es ist dann kein Gesetz, sondern ein Wechselbalg, den wir nicht präsentieren können –, dann wird man uns dieses Gesetz um die Ohren schlagen und nur noch feststellen, daß diese Regierung und ihre Mehrheit völlig versagt hat.

Ich habe die Bitte, daß Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten, auch in der Koalitionsregierung, in der Sie in Baden-Württemberg stehen, einen mittelbaren Einfluß nehmen auf die Koalition hier. Es gibt bei Ihnen vernünftiger Leute in der FDP als im Norden oder in anderen Gegenden. Man sollte Einfluß auf diese Leute nehmen und ihnen sagen, daß sie in einer gemeinsamen Verpflichtung mit uns stehen. (*Meyers*: Nazis!) Du weißt genau, welche Freunde ich gemeint habe, und ich glaube, das beurteilt Ihr genauso wie ich. Also, auf dem Umweg über die Landesregierungen sollten Sie einen Einfluß nehmen auf die FDP, damit wir dieses Gesetz einheitlich verabschieden können. Wir haben wirklich echte sachliche Konzessionen gemacht, auch in der Frage des Krankenversicherungsgesetzes, der Kostenerstattung, der Pflichtgrenzen usw., die sehr weitgehend waren und die wir weiß Gott nicht leichten Herzens machen konnten. Wir können sie nur vertreten, wenn die FDP sie mit uns durchzieht.

Amrehn: Der Bundesvorstand der CDU tagt zum vierten Mal in diesem Jahr, d. h. alle Vierteljahr einmal. Er dauert gewöhnlich zwei bis drei Stunden. Heute haben wir noch das zweite Referat zu hören, das auf der Tagesordnung steht. Nun finde ich es ganz ungewöhnlich, eine solche Fülle von Themen, wie sie heute durch den politischen

38 Das Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle vom 26. Juni 1957 (BGBl I S. 649) und seine Änderung vom 12. Juli 1961 (BGBl I S. 913) wurde erst am 27. Juli 1969 ersetzt durch das Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgeltes im Krankheitsfalle und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (BGBl 1969 I S. 946).

Lagebericht des Herrn Bundeskanzlers auf den Tisch gelegt worden sind, in dieser kurzen Zeit einigermaßen sachverständig und sachkundig zu diskutieren. Man kann also dazu nur einige Randbemerkungen machen, und der Bundesvorstand ist nicht in der Lage, wirklich eine politische Meinung zu bilden, die bisher ausschließlich von der Fraktion gebildet wird.

Deshalb wiederhole ich die nicht neue Bitte, den Bundesvorstand gegebenenfalls auch zu einzelnen Themen – und das Thema „Sozialpaket“ ist dafür groß genug – zusammenzuberufen und dazu eine Meinung des Bundesvorstandes zu bilden.

Ich habe gerade bei der Diskussion über das Sozialpaket zuweilen den Eindruck, daß die Experten der Fraktion die Details, die politisch vielleicht nicht so entscheidend wichtig sind, doch zu dogmatischen Fragen erheben, ohne daß dann unnötige Schwierigkeiten entstehen. Im übrigen bitte ich – wie schon früher gelegentlich –, den Bundesvorstand für wirkliche politische Führungsaufgaben einzuberufen.

Nun zur Sache! Herr Ministerpräsident Kiesinger hat gesagt: Wir werden uns stärker profilieren, wenn wir in den großen Fragen mehr Gegensätze sichtbar werden lassen, als das in den letzten zwei Jahren der Fall war. (*Kiesinger*: Weniger den Gegensatz!) Ich meine, daß es solche Dinge, wie sie in der Vergangenheit für Wahlentscheidungen maßgeblich waren, in der Zukunft nicht mehr geben wird. Es ist z. B. so, wenn man über die multilaterale Atomstreitmacht spricht, versteht kein Mensch, wie er dazu eine Wahlentscheidung treffen soll.

Wenn nun gesagt worden ist, daß wir diese Profilierung mit der Koalition suchen sollten, auch auf außenpolitischem Gebiet, dann entstehen doch große Schwierigkeiten, weil heute die FDP oder wenigstens Teile der FDP zu außenpolitischen und wehrpolitischen Fragen eine Stellung beziehen, die wir doch im Grunde genommen schärfstens bekämpfen müssen und in denen wir heute unter Umständen eher mit den Sozialdemokraten zu einer Einigung kommen könnten.

Nun sollten wir aber in den Punkten, die es in der Tat noch gibt, jene Haltung zeigen, die auch auf die Bevölkerung noch einen Eindruck zu machen versteht. Ich glaube, daß durch diese Autobahnzwischenfälle der beiden letzten Monate doch Grundfragen aufgerührt sind, inwieweit Entspannungen gegenwärtig überhaupt möglich sind.

Gerade in diesen Dingen sollte es uns möglich werden, auch die amerikanischen Freunde etwas zu ermutigen und zu ermuntern. Übrigens wird der zivile Verkehr augenblicklich sehr glatt abgewickelt. Ich habe nur 30 Minuten gebraucht. Das läuft nämlich immer gut, wenn Krach zwischen den Alliierten ist.

Der Konvoi, der festgehalten wurde, hatte ein paar Soldaten weniger als 30. Vor dem Tor stand ein Konvoi mit etwa 45 Soldaten. Wäre dieser zweite Konvoi an den Kontrollpunkt gefahren, dann hätten diese Soldaten nach dem Reglement absteigen müssen, wären gezählt und dann nach Berlin durchgelassen worden. Und nun soll einem Menschen in den Vereinigten Staaten klargemacht werden, daß der Konflikt ausbricht, wenn 30 Soldaten nicht absteigen. Hier haben nämlich die Amerikaner, die Engländer und die Franzosen vor vier Wochen ein eigenes Reglement festgelegt, das

in sich so widerspruchsvoll ist, daß kein Mensch ihre Haltung und ihren Widerstand versteht.

Was uns anbelangt, so vermisse ich hier bei uns jede Reklame für Berlin. Die anderen machen mit Berlin auch große Wahlpropaganda. Das hat die SPD verstanden, und das wird auch von Mende in seinem neuen Ministerium zusätzlich verbreitet.³⁹

Ich bedauere es, daß die Christlich-Demokratische Union in ihrem Rednerdienst, der mit der Überschrift versehen ist „Mit Erhard voran!“, nicht ein einziges Wort über Berlin und das Berlin-Problem steht.⁴⁰ Nun glaube ich, daß da kein böser Wille vorliegt, aber das ist doch etwas symptomatisch, so daß man das hier einmal sagen muß.

Nun hat der Herr Bundeskanzler gemeint, es sei bemerkenswert, daß ein Mann wie Eisenhower sagen könne, eine Division genüge, um die amerikanische Flagge zu zeigen. Nun, dafür muß er schon eine gewisse öffentliche Meinung für sich haben, wenn er das ausspricht. Dagegen möchte ich erwähnen, daß de Gaulle geglaubt hat, mit seiner sehr starren Haltung in der Deutschland- und Berlin-Frage die öffentliche Meinung in Amerika für sich mobilisieren zu können. Ich würde es nicht so bedenklich ansehen, wenn der Republikaner glaubt, mit einer solchen Geste Stimmen gewinnen zu können, wie wir das in der vergangenen Woche gelesen haben.

Noch eine letzte Bemerkung zum Sozialpaket. Herr Bundeskanzler, Sie wissen, daß Sie mit Ihrer Regierungserklärung und der Regierungsneubildung einen hervorragenden Start gehabt haben. Wenn wir jetzt wählen könnten, sähe es nicht schlecht um uns aus. Es ist Ihnen eine Menge mit auf den Weg gegeben worden. Nun wäre es sehr schlecht, wenn es nicht gelänge, in der Frage des Sozialpakets zu einer Verständigung mit der FDP zu kommen und die ganze Sache über die Bühne zu bringen. Nur möchte ich meinen, daß es nicht so einfach geht, daß man sagt, das darf nicht mit wechselnden Mehrheiten zustande kommen. Ich bin hier der Meinung, man muß sich auch die Frage stellen, was geschieht denn, wenn diese Einigung nicht erzielt wird. Dann muß der Bundesvorstand über die Politik mitberaten. Darüber ist aber bisher noch kein Wort gesprochen worden. Es bleibt jetzt allerdings auch nicht die Zeit, um das zu vertiefen.

Wir haben heute gehört – es ist zweimal gesagt worden –, daß die Forderungen, die insbesondere von den Kriegsopfern gestellt worden sind, unerfüllbar seien. 60,3 Milliarden, so wurde gesagt, sei der festgelegte Rahmen des Haushaltsplanes. Das ist alles sehr schön und gut, aber hoffentlich erleben wir nicht in drei oder vier Wochen, daß die finanziell unerfüllbare Forderung teilweise doch wieder erfüllt wird und daß dann aus 60,3 wieder 60,8 Milliarden gemacht werden. Das wäre zwar nichts Neues, denn wir haben es in der Vergangenheit erlebt, aber es würde uns ein unermeßlicher Schaden zugefügt. Denn damit würde die Auffassung, die der Herr

39 Mende war in der Regierung Erhard Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler.

40 Rednerdienst der Union, Oktober 1963.

Bundeskanzler gegenüber den Interessengruppen vertreten hat, aufgegeben, so daß wir dann wieder weniger Glaubwürdigkeit hätten, als es z.Z. der Fall ist.

Adenauer: Wenn das Wort nicht weiter gewünscht wird, dann wird jetzt der Herr Kollege Dufhues seinen Bericht über die verschiedenen Fragen geben, die Sie angeschnitten haben. Können wir damit den Punkt 1 als erledigt betrachten? – Das scheint der Fall zu sein. Nochmals vielen Dank, Herr Bundeskanzler, für Ihre Ausführungen! Das Wort hat Herr Dufhues.

TÄTIGKEITSBERICHT DER BUNDESPARTEI

Dufhues: Ich werde meinen Bericht zum Teil hier erstatten, zum Teil werde ich ihn heute nachmittag fortsetzen. Ich will versuchen, auf die verschiedenen Fragen einzugehen, die an die Partei gerichtet worden sind, insbesondere auch auf die Fragen von Herrn Amrehn.

Zur Grundlage meines Berichts möchte ich das Ergebnis der Umfrage machen, die wir im Februar dieses Jahres eingeleitet haben. Dabei ist zunächst bemerkenswert, daß es einer ungewöhnlich langen Zeit bedurfte, um von den verschiedenen Kreisgeschäftsstellen eine Antwort zu erhalten, die in 24 Stunden hätte erteilt werden können. Es hat aber mehrerer Vorstellungen bedurft, um von diesen Kreisverbänden überhaupt eine Antwort zu erhalten. Vier Kreisverbände haben nach drei viertel Jahren noch immer den „Vorzug“, unsere Anfrage nicht beantwortet zu haben, nämlich die Kreisverbände Waldeck, Wolfshagen, Freudenstadt und Hann. Münden.

Ich will auf das Ergebnis dieser Untersuchungen eingehen. Dabei ist zunächst die Frage interessant, wie stark die einzelnen Kreisverbände sind. Es hat sich ergeben, daß das Schwergewicht der Kreisverbände, soweit es sich um die Mitgliederzahlen handelt, zwischen 200 bis 500 und 500 bis 1.000 Mitgliedern liegt. Die Mitgliederzahlen lauten wie folgt:

Unter 100 Mitglieder	27 Kreisverbände
200 – 500 Mitglieder	117 Kreisverbände
500 – 1.000 Mitglieder	116 Kreisverbände
über 3.000 Mitglieder	3 Kreisverbände

Die Kreisverbände mit einer Mitgliederzahl unter 100 liegen in Niedersachsen, Hessen und Nord-Württemberg. Kreisverbände mit 2.000 bis 3.000 Mitgliedern gibt es in Westfalen 4, Rheinland 3, Saarland 1 und Oldenburg 1. Kreisverbände mit einer Mitgliederzahl über 3.000 hat nur der Landesverband Rheinland, nämlich in Düsseldorf, Köln und Essen. Ich hoffe, daß bei der nächsten Kommunalwahl die Christlich-Demokratische Union entsprechend dieser Zahl ihre Tätigkeit aufnehmen kann.

Das Ergebnis der Mitgliederzahl zu der Einwohnerzahl ist in den einzelnen Kreisverbänden der CDU ungewöhnlich unterschiedlich. Ich bin mir klar darüber, daß die Praxis in den einzelnen Kreisverbänden, nämlich die Mitglieder auszuschließen, die ihrer Beitragspflicht nicht nachkommen, unterschiedlich ist, so daß die Zahlen, die ich nennen werde, kein klares und eindeutiges Bild ergeben. Immerhin ist es interessant festzustellen, daß das Verhältnis der Mitgliederzahlen zu der Einwohnerzahl schwankt; von 0,13 % in Hamburg bis zu 1,3 % im Saarland. Die Reihenfolge ist hier: Hamburg, Bremen, Hannover, Nord-Württemberg, Hessen, Braunschweig, Berlin, Württemberg-Hohenzollern, Oldenburg, Nordbaden, Westfalen, Rheinland, Schleswig-Holstein, Südbaden, Rheinland-Pfalz, Saar.

Interessant ist auch die Zugehörigkeit unserer Mitglieder zum männlichen oder zum weiblichen Geschlecht. (*Barzel*: „Frauengeschlecht“ wäre neu! – *Lebhaftes Heiterkeit*.) Das ist ein Gebiet, auf dem ich nicht vertraut bin. (*Heiterkeit*.) Der Anteil der Männer beläuft sich auf 85,5 %, der der Frauen auf 14,5 %. Hier ist noch vieles zu tun. Am meisten unterentwickelt auf dem Gebiet der Frauen-Mitgliedschaft sind Südbaden mit 7 % (*Kiesinger*: Das macht die Nähe der Schweiz!) und Württemberg-Hohenzollern mit 5 %, und das, obwohl Baden-Württemberg einen so charmanten Ministerpräsidenten hat. (*Kiesinger*: Weil, nicht obwohl! – *Heiterkeit*.) Ich wünsche Ihnen guten Erfolg bei Ihren Bemühungen. Über dem Durchschnitt liegen die drei Stadtverbände Berlin, Bremen und Hamburg. Dann weiter die Landesverbände Braunschweig und Rheinland.

Nun komme ich zur Altersstruktur, eine Frage, der ich erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen bitte. Wir haben eine Auswertung nach folgenden Gruppen gemacht: a) die nach 1920 Geborenen (43 Jahre und jünger) und b) die vor 1920 Geborenen (älter als 43 Jahre). Der Bevölkerungsstruktur entsprechend müßte der Anteil der nach 1920 Geborenen rund 47,5 % ausmachen; im Schnitt kommen wir aber tatsächlich nicht über 25,3 % hinaus, so daß sich hier ein Minus von rund 22,5 % zum Nachteil der CDU ergibt. Die Zahlen sind hier stark unterschiedlich. Kreisverbände, die mehr als 35 % aufweisen, gibt es in Rheinland-Pfalz, im Rheinland und in Hessen. Kreisverbände, die unter 20 % bei den Mitgliedern, die nach 1920 geboren sind, liegen, gibt es in Braunschweig, Hannover, Schleswig-Holstein, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Hohenzollern und Nord-Württemberg.

Es hat jetzt keinen Zweck, das alles im einzelnen zu erörtern und jede Zahl bekanntzugeben, weil das zu Unklarheiten führen würde. Es ist nämlich ein Unterschied, welchen Kreis man herausstellt. Insgesamt darf aber festgestellt werden, daß die Altersstruktur oder Mitgliedschaft der CDU sehr zu wünschen übrig läßt. Das konfessionelle Verhältnis in der Christlich-Demokratischen Union: In den wenigsten Verbänden entspricht dieses Verhältnis der konfessionellen Struktur der Bevölkerung. Mit wenigen Ausnahmen überwiegt aber der katholische Anteil, auch dort, wo wir eine evangelische Bevölkerung haben. Nur in 68 Kreisverbänden, das sind 17 %, entspricht das Verhältnis in etwa der konfessionellen Struktur der Bevölkerung. Am ehesten trifft das zu für den Landesverband Schleswig-Holstein.

Die soziologische und berufliche Struktur hat wenig neue Erkenntnisse gegeben, aber das wird Ihnen noch mitgeteilt werden. Ich darf in diesem Zusammenhang eingehen auf das Verhältnis der Mitglieder in der Partei und in den Vereinigungen. Zunächst darf ich die Zahlen der Mitglieder in den Vereinigungen bekanntgeben: Junge Union 58.600, Sozialausschüsse 30.324, KPV 24.170, Frauenvereinigung 21.231, Mittelstandsvereinigung 11.293.

Nun komme ich zum Anteil der Parteiangehörigen der CDU-Mitglieder innerhalb dieser verschiedenen Vereinigungen. Am ungünstigsten ist es in der Jungen Union. Dort sind die CDU-Mitglieder nur mit 46,5 % vertreten. In der Jungen Union sollten wir ernsthaft darüber sprechen, ob eine Altersgrenze von 40 Jahren noch angemessen ist. (*Beifall.*) Bei den anderen Vereinigungen beträgt der Anteil: Sozialausschüsse 75 %, Frauenvereinigung 82 %, Kommunalpolitische Vereinigung 85 %, Mittelstandsvereinigung 91,5 %.

Wenn wir uns unsere Mitgliederwerbung in diesen Vereinigungen entscheidend ansetzen – es gibt auch sonst noch viele Leute, die uns sehr nahestehen –, werden wir die Zahl der CDU-Mitglieder um rund 50.000 erhöhen können. Also, meine Herren Vorsitzenden der einzelnen Vereinigungen, bemühen Sie sich mit besonderem Nachdruck darum, daß Ihre Mitglieder auch Mitglied der CDU werden, damit eine bessere Verzahnung und ein engeres Zusammenwirken von CDU und Vereinigungen sichergestellt wird.

Der Frauenvereinigung, die das Ziel hat, eine Identität zwischen der Zugehörigkeit zur Frauenvereinigung und der Partei zu erreichen, möchte ich sagen, daß der Anteil der Frauen unter den Mitgliedern der CDU 35.000 beträgt, während die Zahl der Mitglieder in den Frauenvereinigungen 21.000 beträgt. Es klafft also hier eine Lücke von 14.000. Ich bitte Sie, hier nach dem Rechten zu sehen. (*Zuruf:* Was heißt, Anteil der Frauen unter den Mitgliedern der CDU?) Meine lieben Parteifreunde! Die technische Ausrüstung unserer Kreisgeschäftsstellen!

Wir haben im Bereich der Christlich-Demokratischen Union 394 Kreisverbände. Wir unterhalten 307 Kreisgeschäftsstellen. Von diesen 307 sind viele nur notdürftig ausgestattet. In der Privatwohnung des Kreisgeschäftsführers befinden sich 55 Geschäftsstellen. Das sind rund 18 %. 78 Kreisgeschäftsstellen bestehen aus nur einem Raum. Wie hier eine vernünftige Arbeit geleistet werden soll, ist mir nicht erklärbar.

Über einen Kraftwagen verfügen 193 Geschäftsstellen. Das sind 63 %. Das reicht nicht aus. Man kann einen Kreis nicht fruchtbar bearbeiten, wenn man keinen Kraftwagen zur Verfügung hat. Über eine Lautsprecheranlage und ein Filmgerät verfügen 240 Kreisgeschäftsstellen. Das sind 78 %. Eine Adressiermaschine, an sich eine Selbstverständlichkeit in der Parteiorganisation – haben nur 129 Kreisgeschäftsstellen zur Verfügung.

Nun die finanziellen Verhältnisse! Auf die generellen Probleme der Finanzierung komme ich noch zu sprechen. Der Monatsbeitrag liegt bei zwei Dritteln unserer Kreisverbände unter DM 1,-. Das ist ein Skandal! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Im einzelnen sehen die Beiträge wie folgt aus:

Unter DM 0,50 bis DM 1,–	197 Kreisverbände
DM 1,– bis DM 2,–	101 Kreisverbände
über DM 2,–	21 Kreisverbände
ohne Angabe	23 Kreisverbände

Soweit ich es übersehe, stellt die höchsten und nachdrücklichsten Anforderungen an die Mitgliedschaft der Landesverband Berlin, und zwar mit Erfolg. Auch hier darf ich sagen, von unseren Mitgliedern wird die Auffassung vertreten, was nichts kostet, ist auch nichts wert. Ich glaube, wir können unseren Mitgliedern sehr viel mehr zumuten, als wir es in unserer Ängstlichkeit im allgemeinen glauben. (*Zuruf: Sehr richtig!*)

Nun zu den Monateinkünften der einzelnen Kreisverbände! Darüber einen Überblick zu geben, ist ungewöhnlich schwierig. Es ist verständlich, daß die Kreisverbände sehr zurückhaltend mit der Offenlegung sind. Ich frage mich, welches Geschick entwickelt wird, wenn wir aufgrund des Parteiengesetzes die Auskunftspflicht haben. Nach den vorliegenden Angaben haben zur Verfügung:

Bis zu DM 500,– mtl.	188 Kreisverbände
DM 500,– bis DM 1.500,–	153 Kreisverbände
DM 1.500,– und mehr	48 Kreisverbände

Nun die personellen Verhältnisse! In den 307 Kreisgeschäftsstellen gibt es 204 hauptamtliche Geschäftsführer, d. h. also, zwei Drittel aller Kreisgeschäftsstellen sind hauptamtlich besetzt.

Unser Ziel war, daß wir bis zum 30. Juni dieses Jahres in jedem Bundestagswahlkreis einen hauptamtlichen Geschäftsführer hatten. Nach den bisherigen Feststellungen, wie sie mir von der Bundesgeschäftsstelle vorgelegt worden sind, haben wir dieses Ziel nicht erreicht. Es sind die Landesverbände Bremen, Hamburg, Braunschweig, Württemberg-Hohenzollern, Hannover, Oldenburg und Rheinland-Pfalz, wobei man bei den Stadtverbänden die besondere Struktur dieser Verbände berücksichtigen muß, so daß hier das Nichterreichen der Zahl nicht so schwer ins Gewicht fällt.

Ich hoffe, daß wir die Bundestagswahl 1965 erfolgreich vorbereiten können, wenn jedem politischen Kreis – Herr Adorno⁴¹, ich bitte um Ihre besondere Aufmerksamkeit – eine intakte Kreisgeschäftsstelle zur Verfügung steht.

Ich wäre dankbar, wenn diese Auffassung vom Bundesvorstand bestätigt würde und wenn alle Landesverbände dieses Ziel ansteuerten. In der Zeit der Technisierung

41 Eduard Adorno (geb. 1920), Diplom-Landwirt; 1956–1977 Vorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1961–1972 MdB, 1965–1967 stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, 1970–1977 stv. Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg.

des Wahlkampfes, in der wir nicht mehr in Biertischgesprächen und Versammlungen die Menschen ansprechen können, ist die Technik und der Apparat, d. h. eine ausreichend qualifizierte Ausstattung der Kreisgeschäftsstellen, entscheidende Voraussetzung dafür, daß wir uns gegenüber einer so ausgezeichnet organisierten Partei wie der SPD erfolgreich durchsetzen können.

Nun einige Schlußfolgerungen! Es ist Tatsache, daß es eines halben Jahres bedurft hat, um eine solche Umfrage beantwortet zu erhalten. Ich bitte die Landesvorsitzenden, sich der Organisation der Kreisgeschäftsstellen anzunehmen und sorgfältig zu prüfen, ob sie personell und technisch so intakt sind, daß dieses Minimum an Organisationsarbeit in der Zeit erledigt wird, die von der Bundesgeschäftsstelle eingeräumt worden ist.

Ich halte es für dringend notwendig, daß die seit Monaten angelaufenen Arbeiten zur Einrichtung einer zentralen Mitgliederkartei fortgesetzt werden. Das macht sich auch für Sie bezahlt. Wir stellen ein Doppel dieser Mitgliederkartei den Landesverbänden und Kreisverbänden zur Verfügung. Damit erhalten wir gerade für den Wahlkampf und auch für die weiteren politischen Auseinandersetzungen das Material, das uns gemeinsam in die Lage versetzt, auch die großen Gruppen anzusprechen, die an den entscheidenden Fragen interessiert sind. Ich bitte Sie nochmals, mit uns weiterzuarbeiten an der Einrichtung dieser zentralen Mitgliederkartei, aber auch daran, daß wir unser Formularwesen möglichst einheitlich gestalten und somit aus dem allzu stark entwickelten Föderalismus ein wenig herauskommen. (*Meyers*: Wie stellt sich der Landesverband Westfalen dazu? 1956 hat er mir geschrieben, als ich dieselbe Bitte hatte, das ginge die Bundespartei nichts an! – *Heiterkeit*.) Seit 1956 wird der Landesverband von mir geleitet. Seitdem läßt sich der Landesverband nicht übertreffen. Ich hoffe, daß wir zurechtkommen. (*Meyers*: Wir haben es schon damals gemacht!) Dann verstehe ich nicht, daß heute noch so viel Säumige da sind. (*Meyers*: Ich habe damals geschrieben, das sei unbedingt notwendig und die erste Voraussetzung für eine gute Parteiorganisation.)

Ich werde die Ergebnisse dieser Umfrage im einzelnen auswerten und dann die Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer bitten, sich mit uns nach der Herstellung dieser Arbeit an einen Tisch zu setzen, damit wir über die Lage in jedem einzelnen Landesverband sprechen, um dann zu sehen, wie wir die Organisation verbessern können.

Gelegentlich ist die Frage aufgetaucht, ob man in den Fällen, in denen die Mitgliederzahl unter 100 liegt, nicht verschiedene Kreisverbände zusammenfassen könne. Nun, ich bin so optimistisch zu glauben, daß wir in allen Kreisverbänden in kurzer Zeit die Mitgliederzahl auf über 100 erhöhen werden, so daß keine Veranlassung besteht, die natürliche Einheit der Kreisverbände zu stören, sondern sie soll weiterhin gewahrt werden. In einzelnen Kreisverbänden zeigt sich ein Stillstand in der Entwicklung der Mitgliederzahlen.

Ich darf ihre Aufmerksamkeit lenken auf die anlaufende Mitgliederwerbung. Sie hat bereits in einzelnen Verbänden begonnen und soll mit Nachdruck durchgeführt

werden bis zum 31. März 1964. Für die erfolgreichsten Werber und Kreisverbände sind Prämien ausgesetzt, die durchaus attraktiv sind. Ich hoffe, daß ein Wettbewerb entsteht, der in allen Landesverbänden zu einer wesentlichen Verstärkung der Mitgliederzahlen führen wird.

Die soziologische Struktur der Mitgliedschaft führt zu Überlegungen, die ich vortragen möchte. Es zeigt sich eine drohende Überalterung in unserer Partei. Hier muß ich eine Forderung an die Junge Union stellen, denn hier kann mehr geschehen für die Partei. Wir sollten großzügiger sein.

Die gleiche harte Forderung muß an die Sozialausschüsse gestellt werden: Was kann geschehen, um die Resonanz bei der Arbeitnehmerschaft zu verbessern. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Vorstellungen machen würden. Das gleiche gilt für die Frauenvereinigung. Auch hier kann mehr geschehen, als in der Vergangenheit getan worden ist. Wir müssen uns zusammensetzen und überlegen, wie wir die Mitgliederwerbung unter den Frauen ansetzen, um zu besseren Erfolgen zu kommen.

Letztlich habe ich eine klare Frage an den Evangelischen Arbeitskreis: Die konfessionelle Struktur der Bevölkerung zur Mitgliedschaft entspricht keineswegs dem Charakter der Union. Wir werden uns auch hier überlegen müssen, wie wir konkret die evangelische Bevölkerung stärker als bisher ansprechen können.

Zu der Frage der Beiträge habe ich bereits Stellung genommen. Ich halte es für notwendig und richtig, daß wir zu einer möglichst einheitlichen Beitragsordnung in allen Landesverbänden kommen. Entsprechende Vorschläge werden in Kürze unterbreitet. Ich hoffe, daß diese Ihre Zustimmung finden.

Die unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung der Kreisgeschäftsstellen zwingt uns als Bundespartei dazu, mit den beteiligten Landesverbänden zu überlegen, wie wir schwerpunktmäßig vorgehen können, um mit den Mitteln und Möglichkeiten der Bundespartei zu helfen, weil hier noch viele Dinge nicht so sind, wie sie wünschenswert wären.

Noch ein Hinweis auf eine bei der Umfrage festgestellte Tatsache. Es handelt sich darum, daß die Amtszeit der Kreisvorsitzenden in einzelnen Kreisverbänden ungewöhnlich lang ist. Was ich als Honoratioren-Clubs bezeichnet habe, findet hier seinen Ausdruck. Man schirmt sich ab gegen den Nachwuchs und die jungen Leute. Hier sollte man, wo es notwendig ist – nicht gegen bewährte Kräfte, die seit 1945 erfolgreich gewirkt haben – nach dem Rechten sehen. Ich denke z. B. an einen Fall, wo der Kreisvorsitzende beschlossen hat, eine Mitgliedersperre zu verhängen, weil 30 junge Leute in die Partei eintreten wollten, um sie zu reformieren. Und das ist kein Einzelfall. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sollten also dafür sorgen, daß die Führung der Kreisverbände in gute Hände kommt.

Noch ein Wort zur finanziellen Situation der Christlich-Demokratischen Union. Die Finanzierung der Bundespartei erfolgte während der Jahre 1959 bis 1961 im wesentlichen aus öffentlichen Mitteln und aus freien Spenden.

In den Jahren 1959 bis 1961 konnten 60 % aller öffentlichen Mittel an die Landesverbände ausgezahlt werden. Seit dem Jahre 1962 lebt auch die Bundespartei

ausschließlich von öffentlichen Mitteln. Freie Spenden stehen im Gegensatz zu den früheren Jahren nicht mehr zur Verfügung; im Gegenteil, wir haben aus den öffentlichen Mitteln wesentliche Kredite zurückzahlen müssen, die im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1961 aufgenommen worden sind. Sie wären keineswegs glücklich, wenn ich Ihnen die Zahlen im einzelnen sagen würde. Das kann später in einem anderen Zusammenhang geschehen.

Deshalb mußten – und das bedauert niemand mehr als das Präsidium der CDU – für das Jahr 1963 die Zuschüsse an die Landesverbände gekürzt werden, da der Haushalt der Bundespartei die Auszahlung im früheren Umfang nicht mehr zuließ. Wir sollten uns – hier wende ich mich besonders an die Herren Etzel und Stoltenberg – in der Bundestagsfraktion darüber Gedanken machen, wie wir zu einer besseren und solideren, auf die Dauer angelegten Finanzierung der Bundespartei und der Landesverbände kommen. (*Etzel*: Das hat der Bundesfinanzminister damals schon machen wollen, aber die Bundespartei hat es nicht gewollt!) Was nützt es uns, über die Vergangenheit zu sprechen. Wir müssen die Zukunft sehen. Dazu gehört, daß die Haushaltsmittel, die bisher 20 Millionen betragen, erhöht werden.

Ich bitte weiter dringend darum, daß die Bundestagsfraktion alles tut, um die baldige Verabschiedung des Parteiengesetzes mit einer angemessenen Regelung der steuerlichen Behandlung von Spenden zu gewährleisten. Wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt werden, dann wird die Bundespartei auch in der Lage sein, die Landesverbände besser zu dotieren, als es im Jahre 1963 möglich war und ist. Auch die Maßnahmen, die in der Öffentlichkeit erörtert worden sind, konnten wir nicht realisieren, weil die Grundlage dazu in den letzten Jahren nicht gegeben war. Wir werden noch einige Jahre brauchen, ehe diese Voraussetzungen erfüllt sind. Ebenso notwendig ist es, daß man auch die Möglichkeiten in den einzelnen Ländern ausnutzt, auch möglichst in den einzelnen Gemeinden, um Mittel für eine kommunale Bildungsarbeit zu erhalten. Wenn Sie Ihrerseits alles tun und die Möglichkeiten ausnutzen, wird dieses Zusammenwirken von Bundespartei und Landesverbänden die Voraussetzung dafür schaffen, daß wir zu einer vernünftigen Finanzierung kommen.

Zur Zeit ist es so, daß einzelne Landesverbände mir haben mitteilen müssen, daß sie gezwungen seien, einzelne Geschäftsführer zu entlassen. Es ist ein Skandal, daß z. B. unsere Freunde in Berlin gezwungen waren, in einer Stadt, in der die Arbeitnehmerschaft weit überwiegt, den Sozialsekretär zu entlassen, weil sie nicht die notwendigen Mittel hatten. Nur dann, wenn die Zusammenarbeit zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden sich bewährt, werden wir weitgehend das erreichen, was uns als Ziel unserer Arbeit vorschwebt. Ich möchte das jetzt nicht weiter vortragen wegen der Kürze der Zeit, aber es bleibt noch vieles zu sagen. Was getan worden ist, darüber werde ich heute nachmittag berichten.

Deshalb möchte ich hier meine Ausführungen zunächst einmal abschließen, aber nicht, ohne noch auf die Anregungen von Herrn Amrehn einzugehen. Ich beruhige mich nicht damit, Herr Amrehn, nun etwa zu sagen: Wir haben unser satzungsmäßiges Soll von vier Vorstandssitzungen erfüllt, sondern ich meine mit Ihnen, daß es

notwendig ist, diesen Bundesvorstand zu einem politischen Führungsgremium zu entwickeln. Wir haben es als einen Fortschritt anzusehen, daß wir im Präsidium ein gutes Komment dadurch bekommen haben, daß wir sehr schnell zusammentreten können und auch jeweils in Abständen von acht oder 14 Tagen tätig geworden sind und wesentliche Entscheidungen für die Partei getroffen haben.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir keinesfalls weder den Bundesvorstand noch den Parteiausschuß darüber vernachlässigen dürfen; im Gegenteil – und das entspricht der Auffassung, die Herr Dr. Adenauer heute vertreten hat –, es ist notwendig, daß vor dem Bundesparteitag der Parteiausschuß zusammentritt, um wesentliche Fragen der Partei und der Fraktion zu erörtern. Sie dürfen sicher sein, daß nach all den Problemen der vergangenen Jahre und Monate nun auf diese Aufgabe einer stärkeren Aktivierung des Bundesvorstandes und des Bundesparteiausschusses die größte Aufmerksamkeit gelegt wird. Ich glaube, daß ich damit Ihre Fragen beantwortet habe.

In diesen Tagen erscheinen insgesamt 15 Rednerlisten für die Christlich-Demokratische Union⁴², weil wir bereits jetzt das einleiten, was früher nur vor Bundestagswahlen geschehen ist.

In diesen Rednerlisten sind wir auf das Problem „Berlin“ eingegangen. Herr Erhard war zuerst in Berlin. (*Amrehn*: Mende war da!⁴³) Lassen Sie bitte Herrn Mende aus dem Spiel! (*Amrehn*: Er ist aber im Spiel!) Ich darf Ihnen nun ein Telegramm vorlesen, und zwar von einem alten und treuen Mitglied der CDU. Er schreibt: Als Mitbegründer der Union bedauere ich, aus gesundheitlichen Gründen der heutigen Arbeitstagung fernbleiben zu müssen. Ein herzliches Glückauf. Zur weiteren Mitarbeit stets bereit. Ihr getreuer 85jähriger Professor ...

Adenauer: Wegen der vorgerückten Zeit können wir leider nicht auf die verschiedenen Fragen eingehen, die in dem Bericht des Herrn Kollegen Dufhues enthalten sind. Aber Sie haben gehört, daß beabsichtigt ist, eine Sitzung des Parteiausschusses durchzuführen. Über den Termin werden wir uns noch verständigen. Er wird rechtzeitig vor dem Bundesparteitag einberufen.⁴⁴

Sie alle werden dringend gebeten, die Fragen, die sich heute für uns alle ergeben, zu überlegen, damit wir in der nächsten Sitzung des Parteiausschusses zu einer fruchtbaren Diskussion kommen.

42 10 Rednerdienste der CDU 1963: „Mit Erhard voran“, „Die Familienpolitik der CDU/CSU“, „Zur Kulturpolitik der CDU/CSU“, „Die Sozialpolitik der CDU/CSU“, „Die Wirtschaftspolitik der CDU/CSU“, „Zur Eigentumspolitik der CDU/CSU“, „Zur Entwicklungspolitik“, „Zur Gesetzgebung für den Notstand“, „Zur Verteidigungspolitik der CDU/CSU“, „Zur Außenpolitik der CDU/CSU“ (ACDP-PRESSEDOKUMENTATION).

43 Erhard war am 28./29. Oktober 1963 (Ludwig-Erhard-Stiftung, Karteikarten) und Mende im Oktober/November 1963 mehrmals in Berlin (MENDE: Wende S. 111–115). Zum Aufenthalt Mendes in Berlin vgl. „Süddeutsche Zeitung“ und FAZ vom 11. November 1963.

44 Sitzung des Bundesparteiausschusses am 25. Januar 1964 (Protokoll in ACDP VII-001-022/4).

VERSCHIEDENES

Dufhues: Es ist gefragt worden, wann der nächste Bundesparteitag ist. Ich darf bekanntgeben: Vom 14. bis 18. März 1964 in Hannover. Wir arbeiten im Präsidium gegenwärtig an der Vorbereitung dieses Parteitages. Es ist selbstverständlich, daß der Herr Bundeskanzler auf dem Parteitag einen Vortrag hält über die Grundlinien der Politik. Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß gerade auf diesem Parteitag in Hannover eine große Zahl von Arbeitskreisen gebildet wird, die sich insbesondere mit dem Problem der Parteiarbeit – nicht nur mit den organisatorischen – befassen.

Der Parteitag wird sich auch befassen müssen mit dem Auftrag und dem Beitrag unseres Parteifreundes Barzel. Ich darf Ihnen mitteilen, daß bereits vor mehreren Monaten unter Mitwirkung von Dr. Barzel eine Kommission gebildet worden ist, die etwas vorbereiten soll, was wir zunächst „Prinzipienerklärung der CDU“ genannt haben.⁴⁵ Diese Erklärung soll die Probleme und die Fragen aufgreifen, die durch das Gutachten von Dr. Barzel ausgelöst worden sind. Es soll eine eindeutige Standortbestimmung in dieser Prinzipienerklärung festgelegt werden. Wir haben Wert darauf gelegt, daß hervorragende Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche an dieser Erklärung mitarbeiten. Ich habe den Eindruck, daß wir zu einer guten Formulierung der Fragen kommen, die mit dem „C“ und der sich daraus ergebenden Probleme zusammenhängen.

Barzel: Um 14 Uhr beginnt drüben die Kundgebung des Kleinen Parteitages. Es wäre wohl schlecht, wenn wir dann nur eine Kundgebung ohne Diskussion machen würden. Wir sollten deshalb noch fünf Minuten darüber sprechen, was sich um 14 Uhr ereignen wird, und ob wir dann nicht wenigstens die Chance einer Aussprache haben.

Dufhues: Noch ein Wort zu einigen technischen Problemen. Zunächst die Bildung eines Bundesausschusses für Verteidigungspolitik. Ich habe mit unserem Freund Kliesing gesprochen. Wir haben eine ausgezeichnete Zusammensetzung eines solchen Ausschusses vorbereitet. Der Ausschuß soll die Aufgabe übernehmen, nicht nur zu Sachproblemen der Verteidigungspolitik Stellung zu nehmen, sondern auch in den Landesverbänden und Kreisverbänden dafür Sorge zu tragen, daß wir einen engen Kontakt zu den Soldaten halten. Dieser Arbeit müssen wir jetzt eine organisatorische Form geben. Ich bitte Sie deshalb, nach dem § 29 unseres Statuts der Gründung eines solchen Bundesausschusses für Verteidigungspolitik zuzustimmen.⁴⁶ (Beifall.)

Ich habe den Bundesvorstand davon in Kenntnis zu setzen, daß sich das Präsidium im Einvernehmen mit dem Landesverband Oder-Neiße und den sonst interessierten Parteifreunden mit einer Überprüfung der Satzung des Landesverbandes Oder-Neiße befassen wird. Ich erwähne das, weil die Probleme des Landesverbandes Oder-Neiße

45 Zur Kommission vgl. Nr. 7 S. 354 und Nr. 10 S. 459; zum Gutachten Nr. 5 Anm. 49.

46 Konstituierende Sitzung des Bundesausschusses für Verteidigung am 16. Januar 1964. 1. Vorsitzender wurde Dr. Georg Kliesing (ADCP VII-004-096/1). Vgl. Nr. 13 S. 604 f.

in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind.⁴⁷ Ich hoffe, daß wir zu einer Regelung kommen werden, die allen gerecht wird.

Adenauer: Herr Barzel, mit der von Ihnen angeschnittenen Frage haben wir uns im Präsidium befaßt: Soll man in einem so großen Kreis eine Aussprache herbeiführen? Herr Kollege Dufhues schätzt die Zahl der Erscheinenden auf 1.500 bis 1.700. In einem solchen Kreis eine Aussprache herbeizuführen, die wirklich nach etwas aussieht, das erscheint mir ungemein schwierig. Deshalb hatten wir geglaubt, Ihnen vorschlagen zu sollen, daß diese Aussprache in einer in Bälde einzuberufenen Sitzung des Parteiausschusses stattfinden soll. Das würde natürlich heute nachmittag mitgeteilt werden. Aber bei 1.700 Menschen eine vernünftige Aussprache über ein so diffiziles Problem herbeizuführen, das scheint mir schlechterdings nicht möglich zu sein.

Ich darf damit die Sitzung schließen.

13

Bonn, Freitag 17. Januar 1964

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, Blank, [Burgbacher], Dufhues, Erhard, Fricke, [Grundmann], Gürk, von Hassel, Hellwig, [Katzer], Klepsch, Kraske, Lücke, Schröder, Süsterhenn.

Bericht zur Lage (Erhard). Passierscheinabkommen. Bundesparteitag in Hannover vom 14. bis 17. März 1964. Gründung des Wirtschaftsrates der CDU. Verschiedenes.

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und begrüße insbesondere den Herrn Bundeskanzler Erhard, der gestern von seiner Londonreise zurückgekehrt ist, und wünsche ihm Glück zu den Erfolgen, die er da

47 Die Sendung „Panorama“ des Deutschen Fernsehens hatte sich am 23. September 1963 kritisch mit dem CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße befaßt (UiD vom 26. September 1963 S. 6, vom 3. Oktober S. 1–4 und vom 18. Oktober S. 7). Vgl. dazu „Der Heimatvertriebene, Der Flüchtling“ Nr. 18/63 vom 1. Oktober 1963 S. 2–4. – Die Delegiertenversammlung des CDU/CSU-Landesverbands Oder-Neiße verabschiedete am 13. März 1964 in Hannover eine neue Satzung (EBD. Nr. 6/64 vom 20. März 1964 S. 9); vgl. auch Nr. 14 Anm. 77.

erzielt hat.¹ (*Beifall.*) Ich würde Sie bitten, Herr Bundeskanzler, einige Worte für das Fernsehen zu sagen.

Erhard: Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, für die Zustimmung, die auch in Ihrem Blick meine Reise in London gefunden hat. Ich glaube, es war wirklich ein Erfolg, den wir erzielt haben. Ernste Gespräche haben in einer ausgezeichneten Atmosphäre und in großer Herzlichkeit stattgefunden. Wenn auch im Augenblick die britische Regierung nicht auf jede Frage eine Antwort geben kann oder antworten will aus der besonderen Situation heraus, so haben doch in allen wesentlichen Fragen keine Differenzen bestanden, obwohl auch zu dieser oder jenen Frage die Standpunkte etwas unterschiedlich gelagert waren, aber dazu werde ich dann gleich berichten können.

Adenauer: Ich denke, daß das Fernsehen mit seinen Aufnahmen nunmehr fertig ist. Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie noch einmal herzlich willkommen und bitte um Entschuldigung, daß wir eine Viertelstunde dem Fernsehen opfern mußten; aber wir tun es um der Wahl in Baden-Württemberg willen. Ich hoffe, daß die Herren von Baden-Württemberg besonders dankbar dafür sein werden. (*Gurk:* Wir sind nicht aufgenommen worden vom Fernsehen!) Wir kommen zum Punkt 1 unserer Tagesordnung, Bericht zur Lage, den der Herr Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard gibt. Darf ich Sie bitten, Herr Bundeskanzler!

BERICHT ZUR LAGE

Erhard: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist naheliegend, daß ich jetzt über London berichte, aber ich möchte gleich vorweg sagen, man kann London nicht allein betrachten, sondern muß es im Zuge der verschiedenen Besprechungen als ein Ganzes hinnehmen. Die Gespräche – das habe ich eben schon gesagt – sind in einer sehr guten Atmosphäre verlaufen; sie waren sehr intensiv und sehr dicht in der Thematik. Wir sind das ganze weite Feld durchgegangen, angefangen von dem inneren Kern bis zu den weltweiten Problemen. Ich darf hinzufügen, daß auch von britischer Seite eine durchaus positive und sehr zustimmende Erklärung vorliegt, daß das deutsch-französische Verhältnis und die deutsch-französische Aussöhnung auch für sie ein beglückendes Ereignis ist, und daß eine völlige Übereinstimmung mit unserer Auffassung besteht, daß dies eben das Grundlelement der europäischen Politik ist.

Da gab es also keine Differenzen, wenn natürlich auch immer noch ein gewisses Ressentiment spürbar ist über die Vorgänge, die sich vor einem Jahr in Brüssel ereignet haben.² Aber sonst ist davon nichts weiter übriggeblieben. Eine Rolle spielte die ganze

1 Am 15./16. Januar 1964 – vgl. AAPD 1964 S. 45–85; OSTERHELD: Außenpolitik S. 56–58.

2 Die Beitrittsverhandlungen zwischen Ministerrat der EWG und Großbritannien scheiterten am 29. Januar 1963 in der Sitzung des Ministerrats in Brüssel am Widerstand Frankreichs (AdG 1963 S. 10386–10388). De Gaulle hatte seine ablehnende Haltung schon in einer Pressekonferenz am 14. Januar 1963 zum Ausdruck gebracht (vgl. Nr. 9 Anm. 10).

Frage der europäischen Politik, angefangen von meinem Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten zu Äußerungen, die ich in der Öffentlichkeit getan habe, bis zu Äußerungen des französischen Staatspräsidenten in seiner Neujahrsansprache.³ Das hat jetzt ein vielfältiges Echo gefunden weit über Europa hinaus.

London ist natürlich auf das höchste daran interessiert, darüber etwas zu erfahren, wie wir uns den Gang der Ereignisse vorstellen. Nun habe ich mich – ich brauche nur auf meine letzte Bundestagsrede⁴ zurückzukommen – sorgfältig davor gehütet, schon jetzt in vorgeordneten Begriffen zu denken. Ich verwende also weder den Begriff Europa-Union noch nehme ich direkten Bezug auf den Fouchet-Plan I oder II und dergleichen mehr.⁵ Das alles muß man meiner Ansicht nach neu überdenken.

Diese Bewegung beurteile ich an sich sehr positiv; denn es kommt doch wieder politisches Leben in Europa zu stärkerem Bewußtsein. Das war, wie ich meine, wirklich notwendig; denn bei aller Hochachtung vor der Tätigkeit der europäischen Körperschaften – sei es die Montanunion, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft oder die EURATOM – droht doch diese Entwicklung allmählich in gefährliche Bahnen zu gehen und immer mehr ins Technokratische abzuleiten. Wie wichtig eine politische Verständigung ist, geht auch daraus hervor, daß wir in nicht allzu ferner Zeit in dem entscheidenden Gremium der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Mehrheitsbeschlüssen rechnen müssen. Dann werden die Länder vielleicht noch dramatischer als bei den letzten Brüsseler Verhandlungen verlangen, daß man sich einigen muß. Und weil nur ein einstimmiges Votum zu einer wirklichen Entscheidung führt, wird man Kompromisse zu schließen bereit sein.

Wenn aber die einzelnen Länder Mehrheitsvoten bilden – und gerade große Länder davon betroffen werden, die mehr oder weniger eine starke Eigenständigkeit besitzen –, dann können politische Spannungen auftreten, die man rechtzeitig sehen und deshalb verhindern muß. Wir werden nicht mit institutionellen Formen beginnen, aber es ist notwendig, daß wir zu einer stärkeren politischen Willensbildung in Europa gelangen. Das ist notwendig im Hinblick auf die atlantische Zusammenarbeit, aber auch im Hinblick auf die Abstimmung über die Politik in allen Fragen des Ost-West-Verhältnisses.

3 Zu Erhards Parisbesuch vom 20. bis 23. November 1963 vgl. AAPD 1963 S. 1455–1486; OSTERHELD: Außenpolitik S. 28–32. Zur Neujahrsansprache de Gaulles vgl. FAZ vom 2. Januar 1964 „De Gaulle bleibt bei der Entwicklung von Wasserstoffbomben“; „Bonner Rundschau“ vom 2. Januar 1964 „De Gaulle will auch 1964 einen eigenen Weg gehen“.

4 Bei der Haushaltsdebatte am 9. Januar 1964 (Sten. Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4840–4849, insbes. S. 4842 f.).

5 Christian Fouchet (1911–1974), französischer Diplomat und Politiker; 1958–1962 Botschafter in Kopenhagen, 1961–1962 Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung der Statuten für eine politische Union (1. Fouchet-Plan 1961, 2. Fouchet-Plan 1962), 1962–1967 Erziehungsminister, 1967–1968 Innenminister.

Schon der frühere amerikanische Präsident und mit ihm auch der jetzige Außenminister Dean Rusk haben in der Paulskirche in Frankfurt ausdrücklich erklärt⁶, daß der Zustand für sie unbefriedigend sei, aber nicht deshalb, weil sie etwa Wert darauf legten, ein Koordinatensystem bilateraler Beziehungen zu Europa aufrechtzuerhalten, sondern weil sie an ein Europa dachten – wobei sie natürlich nicht irgendeine Instanz oder gar irgendeinen Mann meinten –, das sich seiner Einheit und Verantwortung auch bewußt ist. Wie das aussehen wird in seiner Gestalt, ist eine Sache für sich, und man wird heute noch nichts Endgültiges darüber sagen können. Die Fragen sind noch nicht abgeklärt und abgestimmt.

Nun stehe ich kurz vor der Romreise.⁷ Man wird auch mit den Beneluxstaaten sprechen müssen. Es war in London erkennbar, daß man sich dort dafür interessiert und möglichst bald in die Gespräche eingeschaltet werden will, um das künftige Europa nicht ohne sie, vor allen Dingen dem politischen Gehalt nach, präjudizieren zu lassen. Wir haben die Briten nicht gefragt, wie es mit dem Gemeinsamen Markt stehe. Wir haben auch keine Antwort erwartet; denn Großbritannien rührt sich im Augenblick nicht von der Stelle. Wir kriegen keine klare Antwort, weil jede Partei, die Konservative Partei wie auch die Labour Party, sich jetzt vor den Wahlen in der Öffentlichkeit oder in ganz bestimmten Wählerschichten keine Blöße geben will.

Ich habe mit dem Oberbürgermeister in London⁸ gesprochen, der sich sehr bemüht hat, das Gemeinsame herauszustellen. Ich habe dann auch kritische Fragen angesprochen, wie z. B. die NATO oder die multilaterale Atomstreitmacht. Dann habe ich gemerkt, daß sie zwar versuchten – das war reine Taktik –, ein sehr wohlwollendes Verständnis zu bekunden, ohne aber eine klare Aussage zu machen. Ich habe interessanterweise eine halbe bis dreiviertel Stunde im Unterhaus zugebracht und dort den letzten Teil einer Rede von Wilson⁹ und den ersten Teil der Rede von Lord Home gehört. Es war genauso, wie ich es mir vorgestellt habe. Auch wenn ich nicht gewußt hätte, wer Regierung oder Opposition ist, hätte ich es sofort gemerkt, aber weniger an dem, was die Herren gesagt haben, sondern mehr aus der Kenntnis ihrer Persönlichkeit, ihres Charakters und Temperaments. Wilson ist äußerst geschickt, geweckt und elegant in seinen Bewegungen, auch rhetorisch gut, aber nicht sehr glaubhaft. Man hat immer das Gefühl, er kann gegebenenfalls auch anders; während

6 Kennedy am 25. Juni und Rusk am 27. Oktober 1963 (AdG 1963 S. 10651–10656 und S. 10876 f.).

7 Vom 26. bis 29. Januar 1964 – vgl. AAPD 1964 S. 132–156; OSTERHELD: Außenpolitik S. 60 f.

8 Sir (Clement) James Harman (1894–1975), 1963–1964 Oberbürgermeister von London.

9 Harold Wilson (1916–1995), britischer Politiker; 1940–1941 Wirtschaftsattaché im Kabinett Churchill, 1945–1983 Mitglied des Unterhauses, 1945–1947 Parlamentarischer Sekretär des Ministers für Öffentliche Arbeiten, 1947–1951 Handelsminister, seit 1963 Vorsitzender der Labour-Party, 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister. – Memoiren: Die Staatsmaschine. Erinnerungen des britischen Premiers 1964–1970. Wien 1972.

Lord Home mit seiner sehr gepflegten Sprache, wenn auch nüchtern, so aber doch eine absolute Überzeugung ausstrahlt.

Die Konservativen sind durchaus nicht bereit, schon jetzt zu resignieren, was die kommenden Wahlen angeht. Ich darf das aber nur als Episode hier einschalten. Die Briten, wenigstens was die konservative Regierung angeht, haben ziemlich unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht noch einmal ein Refüs zuziehen wollen in Fragen der Europapolitik, aber daß sie doch nach wie vor daran interessiert sind. Ich konnte ihnen sagen: Ich spreche nicht mit doppelten Zungen. Ich habe auch dem französischen Staatspräsidenten ganz deutlich meine Meinung zum Ausdruck gebracht, daß wir zwar im Augenblick die politische Situation, vor allen Dingen die innenpolitische Situation in Großbritannien respektieren, aber auf die Dauer und auf lange Sicht wird das Problem Großbritanniens wieder anstehen.

Ich glaube, daß die politische Zusammenfassung Europas auch noch aus einem weiteren Grund wichtig ist. Ich denke jetzt an meinen Aufenthalt auf der Ranch in Texas¹⁰, wo mir der amerikanische Präsident sagte: Wir werden unter Umständen einen Wahlkampf mit Überraschungen erleben. Es kann durchaus sein, daß die Republikaner – er würde es nicht tun – fragen, ob es notwendig sei, daß eine Million Soldaten auf allen Kontinenten außerhalb des eigenen Landes stehen. Und wenn das schon notwendig ist – die Zusicherung für Deutschland haben wir unter allen Umständen bekommen; übrigens auch von den Briten, die Rheinarmee bleibt unverändert und unvermindert in ihrer Stärke –, dann wollen wir doch von Europa einen stärkeren Willen sehen. Es muß zu einem Bewußtsein unserer schicksalhaften Verbundenheit kommen und dazu, daß unsere ungeheuren Opfer und Leistungen, die wir erbringen, in etwa auch honoriert werden von Europa, wobei man durchaus die deutschen Anstrengungen anerkennt.

Im ganzen aber bietet Europa aus amerikanischer Sicht ein sehr differenziertes Bild. Man möchte haben, daß sich über den Automatismen, die an die jetzigen Verträge in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und sonstwie gesetzt sind, ein stärkerer politischer Wille und eine stärkere politische Führung und Gemeinsamkeit bilden. In welchen Formen – ich habe Hemmungen, darüber jetzt schon Gedanken zu äußern. Aber ich glaube, man sollte nicht mit dem Institutionellen anfangen, sondern sollte zunächst sehen, wie man überhaupt zu Leitlinien einer gemeinsamen Politik hinfindet und wie man sie dann in der politischen Praxis auch verwirklichen kann.

Die Briten sind der Meinung, es werde im Europa der Sechs auch nicht so schnell gehen. Das glaube ich auch. Segni hat schon bei seinem Besuch in Washington¹¹ deutlich zweierlei zum Ausdruck gebracht. Er hat gesagt, er werde keine Hegemonie in

10 USA-Reise vom 27. bis 30. Dezember 1963, das Treffen auf der Ranch Lyndon B. Johnsons war am 28./29. Dezember – vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 44–47. – Lyndon Baines Johnson (1908–1973), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1961–1963 Vize- und 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 923 Anm. 13.

11 Segni war am 14. und 15. Januar 1964 bei Johnson (AdG 1964 S. 11007).

Europa dulden. Die wollen wir auch nicht haben. Vor allen Dingen erheben wir keinen Anspruch darauf. Aber Europa würde, wenn es Gestalt annehmen soll, nach italienischer Auffassung sofort die Einbeziehung Großbritanniens voraussetzen. Wir wissen, daß die Holländer in etwa die gleiche Überzeugung haben.

Nun ist die Frage: Muß sich ein politisches Gespräch unmittelbar und zwingend decken mit dem Bereich der EWG, oder könnte es nicht auch – es braucht den inneren Fortschritt der EWG gar nicht zu hemmen – eine Schwäche der EWG zur Folge haben; kann und muß also das Gespräch gegebenenfalls über Europa hinaus ausgedehnt werden? Wir betrachten Großbritannien sozusagen immer als stellvertretend für die EFTA-Länder. Sie wissen, daß sich seinerzeit nicht nur Großbritannien, sondern auch Dänemark und Norwegen angemeldet haben, aber das ist jetzt alles still und zurückgestellt. Doch wird es sicher wieder aufkommen. Darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Nun sagen die Briten: Wenn wir vor diese Entscheidung gestellt werden oder wenn wir uns zu diesem ganzen Problemkreis, sei es die wirtschaftliche oder die politische Integration, äußern sollen, dann würden wir es natürlich sehr viel lieber und mit größerer Sicherheit nach den Wahlen als vor den Wahlen besorgen können.

Eine europäische Gemeinsamkeit auch in der politischen Willensbildung scheint mir zwingend notwendig zu sein, wenn wir in die Kennedy-Runde eintreten. Wir haben durch unsere Verhandlungen in Brüssel¹² erreicht, daß mit der Verabschiedung der Agrarmarktordnung und mancher Verbesserungen, wie einer Revisionsklausel, eine Korrektur möglich erscheint, wenn in der Verwirklichung der europäischen Agrarpolitik eine Linie eingenommen werden sollte, die zu einer Störung oder gar Zerstörung der Handelsbeziehungen führen könnte.

Wir haben auch die Frage der Zolldisparität, an der Frankreich so sehr gelegen ist, mit aufgenommen. Wir haben schon in den vergangenen Jahren bei den Verhandlungen in Genf erreicht, daß die Amerikaner, die zunächst abwartend waren, sich damit einverstanden erklärt haben, das Problem aufzunehmen. Wir haben schließlich eine Plattform herausgearbeitet, daß in der Kennedy-Runde eine ziemlich klare Haltung eingenommen wird, nämlich die Annahme des amerikanischen Vorschlages, eine Senkung von 50 % als Ausgangspunkt der Diskussion anzuerkennen. Hier wäre es auch wünschenswert, weil das für die amerikanische Politik von entscheidender Bedeutung ist, auch für die Position des Präsidenten, daß sich – wenn auch die Kennedy-Runde bis zum Herbst nicht beendet sein wird – ein klarer Wille abzeichnet.

Ich sehe die Situation im Augenblick so, daß die deutsch-französische Freundschaft – Segni hat sich schon als dritter Partner bei seinen Gesprächen in Washington angeboten – von amerikanischer und von britischer Seite gleich hoch bewertet wird,

12 Der Ministerrat der EWG befaßte sich bei seiner Tagung vom 9. bis 13. und vom 16. bis 23. Dezember 1963 in Brüssel mit der gemeinsamen Agrarordnung sowie mit der Formulierung einer gemeinsamen EWG-Position bei der bevorstehenden Kennedy-Runde (AdG 1963 S. 10973–10975). Vgl. auch von der GROEBEN S. 222–225.

auch wenn sie nicht mit allem einverstanden sind. Und wenn wir es fertig bringen, die europäische Politik zu einer Versöhnung zu bringen mit Großbritannien und gleichzeitig den politischen Willen des ganzen freien Europas zu verwirklichen, gleichgültig in welcher institutionellen Form und in welchem Verfahren, dann wird auch die atlantische Zusammenarbeit wesentlich gestärkt werden.

Es scheint unbedingt notwendig zu sein, daß wir bei den sehr erregenden Diskussionen um das Ost-West-Verhältnis zu wirklichen Lösungen gelangen. Wir haben von der britischen Regierung die Zusicherung bekommen, daß auf keinen Fall die deutsche Position preisgegeben werden kann und preisgegeben werden darf. Die Engländer legen wie die Amerikaner natürlich Wert auf die Möglichkeiten einer Entspannung – auf welchem Gebiet und in welchem Ausmaß auch immer –, aber sie müssen selbstverständlich mit der nötigen Wachsamkeit verbunden sein. Ich habe zum Ausdruck gebracht, daß die Entspannungen nicht nur mit der Erhaltung des Status quo, sondern sogar mit seiner Verbesserung in den politischen Fragen verbunden sein müßten. Wir haben auch volles Verständnis dafür gefunden.

Zu dem leidigen Problem der Passierscheine¹³ muß ich noch darauf hinweisen, daß man die Passierscheinregelung an sich begrüßt hat, aber man hat auch ganz deutlich die Gefahren gesehen, die hier schlummern können, daß nämlich sozusagen durch die Hintertür die Dreistaatentheorie zuerst keimhaft, aber dann im Zuge der weiteren Politik immer sichtbarer zur Geltung kommt. Man hat also durchaus Verständnis dafür – das ist ausdrücklich gesagt worden –, daß wir, wenn auch nicht ohne Bedenken, zugestimmt, aber gleichzeitig erklärt haben, daß das die äußerste Grenze dessen sei, was wir verantworten konnten. Sie wissen ja, daß wir bei der Fortsetzung der Gespräche nach dem 5. Januar dann auch diese Haltung der Bundesregierung deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

Ich bitte Sie, das nicht zu zitieren, was ich sage; denn man muß hier vertraulich sprechen können. Ich habe den Brief von Herrn Ulbricht ungeöffnet zurückgeschickt.¹⁴ Ich habe ihn nicht eine Minute lang in der Hand gehabt, und dann war er schon wieder draußen; während umgekehrt beim Berliner Senat – aber ich möchte Herrn Amrehn bitten, daraus keine Staatsaktion in Berlin zu machen – der Brief von Herrn Stoph an den Herrn Regierenden Bürgermeister angeboten wurde¹⁵, und zwar

13 Am 17. Dezember 1963 wurde das „Erste Passierscheinabkommen“ unterzeichnet. West-Berlinern sollte die Möglichkeit gegeben werden, mit Passierscheinen vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 Verwandte in Ost-Berlin besuchen können. Dazu vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 92–94.

14 Walter Ulbricht (1893–1973), 1953–1971 Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–1973 Staatsratsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 244 Anm. 120. – Der Staatsrat der DDR beschloß am 15. Januar 1964 die Veröffentlichung des zurückgesandten Schreibens vom 6. Januar (AdG 1964 S. 11007 f.).

15 Willi Stoph (geb. 1914), 1931 KPD, 1946 SED, 1950–1989 Abgeordneter der Volkskammer (1950–1952 Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses), 1950–1953 Sekretär des Zentralkomitees der SED, 1952–1955 Innenminister, 1953–1989 Mitglied des Politbüros, 1954

ungeschickterweise in einer Sitzung, in der an die Ostseite ein formulierter Vorschlag darüber, wie wir uns die Beziehungen zwischen Ost- und West-Berlin gegenseitig für die Zukunft denken könnten, zurückgegeben wurde.

Der Herr Korber¹⁶ hat nicht angenommen. Herr Wendt¹⁷ hat gesagt: Ich kann es nicht nach Hause nehmen; er hat es in die Mitte des Tisches gelegt und zum Schluß gesagt: Nehmen Sie es nicht als eine feindselige Geste, ich kann das Papier nicht liegenlassen. Und dann hat er es zerrissen und einen Brief aus der Tasche gezogen an den Regierenden Bürgermeister. Und der Herr Korber hat ihn eingesteckt. Wir haben darauf gedrungen, daß der Berliner Senat oder der Regierende Bürgermeister bei der nächsten Zusammenkunft unter allen Umständen diesen Brief zurückgeben müsse, sonst wären wir nicht in der Lage, noch weiter die Version aufrechtzuerhalten, daß der Regierende Bürgermeister in vollem Einvernehmen mit der Bundesregierung handle. Hier liegt die Trennungslinie. Und dann ist es auch so geschehen. Ich möchte hinzufügen, der Brief ist dann aber nicht nur symbolisch, sondern auch tatsächlich zurückgegeben worden. Soweit also diese Dinge.

Wir brauchen nicht zu befürchten, daß von amerikanischer oder von britischer Seite irgendein Alleingang in diesen Fragen erfolgt. Man hat durchaus Verständnis für unsere politische Haltung, die zwar auf der einen Seite ein gewisses Entgegenkommen bezeugt, auf der anderen Seite aber doch unsere Position klar und unmißverständlich wahr. Ich meine, das ist die Linie, die wir aufrechterhalten müssen, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir störten sozusagen die atlantische Politik. Wie man sie auch im einzelnen beurteilen mag, wir sollten unsere Freunde und Partner hier pfleglich behandeln.

Was die europäischen Fragen anlangt, darf ich noch nachtragen, daß ich den Briten gesagt habe: Ich könnte mir vorstellen, daß sie in bezug auf die weitere politische Fortentwicklung Europas mit de Gaulle sehr viel weiter übereinstimmen, als wir das tun; denn daß de Gaulle keine nationalen Souveränitätsrechte preisgeben will, ist evident. Und das wollen die Briten auch nicht. Wir könnten uns, vor allem wenn ich an die Begründung der Romverträge zurückdenke, auch mit anderen

stv. Ministerpräsident, 1956–1960 Verteidigungsminister, 1962–1964 stv., 1964–1973 und 1976–1989 Vorsitzender des Ministerrats, 1973–1976 Staatsratsvorsitzender. – Am 4. Januar 1964 überreichte Wendt Korber einen Brief Stophs zur Weiterleitung an Brandt („Die Welt“ vom 17. Januar 1964 „Mende: Stoph-Brief ging zurück“; „Bonner Rundschau“ vom 9. Januar 1964 „Kein Treffen Brandt-Abusch“).

16 Horst Korber (1927–1981), 1945 SPD (1946–1949 SED), 1953 Assessor am Landgericht Berlin, 1957–1963 Senatsverwaltung Berlin, 1963–1967 Chef der Abteilung Grundsatzfragen in der Senatskanzlei (Unterhändler beim Passierscheinabkommen), 1967 Senatsdirektor der Verwaltung für Justiz, 1967–1971 Senator für Familie, Jugend und Sport, 1971–1975 für Justiz, 1975–1977 für Arbeit und Soziales, 1977–1979 für Bundesangelegenheiten.

17 Erich Wendt (1902–1965), 1922 KPD, 1931–1947 Aufenthalt in der UdSSR, 1947 SED, 1947–1953 Leiter des Aufbau-Verlages in Ost-Berlin, 1950–1965 Mitglied der Volkskammer, seit 1957 Staatssekretär und Erster stv. Minister für Kultur, 1963 und 1964/1965 Leiter der Verhandlungen über Passierscheinabkommen.

Lösungen einverstanden erklären; aber es hat keinen Sinn, sie sind nicht zu realisieren. Wir müssen also mindestens mit lockeren Formen der Zusammenarbeit beginnen. Das würde sicher auch das Vertrauen in Europa und die Bereitschaft, für Europa einzutreten, wesentlich stärken.

Eine echte Differenz, wenn nicht gerade ein Streit, ist aufgetreten in der Frage der Gewährung langfristiger Kredite an Sowjetrußland. Wir haben hier mit aller Deutlichkeit – und das Gespräch wurde sehr vertieft und ziemlich lange geführt – gesagt: Wir halten es für außerordentlich gefährlich, wenn Großbritannien langfristige Kredite in einer Größenordnung von 100 Millionen Pfund – das ist kein Pappenstiel – zur Verfügung stellen will, wenn auch hoch verzinst mit 6½ %. Das beleuchtet sogleich die Dringlichkeit, mit der Sowjetrußland auf diese Lieferungen angewiesen ist. Aber immerhin sollen mit staatlicher Bürgschaft bis zu 15 Jahren Kredite gegeben werden. Daran ist wohl kein Zweifel, und es spricht nicht mehr wie alles dafür. Die Amerikaner wollen uns sogar eine sorgfältige Analyse nach der Richtung vorlegen, daß sich Chruschtschow wirtschaftlich in ziemlichem Bedrängnis befindet durch alle die Aufgaben, die dort anstehen.¹⁸ Er will auf der Höhe der modernen Technik in der Ausrüstung bleiben; er will hier nicht zurückfallen. Es geht auch um die erregenden dynamischen Fortschritte in der industriellen Technik. Er will die Lücke ausfüllen, die zweifellos im russischen Wirtschaftspotential besteht; weiter auf dem chemischen Sektor, aber auch auf anderen Gebieten. Er muß zugleich auch dem Drängen der Bevölkerung nach besserer Lebensführung entsprechen. Und das alles muß geschehen nicht nur mit dem Blick nach dem Westen, sondern auch nach dem Osten, nach Rotchina hingewandt, und das ist einfach zuviel.

Ich habe gesagt – und da scheiden sich die Geister –, wenn wir mit den westlichen Ländern einen Wettlauf veranstalten, um den Russen jetzt mit langfristigen Krediten alles das zu geben, was sie brauchen, um aus der Beengung und der Bedrängung herauszukommen, werden sie nachher sehr viel weniger sprechbereit sein, wenn es sich wirklich um die Verstärkung des Friedens in der Welt handelt, als das jetzt der Fall ist. Das hat nichts mit Kaltherzigkeit zu tun, sondern es ist eine nüchterne politische Überlegung, die uns so zu handeln heißt. Ich würde es außerordentlich beklagen, wenn Großbritannien seine Haltung nicht revidieren könnte.

Die Antwort darauf war: Wir haben nicht etwa den Sowjetrussen 100 Millionen Pfund zur Verwendung übergeben, sondern wir sind nur intern dahin übereingekommen, daß wir bei Prüfung jedes einzelnen Projekts bis zu dieser Größenordnung gegebenenfalls zu gehen bereit sind. Es liegt aber kein Angebot an Sowjetrußland in dieser Form vor. Sie haben darauf hingewiesen, daß sie im Augenblick im Außenhandel mit den Ostblockstaaten viel weniger an Warenumsatz tätigen, als das bei der Bundesrepublik der Fall ist. Sie sagten: Wir möchten wissen, wie Sie es fertiggebracht haben, Ihren Handel mit der Sowjetunion überhaupt auszugleichen. Bei uns ist es so,

18 Zu den wirtschaftlichen Problemen der Sowjetunion vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 60.

daß wir mehr hinnehmen, als wir liefern können oder die anderen abzunehmen bereit sind. Wir wären schon glücklich, wenn wir einen Ausgleich erzielen könnten.

Die Auffassung der Briten, die glauben, daß der Prozeß einer Befriedigung weitergreift, wenn das russische Volk besser lebt, haben wir damit widerlegt, daß wir sagten, wir haben das schon in Deutschland erlebt. Die Briten glauben, daß in Polen echte Kommunisten – geschweige denn in der Sowjetzone – sitzen. Eine totalitäre Herrschaft kann eben mit Gewalt eine große Mehrheit absolut terrorisieren. Und von dieser Seite her soll man nicht eine Bereitschaft von Chruschtschow erwarten, da nun aufgeschlossener zu sein gegenüber unseren westlichen Vorstellungen. Ich habe gesagt: In dem Augenblick, wo der Westen – ich meine das jetzt als eine Einheit betrachtet – darauf verzichtet, das Selbstbestimmungsrecht als ein geheiligttes Prinzip immer wieder herauszustellen und als unverzichtbar zu erklären, gibt sich die westliche Welt selbst preis, und das wäre der Anfang vom Untergang.

Diese Frage wurde nicht bis zum letzten ausdiskutiert, aber sie ist deshalb so wichtig, weil wir in der Zwischenzeit gehört haben, daß auch der französische Finanzminister – allerdings ist das schon seit Monaten vorgesehen – eine Reise nach der Sowjetunion antritt.¹⁹ De Gaulle empfängt einen russischen Minister.²⁰ Man hat auch schon gehört, daß sie sagen: Wenn Großbritannien jetzt größere Lieferungen tätigt, dann wird man uns und unserer Industrie nicht zumuten können, untätig beiseitezustehen, und wir werden uns ebenfalls auch in dieser Richtung bewegen müssen. Und wenn man hinzufügt, daß auch die neutralen Staaten wie Schweden, die Schweiz usw. durchaus nicht bereit sind, Entsagung zu üben, wird auch unsere Industrie, die wir bisher noch fest im Griff haben, eines schönen Tages sagen: Wenn alle lieben, können wir allein nicht hassen. – Dann haben wir den Zustand erreicht, daß wir alle zusammen helfen, Sowjetrußland eben aus seiner Bedrängnis zu befreien.

Das war eigentlich die einzige klare Differenzierung, die zutage getreten ist. Ich glaube, daß das im wesentlichen die Fragen sind, die jedenfalls in vertiefter Weise eine Rolle gespielt haben. Ich möchte glauben, daß wir bis Ende des Jahres – das heißt bis nach den britischen Wahlen – die Probleme im engeren Kreis diskutieren sollten. Ich bin glücklich darüber, daß die europäische Welt etwas in Bewegung geraten ist und daß wir von Amerika durchaus positive und zustimmende Äußerungen in dieser Richtung haben als einen Beweis dafür, daß doch noch eine europäische Kraft und ein europäischer Wille lebendig sind.

19 Valéry Giscard d'Estaing (geb. 1926), französischer Politiker; 1962–1965 und 1969–1974 Wirtschafts- und Finanzminister, 1966–1973 Parteiführer der Unabhängigen Republikaner, 1974–1981 Staatspräsident, 1988–1996 Vorsitzender der UDF, 1989–1993 MdEP. – Giscard war vom 23. bis 29. Januar 1964 zu Handelsbesprechungen in Moskau (AdG 1964 S. 11038).

20 Am 2. März 1964 wurde Nikolai Podgorny, ZK-Sekretär der KPdSU und Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjet, der sich auf einer zehntägigen Besuchsreise durch Frankreich befand, von de Gaulle empfangen (AdG 1964 S. 11112 f.).

Ich darf hinzufügen – es ist inzwischen bekannt geworden –, daß Frankreich seine Absicht bekundet hat, Rotchina anzuerkennen.²¹ Der amerikanische Botschafter^{21a} war heute morgen bei mir, um mir eine persönliche Botschaft des Präsidenten zu überbringen. Die sind natürlich bestürzt über diese Entwicklung und stellen – meiner Ansicht nach zu Recht – die Frage, ob wir bei einer Entscheidung von solch großer weltpolitischer Bedeutung im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages konsultiert worden seien. Die Frage würde uns intern auch noch zu beschäftigen haben.

Es ist dann noch berichtet worden – die beiden Außenminister haben darüber verhandelt²² –, wie sich die Situation in Malaysia, in Indonesien, in Zypern, in Südafrika, in Sansibar und in Kenia darstellt. Kollege Schröder wird sicher bereit sein, darüber zu sprechen. Das Interessante an dem Besuch war, daß ihm von allen Seiten, ob von der Regierung oder von den Kaufleuten, zugestimmt wurde. Gestern Abend war noch ein großer Empfang der Englisch-Deutschen-Gesellschaft im Dorchester-Hotel. Daß dieser Empfang nicht in Verbrüderungsszenen ausgeartet ist, war ungefähr alles. Man sagte, seit dem Jahre 1945 sei noch kein ausländischer Staatsmann so herzlich empfangen worden, angefangen von der linken bis zur rechten Presse einschließlich der Skandalblätter.

Es gab überhaupt keine negativen Zwischentöne in der ganzen Sache. Man hat direkt gespürt, daß die etwas steifen Briten von Stunde zu Stunde – kann man fast sagen – mehr aus sich herausgegangen sind, um zu einem wirklichen Gespräch zu kommen. Man hört jetzt manchmal eine neue Version von special relation, die ursprünglich das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Großbritannien gekennzeichnet hat. Nach unserem Besuch in Texas ist es dann verifiziert und ausgeweitet worden. Es gibt jetzt auch eine special relation zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Eine sehr angesehene englische Zeitschrift hat geschrieben, es gäbe jetzt eine neue Tripel-Entente, in der Washington, London und Bonn zusammenstünden.²³

Das ist natürlich alles Unsinn. Wir sind froh, daß wir in eine multilaterale Welt eingetreten sind. So wichtig auch zweiseitige Freundschaften sind, so wollen wir doch die Zusammenarbeit der freien Welt nicht selber zerfasern und allmählich in eine Menge bilateraler Beziehungen auflösen. Aber das ist auch nicht so ernst gemeint.

21 Die französische Regierung benachrichtigte am 15. Januar 1964 die amerikanische Regierung von ihrer Absicht, die Volksrepublik China offiziell anzuerkennen (AdG 1964 S. 11009 f.).

21a George C. McGhee (geb. 1912), 1961–1963 Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, 1963–1968 Botschafter in Bonn.

22 Gerhard Schröder und Richard. A. Butler trafen am 15./16. Januar 1964 während Erhards Besuch in London zusammen (AdG 1964 S. 11008 f.; AAPD 1964 S. 73–85).

23 Vgl. zu den englischen Kommentaren „Neue Zürcher Zeitung“ vom 15. Januar 1964 „Erhards Besuch in London. Für ein besseres deutsch-britisches Verhältnis“. – Mit Tripel-Entente wurde das britisch-französisch-russische Bündnisverhältnis bezeichnet, das 1907 entstand.

Es hat sich in den drei Besprechungen in Paris, Washington und London kein Gegensatz gezeigt, und keine Auffassung, die geäußert worden ist, steht im Widerspruch zu den Verhandlungen, die wir mit den anderen Partnern geführt haben.

Meine nächste Reise führt mich Ende dieses Monats nach Rom. Mitte Februar ist wieder eine neue Besprechung mit General de Gaulle in Paris angesetzt.²⁴ Ich glaube also, daß wirklich eine Harmonie besteht, aber nicht nur zweiseitiger Art jeweils, sondern auch durchaus im Sinne einer europäischen Bewegung, um ihr neue Impulse zu geben. Ich meine auch, daß doch einiges erreicht worden ist und daß wir auch, bei aller Sorgsamkeit, mit der man die Dinge betrachten muß, nach meiner Überzeugung einen Schritt demnächst weiterkommen werden. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler Dr. Erhard für seinen Vortrag. Ehe wir in eine Diskussion eintreten, lassen Sie mich bitte nachholen, was ich eben zurückgestellt habe, als ich dem Herrn Bundeskanzler das Wort gegeben habe, um dadurch die Herren vom Fernsehen zu veranlassen, hinauszugehen; denn da wußten sie, daß sie hier nichts mehr zu suchen hatten.

Ich möchte zunächst zwei neue Mitglieder des Bundesvorstandes herzlich willkommen heißen, nämlich Herrn Grundmann²⁵, Landesminister von Nordrhein-Westfalen, (*Beifall*) und den Vorsitzenden der Jungen Union, Herrn Dr. Klepsch²⁶, der heute auch zum ersten Male unter uns weilt. (*Beifall.*) Lassen Sie mich nun das Verzeichnis derjenigen vorlegen, die sich entschuldigt haben. Aber verlieren Sie nicht die Geduld dabei! Es haben sich also entschuldigt: Herr Bauknecht, Herr Dr. von Brentano, Frau Jochmus, Herr Bundesminister Schwarz, Herr Dr. Gradl, Frau Dr. Rehling, Herr Bundesminister Dr. Heck, Herr Dr. Schmidt, Herr Blumenfeld, Herr Bundesminister Seebohm, Herr Scheufelen, Herr Even, Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, Herr Bitter, Herr Dr. Stoltenberg, Herr Etzel, Herr Struve, Herr Dr. Strauß, Herr Bundesminister Schmücker, Herr Minister Osterloh, Herr Ernst Lemmer, Herr Ministerpräsident Dr. Meyers, Herr Ministerpräsident Lemke, Herr Ministerpräsident Altmeier, Herr Bundesminister Dr. Krone, Herr Landrat Jansen.²⁷ (*Bewegung und Unruhe.* – *Erhard:* Hoffentlich veranstalten die keine Gegenkundgebung! – *Heiterkeit.*) Das sind 26 Damen und Herren, die sich entschuldigt haben! (*Anhaltende*

24 14./15. Februar 1964 – vgl. AAPD 1964 S. 203–255; OSTERHELD: Außenpolitik S. 64–72.

25 Konrad Grundmann (geb. 1925), 1954–1986 MdL NW (CDU), 1959–1966 Minister für Arbeit und Soziales NW, 1963–1969 Vorsitzender, 1969–1980 stv. Vorsitzender der CDU Rheinland, 1980–1982 Vizepräsident des Landtags NW.

26 Dr. Egon A. Klepsch (geb. 1930), 1951 CDU, 1955–1957 Vorsitzender der JU Hessen, 1963–1969 Bundesvorsitzender der JU, 1965–1980 MdB, 1969–1989 Vorsitzender des KV Koblenz, 1973–1994 MdEP, 1977–1982 und 1984–1992 Vorsitzender der EVP-Fraktion, 1989 Präsident der Europa-Union Deutschland, 1992–1994 Präsident des EP.

27 Walter Jansen (1899–1969), 1917/1918 und 1939–1945 Kriegsteilnehmer, Mitgründer der CDU in Hessen, 1946 Landwirtschafts- und persönlicher Referent des Hessischen Ministerpräsidenten, 1946–1964 Landrat in Schlüchtern, stv. Vorsitzender des Landesverbands Hessen, 1950–1966 MdL Hessen, 1950–1966 Vizepräsident des Hessischen Landtags.

Bewegung.) Nach einer Zählung, die ich hier gemacht habe, sind wir etwas über 30, so daß also rund die Hälfte der Damen und Herren – sei es mit Grund, sei es mit einem dürftigen Grund – fehlen. Ich finde das außerordentlich bedauerlich gerade wegen der bewegten Zeiten, in denen wir leben.

Ich möchte im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers auch einige Bemerkungen dazu machen. Herr von Brentano ist, wie Sie wissen, nach einer sehr schweren Operation aus der Klinik in München entlassen worden und jetzt nach der Bühler Höhe in das Sanatorium gegangen. Wie ich höre, ist sein Befinden zufriedenstellend, wenn auch die Übersiedlung ihn etwas angestrengt hat. Ich denke, Sie werden damit einverstanden sein, daß ich ihm im Namen des Bundesvorstandes unsere herzlichen Besserungs- und Glückwünsche übermittele. (*Beifall.*)

Das Jahr 1964 ist ein Wahljahr allerersten Ranges, zwar noch nicht für uns, abgesehen von Baden-Württemberg, aber für England²⁸. Wie dort die Wahl ausgehen wird, kann man noch nicht sagen. Einstweilen haben die Labour-Leute mehr Aussicht. Aber einen Ausgang jetzt schon zu prophezeien, wäre nicht richtig. Dann haben die Vereinigten Staaten am 3. November Präsidentenwahlen. Dann kommt Frankreich, das seinen Staatspräsidenten wiederzuwählen hat.²⁹ Und im Jahre 1965 haben wir unsere Bundestagswahlen.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, schon allein aus diesen Terminen, daß ein Jahr der Unruhe vor uns liegt; denn diese Wahlen in den großen Ländern bringen natürlich Unruhen innenpolitisch, aber auch außenpolitischer Art. Höchstwahrscheinlich wird auch Italien Neuwahlen haben³⁰; wenigstens rechnet man damit, daß mit der Entwicklung im dortigen Parlament es nötig sein wird, das Parlament aufzulösen. Das ist auch der Standpunkt des Präsidenten Segni.

Meine Damen und Herren! Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit sagen, daß in den Vereinigten Staaten Herr Johnson gewählt wird. Das amerikanische Volk hat sich daran gewöhnt, den Präsidenten zum zweiten Male zu wählen. Es ist in hohem Maße wahrscheinlich, daß Herr Johnson, auch wenn er so eine Bemerkung Ihnen gegenüber gemacht hat, Herr Bundeskanzler Erhard – ich verstehe, daß er das tut –, wiedergewählt wird. (*Erhard: Er glaubt es auch!*) Die Politik Kennedys hat einige innenpolitische Fragen ungelöst gelassen, die Herrn Johnson wahrscheinlich nicht verleiten werden, sich daran zu sehr abzumühen und dadurch seine Popularität bei den schwankenden Teilen der Wählerschaft einzubüßen, so daß sich also Herr Johnson – und darauf müssen wir uns einstellen – zum großen Teil der Frage der Entspannung zuwenden wird, die auch Kennedy angestrebt hat; es sei denn, daß ihm die Verhältnisse

28 Vgl. Nr. 9 Anm. 27.

29 De Gaulle wurde am 19. Dezember 1965 im zweiten Wahlgang wiedergewählt (AdG 1965 S. 12213–12215 und S. 12238).

30 Am 26. Juli 1964 trat in Italien die Regierung Moro zurück. Aldo Moro wurde von Präsident Antonio Segni mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Am 22. Juli 1964 übernahm er erneut das Amt des Ministerpräsidenten mit einem kaum veränderten Kabinett (AdG 1964 S. 11306 und S. 11336).

in Kuba oder in Panama Schwierigkeiten machen.³¹ Ich nenne die beiden Namen Kuba und Panama, damit Sie sehen, daß auch so nahe am nordamerikanischen Kontinent große Unruhe herrscht. Der Ausgang der Präsidentenwahl in Frankreich wird, wie ich glaube, totensicher zugunsten von de Gaulle sein.

Nun möchte ich einige Worte sagen über die politische Lage in der Sowjetunion. Unsere Zeitungen, die wirklich keine sehr guten Berichte über die Verhältnisse im Ausland geben, haben es eine Zeitlang im vorigen Jahr so dargestellt, als ob Chruschtschow nicht mehr fest stünde. Chruschtschow steht augenscheinlich so fest wie je zuvor. Was er vor zehn Jahren über die Agrarstruktur und was er jetzt darüber geredet hat, steht zwar in einem so himmelschreienden Gegensatz, daß das in jedem anderen Lande, das auch nur halbwegs demokratisch ist, genügen würde, um den Mann unmöglich zu machen; aber in Rußland macht es ihn offenbar nicht unmöglich. Aber von der deutschen Presse hat in der vorigen Woche – soweit ich das sehe – nur die „Kölnische Rundschau“ einen Bericht darüber gebracht, daß Herr Guy Mollet in Bonn in der Gesellschaft für ausländische Politik einen Vortrag gehalten hat über den Besuch, den er mit einigen anderen französischen Sozialisten Ende Oktober des vergangenen Jahres in Moskau gemacht hat.³² Was Guy Mollet da berichtet hat, ist nach meiner Meinung so wichtig für unsere Betrachtung der außenpolitischen Lage, daß es mir unverständlich ist, daß die großen deutschen Zeitungen nichts darüber gebracht haben. Nur die „Kölnische Rundschau“ hat einen ziemlich ausführlichen Bericht darüber geschrieben.

Ich habe darüber einen Bericht von zwei Herren bekommen, die in der Versammlung anwesend waren. Herr Guy Mollet hat zunächst sehr nachdrücklich erklärt, gleichgültig wie immer eine französische Regierung zusammengesetzt sei, sie stehe auf dem Boden des deutsch-französischen Vertrages. Dann hat er über Moskau gesprochen und erklärt, daß die Besprechungen mit Chruschtschow über die gesamten Probleme, die Sowjetrußland und Frankreich interessierten, insgesamt 13 Stunden gedauert hätten; drei Stunden seien den deutschen Fragen gewidmet gewesen. Er hat den Franzosen gesagt, über Berlin und über die Zone sei überhaupt nicht zu sprechen; das sei und bleibe erledigt. Dann hat er im wesentlichen ausgeführt, in Deutschland werde die Zahl derjenigen, die den Sozialismus als die siegende Macht ansähen, im Laufe der Zeit immer mehr wachsen. Es komme hinzu, daß die Deutschen ein ganz ausgeprägtes Gefühl dafür hätten, wo viel Geld zu verdienen sei. Und zweifellos sei beim Aufbau Sowjetrußlands viel Geld zu verdienen. Er nehme an, daß im Laufe der Zeit auch die Bundesrepublik sich Sowjetrußland anschließen werde in der Politik. Er hat dann den Franzosen, die natürlich über diese Ausführungen etwas verdutzt

31 In der Panama-Kanalzone kam es vom 9. bis 11. Januar 1964 zu anti-amerikanischen Ausschreitungen. Am 10. Januar brach Panama die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab, die im April 1964 wieder aufgenommen wurden (AdG 1964 S. 11149 f.). – Fidel Castro besuchte vom 13. bis 23. Januar 1964 die UdSSR (AdG 1964 S. 11026).

32 Vgl. „Kölnische Rundschau“ vom 15. Januar 1964 „M. Guy Mollet in Godesberg“.

waren, gesagt: Meine Herren! Wenn Ihnen das nicht gefällt, dann müssen Sie Ihre frühere Politik wieder aufnehmen, nämlich den Abschluß eines Vertrages zwischen Frankreich und Rußland gegen Deutschland.

Das war, was die deutschen Fragen angeht, die Quintessenz dessen, was Chruschtschow dem Herrn Guy Mollet gesagt hat. Ich habe gehört, es ist auch in Paris von Guy Mollet ein Vortrag gehalten worden über diese Vorstellung von Sowjetrußland.

Nun bin ich dem Herrn Bundeskanzler besonders dankbar dafür, daß er in London eine Frage angeschnitten hat, der ich noch kurz vor meinem Rücktritt auch meine besondere Aufmerksamkeit gewidmet habe und die von entscheidender Bedeutung ist für die zukünftige außenpolitische Situation in Europa und für alle freien Völker. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Agrarstruktur Sowjetrußlands total verfehlt ist. Sie wissen, daß vor einigen Jahren 20 Millionen Quadratkilometer Steppe umgepflügt worden sind. Schon damals haben unsere Sachverständigen gesagt, in wenigen Jahren werde dieser Boden, weil die Humusschicht zu dünn sei, durch die Winterstürme wieder verweht sein. Das hat sich als richtig erwiesen. Nach der dortigen Statistik, welche nur die Kolchosen erfaßt, ist die Ernte nach zwei Jahren katastrophal zurückgegangen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Sowjetrußland ohne eine umfangreiche chemische Industrie, die den nötigen künstlichen Dünger liefert, und ohne ein Kanalbewässerungssystem des Bodens sowie ohne die entsprechenden landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte und ohne die erforderlichen Menschen nicht in der Lage ist, diese weiten Gebiete fruchtbar zu bearbeiten. Wenn ihm das nicht gelingt, dann steht Sowjetrußland vor der Situation, daß es Jahr für Jahr von irgendwoher die nötigen Nahrungsmittel kaufen muß, um seine Bevölkerung am Leben zu erhalten. Das ist natürlich für ein diktatorisch regiertes Land ein katastrophaler Zustand.

Und was tut nun der Westen? Sie haben eben von dem Herrn Kollegen Erhard gehört, was England tut. England ist nämlich führend in dieser ganzen Sache. In der NATO ist im Jahre 1956 eine Kommission eingesetzt worden, die den schönen Namen „die drei Weisen“ bekommen hat. Nach dem NATO-Vertrag sollte die NATO auch wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen können, wenn es zur Verfolgung ihrer Ziele notwendig ist. Die drei Weisen waren die Herren Lange³³ aus Norwegen, Pearson³⁴ aus Kanada und jemand aus Italien³⁵. Diese drei Herren haben noch im Jahre 1956 das Gutachten erstattet, wonach die NATO bestimmte Rechte im Export hat.³⁶ Diesem

33 Halvard Lange (1902–1970), norwegischer Politiker (Norwegische Arbeiterpartei); 1946–1965 mit Unterbrechung (August/September 1963) Außenminister.

34 Lester Pearson (1897–1972), kanadischer Politiker (Liberale); 1945 Botschafter in Washington, 1948–1957 Außenminister, 1958–1968 Führer der Liberalen Partei, 1963–1968 Premierminister.

35 Gaetano Martino (1900–1967), italienischer Politiker (Liberale); 1954–1957 Außenminister, 1962–1964 Präsident des Europäischen Parlaments.

36 Der Bericht der „Drei Weisen“ zur Zusammenarbeit der NATO-Staaten auf nichtmilitärischem Gebiet wurde am 14. Dezember 1956 veröffentlicht (AdG 1956 S. 6149–6153, hier S. 6151 f.).

Gutachten sind damals alle NATO-Regierungen beigetreten. Nun ergibt sich aber, nachdem diese Sache aussichtsreich für den Westen geworden ist, daß England sagt: Ihr könnt beschließen, was ihr wollt. Wir liefern doch, was wir wollen. – Das muß man klar sagen. Wir haben eben aus dem Vortrag von Herrn Bundeskanzler Erhard gehört, daß die Engländer sogar bis zu 15 Jahren kreditieren wollen. Man stelle sich einmal vor, was das bedeutet, bis zu 15 Jahren kreditieren!

Diese ganze Frage ist zuerst zur Sprache gekommen in einer Sitzung des NATO-Rates nach meiner Erinnerung Anfang November des vergangenen Jahres.³⁷ Ich habe bei meinem Abschiedsbesuch in Rambouillet mit dem französischen Staatspräsidenten über diese Frage und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten, nämlich mit Sowjetrußland ohne Blutvergießen in Ordnung zu kommen, sehr eingehend gesprochen, und zwar zunächst mit ihm allein.³⁸ Er hat dann aber darum gebeten, daß nochmals eine Besprechung am anderen Tage in Gegenwart des Finanzministers³⁹ – der jetzt nach Moskau reist – stattfinden möge. Sie haben mir zugestimmt, daß das eine große Gelegenheit sei. Es haben dann bei der Besprechung im NATO-Rat Amerika und Frankreich zugestimmt, keine Kredite zu geben.

Deutschland hat aber merkwürdigerweise – ich möchte die Aufmerksamkeit unseres Außenministers speziell darauf lenken – nach dem Bericht, der damals von Herrn Grewe erstattet worden ist, überhaupt keine Stellung genommen. (*Schröder*: Das ist völlig falsch! Wir sind es im Gegenteil gewesen, die das Thema auf die Tagesordnung gebracht haben!) Bitte lesen Sie den Bericht durch! Er hat erklärt, er habe keine Stellung genommen in dem Bericht. (*Schröder*: Das ist eine ganz falsche Darstellung! Herr Carstens⁴⁰ hat es Ihnen bereits gesagt!) Es hat keinen Zweck, daß Sie sagen: Das ist eine falsche Darstellung! – Lesen Sie den Bericht! (*Schröder*: Herr Carstens hat Sie bereits aufgeklärt. Die Sache ist falsch dargestellt! Mehr sage ich nicht!)

Die nordischen Staaten haben sich England angeschlossen. Die anderen Staaten haben sich mehr oder weniger herausgehalten. Und dann ist – was ich außerordentlich beklage und worüber unsere ganze Presse kein Wort verloren hat – diese NATO-Rats-tagung in einer solchen Weise im Dezember verlaufen.⁴¹ Man hat nämlich nicht mehr gewagt, diese Frage anzuschneiden. Es waren drei Tage für die NATO-Rats-tagung vorgesehen, aber nach eineinhalb Tagen ist man wieder auseinandergegangen mit

37 Vom 4. bis 8. November 1963 fand in Paris die NATO-Parlamentarierkonferenz statt (AdG 1963 S. 10919 f.).

38 Besuch in Rambouillet am 21. und 22. September 1963 – vgl. AAPD 1963 S. 1185–1209; OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 258–261; KUSTERER S. 356–377.

39 Vgl. Anm. 19.

40 Dr. Karl Carstens (1914–1992), Professor für Staats- und Völkerrecht; 1954–1966 im Auswärtigen Dienst (1960–1966 Staatssekretär des AA). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 951 Anm. 20. – Erinnerungen und Erfahrungen. Hg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoedel (Schriften des Bundesarchivs 44). Boppard 1993. – Vgl. AAPD 1963 S. 1480.

41 Am 16./17. Dezember 1963 fand in Paris die jährliche Ministerratstagung der NATO statt (AdG 1963 S. 10971 f.).

einem Kommuniqué, in dem sehr wenig stand, weil man sich nicht traute, die wirklich ernste Frage überhaupt anzuschneiden. Das ist die Situation, die natürlich auch unsere ganze Politik außerordentlich stark beeinflussen wird und beeinflussen muß.

Die Berlin-Frage hat der Herr Bundeskanzler eben angeschnitten. Ich brauche dem nichts hinzuzusetzen, sondern möchte nur noch folgendes sagen: Für uns ist die Berlin-Frage um so kritischer, weil unsere Koalitionspartei es in sich hat, eine ganz andere Berlin-Politik zu vertreten, als wir sie vertreten, so daß es der Herr Bundeskanzler außerordentlich schwer haben wird, die Koalition geschlossen auf den richtigen Weg zu führen. Ich nehme an, daß Herr Amrehn über die Berlin-Frage auch sprechen wird. Er hat es angekündigt, und es ist gut, wenn er darüber spricht.

Die Frage mit Berlin ist auch insofern kritisch, als Herr Brandt jetzt Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei wird⁴² und damit einen erhöhten politischen Einfluß bekommt und einen noch stärkeren politischen Nimbus, so daß Herr Brandt mit seiner Eigenwilligkeit uns sehr große Schwierigkeiten machen wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen, obgleich das in keinem Zusammenhang damit steht, aber doch hier vertraulich etwas sagen zur Wahl des Bundespräsidenten. Sie wissen, daß der Bundespräsident durch die Bundesversammlung gewählt wird, und zwar Ende Juni, Anfang Juli dieses Jahres.⁴³ Die Sozialdemokraten haben in ihrer Presse gesagt, es dürfe nicht mehr so werden wie vor fünf Jahren. Das sei unwürdig, sondern sie wünschten, daß in einem ordentlichen Verhandlungsweg ein gutes Resultat erzielt werde. Ich habe, nachdem mich Herr Barzel für die Fraktion darum gebeten hatte, namens der Partei mit dem Bundespräsidenten Lübke gesprochen, ob er bereit sei, eine Wiederwahl anzunehmen. Er hat mir gesagt, wenn die Mehrheit entsprechend sei, werde er das tun. Seit der Zeit sind zwei, drei Wochen vergangen.

Ich hatte den Auftrag, dafür zu sorgen, daß mit den Freien Demokraten und mit den Sozialdemokraten gesprochen werden sollte. Aber während der ganzen vorigen Woche waren sowohl die Freien Demokraten wie die Sozialdemokraten in Berlin⁴⁴, und man konnte mit niemandem sprechen. Es werden aber in der nächsten Woche die Besprechungen sowohl mit den Freien Demokraten wie danach mit den Sozialdemokraten stattfinden. Daß wir zuerst mit den Freien Demokraten sprechen werden, versteht sich wohl von selbst, denn es sind unsere Koalitionspartner. Ich nehme an, daß die Sache einen guten Ausgang nehmen und die Wiederwahl des Bundespräsidenten Dr. Lübke mit einer großen Mehrheit erfolgen wird, so daß wir uns keine großen Sorgen zu machen brauchen, daß die Wahl des Bundespräsidenten einen innenpolitischen Streit hervorrufen wird.

42 Brandt wurde am 16. Februar 1964 zum Vorsitzenden der SPD gewählt. – Vgl. Vorstand der SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 15. bis 16. Februar 1964. Bonn 1964 S. 40 f.

43 Lübke wurde am 1. Juli 1964 in Berlin wiedergewählt. Vgl. MORSEY: Lübke S. 403–408.

44 Sitzungen der Bundestagsfraktionen der SPD (Druck in SPD-Fraktion S. 392–396) und der FDP am 14. Januar 1964 in Berlin (SCHOLLWER S. 182; FDP-Bundesvorstand S. 571 f.).

Die anderen innenpolitischen Fragen wird, wie ich annehme, der stellvertretende Vorsitzende unserer Fraktion oder der Herr Bundeskanzler zur Sprache bringen. Diese Fragen sind auch nicht sehr schön. (*Erhard*: Nein, alles andere!) Nun, die Freien Demokraten sind – ich will nicht zuviel sagen – geradezu in einer Verfassung, wie man es von einer Koalitionsfraktion nicht für möglich gehalten hätte. (*Erhard*: Die CDU ist aber auch nicht viel besser!) Nun, das geht wohl nicht. Ich sage nicht, daß die CDU vollkommen ist, aber so wie die Freien Demokraten ist sie nicht. Das können wir doch ruhig feststellen. Ich bin fest davon überzeugt, wenn Sie die CDU richtig zusammennehmen, werden Sie schon weiter mit der CDU kommen. (*Erhard*: Ich habe heute früh eine Aussprache mit Herrn Barzel gehabt!)

PASSIERSCHEINABKOMMEN

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ganz sicher ist die Passierscheinaktion in Berlin eines der bewegendsten politischen Ereignisse der ganzen Nachkriegszeit gewesen. Es war ein Ereignis, das jeden Berliner angepackt und bewegt hat. Es ist ohne Zweifel wahr, daß eine tiefe innere Bewegung in die Menschen deshalb kam, weil Hunderttausende nach Ost-Berlin gegangen sind und nach Jahren ihre Verwandten wiedergesehen haben. Das ist Ihnen aber alles aus Bild- und Wortberichterstattungen bekannt. Das brauche ich also nicht näher und weiter zu vertiefen.

Ich möchte Ihnen heute sagen, welche Stellung wir in Berlin bezogen haben in der CDU und warum wir sie bezogen haben. Dazu möchte ich zwei Vorbemerkungen machen. Die eine bezieht sich auf die Frage, ob die Berliner es nicht mehr ausgehalten hätten, die Trennung durch die Mauer noch weiter hinzunehmen, ohne ihre Verwandten auf der anderen Seite treffen zu können. Dazu kann ich nur sagen, daß nach unserer gemeinsamen Überzeugung in Berlin über alle Parteien hinweg die Berliner es auch noch länger ausgehalten hätten, wenn man ihnen die entsprechenden Gründe dafür geliefert hätte, warum eine Vereinbarung politisch noch nicht möglich gewesen wäre. Es hat keinen inneren Druck von West-Berlin aus auf den Senat gegeben.

Die zweite Frage, die ich vorwegschicken möchte, ist die, ob die Berliner CDU gezwungen war, überhaupt ein deutliches Nein auszusprechen. Nun habe ich vom ersten Tag der Entwicklung an, nachdem der Abusch-Brief⁴⁵ bei Brandt einging, gesagt, einen solchen Brief schickt man zurück; man bearbeitet ihn nicht. Aber es ist von da an anders gelaufen, und die CDU hat zehn Tage lang, vom 6. bis 17. Dezember,

45 Alexander Abusch (1902–1982), 1949–1950 Mitglied der Provisorischen Volkskammer der DDR, 1954–1958 stv. Minister und Staatssekretär im Ministerium für Kultur, 1958–1961 Minister für Kultur, 1961–1971 stv. Vorsitzender des Ministerrates für Kultur und Erziehung. – Abusch hatte in einem Brief an Brandt vom 5. Dezember 1963 ein Angebot zur befristeten Ausgabe von Passierscheinen gemacht (SPD-Fraktion S. 381; SCHOLLWER: S. 176; vgl. auch HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 92–96; MENDE: Wende S. 118–128).

vertreten durch mich, durch meine Beteiligung an den Senatssitzungen ein Nein zum Ausdruck gebracht, das ich im einzelnen noch darlegen werde.

Wir hätten es aber nicht dazu kommen lassen, auch im Parlament ein solches Nein durch Abstimmung kundzutun, wenn nicht Herr Brandt den Versuch gemacht hätte, uns unter sein Joch zu zwingen. Er hat nämlich gegen seine ursprüngliche Absicht dem Abgeordnetenhaus seine Vorlage gemacht, mit der das Haus dem Gang der Ereignisse mit allen seinen Modalitäten seine ausdrückliche Zustimmung geben sollte. Er wußte, daß die SPD und die FDP ihn unterstützen würden. Er wußte, daß die Bundesregierung in dieser Sache ihm das Ja gegeben hatte. Er hätte es infolgedessen mit einer Aussprache bewenden lassen können. Er hat aber die Vorlage gemacht und uns so zu einer Stellungnahme gezwungen, in dieser Frage nun ein deutliches Nein zu sagen, obwohl wir gesehen haben, daß dieses Nein sich nicht nur gegen Herrn Brandt, sondern auch gegen die Stellen richtete, die ihre Zustimmung in der Sache gegeben hatten.

Ich möchte nun kurz zusammengefaßt sagen, warum wir mit dieser Entwicklung nicht einverstanden gewesen sind und auch für die Zukunft, auf die es ankommt, nicht sein können. In die Berliner Position, die wir 15 Jahre lang gehalten haben, hat die Passierscheinaktion mit der zugrunde liegenden Vereinbarung mehrere Breschen geschlagen. Wir haben zum erstenmal erlebt, daß es in West-Berlin eine Beschränkung der Meinungsäußerung gegeben hat. Wir haben drei Wochen lang nicht mehr frei sagen können, was wir in der Sache dachten. Zeitungen und Politiker haben sich zurückgehalten, weil die ganze Aktion damit bedroht war, daß Herr Abusch in einem wörtlich wiedergegebenen Interview⁴⁶ sagte: Wann, wie oft und wie lange jemand von West-Berlin nach Ost-Berlin gehen kann, hängt davon ab, welche politische Atmosphäre in West-Berlin herrscht.

Wir standen also unter dem Druck, Ruhe geben zu müssen bis zum Ende der Passierscheinaktion, um zu verhüten, daß in den späteren Tagen die Aktion noch mehr erschwert oder gar unterbrochen würde. Es gab ein einziges Mal eine Unterbrechung dieser Haltung, als ausgerechnet am ersten Weihnachtsfeiertag ein Mann von der Mauer heruntergeschossen wurde und auf die Westberliner Seite fiel.⁴⁷ Da haben die Zeitungen auch Kommentare geschrieben, ob das alles miteinander zu vereinbaren sei. Aber es ist auch wahr, daß der Berliner Senat, der sich bei diesen Ereignissen eine ungewöhnlich starke Zurückhaltung auferlegt hatte, doch mit drei oder vier Zeilen von einem Mord gesprochen hat. Wir haben einen solchen Fall wie am ersten Weihnachtsfeiertag in zweieinhalb Jahren nur noch ein einziges Mal vor einem Jahr

46 Das Interview von Abusch wurde am 29. Dezember 1963 in der Moskauer „Prawda“ veröffentlicht. Auszüge in AdG 1963 S. 10977 f.

47 Am 25. Dezember 1963 wurde der achtzehnjährige Paul Schultz bei der Flucht nach West-Berlin von Grenzpolizisten der DDR erschossen („Bonner Rundschau“ vom 27. Dezember 1963 „Mord an Berliner Mauer trübt das Wiedersehen“; „Die Welt“ vom 27. Dezember 1963 „Mord an der Mauer überschattet das Wiedersehen der Berliner“).

gehabt. Fechter⁴⁸ ist ein anderer Fall. Bei diesem anderen Fall gab es eine Trauerfeier in Berlin. In diesem Fall hat ein Bürgermeister, Herr Albertz⁴⁹, eine Ansprache gehalten. Aber alles das ist diesmal nicht gemacht worden aus bewußter Zurückhaltung unter der Drohung des Ostens.

Der zweite Punkt! Wir haben zum erstenmal Ostberliner Funktionäre in West-Berlin gehabt, die dort Amtstätigkeiten ausgeübt haben. Sie sind eingekleidet gewesen als Postbeamte. Sicher ist ein großer Teil sogar aus dem Körper der Postanstalten des Ostens aufgenommen worden. Die Oberposträte waren aber bestimmt zu einem Teil Angestellte oder Angehörige der Volkspolizei und ähnlicher Organe. In einem Falle war es ein Oberstleutnant der Volkspolizei. 256 dieser Funktionäre sind nach West-Berlin gekommen. Daß kein einziger von ihnen den Versuch gemacht hat, bei uns zu bleiben, macht auch deutlich, auf welche Weise diese Leute ausgesucht waren.

Damit ist etwas geschehen, was im Grunde genommen auch den Prinzipien von Herrn Brandt ins Gesicht schlägt. Er hat nämlich in seiner Verteidigung der Theorie des Dreimächtestatus immer gesagt: Wir müssen verhindern, daß es einen Viermächtestatus allein für West-Berlin gibt. Er hat also zugelassen, daß die vierte wenigstens durch ihre Agenten nach West-Berlin hineingewirkt hat mit der Peinlichkeit, daß der Staatssekretär Wendt nach West-Berlin kommt und dort unter westlichem Polizeischutz diese Dienststellen besichtigt.

Wie das Hausrecht dort ausgesehen hat, das man vereinbarte, will ich nicht erörtern, sondern nur sagen, daß die Bürgermeister oder Bürger ihre eigene Turnhalle nicht besuchen konnten, sondern nur dann, wenn sie als Antragsteller kamen, um einen Passierschein zu bekommen. Wir haben uns auch im Abgeordnetenhaus mit dem Senat auf den Standpunkt gestellt, daß keine Hoheitsrechte dort ausgeübt worden sind vom Osten, um die Sache auch von uns aus so klein wie möglich zu halten. Aber wenn wir ehrlich voreinander sein wollen, müssen wir sagen, daß hier ostzonale Funktionäre Westberliner Personalausweise geprüft, die Anträge entgegengenommen und die Identität von Anträgen mit Ausweis und Person geprüft und nachher eine gestempelte Genehmigung ausgehändigt haben. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, sie hätten da keine Amtsbefugnis wahrgenommen.

Das dritte! Wir haben uns dazu bringen lassen, auf unserem Boden Anträge zu unterschreiben, die, wie Sie wissen, unterschrieben waren: „Antrag auf Genehmigung eines Besuchs in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik“. Ich erinnere mich noch, wie an dem Tag der Verkündung der Vereinbarung in unserem

48 Der Ostberliner Peter Fechter wurde am 17. August 1962 beim Versuch, über die Mauer nach West-Berlin zu fliehen, erschossen (AdG 1962 S. 11043 f.).

49 Heinrich Albertz (1915–1993), evangelischer Pfarrer; 1947–1955 MdL Niedersachsen (SPD), 1948–1955 Minister für Flüchtlingsangelegenheiten bzw. für Soziales, 1955–1959 Senatsdirektor beim Senator für Volksbildung in Berlin, 1959–1961 Senatsdirektor und Chef der Sensatskanzlei, 1961–1963 Senator für Inneres, 1963–1966 Bürgermeister und Senator für Polizei, Sicherheit und Ordnung, 1966–1967 Regierender Bürgermeister von Berlin. – Jacques SCHUSTER: Heinrich Albertz – der Mann, der mehrere Leben lebte. Berlin 1997.

Ältestenrat in Berlin den Sozialdemokraten die Kinnladen heruntergefallen sind, als sie das gehört und die Unterschriften vorgelesen bekommen haben, die auf dem Protokoll standen.

Soweit ich im Bilde bin, hat in der Bundesregierung kaum jemand die Formulare gekannt, die man immerhin miteinander vereinbart hat, und ich kann nur sagen, daß auch der Vertreter der CDU – und das war in diesem Falle ein anderer als ich –, als ihm die Formulare vorenthalten worden sind mit dem Bemerken, na, die technischen Sachen wollen Sie doch sicher gar nicht sehen, gutgläubig genug war, zu meinen, es sei reine Technik.

Es hat Berliner gegeben, die ihre Eltern in Ost-Berlin haben, die aber glaubten, daß sie diesen Antrag, so wie er formuliert war, dennoch nicht unterschreiben könnten, und auch nicht hinübergegangen sind, und zwar waren es Sozialdemokraten, die so gehandelt haben. Ich halte diesen Standpunkt nicht für richtig, denn wenn 800.000 Berliner das Formular unterschreiben, kommt es auf die eine oder andere Unterschrift mehr oder weniger in der Sache nicht an. Aber die Berliner haben sich zu einem großen Teil Gewissensbisse dabei gemacht; denn es ist etwas gewesen, was bisher nicht möglich war, was auch gar nicht gedacht werden konnte.

Nun kommt hinzu, daß das Protokoll unterschrieben wurde zwischen der DDR und West-Berlin und damit eine Ebene betreten worden ist, die Herr Brandt noch vor drei Jahren im Abgeordnetenhaus mit unserer allgemeinen Zustimmung ausdrücklich abgelehnt hat.

Nun kann man heute hundertmal sagen, wie es Herr Brandt tut, es ist die alte Politik; es soll gar nichts Neues geschehen. Er hat es gestern wieder im gesamtdeutschen Ausschuß gesagt. Es ist angesichts der Tatsachen, die wir erlebt haben, eben doch eine neue Politik. Es ist eine Verkehrung dessen, was wir bisher für richtig gehalten haben. Ich kann nur sagen, die Gefahren, die darin stecken, sind unübersehbar. Erstens sind wir heruntergerutscht von der Ebene Leopold⁵⁰. Das gilt nicht nur für Berlin. Wenn eine solche Vereinbarung eben noch diesseits der äußersten Grenze liegt, warum denn nicht weitere Vereinbarungen solcher Art?

Und das ist auch heute die Frage, die im Bundesvorstand erörtert werden muß. Ist es richtig zu sagen, daß es die äußerste Grenze dessen ist, was noch verantwortet werden kann, oder liegt es doch jenseits der Grenze? Ich bin der Meinung – und das gilt für die ganze Berliner CDU –, daß es erheblich jenseits der Grenze liegt und hier eine Wiederholung solcher Art nicht mehr stattfinden darf.

Es geht um folgendes: Entweder nimmt der Senat das Verfahren für weitere Dinge an, wie es bisher gehandhabt wurde, daß nämlich Ostfunktionäre in Berlin Dienst tun, oder aber, wozu er bereit ist, daß künftig unsere Beamten die zonalen Formulare

50 Kurt Leopold (1900–1973), 1953–1964 Leiter der Treuhandstelle für Interzonenhandel.

aushändigen und Amtsfunktionen für den Osten bei uns im Westen vollziehen. Das kann man aber überhaupt auch hinterher nicht vollziehen.

Daß der Senat zugestimmt hat, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, nach der die Westberliner viel schlechter behandelt werden als die Westdeutschen, das ist schon schlecht genug. Die Westdeutschen stellen keinen Antrag. Wir müssen Anträge stellen. Die Westdeutschen unterschreiben nicht einen Antrag mit „DDR“. Wir müssen das tun. Wir müssen angeben, wen wir besuchen. Das brauchen die Westdeutschen nicht.

Der Osten besitzt jetzt eine wunderbare Liste aller Verwandtschaftsbeziehungen, die es nach West-Berlin gibt. Ich sage, wenn alle anderen Gründe dafür gesprochen hätten, dieser eine einer vereinbarten Diskriminierung mußte unmöglich sein. Wir hätten uns gegen eine einseitige Aktion des Ostens, die uns schlechter gestellt hätte, nicht wehren können, aber daß man seine Unterschrift leistet, wenn man diskriminiert wird im Verhältnis zu den anderen Bewohnern der Bundesrepublik, das geht mir nicht ein und spricht gegen das Selbstbewußtsein, von dem der Berliner Senat immer behauptet, daß damit an die Sache herangegangen werden müsse.

Und nun erlauben Sie mir noch ein Wort zur Methode. Ich habe etwas gesagt mit Bezug auf die Handhabung der Technik, wie man unterrichtet oder nicht unterrichtet hat. Daß also niemand eigentlich wußte, was für Formulare ausgegeben wurden, die die Berliner am ersten Tage als Täuschung, als Irrtum oder als falsch angesehen haben. Mir ist ein Fall bekannt, der noch viel gravierender ist. In der Nacht vom 16. zum 17. Dezember hat nach den Mitteilungen von Herrn Brandt im Abgeordnetenhaus die Verständigung über die Fassung der Übereinkunft um 24 Uhr stattgefunden. Um diese Zeit hat weder der Senat, in dem ich saß, noch die Bundesregierung überhaupt Kenntnis gehabt von der endgültigen Fassung, über die man sich um 24 Uhr verständigt hat. Ich bin so weit in meinen Nachprüfungen gegangen, daß Herr Krone oder vor ihm noch Herr Westrick⁵¹ etwa gegen 1.30 Uhr zum erstenmal Kenntnis von der Unterschriftsform bekommen hat.

Der Senat, der permanent im Rathaus saß, hat davon um 2.30 Uhr – zweieinhalb Stunden nach der Verständigung – zum erstenmal Kenntnis erlangt. Ich möchte also feststellen, daß Herr Brandt seinen Beauftragten über eine endgültige Fassung hat verhandeln und eine Vereinbarung zur Unterzeichnung am nächsten Tag hat schließen lassen, ohne daß der Senat oder die Bundesregierung überhaupt vorher konsultiert worden waren.

Was mich noch viel bedenklicher stimmt als alle Modalitäten ist die Tatsache, daß in einer so hochpolitischen Sache, die ihre Wirkungen für die Bundesrepublik hat, der Ministerpräsident eines Landes im Grunde seinen eigenen Senat und schließlich auch die Bundesregierung vor die vollendete Tatsache stellt und sie fragen kann:

51 Dr. Ludger Westrick (1894–1990), Jurist und Exportkaufmann; 1951–1963 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, 1964–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes.

Ja oder Nein? Friß oder stirb! So ähnlich hat er es doch hier gemacht. Und dieser Vorgang muß doch jedes Mißtrauen wachrufen.

Ich erzähle Ihnen das deshalb, weil die Besprechungen weitergehen. Heute haben sich Wendt und Korber wieder getroffen. Man muß nun die Richtung erkennen. Ich glaube, daß damit doch die Aufgabe des Bundesvorstandes festgelegt ist, wohin es nun gehen soll, ob man so etwas wiederholen soll, oder ob nicht doch der Versuch gemacht werden muß, diese Angelegenheit von der ganzen Ebene wieder herunterzuholen und – wenn es überhaupt noch denkbar ist – es zurückzubringen zu Herrn Leopold oder zu dem Kontaktbeauftragten der Stadt. Den gibt es doch. Aber das ist völlig untergegangen.

Seit Jahr und Tag hat der Senat einen kommunalen Kontaktbeauftragten⁵², der über Fragen der Entwässerung, des Eisenbahnbaus, des Autobahnbaus in West-Berlin mit zonalen und Ostberliner Stellen verhandeln muß, weil deren Betriebsvermögen berührt ist. Warum haben wir nicht darauf bestanden, daß Herr Leopold die Besprechungen führt? Die Ebene war von vornherein mit Korber falsch gewählt. Herr Korber ist der zweithöchste Beamte im politischen Büro des Regierenden Bürgermeisters. Das kann man auch äußerlich nicht mehr als reine technische Ebene bezeichnen.

Der Kontaktbeauftragte sitzt in der Verkehrsverwaltung. Er ist seit Jahren auf kleineren Gebieten mit Erfolg tätig. Der Widerspruch liegt nun darin, daß die Russen bis auf den heutigen Tag gesagt haben, der Ostsektor gehört immer noch nicht zur DDR. Um es deutlich zu sagen, wir selbst haben die Autorität der DDR-Regierung für Ost-Berlin anerkannt, ohne darauf zu bestehen, daß mit dem Kontaktbeauftragten der anderen Seite gesprochen wird.

Ich bin der Meinung, wenn es wahr ist, daß die Russen eingewirkt haben auf Ulbricht, jetzt die Mauer etwas durchlässig zu machen, dann hätte eine etwas größere Standfestigkeit, etwas mehr Nervenkraft, auch ohne den Druck vor Weihnachten das Ergebnis herbeigeführt, ohne daß dafür ein politischer Preis gezahlt worden wäre. Es sind politische Preise gezahlt worden. Das sage ich hier, aber das muß man auch eingestehen. Ich habe die Sorge, daß wir mit diesem Schritt auf eine abschüssige Bahn geraten sind, von der wir schleunigst wieder herunter müssen.

Von Hassel: Ich habe neulich, Herr Amrehn, das Kabinett gebeten, daß bei der Behandlung dieses Passierscheinabkommens auch die Frage des Verhältnisses zwischen Berlin und der Bundesregierung geprüft wird. Wir wehren uns dagegen, daß die Sowjets mit ihren Helfern eine Dreistaatentheorie nach draußen begründen. Wenn wir in der freien Welt einen Vertreter Berlins treffen, so sehen wir, daß er sich benimmt wie der Abgesandte eines souveränen Fürsten. Ich denke z. B. daran, wenn ich in Washington oder in New York bin und dort Herrn Albertz oder Herrn

52 Durch Beschluß des Senats von Berlin vom 4. Juni 1956 wurde Senatsrat Kraft von der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe zum Kontaktbeauftragten bestellt. Dieser wurde am 3. Dezember 1957 durch Oberregierungsrat Knoll ersetzt.

Bahr⁵³ oder Herrn Schütz⁵⁴ treffe. Ich meine, daß im Grunde genommen der Regierende Bürgermeister selbst allen Anlaß gibt, daß diese Dreistaatentheorie durch sein Verhalten in der Welt sichtbar wird.

Nun frage ich, was die Berliner CDU tun kann. Langsam ist es doch so geworden, daß Herr Brandt sakrosankt ist. Und wenn wir ein Wort gegen ihn sagen, wird das sofort ausgemünzt als einen persönlichen Angriff gegen ihn oder gegen die Position des freien Berlins. Gerade nach meinem letzten Besuch in Amerika⁵⁵ muß ich sagen, daß es unerträglich ist, daß sich die Berliner Vertreter überall mit diesem Nimbus umgeben.

Amrehn: Herr von Hassel hat gefragt, was die Berliner CDU dagegen tun kann. Dazu darf ich sagen, das ist von uns oft genug auch in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses angeprangert worden. Die Debatte dazu heute vor einer Woche im Abgeordnetenhaus ist außerordentlich klar gewesen. Es ist auch ein politisches Ereignis, daß wir zum erstenmal in Fragen des Verhältnisses Berlin nach draußen mit Nein gestimmt haben, so schwer uns das auch gefallen ist. Es gehört ein gewisser Mut dazu, weil wir wissen, daß sich die Menschen zu dieser Passierscheinaktion, zu der sie Herr Brandt gebracht hat und der die Bundesregierung und die Alliierten zugestimmt haben, nun ehrlich darauf einstellen. Das ist für die Leute also vertretbar, und sie sagen, was will eigentlich die CDU.

Wir sitzen also zwischen zwei Mühlsteinen bei der Auseinandersetzung mit Brandt. Aber wir haben gemeint, jetzt muß es einer sagen, und das waren wir. Und hier haben wir große Unterstützung gehabt wie nie zuvor. Drei Wochen lang haben mit Ausnahme der beiden sozialdemokratischen Blätter „Spandauer Volksblatt“ und „Telegraph“ alle Zeitungen unser Verhalten, ohne es als CDU-Meinung zu deklarieren, unterstützt. Es sind alle Gesichtspunkte der Warnung und des Widerstandes gegen diesen politischen Weg zum Ausdruck gebracht worden. Insoweit ist Herr Brandt also nicht mehr sakrosankt.

Aber er benutzt jetzt folgendes Argument: Wenn wir auf die Gefahren hinweisen und auf die Interpretationen, die im Osten gegeben werden, erklärt er sofort, wir machten uns nunmehr die kommunistische Agitation zu eigen. Ich darf hinzufügen,

53 Egon Bahr (geb. 1922), 1950–1960 Bonner Kommentator des RIAS Berlin, 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, 1967–1969 Ministerialdirektor im AA, Sonderbotschafter und Leiter des Planungsstabes, 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Bundesbevollmächtigter für Berlin, 1972–1990 MdB (SPD), 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1976 für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1976–1981 SPD-Bundesgeschäftsführer, 1987 Vorsitzender der Sicherheitspolitischen Kommission der SPD. Memoiren: Zu meiner Zeit. München 1996.

54 Klaus Schütz (geb. 1926), 1954–1957 und 1963–1977 MdB (SPD), 1957–1962 MdB, 1961–1966 Senator für Bundesangelegenheiten und für des Post- und Fernmeldewesen in Berlin, 1966–1967 Staatssekretär im AA, 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1977–1981 Botschafter in Israel, 1981–1987 Intendant der „Deutschen Welle“, 1987–1993 Direktor der Landesanstalt für Rundfunk NW.

55 Von Hassel war am 3. und 4. Dezember 1963 in Washington (AdG 1963 S. 10941).

daß seit 14 Tagen Herr Brandt mit seinem Senat in der gesamten kommunistischen Presse ein vernünftiger Mann ist, einer, der die Zeichen der Zeit verstanden hat und den Weg der Verständigung geht. Lemmer, Krone und Barzel sowie Amrehn sind die kalten Krieger.

Es hat sich nun die merkwürdige Front ergeben, daß SPD und FDP in West-Berlin mit diesem „moralischen“ Hintergrund kommunistischer Unterstützung gegen die CDU stehen. Hier hat sich auch eine Front Brandt/Mende ergeben, die wir im Oktober gefürchtet haben. Hier hat sich also der Wandel im Ministerium ausgewirkt.

Adenauer: Wir können die Debatte über diesen ganzen Fragenkomplex nicht einfach sang- und klanglos zu Ende gehen lassen. Wenn Herr Amrehn recht hat mit seinen ganzen Ausführungen, dann müssen wir irgendwie zum Ausdruck bringen, daß wir seinen Ausführungen beitreten und die Haltung der Berliner CDU billigen. Irgendeinen Beschluß müssen wir also fassen.

Erhard: Es war nicht so, daß die Bundesregierung etwa dem Regierenden Bürgermeister etwa eine Blankovollmacht gegeben hätte, einfach zu unterschreiben, sondern wir waren täglich und viele Stunden in ständiger Verbindung mit Berlin. Wir haben unseren ganzen Einfluß geltend gemacht auf den Berliner Senat, um unangemessene und politisch gefährliche Wendungen in dieser Frage zurückzudämpfen. In der letzten Nacht war es tatsächlich so – obwohl wir immer wieder gesagt hatten, nicht anerkennen, zurückweisen, um nicht die Dreistaatentheorie hier sichtbar werden zu lassen –, daß die letzte Meldung hieß: Es ist die äußerste Grenze dessen, was immer mit unseren Warnungen erreichbar war. Das war die etwas gequälte Formulierung, die Herr Korber unterschreiben konnte im Auftrage der Senatskanzlei, die ihrerseits auf Weisung des Regierenden Bürgermeisters handelte.

In dieser Nacht habe ich bis 3 Uhr telefoniert. Wir haben Herrn Schröder angerufen. Da hat die Sache sozusagen an einem seidenen Faden gehangen. Wir glaubten nun, unmittelbar vor Weihnachten es eben nicht verantworten zu können, zumal wir auch die internationale Stimmung dabei berücksichtigt haben, die Sache nun scheitern zu lassen. Die Kommandanten sind auch benachrichtigt worden. Ich habe dafür gesorgt, daß sie eingeschaltet wurden. Die Herren haben auch zugestimmt, und zwar mit demselben Seufzer, mit dem wir es auch getan haben.

Aber die Dinge haben wirklich zwei Seiten. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob wir nun freudig Ja gesagt hätten. Wir haben uns abgequält. Herr Amrehn, Sie wissen, wie stark unsere Einflüsse auf den Berliner Senat gewesen sind. Wir haben bei den neuen Verhandlungen ganz deutlich gemacht, wir forderten, daß die Ostberliner in der gleichen Weise zu uns herüberkommen können. Bei uns werden sie nicht kontrolliert. Sie können frei zu uns kommen. Wir haben die Mauer nicht gebaut. Und die humanitären Gesten sind natürlich nicht ein Feigenblatt, sondern das Ganze ist eine Irreführung im schlechtesten Sinne des Wortes.

Wenn ich die Dinge international betrachte, möchte ich heute sagen, die Tatsache, daß wir wiederholt erklärten, daß damit keine Veränderung des Status quo anerkannt werde – das haben die Kommandanten und die Bundesregierung eindeutig zum

Ausdruck gebracht –, hat in etwa doch den Verdacht zerstreut, als ob wir den Entspannungsversuchen – man mag darüber denken, wie man will – völlig ungehört ein hartes Nein entgegensetzten. Jetzt sind wir soweit, sowohl mit den Amerikanern als auch mit den Briten, daß sie sagen: Wir haben für Euch volles Verständnis, wenn Ihr für die Zukunft sorgfältig darauf achtet, daß diese falschen Beleuchtungen nicht mehr vorkommen. Aber im Wiederholungsfall werden Sie sehen, daß Sie aus dieser Sache herauskommen.

Barzel: Wir sind auf einer Linie, die uns in den letzten Wochen bewußt geworden ist. Unsere Freunde in Berlin haben ihre Haltung eingenommen – wir haben es gehört – mit überzeugenden Argumenten. Die Bundesregierung hat der Sache zugestimmt. Wir haben im Fraktionsvorstand uns lange darüber unterhalten.⁵⁶ Wir sind aber jetzt nur in der Lage, uns hinterher dazu zu äußern. Deshalb würde ich empfehlen, jetzt nicht mehr hinterher ein Votum abzugeben, das die eigene Bundesregierung desavouiert. Bei alledem, was wir jetzt an Kritik über die Vorkommnisse hier aussprechen, wird uns nichts anderes übrigbleiben, als die Position einzunehmen, die die Bundestagsfraktion mit der Erklärung eingenommen hat: Dies war die äußerste Grenze dessen, was man überhaupt hat tun können. Wir sollten also nach vorn sehen und sagen, es gibt keinen Anlaß, die bewährte Deutschland- und Berlin-Politik der CDU irgendwie zu ändern. Das muß auch das Ausland hören, was wir natürlich auch für die innere Absage an den Koalitionspartner dringend brauchen.

Bei allem Verständnis für die Berliner Position – ich bin im Fernsehen auch wie Odysseus zwischen den Inseln durchgefahren –, können wir uns nicht anders verhalten, wenn wir nicht einen riesigen Eklat haben wollen. Ich meine, daß es jetzt nicht mehr interessant sei, öffentlich die Debatte über diese Frage *ad calendae graecas* fortzusetzen und sie neu zu beleben. Wir brauchen jetzt ein politisches Schweigen, denn nichts ist gefährlicher als eine Geschwätzigkeit auf diesem Gebiet.

Daß ich im übrigen jetzt gern ein Korreferat hielte wegen meiner früheren Tätigkeit, liegt auf der Hand. Ich will aber darauf verzichten und nur sagen, es ist die äußerste Grenze nach hinten. Wir sollten nach vorn sehen. Es gibt keinen Anlaß, unsere bewährte Berlin-Politik irgendwie zu ändern. Das müssen wir sehen, wenn wir nicht Schaden nehmen wollen.

Schröder: Ich möchte mich im entsprechenden Verhältnis dem anschließen, was Kollege Barzel gesagt hat. Es hat wenig Zweck, jetzt für die Vergangenheit die Sache noch einmal in allen Details aufzurollen. Ich gebe dem Kollegen Amrehn in vielem recht. Eine ähnliche Darstellung, wie er sie gegeben hat, hat auch der Kollege Lemmer in der Fraktion gegeben.⁵⁷ Ich verstehe voll und ganz die Gefühle der Berliner CDU, vor allem über den Ablauf der Sache und über die Unehrlichkeit, die dabei getrieben worden ist. Wir haben gegenüber den Berlinern – ich will es nicht

⁵⁶ In den Sitzungen des Fraktionsvorstands am 7./8. Januar 1964 (ACDP VIII-001-1504/2).

⁵⁷ Lemmer am 7. Januar 1964 im CDU/CSU-Fraktionsvorstand (Protokoll EBD.).

im einzelnen darlegen – mindestens an drei Stellen zu monieren gehabt, daß sie im Grunde mit den Formulierungen ein Stück weitergingen, und zwar in dem Sinne, daß sie etwas festgelegt haben wie eine schiefe Ebene, auf der man dann immer weiter herunterrutscht. Es hieß nämlich: Jetzt kommt Weihnachten, und die anderen wollen etwas haben. Aber das ist immer eine schwierige Situation. Herr Brandt hat für mein Gefühl in der Sache, ganz gleich, wo einer dieser ersten Schritte war, gegen das gehandelt, was wir gesagt haben.

In der letzten Nacht ging die ganze Auseinandersetzung darum, ob man die Sache daran scheitern lassen sollte, daß die Unterschrift von Korber gegeben würde. Es war ein Auftrag des Chefs der Senatskanzlei, der auf Weisung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin kam. (*Amrehn*: Es stand „DDR“ darauf!) Das weiß ich nicht. (*Amrehn*: Das vorletzte Formular sah nur zwei Unterschriften vor. Es war von der Deutschen Demokratischen Republik ohne Anführungszeichen die Rede.) Ich bin gefragt worden und habe gesagt, das wird kein Mensch annehmen. Das war am 17. Dezember. Ich wurde in Paris angerufen. Nach meiner Meinung ist die Sache eigentlich passiert am 6. und 7. Dezember, als man von der Leopold-Sache abkam. Da konnte man ausrechnen, wann es passieren würde. Wir haben die Lehre daraus gezogen, daß man es auf jeden Fall verhüten müsse, daß der Senat in die Lage komme, mehr oder weniger unkontrolliert handeln zu können.

Wir haben den Versuch gemacht und den Alliierten vorgeschlagen – für die Alliierten ist das auch ein bißchen stark –, die ganze westliche Abstimmung überhaupt nur in Bonn stattfinden zu lassen; wir hätten dann die Botschafter, die Kommandanten und den Beauftragten der Bundesregierung zusammen. Daß die Alliierten dagegen Bedenken haben, ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen den Botschaftern und den Kommandanten. Das ist ein Verhältnis zwischen Diplomaten und Militärs. Das ist ein heikles Gebiet. Wir müssen sehen, ob wir nicht für vergleichbare Situationen einen geeigneten Mann der Bundesregierung in Berlin placieren können, damit nichts geschehen kann ohne unsere Zustimmung. Wir müssen also in die Zukunft sehen.

Es ist so, daß man das vom Osten her für einen ganz großen Durchbruch hält gegenüber den bisherigen Thesen; denn es ist der Sowjetzone tatsächlich gelungen, in einem Augenblick, in dem wir überhaupt erst dabei waren, uns damit zu beschäftigen, mit Chruschtschow hinter ihrem Rücken einen Druck zu organisieren und isoliert auszubrechen und sich als diejenigen hinzustellen, die dabei eine große Sache gemacht hätten. Daß sie Appetit zu weiteren Aktionen haben, weiß jeder, der den Brief von Stoph an Brandt gelesen hat.

Für mich ist einer der bezeichnendsten Vorgänge derjenige, nachdem man nur ein neues Papier am 3. Januar überreicht hatte, das die Frage enthielt, welche Lösung wir für eine künftige Sache hätten.

Der zweite Punkt ist der Brief von Brandt, der sich auf den 3. Januar bezog, worin er unter Punkt 2 mitteilte, daß der Brief von Stoph diesseits bekannt sei. Jeder, der ein bißchen kombinieren kann, sieht, daß damit die Tür offen gehalten werden soll; jedenfalls war es eine *Captatio benevolentiae*. Wo Brandt selbst steht, ist mir nicht

klar, nur so viel ist sicher, daß es doch Kräfte gibt innerhalb des Senats, die in der Tat etwas anderes betreiben wollen und im Grunde genommen auf dem Standpunkt stehen, daß die mehr oder weniger starke faktische Hinnahme unter Umständen nützlich sein könnte.

Das ist eine Politik, die versucht, Chruschtschow, die Zone und das Regime zu unterlaufen in der Hoffnung, daß das jenen Wandel ergäbe, aus dem eine irgendwie geartete Angleichung der Verhältnisse hervorgehen könnte, die im Westen akzeptabel wäre. Ich halte diese Politik für absolut undurchdacht und für völlig hoffnungslos. Ein solches Regime unterlaufen zu wollen, ist von vornherein eine aussichtslose Sache. Deshalb kann man nicht die geringste Handreichung dazu geben.

Von der praktischen Politik her gesehen muß man diese Vorgänge so schnell wie möglich einfangen und unter allen Umständen verhindern, daß dieser Fall ein Modell wird für weitere Vorkommnisse. Wir werden nicht so leicht wieder in eine solche Zwangslage wie vor Weihnachten kommen. Aber das wußte die andere Seite ganz genau. Das ist eine absolut ausgedachte Sache gewesen. Man hat Anfang Dezember die Geschichte lanciert; dann brauchte man die Hoffnung immer nur ein bißchen zu nähren, und dann war man Weihnachten in einer Zwangslage. Ostern und Pfingsten sind völlig unvergleichbar damit.

Ich komme auf den Eingang zurück. Ich glaube, daß der Kollege Barzel recht hat. Es hat keinen Zweck, in aller Form zu bestätigen, daß die Berliner CDU mit vielen kritischen Anmerkungen recht gehabt hat. Das muß sich indirekt wie eine Stellungnahme gegen die Bundesregierung auswirken. Davon hat weder die Berliner CDU noch haben wir etwas davon. Man kann nicht sagen, daß diese Sache nun ein irgendwie modifizierbarer Vorgang für die weitere Entwicklung sein könne, sondern es muß mit ihr unter allen Umständen Schluß gemacht werden. Man darf sich auf nichts einlassen und muß versuchen, die Sache durch den Bundesbeauftragten⁵⁸ von vornherein strenger an die Zügel zu nehmen.

Wir dürfen uns nicht täuschen, daß es ohne Zweifel außerhalb Deutschlands Kreise gibt, die auf eine solche Politik – für die ich jetzt das Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ gebrauchen will⁵⁹ – etwas geben. Ich habe gerade bei meinem Besuch in Amerika⁶⁰ von ein paar Leuten gehört, daß sie äußerst besorgt seien, das Ganze

58 Zur Koordination der Aufgaben der Bundesregierung in Berlin wurde Anfang 1950 das Amt des „Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin“ geschaffen. Es war dem Bundeskanzler direkt unterstellt. Von 1962 bis 1965 hatte das Amt Felix von Eckardt inne.

59 Egon Bahr hatte am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing einen Vortrag mit dem Titel „Wandel durch Annäherung“ gehalten. Vgl. Andreas VOGTMEIER: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung. Bonn 1996 S. 59–66.

60 Schröder begleitete Erhard auf der USA-Reise vom 27. bis 29. Dezember 1963 (AdG 1963 S. 10976 f.).

könne zu einem schweren Rückschlag für Brandt werden, der schuld an der Sache sein könnte. Insoweit war Herr Brandt äußerst daran interessiert, daß immer wieder betont wurde: im Einvernehmen mit der Bundesregierung.

Nun wollen wir auf der anderen Seite nicht umgekehrt die Kritik unserer eigenen Freunde dadurch tot machen, daß wir von da her an eine solche Einvernehmensformel gehalten werden. Je weniger wir die Sache noch einmal zurückgehend aufgreifen, desto besser ist es. Nun gibt es ohne Zweifel draußen Kreise, die glauben, daß wir und West-Berlin stärker seien, als wir zugeben; denn wir übten eine gewaltige Attraktion auf die andere Seite aus, und wir müßten diese Kraft ins Spiel bringen. Das sind die Stimmen, die ungefähr meinen, daß, wenn sich die Deutschen nur reichlich und oft treffen, dies de facto schon eine Art Wiedervereinigung sei, obwohl das Problem ja nicht darin besteht, die Deutschen in der Zone zu gewinnen, sondern darin, ihre führende Schicht loszuwerden. Das ist das politische Problem.

Ich habe den Leuten gesagt, wieviel Kommunisten es in Polen nach unserer Meinung gibt. Es ist ein sehr geringer Prozentsatz. Trotzdem ist Polen unter einem kommunistischen Regime. Wir wissen aus Erfahrung, daß die totalitären Regimes nicht sehr viele Leute brauchen, um über den ganzen Apparat von Militärs, Polizei und Staatssicherheit herrschen zu können. Hinter der Sache steckt nicht nur eine reine interne Auseinandersetzung, sondern gleichzeitig auch eine Auseinandersetzung mit nicht unbedeutenden Kräften außerhalb des Bündnisses. Deswegen ist es wichtig, daß wir in dieser Sache eine völlig klare und eindeutige Position beziehen. Das ist geschehen in diesen Wochen. Dieses Papier vom 3. Januar tut das klipp und klar, und wir sind an einer Stelle, wo man die Sache unter Kontrolle hat.

Klepsch: Wenn ich auch dem beipflichte, daß man in die Zukunft sehen soll, so meine ich, werden wir doch gerade in der unteren und mittleren Ebene mit diesem Faktum noch zu tun haben. Ich habe in den letzten Tagen einige Versammlungen abgehalten, zum Teil an Universitäten, wo gerade dieses Passierscheinabkommen eine große Rolle gespielt hat, und zwar waren sie besucht von liberalen und sozialistischen Studenten, die als Opposition auftraten. In einem Fall forderten sie unter einem Verweis darauf die De-facto-Anerkennung des Zonenregimes. Ich habe die hier schon beschriebene Position eingenommen von der äußersten Grenze, die hier erreicht worden ist.

Aber dessenungeachtet würde ich meinen, daß in unseren eigenen Reihen, nämlich bei den Freunden von uns, die solche Versammlungen besuchen, eine gewisse Unsicherheit unvermeidlich ist. Es ist notwendig, daß wir, wenn davon gesprochen wird, in Zukunft die Sache unter Kontrolle halten.

Ich freue mich sehr darüber, daß man – und ich traue nämlich dem Herrn Brandt alles mögliche zu – den Berliner Senat und den Regierenden Bürgermeister daran hindern wird, in Zukunft ähnliche schiefe Ebenen herzustellen. Wir müssen aber unseren eigenen Mitgliedern deutlich machen, daß das Unterkontrollehalten auch heißt: Keine Wiederholung des schon vollzogenen Ereignisses, und daß ein ähnliches Papier nicht wieder unterschrieben wird.

Es ist sehr schwer, draußen zu erklären, wieso man etwas bezahlt hat für den diskriminierenden Status der Berliner und daß für sie nicht ein Recht verlangt worden ist, wie es die Bundesbürger haben. Nicht einmal das ist erreicht worden, sondern es ist der diskriminierende Status entstanden, der dem Zonenregime eine Fülle von Zwischenpositionen bis zur Erreichung des gleichen Status offenlegte.

Ich pflichte dem völlig bei, daß wir in die Zukunft sehen müssen, aber wir müssen uns natürlich hüten, etwa Differenzen zwischen der Bundes-CDU und der Bundesregierung anzudeuten. Ich bitte Sie, gleichzeitig im Auge zu behalten, daß unsere Mitglieder und Funktionäre nicht so sachverständig sind und nicht so differenziert denken und sich nicht so ausdrücken können wie wir. Für sie ist eine klare Linie notwendig. Diese klare Linie muß so aussehen, daß eine Abgrenzung von den etwas verschlungenen Theoremen des Herrn Brandt und seiner Vorder- und Hintermänner möglich bleibt.

Adenauer: Am letzten Samstag war in Bonn die Deutschlandtagung der Jungen Union unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Klepsch.⁶¹ Es hat mich interessiert, daß diese Berliner Frage in der dortigen Versammlung am meisten diskutiert wurde, solange ich anwesend war. Deswegen glaube ich, daß man in dem Beschluß, den wir fassen müssen, jedes Wort genau prüfen muß, um auch unsere Leute zufriedenzustellen; selbstverständlich nicht gegen die Bundesregierung!

Ich möchte Ihnen aber vorschlagen, damit wir keine Dummheiten machen, daß drei Herren, nämlich Herr Bundesminister Dr. Schröder, Herr Dr. Barzel und Herr Amrehn, diesen Beschluß entwerfen, damit wir nachher hier darüber sprechen können. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Barzel: Wir hatten in der vergangenen Woche die außenpolitische Debatte⁶², wo wir versucht haben, ein bißchen neuen Stil und neue Munterkeit in das Haus zu bringen. Herr Bundeskanzler Erhard hat begonnen. Es war ein guter Erfolg für uns. Wir haben im Laufe der Debatte die Opposition gezwungen, wieder einen parlamentarischen Betrieb herzustellen. Das war ein guter Anfang für dieses Jahr.

Ich bin dankbar, daß der Herr Vorsitzende auf die Bundespräsidentenwahl hingewiesen hat. Wir werden davon ausgehen müssen, daß wir in der Bundesversammlung nicht die Mehrheit haben. Wir müssen uns also schnell in dem Sinne, wie es vorgetragen wurde, verständigen, damit nicht andere Vorschläge für einen weiteren Kandidaten aufkommen und sich Mehrheitsbildungen vollziehen.

61 Sitzung des Deutschlandrats der JU am 11./12. Januar 1964 in Bonn. Bericht in „Die Entscheidung“ Nr. 2 vom Februar 1964 S. 30. Vgl. auch „Die Welt“ vom 13. Januar 1964 „Adenauer lobt Erhards Bekenntnis zur Freundschaft mit Frankreich“.

62 In der 106. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Januar 1964 gab Erhard einen Rechenschaftsbericht über die ersten drei Monate seiner Amtszeit, in dem er besonders auf die außen- und innenpolitische Situation einging (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4840–4849). – Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 10. Januar 1964 „Erhard will die Einigung in Europa vorantreiben“; „Die Welt“ vom 10. Januar 1964 „Ludwig Erhard kündigt eine neue Europa-Initiative an“.

Viele innenpolitische Dinge, die wir jetzt erleben und noch erleben werden im Februar, sind Ausstrahlungen des inneren Kampfes in der SPD, der dort um die Frage tobt: Wer ist unser erstrebter Partner, die CDU – das ist die Linie Wehner – oder die FDP – das ist die Linie Brandt –. Das spielt hierbei eine große Rolle. (*Adenauer*: Ich habe Sie nicht verstanden. Was wollten Sie damit sagen?) In der SPD ist nach dem Tode von Erich Ollenhauer⁶³ die Diskussion darüber lebendiger geworden, was sie nun eigentlich anstreben soll. Sie glaubt nicht, daß sie die absolute Mehrheit gegen Erhard bekommen wird, und fragt nun, was soll unser Arbeitsziel sein: Möglichst bald, also noch vor 1965, mit der CDU in eine Koalition zu kommen oder nach 1965, oder soll unser Arbeitsziel sein, mit der FDP besonders gute Verbindungen herzustellen. Das wird doch diskutiert.

Wir hoffen, daß die Kriegsofferfrage in der nächsten Woche eine Lösung finden wird. Wir sind vor Weihnachten in eine Debatte gekommen, wo wir gesagt haben, wir können jetzt nicht entscheiden, weil der Haushaltsplan noch nicht vorliegt. Sie kennen die Haltung des Herrn Bundeskanzlers dazu. Es ist uns leider nicht gelungen, trotz größter Bemühung, auf die Freien Demokraten so einzuwirken, daß sie sich bereit gefunden hätten, sich vor Weihnachten auf einen Termin öffentlich im Plenum festzulegen. Sie haben entgegen unseren Wünschen den 1. Januar genannt, so daß uns wegen der Mehrheitsverhältnisse nichts anderes übriggeblieben ist, als hierauf einzuschwenken.

Die Kollegen im Haushaltsausschuß haben deutlich gemacht, daß das im Rahmen des 60,3-Milliarden-Haushalts nur möglich ist durch Sparen an vielen Stellen, aber nicht durch irgendein Rechenkunststück. Das hätte der Bundesregierung besonders weh getan. Es ist nur möglich durch Streichung an 94 Stellen, und zwar durch Zusammenfassung von vielen kleineren Summen. Das wird sich nun in der nächsten Woche im Bundestag vollziehen, und ich hoffe, daß wir diese Frage damit lösen werden. Die Kriegsofferverbände haben der Bundestagsfraktion der CDU schon heute ihren Dank ausgesprochen.

In der anderen Frage, die wir mit der FDP klären müssen, sah es gestern dramatisch aus. Wir bekamen eine geballte Ladung unseres Koalitionspartners gegen uns auf den Tisch. Morgens um 10 Uhr erschien die FDP mit einem drei Seiten langen Artikel zur Deutschland- und Passierscheinfrage.⁶⁴ Das las sich wie eine Kriegserklärung der FDP gegen die CDU. Eine Stunde später wurde im Sozialausschuß unser Antrag⁶⁵, der angekündigt war, nur die 2. Lesung des Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetzes auf die Tagesordnung zu setzen, von der SPD und der FDP abgelehnt.

63 Ollenhauer war am 14. Dezember 1963 verstorben.

64 Kommuniké der Fraktionssitzung der FDP vom 14. Januar 1964. Druck in fdk 15. Jg., Nr. 5 vom 16. Januar 1964 S. 4.

65 In der Sitzung des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik am 16. Januar 1964 stimmten FDP und SPD für eine Zurückstellung der zweiten Lesung des Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetzes („Die Welt“ vom 17. Januar 1964 „Krankenversicherungs-Reform im Ausschuß zurückgestellt“).

Dadurch ist eine schwierige Lage entstanden. Ich bin sehr froh, daß die CDU vollständig vertreten war und einstimmig ihren Willen, sowohl das Gesetz wie das gesamte Sozialpaket zusammenzuhalten, deutlich gemacht hat. Wenn ich jetzt gefragt würde, ob das Sozialpaket gestorben sei, würde ich mit Nein antworten, weil wir noch eine Sitzung in der nächsten Woche haben. Wir müssen aber in die Besprechung gehen mit dem erklärten Willen unserer politischen Zusammenarbeit, um auch dieses Gesetz termingemäß zu verabschieden.

Das dritte, was gestern mit der FDP passierte, war die Publizierung eines Beschlusses aus Berlin über eine Haltung, die sie schon Ende des vergangenen Jahres mehr vertraulich eingenommen hatte, daß sie nämlich mitteilte, der deutsche Getreidepreis könne vor 1970 nicht geändert werden.⁶⁶ Das belastet die Kennedy-Runde und die EWG – was der Herr Bundeskanzler eben vorgetragen hat – in einer Weise, die unvorstellbar ist. Daß man das publiziert, ist natürlich böse. Und wenn man das ganze wahlpolitisch übersetzt, dann bleibt etwas für die Bauern, etwas für den Mittelstand und etwas für die Leute der nationalen Gangart übrig. Die FDP ist also bereit, für jede einzelne Gruppe etwas anderes zu machen und zu geben.

Ich habe heute morgen mit der FDP gesprochen. Der Herr Bundeskanzler war so liebenswürdig, mich zu empfangen. Die FDP hat mir aber das Gegenteil gesagt: Wir sind zur Zeit ganz koalitionsfreudig, und wir sind glücklich über die Entwicklung bei der Kriegsopferversorgung. Diesen Artikel müssen wir uns noch einmal überlegen, und wenn ihr am Dienstag im Koalitionsgespräch eine Einigung erreicht beim Sozialpaket, dann stimmen wir mit euch, und dann ist die Sache vom Tisch. Und das mit der Agrarpolitik sollte man nicht so ernst nehmen.

So ungefähr ist mir gegenüber ausgeführt worden. Das Wichtigste ist aber, daß die Bundesregierung in der Frage, die wir eben besprochen haben und was damit zusammenhängt, Herrn Mende nun anbindet: Was ist eigentlich deutsche Politik? Das ist eine Frage, bei der es zu ernststen politischen Fronten kommen könnte. In der anderen Frage wollen wir sehen, daß wir am Dienstag weiterkommen.

Damit habe ich wohl die wesentlichsten Punkte, so schnell es eben ging, behandelt.

Erhard: Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, wenn ich nicht sehr glücklich bin über diese ganzen Vorkommnisse in den letzten Tagen. Ich möchte das ausklammern, was das Verhältnis zur FDP anlangt. Wir sind leider nicht in der Lage wie der britische Premier, der das Unterhaus zu jeder beliebigen Zeit auflösen kann. Hätte ich die Möglichkeit, ich würde im Augenblick den Bundestag auflösen. Und die Wahl würde für uns gut ausgehen. Aber das sind theoretische Aspekte, die ich anführe.

⁶⁶ „freie demokratische korrespondenz“ (fdk) Nr. 6/64 vom 16. Januar 1964 „FDP-Fraktion beriet EWG-Ministerratsbeschlüsse“.

Ich nehme unsere eigene Fraktion. Sie kennen meine Auffassung in der Kriegsofferfrage. Sie hat sich nicht geändert, aber ich bin realistisch genug, um anzuerkennen, daß, wie die Situation gewesen ist, diese Regelung zu erwarten war. Wir kommen vom Regen in die Traufe. Diese Kürzungen von 385 Millionen DM sind nicht von ungefähr. Die Koalitionsfraktion fordert z. B., daß für die Wissenschaft mehr getan wird. Jetzt müssen wir bei der Wissenschaft 20 oder 25 Millionen DM wegstreichen. Die Entwicklungshilfe wird fast um die Hälfte gekürzt. Ich habe in Amerika dem amerikanischen Präsidenten gesagt, wir können im nächsten Jahr, wenn die Kriegsofferfrage erledigt ist⁶⁷, vielleicht etwas großzügiger sein.

Nun aber wird weiter und weiter abgestrichen, und zwar bei einer Reihe von Ansätzen für wichtige Aufgaben, wie Notstandsprogramm, innere Sicherheit usw. Wir werden nicht ausweichen können, sondern müssen sagen: Wir haben zwar Gelder vorgesehen, aber wir sind nicht in der Lage, es auszugeben; der Haushaltsausschuß hat das so beschlossen. Das ist eine Situation, die sehr unangenehm werden kann.

Wir haben damit zwar einzelne befriedigt, dafür treten wir aber so und soviel anderen auf die Füße. Das müssen wir deutlich sehen. Wir haben hingenommen, daß der Marsch in Bonn stattgefunden hat.⁶⁸ Wir sind nicht in die Knie gegangen. Meiner Ansicht nach hat sich dieser Marsch totgelaufen. Wir hatten die Hoffnung, daß damit die Märsche in Bonn aufhören würden.

Ich bin der Meinung, was jetzt geschehen ist, nämlich die nachträgliche volle Anerkennung, bedeutet doch geradezu eine Aufforderung zum Tanz! Ihr müßt bloß diesen Bundestag gehörig unter Druck setzen, und dann geht er in die Knie. – Das scheint mir das bedenklichste an dieser ganzen Sache zu sein, nicht die Ziffern im einzelnen, sondern die Methode.

Ich habe in der Zwischenzeit mit jemand gesprochen, der mir gesagt hat, daß ein grobes Mißtrauen mit den Schwerstverletzten getrieben wird, die nämlich als Feigenblatt vorgeschickt werden. Wir wissen, daß hier nicht die eigentliche Not der treibende Faktor ist, sondern die Zahl der Mitglieder, die bedacht werden wollen, und diejenigen, die die Verbände tragen. Das ist also die nachträgliche Würdigung dieser Ereignisse!

Und nun befürchte ich, daß es nicht bei diesen Kriegsoffern bleiben wird, sondern jetzt kommen als nächste die Kriegsgefangenen, die Heimkehrer und weitere. Ich möchte bloß wissen, wo und wie der Bundestag oder der Haushaltsausschuß die weiteren Kürzungen vornimmt. Eines ist richtig, dadurch, daß die Grenze von 60,3 Milliarden gehalten worden ist, ist auch der Regierung die Möglichkeit aus der Hand genommen worden, den Artikel 113 des Grundgesetzes anzuwenden, denn er gilt nur für Überschreitungen. Wenn aber der Haushaltsausschuß glaubt, an anderen Stellen

⁶⁷ Vgl. Nr. 12 Anm. 21.

⁶⁸ Am 10. Dezember 1963 fand in Bonn eine Kundgebung der Kriegsofferverbände mit 30.000 Demonstranten statt. Vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 126; SPD-Fraktion S. 386 Anm. 31.

Einsparungen vornehmen zu können, dann kommt doch die Frage auf: Ist denn überhaupt eine solche Politik noch zu verantworten und zu rechtfertigen? Es werden hier doch Elemente unserer Politik so nachhaltig berührt, daß eben doch Gefahr im Verzuge ist. Ich nehme die Sache tatsächlich ernst.

Ich sehe jetzt schon alle diejenigen kommen, die von den Kürzungen betroffen werden. Und was soll ich denen sagen? Etwa das, ich habe es nicht gewollt? – Das ist doch keine Erklärung. Es ist auch nicht elegant, wenn ich sage, die eigene Fraktion hat mich im Stich gelassen. Ich kann es also drehen und wenden, wie ich will. Die Folgewirkungen sind alles andere als schön und glücklich. Vielleicht ist das hier aber nicht der richtige Ort, darüber zu sprechen, sondern die Fraktion wäre vielleicht besser angesprochen. Wir müssen angesichts der jetzigen Lage, wo wir nicht mehr aus dem vollen schöpfen können und wo scheinbar alles möglich ist, zu einer gewissen Rangordnung der Werte, der Notwendigkeit und der Nützlichkeit kommen. Wir müssen davon abkommen, dem Drängen jedes Verbandes, und zwar nicht nur nach irgendwelchen Werten, sondern bloß nach seiner Mitgliederzahl und seiner politischen Macht sowie seiner vermeintlichen Wählerstimmen, nachzugeben; denn so gewinnt man keine Wahl. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen unbedingt dafür sorgen – und das gilt für die Bundesregierung, für die Partei und für die Fraktion –, daß wir in allen diesen entscheidenden Fragen bis zur Wahl im Jahre 1965 und hoffentlich darüber hinaus zu einer völlig klaren Abstimmung und zu einer inneren Geschlossenheit und Straffheit kommen. Das Auseinanderfallen in verschiedene Gruppen, und zwar aus Gefälligkeit gegenüber diesen oder jenen Interessenten, um damit die Wahl zu gewinnen, ist nach meiner festen Überzeugung das sicherste Mittel, um die Wahl zu verlieren. Darum möchte ich die CDU auffordern, sich als Partei und als Fraktion auf das zu besinnen, was vor uns steht. (*Beifall*.)

Blank: Ich muß das ein wenig ergänzen. Ich wußte nicht, daß diese Frage heute hier eine Rolle spielen würde, sonst hätte ich mein Zahlenmaterial mitgebracht. So werde ich also etwas aus dem Gedächtnis sagen, und ich bitte um Entschuldigung, wenn ich die Zahlen nicht genau wiedergebe.

Das Budget ist wesentlich trüber, als es der Herr Bundeskanzler gezeichnet hat. Durch den Beschluß des Ausschusses, der dahin geht, 385 Millionen DM aufzustocken, ist zugleich beschlossen, etwa 200 Millionen DM darüber hinaus ins nächste Jahr zu übernehmen, denn die tatsächlichen Verbesserungen sind eine Verdoppelung des ursprünglichen Ansatzes der Bundesregierung. Da diese aber kassenmäßig nicht mehr voll zur Auszahlung kommen, geht es in das nächste Jahr über. Wir haben also im nächsten Jahr nicht nur das Mehr, das aus den Verbesserungen im allgemeinen kommt, sondern auch noch diese 200 Millionen DM. Ich würde also mit einigem Vorbehalt sagen, da sind wir schon bei annähernd 750 bis 800 Millionen.

Da auf der anderen Seite – auch hier kann ich nur die ungefähren Zahlen geben – die Einigung über die Verteilung des Länder/Bundes-Anteils bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer das Ihnen bekannte Ergebnis gebracht hat, sitzen wir hier noch mit einem zusätzlichen Defizit von rund 400 Millionen. Das heißt nackt und nüchtern,

weil wir auch gegenüber den mittelständischen Kreisen nun in eine Steuerpflicht hineinwachsen und den großen Arbeitnehmergruppen wegen der ansteigenden Löhne etwas entgegenkommen wollen durch eine halbwegs brauchbare Steuerreform, haben wir global gesehen schon durch diese Maßnahmen den im kommenden Jahr zu erwartenden Zuwachs an Steuereinnahmen bereits gefrühstückt.

Die Bundesregierung hat zunächst für die Kriegssopfer einen Gesetzentwurf vorgelegt, der allgemeine Verbesserungen, und zwar schwerpunktmäßig, von ungefähr 400 Millionen DM vorsah. Aufgrund des dann kommenden Drucks aus den Verbänden haben wir uns entschlossen – der jetzige Bundeskanzler hat damals in der Kabinettsitzung erhebliche Bedenken geäußert –, eine allgemeine durchgängige Erhöhung der Grundrenten der unteren Beschädigungsgrade einzuführen.⁶⁹ Wir kamen dabei mit dem Vorschlag von 11 bis 12 % auf die berühmten 640 Millionen DM.

Nun brauche ich Ihnen nicht zu schildern, wie unsere Front hier aufgeweicht worden ist. Was aber für mich persönlich und auch für die Bundesregierung sehr schmerzlich war, ist folgendes: Nachdem der Bundeskanzler seine Regierungserklärung abgegeben und seinen Maßhalteappell verkündet hatte, haben wir unsere Leute im Haushaltsausschuß immer wieder dazu aufgefordert, fest und hart zu bleiben, denn es seien nicht mehr als 700 Millionen für diesen Zweck herauszuschinden. Als es dann aber an die Beratungen unseres Regierungsentwurfs ging, hat man in dem zuständigen Ausschuß, ohne überhaupt auf die Bundesregierung zu hören, alle Grundrenten durchweg um 30 % erhöht, aber wohlweislich bei den geringen Graden, wo es um kleinere Summen ging. Das mußte man nachher revidieren, und da sind die Meinungen auseinandergefallen; denn der eine hat den anderen zu übertrumpfen versucht, weil man der irrigen Meinung war – ich ernte jetzt Widerspruch, aber ich sage es doch –, wenn man sagen könne, die und die Renten sind um 5 % erhöht worden, daß dieses nun irgendeinen politischen Wahlgewinn brächte.

Das halte ich für eine völlig falsche Auffassung und Darstellung. Dann hat man gesagt, die Bundesregierung komme nur sehr schwer aus dieser Lage heraus, und der Bundeskanzler werde sich außerordentlich schwer tun, den Artikel 113 des Grundgesetzes anzuwenden. Nun, ich bin der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler Erhard nicht recht hat, wenn er eben meinte, man könne hier rechtlich den Artikel 113 des Grundgesetzes nicht anwenden. Das kann man wohl. Wir haben nämlich heute morgen im Kabinett in Ihrer Abwesenheit, Herr Bundeskanzler, das prüfen lassen und dabei festgestellt, daß es doch möglich ist, den Artikel 113 des Grundgesetzes anzuwenden. Aber, ich meine, was soll diese theoretische Betrachtung, wenn man sich darüber klar ist, daß man es politisch nicht machen kann.

Im Haushaltsausschuß hat dann die SPD gesagt, es sei Geld dafür vorhanden. Und dann haben sich zwei Abgeordnete, einer von der FDP und einer von der CDU,

⁶⁹ Der Entwurf der Bundesregierung zum Zweiten Neuordnungsgesetz vom 7. Juni 1963 (Drs. IV/1305) sah eine geringere Erhöhung der Grundrenten der unteren Beschädigungsgrade als das später beschlossene Gesetz vor.

um den Ruhm gestritten, wer nun in der Zeit der Weihnachtsferien am fleißigsten gewesen sei, das im einzelnen herauszufinden. Wenn man nun an verschiedenen Stellen etwas wegnimmt, so z. B. fünf Millionen beim Bergwerk, wodurch Zechen stillgelegt werden, oder 35 Millionen beim sozialen Wohnungsbau für Unteroffiziere, dann frage ich Sie, in welche Situation kommen wir? Das geht über eine ganze Reihe von Kürzungen so weiter.

Wenn wir demnächst in die Wahl gehen, wird man nicht abwägen zwischen dem, was die Bundesregierung oder was die Fraktion im einzelnen falsch gemacht hat, sondern man wird uns in unserer Gesamtheit und nach unserer Gesamtpolitik beurteilen. Ich kann nur sagen, daß ich hier den Grad von politischer Geschlossenheit vermissem, der dringend notwendig wäre. In der vergangenen Legislaturperiode war man einmal, als man im zweiten Jahre aus den Sommerferien zurück kam, zu der Überzeugung gekommen: Jetzt machen wir gar nichts mehr, dann können wir auch nichts verkehrt machen. – Und nun hört man schon wieder solche Töne: Nun haben wir bloß noch zwei Jahre, und deshalb können wir gewisse Dinge nicht zum Abschluß bringen. Meine Herren! Man soll sich nicht selber aufgeben, denn sonst hat man politisch verloren.

Nun etwas zum Sozialpaket! Wenn Sie glauben, nachdem es nunmehr gelungen ist, etliche 100 Millionen für die Kriegsoffer freizumachen – dabei handelt es sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, doch fast nur um Menschen, die in vollem Lohn und gutem Einkommen stehen –, es aber den kinderreichen Familien zumuten zu können, nachdem sie schon seit 1959 keinerlei Erhöhungen mehr bekommen haben, noch länger zu warten, dann irren Sie gewaltig. Wenn wir keine gesplante Sozialpolitik machen wollen, dann dürfen wir nicht zulassen, daß unsere kinderreichen Familien vergessen werden.

Wir dürfen auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht, nachdem sich vor allem auch die beiden Kirchen mit großer Zustimmung dazu geäußert haben⁷⁰, unter keinen Umständen darauf verzichten, etwas Entscheidendes für die Arbeitnehmer zu tun. Schließlich und endlich müssen wir auch das erfüllen, was wir gegenüber dem Mittelstand zu tun versprochen haben.

Das aber kann eine Regierung nur dann erfüllen, wenn man ihr Vorhaben nicht dadurch unmöglich macht, daß man immer wieder den Haushalt und die Geschlossenheit zerreißt, und zwar weil die eine oder die andere Gruppe glaubt, aus gewissen Emotionen heraus aus der Geschlossenheit hervorbrechen zu müssen, wodurch das Ganze gesprengt wird. Diese Gruppen glauben aber dann, doch wieder erklären zu müssen, daß der Grundsatz des Sparens und des Sichbescheidens absolut richtig sei und dementsprechend von nun an praktiziert werden müsse. Wir können nur

70 Am 14. Januar 1964 wurden in Bonn gemeinsame evangelisch-katholische „Empfehlungen zur Eigentumspolitik“ veröffentlicht (FAZ vom 15. Januar 1964 „Hilfe bei der Bildung von Eigentum“; „Bonner Rundschau“ vom 15. Januar 1964 „Kirchen: Vermögen gerechter verteilen“).

weiterkommen, wenn wir alle Schichten unseres Volkes gleichermaßen behandeln. Wenn aber der nächste Schritt wieder so sein sollte, wie es in der Kriegsopferfrage gewesen ist, dann werden wir noch an weitere Verbände Geschenke verteilen müssen. Damit aber werden wir im Jahre 1965 vor einer sehr gefährlichen Situation stehen. Darauf wollte ich heute einmal mit aller Deutlichkeit hingewiesen haben.

Adenauer: Erlauben Sie mir auch einige Ausführungen, namentlich zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Blank. Wenn Sie die Allensbacher Zahlen nehmen – ich habe sie hier –, werden Sie finden, daß die Stimmen für die CDU in den Monaten Oktober, November und Dezember abgenommen hatten. Im Monat Oktober standen wir über den Sozialdemokraten. Aber jetzt stehen die Sozialdemokraten wieder über uns.⁷¹ Nun ist das kein Evangelium, denn das schwankt hin und her. Aber, meine Damen und Herren, ich verfolge das all die Jahre. Irgend etwas Wahres ist immer an diesen Tests dran.

Sie haben dann, Herr Kollege Blank, etwas nach meiner Ansicht nicht zu Recht angeführt. Ich habe die Etatrede des Herrn Dahlgrün gehört.⁷² Sie zerfiel in zwei Teile. Der Herr Dahlgrün hat zuerst Ausführungen gemacht, wonach wir nichts mehr hätten, noch irgend etwas auszugeben. Dann hat er von erheblichen Steuerermäßigungen gesprochen. Wie reimt sich das miteinander? Der Wähler, der so etwas hört – ich habe es nicht getan, ich habe ganz andere Gründe dahinter gesucht –, muß sich doch sagen, wenn der Finanzminister es für möglich hält, erhebliche Steuerermäßigungen vorzunehmen, dann ist es doch mit seinen Klagen über die Begrenztheit des Etats nicht weit her. Das hat also Verwirrung gestiftet.

Und worauf beruht das Ganze? Das Ganze beruht darauf, daß wir einen Koalitionspartner haben, dem wir nicht trauen können. Wenn es also gelingt – und ich wünsche bei Gott, daß es dem Bundeskanzler gelingen möge –, die FDP mit der CDU zusammenzubringen, dann können wir uns manches leisten, was wir uns jetzt eben nicht leisten können. Ich habe doch diese Geschichte mitgemacht im Dezember vor einem Jahr, als die FDP ihre ganzen Minister zurückgezogen hat und wo wir doch Wochen an Arbeit verloren haben, nur weil die FDP aus diesem oder jenem Grund einfach nicht wollte. Ein Arbeiten mit der heutigen FDP ist verdammt schwer. Da weiß doch einer vom anderen nicht, was der Betreffende will. Ich beneide den Kollegen Erhard wahrhaftig nicht um die Aufgabe, die er hat, zunächst einmal die Koalition wieder zusammenzubringen.

Glauben Sie mir, was die FDP Ihnen präsentiert hat, hat sie nicht ohne weiteres getan, sondern das ist alles Absicht, auch wenn sie es abstreitet, denn für die Zukunft

71 Auf die Frage „Können Sie mir sagen, welche Partei Ihren Ansichten am nächsten steht?“ antworteten im Oktober 49 % CDU (SPD: 41 %), im November 47 % (42 %), im Dezember 1963 43 % (46 %) und im Januar 1964 43 % (45 %). Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967 (Faltblatt zwischen S. 198 und 199).

72 Gehalten in der 105. Sitzung des Bundestages am 7. Januar 1964 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4795–4807). – Druck in: STARKE u. a.: Haushaltsreden 1962 bis 1966 S. 163–185.

will sie sich damit Wähler sichern. Der Bundeskanzler muß versuchen, die FDP wirklich fest in den Griff zu bekommen, so daß er eine Mehrheit hat, sonst ist es fast unmöglich, mit dem schweren Programm, finanziell und sozial, fertig zu werden. Das ist nur möglich, wenn er sich auf eine Mehrheit verlassen kann. Wenn er sich nicht darauf verlassen kann, muß er von heute auf morgen und von morgen auf übermorgen einen verdammt teuren Weg suchen. Deswegen sollte jeder von uns auf die FDP einzuwirken versuchen, damit sie ein echter Koalitionspartner wird, aber nicht nur ein Koalitionspartner, der nur so nebenbei im Geschäft drin ist und mit der anderen Hand Geschäfte für die Zukunft besorgt.

Erhard: Was Sie gesagt haben, habe ich dem Herrn Dahlgrün vor seiner Rede erklärt – ich hatte sie gelesen –, daß es unmöglich und in höchstem Maße widerspruchsvoll sei, auf der einen Seite ein Sparsamkeitsprogramm aufzustellen und auf der anderen Seite zu sagen, daß neue Ausgaben durch Steuersenkungen möglich würden. Ich habe gesagt: Sie reizen ja geradezu die Leute damit. Dann hat er etwas abgemildert. Aber das war nicht der Herr Dahlgrün, sondern das war die Politik der FDP, sich wiederum populär zu machen.

Amrehn: Ich darf noch einen unerfreulichen Punkt auf Kosten der FDP anführen. Minister Dahlgrün hat Berlin vorgeschlagen, zur Deckung des Haushalts eine Anleihe von 120 Millionen DM aufzunehmen. Was wir also acht Jahre lang mit Hilfe der CDU vermieden haben, hat Herr Dahlgrün den Berlinern auferlegt.⁷³ Und nun passiert folgendes: Im Berliner Abgeordnetenhaus kümmert sich darum kein Mensch. SPD und FDP setzen in den Haushalt statt Anleihen nunmehr Bundesdarlehen ein, und die CDU, die an sich den ganzen Gedanken der Anleihe für falsch gehalten hat, verteidigt im Berliner Abgeordnetenhaus die Haltung der Bundesregierung nur aus Loyalität zu ihr. Und vorgestern beschlossen die Bundestagsfraktionen von SPD und FDP, 120 Millionen noch in den Bundeshaushalt als Darlehen einzusetzen und keine Anleihe zu machen, und zwar deshalb, weil die CDU durch ihren Einwand, den sie beizeiten beigetragen hat, den Gesichtspunkt des der FDP angehörenden Finanzministers widerlegt hat, und wir stehen nun wieder einmal dazwischen. Die Bundesregierung wird von uns verteidigt, aber die FDP läßt dieselbe Bundesregierung aufsitzen, und wir sind die schwarzen Schafe, die die Bundesregierung vertreten haben gegen ihre eigene Überzeugung. Wir erleben jetzt, daß beide zusammen im Haushaltsausschuß die 120 Millionen DM beschließen. (*Erhard:* Das ist völlig ausgeschlossen.)

Lücke: Herr Bundeskanzler! Ich knüpfe an Ihre Bemerkungen an. Die FDP kämpft zur Zeit einen Existenzkampf. Ich möchte hier ein Wort des Kollegen Scheel⁷⁴ zitieren, daß nämlich die CDU und die FDP zum Siegen verurteilt seien. Ich warne also

⁷³ In der Haushaltsrede vom 7. Januar 1964 sprach Dahlgrün von einer Berliner Anleihe von 132 Millionen DM (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4800).

⁷⁴ Walter Scheel (geb. 1919), 1953–1974 MdB (FDP), 1961–1966 Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 791 Anm. 27.

dringend davor, überhaupt Äußerungen aus diesem Gremium nach draußen dringen zu lassen, daß wir eine Alternative hätten. Die CDU hat keine Alternative, und auch die FDP hat keine. Ich werte deshalb die Gründe, Herr Barzel – ich habe es heute Herrn Mende gesagt –, warum die FDP den Kollegen Blank überstimmt und nicht zugelassen hat, daß diese Frage auf die Tagesordnung kam, sehr viel schärfer. Ich erfuhr dabei, daß das vorgesehene Gespräch des Bundeskanzlers mit der Koalition erst heute früh mit Dahlgrün und Mende geführt werden sollte. Ich habe den Eindruck, daß Dahlgrün und Mende wissen, was für sie und die Koalition auf dem Spiel steht. Wenn diese Koalition nicht zusammengeht, wird sie untergehen. Das sollten wir denen auch ganz hart sagen und das Ganze auf die politische Seite abstellen.

Wir haben keine Möglichkeit, den Bundestag aufzulösen. Wir haben keine Möglichkeit, vorzeitig Wahlen auszuschreiben. Wir sind tatsächlich zum Siegen in dieser Koalition verurteilt. Wenn wir nicht siegen, können wir uns das andere ausmalen. Herr Schröder meinte, wir sollten wegen der Passierscheine an die Zukunft denken. Nun, ich habe Herrn Dehler im Fernsehen erlebt. Er hat nicht nur Verhandlungen mit der Zone gefordert, sondern geradezu lächerlich gemacht, warum wir das nicht tun. Nun meine ich, ist es die ungeheuer wichtige Aufgabe des Herrn Bundeskanzlers, am kommenden Dienstag⁷⁵ hier endlich Klarheit zu schaffen, und zwar insbesondere über die außenpolitischen und die innenpolitischen Richtlinien.

Hier mein Vorschlag! Natürlich ist die Sache mit den Kriegsopfern schlecht gelaufen. Die Bundesregierung hat vor Weihnachten eine scharfe Erklärung abgegeben, daß in dem Etat von 60,3 Milliarden kein Polster mehr sei. Warum ist das dann gescheitert? Nun, wir sollten es nicht allein der FDP zuschieben, denn in den Gesprächen vor Weihnachten hat Herr Strauß erklärt, daß er das mit dem Kriegsoffer nicht mitmachen könne. In beiden Fraktionen wurde dann dieser Vorschlag vollzogen. Der Stufenplan, der nicht von der Bundesregierung stammt, wurde dem Bundeskanzler aufoktroziert. Der Stufenplan differenziert nur noch – relativ gesehen – geringfügig gegenüber dem jetzt zum Schluß kommenden Gesetz.

Nun wissen wir doch, wir werden die Wahl nur gewinnen können, wenn wir die Währung stabil halten. Das ist das einzige, mit dem wir die Wahl gewinnen können. Wir waren uns darüber klar, daß wir den Artikel 113 des Grundgesetzes bei den Kriegsopfern nicht anwenden konnten. Unsere Ministerpräsidenten haben kapituliert und zu erkennen gegeben, sie würden es notfalls aus den Ländern finanzieren. In dieser Notlage konnte die Bundesregierung nur eines tun, nämlich hart zu erklären: 60,3 Milliarden und keinen Pfennig mehr.

Nun hat der Bundestag zwar das Budgetrecht; das ist richtig. Es wurde vorgeschlagen, dann mag der Bundestag suchen – und Herr Strauß hat das unterstützt –, woher

⁷⁵ Am 21. Januar 1964 fand ein Koalitionsgespräch („Sozialpaket“) statt (Terminkalender Erhard).

er das Geld nimmt. Der Bundestag hat nun ausgewählt und aus 94 Positionen etwas genommen. Wir sind aber nicht hinzugezogen worden. Man hat aber in dieser Frage die SPD, die in Berlin tagte, offiziell konsultiert. Die CDU ist aber nicht mehr in der Lage, draußen öffentlich dagegen Sturm zu laufen. Die Streichungen sind zum Teil unmöglich, aber das Parlament hat das Budgetrecht. Ich würde deshalb empfehlen, die Sache in der Öffentlichkeit nicht zu zerreißen, weil sie psychologisch schwer geladen ist, sondern sie hinzunehmen.

Nun komme ich zum Sozialpaket. Am kommenden Dienstag fällt die Entscheidung darüber, ob die Koalition hält. Wir haben zahlreiche Gespräche in der Fraktion darüber geführt, was wir mit dem Sozialpaket machen sollen. Ich habe den Eindruck, daß der Wille vorhanden ist, der Bundesregierung zu helfen, die Stabilität der Währung zu halten und das Sozialpaket zu verabschieden. Ich habe den Herren Mende und Dahlgrün gesagt, daß es unmöglich sei, wenn die FDP in solchen Fragen gegen uns stimme. Herr Mende hat erwidert, er selber könne nicht dafür, das seien seine Experten gewesen. Ich glaube nicht daran. Aber weil auch die FDP zum Siegen verurteilt ist, muß am Dienstag klargestellt werden, welchen Weg und welche Methode wir zur Verabschiedung des Sozialpakets einschlagen müssen.

Es gibt natürlich Variationen hin und her, aber ich halte es für möglich, daß wir es machen können. Da es aber keine Alternativen gibt, muß die CDU/CSU ihr ganzes Gewicht einsetzen. Die Fraktion ist auch dazu bereit, daß wir in diesen Wochen das Gesetz verabschieden. Das Sozialpaket darf nicht zerrissen werden, weil ich vom Baumarkt her gesehen die Bauarbeiter dringend brauche. Wir können keine Kranken- und Feiertage in der Form gebrauchen, wie wir sie mit der Fehllösung bei der Lohnfortzahlung getroffen haben. Wir brauchen die Leute dringend am Bau.

Wenn ich so hart hier spreche, dann deshalb, weil in den letzten Jahren viel vertan worden ist. Wie dem auch sei, jetzt müssen wir die Koalition halten. Wenn wir jetzt eine große Koalition SPD/CDU bekämen, würde die CDU bald untergehen. Darum mein Vorschlag: Wir sind zum Siegen verurteilt und müssen deshalb hart verhandeln.

Dufhues: Für ein Gremium wie den Bundesvorstand ist es von Interesse, einiges über die Meinungsumfragen zu erfahren. Im Wettbewerb mit der SPD haben wir Monate hinter uns, in denen wir um sechs und mehr Prozent im gesamten Stimmenanteil hinter der SPD zurücklagen. In den letzten Monaten haben wir aber wieder zunehmend aufgeholt. Zu Beginn des Monats Oktober haben wir gleichgezogen. Die letzte EMNID-Umfrage, die mit dem 17. Dezember 1963 abgeschlossen wurde, weist aus, daß bei einer Wahl 34 % der Stimmen auf die CDU, 33 % auf die SPD und 6 % auf die FDP fielen. Dabei ist bemerkenswert, daß ein verhältnismäßig hoher Anteil der Stimmen unsicher und unbestimmt ist. Ein hoher Anteil unklarer Stimmen ist aber jeweils ein Zeichen dafür, daß ein Prozeß der Umwandlung der Meinungen im Gange ist. Es kommt nun darauf an, diese Entwicklung durch eine überzeugende Politik zu fördern.

Ich weiß, daß Meinungsumfragen nur begrenzte Bedeutung haben. Ich weiß auch, daß zwischen EMNID und Allensbach gewisse Differenzen bestehen, aber insgesamt scheint mir doch der Trend wichtig zu sein, der sich aus den bisherigen Umfragen ergibt. Die FDP hat gegenüber dem Dezember 1962 8 % verloren. Mitte Dezember 1963 ist sie wieder bei 6 % angelangt. Das macht sie unsicher, und das führt zu Torheiten.

Adenauer: Dann kann ich in Ihrer aller Namen dem Herrn Bundeskanzler alles Gute wünschen für die Verhandlungen am nächsten Dienstag. Ich finde den Vorschlag des Kollegen Lücke sehr gut, jetzt nicht lediglich auf das Sozialpaket loszugehen, sondern – so habe ich ihn verstanden – zunächst einmal den Freien Demokraten klarzumachen, daß beide Parteien miteinander zu einer Koalition verurteilt sind, das heißt mit anderen Worten, wenn die Koalition auseinanderbricht, werden die Freien Demokraten die größeren Verluste haben und von der politischen Bühne mehr oder weniger verschwinden.

Ich empfehle Ihnen, bei den Verhandlungen am Dienstag nicht das Sozialpaket allein in den Vordergrund zu rücken, sondern darauf hinzuweisen, daß beide Parteien, die FDP wie wir, ein Interesse daran haben müssen, daß die Koalition bestehen bleibt. Nach meiner Meinung würden wir sogar, wenn jetzt eine Koalition zwischen den Sozialdemokraten und der FDP herauskäme, die Bundestagswahl im Jahre 1965 totensicher gewinnen; denn dann wäre die FDP erledigt.

Damit können wir zurückkehren zu der Berlin-Frage und zu den Vorschlägen, die uns für einen Beschluß gemacht werden.

Schröder: Der Entwurf, den ich vorschlage, lautet:

„Die Vorgänge bei der sogenannten Passierscheinregelung in Berlin wurden eingehend besprochen. Der CDU-Bundesvorstand billigt die Haltung der Bundesregierung. Er teilt ihre Auffassung, daß die Form der Regelung die äußerste Grenze des technischen Kontakts mit den Behörden der Sowjetzone darstellt. Das Ziel einer etwaigen künftigen Regelung muß die Freizügigkeit in ganz Berlin ohne jede Diskriminierung sein.“

Der Vorschlag von Herrn Amrehn unterscheidet sich von meinem praktisch nur in einem Satz. Er lautet:

„Die Vorgänge bei der sogenannten Passierscheinregelung in Berlin wurden eingehend besprochen; der CDU-Bundesvorstand hat dazu die Ansicht des Berliner Landesverbandes zur Kenntnis genommen. Der CDU-Bundesvorstand ist mit der Bundesregierung der Auffassung, daß die Regelung die äußerste Grenze dessen darstellt, was noch verantwortet werden konnte. Sie kann kein Modellfall für weitere Regelungen sein. Das Ziel künftiger Regelungen muß die Freizügigkeit in Berlin ohne jede Diskriminierung sein.“

Vielleicht erlauben Sie mir zu sagen, warum ich für die Fassung Nr. 1 bin. Ich bin deswegen dafür, weil hier von der Form der Regelung gesprochen und ausdrücklich gesagt wird „äußerste Grenze des technischen Kontaktes“. Wir haben ein großes Interesse daran, alles das, was geschehen ist – ohne Rücksicht darauf, daß es anders

interpretiert worden ist von der Gegenseite –, als nichts anderes als technischen Kontakt hinzustellen.

Wenn wir davon ausgehen, daß die Vorschläge vom 3. Januar möglicherweise in derselben Art unterschrieben würden, daß man also von einer Unterschrift auf Weisung des Regierenden Bürgermeister nur schwerlich herunterkäme, dann sollten wir uns nicht festlegen mit den Worten „kein Modellfall für weitere Regelungen“. Wenn wir sagen „äußerste Grenze des technischen Kontaktes“, läßt das nach meiner Meinung die Möglichkeit offen, die andere Sache, die in der Substanz besser ist, zu machen. Das ist der Unterschied zwischen den beiden Vorschlägen.

Amrehn: Der Herr Bundeskanzler hat heute gesagt: Das ist die äußerste Grenze dessen, was noch verantwortet werden kann. Der Herr Brandt hat in der Diskussion im Abgeordnetenhaus in Abrede gestellt, daß er das für einen Modellfall hält. Und dann hat er ausdrücklich abgestritten, er hätte es nicht gesagt.

Wir geben damit der Bundesregierung die Unterstützung, indem das zum Ausdruck gebracht wird. Es werden die Grenzen festgelegt und die Bremsen angezogen. Es ist im übrigen keine Erklärung der Bundesregierung, die ihre Verhandlungen weiterführen kann, sondern es ist nur eine Grenze, die der Bundesvorstand setzt. (*Schröder:* Das ist ein sehr harter Satz: Sie kann kein Modellfall für weitere Regelungen sein. – Warum sollen wir das in einer solchen Weise sagen, wenn wir es auch anders ausdrücken können?) Wenn wir sagen „sie ist nicht als Modellfall geeignet“, ist das schwächer? (*Schröder:* Ich würde nur sagen: Es ist die äußerste Grenze der Form eines technischen Kontaktes erreicht.) Das ist zu wenig!

Schröder: Wie ich alles weitere beurteile, bleibt mir dann frei. Warum soll ich mich binden, indem ich „Modellfall“ sage?

Adenauer: Ich finde die Ausführungen von Herrn Schröder richtig. Ich würde das Wort „Modellfall“ überhaupt nicht gebrauchen, sondern den ersten Vorschlag annehmen; das ist besser als „Modellfall“.

Erhard: Herr Amrehn! Sie haben sich mit Herrn Westrick über diese Frage unterhalten. Sie wissen, daß wir es nicht als Modellfall betrachten. Ich darf Ihnen sagen, daß wir heute für die Verhandlungen in Berlin zwischen Korber und Wendt folgenden Standpunkt der Bundesregierung durchgegeben haben:⁷⁶

„Daß die Frage der Erleichterung im Personenverkehr zwischen den beiden Teilen Berlins [für uns] eine rein humanitäre Angelegenheit sei.

Zu ihrer Regelung bedarf es unserer Ansicht nach überhaupt keiner besonderen Abmachung, keinesfalls aber einer solchen politischen Charakters. Dies gilt auch für den Verkehr von Ost- nach West-Berlin. Zur Erörterung technischer Detailfragen stehe ich Ihnen zur Verfügung.

⁷⁶ Vgl. AAPD 1964 S. 128 f.

Alle Fragen, die den innerdeutschen Verkehr und den innerdeutschen Handel betreffen, fallen in die Zuständigkeit der Treuhandstelle für Interzonenhandel. Um Mißdeutungen auszuschließen, möchte ich feststellen, daß ich meine Erklärung im Einvernehmen mit den für den Status für Berlin zuständigen Stellen abgebe.“

Danach ist also eine ganz klare Situation gegeben, und damit ist der Modellfall automatisch draußen.

Amrehn: Ich habe keine Bedenken, diesen Satz fallenzulassen. Nur würde mir die andere Formulierung vom Herrn Schröder mit dem technischen Kontakt zu eng erscheinen, weil es doch ins Politische gegangen ist, und wenn wir es jetzt so ändern, haben wir es eingeengt. Es bleibt verständlicher, wenn wir die Worte des Bundeskanzlers gebrauchen „es ist die äußerste Grenze“. Das wird draußen besser verstanden.

Schröder: Man wird versuchen, über den Deutschlandplan und dergleichen zu sprechen und wird darauf hinweisen, daß es technische Kommissionen geben könnte. (*Amrehn:* Wir können hinzusetzen, daß es auf alliierte Anordnung geschieht.) Wir können aber hier die kurze Stellungnahme nicht belasten mit der ganzen Problematik. Deshalb bin ich dafür, daß das herausbleiben soll. Natürlich sollen technische Kontakte nur zustande kommen können unter einer Oberhoheit, wenn auch diese Sache völlig ungebunden ist und bleibt; denn darauf legen die Alliierten größten Wert. Ich würde aber diese Sache unbedingt als einen technischen Kontakt bezeichnen. Wenn wir es anders charakterisieren, kommen wir in des Teufels Küche.

Adenauer: Herr Minister Schröder hat recht. (*Zuruf:* Brauchen wir denn überhaupt eine Entschließung? – *Lücke:* Lieschen Müller begreift diese Unterschiede doch nicht! Wem wollen Sie das klarmachen?)

Schröder: Das werden Sie dem Lieschen Müller nie klarmachen können. Das soll aber die politische Situation des Bundesvorstandes festlegen. Das kann für die nächsten Monate von großer Bedeutung sein. Warum sollen wir eine Sache weiter behandeln, als es in der Abwehr und Eingrenzung notwendig ist? (*Adenauer:* Herr Schröder hat recht, Herr Amrehn! – *Amrehn:* Im technischen Kontakt kann es keine äußerste Grenze geben!) Es ist gesagt, daß die Form der Regelung die äußerste Grenze ist. Man darf in der Form nicht weitergehen, als es hier geschehen ist. Was der technische Kontakt im einzelnen sein wird, das werden wir beschreiben müssen. Dabei denke ich nicht nur an Berlin, sondern auch an die gesamtdeutsche Konzeption.

Barzel: Wenn wir auch nicht das ganze Gebiet der deutschen Frage hervorkehren können, so tun wir als Partei doch sehr gut daran, bei dieser Sache nicht nur von der Freizügigkeit Berlins zu sprechen. Es ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Menschen an der Zonengrenze sind wütend, daß wir immer nur von Berlin sprechen und nicht von ihnen. Deshalb würde ich empfehlen, folgendes hinzuzufügen: „Die CDU hält an ihrer bisherigen Deutschlandpolitik fest.“ Das mit dem Modellfall halte ich nicht für gut.

Adenauer: Das sollte man machen!

Schröder: Der Gedanke von Herrn Barzel ist richtig. Hier sitzen wir in der Auseinandersetzung. In Berlin laufen die weiteren Besprechungen. Dort wird morgen oder übermorgen über dieses Thema gesprochen. Und dazu nehmen wir Stellung. Wir sind weiß Gott für Freizügigkeit in ganz Deutschland. Aber da müssen wir ein längeres Kapitel machen, in dem die Deutschlandpolitik beschrieben wird. (*Amrehn:* So bekommen Sie es zu Leopold zurück, indem Sie die Frage hineinnehmen.)

Barzel: Ich darf folgendes vorschlagen:

„Die Vorgänge bei der sogenannten Passierscheinregelung in Berlin wurden eingehend besprochen. Der CDU-Bundesvorstand hat dazu die Ansicht des Berliner Landesverbandes zur Kenntnis genommen.

Der CDU-Bundesvorstand ist mit der Bundesregierung der Auffassung, daß die Form der Regelung die äußerste Grenze des technischen Kontaktes zwischen der Sowjetzone und uns darstellt. Das Ziel künftiger Regelungen muß die Freizügigkeit sein. Die CDU hält an ihrer bisherigen Deutschlandpolitik fest.“

Damit haben wir alles gesagt. (*Schröder:* Das ist aber nicht zwingend logisch! – *Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Wir sollten einen Gedankenstrich dazwischen machen. Damit sind Sie einverstanden? (*Amrehn:* Einverstanden!) Dann können wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehen.

BUNDESPARTEITAG IN HANNOVER VOM 14. BIS 17. MÄRZ 1964

Dufhues: Der nächste Bundesparteitag soll vom 14. bis 17. März in Hannover stattfinden. Er umfaßt die Tage vom Samstag bis zum Dienstag. Diese Tage haben wir gewählt, um vielen Delegierten, die nur vorübergehend ihrer Tätigkeit fernbleiben können, die Möglichkeit zu geben, am Parteitag teilzunehmen. Ich darf zugleich erwähnen, daß wir, wenn wir den Parteitag am Dienstag abschließen, eine stärkere Resonanz in der Presse haben, als z. B. am Wochenende.

Es ist nicht der letzte Parteitag vor den Bundestagswahlen. Es besteht die Absicht, im Frühjahr des nächsten Jahres einen weiteren Bundesparteitag abzuhalten.

Nun zu der Gliederung und Thematik dieses Bundesparteitages! Es ist vorgesehen, daß vor dem Plenum des Bundesparteitages der Herr Bundesvorsitzende Dr. Adenauer und der Herr Bundeskanzler Dr. Erhard sprechen werden, wobei Herr Dr. Adenauer insbesondere zur Situation der Christlich-Demokratischen Union, über ihre Ziele und ihre Aufgaben, sprechen wird. Außerdem werden vor dem Plenum des Bundesparteitages Berichte erstattet werden, und zwar einmal der Bericht des amtierenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. Ich nehme an, daß Herr von Brentano bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage sein wird, so daß wir damit rechnen, daß Herr Barzel diesen Bericht geben wird. Außerdem werde ich selbst den Rechenschaftsbericht für die Partei erstatten.

Der Bericht des Bundesvorsitzenden und mein Bericht sind für Sonntag vormittag vorgesehen. Am Nachmittag findet eine ausführliche Plenardebatte statt. Der Montag beginnt zunächst mit dem Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion. Im Anschluß daran haben wir den großen politischen Vortrag von Bundeskanzler Professor Dr. Erhard. Dann schließt sich eine Plenardebatte bis zum Mittag an.

Wir legen Wert darauf, daß insbesondere die Darlegungen von Bundeskanzler Erhard in aller Ausführlichkeit vor dem Plenum diskutiert werden. Am Nachmittag des Montags zieht sich der Parteitag in fünf Arbeitskreise zurück, und zwar sind es Arbeitskreise, die in aller Öffentlichkeit stattfinden werden, so daß wir – wie auf dem Parteitag in Dortmund gerade im Hinblick auf die dort gesammelten sehr positiven Erfahrungen – auch die Presse zu den Beratungen der Arbeitskreise zulassen möchten.

Bisher sind folgende Arbeitskreise vorgesehen: Arbeitskreis I: Grundsatzfragen einschließlich Fragen der Parteiarbeit, Arbeitskreis II: Außen- und Sicherheitspolitik, Arbeitskreis III: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Arbeitskreis IV: Kulturpolitik, Arbeitskreis V: Agrarpolitik. Der Agrarausschuß der Bundespartei befaßt sich bereits seit einem Jahr mit dem Entwurf eines agrarpolitischen Programms. Nach Auskünften, die ich erhalten habe, werden diese Vorarbeiten voraussichtlich Ende dieses Monats auf einer großen Tagung des Bundesausschusses für Agrarpolitik abgeschlossen werden, so daß die Voraussetzungen gegeben sind, auf dem Bundesparteitag in Hannover, also in einer Umgebung, die sehr stark von der Landwirtschaft beeinflußt ist, dieses Programm mitzuteilen und sehr eingehend zu diskutieren.

Am Dienstag des Bundesparteitages werden wir dann im Plenum die Berichte der Arbeitskreise entgegennehmen. Wir werden dann die nach der Satzung durchzuführenden Wahlen vornehmen. Schließlich wird der 1. Vorsitzende den Schlußvortrag halten.

Für diesen Parteitag muß naturgemäß ein Klima geschaffen werden, das in der unmittelbaren Umgebung von Hannover, aber auch in der breiten Öffentlichkeit eine möglichst starke Resonanz hervorrufen wird. Gerade Hannover hat ein solches Klima dringend notwendig; denn daß die Hannoveraner von Natur aus zur CDU neigen, kann man ihnen nicht nachsagen. Herr Fricke, ich hoffe, daß wir eine gute Aufnahme in Hannover finden werden. (*Fricke*: Sie sprechen von der Stadt Hannover!) In der Stadt findet der Bundesparteitag statt.

Deshalb sind verschiedene Veranstaltungen vorgesehen, die die Arbeit des Bundesparteitages im engeren Sinne ergänzen sollen. Zunächst hat das Präsidium dem Vorschlag zugestimmt, daß ein Forumsgespräch stattfinden soll, etwa unter dem Titel „Die CDU und die Intelligenz“. Wir haben überlegt, daß die Leitung dieses Forums Herrn Gerstenmaier anvertraut werden soll. Ich bin sicher, daß nicht nur die Angehörigen der Gruppe 47⁷⁷ erscheinen, sondern daß auch die wirklichen Vertreter des deutschen

77 1947 gegründeter literarisch-publizistischer Kreis. Vgl. Hans Werner RICHTER (Hg.): *Almanach der Gruppe 47 1947–1962*. Reinbek bei Hamburg 1962.

Geistesleben zu einer Aussprache kommen werden, die nach meiner Erfahrung in hohem Maße das Interesse der deutschen Presse und der deutschen Öffentlichkeit finden wird. (*Adenauer*: Wollen Sie den Titel noch einmal wiederholen!) „Die CDU und die deutsche Intelligenz“. (*Adenauer*: Was heißt, die deutsche Intelligenz?) Das weiß ich auch nicht. (*Heiterkeit*.) Das ist nur ein Arbeitstitel. Wir überlegen noch. (*Gurk*: Die CDU und die deutschen Geistesarbeiter!) Dagegen würde ich große Bedenken haben. Wir wollen uns in diesem Forum auseinandersetzen mit den Kräften der deutschen Intelligenz, die es immer noch nicht erfahren haben, was es bedeutet, einen Staat aufzubauen, und daß sie Verantwortung zu tragen und mitzuarbeiten haben. Das sollte in etwa das Thema dieses Forums sein.

Um ein Klima für den Bundesparteitag zu schaffen, ist vorgesehen, daß eine umfassende Plakatierung für die Dauer von zehn Tagen vor dem Parteitag in Hannover und Umgebung durchgeführt wird. Wir haben auch überlegt, daß in allen Zeitungen in Hannover und Umgebung Inserate aufgegeben werden.

Wir überlegen noch – das ist noch nicht abschließend erörtert worden –, ob wir auch ein Jugendforum stattfinden lassen.

Schließlich ist vorgesehen, eine große Ausstellung etwa unter dem Titel „Stationen deutscher Geschichte“ durchzuführen, und zwar mit großen überzeugenden Aufnahmen aus der Geschichte Deutschlands seit 1945, wobei in besonderer Weise bis in die jüngste Zeit hinein die Leistungen der Christlich-Demokratischen Union und ihrer führenden Persönlichkeiten dargestellt werden sollen.

Diese Ausstellung wird einen Kostenaufwand von etwa DM 200.000,- bis DM 250.000,- erfordern. Das hat uns zunächst bedenklich gemacht. Wir haben aber in den einzelnen Landesverbänden ausgezeichnete Erfahrung gemacht mit der Durchführung derartiger Ausstellungen. Ich habe festgestellt, daß auf reinen Wirtschaftsmessen die Einrichtung eines solchen CDU-Standes einen großen Zulauf gefunden hat, weil die Besucher der Messe sich dort entspannen und gleichzeitig auch Anregungen sammeln können. Deshalb wäre diese Ausstellung geeignet, den einzelnen Landesverbänden für ähnliche Veranstaltungen und Messen zur Verfügung zu stehen. Ich glaube, daß wir damit ein wirksames Werbemittel für die CDU geschaffen haben.

Ich habe Ihnen das Ergebnis der mehrfachen Beratungen des Präsidiums mitgeteilt. Dieser Bericht wäre noch in Einzelheiten hinsichtlich der Personen, die in den Arbeitskreisen sind, zu ergänzen. Ich möchte ihn aber nicht allzuweit ausdehnen, sondern Sie bitten, gewisse Überlegungen noch dem Präsidium vorzubehalten hinsichtlich der Ausführung und Durchführung des Parteitages im einzelnen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie von diesen Vorschlägen zustimmend Kenntnis nähmen und somit das Präsidium ermächtigten, die Einzelheiten des Bundesparteitages vorzubereiten und zu beschließen.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht?

Süsterhenn: Alles das, was vorgesehen ist, ist außerordentlich interessant und sehr wertvoll. Ich finde nur, das in Aussicht genomme Programm ist zu massiert.

Es sind zu viel wichtige Dinge, die da auf drei Tage zusammengedrängt werden, von denen zwei Tage – weil keine Zeitungen zum Wochenende erscheinen – für die Presseberichterstattung völlig ausfallen. (*Widerspruch.*) Ich möchte einmal die Zeitung in Deutschland sehen – selbst wenn sie wohlwollend ist –, die in der Lage wäre, gleichzeitig das Intelligenzforum, das neue Agrarprogramm, die große politische Rede des Bundeskanzlers und alle die anderen Sachen zu behandeln.

Wir produzieren etwas Gutes, was wir aber bei dieser Konzentration in einem kurzen Zeitraum zum Wochenende einfach nicht unter die Leute bringen können. Das ist mein Bedenken.

Kraske: Ich glaube, daß Herr Dr. Süsterhenn den zeitlichen Ablauf nicht richtig sieht. Wir beginnen mit dem Parteitag praktisch am Sonntag nachmittag. Vormittags ist die Eröffnung. Nachmittags ist die erste Diskussion; das heißt für die Montagspresse. Die Montagspresse ist zwar durch den Sport in gewisser Weise eingeschränkt, aber für wichtige politische Ereignisse ist auf den ersten beiden Seiten so viel Platz, daß noch gut darüber berichtet werden kann.

Wir haben für die Montagspresse die Eröffnung durch den Herrn Bundeskanzler und das Referat von Herrn Dufhues. Wir haben für die Dienstagspresse das Referat von Herrn Bundeskanzler Erhard und die Diskussion. Und wir haben für die Mittwochspresso die EntschlieÙungen. Ich glaube, daß das pressemäßig durchaus hin- kommt.

Da es viele Themen sind, ist natürlich eine Schwierigkeit vorhanden, aber einmal glaube ich, sind nicht mehr Themen vorgesehen, als wir auch sonst auf Parteitagen behandelt haben. Zweitens würde nach meiner Meinung die Zurückstellung eines Themas in der Presse und bei unseren Freunden viel eher die Frage auslösen, wie kann in dieser Zeit ein Bundesparteitag der CDU stattfinden, ohne sich mit der Agrarpolitik, der Außenpolitik, den Fragen der Partei usw. zu befassen.

Adenauer: Sind Ihre Bedenken beseitigt?

Süsterhenn: Ich wollte nur auf die möglichen Bedenken aufmerksam gemacht haben. Wenn die Herren sich das überlegt haben, wie sie es technisch unter die Leute bringen können, bin ich einverstanden.

Adenauer: Man kann vielleicht auch dadurch Zeit gewinnen, daß man Redezeiten festlegt. Beim Konzil⁷⁸ beträgt die Redezeit zehn Minuten für jeden. Und es darf nur Latein gesprochen werden. Das machen wir nicht. Nach acht Minuten bekommt jeder Redner dort ein nur für ihn sichtbares Zeichen: Du hast jetzt nur noch zwei Minuten Zeit. Das hat sich großartig bewährt. Ich bin nicht dafür, daß wir alle Reden auf zehn Minuten begrenzen, aber vielleicht doch etwas. Auch die Presse wird dafür dankbar sein.

Kraske: Ich bin im vorigen Jahr auf einem englischen Parteitag gewesen. Da gibt es auch diese Lichtzeichen wie auf dem Konzil, aber so, daß sie nicht nur der Redner, sondern auch die Zuhörer sehen. Das hat eine sehr gute Wirkung, weil die Zuhörer auf

78 Zweites Vatikanisches Konzil vom 11. Oktober 1962 bis 8. Dezember 1965.

die Einhaltung der Zeit sehen. Die Reden sind dort sehr kurz gewesen. (*Zuruf*: Was jetzt vorgesehen ist im Arbeitskreis Kulturpolitik, ist auch wichtig für den nächsten kulturpolitischen Kongreß. Es wird vorgeschlagen, diesen Kongreß unter das Thema „Kunst und Gesellschaft“ zu stellen.⁷⁹)

Dufhues: Können Sie uns Ihren Vorschlag schriftlich geben? (*Zuruf*: Ja!)

Adenauer: Frau Dr. Schwarzhaupt hat mir dieser Tage erzählt, Elternbeiräte verschiedener Schulen hätten beantragt, daß Rauchzimmer in den Schulen eingerichtet werden. (*Zurufe*: Hört, hört! – *Bewegung und Unruhe*.) Abiturientinnen von Schulen hätten beantragt, daß ihnen während des Aufsatzes, den sie zu schreiben haben, gestattet wird, einige Zigaretten zu rauchen, weil sie sonst nicht durchkämen. (*Unruhe und Bewegung*. – *Hellwig*: Das sind die Kulturschaffenden! – *Heiterkeit*.) So weit ist es schon gediehen!

Meine Damen und Herren! Ich darf feststellen, daß Sie mit dem gemachten Vorschlag einverstanden sind.

Dann kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

GRÜNDUNG DES WIRTSCHAFTSRATES DER CDU

Dufhues: Sie haben in allen Landesverbänden von der Einrichtung des Wirtschaftsrates gehört und auch die Resonanz in der Öffentlichkeit festgestellt. Nun hat mich unser Parteifreund Katzer gebeten, diese Frage im Bundesvorstand zur Sprache zu bringen. Er mußte aber leider heute früher als erwartet wieder weggehen. Deshalb hat er mich gebeten, auf diese Frage in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes noch einmal zurückzukommen.

Sollen wir nun diese Frage zurückstellen? (*Zurufe*: Ja! – *Hellwig*: Zurückstellen! – *Dichtel*: Bitte zurückstellen, weil auch Herr Scheufelen nicht da ist.) Ich bin einverstanden. Auch ich halte es für richtig, daß die Herren Katzer und Scheufelen an dieser Diskussion teilnehmen.

Adenauer: Wir kommen zum Punkt Verschiedenes.

VERSCHIEDENES

Dufhues: Nach dem Statut der CDU ist jeweils die Wahl des Vorsitzenden von Fachausschüssen der Bundespartei durch den Bundesvorstand zu genehmigen. Gestern ist der Ausschuß für Verteidigungspolitik ins Leben gerufen worden. Wir haben uns mit den Problemen der Verteidigung schon in der Vergangenheit – insbesondere im Arbeitskreis für Außen- und Sicherheitspolitik in der Bundestagsfraktion – befaßt. Wir haben in einzelnen Landesverbänden bereits entsprechende Ausschüsse.

⁷⁹ 3. Kulturpolitischer Kongreß am 9. und 10. November 1964 in Hamburg. Druck in CDU (Hg.): Bildung in der modernen Welt. Bonn 1965.

Es hat sich als dringend notwendig erwiesen, daß die Bundespartei eine sehr viel größere Aktivität auf diesem Gebiet entfalten muß. Mir scheint es notwendig zu sein, daß sich der Fachausschuß nicht nur mit den Problemen der Verteidigung und der Sicherheitspolitik zu befassen hat, sondern daß er vor allem eine Aufgabe hinsichtlich der Wehrpolitik übernehmen sollte, der sich die Sozialdemokratie mit größerer Intensität als die CDU angenommen hat, und zwar wäre es gut, wenn wir als Partei einen besseren Kontakt herstellten zu den Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren der Bundeswehr.

Deshalb ist die Gründung dieses Ausschusses allgemein begrüßt worden. Ich darf im übrigen feststellen, daß der Andrang zur Mitgliedschaft in diesem Ausschuß ungewöhnlich groß war. (*Schröder*: Aber nicht, um die Kasernen zu besuchen!) Ich bin sicher, daß es der Grund war. Vielleicht kann zu einem späteren Zeitpunkt der Vorsitzende des Ausschusses dem Bundesvorstand über seine Tätigkeit berichten. Zum Vorsitzenden wurden gewählt Herr Dr. Kliesing und zu stellvertretenden Vorsitzenden die Herren Nebinger⁸⁰ und Starke⁸¹. Wir haben die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden nicht zuletzt unter regionalen Gesichtspunkten vorgenommen, um Nord- und Süddeutschland in gleicher Weise zu berücksichtigen. Ich bitte Sie, diese vom Bundesausschuß für Verteidigungspolitik gestern getroffene Wahl zu genehmigen. (*Beifall.*)

Ein zweiter Punkt, den ich stellvertretend für Herrn Dr. Burgbacher vortrage, der verhindert ist, an den Beratungen des Bundesvorstandes bis zum Schluß teilzunehmen! Nach unserer Finanzordnung hat der Bundesschatzmeister grundsätzlich auf der ersten Sitzung des Bundesvorstandes im neuen Jahr den Etat der Bundespartei vorzulegen. Er wäre also gehalten gewesen, dieser Aufgabe heute nachzukommen.

Auf der anderen Seite fehlen aber noch wichtige Daten für die Aufstellung des Haushaltsplans, insbesondere präzise Grundlagen für die Einnahmeseite dieses Etats. Dazu gehören auch die Fragen der Bereitstellung öffentlicher Mittel sowie die Vorstellungen für die richtige Kalkulation der voraussichtlichen Spendeneinnahmen. Alle diese Voraussetzungen sind noch nicht gegeben, so daß ich vorschlage, diese Frage bis zur nächsten Sitzung des Bundesvorstandes zu vertagen.

Ich möchte allerdings die herzliche Bitte verbinden, daß sich unsere Freunde der Bundestagsfraktion der besonders schwierigen finanziellen Situation der Christlich-Demokratischen Union – ich möchte annehmen, daß das, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, auch für die CSU gilt – bewußt sein mögen. Sie wissen, daß wir seit dem Jahre 1961 in verhältnismäßig schwierigen finanziellen Verhältnissen leben. Wir haben nicht nur keine Spenden und Zuwendungen von den Fördervereinen erhalten, sondern wir haben sogar 1,3 Millionen zurückzahlen müssen. Das hat sich leider so ausgewirkt, daß wir die Landesverbände nicht in dem Maße unterstützen konnten,

80 In der Vorlage: Kebinger. – Dr. Rolf Nebinger (geb. 1917), 1956–1960 MdL BW (CDU).

81 Volker Starke (geb. 1920), 1966–1978 MdHB (CDU), seit 1972 Vorsitzender des VdK Landesverbands Hamburg.

wie das wünschenswert gewesen wäre. Deshalb die Bitte, darauf hinzuwirken, daß das Parteiengesetz mit der Regelung der steuerlichen Probleme und der Spenden möglichst bald im Kabinett beraten wird. Ich wäre dankbar, wenn die anwesenden Mitglieder des Kabinetts die Sache aufgegriffen und bei der Verabschiedung des Haushaltsplans die Bundestagsfraktion das nachholte, was leider bei der Einbringung des Haushaltsplans nicht in ausreichendem Maße geschehen ist, nämlich zu erreichen, daß die Mittel für die Parteien von 20 auf 40 Millionen erhöht werden. Wenn wir das erreichen, würden wir in etwa die Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Wahlkampf im Jahre 1965 ausreichend finanziert werden könnte.

Es besteht die Absicht, noch eine Sitzung des Bundesvorstandes vor dem Bundesparteitag durchzuführen, und zwar Ende Februar. Außerdem tritt am 25. Januar der Bundesparteiausschuß zusammen.⁸²

Adenauer: Darf ich ein Wort sagen zu dem Finanzbericht! Der Herr Burgbacher könnte die Zahlen, wenn er hier wäre, genau angeben. Ich habe sie nicht genau behalten. Aber wenn das alles so kommt, wie wir es annehmen, das heißt, wenn wir aus den öffentlichen Mitteln den entsprechenden Anteil bekommen und aus den Spenden das erhalten, was wir erstreben, dann bleibt die Sozialdemokratische Partei immer noch mit weit über zehn Millionen Einnahmen über uns, die sie aus dem Ersatz, den sie bekommen hat infolge des Nationalsozialismus, erhalten hat. Sie wissen, daß sie einen sehr großen Ersatz bekommen hat. Wir haben wegen des Nationalsozialismus nichts bekommen, weil wir damals noch nicht da waren. Aber wenn das alles so kommt, dann bleibt eine starke finanzielle Überlegenheit der Sozialdemokraten gegenüber uns.

Dufhues: Nach meinen Informationen verfügt die Sozialdemokratie zur Bestreitung ihrer laufenden Ausgaben über rund 16 Millionen DM im Jahr, während wir dafür rund 3,4 Millionen DM zur Verfügung haben. Wie man diesen Wettbewerb in der modernen Zeit bestehen soll, bleibt das Geheimnis derer, die meinen, daß man auch ohne finanzielle Mittel eine Partei organisieren und auch die notwendige Öffentlichkeitsarbeit betreiben könne.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich unsere heutige Sitzung und danke Ihnen allen herzlich nicht nur für Ihr Erscheinen, sondern auch für Ihr Ausharren.

⁸² Vgl. Nr. 12 Anm. 44.

14

Bonn, Dienstag 25. Februar 1964

Sprecher: Adenauer, Adorno, Amrehn, Blank, Burgbacher, Dichtel, Dittmar, Dufhues, Erhard, Etzel, Fay, Gradl, Hellwig, Katzer, Klepsch, Kraske, Lücke, Meyers, Scheufelen, Schmidt, Seehofer, Stoltenberg.

Bericht zur Lage (Erhard). Bundesparteitag in Hannover; Kandidaturen für den Bundesvorsitz. Verschiedenes: Gründung des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 15.50 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, wenn ich es ablehne, mich dieser Schelle hier zu bedienen, und dafür lieber mit diesem Ding hier auf den Tisch klopfe. (*Fay:* Aber nicht zu hart!) Nicht zu hart, aber doch so, daß man es hört.

Es haben sich leider wieder zahlreiche Herren entschuldigt, und zwar Dr. Gerstenmaier, Dr. Schröder, Herr Lemmer, Dr. Barzel, Herr Blumenfeld, Dr. Fricke, Dr. Gurk, Dr. Oberländer, Dr. Süsterhenn, die Herren Osterloh, Grundmann, Bitter und Dr. Krone, der leider erkrankt ist.

Ich heiße den Herrn Bundeskanzler Erhard herzlich willkommen. Dann darf ich auch Herrn Seehofer herzlich willkommen heißen, der gestern zum Vorsitzenden der CDU in Hannover gewählt worden ist. (*Beifall.*) Sie wissen, daß das ein besonders schwieriges Gelände dort ist, aber er ist ja gewöhnt, durch schwieriges Gelände zu fahren, um Straßen durchzulegen, so daß ich hoffe, es wird ihm auch gelingen.

Meine Damen und Herren! Wir treten damit in die Tagesordnung ein. Ich darf zuerst Herrn Bundeskanzler Erhard bitten, zum Punkt 1 der Tagesordnung das Wort zu nehmen.

BERICHT ZUR LAGE

Erhard: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist für mich fast etwas schwierig, hier nun zu berichten; denn ich muß mich immer darauf besinnen, vor welchem Gremium ich schon etwas gesagt habe, und ich spreche ja ziemlich oft. Welches sind nun eigentlich die Themen, die mir im Augenblick besonders am Herzen liegen? Es sieht so aus, als ob es in unserer Außenpolitik wäre, aber tatsächlich sind mit den europäischen Fragen auch entscheidende Probleme unserer Innenpolitik angesprochen, und zwar auf den verschiedensten Gebieten.

Die NATO wird immer labiler. Die Bereitschaft der einzelnen Partnerstaaten, ihre Pflicht innerhalb der NATO zu erfüllen, ist nur noch schattenhaft zu erkennen. In der Frage der multilateralen Verteidigung sind wir bisher nicht weitergekommen. Ich meine das aus der gesamteuropäischen Sicht, obwohl ich gerade in dieser Beziehung zuversichtlich sein möchte, daß nach den britischen Wahlen auch die Regierung ein positives Votum fällen wird.¹ Das würde wieder einen Hoffnungsschimmer geben für Europa; denn es bedeutet zweifellos eine stärkere Verklammerung und ein verstärktes Gefühl der Zusammengehörigkeit und eines gleichen Schicksals.

Die Kennedy-Runde, zu der sich alle Mitgliedsstaaten der EWG bekannt haben, wird meiner Ansicht nach von einer anderen Seite her gefährdet, nämlich von der inneren Instabilität der europäischen Volkswirtschaft. Es ist kaum zu schildern und man kann es nicht ernst genug nehmen, wie sehr die Kosten- und Preisverhältnisse auseinanderstreben innerhalb Europas. Das schlägt natürlich zurück auf die Handels- und Zahlungsbilanzen. Aus deutscher Sicht schlägt es sich nieder in erheblichen Überschüssen. Das zeigt sich nicht nur in den Handelsbilanzen², sondern es ist auch eine Kapitalflucht nach Deutschland im Gange. Wenn ich Ihnen z. B. sage, daß im Januar dieses Jahres [für] 3,1 Milliarden [DM] Wertpapiere emittiert werden konnten, daß das der Kapitalmarkt hergegeben hat, dann mag sich der eine oder andere darüber freuen, aber der Kenner sieht die Sache etwas anders an; denn das ist nicht allein unsere Tüchtigkeit, die es dahin gebracht hat – ich will sie nicht leugnen –, sondern es ist mehr die Schuld der anderen, denen die Zügel mehr oder minder deutlich aus den Händen geglichen sind und die eine völlige Bewegungsveränderung innerhalb Europas bewirkt haben.

Das wirkt sich natürlich am dramatischsten aus innerhalb des Gemeinsamen Marktes selbst; denn von der Ausgangsposition sind die Zölle um 60 % bereits gesunken; Manipulationsmöglichkeiten anderer Art sind nicht mehr gegeben. Diskriminierungen sind auch weitgehend beseitigt. Wenn wir in die Kennedy-Runde eintreten, dann befürchte ich, daß gesagt wird: Wir Europäer waren guten Willens, nach dem Vorschlag des verstorbenen Präsidenten Kennedy die Zölle um 50 % zu senken oder zumindest davon auszugehen, aber bei dieser unterschiedlichen Entwicklung können wir uns das nicht leisten. Wir können unsere Märkte nicht so weit öffnen und nun nicht nur aus den Partnerländern der EWG, sondern auch aus Drittländern den Waren- und Kapitalstrom ungehemmt hineinlassen. Daß es noch eine weitere Erschwerung wäre, wenn auch die Atlantische Partnerschaft von dieser Seite her angenagt würde, brauche ich nicht zu betonen.

Nun klingt das alles, wenn ich mich selber überprüfe, pessimistischer, als ich es meine; denn auf der anderen Seite ist zweifellos – und ich glaube, wir haben

1 Vgl. Nr. 9 Anm. 27.

2 1963 hatte die Bundesrepublik einen Außenhandelsüberschuß von 6.032 Millionen DM zu verzeichnen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964. Stuttgart 1964 S. 311.

etwas dazu getan – Europa wieder ins Gespräch gekommen. Man weiß und spürt ganz deutlich, daß wir weiterkommen müssen, weil hier ein Stillstand ein Rückschritt wäre. Gerade wenn ich an die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und Differenzierungen in Europa denke, bin ich mir bewußt, daß wir jetzt erst an die schweren Probleme auch innerhalb der EWG selbst herankommen werden.

Wir werden zu keiner Ordnung kommen, wenn wir nicht die ganzen neuralgischen Fragen anpacken, wie z. B. die Haushaltspolitik, die Fiskalpolitik, die Kreditpolitik, die Steuerpolitik und dergleichen mehr. Aber hier stehen unmittelbar Probleme der nationalen Souveränität im Vordergrund, und bei der Empfindlichkeit mancher Länder in bezug auf diese Fragen werden wir nur weiterkommen, wenn wir neben den Mechanismen und neben der Konstruktion des Gemeinsamen Marktes und dem Ablauf der Römischen Verträge wieder eine stärkere politische Verklammerung setzen. Das scheint mir auch deshalb notwendig zu sein, weil Europa wieder ein politisches Profil gewinnen muß; denn sonst wird im Weltgeschehen dieser alte Kontinent an Bedeutung und an Rang verlieren.

Ich weiß nicht, ob ich Ihnen berichtet habe von meinem letzten Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten.³ Es ist merkwürdig, daß gerade diese offene Aussprache, die wir gepflogen haben und die in manchen Teilen zwangsläufig kontrovers war, sicherlich zu einer Festigung der Freundschaft beigetragen hat. Das ist von allen Seiten zum Ausdruck gekommen, und zwar im Tenor. Wenn man so freimütig miteinander sprechen kann, dann ist das schon ein Beweis einer vertieften Freundschaft.

Natürlich habe ich den französischen Staatspräsidenten gefragt, was er sich gedacht hat und welche längerfristige Politik er verfolge mit der Anerkennung Pekings, die doch immerhin die Welt einigermaßen bewegt und allenthalben erschreckt hat. Er hat die These vertreten – ich hatte sie aus der „Neuen Zürcher Zeitung“⁴ –, dieser Dualismus der Machtblöcke zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland werde für die Weltpolitik immer gefährlicher, und er müßte durch einen Pluralismus allmählich aufgelöst werden, worauf ich ihm sagte, dann wäre uns eigentlich das Hemd näher als der Rock, und deshalb sollten wir uns über Europa zuerst verständigen, um daraus eine echte Einheit zu machen, denn das wäre wirklich auch eine Kraft, wenn auch keine dritte Kraft, aber doch ein politischer Wert, während die Spekulationen in bezug auf mögliche Entwicklungen in Rotchina jedenfalls nicht rationalistisch zu deuten seien.

Ich persönlich glaube z. B. nicht, daß eine Neutralisierung von Indochina möglich ist; es sei denn, daß die Neutralisierung einen Übergang oder einen Verfall dieser Staaten in den Kommunismus bedeuten würde. Ich glaube, das kann man fast mit Sicherheit annehmen. Die Amerikaner sind deshalb so neuralgisch, weil sie zur

3 Vgl. Nr. 13 Anm. 24.

4 Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 26. Februar 1964 „De Gaulles Politik des Sowohl-als-auch“.

Verteidigung dieser Völker in Südostasien ungefähr 150.000 Tote seit Korea eingebüßt haben und natürlich jetzt nicht alles verfallen sehen wollen.

Auf die Frage, wie er glaube, daß die Anerkennung Pekings zurückwirken würde auf das Verhältnis Rotchinas zu Rußland, meinte der Staatspräsident, hier gebe sich vielleicht doch eine Möglichkeit, allmählich den Herrn Chruschtschow etwas aufgeschlossener sein zu lassen gegenüber europäischen und im besonderen deutschen Fragen. Es ist aber nicht zu beweisen, wie er selber sagte. Ich habe ihn nur gebeten, er möchte den Begriff „Rotchina“ als eine politische Realität, die man anerkennen müsse, nicht gebrauchen, denn wir leiden in Deutschland unter dem Begriff der sogenannten politischen Realität. Sie wird uns von Chruschtschow und Ulbricht täglich vorgehalten, und es wird uns gesagt, wir seien weltfremde Träumer, weil wir die Realität des geteilten Deutschlands nicht anzuerkennen bereit seien.

Das hat er auch eingesehen. Er hat beide Hände hochgehoben und gesagt: Das ist etwas ganz anderes. Das ist auch in seinen Augen etwas anderes. Also, in dem Verdacht steht er wirklich nicht. Aber es sind die gleichen Termini technici, und wenn sie einmal in der Politik Eingang gefunden haben, dann fragt man nicht mehr nach den juristischen Grundlagen, sondern nur noch nach den äußeren Erscheinungen. Ich sagte, ich möchte mindestens eine andere Theorie entgegensetzen. Ich kann sie auch nicht beweisen, daß sie wahr und richtig ist, aber überlegen müssen wir uns doch, ob wir etwa glauben, daß dann, wenn Rotchina in die UNO eintritt, die beiden kommunistischen Machtblöcke Rußland und Rotchina uns das Schauspiel einer feindlichen Zerspaltung bieten werden. Ich möchte glauben, das ist nicht der Fall, selbst wenn sie heftige ideologische Auseinandersetzungen auch mit machtpolitischen Hintergründen führen, denn ehe sie sich von den „bösen“ Kapitalisten trennen lassen, besteht nach meiner Ansicht auch die Gefahr, daß sie sich unter Umständen einigen und alles andere zurückstellen. Dann hätten wir, wie die Dinge heute liegen, einen geschlossenen kommunistischen Block, der von der Elbe bis zum Stillen Ozean reicht. Wie dann das Schicksal Indiens, Pakistans und der anderen Länder wäre, das ist schwer zu sagen.

Schon aus dieser Gegenüberstellung möglicher Konsequenzen aus den politischen Gegebenheiten des Augenblicks wird deutlich, daß die freie westliche Welt sich festigen und zu klaren Vorstellungen kommen muß. Ich halte es für gefährlich, wenn die westlichen Länder aus dieser Verwirrung, die im Augenblick besteht, die Nutzenwendung ziehen: Wir treiben jetzt unsere eigene Politik. Ich glaube, das Gegenteil wäre richtig; denn gerade jetzt müßte die freie westliche Welt zu der Erkenntnis kommen, daß uns nur eine gemeinsame Politik weiterführen kann.

Frankreich ist sicher guten Willens, alles zu tun, um der westlichen Allianz treu zu bleiben. Das wird immer wieder betont. Auf die Frage des Staatspräsidenten de Gaulle, welches denn in meiner Sicht die Elemente der Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland sind, konnte ich ihm sehr deutlich sagen: Es ist einmal die von beiden Völkern gewonnene tiefe Überzeugung, daß es eine wahre Befreiung bedeutet, über die geschichtliche Tragik hinweggefunden zu haben, und zweitens ist es das

Vertrauen in einen Bündnispartner, der in den entscheidenden politischen Fragen ohne Schwanken und Zögern für uns eingestanden ist. Drittens ist es die Überzeugung – ich glaube, das ist absolut durchschlagend –, daß Europa, so diffus auch manchmal das Bild Europas scheinen mag, sich selbst zerstören würde, wenn nicht das feste innere Gerippe der deutsch-französischen Freundschaft erhalten bliebe.

Das zog sich wie ein roter Faden durch die ganzen Besprechungen hindurch. Ich glaube, auch bei de Gaulle ist die Überzeugung lebendig: Wir müssen in Europa weiterkommen. – Bei allen Besuchen, ob das in London⁵ oder in Rom⁶ gewesen ist und mit wem ich auch darüber gesprochen habe, waren der Wille und die Einsicht allgemein zum Ausdruck gekommen, daß es nicht so bleiben kann. Nur kommen hier und da die kleinen Egoismen und Querelen, möchte ich fast sagen, zum Vorschein. Das eine ist die Frage der künftigen Gestaltung unserer Beziehungen zu Großbritannien, sei es auf dem wirtschaftlichen oder auf dem politischen Gebiete. Das zweite ist die Frage, wie kann man diesem Europa wieder einen politischen Willen einhauchen und wo sind die Ansatzpunkte.

Ich darf annehmen, daß diese Sitzung vertraulich ist und nichts davon in die Öffentlichkeit dringt! Die Vorstellung, daß vielleicht ein Regierungschef dieser sechs Länder von sich aus die Initiative ergreifen würde, um die Regierungschefs in seine Hauptstadt einzuladen, ist nicht gegeben. Am Zuge wäre Italien gewesen. Italien hat aber eine ganz klare Absage erteilt. Schon vor meinem Gespräch mit Moro⁷ war Segni in Washington⁸ und hat dort klipp und klar erklärt: Für Italien gibt es kein europäisches Gespräch mehr ohne Großbritannien. – Natürlich ist auch da die Zusammensetzung der italienischen Regierung mit zu beachten, die ja sehr weit gefächert ist und neben der weiten Fächerung der Christlichen Demokraten in sich auch noch übergreift auf die gemäßigten Sozialisten Saragats⁹ bis hin zu Nenni¹⁰, übrigens ein sehr urbaner Mann! Die schauen natürlich nach Großbritannien. Die „Öffnung nach links“ bedeutet für Italien, daß man in weiten Kreisen dort auf den Sieg der Labour Party hofft, so daß auch das künftige Europa wieder einen stärkeren Akzent zum Sozialistischen hin erlangen könnte. In der Beziehung bin ich mit Herrn de Gaulle darüber einig, daß das nicht wünschenswert ist; aber man muß die Dinge realistisch sehen.

5 Vgl. Nr. 13 Anm. 1.

6 Vgl. Nr. 13 Anm. 7.

7 Aldo Moro (1916–1978), Jurist; italienischer Politiker (DC), 1955–1957 Justizminister, 1957–1959 Erziehungsminister, 1963–1967 und 1974–1976 Ministerpräsident, 1969–1972 und 1973–1974 Außenminister, 1976–1978 Präsident der DC, 1978 durch ein Kommando der „Roten Brigaden“ entführt und ermordet.

8 Vgl. Nr. 13 Anm. 11.

9 Giuseppe Saragat (1898–1988), italienischer Politiker (PSDI), 1926–1945 im Exil in Wien und Paris, 1947–1949 und 1954–1957 stv. Ministerpräsident, 1963–1964 Außenminister, 1964–1971 Staatspräsident.

10 Pietro Nenni (1891–1980), italienischer Politiker; 1945–1947 und 1963–1968 stv. Ministerpräsident (PSI). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 928 Anm. 26.

Von den Holländern ist auch bekannt, wie sie zu der Frage eingestellt sind. Ich bin der Meinung, wir sollten das Thema Großbritannien zurückstellen, nicht zuletzt aus Rücksicht auf Großbritannien selbst; denn die wollen vor den Wahlen nicht angesprochen werden, und eine Akzentuierung des europäischen Themas würde de facto, wie die Dinge heute in Großbritannien liegen, einer indirekten Wahlhilfe für die Labour Party gleichkommen.

Das sind die Gründe, warum ich darüber nicht spreche. Das ist auch im Gespräch mit den anderen europäischen Staatsmännern deutlich zum Ausdruck gekommen. Es besteht jetzt eine gewisse Möglichkeit, hier eine Erleichterung zu schaffen. Ich habe mit dem französischen Staatspräsidenten lange darüber gesprochen, ob wir nicht auf der Ebene der Sechs eine Art Hilfskonstruktion in der Weise schaffen könnten, daß der jeweils amtierende Ministerpräsident – das wechselt ja in Brüssel – die Regierungschefs an den Konferenztisch nach Brüssel einlädt. Dann wäre schon rein organisatorisch aus der Konstruktion heraus Großbritannien zunächst einmal außerhalb. Wenn man auch keine feste Tagesordnung aufstellen kann – dazu wird man noch keine Einigkeit finden –, so wird man doch bezüglich der weiteren Behandlung der europäischen Fragen und des Fortgangs der europäischen Integration in den von mir schon angedeuteten neuralgischen Bereichen zweifellos zu einer Einsicht kommen: Es geht eben nicht ohne einen stärkeren politischen Willen.

Obwohl sich das Karussell im Kreise zu drehen scheint, so glaube ich doch, daß die letzte Einsicht – und die ist allgemein vorhanden – dazu führt, daß die Probleme trotz aller Schwierigkeiten bewältigt werden müssen. Ich glaube auch, daß der europäische Gedanke eine so starke eigengesetzliche Kraft hat, daß die mehr technischen oder psychologischen Widerstände oder Ressentiments nicht durchschlagen werden. Ich bin zunächst einmal darüber befriedigt, daß wir uns überhaupt wieder einmal über Europa unterhalten.

Die Sozialdemokraten haben gesagt, ich sei ein glückloser Kanzler, weil es mir in vier Monaten nicht gelungen ist, die europäische Einigung nun in aller Form zu verwirklichen.¹¹ Ich habe erwidert, das ist genauso dumm, als wenn ich dem Regierenden Bürgermeister von Berlin den Vorwurf machen wollte, sein Besuch in Sansibar habe nicht dazu beitragen können, die kommunistische Welt zur Macht kommen zu lassen.¹² Das eine ist so dämlich wie das andere. Aber mit solchen

11 In der Bundestagsdebatte vom 9. Januar 1964 beklagte Fritz Erler zwar „das ins Stocken geratene Einigungswerk“ (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 4884), kritisierte aber Erhard erst am 15. April 1964: „Die hochgespannten Erwartungen zum Kanzlerwechsel haben sich nicht erfüllt.“ (EBD. Bd. 55 S. 5719). – Vgl. zu der „hämischen Kritik“ der SPD an Erhard CDP Nr. 23 vom 30. Januar 1964.

12 Brandt war am 11. November 1963 in Sansibar gewesen (dpa vom 11. November 1963). – Nach einem Staatsstreich am 12. Januar 1964 wurde am 18. Januar die Volksrepublik Sansibar ausgerufen. Die neue Regierung wurde von der Bundesrepublik nicht anerkannt, da diese bereits diplomatische Beziehungen mit der DDR aufgenommen hatte (AdG 1964 S. 11023 f. und 11085; AAPD 1964 S. 188 f.; OSTERHELD: Außenpolitik S. 72 f.).

Mitteln wird leider in der Politik gearbeitet, mit persönlichen Verdächtigungen und Verunglimpfungen. Aber auch wenn sich nachher alles in Ruhe auflöst, so bleibt leider etwas zum Schluß doch immer wieder hängen.

Lassen sie mich noch ein Wort sagen zu der Passierscheinfrage. Ich sehe Herrn Kollegen Amrehn, der mahnt mich geradezu. Wir haben also, nachdem diese Weihnachtsrunde – wenn ich so sagen darf – vorüber war, Bilanz gemacht darüber, was dabei herausgekommen ist. Ich will nun nicht nachträglich von der Weihnachtsregelung abrücken; denn wir haben es, wenn auch mit manchen Bedenken, um der menschlichen Behandlung, um der humanitären Sache, und zwar beinahe schon im Schein der brennenden Weihnachtskerzen, willen getan.

Nun bin ich der Meinung – das habe ich auch den Herren Brandt und Wehner gesagt –, wir können uns in Deutschland über diese oder jene Frage streiten, aber wir sollten der Weltöffentlichkeit nicht das Schauspiel bieten, daß wir uns nun ausgerechnet in einer so eminent national-politischen Sache auseinanderreden. Wir sind auch nicht schuld, wenn dieser Eindruck entstanden ist. Wir haben von Anfang an deutlich gesagt: Wir bleiben bei dem Wunsch, daß der humanitäre Sinn dieser Begegnungen erhalten bleibt, aber wir wollen es nicht noch einmal erleben, daß das, was als humanitär gedacht war und von uns aus als humanitäre Gesinnung gebilligt wurde, nun politisch geradezu schamlos mißbraucht wird. Das geht so weit, daß wir in den letzten Tagen in Gesprächen mit Drittländern vor die Frage gestellt werden: Warum sollen wir eigentlich die Sowjetzone nicht anerkennen; ihr seid doch schon auf dem Wege dazu! – Das wäre natürlich ein ganz gefährliches Beginnen. Hier wollen wir also äußerst vorsichtig zu Werke gehen.

Wir haben im Senat von Berlin und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin deutlich gemacht, daß wir nicht auf den Boden treten werden, den der Berliner Senat eingenommen hat. Selbstverständlich lehnen wir auch die Anwesenheit von ostzonalen Funktionären auf Westberliner Boden ab. Das Angebot, gegebenenfalls könnten wir doch für eine Übergangszeit über Ostern und Pfingsten – das wären immerhin drei Monate – an das Weihnachtsmodell anknüpfen, haben wir mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir haben auch eine nach außen gleichgerichtete Erklärung abgegeben. Ich hoffe, daß damit das Gespräch am Ende ist. Ich habe auch immer gewarnt und versucht, auf den Berliner Senat einzuwirken und auf die SPD-Führung: Laßt uns hier nicht auseinandergehen. Es war auch nicht primär Herr Brandt, sondern es waren die Herren Albertz und Bahr¹³, die gleich wieder Zweifel geäußert haben, ob diese Erklärung echt gemeint sei. Ich glaube, es war an einem Freitag. Ich kann das Datum jetzt nicht genau nennen. Am Montag nach seiner Nominierung zum

13 In der Vorlage: Barth. – Egon Bahr (vgl. Nr. 13 Anm. 53). – Gemeinsame Erklärung von Bundesregierung und Berliner Senat vom 14. Februar 1964 (BULLETIN vom 15. Februar 1964 S. 253). Vgl. auch „Die Welt“ vom 15. Februar 1964 „Bonn und Berlin lehnen Passierschein-Abkommen ab“.

Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD war Brandt bei mir.¹⁴ Ich habe mich dann noch einmal eineinhalb Stunden lang mit ihm unterhalten, und ich spürte auch, daß er zwar nicht ohne die Bundesregierung handeln will, aber daß er vielleicht doch geneigt sein könnte, auch anders zu verfahren.

Auch das ist eingefangen worden. Dieses Gespräch hat mit einer nochmaligen kurzen Presseerklärung geendet.¹⁵ Es bleibt bei der gemeinsamen Verlautbarung vom vorvergangenen Freitag. Wir wollen bereit sein für eine neue Passierscheinregelung, aber nicht mehr in der Form der Verwechslung von Humanität und schlechter Politik. Wir haben ein gutes Gewissen dabei; denn niemand kann sagen, daß diese weihnachtliche Regelung zwingend notwendig gewesen wäre, um die Menschen zusammenkommen zu lassen. Wir haben z. B. zwischen dem Bundesgebiet und der SBZ in Fällen familiärer Härten durchaus die Möglichkeit, sehr kurzfristig die Menschen zusammenzuführen. Sie kommen heute leichter von Berchtesgaden nach Stettin durch ein Telegramm hinüber und herüber als 50 m in Berlin über die Mauer.

Auch wir hätten den Wunsch, daß längerfristige Passierscheine ausgegeben werden und daß sie nicht für den Verwandtenbesuch, sondern überhaupt Gültigkeit haben. Wir haben auch hier einen konkreten Vorschlag unterbreitet. Die Anmeldungen und die Meldungen von Westberliner Seite werden von Westberliner Organen gesammelt, kommen in einen Postsack und werden über die Mauer gelassen. Dort wird der Postsack abgeholt und von Westberliner Stellen verteilt. Sie sagten uns ausdrücklich, daß diese Passierscheinregelung auf Westberliner Gebiet keinen hoheitlichen Akt darstelle, daß hier kein Stempel gegeben werde, aber in der ganzen Welt haben sie verkündet, das wären quasi konsularische Vertretungen, die von der sowjetisch besetzten Zone auf Westberliner Boden tätig wären.

Ich meine, gerade angesichts der jetzigen Vorkommnisse in der Welt – ich denke vor allem an Sansibar, an Ceylon¹⁶, an Birma¹⁷, an die Versuche einer Neutralisierung von Indochina¹⁸ – müssen wir besonders wachsam sein. Entweder wir halten an der bisherigen Politik fest, oder aber man entschließt sich zu einer anderen Politik. Ich

14 Nominierung von Brandt auf dem SPD-Parteitag am 15./16. Februar 1964 (AdG 1964 S. 11066 f.). Brandt bei Erhard am 17. Februar 1964 (Terminkalender Erhard).

15 Vgl. „Die Welt“ vom 18. Februar 1964 „Erhard und Brandt bekunden Einigkeit. Gemeinsame Front gegen Ost-Angebot“.

16 Ministerpräsidentin Sirimavo Rattwate D. Bandaranaike hatte sich im Herbst 1963 für eine Lösung der Deutschlandfrage nach kommunistischen Vorstellungen ausgesprochen. Aufgrund dieser Haltung und wegen der Zulassung eines DDR-Generalkonsulates in Colombo und eines zeylonesischen in der DDR stellte die Bundesregierung im Februar 1964 ihre Wirtschaftshilfe für Ceylon ein (AdG 1964 S. 11110); vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 72.

17 Vom 4. bis 7. Februar 1964 weilte der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Bruno Leuschner, in Burma zu Gesprächen über eine Ausweitung der Handels- und Kulturbeziehungen zwischen Burma und der DDR (AdG 1964 S. 11109 f.).

18 Am 30. Januar 1964 wurde die Junta des Generals Duong Van Minh in Südvietnam durch einen Putsch gestürzt. Die Putschisten wollten verhindern, daß die Regierung den französischen Vorstellungen einer Neutralisation Südostasiens nachkomme (AdG 1964 S. 11052).

meine nicht, daß ich das will, aber diese beiden Alternativen sind klar zu setzen. Man kann nicht wie bei einem Bocksprung einmal hin- und einmal hergehen, sonst werden wir unglaublich, und vor allen Dingen nimmt dann die übrige Welt ganz bestimmt nicht mehr Rücksicht auf uns, wenn wir nicht selber ganz deutlich machen, wo wir stehen.

Nun zu den inneren Fragen! Ich möchte das Sozialpaket nicht vor Ihnen aufschnüren, aber daß das nicht gerade ein belebendes Element unserer Innenpolitik ist, kann man wohl sagen. Und wenn man sich viel draußen im Lande bewegt, so kann man feststellen: Sehr viel Bewunderer und Anhänger findet dieses Sozialpaket heute nicht mehr.

Wir haben uns natürlich noch mit anderen Fragen auseinanderzusetzen. Wir werden sehr bald erleben, wenn es zur Debatte im Bundestag kommt, daß uns die Opposition wieder vorwirft, wir müßten mehr für die Bildung und die Wissenschaft, für die Schulung und Erziehung tun; die Verhältnisse seien schlecht in Ordnung, die Luft und das Wasser seien noch nicht rein usw., kurz und gut, die Koalitionsparteien hätten vieles versäumt, und sie müßten alle diese Dinge schnellstens in Ordnung bringen.

Meine lieben Freunde! Das ist Heuchelei in Permanenz; denn ich kenne kaum ein Gesetz, bei dem die Sozialdemokraten nicht immer noch mehr ausgeben und uns überhaupt unfähig machen wollten, für andere Gemeinschaftsaufgaben noch Geld ausgeben zu können. Wir werden jetzt die Sozialenquete durchführen.¹⁹ Ich nehme an, daß wir in etwa acht Tagen ein Gerippe über den sachlichen Inhalt einer solchen Enquete wie auch über die Dringlichkeit der einzelnen Probleme haben werden. Wenn wir nämlich darauf warten wollen, bis wir alles in Perfektion gelöst haben, dann geht diese Legislaturperiode vorüber, ohne etwas zu erreichen. Ich bin der Meinung, wir sollten unbedingt schon etwas früher an einige Dinge herangehen. Meine persönliche Meinung ist die, daß wir in der Sozialpolitik auf einen gefährlichen Weg insofern geraten sind, als wir alle Forderungen – berechnete oder unberechnete – der Kriegsgefangenen, der Heimkehrer, die Wiedergutmachungsleistungen nach den verschiedensten Richtungen usw. auf Rechtsansprüche gestellt haben. Wir sind dabei, unsere Sozialpolitik völlig zu enteelen. Alles das, was noch an Menschlichkeit eigentlich darin liegen müßte, ein Gefühl von Brüderlichkeit und Gemeinsinn usw., geht verloren in der Öde des Rechtsanspruches.

Ich finde, es ist nur eine formale Gerechtigkeit, wenn z. B. ein Familienvater – gleichgültig ob er DM 6.000,- oder DM 300.000,- verdient – unter allen Umständen den Rechtsanspruch hat, neben den Steuervergünstigungen noch über die Nürnberger Anstalt DM 50,- oder DM 70,- zu kassieren, daß also irgendeiner, der herüberge-

¹⁹ Die Sozialenquete wurde am 29. April 1964 vom Bundeskabinett beschlossen (BULLETIN vom 5. Juni 1964 S. 817 f.). Zu den Ergebnissen vgl.: Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sozialenquete-Kommission. Köln 1966.

kommen ist und hier als Flüchtling voll satuiert ist, seinen Rechtsanspruch hat. Ich weiß nicht, wieviel Leute es in Deutschland gibt, die die Tasche voll Rechtsansprüchen haben; denn dadurch wird das, was das innere Gefüge eines Volkes und einer Gemeinschaft anlangt, nach meiner festen Überzeugung aufgelöst.

Ich bin auf der anderen Seite nicht verdächtigt, daß ich glaube, man sollte die Sozialpolitik auf Bedürftigkeit abstellen, ich bin auch nicht kleinkariert, daß ich sage, nur dort, wo man in die Nähe sozialer Notstände oder an das Existenzminimum herankommt, sollten Wiedergutmachungen – in welcher Form auch immer – geleistet werden, nein, man kann hier relativ großzügig operieren, aber dennoch gibt es meiner Ansicht nach eine Grenze, wo eben das Gute umschlägt in das Böse und wo vor allen Dingen der gesunde Sinn unseres Volkes anfängt, Schaden zu leiden.

Ich könnte noch manche anderen Fragen hier aufführen, die uns beschäftigen werden. Ich habe jetzt bei meiner Reise²⁰ auch einiges erlebt, was die Menschen draußen bewegt; aber ich glaube, das würde den Rahmen dieser Sitzung heute sprengen. Vielleicht ist es auch überflüssig, weil ich auf dem Parteitag in Hannover Gelegenheit haben werde, das eine oder andere noch konkreter zu behandeln.²¹ Glauben Sie nicht, daß ich auf einmal unter die Pessimisten gegangen wäre. Ich will nur nicht blind sein und die Dinge so sehen, wie sie sich draußen im Leben darstellen und wie sie von unserem Volk empfunden werden. (*Beifall.*)

Adenauer: Wir danken dem Herrn Bundeskanzler herzlich für seine Ausführungen und für die Offenheit, mit der er gesprochen hat. Ich darf, ehe ich die Diskussion eröffne, einige Worte sagen über den Charakter unseres Parteivorstandes und über den Einfluß der Parteien, auch der Regierungsparteien, auf die Regierung. Wir haben es immer so gehalten, daß der Parteivorstand insbesondere bei wichtigen Situationen der Politik unterrichtet wurde und dann maßgeblich mitgesprochen hat.

Gestern waren wir mit den Herren Dufhues, Krone – der leider wieder erkrankt ist – und Kraske zusammen. Bei der Gelegenheit habe ich feststellen können aus den Protokollen, daß im Jahre 1953 – einem politisch sehr kritischen Jahr – der Parteivorstand in den ersten sieben Monaten des Jahres achtmal zusammengetreten ist. Die Protokolle liegen darüber vor.²² Innerhalb des Parteivorstandes haben damals über sehr wichtige Themen ausgedehnte Diskussionen stattgefunden. Solange eine Partei – und das ist doch die CDU/CSU – die Hauptverantwortung trägt für die ganze Regierungspolitik, ist es auch notwendig und richtig, daß der Parteivorstand über wichtige Vorgänge des politischen Lebens rechtzeitig unterrichtet wird; denn jede

20 Im Terminkalender ist für den 23. Februar 1964 der Landesparteitag der CDU in Baden und für den 24. Februar der Besuch der Landesregierung von Baden-Württemberg in Stuttgart vorgemerkt (Terminkalender Erhard).

21 Rede Erhards auf dem 12. Bundesparteitag der CDU vom 14. bis 17. März 1964. Druck in: CDU, 12. Bundesparteitag S. 100–123.

22 Vgl. Übersicht in PROTOKOLLE I S. XXIX.

Regierung – ich war damals der Leiter der Regierung – muß das innere Bedürfnis haben, ihre Verantwortung auf eine breite Grundlage zu legen.

Daraus ergeben sich für den Parteivorstand zwei Verpflichtungen. Einmal müssen die Vorstandssitzungen regelmäßig besucht werden. Wenn ich z. B. sehe, wieviel Herrschaften heute wieder fehlen, auch führende Leute, dann ist das etwas peinlich für mein Empfinden, namentlich auch deswegen, weil diese Parteivorstandssitzung die letzte Sitzung vor dem Bundesparteitag in Hannover ist. Diese Sitzung ist deshalb besonders wichtig. Wir werden zwar in Hannover kurz vor dem Parteitag noch einmal zusammentreten, aber die großen Fragen, die uns interessieren und die wir auf dem Parteitag besprechen müssen, können dann nicht mehr besprochen werden. Die Diskussion kann nicht von heute auf morgen zu einem Ergebnis führen, das wir dem Parteitag präsentieren können. Wenn wir also öfter zusammentreten wollen – und ich bin dafür, daß wir diese Tradition fortsetzen –, dann müssen sich die Mitglieder des Parteivorstandes aber auch wirklich bemühen, anwesend zu sein.

Lassen Sie mich ganz allgemein sagen, das gilt auch für die Sitzungen des Präsidiums. Es ist in dieser unserer Partei unendlich schwer, auch nur sieben Leute zusammenzubekommen. Das ist ein Zeichen für die allgemeine Indolenz, die man anscheinend in unserer Partei den Vorgängen entgegenbringt, die aber völlig unge-rechtfertigt ist, denn wir werden einen sehr schweren Wahlkampf im Jahre 1965 haben.

Ein Zweites folgt aus der Unterrichtung des Parteivorstandes. Das ist die absolute Verschwiegenheit, abgesehen davon, daß es die Natur der Sache oder die Aussprache ergibt, daß man über diese oder jene Frage vielleicht auch einmal in der Öffentlichkeit sprechen kann. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht darauf hingewiesen, daß er eine absolute Verschwiegenheit erwartet. Was er uns z. B. über sein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten gesagt hat, ist natürlich eine sekrete Angelegenheit. Wir würden ihm und uns allen sehr schaden, wenn solche Sachen in der Öffentlichkeit erzählt würden und dann Gott weiß wie entstellt in die Presse kämen. Meine Freunde! So fasse ich also die Stellung des Parteivorstandes auf. Wenn Sie gestatten, eröffne ich nunmehr die Diskussion und möchte beginnen mit den Aussichten für die Bundestagswahlen im Jahre 1965.

Ich habe gehört, daß man in manchen Kreisen unserer Freunde die Wahl des Herrn Brandt zum Vorsitzenden der SPD als günstig für uns betrachtet. Ich halte das für ganz falsch. Die führenden Leute in der Sozialdemokratie, denen Herr Brandt sicher in mancher Hinsicht gar nicht sympathisch ist, würden ihn nicht an die Spitze gestellt haben, wenn sie sich davon nicht einen Vorteil für ihre Partei erhofften, und zwar, wie mir scheint, nicht ohne Grund.

Wir müssen uns das ins Gedächtnis zurückrufen, daß Herr Brandt innerhalb der Parteihierarchie der Sozialdemokratie sehr schnell ganz hoch emporgestiegen ist. Das kommt doch nicht von ungefähr. (*Erhard*: Das kommt vom Fernsehen!) Woher es kommt, ist gleichgültig, ob vom Fernsehen oder vom Rundfunk. Es kann auch sein, daß wir uns zu wenig rühren. Das wollen wir dabei erwähnen. Jedenfalls ist die

Tatsache da. Was Herrn Brandt angeht, so ist er der Regierende Bürgermeister, und der Name Berlin hat für alle Deutschen einen Nimbus. Und dieses Nimbus bedient sich Herr Brandt in einer ungewöhnlich geschickten Weise, so daß sich mancher Wähler bei der Wahl von der Tatsache einfangen läßt, daß Herr Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin ist. Damit müssen wir auf alle Fälle rechnen.

Wir müssen bei dieser Wahl noch mit zwei anderen Tatsachen rechnen, daß nämlich einmal die Sozialdemokratische Partei hungrig ist nach der Macht und daß wir gesättigt sind von der Macht. Man soll nie von der Macht gesättigt sein, aber in der Tat ist es so, wenn eine Partei 16 Jahre lang – das wird im nächsten Jahr der Fall sein – führt, dann betrachten die Anhänger der Partei das beinahe als eine Selbstverständlichkeit. Und das führt zu einer gewissen Ermüdung und Erschlaffung, so daß der Machthungrige einer Partei gegenübersteht, deren Machthunger von neuem gereizt werden muß. (*Heiterkeit.*) Das sind also diese beiden Momente, einmal, daß Herr Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin ist, und zweitens, daß die Sozialdemokraten machthungrig sind und unsere Partei in dieser Beziehung etwas gesättigt erscheint. Ich muß hier hinzufügen, daß die Sozialdemokratie doch eine ganz andere Disziplin hat als wir. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Wenn ich sehe, wie es Herrn Brandt gestattet wird, sich durch Herrn Albertz – der ein tüchtiger Beamter sein mag – vertreten zu lassen, um seine Aufgaben als Leiter der Partei erfüllen zu können, wenn ich weiter sehe – und das ist noch eindrucksvoller –, wie in diesem Triumvirat Herr Erler und Herr Wehner treu und fest zu Herrn Brandt stehen, und dem nun gegenüberhalte, was wir mit dem Sozialpaket an Streit in unserer Bundestagsfraktion erlebt haben²³, dann bin ich erschüttert über die Disziplin auf der einen Seite und den Mangel an Parteidisziplin auf der anderen Seite.

Ich habe darüber in unserer Bundestagsfraktion und auch an anderer Stelle sehr oft gesprochen. Deswegen sei es mir gestattet, auch hier davon zu sprechen. Im übrigen möchte ich Ihnen aber vorschlagen, jetzt in der allgemeinen Diskussion nicht über das Sozialpaket zu sprechen, auch wenn das Bedürfnis besteht, das eine oder andere dazu zu sagen, obgleich die wenigsten den Inhalt kennen. Ich fürchte nämlich, wenn wir jetzt gleich mit dem Sozialpaket anfangen, dann wird die ganze Tagesordnung damit ausgefüllt, und wir gehen womöglich auch noch im Krach auseinander. Wir können vielleicht nachher im Laufe der Verhandlungen noch darüber sprechen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Ja, meine Herren, Sie kennen doch meine Offenheit! Es stehen uns nun mehrere Wahlen bevor. Zunächst ist am 8. November in Amerika die Präsidentenwahl. Herr Johnson wird im großen und ganzen die Politik fortsetzen müssen, die Herr Kennedy eingeleitet hat. Wir werden aber nach meiner Auffassung das wahre Gesicht des Herrn Johnson erst am 9. November sehen, wenn er der gewählte Präsident der Vereinigten

²³ Diskussion des Sozialpakets in der Fraktionssitzung am 4. Februar 1964 (ACDP VIII-001-1009/3).

Staaten sein wird.²⁴ Vorher wird ihm gar nichts anderes übrig bleiben, als mit dem fortzufahren, was Herr Kennedy eingeleitet hat.

Dann finden im Herbst dieses Jahres Wahlen in Großbritannien statt. Wie sie ausfallen werden, weiß man nicht, insbesondere bei der Eigenart des britischen Wahlrechts nicht. Immerhin scheint es aber so zu sein, als ob die Labour Party an die Macht käme. Damit würde sich die Situation in Europa und damit auch im Verhältnis zu Sowjetrußland wahrscheinlich ändern.

Im Jahre 1965 kommen wir an die Reihe mit der Bundestagswahl. (*Dichtel*: Wir haben vorher noch eine kleine Wahl in Baden-Württemberg!) Ich will nicht gemein sein, sonst würde ich sagen, wir haben auch noch die Kommunalwahlen.²⁵ Aber lassen Sie mich Ihnen die großen Aspekte sagen. Bei aller Bedeutung von Baden-Württemberg – ob vereint oder unvereint, das lasse ich dahingestellt –, diese Wahlen dort kommen doch nicht an die Bedeutung der Bundestagswahlen im Jahre 1965 heran.

Nun meine ich, namentlich nach den Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit mit den Freien Demokraten gemacht haben, müssen wir aber auch das letzte an Kraft und Geschlossenheit aufbringen, um die absolute Mehrheit bei der nächsten Wahl wieder zu erreichen. Ob wir dann – ich sage das mit Absicht –, auch wenn wir die absolute Mehrheit erringen sollten, wieder eine Koalition mit den Freien Demokraten eingehen, ist eine Frage, über die noch zu sprechen sein wird. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Freien Demokraten in einer Koalition, wenn wir die Mehrheit haben, ganz anderen Geistes sind, als wenn sie wissen, daß wir sie nötig haben, um eine Mehrheit zu bekommen.

Lassen Sie mich nun an die Frage herangehen, wie es bei den christlichen Parteien in Europa aussehen wird, wenn die Labour Party bei der Wahl siegen sollte. Das ist eine sehr ernste Frage. Die Verbindung zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der Labour Party ist sehr eng. Auch die Verbindungen zwischen den deutschen Sozialdemokraten und der französischen sozialistischen Partei sind sehr eng. Wir müssen daran denken, was ein sozialistisches Europa in der gesamten europäischen Politik bedeuten würde.

Ich möchte hier einen Gedanken – soviel ich weiß, stammt er von Ihnen – von Herrn Dufhues aufgreifen, den ich für sehr gut halte, dem Parteivorstand unterbreiten. Wir können die UNR aus Frankreich²⁶ nicht zum Parteitag einladen, weil in dem Augenblick unsere alten Freunde von der MRP sofort an die Decke hochgingen. Das

24 Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den USA vom 3. November 1964: Johnson (Demokraten) 61,4 % der Stimmen (486 Wahlmänner), Goldwater (Republikaner) 38,9 % der Stimmen (52 Wahlmänner). Johnson wurde am 14. Dezember zum Präsidenten der USA gewählt. Vgl. AdG 1964 S. 11519 und 11588.

25 Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen am 27. September, in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland am 25. Oktober (Ergebnisse in AdG 1964 S. 11452 und 11499).

26 Vgl. Nr. 7 Anm. 63. Zum Generalsekretär der UNR wurde auf dem 3. Parteitag vom 13. bis 15. November 1963 Jacques Baumel wiedergewählt (AdG 1963 S. 10933 f.).

ist sehr bedauerlich; denn die UNR wird auch dann, wenn de Gaulle nicht mehr da ist oder nicht mehr das Ruder in der Hand hat, höchstwahrscheinlich eine der größten Parteien in Frankreich sein.

Nun lautet der Vorschlag des Kollegen Dufhues, neben der NEI²⁷ ein Büro in Brüssel zu gründen, dem auch die UNR angehören soll. Wir haben uns bisher so geholfen, daß die Bundestagsfraktionen die UNR als zu ihnen gehörig anerkennen, aber die Partei nicht. Insbesondere widmet sich die CSU einer engen Verbindung mit der UNR. Das ist ein sehr wichtiges Kapitel für die spätere europäische Politik, das man rechtzeitig beachten muß.

Nun – ich spreche gerade so, wie ich es mir eben notiert habe – möchte ich ein Wort sagen zu der Frage der Wahl des Bundespräsidenten.²⁸ Etwas mehr, als in der Presse stand, kann ich wohl sagen, aber ich bitte Sie, diese Frage mit der Würde und der Schonung zu behandeln, mit der sie behandelt werden muß. Es ist Ihnen bekannt, daß ich auf Wunsch unserer Bundestagsfraktion als Vorsitzender der Partei gewissermaßen federführend bin in der Einladung der Vertreter der anderen Parteien zu Besprechungen über die Bundespräsidentenwahl. Alle drei im Bundestag vertretenen Parteien sind sich darüber einig, daß die Wahl des Bundespräsidenten nicht in einem parteipolitischen Schacher irgendwelcher Art, sondern der Würde des Amtes entsprechend in einer geordneten Weise und möglichst von einer großen Mehrheit getragen erfolgen sollte.

Auf das letzte legt insbesondere Herr Bundespräsident Dr. Lübke sehr großen Wert. Auch das müssen Sie verstehen; denn wenn ein Bundespräsident bei der Wiederwahl nur knapp die Grenze erreicht, dann ist das für ihn natürlich eine solche Abwertung, daß er das nicht mitmachen kann. Es kommt wahrscheinlich noch hinzu, daß nach der Wahl in Baden-Württemberg die Verteilung der Sitze in der Bundesversammlung anders sein wird, als sie in der letzten Bundesversammlung bei der Wahl des Bundespräsidenten gewesen ist, und zwar verschiebt sich diese Verteilung zu unseren Ungunsten.

Nun bestand bei der ersten Besprechung zwischen den Vertretern der drei Parteien und der drei Fraktionen über die generelle Frage, möglichst keine Koalitionsfrage daraus zu machen, Übereinstimmung.²⁹ In der ersten Sitzung erklärte Herr Mende, es würden vielleicht 30 % der Freien Demokraten in der Bundesversammlung den

27 Die NEI wurde 1947 in Chaudfontaine gegründet und 1965/66 in die Union der europäischen CD überführt. Vgl. Roberto PAPINI: De l'Union mondiale démocrate-chrétienne à l'Internationale. In: La Démocratie Chrétienne, Force Internationale. Nanterre 1986 S. 31–40, S. 36; Jac BOSMANS: Das Ringen um Europa. Die Christdemokraten der Niederlande und Deutschlands in den „Nouvelles Equipes Internationales“ (1947–1965). In: DERS.: Europegedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg. Münster 1996 S. 123–148; Karl Joseph HAHN: Die Christliche Demokratie in Europa. Rom 1979 S. 17–21; JANSEN S. 64–75.

28 Vgl. Nr. 13 Anm. 43.

29 Am 20. Februar 1964. Vgl. SPD-Fraktion S. 392 Anm. 21; MORSEY: Lübke S. 397.

Herrn Bundespräsidenten Dr. Lübke nicht wählen – das wäre tragbar gewesen –, während die Sozialdemokratie ein entgegenkommendes Verhalten zeigten. Aber bei der zweiten Besprechung erklärte Herr Mende, es würden höchstens 30 % von ihnen dafür stimmen. Bei der zweiten Besprechung waren von der FDP anwesend die Herren Mende, Kühlmann-Stumm und Weyer. Die Anwesenheit des Herrn Weyer wirkt offenbar auf die Herren Mende und Kühlmann-Stumm irgendwie intensiv ein. Mehr will ich nicht sagen. Ich sehe Herrn Ministerpräsidenten Meyers von Nordrhein-Westfalen dabei so freundlich an, weil auch er Herrn Weyer näher kennt. Ob da irgend etwas zu machen ist, entzieht sich einstweilen meiner Kenntnis.

Die Wahl soll stattfinden in der ersten Juliwoche. Nun haben wir beschlossen, diese Frage vierzehn Tage oder drei Wochen lang ruhen zu lassen und dann wieder an sie heranzutreten. (*Amrehn*: Was sagen denn die Sozialdemokraten?) Ich habe doch gesagt, die verhalten sich noch wie früher, (*Amrehn*: Trotz der Brandt-Wahl?) aber sie legen sich nicht fest. Ich weiß nicht, was die Freien Demokraten machen werden. Für uns wäre es, auch vom parteipolitischen Standpunkt und vom gegenwärtigen Bundespräsidenten aus, gut, wenn alle drei Parteien – wenn auch nicht bis zum letzten Mann, das kann man nicht verlangen – mit einer großen Mehrheit für ihn stimmten.

Nun möchte ich noch – der Herr Bundeskanzler Erhard nimmt mir das nicht übel – ein Wort sprechen über Europa, und zwar über die Instabilität seiner Wirtschaft und über die Atlantische Gemeinschaft und was da auf uns zukommt. Ich bitte Sie, die Dinge möglichst einfach zu sehen. Wir können die Führung in Europa nicht für uns beanspruchen. Lassen Sie mich das immer wieder betonen, meine Herren, wir Deutschen sind ja noch auf Jahre hinaus das am wenigsten beliebte Volk in der Welt. Und die Prozesse, über die jetzt so ausführlich in der Presse berichtet wird³⁰, sind wahrhaftig nicht dazu angetan, die Deutschen als liebenswerte Mitarbeiter in der Welt präsentieren zu können. Also, die Führung Europas – soweit man da von Führung sprechen kann – spielt sich ab zwischen Frankreich und Großbritannien. Deswegen wünscht – das ist meine feste Überzeugung – Großbritannien, und zwar beide Parteien, nicht, daß die politische Union zustande kommt. Als vor zwei Jahren die politische Union greifbar nahe war, und zwar aufgrund eines Vorschlages von de Gaulle³¹ – den wir dann geändert haben im Gespräch mit ihm, so daß auch wir zustimmen konnten –, haben Holland und Belgien erklärt, sie seien nicht dafür, solange Großbritannien nicht dabei wäre.

Nach meinen Erfahrungen mit den Engländern soll man den Engländern nie sagen: Ohne dich tue ich nichts, sei so freundlich und komm, damit ich etwas tun kann. – Dann können Sie Gift darauf nehmen, daß der Engländer darauf nicht hört. Aber wenn Sie ihm sagen: Ich tue es auch ohne dich; es ist mir zwar lieb, wenn du dabei bist,

30 Vgl. u. a. FAZ vom 11. Januar 1964 „Immer wieder: Vom Todesmechanismus in Auschwitz nichts gewußt“, vom 17. Januar „Das Denken hat man uns abgenommen“ und vom 20. Februar „Hefelmann spricht von Hilfe“.

31 Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 256 f.

aber ich tue es auch ohne dich, – dann hat man mehr Aussicht, daß der Engländer mitmacht.

Damals haben Holland und Belgien Einspruch erhoben. Herr Spaak³² war bei mir, und ich habe ihm die Dinge auseinandergesetzt und das ganze Tableau klargelegt. Daraufhin hat mir Herr Spaak erklärt: Warum bin ich auch zuerst zu Herrn Luns nach Holland gegangen und nicht zu Ihnen gekommen? – Und da war mir der ganze Zusammenhang klar.

Nun möchte ich nachdrücklich betonen, wenn die Sozialdemokraten unserem Bundeskanzler vorwerfen, daß er keinen Erfolg gehabt hätte, dann tun sie ihm wirklich bitter unrecht; denn wie die Dinge heute sind vor den britischen Wahlen, ist nichts zu erzielen, ob mit oder ohne England. Das ist völlig ausgeschlossen.

Ich möchte Ihnen auch sagen, es ist noch einer da, der die Führung in Europa haben will. Ich habe dem Herrn Bundy³³ – er ist auch der Berater von Präsident Johnson – vor eineinhalb Jahren gesagt, achten Sie bitte darauf, daß es sich bei der Führung in Europa um eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England handelt. Daraufhin sah er mich erstaunt an und sagte: Führung in Europa? Die Führung in Europa wird für die nächsten 15 Jahre Amerika haben. – Das ist also ein weiterer Anwärter. Wir können daraus nur die eine Nutzenanwendung ziehen, daß wir die Geführten sind, aber doch unseren eigenen Willen und unsere eigene Auffassung behalten müssen.

Ich stehe auch – ich sage das ganz offen – zu der Atlantischen Gemeinschaft nicht sehr optimistisch. Das hat auch eben der Herr Bundeskanzler gesagt. Es ist so, daß sich die gesamte amerikanische Industrie gegen eine Ermäßigung der Einfuhrzölle nach Amerika ausgesprochen hat, daß aber andererseits Amerika seine landwirtschaftlichen Produkte exportieren will, insbesondere in den EWG-Raum. Wie da nun schließlich etwas zustande kommen soll, das müssen wir der Zukunft überlassen. Es ist natürlich wünschenswert, daß etwas zustande kommt. Aber man soll auch hier, wie die Dinge liegen, nicht davon ausgehen, daß nun den Bundeskanzler, wenn sich die Sache hinauszieht oder nichts Besonderes dabei herauskommt, irgendwie eine Schuld trifft. Die Verhältnisse sind eben so, wie ich sie geschildert habe.

Nun habe ich noch drei Fragen an den Herrn Bundeskanzler. In der „Süddeutschen Zeitung“ von gestern³⁴ stand ein Artikel über eine Konferenz in Paris, die sich mit der russischen Landwirtschaft beschäftigt hat, und zwar waren es keine Politiker,

32 Paul Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker, 1936–1939, 1946–1949, 1954–1957 und 1961–1966 Außenminister, 1938/39, 1946 und 1947–1949 Ministerpräsident, 1952–1954 Präsident der Montanunion, 1957–1961 Generalsekretär der NATO. Erinnerungen: *Memoiren eines Europäers*. Hamburg 1969.

33 McGeorge Bundy (1919–1996), amerikanischer Historiker und Politikwissenschaftler; 1953–1961 Dekan an der Graduate School of Arts and Sciences in Harvard, 1961–1965 Sicherheitsberater im Weißen Haus, 1965–1979 Präsident der Ford Foundation. – DERS.: *The Battlefields of Power and the Searchlights of the Academy* in: E.A.J. JOHNSON (Hg.): *The Dimensions of Diplomacy*. 2. Aufl. Baltimore 1967 S. 1–15.

34 „Moskaus agrarpolitische Sorgen“ in „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. Februar 1964.

sondern Sachverständige. Diese Konferenz ist zu dem Ergebnis gekommen – ich wiederhole nach dem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ –, daß Sowjetrußland mit einer wesentlichen Steigerung seiner Agrarprodukte nicht rechnen könne. Das ist natürlich auch ein Moment von größter politischer Bedeutung, das man in der richtigen Weise gebrauchen sollte. Meine Frage an den Herrn Bundeskanzler ist die, ob das Auswärtige Amt auch gerade diese Frage der Agrarstruktur Sowjetrußlands im Auge behält.

Die zweite Frage lautet: Wie werden wir von den Vorgängen auf dem Gebiete der Währung in Frankreich und Italien sowie in der Schweiz (*Erhard*: Holland!) berührt und was können wir dagegen tun?³⁵

Drittens steht – und das ist von großer Bedeutung – im heutigen „Nachrichtenspiegel“³⁶ eine Nachricht aus Genf, die eine Erklärung des polnischen Vertreters dort wiedergibt. Ich lese vor: „Einfrierung der Atomrüstung in Mitteleuropa ist kein Ersatz für den Rapacki-Plan³⁷, sondern ein Weg zu seiner Realisierung.“

Sie wissen, daß der Rapacki-Plan eine Zone quer durch Europa vorsieht, die kontrolliert wird, die weniger bewaffnet ist und die die Staaten, die in dieser Zone liegen, deklassiert. Wir haben uns deswegen gegen den Rapacki-Plan immer mit der größten Energie und auch mit Erfolg gewehrt. Meine Frage ist, ob die Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Rapacki-Plan noch dieselbe wie früher ist. Es ist in der letzten Sitzung des Verteidigungsrates³⁸ – und deswegen komme ich darauf – von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes auf Befragen eine Äußerung gemacht worden, die nicht klar erkennen läßt, wie man dort dazu Stellung nimmt. Das ist eine sehr wichtige Frage für unsere gesamte Zukunft und für die gesamte außenpolitische Situation. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Regierungschefs in Brüssel zusammenkämen, damit man wenigstens Gedanken an eine Zusammenfassung Europas nicht völlig untergehen läßt.

Aber ich wiederhole nochmals, so wie die Dinge liegen, sind eigentlich nur wir Deutschen, die Bundesrepublik, die ehrlichen und intensiven Vertreter einer politischen Union der Sechs und später der Sieben. Die anderen sind alle mehr oder weniger schwankend. Deswegen wird die Bundesregierung einen außerordentlich schweren Stand in der ganzen Sache haben.

35 Nach einer Baisse an den Devisenmärkten beschloß die Schweiz konjunkturdämpfende Schritte im Kreditwesen und im Bausektor (AdG 1964 S. 11081 f.). Auch in Italien wurden Stabilisierungs- und konjunkturpolitische Maßnahmen eingeleitet (AdG 1964 S. 11090).

36 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nachrichtenspiegel 1 Nr. 56/64 vom 25. Februar 1964 S. 4.

37 Am 2. Oktober 1957 in der 12. UN-Vollversammlung vorgelegter Plan der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 44 f.). – Adam Rapacki (1909–1970), polnischer Politiker; 1948–1968 Mitglied des ZK, 1956–1958 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 100 Anm. 97.

38 Sitzung des Verteidigungsrates am 30. Januar 1964. Vgl. ACDP I-028-076/1.

Erhard: Sie sprachen von der Führung Europas. Wir haben uns das Europa anders vorgestellt, als daß immer einer die Führung haben muß, sondern wir wollten ein integrierendes Europa haben, wenn Sie wollen – vielleicht klingt es etwas sentimental, es ist aber nicht so gemeint –, ein Europa der Gleichen und der Freien. Das ist der Sinn der Integration.

Ich war Herrn Segni böse darüber, daß er in Washington geäußert hat, Italien wolle weder eine französische noch eine deutsche Hegemonie haben. Ich habe ihn gefragt, wie kommen Sie auf die merkwürdige Idee, daß wir eine deutsche Hegemonie anstreben? Ich kann Ihnen versichern, nichts liegt uns ferner als dieses. Wir wollen überhaupt keine Hegemonie in Europa. Ich habe erklärt, wir hätten auch keine Lust, uns als Juniorpartner an einer Hegemonie zu beteiligen. Ich glaube, das ist die einzige Haltung, die wir überhaupt einnehmen können. Die ganze europäische Politik läuft meiner Ansicht nach ins Leere, wenn man heute schon den Gedanken einer hegemonialen Führung und Stellung irgendeines Landes, ob Großbritannien oder wer auch immer, hinnähme. Wir müssen bei den anderen Lösungen bleiben, die auch am Anfang der Römischen Verträge standen.

Nun, die Aussage von Bundy nehme ich nicht so tragisch; denn gerade die Amerikaner waren es – vor allen Dingen haben es Kennedy und Johnson deutlich gemacht –, die erklärt haben, daß ihnen nichts oder jedenfalls nur sehr wenig daran liege, von seiten der Vereinigten Staaten ein Bundeskoordinatensystem bilateraler Beziehungen zu einer Vielzahl von europäischen Staaten zu unterhalten. Sie sprächen viel lieber klipp und klar Europa an. Natürlich denken sie nicht an einen Herrn oder an einen Briefkasten, sondern sie wollen eben ein, wenn schon in der staatsrechtlichen Form nicht erreichbares, so aber doch politisch schärfer profiliertes Europa.

Nun, die Fragen der inneren russischen Struktur, insbesondere auch der Landwirtschaft! Diese Fragen beschäftigen uns natürlich außerordentlich stark. Sie wissen, hier stehen wir vor keiner hoffnungsvollen Situation. Großbritannien liefert an Sowjetrußland auch mit längerfristigen und vor allem mit staatlich verbürgten Krediten. Das gleiche ist auch von anderen europäischen Staaten, insbesondere von den neutralen Ländern, anzunehmen. Auch Frankreich hat jetzt – der Finanzminister Giscard d'Estaing hat darüber berichtet³⁹ – Verhandlungen gepflogen wegen einer Ausweitung des Handelsverkehrs, allerdings will sich Frankreich in den Grenzen der sogenannten Berner Union⁴⁰ halten, das heißt Kredite nicht über fünf Jahre hinaus geben, aber diese Kredite von Staats wegen doch abzusichern.

³⁹ Vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 71.

⁴⁰ Berner Union: 1934 getroffene Übereinkunft zwischen 18 privaten und öffentlichen Kreditversicherungs-gesellschaften aus 16 zumeist westeuropäischen Staaten, um Informationen über Schuldnerstaaten auszutauschen und den zügellosen Wettbewerb zwischen Exportländern zu verhindern. Im Januar 1961 wurde festgelegt, daß die Laufzeit von verbürgten Krediten fünf Jahre nicht übersteigen sollte. Vgl. AdG 1964 S. 11380.

Ich habe demgegenüber darauf hingewiesen, daß wir an sich keinen Einfluß darauf haben, wenn eine deutsche Industriefirma auf eigenes Risiko aus eigener Kraft Lieferungen tätigt, zumal dann nicht, wenn sie sich im Rahmen des Handelsvertrages bewegen. Es ist so, daß wir keine Ostlieferungen von Staats wegen verbürgen, also nicht die Hermes-Garantie⁴¹ gegeben haben. Damit sind also sehr enge Grenzen gezogen.

Wir haben jetzt einen aktuellen Fall. Frankreich ist an uns herangetreten, ob wir nicht gemeinsam in Rußland ein großes Hydrierwerk mit Anlagen für Chemie usw. anschließen sollen.⁴² Es handelt sich um den neuralgischen Bereich, bei dem zweifellos ein echter Engpaß vorhanden ist. Das ganze Projekt ist mit 4,1 Milliarden veranschlagt. Ich habe unsere deutsche Industrie vorwarnen lassen, sie solle äußerste Zurückhaltung üben, auch in den Vorgesprächen zwischen der französischen und der deutschen Industrie; denn ich sehe keine Möglichkeit, wenn wir einigermaßen glaubwürdig bleiben wollen, in dieses Geschäft einzusteigen. Ich sehe auch keine Notwendigkeit; denn der deutsche Export platzt aus allen Nähten angesichts der Währungsverhältnisse, so daß nicht irgendwie eine mangelnde Beschäftigung ein Grund sein könnte, um nun dieses Geschäft unbedingt zu tätigen.

Über die Währungssituation, wie sie sich in Europa darstellt, natürlich mit Rückwirkung auf Deutschland, habe ich mit dem Präsidenten Blessing ein ausführliches Gespräch gehabt.⁴³ Ich kann Ihnen eines absolut versichern: Deutschland denkt nicht etwa an eine Aufwertung. Es ist kein Objekt, das man beliebig oft genug wiederholen kann, im Gegenteil, das würde zu einer Ermunterung für die anderen führen. Aber das Thema ist wegen der möglichen spekulativen Fragen, die damit zusammenhängen, zu heikel, als daß ich es hier noch mehr ausweiten möchte. Aber wir sind und bleiben im Gespräch. Die eine Sicherheit sollen Sie haben, daß wir unter keinen Umständen eine Aufwertung der Deutschen Mark verfolgen. Das ist absolut sicher. Es ist nicht nur eine Aussage, sondern es ist ehrlich gemeint. Ich stehe dafür.

In der Frage des Rapacki-Plans, Herr Dr. Adenauer, hat sich nicht das Geringste geändert in der Haltung der Bundesregierung. Wir lehnen nach wie vor jeden Vorschlag dieser Art ab, nicht nur wegen der Gefährlichkeit, über die wir oft diskutiert haben, sondern weil man die Dinge überhaupt nicht vergleichen kann, wenn sie hier eine atomfreie Zone schaffen wollen oder wie der Terminus einer Verdünnung auch heißen mag.

Wo fängt man an? Wenn Sie von der russischen Grenze nach Westen gehen, dann schwimmen Sie nach 150 km in der Nordsee. Wenn Sie aber nach Osten gehen, machen 150 km überhaupt nichts aus. Dort ist die riesige Festlandmasse, aus

41 Die Hermes-Kreditversicherungs-AG ist u. a. auf dem Gebiet der Ausfuhrgarantien und -bürgschaften, der Waren- und Transportmittelgarantien als Mundator des Bundes tätig.

42 Vgl. dazu AAPD 1964 S. 249 f.

43 Am 18. Februar 1964 (Terminkalender Erhard).

deren innerem Raum heraus man operieren und jeden Tag völlig neue Verhältnisse setzen kann, dem wir nichts Gleichwertiges entgegensetzen können. Es ist also ein gefährliches Spiel mit diesem Rapacki-Plan. Sie können völlig überzeugt sein, Herr Parteivorsitzender, daß hier keine Änderung in der Haltung der Bundesregierung und auch nicht des Auswärtigen Amtes eingetreten ist.

Dufhues: Der Herr Vorsitzende hat die Situation der politischen Parteien Europas angesprochen. Wir sind uns einig in der Feststellung, daß gegenüber der Geschlossenheit des sozialistischen Lagers die Gruppe, die uns nahesteht, ein relativ diffuses Bild darbietet. Auf der sozialistischen Seite haben wir die Sozialistische Internationale. Sie haben das Büro der sozialistischen Parteien der Sechs, das sehr konkret und zielbewußt politisch arbeitet und auch in der politischen Zusammenarbeit der Parteien tätig ist, und schließlich das Büro der sozialistischen Fraktionen der Sechs, das sich im wesentlichen mit den konkreten Maßnahmen der europäischen Politik befaßt.

Auf unserer Seite zeigt sich ein verhältnismäßig verworrenes Bild. Wir haben zunächst die NEI, von der man beim besten Willen und bei allem Wohlwollen nicht behaupten kann, daß sie ein überzeugendes Instrument Christlich-Demokratischer Politik in Europa geworden wäre. Sie umfaßt die uns nahestehenden Parteien der Sechs und darüber hinaus die Europäische Volkspartei und die entsprechenden Parteien in der Schweiz.⁴⁴ Neben der NEI laufen unmittelbare Beziehungen einzelner Parteien, z. B. die während des letzten Jahres enger gewordenen Beziehungen der CDU zu der Konservativen Partei Großbritanniens; eine Beziehung, die jetzt dazu geführt hat, daß wir halbjährlich zu einem Gedankenaustausch über die uns angehenden politischen Fragen zusammenkommen.

Daneben laufen Kontakte zu den konservativen Gruppen der skandinavischen Länder. Gerade das stößt wieder auf Schwierigkeiten bei anderen Gruppen. Die konservativen Parteien der skandinavischen Länder und Großbritanniens stehen bei den uns nahestehenden Gruppen, z. B. in Italien, im Verdacht, daß sie keineswegs so sozial seien, während die konservativen Parteien behaupten, sie ständen weitgehend links von den Gruppen, die sich christlich-demokratisch nennen.

In diese Kontroverse sich einzuschalten, wird sehr schwierig sein. Ich halte es für richtig, daß man auch im Interesse der Bestrebungen, von denen der Herr Bundeskanzler Erhard gesprochen hat, darüber nachdenkt, wie wir zu einem festeren Zusammenhalt der uns nahestehenden europäischen Parteien kommen. Neben der NEI haben wir gegenwärtig das Büro der Christlich-Demokratischen Fraktionen, das sich der konkreten Gesetzgebungsarbeit annimmt, aber nach außen hin politisch nicht sehr wirksam ist. Dieser Tatbestand hat mich veranlaßt, mit ein paar Parteifreunden,

44 Mitglieder der NEI waren die christlich-demokratischen Parteien bzw. Equipen der sechs EWG-Staaten sowie die Christlich Demokratische Volkspartei der Schweiz. – Die EVP wurde erst 1976 gegründet. Zur Entwicklung der EVP vgl. JANSEN.

Illerhaus⁴⁵ und Lünendonk, über den Plan zu sprechen, der zum Teil von christlich-demokratischen Gruppen in Europa bereits aufgenommen worden ist, ein Büro der christlich-demokratischen Parteien der Sechs zu gründen.

Naturngemäß liegt der Gedanke nahe, bereits jetzt andere Gruppen einzubeziehen. Das halte ich für falsch. Man muß zunächst das mögliche tun und möglichst pragmatisch beginnen. Wenn wir bereits eine Zusammenarbeit im Büro der Fraktionen der Sechs haben, dann bietet sich nichts mehr an, als zunächst die politischen Parteien im Hinblick auf die europäischen Aufgaben zusammenzufassen, z. B. die politische Arbeit bei hoffentlich nicht in allzu weiter Ferne stattfindenden europäischen politischen Wahlen.

Es scheint mir zweckmäßig zu sein, mit der Errichtung eines eigenen Büros der christlich-demokratischen Parteien der Sechs zu beginnen. Überlegen Sie, ob es sich empfiehlt, dieses Büro in Brüssel einzurichten. Es wird notwendig sein, daß dieses Büro einen ständigen Generalsekretär erhält, der aber alles andere, nur keine subalterne Figur sein soll, sondern die Möglichkeit erhält, Erklärungen abzugeben für den Zusammenschluß der sechs Parteien, der in einem engen politischen Kontakt zu den entsprechenden politischen Parteien steht.

Im übrigen sollte vorgesetzt sein ein Vorstand, der aus je einem Repräsentanten der beteiligten politischen Parteien besteht. Dieses Sekretariat oder Büro der politischen Parteien sollte also rein pragmatisch in Anlehnung an das Büro der Fraktionen, aber auch unabhängig davon, seine Arbeit beginnen. Dazu der Gedanke, auf den der Herr Bundesvorsitzende besonderen Wert gelegt hat, den ich für wichtig halte und den wir aufgreifen sollten. Bisher ist die UNR, soweit es sich um das Verhältnis zu den christlich-demokratischen Gruppen handelt, verhältnismäßig isoliert. Wir sollten aber an die Entwicklung der politischen Situation in Frankreich denken. Zunächst müssen wir von der Tatsache ausgehen, daß wir in den nächsten sieben bis acht Jahren mit dem maßgebenden politischen Einfluß dieser Gruppe in Frankreich rechnen müssen. Auf der anderen Seite sehen wir die Schwierigkeiten, die wir bei allen übrigen christlich-demokratischen Gruppen haben.

Deshalb meine Überlegung, daß wir die UNR zwar nicht als Mitglied aufnehmen in dieses Büro – denn das würde zunächst jedenfalls auf unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen bei den übrigen Gruppen –, aber einen Faden anzuknüpfen zu der UNR und sie vielleicht als assoziiertes oder ähnlich strukturiertes Mitglied zu behandeln, zu denen wir als Büro der christlich-demokratischen Parteien Europas einen ständigen Kontakt unterhalten, der jedenfalls in wichtigen Fragen der europäischen Politik auch funktioniert und der uns die notwendige Resonanz, vor allem auch in den jetzt politisch maßgebenden Kreisen Frankreichs, gibt.

45 Joseph Illerhaus (1903–1973), Kaufmann; 1950–1971 Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Textileinzelhandels, 1966–1969 Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, 1953–1969 MdB (CDU).

Diese Dinge sind also im Fluß. Ich bin sehr dankbar, daß der Herr Bundesvorsitzende es dem Bundesvorstand vorgetragen hat. Ich wäre auch dankbar, wenn Sie Ihre Auffassung dazu heute sagen würden, damit ich weiß, ob ich in den Bemühungen, die jetzt beginnen sollen, fortfahren kann. Ich habe zunächst daran gedacht, mit der Democrazia Cristiana über dieses Problem zu sprechen und ihre Auffassung einzuholen. Einige Repräsentanten und mehrere andere Mitglieder der Democrazia Cristiana werden mich demnächst in Deutschland besuchen. Bei dieser Gelegenheit will ich mit dieser Gruppe beginnen und darüber nachdenken, ob eine solche Lösung auf allgemeine Resonanz bei den uns nahestehenden Parteien stößt.

Adenauer: Darf ich wiederholen! Zur Illustration habe ich gesagt, wenn wir die UNR einladen, dann bleibt die MRP fort. Deswegen ist es vielleicht richtiger, man macht so einen Anbau, um die UNR hineinzubringen. Warum die UNR? Eines Tages wird auch de Gaulle nicht mehr da sein. Davon muß man ausgehen. Dann gibt es keine bürgerlichen Parteien mehr in Frankreich, sondern nur noch sozialistische Parteien. Wenn man aber der UNR durch die Aufnahme in den Schoß der anderen die innere Kraft gibt, dann kann man hoffen, daß die UNR, auch wenn de Gaulle nicht mehr da ist, als eine starke Partei in Frankreich bestehenbleibt.

Gradl: Ich glaube, es kommt darauf an, eine Institution zu schaffen, in der echte politische Aussprachen der verantwortlichen Männer stattfinden. Der große Wert der Sozialistischen Internationale für alle diese Parteien beruht darin, daß sie in relativ kurzen, aber regelmäßigen Abständen zusammenkommen zu intimen Gesprächen, bei denen es sehr heiß zugeht; die sind nämlich gar nicht so einig untereinander, wie es nach draußen erscheint.

Es gibt Gegensätze zwischen englischen und deutschen Sozialdemokraten. Die reden eineinhalb Tage lang Fraktur – das ist das Fruchtbare an dieser Zusammenarbeit –, und dann wissen alle Beteiligten, wie der andere denkt. Es geht nicht um gemeinsame Beschlüsse in der Regel dabei, sondern man will wenigstens wissen, wo der andere steht, um sich selber seine Meinung bilden zu können.

Wenn Sie also das zuwege brächten, würde ich das sehr begrüßen. Wenn Sie aber nur das zuwege bringen, wie es bei der NEI ist, daß sich nämlich ein Kreis von Politikern zwei Tage lang an einem schönen Ort irgendwo in Europa zusammensetzt, einige Reden hält, dann einen Dinnerabend macht, und alles geht wieder nach Hause, so ist das sinnlos. Die fassen auch Resolutionen, die aber so verwaschen sind, daß sie jeder annehmen kann. Das wäre also sinnlos. Man muß diese Sache sehr ernst sehen.

Ich brauche die Schwierigkeiten bezüglich der Gaullisten nicht zu unterstreichen. Ich halte den bilateralen Weg für gut. Sie wissen, daß wir im März wieder eine Zusammenkunft unter der CDU/CSU-Betreuung haben zwischen Abgeordneten der UNR und uns, wobei ich unterstellen möchte, ob die UNR noch eine demokratische Partei ist. (*Unruhe und Bewegung.*) Sie schütteln den Kopf, Herr Burgbacher! (*Dufhues:* Herr Gradl, wegen Ihrer Unterstellung, ob die UNR noch eine demokratische Partei sei. – *Anhaltende Unruhe.*) Man kann nur sagen, das ist wohl der schlechteste Dienst, der

uns ausgerechnet von dieser Gruppe erwiesen worden ist. Der Herr Bundeskanzler hat in der Fraktionsvorstandssitzung gesagt, daß sie abgerückt sei, aber geschehen ist nichts.⁴⁶ (*Adenauer*: Wenn man aber mit den Leuten Fühlung hat, dann kann man sie davon abhalten.) Deswegen habe ich ja gesagt, wir sollten den bilateralen Weg gehen, um es auf diese Weise abzufangen.

Meyers: Seit Jahren sind ich und Herr Kraske in der NEI. Ich darf sagen, es ist nie gelungen, die Spitzenpolitiker der christlich-demokratischen Parteien zu diesen Tagungen zu bekommen. Von da her fing die Misere an. Die Spitzenpolitiker sind nämlich nicht auf diesen Tagungen und Kongressen anwesend. (*Burgbacher*: Lefèvre⁴⁷ war doch da!) Der einzige, der sich zur Verfügung gestellt hat, ist Ministerpräsident Lefèvre. Aber wenn die Spitzenpolitiker nicht dabei sind, kann keine praktische Politik gemacht werden. Ich halte aus ideologischen Gründen die NEI nicht für schlecht, insbesondere nachdem sie sich auf südamerikanische christlich-demokratische Parteien erweitert hat.⁴⁸

Man sollte diesen Kreis der politischen Parteien in Europa beibehalten. Wir sollten es von der CDU aus zu intensivieren versuchen.

Ich habe immer darauf hingewiesen, daß wir hier in Europa gegenüber den sozialistischen Fraktionen ohne weiteres unterlegen sind, weil es ja nicht in jedem Land eine christlich-demokratische Fraktion gibt, die das starkemäßig irgendwie aufwiegt. Es gibt ideologische Schwierigkeiten bei den englischen Konservativen und bei den nordischen Konservativen. Daneben gibt es die Gruppe der UNR, die zweifellos in Europa eine beachtliche Gruppe darstellt und im Augenblick danach sucht, wohin sie sich orientieren soll.

Wenn wir vom Parlament her in Europa nicht auf einen sozialistischen Weg kommen wollen, müssen wir eine antisozialistische Front zustande bringen. Es ist kein schöner Begriff, daß man mit „anti“ arbeitet, aber zunächst finde ich nichts, was die Gruppe mehr eint, um sich gegen die Vorherrschaft der Sozialisten zu richten. Dann würde man zu einer klaren Zweiteilung kommen, während die NEI mit den europäischen und südamerikanischen christlich-demokratischen Gruppen ihr Gedankengut weiter pflegen können. (*Zuruf*: Wie ein Gesangsverein!) Gesangsverein will ich nicht sagen, denn schon das Kennenlernen ist auch etwas wert. Ich erinnere an meinen

46 Erhard berichtet in der CDU/CSU-Fraktionsvorstandssitzung am 17. Februar 1964 über seine Gespräche während seiner Paris-Reise (ACDP VIII-001-504/2). – Über die UNR finden sich im Protokoll keine Ausführungen.

47 Theodore Lefèvre (1914–1973), belgischer Politiker, 1945 Mitgründer und 1950–1961 Vorsitzender der Christlichen Volkspartei Belgiens, 1961–1965 Premierminister.

48 Erste internationale Konferenzen mit Christlichen Demokraten aus Europa und Lateinamerika fanden 1956 in Paris und 1958 in Brüssel statt. Beim dritten Treffen 1961 in Santiago de Chile wurde die Christlich-Demokratische Weltunion (CWDU) gegründet, in der sich NEI, UCDEC, ODCA und IUJCD zusammenschlossen. Vgl. JANSEN S. 72.

Besuch bei Pflimlin⁴⁹, der nur auf das Kennenlernen in der NEI zurückzuführen ist. Die NEI war die erste außerdeutsche Gruppe, die die CDU in den internationalen Kreis hineingenommen hat.

Wir sollten insofern die NEI in ihren Bestrebungen unterstützen, aber für die Europapolitik sollten wir das andere in Angriff nehmen, weil wir sonst in Gefahr geraten, daß wir ein sozialistisches Europa bekommen.

Adenauer: Ich hoffe doch, daß wir eines Tages Wahlen für ein Europa-Parlament bekommen. Das ist doch unser Ziel. Welche Parteien sollen dann im Europa-Parlament vertreten sein, wenn alle nichtsozialistischen Parteien auseinandergehen? Das „antisozialistisch“ nehme ich nicht so tragisch, Herr Meyers; denn die anderen sind auch „anti-CDU“.

Dichtel: Im Elsaß waren früher sieben oder acht Abgeordnete allein vom MRP. Heute ist nur noch einer da und Pflimlin. Die Bewegung ist aber so, daß es dort nicht so bleibt. Ich bitte deshalb um die pfleglichste Behandlung des MRP.

Klepsch: Wir sollten mehrgleisig verfahren. Ich würde die NEI nicht entwerten, sondern vorschlagen, auf eine Reform der NEI zu drängen. Ich halte es auch für notwendig, Gespräche mit der Democrazia Cristiana voranzutreiben. Ich unterstreiche dies nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch wegen der Ausstrahlung nach Lateinamerika.

Hinsichtlich des vorgesehenen Büros bin ich nicht so optimistisch, aber ich unterstütze diesen Gedanken. Was die Zustimmung der anderen christlich-demokratischen Parteien in Europa angeht hinsichtlich der Aufnahme der UNR in irgendeiner Form, würde ich sagen, von der Jugendorganisation her, daß mindestens die Holländer, die Belgier und die Italiener sich energisch dagegen wenden werden, eine irgendwie geartete Form der Verbindung zu akzeptieren. Ich würde auch in einem Punkt nicht so weit gehen, nämlich hinsichtlich der Beurteilung der Position der UNR für einen längeren Zeitraum.

Nach dem Tode des französischen Staatspräsidenten wird eine Neugruppierung in Frankreich erfolgen. Diejenigen Kreise, die die UNR heute unterstützen und tragen, werden sich dann in dieser Neugruppierung wiederfinden. Unsere Hoffnungen müssen darauf gerichtet sein, diesen Kreis mit dem MRP in irgendeiner Form zusammenzubringen. Ich halte es für wichtig, wenn das bei diesen Vorgesprächen bedacht werden könnte.

Zu der antisozialistischen Front darf ich sagen, daß ich etwas Hemmungen habe, wenn wir vom Europa von morgen sprechen und dabei nur allein eine antisozialistische Formel prägen. Ich räume ein, daß wir zunächst eine Sammlung in irgendeiner Form der uns nahestehenden Gruppen anstreben sollen, aber die Plattform der NEI und

49 Dr. Pierre Pflimlin (geb. 1907), französischer Politiker (MRP); 1945–1967 Mitglied der Assemblée Nationale, 1959–1983 Oberbürgermeister von Straßburg. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 342 Anm. 20; Franz MEYERS: gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens. Düsseldorf 1982 S. 196, 229 f.

dieses Büros ist doch die, zu einer gemeinsamen Konzeption für das Europa von morgen zu kommen. Diese Ansätze sollte man benutzen.

Adenauer: Ich darf feststellen, daß mit einigen Hemmungen alle dafür sind. (*Beifall.*)

Burgbacher: Ich bitte um Entschuldigung, daß Sie nach dem, was ich nun sagen werde, leider nicht mehr sagen können, daß alle dafür sind (*Adenauer:* Wir können Sie aber bekehren.) Ich möchte sprechen aufgrund meiner Erfahrungen im Europa-Parlament, insbesondere bei den christlich-demokratischen Fraktionen dort.

Es hatten dort Gespräche zwischen drei Abgeordneten des Bundestages und einigen Gaullisten stattgefunden. Ich muß sagen, das war die größte Belastungsprobe für die Einheit der christlich-demokratischen Fraktion des Europa-Parlaments, die seit Bestehen des Europa-Parlaments überhaupt gewesen ist.

Ich sehe natürlich ein, daß mit der UNR irgend etwas nicht richtig ist, daß wir zu wenig Kontakt haben, aber schon die Frage oder eine öffentliche Erörterung dieser Frage wird sämtliche christlich-demokratischen Fraktionen der sechs Länder der Gemeinschaft auf die Barrikaden gegen uns bringen. (*Adenauer:* Langsam mit den jungen Pferden! – *Unruhe.*) Ich bitte um Entschuldigung, aber ich halte es für meine Pflicht, das hier zu sagen, was ich aufgrund der Erfahrungen im Europa-Parlament auf diesem Gebiet selbst erlebt habe.

Die Sache mit dem Brüsseler Büro geht wohl nur mit der UNR, wenn vorher hinter streng verschlossenen Türen mit allen christlich-demokratischen Gruppen innerhalb der Gemeinschaft gesprochen wird, weil sonst schon die Frage mehr Schaden anrichten kann, als wir an Nutzen haben würden. Was nun die NEI angeht, so kann ich nur sagen, die NEI ist eine lahme Ente. (*Adenauer:* Na also! – *Bewegung und Heiterkeit.*) Ich bin auch dafür, sie zu behalten, aber mit einem ganz anderen Generalsekretariat. (*Zuruf:* Mit einer kalten Ente! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ich bitte um Entschuldigung, auch mit ganz anderen finanziellen Mitteln als die, über die die NEI bisher verfügte.

Adenauer: Ich darf darum bitten, lassen wir doch über so kleinen Begebenheiten nicht das große Ziel aus den Augen. Das Ziel ist doch folgendes: Tatsache ist, daß die sozialistischen Parteien in Europa in einem engen Zusammenhang stehen. Wir hoffen, eines Tages zu einem europäischen Parlament zu kommen. Dann wird eine sozialistische Fraktion entstehen, die alle anderen majorisieren kann. Nun müssen wir doch suchen, andere Parteien zu bekommen. Und da bietet sich die UNR an. Auf welche Weise, das müssen wir der Geschicktheit von Herrn Dufhues überlassen. Es ist nicht richtig, weil nun irgendeiner einen Krümel in den Hals bekommt und hustet, deswegen nichts zu tun. Pflimlin steht auf Seiten de Gaulles. (*Burgbacher:* Von Pflimlin weiß ich genau seine Meinung. Wir sind gute Freunde. Aber das Verhältnis zur UNR ist ganz anders wie das Verhältnis Pflimlins zum Staatspräsidenten.) Ach, Herr Burgbacher, das künstelt man sich zurecht. Sie kennen alle nicht so die Verhältnisse in Frankreich, wie sie dort waren, ehe de Gaulle kam. Dort gab es einen Haufen kleiner Parteien. De Gaulle hat mir selbst gesagt: Hätten wir eine große Partei in Frankreich, die wirklich in der Lage wäre, die Verantwortung zu tragen, dann wäre alles ganz

anders. – Aber es war doch wie eine Karussellrunde: Jetzt wirst du Ministerpräsident, und in sechs Monaten bekommst du ein Mißtrauensvotum. Dann wird ein anderer Ministerpräsident, und nach weiteren sechs Monaten kommt der nächste dran. – Es war absolut keine stabile Politik mit Frankreich zu machen. Ich habe es doch erlebt. Das gilt auch von amerikanischer Seite aus; denn mir hat Foster Dulles gesagt: Wenn sich das mit Frankreich nicht ändert und sie uns im Stich lassen, werden wir Europa verlassen. (*Burgbacher*: Das ist völlig klar!) Jetzt sagen Sie: Völlig klar! Nun bietet sich doch die UNR an, Herr Burgbacher. Ob das Experiment klappen wird, das wird sich finden.

Klepsch: In einem Punkt würde ich warnen, daß wir nämlich über den Kontakt zur UNR nicht den Kontakt zu den anderen verlieren. Ohne Fühlung mit den Belgiern und Holländern kann unter Umständen etwas Schlimmeres dabei herauskommen, als wenn wir es nicht machen. Ich habe aber das Vertrauen, daß Herr Dufhues das vorsichtig machen wird.

Adenauer: Darf ich einmal eine merkwürdige Frage an Sie stellen, Herr Klepsch! Was verstehen Sie unter *Democrazia Cristiana*? (*Klepsch*: Ich verstehe darunter das Parteibüro in Rom.) Aha! Das genügt!

Dufhues: Ich habe einen sehr pragmatischen und vorsichtig formulierten Weg vorgeschlagen, der zu dem von Ihnen allen gebilligten Ziel führt, die uns nahestehenden politischen Parteien in Europa näher zusammenzuführen, und zwar 1. die Bildung eines Büros mit dem Sitz in Brüssel, um zunächst die Sechs politisch als Parteien zusammenzufassen und zu koordinieren, 2. es handelt sich um die schwierige Frage: Kontakte zur UNR.

Ich habe Ihnen erklärt, das wird im einzelnen zunächst mit der *Democrazia Cristiana* und dann mit den übrigen Parteien Europas besprochen, um zu versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen. Ich werde Sie über die weitere Entwicklung unterrichten. Diesen Weg sollten wir beginnen.

Adenauer: Sind Sie jetzt dafür, Herr Burgbacher? (*Burgbacher*: Wenn er es sehr vertraulich macht, ja.)

Erhard: Der Gaullismus besteht, weil de Gaulle da ist. Er hat nicht umsonst diesen Namen in Frankreich. De Gaulle ist eine große und für Frankreich bedeutsame, ja schicksalhafte lautere Persönlichkeit. Die Partei kommt meiner Ansicht nach im Grunde genommen überhaupt nicht zur Geltung, sondern es ist de Gaulle. Ich stelle die Frage, was würde aus einer gaullistischen Partei werden auf deutsche Verhältnisse übersetzt? Ich kenne unsere Deutschen. Eine gaullistische Partei in Deutschland ohne de Gaulle, also bloß eine politische Organisationsform, wäre nach meiner Meinung eine bedenkliche Angelegenheit.

Als mir der französische Staatspräsident sagte, wir haben eine gute Staatsform, habe ich erwidert, Sie habe de Gaulle, und den Gaullismus kann man nicht einfach auf Deutschland übertragen. Das hängt doch an dem Namen de Gaulle und seiner Persönlichkeit und Leistung für Frankreich. Ich möchte nicht wünschen, daß eine gaullistische Partei in Deutschland entsteht. Man muß das in Deutschland einmal

aussprechen. Das geht nicht gegen de Gaulle, sondern das ist eigentlich mehr die Angst vor uns selber.

Dufhues: Wir sollten zum Abschluß dieser Diskussion kommen. Niemand denkt daran, solchen Tendenzen Vorschub zu leisten, wie Sie sie, Herr Bundeskanzler, ausgemalt haben, aber wir sollten als Christliche Demokraten Europas daran denken, daß wir einer Entwicklung vorbeugen müssen, die nach dem Tode de Gaulles alles offen läßt und Tendenzen fördert, die mit dem Namen Volksfront noch als milde zu bezeichnen sind.

Deshalb sind wir daran interessiert, die Kräfte zu stützen, die im Grunde genommen unserer Auffassung sind. Die Wählerschichten des MRP sind weitgehend im Augenblick bei der UNR. Deshalb sollten wir die Entwicklung unterstützen, die auf die Dauer in Frankreich dazu führen könnte, daß eine Gruppierung der Christlichen Demokraten an Boden gewinnt.

Adenauer: Ich darf feststellen, wir sind damit einverstanden, daß Herr Dufhues diesen Versuch macht. Er wird uns dann weiter darüber berichten. Können wir uns so verständigen? (*Zustimmung.*)

Amrehn: Der Herr Vorsitzende hat die Frage aufgeworfen, welche Bedeutung es hat, daß Herr Brandt als Parteivorsitzender der SPD im Jahre 1965 den Wahlkampf führen wird. Ich teile die Ansicht, daß das vom Standpunkt der SPD aus die beste Lösung war, die sie sich suchen konnte, weil Brandt eine erhebliche Propagandawirkung hat, die aber weniger begründet ist durch persönliche politische Leistung, als vielmehr dadurch, daß er in der Welt der Verteidiger Berlins ist und daß er eine sichtbare amerikanische Unterstützung gefunden hat durch Kennedy, mindestens in der Zeit, als man zugleich eine Anti-Adenauer-Kampagne dort veranstaltet hat. Er hat eine gewisse Fähigkeit, im Fernsehen auf viele Menschen Eindruck zu machen. Von da aus muß überlegt werden, wie man ihn für die Wahl 1965 am besten bekämpft. Wir werden ihn nicht schlagen können durch Schönheitskonkurrenz im Fernsehen, (*Dufhues:* Aber Herr Schröder ist viel schöner!) aber wenn wir mit ihm sachliche Probleme erörtern und ihn stellen, zu bestimmten Sachfragen Antwort zu geben, dann wird er immer ins Schwimmen geraten. Das ist eine Chance, die man nützen muß.

Daß Herr Brandt sich sehr bemüht, in der SPD einen wirklichen Führungsanspruch seiner Person zu verwirklichen, das hat uns in Auseinandersetzungen im Abgeordnetenhaus gebracht. Er wirkt übrigens z.Z. sehr nervös und gereizt. Vielleicht hat die Bundespartei es noch nicht hinreichend gesehen, daß es seit dem Ende der letzten Sommerferien im Berliner Abgeordnetenhaus nicht eine einzige Sitzung gegeben hat, in der wir uns nicht mit ihm selbst auseinandergesetzt haben. Am letzten Donnerstag haben wir uns auseinandergesetzt mit der Frage seiner Vertretung durch Herrn Albertz.⁵⁰

50 Diskussion der „Großen Dringlichkeitsanfrage der Abgeordneten Amrehn, Dr. Riesebrodt, Dach und der übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU über beunruhigende Vorgänge im Berliner Senat“ in der 26. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 20. Februar 1964 (Abgeordnetenhaus von Berlin Sten.Ber. IV. WP II. Bd. S. 116–133).

Übrigens hat uns die Presse in Berlin gut unterstützt. Heute morgen steht eine Überschrift im „Tagesspiegel“: „Brandt heute wieder in Berlin“. (*Große Heiterkeit und Bewegung.*) Das wird also als Ereignis gewertet, daß er wieder einmal in Berlin ist. Auf diese Weise wird innerhalb der SPD die Überzeugung gestärkt, daß Albertz nicht der richtige Nachfolger ist, so sehr er z.Z. auch gestützt wird. Ich glaube, daß Erwägungen angestellt worden sind, wer der Nachfolger von Brandt sein kann, wenn es Albertz nicht wird.

Ich bin der Meinung, daß Brandt vom nächsten Jahr an als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei natürliches Mitglied des Bundestages sein muß, sonst könnte er den Führungsanspruch der SPD nicht hinreichend genug in seiner Person verwirklichen.⁵¹

Also muß er für das nächste Jahr einen Nachfolger gefunden haben. Und da uns hier mit Recht Verschwiegenheit auferlegt wird, möchte ich zwei Namen nennen, von denen innerhalb der SPD die Rede ist. Es ist zunächst der Bausenator Schwedler⁵², ein sehr standfester Mann, dem aber die erforderliche geistige Beweglichkeit fehlt. Deshalb ist noch ein Zweiter im Gespräch. Wie mir berichtet worden ist, ist das die „Schmidt-Schnauze“ aus Hamburg.⁵³ Ich weiß aber nicht, ob das noch möglich sein wird; denn es gehört auch eine gewisse Anlaufzeit dazu. Aber das sind Namen, die immerhin schon innerhalb der SPD selbst erörtert werden.

Wie sehr Brandt seinen Führungsanspruch geltend zu machen wünscht, geht schon daraus hervor, daß er im Abgeordnetenhaus erklärt hat, er habe dem Herrn Bundeskanzler schon am Telefon gesagt, wenn der Herr Bundeskanzler wissen wolle, wie die SPD denke, könne er auf Zwischenstufen verzichten und brauche nur noch Herrn Brandt zu fragen. Das ging offensichtlich gegen Wehner, auf den sich wahrscheinlich der Herr Bundeskanzler in einem Gespräch bezogen haben muß, als er eine Unterredung damit hatte. (*Erhard: Mit dem Fraktionsvorsitzenden habe ich geredet.*)

Er hat vor dem Abgeordnetenhaus dargestellt, künftig habe man sich an ihn zu halten, wenn man wissen wolle, wie die SPD denke. Dazu muß man wissen, daß Brandt seinen ganzen Wahlkampf mit aller Energie gegen die CDU richten wird, um sein altes Ziel – das ist zehn Jahre alt – zu verwirklichen, nämlich eine SPD/FDP-Koalition wie in Berlin auch im Bundestag zustande zu bringen.

Darum meine Frage vorhin, ob die SPD noch weiter an der Wahl des Bundespräsidenten Lübke festhält. Seitdem sie einen neuen Parteivorsitzenden hat, würde ich das nicht mehr so sicher unterstellen, wie es im Gespräch noch zum Ausdruck gekommen ist, das andere geführt haben als Herr Brandt. Das muß man also beachten.

51 Brandt hatte von 1949 bis 1957 dem Bundestag angehört und ein 1961 gewonnenes Mandat nicht angenommen. Erst 1969 zog er wieder in den Bundestag ein.

52 Rolf Schwedler (1914–1981), 1955–1972 Senator für Bau- und Wohnungswesen in Berlin, 1972–1976 MdB (SPD).

53 Gemeint Helmut Schmidt (vgl. Nr. 2 Anm. 19).

Herr Bundeskanzler! Ich möchte nicht auf dem Thema der Passierscheine herumreiten. (*Erhard*: Sie sind doch zufrieden?) Ich wollte einige Erläuterungen geben. Wir sind dankbar dafür, daß jetzt eine Wendung eingetreten ist, die auf alle Fälle verhindern wird, daß ostzonale Funktionäre, zum Teil SED-Leute, wieder in West-Berlin tätig werden. Das ist auch in der Berliner Bevölkerung sichtbar geworden, daß die Übereinstimmung mit der Bundesregierung nicht so einhellig ist, wie der Berliner Senat immer getan hat.

Übrigens hat Brandt nach der Unterredung mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, wieder seine Äußerung getan: Ich bin kein Befehlsempfänger des Bundeskanzlers; ich bin kein französischer Präfekt. – Damit ist wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß man sich gewisse Sonderheiten noch vorbehalten will. Ich muß auf diese Gefahr immer wieder aufmerksam machen, weil mir sehr vertraulich – ohne daß ich den genauen Zeitpunkt bestimmen kann – gesagt worden ist, daß die Bezirksämter wieder Passierscheinstellen in West-Berlin räumlich vorbereiten, wenigstens in einem Beschluß „Order an die Bezirksämter“. Es kann sein, daß das allerdings schon vor dem Gespräch am Montag erfolgt ist.

Auf alle Fälle hatte man vor, wenn man schon mit der Bundesregierung in dieser Frage zu Ostern nicht einig wird, die Diskrepanz der Auffassungen öffentlich bekannt werden zu lassen. Und das ist auch geschehen. Man hat sich die Plattform geschaffen. Wir waren in Berlin bereit gewesen, das zu Ostern zu wiederholen, aber die Bundesregierung hat nicht gewollt. – Und das wird bereits zu einem Stück Wahlkampf für die SPD.

Deshalb bin ich, Herr Bundeskanzler, noch nicht ganz befriedigt, daß sich die Einwände der Passierscheinaktion auf diesen einen Punkt der Anwesenheit ostzonalen Funktionäre beschränkt haben sollen. (*Erhard*: Das ist das Wichtigste.) Es heißt, das sei der entscheidende Punkt, alle anderen Punkte seien durchaus weiter verhandlungsfähig. Wenn man aber bereit ist, wieder ein Protokoll gleicher Art und gleicher Form zu unterschreiben, dann entsteht doch aus der Wiederholung eine gewisse Gewohnheit und aus der Gewohnheit schließlich ein gewisses Gewohnheitsrecht der direkten und verwandten Beziehungen zwischen West-Berlin und Pankow.

Ich habe unverändert meine Einwendungen gegen ein weiteres Protokoll. Auch der Ausgangspunkt muß der gleiche bleiben, nämlich die Gleichstellung mit den Westdeutschen. Selbst wenn man das nach dem 17. Dezember nicht im vollen Maß mehr erreichte, würde ich meinen, muß das die Ausgangsbasis sein für weitere Gespräche mit dem Osten. Ich darf darauf hinweisen, daß wir es bei den monatelangen Gesprächen vor einem Jahr, als Herr Leopold verhandelt hat, als selbstverständlich unterstellt haben, daß die Berliner genauso behandelt werden wie die Westdeutschen, daß sie keinen Antrag stellen und keine Unterschrift leisten und keinen Text unterschreiben, der für unannehmbar gegolten hat.

Aber alles das, was ich jetzt ausgeführt habe, ist doch in einer künftigen Regelung wieder möglich, nämlich die scharfe Unterscheidung zwischen Berlin und dem Bund. Von daher gesehen wird es bei einer dritten Regelung, wenn sie kommen sollte, immer

schwieriger. Nach meiner Meinung muß auf alle Fälle darauf bestanden werden, daß jede neue Vereinbarung, wenn es zu einer Unterschrift kommen sollte, unlimitiert sein muß. (*Erhard*: Das habe ich gefordert!) Wenn aber gesagt wird, zwölf Monate Passierscheine, dann sieht das wieder nach einer Limitierung aus. Vielleicht sollen nur die Passierscheine, aber die Vereinbarung selbst dann in ihrer Wirksamkeit und Gültigkeit nicht mehr limitiert sein.

Ob der Besuch Abrassimows⁵⁴ bei Ulbricht und der Satz Eislers⁵⁵ im Fernsehen, man wird vom Osten entgegenkommen, schon bedeutet, daß sie auf die Entsendung von Funktionären verzichten, weiß ich nicht. Das „Neue Deutschland“ hat sich gestern⁵⁶ völlig anders verhalten und seit einem Vierteljahr zum erstenmal Brandt wieder angegriffen. Ich finde das bemerkenswert. Wenn die SPD sagt, es ergebe sich eine merkwürdige „Koalition“ zwischen Kräften in Bonn und Pankow, dann muß man darauf hinweisen, daß die „Koalition“ zwischen der SPD und Pankow am deutlichsten dadurch wird, daß Pankow Herrn Brandt und die SPD seit Mitte Dezember nicht mehr angegriffen hat, mit Ausnahme von Wehner, der noch das einzige sozialdemokratische Mitglied ist, das von Pankow angegriffen worden ist. Und nun ist gestern Brandt wieder zum erstenmal angegriffen worden, nachdem diese ablehnende Antwort der Bundesregierung erteilt worden ist. Übermorgen wird die nächste Besprechung stattfinden. Ich hoffe, daß darauf gedrungen wird, nun Klarheit zu schaffen, aber nicht, wenn es nicht zu irgendeiner Lösung kommt, daß die Einrichtung Wendt/Korber als Gesprächsbasis installiert wird für die nächsten Monate.

Erhard: Ich glaube, wir können jetzt, auch wenn ich die Sache aus der Sicht der Partei betrachte, mit dem Ergebnis zufrieden sein; denn wir haben tatsächlich erreicht, daß sich der Berliner Senat beugen mußte, aber nicht deshalb, weil er Befehlsempfänger oder irgendein Präfekt ist – ich habe ihn nie so behandelt –, sondern weil er unter den Druck der Öffentlichkeit geraten ist. Ich finde, der Berliner Senat hat falsch taktiert. Er ist auch mit seiner Ansicht zurückgepöfift worden von Bonn aus.

Wir können keine bessere Politik treiben als zu sagen: Für uns ist Berlin tabu. Wir wollen um Berlin keinen Streit der Parteien und der Fraktionen. Wenn ihn die andere Seite sucht oder wenn sie zwiespältig oder zwielichtig wird in ihrem Verhalten, dann ist es ihre Schuld, aber dann sind wir nicht verantwortlich.

54 In der Vorlage: Prassow. – Pjotr Andrejewitsch Abrassimow (geb. 1912), 1962–1971 und 1975–1983 Botschafter der UdSSR in der DDR. – Abrassimow war am 24. Februar 1964 bei Ulbricht („Neues Deutschland“ vom 25. Februar 1964 „Botschafter Abrassimow bei Walter Ulbricht“).

55 Gerhart Eisler (1897–1968), 1949–1950 Mitglied des Parteivorstands der SED, 1949–1950 Mitglied der Provisorischen Volkskammer der DDR, 1956–1962 stv., ab 1962 Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, seit 1967 Mitglied des ZK der SED. – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Sowjetzonen-Spiegel Nr. 46/64 vom 24. Februar 1964 S. 2–5; FAZ vom 24. Februar 1964 „Brandt sieht noch Spielraum für Passierschein-Verhandlungen“.

56 Vgl. „Neues Deutschland“ vom 24. Februar 1964 „Der Irrtum“.

Im übrigen ist die These von Herrn Brandt, er sei kein Befehlsempfänger und kein Präfekt, außerordentlich gefährlich; denn damit wird gesagt, im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern will Berlin etwas Besonderes sein.

Nordrhein-Westfalen treibt auch keine eigene Außenpolitik. (*Adenauer: Legen Sie es ihm nicht zu nahe! – Lebhaftige Heiterkeit.*) Wenn Brandt den Anspruch erhebt, begründet er damit einen neuen Anlaß, der dieser Drei-Staaten-Theorie Vorschub leistet. Er treibt also ein ganz gefährliches Spiel mit solchen Äußerungen, die einem persönlichen Ressentiment entspringen.

Dittmar: Ich möchte ein paar Worte zur Sozialenquete sagen. Es ist zu begrüßen, daß Herr Professor Neundörfer⁵⁷ gebeten worden ist, seine Vorstellungen darüber zu entwickeln, und ein Gremium in Aussicht genommen worden ist, mit ihm die Sache zu bearbeiten. Es wäre wünschenswert, daß diese Kommission schneller arbeitet, als es seinerzeit der Fall gewesen ist, um das Vier-Professoren-Gutachten⁵⁸, an dem Neundörfer beteiligt gewesen ist, zustande zu bringen. Ich meine das Gutachten aus dem Jahre 1955, das auch nicht jene volle Klarheit geschaffen hat, um die Rentenreform zustande zu bringen, die dann doch anders gestaltet wurde.

Herr Bundeskanzler! Ich habe eine herzliche Bitte an Sie. Lassen Sie dieses Wort – das sicher nur für diese geheime Beratung bestimmt gewesen ist – von der Öde der Rechtsansprüche, die unsere Sozialpolitik erreicht hat, nicht an irgendeiner Stelle in der Öffentlichkeit verlauten. Das könnte sich für unser gesamtes Ansehen bei allen Stellen als äußerst gefährlich erweisen. Ich sage Ihnen damit nichts Neues; denn wir leben nun einmal in einer Politik, die den sozialen Rechtsstaat verwirklichen will. (*Erhard: Wir leben im sozialen Rechtsstaat!*) Sie erwähnten ein Beispiel aus dem Lastenausgleich. Ich kenne einen Fall, daß ein bekannter Mann aus Oberschlesien bedeutend weniger an Hausratentschädigung bekommt als ein Landarbeiter, der allerdings eine große Kinderzahl hat. Unser sozialer Rechtsstaat nimmt auf diese Dinge der sozialen Bedürfnisse in vieler Beziehung Rücksicht. Das muß in vielem aber neu durchdacht werden. Ich bin der Meinung, daß es nichts gibt, was ständig nicht neu durchdacht werden muß. Aber es wäre für unsere ganze Politik gefährlich, wenn sie mit einem solchen Wort belastet würde. Das kann Ihr Wille nicht sein; denn es könnte sein, daß gerade derartige Dinge von unserem Koalitionspartner mit Wonne ausgedeutet würden.

Daß sich die FDP diese Sache mit den Kriegsopfern⁵⁹ geleistet hat, kam einem echten Verrat an uns gleich. Es war eine durch und durch unwürdige Angelegenheit, die von der Masse der Kriegsbeschädigten überhaupt nicht verstanden worden ist.

57 Dr. Ludwig Neundörfer (1901–1975), Professor für Soziologie an der TH Darmstadt. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 512 Anm. 28.

58 Vgl. EBD. S. 513 Anm. 29.

59 Vgl. fdk Nr. 9/64 vom 22. Januar 1964 „Wirksame Verbesserung der Kriegsofper erreicht“.

Ich habe ein schönes Beispiel. Ich fuhr Anfang Januar von Bonn nach Düsseldorf und sprach mit einem Kriegsbeschädigten. Wir kamen auf die Demonstration der Kriegsoffer zu sprechen und waren der Meinung, das sei unwürdig. Ein dritter Herr saß dabei und sagte: Das ist sehr interessant für mich. – Und das war ausgerechnet Herr Zoglmann von der FDP.

Nun war es bedauerlich, daß auch der Vorsitzende unserer Bruderpartei in die gleiche Kerbe gehauen hat.⁶⁰ Herr Bundeskanzler! Sie haben damals mit Ihren Ausführungen in weiten Kreisen der Kriegsbeschädigten und der Bevölkerung ein hundertprozentiges Echo gehabt. Wir waren alle gewillt, Ihre Politik mit Zehen und Klauen zu verteidigen. Aber mißverstehen Sie mich bitte nicht, wenn ich die Bitte habe, ein solches Wort nicht zu verwenden, damit nicht ein Eindruck entsteht, den Sie gar nicht hervorrufen wollen.

Erhard: Ich habe nur in Schlagworten sozusagen gesprochen. Wenn ich vor einer Versammlung spreche, dann werde ich es weiter ausdeuten. Aber ich habe jetzt in Baden-Württemberg erlebt, ich komme an, wenn ich die Dinge darlege.

Dittmar: Das war mir klar, aber wir erleben ja, wie ein Wort die Runde gemacht hat durch die Presse usw., was sicher nicht im Interesse unserer Partei gelegen hat.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Darf ich ein paar allgemeine Bemerkungen machen! Sie vergessen leider zu schnell, in welch zerrissenem Zustand unser Vaterland war, als der Krieg zu Ende ging. Wenn wir damals auch auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung nicht weitergegangen wären, als man das in ruhigen Zeiten getan hätte, dann wären wir Gefahr gelaufen, daß die Linksparteien davon den Gewinn gehabt hätten. Um dieses Land wieder in eine Ruhe hineinzubringen, mußten wir auf sozialem Gebiet weiter gehen, als man das bei ruhigen Zeiten getan hätte.

Ich kenne kein Land – abgesehen vielleicht von Sowjetrußland – das derartig große Kriegsverluste gehabt hat wie die Bundesrepublik. Wenn z. B. die Amerikaner in diesem ganzen Krieg 359.000 Tote hatten und Sie dem gegenüberstellen, was wir an Toten und Hinterbliebenen gehabt haben, wenn Sie weiter daran denken, daß neun Millionen Vertriebene bei uns angekommen und drei bis vier Millionen unterwegs gestorben oder verschollen sind, dann wird man es doch gerechtfertigt finden, daß wir damals weitergehen mußten, als wenn wir in einer normalen Weise ein geordnetes Staatswesen übernommen hätten.

Erhard: Ich beanstande nicht die sozialen Leistungen, auch nicht die Höhe der sozialen Leistungen. Ich bin umgekehrt der Meinung, wir könnten den wahrhaft Bedürftigen mehr geben, wenn wir innerhalb der ganzen Ordnung etwas mehr soziale Gerechtigkeit hätten. (*Adenauer:* Absolut richtig!)

Blank: Ich will nicht nachkarten, aber in der Kriegsofferversorgung waren sich das Kabinett und zunächst der Fraktionsvorstand einig. Den sogenannten Stufenplan

60 Auf der Sitzung der CSU-Landesgruppe am 20. Januar 1964 gab Strauß den möglichen Abstimmungstermin zur Kriegsofferfrage bekannt und empfahl den 1. Januar 1964 als Termin des Inkrafttretens der Reform (ACSP LG 1964 Nr. 2).

haben weder der Herr Bundeskanzler noch ich erfunden, sondern die Koalitionssprecher, die darüber miteinander verhandelt haben. Aber nachher, als es zum Schwur kam, gab es keine Mehrheit für diesen Stufenplan.

Es ist eine alte Erfahrung in diesem Parlament – ich sage das ohne jede Wertung –, daß es leichter ist, große Mehrheiten zustande zu bringen, wenn etwas beschlossen wird, das den Leuten etwas gibt, als gesunde Verhältnisse im sozialen System herbeizuführen.

Nun zu den Rechtsansprüchen! Ich habe das nicht falsch verstanden und möchte es mit einem Satz interpretieren. Die Bundesregierung denkt nicht daran, bisher gewährte Sozialansprüche zu reduzieren, aber sie ist der Auffassung, daß neben dieses System der sozialen Rechtsansprüche mehr und mehr das treten soll, was in unserem Volk total untergegangen ist, nämlich echtes soziales Wollen auch in den gesetzlichen Gruppen zueinander und untereinander, das also, was man früher schlicht und einfach mit den Worten Fürsorge, Caritas oder Nachbarschaftshilfe ausdrückte. So habe ich den Herrn Bundeskanzler verstanden, und in diesem Sinn führe ich unsere Sozialpolitik.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Sie haben etwas zu der Wahl des Bundespräsidenten gesagt. Wir waren uns darüber einig, daß diese Frage mit großer Diskretion behandelt werden muß, aber andererseits ist es doch wichtig und richtig, daß wir in diesem Kreis, der ja vertraulich ist, unsere Meinungen austauschen. Es ist richtig, daß Sie als Parteivorsitzender im Einvernehmen mit der Fraktionsführung diese Verhandlungen so geführt haben, wie Sie es geschildert haben. Ich glaube auch, daß es richtig ist, daß Sie als Vorsitzender der CDU dabei für eine Wiederwahl des Bundespräsidenten Dr. Lübke eingetreten sind, der unser Parteifreund ist und unser Kandidat auch 1959 war.

Auf der anderen Seite sehe ich eine gewisse Gefahr, wenn der jetzige Zustand lange anhält, darin, daß diese zweideutige Haltung der SPD die Sache offenläßt. Das kann nämlich den amtierenden Bundespräsidenten in eine unangenehme Lage hineinbringen, weil er damit die Entscheidungsfähigkeit, ob er sich stellen soll oder nicht, verliert.

Die zweite Gefahr ist die, wenn dieser Zustand anhält, daß andere Kandidaten in die Diskussion gebracht werden, und zwar von einer Kombination, die wir schon erlebt haben, nämlich von der SPD und dem linken FDP-Flügel. Da ist z. B. die Forderung mit dem Namen Dehler gestellt worden. Das ist sicher nicht der richtige Name, aber ich fürchte, daß wir demnächst eine Reihe von Professoren präsentiert bekommen, namentlich bei der deutschen Vorliebe für Professoren, die auf dem links-liberalen Flügel stehen und für einen Teil der FDP und der SPD interessant wären.

Man sollte also darauf drängen, in einem Gespräch mit der SPD und der FDP möglichst bald zu einer Klärung zu kommen, aber nicht erst in den letzten Wochen vor der Wahl. Das wäre für den Bundespräsidenten selber und auch für uns eine unangenehme Situation. Wenn man diese Klärung nicht erreichen kann, müßte man im engsten Kreise der CDU/CSU unter Ihrer Verantwortung sich darüber Gedanken machen, ob man nicht andere Personen, die unser Vertrauen genießen, in diese

Betrachtung miteinbezieht. Ich sehe es als gefährlich an, diesen Schwebezustand bis zum Juni bestehenzulassen.

Adenauer: Herr Barzel und ich sind am Nachmittag des Tages, an dem die letzte Verhandlung war, zum Bundespräsidenten Lübke gegangen und haben ihn über den Verlauf der Beratungen unterrichtet. Der Herr Bundespräsident hat diese Mitteilung mit großer Gelassenheit entgegengenommen. Nun kann ich Ihnen sagen, daß noch am selben Nachmittag die FDP versucht hat, mit Herrn Barzel Fühlung aufzunehmen wegen eines anderen Kandidaten.

Aber, meine verehrten Herren, stellen Sie sich doch bitte diese Situation vor. Wir sind doch die stärkste Partei und schlagen den Bundespräsidenten vor. Und nun sagt ein Teil innerhalb dieser kleinsten Koalitionspartei: Nein, ich will es nicht.

Dann können wir doch nicht sofort sagen, Herr Stoltenberg, gut, wir machen es so, wie ihr wollt. Das können wir doch nicht. Das verträgt auch nicht das Ansehen unserer Partei. Aber wir wollen nicht warten bis Ende Mai oder Anfang Juni. Andererseits wollen wir aber auch nicht hinter den Freien Demokraten herlaufen und sagen: Seid doch so freundlich und macht mit. Die Freien Demokraten haben Herren genannt, über die Sie erstaunt sein werden, aber nicht den Herrn Dehler, im Gegenteil. Herr Mende hat erklärt, daß Herr Dehler bei ihnen abgelehnt worden sei.

Scheufelen: Man erlebt bei der FDP oft, daß eine große oder kleine Gruppe etwas durchzusetzen versucht, aber wenn man dann ruhig bleibt, können wir unsere Vorstellungen schließlich doch durchsetzen.

Wir haben in absehbarer Zeit in Baden-Württemberg die Landtagswahlen. Nun wirkt sich jeder Streit in Bonn positiv für die SPD aus. Es darf nichts passieren, daß nun durch einen Streit innerhalb der Regierungskoalition in Bonn diese Dinge auf das Land Baden-Württemberg übertragen werden. Es ist viel zuviel passiert in den letzten Jahren, als daß solche Dinge einfach herunterlaufen wie Wasser. Herr Ministerpräsident Altmeier hat es auch bei den letzten Landtagswahlen erlebt, wie groß die Empfindlichkeit bei der Bevölkerung geworden ist und wie jede Reaktion einen erheblichen Einfluß auf die Wahl haben wird.⁶¹

Wir dürfen uns keiner Illusion hingeben. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge wird die CDU als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen, aber die SPD ist uns derartig nachgerückt, daß der Unterschied im Wahlergebnis nicht mehr groß sein wird. Die FDP wird etwas an die CDU verlieren. Das ist immer das Schicksal einer kleineren Koalitionspartei.

Es besteht bei einer ungünstigen Entwicklung die Gefahr, daß wir eine Situation wie Niedersachsen bekommen, daß nämlich die SPD genauso stark wird wie die CDU, (*Zuruf:* In Niedersachsen ist die SPD doch stärker!) und die FDP erheblich

⁶¹ Bei der Landtagswahl am 31. März 1963 in Rheinland-Pfalz verlor die CDU gegenüber der Landtagswahl vom 19. April 1959 4 % (vgl. FISCHER 2 S. 961 und 963). Der Verlust war nach Ansicht der FAZ auf die permanente Führungskrise der Bundes-CDU zurückzuführen (FAZ vom 2. April 1963 „Auf fallender Linie“).

schwächer wird. Wir haben also die Bitte, dafür zu sorgen, daß in den nächsten Wochen nicht durch Bonn infolge irgendwelcher Streitigkeiten neue Belastungen auf uns zukommen.

Wir haben uns auch etwas andere Vorstellungen über den Rednereinsatz gemacht, als er bisher zustande gekommen ist. In der gestrigen Landespressekonferenz erklärten mir die Journalisten, sie hätten unter sich eine Umfrage darüber gemacht, wie die Wahl ausginge. Das Ergebnis lautete: CDU 56 Mandate, SPD 48 bis 50 Mandate, FDP Restmandate. Das ist also ein Ergebnis, das für uns durchaus befriedigend wäre. Um dieses Ziel zu erreichen, darf aber nichts mehr passieren, und wir brauchen eine stärkere Unterstützung vom Bund als bisher.

Wenn Herr Brandt in jede kleine Kreisstadt geht, wenn geschlossene Veranstaltungen von Wehner und Erler laufend stattfinden, wir aber demgegenüber nur wenig Leute einsetzen, dann wissen wir nicht, wie wir die Dinge im Griff behalten können. Herr Dufhues! Wir in Baden-Württemberg würden gern etwas Konkretes darüber hören, was geschehen soll, damit wir zu einem besseren Rednereinsatz als bisher kommen.

Dufhues: Seit Monaten bemühe ich mich, die sogenannte Bundesprominenz dafür zu gewinnen, sich im Wahlkampf von Baden-Württemberg zu beteiligen. Wir haben diese Bemühungen nicht darauf beschränkt, den Beteiligten zu schreiben, sondern ich habe mich mit zahlreichen Rednern persönlich in Verbindung gesetzt und auf die Bedeutung der Wahl in Baden-Württemberg eindringlich hingewiesen. Ich bin von denen unterstützt worden, die von dieser Bedeutung wissen, aber trotzdem ist das Ergebnis – lassen Sie mich das mit aller Offenheit sagen – negativ. Noch heute stehen 21 Antworten aus, trotz Mahnung, Erinnerung und wiederholter Hinweise. Lediglich 13 Redner haben eine Zusage gemacht.

Ich habe volles Verständnis, daß die Herren Bundesminister durch ihre Arbeit in Bonn festgehalten sind, aber ich bin auch davon überzeugt, daß z. B. der Herr Bundeskanzler nicht zu einem Unterbeschäftigten im Rahmen der Bundesregierung gehört. Trotzdem steht er an der Spitze derer, die sich bereit erklärt haben, im Wahlkampf von Baden-Württemberg sich für die Sache der CDU einzusetzen.

Ich habe nun an den Bundesvorstand die dringende Bitte, mich in meinen Bemühungen zu unterstützen, endlich klare und möglichst positive Antworten zu bekommen.

Wir können einen zentralen Rednereinsatz, wenn er sinnvoll sein soll, nur dann planen, wenn der Einsatz einige Monate vorher festgelegt wird, damit wir eine entsprechende Einteilung, ob für zwei oder drei Tage usw., vornehmen können. Solange aber diese Zurückhaltung besteht, ist es mir beim besten Willen nicht möglich, das Minimum dessen zu tun, was wir den Baden-Württembergern mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Wahl zugesagt haben. Es ist die letzte große Landtagswahl vor den Bundestagswahlen. Sie hat auch ihre große politische Bedeutung wegen der Wertung der CDU in der Bevölkerung. Jedenfalls lege ich großen Wert darauf, daß nun endlich diese Zurückhaltung aufgegeben wird.

Seebohm: Ich darf auf einen Punkt hinweisen, der für die Wahl in Baden-Württemberg von Bedeutung ist, nämlich auf die Tatsache, daß dort der BHE noch vorhanden ist und daß wir versuchen müssen, diese Leute für uns zu gewinnen. Wir haben in Baden-Württemberg eine gute Arbeit insofern geleistet, als es gelungen ist, den BHE zu spalten und gleichzeitig Sepp Schwarz⁶² für uns zu gewinnen. Sie wissen, daß Schwarz nicht die Mehrheit hatte im BHE. Man mußte überhaupt auf eine Wahlbeteiligung des BHE durch Aufstellung von Kandidaten verzichten.

Wir haben ähnliche Verhältnisse in Niedersachsen und an anderen Stellen. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese Fragen in den Organisationen der Heimatvertriebenen bereits angesprochen werden. Dabei habe ich eine Sorge, die mir wesentlich erscheint, daß wir nämlich auf dem Parteitag in Hannover nicht genug in Erscheinung treten lassen, daß wir der Frage der Heimatvertriebenen eine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Oder-Neiße⁶³ hat mir erklärt, er gebe diesen Vorsitz ab. Nun sehe ich keine geeignete Persönlichkeit, die an diese Stelle treten könnte. Herr von Keudell⁶⁴ ist zu alt und die anderen Herren sind vielfach saturiert. Es wäre aber geradezu notwendig, daß von Hannover aus mit dem Blick auf die Wahlen in Baden-Württemberg zu dieser Sache ein Wort von der Partei gesagt oder eine Initiative hinsichtlich des Arbeitskreises Oder-Neiße erfolgen würde.

Ich möchte das als eine ernste Sorge, die mir auch von Niedersachsen aus bevorsteht, hier zum Ausdruck bringen, weil ich weiß, daß dieser Kampf um die BHE-Stimmen in Baden-Württemberg von großer Bedeutung sein wird für die Frage, wie stark nun die SPD werden wird. Von der BHE-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag sind zwei maßgebende Leute zur SPD übergetreten.⁶⁵ Ich habe gehört, daß man dort mit größtem Nachdruck und in demokratischer Weise auf die Leute einwirkt.

Adenauer: Herr Seebohm! Wir haben Pech gehabt mit dem Herrn Krüger, dem ersten Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen.⁶⁶ Jetzt wird wahrscheinlich ein Sozialdemokrat gewählt werden. (*Seebohm:* Sehr richtig!) Wir möchten darum bitten,

62 Josef (Sepp) Schwarz (1910–1985), 1950–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (GB/BHE, GDP, seit 1964 CDU), 1960–1972 Staatssekretär für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Innenministerium Baden-Württemberg.

63 Vorsitzender war von 1958 bis 1964 Oberländer. Nachfolger wurde Josef Stingl (1964–1969).

64 Dr. Walter von Keudell (1884–1973), seit 1954 Vorsitzender des Bundesvertriebenenausschusses der CDU. Vgl. PROTOKOLLE I S. 478 Anm. 16.

65 Josef Janota und Robert Maresch am 6. November 1963. Vgl. Josef WEIK: MdL und Landtagsgeschichte von Baden-Württemberg 1945–1984. Stuttgart 1984 S. 74 Anm. 126.

66 Hans Krüger war von 1958–1964 Vorsitzender des „Bundes der vertriebenen Deutschen“, 1963–1964 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Rücktritt aufgrund von Vorwürfen wegen seiner „braunen Vergangenheit“). – Nachfolger als BdV-Präsident wurde Wenzel Jaksch (SPD).

daß als Vertreter Herr Jahn⁶⁷ gewählt wird, der unser Mann ist und aus Pommern stammt.

Seeborn: Ich habe mit Herrn Jahn heute früh gesprochen. Herr Jahn hat aber in den Kreisen der Heimatvertriebenen nicht die Resonanz, weil er sich der Organisation nicht genügend gewidmet hat. Die Situation für diese Wahl ist schlecht.

Die Sozialdemokraten haben mit starken Gruppen Herrn Rehs⁶⁸ vorgeschoben und dafür die Unterstützung der Ostpreußen und anderer Gruppen gefunden.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als nunmehr zu versuchen, das geringere Übel zu wählen in Gestalt von Herrn Jaksch⁶⁹, der ein Renegat ist, sich aber jetzt irgendwie reingewaschen hat. Als Vertreter kommt in erster Linie Herr Schellhaus⁷⁰ in Frage, der für uns keineswegs eine angenehme Figur ist. Ich habe versucht, etwas anderes zu erreichen, was mir aber nicht gelungen ist. Herr Schellhaus und Herr Gossing⁷¹ haben es bisher abgelehnt, in unsere Partei zu kommen. Insofern sind wir in der Schwierigkeit, daß wir als einzigen Repräsentanten der CDU nur Herrn Jahn darbieten können.

Wir hatten gehofft, einen anderen Mann als Präsidenten zu bekommen, nämlich Philipp von Bismarck⁷². Er hat aber leider nicht das Placet seiner Gesellschaft für seine Kandidatur gefunden. Dadurch ist die ganze Situation so schwierig geworden. Wir werden am nächsten Sonntag große Sorge in Düsseldorf haben, einen guten Vorstand zu bekommen. Die CDU wird in diesem Vorstand sehr schlecht vertreten sein, weil Herr Schütz⁷³ durch seine Tätigkeit als Staatssekretär in Bayern auch nicht in Frage kommt.

67 Dr. Hans Edgar Jahn (geb. 1914), Publizist; Mitgründer der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (1951 Leiter, 1957–1969 Präsident), 1965–1980 MdB (CDU), 1967–1974 Vizepräsident des BdV. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 729 Anm. 53.

68 Reinhold Rehs (1901–1971), Rechtsanwalt; Vertriebenenpolitiker (bis 1969 SPD, dann CDU), 1950–1954 MdL Schleswig-Holstein, 1953–1969 MdB (ab 1962 Vorsitzender des Ausschusses für Heimatvertriebene); 1967–1970 Präsident des BdV.

69 Dr. Wenzel Jaksch (1896–1966), 1953–1966 MdB (SPD), 1958–1966 Vorstandsmitglied und Vizepräsident, ab 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 1055 Anm. 73.

70 Erich Schellhaus (1901–1983), 1952–1963 MdL Niedersachsen (GB/BHE, GDP), 1951–1957 und 1959–1963 Landesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte, 1955–1968 Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, seit 1964 CDU.

71 In der Vorlage Gossing. – Hellmut Gossing (1905–1974), 1950–1960 Vorsitzender des Bundes der vertriebenen Deutschen in Niedersachsen, 1955–1959 MdL Niedersachsen (GB/BHE, 1953–1963 Staatssekretär im Vertriebenenministerium).

72 Dr. Philipp von Bismarck (geb. 1913), 1960–1978 Vorstandsmitglied der Kali-Chemie Hannover, 1967–1971 Präsident der IHK Hannover, 1969–1979 MdB (CDU), 1970–1983 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU, seit 1970 Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, 1978–1989 MdEP.

73 Hans Schütz (1901–1982), 1949–1963 MdB (CSU), 1963–1964 Staatssekretär, 1964–1966 bayerischer Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 353 Anm. 100.

Dufhues: Ich teile Ihre Auffassung weitgehend, Herr Seeböhm. Wir haben auf dem Bundesparteitag keinen besondern Arbeitskreis für Flüchtlinge. Ich halte es aber für selbstverständlich, daß das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem sehr eingehend auf dem Bundesparteitag besprochen wird.

Ich würde es begrüßen, wenn der Herr Bundesvorsitzende und der Herr Bundeskanzler in ihren Ansprachen an das Plenum des Bundesparteitages sehr nachdrücklich die Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen ansprechen. Ich werde es auch in meinem Geschäftsbericht tun. Die übrigen Fragen, die Sie angesprochen haben wegen der Oder-Neiße, waren Gegenstand einer Besprechung von gestern abend. Ich werde mich darüber mit Ihnen noch im einzelnen unterhalten.

Scheufelen: Die Schwarz-Gruppe in Baden-Württemberg läßt den BHE bis zum 7. April bestehen. Danach wird dieser BHE-Kreis zur CDU übertreten, wobei wir uns mit ihnen geeinigt haben, daß auf der kommunalen Ebene unter anderem Namen die Vertriebenenorganisationen weiterbestehen können. Unsere Situation mit dem BHE ist z.Z. gut. Wir werden alles tun, um hier nachzustoßen. Gerade in Sindelfingen haben Erler und Wehner versucht, die Situation zu retten.⁷⁴ Wir müssen hier also entsprechendes entgegensetzen.

Gradl: Ich möchte das unterstreichen, was Herr Seeböhm über die Vertriebenen und Flüchtlinge angedeutet hat hinsichtlich der Bedeutung dieser beiden Gruppen für die Wahl in Baden-Württemberg und für die Bundestagswahl im Jahre 1965. Ich habe hier eine Einladung der SPD, sehr aufwendig und geschmackvoll, zum 7. und 8. März nach Sindelfingen, wo von hervorragenden Rednern wie Brandt, Wehner und Erler über „Flüchtling und Gesellschaft“ gesprochen wird. Sie sehen also, wie sich die SPD dieser Gruppe annimmt.

Nun haben wir einen Vorteil dadurch, daß wir Herrn Lemmer als Vertriebenenminister haben. In Herrn Lemmer haben wir einen Redner, der fähig ist, die Leute wirklich anzusprechen. Wir sollten ihn deshalb möglichst viel im Land Baden-Württemberg reden lassen. Damit können wir eine bisher bei uns vorhandene Lücke ausfüllen.

Herr Dufhues hat gesagt, daß die Frage Oder-Neiße im Plenum erörtert werden soll. (*Dufhues:* Nein! Ich habe gesagt, wir haben uns gestern darüber unterhalten, daß wir uns intern weiter darüber unterhalten wollen!) Ich hätte die Bitte, sich um den Landesverband Oder-Neiße als solchen zu kümmern. Ich habe zu meinem Erstaunen im „Dienst der Heimatvertriebenen“, der von der Bundesgeschäftsstelle herausgegeben wird, eine Notiz gelesen, daß sich der Landesverband Oder-Neiße am 13. März, also unmittelbar vor dem Bundesparteitag in Hannover, eine neue Satzung geben will.⁷⁵

74 Flüchtlingskongreß der SPD am 7./8. März 1964. Vgl. Franz OSTERROTH/Dieter SCHUSTER: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Bd. 3: Nach dem Zweiten Weltkrieg. 2. Aufl. Bonn 1978 S. 304. Vgl. auch „Vorwärts“ vom 11. März 1964 „Die Hände nicht in den Schoß legen. SPD-Vertriebenenkongreß befaßte sich mit den Problemen der Spaltung“.

75 Vgl. „Der Heimatvertriebene. Der Flüchtling.“ Nr. 4 (1964) S. 6.

Hier in diesem Kreis ist es nicht notwendig zu erklären, daß der Landesverband Oder-Neiße eine schwierige Sache aus mancherlei Gründen ist. Ich bin nach wie vor dafür, daß dieser Landesverband Oder-Neiße um Gottes willen nicht als Institution angerührt wird. Ich weiß ganz genau, warum wir ihn im Jahre 1950 geschaffen haben. Ich war sogar der geistige Vater dieser Idee mit Herrn Linus Kather⁷⁶.

Aber was dort geschehen ist – Sie kennen den Aufsatz in der „Zeit“⁷⁷ –, hat uns etwas in Mißkredit gebracht.

Es ist unsere Aufgabe, den Landesverband wieder fest auf die Füße zu stellen und ihn von einer gewissen Anrüchigkeit, in die er, ob mit oder ohne Schuld, gekommen ist, zu befreien. Das bedeutet aber, daß sich dieser Vorstand eine Ordnung geben muß, die er bisher nicht hat. (*Zuruf:* Eine von der Bundes-CDU genehmigte Satzung hatte er, er hat sie aber etwas außerhalb der Legalität betrachtet.) Die CDU hat im Jahre 1953 in diesem Kreis bereits auf dieses Problem einer Satzung des Landesverbandes Oder-Neiße hingewiesen und darüber gesprochen. Damals ist es nicht zu einer Regelung gekommen. Dann ist das gleiche Problem im Jahre 1959 wieder aufgetaucht, aber es ist wiederum nicht zu einer Regelung gekommen. Und heute suchen wir immer noch eine neue Satzung.⁷⁸ Es muß differenziert werden zwischen den Aufgaben der einen und den Aufgaben der anderen. Man kann den Landesverband Oder-Neiße nicht dadurch wieder beleben, daß man ihm Aufgaben zuweist, die ihm nicht zustehen, nämlich die Flüchtlingsfragen. Das ist eine Frage der anderen Gruppe. Das muß man also überlegen.

Die Satzung muß fertig sein, ehe sich dieser Verband eine neue Spitze gibt. Man kann es nicht umgekehrt machen. Ob das bis zum Parteitag in Hannover noch möglich ist, weiß ich nicht. Ich möchte vermieden sehen, daß es auf dem Parteitag in Hannover ärgerliche Auseinandersetzungen gibt etwa in der Art, daß jemand, wenn sich dieser Verband eine neue Ordnung gibt, aufsteht und sagt: Das hat mit deinem Bereich nichts zu tun.

Adenauer: Meine Herren! Wir haben bereits 13 Uhr, sind aber immer noch beim Punkt 1 der Tagesordnung. Wir wollen aber heute noch nach Hause.

Dufhues: Es ist völlig unmöglich – ich habe mit Herrn Dr. Kraske noch heute früh darüber gesprochen –, bis zum Bundesparteitag in Hannover Klarheit zu schaffen. Es

76 Dr. Linus Kather (1893–1983), 1949–1957 MdB (CDU, ab 1954 GB/BHE), 1949–1958 Vorsitzender des Zentralverbandes bzw. Bundes der Vertriebenen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 22 Anm. 18.

77 „Etwas außerhalb der Demokratie. Die seltsamen Praktiken des CDU-Landesverbandes Oder-Neiße“ von Jürgen ECHTERNACH („Die Zeit“ vom 2. August 1963). Vgl. auch Nr. 12 Anm. 47. – In einer Vorlage für die Sitzung des CDU-Parteipräsidiums am 2. März 1964 heißt es: „Die frühere Satzung des Landesverbandes Oder/Neiße war vor einigen Monaten mit vollem Recht (wenn auch in ungehöriger Form) beanstandet worden. Die Satzung sprach in der Tat allen demokratischen Verfahrensweisen Hohn.“ (ACDP VII-001-054/1).

78 Zur Satzungsdiskussion 1953 vgl. PROTOKOLLE 2 S. 131f. Material und Satzung 1964 in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION.

ist auch nicht möglich, in Hannover einen neuen Vorstand zu wählen; denn nach der neuen Satzung werden die Delegierten des Landesverbandes Oder-Neiße einen völlig neuen Personenkreis darstellen. Da sollte man den Landesverband nicht überfordern. Wir müssen eine gewisse Übergangszeit von vier bis sechs Wochen haben, um dann nach Hannover den neuen Vorstand zu bilden. Ich stimme mit Ihnen überein, Herr Gradl, daß wir trennen müssen zwischen dem Aufgabenbereich der Exil-CDU und dem Landesverband Oder-Neiße.

Adenauer: Können wir das Thema verlassen? Es ist in Arbeit, und es soll dann eine Pause eintreten! Dann wird man wieder zusammenkommen und überlegen, wie man in der ganzen Sache weiterkommt.

Lücke: Ich möchte für den Rednerdienst einen Hinweis geben. Wir müssen den Leuten etwas hinsichtlich der Frage „Baden“ sagen. Ich bin wiederholt dort unten gewesen und möchte nun wissen, was wir unseren Rednern wegen der Badener Frage sagen sollen.⁷⁹

Adenauer: Jetzt kommt nach der Oder-Neiße-Linie auch noch Baden-Württemberg. Das ist ein bißchen viel auf einmal.

Adorno: Ich habe dieselbe Erfahrung gemacht wie Herr Dufhues. Wir haben uns zweimal mit Schreiben an die Kollegen im Bundestag mit der Bitte gewandt, sich für den Wahlkampf in Baden-Württemberg zur Verfügung zu stellen. Das Echo ist, bis auf wenige Ausnahmen, sehr schlecht. Die Chancen in Baden-Württemberg sind aber günstig. Wir haben sogar die Möglichkeit, nahe an die absolute Mehrheit heranzukommen. Der Wahlkampf mit Bundeskanzler Erhard zeigt das. Wir haben wieder wie vor langer Zeit übervolle Säle. In Tübingen standen die Menschen Schlange vom Bahnhof bis zum Marktplatz.

In einem gebe ich Ihnen recht, Herr Dufhues, der Ausgang der Landtagswahl in Baden-Württemberg wird für unsere Partei entscheidend sein und Rückschlüsse auf die Situation der Bundestagswahl im Jahre 1965 zulassen. Deshalb sollte es möglich sein, daß das Beispiel des Bundeskanzlers Erhard Nachahmung findet und sich nicht nur die Bundesminister, sondern auch die Bundestagsabgeordneten für den Rednereinsatz bereitfinden. Die Zeit drängt sehr, denn bis zur Wahl haben wir noch Ostern mit der Karwoche dazwischen.

Adenauer: Ich muß auf etwas zurückkommen, was in der letzten Sitzung des Parteiausschusses gesagt worden ist. Dort ist erklärt worden, ohne Widerspruch von Baden-Württemberg, daß die Wahlvorbereitungen in Baden-Württemberg selbst denkbar schlecht seien.⁸⁰ (*Dichtel:* Nein, das stimmt nicht!) Ich halte mich verpflichtet, Ihnen das zu sagen.

⁷⁹ Der Heimatbund Badener Land strebte eine Wiederherstellung des Landes Baden an. Vgl. Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. Februar 1964 (ACDP VIII-001-1009/3); Kiesinger am 21. Februar 1964 im Deutschen Bundestag in Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 5391–5393.

⁸⁰ Vgl. Nr. 12 Anm. 44.

Dichtel: Zu der letzten Bemerkung muß ich sagen, Herr Bundeskanzler, das trifft nicht zu. Von unserer Seite ist das Menschenmögliche geleistet worden. Als Zeuge möchte ich den Herrn Bundeskanzler Erhard anrufen, der in einer ausgezeichneten Weise in Baden-Württemberg gearbeitet hat. Mehr als wir geleistet haben, konnten wir nicht leisten.

Wir sind dem Herrn Bundeskanzler dankbar. Es sind auch einige Minister da gewesen. Eine Breitenwirkung mit Hilfe der sogenannten Prominentenredner haben wir bis heute jedoch nicht gehabt. Und das wäre außerordentlich notwendig. Herr Vorsitzender! Wir haben den Eindruck, daß die SPD durchaus weiß, um was es sich handelt. Diese Vorwürfe kann ich nicht im Raum stehen lassen. Im übrigen reden wir nicht von Test-Wahlen, sondern wir wissen, daß das eine entscheidende Frage ist.

Nun zur Badener Frage, Herr Lücke! Seitdem am letzten Freitag ein neuer Entwurf der Gesamt-CDU in der Badener Frage eingereicht worden ist, können Sie in jeder Versammlung erklären: Die Parteien haben sich auf den Boden dieser Einigung gestellt. Das ist die Lösung, für die wir eintreten. Sie müssen nur damit rechnen, daß vom Heimatbund der Badener erneut damit gedroht wird, bei der Wahl Enthaltung zu üben.

Adenauer: Ich habe Herrn Adorno und Herrn Kiesinger zugesagt, daß ich dorthin kommen und mehrfach sprechen werde. Für die anderen kann ich nicht garantieren.

Dufhues: Darf ich in zurückhaltender Form die Herren Ministerpräsidenten bitten, sich auch zu beteiligen! (*Meyers:* Ich war schon vor der Bundesgeschäftsstelle in Baden-Württemberg.) Wir müssen wissen, wer kommt, damit wir den Rednereinsatz organisieren können.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum Punkt 2 der Tagesordnung. (*Bundeskanzler Erhard verläßt den Raum.*)

BUNDESPARTEITAG IN HANNOVER

Dufhues: Meinen Bericht kann ich verhältnismäßig kurz fassen. Sie werden sich erinnern, daß wir in der letzten Sitzung des Bundesvorstandes das Präsidium ermächtigt haben, den allgemein genehmigten Rahmen des Bundesparteitages entsprechend personell auszufüllen. Die Beratungen des Präsidiums haben folgendes Ergebnis gehabt. Ich sehe von den vortragenden Rednern, die Sie ja kennen, ab, sondern wende mich den einzelnen Arbeitskreisen zu, die wir wie folgt vorgesehen haben:

Arbeitskreis I: Grundsatzfragen einschließlich Fragen der Parteiarbeit. Leitung: Bundestagspräsident D.Dr. Eugen Gerstenmaier. Berichterstattung: Franz Amrehn.
Arbeitskreis II: Außen- und Sicherheitspolitik. Leitung: Prof. Dr. Hans Furler⁸¹.

⁸¹ Dr. Hans Furler (1904–1975), Universitätsprofessor; 1953–1972 MdB (CDU), 1958–1973 MdEP, 1962–1973 Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 906 Anm. 16.

Berichterstattung: Dr. Georg Kliesing, MdB. Arbeitskreis III: Wirtschafts- und Sozialpolitik. Leitung: Bundesminister a.D. Dr. Hans Wilhelmi. Berichterstattung: Josef Stingl, MdB. Arbeitskreis IV: Kulturpolitik. Leitung: Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdB⁸². Referent: Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat⁸³. Berichterstattung: Dr. Gerhard Stoltenberg, MdB. Arbeitskreis V: Agrarpolitik. Leitung: Detlev Struve, MdB. Referent: Staatsminister Gustav Niermann. Berichterstattung: Bernhard Bauknecht, MdB.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß für die Zeit bis zum nächsten Frühjahr drei große Kongresse der Bundespartei in Aussicht genommen worden sind, nämlich 1. ein Wirtschaftspolitischer Kongreß⁸⁴, 2. ein Verkehrspolitischer Kongreß⁸⁵, 3. ein Kulturpolitischer Kongreß⁸⁶. Es ist möglich, daß einzelne Arbeitskreise nicht zu konkret formulierten Entschließungen kommen, z. B. im Arbeitskreis Kulturpolitik. (*Adenauer, nachdem jemand aus dem Saal gegangen war:* Können Sie nicht die Tür hinter sich zumachen? Es braucht doch nicht jeder alles zu hören!) Wir befassen uns zum erstenmal auf einem Bundesparteitag mit Kulturpolitik. Die hier zu behandelnden Themen werden auf dem Kulturpolitischen Kongreß endgültig verabschiedet, der für den Spätherbst vorgesehen ist.

Ich wäre dankbar, wenn im Arbeitskreis III „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ das Ergebnis des Gesundheitspolitischen Kongresses von Oberhausen⁸⁷ ausgewertet würde. Dieser Kongreß hat eine große Resonanz gefunden, vor allen Dingen in den Kreisen, die an der Gesundheitspolitik und den damit zusammenhängenden Fragen interessiert sind. Das „Ärztliche Mitteilungsblatt“, das jeder Arzt bekommt, hat allein auf acht Seiten ausführlich über diesen CDU-Kongreß berichtet.⁸⁸

Weil das Interesse an solchen Fachkongressen in der Bevölkerung sehr groß ist, halte ich es für notwendig, noch andere Kongresse und Tagungen – z. B. einen Kulturpolitischen Kongreß – durchzuführen. Ich verspreche mir davon für die Parteiarbeit sehr viel. Ich bitte Sie deshalb, diesen Überlegungen im Grundsatz zuzustimmen.

82 Dr. Wilhelm Hahn (1909–1996), Professor für evangelische Theologie, 1962–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1095 Anm. 91.

83 Dr. Paul Mikat (geb. 1924), Professor für Rechtsgeschichte, Bürgerliches Recht, Wirtschafts- und Handelsrecht; 1945 CDU, 1962–1966 Kultusminister in Nordrhein-Westfalen, 1966–1969 MdL Nordrhein-Westfalen, 1969–1987 MdB, seit 1967 Präsident der Görres-Gesellschaft.

84 Wirtschaftstag der CDU/CSU am 8. und 9. Juli 1965 in Düsseldorf.

85 Verkehrspolitischer Kongreß im Herbst 1964. Vgl. Präsidiumssitzung am 3. Februar 1964 (ACDP VII-001-053/1). Raumordnungskongreß vom 24. bis 26. Mai 1965 in Saarbrücken (UiD Nr. 21 vom 28. Mai 1965; Hans-Christoph SEEBOHM: Raumordnung und Verkehrsplanung. Vortrag am 25. Mai 1965 in Saarbrücken. Bonn 1965.)

86 Vgl. Nr. 13 Anm. 79.

87 CDU (Hg.): *Gesunde Umwelt – gesunde Menschen*. 1. Gesundheitspolitischer Kongreß der CDU vom 29. bis 30. Januar 1964 in Oberhausen. Bonn 1964.

88 Vgl. „*Gesunde Umwelt – gesunde Menschen*. Vom ersten Gesundheitspolitischen Kongreß der Christlich-Demokratischen Union.“ In: „*Deutsches Ärzteblatt*“, Heft 7 vom 15. Februar 1964, S. 353–362.

Selbstverständlich kann man zu dem einen oder anderen personellen Vorschlag noch andere Vorschläge machen. Sicher wird sich auch der eine oder andere vernachlässigt fühlen, aber ich bitte Sie, doch Verständnis dafür zu haben, daß wir eine Entscheidung treffen mußten.

Wir mußten auch einmal den Kreis der Personen wechseln, die auf den Parteitagen in Arbeitskreisen und im Plenum in Erscheinung treten. Es gibt sehr viele Parteifreunde, die sich um die politische Arbeit der CDU Verdienste erworben und sich nachdrücklich um die hier angesprochenen Fragen in der Fraktion oder in der Partei bemüht haben. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie die Beratungen des Parteitages und der Arbeitskreise sorgfältig mit vorbereiten und den Parteitag durch Diskussionen beleben würden. Die Beratungen der Arbeitskreise werden in aller Öffentlichkeit, also unter Anwesenheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen, durchgeführt werden. Somit ist eine breite Resonanz und Öffentlichkeitswirkung sichergestellt.

Adenauer: Ich möchte auch ein Wort dazu sagen. Ich bin nicht damit einverstanden, daß im Arbeitskreis „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ nur Herr Stingl als Berichterstatter vorgesehen ist. Seitdem davon gesprochen worden ist, haben sich die Verhältnisse gerade innerhalb der Arbeitnehmerschaft im Hinblick auf das Sozialpaket derart zugespitzt, daß ich es für ausgeschlossen halte, hier nur den Vertreter einer Richtung den Bericht erstatten zu lassen.

Ich möchte darum bitten, daß auch Herr Scheppmann als Mitberichterstatter – oder wie Sie es nennen wollen – dabei ist. Es kommt hinzu, daß Herr Scheppmann der Vertreter einer großen Arbeitnehmerschaft des Industriegebietes ist. Es ist nicht gut, wenn Herr Stingl hier allein steht, der das Glück hat, in Berlin zu wohnen, aber nicht im Industriegebiet. (*Meyers:* Ich gebe zu bedenken, daß es dann zwei Vertreter der Sozialpolitik gibt, die Bericht erstatten, und für die Wirtschaftspolitik ist kein Berichterstatter vorhanden. – *Dufhues:* Aus guten Gründen wollen wir eine gemeinsame Berichterstattung!) Ich muß das als richtig anerkennen, was Herr Meyers gesagt hat. Höchst wahrscheinlich wird es in diesem Arbeitskreis mit dem Sozialpaket losgehen. Dann erschöpft sich die ganze Diskussion in diesen Streitigkeiten. Herr Meyers hat völlig recht, auch die Wirtschaft, die doch schließlich Trägerin des Ganzen ist, muß hier irgendwie zu Worte kommen. Wie man das macht, wollen wir zusammen überlegen.

Katzer: Ich darf Herrn Dufhues daran erinnern: Als der Bundesvorstand dem Präsidium den Auftrag gegeben hat, den Entwurf zu machen, haben Sie gesagt, daß über die personelle Besetzung Rücksprache genommen würde mit den Vorsitzenden der Ausschüsse bzw. den Vereinigungen. Nun, ich bin um eine solche Mitarbeit nicht gebeten worden. Wie es bei den anderen ist, weiß ich nicht. Wir würden uns also viel leichter tun, wenn Sie sich über die personellen Probleme vorher mit den verschiedenen Vorsitzenden der Ausschüsse und der Vereinigungen abgesprochen hätten.

Der Herr Bundeskanzler hat für den Arbeitskreis III „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ einen Vorschlag gemacht, den ich nicht für sehr glücklich halte. Wenn wir uns

in diesem Arbeitskreis nur auf eine Form der Diskussion beschränken, dann sind Tür und Tor für eine Auseinandersetzung geöffnet, die unter Umständen sehr unangenehm werden kann. Ich glaube nicht, daß man das dadurch lösen kann, daß man hier zwei Berichterstatter vorsieht. Bei einer solchen Berichterstattung würden nämlich die entstehenden Schwierigkeiten in das Plenum verlagert.

Ich würde meinen, daß Herr Stingl sachlich genug ist und nicht seine eigene Meinung vorträgt. Der Berichterstatter sollte kurz das Für und Wider darstellen, damit man das Thema nicht allein den Diskussionsrednern überläßt, sonst gibt es nur ein Hickhack über das Sozialpaket.

Adenauer: Herr Katzer! Wir müssen die Katze aus dem Sack lassen und offen miteinander sprechen. Soviel ich weiß – aber nicht nur aus Zeitungen –, will man von seiten unserer Arbeitnehmer den Herrn Blank nicht mehr im Präsidium lassen. Herr Blank soll nach Meinung dieser Leute hinaus. (*Katzer:* Ich habe das auch gelesen, aber es stimmt wohl nicht!) Wenn man Herrn Blank aus dem Präsidium haben will, dann doch nur wegen des Sozialpakets. Dadurch bringt man die ganze Diskussion über das Sozialpaket an einer persönlichen Frage zum Platzen. Und halten Sie das für gut? Ich halte das nicht für gut. (*Unruhe und Bewegung.*) Jetzt müssen Sie mich darüber sprechen lassen, meine Herren, und zwar im Interesse unserer Gesamtpartei. Ich bin tief betrübt – das muß ich offen sagen –, daß die Arbeitnehmerschaft nicht wenigstens versucht, dem Herrn Blank gerecht zu werden.

Ich weiß, daß Herr Blank unter Umständen sehr nervös ist und damit Anstoß erregt; aber wie liegt denn der Fall hier? Seit mindestens eineinhalb Jahren reden und deklamieren wir vom Sozialpaket. Es sollte ein wesentlicher Bestandteil des Sozialpaketes sein, daß von DM 850,- an eine Selbstbeteiligung bei den Krankenkassen stattfindet. Und wer hat das zu Fall gebracht? (*Katzer:* Es ist ganz eindeutig, die FDP hat das zu Fall gebracht!) Was sollten wir machen? Sollten wir uns diesen wichtigen Teil der Sozialpolitik, worüber wir lange gesprochen haben und wovon die ganze Welt erfüllt war mit Gesprächen, nun einfach durch die Freien Demokraten kaputtmachen lassen und damit die Arbeiterschaft vor den Kopf stoßen?

Ich lasse jetzt alle Einzelheiten weg, sondern spreche rein politisch. Herr Blank hat dann den Versuch gemacht, die Sache dadurch zu retten, daß er sich mit den Ärzten in Verbindung gesetzt hat, die doch zum Teil Sachkenner und alle daran interessiert sind. Die Ärzte haben nun auf die Freien Demokraten eingewirkt, daß sie einem Vorschlag zugestimmt haben, nämlich ab DM 1.250,- Einkommen eine Selbstbeteiligung vorzusehen.

Herr Blank hat dann unwidersprochen in der Fraktion vorgetragen, daß über eine Million Leute dann unter diese Selbstbeteiligung fallen. Er hat dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß dann, wenn man einmal den Anfang gemacht habe, immer mehr Leute, namentlich bei den steigenden Lohnerhöhungen, in die Klasse der Selbstbeteiligten hineinkämen.

Und nun setzte ein solch scharfer persönlicher Kampf ein, den man in einer Fraktion überhaupt nicht verstehen kann und unter keinen Umständen hinnehmen

kann. Was hat sich ereignet? Sie werden erstaunt sein! Es haben sich drei Herren zusammengetan mit dem Herrn Balke⁸⁹, der Vertreter der Arbeitgeber ist, und mit Herrn Stein⁹⁰ vom Bundesverband der Deutschen Industrie, und die wollen jetzt zusammen das ganze Sozialpaket in den Orkus bringen. Das aber wäre – Herr Katzer, ich richte mich speziell an Sie – der größte politische Fehler, den wir überhaupt machen könnten.

Sie sagen nun, es steckt im Sozialpaket nicht mehr viel drin, es sind vielleicht noch 10 % von dem, was ursprünglich drin stand. Darin haben Sie vielleicht recht, aber bedenken Sie, wir gehen in einen Wahlkampf. Und dann sage ich doch lieber: Wir haben zwar nicht alles, was wir vorhatten, durchgebracht, aber wir haben wenigstens den Anfang gemacht, – als daß ich mir anhören muß: Deine Partei, die sich eine soziale Partei nennt, war nicht imstande, überhaupt etwas vom Sozialpaket durchzubringen.

Was folgt weiter? Man hat Herrn Blank von seiten seiner Arbeitnehmerfreunde selbst nahegelegt, daß er als Minister zurücktreten solle. Nun, wenn ich Blank wäre und ich würde so behandelt, wie das der Fall zu sein scheint, dann würde ich auch zurücktreten, aber was hätten wir dann? Dann hätte das Kabinett Erhard in den ersten fünf Monaten seines Bestehens schon zwei Minister verloren. Nun werden Sie mir sagen, man kann den Fall Krüger⁹¹ nicht mit dem Fall Blank vergleichen. Da haben Sie recht, aber wer begreift das denn draußen? Man wird statt dessen sagen: Das scheint mir ein schönes Kabinett zu sein; zuerst verliert es den Herrn Krüger und einige Wochen später seinen Sozialminister, der schon so lange Jahre da ist. – Das wäre doch ein politischer Fehler ersten Ranges.

Nun wird sich mit diesen ganzen Fragen die Fraktion beschäftigen. Herr Barzel, mit dem ich darüber gesprochen habe, wird der Fraktion Fragen vorlegen, über die abgestimmt werden soll. Ich möchte hier übrigens zur Unterrichtung der Herren, die nicht in der Fraktion sind, folgendes sagen: Es ist mir durch intensives Vorgehen gelungen, die Fraktion in einer großen Mehrheit dazu zu kriegen, daß sie diese Rumpfgeschichte mitmacht. Nun ist Herr Stingl – damit Sie den Zusammenhang verstehen – einer der schärfsten Gegner des Herrn Blank. (*Katzer*: Das stimmt so in der vereinfachenden Form nicht, Herr Bundeskanzler, ich muß den Kollegen Stingl in Schutz nehmen!) Das ist einer der schärfsten Gegner des Herrn Blank! (*Katzer*: Das stimmt nicht. Hier ist ein großer Unterschied in der Konzeption. Herr Stingl hat sich leidenschaftlich für die Sache eingesetzt! – *Unruhe und Bewegung*.) Bitte melden Sie sich zu Wort, Herr Katzer, dann bekommen Sie es auch. Aber nun hängen wir wegen

89 Dr. Siegfried Balke (1902–1984), Chemiker (1965 Honorarprofessor); 1946–1971 Vorsitzender der Bayerischen Chemischen Industrie München, 1964–1969 BDA-Präsident, 1957–1969 MdB (CDU), 1956–1962 Bundesminister für Kernenergie und Wasserwirtschaft. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 524 Anm. 4.

90 Gustav Stein (1903–1979), Rechtsanwalt, Honorarprofessor; 1961–1972 MdB (CDU), 1957–1963 Hauptgeschäftsführer des BDI (1963 geschäftsführendes, 1968 beratendes Präsidialmitglied). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 547 Anm. 32.

91 Vgl. Anm. 66.

des Sozialpakets in diesem verdamnten Streit innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Und wenn Sie nun, Herr Katzer – nehmen Sie es mir nicht übel – mit Vertretern der Industrie hingehen, um die Sache kaputtzumachen, wie wollen Sie dann einen Wahlkampf führen? Das verstehe ich nicht. Dafür habe ich kein Verständnis.

Und hier kämpfe ich für unsere Partei! Ich kämpfe nicht für Blank und nicht gegen Katzer und nicht gegen Stingl, sondern hier kämpfe ich für die Partei und halte es für die Partei, die doch über 30 % Stimmen aus der Arbeitnehmerschaft braucht, untragbar, daß wir so verfahren, wie das jetzt von einem Teil der Fraktion beabsichtigt ist.

Nun haben Sie den Vorschlag gemacht, Herr Katzer – ich habe ihn in der Zeitung gelesen –, die Sache sollte weg, und es sollte schleunigst etwas anderes hergestellt werden.⁹² Nun, wenn Sie ihn vor zwei Jahren gemacht hätten, dann hätte man darüber sprechen können, aber jetzt zu Ende Februar des Jahres 1964 bei einer so unglücklichen und zerrissenen Situation, zwölf Monate vor dem Wahlkampf etwas Neues hinzustellen, das halte ich für falsch.

Deswegen bitte ich Sie herzlich, stellen Sie Ihre Reformwünsche bis zum nächsten Bundestag zurück. Aber tun Sie mit, damit wir etwas Positives für unsere Arbeitnehmerschaft in den Wahlkampf hineinbringen, sonst wird der Wahlkampf von uns nicht gewonnen. Aber er muß gewonnen werden von uns!

Es wird Ihnen viel schlechter gehen, wenn die Sozialdemokraten gewinnen. Dann werden Sie ja sehen, ob Sie noch etwas zum Lachen haben!

Ich habe Herrn Blank vor der Sitzung gebeten, hier nicht zu sprechen, weil ich jede persönliche Auseinandersetzung fernhalten möchte. Glauben Sie mir das eine, ich spreche nur im Interesse der Partei, nicht im Interesse des Herrn Blank, nicht aus Vorliebe für das Sozialpaket, auch nicht etwa aus einer Animosität gegen unsere Arbeitnehmer wegen des Krachs, sondern nur im Interesse der Partei. Ich appelliere auch an Sie, Herr Katzer, stellen Sie allem voran das Wohl der Partei, die uns alle trägt, auch die christliche Arbeitnehmerschaft. Stellen Sie das voran, und lassen Sie alles andere weg, und überlassen Sie das der Zukunft.

Nun werden Sie mir sagen, wir werden damit nicht durchkommen bei den Freien Demokraten. Ich weiß es nicht. Aber wenn wir bei den Freien Demokraten nicht durchkommen, dann ist das doch für unsere Partei unendlich viel besser, als wenn man nun aus den eigenen Reihen die Sachen kaputtmacht. Das möchte ich verhindern. Wenn wir bei den Freien Demokraten nicht durchkommen, dann können wir sagen: Da seht ihr, liebe Wähler, wer eure Interessen wahrt und wer euch wirklich etwas geben wollte. – Wenn wir es aber selbst kaputtmachen, dann wird unsere Partei den schwersten Schaden davon tragen.

Katzer: Wenn Sie davon sprechen, Herr Bundeskanzler, daß sich drei Arbeitnehmer mit Vertretern der Unternehmer an einen Tisch gesetzt haben und das geradezu als ein Verbrechen hinstellen. (*Adenauer:* Von einem Verbrechen kann keine Rede sein!

⁹² „Sozialprogramm statt Sozialpaket“ in „Soziale Ordnung“ Nr. 3 vom März 1964.

– *Unruhe und Bewegung.*) Herr Bundeskanzler! Ich darf Ihnen kurz erzählen, wie die Sache zustande gekommen ist. Nach Ihrer Schilderung sieht es so aus, als ob hier eine Verschwörung stattgefunden hätte. Sie haben eben die Situation in der Fraktion dargestellt. Es ist richtig, wie Sie es dargestellt haben. Aber Herr Blank ist ja da und weiß auch, daß die Hauptbeteiligten aus der Wirtschaft, aus dem Mittelstand und aus der Sozialpolitik, aus verschiedenen, zum Teil sich widersprechenden Gründen zu einer Ablehnung dieses Vorschlags gekommen sind, und zwar aus sachlichen Überlegungen heraus.

Es ist nicht zutreffend, daß hier eine persönliche Animosität gegen Herrn Blank besteht. Für den Herrn Stingl kann ich sagen, daß er die erste Konzeption Blanks, die wir auf dem Dortmunder Parteitag vertreten haben⁹³, durchgestanden hat wie nur irgendeiner in der Fraktion. Übersehen Sie auch nicht, daß wir es gewesen sind im Sozialausschuß, die zweieinhalb Jahre lang diese Konzeption vertreten haben. Aber wir sind damit gescheitert. Das ist nicht die Schuld des Herrn Blank, sondern weil die FDP entgegen ihrer Zusage nach zwei Jahren vertaner Arbeit einfach von dieser Sache abgerückt ist. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wir haben die Form der Kostenbeteiligung für den Arbeitnehmer vom Dortmunder Parteitag an vertreten; aber es gab bei uns immer wieder Differenzierungspunkte in der Versicherungspflichtgrenze usw. In den Grundelementen hat es bei uns keine Differenzen gegeben bis zu dem Tage, wo die FDP erklärte: Wir lassen es scheitern an dieser lächerlichen Frage DM 850,- oder DM 1.250,- Kostenbeteiligung. Das ist aber kein Grund, die Sache scheitern zu lassen, sondern von dieser Stunde an war es für mich klar, daß die FDP das Sozialpaket aus politischen Gründen nicht mit uns verabschieden wollte.

Nun können wir tun, was wir wollen, die FDP wird immer ein Haar in der Suppe finden, weil sie nicht mitmachen will. Das ist meine Erkenntnis: Es ist eine politische Frage. Die FDP arbeitet nur mit dem Blick auf die Wahl hin. Sie hat das auch bei den Kriegsoptionen getan. Sie empfiehlt sich hier als die Partei des Mittelstandes und ist für die arbeitsrechtliche Lösung, von der alle Leute mit Sachverstand wissen, daß sie für die Wirtschaft nicht taugt. Aber leider empfindet es der Mittelstand so, als wenn das ein hohes Verdienst wäre.

Die FDP schielt auch nach den Gewerkschaften und sagt, wir wollen als vornehme Partei dastehen. Das ist die politische Situation, um die es geht.

Wir haben am 6. Januar in Königswinter die Arbeitnehmergruppe zusammengehabt.⁹⁴ Dort habe ich schon dem Kollegen Blank gesagt, es wird nicht möglich sein. Aber andere Kollegen waren optimistischer. Nun, die Erfahrung hat gezeigt, daß die FDP im Ausschuß die Sache blockiert hat aus politischen Gründen. Wenn Sie diesen Weg – den ich nicht für gangbar halte – gehen, werden Sie erleben, daß am Ende

93 Rede Blanks in: CDU, 11. Bundesparteitag S. 48–60.

94 Tagesordnung der Klausurtagung der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 6. Januar 1964 in Königswinter in ACDP I-077-160. Vgl. FAZ vom 8. Januar 1964: „Vorstoß für höheres Kindergeld“.

einer langen Beratung die FDP einfach nicht mitmacht. Lesen Sie nach, was die FDP beschlossen hat! Sie hat beschlossen, sie wolle jetzt Sachverständige hören zu allen diesen Fragen. Sie wolle die Ärzte, die Gewerkschaften und die Vertreter der Verbände hören. Hier ist doch für jeden erkennbar, daß damit nur auf Zeit gearbeitet wird. (*Adenauer*: Sie wollen also, daß die Vorlage zurückgezogen wird?) Die FDP will am Ende dastehen als die Partei, die sich für die Kriegsoffer, für die Wirtschaft und für das Kindergeld eingesetzt hat. Wir werden es wahrscheinlich erleben, daß in der Märzsession die FDP mit der SPD gegen uns beschließen wird, das Kindergeld zu erhöhen.⁹⁵ Sie wird ferner einer Entlastung der Wirtschaft um jährlich eine Milliarde zustimmen. Damit ist nach meiner Meinung der Wunsch der FDP auf sozialpolitische Maßnahmen des vierten Deutschen Bundestages erfüllt.

In der sehr schwierigen Krankenversicherungsreform bekommen wir keine Mehrheit mit der FDP. Es bleibt auch auf der Strecke die Lohnfortzahlung. Herr Blank hat vorgeschlagen, für den Wegfall der Kostenbeteiligung eine Änderung des Beitragsaufkommens vorzusehen, nämlich 3/5 Beitrag und 2/5 Arbeitnehmer. Einen solchen Vorschlag halte ich nicht für praktikabel. Wir haben den Anton Storch⁹⁶ damals gefeiert, als er diese Sache beseitigt hat. Nun können wir nach 14 Jahren nicht den umgekehrten Weg gehen. Das hätte schwerwiegende Folgen für die Organe der Selbstverwaltung. Das sind Bedenken, die aus der eigenen Fraktion kommen.

Sie werden mir zugeben, daß wir es nicht in der Hand haben, daß diese Frage von den Beteiligten hochgespielt wird und daß wir nicht ausweichen können auf die Unfall- und Knappschaftsversicherung, sondern daß die Arbeitnehmerseite verlangen wird, in den Aufsichtsorganen zu 3/5 vertreten zu sein. Das ist der Grund, warum wir zu diesem Vorschlag Nein sagen. Der Vorschlag von Blank sollte nur den Ersatz bringen für 500 Millionen, die bei der Krankenversicherung durch Verzicht auf die Kostenbeteiligung ausgefallen wären.

Ich habe bereits in der Fraktion vorgetragen, wir sollten rechtzeitig erkennen, wenn es keine Mehrheit gibt, wie wir uns zu verhalten haben. Es darf nicht so sein, daß wir uns vor der Wahl sagen müssen: Wir haben keine Mehrheit gefunden; denn die FDP hat nicht mit uns gestimmt.

Wenn man erkennt, daß eine Sache effektiv nicht zu machen ist, dann sollte man lieber von vornherein darauf verzichten, als nachher sich immer mehr erpressen zu lassen.

Ich schlage vor, bei der Kindergeldfrage zu erklären: Wenn wir es nicht verhindern können, daß es der Etat übernimmt, muß für uns die Frage der Lohnfortzahlung angesprochen werden. – Hier kommt nun das Problem der zusätzlichen Belastung der

⁹⁵ Das Bundeskindergeldgesetz wurde in der 120. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. März 1964 einstimmig angenommen (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 5594 f.).

⁹⁶ Anton Storch (1892–1975), 1949–1965 MdB (CDU), 1949–1957 Bundesminister für Arbeit, 1957–1965 MdEP. Vgl. PROTOKOLLE I S. 33 Anm. 59. – Vgl. Storch in der 91. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Oktober 1950 (Sten.Ber. 1. WP Bd. 5 S. 3381 f.).

Wirtschaft. Wer ist nun interessiert an der Lohnfortzahlung? Nun, die Arbeitnehmer! Die CDU hat es seit 1956⁹⁷ auf jedem Parteitag, und zwar losgelöst von dem Begriff des Sozialpaketes, beschlossen. Es ist also ein essentieller Programmpunkt, der auf jedem Parteitag neu beschlossen worden ist. Selbstverständlich sind daran auch die Gewerkschaften interessiert.

Nun meine Vorstellungen, die ich mit den Spitzen der Gewerkschaften hatte! Der Staat hat den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden für einen wesentlichen Teil der Wirtschaft freie Funktionsfähigkeit gegeben in der Frage der Arbeitszeit, der Löhne usw. Nun hört man häufig folgendes Urteil: Lohnerhöhungen sind nicht das schlimmste, was uns betrifft, sondern das empfindlichste ist die Frage der Arbeitszeit.

Mein Vorschlag war nun – ob es gelingt oder nicht, jedenfalls kämen wir aus der unangenehmen Umarmung der FDP heraus und würden nicht mit Scheuklappen herumlaufen – folgender: Seid ihr bereit, in der entscheidenden Arbeitszeitverkürzung zurückzuhalten und zurückzustecken? (*Adenauer*: Wie kann einer auf eine solche Idee eingehen!) So absurd ist das nicht. Das soll es geben und sogar erlaubt sein; denn vor einem Jahr hat Herr Leber⁹⁸ sogar eine sozialpolitische Forderung dagegen eingetauscht, daß er auf die Arbeitszeitverkürzung verzichtet hat. Ich habe mit sehr vielen Leuten der Gewerkschaft gesprochen, die sehr unangenehm berührt waren, daß wir als Union sie nicht in diese Verantwortung miteinbeziehen wollten. Wenn es nicht zum Zuge käme, wollte man uns für das Scheitern verantwortlich machen.

Mir geht es um das Wohl der Partei genau wie Ihnen, Herr Bundeskanzler. Ich kenne keine persönlichen Gegensätze. Ich kenne die Frage und die Sache, und da habe ich offenbar eine andere Vorstellung als Sie; denn ich glaube nicht, daß wir so zum Ziel kommen werden. An diesem von Ihnen apostrophierten Gespräch haben teilgenommen die Herren Balke, Stein und Jungmann. Es ist zustande gekommen, nachdem eine Abstimmung – an der ich nicht teilgenommen habe – im Sozialpolitischen Arbeitskreis der Fraktion stattgefunden hat, wo gefragt worden sein soll – ich war nicht dabei, Herr Horn⁹⁹ hat es gesagt –, wer für diesen neuen Kompromiß sei. Dabei haben von 18 Mitgliedern 15 mit Ja geantwortet. Dann hat man gesagt, das ist Unsinn, daß die Leute, die es im Ausschuß verwirklichen sollen, innerlich nicht zu der Sache stehen.

Adenauer: Da kann man sagen, das erfordert die Fraktionsdisziplin. Die Leute haben so gestimmt wie die Mehrheit der Fraktion. Aber wenn Sie sagen, Herr Katzer,

97 Vgl.: Entschließungen des 6. Bundesparteitags. Druck in: CDU, 6. Bundesparteitag, S. 196–204, insbes. S. 200.

98 Georg Leber (geb. 1920), Gewerkschafter und Politiker; 1957–1966 Vorsitzender der IG Bau Steine Erden, 1957–1983 MdB (SPD), 1961–1968 Vorstand der SPD. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 596 Anm. 46.

99 Peter Horn (1891–1967), 1950–1965 MdB (CDU), 1953–1961 Vorsitzender des Arbeitskreises IV der CDU/CSU-Fraktion (Arbeitsrecht und Sozialpolitik). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 625 Anm. 94.

die Sache wäre ja nicht persönlich, warum haben dann die Sozialausschüsse dem Herrn Scheppmann eine mehrere Seiten lange Rüge¹⁰⁰ erteilt, weil er auf die Seite des Herrn Blank getreten ist? Herr Scheppmann hat mir als dem Vorsitzenden der Partei diese Rüge geschickt und mich gebeten, ihn etwas in Schutz zu nehmen. Und das tue ich auch.

Ich finde es unmöglich, daß die Sozialausschüsse sich hinsetzen und einem Mann, der nach bestem Wissen und Gewissen stimmt, nun eine offizielle Rüge erteilen. Im Industriegebiet hat ein anderer Teil der Sozialausschüsse ebenfalls damit begonnen, offizielle seitenlange Rügen zu erteilen. Das ist mir auch geschickt worden.

Was sind das für Zustände innerhalb der Partei und innerhalb der Arbeitnehmerschaft? Das ist mir unverständlich! (*Zuruf*: Sehr richtig! – *Katzer*: Darf ich Sie bitten hinzuzufügen, daß das eine Sache der westfälischen Sozialausschüsse war, nicht der Bundessozialausschüsse. – *Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: Das hat er doch gerade gesagt! – *Dufhues*: Ich bin gefragt worden, ob ich damit einverstanden sei, ich habe es verneint!) Es liegen zwei Rügen vor, eine von den westfälischen Sozialausschüssen und eine an die Adresse von Herrn Scheppmann. Ich habe selten so etwas gelesen, daß ein Mann wie Scheppmann mit solchen Verdiensten in der Vergangenheit, der sich hinter den Vorschlag des Ministers gestellt hat, nun deswegen eine offizielle Rüge von den Arbeitnehmern bekommt. Das ist mir unverständlich.

Blank: Der heutige Tag weckt in mir eine Erinnerung. Ich habe hier einmal vor dem Bundesvorstand der CDU über die Krankenversicherungsreform referiert.¹⁰¹ Wir haben damals einen Kompromiß gefunden, weil wir einsehen mußten, daß sich gewisse Dinge nicht so lösen ließen, wie es in der Vorlage vorgesehen war. Mir hat nachher der Vorsitzende des Sozialausschusses der Bundespartei, unser Freund Lünendonk – der gegenwärtig erkrankt ist –, erklärt, daß beim Hinausgehen von dieser Vorstandssitzung der für diese Dinge zuständige Mann im Sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages ihm gesagt habe: Lassen die beschließen, was sie wollen, das kriege ich schon kaputt. (*Bewegung und Unruhe*.) Meine Herren! Ich muß das hier einmal sagen. (*Zuruf*: Warum jetzt erst!) Nun zur Sache! Es ist reizvoll für mich, da ich aus bitterer Erfahrung heraus mit minutiöser Genauigkeit Buch führe über die ganzen Dinge, Ihnen etwas über den Ablauf zu sagen. Die wesentlichsten Punkte der drei Gesetze sind – da hat Herr Katzer recht – nicht im Ministerium erfunden worden, sondern sie sind das Ergebnis einer Absprache mit der FDP.

Fest steht aber, daß die FDP nach einem Jahr, als wir die erste Regierungskrise hatten, in der Sache zu wackeln begann. Als wir dann das Kabinett Erhard bekamen, geschah etwas, das aus vielen Gründen richtig gewesen sein mag, aber für diese Arbeit

100 Zur Kritik an Scheppmann, der die Aufteilung des Krankenversicherungsbeitrags von 2/5 auf die Arbeitnehmer und 3/5 auf die Arbeitgeber „ersonnen“ habe, vgl. „Soziale Ordnung“ vom Februar 1964 S. 52. – Briefe nicht ermittelt.

101 Am 22. September 1960. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 827–830.

erwies es sich als falsch. Mischnick¹⁰² war nicht mehr Minister, aber Mischnick hat in sozialpolitischen Dingen eine klare sozialdemokratische Auffassung, und die vertritt er auch.

Nun fange ich damit an, wo Katzer etwas verschwiegen hat. Am 23. und 24. September des vergangenen Jahres haben wir in der Fraktion zwei Tage lang um die Dinge gerungen.¹⁰³ Wir haben ganz klare Beschlüsse gefaßt. Ich habe sie bei mir. Damals ist Katzer mit insgesamt 25 Freunden unterlegen in der Frage der Versicherungspflichtgrenze. Es ist beschlossen worden, auf DM 850,- zu gehen und nicht so hoch, wie er sich das mit seinen Freunden vorgestellt hatte. Was ich jetzt sage, bitte ich nicht als Spitze zu betrachten. Von dem Tage an hat Katzer keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu erklären, daß die Krankenversicherungsreform Zeit habe.

Dann kam das mit dem Sozialpaket usw. Ich stelle das nur sachlich fest. Wie ist nun die politische Situation und was habe ich eigentlich getan?

Am Mittwoch steht als dritter Punkt auf der Tagesordnung im Plenum das Kindergeldgesetz. Am 4. März wird das Kindergeldgesetz im Deutschen Bundestag in 2. und 3. Lesung beraten.¹⁰⁴ Das war die Ausgangssituation für mich im Bundesvorstand und in der Fraktion. Das Ergebnis ist völlig klar – deshalb ist die Katzer'sche Vorstellung absolut unrealistisch –, denn es werden die FDP und auch die SPD dem Kindergeld in der Ausschußvorlage zustimmen, zumal sie sich auf ihre Beschlüsse seit 1954 berufen und auch noch sagen können, es ist sogar eine Regierungsvorlage.

Bis zur Stunde weiß ich nicht einmal, ob die FDP bereit ist, dem Änderungsantrag unserer Freunde zuzustimmen. Aber eines weiß ich mit absoluter Sicherheit, sowohl die FDP wie auch die SPD werden der Ausschußvorlage und damit der Regierungsvorlage zustimmen.

Nun habe ich die Frage gestellt: Glauben Sie, daß die Situation klarer würde – das ist der Katzer'sche Ausgangspunkt –, wenn der Bund den Beitrag übernimmt und die Entlastung der Wirtschaft nicht erfolgt? Die Mehrheit der Fraktion hat dies verneint. Nun haben wir einen untrüglichen Beweis. Ausgehend von der Besprechung, die der Herr Bundeskanzler erwähnte, haben nämlich die Herrn Balke und Stein diesen Plan vor etwa 15 Abgeordneten des Sozialpolitischen Ausschusses dargelegt und erklärt, man solle jetzt auf die Übernahme verzichten. Darauf erklärte der Abgeordnete Porten¹⁰⁵ – das war am 20. Februar: Wir sind nicht bereit, auf diese Übernahme zu verzichten.

102 Wolfgang Mischnick (geb. 1921), 1954–1957 MdL Hessen (FDP, Bundesvorsitzender der Dt. Jungdemokraten), 1967–1977 Landesvorsitzender FDP Hessen, 1957–1994 MdB (1961–1963 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte), 1964–1988 stv. Parteivorsitzender, 1968–1991 Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag. – Erinnerungen: „Von Dresden nach Bonn: Erlebnisse – Jetzt aufgeschrieben“. Stuttgart 1991.

103 Diskussion zur Krankenversicherungsreform in den Fraktionssitzungen am 24. und 25. September 1963 (ACDP VIII-001-1009/3).

104 2. und 3. Lesung des Bundeskindergeldgesetzes am 4. und 6. März 1964 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 54 S. 5416–5434 und S. 5586–5595).

105 Josef Porten (1908–1978), Bäckermeister, 1961–1969 MdB (CDU).

Nun, Kollege Katzer, wenn SPD und FDP plus der Mittelstandsgruppe dagegen sind, hat es dann überhaupt noch einen Funken von Realismus, wenn ich sage, das können wir noch ändern?

Ich war am Freitag in Königswinter, wo der Sozialpolitische Ausschuß und der Fachausschuß der Partei zusammen waren und die Dinge für den Parteitag vorbereitet haben. Nun sehen Sie sich an – das ist nicht geheim –, wie da die Sachen unter Mitwirkung des Herrn Katzer zustande gekommen sind. Ich habe nicht ein Wort dagegen gesagt. Hier steht:

„1. Der Parteitag stellt fest, daß aus Gründen, die die CDU nicht zu vertreten hat, unsere ständig erhobene Forderung nach einer modernen Gesellschaftspolitik nicht verwirklicht werden konnte. Der Parteitag fordert, die Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten im Krankheitsfalle zu verwirklichen, d. h., den Arbeitern im Krankheitsfalle einen direkten Anspruch auf die Lohnfortzahlung gegenüber seinem Arbeitgeber zu gewährleisten.“

2. Eine Erhöhung des Kindergeldes, rückwirkend ab 1. Januar 1964 mit der Maßgabe, daß die Übernahme des Kindergeldes auf den Bundeshaushalt ab 1. Juli 1964 erfolgt.“

Das ist genau im Gegensatz zu dem, was Katzer für realistisch hält. (*Katzer*: Wie-so im Gegensatz? Das verstehe ich nicht!) Du hast die Auffassung vertreten, daß es möglich wäre, das Gesetz im Bundestag so zu verabschieden, daß die Übernahme nicht stattfindet. (*Katzer*: Nein!)

„3. Die Refom der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechend dem ursprünglichen Plan ist nicht durchsetzbar, sondern nur auf der Grundlage der sozialen Enquete durchzuführen.“

Ich habe die Dinge so beurteilt – merkwürdigerweise haben sie der Parteivorsitzende und der Regierungschef genauso beurteilt –, weil ich das alles habe kommen sehen und wußte, daß in dem Augenblick, wo diese Belastung von einer Milliarde eintritt, eine ungeheure Sorge wegen des Lohnfortzahlungsgesetzes entsteht.

Ich muß jetzt versuchen, diese Koppelung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, selbst um den Preis, daß die Reform nicht ganz so wird, wie ich sie mir vorgestellt habe. Nun hat sich folgendes ereignet: In der Auseinandersetzung der Koalitionspartner vor dem Bundestag – das war das Erschütterndste, was ich je erlebt habe – sind diese vier verschiedenen CDU-Meinungen auf den Tisch gelegt worden¹⁰⁶,

¹⁰⁶ In der Sitzung des Bundestags am 23. Januar 1963 legte Blank den Entwurf eines Gesetzes über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle (Lohnfortzahlungsgesetz – Drs. IV/817) sowie den Entwurf eines Bundeskindergeldgesetzes (Drs. IV/818) vor (Sten.Ber. 4. WP Bd. 52 S. 2413–2469). – In der Fraktion übten insbesondere Bernhard Winkelheide, Hans Katzer und Friedrich Kühn scharfe Kritik am Sozialpaket Blanks, während er Unterstützung fand von Heinrich Scheppmann, Josef Arndgen und Jakob Franzen (vgl. Sitzung vom 5. Februar 1963 – ACDP VIII-001-1009/2).

und die FDP hat ihrerseits mehrfach mir einen Zettel zugeschoben, auf dem stand, was denn nun eigentlich die CDU-Meinung sei. (*Katzer*: Ich war dabei!) Nach dieser Besprechung hat der Herr Bundeskanzler der FDP einen Brief geschrieben und gesagt: Ich tue es nicht nur deshalb, weil ich der Überzeugung bin, daß ein Scheitern der Verhandlungen beiden Koalitionspartnern zum Schaden gereichen muß, sondern auch, weil das deutsche Volk die Zeche zu bezahlen haben wird.¹⁰⁷

Weil sowohl der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer als auch der Herr Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard gesagt haben, ein Kompromiß sei besser, als daß uns das passiert, was jetzt kommt, habe ich diese Verhandlungen aufgenommen. Zu welchem Ergebnis sind wir gekommen? Das ist relativ einfach darzustellen. Der ganze Streit spezifizierte sich auf folgende Frage zu: Die Freien Demokraten wollten die Einführung des Kostenerstattungssystems ab DM 850,- Einkommen, die CDU erklärte am Verhandlungstisch, das sei für sie völlig unakzeptabel, sie könne nur akzeptieren ab DM 1.250,-. Nun kam das Merkwürdige – das haben wir seit einem Jahr kommen sehen –, Herr Mischnick lehnte radikal unseren Vorschlag ab, es sei denn, man könne das Kostenerstattungsprinzip ab DM 850,- einführen.

In dieser Situation habe ich die Initiative ergriffen, und zwar mit ausdrücklicher Billigung der beiden genannten Herren, des Fraktionsvorstandes und der Fraktion. (*Gradl*: Das hat aber der Fraktionsvorstand in dieser Sitzung nicht gewußt, was Sie vorhatten. Das haben Sie nicht gesagt! – *Unruhe und Bewegung*. – *Schmidt*: Sie haben nur angedeutet, es gäbe einen Weg der Verständigung!) Lassen wir das doch sein; denn schließlich muß man sich gewisse Dinge überlegen, wenn man so etwas betreiben will, und darf sich nicht zu früh auf die Straße begeben. (*Anhaltende Unruhe*.) Wenn die CDU den Stein des Anstoßes fallenläßt und die Einführung des Kostenerstattungsprinzips akzeptiert – so habe ich der Fraktion und dem Vorstand vorgetragen –, dann wird ganz sicher der ursprüngliche Gedanke der mehr personalen Verantwortung nicht in dieser Reinheit verwirklicht.

Durch die Einführung des Kostenerstattungsprinzips werden 1. ungefähr drei Millionen der Sozialversicherten in dieses System überführt, d. h. sie treten in die Freiheit ein, die im allgemeinen die Privatpatienten haben. 2. 1,5 Millionen Arbeiter werden erstmalig aus der Pflicht entlassen und können nun ihrerseits frei entscheiden, ob und wo sie sich versichern wollen. 3. Es bleibt die Eigenleistung auch bei den Sozialversicherten für Arzneien usw. erhalten. 4. Wenn man sieht, daß diese Gruppe immer größer wird, muß das Fazit lauten, wenn auch nicht alles in letzter Klarheit und Reinheit zu erreichen ist, dann müssen immerhin Ansatzpunkte geschaffen werden.

Das hat nun den Vorstand wie die Fraktion bewogen, dem zuzustimmen, und zwar in klarer Erkenntnis dessen, wie die Dinge nun einmal politisch liegen. Nun hat mir Herr Stein in dieser Besprechung entgegengehalten – er hat mich nicht persönlich angesprochen, sondern die Regierung –, die Regierung hätte die Vertrauensfrage

¹⁰⁷ Nicht ermittelt.

stellen müssen. Ich stelle hier in diesem Kreis die Frage, ob die Bundesregierung in dieser Situation wegen einer solchen Sache das gegenüber der FDP tun soll?

Nun hat sich folgendes ereignet – und das kann kein Mensch in diesem Saal aus der Welt schaffen, auch Herr Katzer nicht –, wir haben 13 Abgeordnete im Ausschuß, die SPD hat auch 13 und die FDP hat drei. Die Mehrheit hat gegen uns beschlossen, die Krankenversicherungsreform nicht in der 2. Lesung zu beraten, daß aber das Kindergeldgesetz auf den Tisch kommt.

Da aber nach den Vorstellungen des Sozialpolitischen Ausschusses, auch wenn die Krankenversicherungsreform nicht kommt, die Lohnfortzahlung kommen muß, habe ich den Versuch gemacht, die beiden Dinge zusammenzuhalten. Die Absprache mit der FDP ging dahin – sie ist aber nicht durch mich, sondern durch die Spitzen der Fraktionen in den Koalitionsgesprächen getroffen worden –, daß die 2. Lesung beginnen könne.

Nun lesen Sie, was in den „Ärztlichen Mitteilungen“ steht. Ich weiß, daß ich etwas sage, was mir den Protest von allen Beteiligten einbringt. (*Unruhe und Bewegung.*) Nachdem also die Fraktion das beschlossen hatte, ging ein Mitglied des Hauses hin und erklärte noch am selben Nachmittag, als wir den Saal verließen: Nehmen Sie zur Kenntnis, nichts ist entschieden, alles ist noch offen, jahrelang werden Sie darüber noch reden und schreiben können. – Und dann ging das los.

Nun sind Sie mir aber nicht böse, wenn ich folgendes gegenüberstelle: In der Sendung „Die Woche in Bonn“ zum Wochenende hat Herr Barzel erklärt, daß sich die Koalition zusammengefunden habe in politischer Erkenntnis zu der von mir vorgelegten Kompromißlösung.¹⁰⁸ Darüber gebe es feste Beschlüsse bei den Fraktionen, die Experten hätten sich mit den Detailfragen zu beschäftigen. Das haben die Leute nun gelesen. Gleichzeitig lesen sie aber in allen Zeitungen – natürlich kann jeder seine Meinung äußern –: „Katzer: Keine Chance mehr für Sozialpaket“. Gleichzeitig lesen wir eine Presseverlautbarung, hinter der ein Mann steht, der die Dinge augenblicklich in der FDP jedenfalls in der Hand hat: „Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt auf der Tagesordnung.“¹⁰⁹

Nun frage ich Sie, wollen wir uns mit aller Gewalt den Schwarzen Peter einhandeln? Die FDP kann sich jetzt berufen auf diese Kompromißverhandlungen und auf die Billigung durch die Fraktionsvorstände und auf die Fraktionsbeschlüsse.

108 Der Kompromißvorschlag Blanks sah vor: 1) Der bisher vorgesehene Individualbeitrag in Höhe von 2 % für Arztkosten entfällt. 2) Die Pflichtversicherungsgrenze wird an DM 850.– festgesetzt. 3) Ab DM 1.250.– steuerpflichtiges Monatseinkommen tritt das Kostenerstattungssystem in Kraft. 4) Die bisherige Aufteilung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil im Verhältnis von 50 zu 50 wird durch eine Aufteilung im Verhältnis von 40 (Arbeitgeber) und 60 (Arbeitnehmer) abgelöst. Vgl. zur Debatte darüber Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 30. Januar 1962 (ACDP VIII-001-1009/1 S. 181–191).

109 „Bonner Rundschau“ vom 25. Februar 1964 „Katzer: Keine Chance mehr für Sozialpaket. Krankenversicherungsreform soll vertagt werden“. – Karl MOERSCH in fdk Nr. 15/64 vom 31. Januar 1964 „Die Last der Kosten“.

Nun kommt das Schönste! Wir haben zwei Gruppen von Änderungsanträgen erarbeitet, und die FDP erklärt, einverstanden, wir akzeptieren diese Änderungsanträge. Dann haben wir aber nichts mehr in der Hand als die Vorstellungen, die die Herren Balke, Stein und einige andere entwickelt haben. Übrigens ist Herr Stingl wieder davon abgerückt. In einer Pressemitteilung hat er mich sehr gelobt, daß ich das so schön zunächst für mich behalten hätte, weil man erst einmal zu Ergebnissen hätte kommen müssen.¹¹⁰ Nun haben wir die FDP festgebunden an uns mit dieser Erklärung. Wir haben sie nicht mitgemacht. Es ist ganz klar, an wem es gescheitert ist. (*Katzer*: Es geht viel Zeit dabei verloren!) Herr Katzer, es hat niemand mehr gelitten und gearbeitet wie ich. Auch das muß man einmal sagen. Täten wir aber der FDP den Gefallen, von uns aus den Kompromiß fragwürdig zu machen, dann wäre genau das passiert, was wir vermeiden müssen, denn dann wäre es an uns gescheitert.

Nun sind hier politische Worte gesprochen worden, die ich für sehr gut halte. Einer der Herren hat gesagt, daß eine SPD/FDP-Koalition eine Wunschvorstellung von Willy Brandt wäre. Ich glaube, daß unsere Partei den kommenden Wahlkampf gewinnt. Ich bin aber klug genug, um in Rechnung zu stellen, daß wir auch nach der Wahl wieder einen Koalitionspartner brauchen. Ich gestehe freimütig, wenn ich heute dafür schon etwas tun könnte, würde ich dafür sorgen, die bisherige Koalition wieder zustande zu bringen; denn mit der SPD würde die CDU noch weitaus schlechter fahren als mit der FDP. Das wollen wir hier ganz klar herausstellen. Wir müssen diesen Weg gehen.

Nun finde ich es nicht in Ordnung, wenn man versucht, auf mich persönlich einzuschlagen. Ich kenne die Journalisten und weiß, woher diese Einkreisung kommt. Ich brauche bloß unter den Berichten und Meldungen ein J.S.¹¹¹ zu lesen, dann weiß ich, woher das kommt. Ich habe für die Christlich-Demokratische Union nie Verantwortung gescheut. Ich habe sie immer übernommen, auch in den unpopulärsten Situationen.

Hier geht es nicht um mich, sondern es geht um die Sache, und der Schaden wir, wenn wir ein derartiges Bild der Zerrissenheit bieten. Spätestens in einem halben Jahr fragt kein Mensch mehr danach, was im § 17 Absatz 2 Ziffer 3 dieses Krankenversicherungsgesetzes steht, sondern, Kollege Katzer, man wird fragen, ob man in der Lage war, mit einem solchen Gesetzgebungswerk fertig zu werden oder nicht.

Deshalb möchte ich, daß es über die Bühne geht. Das eine ist ganz sicher, es gibt noch Möglichkeiten, wenn wir über diese Schwierigkeiten einmal hinweg sind, in der nächsten Legislaturperiode. Aber jetzt zum zweitenmal an der Sache zu scheitern, nur weil wir uns nicht einig sind, das halte ich doch für politisch unklug, und das würde uns nur zum Schaden sein.

¹¹⁰ Nicht ermittelt.

¹¹¹ Möglicherweise Dr. Josef Stahl (geb. 1913), Journalist bei der WAZ.

Etzel: Inzwischen haben wir eine Diskussion gehabt, die das, was ich mir gedacht hatte, klassisch bewiesen hat: Was soll eigentlich passieren, wenn nun neben einem Leiter des Arbeitskreises und einem Berichterstatter noch ein zweiter kontroverser Berichterstatter auftaucht und die ganze Diskussion dann ins Plenum des Parteitages getragen wird? Das ist doch einfach nicht möglich. Ich bin auch ein Anhänger der Lohnfortzahlung. Ich habe Blanks Vorschlag zugestimmt. Ich bin aber genauso wenig gefragt worden, wie Sie, Herr Katzer. Aber eines ist doch ganz sicher, wir können doch nicht das, was sich hier in der Diskussion ergeben hat, nicht auf dem Parteitag machen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Das ist doch völlig ausgeschlossen. Wir würden das Erschrecken ganz Deutschlands erleben, wenn solche Dinge auf dem Parteitag in dieser Weise zum Ausdruck kämen.

Wir haben noch das Thema der sogenannten „Eigentumsdenkschrift“ der Kirchen zu behandeln.¹¹² Daß das hochkommt, ist klar. Wir haben so wichtige Probleme wie die der Steuergesetze, der Wirtschafts- und Währungsfragen usw. Alles das spielt doch eine Rolle. Und nun soll das alles an einem Nachmittag von 15 Uhr bis 19 Uhr durchdiskutiert werden! Das ist doch nicht vorstellbar; ganz sicher aber nicht mit zwei kontroversen Berichterstattern, und zwar bei einem System, wo der Berichterstatter für die Wirtschaftspolitik überhaupt fehlt. Wir müssen uns als Fraktion darüber verständigen, was auf dem Parteitag sein soll. Wir müssen einen zweiten Berichterstatter nennen, und ich würde Herrn Hellwig vorschlagen. (*Hellwig:* Ich kann nicht.) Dann schlage ich Herrn Dr. Schmidt vor.

Adenauer: Herr Etzel hat den Werdegang richtig dargestellt. Die Sache ist angekommen, weil die Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammengefaßt sind und Herr Stingl als Berichterstatter vorgesehen ist, der in der Sozialpolitik eine prononcierte Stellung einnimmt. Ich finde es richtig, daß man für die Wirtschaft eventuell einen besonderen Arbeitskreis bildet und daß man für diese Fragen einen neuen Berichterstatter nimmt. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Sache bis zum Parteitag in der Fraktion erledigt ist. (*Etzel:* Der Mittelstand ist gegen Blank. Ich glaube nicht, daß das hineinkommt. Der Mittelstand ist vor allem gegen die Lohnfortzahlung.) Es hat keinen Zweck, nun in ein langes Für und Wider einzutreten. Wir sind uns alle einig, daß etwas geschehen muß, damit die Partei nicht Schaden leidet.

Lücke: Ich schlage vor, daß bis zum Parteitag diese Frage auf der Parteiebene einschließlich Fraktion entschieden wird, und zwar so, daß die beteiligten Herren unter Ihrem Vorsitz zusammengezogen werden und dann entschieden wird. Es ist richtig dargestellt worden, daß die Gruppierungen in der Fraktion stimmenmäßig eine Konzeption nicht sicherstellen. Wenn wir mit dieser Konzeption in den Parteitag gehen, gibt es nicht nur einen Eklat darüber, wieweit dieser Grundsatz auf dem Spiel steht; denn es ist doch so, daß man jetzt schon in den Zeitungen von dem Nachfolger des Kollegen Blank spricht und dabei meinen Namen nennt. Ich halte es für unerlässlich, Herr Bundeskanzler, daß diese Frage vor dem Parteitag entschieden wird.

¹¹² Vgl. Nr. 13 Anm. 70.

Adenauer: Das muß Herr Barzel machen. Er ist jetzt Vorsitzender der Fraktion, und die Fraktion hat Beschluß zu den Vorlagen zu fassen. Was wir aber hier unbedingt verlangen müssen, das ist doch, daß nicht hinten herum gegen einen Fraktionsbeschluß Sturm gelaufen wird. Das darf nicht sein. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, wir wollen keinen Fraktionszwang haben, aber ich habe auch immer von Anfang an ausgesprochen, daß für jedes Parteimitglied der Beschluß der Fraktion, oder wer es sei, eine ernste Mahnung ist, sich zu fragen, ob er nun unter allen Umständen auf seinem Kopf beharren muß, oder ob er nicht die Geschlossenheit der Abstimmung darüber stellen kann. Das ist nach wie vor meine Meinung.

Herr Barzel will noch mehrere Abstimmungen in der Fraktion vornehmen. Darüber muß die Fraktion entscheiden. Aber hier handelt es sich um den Berichterstatter und um die dringende Mahnung – die sollten wir hier auch aussprechen –, daß jeder Beteiligte die Einheit der Fraktion und der Partei als das höchste Gut betrachten muß, aber nicht seine Ansicht nun unter allen Umständen durchsetzen will.

Es stellt sich die Frage, ob wir einen besonderen Arbeitskreis für Wirtschaft machen sollen. Ich möchte noch hinzufügen, der Herr Dahlgrün hat in seiner Etatrede von Steuerermäßigungen gesprochen. (*Etzel:* Er berät ein Gesetz im Ministerium! – *Schmidt:* Über die Vorlage des Steueränderungsgesetzes wird schon mit der Wirtschaft beraten! – *Unruhe und Bewegung.*) Stellen Sie sich wirklich vor, daß das real gedacht wäre? Machen Sie sich doch kein X für ein U vor. Von allen Seiten kommen jetzt Hiobsbotschaften in der Welt. Haben Sie kein Gefühl dafür? Denken Sie doch an die Inflation in Frankreich und in Italien! (*Schmidt:* Das muß uns bestimmen, die Steuern zu senken. Das ist die wichtigste Gesellschaftspolitik, die wir überhaupt vornehmen können.) Sie werden ja sehen, wenn der Etat aufgestellt wird für das Jahr 1965, wie die Welt aussehen wird. Es wird so sein, daß wir Steuerermäßigungen gar nicht vornehmen können. Das sind doch alles Träume, nichts wie Träume!

Sie haben von Herrn Dufhues gehört, wir wollen die Gesundheit pflegen und den Verkehr fördern, wir wollen die Wissenschaft in die Höhe bringen usw. Das ist alles richtig, aber: Wo du nicht bist, Herr Organist, da schweigen alle Flöten! (*Schmidt:* Das ist die einzige Form, die Wunschvorstellungen in unserem Volk auf einen rationalen Nenner zu bringen.) Nehmen Sie einmal unser Schulwesen und unsere Wissenschaft und vergleichen Sie damit das französische Niveau! (*Schmidt:* Deswegen haben die auch eine Inflation, weil die Wünsche uferlos befriedigt werden aus dem Mittelstand.) Ich würde mich mit Ihnen gern darüber unterhalten, warum die eine Inflation haben, aber das eine sage ich Ihnen, wenn wir das deutsche Volk bei dieser Art der Erziehung und der Wissenschaft lassen, dann sind wir in zehn Jahren selber ein unterentwickeltes Gebiet! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Dufhues: Sie werden die Sachprobleme nicht abschließend erörtern können; aber den Arbeitskreis III in Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zu trennen, dagegen habe ich ernste Bedenken. Das widerspricht erstens einer Tradition der Parteitage, wenn wir es jetzt trennten; zweitens, wenn das Thema „Sozialpaket“ bis zum Parteitag erledigt

sein sollte – Sie sollten sich hier einschalten, Herr Bundeskanzler, damit es erledigt wird –, besteht nicht mehr der Wunsch nach einer Trennung.

Ist es aber nicht erledigt, dann haben wir einen getrennten Arbeitskreis, wo dann geradezu ein Schlachten beginnen wird bei der Erörterung dieser Probleme. Es scheint mir deshalb zweckmäßig zu sein, es bei der Zusammenfassung von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu belassen.

Etzel: Ich möchte das unterstützen. Ich glaube, die Behandlung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem Arbeitskreis hat einen Neutralisierungseffekt. Das ist sehr wichtig. Es kommen eine Menge zusätzlicher Gesichtspunkte in die Diskussion, und die Dinge können sich nicht so verschärfen, wie es sonst der Fall wäre.

Katzer: Aus grundsätzlichen Erwägungen sollten wir die Sache zusammenlegen, und es sollte nicht jeder sein eigenes Nestchen bauen.

Adenauer: Wen wollen Sie zum Berichterstatter vorschlagen. (*Etzel:* Ich würde Herrn Schmidt vorschlagen! Herr Hellwig kann nicht.) Muß es denn sein, Herr Hellwig, daß Sie nicht können? (*Hellwig:* Ich muß nach Luxemburg, aber ich streiche gerne eine Verpflichtung.)

Dufhues: Sollen wir denn überhaupt trennen in zwei Berichterstatter? (*Zuruf:* Nein!) Wir haben mit der Leitung Herrn Wilhelmi und mit der Berichterstattung einen Parteifreund beauftragt, der Sozialpolitiker ist. Ich habe das Vertrauen zu Herrn Stingl, daß er objektiv berichten wird. (*Klepsch:* Haben wir denn bisher zwei Berichterstatter gehabt?) Nein, die haben wir nie gehabt. (*Etzel:* Ich glaube, Herr Stingl ist etwas überfordert wegen gewisser technischer Dinge auf dem wirtschaftlichen Sektor. – *Unruhe und Bewegung.*)

Katzer: Herr Etzel war beim letzten Mal auch Berichterstatter für die Sozialpolitik. Die Referenten waren Herr Schmücker und ich. Wir haben uns am Abend vorher verständigt. Sie haben dann, Herr Etzel, den Bericht über die Sozialpolitik genauso vorgetragen, wie wir uns das vorgestellt hatten. Der Berichterstatter kann also doch nur das vortragen, was am Abend vorher zwischen den Beteiligten abgestimmt worden ist. (*Zuruf:* Er kann auch etwas anderes sagen.) Von mir aus können Sie Herrn Scheppmann hinzunehmen. Das ist mir egal. Das hat aber nichts damit zu tun, daß in der Berichterstattung Raum für persönliche Bemerkungen offenbleibt. Sie können auch Herrn Lünendonk nehmen.

Adenauer: Ich würde es anstelle von Herrn Stingl ablehnen, Berichterstatter für die Wirtschaftspolitik zu sein. (*Etzel:* Wir könnten uns auch diesmal wieder vorher abstimmen. – *Dufhues:* Er braucht nur vorzulesen, was vorher abgestimmt worden ist.) Er muß aber doch berichten über die Vorgänge im Arbeitskreis. Das ist doch klar. Und bei jedem Bericht kommt es darauf an, ob man in einer Sache zu Hause ist oder nicht. Das ist auch klar. Ich glaube, Herr Stingl ist in der Wirtschaft nicht so zu Hause, wie in den sozialen Fragen. Dort ist er zu Hause, in der Wirtschaft ist er eben nicht zu Hause.

Katzer: Es gibt fünf Arbeitskreise. Wenn nun jeder Berichterstatter 15 Minuten redet, ist doch die Redezeit bereits erschöpft. Der Berichterstatter verliert die

EntschlieÙung, die der Arbeitskreis mit Mehrheit beschlossen hat. Das bleibt doch als Ergebnis übrig. Herr Etzel hat in Dortmund die Sozialpolitik mitvertreten. Ich habe das als wohltuend empfunden, daß das gemacht wurde. Diesmal wäre es dann umgekehrt.

Etzel: Ich habe etwas Sorge, ich habe nichts gegen Herrn Stingl, aber ich fürchte, daß er Schwierigkeiten haben wird bei der Formulierung.

Schmidt: Ich höre von Herrn Blank, daß EntschlieÙungen in den Sozialausschüssen vorbereitet werden. Wie ist das gedacht? Eben sagte der Herr Dufhues oder jemand anderer, wenn ich recht verstanden habe, daß dort EntschlieÙungen verlesen werden. (*Dufhues:* Nein, es wird berichtet!) Ich bin der Meinung, die Arbeitskreise haben keine EntschlieÙungen zu fassen, sondern einen Bericht zu geben. Über den Bericht wird nicht abgestimmt. Wenn aber EntschlieÙungen zur Sozialpolitik vorgelegt werden, dann tragen wir möglicherweise den Konflikt unter Überspringen des Arbeitskreises unmittelbar in das Plenum, zumal, wie wir vorgestern gehört haben, der Bundeswirtschaftsausschuß nicht das Recht hat, irgendeine EntschlieÙung vorzulegen, so daß möglicherweise hier eine Berichterstattung erfolgt, die im wesentlichen wiedergibt, was vorher behandelt worden ist, aber daneben ein EntschlieÙungsantrag der Sozialausschüsse läuft und im Plenum diskutiert wird.

Es besteht dann keine Möglichkeit, gegebenenfalls durch einen Änderungsantrag vorher im Arbeitskreis diese EntschlieÙung nach der wirtschaftspolitischen Seite so zu formen, daß daraus ein Gesamtbild entsteht, das für den Parteitag annehmbar wird. (*Etzel:* Wir sollten es so handhaben, wie in Dortmund. Dort sind die EntschlieÙungen von den Berichterstattern vorgetragen worden.)

Kraske: Nach der Geschäftsordnung müssen EntschlieÙungen in einem bestimmten Zeitraum vor dem Parteitag vorliegen. Es beschäftigen sich das Präsidium und der Vorstand vorher damit. Der Vorstand wird die vorliegende EntschlieÙung nicht ins Plenum, sondern in den zuständigen Arbeitskreis geben. Dann beschäftigt sich der Arbeitskreis damit. Wenn dann der Berichterstatter seinen Bericht gibt, wird er selbstverständlich auch auf die vorliegende EntschlieÙung eingehen, selbst wenn am Ende die EntschlieÙung vom Redaktionskomitee – wie es früher war und meist üblich ist – noch einmal in einer zusammenfassenden Form vorgetragen und erläutert wird. Es können natürlich nicht zum gleichen Thema der Bericht aus dem Arbeitskreis und die Erläuterung einer EntschlieÙung völlig auseinanderlaufen.

Hellwig: Es stellt sich die Frage, werden einzelne EntschlieÙungen zur Annahme gebracht, die aus den Arbeitskreisen kommen, oder wird wieder eine GesamtentschlieÙung vom Parteitag, die das gesamte Feld der Tätigkeit der CDU betrifft, verabschiedet. Im Hinblick auf die Bundestagswahlen haben wir früher wiederholt statt vieler EinzelentschlieÙungen eine GesamtentschlieÙung des Parteitages verabschiedet. Wie wird es im Hinblick auf die Wahl 1965 sein?

Dufhues: Aufgrund interner Besprechungen – ich habe darüber mit Herrn Dr. Adenauer gesprochen –, halten wir es für zweckmäßig, eine derartige GesamtentschlieÙung nicht dem Bundesparteitag in Hannover anzuvertrauen. Dazu sind in

vielen Teilbereichen die Dinge nicht ausreichend vorbereitet. Jeder wird sich diese Themen ausmalen können. Deshalb ist vorgesehen, daß die Ergebnisse der Beratungen in den Arbeitskreisen später eingehend behandelt werden, auch in den Sitzungen des Bundesparteiausschusses, für die wir uns also Zeit lassen sollten, um dort zu Formulierungen zu kommen, die der Bedeutung des Wahlkampfes für das Jahr 1965 entsprechen. Ich wäre also dankbar, wenn Sie diesem Verfahren zustimmten.

Adenauer: Wir müssen beschließen, ob Sie es bei einem Berichterstatter belassen wollen. (*Zurufe:* Ja!) Aber bedenken Sie, meine Herren, wie das von seiten der Wirtschaft aufgefaßt wird.

Gratl: Herr Stingl ist sehr stark sozialpolitisch eingestellt. Insofern liegt darin eine gewisse Einseitigkeit. Gibt es nicht einen Mann, der auf beiden Seiten ungefähr die gleiche Geltung hat, so daß man sagen kann, er steht gewissermaßen über beiden Gruppen?

Adenauer: Ich glaube nicht, daß es ihn gibt. Jedenfalls wüßte ich keinen. (*Gratl:* Haben wir nicht einen Professor, der das kann?) Hören Sie mir mit den Professoren auf! (*Scheufelen:* Ich habe keine Bedenken, wenn Herr Stingl den Bericht erstattet. Es handelt sich nur um Tatbestände! – *Schmidt:* Ich wollte ja berichten!) Herr Kollege Schmidt ist bereit, die Berichterstattung für die Wirtschaft zu übernehmen. Sollten wir es nicht so teilen? Ich halte es jedenfalls für richtig. Herr Stingl kann freier und offener sprechen für die Sozialpolitik und ihre Belange, wenn er nicht gleichzeitig Berichterstatter für die Wirtschaft ist.

Scheufelen: Wir wollen die beiden Teile zusammennehmen, damit etwas Ausgewogenes dabei herauskommt. Wir wollen nicht zwei Gegensätze herausstellen. Wir sollten also das Vertrauen zu Herrn Stingl – wie überhaupt zu jedem Berichterstatter – haben, daß er in der Lage ist, über die Dinge ausgewogen zu berichten. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Lieber Herr Scheufelen! Ich kenne die Wirtschaft etwas. Und Sie kennen Sie doch auch. Lassen wir uns doch kein X für ein U vormachen. Dort wird man sagen, warum ausgerechnet der Herr Stingl – der zwar für die Sozialpolitik gut ist – nun auch noch für die Wirtschaft berichten soll. Das verstehen wir nicht.

Katzer: Jetzt sind wir wieder bei der Frage, die ich vorhin angesprochen habe. Wir täten uns viel leichter, wenn Sie vorher mit den Vorsitzenden der Ausschüsse und der Vereinigungen gesprochen hätten.

Der Arbeitskreis „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ hat Herrn Wilhelmi als Vorsitzenden, und zwar einen Wirtschaftspolitiker. Damit nun nicht einseitig die Wirtschaft hier vertreten ist, hat man als Berichterstatter Herrn Stingl vorgesehen. (*Dufhues:* Genauso ist es!)

Schmidt: Ich stehe hinter der Konzeption von Blank. Gerade deshalb halte ich es für falsch, nun die beiden Berichterstatter Scheppmann und Stingl vorzusehen. Auch ich habe das Vertrauen, daß Herr Stingl objektiv berichten wird, zumal er diesen Bericht in Zusammenarbeit mit den Herren Wilhelmi, Etzel und Katzer machen kann. Wir haben immer diesen Bericht gemeinsam erarbeitet. Er wird also nicht in die Lage

kommen, irgend etwas zu berichten, was nicht den Verhandlungen entspricht. Deshalb bitte ich darum, Herr Bundeskanzler, es zu belassen, wie es vorgesehen ist, denn [das] ist doch wohl die gemeinsame Überzeugung hier. (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Adenauer: Ich gebe den Widerstand auf! Bitte beschließen Sie das so, und dann können wir fortfahren.

Klepsch: Bei dem Arbeitskreis V „Agrarpolitik“ bedrückt mich, daß alle drei Personen in einer bestimmten Richtung festgelegt sind. Hätte nicht die Möglichkeit bestanden, einen der drei Herren aus einer anderen Richtung zu nehmen?

Dufhues: Ich weiß nicht, welche Richtung Herr Klepsch hier meint. Ich habe selten eine solche Einigkeit erlebt wie beim Agrarpolitischen Arbeitskreis. Es ist zu harten Auseinandersetzungen gekommen zwischen den Vertretern der klassischen und den Vertretern der modernen Richtung, aber sie haben sich dann wieder unter Herrn Niermann geeinigt. Es ist hier schon fruchtbare Vorarbeit geleistet worden. Die Herren Tillmann und Struve waren dabei.

Katzer: Trotz Ihrer Bemerkung, Herr Dufhues, möchte ich Herrn Klepsch unterstützen. Hier müßte eine Persönlichkeit hinein, die sich vor allem den Fragen der Verbraucherpolitik zuwendet. Wir können doch unmöglich nur Präsidenten von Bauernverbänden und aktive Landwirtschaftsminister mit diesen Fragen befassen. Diesen Grundsatz möchte ich natürlich auch für die Landwirtschaft anerkannt wissen.

Adenauer: Sie haben völlig recht, Herr Katzer, aber ich habe eben nachgegeben; bitte, geben Sie jetzt auch nach! (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*)

Dufhues: In dem Bericht werden naturgemäß auch die Fragen angesprochen, die Ihnen am Herzen liegen. Aber hier bin ich bei meinen Überlegungen abgewichen von der grundsätzlich richtigen Haltung. Uns kam es darauf an, alle unsere Agrarpolitiker auf ein agrarpolitisches Aktionsprogramm zu einigen.

Wir brauchen endlich Klarheit unter unseren Bauern. Wir wollen die Bauern wieder fest um die CDU scharen. Das scheint mir ein konkretes Ziel für 1965 zu sein. Deshalb bin ich hier abgewichen von der Meinung, die Sie hier – grundsätzlich richtig – vertreten haben.

Dittmar: Ist sichergestellt, daß nicht eine Entschließung oder ein Vortrag dabei herauskommt, was nun im Plenum aus politischen Gründen von einigen Parteifreunden eine negative Kommentierung erfährt?

Adenauer: Wie kann das jetzt sichergestellt werden? (*Zurufe: Sehr richtig! – Welch eine Frage von Herrn Dittmar! – Unruhe.* – *Dufhues:* Es wird beraten und diskutiert, und zwar soweit wie möglich. Vielleicht wird es sichergestellt auf dem Parteitag!) Wir verstehen darunter folgendes: Wir können nicht immer mit Grünen Plänen arbeiten, sondern wir müssen auch einmal eine Linie haben für die Landwirtschaft, wohin der Weg gehen soll.

Und hier ist Herr Niermann schon lange bei der Vorbereitung. Ich habe ihn nicht selbst gesprochen, aber er hat einen guten Ruf. Herr Dufhues hat eben gesagt, daß sich die ganze Gesellschaft aufgrund der Ideen von Herrn Niermann geeinigt hat. Und wenn sich ein paar Landwirte einigen, dann ist das schon allerhand! (*Lachen*)

und Heiterkeit.) Ich würde es auch begrüßen, wenn in diesem Arbeitskreis auch ein Vertreter der Konsumenten wäre, denn die müssen doch – Herr Katzer hat völlig recht – das Zeug fressen. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Klepsch: Wäre es nicht gut, als Bundesvorstand in Rechnung zu stellen, daß auf einem Parteitag für lange Zeit irgendeine Linie für die CDU angekündigt wird, so daß er dann sagen kann, er habe das vorher kommen sehen? (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Was heißt das? – Das ist unklar! – *Fay:* Vielleicht eine revolutionäre Idee!)

Adenauer: Was soll der Bundesvorstand vorhersehen? Für was soll denn der Parteitag noch da sein? (*Anhaltende Unruhe.* – *Lücke:* Wir haben in mehreren Ländern Kommunalwahlen. Warum ist das nicht angesprochen worden?)

Dufhues: Ich bin der Meinung, daß die Landesverbände entsprechende Parteitage durchführen sollten, die sich speziell mit dem Problem der Kommunalpolitik befassen. Für Westfalen findet er am 2. Mai statt.¹¹³ Sie sind herzlich eingeladen, Herr Lücke! (*Lücke:* Es ist für die CDU unerlässlich, daß sie mehr Kommunalpolitik betreibt! Die SPD und die FDP machen es auch! – *Zuruf:* Sehr richtig!) Aber ich kann nicht alles tun.

Dichtel: Ich habe heute in der „Bonner Rundschau“ folgende Schlagzeile gelesen: „Konrad Adenauer soll Chef der CDU bleiben. Blanks Wiederwahl ins Parteipräsidium ist umstritten.“ Deshalb frage ich, ob heute nicht darüber gesprochen werden soll, zumal wir in Hannover kurz vor dem Parteitag nur noch einmal flüchtig zusammenkommen.

Adenauer: Herr Dichtel, ich will Ihnen die Meinung des Herrn Krone sagen, der gestern bei der Besprechung dabei war. Er meint, es fehlten heute so viel hervorragende Mitglieder – von Herrn Gerstenmaier angefangen –, daß es zweckmäßig sei, die Frage der Wahlen nicht anzuschneiden, sondern das der Bundesvorstandssitzung in Hannover zu überlassen. (*Fay:* Herr Gerstenmaier hat sich bereits in der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses für die Wiederwahl von Herrn Dr. Adenauer ausgesprochen! – *Mehrere Zurufe:* Sehr richtig!)

Dichtel: Ich bin nicht erpicht darauf, nun unter allen Umständen heute diese Diskussion auszuweiten, aber ich meine doch, auch wenn die sogenannten „allerhöchsten“ Mitglieder nicht anwesend sind, werden wir es auch vernünftig machen. Es wäre für uns alle und auch für die Öffentlichkeit viel besser, wenn wir jetzt über die Wahl sprächen und zu einer Einmütigkeit dabei kämen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Jetzt muß ich das Lokal verlassen. Müssen wir aber nicht vorher noch den Punkt 3 der Tagesordnung, Gründung eines Wirtschaftsrates der CDU e.V.,

¹¹³ Der Landesparteitag war ursprünglich für den 2. Mai angesetzt worden. Der Landesvorstand verschob diesen Termin auf der Landesvorstandssitzung am 18. April 1964 (Protokoll in ACDP III-002-37/1) auf den 20. und 21. November 1964 in Dortmund. Vgl.: Lebensfragen der modernen Gesellschaft (Protokoll des Landesparteitages der CDU Westfalen-Lippe vom 20./21. November 1964 in Dortmund). Dortmund 1964.

erledigen? (*Zuruf:* Wir können das in Hannover machen. – *Etzel:* Nein, ich würde bitten, die Frage des Wirtschaftsrates heute zu erledigen. Es muß doch gearbeitet werden!) Wir haben dann noch die Wahlen und den Punkt Verschiedenes zu erledigen. Bitte übernehmen Sie jetzt die Leitung, Herr Dufhues! (*Dufhues:* Ich möchte Ihnen Gesellschaft leisten, Herr Bundeskanzler!) Das können Sie gleich tun!

Dr. Adenauer verläßt den Raum.

KANDIDATUREN FÜR DEN BUNDESVORSITZ

Dufhues: Meine Damen und Herren! Wir sind noch beim Parteitag. Der Parteitag sieht Wahlen vor. Ich bin nun in die Lage versetzt, diese Verhandlungen zu leiten. Ich darf mich aber darauf beschränken, das Wort zu erteilen. Herr Dr. Klepsch!

Klepsch: Ich habe zwei sachliche Vorschläge. Der eine richtet sich gegen die Bestimmung, die wir in unseren Statuten getroffen haben; dort steht, daß wir zwei Geschäftsführende Vorsitzende haben.

Dufhues: Wir haben einen Geschäftsführenden Vorsitzenden und einen stellvertretenden Geschäftsführenden Vorsitzenden. (*Klepsch:* Ich bin darauf angesprochen worden, ob denn der stellvertretende Geschäftsführende Vorsitzende irgendwelche Kompetenzen hat.) Er hat die Kompetenz, den Geschäftsführenden Vorsitzenden zu vertreten, wenn dieser verhindert ist. Sonst ist er Mitglied des Präsidiums. Ich möchte aber darum bitten, jetzt nicht Fragen zu behandeln, die nichts mit der Person von Herrn Dr. Adenauer hinsichtlich seiner Wahl zu tun haben. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Dichtel: Nachdem dieser Artikel heute in der Presse gestanden hat, schaden wir der Partei und uns selber, wenn wir in dieser Frage nicht eine eindeutige und klare Mehrheit haben. Ich hatte erwartet, daß der Herr Bundeskanzler von sich aus eine Willenserklärung dazu abgegeben hätte, daß er nämlich das Amt des Bundesvorsitzenden noch weiter übernehmen will. Wir haben aber nichts gehört.

Deshalb muß ich Sie doch fragen, Herr Dufhues, ob der Herr Bundeskanzler gewillt ist, noch einmal eine Periode lang dieses Amt zu übernehmen? Wenn es so ist, dann sollten wir möglichst schnell in einem eindeutigen Beschluß unsere Dankbarkeit und unser Vertrauen zu ihm zum Ausdruck bringen. Wir sollten also heute noch diese Frage erledigen.

Dufhues: Ich bin Ihnen für diese Worte sehr dankbar. Naturgemäß habe ich mit Herrn Dr. Adenauer über die Frage des Parteivorsitzenden gesprochen. In einer Unterhaltung vor einiger Zeit hat er mir gegenüber seine Bereitschaft erklärt. Er hat aber auch gesagt: Ich muß Entlastungen haben in diesem Amt. Deshalb gehe ich davon aus und bitte Sie darum, die Funktion wahrzunehmen, die mit dem Amte des Geschäftsführenden Vorsitzenden verbunden ist.

Ich habe lange gezögert; denn es ist keine leichte Arbeit und kein leichtes Amt. Schon viele, die mit einem gewissen Wunderglauben an diese Dinge herangegangen sind, sind enttäuscht worden.

Aber ich bin bereit. Das schulden wir der Harmonie und der Einheit dieser unserer Partei, die vor schwersten Entscheidungen steht. Ich bitte Sie also, mich nicht zu überfordern und auch von Herrn Dr. Adenauer keine Wunder zu verlangen. Es ist ein hartes Geschäft! Die letzten Jahre gehören zu den bittersten Stunden, die ich in der CDU erlebt habe.

Also, Sie können davon ausgehen, daß Herr Dr. Adenauer bereit ist und ich auch.

Ich darf Ihnen vorschlagen, der Bundesvorstand möge beschließen, Herrn Dr. Adenauer aufzufordern, das Amt des Ersten Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union weiterhin für die nächste Wahlperiode zu übernehmen.

Kraske: Ich glaube, der Bundesvorstand kann nur auffordern, daß er sich für das Amt noch einmal zur Verfügung stellt. Sie haben aber „übernehmen“ gesagt. Das muß der Parteitag beschließen.

Dufhues: Wenn wir sagen, ihn zu bitten, das Amt zu übernehmen, kommt es auf dasselbe hinaus. (*Kraske:* Sich zur Verfügung zu stellen!)

Gradl: Wir bitten ihn, sich zur Verfügung zu stellen.

Amrehn: Der Bundesvorstand kann das dem Parteitag vorschlagen.

Burgbacher: Ich würde vorschlagen, daß wir dasselbe mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden machen. (*Dufhues:* In meiner Abwesenheit! – *Zurufe:* Nein, nein, hierbleiben!)

Dufhues: Darf ich Sie dann bitten, Herr Dichtel, wenn ich Herrn Dr. Adenauer vorgeschlagen habe, das Wort zu ergreifen. (*Dichtel:* Ja!) Ich darf dann den Herrn Dr. Adenauer wieder zurückrufen. Herr Bundeskanzler! Darf ich Sie bitten, wieder hereinzukommen.

Dr. Adenauer kommt in den Saal zurück und wird mit sehr starkem Beifall begrüßt.

Herr Bundeskanzler! Ich darf Ihnen als einstimmigen Beschluß des Vorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands mitteilen: „Der Bundesvorstand bittet Sie, und zwar einstimmig, sich auf dem Bundesparteitag der CDU in Hannover erneut zur Wahl als Ersten Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zur Verfügung zu stellen.“ Der Bundesvorstand hat ebenso einstimmig beschlossen, „Sie dem Bundesparteitag zu dieser Wahl vorzuschlagen“. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Aufgabe erneut übernehmen. Das ist die Auffassung des gesamten Vorstandes.

Und nun darf ich, bevor Sie sprechen, Herr Bundeskanzler, zunächst Herrn Dichtel bitten. (*Dichtel:* Vielleicht können wir zunächst die Erklärung des Herrn Bundeskanzler hören, ob er annimmt.)

Adenauer: Ich möchte ein Wort sagen. Ich habe sehr geschwankt, ob ich das Amt annehmen soll oder nicht. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Erstens kommt doch mehr Arbeit auf mich zu, als ich gedacht hatte. Zweitens habe ich

mich davon überzeugt, daß das Schreiben meiner Memoiren für unsere Partei und für die deutsche Geschichte eine absolute Notwendigkeit ist; denn bei den verschiedensten Gelegenheiten habe ich gesehen, daß alles das, was gewesen ist, bereits im Gedächtnis der Menschen mehr oder weniger schwindet. Gerade die ersten Jahre nach der Schaffung des Bundes sind für unsere Partei eine außerordentlich wichtige Sache.

Aber nun muß ich Ihnen sagen, ich kann an meinem Geburtsschein nichts ändern. Der steht fest. Das müssen Sie also hinnehmen. Dann kam die Erkrankung unseres Freundes von Brentano. Er wird sicher auch noch eine geraume Zeit der Arbeit fernbleiben müssen. Sein Ausfall – wenigstens für eine gewisse Zeit kann man von einem Ausfall sprechen – ist auch für unsere Partei ein großer Schaden. Es ist so, daß die Leute aus der ersten Gründerzeit unserer Partei leider mehr und mehr abtreten müssen.

Nun hat man mit mir darüber gesprochen und mich gebeten, wenn ich vorge schlagen und wenn der Parteitag mich wählen würde, diese Wahl anzunehmen. Nun, ich habe mich entschlossen, diese Wahl anzunehmen, weil ich die Überzeugung habe, daß ich es noch leisten kann. Wenn ich es nicht leisten könnte, würde ich sagen: Ich danke für die Ehre, das ist sehr nett von Ihnen, aber bitte sehen Sie sich nach einem anderen um. Aber ich glaube, ich kann es noch leisten, und daß es im Interesse der Partei gut ist, wenn ich bleibe.

Das klingt zwar etwas vermessen, aber das ist der Hauptbeweggrund für mich – ich sage das in aller Offenheit –, weil mein Name Adenauer nun einmal, und zwar durch eine Fügung, damit verbunden und nicht davon zu trennen ist. (*Langanhaltender, starker Beifall.*)

Dichtel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Bundeskanzler, Sie werden mit mir der Meinung sein, daß es gut war, diese Frage heute zu erledigen. Dann hat auch die Presse etwas zu tun. Von uns aus ist es eine wunderbare Sache, wenn wir sagen können, diese Frage ist in aller Kürze einstimmig gelöst worden.

Ich darf die Gelegenheit benutzen und Ihnen unseren herzlichen Dank aussprechen. Wir freuen uns über Ihren Entschluß. Was Sie zum Schluß gesagt haben, ist für uns das Wesentlichste gewesen; Sie sind der Garant für unsere Partei.

Nun wird es etwas leichter für Sie insofern sein, weil Sie in Herrn Dufhues den Geschäftsführenden Vorsitzenden haben. Wir wissen, wenn er sich ganz einsetzt, werden Sie es schaffen können. Ich möchte auch Herrn Dufhues recht herzlich danken für die ausgezeichnete, wenn auch nicht übermäßig dankbare Organisationsarbeit, die er geleistet hat. (*Starker Beifall.*) Ich weiß, daß man von der Organisationsarbeit in der Öffentlichkeit nicht allzuviel zeigen kann. Gerade wir Landesvorsitzenden sind ihm sehr dankbar, wenn wir auch gelegentlich mit ihm hintereinandergeraten sind, aber das liegt ja am Temperament der jeweiligen Kontrahenten. Noch einmal ein herzliches Wort des Dankes, und wir sollten Herrn Dufhues wieder als Geschäftsführenden Vorsitzenden vorschlagen. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich darf noch ein Wort hinzufügen zu dem, Herr Dichtel, was Sie gesagt haben. Das Verhältnis zwischen Herrn Dufhues und mir ist sehr gut.

Darf ich Sie fragen, Herr Dufhues, ob Sie die Wahl annehmen?

Dufhues: Ich darf Ihnen ebenso herzlich danken. Es ist keine leichte Aufgabe, Herr Bundeskanzler, aber ich bin bereit, gemeinsam mit Ihnen diese Aufgabe zu lösen, und erkläre mich dazu bereit. (*Starker Beifall.*)

Adenauer: Ich darf feststellen, daß damit der Punkt Wahlen erledigt ist. Wir kommen nunmehr zum Punkt Verschiedenes.

GRÜNDUNG DES WIRTSCHAFTSRATES DER CDU E.V.

Dufhues: Wir müssen noch über die Gründung des Wirtschaftsrates sprechen. Ich nehme an, daß uns das nicht lange in Anspruch nehmen wird. Hier ist eine gewisse Meinungsverschiedenheit insofern aufgetreten, ob es richtig war, dem Wirtschaftsrat den Namen „Wirtschaftsrat der CDU e.V.“ zu geben. Wir haben das Recht, den Namen „CDU“ in dieser Vereinigung zu widerrufen.

Ich will Ihnen die Gründe sagen, warum wir diesen Namen gewählt haben. Wir haben Ausschüsse, die die Bundespartei zu beraten haben. Sie haben aber nicht das Recht, an die Öffentlichkeit zu treten und Verlautbarungen herauszugeben, ohne daß der Bundesvorstand dies genehmigt hat. Uns liegt aber daran, einen unmittelbaren Kontakt zu den Kräften vor allem der unternehmerischen Wirtschaft zu haben. Und da wir wissen, daß hier eine gewisse Abneigung besteht, Mitglied einer politischen Partei zu werden, schien es uns richtig zu sein, hier einen Verein zu gründen, in dem die Begegnung zwischen den Kräften der Partei und Abgeordneten und den Kräften der unternehmerischen Wirtschaft stattfindet, damit wir dort unsere Auffassung vertreten können, aber auch die Wirtschaft ihre Meinung äußern und Anregungen geben kann.

Das ist zugleich eine Vorstufe in dem Bemühen, die Kräfte der Wirtschaft stärker an die Partei heranzuführen. Wenn sich diese Zusammenarbeit in der Vereinigung nach einiger Zeit bewährt hat, dann werden wir auch hier Kräfte gewinnen, die Mitglied der CDU werden. Daß Unternehmen mitunter meinungsbildend sein können, sollte man nicht verkennen.

Etwas Ähnliches sollten wir auch auf anderen Gebieten tun. Aber das können wir später machen. Es gibt Überlegungen, gemeinsam mit der CSU auch einen Kulturberrat der Union zu schaffen, in dem ein ähnlicher Gedankenaustausch herbeigeführt werden soll zwischen der CDU/CSU und den Bildungsschichten, ob es nun Publizisten, Dichter, Künstler, Professoren usw. sind, und zwar mit der Absicht und in der Hoffnung, sie in die Partei einzuführen. Wir glauben, daß es gut ist, auch hier einen solchen Vorraum zu schaffen, um Sympathien für die CDU zu wecken.

Der Name ist nur geliehen; wir können ihn widerrufen, wenn der Vorstand nicht nach den Vorstellungen der CDU zusammengesetzt ist. Wir wollten keine verwaschene Formulierung wählen. Wir wollen auch nicht die Zahl der Vereine zur Förderung der

Sozialen Marktwirtschaft¹¹⁴ – um nur ein Beispiel zu nennen – vermehren, sondern wir wollen bewußt auf die CDU hinweisen.

Schmidt: Ich habe ein großes Bedenken, daß sich dieser Wirtschaftsrat entwickeln könnte wie der Wirtschaftsrat in Bayern. Dort ist er praktisch ein Gremium geworden, ohne das heute ein Wirtschaftspolitiker weder in der Bundestagsfraktion noch in Bayern selbst irgendeine Entscheidung trifft. Das ist fast eine befehlsgebende Station geworden. Das ist eine unerfreuliche Entwicklung. Ich möchte bitten, daß das nicht hier in der Bundespartei geschieht.

Etzel: Herr Kollege Schmidt! Ich glaube, dieser Ausspruch war etwas übertrieben. Ich bestreite nicht, daß in der CSU der Wirtschaftsrat eine Rolle spielt und zugunsten der CSU eine große Werbung betreibt, es ist aber nicht so, daß er der Befehlsstand der CSU geworden wäre.

Im übrigen haben wir es nicht mit der CSU, sondern mit uns zu tun. Dieser Wirtschaftsrat der CDU ist gegründet worden von alten und verantwortlichen Mitgliedern der CDU.¹¹⁵ Vorsitzender ist Herr Scheufelen. Ich gehöre zum Geschäftsführenden Vorstand, auch Herr Schmücker. Wir sind alle in der CDU verantwortlich. Wir wollen damit erreichen, eine Stimme in der Wirtschaft und ein Briefkasten für das zu sein, was sich in der Wirtschaft tut. Wir wollen unseren Kollegen im Bundestag und in den Ländern Kontakte geben mit den breiten Schichten der Wirtschaft. Wir müssen es erproben.

Wenn Mist gemacht wird, besteht jederzeit das Recht des Namensentzuges. Wir sind noch keine Vereinigung. Das Ganze muß sich noch in dieser Richtung entwickeln. Solche Gedanken schweben bei einer Reihe von unseren Freunden. Dazu muß aber die Vereinigung „Mittelstand“ aufgelöst werden. Das ist eine gewisse Schwierigkeit. Sie brauchen aber keine Sorgen zu haben; denn der Wirtschaftsrat ist gegründet worden, um der CDU zu dienen.

Katzer: Ich möchte die Bedenken von Herrn Schmidt unterstreichen. Fragen Sie mal Herrn Blank, was gewesen ist, als sich der Wechsel im Verteidigungsministerium vollzogen hat.¹¹⁶ Aber das will ich nicht in den Vordergrund stellen, sondern nur

114 Vereine zur Förderung der Sozialen Marktwirtschaft waren z. B. die am 23. September 1952 gegründete DIE WAAGE (Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs) und die im Januar 1953 gegründete Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM). Vgl. Franz GREISS: Erhards Soziale Marktwirtschaft und DIE WAAGE. In: Gerhard SCHRÖDER/ Alfred MÜLLER-ARMACK (Hg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum 75. Geburtstag. Berlin 1972 S. 89–110; Otto LAUTENBACH: Entscheidung für die Freiheit. Wortlaut der Vorträge, die auf der ersten Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 20. und 21. Mai 1953 in Bad Nauheim gehalten wurden (Wiedergabe der Dimafon-Aufnahme). Bad Nauheim 1953.

115 Die konstituierende Mitgliederversammlung des Wirtschaftsrates fand am 9. Dezember 1963 statt. Vgl. Tätigkeitsbericht 1963–1965. Bericht über die Tätigkeit des Wirtschaftsrates der CDU seit der Gründungsversammlung am 9.12.1963 bis zum 30.6.1965, vorgelegt der Mitgliederversammlung am 9.7.1965. Bonn 1965.

116 Zum Wechsel von Blank zu Strauß vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 301 f., 357 f.

sagen, mit dem Ziel dieser Sache bin ich einig, nur ist es notwendig, daß eine stärkere Mitarbeit der Unternehmer in der Union erreicht wird. Das bejahe ich.

Was ich bemängele, ist folgendes: Ich habe Bedenken gegen die Form und gegen die Verfahrensweise. Herr Dufhues hat mir am 27. einen Brief geschrieben, wonach die Errichtung des Vereins durch das hierfür zuständige Präsidium der CDU einstimmig gebilligt worden sei.¹¹⁷

Entschuldigen Sie, Herr Dufhues, daß ich Ihnen ganz deutlich sage, ich glaube nicht, daß das Präsidium dafür zuständig ist. Ich gehe noch weiter und sage, satzungsgemäß findet diese Gründung nicht die geringste Stütze, denn es ist keine Vereinigung. Ich bin der Auffassung, daß sich diese Vereinigung deshalb vollzieht, damit die Sozialausschüsse einen Gesprächspartner bekommen. Ich bin gerne bereit zu Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum, aber ich habe erhebliche Bedenken gegen eine Sonderorganisation, die nicht nur den Namen „CDU“ trägt, sondern die auch eine eigene Geschäftsführung hat. Diese Organisation müßte die Rechtsform einer Vereinigung erhalten. Nach Paragraph 29 unseres Parteistatuts¹¹⁸ ist diese Rechtsform abhängig von einem Beschluß des Bundesparteitages. Der Name „Wirtschaftsrat der CDU“ ist beanstandet worden.

Ich habe es bedauert, Herr Dufhues, daß Sie diesen Briefwechsel geführt haben. Ich hätte es für sinnvoller gehalten, hier ein Gespräch stattfinden zu lassen. Ich habe den Eindruck, daß die Mitarbeit der Vereinigungen längst nicht in dem engen Maße erfolgt, wie ich das für wünschenswert halte; daß wir nur alle Jahre eine Routinesitzung machen, das ist nicht sehr angenehm. Wenn solche Punkte auf der Tagesordnung des Präsidiums stehen, dann scheint es mir ein Grund mehr dafür zu sein, die Vorsitzenden der Ausschüsse dazu zu bitten. Das wäre zur Verlebendigung der Union sicher dienlich.

Hier heißt es im Paragraphen 1: „Der Verein trägt den Namen ‚Wirtschaftsrat der CDU, eingetragener Verein‘.“ Das ist auch eine Frage, die geprüft werden muß. Wie ist dieses Verhältnis? Im Paragraphen 2 letzter Absatz heißt es: „Der Verein verfolgt keine Erwerbsziele und ist keine Parteiorganisation.“ (*Etzel*: Aus steuerlichen Gründen!) Ich wehre mich dagegen, daß es heißt: „Der Wirtschaftsrat ist keine Parteiorganisation.“ Dabei weiß jeder, daß die Vereinigung mit dem, was sie tut, der Partei gegenüber verantwortlich ist. Hier ist das aber nicht sichergestellt, im Gegenteil, hier ist ausdrücklich festgestellt: Es ist keine Parteiorganisation.

117 Behandelt bei der Sitzung des Parteipräsidiums am 13. Januar 1964 (ACDP VII-001-054/1). Zum Wirtschaftsrat der CDU e.V. vgl. Anm. 115; KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 146–148.

118 Nach § 29 kann der Bundesvorstand „zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden“. Die Paragraphen 30–32 behandeln die Sonderorganisationen der Partei. In § 31 heißt es u. a.: „Die Gründung von Vereinigungen ist von dem Beschluß des Bundesausschusses abhängig, der durch die Änderung des § 30 bestätigt werden muß.“ Vgl. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Geschichte – Idee – Programm – Statut. 4. Aufl. Bonn 1965 S. 71 f.

Wenn also der Wirtschaftsrat morgen etwas beschließt, kann kein Gremium der Partei sagen: Das dürft Ihr nicht tun; es sei denn, Sie nehmen die Mittel zurück. Das sind also die Bedenken, die ich hier vortragen muß.

Wir haben uns im Hauptvorstand der Sozialausschüsse mit der Sache befaßt. Meine Bitte, Herr Etzel, geht dahin, arbeiten Sie darauf hin und schaffen Sie auf dem nächsten Parteitag die satzungsgemäßen Voraussetzungen, die sich aus dem Statut für die Vereinigungen der Union ergeben. Geben Sie diese Zwischenlösung bitte auf. Wenn Sie diese Linie verfolgten, wäre ich Ihnen dankbar.

Dufhues: Auch unter Berücksichtigung aller Argumente, die mir bekannt sind, würde ich heute nicht anders handeln und dem Präsidium nichts anderes vorschlagen als das, was ich ihm vorgeschlagen habe. Ich habe bewußt davon abgesehen, den Status einer Vereinigung im Sinne unserer Statuten vorzuschlagen. Ich will die weitere Entwicklung zunächst abwarten. Es ist ein Experiment.

Zweitens legt die Vereinigung „Mittelstand“ Wert darauf, daß die Neugründung nicht den gleichen Status erhält. Auch hier will man zunächst abwarten. Es kann sein, daß nach drei Jahren der Zeitpunkt gekommen sein wird, um dieser Organisation den Status einer Vereinigung im Sinne unserer Statuten zu geben. Das muß sich aber zunächst einmal entwickeln.

Das Entscheidende ist, daß wir als CDU über den Vorposten dieses Vereins die Kräfte der unternehmerischen Wirtschaft und der Wirtschaft insgesamt für die CDU interessieren. Entscheidend ist weiter, daß wir zunächst die Möglichkeit des Wirkens haben. Erst dann können wir an die Frage des Status herangehen. (*Katzer:* Was den Einfluß der Union angeht, so bin ich einverstanden, aber der Kreislauf ist auch umgekehrt, nämlich der Einfluß der Wirtschaft auf die Union!) Ich halte nichts davon, sondern die Initiative muß doch von uns aus kommen.

Scheufelen: Ich hätte es als unbefriedigend empfunden, wenn dieser Verein bei seiner Gründung nach dem Status einer Vereinigung bestellt worden wäre. Das muß sich erst entwickeln. Bei den Sozialausschüssen ist es so, daß alle Inhaber eines Amtes Mitglied der Partei sein müssen. Wir haben hier den anderen Weg gewählt, indem wir gesagt haben, die Vorstandsmitglieder bedürfen der Bestätigung durch den Parteivorstand. Aus steuerlichen Gründen hat man das aus dem Statut herausgelassen. Das ist also in Form eines Briefes gemacht worden. Was kann passieren? Angenommen, wir scheiden aus und andere Leute bekommen das Ding in die Finger. Dann kann jederzeit das Präsidium sagen: Nein, ihr dürft den Namen nicht mehr führen.

Dufhues: Geben Sie uns den gleichen Einfluß wie den Sozialausschüssen, Herr Katzer! (*Katzer:* Ich werde den gleichen Satzungsvorschlag mitbringen und darauf schreiben „Wirtschaftsrat der CDU“! – *Unruhe und Bewegung.* – *Fay:* Dramatisieren Sie es doch nicht so!)

Adenauer: Meine Herren! Es ist bereits 15.30 Uhr! Sind Sie vorläufig einverstanden, Herr Katzer? (*Katzer:* Habe ich Sie recht verstanden, daß die Tendenz besteht, die Vereinigung auf die Partei hinzulenken? – *Etzel:* Ja, nach Bewährung! –

Anhaltende Unruhe und Bewegung. – *Klepsch:* Vielleicht sollte man allen Mitgliedern des Parteivorstandes die Satzung schicken. – *Mehrere Zurufe:* Wir haben doch alle die Satzung! – Warum haben Sie sie denn nicht?) Meine Herren, wir müssen ein Kom-muniqué machen. Ich habe hier einen Entwurf, mit dem ich aber nicht einverstanden bin. Ich lese ihn vor:

„Auf seiner Sitzung am 25. Februar 1964 in Bonn beschäftigte sich der Bundesvorstand der CDU unter der Leitung seines Parteivorsitzenden, Bundeskanzler a.D. Dr. Adenauer,“ – das Wort „Bundeskanzler“ können Sie überhaupt streichen – „mit aktuellen politischen Problemen und mit der Vorbereitung des Bundesparteitages der CDU, der vom 14. bis 17. März dieses Jahres in Hannover stattfinden wird.“

Dann kommt ein langer Absatz über den Herrn Brandt.

„Der Bundesvorstand der CDU äußerte zur Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Brandt zum Vorsitzenden der SPD die Befürchtung, daß es für die Führung des verantwortungsvollen Berliner Amtes schädlich sein könne, wenn Herr Brandt zugleich als Vorsitzender der SPD seine oppositionelle Einstellung zur Bundesregierung betonen müßte. Zudem erfordert die Situation in Berlin den vollen Einsatz des Regierenden Bürgermeisters, wenn nicht die Kontinuität der gesamtdeutschen Politik Schaden erleiden soll.

Der Bundesvorstand der CDU warnte zugleich davor, das hohe Berliner Amt und die Sympathien, die Berlin allenthalben genießt, für parteipolitische Zwecke auszunutzen.“

Ich würde vorschlagen, den ganzen Passus zu streichen. (*Zurufe:* Ja! – *Am-rehn:* Das haben wir schon gesagt! – *Dufhues:* Man kann die Dinge nicht oft genug sagen! – *Gradl:* Ich habe nichts dagegen, wenn dieser Absatz gestrichen wird. Der letzte Satz sollte von dem Sprecher der Partei als eine Auffassung, die im Vorstand zum Ausdruck gekommen ist, gesagt werden.) Meine Gründe, Herr Gradl! In der Frage „Wahl des Bundespräsidenten“ sind wir zur Zeit angewiesen auf das Wohlwollen der SPD. Nun möchte ich mich nicht öffentlich – wir sind hier in einer Bundesvorstandssitzung – in deren Sachen hineinmischen. Also, können wir das streichen? (*Zurufe:* Ja!)

„Zur Passierscheinfrage erklärte der Bundesvorstand der CDU, die technischen Kontakte mit der Sowjetzone dürften nur das Ziel haben, Regelungen rein humanitären Charakters für den Verkehr zwischen den Teilen Berlins zu treffen. Er wandte sich dagegen, daß die Sowjetzone mit ihren Passierscheinerhebungen offenkundig politische Zwecke verfolgt. Deshalb könnte auf keinen Fall die Anwesenheit sowjetzo-naler Funktionäre in West-Berlin nochmals hingenommen und als harmlos angesehen werden.

Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß Westberliner nicht anders als Westdeutsche zu behandeln sind. Daraus folgt, daß nur längerfristige Rege-lungen in Betracht kommen können. Ferner darf den Westberlinern kein Antrags-formular mehr zugemutet werden, das mit ihrer politischen Überzeugung nicht ver-einbar ist.“

Mit dem letzten Satz bin ich einverstanden. Aber der Satz davor gefällt mir nicht. Mir gefällt nie das Wort „Westdeutsche“. Es heißt, daß Westberliner nicht anders als Westdeutsche zu behandeln sind. (*Dufhues*: Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland!) Es heißt weiter: „Schließlich gab der Bundesvorstand der CDU zu bedenken, daß die Gespräche nicht fortgesetzt werden können, ohne daß die Zone die technischen Kontakte in politische Fühlungenahmen umfälscht.“

Wollen Sie das noch sagen? (*Gradl*: Ich habe ein paar stilistische Änderungsvorschläge dazu gemacht.) Wir müssen etwas über die Wahl sagen.

Amrehn: Es heißt, längerfristige Regelungen kämen in Betracht. Das ist aber politisch gefährlich. Es kann ersetzt werden durch „länger gültige Passierscheine“.

Kraske: Der Textvorschlag stammt von Herrn Amrehn.

Adenauer: Meine Herren! Ich schlage vor, daß wir eine Kommission wählen aus den Herren Amrehn, Kraske und Dufhues, die aufgrund der Diskussion das Kommuniqué fertigmachen.¹¹⁹

Jetzt haben wir alle Hunger und essen zu Mittag. Ich danke Ihnen allen und darf damit die Sitzung schließen.

15

Hannover, Samstag 14. März 1964

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, [Blank], Frau Brauksiepe, Burgbacher, Dittmar, Dufhues, Erhard, Etzel, Even, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Hellwig, Katzer, Klepsch, Kraske, Lücke, Meyers, Noltenius, Rasner, Frau Rehling, Schmidt, Schröder, Frau Schwarzhaupt, Seebohm, Wegmann.

Bundesparteitag 1964: Wahlen zum Präsidium und zum Bundesparteigericht. Rechenschaftsbericht der Kassenprüfer für 1962. Beitragsstaffel nach § 2 der Finanzordnung (Vorschlag der Finanzkommission).

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.10 Uhr

119 Vgl. DUD Nr. 39 vom 26. Februar 1964 S. 3 f. „Tagung des CDU-Bundesvorstandes“.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Das Mitglied unseres Vorstandes, Herr Osterloh, ist, wie Sie wissen, von uns geschieden.¹ Er war ein wertvoller Mensch und ein treues Mitglied unserer Partei. Sie haben sich von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstandes und möchte mir zunächst einige Bemerkungen gestatten. (*Etzel:* Es ist überhaupt nichts zu verstehen.) Heute bin ich noch halb heiser. Aber ich wünsche, morgen wieder normal sprechen zu können, damit Sie mich verstehen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie jetzt Ihre Privatgespräche unterließen.

BUNDESPARTEITAG 1964: WAHLEN ZUM PRÄSIDIUM

Meine Damen und Herren! Sie kennen das Programm des Parteitages. Für die Wahl des Präsidiums des 12. Bundesparteitages werden vorgeschlagen: Präsident: Dr. Otto Fricke; Präsidium: Frau Dr. Jochmus, Regierungspräsident Dichtel, Frau Kalinke², Hans Katzer MdB, Dr. Klepsch, Bundesminister Lemmer, Bundesminister Dr. Seebohm. Darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind? (*Rehling:* Ist es sicher, daß Herr Lemmer kommt? Er sagte in Berlin, sein Arzt habe ihm Ruhe verordnet, und er würde nicht zum Bundesparteitag kommen können.)

Kraske: Herr Lemmer hat uns gesagt, daß er morgen noch nicht kommen könne, daß er aber am Montag käme.

Adenauer: Dann warten wir das einmal ab! – Wir haben dann ein Redaktionskomitee zu wählen. Dazu wird folgender Vorschlag gemacht: Vorsitzender: Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier; Mitglieder: Amrehn, Professor Furler, Dr. Kliesing, Dr. Wilhelmi, Stingl, Professor Dr. Hahn, Professor Dr. Mikat, Dr. Stoltenberg, Struve, Niermann, Bauknecht, Dr. Barzel, Professor Dr. Roegele³, Dr. Pettenberg, Dr. Rathke⁴. (*Katzer:* Ich möchte noch den Kollegen Russe⁵ vorschlagen!) Dann müssen wir zunächst feststellen, warum der Vorschlag so lautet, wie ich ihn vorgelesen habe. Dem Redaktionskomitee gehören an Abgeordnete, die Leiter, Referenten und

1 Am 25. Februar 1964.

2 Margot Kalinke (1909–1981), leitende Angestellte; 1949–1953 und 1955–1972 MdB (DP, ab 1960 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 840 Anm. 60.

3 Dr. Otto B. Roegele (geb. 1920), Kommunikationswissenschaftler und Journalist; seit 1949 Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, seit 1963 Herausgeber, 1963 o. Professor (München).

4 Dr. Arthur Rathke (1920–1980), 1959–1963 Pressechef des Deutschen Beamtenbundes, 1963–1970 Leiter des Pressereferats und des Referats für Öffentlichkeitsarbeit der CDU, 1970–1980 Staatssekretär für das Informations- und Presseamt der Landesregierung Schleswig-Holstein.

5 Hermann Josef Russe (geb. 1922), Dipl.-Volkswirt; 1952–1963 Bildungsreferent in den Sozialausschüssen der CDA, 1963–1966 Hauptgeschäftsführer der VEBA, dann Vorstandsmitglied. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 550 Anm. 40.

Berichterstatter der einzelnen Arbeitskreise. Ich weiß nicht, ob das bei dem Herrn Russe der Fall ist. (*Katzer*: Ich möchte ihn zusätzlich vorschlagen! – *Widerspruch*.) Wenn wir damit anfangen, zusätzliche Vorschläge zu machen, dann müssen wir auch weitere Wünsche berücksichtigen. Ich fürchte aber, daß es dann ein zu großes Redaktionskomitee wird.

Wollen Sie Ihren Antrag nicht lieber fallenlassen? Wenn wir damit anfangen, daß ein Vertreter der Sozialausschüsse dabei ist, dann kommen die Vertreter der anderen Vereinigungen mit dem gleichen Recht. Ich bin zwar der Auffassung, daß die Vertreter der Arbeitnehmer stärker als bisher ganz allgemein vertreten sein müssen, und zwar in den verschiedensten Richtungen gesehen, aber hier für eine solche Kommission nun einen besonderen Vertreter der Sozialausschüsse zu benennen, das würde ich nicht für gut halten.

Gradl: Ich nehme an, daß es die Aufgabe des Redaktionskomitees ist, die Fassung von Resolutionen vorzunehmen. Wenn die Möglichkeit besteht, daß diejenigen, die bestimmte Vorstellungen haben, ihre Anregungen der Redaktionskommission zu geben, möchte ich annehmen, daß auch das Bedürfnis besteht, das Herrn Katzer bewegt.

Ich möchte sagen, daß wir von der Exil-CDU größten Wert darauf legen, daß in dieser Resolution auch die Frage der Flüchtlinge angesprochen wird. Wir haben einen Vertrauensmann, Bundestagsabgeordneten Eichelbaum⁶, gebeten, entsprechende Vorstellungen zu machen. Ich möchte vorschlagen, daß er auch in die Kommission aufgenommen wird. Aber da die Kommission ohnehin genügend groß ist, würde es mir genügen, daß man für Vorschläge eine direkte Zulassung zur Redaktionskommission bekommt.

Dufhues: Das scheint mir ohne weiteres gegeben zu sein. Zunächst haben Sie die Möglichkeit, in den Arbeitskreisen Ihre Vorstellungen zu entwickeln und dabei auch den Wunsch zu äußern, daß dieses oder jenes in der Entschliebung berücksichtigt werden möge. Außerdem steht nichts im Wege, daß Sie zu dem einen oder anderen Mitglied des Redaktionskomitees Kontakte aufnehmen, um Ihre Vorstellungen durchzusetzen.

Sollte dies dann nicht geschehen, dann haben Sie immer noch die Möglichkeit, auf dem Bundesparteitag eine Ergänzung zu beantragen. Deshalb würde ich Sie bitten, davon abzusehen, dieses an sich schon umfassende Redaktionskomitee noch zu vergrößern.

Im übrigen stehen wir vor der Frage, ob wir nur eine einheitliche Entschliebung des Bundesparteitages verabschieden sollen oder ob wir einzelne Entschliebungen für

6 Ernst Theodor Eichelbaum (1893–1991), 1945 Mitgründer der CDU in Leipzig, 1946 Stadtverordneter, bis 1948 zweiter hauptamtlicher Bürgermeister in Leipzig, Vorstandsmitglied der Exil-CDU, 1953–1963 Bundesvorsitzender des Gesamtverbands der Sowjetzonenflüchtlinge, 1957–1965 MdB.

Teilbereiche, wie Agrarpolitik, Sozialpolitik usw. verabschieden. Das wird aber noch im Redaktionskomitee beraten werden müssen.

Gerstenmaier: Ich verstehe die Aufgabe eines Redaktionskomitees darin, zu redigieren, das heißt die dazu bestimmten Mitglieder sind keine freischaffenden Künstler. Sie können hier nicht ihre Konzeption oder ihre speziellen politischen Interessen unterbringen, sondern sie müssen das, was verabschiedet werden soll, in eine lesbare und attraktive Form bringen, was andere Leute der Sache nach beschließen. Die anderen Leute auf diesem Parteitag sind die in fünf Arbeitskreisen zusammentretenden Freunde.

Ich sehe also keinen anderen Weg, denn sonst ist doch dieses Gremium völlig überfordert. Zum Redigieren ist diese Kommission jetzt schon eher zu groß als zu klein. Darauf können Sie sich verlassen. Was die anderen in diesen fünf Arbeitskreisen beschließen, kann doch von dem Redaktionskomitee nicht neue Gestalt bekommen, weil es ja keine freischaffenden Künstler sind.

Adenauer: Ich weiß nicht, ob Sie mehr Wert auf „freischaffend“ oder auf „Künstler“ legen! (*Gerstenmaier:* Mehr auf „Künstler“!) Meine Damen und Herren! Sollen wir es nicht bei dem Vorschlag belassen? Sie haben die Ausführungen des Herrn Kollegen Dufhues gehört. (*Zustimmung.*) Dann darf ich feststellen, daß Sie mit der Zusammensetzung, wie ich sie vorgelesen habe, einverstanden sind.

Für die Mandatsprüfungskommission werden vorgeschlagen: Vorsitzender: Minister a.D. Wegmann. (*Wegmann:* Am Montag bin ich leider verhindert.) Sie können ja am Sonntag oder Dienstag prüfen. (*Wegmann:* Am Dienstag!) Beisitzer: Helmut André⁷, Gerhard Braun, Gerold Rummler⁸. Dann kommt eine sehr diffizile Frage, nämlich die Reihenfolge der Begrüßungen. Ich möchte hier eine Bemerkung vorschicken. Ich bitte um Ihre Zustimmung, daß ich nach Eröffnung der Sitzung, ehe die Wahl des Präsidiums stattfindet, dem Plenum vorschlage, Herrn von Brentano einen herzlichen Gruß zu schicken! (*Beifall.*) Das gleiche gilt, aus Gründen, die Sie wohl verstehen werden, auch für Herrn Bundesminister Dr. Krone. (*Beifall.*) Dann folgen die Begrüßungen durch den Präsidenten. Hier taucht nun die schwierige Frage auf, in welcher Reihenfolge sollen die Vertreter der Gewerkschaften begrüßt werden. Der Vorsitzende der Deutschen Angestelltengewerkschaft hat sich über das frühere Verfahren beklagt und um eine bessere Berücksichtigung der Gewerkschaften nach ihrer Mitgliederzahl gebeten, und zwar sieht die Reihenfolge danach wie folgt aus: DGB, Deutscher Beamtenbund, DAG, CGB. Herr Späthen⁹ hat aber erklärt, er würde es als unfreundlichen Akt ansehen, wenn er nicht un-

7 Helmut André (geb. 1915), 1956–1972 Geschäftsführer des CDU-LV Saar.

8 Gerold Rummler (1924–1997), 1946 CDU Thüringen, seit 1953 Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1970–1995 Hauptgeschäftsführer der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung von CDU/CSU.

9 Rolf Späthen (1909–1985), Gewerkschaftspolitiker; 1960–1967 Vorsitzender der DAG, 1961–1968 Aufsichtsratsvorsitzender Deutscher Ring, 1972 Austritt aus der SPD.

mittelbar nach dem DGB begrüßt würde. In der Tat, die Angestelltengewerkschaft hat eine große Zahl von Mitgliedern, die uns parteipolitisch näherstehen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Dufhues:* Die Freundschaft ist intensiver im Deutschen Beamtenbund!) Darf ich Ihnen vorlesen aus einem Brief der Deutschen Angestelltengewerkschaft: „In diesem Zusammenhang hätte ich jedoch eine sehr herzliche wie auch dringende Bitte. Wir würden es für einen ausgesprochenen unfreundlichen Akt ansehen, wenn in der Begrüßungsrede die Deutsche Angestelltengewerkschaft nicht unmittelbar nach dem Deutschen Gewerkschaftsbund begrüßt würde. Wir bitten Sie daher freundlichst, die Fragen des Protokolls so zu regeln, daß wir zufrieden sein werden.“

Meyers: Ich bin der Ansicht, daß man darauf keine Rücksicht nehmen sollte; denn mit Recht würde sich der Erste Vorsitzende des Beamtenbundes zurückgestellt fühlen, wenn er an dritter Stelle genannt würde. Herr Späthen ist nicht Mitglied der CDU. (*Von Hassel:* Aber viele seiner Mitglieder!) Nach der Definition der Gewerkschaften ja.

Adenauer: Das war mit Einschränkungen!

Gurk: Könnte man nicht mit den Herren vorher reden. Wenn das Kriterium der Mitgliederzahl gilt, kann dagegen niemand etwas sagen. Man muß den einzelnen Herren sagen, warum sie an dieser Stelle begrüßt werden.

Klepsch: Ich mache den Kompromißvorschlag, daß man den Beamtenbund besonders begrüßt. (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch.* – *Zurufe:* Nicht zu verstehen! – Bitte lauter! – *Even:* Sollen wir eine Entscheidung treffen?)

Adenauer: Wir können uns in diesem Raum, in dem viele Jahre ein Parlament getagt hat und dessen Wände offenbar vieles wieder hergeben, nur sehr schwer verstehen. (*Even:* Ich hatte gefragt, ob wir eine Entscheidung treffen sollten. Ich meine, wir sollten mit den Leuten reden! – *Anhaltende starke Unruhe.* – *Zurufe:* Nicht zu verstehen! – *Zuruf:* Das hat keinen Zweck! Nachdem er das geschrieben hat, können wir nicht mehr davon abgehen!)

Dittmar: Das Kriterium der Mitgliederzahl kann man nicht nehmen.

Schröder: Ich würde es tun. Die Beamten sind immer verständlich[!]. Das kann man von ihnen erwarten. (*Anhaltend starke Unruhe.*)

Dufhues: Es soll ein bestimmtes Protokoll eingehalten werden. Bisher haben wir die Zahl der Mitglieder gelten lassen. Dabei sollten wir es auch belassen. Ich sehe nicht ein, daß man mit völlig unbegründetem Anlaß erklärt, man sehe es als einen unfreundlichen Akt an, wenn man nicht in der und der Weise begrüßt würde. Wir sollten auch unsere Freunde im Deutschen Beamtenbund nicht allzusehr strapazieren. Ich bin dafür, es wie bisher nach der Mitgliederzahl zu belassen. (*Schröder:* Was Herr Späthen will, ist albern! – *Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Sind Sie mit dem Vorschlag einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. Dann können wir den Bescheid geben.

Nun lese ich Ihnen vor, was Herr Kraske geschrieben hat: „Nach der Übernahme durch den Präsidenten des Parteitages sollten folgende Gäste um ein Grußwort

gebeten werden: Der Oberbürgermeister der Stadt Hannover¹⁰ und der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union, Franz Josef Strauß, und eventuell ein gemeinsamer Sprecher der ausländischen Gäste. Die Vertreter der ausländischen Gäste können auch gebeten werden, ihr Grußwort zu Beginn der Plenarsitzung am Nachmittag zu sprechen.“ (*Schröder*: Das wäre gut.) „Ebenfalls für die Nachmittagssitzung sollte der Vorsitzende des Kreisverbandes Hannover¹¹ um ein Grußwort gebeten werden.“

Für die ausländischen Gäste einen Vertreter sprechen zu lassen, halte ich für richtig; denn sonst könnte da dieselbe Geschichte wie bei den Gewerkschaften kommen. Dann würde ich vorziehen, daß die Herren zu Beginn der Nachmittagssitzung sprechen. (*Beifall*.) Damit sind Sie einverstanden.

Herr Kraske fügt folgende Bemerkung hinzu: „In der Erwiderung auf das Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Hannover ist darauf hinzuweisen, daß sich in der 14jährigen Geschichte der CDU-Parteitage noch keine Stadtverwaltung uns gegenüber so unfreundlich verhalten hat wie die Stadt Hannover.“ Ich füge hinzu – das ist nicht von Herrn Kraske –, wenn das in der „feinen“ Stadt Hannover geschieht, dann wiegt das doppelt schwer; denn die Hannoveraner sind ausgesprochen höfliche Leute im allgemeinen. Herr Kraske sagt weiter: „Ich würde dringend empfehlen, bei der Begrüßung des Oberbürgermeisters eine entsprechende ironische Bemerkung durch den Präsidenten des Bundesparteitages machen zu lassen.“ Nun möchte ich den Präsidenten, Herrn Fricke, mal fragen, ob er glaubt, daß das richtig ist, wenn er eine ironische Bemerkung macht.

Fricke: Ich bin vorhin von Herrn Dr. Kraske über diese Schwierigkeit unterrichtet worden. Das geht hin bis zu den üblichen blauen Hinweisschildern. Es wird gesagt, man hätte Schwierigkeiten mit den Graphikern usw. gehabt. Nun, mir macht es gar nichts aus, auf diesen groben Klotz einen nicht allzu groben Keil zu setzen. Ich würde etwa sagen: Nachdem nun einige Schwierigkeiten, die wir mit der Stadtverwaltung hatten, überwunden sind, können wir erklären: Ende gut, alles gut!

Adenauer: Ich meine, Herr Kollege Fricke, Sie sollten sich einige ironische Bemerkungen überlegen und nicht auf den groben Klotz nun auch einen groben Keil setzen. (*Fricke*: Nein, Herr Bundeskanzler, nur in dieser Form!) Also keine grobe Antwort, sondern nur ironisch? (*Fricke*: Ja!) Wir sind noch nicht fertig mit sehr diffizilen Fragen. Ich folge jetzt wieder Herrn Kraske:

„Zur Aussprache über die Referate des Ersten Vorsitzenden Dr. Adenauer und des Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues am Sonntag nachmittag! Der Bundesvor-

10 August Holweg (1905–1989), Dreher; 1923 SPD, 1946–1972 Mitglied des Rates der Stadt Hannover (1949–1955 Fraktionsvorsitzender), 1956–1972 Oberbürgermeister von Hannover.

11 Hans Elkart (1908–1982), Rechtsanwalt, Notar; 1956–1972 Mitglied des Rates der Stadt Hannover (CDU), 1959–1964 Senator, 1964–1972 Bürgermeister, Vorsitzender des KV Hannover. – Als Vertreter des Kreisverbandes Hannover sprach Senator Dr. Wilhelm Freckmann (geb. 1916), Dipl.-Ingenieur; 1961–1981 Mitglied des Rates der Stadt Hannover (CDU, 1964–1978 Fraktionsvorsitzender).

stand sollte auf seiner Sitzung festlegen, daß die Diskussion am Sonntag nachmittag der Erörterung allgemeiner Fragen über den politischen Kurs der Partei vorbehalten bleibt und alle Einzelfragen, insbesondere der Parteiarbeit, in den Arbeitskreis I zu verweisen sind.

Zur Vorbereitung der Diskussion am Sonntag nachmittag wäre es wünschenswert, wenn der Erste Vorsitzende und der Geschäftsführende Vorsitzende einen kurzen Rückblick über den Inhalt ihrer Referate gäben, damit sich einzelne Vorstandsmitglieder frühzeitig auf andere Diskussionsbeiträge vorbereiten können. In der gleichen Weise sollte die Diskussion am Montag im Anschluß an den Rechenschaftsbericht der Fraktion und an das Referat des Herrn Bundeskanzlers vorbereitet werden.“

Meine Herren! Das widerspricht nun ganz dem, was bisher gesagt worden ist über die Lebendigkeit der Diskussion. Bisher ist gesagt worden: Wir wollen die Presse und die Öffentlichkeit zulassen, dann wird die Diskussion lebendig. – Jetzt auf einmal kommt Herr Kraske und will die Diskussion stellen. Das geht nicht. Ich für meine Person habe von Anfang an gewisse Bedenken darüber gehabt, wie eine solche Diskussion laufen wird; aber nun haben wir einmal A gesagt, und nun müssen wir auch B sagen.

Herr Kraske! Sie selbst haben doch immer gesagt, wie gut das bisher gewesen ist. Ich meine, wir müssen auch dabei bleiben. Wir müssen die Sache mal dem guten Wind, der uns treibt, überlassen. Und bei wem der Geist Gottes weht, der wird auch schon geeignete Worte finden, Herr Gerstenmaier! (*Gerstenmaier*: Sie meinen wohl, weil das im Bundestag so üblich ist!) Herr Kraske! Ich glaube, Sie finden keinen Anklang. Herr Kraske sagt weiter: „Um dem Bundesvorstand einen Überblick über den Ablauf der Aussprachen in den einzelnen Arbeitskreisen zu geben, sollten die Vorsitzenden der Arbeitskreise gebeten werden, darüber zu berichten, insbesondere Professor Furler über den Arbeitskreis II und Dr. Wilhelmi über den Arbeitskreis III.“ Es wäre vielleicht ganz gut, wenn wir im Bundesvorstand noch einmal zusammenkämen, damit die Vorsitzenden der Arbeitskreise dort über die Ergebnisse in den Arbeitskreisen berichten können. Aber das wird sich erst im Laufe des Parteitages ergeben, ob das erforderlich ist. Damit sind Sie einverstanden.

Dem Bundesparteitag liegen bisher zwei Anträge des Präsidiums vor: 1. Vorlage des Präsidiums (auf Vorschlag des Bundesausschusses für Gesundheitspolitik), Entwurf „Grundsätze christlich-demokratischer Gesundheitspolitik“. 2. Vorlage des Präsidiums (auf Vorschlag des Bundesausschusses für Agrarpolitik), Entwurf „Agrarpolitisches Programm der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“. Ferner ein Antrag der Sozialausschüsse der christlich demokratischen Arbeitnehmerschaft.¹²

Der Bundesvorstand muß sich darüber schlüssig werden, ob der Parteitag die Entschlieûungen, soweit sie von den Arbeitskreisen gebilligt werden, einzeln verabschieden soll oder ob der Parteitag nur einen einzigen Beschluß fassen soll. Vor Gesamtentschlieûungen habe ich Angst; denn damit kommen wir in eine uferlose

¹² 12 Akten in ACDP VII-004-347/1.

Diskussion hinein. Es wird da und dort etwas geändert, so daß am Ende diese Gesamtentschließung wahrscheinlich nicht mehr viel enthalten wird. Ich meine also, wir sollten zunächst einmal die Arbeitskreise arbeiten lassen, die dann mit ihren Entschließungen und Vorschlägen kommen. Dann können wir immer noch sehen, was wir machen. Ist das nicht auch Ihre Meinung?

Am 17. März sind zu wählen nach dem Paragraphen 21 unseres Statuts: der Bundesvorsitzende, ein Geschäftsführender Vorsitzender, dessen Stellvertreter und vier weitere Mitglieder des Präsidiums. Zu diesem Punkt ist, unterschrieben von dem Hauptgeschäftsführer Russe der Sozialausschüsse, folgendes Schreiben an Herrn Dufhues gesandt worden:

„Der Hauptvorstand der Sozialausschüsse hat in seiner Sitzung am 7. März die Frage der zukünftigen Zusammensetzung des Präsidiums der CDU eingehend beraten. Ich darf Sie das Ergebnis nachfolgend wissen lassen: 1. Es entsprach bisher auf allen Bundesparteitagen der gewohnheitsrechtlichen Übung, daß die Sozialausschüsse den Repräsentanten der Arbeitnehmerschaft im engeren Parteivorstand oder im Parteipräsidiums zur Wahl vorschlugen. 2. Die bisherigen Bundesparteitage haben den Vorschlag der Sozialausschüsse, der jeweilig vom Parteivorstand unterstützt wurde, durch ihre Wahl akzeptiert. Auf diese Weise wurden die Parteifreunde Jakob Kaiser, Karl Arnold und Theodor Blank in der Vergangenheit als Vertreter der Arbeitnehmerschaft in den Parteivorstand bzw. in das Parteipräsidium gewählt.

Die bisherige gewohnheitsrechtliche Übung aufgreifend, schlägt der Hauptvorstand der Sozialausschüsse einstimmig den derzeitigen Ersten Vorsitzenden der Sozialausschüsse, Herrn Hans Katzer, zur Wahl in das Parteipräsidium vor.“¹³

Meine Damen und Herren! Sie haben den Vorschlag gehört.

Bundesminister Blank und Katzer verlassen den Saal.

(*Unruhe und Bewegung.* – Hellwig: Der Bruderkrieg im Hause Habsburg!) Meine Parteifreunde! Wenn wir diesem Antrag stattgäben, würde das bedeuten, daß Herr Blank abgewählt wäre und er nicht mehr Mitglied des Parteipräsidiums sein könnte. Das wäre zweifellos zunächst für Herrn Blank, den es in erster Linie trifft, eine sehr ernste Sache, aber ich glaube, daß das auch politisch eine ernste Angelegenheit ist. (Zurufe: Sehr richtig!) Herr Blank ist in den letzten zwölf Monaten in einer solchen Weise beschimpft worden, daß man allen Respekt davor haben muß, daß er noch nicht die Nerven verloren hat. Ich bin weiter der Auffassung, daß wir, wenn wir Herrn Blank nicht wieder wählen, damit seine bisherige Politik, soweit die Arbeitnehmer in Frage kommen, desavouieren; ich weiß keinen anderen Ausdruck dafür.

Nun müssen wir doch versuchen, die beiden anderen Gesetzentwürfe, die im sogenannten Sozialpaket waren, nämlich das Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz und das Lohnfortzahlungsgesetz, noch in der jetzigen Legislaturperiode im Bundestag

¹³ Protokoll der Hauptvorstandssitzung der Sozialausschüsse in ACDP IV-013-008/2.

zu verabschieden. Nun fürchte ich, daß sich die Aussichten dazu durch die Abwahl des Herrn Blank – ich drücke mich sehr zurückhaltend aus – nicht verbessern, im Gegenteil, daß sie verschlechtert werden.

Ich weiß auch nicht, ob man ausgerechnet jetzt in diesem Augenblick, wo die Verhandlungen mit der FDP – darum handelt es sich doch – auf des Messers Schneide stehen, diesen Wechsel vornehmen und damit die ganze Sache zunichte machen soll.

Ich möchte gerade auch an unsere Freunde aus den Arbeitnehmerkreisen diese Bitte richten. Mit welchem Ergebnis unserer sozialen Arbeit gehen wir in den Wahlkampf des Jahres 1965 hinein? Das Kindergeld ist verabschiedet.¹⁴ Wir alle sind froh, daß es verabschiedet ist. Die Verhandlungen mit der FDP über die beiden anderen Gesetze sind in der Schwebe. Sie wissen alle, daß die FDP eine Fraktion ist, die nun nicht gerade einen sicheren und stetigen Kurs steuert. Ich weiß nicht, ob es klug ist, den Mitgliedern der FDP, die nicht die sozialen Gesetze wollen, irgendeinen billigen Ausweg zu geben, um ihre negative Haltung zu rechtfertigen. Ich habe große politische Bedenken, so zu verfahren. Das hat mit einer Wertung der beiden Persönlichkeiten gegeneinander gar nichts zu tun, sondern das ist eine sehr große politische Angelegenheit, die auch nach politischen Gründen entschieden werden muß.

Darf ich um Wortmeldungen bitten! Herr Bundesminister Lücke.

Lücke: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Da seit Wochen mein Name genannt worden ist, muß ich etwas sagen, auch zu dem Schreiben der Sozialausschüsse. Diese Frage ist in Anwesenheit von Herrn Dufhues und mir am letzten Samstag vormittag in Königswinter behandelt worden. Ich wurde vorgeschlagen und gebeten, dieses Amt zu übernehmen. Ich habe dazu ausgeführt – das hatte ich auch vorher mit dem Herrn Bundeskanzler und mit Herrn Dufhues besprochen –, daß ich es für falsch hielte, wenn wir hier in Hannover ein Jahr vor der Bundestagswahl einen Wechsel vornähmen, insbesondere weil dieser Parteitag draußen im Volke auch verstanden und gesehen wird als ein Parteitag der Geschlossenheit und der Kontinuität unserer Politik. Sicher hat Kollege Blank Schwierigkeiten mit seinem Sozialpaket gehabt, ob daß aber ein Grund ist, ihn aus der Parteispitze herauszunehmen, das ist eine andere Frage.

Ich habe in meinem Vorschlag – der in den Sozialausschüssen diskutiert worden ist, ohne Gegenvorschläge zu erhalten – erklärt, daß ich nicht bereit sei, gegen den Kollegen Blank im Wege einer Kampfabstimmung zu kandidieren. Ich habe hinzugefügt, daß das auch dem Ansehen der sozialpolitisch orientierten Kollegen nichts nutzen würde.

Nun muß ich sagen, Herr Dr. Klepsch, ich habe es nicht verstanden, daß die Sache in der Jungen Union so offen dargestellt wurde, obwohl Sie doch in der letzten Bundesvorstandssitzung zu dieser Frage nichts ausgeführt haben! (*Beifall.*) Ich bin der Meinung, daß wir über persönliche Fragen unbedingt im Bundesvorstand

¹⁴ Vgl. Nr. 12 Anm. 32.

sprechen müssen. Am Nachmittag dieser Bundesvorstandssitzung ist diese Frage hochgekommen. Herr Katzer hat eingehend berichtet und dann erklärt, daß sich die Kollegen darüber beschwert hätten, weil ich nicht gegen Blank kandidieren wolle. Aber sie wollten einen anderen Kandidaten haben, und deswegen sei es zu diesem Vorschlag gekommen.

Meine Meinung ist die, ich bin aus den dargelegten Gründen nicht bereit, gegen den Kollegen Blank in einer Kampfabstimmung zu kandidieren. Ich habe mit Blank, Dufhues und Katzer gesprochen und ihnen gesagt, daß auf diesem Parteitag personalpolitische Schwierigkeiten entstünden und daß man solche Entscheidungen nicht dem Zufall überlassen dürfe. Ich habe den Kollegen Dufhues gebeten, den Vorstand erneut zusammenzurufen, damit darüber gesprochen werden kann.

Der ganze Parteitag schaut jetzt schon auf diese personalpolitischen Dinge. Es wäre nicht gut, wenn dadurch der Parteitag vier Tage lang beeinflußt würde. Wenn wir uns nicht einigen, sondern immer mehr auseinanderreden, so dient das in keiner Weise der Sache.

Klepsch: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich habe den Auftrag, namens des Bundesvorstandes der Jungen Union dessen einstimmigen Beschluß vom 29. Februar 1964 hier zu vertreten.¹⁵ Da die Sitzung des Bundesvorstandes der Jungen Union, die zu einem einstimmigen Beschluß führte, nach der letzten Sitzung des Bundesvorstandes der CDU stattfand, war es mir nicht möglich, das dort zu erörtern. (*Unruhe und Bewegung.* – *Meyers:* Das müssen Sie vor einer solchen Sitzung besprechen!) Da die Sitzungen des Vorstandes über längere Zeiträume geplant werden, läßt sich das nicht immer so machen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich möchte Ihnen nun vortragen, aus welchen Gründen wir Ihnen den Vorschlag machen. Die Junge Union ist der Auffassung, daß es sich hierbei um eine Wahl für das Parteipräsidium dreht, aber nicht um eine Vertrauenskundgebung für oder gegen Herrn Blank. (*Unruhe.*) Die zweite Überlegung ist die, daß das Parteipräsidium die Spitze der Christlich-Demokratischen Union darstellen soll, und zwar integrierend die verschiedenen Kräfte und Strömungen, die in der Christlich-Demokratischen Union vorhanden sind. Wir sind der Auffassung, daß in dieser Parteiführung der CDU auch diejenigen Kräfte integriert werden sollen, die einen großen Kreis vertreten. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Was heißt das?) Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung – ich wußte von diesem Schreiben der Sozialausschüsse nichts –, daß das Argument zu vollem Recht besteht, daß es sinnvoll ist, den Vorsitzenden der Sozialausschüsse im Bundesvorstand zu haben oder aber, wenn er das nicht will, einen Mann, der das Vertrauen der Sozialausschüsse besitzt. Das scheint mir besonders wichtig zu sein; denn dadurch demonstrieren wir Einheit und Geschlossenheit.

Wir können niemandem in der Welt deutlich machen, daß wir einig und geschlossen wären, wenn jedermann weiß, daß das eine oder andere Mitglied des Präsidiums

¹⁵ Bundesvorstandssitzung der Jungen Union am 29. Februar 1964 (Protokoll in ACDP IV-007-038/1). – Vgl. „Die Welt“ vom 2. März 1964 „Junge Union gegen Minister Blank“.

nicht die Gruppe repräsentiert, die es eigentlich repräsentieren sollte. Das reden wir uns nur selber ein, daß wir damit Einheit und Geschlossenheit repräsentieren wollen. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Das zweite ist das Argument, daß damit eine Desavouierung der bisherigen Arbeit unseres Parteifreundes Blanks ausgesprochen würde. Ich darf sagen, wir achten sehr – das sage ich nachdrücklich, und wir haben das ausdrücklich festgelegt –, was Parteifreund Blank bisher für die Christlich-Demokratische Union geleistet hat. Wir anerkennen das, und wir schätzen es. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Warum wollen Sie ihn denn nicht mehr?) Ich habe die Gründe gesagt. (*Zurufe:* Welche?) Wenn das hier vorgetragene Argument stichhaltig wäre, daß die Nichtwiederwahl irgendeines Mitgliedes in den Führungsgremien der Partei Diskreditierung seiner bisherigen Arbeit bedeuten würde, dann wären wir überhaupt nicht mehr in der Lage, einen anderen in das Spitzengremium zu wählen.

Aus innerparteilichen Gründen muß ich also dieses Argument zurückweisen. Ich bin der Auffassung namens des Vorstandes der Jungen Union, daß das Parteipräsidium gesehen werden sollte als ein möglichst funktionstüchtiges Führungsgremium der Partei. Wenn wir in der Bundesvorstandssitzung sowohl vom Ersten Parteivorsitzenden wie auch vom Geschäftsführenden Vorsitzenden hören konnten, daß das Präsidium nicht in der Lage ist, beschlußfähig zusammenzutreten, und wenn ich weiß, daß dieses Argument sich ausrichtet gegen das Präsidiumsmitglied, das wir deshalb vorschlagen, so würde auch hier eine Besserung der Arbeitsmöglichkeiten eintreten.

Ich bitte zu bedenken, daß wir hier nicht eine Art Ad-hoc-Wahl vornehmen, die sich aus der heutigen Situation ergibt. Unsere Überlegungen sind nicht so gewesen. Wir haben den Vorschlag nicht gemacht, weil der Herr Bundesminister für Arbeit Pech mit der Freien Demokratischen Partei hatte, sondern wir haben den Vorschlag gemacht aus den genannten Gründen und aus der Überlegung heraus, daß das Parteipräsidium auch führend sein soll und arbeiten kann für die Zeit bis 1966, und nicht durch einen Beschluß von vornherein festzulegen, daß wir für diesen Zeitraum in der Parteiführungsspitze eine Änderung überhaupt nicht als diskutabel ansehen wollen, nur weil gegenwärtig die parlamentarische Opposition und unser Koalitionspartner den Herrn Bundesminister Blank bekämpfen.

Ich möchte festhalten: Wenn wir Geschlossenheit und Kontinuität wahren wollen – das war die Form[el], die vorher gebraucht wurde –, dann müssen wir auch wirklich danach trachten, echte Geschlossenheit und echte Kontinuität herzustellen. Aber niemand in der Öffentlichkeit glaubt uns, wenn wir dieses Präsidium in der bisherigen Zusammensetzung wiederwählen, daß damit der Eindruck von Geschlossenheit und Einheit gegeben wäre, sondern ich würde sagen, man sieht es als eine Verkleisterung von Sachverhalten an, die jedermann bekannt sind. (*Anhaltend starke Unruhe.*) Ich glaube, daß es in der Öffentlichkeit und vor allen Dingen bei den Parteimitgliedern – denn das Plenum der Christlich-Demokratischen Union wählt hier, und nicht die Führung – sehr gut verstanden wird, wenn wir aus den geschilderten Gründen eine Änderung in der Zusammensetzung des Parteipräsidiums hinsichtlich unseres Freundes Blank vornehmen.

Ich habe den Auftrag, Ihnen das vorzutragen. Ich habe den Auftrag, sofern der Bundesvorstand einen Beschluß fassen will, diesen Antrag zur Abstimmung zu stellen. Als Gegenvorschlag würde ich angesichts der Sachlage mit Genehmigung meines Vorstandes die Kandidatur von Herrn Katzer unterstützen.

Adenauer: Herr Klepsch! Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben sie erklärt, Sie hätten nicht gewußt, als Sie in der Jungen Union diesen Beschluß gefaßt haben, daß die Sozialausschüsse ebenfalls einen Stoß nach dieser Richtung machen würden. (*Klepsch:* Ja, richtig!) Nehmen Sie es mir nicht übel, aber es ist doch sehr auffällig, daß Sie gegen denselben Mann vorgehen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist doch ein merkwürdiger Zufall. Nun nehmen Sie mir bitte ein offenes Wort nicht übel. So sehr ich mich darüber freue, daß die Junge Union tatkräftig und energisch ist – sie soll auch ruhig einmal eine andere Linie verfolgen als die Gesamtpartei –, aber in Personalfragen darf man nach meiner Meinung nicht sofort an die Presse gehen und das der gesamten Öffentlichkeit mitteilen. Das ist doch völlig unmöglich, Herr Klepsch, (*Zurufe:* Sehr richtig!) das der gesamten Öffentlichkeit mitzuteilen, zumal der betreffende Mann, um den es sich handelt, Herr Blank, wirklich im Kreuzfeuer der Kritik steht, auch bei den anderen.

Brauksiepe: Die Frauen haben vor einigen Tagen auf ihrem Delegiertentag ihre große Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, warum man mit solchen Dingen so früh an die Öffentlichkeit gegangen ist. Man war der Meinung, daß es sehr schwierig sei, ein Jahr vor der Bundestagswahl einen engagierten Mitarbeiter aus dem Präsidium herauszubugsieren. Außerdem glaube ich Ihnen nicht, daß Sie diesen Beschluß gefaßt hätten, ohne dabei an das Pech zu denken, daß wir mit dieser sozialen Gesetzgebung gehabt haben. Diese Auseinandersetzung ist doch offenbar entbrannt, nachdem wir mit diesen Gesetzen solche Schwierigkeiten gehabt haben. Ich darf für einen sehr großen Teil der Frauen erklären, daß wir es nicht für richtig halten, Herrn Blank zu dieser Zeit an diesem Ort und auf solche Weise zu entfernen. (*Lebhafter Beifall.*)

Dittmar: Auch ich habe einen Auftrag zu erfüllen, der sich im Laufe des zweiten Teils der Bundesvorstandssitzung, von der Herr Minister Lücke gesprochen hat, an der ich anwesend gewesen bin, ergeben hat. Ich darf vorweg sagen, daß es mir nicht leicht fällt, weil ich, wenn ich für diesen Vorschlag eintrete, praktisch gegen meinen Freund Blank vorgehe. Aber ich denke daran, was Hermann Ehlers^{15a} am Grabe von Wilhelm Lübke¹⁶ gesprochen hat: „Wir sind nicht verpflichtet, einander bequem zu sein, sondern unseren Weg zu gehen und unsere Verantwortung wahrzunehmen.“ Das ist das Motiv, das mich ermutigt, hier zu dieser Sache zu sprechen. (*Unruhe und Bewegung.*) Man kann nämlich die Sache auch andersherum sehen, und zwar gerade

15a D. Dr. Hermann Ehlers (1904–1954), 1949–1954 MdB (CDU), 1950–1954 Bundestagspräsident. Vgl. PROTOKOLLE I S. 73 Anm. 7.

16 Friedrich Wilhelm Lübke (1887–1954), 1951–1954 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE I S. 51 Anm. 28.

im Hinblick auf die Wahl und sagen, auch für uns ist es bei der gegebenen Situation besser, hier eine Änderung vorzunehmen.

Das Grundmotiv, warum sich die Sozialausschüsse zu diesem Entschluß durchgerungen haben und diesen Vorschlag machen, ist das besondere Vertrauen der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft zu Herrn Katzer, das sich auf zwei Punkte gründet, und zwar 1. auf die beachtlichen Verdienste Katzers in der Parteiarbeit, 2. auf das politische Ansehen, das Katzer in der Öffentlichkeit, insbesondere bei der Arbeitnehmerschaft, gewonnen hat. – Das darf eindeutig festgestellt werden.

Zur Sache selber möchte ich sagen: 1. Es ist wichtig, daß wir unsere Parteispitze zunehmend frei machen von der Zucht der Koalitionsdisziplin, in der nunmehr unsere Minister stehen. 2. Es ist notwendig, daß gesagt wird, wenn jemand überfordert ist. Es ist wünschenswert, wenn hinter den Mitgliedern in dieser Parteispitze ein möglichst großer Kreis von politisch aktivierten und interessierten Männern steht.

Es war die Meinung der Sozialausschüsse, daß es hier ausschließlich um ein Parteiamt geht und daß niemand daran denkt, die sozialpolitischen Verdienste von Herrn Blank zu kritisieren. (*Lebhafte Unruhe.* – *Zuruf:* Warum wollen Sie ihn denn nicht mehr?) Im Gegenteil, das wollen wir deutlich herausstellen, auch die Verdienste des früheren Bundesverteidigungsministers sind beachtlich. Aber das ist eine andere Ebene. Niemand denkt daran, die Person des Herrn Blank durch einen derartigen Vorschlag zu belasten. (*Anhaltende Unruhe und Widerspruch.* – *Zurufe:* Warum wollen Sie ihn denn nicht mehr wählen?) Es muß dem Wählerkreis der CDU gesagt werden, daß wir einen Mann herausstellen wollen, der zunehmend das Vertrauen gewonnen hat. Denken wir allein an die organisierte christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft und welche Bedeutung es hat, daß Herr Katzer im Jahre 1960 den Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerkongreß¹⁷ zustande gebracht hat.

Das sind alles Gründe, die zu einer beachtlichen Popularität von Herrn Katzer führten. Außerdem sind wir der Meinung, es kann nichts schaden, wenn die FDP weiß, daß wir uns nicht in jeder Beziehung nach ihren Wünschen richten, und dazu ist ein Wechsel in der Parteispitze durchaus eine geeignete Möglichkeit. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Ich möchte noch ein anderes Moment erwähnen, nämlich die Wahlanalysen, die für die künftigen Wahlen von Bedeutung sind. Bei der Industriewählerschaft haben wir große Gewinne gehabt. Wir müssen damit rechnen, daß wir 76 % unserer Wähler von den Arbeitern, Angestellten und Beamten bekommen, das heißt, wenn es uns gelingen sollte, die verlorenen 6,5 % bei diesen Kreisen wieder einzuholen, würde sich die Stimmenzahl in unserer Partei insgesamt um 5 % erhöhen. Das sind Ziele, die wir erstreben müssen. Wir sind der Meinung, daß wir hier beachtliche Erfolge durch die Mitarbeit von Herrn Katzer im Präsidium erreichen können. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich bitte Sie, diese Gedanken zu erwägen, wenn Sie hier eine Entscheidung oder eine Vorentscheidung treffen. Die Sozialausschüsse werden

17 Vgl. Nr. 1 Anm. 30 (Unterlagen in ACDP IV-013. Bericht in UiD Nr. 13/14 vom 31. März 1960 S. 4).

sonst Sorgen haben und je nach dem Ergebnis dieser Beratungen ihre Überlegungen weiter anstellen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Ich wollte noch etwas zur Frage der Öffentlichkeit sagen. Das habe ich eben vergessen. Es handelt sich darum, daß der Vorstand der Auffassung war, daß kein Anlaß bestehe, einen solchen Beschluß, der von einem großen Gremium gefaßt wird, ängstlich geheim zu halten; denn ans Tageslicht kommt er sowieso.

Ich habe aber nicht darauf die Presse informiert, sondern es hat sich durch einen Kontakt zwischen der Bundesgeschäftsstelle und der Jungen Union mit der Presse dann diese Fühlung ergeben. So ist die Situation. Ich darf sagen, daß ich mich zu meiner Auffassung voll bekenne, und zwar aus folgendem Grund: Ich halte es nicht für unseren Schaden, wenn bekannt wird, daß über eine solche Frage verschiedene Meinungen bestehen; denn sonst ist die Überraschung auf dem Bundesparteitag noch sehr viel größer.

Zu kritisieren wäre, daß wir uns nicht in der letzten oder der vorletzten Bundesvorstandssitzung mit dieser Frage beschäftigt haben. (*Lücke:* Das habe ich getan.) Ich war nicht dazu bevollmächtigt, aber ich hätte erwartet, daß das Präsidium uns seine Gedanken vorgetragen hätte. Ich darf in aller Offenheit sagen: Sich einige Stunden vor dem Bundesparteitag zusammenzusetzen und darüber zu beraten, ob das Präsidium in unveränderter Form wiedergewählt wird oder nicht, das ist eben außerordentlich kurzfristig. So sind wir also in große Zeitnot gebracht worden, und unsere Möglichkeiten, uns dazu zu äußern, sind nun außerordentlich begrenzt. Wie sollen die Delegierten erfahren, was wir denken. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Hinsichtlich des Pechs mit der Sozialgesetzgebung leuchtet uns ein, daß wir uns zu überlegen haben, welche politischen Schwierigkeiten auch in diesem Rahmen für unseren Parteifreund Blank entstehen. Wir sind bereit, der Entscheidung des Parteitages zuzustimmen, die sich zu der Arbeit des Herrn Blank bekennt im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die wir mit der Koalition haben, aber das hat nichts zu tun mit der Notwendigkeit, im Parteipräsidium – ich bin hier der Auffassung wie Herr Dittmar – eine Änderung vorzunehmen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Wenn von einem Vergleich gesprochen wird, dann muß ich sagen, wenn jemand auf die Idee käme und etwa vorschläge, den Bundeskanzler aus dem Parteipräsidium herauszuwählen, dann würde ich einem solchen Vergleich nicht folgen können. Das ist aber hier nicht der Fall. Ich möchte sagen, gerade wegen der Wahl im Jahre 1965 bin ich der Auffassung, im Parteipräsidium die Einheit und Geschlossenheit der CDU der Öffentlichkeit und der Mitgliedschaft, aber auch unseren Koalitionspartnern gegenüber ganz deutlich zum Ausdruck zu bringen. Ich darf Sie darum bitten, von den persönlichen unangenehmen Begleiterscheinungen abzusehen und nur das Interesse der Partei zu sehen. (*Lebhafter Widerspruch. – Zurufe:* Wir sehen auch das Interesse der Partei! – *Anhaltende Unruhe.*) Das Interesse der Partei liegt darin, an unserer früher geübten Praxis festzuhalten, daß nämlich im Präsidium integrierender Bestandteil sein sollte ein Mitglied, welches das absolute Vertrauen des Arbeitnehmerflügels der Christlich-Demokratischen Union

genießt. Das würde die Einheit und Geschlossenheit der CDU demonstrieren. (*Unruhe und Widerspruch.*)

Barzel: Ich muß etwas zur Debatte beitragen. Zunächst müssen wir unterscheiden zwischen Regierungs-, Partei-, Sach- und Personenfragen. Aber für die Öffentlichkeit und die Wirklichkeit des Wahlkampfes ist das ein und dieselbe Sache. Bezüglich des Sozialpaketes ist es uns gelungen, das Kindergeldgesetz nach unserer Konzeption zu verabschieden. Die Verhandlungen stehen aber so – und das ist das Argument, das ich Ihnen vortragen muß –, daß die weiteren Gesetze nicht so zustande kommen, wie wir es gerne möchten. Wir können dann sagen, es liegt an der FDP. Aber es ist unmöglich, dann zugleich zu sagen: Weil es an der FDP gescheitert ist, deshalb mußten wir Herrn Blank fallenlassen.

Wir können zwar unter uns hier differenzieren, aber in der Öffentlichkeit gibt es nur eines von beiden: Entweder ist es gescheitert an uns oder am Koalitionspartner. Hier aber noch zu differenzieren, das kann der Wähler im nächsten Jahr nicht verstehen. Darauf wollte ich hinaus.

Even: Mir ist vor einer halben Stunde der Inhalt des Schreibens der Sozialausschüsse bekannt geworden. Damit will ich nicht sagen, daß die Sozialausschüsse und auch die Junge Union nicht das Recht hätten, solche Anträge zu stellen, aber das Gremium, das am Dienstag hier tagt, muß doch entscheiden. Da sehe ich folgende Schwierigkeiten: Wenn man sagt, dieser Antrag soll kein Mißtrauen gegen Herrn Blank, gegen seine Ministertätigkeit sein und hat auch nichts mit dem Sozialpaket zu tun, dann halte ich das nicht für richtig. Das kann man doch in dieser Stunde nicht trennen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Nun möchte ich sagen, daß breite Schichten der Bevölkerung mit dem Kompromiß im Sozialpaket nicht einverstanden sind, aber ich darf gleichzeitig feststellen: Ich habe selten erlebt, daß ein Mann so gehetzt und so diffamiert worden ist wie Theodor Blank. (*Lebhafter Beifall.*) Das haben wir ja kaum in der Weimarer Republik erlebt, und diese Methode mache ich nicht mit! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wenn wir in dieser Stunde eine solche Entscheidung treffen, dann gilt sie auch für sein Wirken als Arbeitsminister, und er bekommt einen weiteren Stoß von uns. Ich halte diese Stunde nicht für geeignet, eine solche Entscheidung zu treffen. Wenn die Notwendigkeit besteht und es im Interesse der Partei erforderlich ist, sollte man den Mut zum Wechsel haben, aber hier kann man doch die Frage stellen: Was ist denn für die Gesamtsituation besser, einen solchen Sturz vorzunehmen mit einer vielleicht ganz knappen Mehrheit, oder zu sagen, die Stunde ist denkbar ungeeignet dafür? (*Zurufe:* Sehr richtig!) Nun wird immer von der Einheit und Geschlossenheit gesprochen. Wenn der Antrag zurückgezogen würde, wäre die Einheit schnell da. Sie können doch nicht vom Bundesvorstand erwarten, daß er sich darauf einigt: Wir lassen den Blank gehen und nehmen dafür den Katzer, mit dem wir gut zusammenarbeiten! Also, diese Einigkeit ist nicht zu machen, insbesondere dann nicht, wenn wir über zwei Vorschläge diskutieren.

Wenn hier damit operiert wird, daß eine andere Entwicklung hätte eintreten können, so muß ich sagen, daß Herr Blank jahrelang ein Ministerium verwaltet hat, das

zu den schwersten Ministerien gehört. Und wenn er einmal danebengeschlagen hat – das kann doch dem Besten passieren –, sollten wir gerechterweise seine Leistungen anerkennen. (*Lebhafter Beifall.*)

Noltenius: Ich habe keinen Auftrag, sondern sage meine eigene Meinung. Ich schließe mich den Vorrednern an, die gesagt haben, wir würden einen Fehler machen, wenn wir Herrn Blank abwählen. Diejenigen, die einen Wechsel wollen, hätten eher kommen müssen. Am 25. Februar 1964 war dazu Gelegenheit im Kreise des Bundesvorstandes. Da ist nichts geschehen, obwohl – wie ich vermute – das Netz längst geknüpft war. Wir sind natürlich in unserer Entscheidung gezwungen, einmal Rücksicht zu nehmen auf die Regierung, nämlich keine Wahl zu treffen, die Schwierigkeiten herbeiführt, und auf der anderen Seite sind wir davon abhängig, wie die Meinung der Delegierten dieses Parteitages ist. Wir müssen sehen, daß wir eine Lösung finden, die uns nicht eine Blamage bringt.

Und da möchte ich sagen: Es wäre verkehrt, Herrn Blank durch denjenigen zu ersetzen, der an seiner Stelle vorgeschlagen ist, der auch nach meinem Eindruck nicht unbeteiligt ist an den Schwierigkeiten, die Herr Blank in den letzten Monaten gehabt hat. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, daß Herr Blank bleiben sollte. (*Beifall.*)

Dittmar: Herr Noltenius hat gesagt, am 25. Februar sei das Netz bereits geknüpft gewesen. Ich möchte für die überwältigende Mehrheit aus dem Hauptvorstand der Sozialausschüsse und auch für mich hier entschieden widersprechen. Diese Angelegenheit ist in der Sitzung vor acht Tagen konkret behandelt worden. Ich möchte mich in dieser Hinsicht Herrn Klepsch anschließen. Es wäre richtiger gewesen, wenn derartige schwierige Probleme frühzeitiger vor dem Bundesparteitag erörtert worden wären. Dann wäre das nicht aufgetreten, was Sie, Herr Noltenius, mit einem gewissen Recht kritisiert haben.

Was die Vorwürfe betrifft, so muß ich sagen, es ist nicht wahr, daß die Sozialausschüsse Herrn Blank geschädigt bzw. seine Tätigkeit untergraben hätten. Es ist um die Dinge hart gerungen worden, aber es muß doch auch möglich sein, daß die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft sagen kann, daß vieles von dem, was Herr Blank tut, in weiten Kreisen der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft als völlig untragbar angesehen wird. Und diese Situation hat eine Fülle von Leuten veranlaßt zu sagen, wir müssen eine andere Verbindung zur Arbeitnehmerschaft haben. Deshalb dieser personelle Vorschlag. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sind bereit, bis zur Wahl und darüber hinaus die Tätigkeit unseres Freundes Blank in der Öffentlichkeit weiter zu vertreten, (*Anhaltende Unruhe und Widerspruch.* – *Zurufe:* Aber Sie wollen ihn nicht mehr! – *Weiterer Zuruf:* Welch ein Widerspruch!) aber wir müssen in diesen Dingen Klarheit haben und erkennen, welches Echo seine Politik gehabt hat. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Sind Sie der Auffassung, daß Sie mit diesen Ausführungen der Bundestagswahl im Jahre 1965 förderlich gewesen sind oder nicht? (*Unruhe und Bewegung.*) Können Sie sich vorstellen – es bleibt doch nicht geheim, was Sie gesagt

haben –, daß die Sozialausschüsse mit der Politik des Herrn Blank in vielen Punkten nicht einverstanden gewesen sind? (*Dittmar*: Doch!) Aber wie soll denn noch eine fruchtbare Arbeit des Herrn Blank möglich sein, wenn Sie gleichzeitig sagen, Sie seien aber bereit, die Tätigkeit des Herrn Blank zu vertreten und weiter mit ihm zusammenzuarbeiten? (*Unruhe und Bewegung*. – *Zurufe*: Alles widerspruchsvoll!) Das paßt doch nicht zusammen! (*Anhaltende Unruhe*.) Ich möchte Sie, meine Herren, gerade auch von der Arbeitnehmerschaft, darum bitten, denken Sie doch an den Ausgang der Wahl im Jahre 1965, und führen Sie jetzt nicht ziemlich abrupt einen Ministersturz herbei! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Denn das tun Sie doch.

Denken Sie daran, daß dann innerhalb von fünf Monaten der zweite CDU-Minister des Kabinetts Erhard gehen müßte. Das ist einfach aus parteipolitischen Gründen nicht tragbar. Deshalb müssen Sie auch diese Einsicht haben. Uns liegt doch allen das Interesse der Partei am meisten am Herzen, weder die Person des Herrn Blank noch die Person des Herrn Katzer, sondern das Interesse unserer Partei. Deswegen sollten Sie Ihren Beschluß noch einmal nachprüfen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie zu dem Ergebnis kämen, diese Frage jetzt zurückzustellen.

Schwarzhaupt: Wenn wir jetzt einen Minister, der von den anderen Parteien stark beschossen wird, aus dem Parteipräsidium herausnehmen, dann kann das in der Öffentlichkeit nur zwei Deutungen haben. Die eine Deutung ist die, die CDU rückt von der Politik, die der Minister bisher vertreten hat, ab. Und das bedeutet, die CDU ist in sich uneins. Sie rückt von der bisherigen Politik ab. Wir nehmen damit der FDP, die ein ganz großes Stück Verantwortung an den Schwierigkeiten von Herrn Blank hat, die Verantwortung ab.

Die andere Deutung könnte sein, die CDU bleibt bei ihrer Politik, aber sie serviert einen Mann ab aus Gründen, die nicht an ihm und seiner Politik liegen, der aber große Schwierigkeiten gehabt hat. Diese Deutung ginge in der Öffentlichkeit auch zu Lasten der CDU. Deshalb warne ich dringend davor, im Augenblick hier einen Wechsel vorzunehmen. (*Beifall*.)

Klepsch: Herr Parteivorsitzender! Ich darf an Ihr Wort von vorhin anknüpfen. Auch bei unseren Überlegungen sind wir davon ausgegangen, daß es darum geht, das Beste für die Christlich-Demokratische Union zu tun, um die Wahl 1965 zu gewinnen. Nur sind wir hier zu einem anderen Ergebnis gekommen, nämlich zu dem entgegengesetzten, daß wir der Auffassung sind, es wäre die beste Lösung für uns, wenn wir diesen zwangsläufig auf uns zukommenden Schnitt in unserem Parteipräsidium jetzt tun. Wenn wir ihn bis 1966 verlegen, dann ist es nichts mit den Möglichkeiten, die sich aus einer Veränderung jetzt ergeben. Herr Blank bleibt ja im Parteivorstand. Er bleibt kraft seiner Eigenschaft als Mitglied der Bundesregierung Mitglied des Bundesvorstandes. (*Unruhe und Bewegung*. – *Zurufe*: Er kann nicht Minister bleiben!) Dann frage ich mich, muß denn jeder, der Minister wird, aus diesem Grunde dem Parteipräsidium angehören? (*Starker Widerspruch und anhaltende Unruhe*. – *Verschiedene Zurufe*: Nein! – *Schmidt*: Sie verdrehen die Politik! – *Zuruf*: Sie widersprechen sich dauernd!) Meine Herren! Ich kann nicht dem Satz zustimmen,

daß diese Person diejenige wäre, die unentwegt im Präsidium sein muß, sondern es ist eine Frage, welches ist die bestmögliche Parteiführungsspitze für die Christlich-Demokratische Union? Es kommt darauf an, welche Kräfte wir hier integrieren. (*Unruhe und Bewegung.*) Und wenn wir nach außen Einigkeit demonstrieren wollen, dann müssen wir vor allen Dingen auch nach innen die Geschlossenheit der Partei herstellen. Und das tun wir nur, wenn wir den realen Gegebenheiten der Christlich-Demokratischen Union Rechnung tragen. (*Unruhe.*) Darüber können wir nicht hinweggehen. Wir haben doch bestimmte Gruppen in der Partei. Man kann nicht der Meinung Ausdruck geben, daß man hier jemanden desavouiert, wenn man ihn nicht mehr wählt. (*Unruhe.*)

Es ist wiederholt gesagt worden, es sei hier ein Netz gesponnen worden. Sie wissen, daß sich der Vorstand der Jungen Union aus verschiedenen Gruppen zusammensetzt. Und wenn er nun nach eingehenden Überlegungen in dieser Frage zu einem einstimmigen Beschluß gekommen ist, so hat doch das nichts mit irgendwelchen Netzknüpfereien zu tun. Das mag irgendwo anders möglich sein. (*Unruhe und Widerspruch.*) In einem solchen Gremium ist das ausgeschlossen! Deshalb müssen sie unsere Überlegungen auch als ernsthaft anerkennen und uns zuerkennen, daß wir Ihnen, dem Parteiausschuß und dem Parteitag eine Alternative vortragen.

Selbst wenn die Sozialausschüsse dem Herrn Parteivorsitzenden folgen würden, müßte ich darauf beharren, daß wir hier eine Abstimmung vornehmen und auch im Parteiausschuß. Dazu bin ich ausdrücklich beauftragt. (*Unruhe und Bewegung.*)

Gerstenmaier: Ich habe heute mit einigem Mißvergnügen die deutsche Presse gelesen. In der größten deutschen Tageszeitung „Die Welt“ stehen folgende Sätze: „Unter Konrad Adenauer war die Partei kaum mehr als eine Vereinigung für Ämterpatronage und gutwillige Anhänger. Eine Geburtsstätte hochfliegender politischer Ideen und geistiger Grundsätze ist sie schon lange nicht mehr. Die CDU – das ist die Regierung, im Bund vor allem und in einigen Ländern. Ihre Kraft leitet sie daraus ab, daß sie politisch herrscht und mit ihrem Pfund wuchern kann in einer Zeit, in der auf beispiellose Weise Sicherheit und Wohlstand geschaffen wurden. Das erschien ihr wichtiger als die geistige Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Ein eigentliches Leitbild fehlte der Union, die Partei hat es nie entwickelt.“¹⁸

Das ist der Ton, den man über uns führt. Und das wird am Anfang unseres Parteitages in der deutschen Presse formuliert! Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, einmal zu überlegen, was wir auf diesem Parteitag tun und wem wir auf diesem Parteitag unsere Stimme geben.

Ich nehme deshalb diese Anträge geziemend ernst. Das sage ich ganz offen. Ich habe Verständnis dafür, daß in einer politisch verantwortlichen Partei schließlich das Grundgesetz der Politik gilt, wonach der Erfolg entscheidet. Das ist kein schlechtes Rezept. Aber hier hilft es nichts. Ich könnte verstehen, wenn hier der eine oder andere – wie ich es tun konnte – sagen würde: Der Theo Blank ist mein Freund, ich

18 „Die Welt“ vom 14. März 1964 „Das Kreuz der CDU“ von Kurt BECKER.

habe große Bewunderung für ihn. Aber ich gebe offen zu, daß ich schwerlich ein solches Maß an Demut aufgebracht hätte wie er.

Nach dem, was ich erlebt habe, kann ich nur sagen, ich hätte das getan, was ich ihm am 4. Februar, dem Geburtstag des Bundeskanzlers ... (*Von Hassel:* Das ist der 5. Januar!) Der Bundesverteidigungsminister ist mir mit seiner Düsenjägersgeschwindigkeit voraus. (*Heiterkeit.*) Ich muß mich verbessern, der Herr Altbundeskanzler hat am 5. Januar Geburtstag. Aber es war am 4. Februar, dem Geburtstag des neuen Bundeskanzlers, das weiß ich ganz genau. Damals habe ich Theo Blank gesagt: Du bist mein Freund – es sitzen genügend Mitglieder des Fraktionsvorstandes hier, die das bestätigen können –, ich stehe persönlich zu Dir, aber Deine Entscheidung mit der Krankenkasse usw. halte ich für falsch. Die gefällt mir nicht. Hier bin ich anderer Meinung. Deshalb kann ich Deinem Kompromiß nicht zustimmen. Ich würde an Deiner Stelle zurücktreten, weil ich mit der sachlichen Lösung unter keinen Umständen einverstanden bin.

Aber Theo Blank hat seine sachlichen Gründe – das muß ich zugeben –, die man respektieren muß. Vor einem Mann, der sich wie Theo Blank in seinem Amt unter großer Mühsal dieser seiner Sache verschrieben hat, habe ich großen Respekt. Dennoch würde ich Ihren Antrag, meine Herren, etwas in Schutz nehmen, das sage ich ganz offen, und zwar dann, wenn er eine sachlich neue Orientierung der Gesamtpartei zum Ausdruck brächte! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Aber das tut er ja nicht, Herr Klepsch! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich finde Ihren Antrag einfach inkonsequent. Sie können doch nur sagen: Wir wollen dieser Linie von Theo Blank nicht folgen, und deshalb muß der Mann weg. Wir wollen eine andere Politik an dieser Stelle haben. – Man kann aber nicht sagen: Der Mann muß weg, aber sachlich stehen wir weiter zu ihm; sachlich wollen wir uns nicht von ihm trennen.

Das hätte doch zur Folge, er muß aus dem Präsidium hinaus, aber der Bundeskanzler muß ihn im Interesse der Parteipolitik bis zur nächsten Wahl verkraften. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Und das hat keinen Zweck, meine Damen und Herren! Wenn man sich schon diese Mühe macht und so weit ins Gefecht geht, dann muß man auch konsequent sein, wenn man einen solchen Antrag stellt.

Wenn Sie also auf Entfernung von Blank bestehen wollen, dann tun Sie es, aber bitte nicht im Zusammenhang mit einer persönlichen Insuffizienz, das wäre ungerecht, sondern sagen Sie: Wir meinen damit eine andere politische Orientierung in dieser Sache. (*Beifall.*) Und dann steht dieser Parteitag vor der Frage, welche Orientierung soll es sein? (*Lücke:* So ist es!) Dann stehen wir vor der Frage, was heißt heute sozialer Rechtsstaat? Dann werden Sie sehen, es geht ganz schnell auf den eigenen Nerv, auch hinsichtlich der Koalition. Dann stehen wir vor der Frage, wo ist die Trennung zwischen uns und den Sozialdemokraten. Lassen Sie sich doch bitte nicht das Bild verzerren durch den Ärger mit der FDP.

Wenn wir eine klare Linie finden – und ich frage Sie, ob Sie sie haben –, dann lassen Sie uns darüber diskutieren. Dann stehen wir aber vor der Frage, ob Herr Blank mit einer solchen Linie einverstanden ist. Wenn Sie ihn jetzt abwählen, so heißt

das, ihn persönlich zu disqualifizieren. (*Lücke*: Sehr richtig!) Mit Ihrer politischen Erörterung – das muß ich leider sagen – sind Sie auch noch nicht soweit, daß Sie klipp und klar sagen könnten, so und so soll die politisch-programmatische Linie für diese Partei sein. Soweit sind Sie noch nicht. Und solange sie das nicht haben, erlaube ich mir, Sie zu bitten, den Vorschlag des erfahrenen Vorsitzenden dieser Partei noch einmal zu erwägen, nämlich die Sache zu überlegen, oder wollen Sie darauf bestehen, daß die Sache hier auf diesem Parteitag ausdiskutiert wird? Wenn Sie es wollen, dann würde ich darum bitten, daß Sie Ihr Maximum tun, um aus Ihrer Inkonsistenz herauszukommen; denn einerseits wollen Sie ihn abwählen, aber andererseits sagen Sie, politisch und sachlich sind wir mit ihm einverstanden. Und das paßt doch nicht zusammen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Solange Sie also in diesem Dilemma sind, bin ich der Meinung, daß die CDU nichts davon hat, wenn dieses Thema heute auf dem Parteitag nur unbefriedigend geregelt wird, weil ja sachlich doch nichts dabei entschieden wird. (*Beifall*.)

Dittmar: Herr Bundeskanzler! Sie haben mich gefragt, ob ich geglaubt habe, mit meinen Ausführungen der Wahl im Jahre 1965 zu dienen. Ich glaube, diese Frage stand als solche nicht zur Debatte. Aber ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß es sowohl mein persönliches Anliegen, aber auch das Anliegen meiner Freunde ist, der Wahl im Jahre 1965 zu dienen.

Ich habe dargestellt, daß in weiten Kreisen unserer Arbeitnehmerschaft eine große Unzufriedenheit über die eingeschlagene Politik von Herrn Blank besteht. (*Unruhe und Bewegung*.) Wir wollen nicht die Konsequenzen ziehen, die Herr Dr. Gerstenmaier empfohlen hat, aber diese Wünsche, die wir vorbringen, müssen an der obersten Stelle gehört werden. Wäre das bislang der Fall gewesen, dann wäre manche dieser Beschwerden aus unseren Wählerkreisen nicht gekommen.

Rasner: Ich möchte als Kronzeuge etwas zu dem sagen, was Herr Barzel ausgeführt hat. Die Sozialausschüsse haben in der Ziffer 2 ihres Antrages geschrieben: „Der Parteitag stellt fest, daß aus Gründen, die die CDU nicht zu vertreten hat, unsere ständig erhobene Forderung nach einer modernen Gesellschaftspolitik nicht verwirklicht werden konnte.“

Herr Dr. Barzel hat gesagt, es gibt nur eine Entschuldigung für die Öffentlichkeit: Entweder machen Sie die CDU (Herrn Blank) oder die FDP verantwortlich. In Ihrem Antrag sagen Sie, die CDU sei es nicht. Insofern besteht doch in Ihrer Forderung auf Rücktritt von Herrn Blank eine Inkonsistenz. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Zuruf*: Das hat Herr Gerstenmaier schon gesagt! – *Unruhe und Bewegung*.)

Lücke: Ich muß jetzt auch darüber sprechen. Es sind sehr viele Gruppen bei mir gewesen, die mich gebeten haben, gegen Herrn Blank zu kandidieren. Es ist der Ärger über das Sozialpaket usw., aber noch mehr ist es der Ärger über eine nicht gelungene politische Lösung. Herr Blank hat eine Konzeption vorgelegt, die die Regierung über zwei Legislaturperioden lang getragen hat. Keiner hat diese Konzeption bekämpft.

Nun war sie nicht durchsetzbar im Parlament, weil wir nicht die Mehrheit hatten, und wir scheiterten damit. Nun richtet sich der ganze Groll gegen den Repräsentanten,

der diese Politik vertreten hat. Wenn wir jetzt Herrn Blank abwählen, sagen wir damit Nein zu dieser politischen Konzeption. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Es ist auch nicht, Herr Dittmar, so, daß Sie in dieser Weise verbindlich im Auftrage der Sozialausschüsse sprechen könnten. Die Sozialpolitiker haben alle miteinander eine große Sorge. Herr Dr. Barzel hat sie charakterisiert. Die Entfernung oder Abwahl eines Mannes, der viele Jahre lang diese Politik vertreten hat, bedeutet doch im Volke, die CDU macht jetzt auf diesem Gebiet eine andere Politik. Sie bedeutet für den Bundeskanzler, daß er bis zur Wahl von dieser Politik nichts mehr durchsetzen kann. Ob wir dann besser verfahren, das bezweifle ich sehr.

Wir werden keine neue politische Lösung bekommen, und wenn wir noch so viel „Vertreter“ von Blank haben. Darum mein Nein zur Gegenkandidatur von Blank, und zwar um der Kontinuität der Partei willen. Wir brauchen Ruhe. Wir haben genügend Regierungswechsel gehabt. Die Bevölkerung erwartet, daß wir in der Sache zu vernünftigen Entscheidungen kommen.

Herr Klepsch! Als wir in der fraglichen Bundesvorstandssitzung mit Ihnen zusammen den Ersten Bundesvorsitzenden und den Geschäftsführenden Vorsitzenden wiederum zur Wahl vorschlugen, haben Sie kein Wort über die Nachfolgefrage von Herrn Blank gesagt, aber einige Tage später gehen Sie an die Öffentlichkeit mit diesem Vorschlag! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich habe also Ihren Weg zu kritisieren. Es wäre doch viel besser gewesen, umgehend den Bundesvorstand einzuberufen, damit er über diese Frage sprechen konnte. Ich bin von vielen Leuten angesprochen worden. Wenn dieser Bundesvorstand nicht zu einer guten Lösung kommt, gibt es ein großes Durcheinander auf dem Parteitag. Das wäre auch nicht gut für Herrn Katzer, wenn er unter solchen Umständen gewählt würde. Dieser ganze Widerspruch hier dient doch letztlich nur der Opposition. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Es waren die sozialdemokratischen Zeitungen, die den Vorschlag „Lücke gegen Blank“ auf der ersten Seite gebracht haben.

Ich weiß, daß diese Meinung besteht, aber wenn ich unsere Freunde nach dem Grund gefragt habe, dann hat keiner eine neue Politik begründen können. Die Herren Klepsch und Dittmar haben sie auch nicht begründet. Natürlich bestehen in den Methoden Meinungsverschiedenheiten. Ich würde also darum bitten, hier zu einem vernünftigen Vorschlag zu kommen. Wenn es heute nicht gelingt, sollte sich der Vorstand noch einmal mit dieser Frage befassen.

Adenauer: Es ist eben ein böses Wort gefallen, Herr Dittmar. Sie haben gesagt, daß die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft mit der Politik des Herrn Blank nicht einverstanden sei. (*Dittmar*: Daß eine Reihe von Beschwerden erhoben worden sind!) Mit anderen Worten, sie seien mit dieser Politik des Herrn Blank nicht einverstanden!

Ich möchte das unterstreichen, was Herr Lücke gesagt hat. Die CDU/CSU hat dieselbe Politik während zweier Sessionen im Bundestag vertreten. Und jetzt wollen Sie ausgerechnet kommen und sagen, wir sind nicht damit einverstanden. Dann hätten Sie das doch gefälligst früher sagen können, aber nicht in diesem Augenblick, wo wir beinahe schon ein Jahr vor der nächsten Wahl stehen. (*Unruhe und Bewegung.*) Hören

Sie auch bitte zu, Herr Dittmar! Ich möchte nicht die Erklärung in die Öffentlichkeit getragen sehen, daß die christliche Arbeiterschaft nicht einverstanden sei mit der Politik des Herrn Blank. Das ist eine sehr böse Erklärung. Sie würde ganz sicher von den Sozialdemokraten im Wahlkampf aufgegriffen und uns um die Ohren gehauen werden. Das ist doch totensicher. Und weder Sie noch Herr Katzer noch Herr Blank hätten irgend etwas von diesem ganzen Krach und Streit.

Ich muß es leider sagen, seit Monaten habe ich mich darüber gewundert und geärgert, daß in einer Fraktion ein solcher Stunk und persönlicher Krach war. Das ist doch für jede Fraktion Gift.

Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, überlegen Sie sich die Sache noch einmal. Sie haben doch gehört, die große Mehrheit der hier versammelten Damen und Herren ist nicht geneigt, Ihrem Vorschlag stattzugeben. Eine Abstimmung hier möchte ich auch vermieden sehen im Interesse des Herrn Katzer. Sie haben doch herausgeföhlt, wie die Situation ist. Ich halte es für klug, daß auch Sie sich die Situation noch einmal überlegen und uns im Laufe des Parteitages mitteilen, ob Sie diesen Antrag bis auf weiteres zurückstellen. (*Gerstenmaier*: Das gilt für die Junge Union und für die Sozialausschüsse!) Kann ich das Einverständnis der großen Mehrheit dieser Versammlung feststellen, daß sie der Auffassung ist, diese Frage sollte noch einmal überlegt werden von den Herren der Arbeitnehmerschaft und der Jungen Union? Wir wollen diese Frage jetzt nicht entscheiden. (*Zustimmung*.)

Gerstenmaier: Verehrter Herr Vorsitzender! Ich versuche jetzt, mich einen Augenblick lang in diese Mandatsträger hineinzusetzen, die beide entgegen dem Artikel 38 des Grundgesetzes¹⁹ hier beteuert haben, daß sie im Namen und im Auftrag ihrer Gremien, der Jungen Union und der Sozialausschüsse, sprächen. Ich verstehe, daß es für die Herren nicht angenehm ist, wenn sie zurückkommen in ihre Gremien und sagen müssen, man hat über unseren Antrag nicht abgestimmt, und die Kritiker haben keinen Gegenvorschlag gemacht.

Ich möchte jetzt einen Versuch machen, damit wir weiterkommen, Herr Bundeskanzler, und zwar bitte ich Sie, doch einmal zu überlegen, daß Präsidialsitze keine Erbhöfe sind. Herr Seeböhm hat, als er in diesem Land noch machtvoll eine andere Partei vertreten hat, einmal in einem Brief geschrieben: Die CDU hat keinen Anspruch auf Erbhöfe. – Heute ist er anderer Meinung. Das verstehe ich. (*Seeböhm*: Man kann doch auch hinzulernen. – *Heiterkeit*. – *Unruhe*). Ich verstehe, wenn in dieser Partei der Grundsatz gilt, auch Präsidialsitze in der CDU sollen keine Erbhöfe sein, aber ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß man den Theo Blank abwählt als Minister und sich dabei noch etwas verspricht für die Verbesserung einer sachlich ohnehin unerhört schwierigen Situation. Das ist doch ganz unmöglich.

Nun passen Sie auf, was ich vorschlage! Wenn Sie der Meinung sind, daß Herr Katzer unbedingt in dieses Präsidium hinein soll, dann lassen Sie ihn in Gottes Namen

¹⁹ Nach Art. 38 GG sind die Bundestagsabgeordneten als „Vertreter des ganzen Volkes an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“.

hinein! Ich verlange nicht, daß das Präsidium zu einem Wasserkopf gemacht wird. Und wenn Sie es genau wissen wollen, so traue ich mir zu, aus diesem Präsidium auszuschneiden, ohne daß ich mein Gesicht damit verliere. Also, meinen Platz können Sie haben! (*Starker Widerspruch. – Lebhaftige Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Niemand in diesem Präsidium kann sich so leicht wie ein Parlamentspräsident von einer Parteiführung distanzieren, ohne daß er dabei disqualifiziert wird; (*Anhaltender Widerspruch und lebhaftige Unruhe*) das heißt, meinem Amt schadet es nichts. Und das ist der große Unterschied zu Theo Blank und zu jedem anderen, der in diesem Präsidium sitzt. Insofern ist es also kein Edelmüt, sondern ganz einfach ein radikales politisches Kalkül. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Verehrter Herr Bundestagspräsident! Nehmen Sie es mir nicht übel, auch die Damen bitte nicht, aber die Wahl zum Bundestagspräsidenten bedeutet keine politische Kastration. (*Gerstenmaier:* Eine parlamentarische Distanz von der Parteiführung her ist dem Bundestagspräsidenten immer wieder auferlegt!) Herr Gerstenmaier liebt überraschende Beschlüsse, indem er sein Mandat angeboten hat. Ich nehme an, er verzichtet darauf, und wir lassen es ihm. (*Gerstenmaier:* Sie können es Herrn Katzer überlassen! – *Anhaltender Widerspruch und Unruhe.*) Ich möchte nicht den Herrn Katzer dadurch abgewertet haben, daß seine Wahl abgelehnt wird. Ich möchte aber auch nicht, daß nun Herr Blank, der doch die Politik dieser Partei bisher vertreten hat, abgewertet wird. Daraus ergibt sich, daß die Herren noch einmal überlegen, ob auf ihre Entschließungen nicht verzichtet werden kann.

Klepsch: Ich will auf Ihren Vorschlag eingehen, Herr Bundeskanzler, und werde mit meinem Vorstand noch einmal darüber sprechen. Ich kann aber nicht dem Vorschlag des Herrn Bundestagspräsidenten entsprechen. (*Gerstenmaier:* Ich verliere das Gesicht dabei nicht!)

Adenauer: Herr Klepsch! Ich danke Ihnen für diese Erklärung. Ich bitte Sie noch darum, daß Sie uns bis morgen früh Ihre Meinung sagen. Wir dürfen nicht während dieses ganzen Parteitages die Sache schweben lassen, sondern sie muß zu Ende kommen.

Herr Dittmar! Können sie auf den Vorschlag eingehen, daß wir bis morgen von Ihnen hören?

Dittmar: Selbstverständlich wird die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft als Institution – vorhin habe ich von Meinungen aus der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft gesprochen – darüber sprechen. Wir treffen uns heute abend. Ich weiß nicht, ob ich dazu autorisiert bin, aber gestatten Sie mir, Herr Bundeskanzler, Sie auf eine Stunde einzuladen. Sie haben auch bei früheren Parteitagen die Gelegenheit genommen, um die Sozialausschüsse zu besuchen. (*Lücke:* Das ist ein guter Vorschlag!)

Erhard: Das ist nicht möglich. Ich habe heute abend das Jugendforum! (*Dittmar:* Entschuldigung, ich meine Herrn Dr. Adenauer!)

Lücke: Ich würde es begrüßen, wenn Sie heute abend zu dieser Sitzung als

Bundesparteivorsitzender mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden hingenen, um über diese Frage zu sprechen.

Adenauer: Herr Lücke, das ist zwar gut, aber das könnte erst morgen sein, denn ich muß heute meine Rede für morgen machen. Die muß doch fertig sein! Wollen wir es für morgen vorsehen? (*Dittmar:* Ja!)

Even: Ich weiß nicht, ob Sie überhaupt dorthin gehen sollen. Ich meine, wir sollten die Leute reden lassen. Wenn Sie hingehen, dann heißt es wieder: Wir konnten uns doch nicht aussprechen. – Und dann bleibt manches wieder hängen.

Adenauer: Herr Even! Die Herren werden sich heute abend aussprechen. Und wenn sie nicht fertig werden, können wir morgen weiter im kleinsten Kreis darüber sprechen. – Damit können wir nun diesen Punkt verlassen.

Ich darf Ihnen folgendes verlesen: „Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 25. Februar 1964 einstimmig beschlossen, dem Parteitag die Wiederwahl von Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Adenauer zum Bundesvorsitzenden und Herrn Staatsminister a.D. Dufhues zum Geschäftsführenden Vorsitzenden zu empfehlen.“ Über die Wiederwahl der übrigen Mitglieder des Präsidiums muß der Bundesvorstand in seiner Sitzung in Hannover Beschluß fassen. Warten wir also ab, was Sie uns morgen mitteilen.

WAHLEN ZUM BUNDESPARTEIGERICHT

Dann hat der Bundesparteitag nach Paragraph 21 b des Statuts in Verbindung mit den Paragraphen 3 und 4 der Parteigerichtsordnung einen Vorsitzenden, vier Beisitzer und fünf stellvertretende Mitglieder des Bundesparteigerichts zu wählen. Dazu werden vorgeschlagen: Vorsitzender: Staatssekretär Dr. Heinrich Barth²⁰; Beisitzer: Rechtsanwalt Benda MdB, Generalbundesanwalt a.D. Dr. Güde²¹ MdB, Rechtsanwalt Henrichs, Oberstaatsanwalt Wolf²²; stellvertretende Mitglieder: Frau Ackermann²³, Rechtsanwalt Dr. Cassens²⁴, Rechtsanwalt Kanka²⁵ MdB, Ministerialdirigent Sel-

20 Dr. Heinrich Barth (1914–1997), Rechtsanwalt; 1963–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend, 1964–1996 Vorsitzender des CDU-Bundesparteigerichts. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 246 Anm. 3.

21 Dr. Max Güde (1902–1984), 1929–1932 Staatsanwalt in Mosbach, 1933–1943 Leiter des Amtsgerichts in Wolfach, 1945–1950 Oberstaatsanwalt in Konstanz, 1950–1961 Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof (seit 1956 Generalbundesanwalt), 1961–1969 MdB (CDU).

22 Heinz Wolf (1908–1985), 1962–1966 MdL Hessen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 657 Anm. 21.

23 Annemarie Ackermann (1913–1994), 1953–1961 und 1965 MdB (CDU).

24 Dr. Johann-Tönjes Cassens (geb. 1932), Rechtsanwalt; 1962–1967 Landesgeschäftsführer der CDU in Bremen, 1963–1981 MdBB (seit 1971 stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1981–1990 Wissenschaftsminister in Niedersachsen.

25 Dr. Karl Kanka (1904–1974), Rechtsanwalt und Notar; 1946–1957 MdL Hessen (CDU), 1957–1965 MdB.

bach²⁶, Professor Dr. Wahl MdB. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf also Ihr Einverständnis dazu feststellen.

Der Rechenschaftsbericht der Kassenprüfer für 1962 bedarf Ihrer Genehmigung.

Dufhues: Ich würde vorschlagen, den Bericht dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden! – Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung.

BEITRAGSSTAFFEL NACH § 2 DER FINANZORDNUNG

Das Wort hat Herr Professor Dr. Burgbacher.

Burgbacher: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Nach § 2 der Finanzordnung soll eine Beitragsstaffel beschlossen werden, worüber der Bundesvorstand noch nicht abgestimmt hat. Sie wissen, wie schlecht die Einnahmen von Mitgliederbeiträgen sind. Wir haben in der CDU 3 Millionen, die SPD hat 14 Millionen DM. Der Durchschnittsbeitrag pro Mitglied beträgt bei uns DM 11,–, bei der SPD DM 20,–.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt. Als Ergebnis haben Sie die ausgearbeitete Staffel vorliegen. Sie lautet:

Vorschlag einer monatlichen Beitragsregelung der CDU (vom Bruttoeinkommen).

Mindestbeitrag	bis	400,– DM	1,– DM
401,– DM	bis	600,– DM	2,– DM
601,– DM	bis	800,– DM	4,– DM
801,– DM	bis	1.000,– DM	6,– DM
1.001,– DM	bis	1.200,– DM	10,– DM
1.201,– DM	bis	1.500,– DM	15,– DM
1.501,– DM	bis	1.800,– DM	18,– DM
1.801,– DM	bis	2.000,– DM	20,– DM
2.001,– DM	bis	2.500,– DM	25,– DM
2.501,– DM	bis	3.500,– DM	30,– DM
	über	3.500,– DM	50,– DM

Die Beitragsstaffel dient der Selbsteinschätzung des Mitgliedes. Dabei kann sozialen Gesichtspunkten und dem Familienstand Rechnung getragen werden.

Für Mandatsträger besteht zusätzlich eine besondere Regelung. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Das bedeutet, daß diese Regelung landesverbandsweise geschieht, damit

26 Josef-Wilhelm Selbach (geb. 1915), 1950–1969 im Bundeskanzleramt, u. a. Leiter des Persönlichen Büros des Bundeskanzlers, 1963–1967 Persönlicher Referent Adenauers, 1969–1983 Vizepräsident des Bundesrechnungshofes.

die Mandatsträger nicht glauben, damit wäre ihr Beitrag abgegolten. Der Finanzausschuß wäre dankbar, wenn Sie diese Beitragsstaffel beschlössen. (*Schmidt*: Ist darüber im Kreise der Landesvorsitzenden gesprochen worden?) Nein.

Schmidt: Die Rechtslage ist so, daß nicht einmal die Landesparteien in der Lage sind, den Kreisparteien bestimmte Beitragsordnungen vorzuschreiben. Die Kreisparteien bei uns in Nordrhein-Westfalen sind autonom in der Bestimmung der Beiträge. Ich frage deshalb, ist an etwas mehr gedacht als an eine unverbindliche Empfehlung? Wenn es darüber hinausgeht, muß ich sagen, soweit die Organisation in Frage kommt, muß das besprochen werden. Ich hoffe, daß nicht daran gedacht ist, irgendwelche Zuwendungen der Bundeszentrale an die Landesparteien und Kreisparteien von der Praktizierung dieser Beitragsstaffel abhängig zu machen. Es kann sich nach meiner Auffassung nur um eine Empfehlung handeln.

Burgbacher: § 2 der Finanzordnung besagt: „Die Mindesthöhe des Mitgliedsbeitrages und die Aufstellung einer dem Einkommen der Mitglieder entsprechenden Beitragsstaffel wird vom Bundesausschuß beschlossen.“ Dieser Beschluß ist jeweils Bestandteil der Finanzordnung. Um diesen Beschluß geht es. Dieser Bundesvorstand faßt einen Beschluß, und der Bundesausschuß muß ihn bestätigen. So steht es in der Finanzordnung, die von Ihnen beschlossen worden ist.

Diese Staffel soll nicht zu einer Bespitzelung oder Kontrolle der Einkommen führen, sondern es ist ein absolutes Prinzip der Selbsteinschätzung. Aber wie können wir aus Bundesmitteln erhöhte Zuwendungen verlangen, wenn wir nicht selbst versuchen und verlangen, daß wir als demokratische Partei ordentliche Mitgliedsbeiträge bekommen. Es handelt sich um ordentliche Mitgliedsbeiträge, und zwar aufgrund einer Selbsteinschätzung. Außerdem sind im Finanzausschuß Delegierte aller Landesverbände vertreten. Mit ihnen ist diese Staffel beschlossen worden.

Fay: Ich möchte um folgenden Zusatz bitten: „Soweit nicht Landesverbände einen höheren Staffelbeitrag haben.“ Wir haben nämlich einen Mindestbeitrag von DM 2,-. Ich bin der Auffassung, ein Mindestbeitrag von DM 1,- ist unserer Partei nicht angemessen. Wenn Sie aber darauf bestehen wollen, dann machen Sie den Zusatz: Soweit nicht Landesverbände einen höheren Staffelbeitrag haben.

Amrehn: Die Staffel ist nach einem Muster von Berlin entwickelt worden. Ich möchte eine Änderung vorschlagen. Die hier angegebenen Beträge sind Bruttoeinkommen. Ich würde das umstellen auf Nettobeträge, weil dann von vornherein der Familienstand usw. berücksichtigt ist, so daß davon der Beitrag berechnet werden kann.

In den oberen Einkommensgruppen von DM 1.000,- an sind erfahrungsgemäß die Ansätze etwas zu hoch, wenn wir neue Mitglieder werben wollen. Ich habe in einer Versammlung vor 200 Menschen gesprochen und dabei 14 Mitglieder geworben. Es wäre aber ausgeschlossen gewesen, von ihnen sofort DM 10,- als Beitrag zu verlangen. Ich würde also die ganze Staffel bei DM 2.000,- mit DM 20,- abbrechen und was darüber ist, der Preisschätzung des einzelnen überlassen.

Kraske: Es wäre falsch, wenn man glaubte, daß eine solche Staffel ohnehin eine verpflichtende Aufgabe für jedermann sei. Eine solche Staffel soll im wesentlichen

ein psychologisches Druckmittel sein, wenn ich so sagen darf. Es soll den neuen Mitgliedern nicht gesagt werden: Sie haben DM 10,- oder DM 20,- Beitrag zu zahlen, sondern es soll ihnen diese Staffel ausgehändigt werden, und dann sollen sie ihre Beiträge eintragen. Es ist heute so, daß in vielen Kreisverbänden Mitglieder mit einem Einkommen von über DM 2.000,- auf die Frage, was sie für einen Beitrag zahlen wollen, antworten: DM 2,- oder DM 3,-. Es gibt wenig Mitglieder, die von sich aus sagen, ich möchte DM 10,- oder DM 20,- bezahlen.

Man sollte also diese persönliche Einschätzung den Kreisverbänden abnehmen und tatsächlich eine solche Staffelung vorlegen, auch wenn sie in den Spitzenwerten höher geht, als das in manchen Fällen in der Praxis möglich ist.

Burgbacher: Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Ihnen zu danken, Herr Am-rehn.

Adenauer: Wollen wir nicht zum Schluß kommen, meine Herren!

Burgbacher: Ich bitte Sie, die Sätze bei den höheren Einkommen zu belassen, weil sonst keine Relation gegeben ist.

Gurk: Wenn jemand DM 1.000,- brutto im Monat verdient, der bekommt vielleicht DM 800,- netto. Dem können Sie im Monat keine DM 10,- Parteibeitrag abnehmen. Ich bitte Sie, unter diesem Gesichtspunkt das Ganze noch einmal zu überprüfen. Sie müssen die Nettoeinkommen einsetzen.

Adenauer: Ich darf feststellen, daß eben unsere Ablehnung des Vorschlages von Herrn Bundestagspräsidenten, sein Amt als Mitglied des Präsidiums zur Verfügung zu stellen, ernst gemeint war. (*Beifall.*) Damit wollen wir die Sitzung schließen.

16

Bonn, Donnerstag 4. Juni 1964

Sprecher: Adenauer, Adorno, Frau Brauksiepe, Dufhues, Erhard, Eitzel, Gradl, Gurk, Heck, Katzer, Kraske, Lücke, Scheufelen, Schmidt, Schröder, Frau Steinbiß, Stingl, Stoltenberg.

Kooptation zum Bundesvorstand. Vertretung der Frauen in der CDU. Bericht zur Lage (Adenauer). Verschiedenes. Benennung eines Vertreters der CDU im Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 12.30 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Wir sind sehr knapp mit der Zeit, weil im Bundestag etwa um halb zwölf Uhr eine Reihe dringender Abstimmungen sind. Herr Kollege Lücke wird gleich darüber sprechen.

Lassen Sie mich aber vorher ein Wort zur Erinnerung an Frau Luise Rehling sprechen. Frau Rehling, die gestern in ihrer Heimatstadt Hagen zu Grabe getragen worden ist, hat dem Bundesvorstand seit dem Jahre 1950 angehört. Sie war in vielem das Muster eines Mitgliedes der Christlich-Demokratischen Union. Sie war ein sehr treues, ein sehr zuverlässiges Mitglied. Sie hat die Interessen, die ihr besonders am Herzen lagen, insbesondere die Interessen der Frauen, überall, wo sie war, mit Erfolg wahrgenommen. Die große Beteiligung bei ihrer Beisetzung gestern in Hagen war ein Zeichen dafür, welch großen Ansehens sie sich allenthalben erfreute, und wir alle, die ihr näherstanden, haben den schmerzlichen Verlust eines guten und treuen Menschen tief empfunden. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. Ich danke Ihnen, meine Damen und meine Herren, daß Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben.

Ich möchte nun außerhalb der Tagesordnung Herrn Bundesminister Lücke das Wort geben.

Lücke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Um 11.30 Uhr erfolgt die 3. Lesung des Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften. Durch das Vorgehen unseres Parteifreundes Dr. Ilau¹ in der „Neuen Frankfurter Presse“ hat die Opposition Gelegenheit bekommen, eine große Debatte in der 3. Lesung dieser wichtigen Vorlage zu veranstalten. Die SPD bezweckt mit der Verzögerung der Verabschiedung dieser Vorlage, das Thema in die Nähe der Bundestagswahlen zu bringen. Es ist deshalb unerläßlich notwendig, daß die Bundestagsabgeordneten etwa um 11.15 Uhr zur Abstimmung in den Bundestag gehen. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, dem stattzugeben.

Adenauer: Wir hatten gehofft, daß wir in Ruhe eine Vorstandssitzung abhalten könnten. Wir werden in Zukunft dafür sorgen müssen, daß die Sitzungen des Bundesvorstandes in den sitzungsfreien Wochen des Bundestages stattfinden, damit wir uns auch wirklich unserer Aufgabe widmen können. Sie werden mit Herrn Minister Lücke und mit der Leitung der Bundestagsfraktion darin übereinstimmen, daß die Mitglieder des Bundestages aus unserem Kreise pünktlich zur Stelle sind und bis zum Schluß der Abstimmung dort bleiben. Wie ich gehört habe, müssen wir damit rechnen, daß bis 13.00 Uhr die Anwesenheit aller Mitglieder unserer Fraktion im Bundestag notwendig sein wird. Es fragt sich, was wir nun jetzt hier tun.

Ich würde vorschlagen, zunächst die dringlichsten und eiligsten Sachen zu erledigen und daß wir uns dann darüber klar werden, wie die Sache weitergehen soll. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Den Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht zur Lage, möchte ich vorläufig zurückstellen, weil wir noch dringendere Sachen zu erledigen haben. Ich möchte Ihnen

1 In der Vorlage: Imle. – Dr. Hans Lucas Ilau (1901–1974), Volkswirt; 1945–1947 Geschäftsführer der IHK Frankfurt, 1946–1950 MdL Hessen (FDP). Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 26. Mai 1964 „Mieter nur unzulänglich geschützt?“, dort wird Ilau fälschlicherweise als CDU-Vorstandsmitglied des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik erwähnt.

aber mit Rücksicht auf den Punkt 4 der Tagesordnung Kenntnis von einem Brief der Frauenvereinigung der CDU geben, die sich darüber beschwert hat, daß zu wenig Frauen in den Gremien der CDU vertreten seien.² Damit hat die Frauenvereinigung in der Tat einen wunden Punkt berührt. Wir werden wohl bei der Erledigung des Punktes 4 die Möglichkeit finden, diesen Wünschen gerecht zu werden.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir nunmehr zum Punkt 4 übergehen, weil wir erst dann zu Punkt 2 sprechen können, wenn die Kooptierung erfolgt ist, denn dadurch ist der Bundesvorstand rechtsfähig und aktionsfähig? Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind. Das Wort hat Herr Kollege Dufhues.

KOOPTATION ZUM BUNDESVORSTAND

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Zum Punkt 4 der Tagesordnung ist zunächst auszugehen von dem Ergebnis der Wahlen, die der Bundesparteiausschuß in seiner Sitzung am 26. Mai 1964 getätigt hat. Ich darf das Ergebnis noch einmal wiederholen, weil nicht alle Parteifreunde bis zum Schluß der Sitzung des Bundesparteiausschusses ausgehalten haben. Es sind durch den Parteiausschuß in den Vorstand gewählt worden: 1. Dr. Barzel, 2. Dr. Hellwig, 3. Dr. Rehling, 4. Etzel, 5. Dr. Gradl, 6. Dr. Stoltenberg, 7. Dr. G. Strecker, 8. Johannes Even, 9. Stingl, 10. Bauknecht, 11. Dr. Martin, 12. Dr. Dittmar, 13. Prof. Dr. Süsterhenn, 14. Dr. Schmidt.

Damit habe ich 14 Parteifreunde aufgezählt. Die Parteifreunde, die in der Liste unter der Nummer 15 und 16 aufgeführt sind, erhielten die gleiche Stimmenzahl, nämlich 59 Stimmen. Es sind die Parteifreunde von Heydebreck³ und Dr. Kohl⁴. Ich bitte nach einer alten Übung, die wir immer angewandt haben, zustimmend davon Kenntnis zu nehmen, daß mit Rücksicht auf den Tod von Frau Dr. Rehling diese beiden

2 Briefe an Bundesvorstand und an Adenauer in ACDP VII-001-024.

3 Claus-Joachim von Heydebreck (1906–1985), Rechtsanwalt; 1948–1955 Stadtrat in Glückstadt (CDU), 1954–1964 Mitglied des Kreistags Steinburg, 1958–1971 MdL Schleswig-Holstein, 1959–1964 Landtagspräsident, 1964–1971 Kultusminister.

4 Dr. Helmut Kohl (geb. 1930), 1946 Junge Union, 1947 CDU, 1954–1961 stv. Landesvorsitzender der JU Rheinland-Pfalz, 1955–1966 Mitglied des CDU-Landesvorstands Rheinland-Pfalz, 1959–1963 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Ludwigshafen, 1959–1976 MdL Rheinland-Pfalz (ab 1961 stv., 1963–1976 Fraktionsvorsitzender), 1960–1970 Stadtrat in Ludwigshafen, 1966–1974 Vorsitzender des LV Rheinland-Pfalz, 1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1969 stv., 1973–1998 Vorsitzender der CDU, seit 1976 MDB (1976–1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1982–1998 Bundeskanzler. – Werner FILMER/Heribert SCHWAN: Helmut Kohl. 4. Aufl. Düsseldorf 1990; Bernhard VOGEL (Hg.): Das Phänomen. Helmut Kohl im Urteil der Presse 1960–1990. Stuttgart 1990; Peter HINTZE/Gerd LANGGUTH (Hg.): Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993. Stuttgart 1993; Klaus DREHER: Helmut Kohl. Leben mit Macht. Stuttgart 1998; Jürgen BUSCHE: Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolgs. Berlin 1998.

Parteifreunde als in den Vorstand gewählt gelten, so daß also Herr von Heydebreck wie Herr Dr. Kohl damit zu den 15 durch den Bundesparteiausschuß in den Vorstand gewählten Parteifreunden gehören.

Nach den Statuten haben wir das Recht, und wir sollten davon Gebrauch machen, drei Parteifreunde in den Vorstand zu kooptieren. Bei der letzten Kooptierung sind die Parteifreunde Frau Dr. Strecker, Dr. Dittmar und Kraft kooptiert worden. Soweit es sich um Frau Dr. Strecker und Dr. Dittmar handelt, kommt eine Kooptierung nicht mehr in Betracht, da sie bereits unmittelbar durch den Parteiausschuß in den Vorstand gewählt worden sind. Es bleibt also die Frage, wer in den Vorstand kooptiert werden soll.

Dabei steht im Vordergrund die Behandlung – Punkt 2 der Tagesordnung – des von der Vorsitzenden der Frauenvereinigung mit Recht erhobenen Einwandes, daß die Frauen bisher zu wenig in den Gremien der Partei, auch der Bundespartei, berücksichtigt worden seien. Verstärkt wird dieses Argument durch den schmerzlichen Verlust von Frau Dr. Rehling, die in den Vorstand gewählt wurde, aber wenige Tage nach der Wahl von uns gegangen ist. Deshalb halte ich es nicht nur für ein Gebot der Loyalität und der Vernunft, sondern auch für eine ganz dringende Notwendigkeit, daß von den drei zu kooptierenden Mitgliedern des Vorstandes zwei auf die Frauen entfallen. Nach Abstimmung mit der Vorsitzenden der Frauenvereinigung⁵ darf ich Ihnen vorschlagen – das entspricht auch der Auffassung des Herrn Bundesvorsitzenden –, in den Vorstand zu kooptieren: Frau Becker-Döring⁶, die bei der Verbraucher-Organisation und bei den berufstätigen Frauen eine besondere Rolle spielt und Frau Pieser⁷, die von Berlin benannt worden ist und sicherlich eine Bereicherung für das Gremium darstellen würde. Vielleicht können die Damen der Frauenvereinigung den Vorschlag noch näher begründen.

Die Wahl des dritten zu kooptierenden Mitgliedes wird sicherlich größere Kopfschmerzen auslösen, zumal dazu mehrere Vorschläge vorliegen. Soweit es sich um die Wahl der Herren von Heydebreck und Dr. Kohl handelt, ist die Diskussion erledigt. Ich verweise auf das, weil einige von Ihnen später gekommen sind, was ich einleitend gesagt habe.

⁵ Aenne Brauksiepe.

⁶ Dr. Ilse Becker-Döring (geb. 1912), Rechtsanwältin und Notarin; 1961–1972 Stadtrat in Braunschweig (CDU), 1966–1972 Erste Bürgermeisterin, 1970–1978 MdL Niedersachsen, 1968–1988 Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU, Vorsitzende der Frauenvereinigung Niedersachsen.

⁷ In der Vorlage: Pesa. – Lieselotte Pieser (geb. 1917), Diplomvolkswirtin; 1945 CDU Sachsen, 1946–1949 Mitglied des Kreistages Pirna, Mitglied des Landesvorstandes Berlin, 1964–1967 Bundesvorstandsmitglied der CDU, 1968–1980 MdB (1969–1976 Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes), 1969 stv. Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU.

Zur Kooptierung ist vorgeschlagen worden: Herr Russe durch die Sozialausschüsse. Außerdem ist in Erwägung gezogen worden, Herrn Hellwege in den Vorstand zu kooptieren, und zwar ist hierbei der Gedanke aufgetaucht, daß er durch seine Popularität in Niedersachsen ein Gewinn für die CDU sein könnte. Ich persönlich meine, daß wir ernsthaft in Erwägung ziehen sollten – ich habe darüber bereits mit dem Herrn Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer gesprochen –, den Herrn Kultusminister Professor Dr. Mikat in den Vorstand zu kooptieren. Ich möchte das mit einigen Sätzen begründen. Als Mitglieder, die besonders im Bereich der Kulturpolitik wirken, gehören dem Vorstand an unsere Freunde Dr. Martin, Dr. Stoltenberg und Kultusminister von Heydebreck. Ich halte es für ein Gebot der Klugheit und des Ausgleichs, auch unter dem Gesichtspunkt der Konfessionen – ich bitte um Nachsicht, daß ich dies zu dem empfindlichen Bereich der Kulturpolitik sage, sonst scheue ich mich, dieses Argument vorzutragen – die Zahl der im Bereich der Kulturpolitik tätigen Parteifreunde zu ergänzen und zu verstärken. Hinzu kommt, daß Professor Dr. Mikat Vorsitzender des politischen Ausschusses der katholischen Verbände ist.

Hier ist eine Aufgabe wahrzunehmen, deren Vernachlässigung sich in den vergangenen Jahren bitter gerächt hat. Ich verweise auf die Tagung in München.⁸ Wir haben alle Veranlassung, unser Verhältnis zu den katholischen Verbänden zu intensivieren. Unsere Parteifreunde Dr. Kohl und Dr. Barzel haben alles Menschenmögliche getan, aber sie sind durch ihre Ämter sehr stark in Anspruch genommen.

Wir können aber gerade diese Position nicht hinreichend genug verstärken. Ich bitte Sie also, mir die offene Darlegung meines Standpunktes nachzusehen. Ich halte es für richtig, die beiden Damen Pieser und Becker-Döring und Herrn Kultusminister Professor Dr. Mikat in den Bundesvorstand zu kooptieren. Die Sozialausschüsse werden einwenden, daß von ihnen früher eine größere Zahl von Mitgliedern dem Bundesvorstand angehört hätten. Ich bitte darauf hinweisen zu dürfen, daß wir nun Herrn Stingl im Vorstand haben, der ihm früher nicht angehörte. Er ist sicher eine Bereicherung der Herren, die sich in besonderer Weise der Sozialpolitik verpflichtet fühlen. Das wird Herrn Stingl sicher vorbehaltlos eingeräumt. Ich wäre Ihnen nun dankbar, wenn Sie Ihre Wahl unter diesen Gesichtspunkten trafen.

Ich bitte nunmehr um Wortmeldungen zur Wahl der in den Vorstand zu kooptierenden Mitglieder.

Adenauer: Darf ich zunächst eine geschäftsordnungsmäßige Mitteilung machen! Es wird eben von der Bundestagsfraktion mitgeteilt, daß die Anwesenheit der Mitglieder des Vorstandes im Bundestag heute vormittag nicht erforderlich sei – es ist keine Disqualifizierung der Mitglieder –, weil zuerst über das 131er-Gesetz gesprochen

⁸ Tagung der Katholischen Akademie in Bayern am 11./12. Januar 1958 in München (AdG 1958 S. 6849 f.). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 73 Anm. 46; Druck der Referate in: Adolf ARNDT (Mitarb.): Christentum und demokratischer Sozialismus (Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern 3). München 1958.

wird und die mietrechtlichen Vorschriften erst am Nachmittag behandelt werden.⁹ Ja, meine Damen und Herren, auch hier geht es rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln! (*Bewegung und Heiterkeit.*) Kartoffeln sind sehr vitaminreich. Hier darf ich einen Vorstoß in die neuere Medizin machen. Es wird dringend empfohlen, möglichst viel von rohen Kartoffeln zu essen, weil sie sehr viele Vitamine enthalten. (*Stingl: Jetzt kennen wir endlich das biologische Wunder.*) Herr Stingl! Vitamine kann jedes Mitglied des Bundesvorstandes gebrauchen. (*Heiterkeit.*)

Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Diskussion zu teilen und daß wir zunächst über die beiden Frauen sprechen. Ich hoffe, daß wir damit sehr schnell fertig sind, und zwar den Wünschen der Frauen entsprechend. Dann können wir uns über das dritte zu kooptierende Mitglied unterhalten. Frau Brauksiepe, wünschen Sie das Wort?

VERTRETUNG DER FRAUEN IN DER CDU

Brauksiepe: Wenn ich voraussetzen darf, daß man hier Ihrer ernstesten Aufforderung folgt, brauche ich nicht viel zu ergänzen. Wir stellen mit Dank fest, daß hier die Bereitschaft, die Frauen mit hineinzunehmen, vorhanden ist, aber wir sagen mit der ganzen Beunruhigung, die uns erfüllt, daß die Zahl der Wählerinnen in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen ist und daß wir, wenn wir zu einer vollen Wahlbeteiligung kommen wollen, in den kommenden Monaten eine unerhört große Anstrengung machen müssen, vor allen Dingen bei den Berufsverbänden der Frauen viel stärker als bisher für uns zu werben.

Sie wissen, daß fast zehn Millionen Frauen erwerbstätig sind. Das bedeutet für die Meinungsbildung draußen unerhört viel. Das ist um so wichtiger, als bisher die Zahl der Frauen bei uns so kläglich war, daß man auf Bundesparteitagen sehr häufig die Journalisten sagen hörte, die Frauen hätten bei der CDU den Seltenheitswert von Briefmarken, weil man unter Hunderten von Männern immer nur ein paar Frauen sehe. Es ist zu bedenken, daß wir nur 19 Frauen im Bundestag und 33 in den Landtagen haben.

Es ist so, je mehr wir den Frauen zutrauen, um so besser ist es und um so mehr sind sie auch bereit zur Mitarbeit. Ich wollte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um auf diese sehr wichtige Angelegenheit hinzuweisen.

Adenauer: Frau Brauksiepe! Sind Sie mit den beiden vorgeschlagenen Frauen einverstanden? (*Brauksiepe: Ja!*) Ich befürworte sehr, mehr Frauen in die Gremien zu wählen, ich muß allerdings darauf aufmerksam machen, das hat sich herausgestellt, daß im allgemeinen die Frauen lieber die Männer wählen, so daß es schwer ist, die Frauen dazu zu bewegen, Frauen zu wählen. Das ist eine Tatsache, die man natürlich

⁹ Beratung des Schlußgesetzes zum Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen (Sten.Ber. 4. WP Bd. 55 S. 6187–6208) und des Zweiten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften (EBD. S. 6208–6223).

berücksichtigen muß, und zwar ganz allgemein gesprochen. Ich meine aber, daß es notwendig ist, bei der Bundestagswahl die Frauen in der allgemeinen Liste unterzubringen. (*Steinbiß*¹⁰: Ich darf darauf hinweisen, daß es mir gelungen ist, in meinem Kreis das Frauenmandat der SPD abzunehmen.) Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, Frau Steinbiß! Ich darf also feststellen, daß die beiden vorgeschlagenen Damen gewählt worden sind.

Wir kommen jetzt zur Kooptierung des dritten Mitgliedes. Darf ich um Wortmeldungen bitten.

Katzer: Ich würde es dankbar begrüßen, wenn der Vorstand den Kollegen Russe kooptiert. Das letzte Mal wurde Dr. Dittmar kooptiert; er ist aber diesmal direkt gewählt worden. Nun sähen wir es noch gern, wenn Herr Russe, der lange Jahre hindurch die Bildungsarbeit im Stegerwaldhaus geleitet hat, in den Vorstand kooptiert würde.

Adenauer: Ich meine, wir müssen den Herrn Kollegen Katzer doch bitten, auch für seine Gefolgschaft hier das größere Interesse zu beachten, das ganz sicher dafür spricht, daß wir Herrn Mikat wählen. Ich bitte Sie, wenn Herr Mikat hier die Mehrheit bekommt, darin nun nicht etwa eine Verkennung derjenigen Ziele zu sehen, die Sie insbesondere verfolgen, sondern daß wir damit den allgemeinen höheren Zielen den Vorzug geben.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für Herrn Mikat sind, eine Hand zu erheben. – Das ist die große Mehrheit. Wir brauchen das nicht durch eine weitere Abstimmung festzustellen.

Meine Herren vom Fernsehen! Es wäre nett, wenn Sie jetzt, wenn ich gerade spreche, etwas weggingen, nachher können Sie mich so viel fotografieren, wie Sie wollen.

Meine Damen und Herren, damit Sie das verstehen: Das ist das Fernsehen, das ich nicht bestellt habe, das aber da ist und das wohl bestellt worden ist, weil von diesen Aufnahmen ein allgemeiner CDU-Film gemacht werden soll.¹¹ Es ist aber ein stummer Film. Es wird nicht gesprochen, so daß wir bei dem, was wir sprechen, keine besondere Rücksicht zu nehmen brauchen, wohl aber darauf, wie wir aussehen. (*Lebhafte Heiterkeit*. – *Zuruf*: Es wird geschwiegen! – *Adorno*: „Das Schweigen!“¹² – *Heiterkeit*.) Inzwischen heiße ich Herrn Bundeskanzler Erhard herzlich bei uns willkommen. (*Lebhafter Beifall*.) Wir haben nun die Punkte 2 und 4 der Tagesordnung besprochen und kommen jetzt zum Punkt 1.

10 Dr. Viktoria Steinbiß (1892–1971), Ärztin; 1946–1947 MdL NW (CDU), 1949–1961 MdB.

11 „Zentren der Macht“. Teil 5: ‚Die Koalition‘. Autor: Max H. Rehbein. Am 14. August 1964 vom Norddeutschen Rundfunk ausgestrahlt. Vgl. auch Vermerk Kraskes an Adenauer vom 4. Juni 1964: Filmaufnahmen durch Herrn Rehbein vom Deutschen Fernsehen zu Beginn der Sitzung für einen Film über die CDU (ACDP VII-001-024).

12 Anspielung auf den umstrittenen Film des Regisseurs Ingmar Bergmann.

BERICHT ZUR LAGE

Hier darf ich zunächst folgendes sagen: Lesen Sie aufmerksam die Berichte, die über den Parteitag der FDP in Duisburg¹³ erschienen sind. Es hat keinen Zweck, daß wir uns hier lange in das vertiefen, was dort gesagt worden ist, denn immerhin ist die FDP unser Koalitionspartner. Große Lobspprüche werden wir ihr nicht aussprechen können, aber wir sollten uns auch nicht in Tadeln ergehen, sondern die Dinge weiter ruhig ihren Lauf nehmen lassen. Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben.

Nach alledem, was ich in den vergangenen Jahren erfahren und mitgemacht habe, hat es draußen nicht gut gewirkt, wenn eine Partei offiziell auf einer solch großen Versammlung auf dem Gebiet der Außenpolitik tätig wurde. Es wird dann leicht dieses oder jenes Wort gesprochen, was bei der Situation in der Welt einer Mißdeutung im Ausland ausgesetzt ist. Diese ganze Situation ist für uns Deutsche nicht so, daß wir uns dieser Gefahr aussetzen können. Über die Interna der FDP brauchen wir uns auch nicht zu verbreiten. Das ist ihre eigene Sache. Nur haben wir den einen dringenden Wunsch, daß bis zum Schluß dieser Legislaturperiode des Bundestages die FDP ein funktionierender Koalitionspartner ist; denn das ist eine dringende Notwendigkeit.

Eine zweite Frage, meine lieben Parteifreunde, möchte ich ebenfalls nur mit größter Zurückhaltung und Diskretion behandelt wissen, nämlich die Wahl des Bundespräsidenten. Sie wissen ja, wie die Sache liegt. Ich habe als Vorsitzender der stärksten Partei vor einer Anzahl von Wochen die anderen Parteien zu einer ersten Besprechung eingeladen. Hierbei waren zugegen von der SPD die Herren Erler und Wehner. Herr Erler hat zuerst die Frage gestellt, ob es sich bei dieser Angelegenheit um eine Koalitionsfrage zwischen der CDU/CSU und der FDP handle. Wir haben diese Frage, wie das in der Natur der Sache lag, mit Nein beantworten können. Daraufhin haben sich die Herren Erler und Wehner bereit erklärt, an den Besprechungen teilzunehmen.

Bei dieser Besprechung waren anwesend von der FDP die Herren Mende und von Kühlmann-Stumm. Die Herren Erler und Wehner erklärten, aber nur für ihre Person, daß sie ihre Parteigremien noch nicht hätten fragen können, ob sie für die Wiederwahl des gegenwärtigen Bundespräsidenten, unseren Parteifreund Lübke, seien. Herr Mende erklärte, die FDP habe in der Bundesversammlung zwischen 120 und 130 Stimmen. Hiervon wären nach seiner Schätzung etwa 30 Stimmen nicht für Herrn Lübke, die anderen aber für ihn. Wir haben uns, wie sie wissen, für Herrn Lübke erklärt. So sind wir auseinander gegangen.¹⁴

13 15. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 1. bis 3. Juni 1964 in Duisburg (AdG 1964 S. 11269 f.).

14 Zu den Besprechungen vom 21. Januar und 29. Mai 1964 vgl. MENDE: Wende S. 128–130; MORSEY: Lübke S. 396–401.

Ich habe dann nach einiger Zeit eine neue Sitzung einberufen, in der die Herren, die ich eben genannt habe, anwesend waren. Hinzu kam der der FDP angehörende Innenminister von Nordrhein-Westfalen Weyer. Nunmehr erklärte Herr Mende, er könne das, was er damals gesagt habe, nicht länger aufrechterhalten. Es habe sich in seiner Partei herausgestellt, daß man dort anders dächte, als er angenommen habe. Es würden nämlich bei der Wahl etwa 30 Stimmen der FDP für Herrn Lübke abgegeben werden, die anderen Stimmen aber nicht. Die Herren Erler und Wehner blieben bei dem, was sie in der ersten Besprechung gesagt hatten. Wir blieben selbstverständlich auch dabei.

Dann kam eine größere Pause; das hing zusammen mit Pfingsten. Die Pfingstzeit ist offenbar auch die gegebene Zeit für eine Reihe von Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen, um große Reisen zu machen. Es tut sich also vor und nach Pfingsten parteipolitisch nichts. Dann hat Herr Mende mich durch einen Brief gebeten – ich war auch nicht da –, bald nach meiner Rückkehr dasselbe Gremium wieder einzuladen.¹⁵

Es hat nunmehr eine Besprechung stattgefunden, bei der die Herren Brandt, Erler und Wehner von der SPD und die Herren Weyer, Mende und von Kühlmann-Stumm von der FDP zugegen waren. Zu unserer großen Überraschung – denn zwei Tage vorher hatten die Nachrichten aus der FDP noch anders gelaute – erklärte Herr Mende, daß sie bereit seien, mit der CDU/CSU über einen Kandidaten zu sprechen, daß sie aber eventuell einen eigenen Kandidaten aufstellen würden, – was sie in der Zwischenzeit auch in der Person des Herrn Bucher¹⁶ getan haben.

Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie sich am Samstag dieser Woche mit der Frage in der Partei beschäftigen würden. Was dabei herauskommt, wissen wir nicht. Man soll auch nicht prophezeien, aber ganz objektiv betrachtet, muß man feststellen, dadurch, daß die FDP Herrn Bucher als Kandidaten aufgestellt hat, wissen wir nicht, ob die Sozialdemokraten auch einen eigenen Kandidaten aufstellen oder nicht.

Sie hatten zuerst erklärt, sie seien dafür, daß alle drei Parteien gemeinsam handelten, und zwar im Interesse dieses hohen Amtes, das es zu besetzen gelte. Nachdem nun aber die FDP dazu übergegangen ist, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wissen wir nicht, was die SPD tun wird. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, sich heute mit dem zu begnügen, was ich Ihnen vorgetragen habe. Wenn Sie in tatsächlicher Beziehung eine Ergänzung wünschen, stehe ich gerne zur Verfügung. Wir können aber zu der ganzen Frage erst dann Stellung nehmen, wenn wir wissen, was die Sozialdemokratie tun wird. Das aber werden wir vor nächsten Samstag nicht wissen.

¹⁵ Urlaub vom 12. April bis 12. Mai 1964 in Cadenabbia (BUCHSTAB: Cadenabbia S. 69). Einladung Adenauers vom 23. Mai 1964 zu einer Besprechung am 29. Mai zwischen CDU/CSU, SPD und FDP (ACDP I-269-066, vgl. FDP-Bundesvorstand S. 588, 590 f., 596 f.).

¹⁶ Dr. Ewald Bucher (1914–1991), 1953–1969 MdB (FDP), 1962–1965 Bundesminister der Justiz. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 892 Anm. 84. Erinnerungen in: ABGEORDNETE 7.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich in dem Bericht fortfahren, den ich Ihnen erstatten möchte.

Die Wahlvorbereitungen für die Bundestagswahl werden von außerordentlich großer Bedeutung sein. Ich habe von unserer Partei den Eindruck, daß sie die Bedeutung dieser Wahl und die Schwierigkeiten, die diese Wahl mit sich bringen wird, noch nicht erfaßt hat. Wir hatten vor kurzer Zeit eine Sitzung des Parteiausschusses, in der nur 50 % der Mitglieder anwesend waren.¹⁷ Dabei handelte es sich um die Frage der Wahl des Bundespräsidenten, also um eine eminent wichtige Frage, und zwar nicht nur vom deutschen, sondern auch vom parteipolitischen Standpunkt aus. Sie werden mit mir übereinstimmen, daß diese geringe Beteiligung erschütternd gewesen ist. Ich war eigentlich noch mehr erschüttet, als ich auf meine Frage, wann wir die nächste Sitzung abhalten sollen, die Antwort bekam, das hätte wohl Zeit bis zum Oktober. Ich habe den Herren gesagt, nach meiner Meinung hätte das nicht Zeit bis zum Oktober, sondern ich würde mit den Mitgliedern des Vorstandes und des Präsidiums darüber sprechen und, wenn irgend etwas eintritt, was von Bedeutung ist, würde ich früher als nach den großen Ferien den Parteiausschuß zusammenrufen. Ich betone nochmals, ich habe den Eindruck, als wenn in weiten Kreisen unserer Partei die Überzeugung noch nicht stark und noch nicht kräftig genug ist, daß es sich bei der Bundestagswahl des Jahres 1965 um einen erbitterten Kampf zwischen der SPD und uns handeln wird.

Meine Freunde! Was sich unsere Partei in der Vergangenheit an Verdiensten erworben hat, das gehört der Vergangenheit und damit der Geschichte an. Es ist nur wenig dazu angetan, bei der Wahl des Jahres 1965 die von uns zu erstrebende Mehrheit zu erreichen, weil erstens die Menschen sehr schnell vergessen, sowohl das Gute, wie das Schlechte, und zweitens die Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre unter Einfluß von Herrn Wehner ein Tarngewand angezogen hat, mit dem sie – das läßt sich nach meinen persönlichen Wahrnehmungen gar nicht bestreiten – auf manche Kreise Eindruck gemacht hat, die früher nie daran gedacht haben, die Sozialdemokratie zu wählen.

Die Situation der Wahl im Jahre 1965 ist also insoweit verschieden von der Situation in den vergangenen Wahljahren. Natürlich können sich bis zum Jahre 1965 auch auf außenpolitischem Gebiet Entwicklungen vollziehen, die einen scharfen Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und uns hervorrufen. Das kann, aber es braucht nicht zu sein. Wir werden deshalb in besonders starkem Maße diesmal die Wahl auf innenpolitische Vorgänge abstellen müssen und auf Haltungen, in denen zwischen der Sozialdemokratie und uns nach wie vor ein großer Gegensatz besteht. Das setzt aber voraus, daß im Bundestag, bis die Wahlkampagne in ihrer vollen Schärfe entbrennen wird, noch eine Reihe von Gesetzesvorlagen in unserem Sinn

17 Am 26. Mai 1964. Protokoll in ACDP VII-001-022/6.

erledigt werden, weil wir sonst nicht genügend Stoff und Material vor den Wählern ausbreiten können.

Daß die internen Vorbereitungen für die Wahl innerhalb unserer Partei sehr intensiv und sehr frühzeitig vorgenommen werden müssen, versteht sich für Sie, die Sie alle Politiker sind, eigentlich von selbst. Dafür wird auch gesorgt werden. Wir werden in einer späteren Sitzung des Vorstandes noch ausführlicher darüber zu sprechen haben.

Jetzt muß sich unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Arbeit des Bundestages konzentrieren. Ich weiß nicht, wieviel Sitzungstage der Bundestag bis zum Wahltermin noch hat. Die Kollegen aus dem Bundestag wissen es vielleicht genauer, aber es sind erschreckend wenige, weil nach den Dispositionen, die der Bundestag für seine Arbeit getroffen hat, sehr wenig Zeit für Plenarsitzungen übrigbleibt. Dazwischen schieben sich noch die Ausschußsitzungen. Bei den Ausschußsitzungen muß nach meiner Meinung mit aller Kraft von uns dafür gesorgt werden, daß viel konzentrierter gearbeitet wird und daß die manchmal endlosen Redereien dort aufhören. Ich möchte Sie deswegen bitten, mich zu bevollmächtigen, mit den leitenden Herren im Bundestag darüber zu sprechen. Unsere Freunde im Bundestag sind sich völlig klar darüber, aber es ist doch gut, wenn auch der Parteivorstand in dieselbe Linie einschwenkt. Ich möchte Sie nochmals bitten, die notwendigen Gesetzesvorlagen im Bundestag zu erledigen, ehe die Wahlkampagne in ihrer ganzen Schärfe beginnt.

Dabei sind wir natürlich in sehr vielen Fällen auf die Stimmen der FDP angewiesen. Wir sind zwar die stärkste Fraktion, aber wir haben keine Mehrheit. Deswegen habe ich Sie eingangs auch gebeten, diese Vorgänge auf dem Parteitag der FDP, über die man sehr wohl hätte sprechen können – ich will nicht sagen, mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zuzudecken –, hintanzustellen und sich damit weiter nicht aufzuhalten.

Über die Wahl in Baden-Württemberg werden uns die Herren von dort gleich referieren. Es war die letzte große Landtagswahl vor der Bundestagswahl.¹⁸ Es folgt nur noch die Wahl im Saargebiet.¹⁹ Die Wahl in Baden-Württemberg hat einen ausgezeichneten Erfolg gehabt. Wir werden gleich darüber zu sprechen haben, inwiefern diese Wahl in Baden-Württemberg uns Fingerzeige gibt für die Bundestagswahl 1965 und inwiefern nicht. Das Wort hat Herr Dr. Scheufelen.

Scheufelen: Das Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg war wesentlich besser, als wir es erwartet hatten. Es war die beste Kommunalwahl überhaupt, die wir bisher hatten. Allerdings hatte das EMNID-Institut durch eine Umfrage im Herbst des Jahres 1963 das Wahlergebnis ziemlich präzise vorausgesagt. Eine Umfrage

18 Am 26. April 1964: CDU 46,2 % (1960: 39,5 %), SPD 37,3 % (35,3 %), FDP/DVP 13,1 % (15,8 %), (BHE 6,6 %). Kurt Georg Kiesinger (CDU) bildete eine Regierung aus CDU und FDP/DVP. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,5 %. FISCHER 1 S. 111–113.

19 Am 27. Juni 1965.

von Allensbach hatte zunächst ein anderes Ergebnis gebracht.²⁰ (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Als dann aber bei dieser Umfrage die bundespolitischen Gesichtspunkte herausgenommen wurden, war das gleiche Ergebnis vorhanden. (*Anhaltende Unruhe.*) Das Ergebnis zeigt einen klaren Vorsprung der CDU mit einem Verlust der FDP und praktisch dem Verschwinden des BHE. (*Starke Unruhe.*) Unsere erste Aufgabe vor der Wahl war der Versuch, den BHE, der in Baden-Württemberg noch recht stark war – er war immer noch mit acht Abgeordneten im Landtag vertreten – möglichst weitgehend zur CDU herüberzuziehen. (*Anhaltend starke Unruhe.*)

Adenauer: Herr Scheufelen, darf ich Sie kurz unterbrechen. Meine Herren vom Fernsehen! Wen wollen Sie eigentlich fotografieren? Fotografieren Sie doch den Redner, aber statt dessen machen Sie die Lampen hinter seinem Rücken an! (*Heiterkeit und Bewegung.*)

Dufhues: Für die Wahl muß man leiden können, Herr Bundeskanzler! Hier wird ein Film gedreht „Zentren der Macht“, der über das gesamte deutsche Fernsehen geht. Machen Sie bitte einen sehr machtbewußten Eindruck, und opfern Sie sich für die CDU! Das ist notwendig, wenn man die Wahl gewinnen will.

Adenauer: Das ist keine Rechtfertigung für eine Entschuldigung. Auch wenn Sie in diesem Film nur Stumme sehen, sollten Sie doch die Redner aufs Korn nehmen. (*Anhaltende Unruhe. – Heiterkeit und Bewegung.*) Meine Herren! Sollen wir darüber abstimmen, ob die Redner fotografiert werden oder nicht! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich bin dafür – ich kann jetzt nichts machen –, daß die Massenmedien einmal eingeschränkt werden! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Scheufelen: Unser nächstes Problem war, die BHE-Wähler weitgehend zu uns herüberzuziehen. Wir durften aber nicht zu früh handeln, um nicht in den Ruf zu kommen, der Leichenfledderer des BHE zu sein. Auf der anderen Seite mußten wir die richtigen Leute bekommen, damit die Wähler auch mitgehen konnten. Nachdem einige BHE-Abgeordnete zur SPD übergetreten waren, haben wir dann auch einige der führenden BHE-Leute, vor allem den Staatssekretär Sepp Schwarz, für uns gewinnen können.

Nun konnten wir als erfreuliches Ergebnis dieser Wahl feststellen, daß ungefähr 80 % der BHE-Wähler CDU gewählt haben. Man kann das in den einzelnen Wahlkreisen genau nachweisen.

Die Sympathien waren an sich auf seiten der CDU, aber das allein genügte noch nicht, denn gerade bei Landtagswahlen haben wir in Baden-Württemberg unter einer

20 Eine EMNID-Umfrage (Motivationspsychologische Studie zur Landtagswahl 1964 in Baden-Württemberg, durchgeführt Oktober/November 1963) hatte folgendes Resultat: CDU 45,3 %, SPD 34,9 %, FDP 13,6 %. IfD-Bericht (Allensbach) Nr. 1108 vom Februar 1964: „Die Stimmung in Baden-Württemberg. Fünfzig Fragen über Politik und Lebensgefühl.“ Demnach erklärten sich im Dezember 1963 für die CDU 38 %, für die SPD 48 %, für die FDP 10 %, für sonstige Parteien 4 % (S. 12). Auswertung einer Repräsentativumfrage in Baden-Württemberg vom November 1963 in ACDP VII-004-131/2.

besonders geringen Wahlbeteiligung gelitten. Wir brauchten also den Wahlkampf nicht so sehr darauf abzustellen, neue Sympathien zu gewinnen, sondern wir mußten stärker das politische Interesse erwecken. Wenn man die Leute zur Wahl bekommen will, muß man also tatsächlich in der letzten Phase das Interesse gewissermaßen hochputschen und darf dann nicht mehr abfallen.

Infolgedessen haben wir unsere Plakatierung im wesentlichen in den letzten drei Wochen durchgeführt. Unsere Anzeigen haben wir konzentriert in den letzten zehn Tagen gemacht. Wir bekamen die Information, daß der Wahlkampf der SPD massiv gegen uns von der Zentrale in Bonn geleitet wurde. Die Leute in Stuttgart durften gar nichts machen. Da wir die Anzeigen so kurz vor der Wahl brachten, war die SPD in der letzten Woche nicht mehr in der Lage, darauf zu antworten. Wir haben also gewartet, bis die SPD nicht mehr antworten konnte. Wir haben den Wahlkampf präzise geführt.

Wir haben nicht allgemeine Wendungen gebraucht, sondern ganz klar gesagt, was wir geleistet haben und was wir leisten wollen. Wir haben vor allem die Personen in den Vordergrund gestellt, mit denen wir arbeiten wollen. Wir haben gesagt: Kiesinger wieder Ministerpräsident! – Das hat uns sicher sehr geholfen.

Der Wahlkampf der SPD dagegen war gespalten. Die ganze Schizophrenie der SPD trat im Wahlkampf in Erscheinung. Sie haben in der ersten Phase Kinder gezeigt, die zur Schule gehen, aber dann haben sie mit scharfen klassenkämpferischen Motiven und Neidkomplexen gearbeitet. Sie haben auch bis zum Schluß nicht gesagt, mit wem sie die Arbeit leisten wollen. Ich bin der Meinung, aufgrund dieser Erfahrungen wird es uns die SPD beim nächsten Bundestagswahlkampf nicht mehr so leicht machen, wie sie es uns in Baden-Württemberg gemacht hat.

Gegen die FDP haben wir im Wahlkampf nicht viel gesagt. Wir wollten die bisherigen FDP-Wähler nicht daran hindern, diesmal die CDU zu wählen. Hervorgehoben werden muß noch, daß die Versammlungen wieder eine ziemlich starke Bedeutung bekommen haben. Die Versammlungen waren sehr stark besucht, insbesondere dort, wo der Bundeskanzler gesprochen hat. Es hat sich aber gezeigt, daß es in den Großstädten schwierig ist, die Leute in die Versammlung zu bekommen. In Stuttgart haben wir z. B. in einer Versammlung 4.000 bis 5.000 Zuhörer gehabt, während im Umkreis von 20 km von Stuttgart in den Städten mit 20.000 Einwohnern die gleiche Anzahl von Leuten die Versammlungen besucht haben. Es ist erfreulich, daß wir in den Industriegebieten, vornehmlich in denen mit evangelischer Bevölkerung, an Stärke gewonnen haben.

Diese Gebiete waren für uns bisher nicht ansprechbar. Auf dieses Gebiet sollten wir bei zukünftigen Wahlkämpfen den Schwerpunkt legen. Hinsichtlich der Auswertung möchte ich die Wahlgebiete in drei Phasen aufteilen. Man kann von den ländlichen Gebieten, den industriellen Zuwachsgebieten und den industriellen Sättigungsgebieten sprechen, wie sie z. B. die Städte Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim darstellen. Es zeigt sich ganz klar, daß wir in den industriellen Zuwachsgebieten gut abgeschnitten haben. Wo große BHE-Reserven waren, hat sowohl die CDU wie

die SPD zugenommen. In den industriellen Sättigungsgebieten, also in Stuttgart, Böblingen, Sindelfingen, Göppingen, Heilbronn, Karlsruhe und Mannheim, hat die SPD zum Teil erheblich abgenommen.

Bei der FDP hat sich, was mich erstaunt hat, eine große Schwäche gezeigt. Ihr Verlust wäre noch größer gewesen, wenn sie nicht einige gute Lokalkandidaten, z. B. den Finanzminister Müller²¹ und die Oberbürgermeister von Heilbronn und Heidenheim herausgestellt hätte.²² Jedenfalls sind die Sympathien für die FDP als Partei viel geringer gewesen, als wir angenommen hatten.

Das gilt sogar für ihre Stammgebiete. Sie hat ihre maßgebenden Leute verloren. Professor Heuss ist gestorben, der Ministerpräsident Maier hat nicht mehr kandidiert. Im Wahlkreis Waiblingen II ist die FDP von 44,6 auf 26,4 % der Stimmen abgesunken, während die CDU gleichzeitig von 15,2 auf 33,2 % angestiegen ist. Wir hätten den Wahlkreis beinahe direkt gewonnen. Wir hatten uns aber auf den Wahlkreis Waiblingen I konzentriert. Bei einer größeren Widmung dieses Wahlkreises hätten wir sehr wahrscheinlich die noch fehlenden Stimmen bekommen.

Jedenfalls hat sich gezeigt, daß es sehr wichtig ist, die Bedeutung der Personen herauszustellen. Die FDP ist durch diesen Vorgang innerlich schwer angeschlagen. Auch Haußmann ist persönlich angeschlagen. Innerhalb der FDP-Fraktion mit 14 Mitgliedern sind acht neu. Ich muß aber zugeben, daß die FDP sich in der vergangenen Legislaturperiode als Koalitionspartner loyal benommen hat.

Adorno: Gestatten Sie mir einige kurze ergänzende Bemerkungen, und zwar zunächst die positiven. Ich meine, daß sich die Tatsache, daß nach der Landtagswahl 1960 die Allparteienregierung nicht fortgesetzt worden ist, für die CDU bei dieser Landtagswahl sehr gut bezahlt hat. Das gilt vor allem hinsichtlich der höheren Wahlbeteiligung, die im Jahre 1960 nur 59 % betragen hat. Zweitens hat sich für die CDU positiv ausgewirkt, daß die SPD es versäumt hat, eine Persönlichkeit herauszustellen, die sie als Ministerpräsident anzubieten hatte. Das Plakat „SPD vorn“ war nichts anderes als ein anonymes Plakat; denn niemand wußte, wer sich hinter diesem Plakat als Ministerpräsident für Baden-Württemberg bereithielt. Außerdem hat auch niemand ihr diesen Slogan „SPD vorn“ abgenommen. Jedenfalls war es psychologisch sehr ungeschickt.

Die Wahlversammlungen sollten vor allem in den ländlichen Gegenden noch mehr intensiviert werden, auch mit der Bundesprominenz. Es hat sich gezeigt – Sie selbst haben die Erfahrung gemacht, auch der Herr Bundeskanzler –, daß die Wahlversamm-

21 Dr. Hermann Müller (1913–1991), 1949–1956 Landrat in Schwäbisch Hall, 1956–1972 MdL Baden-Württemberg (FDP/DVP), 1960–1966 Finanzminister, 1966–1972 Vizepräsident des Landtags, 1967–1971 Vorsitzender der FDP Baden-Württemberg.

22 Paul Meyle (1900–1977), 1948–1967 Oberbürgermeister von Heilbronn (FDP), 1964–1968 MdL Baden-Württemberg. – Dr. Elmar Doch (1910–1971), Jurist; 1946–1954 Oberbürgermeister von Ludwigsburg (FDP), 1957–1969 von Heidenheim.

lungen in den kleineren und mittleren Städten mit einem großen Hinterland wesentlich besser besucht waren als z. B. – relativ gesehen – die Wahlversammlungen in Stuttgart. Ich denke an die Wahlversammlung in Ravensburg mit über 6.000 Menschen in der Oberschwabenhalle und die Wahlversammlung in Friedrichshafen mit über 2.000 Besuchern und mindestens ebenso viel[en] Zuhörer[n] draußen im Freien.²³

Wir sollten also die Wahlversammlungen draußen im Land noch stärker als bisher im Auge behalten. Der Zuwachs von 500.000 Stimmen für die CDU ist nicht nur auf den Zerfall des BHE und den Rückgang der FDP zurückzuführen, sondern auf den wesentlichen Zugang von Stimmen aus den Kreisen der Jung- und Neuwähler. Es ist der CDU gelungen, gerade die Jugendlichen bis zu 25 Jahren anzusprechen.

Interessant ist auch, daß diesmal die Frage der Konfession keine entscheidende Rolle gespielt hat. Wir haben z. B. in evangelischen Wahlkreisen einen wesentlich stärkeren Zuwachs für die CDU erringen können als in den traditionell katholischen Wahlkreisen. Das ist nach meiner Meinung zurückzuführen auf die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und – und das scheint mir noch gravierender zu sein – darauf, daß sich die Kirche mit der CDU nicht mehr so identifiziert, wie das früher der Fall gewesen ist, daß sie also den Wählern, vor allem in den ländlichen Gebieten, nicht mehr klar und eindeutig den Weg zur CDU gewiesen hat.

Eine Frage hat in allen Wahlversammlungen in der Diskussion eine beherrschende Rolle gespielt, nämlich die Steuerfreiheit für Mehrarbeit. Ich will mich dazu nicht äußern, denn ich weiß, wie schwierig die Frage ist. Ich wollte es aber nicht unerwähnt lassen, weil die meisten Diskussionsteilnehmer erklärt haben, sie seien gern bereit, einige Stunden in der Woche mehr zu arbeiten, wenn diese Arbeit nicht besteuert werde.

Adenauer: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Erhard: Ich kann zu diesem Thema nur das bestätigen, was hier gesagt worden ist. Ich weiß nicht, ob ich es in diesem Kreise schon gesagt habe: Wir gehen wirklich einer etwas veränderten Zeit entgegen; denn die Menschen werden, je nach dem, zu welcher Gruppe sie gehören, gewissermaßen [nicht] in eine Partei hineingeboren. Sie lassen sich auch nicht mehr so leicht gängeln, wie das früher der Fall war. Das gilt sowohl für die Sozialdemokratie als auch für unsere sogenannten angestammten Wähler.

Es tritt eine größere Freizügigkeit ein. Der einzelne entscheidet mehr für sich und ist mehr ansprechbar. Ich habe z. B. eine interessante Wahrnehmung in den Betrieben gemacht. In den Betrieben bis zu 5.000 Arbeitern war die Meinung vorherrschend – ich habe auch mit den Betriebsratsvorsitzenden gesprochen –, unsere Arbeiter wollen

23 Wahlkundgebung mit Adenauer am 4. April 1964 in Ravensburg, mit Erhard am 18. April 1964 in Friedrichshafen („Schwäbische Zeitung“ vom 20. April 1964).

mehr arbeiten; sie verlangen Überstunden. Wenn sie keine Überstunden machen dürfen, dann sagen sie: Was ist denn los, wir brauchen das Geld.

Auf der anderen Seite sagen mir die Vorstände, insbesondere bei den Großbetrieben, wie z. B. Daimler-Benz oder Bosch, es ist einfach bei uns nicht möglich, auch nur eine halbe Stunde mehr zu arbeiten, weil die Gewerkschaften die ganze Mannschaft beherrschen und weil sie sich querlegen und auf keinen Fall eine Mehrarbeit haben wollen.

Das ist nicht zuletzt ein Grund dafür, warum wir da gewonnen haben, weil die jungen Arbeiter sich nicht in dieser Weise bevormunden lassen wollen und nicht einfach für Parolen zugänglich sind. Ich halte es für den wesentlichsten Gewinn, daß wir in der Arbeiterschaft ein großes Reservoir ausgeschöpft haben. Wir mögen zwar da und dort etwas verlieren, aber es ist weit durch das überkompensiert, was uns hier noch offen steht. Es ist ein Neuland, das noch erschlossen werden muß.

Zu der Frage der Koalition muß ich sagen, daß in Baden-Württemberg immer eine Koalition mit der FDP verhältnismäßig leicht gewesen ist. Das hat funktioniert. Ich war mit Ihrem Ministerpräsident Kiesinger nach der Wahl darüber einig, man soll nicht den Sieg auskosten und den früheren Koalitionspartner nicht demütigen, sondern man soll etwas großzügig sein. Nicht zuletzt habe ich dabei an die Bundestagswahl des Jahres 1965 gedacht; denn so sehr wir uns alle dafür einsetzen müssen – und ich werde an der Spitze stehen –, so haben wir noch nicht den Garantieschein in der Tasche, daß wir die absolute Mehrheit bekommen werden. Wir brauchen ihn hoffentlich nicht, aber wir müssen mit einem Koalitionspartner rechnen. Daß wir mit der SPD nicht koalieren können, ist indirekt schon zum Ausdruck gekommen, wenn gesagt worden ist: Gerade die Konfrontation mit der SPD hat der CDU Stimmen eingebracht.

Also sollten wir uns das merken. Das ist eine schlechte Demokratie, wenn es keine echte Opposition mehr gibt und alles vermanscht wird und damit in der Bevölkerung der Eindruck entsteht: Jetzt sehen wir überhaupt nicht mehr durch, was oben geschieht. – Dafür gibt es keinen Zweifel.

Wenn ich mir nun den Parteitag der FDP ansehe, muß ich sagen, wenn die so weitermachen, wächst uns ganz automatisch, ohne daß wir etwas dazu beitragen müssen, ein neues Reservoir zu. Darum bin ich der Meinung, wir sollten im Augenblick gerade bei den Irrungen und Wirrungen in der FDP nicht noch draufschlagen, sondern sollten den Prozeß in sich ausreifen lassen. Er wird weiterreifen. Wir sollten also hier wirklich etwas „Gewehr bei Fuß“ stehen und abwarten, was sich für eine Entwicklung vollzieht.

Daß das in der Frage der Bundespräsidentenwahl eine sehr harte Belastungsprobe werden könnte, daß es so weit gehen könnte, daß wirklich das Koalitionsverhältnis angesprochen wird, ist nicht zu übersehen.

Wenn ich einen Wunsch äußern darf, so möchte ich heute nicht über die Außenpolitik sprechen; denn ich stehe mit Außenminister Schröder vor einer Reise in

die Vereinigten Staaten, die in diesem Augenblick besonders wichtig ist²⁴, und wir empfangen am 3. und 4. Juli den französischen Staatspräsidenten.²⁵ Das wird sicher keine Neuorientierung, aber eine weitere Abklärung der Standpunkte wird sich daraus ergeben.

Zur Innenpolitik! Wir haben gestern beim Kollegen Blank die Kommission für die Sozialenquete installiert. Wir haben erste Besprechungen gehabt. Aus diesen ersten Besprechungen, die ganz locker und nicht sehr systematisch waren, ist schon hervorgegangen, welch dringende Notwendigkeit besteht, in den Fragen der Sozialpolitik zu einer besseren Zusammenschau zu kommen. Die bisherige „Atomisierung“ war naturgemäß gegeben aus dem Aufbau der deutschen Volkswirtschaft. Es mußte zunächst Stück für Stück gemacht werden, und es konnte nicht alles organisch und voll aufeinander abgestimmt sein. Aber wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo die Dinge überprüft werden müssen.

Ich habe noch eine weitere Bitte! Sie wissen, wie die Lage in Europa im Augenblick aussieht. Ich möchte jetzt nicht über das Politische sprechen. Die Europäische Union ist notwendig, es kommt nur darauf an, in welcher Form und in welchen regionalen Begrenzungen. Aber hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation ist es geradezu schauderhaft, was sich in Europa abspielt.

Italien befindet sich in einer mehr oder minder offenen Inflation. Abgesehen von der privaten Verschuldung der Banken, wird die italienische Notenbank am Ende dieses Jahres über keine Reserven mehr verfügen. Die Inflation schreitet mit Riesenschritten vorwärts. In zwei Jahren sind die Löhne in Italien um 48 % gestiegen, gegenüber einem sehr geringen Zuwachs an wirtschaftlicher Leistung und an Produktivität. Wie das einzufangen ist, weiß ich offengestanden nicht. Ich sehe auch keine andere Regierungskombination, als sie im Augenblick besteht. Alles andere würde sofort mit der Gefahr einer Revolution verbunden sein. Man muß also sehr pfleglich diese Dinge beobachten. Ich bin sogar der Überzeugung, daß wir in Kürze darauf angesprochen werden, dort zu helfen, aber hoffentlich nicht bilateral, sondern in einem größeren Verband.

In Frankreich ist die Lage auch nicht sehr schön. Auch dort nehmen die sozialen Spannungen zu. Ich weiß nicht, ob Sie gelesen haben, daß bei einer Nachwahl in Longwy²⁶ die Sozialisten und Kommunisten in einer Einheitsliste gesiegt haben. Frankreich arbeitet in weitem Umfang mit Preiskontrollen und Verboten und dergleichen mehr. Aber es geht immer nur eine Zeitlang gut, obwohl ich anerkennen muß – ich habe mit dem französischen Finanzminister persönlich gesprochen²⁷, und es wird sicher ein Thema Anfang Juli sein –, daß Frankreich willens und entschlossen

24 Erhard besuchte vom 9. bis 14. Juni 1964 Kanada und die USA – vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 88–91; AAPD 1964 S. 633–659.

25 Vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 94–106; AAPD 1964 S. 713–787.

26 Französische Stadt im Département Meurthe-et-Moselle.

27 Am 29. April 1964 (Terminkalender Erhard) mit Valéry Giscard d'Estaing (vgl. Nr. 13 Anm. 19).

ist, nun wirtschafts-, währungs- und handelspolitisch die Linie zu verfolgen, die in etwa unseren Vorstellungen entspricht.

Aber es sind nicht nur diese beiden Länder, sondern auch in Holland sind die Dinge etwas entartet. Auch in der Schweiz steigen die Preise sehr schnell. In den ganzen skandinavischen Ländern ist ebenfalls eine neue Bewegung in die Preisentwicklung gekommen. Daraus erwächst uns in Deutschland – ich sage das in aller Bescheidenheit – eine ganz besondere Aufgabe. Wenn bei uns eine ähnliche oder gleiche Entwicklung Platz greift, ist dieses Europa nicht mehr zusammenzuhalten. Dann ist nicht nur die wirtschaftliche Integration gefährdet, sondern dann wird auch die Politische Union immer schwieriger, und das Gewicht Europas in der Welt geht verloren. Wir haben dann nicht mehr den Einfluß, und unsere Stimme ist dann nicht mehr so viel wert, wenn wir für Europa sprechen.

Es ist im Augenblick wirklich so, daß wir eine Insel der Stabilität in Europa darstellen. Es ist nicht nur eine politische Verantwortung im Hinblick auf die Wahlen, weil dann die Preise ein erregendes Gesprächsthema sein können, sondern wir haben jetzt auch eine europäische Verpflichtung. Wenn Europa nicht zurückfindet und wenn wir nicht sozusagen der Hort der Stabilität sind, die den anderen einen Maßstab setzt, dann sehe ich für alle unsere wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen schwarz.

Deshalb bitte ich Sie inständig – ich spreche das in erster Linie aus gegenüber der Fraktion, aber ich möchte auch die Herren Ministerpräsidenten ansprechen –, in Ihren Ländern ein äußerstes Maß an Disziplin und an Zurückhaltung zu üben. Das ist das einzige, um darüber hinwegzukommen.

Wir werden im Herbst 1965 nicht danach gewogen werden, wem wir alles noch ein kleines Trinkgeld in die Tasche gesteckt haben, sondern wir werden einzig und allein danach gemessen, ob es dieser deutschen Regierung in einer Umgebung, die außer Rand und Band geraten ist, gelungen sein wird, die innere Stabilität zu halten und – es ist kaum zuviel gesagt – Europa zu retten. Diese Verantwortung muß uns deutlich vor Augen stehen; dann werden wir auch gegen manche Verführungen gefeit sein.

Wir haben einen Haushalt aufgestellt. Es würde zu weit führen, das hier im einzelnen darzulegen. Ich kann nur aus dieser Schau den ganzen Ernst der Situation betonen. Wenn Europa im Weltgeschehen, sei es im Verhältnis zu unseren amerikanischen Freunden, sei es in der Spannung zwischen Ost und West, mitsprechen und sein Gewicht in die Waagschale werfen will, dann müssen wir Europa erst einmal wieder sammeln auf einer guten Grundlage und Ordnung.

Das glaubte ich, Ihnen sagen zu sollen, weil es meine Sorge von frühmorgens bis abends ausmacht. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Freunde! Ich danke zunächst den Herren Scheufelen und Adorno für ihren Bericht über die Wahl in Baden-Württemberg. Ich möchte etwas sehr nachdrücklich unterstreichen, was von den Herren gesagt worden ist. Wir werden für die Bundestagswahl einen Plan überlegen müssen, wie wir das ganze Land politisch

erfassen können. Es ist nicht mehr wie früher, wo wir in die Großstädte gehen mußten.

Ich war z. B. von einem Vorgang geradezu „erschlagen“. In Ravensburg hatte man eine Versammlung ausgerechnet auf den Samstagnachmittag um 14 Uhr angesetzt. Nun gehört doch der Samstagnachmittag der Hausfrau, so daß man bei den Frauen nur mit einem geringen Besuch rechnen konnte. Und was war der Erfolg? Es war eine Versammlung mit mehr als 6.000 Menschen. Eine Versammlung solchen Ausmaßes an einem Samstagnachmittag widersprach meinen sämtlichen überkommenen Begriffen. Jedenfalls war ich auf das höchste erfreut.

Nun müssen wir überlegen, wie wir bei der Bundestagswahl im Jahre 1965 verfahren sollen. Um den Bericht zu vervollständigen, muß ich Ihnen noch eines sagen. Baden-Württemberg ist in einer sehr guten wirtschaftlichen Situation; denn es hat jetzt schon eine größere wirtschaftliche Produktion als Nordrhein-Westfalen, obwohl in Nordrhein-Westfalen viel mehr Menschen wohnen als in Baden-Württemberg. Ich konnte das auch an den vielen Industriebauten sehen, als ich durch das Land fuhr. In Baden-Württemberg ist vornehmlich die mittlere und die kleinere Industrie vertreten. Das ist ein großer Vorzug insbesondere des schwäbischen Landes. Hinzu kommt noch die große Sparsamkeit der Schwaben. Das ist auch ein großer Vorzug. Die Leute am Rhein sind z. B. nicht so sparsam wie die Schwaben. Die Sparsamkeit in Schwaben geht so weit, daß der bekannte Vers „Schaffe, schaffe, Häusle baue“ folgenden Zusatz bekommen hat: „Hündche schlachte, selber belle!“ (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Nun, weiter kann man es nicht treiben, aber es liegt ein wahrer Kern darin. Wir müssen beim Ergebnis der Wahl in Baden-Württemberg auch das Verdienst des Ministerpräsidenten Kiesinger unterstreichen, der ein großes Ansehen im ganzen Land genießt. Die Wahl von Baden-Württemberg war für uns alle ein großer Erfolg, den man am besten daran ermessen kann, wenn wir uns vorstellen, was gesagt worden wäre, wenn wir diese Wahl verloren hätten.

Ich möchte auch ein Wort zur Frage der Regierungsbildung im Jahre 1965 sagen. Wir müssen natürlich unsere letzte Kraft daran setzen, um die Mehrheit zu bekommen. Ob wir dann, wenn wir die Mehrheit haben, eine Regierung mit der FDP bilden oder nicht, wird sich finden. Die FDP ist in einer Koalition, wo wir die große Mehrheit haben, viel trätabler als in einer Koalition, in der wir auf die FDP-Stimmen absolut angewiesen sind. Der stärkste Mann bei der FDP, soweit ich das als Außenstehender beurteilen kann, ist Herr Weyer. Ich glaube, daß die ganze Entwicklung sehr stark von Herrn Weyer, nicht aber von den leitenden Herren in der Bundestagsfraktion, abhängig sein wird. Jedenfalls werden uns die Herren von der FDP noch viele Sorgen machen, bis wir unser gerüttelt Maß von Früchten dieser Koalition dem Wähler im Jahre 1965 vorzeigen können.

Schmidt: Herr Adorno hat darauf hingewiesen, welch wichtige Rolle die Frage der Steuervergünstigungen für die Mehrarbeit gespielt habe. In dieser Frage steckt tatsächlich viel politischer Zündstoff. Sie ist im Augenblick im Bundestag aktuell.

An sich sollte heute das Plenum über einen FDP-Antrag²⁸ entscheiden, wonach diese Steuervergünstigung für Mehrarbeit abgelehnt werden soll. Die FDP hat sich einstimmig, allerdings bei Nichtanwesenheit von Herrn Imle^{28a}, der der Initiator dieses Antrages ist, gegen eine Steuervergünstigung für Mehrarbeit ausgesprochen. Der Arbeitskreis hat sich gestern auch in meiner Abwesenheit einstimmig dagegen ausgesprochen. Da nun in der Presse verlautbart wurde, der Herr Bundeskanzler habe sich im Zusammenhang mit Konjunkturüberlegungen geäußert, er stehe diesem Gedanken positiv gegenüber, hat Herr Imle beantragt, diese Vorlage noch einmal in den Finanzausschuß zu überweisen.

Wir haben uns gestern in der Fraktion dazu entschieden, diesem Antrag zu entsprechen. Dann werden wir ihn zurückbekommen in den Finanzausschuß. Aber wir können diese Frage nicht mehr so leger weiterbehandeln wie bisher. Die Regierung hat sich bisher durch ihre Vertreter im Arbeitsministerium und im Finanzministerium klipp und klar dagegen ausgesprochen, und zwar mit guten Gründen, nämlich zunächst einmal wegen der Steuergerechtigkeit. Wenn der Arbeitnehmer durch die Mehrarbeit in diese Steuervergünstigung käme, wäre die Arbeit des Selbständigen ungerecht besteuert. Der selbständige Handwerker z. B. muß sehr viel mehr arbeiten als der Arbeitnehmer, aber er wird dafür mit dem progressiven Tarif bestraft; er muß mehr versteuern. Das wird auch im Verhältnis zu den freien Berufen eine höchst kritische Frage. Aber es wird auch eine ständige Tendenz in den Gewerkschaftsverhandlungen davon ausgehen, die Arbeitszeit nach unten zu drücken. Das kann auch nicht in unserem Interesse liegen.

Drittens spricht dagegen, daß die gesetzliche und vertragliche Arbeitszeit sehr unterschiedlich ist. So gibt es Arbeitszeiten von 40, 42 oder 45 Stunden in der Woche. Wo soll hier der Maßstab liegen? Wo soll die Steuervergünstigung für die „Mehrarbeit“ anfangen, und wo hört sie auf? Diese Überlegungen sind doch anzustellen. (*Etzel*: Nach dem Gleichheitsgrundsatz!)

Es ist ein höchst kritisches Problem, aber es wird immer demagogisch hochgespielt, auch aus unseren Kreisen, insbesondere aber von der FDP. Wir haben uns bisher von rechtssystematischen Gleichheits- und Verfassungsgrundsätzen leiten lassen. Nach meiner Auffassung ist es ein überzeugender Grund ... (*Erhard*: Heute arbeiten die Leute auch nicht gleichmäßig!)

Herr Bundeskanzler! Wir überweisen die Vorlage heute in den Finanzausschuß. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie durch eine Richtlinie der Politik klarmachen würden,

28 Antrag der Abgeordneten Dr. Imle, Mertes, Dr. Supf, Opitz und Genossen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1963 (Drs. IV/1161).

28a Dr. Wolfgang Imle (geb. 1909), Geschäftsführer der IHK Flensburg, 1954 Mitglied der FDP, 1957 stv. Landesvorsitzender der FDP Schleswig-Holstein, 1960–1965 und 1967–1969 MdB, 1961–1965 stv. Vorsitzender des Finanzausschusses.

wohin wir damit steuern; denn das hat politische Konsequenzen. Es geht nicht so weiter, daß die Vertreter des Arbeitsministeriums und des Finanzministeriums ihre Überzeugung vortragen, aber die Regierung die Initiative nicht aufnimmt. In den Versammlungen draußen bleibt aber die Sache als politischer Zündstoff hängen.

Adenauer: Ehe ich Herrn Heck das Wort gebe, darf ich einmal als Rebell gegen Sie auftreten. (*Schmidt:* Bitte sehr!) Ja, Sie tun es auch gern, ich manchmal auch. Vieles von dem, was Sie gesagt haben, ist nach meiner Meinung graue Theorie. (*Schmidt:* Darauf kommt es nicht an!) Darauf kommt es sehr an! Sie sagen, daß die Gewerkschaften dann bestrebt sein werden, die Arbeitszeit nach unten zu drücken. (*Etzel:* Das ist klar.) Das tun sie sowieso. Machen Sie sich nichts vor. Aber die öffentliche Meinung ist auch noch eine Kraft. Und wenn die Arbeitnehmer wirklich sagen, wir sind bereit, mehr zu arbeiten, wenn wir dafür keine Steuer zu zahlen brauchen, wirkt das in der öffentlichen Meinung gegen die Arbeitnehmer und gegen die Gewerkschaften. Es wirkt auch bei den Arbeitnehmern gegen die Gewerkschaften.

Nun haben Sie eben von der Steuergleichheit gesprochen. Wo haben wir die denn? Wir haben doch eine ganze Anzahl von Stufen einfach ausfallen lassen, die überhaupt keine Steuer mehr bezahlen. Das verstößt doch auch gegen die Steuergleichheit. Warum sollen die keine Steuer bezahlen? Ich möchte dringend empfehlen, diese Frage sehr ernsthaft zu prüfen. (*Schmidt:* Das ist ja genau das, was ich gesagt habe. Deshalb soll die Regierung hier die Führung übernehmen; denn bis jetzt war das nicht klar!)

Heck: Ich wollte etwas zu den Wahlen von Baden-Württemberg sagen. Vielleicht ist Ihnen auch schon aufgefallen, daß speziell in einem Landesteil, nämlich in Württemberg-Hohenzollern, immer anders gewählt wird als im Bundesgebiet. Württemberg-Hohenzollern hat 1949 so gewählt wie das Bundesgebiet im Jahre 1953. 1953 hat Württemberg-Hohenzollern so gewählt wie das Bundesgebiet 1957. 1957 hat die CDU in sämtlichen Wahlkreisen der Bundesrepublik zugenommen, aber in sämtlichen Wahlkreisen von Württemberg-Hohenzollern hat sie abgenommen. Es geht so weiter bis auf den heutigen Tag. Deshalb empfehle ich, sich das Wahlergebnis von Baden-Württemberg für die Vorbereitung der nächsten Wahl sorgfältig anzusehen. Es ist schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß im großen und ganzen im katholischen Bereich die Entwicklung anders gelaufen ist als im evangelischen Bereich. Aber sie ist im katholischen Bereich nicht einhellig.

Nun habe ich das in meinem Wahlkreis genau untersucht. Ich glaube nicht, daß diese retardierende Tendenz, die sich darin ausgewirkt hat, daß wir verloren und die Sozialdemokraten gewonnen haben, allein zu erklären ist mit der These des 19. Jahrhunderts, daß der Liberalismus auf das Land wandere, sondern ich habe den Eindruck, daß die Bindungen der katholischen Kernwählerschaft der CDU erheblich lockerer geworden sind. Das wirkt sich natürlich in den labileren katholischen Bereichen in einer solchen Weise aus.

Wir sollten sorgfältig prüfen, welches hier die Ursachen sind. Das ist nicht nur der Besuch von Herrn Erler in Rom²⁹, sondern hier müssen wir untersuchen, was hat bei uns in der CDU zu dieser Situation beigetragen. Wenn Wahlen gewonnen werden, pflegt man im allgemeinen keine kritischen Worte zu sagen. Dann ist alles eitel Sonnenschein. Wenn sie aber verloren worden sind, dann haben sie ohnedies immer die Organisatoren verloren, nie die Politiker. Das ist eine alte Sache.

Ich möchte aus meinen Erfahrungen sagen, daß die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Wahl in unserem Land sehr verschieden zu bewerten war. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Organisation vorzüglich klappte in Südbaden, daß sie noch ordentlich klappte in Nordbaden, aber in Nordwürttemberg und in Südwürttemberg gibt es – ich möchte nicht sagen, generell – noch große Flächen, wo die CDU organisatorisch sozusagen auf der Nase liegt. Das sollten wir auch bei diesem Wahlerfolg nicht vergessen. Das gilt nicht nur für die CDU in Baden-Württemberg, sondern wir könnten auch in den anderen Landesteilen, z. B. in Niedersachsen, noch manches nachholen.

Noch ein Letztes möchte ich unterstreichen. Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß die Persönlichkeiten bei der Wahl eine immer größere Rolle spielen. Die politische Entscheidung wird also personifiziert. Das gilt nicht nur für die obersten Repräsentanten, sondern es spielt auch heute schon eine Rolle, wer Kreisvorsitzender oder wer Gemeinderat ist.

Die SPD ist mit systematischer Arbeit dabei, auch auf der Ebene der Kommunen und der Kreise attraktive Leute nach vorn zu schieben, (*Zuruf*: Siehe Frankfurt!³⁰) während wir allzusehr die Gefangenen und Gebundenen von Meinungen einer nicht sonderlich aktiven und nicht sonderlich aufgeschlossenen Mitgliedschaft sind.

Gurk: Wir haben der Parteileitung eine Denkschrift zugeleitet, in der wir unsere Erfahrungen zusammengestellt haben³¹, wonach wir einige Hoffnungen für den Bundeswahlkampf schöpfen. Wir dürfen nicht auf dem letzten Wahlergebnis ausruhen, sondern es bedarf weiterhin einer großen Kraftanstrengung, um den Bundeswahlkampf erfolgreich zu bestehen. Ich würde also bitten, unsere Denkschrift in der Hinsicht zu beachten. (*Dufhues*: Sie ist heute gekommen.) Sicher ist, daß die Person eine große Rolle spielt. Das Plakat – entschuldigen Sie, wenn ich mich einfach ausdrücke – „Erhard und Kiesinger“ war tatsächlich mitbestimmend für die großen Versammlungen. Ich möchte hier das unterstreichen, was Herr Heck gesagt hat. Wir müssen hier von langer Hand her die Vorbereitungen treffen, auch hinsichtlich der Kandidaten. Das alte Prinzip, die Konfession und den Berufsstand usw. hervorzuheben, schlägt nicht

29 Vgl. Nr. 9 Anm. 31.

30 Dr. Willi Brundert (1912–1970), 1930 SPD, 1948 Professor in Halle, Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt, 1958 Leiter der Landesfinanzschule in Rotenburg/Fulda, 1963–1964 Staatssekretär in der hessischen Staatskanzlei, 1964–1970 Oberbürgermeister von Frankfurt/M.

31 Analysen der LTW 1964 in Württemberg-Hohenzollern, Nordbaden und Südbaden in ACDP III-009-035.

mehr durch gegen die Persönlichkeit des Kandidaten. Das möchte ich nachdrücklich unterstreichen.

Ich hätte den Wunsch, wenn es geht – ich werde mich daran beteiligen –, diese ständigen Auslassungen von Prälaten³², die absolut unzutreffend sind, in freundlicher Weise etwas zu korrigieren. Es handelt sich um die ständig durch die Presse gehenden Aussagen über einen Wandel bei der SPD. Auch in diesen Tagen ist wieder etwas gekommen. Diese Aussagen sind im Grunde genommen gar nicht zutreffend. Sie könnten auf ihren Wahrheitsgehalt erst dann richtig geprüft werden, wenn einmal – was wir verhindern wollen – die CDU am Boden läge. Dann erst würde sich zeigen, daß dieser Wandel der SPD nicht richtig ist. Man soll sich also bemühen, diese Aussagen zu korrigieren; denn sie wirken sicher störend, insbesondere beim jüngeren Klerus. Ich will hier keine großen Ausführungen darüber machen, denn es genügt in diesem Kreise, wenn ich auf die Ihnen bekannte Tatsache hinweise.

Gradl: Ich möchte zunächst ein Wort aus meinen Erfahrungen zum Wahlkampf in Baden-Württemberg sagen. Ich habe in vielen Diskussionen dort bestätigt gefunden, daß die Menschen besonders berührt sind, wenn man ihnen klarmacht: Es geht bei der Auseinandersetzung um die Wirtschafts-, Sozial-, Innen- und Außenpolitik darum, die Stabilität zu sichern. Es ist genau das, was Sie, Herr Bundeskanzler, festgestellt haben. Ich meine, daß das einer der entscheidenden Gesichtspunkte ist. Die Leute wissen alle – jetzt gebrauche ich ein modernes Wort –, zumindest unterschwellig, auch wenn sie nach außen unzufrieden erscheinen, daß sie viel erreicht haben. Die Leute sind auch nicht so abgeschlossen von der Umwelt und vom Ausland, daß sie nicht sehen, was draußen los ist an Unfrieden, Streiks und Unruhen. Wenn man ihnen also deutlich macht, daß eine große Gefahr dadurch vorhanden ist, daß man gegenüber allen Wünschen und Ansprüchen zu nachgiebig ist, dann werden sie nachdenklich, und man gewinnt sie. Das wird ein Schwerpunkt für das Wahlprogramm sein müssen.

Die Sozialdemokraten hatten in Sindelfingen eine besondere Veranstaltung für Flüchtlinge und Vertriebene abgehalten. Sie erinnern sich sicher; denn in einer Vorstandssitzung haben wir darüber gesprochen.^{32a} Es war eine Veranstaltung mit einem sehr großen Aufwand. Alle Spitzenredner der SPD waren anwesend. Es war ein sogenannter Flüchtlingskongreß, wobei vor allen Dingen die sozialen Probleme und Sorgen der Flüchtlinge behandelt wurden.

Nun hat man mir gesagt, daß das Ergebnis im Wahlkreis Böblingen für die Sozialdemokraten noch ungünstiger als sonst im Durchschnitt war. Man hat daraus den Schluß gezogen, daß man diese Dinge nicht ernst zu nehmen brauche. Davor möchte

32 U. a. Dr. Karl Forster und Bernhard Hanssler. Seit Ende des Jahres 1963 war es zu verstärkten Kontakten zwischen der katholischen Kirche und der SPD gekommen, die ihren Höhepunkt in der Audienz einer SPD-Delegation bei Papst Paul VI. am 4. März 1964 fanden (vgl. Nr. 9 Anm. 31). „Münchner Merkur“ vom 4. Mai 1964 „Hundhammer: Wendung in der SPD“; GAULY S. 228–233; SPOTTS S. 293–296.

32a Vgl. Nr. 14 Anm. 74.

ich warnen; denn die Wirkung dieser Veranstaltungen macht sich vor allem bemerkbar in den Kreisen und Verbänden. Dort wird es erst jetzt multipliziert, und dann wird uns das Ergebnis im nächsten halben Jahr von den Verbänden präsentiert werden. Deshalb werden wir die Entwicklung, auch über das Denken und die Stimmung in den Flüchtlingskreisen, beobachten müssen.

Was ich jetzt sage, gehört nicht zu meinem engeren Arbeitsfeld, aber ich fühle mich hier engagiert. Auch ich habe in den Versammlungen mehrfach die Frage der steuerlichen Vergünstigung bei Mehrarbeit gestellt bekommen. Das ist an verschiedenen Orten geschehen, so daß ich das Gefühl habe, irgendwer hat systematisch diese Frage von unten her virulent gemacht. Ich will nicht sagen, was ich darauf geantwortet habe, aber ich will meine Meinung sagen. Für mich gibt es eine Grenze in diesen Dingen, die man aus der Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit nicht überschreiten darf. Ich halte es – nehmen Sie es mir nicht übel – für eine Sünde an der Gemeinschaft, wenn man jemanden von seiner Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft freistellt, weil man im Augenblick seine Arbeitsleistung braucht. Es ist mir in den Versammlungen als Begründung gesagt worden: Die jungen Leute sind nicht bereit, hier eine Mehrarbeit zu leisten, weil sie sagen, was wir an höherem Überstundensatz verdienen, nimmt uns die Steuer wieder weg. – Darauf kann ich nur sagen, hier liegt ein wesentlicher Punkt, an dem wir bisher nicht genug getan haben, um den wir uns aber in Zukunft viel mehr kümmern müssen. Was sich hier gezeigt hat, ist ein erschütternder Mangel an Gemeinschaftsgefühl in der heranwachsenden Jugend, sofern die Behauptungen, die da aufgestellt wurden, richtig sind. Man kann hier aus den Gründen, die auch Herr Dr. Schmidt hervorgehoben hat, nicht nachgeben.

Ich habe nun eine Frage, auf die ich selber noch keine Antwort habe, aber ich würde bitten, daß der Generalstab unserer Wahlvorbereitungen diese Frage einmal sehr ernst überlegt. Es spricht etwas dafür, daß man in diesen Wahlkampf mit einer sehr zuversichtlichen und optimistischen Parole hineingeht. Eine solche Parole ist die Forderung „Gebt uns die Mehrheit!“ Das kann man sehr schön begründen aufgrund des Durcheinanders der letzten vier Jahre und aus den Erpressungen, denen wir ausgesetzt waren und sind.

Nun frage ich mich aber auf der anderen Seite, wenn wir das zu lauttönend sagen, ob die Wirkungen nicht entgegengesetzt sein werden; denn ich bin nicht sicher, ob unser Volk bereits wieder so weit ist, daß es sich mit dem Gedanken gern vertraut macht, daß eine Partei die absolute Mehrheit hat, und ich frage mich, ob nicht die schwebenden Schichten bei der Wahl erst recht dazu gebracht werden, jene Partei zu wählen, die gern das Zünglein an der Waage sein möchte.

Jedenfalls ist das ein Problem, das schwierig zu entscheiden ist. Ich habe keine Antwort darauf, neige aber eher zu der letztgenannten Richtung. Deshalb würde ich unsere Freunde, die den Generalstab bilden, doch darum bitten, diese Dinge ernsthaft zu überlegen.

Lücke: Zu dieser Frage darf ich eine Bemerkung machen, die sich etwas von dem distanziert, was Herr Gradl gesagt hat. Gestern waren in Bruchsal die Landräte

und Bürgermeister aller Parteien bei mir. Dort kam vor allem die Sorge wegen der Übersättigung des Baumarktes zum Ausdruck. Ein Bauunternehmer sagte, ein Arbeiter habe ihm auf seine Frage, ob er nicht ein paar Stunden mehr arbeiten wolle, erklärt, das täte er gern, aber damit käme er in eine neue Steuerstufe hinein, so daß es für ihn sinnlos sei, mehr zu arbeiten.

Das ist die Sache, die der Kollege Schmidt angesprochen hat. Wir müssen hier die Progression ändern. Auf dem Baumarkt arbeiten die Leute zum Teil schwarz. Da ist dieses Thema ohnehin gelöst. Es geht jetzt darum, uns mit der Progression zu beschäftigen.

Auch ich habe in Baden-Württemberg und anderswo erlebt, daß die Organisation unserer Wahlkämpfe nur zum Teil funktioniert; anders ausgedrückt, der Einsatz der Redner war nicht rationell. Wir stehen vor fünf Kommunalwahlkämpfen, worüber heute morgen noch kein Wort gesagt worden ist. Die Kommunalwahlen sind im Herbst in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland.³³ Diese Kommunalwahlkämpfe werden sehr hart und bitter von den Sozialdemokraten geführt werden.

Aufgrund meiner Erfahrungen möchte ich sagen, es muß eine Stelle geschaffen werden, die den Einsatz der Wahlredner rationeller als bisher organisiert. Was ich auf dem Gebiete in Baden-Württemberg erlebt habe, ist m. E. unerträglich. Dort hat man mir ein Vierstundenprogramm mit irrsinnigen Fahrten serviert. Mittags begann dieses Programm mit einer Konferenz der Landräte und Bürgermeister, und es endete erst spät in der Nacht, dazwischen lag eine Riesenfahrt. Mit einer besseren Organisation bei den Rednern wäre hier vieles zu erreichen.

Ich schlage vor, Herr Dufhues, daß der Einsatz der Bundesminister, der Bundestagsabgeordneten und aller sonstigen Redner bei den fünf Kommunalwahlkämpfen sorgfältig aufeinander abgestimmt wird. Wir müssen auch genau wissen, was wir sagen. Die CDU müßte einige zündende Parolen haben, die in den fünf Ländern miteinander abgestimmt werden. Mir liegt daran, daß bei der Bundespartei eine Stelle geschaffen oder die vorhandene ausgebaut wird, damit der überregionale Einsatz der Redner aufeinander abgestimmt wird.

Jetzt ist es so, daß der einzelne Abgeordnete angesprochen wird oder ein Minister von seinem Kollegen im Bundestag. Dadurch stimmt oft der Rednereinsatz von der Zentrale her nicht überein mit den Absichten auf der Landesebene. Das Ganze ist also weitgehend ein organisatorisches Problem. Bei der großen Fülle von Anforderungen an die Minister und die Abgeordneten muß hier unbedingt eine Koordinierung stattfinden.

Adenauer: Über die Kommunalwahlen hatte ich zum Schluß sprechen wollen. Ich möchte Ihnen aber von vornherein sagen, Herr Lücke, daß ich in vielem anderer Ansicht bin wie Sie. Sie können unmöglich die Kommunalwahlkämpfe zentral führen.

³³ Vgl. Nr. 14 Anm. 25.

Was soll denn die arme Bundesgeschäftsstelle schließlich noch machen? (*Lücke*: Den Einsatz der Bundesredner!) Die haben doch alle Hände voll zu tun mit der Vorbereitung für die Bundestagswahl. Das ist ihre Hauptaufgabe. In Nordrhein-Westfalen hat das jetzt der neue Landesvorsitzende, Herr Grundmann, in die Hand genommen. Ich schicke alle Briefe, die ich in Bonn bekomme, an Herrn Grundmann. Der soll sich damit beschäftigen. Ich meine, das kann man schlecht zentral machen, wie ich überhaupt der Auffassung bin, daß man die Kommunalwahlen nur in einem gewissen Umfang zentral führen kann.

Stoltenberg: Wir haben bis zum Beginn des Bundestagswahlkampfes nur noch wenige Monate Zeit. Die Öffentlichkeit erwartet eines von uns, nämlich Geschlossenheit. Die Diskussion über die Einigkeit ist in den letzten Wochen vor allem unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik geführt worden. Es herrscht Einmütigkeit in unserem Kreise darüber, daß man über die Außenpolitik möglichst hinter geschlossenen Türen spricht.

Nun tritt für uns die Problematik stärker in den Vordergrund, wieweit wir die wenigen Termine, die wir noch bis zur Bundestagswahl haben, für die Gesetzgebung so ausnutzen können, daß wir auch im Einklang mit den Ländern handeln. Die Bundestagsfraktion ist z.Z. dabei, in Sitzungen des Vorstandes und der Arbeitskreise sich mit der Bundesregierung abzustimmen, um hier eine gewisse Klärung darüber herbeizuführen, was noch an Gesetzen verabschiedet werden kann. Ich meine, diese Klärung sollte bis zur Sommerpause herbeigeführt werden. Das ist unbedingt notwendig, wenn wir überhaupt noch einige große Gesetze verabschieden wollen.

Es scheint auch notwendig zu sein – das ist eine Aufgabe für die Bundespartei –, daß wir bis zum Herbst auch mit den Vertretern der Länder darüber sprechen, damit nicht einige dieser Gesetze aus den bekannten Schwierigkeiten zwischen Bundestag und Bundesrat zum Scheitern gebracht werden. Ich würde vorschlagen, die Bundespartei möge dafür sorgen, daß rechtzeitig die verantwortlichen Herren der von der CDU regierten Bundesländer in diese Gespräche eingeschaltet werden, damit das Gesetzgebungsprogramm nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von den Ländern in der gebotenen Schnelligkeit im Bundesrat verwirklicht werden kann.

Wir haben wahrscheinlich heute die letzte Vorstandssitzung vor den Sommerferien. Es wäre deshalb interessant, einmal zu hören, wie weit in der zeitlichen Planung die Arbeiten an einem Aktionsprogramm der CDU gediehen sind. Der Herr Bundesvorsitzende hat mit Recht gesagt, daß man die Leistungen der Vergangenheit nicht mehr stark honorieren wird. Wir werden also den Bundestagswahlkampf mit Persönlichkeiten führen müssen. Das hat sich bewährt, und darin liegt unsere Chance. Aber wir wissen auch, daß vor allem die qualifizierte Wählerschaft von uns in einer etwas genaueren Form als bisher eine programmatische Aussage verlangt, insbesondere zu den großen Fragen der Innenpolitik. Ich verweise hierbei auf die bildungspolitische Diskussion.

Wer gestern abend das Gespräch in der „Wessel-Runde“³⁴ gesehen und gehört hat, könnte nicht besonders optimistisch sein hinsichtlich der Unklarheit, die hier noch besteht. Hinsichtlich der Forderungen herrscht eine große Unklarheit zwischen Bund und Ländern. Das gilt aber nicht nur für diesen Sektor, sondern auch für den Bereich, den Herr Minister Lücke zu verantworten hat, nämlich die Raumordnung usw. Das gilt auch für den Verkehr. Alle diese Dinge werden in unserer Wohlstandsgesellschaft stärker als bisher im Wahlkampf zur Sprache kommen.

Ich halte es für notwendig, daß wir etwas ausführlicher und genauer und interessanter, als in den meist sehr kurzfristig erarbeiteten programmatischen Erklärungen früherer Wahljahre zu diesen Dingen Stellung nehmen. Es wird ein großes Maß an technischer und politischer Arbeit notwendig sein. Ich wäre dankbar, wenn ich von Ihnen, Herr Dr. Adenauer, oder von Herrn Dufhues hören könnte, wie diese Arbeit bis zum kommenden Winter oder zum nächsten Frühjahr durchgeführt werden soll. Das ist für die Vorbereitung des Wahlkampfes entscheidend. Dazu gehören natürlich auch die wichtigen Fragen der Organisation, der Werbung usw.

Etzel: Ich möchte noch ein Wort zur Besteuerung der Mehrarbeit sagen. Ich bin der Meinung, daß es sich hierbei um eine doppelte Frage handelt: 1. Soll die Mehrarbeit überhaupt nicht versteuert werden, oder 2. soll Mehrarbeit in eine stärkere Progression kommen?

Was die erste Frage angeht, so stelle ich mich hundertprozentig auf den Boden des Kollegen Dr. Schmidt. Ich bin auch Herrn Kollegen Gradl dankbar, daß er den Gedanken aufgebracht hat: Es ist eine Sünde am Gemeinschaftsgedanken, wenn die Mehrarbeit selbst freigestellt wird. Das widerspricht unserem ganzen Denken und geht auch nicht.

Bei der zweiten Frage wird die Mehrarbeit durch mehr Steuer sicherlich vergrößert. Nun haben wir in der Steuerreform des Jahres 1959³⁵ einen Weg versucht, der – ich bin nicht ganz sicher, was das kostet – relativ einfach ist, indem man nämlich die Besteuerung in sogenannte proportionale Stufen einteilt. Damals gab es eine Stufe von DM 8.000,- bis DM 16.000,-, dann ging man proportional aufwärts. Durch die in der Zwischenzeit eingetretenen Lohnerhöhungen reicht die Stufe von DM 8.000,- bis DM 16.000,- nicht mehr aus; denn ein großer Teil der Arbeiter fällt nicht mehr darunter. Und deshalb müßte man heute für diese Stufe vielleicht DM 12.000,- bis DM 24.000,- vorsehen. Das kostet natürlich eine Menge Geld. Ich würde auch darum

34 Die von Kurt Wessel moderierte politische Fernsehdiskussion „Unter uns gesagt“ wurde seit 1959 14tägig in der ARD ausgestrahlt. – Kurt Wessel (1908–1976), Journalist; 1956 stv. Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, 1961 des „Münchner Merkur“ und 1963–1973 Chefredakteur.

35 Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958 (BGBl I S. 473). Vgl. Haushaltsreden Franz Etzel 1957 bis 1961. Dokumente – Hintergründe – Erläuterungen. Hg. vom Bundesministerium der Finanzen (Schriftenreihe zur Finanzgeschichte Bd. 3). Bonn 1994 S. 35 f.

bitten, die vom Kollegen Schmidt erbetenen Richtlinien der Politik hier auszusprechen und diesen Fall zu untersuchen.

Scheufelen: Herr Minister Lücke! Sie haben über den Einsatz der Redner gesprochen. Bei uns war vorgesehen, die Redner zentral einzusetzen. Das ist aber daran gescheitert, daß die Redner von sich aus zwar Zusagen gemacht, sie aber dann nicht eingehalten haben. Wir haben erstmalig bei dieser Landtagswahl eine Hilfe von der Bundespartei gehabt. Das nützt aber auch nichts, solange es mit einem wirtschaftlichen Einsatz der Redner nicht klappt. (*Lücke:* Das sollten wir eben nicht weiter fortsetzen, sondern zu einem zentralen Rednereinsatz kommen. Sonst ist es nicht zu schaffen.) Das hängt aber von den einzelnen Leuten selber ab. Die müssen sich nämlich an ihre Zusagen halten. Die Vereinbarungen müssen mit der Bundesgeschäftsstelle getroffen werden. Nur dann geht es.

Adenauer: Herr Lücke! Seien Sie doch so vernünftig und denken Sie auch daran, daß die Herren im Bundestag arbeiten müssen. Dort haben sie im Plenum und in den Ausschüssen bis zur Wahl wirklich alle Hände voll zu tun. Ich halte es für ausgeschlossen, daß Sie jetzt auch noch die Bundestagsabgeordneten in die Kommunalwahlkämpfe über das ganze Land schicken. Die gehen doch vor die Hunde; jedenfalls werden sie beim Bundestagswahlkampf erledigt sein.

Dufhues: Es wäre viel zu dem zu sagen, was bisher an Diskussionsbeiträgen laut geworden ist. Ich darf kurz darauf eingehen; zunächst zum Rednereinsatz! Ich hoffe, daß der zentrale Rednereinsatz erstmalig und konsequent im Bundestagswahlkampf 1965 erreicht wird. Was gesagt worden ist, ist völlig richtig, aber solange die Bundesredner nicht bereit sind, sich einzuordnen den Planungen und Überlegungen, die von der Bundesgeschäftsstelle in Abstimmung mit den Landesverbänden vorbereitet werden, ist es nicht zu erreichen, insbesondere dann nicht, wenn jeder Redner glaubt, persönliche Wünsche zu befriedigen oder dem Wunsch von Fachgruppen Rechnung zu tragen.

Ich bin Ihnen für die vielfältigen Anregungen dankbar. Es würde zu weit führen, Ihnen jetzt einen Vortrag über die strukturellen und aktuellen Probleme zu halten, die die Meinung und das Verhalten der Wähler während der Gegenwart und voraussichtlich in den kommenden Jahren beeinflussen. Vieles von dem, was Sie gesagt haben, ist richtig. Vieles geht aber einfach an der Wirklichkeit vorbei; denn es muß das Verhalten der Jugend, die das Jahr 1948 nicht erlebt hat und die auch nicht honoriert, was in den letzten Jahren geschehen ist, gesondert gesehen werden. Es muß auch das Verhalten der Frauen, insbesondere der berufstätigen Frauen, bei der Wahl berücksichtigt werden. Es muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß der Anteil der Frauen bei den Wahlen zunehmend zurückgeht, und zwar zu Lasten der CDU, weil unser Anteil an Frauenstimmen immer größer war als der der Männerstimmen.

Es wird weiter das Verhalten der landwirtschaftlich orientierten Bevölkerung bei der Wahl zu berücksichtigen sein. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat in den letzten zehn Jahren einen Abzug von 1,5 Millionen Menschen gehabt, die in die

Industrie und in das Gewerbe abgewandert sind und nun ganz anderen Einflüssen unterliegen als denen, die bisher für sie bestimmend waren.

Sie gehen in Ihren Diskussionsbeiträgen von der Tatsache aus, daß die CDU in der Bevölkerung immer noch als ein Faktor der Stabilität gilt, vor allem im Blick auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Eine Meinungsumfrage hat ergeben, daß 48 % der Bevölkerung meinen, daß eine Preisstabilität besser bei einer SPD-Regierung gegeben sei, und 38 % meinen, sie sei besser bei der CDU gewahrt.³⁶ Ich erwähne Ihnen dieses als Beispiel, um darzustellen, welche strukturellen und aktuellen Probleme hier eine Rolle spielen.

Ich will noch einen Tatbestand mit aller Deutlichkeit sagen. Die Bevölkerung und unsere Wähler lassen sich nicht dadurch von der Stimmabgabe für die CDU abbringen, daß z. B. außenpolitische Probleme innerhalb der CDU im einzelnen diskutiert werden.

Unsere Wähler glauben uns nicht, daß es hierbei um Sachprobleme geht. Sie glauben uns nicht, daß hier der ernsthafte Wille zur Überprüfung des Standpunktes gegeben ist; denn auch durch die Schlagzeilen der der CDU nahestehenden Presse entsteht der Eindruck, hier werden Sachprobleme und Sachdiskussionen in den Vordergrund gestellt, in Wahrheit geht es aber um personelle Machtkämpfe innerhalb der CDU. (Schröder: So töricht ist der Wähler gar nicht, wie Sie ihn hinstellen!) Ich versuche nur, den Tatbestand darzulegen, wie er wirklich ist. Ich bin der Meinung, daß wir nicht weit auseinander sind, Herr Schröder. Inzwischen haben mehrere Besprechungen mit den Vorsitzenden unserer Vereinigungen stattgefunden.

Ich muß gestehen, daß die Beiträge, die wir von den Frauen, von der Jungen Union, den Sozialausschüssen, der Mittelstandsvereinigung und der Kommunalpolitischen Vereinigung erhalten haben, den Bereich dessen, was wir bearbeitet haben, wesentlich verstärkt haben. Eine Auswertung der beiden ersten Konferenzen wird erarbeitet.³⁷ Wir werden mit den Vorsitzenden in absehbarer Zeit wieder zusammenkommen, um in diesen Bereichen die Klarheit herbeizuführen, die notwendig ist. Es wird dringend notwendig sein, daß dabei die Fraktion und die Bundesregierung sich bald zusammensetzen, um hier zu einer Abstimmung zu kommen, damit wir zu klaren programmatischen Erklärungen kommen.

Ein Teil der Ergebnisse dieser Arbeit wird Gegenstand einiger Kongresse im Herbst dieses Jahres und Frühjahr nächsten Jahres sein. Zuerst wird ein Kommunalpolitischer Kongreß vom 18. bis 20. Juni in Mainz durchgeführt.³⁸ Es folgen

36 Bei EMNID und Allensbach nicht zu verifizieren.

37 Am 21. April und am 6. Mai 1964. Unterlagen in ACDP VII-004-049/5.

38 KPV (Hg.): Die Zukunft gestalten! Bürger und Gemeinde im modernen Staat. Der Kommunal-Kongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 18. und 19. Juni 1964 im Kurfürstlichen Schloß zu Mainz. Ansprachen, Vorträge und Ergebnisse der sechs Arbeitskreise. Recklinghausen 1964.

dann: Familienpolitischer Kongreß in Berlin³⁹, Mittelstandskongreß in Bremen⁴⁰, Verteidigungspolitischer Kongreß in Frankfurt⁴¹, Kulturpolitischer Kongreß in Hamburg⁴², Tagung der Jungen Union in Koblenz⁴³, Kongreß der berufstätigen Frauen in Bochum⁴⁴, Betriebsrätekonferenz in Saarbrücken⁴⁵.

Es wird eine Wirtschaftstagung stattfinden, die sorgfältig vorbereitet wird vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß mit dem Wirtschaftsrat der CDU.⁴⁶ Im nächsten Frühjahr – nach meiner Vorstellung etwa Ende März – findet dann der Bundesparteitag statt. Entscheidend ist dabei, daß in einer überzeugenden Sprache, und zwar beschränkt auf wesentliche Fragen der Politik, unsere Wahlziele für 1965 formuliert werden. Das alles bedarf einer sorgfältigen Vorbereitung.

Kraske: Eine kurze Bemerkung zu der Äußerung von Herrn Gradl hinsichtlich der absoluten Mehrheit! Es ist in der Tat so, daß die breite Masse nicht immer logisch denkt und argumentiert. Es gibt Umfragen, nach denen auch CDU-Wähler der Meinung sind, es sei besser, daß keine Partei eine absolute Mehrheit hätte. Trotzdem werden wir im Wahlkampf von unserem Ziel, die Mehrheit zu erreichen, sprechen müssen. Ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn wir uns in diesem Kreis auf eine Sprachregelung einigen könnten, nämlich nie in der Öffentlichkeit den Begriff der absoluten Mehrheit zu benutzen.

Man sollte sprechen von einer regierungsfähigen, einer überzeugenden, einer ausreichenden oder einer sicheren Mehrheit. Der Begriff „absolut“ erinnert an den Absolutismus und an absolute Gewalt und gibt der FDP große Möglichkeiten zu einer Argumentation in der Öffentlichkeit. Ich wäre also dankbar, wenn sich alle daran hielten, den Begriff „absolute Mehrheit“ nicht in der Öffentlichkeit zu benutzen. (*Dufhues:* Regierungsfähige Mehrheit, klare Mehrheit!)

Adenauer: Ich würde niemals sagen: Ausreichende Mehrheit! Das ist ganz falsch. (*Dufhues:* Gute Mehrheit!) Ich würde auch nicht sagen, gute Mehrheit, sondern sichere Mehrheit. (*Dufhues:* Einverstanden!) Wenn wir uns darauf einigen, dann dürfen Sie aber nicht glauben, daß die Wahl vom Absolutismus kommt. (*Heiterkeit.*)

39 Der für Oktober 1964 geplante Familienpolitische Kongreß in Berlin wurde nicht durchgeführt (Brief Heck an Diebäcker in ACDP VII-004-131/2).

40 Mittelstandstag der CDU/CSU am 1. und 2. Oktober 1964 in Bremen. Berichte in UiD Nr. 41 vom 8. Oktober 1964 und DUD vom 2. Oktober 1964; Material in ACDP-PRESSEDO-KUMENTATION.

41 CDU (Hg.): Frieden und Freiheit. Verteidigungspolitischer Kongreß der CDU vom 9. und 10. Oktober 1964 in Kassel. Bonn 1965.

42 Vgl. Nr. 13 Anm. 79.

43 Junge Union Deutschlands (Hg.): Jugendkongreß der Jungen Union Deutschlands vom 20. bis 22. November 1964 in Koblenz. Referate und Ergebnisse. Bonn 1965.

44 CDU (Hg.): Frau und Arbeitswelt – morgen. Kongreß berufstätiger Frauen der CDU vom 2. bis 4. Dezember 1964 in Bochum. Bonn 1965. Akten in ACDP IV-003-014.

45 1. Bundeskonferenz christlich demokratischer Betriebs- und Personalräte am 15. Mai 1965 in Ludwigshafen. Bericht in Betriebsrätebrief Nr. 6/7 vom Juni/Juli 1965.

46 Vgl. Nr. 14 Anm. 84.

Schmidt: Ich bin überrascht über die Fülle von Fachkongressen, die hier geplant sind. Hier beschleicht mich eine große Sorge, und zwar aufgrund meiner Erfahrungen, die ich mit Fachausschüssen gemacht habe, daß nämlich hier Wünsche hochgespielt werden, die später nicht honoriert werden können. Meine tiefe Sorge besteht darin, daß wir nach allen diesen Kongressen bei der Enge des Haushalts überfordert sind, alle Wünsche und Anregungen zu verwirklichen.

Ich sage nicht, daß die Kongresse nicht stattfinden sollen, aber ich wäre dankbar, wenn dafür gesorgt werden könnte, daß überall ein Haushaltsrückgrat eingeschaltet wird, damit wir uns auch in dem tatsächlich gegebenen Finanzierungsrahmen bewegen können.

Dufhues: Jeder Fachkongreß hat die Neigung, seine Probleme überzubewerten. Es ist Aufgabe der Parteiführung, dafür zu sorgen, daß hier keine Schwierigkeiten entstehen. Aber wir sollten auch bedenken, daß jeder Fachkongreß – im ganzen gesehen – politisch wirksamer ist als jeder Parteikongreß. So hat z. B. unser Gesundheitspolitischer Kongreß in Oberhausen⁴⁷ eine ungewöhnlich große Resonanz gefunden, und zwar bis in das letzte Arztzimmer hinein, aber auch in anderen Kreisen, die an diesem Kongreß interessiert waren. Zu diesen Fachkongressen laden wir nicht nur unsere alten Parteifreunde ein, sondern auch die Vertreter der Organisationen und Berufsverbände, die an den jeweils behandelten Problemen besonders interessiert sind. Es wird dann z. B. heißen: Die CDU ist sogar an den Problemen der berufstätigen Frau interessiert usw. Das ist der Sinn dieser Fachkongresse, die natürlich politisch kontrolliert werden müssen.

Adenauer: Wenn die Probleme der berufstätigen Frau erörtert werden, so ist das nach meiner Meinung kein Fachkongreß, sondern ein allgemein politischer und soziologischer Kongreß. Wir werden also einmal zusammen diese lange Liste durchsehen müssen. Zu viel kann manchmal schädlicher sein als zu wenig. Wir wollen auch hier, Ihrem Antrag entsprechend, das goldene Mittelmaß zu finden versuchen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Punkt Verschiedenes.

VERSCHIEDENES

Ich darf zum 17. Juni einen Vorschlag des Bundesvorstandes vorlesen:

„Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands fordert alle Deutschen im freien Teil unseres Vaterlandes auf, den Tag der Deutschen Einheit am 17. Juni 1964 als einen Tag der nationalen Besinnung zu begehen. Vor elf Jahren überzeugten unsere Landsleute im sowjetisch beherrschten Teil Deutschlands die Weltöffentlichkeit davon, daß ihnen durch Fremdherrschaft die Freiheit vorbehalten wird. Wenn die Deutschen

⁴⁷ Vgl. Nr. 14 Anm. 87.

in der Bundesrepublik an diesem 17. Juni ihr erneutes Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes ablegen, dann tun sie dies zugleich stellvertretend für unsere Landsleute in Mitteldeutschland und in Ost-Berlin. Sie legen dieses Bekenntnis ab auch für die Tausende, die heute noch in den Zuchthäusern der kommunistischen Machthaber auf den Tag ihrer Freiheit warten.

Die Christlich-Demokratische Union bekennt sich zu den Deutschen, die hinter dem Stacheldraht der Zonengrenze und hinter der schändlichen Mauer in Berlin das kommunistische Herrschaftssystem ablehnen und den Tag der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit mit heißem Herzen erwarten.

Die CDU bekräftigt an diesem Tage, daß sie dieses Ziel als vordringlichstes Anliegen ihrer gesamten Politik betrachtet und alles daransetzen wird, die Wiedervereinigung aller Deutschen in Frieden und Freiheit zu erreichen.“

Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind?

Gratl: Ich würde vorschlagen, an der einen Stelle noch einzufügen „mit Würde“. Das können wir redaktionell machen, aber das ist notwendig, damit die Fröhlichkeit etwas gedämpft wird.

Adenauer: Sie meinen, „einen Tag der nationalen Besinnung mit Würde“ zu begehen? (*Gratl:* Ja!) Das ist ein guter Zusatz. Wird weiter das Wort gewünscht? Dann darf ich feststellen, daß Sie dem Vorschlag zustimmen.

BENNENUNG EINES VERTRETERS DER CDU IM FERNSEHRAT DER ANSTALT ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN

Dufhues: Wir haben noch den Punkt 3 der Tagesordnung zu erledigen, nämlich ein Mitglied des Fernsehrates des Zweiten Deutschen Fernsehens zu benennen. Nach dem Staatsvertrag für das Zweite Deutsche Fernsehen hat die CDU fünf Vertreter in den Fernsehrat zu delegieren. Es waren bisher: Dr. Barzel, Dr. Martin, Dr. Stoltenberg, Dr. Strecker, Dr. Kraske.

Dr. Barzel hat gebeten, ihn von dem Amt zu entbinden, da er durch die Aufgabe, die ihm übertragen worden ist, die Fraktion zu leiten, sehr stark in Anspruch genommen wird, so daß er den Verpflichtungen, die mit der Mitgliedschaft im Fernsehrat verbunden sind, nicht mehr nachkommen kann.

Das Präsidium hat sich mit dieser Frage befaßt und schlägt Ihnen einstimmig vor, unseren Parteifreund Dr. Kohl, der nach dem Ergebnis der letzten Wahl Mitglied dieses Bundesvorstandes ist, in den Fernsehrat Mainz zu delegieren. Sie wissen, daß Dr. Kohl Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz ist. Er ist also häufig in Mainz und hat deshalb die Möglichkeit, sich sehr intensiv um diese Aufgabe zu kümmern. Ich bitte Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Adenauer: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle fest, daß Sie dem Vorschlag zustimmen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Wenn niemand mehr das Wort wünscht, darf ich die Sitzung mit einem herzlichen Dank an Sie alle schließen.

17

Bonn, Freitag 27. November 1964

Sprecher: Adenauer, Barzel, Blumenfeld, Burgbacher, Dichtel, Dollinger, Dufhues, Erhard, Grundmann, Gurf, Hellwig, Jansen, Katzer, Klepsch, Kohl, Krone, Lemke, Lücke, Röder, Scheufelen, Schmücker, Frau Schwarzhaupt, [Stingl].

Bericht zur Lage (Erhard). Aussprache: Außenpolitische Differenzen; Kommunalwahlen im Herbst 1964; Bundestagswahlkampf 1965. Ort und Termin des Bundesparteitages 1965. Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 14.10 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen, an Ihrer Spitze den Herrn Bundeskanzler. Es haben sich entschuldigt die Herren Erik Blumenfeld ... (*Zuruf:* Ist da!) Der scheint sich im voraus zu entschuldigen! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Dr. Rupprecht Dittmar, Dr. Eugen Gerstenmaier, Dr. Bruno Heck, Claus Joachim von Heydebreck, Kurt Georg Kiesinger, Dr. Franz Meyers, Prof. Dr. Paul Mikat, Dr. Otto Schmidt, Dr. Gerhard Stoltenberg, Franz Etzel, Dr. Wilhelm Bosse¹, Frau Annette Dörzenbach², Frau Dr. Mathilde Gantenberg³, Georg Grosse⁴, Dr. Anton Köchling⁵, Walter Kühthau⁶, Lambert Lensing⁷, Dr. Ferdinand

1 Dr. Wilhelm Bosse (1900–1971), Rechtsanwalt und Notar; 1954–1961 Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Altona, 1961–1966 MdHB.

2 Annette Dörzenbach (geb. 1921), 1952 CDU, 1959–1976 Mitglied des Kreistags (Mosbach, ab 1973 Neckar-Odenwald).

3 Dr. Mathilde Gantenberg (1889–1975), Lehrerin; 1956–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 657 Anm. 15.

4 Georg Grosse (1900–1973), Bankdirektor; 1920 Zentrum, 1945 Mitgründer der CDU Thüringen und 1946–1947 stv. Landesvorsitzender, ab 1946 MdL Thüringen (1946–1948 Minister für Handel und Versorgung), 1949 Flucht nach West-Berlin, ab 1950 Mitglied des Hauptvorstands der Exil-CDU, 1956 Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft, Aachen.

5 Dr. Anton Köchling (1903–1990), Jurist; 1945 CDU, 1950–1954 Oberkreisdirektor des Landkreises Recklinghausen, 1954–1968 Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe.

6 Walter Kühthau (1906–1978), Verwaltungsangestellter; 1948–1955 Stadtverordneter in Oberhausen (CDU), 1952–1955 Bürgermeister, 1955–1958 Stadtkämmerer in Wuppertal, 1950–1954 und 1966–1975 MdL NW, 1953–1961 MdB.

7 Lambert Lensing (1889–1965), Verleger; 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 50 Anm. 11.

Marx⁸, Dr. Schlegelberger⁹, Carl Schultheis¹⁰, Dr. Arthur Schwinkowski¹¹, Dr. Hans Steinmetz¹², Dr. Hans Syren¹³, Heinz Zettel¹⁴.

Meine verehrten Damen und Herren! Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, haben wir zweier Freunde zu gedenken, die der Tod aus unserer Mitte weggenommen hat. Ich gedenke zunächst unseres Freundes Heinrich von Brentano, des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, außerdem war er von Anfang an Mitglied des Bundesvorstandes.¹⁵ Herr von Brentano war ein großer Politiker. Er war ein sehr ernster Arbeiter und ein sehr liebenswürdiger Mensch. Er war vor allem ein treuer Mann. Er war treu in der Politik, er war treu im menschlichen Leben. Und so war er uns allen ein liebenswerter und teurer Freund. Seine großen Verdienste um unsere Partei sind bei verschiedenen Gelegenheiten geschildert worden. Wir alle, die wir Zeuge seiner Arbeit waren, können nur unterstreichen, daß hier nicht übertrieben worden ist, sondern daß er in Wahrheit einer unserer hervorragendsten und wesentlichsten Stützen war in den Jahren seit 1945. Er hat lange gelitten. Es wird Ihnen gegangen sein, wie es mir gegangen ist, wir waren alle in tiefer und ernster Sorge um ihn. Wir hatten die Hoffnung, aber schließlich hat uns sein Heimgang nicht überrascht. Wir werden ihm in des Wortes bester Bedeutung ein treues und gutes und von Dankbarkeit erfülltes Andenken bewahren.

In diesen Tagen, meine verehrten Damen und Herren, hat dann der Tod aus unserer Mitte weggenommen den Herrn Kollegen Johannes Even.¹⁶ Herr Kollege Even ist seit langen Jahren Mitglied des Bundestages gewesen, und wir alle haben seine lautere und stille Haltung und Arbeit immer mehr schätzen gelernt. Er war für uns ein sehr wertvoller Mitarbeiter, ein sehr zuverlässiger Mann. Lassen Sie mich auch hier bei ihm

8 Dr. Ferdinand Marx (1902–1973), Rechtsanwalt und Notar; Aufsichtsratsvorsitzender der C. Deilmann Bergbau GmbH, der Harpener Bergbau AG, der Volkswohl Krankenversicherung V.V.a. G.

9 Dr. Hartwig Schlegelberger (1913–1997), Jurist; 1954–1961 Landrat des Landkreises Flensburg (CDU), 1958–1975 MdL Schleswig-Holstein (1961–1963 Finanzminister, 1963–1971 Innenminister), 1971–1979 Vorstandsvorsitzender der Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein, 1979–1995 Präsident des DRK-Landesverbandes Berlin.

10 Karl Schultheis (1898–1971), Kaufmann; Kreisgeschäftsführer und 1947 stv. Vorsitzender der CDU Braunschweig-Stadt, 1954–1965 Landesgeschäftsführer der CDU Braunschweig.

11 Dr. Arthur Schwinkowski (1908–1994), Lehrer; 1946–1967 Studien-, Oberstudienrat und Direktor in Kiel, 1950–1954 und 1958–1969 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1958–1967 2. Landtagsvizepräsident, 1957–1967 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Kiel.

12 Dr. Hans Steinmetz (1908–1987), Jurist; 1956–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 782 Anm. 1.

13 Dr. Hans Syren (geb. 1923), Rechtsanwalt; 1947 CDU, 1964–1972 Vorsitzender des KV Mannheim, 1968 stv. Landesvorsitzender Nordbaden, 1968–1978 Stadtrat, 1978–1988 Bürgermeister in Mannheim.

14 Heinrich Wilhelm Zettel (1909–1992), 1953–1971 Landesgeschäftsführer der CDU Hamburg, 1957–1970 und 1973–1974 MdHB.

15 Von Brentano war am 14. November 1964 nach längerer Krankheit verstorben.

16 Even war am 24. November 1964 verstorben.

das Wort bekräftigen, was ich eben von unserem Freund von Brentano gesagt habe, er war ein lauterer Mann, ein Mann, der das wollte, was er sagte. So ist auch durch seinen Weggang eine große Lücke in unseren Kreis gerissen worden. Wir werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich begrüße dann in unserer Mitte als neue Mitglieder unsere Kollegen Stingl und den Landrat Jansen von der KPV. Ich glaube, wir werden zwei wertvolle Mitarbeiter bekommen. Ich begrüße die Herren herzlich in unserer Mitte.

Meine Damen und Herren! Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen noch vorschlagen, daß wir uns zum Schluß noch mit folgendem Tagesordnungspunkt befassen: Beschlußfassung über Ort und Termin des Bundesparteitages 1965. Die Beschlußfassung konnte deshalb nicht eher erfolgen, weil die großen Säle, die für uns in Frage kommen, sehr selten in Deutschland sind.

Ich möchte Ihnen weiter vorschlagen, daß wir mit dem beginnen, was mir das wichtigste heute zu sein scheint, abgesehen von der allgemeinen Mohrenwäsche, die wir nachher vorzunehmen haben, daß wir also zunächst das entgegennehmen, was uns unser Bundeskanzler zu sagen hat.

BERICHT ZUR LAGE

Erhard: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich begrüße die Gelegenheit, wieder einmal etwas Grundsätzliches sagen zu dürfen, und zwar einmal zu unserer Partei und zum anderen zu unserer Aufgabe. Denken wir zurück an den Ursprung. Wir waren nicht geformt aus Ideologien und aus Traditionen, sondern wir in der CDU wurden zusammengeschweißt aufgrund einer politischen Aufgabe, nämlich Deutschland wieder zu erretten aus einer schier unheilvollen und hoffnungslosen Situation. Das hat uns Mut und Stärke gegeben. Wir sind ans Werk gegangen. Wir haben uns nicht damit aufgehalten, zwischen den einzelnen Gruppen Balancen herzustellen oder Interessentenpolitik und Gruppenpolitik in den Vordergrund zu stellen, sondern es war zwingend, daß wir das Gemeinsame vorausstellen mußten. Ein Ausweichen war überhaupt nicht gegeben.

Meine Damen und Herren! Wer in der Verantwortung steht, der ist wohl gefeit davor, sich in Utopien und Illusionen zu ergehen. Da hat es eine Opposition sehr viel einfacher. Sie unterliegt auch dieser Verlockung, während wir immer gehalten waren, handfest anzupacken. Das ist seit dem Beginn bis zu diesem Augenblick so geblieben. Ich hoffe, es wird auch weiterhin so bleiben.

Meine Damen und Herren! Die SPD, über die ich noch einiges nachher sagen werde, hat überhaupt keine Konzeption, sie fühlt sich ängstlich, überhaupt irgendeine Alternative aufzuzeigen. Sie glaubt, sie könne im Lehnstuhl sitzen. Sie glaubt weiter, je weniger sie Profil zeige und je mehr wir uns unter Umständen weiter zerfleischen, um so sicherer werde sie zum Zuge kommen. Das ist auf dem Parteitag

in Karlsruhe ganz eindeutig zum Ausdruck gekommen.¹⁷ Sie haben nicht ein echtes Problem angesprochen; sie haben keine Alternativen gezeigt; sie haben keine neue Lösungsmöglichkeit geboten, sondern sie haben nur gesagt, je stiller wir uns verhalten, je weniger wir auffallen, je weniger irgendwelche Strömungen auf unserem Parteitag zum Ausdruck kommen, um so sicherer werden wir die Wahl gewinnen, denn wir vertrauen auf die CDU, daß sie das Geschäft für uns besorgt. – Das wollen wir ihnen gründlich verderben, und ich hoffe, daß das bei uns so unmißverständlich zum Ausdruck kommt, wie es überhaupt nur möglich erscheint. (*Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Es ist ganz sicher, wir müssen kämpfen, aber nicht nur deshalb, weil wir etwa eine falsche Politik betrieben hätten, nein, sondern weil auch wir wieder vor Aufgaben in der Außenpolitik, in der Innenpolitik und in der Wirtschafts- sowie Gesellschaftspolitik stehen, die einfach unsere ganze Kraft und unsere ganzen Anstrengungen sowie auch unsere ganze Verantwortung erfordern. Das deutsche Volk hat wirklich keinen Grund, zu jammern oder unzufrieden zu sein, aber wir kennen das Drängen der verschiedenen Arten. Es geht nicht nur um materielle Hilfe, sondern es sind auch andere Werte, die dabei auf dem Spiele stehen. Die SPD verhöhnt mich, weil ich es gelegentlich einmal für notwendig hielt, dem deutschen Volke vor Augen zu führen, daß eben nicht nur der Konsum die letzte Rettung und der höchste Wert sei.¹⁸ Wir sind nicht eine Nation von frisch-fröhlichen Konsumenten, sondern wir haben auch andere Aufgaben zu erfüllen. Und wenn die SPD jetzt nichts anderes weiß, als wieder mehr Konsum anzupreisen, so haben wir doch zunächst einmal dafür gesorgt, daß das deutsche Volk überhaupt wieder konsumieren kann.

Aber wir haben mehr getan. Wir haben nicht nur an den Konsum, sondern auch daran gedacht, aus diesem deutschen Volke wieder eine geistige, eine sittliche Einheit werden zu lassen. Meine Damen und Herren! Ob man es will oder nicht, mit dem Blick auf Großbritannien wird es besonders deutlich, daß eben doch jedes Volk gehalten ist, in seinen Grenzen zu bleiben und nach seinen Maßen zu leben. Jeder Verstoß gegen dieses Prinzip rächt sich bitter.

Wenn wir von Maßhalten sprechen, dann nicht etwa, weil wir nun mit erhobenem Zeigefinger den Oberlehrer spielen wollen über das deutsche Volk, nein, sondern weil wir den Wohlstand retten, sichern und fortführen wollen. Nur aus diesem Grunde und nicht wegen einer pädagogischen Erziehungsaufgabe tun wir das. Für 1965 ist das Ziel klar vorgezeichnet. Wir haben alle Anstrengungen dahin zu wenden, daß wir diese Wahl gewinnen. Wenn wir sie nicht gewinnen, dann wird sich ganz deutlich zeigen, wohin das deutsche Volk dann gerät, nämlich unter die Herrschaft einer

17 Vorstand der SPD (Hg.): Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 23. bis 27. November 1964 in Karlsruhe. Bonn 1964.

18 Anspielung auf seine zahlreichen Maßhalteappelle. – Vgl. z. B. Appell des Bundesministers für Wirtschaft, Dr. Ludwig Erhard, an Vernunft und Verantwortung vom 21. März 1962 in BULLETTIN vom 23. März 1962 S. 477–480; AdG 1962 S. 9756; KOERFER S. 631 f.

Parteienapparatur, die so vollkommen wie nur möglich sein kann, aber die seelenlos den Menschen einfach niederzwingt. Wenn die SPD als eine Mitgliederpartei gilt, wir aber den Blick nach Hessen wenden, dann wissen wir ganz genau, warum das eine Mitgliederpartei ist. Wer etwas werden will, wer fortkommen will, der muß zur Partei, und dafür muß bezahlt werden, wenn man eine Chance haben will. Aber das ist nicht der Staat, den wir uns vorstellen. Das ist nicht die Regierungsform, die eines demokratischen Volkes würdig ist.

Die SPD will sich auf dieser Grundlage durch eine permanente Anpassung an die Macht schleichen. Sie gebärdet sich „fortschrittlich“. Nun, das eine ist sicher, Schritt für Schritt nähert sie sich uns mehr an. Wenn das fortschrittlich ist, Schritt für Schritt uns nachzufolgen, dann mag der Begriff gelten, aber im Grunde genommen ist es eine reaktionäre Partei. Und alles das, was modern an ihr anmutet, alles das, was sie als moderne Ausstrahlung bekunden möchte, ist nicht mehr als ein Plagiat, ist Nachahmung. Wenn ich einen Roman abschreibe, dann bin ich noch lange kein Dichter, und wenn ich ein politisches Programm abschreibe, dann bin ich noch lange kein Politiker. (*Lebhafter Beifall.*) Das gilt in besonderem Maße für die SPD. In Koblenz sagte ich kürzlich bei einer Veranstaltung der Jungen Union¹⁹, das sind die Fußkranken, die, wenn sie auch immer gerne wollen, zum Schluß doch nicht nachkommen. – Hier auf diesem Parteitag in Karlsruhe²⁰ ist es die Partei der Mitläufer gewesen.

Meine Damen und Herren! Halten wir uns aber damit nicht auf. Unser Ziel ist klar gesteckt, wir haben eine ganze Reihe von Aufgaben vor uns. Wir haben neue Ideen zur Diskussion gestellt und wollen sie nun in die Wirklichkeit übertragen, aber nicht mit Polemik gegenüber anderen – obwohl einmal hart gesagt werden muß, was eigentlich ist –, sondern wir wollen an unsere eigenen Aufgaben denken, und damit möchte ich jetzt anfangen.

Welches sind eigentlich die Probleme, mit denen wir uns zu befassen haben? Meine lieben Freunde! Ich kann natürlich nun nicht alles und jedes ansprechen, sondern ich muß das Wichtigste vorausstellen. Da stellt sich uns zunächst das europäische Problem dar, und zwar im umfassenden Sinne, nämlich Europa mehr zu formen, ihm eine Gestalt und auch ein Gewicht zu geben, und zwar im gesamten Weltgeschehen, das diesem alten Kontinent in seiner Geschichte und in seiner Tradition und in seiner Leistung würdig ist.

Sie wissen, daß ich nach meiner Amtsübernahme wieder den Gedanken der politischen Union in den Vordergrund gestellt und daß ich nicht gerade eine dankbare Aufgabe übernommen habe, wieder neue Ansätze einer politischen Zusammenarbeit

19 Ansprache in: Junge Union Deutschlands: Jugendkongreß der Jungen Union Deutschlands. Referate und Ergebnisse des Jugendkongresses vom 20. bis 22. November 1964 in Koblenz. Bonn 1965 S. 64–80, hier S. 72 (vgl. Nr. 16 Anm. 43). Vgl. FAZ vom 23. November 1964 „Erhard wirft der SPD autoritäre Neigungen und Fanatismus vor“.

20 Vgl. Anm. 17.

zu finden. Ich habe den Eindruck, als ob die Früchte jetzt heranzureifen beginnen, denn wir sehen ganz deutlich das ganze europäische Problem. Soweit es zunächst einmal von den sechs Partnerstaaten der EWG geformt ist, ist es ein ganzes und ein unteilbares. Über die Agrarpolitik und den Getreidepreis wird noch einiges zu sagen sein sowie überhaupt über den Fortgang innerhalb der EWG, über die weitere Straffung der wirtschaftlichen Integration, aber auch über die Ansätze einer politischen Zusammenarbeit in der politischen Union sowie schließlich über die Kennedy-Runde. Das alles ist ein ganzes und ein unteilbares Problem.

Meine Damen und Herren! Ich habe wirklich nicht bis fünf Minuten vor zwölf, sondern bis eine Minute vor zwölf gewartet, um dann zu einem Entschluß zu kommen. Ich hoffe, Sie teilen ihn alle und Sie bemühen sich mit mir darum, ihn durchzusetzen, denn die Position, den Getreidepreis unter allen Umständen aufrechtzuerhalten bis zum 1. Januar 1970, ist unhaltbar geworden.²¹ Damit wären wir mitschuldig geworden an alledem, was den Aufbau und den Fortgang Europas ausmacht, sei es nun die wirtschaftliche Situation oder seien es die hoffnungsvollen Ansätze zu einer politischen Integration oder auch in der Kennedy-Runde.

Meine Damen und Herren! Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, es kann auch nicht im Interesse unserer Landwirtschaft liegen, daß sie etwa neben der kritischen Würdigung aus dem Inland selbst nun die ganze Schuld auf sich nehmen möchte. Damit würde in Europa immer wieder auf der Stelle getreten. Man sagt uns, solange ihr hier trotz der klaren Zusage an einen gemeinsamen Agrarmarkt auf der Stelle tretet, so lange ist Europa erstarrt. Ich habe ganz deutlich gemacht und habe es auch bewiesen, wenn wir jetzt an den Getreidepreis herangehen und damit den Weg freimachen wollen für Europa, dann wollen wir das nicht gegen die Bauern und nicht zum Schaden der Bauern, sondern wir wollen es mit unseren Landwirten und mit ihren Organisationen durchsetzen. Ich habe es mir viele Stunden kosten lassen, um mich darüber mit allen möglichen Leuten zu unterhalten, auch mit Herrn Rehwinkel persönlich. Ich habe gesagt, natürlich hat das einen gewissen Preis, das wußten wir von Anfang an, aber der politische Wert ist so groß, daß wir unter allen Umständen dafür sorgen müssen, daß unserer Landwirtschaft kein Schaden erwächst. Wir müssen dafür sorgen, daß das, was hier an Wettbewerbsungleichheit gegenüber anderen vorhanden ist, beseitigt wird. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir noch im Monat Dezember hier zu einer klaren Aussage kommen, wenn wir schon Anfang nächster Woche grünes Licht geben für die Verhandlungen in Brüssel, dann wird die ganze europäische Idee einen neuen Impuls erhalten. Ich spreche nicht von ungefähr, sondern Sie mögen mir

21 Im EWG-Vertrag wurde der Gemeinsame Markt und damit ein einheitliches Preisniveau erst ab dem 1. Januar 1970 vorgeschrieben (BULLETIN vom 10. November 1964 S. 1512). Die Bundesregierung verhinderte in einer Tagung des Ministerrates der EWG am 1./2. Juni 1964 die Vorverlegung dieses Termins. Um die europäische Integration nicht zu gefährden, beschloß die Bundesregierung im Dezember 1964, der Harmonisierung der Getreidepreise zum 1. Juli 1967 zuzustimmen (Sten.Ber. 4. WP Bd. 56 S. 7300-7302).

das glauben. In dem Augenblick, wo wir uns von der Stelle bewegen, werden wir uns auch über die politische und europäische Union unterhalten. Ich hoffe, daß das sehr bald auf möglichst hoher Ebene der Fall sein wird. (*Beifall.*) Das ist so wichtig, das ist so elementar, das entspringt unserem Denken und unserer politischen Arbeit von Anfang an, daß es von einem ausschlaggebenden Wert ist, wenn wir jetzt wieder tatsächlich einen hoffnungsvollen Ansatz und einen wesentlichen Fortschritt in den europäischen Fragen machen.²²

Meine Damen und Herren! Natürlich gibt es noch andere Fragen außenpolitischer Art, die im Augenblick eine letzte Aussage nicht zulassen. Es bleibt noch offen die Frage, wie soll dieser Kontinent verteidigt werden, und welche Formen sind hier gemäß? Es ist selbstverständlich, daß wir davon abhängig sind, von welcher Art die Bedrohung ist, die uns gegenübersteht. Dementsprechend muß auch unsere Verteidigung eingerichtet sein, natürlich nicht, um damit Krieg zu führen, sondern um durch die Abschreckung den Krieg zu verhindern. Ich glaube aber, es wäre in diesem Augenblick verfrüht, schon in festen Formen oder festen Kategorien zu denken; denn insbesondere die etwas zwielichte Haltung Großbritanniens und die unterschiedlichen Aussagen des britischen Premierministers und des Außenministers lassen es kaum zu, überhaupt auch nur einigermaßen eine klare Vorstellung von dem zu gewinnen, was von dieser Seite vorgetragen wird.²³ Wir werden zwar im Laufe des Dezembers wohl noch etwas klüger werden, aber gestatten Sie mir, daß ich das Problem aus diesem Grunde jetzt nicht weiter vertiefe.

Es ist interessant, was auf dem Parteitag in Karlsruhe geschehen ist. Die SPD hat dort zwar dem französischen Staatspräsidenten eine eindeutige Absage erteilt, ohne aber zu sagen, wie ohne diese Freundschaft die europäische Einigung fortgeführt werden soll.²⁴ Auf der anderen Seite war sie zartfühlend genug, überhaupt den Namen Wilson in den Mund zu nehmen. So geht es nicht, meine Damen und Herren. Wir müssen Ausgleichs versuchen, wo immer sie liegen. Ich kann z. B. bestimmt nicht in den Geruch kommen, daß ich nicht alles versucht habe, um Großbritannien in den Gemeinsamen Markt zu führen. Ich habe das Menschenmögliche getan. Ich war auch immer dafür, daß der Gemeinsame Markt zunächst in sich konsolidiert werden soll, aber daß das kein letzter europäischer Wert ist, sondern das ganze freie Europa gehört zusammen; denn erst dann wird es das Gewicht und den entsprechenden Einfluß erhalten.

22 Vgl. deutsche Vorschläge zur Europapolitik vom 13. November 1964. Druck in BULLETIN vom 13. November 1964 S. 1535–1539; vgl. auch OSTERHELD: Außenpolitik S. 119.

23 Während der britische Außenminister Walker bei seinem Besuch in Bonn am 15. November 1964 noch Sondierungen bei den Verbündeten andeutete (AAPD 1964 S. 1304–1320), äußerte Wilson am 23. November 1964 (vgl. Anm. 37) Bedenken hinsichtlich der MLF-Planung (AdG 1964 S. 11543; AAPD 1964 S. 1385).

24 Antrag 162 der Arbeitsgemeinschaft A „Entschließung zu Deutschland und Europas Sicherheit“ in SPD, Parteitag Karlsruhe S. 972–976.

Von einer geringen Würdigung oder gar von einer Nichtanerkennung des Wertes von Großbritannien oder auch der nordischen Staaten, die unter sozialistischer Herrschaft stehen, kann gar keine Rede sein. Was sich jetzt in Großbritannien ereignet hat, geschieht ja nicht ganz von ungefähr. Wir haben nicht immer freundliche Worte von seiten des britischen Premierministers gehört, aber auf der anderen Seite haben wir stets die Freundschaft gepflegt. Wir wollen das auch in Zukunft tun, wir wollen daran keinen Zweifel lassen; denn das ist kein Gegensatz von Land zu Land, sondern wir haben unseren deutschen Standpunkt und unsere Wertvorstellungen gegenüber sozialistischen Vorstellungen zu verteidigen. Die britische Sozialdemokratie gebärdet sich so, daß unsere deutschen Genossen am liebsten von Wilson nicht begrüßt werden. (*Heiterkeit.*)

Sie wollen nichts davon wissen. Als man mit dem Antritt der Labour-Regierung dort eine fünfprozentige[!] Sonderzollregelung für die Einfuhr- und Exportsubventionen einführte²⁵ – das bedeutet eine gewisse Isolierung vom Weltmarkt, einen Schutz der heimischen Volkswirtschaft zu Lasten der Handelspartner –, da habe ich nicht feindselig reagiert, sondern gesagt, um Gottes willen, jetzt keine Repressalien; während z. B. die nordischen Staaten, die skandinavischen sozialistischen Länder der EFTA, sofort dagegen gerufen haben, hier müssen wir Gegenmaßnahmen ergreifen. Ich habe meinen ganzen Einfluß geltend gemacht und auch in Brüssel gesagt, um Gottes willen, nein, denn ich habe zurückgedacht an die Anfänge der dreißiger Jahre. Da ist es nämlich ebenso losgegangen mit der Krise. Wenn damals ein Land in Schwierigkeiten geraten war, glaubte es, es wäre das beste, sich zurückzuziehen und nach außen abzuschirmen, d. h. fremde Ware nicht hereinzulassen und die eigenen Waren mit Subventionsverfälschungen nach außen zu geben. Man hat geglaubt, das sei die Rettung. Seinerzeit haben alle Länder so reagiert, daß sie erklärten, dann werden wir uns auch schützen. Auf diese Weise ist dann die Weltwirtschaft demontiert und die Völker sind auseinandergerissen worden. Sie konnten sich überhaupt nicht mehr begegnen. Die nächste Folge war die Devisenzwangswirtschaft. Das allerletzte war die Tragik, die wir in Deutschland erlebt haben. Nein, meine Damen und Herren, nachdem ich von der Wirtschaft etwas verstehe, muß ich sagen, die Maßnahmen sind denkbar ungeeignet – das ist meine persönliche Meinung, hier in diesem Kreise kann ich es sagen –, um Großbritannien zu helfen. Ich bin überzeugt, es wird sich zum Schaden Großbritanniens auswirken.

Ich hatte das kaum ausgesprochen, da geht schon der nächste Schritt los. Man hat den Diskont von 5 auf 7 % erhöht.²⁶ Das ist allgemein eine Maßnahme, die geeignet sein soll, das ausländische Geld im Land zu halten und neues anzuziehen. Hier hat es die umgekehrte Wirkung gehabt, weil das Vertrauen nämlich schon durch

25 Am 26. Oktober 1964 gab die britische Regierung die Einführung einer 15%igen Importabgabe bekannt, die von den EFTA-Staaten kritisiert wurde (AdG 1964 S. 11504 f.).

26 Erhöhung des Diskontsatzes am 23. November 1964 (AdG 1964 S. 11547 f.).

die vorhergehenden Maßnahmen zerstört war. Man hat gesagt, um Gottes willen, jetzt auch das noch, jetzt los vom Pfund Sterling.

Meine Damen und Herren! In diesen letzten Tagen haben wir neben der einen Milliarde, die beim Währungsfonds gezogen wird, in schöner Solidarität – das ist kein Hohn, sondern buchstäblich wahr – Großbritannien noch einmal geholfen mit einer Devisenunterstützung in Höhe von drei Milliarden Dollar. Wir sind insgesamt beteiligt an den Stützungsaktionen des Pfund Sterling mit rund 800 Millionen Dollar. Das ist eine schöne Summe von über drei Milliarden DM. Wenn ich auch hier kein Junktim herstellen möchte zwischen der Solidarität, die wir üben, und den politischen Vorstellungen, die man in Großbritannien seitens unserer deutschen Anliegen hat, so ganz auseinanderreißen kann man das auch nicht! (*Lebhafter Beifall.*) Wir können füglich erwarten, daß man dann in Großbritannien, wenn wir entschlossen und bereit sind, im besten Sinne des Wortes Solidarität zu üben und zu helfen, wo immer es notwendig ist, wo immer Gefahren drohen für die freie Welt, auch unsere deutschen Anliegen künftighin in klarer Weise anerkennt.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe nicht, daß das mißverstanden wird, daß nämlich daraus eine Anklage gegenüber der britischen Regierung resultieren soll, nein, aber ich glaube, wir hier in diesem Kreise, die wir deutsches Schicksal geformt haben und seit zwölf Jahren deutsche Lebensinteressen vertreten, müssen sagen, es ist einfach nicht darauf zu verzichten.

Nun ein Wort an die Adresse Frankreichs, an den französischen Staatspräsidenten! Wir mögen nicht immer einer Meinung sein und es mag auch jetzt im Augenblick noch unklar sein, in welcher Form die Reform der NATO oder die nukleare Verteidigung Europas oder der atlantischen Welt vor sich gehen mag, aber eines ist ganz sicher, daß nämlich die letzten Äußerungen des französischen Staatspräsidenten in Straßburg einen Geist der Versöhnung gezeigt und schon wieder Hinweise gegeben haben auf eine Bereitschaft, in Europa zusammenzuarbeiten, gerade auch mit uns zusammenzuarbeiten.²⁷ Es verdient die Ehrlichkeit und die Rechtschaffenheit, das hier zu betonen und dankbar zu unterstreichen. (*Beifall.*)

Nun ein Wort zur Sowjetunion! Es ist natürlich schwer, den Regierungswechsel oder den Sturz Chruschtschows einigermaßen richtig zu interpretieren oder ganz eindeutig zu erklären mit seinen Konsequenzen.²⁸ Alle Bemühungen, auch die Haltung fremder Staaten und unserer Freunde zu diesem Phänomen einzufangen, sind nicht ganz leicht. Es hat sich noch keine eindeutige Meinung gebildet. Aber so viel ist sicher, es war die Sorge der kommunistischen Ideologen, daß aus dieser Geschlossenheit der kommunistischen Partei die Ränder nicht abbröckeln dürfen. Es ist weiter so, daß das Freiheitsstreben und die unterschiedlichen Vorstellungen über das, was

27 Rede de Gaulles am 22. November 1964 in Straßburg anläßlich des 20. Jahrestages der Befreiung der Stadt (AdG 1964 S. 11546 f.).

28 Chruschtschow wurde am 15. Oktober 1964 durch das Präsidium des Obersten Sowjet entlassen und durch Alexej Nikolajewitsch Kossygin ersetzt (AdG 1964 S. 11483–11485).

kommunistische Ideologien und kommunistische Zukunft sein sollen, zu einer inneren Unsicherheit beigetragen hat. Man vermutet, daß dieser monolithische Block mehr und mehr auseinanderfällt und abbröckelt. Man hat hier dann in Chruschtschow einen Schuldigen gefunden. Zuerst war natürlich das Verhältnis zu Peking sehr besorgniserregend, das ja weit über das Ideologische hinaus machtpolitische Züge angenommen hat.²⁹ Es kam hinzu, daß das sowjetische Volk in seiner Arbeitskraft diese Beanspruchung nicht ausgehalten hat, sowohl nach Osten wie nach Westen hin hochgerüstet dazustehen und dann auch noch einer modernen Wirtschaft mit allen notwendigen Investitionen Raum zu geben, wobei gleichzeitig auch dem Drängen der Menschen nach mehr Wohlfahrt Genüge getan werden soll. Darum suchen sie zweifellos eine Entlastung. Die ersten Annäherungen mit Peking führen ganz bestimmt nicht zu einem vollen Frieden, noch weniger zu einem vollen Verständnis. Die Problematik bleibt bestehen. Man versucht aber, die Spannungen irgendwie abzubauen, um damit etwas Ruhe zu gewinnen.

Welche Konsequenzen sich daraus für die sowjetische Politik gegenüber Europa und gegenüber Deutschland insbesondere ergeben, ist schwer zu sagen. Ich persönlich erwarte keine Entlastung und keine Erleichterung. Das können sich diese Machthaber zunächst einmal nicht leisten. Je mehr sie eine Verständigung mit Peking suchen, um so näher liegt der Verdacht oder die Mutmaßung, daß eine härtere Linie eingeschlagen werden wird. Ob das in Europa gegenüber Polen oder den osteuropäischen Satelliten- oder Vasallenstaaten – wie man neuerdings sagt – zum Zuge kommen wird und ob es Aussicht hat, die Dinge dort zu ändern, glaube ich nicht. Ich glaube, das Maß an Liberalität, die in diesem Bereich bereits eingetreten ist, läßt sich nicht mehr zurückschrauben. Daraus ergibt sich bei uns die sehr interessante Fragestellung, vielleicht zusammen mit Frankreich, in dem neuen politischen Europa eine gemeinsame Politik in diesem Raum zu betreiben und hier eine gemeinsame Aufgabe zu erkennen. Jedenfalls wäre das ein lohnendes und ein würdiges Ziel, auch wenn es nur langsam heranreift. Wir werden keine umstürzlerischen Ideen hegen, sondern nur die organische Entwicklung von unserer Sicht aus politisch so zu formen suchen, wie es die Interessen der freien Welt erfordern.

Meine Damen und Herren! Was die Deutschlandpolitik anbetrifft, so sage ich auch hier nicht zu viel, wenn ich der Überzeugung Ausdruck gebe, daß mit Beginn des nächsten Jahres eine neue Initiative zu erwarten sein wird. Sie haben ja aus den Berichten von Washington gehört, daß man auch darüber wieder gesprochen hat.³⁰ Wir werden das nicht aus dem Griff lassen. Wir werden immer wieder dafür

29 Die ideologischen Auseinandersetzungen, die seit 1960 das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China belasteten (vgl. Nr. 11 Anm. 1), weiteten sich 1964 zu einem Streit über Territorialfragen aus (AdG 1964 S. 11389–11398 und S. 11416–11422).

30 Beim Besuch Außenminister Schröders vom 22. bis 26. November 1964 in Washington betonte der amerikanische Außenminister Rusk die Entschlossenheit der USA, ihre Deutschland- und Berlin-Politik fortzusetzen (AdG 1964 S. 11547; AAPD 1964 S. 1380–1387).

sorgen, daß in der Welt unser deutsches Problem nicht in Vergessenheit gerät. Sie können überzeugt sein, das bleibt unser Anliegen Nummer 1, die Wiedervereinigung zu besorgen. (*Lebhafter Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Nun zur Innenpolitik! Die SPD hat auch viel von der Stabilität gesprochen, aber wenn ich die Anträge der SPD nicht nur in dieser Legislaturperiode, sondern von Anfang an im Deutschen Bundestag verfolge und sie dann addiere, dann wäre das doch der Ausdruck der völligen Inflation. Die SPD tut sich einigermaßen schwer, sich als Hüter der Währung aufzuspielen. Das ist wieder keine Anklage, aber wie sieht es denn in der Welt aus? Man kann einen absoluten Vergleich dergestalt herstellen: Je mehr eine Politik eines Landes von sozialistischen Vorstellungen geprägt ist, desto stärker ist der Inflationskoeffizient in diesem Lande. Daraus können Sie fast eine mathematische Gleichung entwickeln. Das werden wir in Großbritannien hoffentlich nicht erleben. Aber wenn wir es nicht erleben, dann deshalb, weil eben die ganze Welt antritt, um dieses Unheil abzuwehren.

Meine Damen und Herren! Ich habe wirklich – ich habe es vorhin schon angedeutet – alles getan, um vor allen Dingen mit den nordischen Staaten zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen. Einige Anwesende von Ihnen wissen Bescheid, wie sehr ich mich bemüht habe, in Schweden Verständnis zu finden, wie sehr wir uns unsererseits bemüht haben, innerhalb der EWG die skandinavischen Interessen zu vertreten. Aber wenn jetzt die SPD glaubt, man sollte den Blick nach Norden richten – auch wenn der schwedische Ministerpräsident auf diesem SPD-Parteitag aufgetreten ist³¹, so möchte ich bestimmt nicht polemisieren –, um daraus die absolute Wahrheit zu erfahren, dann möchte ich doch einige Zahlen dazu nennen. Das Wirtschaftswachstum von 1950 bis 1963 hat in der Bundesrepublik im Jahre durchschnittlich um 7 % zugenommen, in Schweden um 3,5 %. Dabei sei nicht ganz vergessen, daß Schweden eineinhalb Jahrhunderte keinen Krieg hatte, sondern an den Kriegen sogar gewinnbringend partizipiert hat. Die industrielle Produktion ist im gleichen Zeitraum in Deutschland um 107 % gestiegen, in Schweden um 55 %. Die Lebenshaltungskosten sind in Deutschland um 30 %, in Schweden im gleichen Zeitraum um 7,5 % gestiegen. Der Reallohn ist in Deutschland doppelt so hoch gestiegen wie in Schweden. Das Pro-Kopf-Einkommen – das ist die neueste Entwicklung seit 1963 – ist in der Bundesrepublik doppelt so hoch wie in Schweden angestiegen. Der private Verbrauch vom Jahre 1950 bis 1961 ist in Deutschland um 91 % und in Schweden um 48 % angestiegen.

Meine Damen und Herren! Ich sage das nicht um einer Polemik willen, aber wenn Herr Brandt glaubt, wir könnten von dort die Heilslehren beziehen, die uns erretten könnten, dann kann ich einfach nicht darauf verzichten. Ich gebe nur Antwort. Ich persönlich hätte dieses Thema nicht angeschnitten, um es einmal ganz deutlich zu sagen.

31 Brandt hob auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe den Vorbildcharakter Schwedens für Deutschland hervor. SPD, Parteitag Karlsruhe S. 136. Rede Tage Erlanders EBD. S. 761–774.

Meine Damen und Herren! Nun zur Stabilität! Das ist tatsächlich das A und das O. Alle Umfragen – obwohl ich kein Anhänger der Demoskopie bin – beweisen eindeutig und schlüssig, daß es das große Anliegen, nein, sagen wir ruhig die große Sorge des deutschen Volkes ist, und dem müssen wir Rechnung tragen; denn wenn die CDU nicht mehr die Partei der Stabilität ist, wenn im deutschen Volke nicht mehr das Bewußtsein vorherrscht, das ist die Partei, die nach Kräften dafür sorgt, daß die Stabilität gewahrt bleibt, dann ist es schlecht um uns bestellt. Wir können zwar keine absolute Stabilität geben. Das ist nicht möglich in einer Zeit, in der die Löhne und Gehälter innerhalb der unmittelbar produktiven Wirtschaft nur noch 40 % ausmachen, während 60 % im Dienstleistungsbereich liegen; da gibt es diese absolute Stabilität nicht. Aber man kann sie eben so wahren, wie wir das bisher getan haben. Vielleicht kann man noch etwas mehr dazu tun. Ich möchte es jedenfalls wünschen.

Aber damit sind gerade die öffentlichen Haushalte angesprochen. Ich darf hier noch einmal sagen, wir müssen, ganz gleich, welche Aufgaben an uns herantreten und welche nach Erfüllung suchen, zunächst hier das Steuer fest in der Hand halten. Das bedeutet auf den Bundeshaushalt ausgerichtet, daß wir die 63,9-Milliarden-Grenze nicht überschreiten dürfen.

Meine Damen und Herren! Ich verstehe manchmal nicht, warum wir so wenig Geduld haben. Wir gebärden uns manchmal so, als ob das, was in diesem Jahr nicht erreicht werden kann, für immer vertan und verspielt wäre. Besteht denn dazu wirklich ein Grund? Seit dem Jahre 1948 haben wir ohne einen Rückschlag – die Zuwachsrate war einmal etwas größer, ein anderes Mal etwas geringer – einen Aufstieg erlebt. Wenn wir mit einem jährlichen Zuwachs des Bruttosozialprodukts realiter von 5 oder 6 % rechnen, dann macht das bei einem Sozialprodukt von jetzt ungefähr 420 Milliarden DM zwischen 20 und 25 Milliarden DM aus, was wir jährlich zusätzlich erarbeiten, und zwar für alle Zwecke zusammen, für Investitionen, für staatliche Aufgaben, für soziale Wohlfahrt, aber auch unmittelbar für den menschlichen Verbrauch mehr haben. Wenn wir etwas geduldig sind und Vertrauen in uns selbst haben, und wenn wir vor allen Dingen dafür sorgen, daß wir die nächsten Wahlen gewinnen, dann werden die weiteren vier Jahre für das deutsche Volk in der nächsten Legislaturperiode ebenfalls segensreich sein.

Die SPD hat keinen Grund und kein Recht und vor allen Dingen auch keinen Beweis dafür erbracht, daß sie in besserer Weise in der Lage wäre, das deutsche Schicksal zu meistern. Der Hinweis auf die Kommunen und auf zweifellos auch tüchtige Oberbürgermeister zieht nicht, nicht einmal der Hinweis auf einzelne Länder.

Meine Damen und Herren! Was die deutsche Sicherheit und was das deutsche Leben ausmacht, das ist die Politik des Bundes, sei es in der Wirtschaftspolitik, sei es in der Außenpolitik, uns in der gegenseitigen Befruchtung von wirtschaftlicher Wohlfahrt weiterzubringen, aber auch vor allen Dingen den Frieden und die Sicherheit zu gewährleisten und Freunde in der Welt zu finden und nicht allein zu stehen. Es ist nicht meine Aufgabe, nun etwa über alles zu sprechen, was im Bundestag im Augenblick zur Diskussion steht, sondern das wird wahrscheinlich die Aufgabe von

Kollege Barzel sein, darüber Bericht zu erstatten. Aber auf eines möchte ich Bezug nehmen, weil ich weiß, daß diese Auffassungen hier nicht übereinstimmen. Dieses heiße Eisen muß vor allem angepackt werden; jedenfalls bin ich in der Zwischenzeit zu der Überzeugung gekommen. Man kommt nicht darum herum. Man muß es am besten gleich anpacken.

Das sind zunächst die Fragen der Eigentumspolitik. Wenn wir z. B. das 312-DM-Gesetz einbringen wollen³², wenn ich persönlich mich hinter oder vor dieses Gesetz stelle, wie Sie es eben nehmen wollen, dann nicht deshalb, weil ich nicht auch etwas spüre, wie manches, was hier getan wird, so gegen die herkömmliche Kleiderordnung verstößt. Das mag so sein, und trotzdem, es wäre noch blinder, etwa verkennen zu wollen, welche gesellschaftlichen Strömungen nun einmal labil sind. Die können wir nicht austreten wie irgendeinen Funken. Wir können der Zukunft nicht nachlaufen, sondern wir müssen sie bewußt in die Hand nehmen. Wir müssen über eine gewisse Verkrustung hinwegkommen. Denken Sie daran, daß dem deutschen Arbeitnehmer, dem Arbeiter insbesondere, über Jahrzehnte hinaus gesagt worden ist, daß Eigentum Diebstahl sei, daß das eine fluchwürdige Einrichtung wäre, und daß es nichts wäre für die Arbeiter. Und nun ist es kaum ein paar Jahre her, daß man uns verhöhnt hat, als wir sagten: Vermögen für jedermann, breite Eigentumsstreuung. – Jedenfalls hat es die SPD auch gelernt, sie macht es uns aber nach. Wir müssen wieder einmal einen Schritt vorantun.

Der Arbeiter hat noch keinen rechten Sinn für das Vermögenssparen, nicht für das Vermögenssparen, um sich etwas Schönes anzuschaffen, einen Kühlschrank, vielleicht auch ein Auto und dergleichen mehr, nein, sondern ein echtes volkswirtschaftliches Sparen, auch teilzuhaben an dem volkswirtschaftlichen Produktivkapital. Aber ich begrüße das, meine lieben Freunde, denn es ist auf der einen Seite unmöglich zu kritisieren, daß sich die großen industriellen Vermögen, das Produktivkapital unserer Volkswirtschaft, in immer weniger Händen zusammenballt, und auf der anderen Seite dagegen zu sein, daß dieser Konzentration eine Dekonzentration des Eigentums an diesen Produktionsmitteln entgegengestellt wird. Der Arbeiter ist heute noch nicht reif dafür, weil er falsch erzogen ist, weil der Anfang immer schwer ist, weil die ersten 100 Millionen, die man anspart, kein Gewicht haben. Die halten nicht, die verfliegen wieder; die zweiten auch noch, vor allen Dingen, wenn Sie die ganze Werbung mit betrachten. Dazu gehört also etwas mehr.

Wenn Sie so wollen, wollen wir ihn an die Hand nehmen und ihn sanft dahin führen, daß er diese Anfangsschwierigkeiten, die mehr oder weniger psychologischer Art sind, überwindet. Das wäre der größte Erfolg der CDU; denn damit würde nämlich der in abhängiger Arbeit stehende Mensch im wahrsten Sinne des Wortes zum Bürger werden. (*Beifall.*) Dann würde er selber das Gefühl haben, daß er Teil hat am politischen Geschehen unseres Landes. Dann kann die SPD zusammenpacken,

³² Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Zweites Vermögensbildungsgesetz – 2. VermBG) vom 1. Juli 1965 (BGBl I S. 585).

dann gibt es keinen Sozialismus mehr. (*Starker Beifall.*) Dann wird der Sozialismus von morgen das bürgerliche Gewand haben, so wie wir es haben, aber wir werden dann wieder eine Strecke voraus sein.

Darum bin ich der Meinung, wer auch immer hier Bedenken hegt, der soll auch einmal wirklich das Herz voranwerfen und folgen. Ich bin überzeugt, es ist eine gute Sache. Ich glaube auch, daß man sich in Zukunft bei den Tarifverhandlungen darüber unterhalten wird, wieviel verträge die Volkswirtschaft. Dann sehen nämlich die Verhandlungen etwas anders aus, wenn man sich unterhalten muß über das, was sozusagen als Vermögensbildung festgeschrieben werden soll und was in völlig freier Verfügung ist oder aber, was dann der Konsumrate zuwächst. Das ist schon eine Überlegung, die auch wieder von großem Nutzen ist: Wieviel muß man sparen, wieviel ist angemessen für die Vermögensbildung und wieviel für den unmittelbaren menschlichen Konsum? Die Welt erscheint in einer neuen Situation, wenn wir so operieren.

Meine Damen und Herren! Über die Familienpolitik, über die Gesundheitspolitik möchte ich nicht sprechen, sondern nur über Gemeinschaftsaufgaben im allgemeinen, weil sie auf dem Parteitag der SPD eine so große Rolle gespielt haben. Wie lange spreche ich schon zum Bundestag und an Sie alle, wir sollen die Gemeinschaftsaufgabe nicht vergessen.³³ Wir dürfen sie nicht vergessen. Ich habe es immer wieder gesagt, daß es nicht zu verantworten ist, wenn man aus dem Zuwachs des Sozialprodukts zunächst einmal alles nach Möglichkeit in die privaten Taschen fließen läßt. Das ist zwar menschlich verständlich. Es wird bei den Tarifverhandlungen ausgehandelt für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. In der Hochkonjunktur ist das gar nicht so schwierig; dann gibt es die höheren Steuern, und die aufgefüllten Haushalte werden mit entsprechenden Forderungen bedacht. Wenn alle Kassen leer sind, wenn alles verteilt ist für individuelle oder Gruppenzwecke, dann kommt die Opposition und sagt, aber die Regierung hat versagt, sie hat keine Gemeinschaftsaufgaben erfüllt, und zwar von derselben Partei, die uns daran hindert, noch einigermaßen sparsam zu wirtschaften.

Wir sind ja auch schon manchmal etwas auf die schiefe Bahn geraten, aber ich habe noch kein Gesetz gesehen, das Ausgaben beinhaltet, wo die SPD nicht noch mehr gefordert hat. Und wehe uns, wenn wir da nachgegeben hätten!

Meine Damen und Herren! Es ist schon so zu wenig übriggeblieben für die Gemeinschaftsaufgaben, aber wenn wir alles das getan hätten, was die SPD gewollt hat, wäre gar nichts mehr übriggeblieben. Es ist wirklich unsere Verantwortung und unsere Verpflichtung, diese Gemeinschaftsaufgaben im weitesten Sinne zu erfüllen. Dazu gehört der Verkehr, die Umstrukturierung der Landschaft, die Raumordnung, das Gesundheitswesen, die Innenpolitik, das alles, aber nicht so sehr im individualistischen und materialistischen Sinne, sondern im Sinne einer Lebensordnung, in der der einzelne Mensch mit seiner Umwelt sowohl personeller wie auch landschaftsbezogener

³³ Vgl. Nr. 10 Anm. 48.

Art sich wohlfühlt. Das ist schon des Schweißes der Edlen wert; denn das ist ja auch individueller Konsum.

Meine Damen und Herren! Ich unterscheide sehr bewußt zwischen dem Sozialkonsum und der sozialen Investition. Beides dient nämlich dem Wohlbefinden und dem Nutzen des Staatsbürgers. Bei dem Sozialkonsum ist es im ganzen gesehen evident. Das haben wir ja erlebt seit 1948, aber für die Sozialinvestitionen, d. h. alles das zu besorgen, was den einzelnen Menschen in der Gesellschaft wirklich sicher und geborgen ruhen und leben läßt, haben wir bisher zu wenig getan. Ich sage das gar nicht als Vorwurf oder als Schuld, es ist selbstverständlich, daß das unmittelbar Drängende im Vordergrund stehen mußte, aber wir stehen jetzt an einer Schwelle. Ich bin der Meinung, daß alles das, was noch fehlt – der Vollendung werden wir zwar nie nahekommen –, besorgt werden muß.

Meine Damen und Herren! Damit bin ich eigentlich in dieser Stunde und vor diesem Kreis fertig, aber ich darf nochmals auf die SPD zurückkommen. Ich habe den SPD-Parteitag sehr wohl verfolgt. Ich habe auch alles gelesen. Es ist so evident, was die Leute verlangen. Es ist wirklich nicht zuviel gesagt: Nicht eine neue Idee ist dort geboren worden, mit Ausnahme der Volksrente.³⁴ Aber wenn ich zur Volksrente nicht mehr sagen kann, als bloß den Begriff in die Welt zu setzen, dann ist das ohne Sinn und ohne Verstand. (*Katzer*: Sie haben es nicht einmal beschlossen!) Sie haben es nicht beschlossen. Es sollte jedenfalls zündend wirken. Man kann ruhig sagen, die SPD ist die Partei der Beharrung, die nichts Modernes zu denken vermag, weil sie Angst hat vor ihrer eigenen Courage. Sie ist so oft damit hereingefallen. Wo sie jemals in den letzten 15 Jahren vorgeprescht ist, ist sie in der falschen Richtung vorgestoßen. Sie hat sich immer wieder blamiert. Sie mußte immer wieder zurückgehen. Sie mußte sich uns immer wieder angleichen.

Meine Damen und Herren! Ich sagte es neulich auch im Bundestag: Es ist doch nicht so, daß wir einander nähergekommen sind, nein, die sind uns nähergekommen auf eine sehr einseitige Art und Weise. Ich glaube, das wird auch in Zukunft so sein. Es wurde keine Alternative gesetzt, sondern sie wurde sorgfältig vermieden. Als ich z. B. am Sonntag in Koblenz³⁵ eine ziemlich starke Attacke gegenüber der SPD geritten habe, hat man sich darüber unterhalten, wie soll man dem begegnen. Man ist übereingekommen: Wir greifen den Erhard nicht an. Es ist vielleicht besser. Wir wollen gar keine Alternative, wir wollen die bravste CDU sein, die es überhaupt gegeben hat. (*Heiterkeit und Bewegung.*)

Meine Damen und Herren! Aber wir wollen Alternativen setzen. Ich bin der Meinung, wir müssen angreifen! Wir haben guten Grund anzugreifen; denn wohin kommt die deutsche Demokratie, wenn der eine dem anderen nachbetet, was dieser sagt, wenn überhaupt nichts mehr vorgezeichnet wird, wenn nicht mehr gerungen

34 Auf dem SPD-Parteitag wurde eine Volksversicherung zur wirtschaftlichen Absicherung der älteren Bürger gefordert. Vgl. SPD, Parteitag Karlsruhe S. 141, 453 f. und 1084.

35 Vgl. Anm. 19.

wird? Dann können auch Fehler unterlaufen, aber es bleibt jedenfalls Bewegung und Leben. Die Nachahmung geht ja so weit, daß man auf dem Parteitag der SPD nicht mehr von einem Schattenkabinett, sondern von einer Mannschaft gesprochen hat. Das habe ich in der CDU auch schon einmal gehört. Da redet man jetzt in den gleichen Vokabeln.

Es ist wirklich nichts los dort. Wenn ich einmal einen biblischen Ausdruck gebrauchen darf, dann möchte ich sagen, das Salz des Sozialismus ist stumpf geworden. Es ist die Partei des blanken Opportunismus. (*Adenauer*: Eine langweilige Partei!) Eine langweilige Partei! Da sind manche Anträge gestellt worden, da war wirklich Pfeffer drin, aber die sind alle unter den Tisch gefallen. Die etwas bewegenden Elemente in der SPD sind vertröstet worden bis nach der Wahl.

Natürlich haben sie alle hinter Brandt gestanden! Wie wäre das anders möglich. Ich habe es aber auch schon anders gehört, meine Damen und Herren. Aber lassen wir das. Mir ist Herr Brandt als Kanzleraspirant der Opposition ganz sympathisch. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Ob es bei der SPD auch so empfunden wird, das weiß ich nicht, aber wir haben jedenfalls keinen Grund, unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Wir haben allen Grund, stolz zu sein auf das, was wir bisher erreicht haben, und wir können zuversichtlich sein in bezug auf das, was wir weiter erreichen wollen. Aber ich flehe Sie an, demonstrieren wir nicht nur eine Einigkeit nach außen, sondern stellen wir sie endlich unter Beweis, und zwar unmißverständlich! (*Starker Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Wir sind auf gutem Wege. Mit der Fraktion stehe ich ständig in gutem Einvernehmen. Wir sprechen alle Dinge miteinander ab. Ich glaube, daß mit meinem verehrten Herrn Amtsvorgänger das Verhältnis immer vertrauensvoller wird.³⁶ (*Sehr starker und langanhaltender Beifall.*) Ich teile freundschaftlich die Sorgen, die unser Kollege Dufhues hat. Meine Damen und Herren! Ich sagte es schon, Mitglieder sind ganz schön, aber im Grunde genommen wollen wir gar keine Mitgliederpartei werden. Wir wollen nämlich nicht die Apparaturen herrschen lassen, sondern wir wollen verantwortungsbewußte Männer an der Spitze des Staates stehen haben. (*Unruhe und Bewegung.*) Sehen Sie denn nicht, was das für eine Gefahr ist. Natürlich wünsche ich mir auch mehr Mitglieder bei der CDU, davon können Sie überzeugt sein, aber das kann nicht der Wert sein, und eine Partei, die sich die Gunst dadurch erschleichen will, daß sie die Parteimitglieder besser dotiert und ihnen höhere Chancen einräumt, wie das bei der SPD doch evident der Fall ist – gehen Sie nach Hessen oder nach Berlin –, löst doch die Demokratie auf. Da herrscht nicht mehr eine demokratische Ordnung. (*Unruhe und Bewegung.*) Hier müssen wir uns ganz deutlich

36 Adenauer kritisierte am 1. November 1964 in einem Interview der „Bild am Sonntag“ die Außenpolitik der Regierung, was zu heftigen Auseinandersetzungen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 3. November 1964 führte (Protokoll in ACDP VIII-001-1010/1). Gerstenmaier warnte in einem Interview am 7. November mit der „Bild-Zeitung“ vor einer Isolierung Deutschlands. Am 9. November erschien im „Mainzer Anzeiger“ ein Interview Schröders, in dem er Adenauer kritisierte. Dazu Günter BUCHSTAB: Zwischen „Zauber und Donner“. In: LOTH/PICHT S. 95–107.

unterscheiden. Die Mitgliedschaft einer Partei rechtfertigt keinen höheren Anspruch gegenüber dem Staat. (*Beifall.*) Das sollte man einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen.

Ich wäre gründlich mißverstanden worden, wenn ich etwa hätte sagen wollen, hören Sie auf, Mitglieder zu werben; denn wir haben ja erst damit angefangen. (*Heiterkeit.*) So ist es nicht. Ich möchte das bloß nicht überschätzen. Ich finde, das ist kein Wert, weder im positiven noch im negativen Sinne, wenn man sagt, die SPD ist eine Mitgliederpartei, aber wir sind eine Wählerpartei.

Wenn ich auf die letzten 15 Jahre zurückblicke, dann muß ich sagen, dann habe ich mich und dann haben wir alle uns als Wählerpartei ganz wohl gefühlt. Aber das ist eine Frage der inneren Ordnung und der Technik. Ich sage noch einmal, lassen wir uns nicht irremachen. Gebärden wir uns nicht so, als ob wir nichts mehr zu sagen hätten. Es ist endlich an der Zeit, daß wir die Speere nicht mehr gegen uns selbst richten, (*Starker Beifall*) sondern nach außen hin und so einen Wall bilden, der undurchbrechbar ist.

Die SPD gewinnt deshalb, weil manche CDU-Wähler – die ganz bestimmt nicht aus Überzeugung bei den letzten Wahlen einmal sozialdemokratisch gewählt haben – zornig auf uns sind, weil wir uns entsprechend gebärdet haben. Die SPD glaubt, wenn sie kein böses Wort gegen die CDU sage, so genüge das. Sie sagt sich, wir brauchen gar nichts Neues zu leisten, uns braucht gar nichts Neues einzufallen, wir brauchen bloß die CDU sozusagen in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen. Meine Damen und Herren! Das hört jetzt auf! Von diesem Tage an stehen wir zusammen. Und wer irgend etwas hat, wer sein Gewissen entlasten will, der sollte das nicht in illustrierten Zeitungen tun, sondern hier auf dem Parteiausschuß. (*Starker Beifall.*)

Wir sind uns in der Zwischenzeit einig geworden in dieser Frage. Wir haben unsere Fehler erkannt. Wir haben vor allen Dingen gesehen, welche Gefahren uns bedrohen. Und wenn es so ist, daß man zusammenstehen muß gegenüber einer Bedrohung von außen, dann wachsen die Kräfte von selbst. Und daß unsere Kräfte wachsen mögen, daß wir uns wieder rühren und wieder aktiv werden, daß wir wieder Profil zeigen und angreifen, das ist die Voraussetzung für den Sieg im Jahre 1965. (*Lang anhaltender und starker Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Bundeskanzler Erhard für seine vorzüglichen Ausführungen. Ich nehme an, daß es richtig ist, wenn nunmehr Herr Kollege Barzel ergänzt, was er dazu zu sagen hat, und daß wir erst dann in eine Diskussion eintreten. Darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind?

Kohl: Entschuldigen Sie, Herr Bundesvorsitzender, zur Geschäftsordnung! Ich möchte doch bitten, daß wir jetzt einen Zeitplan aufstellen. Ich bin heute hierhergekommen und von vielen Parteifreunden beauftragt worden, hier einiges zu sagen. Es ist aber ein uraltes CDU-Rezept, durch eine Fülle von Referaten die Zeit so auszudehnen, daß nachher für die Diskussion kein Raum mehr da ist. Ich selber bin an dem Bericht von Herrn Barzel interessiert, er hat es auch wirklich verdient, daß wir ihn anhören,

aber ich meine, dann muß auch die Zeit gegeben sein, um hier in eine Aussprache eintreten zu können.

Ich will keine Mohrenwäsche machen, sondern nur das ganz klarstellen, was der Bundesvorstand ist: ein führendes Gremium der Partei, ja, das Führungsgremium der Partei. Nachdem wir aber nicht einmal unseren satzungsgemäßen Anspruch seit einem halben Jahr erfüllt haben, sondern gelegentlich eine Tagung vor drei Monaten hatten, sollen heute hier Nägel mit Köpfen gemacht werden. Und deswegen muß hier gesprochen werden!

Adenauer: Ich möchte einem Ausdruck absolut widersprechen. Wir sind nicht hier, um uns die Köpfe gegenseitig einzuschlagen. (*Kohl:* Das hat niemand gesagt, sondern ich habe nur von Mohrenwäsche gesprochen!) Aber Nägel mit Köpfen! (*Heiterkeit.*) Herr Kollege Kohl, unter „Mohren“ verstehe ich auch einige Herren, die hier vor uns sitzen. Das sind nicht nur wir. (*Kohl:* Herr Bundesvorsitzender, ich bin bereit, Ihnen den „Büchmann“^{36a} zur Verfügung zu stellen. Da wird es anders interpretiert, als Sie es getan haben!) Entschuldigen Sie das bitte, aber man muß gelegentlich auch einmal so interpretieren, wie es einem paßt. (*Stürmische Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf nun zunächst einmal Herrn Kollege Barzel fragen, wie lange er zu seinem Referat braucht. (*Barzel:* Sehr kurz, höchstens 20 Minuten.) Wir haben jetzt zwanzig Minuten vor elf. Also geben wir Herrn Barzel noch zehn Prozent dabei, dann ist er kurz nach elf Uhr fertig. Dann haben wir zur Diskussion noch genügend Zeit. Sind Sie damit einverstanden? (*Kohl:* Jawohl, jetzt ist es klar!) Bitte sehr, Herr Barzel!

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und meine Herren! Meine lieben Freunde! Herr Kollege Kohl hat mir eigentlich die Schau gestohlen. Ich wollte nämlich damit beginnen, um Ihnen zu sagen, daß ich kurz sprechen möchte, weil uns ja die alten Rezepte sehr gut bekannt sind und weil Sie heute hierhergekommen sind, um selbst zu reden und nicht nur, um etwas zu hören.

Ich möchte aus einem anderen Grund sehr kurz sprechen. Ich bin zwar auf längere Zeit präpariert, aber ich meine, daß unser Bundeskanzler heute ein ganz besonders gutes Referat gehalten hat. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat niemals den Ehrgeiz, neben ihm, über ihm, hinter ihm, vor ihm oder sonstwo eine große Rolle zu spielen, sondern sie hat immer nur einen einzigen Ehrgeiz, mit ihm und für ihn sachliche Arbeit zu leisten. Nachdem er nun ein so klares Konzept hier auch nach vorn gezeigt hat, kann ich mich für unsere Fraktion sehr kurz fassen. Der erste Punkt, den ich in diesem Bericht hier bringen möchte, ist die Frage der Außenpolitik und der Einigkeit der Partei. Ich verstehe, daß Sie das eine oder andere nachher noch beitragen möchten, aber ich bitte Sie auch, zu verstehen, daß ich die kühne Überzeugung habe, daß keiner von Ihnen zu dieser Sache einen neuen Gedanken wird sagen können, der

^{36a} Georg BÜCHMANN/Gunter HAUPT (Hg.): Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. 32. Aufl. Berlin 1972.

sich von dem unterscheidet, was wir nicht schon selbst empfunden, gesagt und getan haben in den letzten Wochen, auch hier in diesem Saal.

Meine Freunde! Damit wir nicht falsch verstanden werden vor dem Hintergrund dieser für mich nicht langweiligen, sondern gefährlichen und geräuschlosen Geschichte der SPD in Karlsruhe, möchte ich folgendes sagen: Der Streit unter uns muß beendet sein, aber – und dieses „aber“ ist genauso wichtig – die Diskussion unter uns muß bleiben, sonst kommen wir nämlich nicht weiter. Ich finde es unerträglich, daß eine Partei wie die SPD sich in Karlsruhe so hinstellen und so sprechen kann. Man spürt bei ihr überhaupt nicht, daß sie in dieser Welt und in dieser Spannung, in der wir leben, mit einbezogen ist, einfach deshalb, weil wir doch gleichzeitig eine Freundschaft mit Frankreich, mit den USA und mit England wollen, hier aber auf ein Kreuz gespannt werden, weil sich diese nicht miteinander in allen Fragen verstehen. Es wäre doch sehr leicht, die deutsch-französische Freundschaft zu pflegen, zu entwickeln und zu vertiefen, wenn die USA und Frankreich einer Meinung wären. Aber sie sind es nicht. Sonst wäre es furchtbar leicht, eine ganz klare Schwarz-Weiß-Politik in der Außenpolitik zu haben. Es ist leider anders geworden nach dem Osten hin. Die Weltlage ist anders. Alles das schlägt hier hinein, und eine Partei, die wirklich nicht nur den Puls am Halse des Volkes hat, sondern die auch den Verstand zu diesen Problemen der Zeit aufweist, die muß doch über diese Fragen diskutieren, aber unter uns und ohne persönliche Akzente.

Das, meine Freunde, sollten wir heute hier im Parteiausschuß tun und auch deutlich sagen. Es geht darum, was der eine oder andere getrieben hat, es sind nicht nur diejenigen, die durch Interviews hervorgetreten sind, sondern es ist ja eine ganz breite Diskussion in unserer Fraktion und auch in unserer Partei. Eine entscheidende Rolle spielt die Frage, wie es mit unserer Sicherheit ist. In dem Augenblick, in dem es Informationen gibt – ob sie stimmen oder nicht –, die mit der Eskalation beginnen, also eine Politik, die für die Deutschen nicht ganz günstig ist, wird es natürlich einen Streit unter Menschen geben, die sich mehr für Force de Frappe interessieren als für das andere. Das ist ein ganz automatischer Sachverhalt, und darüber müssen wir diskutieren. Wir müssen darüber diskutieren, ob das ursprüngliche Konzept, das MLF hieß, heute noch das meint, nachdem sich Herr Wilson anders geäußert hat.³⁷ Wir müssen darüber diskutieren, ob wir einen Anlaß haben, hier zu drängen, nachdem Großbritannien, Frankreich und Belgien – Nachbarn, mit denen wir unser Schicksal teilen – abgesagt haben. Das sind alles Fragen, die ich hier nur kurz anschnitten

37 Wilson äußerte in einer Rede vor dem britischen Unterhaus am 23. November 1964 Bedenken gegen die MLF (AdG 1964 S. 11550 f.). Pompidou hatte bereits am 5. November 1964 den MLF-Plan kritisiert (EBD. S. 11516 f.). Spaak teilte am 26. November 1964 mit, daß sich Belgien nicht an der MLF beteiligen werde („Die Welt“ vom 27. November 1964 „Belgien beteiligt sich nicht an der MLF“). Zur MLF vgl. Colette BARBIER: „La France et la Force Multilatérale“. In: Maurice VAÏSSE/Pierre MÉLANDRI/Frédéric BOZO: *La France et l'OTAN, 1946–1966*. Paris 1966 S. 285–305.

möchte, aber ich will sie jetzt nicht beantworten. Das ist nicht der Sinn dieser Stunde. Ich will nur um Ihr Verständnis dafür bitten, um was es hier bei uns geht.

Ich möchte nun den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers noch einen Akzent hinzufügen, den er – wie ich glaube – in seiner Bescheidenheit vergessen hat. Wir haben die Chance, das zu erledigen, was wir jetzt brauchen, nämlich eine europäische Politik. Ich habe das feste Gefühl, daß wir in dieser Sache weiterkommen werden. Ich weiß, daß es zwischen Deutschland und Frankreich wieder besser geworden ist. Hier muß ich ein Wort sagen für diese unsere Union. Ich muß wieder einmal deutlich machen, daß nur eine solche Integration aller Volkskräfte überhaupt imstande ist, die Probleme von heute zu lösen. Ohne die viel geschmähte Grüne Front in dieser Bundestagsfraktion wäre das, was sich jetzt anbahnt an Verständigung und an Konsequenz für den europäischen Frühling, unmöglich gewesen, um es ganz deutlich zu sagen. Wir können mehr darüber jetzt nicht sagen. Wir haben noch eine kurze Vorbesprechung in dieser Sache. Aber ich darf das zum ersten Punkt dieses Berichtes doch ergänzend hinzufügen.

Der zweite Punkt ist ganz kurz. Es ist das, was wir bisher geschaffen haben. Wir haben Ihnen durch unsere Pressestelle eine kleine Ausarbeitung geben lassen, die auch nachher im Parteiausschuß verteilt wird, die einmal ein bißchen von dem zusammenträgt, was wir bisher geleistet haben.³⁸ Ich will jetzt darauf verzichten, das hier im einzelnen zu sagen, aber ich habe eine Bitte an Sie alle. Wir haben es versäumt, weil es uns zu langweilig ist, die Zahlen und die Daten unserer Erfolge, vor allen Dingen auf dem sozialen Gebiet, immer wieder anzusprechen und auszusprechen. So entsteht dann ein Gerede, als seien wir sozial und ökonomisch nicht auf dem richtigen Datum.

Was haben wir eigentlich gemacht mit dieser Steuerreform?³⁹ Haben wir die schon verkauft mit der Arbeitnehmerbeteiligung? Das ist doch ein gesellschaftspolitischer Durchbruch. Wir werden darüber heute nachmittag im einzelnen zu sprechen haben. Meine Freunde! Ich möchte es jetzt weglassen, weil die Zeit zu knapp ist. Es nützt ja bekanntlich nichts, gute Arbeit zu leisten, wenn es die anderen nicht merken.

Aber einen einzigen Punkt möchte ich noch aufgreifen. Hier, Herr Bundeskanzler, möchte ich mich etwas nuancierter einlassen, nämlich in der Sache der Gemeinschaftsaufgaben. Ich glaube, daß wir uns in dem ersten Satz, den die Opposition hierzu sagt, schon auf eine schiefe Ebene begeben, wenn wir die Mittel wollen, wenn sie nämlich von den vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben spricht.

38 „Christlich-Demokratischer Pressedienst“ Nr. 216 vom 17. November 1964 „Innenpolitisches Schwerpunktprogramm der CDU/CSU – Hartes Ringen um das 312-Mark-Gesetz – Junktim zwischen Lohnfortzahlung und Krankenversicherungsreform bestätigt“. Vgl. auch „Bericht aus Bonn“ Nr. 28 vom 4. Dezember 1964 „Zum gesellschaftspolitischen Programm der CDU/CSU“.

39 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Spar-Prämiengesetzes, des Wohnungsbau-Prämiengesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1964) vom 19. Juni 1964 (Drs. IV/2400).

Meine Freunde, haben wir eigentlich vergessen, woher wir kommen? Sind es vielleicht keine Gemeinschaftsaufgaben gewesen, hier Wohnungen und Straßen zu bauen, Arbeitsplätze zu schaffen, die Sozialversicherungsträger finanziell in Ordnung zu bringen, 50 Milliarden für den Lastenausgleich aufzubringen? Sind das keine Gemeinschaftsaufgaben?

In der ersten Wiederaufbauphase gab es andere Prioritäten. In der nächsten Phase sind andere Prioritäten der Gemeinschaftsaufgabe zu setzen. Aber lassen wir uns doch nichts einreden; denn daß wir jetzt die Diskussion über die Gemeinschaftsaufgaben haben, ist doch nur möglich, weil die anderen Probleme gelöst sind und weil sie so schnell zu lösen waren dank unserer guten Außen- und Wirtschaftspolitik. Das sollten wir auch sagen, weil wir sonst, wie ich fürchte, auf eine falsche Plattform hier kommen können.

Beim dritten Punkt war es ein wenig schwierig, und zwar durch die vielen Gesetze, die hier im Hause vorliegen, sich durchzufinden und zu einer Art Schwerpunktprogramm mit den anderen zu kommen. Diese Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat bis heute noch in jeder Frage, und wenn die Diskussion auch lang und hart war, am Schluß eine einmütige Haltung bekundet. Das bitte ich, auch einmal anzuerkennen und zu honorieren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn wir z. B. in den Fragen des Sozialpaketes nicht weitergekommen sind, dann nicht, weil wir etwa in der Fraktion uneins waren, sondern hier war man einmütig, aber wir haben ja allein nicht die Majorität. Ich bitte Sie sehr herzlich, bei jeder Beurteilung unserer politischen Situation – das gilt auch für die Bundesregierung – daran zu denken, daß uns eben acht Mandate hier fehlen, die wir wieder haben müssen und – ich bin davon überzeugt – auch wieder haben können.

Wir haben uns leiten lassen von drei generellen Gedanken für unser Gesetzgebungsprogramm. Der erste war dieser, daß wir bisher schon ein gutes Ergebnis haben, daß es aber für die Wahl und für das, was wir uns vorgenommen haben, noch nicht befriedigend ist; aber nicht ein Schwerpunktprogramm deshalb, weil wir plötzlich glaubten, wir hätten noch nichts geleistet. Wir sind also nicht in dem Zustand irgendeiner Hysterie. Wir wollen die Dinge möglichst schnell vorantreiben, weil die Zeit dazu drängt, aber wir werden es nicht tun, weil es etwa ein Anliegen der Sozialisten wäre, nein, das kommt nicht in Frage.

Wir werden eine gewisse Großzügigkeit an den Tag legen müssen im Rahmen dessen, was uns finanziell gesetzt ist, wenn wir unsere Stabilität erhalten wollen. Das ist der erste Punkt unseres Programms. Wir wollen die Großzügigkeit aber nicht so weit treiben, daß wir die Grenze dessen überschreiten, was finanziell möglich ist. Wir müssen immer daran denken, daß zwischen der Einbringung des Haushalts und seiner Verabschiedung immerhin eine gewisse Zeit vergeht. Es gibt auch verschiedene Punkte, die zu dem Zeitpunkt, als der Etat vorgelegt worden ist, noch nicht bekannt waren.

Drittens wollen wir versuchen, uns zu einer gemeinsamen Linie zu finden, damit nun keiner mit dem Kopf durch die Wand geht. Dies ist nun für die Bundestagsfraktion

die schwierigste Situation; denn da wir nicht allein die Mehrheit haben, ist es sehr schwer, die jetzt aus unserem Geiste vorgelegten Konzepte durchzubringen. Es besteht die Gefahr, daß die linke oder die rechte Seite Vorlagen vorlegt, die vielen von uns vielleicht auch sympathisch sind, die aber keine Majorität und keine Stimme von uns finden dürfen, wenn unsere Konzeption durchgehen soll.

Deshalb müssen wir uns finden, und zwar alle Schichten und alle Gruppen. Es gibt gerade in den gesellschaftspolitischen Kreisen Störungen. Wenn uns die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ deswegen angegriffen hat⁴⁰, dann hat sie sich eigentlich selbst Lügen gestraft; denn sie hat am Tage vorher auch berichtet, daß die Hauptakzente unseres Programms, die Notstandsgesetzgebung⁴¹, das Parteiengesetz⁴², die Aktienrechtsreform⁴³ und ähnliche Dinge, sehr wertvoll seien.

Ich will nur ganz wenig zu dem gesellschaftspolitischen Programm sagen. Ich glaube, hier wird nur der ein gerechtes Urteil abgeben können, der ein bißchen weiß von unserem Weg seit dem Jahre 1961 auf diesem Gebiet. Wenn ich jetzt einmal etwas übertreibe, dann war es doch so, daß wir gesagt haben, Gesellschaftspolitik ist ein Stück Neuland, ein Stück Strukturpolitik. Die Freien Demokraten haben ein ganz anderes Paket; sie haben eigentlich gesagt, wenn Geld da ist, dann zuerst für die Kriegsfolgen. So war es doch. Diese beiden unterschiedlichen Konzeptionen haben uns doch zerrieben. Jetzt ist es gelungen, auch mit Unterstützung der Freien Demokraten, ein Paket aus unserem Geiste vorzulegen. Wir haben in diesem Paket eine zeitliche Priorität geschaffen, und zwar erstens die Familienpolitik, aber nicht weil wir da ein schlechtes Gewissen haben. Zweitens durch das Kindergeldgesetz⁴⁴ sind wir bereits in einer sehr guten Situation, auch im europäischen Vergleich. Wir glauben auch, daß wir gesellschaftspolitisches Neuland beschritten haben durch die Idee der Koppelung von Familien- und Bildungspolitik.

Das Zweite ist die Eigentumspolitik. Der Herr Bundeskanzler hat dazu gesprochen. Ich kann darauf verzichten, hier näher darauf einzugehen, sondern will nur den Zusatz geben und sagen, unser Leistungsförderungsgesetz⁴⁵, das bekanntlich Erlöse des Volkswagenwerks verwendet, um Menschen im Beruf zu fördern, ist eine großartige Sache.

40 FAZ vom 20. November 1964 „Für jeden etwas“.

41 FAZ vom 18./19. November 1964 „Sozialpolitische Vorhaben der Union bis zur Wahl“. – Zur Notstandsgesetzgebung vgl. Nr. 11 Anm. 42.

42 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 17. Dezember 1964 (Drs. IV/2853).

43 Entwurf eines Aktiengesetzes vom 3. Februar 1962 (Drs. IV/171).

44 Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes vom 21. Oktober 1964 (Drs. IV/2649).

45 Entwurf eines Gesetzes über Bildung und Verwaltung eines Sondervermögens für Ausbildungs- und Leistungsförderung (Leistungsförderungsgesetz) vom 18. Juni 1964 (Drs. IV/2388).

Wir haben als viertes die Härtenovelle bei der Rentenversicherung.⁴⁶ Der fünfte Punkt ist sehr schwierig. Die Bundestagsfraktion hat sich darüber verständigt, an dem Beschluß unseres Parteitages in Hannover festzuhalten, d. h. am unlösbaren Junktum zwischen der arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlung und den essentiellen Gruppen der Krankenversicherungsneuregelung.⁴⁷ Sie[!] ist beides zugleich. Da wir eine zeitliche Prioritätenliste haben, muß das in dem Zusammenhang gesehen werden. Über den Mutterschutz und eine andere Sache des Bundessozialhilfegesetzes will ich hier nicht sprechen.⁴⁸

Meine Freunde! Ich bin der Überzeugung, daß wir, wenn wir unser Programm durchziehen, keinen Streit mehr unter uns haben werden, daß wir aber eine geistig lebendige und diskutierende Partei bleiben gegenüber dieser öden Maschine der SPD von Karlsruhe.

Wenn wir am Schluß hier einstimmig handeln, wenn diese Bundestagsfraktion den Mut hat, vielleicht auch einmal, da sie ja nicht allein die Mehrheit hat, mit einer Vorlage aus ihrem Geiste unterzugehen, wenn wir in der Notstandsverfassung alsbald hier im Hause die Opposition stellen und ihr den staatspolitischen Puls fühlen werden, wenn wir den europäischen Frühling, von dem ich sprach, erleben, dann weiß ich eigentlich überhaupt keinen Grund, warum wir nicht im nächsten Jahre den gleichen Erfolg für diese Bundestagsfraktion finden sollen wie bisher; es sei denn, es gebrähe uns am Fleiß. All diese guten Vorhaben, meine Freunde, sind wunderbar, aber ohne den Fleiß und die Kleinarbeit nicht nur der Abgeordneten, sondern aller Mitarbeiter, ist nichts zu schaffen.

Das erste Musterbeispiel sollten wir an der Saar hinlegen, wo wir einfach die Wahlen gewinnen müssen.⁴⁹ Ich glaube, wir werden sie auch gewinnen.

Zur SPD möchte ich jetzt nichts sagen, denn das hat der Herr Bundeskanzler schon getan; aber lassen Sie mich ein einziges zum Schluß noch sagen. Wir sind 16 Jahre lang in der Regierung, wenn wir nächstes Jahr im Wahlkampf stehen. Ich habe eigentlich gar nichts dagegen, daß wir z. Z. nicht in der Favoritenrolle starten. Das ist gar nicht so schlecht. Natürlich müssen wir bis Ostern wieder in der Favoritenrolle sein; denn wenn wir nicht als Favorit in die Wahl gehen, so ist das schlecht, denn dann wollen die Leute bei dem sein, der siegen wird. Aber jetzt haben wir die ganz große

46 Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung von Härten in den gesetzlichen Rentenversicherungen vom 23. September 1964 (Drs. IV/2572).

47 Vgl. Vorlage des Arbeitskreises III „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in: CDU, 12. Bundesparteitag S. 512–516, hier S. 514.

48 Antrag der Fraktion der CDU/CSU zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung vom 10. März 1965 (Drs. IV/3125). – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundessozialhilfegesetzes (Blindenhilfe) vom 5. März 1965 (Drs. IV/3150).

49 Ergebnis der Landtagswahl vom 27. Juni 1965: CDU 42,7 %, SPD 40,7 %, FDP/DPS 8,3 %, SVP/CVP 5,2 %. Franz Josef Röder (CDU) bildete eine Koalitionsregierung aus CDU und FDP/DPS. FISCHER 2 S. 1062 f.

Chance, uns wirklich politisch wieder zu tummeln. Die größte Schwierigkeit wird sein, mit dieser Opposition, die uns ja schlagen möchte, fertig zu werden. Ich glaube, daß der Bundeskanzler mit seinen Ziffern über Schweden einen guten Weg gewiesen hat. Sie wissen, daß wir im Bundestag die Opposition herausgefordert haben. Ich will es heute nachmittag etwas ausführlicher sagen. Aber Herr Brandt ist nicht gekommen. Wir haben dann gefragt, was bedeutet diese Schweden-Sache, ist sie außenpolitisch zu verstehen als ein versteckter Hinweis auf Neutralisation? Die Antwort lautete: Nein. Darauf haben wir gesagt, daraus wollen wir keinen Popanz machen, aber was bedeutet sie dann innenpolitisch? Die Antwort von Erler lautete: In weiten Bereichen ist Schweden unser innenpolitisches Vorbild. – Na dann mal ran, meine Freunde! Ich glaube, daß wir dann wirklich alle Chancen haben.

Nun werden Sie verstehen, wenn ich am Schluß noch zwei Dinge sage: Erstens, wir wollen uns allesamt um Erhard scharen, die Partei, die Fraktion, die Regierung. (*Krone*: Nicht wie um Brandt!) Nicht wie um Brandt, der es heute noch nicht einmal fertiggebracht hat, ein Schattenkabinett zu bilden. Es gibt nicht einmal so viel Licht. Zweitens, Sie werden mir nachsehen, wenn ich nochmals zitiere, was mein väterlicher Freund Karl Arnold damals in einer ähnlichen Situation gesagt hat: Die CDU ist nicht kaputtzukriegen, es sei denn durch sich selbst. – Ich bin ganz sicher, daß Karl Arnold lieber hat, wenn der erste Teil dieses Satzes ihm recht gibt als der zweite. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Freunde! Ehe wir die Diskussion beginnen, möchte ich einen Satz aussprechen. Sie haben eben gehört, wie Herr Kollege Barzel gesagt hat, daß alle bisherigen Vorlagen von der Fraktion einstimmig verabschiedet worden sind. Wenn Sie weiter daran denken, daß unser Freund von Brentano seit über einem Jahr leider nicht mehr den Vorsitz in der Fraktion wahrnehmen konnte, dann schulden wir seinem Vertreter, Herrn Barzel, unseren herzlichsten Dank. (*Beifall.*) Wir schulden ihm Anerkennung für diese großartige Leistung. Er hat ein ganzes Jahr lang in schwierigen Angelegenheiten die Fraktion sehr gut geführt. – Nun darf ich um Wortmeldungen bitten. Bitte, Herr Dr. Kohl.

AUSSPRACHE: AUSSENPOLITISCHE DIFFERENZEN; KOMMUNALWAHLEN IM HERBST 1964; BUNDESTAGSWAHLKAMPF 1965

Kohl: Herr Bundesvorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Barzel hat am Anfang seiner Ausführungen das entscheidende Wort ausgesprochen: Eine Partei wie die CDU/CSU wird tot sein und keine Zukunft mehr haben, wenn in dieser Partei keine Diskussion mehr lebendig ist. Wir brauchen gar keinen Vergleich mit der Sozialdemokratischen Partei zu ziehen. Wer die Gründung der Partei, wer die Tradition und die Frühgeschichte kennt mit ihren Strömungen bis in unsere Tage hinein, der weiß das. Das ist auch gar nicht das Problem, was sich bei uns stellt. Diskussionen gab es immer. Sie sind in den letzten Jahren Gott sei Dank

etwas lebhafter in unserer Partei geworden. Das war eine großartige Sache, und das ist auch richtig.

Das entscheidende ist, daß unter dieser Diskussion – das ist ein alter angelsächsischer Regierungsgrundsatz – die Fähigkeit zum Regieren nicht gleichzeitig leidet. Diskussion muß sein, aber am Ende einer Diskussion muß ein Ergebnis stehen, und zu diesem Ergebnis müssen dann alle, auch die, die in der Diskussion unterliegen, fairerweise stehen.

Das ist überhaupt das Kernproblem, daß sich die CDU/CSU diesen Diskussionen stellt. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist. Ich bin nicht Mitglied der Bundestagsfraktion, sondern Mitglied einer Landtagsfraktion und habe eine Funktion in der Partei. Ich gehöre zu denen, die auch heute noch den altmodischen Grundsatz vertreten, daß es für einen Mann der Partei eine wichtige Sache ist, Versammlungen abzuhalten, wenn er ein Mandat übertragen bekommen hat. Auf diesen Versammlungen – ich spreche ausdrücklich nicht von den jetzt zurückliegenden Versammlungen der Wahlkämpfe – muß einiges zur Gesamtsituation der Partei in diesen Tagen gesagt werden.

Ich möchte vorweg sagen, es scheint mir ein geringer Trost für uns in der CDU zu sein, daß die SPD eigentlich heute ein schauriges Beispiel einer lebendigen Partei abgibt, daß man gerade aufgrund der Vorkommnisse in Karlsruhe sagen muß, das ist nicht eine regierungsfähige Partei. Das Problem ist nur, das unseren Mitbürgern klarzumachen und sie davon zu überzeugen, daß man nicht sozialdemokratisch wählen kann, wenn man als ein Mann oder als eine Frau mit Verstand begriffen werden will.

Was nehmen uns so die Leute übel? Herr Bundeskanzler, Sie haben es angeschnitten. Sie nehmen uns nicht übel, daß wir in dieser oder jener politischen Maßnahme nicht zu Stuhl gekommen sind. Jeder weiß, daß wir nicht mehr die Mehrheit in diesem Hause haben. Jeder weiß auch, daß in der Politik Pannen passieren können und auch passieren. Es ist dem Durchschnittsstaatsbürger auch lieber, an der Spitze des Staates Menschen mit Fehlern zu sehen, als Übermenschen, weil wir ja in der jüngsten Vergangenheit solche Beispiele hatten, die dann zu katastrophalen Fehlern sich auswirkten. Das nimmt man uns nicht übel, wenn wir diese Fehler zugeben. Wir werden sogar eine gewisse Sympathie dabei finden. Aber was man uns übelnimmt in diesen letzten Monaten und vor allen Dingen in den letzten Wochen, ist der Eindruck der Führungslosigkeit, der Konzeptionslosigkeit der CDU. Was aber die Konzeptionslosigkeit anbetrifft, so stimmt das angesichts der geschaffenen Tatsachen sicherlich nicht. Aber ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland, die ja zu einem entscheidenden Umfang gemacht wird, hat diesen Eindruck miterlebt. Und ein nicht unerheblicher Teil unserer führenden Persönlichkeiten hat leider diesen Eindruck kräftig unterstützt. Das ist genau das, was uns bis hinein in die engste Kernschar der Anhänger der CDU sehr übelgenommen wird.

Wenn man Streit in der Familie hat, dann trägt man ihn in der Familie aus; aber so, wie das bei uns in den letzten Wochen war, daß sich nämlich unsere Leute über Zeitungen gegenseitig und übereinander unterhalten, das ist für unsere Partei und insbesondere – ich will es einmal strapazieren – für eine solidarische Denkweise und

ein solidarisches Verhältnis untereinander, das sich aus dem „C“ unseres Namens ergeben müßte, unmöglich.

An diesem Punkt herrscht in weiten Kreisen unserer Mitgliedschaft – und insofern sind die Mitglieder von großer Bedeutung, Herr Bundeskanzler – helle Empörung, aber auch ein nicht zu unterschätzendes Maß von Resignation. Vergessen Sie bitte nicht, wir sind auf jeden unserer Anhänger draußen angewiesen, daß er an seinem Arbeitsplatz, in seinem Familienbereich und sonstwo für die Partei mitarbeitet und daß er hier das Nötige tut. Wenn der einzelne nicht mehr das Gefühl hat, daß der ganze Wagen nach vorn rollt, dann wird er auch nicht mehr bereit sein, diesen Einsatz zu geben, der uns in den Wahlen von 1949 über 1953, dann über 1957 bis nach 1961 die Mehrheit oder jedenfalls eine sehr starke Position im Bundestag gebracht hat.

Wir haben das Gefühl und haben auch Grund dazu – deswegen muß heute darüber gesprochen werden –, daß diese mangelnde Solidarität zum Teil nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus echt persönlichen – ich will es so nennen, wie ich es empfinde – Eifersüchteleien kommt. Es darf z. B. nicht so sein, daß schon Felle von einem Bären verteilt werden, den wir im September des nächsten Jahres noch nicht erledigt haben.

Ich bin mit dem Kollegen Barzel einer Meinung, wenn er sagt, wir können jederzeit diese Wahl gewinnen, wenn wir nur wollen. Aber in weiten Kreisen unserer Freunde ist im Augenblick der Eindruck vorhanden, daß vielleicht der eine oder der andere bei uns schon gar nicht mehr diese Konzeption hat. Ich würde nun zu dem einen oder anderen Punkte noch wesentlich deutlicher sprechen, wenn ich nicht die bemerkenswerte Tatsache wieder feststellen müßte, daß ein Teil der Akteure der letzten Wochen heute nicht da ist. Es gibt sicher diesen oder jenen dringenden dienstlichen Grund, aber es ist geradezu unmöglich, sich über eine außenpolitische Grundkonzeption der CDU/CSU zu unterhalten, wenn drei oder vier, die hier in diesem Saale sein müßten – ich denke an den Außenminister, an Herrn Gerstenmaier, aber auch an den Vorsitzenden der CSU –, nicht anwesend sind. Es wäre deshalb unfair, das so zu tun.

Deshalb will ich vorweg anregen, daß wir uns möglichst bald noch einmal hier im Bundesvorstand speziell zu diesem Thema treffen, und zwar mit einer Terminsetzung, daß niemand sagen kann, ich konnte nicht anders disponieren, ich mußte zu einem dringenden dienstlichen Geschäft. Wir haben auch vorhin aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers gehört – ich hoffe, daß wir es auch noch vom Herrn Bundesparteivorsitzenden hören werden –, daß das Verhältnis zwischen diesen beiden in steigendem Maße besser wird.

Ich sage Ihnen ganz offen, wenn Sie das heute draußen sagen, glauben das unsere Freunde nicht mehr zur Stunde. Ich unterstelle Ihnen subjektiven guten Willen dabei, aber aufgrund gewisser Erfahrungen glaube ich es im Augenblick nicht. Deswegen wende ich mich ganz konkret an Sie beide. Ich möchte ganz klar sagen, Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, daß, wenn überhaupt in dieser CDU/CSU Deutschlands – die CSU erinnert mich manchmal nicht sehr intensiv an diese Dinge, aber wir müssen

es hier trotzdem zusammennehmen – jemand eine Schuld hat, dann sind Sie es. Ich selber stehe nicht an, gerade als einer der Leute der jungen Generation, das bei jeder Gelegenheit zu betonen. Aber ich meine auch, Herr Bundesparteivorsitzender, die größten Verdienste um unsere Partei auf der einen Seite rechtfertigen nicht, daß daraus ein irgendwie geartetes, ich will nicht sagen Recht, aber eine Möglichkeit herauskommen könnte, etwa jetzt in dieser zweiten Phase der deutschen Politik oder auch der CDU/CSU, der Partei Abbruch zu tun.

Und erlauben Sie mir, zu sagen, Sie haben vielen Ihrer eigenen Anhänger draußen im Lande manches Ungemach, ja manches Kopfzerbrechen und manche schlechte Stimmung – aber das ist nicht das richtige Wort –, aber manche Betrübnis – das ist wohl richtig – in diesen letzten Wochen bereitet. Ich kann Sie nur sehr herzlich und sehr dringend sicherlich im Namen vieler unserer Freunde draußen im Lande bitten, uns diesen Dienst zu erweisen, nicht nur in aller Loyalität, sondern auch in einer herzlichen Kameradschaft – von Freundschaft darf ich in diesem Zusammenhang nicht reden – Ihrem Amtsnachfolger entgegenzutreten.

Wie ich auch glaube – ich will das natürlich auch umgekehrt sagen, Herr Bundeskanzler Erhard, daß Sie wissen sollten, daß Sie von den verfassungsmäßigen Rechten Ihres Amtes Gebrauch machen –, daß wir in der CDU bereit sind, durchaus den Kopf draußen hinzuhalten und zu sagen, der Bundeskanzler Erhard macht auch Fehler, es wäre schlecht, wenn Sie keinen Fehler machten; das gehört dazu. Aber wir wollen das Gefühl haben, daß Sie diese Vollmachten Ihres Amtes ausschöpfen, daß Sie führen, daß der Eindruck draußen bei unseren Freunden zunächst besteht, daß auch Sie wie Bundeskanzler Dr. Adenauer – dem wahrscheinlich kein Mensch je nachgesagt hat, daß er diese Führungsposition nicht wahrgenommen habe – in diesem Amt das gleiche Signum tragen. Mir scheint es wichtig zu sein, daß hierbei mit verbunden wird – ich will es offen ansprechen –, daß in unseren Kreisen und in den Kreisen unserer Freunde das Gefühl herrscht, von dem ich eben gesprochen habe. Sie haben es in einem Satz schon beantwortet, aber ich wäre dankbar, wenn Sie es auch in der Praxis draußen stärker durchsetzen würden, daß die jetzige Mannschaft im Bundeskanzleramt eine solidarische Verbundenheit zur Gesamtpartei hat. Ich spreche nicht nur vom Bundeskanzler. Da gab es ein Beispiel, das hat miserabel gewirkt. Wenn ich draußen den kleinen Mann auf der Straße anspreche, er soll Mitglied unserer Partei werden, dann weist er darauf hin, in den Zeitungen stehe, daß der Chef der Staatskanzlei⁵⁰ (*Erhard: Ist Mitglied!*) jetzt Mitglied auf einem Weg geworden ist, den auch ich nicht unbedingt für den normalen Weg halte, um in die Partei hineinzukommen. Das ist also keine gute Sache. Ich will damit Herrn Westrick nicht zu nahe kommen, aber glauben Sie mir, es ist kein gutes Beispiel, das hier gegeben wird. Unser dringender Wunsch ist es – deswegen sind wir ja hier zusammen –, daß diese Partei zum Siege geführt wird. Wir können doch hier unterstellen, daß wir alle CDU-Wähler sind. (*Lebhafte Bewegung und Heiterkeit.*) Wir brauchen uns deswegen

50 Ludger Westrick (Nr. 13 Anm. 51) war nie CDU-Mitglied.

nicht gegenseitig zu fragen. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Herr Kollege, ich weiß nicht, ob Sie nicht schon halb unterwegs sind zur CDU. (*Erneute Heiterkeit und Unruhe.*) Ich würde aus dem Grunde sagen, wir brauchen uns auch nicht darüber zu unterhalten, wie die SPD liegt. Wir müssen es unseren Mitbürgern draußen sagen, deren Stimmen wir in den nächsten Monaten haben wollen. Das geht nur, wenn die Konzeption der CDU für jeden klar ersichtlich ist.

Den kleinen Mann interessiert das 312-DM-Gesetz, den interessiert dieses und jenes, je nachdem, woher er gerade kommt. Er hat sogar Verständnis, Herr Bundeskanzler, für die Telefonaffäre⁵¹, aber er hat kein Verständnis für den zweiten Teil der Telefonaffäre, um es ganz deutlich zu sagen, wo es sich nicht um eine Affäre des Telefons handelt. Das hat zwar die Leute auch interessiert, aber die da so geschimpft haben, waren gar keine Telefonbesitzer. In dem zweiten Teil dieser Aktion, den man als Unfall bezeichnet hat, ist etwas deutlich geworden, was in unserer Mitgliedschaft und in unserer Anhängerschaft so interpretiert wird: Die CDU hält nicht durch. Sie bringt ihre Führungsautorität nicht so zusammen, wie es sein muß. Das ist ganz unmittelbar, Herr Bundeskanzler, an Ihre Adresse gesagt, weil auf Ihnen die Hoffnungen ruhen.

Es ist manchmal – und ich stelle hier die konkrete Frage, wer solche Gespräche geführt hat – in Gazetten und in Zeitungen geschrieben worden, es seien Überlegungen wegen Ablösung im Gange. Hier hätte ich gerne gehört, Herr Kollege Barzel, ob das stimmt oder ob das nur kolportierte Gerüchte sind.

Jedenfalls ist eines ganz klar, und das will ich deutlich hier ansprechen: Bei alledem, was jetzt an Streitigkeiten und Auseinandersetzungen war, wenn wir nicht von einer wirklichen Lust am Untergang erfüllt sind, dann müssen wir hier Änderungen vornehmen, um erfolgreich in den Wahlkampf ziehen zu können. Es wäre doch schierer Wahnsinn, wenn jetzt solche Ablösungsgedanken ernsthaft in der Führungsspitze der CDU erhoben würden. Ich kann nur das eine sagen, wenn Sie die Möglichkeit hätten, einen Parteitag in der Art eines schweizerischen Landtages abzuhalten, dann fürchte ich, würde die Mannschaft des Parteipräsidiums in diesen Tagen eine Abstimmung nicht überleben. Das ist also keine gute Sache für die Gesamtpartei. Deswegen meine ich, wenn irgendwo solche Gerüchte auftauchen, dann muß dazu eine klare Stellung genommen werden. Man sprach nämlich von einer Ablösung des ersten Mannes der CDU. Das stand in den Zeitungen.⁵² Ich möchte

51 Der Verwaltungsrat der Bundespost hatte in seiner Sitzung am 6. Juli 1964 eine Erhöhung der Gesprächsgebühren von 16 auf 18 Pfennig je Gesprächseinheit beschlossen. Die Bundesregierung hatte diesen Beschluß aufgehoben und die Gebühr je Gesprächseinheit zum 1. August auf 20 Pfennig erhöht. Im Oktober wurde dann durch die Bundesregierung eine Senkung auf 18 Pfennig vorgeschlagen, die vom Postverwaltungsrat in seiner Sitzung am 24. November 1964 beschlossen wurde. Die Ermäßigungen traten zum 1. Dezember 1964 in Kraft (vgl. BULLETIN vom 8., 17., 29. Juli, 1. August, 14. und 23. Oktober, 3. und 26. November 1964).

52 Vgl. „Die Welt“ vom 3. November 1964 „Schwere Krise erregt die CDU. Adenauer mit Abwahl gedroht“.

wünschen, daß Sie auch heute mittag ein klares Wort dazu sprechen; denn darüber diskutieren unsere Freunde draußen.

Herr Kollege Dollinger ist hier in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der CSU. Ich komme aus der Pfalz, wie sie wissen, und die älteren Leute in meiner pfälzischen Heimat erzählen heute noch schauerliche Geschichten aus jener Zeit, als die Bayerische Volkspartei und die Zentrumspariei, beides Parteien auf einem weltanschaulichen Hintergrund, etwa bis 1928 im Regensburger Abkommen⁵³ sich in finsterster Weise bekriegten. In meiner Heimatstadt Ludwigshafen gab es damals eine Stadtratsfraktion der Bayerischen Volkspartei und eine der Zentrumspariei, die nicht einmal zusammen stimmten. Die haben nicht miteinander gesprochen. Das ist das äußerste Extrem an Blödsinn, was man sich in der Politik überhaupt vorstellen kann.

Meine Damen und Herren! Wir sollten alles tun, bei aller Wahrung der selbstverständlichen Grund- und Sonderposition der bayerischen CSU und unserer Freunde in dieser Partei, daß die CSU auch ihrerseits nicht nur hier in der Verklammerung der Bundestagsfraktion, sondern auch in der Politik nach draußen deutlich macht, daß wir an einem gemeinsamen Strang ziehen. Ich weiß, der Herr Kollege Dollinger ist da großzügig. Ich weiß, mir geht es wie dem Pfarrer, der zu jemand predigt, der gar nichts dazu kann. Aber derjenige, dem es eigentlich gilt, ist nicht hier.⁵⁴ Da Sie aber in einer offiziellen Funktion hier sind, möchte ich Ihnen doch das mit auf den Weg geben. Vielleicht ist es doch von Interesse, daß sich der Vorstand der CSU und der Vorstand der CDU gemeinsam an diesen Fragen interessieren. Das wird vielleicht den einen oder anderen Kollegen aus dem norddeutschen Raum nicht so berühren. (*Unruhe und Oho-Rufe.*) Ja, ich sehe Herrn Blumenfeld dort sitzen, da kann ich es mir schon vorstellen. (*Heiterkeit.*) Ich meine es aber mehr aus der Nähe des südwestdeutschen und des süddeutschen Raumes.

Herr Geschäftsführender Vorsitzender Dufhues, ich meine, heute muß hier einiges herauskommen. Tausende unserer Freunde im Lande und Mitglieder warten darauf, daß heute am Ende dieser Diskussion eine klare und eindeutige Haltung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses steht. Wenn das so ist, dann müssen wir auch den Mut haben, von der gemeinsam erarbeiteten Linie in keiner Weise abzugehen. Wir müssen jeden, der davon abweicht, und zwar ohne Ansehen der Person und der Persönlichkeit – ich mache hier gar keine Ausnahme –, ganz klar exemplarisch als denjenigen hinstellen, der in der gesamten Linie der Partei quertreibt.

53 Am 20. November 1927 in Regensburg getroffene „Vereinbarungen zwischen der Deutschen Zentrumspariei und der Bayerischen Volkspartei“, die am 21. November von Karl Friedrich Speck für die BVP und am 28. November von Wilhelm Marx für das Zentrum unterzeichnet wurden. Vgl. Klaus SCHÖNHOFEN: Die Bayerische Volkspartei 1924–1932 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 46). Düsseldorf 1972 S. 195–198.

54 Franz Josef Strauß.

Es muß deutlich sein, daß das die einzige Chance ist, um die Bundestagswahl zu gewinnen. Ich habe keine Bedenken, trotz der negativen Ergebnisse bei den letzten Kommunalwahlen, auch in Rheinland-Pfalz, daß wir sie gewinnen können. Wir können die Wahl gewinnen, wenn wir angreifen, wenn wir ein klares Konzept haben, wenn wir nicht nur davon sprechen, was wir geleistet haben, sondern auch das erklären, was wir in Zukunft tun wollen, denn der junge Wähler bei der nächsten Wahl war bei den großen Stationen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik noch ein Bub oder ein Mädchen, und deshalb hat er keine Beziehung dazu. Er hat eine Beziehung zu der Politik der fünfziger Jahre wie ich als 34jähriger zur Weimarer Politik. Deshalb muß man ihnen sagen, das und das haben wir geleistet, aber wir sind in der Lage, morgen und übermorgen das und das zu leisten, wenn du uns mit deiner Stimme dabei hilfst. Dazu gehört die vorhin mehrmals angesprochene Einigkeit, dazu gehört ein eigenes Profil, dazu gehört das, was ich leider Gottes in den ganzen öffentlichen Ausführungen vermisste, daß wir nämlich bereit sind, in diesem Falle etwas von John F. Kennedy zu lernen, der nämlich gesagt hat, er führe sein Volk zu einer neuen Grenze, wenn sie bereit seien, Opfer zu bringen.

Meine Damen und Herren! Mit einer Politik von Wahlgeschenken oder mit einer Zubringung[!] von Dingen dieser oder jener Gruppe werden wir auf die Dauer nicht bestehen. Wir werden nur bestehen – gerade wegen der jungen Generation –, wenn wir bereit sind – so altmodisch das wiederum klingen mag –, von unseren Freunden Opfer zu verlangen.

Glauben Sie mir, wir hätten ein solches Ende durch den Verlust einer Bundestagswahl für die nächste Periode wahrscheinlich nicht verdient. Aber ich fürchte, die Sozialdemokraten bringen uns diese Niederlage nicht bei, wenn sie eintreten sollte, sondern sie wird uns beigebracht von uns selbst. Ich meine, wenn wir noch einen Funken von Verstand und einen Funken von Engagement – ich will gar nicht die Dinge jetzt sehr viel höher formulieren – zu unserer Partei haben, die ja unsere Heimat ist, dann können wir so nicht mehr verfahren. Und dazu gehört vor allen Dingen, daß wir fleißiger sind. Ich habe nämlich erstaunliche Beobachtungen von mangelndem Fleiß bei den letzten Landtagswahlen machen können. Man kann nicht in Gegenden denken; man kann nicht sagen, das ist eine Kommunalwahl, das ist eine Landtagswahl, das ist eine Bundestagswahl, nein, sondern man muß erwarten, daß der Gemeindepolitiker genauso für den Bund und die Gesamtpartei die Verantwortung trägt wie der in den Ländern. Dieses ganze Hickhack zwischen Bund und Ländern ist in diesem Zusammenhang von besonderer Schädlichkeit. Der Bürger reagiert ja ganz anders; denn er sagt, mir ist es ziemlich egal, ob das die CDU des Kreistages, des Landtages oder des Bundestages ist. Es ist das Bild der CDU. – Jeder trägt mit die Verantwortung. Und Sie sollten sehr ernst, Herr Kollege Barzel, auch wie ich das in unserer Landtagsfraktion als Vorsitzender getan habe, den Kollegen in der Bundestagsfraktion ins Gewissen reden.

Herr Bundeskanzler, es gehört auch zu den Richtlinien der Politik, daß Sie als der Repräsentant der CDU im Kabinett Nummer 1 auch den CDU-Bundesministern – nicht

nur einer auserlesenen Zahl, sondern allen – deutlich machen, daß der Wahlkampf kein Vergnügen, sondern eine Notwendigkeit ist, um auf dem Sessel zu sitzen, auf dem man gerade sitzt. Sie sollten ihnen sagen, daß es darauf keinen vererblichen oder verbrieften Anspruch gibt und daß das Mindeste ist, was man dazu tun kann, daß man sich engagiert.

Es kam auch vor, daß Bundesminister große Versammlungen haben aufsitzen lassen. Das bezeugt ebenfalls eine mangelnde solidarische Grundhaltung. Ich spreche die Dinge nicht mit dem Namen an, ich wäre aber in der Lage dazu, weil die genannten Herren nicht hier sind. Es wäre nicht fair, etwas zu sagen, wenn der Betreffende nicht hier sein kann. Aber geben Sie bitte diesen allgemeinen Appell in einer Besprechung vielleicht im Fraktionsvorstand oder auch des Bundeskabinettes. Wir machen ja nicht aus Spaß Kommunalwahlkampf oder Wahlkampf für die Landtagswahlen. Diesen Zustand, von dem ich eben gesprochen habe, gibt es nicht nur in Bonn, sondern den gibt es auch in einer Reihe von Landeshauptstädten. Ein von mir sehr hochgeachteter Ministerpräsident hat mich auch drei Wochen vor der Wahl in einer großen Versammlung sitzenlassen, weil im Fernsehen eine interessantere Sache war. Es mag durchaus so sein, aber die Kerntruppe der Partei bleibt eben die Mitgliedschaft. Das muß sie auch bleiben. Diese Mitglieder haben einen Anspruch darauf, daß sie gelegentlich auch ihre Repräsentanten sehen.

Meine Bitte in diesem Zusammenhang geht dahin, lassen wir heute die Dinge nicht mit einem großen UHU-Eimer zukleistern. Wir sollten die Dinge heute hier offen ansprechen. Wir sollten den Mut haben, auch das zu sagen, was uns alle bedrückt. Wir sollten aber alle, wenn wir diesen Saal verlassen, auch die Gewißheit mit nach Hause nehmen, daß es tatsächlich eine Führung in der CDU gibt. Wir sollten den Mut haben, dafür zu sorgen, daß derjenige, der gegen diesen Stachel löckt – das hat nämlich nichts mit Diskussion zu tun –, mit der vollen Konsequenz eines Vetos der Gesamtpartei zu rechnen hat.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn am Ende der heutigen Diskussion bei mir und vielen, vielen anderen Freunden das Gefühl bestünde, daß wir unseren Freunden draußen sagen können: Es ist jetzt tatsächlich eine Wende eingetreten. Es ist in Bonn keine Lust am Untergang, sondern eine Lust zu einem Sieg bei der nächsten Bundestagswahl vorhanden. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Ich behalte mir vor, zum Schluß der Versammlung noch einige Worte über die Aussichten zu sprechen, nämlich die Bundestagswahl zu gewinnen, so wie ich sie sehe.

Aber ich möchte auf einige spezielle Punkte, die mein Herr Vorredner eben hervor gehoben hat, ganz speziell antworten. Ich möchte ihm zunächst sagen, daß ich genau das unterschreibe und genau der Auffassung bin, die Bundeskanzler Erhard hat über unser gegenseitiges Verhältnis, sagen wir lieber über unser beiderseitiges Verhältnis. Ich gebe Ihnen aber auch zu, Herr Kohl, daß ich die Politik des Außenministers gegenüber Frankreich nicht verteidigt und auch nicht gebilligt habe. Ich habe das aber auch dem Herr Bundeskanzler Erhard und auch Herrn Schröder gesagt. Ich habe

versucht, Herrn Schröder etwas zu überzeugen, es ist mir nicht gelungen. Und der Eklat vom Ganzen war doch der, als ich neulich in Paris war wegen der Aufnahme in das Institut de France⁵⁵, habe ich mit Herrn de Gaulle eine Besprechung gehabt, und zwar nach einer Absprache mit dem Herrn Bundeskanzler Erhard. Ich habe dem Herrn de Gaulle auch gesagt, daß ich jetzt mit ihm nach einer Absprache mit dem Herrn Bundeskanzler Erhard spräche, weil doch sonst meine ganze Unterredung sinn- und zwecklos gewesen wäre.⁵⁶ Was ist dann passiert? Als ich einen Tag später in Paris war, hat Herr Außenminister Schröder ein Interview gegeben an eine an sich kleine Zeitung⁵⁷, das aber dann von da aus in unendlich viele Blätter gekommen ist, wodurch einfach eine weitere Besprechung mit dem Herrn de Gaulle unmöglich gemacht wurde. Ich hatte mit ihm – das bleibt aber unter uns – eine Stunde lang gesprochen und wollte dann eine weitere Stunde mit ihm sprechen am anderen Tage über ganz bestimmte Fragen. Und da hat er mir sehr offen und sehr freundlich gesagt, ich weiß nicht, ob ich nach diesem Interview des Außenministers Schröder noch eine weitere Besprechung konzedieren kann. Ich weiß nicht, was in London ist, sagte er, ich muß mich erst erkundigen, ich gebe Ihnen darüber heute abend Bescheid. Das war allerdings ein sehr schroffer und starker Gegensatz, aber lieber Herr Kohl, das ging nicht von mir aus, sondern ging von dem Außenminister aus. Ich fand es unerhört. Ich sage das ganz offen. Ich würde ihm das auch ins Gesicht sagen. Ich finde es unerhört, daß der Außenminister, während ich mit Wissen und Wollen des Bundeskanzlers in Paris war, ein solches Interview vom Stapel läßt.

Im übrigen, Herr Kohl, ist mein Gewissen wirklich rein. Sie können Herrn Barzel oder Herrn Erhard oder auch, wen Sie wollen, Herrn Blank oder Herrn Krone, fragen, ich war immer dafür, daß Herr Erhard bleiben sollte. Ich habe mich völlig zurückgehalten in allen schwebenden politischen Fragen, weil ich es für korrekt hielt, mich zurückzuhalten. Nur in der einen Frage, nämlich in der Frage Frankreich, wo wirklich Gefahr im Verzuge war, habe ich mit de Gaulle gesprochen, nachdem der Bundeskanzler und ich uns darüber ausgesprochen hatten.

Es hat sich zu Wort Herr Dr. Gurk gemeldet.

Gurk: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Diese Atmosphäre, wie sie jetzt spürbar wird, ist erfreulich, und zwar sowohl beim Bundesvorstand wie in der Diskussion. Was Herr Kohl gesagt hat, muß ich unterstreichen. Ich will auch nicht verhehlen, daß uns mit auf den Weg gegeben wurde, es sei kaum zu erwarten, daß im Bundesvorstand eine echte Änderung eintreten werde, weil die Differenzen schon so schwerwiegend seien, daß man zwar formell darum bitten könnte, daß aber im Grunde genommen keine Verständigung zu erwarten sei, die nun dauernd wirksam bleibe.

55 Adenauer war am 8. November 1964 in die Académie des Sciences Morales et Politiques aufgenommen worden (AdG 1964 S. 11523; vgl. AAPD 1964 S. 1272 Anm. 16).

56 Am 10. November 1964 – AAPD 1964 S. 1267–1272.

57 „Allgemeine Zeitung. Neuer Mainzer Anzeiger“ vom 9. November 1964 „Außenminister Schröder kritisiert Adenauer“.

Ich möchte bitten, daß die Herren ernsthaft miteinander reden. Es ist bedauerlich, daß einige Herren nicht da sind, die anzusprechen wären. Es fragt sich nur, wenn wir heute auch mit einer formalen Verständigung weggehen, ob sich die Herren daran halten werden. Ich unterstreiche also alles das, was gesagt wurde. Die abwesenden Herren müssen auch zitiert werden. Die Vielheit der Interviews, die scheinbare Uneinigkeit ist das, was uns drückt. Das Beispiel von oben macht natürlich im Lande Schule.

Ich bitte Sie sehr dringend, auch wenn Sie einander nicht lieben – das kann man nicht verlangen –, (*Unruhe, Heiterkeit und Bewegung*) aber Sie sollten miteinander auch nicht hassen im tiefsten Grunde Ihres Herzens. (*Beifall.*) Auf keinen Fall darf dieser Streit oder dürfen die Meinungsverschiedenheiten nach außen sichtbar werden, das gilt auch für die Herren, die nicht da sind. Auch die ertragen es nicht mehr. Wenn wir verlieren, dann verlieren wir durch unsere eigene Schuld.

Zur Sache selbst will ich nichts sagen. Über Sachentscheidungen kann man ja diskutieren. Die SPD hat im Grunde genommen weitaus größere Auseinandersetzungen als wir. Aber sie führt diese Auseinandersetzungen nicht auf einem Parteitag und auch nicht durch Zeitungsinterviews. Ich weiß z. B. durchaus oder ich nehme es an, daß zwischen dem verehrten Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Herrn Bundeskanzler Dr. Erhard gewisse Spannungen bestehen. Das ist menschlich und das nehmen wir Ihnen gar nicht übel, aber sie dürfen nicht nach draußen gehen. (*Adenauer:* Worüber denn? Sagen Sie doch, worüber!) Ich will es Ihnen offen sagen; ich tue es aber nicht, um einen Streit herbeizuführen. Es kam dieser Tage ein Herr zu mir von Bonn und sagte, der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer ist nach wie vor der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler Erhard an sich nicht der gegebene Mann sei. (*Adenauer:* Daß er was ist?) Nicht der gegebene sei. (*Unruhe und Bewegung.*) Aber das sage ich Ihnen nur, damit Sie sehen, wie draußen im Lande gesprochen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Summa summarum tragen Sie Ihre Meinungsverschiedenheiten aus in Ihrer stillen Kammer, aber geben Sie nach draußen jenes Bild der Geschlossenheit, das wir verdienen.

Ein Mitglied des Bundeskabinetts ist kürzlich frontal in der „Katholischen Bildpost“, die eine Auflage von über 250.000 Exemplaren hat, auf der ersten Seite in einem Aufsatz angegriffen worden.⁵⁸ Ich habe mir überlegt, ob ich es ihm schicken sollte. (*Zuruf:* Wer denn?) Herr Schröder. Ich habe mir aber gesagt, die Bundespressestelle wird es ihm vorlegen. Ich verteidige die „Bildpost“ nicht, ich sage auch nicht, warum er angegriffen wurde, aber er muß antworten. Wenn er nicht antwortet, bleibt dieser Angriff im Raum. (*Zuruf:* Die bringen die Antwort doch nicht!) Dann hat er eine eigene oder eine andere Möglichkeit, dies zu publizieren. Wir dürfen das nicht unwidersprochen lassen.

Unseren bayerischen Freunden möchte ich in aller Ergebenheit folgendes sagen: Es ist richtig, daß die Chancen für unseren von mir hochgeschätzten Freund Strauß um

58 „Neue Bildpost“ vom 3. Mai 1964 „Strauß wieder an Deck“.

so mehr steigen in Bayern, je mehr er in der übrigen Bundesrepublik abgelehnt wird, (*Heiterkeit*) aber die CSU wird nicht erwarten können, daß ihr Sieg, etwa erkauft mit unserer Niederlage, den Aufstieg der bayerischen Vertretung bewirken könnte. Dies nur als freundlichen Hinweis ohne die Absicht, hier irgendwie konkret zu werden. Ich kenne die Dinge mit der Bayerischen Volkspartei ganz genau und weiß, was damals passiert ist.

Nur ganz allgemein möchte ich der Stimme des Volkes Ausdruck geben, da es nun einmal geschehen muß, weil unsere Leute ein Beispiel erwarten. Ich möchte aber nicht so ganz optimistisch sein in bezug auf die Sicherheit unseres Wahlsieges, wenn ich daran denke, daß die linksintellektuellen Journalisten in Deutschland planmäßig die These verbreiten, die CDU sei abgewirtschaftet und ausgelaugt, sie sei bewegungsunfähig, und zwar ohne daß wir journalistisch etwa gegen Teile des Fernsehens oder gegen die „Revue“, den „Stern“, die „Quick“ oder die „Neue Illustrierte“ irgendein Gegengewicht hätten. Wir müssen uns sehr eingehend überlegen, wie wir den Durchbruch der Überzeugung, daß wir eine Partei der Zukunft und eine Partei mit Aktivität sind, in unserem Volke erringen können. Bei diesen Illustrierten handelt es sich um 24 Millionen Leser, von der Tagespresse ganz abgesehen, die allwöchentlich gegen uns Artikel bringen. Wir haben auch Teile des Fernsehens gegen uns. Es muß unsere innere Einheit wiederhergestellt werden, und zwar durch ein geschlossenes und starkes Auftreten nach außen. Wir müssen also überlegen, wie wir den linksintellektuellen Journalisten, die ja große Teile der öffentlichen Meinung in Deutschland beherrschen, wirksam entgegentreten können.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Dichtel.

Dichtel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn heute in Offenheit gesprochen wird, dann bitte ich Sie, zu verstehen, daß es nicht geschieht, um den einen oder den anderen zu kränken, sondern um der Sache willen. Ich möchte das, was Herr Kohl gesagt hat, nicht wiederholen, weil ich mit diesen Ausführungen einverstanden bin.

Zunächst möchte ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, für das danken, was Sie uns heute morgen gesagt haben. Wir wissen, daß die CDU eine einmalige Leistung vollbracht hat. Das ist auch in den letzten Jahren bei den Bundestagswahlen von der Bevölkerung immer wieder honoriert worden. Wir können tatsächlich eine einmalige geschichtliche Leistung aufweisen. Es ist nur schade, daß nach diesen Erfolgen die CDU in eine sehr ernste Gefahr gerät, bei der nächsten Wahl in Schwierigkeiten zu kommen, unter Umständen sogar unterlegen zu sein.

Es ist unmöglich, meine Damen und Herren, daß Auseinandersetzungen unter Parteifreunden in der Öffentlichkeit ausgetragen werden, wie sie ja in der Vergangenheit ausgetragen worden sind.

Herr Bundesvorsitzender Dr. Adenauer, wir haben vor längerer Zeit, als es sich wieder zeigte, daß ein neuer Stil auf die CDU zukäme, von Baden-Württemberg aus um eine Bundesvorstandssitzung gebeten. Nun darf ich hier auch einmal sagen, wir haben sehr wenig Vorstandssitzungen. Es ist für den Bundesvorstand eigentlich

sehr wenig Gelegenheit, zu wirklichen Entscheidungen Stellung zu nehmen oder wirkliche politische Entscheidungen zu treffen. Ist eigentlich unser Bundesvorstand im echten Sinne ein Führungsvorstand? Auch diese Frage muß einmal angeschnitten werden. (*Bewegung, teils Widerspruch, teils Unruhe.*) Der Antrag von uns wurde damals abgelehnt. Das ist kein Vorwurf, aber die Feststellung einer Tatsache. Hätten wir uns vielleicht schon zu dieser Sitzung zusammengefunden, wo wir von Baden-Württemberg aus zu verschiedenen Dingen, die in der Luft lagen, nicht mehr schweigen konnten, dann wären vielleicht die letzten Auseinandersetzungen uns erspart geblieben; auch der Tiefstand der Aktien der CDU an der Börse, wie wir ihn heute leider zu verzeichnen haben, wäre unterblieben.

Ich bin mit Ihnen, Herr Bundesvorsitzender, der Meinung, daß das Verhalten des – nennen wir es ruhig beim Namen, mehr will ich aber nicht tun, weil Herr Schröder nicht da ist – Außenministers nicht in Ordnung war. Aber, Herr Bundesvorsitzender, ich muß Ihnen ebenso objektiv sagen, ich hätte es begrüßt, wenn auch Sie nicht die Flucht in die Öffentlichkeit mit Ihrem Interview angetreten hätten. Wenn wir hier schon offen miteinander reden, dann wollen wir auch Auge in Auge den Mut haben, um uns das zu sagen.

Herr Bundeskanzler! Ich habe mich wirklich gefreut, als seinerzeit der Bundeskanzlerübergang kam, mit wieviel Einfühlungsvermögen und feinem Takt Sie uns diese Aufgabe erleichtert haben. Darf ich Ihnen einmal offen sagen, ich habe Sorge um diesen Zeitpunkt gehabt. Es ist kein Vorwurf, wenn ich jetzt sage: Wenn nach einer Periode von 16 Jahren ein Übergang kommt, dann muß der ganz automatisch bestimmte Erschütterungen und Schwierigkeiten mit sich bringen.

Ich habe es also begrüßt, wie Sie uns den Weg erleichtert haben, aber Ihre Schritte jetzt in der Presse habe ich nicht verstanden. Das möchte ich heute in aller Deutlichkeit anprangern. Ich darf Ihnen offen sagen, wenn Sie draußen bei unseren guten Freunden, also nicht beim Flugsand, sind, so sehen Sie heute dort eine tiefe Mutlosigkeit, (*Beifall*) weil sie eine große Verstimmung haben. Diese Leute sagen, das ist die Partei, die sich auf der anderen Seite heute bemühen muß, das Ziel in ihrem Programm glaubhaft nachzuweisen.

Ich bin also der Meinung, daß von unserer heutigen Sitzung aus eine Wende eintreten muß. Wir müssen in Kollegialität zusammenfinden. Wir können, dürfen und müssen uns streiten, aber doch bitte im zuständigen Kreis und am gegebenen Ort, aber nicht diese Auseinandersetzungen draußen in der Öffentlichkeit. Eine Partei, die keine Kritik mehr unter sich ausübt, ist tot. Aber wir wollen eine lebendige Partei. Wenn es so weitergeht wie bisher, dann brauchen sich unsere großen Strategen mit ihren glänzenden Interviews und ihren brillanten Erklärungen nach dem nächsten September keine Sorge mehr zu machen, wie nun die Politik bestimmt werden soll; denn dann bestimmen das andere. (*Beifall.*) Das möchte ich heute in aller Freundschaft einmal sagen. Ich bin auch der Meinung, daß wir uns den sogenannten Flügelkampf, ob frankophil oder amerikahörig – wie es scherzhaft heißt –, nicht mehr weiter erlauben können.

Herr Bundeskanzler! Ich bin Ihnen mein Leben lang dankbar – ich komme unten aus dem Grenzgebiet – für Ihre geschichtliche Leistung, mit der Sie die Aussöhnung mit Frankreich geschaffen haben. Ich habe Sie schon öfter gebeten, einmal nach Freiburg zu kommen. Wir hätten dort gern einmal eine Großkundgebung in aller Öffentlichkeit sichtbar gemacht, was Sie auf diesem Gebiet geschaffen haben. Wenn ich mich auch nicht mit Herrn Erler identifiziere, so kann ich ihm aber in einem zustimmen: Ohne ein gemeinsames Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland gibt es kein Europa.

Man wird natürlich auch bei dem einen oder anderen Punkt gegenüber Herrn de Gaulle kritisch sein müssen. Sie wissen auch, daß Herr de Gaulle nicht ewig lebt. Sie werden also nicht immer mit ihm rechnen können; aber auf der anderen Seite weiß ich ebenso gut, daß wir ohne die Sicherheit Amerikas bestimmt die Dinge nicht meistern können. Nun frage ich Sie aber, muß denn das zu einem Richtungskampf werden, an der unsere Front zerbricht? Haben wir nicht alle Ursache, unsere französischen Freunde, die ja für eine gewisse Galanterie empfänglich sind, in jeder höflichen Form zu bedienen? Ist das immer geschehen? Haben wir nicht alle Ursache, gerade nach dieser Seite hin die gute Front zu wahren, ohne dabei unsere amerikanischen Freunde vor den Kopf zu stoßen. Hier müssen wir es ablehnen, Alternativstellungen einzunehmen. Das können wir uns in unserem Rahmen nicht erlauben. Daß wir heute keine Verpflichtung haben, den Engländern in diesem Moment nachzulaufen, das liegt auch auf der Hand.

Herr Bundeskanzler! Was Sie heute morgen an Edelmut gegenüber den Angelsachsen hinsichtlich der Währungsfrage gezeigt haben, das ist wirklich schon mehr als christlich. Ob die es umgekehrt getan hätten, das weiß ich nicht.

Es ist notwendig, daß der Herr Bundeskanzler in einer engen Art mit der Partei, mit den Ministern und mit der Fraktion zusammenarbeitet, denn man ist hier auf Gedeih und Verderb verbunden. Ich kann mir denken, daß es vielleicht den einen oder anderen kitzeln wird, von einem sogenannten Volkskanzler zu sprechen. Es gibt bestimmte Erscheinungen in Frankreich, aber für den Volkskanzler dieser Art, der etwas neben der Partei steht, ist bei uns nach meiner Auffassung kein Raum. Deshalb bin ich der Meinung, wir sollten alle in einer echten Verbundenheit zusammenstehen und zusammengehen. (*Beifall.*)

Zum Schluß noch eine herzliche Bitte, die wir Ihnen schon einmal, Herr Bundeskanzler, vorgetragen haben, bevor Sie Ihre Regierungserklärung abgegeben haben. Wir müssen also bestimmte Aufgaben tun, an denen wir nicht vorbeikommen. Wenn z. B. die Länder die Gehaltslisten aufbessern, dann kann doch niemand in der Bundesregierung glauben, daß der Bund an einer solchen Erhöhung der Gehälter für die Beamten vorbeikomme. Müssen wir uns immer, wie das leider bisher geschehen ist, erst nach einem monatelangen Streit dazu bekennen, was dann in der Öffentlichkeit immer so aussieht, als sei dies ein Erfolg der Opposition. Und wir müssen es dann durchziehen.

Wir sollten uns auch in unserer Regierungspolitik zu dem Grundsatz bekennen:

Was Du tun mußt, das tue bald und ungezwungen. – Wenn das geschieht, dann wird auch unsere Aktivität als ein Erfolg dargestellt. Bis zur nächsten Bundestagswahl haben wir noch neun Monate Zeit. Der liebe Gott ist manchmal sichtbar mit der CDU gewesen. Mein Freund Scheufelen hat eine ganz andere Formulierung, die ist aber noch nicht salonfähig. Ich kann sie hier nicht vortragen. Aber wir werden es auch diesmal wieder schaffen, wenn wir eines begreifen, daß es immer um die Sache gehen muß und nicht um Personen. (*Beifall.*)

Adenauer: Herr Kollege Dichtel, das Wort heißt: Tu es schnell und willig, denn du tust es doch! – Sie suchten eben nach dem Sprichwort. Das Wort hat Herr Ministerpräsident Lemke.

Lemke: Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer! Meine lieben Parteifreunde! Es ist hier mit Recht kritisiert worden. Wir alle haben das erwartet und auch gewünscht. Ich kann mich dem anschließen. Ich muß in diesem Zusammenhang ein sehr ernstes Wort an uns und auch an diejenigen sagen, die immer wieder zitiert werden. Wir sind eigentlich immer sehr schnell dabei, das, was die anderen vorbringen, als von uns selbst kommend zu übernehmen. Wir tuten sofort ins gleiche Horn. So wird z. B. gesagt, der Bundeskanzler Dr. Adenauer ist zu alt, er muß weg. Und was haben wir getan? Alle möglichen Leute, besonders die Junge Union, haben nach ihm in aller Öffentlichkeit geschossen. Dann wurde gesagt, der Herr Bundeskanzler Erhard ist zu weich. Daraufhin schreit dann bei uns alles: Das ist keine Führung mehr, das muß anders werden, oder Erhard muß härter werden. Es liegt zum Teil auch daran, daß wir meinen, wir müßten immer in einer völligen Liberalität nachgeben. Alles das muß einmal gesagt werden, sonst sieht es nachher so aus, als ob die Anklagebank allein da vorne wäre.

Wir sitzen doch alle in einem Boot und haben darauf zu achten, daß alles in Ordnung geht. Nun komme ich zu einem sehr unangenehmen Punkt. Lieber Freund Gurk, Sie wissen, daß ich Sie schätze, liebe und verehere und daß wir uns durch Jahre hindurch freundlich begegnet sind. Ich muß hier, wenn so etwas ausgesprochen wird, der Bundeskanzler Dr. Adenauer hätte über den Bundeskanzler Dr. Erhard dieses oder jenes gesagt, ganz feierlich erklären, daß ich vor sechs oder acht Wochen mit dem Bundeskanzler Dr. Adenauer sehr eingehend gesprochen habe, und zwar sehr persönlich, wie vielleicht mit keinem anderen, insbesondere über diese Frage. Damals war das Interview noch nicht gegeben. Da hat Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer ganz eindeutig gesagt, daß er für den Bundeskanzler Dr. Erhard voll und ganz eintritt und daß wir dies alle tun müßten. Ich hatte damals die Vorkommnisse vom Anfang dieses Jahres zum Anlaß genommen⁵⁹, um mit dem Bundeskanzler Dr. Adenauer über diese ganzen Fragen zu sprechen.

⁵⁹ Möglicherweise Anspielung auf die für Erhard überraschend erneute Kandidatur Adenauers für den Parteivorsitz der CDU.

Auch das muß als Erwiderung auf die Ausführungen von Herrn Gurk gesagt werden. Wir müssen uns auch davor hüten, daß irgendwelche Gerüchte weitergegeben werden. Die Sorge unseres Bundesparteivorsitzenden über die Frankreichfrage ist uns allen bekannt. Ich möchte hier sagen, es ist tatsächlich in den letzten vier Wochen eine günstige Situation im deutsch-französischen Verhältnis geschaffen worden. Das haben wir auch aus der Rede von Herrn de Gaulle gehört.⁶⁰

Meine Freunde! Sie können mit mir sehr wohl debattieren. Das habe ich bereits vor vier Wochen auf der Sitzung der Landesvorsitzendenkonferenz hier im „Königshof“ in Bonn gesagt.⁶¹ Es ist sehr interessant, was Herr Barzel und Herr Bundeskanzler Erhard vorhin ausgeführt haben. Nun hat sich die Situation geändert. Ich bin auch dafür, Herr Dr. Kohl, daß wir uns über diese Sachfragen demnächst hier in diesem Kreise noch einmal unterhalten.

Nun komme ich zu einer Rüge, die ich sehr ernst nehme. Ich habe ja versucht, durch eine Captatio benevolentiae Ihr Ohr zu erobern. Auf der Landesvorsitzendenkonferenz im „Königshof“, wo alle diese Sachdivergenzen sehr gründlich diskutiert wurden, habe ich Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer geantwortet, als er mich fragte, beeindruckt Sie das nicht, jawohl, man muß darüber sprechen. Aber ich bin natürlich als Landespolitiker überfragt, dazu eine klare Stellung zu beziehen. Ich habe gesagt, Herr Gerstenmaier und Herr Strauß waren dabei, diese Sache darf auf keinen Fall an die Öffentlichkeit kommen. Dr. Krone war auch dabei. Dann aber haben die Herren das nicht gehalten. Dann kamen diese Interviews in dieser schrecklichen Form neben Soraya⁶² und anderen Dingen. Das ist das, was ich nicht vertragen kann. Ich war auch wie Sie, Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, ebenso entsetzt, daß Herr Schröder in den Tagen, als Sie in Paris waren, im „Mainzer Anzeiger“, oder wie das heißt, ein Interview gegeben hat. Das geht nicht, das rüge ich. Das lasse ich mir auch nicht gefallen. Deswegen bin ich aufgestanden. Daß ich zu Ihnen stehe, ist selbstverständlich, nur mußte ich diesen meinen Unwillen nur einmal klar zum Ausdruck bringen. Ich habe nicht zur Sache gesprochen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Röder.

Röder: Herr Bundesparteivorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meinen lieben Parteifreunde! Ich bin gebeten worden, in der heutigen Bundesvorstandssitzung etwas über den Ausgang der Kommunalwahlen an der Saar⁶³ und über die Situation an der Saar schlechthin zu sagen, weil aufgrund dieser Situation den Bundestagswahlen eine besondere Aufmerksamkeit zukommt, da wir ja am 27. Juni des nächsten Jahres, also unmittelbar vor den Bundestagswahlen, die Landtagswahl an der Saar haben.

⁶⁰ Vermutlich gemeint de Gaulles Rede in Straßburg (vgl. Anm. 27).

⁶¹ Am 19. Oktober 1964. Protokoll in ACDP VII-004-033/3.

⁶² Soraya Esfandiary Bakhtiary (geb. 1932), 1951–1958 Ehefrau des Schah Mohammed Reza Pahlawi.

⁶³ Ergebnis der Kommunalwahlen am 25. Oktober 1964: CDU 37,4 % (1960: 33,9 %), SPD 39,9 % (27,8 %), FDP (DPS) 9,0 % (12,9 %), SVP 7,1 % (8,0 %) – AdG 1964 S. 11499.

Es gibt Leute, die sagen, das seien kritische Wahlen wie seinerzeit für die NSDAP so diesmal für die SPD. Ich bin deshalb dankbar, daß ich in diesem Kreise etwas über die Situation an der Saar sagen kann. Ich brauche dabei nicht auf die Wahlergebnisse im einzelnen einzugehen, aber ich darf sagen, daß die SPD bei uns an der Saar die größten Gewinne erzielen konnte, nämlich gut 10 %. Daß dieser gewaltige Vorsprung möglich war, erklärt sich zum Teil auch daraus, daß die SPD bei uns an der Saar den geringsten Prozentsatz im ganzen Bundesgebiet hatte, nämlich 29,6 % im Jahre 1960, während sie heute bei 39,8 % liegt. Damit liegen sie noch unter den Prozentsätzen, wie sie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz hat. Von da aus mögen Sie folgern, daß also für die SPD an der Saar noch ziemlich viel Stimmengewinne möglich sind. Warum sollte sie auch gerade in einem industriellen Gebiet wie der Saar hinter den übrigen Ländern zurückbleiben?

Die CDU ist an der Saar jetzt auch in einer besonders schwierigen Situation. Sie hat es zwar verstanden, bei dieser Kommunalwahl wieder einen geringen Zuwachs mit großer Mühe zu erreichen. Sie ist von 35,9 % auf 37,4 % angewachsen, aber dieser Prozentsatz der CDU liegt unter den Prozentsätzen der CDU in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz. Die CDU hat es in den letzten zehn Jahren an der Saar aufgrund der historischen Entwicklung außerordentlich schwer gehabt, zu dieser Homogenität im christlichen Lager zu führen, wie das von 1945 ab im übrigen Bundesgebiet als Voraussetzung gegeben war.

Wir haben im Jahre 1959 nach vieler Mühe und unendlichen Anstrengungen bis in die kleinsten Dörfer hinein erreicht, daß wir zu einer Einigung mit der Christlichen Volkspartei des Herrn Hoffmann⁶⁴ gekommen sind. Wie bei jeder solchen Einigung ist es niemals möglich, aus eins plus eins zwei zu machen, sondern es wird immer gewisse Rückstände geben, Reste, die sie nicht unter diesen gemeinsamen Hut bringen können. So hat sich auch aus dieser CVP eine saarländische Volkspartei abgesplittert, die im Jahre 1960 bei den damaligen Landtags- und Kommunalwahlen es zu einem Prozentsatz von 11,4 %, also fast 12 %, gebracht hat. Diese 12 % fehlen eben der CDU, um ihren Abstand gegenüber der SPD wieder auszugleichen.

Es wäre für uns beruhigend, wenn aus den Wählern der SVP, die nicht mehr SVP wählen – bei der Kommunalwahl hat die SVP fast 50 % verloren –, diese Stimmen nun zur CDU gelangen könnten. Das ist leider nicht der Fall. Diese Stimmen sind zur SPD gegangen. Was die FDP an der Saar verloren hat aus dem Jahre 1964, ist bedauerlicherweise nicht zur CDU, sondern zur SPD gegangen. Auch die Verluste dieser beiden Gruppen genügen nicht, um die 10 % Gewinne der SPD aufzufangen.

⁶⁴ Johannes Hoffmann (1890–1967), 1947–1955 Ministerpräsident des Saarlandes. Vgl. PRO-
TOKOLLE 1 S. 67 Anm. 35. – Karl August SCHLEIDEN: Johannes Hoffmann. In: Saarländische
Lebensbilder 4 S. 251–276; Brigitte STEINLE: Johannes Hoffmann – ein Leben. Weinheim
1990; Markus GESTIER: Die christlichen Parteien an der Saar und ihr Verhältnis zum
deutschen Nationalstaat in den Abstimmungskämpfen 1935 und 1955. St. Ingbert 1991.

Die SPD hat darüber hinaus noch durch die höhere Wahlbeteiligung an Stimmen gewonnen. Ich habe in derselben Nacht nach den Kommunalwahlen an alle Ortsverbände die Weisung gegeben, daß wir nun auch unter größten Opfern mit den Resten der SVP eine Koalition auf Gemeindeebene eingehen sollten, damit wir für die kommenden Landtagswahlen durch Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene die Leute beeinflussen können, dann doch nicht mehr SPD, sondern CDU zu wählen.

Ich bin in diesen Bemühungen in einigen Hochburgen der SVP an der Saar zum Erfolg gekommen. In anderen Städten ist es mir vereitelt worden, weil die Führung der SVP beschlossen hat, unter keinen Umständen mit der CDU, in jedem Fall mit der SPD zu gehen nach dem Motto: Man wählt nicht mehr CDU. – Wenn schon die SVP an der Saar untergehen muß, dann muß damit auch die CDU untergehen. Darüber hinaus wird diese Partei versuchen, durch die Beifügung des Namens CVP – Christliche Volkspartei – ihr Wählerreservoir zu vergrößern. Sie ist auf die Bundesebene gegangen. Es gibt heute das Zentrum, die CVP und andere Erscheinungen, mit denen man eine Alternative zur CDU herstellen will.

Ich glaube aber, daß es uns gelingen wird, die Wähler, die durch das Verhalten der Führung in der SVP schockiert sind, bei den kommenden Landtagswahlen und Bundestagswahlen zu veranlassen, CDU zu wählen. Das ist nicht leicht, da die SVP seit Jahren bei uns an der Saar die gehässigste Propaganda gegen die CDU an der Saar und gegen die Bundes-CDU führt. Man darf sich also nicht wundern, wenn diese Leute in ihrer Verhetzung nur sehr schwer den Weg zur CDU finden. Wir müssen also gerade sehr überzeugende Beispiele für die CDU an der Saar haben, wenn es uns gelingen soll, diese Wählergruppen zu uns in die CDU zu bringen.

Die Situation im Allgemeinen! Sie wissen, daß wir bei den letzten Landtagswahlen ein Ergebnis hatten, das zu der Koalition zwischen CDU und FDP geführt hat, und zwar mit der geringsten Stimmenzahl, die überhaupt nach der Verfassung zulässig ist.⁶⁵ Wir haben nur eine Stimme mehr als die Hälfte der Abgeordneten. Wir haben in dieser sehr schwachen Koalition vier Jahre lang regiert, ohne daß sie im übrigen Bundesgebiet davon gehört hätten, daß wir Koalitionsstreitigkeiten oder andere Auseinandersetzungen aufzuweisen haben. Wir haben uns gegen eine sehr massive Opposition von SPD, SVP und KP zu wehren. In meinem Lande sind noch zwei ehemalige KP-Leute, die bei der DFU die 5%-Klausel gerade überspringen konnten.

Wir waren bis dahin in der Koalition mit der SPD. Wir sind damals mit Rücksicht auf die Bundestagswahl des Jahres 1961 aus der Koalition mit der SPD ausgetreten und haben diese schwache Koalition CDU/FDP eingegangen in dem Bewußtsein, daß an der Saar auch von seiten des Bundes eindrucksvolle Beispiele geschaffen werden müssen im Sinne der CDU, wenn wir mit dieser sehr schwachen Mehrheit

⁶⁵ Bei einer Gesamtzahl von 50 Mandaten hatten CDU und FDP/DPS nach der Landtagswahl vom 4. Dezember 1960 zusammen 26 Mandate (FISCHER 2 S. 1061).

bei den Landtagswahlen im Jahre 1965 unsere Position nicht nur halten, sondern auch noch verstärken wollen.

Nun ist es heute sehr deutlich geworden, daß das rapide Anwachsen der Stimmenzahl bei uns an der Saar nicht das Verdienst der SPD ist; aber ist eine solche Feststellung für uns nicht geradezu niederschmetternd, wenn wir als CDU sagen müssen, es ist nicht das Verdienst der SPD, sondern es ist die Unfähigkeit der CDU. Es gibt keine andere Alternative. Wenn wir nach Gründen suchen, die diesen Vorsprung der SPD rechtfertigen, ohne daß sie etwas Besonderes leistet, dann werden alle die Gesichtspunkte relevant, die von meinem Vorredner eben in der Diskussion hier vorgetragen worden sind, so daß ich sie im einzelnen nicht mehr aufzuzählen brauche.

Es gibt drei Gruppen von Gründen. Die eine besteht in dem Verhalten der CDU selbst. Ich brauche von Uneinigkeit nicht zu reden. Die zweite Gruppe von Gründen liegt im Verhalten der Bundesregierung und in der Darstellung der Politik dieser Bundesregierung. Für diese Tatsachen ist kennzeichnend, daß wir als CDU heute nicht mehr wagen können, einen so erfolgreichen Werbeslogan wie „keine Experimente“ aufzustellen, weil niemand mehr daraufhin sagt: Ich muß CDU wählen; das heißt mit anderen Worten, daß wir in einer Situation in der Öffentlichkeit sind, in der viele glauben, die CDU macht doch zu viele Experimente.

Das hat dazu geführt, daß bei unseren Parteifreunden wie auch in der Öffentlichkeit draußen eine große Verdrossenheit besteht. Es ist bedauerlich, daß unsere Parteifreunde heute nicht mehr stolz darauf sind, Mitglied der CDU zu sein. Das ist etwas ganz Wichtiges, daß sich jemand als Ortsparteivorsitzender oder auch als Mitglied nicht mehr für die CDU schlägt. Er hat nicht mehr das Bewußtsein, ich bin stolz, dieser CDU anzugehören. Wenn Sie ihm also diesen Stolz nehmen, dann lähmen Sie ihn in seiner Arbeit. (*Beifall.*) Diesen Stolz, den haben wir unseren kleinen Parteifreunden in der Tat genommen. Ich nehme mich selber dabei gar nicht aus. Ich bin auch mit daran schuldig, daß ich vielleicht manches habe durchgehen lassen, was ich hätte schärfer ansprechen sollen.

Die dritte Gruppe liegt außerhalb unserer Zuständigkeit, nämlich in Gründen, die von außerhalb ohne unser Zutun gegen uns wirken. Jeder weiß, solange Not besteht und diese Not beseitigt werden kann, ist es leichter, sichtbare Erfolge in der Politik zu erreichen. Wenn aber die Not beseitigt ist und es ist ein gewisser Wohlstand geschaffen, dann ist es ungleich schwerer, auf dieser Basis des Wohlstandes, der notwendigerweise zur Unzufriedenheit führt – nach dem alten Sprichwort: Je mehr er hat, je mehr er will –, sichtbare Erfolge in der Politik zu haben.

Es ist in weiten Kreisen der Bevölkerung heute so, daß die Fragen der Sicherheit, der Verteidigung, der Währung, der Wiedervereinigung usw. heute auf der Basis des Wohlstandes nicht mehr so ernst genommen werden. Deshalb wird auch unsere Politik und ihre Notwendigkeit nicht mehr so ernst genommen. Das geht so weit, daß selbst die Grundsätze des Christentums heute nicht mehr die volle Überzeugungskraft und Geltung in der Bevölkerung haben, wie sie es im Jahre 1945 nach dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland haben mußten.

In demselben Zusammenhang hat uns das Konzil⁶⁶ mehr geschadet als genützt. Lassen Sie mich das einmal ganz deutlich sagen. Jeder von uns begrüßt das Konzil, jeder von uns wünscht eine Annäherung der Christen in dieser Welt. Wenn aber durch ein solches Konzil nichts erreicht und das in der Öffentlichkeit unterstrichen wird, dann fällt das auf das Christentum, nicht nur auf die CDU, und hier insbesondere das katholische Christentum, dann heißt es, es sei veraltet, überholt, reformbedürftig und es müsse fortschrittlicher gemacht werden. Auch die Bindungen, die einmal selbstverständlich waren, könnten heute nicht mehr gelten, sondern müßten abgeschafft werden. Wenn Sie das auf diesem Weg noch in die Bevölkerung hineinbringen, dann ähneln wir notwendigerweise den Auffassungen der SPD. Die Basis unserer politischen Arbeit wird dadurch ungeheuer erschwert.

Was können wir tun? Ich pflege schon seit Jahren zu sagen, wir kranken daran, daß wir eine schlechte Darstellung unserer Politik in unserer Zeit geben, und daß wir nicht rechtzeitig nach Formulierungen, nach einer gemeinsamen Sprachregelung für unsere CDU-Politik in unserer Zeit Ausschau gehalten haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich habe vor zwei Jahren in Eichholz in einer Besprechung gesagt, als es um den Kanzlerwechsel ging, ich würde dringend empfehlen, fünf bis sechs bescheidene Herren, zu denen ich mich selbst nicht zähle, für drei Monate einzusperren, damit sie überlegen können, welche zugkräftige überzeugende Sprachregelung wir für alle Schwierigkeiten, die auf uns zukämen, finden können, auf die wir uns dann einigen können, damit auf diese Weise unsere Politik in Deutschland auch wieder bei dem kleinen Mann überzeugend wirkt. Heute ist es doch so, daß alles das, was wir tun, nicht mehr zum Wohl des Betreffenden empfunden wird, sondern nur zu seinem Nachteil, obwohl es just umgekehrt ist.

Noch ein Beispiel! Wir sind ohne eine eigene Sprachregelung in diese für uns absolut nachteilige Situation, und zwar aufgrund der SPD, in die sogenannte Bildungskatastrophe⁶⁷ hineingeschlittert, obwohl das Gegenteil davon richtig ist. Wenn es heute in Deutschland zu wenig Ingenieure und Techniker gibt, dann ist es in der Tat nicht die Schuld, sondern das Verdienst der CDU, weil sie nämlich durch eine kluge Politik das Vertrauen des Auslandes für Deutschland wieder hergestellt hat und auf der anderen Seite eine großartige wirtschaftliche Konzeption herbeiführte, die in der Lage war, in zehn Jahren einen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland zu erreichen, der zur Folge hatte, daß aufgrund dieses rasanten wirtschaftlichen Erfolges die Ingenieure und Techniker nicht in dieser gleichen Zeit ausgebildet werden konnten. Die Alternative heißt nur, wenn die SPD zu entscheiden gehabt hätte, wenn wir deren Außenpolitik, Verteidigungspolitik und Wirtschaftspolitik betrieben hätten, dann gingen heute in Deutschland die Ingenieure und Techniker spazieren, und wir hätten zu viele Abiturienten. (*Beifall*.) Ich gebe Ihnen dieses Beispiel, um die fehlende Sprachregelung und die schlechte Darstellung unserer Politik zu beleuchten. Es ist

66 Vgl. Nr. 13 Anm. 78.

67 Georg PICHT: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Olten 1964.

doch so, daß das, was eindeutig ein Erfolg der CDU ist, heute zu Lasten der CDU in der Öffentlichkeit dargestellt wird.

Es wäre sehr vernünftig, wenn wir uns heute, lieber Freund Dufhues, über eine solche Sprachregelung auf allen Gebieten unserer Politik einigen könnten. Es darf nicht so sein, daß es am heutigen Abend wieder heißt, wir hätten uns hier ausgesprochen und gerauft und dann hätten wir beschlossen, einig zu sein. Diesen Beschluß nimmt uns kein Mensch mehr in der deutschen Öffentlichkeit ab. Das gleiche gilt für den Parteiausschuß. Wenn von daher nur ein Appell zur Einigkeit kommt, so glaubt uns das niemand mehr, weil das schon zu oft ausgesprochen worden ist. Man glaubt uns nur noch die praktische und überzeugende Arbeit, die auch dann überzeugend dargestellt wird. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Grundmann.

Grundmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will ein Wort zur Organisation der Partei sagen. Ich muß sagen, daß wir nicht nur Mängel in mancher menschlichen und sachlichen Diskussion haben, sondern daß wir auch an einigen nicht unerheblichen Organisationsmängeln leiden. Ich weiß, daß das, wenn ich das sage, für jeden Landesvorsitzenden ein gefährliches Experiment sein könnte, weil er dann selber zurückstecken muß, um sich mehr dem Ganzen einzuordnen. Aber wir müssen darüber reden, wie wir unsere Organisation mehr aufeinander abstellen können, um auf diese Weise eine gewisse Einheitlichkeit unserer Organisation herzustellen.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte sagen, daß ich nicht den Apparat will, aber ich will eine gute Organisation; denn wenn etwas imponierend ist bei unserem zentralen politischen Gegner, dann ist es das, daß er in der Lage ist, mit seiner Organisation entscheidende Schwächen zu überdecken. Sie sehen also, daß in diesem politischen Spiel die Frage der Parteiorganisation ein immer größeres Gewicht bekommt, das nicht unterschätzt werden soll.

Das wäre eine Frage, die wir auch prüfen müssen als eine Konsequenz der hinter uns liegenden Wahlen; denn man muß gerechterweise sagen, es lag nicht nur an dem, was heute morgen hier gesagt worden ist, es lag auch an anderen Komponenten, die auf einer unteren Ebene zu finden sind; denn die Einigkeit einer Partei ist nicht nur eine Frage der Führungsspitze, sondern auch des freundschaftlichen Verhaltens der Männer und Frauen unten vor Ort. Wir haben also diese Konsequenzen zu ziehen.

Ich darf noch ein Wort sagen, Herr Jansen, zur KPV. Die Kommunalpolitische Vereinigung hat als Konsequenz dieser Wahl eine ungewöhnliche Aufgabe für die Zukunft, nämlich dafür zu sorgen, daß sie nicht eine Vereinigung von kommunalpolitisch interessierten Männern und Frauen ist, sondern eine parteipolitische Organisation, die das Eigengewicht der Kommunalpolitik stärker als bisher zum Tragen bringt. (*Beifall.*) Es gilt aber auch, gewisse personalpolitische Konsequenzen zu ziehen. Ich halte es nicht für einen Beweis der Freundschaftlichkeit, wenn man ununterbrochen dieselben personellen Dummheiten macht und jeweils damit aufs Kreuz gelegt wird. Das ist von Ort zu Ort verschieden. Soweit es meinen Landesverband betrifft, wäre ich durchaus bereit, dazu den einen oder anderen Beweis anzutreten.

Ich darf noch ein sehr positives Wort sagen. Wir sollten uns auch nicht allzusehr etwas diktieren lassen von den Erfolgsberichten der anderen. Wir haben doch in einer ernsten innenpolitischen Situation einen ständigen Zuwachs an Mitgliedern bekommen. Wenn Sie die relative Zahl des Zuwachses der Sozialdemokraten mit unseren Zahlen vergleichen, dann sind wir die besseren Leute in der Bundesrepublik. Das muß man einmal sagen. Die Rheinische Partei hat seit dem 1. Januar 6.000 neue echte Mitglieder bekommen. (*Zuruf*: Wieviel hatte sie denn vorher?) 56.000, jetzt hat sie 62.000. (*Zuruf*: Die anderen haben doch viel mehr!)

Sie haben viel mehr, aber sie kämpfen mit anderen Mitteln. Sie wissen, daß auf einer Pressekonferenz des Parteitages sichtbar geworden ist, daß die 56.000 Neuansmeldungen der letzten zwölf Monate nicht echt sind, sondern daß in der Endrelation dieser Partei sichtbar wird, daß wir einige Tausend echte Zunahmen haben, während die anderen Abgänge zu verzeichnen haben.⁶⁸ Sie hüten sich bloß, diese Zahlen der Öffentlichkeit zu sagen; sie nennt absolute Zahlen und blufft damit die Öffentlichkeit. Und wir nehmen es ihr auch noch ab!

Ich will nicht sagen, daß das bereits befriedigend ist, aber ich will damit zeigen, daß wir nicht abgemeldet sind, sondern daß es einen Trend in Deutschland gibt, der sich um uns sorgt und der bereit ist, mit uns zu streiten. Es sind vielfach junge Leute, die zu uns stoßen und die bereit sind, mit uns gemeinsam in die Zukunft zu gehen. Wir müssen uns ernsthaft fragen, ob wir genug in unserer politischen Gemeinschaft tun, um diese Mitglieder an der Stange zu halten.

Was ist denn das Schicksal irgendeines Mannes oder einer Frau, die bei uns im Lande ihre Tätigkeit ausüben? Was hören denn die von uns? Wo wird denn von uns unterrichtet? Wo ist die Koordinierung, gemeinsame politische Auffassungen zu bilden?

Meine Damen und Herren! Ich sage das deswegen, daß man, wenn man eine innerparteiliche Diskussion führt, diese auch auf den Punkt hinführen muß. Es nützt nichts, wenn man sagt, die Partei ist die Grundlage der politischen Arbeit, sondern man muß dann auch eine Basis dafür herstellen. Das halte ich für eines der verdienstvollsten Dinge, die der geschäftsführende Vorstand unserer Partei in der letzten Zeit getan hat, daß er wieder mehr sichtbar gemacht hat die Organisation und daß er daran geht, Schwächen bei uns auszuräumen. Auch die Erkenntnis des politischen Gegners wird dazu beitragen können, unsere Position zu verstärken.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Dollinger.

Dollinger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich in Ihrem Kreise weilen kann. Sie wissen, daß der Vorsitzende der CSU, Herr Strauß, sich auf einer Ostasienreise befindet.⁶⁹ Er kommt morgen zurück. Nun gebe ich offen

68 11. SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 in Karlsruhe. Presseerklärung in ppp Nr. 225 vom 24. November 1964.

69 Strauß war vom 10. bis 27. November 1964 in Honkong, Tokio, Südkorea und Indien (dpa vom 10. und 27. November 1964).

zu, nicht nur die CDU, sondern auch die CSU hat ihre Sorgen. Ich gebe offen zu, daß vieles von dem, was passiert ist – ich brauche bloß das Wort „Bayernkurier“ auszusprechen –, sehr problematisch auch für einen Teil der CSU gewesen ist. Sie können sich vielleicht entsinnen, daß ich zusammen mit dem Kollegen Huber vor einiger Zeit eine klare Stellung zu einem Artikel bezogen habe.⁷⁰ Wir haben vor kurzem in einer Sitzung des geschäftsführenden Parteivorstandes unter dem Vorsitz von Herrn Strauß sehr lange über die Lage der CSU diskutiert. Wir waren uns nach dem langen Gespräch darüber einig, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der CSU sowie die Auseinandersetzung gegen Teile der CDU endlich ein Ende haben müssen und daß wir alle gemeinsam in den Wahlkampf gehen, und zwar mit Bundeskanzler Erhard an der Spitze.

Wenn manche Dinge passiert sind, so wäre es durchaus zweckmäßig, mit Herrn Strauß selbst zu sprechen. Aber ich meine, daß insgesamt gesehen die CSU in den letzten Wochen bereits gezeigt hat, daß diese Frontstellung und diese Auseinandersetzungen praktisch beendet sind. Ich habe nur die Hoffnung, daß es auch in Zukunft so bleiben wird. Was ich tun kann, will ich gerne tun, aber insgesamt kann man sagen, es sind beachtliche Fortschritte erzielt worden.

Die schlechten Erfahrungen, von denen wir heute gehört haben, hat es bis heute nicht wieder gegeben. Und da ich nicht dafür eingetreten bin, daß die Pfalz wieder zu Bayern kommen soll, genügt das wohl, was ich hier gesagt habe. Ich hoffe also, daß wir in gemeinsamer Arbeit erfolgreich sein werden. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Jansen.

Jansen: Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mich gemeldet, bevor Herr Minister Grundmann die KPV hier erwähnt hat. Ich halte die Kritik und die Bitte, die an den Bundesvorstand ausgesprochen worden sind, für richtig und für begründet. Ich halte es aber für ebenso begründet, was von Herrn Ministerpräsident Lemke gesagt worden ist.

Deswegen möchte ich noch ein Wort auch von der kommunalpolitischen Sicht her hinzufügen. Es wird wahrscheinlich noch etwas über die Kommunalwahlen gesprochen werden. Ich will jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur sagen, es gehört mit zu diesem Tag heute, daß wir feststellen, daß man sich auch dann, wenn die Kommunalwahlen schlecht ausgegangen sind, es nicht so leicht machen darf, nun einfach zu sagen, es liege an einer schlechten Politik der Bundesregierung oder der Bundestagsfraktion. Das mag natürlich auch mit dazu beigetragen haben. Wir sollten auch in einer Sitzung wie der heutigen uns stärker an die eigene Brust

70 Dr. Ludwig Huber (geb. 1928), Jurist; 1945 Gründungsmitglied der CSU, 1946–1959 Vorsitzender der Jungen Union in Oberbayern, 1948–1949 stv. Vorsitzender der CSU München, 1953–1955 Sachbearbeiter in der Bayerischen Staatskanzlei, 1958–1977 MdL Bayern (1962–1972 Fraktionsvorsitzender), 1963–1970 stv. Vorsitzender der CSU, 1964–1970 Kultusminister, 1972–1977 Finanzminister, 1974–1977 stv. Ministerpräsident, 1977–1988 Präsident der Bayerischen Landesbank. – FAZ vom 11. September 1964 „Dollinger und Huber distanzieren sich“.

schlagen und einen Teil der Schuld bei uns selbst suchen, besonders bei denen, die im kommunalpolitischen Raum besonders engagiert sind.

Man soll nicht unterschätzen, was für eine Meinungsbildung in einer Gemeinde oder in einem Landkreis möglich ist, je nachdem, wer an der Spitze dieser örtlichen Verwaltung steht. Wir haben es im allgemeinen mit einer uns unfreundlichen Presse zu tun. Wir haben weitgehend mit einem uns nicht besonders gewogenen Rundfunk und auch nicht mit einem uns übermäßig gewogenen Fernsehen zu tun. Man braucht gar nicht an das „Panorama“⁷¹ nur zu denken. Wir haben es doppelt notwendig, dafür zu sorgen, daß unsere Kleinarbeit und auch die Propaganda im Kleinen, die die SPD auch meisterhaft versteht und ausübt, wesentlich verstärkt wird. Ich freue mich deshalb, daß Herr Minister Grundmann auch die Arbeit der Kommunalpolitischen Vereinigung erwähnt hat.

Ich vertrete den Standpunkt, nachdem ich zum Vorsitzenden gewählt worden bin, daß es nicht damit getan ist, in der Kommunalpolitischen Vereinigung sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wieviel Gelder man von der Bundespartei bekommen kann und wieviel Gelder wir aus den „Kommunalpolitischen Blättern“ beziehen. Das muß natürlich auch sein, aber solange unsere Kommunalpolitiker nicht bereit sind, auch ihrerseits Opfer für diese kommunalpolitische Arbeit in der KPV zu bringen, so lange haben wir keine moralische Berechtigung, von anderen Leuten Unterstützung zu verlangen.

Wenn der Kampf darum geht, ob man von Kommunalpolitikern für diese KPV DM 2,- Monatsbeitrag verlangen kann oder nicht, dann liegen wir noch falsch. Das gehört nämlich dazu. Wir in der CDU unterschätzen im allgemeinen die Bedeutung der Kommunalpolitik, die sie nicht nur im kommunalen Raum, sondern auch für die große Politik hat, nämlich wegen der Meinungsbildung, die unten gemacht wird von den ehrenamtlichen Bürgern. Das gilt insbesondere für die SPD. Bei uns ist es leider nicht so. Wir machen den Fehler auch unten, daß wir unsere führenden Männer und Frauen nicht genügend abschirmen und nicht genügend unterstützen.

Denken Sie an die Frage des Bundessozialhilfegesetzes⁷², sollen es hier die karitativen Verbände oder sollen es die Gemeinden machen. Wieviel CDU-Kommunalpolitiker haben da Widerstand geleistet? Sie haben ihre eigene Partei und ihre eigene Gesetzgebung damit desavouiert. Wieviel Kommunalpolitiker haben sich ernstlich in ihrer Gemeinde oder in ihrer Stadt für den Lücke-Plan⁷³ eingesetzt? Gerade das Ministerium Lücke macht hier sehr viel an Aufklärung, wenn ihnen aber von den Kommunalpolitikern in dieser Aufklärung nicht geholfen wird, wenn dort unten auch gesagt wird, wir sind ja so schlecht dran, die schwarzen Kreise und die weißen Kreise, der Lücke ist schuld – entschuldigen Sie, Herr Minister –, daß wir

⁷¹ Wochenmagazin der ARD.

⁷² Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 (BGBl I S. 815).

⁷³ Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. Juni 1960 (BGBl I S. 389).

die Kommunalwahl verloren haben, dann muß ich sagen, wenn es so wäre, dann hätten die Kommunalpolitiker versagt, die die Menschen draußen nicht genügend aufgeklärt haben. Deswegen wollte ich hier als eine Bitte vortragen, daß auch von der Bundespartei und von den Landesparteien her viel mehr Wert auf die Kommunalpolitik gelegt wird.

Wir können in Hessen ein Wort mitreden, wie unsagbar schwer es ist, einen Landtagswahlkampf und einen Bundestagswahlkampf zu führen, wenn wir in den übrigen Städten unserer Landkreise und fast in allen kreisfreien Städten – bis auf eine – eine sozialistische Mehrheit haben. Sie wissen, wie schwer uns die Arbeit überall gemacht wird, weil diese Leute dort am Drücker sitzen, die gegen uns sind. Deswegen bitte ich darum, daß die KPV wirklich zu einem aufbauenden Instrument der Partei gemacht wird. Ich bitte Sie darum, uns hierbei nach Möglichkeit zu helfen, auch wenn Sie nicht Kommunalpolitiker sind. Ich bitte Sie darum, uns mehr Verständnis zu zeigen für die Arbeit auf der Kommunalebene, um dann gemeinsam daran zu arbeiten.

Mit Kritik allein ist es nicht getan. Ich sehe in der Verstärkung der kommunalpolitischen Arbeit und in einem Gespräch von Mann zu Mann in der kleinen Gemeinde eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Das gilt auch besonders für die Bundestagswahl des Jahres 1965.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Scheufelen.

Scheufelen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade gehört, was nicht mehr passieren darf. Ich frage deshalb, was tun wir, wenn noch einmal etwas passiert. Ich möchte über die Möglichkeiten sprechen, die wir da haben. Wir haben zunächst Möglichkeiten bei den Herren, die sich um ein Bundestagsmandat bewerben wollen. Damit erfassen wir einen sehr großen Personenkreis. Tritt irgendeiner unserer Freunde wieder aus, dann kann der Parteivorstand kurzfristig zusammenreten und den betreffenden Landesparteiivorstand bitten, auf seinen Kreisverband einzuwirken, daß diese Herren nicht nominiert und erfaßt werden. Falls er schon nominiert ist, kann ihm dann die Nominierung entzogen werden. Notwendig wäre, sich hier darüber zu einigen, daß die Einreichung bei den Kreiswahlleitern zu dem letztmöglichen Termin stattfinden darf.

Ich bin mir darüber klar, daß man auf diesem Wege nur eine Bitte aussprechen oder eine Empfehlung geben kann; denn im Endeffekt sind ja die Kreisverbände in ihrer Entscheidung souverän. Ich glaube aber, daß allein schon die Möglichkeit, den Parteivorstand in dieser Hinsicht zusammenzurufen, große Wirkungen darauf hat, um solche Empfehlungen auszusprechen. Ich möchte deshalb einen Antrag zu einem solchen Vorgehen stellen.

Zur Öffentlichkeitsarbeit! Es ist nicht so, daß die gesamten Öffentlichkeitsorgane uns feindlich sind, aber es gibt bestimmte elementare Dinge, womit man jeden verärgert, der einen Buchstaben schreibt. So war z. B. eine elementare Sache, gegen die man einfach nicht verstoßen darf, die Telefongeschichte. Am meisten telefonieren die Leute, die die öffentliche Meinung bilden. Das weiß ich aus Baden-Württemberg, wo

wir gerade einen Wahlkampf hinter uns hatten, die Presse war vor dieser Geschichte zu uns sehr freundlich. Aber nach der Telefongeschichte haben die Herren versucht, uns bei jeder Gelegenheit eins auszuwischen. Die Journalisten sagten: Euch Brüdern muß es einmal gezeigt werden. Wenn Ihr uns die Möglichkeit zu arbeiten einschränkt, wenn das Telefonieren teurer wird, so ist das für uns sehr schwierig. Ich meine also, solche elementaren Sachen dürfen einfach nicht vorkommen. Daß solche Dinge passiert sind, zeigt doch, daß auch sonst einige organisatorische Dinge nicht mehr in Ordnung und nicht mehr zeitgemäß sind.

Wir haben es im Jahre 1959 erlebt, daß wir trotz der absoluten Mehrheit der CDU im Bundestag nicht in der Lage waren, unsere Sozialgesetzgebung durchzubringen. Von diesem Zeitpunkt an ist es klar geworden, daß bestimmte organisatorische Dinge im Regierungsapparat nicht mehr so waren, wie sie sein sollten.

Ich glaube auch, daß die Organisation des Bundeskanzleramtes nicht mehr ausreicht, um die Dinge in dem Maße zu koordinieren, wie es an sich erforderlich wäre; denn sonst dürfte es einfach nicht dazu kommen, daß im Ministerium Referentenentwürfe entstehen, die sich dann so langsam mit ihrem Eigengewicht durchsetzen, deren politische Durchsetzbarkeit aber vorher überhaupt nicht überprüft worden ist.

Hier ist nicht der Kreis, um über die Organisation der Regierungsstellen zu sprechen, aber ich halte es doch für notwendig, daß über die Organisation speziell des Bundeskanzleramtes und in der Relation zu den Ministerien und in der Verbindung zur Fraktion und Partei gesprochen wird in einem Gremium, das noch zu bestimmen wäre.

Nun komme ich zur Darstellung unserer Politik. Ich sage es hier, weil ich es den betreffenden Herren persönlich vorher gesagt habe, wobei ich erwähnte, daß ich es auch hier vorbringen werde. Es handelt sich um den Herrn Außenminister Schröder. Es ist in der Öffentlichkeit sehr schlecht empfunden worden bis weit in die Kreise unserer Partei hinein, daß er es nicht für notwendig gefunden hat, nach dem Besuch von de Gaulle und nach allem, was darüber gesagt worden ist, Stellung zu nehmen.⁷⁴ Es ist eine Panne passiert. Wenn es eine schlechte Vorbereitung durch das Auswärtige Amt war, dann muß er eben sagen, so war es. Ist das aber nicht passiert, dann muß er sich verteidigen. Es geht aber nicht, daß der zuständige Ressortminister ungefähr der einzige in einer langen Zeitperiode ist, der zu diesen Fragen überhaupt nicht Stellung nimmt, wogegen andere Parteifreunde mehr Interesse zeigen. Es ist in hohem Maße illoyal, wenn ein Minister für das, wofür er verantwortlich ist, nicht bereit ist einzutreten oder sich zu verteidigen. Es ist vor allem illoyal gegenüber dem Bundeskanzler, auf den ja dann, nachdem der Fachminister die Kritik nicht ausgeübt hat, die ganze Kritik zukommt.

Ich möchte ein gewisses Druckinstrument schaffen für die Parteifreunde, die in Zukunft vorhaben, nochmals etwas zu tun, wozu wir aber einstimmig festgestellt haben, daß wir es nicht mehr tun sollen.

⁷⁴ Vgl. Nr. 16 Anm. 25.

Adenauer: Das Wort hat Frau Dr. Schwarzhaupt.

Schwarzhaupt: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede die Familien- und Gesundheitspolitik ausgeklammert. Ich möchte doch ein Wort darüber sagen; denn die SPD tut sehr entschieden das Gegenteil. Sie schiebt dieses Gebiet ganz in den Vordergrund, und sie tut es mit gutem Grund und mit einem gewissen Erfolg. Sie tut es deshalb, weil das einfache Volk und die große Zahl unserer Wähler sich schwer tun, ein Urteil zu bilden über die Fragen von MLF, über die Nuancenunterschiede zwischen unserer Frankreichpolitik und unserer Amerikapolitik. Da sieht das Volk im Grunde genommen nur den Streit, obwohl ich der Meinung bin, die Diskussion innerhalb unserer Partei ist ein Zeichen von Lebendigkeit, sie ist etwas, was einfach sein muß, aber das einfache Volk sieht darin nur den Streit und paßt im Grunde genommen vor dem Gedanken an die Gefahren, die sich aus einer falschen Außenpolitik und Verteidigungspolitik ergeben können.

Was das einfache Volk aber sieht, sind gerade die Fragen gesundheitspolitischer und familienpolitischer Art. Danach werden sie sich sehr stark im Wahljahr richten. Sie wissen etwas von der Verunreinigung der Luft, vom Wasser und von den Gefahren der Müttersterblichkeit, die nun einmal, was man auch darüber sagen kann, bei uns relativ hoch ist. Deshalb müssen wir diese Gebiete unserer Politik in den Vordergrund rücken. Wir können es auch mit gutem Grund. Gerade bei der Gesundheitspolitik handelt es sich nicht in erster Linie um die Verteilung von Mitteln, die nachher unkontrolliert in den Konsum gelangen, sondern hier handelt es sich um das, was der Herr Bundeskanzler hervorgehoben hat, nämlich um soziale Investitionen, soweit es sich überhaupt um die Aufwendung von Mitteln handelt, um die Aufwendung gezielter Maßnahmen.

Das zweite Mittel bei der Gesundheitspolitik ist die Regelung und die Setzung von Grenzen. Hier geht es darum, politische Methoden zu entwickeln, die durchaus in unsere Konzeption hineinpassen. Wir müssen etwas mehr als bisher davon reden. Wir müssen mehr zeigen, als das bisher in unserer Partei und in der Öffentlichkeit geschieht.

Ich bin dankbar dafür, daß die Bundesgeschäftsstelle Publikationen auf diesem Gebiete herausgibt. Ich möchte bitten, daß hier noch mehr als bisher geschieht. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Lücke.

Lücke: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem, was Herr Dr. Kohl gesagt hat, einige Ausführungen machen. Es ist sehr leicht gewesen, bei einer geradlinigen Politik vier Bundestagswahlen hintereinander zu gewinnen. Die letzten haben wir deshalb verloren, weil die Berliner Geschichte dazwischengekommen ist, wo sich die Massen gewaltsam hinter Brandt gestellt haben. Die vier Stunden im Fernsehen haben uns damals acht Mandate gekostet.⁷⁵ Es

⁷⁵ Fernsehübertragung einer Kundgebung am 16. August 1961 vor dem Schöneberger Rathaus (vgl. PROTOKOLLE 3 S. 1026). Rede Brandts in DzD IV/7,1.

steht zu erwarten, daß wir, wenn die CDU ihre Führung nicht in der rechten Weise wahrnimmt, zu einer antichristlichen Koalition kommen werden. Ich weiß genau, was in Gesprächen zwischen der SPD und der FDP geschieht. Dann kommt es zu einer Antithese gegen die Weltanschauung des Christentums. Wenn die drankommen, dann kommen sie nicht wieder herunter.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht so, als ob die Uneinigkeit, das Hickhack, wie man es in Bonn nennt, primär die Ursache für die Verstimmung im Lande sei. Wie kommt denn eigentlich diese angebliche Uneinigkeit? Meine Damen und Herren! Die Weltpolitik hat sich verwandelt, und nun gibt es mehrfache Richtungen in der deutschen Politik. Das ist der Kernpunkt.

Ich bin ein alter und echter Freund des Kollegen Schröder. Er hat mir gesagt, er käme zu dieser Sitzung heute morgen, obwohl er viel unterwegs war in den letzten Tagen. Nun ist er leider erkrankt. Ich habe das, was ich hier sage, mit ihm besprochen. Ich habe oft mit Schröder darüber gesprochen, daß, wenn es nicht gelingt, das deutsch-französische Verhältnis zu festigen und auszubauen, um es als Herzschlag Europas wirksam werden zu lassen, wir dann die Freiheit verlieren. Das ist keine Frage der Alternative mit Amerika.

Wer hat nur diese unglaubliche Alternative aufgebracht? Die Welt verzeiht uns, den Deutschen, nie, wenn wir mit Frankreich nicht auskommen. Dazu brauchen wir keine Gründe. Wir können natürlich viele Gründe angeben, de Gaulle usw.; jeder hat seine Schattenseite. Mein Geschmack ist er auch nicht. Aber wir können de Gaulle in der Politik eben nicht stilllegen. Man verzeiht den Franzosen von Amerika aus alles. Amerika wird immer mit Frankreich auskommen. Das ist historisch bedingt. Und hier liegt die eigentliche Ursache.

Herr Kollege Schröder und wir als Kabinettskollegen sehen nun verschiedene Wege, wie man dieses gemeinsame europäische Ziel erreichen will. Es sind also verschiedene Wege zu einem von uns gemeinsam erstrebten Ziel, die sich leider draußen, lieber Herr Dr. Kohl, als Uneinigkeit manifestieren. Nun haben wir keine entsprechende Organisation. Unsere Demokratie ist noch so schwach; sie verläßt sich darauf, daß macht der Alte, oder das macht der Erhard, aber bei beiden Parolen wird vergessen, daß das so einfach nicht geht. Es heißt also: Das macht der Alte, das macht der Erhard. Und was tut der Gegner? Der Gegner sagt, jetzt müssen wir die beiden auseinanderbringen. Sie sagen dann, der Alte ist gegen den Bundeskanzler Erhard, und der Erhard ist mit Dr. Adenauer nicht einverstanden.

Meine Damen und Herren! Ich bin seit sieben Jahren Mitglied dieser Bundesregierung und bin seit 15 Jahren im Bundestag und seit Kriegsende mit der Aufgabe befaßt, wie wir dieses unser Volk zu Freiheit und Frieden führen können. Ich kann Ihnen sagen, die Arbeit ist ausgezeichnet, die Zusammenarbeit klappt erstklassig. Ich hätte heute nicht gesprochen, wenn wir keine Hoffnung darauf hätten, was der Herr Bundeskanzler heute morgen gesagt hat, was jeder spürte; der Eintritt [!] ist viel rascher erfolgt, als wir erwartet haben, nämlich daß die Briten nicht wollen, Herr Bundeskanzler. Die wollen nicht! Ich selbst bin oft drüben gewesen. Die wollen aber

nicht, sonst hätte doch Herr Wilson nicht diese Geschmacklosigkeit gehabt, sich nun so hart von der MLF zu distanzieren. Und nun hat Herr Spaak noch gesagt, er wolle nicht.⁷⁶ Was sollen wir nun tun?

Für mich ist seit heute morgen, seit der Rede des Herrn Bundeskanzlers, Herr Kollege Dr. Kohl, Einigkeit demonstriert worden. Ich bin lebendiger Zeuge mit all denen, die dort sitzen. Sie ist erarbeitet worden auch mit Herrn Schröder. Und wenn Herr Schröder hier stünde, würde er dieselbe Rede halten, weil er zutiefst davon überzeugt ist, daß Europa kommen muß. Ich trete mit Nachdruck dafür ein, daß wir auf die Basis unserer Politik zurückkehren. Es genügt nicht, im Lande zu sagen, ich bin gegen Interviews. In den Interviews wurde doch deutlich, daß der Kollege Strauß jenen, der Kollege Schröder diesen und der Kollege Gerstenmaier den anderen Weg sieht. Den Weg wird diese Partei bestimmen.

Die Opposition spekuliert auf eine antichristliche Koalition. Da werden Umrangungen unternommen. Ich bin der Meinung, wenn wir die Wahl gewinnen wollen, müssen wir mit Frankreich auskommen und mit Amerika. Aber bitte die Reihenfolge beachten. Wenn wir mit Frankreich nicht auskommen, werden wir niemals mit Amerika auskommen. Jeder amerikanische Präsident wird uns nie verzeihen, wenn wir mit Frankreich nicht auskommen.

De Gaulle hat nun die Rede gehalten.⁷⁷ Ich möchte hier als ein leidenschaftlicher Anhänger seiner Politik gerade dem Parteivorsitzenden dafür danken, daß er sein Gewicht in die Waagschale geworfen hat, um de Gaulle, der nun eine eigenartige Auffassung von manchen Dingen hat, wieder dazu zu bringen, daß er eben diese Erklärung in Straßburg abgegeben hat. Nachdem sich nun die Briten und auch Herr Spaak von der MLF distanziert haben, sehe ich eine Möglichkeit darin, die der Herr Bundeskanzler angedeutet hat. Das sind Entscheidungen, meine Freunde, mit denen wir die Wahlen gewinnen werden, weil nur mit Deutschland und Frankreich und den Vereinigten Staaten diese Freiheit erhalten bleibt.

Die Weltpolitik hat sich gewandelt. Das wurde deutlich in Rotchina und mit dem Sturz Chruschtschows, mit dem Wechsel in England. Was ist zu tun? Eines möchte ich empfehlen aus dem amerikanischen Wahlkampf. Wenn in Amerika eine Wahlrede begonnen wird, dann sagt man, das ist ein ganz hervorragender Mann, er hat die und die Verdienste. Aber in Deutschland heißt es: Der Strauß muß weg; der Blank hat versagt; der Erhard ist zu weich. – Das erzählen doch unsere Leute. Sie sagen auch: Der Lücke ist schuld daran, daß wir die Kommunalwahlen verloren haben. Der Vorsitzende der KPV in Nordrhein-Westfalen, Herr Heinen⁷⁸, hat nach der Kommunalwahl in Duisburg erklärt, der Lücke muß Ehrenmitglied der SPD werden.

⁷⁶ Vgl. Anm. 37.

⁷⁷ Vgl. Anm. 27.

⁷⁸ Friedrich Heinen (1920–1982), Abteilungsleiter; 1958–1980 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1964–1982 Vorsitzender des KPV-Landesverbandes. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 350 Anm. 88.

Das ist nicht gerade die richtige Form. Wir haben immer Wahlen gewonnen, wenn wir Entscheidungen getroffen haben, wenn wir führten und von der Bevölkerung etwas verlangten. Wir haben sie immer verloren, wenn wir das getan haben, was uns die Roten suggerierten.

Nun ein Wort zur Koalition! Ich bin mit allen Herren, über die hier gesprochen worden ist, mit Herrn Schröder und den anderen, schon seit langen Jahren persönlich befreundet. Es ist nicht wahr, daß in Bonn darüber diskutiert worden ist, die Spitze zu wechseln. Es ist aber wohl wahr, daß die Opposition ihre Behauptung im Restaurant erzählt. Wenn man dann auf diesem oder jenem Landesparteitag die Kritik hört, der Strauß muß weg, so ist das eine gefährliche Parole, und zwar deshalb, weil man den Vorsitzenden der drittstärksten Partei in eine solche Oppositionsstellung bringt. Kollege Strauß als Vorsitzender der CSU ist einer der wichtigsten Männer in unserer politischen Arbeit seit Jahren. Darum empfehle ich das amerikanische Rezept. Dinge, die schwierig sind, sollten wir hier besprechen. Ich trete allen denen bei, die für mehr Vorstandssitzungen plädiert haben. Wir sollten aber draußen nur positiv über unsere Parteifreunde sprechen und es nicht zulassen, daß Legenden und Märchen in illustrierten Zeitungen gebracht werden.

Ich schließe meine Ausführungen damit, daß ich einen Eindruck wiedergebe, den ich in den letzten Tagen bei meinem Besuch in der Türkei bei Ministerpräsident İnönü⁷⁹ hatte, der unserem Bundeskanzler bis aufs Haar gleicht in seiner Art, der Sie auch sehr herzlich grüßen läßt. Dieses türkische Volk schaut auf das deutsche Volk. Man erwartet auch dort, daß diese unsere Politik fortgesetzt wird.

Meine Damen und Herren! Wenn die Sozialdemokratie an die Macht kommt, wird ihr alter marxistischer Pferdefuß wieder in Erscheinung treten. Dann wird es ein Bündnis mit Erlander⁸⁰, dem Schweden, geben. Und dann fahre wohl, Europa! Vor Jahren hat der Wahlkampfredner Dr. Adenauer in Nürnberg einen Ausspruch getan, der gar nicht so am Thema vorbei war, im Gegenteil, er hat in einer großen Vision die Zukunft erkannt, als er sagte: Wenn die Sozialdemokratie an die Macht kommt mit dieser antichristlichen Koalition, ohne daß sie angebunden werden kann über andere Mittel, dann sehe ich schwarz für die Zukunft unseres Volkes.⁸¹

Weil es so ernst ist, empfehle ich also, von unseren Freunden draußen nur gut zu sprechen und nach innen sachlich zu diskutieren. Herrn Barzel darf ich bei dieser

79 İsmet İnönü (1884–1973), türkischer Staatsmann; 1923–1938 und 1961–1965 Ministerpräsident, 1938–1950 Staatspräsident, 1946–1972 Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei. – Lücke war vom 23. bis 26. November 1964 in der Türkei (Unterlagen in ACDP I-077-105/1).

80 Tage Erlander (1901–1985), schwedischer Politiker (Sozialdemokrat); 1946–1969 Ministerpräsident.

81 Rede auf der Schlußkundgebung des Landesparteitags der CSU im Messehaus Nürnberg am 7. Juli 1957. Druck in ADENAUER: Reden S. 364–373. Vgl. auch KONRAD REPGEN: *Finis Germaniae: Untergang Deutschlands durch einen SPD-Wahlsieg 1957?* In: BLUMENWITZ 2 S. 294–315.

Gelegenheit danken; denn er hat einen ungeheuren Erfolg zu verzeichnen, daß wir bereits ein Programm vorlegen können, mit dem wir uns sehen lassen dürfen, und zwar angefangen von 312-DM-Gesetz bis zu den weiteren Möglichkeiten, die er vorzutragen hat. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Klepsch.

Klepsch: Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, unsere Diskussion rundet sich ab. Ich bin sehr dankbar für die fruchtbare Aussprache, denn die erspart mir, vieles von dem auszusprechen, worum mich zahlreiche Freunde gebeten haben, es heute hier vorzutragen. Ich darf voranschicken, daß ich in allen Punkten mit meinem Freunde Dr. Kohl in der Beurteilung übereinstimme. Ich möchte versuchen, einige Dinge, die wir als Folgerungen ziehen sollten, hier vorzutragen.

Zuvor eine Bemerkung zu dem Argument, das in der Diskussion aufgetaucht ist und das auch an vielen Stellen unten in unserer Parteiorganisation spürbar wird und das ich für außerordentlich gefährlich halte: Es ist die These, daß das Konzil daran schuld sei, daß wir Christlichen Demokraten in unseren Wahlerfolgen zurückgingen. (*Zuruf:* Das habe ich nie behauptet!) Ich sage, das wird von unten erklärt. Diese These ist ja mit hineingekommen. Wir täten der SPD den größten Gefallen, wenn wir in irgendeinem Punkte uns dieses Argument zu eigen machten, weil eben das Konzil Ausdruck dessen ist, daß die katholische Kirche sich bemüht, den Erfordernissen dieser Zeit so gerecht wie möglich zu werden. Ich sage das nur deshalb, weil ich es an zahlreichen Stellen unten als Argument gehört habe.

Nun einige Bemerkungen zu den Konsequenzen, die wir ziehen sollen. Das Gespräch, das wir heute führen und das eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen erbracht hat, sollte auch verbindlich sein für diejenigen, die nicht anwesend sind. Ich sage das deshalb, weil es immer sein wird, daß einige unserer führenden Politiker nicht an unseren Sitzungen werden teilnehmen können, daß es aber – und die Konferenz der Landesvorsitzenden mit allen ihren Folgeerscheinungen zwingt mich dazu, das auszusprechen – nicht genügt, den Konsens mit den Anwesenden als für sie verbindlich auszusprechen, sondern daß auch die nicht Anwesenden daran gebunden sind. Alle müssen also an die Entscheidungen dieses Gremiums gebunden sein. Ich bedaure sehr, daß der Herr Bundestagspräsident das Forum, das ihm die Konferenz der Landesvorsitzenden geboten hatte, nachher mit der Öffentlichkeit vertauscht hat.⁸²

Einige Bemerkungen zu den Konsequenzen, die mir notwendig erscheinen. Wenn wir nun Tritt fassen nach außen als eine geschlossene und vorwärtsstrebende Kraft und uns bemerkbar machen, dann habe ich eine Sorge für den Wahlkampf, die wir erörtern sollen, das ist nämlich die, daß das jetzt weit verbreitete Gefühl der Resignation bei unseren Mitgliedern umschlagen könnte, wenn sich eben die Meinungsumfrage für uns wieder günstiger gestaltet, d. h., es könnte ein Gefühl der Erleichterung eintreten. Dann entsteht leicht die Meinung, es sei schon alles getan und man würde im Aufwind, der nun wieder zu verspüren sei, über die Bundestagswahlen hinwegkommen.

82 Am 7. November 1964. Vgl. Anm. 36.

Wir sollten uns heute darüber klar sein, daß unser Appell an unsere Mitglieder deutlich machen muß, daß wir von allen harte oder härteste Einsatzbereitschaft für die Bundestagswahl auch dann verlangen, wenn es uns anscheinend wieder gut geht.

Wir sollten heute und in Zukunft eine offensive Position gegenüber der sozialdemokratischen Partei einnehmen, wie es auch mit großem Erfolg Bundeskanzler Dr. Erhard auf unserem Jugendkongreß in Koblenz getan hat. Wir müssen der sozialdemokratischen Partei gegenüber die Alternative formulieren. Wir dürfen es den Sozialdemokraten nicht ermöglichen, ihren Kanzlerkandidaten Willy Brandt etwas aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit zurückzuziehen. Wir müssen sichtbar machen, daß der Wähler die Entscheidung zu treffen hat zwischen Brandt und Erhard. Wir müssen zeigen, daß die Christlich-Demokratische Union geschlossen unter der Führung ihres Parteivorsitzenden Konrad Adenauer weitermarschiert, daß wir diese Alternative austragen wollen und daß wir geschlossen hinter unserem Bundeskanzler stehen. In diesem Sinne ist es also nicht getan, hier eine fruchtbare Aussprache zu führen, sondern wir müssen es auch draußen in der Tat zeigen. Wir Jungen haben diese Aussprache schon früher herbeigesehnt. Ich habe auch namens der Jungen Union die Anträge unterstützt, die verschiedene Landesparteivorsitzende gestellt haben, nämlich zu einer früheren Stunde ein klärendes Wort zu sprechen. Aber das ist Vergangenheit. Wir müssen jetzt nach vorne blicken. Unser Wunsch ist es, daß wir alle dazu beitragen, daß der Wahlkampf optimistisch und kämpferisch getragen wird. Wir müssen als Christlich-Demokratische Union der Öffentlichkeit demonstrieren, daß wir auch für die Zukunft ein Programm und auch die Kraft haben, die den Sozialdemokraten fehlt. (Beifall.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Minister Schmücker.

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige ergänzende Ausführungen zu dem machen, was die Herren Röder und Lücke gesagt haben. In den Ausführungen unseres Freundes Lücke ist deutlich geworden, daß die ungeheuer schwierige Problematik der Politik eine andere Debatte verlangt, als sie in der Öffentlichkeit üblich geworden ist. Auch im Parlament sprechen wir nicht mehr im Pro und Kontra, sondern dort hat jetzt auch schon die Methode der Auktion „wer bietet mehr“ gesiegt.

Wir sollten uns auch darüber klar werden, daß vieles von dem, was wir früher als grundsätzliche Behauptung aufgestellt haben, nicht mehr gewesen ist als eine zeitweise gültige methodische Erklärung, z. B. im Sinne des Wortes: Keine Experimente.

Woran mag es liegen, daß die Dinge so laufen und wir in eine schlechte Situation geführt worden sind? Es liegt sehr viel daran, daß die Erziehung immer darauf angelegt worden ist, immer gegen etwas anzutreten. Ich nehme die christliche Erziehung hier keineswegs aus: Immer gegen etwas antreten! – Wir haben uns also zu wenig für etwas eingesetzt. Es ist doch so, wir haben die Arbeitslosigkeit überwunden und die Vollbeschäftigung erreicht. Nun kommen die Leute auf die Idee: Wir müssen eben wieder eine Unterbeschäftigung anstreben. Das ist dann die typische Kurzschlußfolgerung, die gezogen wird.

Es gibt viele Beispiele dafür. Mir kommt es eben darauf an, daß sich nicht nur die Weltlage, sondern auch die innenpolitische Lage wesentlich geändert hat. Wir haben unsere Erfolge 1949 dadurch errungen, daß wir genau gewußt haben, wie die Situation war und was wir dementsprechend tun mußten. Vielleicht konnten wir es leichter erkennen, weil wir damals etwas aufzubauen hatten. Heute stehen wir vielfach vor Neuland. Wir müssen in der Tat etwas Neues tun. Damals galt unser Tun dem Wiederherstellen. Das kann man nicht bestreiten. Es ist ja auch viel leichter, den Deutschen anzuspinnen, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen, als mit ihm etwas zu riskieren; daher kommt auch die Popularität der Parole: Keine Experimente.

Zu den Ausführungen des Kollegen Lücke möchte ich sagen, ich stimme ihm ausdrücklich zu: mit Frankreich, für Europa, mit den Vereinigten Staaten. Einen anderen Weg können wir gar nicht gehen. Unsere innenpolitische Lage befindet sich in einer Situation, die sich von der in den anderen Ländern nicht unterscheidet. Das konnten wir vorgestern noch in Straßburg erleben. Wir befinden uns in einem Strukturwandel, den sehr viele von uns und vor allen Dingen die Bevölkerung noch nicht begriffen haben. Es mag einstweilen nur als Behauptung hingestellt werden: Eigentum, Arbeit, Wohnung, Heimat, Beruf und viele andere Dinge haben einen völlig anderen oder zumindest einen veränderten Sinngehalt gegenüber früher. Es ist so selbstverständlich für uns, daß wir im wirtschaftlichen Bereich nun einen höheren Wohlstand haben und ihn weiter anstreben. Daß wir nun für eine wirtschaftliche Leistung heute weniger menschliche Arbeitskraft benötigen als früher, ist auch klar. Nun werden aber damit menschliche Kräfte frei, die nun wieder etwas anderes tun können. Dieser Vorgang, der sich hier abspielt, ist unerhört schwierig und besorgniserregend. Es ist nämlich nicht leicht für jemanden, seinen Beruf und seinen Wohnort zu wechseln, von einer Beschäftigung nun an ein Fließband zu gehen oder im Akkord zu arbeiten. Es ist auch nicht leicht, einen Beruf zu wählen, von dem man nicht weiß, ob er noch eine Garantie fürs ganze Leben gibt. Es ist auch nicht leicht, sein Vermögen für eine Sache zu riskieren, die steuerlich zu bestimmten Werten kommt, die aber, wenn irgend jemand eine neue Erfindung macht, eine große Schlappe bedeuten kann. Das ist unsere Unsicherheit innenpolitisch gesehen.

Was tun nun die Sozialdemokraten? Sie stoßen mit Gewalt in diese Unsicherheit hinein und wiegeln das Volk auf, anstatt ihm zu sagen, das ist ein natürlicher Vorgang, dem alle, auch die Sozialisten, unterliegen. Das ist ein Vorgang, der alle Länder betrifft.

Anstatt nun zu sagen, das ist ein unvermeidbarer zwangsläufiger Vorgang, bei dem sich der Staat Mühe geben muß, ihn so sozial wie möglich zu gestalten, geht nun Herr Heiland⁸³ hin und sagt: Geht nach Bonn und jagt sie zum Teufel. – Das also ist

83 Rudolf-Ernst Heiland (1910–1965), Kaufmann; 1949–1965 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 166 Anm. 106.

die Verlogenheit dieser Gesellschaft. Herr Rosenberg⁸⁴ sagte mir, wir können in der Wohlstandsgesellschaft jedem zwar einen Arbeitsplatz garantieren, aber wir können nicht garantieren, daß er dort arbeiten kann, wo er will und wo er wohnen möchte. Das ist also die Verlogenheit dieser Gesellschaft, daß sie im konkreten Fall uns nicht hilft, sondern demagogisch diese Schwierigkeiten ausnutzt.

Was haben wir zu tun? Wir haben unserer Bevölkerung klarzumachen, daß diese unsere Politik bestimmt einen Fortschritt bringen wird. Wir müssen auch gleichzeitig sagen, daß wir nicht das Paradies auf Erden schaffen können und daß die Soziale Marktwirtschaft eine anstrengende Angelegenheit ist und nicht eine Spielerei für Weichlinge. Das haben wir eben zu wenig getan. Wir haben auch zu wenig die Konsequenzen daraus gezogen. Wenn der Herr Bundeskanzler vorhin deutlich gesagt hat, wir hätten in der Eigentumbildung und in der Vermögensbildung neue Wege gehen müssen, so hat er völlig recht. Ich möchte diejenigen bitten, die Vermögen haben, das auch einzusehen. Es ist schwierig, wenn man Vermögen hat, einzusehen, daß andere es auch haben sollen. Ich habe im Wirtschaftsrat Widerspruch bekommen, als ich darauf hinwies: Nun tut doch nicht so, als ginge alles freiwillig. Im ersten Schritt ist man frei, im zweiten nicht mehr. Wer ein gewisses Vermögen angesammelt hat, hält es nicht freiwillig aufrecht, sondern er kann gar nicht anders, oder er verliert es insgesamt. Also rede man mir hier nicht so viel von Freiwilligkeit.

Es kommt darauf an, daß wir bei den breiten Schichten bei dieser Umstellung eine Vermögensgrundlage geben. Ich meine allerdings auch, daß derjenige, der in einer guten Versorgung steckt, nicht darüber schimpfen soll, wenn andere auch etwas haben. Im „Spiegel“ steht dann: „Die Altersversorgung der Selbständigen ist das Drehen an der Drehorgel.“⁸⁵ Es ist eine wichtige Aufgabe, daß wir denjenigen, die ein gewisses Vermögen haben, das aber keine Versorgung gibt, eben eine Versorgung ermöglichen. Den anderen, die abgesichert sind, wollen wir den Zutritt zum Vermögen geben, aber, Herr Bundeskanzler, der Drang der Arbeitnehmer zum Beteiligungsvermögen ist noch nicht in einem großen Umfange vorhanden, weil sie noch keinen Kontakt damit haben. Unsere Volkswirtschaft will es auch noch nicht in dem ausreichenden Umfange. Wenn also von dieser Seite her die Sache etwas attraktiver gestaltet würde, nämlich rentabler für den einzelnen, der nicht die Möglichkeit hat, in hohe Spekulationen zu gehen, dann sähe es hier wohl besser aus. Da liegt unsere Aufgabe; nicht daß wir fünf oder sechs Töpfe machen. Das sind etwas kleinere Töpfe, als sie Herr Deist früher gewollt hat. Ich habe Herrn Deist damals gesagt, wenn diese Nationalstiftung⁸⁶ kommt, dann sind sie der mächtigste Mann in Deutschland, und kein Kanzler, kein Wirtschaftsminister

84 Ludwig Rosenberg (1903–1970), Gewerkschafter; 1959 stv., 1962–1969 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 244 Anm. 15.

85 Vgl. „Der Spiegel“ vom 25. November 1964 S. 38–47: „Vermögensbildung – Volk aus Papier“. – Zitat in dieser Formulierung nicht zu ermitteln.

86 Deist plante die Errichtung einer „Deutschen Nationalstiftung“ zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Vgl. KLOTZBACH S. 543–545.

kann gegen Sie angehen. Das müssen wir also verhindern. Wir müssen dafür sorgen, daß breite Schichten des Volkes hier mit einsteigen. Wenn wir das unseren Menschen glaubhaft sagen, dann werden wir auch Erfolg haben. Wir müssen auf das hinweisen, was gewesen ist, aber nur deshalb, um damit die Berechtigung nachzuweisen, daß die kommende Entwicklung von uns gestaltet wird.

Die jungen Menschen wissen nicht mehr, was damals gemacht worden ist. Das hat Herr Kollege Kohl mit Recht hervorgehoben. Was wir erzählen, nehmen sie zwar so hin, aber es ist für sie kein Grund, uns zu wählen. Und für mich wäre es, ehrlich gesagt, auch keiner. Wir müssen also in die Zukunft weisen. Diese Vorstandssitzung heute hat einen Beweis dafür gegeben, daß wir schon durch das Tal hindurchgegangen sind. Ich bin davon überzeugt, wenn wir alle arbeiten, wenn wir den Mut haben, auch bei den Aufstellungen der Kandidaten, nicht nur nach Beziehungen usw. zu gehen, dann werden wir auch zu dem von uns gewünschten Erfolg kommen.

Ich möchte schließen mit einem Hinweis auf die Kommunalwahlen. Es wird immer gesagt, wir hätten die Kommunalwahlen verloren. In Niedersachsen haben wir besser abgeschnitten.⁸⁷ Ich will nicht zuviel sagen, aber immerhin hatten wir 80 %, und in meinem Wahlkreis haben wir noch fünf Sitze dazugewonnen. Wenn wir Fehler begehen, müssen wir sie zu überwinden versuchen. Die Leute haben schon Verständnis für uns. Sie haben aber kein Verständnis, wenn wir aufhören, an die Zukunft zu glauben. Ich möchte mich also allen denen anschließen, die in dieser Weise plädiert haben. Dann haben wir keinen Grund, nun irgendwie zu verzagen. Wir müssen mit voller Kraft an die Front gehen. Dann werden wir es auch schaffen. (Beifall.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, daß Sie mir in der vorgerückten Stunde noch das Wort geben. Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Schmücker gesagt hat. Die Aussprache hat heute hier gezeigt, wie überfällig es im Bundesvorstand war, einmal ein echtes politisches Gespräch zu führen. Ich hoffe sehr, Herr Vorsitzender, es schließt sich alsbald eine neue Bundesvorstandssitzung an. Ich möchte mich jedenfalls dafür auch zum Anwalt machen. Ich bin auch der Meinung, daß wir schon das Tal und den Tiefpunkt hinter uns haben, in dem wir uns befanden. Es kommt jetzt darauf an, daß auch der Öffentlichkeit gegenüber das demonstriert wird.

Es wäre gut, wenn wir nicht mehr aus der Defensive heraus argumentierten und nicht etwa zum Schluß dieser Sitzung sagen, daß wir wiederum einig sind, sondern es wäre richtiger zu sagen, wir haben die Herausforderung, die die Zeit an uns stellt, erkannt, und wir werden danach handeln. Wir sollten also durch unsere Handlungen und Taten in der Politik die Einigkeit unserer politischen Gemeinschaft der Öffentlichkeit klarmachen und es nicht bei Verbalnoten bewenden lassen.

⁸⁷ Ergebnis der Kommunalwahlen am 27. September 1964: CDU 37,5 % (1961: 28,2 %), SPD 43,2 % (38,8 %), FDP 9,2 % (6,9 %), DP (9,4 %), GDP/BHE 3,0 % (8,4 %) – AdG 1964 S. 11452.

Herr Vorsitzender! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um zwei Anmerkungen zu machen: Erstens glaube ich, daß wir etwas tiefer schürfen müssen im Hinblick auf das, was wir für die Vergangenheit festgestellt haben, nämlich die Uneinigkeit. Ich unterstreiche das, was Herr Lemke in bezug auf die auseinandergehenden Stimmen, die in der Öffentlichkeit laut geworden sind, gesagt hat. Wir haben uns selber an die Brust zu schlagen. Warum ist es geschehen? Doch nur deshalb, weil wir in der Partei den Eindruck vermittelt bekommen haben, daß in der Führungsspitze unserer Partei und auch in der Fraktion Meinungsverschiedenheiten aufgekommen sind, auf die man sich dann personell berufen konnte. Das muß einmal endgültig mit dem heutigen Tag verschwinden!

Ich greife nun das auf, was Herr Lücke gesagt hat: Wir müssen endlich einmal wieder dazu kommen, uns gegenseitig zu loben, wir müssen dazu kommen, uns gegenseitig nicht nur zu unterstützen, sondern wir müssen auch in der Öffentlichkeit füreinander eintreten. (*Beifall.*)

Dies muß selbst dann geschehen, wenn wir mit einzelnen Maßnahmen nicht einverstanden sind. Dieses Füreinandereintreten fällt uns Deutschen natürlich schwer, und zwar aus einer gewissen Charakteranlage heraus.

Denken Sie an das Beispiel des amerikanischen Wahlkampfes. Dort ist man wirklich nicht zimperlich bei den Auseinandersetzungen, aber man ist auf jeder Seite einig, obwohl sowohl bei den Demokraten wie bei den Republikanern keineswegs alle Leute untereinander einer Meinung sind, im Gegenteil, es gibt auch einen republikanischen Flügel und auch andere Kontroversen, aber man findet sich in einem Wahlkampf immer zusammen und unterstützt sich gegenseitig, ja, man lobt sich in der Öffentlichkeit. Das ist etwas, was wir von jetzt ab auch mit allem Nachdruck tun müssen. Das kann natürlich auch einmal in positiven Interviews geschehen; es darf keineswegs in Interviews geschehen, die geeignet sind, vor aller Öffentlichkeit eine Uneinigkeit zu demonstrieren.

Damit ist eine der Herausforderungen angesprochen, die die Öffentlichkeit an uns als Partei stellt. Wenn wir das sichtbar machen, dann wird die von unvoreingenommenen Beobachtern des Karlsruher Parteitages der SPD festgestellte latente Unsicherheit dieser Partei – trotz des Siegeswillens, den sie nach außen demonstriert hat – noch viel größer werden. Das wird sich wiederum umsetzen in der Öffentlichkeit als ein Erfolg für uns.

Ich bin mit dem Kollegen Barzel der Meinung, daß man in einem 5.000-m-Lauf nicht immer führen soll, sondern vor dem Ziel sollte man erst in Führung gehen. Auch wir sollten in den letzten Monaten vor der Wahl erst an die Führung gehen, um dann in einem großen Endspurt doch als erster das Ziel zu erreichen.

Herr Bundesvorsitzender, noch ein Wort muß ich zu der Kritik sagen, die hier an Herrn Schröder laut geworden ist. Auch ich bin der Meinung – ich habe das auch deutlich gesagt –, daß das Interview von Herrn Schröder außerordentlich unglücklich war, und daß es nicht die Methode und nicht die Art ist, auf Angriffe zu antworten. Aber ich meine, die Gerechtigkeit gebietet es doch wohl, hier auch zu sagen, daß Herr

Schröder dieses Interview nicht gegeben hat in der gezielten Form vor Ihrer Ankunft in Paris. (*Adenauer*: Das ist wohl wahr!) Das hat er uns im Fraktionsvorstand sehr deutlich gesagt.⁸⁸ Ich wiederhole nur das, was Herr Schröder im Fraktionsvorstand gesagt hat, Herr Bundesvorsitzender, das muß hier ausdrücklich vermerkt werden. (*Adenauer*: Er hat es doch korrigiert samstags, damit es sonntags herauskäme!)

Nein, das ist nicht zutreffend nach dem, was Herr Schröder uns gesagt hat. Ich sage das hier deutlich, um das richtigzustellen. Er hat das, ohne daß Sie dem widersprochen haben, im Fraktionsvorstand gesagt. Er hat im übrigen hinzugefügt, daß das Interview einen sehr breiten Raum eingenommen hat und daß dieser erste Satz, nämlich der von der Verengung, nicht von ihm stamme, sondern von dem Journalisten.

Nun hat so ziemlich jeder Glück oder Unglück bei einem Interview, nämlich hinsichtlich der Wiedergabe und der Vollständigkeit. Das trifft auch für andere zu. Insofern bin ich mit allen hier darin einig, daß dieses Interview keine sehr glückliche Handschrift war, aber, Herr Bundesvorsitzender, ich möchte mit genau derselben Offenheit, wie das von anderen Kollegen hier angesprochen worden ist, sagen, daß das Ganze eine Vorgeschichte hat, die nicht erst seit Juli dieses Jahres, sondern schon vorher angefangen hat, die zunächst versteckten, dann weniger versteckten und dann offenen Angriffe gegen die Person Schröders und gegen seine Politik in der Kulmination so stark war, daß ich für meine Person es voll und ganz verstehe, wenn er sich dann auch einmal zur Wehr setzt, um so mehr, als er in den Wochen, wo auch Angriffe gegen ihn gestartet wurden, krank war und sich füglich nicht verteidigen konnte.

Ich möchte ganz klar sagen, daß er nicht mit Interviews begonnen hat, sondern daß es andere waren, und zwar auch für Sie persönlich, Herr Bundesvorsitzender, die in aller Offenheit in der Öffentlichkeit bei Millionen Lesern die Politik des Außenministers Schröder als eine verfehlte – so waren Ihre Worte – deklariert haben. Herr Bundesvorsitzender, Sie erinnern sich an unsere Sitzung im Kreise der Landesvorsitzenden, und zwar acht Tage vor Ihrem Interview.⁸⁹ Da haben Sie noch deutlicher und mit noch mehr Einzelheiten die Politik des Außenministers Schröder angegriffen. Wir haben darüber sehr hart, aber nicht zu Ende diskutiert, weil Herr Schröder nicht anwesend war. Es ist Gott sei Dank aus dieser Sitzung – das möchte ich einmal feststellen – nicht ein Wort an die Öffentlichkeit gelangt. Das zeigt die Disziplin und die Loyalität ihrer auf Landesebene tätigen und führenden Mitarbeiter. Es ist nichts an die Öffentlichkeit gegangen, obwohl es hier in Bonn doch eine seltene Erscheinung ist, daß von einer Sitzung in einem Hotel in Bonn nicht etwas an die Öffentlichkeit dringt, vor allen Dingen dann, wenn es so sensationell war wie das, was nun eben dort ausgesprochen worden ist.

⁸⁸ Vgl. Anm. 57. – Schröder vor Fraktionsvorstand am 2. November 1964 (nur Anwesenheitsliste, Notizen in ACDP VIII-001-1504/2); vgl. Johannes BAUER: Die deutsch-französischen Beziehungen 1963–1969. Aspekte der Entwicklung nach Abschluß des Vertrages vom 22. Januar 1963. Bonn 1980 S. 288–290.

⁸⁹ Vgl. Anm. 36.

Ich meine also, wir sollten aufgrund der gegebenen Anregungen noch einmal eine Aussprache in einem zuständigen Gremium, nämlich des außenpolitischen Arbeitskreises, der Fraktion plus Fraktionsvorstand plus Bundesvorstand, möglichst bald abhalten, und zwar in Gegenwart der Herren Strauß, von Guttenberg, Schröder und einigen anderen. Hier sollten wir also über unsere Situation diskutieren, um dann am Schluß eine außenpolitische Linie festzulegen, an der wir uns bis zu den Wahlen alle halten müssen.

Es ist nicht so, wie es hier immer wieder durchklingt, als ob nun der Außenminister Schröder und damit auch der Bundeskanzler Erhard eine Außenpolitik weiterführe oder eine neue Außenpolitik machte, die uns in einen Gegensatz zu Frankreich und de Gaulle gebracht hätte oder bringen werde. Die Gegensätze in diesen Positionen bestanden doch, Herr Bundesvorsitzender, schon zu der Zeit, als Sie die Bundesregierung geführt und mit General de Gaulle das deutsch-französische Freundschaftsabkommen geschaffen haben. Auch damals gab es schon gegensätzliche Positionen in der Verteidigungspolitik. (*Adenauer*: Wer hat Ihnen das nun wieder aufgezwungen?) Es waren auch Gegensätze in der Europapolitik vorhanden, Herr Bundesvorsitzender. Inzwischen sind wir zwei Jahre weiter, und die Dinge sind jetzt zum Schwur gekommen, weil Entscheidungen nunmehr aufgrund der Tatsache verlangt werden, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten und Präsident de Gaulle über diese große Frage in einem Zwiespalt beziehungsweise in Uneinigkeit befinden und bisher noch kein Gespräch zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Präsidenten von Frankreich stattgefunden hat. Nun bin ich der Auffassung, daß die Rede des Generals de Gaulle in Straßburg eine sehr gute und von uns sehr zu beobachtende Rede gewesen ist, die eine Reihe von Möglichkeiten eröffnet hat. Ich glaube, daß da eine Verhandlungsmarge drin ist, Herr Bundeskanzler Dr. Erhard. Ich glaube, wir wären gut beraten, wenn wir heute nicht wieder gewisse Prioritäten hinstellten. Ich habe Sie vielleicht falsch verstanden, aber Sie haben gesagt, zunächst Frankreich und dann Amerika. Wir sollten gar nicht solche Bewertungen vornehmen. (*Lücke*: „Und“ habe ich gesagt.)

Richtig ist „und“, aber Herr Kollege Lücke, wenn Sie in unsere Bevölkerung hineinhorchen wegen des Sicherheitsbedürfnisses und der Verteidigungsmöglichkeiten und wegen der ganzen Gefahr als Priorität Nummer 1, dann werden Sie von jedem die Antwort bekommen: Das wichtigste für die Bundesrepublik Deutschland heute, gestern wie morgen ist die enge und institutionelle Verbindung mit der größten Macht der freien Welt, nämlich mit den Vereinigten Staaten. Das schließt in keiner Weise aus, daß wir mit Frankreich und einigen anderen europäischen Ländern an Europa weiterbauen müssen, aber nicht in dem theoretisch hochgespielten und immer wieder widersprüchlich entwickelten Gegensatz wegen gewisser verteidigungspolitischer und machtpolitischer Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und General de Gaulle, sondern wir können hier unsererseits immer wieder nur mit dem Gewicht, das wir haben, dafür sorgen, daß hier ein Ausgleich zwischen den beiden Mächten stattfindet.

Ich bin trotz aller Skepsis gegenüber dem sozialistischen Premierminister in England, diese Skepsis habe ich, denn ich war Zeuge in einer Großkundgebung in Hamburg vor wenigen Wochen⁹⁰ und habe dies auch dort gesagt, der Auffassung, daß wir gut beraten sind, wenn wir im Augenblick noch etwas zurückhalten mit unserem Urteil hinsichtlich der Einstellung Großbritanniens zu der Frage MLF und der ganzen nuklearen Beteiligung. Ich bin auch der Auffassung, daß nach dem Gespräch zwischen Wilson und Johnson sich die Dinge anders darstellen, als sie in den letzten Tagen durch Äußerungen von Wilson im House of Commons in London ausgesprochen worden sind.⁹¹ Ich möchte bitten, mit einem endgültigen Urteil zurückzuhalten, bis sich die Dinge etwas klarer abzeichnen; denn ich bin nach wie vor der Auffassung, daß gerade in der verteidigungspolitischen Frage, die für uns von unendlicher Wichtigkeit ist, die Engländer nicht draußen vor der Tür stehen sollen, sondern wir sie dabei haben wegen der ganzen Rückwirkungen, die sich auch für die französische Politik ergeben.

Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, Herr Bundesvorsitzender, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, diese Dinge noch einmal anzusprechen. Wir sind jetzt wirklich aus der Defensive unserer Partei heraus. Wir sind in der Lage, auch in einem ganz anderen Punkt – den ich nur stichwortartig erwähnen möchte – der SPD etwas gegenüberzustellen, nämlich der von der SPD deklarierten Politik der kleinen Schritte. Darüber wird also bei anderer Gelegenheit noch zu sprechen sein. Aber die anderen Fragen wie Berlin, Wiedervereinigung und die gesamte Ostpolitik, dürfen in unserer Diskussion nicht untergehen. Das ist uns natürlich allen sehr hoch im Kopf und im Herzen, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß eine Wahlentscheidung der Bevölkerung im Jahre 1965 recht gefährliche Wirkungen haben kann hinsichtlich unserer Einstellung und unserer Konzentration in dieser für uns entscheidenden Frage, die der Herr Bundeskanzler als das Problem Nummer 1 bezeichnet hat.

Also, meine lieben Parteifreunde, heraus aus der Defensive! Kein Verbalerklärungen mehr über Einigkeit, sondern demonstrieren wir sie durch unsere Politik, die wir in den nächsten Monaten machen werden. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Hellwig.

Hellwig: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Uhr ist fortgeschritten. Deshalb beschränke ich mich auf sehr wenige Bemerkungen. Ich hätte nämlich sonst etwas ausführlicher darüber gesprochen, und zwar aus der Sicht von draußen, aus der europäischen Verantwortung, und zwar über die erfreuliche Herauskristallisierung eines klaren und eindeutigen europäischen Standpunktes, der in den letzten Wochen noch erreicht worden ist.

Die Wahl, von der hier dauernd gesprochen wird, gewinnt derjenige, der das Vertrauen der Mehrheit erhält, aber es ist nicht nur eine Frage des Vertrauens im

⁹⁰ Rede Blumenfelds auf dem Landesparteitag der Hamburger CDU am 7. November 1964 (ACDP III-010-008).

⁹¹ Am 23. November 1964. Vgl. Anm. 37.

Inneren, sondern auch eine Frage des Vertrauens nach außen. Wir hatten einige Monate Sorge, daß das Vertrauen in das Wort der Bundesregierung und der CDU nicht mehr das Gewicht hat, wie wir es als selbstverständlich jahraus, jahrein erwarteten und auch in der Tat hatten.

Deshalb möchte ich gerade hier allen Beteiligten der Bundesregierung und vor allem auch der Fraktionsführung den Dank für den Erfolg bestätigen, den sie erzielt haben, um hier wieder zu einer gemeinsamen Linie zu kommen.

Ich will nun zwei politische Dinge ansprechen. Wer wird die Wahl entscheiden? Meine Damen und Herren! Sehen Sie sich die Wahlbeteiligungsziffern an, sie liegen im Durchschnitt der Kommunalwahlen bei 80 %, bei den Bundestagswahlen zwischen 88 % und 90 %, das heißt, die Masse derer, die nicht zu den Wahlen regelmäßig gehen, wird den Ausschlag geben. Die Entscheidung, überspitzt gesagt, liegt also in der Hand jener Bevölkerungskreise, die wir als politisches Treibholz zu bezeichnen haben. Für diesen Teil der Bevölkerung muß die Hauptarbeit des Wahlkampfes geführt werden. Das ist genau der Teil der Bevölkerung, dessen Einstellung zur Politik unter der Überschrift steht: Politisch Lied, ein garstig Lied! Das ist der Teil der Bevölkerung, der sehr empfindlich ist, wenn Politik ihm dargestellt wird als persönliche Querelen, als Postenjägerei, als gegenseitiges Abschießen usw. Das bedeutet, daß der Stil unserer Arbeit nach draußen nicht nur die Einigkeit demonstriert, sondern daß sie auch verkauft werden muß an diesen Teil. Das ist eben der Kreis der Bevölkerung, an den die SPD ihre Parole richtet, wenn heute ihr Programm offenbar lautet: Nur nicht auffallen! – Wir sollten also in unserer ganzen Aufklärungsarbeit an diesen Teil der Bevölkerung denken, der einstweilen noch keine entschlossene Meinung hat, der aber leider anfällig ist für eines: Mitläufer bei dem zu werden, der die besten Aussichten auf den Erfolg hat.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf unsere innenpolitische Arbeit. Es gibt ein Instrument der Parteiarbeit, indem wir die ehrenamtliche Mitarbeit von Hunderten von Menschen haben, was aber leider seit dem Parteitag ruht, nämlich die Ausschüsse der Partei, deren Berufung noch aussteht. Wir müssen dringend wünschen, daß dieser Beitrag zur innerparteilichen Organisationsarbeit wieder in Gang kommt. Die Mandate sind erloschen mit dem letzten Parteitag. (*Dufhues*: Sie sind alle schon wieder ernannt!) Die Ausschüsse und Unterausschüsse hängen in der Luft.

Adenauer: Das Wort hat Herr *Dufhues*.

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Sie dürfen sicher sein, daß ich ebenso wie alle hier an diesem Tische sehr aufmerksam zugehört habe. Sie dürfen überzeugt sein, daß die vielfältigen Anregungen, die kritischen und die positiven, von uns aufgenommen worden sind und daß sie auch entsprechend verwertet werden. Nun würde ich die mir zur Verfügung stehende Zeit überschreiten, wenn ich im einzelnen jetzt dazu Stellung nähme.

Ich möchte mich zunächst einer persönlichen Verpflichtung entledigen, nämlich Herrn Gerstenmaier und Herrn Schröder ausdrücklich und in aller Form zu entschuldigen. Ich habe mit beiden gesprochen, aber beiden ist es nicht möglich, heute

anwesend zu sein. Wer also deren Abwesenheit vermißt hat, möge sie als entschuldigt ansehen.

Wenn ich die gegenwärtige Situation der CDU ins Auge fasse, dann meine ich, ist sie gekennzeichnet durch eine weitgehende Unsicherheit, die sich zunächst in der Haltung, im Verhalten der Führung der CDU in allen Teilen zeigt. Ich meine, daß wir heute sehr fruchtbar und sehr deutlich Anregungen erhalten haben, um hier nach dem Rechten zu sehen.

Aber, meine lieben Parteifreunde, ich möchte eine personelle Auseinandersetzung aufgreifen, weil sie den künftigen Wahlkampf entscheidend berührt, wenn Sie wollen, belastet. Sie wissen, daß die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten – die Freien Demokraten in unverantwortlicher Verletzung der Loyalitätspflichten, die sie als Koalitionspartner haben – immer wieder den Namen Strauß in den Mittelpunkt der Diskussion stellen und versuchen, auf diese recht trübe Weise Vorteile in der Wahlauseinandersetzung zu erreichen. Lassen Sie mich Ihnen ganz offen sagen, daß diese Diskussionen, die von der SPD und der FDP zielbewußt gesteuert werden, nachhaltigen Widerhall, Unterstützung und Förderung in den eigenen Reihen finden. Wir sollten uns darüber klar sein, daß der nach aller Regel des freiheitlichen Rechtsstaates und der Demokratie in Würdigung seines persönlichen und sachlichen Verhaltens und seiner politischen Grundhaltung von einer großen Mehrheit gewählte Vorsitzende der CSU, ein mit uns aufs engste befreundetes Parteimitglied, auch ministrabel ist. Ob er diese Möglichkeit in Anspruch nimmt, ist weitgehend seiner persönlichen Entscheidung überlassen. Wir werden in aller Freundschaft mit ihm darüber zu sprechen haben.

Ich meine, daß wir in der Diskussion mit der SPD, wenn sie wieder auf diese oder ähnliche Fragen anspielt, sehr hart antworten und die Frage stellen sollten, ob die Sozialdemokratie durch diese Art der Diskussion uns herausfordern will. Wir sollten fragen, ob nicht mit dem Leben z. B. ihres sogenannten Kanzlerkandidaten Begebenheiten und Zeitabschnitte zu verzeichnen sind, die ihn nicht würdig erscheinen lassen, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu sein, und ob das bei anderen nicht auch der Fall ist. Ich formuliere diese Fragen, um Ihnen zu sagen, wie man darauf antworten soll, nicht um eine solche Diskussion herbeizuführen; denn sie würde eine ernsthafte Belastung der gesamten politischen Situation sein.

Ich weiß, daß ich damit ein sehr heißes Eisen angesprochen habe und daß darüber sicherlich unterschiedliche Auffassungen bestehen; aber es hat keinen Sinn mehr, meine Freunde, einfach in der Lethargie, in der Unfähigkeit, uns mit diesem Problem auseinanderzusetzen, solche Fragen zu behandeln.

Sie haben heute in der Diskussion erlebt, daß unsere gesamte Außen-, Sicherheits- und Europapolitik in Bewegung geraten ist. Ich unterstütze jeden Vorschlag, der dahin zielt, hier zumindest intern zu einer stärkeren und besseren Klärung unserer Auffassungen zu kommen. Herr Bundeskanzler! Wir sollten damit einverstanden sein, daß noch vor dem Weihnachtsfest eine Bundesvorstandssitzung stattfindet – das haben Herr Kohl und andere angeregt –, in der wir uns ausschließlich mit diesen Fragen

befassen, an denen nicht nur die Teilnehmer der heutigen Sitzung, sondern auch die Herren Schröder, Gerstenmaier und andere teilnehmen sollten, um hier in den Sachfragen zu einer Klärung der Auffassungen innerhalb der CDU zu kommen.

Sprachregelungen, lieber Herr Röder, sind erst dann möglich, wenn Klarheit besteht und wenn diese Klarheit gemeinsam erarbeitet worden ist. (Röder: Aber durch die Sprachregelung kommen Sie auch zur Klarheit!) Ich bin gerne bereit, jede Sprachregelung mitzumachen, aber nicht auf dem Boden unterschiedlicher Auffassungen, wie sie heute auch in dieser Vorstandssitzung in Erscheinung getreten sind.

Unsere Bevölkerung verspürt Unsicherheit auch in den Bereichen der Innenpolitik, wenn ich nur die Situation des Bergbaus⁹² erwähne, das gilt auch für die schwierigen Fragen, die sich für die Landwirtschaft hinsichtlich des Getreidepreises in diesen Tagen ergeben. Sie werden mir also zustimmen, daß hier noch eine Klärung herbeigeführt werden muß. Ich möchte namens der Partei, soweit ich dazu berufen bin, Herrn Bundeskanzler Erhard, Herrn Dr. Barzel, Herrn Schmücker und allen Herren, die daran beteiligt waren, dafür danken, hier Lösungen gefunden zu haben, die uns sehr viel weitergeholfen haben.

Meine lieben Freunde! Ich möchte vor einem Wort warnen, das ich heute verschiedentlich gehört habe, nämlich davor: Es gibt einen Trend zur SPD, der die Sozialdemokratie im September nächsten Jahres zur Macht führen wird. – Es gibt keinen Trend! Es gibt nur Antworten der Wähler auf Versagen oder Nichtversagen, auf Erfüllung unserer Pflichten oder auf Nichterfüllung unserer Pflichten. Was Herr Hellwig sagte, ist absolut richtig. Nach dem Durchschnitt der Wahlen der letzten drei Jahre haben sich etwa elf Millionen Wähler nicht an den Wahlen beteiligt. Dieses große Wählerreservoir, ergänzt noch durch das Reservoir, das in einzelnen kleinen Parteien gegeben ist, gibt vielfältige Möglichkeiten nicht nur in der Wiedergewinnung von Wählern, die uns untreu geworden sind, sondern auch in der Erschließung neuer Wählerschichten, so daß wir also mit großem Optimismus in die Wahl gehen können. Nur eines sollten wir nicht tun, wir sollten der SPD nicht gestatten, wie ein Dieb in der Nacht zu der Regierung hinzuschleichen.

Diese Methode haben wir aber in einem Maße gestattet, das geradezu unverantwortlich ist. Ich möchte aber hier vor dem Parteivorstand feststellen, daß in den letzten Jahren die Partei sehr viel fleißiger gewesen ist als in früheren Jahren. Dies gilt nicht nur für die Kreisverbände, sondern auch für die Landesverbände und vor allen Dingen für die Ausschüsse, deren Berufung zeitig erfolgt ist, lieber Herr Hellwig. Auch die Ausschüsse haben jede Möglichkeit zu arbeiten.

92 Aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau vom 29. Juli 1963 (BGBl I S. 549) kam es zu zahlreichen Zechenstillegungen. Die Bundesregierung hatte soziale Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Bergarbeiter angekündigt. Vgl. dazu: Martin MARTINY/Hans-Jürgen SCHNEIDER (Hg.): Deutsche Energiepolitik seit 1945. Vorrang für die Kohle. Dokumente und Materialien zur Energiepolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. Köln 1981.

Meine lieben Parteifreunde! Glauben Sie auch nicht, daß uns die großen Kongresse, die unter sehr sorgfältiger Vorbereitung durchgeführt worden sind, einfach geschenkt werden. Ich denke an den Verteidigungspolitischen Kongreß, den Gesundheitspolitischen Kongreß, den Jugendkongreß, den Kulturpolitischen Kongreß und an den in den nächsten Tagen stattfindenden Frauenkongreß.⁹³ Würdigen Sie auch, welche Fülle von Anregungen und meinungsbildenden Erklärungen und Vorschlägen aus den jeweils betroffenen Bevölkerungsschichten gekommen sind. Solche Kongresse der Bundespartei haben nur dann Erfolg, wenn die zentralen Fragen der Führung gelöst sind, wenn in den zentralen Fragen der Politik in den Bereichen, von denen ich eingangs gesprochen habe, Klarheit, Festigkeit und Eindeutigkeit erreicht worden ist.

Ich stimme Ihnen zu, daß wir gerade jetzt vor der Bundestagswahl noch sehr viel tun müssen, um die CDU ebenso wie die CSU in der Öffentlichkeit noch stärker in Erscheinung treten zu lassen. Ich meine, daß Sie mir zugestehen können, daß die Einrichtung des Sprechers der CDU in der Tätigkeit des Herrn Dr. Rathke sich bewährt hat. (*Beifall.*) Es vergeht kein Tag, an dem nicht die CDU Stellung nimmt, und gerade jetzt anläßlich des Parteitages der SPD hat gerade Dr. Rathke sehr hart und klar die Stellung bezogen, die die Stellung der Partei ist. (*Beifall.*) Ich habe gestern mit einem weiteren Mitarbeiter verhandelt, der die Aufgabe übernehmen soll, in Zukunft – nicht nur bis zur Bundestagswahl – engsten Kontakt zu der Provinz- und Lokalpresse zu halten.⁹⁴ (*Beifall.*) Er wird systematisch diese Arbeit übernehmen, um im Lande laufend zu wirken und jenen persönlichen Kontakt herzustellen, der ihm die Möglichkeit gibt, Informationen der Partei weiterzugeben.

Wir stehen in Kürze hoffentlich auch vor der Lösung der Frage, einen Journalisten zu gewinnen, der engsten Kontakt hält und dauernde Informationen an die kirchliche Presse gibt, die mit einer Auflagenzahl von elf Millionen Exemplaren ungewöhnlich gut meinungsbildend sein kann. Hier sind also vielfältige Aufgaben in Angriff genommen. Ich hoffe, daß sie noch vertieft werden können. Diese Vertiefung erhoffe ich mir davon, daß wir endlich auch die „Konrad-Adenauer-Stiftung Akademie Eichholz“ in der Führung klar geregelt haben. Unter der politischen Verantwortung des Präsidiums der CDU werden insbesondere die Herren Thedieck⁹⁵ und Müller-Armack⁹⁶ den Vorstand dieser Einrichtung bilden und systematisch die Aufgaben lösen, die uns gestellt

93 Zu den Kongressen vgl. Nr. 16 Anm. 41–44 und 47.

94 Möglicherweise einer der Mitarbeiter der Abt. I: Presse (René Ahrlé, Anton Georg Grützner, Heinz Dziedziezak, Dr. Hans-Günther Reichel).

95 Franz Thedieck (1900–1995), Jurist; 1949–1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1961–1966 Vorsitzender des Verwaltungsrates und 1966–1972 Intendant des Deutschlandfunks, 1964–1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

96 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), 1940 Professor für Nationalökonomie und Soziologie in Münster, 1958–1963 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, 1964–1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 463 Anm. 60.

sind hinsichtlich des Studienzentrums und der vielfältigen anderen Probleme.⁹⁷ Ich hoffe, daß unter der Mitwirkung beider Herren, die sehr bereit sind mitzuarbeiten, die Akademie Eichholz endlich etwas wird, was die Sozialdemokratie weitgehend mit Unterstützung der Bundesregierung seit Jahren in Bergneustadt erreicht hat.

Herr Grundmann und andere Herren haben die Organisation der Partei angesprochen. Ich bin dankbar für die Aufforderung, daß zentraler geführt werden soll. Ich hoffe, daß der Appell an eine stärkere zentrale Führung der Partei uneingeschränkte Resonanz in allen Landesverbänden findet. Ich bin auch der Meinung, daß wir die KPV stärker an die Partei heranziehen müssen. Das ist dankenswerterweise räumlich geschehen, ich hoffe aber, daß das auch personell und sachlich künftig verstärkt geschehen wird.

Ich verspreche mir einen engeren Zusammenhalt zwischen CDU und CSU auch davon, daß wir den Landesvorsitzenden der CSU regelmäßig an unseren Landesvorsitzendenkonferenzen teilnehmen lassen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Einladung des Vorsitzenden der CSU angenommen würde, die nächste Sitzung der Landesvorsitzenden der CDU/CSU in München stattfinden zu lassen⁹⁸, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß wir im Grunde eine politisch einheitliche Partei sind.

Wir sind auch weitergekommen auf dem Gebiete des Hauses für die Partei. Trotz aller negativen Unkenrufe bin ich der Meinung, daß wir dieses Haus bauen sollen. Ich hoffe, daß wir noch vor den Bundestagswahlen den Grundstein legen können, um dann diese Einrichtung trotz aller Bedenken zu schaffen.⁹⁹ Ich denke nicht daran, die Partei in zwölf oder vierzehn Filialen in Bonn unterkommen zu lassen und keinerlei Überblick zu haben. Wir müssen den Mut haben, uns Einrichtungen zu schaffen, die das ermöglichen, was von Ihnen allen verlangt wird. (*Zuruf*: Erst nach der Wahl!) Mein Lieber! Wer wird denn die CDU nicht wählen, weil sie den Grundstein für ein Haus legt, das in drei Jahren erbaut wird? Dann können Sie es vor dieser Wahl und bei der nächsten Wahl nicht tun. Dann kommen Sie niemals weiter. Ich bin der Meinung, dieses Haus muß gebaut werden. (*Zuruf*: Ohne Grundsteinlegung!) Ohne Grundsteinlegung, ohne Presseerklärung, ohne jede Verlautbarung. Das ist völlig richtig. Heimlich, still und leise!

Am wichtigsten scheint mir für das kommende Jahr die enge Zusammenarbeit mit Presse, Rundfunk und Fernsehen zu sein. Sie wissen, daß wir sehr engen Kontakt zu Presse, Rundfunk und Fernsehen halten. Sie wissen, daß in regelmäßigen Abständen Besprechungen mit den Angehörigen der Aufsichtsgremien und mit den Journalisten bei den Rundfunkanstalten stattfinden. Ich bitte Sie, meine lieben Parteifreunde, in

97 Thedieck und Müller-Armack wurden bei der Gründung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. am 13. Oktober 1964 zu Vorsitzenden gewählt.

98 Die nächste Landesvorsitzendenkonferenz fand am 16. Februar 1966 in Bonn statt. Protokoll in ACDP VII-004-033/3.

99 Vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 205, 261. Das Konrad-Adenauer-Haus wurde 1973 bezogen.

Ihrem Bereich das gleiche zu tun. Wir haben personell im Rahmen des Fernsehens einiges erreicht. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß die beiden Leiter der „Tagesschau“ unsere Freunde sind, daß der Leiter des Fernsehens Bonn unser Mann ist.¹⁰⁰ (*Katzer*: Noch nie gehört!) Noch nie gehört, Katzer? Ich bin gerne bereit, Sie mit unseren Parteifreunden bekannt zu machen. (*Katzer*: Das ist wunderbar!) Das hätten Sie auch von sich aus ohne weiteres tun können. Sie sollten den engsten Kontakt hier zu Herrn Hammerschmidt haben, der von der CSU kommt und der Leiter des Fernsehens in Bonn ist. Ich bitte Sie, von sich aus Initiative zu entfalten und Kontakte zu pflegen, die notwendig sind.

Ich will nicht näher eingehen auf die Vorbereitung der Bundestagswahl. Sie wissen, daß ich für Januar und Februar vier große Regionalkonferenzen vorbereitet habe, die für den norddeutschen Bereich, für Nordrhein-Westfalen, für den südwestdeutschen Bereich und für Baden-Württemberg stattfinden werden. Wir werden in eineinhalbtägigen Konferenzen systematisch die politischen, die organisatorischen und die sonstigen Fragen behandeln, die mit der Vorbereitung der Bundeswahl zusammenhängen. Ich möchte Sie herzlich bitten, tun Sie jetzt bereits das, was notwendig ist. Es muß in jedem Bundestagswahlkreis eine intakte Geschäftsstelle vorhanden sein, die wenigstens das Minimum an organisatorischen und sonstigen Aufgaben erfüllen kann, die dort zu erfüllen sind. Sie sollten also das bereits vor den Regionalkonferenzen einrichten und qualifizierte Leute gewinnen, die den schwierigen Aufgaben eines Bundestagswahlkampfes gewachsen sind.

Nun wäre ich versucht, mit einem abgewandelten Wort des Präsidenten Kennedy zu schließen: Fragen Sie nicht immer, was die Bundespartei für Sie tut, fragen Sie gelegentlich auch, was Sie für die Bundespartei tun können. – Wenn wir in diesem Geiste uns zusammenfinden, dann kommen wir zu einer guten Arbeit. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Kollege Barzel.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar kurze Bemerkungen zu der Anregung machen, wir sollten uns noch vor Weihnachten zusammenfinden, um über die Meinungen, die hier bestehen, zu sprechen. Ich bin dagegen, diese Sitzung noch vor Weihnachten anzusetzen, weil es praktisch nicht mehr möglich sein wird. Wir brauchen die ersten beiden Wochen des Dezembers für unsere Arbeit hier im Hause. Wir können nicht einen einzigen Arbeitstag dazu entbehren. Wir brauchen die Minister dazu. Der Dezember ist außerdem voller internationaler Termine der NATO

100 Hans-Joachim Reiche (geb. 1921), Journalist; 1946–1958 Mitarbeiter des NWDR bzw. NDR, 1958–1959 stv. Chefredakteur der Illustrierten „Quick“, 1960–1970 Chefredakteur der „Tagesschau“, 1970–1972 Korrespondent der Sender SFB, SWF und Radio Bremen in London, 1972–1984 Leiter des ZDF-Studios Bonn. – Helmut Hammerschmidt (geb. 1920), 1947–1949 Redakteur und Lizenzträger des Parteiverlages der CSU in München, 1949–1961 Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks (1957–1961 Chefredakteur), 1961–1964 Chefredakteur beim Süddeutschen Rundfunk, 1964–1965 Leiter des Studios Bonn des Deutschen Fernsehens, 1965–1977 Intendant des Südwestfunks.

und anderer Gremien. Der 15. Dezember ist der Tag des Getreidepreises.¹⁰¹ Bis dahin ist es einfach nicht möglich, für einen ganzen Tag die Leute zusammenzubekommen. Sonntags hat es keinen Sinn, die Kollegen zusammenzurufen.

Ich habe deshalb eine herzliche Bitte und schlage vor, im Monat Januar eine Vorstandssitzung abzuhalten, in der auch dieses Thema erörtert werden soll. Ich bitte aber darum, jetzt um Gottes willen nicht hinauszugehen und zu sagen, wir haben deshalb, weil wir nicht einig sind, eine Sitzung für dann und dann vorgesehen. Wenn es nämlich so wird, dann haben wir für drei Wochen wieder eine furchtbar spannende Zeit. Wir sagen also, es ist eine normale Vorstandssitzung im Januar, in der wir dann über diese Dinge sprechen, ohne daß wir heute nun groß plakatieren, das und das wird dort gemacht. Wenn das nicht geschieht, fürchte ich, kommen wir weiterhin gegenseitig in große Schwierigkeiten. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ein Thema, das ich gern erörtert hätte, ist die Frage der kommunalen Wahlen. Warum haben wir diese verloren? Das hat doch einen Grund gehabt, wahrscheinlich mehrere Gründe, die doch sehr deprimierend sind.

Nun, Herr Kollege Dichtel, will ich Ihnen sagen, warum ich dieses Interview gegeben habe. Ich habe die Herren eingeladen, um die Sache zu besprechen, und zwar die Landesvorsitzenden. Ich war sehr deprimiert davon, daß das offenbar alles schon verdaut war und keiner mehr besondere Herzensschmerzen dabei hatte. Da habe ich mir gesagt, nun muß einmal auf den Tisch geklopft und Porzellan kaputtgeschlagen werden. Das war mein Wunsch.

Im übrigen, meine Herren, wäre ich unehrlich, wenn ich nun sagen würde, daß ich diese optimistischen Darstellungen alle für richtig hielte. Ich halte sie nicht für richtig. Ich meine, wir werden uns davon auch noch überzeugen. Wie wir die Sache noch machen werden, müssen wir überlegen. Nun ist gewünscht worden, mehr Vorstandssitzungen abzuhalten. Gewiß, meine Herren, in den ersten fünf, sechs und sieben Jahren seit dem Bestehen unserer Partei haben sehr viel mehr Vorstandssitzungen stattgefunden. Das ist aus den stenographischen Protokollen zu ersehen, die mir alle vorliegen. Aber damals kamen die Herren auch noch zu den Sitzungen. Heute, meine Herren, ist es doch sehr mühsam, eine voll oder auch nur einigermaßen besetzte Vorstandssitzung zusammenzubekommen. Der eine kann nicht, der andere hat jenes, das ist heute im Grunde in gewisser Weise verständlich; denn seit dieser Zeit hat ja jeder persönlich mehr Arbeit als damals.

Was also die Vorstandssitzungen angeht, so besteht bei mir gar kein Widerstand dagegen, im Gegenteil, ich habe bisher aus den früheren Vorstandssitzungen immer etwas Gutes mit nach Hause genommen.

¹⁰¹ Tagung des Ministerrates der EWG am 14. und 15. Dezember 1964, auf der die Angleichung der Getreidepreise beschlossen wurde (AdG 1964 S. 11589–11591) und der NATO vom 15. bis 17. Dezember 1964 in Paris (EBD. S. 11591–11594).

Nun wollen wir heute nachmittag aus der Sitzung des Parteiausschusses auch etwas Gutes mit nach Hause nehmen.¹⁰² Hier müssen wir uns noch darüber verständigen, wie der Ablauf heute mittag sein soll. Es wird heute nachmittag die ganze Presse anwesend sein. Nun meine ich, mit der Kritik, die wir heute ausgesprochen haben, haben wir dem Verlangen und der Notwendigkeit doch Genüge getan. Wir sollten nun heute nachmittag nicht wieder unsere Einigkeit demonstrieren in der Hinsicht, daß wir es noch weiter nötig hätten, uns zusammenzuraufen, (*Lebhafter Beifall*) sondern wir sollten unsere Einigkeit ganz klar zeigen. Deswegen schlage ich Ihnen vor, daß der Herr Bundeskanzler zunächst einen Vortrag hält, dann wird Herr Kollege Barzel sprechen. Er wird aber heute nachmittag nicht so kurz wie heute morgen, sondern länger sprechen. Dann habe ich eben bei Herrn Dichtel anfragen lassen, ob er bereit ist, auch einen Vortrag heute nachmittag zu halten. (*Dichtel*: Ich kann nicht, ich muß wegfahren!) Sehen Sie, meine Herren, das ist schon einer, der weg muß. Es ist also immer dasselbe. (*Zuruf*: Herr Dufhues!) Nein, wir wollen keinen von uns hier haben, sondern wir möchten einen Herrn von Ihnen reden lassen. (*Zuruf*: Herr Dr. Kohl!) Herr Kohl, wollen Sie es machen?

Kohl: Ich höre eben, daß die CDU-Presse heute nachmittag anwesend ist. Dann steht es doch auch in den Zeitungen am Montag. Nun halte ich nicht dafür, daß wir heute mittag diesen Punkt, über den wir lange diskutiert haben, noch einmal eingehend im Detail diskutieren. Ich habe das auch nie so verstanden. Ich würde sagen, man muß heute zu zwei Beschlüssen kommen; die braucht man aber heute nachmittag überhaupt nicht öffentlich zu erwähnen, denn es spricht sich in kurzer Zeit doch herum, was heute früh war. Man kann also sagen, bei der Vorstandssitzung heute früh war eine ganz klare und offene – Sie können auch ein anderes Attribut wählen – Diskussion, und damit hat es sich! Warum wollen Sie heute nachmittag drei Referate abhalten? Die Sitzung beginnt frühestens 15.15 Uhr. Es ist Freitag. Ich brauche kein Prophet zu sein, um zu sagen, was sich dann abspielen wird.

Wenn der Herr Bundeskanzler einen Bericht zur Lage gibt – das muß er wohl tun – und der Herr Barzel auch – der hat es in ganz besonderer Weise verdient –, dann bleibt für die Sachdiskussion noch eine Zeit übrig. Ich würde aber nicht dafür plädieren, noch ein weiteres Referat hineinzupropfen.

Ich schlage vor, daß bei der Eröffnung heute nachmittag der Herr Bundesvorsitzende oder auch der Geschäftsführende Vorsitzende darauf hinweist, daß es heute früh im Bundesvorstand eine mehrstündige, und zwar mehr als freimütige und offene Diskussion gegeben hat. Das verstehen unsere Leute absolut. Das andere, Herr Bundeskanzler, spricht sich von alleine rund im Rahmen der Partei. Darüber brauchen wir keine Sorge zu haben. (*Adenauer*: Was verstehen Sie unter „mehr als freimütig“?) Ich meine das, was wir hier gemacht haben. (*Heiterkeit*.) Ich bin gerne bereit, das hier zu sagen.

102 Protokoll in ACDP VII-001-022/7.

Ich möchte formal noch zwei Anträge stellen: Erstens, daß wir aufgrund der Anregung des Kollegen Barzel im Laufe des Monats Januar eine Sitzung des Bundesvorstandes mit dem Fraktionsvorstand veranstalten, die einen ganzen Tag dauern soll, damit wir uns über die Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik eingehend unterhalten können. (*Barzel*: Sie meinen den Bundesvorstand?) Und den Fraktionsvorstand. Warum nicht, Herr Kollege Barzel, das sind so viele Leute nicht. (*Zuruf*: Das sind über 100 Leute!) Ich möchte aber, daß auf alle Fälle die Herren Strauß und von Guttenberg dabei sind; denn wenn diese Herren nicht dabei sind, hat das Ganze keinen Sinn. Es muß weiter sichergestellt sein, daß unsere Freunde Gerstenmaier und Schröder anwesend sind. Herr Bundeskanzler! Sie selbst haben ja noch einmal ein Fragezeichen gesetzt. Es muß also über die Sache nochmals gesprochen werden. Ich bin mit Ihnen einig, Herr Barzel, daß wir nicht eine besondere Sitzung, sondern eine normale Bundesvorstandssitzung machen. Darüber reden wir gar nicht. Ich hoffe nicht, daß die Tagesordnung an die Presse gegeben wird über das, was wir im Bundesvorstand besprechen wollen.

Mein zweiter Antrag ist genauso wichtig, daß nämlich der Bundesvorstand beschließen möge, auf Antrag von drei Landesverbänden unverzüglich eine Bundesvorstandssitzung einzuberufen. Wir sollten uns darüber klar sein – das möchte ich aber nicht in diesen Beschluß hineinbringen –, daß wir bei jedem, ungeachtet der Persönlichkeit, der eventuell noch aus der Reihe tanzt, ein Exempel statuieren. Ich möchte noch einmal wiederholen: Das soll also nicht in den Beschluß kommen, sondern er soll nur beinhalten, daß drei Landesverbände in der Lage sind, durch Antrag unverzüglich eine Bundesvorstandssitzung zu erreichen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Lücke.

Lücke: Herr Dr. Kohl, darf ich Ihren Vorschlag umdeuten? Ich halte es für falsch, eine Vorstandssitzung für den Monat Januar mit dem Thema „X, Y, Z und den Personen sowieso“ einzuberufen, sondern ich schlage in Verbindung mit Ihren beiden Vorschlägen vor: Der Vorstand beschließt, bis zur Wahl jede vier Wochen zusammenzutreten. (*Kohl*: Gut, aber wir machen das gleiche!)

Adenauer: Meine Herren! Nehmen Sie doch bitte von mir folgendes an: Es ist völlig unmöglich, eine wirklich ernste Sitzung über die ernstesten außenpolitischen Fragen in einem größeren Kreis durchzuführen. (*Kohl*: Es sind doch nicht mehr als 40 Leute. Da muß es doch wohl möglich sein, daß wir uns mit diesen Leuten unterhalten können, Herr Bundeskanzler!) Ich sage Ihnen, es ist unmöglich, Herr Kohl. Heute nachmittag können wir mal ein Gespräch haben, dann will ich Ihnen sagen, was ich z. B. hier sehr gerne gesagt hätte, aber ich habe es mir verkniffen, weil mir der Kreis zu groß ist und weil es dann zu leicht ungewollte Indiskretionen gibt.

Wir sind aber wohl alle dafür, wenn drei Landesverbände beantragen, eine Sitzung des Bundesvorstandes abzuhalten, und wenn sie garantieren, daß mehr als die Hälfte ihrer Leute hier sind, dann wollen wir es machen. Aber die Garantie müssen sie übernehmen.

Und heute nachmittag würden Sie, Herr Bundeskanzler, und dann Sie, Herr Kollege Barzel, reden, und dann folgt eine kurze Debatte. (*Zustimmung. – Zurufe:* Natürlich!) Meine Herren! Natürlich ist nichts. Ich hätte beinahe gesagt, Sie sind doch noch ein junger Mann. Meine Herren, glauben Sie mir etwas, ich bin zwar alt, aber so alt bin ich auch nicht, daß ich nicht die Situation richtig beurteilen könnte. Ich will Ihnen sagen, wenn wir nicht die Wähler geradezu aufpeitschen, dann verlieren wir die Wahl; denn gerade dieser Mißerfolg bei den Kommunalwahlen wirkt sich aus auf alle diejenigen, die auf alle Fälle mit der gewinnenden Partei sein wollen. Ich habe es doch von jungen Ärzten und von anderen Leuten gehört, die sich jetzt schon von der SPD Parteibücher geben lassen. (*Zuruf:* Auch Olympiasieger!)

Also, meine Herren, es wird eine sehr intensive Arbeit nötig sein, wir müssen ins Detail gehen; wir werden noch ein Parteiprogramm aufstellen müssen, das wir dem Parteitag vorlegen wollen. Dann müssen Sie noch über den Parteitag beschließen, der in der zweiten Hälfte des Monats März in Düsseldorf stattfinden soll. (*Dufhues:* Vom 28. bis 31. März, von sonntags bis mittwochs in Düsseldorf. So ist der Vorschlag des Präsidiums!)

Adenauer: Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Herr Bundeskanzler! Ich bin der Überzeugung, daß nachher bei der Sachdebatte über die beiden Referate sicherlich etwas hochkommt, nicht mehr von uns, aber irgendwie von unseren Parteifreunden. Deshalb wollte ich darum bitten, daß wir versuchen sollten, die Sache möglichst schnell wegzubekommen. Es hat keinen Zweck, die Ausführungen von heute morgen heute nachmittag nun zu wiederholen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Ich habe nur Sorge, meine Herren, vor einer außenpolitischen Debatte in dieser gegenwärtig schwierigen außenpolitischen Situation. Das muß doch jeder einsehen; sonst meinethwegen eine Debatte, aber nicht über die außenpolitische Situation.

Scheufelen: So ganz können wir eine Debatte nicht abstellen, denn sonst sagen die Leute, warum fahren wir eigentlich nach Bonn?

Adenauer: Das Wort hat Herr Röder.

Röder: Wir haben heute morgen das gesagt, was in einem kleinen Kreise gesagt werden kann. Wir sind einig geworden, daß wir heute nachmittag in diesem großen Kreis die Dinge vermeiden müssen, die heute morgen durchaus angebracht waren. Wir sollten heute nachmittag in der Diskussion unseren eigenen Beitrag leisten und dafür sorgen, daß die Sitzung heute nachmittag eine Form behält, die das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit schützt.

Adenauer: Ich will Ihnen sofort ein praktisches Beispiel sagen. Herr Blumenfeld hat eine Rede gehalten, die ich für völlig unmöglich halte. (*Röder:* Aber heute nachmittag wird er ganz anders sprechen, Herr Bundesvorsitzender! – *Heiterkeit.*) Ich weiß nicht, wie Sie ihn einschätzen! (*Erneute Heiterkeit.*) Das kann ich vorher nicht wissen; denn er könnte doch einen Umfall bekommen. (*Heiterkeit.*) Und dann müßte man unter allen Umständen antworten. Er ist z. B. in ganz wesentlichen

Punkten falsch orientiert. Das habe ich doch aus dem gehört, was Sie eben gesagt haben. Deswegen möchte ich Sie dringend bitten, meine Herren, gerade weil die außenpolitische Situation so schwierig ist und weil unser Bundeskanzler vor einer großen Entscheidung steht, an dieser Sache jetzt nicht zu rühren. – Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Ich habe den Antrag so aufgefaßt, daß wir nunmehr beschlossen haben, auf Antrag von drei Landesverbänden muß eine Parteivorstandssitzung jeweils einberufen werden. Nun ist noch eine Frage offen, nämlich der Antrag von Herrn Kohl, der sich auf das stützte, was Herr Barzel und andere hier vorgetragen haben, nämlich eine Sitzung im Januar abzuhalten. Ich habe nicht ganz verstanden, ob wir uns nun einig sind, daß diese Sitzung stattfinden soll. (*Viele Zurufe:* Ja!)

Adenauer: Herr Kollege, bis dahin ist so viel neuer Stoff da, daß wir zwei Sitzungen abhalten können. Verlassen Sie sich darauf. Wir kommen doch immer näher zu den Wahlen. Dann häuft sich das Ganze. Also, es soll im Januar eine Sitzung stattfinden. (*Beifall.*) Bitte sehr, Herr Kollege Lücke.

Lücke: Ich habe noch eine Frage. Ich hatte vorgeschlagen, im nächsten Halbjahr einen Städtebaukongreß zu veranstalten.¹⁰³ Nun frage ich, ob der Bundesvorstand den Vorschlag akzeptiert. (*Dufhues:* Das braucht der Vorstand nicht zu akzeptieren!)

BUNDESPARTEITAG 1965

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden, daß der Parteitag in den Tagen, die eben genannt wurden, in Düsseldorf stattfindet? (*Lebhafter Beifall.*)

Dufhues: Der Parteitag ist also vorgesehen vom 28. bis 31. März in Düsseldorf.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Burgbacher.

VERSCHIEDENES

Burgbacher: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Zeit ist so weit fortgeschritten, daß Sie wahrscheinlich keine innere Einstellung mehr zu den Fragen des Parteiengesetzes und des Abkommens über die Wahlkampfkosten haben. Ich erlaube mir deshalb, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, da ohnehin einige interne Vorgänge dafür sprechen, der Bundesvorstand möge dem Präsidium die Vollmacht übertragen, die Fragen des Parteiengesetzentwurfes und der Wahlkampfkostenbegrenzung zu erörtern. (*Zustimmung.*)

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden. Dann danke ich allen und schließe damit die Sitzung.

¹⁰³ Raumordnungskongreß „Deutschland morgen“ der CDU/CSU vom 24. bis 26. Mai 1965 in Saarbrücken. Unterlagen in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION; vgl. Nr. 14 Anm. 85.

18

Bonn, Dienstag 9. Februar 1965

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Baier, Blank, Burgbacher, Dittmar, Dufhues, Erhard, Fay, Gerstenmaier, Gradl, [Häussler], [Heck], Höcherl, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Meyers, Mikat, Röder, Schmidt, Schmücker, Schröder, Schwarz, [Stecker], Stingl, Stoltenberg.

Bericht zur Lage (Adenauer und Erhard). Bundestagswahlkampf 1965. Verjährungsfrist für NS-Verbrechen. Bundesparteitag 1965. Schule und Sport. Finanzielle Lage der Partei.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: gegen 14.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer ersten Sitzung herzlich willkommen. Entschuldigt ist Herr Barzel, der sich auf einer Reise befindet, die dringend notwendig ist.¹ Herr Kiesinger wird etwas später kommen. Entschuldigt sind ferner die Herren von Hassel, Heydebreck, Lemke, Lemmer, Frau Strecker, Wegmann und Herr Lücke. Es lassen sich vertreten Herr Scheufelen durch Herrn Häussler², Herr Seeböhm durch Herrn Stecker³, Herr Strauß durch Herrn Höcherl.

Der Herr Bundeskanzler ist noch nicht da; er kommt aber gleich, um Ihnen einen Bericht über die Lage zu geben. Die Frage ist, ob wir mit Rücksicht darauf, daß unsere Zeit ziemlich begrenzt ist, schon beginnen sollten. (*Zustimmung.*) Meine Damen und Herren, da lassen Sie mich einige Worte sprechen. Einen weiteren Bericht über die Lage in der Partei wird Herr Dufhues geben.

BERICHT ZUR LAGE

Wir schreiten jetzt zu der fünften Bundestagswahl. Vier Bundestagswahlen haben wir gewonnen. Der fünften Bundestagswahl stehen wir mit einem gedämpften Optimismus gegenüber. Selbstverständlich hat es uns alle gefreut, daß wir bei der letzten Befragung – ich glaube, es war durch EMNID – einen Millimeter höher gekommen

1 Barzel war vom 7. bis 9. Februar 1965 in Paris (dpa vom 8. und 9. Februar 1965).

2 Erwin Häussler (1909–1981), 1953–1961 und 1964–1972 MdB (CDU), seit 1963 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 886 Anm. 80.

3 Dr. Josef Stecker (geb. 1916), Rechtsanwalt; 1952–1961 Oberkreisdirektor des Kreises Meppen, 1957–1969 MdB (CDU), stv. Vorsitzender des Landesverbands Hannover, 1969–1983 Präsident des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

sind als die SPD.⁴ Aber was ist schließlich ein Millimeter und was ist eine solch kleine Steigerung besonders in einer so bewegten Zeit wie der unsrigen? Sie ist sowohl in der Innenpolitik wie auch in der Außenpolitik bewegt. Und was ist eine so geringe Steigerung gegenüber einer SPD, die sich einfach totstellt, aber die durch das Totstellen doch in der Bevölkerung den Eindruck erweckt, daß sie eine mehr oder weniger solide Partei geworden sei.

Ich muß sagen, daß mir noch immer das schlechte Ergebnis der Kommunalwahlen in einem großen Teil der Bundesrepublik in den Knochen steckt. Und wenn ich höre – ich habe darüber Erkundigungen eingezogen; keine Zahlen, sondern ich habe Gespräche gehabt –, woran das sicher gelegen hat: an mangelndem Kampfeswillen. Jede Wahl ist Kampf, und vor allem eine Bundestagswahl muß Kampf sein.

Wir müssen die Tarnung der SPD in Fetzen herunterreißen. Das wird schwer sein. Wir können davon ausgehen, daß die Bundestagswahl des Jahres 1965 die schwerste Bundestagswahl sein wird, die wir bisher gehabt haben.

Diesen mangelnden Kampfeswillen merkt man auch jetzt, wenn man einlädt, so z. B. das Gremium zur Vorbereitung der Wahl. Neulich hatten wir auf drei oder halb vier Uhr eingeladen, und als die Stunde gekommen war, waren von etwa 25 Mitgliedern drei da.⁵ Wir haben dann gewartet, und es tropfte dann so langsam weiter. (Zuruf: Was war das für ein Gremium?) Von den freiwilligen Mitgliedern – so will ich sie mal nennen – waren sieben oder acht da. Nach einiger Zeit fing die Gesellschaft wieder an abzubröckeln, und dann ging bald der eine und bald der andere. Oder neulich hatten wir das Parteipräsidium eingeladen.⁶ Darin sind wir zu sieben. Natürlich waren welche verhindert; jeder ist verhindert, die gehen nicht mutwillig, die gehen nur wegen dringender Verhinderung, und sie erscheinen auch nur wegen dringender Verhinderung nicht. Im Parteipräsidium waren wir eineinhalb Stunden lang einigermaßen besetzt, aber lange nicht vollzählig. Da fing die Bröckelei wieder an. Das kann einen mit Schrecken erfüllen. Deswegen erblicke ich in dem Bundesparteitag, den wir im März haben werden, ein ganz großes Wecken aus dieser Lethargie, in die weite Kreise unserer Bevölkerung gefallen sind.

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen sagen, die Weltlage ist derartig, wie sie seit dem Jahre 1945, seit dem Zusammenbruch Deutschlands, nach meiner Meinung noch nicht gewesen ist. Wir bekommen jetzt bei dieser allgemeinen Schwächung in der Welt auch wieder die Abneigung gegen uns Deutsche zu spüren. In den Vereinigten Staaten ist sie auch; sie ist sogar schon sehr lebhaft, und das ist schlimm. In Großbritannien sind jetzt die Labour-Leute am Ruder, für uns ein kleiner Trost

4 Bei der EMNID-Umfrage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“ erhielt die SPD im Februar 1965 allerdings 34 % und die CDU 32 % der Stimmen.

5 Das Präsidium der CDU hatte in seiner Sitzung am 26. Juni 1964 die Bildung eines Wahlgremiums zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1965 beschlossen. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

6 Sitzung des Parteipräsidiums am 2. Februar 1965. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

und eine kleine Hoffnung als mahnendes Beispiel für die Sozialdemokratie in der Bundestagswahl. Aber die Engländer – wenn sie sich auch nicht als Volleuropäer fühlen, das haben sie nie getan – fühlten sich doch einigermaßen als Europäer bisher, und sie standen auf unserer Seite gegen Rußland. Wie ist das jetzt? Das müssen wir abwarten. Die Vorschläge jedenfalls, die Herr Wilson gemacht hat⁷ und die den früheren Verlautbarungen entsprechen, sind nicht sehr ermutigend.

Werfen Sie heute einmal einen Blick in die Zeitung. Ich will niemandem vorgreifen. Über Kairo⁸ und die Verjährungsfrist⁹ wird von anderen gesprochen werden. Ich möchte nur das eine sagen: Nach dem, was ich insbesondere von Herrn Jans¹⁰ gehört habe, wühlt die Frage der Verjährungsfrist unsere ganze junge Generation zutiefst auf. Bei den Vertriebenen, die aufgrund ihrer Zahlen eine sehr wichtige Rolle spielen, wird jetzt verständlicherweise der Hinweis darauf laut, daß kein Mensch oder kein anderes Land – ich spreche jetzt nicht von Deutschland, von den Deutschen – sich irgendwie einmal über die großen Schandtaten geäußert hat, die bei der Vertreibung der Deutschen aus den verschiedensten Ländern vorgekommen sind. Ich möchte Ihnen nur eine Zahl ins Gedächtnis rufen: Von zwölf Millionen Vertriebenen sind nur sieben Millionen in Deutschland angekommen; die anderen sind verdorben[!], gestorben. Das ist schaurig. Es wäre sehr schlimm – deswegen ist die Frage der Verjährungsfrist so außerordentlich wichtig –, wenn jetzt über uns wieder der ganze Abscheu der Welt herüberkäme und wir dann umgekehrt mit dem antworten müßten, was Deutschland und den Deutschen geschehen ist. Deswegen ist das eine für den Ausgang unserer Wahl mit entscheidende Frage. Es ist wichtig, was da gemacht wird; ich werde gleich in der Diskussion darüber sprechen.

Vorausschicken möchte ich, daß nach meiner Meinung die ganzen Justizminister und alles Drum und Dran sich in der ganzen Sache wirklich nicht mit Ruhm bedeckt haben.¹¹ Das sind Gott sei Dank zum großen Teil keine Juristen. (*Heiterkeit.*) In der ganzen Diskussion, auch im Kabinett, hat man dauernd darüber gesprochen, ob man den 8. Mai des Jahres 1945 als den Tag nehmen muß, an dem die Verjährungsfrist zu laufen begonnen hat. Am 8. Mai war die bedingungslose Kapitulation, und das war ein militärischer Akt. Wie man ausgerechnet den Tag – ich wende mich jetzt an

7 Wilson hatte alternativ zur MLF, an der sich Großbritannien nicht beteiligen wollte, im Dezember 1964 die Atlantic Nuclear Forces vorgeschlagen, wobei er den britischen Einfluß zu erhöhen und den deutschen zu reduzieren gedachte (AdG 1964 S. 11580 f. und 11591; vgl. auch OSTERHELD: Außenpolitik S. 126 f.).

8 Am 27. Januar 1965 war die Einladung an Ulbricht zum Besuch der Vereinigten Arabischen Republik bekanntgegeben worden (AdG 1965 S. 11695); vgl. AAPD 1965 S. 382–434.

9 Debatte im Jahr 1965 um die mögliche Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen. Nach damalig geltendem Strafrecht verjährten Mord, Beihilfe zum Mord und Mordversuch nach 20 Jahren (vgl. dazu HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 130–134).

10 Nicht zu ermitteln.

11 Justizminister Ewald Bucher (FDP) war in einer Rundfunksendung gegen die Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen eingetreten (BULLETIN vom 8. Januar 1965 S. 27 f.; AdG 1965 S. 11673).

die Herren Juristen –, an dem Deutschland militärisch bedingungslos kapituliert hat, als den Beginn der Verjährung nehmen kann, das werde ich in alle Ewigkeit nicht begreifen. Wir werden noch darüber sprechen; ich will mich jetzt da nicht aufhalten.

Aber ich möchte Ihnen doch aus den heutigen Morgenzeitungen die Bedingungen vorlesen, die die Russen für eine Deutschlandlösung gestellt haben.¹² Ich tue das auch deswegen, weil nach dieser Zeitungsmeldung gewünscht wird, daß sich die Deutschen mit diesen Sachen beschäftigen. Die amerikanische Regierung hat den Wunsch anscheinend nicht ausgesprochen. Die Russen sagen: 1. Konföderative Struktur, ein Staatenbund Gesamtdeutschland mit Autonomie für die derzeitige „DDR“. 2. Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. 3. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze. 4. Verzicht auf Atomwaffen und Kontrollrecht der Garantiemächte. 5. Militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa. 6. Nichtangriffsvertrag dieses deutschen Staatenbundes mit den Staaten des Warschauer Paktes. 7. Langfristige Kredite der Bundesrepublik im Handel mit der Sowjetunion. Das heißt auf gut deutsch: Wir sollen auf unbestimmte Zeit versklavt werden; die anderen sollen ein Kontrollrecht haben. Wir sollen minder bewaffnet sein. Wir sollen also ein Volk von minderem Recht sein. Das wird jetzt von neuem wieder vorgeschlagen. Wir sollen den Russen sehr viel Geld bezahlen. Die Russen haben auf der Potsdamer Konferenz¹³ eine Kriegsschädigung von zehn Milliarden Rubel nach dem Wert vom Jahre 1938 verlangt. Wenn sie das von uns wieder verlangen, dann können wir sofort unseren Bankrott erklären, denn wir werden niemals in der Lage sein, eine solche Summe auch nur annähernd zu zahlen. Sie sehen daraus, was die Russen vorhaben.

Nun muß ich Ihnen mal meine persönliche Meinung über das sagen, was die Russen beabsichtigen. Diese Meinung habe ich nicht erst seit gestern, sondern die habe ich schon lange. Die Russen wollen – und deswegen halten sie an der Sowjetzone fest, die sie als Köder für uns benutzen – Westeuropa in ihren ganzen Trend hineinbringen. Um darüber ein klares Bild zu bekommen, müssen Sie sich mal Westeuropa von Moskau aus betrachten. Dann ergibt sich folgendes Bild. Zwei Fünftel Deutschlands mit 17 Millionen Deutschen sind schon in russischer Hand. In Frankreich ist die kommunistische Partei seit dem Jahre 1946 die stärkste und die am besten organisierte Partei. Die Sozialisten unter Guy Mollet haben schon ein Abkommen mit den Kommunisten getroffen, bei den Wahlen zusammenzugehen.¹⁴ Das nennt man auf deutsch eine Volksfront. Wie es in Italien aussieht, das wissen Sie alle. Wer da schließlich als Sieger herauskommt, ist keinesfalls die Democrazia Cristiana, die in vier Teile zerfallen ist, die sich gegenseitig bekämpfen.

12 Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 9. Februar 1965 „Sowjetpläne für die Deutschland-Lösung. Siebenpunktekatalog aufgestellt“.

13 Vgl. Nr. 5 Anm. 47.

14 Die Landesverbände der Sozialisten und der Kommunistischen Partei für das Pariser Seine-Departement beschlossen für die Gemeindewahl im März 1965 eine gemeinsame Kandidatenliste. Vgl. FAZ vom 8. Januar 1965 „Wahlbündnis zwischen Kommunisten und Sozialisten in Paris“.

Glauben Sie, daß die Kommunisten, die wir in Deutschland hatten, als seinerzeit das Bundesverfassungsgericht das bekannte Urteil gefällt hat¹⁵, plötzlich alle vom Saulus zum Paulus geworden sind? Die stecken doch in der SPD drin. Das ist doch ganz klar. Wenn es eine Möglichkeit gäbe – meine Herren, vergessen Sie das, was ich jetzt sage –, eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik zu haben, die 15 bis 18 Abgeordnete hätte, dann brauchten wir um den Ausgang der Wahlen keine großen Sorgen mehr zu haben. Es ist doch so, daß dadurch, daß das Bundesverfassungsgericht diese Partei als verfassungswidrig erklärt hat, den größten Nutzen nicht etwa unser deutsches Vaterland, sondern die SPD hat, die bei den Wahlen alle diese Elemente immer hat um sich sammeln können.

Sehen Sie sich also einmal von Moskau aus Europa und speziell Westeuropa an. Ich erinnere hier auch an Chruschtschow. Meine Herren, sagen Sie nicht, Chruschtschow gehört der Vergangenheit an.¹⁶ Ach, wir alle gehören morgen der Vergangenheit an und erst recht die Leute in Rußland. Aber die Thesen bleiben.

Ich möchte hier noch folgendes einschieben. Es ist lächerlich, zu glauben, daß man in Rußland aus Sorge um den reinen Kommunismus gegen alle anderen zu Felde zieht. Was sich in Rußland, in Asien mit Rotchina abspielt, sind reine Machtkämpfe und nichts anderes. Lassen Sie sich um Gottes willen dadurch nicht täuschen.

Übrigens hat die „Prawda“ dieser Tage in einem Artikel gesagt – es ist allerdings nur ein Auszug da, man muß sich den ganzen Artikel beschaffen –, daß die Unterschiede zwischen Kommunisten und Sozialisten eigentlich der Vergangenheit angehörten.¹⁷ Beide hätten sich dadurch unterschieden, daß die Kommunisten der Auffassung gewesen wären, der Sozialismus könne nur durch Gewalt eingeführt werden – das sei eine These, die die Kommunisten in Rußland abgelegt hätten –, und daß die Sozialisten für eine friedliche Koexistenz gewesen wären, die Kommunisten aber nicht; das hätten die Kommunisten aber auch drangegeben. Deswegen bestehe jetzt kein Unterschied mehr zwischen Kommunisten und den Sozialisten. Das ist ein sehr beherzigenswerter Artikel.

Was würde denn die Sowjetunion haben, wenn es ihr gelänge, dieses Westeuropa in ihr Fahrwasser zu bekommen? Es hätte folgenden Gewinn: Rußland wäre zusammen mit den anderen sowohl wirtschaftlich wie militärisch viel stärker als die Vereinigten Staaten, und es würde dadurch gleichzeitig seine Widerstandsfähigkeit gegenüber Rotchina außerordentlich stärken. Wenn Sie sich das einmal überlegen, dann müssen Sie sagen: Wenn Sie anstelle der Herrschaften, die jetzt in Moskau an der Spitze sind, säßen, würden Sie genau dieselben Thesen haben; denn das ist für Rußland die beste Idee, die ein Russe überhaupt haben kann.

15 Verbot der KPD und ihrer Hilfs- und Nachfolgeorganisationen vom 17. August 1956.

16 Chruschtschow war am 14./15. Oktober 1964 sämtlicher Ämter enthoben worden (vgl. Nr. 17 Anm. 28).

17 Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 8. Februar 1965 „Moskau hofft in Westeuropa auf ‚Volksfront‘-Regierungen. Kommunisten und Sozialisten Hand in Hand“.

Leider ist im deutschen Volk total vergessen – nur eine Zeitung hat das seinerzeit gebracht –, was Chruschtschow Guy Mollet im Oktober vor einem Jahr gesagt hat, als die Herren etwa acht Tage in Moskau waren; zwölf Stunden haben sie sich dabei über Deutschland unterhalten. Guy Mollet hat das im Januar vergangenen Jahres in einem Vortrag in Bad Godesberg auseinandergesetzt.¹⁸

Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard betritt den Saal. (Beifall.)

Herr Bundeskanzler, ich heiße Sie herzlich willkommen. Bei der beschränkten Zeit haben wir schon angefangen. (*Erhard: Ich bitte um Entschuldigung!*) Chruschtschow hat Herrn Guy Mollet folgendes gesagt: Er hoffe, daß eines Tages die Bundesrepublik mit Sowjetrußland zusammenarbeiten werde, denn in der Bundesrepublik vermehre sich die Zahl der Leute, die im Kommunismus und im Sozialismus – er hat Sozialismus gesagt – die stärkste Macht der Erde sähen, und die deutschen Kapitalisten hätten ein sehr feines Fingerspitzengefühl dafür, wo viel Geld zu verdienen sei, und bei dem Wiederaufbau Rußlands sei eben viel Geld zu verdienen. Als er dann die betroffenen Gesichter – laut Guy Mollet – der Franzosen gesehen habe, habe er gesagt: Meine Herren, wenn Ihnen das nicht gefällt, müssen Sie zu Ihrer alten Politik zurückkehren: Mit Rußland gegen Deutschland.

Asien! Was da geschieht, kann einen sehr bedenklich machen, weil damit doch sehr klar und deutlich die Konzentration Amerikas auf Asien festgelegt wird und weil damit das Interesse für Europa sinkt. Vor wenigen Wochen hat der Senator Dodd¹⁹ – ein sehr angesehenes Mitglied der Demokratischen Partei im Senat – vor einer Versammlung von Gouverneuren das ausgeführt, was ich Ihnen jetzt über die Ziele der russischen Politik gesagt habe. Ich kenne Herrn Dodd auch persönlich. Er hat mich wiederholt besucht, noch zuletzt im Herbst. Was er da gesagt hat – die Presse hat darüber berichtet –, entspricht möglicherweise auch der Meinung eines großen Teils der maßgebenden Leute in den Vereinigten Staaten.

Meine Damen und Herren, ich nehme an, daß wir von Ihnen auch einen ungeschminkten Bericht darüber bekommen, wie es mit unserer Partei in den Ländern aussieht. Es wird uns alle, namentlich uns hier in der Leitung, sehr interessieren, wenn Sie mal sehr offenherzig und ungeschminkt darüber sprechen und uns sagen, ob unsere Partei in den Ländern am Erwachen ist oder nicht. Bisher haben wir von dem Wachwerden verhältnismäßig wenig gespürt. Aber es ist ja noch Zeit, zum Wachwerden – aber höchste Zeit.

¹⁸ Vgl. Nr. 13 Anm. 32.

¹⁹ Thomas J. Dodd (1907–1971), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1953–1957 Kongreßmitglied, 1959–1970 Senator von Connecticut. – Dodd war zuletzt am 8. April 1964 bei Adenauer (Terminkalender in StBKAH 04.17). – Dodd hatte sich am 22. Juni 1964 für eine einheitliche Handelspolitik der NATO gegenüber den Ostblockstaaten ausgesprochen (vgl. dazu Adenauers Rede vom 23. Juni 1964 vor dem Industrieklub in Düsseldorf in ADENAUER: Reden S. 466).

Weiter ist Voraussetzung für unseren Wahlerfolg Einigkeit in unserer Partei. Es darf nichts nach außen zutage kommen und möglichst auch nach innen nichts, weil alles, was nach innen geht, auch nach außen kommt. Es darf nichts über große Widersprüche in unserer Partei gesagt werden. Nach gewonnener Wahl können wir das alles nachholen; (*Heiterkeit*) aber vor der Wahl, meine Freunde: absolute Einigkeit, (*Röder*: Völlig richtig!) sonst sind wir bei der Wahl in einer ganz miserablen Situation.

Ich möchte damit schließen, daß ich sage, die Wahl des Jahres 1965 wird für uns sehr schwer sein; unser Optimismus muß sehr gedämpft sein. Wenn ich mir die Herrschaften vorstelle, die im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges im Bundeskabinett sitzen würden, kann ich nur sagen, armes, armes Deutschland. (*Beifall.*) – Ich heiße Sie nun, Herr Bundeskanzler Erhard, herzlich bei uns willkommen. Wir wissen alle, wie bemessen Ihre Zeit ist. Wir haben auf allgemeinen Wunsch schon angefangen, und ich hoffe, wir haben dadurch auch Ihren Intentionen entsprochen. Darf ich Sie nun bitten.

Erhard: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das letztmal trafen wir am 27. November 1964 zusammen. Seit dieser Zeit ist einiges passiert; es hat sich manches ereignet bei uns im Lande, aber auch in der Weltpolitik. Ich möchte Ihnen ganz kurz skizzieren, was uns seit dieser Zeit bewegt hat und welche Entscheidungen zu treffen waren.

Das erste, was auf uns zutrat, war unmittelbar nach dieser letzten Tagung die Entscheidung in Brüssel in Richtung auf den Gemeinsamen Markt. Im Vordergrund stand die Frage des deutschen Getreidepreises. Sie war sozusagen zum zentralen Punkt geworden, zum Test, ob wir uns in Europa zusammenfinden, ob wir eine gemeinsame Linie in der Kennedy-Runde finden, oder ob das alles zum Scheitern verurteilt ist. Hier war Deutschland im besonderen angesprochen, nicht, als ob wir allein schuldig gewesen wären. Aber jedenfalls war die deutsche Haltung ausschlaggebend, daß in Brüssel die Dinge nicht weiter ausgereift sind und daß man zu keinen Lösungen gekommen ist. Ich habe es dann seinerzeit auf mich genommen – so ziemlich im Alleingang, weil man darüber nicht lange diskutieren konnte –, das Problem entscheidungsreif zu machen. Sie wissen, daß dann am 14. oder 15. Dezember in Brüssel tatsächlich mit unserer Zustimmung grünes Licht gegeben worden ist, Mitte 1967 zu einem gemeinsamen Getreidepreis zu gelangen. Das war wirklich ein Durchbruch nach Europa.

Ich habe das schon unmittelbar nach dem Geschehen gesagt.²⁰ Aber jetzt nach meinem Besuch in Rambouillet²¹ kann ich erst voll ermessen, wie richtig diese Aussage gewesen ist. Tatsächlich ist alles lockerer und freier geworden. Es ist nicht

20 Pressekonferenz Erhards am 15. Dezember 1964 „Durchbruch zur Einigung Europas“ (BULLETIN vom 18. Dezember 1964 S. 1717 f.).

21 Frankreichbesuch vom 19. bis 20. Januar 1965 (AdG 1965 S. 11653 f.; OSTERHELD: Außenpolitik S. 138–145; AAPD 1965 S. 140–158).

so, als ob damit schon alle Probleme im Gemeinsamen Markt gelöst wären. Wir stehen noch vor weiteren wichtigen Entscheidungen. Es wird noch diese oder jene Spannung dabei auftreten. Aber die deutsche Entscheidung in der Getreidepreisfrage hat den Weg frei gemacht, die Geister etwas aufgelockert. Man begegnet sich jetzt mit größerem Verständnis und Wohlwollen und einer größeren Glaubwürdigkeit.

Nun meint man vielleicht, das sei etwas teuer gewesen. Ich habe nicht um den Pfennig gefeilscht; das gebe ich gern zu. Aber wenn ich alles in allem betrachte, muß ich sagen, gemessen an dem politischen Effekt war es eben nicht teuer.

Man muß dabei auch folgendes berücksichtigen: Man kann unsere deutsche Landwirtschaft in ihrem Lebensstandard, in ihrer ganzen Struktur nicht mit der Landwirtschaft in Südfrankreich oder in Süditalien vergleichen. Unsere bäuerliche Bevölkerung mißt natürlich ihr soziales Sein an dem, was sie in der Nachbarschaft erlebt, das heißt an dem, was sich in der gewerblichen Wirtschaft, besonders in den Städten, an Lebensstandard entwickelt. Das muß ihr Maßstab sein. Nachdem unsere Landwirtschaft in bezug auf die Böden und das Klima nicht so sehr von Gott gesegnet ist wie die anderer Länder, ist es richtig, wenn der Staat hier gleichartige Startbedingungen setzt, und das haben wir damit getan.

Eine weitere Frage, die uns einigen Kummer bereitete, war die der Energiewirtschaft.²² Hier war insbesondere Nordrhein-Westfalen mit der Kohle angesprochen. Andere Länder hatten Sorgen mit umgekehrten Vorzeichen; ich denke hier an Süddeutschland. Die letzten Länder meinten, ob sie wegen der Kohle nun teurere Energie verbrauchen müßten. Es hat darüber manche Unterhaltung und manche Verhandlung im Wirtschaftsministerium, aber auch im Bundeskanzleramt gegeben. Wir haben dann im beiderseitigen Einvernehmen eine ganz gute Lösung gefunden, die dahin geht, die Kohle solle in etwa ihr jetziges absolutes Förderquantum erhalten, aber der Zuwachs an Energie und Wärmeverbrauch soll auf die modernen Energieträger wie Öl oder Erdgas usw. übergehen.

Damit waren alle einverstanden. Es war nur die Frage, wie das zu vollbringen ist. Man hat jetzt eine Einigung gefunden. Die Ölindustrie ist damit einverstanden, daß sie ihre geplanten neuen Kapazitäten oder die Erweiterung von Kapazitäten anmeldet. Bisher hat sich nämlich immer erwiesen, daß alle Voranmeldungen der Ölindustrie über den geplanten Aufbau von Raffineriekapazitäten falsch waren und zu niedrig gelegen haben. Wir haben immer wieder die gleichen Überraschungen und die gleichen Klagen von seiten der Kohle erlebt. Das ist jetzt in vollem Einvernehmen geordnet.

Daß wir natürlich einen freien Energiemarkt haben wollen, in dem Wettbewerb besteht, ist selbstverständlich. Die Regelung, die wir gefunden haben, soll nicht etwa die Energie verteuern oder bestimmte Energiearten verknappten, sondern es soll ein

²² Vgl. Diskussion in der 147. und 148. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. November und 2. Dezember 1965 über die Energiepolitik und die Lage des Steinkohlenbergbaues (Sten.Ber. 4. WP Bd. 56 S. 7243–7260 und S. 7277–7322).

wohlabgewogenes Gleichgewicht gesichert bleiben. Daß einmal in einem warmen Winter die Kohlenhalden wieder etwas zunehmen, ist kein Unglück. Das haben wir schon einmal erlebt, und das wird sich auch wieder legen. Aber eine ernste Besorgnis oder ernste Klagen dieser Art sind nicht mehr lebendig. Wir brauchen nicht erwarten, daß etwa die Wahlen mit der Diskussion um dieses sehr erregende Problem belastet werden. Die Diskussion wird nämlich immer mit umgekehrten Vorzeichen, nämlich im Norden anders als in Süddeutschland, geführt. Das wird uns also jetzt nicht mehr allzusehr stören.

Ich möchte nicht von der Gebührenordnung der Ärzte sprechen. Auch das scheint jetzt geordnet zu sein und wird geregelt werden.²³

Eine sehr neuralgische Frage taucht bei den Projekten MLF–ANF auf, also bei der multilateralen nuklearen Verteidigung zum Schutze Europas. Sie wissen, der MLF-Plan ist aus der Erkenntnis heraus entstanden, daß, wenn die beiden großen Atomgiganten, nämlich die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, sich in ihrer Abschreckung die Waage halten, dann wohl der Weltfrieden gesichert ist; das heißt, der ganze Erdball wird nicht zerstört werden, und die beiden großen Völker werden nicht ihr Land und ihr Volk preisgeben wollen. Es bleibt aber dann die Frage übrig, was mit der Bedrohung ist, die sich nicht unmittelbar gegen Amerika, sondern gegen Europa richtet. Sowjetrußland hat nämlich an seiner Westgrenze, in Weißrußland, etwa 900 bis 1.000 Mittelstreckenraketen aufgebaut, eine ungeheure Macht, der wir in Europa nichts entgegenzusetzen haben. Auch nach Meinung des französischen Staatspräsidenten ist die Force de Frappe keine hinreichende Abschreckung.

So ist der Gedanke entstanden, ob nicht, speziell mit der Absicht, Europa einen nuklearen Schutz zu gewähren, der vielleicht nicht den ganzen Weltbrand auslöst, dazu eine Einrichtung wie die MLF geeignet wäre. Der Tatbestand hat sich an sich nicht verändert. Das politische und militärisch-strategische Faktum liegt unverändert vor uns. Aber in der Zwischenzeit haben in Großbritannien Wahlen stattgefunden, und die neue Regierung hat zu dem MLF-Projekt Stellung genommen. Sie hat das MLF-Projekt ziemlich umgebaut in ein sogenanntes ANF-Projekt – Atlantic Nuclear Forces –, das sehr viel weniger europäische Züge trägt. Sie haben in der Presse gelesen, daß wir daran manches auszusetzen haben. Jedenfalls scheint uns das ANF-Projekt in dieser Form unter gar keinen Umständen annehmbar zu sein.

Dazwischen lag eine Phase, in der wir nicht ganz sicher waren, welches eigentlich die Haltung der amerikanischen Regierung ist. Die war an sich auch nicht ganz einheitlich; jedenfalls konnte man den Eindruck gewinnen. Sie ging etwa dahin: Wir wollen in der Sache nicht zu sehr voranpreschen, wir wollen nicht eilen; wir wollen vor allen Dingen nicht den Eindruck erwecken, als ob wir einen Druck auf Europa ausüben wollten. – Das ist in der Zwischenzeit weitgehend geklärt. Im Augenblick ist die Lage so, daß die Vereinigten Staaten sagen: Wir werden uns an irgendeiner Form einer nuklearen Verteidigung Europas beteiligen, wenn die Europäer sich unter sich

23 Gebührenordnung für Ärzte vom 18. März 1965 (BGBl I S. 89).

geeinigt haben. Diese Gespräche werden in Gang kommen, und zwar auf bilateraler Ebene. Bisher sind sie noch kaum in Gang gekommen. Wilson wird am 4. und 5. März nach Deutschland kommen.²⁴ Ich habe ihm schon bei der Beerdigung von Churchill gesagt²⁵, er könne wenig Aussicht haben, daß seine ANF-Vorstellung von uns akzeptiert werde. Wir müssen auch daran denken, daß wir noch gar nicht mit Italien gesprochen haben. Auch Holland hat sich noch nicht sicher geäußert.

Das ist die politische Realität. Wir werden das vor den Wahlen nicht mehr vollenden können. Es besteht natürlich nicht die Absicht, daß, wenn der Bundestag am 1. Juli in die Ferien geht und einen Vertrag nicht mehr ratifizieren kann, die Bundesregierung vorher eine Unterschrift leistet. Wenn wir dann den Wahlkampf um die nukleare Verteidigung führten, wäre das ungefähr das Miserabelste, was ich mir vorstellen könnte. Das hat also nicht die unmittelbare Aktualität, mindestens nicht im Hinblick auf die Wahlen.

Der Tatbestand als solcher hat sich nicht geändert. Sie wissen, daß die Haltung des französischen Staatspräsidenten gegenüber der MLF – sage ich jetzt – unterschiedlich gewesen ist. Zuerst hat er anerkannt, schon gegenüber Bundeskanzler Adenauer, er verstehe die deutsche Haltung. Mir gegenüber hat er auch geäußert, daß wir einen solchen Schutz brauchten. Dann kam eine Wendung, und man hörte sogar – nicht unmittelbar aus dem Munde des französischen Staatspräsidenten –, als ob eine deutsche Mitwirkung an einer Einrichtung dieser Art gegen den Geist des Freundschaftsvertrages verstoße. Davon war bei meiner letzten Aussprache mit de Gaulle in Rambouillet nicht mehr die Rede; im Gegenteil. Er wußte, daß wir an diesen Gesprächen beteiligt sind. Es kam nur die Anregung von ihm, wir sollten uns überlegen, ob unser Drang und unser Wunsch, in der Frage der Wiedervereinigung einen Fortschritt zu erzielen und eine Einigung mindestens im westlichen Lager herbeizuführen und vielleicht die Ostblockländer diesem Problem gegenüber etwas aufgeschlossener zu machen, im Einklang mit einer deutschen Beteiligung an einer nuklearen Waffe stünden. Das war alles; es war in die Form einer Frage gekleidet, und es stand nicht die geringste Pression irgendwelcher Art dahinter.

Ich habe gesagt, wie ich mir die Dinge im zeitlichen Ablauf vorstelle. Ich glaube, das ist jetzt erledigt. Das Problem als solches ist nicht erledigt. Aber das ist eine Frage der Strategie und der Planung. De Gaulle hat ausdrücklich anerkannt, daß hier ein vitales deutsches Interesse besteht und daß er vor allem Verständnis dafür hat, daß wir bei der Bedrohung Europas und bei unserer Lage an der neuralgischsten Stelle einen vollen Anspruch darauf haben, an der Strategie und Planung der Verteidigung Europas auch in nuklearer Hinsicht teilzuhaben. So werden wir uns über diese Frage weiter unterhalten.

24 Wilson besuchte vom 6. bis 9. März 1965 die Bundesrepublik Deutschland (AdG 1965 S. 11737–11739; AAPD 1965 S. 116 f., 121–123; OSTERHELD: Außenpolitik S. 176).

25 Churchill war am 24. Januar 1965 verstorben. Zum Gespräch Erhard-Wilson vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 148; AAPD 1965 S. 220–227.

Überhaupt wird die Frage der Strategie wahrscheinlich im Zusammenhang mit einer Reorganisation oder einer Reform der NATO eine ausschlaggebende Rolle spielen. Der französische Staatspräsident macht eine charakteristische Unterscheidung. Er spricht einmal von der westlichen Allianz. Ihr gehört er nach seinen Aussagen als treuester Verbündeter an. Aber die NATO hält er in ihrer Form, in ihrer Organisation nicht für geeignet. Er weiß auch ganz genau, wo da ein unlösbarer Widerspruch zwischen der französischen und der deutschen Auffassung besteht. Er denkt mehr in der Kategorie einer Desintegration der NATO, während wir sagen, uns ist die Integration geradezu auf den Leib geschnitten. Wir können gar nicht davon runter. Wenn man schon von der Furcht der Ostvölker gegenüber Deutschland spricht, dann möchte ich wissen, wie die erst einmal reagieren würden, wenn wir wieder eine deutsche Armee oder einen nationalen Oberbefehl hätten. Das ist einfach unvorstellbar. Wir können unseren Beitrag nur in einer integrierten NATO leisten. Nur hier können wir die Sicherheit und den Schutz finden, die wir brauchen.

Nun zu Rambouillet im besonderen; ich schließe gleich die Pressekonferenz von de Gaulle in der vorigen Woche²⁶ mit ein. Die Verhandlungen haben in einer sehr guten vertrauensvollen Atmosphäre stattgefunden. Herr Barzel war gestern bei de Gaulle. Ich habe am Abend noch mit ihm gesprochen. Er hat alles bestätigt gefunden, was ich über diesen Besuch berichtet habe.

Auf was kam es uns an? Einmal, in der Frage der politischen Union weiterzukommen oder überhaupt einen Anfang zu machen. Im Juli-Gespräch²⁷ war de Gaulle der Meinung, daß es gar keinen Sinn habe, mit einer politischen Union zu beginnen. Er jedenfalls habe keine Lust, sich die Finger noch einmal zu verbrennen; er sei mit dem Fouchet-Plan²⁸ gescheitert. Was heiße überhaupt politische Union? Diese politische Union sei neben der kulturellen Zusammenarbeit auf Fragen der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik gerichtet. Wenn man hier nicht einig sei, wenn hier materiell keine Klärung herbeigeführt sei, dann solle man das Ganze auch nicht in eine Form gießen, dann solle man auch keine Institution schaffen; das führe zu nichts. Ich habe ihm dann deutlich gemacht – gerade an der Lösung der Getreidepreisfrage –, wie wichtig es ist, sich zusammzusetzen und den Versuch zu unternehmen, sich zu verständigen. Schließlich komme man doch dann dahin. Das ist ja auch der Wert einer Einrichtung, die kommunitäre Züge zeigt, daß man einmal über den eigenen nationalen Schatten springen muß, um das Gemeinsame voranzustellen. Na, ich will das Ende sagen. Das Ende war, daß er sagte: Also schön, ich bin jetzt bereit, wenn die anderen Partner mitmachen, in der politischen Union einen Beginn zu machen. Da mag ein Risiko drin sein. Ich bin bereit, das für Frankreich auf mich zu nehmen, ich bin auch bereit, den Anfang ohne die materielle Klärung aller Fragen zu machen, die die

26 Pressekonferenz de Gaulles am 4. Februar 1965 (BULLETIN vom 6. Februar 1965 S. 179 f.; OSTERHELD: Außenpolitik S. 175).

27 Vgl. Nr. 16 Anm. 25.

28 Vgl. Nr. 13 Anm. 5.

Außenpolitik und die Verteidigung betreffen; darüber können wir uns dann gemeinsam unterhalten. Die Außenminister möchten doch besorgt sein – etwa bis April, Mai –, unter sich eine Einigung auch über das *Procedere*, über die Art der Zusammenarbeit zu finden. Dann könnten die Regierungschefs etwa Anfang Juli zusammenkommen und sozusagen das Kind aus der Taufe heben.

Er sagte, er könnte die deutschen Vorschläge in der europäischen politischen Union alle annehmen bis auf einen Punkt, und darüber müsse noch gesprochen werden. Es handle sich darum, in diese europäische politische Union irgendeine Institution einzubauen, die über das Nationale hinaus das Gemeinsame stärker in den Vordergrund rückt. Wir haben vorgeschlagen, daß ein beratender Ausschuß eingerichtet werden soll, der aus den von den Ländern entsandten Vertretern bestehen soll; sie sollen von allen gewählt werden. Diese werden in dem beratenden Ausschuß tätig, ohne daß es sich um eine echte exekutive Gewalt handelt. Sie unterliegen nicht mehr den Weisungen der nationalen Regierungen, sondern ihre Aufgabe ist es, das Gemeinsame herauszukehren, die Tagesordnungen usw. vorzubereiten. Die Italiener haben auch einen Vorschlag gemacht; sie meinten, daß ein Sekretariat genüge. Das ist doch ein wesentlicher Unterschied. In dem Sekretariat arbeiten auch Vertreter der nationalen Regierungen. Aber die bleiben dort Vertreter der nationalen Regierung und an ihre Weisungen gebunden.

Ich habe mich dann bemüht, dem französischen Staatspräsidenten deutlich zu machen, wie sehr auch er von dem kommunitären Geist z. B. in Brüssel profitiert hat. Denn manche Lösungen wären bei der Erstarrung der nationalen Fronten nicht möglich gewesen, wenn nicht immer wieder von seiten der Europäischen Kommission der Versuch gemacht worden wäre auszugleichen, neue Vorschläge zu machen, bilaterale Gespräche zu führen und dergleichen mehr. Er hat dann nicht nein und nicht ja gesagt. Er hat gesagt: Schön, darüber werden wir uns noch sprechen. Das ist das einzige, was ich an Ihren Vorschlägen auszusetzen habe; alles übrige kann ich akzeptieren.

Wir hatten also eine Zweiteilung vorgenommen. Einmal sprachen wir über die Fortentwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der anderen Institutionen wie Montanunion und EURATOM. Da sagte er: Da kann ich alles unterschreiben. Das andere war mehr die politische Zusammenarbeit. Dabei hat man sich etwas auf Neuland zu bewegt.

Dann kam die andere Frage: Wie kann man das Deutschlandproblem wieder neu beleben und der Welt bewußt machen? Da hat de Gaulle, genau wie bei seiner Pressekonferenz, visionär seine Vorstellungen entwickelt, wie er glaubt, daß nach seiner Meinung in realistischer Weise die Wiedervereinigung vor sich gehe, nämlich durch eine Mutation im Osten, dadurch, daß die Ostblockstaaten einsehen, daß sie ihrer Tradition, ihrer Geschichte, ihrem Herkommen, ihrer Religion nach zum Westen gehören; die Selbstständigkeitsbestrebungen und die Bestrebungen zur Loslösung von der kommunistischen Gängelei sind doch schon mitten im Gang. – Das konnte ich bejahen. Die Einrichtung unserer Handelsmissionen zielt ebenfalls in diese Richtung. Hier sind Bewegungen im Gange, denen wir nicht tatenlos gegenüberstehen sollten. Er

meinte, das könne übergreifen bis nach Rußland. Auch dort sei der Verbürgerlichungsprozeß nicht aufzuhalten; deshalb sein „Europa bis zum Ural“²⁹. Im Augenblick sieht es nicht so aus, als ob Sowjetrußland uns gegenüber eine lockere Haltung einnehmen wird. Im Gegenteil, seit Chruschtschow ist zweifellos eine Verschärfung eingetreten; das war vielleicht eine kurzfristige Entwicklung.

Ich habe gesagt: Ich kann dazu nichts sagen; es mag so sein. Mir scheinen da auch realistische Züge in seinem Bild zu sein. Aber wir haben das jedenfalls nicht in der Hand. Das mag so kommen; es muß nicht so kommen. Unsere Einwirkungsmöglichkeiten sind doch recht bescheiden. Wir können durch die kulturellen Beziehungen, durch die wirtschaftlichen Beziehungen das eine oder andere dazu tun, um diesen Prozeß zu fördern. Aber es ist ein säkularer Prozeß. Damit kann ich die 70 Millionen Deutschen diesseits und jenseits vom Stacheldraht einfach nicht zufriedenstellen. Ich kann nicht vor sie hintreten und sagen: In 20, 30 oder 40 Jahren mag eine Entwicklung heranreifen, in die sich die deutsche Wiedervereinigung organisch einbettet.

Er meinte, daß dann nicht nur ein deutsches Interesse, sondern auch das Interesse der Ostblockvölker vorliegen werde, den Spannungsherd in Europa zu beseitigen. So kam er zu dem Bild einer europäischen Lösung. Das ist in der Pressekonferenz mißverstanden worden, als ob de Gaulle gesagt hätte, das sei sozusagen nur eine isolierte Aufgabe der Europäer, bei der die anderen nichts zu sagen hätten. Nein, es war ganz anders gedacht. Er sagte: Das kann nur in einer europäischen Lösung liegen; dieser Prozeß vollzieht sich in Europa. Einen Tag danach hat ja auch der Quai d'Orsay berichtet, daß damit nicht die Verantwortung geschmälert werden soll, die aus dem Deutschlandvertrag oder aus dem Potsdamer Abkommen³⁰ resultiere; das bleibt auch bestehen. Es war wirklich nicht so gemeint. Es war ganz deutlich: Uns Europäer geht es am ersten an, es ist ja unsere Sache.

Er hat deutlich gemacht, er möchte dieses Europa auch nicht isoliert sehen, nicht als eine in sich abgeschlossene dritte Kraft, sondern als ein starkes Europa, als ein sich seiner selbst und seiner Geschichte bewußtes Europa im Rahmen der westlichen Allianz. Wie er sich die westliche Allianz in der NATO denkt, habe ich schon gesagt. Darüber wird es noch manche Diskussion geben.

Ich sagte dann: Das nützt mir nichts, denn das deutsche Volk erwartet, daß unsere westlichen Verbündeten gemeinsam mit uns das nicht aus dem Auge verlieren. Wir müssen das Gewissen der Welt wachhalten, und wir müssen auch im deutschen Volk eine Hoffnung lebendig erhalten. Es ist einfach für das deutsche Volk unerträglich, das Gefühl haben zu müssen, im politischen Niemandsland zu liegen. Vom Osten hört

29 ERNST WEISENFELD: Europa vom Atlantik zum Ural. Eine magische Formel – Eine Vision – Eine Politik. In: LOTH/PICHT S. 71–79.

30 Unterzeichnung des Generalvertrags (Deutschlandvertrag) am 26. März 1952 (AdG 1952 S. 3485–3491); zum Potsdamer Abkommen (Druck: ERNST DEUERLEIN: Die Einheit Deutschlands. 2. Aufl. Frankfurt/M. 1961 S. 248 f.); Theodor ESCHENBURG: Jahre der Besatzung 1945–1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 1). Stuttgart 1983 S. 46–53.

es immer nur ein hartes Nein, und der Westen unternimmt keine Initiativen mehr; man scheint in eine Lethargie zu verfallen.

Er sagte, es hat keinen Sinn, die Russen sagen doch nein; das ist keine Lösung. Ich erwiderte, wenn die Russen nein sagen, wird das in Deutschland einen Schock auslösen; darauf sind wir gefaßt. Man kann die Vier-Mächte-Verantwortung nur immer wieder voranstellen und sichtbar machen, man kann die Russen aber nicht zwingen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Entscheidend ist, daß die drei westlichen Mächte zu einer gemeinsamen Auffassung über das Deutschlandproblem kommen und daß ihre Vorstellungen mit unserer Auffassung in Übereinstimmung gebracht werden. Auch wenn das dann nicht durchbricht, hat es vor der Welt doch einen Wert.

Ich führe als Beispiel an: Wenn in Afrika am Kongo tausend Weiße vor dem Massaker gerettet werden³¹, regt sich die ganze Welt auf, wenn da demokratische Spielregeln verletzt werden. Wenn mitten in Deutschland so etwas vor sich geht, wenn da eine solche Schande geschieht, wie sie das geteilte Deutschland darstellt, nimmt man das als eine Selbstverständlichkeit hin. Das ist unerträglich. – Da war de Gaulle sehr einsichtig: Das sehe ich ein; ich bin zwar der Meinung, daß die Wiedervereinigung nur so vor sich geht, wie ich eingangs geschildert habe. Ich bin bereit, mich für Frankreich mit an einen Tisch zu setzen, wenn die Amerikaner und die Briten bereit sind, das auch zu tun, um noch einmal die Meinungen auszutauschen und dann auch gegebenenfalls den Versuch zu machen, die russische Ebene wieder anzusprechen – wie de Gaulle sagte –, sicher mit negativem Erfolg.

Ich bin genauso skeptisch. Aber schon die Geschlossenheit des Westens in der deutschen Frage ist das, was wir brauchen und was das Gewissen der Welt wieder einmal aufrüttelt. Auch das soll in die Wege geleitet werden. Es ist hier schwierig, einen Fahrplan aufzustellen.

In der Zwischenzeit hat uns allerdings die amerikanische Regierung wissen lassen, daß sie bereit ist, sich an einer solchen westlichen Sitzung zu beteiligen. Ich habe keinen Zweifel, daß die Briten das auch tun werden. Das wird sich Anfang März endgültig feststellen und klären lassen. Da war ich also auch mit dem Ergebnis zufrieden.

Das letzte waren dann die Fragen der Verteidigung. Da dachte ich, jetzt bricht die Sache auf. Aber es war nicht so. De Gaulle war sehr viel zurückhaltender als im Juli vorigen Jahres. Er hatte Verständnis für unsere deutsche Haltung. Er hat – das war besonders bemerkenswert – keine irgendwie auch nur andeutungsweise feindselige Äußerung gegenüber den Vereinigten Staaten getan, sondern es war alles auf Versöhnung und Versöhnlichkeit abgestimmt. Er sagte: Ich sehe völlig ein, daß Sie nicht nur den Schutz der Amerikaner für Europa und Deutschland im besonderen

31 Im Kongo hatte im Dezember 1963 eine Rebellion gegen die Regierung begonnen. Die Drohung der Rebellen, weiße Geiseln zu töten, führte am 24. November 1964 zum Einsatz belgischer Fallschirmjäger und zur Befreiung eines Großteils der Geiseln. Das militärische Eingreifen Belgiens wurde von mehreren Seiten kritisiert (AdG 1964 S. 11552–11554).

wollen, und ich verstehe auch, daß Sie die amerikanischen Soldaten auf deutschem Boden stationiert wissen wollen, weil das ein wesentliches Element Ihres Schutzes und Ihrer Ruhe und der Sicherheit in Ihrem Land ist. Auch hier gab es keine Differenzen.

Er sagte nur: Wir werden uns über die Strategie der Verteidigung Europas noch ausgiebig zu unterhalten haben. Das werden wir im Bereich der NATO, der westlichen Allianz tun. Wir können das auch, wenn die politische Union einmal etabliert ist, im Rahmen der Sechs besprechen. Dabei ist es nicht so, daß wir für die Sechs eine isolierte Lösung finden wollen, sondern es soll da nur eine gemeinsame Auffassung erarbeitet werden.

Nur am Rande wurde dann noch das Problem erörtert, das in seiner Pressekonferenz einen etwas breiteren Raum eingenommen hat. Ich meine hier das währungspolitische Thema und besonders die Stellung des Dollars in der Welt und innerhalb der Weltwährung. Er war mir gegenüber sehr vorsichtig, weil er sagte: Ich kann mich da auf kein vertieftes Gespräch einlassen, denn Sie sind da ein gewiefter Fachmann. Ich weiß das nur so von meinem Berater her. Sein Berater, der französische Professor Jacques Rueff³², war anwesend. Ich hatte mich mit ihm schon stundenlang früher über dieses Thema unterhalten. Mir war das also nicht unbekannt. Ich habe ihm gesagt, er möge da vorsichtig sein. Mir scheine, daß man auf dem so sehr heiklen Gebiet der internationalen Währungsordnung keine nationalen Einzelgänge wagen könne. Es sei hier die Solidarität aller mit der Weltwirtschaft verbundenen Länder erforderlich. Wir verstünden seine Sorgen sehr wohl, und manchmal höre man auch in Deutschland, daß die Amerikaner eine inflationistische Politik treiben könnten, ohne daß sie im eigenen Land sichtbar werde. Sie tätigen nämlich in erheblichem Umfange auf privater Grundlage Investitionen in anderen Ländern. Diese bezahlen sie mit Dollars, aber die Dollars fließen nicht nach Amerika zurück, sie werden dort nicht in Gold umgetauscht, gehen nicht zum Markt, sondern wandern in die Notenbanken als Währungsreserven. Das wird als Stein des Anstoßes empfunden. Dafür gebe es noch keine Lösung. Man unterhält sich darüber auf den verschiedensten Ebenen, nicht zuletzt im Weltwährungsfonds. Es geht dabei zweifellos um das Thema, daß uns eine unzulängliche internationale Währungsordnung immer wieder vor das Problem stellt, wie bei frei konvertierbaren Währungen die Stabilität der Preise aufrechterhalten werden kann. Das ist noch nicht bis zum Ende diskutiert. Ich sagte: Wir sind da etwas anderer Auffassung als Frankreich. Vielleicht spürt man in Frankreich mehr davon. Ich brachte zum Ausdruck, daß wir nichts gegen amerikanische Kapitalien haben, wenn sie uns gleichzeitig auch moderne Techniken bringen, die bei uns noch nicht gehandhabt werden. Wir haben auch nichts gegen amerikanisches Kapital, wenn

32 In der Vorlage: Ruet. – Jacques Léon Rueff (1896–1978), französischer Wirtschafts- und Finanzexperte; 1930–1940 Professor an der Ecole des Sciences Politiques in Paris, 1946–1952 Präsident der Internationalen Reparationsagentur in Brüssel, 1952–1962 Richter und Kammerpräsident am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, 1958 Präsident des Expertenkomitees zur Wirtschafts- und Finanzreform.

unser deutsches Kapital nicht ausreicht, um auf dem höchsten Stand der industriellen Leistung zu bleiben. Aber ich gebe zu, daß auch bei uns in manchen Sektoren gewisse Befürchtungen laut werden, daß dieser Ansturm etwas zu mächtig wäre. Aber da werden wir uns nicht in einer nationalen Gegenoffensive wehren, sondern das bedarf einer großen Solidarität, wie sie sich auch bei der Stützung des englischen Pfund gezeigt hat.

Ich glaube, daß diese Währungsprobleme nur auf breiter internationaler Grundlage gelöst werden. Das alles war aber, wie gesagt, nur am Rande angesprochen. Ich kannte seine Sorgen. Ich sagte, wollen wir bei uns selbst prüfen, ob wir das Nötige getan haben, um den Einstrom amerikanischen Kapitals nicht mehr so attraktiv erscheinen zu lassen. Im Gemeinsamen Markt haben wir mit dem Abbau der Zölle und der Harmonisierung der Steuersysteme doch die Möglichkeit, in ganz anderen Kategorien zu denken. Wir können zwischen unseren einzelnen größeren Unternehmungen durchaus überregionale Einrichtungen schaffen, die wettbewerbsmäßig sehr viel stärker wären, weil sie die modernen Techniken praktisch verwirklichen könnten. Wenn wir da etwas unterlassen, was möglich wäre, ist das unsere Schuld und nicht die Schuld der Amerikaner. Wollen wir also alles tun, um zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht nur zwischen den Regierungen, sondern zwischen unseren Unternehmungen hin zu Größenordnungen und zu Einrichtungen zu finden, die dann sozusagen den Einstrom amerikanischen Kapitals nicht mehr so lohnenswert erscheinen läßt.

Aber das lag dann schon am Rande unseres Gesprächs. Im ganzen glaube ich, daß das ein guter Weg gewesen ist, den wir vom Juli vorigen Jahres bis nach Rambouillet – nicht nur in der Strecke, sondern auch in der Sache – zurückgelegt haben. Ich glaube, wir können darauf vertrauen, daß wir in Zukunft Mißverständnisse, die zu echten Spannungen und zu Feindseligkeiten führen, nicht mehr zu erwarten haben.

Ich habe im übrigen in Rambouillet – was ich sehr betonen möchte – nicht eine einzige atlantische Position preisgeben müssen. Ich sage ehrlich, das wurde mir von de Gaulle nicht abverlangt. Man hat zuerst in den Kategorien der Sechs gedacht, aber nicht der Isolierung der Sechs. Das hat es mir erleichtert, meine Zustimmung zu seiner Auffassung zu geben, wo Differenzierungen im einzelnen noch vorhanden sein mögen.

Ich habe etwas Hemmungen, zum Problem arabische Welt und Israel die ganzen Details auszubreiten.³³ Denn jede Äußerung des Bundeskanzlers zu diesem Problem bedeutet zugleich auch eine Bindung. Wir binden uns selber die Hände und sind in unserer Entscheidung nicht mehr frei, wenn wir jetzt schon einer Öffentlichkeit gegenüber zu erkennen geben, so oder so werden wir reagieren.

Jedenfalls sind große Bemühungen im Gange, um Lösungen zu finden, die dann nicht eine Kettenreaktion der Anerkennung der SBZ auslösen, aber auf der anderen Seite auch frei sind von der Vorstellung, wir hätten uns von Ägypten oder von

33 Dazu OSTERHELD: Außenpolitik S. 149–173.

Nasser³⁴ erpressen lassen und seien jetzt die Gefangenen eines Diktats, das uns auferlegt ist. Das ist die Problematik. Es gibt unendlich viele Nuancierungen, die dabei zu beachten sind, aber die ich nicht gern darlegen möchte, nicht aus mangelndem Vertrauensbeweis. Es ist tatsächlich der Umstand, daß ich die Regierung nicht in ihrer Entscheidung binden möchte, was im Ablauf der nächsten Tage unter Umständen gesagt oder getan werden muß. (*Beifall.*)

Adenauer: Wir danken Herrn Bundeskanzler Erhard für seinen umfassenden Bericht. Das Wort hat jetzt Herr Dufhues.

BUNDESTAGSWAHLKAMPF 1965

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Ich habe den Auftrag, die Diskussion um die Vorbereitung des Wahlkampfes der Bundestagswahl 1965 einzuleiten und einige Gesichtspunkte mitzuteilen, die hoffentlich in der weiteren Diskussion eine Rolle spielen werden. Wenn eine Feststellung in den Darlegungen des Parteivorsitzenden richtig war, dann die, daß wir vor einem sehr schweren Wahlkampf stehen.

Vielleicht interessiert es Sie, die Ausgangsposition dieses Bundestagswahlkampfes mit der Ausgangsposition des Jahres 1961 zu vergleichen. Wir haben Mitte Januar in etwa den Gleichstand mit der Sozialdemokratie erreicht: 34,3 % CDU, 33,8 % SPD. Vergleichen Sie damit die Situation im Januar 1961. Damals lagen wir um 11 % vor der SPD, nämlich 39 % CDU/CSU und 28 % SPD. Das war eine gefestigte sichere Position, während wir heute von der Labilität der Meinungsbildung ausgehen müssen, die nicht unterschätzt werden darf. Es liegt gar kein Grund zu einem irgendwie gearteten Optimismus vor, wenngleich Optimismus notwendig ist, um Wahlkämpfe erfolgreich einzuleiten und durchzuführen.

Wenn wir unser Ziel im Auge behalten wollen, für die CDU/CSU eine klare, eine regierungsfähige Mehrheit zu erhalten, die uns nicht von dem einen oder anderen Partner abhängig macht, dann müssen wir auch sehen, welches Maß von Arbeit, welche Anstrengungen vor jedem einzelnen von uns liegen. Dabei sollten wir auch einmal strukturell und systematisch die Unterschiede ins Auge fassen, die bei der heutigen Situation gegenüber den Situationen bei den so erfolgreichen Wahlkämpfen 1953, 1957 und auch 1961 gegeben sind.

Bis vor wenigen Jahren konnten wir davon ausgehen, daß wir festgefügte Wählerbastionen hatten. Es war selbstverständlich, daß das Münsterland CDU wählte; es war selbstverständlich, daß die katholische Arbeitnehmerschaft insbesondere der CDU ihre Stimme gab; es war selbstverständlich, daß die Frauen mit etwa 60 % für die CDU stimmten. Vieles andere war gefügt, geordnet und wohlgetan, und wir konnten uns darauf verlassen. Es wäre ein grausamer Irrtum, wenn Sie von ähnlichen

34 Gamal Abd el-Nasir, genannt Nasser (1918–1970), ägyptischer Politiker; seit 1954 Ministerpräsident, 1956–1970 Staatspräsident.

Überlegungen auch für die Wahlentscheidung des September dieses Jahres ausgehen würden. Jene traditionellen und weltanschaulichen Bindungen, die in früheren Jahren weitgehend das Wahlergebnis und die Wahlentscheidung beeinflußt haben, bestehen heute nicht mehr, jedenfalls nicht mehr in dem Maße, wie wir es vor Jahren mit Befriedigung feststellen konnten.

Darf ich Ihnen nur ins Gedächtnis rufen, daß im September dieses Jahres 3,5 Millionen Neuwähler zur Wahl gehen. Darf ich Ihnen weiter sagen, daß von den Frauen, die in der Bundesrepublik leben, 7,5 Millionen berufstätig sind. Diese Zahl wächst dauernd, und diese berufstätigen Frauen geraten natürlich auch unter den Einfluß der Bildungs- und auch der politischen Einrichtungen der Gewerkschaften, die nicht nur die Sache der CDU vertreten; ich drücke mich sehr zurückhaltend aus. Sie werden mir also zugeben, daß gerade in dem Bereich der traditionell weltanschaulich gebundenen Wählerschichten sich Einflüsse bemerkbar machen, die ganz notwendig zu einer Auflockerung und zu Wahlentscheidungen führen, die zumindest Überraschungen beinhalten können.

Ein zweiter allgemeiner Gesichtspunkt sollte bei der Wahlvorbereitung nicht außer Betracht bleiben. Bei den vergangenen Wahlen war die Zahl derer, die noch unmittelbar die Katastrophe des Hitler-Systems, das Chaos des 8. Mai 1945 und auch die Jahre des Wiederaufbaus erlebt hatten, sehr viel größer als in unseren Tagen. Heute ist es für viele Millionen – nicht nur für die jüngeren, auch für die älteren – selbstverständlich, daß wir in einem bemessenen Wohlstand leben, daß es jedem gut geht und daß es die selbstverständliche Verpflichtung des Staates ist, diesen Zustand für alle Ewigkeit zu garantieren. (*Zuruf*: Zu mehrn!) Auch zu mehrn, einverstanden. Erwarten wir doch nicht, daß die Wähler voller Dankbarkeit zur Wahlurne gehen und in Erinnerung an die Leistungen von Persönlichkeiten wie Adenauer und Erhard der CDU ihre Stimme geben. Berücksichtigen wir vielmehr den Tatbestand der Vergeßlichkeit im politischen Leben. Dann sind wir besser beraten, als wenn wir im Vertrauen auf Dank und Anerkennung für vergangene Leistungen uns auf ein positives Wahlergebnis verlassen.

Ein weiteres: Früher hatten wir klare Alternativen – jedem erkennbar, jedem eindeutig – im Bereich der Außenpolitik, der Wirtschafts- und auch der Sozialpolitik. Für jeden bedeutete eine Mehrheit der SPD einen klaren, einen radikalen Kurswechsel, den man nach den Erfahrungen der Vergangenheit scheute, den man vermeiden wollte. Um ihn zu vermeiden, gab man den Gruppen der CDU/CSU seine Stimme.

Bis vor wenigen Jahren noch war die Sozialdemokratie so etwas wie ein Bürgerschreck. Man wählte halt nicht sozialdemokratisch: „Das tut man nicht, das verstößt gegen alle Tradition, gegen Anstand und gute Sitten.“ Können wir es heute, meine lieben Parteifreunde, wirklich wagen, die Sozialdemokratie als Bürgerschreck hinzustellen? Ist sie nicht für viele eine bürgerliche Alternative? Erleben wir nicht bis zu den Satzzeichen hin einen Prozeß einer geradezu penetranten Anpassung der Sozialdemokratie nicht nur in den Sachfragen der Politik, sondern selbst in den Methoden, um ja die Unterschiedlichkeiten nicht in Erscheinung treten zu lassen, die

früher einmal selbstverständlich waren? Vor allem aber im Bereich der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik erleben wir, daß dieser Prozeß zunehmend Fortschritte macht.

Hier hatten wir früher die klaren eindeutigen und entscheidenden Alternativen. Heute erleben wir einen Wandel der Situation. Wir stehen vor einem Tatbestand ungewöhnlicher Kompliziertheit jener Verflechtungen und Bindungen, die das außenpolitische Feld kennzeichnen. Im Zeichen der Entspannungspolitik erleben wir eine Auflockerung des westlichen Bündnisses. Jedenfalls sind jene klaren Alternativen, die auch in der Vorbereitung der Wahlen von 1957 und 1961 so ganz selbstverständlich eindeutig waren – CDU bedeutete diese, SPD jene Außenpolitik –, nicht mehr da.

Wir haben gelegentlich auch den Eindruck, daß in unseren Reihen die Bereitschaft, da wo noch Alternativen sind, diese zum Ausdruck zu bringen, sich abzugrenzen und auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik an die Notwendigkeit einer Unterscheidung zu denken, zumindest sehr stark nachgelassen hat. So konnte eine Tendenz entstehen, die etwa mit dem Schlagwort zu kennzeichnen ist: Versuchen wir es doch mal mit der Sozialdemokratie; so schlimm wird es keineswegs sein. Das ist eine These, die bis in die schwerindustriellen Kreise von Tisch zu Tisch gereicht wird, eine These, die, so meine ich, ungewöhnlich lebensgefährlich nicht nur für uns, sondern auch für die von uns vertretene Politik ist.

Und trotzdem: Wenn sich in den vergangenen Jahren Wähler von der CDU abgewandt haben – sie haben es getan, auch bei den letzten Kommunalwahlen –, dann doch keinesfalls aus Begeisterung für die SPD und deren Programm, sondern vielmehr aus Enttäuschung über die CDU, aus den vielen Gründen, die wir auch hier in diesem Kreise wiederholt besprochen haben. Ich meine deshalb, daß, wenn wir wieder mit Festigkeit, Klarheit und Geschlossenheit regieren, manche Schwierigkeit überwunden und mancher Rückschlag aufgeholt werden kann.

Das zu der Ausgangsposition! Ich habe Wert darauf gelegt, Ihnen nicht nur die nüchternen Zahlen darzulegen, die uns über die Wunschvorstellungen unseres Volkes unterrichten, sondern auch jene Gesichtspunkte aufzuzeigen, die ganz notwendig die Schwierigkeiten der Ausgangsposition des Wahlkampfes kennzeichnen.

Nun einige Bemerkungen zur Thematik dieses Wahlkampfes. Die früheren Wahlkämpfe haben wir weitgehend damit bestritten, daß wir eine stolze Bilanz unserer politischen Leistungen im weiten Feld der Politik vorlegten. Bei den Bundestagswahlen haben wir dann die Genehmigung dieser Bilanz durch eine lebhafte Zustimmung zur CDU/CSU erreicht. Wir werden auch künftig mit allem Nachdruck und aller Sorgfalt auf die Leistungen unserer Politik hinweisen. Aber meine Bemerkungen über die Ausgangssituation haben bereits angedeutet, daß wir schlecht beraten wären, wenn wir uns darauf verlassen würden, daß wir mit der Vorlegung dieser stolzen Leistungsbilanz das Wahlergebnis bereits entscheidend bestimmen würden.

Diese Bilanz ist die Grundlage für Vertrauen und der Ausweis von Erfahrungen und auch unserer Führungskraft. Eben unter diesem Gesichtspunkt der Bevölkerung

klarzumachen, daß sie Vertrauen in die Erfahrung, in die Führungskraft haben kann, weil diese Partei Leistungen vollbracht hat, darin liegt das Wesentliche. Deswegen müssen wir im kommenden Wahlkampf darauf hinweisen, was wir in der Vergangenheit geleistet haben.

Aber ich unterstreiche mit allem Nachdruck, gerade weil wir hier gelegentlich unterschiedlich diskutiert haben, die Wahlentscheidung fällt weit mehr unter den Gesichtspunkt: Wie wird es weitergehen? Welche Antworten hat die CDU/CSU, hat die SPD zu den Problemen der nächsten vier Jahre, zu den Problemen der siebziger Jahre? Wenn Sie darüber einmal nachdenken, dann werden Sie zu dem Ergebnis kommen, daß man die Situation in die These fassen kann: Sicherheit und Fortschritt, aber keine Abenteurer. Sicherheit allein als statisches Element reicht niemals aus; es muß sich ihr der Fortschritt zugesellen. Es muß fortgesetzt die Aufwärtsentwicklung im Wirtschaftlichen, im Sozialen, im Kulturellen dazukommen. Aber das Volk will heute noch nicht das Abenteuer.

Nun zu den einzelnen konkreten Fragen, die im kommenden Bundestagswahlkampf eine Antwort verlangen.

Da ist zunächst der weite Problemkreis der Wiedervereinigung, der Sicherheit, der Einigung Europas und in weiten Bereichen unseres Volkes vor allem der Wunsch nach einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Frankreich. Ich meine, daß Rambouillet auch ein guter Beitrag zur Vorbereitung der Bundestagswahl gewesen ist. Ich glaube, wir sollten Herrn Erhard ermutigen, diese Verhandlungen, diese Besprechungen und diese Politik konsequent und überzeugend fortzusetzen. Sie werden ein Beitrag zur Bundestagswahl dieses Jahres sein. – Das ist der eine Teilbereich.

Dann der weite Bereich, der etwa durch die Stichworte: Soziale Sicherheit, stabile Wirtschaft, stabile Währung, feste Preise gekennzeichnet wird. Hier stehen wir vor schwierigen Problemen in der Arbeit der Bundestagsfraktion. Die Bundestagsfraktion sollte die fälligen Entscheidungen möglichst bald und möglichst einheitlich treffen, auch die Entscheidung zum 312-DM-Gesetz. Sie sollte vor allem den in den kommenden Monaten auf uns zukommenden übertriebenen und unangemessenen Forderungen der Sozialdemokratie, die zur Vorbereitung der Bundestagswahl derartige Anträge stellen wird, ein klares Nein entgegensetzen – auch wenn sie es täglich zehnmal wiederholen muß –, um in der Politik der stabilen Wirtschaft, der stabilen D-Mark überzeugend und glaubwürdig zu bleiben. Wir sollten als Partei auch die Entwicklung in Schweden, in Großbritannien und in anderen sozialistischen Ländern im Wahlkampf auswerten und ausnutzen. Hier ergeben sich vielfältige Beispiele, die uns die Kraft geben, unserem Volk zu sagen: Schaut nach Deutschland, schaut auf Erhard und laßt euch nicht mit einer „Schwedenplatte“^{34a} abfinden.

34a Vgl. Nr. 20 Anm. 26.

Und nun eine Bemerkung, deren Aktualität auf Vorkommnissen in den letzten Tagen beruht: die Diskussion um die Preise. Wir haben während der letzten Tage mehrfach erlebt, daß die Diskussion um die Erhöhung der Preise im Zusammenhang mit dem Namen der CDU oder jedenfalls im Zusammenhang mit dem Namen von hervorragenden Angehörigen der CDU – Bundesminister – geführt worden ist. Ich habe darüber bereits mit Herrn Schmücker gesprochen. Ich bin ihm dankbar dafür, daß er seine von der Presse da und dort mißverständlich dargelegte Auffassung in allernächster Zeit einmal eindeutig klarstellen wird.

Verehrter Herr Schwarz, wenn ich Ihnen einen Rat und eine Empfehlung mitgeben darf: Wenn Sie der Überzeugung sind, daß die Preise für Rindfleisch steigen, aber die Preise für Schweinefleisch fallen, dann sollten Sie von den fallenden Schweinefleischpreisen sprechen und das ankündigen, aber nicht in den Mittelpunkt die Rindfleischpreise stellen. Es darf nicht in den Diskussionen, in den Fernseh- und Hörfunksendungen und in den Schlagzeilen der Zeitung das Wort des Herrn Schwarz erscheinen: Höhere Preise für Rindfleisch. (Schwarz: Es ist genauso geschehen, wie Sie gesagt haben!) Ich habe mindestens drei Sendungen am Sonntag abgehört. Im Mittelpunkt stand immer der Name Schwarz – CDU – und höhere Preise. Hier muß man sich wirklich unter dem Gesichtspunkt, wie das ankommt, die Formulierung so überlegen, daß mit den Bemühungen um feste Preise und die Erhaltung des Preisniveaus der Name der CDU und der CDU-Minister verbunden ist; ebenso müssen die Bestrebungen, Entwicklungen nach oben zu vermeiden, mit dem Namen der CDU/CSU verbunden sein. Hier haben wir eines der heikelsten Eisen des künftigen Wahlkampfes. Ich bitte wirklich, mir die Freiheit zu gestatten, das offen zur Sprache zu bringen. Mit schönen Freundlichkeiten allein kann man die Vorbereitung der Wahl nicht betreiben.

Weiter ist für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl wichtig der weite Bereich Familie, die Probleme der berufstätigen Frauen, die Sorge und Verantwortung für die alten Menschen. Ein weiterer Teilbereich ist die Gesundheit und alle die damit zusammenhängenden Fragen. Schließlich ist auch der Bereich der Straßen zu nennen. Ich denke dabei nicht nur an die Autobahnen, sondern auch an die schwierigen Probleme des innerstädtischen Verkehrs, nicht zuletzt auch an den Fußgänger, der mit dem Leben davonkommen möchte.

Schließlich haben wir auch – das ist vielleicht eine besondere Situation, die wir durchsprechen sollten – in den Bundestagswahlkampf die Fragen und Probleme der Schulen, der Ausbildung, des beruflichen Fortkommens einzubeziehen. Hier haben wir den Nachweis zu führen, daß wir eine dynamische, fortschrittliche und moderne Politik betreiben, daß wir junge, moderne Kultusminister haben, die nicht nur bei Karnevalssendungen, sondern auch sonst mit ungewöhnlichem Charme und großem Erfolg ihre Sache zu vertreten wissen. Das scheint mir auch Aufgabe und Inhalt dieses Bundestagswahlkampfes zu sein.

Der eine oder andere wird mir entgegenhalten, daß wahrscheinlich zur Zeit der Bundestagswahl dieses oder jenes Problem keine aktuelle Bedeutung habe. Darauf

kommt es für die Bundestagswahl nicht an. Jenseits aller Aktualität haben wir in diesen Bereichen unsere Auffassung zu formulieren, haben wir in diesen Bereichen anzugreifen und unsere Auffassungen zu vertreten.

Ich möchte meinen, daß wir im nächsten Bundestagswahlkampf auch unsere Kultusminister in der vordersten Front des Wahlkampfes sehen möchten ebenso wie den Außenminister und jedes Mitglied der Bundesregierung. Darüber sollten wir uns klar sein. Daran sollten wir arbeiten, und unter diesen Gesichtspunkten sollten wir die Bundestagswahl vorbereiten.

Ein weiterer Tatbestand, der einer sehr sorgfältigen Abwägung und Prüfung bedarf: Die künftigen politischen Auseinandersetzungen – auch die Auseinandersetzungen im Bundestagswahlkampf – werden zunehmend eine nationale Komponente erhalten. Stärker als früher werden aus dem Lager der Vertriebenen, aus dem Lager der jungen Generation Gesichtspunkte zur Sprache und zur Geltung gebracht werden, die das nationale Selbstverständnis der Deutschen und auch die nationale Würde, das nationale Selbstbewußtsein zum Gegenstand haben. Es hat keinen Zweck, an diesen Problemen vorbeizugehen, weil man meint, daß sie möglichst unterhalb der öffentlichen Diskussion gehalten werden sollten. Sie kommen zur Sprache, und wir haben diesmal die Verantwortung dafür, daß wir nicht das Schicksal der Weimarer Parteien erleben. Wir müssen uns vom ersten Tag an in die Diskussion einschalten mit der Verantwortung, die wir für das heutige und kommende Deutschland haben, mit jenem Sinn für das Maß, das gerade in diesem Bereich angesichts deutscher Nationalübel für die kommende politische Entwicklung wichtig und bestimmend sein kann.

Ich bitte ein Weiteres zu überlegen. Wer sich nicht im Alltag der politischen Geschäfte verliert, wird mir zugeben, daß innerhalb unseres deutschen Volkes – und das nicht nur durch die Kanzelverkündigung vom Buß- und Betttag seitens der Evangelischen Kirche – eine sehr lebhafte Diskussion und Auseinandersetzung in Gang gekommen ist über die vielfältigen Erscheinungen der Zügellosigkeit, der Verantwortungslosigkeit, schlicht: der Unanständigkeit, die sich in weiten Bereichen unseres Lebens geltend macht. Nun wäre es gefährlich, wenn die CDU durch eine unglückliche Diskussion dieser Fragen etwa in den Ruf oder in den Geruch mangelnder geistiger Freiheitlichkeit, des Muckertums oder ähnlicher Auffassungen kommen würde. Hier in geeigneter Weise die Fragen zur Diskussion zu stellen, scheint mir notwendig. Wir müssen uns überlegen, ob wir uns auf eine lebhafte Akklamation und Zustimmung zu Erklärungen beschränken, die andere abgeben. Über diese Methode müssen wir nachdenken. Das dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren.

Der kommende Wahlkampf wird entscheidend auch unter personellen Gesichtspunkten geführt werden. Wir sollten darin einig sein, daß dieser Wahlkampf durch die CDU/CSU entscheidend im Namen und mit dem Namen Ludwig Erhard geführt wird. Die Betonung dieses Namens, des Namens eines erfahrenen Politikers, eines Mannes, der Leistungen aufzuweisen hat, der Vertrauen verdient, und die Gegen-

überstellung mit dem höchst unzureichenden Kanzlerkandidaten der SPD – ohne dauernd seinen Namen zu nennen; das ist wichtig für jede erfolgreiche Werbung – ist eine der wichtigsten Aufgaben der systematischen Vorbereitung dieses Wahlkampfes.

Meine Damen und Herren, wir wären schlecht beraten, wenn wir in diesem Rahmen den Rang, die Persönlichkeit und das Ansehen des früheren Bundeskanzlers, unseres Bundesparteivorsitzenden, vernachlässigen würden. Das einfache Gefühl unseres Volkes für Dankbarkeit für die großen Leistungen, die dieser Staatsmann verdient, rechtfertigt es und macht es notwendig, daß wir ihn bitten, sich gleichfalls maßgebend an diesem Wahlkampf zu beteiligen, wobei wir sicherlich berücksichtigen werden, Herr Bundeskanzler, was Sie mir vor einigen Tagen gesagt haben, daß Sie nämlich keine achtzig mehr sind. (*Heiterkeit.*)

Der nächste Teilbereich der Vorbereitung der Bundestagswahl: die Auseinandersetzung mit den übrigen Parteien. Wir sollten die FDP in weiten Bereichen, jedenfalls überall dort, wo wir keinen konkreten Anlaß zu Auseinandersetzungen haben, schweigend behandeln. Ich meine, daß sich das auch in der Wählerentscheidung zu unseren Gunsten bemerkbar machen wird. Zumindest sollten wir bis etwa zum Juni diese Taktik beibehalten, um vom Juli ab, nach Beendigung der Bundestagsberatungen, stärker und intensiver in der breiten Öffentlichkeit die Notwendigkeit klarer regierungsfähiger Mehrheiten zu unterstreichen und damit die Notwendigkeit einer klaren Wahlentscheidung zugunsten der CDU/CSU.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung muß und wird die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie stehen, und zwar, meine lieben Freunde, nicht mit der Sozialdemokratie vergangener Tage – so sehr wir ihre schwankende wankende Haltung zu unterstreichen haben werden –, sondern mit der Sozialdemokratie unserer Zeit, auch mit der Sozialdemokratie des Godesberger Programms. Wir müssen vor der deutschen Öffentlichkeit den Beweis führen, daß die Wahl der Sozialdemokratie sowohl für die Außen- wie für die Innenpolitik Unsicherheit bedeutet. Wir müssen die Öffentlichkeit davon überzeugen, daß sozialdemokratische Wirtschaftspolitik der Weg in ein Abenteuer ist, daß sozialdemokratische Finanz-, Steuer- und Währungspolitik letztlich der Gang zur Inflation ist. Darüber muß ausreichendes Material zur Verfügung gestellt werden. Es wird vorbereitet; ich hoffe, daß es zum Nachweis dieser Thesen ausreichen wird.

Nun noch einige mehr technische Bemerkungen. Die Regionalkonferenzen sind in weiten Bereichen der Bundesrepublik durchgeführt, nur in Nordrhein-Westfalen stehen sie noch bevor. Ich bitte Sie herzlich, die dort gegebenen Anregungen auszuwerten und dafür Sorge zu tragen, daß möglichst alles durchgeführt wird, was Ihnen an Anregungen, Vorschlägen usw. auf den Regionalkonferenzen mit auf den Weg gegeben wird.

Zweiter Gesichtspunkt: Wir werden noch einige Tagungen und Kongresse durchführen: den Bauernkongreß in Oldenburg zu Beginn des Monats März, den Vertriebenenkongreß in Nürnberg nach dem Bundesparteitag, den Wirtschaftstag in Düsseldorf

und die Sozialpolitische Tagung in Köln.³⁵ Ich bitte alle, die an der Vorbereitung dieser Tagungen und Kongresse mitarbeiten, sich nicht der Aufgabe zu widmen, zu möglichst subtilen Einzelergebnissen zu kommen, sondern alles – entschuldigen Sie: stumpfsinnig – der Bundestagswahl und ihren Notwendigkeiten unterzuordnen. (*Röder*: Der Kongreß für Raumordnung in Saarbrücken!) Der Kongreß für Raumordnung in Saarbrücken wäre auch noch zu erwähnen.³⁶

Ich bitte, die zentralen Wahlkampf vorbereitungen der Bundesgeschäftsstelle zu unterstützen: einheitliche Plakatierung, einheitliche Inserate, einheitliche Filme. Ich wäre wirklich dankbar, wenn die Herren Landesvorsitzenden und die Herren Landesgeschäftsführer ihre Wahlvorbereitungen – wie es dankenswerterweise schon vielfach geschehen ist – sorgfältig mit der Bundesgeschäftsstelle abstimmen würden, damit wir wirklich zu einer einheitlichen Wahlkampf führung kommen. Ich bitte wirklich, nicht nervös zu werden. Es ist einfach notwendig, daß der Wahlkampf – soweit diese Fragen in Rede stehen – auf die letzten Wochen konzentriert wird, frühestens auf die Zeit nach der großen Eröffnung des Bundestagswahlkampfes in der Westfalenhalle³⁷ am 8. August dieses Jahres. Wirken Sie auch in den Kreisverbänden darauf hin, daß niemand in einem Anfall verständlicher Nervosität bereits vorzeitig Maßnahmen trifft, die dann auf die Dauer versickern müssen und nicht den Erfolg haben, den wir uns vorstellen.

Eines der wichtigsten Daten in der Entwicklung zur Bundestagswahl ist der 27. Juni 1965. An diesem Tag wird an der Saar gewählt³⁸; die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl, deshalb die umstrittenste Wahl, die wir in der Zeit bis zur Bundestagswahl vorzubereiten und durchzuführen haben. Ich halte es für ganz selbstverständlich und bitte herzlichst darum, daß der Landesverband Saar, aber auch die Landesregierung Saar jede Unterstützung von der Bundesregierung und von der Bundespartei erhalten. Wir werden an der Saar mit einem konzentrierten und massierten Rednereinsatz arbeiten müssen. Es wird jeder – auch wenn er gelegentlich aufs Dorf geschickt wird – sich der Mühe unterziehen müssen, daran zu arbeiten, daß die Wahl an der Saar zu einem Erfolg wird, der unsere Wählerschichten mit Optimismus für die Bundestagswahl erfüllt.

Nicht nur für diese Wahl, sondern für die Bundestagswahl insgesamt wird diesmal ein zentraler Rednereinsatz notwendig sein. Es ist einfach töricht, wenn Kandidaten

35 CDU (Hg.): *Gesunde Landwirtschaft – Morgen*. Bauernkongreß der CDU am 4. und 5. März 1965 in Oldenburg. Bonn 1965; CDU (Hg.): *Freiheit und Recht in Deutschland und Europa*. Vertriebenen-Kongreß der CDU/CSU am 3. und 4. Mai 1965 in Nürnberg. Bonn 1965; CDU/CSU (Hg.): *Wirtschaftstag der CDU/CSU* am 8. und 9. Juli 1965 in Düsseldorf. Bonn 1965; 11. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft vom 9. bis 11. Juli 1965 in Köln, Bericht in Betriebsrätebrief Nr. 8 vom August 1965 S. 1–13.

36 Vgl. Nr. 17 Anm. 102.

37 In Dortmund.

38 Vgl. Nr. 17 Anm. 49.

oder Bundestagsabgeordnete aus völlig gesicherten Wahlkreisen, weil sie z. B. dem Außenpolitischen Ausschuß angehören, nur Herrn Schröder bitten, weil sie dem Ausschuß für Verteidigung angehören, nur Herrn von Hassel bitten und so ihre vielfältigen persönlichen Beziehungen zum persönlichen Vorteil ausnutzen, während alle anderen Wahlkreise einfach vernachlässigt werden. Es muß also auch die Prominenz sich den höheren Notwendigkeiten unterordnen, die hier in der zentralen Führung des Wahlkampfes gesammelt werden und die von hier auch sicherlich besser übersehen werden können, als es irgendein Landesverband oder ein einzelner Wahlkreis kann.

Der nächste Wahlkampf erfordert höchste Anstrengungen. Damit Sie einmal einen Vergleich erhalten zwischen dem, was man bisher getan hat, und dem, was man vielleicht tun könnte, will ich Ihnen aus dem sicherlich bekannten Buch von White „Der Präsident wird gemacht“³⁹ den Tagesablauf des Präsidenten Kennedy aus seinem Wahlkampf ins Gedächtnis rufen. Ich darf darauf hinweisen, daß er in diesen Tagen niemals vor Mitternacht zu Bett gegangen war. Dann der Tagesablauf eines ganzen Tages; ich bitte sorgfältig zuzuhören:

„Nach sechseinhalb Stunden Schlaf erstes Frühstück um 7 Uhr gemeinsam mit persönlichen Mitarbeitern. Anschließend zweites Frühstück mit den Kandidaten für das Gouverneursamt in Michigan. Um 8 Uhr drittes öffentliches Frühstück mit den Gewerkschaftsführern von Detroit. Um 9 Uhr eine Stunde Film- und Fotoaufnahmen. Anschließend eine halbe Stunde Begrüßung von Gewerkschafts- und Parteifunktionären. Eine halbe Stunde Zeit zur Vorbereitung einer Rede. 11 Uhr Ansprache auf dem Cadillac-Platz. Anschließend persönliche Unterhaltung mit Walter Reuther⁴⁰, dem Führer der Automobilarbeitergewerkschaft. 12.30 Uhr Mittagessen mit Mitarbeitern. Erneute Fotoaufnahmen. Um 14 Uhr Beginn einer Autotour durch den Staat Michigan. Kurze Ansprache auf der Landwirtschaftsmesse. Anschließend Besuch auf einem Picknick. Autofahrt nach Flint. Auf der Fahrt Aktenstudium. Dann bei einem Picknick in Flint. Weitere Rede in Flint. Dann Weiterflug mit der eigenen Maschine nach Muskegon. Fahrt an einer 10 km langen Menschenschlange [vorbei]. Im Pere Marquette Park wieder eine Rede. Im Hotelzimmer kurzer Imbiß. Dann weiter zu der Dew-Drop Inn, um dem örtlichen Kandidaten Wahlhilfe zu geben. Kurze Ansprache. Dann wieder zum Flugplatz. Start um 23 Uhr. Um 2 Uhr zu Bett. Ein Tag!“ (*Schröder*: Da läßt sich noch die halbe Stunde für die Vorbereitung auf eine Rede streichen! – *Heiterkeit*.) Das ist unterschiedlich, Herr Schröder, Sie können es vielleicht in fünf Minuten, während andere dazu eine halbe Stunde brauchen. Das sollte man den einzelnen Rednern überlassen.

39 Theodore H. WHITE: *The Making of the President 1960*. New York 1964 S. 252 f.

40 Walter Philip Reuther (1907–1970), amerikanischer Gewerkschaftsführer; 1942 Vizepräsident, 1946–1970 Präsident der United Automobil Workers Union (UAW), 1952–1955 Präsident der Congreß of Industrial Organisations (CIO), 1955–1967 stv. Vorsitzender der Zentralgewerkschaft AFL-CIO.

Sie können also hier von dem ausgehen, was die Wirklichkeit ist. Vergleichen Sie es einmal mit dem, was bisher von Ihnen verlangt worden ist. (*Zurufe.*) Ich habe eine Aufstellung über die Wahlkämpfe der vergangenen Jahre. Darin ist auch der Anteil aufgeführt, den die Prominenz am Wahlkampf hatte. (*Zurufe:* Was verstehen Sie unter Prominenz?) Zur Prominenz gehört jeder, der dem Bundeskabinett angehört, jeder – mit meiner Ausnahme –, der dem Präsidium angehört. Zur Prominenz gehört der Bundestagspräsident, [gehören] auch die Abgeordneten des Bundestages. Ich glaube, daß da vielfältige Möglichkeiten für eine erfolgreiche Betätigung sind.

Eine letzte Bitte! Ermannen Sie sich endlich dazu, diesen Wahlkampf offensiv zu führen. Es ist eine der schlechtesten Erscheinungen der letzten Monate, daß wir uns in der Auseinandersetzung mit unseren parteipolitischen Gegnern ungewöhnlich zurückhalten. Es ist ein ungewöhnlich guter Eindruck, wenn unsere Politiker in staatsmännischer Haltung, wenngleich mit der Toga des Wohlverhaltens, durch die gegenwärtige Politik gehen. Aber Bundestagswahlen können nur gewonnen werden, wenn man die Auseinandersetzung sucht, wenn man dem Wähler sagt, daß er zu scheiden und sich zu entscheiden hat. Nur wenn Sie die Kraft haben, die wohlgefällige Toga des Wohlverhaltens abzulegen und sich wieder in die Niederungen der parteipolitischen Auseinandersetzungen begeben, werden Sie Dank und Anerkennung unserer Wähler und weiter Kreise unserer Mitglieder finden. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich glaube, wir gehören jetzt alle zur Prominenz. (*Heiterkeit.*) Wir danken Herrn Dufhues sehr, daß er uns ein so gutes Beispiel wie das von Präsident Kennedy vorgehalten hat. Nur würde ich es für interessant halten, wenn auch mal aufgezeigt würde, wie viele Wochen Kennedy das so gemacht hat. Ich glaube, er hat es nicht viele Wochen so gemacht. Soweit ich Herrn Kennedy kennengelernt hatte, hatte er diesen geschwächten Körper; das dürfen wir nicht vergessen. Er hat sich zwar sehr aufgeopfert. Aber das ist etwas, das schreibt man gern auf den Totenzettel, was der Mann alles gemacht hat. Wir wollen jedenfalls nicht, daß am Ende des Wahlkampfes die Prominenz im Krankenhaus liegt. (*Zustimmung.*) Das ist unmöglich.

Aber, meine Damen und Herren, doppelt und dreifach unterstreiche ich die Aussage von Herrn Dufhues: Mehr Kampfgeist. (*Blank:* Krach mit der SPD!) Herr Blank sagt kurz und bündig: Krach mit der SPD. Mit größtem Vergnügen! Aber gerade gestern haben wir wieder gehört, wie die Sozialdemokraten einer Auseinandersetzung ausweichen. Lassen Sie mich ein klassisches Beispiel anführen, das uns gestern in der Sitzung des Fraktionsvorstandes Herr Rasner aufgezeigt hat.

Der Bundestagspräsident hat in seinem Haushalt noch Geld für fünf Reisen von Abgeordneten nach Brasilien. Die Sozialdemokraten haben vorgeschlagen, den Zweck zu wandeln und sich damit einverstanden zu erklären, daß das Geld für 15 Reisen in Ostblockstaaten verwendet wird. Aber nun kommt es, was ich Ihnen sagen will. Die Sozialdemokraten haben hinzugesetzt, sie würden nur dann dafür sein, wenn auch wir dafür wären. Daraus sehen Sie, wie sie mit Peinlichkeit jede Situation vermeiden, wo man sie am Hammelbein fassen kann. Das muß aber geschehen; das ist ganz sicher.

Wir wollen nun gleich anfangen. Ich schlage vor, daß wir jetzt in eine Diskussion über diese Fragen der zukünftigen Wahlkämpfe eintreten. Ich fürchte nämlich, daß wir sonst nicht mehr zu einer richtigen Diskussion kommen. Das Wort hat Herr Röder.

Röder: Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß wir am 27. Juni an der Saar Landtagswahlen haben und daß diese Landtagswahlen als ein Teil der Bundestagswahl, als eine Vorwahl angesehen werden müssen, rechtfertigt es, daß ich mich bei diesem Thema, entgegen meiner Gewohnheit, als erster in der Diskussion zu sprechen, zunächst zu Wort gemeldet habe.

Wir haben die Vorbereitungen für diese Auseinandersetzung an der Saar schon begonnen. Ich bin dankbar dafür, daß Damen und Herren der Bundespartei und des Bundeskabinetts auch jetzt schon und auch in den nächsten Wochen an die Saar kommen werden, um sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Ich begrüße auch, daß hier ein Antrag vorliegt, wonach für einen bestimmten Zeitraum alle Redner, die zur Verfügung stehen, für die Saar reserviert sind.

Wir wissen an der Saar sehr wohl um unsere Verantwortung, die auf uns ruht, für unsere Landtagswahl, aber auch für die Bundestagswahl. Es ist für uns sehr schwer, daß diese Testwahl für die Bundestagswahl ausgerechnet in dem Land stattfindet, in dem wir besondere und auch besonders schwierige Verhältnisse haben.

In diesem Jahr, am 23. Oktober, ist es erst zehn Jahre her, daß an der Saar erstmalig demokratisch abgestimmt worden ist.⁴¹ Zehn Jahre sind für einen so wichtigen Prozeß, wie er dann in der Fortsetzung eingeleitet werden konnte, eine sehr kurze Zeit. Deshalb konnten auch bis zum heutigen Tage viele Fragen noch nicht gelöst werden, obwohl dies dringend notwendig wäre. Dabei kann nicht bestritten werden, daß die Bundesregierung in den hinter uns liegenden Jahren vieles und wesentliche getan hat, um den Umwandlungsprozeß in günstigem Sinne zu fördern. Es kann beispielsweise nicht übersehen werden, daß wir an der Saar nach wie vor den geringsten Zuwachs am Bruttosozialprodukt, die geringste industrielle Entwicklung, das geringste Steueraufkommen – im Vergleich mit anderen Bundesländern oder dem Bund – haben. Daran kann man ablesen, daß an der Saar noch nicht alles in Ordnung ist. Es ist kein Zufall, daß jüngst eine Umfrage ergeben hat, daß an der Saar der geringste Prozentsatz im gesamten Bundesdurchschnitt mit seiner wirtschaftlichen Lage zufrieden ist, daß mit Abstand der geringste Prozentsatz der Bevölkerung mit Vertrauen in die Zukunft hineinschaut⁴²; da liegen wir ganz unten, mit großem Abstand zurück hinter dem nächsten Bundesland. Das sind Tatbestände, mit denen man sich sehr vertraut machen muß, bevor man in einer Landtagswahl und dann in der Fortsetzung in eine Bundestagswahl hineingeht.

41 Ergebnis der Volksabstimmung über das Saarstatut am 23. Oktober 1955: Ja-Stimmen 32,29 %, Nein-Stimmen 67,71 % (AdG 1955 S. 5422).

42 EMNID-Institut für Meinungsforschung: Voraussetzungen politischer Meinungsbildung im Saarland (Spezial-Erhebung). Bielefeld 1964.

Was das Verhältnis der Parteien angeht, so ist folgendes zu sagen. Die Eini-gung, die wir im Jahre 1959 mit der Christlichen Volkspartei des Herrn Hoffmann durchgeführt haben, hat sicher sehr zur Beruhigung innerhalb der Bevölkerung des Landes beigetragen. Ich darf all denen sagen, die das vielleicht nicht wissen, daß ich mich schon seit einigen Jahren gelegentlich mit Herrn Hoffmann treffe und daß wir gar keine Gegensätze haben. Ich halte es für richtig, daß man einmal mit all diesen Dingen Schluß macht. Heute sind in meiner Regierung die Hälfte der CDU-Mitglieder Angehörige der früheren Hoffmann-Partei. Von unseren fünf Bundestagsabgeordneten kommen zwei aus der ehemaligen Hoffmann-Regierung, nämlich der letzte Landes-parteivorsitzende der Christlichen Volkspartei, Herr Kurtz⁴³, und Herr Klein⁴⁴, der Sozialminister unter Hoffmann war. Von da her, glaube ich, ist alles geschehen, was geschehen konnte.

Aber es war nicht zu verhindern, daß nach der wirtschaftlichen Eingliederung im Jahre 1959, wo vieles anders geworden ist, ohne daß es unbedingt schlechter werden mußte, sich eine Gruppe gebildet hat, die sogenannte Saarländische Volkspartei, die kein anderes Programm – auch heute noch – hat, als das aufzuzählen, was durch die wirtschaftliche Rückgliederung in die Bundesrepublik an der Saar schlechter geworden ist, was wir verloren haben. Sie ist bei den Landtagswahlen 1960 mit diesem Schlager „Was wir verloren haben“ in der damaligen Situation zu unserer großen Überraschung mit 11,8 % herausgekommen. Die CDU ist zwar die stärkste Partei geblieben. Aber diese Gruppe, die mit der alten Hoffmann-Partei nur ganz wenig – fast nichts – zu tun hat, in der sich auch alte Sozialdemokraten und alte Kommunisten befinden, dieser Haufen der Unzufriedenen kam mit 11,8 % heraus. Wir haben in den viereinhalb Jahren der hinter uns liegenden Legislaturperiode versucht, diesen Leuten von unten her, von der Ortsebene her, das Wasser abzugraben. Wir haben es insoweit geschafft, als bei den letzten Kommunalwahlen am 25. Oktober⁴⁵ diese Gruppe – obwohl die Kommunalwahlen sehr viel schwieriger sind als Landtagswahlen und Bundestagswahlen, weil die lokalen Differenzen eine Rolle spielen – um 6 % zurückgefallen ist; bei den Kreistagswahlen kam sie auf 7 %. Wir hoffen, daß sie jetzt bei den Landtagswahlen unter die 5%-Klausel kommt. Aber das Zurückfallen unter die 5%-Klausel ist für uns nur interessant, wenn wir die Stimmen bekommen. Wenn die Stimmen zur SPD gehen, haben wir von diesem Rückgang nichts. Insofern sind wir ständig bemüht, eigentlich jeden Tag, in Gesprächen, überall da, wo wir glauben, noch etwas von dieser Gruppe gewinnen zu können, es in unsere Scheunen zu bringen.

43 Josef Kurtz (1903–1970), Landwirt; 1946 Präsident der Landwirtschaftskammer für das Saarland, 1947–1955 MdL Saarland (CVP), 1953–1955 Parlamentarischer Staatssekretär für Ernährung, Landwirtschaft und Staatsgüter im saarländischen Wirtschaftsministerium, 1964–1965 MdB (CDU).

44 Johann Klein (1902–1976), Gewerkschaftssekretär; 1945 CVP, 1954–1955 Arbeitsminister des Saarlands, 1961–1969 MdB (CDU).

45 Vgl. Nr. 17 Anm. 63.

Ich höre – ich sage das in diesem Kreis ganz offen –, daß auch von seiten der Bundesstellen – ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken – offiziell Versuche unternommen werden – ich habe es in der KNA gelesen⁴⁶ –, eine Fusion zwischen dieser Gruppe und uns zustande zu bringen. Von der Möglichkeit einer solchen Fusion halte ich persönlich nach dem gegenwärtigen Verhalten dieser Gruppe wenig; denn sie hat als Slogan „Man wählt nicht mehr CDU“. Insofern wird es schwer sein, sie zur CDU hinüberzubekommen. Ich würde vor solchen Bestrebungen auch warnen, wenn einige Köpfe dieser Gruppe dadurch aufgewertet würden. Selbst wenn wir den einen oder anderen Kopf hätten, würde sich dieses Gebilde wie eine Hydra entwickeln; es würden sieben neue Köpfe nachwachsen, die wir wieder gewinnen müßten. Das wäre ein endloser Prozeß, ohne daß wir die Stimmen endgültig hätten. Ich bin aber gern bereit, alle Hilfen anzunehmen, die mir angeboten werden in meinem eigenen Bemühen, die Menschen auf dem Lande und die in den Städten zu gewinnen, die noch hinter diesen Leuten stehen. Es handelt sich da zum Teil um sehr wertvolle Leute, die aus einer christlichen Tradition kommen, aber durch irgendwelche örtlichen Dinge verärgert sind.

Die SPD wird in ganz großem Stil immer wieder die Behauptung wiederholen: Wenn es an der Saar nicht so geht wie in anderen Bundesländern, wenn es in den letzten Jahren nicht besser gegangen ist, liegt das nur an der Tatsache, daß wir an der Saar eine CDU-Regierung haben und daß diese CDU-Regierung von der Bundes-CDU-Regierung nicht die entsprechende Unterstützung erfahren hat, die für die Entwicklung dieses Landes notwendig gewesen wäre; daher: wählt SPD. – Nun, ich habe eben versucht, einige Tatbestände aufzuzeigen, die deutlich machen sollen, daß in der Tat bei uns noch einige Rückstände sein müssen, die in einer so kurzen Zeit nicht zu überwinden waren.

Daher brauchen wir an der Saar für die kommenden Wahlen sichtbare Zeichen der Hilfe, damit dieser vorherrschende Eindruck insoweit behandelt wird, als man erkennt: Durch die Hilfe der Bundes-CDU, aber auch durch die Tatsache einer CDU-Landesregierung werden in diesem Lande hoffnungsvolle Zeichen sichtbar, die das Vertrauen in die Zukunft rechtfertigen.

Es kann ja wahrscheinlich gar nicht anders sein, als es ist. Sie müssen sich vorstellen, daß dieses kleine Gebiet in den letzten hundert Jahren immer wieder seine Besitzer gewechselt hat und daß keiner der jeweiligen Besitzer – auch nicht die Bundesdeutschen – bereit waren, in diesem Land dauerhaft etwas zu investieren, weil niemand wußte, wie lange er von einer Investition etwas haben würde. So ist dieser Raum immer wieder nur als Arbeitskraft- und industrielle Reserve behandelt worden. Aber niemals ist etwas investiert worden, um diesen Raum an der Grenze zu entwickeln. Die Tatsache, daß es im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von der Randlage in eine zentrale Lage hineingekommen ist, müßte dieses Land zu einem Land der Mitte und der guten Zukunft machen. Das wird unser Programm sein. Wir

46 Vgl. KNA-Informationsdienst Nr. 7 vom 11. Februar 1965 „Zwischenbilanz zur Saarwahl“.

werden damit in die Wahl hineingehen: Land der europäischen Mitte, Land mit einer guten Zukunft.

Für diese gute Zukunft brauchen wir beispielsweise eine Grundsatzerklärung der Bundesregierung in bezug auf die Verbesserung unserer Infrastruktur, z. B. der notwendigen Wasserverbindung zwischen Mosel und Rhein. Nachdem die Mosel als Kompensation für die Saarrückgliederung kanalisiert worden ist, kann man die Saar nicht auf dem Trockenen sitzen lassen. Wir brauchen in diesem Industriegebiet eine Verbindung zwischen einer kanalisierten Mosel über die Saar zum Rhein. Ob man das schon vor der Bundestagswahl in Angriff nehmen kann, ist eine Frage der Vorbereitung. Zumindest brauchen wir die Grundsatzerklärung.

Noch auf einem anderen Gebiet brauchen wir die Zustimmung der Bundesregierung. Darüber werden wir mit Minister Dollinger sprechen müssen. Weil bei uns die industrielle Ausrüstung völlig einseitig ist, brauchen wir auch für den Bergbau ein ermutigendes Zeichen. Wir haben ja dieses Unternehmen mit Frankreich vorbereitet, an dem wir und Frankreich mit je 50 % beteiligt sind.⁴⁷ Es fehlt nur noch die Zustimmung der Bundesregierung. Wir sollten die Zustimmung geben, damit wir dieses gemeinsame deutsch-saarländische-französische Unternehmen im Sinne einer guten Zukunft für unser Land aufbauen können.

Wir müssen solche wirkungsvollen Zeichen setzen. Darüber hinaus müssen wir fleißig bleiben und versuchen, in jedes Haus hineinzugehen und deutlich zu machen, daß nur dann, wenn man bei der CDU bleibt, die Zukunft wirklich gesichert ist. Sie müssen wahrmachen, was Sie uns im einzelnen versprochen haben, daß Sie bereit sind, an die Saar zu kommen und mit uns von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt zu gehen und jedes Haus zu erfassen. Wir können uns nicht darauf verlassen, in Parteiversammlungen oder mit großen Postwurfsendungen noch etwas zu ernten. Wir müssen die Leute persönlich ansprechen und das Gewicht des einzelnen jedermann deutlich machen.

Dann wäre es auch gut, wenn bei diesem Sichtbarwerden der Solidarität und der Stärke der CDU die Herren, die an die Saar kommen, berücksichtigten, daß wir uns gegenseitig ein bißchen loben und nicht nur kritisieren sollten. Wir neigen dazu, das für selbstverständlich zu halten. Sie wissen, daß man sich im eigenen Lande nicht selber loben kann; das kommt nicht an. Aber wenn ein anderer kommt und sagt: Das ist ein tüchtiger Kerl – Sie brauchen mich nicht zu loben –, dann ist das viel wirkungsvoller, als wenn man das selber tut. Das ist in der CDU ein bißchen aus der Mode gekommen; ich weiß nicht, warum. Es kostet doch nichts, wenn man sich gegenseitig lobt; das trägt sehr zum Ansehen bei.

47 Plan der Saarbergwerke AG zur Errichtung einer Top-Destillation (Mineralöl) in Fürstenthausen, einer Ammoniak-Synthese in Carling und einer Harnstoff- und Düngemittelproduktion in Perl, an denen französische Unternehmen zu 50 % beteiligt sein sollten (Schreiben des Bundesschatzministers vom 10. Februar und 26. April 1965 in ACDP VII-003-039/1).

Ich würde sagen, ich bin nicht pessimistisch, aber wir müssen sehr hart arbeiten, zumal die SPD ihre ganze Kraft auf die Landtagswahlen konzentriert, weil sie weiß, daß, wenn die CDU erstmalig die Landtagswahlen an der Saar verliert, das eine Vorentscheidung für die Bundestagswahl ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Amrehn.

Amrehn: Meine Damen und Herren! Im bevorstehenden Wahlkampf wird es einen Mann geben, der sich den Strapazen unterzieht, die von Kennedy geschildert worden sind. Das wird Herr Brandt sein. Täuschen wir uns nicht, daß nicht nur er selber, sondern seine ganze Mannschaft das schon gelernt hat und das ausführen wird, was von Herrn Dufhues gefordert wurde. Insofern sollten wir uns in der Tat angesprochen fühlen, nicht schwächer zu kämpfen als die sozialdemokratische Mannschaft, obwohl man über den Wert dessen, was da zu leisten ist, sehr geteilter Meinung sein kann.

Der Herr Vorsitzende hat gebeten, etwas über die Stimmung aus den Landesverbänden zu berichten. Wir nehmen ja an den Bundestagswahlen nicht unmittelbar teil, sondern unsere Abgeordneten werden auch im kommenden Herbst wieder vom Abgeordnetenhaus entsandt werden. Trotzdem ist es wohl nicht ganz unwichtig, zu wissen, wie heute die Einschätzung Brandts in Berlin ist. Dazu möchte ich zwei Bemerkungen machen.

Ich habe neulich in eine Umfrage Einsicht nehmen können, die von einem ersten Institut in Berlin angestellt worden ist. Danach kann ich nur bedauern, daß wir keine Bundestagswahlen in Berlin haben können. Die Vergleichszahlen sind: 49–29–7. Das bedeutet, daß wir gegenüber der letzten Wahl in Berlin eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen haben. Die SPD hatte bei der Kommunalwahl 62 %, wir hatten 28 %. Da bleiben noch 15 bis 20 % offen, die noch zu verteilen sind. Wir würden auf alle Fälle rein rechnerisch statt sechs Abgeordnete siebeneinhalb haben; wohin der achte fiele, ist nicht ganz klar. Das Ergebnis stammt erst vom Dezember.⁴⁸

Ich erwähne das, weil es ganz deutlich zeigt, daß auch in Berlin die Kurve der SPD etwas rückläufig und die der CDU immerhin doch wieder aufstrebend ist. Ich muß das erwähnen, weil ich allenthalben in deutschen Zeitungen Berichte aus der Berliner CDU lese, die besagen, eine Umfrage habe ein Verhältnis von 72 zu 18 ergeben. Das ist blanker Unsinn und Tendenzmache, die uns selber etwas entmutigen soll. Ich gebe zu, daß bei uns einige Leute mit der Toga des Wohlverhaltens herumlaufen, um nicht noch mehr bei der SPD anzuecken und fürchten zu müssen, daß das die künftige Entwicklung behindern könnte.

Noch etwas anderes ist wichtig. Die Person von Brandt schneidet in Berlin besonders schlecht bei den Frauen ab. Er hat die stärkste Unterstützung bei den Männern und eine rückläufige Kurve bei den Frauen. Das ist nicht unwichtig für das Gesamturteil.

⁴⁸ Umfrage nicht zu verifizieren.

Der Herr Vorsitzende hat davon gesprochen, daß in der gesamten Partei so etwas wie Müdigkeit zu verspüren sei und daß wir aktiver herangehen sollten. Ich glaube, Herr Bundesvorsitzender, das hängt damit zusammen, daß wir uns bewußt sind, wie wenig im Grunde alle persönlichen und körperlichen und institutionellen Anstrengungen bei einem Wahlkampf ausrichten können, wenn nicht der Haupttrend der Kurve entscheidend von der Bundesregierung bestimmt wird und wenn nicht dort die Zehnerprocente aufgebaut werden; wir können durch den Wahlkampf nur immer noch ein oder zwei Prozente dazu tun.

Ich hätte auch von mir aus die gestrigen Nachrichten über die Steigerung der Preise noch einmal aufgegriffen, wenn das Herr Dufhues nicht schon getan hätte. Wenn in einer CDU-Zeitung – der einzigen, die wir in Berlin haben⁴⁹ – die Überschrift lautet „Steigende Preise angekündigt“, dann können Sie auch mit sechs Dementis das überhaupt nicht mehr aus der Welt schaffen. Das bleibt sitzen, das bestimmt den großen Trend der Wahlkurve.

Es kommt ein anderes hinzu, was uns selber angeht. Wir stehen vor ernststen politischen Fragen, zu denen der Bundeskanzler nicht einmal hier Stellung nehmen will. Das zeigt wieder, wie auch der Bundesvorstand in wichtigen politischen Fragen erst hinterher beteiligt wird. Der Prominente, der draußen sprechen soll, ist gar nicht imstande, Antworten zu geben. Es ist heute immer schwerer, zu den Fragen der Preise, der MLF, der Verjährung, des Verhältnisses zu den arabischen Staaten zu sprechen.

Nun haben wir seit unserer letzten Sitzung – vielleicht auch noch etwas früher – erreicht, daß es keine Uneinigkeit durch eigenes Verschulden mehr gibt. (*Heiterkeit und Zurufe.*) Es gibt jetzt Sachfragen, die uns wieder voneinander trennen und die die Fraktion auseinanderreißen. Dazu gehört die Verjährungsfrist. Ich wüßte nicht, wie die Diskussion heute lief, wenn wir über Kairo sprechen würden. Ich möchte aber diese beiden Punkte doch angesprochen haben, weil ich sie auch für die weitere Beurteilung durch den Wähler in den kommenden Wochen und Monaten für sehr wichtig halte.

Nach meiner schon lange bestehenden Überzeugung halten wir die Anschauung, es dürfe keine Verlängerung der Verjährungsfrist geben, außenpolitisch nicht durch. Ich glaube, daß es am Ende wohl doch zu irgendeiner Verlängerung kommt, für die man jetzt Auswege sucht. Dann wird aber wieder das Prestige der Bundesregierung leiden, weil sie sich anders entschieden hat.

Ich verstehe im Zusammenhang damit, daß durch Geheimabkommen Waffenlieferungen an Israel⁵⁰ beschlossen worden sind, gar nicht mehr die Verhältnismäßigkeit des Kampfes, den wir hier führen. Diese Waffenhilfe ist doch ein allererstes politisches Ereignis, das uns in unseren eigenen Anschauungen vielleicht sehr aneinander geraten

49 „Der Tag“.

50 AAPD 1965 Dok. 1, 2, 39, 40, 57, 65, 70, 113, 148; OSTERHELD: Außenpolitik S. 150 f.; Yeshayahu A. JELINEK/Rainer A. BLASIUS: Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. In: VfZ 45 (1997) S. 309–344.

lassen kann. Sie ist – ohne daß wir jetzt über die Motive wenigstens auch nur etwas erfahren können – vielleicht aus sehr gewichtigen und, wie ich annehmen möchte, auch überzeugenden außenpolitischen Gründen beschlossen worden.

Das hat man getan. Demgegenüber ist doch die Frage der Verjährungsfrist nur von geringer Bedeutung. Sie hätte dann erst recht beizeiten gelöst werden müssen. Ich sehe hier einen Widerspruch. Man liefert Waffen, um im Grunde diplomatische Beziehungen zu vermeiden; diese wären aber doch demgegenüber auch wieder nur eine kleinere Entscheidung gewesen. In der Frage der Verjährungsfrist hat man sich in der CDU so festgelegt, daß wir innerhalb der Partei beinahe Fronten haben. Ich fürchte, daß das auch unsere Ausgangsposition für die Wahl beeinträchtigt.

Lassen Sie mich abschließend einen Punkt erwähnen, der auch Berlin angeht. Ich habe da einen Aufsatz von Dr. Martin über seine Gespräche in Moskau über die deutsch-sowjetischen Kulturbeziehungen gelesen.⁵¹ Er bestätigt das, was ich auch sonst schon in der Presse gelesen habe: daß man den Versuch machen will, unter Ausklammerung der politischen Fragen – speziell Berlins – die kulturellen Beziehungen auf eine unpolitische Basis zu stellen, auf die Basis von Vereinigungen oder Gesellschaften. Sehr einverstanden. Aber ich möchte doch – gewissermaßen warnend und mahnend – aussprechen, daß ich in Sorge bin, wir würden es auf diese Weise den Russen erleichtern, mit uns kulturellen Austausch zu pflegen, daß wir aber in dieser Form wieder nicht erreichen können – und das sagte Herr Martin leider nicht –, daß Berlin selbstverständlich auch mit drin ist, und zwar nicht nur im Geltungsbereich einer Vereinbarung, sondern in der praktischen Auswirkung des Austausches. Wenn Berlin nicht drin sein sollte, was Herr Martin nicht ausdrücklich erwähnt, würde ich sagen: Das ist wieder ein Punkt, in dem wir so etwas nachgeben und eine neue Form finden, die uns die Sache erleichtert; aber politisch bedeutet das im Grunde eine Minderung unserer Position. Damit käme also wieder ein Punkt dazu, der uns im Wahlkampf schaden könnte.

Ich habe deshalb darauf hingewiesen, um die Relativität klarzumachen, die zwischen den großen politischen Entscheidungen und den Anstrengungen für den Ausgang der Wahl besteht, den Anstrengungen, die wir unternehmen sollen und die manchmal so nutzlos sind, weil wir doch immer nur vor Mitgliedern sprechen, die kommen, weil sie sich dazu verpflichtet fühlen, und weil wir durch die Versammlungen nur in ganz geringem Maße an die Nichtwähler herankommen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmücker.

Schmücker: Meine Damen und Herren! Herr Amrehn, trösten Sie sich: Ein Vorstand, der nur alle sechs Wochen oder alle zwei Monate einmal zusammenkommt, kann nicht über alles informiert sein. Das gelingt nicht einmal im Kabinett oder im Fraktionsvorstand. Man muß so manches hinterher zur Kenntnis nehmen.

51 Vorläufiger Bericht über eine Reise in die Sowjetunion vom 13. bis 23. Dezember 1964. Vorgelegt von den Bundestagsabgeordneten Dr. Berthold Martin und Erich Peter Neumann in ACDP I-277-004/1. Vgl. FAZ vom 11. Januar 1965 „Martin: Kulturabkommen möglich“.

Ich möchte einiges zu den wirtschaftlichen Dingen sagen, die Herr Röder und Herr Amrehn angeschnitten haben.

Zunächst zur Frage der Preise! Ich möchte darauf hinweisen, daß wir im letzten Jahr mit unseren 2,3 % so einigermaßen davongekommen sind, aber nur deshalb, weil wir uns Mühe gegeben haben mit der Zollsenkung⁵², die immerhin eine Einfuhrsteigerung von 17 % im zivilen Bereich brachte, mit der Kuponsteuer⁵³, die nicht unumstritten ist, und mit den Anstrengungen der Bundesbank. Ferner darf ich auf die EWG-Bemühungen hinweisen, wo wir in den letzten Wochen in Brüssel die hübsche Auseinandersetzung hatten, wo jeder der erste sein wollte. Die Franzosen meinten, sie seien noch 0,1 Punkte besser als wir.

Sie wissen, daß bei allen Umfragen herauskommt, daß die Sorge um die Preisstabilität vor allen anderen Fragen rangiert. Darüber kann man sich als Politiker ärgern. Ich tue das deswegen nicht, weil ich glaube, daß die Bevölkerung weiß, daß es sich bei der Währungsstabilität nicht nur um eine rein wirtschaftliche, sondern um eine gesamtpolitische Sache handelt. Die Währung ist nicht eine Aussage über die Wirtschaftskraft, sondern über die gesamte politische Situation eines Landes.

Was große Sorgen macht, ist, daß bei der Frage, wer mehr für die Stabilität tut, die SPD genau doppelt soviel Stimmen bekommen hat als wir. Man muß auch den Grund erkennen und die anderen Fragen sich ansehen. Bei der Frage: „Glauben Sie, daß durch Stopp-Preise die Stabilität gewahrt werden kann?“, antworten 65 % mit Ja. Das bedeutet, daß ein Grundsatz unserer wirtschaftspolitischen Auffassung noch gar nicht im Volk verankert ist. Ich erinnere mich noch an die Zeit, Herr Professor Erhard, im ersten Deutschen Bundestag, als Sie in der Fraktion für Ihre Ideen auch nur über eine sehr, sehr knappe Mehrheit verfügt haben; sie wurde meistens von Theo Blank und einigen seiner Freunde hergestellt. Wir müssen erkennen, daß in der Bevölkerung die eigentliche Idee der Sozialen Marktwirtschaft noch gar nicht so verankert ist, wie wir das eigentlich nach 16 Jahren erwarten sollten.

Was die kommende Entwicklung angeht, bin ich mit Ihnen einer Meinung, daß man natürlich optimistisch sein soll und sehr fest entschlossen. Aber wie wollen Sie notwendige Maßnahmen – und es gibt notwendige Maßnahmen – begründen, wenn Sie nicht darauf hinweisen sollen, daß, wenn diese Maßnahmen nicht kommen, es eben schief geht? Es braucht dann nur ein Journalist das umzudrehen, und sofort haben Sie die Meldungen, die Herrn Schwarz angelastet werden.

Ich muß zugeben, daß ich es bei allen wettbewerbsverstärkenden Maßnahmen mit der CDU und der CSU sehr schwer habe. Die Abstimmungsergebnisse sind durch die Zusammensetzung der Ausschüsse recht häufig so, daß wir politisch damit keinen

52 Neunundsechzigste (Konjunkturpolitische Zollsenkung, BGBl II S. 813) und Zweiundsiebzigste Verordnung (Konjunkturpolitische Zollsenkung, BGBl II S. 829) zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 vom 15. Juli 1964.

53 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes und des Kapitalverkehrsteuergesetzes vom 25. März 1965 (BGBl I S. 147).

Staat machen können. Ich hoffe, daß es mir übermorgen beim Kartellgesetz⁵⁴ nicht wieder ähnlich ergeht. Mit anderen Worten: Auch innerhalb unserer eigenen Reihen müssen wir die Voraussetzungen schaffen, um das, was wir als Programm definieren, auch draußen verantworten zu können. Die Interessenvertretung bei uns muß sich etwas stärker auf die Allgemeinheit ausrichten. Das gilt für alle die vielen Flügel, die wir in der Partei notwendigerweise und gewollterweise haben. Ich wiederhole, daß wir in den nächsten Wochen einige sehr schwierige Abstimmungen durchführen müssen.

Was die SPD angeht, möchte ich darauf hinweisen, daß in sehr vielen Fragen, die wir heute entscheiden müssen, auch vom sozialistischen Standpunkt aus gar keine andere Lösung möglich wäre. Gerade in diesen Fragen versucht die SPD, uns zu überspielen. Das ist z. B. in der Wettbewerbsfrage der Fall. Wenn wir hier unseren Standpunkt nicht klar vertreten, sagen die Leute: Die SPD ist die bessere CDU. Das kommt aus unserer Tätigkeit. Das müssen wir erkennen. Wir dürfen nicht nur große Appelle machen, sondern müssen auch bereit sein, dann im Detail die Konsequenzen zu ziehen. Es gibt eine Reihe von Entscheidungen – gerade im wirtschaftlichen Bereich –, bei denen in der Tat keine großen Unterschiede sind.

Herr Vorsitzender Dr. Adenauer, ich bin mit Ihnen einer Meinung, wenn Sie immer wieder auf den grundsätzlichen Unterschied hinweisen, der zwischen diesen beiden Parteien besteht. Nur müssen wir erkennen, daß diese Unterschiede nicht mehr wie ehemals bei Kohle und Stahl liegen, sondern sie liegen in anderen Bereichen. Es wäre geradezu antiquiert von einer Sozialdemokratischen Partei, wenn sie ihren Sozialismus in einer Basisindustrie fortsetzen würde. Sie geht dorthin, wo die Ansatzpunkte sind: das ist in erster Linie die Haushaltspolitik, das ist das krampfhafteste, nein, das konsequente Bemühen, die Kapitalsammelstellen in ihre Hand zu bekommen. Gerade gestern haben wir wieder ein solches Beispiel gehabt. Die Bank für Gemeinwirtschaft übernimmt die Aktien einer sehr wichtigen Unternehmung, die früher im Bundesbesitz war.⁵⁵ Obwohl Verluste zu erwarten sind, die einen Kurs von 70 % rechtfertigen würden, werden 300 % gezahlt. Oder ich denke an die Bemühungen der Deutschen Angestelltengewerkschaft oder von Herrn Leber, Kapitalsammelstellen zu schaffen⁵⁶,

54 In der 119. Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages vom 11. Februar 1965 wurde der Antrag der SPD mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt, die Regierungsvorlage zum Kartellgesetz (Drs. IV/2564) mit 14 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen (BT 11308–3.65). Dazu auch Schriftlicher Bericht des Wirtschaftsausschusses (16. Ausschuß) über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 13. Mai 1965 (Drs. IV/3533).

55 Die Bank für Gemeinwirtschaft plante eine Übernahme von Aktien der Deutschen Wochenschau GmbH. Der Bund hatte als Mitgesellschafter dagegen Einspruch erhoben („Die Welt“ vom 6. Februar 1965 „Tauziehen um Deutsche Wochenschau“).

56 „Programm zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer im Baugewerbe“ der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden vom 9. September 1964. Druck in: Georg LEBER (Hg.): Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Ein Programm und sein Echo. Frankfurt/M. 1964 S. 9–11. Vgl. FAZ vom 28. Januar 1965 „Vorschlag der Bauindustrie zur Vermögensbildung“.

von denen aus sie die Wirtschaft besser lenken können als jeder Gesetzgeber oder jeder Wirtschaftsminister.

Ein Weiteres hängt mit der Haushaltspolitik zusammen. Die Sozialdemokraten bemühen sich, den für den einzelnen greifbaren technischen Fortschritt in ihre Hand zu bekommen oder über den Haushalt bereitzustellen, d. h. sozialisiert zum Staatsunternehmen zu machen. Ich brauche nur an die Atomkernenergie zu erinnern. Hier liegt nicht nur ein Fehler unserer politischen Überlegungen, sondern vor allen Dingen der Großwirtschaft vor, die dann, wenn es riskant wird, zu uns kommt, Geld haben will, sich ein wenig beteiligt, und nicht merkt, daß eine Sozialisierung durchgeführt wird.

Das müssen wir den Leuten klarmachen. Dafür sollte man sich entsprechend einsetzen. Die Leute haben aber Angst vor einer Verstärkung des Wettbewerbs, den wir brauchen, um die Stabilität zu wahren. Niemand ist in der Lage, bei der ganzen Entwicklung diese Stabilität zu wahren, wenn er nicht den Mut hat, immer wieder zum Wettbewerb zu drängen.

Die Mittel, die wir politisch in diesem Jahr noch in der Hand haben, sind nicht so groß wie im vergangenen Jahr; sie sind noch recht beträchtlich. Die Bundesbank hat ihre Mittel noch lange nicht ausgeschöpft. Wenn wir die bei den Mindestreserven vorhandenen Möglichkeiten ansehen, dann ist da noch allerhand drin.

Warum sage ich das? Weil kein Unternehmer erwarten darf, daß es ihm in diesem Jahr genauso leicht wird wie im vergangenen Jahr. Er wird in Schwierigkeiten kommen. Professor Erhard hat einmal gesagt: Es geht uns politisch am besten, wenn wir einigermaßen ausgeglichene, aber nicht überschäumende Verhältnisse haben. Wir haben in diesem Jahr nicht mit überschäumenden Verhältnissen zu rechnen. Ich hoffe, daß die Unternehmer sich in ihren Kreisen sowohl außenwirtschaftlich wie binnenwirtschaftlich darauf einrichten.

Eine Rolle spielt natürlich auch die Tarifpolitik. Hier haben wir ein Kuriosum zu verzeichnen. Das Gutachtergremium und auch die Bundesregierung haben die leidliche Vernunft der Tarifpartner im vergangenen Jahr anerkannt.⁵⁷ Was machen die Leute? Sie leiten daraus die Berechtigung her, wieder unvernünftig zu sein. Die im Gutachtergremium genannten 5 % werden nicht als Gegenstand der Erörterung, sondern als bereits hingenommener Sockelbetrag betrachtet. Gegen diese Tendenz müssen wir uns wehren. Wir müssen mit allem Nachdruck einen Appell an die Tarifpartner, an die Wirtschaft und ich glaube auch an die gesamte Bevölkerung richten, daß wir die Politik der Stabilisierung mit unseren Mitteln fortsetzen werden, daß wir aber der Unterstützung aller Beteiligten bedürfen. Wir sollten sie alle ansprechen, weil sie in der Gemeinschaft am deutlichsten spüren, daß ihnen Einzelgänge nicht helfen.

⁵⁷ Jahresgutachten 1964 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drs. IV/2890). Vgl. FAZ vom 9. Januar 1965 „Bundesregierung rechnet mit weiterem Wirtschaftsaufschwung“; „Die Zeit“ vom 15. Januar 1965 „Krach um ein Gutachten“.

Ich würde sehr gern – aber die Zeit ist fortgeschritten – noch ein Wort zu Brüssel gesagt haben, weil vom Bauernverband und insbesondere von unserem Parteifreund Baron Feury⁵⁸ in einer Art und Weise gegen diese Maßnahmen polemisiert wird, daß es nach meiner Meinung notwendig ist – gerade im Interesse unserer bäuerlichen Wähler –, hier eine Klarstellung vorzunehmen. Ich bin mit dem Kollegen Schwarz der Auffassung, daß wir zwar noch zwei Jahre mit allerhand Unannehmlichkeiten rechnen müssen. Aber das ganze Unternehmen hat doch nur den Sinn, daß, wenn 1967 der Gemeinsame Markt da ist, dann bei gleichen Kostenverhältnissen – für die deutsche Veredelung sind die Kosten bisher zu hoch – ein stabilisierendes Element in die europäische Wirtschaft kommt. Ich würde sagen, daß durch diese Maßnahmen gerade im Hinblick auf die Veredelung, die doch 80 % unserer Landwirtschaft ausmacht, ein stabilisierendes Element geschaffen worden ist. Bisher haben unsere Bauern sich darüber beklagt, daß sie den anderen kostenmäßig unterlegen sind. Wenn die Debatte darauf noch eingeht, könnte sicher das eine oder andere aufklärende Wort noch gesagt werden. Herr Rehwinkel hat mir neulich gesagt: Lassen Sie uns noch drei Wochen schimpfen, dann ist alles vorbei. – Damit wird eine Unruhe geschaffen, die wir politisch nicht vertragen können. Die Dinge werden zu schief dargestellt. Wir können sie dann nachher nur mit großen Schwierigkeiten wieder in den Gesamtzusammenhang einordnen.

Wenn es möglich wäre, meine Damen und Herren, von dieser heutigen Tagung auch etwas im Hinblick auf die Stabilität in die Presse zu bringen, wäre das sehr zu begrüßen.

Adenauer: Ich glaube, diese Sitzung ist so wichtig, daß wir hier zusammen zu Mittag essen und nachher fortfahren. Das Wort hat Herr Dr. Dittmar.

Dittmar: Meine Damen und Herren! Ich möchte eine Anregung geben. Herr Ministerpräsident Röder, Sie könnten für Ihren Wahlkampf etwas sehr Gutes tun bzw. tun lassen: wenn Sie dafür sorgen würden, daß die Steiger in ihrer Berufsbezeichnung ebenso geschützt werden, wie das bei den Ingenieuren der Fall ist. Es ist gerade heute eine Delegation der DAG hier, darunter auch ein CDU-Bürgermeister, um dafür einzutreten.

Herr Bundesminister Schmücker, Sie haben die Kapitalsammelstellen angesprochen, die von der DAG vorgeschlagen werden. Für diese Ausarbeitung zeichne ich persönlich mit verantwortlich. Ich will nur sagen, daß Sie offensichtlich von Ihrem Referenten hier falsch unterrichtet worden sind.

58 Otto Frhr. von Feury (geb. 1906), Landwirtschaftspolitiker; 1946 Kreistagsmitglied in Ebersberg (CSU), 1950–1978 MdL Bayern, seit 1955 Präsident des Bayerischen Bauernverbands, seit 1956 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands, 1957 MdB. – Die Auseinandersetzungen entzündeten sich an der Frage des Getreidepreises. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes hatte bis zu einem Gespräch mit Erhard am 30. November 1964 mit massiven Protestkundgebungen der Bauern gedroht, wenn es nicht zu Ausgleichszahlungen käme. Erhard – so führte er vor dem Bayerischen Bauernverband am 11. Dezember 1964 aus – habe daraufhin 1,1 Milliarden DM zugesagt (FAZ vom 12. Dezember 1964).

Dankbar habe ich begrüßt, daß der Herr Vorsitzende von seiner Seite die Frage der Verjährungsfrist angesprochen hat. Darf ich dazu aus der Sicht eines Mannes etwas sagen, der vor 20 Jahren in Thüringen die CDU mitgegründet hat. Ich verstehe den Stichtag 8. Mai überhaupt nicht. Wir wissen doch, daß die deutsche Justiz zunächst überhaupt nicht in der Lage gewesen ist, von sich aus etwas zu tun. Ich bin in Weimar im Mai 1945 bei einem Anwalt gewesen, um ihm das Testament meines gefallenen Freundes zu übergeben. Er sagte: Wir dürfen überhaupt keine Tätigkeit ausüben. Es konnte also auch keine Tätigkeit in strafrechtlicher Beziehung ausgeübt werden. Was haben sich eigentlich die Herren im Bundesjustizministerium bei der Festlegung dieses Zeitpunktes gedacht? (*Zuruf*: Gar nichts!) Das ist doch eine ausgesprochene Fiktion. Ich kenne die Notwendigkeit der Fiktion in der Gesetzgebung sehr wohl; sie kann wohlütig sein, aber auch genau das Gegenteil bewirken, Fiktion heißt, etwas Falsches bewußt für wahr halten. Ob das hier das Richtige ist, wage ich doch zu bezweifeln. Ich könnte mir vorstellen, daß das Jahr 1952 – Abschluß des Generalvertrages – bzw. das Jahr 1949 genommen würde.

Es ist doch für weite Kreise unseres Volkes einfach unerträglich, wenn sie jetzt erleben würden, daß eine Reihe von Leuten aus ihren Löchern hervorkriechen, ihre Memoiren schreiben und das deutsche Ansehen sehr schwer schädigen. Herr Bundeskanzler Erhard hat soeben gesagt, wir sollten das Gewissen der Welt für die deutsche Einheit wachhalten. Jawohl, dazu gehört aber auch, daß unser eigenes Gewissen nicht versiegt. Ich persönlich begrüße ebenso wie andere, daß Sie, Herr Bundeskanzler, in der letzten Woche Ihre persönliche Haltung zu dieser Frage klargestellt haben.

Es wird argumentiert, man solle das eigene Nest nicht beschmutzen. Ich verstehe nicht, was damit gesagt werden soll. Es ist doch eine Frage der nationalen Würde, daß wir uns von diesen Dingen mit den Mitteln des Rechtsstaates reinigen. Ich bin durchaus dafür, daß wir den Gedanken der nationalen Würde in unseren Wahlkampf einbeziehen, aber nicht durch ein Vertuschen in dieser Sache. Wir haben in Thüringen diese schöne Geschichte vom Landgrafen und dem Schmied, der nachts am Amboß sagt: Landgraf werde hart. Herr Bundeskanzler, ich glaube, das darf man auch zu Ihnen sagen. Wir wissen, es ist nicht alles Spuk, was da vor sich geht; ich brauche nur an die Vorgänge in Wesselburen mit Adolf Bartels zu erinnern.⁵⁹ Dort hatten wir doch den Osterloh-Erlaß, keine Schule mit dem Namen von Adolf Bartels zu benennen. Und wie ist es dann gehandhabt worden?

Wenn man dann Ausführungen in der „Deutschen Soldatenzeitung“ liest, muß man sagen, es wäre an der Zeit, ernsthaft Haltung zu beweisen. Ich bedauere tief – vielleicht ist Herr Bundesminister Höcherl so freundlich, das Herrn Strauß zu sagen –, daß in der „Zeit“ Kritik geübt werden mußte, Herr Strauß habe offensichtlich einen Akkord mit

59 Adolf Bartels (1862–1945), Kulturpolitiker; 1925 Mitglied der NSDAP. – 1958 verbot der Kultusminister von Schleswig-Holstein, Edo Osterloh, der Mittelschule in Wesselburen, den Namen Adolf-Bartels-Schule weiterzuführen („Die Zeit“ vom 29. Januar 1965 „Die Dithmarscher Fehde“).

der „Deutschen Soldatenzeitung“ getroffen, weil er von dort jetzt gelobt wird.⁶⁰ Wie Herr Strauß in Wirklichkeit denkt, weiß ich sehr wohl von unserem Freund Osterloh, der ein halbes Jahr mit ihm zusammen auf einer Stube gelegen hat.

Zur deutschen Außenpolitik eine Anmerkung eines kleinen Mannes. Wer die Dinge nicht so genau verfolgt, der sagt: Weil wir wollen, daß die Großmutter aus Leipzig ihre Kinder und Enkel in Hamburg besuchen darf, deshalb darf Ulbricht jetzt einen Staatsbesuch in Ägypten machen. Das wäre doch nicht möglich gewesen, wenn wir den Swing im Interzonenhandel nicht von 100 auf 500 hätten erhöhen müssen. (*Zurufe.*) Wir haben den Swing erhöht.⁶¹ Es ist gesagt worden, daß wir einen Preis haben zahlen müssen. Es ist gut, daß wir das getan haben. Aber um der Sache willen, um der gegenwärtigen Politik willen, hoffe ich, daß wir auch in der Lage sind, hier eine Haltung zu zeigen, die vom ganzen Volk verstanden wird.

Adenauer: Herr Dr. Krone!

Krone: Ich wollte mehr ein Wort zum Geschäftsordnungsmäßigen sagen. Wir haben jetzt die Referate von Herrn Bundeskanzler Erhard und von Herrn Dufhues gehört. Die Diskussion geht jetzt etwas durcheinander. Wir müssen uns entscheiden, wie sie laufen soll. Ich würde vorschlagen, das Thema Wahlkampf zurückzustellen, bis wir den Punkt Parteitag diskutieren, und zunächst einmal die politischen Fragen zu diskutieren.

Ich bitte, Herr Bundeskanzler Erhard, daß Sie noch etwas zum Thema Kairo und Israel sagen. (*Gerstenmaier:* Nein!) Es ist der Parteivorstand, ein Schweigen geht hier nicht. Zumindest das, was in den Zeitungen steht, kann man nicht verschweigen. Ich glaube, der Bundesparteivorstand hat ein Recht, etwas dazu zu hören.

Es muß auch ein Wort zur Verjährung von uns aus gesagt werden. Das geht nicht anders. Wie die CSU denkt, wissen wir. Sie ist sehr hart in diesem Punkte. Wir sind nicht einheitlich; das ist schon angesprochen worden. Die Regierung hat das und das gesagt. Wir wissen, wie der Bundeskanzler denkt. In der Fraktion wächst die Zahl derer, die Herrn Benda zustimmen. Darum muß hier über diese Frage gesprochen werden.

Adenauer: Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Ich habe nichts dagegen, wenn über Kairo gesprochen wird. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß das ein langes Thema sein wird. Ich fürchte, daß dazu aus diesem Kreis in diesem Augenblick verhältnismäßig weniger zu gewinnen ist als bei der anderen Frage, die uns unerhört auf den Nägeln brennt, die von größter politischer – außenpolitischer wie innenpolitischer – Bedeutung ist, das ist

60 „Die Zeit“ vom 15. Januar 1965 „Nationalistische Kumpanei“.

61 Vgl. dazu DDR-Handbuch. Köln 1975 S. 420–428; Maria HAENDCKE-HOPPE-ARNDT: Interzonenhandel/Innerdeutscher Handel in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag. Bd. V/2. Baden-Baden 1995 S. 1543–1571.

die Frage der Verjährung. Deshalb mein Vorschlag, einstweilen nichts anderes als die Frage der Verjährung zu diskutieren. Alles andere kann hinterher kommen.

VERJÄHRUNGSFRIST FÜR NS-VERBRECHEN

Adenauer: Meine Damen und Herren, ich teile die Ansicht der beiden Herren, daß über die Verjährung gesprochen werden muß. Die Fraktion und die Partei sollten, wenn möglich, bei der ganzen Sache im gleichen Schritt und Tritt gehen. Es handelt sich auch um eine unter außenpolitischen Gesichtspunkten bedeutende Sache. Unsere Gegner draußen – wir haben sehr viele – stehen nämlich auf der Wacht und blasen ins Feuer. Herr Kollege Dufhues sprach soeben vom nationalen Selbstgefühl. Das nationale Selbstgefühl – soweit ich mich darüber informieren konnte – erträgt es einfach nicht, daß wir uns in dieser Frage dem Diktat des Auslands fügen sollen.

Ein Weiteres kommt hinzu. Die Vertriebenen ertragen es nicht, daß hier Gesetze gemacht werden sollen, Verlängerungen – eventuell unter Änderung der Verfassung –, und daß mit keinem Wort der Scheußlichkeiten gedacht wird, die von unseren damaligen politischen Gegnern bei der Austreibung der Deutschen und bei der Zurückeroberung ihrer Länder begangen worden sind. Deshalb glaube ich, daß wir auch über diese Frage hier sprechen müssen. Erlauben Sie mir, daß ich als erster das Wort dazu ergreife und Ihnen ganz einfach sage, daß ich die ganze Diskussion, wie sie von den Justizministern und den Justizministerien ausgelöst worden ist, einfach nicht verstehe.

Ich muß eines vorausschicken. Soweit ist jetzt noch keiner gegangen – aber womöglich würden wir das auch noch erleben – zu verlangen, den Anfang der Verjährung auf den Tag zu setzen, wo das Verbrechen begangen worden ist, also noch in die nationalsozialistische Zeit. (*Schmidt:* War ja gehemmt!) Soweit ist noch keiner gegangen; Gott sei Dank! Aber wie man den Tag der bedingungslosen Kapitulation, den 8. Mai, nehmen kann, als Tag, an dem die Verjährungsfristen beginnen, ist mir schlechterdings unverständlich. Denjenigen, der so etwas tut, hätte ich als Examinator glatt durchs Assessorexamen fallen lassen; mehr will ich gar nicht sagen. Wahrscheinlich wäre er bei mir schon nicht durch das Referendarexamen gekommen.

Wie sah es damals im Lande aus? Von einem der Herren Vorredner ist davon gesprochen worden, daß es in Weimar ein Rechtsanwalt abgelehnt habe, ein Testament zur Eröffnung zu übernehmen, weil er nicht habe arbeiten dürfen. Meine Freunde, im alten römischen Recht nannte man den Zustand, da das Gerichtswesen nicht mehr funktionierte, *Justitium*. Während dieses *Justitiums* liefen keine Verjährungsfristen. Das ist ganz natürlich. Wo hätte ein Mann hingehen sollen, der am 8. Mai eine Anzeige wegen Naziverbrechen machen wollte? Es gab doch keine Gerichte mehr. Die Gerichte, alles war doch geflüchtet, alles war evakuiert; oder die Beamten waren im Krieg. Am 8. Mai des Jahres 1945 haben die Alliierten die ganze staatliche Macht – wozu sie gar kein Recht hatten – de facto in die Hände genommen, weil sie sagten, es

ist keine staatliche Macht mehr vorhanden. Die militärische Kapitulation, darüber ist man sich allmählich klargeworden, ist nichts anderes als eine militärische Handlung, wie das schon der Name „Kapitulation“ anzeigt.

Hitler hatte vor seinem Selbstmord Dönitz⁶² zu seinem Nachfolger als Reichsführer ernannt, und 14 Tage lang ist das von den Alliierten akzeptiert worden. Man hat für Dönitz eine Enklave in Schleswig-Holstein gebildet, wo er sich mit seinen Leuten ruhig und frei bewegen konnte; sie haben nicht einmal ihre Waffen abzugeben brauchen. Nach 14 Tagen, solange hat die Herrlichkeit gedauert, haben dann die Russen Krach geschlagen. Dann gingen den Westalliierten die Augen auf. Die Engländer haben dann Dönitz auf ein Kriegsschiff bestellt und haben ihn da eingelocht. Ich führe das nur an, um Ihnen zu zeigen, daß das, was am 8. bis 10. Mai vor sich gegangen ist, eine militärische Kapitulation gewesen ist, eine Einstellung des Kampfes, verbunden mit der Ablieferung der Waffen und der Gefangennahme der Soldaten und Offiziere.

Weiter haben die Alliierten dann das Nürnberger Gericht eingesetzt. In Ausübung ihrer Macht, die sie hatten, haben sie dann die Kriegsverbrecher verurteilt. Die letzten Urteile wegen Verbrechen in Konzentrationslagern haben sie im Jahre 1950 gefällt.

Erst als die Bundesrepublik ins Leben trat und Freiheiten bekam, konnte man wieder davon sprechen, daß eine rechtsfähige „Gewalt“ in Deutschland wieder da ist. Von da an datiert nach meiner Überzeugung der Anfang der Verjährung. Im einzelnen muß das datumsweise untersucht werden. Aber total falsch ist es, etwa zu sagen, daß am 8. Mai, am Tage der bedingungslosen Kapitulation, eine Verjährungsfrist zum Laufen gekommen ist. Das ist einfach falsch. Wir haben gestern im Vorstand der Fraktion darüber gesprochen.⁶³ Da hat der Kollege Weber⁶⁴ gesagt, daß der Fehler schon in einem früheren Gesetz begangen worden war. Das verpflichtet uns nicht, meine Herren, den Fehler nochmals zu begehen; denn jeder von uns hat das Recht, klüger zu werden. Das ist ein gutes Recht der Menschen; (*Heiterkeit*) daran müssen wir festhalten. Deswegen glaube ich, man sollte auf diese Weise, ohne daß eine Verfassungsänderung gemacht wird – sie ist nicht nötig –, einige Jahre die Möglichkeit weiter geben, Nazis zu verfolgen.

In dieser Ansicht hat mich auch das bestärkt, was der Herr Schüle⁶⁵ gewesen ist. Ich muß ja sagen, das ist eine Anekdote der Weltgeschichte, die ich mir gar nicht dümmmer vorstellen kann. Diesen Mann, der Nazi war, hat man zum Vorsitzenden der ganzen Stelle in Ludwigsburg gemacht, die ja von den Ländern – Gott sei Dank nicht

62 Karl Dönitz (1891–1980), 1943–1945 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. Peter PADFIELD: Dönitz. Des Teufels Admiral. Berlin 1984.

63 Fraktionsvorstandssitzung am 8. Februar 1965. Anwesenheitsliste, Notizen (kein Protokoll) in ACDP VIII-001-1504/2.

64 Dr. Karl Weber (1898–1985), Rechtsanwalt; 1949–1965 MdB (CDU), 1965 Bundesminister der Justiz.

65 Erwin Schüle (1913–1993), 1958–1966 Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg.

vom Bund, sondern von den Ländern – aufgebaut worden ist. Noch toller finde ich, daß dieser Mann nicht schon lange seine Vorgesetzten unterrichtet hat, daß er Nazi war. (*Gerstenmaier*: Pg!) Ich werde von Herrn Gerstenmaier korrigiert; er sagt: Pg! Na, meine Herren, in meinen Augen ist Nazi und Pg das gleiche. (*Gerstenmaier*: Nein, Herr Bundeskanzler! Meine Freunde von der Schulenburg⁶⁶ und Trott⁶⁷ waren Pg's, aber keine Nazis! Das muß man mal unterscheiden!) Es gab sicher Pg's, die das nicht gewesen sind. Wieviel Sozialdemokraten hat es gegeben, die das nicht gewesen sind! Ich erinnere mich an ein Gespräch, das ich nach meiner Vertreibung aus Köln⁶⁸ hatte. Da sagte mir ein führender Sozialdemokrat: Wie viele Sozialdemokraten haben sich in höchstem Maße unanständig benommen.

Dieser Mann, der Herr Schüle, geht also nach Warschau, um Dokumente einzusehen. Dort geben ihm die Leute nicht die Hand, weil sie wußten, daß er Pg war. Nachher erklärt er, er habe sich nur als Anwärter betrachtet. Aus dem württembergisch-badischen Ministerium wird mitgeteilt, daß er Pg gewesen ist. Das ist ein solcher Blödsinn und für uns eine solche Blamage! Ich glaube, man muß die ganze Sache möglichst geräuschlos aus der Welt bringen und auch so, daß man es im Ausland vertreten kann. Das kann man auf die Weise, wie ich es mir erlaubt habe, Ihnen auseinanderzusetzen. – Zur Geschäftsordnung Herr Meyers.

Meyers: Zur Geschäftsordnung! Wir haben nicht mehr sehr viel Zeit, ich wäre deshalb für eine Willenserklärung dankbar. Heute und morgen tagen wir in unserem Kabinett. Am Freitag haben wir nämlich die Sitzung des Bundesrates, in der diese Frage auch besprochen werden soll. Bis dahin möchten wir gern die Meinung der Partei kennen.

Adenauer: Herr Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Wir beginnen morgen im Bundestag mit dieser Diskussion, und zwar mit einem Antrag des Kollegen Benda, der 50 Unterschriften aus der CDU/CSU hat.⁶⁹ Danach soll um zehn Jahre verlängert werden.

Krone: Doch nicht morgen!

Gerstenmaier: Es ist heute im Ältestenrat. Ich nehme an, daß es morgen auf die Tagesordnung kommt.

Schmidt: Es ist für den 10. März angekündigt, weil der Bericht vorliegen muß.

66 Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902–1944), Jurist; am 10. August 1944 hingerichtet. Ulrich HEINEMANN: Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli. Berlin 1990.

67 Hans Adam von Trott zu Solz (1909–1944), Diplomat; am 26. August 1944 hingerichtet. Henry O. MALONE: Adam von Trott zu Solz. Werdegang eines Verschwörers 1909–1938. Berlin 1986; „Für Deutschland“. Die Männer des 20. Juli. Hg. von Klemens von KLEMPERER u. a. Berlin 1994 S. 311–327.

68 Am 13. März 1933.

69 Antrag der Abgeordneten Benda, Dr. Wilhelmi, Dr. Gradl, Dr. Kliesing (Honnf), Stingl, Katzer und Genossen vom 19. Januar 1965 zum Entwurf eines Achten Strafrechtsänderungsgesetzes (Drs. IV/2965).

Gerstenmaier: Jedenfalls kommt die Sache heute in den Ältestenrat und wird dort eine sehr heiße Diskussion hervorrufen. Deshalb brauchen wir wenigstens eine allgemeine Orientierung. Das andere ist die Sache im Bundesrat.

Darf ich aber hierzu noch folgendes sagen. Zu dem Antrag Benda sind bei mir Schreiben eingegangen – zum Teil anonym, zum Teil nicht anonym –, die ganz gehässige und schwere Angriffe gegen Benda enthalten, die ich nur bedauern kann. Meine Damen und Herren, man muß sich darüber klar sein, daß der Antrag Benda auf jeden Fall ernst genommen werden muß. In der Fraktion haben sich Versuche zur Harmonisierung gezeigt; sie sind klar gescheitert. Wenn ich recht sehe, arbeitet die Zeit insoweit für Benda. Diejenigen, die zunächst wie Bucher argumentiert haben, werden allmählich recht still. Ganz sicher ist folgendes: Diese rechtstheoretischen Erwägungen, die bis jetzt vorgezeigt worden sind, werden ihnen zerfetzt. Damit werden sie außen- und innenpolitisch auf der Strecke bleiben.

Die Frage ist, wie wir aus der Geschichte rauskommen. Ich will nicht davon reden, welches Rechtsbewußtsein siegen wird und wer ganz anders argumentiert. Neulich wurde mir gesagt, 80 % der deutschen Wähler seien dafür, daß mit diesem Schwindel Schluß gemacht werde. Es ist verständlich, wenn bei einem solchen Ausgang eines Prozesses, wie er jetzt wieder in Frankfurt lief⁷⁰, die Leute zu der Überlegung kommen: Was hat es für einen Sinn, solche Prozesse weiterzuführen? Wie sollen das die Leute in Deutschland und im Ausland überhaupt noch begreifen? Ich glaube, daß die hier angedeutete Auffassung im großen und ganzen richtig ist, auch wenn es [sich] vielleicht nicht um 80 % handelt. Eine beträchtliche Mehrheit der Wähler sagt aber, mit diesem Schwindel muß jetzt endlich Schluß sein.

Dieser Standpunkt wird außenpolitisch nach meiner Überzeugung nicht durchzuhalten sein. Ich bedauere außerordentlich, daß ich mich in einer so profunden Angelegenheit nicht in profunden Grundsätzen bewegen kann, jedenfalls vor diesem Gremium nicht, sondern daß ich sagen muß: Wir müssen einfach die politische Seite sehen und meistern. Die Frage ist also, was man tun kann, um durchzukommen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Wir können in der CDU-Fraktion, gestützt auf ein Votum dieses Bundesvorstandes, zu einem Beschluß kommen. Ein solches Votum des Vorstandes wäre auch für die Synchronisierung mit unseren Herren im Bundesrat von großer Wichtigkeit. Wir könnten hier einen Kompromiß schließen. Er könnte nach dem Vorschlag Benda aussehen. Wenn uns der nicht paßt – dagegen gibt es alle möglichen Bedenken –, können wir einen anderen Kompromiß suchen. Er könnte in der Richtung liegen, wie der Parteivorsitzende angegeben hat, nämlich die Verjährung vom Geburtstag der Bundesrepublik an zu berechnen. (*Zustimmung.*) Das

70 Der Auschwitz-Prozeß vor dem Schwurgericht in Frankfurt/M. dauerte vom 20. Dezember 1963 bis zum 19. August 1965. Vgl. dazu Hermann LANGBEIN: Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation. Bde. 1 und 2. Frankfurt/M. 1995; Gerhard WERLE/Thomas WANDRES: Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz. Mit einer Dokumentation des Auschwitz-Urteils. München 1995.

würde dann darauf hinauskommen, daß die Verjährung im September 1969 einträte. (*Schmidt*: Dann stehen wir dort wieder vor derselben Frage!) Das ist richtig.

Aber jetzt kommt mein Zusatz. Ich bin kein Jurist. Ich habe noch von keinem Juristen einen hinreichenden Hinweis, geschweige denn eine Begründung gehört, warum die großartigen Schöpfer des Reichsstrafgesetzbuches die Verjährung für Kapitalverbrechen gebracht haben. Das hat mir noch kein einziger Mensch klarmachen können. (*Schmidt*: Es ist nach dem Verschollenheitsrecht gebildet!) Ich schlage vor, daß wir, wenn wir es können, den Vorschlag des Parteivorsitzenden verfolgen und auf den Geburtstag der Bundesrepublik als Beginn der Verjährung gehen. Wir sollten aber kein rückwirkendes Gesetz machen, denn damit liefern wir einfach zu vielen Leuten ein billiges Kostüm zur Bemäntelung ganz anderer Gesichtspunkte und Überlegungen; das wollen wir nicht. Infolgedessen sollten wir uns auf den Geburtstag der Bundesrepublik einrichten, sollten nicht rückwärts rechnen und sollten die Verjährung 1969 eintreten lassen. Wir sollten aber gleichzeitig erklären, daß wir im neuen Strafgesetzbuch die Verjährung für Kapitalverbrechen aufzuheben wünschen.

Adenauer: Herr Dr. Schmidt!

Schmidt: Meine Damen und Herren! Der Vorschlag mit dem Stillstand der Rechtspflege führt effektiv nicht weiter. Ich will nicht die Justizminister verteidigen; das ist nicht meine Aufgabe. Aber folgender Gesichtspunkt darf nicht übersehen werden: Die Militärregierung in der britischen Zone hat den 8. Mai als den Tag bestimmt, an dem die Hemmung, nationalsozialistische Verbrechen zu verfolgen, weggefallen sei. In der amerikanischen Zone ist der Termin durch ein amerikanisches Militärregierungsgesetz auf den 1. Juli festgelegt worden. In der französischen Zone wurde überhaupt kein Tag bestimmt. Tatsächlich hat der Stillstand der Rechtspflege in Deutschland unterschiedlich geendet. Ich habe schon im Sommer 1946 wieder als Strafverteidiger in einem von der Militärregierung zugelassenen Prozeß mitgewirkt.

Dann hat ein Bundesgesetz die Termine vereinheitlicht und gesagt, es ist der 8. Mai 1945. Es könnte sich also nur um die Korrektur dieses Bundesgesetzes handeln. Diese Korrektur führt aber, soweit es den Stillstand der Rechtspflege angeht, nicht sehr viel weiter. Selbst wenn Sie den Stillstand der Rechtspflege – was de facto nicht stimmt – (*Adenauer*: Was wohl stimmt!) ausdehnen würden bis zum Tag der Begründung der Bundesrepublik, würde m.E. – das sagen alle, die sich damit beschäftigt haben – diese Zeit zu gering sein. Diese reine Terminverschiebung um vier Jahre würde uns nicht viel nützen. Viele haben Bedenken, ob man es in zehn Jahren lösen könnte.

Es ist auch die Frage, ob eine Lösung zu finden ist, die im Sinne des Rechtsfriedens liegt. Bei der Verjährung ist die Vorstellung maßgebend, daß auf der einen Seite die Rechtssicherheit und das rechtsstaatliche Prinzip zum Tragen kommen sollen; auf der anderen Seite spielt aber auch der Gedanke eine Rolle, daß der Zeitablauf vieles vergessen läßt, daß sich die Probleme anders stellen, daß die Mentalität anders geworden ist. (*Adenauer*: Das ist vollkommen falsch!) Das ist die Begründung! (*Adenauer*: Nein! Sie können den Tatbestand nicht mehr rekonstruieren, weil die Zeugen nicht mehr da sind!) Das ist der eine Gesichtspunkt, der mit dazu führt, zu

sagen, mit einem gewissen Zeitablauf muß es zu Ende sein. Es ist aber interessant, daß weder unter uns, noch in der Welt dieser Rechtsfrieden nach 20 Jahren eintritt. Das ist ein Faktum, damit müssen wir nach meiner Auffassung auch politisch rechnen. Ich glaube, daß wir diese Frage eben nur politisch lösen können und nicht im juristischen Sinne. Insofern stimme ich mit Ihren Ausführungen, Herr Bundeskanzler, überein, obwohl ich selber vom Rechtlichen her die schwersten Bedenken habe, daß wir es tun.

Sehr bedenklich halte ich folgendes, was gestern in der Vorstandssitzung der Fraktion angedeutet worden ist, nämlich, daß wir die alliierten Verbrechen in Deutschland in Betracht ziehen sollten. Dann würden wir auf eine höchst problematische Sache aufbauen. Damit würden wir aber alles zerschlagen, was wir jetzt im politischen Sinne vorsichtig in Ordnung bringen wollen. Die Alliierten haben in der Überleitungsgesetzgebung verboten, daß irgendeiner ihrer Angehörigen durch Deutsche wegen irgendeines Verbrechens, das an Deutschen geschehen ist, verfolgt wird.⁷¹ (*Gerstenmaier*: Das war ein Rechtsskandal!) Das war ein Rechtsskandal. Wenn wir das aber heute wieder ins öffentliche Bewußtsein bringen, dann werden Sie sehen, wie sich das nationale Selbstgefühl unserer jungen Leute an dieser Sache entzünden wird. Dann werden wir einen Nationalismus und Ressentiments gegen die ganze Welt erzeugen, die wir nicht mehr bewältigen können.

Ich bin für [eine] behutsame politische Lösung, die unter allen Umständen eine Chance zur Verfolgung gibt. Im Bundesrat werden wir die generelle Ansprache des Falles haben, nämlich schlechthin für Mord, gleichgültig, wann und unter welchen Umständen geschehen, die Frist um zehn Jahre zu verlängern. Dann haben wir keine politische Frage. So lösen wir das, was die Strafrechtsreform wollte, generell vorweg. Dann müssen wir es der Rechtsprechung überlassen, ob sie in diesem Gesetz eine Rückwirkung im Sinne der Strafbarkeitsvoraussetzung sieht oder nicht. Deshalb meine ich, wir sollten im Bundesrat die Initiative positiv in Gang setzen.

Adenauer: Herr Bundeskanzler Erhard!

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich betrachte das Problem nicht von der juristischen Seite. Ich muß fast sagen: Gott sei Dank, ich bin kein Jurist. Ich denke hier an die letzten Urteile und betrachte sie einmal von der moralischen Seite, aber auch von der politischen und insbesondere der außenpolitischen Seite. Wir haben uns im Kabinett damit befaßt. In einer solchen Frage ist es richtig – so haben wir das früher schon gehandhabt, und so wurde es auch im Fraktionsvorstand gehandhabt –, daß man sagt, es handelt sich hier um eine Gewissensfrage, die die Freiheit der Entscheidung voraussetzt. Ich bin ja bekanntlich überstimmt worden. Ich habe das nicht nachher aus Reklame verkündet, sondern es ist – wie so oft nach Kabinettsitzungen – bekanntgeworden, der und der hat dafür gestimmt. Ich scheue mich nicht, mich dazu zu bekennen, daß ich gegen die Verjährung gestimmt habe,

⁷¹ Gesetz Nr. 4 des Alliierten Kontrollrats für Deutschland über die Reorganisation des deutschen Gerichtswesens vom 20. Oktober 1945 (AdG 1945 S. 501).

weil ich die Verjährung für unerträglich halte. Wenn Herr Bucher sagt, wir werden uns unter Umständen daran gewöhnen müssen, in Zukunft auch mit Mördern zusammen zu leben, so sage ich, ich habe keine Lust, das zu tun; deshalb will ich alles tun, damit das nicht geschieht. Ich will die Sache nicht vertiefen. Es ist schwer, für diese schauderhaften Massenverbrechen irgendwie eine Rechtsfolge zu finden. Es gibt ja kaum eine Parallele.

So ist also die Entscheidung gefallen. Die Bundesregierung steht aber jetzt vor folgender Situation. Sie ist gebeten, sich bis zum 1. März dieses Jahres zu erklären, ob nach ihrem Wissen, nach ihrem Dafürhalten, sich das Material so vollständig in unserem Besitz befindet und so überprüfbar erscheint, daß nach menschlichem Ermessen keine schwerwiegenden Fälle mehr in Erscheinung treten können. Wir haben ja in der Zwischenzeit allerhand erfahren. Aus sehr vorsichtigen Formulierungen von allen Seiten wissen wir, es ruht da und dort noch Material, das noch gar nicht gesichtet ist, so z. B. in Polen. Wir haben noch nicht einmal ganz das amerikanische Material in unserer Verfügung. Welche Bundesregierung könnte sagen: Jawohl, wir übernehmen dafür die Garantie, daß alles bekannt ist? – Ich persönlich bin jedenfalls nicht geneigt, eine Garantie dieser Art zu übernehmen und eine solche Aussage zu machen. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, wenn der 8. Mai 1965 vorübergehen würde und alle würden straffrei sein, dann würden wir eine Fülle von Material in unsere Hände bekommen, das beweist, daß da und dort und überall noch viele ungeklärte Fälle von ganz brutalen und gemeinen Massenverbrechen bekanntwerden. Das wäre für Deutschland noch unendlich viel schädlicher, als hinnehmen zu müssen, daß die Prozesse noch einmal fünf Jahre länger dauern. Das, was dann auf uns an Beschimpfungen, an Verdächtigungen und an Verleumdungen niedergehen würde, wäre meiner Ansicht nach unerträglich. Ich glaube, unter außenpolitischen Gesichtspunkten ist es einfach nicht hinzunehmen, die Dinge am 8. Mai sozusagen als beendet zu erklären. Das ist jedenfalls meine Meinung.

Welchen Weg muß man nun gehen? Ich bin der Ansicht, der Vorschlag des Vorsitzenden ist gut. Aber wenn es möglich ist, die Strafrechtsnovelle so vorzuziehen, daß für Mord die Verjährung ganz wegfällt, dann bin ich auch damit einverstanden. Über den Weg können wir uns unterhalten. Nur müssen wir uns klar sein: Soll am 8. Mai alles zu Ende sein mit all den Risiken, die damit verbunden sind und die außenpolitisch sehr viel Porzellan zerschlagen würden? Da muß ich sagen: Nein, das darf man nicht hinnehmen.

Adenauer: Herr Stingl.

Stingl: Herr Bundeskanzler, ich bin auch der Meinung, daß am 8. Mai nicht alles aus sein darf. Ich habe den Antrag von Benda mit unterschrieben. Ich glaube, daß wir uns das selber schuldig sind, und daß wir die Argumente von Bucher nicht gelten lassen dürfen. Man kennt die Motive von Bucher nicht ganz. Sein Ministerium hat etwas anders votiert. Wir sollten uns gelegentlich nicht scheuen, Leute, auch wenn sie sonst Koalitionsfreunde sind, auch mal in gleicher Weise anzugreifen, wie sie uns immer Schwierigkeiten machen. Was Bucher vorzuwerfen ist, ist sicher schon in

der Versenkung verschwunden. Aber ich darf in diesem Zusammenhang doch einmal darauf hinweisen, daß er das Goldene Ehrenzeichen der HJ hatte. Wir sollten das nicht als Partei tun, das ganz sicherlich nicht; aber gelegentlich sollte einer auf solche Dinge hinweisen.

Ich habe mich hauptsächlich deswegen gemeldet, weil hier gesagt worden ist, 80 % unseres Volkes wollten am 8. Mai Schluß haben. Das ist ganz sicher richtig. Im Volk ist eine Sehnsucht vorhanden, diese Dinge auslaufen zu lassen. Nur täuschen sich diese 80 %; denn auch wenn die Verjährung eintritt, ist das Prozeßgeschehen noch nicht abgeschlossen. Alle eingeleiteten Verfahren laufen weiter. Den Rechtsfrieden haben wir damit noch nicht.

Ich habe mich als neuer Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße mehrfach zu diesen Fragen geäußert. Ich habe selten in der sozialpolitischen Arbeit ein solches Echo aus der Bevölkerung bekommen wie hier bei diesem Thema, wenn ich etwa sagte: Ich will nicht mit Mördern leben; aber ich spreche dem Osten das Recht ab, uns wegen der Verjährungsfristen zu mahnen, wo es dort doch Gesetze gibt, durch die Verbrechen straffrei gestellt werden. In der Tschechoslowakei gibt es ein Gesetz, wonach zwischen 1938 und 1945 begangene Verbrechen straffrei sind, wenn sie zur Befreiung des Landes oder aus Vergeltung begangen worden sind.⁷² Das sollten wir uns also verbieten. Ich habe dazu sehr zustimmende Äußerungen bekommen.

Das sollte nicht nur von mir gesagt werden, der ich von dorthier komme. Es sollten auch andere das sagen. Unterschätzen Sie nicht, daß in unserem Volk gesagt wird: Wieso nur bei uns, wieso sagen wir nicht, die anderen sollten ihre Verbrechen auch verfolgen? Ich spreche nicht gegen die Bestimmung, wonach wir Kriegsverbrechen nicht ahnden können. Das ist durch die Verträge zur Aufhebung des Besatzungstatuts ausgeschlossen. Wir sollten uns wirklich verbieten, daß der Osten politische Geschäfte damit macht und das Material erst später liefert. Wir sollten deutlich sagen, daß wir weiter verfolgen wollen. Dann, meine ich, Herr Bundeskanzler, genügt es nicht, daß wir nur die Frist raufsetzen. Damit haben wir das Problem nicht bereinigt. Dann halten die wieder Material zurück, und dann fangen die in fünf Jahren wieder genauso an, das Material herauszubringen. Ich neige der Ansicht von Bundestagspräsident Gerstenmaier zu, daß man generell das Problem der Verjährungsfrist für Mord anpacken muß.

Adenauer: Herr Kohl!

Kohl: Ich will die Frage nicht von der juristischen Seite her angehen. Ich habe gehört, daß sich ein engerer Arbeitskreis der Fraktion sehr intensiv mit der Sache befaßt hat. Es wäre interessant gewesen, dessen Arbeitsergebnis zu hören.

⁷² Gesetz vom 8. Mai 1946 über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen. Veröffentlicht am 4. Juni 1946. Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. IV/1: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Berlin 1957 S. 291.

Wir müssen das von der politischen Seite beurteilen. Ich glaube, daß die CDU/CSU und die von ihr getragene Regierung den Druck, der auf uns zukommt, wenn nichts getan wird, nicht aushält. (*Gerstenmaier*: Den außenpolitischen Druck!) Ich würde sagen: auch den innenpolitischen Druck. Wir sollten uns von den 80 % absolut nicht blenden lassen. Aber die CDU/CSU hat nach dem Gesetz, nach dem sie nach 1945 angetreten ist, einen Namen zu verlieren. Wie sieht denn die Kernsubstanz unserer Freunde überall in der Bundesrepublik, unserer treuen Mitglieder aus, auf deren Schultern auch dieser Bundesvorstand der CDU steht, die uns ihr Mandat delegieren und vieles andere mehr? Das sind zum größten Teil Leute, die kein Verständnis haben – sie gehören nicht zu den 80 % –, wenn wir jetzt sagen, wir wollen über diese Dinge hinweggehen.

Bei unseren zu Recht bestehenden Versuchen, die Partei möglichst offenzuhalten – ich will nicht das Wort „liberal“ gebrauchen –, um möglichst viele Wähler bei der großen Wahl zu bekommen – eine absolut unterstützenswerte Sache –, sollten wir auch folgendes nicht vergessen. Das, was die entscheidende innere Substanz der CDU ausmacht, sind im Durchschnitt Leute, die im Dritten Reich eine bestimmte Position eingenommen haben. Man muß auch an diese Seite denken. Aus vielen, vielen Besprechungen gerade mit älteren Freunden in der Partei, die in dem großen Dreieck der Weimarer Koalition auf der kleineren Ortsebene eine Rolle gespielt haben, weiß ich, daß alle Sympathie für unseren Freund Benda haben; sie sagen, das ist richtig. Wir sollten uns also zunächst dem fügen, was von den Fachleuten gesagt wird. Ich vermag keinen besseren Vorschlag zu machen. Das beste wäre, über die Strafrechtsnovelle den Verjährungstatbestand zu verändern. Ich meine, in der CDU muß man an jene Leute denken, die von der Zeit etwas zu verlieren haben. Etwas ganz anderes ist es, wenn wir jetzt sagen: Hier geht es nur um kriminelle Tatbestände, die das Strafgesetzbuch zu allen Zeiten unter Strafe gestellt hat, und zwar völlig zu Recht. Es geht nicht quasi um eine Neuauflage einer Art von Entnazifizierung. Das ist unterschwellig die Angst dieser 80 %. Sie sind, im einzelnen angesprochen, alle für die Bestrafung von Mord. Sie sind nur der Meinung, im Gefolge dieser Prozesse kommt etwas anderes hoch: eine Quasi-Entnazifizierung.

Ich möchte auch vor einer Gleichung warnen, wie Sie, Herr Bundesparteivorsitzender, sie vorhin hier gebracht haben: Nazi und Pg ist das gleiche. Ich habe aufgrund von Beobachtungen nach dem Kriege und aufgrund des Studiums von Akten die allerstärksten Bedenken, das generell zu sagen. Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier hat einige Beispiele gebracht. Ich will gar nicht die kritische Frage stellen, was von dem übrig bliebe, was wir vorhin als Prominenz der CDU/CSU bezeichnet haben. (*Zuruf*: Eine ganze Menge!) Ja, es war auch eine ganze Menge mit drin, die sich in diesen Jahren noch redlich um diesen Staat bemüht haben. Das müssen wir objektiv auch sagen. Wir müssen also deutlich machen, daß es sich nur darum handelt, gegen Mord usw. anzugehen. Es darf keine neue Entnazifizierungspsychose erzeugt werden. Wir sollten auch den Eindruck vermeiden, daß hier eine Art Aufrechnung geschehe.

Sie können Dresden⁷³ und Auschwitz nicht in einen Topf werfen. Da würden wir uns nämlich auf einer Ebene bewegen, die von bestimmten Leuten in Münchner Zeitungen beschritten wird.⁷⁴

Die Diskussionen in der CDU/CSU, die ich sehr bejahe, um Begriffe wie Nation und national, dürfen wir nicht von vornherein verhindern. Aber diese Diskussionen dürfen uns auch nicht in eine Nähe von Leuten bringen, mit denen ich nichts zu tun haben möchte. Ich würde noch heute aus der CDU austreten, wenn die Partei in eine solche Linie hineinkäme. Wir brauchen uns von Leuten, die eine ganz andere Auffassung von Nation und national haben, nicht Nationalgefühl vorhalten lassen. Wo haben diese Leute in Deutschland Nationalgefühl bewiesen, wo haben sie das getan?

Dann zu den außenpolitischen Gründen! Jetzt ist Winston Churchill zu Grabe getragen worden. Lesen Sie einmal die Nachrufe aus allen Kreisen. Lesen Sie einmal den Lebensweg dieses Mannes an seinen entscheidenden Punkten. Wenn Sie zu der Affäre von Dresden kommen, dann kommen Sie in nächste Nähe dieser Dinge.

Krone: Wie beurteilen Sie aber die Reaktion in weiten Kreisen unseres Volkes auf den Entschluß, zu verlängern? Ich bin besorgt, daß da – nicht bei uns, aber draußen – wieder stark etwas hochkommt. Haben Sie die Sorge nicht auch?

Kohl: Nein! Ich habe bei uns in der letzten Haushaltsdebatte mit einem sehr, sehr großen Echo das Verhältnis zum Nationalen angesprochen. Ich habe deutlich unterschieden zwischen dem, was eine neue Entnazifizierungspsychose schafft, und dem, was die Verfolgung von Mord ist. Auch ein alter Parteigenosse, der das Goldene Parteiabzeichen hatte, an sich aber ein anständiger Mensch geblieben ist, hat kein Verständnis, wenn er das liest, was im Auschwitzprozeß herausgekommen ist, daß kleine Kinder in die Flammen geworfen worden sind. Er sagt: Wenn der bestraft wird, dann bin ich dafür. Er sagt es aus einem anderen Grund; das sollten wir im Verhältnis zu den alten Nazis nicht ganz vergessen. Wir können die Bundesrepublik auflösen, wenn wir die 12 Millionen Pg's sozusagen eliminieren. Unter den Leuten gibt es viele, die aus jener Zeit ein irgendwie geartetes schlechtes Gewissen haben. Für diese Leute – das sind auch Wähler – ist es sogar psychologisch ein Vorteil, zu erfahren, daß man diesen entscheidenden Unterschied zwischen ihnen macht und denen, die die Verbrechen begangen haben. Ich habe nicht die Angst, daß der Antrag Benda, draußen vernünftig psychologisch angebracht, schlecht ankommen wird. In weiten Kreisen wird das Echo kommen: Wir wollen eine Bereinigung im Moralischen, aber keine Verurteilung von Leuten, die sozusagen in jener Zeit eine läßliche politische Sünde begangen haben.

73 In der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 wurde – trotz ihrer militärischen Bedeutungslosigkeit – die Stadt, die neben ihren ca. 630.000 Einwohnern noch etwa 500.000 schlesische Flüchtlinge beherbergte, durch drei britisch-amerikanische Luftangriffe weitgehend zerstört.

74 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 1. Februar „Was haben die Alliierten getan ...“ sowie Leserbriefe vom 5. Februar „Jetzt handelt es sich um ungesühnte Morde an Deutschen“ und vom 30. Januar 1965 „Verjährungsfrist in der Bundesrepublik: Endlich einen Schlußstrich ziehen“.

Ein Wiedererstehen einer Tendenz, die darin besteht, aufzurechnen, würde ich für eine Katastrophe halten. In der jungen Generation ist jetzt eine andere Periode heraufgekommen. Die Diskussion läuft jetzt ganz anders als vor acht, neun Jahren. Heute wird in den Familien gefragt: Opa, Vater, warum bist du damals in die Partei reingegangen? Aus jenem Frageprozeß heraus wird dann ganz unbefangen darüber geredet, es wird nicht mehr mit vorgehaltener Hand darüber geredet. Bisher konnte man die Beobachtung machen, daß zwei Dinge in Deutschland in der Familie nicht besprochen wurden: die Fragen der Sexualerziehung und die Fragen der früheren politischen Betätigung von Vater und Mutter im Dritten Reich. Das ist eine Sache, die mir auch Studienräte bestätigt haben. Wenn der Studienrat, der meinetwegen heute 55 Jahre alt ist, den Kindern in der Schule erzählt, ich bin 1937 in die Partei gegangen, weil ich an das und das geglaubt habe, dann haben die Buben Respekt. Wenn aber jetzt einer eine schöne demokratische Rede hält und die Kinder hören von ihrem Onkel, das war auch ein dicker Nazi, dann ist alles dahin.

Mir scheint es also zweckmäßig zu sein, mit einer vernünftig dosierten Offenheit die Dinge anzusprechen. Ich spüre die Ansätze bei uns, ich spüre sie mindestens jenseits der Grenzen der CDU, im Augenblick bei der CSU; als Pfälzer habe ich ja noch enge Beziehungen zu München. Herr Bundesminister Höcherl, sagen Sie auch unseren Freunden in der CSU, daß sie nicht um der Wahlstimmung willen der Versuchung unterliegen sollen, mit der Zahl 80 % eine Politik zu machen, die ich aus dem inneren Gesetz der CDU heraus einfach nicht vertreten würde.

Adenauer: Herr Bundesminister Höcherl!

Höcherl: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß diese gewisse Auseinandersetzung, die seit Wochen und Monaten geht, uns alle ehrt, daß sie für die geistige Lebendigkeit unseres Lagers spricht. Hier geht es um die praktischen Folgerungen. Die Argumente sind ausgetauscht; wir müssen entscheiden, wie es weitergehen soll.

Ich bin Ihr Gast und muß Ihnen aus Loyalität sagen, daß in unserem Fraktionsteil, in der Landesgruppe der CSU, eine überwältigende Mehrheit dafür existiert, die Verjährung nicht zu verlängern. Das gleiche ist auch bei der FDP der Fall. Was wird das politische Ergebnis sein? Nachdem das Lager der Gegner so bunt besetzt ist – es beginnt bei Arndt und Dehler und Leuten, die aus einer ganz anderen Richtung kommen –, ist es ganz ausgeschlossen, daß in unserer Fraktion oder in der Koalition eine einheitliche überzeugende Meinung erzielt wird. Bei den einzelnen Lösungsversuchen unterscheiden sich diejenigen, die verlängern wollen, schon hinsichtlich der Technik. Diejenigen, die sagen, es muß Schluß sein, haben nicht nur psychologische Gründe, sondern auch ganz hervorragende Gründe rechtspolitischer Art. Das hat nichts mit Juristerei zu tun. Dem Recht ist der Friedensgedanke eigentümlich, daß einmal Schluß sein muß. Das ist das Wesen des Rechts zu allen Zeiten gewesen. Wer sich darüber täuscht, hat den letzten Kern nicht so aufgenommen, wie es sein müßte.

Ich würde folgendes empfehlen: So, wie die Dinge laufen, sind wir zunächst einmal – unabhängig von der geistigen Auseinandersetzung – angesprochen, ein

Votum zu dem Bericht über das Ergebnis der ganzen Ermittlungen abzugeben. Dabei ist nicht zu bezweifeln, daß die Justiz Jahre hindurch nichts getan hat. Erst in den letzten zwei, drei Jahren hat sie auf einmal einen großen Anlauf genommen, und zwar angesichts des bevorstehenden Endes der Verfolgungsmöglichkeiten. Die Zentralstelle⁷⁵ ist nicht aus einem heiteren Einfall geschaffen worden, sondern weil man gesehen hat, es kommt das Jahr 1965, es kommt das Ende der Verfolgbarkeit. Deswegen wurden die Anstrengungen verstärkt. Das ist ein grauenvolles Versagen der Justiz, die jedenfalls seit 1949 freieste Ermittlungsmöglichkeiten gehabt hätte. 15 Jahre müßten ausreichen, einen solchen Sachverhalt aufzuklären. Davon ist kein Gebrauch gemacht worden. Jetzt soll dieselbe Justiz, die sich selber dieser Mittel beraubt hat, in die Lage versetzt werden, für dieses Versäumnis einen Ausgleich zu bekommen. Das ist nicht in Ordnung.

Wir dürfen nicht übersehen, daß es eine Malaise im ganzen Volk gibt, wenn wir fortgesetzt zurückweichen. Die Leute mögen das nicht. Wir tun das auch in anderen Fragen, im außenpolitischen Bereich; das mag auf die Dauer niemand. Man hat den Eindruck, daß man die sachliche nüchterne Haltung gegenüber Ansprüchen fehlen läßt, die von Leuten vorgetragen werden, die keine innere moralische Berechtigung dazu haben.

Die erste Station wird der Bericht sein. Wir müssen fragen, wie wir uns zu dem Ergebnis stellen. Die Bundesregierung muß sich dazu äußern. Die Entscheidung selber liegt beim Parlament. Dazu würde ich Sie um Überlegung bitten, ob es nicht richtig und gut ist, im Parlament in einer solchen Frage, wo auf der einen Seite der verständliche und begreifliche Wunsch besteht, die Dinge verfolgt zu sehen, und auf der anderen Seite hohe rechtspolitische Interessen gegenüberstehen, die Frage durch alle Fraktionen hindurch entscheiden zu lassen. Das könnte dem Bundestag zur Ehre gereichen.

Die größte Gefahr läge darin, wenn Sie qua Parteivorstand oder wir qua Bundesregierung einen Standpunkt beziehen und dann durch fünf, sechs oder acht Stimmen desavouiert würden, die sich aus dem Aufeinanderprallen der Meinungen ergeben. Es handelt sich hier für jeden um eine Gewissensfrage. Da kann man keine Auflagen machen. Wir haben x-mal die Möglichkeit gehabt, die Dinge zu ordnen. Jetzt können Sie das aber nicht mehr von der Frage trennen, daß der Druck von außen entscheidend sei. Alle Versuche, diesen Zusammenhang auseinanderzureißen, kommen nicht mehr an. Dieses Thema eignet sich nicht für eine taktische Lösung. Es geht hier um eine harte, vom Gewissen getragene Auseinandersetzung. Die Entscheidung muß in einer demokratischen Form in der Abstimmung getroffen werden. Diesen Weg würde ich vorschlagen.

75 Die Justizminister der Länder beschlossen am 5. Oktober 1958 die Einrichtung der Zentralen Koordinierungsstelle für die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. Sie nahm im Dezember 1958 ihre Arbeit auf (AdG 1958 S. 7328 und 7424).

Adenauer: Herr Dr. Gradl.

Gradl: Ich möchte mich nur informieren, was am Freitag im Bundesrat geschehen soll. Ich habe den Antrag Benda mit unterschrieben.

Herrn Minister Höcherl gegenüber möchte ich nur feststellen, daß hervorragende rechtspolitische Güter auf dem Spiel stehen. Wie ich den Vorgang sehe, handelt es sich um eine völlig neue Kategorie des Verbrechens, um den systematisch organisierten Massenmord, der von Deutschen begangen worden ist. Das kann man nicht mit normalen Maßstäben messen.

Wenn am nächsten Freitag im Bundesrat zu der Frage Stellung genommen werden muß, ob ein Antrag von Hamburg⁷⁶, der mit dem Antrag Benda übereinstimmt, nämlich die Verjährung von Mord auf 30 Jahre zu verlängern ... (*Zuruf:* In dem Hamburger Antrag ist überhaupt keine Verjährung mehr für Mord vorgesehen! Bei Benda steht 30 Jahre!) Im Prinzip ist das kein wesentlicher Unterschied. Jedenfalls müssen dazu die Vertreter der CDU in diesem Gremium Stellung nehmen. Ich kann mir offen gestanden nicht vorstellen, wie man sich da irgendwie durchzuschlängeln und auszuweichen versucht; das wäre der schlechteste Eindruck, der für die CDU in dieser Sache gemacht werden könnte. Es muß Stellung bezogen werden.

Ich war bisher der Meinung, auch gestern nachmittag im Fraktionsvorstand, daß es richtig ist zu warten, bis der Bericht der Bundesregierung vorliegt. Dann wird am 10. März im Bundestag die Debatte über die Bühne gehen und eventuell eine Entscheidung gefällt werden.⁷⁷ Wenn es aber so ist, wie hier gesagt worden ist, dann haben wir die Zeit nicht mehr, sondern dann müssen wir uns vorher entscheiden. Und wenn das zutrifft, dann kann ich nur sagen, wenn wir schon springen müssen, dann soll man das nach Möglichkeit abkürzen; denn das allerschlimmste ist das, was jetzt vor sich geht. Durch unsere scheinbare Unschlüssigkeit – obwohl sich zunehmend bei allen die Meinung stark bemerkbar macht: wir werden nicht umhinkommen – wird die Welt draußen herausgefordert, uns mit neuen Kübeln zu überschütten, wie es systematisch nicht nur unter der Führung von Pankow und vom Osten, sondern auch von Fellow-travellers in den anderen Ländern geschieht. Das schreit danach, daß wir möglichst bald eine klare Position beziehen. Deshalb bin ich der Meinung, daß dieser Vorstand heute zum Ausdruck bringen sollte, daß er für das Verlangen, Mord nicht verjähren zu lassen oder die Verjährungsfrist für Mord zu verlängern, volles Verständnis hat.

Nun entsteht aber eine schwierige Frage. Ich kenne auch das Unbehagen im Lande. Wir müssen uns unter parteipolitischen Aspekten darüber im klaren sein, daß etwas

76 Initiativantrag des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg zum Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Strafverfolgungsverjährung bei Mord und Völkermord vom 14. Januar 1965 (BR-Drs. 21/65). Vgl. FAZ vom 7. Januar 1965 „Antrag zur Verjährungsfrist“.

77 Debatte über den Bericht des Bundesministers der Justiz, Dr. Ewald Bucher, über die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten vom 26. Februar 1965 (Drs. IV/3124) in der 170. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. März 1965 (Sten.Ber 4. WP Bd. 57 S. 8516–8571).

an der Spekulation dran ist, man könne dieses Unbehagen parteipolitisch einfangen. Dies genau ist die Absicht der FDP. Nationalismus und Kulturkampf sind die beiden Parolen, mit denen die FDP diesen Wahlkampf führt. Mit Kulturkampf meine ich eure Sache in Westfalen.⁷⁸ Das ist für die ein willkommenes Fressen. Das andere ist der Nationalismus, der hier eingefangen werden soll.

Wir haben uns also jetzt zu entscheiden. Ich lasse einmal die Einzelheiten dahingestellt. Herr Bundeskanzler, ich halte nicht viel von dem Gedanken, die Sache bis 1969 unter Berufung darauf zu verschieben, daß die Justiz erst ab 1949 habe arbeiten können. Dann stehen wir vor der nächsten Bundestagswahl vor derselben Misere. Aber wenn wir uns entscheiden, daß keine Verjährung eintreten soll, ist es notwendig, daß wir sofort der Öffentlichkeit sagen, was in Wahrheit vor sich geht. Es muß also dem Irrtum draußen begegnet werden, daß alles wieder aufgeworfen werde.

Vier Punkte müssen von der Bundesregierung, vom Bundespresseamt, von der Partei systematisch vertreten werden, wenn wir uns zu einer Verlängerung der Verjährung entschließen: Erstens den Irrtum aufklären, daß es aufhört, wenn man die Verjährung ablaufen läßt, den Irrtum, daß wir, wenn wir nichts tun, von diesen Prozessen verschont blieben. Die Leute draußen denken doch, daß das aufhört. Wir müssen also klarmachen, daß das ohnehin nicht der Fall ist. Zweitens müssen wir folgendes klarmachen: Es wird keiner dadurch verurteilt, daß man die Verjährung verlängert, sondern jeder hat das Recht, sich in einem hochnotpeinlichen Verfahren vor aller Öffentlichkeit zu rechtfertigen; er ist durch die Rechtsgüter dieses Staates geschützt. Drittens: Wir wollen auch sicher gehen, daß man nicht aus den Akten, die noch in Reserve gehalten werden, Vorwürfe über uns ausschüttet. Wir müssen uns dagegen wehren, indem wir diese Vorwürfe zum Gegenstand klärender Gerichtsverfahren machen. Dabei wird bei manchen herauskommen, daß Vorwürfe zu Unrecht erhoben worden sind. Viertens: Es geht nicht um die Verfolgung von Nationalsozialisten, es geht nicht um die Verfolgung von Pg's, es geht nicht um eine neue Entnazifizierung; um alles das geht es nicht, alles das wollen wir nicht. Das müssen wir sagen. Es geht nur um die Verfolgung von wirklichen Mördern, um sonst nichts. – Diese vier Punkte müssen wir sehr deutlich zur Abwehr dessen darlegen, was unter Nationalismus und sonstigem gegen uns aufgefahren wird.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist noch nicht die Frage erwähnt worden, ob eine Verlängerung der Verjährung auch auf einen Mord Anwendung findet, der vor der Verlängerung der Verjährung begangen worden ist.

Schmidt: Das müssen die Gerichte entscheiden. Das ist eine rein strafprozessuale Sache. In diesem Zusammenhang ist das belanglos.

⁷⁸ Vermutlich gemeint ist die Auseinandersetzung mit der SPD um die Schulen, die von einer Kulturkatastrophe sprach. Sie hatte eine Zerschlagung der Volksschule durch eine institutionelle Aufspaltung in eine vierklassige Grundschule und eine fünfklassige Hauptschule beantragt (vgl. UiD Nr. 9 vom 3. März 1965 S. 3).

Adenauer: Herr Dr. Fay!

Fay: Meine Damen und Herren! Der Landesverband Hessen hat sich in einer Sitzung sehr eingehend mit dieser Frage befaßt. Ich habe keine Abstimmung durchführen lassen; es wurde aber eine Meinung gebildet, und sie ging dahin, die Verjährung nicht zu verlängern.

Ich bin etwas erstaunt, daß bis jetzt immer gesagt worden ist, die rechtlichen Dinge stellen wir zurück, wir entscheiden politisch. Sie, Herr Bundeskanzler, haben auf einen maßgebenden Gesichtspunkt hingewiesen. So sollte man in einer Christlich-Demokratischen Union nicht argumentieren, weil das doch zu leicht nach dem Standpunkt riechen könnte: Macht entscheidet das Recht. Das ist das, wogegen wir mit Leidenschaft gekämpft haben. Ich glaube, das Problem muß rechtlich, moralisch, außenpolitisch und innenpolitisch bedacht werden.

Rechtlich: Die Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord schlechthin oder die Aufhebung einer Verjährungsfrist hat nur dann einen Sinn, wenn sie rückwirkend wirkt. Hier fängt just das Problem an. Wir wissen, daß das Reichsgericht, das bestimmt nicht so frei und unabhängig entscheiden konnte, mitten im Krieg festgestellt hat, daß die Verjährungsfristen eine rein prozessuale Angelegenheit seien, die mit dem Strafanspruch des Staates nichts zu tun habe. Früher war es in der Rechtslehre sehr umstritten, ob die Verjährungsfrist Teil des Strafanspruchs ist oder nicht. Ich bin der Auffassung, sie ist Teil des Strafanspruchs. Ich wehre mich dagegen, jetzt so unbesehen das nachzubeten, was ein nationalsozialistisches Reichsgericht als Recht anerkannt hat. Ich bin der Auffassung, daß die Verlängerung oder die Aufhebung der Verjährungsfrist einen Eingriff in unsere Verfassung darstellt, daß sie wahrscheinlich in ein Recht eingreift, auf das wir überhaupt nicht verzichten können.

Die Lösung, die Bundeskanzler Dr. Adenauer vorgeschlagen hat, ist eine praktikable Lösung, die das Problem zwei, drei, vielleicht auch vier Jahre hinausschiebt. Aber dann stehen wir vor derselben Frage. Die Lösung kann nur so sein, wie Herr Dr. Schmidt sie angedeutet hat. Das Gesetz – es wurde von der Regierung Adenauer eingebracht⁷⁹ –, daß der 8. Mai der Stichtag ist, müßte geändert werden. Ich hätte hier wegen der Verfassungssituation keine Bedenken; denn dieses Gesetz würde keinen Eingriff in die Grundrechte darstellen. Sie können ohne weiteres auf den Tag des Beginns der Bundesrepublik abstellen. Dabei bestehen aber auch wieder Bedenken. Ich erinnere mich, daß ich am 5. November 1945 als Richter in Frankfurt angefangen habe. Wir hatten in unserem Schwurgericht in Frankfurt am 5. November 1945 die Rechtspflege völlig intakt. Hier würde also das Problem nur um sechs Monate verschoben werden können.

Die politische Seite, und zwar zunächst die außenpolitische Seite! Ich bin der Auffassung, daß jeder neue Prozeß, der in Deutschland wegen Naziverbrechen geführt wird, der Presse im Ausland willkommener Anlaß ist, nicht die Nazis, sondern uns,

⁷⁹ Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über den Ablauf der durch Kriegs- oder Nachkriegsvorschriften gehemmten Fristen vom 30. März 1951 (BGBl. S. 213).

die jetzt lebenden Demokraten in Deutschland oder schlechthin die Deutschen, zu beschimpfen. Sie werden sagen, selbst wenn die Verlängerung nicht kommt, werden die Prozesse weitergeführt. Das ist richtig. Das Wort: Wir leben mit den Mördern zusammen, hat übrigens nichts mit der Verlängerung oder Nichtverlängerung der Verjährungsfrist zu tun. Es geht nur darum, ob wir mit bestraften oder mit nicht verurteilten Mördern zusammenleben. Wir leben nun einmal mit ihnen zusammen; deswegen ist das auch kein entscheidendes Argument. Es ist sehr ernsthaft die Frage zu prüfen, ob wir nicht – vielleicht ausgenommen Mord – demnächst an eine Amnestie denken sollten. Hierüber ist noch kein Wort gesagt worden. Wenn wir jetzt hart durchgreifen und die Verjährungsfristen nicht verlängern, wird es im Ausland ein großes Aufschreien geben, vielleicht insbesondere in New York, weniger in der Provinz, weniger in Alabama. Entschuldigen Sie, wenn ich [in] Klammern hinzufüge, das dauert ein halbes Jahr, dann ist die Geschichte rum. Wenn wir aber dafür sorgen, daß weiterhin Prozesse geführt werden und die von einem Generalstaatsanwalt Bauer⁸⁰ in Frankfurt mit viel Geschick in die Länge gezogen werden und jeden Tag die Zeitungen der deutsch-feindlichen Presse mit den Berichten gespickt werden, dann erreichen wir gar nichts. Auch außenpolitisch gesehen ist ein harter Schnitt viel vernünftiger. Wir haben dann sechs Wochen oder vielleicht auch sechs Monate Krach, und dann ist Ruhe, weil wir ganz andere Probleme in der Welt zu lösen haben als diese.

Innenpolitisches Problem! Es wird hier von dem Ergebnis 80 % gesprochen. Ich muß die Mitteilung verfeinern: es sind keine 80, sondern nur 70 %; aber im vergangenen Jahr waren es 56 %. Unter dem Eindruck der gerade bei uns geführten Prozesse ist die Quote derer gestiegen, die Schluß machen wollen. Die Quote derer, die für die Verlängerung sind, ist von 20 auf 19 % herabgesunken. Das ist ein Faktum, das wir nicht vergessen sollten.

Herr Kohl, natürlich sind viele gute Leute, die in Weimar gekämpft haben und die nachher in die Mühle kamen, auch bei uns. Das ist vielleicht unser guter Sauerteig. Wir haben aber auch eine große Anzahl von Wählern – sie führen vielleicht die Spitzenentscheidung herbei –, die völlig anderer Meinung sind. Das sind nämlich jene 70 %, die nun mal Ruhe haben wollen. Wir stehen vor einer Bundestagswahl, und wir sollten auch ein bißchen listig denken. Ich glaube nicht, daß Sie irgend etwas an Wählerstimmen gewinnen, wenn Sie verlängern. Die, die mit Leidenschaft dafür sind, sind zum allergrößten Teil nicht bei uns; die können Sie bei den Freunden des Generalanwaltes Bauer finden. Wir brauchen die anderen für die Spitzenentscheidung. Ich frage mich, warum ein so kluger Mann wie Herr Arndt mit Leidenschaft für die Nichtverlängerung eintritt.⁸¹ Ich frage mich auch, warum der Parteitag der SPD in Karlsruhe wie die Katze um den heißen Brei herumgeschlichen ist und das Problem

80 Fritz Bauer (1903–1968), Jurist; 1949–1956 Landgerichtsdirektor, ab 1950 Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht Braunschweig, 1956–1968 hessischer Generalstaatsanwalt.

81 Vgl. FAZ vom 11. Januar 1965 „Arndt gegen längere Verjährungsfrist“.

nicht angesprochen hat. Nachdem Herr Benda den Startschuß gegeben hat, haben natürlich die einen Sozialdemokraten gesagt, jetzt machen wir mit; die anderen Sozialdemokraten sagen aber, laßt die Sache ruhig weiter rollen; sie pflegen auch ihre Randwähler, die die Spitzenentscheidung für sie bringen können.

Das waren die Erwägungen, die wir angestellt haben und die uns veranlaßt haben, mit einer ganz breiten Mehrheit den Rat zu erteilen, die Verjährungsfrist nicht zu verlängern.

Adenauer: Herr Amrehn!

Amrehn: Mit der Verlängerung der Verjährungsfrist gewinnen wir bestimmt keine Wähler. Aber als ich heute morgen die Frage angesprochen habe, ging ich davon aus – und dem hat der Bundesaußenminister bisher nicht widersprochen –, daß wir die Nichtverlängerung außenpolitisch nicht durchhalten werden. Wenn das der Fall ist, bleibt nur die Frage, ob im juristischen Bereich Gegengründe bestehen, die so stark sind, um die außenpolitischen Nachteile in Kauf nehmen zu können. Da ist in der Tat die juristische Entscheidung auch eine echte politische Entscheidung im Rahmen des Grundgesetzes und außerhalb des Grundgesetzes. Das ist insoweit der Kern des ganzen Streites oder der Gegenargumente. Dazu gibt es nicht nur diese reichsgerichtliche Entscheidung. In der Schrift von Herrn Benda ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts⁸², veröffentlicht im ersten Band, angeführt, wonach die Verlängerung der Verjährungsfrist insoweit keine Änderung des Grundgesetzerfordernisses verlangt, wonach jemand für eine Tat nicht bestraft werden darf, die im Zeitpunkt ihrer Begehung nicht bereits strafbar war. Das ist da entschieden worden. Das enthebt uns also der Würdigung dieses Gegenargumentes, das, wenn es bestünde, sehr ernst zu nehmen wäre. Deshalb glaube ich, daß man über diese Schwierigkeit hinwegkommt, die bisher als einzige im Bundeskabinett den Ausschlag gegeben hat. Es ist auch bei Arndt, wenn man seinen Argumenten folgt, in der Tat erst eine Verdrehung des Wortlautes des Grundgesetzartikels nötig, um zu den Schlußfolgerungen zu kommen, zu denen er gelangt.

Ich meine, daß es besser sei, die Entscheidung zu treffen, die seit Jahrzehnten in der Diskussion um die Strafrechtsreform gefordert wird: Entweder für Mord auf 30 Jahre zu gehen oder die Verjährung ganz wegfallen zu lassen.

Ich glaube, wir sind im Bundesvorstand der CDU einig, daß es mit dem 8. Mai nicht zu Ende sein darf. Es hat sich bisher, außer Herrn Minister Höcherl, keine Gegenstimme erhoben. Aber auch er hat zum Schluß gesagt, man solle den von Herrn Bundeskanzler Adenauer vorgeschlagenen Weg gehen. (*Höcherl:* Ich habe das für eine Möglichkeit gehalten!) Wir müssen aber auch noch folgendes beachten. Wir haben im Jahre 1946 und 1947 in Berlin Morde aus den Jahren 1945 und 1946 abgeurteilt. Soweit sie nicht abgeurteilt worden sind, würde demnächst dafür

82 Ernst BENDA: Verjährung und Rechtsstaat. Verfassungsprobleme der Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen. 2. Aufl. Berlin 1965. Vgl. FAZ vom 26. Januar 1965 „Benda beruft sich auf das Verfassungsgericht“.

die Verjährung eintreten. Wir können nun aber nicht eine Unterscheidung zwischen Morden machen, die 1946 begangen worden sind und die demnächst verjähren, und Morden aus dem Jahre 1943, die dann noch nicht verjähren, weil wir davon ausgehen, daß erst mit dem Beginn der Bundesrepublik die Verfolgbarkeit möglich war.

Wir kommen aus all diesen Schwierigkeiten heraus, wenn wir einen Antrag, wie ihn Herr Benda oder das Land Hamburg gestellt hat, unterstützen. Dabei brauchen wir uns noch nicht auf die dort vorgesehenen Einzelheiten festzulegen. Der Bundesvorstand muß aber sagen: Es muß der Weg gefunden werden, der uns über diese Klippen hinweghilft. Ich lasse da alle anderen Gesichtspunkte weg und lasse nur den gelten: Wir werden die Nichtverlängerung nicht durchhalten und müßten erhebliche außenpolitische Nachteile in Kauf nehmen, die lange Jahre wirken würden, wenn wir den Entschluß nicht fassen könnten.

Adenauer: Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Meine Damen und Herren! Es ist eine Fülle von Argumenten vorgetragen worden, die Sie alle aus der monatelangen Diskussion in der Öffentlichkeit ziemlich genau kennen. Das Dilemma ist für uns, daß jeder den Standpunkt des anderen respektiert und daß wir uns in dieser Diskussion, in der sehr gegensätzliche Urteile laut wurden, doch verstehen.

Ich muß sagen, daß die Situation in unserer Wählerschaft doch anders ist. Der Riß geht durch unsere Wählerschaft hindurch. Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben. Gleichgültig, ob es 70 oder 40 % sind, wesentliche Teile unserer Wählerschaft werden für eine Entscheidung, die jetzt eine Änderung in grundlegendem Sinne herbeiführt, kein Verständnis haben. Sie werden das im Zusammenhang mit der allgemeinen Situation als ein Zurückweichen empfinden. Das wird zweifellos den Wahlkampf und die Wahlentscheidung beeinflussen.

Diejenigen, die Bedenken gegen den Antrag Benda vorbringen, tun dies nicht nur aus diesen sehr wichtigen wahl- oder allgemeinpolitischen Überlegungen, sondern auch deshalb, weil aus dem Kreis derjenigen, die wahrscheinlich in erster Linie zu urteilen berufen sind, nämlich der hohen Richter, entschiedene Bedenken laut werden. Nicht nur der Präsident des zuständigen Senats des Bundesgerichtshofs⁸³, der sicher wie kein Zweiter die konkreten Fälle kennt, sondern auch zahlreiche andere namhafte hohe Richter bringen zum Ausdruck, daß man eine zunehmende Unsicherheit in der Beweisführung erlebt; dadurch kommt es zu Urteilen, wie sie jetzt wieder gefällt worden sind. Der Unterschied läge nur darin, daß wir diese Dinge dann noch viele Jahre verlängern. (*Zurufe.*)

83 Dr. Hans Eberhard Rotberg (1903–1995), Jurist; 1946–1949 Senatspräsident am Oberlandesgericht Koblenz und Abteilungsleiter im Justizministerium von Rheinland-Pfalz, 1950–1952 Leiter der Strafabteilung im Bundesjustizministerium, 1952 Bundesrichter, 1953–1969 Senatspräsident am Bundesgerichtshof (1953–1962 und 1966–1969 des 4., 1963–1966 des 3. Strafsenats).

Ich stehe noch unter dem Eindruck eines Gesprächs in Kiel, das der Ministerpräsident, Herren der Landesregierung, die über die Sache im Bundesrat abstimmen müssen, und einige Herren von unserer Seite mit unserem Oberlandesgerichtspräsidenten geführt haben, der wenige Tage vor dem Ende des Frankfurter Prozesses auf den Tatbestand hingewiesen hat, den wir in den sogenannten Kompromißurteilen haben, die besonders problematisch sind und bei denen eine sehr stark erdrückende Beweislast auf der einen Seite und eine Unsicherheit in den Zeugenaussagen auf der anderen Seite dazu führt, daß viele Gerichte es nicht wagen freizusprechen, aber auch nicht wagen, scharf zu verurteilen; dann kommen für tausendfachen Mord Urteile von drei bis fünf Jahren Gefängnis für den Angeklagten heraus.

Es wurde hier die Befürchtung geäußert, daß durch eine Nichtverlängerung unerhörte außenpolitische Schwierigkeiten eintreten könnten. Ich habe einmal in Amerika in der „New York Herald Tribune“ eine ganze Seite über die Probleme der Rechtsprechung in Deutschland gefunden. Hier waren 40 dieser Kompromißurteile angeführt, auf der einen Seite die Anklageschrift und auf der anderen Seite das Ergebnis mit einer für uns niederschmetternden Kommentierung. Wenn man die politische Wirkung dieser Sache diskutiert, muß man auch diese Dinge einbeziehen.

Wir stehen nun vor der Frage, ob wir die Verjährungsfristen überhaupt aufheben sollen. Das scheint mir als Nichtjuristen rechtspolitisch sehr fragwürdig zu sein. Wir stünden hier unter dem Druck, [in] einer viel zu kurzen Zeitspanne von vier bis sechs Wochen eine so fundamentale Frage entscheiden zu müssen. Da habe ich ein unbehagliches Gefühl. Es handelt sich ja nicht um eine Novelle zum Strafgesetzbuch; das ist ja praktisch ein neues Strafgesetzbuch.

Auf der anderen Seite haben wir dann den Antrag Benda. Ich bin der Überzeugung, daß unsere Fraktion hier auseinanderbrechen wird. Diese gewissensmäßige Entscheidung ist zwar sehr zu würdigen; die politische Wirkung wäre aber ganz negativ.

Dagegen bietet der Vorschlag des Bundesvorsitzenden unter dem Aspekt einer möglichst weitgehenden Zusammenfassung der unterschiedlichen Auffassungen vielleicht eine Chance, daß sich eine große Mehrheit unserer Fraktion im Plenum noch auf einer Linie findet. Mir sind die Argumente, die gegen diesen Vorschlag vorgebracht wurden, durchaus bekannt; das gilt auch für das von Herrn Amrehn zuletzt genannte Argument. Man kann die hier entstehenden Schwierigkeiten aber dadurch lösen, daß man davon ausgeht, daß unmittelbar nach dem Krieg keine volle Rechtssicherheit da war.

Dieser Vorschlag hätte einen großen Vorteil. In vier Jahren wären wir in einer anderen Situation. Die Zentralstelle in Ludwigsburg und die Amtsstellen der Bundesregierung könnten in einer ganz anderen Weise als in den fünfziger Jahren gegenüber der Öffentlichkeit im In- und Ausland permanent klarstellen, daß sie diese vier Jahre mit allem Nachdruck benutzen werden, um noch zu klären, was zu klären ist. Der Aufruf der Bundesregierung, der vor wenigen Monaten gekommen ist, würde also für die vier Jahre gelten. Wenn das dann in einer klaren Darstellung vertreten wird, wird niemand nach vier Jahren kommen und sagen können, ich habe noch Akten.

Ich bin überzeugt, daß es gegen diesen Vorschlag keine ernsthaften Einwände gibt. Ich erblicke in ihm die einzige Möglichkeit, daß eine verhältnismäßig große Minderheit unserer Fraktion in dieser Sache so abstimmt, daß jeder ungefähr seinen Standpunkt nach außen noch vertreten kann. Andernfalls wird nach meinem Eindruck eine nicht sehr große Mehrheit des Bundestages für den Antrag Benda stimmen und eine große Mehrheit dagegen. Das Ergebnis könnte man im Hinblick auf die öffentliche Meinungsbildung nur mit großer Sorge sehen.

Adenauer: Herr Dr. Klepsch!

Klepsch: Die Argumente sind im wesentlichen vorgetragen. Ich bin weitgehend der Auffassung von Herrn Kohl und Herrn Gradl.

Ich möchte nur noch auf zwei Punkte besonders hinweisen. Wir müssen auf alle Fälle in der Öffentlichkeit mit dem Eindruck fertig werden, daß wir uns nur auf eine bestimmte Gruppe von Personen konzentrieren. Die Anträge, die dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, daß man generell bei Mord in dieser Weise vorgehen will, würden weitgehend zur Entlastung beitragen. Ich muß das unterstreichen, was Herr Kohl gesagt hat: Das würde zur Entschärfung der Situation beim Wählervolk beitragen.

Wir sollten überhaupt in dieser Frage die Argumente verlagern. Wir müssen von der außenpolitischen Pression herunterkommen. Wir sollten uns darauf konzentrieren, bei der Verlängerung oder der Aufhebung der Verjährungsfristen nur von Mord zu sprechen, aber nicht nur von den sogenannten Massenverbrechen. Ich möchte warnen, etwa eine Regelung zu treffen, die sich nur auf sogenannte Massenverbrechen bezieht. Das würde einen Eindruck erwecken, der bei den Wählern unglücklich ankäme.

Adenauer: Herr Dufhues!

Dufhues: Die allgemeinen Aspekte sind erörtert worden. Wir stehen vor einer sehr schwierigen Abstimmung, die auch das Wahlergebnis maßgebend beeinflussen wird. Wir müssen aber auch daran denken, daß die Verjährung für die künftige Politik in Deutschland eine Frage ist, die wir mit allem Ernst in den Bereich unserer Überlegungen einbeziehen müssen. Es wäre bedauerlich, wenn das Problem ausschließlich unter dem Aspekt der sogenannten Massenverbrechen gesehen würde. Es handelt sich hier um ein zutiefst rechtliches und sittliches Problem. Hier muß man an den Juristen und an den Ethiker die Frage richten, welcher Schuldvorwurf schwerer wiegt, der des Mordes an der eigenen Mutter oder der desjenigen, der in der Apparatur eines von uns allen zu verantwortenden Staates schuldig geworden ist. Für mich ergibt sich hier als Konsequenz: Wir sollten das Problem nicht lösen unter dem Gesichtspunkt des Fertigwerdens mit unserer Vergangenheit mit den Massenverbrechen, die begangen worden sind; wir sollten es entscheidend unter rechtlichen und ethischen Gesichtspunkten lösen.

Es bleibt allerdings, und dem unterwerfe ich mich, der Gesichtspunkt: Wie wirkt sich die eine oder andere Entscheidung für das Wohl unseres Vaterlandes aus? Dabei können die außenpolitischen Aspekte nicht außer Betracht gelassen werden.

Wir haben m.E. ein wenig voreilig zum Ausdruck gebracht, daß der Druck der öffentlichen Meinung des Auslandes eindeutig war. Als ich mich vor wenigen Wochen

mit dem englischen Botschafter⁸⁴ unterhielt, erklärte er mir auf eine entsprechende Frage, daß diese Angelegenheit in England kaum diskutiert würde und die öffentliche Meinung in England nicht sehr berühre. Ich weiß nicht, wie es in Frankreich aussieht. Sicher sieht es in Teilbereichen der Vereinigten Staaten so aus. Deshalb bitte ich Sie, Herr Schröder, äußern Sie sich zu dieser Frage; sie berührt in starkem Maße auch Ihren Verantwortungsbereich. Wenn wir davon ausgehen, daß eine Nichtverlängerung der Verjährungsfrist unserem Vaterland schweren Schaden zufügt, dann ist das ein Gesichtspunkt, den wir beachten müssen.

Dann ergeben sich für uns zwei Möglichkeiten. Das ist einmal die Lösung, die der Bundesvorsitzende vorgeschlagen hat, für die sicher praktische Gesichtspunkte sprechen. Wenn ich allerdings die Argumente des Herrn Schmidt in Betracht ziehe, seinen Hinweis darauf, daß durch Normen, wenn auch der Besatzungsmächte, die wir als Bestandteil, wie andere, unserer Rechtsordnung akzeptiert haben, dieses Problem bereits rechtlich gelöst und entschieden ist, fürchte ich, werden wir nicht die richtige verfassungsrechtliche Möglichkeit haben, einen Stillstand des Rechtswesens festzustellen. Dazu ist ja vieles gesagt worden. Ich fürchte, daß dieser Weg dann nicht gangbar ist, wenn Ihre Argumente, Herr Schmidt, Bestand haben.

Dann bleibt nur der andere Weg, die öffentliche Meinung in Deutschland davon zu überzeugen, daß in jedem Fall bei Mord eine Verjährungsfrist von 20 Jahren unangemessen ist und daß diese Frist, wie es im neuen Strafgesetzbuch vorgesehen ist, auf 30 Jahre erhöht werden muß. Dann haben wir auch die politische Möglichkeit, unser Volk davon zu überzeugen, daß hier wie in den anderen Fällen die Verjährungsfrist aus grundsätzlichen Erwägungen verlängert werden muß. Dafür könnten wir uns einsetzen.

Ich nehme eine Anregung von Herrn Minister Höcherl auf. Ich halte es nicht für gut, daß wir als Partei einen irgendwie gearteten Zwang auf die Meinungsbildung in der Partei oder in der Fraktion ausüben. Wir können eine Empfehlung aussprechen. Wir sollten in jedem Fall auch in der Öffentlichkeit sagen: Wir geben jedem Abgeordneten die Freiheit der Entscheidung, wir geben jedem die Möglichkeit, in dieser rechtlich und ethisch so schwierigen Frage nach seinem Gewissen zu entscheiden. Ich denke dabei an den Riß, der quer durch unsere Fraktion geht, und die offenbar weitgehend geschlossene Meinung der CSU. Wir sollten in dieser Frage nicht das Bild der Uneinigkeit bieten, denn das würde sich sehr nachteilig für uns auswirken. Ich wiederhole: Ist es aus außenpolitischen Gründen unabdingbar, dann sollten wir diese Entscheidung treffen, dabei allerdings die Gleichstellung von Mord in allen Fällen durch die Vorwegnahme der Strafrechtsreform in diesem Punkte durch eine Verlängerung der Verjährungsfrist auf 30 Jahre vornehmen.

⁸⁴ Sir Frank Kenyon Roberts (1907–1998), britischer Diplomat; 1951–1954 stv. brit. Unterstaatssekretär für Deutschlandfragen, 1954–1957 Botschafter in Jugoslawien, 1960–1962 in Moskau und 1963–1968 in Bonn.

Adenauer: Darf ich eine Frage an Sie richten. Herr Strauß hat einmal gesagt, daß die Gerichte in Bayern hätten arbeiten dürfen, daß aber jedes Todesurteil von der Besatzung hätte genehmigt werden müssen. Ist das ein freies Funktionieren der Gerichte?

Dufhues: Ich bin bereits im Oktober 1945 Richter gewesen und war in meiner Tätigkeit als Richter nicht beschränkt, auch insoweit nicht, als es sich um Mord und Totschlag handelte. Allgemein war es allerdings so, daß Todesstrafen zumindest nicht vollstreckt werden durften. Damit wurde allerdings nur das vorweggenommen, was später Inhalt des Grundgesetzes wurde. Ich glaube nicht, daß man von einem Stillstand der Rechtspflege sprechen darf, wenn eine bestimmte Strafe nicht vollzogen werden durfte.

Schmidt: Wir haben im Überleitungsgesetz anerkannt, daß die Alliierten Gerichts-herrn waren.⁸⁵

Adenauer: Herr Mikat!

Mikat: Meine Damen und Herren! Es geht bei dem Problem einmal um die Frage, vor der wir am Freitag im Bundesrat stehen und die sicherlich diskutiert wird: Handelt es sich um eine materielle Strafrechtsnorm oder nur um eine formelle? Die überwiegende Antwort ist, daß wir es nur mit formellem Recht zu tun haben.

Wir haben zwei Anträge vorliegen. Keiner der Anträge sieht eine Verlängerung der Verjährungsfrist für einen Teilbereich der Morddelikte vor, sondern sie sprechen beide generell von den Morddelikten.

Vor derselben Situation, vor der wir jetzt rechtlich stehen, würden wir auch beim neuen Strafgesetzbuch stehen. Eine Differenzierung der dann möglichen Delikte ist nicht da. Die gegen die Verlängerung der Verjährungsfrist angeführten Gründe einer Grundgesetzverletzung – gemeint ist der Artikel 103 Absatz 2⁸⁶ – sind in der Rechtsprechung, jedenfalls der des Bundesverfassungsgerichts, bisher nicht gedeckt worden.

Mit folgendem Argument sollten wir allerdings vorsichtig sein. Ich meine den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, der zunächst bestechend erscheint, die Verjährungsfrist erst vom Gründungstag der Bundesrepublik an laufen zu lassen. Wenn wir dieses Datum nehmen, gibt es eine Fülle von staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Überlegungen, die sich an dieses Datum für uns in höchst unangenehmer Weise im Rahmen der Diskussion um die Staatensukzession knüpfen können. Wenn Sie so verfahren, können Sie auch niemandem klarmachen, daß die Rechtspflege bis zum 19. September 1949 geruht habe. Sicherlich hat es hinsichtlich der Vollstreckbarkeit

85 Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 26. Mai 1952 (Überleitungsvertrag) in der durch das Pariser Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes vom 23. Oktober 1954 geänderten Fassung. Druck in: Heinrich von SIEGLER (Hg.): Dokumentation zur Deutschlandfrage. Annexbd. 3,1. 2. Aufl. Bonn 1970 S. 193–244.

86 Art. 103 Abs. 2 GG behandelt das Verbot rückwirkender Strafgesetze.

der Urteile in den einzelnen Besatzungszonen verschiedene Praktiken gegeben, besonders skurrile in der französischen Zone, während wir in der amerikanischen und britischen Zone relativ schnell eine funktionierende Rechtsprechung hatten.

Ich warne auch aus folgendem Grunde davor, mit diesem Datum zu operieren: Das gilt dann nicht nur für die Morddelikte, sondern dann greifen Sie generell unser Verjährungsrecht an. Wir können das nicht auf den strafrechtlichen Sektor beschränken. Man kommt in herrliche Zustände auf dem zivilrechtlichen Sektor. Sie werden vielleicht sagen: Das sind versponnene Argumente eines Juristen, die sollten unter Politikern nicht genannt werden.

Schwierig wird die Sache, wenn Sie das Datum der Gründung der Bundesrepublik nehmen, auch noch für folgende Frage. Wenn Sie das so verstehen, daß sich die Bundesrepublik hier erst als Staat konstituiert habe, dann hätte ich dagegen erhebliche Bedenken anzumelden, weil daraus eine Fülle völkerrechtlicher Schlußfolgerungen gezogen werden könnte. Auf dem Kongreß der Amerikaner hat immerhin ein so prominenter Mann wie Hahn⁸⁷, der sich für die Verlängerung der Verjährungsfrist eingesetzt hat, von der Priorität des Völkerrechts gegenüber den innerstaatlichen Verjährungsfristen gesprochen. Er hat ebenfalls diese Gefahr ganz deutlich erkannt. Es geht auf keinen Fall, daß wir hier auf das Datum der Gründung der Bundesrepublik gehen. Wir halten an der Staats sukzession fest, wir konstruieren geradezu, daß die alliierte Militärregierung Rechtsnachfolger im Auftragswesen der nun nicht vorhandenen deutschen Staatsregierung war. Das ist eines unserer wichtigsten Argumente, das sehr groß vorgetragen worden ist.

Die Bedenken von Herrn Arndt sind auszuräumen. Er argumentiert damit, daß er sagt: Wird nicht durch eine Verlängerung der Fristen der Anspruch des Staates auf Strafe ungebührlich ausgeweitet? Da kann man sagen: Weil die Frage im Rechtssinne kontrovers ist, ist es dem Gesetzgeber unbenommen, die in der Strafrechtsreform vorgesehene Regelung vorwegzunehmen. Wir müssen also die Folgen beachten, die sich bei den vorgeschlagenen Fristen ergeben. Ich glaube, daß der Vorschlag von Herrn Schmidt der einzig gangbare, der einzig praktische Weg ist. Bei allen anderen Vorschlägen ergeben sich sehr große völkerrechtliche Schwierigkeiten.

Adenauer: Herr Krone!

Krone: Ich will zu den rechtlichen Argumenten nichts sagen. Ich halte es aber für meine Pflicht, auf folgendes hinzuweisen. Wenn wir nicht verlängern, kommt gewiß – das ist die außenpolitische Seite – draußen in der Welt vieles gegen uns hoch. Das geht bis in die kirchlichen Kreise hinein. Es gibt dann draußen eine neue Kampagne der Diffamierung des deutschen Volkes. Auf der anderen Seite müssen wir auch ganz deutlich sehen, was geschieht, wenn wir verlängern: Wir werden ein Anwachsen der Stimmen der Freien Demokraten erleben; das wird kommen. Ich folge Herrn

⁸⁷ Versammlung der „American Association of former European Jurists“ in New York („Aufbau“ New York vom 5. Februar 1965 „Politische Moral und Gerechtigkeit. Frühere europäische Juristen zur Verjährungsfrist“). – Referent war Rabbiner Dr. Hugo Hahn.

Kohl, man muß sehen, was da passiert. Ich gehe nicht so weit, wie einer sagte, die kommen auf 15 %. Aber daß die über 8 % raus und auf 10 % kommen, davon bin ich überzeugt. Das würde bei der kommenden Regierungsbildung gewisse Konsequenzen haben.

Zweitens bin ich von folgendem überzeugt: Es kommt wieder ein Nationalismus hoch, wie er in Ansätzen schon vorhanden ist. (*Amrehn*: Aber von den Waffenlieferungen mehr als davon!) Daher kommt es auch. Aber er kommt hoch, Herr Amrehn. Herr Stecker ist hier. Er hat mir vor Wochen erzählt, wie er vor jungen Leuten seines Wahlkreises gesprochen habe – weithin ein sehr ordentlicher Wahlkreis – und ihm gesagt worden sei: Muß man denn dauernd den Juden nachgeben? Das kommt hoch. Es kommt auch wieder ein Stück Antisemitismus hoch. Die Vertriebenenverbände werden sagen: Jetzt haben wir lange genug geschwiegen, und nun hört es auf. – Und das schlägt dann um.

Wir müssen sagen, den Antrag Benda müssen wir annehmen. Das wird Konsequenzen haben; mit denen müssen wir fertig werden. Das versetzt uns in Perioden zurück, wo es furchtbar schwer gewesen ist, mit dem deutschen Nationalismus fertig zu werden. Wir können nur sagen, Gott sei Dank haben wir heute keinen Notstand. Aber wenn Armut dazukäme, wäre es furchtbar. – Ich sage das nicht, um Sie umzustimmen; aber das muß gesehen werden.

Ich würde dem Vorschlag zustimmen, keine Empfehlung auszusprechen. Ich habe auch dem Bundeskanzler gesagt, er solle sich nur hüten, das zu einer Frage der Richtlinienkompetenz zu machen. Das ist nicht zu machen. Ich würde auch dem Außenminister nicht nahelegen können, daß er die Bundesregierung bittet, Stellung zu nehmen. Das würde ich auch nicht für klug halten. Sie müssen mit der Sache fertig werden.

Wir sollten sagen, wir haben diese Frage sehr eingehend diskutiert und in allen Konsequenzen durchgesprochen. Das Material von Ludwigsburg steht noch aus. Es wird Anfang März kommen. Erst dann können wir etwas sagen. (*Schmidt*: Man sollte auch sagen, wir haben es unter uns zu einer Gewissensentscheidung gemacht!) Das kann man ruhig sagen. Ich stehe auch stark unter dem Druck, daß es nicht anders geht. Ich wollte aber doch die Konsequenzen erwähnt haben.

Adenauer: Zunächst bitte ich Herrn Dufhues, die Frage an den Herrn Außenminister nicht zu stellen, die er ihm vorgelegt hat. Man muß immer damit rechnen, daß bei einem so großen Kreis die Antwort bekannt wird. Wenn er sagte, man habe sich geduckt oder es werde ein großer Schaden entstehen, und wenn das bekannt würde, dann wäre das schlecht. Deshalb bitte ich Sie, Herr Dufhues, die Frage nicht zu stellen, und Sie, Herr Schröder, nichts darüber zu sagen. (*Dufhues*: Ich bin einverstanden!) Ich höre, Herr Dufhues ist damit einverstanden. Ich glaube, es wird jeder Verständnis haben, daß – rebus sic stantibus – der Außenminister dazu nicht Stellung nimmt. Die Sache wird durch Kairo und Israel noch böser. Das müssen Sie bitte auch bedenken. Wenn es dazu kommt, daß diese Waffenlieferungen eingestellt werden – ob mit Zustimmung Israels, gegen eine Abfindung, oder nicht –, dann wird

jedenfalls in der Welt die Behauptung aufgestellt werden: Unter der Drohung Nassers ist die Bundesrepublik zu Kreuze gekrochen. – Das ist sehr schlecht, ungewöhnlich schlecht.

Ich möchte übrigens – die Frage ist aufgeworfen worden – zu der Angelegenheit der Waffenlieferungen folgendes sagen: Es war ein Wunsch der Amerikaner. Ich war damals Bundeskanzler. Ich habe erst eine Entscheidung getroffen, nachdem ich mit den Vertretern aller Bundestagsfraktionen darüber gesprochen hatte und sie zugestimmt haben. Das möchte ich hier ausdrücklich erklären.

Ich glaube, Herr Krone hat recht. Das, was er gesagt hat, entsprach auch meinem Empfinden. Wir sind hier in einem sehr großen Kreis. Manche von uns haben sich mit der Frage schon beschäftigt, andere noch nicht. Es kann wirklich eine Frage von solcher Bedeutung für uns werden, daß ich der Fraktion die Verantwortung überlassen möchte. Sie wird vom Außenminister und vom Bundeskanzler in einer Weise unterrichtet, wie das hier nicht möglich ist. Wir laufen also Gefahr, daß wir hier eine Entscheidung treffen, die nachher von der Fraktion doch nicht angenommen wird und nicht angenommen werden kann. Ich glaube auch nicht, daß wir dazu berufen sind.

Ich möchte also vorschlagen, daß wir Kenntnis von dieser Diskussion nehmen, die wir hier geführt haben, und daß wir uns gegenseitig bescheinigen, daß wir diese ganze Frage mit dem Ernst behandelt haben, der ihr gebührt. – Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Ich glaube nicht, daß die Diskussion umsonst war.

Die anderen Punkte werden uns nicht mehr sehr lange in Anspruch nehmen. Ich darf Sie, Herr Dufhues, bitten, zunächst über den Parteitag zu berichten.

BUNDESPARTEITAG 1965

Dufhues: Meine Damen und Herren! Dieser Parteitag, ein Wahlparteitag, muß dem Ziel untergeordnet werden, die öffentliche Meinung für die CDU und CSU zu gewinnen, einzunehmen. Er soll durch eine Kundgebung eingeleitet werden, die in Düsseldorf in einem großen Saal stattfindet, in der sich die CDU an die Öffentlichkeit wendet durch Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Adenauer und durch Herrn Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard. Die Eröffnung des Parteitages erfolgt am Montag. Der Parteitag wird durch eine Ansprache des Bundesvorsitzenden eingeleitet. (*Zuruf:* Zur Geschäftsordnung! Wir haben das ja vorliegen! Sie brauchen es nicht vorzutragen!)

Adenauer: Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann danke ich Ihnen herzlich. – Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Zunächst eine Vorbemerkung! Ich möchte folgendes feststellen. Es ist für einen großen Teil der Kollegen, die hier sind, die über Hunderte von Kilometern aus der Bundesrepublik angereist sind, ganz einfach eine Zumutung, wenn derartig wichtige Sachen der Partei zum Schluß unter dem Punkt Verschiedenes behandelt werden. Ich bin sicher dafür, daß wir die anderen Fragen ausgiebig diskutiert haben.

Aber vom Arbeitsökonomischen her können wir so nicht verfahren. Sie können mir glauben, ich kann meinen Arbeitstag auch gebrauchen, auch wenn ich nur Landesparlamentarier bin. Aber so kann man nicht mit uns umgehen.

Herr Bundesvorsitzender, das nächste Mal muß in die Einladung reingeschrieben werden, von wann bis wann wir tagen und wann wir eine Mittagspause machen. Wir werden jetzt über den Parteitag beschließen. Aus dem Präsidium ist niemand mehr da. Wir werden eine Empfehlung darüber beschließen, was die Spitzenredner im Wahlkampf machen sollen. Wieviele von den Spitzenrednern sind noch da oder waren überhaupt da? Das bedeutet, daß wir sie gar nicht am Kanthaken nehmen können; die wissen von gar nichts und haben bereits ihre privaten Absprachen.

Ich wehre mich auch gegen einen Satz, der hier gesagt worden ist und der mich ganz erheblich auf die Palme gebracht hat: „Der Vorstand kann nicht informiert sein,“ – so habe ich es mir wörtlich notiert – „weil er nur alle paar Wochen zusammentritt.“ Wenn die Sitzungen des Vorstandes der CDU Deutschlands überhaupt einen Sinn haben sollen, dann den, daß dieses Führungsgremium der Partei, der Bundesvorstand, seine politische Führungsaufgabe wahrnimmt. Ich bin zwar ein politischer Newcomer in diesem Kreise. Ich muß Ihnen aber folgendes sagen: Sie können Brief und Siegel darauf nehmen, daß ich nicht auf dem Wahlparteitag, aber auf dem nächsten ordentlichen Parteitag der CDU nach der Bundestagswahl mich darüber auslassen werde, daß der Bundesvorstand seiner Führungsverpflichtung nicht nachkommt. So können wir miteinander keinen Wahlkampf vorbereiten. Es geht nicht, daß diese Dinge allein von den hohen Einsichten des Präsidiums beschlossen werden.

Wenn wir jetzt beschließen sollen, wie der Parteitag aussieht, dann habe ich eine Frage: Wer sind denn die Redner in den Arbeitskreisen? Da ist beispielsweise der Arbeitskreis „Deutschland, Europa und die Welt“. Wenn wir in diesem Arbeitskreis vernünftig miteinander reden wollen – da sind wir mitten in dem Thema, das der Bundesvorstand auf meinen in der letzten Sitzung gestellten Antrag hin heute behandeln wollte: die außenpolitischen Grundlinien der CDU/CSU –, dann müssen Sie sich schon bei der Auswahl der Redner Gedanken darüber machen, wer hier sprechen soll. Ich bedauere, daß der Bundesaußenminister weggegangen ist; er hat Termine, ich habe nichts dagegen. Ich möchte wissen, wer da spricht, und möchte sichergestellt haben, daß wir ein Bild der Einigkeit geben. Wir sollten uns in der Diskussion nicht auseinanderreden, sondern Einigkeit zeigen. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Sie müssen bei der Situation der gesamten Partei versuchen, die Klippen zu umschiffen.

Über solche Fragen muß man sich hier doch unterhalten können. Wenn ich darüber bei meinen Freunden nichts berichten kann, fragen die mich, ob der Vorstand sozusagen überhaupt noch existent ist. Als ich in den Bundesvorstand gewählt worden bin, haben mich meine Freunde zu Dutzenden in Versammlungen angesprochen: Wir hoffen, daß du dort auch etwas sagst und daß du uns sagen kannst, was dort war. Ich habe bisher noch nicht allzu viel – mit Ausnahme eines sehr wichtigen Beschlusses in

der letzten Sitzung – von hier mitgenommen. Wir wollen doch auf eine gemeinsame Linie zum Vorteil der Bundespartei kommen.

Wir wollen also, daß, wenn wir in Zukunft nach Bonn reisen, die Tagesordnung so festgesetzt wird, daß wir morgens anfangen und mittags weitermachen. Ferner wollen wir – diese Freiheit nehme ich mir, sonst brauche ich nicht mehr hierher zu kommen – sichergestellt haben, daß im Rahmen des Möglichen unsere Freunde in verantwortlichen Ämtern hier sind. Ich mache die Einschränkung: im Rahmen des Möglichen, weil das gleichzeitig wichtigste Persönlichkeiten aus dem staatlichen Leben sind. Wir haben uns ja auch die Zeit genommen. Wenn ich mich so umsehe, könnte ich mir vorstellen, daß ein paar Kabinettsmitglieder mehr hier auch ganz gut tun würden. Ich weiß, Herr Vorsitzender, daß das auch Ihre Sorge ist. Sie sollen es aber den einzelnen Herren sagen können, daß es der Wunsch des Bundesvorstandes sei, daß sie hier seien. Wir sind auch hier, und wir tun auch unsere Pflicht. Wir sind im Augenblick dabei, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft, nach dem 19. September, Bundesminister der CDU an Sitzungen teilnehmen können. Es müßte eine selbstverständliche Sache sein, daß wir uns gemeinsam beteiligen.

Ich möchte noch ein Weiteres sagen. Für heute bin ich mit dem Verfahren einverstanden. Ich rufe aber in Erinnerung, daß wir uns vorgenommen haben, uns in diesem Kreis über außenpolitische Fragen – im Rahmen des Möglichen – zu unterhalten. Wir müssen zu einer Tagesordnung kommen, wo wir meinetwegen bis 4 oder 4.30 Uhr tagen. Dann weiß jeder, daß er sich für diesen Tag einrichten muß. Wenn er nicht ganz dringende Geschäfte hat, hat er da zu sein. Der Vorstand muß sich informieren und muß auch einmal versuchen, bestimmte Richtlinien zu erarbeiten. Insofern war diese Zeit heute sicherlich gut angelegt und nicht vertan. Es wäre sicher noch das eine oder andere zu diskutieren, was jetzt nicht mehr geht. Ich würde dringend bitten, daß wir uns die Zeit nehmen, in Abständen von wenigstens vier Wochen unsere Gedanken auszutauschen und uns politisch informieren zu lassen.

Adenauer: Herr Kohl, ich bin im großen und ganzen Ihrer Meinung. Ich beklage wie Sie, daß die verehrlichen Mitglieder des Parteivorstandes hier einfach nicht durchhalten. Bitte, sehen Sie, wie der Tisch vor Ihnen aussieht. Die Herren gehen weg; ich habe keine Möglichkeit, sie zu halten. Das mache ich jetzt nicht zum erstenmal mit. Das ist früher anders gewesen. Früher war fast alle vier Wochen eine Vorstandssitzung. Ich kann Ihnen drüben in meinem Zimmer noch die stenographischen Aufnahmen der Vorstandssitzungen von Anfang an zeigen. Das ist eine ganze Galerie von Bänden.

Ich habe eingangs gesagt, womit ich kämpfe. Ich kämpfe damit, daß ich einfach die wichtigsten Gremien nicht zusammenbekomme. Ich bekomme das nicht fertig. Bestrafen können Sie keinen. Wenn Sie den Herren zureden – das habe ich auch schon getan. (*Stingl:* Sie müssen allen dazu sagen, daß wir auch hungrig wären!) Ich habe den beiden Herren neben mir gesagt, wir wollen um 2 Uhr eine Mittagspause machen. Da haben die mir gesagt, danach sind sie alle weg. Das ist die Erfahrung.

Ich habe nichts dagegen, wenn Sie sich auf einem Parteitag darüber einmal aussprechen. Ich bin Ihrer Meinung: Wer ein solches Amt übernimmt, muß auch dazu stehen; er muß hier sein. Auch die Persönlichkeiten bis oben hin müssen dazu stehen. Ich war 14 Jahre lang Bundeskanzler und Parteivorsitzender. Da war es anders, da waren alle da. (*Zuruf: Wer? Die Minister? – Heiterkeit.*) Es ist eine ernste Sache, was Herr Kohl hier angeschnitten hat. Ich gebe ihm vollkommen recht, der Mangel an Verantwortungsgefühl ist groß. Es fängt ja beim Präsidium schon an. Ich habe Ihnen ja alles gesagt.

Aber wollen Sie jetzt essen und dann weitermachen? Es kann hier gegessen werden? (*Zurufe.*) Also stimmen wir darüber ab. Wer ist für den Vorschlag, jetzt zu essen und dann die Sitzung fortzusetzen? – Wer ist dagegen? – (*Zuruf: Was machen wir mit der Fraktionssitzung?*)

Dufhues: Ich würde vorschlagen, wir bleiben zusammen, bis wir unsere Aufgabe erledigt haben. Ich garantiere, wir verlaufen uns in einer Stunde, und dann haben wir nichts getan. (*Kohl: Dann garantieren Sie lieber, daß wir das nächste Mal zu einem anderen Verfahren kommen!*) Die Fraktion steht vor ungeheuer schwierigen Aufgaben. Sie muß jede Stunde ausnutzen. Um 3 Uhr ist Fraktionssitzung. Wir müssen darauf ein wenig Rücksicht nehmen.

Adenauer: Dann darf ich einen anderen Vorschlag machen. Wir machen es das nächste Mal so, daß wir irgendwohin außer Landes gehen und dort eine Arbeitstagung machen. Dann ist man gezwungen, hier zu sein.

Dufhues: Das ist ein guter Gedanke. Dann darf ich noch etwas zu der von Herrn Kohl aufgeworfenen Frage sagen. Wir haben uns natürlich schon Gedanken über die Sprecher gemacht. Ich darf Ihnen das vorläufige Ergebnis unserer Überlegungen mitteilen.

Adenauer: Aber die Herren sind noch nicht gefragt.

Dufhues: Uns schwebt vor, daß der Arbeitskreis „Deutschland, Europa und die Welt – Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“ von unserem Parteifreund Dr. Krone geleitet wird. Der Arbeitskreis, der wie alle anderen Arbeitskreise den ganzen Tag tagen soll, also nach einer Mittagspause seine Beratungen fortsetzt, soll eingeleitet werden durch Kurzreferate der Parteifreunde Schröder und von Hassel. Wir wollen auch Herrn Hallstein bitten, an diesen Beratungen teilzunehmen. Die Berichterstattung vor dem Plenum, meinen wir, sollte unserem Parteifreund Majonica⁸⁸ übertragen werden.

Der zweite Arbeitskreis „Soziale Sicherheit – Stabile Wirtschaft“ sollte unserem Parteifreund Hellwig zur Leitung anvertraut werden. Hier sollen die einleitenden Vorträge, die auch nur Kurzvorträge sein sollen, durch unsere Parteifreunde Schmücker und Blank gehalten werden. Wir überlegen, ob wir den Bundesbankpräsidenten

⁸⁸ Dr. Ernst Majonica (1920–1997), 1950–1972 MdB (CDU, 1959–1969 Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), 1979–1984 MdEP. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 84 Anm. 33.

Blessing bitten sollen, gleichfalls vor dem Parteitag zu den Fragen Stellung zu nehmen, die angeschnitten sind. Wir haben uns gedacht, daß die Berichterstattung vor dem Plenum unser Freund Katzer übernimmt.

Die Leitung des dritten Arbeitskreises „Gesunde Umwelt, gesunde Menschen – Gesundheit, Wohnungen, Städtebau, Verkehr“ soll unser Parteifreund Meyers übernehmen, der einen Teilbereich dieser Fragen bereits auf dem Parteitag in Karlsruhe behandelt hat. Für einleitende Vorträge sind die Minister Lücke, Seeböhm und Frau Schwarzhaupt vorgesehen. Die Berichterstattung vor dem Plenum soll der Parteifreund Müller-Hermann⁸⁹ übernehmen.

Der vierte Arbeitskreis befaßt sich mit dem Thema: „Familie – Frauen – Alte“. Hier soll die Leitung Frau Brauksiepe übernehmen. Sprecher sollen Frau Strecker und Herr Prälat Caspar Schulte⁹⁰ sein, der Gründungsmitglied der CDU ist und sich seit Jahren der Sorge um die alten Menschen widmet. Berichterstatte soll hier Dr. Kohl sein. Im fünften Arbeitskreis „Schule und Ausbildung – jedem seine Chance; Schule – Ausbildung – Beruf“ soll Dr. Röder die Leitung übernehmen. Als Sprecher sind die Kultusminister Hahn, Mikat und noch ein dritter Sprecher vorgesehen, der noch nicht endgültig ausgewählt ist. Berichterstatte: Parteifreund Stoltenberg.

Wir haben also Wert darauf gelegt, vor dem Plenum jüngere Politiker in Erscheinung treten zu lassen. Darf ich mich auf diesen Hinweis beschränken, oder erwarten Sie weitere Ausführungen?

Adenauer: Wird das Wort gewünscht?

Schmidt: Ich stelle nur fest, daß das Rückgrat des Staates – Steuern und Finanzen – in dem Ganzen keine Rolle spielt.

Dufhues: Es ist ganz selbstverständlich, daß das im Arbeitskreis II mitbehandelt wird.

Schmidt: Überlegen Sie, was da für Fragen angeschnitten werden.

Adenauer: Bitte, Herr Schmidt, stellen Sie den Antrag. (*Zuruf:* Landwirtschaft!)

Dufhues: Zwei oder drei Wochen vorher findet in Oldenburg der Bauernkongreß statt. Die Ergebnisse dieses Bauernkongresses sollen durch einen Vortrag vor dem Parteitag dargelegt werden, so daß die Ergebnisse der Beratungen des Bauernkongresses mit in den Parteitag eingehen. Wir versprechen uns davon eine größere Wirkung, als wenn wir nur einen Arbeitskreis mit diesem Thema machen.

Adenauer: Herr Baier⁹¹!

Baier: Heute wurde eingangs auf die Bedeutung der Vertriebenen hingewiesen. Im Arbeitskreis I wird ein Teil dieser Fragen angesprochen werden. Die Eingliederung

89 Dr. Ernst Müller-Hermann (1915–1994), 1952–1980 MdB (CDU), 1958–1984 MdEP. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 141 Anm. 73.

90 Dr. Caspar Schulte (1899–1980), Mitgründer der CDU in Paderborn. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 354 Anm. 106.

91 Fritz Baier (geb. 1923), Verwaltungsangestellter; 1956–1976 MdB (CDU), stv. Vorsitzender des Landesverbands Nordbaden.

wäre im Arbeitskreis II zu behandeln. Wichtig erschiene es mir, daß unter den Referenten oder den Berichterstattem ein Repräsentant dieses Kreises in Erscheinung tritt.

Dufhues: Das Problem soll in der Versammlung vor dem Parteitag angeschnitten werden und zur Sprache kommen. Ich bin gern bereit, dieser Anregung nachzugehen. Es ist kein Problem, daß der Kreis der Mitwirkenden unter diesem Gesichtspunkt noch ergänzt wird.

Adenauer: Herr Dr. Schmidt, ich bin der Auffassung, daß Steuern und Finanzen doch unbedingt zur Währungsstabilität gehören. (*Heiterkeit.*) Das ist nicht zum Lachen. Das ist richtig. Wir können es ja hinzufügen. (*Schmidt:* Ja, das halte ich für sehr wichtig!) Wird noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Bitte, Herr Dufhues.

Dufhues: Wir haben noch über einen Antrag zu befinden, der sich mit gewissen Verpflichtungen befaßt, die wir unseren prominenten Rednern auferlegen wollen. (*Zuruf:* Wer ist das?) – Ich würde als prominent jeden Parteifreund ansehen, der sich für ministrabel hält. (*Heiterkeit.*) Wir erleichtern uns hiermit die ganze Arbeit. Ich meine also, wir sollten das beschließen, was in dem Antrag im einzelnen vorgeschlagen ist. (*Zuruf:* Sie brauchen es nicht zu verlesen, es liegt ja vor!⁹²) – Gut, dann verzichte ich darauf. Ich würde aber sagen, auch wer nicht da ist, muß sich daran halten.

Adenauer: Ich stelle also fest, daß das einstimmig beschlossen ist. – Kein Widerspruch. Bitte, Herr Dr. Kraske.

SCHULE UND SPORT

Kraske: Der Tagesordnungspunkt „Schule und Sport“, der jetzt ansteht, geht zurück auf ein Gespräch unseres Präsidiums mit dem Präsidium des Deutschen Sportbundes. Bei dieser Gelegenheit ist dem Sportbund in Aussicht gestellt worden, daß sich der Bundesvorstand demnächst mit dieser Frage befassen würde. Wir sind hier im Wort und sind insbesondere daran interessiert, das in einer Presseerklärung, die sich vor allem an den Sport richtet, bekanntzugeben. Eine solche Presseerklärung ist vor seinem Weggang mit Herrn Dr. Heck abgestimmt worden. Ich darf fragen, ob ich diese Presseerklärung verlesen darf. – Wir erbitten Ihre Genehmigung für folgende Erklärung:

„Als besonderen Punkt der Tagesordnung wurde vom Bundesvorstand ein Vorschlag des Bundesfamilienministers besprochen, der sich mit der Förderung des Sports befaßte. Der Gesundheitszustand unserer Jugend läßt erkennen – so führte Minister Heck aus –,“ (*Heiterkeit*) „daß der Mangel an Bewegung und die unzureichende körperliche Ausbildung zu funktioneller Störung der Gesundheit geführt hätten. Nur etwa ein Fünftel unserer Jugend treibe regelmäßig Sport. Über die Bedeutung der

92 Wortlaut des Antrags in ACDP VII-001-027/1.

Leibesübungen für die körperliche Ausbildung unserer Jugend gab es keine Diskussion. Es fehlten aber in unseren Schulen immer noch Turnhallen, Sportplätze und Schwimmbäder, vor allem Turn- und Sportlehrer, um das von den Kultusministern der Länder erstrebte Ziel der täglichen Stunde Sport zu verwirklichen. Der Bundesvorstand ersuchte das CDU-Präsidium, diese Frage mit den Ministerpräsidenten der Länder eingehend zu erörtern. Der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen Dr. Heck wurde vom CDU-Bundesvorstand beauftragt, diese Beratungen zusammen mit den CDU-Kultusministern der Länder vorzubereiten.“

Röder: Ich habe Bedenken wegen der Formulierung, daß immer noch zuwenig Turnhallen und alles mögliche da seien. Das unterstreicht in der Öffentlichkeit die Behauptung der SPD, daß die CDU in dieser Richtung zuwenig getan habe. Das stimmt aber nicht. Wenn wir uns ansehen, was in den einzelnen Ländern an Lehrschwimmbecken usw. gebaut worden ist, dann ist das eine ganz respektable Leistung. Wir können aber nicht der SPD Vorschub leisten, indem wir sagen, es sei zuwenig.

Stingl: Sagen wir doch einfach, daß wir den Bericht entgegengenommen haben, und beschließen wir das, was in den letzten zwei Sätzen steht. (*Zustimmung.*)

Adenauer: Sie sind also damit einverstanden? – Meine Damen und Herren, nun müssen Sie aber noch etwas über den Nervus rerum bei dem Punkt „Finanzielle Lage der Partei – Wahlkampfvereinbarung der Parteien“ hören. – Bitte, Herr Burgbacher.

FINANZIELLE LAGE DER PARTEI

Burgbacher: Meine Damen und Herren! Der Abschluß 1964 ist formell noch nicht vollkommen fertig. Klar ist, daß wir das Jahr 1964 ohne Schulden mit einem bescheidenen Vermögen abschließen. Der ordentliche Etat für 1965 ist mit rund 14 Millionen DM in Einnahmen und Ausgaben gut ausgeglichen.

Der Wahlkampfetat liegt vor. Ich bitte um Ihre Genehmigung, daß ich die Zahlen hier nicht nenne, sondern daß ich Ihnen nur sage, daß wir für die Finanzierung des Wahlkampfes in weitem Umfang auf Spenden aus allen Kreisen angewiesen sind. Wir haben eine gewisse Hoffnung, daß hier ein Ausgleich gefunden wird. Ich möchte Sie alle um Ihre Mithilfe bitten. Die Einzelheiten und Zahlen machen wir alle vier bis sechs Wochen im Bundesfinanzausschuß bekannt, in dem alle Landesverbände durch ihre Landesschatzmeister und Landesgeschäftsführer vertreten sind. Dort sind die Zahlen offen. Diese Zahlen können dann zwischen Ihnen und Ihren Landesschatzmeistern ausgetauscht werden.

Über die Gesamtsituation darf ich folgendes sagen: Wir bekommen an Bundesmitteln 13,5 Millionen, an Mitgliederbeiträgen 3 Millionen und Landesmitteln 6,5 Millionen; alles andere müssen Spenden sein. Die Bundespartei behält von den 13,5 Millionen 10 Millionen und gibt 3,5 Millionen an die Landesverbände weiter, so daß die Landesverbände 6,5 Millionen Landesmittel, 2,5 Millionen Mitgliederbeiträge

und 3,5 Millionen vom Bund, also gleich 12,5 Millionen DM, bekommen, während sich die Bundespartei mit 10 Millionen begnügt. Das sind die Zahlen im großen.

Das Abkommen zur Begrenzung der Wahlkampfkosten⁹³ ist genau wie der Parteiengesetzentwurf, der jetzt im Bundestag vorliegt, eine Folge der verstärkten Finanzierung aus Haushaltsmitteln.

Dieses Abkommen, dessen Text Sie kennen, begrenzt in keiner Weise die Aufwendungen der Landesverbände, die sich nicht mit einem Staatsgebiet decken, während die zentralen Aufwendungen der Landesverbände, die sich mit einem Staatsgebiet decken, darin enthalten sind. Die Zahlungen von Kreisverbänden sind überhaupt frei; das gleiche gilt für Bezirke und Landesverbände, die sich nicht mit dem Staatsgebiet decken. Die Aufwendungen der Bundeszentrale und der Landesverbände, die sich mit einem Staatsgebiet decken, liegen im Rahmen der 12,5 Millionen, der sich für uns für die im § 3 genannten Werbemittel ergibt.

Die zeitliche Begrenzung ist vielleicht das Wichtigste an der Sache. Für die Plakatierung sind die letzten 30 Tage vorgesehen. (*Zuruf*: Das liegt ja vor!) – Wenn Sie sagen, Sie haben es alle gelesen, dann kann ich mich vielleicht darauf beschränken, die noch vorhandenen Fragen zu beantworten.

Interessant ist vielleicht noch folgendes. Das Parteiengesetz ist von der Koalition eingebracht worden.⁹⁴ Die Verhandlungen mit allen Parteien über den Text haben zu Einvernehmen über die staatsrechtlichen, demokratischen und sonstigen Fragen geführt, nicht aber über die Fragen der Rechenschaftslegung und der Finanzierung. Bei der Rechenschaftslegung verlangen wir auch die Vermögenslegung der Parteien, weil die SPD unzweifelhaft der Kapitalist unter den demokratischen Parteien ist. Die SPD verfügt über 14 Millionen DM Mitgliederbeiträge, über mindestens 7 Millionen DM aus ihrem Vermögen, und dazu kommen 13,5 Millionen aus dem Bundeshaushalt; das sind allein schon 24,5 Millionen DM. Dazu kommen noch die Beiträge der Mandatsträger, die bei denen stärker herangezogen werden. Schließlich kommen noch die Landesmittel mit 6 Millionen DM. So verfügt die SPD ungefähr über 34 Millionen DM gegenüber unseren rund 23 Millionen DM.

Die SPD verlangt von uns die Nennung der Namen bei Spenden über DM 5.000,– oder DM 10.000,–. Wir lehnen das grundsätzlich ab, denn wir wissen, daß das praktisch ein indirektes Unmöglichmachen der Spenden ist.

Wir haben in unserem Entwurf eine Mark pro wahlberechtigten Bürger aus dem Bundeshaushalt vorgesehen; das sind 38 Millionen DM. Die SPD hatte in den Verhandlungen als Maximum 60 Pf pro Bürger angeboten. Das haben wir abgelehnt. Daraus ergibt sich nämlich, daß es bei ihr nicht um das Prinzip, sondern um die Größenordnung geht.

⁹³ Am 9. Januar 1965 unterzeichnet.

⁹⁴ Vgl. Nr. 17 Anm. 42.

In § 39 des Statuts der CDU ist bestimmt, daß dem Bundesparteivorstand auf seiner ersten Sitzung nach dem 30. November der Etat vorgelegt werden soll. Ich trage ihn also vor, daß der ordentliche Haushalt für 1965 mit 14 Millionen Einnahmen und mit gut 12 Millionen Ausgaben vorliegt, so daß sich daraus ein rechnerischer Überschuß ergibt, den wir entweder vortragen oder wahrscheinlich noch zur Bundestagswahlkampffinanzierung verwenden müssen.

Adenauer: Meine Damen und Herren, der Reichtum der Sozialdemokraten stammt aus dem früheren Vermögen. Sie haben alles ersetzt bekommen und verfügen über große Summen. (*Burgbacher:* 200 Millionen!) Soviel ich weiß, geben auch die Gewerkschaften Geld ab, nicht direkt, sondern über eine ausländische Bank wird Geld von den Gewerkschaften einkassiert. Der Fluß der Spenden ist so dürftig, daß man manchmal verzweifeln möchte über die Dummheit der Betreffenden. Mehr will ich nicht sagen. – Bitte, Herr Kohl.

Kohl: Ich habe eine Frage. Wie ist es, wenn wir in unserem Landesverband eine Aktion starten lassen: Bei uns deckt sich Land und Landesverband. Nach Ihren Ausführungen ist es dann nur möglich, vor dem eigentlichen Wahlkampf eine solche Aktion in drei von unseren fünf Bezirken und in 20 von 52 Kreisverbänden zu starten. Damit verstoßen wir dann doch nicht gegen das Wahlkampfabkommen?

Burgbacher: Unter der Voraussetzung, daß Sie nicht uniforme Plakate verwenden.

Kohl: Nehmen wir an, wir machen es mit einer Wahlillustrierten oder mit ähnlichem.

Burgbacher: Wenn Sie in allem gleich ist, dann ist das eine zentrale Aufwendung. Diese zentralen Aufwendungen sind zeitlich begrenzt. Wir haben im Bundesetat für zentrale Aufwendungen der Landesverbände noch einen Raum gelassen. Wir haben die 12,5 Millionen zu Lasten zentraler Aufwendungen nicht für die Bundespartei verplant.

Kohl: Hier geht es also nach dem Windhundverfahren: Wer zuerst kommt, bekommt etwas.

Burgbacher: Wir fordern alle Landesverbände auf, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Adenauer: Ja, wenn Sie keine weiteren Fragen mehr haben, darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind, und unsere Sitzung schließen.

19

Düsseldorf, Sonntag 28. März 1965

Sprecher: Adenauer, Barzel, Burgbacher, Dichtel, Dufhues, Erhard, Fricke, Gradl, Gurk, von Hassel, Hellwig, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Lemke, Lemmer, Lücke, Meyers, Mikat, Röder, Scheufelen, Schmidt, Schmitz, Frau Schwarzhaupt, Süsterhenn.

Verlauf des Bundesparteitags 1965.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.20 Uhr

VERLAUF DES BUNDESPARTEITAGS 1965

Adenauer: Meine Damen und Herren! Sind noch Unlegitimierte hier im Saal? (*Zuruf:* Noch einige!) Herr Dr. Krone, warum distanzieren Sie sich so? Kommen Sie bitte nach vorn. Herr Dufhues sagt mir, nachdem Sie in Amerika waren¹, distanzierten Sie sich so! (*Heiterkeit.*) Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und muß um Entschuldigung bitten, wenn vielleicht nicht alles so klappt, wie Sie es sich wünschen. Die Vorbereitungen sind bis zum Letzten geführt worden. Ich habe z. B. das umfangreiche Schriftstück über den Verlauf dieser Sitzung hier erst vor dem Essen dort drüben bekommen.

Nun, meine lieben Freunde, möchte ich Sie bitten, doch zu berücksichtigen, daß das der letzte Parteitag vor der Bundestagswahl ist. (*Röder:* Vor den Wahlen!) Vor den Wahlen, wenn Sie wollen; Sie meinen jetzt die Wahl an der Saar und die Bundestagswahl. Meine Freunde, ich habe das deshalb gesagt, weil von Herrn Kollegen Dufhues vorgeschlagen wird, auf diesem Parteitag keine Entschließungen zu fassen. Wollen Sie etwas dazu sagen, Herr Dufhues?

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Sie verkennen die tiefe Einsicht aller Ausschüsse und Vereinigungen der CDU in die Notwendigkeiten und Aufgaben dieses Parteitages. Es ist in der Tat der Versuch gemacht worden, einzelne Anträge einzubringen. Die höchste staatspolitische Einsicht haben von vornherein die Sozialausschüsse bewiesen, indem sie keine Anträge gestellt haben. Die übrigen Vereinigungen, die Mittelstandsvereinigungen, die Frauenvereinigungen usw., haben auf gutes Zureden hin ihre Anträge zurückgezogen, ausschließlich der Landesverband Hamburg hat noch einen Antrag gestellt, der die Bestellung von Staatsministern vorsieht, um die

¹ Vom 16. bis 26. März 1965. Unterlagen in ACDP I-028-005/4.

Verfassungswirklichkeit ein wenig zu bereichern. Ich meine, auch mit Hamburg sollte man sprechen.²

Dieser Parteitag muß bei jedem Wort, das gesprochen wird, die Notwendigkeit berücksichtigen, die Bundestagswahl vom 19. September 1965 vorzubereiten. Jedes Wort, was nachteilig ist, muß unterbleiben, und jedes Wort, was die Wahl fördert, muß gesprochen werden. Diskussionen um ausgefeilte Entschlieûungen, in denen möglicherweise starke Unterschiede in Erscheinung treten können, können m.E. die Vorbereitungen der Bundestagswahl nicht fördern; ich bin deshalb allen dankbar, die entweder auf Zureden oder aus eigener Einsicht davon abgesehen haben, derartige Anträge zu stellen.

Adenauer: Das ist alles gut und schön, aber wer glaubt, daß man damit unsere Leute im Lande zufriedenstellen kann, der irrt sich. Ich bitte Sie auch, sich einmal klarzumachen, wie es aussieht, wenn dieser Parteitag nach drei Tagen zu Ende geht, ohne daß irgendwie ein konkreter Beschluß gefaßt worden ist. Es ist vorgesehen, einige allgemeine Beschlüsse nachher zu fassen.

Meine Herren! Es ist eine sehr wichtige Frage. Ich verkenne sicher nicht, daß Herr Dufhues glaubt, die Verhandlungen mit Recht abzukürzen, aber damit sind die Fragen nicht aus der Welt geschafft. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß in einer Zeit wie der unsrigen, in einer wirklich sehr schwierigen Zeit, Fragen schweben, auf deren Beantwortung unsere Freunde im Lande warten.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Ich habe mich zunächst veranlaßt gesehen, zu der Frage der Entschlieûungen Stellung zu nehmen. Die weitere Diskussion zwingt naturgemäß dazu, die Anlage des Parteitages darzulegen, damit Sie auch Verständnis gewinnen für die Einzelentscheidungen, die wir für richtig gehalten haben, soweit es sich um Entschlieûungen und Anträge einzelner Gruppen, Ausschüsse usw. handelt.

Wir haben die Frage eines Wahlprogramms sowohl im Präsidium der CDU wie auch in anderen Gremien sehr eingehend besprochen. Von vornherein bestand Klarheit über zwei Fragen. Sie werden sich erinnern, daß der letzte Bundesparteitag den morgen beginnenden Bundesparteitag beauftragt hat, eine Grundsatzerklärung über das Selbstverständnis der CDU vorzulegen³, an deren Vorbereitung hervorragende Theologen, Philosophen, Soziologen und letzten Endes auch unser Parteifreund Gerstenmaier mitgearbeitet haben.

Nach mehrfacher Beratung im Präsidium, Vorstand und Parteiausschuß sind wir jeweils einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich hierbei um derart subtile Fragen der Grundsätze unserer Politik und des Status der Union handelt, daß ein Wahlparteitag keinesfalls die Ruhe und die Möglichkeit bietet, diese Fragen

2 Parteitagsunterlagen in ACDP VII-004-347/2+3. Druck: CDU, 13. Bundesparteitag. – Der Antrag des Landesverbands Hamburg wurde am 28. März 1965 zurückgezogen (ACDP VII-004-347/2).

3 Entschlieûung Nr. 2 des Arbeitskreises I „Grundsatzfragen – Fragen der Parteiarbeit“. Druck in: CDU, 12. Bundesparteitag S. 508.

mit der notwendigen Intensität und Sorgfalt zu prüfen und darüber zu entscheiden. Deshalb haben sowohl das Präsidium wie der Vorstand wie auch der Ausschuß jeweils einstimmig beschlossen, von der Einbringung einer derartigen Grundsatzerklärung auf diesem Parteitag abzusehen.

Zum zweiten waren wir uns – und hier hat insbesondere die Bundestagsfraktion der CDU/CSU sehr gewichtige Argumente vorgetragen – darüber einig, daß es sich nicht empfiehlt, ein dezidiertes und Einzelfragen berücksichtigendes Programm etwa für die nächsten vier Jahre auf diesem Parteitag zu verabschieden. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU steht während der kommenden drei Monate vor schwierigen Entscheidungen, aber auch vor ebenso schwierigen Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie. Ein Wahlprogramm, auch ein Programm für die nächsten vier Jahre, kann nicht unter Berücksichtigung der subtilen Auseinandersetzungen in einem Parlament formuliert werden. Die Fraktion der CSU käme in eine schwierige Lage, wenn die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit in der Lage wäre, der Fraktion die Formulierungen dieses Parteitages zur Politik der nächsten vier Jahre entgegenzuhalten.

Ich fürchte, daß dabei die Situation der CDU/CSU insgesamt Schaden leiden würde. Darin bin ich einig mit allen Mitgliedern des Präsidiums einschließlich des Vorstandes der Fraktion der CDU/CSU, die an der Beratung dieser Frage mitgewirkt haben. Also auch dieses Programm der nächsten vier Jahre kann nicht auf diesem Parteitag verabschiedet werden. Wir haben in Aussicht genommen, daß der Bundesparteiausschuß der CDU etwa Ende Juni, Anfang Juli zusammentritt, um ein solches Programm zu verabschieden, und zwar nach sehr sorgfältiger Vorbereitung und nach Abschluß der wesentlichen Arbeiten und Aufgaben der Bundestagsfraktion. Soweit es sich um die Programmatik der CDU, um die Formulierungen unserer Vorstellungen über die Zukunft der Arbeit der Christlich-Demokratischen Union handelt, ist Verschiedenes vorbereitet worden.

Einmal wird der Herr Bundeskanzler Professor Erhard am dritten Tage dieses Parteitages – wie ich meine – als Höhepunkt dieses Tages eine Erklärung abgeben, in der er also seine Vorstellungen über die Gestaltung der Zukunft, vor allem über die gesellschaftspolitischen Probleme und Aufgaben usw., formuliert. Sie wird ihr Schwergewicht im Bereich der Innenpolitik – hier vor allem der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik – finden, aber auch wesentliche Fragen der Außenpolitik berücksichtigen. Ich meine, daß wir gut daran tun, wenn wir diese Erklärung des Herrn Bundeskanzlers Erhard – er wies darauf hin, daß die europäischen Fragen selbstverständlich in seiner Rede einen gewichtigen Platz einnehmen werden – als einen wesentlichen Teil der Programmatik auch im künftigen Wahlkampf verwerten.

Darüber hinaus erwarten wir von den Arbeitskreisen eine Bereicherung des Programms und der programmatischen Aussage unserer Partei. Die Arbeitskreise haben auf diesem Parteitag nicht den Auftrag, nun mit letzter Subtilität unterschiedliche Meinungen zu klären und kontroverse Auffassungen bis zum letzten auszutragen. Die wesentliche Aufgabe dieser Arbeitskreise ist, dazu beizutragen, in den verschiedenen

Teilbereichen, bis in den Bereich – und das halten wir für sehr wesentlich und sehr bedeutsam angesichts der Bundestagswahlen – der Bildung, Ausbildung, der Schulen usw., unsere Auffassungen zu formulieren und damit die Grundlagen zu erarbeiten auch für die entsprechende Vorbereitung des Wahlkampfes auf diesen Gebieten.

Dasselbe gilt für die anderen Arbeitskreise, z. B. für den Arbeitskreis, der sich mit den Umweltbedingungen, Wohnungsproblemen, Verkehrsproblemen und anderen Fragen befaßt; das gilt aber ebenso für die Arbeitskreise, die sich mit den Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wie mit den Fragen des sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens befassen. Alle diese Arbeitskreise haben also den Auftrag, die Programmatik der CDU anzureichern und die Möglichkeit zu geben, sie kurzfristig so zu formulieren, daß sie auch ausreichendes Material bilden für die Vorbereitung der Bundestagswahlen. Das zu den Arbeitskreisen.

Hierzu noch eine Ergänzung: Es kommt uns bei der Berichterstattung über die Arbeitskreise nicht entscheidend darauf an, daß mit letzter Sorgfalt das letzte Wort wiedergegeben wird, das in den Arbeitskreisen gesprochen worden ist. Wir haben hier vor allem junge Parteifreunde gebeten, um die Verjüngung der CDU auch in der politischen Verantwortung darzutun, die vor dem Plenum des Bundesparteitages über die Ergebnisse der Beratungen der Arbeitskreise zu berichten haben. (*Zuruf*: Wie alt sind die?) Wenn sich nicht jeder so jung fühlt, kann ich es nicht ändern. Fühlen Sie sich doch alle so jung wie Herr Adenauer, dann haben wir die Wahlen schon gewonnen! (*Beifall und Heiterkeit*.) Ich lege also großen Wert darauf, daß die Berichte der Arbeitskreise nicht mit der Sorgfalt eines rheinischen Notars erstattet werden, sondern mit jenem politischen Fingerspitzengefühl, das notwendig ist. (*Zurufe*: Und die westfälischen Notare?) Ach, die rheinischen sind hier den westfälischen überlegen. Das gilt nicht nur für die materielle Trennung dieser Tätigkeit. (*Heiterkeit*.) Es kommt darauf an, daß wir den Bundesparteitag davon überzeugen, daß in den Arbeitskreisen Dinge beraten worden sind, die für die Zukunft unseres Volkes von großer Bedeutung sind.

Sie wissen, daß außerdem durch Herrn Gerstenmaier ein Vortrag vorbereitet wird, der sich mit den Problemen des nationalen Selbstbewußtseins und ähnlichen Fragen befaßt. Wir erwarten davon sehr viel. Große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der Vortrag unseres Freundes Dr. Barzel, der einen nüchternen Geschäftsbericht über die Arbeit der Fraktion zu den Akten geben wird. Er liegt zu Beginn des Parteitages vor. Er wird aber außerdem die Aufgaben, Zielsetzungen und seine persönlichen Überlegungen zur künftigen Politik vor dem Parteitag formulieren.

Schließlich haben wir in letzter Stunde doch noch so etwas vorbereiten können wie eine Düsseldorfer Erklärung⁴. Ich darf Ihnen verraten, daß die Formulierung dieser Erklärung – eine Art Grundsatzerklärung – auf ungewöhnliche Schwierigkeiten gestoßen ist, weil nur wenige bereit waren, daran mitzuarbeiten, und diejenigen, die

⁴ Wortlaut der „Düsseldorfer Erklärung“ in: CDU, 13. Bundesparteitag S. 724–726. Vgl. auch KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 246 f.

zunächst zugesagt hatten, letzten Endes dann doch ihre Zusage nicht haben halten können.

Deshalb ist der Entwurf der Grundsatzerklärung erst in den letzten Tagen eingegangen. Ich halte es für notwendig, daß dieser Entwurf zunächst noch in einem kleinen Kreis vorberaten und dann erst darüber entschieden wird, ob er in der vorliegenden Fassung oder mit einzelnen Korrekturen dem Bundesparteitag vorgelegt werden soll.

Damit habe ich Ihnen, meine Damen und Herren, einen Überblick über das gegeben, was an programmatischen Überlegungen und Fakten verabschiedet und gegeben werden soll. Ich meine, daß das den Bedürfnissen und Notwendigkeiten des Bundesparteitages entspricht.

Adenauer: Meine lieben Parteifreunde! Ich kann mich mit einzelnen Ausführungen vom Herrn Kollegen Dufhues nicht einverstanden erklären. Zunächst möchte ich feststellen, daß ich von dieser Düsseldorfer Grundsatzerklärung in diesem Augenblick zuerst ein Wort überhaupt höre; ich meine nicht, was da drin steht, sondern daß eine vorbereitet wurde. (*Dufhues:* Das haben wir doch besprochen!) Nein, das haben wir nicht besprochen. Sie haben eben selbst gesagt, es ist noch gelungen, im letzten Augenblick das fertigzubekommen. (*Dufhues:* Die Formulierung!) Auf die Formulierung kommt es doch an! (*Dufhues:* Aber, Herr Bundeskanzler ...) Verzeihen Sie, Herr Dufhues, ich habe Sie nicht unterbrochen, bitte unterbrechen Sie mich auch nicht.

Meine Herren! So wichtig und so wertvoll dieses Gesellschaftsprogramm oder Programm für eine Gesellschaftspolitik für uns sein wird, das der Herr Bundeskanzler Erhard der Öffentlichkeit am letzten Tag mitteilen wird, so ist es ganz ausgeschlossen, daß wir unbesehen ein solches Programm als das unsrige erklären. Darüber müssen Sie sich doch klar sein, Herr Dufhues, das geht doch nicht! Wir sind doch schließlich auch noch selbstdenkende Menschen. Ich weiß gar nicht, warum wir überhaupt hier zusammengekommen sind, wenn die Sache so holterdiepolter abgemacht werden soll. Ich verstehe das einfach nicht. Ich verstehe auch nicht – lassen Sie mich das bei der Gelegenheit noch sagen –, daß wir keinen Gottesdienst haben. Wir hatten sonst jedesmal einen evangelischen und einen katholischen Gottesdienst. Diesmal sind sie ausgefallen. Warum, weiß ich nicht. Ich habe den Herrn Kraske gefragt, als ich das gesehen habe. Da hat er mir gesagt, es sei so schwer, auf evangelischer Seite Herren für einen Gottesdienst zu finden. (*Bewegung und Unruhe. – Schmidt:* Wieso?) Er hat nicht gemeint als Zuhörer, Herr Kollege Schmidt, sondern er meinte den Zelebrierenden, also einen Geistlichen zu finden.

Ich habe das heute morgen auch dem Herrn Meyers gesagt bei Tisch. Und Herr Meyers erklärte, es wäre eine Kleinigkeit gewesen, einen Herrn zu finden. Also, meine Herren, Sie mögen aber darüber entscheiden. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich möchte nur sagen, daß wir gefragt werden von der Presse und der gesamten Öffentlichkeit, auch von unseren Leuten: Was habt ihr denn auf dem Parteitag beschlossen? – Was sollen wir da sagen? Ich wüßte keine Antwort.

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dufhues war bereits so liebenswürdig, in seinem Bericht auf einige Bedenken der Bundestagsfraktion gegen ein konkretes Wahlprogramm zu diesem Zeitpunkt hinzuweisen. Wir legen natürlich auch Wert darauf, daß ein solches Wahlprogramm etwa Anfang Juli vorgelegt wird. Wir brauchen das für die Wahl. Wir sind aber diesmal in einer anderen Lage als vor den anderen Wahlen, weil wir keine Majorität im Hause haben und weil beim besten Willen keiner von uns sagen kann, welcher Teil unseres Gesetzgebungsprogramms noch verwirklicht werden wird. Das kann im Hinblick auf die Schwierigkeiten in der Koalition überhaupt keiner sagen.

Nehmen Sie eine praktische Frage wie die Lohnfortzahlung⁵, ob wir sie noch schaffen oder nicht schaffen. Wenn wir sie nicht schaffen, dann muß sie in das Wahlprogramm hinein. Das aber sollten wir im Juli sagen. Nehmen Sie etwas anderes. In einem Wahlprogramm muß natürlich ein konkreter Satz über die Kriegsoffer stehen. Wir können aber im Augenblick aus außenpolitischen Gründen eine Kriegsoffervorlage nicht mehr verabschieden. Gingen wir hier weg mit einem Beschluß über die Kriegsoffer, dann wären wir noch nicht in Bonn, und es läge ein Antrag der sozialdemokratischen Opposition auf der Tagesordnung, der den Haushalt sprengte.

Wir sind also wegen dieser Schwierigkeiten, die wir nicht zu vertreten haben, sondern die sich aus der mangelnden Majorität ergeben, nicht imstande, jetzt ein in konkrete Punkte gehendes Wahlprogramm zu verabschieden. Wir brauchen es im Juli.

Was die grundsätzlichen Dinge anbetrifft und auch die Grundsatzrede des Herrn Bundeskanzlers am Schluß, so wird es sicher, Herr Vorsitzender, Möglichkeiten geben, um im Laufe dieser Tage durch eine Sitzung des Präsidiums die notwendigen Einzelfragen hier zu regeln.

Kraske: Herr Bundeskanzler, darf ich ein Wort zu der Frage der Gottesdienste sagen. Ich hatte ursprünglich ein Programm für diesen Parteitag im Entwurf vorgelegt, das – wie immer in den vergangenen Jahren – am Sonntag morgen mit den Gottesdiensten begann und dann die Eröffnung des Parteitages um 19 Uhr vorsah. Aus vielerlei Gründen sollte der Parteitag, der ursprünglich für vier Tage vorgesehen war, auf drei Tage gekürzt und konzentriert werden.

Mit dem Beginn am Montag morgen war es unter diesen Umständen aus zeitlichen Gründen notwendig, am Montag bereits morgens mit dem Programm anzufangen.

Zweitens müssen Sie mich, Herr Bundeskanzler, mißverstanden haben in der Frage des evangelischen Gottesdienstes. Es wäre sicher möglich gewesen, dafür einen Pfarrer zu finden. Daran habe ich nie gezweifelt. Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, daß es in der evangelischen Kirche gewisse Bedenken gibt, in der Woche einen solchen Gottesdienst anzusetzen. Bei früheren Parteitagen, die an einem Wochentag angingen, haben wir darüber mehrfach mit dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier

⁵ Das „Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle“ wurde erst am 27. Juli 1969 verabschiedet. Vgl. Nr. 12 Anm. 38.

gesprochen – den ich für eine größere Autorität in meiner Kirche halte als mich –, der immer die Meinung vertreten hat, daß man bei einem Sonntagsbeginn mit einem Gottesdienst anfangen sollte, aber nicht bei einem beginnenden Parteitag in der Woche.

Deswegen sind wir davon ausgegangen, daß an diesem Sonntag vor der Gedenkfeier für Karl Arnold die Teilnehmer noch zu Hause den Gottesdienst besuchen und dann hier zum Parteitag kommen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir nennen uns eine christliche Partei! Die wollen wir doch auch sein! Es war für uns immer symbolisch, daß unser Parteitag mit Gottesdiensten beider Konfessionen begann. Jetzt fällt das auf einmal weg. Ich will Ihnen sagen, ich bin von einer ganzen Reihe von Leuten gefragt worden, warum diesmal kein Gottesdienst stattfindet. Ich konnte ihnen weiter nichts darauf sagen als das, was Sie mir gesagt haben. Und Sie beschränken sich darauf zu sagen, aus gewissen Gründen, die ich nicht kenne, ist es nötig, den Parteitag auf drei Tage zu beschränken, ihn also am Montag erst anfangen zu lassen, und wir konnten dann nicht auch noch Gottesdienste veranstalten. Ich bitte Sie sehr, das der Öffentlichkeit nicht so mitzuteilen; denn das ist keine sehr annehmbare Erklärung.

Meine Damen und Herren! Daß wir noch einmal zusammenkommen müssen – darüber müssen wir noch einmal sprechen, wer zusammenkommt – vor der Wahl, das ist ganz klar; daß wir heute kein Wahlprogramm aufstellen können, ist auch selbstverständlich; denn es gibt so viele Einzelheiten dabei, die noch nicht überschaubar sind, daß man das nicht machen kann.

Aber ich wiederhole nochmals, sehen Sie sich an, was sich die Arbeitskreise für Themen vornehmen. Nehmen Sie das Programm bitte einmal zur Hand: Arbeitskreis I: Deutschland, Europa und die Welt. Arbeitskreis II: Soziale Sicherheit – stabile Wirtschaft. Arbeitskreis III: Gesunde Umwelt – gesunde Menschen. Arbeitskreis IV: Probleme der modernen Gesellschaft. Arbeitskreis V: Schule und Ausbildung – jedem seine Chance.

Wie sollen die Arbeitskreise abschließen? Sollen Sie abschließen, ohne eine Empfehlung herauszugeben? (*Krone:* Bericht an das Plenum! – *Hellwig:* Zusammenfassender Bericht an das Plenum!) Wollen Sie sich einmal klarmachen, meine Herren, was Sie damit einleiten. Das wird ja ein ellenlanger Bericht. (*Hellwig:* Das haben wir früher auch gemacht!) Nein, das haben wir früher immer anders gemacht. Herr Hellwig, man hört immer das Wort „Das haben wir früher auch gemacht“ – nein, wir haben manches früher anders gemacht. (*Hellwig:* Ich war selbst Berichterstatter, ich weiß, wie es gemacht worden ist!) Also, meine Herren, dann frage ich Sie, soll es so gemacht werden oder nicht. Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich erstaunt über die Debatte, die der Herr Bundesvorsitzende anstellt. Ich bin hierhergekommen und war nicht sehr zufrieden mit den Unterlagen, die mir zugegangen sind. Aber ich habe die stille Hoffnung, daß die weitere Diskussion eine Zufriedenheit herbeiführen wird. Nun stelle ich fest, daß offensichtlich der Herr Bundespartei-

vorsitzende als Vorsitzender des Präsidiums an der vom Präsidium vorgeschlagenen Marschroute selber Zweifel hegt. Ich verstehe nicht, daß in dem heute hier vorliegenden gedruckten Programm bei der vierten Plenarsitzung der Punkt „Entschließungen“ steht. Das bedeutet doch, daß mit Entschließungen gerechnet wird. Man muß sich doch beim Entwurf dieser Tagesordnung etwas dabei gedacht haben. Diese Entschließungen stehen doch sozusagen als Höhepunkt des Parteitages auf dem Programm.

Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir jetzt ein Wahlprogramm vorlegen. Es gibt gute Gründe dafür, ein Detailprogramm jetzt nicht zu formulieren. Ich selber bin Berichterstatter, aber ich zweifle daran, ob man es dem mehr oder weniger großen Geschick des Berichterstatters überlassen kann, daß das, was er sagt, der Wille der Partei sein soll. Das kann man auch nicht tun. Es kann also praktisch nur ein Situationsbericht wiedergegeben werden über die Referate und die Diskussionen der einzelnen Arbeitskreise.

Meine konkrete Frage lautet, ist es nicht möglich, wenigstens eine Art Schlußresolution, die unter dem Punkt „Entschließungen“ angenommen werden könnte, bis zum Mittwoch vorzulegen, damit es nicht so aussieht, als hätten wir überhaupt nichts vorzulegen für die Entschließungen? Ich warne davor, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, nachdem er jetzt auf der Tagesordnung steht. Wir müssen uns noch etwas einfallen lassen, was wir hier dem Parteitag vorlegen. Das scheint mir insofern auch ohne weiteres möglich zu sein, weil am gleichen Tage der Herr Bundeskanzler sein Hauptreferat halten wird und es sich gewissermaßen in Korrespondenz zu diesem Hauptreferat auch durchaus für den Wahlkampf als Auftakt des Parteitages machen ließe, hier eine knappe Schlußentschließung des Parteitages zu bringen.

Das können Dinge sein, die nicht kontrovers und auch tagespolitisch nicht umstritten sind, die also auch die Arbeit der Bundestagsfraktion nicht belasten. Solche Beispiele gibt es in Hülle und Fülle. Ich warne aber davor, zum Punkt „Entschließungen“ gar nichts vorzulegen; denn nachdem dieser Punkt auf der Tagesordnung steht, macht das gegenüber der Öffentlichkeit einen miserablen Eindruck, wenn wir nichts vorlegen. Es muß doch möglich sein, in dieser verbleibenden Zeit von zwei oder drei Tagen wenigstens auf ein oder zwei Seiten eine Schlußresolution des Parteitages vorzulegen.

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Zunächst darf ich einmal klarstellen, daß dieses Programm von Ihnen hier im Bundesvorstand beschlossen worden ist. Also alle kritischen Bemerkungen, die jetzt zum Programm gemacht werden, hätten bis spätestens in der letzten Sitzung des Bundesvorstandes vorgetragen werden müssen. (*Lebhafter Beifall.*) Es hat sich doch eine Diskussion über die Namen und ähnliches ergeben. Es gibt genug Parteifreunde, die mir bestätigen können, was ich gesagt habe.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir in dem von Ihnen genehmigten Entwurf des Programms dieses Parteitages auch Entschließungen vorsehen mußten. Einmal sind doch Anträge gestellt. Ich bin auch nicht sicher, ob noch weitere Anträge gestellt werden. Das unterliegt doch der Autorität und der Autonomie des Parteitages.

Also, für diesen Fall überhaupt keine Entschließungen vorzusehen, scheint mir in einer Weise der Kompetenz des Parteitages vorzugreifen, zu der ich nicht in der Lage und nicht bereit bin. Außerdem ist immer daran gedacht worden, daß wir eine Schlußentschließung formulieren und herausgeben.

Ich darf sagen, daß ich vor sechs oder acht Wochen noch einen Parteifreund gebeten habe, den Entwurf dieser Erklärung vorzubereiten, bei dem ich mehrfach insistiert habe. Leider bin ich von dem Ergebnis ein wenig enttäuscht worden. Es ist deshalb in letzter Minute etwas anderes vorbereitet worden, was ich aber erst dem Präsidium vorlegen möchte, um eine Entschließung darüber herbeizuführen, ob wir uns mit dieser oder einer anderen Entschließung befassen, die dann den Abschluß des Parteitages bilden soll.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich muß sagen, ich bin einigermaßen enttäuscht von diesem Auftakt des Parteitages; daß wir am Beginn dieses Parteitages, der doch ganz besonders die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit finden soll – in einem Augenblick, wo draußen die Meinung besteht, daß diese CDU innerlich ziemlich zerstritten sei –, nun anfangen, uns in einer solchen Weise über das Verfahren auseinanderzusetzen, nachdem wir vor einigen Wochen im Hotel „Königshof“ alle diese Dinge auf dem Tisch gehabt und zu ihnen auch Ja gesagt haben. Ich verstehe das nicht. Ich finde das sehr schlecht; man hätte darüber reden können, ob wir Entschließungen machen oder nicht. Das konnte man diskutieren, aber das haben wir damals eben nicht diskutiert. (*Schmidt:* Es stand aber damals im Entwurf!) Ich weiß es; aber heute Entschließungen zu machen über schwierige Probleme – Herr Barzel hat einige angesprochen –, das ist überhaupt nicht möglich. Das hat schon auf früheren Parteitagen, wo wir geschlossener waren, sehr viel Energie gefordert und manchmal so viel Kraft mit heftigem Türenzuschlagen, daß es eine Illusion wäre, sich einzubilden, man könnte es heute machen.

Im übrigen habe ich noch nie gesehen, daß in einer Tageszeitung auch nur ein nennenswerter Teil von Entschließungen abgedruckt worden wäre, was natürlich nicht heißt, daß man sie nicht fassen soll. Nur soll man die Wirkungen oder auch das Fehlen von Entschließungen nicht überschätzen. Ich bin der Meinung – und so hatte ich es auch gedacht –, daß der Parteitag richtig angelegt ist. Deshalb habe ich neulich im „Königshof“ auch nichts dazu gesagt.

Hier sind fünf Arbeitskreise vorgesehen, und zwar mit – nach den Namen zu urteilen – qualifizierten Berichterstattern. Was ist die Aufgabe dieser Berichterstatter? Ihre Aufgabe ist es nicht, einen lächerlichen Abklatsch in Kleinformate von einigen Reden zu geben, sondern die Ergebnisse – unter Umständen im Zusammenwirken mit sachverständigen Parteifreunden – so zu formulieren, daß sie gewissermaßen als Thesen des Parteilebens angesehen werden können. Das ist die Aufgabe der Berichterstatter. Dies ist dann die Meinung dessen, was die CDU will.

Hinzu kommen natürlich die Ausführungen unserer führenden Freunde, des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Barzel. Ich kann nur hoffen, daß bei diesen Ausführungen

rungen (*Schmidt*: ... nicht kontrovers sind ...) jeder im Interesse der Gesamtheit der Partei in dieser schwierigen Situation in der Lage ist, dieses *Sacrificium intellectus* zu bringen, das notwendig ist, um nicht neue Nahrung in der Öffentlichkeit dafür zu bieten, daß diese CDU nicht mehr weiß, was sie will. Dies ist der dringendste Wunsch, den wir alle haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Barzel: Meine Damen und meine Herren, es ist wohl nicht so kompliziert, wie es im Augenblick aussieht. Wir sind uns darüber einig, daß wir das konkrete Wahlprogramm im Juli machen. Das ist also schon einmal klar. Dafür wird die Berichterstattung eine große Rolle spielen. Sie wird auch für die Zeit bis dahin von Bedeutung sein. Was am Schluß steht, muß natürlich etwas sein. Es könnte vielleicht eine Düsseldorfer Erklärung sein. Wir haben immer solche Manifeste am Schluß von Parteitagern herausgegeben. Ich stimme Herrn Kohl durchaus zu, es müßte möglich sein, das bis Mittwoch mittag zu haben. Ich habe eben einen Blick in das geworfen, was Herr Dufhues gestern nacht als Ausarbeitung bekommen hat. Ich würde anregen, Herr Bundeskanzler, aus einer Reihe von anderen Gründen, daß wir morgen um 9 Uhr eine Sitzung des Präsidiums abhalten. Wir werden dann Gelegenheit haben, diese prozedurale Frage sicherlich gut zu lösen.

Wir würden sicherlich klug daran tun, auch den Vorsitzenden der CSU zu dieser Sitzung des Präsidiums einzuladen, damit wir auch sehen, daß wir wirklich einen guten Start in allen Fragen haben, die hier eine Rolle spielen könnten. Nachdem wir ein Redaktionskomitee gleich einsetzen werden, sollten wir das auch in bewährter Weise, ob mit oder ohne Türzuschlagen, auf jeden Fall wie bisher tun.

Adenauer: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Dann darf ich folgendes als Ergebnis feststellen, indem ich das zusammennehme, was Sie zum Teil, Herr Gradl, und Sie, Herr Barzel, gesagt haben. Sie stimmen darin überein – übrigens auch mit mir –, daß die Berichterstatter der Arbeitskreise, selbstverständlich mit Genehmigung des Arbeitskreises, bestimmte Dinge uns vortragen. Ich möchte mir erlauben, Ihnen zu sagen, wenn auch nicht alle unsere Beschlüsse in der Presse abgedruckt werden, so würde doch die Tatsache, wenn wir keinen Beschluß hier faßten, ausgelegt werden als ein vollständiges Auseinandergehen der Meinungen innerhalb dieses Parteitages. Und das wäre ungefähr das Schlimmste, was uns geschehen könnte.

Den Anregungen des Herrn Kollegen Barzel können wir natürlich nachkommen, nämlich das Parteipräsidium für morgen früh einzuladen. Damit werden Sie sicher einverstanden sein. Dann würde ich Ihnen vorschlagen – wir werden das Weitere gleich noch sehen –, dieses Papier hier zur Hand zu nehmen; ich habe das eben beim Mittagessen bekommen. (*Unruhe und Bewegung.*) Ach, die Herren haben es überhaupt nicht? Bitte sehr Herr Kraske!

Kraske: Diesen Vermerk haben nur Sie bekommen für das Verfahren jetzt hier in der Sitzung. (*Burgbacher*: Das ist ein Handzettel.)

Adenauer: Sie haben mir hier eine Reihe von Sachen aufgeschrieben, das habe ich heute bei Tisch bekommen. Am besten lese ich Ihnen das jetzt vor, damit Sie auch darüber unterrichtet sind, was Herr Kraske meint.

„Für den Ablauf der Sitzung des Bundesvorstandes schlage ich folgendes vor:

1. Es wäre sicher gut, wenn zu Beginn der Sitzung von Herrn Professor Erhard und Herrn Barzel ein kurzer Überblick über die bisherige Entwicklung der Koalitions-krise⁶ gegeben würde. Eine längere Diskussion über dieses Thema sollte jedoch nach Möglichkeit vermieden werden. Ich glaube auch nicht, daß das auf Schwierigkeiten stößt. Die Mitglieder des Bundesvorstandes werden mehr an einer zuverlässigen Information als an einem Meinungsaustausch interessiert sein.“

Ich glaube, damit sind wir alle einverstanden. Das wird, soweit ich sehe, auch sehr schnell gehen.

„2. Es sollte noch einmal kurz über den Ablauf der öffentlichen Kundgebung am heutigen Abend, die Reihenfolge der Redner, die Zeitdauer der einzelnen Ansprachen usw. gesprochen werden.

3. Dem Bundesvorstand liegt eine Erklärung des Präsidiums zur Wahl eines Parteitagspräsidiums und des Redaktionskomitees vor. Der Bundesvorstand muß darüber formell beschließen.“

Das können wir gleich machen, ich lese Ihnen die Namen vor.

„4. Herr Dufhues sollte darauf hinweisen, daß die Arbeitskreise auf diesem Wahlparteitag nicht dazu dienen, Detailfragen zu erörtern und dabei ernste Kontroversen entstehen zu lassen. Aufgabe und Ziel der Arbeitskreise soll vielmehr sein, das jeweilige Thema nach seiner Einleitung durch den Referenten und durch einzelne Beiträge zu entfalten und zu vertiefen, um für die einzelnen Sachbereiche einen möglichst breiten Überblick über Leistungen und Zielsetzungen unserer Politik zu geben.“

Darüber, wie man das machen kann, werden Sie sich auseinandersetzen bei der kurzen Zeit, die wir haben.

„Es ist nicht vorgesehen, in den Arbeitskreisen Entschließungen vorzubereiten. Die Ergebnisse der Arbeitsberatungen sollen vielmehr in den Berichten vor dem Plenum ihren Niederschlag finden. Diese Berichte sollten im Gegensatz zur Praxis unserer Fachkongresse oder ähnlicher Tagungen kurzgefaßte politische Reden, aber nicht systematisch Arbeitskreisberichte sein.

Es sollte in diesem Zusammenhang noch einmal dringend darauf hingewiesen werden, daß die Referate nicht länger als jeweils dreißig Minuten dauern, daß die Diskussionsbeiträge einen Zeitraum von zehn bis höchstens fünfzehn Minuten nicht überschreiten dürfen und daß auch die Berichte vor dem Plenum auf fünfzehn bis höchstens zwanzig Minuten zu beschränken sind.

5. Herr Dufhues sollte einen kurzen Überblick über die Vorüberlegungen zu einer Abschlußerklärung des Parteitages geben, dabei insbesondere auf die Schwierigkeiten

6 Justizminister Bucher (FDP) trat aufgrund der Entscheidung zur Verlängerung der Verjährungsfrist im März 1965 zurück. Entgegen der Forderung der FDP, das Amt bis zum Ende der Legislaturperiode nicht zu besetzen, ernannte Erhard umgehend Karl Weber (CDU) zum neuen Justizminister (HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 134; AdG 1965 S. 11777 f.).

hinweisen, die der Verabschiedung eines regulären Programms entgegenstehen, und die Vorstandsmitglieder bitten, die übrigen Parteitage delegierten mit dieser Sachlage vertraut zu machen und sie von der Notwendigkeit einer relativ allgemein gehaltenen Abschlusserklärung zu überzeugen.

Es ist in der Zwischenzeit gelungen, die Vereinigungen und Ausschüsse der Partei von Einzelentschlüssen abzuhalten. Dankenswerterweise haben die Sozialausschüsse von vornherein auf eigene Entschlüssenanträge verzichtet. Die Mittelstandsvereinigung hat einen bereits vorliegenden Antrag zurückgezogen; auch die Frauenvereinigung hat darauf verzichtet, ihre vorliegenden Anträge formell dem Parteitag einzureichen. Es liegt zur Stunde nur noch ein Antrag des Landesverbandes Hamburg betreffend Einführung von parlamentarischen Staatsministern vor.

6. Die Vorstandsmitglieder sollten nachdrücklich gebeten werden, interne Parteifragen, etwa die Frage einer Prinzipienklärung, im Vorstand oder im Ausschuß, aber nicht auf dem Parteitag zu erörtern.

7. Es sollte im Bundesvorstand noch einmal erörtert werden, wer von den ausländischen Gästen aufgefordert wird, vor dem Parteitag zu sprechen.

8. Es sollte im Verlaufe der Bundesvorstandssitzung geklärt werden, wann die vom Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Adenauer gewünschte Konferenz der Landesvorsitzenden stattfinden soll.“

Dazu möchte ich folgendes sagen: Es gibt Dinge, die man in einem solchen Kreise nicht besprechen kann, weil sie notwendigerweise dann an die Öffentlichkeit gelangen. Ich wünschte aber eine Zusammenkunft mit den Landesvorsitzenden am Schluß unserer Tagung, damit auch die Landesvorsitzenden mir solche Dinge, die man nach meiner Meinung nur im kleinsten Kreise besprechen kann, sagen können. Also, meine Herren, das ist nun die Sachlage. Ich würde vorschlagen, wir kommen zunächst zu der Wahl des Bundesparteitagspräsidiums. Es werden vorgeschlagen: als Präsident des Bundes[partei]tages Minister Konrad Grundmann. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. (*Beifall.*) Mitglieder des Präsidiums: Ministerpräsident Dr. Altmeier, der zu meinen Bedauern nicht kommen kann, wie ich höre. (*Meyers:* Seine Frau ist heute morgen operiert worden. – *Süsterhenn:* Ich darf statt dessen den Stellvertretenden Vorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Herrn Staatssekretär Matthes⁷, vorschlagen.) Sind Sie damit einverstanden?

Dufhues: Ich würde vorschlagen, nicht zu regional hier vorzugehen, sondern ein wenig die Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die immer maßgebend waren. Deshalb möchte ich, bevor über Ihren Vorschlag abgestimmt wird, darauf hinweisen, daß einmal die Junge Union nicht ohne Grund darauf hingewiesen hat, daß sie jeweils im Präsidium vertreten war. Sie hat offenbar die Absicht, den Stellvertretenden

7 Hermann Matthes (1901–1976), Staatssekretär; 1947–1963 MdL Rheinland-Pfalz (CDU), 1963–1967 Staatssekretär im Sozialministerium Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 652 Anm. 1.

Vorsitzenden, Herrn Vogel⁸, vorzuschlagen, außerdem – und das würde ich für richtig halten – haben die Frauen gebeten, man möge neben den bereits genannten Damen auch eine katholische Frau berücksichtigen. Wenn ich recht unterrichtet bin, ist Frau Gies⁹ als Mitglied des Präsidiums vorgeschlagen worden. (*Süsterhenn*: Ich ziehe meinen Antrag zurück!) Vielen Dank.

Adenauer: Sind Sie mit dem Vorschlag von Herrn Dufhues einverstanden?

Klepsch: Ich bin gerne breit, Herrn Vogel vorzuschlagen, weil der Herr Geschäftsführende Vorsitzende wünscht, daß jemand aus der Jungen Union im Präsidium sitzt. Ich darf noch einmal wiederholen: Seit vielen Jahren ist der Bundesvorstand der Jungen Union im Präsidium vertreten. Es war noch bei keinem Parteitag anders. Bei diesem Parteitag fehlt die Junge Union überhaupt auf der vorgeschlagenen Liste. Deshalb habe ich daran gedacht, meinen Vertreter, Herrn Vogel, vorzuschlagen.

Adenauer: Ich weiß nicht, ob Herr Grundmann in der Jungen Union ist. (*Zuruf*: Er war drin!) Dann ist er es jetzt nicht mehr. Deshalb schlage ich vor, dem Antrag stattzugeben, damit der Vorsitzende der Jungen Union hier vertreten ist. – Damit sind Sie einverstanden.

Im Präsidium sind weiter vorgesehen: Frau Dr. Becker-Döring, Frau Dr. Jochmus, Landtagspräsident Johnen, Ministerpräsident Kiesinger, Ministerpräsident Lemke, Minister Niermann, Stingl.

Dann käme das Redaktionskomitee, das ja, je nachdem, eine sehr wichtige und schwere Aufgabe bekommt. Es werden hier vorgeschlagen: als Vorsitzender Staatsminister a.D. Dufhues, als Mitglieder: Bundesminister Dr. Krone, Majonica, Dr. Hellwig, Katzer, Ministerpräsident Dr. Meyers. (*Meyers*: Ich kann nicht!) Sie wollen jemand anders? (*Dufhues*: Darf ich Herrn Rasner vorschlagen; ich würde es sehr begrüßen, wenn Herr Rasner im Redaktionskomitee mitarbeiten könnte.)

Kraske: Darf ich nur eines zur Sache sagen! Die ersten zehn Namen sind die Vorsitzenden und die Berichterstatter der fünf Arbeitskreise. Ich würde das von der Sache her für sehr wichtig halten, daß jeweils die beiden Herren in dem Redaktionskomitee vertreten sind. Herr Ministerpräsident Dr. Meyers, Sie sind hier auch als Vorsitzender Ihres Arbeitskreises aufgeführt. (*Meyers*: Ich weiß!)

Adenauer: Das ist ja unbedingt richtig, meine Damen und Herren; denn jemand zum Redaktionskomitee zu bestellen, der nicht Mitglied eines Arbeitskreises ist, das ist doch etwas Ungewöhnliches.

8 Friedrich Vogel (geb. 1929), Jurist; 1956–1972 Ratsmitglied in Warendorf (Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1963–1967 stv. Bundesvorsitzender der JU, 1965–1966 und 1969–1994 MdB (1971–1977 Leiter des Innen- und Rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion), 1966 Justizminister NW, 1982–1987 Staatsminister im Bundeskanzleramt.

9 Elisabeth Gies (geb. 1921), 1946 CDU, 1949–1958 Leiterin der Pressestelle, 1958–1984 des Besucherdienstes des Deutschen Bundestages, 1961–1979 Stadtverordnete in Bad Godesberg und Bonn, 1965–1969 stv. Vorsitzende des LV Rheinland.

Schwarzhaupt: Ich würde vorschlagen, wenn Herr Meyers nicht kann, einen anderen Mitwirkenden aus diesem Arbeitskreis in das Redaktionskomitee zu senden. Es ist der Arbeitskreis „Gesunde Umwelt – gesunde Menschen“.

Kraske: Ich schlage vor, wenn Herr Ministerpräsident Meyers nicht kann, Herrn Bundesminister Lücke, der einer der Referenten dieses Arbeitskreises ist, zu nehmen, und daß Herr Rasner zusätzlich gebeten wird, außerhalb der Arbeitsverteilung sich am Redaktionskomitee zu beteiligen.

Dufhues: Einverstanden, Herr Lücke? (*Lücke:* Ja!)

Hellwig: Herr Bundeskanzler, es wird bei mir mit einer Eventualität zu rechnen sein, daß ich nämlich am Mittwoch zu einer dringenden Sitzung der Hohen Behörde nach Luxemburg muß. Falls ich abgerufen werde in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, bitte ich, Herrn Dr. Schiettinger¹⁰, einen alten Mitarbeiter aus dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß und jetzt im Wirtschaftsministerium, statt meiner am Redaktionskomitee zu beteiligen. Er hat das in früheren Jahren recht gut gemacht.

Dufhues: Einverstanden!

Adenauer: Sollen wir nicht einmal die Liste der Arbeitskreise zur Hand nehmen, damit Sie sehen, wer da vorgeschlagen ist als Mitglied?

Arbeitskreis I: Deutschland, Europa und die Welt – Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Leitung: Bundesminister Dr. Heinrich Krone MdB; Referenten: Dr. Gerhard Schröder MdB, Bundesminister, Kai-Uwe von Hassel MdL, Bundesminister, Prof. Dr. Walter Hallstein, Präsident der Kommission der EWG; Berichterstatter: Ernst Majonica MdB.

Kommt denn Herr Hallstein? (*Kraske:* Er kommt am Montag früh an.)

Arbeitskreis II: Soziale Sicherheit – Stabile Wirtschaft, Währungsstabilität – Eigentum – Alterssicherung. Leitung: Dr. Fritz Hellwig, Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion; Referenten: Kurt Schmücker MdB, Bundesminister, Theodor Blank MdB, Bundesminister; Berichterstatter: Hans Katzer MdB, Vorsitzender der Sozialausschüsse.

Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Arbeitskreis III: Gesunde Umwelt – gesunde Menschen, Gesundheit – Wohnungen – Städtebau – Verkehr. Leitung: Dr. Franz Meyers MdL, Ministerpräsident; Referenten: Paul Lücke MdB, Bundesminister, Dr. Ing. Hans-Christoph Seebohm MdB, Bundesminister, Dr. Elisabeth Schwarzhaupt MdB, Bundesministerin; Berichterstatter: Dr. Ernst Müller-Hermann MdB.

Sind Sie einverstanden? (*Zustimmung.*)

Arbeitskreis IV: Probleme der modernen Gesellschaft, Die Familie – die Frau – der alte Mensch. Leitung: Aenne Brauksiepe MdB; Referenten: Dr. Bruno Heck MdB, Bundesminister, Dr. Gabriele Strecker, Dr. Caspar Schulte, Prälat; Berichterstatter: Dr. Helmut Kohl MdL, Landtagsfraktionsvorsitzender.

¹⁰ Dr. Fritz Schiettinger (1909–1984), 1958–1963 im Bundesfinanzministerium (Ministerialrat, -dirigent), 1963–1970 Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium.

Auch hier darf ich Ihr Einverständnis feststellen.

Arbeitskreis V: Schule und Ausbildung – Jedem seine Chance, Schule – Ausbildung – Beruf. Leitung: Dr. Franz Röder MdL, Ministerpräsident; Referenten: Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, Kultusminister, Dr. Gerhard Stoltenberg MdB; Berichterstatter: Prof. Dr. Paul Mikat, Kultusminister.

Auch da darf ich Ihre Zustimmung feststellen.

Dann können wir zum Redaktionskomitee zurückkehren: Dr. Müller-Hermann, Frau Brauksiepe, Dr. Kohl, Ministerpräsident Dr. Röder, Minister Prof. Dr. Mikat, Minister Niermann, Staatssekretär von Eckardt, Dr. Kraske, Dr. Rathke.

Dann ist der Antrag gestellt worden, Herrn Rasner hinzuzuwählen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann darf ich das feststellen. (*Dufhues:* Herr Lücke ist für Herrn Meyers im Redaktionskomitee.) Das Wort hat Herr Dichtel.

Dichtel: Es ist eingangs gesagt worden, daß auf diesem Bundesparteitag im Hinblick auf die Wahl jedes Wort überlegt werden und daß man sich der Verantwortung bewußt bleiben müsse. Aus dieser Sorge heraus darf ich folgendes erklären: Vor zwei Tagen habe ich in der Presse eine Information gelesen – ich weiß, wie Presseinformationen zustande kommen –, in der es hieß, der Herr Vorsitzende würde auf diesem Parteitag zu außenpolitischen Fragen nicht Stellung nehmen; außerdem seien im Präsidium darüber Differenzen entstanden.¹¹

Ich frage, trifft das zu oder trifft es nicht zu? Wenn es so wäre, würde es mich persönlich sehr wundern, wie aus diesem kleinen Kreise Dinge an die Öffentlichkeit, die für uns nicht förderlich sind, gerade im Hinblick auf die Wahl, weitergegeben werden. Ich möchte aus der Sorge um den Parteitag wissen, sind die Dinge auch nach dieser Seite absolut in Ordnung?

Adenauer: Was verstehen Sie unter „in Ordnung“? (*Heiterkeit.* – *Dichtel:* Herr Vorsitzender, Sie begreifen immer sehr gut!) Bitte sehr, Herr Dufhues!

Dufhues: Meine Damen und Herren! Stellen wird doch fest, daß der Herr Bundesparteivorsitzende heute abend sprechen wird. Und er wird in dem Sinne sprechen, was unsere Chancen für die Wahl, die uns allen so sehr am Herzen liegt, sicherlich nur fördern werden. Ich meine, daß damit die Diskussion als abgeschlossen betrachtet werden kann. (*Beifall.* – *Dichtel:* Ich frage aber, wie kam das in die Öffentlichkeit? Wir können das nicht mehr ertragen!)

Adenauer: Also, meine verehrten Damen und Herren, ich wollte tatsächlich nicht sprechen. Ich hatte vorgeschlagen, daß Herr Barzel an meiner Stelle sprechen sollte. Ich hätte das aus mehreren Gründen auch begrüßt. Ich selbst sehe die ganze Situation in der Welt als so gefährlich für uns an, daß ich unmöglich, wenn ich als Vorsitzender unserer Partei spreche, dem keinen Ausdruck geben kann. Das werde ich tun; aber wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie es bitte, dann werde ich nicht als Redner auftreten.

¹¹ Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 27. März 1965 „Spricht Adenauer?“.

Gurk: Ich glaube, Herr Kollege Dichtel ist mißverstanden worden. Er wollte folgendes sagen: Wir brauchen die Einheit und die Geschlossenheit der Partei. Ich will nicht verhehlen, wir haben heute mittag einige unliebsame Beobachtungen gemacht, z. B. ist im Präsidium der Bundesvorsitzende der Jungen Union vertreten oder nicht. Das ist keine weltbewegende Frage, aber der Herr Kollege Dichtel wollte nur wissen, wie es kommt, daß etwaige Differenzen im Präsidium, also aus einem so kleinen Kreis, in die Öffentlichkeit und in die Presse kommen. Die Geschlossenheit der Partei geht doch über alles. Wie kann es sein, daß etwa das Präsidium schon sich irgendwie Nachrichten abringen läßt, die in die Presse sickern?

Adenauer: Das ist doch wohl kein Geheimnis! (*Lemmer:* Die Wahlen zu verlieren, das ist doch der Grund; so geht das doch seit Monaten und Wochen!) Meine Herren! Machen Sie sich das eine klar, daß, jedenfalls in der Fraktion und wahrscheinlich auch in der Partei, über einen Teil unserer auswärtigen Politik sehr ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Seien Sie davon überzeugt, daß, wenn wir jetzt sagen würden, die bestünden nicht, das uns kein Mensch glaubte.

Ich werde heute abend, wenn ich rede, darauf eingehen, Herr Dichtel; denn dafür ist die Sache zu ernst und die ganze Situation, in der wir uns befinden, zu gefährlich, daß ich als Vorsitzender der Partei dazu schweigen würde. Das tue ich unter keinen Umständen. Deshalb wollte ich nicht sprechen. Darauf ist mir aber im Parteipräsidium dringend nahegelegt worden, ich möchte doch sprechen. Ich werde das mit Zurückhaltung tun und keine Namen nennen, aber ich werde sprechen von der Schwierigkeit unserer außenpolitischen Lage; nicht etwa wegen des Vorderen Orients. Das ist eine unangenehme und lästige Sache, die wird aber wieder einmal irgendwie in Ordnung kommen. Dadurch geht die Welt nicht unter.

Etwas ganz anderes aber ist es, Herr Dichtel, ob die Absprachen, die mit Frankreich getroffen worden sind, kaputtgehen oder nicht. Ich weiß nicht, wie Sie die Zeitungen lesen. Ich will Ihnen einiges sagen jetzt. Haben Sie den Trinkspruch de Gaulles auf den russischen Botschafter bei seiner Verabschiedung gelesen? Ich weiß nicht, ob Sie den gelesen haben. Ich habe ihn gelesen. Ich habe mir dann den „Figaro“ kommen lassen, um wörtlich das Ganze zu haben.¹² Und ich versichere Ihnen, ich bin erschüttert dadurch. Wenn wir dem blind gegenüberstehen, meine Herren, dann müssen wir die Folgen tragen.

Ich habe, was ich selten tue, im großen und ganzen meine Rede erst gestern zu Papier gebracht, weil ich gestern morgen noch nicht wußte, ob ich überhaupt reden

¹² Der russische Botschafter, Sergej Winogradow, wurde am 23. März 1965 verabschiedet. De Gaulle führte u. a. aus: „Les politiques de nos gouvernements comportent aujourd’hui une zone commune et grandissante d’entente et de coopération ... Sans doute, y a-t-il dans ce développement l’effet de la sympathie séculaire et de l’affinité naturelle qui porte incessamment les Français et les Russes à se rapprocher en dépit de tous les obstacles. Sans doute s’y trouve-t-il aussi le fait qu’une même conviction quant à la nécessité de la coexistence et de la paix qui inspire maintenant nos deux peuples.“ („Le Figaro“ vom 24. März 1965). Vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 897.

solle. Aber das ist mir dann als das Schlimmere vorgestellt worden. Ich habe geglaubt, dem Folge leisten zu müssen. Also, ich bin bereit, Ihnen zu sagen, was ich reden werde heute abend; und wenn die Mehrheit sagt: Das darfst Du nicht sagen, dann werde ich schweigen und nicht sprechen.

Dichtel: Damit kein Mißverständnis nach irgendeiner Seite hin aufkommen kann: Es liegt in der Natur der Sache, daß eine lebendige Partei auch eine lebendige Aussprache hat. Auch das Präsidium der Partei wird sich nicht über alle Fragen sofort einigen und verständigen können. Es wird auch dort eine lebhaftere Aussprache sein. Das ist ganz normal.

Meine Frage war, wie kommen die Dinge in die Presse hinein? Ich habe dann hinzugefügt, ich selbst bin lange genug in der Praxis und weiß, wie Pressemeldungen zustande kommen. Stimmt es, daß hier Differenzen bestanden haben? Wenn sie bestanden haben, wie kommen sie aus diesem allerengsten Kreis in die Presse hinein? Das ist etwas, was uns weh tut.

Nun, Herr Vorsitzender, habe ich noch eine herzliche Bitte. Ich bin der letzte, der Ihnen irgendwie einen Vorwurf machen oder irgendeine Sprachregelung anstreben möchte. Nur eines will ich Ihnen sagen: Ich habe im November an jener denkwürdigen Sitzung teilgenommen, wo wir uns über die Frage unterhalten haben, was wird aus der Partei werden. Eine solche Sitzung möchte ich hier nicht mehr erleben.

Weil aber eine Schicksalsfrage im September auf uns zukommt, muß sich jeder auf diesem Bundesparteitag seiner letzten Verantwortung bewußt sein. Es geht um die Wahl im September. Da ist es meine herzliche Bitte, die ich in diesem Kreis noch einmal sagen möchte, wir sollten uns auch danach richten. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Herr Bundeskanzler! Ich möchte das unterstreichen, was mein Freund Dichtel gesagt hat. Ich habe in meinem Landesverband vor drei Wochen den Parteitag durchgeführt und dabei versucht, auf die Landespolitik auszuweichen.¹³ Ich habe die Referate stark auf die Landespolitik abgestellt. Es ist mir aber nicht gelungen, die Außenpolitik außerhalb der Diskussion zu halten. Die Leute sind nur in einem Punkt unserer Politik im wesentlichen unzufrieden – die anderen Punkte sind jedenfalls zurückgetreten –, und das ist unsere außenpolitische Situation.

Wenn wir dies hier nicht in aller Klarheit ansprechen, dann haben wir die Wahl schon jetzt verloren.

Adenauer: Bitte, Herr Krone.

Krone: Herr Bundeskanzler, wenn ich Sie recht verstanden habe, wollen Sie auf den Ernst der Situation hinweisen. Sie wollen darlegen, wie unsere Lage ist im Verhältnis zu den anderen Mächten, zu Frankreich, zu Amerika, zu Europa usw. Dagegen können wir keine Einwendungen erheben, wenn das geschieht. Das muß sogar geschehen. Aber ich glaube, Sie sind doch mit uns einig, Herr Bundeskanzler, es

¹³ Landesparteitag der CDU Nordwürttemberg am 5./6. März 1965 in Sindelfingen. Vgl. UfD Nr. 10 vom 22. März 1965 „CDU und moderne Gesellschaft“.

muß so gesagt werden, daß es ein Übelwollender draußen nicht daraus lesen kann: Aha, das sind die Spannungen, die nun einmal in der CDU sind.

Herr Bundeskanzler! Sie betonen doch dauernd, wir müssen die Wahl gewinnen, um weitere vier Jahre an der Macht zu bleiben. Gerade deshalb muß die Darstellung so sachlich sein, aber auch so frei von Verdächtigungen anderer, die da betroffen werden können, daß wir die Wahl nachher nicht doch verlieren. Und darum bitte ich Sie. *(Beifall.)*

Adenauer: Ja, meine Herren, welche Forderungen stellen Sie an mich? *(Krone:* Sie müssen sprechen, Herr Bundeskanzler!)

Röder: Herr Bundeskanzler! In bezug auf die außenpolitische Situation haben Sie vom Ernst der Lage gesprochen. Ich bin der Meinung, daß das zutrifft, daß aber der Ernst der Situation bei allen Ausführungen zur Bundestagswahl und auch zur Wahl an der Saar dominierend sein muß. Wenn die Situation in der Außenpolitik so dargestellt wird, daß der Eindruck entsteht, die CDU ist nicht in der Lage, die Situation zu lösen, dann wird sich das im Endeffekt gegen unsere Partei auswirken.

Wenn wir aber die Lage so darstellen, wie wir sie lösen können, wäre das für uns ein Erfolg. Alles das, was dazu beitragen könnte, in diesen Monaten den Eindruck zu erwecken, als seien Gegensätze in unseren Auffassungen vorhanden, die aber nicht im Sinne unserer CDU-Politik ausgetragen und gelöst werden können, würden uns schaden.

Wir sollten also mit großem Ernst sagen, daß es für uns ein Ziel gibt, nämlich die Bundestagswahl in Einigkeit zu gewinnen. *(Beifall.)*

Adenauer: Meine Herren! Lassen Sie mich Ihnen in aller Ehrlichkeit sagen, an unsere Einigkeit glaubt kein Mensch. Daran glaubt keiner! Seien Sie doch ehrlich gegen sich. Sie können sprechen, mit wem Sie wollen. Das ist doch das Problem, das uns alle mit Sorge erfüllt. Glauben Sie denn, wenn man jetzt davon schweigt, daß dann in den nächsten fünf Monaten die Sache besser wird? Das glaube ich eben nicht. Ich mache mir eher Vorwürfe, daß ich nicht schon seit Monaten in der Öffentlichkeit darüber gesprochen habe.

Mikat: Herr Bundeskanzler! Es kann sein, daß an unserer Einigkeit Zweifel bestehen. Es kann aber nicht im Interesse der Partei liegen, diese Zweifel zu vermehren und zu stärken, sondern es kommt darauf an, welchen Eindruck diese Partei in den nächsten fünf Monaten in der Öffentlichkeit erweckt. Es wird darauf ankommen, bei dem hohen Maße an Gemeinsamkeit, trotz der Differenzen, die bestehen, nun unsere Einigkeit hier in Düsseldorf zu demonstrieren.

Das ist eine andere Sicht als die Frage, was können wir tun, um die von Ihnen mit Recht herausgestellten Differenzen, die bestehen, nicht nur auf das politisch notwendige Maß zurückzuführen, sondern auch hier gemeinsame Positionen zu entwickeln.

Die konkrete Frage dieses Bundesvorstandes lautet heute aber: Ist der Parteitag in Düsseldorf der Ort, um das sichtbar zu machen, was wir kritisieren, oder müssen wir nicht eine Plattform finden – das wird die Aufgabe des Redaktionskomitees und des Präsidiums sein –, um hier zu demonstrieren, diese Partei ist in ihrer Grundkonzeption

einig; sie steht hinter der Politik der Regierung, die sie trägt. Über Einzelheiten werden wir im Präsidium und in den politischen Gremien reden müssen. Wir kommen aber nicht weiter, wenn wir heute hier sagen, daß es um die Zwistigkeiten geht. Es geht auch um die Einheit, und ich frage, ist es denn nicht möglich – ich glaube, daß es möglich ist –, die Einheit der Partei in den wichtigen Lebensfragen hier eindrucksvoll zu demonstrieren? (*Beifall.*)

Adenauer: Bitte, Herr Bundeskanzler Erhard!

Erhard: Meine Herren! Ich bin auch über den Verlauf dieser Sitzung einigermaßen entsetzt. Wir alle wissen, daß die Welt sehr viel komplizierter geworden ist. Wir leben nicht mehr in der Hochzeit von John Foster Dulles, wo der fast erstarrte Gegensatz zwischen Ost und West die Einbettung unseres Deutschlandproblems organisch erscheinen ließ, nein, die Welt hat sich verändert in den Perspektiven und in den Dimensionen, und nicht nur wir, sondern vor allem auch die anderen Länder, auch unsere Freunde, sehen die Welt heute und die Lösungsmöglichkeiten, die sich darbieten, mit etwas anderen Augen an.

Wir sind aber auf dem besten Wege, jetzt so zu tun, als ob alle Spannungen in der Welt, alle Unsicherheit, alles Unbehagen – das über die zweifellos wenig geklärte Lage sowohl über die künftige Gestaltung der NATO wie auch in bezug auf das Deutschlandproblem besteht – durch unsere Schuld entstanden seien. Ich würde dringend davor warnen, auch den französischen Staatspräsidenten wegen seines Trinkspruchs auf den russischen Botschafter anzusprechen.

Ich habe mich mit dem französischen Staatspräsidenten in Verbindung gesetzt, und er hat mir sagen lassen, er stehe zu seinem mir gegebenen Versprechen, daß er in bezug auf die europäische politische Union dabei bleibt. Ich war auch entsetzt über manche falschen Töne, die da von Paris herübergedrungen sind über das, was Couve de Murville gesagt haben soll. Trotzdem bin ich der Meinung, daß das zustande kommen wird. Wir zerreden es nur, und wir erregen nur Mißbehagen auch bei den Franzosen, wenn wir jetzt glauben, sie tadeln zu müssen.

Dasselbe gilt überhaupt in bezug auf die westlichen Alliierten. Das gleiche gilt in bezug auf die NATO. Die Welt ist etwas aus den Fugen geraten. Aber dann wollen wir alles tun, um sie zu heilen. Wir wollen unsere Freunde ansprechen, aber nicht so tun, als ob wir alles das, was sich seit John Foster Dulles verändert hat, auf unsere Kappe nehmen müßten, indem wir sagen, wir allein sind die Schuldigen.

Jeder Mensch draußen im Lande weiß, was sich da tut. Sicher wird darüber gesprochen, aber ich bin mit dem Kollegen Mikat der Meinung, wir müssen es fertigbringen, in dieser gestörten Welt unseren Standpunkt klar zu präzisieren. Wir dürfen uns nicht selbst zerstreiten und immer fragen, sind wir daran schuld, wenn die Amerikaner manches tun und manches sagen, was uns nicht gefällt. Auch unter den europäischen Ländern – ich habe mit Spaak¹⁴ und mit dem norwegischen

14 Am 22. März 1965 – OSTERHELD: Außenpolitik S. 179 f.

Ministerpräsidenten¹⁵ gesprochen – ist nicht alles besonders schön. Das gebe ich gerne zu, aber dann müssen wir es zu heilen versuchen. Das können wir nur dann machen, wenn wir den Eindruck erwecken und die Gesinnung bezeugen, daß wir in unserer Konzeption klar sind. Und das scheint mir jetzt wirklich alles gestört zu sein in einem Maße, das von der Sache her nicht gerechtfertigt ist. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Herren! Die Lage zwingt mich, dem Herrn Bundeskanzler zu antworten, ehe ich den anderen Herren das Wort gebe; denn nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Bundeskanzler, das, was Sie eben gesagt haben, ist so selbstverständlich auch meine Meinung, daß ich darüber gar kein Wort zu verlieren brauche.

Was nun die Frage mit de Gaulle angeht, so würde ich, nachdem wir doch im Parteipräsidium in Ihrer Gegenwart diese Sache besprochen haben, es sehr begrüßt haben, wenn Sie mir da mitgeteilt hätten, daß Sie de Gaulle telegraphiert und welche Antwort Sie bekommen haben. Wir haben im Parteipräsidium darüber gesprochen, und Sie haben das alles auf sich bezogen. Kein Mensch hat daran gedacht, ich am allerwenigstens, Ihnen einen Vorwurf zu machen. Aber damit Sie sehen, wie die ganze Sache eigentlich liegt, will ich offen hier sprechen über das, was ich weiß, was Sie aber bitte nicht hinaustragen wollen, meine Herren. (*Dufhues:* Es geht alles hinaus!) Dann will ich es nicht ausführen, wenn Sie sagen, es geht alles hinaus. (*Unruhe und Bewegung.* – *Krone:* Es ist aber besser, wenn Sie es sagen, Herr Bundeskanzler!) Also, meine Herren, es ist besser; dann sage ich Ihnen das; denn ich möchte auch an Ihr Gewissen als Mitglieder des Bundesvorstandes dieser Partei appellieren, daß Sie nicht die Augen verschließen und nicht blind sind gegenüber dem, was auf uns zukommt.

Über Amerika darf ich einige Sätze sagen, die ich auch den Amerikanern gesagt habe; dabei bleibe ich auch. Für die Amerikaner ist an sich Europa wichtiger als Ostasien. Aber das müssen diese ja halten, wie sie wollen.

Voriges Jahr im Juli ist der französische Staatspräsident hier bei uns bei seinem Besuch so behandelt worden, wie man einen Untergebenen nicht behandelt. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Na, na!) Und darüber hat er sich bei mir (*Anhaltende Unruhe*) – Sie wissen ja nicht, was ist – aufs bitterste beschwert beim Hinausgehen. Dann hat der Herr Bundeskanzler Erhard das durch seinen Besuch in Rambouillet wieder in Ordnung gebracht. Beide Herren haben dann vereinbart, die europäische politische Union weiterzutreiben und durch die Außenminister die Vorbereitungen für eine Konferenz der Regierungschefs im Juni oder Juli vorzubereiten.¹⁶ Und das, meine Herren, wird von unserem Auswärtigen Amt systematisch kaputtgemacht. (*Bewegung und Unruhe.* – *Von Hassel:* Das stimmt aber nicht, Herr Bundeskanzler!) Doch! Meinen Sie, ich würde eine solch schwere Beschuldigung aussprechen, wenn die Sache nicht klar zu Tage läge? Bis heute, bis Ende März – wir haben nur noch wenige

15 Einar Gerhardsen (1897–1987), norwegischer Politiker (Arbeiterpartei); 1945–1951 und 1955–1965 Ministerpräsident. – Besuch der Bundesrepublik vom 23. bis 25. März 1965 (OSTERHELD: Außenpolitik S. 180 f.; AdG 1965 S. 11760 f.).

16 Die Konferenz kam nicht zustande. Vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 184 f.

Monate bis zum dem vereinbarten Termin –, haben zwischen den Außenministern noch keine Besprechungen zur Vorbereitung stattgefunden. Herr Spaak hat dreimal versucht, eine solche Besprechung in Gang zu bringen. Von dem ersten Fall weiß ich bestimmt, daß der deutsche Außenminister es abgelehnt hat, daran teilzunehmen.

Ich darf Ihnen zweitens folgendes sagen: Anstatt daß der deutsche Außenminister die Initiative ergriffen und eingeladen hätte zu der Besprechung, hat er vor etwa acht bis zehn Tagen, als sein Staatssekretär Lahr¹⁷ in Rom war, diesen beauftragt, Herrn Fanfani zu fragen, ob er bereit sei, die Außenminister einzuladen. Und das, meine Damen und Herren, hat die Franzosen, insbesondere auch de Gaulle, mit Recht außerordentlich erbittert. Ich muß Ihnen das erklären.

Als ich noch Bundeskanzler war, standen wir in einer ähnlichen Situation. Damals haben de Gaulle und ich Herrn Fanfani, der Ministerpräsident war, gebeten, die Regierungschefs zu einer Besprechung einzuladen, in der die Sache in Ordnung gebracht werden sollte. Das hat Fanfani damals abgelehnt, weil er gegen die Sache ist. Fanfani als Außenminister aber jetzt darum zu bitten, das bedeutet doch, die Sache kaputtzumachen.

Das eklatanteste dabei ist folgendes: Für diese Besprechung der Außenminister, zu der Fanfani einladen soll, sind nur 24 Stunden Zeit vorgesehen. In 24 Stunden will man das machen, weil am Tage darauf eine entscheidende Sitzung bei der NATO angesetzt ist, zu der die Außenminister kommen.

Ich habe noch eine Reihe von Einzelheiten, aber damit will ich Sie gar nicht belästigen, meine Herren. Ich sage nur das, was ich nicht erst seit gestern erkläre, sondern was ich schon seit Wochen und Monaten ausführe; wenn die deutsche Karte, die de Gaulle spielt, für ihn eine Verlustkarte wird, dann wird er mit den Russen zusammengehen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. (*Teils Beifall, teils Widerspruch. – Bewegung und Unruhe.*)

Sie glauben das nicht, meine Herren? Warum Sie das nicht glauben, verstehe ich nicht. Das ist doch so selbstverständlich wie nur etwas für einen Politiker, daß er das tun wird. (*Gradl: Aber nicht, wenn er einen Freundschaftspakt geschlossen hat!*) Glauben Sie denn, daß de Gaulle abtreten wird von der Bühne mit der deutschen Verlustkarte in der Hand? Dann wird er versuchen, wieder mit den Russen zusammenzukommen. Es wird doch schon in den Zeitungen darüber geschrieben. In der „Welt“ vor zwei Tagen¹⁸ stand, daß die Franzosen schon mit dem Gedanken umgehen, den Vertrag, den der Russe im Jahre 1944 gekündigt hat, wieder aufzunehmen.¹⁹ (*Lemmer: Dann hängen sie sich doch selbst den Strick um.*) Ach nein, meine Herren, uns

17 Rolf Lahr (1908–1985), Staatssekretär, Botschafter; 1961–1969 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 104 Anm. 104.

18 „Die Welt“ vom 26. März 1965 „Paris koordiniert Europa- und Ostpolitik. Zurückhaltung vor der Konferenz in Venedig – Neuer Vertrag mit Moskau?“.

19 Der am 10. Dezember 1944 abgeschlossene Bündnis- und Hilfeleistungspakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion war am 7. Mai 1955 vom Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR annulliert worden (AdG 1955 S. 5151).

hängen sie den Strick um! (*Lemmer*: Erst uns und dann sich selbst! – *Unruhe und Bewegung*.)

Aber, meine Herren, wenn ich tot bin, dann ist mir das andere egal. Ich habe doch nicht zu sorgen für den Hals der Franzosen! Ich habe aber zu sorgen für unseren Hals, für den deutschen Hals. Meine Herren! Es ist nun sehr schwer, jemanden, der nicht überzeugt sein will, der die Dinge nicht ruhig betrachten kann, zu überzeugen. Aber ich versichere Ihnen, es sind schwerwiegende Dinge, von denen ich gesprochen habe: Erstens die Sache vom Juli des vorigen Jahres, zweitens die Verabredung in Rambouillet, drittens das Hinausschieben der Beratungen der Außenminister durch den deutschen Außenminister und dann die Hinzuziehung von Fanfani.

In diesen Tagen ist auch – ich habe noch nichts in der Presse darüber gelesen – der französische Außenminister hingefahren, um festzustellen, ob Fanfani bereit ist, wirklich der politischen Union zuzustimmen. Wir werden ja in den nächsten Tagen wahrscheinlich hören, wie die Sache weiterläuft. Ich bin überzeugt, sie wird nicht zu dem Ergebnis kommen, das zwischen Bundeskanzler Erhard und de Gaulle in Rambouillet verabredet worden ist. Und das ist die große Gefahr, in der wir schweben.

Erhard: Ich muß einige Worte dazu sagen. Zunächst das, bei dem Gespräch in Rambouillet ist nicht vereinbart worden, wo die Konferenz der Außenminister stattfinden soll. Es wurde das Datum festgelegt für Ende April, Anfang Mai. Die Außenminister kommen am 10. Mai zusammen. Es war selbst der Vorschlag von General de Gaulle, es wäre vielleicht richtig, diese Konferenz nach Italien zu legen, um Italien Gelegenheit zu geben, nach dem Scheitern der Konferenz vor einem Jahr²⁰ dort wieder zu beginnen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Herr Fanfani sein Amt antritt und das Odium auf sich laden möchte, daß er und seine Haltung an dem Scheitern der Konferenz schuld wäre. Das ist also nicht der Fall.

Zweitens wurde gesagt, es sollte Anfang Juni eine Konferenz der Regierungschefs stattfinden. Ich werde mich bemühen, diese Konferenz der Regierungschefs nach Bonn zu bekommen, weil das nach meiner Meinung wesentlich spektakulärer ist als die Außenministerkonferenz. Was im übrigen den Zeitpunkt und die Dauer dieser Konferenz anbetrifft, so ist es mir gar nicht unangenehm, daß das nicht so lange dauert; denn bei meinem Gespräch mit de Gaulle gerade in Rambouillet war er auch zuerst der Auffassung, daß das aber so sorgfältig vorbereitet werden müsse, daß einmal der Rahmen, das heißt das Institutionelle, völlig geklärt sei. Da sind wir nicht ganz einer Meinung. Das war das einzige, worüber wir noch diskutieren müssen, z. B. der materielle Inhalt der Rahmenausfüllung dessen, was unsere Vorstellungen von Verteidigungs- und Außenpolitik sind. Ich habe gesagt, wenn wir so lange darauf warten, bis unsere Außenminister oder die Bürokratien uns da ein fertiges Programm vorlegen, das wir sozusagen nur noch abzuhaken haben, dann wird die Sache nie

²⁰ EWG-Ministerratssitzung in Brüssel vom 28. Juni bis 1. Juli 1964 (OSTERHELD: Außenpolitik S. 209–211).

zustande kommen. Ich bin der Meinung, die Außenminister sollen zwar im großen Rahmen die Konferenz der Regierungschefs vorklären, sie sollen aber, um eben keine Panne entstehen zu lassen, nicht so sehr in Details gehen, sondern sollen das den Regierungschefs in einer ersten Besprechung überlassen, ohne daß noch das Institutionelle, Materielle und Substantielle voll ausgefüllt ist.

Und da sagte mir General de Gaulle: Schön, ich sehe das ein, Sie wollen diese Konferenz, Sie brauchen sie vielleicht auch, also, ich stimme zu. Ich bin bereit, das Wagnis auf mich zu nehmen, mit einem nicht fertigen Programm in diese Konferenz der Regierungschefs zu gehen.

Herr de Gaulle hat nach alledem, was auch nach Rambouillet geschehen ist, keine Veranlassung zu irgendwelchen Maßnahmen. Und wir haben vor allen Dingen keine Schuld und brauchen uns auch nicht schuldig zu fühlen. Ich habe in zweimaliger Fühlung mit dem französischen Staatspräsidenten gestanden. Es hat kein auswärtiger Besuch in der Bundesrepublik stattgefunden, ohne daß ich unmittelbar anschließend den französischen Botschafter weitestgehend unterrichtet habe, und zwar immer im unmittelbaren Auftrag, er möge das dem französischen Staatspräsidenten übermitteln. Ich bin überzeugt, die Konferenz wird zustande kommen. Wer sich aber schon vor dem ersten Zusammenkommen die letzte Lösung, die letzte Perfektion vorstellt, der wird sich sicher einer Illusion hingeben.

Ich bin der Meinung, wenn man sich zwei- oder dreimal zusammensetzt, dann wird – gerade nach den Pannen mit dem Fouchet-Plan I oder mit dem Fouchet-Plan II – niemand mehr von dem Konferenztisch aufstehen wollen. Wir haben es in Brüssel erlebt. Da waren wir auch nicht von vornherein über alle Dinge einig. Aber wir haben uns an einen Tisch zusammengesetzt, wir waren an einen Tisch gezwungen, und wir haben dann auch immer Lösungen gefunden. Ich meine, nur mit dieser Methode, mit einem etwas lockeren Verfahren, und nicht mit perfekten Lösungen, kommen wir auch in der politischen Union weiter.

Ich sehe die Sache unter einem anderen Aspekt, nämlich unter einem sehr viel hoffnungsvolleren. Wir haben keinen Grund, jetzt schon so zu tun, als ob das gescheitert wäre, was vor uns steht. Es wird nach meiner Überzeugung auch gelingen. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Lücke! *(Lücke:* Ich verzichte!) Sie wollten doch etwas sagen. *(Unruhe. – Zuruf:* Ich verzichte!) Bitte, Herr Barzel!

Barzel: Herr Vorsitzender, Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Als wir kamen, war Regen, jetzt scheint die Sonne. Ich meine, es ist eine gute Generalprobe, die wir hier machen, wo man etwas nervös ist.

Ich darf zu den Fragen zunächst ausführen: Ich habe auch am Freitag früh in der Presse gelesen „Bundeskanzler Dr. Adenauer a.D. wird nicht sprechen“. Die Sitzung des Präsidiums war erst am Freitag vormittag, es griffen also die Pressemeldungen wieder einmal den Ereignissen voraus. Wir haben den Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer sehr herzlich gebeten, hier doch zu reden. Er war so liebenswürdig, mich vorzuschlagen, an seiner Stelle zu sprechen. Aber wir glaubten alle, daß es

zwingend im Interesse unserer Partei, im Interesse des Wahlsieges und im Interesse des Parteiprestiges liege, wenn wir heute abend einvernehmlich wieder Konrad Adenauer und Ludwig Erhard hier in Düsseldorf präsentieren. (*Starker Beifall.*)

Denn hier im Ruhrgebiet wird die Wahl entschieden. Wir haben heute morgen begonnen mit der Besinnung auf die Männer dieses Raumes für die Arbeitnehmerschaft. Diesen Akzent müssen wir heute abend auch setzen. Ich bin ganz sicher, meine Damen und Herren, daß es unserem Parteivorsitzenden, nachdem er hier einen Teil seiner Sorgen, über die er im einzelnen sprechen wollte, ausgebreitet hat, leichter werden wird, heute abend in einer großen Kundgebung unsere Geschlossenheit darzustellen.

Ich möchte jetzt nicht auf das abheben, was ich selbst erlebt habe. Man muß ein paar Sorgen haben, aber ich glaube, wenn wir weiter unseren klaren Kurs gehen, kommen wir damit auch voran. Die Gefährdung, in der wir sind, ist doch eine ganz andere. Ich möchte hier an dieser Stelle nur drei Dinge erwähnen. Zunächst möchte ich, weil ich noch keine Gelegenheit hatte, das vor einem Gremium zu tun, dem Herrn Bundeskanzler Erhard danken für die feste Entschlossenheit und die zügige Souveränität, mit der er die letzte Koalitionskrise bewältigt hat. (*Beifall.*)

Es besteht die Aussicht, am 10. Mai eine Konferenz der Außenminister der europäischen Länder und im Juli eine Konferenz der Regierungschefs abzuhalten. Das alles geht nicht so, wie wir uns das wünschen, aber es geht, auch wenn es mühsam geht. Wir müssen natürlich jetzt besonders in diesen Tagen aufpassen, denn jetzt ist Couve de Murville mit Fanfani zusammen, um eine Vorbesprechung abzuhalten. Es sollte uns in der Europainitiative nicht so gehen, wie es der FDP in der Deutschlandfrage leider gegangen ist. Sie wissen, daß wir uns bemühen, unter dem Dach der Vier zum Zwecke der Wiedervereinigung technische Kommissionen einzurichten. Während sich die Bundesregierung darum bemüht, geht nun der Parteivorsitzende Mende und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen hin und bezieht eine ganz andere Position, die das Dach der Vier und den Zweck der Wiedervereinigung überflüssig machen soll.²¹ Das ist schädlich, und am Schluß wird die Bundesregierung vielleicht nicht den Erfolg haben, den sie sonst hätte haben können.

Es wird darauf ankommen, in der Europafrage ganz energisch zu sagen, daß wir die deutsch-französische Freundschaft wollen, daß wir konsultiert werden möchten, wenn da irgendwelche Dinge passieren. Wir sollten daran erinnern, daß in Rambouillet die Sache in Ordnung gekommen ist und daß es eine Abmachung zwischen unserem Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten für eine Konferenz der Regierungschefs im Juli gibt.

21 Mende hatte in seiner Eröffnungsrede zum XVI. Bundesparteitag der FDP am 22. März 1965 die Einrichtung von gesamtdeutschen technischen Kommissionen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit ost- und südeuropäischen Staaten vorgeschlagen. Druck der Rede in: FDP (Hg.): XVI. Ordentlicher Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei. 22. bis 23. März 1965 in Frankfurt (Main). Bonn 1965 S. 5–41. Vgl. „Die Welt“ vom 23. März 1965 „FDP: Gesamtdeutsche Kommissionen bilden“.

Das ist doch die große Linie, meine Damen und Herren, auch wenn uns Kleinigkeiten nicht passen. Mir paßt auch sehr vieles nicht, aber am Schluß des Parteitages werden wir sehen, daß wir uns auch hier zusammengerauft haben. Ich habe nicht gesprochen, um etwas Besonderes zu sagen, sondern nur, um dafür zu sorgen, daß um 5 Uhr, wenn das größere Gremium der CDU, nämlich der Bundesparteiausschuß, zusammentritt, ein bißchen Sonnenschein dort hineingetragen wird. *(Beifall.)* Das Leitmotiv dieses Parteitages sollte sein: Eine ganz große Mehrheit der Deutschen möchte uns wieder wählen, nur müssen wir ihnen das möglich machen. *(Beifall.)* Ich glaube in der Tat, daß es möglich ist. Ich bin ganz sicher, daß für dieses Möglichmachen der heutige Abend von ganz großer Bedeutung ist. Ich meine auch, nachdem hier die Sorgen ausgesprochen worden sind – das gehört ja in ein solches Gremium –, daß es heute Abend für die große Linie unserer Politik, für die Vereinigung Europas, für die Vereinigung des Vaterlandes und für eine gute Gesellschaftspolitik einen solchen Auftakt geben wird, daß wir morgen und übermorgen auf dem Parteitag – selbst wenn das Wetter wieder umschlagen sollte – den Sonnenschein und den Optimismus haben, den wir brauchen.

Meine Damen und Herren! Ich bin beinahe „erschrocken“, als ich in dem Ihnen vorliegenden Bericht, den die Bundestagsfraktion dankenswerterweise mir gegeben hat, las, was wir alles schon geleistet haben.²² Das ist ganz ungewöhnlich, was in diesen vier Jahren geschehen ist. Nur müssen wir davon ein bißchen mehr sprechen. Sie werden verstehen, warum ich mich hier vorgedrängt habe in der Rednerliste. Es ist gut, daß wir hier alles ausgesprochen haben, denn nun können wir wieder nach vorne sehen. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Süsterhenn!

Süsterhenn: Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer! Wir waren alle sehr erschüttert über den Ernst der Situation, wie Sie ihn dargestellt haben. Ihre Darstellung war sehr gut, und sie war in diesem Gremium des Parteivorstandes auch notwendig. Es ist die übereinstimmende Meinung all derer, die hier sind, und auch unserer gesamten Partei, daß diese Auseinandersetzungen weitergeführt werden müssen im Parteivorstand, im Fraktionsvorstand, im Außenpolitischen Arbeitskreis der CDU und in den sonst dafür vorgesehenen Gremien. Wir glauben aber alle nicht, daß eine öffentliche Kundgebung der richtige Ort ist, über solche Dinge im einzelnen zu diskutieren. *(Starker Beifall.)* Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer! Nicht nur wir, die wir hier versammelt sind, sondern die ganze Partei wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie im Sinne der Ausführungen des Herrn Barzel auch für ein gutes Gelingen der heutigen Parteikundgebung sorgen würden.

Die SPD hat ja viel mehr Gegensätze als wir, aber sie versteht es doch immerhin, gegenüber den Wählern ein relativ einheitliches Bild darzustellen. Diesen Versuch sollten wir alle gemeinsam heute Abend in der Kundgebung und auch in den nächsten drei Tagen während des Parteitages unternehmen. *(Lebhafter Beifall.)*

22 Vgl. CDU, 13. Bundesparteitag S. 745–759.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Was zu beherzigen ist, ist wohl gesagt worden. Ich möchte auch im Namen vieler Freunde, die morgen noch hier anreisen, dringend darum bitten, über diesen Parteitag nicht den Satz zu stellen: Unsere Einigkeit glaubt uns kein Mensch. Sondern über diesem Parteitag muß stehen: Wir sind uns einig! Es sollte auch nicht nur ein herbeigesehnter Sonnenschein – ich will das Wort aufnehmen – sein, sondern wir sollten das tun, was bei den Sozialdemokraten selbstverständlich ist. Wenn die sich öffentlich dokumentieren, dann geben sie sich als eine Familie aus. Auch wir sollten hier die Solidarität der CDU zeigen, trotz aller Sorgen und Nöte und auch der Sorgen des Bundesparteivorsitzenden.

Ich darf Sie alle sehr herzlich und dringend bitten, meine Damen und Herren, einen Satz wie „Unsere Einigkeit glaubt uns kein Mensch“ aus dem Vokabular unserer Partei zu streichen. Wenn wir Gegensätze haben, z. B. in der Außenpolitik, dann sollten wir diese unter uns diskutieren, wie es auch in der letzten Bundesvorstandssitzung beschlossen worden ist. Leider sind wir in der Zwischenzeit nicht mehr zusammengekommen. Aber mir scheint dieser Parteitag in Düsseldorf dafür völlig ungeeignet zu sein.

Die Leute, die uns wählen wollen und die daran glauben, daß man die CDU wählen kann, sollen wissen, daß wir als das Führungsgremium für uns selbst in Anspruch nehmen, auch gewählt zu werden. Es wäre eine schlechte Partei und eine schlechte Parteiführung, an diesem wesentlichen Grundsatz von vornherein selber zu verzweifeln. (*Beifall.*)

Adenauer: Herr Dr. Schmidt hat das Wort. (*Schmidt:* Ich verzichte!) Dann bitte Herr Lemke. (*Lemke:* Ich verzichte!) Dann bitte Herr Krone. (*Krone:* Ich verzichte auch! – *Bewegung und Unruhe.*) Ja, meine Herren, Sie sind großartig, erst melden Sie sich zum Wort, und dann verzichten Sie! (*Schmidt:* Ich hatte mich längst vor Herrn Mikat gemeldet! – *Unruhe.*) Also, meine Herren, darf ich Ihnen zweierlei sagen: Ich habe gestern diese meine Rede diktiert. Als ich sie heute morgen las, kam sie mir furchtbar schlapp vor. Das muß ich Ihnen offen sagen. Sie kam mir wirklich schlapp und zu wenig scharf vor. (*Dufhues:* Dann muß sie gut sein! – *Heiterkeit.*) Aber diese Aussprache hier ist mir mehr wert, als die Rede da drüben wert ist. (*Starker Beifall.*) Mir liegt als dem Vorsitzenden der Partei daran, Ihre Aufmerksamkeit auf diese Gefahr, in der wir schweben, zu lenken. Ich will Sie nicht mit weiterem Material – ich könnte es – behelligen, aber das eine möchte ich Ihnen doch, lieber Herr Erhard, sagen: Wenn Sie glauben, ein Auswärtiges Amt sei ehrlich, (*Lebhafte Heiterkeit*) auch gegenüber dem Bundeskanzler ehrlich, dann muß ich Ihnen sagen, Herr Schröder hat mich genauso beschwindelt, wie er Herrn Erhard beschwindelt. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Jawohl, meine Herren, das sage ich Ihnen. Herr Schmidt, regen Sie sich nicht auf! (*Schmitz*²³: Seien wir nicht pingelig! –

23 Heinz Schmitz (1909–1991), Kaufmann; 1960–1966 und 1968–1970 MdL NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 632 Anm. 94.

Heiterkeit. – Anhaltende Unruhe.) Kriegen Sie keine Krämpfe! Das fehlte gerade noch. (*Schmidt: Ich habe keine Krämpfe! – Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Es ist so, wie ich sage, glauben Sie es mir doch, und zwar aus folgender Gedakentechnik heraus: Die Herren stehen auf dem Standpunkt – das haben mir Botschafter schon so vorgetragen –, daß die auswärtigen Angelegenheiten spezielle und alleinige Aufgabe des Außenministeriums seien und daß der Bundeskanzler ihnen lediglich Richtlinien zu geben habe. (*Anhaltende Unruhe.*) Damit Sie sehen, daß ich das – obgleich es so ist – nicht so tragisch nehme: Als ich noch Bundeskanzler war ... (*Fricke: Dann hat der Bundeskanzler auch dem Außenminister nicht immer die reine Wahrheit gesagt! – Heiterkeit. – Unruhe.*) Das sage ich ja gerade, da hat der Herr Schröder in einem kleineren Kreis gesagt, er amüsiere sich immer über den Satz im Grundgesetz: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik.“ (*Fricke: Herr Bundeskanzler! Ich sprach von der Zeit, wo Sie selbst das Auswärtige Amt noch leiteten.*) Das sage ich ja die ganze Zeit. (*Lebhafte Heiterkeit. – Mehrere Zurufe: Wenn Gesetze gemacht wurden!*) Ach so, wenn Gesetze gemacht wurden. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung. – Meyers: Sie haben sich selbst auch nicht immer alles gesagt! – Lebhafte Heiterkeit.*) Meine Herren, lassen wir die Sache bitte nicht scherzhaft sehen. Dafür ist sie wirklich zu ernst. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein für Deutschland.

Wenn die französische Freundschaft weggeht und wir zwischen einem mit Rußland verbündeten Frankreich liegen, dann möchte ich gerne wissen, was aus Deutschland wird. So müssen wir doch die Sache sehen, und so bitte ich Sie, mich auch zu verstehen. Ich wiederhole, versprechen Sie mir, wenigstens über die Dinge, die ich Ihnen jetzt gesagt habe, noch einmal nachzudenken. (*Zustimmung.*) Daran liegt mir mehr, als wenn ich das gleich in irgendeinem Saal vortrage. (*Lebhafter Beifall.*)

Schmidt: Zur Geschäftsordnung! Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, ich habe den Eindruck, es wäre nicht dringend erforderlich, daß Sie bei der Bundesausschußsitzung dabei sind. Nach meiner Auffassung sollten die beiden Herren miteinander versuchen, sich in den entscheidenden Passagen Ihrer Ausführungen heute abend abzustimmen und im übrigen der Ruhe zu pflegen, was nach meiner Auffassung wichtiger ist, als daß Sie jetzt bei der Bundesausschußsitzung dabei sind. (*Burgbacher: Das ist aber eine Sache, die von den Leuten ganz anders aufgefaßt wird! – Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Wenn jetzt der Bundeskanzler Erhard und ich uns irgendwie in eine Ecke setzen, dann sollen Sie mal das Gerede hören! (*Zurufe: Sehr richtig!*) Nein, das halte ich nicht für richtig, Herr Schmidt. Wir machen die Sitzung mit dem Bundesparteiausschuß relativ kurz. Ich habe gerade mit dem Kollegen Erhard darüber gesprochen. Es wäre sehr gut, wenn Herr Erhard und ich uns in Bonn unter vier Augen einmal aussprechen. (*Anhaltend starker Beifall.*) Wird das Wort noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung und danke Ihnen allen.

20

Bonn, Montag 21. Juni 1965

Sprecher: Adenauer, Adorno, Amrehn, Barzel, Frau Brauksiepe, Bühler, Burgbacher, Dufhues, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Glup, Gradl, von Hassel, Heck, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Mikat, Noltenius, Rathke, Russe, Scheufelen, Schmidt, Schmitz, Schröder, Stecker, Struve, Süsterhenn.

Bundestagswahlkampf. Verschiedenes: Lage im Steinkohlenbergbau, Kulturpolitik, Deutsches Gemeinschaftswerk.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 14.25 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir beginnen, und zwar wie gewöhnlich mit der Verlesung derjenigen Damen und Herren, die sich entschuldigt haben. Es sind die Herren Bundeskanzler Professor Erhard, Altmeier, Blumenfeld, Dr. Gurk, Dr. Dittmar, Lemmer, Dr. Meyers, Dr. Schmücker, Dr. Strauß, Dr. Seehoß und Frau Dr. Strecker.

Meine Damen und Herren! Ich habe als neues Mitglied zu begrüßen Herrn Glup¹. *(Beifall.)* Ich muß nun ein Wort der Begründung sagen, warum ich Sie auf einen Montag und so früh hierher gebeten habe. Wir müssen Rücksicht nehmen auf den Lauf der Zeit. Das ist ganz klar. Wir müssen Rücksicht nehmen auf die Fraktion. Die Fraktion macht „Hausputz“, d. h. alles, was noch da ist, möchte sie noch gern in die „Scheune“ fahren oder jedenfalls zur Entscheidung bringen. Deshalb hat mich die Fraktion dringend gebeten, wenn es absolut nötig sei, eine Sitzung des Bundesvorstandes abzuhalten, sie dann aber möglichst kurz zu machen. Das werde ich tun, so gut ich kann.

BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Meine Freunde! Ich halte – und meine nächsten Mitarbeiter mit mir – eine Sitzung des Bundesparteivorstandes für absolut notwendig im Hinblick auf den heutigen Stand der Aussichten für die Bundestagswahl. Sie wissen, daß wir heute Sommeranfang haben. Heute ist der 21. Juni. Sie wissen, daß am 19. September dieses Jahres die Würfel fallen werden.

Sie sind sich wohl alle darüber klar, daß die ganze parteipolitische Situation sehr schwierig ist. Ich will mich vorsichtig ausdrücken. Es ist nicht so, als wenn

¹ Gerhard Glup (geb. 1920), Landwirt; 1960–1980 Vorsitzender des CDU-KV Cloppenburg, 1965–1985 Vorsitzender des Landesverbands Oldenburg, 1967–1986 MdL Niedersachsen (1976–1986 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

die Wahlen nicht von uns gewonnen werden könnten, aber die Wahl wird nur dann gewonnen werden, wenn jeder, wo er auch steht, ob Mann oder Frau, mit ganzer Energie an die Arbeit herangeht. Da tut sich erst langsam wieder etwas. Wie ich von Freunden höre, geschieht das hier und da; ich habe eben von Herrn Blank gehört, daß es unlängst eine gute Versammlung in Ravensburg gegeben hat.² Das erfreut einen ja, aber, meine Freunde, Sie wissen ja, wie ich auch weiß, daß bei den Wahlen für uns diejenigen den Ausschlag geben, die zur Wahl kommen. Wir müssen befürchten, daß aus irgendwelchen Gründen eine große Gleichgültigkeit in politischer Hinsicht im deutschen Volke Platz gegriffen hat. Ich will hier keinen allgemeinen Vortrag halten über die Lage in der Welt, sondern ich brauche nur hinzuweisen auf Ben Bella³ in Alger. Was da kommen wird, weiß der liebe Himmel; wir wissen es nicht. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß die Amerikaner 60 oder 61 Millionen Mark ausgegeben haben, um ein Gebiet von vier bis fünf Quadratkilometern, wie sie sich ausdrücken, zu reinigen. Daraus folgt Santo Domingo.⁴ Das möchte ich auch noch erwähnen. Daran zeigt sich doch, daß wir in einer äußerst gefährdeten Situation in der Welt sind; wenn auch nicht unmittelbar in Europa, aber es hängt ja alles derart zusammen, daß, wenn irgendwo etwas in der Welt passiert, dies auch möglicherweise seine schädigenden Wirkungen auf uns hat.

Meine Damen und Herren! An Material über unsere Aussichten haben wir vorliegen die Zählungen hauptsächlich der beiden großen Testinstitute Allensbach und EMNID.⁵ Diese Zählungen der Institute werden gern von Parteifreunden so etwas beiseite geschoben, namentlich dann, wenn sie nicht so ganz günstig sind. Wenn sie günstig sind, hört man auf sie. Das ist menschlich zu verstehen. Aber wenn man vergleicht, inwieweit diese beiden Institute bei den Bundestagswahlen der Vergangenheit überhaupt ungefähr herangekommen sind an eine richtige Schätzung, dann kommt man zu dem Ergebnis, sie sind alle beide ziemlich gleichmäßig nahe herangekommen oder entfernt geblieben, je nachdem, was sich nun ereignet hat in der Welt nach ihren letzten Zählungen.

2 Tag der katholischen Arbeitnehmerschaft am 20. Juni 1965 in Ravensburg. Rede Blanks in ACDP I-098-004 („Neues Denken verpflichtet“). – Am 28. und 29. Mai 1965 hatte auch ein Parteitag der CDU Baden-Württemberg in Ravensburg stattgefunden (UiD Nr. 22 vom 3. Juni 1965 S. 8).

3 Ahmed Ben Bella (geb. 1916), algerischer Politiker (FLN); 1962–1965 Premierminister, 1963–1965 Staatspräsident.

4 Nach dem Sturz der Regierung in der Dominikanischen Republik am 24. April 1965 hatten die USA am 28. April 1965 zum Schutz der dort lebenden Amerikaner Truppen entsandt, was die OAS (Organisation de l'Armée Secrète) scharf kritisierte. Am 23. Mai 1965 wurde die IAF (Inter-American Forces) als Streitmacht der OAS zur Wiederherstellung normaler Bedingungen in der Dominikanischen Republik geschaffen (AdG 1965 S. 11875–11884 und S. 12008 f.).

5 Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967 (Faltblatt ohne Seitenangabe). Zur EMNID-Umfrage vgl. FAZ vom 15. Juni 1965 „Emnid: Die SPD weiter vorn“ (SPD 36 %, CDU/CSU 32 %, FDP 7 %).

Ich komme auf die Zählungen noch zurück und möchte Ihre Aufmerksamkeit zuerst lenken auf die Kommunalwahlen, die wir im Jahre 1964 gehabt haben. Diese Kommunalwahlen sind eigentlich ein viel sicheres Zeichen dafür, wie es in der Wählerschaft aussieht, als es die Teste der verschiedenen Institute sind. Wir haben folgende Kommunalwahlen gehabt: Am 27. September 1964 in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, am 25. Oktober in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland.⁶ Also, in fünf Ländern waren Kommunalwahlen in den letzten zehn Monaten.

Nun ist es ohne weiteres klar, daß namentlich in kleineren Orten und in den ländlichen Orten Kommunalwahlen vielfach auch unter örtlichen Gesichtspunkten vor sich gehen. Das gilt nicht von den großen Städten. Dort mag vielleicht der eine oder andere kommunale örtliche Gesichtspunkt noch eine Rolle spielen, aber im allgemeinen sind in den großen Städten die Kommunalwahlen getätigt worden nach allgemeinen politischen Gesichtspunkten. Ich nehme an, wir können uns nachher darüber unterhalten. Ich glaube auch, Sie werden im großen und ganzen mit mir darin übereinstimmen, wenn man unter diesem Gesichtspunkt die Kommunalwahlen betrachtet, dann bekommt man eine ganz ernste Sorge.

Ich möchte hier einschieben, daß wir nicht Kommunalwahlen gehabt haben in zwei Ländern, die für uns doch günstig dastehen, das eine ist Schleswig-Holstein und das andere ist Baden-Württemberg.⁷ Ich glaube, wir brauchen wegen Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein keine Sorge zu haben. Dort steht es, soweit man Monate voraus prophezeihen kann, gut. Also, das können wir uns ganz ruhig einmal auf das Pluskonto schreiben. Aber wenn wir das auch tun, dann bleiben bestehen – abgesehen von der allgemeinen Apathie, die doch wahrzunehmen ist gegenüber politischen Dingen überhaupt –, daß [wir] in einem Lande, von dem wir hoffen, daß wir dort noch Stimmen herausholen könnten, ich meine jetzt Niedersachsen, einen sehr häßlichen Kulturkampf haben.⁸ Dieser Kulturkampf in Niedersachsen – ich weiß nicht, ob Sie

6 Ergebnis in Nordrhein-Westfalen: CDU 43,1 % (1961: 45,0 %), SPD 46,6 % (40,7 %), FDP 8,0 % (10,2 %) – AdG 1964 S. 11452; Ergebnis in Hessen: SPD 51,7 % (1960: 47,8 %), CDU 28,9 % (27,1 %), FDP 11,1 % (10,5 %), GDP/BHE 5,6 % (7,5 %); Ergebnis in Rheinland-Pfalz: CDU 43,7 % (1960: 45,3 %), SPD 42,9 % (37,7 %), FDP 10,2 % (12,5 %) – AdG 1964 S. 11499. Zu den Ergebnissen in Niedersachsen vgl. Nr. 17 Anm. 87 und im Saarland Nr. 17 Anm. 63.

7 Die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg waren am 7. November 1965: CDU 26,1 % (1.839 Sitze), SPD 32,8 % (1.391 Sitze), FDP 8 % (205 Sitze), Freie Wählervereinigungen 25,4 % (6.030 Sitze) („Die Welt“ vom 25. November 1965) und in Schleswig-Holstein am 13. März 1966: CDU 45,1 %, SPD 39,8 %, FDP 9,8 % (AdG 1966 S. 12387).

8 Am 26. Februar 1965 unterzeichneten der niedersächsische Ministerpräsident, Georg Diederichs, und der Apostolische Nuntius in Deutschland, Konrad Bafile, ein Konkordat zwischen dem Land Niedersachsen und dem Hl. Stuhl (AdG 1965 S. 11731 f.). – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Kampf um das Konkordat in Niedersachsen 1965. Frankfurt/M. 1966; Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hannover): Die niedersächsische Schule vor und nach dem Konkordat. Hannover 1965; vgl. PROTOKOLLE 2 S. 864 Anm. 47 und S. 956 Anm. 76.

das alles so verfolgt haben – ist für meinen Geschmack eines der traurigsten Zeichen in unserer Entwicklung als deutsches Volk, die wir überhaupt haben. In Niedersachsen ist ein Konkordat abgeschlossen worden. Übrigens, meine Damen und Herren, ich bin nie dafür gewesen. Ich habe mir die größte Mühe damit gegeben, es zu verhindern; nicht in Niedersachsen habe ich mir die Mühe gegeben, sondern anderswo. Aber es war nicht mehr aufzuhalten. Dieses Konkordat ist gemacht worden durch einen Kultusminister, der der FDP angehört.⁹ Dann ist die FDP radikal umgeschwenkt und aus der Regierung ausgetreten in Niedersachsen. Und jetzt sind sie die engagiertesten Kulturkämpfer.

Daß es in unserer Zeit z. B. noch möglich ist, einen Schweigemarsch von 4.000 Immatrikulierten bei den Hochschulen durchzuführen, hätte ich, wenn man mir das vor einem Jahr gesagt hätte, nicht für möglich gehalten, obgleich es doch so ist – nehmen Sie es mir nicht übel, was ich jetzt sage –, solange ich Vorsitzender der Partei bin, hatte Niedersachsen immer Überraschungen von unangenehmer Art bei jeder Wahl! (*Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: Wieso?) Das hängt damit zusammen, weil es in Niedersachsen in Oldenburg, in Braunschweig und in Hannover drei Parteien gibt, die sich nicht einigen können. Jede ist für sich. Und die drei Landesverbände dort steuern drei verschiedene Kurse. Jedenfalls ist es auch dort so: Einigkeit macht stark. Das gilt auch für unsere Partei.

Meine Damen und Herren! Dieses Reservoir in Niedersachsen wird uns wahrscheinlich nichts mehr bieten bei der Wahl, womit wir im übrigen auch gerechnet hatten.

Ich komme dann auf Nordrhein-Westfalen zu sprechen. In Nordrhein-Westfalen fällt mit größter Wahrscheinlichkeit die Entscheidung über die ganze Bundestagswahl. Nordrhein-Westfalen umfaßt rund ein Drittel aller Bundestagswähler. Hier haben wir zunächst das Malheur, daß in Nordrhein-Westfalen die Kohlenhalden in bedrohlicher Weise anwachsen. Wir alle sollten, wo jeder auch von uns steht, kein ernsteres Ziel haben, als dafür zu sorgen, eventuell auch mit gesetzlichen Mitteln, daß die Kohlenhalden wieder abzufließen beginnen.

Meine Freunde! Wenn die Kohlenhalden weiter anwachsen, wird es immer schwieriger. Die Bergarbeiter sagen: Die Feierschichten kommen nach der Wahl. Es ist im Industriegebiet doch so, daß dort die Bergarbeiter es nicht allein sind, sondern vom Bergbau hängt im weiten Maße die Wirtschaft ab. Diese Kohlenhalden – von manchem anderen abgesehen – können einem wirklich sehr ernste Sorgen machen. Es muß, meine Freunde, auf diesem Gebiete unbedingt schleunigst etwas geschehen,

⁹ Dr. Hans Mühlenfeld (1901–1969), Diplomat, Politiker; 1945 Mitgründer der DP, 1947 MdL Niedersachsen, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1953 MdB (Fraktionsvorsitzender der DP), 1953–1958 Botschafter in den Niederlanden, 1958–1962 in Australien, 1963 FDP (1967 Austritt), 1963–1965 Kultusminister in Niedersachsen.

auch von der Bundesregierung; denn diese ganze Regelung der Kohlenfrage¹⁰ – ich war ja daran beteiligt – ist erfolgt im Interesse des Bundes. Sie ist erfolgt, weil wir uns für den Ernstfall bei einer Unterbrechung der Ölzufuhr eine Reserve halten wollten im Kohlenbergbau. Deshalb glaube ich, daß sich auch die Bundespartei mit dieser Frage als einer der dringlichsten Fragen vor der Wahl beschäftigen und daß da etwas geschehen muß.

Ich habe hier eine genaue Analyse von den Kommunalwahlen der letzten zehn Monate. Hier möchte ich eines vorausschicken. Die weißen Kreise – von Herrn Lücke eingeführt – haben uns in keiner Weise geschädigt. Das steht statistisch durchaus fest. Wir waren doch alle etwas besorgt, daß wir dadurch Schaden erleiden würden. Das ist aber nicht eingetreten, sondern die Kommunalwahlen haben das Gegenteil gezeigt. Dort sind unsere Stimmen und die Zahlen unserer Anhänger gestiegen.

Nun noch einige allgemeine Bemerkungen, meine Herren! Bei diesen Kommunalwahlen und noch mehr in der Folge macht sich in manchen Teilen der Bundesrepublik – ich wähle mit Absicht einen sehr vorsichtigen Ausdruck – eine gewisse Zurückhaltung des katholischen Klerus gegenüber unserer Partei bemerkbar. Das ist ganz unverkennbar. Das gilt sogar für das innerste Westfalen. (*Unruhe und Bewegung.*) Das ist wahr! Sie wissen es, Herr Dufhues. (*Schmitz:* In Neumünster und Bochum!) Herr Dufhues, wollten Sie die Frage wirklich beantworten? (*Dufhues:* Nein, nein! – *Anhaltende Unruhe.*) Also, das gilt für das innerste Westfalen. Meine Damen und Herren! Gott sei Dank ist der Einfluß der beiden Kirchen zu unseren Gunsten nur mit großem Dank zu begrüßen.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, in dem ganzen Godesberger Programm der SPD kommt, so viel ich weiß, das Wort „Gott“ überhaupt nicht vor. Das ist kennzeichnend für die ganze Entwicklung. Ich glaube, daß gerade die allgemeine Entwicklung in der Welt und auch in unserem Volk sehr deutlich zeigt, daß wir ohne eine weltanschauliche Fundierung keine Berechtigung haben zu bestehen. Die weltanschauliche Fundierung ist besonders vonnöten in einer Welt wie der jetzigen, die gekennzeichnet ist durch einen rasenden Fortschritt der Technik und dadurch, daß Völker, die viel zu unreif waren und auch jetzt noch sind, um selbständig zu sein, nun plötzlich selbständig werden und in die ganze Politik entscheidend eingreifen oder sie beeinflussen.

Meine Damen und Herren! Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vom 27. September des vergangenen Jahres ist kennzeichnend, daß wir im großen und ganzen genommen in den kleinen Orten und auf dem Lande

10 Der Preisverfall für Erdöl führte seit 1957 zu verstärkter Einfuhr mit negativen Folgen für den Steinkohlenabsatz, der 1960 durch eine Steuer von 25,- DM/t für Heizöl gestützt werden sollte. Zur Kohlenfrage vgl. Manfred HORN: Die Energiepolitik der Bundesregierung von 1958 bis 1972. Zur Bedeutung der Penetration ausländischer Ölkonzerne in die Energiewirtschaft der BRD für die Abhängigkeit interner Strukturen und Entwicklungen. Berlin 1977.

keine Abnahme zu verzeichnen haben, um so schlimmer liegt aber der Rückgang der CDU-Stimmen in den Städten. Das gilt vor allem für das Rheinland und insbesondere für den Niederrhein. Meine Herren! Ich will Ihnen die Ziffern vorlesen, und zwar über die höchsten Stimmenverluste der CDU in Nordrhein-Westfalen bei den Kommunalwahlen:

Erkelenz	– 8,1
Köln Stadt	– 7,3
Bonn	– 6,4
Schleiden	– 6,3
Aachen Stadt	– 5,2
Soest	– 5,2
Bottrop	– 5,1
Jülich	– 5,0
Olpe	– 4,8
Viersen	– 4,8
Bergheim	– 4,6
Bonn Stadt	– 4,5
Lippstadt	– 4,4
Düren	– 4,3
Duisburg	– 4,3

Umgekehrt, die höchsten Stimmengewinne der SPD liegen ebenfalls in den Städten, und zwar in Nordrhein-Westfalen wie folgt:

Bonn Stadt	+ 10,8
Düsseldorf Stadt	+ 10,7
Köln	+ 10,6
Münster	+ 9,7
Remscheid	+ 9,4
Oberhausen	+ 9,3
Gelsenkirchen	+ 9,0
Wanne-Eickel	+ 8,0
Recklinghausen	+ 8,5
Neuss	+ 8,4
Viersen	+ 8,2
Rheinisch-Bergischer Kreis	+ 8,2
Rhein-Wupperkreis	+ 8,1
Bocholt	+ 8,1

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich diese Ziffern einmal durch den Kopf gehen lassen, nämlich das Wachstum der Sozialdemokratie in den Städten und unsere Stimmenverluste, so sind diese nicht kongruent, aber die Sozialdemokratie hat in ihren Stimmen um noch mehr zugenommen, als wir verloren haben, das heißt, sie

haben von den bisherigen an den Wahlen weniger Interessierten Stimmenzahlen für sich bekommen. Ich glaube, daß diese Statistiken sehr wichtig sind und daß wir vom Bundesvorstand aus gerade unsere Leute in den betreffenden Städten sehr nachdrücklich darauf aufmerksam machen müssen, daß sie ein reiches Gebiet an Tätigkeit haben, um dort einigermaßen die Stimmenverluste wieder wettzumachen und auch den Sozialdemokraten nicht weitere Stimmen zufließen zu lassen.

Meine Freunde! Die FDP ist unberechenbar wie immer, auch in ihrer Entwicklung. Für diese Unberechenbarkeit will ich Ihnen ein kleines Beispiel sagen. Herr Mende war jetzt in Amerika. Was er da gesucht hat, weiß ich nicht.¹¹ (*Unruhe und Bewegung.* – *Barzel*: Herrn Johnson hat er gesucht. – *Zuruf*: Wähler hat er gesucht!) Er hat als seine „Weisheit“ gesagt, man müsse damit rechnen, daß die Frage der Wiedervereinigung Jahrzehnte in Anspruch nehmen könne. (*Barzel*: Unerhört!) Er hat aber recht damit. (*Barzel*: Aber nicht das Recht, das zu sagen!) Ich sage ganz offen, meine Damen und Herren, die Frage der Wiedervereinigung darf nicht bei uns einschlummern, unter gar keinen Umständen, aber man sollte auch vor übertriebenen Hoffnungen warnen. Zur gleichen Zeit, als Herr Mende das zur Überraschung der Amerikaner sagte, hat hier Herr Kühlmann-Stumm eine neue Aktion in der Frage der Wiedervereinigung verlangt.¹²

Nun will ich mich nicht darüber aufregen, daß die Burschenschaftler in Berlin alle drei Strophen des Deutschlandliedes „Von der Etsch bis an den Belt“ und „Von der Maas bis an die Memel“ gesungen haben, aber etwas kindlich finde ich es doch. Das muß ich schon sagen. Vor kurzem haben in Bonn die studentischen Gesangsvereine dasselbe gesagt. Nun, meine Herren, es ist zwar etwas Harmloses, aber wenn man glaubt, damit Eindruck zu machen außerhalb Deutschlands, dann irrt man sich absolut. Das möchte ich doch sehr nachdrücklich betonen. Aber die Freien Demokraten machen z.Z. etwas mehr oder weniger in Nationalismus. Sie haben auch Konkurrenz. Wir müssen das alles abwarten. Jedenfalls sind die Freien Demokraten nicht gerade eine Partei von besonderer Zuverlässigkeit und von besonderer Stetigkeit. Das wird wohl jeder zugeben. (*Dufhues*: Stetig in der Unstetigkeit!) Ja, stetig in der Unstetigkeit!

Nun möchte ich etwas sagen über die Wahlen in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Zunächst die Stimmenentwicklung der CDU. Sie war in Hessen gar nicht so schlecht. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe*: Aha, Herr Fay!) Ja, meine Herren, ich will Ihnen die Zahlen sagen. Gegenüber 1956 haben die CDU-Stimmen in Hessen um 7,8 % und gegenüber 1960 haben sie um 1,9 % zugenommen. Das ist für ein Land wie Hessen, das derartig versozialisiert ist – ich will nicht sagen, versklavt ist –, allerhand. Rheinland-Pfalz hatte gegenüber 1956 zwar 2,6 % mehr, aber gegenüber 1960 1,6 % weniger an CDU-Stimmen. Im Saarland betrug die Steigerung gegenüber 1960 1,5 %

¹¹ Am 15. und 16. Juni 1965 (AdG 1965 S. 11907; MENDE: Wende S. 190 f.).

¹² Vgl. „Die Welt“ vom 16. Juni 1965 „Freie Demokraten fordern Deutschland-Konferenz“ zur Beendigung der deutschen Teilung.

und gegenüber 1956 10,4 %. Dieser große Unterschied hängt zusammen mit den damaligen Vorgängen an der Saar, die wir ja alle mehr oder weniger kennen.

Auch hier sollten wir unser Augenmerk richten auf die Stimmenzunahme oder Verluste, aber doch mehr auf die Stimmengewinne der SPD. In Hessen hat sie gegenüber 1960 um 3,9 % zugenommen. Damit hat sie den letzten Tropfen da herausgepreßt. In Rheinland-Pfalz hat die SPD gegenüber 1960 um 5,2 % und im Saarland gegenüber 1960 um 10,2 % zugenommen. In allen drei Ländern zusammen hat sie gegenüber 1960 um 5 % zugenommen.

Hier sehen Sie auf der großen Linie bei den Kommunalwahlen, die sich bis in den September des vergangenen Jahres erstrecken, eine stetige Zunahme der SPD. Das muß man beachten, meine Herren, und man darf nicht darüber hinweggehen. Die SPD hat Krach genug in ihren eigenen Reihen, aber sie hat einen großen Vorzug gegenüber uns; denn sie zeigt ihren Krach nicht. Wir, meine Herren, haben auch Krach, aber wir zeigen den Krach. Das ist der Unterschied. Ich möchte Sie auch hier sehr dringend bitten, einen Ausspruch zu beherzigen, den Kollege Barzel neulich gemacht hat in einem kleinen Kreis, daß nun keine Mißhelligkeit und keine Meinungsverschiedenheit irgendeiner Art vor den Wahlen von uns noch zur Sprache gebracht werden darf. Eine Partei, die nicht dem Gros der Wähler als eine einheitliche Partei erscheint, hat keine Attraktionskraft mehr, die zieht nicht mehr heran. Das war ja unser großer Vorteil in den vergangenen Jahren, daß wir bei den Zählungen stets an der Spitze lagen. Ich nehme nun die Zählung von EMNID vom April und vom Mai:

	April	Mai
CDU/CSU	31 %	32 %
SPD	35 %	36 %
FDP	5 %	7 %
Sonstige	2 %	–
ohne Angabe	27 %	23 %

Allensbach gibt diese letzte Ziffer nicht an, wer ohne Meinung bis dahin war, sondern verteilt sie nach irgendeinem Schlüssel – ich weiß nicht, nach welchem – auf die anderen. Nach dem Mai-Ergebnis würde sich bei einer Beteiligung von 77 % nach EMNID folgender Stand ergeben: SPD 46 % der Sitze, CDU/CSU 42 %, FDP 9 %. Wir haben noch niemals, auch wenn ich jetzt Allensbach nehme – bei Allensbach stehen wir besser –, kurz vor einer Wahl bei diesen Befragungen so ungünstig abgeschnitten wie jetzt.

Nun kommt das Institut Allensbach für die Zeit von Ende Mai bis 8. Juni: CDU/CSU 46 %, SPD 44 %, FDP 7 %, Sonstige 3 %.¹³

¹³ Vgl. Anm. 5.

Ich habe eingangs gesagt, daß die Institute immer ihr besonderes System haben, auch ihren besonderen Kreis, den sie fragen. Wenn man das Endresultat von den Wahlen im Jahre 1957 bis 1961 sieht, dann sind sie mit ihren letzten Zählungen, die im August gewöhnlich stattfanden, dem Ergebnis, das sich im September bei den Wahlen zeigte, ziemlich nahe gekommen. Keiner hat es genau getroffen, das ist auch nicht gut möglich, aber ziemlich nahe gekommen sind sie alle beide.

Nun sind die Kommunalwahlen in unserer Partei merkwürdigerweise ohne Schock geblieben. Ich kann Ihnen versichern, ich habe aber geradezu einen Schock bekommen, als ich das Ergebnis der Kommunalwahlen hörte. Wenn wir alles zusammennehmen, diese drei Kommunalwahlen und die Zählungen der Institute bis Mai, dann bleibt das eine bestehen: Wenn wir jetzt nicht die letzte Kraft hergeben und wenn wir nicht in vollkommener Einigkeit und Geschlossenheit dastehen vor der deutschen Öffentlichkeit und vor den ganzen Wählern, dann sieht es um das Endergebnis der Wahlen für unsere Partei nicht günstig aus. Es ist eine Situation, wie wir sie bisher so kurz vor der Wahl – in drei Monaten ist die Wahl vorüber – noch nie gehabt haben. Sie verlangt – ich betone das nochmals sehr nachdrücklich – von uns die Hergabe der letzten Kraft, die wir aufbieten können und vollkommene Einigkeit und Geschlossenheit!

Meine Freunde! Ich möchte noch ein Wort sagen über die finanzielle Lage. Sie werden verstehen, daß ich einem so großen Kreise wie dem hier anwesenden keine Ziffer sage, aber was die Wirtschaft angeht – man weiß, daß wir von der Wirtschaft unterstützt werden –, so sind wir bisher unterstützt worden von der Wirtschaft nur etwas mehr als 1/7 wie zugesagt. Das ist erschütternd, meine Damen und Herren! (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Wieviel? – *Dufhues:* 1/7 der Zusagen ist erst eingehalten worden!) 1/7 der Zusage ist bis jetzt gehalten worden. (*Zuruf:* Von welcher Zusage? – *Unruhe.*) Nun, ich werde heute nachmittag eine Besprechung mit dem Herrn Berg haben. Sie können sich denken, daß ich kein Blatt vor den Mund nehmen werde. Aber Sie sehen daraus nicht nur unseren Mangel an Geld, sondern auch, wie sich weite Kreise der Wirtschaft schon einstellen auf die Sozialdemokraten.

Wenn – was Gott verhüten wolle – die Sozialdemokratie wirklich Regierung bei uns wird, dann werden ja die Hinterbänkler herauskommen. Dann werden die Galionsfiguren, die sie vorne haben, zwar Galionsfiguren bleiben, aber das ganze Schiff wird dann getrieben werden von den Hinterbänklern. Was das zu bedeuten hat, das sehen Sie ja aus der letzten Bundestagsberatung über die Notstandsgesetzgebung.¹⁴ Für mich, der ich nun doch vom Jahre 1949 an daran gearbeitet habe, daß wir wieder frei wurden, frei von den ganzen Fesseln, die uns die Besatzung angelegt hatte, war es im tiefsten Herzen beschämend, daß sich die Sozialdemokratie noch immer nicht aufraffen konnte zu sagen, wir wollen auch den Rest von Fesseln, den wir noch

14 Debatte über die Notstandsgesetzgebung in der 190. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Juni 1965 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 59 S. 9525–9566). Vgl. „Die Welt“ vom 17./18. Juni 1965 „Tumultszenen bei der Debatte über die Notstandsverfassung“.

haben, beiseitelegen. Unser Volk braucht in einer Zeit wie der jetzigen, in der der Friede so sehr bedroht ist in der ganzen Welt, unbedingt die Notstandsgesetze; denn sonst nehmen die Besatzungsmächte – ich wünsche nicht, daß wir es erleben – im Falle des Notstandes, wenn wir kein Notstandsrecht haben, die Sache wieder in ihre Hände. Dann wären wir vollkommen wieder Objekt, meine Herren, und nicht mehr Subjekt. Wir wären Objekt.

Nun ist doch der Herr Brenner derjenige, der die ganze Geschichte beherrscht. Ich würde gar nicht so viel von Gewerkschaften sprechen; denn ich bin überzeugt, es gibt in den Gewerkschaften auch Leute, die denken wie wir. Wir kennen ja alle solche, die zu uns gehören; aber auch andere denken so wie wir. Aber der Herr Brenner, das ist der mächtigste Mann der ganzen Gewerkschaften, und er mit der IG Metall beherrscht die Sozialdemokratie. Das hat doch ihr Verhalten bei der Beratung der Notstandsgesetzgebung gezeigt. Dasselbe gilt auch für unsere Wirtschaft, daß sich dort diese Richtung, die unter dem Namen „Brenner“ gekennzeichnet werden muß, immer breiter macht und weiter wachsen wird. Aber wie man das den Herrschaften von der Wirtschaft klarmachen kann, das weiß ich nicht.

Nun weiter zur finanziellen Lage! Morgen oder übermorgen steht [der] Termin vor dem Bundesverfassungsgericht an, (*Burgbacher*: Morgen und übermorgen!) und zwar zunächst eine Klage der neuen Parteien, die auch berücksichtigt werden wollen. Für die Klage Hessens ist noch kein Termin angesetzt.¹⁵ Was dabei herauskommen wird, das wissen wir nicht. Ich will vorsichtig sein und sagen, man kann dem Termin morgen und übermorgen mit einer gewissen Zuversicht entgegensetzen; man kann aber auch gute Gründe haben, keine Zuversicht zu hegen. (*Heiterkeit und Bewegung*.) Wenn Sie unsere finanzielle Lage betrachten, meine Damen, dann werden Sie verstehen, warum diese Situation so besonders ahnungsvoll gesehen werden muß. Ich habe eben schon gesagt, ich werde heute mittag eine längere Besprechung mit dem Herrn Berg haben. Ich hoffe, daß etwas dabei herauskommen wird, aber ich bin nicht davon überzeugt. Das muß ich Ihnen ehrlich sagen.

Man zeigt gegenüber unserer Partei eine sehr deutliche Zurückhaltung auch in den wirtschaftlichen Kreisen. Es ist manches anders geworden gegenüber der Zeit vor zehn oder zwölf Jahren. Damals war manches anders. Daß die Deutschen klüger geworden sind, kann ich, trotz allem Geschrei nach der Wissenschaft, nicht empfinden. (*Heiterkeit und Bewegung*.) Das mag an mir liegen, aber ich habe bis jetzt nichts davon gesehen. Deswegen bin ich in ernster Sorge, und ich glaube, Sie werden sie mit mir teilen.

Das soll uns aber um so mehr veranlassen, in unseren Entschlüssen einig und geschlossen zu sein und den letzten Rest an Kraft herzugeben, den wir haben.

15 Den Klagen der NPD gegen Bundestag und Bundesrat gegen Zuschüsse an die politischen Parteien sowie des Landes Hessen wurde stattgegeben. Urteile des BVerfG vom 19. Juli 1966 (2 BvE 1/65 und 2 BvE 2/65) – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 20 S. 56–119 und S. 134–144.

Wir müssen diese Wahl gewinnen! Wir müssen zumindest als stärkste Partei aus diesem Wahlkampf hervorgehen! Sonst weiß der liebe Himmel, was über Deutschland kommen wird. Damit möchte ich einstweilen schließen und Sie bitten, sich einmal über die ganze Lage auszusprechen. – Bitte, Herr Dufhues!

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst einige Bemerkungen zur psychologischen Situation machen, in der wir uns befinden, über die Ausgangssituation und über den Wahlkampf selbst und dann einige konkrete Fragen anschneiden und schließlich Ihnen einige Schwerpunkte des Wahlkampfes nahelegen. Bei der Beurteilung unserer Situation – immer bezogen auf die Vorbereitung und den Tag der Bundestagswahl – sollten wir von der Erkenntnis ausgehen, daß die CDU/CSU durch ihre Politik grundlegende Änderungen im staatsbürgerlichen Bewußtsein unserer Bevölkerung herbeigeführt hat. Die CDU hat durch ihre Politik wesentliche Änderungen der politischen, der wirtschaftlichen, der sozialen und der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt; Änderungen, die auch im Bewußtsein der Wähler sich widerspiegeln.

Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte unseres Volkes zu verzeichnen, daß die Demokratie als eine erfolgreiche, als eine positive, von vielen sogar als eine angenehm empfundene Staatsform angesehen wird. Wer Weimar erlebt hat, den Streit um die Fahne, den Streit um die Demokratie als solche, wer alle diese Fragen noch im Bewußtsein hat, der wird mir bestätigen, daß hier ein grundlegender Wandel eingetreten ist, nämlich dank der Politik, die unter Adenauer und Erhard seit 1949 getrieben worden ist. Wir können also feststellen einen allgemeinen Prozeß der Verstärkung des demokratischen Bewußtseins, der größeren Anteilnahme. Das hat aber keineswegs zur Folge gehabt, daß wir eine größere Zahl von Mitwirkenden, von Kräften, die sie gestalten, zu verzeichnen haben. Aber wir haben wesentlich größere Kreise von Interessierten, von Personen, die Anteil nehmen in den verschiedensten Formen, von den Hochschulen bis zu den Betrieben.

Der zweite große, wesentlich durch die Politik der CDU/CSU bestimmte Erlebnisbereich ist die Überwindung jedweder Art des Klassendenkens. Wir haben es erreicht, daß im Bewußtsein der Bevölkerung unser Staat, Deutschland, ein Staat der Gleichen und Freien ist, daß sich jeder mitverantwortlich fühlt, jeder bereit ist, seine Pflichten und Rechte wahrzunehmen, der eine mehr, der andere weniger.

Meine Damen und Herren! Das sage ich nicht, um hier theoretische Ausführungen psychologischer Art zu machen, sondern um daraus jedenfalls eine Konsequenz für den Wahlkampf selbst zu ziehen. Im Bewußtsein dieser größeren Schicht mehr als früher Interessierter erscheint die Sozialdemokratie als eine vorzüglich orientierte, stets präsenste Partei. Wie keine andere Partei hat sie die stetige Präsenz in allen Schichten unseres Volkes, Gruppen, Vereinen und Verbänden organisiert und auch erreicht. Die Entwicklung ist keineswegs so zu sehen, daß die Sozialdemokratie in allen Schichten unseres Volkes an Wert gewonnen hat, im Gegenteil, in vielen Bereichen gilt sie als unsolide, als opportunistisch, als allzu anpassungsfähig, als im Letzten nicht vertrauenswürdig. Trotzdem hat man Respekt vor den Sachleistungen, vor der

Arbeitsintensität, mit der diese Partei in einer schweren Situation 16 Jahre lang in der Opposition ihren Weg geht und versucht sich durchzusetzen.

Bei der CDU ist diese Notwendigkeit bisher nicht in dem Maße erkannt, wie es notwendig wäre. Es ist nicht so, daß wir nicht wesentlich mehr, vor allen Dingen in den letzten Jahren, im Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit getan und geleistet hätten, aber die Erkenntnis und das Bewußtsein, daß eine Partei nicht nur durch ihre Fraktion, durch ihre Regierungen, durch die von ihr gestellten Kanzler, Ministerpräsidenten und Minister Sachfragen in Angriff zu nehmen und zu lösen hat, sondern daß sie darüber hinaus auch stets präsent sein muß, daß sie immer wieder dem Volke erscheinen muß als eine Partei, die sich der Sorgen auch des Kleinsten annimmt und die damit verbundene Notwendigkeit einer ständigen Aktivität herausstellt, dieses Bewußtsein ist in der CDU und in ihren Führungsschichten immer noch im wesentlichen Maße unterentwickelt, sonst wäre es nicht möglich, daß der eine oder andere unserer Partei offensichtlich der Auffassung ist, daß sich die Wahlkampf vorbereitungen in Tokio, in Teheran oder in anderen Orten vollziehen.

Es ist auch m.E. nicht so, daß wesentliche Gruppen unserer Wähler zur SPD abgeschwenkt seien. Aber eines scheint mir richtig zu sein, nämlich die Erkenntnis, daß zahlreiche Wähler der CDU/CSU in die Gruppe der Meinungslosen gegangen sind, daß sie unsicher geworden sind, daß sie ihren Standort überprüfen und deshalb mit größerer Intensität, als es bisher der Fall gewesen ist, angesprochen werden müssen. Es ist völlig richtig, was immer wieder gesagt worden ist, diese Wähler wählen uns gern, wie müssen es ihnen nur möglich machen durch stärkere Präsenz, durch intensivere Arbeit, durch größere Einigkeit, durch stärkere Führung in allen Schichten und Gruppen.

Nun einige Sachprobleme! Ich darf feststellen und tue das mit besonderem Dank, daß die allgemeinen Vorbereitungen der Bundestagswahl in der Frage der Werbung, der Plakatierung, der Insertion, in allen Bereichen, die man vielleicht mehr wahltechnisch ansehen mag, hinter denen aber ein ungewöhnliches Maß psychologischer und sonstiger Arbeit steckt, bei keiner Bundestagswahl so frühzeitig in Angriff genommen und – wie Mitarbeiter der damaligen Zeit bestätigt haben – auch so überzeugend gelöst worden sind wie jetzt vor der Wahl in diesem Jahr.

Ich möchte gerade vor dem Bundesvorstand Herrn Kraske und allen Mitarbeitern herzlich dafür danken, daß sie sich dieser Aufgabe so erfolgreich unterzogen haben. (Beifall.) Was sicherlich noch allen von uns Kopfschmerzen bereitet, ist die Frage der Wahlkampfprogrammatik. Befürchten Sie nicht, daß ich hier eine Lanze brechen werde für den Entwurf eines Programms à la Godesberg oder wie auch immer man diese Programme bezeichnen mag; aber der Notwendigkeit, daß wir unser Wahlkampfziel für die nächsten vier Jahre und auch tunlichst darüber hinaus formulieren müssen, und zwar noch konkreter, als es bisher der Fall gewesen ist, sollten wir uns nicht grundsätzlich verschließen. Sie wissen, daß wir zunächst in Aussicht genommen hatten, den Bundesparteitag mit der Verabschiedung eines solchen Programms zu befassen. Wir haben uns dann den guten Gründen der Fraktion, insbesondere

unseres Freundes Barzel, nicht verschlossen, der erklärte, daß, wenn wir jetzt ein formuliertes Programm auf dem Parteitag in Düsseldorf verabschieden würden, wir in den kommenden Monaten bis Ende Juni im Bundestag uns dauernd mit diesem eigenen Programm auseinandersetzen müßten. Das aber würde wahrscheinlich nicht von Vorteil sein. Ich habe unmittelbar nach dem Bundesparteitag mit unserem Freund Barzel gesprochen. Er hat sich – und dafür bin ich ihm dankbar – bereit erklärt, mit einigen Freunden der Fraktion und der Partei diese Aufgabe entscheidend mit in Angriff zu nehmen. Ich hoffe, daß wir hier zu einem guten Ergebnis kommen werden.

In diesem Zusammenhang folgendes: Sie wissen, daß – und zwar mit Zustimmung auch der Partei – Herr Bundeskanzler Erhard, dem wir alle dafür dankbar sein sollten, sich in einem so ungewöhnlichen Maße in den Wahlkampf drüben an der Saar einschaltet, wie andere Freunde, auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf die Idee eines Deutschen Gemeinschaftswerkes¹⁶ formuliert und verkündet hat. Naturgemäß ist daran noch vieles zu arbeiten. Es erfordert noch intensive Arbeit, die letzten Feinheiten dieses Deutschen Gemeinschaftswerkes, auch die Probleme Bund/Länder, zu klären und zu formulieren, aber es liegt – und dafür bin ich Herrn Etzel dankbar – dem Bundesvorstand heute der Entwurf einer Entschliebung vor, die sich in sehr positiver Weise mit dem Deutschen Gemeinschaftswerk befaßt. Ich habe die dringende Bitte an den Bundesvorstand, diese Entschliebung, nach der Begründung durch unseren Freund Etzel, zu beraten und, wenn es irgendwie möglich ist, auch zu verabschieden. Es muß nicht alles bis zur letzten Perfektion beraten sein. Es kommt darauf an, daß wir auch die politische Phantasie unseres Volkes anregen und die Überzeugung erwecken, daß die CDU neuer Gedanken fähig ist und daß sie auch die Zukunft zu gestalten vermag. Deshalb meine herzliche Bitte, dieser Anregung zu entsprechen.

Mit allergrößtem Nachdruck möchte ich die Worte unseres verehrten Bundesparteivorsitzenden unterstreichen, die er gefunden hat zur finanziellen Situation unserer Partei. Ich möchte denen, die seinerzeit Bedenken dagegen geltend gemacht haben, auch staatliche Mittel für die Finanzierung der Parteien in Anspruch zu nehmen, heute sagen, wenn Sie sich damals durchgesetzt hätten, dann brauchten wir heute über den Wahlkampf uns keine Kopfschmerzen mehr zu machen, denn er wäre von vornherein eingestellt worden. Wir sind entscheidend angewiesen auf diese Mittel. Alles andere reicht bei weitem nicht aus, um nur ein Minimum eines erfolgreichen und überzeugenden Wahlkampfes zu führen.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einige Gesichtspunkte und Grundgedanken zur Führung des Wahlkampfes selbst! Wir sollten uns einig darüber sein, daß dieser Wahlkampf in einer ganz harten Front gegen die Sozialdemokratie zu führen ist, das heißt nicht, daß wir uns nicht auch mit der FDP, die der Herr

16 Rede Erhards in: CDU, 13. Bundesparteitag S. 700–721, hier S. 711 f.; „Siebzehn Thesen der CDU – Deutsches Gemeinschaftswerk soll bald verwirklicht werden“ in UiD vom 17. Juni 1965. Vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 168 f. und Nr. 10 Anm. 48.

Bundeskanzler Adenauer mehrfach erwähnt hat, auseinanderzusetzen hätten. Es kann im Einzelfall sogar notwendig sein, daß wir es sehr hart tun. Die entscheidende These in der Auseinandersetzung mit der FDP muß sein, daß die Erfahrungen der Vergangenheit bewiesen haben, daß nur eine klare regierungsfähige Mehrheit uns die Möglichkeit gibt, erfolgreich eine politische Auffassung, ein politisches Programm durchzusetzen.

Also ganz klar und geschlossen und einig und fest und kraftvoll gegen die Sozialdemokratie! Deshalb habe ich hier die Bitte, daß wir tunlichst die Diskussionen um künftige Koalitionen vermeiden. Ich habe volles Verständnis dafür, daß unser Freund Barzel im Zusammenhang mit der Diskussion der Notstandsverfassung auf diese Probleme eingegangen ist, weil er darauf eingehen mußte. Aber ich würde meinen, daß wir nicht gut beraten sind für die Zeit des Wahlkampfes, wenn wir sagen, niemals mit der SPD. Denn das macht die Herren in den kleinen Parteien übermütig, vor allen Dingen in der FDP, daß wir aber auch andere Möglichkeiten nicht erörtern, z. B. über den Fall der Not – ich denke jetzt nicht an die Situation der Notstandsverfassung, sondern allgemein –, sondern daß wir ganz klar und nüchtern sagen, über eine Koalition denken wir nach am 20. September dieses Jahres. Wir müssen sämtliche Hände frei haben, um einen Wahlkampf mit dem Ziel zu führen, eine klare regierungsfähige Mehrheit zu gewinnen, die uns die erfolgreiche Vertretung unserer Auffassungen ermöglicht.

Ein zweiter entscheidender Gesichtspunkt! So richtig es theoretisch ist, daß am 19. September der Bundestag gewählt wird, für das Bewußtsein unserer Bevölkerung und die Meinungsbildung ist wesentlich bedeutsamer, wer der künftige Bundeskanzler wird. Deshalb ist es notwendig, daß der Wahlkampf ganz entscheidend abgestellt wird auf die Alternative: Ludwig Erhard oder Willy Brandt. (*Zurufe*: Sehr wahr!) Damit muß man sich auseinandersetzen und muß der Bevölkerung auch sagen, daß sie bei der Wahl der SPD zwangsläufig diesen Herrn Brandt in Kauf nimmt. Das wissen viele gar nicht. Sie denken an Erler, an Carlo Schmid und viele andere, aber das Bewußtsein, daß dieser Herr Willy Brandt die logische Konsequenz eines Wahlerfolges der SPD wäre, muß noch stärker den einfachen Menschen in unserem Volke vermittelt werden.

In den Auseinandersetzungen mit Brandt, mit wem auch immer, sollten wir strikt persönliche Dinge vermeiden. Das sollten wir ablehnen. Wir sollten ausdrücklich sagen, daß wir uns nicht mit der persönlichen Vergangenheit des Herrn Brandt auseinandersetzen wollen. Seine persönliche Angelegenheit ist eine Sache der SPD. Aber man soll sich mit den großen Fehlentscheidungen auch dieses Politikers auseinandersetzen und daran die Frage knüpfen, welche Fehler wird dieser Mann, wenn er einmal die Richtlinien der Politik zu bestimmen hätte, begehen, welches Verhängnis nehmen wir damit in Kauf? Diese Frage sollte man immer wieder stellen, und zwar von seiner Haltung zum NATO-Abkommen bis zu den Torheiten der letzten Zeit.

In der Auseinandersetzung mit der SPD sollten wir sehr überzeugend und sehr hart nutzen die Ergebnisse der letzten Zeit, wie sie sich im Rahmen der Diskussion

über eine Notstandsverfassung ergeben haben. Hier zeigt sich, was ich immer wieder gesagt habe, wir sollten die Charakterisierung der SPD nicht orientieren an ihren papierenen Programmen, sondern an den realen Wirklichkeiten der Kräfteverhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie. Diese Kräfteverhältnisse werden bestimmt durch die großen Massenorganisationen. Sie werden bestimmt durch die sozialistischen Jugendorganisationen, durch die „Falken“, durch wen auch immer, auch durch jenen Kreis der Funktionäre, der nicht aufgehört hat, den alten Idealen nachzugehen. Deshalb ist es notwendig, hier in diese Kerbe immer wieder einzuschlagen und nicht müde darin zu werden.

Wir sind zu intellektuell in der Führung unseres Wahlkampfes. Einfach sein, immer wiederholen, ist das Gesetz der Propaganda, mag es Ihnen persönlich auch noch so sehr auf die Nerven gehen. Dieser Kur müssen Sie sich unterziehen. Es kann sie Ihnen niemand ersparen. Wir werden den Wahlkampf auf unserer Seite entscheidend führen mit dem Bild des künftigen Bundeskanzlers Professor Ludwig Erhard. Das wird durch die Plakatierung, durch die Insertion, durch das Fernsehen, immer wieder geschehen. Aber wir müssen unserem Volke auch klarmachen, daß neben ihm, mit ihm und wo auch immer jüngere Kräfte vorhanden sind, die in der Lage sind, die Verantwortung für die politische Zukunft zu übernehmen. Diese Diskussion sollte in Gang gehalten werden. Sie sollte immer wieder vertieft werden. Ich bin überzeugt, daß sie auch auf die Dauer Erfolg haben wird.

Ein weiterer Gesichtspunkt für die Führung des Wahlkampfes! Hüten Sie sich vor der Versuchung, nur von den Leistungen der Vergangenheit zu sprechen. Hüten Sie sich vor allem vor der Versuchung, in Zahlen und in Statistiken und in welcher Form auch immer die Leistungen der Bevölkerung nahezubringen. Bereits bei der zweiten Zahl ermüden Ihre Zuhörer, ermüden unsere Leser. Sie sind gar nicht in der Lage, die Milliardenzahlen in sich aufzunehmen. Bei drei Mark fünfzig hört es gewöhnlich auf. (*Unruhe und Zurufe: Wie billig!*) Bei Milliarden ist das Fassungsvermögen nicht mehr gegeben. Deshalb müssen wir uns hier eine einfache Sprache angewöhnen. Wir müssen unsere Leistungen betonen, ich sagte, nicht nur, aber in anschaulichen Bildern, z. B.: Deutschland, die zweitgrößte Handelsnation der Welt, Deutschland, die drittgrößte Industrienation; ein zerspaltenes, ein geschlagenes Deutschland hat einen größeren Rang als das Deutsche Reich ihn jemals hat erreichen können.

Wir sollten gelegentlich auch Zitate aus dem Ausland verwenden. Es gibt großartige Beispiele für die Anerkennung unserer Politik und unserer Leistungen. Der Deutsche hört gern auf den Ausländer. Er orientiert sich lieber an ihm als an den Kräften unserer Heimat.

Dann vergleichen Sie die Situation, wie sie bei uns und wie sie im Ausland ist: Arbeitslosigkeit drüben, hier mehr als Vollbeschäftigung und Kräftemangel. Streiks in Frankreich und Italien. Deutschland, das Land mit der geringsten Zahl der Streiktage. Das ist das Ergebnis unserer Wirtschaftspolitik. So gibt es viele Möglichkeiten. Man muß sie nur in einem anschaulichen Bild vortragen. Wir sollten auch die Leistungen

der Vergangenheit verständlich machen, aber wesentlich wichtiger ist es, daß Sie sich mit der künftigen Entwicklung auseinandersetzen. Wir sollten freimütig erklären, daß noch vieles zu tun bleibt in den strukturell bedrängten Bereichen unserer Bevölkerung im Lande. Das gilt weiter für die Landwirtschaft, im Bergbau, im Handwerk, im Mittelstand usw. Wir sollten es mit allem Nachdruck und mit aller Deutlichkeit sagen. Aber wir sollten auch die übrigen Fragen der Zukunft immer wieder in den Mittelpunkt der Diskussion rücken, damit wir als eine Partei erscheinen, die nicht nur Großes in der Vergangenheit geleistet hat, sondern dank ihrer Erfahrungen und dank ihrer Leistungen auch Vertrauen für die Zukunft verdient. So bleibt noch unter anderem zu tun: Die Sicherung der Währungsstabilität, Förderung der Vermögensbildung, vor allem in Arbeitnehmerhand, Verbesserung des Familienlastenausgleichs, Ausbau der sozialen Sicherheit, verstärkte Bemühungen auch um eine Alterssicherung in den Gruppen, denen sie heute noch verschlossen ist; dann die Bereiche von Bildung und Ausbildung, Verkehrspolitik, Gesundheitspolitik, Raumordnung und Wohnungsbau. Hier bieten sich vielfältige Möglichkeiten an, um den Wahlkampf überzeugend, auch mit programmatischen Erklärungen, fußend auf den Leistungen der Vergangenheit, zu führen.

Lassen Sie mich damit schließen, meine Damen und Herren! Ich habe hier nur beispielsweise einige Thesen festgehalten, die für den künftigen Wahlkampf von Bedeutung sind. Worum ich Sie herzlich bitten möchte, ist folgendes, daß wir nicht nur einig sind, wie unser verehrter Bundesparteivorsitzender es betont hat, sondern auch mit stärkerem Optimismus als bisher in diesen Wahlkampf gehen. Wenn wir bereits kopfhängerisch einer zum anderen sagen, das ist wieder schiefgegangen, das ist nicht so gewesen, der schafft nicht so, dieser ist nicht in Ordnung usw., was verlangen wir dann von unseren Wählern? Wir müssen doch Kraft und Optimismus ausstrahlen, auch dann, wenn wir mehr oder weniger Zweifel haben sollten. (*Lebhafter Beifall.*) Nur dann gewinnen wir die Wahl, nur dann können wir auch unsere Wähler überzeugen!

Ich meine, daß die Entwicklung gut ist. Die Zahlen, die Herr Bundeskanzler Adenauer genannt hat, sind gar nicht so deprimierend, wie es anfangs erscheinen könnte, aber nur dann, wenn wir diese Kraft und diesen Optimismus behalten und ausstrahlen, haben wir eine Chance, die Wahl zu gewinnen. Es ist nur eine Chance, meine Freunde. Wir haben den Sieg noch nicht in der Tasche. Wir müssen noch hart arbeiten, wenn wir Erfolg haben wollen. (*Starker Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! In den Ausführungen des Herrn Kollegen Dufhues war ein gewisser Widerspruch. Er sagte, wir sollten nicht auf das pochen, was wir geleistet haben. Dann aber erklärte er, wir sollten darauf hinweisen, was wir alles gemacht haben. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Meine Herren! Ich möchte ein allgemeines Wort dazu sagen. Unser Erfolg, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet, beruht zum großen Teil auf der Stetigkeit unserer Politik. Und es wird sicher nötig sein, das auch zu betonen und damit zu verknüpfen den Hinweis darauf, daß ein Bruch mit unserer bisherigen Politik die größten Gefahren

in sich schließt. Das muß doch jede Partei, die an sich selbst glaubt, nämlich auf die Stetigkeit ihrer Politik hinweisen.

Nun haben wir 16 lange Jahre – das muß man sich einmal vorstellen – eine stetige Politik geführt. Das ist eigentlich der klarste und beste Beweis für die Richtigkeit unserer Politik. Ich wüßte hier keinen besseren Beweis.

Meine Herren! Den Vorschlag vom Herrn Kollegen Etzel bekomme ich jetzt zum ersten Mal zu sehen, genau wie Sie auch. Den muß man sich einmal in Ruhe durchlesen. Daß man jetzt dazu Stellung nehmen soll, halte ich für unmöglich. (*Unruhe und Bewegung.*)

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Ich würde vorschlagen, daß wir darüber erst sprechen, wenn wir Herrn Etzel gehört haben. Erst dann können wir uns darüber ein Urteil bilden. Ich wäre dankbar, wenn Herr Etzel dazu Gelegenheit bekäme.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Barzel.

Barzel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur drei kurze Punkte erwähnen. Erstens: Herr Kollege Dufhues hat vorgetragen, daß er mich vor ein paar Wochen gebeten hat, auch aus dem Kreise der Fraktion die Vorarbeiten der Partei hinsichtlich der konkreten Aussage für die Wahl zu machen. Dies wollten wir ja im Juli, wenn ich es richtig im Kopfe habe, in einem Parteiausschuß machen. Ich hielt es nun für richtig, wenn wir darüber noch einmal im Präsidium der Partei sprächen. Die Linie, die Herr Dufhues eben gezeichnet hat, ist eine sehr gute Linie. Ich glaube aber, daß man sich entscheiden muß, ob man diese Linie geht – das ist dann die mehr allgemeine –, oder ob man die andere Linie geht, die das Konventionelle vorsieht, daß wir sagen, Verbesserung der Kriegsopferversorgung usw. usw., und daß dann alles aneinandergereiht wird. Darüber würde ich gern noch einmal im Präsidium sprechen; vielleicht am nächsten Montag¹⁷ – wir haben nicht sehr viel Zeit –, aber dann haben wir auch die Erfahrungen, die wir aus dem Wahlkampf an der Saar ziehen konnten.

Zweitens: Es ist sehr viel gesagt worden von persönlichen Dingen und von der Koalition. Das ist alles richtig. Die Fraktion hatte die Absicht – und ich meine, daß das gelungen ist –, sich im letzten Jahr ein Stück freizuschwimmen aus der Umarmung von der SPD, aber auch ein Stück freizuschwimmen aus der zwingenden Notwendigkeit der absoluten Abhängigkeit des kleineren Partners. Ich glaube, daß beides gelungen ist, so daß wir ernsthaft in die Wahl gehen können mit der Aussage, die wir vorhatten: Klare Führung durch klare Mehrheit.

Das war der Sinn der verschiedenen Haken, die wir geschlagen haben. Im Grundsätzlichen hat sich da nichts geändert. Aus meiner Kenntnis der Empfindlichkeit unseres Koalitionspartners meine ich, daß wir nicht allzu oft und allzu laut und vor allen Dingen nicht von unseren führenden Leuten sagen sollten: Über Koalition reden wir nachher. Das sollten wir als selbstverständlich ansehen; denn wenn wir sagen, über Koalition reden wir nachher, dann ermuntern wir Herrn Mende zu weiteren

¹⁷ In der nächsten Präsidiumssitzung am 5. Juli 1965 wurde darüber nicht gesprochen. Protokoll in ACDP VII-001-053/1.

Gesprächen mit Herrn Brandt; er hat bereits zwei geführt. Er selbst hat sich in Wiesbaden völlig festgelegt.¹⁸ Die Führung der FDP ist völlig festgelegt mit einer Majorität von 9 : 1. Wir sollten also nicht allzu oft sagen: Darüber reden wir hinterher, sondern wir sollten gar nichts darüber reden. Wir sollten nur „klare Führung durch klare Mehrheit“ sagen und die FDP auch nicht verärgern, denn wir wissen ja nicht, wie die Sache ausgehen wird. (*Zuruf*: Wir müssen eine einheitliche Linie für die CDU und die CSU in dieser Frage haben!) Ich würde bitten, daß wir die Besprechung im Präsidium mit Herrn Strauß machen. Ich glaube, nächsten Montag ist er wieder zurück.¹⁹

Das dritte, was ich kurz sagen möchte, ist folgendes: Ich komme gerade von der Saar. Dort war es vor vielen Wochen sehr schlecht. Unsere Freunde sagen, daß die Stimmung sich wandle. Das ist schwer zu beurteilen aus dem Eindruck, den man als Wahlkämpfer hat. Ich würde keinen Schluß daraus ziehen, daß z. B. Herr Erler gestern morgen in Saarbrücken nur 57 Zuhörer hatte, während wir überfüllte Säle aufweisen konnten. Daraus kann man nicht unmittelbar etwas schließen, aber es gibt dort eine Chance. Ganz sicher ist es besser, als es das letzte Mal bei der Kommunalwahl war, wo die CDU mit 10 Punkten unter der SPD durch das Ziel ging. Das zeigt, daß auch ein Wahlkampf – und deshalb erwähne ich das nur – noch die Entscheidung bringen kann. Diesmal ist es anders als sonst. Wir haben sonst gesagt, der Wahlkampf ist das Inkasso-Geschäft, er hat eine Marge von plus/minus 2 %. Diesmal muß es also der Wahlkampf bringen. Wir haben keine Wunderwaffen mehr; keine Königin²⁰, wir haben nichts mehr zu verschenken, wir haben nur noch uns selbst und den Wahlkampf, den wir führen.

Ich stimme völlig dem Konzept zu, das Herr Dufhues hier vorgetragen hat. Aber vielleicht sollten wir, wenn ich das sagen darf – auch das sollten wir nach der Saarwahl noch einmal überprüfen –, folgenden Gedanken erwägen, der in die Technik geht: Die Leute draußen – das ist meine Erfahrung jetzt von der Saar – sagen immer noch, ihr habt zwar die Einigkeit wiederhergestellt, aber ihr seid doch zerstritten. Ich bitte deshalb, einmal zu überlegen, ob wir das nicht ein bißchen dadurch verwischen können, daß wir in den Fernsehzeiten, die wir haben, und in den großen Kundgebungen, die wir machen, nun nicht alle als die großen Solisten auftreten, sondern wir sollten einmal den Mut haben, daß drei oder vier Leute von uns, von

18 Zu den Mende/Brandt-Gesprächen vgl. „Die Welt“ vom 16. Juni 1965 „Überraschung für Mende in den USA“; vgl. MENDE: Wende S. 190 f., zur Koalition EBD. S. 154 f. – Zur Rede Mendes vgl. Nr. 19 Anm. 21; MENDE: Wende S. 178–180.

19 Strauß kam am 21. Juni aus Hamburg zurück und hatte am gleichen Tag sowie vom 23. bis 25. Juni 1965 mehrere Termine in Bonn, am 22. Juni in München und am 26./27. Juni in Hannover (ACSP NL Strauß, Familie 63 Terminkalender 1962–1968). Die nächste Präsidiumssitzung war am 5. Juli 1965 (ACDP VII-001-053/1).

20 Anspielung auf den Besuch der britischen Königin Elisabeth II. vom 18. bis 28. Mai 1965 in der Bundesrepublik. Vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 190 f.; AdG 1965 S. 11871–11874; AAPD 1965 S. 239 f.

denen das Publikum meint, sie seien zerstritten, in einer Großkundgebung gemeinsam auftreten. (*Zuruf: Sehr gut!*) Wir sollten sie auch gemeinsam ins Fernsehen bringen. Es ist nicht so wichtig, ob wir in zehn Minuten im Fernsehen den schönsten Film haben oder die beste Ansprache eines Mannes von uns, es ist vielleicht sehr viel wirkungsvoller, wenn drei von uns sich in zehn Minuten im Fernsehen befragen lassen, von denen die Leute meinen, sie seien pausenlos zerstritten. Dasselbe sollte man auch in ein paar großen Veranstaltungen machen. Wir haben doch gesehen, wie von dem Vorabend des Parteitages in Düsseldorf etwas ausgegangen ist. Auch der Saal wird voller. Wenn man da die Namen nebeneinander klebt, von denen das Publikum glaubt, sie seien kontrovers, und die Leute zeigen sich nachher gemeinsam, dann ist damit viel gewonnen.

Wenn wir den Wahlkampf so anlegen, wie das hier vorgetragen ist – ich stimme dem völlig zu, daß das alles auf den Bundeskanzler abgestimmt ist, wir sollten noch einige Akzente dazusetzen –, dann würde uns das ein bißchen in unserer Arbeit bestärken. Ich möchte noch sagen, was Herr Dufhues am Schluß ausführte, es ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Es ist alles möglich, und es liegt allein an uns.

Ich habe nicht den Eindruck, daß die ganze Partei, vielleicht auch nicht die ganze Fraktion, den völligen Ernst der Lage begriffen hat. Ich meine deshalb, daß dies der Zeitpunkt ist, wo wir auch sehen müssen, wer ist in welchem Lande von den Ministern, von den Ministerpräsidenten, von den Parteivorsitzenden so populär, daß er in solche Crews mit hineingehört. Es ist wirklich eine Situation für: Alle Mann an Bord! Und lieber jetzt die drei Monate arbeiten, als nachher eine ganz schreckliche Geschichte zu erleben. (*Von Hassel: Zwanzig Jahre!*) Zwanzig Jahre, na, das würde mir doch ein bißchen zu pessimistisch sein.

Das wollte ich nur beitragen. Ich wäre sehr dankbar, wenn vielleicht am nächsten Montag, Herr Bundeskanzler, das Parteipräsidium tagen könnte; denn dann haben wir auch die Erfahrungen und die Ergebnisse von der Wahl an der Saar vorliegen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Darf ich nur einen Punkt aufgreifen, den Herr Dr. Barzel eben hier genannt hat: die Hoffnung und der Glaube an Wunderwaffen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Einfluß der Politik und der Einfluß der Werbung in diesem Wahlkampf zum heutigen Zeitpunkt nahezu fixierbar und kalkulierbar ist. Das einzige, was variabel ist und allein von uns abhängt, ist der persönliche Einsatz der Frauen und Männer der Partei in diesem Wahlkampf, d. h. insbesondere der Kandidaten.

Ich muß nun hier eines sagen, was mir höchst bedenklich erscheint. Ich spreche gar nicht davon, daß man an der Aktivität unserer Partei, im Vergleich mit früheren Wahlkämpfen, nicht unbedingt bis zum heutigen Tage ablesen kann, daß wir nicht wie früher immer vor einer Wahl sechs oder acht Punkte über der SPD liegen, sondern vier Punkte darunter. Ich habe leider noch nicht überall die Änderung in der Intensität des persönlichen Einsatzes gespürt, die sich eigentlich daraus ergeben müßte, sondern ich habe manchmal den Eindruck, daß die Urlaubsplanung oder auch dienstliche Planung

eigentlich vorläufig immer noch nach dem gleichen Schema gemacht wird, wie das in früheren Wahlkämpfen war, ohne daß sich überall wirklich durchgesetzt hat, daß wir in einer Situation sind, wo man den außerordentlichen Notstand ausrufen muß und wo eben mehr geschehen muß als 1961, 1957 oder 1953.

Aber es gibt ein Argument – und nur das will ich hier erwähnen –, was dem immer wieder im Wege steht. Es wird in allen Kreisen von unseren Kandidaten und von unseren Spitzenrednern immer wieder gesagt, ach, hört doch auf mit dem Rednereinsatz und den Versammlungen dieser klassischen Art, wo doch nur die eigenen Leute oder mindestens 90 % nur eigene Leute hinkommen. Ich halte drei Monate vor der Wahl kaum ein Argument für gefährlicher und für irreführender. (*Lebhafter Beifall.*) Jeder ist ein Tor, der glauben wollte, daß durch Versammlungen, sei es unsere Spitzenprominenz, seien es unsere Kandidaten, im wesentlichen Menschen umgedreht und aus SPD-Wählern nun CDU-Wähler werden könnten. Aber die entscheidende Voraussetzung für eine gewonnene Wahl ist die positive Stimmung unserer eigenen Leute, und es ist weiter der Multiplikationseffekt, den diese Leute durch Gespräche an den Arbeitsplätzen, in den Familien, in den Bekanntenkreisen usw. für die nächsten drei Monate dann auslösen. Deswegen wird mindestens bis Mitte August, aber wahrscheinlich bis zum 9. September, unsere Hauptaufgabe sein, das gilt in erster Linie für die 200 Wahlkreiskandidaten der CDU, unsere Mannschaft, beginnend bei den Mitgliedern und dann weiter über die Freunde und die Wähler, so zu aktivieren, daß sie mit dem Gefühl in die nächsten Wochen gehen, nicht nur eine gute Sache, sondern die beste Sache in diesem Wahlkampf zu vertreten.

Das ist nur zu erreichen, wenn wir diese Leute persönlich ansprechen. Es ist nicht zu erreichen durch noch so viel Papier, durch noch so schöne Plakate. Es ist nur durch die unmittelbare Ansprache zu erreichen. Deswegen meine dringende Bitte – in diesem Kreise brauche ich das nicht für Sie zu sagen –, aber in den Verbänden und in unseren Vereinigungen sollte immer wieder darauf hingewirkt werden, daß unsere Leute hinausgehen und daß sie sich nicht dadurch irritieren lassen, wenn in einer Wahlkreisversammlung nur 20 oder 30 Leute sind. Was diese 30 Leute allein in den Tagen darauf ausrichten können – von den Presseberichten schweige ich ganz, das kommt noch hinzu –, ist durch nichts anderes zu ersetzen. Deswegen meine ich, hier wird es sich zeigen, ob wir die innere Kraft haben, diese Wahl zu gewinnen. Wenn wir wirklich in diesen nächsten drei Monaten Abend für Abend an die Leute herangehen, sie informieren, sie überzeugen und sie aktivieren, dann kommt die Stimmung in Gang, mit der wir auch die früheren Wahlen gewonnen haben und mit der wir diese Wahl gewinnen können. Es liegt nur an uns! (*Beifall. – Von Hassel:* Sehr gut, Herr Kraske!)

Adenauer: Das Wort hat Herr Struve.

Struve: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Beiträgen, die wir gehört haben, in keinem Punkte widersprechen. Ich meine, daß Sie sich, Herr Dufhues, für die Kleinarbeit in einer sehr glücklichen Form geäußert haben. Aber das Schwierigste und was die Bevölkerung am meisten interessiert, Herr Dufhues, haben

Sie ausgelassen, nämlich das Interesse der Bevölkerung an der Außenpolitik, an der Verteidigungspolitik und an der Sicherheitspolitik. (*Dufhues*: Herr Struve! Darf ich eine Zwischenbemerkung machen! Ich habe die allgemeine Wahlkonzeption bereits ausführlich vor den Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführern dargelegt in der Zeit des Urlaubs des Herrn Bundeskanzlers. Ich will mich nun nicht immer wiederholen.) Es ist auch kein Vorwurf, Herr Dufhues. Ich komme jetzt zum Konstruktiven und möchte sagen, daß ich über das, was unser Bundeskanzler ausgeführt hat, mir kein Urteil erlauben möchte. Es ist nur so, ob Sie in einer Versammlung, z. B. bei den Bauern, eine halbe Stunde lang über Grüne Pläne, EWG usw. reden, oder ob Sie in einer sozialpolitischen Veranstaltung vornehmlich mit Arbeitnehmern über andere Probleme diskutieren, es taucht immer wieder in der Diskussion die Frage auf: Was ist mit Algerien? Was gibt es in Übersee? Was ist in Berlin? Was ist in Vietnam?²¹ Ich bin erstaunt, Sie können in einer reinen Bauernversammlung von Milliarden reden, aber in der Diskussion wird das nicht mehr wiederholt. Das bewegt die Leute nicht. Natürlich ist auch einer dabei, der meinetwegen über Mieten usw. etwas wissen will, aber es taucht immer wieder die Frage nach der Außenpolitik und nach der Sicherheitspolitik auf.

Ich möchte das unterstützen, was Herr Barzel gesagt hat. Glauben Sie mir, es ist in den Kreisen unserer treuesten Wähler, auch bei den CDU-Mitgliedern, irgendetwas da, was nicht greifbar ist, ich möchte es nicht gerade Mißtrauen nennen, aber es ist eine gewisse Unsicherheit und eine Resignation zu verzeichnen. Das sind noch die Folgen der parteiinternen Auseinandersetzungen in unserem eigenen Hause vor einiger Zeit. Wenn wir die Fragen der Außenpolitik konstruktiv ansprechen, dann ist es gut. Herr Barzel hat auch einen glücklichen Vorschlag gemacht, als er sagte, je überzeugender wir mit unseren führenden Männern in der Parteiführung und in der Fraktionsführung in der Öffentlichkeit auftreten und Einigkeit demonstrieren, desto besser und sicherer ist das für unseren Wahlausgang.

Adenauer: Das Wort hat Herr Professor Dr. Süsterhenn.

Süsterhenn: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! [1.] Zunächst eine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers über die Entwicklung im katholischen Lager. Was die katholischen Geistlichen angeht, so kann ich aufgrund meiner Erfahrungen von Klerikerkonferenzen sagen, daß da die Stimmung für uns im

21 Der algerische Staatspräsident, Ahmed Ben Bella, war am 19. Juni 1965 in einer unblutigen Revolte gestürzt und seiner Ämter enthoben worden (AdG 1965 S. 11916–11918). – In Bolivien kam es im Mai 1965 zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Militärjunta und Arbeitern des Bergbaus (EBD. S. 11901 f.). – Die DDR führte im Juni 1965 Hubschrauberflüge in der Berliner Kontrollzone und an der Peripherie von West-Berlin durch. Dabei kam es in mehreren Fällen zum Eindringen in das Westberliner Luftgebiet (EBD. S. 1139 f.). – Die USA setzten von April bis Juni 1965 ihre Bombenangriffe auf Nordvietnam fort. Angebote zu Friedensverhandlungen wurden von Nordvietnam nicht beantwortet. Am 19. Juni 1965 wurde in Südvietnam eine neue Regierung gebildet (EBD. S. 11894–11897 und S. 12029).

allgemeinen gut ist, und daß sie bereit sind, unsere Gedanken aufzunehmen. Allerdings darf ich Ihnen ein Beispiel für eine etwas bedrohliche Entwicklung hier anführen.

Der Verband der Katholischen Lehrer Deutschlands hatte kürzlich seinen Bundeskongreß in Mainz²² und dazu die Fraktionsvorstände der CDU, der SPD und der FDP eingeladen. Allein diese Einladung bedeutete schon die Gleichstellung dieser drei Parteien bei einem katholischen Verband, der das bisher nicht getan hat. Als Hauptreferenten hatte man ausgerechnet den katholischen Sozialisten Walter Dirks²³ ausgewählt. Sie erkennen daran, daß da gewisse ... (Fay: Er ist CDU-Mitglied!) Er mag irgendwo Mitglied sein, aber was Dirks produziert, scheint mir im wesentlichen eine reine sozialdemokratische Politik zu sein.

Das sind also Entwicklungen in den katholischen Verbänden, denen wir unsere Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir dürfen natürlich auch unsererseits als CDU – Herr Bundeskanzler Adenauer hat es mit Recht betont – unseren Wählern gegenüber das weltanschauliche Moment nicht in den Hintergrund treten lassen. Wir müssen uns selbst als Partei davor hüten, diese Dinge als eine Quantité négligeable zu betrachten.

Ich finde es in diesem Zusammenhang äußerst bedenklich, daß z. B. eine Zeitschrift der Jungen Union, nämlich „Die Entscheidung“, die immerhin von mehr als 3/5 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterzeichnete Initiative zur Änderung des Grundgesetzes wegen der Bindung der Kunst an die Wirklichkeit öffentlich, und zwar in einer „Spiegel“-Diktion, kritisiert.²⁴

Ich habe am vergangenen Freitag im Hessischen Rundfunk eine Diskussion über dasselbe Thema geführt. Da hatte ich die etwas merkwürdige Situation, daß zu meinen Diskussionsrednern nicht nur eine Redakteurin von „Konkret“, sondern außerdem auch der Chefredakteur von „Civis“²⁵ gehörte. Ich glaube, daß dies Entwicklungen sind, die gerade bei den Weltanschauungswählern keine besondere Beliebtheit für die CDU herbeizuführen in der Lage sind.

2. Gleichgültig, ob wir nun diesen Vorschlag Etzel heute oder sonstwo behandeln oder ob er beschlossen wird, ich halte es für wichtig, daß das, was hier zu fördern

22 Am 9./10. Juni 1965 zum Thema „Der Bildungsauftrag der Hauptschule“. Dirks (vgl. Nr. 23) führte in seinem Grundsatzreferat aus, die Verlängerung der Schulzeit sei die Voraussetzung für die eigentliche, auf die neuen Bedürfnisse einer gewandelten Welt hin entworfene neuartige Schule. Der Verband forderte eine neun- bzw. zehnjährige Volksschule/Hauptschule unter Einschluß einer Förderschule für alle Schüler, so daß die Gymnasialzeit auf sieben Jahre verkürzt werden könne („Oldenburgische Volkszeitung“ vom 15. Juni 1965).

23 Walter Dirks (1901–1991), Publizist; 1945 Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte“, Mitgründer der CDU Hessen, 1956–1966 Leiter der Hauptabteilung Kultur des WDR, seit 1966 freier Schriftsteller. Hans-Otto KLEINMANN: Walter Dirks (1901–1991). In: ZEITGESCHICHTE 8 S. 265–281.

24 Vgl. „Vom Reigen zum Schweigen“ in „Die Entscheidung“ Nr. 6 vom Juni 1965 S. 14–16.

25 Jochen Denso (geb. 1934), Journalist; 1960–1969 Chefredakteur der Monatszeitschrift CIVIS, 1975–1983 Bonner Korrespondent des WDR, seit 1983 Leiter des Landesstudios Köln des WDR.

ist, nämlich die Personalisierung des Wahlkampfes zwischen Erhard und Brandt, auch in dieser Resolution zum Ausdruck kommt. Wir sollten sagen, daß wir es lebhaft begrüßen, daß Bundeskanzler Erhard im Gegensatz zu den vagen Wahlparolen von Willy Brandt in seinem Vorschlag doch einen konstruktiven und realistischen Weg zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben gewiesen hat. Ich halte es für sehr wichtig, daß wir im Rahmen der Parteipropaganda auch von zentraler Stelle aus diese Forderung nach Personalisierung der Auseinandersetzungen erfüllen.

3. Auch ich bin der Meinung des Herrn Kraske, daß selbst die kleinsten Versammlungen – und wenn wir bloß 20 oder 50 Leute da drin haben – nichts von ihrer Bedeutung verloren haben. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Allerdings teile ich seinen Optimismus über die Multiplikationswirkung dieser 20 oder 50 Leute nicht, (*Kraske: Doch!*) aber dagegen ist die Presse entscheidend. Ich mache z. B. seit einiger Zeit folgendes: Ich halte drei Versammlungen auf den Dörfern in meinem Wahlkreis zum Wochenende, nehme mir den über meine Versammlung selbst geschriebenen Bericht mit, in dem ich jedesmal nur einen Punkt heraushebe, und den gebe ich dann dem Ortsvorsitzenden. Dann habe ich die Garantie, daß es in die Zeitungen kommt. So erscheine ich in der darauffolgenden Woche dreimal im Kreisblatt mit einem Bericht einmal über den Erhard-Plan, dann über die „Schwedenplatte“²⁶, das dritte Mal über unsere Verteidigungssituation oder sonst irgendetwas. Wenn das alle Redner machen würden, wäre das die billigste Propaganda mit der größten Breitenwirkung, die von einer 20-Mann-Versammlung ausgehen kann. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Mikat.

Mikat: Ich möchte zwei Dinge ansprechen, zunächst die Frage des Einsatzes vor der Wahl in den Kreisen. Ich meine, wir sollten von seiten des Bundesvorstandes oder der Bundesgeschäftsstelle unsere ganzen Landesminister, die auch vom Sachbereich her die Möglichkeit haben, stärker arrangieren, um Kreisgebiete zu bereisen. Herr Dufhues, ich bin z.Z. bei Westfalen. Ich bereise systematisch die Kreise und halte dort Pressekonferenzen ab. Das ist eine Multiplikation, die Sie nie wieder bekommen. Wir haben immerhin noch in sechs Ländern Landesminister. Diese Landesminister müßten die Monate Juni, Juli und August dazu ausnutzen, um Woche für Woche in einen Kreis zu gehen mit folgendem Programm: Empfang beim Bürgermeister, Empfang beim Landrat, anschließend eine Eröffnung – etwas wird ja immer eröffnet; z. B. waren gestern in Altenberg immerhin 8.000 Mann da²⁷ – und Pressekonferenzen. Dann

26 Gemeint ist der schwedische Sozialstaat, der die Bevölkerung mit einem „Nieselregen staatlicher Wohltaten“ überziehe (vgl. „Schweden – ein glückliches Vorbild“ in „Christ und Welt“/ „Rheinischer Merkur“ vom 1. Januar 1965; „Schweden ist kein Traumland mehr“ in FAZ vom 28. Dezember 1964; „Schweden ein Sittensumpf? Eine kleine Schwedenplatte – mit und ohne Politik“ in „Bonner Rundschau“ vom 4. Juni 1965).

27 Eine derartige Großveranstaltung fand in Altenberg nicht statt (so auch die Auskunft von Prof. Mikat) und läßt sich auch nicht im Umfeld ermitteln. Es muß sich also um einen Hörfehler des Stenographen handeln. – Altenberg bei Köln, ehemalige Zisterziensersabtei mit gotischem Dom; Hauptstelle der deutschen Katholischen Jugend.

haben wir auch von dieser Seite her die Möglichkeit, vor dem offiziellen Wahlkampf, der ja erst im August beginnt, eine ganz systematische Durchreisung, so möchte ich es einmal nennen, auch in den einzelnen Ländern zu machen, auch wenn wir keinen Landtagswahlkampf haben, aber das zählt sich doch letzten Endes für die gesamte Situation der CDU/CSU bestens aus.

Zweitens ist eine vermehrte Arbeit in unseren berufsständischen Verbänden notwendig. Es sollten nicht nur die großen Verbandstagungen sein, die internationalen Tagungen, wie KAB usw. Diese Ergebnisse zählen sich nicht so sehr aus. Ich denke aber an Veranstaltungen der Industrie- und Handelskammern, wie z. B. die letzte Kölner Veranstaltung²⁸, Veranstaltungen bei unseren Wirtschaftsorganisationen usw. Auch auf Kreisebene gilt das. Man sollte da die Versammlungen nicht nur auf den Besuch des Abgeordneten abstellen, sondern hier sollten sich auch der Kreisvorstand und der Bundesvorstand in diesen Monaten zur Verfügung stellen.

Ich glaube, die Entscheidung fällt vor dem 1. August; denn ob noch vor der Wahl große Änderungen kommen, das erscheint doch sehr problematisch!

Ein Letztes! Das wollte ich eigentlich nicht sagen, ich darf aber anknüpfen an das, was Herr Kollege Süsterhenn gesagt hat. Herr Kollege Süsterhenn, ich persönlich halte den Augenblick, an dem die Aktion „Grundgesetzänderung“ begonnen hat²⁹, für denkbar falsch. (*Zurufe*: Sehr gut!) Das kann man nicht ein viertel oder ein halbes Jahr vor der Wahl machen. (*Zurufe*: Sehr gut!) Ich habe mich auch nicht ausgesprochen, was in der Zeitung stand, gegen die Aktion „Saubere Leinwand“³⁰, sondern ich bin gefragt worden, was halten Sie von dem Ergebnis. Da habe ich gesagt, das wird ein mageres Ergebnis, das spricht sich nicht einmal herum. Setzt doch das Positive an die Stelle. Aber wenn Sie jetzt vor der Wahl mit dem Antrag einer Verfassungsänderung kommen, an den so viele Interpretationsmöglichkeiten geknüpft werden, dann vergraulen wir uns den notwendigen und auch den dazugehörigen akademischen Bereich vollends. Ich bin froh, daß ich in Nordrhein-Westfalen jetzt soweit bin – ich darf das ganz offen sagen –, daß unsere Studenten aller nordrhein-westfälischen Universitäten

28 Vorstellung des Jahresberichts der IHK Köln am 16. Juni 1965 („Bonner Rundschau“ vom 17./18. Juni 1965 „Im Handwerk mangelt es an Nachwuchs“).

29 Antrag der Abgeordneten Frau Dr. Probst, Dr. Süsterhenn, Dr. Zimmer, Kühn (Hildesheim), Dr. Wahl, Frau Welter (Aachen) und Genossen zum Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1965 (Drs. IV/3399 (neu)). Vgl. „Rheinischer Merkur“ vom 30. April 1965 „Gegen die Diktatur der Unanständigkeit“; Interview Süsterhenns in „Der Spiegel“ vom 19. Mai 1965 „Droht eine Diktatur der Unanständigkeit?“ S. 38–49.

30 Die 1964 gezeigten Filme „Das Schweigen“ und „491“ waren der Anstoß für die Unterschriften-Aktion „Saubere Leinwand“, die erstmals im September 1964 in Schweinfurt und anschließend in zahlreichen anderen Städten durchgeführt wurde. Man wollte die Filmindustrie zwingen, ihre Filme nach einem Sittengesetz zu gestalten. Vgl. „Der Spiegel“ vom 19. Mai 1965 S. 37.

erklärt haben, sie würden sich am 1. Juli³¹ größte Zurückhaltung auferlegen. Ich bin nicht mit dieser Sprache der Jungen Union – das war vielleicht etwas übertrieben – einverstanden, aber das muß man der Jugend zugute halten, und wir müssen uns auch überlegen, wann wir so etwas machen. Man kann ja über die Motive reden, aber Sie können nicht eine solche Aktion ein viertel Jahr vor der Wahl machen, ganz abgesehen davon, daß ich persönlich – aber das werde ich nicht in der Öffentlichkeit sagen – nichts von einer Grundgesetzänderung in diesem Punkte halte. Ich lehne es für meine Person ab, aber ich bin dafür nicht zuständig.

Wir sollten die positiven Strukturen und Momente unseres Gesamtprogramms herausstellen, was auch Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer sagte. Einen Hinblick zu geben auf unsere Leistungen insgesamt ist sicherlich notwendig, aber wir müssen für jedes Sachgebiet auch anbieten können, was wir tun wollen. Wir müssen das Ganze einordnen in den einen Satz: Stabilität der Währung. Ich habe während der ganzen kulturpolitischen Auseinandersetzungen immer wieder gefunden, nachdem ich das Ganze unter den währungspolitischen Gesichtspunkt genommen hatte, daß dann die Debatte auf einmal merkwürdig versachlichte bei den Verbänden; wir sollten uns dieses Argument der Stabilität der Währung nicht aus der Hand reißen lassen; denn die SPD hat uns mit ihren Anträgen weithin unglaublich gemacht. Wir sollten also ganz nüchtern hier diese Fragen stellen. Das können Sie auf Pressekonferenzen sehr gut machen. Das kommt sehr gut an, wenn Sie allgemeine Probleme darstellen.

Es wäre vielleicht auch gut, Herr Barzel, wenn Sie das im Präsidium noch einmal besprochen haben werden, einmal eine Zusammenkunft mit unseren Ministerpräsidenten über einen Punkt zu machen, den ich jetzt ansprechen möchte als Privatmann, nicht als Mitglied meines Kabinetts, nämlich die ganzen Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern gehen einseitig, auch wenn die SPD es toller treibt als die von uns regierten Länder, in der Bevölkerung auf Kosten der CDU. Das können wir uns einfach nicht leisten. (*Zuruf*: Sehr gut!) Wir müssen heute stärker auch seitens der Länder den Funktionswandel des Föderalismus betonen. Der Föderalismus ist ein dynamisches und kein statisches Prinzip. Wir müssen unseren Wählern klarmachen, daß künftig, wenn wir die Regierung stellen, ein stärkeres Zusammengehen von Bund und Ländern stattfinden muß, notfalls unter der Delegation von Länderkompetenzen an den Bund. (*Beifall*.) Ich habe das schon mehrfach herausgestellt. Diese Zankerei zwischen Bund und Ländern wird immer zu Ungunsten der Bundesregierung ausgelegt, was es aber in der Tat nicht ist aufgrund der Verfassungssituation. Aber machen Sie das den Leuten einmal klar. Die wollen ja keine juristischen Ausführungen hören, sondern die wollen eine politische Willensbildung haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir sollten also diesen

31 Aufgrund eines Aufrufs des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS) demonstrierten am 1. Juli 1965 die Studenten in den Universitätsstädten gegen den „Bildungsnotstand“ in Deutschland. Vgl. „Der Spiegel“ vom 7. Juli 1965 „Studenten. Aktion 1. Juli“; „Bonner Rundschau“ vom 2. Juli 1965 „Studenten auf der Straße“.

Sektor des Bund-Länder-Verhältnisses einmal positiv umstrukturieren. Wir werden danach gefragt, und wir sollten uns das nicht aus der Hand nehmen lassen.

Das hängt auch mit dem Gemeinschaftswerk zusammen. Ich meine, hier einem starken Föderalismus das Wort zu reden, bringt uns ins Hintertreffen. Ich sage das nicht aus parteitaktischen Gründen, sondern aus allgemein politischen Gründen heraus, und zwar in einem Zeitalter, in dem sich die Bundesrepublik in einen größeren Raum integriert, muß eine Binnenintegration dem auch entsprechen. (*Lebhafter Beifall.*) Auf diese Formel müssen wir uns einigen. Ich wollte das nur für das praktische Verhalten in den Kreisen und in unseren Verbänden sagen; denn das ist doch etwas, worauf unsere Wähler sehr großen Wert legen. Im übrigen kann ich dem Herrn Kollegen Struve nur bestätigen, daß in den Versammlungen über die Fragen der Außenpolitik, Sicherheitspolitik usw. am meisten diskutiert wird. Ich weiß nun nicht, Herr Struve, ob das nun mehr Neugierde ist oder der Wunsch, hier Informationen zu erhalten.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte nur einen Satz im Anschluß an die Ausführungen meines Herrn Vorredners sagen. Bitte machen Sie sich mit dem Gedanken vertraut, daß dieses Haushaltsjahr des Bundes das erste bisher ist, das mit einem erheblichen Defizit abschließen wird. Daraus ergibt sich ganz von selbst, Herr Kollege Mikat, daß über das Wort „Föderalismus“ noch gesprochen werden muß. – Bitte sehr, Herr Scheufelen.

Scheufelen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Erfahrungen bei den Versammlungen haben gezeigt, daß der Begriff Sicherheit immer noch im Vordergrund des Denkens steht. Dabei kommt immer wieder hoch die Frage der Währungssicherheit. Das ist ein entscheidender Faktor. Wenn wir glaubwürdig bleiben wollen in der Frage der Währungssicherheit, dann dürfen wir nicht kurz vor der Wahl Ausgaben beschließen, die zwangsläufig die Währungssicherheit gefährden. (*Bewegung und Unruhe.*) Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt. Es kommt nämlich dann immer wieder die Frage hoch: Jetzt macht ihr wieder Wahlgeschenke, und nachher wirkt es dann inflationär. Wenn wir also in dem Gesamtkomplex „Sicherheit“ glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir diesen Punkt beachten.

Der zweite Punkt betrifft die Außenpolitik und unseren Hausstreit. Und da glaube ich, sind wir heute in der glücklichen Situation, daß wir sagen können, es waren Differenzen bei uns, aber bei diesen Differenzen ging es ausschließlich um Sachfragen.³² Man kann nun außenpolitische Sachfragen nicht durch ein Parteiprogramm

³² Am 12. Mai 1965 wurde nach schwierigen Verhandlungen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bekanntgegeben. Daraufhin brachen die arabischen Staaten, mit Ausnahme von Libyen, Marokko und Tunesien die Beziehungen zur Bundesrepublik am 13. Mai, der Sudan am 16. Mai ab. Hermann Meyer-Lindenberg, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, stellte dazu am 10. Juni 1965 fest: „Es kann zusammenfassend festgestellt werden, daß in keinem Fall die konsularischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Beziehungen abgebrochen werden, sondern nach gewissen, durch den Abbruch bedingten Übergangsschwierigkeiten weiter aufrechterhalten werden.“ Zit. nach AAPD 1965 S. 814 Anm. 20. – Zur Nah-Ost-Krise vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 111–118.

decken. (*Bewegung und Unruhe.* – *Zuruf:* Was heißt das?) In der Zwischenzeit ist aber durch die Entwicklung auch außen die Differenz in den Sachfragen nicht mehr da. Wir können darauf hinweisen, daß wir uns mit einem gewissen Erfolg im Rahmen unserer Möglichkeit bemüht haben, daß Frankreich und Amerika sich wieder etwas näher gekommen sind.

Drittens können wir mit gutem Gewissen darauf hinweisen, daß in der Nah-Ost-Frage die Sache nicht zu unseren Ungunsten ausgegangen ist. Man kann zwar darüber diskutieren, aber insgesamt kann man das glaubhaft verkaufen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Der weitere Punkt, der immer wieder hochkommt, muß außerordentlich vorsichtig gehandhabt werden. Das ist der Herr Brandt. (*Heiterkeit und Zuruf:* Ein netter Punkt!) Herr Brandt ist unser stärkster Wahlhelfer. Dabei ist es außerordentlich schwierig, in den Versammlungen um die Frage herumzugehen, wo kommt der eigentlich her, und was ist das für ein Mann. Wenn einer von unseren Leuten auf der einen Seite etwas sagt, jedenfalls von unseren führenden Leuten, dann wird das von der Presse hochgespielt. Auf der anderen Seite wollen die Leute aber gerne etwas darüber hören. Es sollten sich also, wenn auch nicht unsere Spitzenleute, so doch unsere Wahlkreiskandidaten usw. etwas dazu äußern. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich weiß nicht, ob das für das ganze Bundesgebiet zutrifft, aber ohne Zweifel hat es bei unseren Landtagswahlen in Baden-Württemberg immer eine große Rolle gespielt. (*Starke Unruhe.*) Es ist auch Tatsache, daß die organisierten Arbeitnehmer keine zu große Macht der Gewerkschaften sind. Sie nehmen zwar sehr gern die Lohnerhöhungen in Kauf, aber sie haben mit ihrer Wahlentscheidung damals gezeigt, daß sie das mit der SPD identifizieren. Sie erinnern sich, daß wir in den Facharbeiterbezirken erhebliche Verluste bei der SPD feststellen können. Hier liegt noch eine große Reserve für uns.

Der Vollständigkeit halber möchte ich auf einen Punkt hinweisen, der zwar nicht lösbar ist, aber er kommt in den Wahlversammlungen immer wieder hoch, nämlich das Problem der Fremdarbeiter. (*Lebhafte Unruhe.*) Wir haben bei uns im Lande den höchsten Prozentsatz an Fremdarbeitern. Das kommt automatisch beinahe in jeder Versammlung hoch. (*Starke Unruhe.*) Es wird gefragt, findet Ihr keinen Weg, daß Überstunden lohnsteuerfrei sind? (*Anhaltende Unruhe.* – *Schmidt:* Das ist Ihr Steckenpferd!) Ich lasse mir von jeder Versammlung die Auswertung schicken, wenn eine Bezirksversammlung veranstaltet wird. (*Anhaltende Unruhe.* – *Schmidt:* Die Argumente sind falsch.) Ich wollte ja auch nur berichten, was jetzt im Wahlkampf auf uns zukommt.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Die Gastarbeiter interessieren Sie augenscheinlich. Lassen Sie mich etwas hinzusetzen. In der Schweiz ist in einem großen Werk darüber abgestimmt worden, ob mehr Gastarbeiter oder verlängerte Arbeitszeit. Die Gewerkschaften haben den Arbeitern gesagt: Mehr Gastarbeiter! Die Arbeiter haben aber abgestimmt für Mehrarbeit. Das Wort hat Herr Dr. Kohl.

Kohl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Scheufelen, und zwar zu dem Thema „Brandt“. Ich habe den Eindruck, und zwar übereinstimmend mit vielen

Parteifreunden aufgrund von geführten Gesprächen, daß die Figur Brandt einer der stärksten Aktivposten für uns ist. Wenn das so ist, würde ich davor warnen, daß wir hier im Wege von Tiefschlägen – um mich sportlich auszudrücken – arbeiten.

Wir haben bei der letzten Bundestagswahl – ich habe das sehr genau beobachten können bei Veröffentlichungen und bei Weitergabe von bestimmten Publikationen, die alles andere als salonfähig waren – überall, auch in unseren eigenen Anhängerkreisen, eine ziemlich negative Wirkung erzielt. Wir werden beispielsweise in bestimmten Pfarrerkreisen, evangelischer und katholischer Konfession, niemals für diese Art der Propaganda ein Verständnis finden. Sie werden es bei einer ganzen Reihe von Intellektuellen – im weitesten Sinne des Wortes, Akademiker usw. – nicht finden. Ich meine auch, die eigentlichen Tatbestände sind so bekannt, Herr Scheufelen, daß man das überhaupt nicht zu verbreiten braucht.

Wenn mal jemand in der Versammlung danach fragt, kann man das unter Umständen elegant nach der Versammlung erledigen. Ich würde aber dringend davor warnen, daß Ausführungen in der Versammlung gemacht werden, selbst wenn sie nur in der lokalen Seite der Presse nachher erscheinen, sonst kommen nachher einstweilige Verfügungen. Dann passiert das, was wir bei der letzten Bundestagswahl gehabt haben: Wir legen per saldo drauf. Das können sich die Sozialdemokraten bei ihrem Parteivolk eher erlauben als wir bei unserem Parteivolk; denn wir haben immer noch eine Menge Wähler, die im althergebrachten Sinne bürgerlich reagiert. Dazu ist es dann einfach nicht fein genug. Ich wäre überhaupt recht glücklich, wenn in den nächsten Wochen Herr Brandt möglichst oft gezeigt wird. Ich habe aus Reaktionen gerade aus Arbeiterkreisen immer wieder die Meinung gehört, das ist unmöglich, das ist kein Bundeskanzler. Insofern sollten wir auch durchaus, wie Herr Dufhues sagte, den ganzen Wahlkampf auf die Alternative „Kanzler Erhard auf der einen Seite und Kanzlerkandidat Brandt auf der anderen Seite“ zuspitzen.

Mir scheint insgesamt gesehen, daß das eigentliche Tief bei der CDU – ungeachtet der demoskopischen Befragungen – in der Stimmung draußen jetzt durchbrochen ist, daß also diese unendlich langsame Walze wieder anfängt zu laufen, und daß die positive Bereitschaft, etwas zu tun, beim eigentlichen Parteivolk wesentlich größer ist als bei den Arrivierten, wenn ich das einmal so sagen darf.

Hier zeigt sich ein anderes Krebsübel der Gesamtpartei, daß ein großer Teil unserer Parteifreunde, die in irgendwelchen Funktionen stehen, in völligem Ebenen-Denken verhaftet sind. Der Bürgermeister denkt z. B. nur an seinen lokalen Kram. Er denkt an die nächste Kommunalwahl, aber nicht daran, daß er bei der nächsten Bundestagswahl selber mit draufgehen kann. Das gleiche finden Sie auf der Ebene der Landespolitik. Ein großer Teil der Kollegen – ich sage das immer wieder in unserer Fraktion – fühlt sich zunächst verantwortlich für landespolitische Entscheidungen, sie denken nicht daran, daß wir z. B. in Mainz mit Sicherheit acht Tage nach einer verlorenen Bundestagswahl in der Opposition sitzen, weil die FDP ohnedies bei uns schwankend war vor zwei Jahren und sofort zu den starken Battalitionen überlaufen würde. Also, bei uns geht es genauso um Kopf und Kragen.

Aber diese Betrachtung kann man auch hinsichtlich des Bundestages umgekehrt machen. Bei vielen Bundestagskollegen ist es doch so, daß sie die Landespolitik oder die Kommunalpolitik nicht genügend beachten. Auch das muß man einmal sagen. (*Unruhe.*) Ich muß sagen, daß sie sich vielfach nicht bereit finden, in die Kommunalwahlen oder in die Landtagswahlen einzusteigen. Und das führt natürlich zu einer völlig verrückten Parteibetrachtung. Die Sozialdemokraten kennen das nicht. Wenn Wahl ist, dann ist eben Wahl. Wenn Sie einmal die Urlaubspläne maßgeblicher Leute betrachten, die durch das Land fahren, dann muß man sich wirklich fragen, ob man es begriffen hat, daß uns das Wasser tatsächlich bis zum Halse steht. (*Unruhe.*) Ich weiß nicht, woran es liegt, aber ich war bislang eigentlich der Auffassung – und bin es auch heute noch –, wenn der Bundesparteivorstand und der Bundesparteivorsitzende den Willen dazu haben, dann haben Sie auch immer die Autorität, die Sie brauchen. Ich würde dringend bitten, Herr Bundesparteivorsitzender, daß Sie von dieser Autorität in stärkerem Umfange in dieser Frage Gebrauch machen, als das offensichtlich bislang der Fall war. (*Unruhe und Bewegung.*) Denn das verdrießt unser Parteivolk, wenn man feststellt, daß der Abgeordnete oder irgendein maßgeblicher Mann, der durch die Partei etwas geworden ist – das ist doch ein sehr gravierendes Argument –, jetzt wegfährt. Ich habe jetzt z. B. einen Bundestagskandidaten kennengelernt, der ist genau in diesem Zeitpunkt für acht Wochen nach Kanada gefahren. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Ist er denn aufgestellt?) Auf der Landesliste, nicht vorne, aber es wäre eine Strafe Gottes, wenn er durchfällt. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Er ist noch kein Abgeordneter, aber er will es werden. Wenn das also möglich ist in einem Wahlkreis, dann kann man doch von dem Mitglied Meier, Müller und Schulz nicht erwarten, daß es Abend für Abend dasitzt und Vorbereitungen für die Wahl trifft, während der, dem es zugute kommt, in Kanada sitzt. Das ist ein sehr drastisches Beispiel. Es gibt aber viele ähnliche Beispiele.

Deswegen sollte man doch noch einmal im Wege eines klaren und deutlichen Briefes – ich weiß, Herr Dufhues, Sie halten nicht viel davon – darauf hinweisen. So haben wir aber wenigstens ein Alibi, daß man nach der Wahl einmal Fraktur reden kann. (*Dufhues:* Es liegen bereits mehrere Briefe vor.) Ich wollte nur darauf hinweisen, daß hier etwas geschehen muß. Mir scheint das Hauptproblem für die CDU im Augenblick zu sein, daß weit mehr, als jetzt zu beobachten ist, gearbeitet wird.

Ich habe die dringende Bitte, daß weder aus der heutigen Bundesvorstandssitzung noch zukünftig irgendwo darüber gesprochen wird, daß wir in der Partei einig sind. Je mehr wir das Thema ansprechen, um so weniger wird es uns geglaubt. Ich bin also genau umgekehrt der Meinung. Wenn wir aber tatsächlich die Einigkeit vorleben, so ist es viel besser. Wir sollten also nicht so viel über unsere Einigkeit reden, sondern sollten sie vorleben. Es ist auch besser, wenn nicht in irgendeiner Zeitung steht, daß das Mitglied A und das Mitglied B des Präsidiums sich wieder vertragen. Ich könnte auch die Namen gleich hinzufügen, A war nur ein Zufall. (*Heiterkeit.*) Solche Einigkeitsproklamationen in der Öffentlichkeit schaden uns. Wir sollten sie

besser vorleben. Ich bin sehr mit Ihnen einverstanden, Herr Barzel, daß man das unerschwerlich demonstrieren sollte, indem wir die Leute nebeneinander herausstellen in Fernsehsendungen usw. Aber wir dürfen um des Himmels willen in Versammlungen nicht sagen, seht, wie einig wir sind. Wenn wir z. B. Herrn Schröder und Herrn Adenauer – um zwei Namen zu nennen, ich könnte auch beliebige andere Namen nennen – nun in einer Versammlung auftreten lassen. Das bedeutet gar nichts. (*Unruhe und Bewegung.*) Deswegen meine ich, lassen Sie in allen Rundbriefen den Appell an die Einigkeit weg. Mir scheint, daß die ganze Masche der FDP mit der nationalen Welle schiefgelaufen ist.³³ Aus unseren Beobachtungen in der Pfalz aber auch in Südhessen und besonders in Rheinhessen, wo rechtsradikale Splittergruppen immer nach dem Krieg aktiv waren, ersehen wir, daß diese ganze Welle im Zusammenhang mit der Verjährungsfrist und allen diesen Dingen läuft, und zwar an der FDP nach rechts vorbei. Diese neue Partei NPD³⁴ wird ohne Zweifel in diesen Regionen einiges an Prozenten zunehmen.

Der eigentliche Vorteil, den sich die FDP versprochen hat, scheint der FDP überhaupt nicht zugute zu kommen, sondern sie scheint mir also hier erheblich nebensächlich zu haben. Für mich ist immerhin interessant – das will ich Ihnen nicht vorenthalten –, daß es dieser neuen Rechtsgruppe gelungen ist, im Bundesland Rheinland-Pfalz in den letzten Monaten pro Monat etwa 150 bis 160 neue Mitglieder aufzunehmen. Nun kann man natürlich sagen, das ist nicht allzu viel. Aber suchen Sie mal einen Landesverband der CDU, der pro Monat 150 bis 160 regelmäßig neue Mitglieder aufnimmt. Von diesen Mitgliedern sind etwa 50 % überhaupt bei keiner Partei gewesen, auch nicht bei den Vorläuferparteien, der Deutschen Reichspartei usw. (*Zuruf:* Und der NSDAP?) Jetzt kommt das Stichwort NSDAP. Es ist so, daß kaum 10 % dieser Leute bei der NSDAP gewesen sein können aufgrund ihres Lebensalters. Es sind fast über die Hälfte Leute, die erheblich unter 40 Jahre alt sind, die aber eines jetzt wieder beweisen, daß sie mit einer ungeheuren Aktivität Nacht für Nacht die Gegend verschmieren, draußen herumlaufen, aber bei ihrer Finanzlage sicherlich nichts dafür bekommen. Aus ihrer Sicht gesehen, arbeiten sie mit großer Aktivität und mit „Idealismus“.

Das sollte man m.E. als ein wichtiges staatspolitisches Symptom sehen. Wahlpolitisch ist es nicht so wichtig, denn ich glaube nicht, daß sie über die 5 % kommen werden. Aber immerhin sollten wir uns doch nach der Wahl einmal vornehmen, über die Probleme dieser Entwicklung der neuen Partei eingehend zu sprechen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Präsident Gerstenmaier.

33 Mende hatte u. a. gefordert, die erste Strophe des Deutschlandliedes wieder zu singen. – Vgl. SCHOLLWER S. 260.

34 Gründung am 28. November 1964 in Hannover. Vgl. Reinhard KÜHNEL/Reiner RILLING/Christine SAGER: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Frankfurt/M. 1969 S. 27; STÖSS 2 S. 1922–1994.

Gerstenmaier: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mir zwei Bemerkungen erlauben, von denen die eine sich auf die Methodik des Wahlkampfes bezieht. Ich stimme sonst unserem fleißigen Bundesgeschäftsführer gerne zu, aber ich erlaube mir doch, hier meinen Zweifel anzumelden gegen den Trost von Multiplikatoren.

Ich sehe folgende Situation voraus. Ich weiß nicht – und deshalb bringe ich die Sache zur Sprache –, ob sich die Wahlkampfleitung das hinreichend vergegenwärtigen kann. Wenn ich mir die Klage eines außerordentlich tüchtigen Bundestagsabgeordneten, der in den vergangenen Wahlkämpfen in seinem schwierigen industriellen Wahlkreis gegen einen großen Widerstand seinen Titel wieder geholt hat, anhöre, der mir nämlich diskret unter vier Augen sagt, mehr als 20 oder 25 Leute sind heute in einer Wahlversammlung im Schnitt nicht aufzubringen, trotz verhältnismäßig großer materieller Vorbereitungen, Anschreiben usw., dann ist das eine sehr schwierige Situation. Der Mann fragt mich etwas bange, glauben Sie, daß sich das in den nächsten vier Wochen ändern wird. Wenn sich das nicht ändert – sagt er mir –, dann muß ich meine ganze Einrichtung insofern umstellen, als ich dann versuchen muß, soweit wie möglich die großen Spitzenredner wenigstens für zehn Minuten oder für einen viertelstündigen Auftritt in meine Versammlungen zu bringen. Ich brauche diesen Vorspann unbedingt für die Ankündigung der Versammlung. Man kann dann eine Schlagzeile machen, und dann kommen die Leute. Wenn also dieser Mann sich darauf verlassen könnte, daß aus diesem Schnitt von 25 Leuten vom 15. August ab 250 würden, dann wäre er schon ganz zufrieden. Das ist also ein Organisationsproblem für einen Mann seiner Art. Ich glaube, daß wir dem einen Augenblick ins Auge sehen müssen. Denn das würde zur Folge haben, daß dann diejenigen, die hier an dem Tische sitzen, zum Teil anders eingesetzt werden müssen, daß man also mit den Spitzenreitern unserer Union zahlenmäßig viel mehr Versammlungen als bisher machen müßte. Das scheint mir also auch besser zu sein, als etwa eine halbe Stunde oder gar eine Stunde lang in einer Versammlung zu reden.

Das andere Problem ist ein Sachproblem. Wir haben auf evangelischer Seite zweifellos eine konfuse Situation. Ich komme aus meinem angestammten Vaterland Württemberg heute morgen zurück. Ich habe vier Tage lang dort geredet, und ich muß Ihnen sagen, die Sache mit der „Sauberen Leinwand“ ist bei uns nicht günstig behandelt worden. Man kann vielleicht dem Kollegen Süsterhenn sagen, Sie hätten das jetzt lieber sein gelassen, aber nachdem er es gemacht hat und 170 Mitglieder aus der Fraktion das unterschrieben haben und die Sache immerhin an die Öffentlichkeit gekommen ist³⁵, kann ich nur sagen, war die öffentliche Kritik aus unseren eigenen Reihen daran eine glatte Katastrophe, um es einmal klipp und klar und offen zu sagen. Diejenigen, die stimmungsmäßig oder aufgrund ihrer allgemeinen moralischen Orien-

35 CDP Nr. 82 vom 4. Mai 1965 S. 4 „Union kämpft um Sauberkeit in der Kunst – Bindung an das Sittengesetz durch Verfassungsänderung erstrebt – Zunächst noch Sachverständigenberatung“; vgl. auch Anm. 29.

tierung – wobei „moralisch“ gleichzeitig eine staatsbürgerliche Gesinnung involviert – hinter Ihrer Aktion stehen, Herr Kollege Süsterhenn, sind jedenfalls Leute, die bis jetzt zu dem Kerntrupp der CDU gehört haben. Da ist überhaupt kein Unterschied, jedenfalls in Süddeutschland nicht, zwischen Katholiken und Protestanten. Selbstverständlich ist das bei den evangelischen Leuten, die brav in die Kirche gehen, genau[so] wie bei dem Bürgermeister mit seinem Kirchengemeinderat, der bei mir erschien und sagte: Hier haben wir einen Bund von Unterschriften. Wir sind für die „Saubere Leinwand“. Wir verstehen zwar nicht so gut, Herr Bundestagspräsident, warum das eigentlich notwendig ist, daß hier eine Verfassungsänderung gemacht werden soll, aber wir sind in dieser Sache einer Meinung, und Sie sollten sich als evangelischer Christ jetzt anstrengen, diese Sache in eine rechtliche Form zu bringen, damit das, was wir meinen und wollen und weshalb wir seit 20 Jahren CDU gewählt haben, doch in diesem Staate oben bleibt und nicht heruntergerissen wird. Nun kann man sagen, daß noch eine kritische Schicht von Intellektuellen möglicherweise zu einem anderen Schluß kommen wird. Solche Stimmen habe ich auch gehört, zwar jetzt nicht in Württemberg, aber in den letzten Wochen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie das abwägen, wie sich das zahlenmäßig auswirkt, dann verlassen Sie sich darauf, daß die erste Gruppe für uns als Wähler ungemein interessanter ist als die intellektuelle Gruppe, die sich im Zweifelsfalle in der Wahlentscheidung alles vorbehält, auch die SPD zu wählen. Ich denke hierbei an den Nachholbedarf, an die Sünden aus der Zeit von Thron und Altar, wo man es mit der Macht gehalten hat, wo man alle diese Beleidigungen nicht vergessen hat. Diesen ganzen Krampf haben wir doch immer noch bei den Intellektuellen auf der evangelischen Seite. Um so mehr rate ich dazu, daß wir bei solchen Geschichten nicht auch noch den unangefochtenen Stamm unserer kirchentreuen Stammwähler mit ankratzen und täuschen, sie ins Wanken bringen, so daß sie schließlich nicht mehr wissen, was ist nun eigentlich los.

Wir werden uns jedenfalls vor dem Start solcher Geschichten rechtzeitig vorher auseinandersetzen und überlegen müssen, welche Startbedingungen, Herr Kollege Barzel, gegeben sind. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Niemand versteht z. B. von den Kritikern auf evangelischer Seite, warum 170 Mitglieder der Fraktion das Ding unterschrieben haben und trotzdem die Fraktion sich nicht als solche dazu erklärt hat. Da sagen die Leute in Württemberg: Was sind das für Typen, was soll denn das? Warum stehen sie denn nicht dazu? Wenn ich das den Leuten auseinandergesetzt habe, dann sagen sie: Jetzt fängt auch noch der Gerstenmaier an. Bis jetzt haben wir uns auf ihn verlassen können, aber nun nicht mehr. Also kurz und gut, das können wir nicht gebrauchen. Wir brauchen jetzt die Geschlossenheit der Menschen, die sich dieser linksintellektuellen Beeinflussung entzogen haben und denen es auch gar keinen Eindruck macht, wenn einmal ein Pfarrer vom rechten Wege abweicht und ein paar linksintellektuelle Schrullen macht.

Nun in diesem Zusammenhang eine zweite Sache! Herr Dr. Kohl, ich schließe an das an, was Sie gesagt haben zur nationalen Welle. Ich glaube nämlich, daß es diese

nationale Welle nicht gibt. (*Zurufe*: Oho!) Ich habe kürzlich im Hessischen Rundfunk mit Absicht eine aggressive Rede dazu gehalten und glattweg bestritten, daß es eine nationale Welle gäbe. Ich sähe sie auch nicht. Ich stehe im Mittelpunkt zahlreicher Angriffe und muß mich unablässig damit auseinandersetzen. Ich weiche aber nicht aus. Ich habe am 17. Juni abends vor 5.000 Menschen auf dem Stuttgarter Marktplatz das Problem wieder angesprochen.³⁶ Die nationale Welle gibt es nicht. Sobald Sie aber sagen, die vom 17. Juni 1953 – jetzt nur ein Beispiel – waren keine Nationalisten, das waren keine Widerborstigen und Unbelehrbaren, die sich nicht mit dem abfinden wollen, was durch den Zweiten Weltkrieg unser Schicksal nach der Meinung vieler Leute im Ausland geworden ist, das waren keine Nationalisten, die sich dagegen auflehnen, diese Hypothek auf ewig zu tragen, sondern das waren Patrioten, und außerdem geht es uns alle an, denn das Vaterland ist eine verpflichtende Sache, dann können Sie auf einem vollen Marktplatz in Stuttgart eine Nadel fallen hören. Sie können das nicht in alten Platitüden und in emotionalen Schlagworten machen. Aber reden Sie einmal vom Patriotismus, reden Sie vom Vaterland, und dann werden Sie physisch spüren, wie das bei den Leuten eingeht. (*Barzel*: Das ist meine Meinung! – *Schröder*: Das ist doch das Thema! – *Starke Unruhe*. – *Schröder*: Niemand sagt etwas anderes! – *Kohl*: Aber das ist doch da! – *Anhaltende Unruhe*.) Entschuldigen Sie, das ist etwas völlig anderes als eine nationale Welle. (*Schröder*: Wie Sie es nennen, ist doch egal.) Nein, hier kommt es genau auf die Unterscheidung an. (*Schröder*: Natürlich kommt es darauf an. – *Unruhe und Bewegung*.) Eine nationale Welle ist das, was ein Neonationalismus anzukünnen versucht, wozu die sich diese Geschichte mit der NDP ausgedacht und organisiert haben, und zwar rechts von der FDP. (*Unruhe*. – *Krone*: NPD heißt es auch.) Ich glaube nicht, daß diese Partei viele Chancen hat, denn sie hätte nur eine Chance, wenn man von einer nationalen Welle reden könnte.

Aber worum es sich hier handelt, das ist doch das Bedürfnis einer neuen, etwas weitgehenden Orientierung nach rechts und ein Ressentiment, das wir niemand anderem zu verdanken haben als dem 15jährigen Trommeln einer zum Teil sich linksintellektuell gebenden deutschen Presse. Und gegen das Getrommel einer sich linksintellektuell gebenden Presse bilden sich allmählich Widerstände mehr von innen nach außen als von außen nach innen. Ich finde, daß man diese Widerstände ansprechen kann im Wahlkampf zu unseren Gunsten. Das halte ich für eine legitime Aufgabe der CDU. Deshalb sollten wir auf dieser Linie ruhig und wohlabgewogen mit in der Debatte mischen und sehen, was wir hier tun können.

Im übrigen stimme ich Herrn Scheufelen zu, daß die Sicherheit das Grundproblem ist, vielleicht weniger noch die äußere Sicherheit, obwohl die Entwicklung in Vietnam die Leute doch allmählich aufmerken läßt und manchem schon langsam auf die Nerven

³⁶ Vortrag im Hessischen Rundfunk „Nationale Welle?“ am 9. Juni 1965 (ACDP I-210-088/1). – Gedenkrede zum 17. Juni „Für Freiheit, Recht und Einheit“ (BULLETIN vom 22. Juni 1965 S. 841 f.).

geht. Aber noch weiter, jedenfalls in Süddeutschland, ist das Grundbedenken, das hier in diesem Artikel vom sozialen „Musterland“ Schweden zusammengefaßt ist. Hier heißt es: „Für dieses Jahr rechnet die schwedische Regierung selbst, daß sich der Geldwert um 5 % vermindert. Professor Dahmen, ein führender schwedischer Wirtschaftsfachmann, erwartet für 1965 sogar einen Geldwertschwund von 6,5 %, was bedeuten würde, daß die Sparzinsen diesen Verlust nicht einmal mehr wettmachen.“³⁷

Das, so scheint es mir, ist genau der Punkt, wo die Leute merken, daß es um eine Existenzfrage geht, um eine Plattformfrage, auf der wir alle stehen. Ich habe immer gefunden, daß, sobald man unter diesem Gesichtspunkt antritt, manche über die Sache nachdenken und sich dann zu unseren Gunsten entscheiden. Ich finde auch, daß das die eigentliche primitive Basis auf dieser Ebene ist, um mit den von der Opposition krampfhaft hochgetragenen Wünschen und sogenannten Bedürfnissen wieder fertig zu werden. Ich bin der Meinung, man sollte auf diese Sache als den Grundton im Wahlkampf eingehen. Vielleicht wird sich das Präsidium mit dieser Problematik beschäftigen. (*Dufhues*: Das ist mit allen Landesvorsitzenden und allen Landesgeschäftsführern mit Schwerpunkt bereits besprochen worden.)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Verzeihen Sie, wenn ich nochmals anknüpfe an die Worte vom Herrn Kollegen Süsterhenn. Entweder wir sind eine weltanschaulich fundierte Partei, oder wir gehen heute, morgen oder übermorgen auseinander. Seien Sie sich darüber vollkommen klar. Ich bedaure außerordentlich, daß gerade die Frage der weltanschaulichen Fundierung bei uns kaum noch eine Rolle spielt. Lesen Sie doch einmal, was in den Zeitungen steht. Lesen Sie, was alles an Verbrechen usw. geschieht. Sehen Sie doch, daß das deutsche Volk heruntergeht. Das sage ich Ihnen, der nun alle die Jahre das beobachtet hat. Es wertet nicht mehr feste Prinzipien, es wertet nur noch Geld und Gut, Vergnügen und Autos und alle diese Dinge. Und alles das wird verlorengehen, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, wenn wir nicht an unseren weltanschaulich fundierten Grundsätzen festhalten.

Dann möchte ich dem Herrn Kollegen Kohl etwas sagen, und zwar zur Autorität des Parteivorsitzenden und der Bundespartei. Die Bundespartei hat keine Autorität. (*Kohl*: Ich habe vom Bundesparteivorsitzenden gesprochen und nicht von der Bundespartei!) Doch! Aber bei der Bundespartei kommt der föderalistische Gedanke hoch. Die Bundespartei kam geraume Zeit – dank der Alliierten – erst nach den Landesparteien. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Das ist auch ein großer Fehler für uns, aber, meine Herren, heute wollen wir nicht darüber sprechen, auch nicht bei dieser Wahl. Ich möchte es jetzt nur erwähnen, weil Sie von der Autorität der Bundespartei, die nicht da ist, gesprochen haben. (*Kohl*: Herr Vorsitzender! Sie sind der einzige, der die Autorität des Vorsitzenden bestreitet. – *Heiterkeit*.) Das Wort hat Herr Amrehn.

³⁷ Artikel nicht ermittelt. Vgl. Anm. 26.

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat sehr recht damit, daß die CDU auseinanderfiele, wenn sie nicht ihre weltanschauliche Basis verteidigte. Nur glaube ich nicht, daß wir in den letzten Wochen vor der Wahl mit der Verteidigung unserer Prinzipien die Wahl gewinnen, sondern mit sehr konkreten Dingen. Deswegen muß auch die Diskussion über die weltanschauliche Grundlage für die Tage nach der Wahl zurückgestellt werden. Jeder macht in seinem Lande seine Erfahrungen.

Ich möchte aus der etwas entfernten Sicht, die wir haben, doch sagen, es gibt eine nationale Welle, denn wir bemerken sie unter den Studenten. Hier ist die Reaktion stärker ausgelöst und sichtbar geworden im Zeitpunkt der Nah-Ost-Entscheidungen, die gleichwohl im Ergebnis für uns gewirkt haben. Ich möchte das ausdrücklich sagen, daß hier eine Entscheidung des Bundeskanzlers die Wirkung gehabt hat, daß wir insgesamt wieder etwas einiger erscheinen.

Ich möchte hier auch, wiederum aus der etwas entfernten Sicht, sagen, daß mir nach meinem Eindruck die großen Differenzen, die die CDU lange Zeit auseinander gebracht haben, weithin überbrückt erscheinen. So stellt es sich uns dar. In Baden-Württemberg mag das noch etwas anderes sein, aber diese Entwicklung muß unterstützt werden. Ich möchte sehr ausdrücklich dem Gedanken zustimmen, den Kollege Barzel vorhin geäußert hat, und was Herr Kohl sagte, zwar nicht aussprechen, aber sehr deutlich machen, die führenden Leute sollten gemeinsam auftreten und auch die Einigkeit nicht nur demonstrieren, sondern auch vorleben. Das spricht alles für sich selbst.

Ich glaube auch, daß wir in diesen Wochen gar nicht mehr diskutieren können, ob wir nun kleinere oder mittlere Versammlungen machen. Es muß jedes Mittel genutzt werden, das überhaupt zur Verfügung steht, weil es auf Kommastellen ankommen könnte am Ende. Insofern ist der Einsatz eines jeden einzelnen für möglichst viele Versammlungen unbedingt notwendig. Nur will mir scheinen, daß wir für die Reden, die gehalten werden, auch noch ein bißchen mehr Klarheit gewinnen müssen im Hinblick auf die Auseinandersetzungen mit der SPD. So möchte ich es einmal formulieren.

Ich habe in meiner eigenen Partei, abgesehen von Äußerungen unseres Bundeskanzlers Erhard und unseres Parteifreundes Barzel auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf, noch nicht die volle Überzeugung gewonnen, daß diese Partei dieses Mal überhaupt gegen die SPD antritt. Die Differenzen zur SPD kann man nicht nur zeigen mit dem Antagonismus Erhard : Brandt, sondern das muß auch durch die Wahlkampfziele noch deutlicher gemacht werden. Ob das nun mehr generell oder konkret geschieht, das lasse ich offen, ich glaube aber, daß der Gegensatz sehr viel stärker herausgearbeitet werden muß, nämlich der Kampf gegen die SPD, die es bisher doch immer verstanden hat, sehr viele Unterschiede gegenüber uns zu verwischen.

Warum die SPD so stark geworden ist, erklärt sich zum wesentlichen Teil doch daraus, daß man betont, es gibt keine wesentlichen Differenzen in den Lebensfragen

der Nation mehr zwischen uns. Ich will hier über ein Beispiel aus den letzten Tagen berichten. Der frühere britische Schatzkanzler Maudling³⁸ war in Berlin etwa drei bis vier Tage. Wir haben Gespräche mit ihm geführt; er ist immerhin zweimal vom Regierenden Bürgermeister empfangen worden. Ich finde, eine solche Besuchswelle in diesen Wochen, auch des Herrn Brandt bei Herrn de Gaulle³⁹, für uns abträglich, weil nämlich Herr Brandt auf diese Weise schon eine Stellung bekommt, als ob er bereits eine sichere Anwartschaft auf eine bestimmte Position hätte. (*Adenauer*: Wußten Sie, daß Herr de Gaulle den Herrn Brandt eingeladen hat, und zwar durch das französische Militär in Berlin?) Nun, das spricht ja auch nicht für uns, (*Bewegung*) aber Herr Maudling ist also von diesen Besprechungen mit der Bemerkung zurückgekehrt, er könne keine Unterschiede feststellen zwischen dem, was der Herr Brandt will, und dem, was die gegenwärtige Bundesregierung in der Außenpolitik will. Diese Dinge wirken auch bei uns. Das macht die Auseinandersetzungen mit der SPD noch schwieriger.

Meine Freunde! Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, daß mitten in den Wochen des Wahlkampfes vielleicht noch die eine oder andere politische Entscheidung notwendig wird. Vielleicht steht eine solche schon dicht bevor. Sie haben alle gelesen, daß die Situation um Berlin sich sichtbar verschärft. Es ist also begonnen worden zu einer Zeit der Bundestagssitzung in Berlin mit der militärischen Übung, wo aus der Tiefe des russischen Raumes Truppen an die Zonengrenze gebracht wurden, Flugzeuge in Kampfgeschwadern über West-Berlin erschienen sind, Hubschrauber über der Kongreßhalle kreisten. In den letzten Wochen hat es jeden Tag beinahe einen Hubschrauberflug an der Grenze entlang unter Berührung des Westberliner Gebietes, vor wenigen Tagen darunter die Überfliegung des amerikanischen Hauptquartiers, gegeben.

Demgegenüber ist es zutiefst zu bedauern, muß ich wenigstens hier sagen, daß die Amerikaner mindestens seit einem halben Jahr nicht mehr ihre regelmäßige Veröffentlichung gebracht haben, daß einer ihrer Hubschrauber über Ost-Berlin erschienen sei. Das haben sie sonst jeden Monat gemacht. Ich glaube aber, sie tun es seit einem halben Jahr nicht mehr. Man muß fragen, ob das auch einen kleinen Zusammenhang mit der sowjetischen Haltung in Nordvietnam hat. Aber hier wird auf einmal wieder sichtbar, daß die Amerikaner in diesem Punkt ein wenig zurücktreten und dafür die Zonenarmee ihren Hubschrauber schickt, der sich deutlich über West-Berlin zeigt.

Die im Augenblick sehr viel akutere Gefahr liegt darin, daß die Bahntarife gekündigt wurden und die Vereinbarungen über die Schriffstarife ebenfalls zum

38 Reginald Maudling (1917–1979), britischer Politiker (Konservativer); 1962–1964 Schatzkanzler, 1970–1972 Innen- und stv. Premierminister. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 273 Anm. 25. – Möglicherweise war Maudling beim Besuch von Königin Elisabeth II. am 27. Mai 1965 als Begleiter mit in Berlin. Am 18. Juni 1965 war er bei Erhard (Terminkalender).

39 Brandt war vom 1. bis 3. Juni 1965 in Paris (AdG 1965 S. 11891 f.).

30. Juni gekündigt sind. Das bedeutet, daß wir ab 1. Juli einen vertragslosen Zustand bereits haben, der dringend neue Verhandlungen notwendig macht, um die Versorgung Berlins sicherzustellen.⁴⁰ Hier wird es m.E. darauf ankommen, nicht den Wegweiser zu gehen, den wir beispielsweise mit dem Abkommen über die Saalebrücke⁴¹ gegangen sind, daß wir nämlich abgewichen sind von der Unterschrift, die wir bis zur Passierschein-Vereinbarung geleistet haben für das DM-Währungsgebiet Ost oder West. Leider ist beim Saalebrücken-Abkommen schon eine andere Unterschrift für die zuständigen Behörden gewählt worden.

Ich sehe durchaus, wie schwierig es sein wird, für die weiteren Vereinbarungen, die in aller Kürze notwendig werden, auf den alten Weg zurückzugehen. Ich glaube, hier wird bereits eine Entscheidung der Bundesregierung nötig, die größere Bedeutung hat, weil in dem Moment, wo die Verschärfung der Lage in Berlin eintritt – sie wird schon sichtbar –, natürlich alle Blätter zumindest in Deutschland mit diesen Ereignissen wieder gefüllt sein werden. Es kommt entscheidend für den Ausgang der Bundestagswahl darauf an, daß das Vertrauen zur CDU in einem solchen Augenblick wächst. Es wächst aber nicht durch Nachgeben in solchen Fragen, sondern nur dadurch, daß eine feste Linie in diesen Dingen eingehalten wird. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Glup.

Glup: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Wahlredner bitten, sich nicht dadurch entmutigen zu lassen, daß irgendjemand im Wahlkampf in Urlaub ist. Mir ist eines nicht klar. Wenn man in die Bevölkerung hineinkommt, dann stellt man immer wieder fest, daß sie im allgemeinen zufrieden ist. Demgegenüber steht aber das schlechte Ergebnis bei den Meinungsumfragen. Wie erklären Sie sich das? Ich habe es nicht zu erklären vermocht. Ich bin der Meinung, daß das mit eine große Rolle spielt. Es tritt immer wieder in Erscheinung die Teuerungswelle insgesamt, dann die Lohnwelle, die insbesondere durch die Arbeitergewerkschaft in Bewegung gebracht wird. Deswegen macht sich in der Bevölkerung der Gedanke breit: Die CDU ist nicht in der Lage, diese Teuerungswellen aufzuhalten. Man sollte versuchen, die SPD und die Gewerkschaften mit in die Verantwortung zu bringen, (*Unruhe. – Zuruf:* Wieso?) damit man auf dieser breiten Basis dieser Teuerungswelle wieder begegnen kann. Ich vermag es mir sonst nicht zu erklären, daß die Bevölkerung zufrieden ist. Die Bevölkerung ist darauf bedacht, das zu erhalten, was sie an Wohlstand hat.

Auch das Gefühl der Sicherheit spielt bei der kommenden Wahl eine große Rolle. Ich glaube, das müssen wir sehen. Das gilt auch für die Währung. Das gilt

40 Die DDR führte zum 1. Juli 1965 für den Interzonen-Güterverkehr den Tarif der Deutschen Reichsbahn ein. Ebenfalls zum 1. Juli 1965 wurden die Permits für den grenzüberschreitenden Binnenschiffahrtsverkehr durch gebührenpflichtige Erlaubnisscheine des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR ersetzt (AdG 1965 S. 11940 f.).

41 Am 14. August 1964 wurde in Berlin eine Vereinbarung über Wiederaufbau, Inbetriebnahme und spätere Unterhaltung der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Autobahnbrücke bei Hirschberg (Saale-Brücke bei Hof/Bayern) unterzeichnet (BULLETIN vom 19. August 1964 S. 1214).

insbesondere für die Verteuerung auf dem Bausektor. Das halte ich für außerordentlich gefährlich. Bei uns kommt hinzu – ich weiß nicht, ob das im anderen Bundesgebiet auch so ist –, daß ausgerechnet im Sozialen Wohnungsbau die Mittel gestoppt werden und daß die Anträge wegen vieler bürokratischer Hemmungen nicht genehmigt werden und die Bauten deshalb nicht durchgeführt werden können. Das kommt uns sehr schlecht zustatten.

Ich halte es für unmöglich, Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, daß die zugesagten Mittel nur zu einem Siebtel zur Auszahlung gelangt sind. Sie sprechen davon, daß Sie mit Herrn Berg über die Dinge sprechen wollen. Ich halte es für sehr unglücklich, daß an diese Geldmittel Bedingungen geknüpft werden für unsere Landeslistenplätze. Das muß ich ganz deutlich sagen. Ich habe Veranlassung und Grund dazu. (*Adenauer: Verzeihen Sie, in bezug worauf?*) Auf Landeslistenplätze! (*Unruhe und Bewegung.*) Wenn die Landeslisten nicht unabhängig von irgendwelchen Geldgebern aufgestellt werden, und zwar so publikumswirksam, daß sich weite Kreise unserer Wähler davon angesprochen fühlen, dann weiß ich nicht, wie es die CDU fertigbringen will, daß sie noch attraktiv erscheint. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Stecker.

Stecker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will auf diese niedersächsische Geschichtsstunde nicht eingehen. (*Lebhafte Heiterkeit und Beifall.*) Ich meine, der einzelne Bürger hat nicht nur Sorgen im außenpolitischen Bereich, wovon Herr Struve gesprochen hat, sondern er hat in der Tat die Angst, ob bei der rasanten technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die wir haben, er morgen noch eine Chance hat, in dieser Welt leben zu können, insbesondere in den Großstädten. Er fragt sich, wird die CDU in der Lage sein, mit diesen Problemen fertig zu werden.

Ich meine deswegen, daß der Gedanke, alle Kräfte zusammenzufassen für die Sozialinvestition, wie es in dem Gemeinschaftswerk zum Ausdruck kommt, sehr positiv ist. Ich habe Ähnliches auch in den USA festgestellt. Dort spricht Herr Johnson in dieser Hinsicht auch sehr wichtige Dinge an.

Nehmen Sie einmal nur das innerstädtische Verkehrsproblem. Das berührt jeden von uns so, daß er sich fragt: Wie soll es weitergehen? Was damit verbunden ist, ist folgendes: Wir müssen den übertriebenen Föderalismus und die Gemeindeautonomie irgendwie überwinden. Ich knüpfe daran an, was Herr Professor Mikat gesagt hat. Ich meine also, wenn wir es richtig anpacken, dann können wir auch hier positiv etwas erreichen auf innenpolitischem Gebiet. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Klepsch.

Klepsch: Ich möchte zunächst, Herr Parteivorsitzender, sehr herzlich das Petikum von Herrn Kohl bei Ihnen unterstützen, noch einmal sachlich an die oberen und mittleren Funktionsträger zu appellieren, diesen Wahlkampf als das anzusehen, wie Sie ihn charakterisiert haben.

Der Vorschlag von Herrn Mikat, nämlich einen Beschluß zu fassen hinsichtlich der Länderminister, ist ja längst erfüllt. Der Bundesvorstand hat ja einen entsprechenden

Beschluß gefaßt.⁴² Ich habe das Gefühl, daß dieser Beschluß aber nur auf dem Papier steht. Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn in einer der nächsten Sitzungen uns eine Übersicht darüber gegeben werden könnte, welche Ergebnisse dieser Beschluß des Bundesparteivorstandes – der, soweit ich mich erinnere, einstimmig gewesen ist – erbracht hat.

Wir sollten vor allen Dingen die Wählergruppen der Frauen und der jungen Leute sorgfältig analysieren. Ich bin der Auffassung, daß das, was Herr Kultusminister Mikat gesagt hat, sehr wertvoll ist. Wir müssen in der Ansprache der Jungwähler ein modernes und auf die Zukunft gerichtetes Bild darstellen. Deshalb ist es gut, in den Diskussionen über die Probleme des Wachstumsprozesses der EWG usw. zu sprechen. Es ist sehr gut, auch über die Gemeinschaftsaufgaben zu sprechen, auch wenn das nicht im einzelnen detailliert und ausgereift ist. Es kommt darauf an, daß die Linie gezeigt wird und daß die Christlich-Demokratische Union auch in Zukunft entschlossen ist, die Verantwortung und die Führung zu behalten.

Ich möchte sehr unterstützen, was Herr Professor Mikat über den Fragenkomplex bezüglich Reform der Demokratie gesagt hat. Das sollten wir nicht nur für uns behalten, sondern auch in den Versammlungen zum Ausdruck bringen. Nach meinen Erfahrungen in fast 100 Versammlungen und Gesprächen am runden Tisch usw. spielt eine große Rolle auch das Interesse breiter Wählerschichten an einer besseren Überschaubarkeit der Steuer und der Sozialgesetzgebung. Es wäre gut, wenn wir das mit einbeziehen könnten in unserer Aussage.

Für besonders wichtig halte ich, daß die Bundesparteiausschußsitzung möglichst bald abgehalten wird, damit sich das noch für die Wahl auswirken kann. Was die Versammlungen angeht, so bin ich der Auffassung von Herr Kraske, daß sie durchaus eine Wirkung ausstrahlen. Es fragt sich nur, in welchem Bereich man sie vornimmt. Wichtig scheint mir zu sein, daß die Präsenz der SPD nach Möglichkeit erreicht wird in solchen Versammlungen.

Ich unterstütze auch, was hier gefordert wurde hinsichtlich einer stärkeren Konfrontation mit der SPD. Das muß geschehen, insbesondere im Hinblick auf die Auseinandersetzung Erhard : Brandt. Im übrigen würde ich sagen, daß in den evangelischen Gebieten eine Einbruchsmöglichkeit für uns gegeben ist, Wählergruppen zu erschließen, die wir in der Vergangenheit nicht hatten. Das wird aber von dem Einsatz unserer Redner abhängen. Ich kann nur sagen, daß z. B. im Amte Bacharach, das ganz evangelisch ist, die Gemeinden eine starke Zunahme der CDU-Mitglieder erhielten, nachdem Herr Bundesminister von Hassel bei der letzten Kommunalwahl dort aufgetreten ist.

Wir sollten uns überlegen, wie wir die Spitzenkräfte aus dem evangelischen Bereich bei solchen Versammlungen ansetzen.

⁴² Vgl. Nr. 18 Anm. 92.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß ich mit Frau Doktor Probst ein eingehendes Gespräch über den Fragenkomplex gehabt habe. Es ist aber so ausgegangen: Die „Entscheidung“ ist ein Organ, das vom Bundessekretariat der Jungen Union herausgegeben wird, nicht vom Bundesvorstand. Alles das, was in der „Entscheidung“ steht, ist nicht die offizielle Meinung der Jungen Union, sondern das geschieht unter der Verantwortung der Redaktion.

Wir bekommen die Zeitung genauso schnell wie alle anderen Anwesenden hier auch. Das Schwierige scheint mir zu sein, daß ein solcher Artikel immer identifiziert wird mit der Meinung eines Verbandes, was überhaupt nicht der Fall ist. Ich habe deshalb auf Wunsch von Frau Dr. Probst noch eine entsprechende Presseerklärung abgegeben. In der Sache möchte ich das unterstützen, was Herr Professor Mikat gesagt hat. Ich glaube, daß wir mit dem Anliegen eines Entgegentretens gegen diese Schmutz- und Schundwelle durchaus richtig liegen, nur die Formen, die gewählt worden sind, halte ich für problematisch, weil nämlich dadurch Akzente – so darf ich mal sagen – eines polizeistaatlichen Verhaltens gegeben sind.

Das Interview mit dem „Spiegel“⁴³ hat noch dazu beigetragen, das Ganze als einen überraschenden Akzent in der Öffentlichkeit erscheinen zu lassen. Ich habe mich überall darum bemüht, die andere Richtung zu betonen. Ich bin glücklich gewesen, daß mit Frau Dr. Probst in allen Punkten eine Übereinstimmung erzielt wurde. Es handelt sich um positive Maßnahmen. Das kann man auch in jeder Richtung gut vertreten. Sonst bleibt ja von alledem nichts anderes übrig als ein abgelehnter Antrag. Wir sind uns alle darüber einig, daß ein solcher Antrag nicht durchsetzbar ist.

Was die sogenannte nationale Welle angeht, so stimme ich hier völlig mit Herrn Kohl überein. Aber, Herr Bundestagspräsident, was nun die jüngere Generation angeht, so ist dieses Element, nennen wir es Patriotismus, außerordentlich stark vorhanden. Wir sollten also dieses Problem nach der Wahl einmal sorgfältig analysieren und prüfen, was auf diesem Gebiet von uns getan werden muß. Mit einigen Hilfsaktionen ist es nicht getan. Ich darf als Beispiel das Deutschlandlied herausgreifen.⁴⁴

Es wäre also besser, wenn wir eine klare Erklärung vom Bundespräsidenten oder von der Bundesregierung hätten, daß die Nationalhymne nur die dritte Strophe des Deutschlandliedes ist, daß wir also das blöde Wort von der dritten Strophe überhaupt weglassen. Es ist so eine Art Kaugummiformel. Deshalb wäre es gut, wenn man klar formulieren könnte: Das ist die Nationalhymne von Deutschland. (*Adenauer*: Das hat doch Herr Heuss getan!⁴⁵) Nein, Herr Bundeskanzler, ich habe mich eingehend darüber unterrichtet. (*Unruhe und Bewegung*.) Es ist gesagt worden: Bei offiziellen Anlässen. Nun frage ich, was ist denn der offizielle Anlaß? Wenn der Vertreter der Bundesregierung anwesend ist? Diese Unsicherheit hat doch zu der ganzen Verwirrung

43 Vgl. Anm. 29.

44 S.o. S. 912.

45 Vgl. PROTOKOLLE I S. 82 f. Anm. 10.; Guido KNOPP/Ekkehard KUHN: Das Lied der Deutschen. Schicksal einer Hymne. Berlin, Frankfurt/M. 1988 S. 92–111, hier S. 109–111.

geführt. Wenn also festgelegt würde, daß ausschließlich der Text der dritten Strophe das Deutschlandlied ist, dann wären wir aus diesem Dilemma heraus.

Die Erklärung, die wir sonst abgeben, führt m.E. in eine Sackgasse. Wir müssen die deutsche Nationalhymne festlegen. Das muß geschehen, aber natürlich nach der Wahl.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Herr Bundeskanzler! Ich habe vier Themen vorzutragen. Zunächst das Thema, soll man den Gegner persönlich angehen? Ich möchte nachdrücklich unterstreichen, daß ich denen zustimme, die der Meinung sind, daß wir diesen Wahlkampf unter keinen Umständen mit einer persönlichen Abwertung des Gegners führen sollten. Das erweckt nämlich den Eindruck, als wenn wir unsicher seien und auch der Unfairneß. Das verschafft uns vielleicht Beifall in den Versammlungen bei den Unentwegten, die zu uns gehören, Gott sei Dank, aber bei den Unbefriedigten, bei denen, die wir noch gewinnen müssen, würde uns das schaden und nicht nutzen.

Zweitens: Sie haben in Ihren einleitenden Bemerkungen auf die 16 Jahre unserer steten Politik hingewiesen. Man muß sich einmal vorstellen, was es bedeutet, 16 Jahre sind wir an der Spitze der Regierung. Dagegen ist nichts zu sagen, nur muß man sich darüber klar sein, diese 16 Jahre sind in gewisser Weise wahlpsychologisch auch eine Belastung für uns. Es gibt eine Stimmung im Lande, die dahin geht, nach so langer Zeit muß man einmal wechseln. Das ist sehr gefährlich. Deshalb greife ich diese Form auf.

Herr Dufhues hat recht, denn er hat genau das Richtige getroffen, als er sagte, wir sollten nicht auf alle die Entwicklungen, die wir in den 16 Jahren erlebt und herbeigeführt haben, angefangen von der Stunde Null, hinweisen. Das ist nicht so wichtig, sondern wir sollten den Leuten sagen, wie es gegenwärtig steht. Wenn man das ruhig und ernst macht, dann werden die Leute nachdenklich. Aber dann gelingt es uns, die Parole der SPD „Sicher ist sicher“ umzudrehen gegen die SPD und für uns wirken zu lassen. Für jemand, der das Gefühl hat, es geht mir ja im Grunde, wenn ich ehrlich bin, gar nicht schlecht, und ich möchte gern, daß es mir weiter so geht, gilt doch die Parole „Sicher ist sicher“ zunächst einmal für denjenigen, der das alles geschaffen hat, aber nicht für den, der es nun anpreist.

Wir sollten uns nicht über Worte streiten, insbesondere nicht über nationale Welle usw. Sicher ist, daß das nationale Bewußtsein in der Bevölkerung, und zwar nicht nur bei der Jungen Union, sondern auch bei der etwas gedemütigten älteren Generation, wieder wacher geworden ist. Dies merkt man in den Versammlungen im vorparlamentarischen Raum auf allen Stufen. Deswegen, Herr Bundeskanzler, würde ich dringend vor Aussagen warnen, wie Sie sie einleitend bejaht haben, daß die Wiedervereinigung noch Jahrzehnte dauern wird. Herr Mende läßt sagen, daß er das nicht gesagt habe⁴⁶, (*Schröder:* Das ist eine ganz blödsinnige Aussage! – *Barzel:* Das

⁴⁶ „The New York Times“ vom 17. Juni 1965 „Mende cautions on german unity“. Vgl. auch S. 912; „Die Welt“ vom 17./18. Juni 1965 „Mende erläutert die deutsche Frage“.

ist lebensgefährlich! – *Unruhe*) sondern daß die „New York Times“ und UPI seine Aussagen umgedreht haben, daß es nämlich schon zwei Jahrzehnte gedauert habe; also ein mahnender Hinweis, daß das so nicht weitergehen könne.

Aber ich lasse es dahingestellt, ob die erste Aussage oder die zweite richtig ist, nur wenn Sie vor die Bevölkerung hintreten, gerade vor die jüngere Generation, und ihr sagen, es könne noch Jahrzehnte dauern, dann ist das keine Antwort auf das, was die jungen Menschen gerade von uns als der für die Regierung verantwortlichen Partei wissen wollen. Sie wollen nämlich eine Antwort darauf, wie es gemacht werden kann, damit es nicht noch Jahrzehnte dauert. Wenn wir aber als Antwort sagen, es wird noch Jahrzehnte dauern, dann haben wir damit nichts erreicht. Das ist jedenfalls nicht für uns, sondern gegen uns.

Ich muß Herrn Klepsch recht geben in der Frage der Nationalhymne. (*Klepsch*: Nach der Wahl!) Jetzt können wir das nicht machen. (*Gerstenmaier*: Auch nach der Wahl werden wir es nicht können!) Wenn die Regierung nicht aufpaßt, bekommen wir wieder den Streit, den wir in der Weimarer Zeit hatten.⁴⁷ Dann bekommen wir wieder wegen der Nationalhymne bezüglich der ersten und der dritten Strophe Streit, wenn nicht nach der Wahl der Bundespräsident klar sagt, was die deutsche Nationalhymne ist. (*Adenauer*: Das hat doch Herr Heuss gesagt!) Nein, glauben Sie es mir doch, er hat es nicht gesagt! (*Adenauer*: Doch! – *Unruhe*.) Nein, er hat gesagt: Bei offiziellen Anlässen wird die dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen. (*Anhaltende Unruhe*.) Das hat er gesagt, er hat damit offengelassen, was nun die Nationalhymne ist.

Es sind die Strophen eins bis drei, von denen z. Z. nur die dritte Strophe gesungen wird. Ich weiß genau, wie Sie es damals gemeint haben. Ich war glücklich, daß wir so weit gekommen sind, aber heute ist es so, daß durchaus nun ein kardinaler innenpolitischer Streitpunkt daraus werden kann, wenn man es nicht völlig klar sagt. (*Unruhe*.) Ich darf ergänzen, was Herr Amrehn gesagt hat. Ich darf in diesem Kreise aussprechen die Erinnerung an die Wahl vom Jahre 1961. Es ist ja irgendwie etwas bedrückend, wenn man sich vor Augen hält, was gegenwärtig in Berlin und um Berlin geschieht. Wir haben die Wahl damals verloren, weil wir am 13. August nicht in der richtigen Weise reagiert haben. Aber darüber jetzt zu streiten, wäre müßig, doch das Faktum besteht, daß wenige Tage vor der Wahl sich etwas Unvorhergesehenes ereignete, was dann alles umgestürzt hat. Und nun habe ich das scheußliche Gefühl, als ob so etwas wieder vorbereitet wird. (*Barzel*: Natürlich!) Denn das, was zuspitzend jetzt in Berlin geschieht, könnte sein, daß Ulbricht unter dem Schutz des Vietnamkonflikts versucht, sich nicht nur ein Scheibchen, sondern wesentlich mehr abzuschneiden. Das muß man wissen. Das ist nun nicht ein Aufruf an die Parteivorsitzenden, sondern an die Bundesregierung. Das muß die Bundesregierung wissen, damit sie sich heute

47 Vgl. Hans HATTENHAUER: Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung (Analysen und Perspektiven 19). München 1984 S. 57–69.

schon sorgfältig darauf vorbereiten kann. Ich weiß, daß Überlegungen im Gange sind, aber das ist für den Ausgang der Wahl lebenswichtig.

Ich glaube, es ist besonders wichtig, daß die Bundesregierung in diesen Tagen die amerikanische Regierung wissen läßt, daß sie sich, bei Anerkennung aller Schwierigkeiten, die sie hat, in diesen Wochen keine Entlastungen auf Kosten der deutschen Position in der Auseinandersetzung mit dem Osten in Berlin verschaffen darf. Dies darf nicht sein. Das muß man als Bündnistreue mit in Anspruch nehmen, damit uns nicht nachher vielleicht eine Stunde vor der Wahl die Schuld für etwas zur Last gelegt wird, was das Ergebnis der Wahl völlig gegen uns umdrehen kann.

Adenauer: Das Wort hat Herr Barzel.

Barzel: Ich wollte nur zur Debatte noch ein paar Worte sagen, weil ich gleich weg muß, da wir Fraktionsvorstandssitzung haben.

Erstens: Die Differenzen zur SPD, von denen Herr Amrehn gesprochen hat! Wir haben uns lange überlegt, was zu tun ist. Aber wir konnten machen, was wir wollten, die sind immer brav. Sie sind sogar so weit gegangen im letzten halben Jahr, daß sie keine ausgabewirksamen Anträge im Parlament mehr gestellt, sondern erklärt haben, wir werden jedem ausgabewirksamen Antrag, der aus den Kreisen der Koalition kommt, zustimmen. (*Schmidt:* Und den eigenen zurückgezogen haben!) Das war eine ganz tolle Taktik. Wir haben dann versucht, sie zurückzuumarmen in der Notstandsgeschichte. Das ist ja auch gelungen, so daß man heute sagen kann, sicher ist sicher. Sicher ist nur das Nein. Das gibt wohl eine ganze Menge her.

Was die Währung betrifft, Herr Scheufelen, so wird, wenn die parlamentarische Arbeit zu Ende ist, eine Dokumentation zusammengestellt, aber nur für Führungskräfte, nicht so ein Flugblatt, über folgendes: In den letzten Wochen und Monaten war eigentlich die Hauptarbeit in der Koalition die, daß wir aus der Führung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gebremst haben. Wir haben bei der 18. Novelle einen Antrag von der FDP gehabt⁴⁸, der 10,8 Milliarden kostete. Der Fonds hatte aber nur 1,8 Milliarden DM nach Meinung der Regierung. Wir hatten bei Kriegssopfern, Heimkehrern, Beamten usw. pausenlose Koalitionsgespräche. Wir haben gebremst. Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß die führenden Herren von uns das Material an der Hand haben über das, wo die Ausgabefreudigkeit jeweils entstanden ist. Das muß gesagt werden. Wir wollen es nicht so plakativ sagen, aber es ist wichtig, daß es durchrinnt, daß es auch in die mittelständischen Kreise kommt, damit ganz klar ist, woher diese Ausgabefreudigkeit stammt. Herr Etzel und Herr Schmitz werden sofort unterstützen und unterstreichen, was ich hier sage: So war es in Wirklichkeit. Wenn wir es nicht lauter gesagt haben, dann deshalb, weil wir uns noch mitten im Weg befinden und nicht in den letzten 14 Tagen hier einen Ärger gebrauchen können. Ich darf hier sehr vertraulich sagen, daß Minister Dahlgrün unter vier Augen mit dem

48 Antrag der Abgeordneten Dr. Rutschke, Weber (Georgenau), Schmidt (Kempten), Dr. Danz, Reichmann und Genossen zum Entwurf eines Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (18. ÄndG LAG) vom 4. Mai 1965 (Drs. IV/3346).

Bundeskanzler sprechen will. Ich habe gleich gesagt, dies sei eine Demonstration gegen seine eigene Fraktion.

Das ist die Lage, in der wir uns befinden. Wir werden das in vorsichtiger Weise so zum Herumsprechen bekannt genug machen. Es ist auch für das Gespräch heute abend sehr wichtig.

Was die nationale Welle betrifft, so glaube ich, hat Herr Präsident Gerstenmaier recht, wir müssen über Vaterland und Patriotismus sprechen, aber wir sollten uns keinerlei Illusionen hingeben. Ich habe mir eben ein paar Sachen notiert aus dem Gedächtnis aus meinen letzten Versammlungen an der Saar, von wo ich komme. Frage: Wird die deutsche Politik in Washington gemacht? Tosender Beifall der Zuhörer. Frage: Wann endlich denken wir nur an Deutschland und sprechen mit Ulbricht? Verstärkter Beifall. (*Schröder*: In welchen Versammlungen an der Saar?) In unseren Versammlungen an der Saar! (*Zurufe*: Diskussionsbeitrag?) Natürlich! Nächste Frage: De Gaulle zeigt, wie man es macht. Wann endlich lernt ihr davon? Hört endlich auf, aus der Hand der Amerikaner Honig zu schlecken! Wann hört ihr auf, immer Rücksicht nur auf die anderen zu nehmen? Wir müssen nur eine deutsche Politik machen! Wann endlich gibt es eine nationale Politik?

Diese Fragen kommen unterschiedlich akzentuiert von ganz links und von ganz rechts, aber zu 90 % immer von jungen Menschen. Geben wir uns also keiner Illusion hin. Deshalb ist ein Satz, wie ihn Herr Mende gesagt hat, die Förderung des Nationalismus schlechthin. Ich meine den Satz, daß es noch furchtbar lange dauern wird mit der Wiedervereinigung. Also hier müssen wir in unserer Weise etwas stärker – so wie es Herr Gerstenmaier gesagt hat – von Vaterland und von Patriotismus sprechen.

Ich will nicht zurückkommen auf den Vorschlag von vorhin, aber ich glaube in der Tat, daß wir die Einigkeit zeigen müssen. Wir dürfen gar nicht davon sprechen. Herr Dr. Kohl hat das auch aufgenommen. Ich möchte die Vorschläge von vorhin nochmals unterstützen. Vielleicht ist es gut, wenn wir die Fragen, die nachher hier in der Sache entschieden werden müssen, wo wir aber leider nicht mehr hier sein können, nämlich die Studentenangelegenheit, den Steinkohlenbergbau und das Deutsche Gemeinschaftswerk, durch Entschließungen des Bundesvorstandes und des Fraktionsvorstandes gemeinsam machen. Wir müssen uns darüber unterhalten, ob das heute, morgen oder übermorgen publiziert wird. Aber es wirkt schon sehr gut, wenn Parteivorstand und Fraktionsvorstand gemeinsame Sachen machen. Ich glaube, daß das heute möglich ist. Es sollte auch heute geschehen. (*Schmitz*: Morgen ist Landtagssitzung in Düsseldorf mit einer Kohlendebatte.⁴⁹ Es wäre also gut, wenn wir es heute verabschiedeten! – *Dufhues*: Das mit der Steinkohle können wir heute machen. Aber die Studentensache würde ich gern ... – *Unruhe*.) Sie wird ohnehin

⁴⁹ Debatte über Maßnahmen zur Verbesserung der Lage im Steinkohlenbergbau in der 60. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 23. Juni 1965 (LT NW Sten.Ber. 5. WP Bd. 3 S. 2164–2190).

vorbereitet von der Fraktion und der Partei, um das aufzufangen, was am 1. Juli geschehen soll. Das wird nachher gemacht. Ich bitte um Entschuldigung, aber wir haben noch ein paar vorbereitende Gespräche vor unserer Fraktionsvorstandssitzung. (Beifall.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Bühler⁵⁰.

Bühler: Ich habe in vielen Versammlungen erlebt, daß die Menschen anfangen zu fragen, was Herr Barzel eben angedeutet hat, und daß sie es selber zu beantworten versuchen. Ist nicht in den USA die Stimmung vorhanden, sich aus der großen Weltpolitik zurückzuziehen? Hat diese Stimmung nicht um sich gegriffen? Wenn man vor ein paar Monaten in den Vereinigten Staaten war, konnte man das deutlich spüren. Auf diese Dinge müssen wir sehr achten bei der Vorbereitung der Wahl.

Nun möchte ich etwas zum Technischen sagen. Wir haben seit Jahren gemerkt, daß wir in unserem Wahlkreis viel mehr die Klein- und die Einzelarbeit wahrnehmen müssen. Wir haben nun von der Bundesgeschäftsstelle eine sehr fleißig ausgearbeitete Analyse bekommen. Aber diese Analyse, die wir nochmals analysiert haben, hat einige Fehler. Sie geht z. B. vom Jahre 1953 aus. Es hat sich inzwischen vieles gewandelt in der Zusammensetzung unserer Wähler. Wir müssen auf die Jungwähler besonders Rücksicht nehmen.

Wenn die jungen Leute in neu angesiedelten Industriegebieten ansässig werden, dann sind sie dem Einfluß der Gewerkschaften stark ausgesetzt. Wir haben festgestellt, daß gerade in den anderen Gebieten, besonders in evangelischen Gemeinden, noch ein Wählerreservoir vorhanden ist. Die Flüchtlinge spielen bei uns in Südbaden keine entscheidende Rolle mehr. Es ist uns gelungen – wie man sagt –, die Leute „einzukaufen“. Es waren nur noch Kader ohne eigene Truppenverbindung. Wir müssen in Briefen ganz besonders den Mittelstand, aber auch die evangelischen Theologen ansprechen, die oft gar nicht recht im Bilde sind. Das ist auch kein Wunder, denn sie haben auf etwas anderes zu sehen in ihrer Gemeinde.

Ich habe vor einigen Tagen eine Diskussion gehabt. Da sind alle diese Dinge hochgekommen. Diese jungen Leute sind sehr kritisch. Sie sagen, die CDU ist in den letzten Jahren eine Partei der Skandale und der Affären geworden. Nun kommt die SPD und sagt, wir stellen dieselbe Ware wie die CDU her, aber ohne deren Webfehler. Wir werden das alles viel besser machen. Und die jungen Leute glauben es. Ich habe 1961, als der Film von der SPD kam⁵¹, mit dem sie den neuen Dreh gefunden hatten, sofort gemerkt, wir konnten mit diesem Film nicht arbeiten; auch schon vor dem 13. August nicht mehr. Von dort ab wäre es sowieso ohne jede Wirkung gewesen.

50 In der Vorlage: Bürger. – Karl August Bühler (1904–1984), ev. Pfarrer; 1956–1958 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1957–1969 MdB, stv. Landesvorsitzender Südbaden.

51 Im Bundestagswahlkampf 1961 setzte die SPD mehrere Filme und Filmserien ein, z. B. „Der Weg zum Sieg“, „Einer für alle“ (Willy Brandt), „Vorán mit Willy Brandt“, „Auf ein Wort“. Welchen Film Bühler meint, ist nicht zu ermitteln.

Wir müssen nun den Leuten vom Mittelstand und den evangelischen Theologen Material vorlegen, das hieb- und stichfest ist. Die Bundesgeschäftsstelle sollte solches Material unseren Kreisgeschäftsführern zusenden. Das Material könnte für das gesamte Bundesgebiet gesammelt werden.

Ich habe vor den evangelischen Amtsbrüdern in Karlsruhe einen Vortrag gehalten über das Bundessozialhilfegesetz⁵². Ich habe gesagt: Spät kommt ihr, doch ihr kommt. Aber alle haben nicht gewußt, daß von gewissen Regierungen schon Klage dagegen erhoben worden ist. Das müssen wir ihnen doch sagen, sonst bekommen sie kein richtiges Bild über die Situation.

Außenpolitisch können wir heute sagen, die Behauptung, daß ein Notstand nie droht, ist eine leichtsinnige Irreführung. Und wenn von der Situation in Berlin die Rede ist, dann müssen wir das doch nutzen. Herr Dr. Hellwig hat in Bad Krozingen vor einigen Wochen gesagt: Was halten Sie davon, wenn einmal in der EWG nur sozialistische Regierungen vertreten sind? Am letzten Freitag bin ich Gelder einsammeln gegangen und habe dann das Echo gehört. Ein Herr, dem ich sagte, daß der Wahlkampf vom Materiellen her von der SPD geführt werden wird, mit einem ungeheuren Einsatz von Mitteln, und daß wir keine Druckereiverlage usw. haben, fragte mich: Was habe ich das letzte Mal bei der Landtagswahl gegeben? (*Starke Unruhe.*) Dann hat er das um 50 % gesteigert. Also, ich glaube, wir können in diesen Kreisen die Mittel bekommen. Wir haben jedenfalls gute Erfolge gehabt. Die Herren wissen doch, worauf es ankommt. (*Anhaltende lebhafte Unruhe.*) Dann machen wir viel zu wenig Gebrauch in unseren Versammlungen davon, daß wir Leute hinschicken, die nicht unbedingt als CDU-Leute bekannt sind, und die dann geschickte Fragen stellen. Diese Technik ist bei uns weitgehend unterentwickelt. Wenn wir alles dransetzen, können wir mit Zuversicht in diesen Wahlkampf gehen.

Adenauer: Bitte, Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine Hauptsorge hat Herr Präsident Gerstenmaier ausgesprochen. Wenn wir uns so dranhalten, eine Sache, die von uns selbst getragen wird, wieder herunterzujubeln, dann machen wir es genau verkehrt und lassen die Leute weiter an uns zweifeln.

Mich interessiert heute, daß auf Seite zwei der „Bild“-Zeitung in einer riesigen Überschrift steht: „Den Frauen ging es noch nie so gut“. Unter dieser Riesenüberschrift folgt dann eine recht gute und knappe Darstellung einer großen Frauenkundgebung in Schwetzingen mit einigen Kernsätzen, die zum Teil von Frau Dr. Strecker und zum großen Teil von der Frau Ministerin dort gebraucht wurden.⁵³ Bei Frau Strecker steht dann: „International bekannte Frauenrechtlerin“. Wir kommen in dieser Darstellung von „Bild“ außerordentlich gut weg. Ich frage mich immer besorgter, warum unsere Politiker, wenn schon nicht aus voller Überzeugung, so doch aus purem kalten

⁵² Vgl. Nr. 17 Anm. 72.

⁵³ „Bild-Zeitung“ vom 21. Juni 1965 „Gesundheitsministerin: Nutzt auch die Chancen in der Politik!“.

Berechnen, nicht davon überzeugt sind, daß es sich immer noch auszahlt, für Frauen Großveranstaltungen zu machen; denn die Frauen übersetzen hinterher zu Hause sehr gut das, was sie dort gehört haben, und zwar zum Unterschied von den Männern, die immer sagen, das verstehst du doch nicht usw. Die Frauen erzählen es aber. Insofern sind sie bessere Übersetzer.

Wir haben eines erreicht. Damals beim Bundesfrauenkongreß, der mit großer Mühe vorbereitet war, haben wir die Bitte an die Landesvorsitzenden gerichtet, man möge doch auf Landesebene ähnliches tun. Schleswig-Holstein hat es getan.⁵⁴ Das hat sich ausgezahlt. Nun hat man es in Schwetzingen gemacht mit 800 Teilnehmerinnen. Ich war jetzt an der Saar. Da geht dieses drollige Wort „Die CDU hat nicht mehr alle Tassen im Schrank, sie stehen auf den Tischen der Frauen“, das ist doch ein hübsches Wort. Ich finde überhaupt, man schmunzelt viel zu wenig. In den früheren Wahlkämpfen hatten wir immer ein nettes Witzchen oder sonst etwas, worüber die Leute vergnügt schmunzelten, und es war dann gleich 1:0 für uns. Das ist nicht mehr drin! (*Bewegung und Heiterkeit. – Zuruf: CDU als Bundesliga!*) Ich meine, daß wir mit Frauenveranstaltungen einen großen Teil der Wählerstimmen holen. Wir haben drei Millionen mehr Frauen als Männer. Es ist uns manchmal gelungen, uns aufmerksam zu machen, und ich würde es bedauern, wenn wir das bis zur Wahl nicht noch stärker ausnutzen würden. Ich glaube auch, daß es uns noch ein paar Mal gelingen könnte, durch die „Bild“-Zeitung“ an über acht Millionen Leser heranzukommen.

Zum Schluß noch eine Bitte! Wir reden in jeder Veranstaltung von dem, was morgen ist. Das halte ich auch für recht gut, aber wir sollten nicht vergessen, daß der kleine Mann, daß die einfache Frau ebenso gerne hört, daß sie gesichert sind mit dem, was sie jetzt haben, daß man das, was sie jetzt haben, auch einmal bestätigt. Die großen Pläne in Großveranstaltungen zu verkünden, ist wunderbar, aber auf den kleinen Veranstaltungen sollten wir auf den Gegenwartsbesitz noch mehr als bisher eingehen.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, der Herr Bundeswohnungsbauminister hat trotz der harten Gesetze in der Öffentlichkeit gut abgeschnitten. Darf ich ganz bescheiden hinzufügen, daß er zu den Ministern gehört, der diese Gesetze auch durch Frauen mit interpretieren ließ. Er hat eine gut bezahlte, im Honorarvertrag stehende Interpretin für seine Gesetze.⁵⁵ Er wird es mir sicher nicht verübeln, wenn ich behaupte, daß sie ihm gute Pressestimmen eingebracht hat, daß sie hunderte von aufklärenden Versammlungen mit 100 bis 200 Zuhörern besucht hat. Es ist also gar nicht verkehrt, meine Herren, wenn Sie sich dieser Dinge mehr als bisher bedienen.

54 4. Delegiertentag der Bundesvereinigung der Frauen der CDU vom 5. bis 7. März 1964 in Stuttgart mit dem Thema „Sicherung der Gesundheit zu Hause, am Arbeitsplatz und in der industriellen Umwelt“ (UiD Nr. 11 vom 12. März 1964 S. 4; „Frau und Politik“ Nr. 3, März 1964 S. 4–6 und Nr. 4, April 1964 S. 11–13). Frauenkongreß des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein am 28. April 1965 mit dem Thema „Die Frau in der Arbeitswelt von morgen“ (UiD Nr. 16 vom 22. April 1965 S. 8; „Frau und Politik“ Nr. 5, Mai 1965 S. 8).

55 Nicht zu ermitteln.

Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, wenn wir bis September nicht noch ein paar Mal lachen können durch Anekdoten, Witze usw., dann fehlt eigentlich für den Wahlkampf das Entscheidende. Die Leute sind heute alle todernst oder sie zweifeln. Früher haben Sie immer dafür gesorgt, daß gelacht wurde, Herr Dr. Adenauer. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Die Leute sehen heute auf die Fotografien der Redner und sagen: Was gucken die alle so ernst. Die sehen aber bitter drein. – Wir sollten doch endlich einmal ein paar gute und nette Witze und Scherze erfinden, die wir wieder verkaufen können; denn mit dieser unterkühlten Demokratie, mit dem Blick nach unten, schaffen wir keine Stimmung. Davon haben wir nichts. (*Beifall und Bewegung.*)

Adenauer: Bitte, Herr Adorno!

Adorno: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch etwas sagen zum Einsatz unserer prominenten Bundesredner. Früher war es so, daß ein prominenter Redner an zwei oder drei Veranstaltungen zu den Leuten gesprochen hat. Ich meine, wir sollten diese Großveranstaltungen multiplizieren. Das geht natürlich nur, wenn wir sie unter freiem Himmel veranstalten, und wenn eine solche große Veranstaltung auch nur eine Dauer von 15 Minuten hat.

Wir haben schon bei der Bundestagswahl 1961, vermehrt bei unserer letzten Landtagswahl im vergangenen Jahr, gute Erfahrungen mit dieser Art von Einsatz gemacht. Wir haben zwar das Wetter nicht in der Hand, aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß sich unsere Leute auch nicht durch ungünstiges Wetter abhalten lassen, solche Veranstaltungen zu besuchen. Vor wenigen Wochen war der Bundeskanzler bei uns. Bei regnerischem Wetter, abends bei Einbruch der Dämmerung, standen in einem kleinen Städtchen mit 7.000 bis 8.000 Einwohnern über 1.000 Leute und warteten, bis er kam, und haben ihm dann einen begeisterten Empfang bereitet.⁵⁶ Ich meine, daß sich auch die Fahrtroute für solche Aktionen gut nutzen läßt, wenn sie durch Presse und Lautsprecher rechtzeitig bekanntgemacht wird. Am Ende einer solchen Tagung entsteht dann der Eindruck eines ganz großen Erfolges an Publizität, Begeisterung und Zustimmung. Ich meine, diese Art von Rednereinsatz sollte im kommenden Wahlkampf noch mehr als bisher in der Praxis geübt werden.

Adenauer: Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Ich möchte etwas zu der kleinen Kontroverse zwischen Herrn Kraske und dem Präsidenten des Bundestages sagen. Ich glaube, bei keiner Wahl wird die Entscheidung erst in den letzten vier Wochen fallen wie bei der Bundestagswahl. Was bestimmt nun diese Entscheidung der Wähler? Es gibt hier auf einmal Stimmungstendenzen, und es ist schwer zu sagen, wie sie zustande kommen. Aber eines ist sicher, die Träger dieser Stimmungstendenzen sind Menschen, und es ist kein Zweifel, daß alles tote Propagandamaterial beim Einfluß auf die Menschen wesentlich schwächer ist als die unmittelbare Begegnung.

⁵⁶ Erhard war am 29./30. Mai 1965 in Ravensburg und Heidelberg.

Nun kommt ein zweites hinzu. Bei alledem, was man in der Zeitung lesen kann und was im Kino gezeigt wird oder was von einem Plakat auf den Menschen einstrahlt, so wird er doch am stärksten beeinflusst durch eine soziale Erfahrung, das heißt, wenn er sich in einer Gemeinschaft von anderen Menschen befindet und hier eine einheitliche Meinungsbildung zustande kommt. Diese Meinungsbildung ist im allgemeinen nicht so sehr das Produkt von rationalen Überlegungen, auch nicht so sehr das Produkt dessen, was wir sachlich mitteilen, sondern mehr das Produkt eben dieses Erlebnisses.

Unser entscheidender Vorsprung vor der SPD in sämtlichen Wahlkämpfen war der, daß wir doppelt soviel Menschen in Versammlungen jeglicher Art angesprochen haben, als es der SPD gelungen ist. Diesen Vorsprung dürfen wir uns unter keinen Umständen von der SPD streitig machen lassen.

Nun taucht die Frage auf, welches ist denn die zweckmäßigste Form. Herr Präsident, darauf waren doch wohl Ihre Ausführungen abgestellt. Nun, es gibt dafür kein Rezept für das Bundesgebiet. Das ist landschaftlich außerordentlich verschieden. Ich könnte Ihnen Gegenden nennen, wo in einer Versammlung 10 bis 15 % der Einwohner da sind. Es gibt andere Gegenden, da spricht ein Bundesminister, aber dann sind nur 25 Menschen anwesend. Man kann nur folgendes sagen: Man sollte die prominenten Redner nicht „verheizen“ in Versammlungen mit 20 Teilnehmern. Aber im übrigen sollten wir Versammlungen mit 20 bis 25 Teilnehmern beileibe nicht gering veranschlagen; (*Kraske*: Sehr richtig!) denn das addiert sich nämlich außerordentlich. Wir sollten, wie es Herr Kraske getan hat, mit allen Mitteln darauf hinwirken, daß wir die Versammlungstätigkeit so intensiv wie überhaupt nur möglich betreiben.

Ich bitte, den Vorschlag, der von Präsident Gerstenmaier gemacht wurde, prominente Redner für 10-Minuten-Vorstellungen zu verwenden, etwas kritisch zu betrachten. Ich kenne viele Gegenden – speziell in meiner Heimat –, da reagieren die Menschen sehr sauer darauf. Sie sind der Auffassung, man nimmt sie nicht ernst, man macht eine Theatervorstellung. Auf der anderen Seite habe ich häufig festgestellt – das gilt für Versammlungen speziell auch von Ihnen, Herr Präsident –, wenn Sie eine Stunde lang vor tausend Menschen sprechen, daß das in einer ganzen Stadt die Meinung umkrempeln kann. Man sollte das nicht gering veranschlagen.

Ich glaube, hier generelle Rezepte zu geben, ist falsch, aber sicher ist, daß wir so viel Versammlungen wie überhaupt nur möglich durchführen sollten, und daß die Persönlichkeiten von uns, die eine außergewöhnliche Strahlkraft haben, so angesetzt werden, daß diese Strahlkraft auch wirklich zur Auswirkung kommt, aber nicht verzettelt für soundso viel mal zehn Minuten, sondern für wirklich große Kundgebungen; aber dann auch mit allem, was dazugehört, um einen nachhaltigen Eindruck bei den Wählern auszulösen und zu hinterlassen.

Zweitens: Ich möchte die Ausführungen von Professor Mikat zum Thema Bund/Länder unterstreichen. Es ist gar kein Zweifel, daß die Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern, gleichgültig, ob sie von den durch die SPD regierten Länder ausgelöst worden sind oder nicht, generell zu Lasten der CDU gehen. Ich halte

es für außerordentlich nützlich, daß wir eine klare Demonstration unseres Willens für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern innerhalb dieses Wahlkampfes zum Ausdruck bringen.

Ich warne nur vor einem: mit Worten zu demonstrieren und mit Taten das Gegenteil zu machen. Ich sage das bewußt aus folgendem Grund: Die SPD hatte vor zwei Jahren ein Thema gut vorbereitet, nämlich die Ausbildungsbeihilfen. Es ist uns gelungen, dieses Thema der SPD völlig aus der Hand zu nehmen, und zwar soweit, daß die SPD im Bundestag den gleichen Antrag gestellt hat⁵⁷, den wir schon Jahre zuvor vertreten haben, nämlich, daß das Thema der Ausbildungsbeihilfen, soweit es noch nicht geregelt ist, in einem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern geregelt werden soll. Sachlich ist der Stand der Dinge wie folgt: Es gibt kein Land in der Welt, bei dem die Ausbildungsbeihilfen einen so hohen Stand haben wie bei uns in der Bundesrepublik. Aber wir haben einen kleinen Sektor, nämlich die weiterführenden Schulen, die höheren Schulen, die Mittelschulen und die Berufsfachschulen, in dem dieses Thema tatsächlich für die heutigen Verhältnisse – ich kann es nicht anders sagen – geradezu lächerlich geregelt ist, so daß neulich in einer Fernsehsendung den Deutschen klargemacht werden konnte: Hier ist ein Vater von vier Kindern. Er hat zwei auf der höheren Schule. Seine Einkommensverhältnisse liegen bei DM 700,- bis DM 800,-. Die Länder zahlen eine Erziehungsbeihilfe im Jahr von nur DM 30,-. Das war vor zehn oder 15 Jahren noch Geld, aber heute wirkt so etwas einfach lächerlich, zumal sich diese Probleme überhaupt geändert haben.

Nun war ich an sich mit dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz⁵⁸ einig, auch schon in den Grundzügen, was man der Bundesregierung und den Landesregierungen als einen Vertrag zwischen Bund und Ländern im einzelnen vorschlagen könnte. Aber genau hier verdichtet sich jetzt bei mir der Eindruck, daß aus irgendwelchen Gründen in diesem und in jenem Land damit angefangen wird, dieses Thema in Ländergesetzen zu regeln. In Bayern und auch in Rheinland-Pfalz ist bereits jeweils ein Gesetzentwurf dem Landtag zugeleitet worden.⁵⁹ Dabei wird völlig übersehen, wohin das führt. Das führt genau zu dem, was die Sache als solche in der Öffentlichkeit völlig diskreditiert, nämlich zu uneinheitlichen Regelungen im Bundesgebiet.

Hier kann sehr überzeugend vor der Öffentlichkeit dargetan werden, daß bei uneinheitlichen Regelungen aufgrund der Freizügigkeit und der Mobilität, die wir

57 Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes vom 9. Februar 1965 – Umdruck 548 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 57 S. 7969).

58 Prof. Dr. Wilhelm Hahn (vgl. Nr. 14 Anm. 82).

59 Antrag der Fraktion der SPD zum Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen im Bereich der weiterführenden Schulen und Hochschulen vom 24. März 1965 (LT Bayern 5. WP Beilage 1885). – Urantrag der Fraktion der CDU betreffend Landesgesetz über die Förderung von Schülern und Studenten (Ausbildungsförderungsgesetz) vom 15. April 1965 (LT Rheinland-Pfalz V. WP Drs. II/415).

haben, die Unsicherheit für die Eltern, die die Entscheidung haben, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken, weiter steigen wird.

Ich bitte Sie, hier folgendes zu bedenken. Wir haben beim Honnefer Modell⁶⁰ damals bei den Ländern darauf hingewiesen, wenn wir hier nicht zu einem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern kommen, daß wir dann im Wettlauf zwischen den sozialdemokratisch regierten und den christlich-demokratisch regierten Ländern jeweils vor Landtagswahlen an kein Ziel und an kein Ende kommen. Was die Öffentlichkeit heute will, ist das, was der Bundestag gefordert hat und was wir als Bundesregierung seit zwei Jahren als den einzig möglichen und richtigen Weg angesehen und dies auch öffentlich vertreten haben, nämlich ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern.⁶¹

In dieser EntschlieÙung ist das mit eingearbeitet, aber, Herr Bundeskanzler, ich bitte darüber hinaus doch darum, daß die Herren Ministerpräsidenten und der Herr Bundeskanzler vom Parteipräsidium in dieser Sache zu einer Aussprache gebeten werden; denn es nützt gar nichts, auch wenn im Bereiche der Kultusminister eine gewisse Bereitschaft vorhanden ist, aber die Finanzminister der Länder wieder dagegen sind. Hier muß zunächst auf der Ebene der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers ein klarer politischer Wille formuliert werden; dann bin ich der Auffassung, daß wir die Sache ohne Schwierigkeiten durchbringen werden. Das wird nicht mehr vor den Wahlen möglich sein, aber allein schon die Tatsache, daß der Bundeskanzler die Ministerpräsidenten noch vor den Wahlen in dieser Sache angesprochen hat und über die Regelung grundsätzlich zwischen den Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler Einmütigkeit erzielt worden ist, wird der SPD für dieses Feld jegliche Möglichkeit nehmen, gegen uns zu argumentieren.

Wenn wir mit dem Deutschen Gemeinschaftswerk und mit der „Formierten Gesellschaft“⁶² irgendeine Glaubwürdigkeit haben wollen, dann müssen wir Themen, die wir seit zwei Jahren als sehr notwendig vor der Öffentlichkeit vertreten, auch praktisch zu einer Regelung bringen, soweit uns das möglich ist. (*Lebhafter Beifall.* – *Schmidt:* Zur Geschäftsordnung!)

Adenauer: Zur Geschäftsordnung Herr Schmidt!

Schmidt: Darf ich darauf aufmerksam machen, daß um 14.30 Uhr die Sitzung des Fraktionsvorstandes beginnt und daß dann einige von uns weg müssen. Auf der anderen Seite sind hier aber noch einige Dinge zu verabschieden. Deshalb sollten wir jetzt versuchen, zu dieser Verabschiedung zu kommen. (*Dufhues:* Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn sie angenommen wird!)

⁶⁰ Vgl. Nr. 4 Anm. 24.

⁶¹ Die Bundesregierung forderte den Abschluß eines Verwaltungsabkommens mit den Ländern über ein einheitliches System der Ausbildungsförderung (Vgl. Sten.Ber. 4. WP Bd. 57 S. 7964 und BULLETIN vom 20. Mai 1965 S. 699 f.).

⁶² Vgl. Anm. 16. Zur „Formierten Gesellschaft“ vgl. HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 160–170.

Adenauer: Ich darf noch eine Zwischenbemerkung machen, nebenan steht das kalte Büfett bereit. Herr Scheufelen hat sich noch zum Wort gemeldet. (*Dufhues:* Herr Scheufelen, können Sie verzichten? – *Unruhe.*)

Scheufelen: Wir haben die Feststellung gemacht, Veranstaltungen von 30 Minuten genügen völlig. Manchmal ist es sogar wichtig, daß ein Prominenter in ein Dorf mit 5.000 Einwohnern geht, wenn die örtlichen Stellen dieses Gemeinschaftsgefühl bekommen, dann bitte ich die Herren, nicht beleidigt zu sein, wenn Sie auch einmal einen Ort mit 5.000 Einwohnern aufsuchen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Die Rednerliste ist geschlossen. Bitte sehr, Herr Dufhues!

VERSCHIEDENES: LAGE IM STEINKOHLENBERGBAU, KULTURPOLITIK, DEUTSCHES GEMEINSCHAFTSWERK

Dufhues: Meine Damen und Herren! Es sind drei Entschlieûungen vorbereitet für die heutige Sitzung, und zwar 1. über die Lage des deutschen Steinkohlenbergbaus in Nordrhein-Westfalen – die Halden betragen dort 14 Millionen Tonnen, im September werden es 20 Millionen Tonnen sein –, 2. zur Kulturpolitik, 3. über das Deutsche Gemeinschaftswerk, wozu Herr Etzel berichten wird. Ich habe mit Herrn Dr. Barzel, bevor er eben wegging, gesprochen. Als Vorsitzender der Bundestagsfraktion würde er es auch sehr begrüßen, wenn wir diese Entschlieûungen heute verabschiedeten. Dabei legt er Wert darauf, daß die Entschlieûungen zur Kulturpolitik und zum Deutschen Gemeinschaftswerk sowohl von der Partei wie von der Fraktion verabschiedet werden. Er ist im Grundsatz mit den vorliegenden Entwürfen einverstanden, sie sollen aber heute nachmittag noch im Vorstand der Fraktion besprochen werden.

Zunächst darf ich vorschlagen, daß Herr Kraske den Entwurf einer Entschlieûung zur Lage im deutschen Steinkohlenbergbau verliest.

Kraske: Dieser Entwurf wird jetzt verteilt. Er ist auf Bitten von der Fraktion und der Partei von Herrn Dr. Stoltenberg gemacht worden. Er ist leider erst heute morgen um 11 Uhr bei uns eingegangen. Das gleiche gilt für die Entschlieûung zum Bergbau, die erst am Wochenende gemacht worden ist. Deshalb lag sie bisher nicht vor. Ich darf nunmehr vorlesen:

„In seiner Sitzung am 21. Juni 1965 hat sich der Bundesvorstand der CDU mit der Lage im deutschen Steinkohlenbergbau befaßt. Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß die deutsche Wirtschaft die Kohle als wichtigsten Energieträger dringend benötigt. Die Bundesregierung wird daher vom Bundesvorstand der CDU dringend gebeten, ihre strukturellen Förderungsmaßnahmen für den Steinkohlenbergbau zu beschleunigen, indem sie die Verstromung der Kohle unterstützt, das Rationalisierungsgesetz für den Bergbau verbessert und die europäischen Gesetze für die Subventionierung des Bergbaus zu baldiger Wirkung bringt. Daneben muß dem deutschen Bergbau durch den Erlaß eines Ölvorratsgesetzes und eines Gesetzes über

die Genehmigungspflicht von Ölleitungen geholfen werden durch Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen.

Das Ziel der CDU ist zunächst, dem deutschen Steinkohlenbergbau Feierschichten zu ersparen und die vorübergehenden Absatzstockungen so schnell wie möglich zu beheben.

Der Bundesvorstand fordert die Bundesregierung daher auf, für den deutschen Bergbau Sofortmaßnahmen vorzusehen, die geeignet sind, sowohl die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu bessern als auch für die Zukunft eine gedeihliche und solide Entwicklung dieses für die Bundesrepublik so wichtigen Wirtschaftszweiges zu gewährleisten. Diese Aussicht ist um so begründeter, als der Steinkohlenbergbau in der Bundesrepublik in seiner Leistung an der Spitze des Bergbaus im Gemeinsamen Markt steht.“ (*Kohl*: Schreiben Sie doch „wichtigen“ nicht „wichtigsten“!) Sie meinen „wichtigen Energieträger“! Die einen stört es nicht, aber den anderen hilft der Superlativ. (*Kohl*: Und dann das Wort „zunächst“, warum?)

Stecker: Ist es zweckmäßig, wenn wir dezidiert die Ölpipelines ansprechen? Viele kleine Leute, auch im Ruhrgebiet, verheizen heute Heizöl. Ich halte es nicht für klug, wenn wir nun sagen, wir wollen eine Genehmigungspflicht für alle Ölleitungen.

Kraske: Ich darf ein Wort zur taktischen Situation einer solchen Entschließung sagen. Ich bin überzeugt, daß sich eine solche Entschließung mit den Worten über das Öl positiv in den am Bergbau interessierten Kreisen auswirkt, während das im übrigen Bundesgebiet, auch in der Presse, kaum beachtet werden wird. Das kommt in die Presse des Ruhrgebietes. Und da brauchen wir ein klares Bekenntnis zum Bergbau. (*Gerstenmaier*: Bei der württembergischen Konsumgüterindustrie wird uns diese Sache genauso vorgehalten wie die Investitionsabgabe⁶³, die wir heute noch vor uns halten nach 15 Jahren. – *Lebhafte Unruhe und Bewegung*.)

Burgbacher: Meine lieben Freunde! Wir haben eine Genehmigungspflicht für elektrische Leitungen, für Gasleitungen, auch für Erdgasleitungen, wir haben sie aber nicht für Öl. Das ist eine völlige Disparität in der Energiewirtschaft. Mit den Ölpipelines geschieht jetzt nichts anderes als das, was schon seit Jahren gesetzlich für die anderen vorgeschrieben ist.

Scheufelen: Man hat auf der einen Seite den Eindruck, aha, beim Öl soll man in seiner Konkurrenzfähigkeit abgewürgt werden; nämlich für denjenigen, der die Vorgänge nicht kennt. Dann müßte man sagen: Gleichstellung von Öl mit anderen Energieträgern hinsichtlich der Genehmigung.

Schmidt: Die wasserrechtliche Genehmigungspflicht von Ölleitungen ist eine Initiative von mir und ist vor etwa drei bis vier Monaten verabschiedet worden

63 Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7. Januar 1952 (BGBl I S. 7).

im Bundestag.⁶⁴ (*Burgbacher*: Die wasserrechtliche?) Jawohl. (*Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Dufhues.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich bin mir völlig klar darüber, daß über jeden Satz stundenlang diskutiert werden kann. Aber Sie können nicht täglich entgegennehmen, daß die Entscheidung an der Ruhr fällt, in Nordrhein-Westfalen, wenn Sie uns nicht einmal die Möglichkeit geben, derart allgemein gehaltene Entschlüsse anzunehmen.

Machen Sie sich klar, daß die Halden an der Ruhr 20 Millionen Tonnen im September betragen und sehr negativ auf die CDU wirken, so daß die Wahlstimmung hier schlecht sein wird. Haben Sie bitte dafür Verständnis! (*Anhaltende Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Meine Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist angenommen. (*Kraske*: Die Kohlenfeinde! – *Unruhe*.)

Dufhues: Jetzt kommt die EntschlieÙung zur Kulturpolitik. Bitte sehr, Herr Rathke.

Rathke: „Die CDU hat durch die erfolgreiche Politik ...“ (*Kraske*: Ich würde zunächst sagen, wofür das gemeint ist.) Ja! Ich darf dazu folgendes sagen: Die EntschlieÙung zur Kulturpolitik soll noch vom Fraktionsvorstand mit beschlossen werden. Sie ist dazu da, um den Studentendemonstrationen, die für den 1. Juli angekündigt sind, vorauszugehen. Ich darf nunmehr vorlesen:

„Die CDU hat durch die erfolgreiche Politik des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus seit 1945 wesentliche Voraussetzungen für die großzügige, moderne Entwicklung von Wissenschaft und Forschung und des gesamten Bildungswesens im freien Teil Deutschlands geschaffen. Nachdem die schweren Zerstörungen des Krieges an unseren Hochschulen und Schulen beseitigt werden konnten, haben wir seit dem Ausgang der fünfziger Jahre in Bund und Ländern große, weitgespannte Programme für die Zukunftsaufgaben vorgelegt und groÙenteils verwirklicht. Noch niemals hatte die Jugend in Deutschland, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, so große Chancen des beruflichen Aufstiegs wie heute.

Die jährlichen Mittel von Bund und Ländern für Wissenschaft und Forschung wurden von 1956 bis 1964 von 1,1 auf 5,2 Milliarden DM, also um mehr als 450 Prozent, erhöht. Dazu kommen Leistungen der gewerblichen Wirtschaft im Umfang

64 Diskussion des Antrages der Abgeordneten Dr. Schmidt (Wuppertal), Bading, Margulies und Genossen zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 18. Dezember 1963 (Drs. IV/1769) in der 134. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Juni 1964 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 55 S. 6631–6639). Zweites Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 6. August 1964 (BGBl I S. 611).

von 2,7 Milliarden DM. Damit ist der Anteil der Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung in den letzten acht Jahren von 1 auf 2 Prozent des gesamten Sozialprodukts angestiegen.

Die CDU/CSU will durch eine verantwortliche, konstruktive Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Herausarbeitung klarer Prioritäten im Rahmen des von Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard vorgeschlagenen „Deutschen Gemeinschaftswerkes“ die weitere schnelle Steigerung der Leistungen für Wissenschaft, Forschung und Bildung sicherstellen. Ihr Ziel ist es, den Anteil der Wissenschaftsmittel am Bruttosozialprodukt bis 1970 auf 3 Prozent zu steigern. Sie sieht dabei folgende Aufgaben als vordringlich an.

1. Der schnelle Ausbau der alten und neuen Hochschulen muß durch eine weitere beträchtliche Steigerung der Länder- und Bundesmittel gesichert werden. 1965 stehen hierfür bereits mehr als 1,1 Milliarden DM gegenüber 350 Millionen DM im Jahre 1959 zur Verfügung. Der Bund soll dem Verwaltungsabkommen der Länder für die Finanzierung neuer Hochschulen möglichst bald beitreten. Seine Leistungen sind zusätzlich zu den im Abkommen vereinbarten Beiträgen der Länder zu gewähren.

2. Die Bundesmittel für die Atomforschung und Weltraumforschung in Höhe von jetzt 550 Millionen DM müssen in den nächsten fünf Jahren mindestens verdoppelt werden, um die wesentlichen Ziele der Programme der deutschen Atomkommission und der Kommission für Weltraumforschung zu erreichen. Besonderes Gewicht ist auf die verstärkte internationale Zusammenarbeit in EURATOM und in übernationalen Vertragssystemen für die Weltraumforschung zu legen. Der Übergang von der Atomforschung zur Atomtechnik und industriellen Nutzung der Atomenergie ist im engen Zusammenwirken von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft nachhaltig zu fördern.

3. Eine weitere Verbesserung und Vereinheitlichung der Ausbildungsförderung ist im Zusammenwirken von Bund und Ländern erforderlich. Bund und Länder müssen sich schnell verständigen, ob trotz einiger verfassungsrechtlicher Bedenken der vom Bundestag vorgeschlagene Weg eines Ausbildungsförderungsgesetzes beschritten oder ein Verwaltungsabkommen geschlossen wird. Die CDU/CSU lehnt dabei sozialistische Vorstellungen eines Studienhonorars oder einer undifferenzierten allgemeinen Förderung ohne Berücksichtigung der Leistungen des Geförderten und der wirtschaftlichen Lage der Familie ab.“ (*Zuruf*: Bei diesem Tempo versteht man nichts!)

„4. Die Förderungssätze und Bemessungsgrundlagen für die Studienförderung an den Hoch- und Fachschulen sollen noch im Jahre 1965 durch die zuständigen Ministerkonferenzen der Länder, die Bundesregierung und die parlamentarischen Gremien in angemessenem Umfang erhöht werden, nachdem durch die allgemeine Einkommensentwicklung der Prozentsatz der geförderten Studenten geringfügig zurückgegangen ist. Die besondere Förderung der Hochbegabten ist zu intensivieren.

Eine großzügige, konstruktive Bildungs- und Wissenschaftspolitik setzt die Entscheidung für klare Prioritäten und damit den Mut zum Verzicht und zur Begrenzung der Wünsche in anderen Bereichen voraus. Die CDU/CSU hat in der Vergangenheit auf der Grundlage einer richtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik große Leistungen

für Bildung, Wissenschaft und Forschung ermöglicht. Sie wird ihre Anstrengungen verstärken und diese erfolgreiche Politik fortsetzen.“⁶⁵

Adenauer: Also, meine Herren, Sie haben es vielleicht verstanden; ich habe es nicht verstanden. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Es war zu schnell vorgelesen. – *Brauksiepe:* Das ist ja viel zu lang, das ist eine Regierungserklärung. – *Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, am entscheidenden Punkt versagt diese Erklärung. Es sind viele Worte, aber der eine Satz, auf den es ankommt, der ist nicht drin, nämlich: Zahlen wir die DM 320,- des Honnefer Modells oder nicht. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Das ist richtig!) Die RCDS-Leute haben auch einige weniger gute, und einer von diesen weniger guten Leuten hat uns diesen ganzen Quatsch beschert mit dem 1. Juli. Nun möchten die Leute von diesem ganzen Unsinn wieder herunter. Wir kämen herunter nach der Meinung dieser Leute, wenn wir rechtzeitig sagen, in Gottes Namen DM 320,-. (*Unruhe.* – *Zuruf:* Jetzt DM 280,-. – *Kraske:* Nein, DM 250,- ohne Büchergeld.) Ich habe den Herren gesagt: Ihr seid ja der reinste Interessenverband, ihr müßt euch ja schämen! (*Unruhe und Bewegung.*) Sie sehen es nicht so, aber sie meinen, wenn es uns alle anderen vormachen und ihr da oben an der Spitze so weiche Brüder seid, ihr habt zum Schluß immer mit dem Kopf genickt, warum sollen wir es denn anders machen! Gebt uns jetzt eine Chance, die ganze Sache mit der Straße abzdrehen. Die einzige Chance ist: Was kriegen wir? – Und nun kommen wir mit einem so „wunderbaren“ Schriftstück, in dem der entscheidende Satz nicht drin ist.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Dufhues!

Dufhues: Die Entschließung sieht vor, daß die Leistungen in angemessenem Umfang erhöht werden. Ich gebe zu, daß man das konkreter fassen kann, und schlage vor, diese Frage gleich in der Fraktion zu besprechen. Dann können wir es ja endlich verabschieden. Das Vertrauen sollte der Bundesvorstand den Vertretern des Fraktionsvorstandes schenken, daß sie hier mit uns in dieser Frage einig werden. Ich schlage vor, daß Sie mit dieser Maßgabe der Entschließung zustimmen.

Adenauer: Also mit anderen Worten, der Herr Dufhues sagt: Wir übertragen das der Fraktion. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Gerstenmaier: Entschuldigen Sie, was die Fraktion jetzt braucht, ist natürlich, daß sich der Bundesvorstand damit befaßt. Der Bundesvorstand hätte sich nicht damit zu befassen brauchen, aber der Bundesvorstand kann jetzt nicht mehr gut kneifen; denn sonst sagt gleich die Fraktion, was hören wir denn eigentlich von unseren besten Freunden, was meinen denn die dazu. Schluß! Es geht jetzt um DM 250,-, DM 275,-, DM 280,- oder DM 320,-. Darum geht es. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Das kann man nicht aus der Lamäng [la main] machen.)

Adenauer: Herr Dr. Schmidt!

65 Text der Entschließung mit leichten Änderungen in ACDP VII-001-024.

Schmidt: Ich glaube, wir sind wirklich überfordert mit dieser Art des Vorbringens, nämlich etwas vorzulegen, was man nicht genug vorbereitet hat. Nach meiner Auffassung hätte man es 24 Stunden früher haben müssen, um es einmal genau durchzustudieren.

Ich darf um eines bitten, nicht etwa jetzt der Fraktion zuzuschieben, weitere neue finanzielle Belastungen konkret zu übernehmen. Damit ist die Fraktion wirklich überfordert, nach alledem, was wir hinter uns haben. Diese Art von Interessenpolitik hat uns in eine Situation hineingebracht, die diese Fraktion auf die Dauer nach meiner Auffassung nicht weiter verantworten kann. Deshalb bitte ich, es dabei zu belassen, „in angemessenem Umfange erhöht werden“. (*Unruhe.*)

Adenauer: Bitte, Herr Heck!

Heck: Ich halte es zunächst für unmöglich, daß die Studenten nur zu erklären brauchen: Wir demonstrieren am 1. Juli, und wir antworten dann mit einer solchen Entschließung. (*Gerstenmaier:* Mit einer Defensiverklärung.) Das halte ich für völlig unmöglich. (*Teils Zustimmung, teils Widerspruch.*) Stellen Sie sich vor, das macht noch Schule! (*Anhaltend starke Unruhe. – Gerstenmaier:* Ich habe gesagt, jetzt gehen sie auf die Straße. Wir fordern die Leute doch damit geradezu auf, einen Mordswirbel zu machen.) Ich meine, lassen wir doch die Studenten demonstrieren; das ist der Ausdruck eines demokratischen Lebens in der Bundesrepublik. (*Teils Widerspruch, teils Zustimmung.*) Was das Honnefer Modell angeht, meine Herren, da täuschen Sie sich doch. Die Herren, die auf dem Studententag zusammen sind, sind doch nicht die, welche die Studentenschaft vertreten. (*Zurufe:* Sehr richtig!) In den Genuß des Honnefer Modells kommen etwa 30.000 Studenten. Von diesen 30.000 Studenten ist der weit überwiegende Prozentsatz mit diesen Sätzen an sich zufrieden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Der VDS lebt doch geradezu davon, daß er mehr fordert. Deshalb sollten wir nicht in der Weise reagieren und sagen: „den Anteil der Wissenschaftsmittel am Bruttosozialprodukt bis 1970 auf 3 % zu steigern“.

Ich glaube nämlich nicht, daß man uns als Partei noch ernst nimmt, wenn wir eine solche Entschließung verabschieden. (*Unruhe und Bewegung.*) Was aber wirklich in der Luft hängt, ist doch folgendes: Es wird seit geraumer Zeit zwischen Bund und Ländern verhandelt über das Honnefer Modell. Im übrigen sind die Widerstände gegen die Erhöhung der Sätze und die Erhöhung der Sozialgrenzen bei den Ländern, aber nicht beim Bund. Seit zwei Jahren ist dieses Thema in einer breiten Diskussion. Hieran sind gut eine Million Eltern interessiert. Das ist ein Thema, das wir heute nicht abschließend behandeln können. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich meine, man sollte das Honnefer Modell mit einem allgemeinen Satz und auch die Frage mit den Ausbildungsbeihilfen in der Weise ansprechen, daß wir ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern haben wollen.

Zur Ziffer 3 muß ich sagen, was hier steht, ist tatsächlich richtig. Der Bundestag hat mit den Stimmen aller drei Fraktionen die Bundesregierung aufgefordert, in der Sache ein Verwaltungsabkommen abzuschließen; das heißt, auch die Sozialdemokraten sind von ihrer Forderung abgerückt, daß die Sache gesetzlich geregelt werden

soll. Es liegt klar auf der Hand, daß die Länder nicht bereit sind, zu einem solchen Gesetz zu kommen.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Kraske.

Kraske: Ich muß gestehen, ich beurteile diese Demonstration am 1. Juli nicht so optimistisch wie Herr Minister Heck. Ob uns das paßt oder nicht – es wird uns allen nicht passen –, diese Demonstrationen finden statt zweieinhalb Monate vor der Bundestagswahl und werden mindestens über die Presse in bestimmten Kreisen eine negative Wirkung haben. Wenn uns jetzt unsere Freunde aus dem Bereich der Studentenschaft und der Hochschule sagen, ihr erleichtert die Situation für die CDU, wenn ihr vorher irgendeine Erklärung abgebt, dann würde ich mir nicht überlegen, ob man damit in Zukunft irgendwelche Verbände in ihren Forderungen unterstützt, sondern ich würde sagen, wenn wir diese Demonstrationen etwas abfangen können nach der Meinung von Leuten, die in diesen Dingen drinstehen, dann sollten wir es tun. Ernst genug ist so etwas vor einer Wahl.

Dieser Entwurf stammt von Herrn Dr. Stoltenberg in seiner Eigenschaft als einer der kulturpolitischen Sprecher und als einer der Haushaltsexperten der Fraktion. Ich habe Herrn Stoltenberg, Herr Präsident Gerstenmaier, vorher gesagt, die Sache steht und fällt damit, ob wir zu der Frage des Honnefer Modells hier etwas Klares sagen können. Herr Stoltenberg hat sich dazu offensichtlich nicht in der Lage gesehen. Ich bedaure, daß es hier nicht drin steht; denn nach vielen Erfahrungen habe ich die große Befürchtung, daß wir im Jahre 1966 trotz der schwierigen Haushaltslage uns doch dazu drängen lassen, auf die DM 320,- zu gehen, die überall im Gespräch sind, zu denen meines Wissens sogar auf unserem Bundesparteitag schon in die Zukunft hinein gesagt worden ist, jawohl, das muß kommen, nur 1965 geht es aus Haushaltsgründen nicht. Wenn wir aber erst 1966 zustimmen, dann werden wir nicht den Erfolg haben, sondern der Erfolg liegt allein bei denen, die jetzt danach schreien und drängen. Deswegen meine ich, über die Frage, ob DM 320,- hineinkommen oder nicht hineinkommen, können wir hier tatsächlich, wie Herr Dufhues schon gesagt hat, nicht entscheiden, sondern das müßte im Fraktionsvorstand gemacht werden, der dem ja mit zustimmen soll.

Adenauer: Herr Klepsch!

Klepsch: Ich möchte mich Herrn Minister Heck anschließen, daß wir das Ausbildungsförderungsgesetz⁶⁶ des Bundestages herausstreichen sollten, um bei der von uns allgemein akzeptierten Forderung des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern zu bleiben. Das ist m.E. der einzig richtige und einzig gangbare Weg. Ich bin allerdings der Meinung von Präsident Gerstenmaier, daß der neuralgische Punkt, wenn man auf den 1. Juli gezielt etwas tun will, die Stellungnahme zu den DM 320,- ist. Eine Formulierung, wie sie hier gewählt wurde, ist nicht gut. Hier würde ich Herrn Minister Heck beipflichten; dann ist es besser, wir sagen überhaupt nichts dazu, als nur eine solch vage Aussage zu machen. Damit geben wir neuen

⁶⁶ Vgl. Anm. 61.

Anstoß für die Kundgebungen oder was immer zu erwarten ist, ohne daß die Leute von uns ein Gegenmittel an der Hand haben. Ich würde bitten, daß wir die Fraktion ersuchen sollten, hier eine konkrete Ziffer einzusetzen, oder aber den ganzen Abschnitt fallenzulassen.

Auch ich bin der Auffassung, daß es sich hier um eine reine Defensiverklärung handelt, und das halte ich für bedenklich. Wenn wir uns dazu durchringen könnten, diese Aussage, über die wir eben gesprochen haben, in der Fraktion zu machen, dann sollte das Ganze einen positiven Akzent erhalten, nicht im Sinne der Verteidigung, sondern im Sinne der Darlegung einer klaren Konzeption.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Dufhues!

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich habe vor wenigen Monaten das Vergnügen gehabt, die Sache der CDU vor der deutschen Studentenschaft zu vertreten. Ich habe damals eine Rede gehalten, die wahrscheinlich nicht schlecht angekommen ist, die ich aber sehr sorgfältig unter anderem mit Ihrem Ministerium, lieber Herr Heck, abgestimmt hatte. Darin waren auch Passagen enthalten zum Honnefer Modell, wie sie hier in der EntschlieÙung enthalten sind.

Ich habe weiter mit unseren Freunden in der deutschen Studentenschaft die Probleme des 1. Juli besprochen. Es sind die Gutwilligen in der deutschen Studentenschaft, die auf unserer Seite stehen, die sich auch sehr tapfer gehalten haben in den harten Auseinandersetzungen damals in Bonn⁶⁷, die uns baten, ihnen in etwa entgegenzukommen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, bei den vielen Kundgebungen am 1. Juli unsere Sache überzeugend zu vertreten.

Ich meine, wenn uns unsere Freunde darum bitten und wenn wir Vertrauen zu ihnen haben können, daß sie seriös sind und bleiben, dann sollten wir die allgemeinen Bedenken zurückstellen. Die Frage der Anhebung der Sätze des Honnefer Modells sollten wir in der Tat noch einmal mit dem Vorstand der Fraktion besprechen, um hier zu einer konkreten Entscheidung zu kommen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Präsident Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich mache jetzt drei praktische Vorschläge, den Text hier zu verlassen. Der bringt uns auch im harten Kampf mit der SPD in diesem Punkt einfach gar nichts. Die SPD überrundet uns bei den Studenten mit ihrer Demagogie. Wir müssen, wenn wir überhaupt etwas sagen, angriffsfreudiger, offensiver werden und unter keinen Umständen so objektiv und defensiv sein. Ich schlage vor, daß wir dem Präsidium oder dem Fraktionsvorstand aufgeben oder ihn bitten, eine EntschlieÙung zu fassen, die etwa so aussieht:

1. Die CDU vertritt mit aller Entschiedenheit nach wie vor und in die Zukunft hinein die Freiheit des Studiums und des deutschen Hochschulwesens. Das bedeutet, daß sie den sozialistischen Grundgedanken vom Staatsstudenten ablehnt. – Das erscheint hier zwar in Gestalt von sozialistischen Studienhonoraren, in Wirklichkeit

⁶⁷ Rede Dufhues vor dem Deutschen Studententag am 26. April 1965 in Bonn (Wortlaut in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION; Bericht in UiD Nr. 17 vom 29. April 1965).

handelt es sich um die Neuaufnahme des alten Menzelschen Gedanken⁶⁸ vom Staatsstudenten. Man studiert für den Staat und hat deshalb Anspruch auf ein Staatsgehalt.

Zweitens sollten wir sagen, daß wir diese Gedanken des sozialistischen Staatsstudenten radikal ablehnen, weil er unweigerlich Konsequenzen nach sich zieht, die die Freiheit der Studenten, des Studiums und des Hochschulwesens auf das empfindlichste allmählich einengen müssen.

3. Die CDU ist bereit, die gegenwärtigen Studentensätze zu überprüfen und im Bundeshaushalt 1966 an die Weiterentwicklung anzubringen. – Eine präzise Zahl können wir nicht sagen. (*Zuruf:* „Allgemein“ könnten wir sagen. – *Dufhues:* Darf ich vorschlagen, daß wir Herrn Gerstenmaier bitten, diese Erklärung einmal vorzulegen, Herr Bundeskanzler!) Wir müssen unseren Leuten im RCDS helfen, so gut wie wir es können, aber ich bezweifle, daß wir es mit dieser Betrachtung erreichen. Wir müssen aus der Defensive heraus in die Offensive gehen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Schmidt:* Wir dürfen uns jetzt nicht festlegen für 1970. Das geht zu weit. – *Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Dann wird Herr Gerstenmaier diese Ansicht vertreten als unsere Ansicht im Vorstand der Fraktion. (*Zurufe:* Sehr gut!) Wenn der Fraktionsvorstand etwas anderes will, muß er es beschließen. (*Zurufe:* Sehr gut!)

Dufhues: Jetzt kommt der Entwurf der Entschließung zum Deutschen Gemeinschaftswerk.

Adenauer: Das Wort hat Herr Etzel.

Etzel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bitte sehr um Entschuldigung, daß diese Erklärung erst heute morgen auf den Tisch gekommen ist. Das liegt aber zum großen Teil an den Terminschwierigkeiten. Am Donnerstag war Fronleichnam, am Freitag war zwar ein Arbeitstag, aber am Samstag und Sonntag waren wiederum keine Arbeitstage. So kam es erst heute auf den Tisch.

Die Idee des Deutschen Gemeinschaftswerkes stammt nicht von mir, es ist die Idee, die Herr Professor Erhard in der Schlußkundgebung des Parteitag am 31. März 1965 in Düsseldorf verkündet hat. Ich sage ganz offen, ich war gegen die Idee zunächst außerordentlich skeptisch. Ich bin dann aber erstaunt gewesen, die positive Reaktion zu sehen, die der Parteivorstand in diesem roten Heft im einzelnen zusammengestellt hat.⁶⁹ Diese Erklärung hat also eine politische Wirksamkeit gezündet. Herr Professor Erhard hat sie verkündet. Das Präsidium der Bundespartei hat bereits sein Ja dazu gesagt. Das ist auch veröffentlicht worden. Deswegen haben wir auch als Partei, so glauben wir, etwas dazu zu sagen.

Nun ist es nicht meine Aufgabe, Ihnen über den Sinn des Gemeinschaftswerkes heute einen Vortrag zu halten. Ich darf aber darauf hinweisen, daß der „Deutschland-Union-Dienst“ in der Sonderausgabe vom 10. Juni 1965 in 17 Thesen diese Idee des

⁶⁸ Dr. Walter Menzel (1901–1963), Rechtsanwalt und Notar; 1946–1954 MdL NW (SPD, 1946–1950 Innenminister), 1949–1963 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 174 Anm. 12.

⁶⁹ Vgl. Nr. 10 Anm. 48.

Deutschen Gemeinschaftswerkes beschrieben hat. Als die Idee ausgesprochen war, kam sie in die Fraktion, und zwar in den dort von mir geleiteten Arbeitskreis „Haus- halt, Finanzen und Steuern“, wo sie eingehend erörtert wurde mit dem Pro und Contra, und zwar mit dem Ergebnis, daß das zunächst eine Angelegenheit der Bundespartei sei. Die Bundespartei, hier repräsentiert durch den Bundeswirtschaftsausschuß, legt Ihnen zunächst einen Bericht vor.

Es hat dann eine Besprechung bei Bundeskanzler Erhard stattgefunden, an der auch der Fraktionsvorsitzende Barzel beteiligt war, mit dem Ergebnis, daß beide mich gebeten haben, die Problematik, die hier aufgetaucht ist, zu untersuchen. Ich habe darauf den Bundeswirtschaftsausschuß am 20. Mai einberufen. Der Bundeswirtschaftsausschuß hat in einer Grundsatzdebatte über Pro und Contra eingehend diskutiert und dann einen Arbeitskreis gebeten, sich dieser Problematik einmal anzunehmen. Hier sind die Namen dieses Arbeitskreises: Binder⁷⁰, Burgbacher, Etzel, Hellwig, Hettlage⁷¹, Müller-Armack, Schiettinger⁷², Otto Schmidt, Schöllhorn⁷³, Strickrodt⁷⁴ usw.

Wir haben in mehreren Sitzungen die Problematik erörtert und zu der Frage Stellung genommen, soll die Partei zu dem Gedanken des Gemeinschaftswerkes noch vor der Bundestagswahl etwas Konkretes sagen oder nicht.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, im politischen Raum muß etwas gesagt werden. Wir können natürlich nicht die Bundestagsfraktion hinsichtlich der Einzel- formulierungen bereits festlegen. Deswegen die Idee, daß der Bundesparteivorstand zu den Grundgedanken ein grundsätzliches Ja sagen soll. Die Erklärung ist in ihrer Formulierung außerordentlich vorsichtig gehalten. Sie legt das Gemeinschaftswerk in seinem Aufbau noch keineswegs fest, sagt aber zur Grundidee ja.

Es ist zunächst die eindeutige Feststellung, daß zwischen dem individuellen Wohlstand, den wir entwickelt haben, und dem sozialen Wohlstand in der Infrastruktur noch eine große Kluft klafft. Diese Tatsache benutzt die SPD zu einer ganzen Menge von Angriffen gegen uns. Wir haben bis zur Idee des Gemeinschaftswerkes konkrete Dinge zu diesem Problem nicht bieten können.

70 In der Vorlage: Winter. – Dr. Paul Binder (1902–1981), 1946–1952 und 1954–1960 MdL. Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU), 1964–1968 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 50 Anm. 25.

71 Dr. Karl-Maria Hettlage (1902–1995), Jurist, Professor für Öffentliches Recht; 1962–1967 deutscher Vertreter bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg, 1965–1976 Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 864 Anm. 82.

72 In der Vorlage: Kiesinger.

73 In der Vorlage: Schönhäuser. – Dr. Johann B. Schöllhorn (geb. 1922), Finanz- und Wirtschaftsexperte; 1952–1955 Mitarbeiter am Ifo-Institut in München, seit 1956 im Bundeswirtschaftsministerium, 1963–1967 Leiter der Unterabteilung „Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik und der internationalen Zusammenarbeit“, 1967–1972 Staatssekretär.

74 Dr. Georg Strickrodt (1902–1989), 1954–1971 Professor für Öffentliches, Finanz- und Steuerrecht TH Darmstadt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 6 Anm. 30.

Die Idee ist die, daß wir eine Institution, also ein besonderes Organ schaffen, auf das Bund und Länder Einfluß haben müssen, das sogenannte Gemeinschaftsaufgaben zu lösen hat. Was Gemeinschaftsaufgaben sind, so will ich einfach definieren, sind Aufgaben, die über den lokalen Raum hinausgehen, z. B. Verkehrsprobleme, Gesundheitsprobleme, Schulprobleme usw., also alles Dinge, die in einer Gemeinschaft gesehen und gelöst werden müssen. Die Definition der Gemeinschaftsaufgaben wird erfolgen durch die Kommission, die die Bundesregierung zwecks Fassung der Steuerreform eingesetzt hat. Ich habe die Formulierungen gesehen. Ich glaube, sie sind gut. Ich kann sie deswegen nicht vortragen, weil ich kein Recht habe, dieser Kommission vorzugreifen.

Die Hauptidee ist die, wenn man die Institution schafft, welche Funktion soll sie haben. Eine große Funktion ist die, daß wir arbeiten müssen an den Problemen im Rahmen einer absoluten Währungsstabilität. Diese Währungsstabilität kann nur garantiert sein, wenn die Mittel, die aufgebraucht werden, so eingesetzt werden, daß keine Übernachfrage gegenüber dem Angebot besteht. Deswegen sollen die Mittel in erster Linie genommen werden aus dem Zuwachs des Steuerzugesanges gegenüber den bisher vorhandenen Mitteln. Das sind zwei Quellen. Die eine ist die der sogenannten Steuererhöhungen. Daß die Menschen durch höhere Einnahmen in höhere Steuersätze kommen, ist hier nicht gemeint, sondern gemeint ist die Differenz zwischen dem realen und dem nominalen Zuwachs. Dieser Zuwachs muß richtig eingesetzt werden.

Zum zweiten sollen diese Mittel eine zyklische und eine antizyklische Aufgabe haben. Unter „antizyklisch“ wäre zu verstehen, daß in der Konjunktur, die z. Z. überschäumt, die Mittel vorsichtig verwandt werden. Aber nun kommt etwas sehr Wichtiges, worauf die Zeitschrift „Der Volkswirt“ vom 28. Mai hingewiesen hat⁷⁵, daß nämlich das Zeichen unserer heutigen Gesellschaft eine Wohlfahrtsgesellschaft ist, eine Gesellschaft der Vollbeschäftigung, und daß in dem Augenblick, wo hier Probleme auftauchen, die wir in den dreißiger Jahren erlebt haben, ein Instrument da sein muß, darauf einzuwirken, damit die Vollbeschäftigung erhalten bleibt. Also eine große, wichtige und zentrale Aufgabe.

Es kommt weiter hinzu, daß wir im Moment der Wiedervereinigung ein derartiges Instrument brauchen, um Gemeinschaftsaufgaben überregional in West- und Ostdeutschland lösen zu können.

In enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern soll die föderative Struktur nicht aufgehoben, aber koordiniert werden, was, wie Herr Professor Mikat gesagt hat, eine zentrale Handhabung der Dinge bedeuten würde. Wir lösen damit diese Probleme in einem großen Umfange. Die Gemeinschaftsaufgaben in einer solchen

75 In der Vorlage: 21. Mai. – Der erwähnte Beitrag findet sich in „Der Volkswirt“ Nr. 21 vom 28. Mai 1965 S. 1002 f.: „Gemeinschaftswerk – mehr als ein Wahlschlager? Kein Ersatz für die Finanzreform“ (Autor: Karl Otto PÖHL).

Institution sollten nicht kurzfristig von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr, sondern in einer längerfristigen Finanzaktion durchgeführt werden.

Ich glaube also, nachdem ich die Probleme eingehend diskutiert habe, meiner ursprünglichen Skepsis keinen Raum mehr geben zu dürfen, sondern meine jetzt, daß in der Tat in dieser Idee ein politisches Aktivum steckt, mit dem wir auch der SPD gegenüberreten können, die uns ja immer wieder das vorwirft, z. B. in der letzten Notstandsdebatte.⁷⁶

Es kommt hinzu, daß sich nunmehr die Partei nicht in Schweigen hüllen kann vor dem Bundestagswahlkampf. Ich glaube, daß die vorgeschlagene Formulierung, zu der ich noch ein paar kleine Änderungen auf Anregung des Kollegen Schmidt vortrage, ein allgemeines Ja finden wird, ohne in der technischen Durchführung das Letzte festzulegen. (*Krone*: Herr Etzel! Die Mittel sind doch für die Parlamente gesperrt!) Das ist das Problem, daß es aus der Zuständigkeit des Parlaments herauskommen müßte, aber daß das Parlament grundsätzlich dafür sorgen muß, daß das Problem des Julius-Turms⁷⁷ nicht wieder auftaucht. (*Adenauer*: Das taucht dann wieder auf!) Darf ich zur Klärung mich darauf beschränken, daß das jetzt nicht mehr im einzelnen verlesen wird, sondern daß ich nur noch die Änderungswünsche vortrage. Ich würde vorschlagen, auf Seite 1 Absatz 2 in der Zeile 4 zu sagen: „in deren Mittelpunkt der freie, sich in bewußter Entscheidung dem Ganzen verpflichtet fühlende Mensch steht. Zur Verwirklichung dieses Leitbildes einer ‚Formierten Gesellschaft‘ bedarf es noch mehr als bisher einer wirksamen Daseinsvorsorge ...“. Im übrigen enthält die Formulierung in großen Zügen das, was ich hier nur skizzenhaft vortragen konnte.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das Deutsche Gemeinschaftswerk das Kernstück der Finanzreform sein muß. Die Finanzreform und das Gemeinschaftswerk müssen natürlich in einem Gesetz verabschiedet werden.⁷⁸ Das Ziel dieser Erklärung ist, daß die Fraktion gebeten wird, die Bundesregierung zu ersuchen – die neue Regierung –, im Parlament einen Vorschlag über diesen ganzen Fragenkomplex zu machen.

Adenauer: Also, meine Herren, meine Meinung will ich Ihnen sagen. Ich halte es für unmöglich, daß man uns zumutet, eine derart völlig unübersehbare Angelegenheit im Handumdrehen in zehn Minuten nach 2 Uhr heute hier zu erledigen, nachdem wir es heute erst schriftlich bekommen haben. (*Etzel*: Das ist aber nicht meine

76 Vgl. Rede Erlers in der 190. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Juni 1965 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 59 S. 9537–9545).

77 Gemeint ist der sog. Julisturm von Bundesfinanzminister Schäffer: Der Aufbau der Bundeswehr hatte sich aufgrund des Scheiterns der EVG verzögert. Dadurch lag im Verteidigungsetat eine zunehmend höhere Summe still, so daß die Haushaltsreste 1955 im Vergleich zu 1954 um über 4 Milliarden DM anstiegen. Dazu kamen Rückstellungen für zu erwartende Forderungen der Alliierten für Besatzungskosten in Höhe von 2,5 Milliarden DM. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 64 Anm. 27.

78 Erhards Plan vom „Deutschen Gemeinschaftswerk“ als Kernstück der Finanzreform wurde so nicht realisiert (HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 168 f.).

Schuld!) Sie wissen ganz genau, Herr Etzel, die meisten von uns ... (*Etzel*: Herr Bundeskanzler! Es ist nicht meine Schuld, daß das jetzt erst vorliegt!) Aber Sie verlangen von uns, daß wir jetzt ohne weiteres, ohne es zu kapieren, dazu ja sagen sollen. Wenn die anderen Herren es tun wollen! (*Unruhe und Bewegung.* – *Gerstenmaier*: Zur Geschäftsordnung!) Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir jetzt überhaupt nicht zur Sache diskutieren können. Wir stehen jetzt schon unter großem Zeitdruck, wenn wir nachher noch zur Fraktionsvorstandssitzung gehen wollen. Wir können jetzt nicht in der Sache diskutieren. Die Frage ist, was soll geschehen, damit die Sache weiter behandelt werden kann. Jedenfalls bin ich der Meinung, daß die Sache so nicht verabschiedungsreif ist vom Bundesparteivorstand der CDU. (*Unruhe und Bewegung, teils Zustimmung, teils Widerspruch.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmidt.

Schmidt: Ich habe mich bereit erklärt, an dieser Sache mitzuarbeiten, obwohl ich die schwersten Bedenken und Einwendungen geltend gemacht habe vom verfassungsrechtlichen und vom finanzpolitischen Standpunkt her. Bestimmend war folgendes, daß uns 1. ein Beschluß des Präsidiums vorgelegt wurde, der uns präjudizierte, 2. eine Veröffentlichung im CDU-Pressedienst von 17 Thesen, die außerordentlich massiv uns festlegten, so daß also für irgendeine Kontraststellung überhaupt kein Raum mehr war. (*Unruhe.* – *Gerstenmaier*: Na also!) Ich habe zunächst versucht, einen Antrag der Fraktion im Bundestag zu verhindern, der jetzt noch eine amtliche Drucksache werden sollte. Ich habe gesagt, dazu ist die Fraktion nun wirklich überfordert. Die Fraktion muß Zeit haben, das Für und Wider einer so wichtigen Sache, die uns auf Jahrzehnte hinaus festlegt, nämlich bis in die Wiedervereinigung hinein, zu erörtern. Dann habe ich nur die Konzession gemacht und gesagt, wenn es also darum geht, einen Grundgedanken, den der Bundeskanzler in Düsseldorf verkündet hat, sagen wir mal, politisch gängig zu machen und für diesen Wahlkampf zu nutzen, dann bin ich dafür, daß das zuständige Gremium, nämlich der Bundesvorstand, eine Art Wahlmanifest zu dieser Sache herausgibt, die möglichst weitgehend nicht in Einzelheiten eintritt, wie das in dem ursprünglichen Entwurf, den wir hatten, vorgesehen war.

So ist das hier dann zustande gekommen, was ich auch nur empfehlen kann, unter Zurückstellung erheblicher Bedenken, die möglicherweise ausgeräumt werden könnten, aber die in einer sorgfältigen Sachdiskussion der führenden Mitglieder zunächst erörtert werden sollten.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Krone.

Krone: Ich sehe diese Entschliebung wie die andere von vorhin allein unter dem Gesichtspunkt der Wahl, weil sie in Düsseldorf formuliert worden ist. Mehr kann es nicht sein. Jährlich sollen nämlich der Bund und die einzelnen Länder für das Deutsche Gemeinschaftswerk ihre Mehreinnahmen aus Steuern abführen. Der Bund und die Länder müssen zustimmen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Aber wer glaubt, daß es so kommt, der ist ein großer Idealist. Ich bin es nicht; aber unter dem Gesichtspunkt

der Wahlen stimme ich hier auch zu. Dann müssen wir nachher eben weitersehen, wie es wird. (*Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Ich glaube, irgendetwas in dieser Richtung muß doch gesagt werden. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Frage ist, sind wir hier schon zu sehr im Detail? Die langfristige Bindung usw., das alles bedarf noch eingehender Überlegungen, aber in dieser Formulierung hier sehe ich keine Gefahr. (*Etzel:* Wir haben lange überlegt, um keine endgültigen Bindungen vorzunehmen. – *Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Hier sind also vorgesehen Änderungen des Grundgesetzes. Wir haben also notwendig die Zustimmung der Sozialdemokraten. Wir machen doch nichts anderes als eine Wahlpropaganda, die jeder als solche erkennt! (*Unruhe und Bewegung.*) Dann will ich Ihnen mal etwas anderes sagen, meine Herren! Wir werden ja mit unserer Bewaffnung noch mehr Ausgaben haben. Machen Sie sich das doch klar! Nun sollen alle Mehreinnahmen dafür verwendet werden? (*Etzel:* Es bestehen doch noch andere Mehreinnahmen, die sicherlich dem Haushalt zugute kommen. Ich glaube, das, was Kollege Schmidt sagte, ist richtig, nämlich eine wahltaktische Notwendigkeit. – *Unruhe.*) Wenn Sie das nur wollen, dann kann man doch sagen: Der Bundesvorstand begrüßt den Vorschlag des Bundeskanzlers usw. usw. Er wird sich in einer weiteren Sitzung darüber beraten. – Aber damit, meine Herren, machen wir uns doch allmählich lächerlich. Das muß ich Ihnen wirklich sagen. Und als Vorsitzender der Partei mache ich das nicht mit! Es wird uns hier etwas vorgelegt, und wir müssen dann nach x Stunden einfach im Handumdrehen beschließen? Nein! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Das Wort hat Herr Russe!

Russe: Herr Bundeskanzler! Ich bitte um Verzeihung, wenn ich jetzt etwas dazu sage, aber ich darf doch die gegenteilige Meinung vertreten. Wir machen uns lächerlich, wenn wir uns in irgendeiner Form von dem distanzieren, was der Bundesparteitag bereits zum Ausdruck gebracht hat. Der Bundeskanzler hat auf dem Bundesparteitag gesprochen als der Regierungsvorsitzende, den unsere Partei stellt. Wenn wir uns jetzt in irgendeiner Form davon distanzieren sollten oder würden, wäre das eine sehr große Problematik für den Wahlkampf. Ich bin der Meinung, daß wir unter diesem Aspekt den von einem Sachverständigengremium im einzelnen geprüften Vorschlag des Bundeskanzlers auch in dieser Form jetzt akzeptieren sollten.

Wir haben doch letzten Endes in unserer Partei die Sachverständigengremien, damit sie den Bundesvorstand beraten. (*Adenauer:* Wissen Sie denn auch, wer?) Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, ich meine das Sachverständigengremium, das sich zusammensetzt aus den Herren, die Herr Etzel hier vorgetragen hat, und das hat doch sein Votum hier vorgelegt, und zwar einstimmig. Herr Schmidt hat das noch ergänzt durch seine persönlichen Vorbehalte, die er schließlich aber dann auch zurückgestellt hat aufgrund der Situation, wie sie sich im Wahlkampf ergibt. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir können also gar nicht, wenn wir einen Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik noch ernst nehmen wollen, anders verfahren, als klar und deutlich diesen Sachverständigen unsere Anerkennung zu gewähren. Ich bin auch der Meinung,

Herr Bundeskanzler, daß das weitestgehend hier so ausgedrückt ist, daß uns in keiner Form für die nächste Legislaturperiode bereits eine „Reformation“ auf den Tisch gelegt worden ist, sondern daß es sich um rein wahltaktische Überlegungen handelt. Wir können nicht hergehen und den Bundeskanzler – ich sage das noch einmal – in dieser Form jetzt verlassen. Ich bin auch der Meinung, man kann deshalb nicht sagen, man stimmt zu, denn das würde auch zum Ausdruck bringen, daß wir jetzt nachträglich erst dem Bundeskanzler unser Votum geben. (*Gerstenmaier*: Das steht doch hier! – *Lebhafte Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: „Nur“ meint er!) Das muß geändert werden, Herr Präsident! Aber wir können jetzt nicht nachträglich erklären, wir stimmen zu, nachdem der Bundeskanzler auf dem Parteitag das Gemeinschaftswerk bereits als CDU-Sache verkündet hat. Die ganze Presse war voll von dieser Neuerung, von dieser neuen Wirklichkeit, und man erwartet auch Entsprechendes von dem Deutschen Gemeinschaftswerk. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Präsident Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Das ist ja wunderbar! Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn der Bundeskanzler als Bundeskanzler vor dem Bundestag Erklärungen abgibt, die nach Artikel 65 des Grundgesetzes⁷⁹ in seiner Verantwortung stehen. Wenn er aber als Parteimitglied auf dem Bundesparteitag etwas verkündet, ohne auch nur ein einziges Wort vorher mit einem Manne gesprochen zu haben, der hier in einem Gremium sitzt, kein Wort – ich weiß heute noch nicht, was „Formierte Gesellschaft“ ist –, (*Starke Unruhe, teils Zustimmung, teils Widerspruch*) kein Wort, meine Herren, dann sollen wir alle dem, was überhaupt an Konsequenzen daraus abgeleitet wird, hier zustimmen? Das sollen wir wiederum ohne Sachberatung tun! Und das geht nicht, meine Herren! Das tue ich nicht! (*Anhaltende Unruhe*. – *Zurufe*: Sehr richtig! – *Weitere Zurufe*: Sie waren doch eingeschaltet!⁸⁰) Auch wenn alle damit einverstanden sind. Ich bin mit der Methode jedenfalls nicht einverstanden! (*Lebhafte Unruhe*.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Wir können aus der Sache nur heraus, Herr Bundeskanzler Adenauer, mit den Worten: Sollen, sollen und nochmals sollen! Dann ist es ein Wahlmanifest. Das ist mein Vorschlag. Geben Sie nach, Herr Bundeskanzler! (*Starke Unruhe*. – *Etzel*: Sie haben doch zugesagt im Präsidium!)

Dufhues: Einen Moment, meine Herren! In den einleitenden Bemerkungen habe ich darauf hingewiesen, daß weite Schichten der Wählerschaft programmatische Erklärungen und Verlautbarungen der CDU vermissen. In diesem Zusammenhang habe ich betont, daß einer der Ansätze von programmatischen Erklärungen das Deutsche Gemeinschaftswerk ist. Wir sind uns in diesem Gremium einig darüber,

79 Art. 65 GG regelt die Befugnisse in der Bundesregierung. Satz 1 legt fest: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.“

80 Die Erklärung des Präsidiums der CDU zum „Deutschen Gemeinschaftswerk“ vom 3. April 1965 wurde von den Präsidiumsmitgliedern im Umlaufverfahren gebilligt (Schreiben Kraske vom 24. Juni 1965 in ACDP VII-001-054/1).

daß der Wahlkampf vor allem mit Professor Ludwig Erhard geführt werden muß. Er hat in der Vorbereitung des Wahlkampfes das Deutsche Gemeinschaftswerk formuliert und verkündet. Wenige Tage nach dem Bundesparteitag hat das Präsidium der CDU einstimmig, auch unter Mitwirkung von Herrn Präsidenten Gerstenmaier, diesem Deutschen Gemeinschaftswerk und den Vorschlägen von Professor Erhard zugestimmt. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Da war ich übrigens nicht anwesend. Ich habe das ganz genau gelesen vom Deutschen Gemeinschaftswerk, aber, meine Herren, wer von Ihnen behauptet, das zu verstehen, dem sage ich, ich verstehe es nicht.

Dufhues: Darf ich aus meiner Erinnerung sagen, Herr Bundeskanzler, ich glaube, wir müssen wegen der Anwesenheit noch einmal die Protokolle nachsehen. Ich halte es für dringend notwendig, nachdem sich die Dinge so entwickelt haben, daß das der einzige entscheidende konkrete Ansatz eines Programms der CDU für diesen Wahlkampf ist und daß wir in dieser Linie fortfahren.

Nun kann man doch nicht behutsamer vorgehen, verehrter Herr Gerstenmaier, als daß man die Freunde der Partei und der Fraktion bittet, die bekannt dafür sind, daß sie sehr haushälterisch denken, daß es das erste Anliegen ihrer Politik ist, Formulierungen zu finden, die die Vorschläge von Erhard mehr konkretisieren. Hier wird auch nichts festgelegt, was nicht die Freiheit der Fraktion und des Parlaments in allen wesentlichen Fragen noch offen läßt. (*Gerstenmaier:* Es tut mir leid, ich sehe es genau anders! – *Zurufe:* Sehr richtig. – *Unruhe und Bewegung.*) Ich weiß nicht, wie Sie den Wahlkampf führen wollen, wenn Sie jetzt drei Monate vor der Wahl in solchen entscheidenden Fragen bei der propagandistischen Vorbereitung einer Wahl derartig bremsen und derartige Bedenken haben. (*Adenauer:* Damit wollen Sie den Wahlkampf führen, Herr Dufhues?) Das ist eine der Möglichkeiten. (*Adenauer:* Eine Idee.) Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, seit Jahren redet die SPD nur von Gemeinschaftsaufgaben, und alles taumelt in diese Diskussion hinein. Wir machen hier zum erstenmal konkrete Vorschläge in dieser Richtung. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Wie sollen wir es machen? Bitte sehr, Herr Krone.

Krone: Wir sind uns einig in den großen Forderungen nach reiner Luft, nach reinem Wasser, nach Bildung, nach der Wiedervereinigung usw. So rede ich, wenn ich darüber rede. (*Stürmische Heiterkeit und Unruhe.*) Aber hier sind die Wege gewiesen: Investitionsprogramm und Finanzierung des Deutschen Gemeinschaftswerkes sind von den dafür berufenen Organen festzulegen, das heißt, Bund und Länder bilden ein Organ, und die Parlamente müssen zustimmen. Natürlich ist das ein Problem. Aber trotz dieser Bedenken sage ich zu dieser Prinzipienerklärung zunächst einmal ja, und nach der Wahl werden wir darüber weiterreden. (*Sehr starke Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Herren! Bitte Ruhe, einer nach dem anderen. Das Wort hat Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Wie wollen Sie die Sache formulieren, daß wir uns nicht festlegen? Die Formulierung von 1 bis 4 ist doch eine materielle

Festlegung des Bundespartei Vorstandes. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Sie mögen es aus wahltaktischen Gründen für notwendig halten, aber es ist doch eine andere Sache, ob wir uns hier für ein Kernstück des Regierungsprogramms festlegen müssen, ohne daß wir auch nur eine Möglichkeit haben, materiell darüber zu sprechen. (*Anhaltende Unruhe. – Gradl: Darf ich einen Vorschlag machen?*)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Gradl!

Gradl: Gegen den Absatz 1 und 2 ist überhaupt nichts zu sagen. Dann geht es aber auf Seite 1 unten los. Ich schlage vor, daß wir den ersten Satz stehenlassen und die weiteren Sätze unter Ziffer 1 streichen.

Gegen die Ziffer 2 ist nichts zu sagen; ebenfalls auch nichts gegen die Ziffer 3. Über die Ziffer 4 kann man streiten. Aber wenn man es so formuliert, wie es jetzt gesagt worden ist, daß wir statt „zu verabschieden“ nunmehr sagen „festlegen“, dann ist doch auch die Ziffer 4 zu akzeptieren.

Wovor man wirklich Sorge haben muß, ist die Ziffer 1, nämlich der zweite und der dritte Satz. Das sind Festlegungen, die gehen natürlich zu weit. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Ich möchte sie jedenfalls nicht verantworten. Aber alles andere gibt eine Grundlinie, und die sollten wir auch sagen, denn was sollten wir sonst sagen. (*Anhaltende Unruhe. – Etzel: Aber, Herr Gradl, genau das ist es doch, was Herr Erhard in Düsseldorf erklärt hat.*) Worauf kommt es Ihnen denn nun an, Herr Etzel? Kommt es Ihnen darauf an, für die Wahl eine Deutung dessen, was Herr Erhard gesagt hat, zu geben in dem Sinne von Kennedy „neue große Linien und neue große Grenzen“, oder wollen Sie hier schon eine materielle Regelung? (*Unruhe.*) Wenn Sie das wollen, dann kann ich nur sagen, das gehört nicht hierher, dafür müssen wir schon mehr Zeit haben, um uns darüber auszusprechen. (*Gerstenmaier: Das ist eine Schutzformulierung.*)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Stecker.

Stecker: Ich meine, ohne dieses ist die Sache eher negativ als positiv zu beurteilen. Ich sehe es so, daß wir diese Probleme nach vorne hin überwinden müssen, auch den Föderalismus überwinden müssen. Wie wollen Sie es denn machen, wenn Sie nicht einmal eine solche Richtung aufzeigen? Ich bin der Meinung, daß das nur dadurch möglich ist, daß wir z. B. auf die Mineralölsteuer einige Pfennige drauflegen. Daß wir konkretisieren bei den Bildungsfragen usw. Alles das läßt sich doch in diesem Rahmen machen. (*Starke Unruhe.*)

Adenauer: Das läßt sich in diesem Rahmen eben nicht machen. Es ist doch folgendes, die Selbständigkeit der Gemeinden usw. wird doch alles kaputtgemacht. (*Anhaltende Unruhe.*) Lesen Sie doch, was hier steht, das ist kaputt damit! (*Etzel: Wenn Sie die 17 Thesen ansehen, die die Partei veröffentlicht hat, da steht ausdrücklich drin, daß die gemeindliche Selbständigkeit bestehen bleibt.*) Die Gemeinden wollen mehr haben! (*Etzel: Das sollen sie haben.*) Woher denn? (*Etzel: Aus den Mitteln, die aus dem Sozialprodukt erwachsen. – Dufhues: Es sind z.Z. kommunale Aufgaben.*) Aufgrund des Sozialprodukts? (*Starke Unruhe.*) Das Wort hat Herr Noltenius.

Noltenius: Ich finde, daß die Sache so wichtig ist, daß sie jetzt nicht übers Knie gebrochen werden kann. Ich meine, daß wir einen Fehler machen, wenn wir jetzt versuchen wollten, aufgrund dieses Textes zu einer Entschließung zu kommen. Das muß und kann auch bei einer späteren Gelegenheit nochmals vorgetragen werden. (*Unruhe und Bewegung.* – *Dufhues:* Nach der Wahl, würde ich vorschlagen, am 20. September! – *Kraske:* Nach der Wahl! – *Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Warum nicht, meine Herren, wir können doch vorher noch einmal zusammenkommen. (*Anhaltende Unruhe.*) Bitte sehr, Herr Scheufelen.

Scheufelen: Es ist doch hier nichts drin, was eine zukünftige Fraktion bindet. Es ist nur festgestellt der Tatbestand, daß wir bei der gegenwärtigen Finanzstruktur nicht mehr in der Lage sind, die Aufgaben, die auf uns zukommen, zu lösen. Das ist das Problem jedes Parlaments, von der Gemeinde bis zum Bund. (*Unruhe und Zuruf:* Allerdings!) Wir stellen fest, hier ist eine Notwendigkeit gegeben, und da muß man so oder so ansetzen. Im übrigen muß das innerhalb der Zuständigkeit der einzelnen Parlamente erfolgen. Wir stellen nur die Notwendigkeit zunächst fest. (*Starke Unruhe.*) Das sollten wir tun. Wenn wir das nicht tun, kann man uns vorwerfen: Ihr habt geschlafen! (*Dufhues:* Das ist die praktische Fortentwicklung des Föderalismus, von der Herr Mikat gepredigt hat.) Ich schlage nun vor, daß wir abstimmen, Herr Bundeskanzler. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Also keine Wortmeldungen mehr! Dann bitte ich diejenigen, die sich der Stimme enthalten, eine Hand zu erheben. (*Bewegung und Zuruf:* Stimmenthaltungen?) Ich bitte diejenigen, die zustimmen möchten, eine Hand zu erheben. – Und diejenigen, die dagegen sind! – Zwei! So, meine Herren, damit hätten wir die Tagesordnung erschöpft. (*Wiederum sehr starke Unruhe.*) Meine Herren, das kalte Büffet steht nebenan. Die Sitzung ist geschlossen.

Abkürzungen und Zeichen

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
AdG	(Keesing's) Archiv der Gegenwart
ADL	Archiv des Deutschen Liberalismus
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AG	Aktiengesellschaft
ANF	Atlantic Nuclear Forces (Atlantische Atomwaffenstreitkräfte)
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
ASM	Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdV	Bund der Vertriebenen
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BHE	Block (Bund) der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BND	Bundesnachrichtendienst
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BR	Bundesrat
BT	(Deutscher) Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
BVP	Bayerische Volkspartei
BZ	Berliner Zeitung
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDP	Christlich-Demokratischer Pressedienst
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CVP	Christliche Volkspartei (Saarland)
CWDU	Christlich-Demokratische Weltunion
DA	Demokratische Arbeitsgemeinschaft
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft

Abkürzungen und Zeichen

DBV	Deutscher Bauernverband
DC	Democrazia Cristiana
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDU	Deutsche Demokratische Union
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DPS	Demokratische Partei Saar
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRP	Deutsche Reichspartei
Drs.	Drucksache
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DVP	Demokratische Volkspartei
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik
EFTA	European Free Trade Association/ Area (Europäische Freihandelszone)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKU	Evangelische Kirche der Union
EMNID	Erforschung, Meinung, Nachrichten, Informationsdienst
EP	Europäisches Parlament
EUCD	Europäische Union Christlicher Demokraten
EURATOM	Europäische Gemeinschaft für Atomenergie
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
fdk	Freie Demokratische Korrespondenz
FDP	Freie Demokratische Partei
FDV	Freie Deutsche Volkspartei (Berlin)
FLN	Front de Libération Nationale
FU (Berlin)	Freie Universität (Berlin)
FVP	Freie Volkspartei
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

GG	Grundgesetz
GiW	Geschichte im Westen
Hg.	Herausgeber
HPM	Historisch Politische Mitteilungen
HStA	Hauptstaatsarchiv
IAF	Inter-American Forces
IfD	Institut für Demoskopie Allensbach
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
IUJCD	Internationale Union Junger Christlicher Demokraten
JU	Junge Union Deutschlands
KAB	Katholische Arbeit(nehm)er-Bewegung
KKV	Verband Katholischer Kaufmännischer Vereine Deutschlands
KNA	Katholische Nachrichten-Agentur
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU
KV	Kreisverband
LDP	Liberal-Demokratische Partei
LTW	Landtagswahl
LV	Landesverband
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses (von Berlin)
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdBB	Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdHB	Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtags
MLF	Multilateral Forces (Multilaterale Streitmacht)
MRP	Mouvement Republicain Populaire
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDP	Nationaldemokratische Partei
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NEI	Nouvelles Equipes Internationales
NL	Nachlaß
NLP	Niedersächsische Landespartei
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NW	Nordrhein-Westfalen

Abkürzungen und Zeichen

NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAS	Organisation de l'Armée Secrète
ODCA	Organizacion Democrata Cristiana de America
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PCI	Partito Comunista Italiano
ppp	Parlamentarisch-Politischer Pressedienst
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano
PSI	Partito Socialista Italiano
PSK	Politisch-Soziale Korrespondenz
ptl.	parteilos
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor (Berlins)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
StBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
Sten.Ber.	Stenographische(r) Bericht(e)
SVP	Saarländische Volkspartei
SWF	Südwestfunk
TH	Technische Hochschule
TOP	Tagesordnungspunkt
UCDEC	Union Chrétienne Démocrate de l'Europe Centrale
UDF	Union pour la Démocratie Française
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UDT	Union Démocratique du Travail
UiD	Union in Deutschland
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
UNR	Union pour la Nouvelle République
UPI	United Press International
US	United States (of America)
USA	United States of America
VdK	Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften

Abkürzungen und Zeichen

VEBA	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WEU	Western Europe Union
WP	Wahlperiode
Z	Zentrum
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee
[]	Einfügung des Bearbeiters
[!]	tatsächlicher, aber befremdlicher Text

Quellen und Literatur

A) Quellen

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

Krone, Heinrich	I-028
Globke, Hans	I-070
Lücke, Paul	I-077
Blank, Theodor	I-098
Merkatz, Hans-Joachim von	I-148
Hassel, Kai-Uwe von	I-157
Gerstenmaier, Eugen	I-210
Kiesinger, Kurt Georg	I-226
Fricke, Otto	I-248
Mende, Erich	I-269
Martin, Berthold	I-277
Wegmann, August	I-366
Erhard, Ludwig (Terminkalender)	I-554

CDU-Kreisverband Stade	II-156
------------------------	--------

CDU-Landesverband Westfalen-Lippe	III-002
CDU-Landesverband Württemberg-Hohenzollern	III-009
CDU-Landesverband Hamburg	III-010
CDU-Landesverband Berlin	III-012

Frauenvereinigung und Europäische Frauenunion	IV-003
Junge Union	IV-007
Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)	IV-013

CDU-Bundespartei – Bundesvorstand	VII-001
– Vorsitzende	VII-002
– Wahlen	VII-003
– Bundesgeschäftsstelle	VII-004

CDU/CSU-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates und des Deutschen Bundestages	VIII-001
--	----------

TERMINKALENDER Adenauers (s. NL Globke)	I-070
---	-------

PRESSEDOKUMENTATION, Personen- und Sacharchiv

Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP)

CSU-Landesvorstand

CSU-Landesgruppe

Nachlaß Strauß (Terminkalender 1965)

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)

Parteivorstand

Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL)

A1–188–A1–203

Karteikarten

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStA)

RWV 26 Nr. 1281

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH)

III/28, III.52, 04.13, 04.17, 08.54

Deutscher Bundestag

BT 11308–3.65

Bundesgesetzblatt, Gesetz- und Verordnungsblätter der Länder, Verhandlungen und Drucksachen des Deutschen Bundestages, der Landtage, des Berliner Abgeordnetenhauses und dgl. sind nicht eigens aufgeführt.

B) Literatur

- AAPD 1963–1965 s. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
- ABGEORDNETE des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Hg. vom Deutschen Bundestag. Bde. 4, 7, 8, 9. Boppard 1988, 1990, 1991. *Zit.*: ABGEORDNETE 4–9.
- ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1959–1963. Fragmente (Bd. 4). Stuttgart 1968. *Zit.*: ADENAUER: Erinnerungen 4.
- Reden 1917–1967. Eine Auswahl. Hg. von Hans-Peter Schwarz. Stuttgart 1975. *Zit.*: ADENAUER: Reden.
- Teegespräche 1961–1963. Bearb. von Hans Peter Mensing (Rhöndorfer Ausgabe 4, hg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz). Berlin 1992.
- AdG: Archiv der Gegenwart (bis Jahrgang 31/1961 u.d.T. Keesing's Archiv der Gegenwart). Wien 1944 ff., Essen 1952 ff., Bonn 1956 ff.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Wiss. Leiter: Rainer A. Blasius (Hg.: Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amtes). 1963 Bd. III: 1. Oktober bis 31. Dezember 1963. München 1994. – 1964 Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni 1964; Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember 1964. München 1995. – 1965 Bd. I: 1. Januar bis 31. März 1965; Bd. II: 1. April bis 31. August 1965. München 1996. *Zit.*: AAPD 1963–1965.
- BARING, Arnulf (Hg.): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964. Hamburg 1974.
- BERNECKER; Walther L./DOTTERWEICH, Volker (Hg.): Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts. 2 Bde. Göttingen 1982. *Zit.*: PORTRÄTS 1–2.
- BLUMENWITZ, Dieter u. a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft. Stuttgart 1976.
- BUCHSTAB, Günter (Hg.): Konrad Adenauer in Cadenabbia. Düsseldorf 1992. *Zit.*: BUCHSTAB: Cadenabbia.
- BUCHSTAB, Günter (Bearb.): Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8). Stuttgart 1986. *Zit.*: PROTOKOLLE 1.
- Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16). Düsseldorf 1990. *Zit.*: PROTOKOLLE 2.
- Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994. *Zit.*: PROTOKOLLE 3.
- BULLETIN des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 1951 ff.

- CDU, 1. Parteitag 1950 in Goslar, 6. Parteitag 1956 in Stuttgart, 7. Parteitag 1957 in Hamburg, 8. Parteitag 1958 in Kiel, 9. Parteitag 1960 in Karlsruhe, 10. Parteitag 1961 in Köln, 11. Parteitag 1962 in Dortmund, 12. Parteitag 1964 in Hannover, 13. Parteitag 1965 in Düsseldorf. Hg. Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Bonn 1950 ff. *Zit.*: CDU, 1.–13. Bundesparteitag.
- DATENHANDBUCH zur Geschichte des Deutschen Bundestages. 1949–1982. Verfaßt und bearb. von Peter Schindler. 3. durchges. Aufl. Baden-Baden 1984.
- Deutschland-Union-Dienst. Pressedienst der CDU, CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Frankfurt a.M. 1947 ff. *Zit.*: DUD.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. Bearb. von Ernst Deuerlein u. a., hg. vom Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, (später) Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen. Reihe IV, Bde. 1–9: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966. – Bd. 7,1: 12. August bis 30. September 1961, bearb. von Gisela Biewer. Frankfurt a.M. 1976. Bd. 8,1: 1. Januar bis 30. Juni 1962, bearb. von Hannelore Nathan. Frankfurt a.M. 1977. *Zit.*: DzD IV/7,1–8,1.
- Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Hg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Bde. 8, 14, 20. Tübingen 1959, 1963, 1967.
- FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1949–1967 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 4. Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 7/III). Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1967, bearb. von Reinhard SCHIFFERS. Düsseldorf 1993.
- FISCHER, Claus A. (Hg.): Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in den Ländern und in den Kreisen 1946–1989 (Studien zur Politik Bd. 14). 1. und 2. Halbbd. Paderborn 1990. *Zit.*: FISCHER 1–2.
- GAULY, Thomas M.: Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1976. Bonn 1990.
- GERSTENMAIER, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt a.M. 1981.
- Geschichte im Westen. Halbjahres-Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte. Hg. von Walter Först. *Zit.*: GiW.
- GROEBEN, Hans von der: Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft: Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966). Baden-Baden 1982.
- GROSSER, Alfred/SEIFERT, Jürgen: Die Staatsmacht und ihre Kontrolle (Die Spiegel-Affäre, 1). Olten 1966.
- HENTSCHEL, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München 1996.
- HILDEBRAND, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4). Stuttgart 1984. *Zit.*: HILDEBRAND: Bundesrepublik 4.
- Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Bde. 2, 3. Köln 1995, 1996. *Zit.*: HPM 2, 3.

- Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964. Hg. von Elisabeth NOELLE und Erich Peter NEUMANN. Allensbach 1967.
- Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967. Hg. von Elisabeth NOELLE und Erich Peter NEUMANN. Allensbach 1967.
- JANSEN, Thomas: Die Entstehung einer Europäischen Partei. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung der EVP. Bonn 1996.
- KLEINMANN, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993.
- KLOTZBACH, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965. Berlin/Bonn 1982.
- KOERFER, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1987.
- KÖHLER, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie. Berlin 1994.
- KOSTHORST, Daniel: Brentano und die Deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 26). Düsseldorf 1993.
- KROLL, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters. Köln 1967.
- KUSTERER, Hermann: Der Kanzler und der General. Stuttgart 1995.
- LANGE, Erhard H.M.: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Meisenheim a.Gl. 1975.
- LOTH, Wilfried/PICHT, Robert (Hg.): De Gaulle, Deutschland und Europa. Opladen 1991.
- MAIER, Klaus A. (Hg.)/THOSS, Bruno: Westintegration, Sicherheit und deutsche Frage. Quellen zur Außenpolitik in der Ära Adenauer 1949–1963 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit 42). Darmstadt 1994.
- MENDE, Erich: Die neue Freiheit 1945–1961. München 1984. *Zit.*: MENDE: Freiheit.
- Von Wende zu Wende 1962–1982. München 1986. *Zit.*: MENDE: Wende.
- MÖLLER, Horst/HILDEBRAND, Klaus (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963 (hg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und dem Institut für Zeitgeschichte). Bd. 1: Außenpolitik und Diplomatie. Bearb. von Ulrich Lappenküper. München 1997.
- MORSEY, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn 1996.
- OSTERHELD, Horst: „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“ Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht (Adenauer-Studien V; Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B 44). Mainz 1986. *Zit.*: OSTERHELD: Kanzlerjahre.
- Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 23). Düsseldorf 1992. *Zit.*: OSTERHELD: Außenpolitik.
- PORTRÄTS 1–2 s. BERNECKER/DOTTERWEICH
- PROTOKOLLE 1, 2 und 3 s. BUCHSTAB

- REUCHER, Ursula: Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung 1956–1965. Diss. Bonn 1998.
- RHEINISCHE LEBENSBIlder. Bd. 7, hg. von Bernhard Poll. Bd. 14, hg. von Franz-Josef Heyen. Köln 1977, 1994.
- SCHÖNBOHM, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985.
- SCHOLLWER, Wolfgang: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. Hg. von Monika FASSBENDER (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, 15). München 1994.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952. Stuttgart 1986. Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967. Stuttgart 1991. *Zit.*: SCHWARZ: Adenauer 1–2.
- Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 3). Stuttgart/Wiesbaden 1983. *Zit.*: SCHWARZ: Bundesrepublik 3.
- SOELL, Hartmut: Fritz Erler. Eine politische Biographie. Bd. 2 (Internationale Bibliothek, 101). Berlin 1976.
- Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 4. Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 8/III). Bearb. von Heinrich POTTHOFF. Düsseldorf 1993.
- SPOTTS, Frederic: Kirchen und Politik in Deutschland. Stuttgart 1976.
- STARKE, Heinz/DAHLGRÜN, Rolf/SCHMÜCKER, Kurt: Haushaltsreden 1962 bis 1966. Dokumente – Hintergründe – Erläuterungen. Hg. vom Bundesministerium der Finanzen (Schriftenreihe zur Finanzgeschichte 4). Bonn 1995.
- STÖSS, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 38/39). 2 Bde. Opladen 1983/1984. *Zit.*: Stöss 1–2.
- Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hg. von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz. *Zit.*: VfZ.
- ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBIldERN. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bde. 7 und 8 hg. von Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. Mainz 1994, 1997. *Zit.*: ZEITGESCHICHTE 7–8.

Personenregister

Seitenzahlen in Kursiv weisen auf biographische Angaben hin; Zahlen mit * verweisen auf die Anmerkung der betreffenden Seite. Die fettgedruckten Ziffern bezeichnen den Beginn der Redebeiträge der Sprecher.

- Abel, Rudolf Iwanowitsch 362*
Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch 636
Abusch, Alexander 574, 575
Acheson, Dean Gooderham 539
Ackermann, Annemarie 282*, 700
Adorno, Eduard 524, 538*, 551, 607, **646**, 647, 703, 709, **716**, 720 f., 906, **953**
Adschubej, Alexej Iwanowitsch 409, 410
Ahlers, Conrad XXII, 292*, 298, 299, 302 f., 305, 307–309, 311, 360
Ahrens, Hermann 462*
Ahrlé, René 799*
Albers, Johannes 1, 18, **18**, 30 f., 62, **94**, 95, 115, 200, 287, 355, **385**, 396, 402, 503
Albertz, Heinrich 576, 579, 613, 618, 633 f.
Altmeier, Peter XX, 1, 40, 41, 46, 133, 140, 159, **160**, 163, 179 f., **186**, 190 f., 193 f., 196–199, 355, 411*, 441, 471, 485, 489, 495, 501, 503, 524, 568, 640, 890, 906
Amrehn, Franz 1, 19, **19**, 21*, 23, 26, 31, 44, 53, **58**, 60, 62, **79**, 80, 285, **345**, 346, **347**, 354, 402, 409, **416**, 419, 422, 524, **545**, 554 f., 557, 563, 573, **574**, 579, **580**, 581–583, 586, **594**, 597, **598**, **599**, 600, 607, 613, 621, **633**, 647, **670**, 676, **677**, 678, **702**, 703, 807, **837**, 840, **862**, 864, 869, 906, **940**, 947 f.
André, Helmut 680
Appel, Reinhard 167
Arndgen, Josef 80*, 271, 518, 658*
Arndt, Adolf 180, 315, 856, 861 f., 868
Arnold, Karl 146, 243, 321, 364, 381, 684, 758, 885
Attlee, Clement 238*
Augstein, Rudolf 295, 297, 306*, 309 f., 358, 360 f.
Bach, Ernst 87, 274
Bading, Harri 959*
Bafle, Konrad 908*
Bahr, Egon 580, 584*, 613
Baier, Fritz 807, 874, **874**
Balke, Siegfried 651, 655, 657, 661
Ball, George Wildman 527, 528–530
Bandaranaike, Sirimavo Rattwate D. 614*
Barsig, Franz Albert 91
Bartels, Adolf 844
Barth, Heinrich 282*, 700
Barzel, Rainer XI f., 62, 91, 93, 97 f., **99**, 118, 133, **155**, **156**, **157**, 158, 163, **185**, 197, 200, 205, 218, 220, 224, 226 f., 229 f., 236, **239**, 244, 246–248, 250–256, **257**, 258 f., 264, 279, 285, 300, **312**, **313**, **322**, 354 f., 373, **381**, 386, 389, 393, 400, 433, 438, 440 f., 448, 456, **459**, 476, 524, 549, **556**,

- 557, 573 f., 581, **582**, 584, **586**,
595, **599**, **600**, 607, 640, 651, 660,
663, 677 f., **691**, 696 f., 705, 707,
734 f., 747, 751, **752**, 758, 760,
762, 764, 766, 772, 786, 792, 798,
801, 803–807, 817, 879, 882, **884**,
887, **888**, 889, 893, **901**, 903, 906,
912 f., 918 f., **922**, 924, 926, 930,
935, 937, 938, 940, 946 f., **948**,
950, 957, 966
- Bauer, Fritz 861
- Bauer, Josef 402, 419, **419**, 420*,
421
- Bauknecht, Bernhard 163, 441, **464**,
465, 469 f., 524, **543**, 568, 648,
678, 705
- Baumel, Jacques 619*
- Bausch, Paul 389
- Becker, Hans Detlef 315, 362
- Becker-Döring, Ilse 706, 707, 891
- Ben Bella, Ahmed 907, 926*
- Benda, Ernst 210, 214–217, 270,
281, **283**, 700, 845, 848 f., 852,
854 f., 858, 862–865, 869
- Bengsch, Alfred 22
- Berg, Fritz 204, 914 f., 943
- Bergmann, Ingmar 709*
- Binder, Paul 966
- Bismarck, Philipp von 643
- Bitter, Wilhelm 355, 568, 607
- Blank, Joseph 504
- Blank, Theodor VII, XIV–XVI,
XXI–XXIII, XXV, 34, 62, 71, **77**,
82, 100, 110, 119, 127 f., 140,
163, 196, 200, 217, 219, 234, **235**,
251, 282, 285, **287**, 291, **345**, 355,
376, 379 f., 385–388, 394 f., 402,
426, 434, 450, 458, 478, 516, 557,
590, 593, 595, 607, **638**, 650–654,
656, 662, 665 f., 668, 673, 677,
684–699, 719, 766, 785, 807, 832,
840, 873, 892, 907
- Blankenhorn, Herbert 278*
- Blessing, Karl 107, 181, 625, 874
- Blohm, Irma 271
- Blücher, Franz 364, 384, 491
- Blume, Walter 470
- Blumenfeld, Erik Bernhard VII, 1,
26, **26**, 29, 34, 40, **42**, 43, 62, **78**,
116, 124*, 143, 159, 161, 163, 179,
200, **224**, 234, 270, 283, 285, 302,
305, **307**, **308**, **309**, **322**, 323, **345**,
402, **434**, 485, 496, 568, 607, 735,
763, **791**, 805, 906
- Böckler, Hans 169, 170 f.
- Böhm, Franz 64*
- Bosse, Wilhelm 735
- Brandt, Willy 22, 23, 24*, 58, 60,
68 f., 201, 279, 347*, 352–354,
373, 417*, 418 f., 443, 471,
475, 483, 563 f., 573–581, 583,
585–587, 598, 612–614, 617 f.,
621, 633–637, 641, 644, 661, 676,
711, 745, 750, 758, 783, 788, 837,
919, 923, 928, 932 f., 940 f., 944,
950*
- Brauksiepe, Aenne 62, 74, **92**, 200,
229, 270, **280**, 441, 460, 677, **688**,
703, 706, **708**, 874, 892 f., 906,
951, 961
- Braun, Gerhard 272, 680
- Brenner, Otto 106, 110, 168–170,
490, 915
- Brentano, Heinrich von XXIII, 1,
3, 38, 45, **48**, 52, **53**, **57**, **58**, 59,
60, 61, 65 f., 100, **120**, 121, **125**,
130, **131**, 157, 159, 200, 203, 219,
224, 285, 289, **302**, 306 f., 313 f.,
321, **322**, **323**, 326, **335**, **336**, **346**,
355, 369 f., 373, 383*, **393**, 401 f.,
413 f., **415**, 416, 428, 431, 436,
441, 449 f., 453, 459, 468, **480**,
481, **483**, 485, 490, 518, 524, **544**,
568 f., 600, 671, 680, 736 f., 758

- Brundert, Willi 724
 Bucerius, Gerd 30, 64*, 116,
 156–162
 Bucher, Ewald 711, 809*, 849, 852,
 858*, 889*
 Bühler, Karl August 906, 950, **950**
 Bundy, McGeorge 622, 624
 Burgbacher, Fritz 62, 84, **84**, 88 f.,
89, **90**, 100, 117, 120, 125, 163,
183, 184, 200, **214**, 216, 250, **254**,
 285, **333**, 335 f., **337**, 338, 402,
 434, **437**, 441, 451 f., 457, **462**,
 479, 485, **514**, 557, 605–607,
 628 f., **631**, 632, **670**, 677, **701**,
702, **703**, 735, **806**, 807, **876**, **878**,
 879, 888, 905 f., 915, **958**, 959,
 966
 Butler, Richard Austen 567*
 Carstens, Karl 572
 Cassens, Johann-Tönjes 700
 Castro, Fidel 570*
 Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch
 6, 53*, 54, 57 f., 73, 108 f., 111 f.,
 135, 138, 164, 166, 319 f., 407,
 409 f., 417, 418*, 529, 565 f.,
 570 f., 583 f., 610, 743 f., 785,
 811 f., 819
 Churchill, Sir Winston Leonard
 Spencer 240, 816, 855
 Cillien, Adolf 430
 Clay, Lucius Dubignon 44, 55, 58 f.
 Conant, James Bryant 350
 Conrad, Wilhelm 195
 Couve de Murville, Jacques Maurice
 55, 404, 897, 900, 902
 Dach, Günter 633*
 Dahlgrün, Rolf 503, 505, 531,
 593–596, 663, 948
 Dahmen 939
 Daniels, Wilhelm 87, 160, 282*
 Danz, Werner 948*
 Debré, Michel 236*
 Dehler, Thomas 400, 595, 639 f.,
 856
 Deist, Heinrich 410, 445, 490, 790
 Denso, Jochen 927
 Dibelius, Otto 202*
 Dichtel, Anton 100, 123, **123**, 124,
128, **129**, 163, **184**, 192, 270 f.,
 282, 355, 402, **415**, 428, 485, 491,
518, 519, 524, 538*, **540**, 541, 545,
 604, 607, 619, **630**, 646, **647**, **668**,
669, 670, **671**, 672, 678, 735, **768**,
 771, 802 f., 879, **893**, 894, **895**
 Diebäcker, Hermann 732*
 Diederichs, Georg 411*, 908*
 Dirks, Walter 927
 Dittmar, Rupprecht 1, 29, **29**, 200,
228, 287, 524, 607, **637**, **638**, **667**,
 677, **681**, **688**, 690, **692**, 693, **696**,
 697 f., **699**, 700, 705 f., 709, 735,
843, 906
 Dobrynin, Anatoli 405*
 Doch, Elmar 716
 Dodd, Thomas J. 812
 Dönitz, Karl 847
 Döpfner, Julius 22
 Döring, Wolfgang 361, 362–366,
 368, 379, 382, 399
 Dörzenbach, Annette 735
 Dollinger, Werner 62, 84, 199, 203,
 355, 360, 373, 735, 763, **778**,
 836
 Douglas-Home, Alexander Frederick
 166, 560 f.
 Dovifat, Emil 91
 Dowling, Walter C. 405
 Dufhues, Josef Hermann Xf., XIVf.,
 XVIIIf., XXV, 1, 5, **23**, 36, 41,
47, 48 f., **51**, 62, 94 f., **95**, 100,
113, 114, **116**, 117 f., 119–120,
121, 122–126, **127**, 128, **129**, 130,
 133, 142, **143**, 144–147, **160**, **162**,
 200, 205, 207 f., 211, **212**, 213,

- 215, 216, 217**, 219 f., **221**, 222,
 224–228, **229**, 230–233, **234, 235**,
236, 237, 239, **264, 270**, 272,
 274*, **281**, 282, **283, 284**, 285,
286, 291, **299**, 301 f., 305, 307,
 309 f., **311**, 313, 316, 321 f., **324**,
325, 326*, 334, **335, 336**, 337,
338, 344, **346, 354, 355**, 373, 376,
 380, 383, 402, **421**, 425, 428 f.,
 431, **433**, 434–436, **436, 437, 438**,
439, 441, 447, 450, **453**, 455–459,
 461, 463, 465, 470 f., **472**, 478 f.,
 480 f., **482**, 483, **484**, 485, 491,
492, 495, 497–499, 502–505, **507**,
 514, 519, **522, 523**, 524, **541**, 544,
548, 555, **556**, 557, **596, 600**, 603,
604, 606, 607, 616, 619 f., **626**,
 628, 631, **632, 633, 641, 644, 645**,
 646, **647**, 649, 656, **663, 664, 665**,
 666, **667, 668, 669, 670**, 671, **672**,
 674, **675**, 676 f., **679**, 680, **681**,
 682–687, 700, **701**, 703, **705, 714**,
 724, 727, 729, **730, 732, 733, 734**,
 735, 750, 763, 777, **796**, 803, 805,
806, 807, **823**, 832, 837 f., 845 f.,
865, 867, 869, **870, 873, 874, 875**,
879, 880, 883 f., **886**, 888 f., **890**,
 891, **892, 893**, 898, 904, 906, 910,
 912, 914, **916**, 921, **922**, 923–926,
 928, 933 f., 939, 946, 949, 956,
957, 959, 961, 963, **964, 965, 971**,
972, 973 f.
 Dulles, John Foster 164, 318, 632,
 897
 Duong, Van Minh 614*
 Dziedziezak, Heinz 799*
 Eberhard, Rudolf 131, 182, 197, 420
 Eckardt, Felix von 3, 350, 584*, 893
 Ehard, Hans 191
 Ehlers, Hermann 688
 Eichelbaum, Ernst Theodor 679
 Eichmann, Adolf 75
 Eisenhower, Dwight David IX, 318,
 363, 400, 530, 540, 547
 Eisler, Gerhart 636
 Elisabeth II. 923*, 941*,
 Elkart, Hans 682
 Engels, Friedrich 483
 Erhard, Ludwig VII–IX, XI–XIV,
 XVI–XX, XXII, XXIV–XXVII, 1,
 30, 34, 36 f., 45, **46**, 47, **48**, 49 f.,
 52, 68*, 100, **121**, 122 f., 130,
 200, 204, 208, 217, 219, 234 f.,
 243, 251, **256**, 282, 285, 302, **313**,
 314, 321, 324, 363, 372 f., 428*,
 431, 441 f., 450, 455 f., 458, 468,
 470, 472, 477, 480, **524**, 536, **538**,
539, 541, 543 f., 547 f., 555–557,
558, 568 f., 571–574, **581**, 584,
 586 f., **588**, 590 f., 593, **594**, 595,
 597, **598**, 600 f., 603, **607**, 616 f.,
 621–623, **624**, 626, 629, **632**,
 633–635, **636**, 637, **638**, 639, 641,
 644, 646 f., 649, 651, 656, 658 f.,
 677, 683, 685, 693, 695, 697, **699**,
 703, 709, 715 f., **717**, 722, 724 f.,
 735, **737**, 751 f., 754, 756–762,
 764–772, 779, 783–785, 788, 790,
 794, 798, 803, 805–807, 812, **813**,
 826, 829, 838, 840, 842, 843*,
 844 f., **851**, 853, 869 f., 879, 881,
 883 f., 886–889, **897**, 898, **900**,
 902, 904–906, 916, 918–920, 924,
 928, 933, 940, 944, 953, 956, 960,
 965 f., 968*, 969–973
 Erlander, Tage 745*, 786
 Erler, Fritz 68*, 316, 365, 372–374,
 376, 410, 443, 470, 490, 532, 612*,
 618, 641, 644, 710 f., 724, 758,
 770, 919, 923, 968*
 Etzel, Franz I, 62, 66, **82, 83**, 100,
130, 131, 132 f., 143, 158, 163,
198, 199 f., 214, **215**, 216, 219,
 235, 237, 271, 379, 386, 402, 436,

- 440 f., 463, 484 f., **491**, 492, 497,
499 f., 503 f., **506**, **517**, 524, 554,
568, 607, **662**, 663, **664**, **665**, 666,
669, **673**, 674 f., 677 f., 703, 705,
722 f., **729**, 735, 906, 918, 922,
927, 948, 957, **965**, 966, 968–971,
973
- Even, Bert 62, 90, **90**, 100, 112,
122, 124 f., 128, 271, 285, **336**,
354, 459, 568, 677, 681, **691**, **700**
- Even, Johannes 1, 36, 42, 705, 736
- Fanfani, Amintore 101, 105, 136,
236*, 899 f., 902
- Fay, Wilhelm 163, 194, **194**, 197,
200, 271, 285, 302, 309, 315, **338**,
341, 402, 485, 489, 607, 668, 675,
677, **702**, 807, **860**, 906, 912, 927
- Fechter, Peter 576
- Feury, Otto Frhr. von 843
- Fischer, Erich 306*
- Flach, Karl-Hermann 91
- Flecken, Adolf 504*
- Forster, Karl 725*
- Fouchet, Christian 137*, 559
- Franzen, Jakob 658*
- Freckmann, Wilhelm 682
- Freitag, Walter 169
- Frey, Siegfried 154
- Fricke, Otto 1, 34, **34**, **50**, 87, 130,
133, 158, 163, 200, **212**, 213, **217**,
285, 302, **303**, 355, **380**, 402, **429**,
432, 436, 441, 464, **468**, 471, **482**,
483, **484**, 522, 557, 601, 607,
677 f., **682**, 879, 905
- Friedensburg, Ferdinand 228
- Frings, Josef Kardinal 446
- Frommhold, Walter 158*
- Fuchs, Klaus 362
- Furler, Hans 647, 678, 683
- Gablentz, Otto Heinrich von der 349
- Gantenberg, Mathilde 282*, 735
- Gasperi, Alice de 231
- Gaulle, Charles de IX, XVIII f.,
56, 71–73, 76, 104, 134, 136,
166, 236*, 320, 340, 342, 374,
386, 403 f., 408, 434, 443, 471,
525–527, 530, 539, 547, 558*, 559,
561, 564, 566, 568, 569*, 570,
572, 609–612, 617, 620 f., 628,
631–633, 719, 741, 743, 766, 770,
772, 782, 784 f., 794, 816–822,
894, 897–902, 941, 949
- Gerhardsen, Einar 898
- Gerstenmaier, Eugen VII, XIV,
XVIII f., XXIII, XXVI*, 1, 34, **38**,
39, **50**, 51, **52**, 62, 71, **80**, 81 f., **87**,
88, **89**, 119, 127, 140, 163, 167,
175 f., **179**, 186–188, **190**, 195,
198, 200, 218 f., **225**, 227–229,
230, **234**, **236**, **246**, **250**, 255,
270 f., **276**, 277*, 278–280, 282,
336, 355, 365, 378, 383, **389**, 400,
441, 450, 458 f., **465**, 479 f., 524,
568, 601, 607, 647, 668, 677 f.,
680, 683, **694**, 696, **698**, 699, 703,
735, 750*, 760, 772, 785, 787, 796,
798, 804, 807, 832, **845**, **848**, **849**,
851, 853 f., 880, 882, 884, 906,
936, 945, 947, 949, 951, 953 f.,
958, **961**, 962 f., **964**, 965, **969**,
971, **972**, 973
- Gibbert, Paul 4*
- Gies, Elisabeth 891
- Gilpatric, Rosell 540
- Giscard d'Estaing, Valéry 566, 572,
624, 719
- Globke, Hans 101, 107*, 167, 221,
334*
- Glup, Gerhard 906, **942**
- Goldwater, Barry 619*
- Goppel, Alfons 358*, 493
- Gossing, Hellmut 643
- Gradl, Johann Baptist 1, 60, **60**, 62,
64, **98**, 99 f., 103, 113, 133, **160**,

- 200, **223**, 224, **257**, 285, **297**, **322**, **323**, 324 f., **343**, 344, **345**, **346**, 441, **481**, 568, 607, **628**, **644**, 646, 659, **666**, **670**, 676 f., **679**, 703, 705, **725**, 726, 729, 732, **734**, 807, 848*, **858**, 865, 879, **887**, 888, 899, 906, **946**, **973**
- Grewe, Wilhelm G. 57*, 167, 572
- Gröpper, Horst 319
- Gromyko, Andrej Andrejewitsch 55, 56, 134, 164*, 529
- Gronchi, Giovanni 136
- Grosse, Georg 735
- Grützner, Anton Georg 799*
- Grund, Walter 500, 504
- Grundmann, Konrad 557, 568, 607, 728, 735, **777**, 779 f., 800, 890 f.
- Güde, Max 700
- Gurk, Franz 62, 65, **96**, 97, **99**, 163, **183**, 200, 270, **280**, 282, 355, 384, **395**, 396, 401 f., **437**, 441, 485, **520**, **523**, 538*, 557 f., 602, 607, 677, **681**, **703**, **724**, 735, **766**, 771 f., 879, **894**, 906
- Gutenberg, Karl Theodor Frhr. von und zu XIX, XXIII, 355, 359, 360, 365–370, 372 f., **374**, 380 f., 385 f., 392, 395, 397, 398*, 412 f., 420, 794, 804
- Haendly, Wolfgang 202*
- Häussler, Erwin 807
- Hahn, Hugo 868
- Hahn, Otto 304
- Hahn, Wilhelm 648, 678, 874, 893, 955
- Hallstein, Walter 126, 873, 892
- Hammar skjöld, Dag 58
- Hammerschmidt, Helmut 801
- Hanssler, Bernhard 725*
- Harman, Clement James 560
- Hassel, Kai-Uwe von VII, XIV, XVII, 1, 5, **8**, 34, **36**, **42**, **49**, **52**, **57**, 58, 61, 100, 103, 113, **115**, 119 f., **124**, 127–130, **131**, **132**, 133, 140, 143, **145**, 147, 153, 158, **160**, 163, 170, 191 f., 200, **206**, **209**, **211**, **212**, **216**, 219, 270 f., **281**, **282**, **283**, **284**, 291*, 342, 355, 402, 429, 431, 440 f., 450, **457**, 458, 463, 466, 476, **479**, **480**, **481**, 482, 557, **579**, 580, 677, 681, 695, 807, 831, 873, 879, 892, 898, 906, 924 f., 944
- Hauser, Hugo 282
- Haußmann, Wolfgang 41, 716
- Heck, Bruno XII, XIV*, XVIII, XXV, 34, 65, 151, 200, 219, **256**, **265**, **266**, 267 f., **269**, 270 f., 402, **432**, **433**, 434 f., 476, 477*, 524, 568, 703, **723**, 724, 732*, 735, 807, 875 f., 892, 906, **953**, **962**, 963 f.
- Heiland, Rudolf-Ernst 789
- Heinen, Friedrich 785
- Heinitz, Ernst 349, 501*
- Helbich, Hans-Martin 202*, 350
- Hellwege, Heinrich Peter 411, 430 f., 707
- Hellwig, Fritz 62, 83, **83**, 200, **229**, **248**, 355, **388**, 392, 524, 557, 604, 607, 662, 664, **665**, 677, 684, 705, 735, **795**, 798, 873, 879, 885, 891, **892**, 951, 966
- Henrichs, Wilhelm 282, 700
- Herberger, Josef 325
- Hettlage, Karl-Maria 966
- Heusinger, Adolf 540
- Heuss, Theodor IX, 364, 491, 945, 947
- Heydebreck, Claus-Joachim von XVI, 705, 706 f., 735, 807
- Heydte, Friedrich August von der 292
- Hilpert, Werner 243*
- Hitler, Adolf 824, 847

- Hitzinger, Walter 204
Höcherl, Hermann 1, 36, **41**, 62, **84**,
88, **89**, 299, 304 f., 307, 309, 515,
807, 844, **856**, 858, 862, 866
Höpker Aschoff, Hermann 364
Hoffmann, Johannes 773, 834
Hofmann, Josef 484
Holweg, August 682
Holzamer, Karl 91, 92 f., 185*
Hopf, Volkmar 292
Horn, Peter 655
Horten, Helmut 120, 121 f., 125
Huber, Ludwig 420*, 779
Humphrey, Hubert Horatio 291
Ilau, Hans Lucas 704
Illerhaus, Joseph 627
Imle, Wolfgang 722
Iserlohe, Norbert 241
Ismet Inönü 786
Jäger, Lorenz 218
Jaeger, Richard 367
Jagus, Heinrich 294
Jahn, Hans Edgar 643
Jaksch, Wenzel 642*, 643
Janota, Josef 642*
Jans 809
Jansen, Josef 404*
Jansen, Walter 568, 735, 737, 777,
779
Jochmus, Hedwig 163, 200, 271,
355, 460, 568, 678, 891
Johannes XXIII., Papst 409*, 467*,
479
Johnen, Wilhelm 62, 88, **88**, **89**, **93**,
100, 113, 118, 119–121, 133, **156**,
157, **159**, 160, 200, 205, 441, 451,
454, 471, 484, 891
Johnson, Lyndon Baines 530*, 561,
562, 569, 589, 618, 619*, 622, 624,
794 f., 912, 943
Jungmann, Gerhard 284, 440, 655
Kaczewski, Günter 464*, 470
Kaisen, Wilhelm 189
Kaiser, Jacob 201, 684
Kalinke, Margot 678
Kaltenborn, Karl-Heinz 282*
Kanka, Karl 700
Kapfinger, Johann Evangelist 304*
Kaßmann, Fritz 264
Kather, Linus 645
Katzner, Hans XVI, XXI, 36, 80*,
163, 200, 212, **213**, 214, 235, 246,
248, 271, 285, **287**, 302, 355, **387**,
402, 426, 485 f., 513, **515**, 517 f.,
520, 557, 604, 607, **649**, 650 f.,
652, 655–662, **664**, **666**, **667**, 668,
673, 675, 677–679, 684, 686,
688 f., 691, 693, 697–699, 703,
709, 735, 749, 801, 848*, 874,
891 f.
Kennedy, John Fitzgerald IX, 56,
58*, 70 f., 74 f., 79, 101, 103, 105,
134*, 135–137, 164–166, 201–203,
317 f., 344, 363, 400, 403–406,
443, 470 f., 501, 525, 530*, 560,
569, 608, 618 f., 624, 633, 764,
801, 831 f., 837, 973
Kennedy, Robert F. 166
Keudell, Walter von 642
Kiesinger, Kurt Georg VII, XIXf.,
1, 28, **28**, 30, 41, 57, 119, 146,
163, 172 f., **174**, 178, **179**, 180 f.,
183–189, 191, **192**, 193–196, **197**,
198–200, 219, 265, 271, 288, 355,
441, 483, 485, 493, 496, 524, 532,
536, 538, **539**, 541, 546, 549, 646*,
647, 713*, 715, 718, 724, 735, 807,
891
Kimmel, Alfred 461
Kissinger, Henry 32*
Klausener, Erich 202*
Klein 278*
Klein, Fritz 4*
Klein, Johann 834

- Klepsch, Egon Alfred 557, 568, **585**, 586, 607, **630**, **632**, 664, **667**, **668**, **669**, 676–678, **681**, 685, **686**, 688, **690**, 692, **693**, 695, 697, **699**, 735, **787**, **806**, 807, **865**, 879, **891**, 906, **943**, 947, **963**
- Kliesing, Georg 448, 476, 556, 605, 648, 678, 848*
- Knoeringen, Waldemar von 278, 279, 284, 410*
- Knoll 579*
- Köchling, Anton 735
- Kohl, Helmut XVI, XIX, XXVII, 705, 706 f., 734 f., **751**, 752, **758**, 765 f., 768, 772, 783–785, 787, 791, 797, **803**, 804, 806 f., **853**, **855**, 861, 865, 869, **870**, 872–874, **878**, 879, **885**, 888, 892 f., **904**, 906, **932**, 937–940, 943, 945, 949, 958
- Kohn-Brandenburg, Alexander 410*
- Kopf, Hermann 1, 39, **39**, 40
- Korber, Horst 564, 579, 581, 583, 598, 636
- Kossygin, Alexej Nikolajewitsch 743*
- Kracht, Ernst 90, 93
- Kraft 579*
- Kraft, Waldemar 286, 287, 706
- Kraske, Konrad XI, 17, 62 f., 84 f., 91 f., **93**, 98, 100, 112, **115**, **117**, 133, **147**, 153, **154**, **155**, 156, 200, 205, 208, 211, **216**, **217**, 229, **258**, 264, **265**, 266, **268**, 270–272, 283, 285, 325, 402, 438*, **439**, 441, 456, 457*, 463, 475 f., **483**, 485, **523**, 557, **603**, 607, 616, 629, 645, **665**, **670**, **677**, **678**, 681–683, **702**, 703, 709*, **732**, 734, 807, **875**, 879, 883, **884**, **888**, **891**, **892**, 893, 906, 917, **924**, 928, 936, 944, 953 f., **957**, **958**, 959, 961, **963**, 971*, 974
- Kressmann, Willy 349
- Kroll, Hans 108, 138 f., 166 f.
- Krone, Heinrich VII, XIV, XXV, 1, 8, 21*, **25**, 26, **30**, 34, **35**, 36, 38, 41–43, **45**, **46**, 47, **51**, 61 f., 65, 67, **76**, 77, 80, **83**, **91**, **95**, **98**, 100 f., 113 f., **118**, 119 f., **121**, 125*, 126 f., **128**, 131–133, 140, **145**, **157**, 161, **162**, 163, 167, 177–179, **181**, 192, **196**, **198**, 200 f., 203, 207 f., 211, 213, **215**, 219, 226, **227**, 231, 236, 241, **255**, **268**, 270 f., **276**, 278, **279**, 282, 285, **287**, **309**, **310**, 311, **315**, 321, **322**, 323, 334*, **344**, **345**, 359, 363, 368 f., 373, 402, 423, 440 f., 477*, 479, **483**, 485, **502**, **503**, **521**, 540, 568, 578, 581, 607, 616, 668, 680, 735, 758, 766, 772, 807, **845**, **848**, **855**, **868**, 870, 873, 879, 885, 891 f., **895**, 896, 898, 904, 906, 938, 968, **969**, **971**, **972**
- Krüger, Hans 133, 147, **147**, **156**, 200, **237**, **238**, 271, 287, 441, **461**, **483**, 642, 651
- Kühlmann-Stumm, Knut Frh. von 107*, 382, 621, 710 f., 912
- Kühltau, Walter 735
- Kühn, Friedrich 287, 658*, 929*
- Kühn, Heinz 205, 264
- Kurtz, Josef 834
- Lahr, Rolf 899
- Lange, Halvard 571
- Langeheine, Richard 431
- Lauber, Hans 274
- Lautz, Julius von 285, 346
- Leber, Georg 655, 841
- Lefèvre, Theodore 629
- Lembke, Robert Emil 18
- Lemke, Helmut 285, 298, **298**, **299**, **342**, 355, 441, **465**, 467, 480, 568,

- 735, **771**, 779, 792, **805**, 807, 879, 891, 904
- Lemmer, Ernst 1, 5, 44, 271, 285, 302, 310, 350, 380, 441, 485, **522**, 568, 581 f., 607, 644, 678, 807, 879, 894, 899 f., 906
- Lemnitzer, Lyman L. 407*
- Lensing, Lambert 735
- Lenz, Hans 288*
- Lenze, Franz 80*
- Leopold, Kurt 577, 579, 583, 600, 635
- Leuschner, Bruno 614*
- Lilje, Hanns 246, 248
- Lippmann, Walter 108
- Löhr, Walter 402
- Lorenz, Peter 21, 200, **229**, **267**
- Lucet, Jean 404*
- Luchtenberg, Paul 274
- Lübke, Heinrich 288, 449, 573, 620 f., 634, 639 f., 710 f.
- Lübke, Friedrich Wilhelm 688
- Lücke, Paul XVIII, XXII f., XXV, 1, 22, 130, 133, **161**, 270, 279, 355, 358 f., 365, **366**, **368**, 374 f., 377, 379 f., 384–387, 392, 395, 397, 398*, **401**, 402, 412 f., 423, 455, 542, 557, **594**, 597, 599, 607, **646**, 647, **662**, 668, 677, **685**, 688, 690, 695, **696**, 697, **699**, 703, **704**, **726**, 727–730, 735, 780, **783**, 788 f., 792, 794, **804**, **806**, 807, 874, 879, 892 f., 901, 910, 952
- Lüders, Marie-Elisabeth 304
- Lünendonk, Heinrich 523, 627, 656, 664
- Luns, Joseph Marie Antoine Hubert 403, 622
- Macmillan, Harold Maurice 79*, 134*, 135, 403
- Maier, Reinhold 338*, 364, 365, 491, 716
- Majonica, Ernst 873, 891 f.
- Mansfield, Mike 59*
- Mansholt, Sicco Leendert 525*, 544
- Maresch, Robert 642*
- Margulies, Robert 959*
- Martin, Berthold 91, 93, 285, 296, 302, **310**, **311**, 354, 459, 705, 707, 734, 839
- Martino, Gaetano 571
- Marx, Ferdinand 736
- Marx, Karl 483
- Marx, Wilhelm 763*
- Matthes, Hermann 890
- Maudling, Reginald 941
- Maunz, Theodor 175, 180
- McCloy, John Jay 58*, 318
- McGhee, George C. 528*, 567
- McNamara, Robert S. 56, 317
- Melcher, Walter 282
- Mende, Erich VIII, 6, 24, 26*, 33, 45, 107*, 120 f., 157, 162, 203, 289, 325, 336, 364, 547, 555, 581, 588, 595 f., 620 f., 640, 710 f., 902, 912, 922, 923*, 935*, 946, 949
- Menderes, Adnan 43*
- Menzel, Walter 965
- Merchant, Livingston T. 406
- Merkatz, Hans-Joachim von 1, 57, **58**, 62, **88**, 133, 154, 200, **216**, 217, **251**, **268**, 303*, 380, 438, 440, 477*
- Mertes, Werner 722*
- Meyer-Lindenberg, Hermann 931*
- Meyers, Franz VII, XI*, 62, 81, **81**, 82, **91**, **94**, 100, 113, **115**, 117, 119, 126, 128, 130, **131**, **132**, 133, 140, 142, **146**, 147, 163, 179, 191, 199 f., 205, 217, 219, 270, **273**, 276 f., 280, **281**, **284**, 291, 355, 373, 381, 402, 491, 493, 496–498, 501, 503, 506, 524, 545, 552, 568, 607, 621, **629**, 630, 647, 649, 677,

- 681**, 686, 735, 807, **848**, 874, 879,
883, 890–893, 905 f.
Meyle, Paul 716
Mick, Josef 80*
Mikat, Paul 648, 678, 707, 709, 735,
807, **867**, 874, 879, 893, **896**, 897,
904, 906, **928**, 931, 943–945, 954,
967, 974
Mikojan, Anastas Iwanowitsch 111,
112, 401
Mildner, Kurt 341
Mischnick, Wolfgang 288*, 657, 659
Möller, Alex 410, 445, 490
Mollet, Guy 408, 570 f., 810, 812
Mommer, Karl 223
Moro, Aldo 569*, 611
Mossadegh, Mohammed 135
Mühlenfeld, Hans 909
Müllенbach, Peter 200, 208, 235,
271, 285, 324
Müller, Hermann 716
Müller-Armack, Alfred 799, 800*,
966
Müller-Ganglof, Erich 351
Müller-Hermann, Ernst 874, 892 f.
Nannen, Henri 158, 161 f.
Nasser, Gamal Abd el-Nasir 823,
870
Nathan, Andreas 87
Nebinger, Rolf 605
Nehru, Dschawaharlal 58, 135
Nellen, Peter 332, 410*
Nenni, Pietro 236*, 611
Neumann, Erich Peter 839*
Neumann, Franz 64
Neumayer, Fritz 364
Neundörfer, Ludwig 637
Nevermann, Paul 27*, 171
Niederalt, Alois 163, 176, **182**, 184,
191, 195, 199
Niermann, Gustav 440, 477, 648,
667, 678, 891, 893
Niggemeyer, Maria 460
Noltenius, Jules Eberhard 133, 144,
144, 145 f., **147**, 677, **692**, 906, **974**
Nordhoff, Heinrich 204
Norstad, Lauris 360
Oberländer, Theodor 62, 99, 607,
642
Ollenhauer, Erich 4, 68, 77, 94, 203,
338*, 359*, 365, 372–374, 376,
389 f., 483, 587
Opitz, Rudolf 722*
Orgaß, Gerhard 158*
Ortega y Gasset, José 252
Oster, Achim Hans 298, 299*,
304 f., 315
Osterheld, Horst XXV
Osterloh, Edo 285, 299, **299**, 568,
607, 678, 844 f.
Pahlewi, Mohammed Reza 772*
Paul VI., Papst 410*
Paul, Ernst 410*
Pearson, Lester 571
Pettenberg, Heinz 271, 329, 678
Pferdmenges, Robert 36, 62, **83**,
163, 200, 204, 286
Pflimlin, Pierre 630, 631
Pieser, Lieselotte 706, 707
Podgorny, Nikolai Viktorowitsch
566*
Polatkan, Hassan 43*
Pompidou, Georges 236*, 753*
Porten, Josef 657
Potthoff, Heinz 445
Powers, Gary 362*
Prange, Maximilian 202*
Preusker, Viktor-Emanuel 364
Probst, Maria 497, 533–535, 541,
544, 929*, 945
Proske, Rüdiger 437
Pütz, Joseph 494, 496 f., 503
Pusch, Hanns-Ulrich 272
Rademacher, Willy Max 30

- Rapacki, Adam 623
 Rasner, Will 65, 437, 677, **696**, 832, 891–893
 Rathke, Arthur 678, 799, 893, 906, **959**
 Rehbein, Max H. 709*
 Rehling, Luise XVI, 100, *114*, **114**, 141, 281, 441, 448, **460**, 568, 677 f., 704–706
 Rehs, Reinhold 643
 Rehwinkel, Edmund 431, 740, 843
 Reiche, Hans-Joachim 801
 Reichel, Hans-Günther 799*
 Reichmann, Martin 948*
 Reissenberger, Dankwart 167*
 Reston, James Barrett *111*
 Reuther, Walter Philip 831
 Reynauld, Paul 58
 Richter, Willi 169
 Riesebrodt, Günter 633*
 Ritzel, Heinrich Georg 295
 Roberts, Sir Frank 53*, 866
 Robertson, Sir Brian Hubert 105
 Rockefeller, John Davison 101
 Röder, Franz Josef XVII, 1, 2, 62, **82**, 100, 112, 116, 191, 270, **280**, 355, **395**, 396*, 399, 441, **482**, **484**, 735, 757*, **772**, 788, 798, **805**, 807, 813, 830, **833**, 840, 843, 874, **876**, 879, 893, **896**
 Roegele, Otto B. 678
 Rösing, Josef 65, 393*
 Rosenberg, Ludwig 790
 Rotberg, Hans Eberhard 863
 Ruff, Jacques Léon 821
 Ruf, Thomas 520
 Rummler, Gerold 680
 Rusk, Dean 55, 56, 70, 101, 202, 203*, 317 f., 405*, 529 f., 539, 560, 744*
 Russe, Hermann Josef 678, 679, 707, 709, 906, **970**
 Rutschke, Wolfgang 948*
 Salan, Raoul 104*
 Saragat, Guiseppe 611
 Scelba, Mario 320
 Schäfer, Hermann 364
 Schäffer, Fritz 66, 183, 504, 968*
 Scharf, Kurt 350, 351
 Scharnberg, Hugo 386
 Scheel, Walter 288*, 364*, 594
 Schellenberg, Ernst 521
 Schellhaus, Erich 643
 Scheppmann, Heinrich 521, 649, 658, 664, 666
 Scheufelen, Klaus H. 1, 38, **38**, **46**, 120–123, 125, 130, 200, **213**, 270, 283, 285, 302, **312**, **337**, 355, **381**, 402, **427**, **435**, 441, **456**, 457, 459, 485, **521**, **522**, 523 f., **538**, 539, 568, 604, 607, **640**, **644**, **666**, 673, **675**, 703, **713**, **714**, 720, **730**, 735, 771, **781**, **805**, 807, 879, **895**, 906, **931**, 932 f., 938, 948, **957**, **958**, **970**, **974**
 Schiettinger, Fritz 892, 966
 Schlegelberger, Hartwig 736
 Schlesinger, Arthur 32*
 Schloß, Lothar 304*
 Schmelz, Hans 293, 303, 305, 315
 • Schmelzer, Robert 118
 Schmid, Carlo 445, 490, 919
 Schmidt, Hansheinrich 948*
 Schmidt, Helmut 69, 170, 634
 Schmidt, Otto 1, 36, **36**, 38, **40**, 46, 59, **60**, 163, 176, 178 f., **181**, 186, 196 f., 199 f., 219, 222, **235**, 237, 244, 246, **253**, **254**, **269**, 270–272, 286, 402, 410, 436, 485, 491 f., **494**, 496 f., 499, 502, 504, 506, **521**, 524, **542**, 568, 607, 659, 662–664, **665**, **666**, **673**, 677, 693, **702**, 703, 705, **721**, 723, 726 f., 729 f., **733**, 735, 807, 846, **848**,

- 850, 859**, 860, 866, **867**, 868 f.,
874, 875, 879, 883, 887 f., 904,
905, 906, 932, 948, **956, 958**, 959*,
962, 965 f., 968, **969**, 970
 Schmittmann, Helene 96*
 Schmitz, Heinz 879, 904, 906, 910,
 948 f.
 Schmücker, Kurt 100, 125, **125**,
 127 f., 133, **155**, 218 f., 235, 355,
 373, 376, **379**, 381 f., 387, 393,
 400, 402, **438, 439**, 524, 568, 664,
 673, 735, **788**, 791, 798, 807, 827,
839, 843, 873, 892, 906
 Schneider, Heinrich 396
 Schneider, Herbert 462*
 Schöllhorn, Johann B. 966
 Schröder, Georg 166
 Schröder, Gerhard VII, XVII–XIX,
 34, 66, 100, 117, 119, 146, 202,
 219, 270 f., 275 f., 318, 363, 404,
 431, 441, 455, 470, 481, **482**, 524,
 557, 567, 572, 581, **582**, 586, 595,
597, 598, 599, 600, 605, 607, 633,
 677, **681**, 682, 703, 718, 731, 744*,
 750*, 760, 765–767, 769, 772, 782,
 784 f., 792–794, 796, 798, 804,
 807, 831, 862, 866, 869–871, 873,
 892, 899, 904–906, 935, 938, 946,
 949
 Schröder, Gerhard Karl Theodor Hans
 24
 Schröder, Heinrich 469
 Schüle, Erwin 847, 848
 Schüttler, Josef 542, 544
 Schütz, Hans 643
 Schütz, Klaus 580
 Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von
 der 848
 Schulte, Caspar 874, 892
 Schultheis, Carl 736
 Schultz, Paul 575*
 Schumacher, Albert 294
 Schwarz, Josef 642, 644, 714
 Schwarz, Werner 200, 285, 341, 380,
 524, 568, 807, 827, 840, 843
 Schwarzhaupt, Elisabeth 237, 441,
 449, 604, 677, **693**, 735, **783**, 874,
 879, **892**, 951
 Schwarzkopf, Joachim von 469
 Schwedler, Rolf 634
 Schwinkowski, Arthur 736
 Seebohm, Hans-Christoph 1, 163,
 200, 355, 380, 485, **504, 523**, 568,
 607, **642, 643**, 644, 677 f., 698,
 807, 874, 892, 906
 Seffrin, Roland 158*
 Segni, Antonio 101, 231, 236*,
 561 f., 569, 611, 624
 Seiboth, Frank 462*
 Selbach, Josef-Wilhelm 701
 Sieveking, Kurt 132
 Söhngen, Oskar 202*
 Soraya Esfandiary Bakhtiary 772
 Spaak, Paul Henri 622, 753*, 785,
 897, 899
 Späthen, Rolf 680, 681
 Speck, Karl Friedrich 763*
 Springer, Axel Cäsar 79*, 278*, 427
 Stahl, Dr. Josef 661
 Stain, Walter 196
 Stalin, Jossif Wissarionowitsch 238*
 Stammberger, Wolfgang 288*, 305
 Starke, Heinz XXI, 82, 172, 175 f.,
 188, 193, 288*, 336, 368, 503, 506,
 519*
 Starke, Volker 605
 Stecker, Josef 807, 869, 906, **943**,
958, 973
 Stein, Gustav 651, 655, 657, 659,
 661
 Steinbiß, Viktoria 703, 709
 Steinhoff, Fritz 364*
 Steinmetz, Hans 736
 Stingl, Josef 520, 642*, 648–653,

- 661 f., 664–666, 678, 703, 705,
707 f., 735, 737, 807, 848*, **852**,
872, **876**, 891
- Stoltenberg, Gerhard XII*, XIX,
100, *117*, **117**, 118, 120, **129**, 163,
193, 195, 197, 199 f., 208, **230**,
254, 256, 354, 402, **428**, 436, 441,
448 f., **455**, 456, 459, 470, 476,
480, 485, **497**, **520**, 524, 554, 568,
607, **639**, 640, 648, 678, 703, 705,
707, **728**, 734 f., 807, **863**, 874,
893, 957, 963
- Stoph, Willi 563, 583
- Storch, Anton 654
- Strauß, Franz Josef XVIII f., 1, 2, 6,
24, **30**, 33*, 34 f., 40 f., 43, 45,
84, 120 f., 163, 292, 296, 299,
303–305, 307–311, 315 f., 321 f.,
324 f., 339, 355 f., 358, 360, 362 f.,
367, 373, 378, 395, **397**, 398*,
401 f., 413*, 420 f., 485, 492, 568,
595, 638*, 673*, 682, 760, 763*,
767, 772, 778 f., 785 f., 794, 797,
804, 807, 844 f., 867, 906, 923
- Strauß, Walter 282*
- Strecker, Gabriele 91, 92 f., 286,
524, 705 f., 734, 807, 874, 892,
906, 951
- Strickrodt, Georg 966
- Struve, Detlef 355, 373, **383**, 465,
469, 524, 568, 648, 667, 678, 906,
925, 931, 943
- Stücklen, Richard 367
- Süsterhenn, Adolf 1, 40, **40**, 41, **42**,
43, **45**, 50, 62, **92**, 133, **145**, **157**,
162 f., 200, **268**, 270, **280**, 282,
285, 304, **311**, **322**, 441, 481, 485,
489, **499**, 500–504, 517, 557, **602**,
603, 607, 705, 879, 890 f., **903**,
906, **926**, 929, 936 f., 939
- Supf, Ernst 722*
- Syren, Hans 736
- Taylor, Maxwell Davenport 318
- Thedieck, Franz 799, 800*
- Thimme, Hans 218
- Thompson, Llewellyn E. 134, 164,
527
- Tillmann, Franz 478, 667
- Togliatti, Palmiro 104
- Trevelyan, Sir Humphrey 407
- Trott zu Solz, Hans Adam von 848
- Truman, Harry Spencer 238*
- Ulbricht, Walter 60*, 563, 579, 610,
636, 809*, 845, 947, 949
- Unertl, Franz Xaver 431
- Unland, Hermann Josef 476
- Varelmann, Franz 485, 521, **521**
- Vassall, John Christopher 362*
- Vogel, Friedrich 891
- Vogel, Rudolf 180, 181, 192, 196,
198
- Wacher, Gerhard 355, 360
- Wahl, Eduard 282, 701, 929*
- Walker, Gordon 741*
- Weber 477*
- Weber, Fritz 948*
- Weber, Helene 1, 133, **145**, 157,
200, 221, **230**, 232 f., 286
- Weber, Karl 282*, 847, 889*
- Weber, Kurt 294
- Wegmann, August 163, 200, 441,
677, 680, 807
- Wehner, Herbert XXIII, 14, 94,
223, 272–274, 277, 332, 358 f.,
365–370, 372–379, 381, 392, 397,
398*, 399 f., 408, 420*, 483 f., 513,
587, 613, 618, 634, 636, 641, 644,
710–712
- Weiß, Hans 420*
- Welf Heinrich, Prinz von Hannover
432, 469
- Welter, Emmi 929*
- Wendt, Erich 564, 579, 598, 636
- Weseloh, Hans-Achim 72

Personenregister

- Wessel, Kurt 729
Westrick, Ludger 578, 598, 761
Weyer, Willi 125, 364*, 621, 711,
721
Wicht, Adolf 315, 361 f.
Wildermuth, Eberhard 364
Wilhelm I. 443*
Wilhelmi, Hans 67, 648, 664, 666,
678, 683, 848*
Wilson, James Harold 408*, 560,
741 f., 753, 785, 795, 809, 816
Winkelheide, Bernhard 92, 271,
658*
Winogradow, Sergej 894*
Witten, Wilhelm 133, 158, **158**, 159,
161, **162**
Wolf, Heinz 282*, 700
Wuermeling, Franz-Josef XXI, 1, 18,
21, 27, **52**, 59, 119, 133, 157, 161,
163, 200, 232, 355, **386**, 387, 391,
399
Zettel, Heinz 736
Zimmer, Alois I, 62, **97**, 98, 133,
144, **154**, 200, **212**, 234, **235**, 929*
Zinn, Georg-August 69, 82, 184,
189, 195, 338, 341
Zoglmann, Siegfried 107*, 382, 638
Zorlü, Fatin Rüstü 43*

Sachregister

- Abrüstung (s. auch Rapacki-Plan)
– Genfer Abrüstungskonferenz 1962 165
Académie des Sciences Morales et Politiques 766
Ägypten s. Vereinigte Arabische Republik
Ärzte
– Gebührenordnung 815
Agrarpolitik s. Landwirtschaft
Aktienrecht 756
Albanien 73
Algerien 136, 166, 907
Alliierte
– Botschafter-Lenkungsausschuß 33
– Genfer Außenministerkonferenz 1959 31
– Überleitungsgesetzgebung 851, 867
Antisemitismus 869
Arbeitschaft 718
Arbeitszeit 722
Atomwaffen (s. auch North Atlantic Treaty Organization) 293*, 406 f., 526, 623, 743
Ausbildungsförderung (s. auch Honnefer Modell) 955, 960–964
Auschwitz 855
Ausfuhrbürgschaften 625
Außenpolitik XVII, 70–79, 567, 760, 770, 794, 896 f.
– Frankreich (s. auch Deutsch-französischer Vertrag 1963) XVIII f., 71, 134, 364, 404, 408 f., 525 f., 539, 562 f., 570, 609, 765 f., 772, 783, 793, 820–823, 898
– Großbritannien 558 f.
– Israel 838, 931*
– Italien 101, 899
– Polen (s. auch Oder-Neiße-Linie) 404
– Rumänien 529
– Sowjetunion 109–113, 138, 839
– Ungarn 529
– USA 67, 101, 133 f., 201, 203, 529 f.
Baden-Frage 647
Baden-Württemberg 7, 99 f., 168, 518–521, 540 f.
– Haushalt 177 f., 184, 197
– Kommunalwahlen 1962 381
– Kommunalwahlen 1965 908
– Landtag 521
– Landtagswahl 1960/61 184*
– Landtagswahl 1964 476, 492, 536, 619, 642, 713–716, 718, 720 f., 723–727, 932
– Strukturpolitik 538
Bayern
– Haushalt 180, 182
– Landtagswahl 1962 288, 312, 323, 358
Bayernpartei 398
Belgien 622
Bergbau 798, 909 f., 949, 957–959
– Wasserhaushalt 958 f.
Berlin 6, 25 f., 44, 201, 347, 579, 942
– Abgeordnetenhaus 634
– Bundespräsenz 22 f., 941
– Freie Universität (FU) 349
– Passierscheinabkommen 563 f., 574–583, 597–600, 613 f., 635 f.
– Wahl zum Abgeordnetenhaus 1963 347*, 416–418

- Berlin-Frage 1, 22, 53–61, 72, 102,
135, 138, 164, 166*, 202, 233, 237,
289 f., 405, 555, 573
- Berlin-Krise 1958–1961 VIII f., 2,
20 f., 31, 53*, 151, 260, 783 f.
- Bielefeld 5
- „Bild“ 353
- Bildungspolitik 267–269, 929 f.,
959 f.
- Birma 614
- Block der Heimatvertriebenen und
Entrechteten (BHE) 341, 398,
444 f., 461 f., 642, 644, 714
- Bonn 451
 - Universität 293
- Bundesanwaltschaft 295, 302, 307 f.,
314, 345
- Bundesbahn 173
- Bundesbank 840
- Bundesgerichtshof 346
- Bundeshaushalt XIX f., 172–199,
486–488, 496–506, 595, 841 f.
- Bundeskanzler
 - Nachfolge 1963 VIII f., XIV,
XXIV, 1–52, 124, 417, 428 f., 442
 - Wahl 1961 63 f.
- Bundesministerien
 - Auswärtiges Amt 66, 167, 904 f.
 - Finanzen 335, 504
 - Verteidigung (s. auch
„Spiegel-Affäre“) 361
- Bundesnachrichtendienst (BND) 362
- Bundespost 762
- Bundespräsident 38
 - Präsidentschaftskrise 1959 50, 150
 - Wahl 1964 620 f., 639, 710 f.
- Bundespresseamt 45, 859
- Bundesrat 81, 106, 140, 189, 191,
488
- Bundesregierung
 - Regierungsbildung 1961 6
 - Verhältnis zur CDU 328 f.
- Bundestag
 - Ausschuß für Sozialpolitik 521,
587
 - Haushaltsausschuß 335, 515
 - Legislaturperiode (Dauer) 291 f.
 - Richterwahlausschuß 64 f.
 - Sozialenquete-Kommission 615,
637, 719
 - Vermittlungsausschuß 181, 487
- Bundestagswahl 1961 VIII f., XI, 1–3,
8–17, 23, 147–152, 258–265, 947
- Bundestagswahl 1965 XXV, 124,
141 f., 163, 332, 410, 413, 422,
443 f., 476, 480 f., 489, 534, 712 f.,
730, 758–765, 795–799, 807–809,
813, 823–832, 837–841, 906–908,
916–956
- Bundesverfassungsgericht 82, 301,
427, 491 f., 915
- Bundeswehr 170 f., 343
 - Dienstzeit 61, 67
 - Wiederbewaffnung 502
- Burschenschaften 912
- Ceylon 614
- China (Volksrepublik) 73, 289,
319 f., 567, 610
- „Christ und Welt“ 241, 316
- Christlich-Demokratische Union
(CDU)
 - Atlantiker/Gaullisten XVII–XIX,
784 f., 880, 897, 900
 - Beziehungen zu anderen
christlich-demokratischen Parteien
(s. auch Democrazia Cristiana,
Mouvement Républicain Populaire,
Nouvelles Equipes Internationales)
440, 627–629
 - Bundesfachausschüsse und
Kommissionen 604 f.
 - Agrarpolitik 477
 - Finanzen 85
 - Finanzreform 130–132, 143

- Koalitionsverhandlungen mit der FDP 1961 35 f., 38–43
- Kulturpolitik 484
- Verteidigungspolitik 556
- Wirtschaftspolitik 970
- Bundesgeschäftsstelle 79, 87, 448 f., 453, 728, 830
- Bundesparteiausschuß VII, XVI, 217 f., 246, 248, 257, 283, 555, 705, 803, 903, 905, 944
- Bundesparteigericht 160, 282 f., 700 f.
- Bundesparteitage
 - Goslar 1950 212
 - Kiel 1958 206 f., 523
 - Karlsruhe 1960 VII, 207
 - Köln 1961 VIII, 221, 225, 399
 - Dortmund 1962 XIV, 93–96, 113–117, 143–145, 217–232, 234–239, 270–284, 326, 365, 523
 - Hannover 1964 XVf., 522, 556, 600–604, 647–649, 663–672, 678–684
 - Düsseldorf 1965 806, 870–875, 879–896, 901–905, 965
- Bundesschatzmeister 85, 210, 334
- Bundesvorstand VII, 46, 79, 209 f., 213–215, 285–287, 555, 617, 705–707, 768 f., 871
- Engerer Vorstand XIII, 119, 142, 207, 211–213
- Christentum und Kirchen XI f., 250–254, 264, 350 f., 365, 472 f., 502, 937
- Exil-CDU VII, 646, 679
- Finanzen und Finanzierung 85–87, 215–217, 333–335, 437 f., 463, 514, 553, 606, 701–703, 876–878, 914
- Fraktion im Deutschen Bundestag 64 f., 67, 355, 358, 413, 752, 881, 906
- Arbeitnehmergruppe 653
- Arbeitskreise 794, 853, 903
- Verhältnis zur Bundespartei XV, 27, 36 f., 80 f., 326, 415, 450, 804
- Vorstand 41, 51, 306, 322, 324, 355, 383, 582
- Führungsstruktur XVI f., 759–769, 895
- Geschäftsführender Vorsitzender XIII f., 118–130, 142, 145–147, 206–217, 344, 455
- Große Koalition s. Koalitionsfrage 1962
- Kreisgeschäftsführerkonferenzen 327
- Kreisverbände (Organisationsstruktur) 507–512, 581 f.
- Landesverbände
 - Berlin 582–584
 - Hamburg 158–160, 879
 - Niedersachsen (CDU in) 430, 909
 - Nordrhein-Westfalen (LV Rheinland und LV Westfalen) 89, 94 f., 118, 120 f., 125 f.
 - Nordwürttemberg 466
 - Rheinland 253, 454 f.
 - Oder-Neiße VII, 461, 556 f., 644, 646
 - Saar 773–776, 834–836
 - Verhältnis zur Bundespartei XXVI, 112 f., 122, 125, 128, 144, 186, 226 f., 477, 488 f., 506, 939
- Landesvorsitzendenkonferenz 206–208, 217, 458 f., 461, 507, 509*, 772, 787, 890
- Medien (Verhältnis zu) s. Medienberichterstattung
- Mitgliederstruktur 509, 513, 549 f., 552, 583

- Öffentlichkeitsarbeit 152–156,
329 f., 464, 792 f., 933
- Parteireform XV, 146, 297,
448–462, 777
- Präsidium XIII, 208, 326 f., 414,
450, 457, 465, 471, 474, 684,
686 f., 690–692, 698, 924
- Programmatik XII, 96–98, 225,
239–255, 332, 539, 728, 880–883,
918
- Rechtsform 215 f.
- Rednerdienste 555
- Satzung 281–283
- Vereinigungen
 - Christlich-Demokratische
Arbeitnehmerschaft (CDA)
XVf., XXII, 18–20, 95, 160,
287, 485 f., 651, 656 f., 683, 685,
689 f., 692–694, 696–699
 - Frauenvereinigung 448, 460,
706
 - Junge Union (JU) 122, 330, 448,
586, 685–688, 690 f., 694, 732,
927
 - Kommunalpolitische Vereinigung
(KPV) 131, 731, 777–779
 - Ring Christlich-Demokratischer
Studenten (RCDS) 965
- Vertrauensleutesystem 512 f.
- Wählerpotential (s. auch
Bundestagswahlen) 258–265
- Wirtschaftsrat 604, 672–675
- Zentrale Mitgliederkartei 552
- Christlich-Soziale Union (CSU) 48,
288, 336 f., 413, 419, 421, 768, 779
- Christlich-Sozialer Arbeitnehmer-
kongreß 1960 18*, 94, 689
- Christliche Volkspartei (CVP) 773
- „Civis“ 927
- Cochem 4
- Contergan 331*
- „Corriere della serra“ 363 f., 399

- Cuxhaven 3
- Daimler-Benz AG 204, 718
- Democrazia Cristiana (DC) 231,
320 f., 630
- Deutsch-französische Freundschaft
s. Außenpolitik – Frankreich
- Deutsch-französischer Vertrag 1963
XVII, 404, 408 f., 484*, 570
- Deutsch-polnisches
Handelsabkommen 1963 404
- Deutsch-sowjetisches
Handelsabkommen 1960 109
- Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
(DAG) 287, 680 f.
- Deutsche Demokratische Republik
(DDR) 351, 583, 809, 845, 942
- Deutsche Frage (s. auch
Wiedervereinigung) 407, 584 f.,
599, 810, 820
- Deutsche Friedens-Union (DFU) 13,
774
- Deutsche Partei (DP) 3, 380, 411,
430–432, 469
- Deutsche Reichs-Partei (DRP) 13
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
91 f., 169, 680 f.
- Deutscher Sportbund (DSB) 875
- Deutsches Gemeinschaftswerk
XXVII, 918, 949, 960, 964–966,
969, 971–973
- Deutschlandlied s. Nationalhymne
- Deutschlandpolitik 599, 845, 942*
- Dominikanische Republik 907
- Düsseldorfer Leitsätze 243
- Eichholz (Politische Akademie) 327,
463, 799 f.
- Eigentumspolitik s. Vermögenspolitik
- Energiepolitik und Energiewirtschaft
(s. auch Bergbau) 814
- Entnazifizierung 854
- „Die Entscheidung“ 927
- Entwicklungspolitik 589

Enzykliken s. „Mater et Magistra“ und „Pacem in terris“
Erkelenz 451
Erster Weltkrieg 31
Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) 559
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 99, 105, 137, 403, 543, 559, 562, 608, 622, 900
– Agrarpolitik 487 f., 525, 543, 740, 802, 813
– Gemeinsamer Markt 608 f., 813 f.
– Großbritannien 403 f.
Europäisches Parlament 39
Europapolitik (s. auch „Fouchet-Pläne“) XVII, 67, 73, 331, 403, 525 f., 559, 564 f., 611 f., 624 f., 738 f., 817–819, 900
European Free Trade Association (EFTA) 562
Evangelische Akademie Berlin 351
Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 241
Familienpolitik (s. auch Kindergeld) 732, 827
„Le Figaro“ 894
Finanzausgleich Bund–Länder s. Finanzreform
Finanzbau-Aktiengesellschaft (Fibag) 304*, 334, 417
Finanzpolitik und Finanzverfassung XIX, 83, 130–132, 371, 968
Finanzreform XIX f., 174–185, 188–199, 429, 468, 477, 486–506, 535, 590
Flüchtlinge s. Vertriebene
Flutkatastrophe 1962 170, 172 f.
Föderalismus (s. auch Finanzreform) 930 f.
„Formierte Gesellschaft“ 968, 971
Forschungspolitik 960

„Fouchet-Pläne“ 559, 817, 901
„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 42, 72, 241, 472, 756
Frankreich IX, XVIII, 43, 104, 109, 434, 569, 719 f., 785
– Algerien s. eigenes Stichwort
– Berlin 55 f.
– Gaullismus 632
– NATO 743
– Sowjetunion 566 f., 894, 899
– Wirtschaftspolitik 405
Frauenpolitik 708 f., 951 f.
Freie Demokratische Partei (FDP) 2, 6 f., 11 f., 20, 25, 28, 32, 39, 48, 50 f., 107, 263, 280, 358, 363, 412, 593–595, 721 f., 829, 889, 919, 922 f.
– Bundespräsidentenwahl 1964 640 f., 710 f.
– Deutschland- und Berlinpolitik 587 f.
– Finanzierung 336 f.
– Koalition und Koalitionsverhandlungen (s. auch Koalitionsfrage 1962) 26 f., 32, 41, 62–70, 76 f., 321, 363 f.
– Kriegsopfer 637 f.
– Länder
– – Baden-Württemberg 545, 715
– – Berlin 20, 352
– – Niedersachsen 909
– Landtagswahlen 343
– Parteitage 143, 279, 710 f.
– Sozialgesetzgebung 653 f., 657, 659–661
– „Spiegel-Affäre“ s. eigenes Stichwort
Freie Deutsche Volkspartei (FDV) 417
Freie Universität s. Berlin
Freudenstadt 548

- „Friedliche Koexistenz“
s. Sowjetunion
Friedrich-Ebert-Stiftung 463, 465
Geilenkirchen 451
General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) 527
Gesamtdeutsche Partei (GDP, s. auch Deutsche Partei) 12
Gesamtdeutscher Block (GB) s. Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)
Gesundheitspolitik 683, 827
Gewaltenteilung s. Grundgesetz
Gewerkschaft Brenner
s. Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)
Gewerkschaften (s. auch Deutscher Gewerkschaftsbund, Einzelgewerkschaften) 106, 139
Godesberger Programm
s. SPD – Programmatik
Göttingen
– Universität 304
Großbritannien 137 f., 311, 403, 561, 569, 611, 621 f., 741–743
Große Koalition
– Berlin 417–419
– Sondierungsgespräche 1962
s. Koalitionsfrage 1962
„Grüner Plan“ 469
Grundgesetz 180, 187, 191, 198, 242, 246 f., 251, 413, 462, 589, 698, 929, 970
– Entstehung 501 f.
– Gewaltenteilung 468
– konkurrierende Gesetzgebung 191
Gruppe 47 601 f.
Gütersloh 5
Hagen 29*, 114, 141
Hamburg 27, 29, 170 f., 196
– Bürgerschaftswahl 1961 27*
– Oberverwaltungsgericht 5, 17
Hannover 682
Hannoversch Münden 548
„Hannoversche Presse“ 18
„Herald Tribune“ 864
Herford 5
Hessen
– Haushalts- und Steuerpolitik 177, 179, 182 f., 194–196
– Kommunalwahlen 1964 619, 727, 908*, 912 f.
– Landtagswahl 1962 338
„Honnefer Modell“ 175
Indien 135, 289, 319
Indonesien 567
Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) 168 f., 170, 516, 915
Innere Sicherheit
s. Notstandsgesetzgebung
Investitionsabgabe 958
Israel 822, 838, 870 f.
Italien 42, 104 f., 135 f., 236*, 569, 719
– Parlamentswahlen 1963 409 f., 446 f.
„Julius-Turm“ 968
Kamen 29
Kartellgesetzgebung
s. Wettbewerbspolitik
Katholische Akademie in Bayern 707
Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) 271, 907
„Katholische Bildpost“ 767
Kempfen 451
Kenia 567
Kindergeld (s. auch Sozialgesetzgebung) XXI, 531, 541, 545, 654, 658, 756
Kirchen 25, 242 f., 250–254, 264, 356 f., 365, 446, 472 f., 502, 592, 937

- Evangelische Kirche (s. auch EKD) 114, 141
- Katholische Kirche (s. auch KAB) 114, 157, 332 f., 473 f., 479, 926 f.
- Kleve 25
- Koalitionsfrage 1961 X, 1, 7*, 26 f., 28, 32 f., 34–41, 49, 51, 62 f., 67–70, 76 f.
- Koalitionsfrage 1962 (s. auch „Spiegel-Affäre“) XXIII f., 356–358, 366–401, 412 f., 420
- Koalitionsfrage 1965 889
- Köln 25
- „Kölner Stadtanzeiger“ 18
- „Kölnische Rundschau“ 71, 109, 241, 570
- Kommission des Bundes und der Länder 503
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 13, 811
- Kongo 820
- Konjunkturpolitik 967
- Konkordat s. Niedersachsen
- Konrad-Adenauer-Stiftung 799 f.
- Krankenversicherung (s. auch Sozialgesetzgebung) XX f., 587, 684
- Kriegsopferfürsorge und Kriegsfolgelasten (s. auch Lastenausgleich) 196, 492, 534, 541, 544, 587, 589, 591, 638 f.
- Kriminalität 245
- Kuba-Krise XXIII, 317 f., 347, 570
- Kulturpolitik XIII f., XIX, 95, 233, 251, 265–270, 283 f., 959 f.
- Kultusministerkonferenz (KMK) 502
- Kuratorium Unteilbares Deutschland 370
- Länderfinanzausgleich s. Finanzreform
- Landesverrat (s. auch „Spiegel-Affäre“) 362
- Landtagswahlen (s. auch einzelne Bundesländer) 408, 410, 422 f.
- Landwirtschaft 136 f., 469, 477, 487, 544, 683
- Lastenausgleich (s. auch Kriegsopferfürsorge und Kriegsfolgelasten) 755, 948
- Liberalismus 723
- Lohnfortzahlung XXI, 521, 531 f., 545, 654 f., 658, 684
- „Lücke-Plan“ (s. auch Wohnungsbau und Wohnungspolitik) 780
- „Mainzer Anzeiger“ 772
- Malaysia 567
- „Mansfield-Plan“ 59
- „Mansholt-Plan“ 544
- „Mater et Magistra“ (Enzyklika) 467
- Max-Planck-Gesellschaft 175
- Medien und Medienberichterstattung (s. auch „Spiegel-Affäre“) 4–6, 17 f., 24, 42, 74–78, 127, 156–162, 327, 427, 432 f., 435, 437, 447
- „Memorandum der Acht“ 237 f.
- Mietrecht s. Wohnungsbau und Wohnungspolitik
- Minden 5
- „Der Mittag“ 302
- Mittelamerika 290
- Mittelstandspolitik 732
- Mouvement Républicain Populaire (MRP) 619, 628, 630, 633
- Multilateral (Nuclear) Force (MLF) s. North Atlantic Treaty Organization
- Mutterschutz 757
- Nahostkonflikt (s. auch Israel) 932
- Nassau (Bahamas) 403 f.
- National Press Club 296
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 935, 938
- Nationalhymne 912, 945–947

- Nationalismus 937 f., 946, 949
Nationalsozialismus 75, 141, 290
– Verjährung von NS-Verbrechen
XXVII, 839, 844–870
Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiterpartei (NSDAP) 773, 935
„Neue Zürcher Zeitung“ 106, 241,
609
„Neues Deutschland“ 464, 636
„New York Times“ 111
Niedersachsen 380, 482 f.
– Kommunalwahlen 1964 619, 727,
791*
– Konkordat 908 f.
– Landtagswahl 1963 411, 431
Nordrhein-Westfalen 7, 81 f., 281,
290
– Bundesrat 488
– Kommunalwahlen 1961 274*
– Kommunalwahlen 1964 619, 727,
908–912
– Landtagswahl 1962 27, 77*, 93 f.,
163, 177, 205, 234, 274, 276 f.,
279, 377
– Landtagswahl 1966 491
– Regierungswechsel 1956 364
North Atlantic Treaty Organization
(NATO) 43, 103–105, 135, 313,
318, 526 f., 530, 540, 571 f., 608,
821, 897
– Multilateral (Nuclear) Force (MLF,
Multilaterale [Atom-] Streitmacht)
526, 546, 560, 743, 753 f., 783,
785, 809, 815–817
– Ministerratstagungen 201 f., 404
Notstandsgesetzgebung 170, 331,
371, 520, 756, 914, 920
Nouvelles Equipes Internationales
(NEI) 620, 626, 629–631
Oder-Neiße-Linie 166*, 237 f., 404
Österreich 392, 394
Oldenburg 411
Organisation de l'Armée Secrète
(OAS, s. auch Algerien) 136
Organization for Economic
Cooperation and Development
(OECD) 317
Ost-West-Konflikt s. North Atlantic
Treaty Organization, Sowjetunion,
Vereinigte Staaten von Amerika
Osterode 304
„Pacem in terris“ (Enzyklika) 473
Pakistan 135
Panama 570
Parlamentarischer Rat 505
Parteienfinanzierung 84–90,
215–217, 333 f., 463, 515, 554,
756, 915, 918
„Politisch-Soziale Korrespondenz“
433
Politische Akademie Eichholz
s. Eichholz
Post s. Bundespost
Preisentwicklung und Preisstabilität
169, 531, 731, 746, 827, 840
Presse s. Medienberichterstattung
Pressefreiheit (s. auch
„Spiegel-Affäre“) 338, 345
Rapacki-Plan (s. auch Abrüstung)
623, 625 f.
Regierungsbildung s. Bundesregierung
Religionsunterricht (s. auch
Niedersachsen – Konkordat) 502
Rentenversicherung 757
„Rheinischer Merkur“ 241
Rheinland-Pfalz
– Bundesrat 488
– Kommunalwahlen 1964 619, 727,
764, 912 f.
– Landtagswahl 1963 410 f., 412,
431
Römische Verträge s. Europäische
Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
Ruhrgebiet 902

- Saarländische Volkspartei (SVP) 772*,
773 f., 834
- Saarland 396
- Kommunalwahlen 1964 619, 727, 912 f.
 - Landtagswahl 1960 396*
 - Landtagswahl 1965 XXVIII, 713, 757, 808, 830 f., 833–836
- Saarstatut 833
- Sansibar 567, 614
- Schleswig-Holstein 170, 291
- Kommunalwahlen 1966 908*
 - Landtagswahl 1962 27, 340–343
- Schulpolitik (s. auch Bildungspolitik, Religionsunterricht) 875 f., 927*
- Schweden 745, 928*
- Schweiz 168 f., 316, 720, 932
- Siegen 24 f.
- Sowjetunion 528 f., 623, 743 f.
- Außen- und Deutschlandpolitik 73, 102–105, 108–112
 - Berlin s. Berlin-Frage, Berlin-Krise
 - China 485, 527
 - „Friedliche Koexistenz“ 811
 - Kredite 565
 - Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung 319, 571
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) IX, 2, 4, 10 f., 19, 51, 68 f., 95, 110, 141, 168, 205, 222 f., 261, 263–265, 423 f., 444 f., 455, 467, 490, 535 f., 617 f., 633, 724, 737–739, 745, 757 f., 829, 837, 841
- Christentum und Kirchen 332, 446
 - Deutschlandplan 1959/60 279
 - Deutschlandtreffen Nürnberg 1961 23
 - Finanzen und Finanzierung 329
 - Frankreich 408
 - Große Koalition s. Koalitionsfrage 1962
 - Haushaltspolitik 180
 - Kommunismus 811
 - Länder
 - Baden-Württemberg 537, 715
 - Berlin 351–353, 573
 - Nordrhein-Westfalen 274–276
 - Saarland 773–775, 834 f.
 - Landtagswahlen 340–342
 - Parteitage
 - Bad Godesberg 1959 68*
 - Köln 1962 143, 223, 272–274, 277, 279
 - Karlsruhe 1964 737–739, 741, 749–751, 753, 792
 - Parteivorstand 359
 - Programmatik X, 68, 98, 280, 424, 829
 - „Spiegel-Affäre“ 310 f.
 - Vertriebene 643, 725
 - Westbindung 365
- Soziale Marktwirtschaft IX, 672 f.
- Sozialer Rechtsstaat 695
- Sozialgesetzgebung und Sozialpolitik XV, XX–XXII, XXVII, 78, 140, 516–520, 531 f., 541, 546 f., 592 f., 596, 615 f., 650–663, 691, 696, 707, 757, 780, 782, 951
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 351
- „Sozialpaket“ s. Sozialgesetzgebung und Sozialpolitik
- „Spiegel-Affäre“ XXII f., 288–290, 292–316, 321–325, 338 f., 344 f., 357–361, 386, 417, 437
- Sport 267–271, 875 f.
- Steinkohle s. Bergbau
- „Stern“ 156–162
- Steuerpolitik und Steuerreform (s. auch Finanzreform) 173 f., 176, 729, 754, 840
- Strafrecht s. Nationalsozialismus – Verjährung von NS-Verbrechen

- Studentenproteste 930
Studentenverbindungen 912
Studienförderung (s. auch Honnefer Modell) 175
Südafrika 567
Südamerika 317
„Süddeutsche Zeitung“ 18, 622
Südostasien 610
Tag der Deutschen Einheit s. Wiedervereinigung
„Der Tagesspiegel“ 634
Tarifautonomie 171, 204, 434
Tarifpolitik und Tarifverhandlungen 139, 168, 171, 274, 405, 426, 434, 842
„Telefonaffäre“ s. Bundespost
Tschechoslowakei
– Vertreibung 853
Tübingen
– Universität 239
Türkei 42, 135, 786
Union pour la Nouvelle République (UNR) 320*, 619, 627 f., 630 f., 633
Vatikan Xf., 409 f.
– Enzykliken s. „Mater et Magistra“ und „Pacem in terris“
Verband der Katholischen Lehrer Deutschlands 927
Vereinigte Arabische Republik 809
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) IX, 70 f., 75, 136, 201, 310, 405 f., 618 f.
– Außenpolitik (s. auch Deutsche Frage, Kuba-Krise, Wiedervereinigung) 400 f., 403, 812
– Berlin (s. auch Berlin-Frage) 55 f., 58 f., 164, 166, 203
– NATO s. North Atlantic Treaty Organization
Vereinte Nationen (UN) 57 f.
Verjährung von NS-Verbrechen s. Nationalsozialismus
Verkehrspolitik 943
Vermögenspolitik 241, 592, 662, 747 f., 756, 787, 790 f., 826, 841, 843
Versailles, Vertrag von 25
Verteidigungspolitik (s. auch North Atlantic Treaty Organization) 406 f., 452, 556, 623, 794
Vertriebene und Flüchtlinge 461, 642 f., 679, 725
Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern 1957 188*
Viermächte-Verwaltung s. Berlin-Frage
Vietnam 941
Währungspolitik 821
Wahlrecht XXIII f., 2, 4, 356 f., 365–368, 374–399
Waldeck 548
Wasserhaushalt s. Bergbau
Weihnachtsgeld 82
Weimarer Republik 386, 412 f.
„Die Welt“ 42, 71, 166, 694
Westdeutscher Rundfunk (WDR) 5
„Westfalen-Post“ 114
Wettbewerbspolitik 840 f.
Wiedervereinigung XXVI, 5, 73 f., 138, 237 f., 351, 561, 826, 902, 967
– Tag der Deutschen Einheit 733 f.
Wirtschaftspolitik (s. auch Preisentwicklung, Sozialgesetzgebung) 425, 745, 829, 958, 970
Wirtschaftsrat (Frankfurt) 384
Wirtschaftsrat der CDU s. Christlich-Demokratische Union
Wohnungsbau und Wohnungspolitik 70, 107, 169, 943
– Mietrecht 704, 708
Wolfshagen 548
Württemberg-Hohenzollern 723

Sachregister

Wuppertal	25	Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)	
„Die Zeit“	30		301, 432 f.
Zentrum (vor 1933)	412	– Fernsehrat	81, 90–93, 99, 185*,
Zölle	303		438 f., 734
Zweiter Weltkrieg	31	Zypern	567

